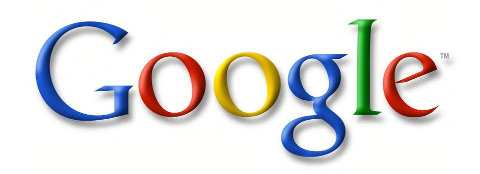






DAS KIRCHENRECHT

DER

KATHOLIKEN UND PROTESTANTEN

IN

DEUTSCHLAND.

VON

DR. PAUL HINSCHIUS,

ORDENTLICHEM PROFESSOR DER RECHTE AN DER UNIVERSITÄT BERLIN.

ZWEITER BAND.

SYSTEM DES KATHOLISCHEN KIRCHENRECHTS MIT BESONDERER RÜCKSICHT AUF DEUTSCHLAND (FORTSETZUNG).

BERLIN,

VERLAG VON I. GUTTENTAG.

(D. COLLIN.)

1878.

395

SYSTEM

DES

KATHOLISCHEN KIRCHENRECHTS

MIT BESONDERER RÜCKSICHT

AUF

DEUTSCHLAND.

VON

DR. PAUL HINSCHIUS,

ORDENTLICHEM PROFESSOR DER RECHTE AN DER UNIVERSITÄT BERLIN.

ZWEITER BAND.

BERLIN,

VERLAG VON I. GUTTENTAG.

(D. COLLIN.)

1878.

VORWORT.

Erst nach langer Unterbrechung kann ich der ersten Hälfte dieses Bandes die zweite folgen lassen. Zunächst haben persönliche Verhältnisse, insbesondere mannigfache andere Beschäftigungen, welchen ich nach meiner Uebersiedelung hierher mich nicht entziehen konnte, die Herausgabe dieses Halbbandes verzögert. Als sodann der preussische Staat in Folge der Beschlüsse des vatikanischen Koncils eine neue gesetzliche Regelung des Verhältnisses zur katholischen Kirche begonnen hatte, und mit Sicherheit vorauszusehen war, dass andere Staaten darin nachfolgen würden, war ich in die Nothwendigkeit versetzt, das Resultat jener gesetzgeberischen Schritte abzuwarten, wollte ich anders ein schnelles Veralten der partikularrechtlichen Theile meines Werkes verhindern.

Von der neuesten Literatur konnte ich E. Löning, Geschichte des deutschen Kirchenrechts, Thudichum, deutsches Kirchenrecht Bd. 2, sowie Gareis und Zorn, Staat und Kirche in der Schweiz Bd. 2 nur noch theilweise bei der Korrektur und für die Nachträge, dagegen H. Gerdes, Bischofswahlen unter Otto d. Gr. gar nicht mehr benutzen.

Die ferneren Halbbände hoffe ich in derselben regelmässigen Folge, wie die drei ersten, erscheinen lassen zu können.

Berlin, den 20. September 1878.

Der Verfasser.

INHALTSVERZEICHNISS.

System des katholischen Kirchenrechts.

Erstes Buch:

Die Hierarchie und die Leitung der Kirche durch dieselbe.

Zweiter Abschnitt.

Erste Abtheilung.

Zweites Kapitel.

Die weiteren Aemter und Stufen der ordentlichen und regelmässigen Verfassungsform.
(Fortsetzung).

Drittes Kapitel.

Die ausserordentliche Verfassungsform oder die s. g. Missionsgebiete.

Zweite Abtheilung.

Die allgemeinen, die kirchlichen Leitungsorgane betreffenden Rechtssätze, insbesondere die Lehre von den Kirchenämtern.

Erstes Kapitel.

Der Begriff des Kirchenamtes und die Eintheilung der kirchlichen Aemter, sowie das Rangverhältniss der kirchlichen Beamten.

Zweites Kapitel.

Von der Errichtung, Veränderung und Aufhebung der Kirchenämter.

Drittes Kapitel.

Von der Besetzung der Kirchenämter.



III. Die Metropoliten oder Erzbischöfe.

§. 76. *A. Die Metropolitangewalt bis zum 12. Jahrhundert*.*

I. **Die Metropolitanverfassung bis zum 7. Jahrhundert.** Schon im 4. Jahrhundert findet sich in der morgenländischen Kirche eine höhere Organisation, welche mehrere Bisthümer umfasst und als Zwischenstufe zwischen den einfachen Bischöfen und den Exarchen (Th. I. S. 576 ff.), resp. den Patriarchen (s. a. a. O. S. 538 ff.) erscheint. Die Vorsteher dieser Sprengel oder Provinzen (ἐπαρχίαι)[1], welche ihre Sitze in den sowohl politisch wie kirchlich hervorragenden Städten (μητροπόλεις)[2] hatten und daher μητροπολίτεις hiessen[1], bildeten eine höhere Instanz über den einzelnen Bischöfen zur Leitung der gemeinsamen kirchlichen Angelegenheiten des gesammten Bezirkes, waren jedoch dabei an den Rath der ihnen untergebenen Bischöfe gebunden[3]. Als einzelne Befugnisse der Metropoliten ergeben sich aus den Koncilien der in Rede stehenden Zeit folgende: 1. das Recht der Leitung der von den Bischöfen der Provinz für die vakanten Bischofssitze vorzunehmenden Wahlen, sowie das Recht der Bestätigung und der Ordination der neugewählten Bischöfe[4]. 2. Haben die Metropoliten die Bischöfe ihrer Provinz zu den jährlich abzuhaltenden Versammlungen (den s. g. Provinzialsynoden) zu berufen, und (was daraus folgt) auch den Vorsitz auf den letzteren zu führen[5]. Unter den Angelegenheiten, welche auf diesen verhandelt wurden, werden erwähnt die Untersuchung über die Rechtmässigkeit der von den einzelnen

* Thomassin, vetus ac nova ecclesiae disciplina. P. I. lib. I. c. 39 — c. 49; W. C. L. Ziegler, Versuch einer pragmat. Geschichte der kirchlichen Verfassungsformen in den ersten 6 Jahrhunderten der Kirche. Leipzig. 1798. S. 61 ff.; Joh. W. Bickell, Geschichte des Kirchenrechts. Bd. 1. Lieferung 2. Frankfurt a. M. 1849. S. 159 ff.; J. Mast, dogmatisch-histor. Abhandlung über die rechtliche Stellung der Erzbischöfe in der kathol. Kirche. Freiburg. 1847; s. auch Cantelius, metropolitanar. urbium historia. Paris. 1684.

1 Die Ausdrücke kommen schon in c. 4. Nicaen. a. 325 vor: „Ἐπίσκοπον προσήκει μάλιστα μὲν ὑπὸ πάντων τῶν ἐν τῇ ἐπαρχίᾳ καθίστασθαι ... τὸ δὲ κῦρος τῶν γινομένων δίδοσθαι καθ' ἑκάστην ἐπαρχίαν τῷ μητροπολίτῃ". Ueber das Verhältniss der kirchlichen Eintheilung zur politischen s. Th. I. S. 539 und auch Thomassin l. c. c. 39. n. 4 ff. Mast S. 21 ff.

2 Aufzählung derselben bei Ziegler S. 76.

3 So schon conc. Antioch. a. 341. c. 9: „Τοὺς καθ' ἑκάστην ἐπαρχίαν ἐπισκόπους εἰδέναι χρή, τὸν ἐν τῇ μητροπόλει προεστῶτα ἐπισκόπον καὶ τὴν φροντίδα ἀναδέχεσθαι πάσης τῆς ἐπαρχίας διὰ τὸ ἐν τῇ μητροπόλει πανταχόθεν συντρέχειν πάντας τοὺς τὰ πράγματα ἔχοντας· ὅθεν ἔδοξε καὶ τῇ τιμῇ προηγεῖσθαι αὐτὸν, μηδέν τε πράττειν περιττὸν τοὺς λοιποὺς ἐπισκόπους ἄνευ αὐτοῦ κατὰ τὸν ἀρχαῖον κρατήσαντα τῶν πατέρων ἡμῶν κανόνα ἢ ταῦτα μόνα ὅσα τῇ ἑκάστου ἐπιβάλλει παροικίᾳ καὶ ταῖς ὑπ' αὐτὴν χώραις· ἕκαστον γὰρ ἐπίσκοπον ἐξουσίαν ἔχειν τῆς ἑαυτοῦ παροικίας διοικεῖν τε κατὰ τὴν ἑκάστῳ ἐπιβάλλουσαν εὐλάβειαν καὶ πρόνοιαν ποιεῖσθαι πάσης τῆς χώρας τῆς ὑπὸ τὴν ἑαυτοῦ πόλιν, ὡς καὶ χειροτονεῖν πρεσβυτέρους καὶ διακόνους καὶ μετὰ κρίσεως ἕκαστα διαλαμβάνειν, περαιτέρω δὲ μηδὲν πράττειν ἐπιχειρεῖν δίχα τοῦ τῆς μητροπόλεως ἐπισκόπου μηδὲ αὐτὸν ἄνευ τῆς τῶν λοιπῶν γνώμης"; vgl. auch can. 35 apostol.

4 c. 4. Nicaen. = c. 1. Dist. LXIV. Vgl. dazu Hefele, Konciliengesch. 1, 368. S. ferner Th. I. S. 101. n. 6; über die besonderen Verhältnisse im Patriarchalsprengel von Alexandrien vgl. a. a. O. S. 540.

5 c. 16 i. f. Antioch.: „... τελείαν δὲ ἐκείνην εἶναι σύνοδον, ᾗ συμπάρεστι καὶ ὁ τῆς μητροπόλεως".

Bischöfen verhängten Ausschliessung aus der kirchlichen Gemeinschaft[1], ferner die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit über die Bischöfe[2] und die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Bischöfen unter einander und mit ihren Untergebenen[3]. 3. Endlich hat der Metropolit den Bischöfen zu Reisen den nöthigen Urlaub zu ertheilen[4].

In den folgenden Jahrhunderten hat sich die Stellung der Metropoliten nicht verändert, denn die denselben später ausdrücklich auferlegte Verpflichtung: binnen drei Monaten die Besetzung vakanter Bischofsstühle herbeizuführen[5] und das ihnen damit zuertheilte Recht, die zu diesem Behufe nöthigen Anordnungen zu erlassen, erscheint nur als ein Ausfluss ihrer Oberleitung der Provinz.

Da die Metropolitanverfassung in der Kirche des Orients nach den eben mitgetheilten Zeugnissen schon im 4. Jahrhundert eine vollständige Ausbildung erlangt hatte, so muss ihr Ursprung jedenfalls bis in das 3. Jahrhundert[6] hineinreichen.

Dasselbe gilt von Afrika, wo sich schon sehr früh ein reges Synodalleben zeigt[7]. Hier bestand indessen die Eigenthümlichkeit, dass die der Metropolitanwürde der morgenländischen Kirche entsprechende Stellung nicht an einen bestimmten Bischofssitz der Provinz gebunden war, sondern dieselbe immer dem der Weihe nach ältesten Bischof (*primas sc. provinciae, primae sedis episcopus, senex*[8]) zukam[9].

Dieselbe Einrichtung muss Anfangs des 4. Jahrhunderts auch in Spanien existirt haben, denn auf der ältesten Synode (der von Elvira vom J. 305 oder 306) präsidirte

[1] c. 5. Nicaen. (= c. 3. Dist. XVIII); c. 6. Antioch.

[2] c. 14. 15. Antioch. (spezielle Anwendungen davon in c. 17. 25 ibid.).

[3] c. 20 ibid. Damit ist der Kreis der unter Vorsitz des Metropoliten zu erledigenden Geschäfte nicht abgeschlossen, wie schon c. 19. cit. Antioch. ergiebt. Auch c. 19. Chalced. a. 451 bestimmt: „ὥρισε τοίνυν ἡ ἁγία σύνοδος κατὰ τοὺς τῶν ἁγίων πατέρων κανόνας δὶς τοῦ ἐνιαυτοῦ ἐπὶ τὸ αὐτὸ συντρέχειν καθ' ἑκάστην ἐπαρχίαν τοὺς ἐπισκόπους, ἔνθα ἂν ὁ τῆς μητροπόλεως ἐπίσκοπος δοκιμάσῃ, καὶ διορθοῦν ἕκαστα τὰ ἀνακύπτοντα" (= c. 6. Dist. XVIII). — Die Rechte dieser Provinzialsynoden gegenüber den Patriarchen und Exarchen wahrt ausdrücklich c. 2. Constantinop. a. 381 (s. Th. I. S. 541. n. 1).

[4] c. 11. Antioch.

[5] c. 25. Chalcedon. a. 451: „Ἐπειδὴ δέ τινες τῶν μητροπολιτῶν, ὡς περιηχήθημεν, ἀνελοῦσι τῶν ἐγκεχειρισμένων αὐτοῖς ποιμνίων καὶ ἀναβάλλονται τὰς χειροτονίας τῶν ἐπισκόπων· ἔδοξε τῇ ἁγίᾳ συνόδῳ ἐντὸς τριῶν μηνῶν γίνεσθαι τὰς χειροτονίας τῶν ἐπισκόπων, εἰ μή ποτε ἄρα ἀπαραίτητος ἀνάγκη παρασκευάσῃ ἐπιταθῆναι τὸν τῆς ἀναβολῆς χρόνον· εἰ δὲ μὴ τοῦτο ποιήσῃ, ὑποκεῖσθαι αὐτὸν κανονικῷ ἐπιτιμίῳ" . . . (= c. 2. Dist. LXXV). Ueber die richterlichen Befugnisse des Metropoliten s. auch l. 29. C. de episcop. audientia I. 3 (Th. I. S. 548. n. 8. S. 549). — Vgl. übrigens zu der Darstellung des Textes Ziegler S. 125 ff. 134 ff.

[6] Euseb. hist. eccles. V. 23 bemerkt in Bezug auf die in Pontus Ende des 2. Jahrh. wegen der Osterstreitigkeiten abgehaltene Synode (Hefele, Konciliengesch. 1, 72): „τῶν τε κατὰ Πόντον ἐπισκόπων ὧν Πάλμας ὡς ἀρχαιότατος προὐτέτακτο", so dass es hiernach den Anschein hat, als ob in ältester Zeit theilweise im Orient, wie in Afrika (s. gleich nachher u. Th. I. S. 581), die Leitung der Provinz nicht dem Bischof eines fest bestimmten Sitzes, sondern dem der Anciennität nach ersten zugestanden hat.

[7] Ziegler S. 141 ff. Hefele 1, 84 ff.

[8] S. Th. I. S. 581; Ziegler S. 139 ff. Der Ausdruck: metropolitanus kommt hier nicht vor. A. M. Mast S. 27, welcher sich auf das Carthag. IV oder die sog. statuta ecclesiae antiqua (s. z. B. c. 4) beruft, aber übersehen hat, dass diese Sammlung von Kanonen nicht mit Sicherheit einer karthagischen Synode zuzuschreiben ist. S. Hefele a. a. O. 2, 64; Maassen, Gesch. der Quellen und Literatur des canon. Rechts. 1, 387 ff.

[9] S. Th. I. S. 581. Die Rechte der afrikanischen Primaten sind im wesentlichen dieselben, welche sich für die orientalischen Metropoliten nachweisen lassen, nämlich die Befugniss zur Einberufung der Provinzialsynoden, und zum Präsidium auf denselben, s. Synode von Cirta a. 305 (Hefele 1, 119); Carth. a. 401 = cod. eccl. Afric. c. 73, Bruns I. 1, 174; das Recht der Bestätigung der Wahl der Provinzialbischöfe und der Ordination derselben, c. 12. Carth. a. 387 u. 390 (sog. Carth. II); die richterliche Gewalt über die Bischöfe, c. 10 ibid.; c. 6. Hippon. a. 393; und das Recht der Oberleitung (Ertheilung der Formaten an die Bischöfe zu Reisen in das Ausland; Carth. a. 397 = cod. eccl. Afric. hinter c. 56. Bruns l. c. p. 168; Veranlassung der Bildung der Wahlkörper, turmae, für die Wahlen der Abgesandten zu den Generalsynoden; Carth. a. 401 = c. 76 cod. eccl. Afric. Bruns p. 174; Ertheilung der Einwilligung zur Errichtung neuer Bisthümer; Carth. a. 407 = c. 98 ibid. Bruns p. 185.

der Bischof von Acci, was sich nur daraus erklären lässt, dass er der älteste der versammelten Bischöfe gewesen ist [1].

Schon im folgenden Jahrhundert hat sich aber die Metropolitanwürde auf bestimmte Sitze fixirt [2], und die erst später reichlich fliessenden Quellen ergeben, dass die Befugnisse der Metropoliten auch hier im wesentlichen dieselben waren, wie in der morgenländischen Kirche [3], nur dass ihr Recht der Mitwirkung bei Besetzung der Bischofsstühle später, wie auch in anderen Ländern, durch die weltlichen Herrscher [4], und die dem Erzbishof von Toledo eingeräumte Primatenwürde [5] erheblich beschränkt worden ist. Andererseits war aber ihre Stellung bei dem regen Synodalleben, wovon die grosse Zahl der dort abgehaltenen Provinzial- und National-Synoden ein sprechendes Zeugniss ablegt, eine sehr bedeutende, da durch diese das Recht der spanischen Kirche seine selbstständige, vom päpstlichen Stuhle so gut wie unbeeinflusste Entwicklung [6] gefunden hat.

Ebenso fasste in Italien, wo der römische Bischof seinen Einfluss am meisten geltend machen konnte, die Metropolitanverfassung seit dem 4. Jahrhundert Fuss,

[1] Hefele 1, 152; c. 58 der Synode: „Placuit ubique et maxime in eo loco in quo prima cathedra constituta est episcopatus" spricht auch dafür, dass schon ein höheres Leitungsorgan über den einzelnen Bischöfen vorhanden war.

[2] Hilari pp. epist. ad Ascan. et episc. Tarrac. provinc. a. 465. c. 1 (Thiel, epistol. Romanor. pontific. 1, 166): „ut nullus praeter notitiam atque consensum fratris Ascanii metropolitani aliquatenus consecretur antistes".

[3] Ueber die Mitwirkung bei der Besetzung der Bischofsstühle s. vorige Note, c. 5. Tarracon. a. 516; c. 19. Tolet. IV. a. 633; c. 4. Emerit. a. 666 (s. auch oben im Text); Vorrang vor allen Bischöfen der Provinz — in c. 2 Caesaraug. III. a. 691. heisst der Metropolit daher auch primatus — anerkannt in c. 6. Bracar. I. a. 563 u. c. 2 cit.; Recht zur Berufung der Provinzialsynoden c. 6. (= c. 14. Dist. XVIII) 13. Tarrac. a. 516; fin. Tolet. II. a. 527 o. 531; c. 18. Tolet. III. a. 589; c. 3. Tolet. IV. a. 633; c. 5. 7. Emer. a. 666; c. 15. Tolet. XI. a. 675 (hier der Zustimmung des Königs gedacht). Die oberste Leitungsbefugniss zeigt sich in der Ansagung des Osterfestes c. 9. Bracar. II. a. 572; c. 5. Tolet. IV. a. 633; c. 2. Caesaraug. III. a. 691, in der Vorschrift, dass der Kultus der Metropolitan-Kathedrale für die Einrichtungen in den übrigen Diöcesen massgebend sein soll c. 1. Gerund. a. 517; c. 4. Bracar. I. a. 563; c. 3. Tolet. XI. a. 675 = c. 13. Dist. XII, ferner in bestimmten, zur Konservirung des kirchlichen Vermögens dienenden Rechten des Metropoliten c. 2. 3. Vallet. a. 524; c. 1. 7. Tolet. IX. a. 655. Die dem Metropoliten im Verein mit den Synoden zustehende Korrektionsgewalt ergiebt c. 15 („peractis omnibus quae ad correctionem nostri ordinis in hoc concilio promulgata sunt"). Tolet. XI. a. 675 und der Inhalt der vielen spanischen Provinzialsynoden, die richterliche Gewalt über die Bischöfe endlich c. 12. Tolet. XIII. a. 683.

[4] Darüber muss das Nähere des Zusammenhangs wegen der Darstellung der Lehre von der Besetzung der bischöflichen Stühle beibehalten werden. Für Spanien s. vorläufig c. 4. Emerit. cit. u. Th. I. S. 592.

[5] Th. I. a. a. O.

[6] Das ergiebt die geringe Anzahl der nach der Bekehrung der Westgothen zum Katholicismus (589), über die frühere Zeit s. Mast a. a. O. S. 49, nach Spanien ergangenen Dekretalen. Abgesehen davon, dass Gregor I. das Pallium an Leander von Sevilla ertheilt hat (s. ep. IX. 121. ed. Bened. 2, 1028), ist das einzig entscheidende Eingreifen die Delegirung eines Defensors zur Verhandlung einer nach Rom gerichteten Appellation zweier spanischer Bischöfe s. ep. XIII. ep. 45. (l. c. 2, 1250 ff.) und Kober, Deposition und Degradation. S. 426 ff. Dagegen hat sich aber noch im 7. Jahrh. die spanische Kirche, als ihr die Beschlüsse des 6. allgemeinen Koncils von 680 mitgetheilt waren, eine Prüfung derselben durch die einzelnen Provinzialsynoden vorbehalten c. 5. Tolet. XIV. a. 684: „Communi proinde iam omnium iudicio placet, ut quia generaliter in unum omnes Hispaniae praesules aggregari non quivimus, saltem specialiter discretis provinciis concilia celebremus quo praedicta synodi gesta vel nostrae partis responsa et digno probitatis demum decoquantur iudicio et synodico laudabili illustrentur stylo. Adeo nos primum omnes Carthaginis provinciae pontifices pari animorum iudicio praedicta gesta cum antiquis conciliis conferentes, assistentibus quoque nobis vicariis reverendissimorum sublimiumque primarum sedium episcoporum i. e. Tarraconensis provinciae Cypriani, Narbonensis Sunifridi, Emeritensis Stephani, Bracarensis Juliani, Hispalensis Floresindi, iterato ea ipsa gesta probavimus decretis quidem illis synodalibus et praecipuis in omnibus consona et Nicaenae quidem, Constantinopolitanae vel Ephesinae fidei concordantia, Chalcedonensi vero tam unita, utpote ipsis verbis edita vel libata, quippe quibus sumpta videtur paene omnis ipsius styli praecurrentis materia". c. 6. „Et ideo supradicti acta concilii in tantum a nobis veneranda sunt et recipienda constabunt, in quantum a praemissis conciliis non disciscunt, immo in quantum cum illis concordare videntur".

wenngleich zunächst nur in den nördlichen Gegenden, während das übrige Gebiet dem römischen Stuhl unmittelbar unterworfen blieb [1]. Mailand [2], Aquileja [3] und Ravenna [4] sind hier als älteste Metropolen zu nennen. Dem römischen Bischof gegenüber standen diese bis zum 6. Jahrhundert noch selbstständig genug da. Nicht einmal ein ähnliches Subjectionsverhältniss, wie das der orientalischen Metropoliten gegenüber den Patriachen, ist für sie nachweisbar [5]. Dagegen folgt schon aus ihrer Stellung, dass sie selbst über die Bischöfe der zu ihnen gehörenden Sprengel dieselben Rechte, wie die morgenländischen Erzbischöfe, ausgeübt haben [6].

Nicht minder findet sich in Gallien seit Ende des 4. und Anfangs des 5. Jahrhunderts [7] die Metropolitanverfassung [8]. Hier zeigt sich allerdings zunächst in dem burgundischen Theile ein häufigeres Eingreifen der römischen Bischöfe, welches durch die Streitigkeiten über den Primat von Arles und Vienne hervorgerufen [9] wurde und sich weiter aus der Nothwendigkeit der Anlehnung der katholischen Bischöfe in dem arianischen Reiche an Rom erklärt [10]. Dieses Verhältniss dauerte auch noch in jenen

[1] S. auch Th. I. S. 213.

[2] Seit dem 4. Jahrhundert anfänglich wohl mit dem weiten dem vicariatus Italiae entsprechenden kirchlichen Bezirk. Baron. ann. a. 355. n. 23: „Mediolanum Italiae metropolis". Vgl. Ziegler S. 321 ff.

[3] Ebenfalls seit Ende des 4. Jahrhunderts. S. Ziegler a. a. O. und Binterim 1. 2, 519. Leon. I. ep. ad Nicet. Aquilei. a. 458 (ed. Ballerini 1, 1335) gedenkt schon der episcopi comprovinciales.

[4] Die Erhebung zur kirchlichen Metropolis wird vielfach (s. z. B. Ziegler S. 328 ff.; Wiltsch, Handbuch der kirchlichen Geographie 1, 86) auf ein Dekret Valentinians III. (u. 432) zurückgeführt (Baron., ann. a. 432. n. 92; Marini, i papiri diplomatici. Rom. 1805. p. 94; Richter, K. R. 5. Aufl. S. 766): „. . . Flavius Valentinianus fidelis Jesu Christi major imperator augustus Johanni viro sanctissimo archiepiscopo Ravennae civitatis . . . Ac perinde imperiali auctoritate sancimus sanctitatem tuam et sanctam tuam Ravennatem aecclesiam atque universos postea deo amabiles praesules archieratica dignitate erectam metropolitae decore sublimandam seu archiepiscopali fastigio deo decibiliter praeponendam. Constituentes sub sacrosanctae eius aecclesiae dictione ordinationem tocius Aemiliae nostrae provinciae civitatum omnium deo amabilium episcoporum creationes i. e. Sarsenae, Caesenae, Forumpopli, Forumlivii, Faventiae, Forumcornelii, Bononiae, Mutinae, Regii, Parmae, Placentiae, Brisilli, Vicohabenciae, Adriae omniumque monasteriorum sub eius dispositione rejacentium et in eis servientium monachorum", indessen ist die Aechtheit sehr zweifelhaft, s. Baron. l. c.; Marini p. 243 und Walter in Moys Arch. 6, 215. — Im 6. Jahrh. tritt dann noch Calaris (Cagliari) auf Sardinien hinzu s. Gregor I. ep. I. 49. 62. 64. IX. 8 (ed. Bened. 2, 543. 551. 552. 932).

[5] Dagegen spricht für Mailand und Aquileja die Gleichstellung dieser beiden Bischöfe mit dem von Rom auf der Synode von Carthago i. J. 401 cod. eccl. Afric. zw. c. 56 u. 57 (Bruns I. 1, 168) und in dem Schreiben des Johannes Chrysostomus an Innocenz I. v. 404 bei Coustant p. 786. 787 u. Note b daselbst; der alte Ordinationsmodus beider Metropoliten, welche sich gegenseitig die Konsekration ertheilten c. 33 (Pelagius I. zw. 558 u. 560). C. XXIV. qu. 1; für Aquileja s. ferner Th. I. S. 567. u. Gregor. I. ep. I. 16. II. 51. V. 51. XII. 33 (ed. Bened. 2, 501. 614. 778. 1203). Im übrigen Ziegler S. 324 ff. 330 ff. Was Ravenna betrifft, so soll zwar Petrus Chrysologus nach Agnelli (saec. IX) lib. pontific. (Muratori, script. rer. Ital. 2, 78) von Sixtus III. zum Bischof ordinirt sein, indessen ist dies nicht sicher beglaubigt. Freilich droht Simplicius ep. ad Johann. Ravennat. a. 482 (Thiel 1, 201) mit Entziehung des Ordinationsrechtes der ihm unterworfenen Bischöfe und so zeigt sich hier, wie auch noch später, ein schwankendes Verhältniss (s. Ziegler S. 329 ff.), bis im Jahre 666 Kaiser Constans II. (s. das Edikt bei Muratori l. c. 2, 124) Ravenna für „sui juris" erklärte und bestimmte: „et non subiacere pro quolibet modo patriarchae antiquae urbis Romae, sed manere eam autocephalam". Vgl. auch Th. I. S. 579.

[6] Das Ordinationsrecht folgt für Mailand aus Ambrosii ep. 25 (ep. 63. ed. Bened. 2, 1022. 1023), für Ravenna aus ep. Simplicii cit.; die obere richterliche Stellung für das erstgenannte Bisthum aus Ambrosii ep. 46. 47 (ep. 5. 6. l. c. 2, 765 ff.). Auch eine von Ambrosius zu Mailand abgehaltene Provinzialsynode ist nachweisbar. s. Hefele a. a. O. 2, 48. Vgl. überhaupt Ziegler S. 322 ff.; Mast S. 38 ff.

[7] Die Anfänge gehen hier schon bis auf das 2 Jahrhundert zurück. Euseb. hist. eccles. V. 23: „γραφὴ . . . τῶν κατὰ Γαλλίαν παροικιῶν (Diöcesen) ἃς Εἰρηναῖος ἐπισκόπει" lässt schon auf eine höhere Stellung des Irenäus von Lyon gegenüber den anderen gallischen Bischöfen schliessen. Kober, Deposition S. 490.

[8] S. Th. I. 588.

[9] S. Th. I. a. a. O.

[10] Binding, das burgundisch-romanische Königreich 1, 128. Die von Fehr, päpstlicher Primat in der gallisch-fränkischen Kirche (Moys Arch. 19, 393. 395) und Staat u. Kirche im fränk. Reiche. Wien 1869. S. 306. 308 angeführten Beispiele gehören dem burgundischen Reiche, resp. dessen von den Ostgothen nachher eroberten Theilen (Binding a. a. O. S. 265) an.



Gegenden den grössten Theil des 6. Jahrhunderts fort[1], aber trotzdem war man während dieser Zeit von der Auffassung weit entfernt, dass der Papst in allen verschiedenen kirchlichen Angelegenheiten die oberste Instanz über den Metropoliten und deren Synoden bilde, sowie deren Anordnungen und Beschlüsse reformiren könne. Nachdem Gregor I. schon vergeblich versucht hatte, den Einfluss, welchen seine Vorgänger im 5. und noch Anfang des 6. Jahrhunderts geübt hatten, wiederherzustellen[2], wurde die Verbindung des römischen Stuhles mit der fränkischen Kirche äusserst lose[3], damit aber die Stellung der Metropoliten und Bischöfe natürlich so gut wie unabhängig. Innerhalb ihrer Bezirke selbst haben die Metropoliten Galliens ebenfalls dieselbe Stellung wie die der früher erwähnten Länder besessen[4].

[1] Das zeigt sich in der Appellation des auf der Synode zu Marseille im J. 533 entsetzten Bischofs Contumeliosus von Riez an den päpstlichen Stuhl, s. Fehr, bei Moy S. 395 u. Staat S. 309; Hefele a. a. O. 2, 730 und der Entscheidung Agapets I. auf diese Berufung ep. ad Caesar. Arelat. a. 535 (Mansi 8, 856): „Delegaturi enim . . . sumus examen, ut secundum canonum venerabilium constituta (d. h. des Koncils von Sardika v. 343. s. Th. I. S. 503. n. 3) sub consideratione iustitiae omnia quae apud fraternitatem tuam de huiusmodi negotio acta gestave sunt, diligentissima vestigatione flagitentur . . . Melius autem fecerat fraternitas tua si posteaquam sedis apostolicae appellatione interposita desideravit (Contumeliosus) examen, circa personam eius a tempore sententiae nihil permisisset imminui, ut esset integrum negotium quod interposita provocatione quaereretur. Nam si in executionem mittitur prima sententia, secunda non habet cognitio quod requirat", woraus sich freilich ergiebt, dass man der Appellation entgegen der Vorschrift des erwähnten Koncils seitens der Provinzialsynode keine Suspensivkraft beigelegt hatte. Die Appellation der von der Synode zu Lyon im J. 567 verurtheilten Bischöfe von Embrün und Gap (Vapingum) ist mit Genehmigung des Königs eingelegt, Gregor. Turon. hist. Francor. V. 21: „At illi cum adhuc propitium sibi regem esse nossent, ad eum accedunt, implorantes se iniuste remotos sibique tribui licentiam, ut ad papam urbis Romanae accedere debeant. Rex vero annuens petitionibus eorum datis epistolis eos abire permisit. Qui accedentes coram papa Joanne exponunt se nullius rationis existentibus causis dimotos. Ille vero epistolas ad regem dirigit, in quibus locis suis eosdem restitui iubet. Quod rex sine mora . . . implevit"; (vgl. auch Fehr bei Moy S. 397, Staat S. 311; Hefele 3, 18). Andererseits beklagt sich aber Pelagius I. ep. ad Childebert. zw. 557 u. 558 (Mansi 9, 726): „miramur, quia . . . passi estis subripi vobis Sapaudum . . . Arelatensis civitatis antistitem cuius ecclesia in regionibus Gallicanis primatus privilegio et sedis apostolicae vicibus decoratur, ad petitionem episcopi ab ipso ordinato, in iudicium sequentis civitatis episcopi quod nulla ecclesiastica lege vel ratione conceditur, iudicandum iuberetis occurrere".

[2] S. Rettberg, Kirchengeschichte Deutschlands 2, 584 ff.; vgl. auch Th. I. S. 504. n. 4 und S. 590. A. M. Fehr bei Moy S. 398 ff.; Staat S. 312 ff.

[3] Mit Recht hat Richter, K. R. §. 25 darauf hingewiesen, dass seit dem J. 613 bis zum Anfang des 8. Jahrhunderts nur drei nach dem Frankenreich gerichtete päpstliche Briefe überliefert sind, nämlich ep. Martini I. ad Amandum Tractens. episc. a. 694 (Mansi 10, 1183), ferner ein Empfehlungsbrief für Theodor von Canterbury an Johann von Arles v. 668 (Bedae hist. eccles. IV. 1; opp. ed. Giles 3, 8) und ep. Adeodat. ad episc. Galliae zw. 672 u. 676 (Mansi 11, 103). Der erste räth dem Bischof ab, die von ihm beabsichtigte Resignation des bischöflichen Amtes vorzunehmen, erklärt aber noch mit keinem Wort die päpstliche Einwilligung, welche später zu einem solchen Schritt erforderlich war, für nöthig: trotz der Abmahnung hat übrigens der Bischof seinen Entschluss realisirt. S. Fehr bei Moy S. 400, Staat S. 315. Der letzte Brief bestätigt die Exemtion des Martinskloster von der bischöflichen Gewalt, nicht, wie Fehr a. a. O. unterstellt, auf Bitten der gallischen Bischöfe, sondern auf Bitten des Abtes, indem sich der Papst darauf stützt, dass erstere bereits die Immunität bewilligt hatten. Die Einwendungen Fehrs gegen die Darstellung bei Rettberg a. a. O. S. 588 sind somit theilweise unbegründet.

[4] Die gallischen Koncilien gedenken 1. des Rechtes, Provinzialsynoden abzuhalten c. 8. 10. Regiense (Riez) a. 439; c. 29. Arausic. a. 441; c. 35. 71. Agath. a. 506; c. 1. Epaon. a. 517; c. 1. 2. Aurel. II. a. 533; c. 1. Aurel. III. a. 538; c. 37. Aurel. IV. a. 541; c. 18. 23. Aurel. V. a. 549; c. 1. Turon. II. a. 567; und mit diesen die Korrektionsgewalt, c. 1. Arvern. I. a. 535 („ea quae ad emendationem vitae, ad severitatem regulae, ad animae remedia pertinent"); c. 21. Aurel. III. a. 538; und die Gerichtsbarkeit als Appellationsinstanz in den von den Bischöfen entschiedenen Sachen c. 5. Vasense I. (Vaison) a. 442; c. 48. Arel. II. a. 443 o. 452; c. 20. Aurel. III. a. 538, sowie in erster Instanz hinsichtlich der Bischöfe, c. 1. Lugdun. II. a. 567; c. 2. Turon. II. a. 567; c. 9. Matiscon. II. a. 585; c. 11. Paris. V. a. 614 o. 615 auszuüben; 2. der Mitwirkung bei der Besetzung der Bischofsstühle der Provinz und der Ordination der betreffenden Bischöfe, c. 1. 2. Taurin. a. 401; c. 5. 6. 42. Arel. II. a. 445 o. 452; c. 2. Arvern. I. a. 535; c. 3. Aurel. III. a. 538; c. 10. Aurel. V. a. 549 (hier auch des Konsenses des Königs erwähnt); c. 8. Paris. a. 557; c. 9. Turon. II. a. 567; c. 1. Paris. V. a. 614 o. 615; 3. des

So war die im Orient ausgebildete Metropolitanverfassung im Laufe der gedachten Jahrhunderte ein Gemeingut der wichtigsten christlichen Länder [1] des Abendlandes geworden. Man kann die damalige Organisation als eine aristokratische charakterisiren. Nach oben hin, dem Papst gegenüber, in Bezug auf die kirchliche Gesetzgebung und Verwaltung, im wesentlichen noch unabhängig, nur hin und wieder durch einzelne vom Papst oder dessen Vikarien geübte Primatialrechte [2] oder durch das Vorhandensein einer eigenen höheren Instanz, wie die der Patriarchen [3] oder Primaten [4] beschränkt, waren die Metropoliten doch nach unten hin bei der Ausübung ihrer Gewalt an die Mitwirkung ihrer einfachen bischöflichen Kollegen in jeder wichtigeren Angelegenheit gebunden.

Was endlich die Terminologie während dieser Zeit betrifft, so ist der Ausdruck μητροπολίτης, resp. *metropolitanus* [5] der bei weitem gebräuchlichste, vereinzelt kommt die Bezeichnung: ἔξαρχος τῆς ἐπαρχίας vor [6]; in der afrikanischen Kirche hiessen die die Stellung der Metropoliten einnehmenden Bischöfe *senex*, *primas*, *episcopus primae sedis* [7], jedoch finden sich die beiden letzteren Bezeichnungen auch für die Metropoliten anderer Länder [8]. Der Titel: ἀρχιεπίσκοπος, *archiepiscopus* ist zunächst für die Bischöfe von einer besonders hervorragenden Stellung, also nicht für die blossen Metropoliten, in Gebrauch gewesen [9], seit dem 6. Jahrhundert wird er aber auch schon den letzteren beigelegt [10]. Die Sprengel, über welche die Metropoliten ihre Rechte ausübten, hiessen: ἐπαρχία [11] oder *provincia* [12], und die unter ihnen residirenden Bischöfe episcopi *comprovinciales* oder *provinciales* [13].

Rechtes der Konsensertheilung zu der Veräusserung des Kirchengutes durch den Bischof, c. 12. Epaon. a. 517. 4. Die gottesdienstlichen Einrichtungen der Metropolitankirche sind für die übrigen Kathedralen massgebend. c. 27. eod. Ausdrücklich wird endlich hervorgehoben, dass der Metropolit nicht über der Synode steht, c. 56. Arel. II. a. 443 o. 452, sondern die Synode über ihm, c. 17. Aurel. V. a. 549; c. 16. Arvern. II. a. 549.

[1] Deutschland und England habe ich übergangen. Für ersteres sind die Nachrichten so spärlich und zweifelhaft, dass es streitig ist, ob Trier und Köln in der römischen und merovingischen Zeit überhaupt Metropolen gewesen sind, dafür Friedrich, Kirchengeschichte Deutschlands 1, 406 ff.; 2, 199, desselben, drei unedirte Koncilien aus der Merovingenzeit. Bamberg 1867. S. 18 ff.; dagegen Rettberg a. a. O. S. 597 ff. In England fallen die ersten Versuche der Errichtung von Metropolen erst in den Anfang des 7. Jahrh. s. Th. I. S. 616.

[2] Für Illyrien s. Th. I. S. 583 ff.; für Gallien s. a. o. O. S. 588 ff. und in diesem §. oben S. 4.

[3] Th. I. S. 549 ff.

[4] Wie in Afrika, Th. I. S. 581 und in Spanien a. a. O. S. 592.

[5] S. S. 1; das lateinische Wort findet sich in den päpstlichen Dekretalen (s. S. 3. n. 2 u. Th. I. S. 586. n. 4) und den S. 3. n. 3 und S. 5. n. 4 citirten spanischen und gallischen Synoden vor.

[6] c. 6. Sardic. a. 343 (Th. I. S. 577. n. 9), s. dazu Hefele 1, 557.

[7] S. 2 u. Th. I. S. 581.

[8] c. 1. Taurin. a. 401 (primatus soviel wie Metropolitanrechte s. Th. I. S. 588. n. 3); cp. Innoc. I. ad Rufum Thessalonin. a. 412. c. 3 (a. a. O. S. 585. n. 2) heissen die illyrischen Metropoliten primates, in c. 2. Caesaraug. III. a. 691 die spanischen primatus, can. 35 apost. nennt den Metropoliten ὁ πρῶτος. Ueber das Koncil von Elvira vgl. S. 3. n. 1.

[9] S. Th. I. S. 546, jedoch kommt eine vereinzelte Ausnahme vor, s. a. a. O. n. 5.

[10] Z. B. den Metropoliten von Korinth und Cagliari von Gregor I. ep. I. 27. 62. 64 (ed. Ben. 2, 517. 551. 553); den gallischen Metropoliten und dem Patriarchen von Aquileja von der Synode daselbst im J. 591 (Mansi 10, 464. 466). Wenn Isidor von Sevilla († 636) sagt (s. c. 1. §. 1. Dist. XXI): „Ordo episcoporum quadripartitus est, i. e. in patriarchis, archiepiscopis, metropolitanis atque episcopis“ . . . 3: „Archiepiscopus graeco dicitur vocabulo, quod sit summus episcoporum: tenet enim vicem apostolicam et praesidet tam metropolitanis quam ceteris episcopis“, so passt das für seine Zeit nicht mehr.

[11] S. die oben S. 1 angeführten morgenländischen Synoden.

[12] S. die citirten afrikanischen, spanischen und gallischen Synoden S. 2. n. 9, S. 3. n. 3, S. 5. n. 4. In dem Indiculus Hormisdae a. 516 (Thiel 1, 780): „ut postquam episcopus (Metropolit) Nicopolitanus acceperit litteras nostras, episcopos quos in sua paroecia habet, colligat“, heisst paroecia, in Gregor. I. ep. IX. 113 (ed. Bened. 2, 1020) dioecesis, so viel wie: Provinz.

[13] c. 1 (Leo I. a. 458 o. 459). Dist. LXII. u. die oben S. 3. n. 3; S. 5. n. 4 citirten spanischen und gallischen Synoden. Vgl. auch oben S. 4. n. 3.

II. Die Metropolitanverfassung vom 8. bis zum 12. Jahrhundert. Schon in der zweiten Hälfte des 7. Jahrhunderts scheint in Frankreich die Metropolitanwürde an Bedeutung verloren zu haben, sowohl wegen der Abhängigkeit der für die Ausübung der Metropolitanrechte nothwendigen Provinzialsynoden von den fränkischen Königen und des allmählichen Verfalls des Institutes [1], als auch wegen der Eingriffe der Könige in die Besetzung der bischöflichen Stühle [2]. In Folge dessen löste sich wahrscheinlich gegen Ende desselben [3] oder Anfangs des 8. Jahrhunderts der frühere Metropolitanverband ganz auf. Erst Bonifacius suchte denselben wieder neu zu organisiren Wenn aber auch von ihm drei Metropoliten in Rouen, Rheims und Sens bestellt wurden [4] und er selbst Mainz zur Metropole erhielt [5], so war doch zur Zeit des römischen Koncils vom J. 769 die Organisation noch immer nicht vollkommen durchgeführt [6], vielmehr ist sie erst im Laufe der Regierung Karls d. Gr. vollendet worden [7].

[1] Rettberg a. a. O. 2, 623 ff.

[2] Löbell, Gregor v. Tours (1. Aufl.). S. 334 ff.; Rettberg 1, 307 ff., 2, 605 ff.; Roth, Gesch. des Benefizialwesens. S. 270.

[3] Aus c. 25. Rem. a. 624 o. 625, gleichlautend mit c. 28 des Koncils von Clichy v. 626 (Friedrich, drei unedirte Koncilien S. 66): „Ut decedente episcopo in locum eius non alius subrogetur nisi loci illius indigena quem universale et totius populi elegerit votum ac provincialium voluntas assenserit (übereinstimmend auch c. 10. Cabilon. a. 644 o. 656) kann wegen der hier im Gegensatz zu den früheren Koncilien nicht vorkommenden Erwähnung des Metropoliten nicht auf den Untergang derselben, sondern nur auf die Beschränkung ihrer Rechte durch den König geschlossen werden, denn die Synode von Bordeaux zw. 660 u. 673 (Maassen, zwei Synoden unter König Childerich II. S. 15) trägt noch die Unterschriften: „Adus metropolitanus Bituricensis urbis episcopus, Johannes metropolitanus Burgdigalensis urbis episcopus, Scupilio metropolitanus Elosane urbis episcopus".

[4] ep. Zachar. pp. ad Bonif. a. 744 (Jaffé, monum. Mogunt. p. 132): „De episcopis vero metropolitanis i. e. Grimone . . ., Abel sive Hartbercto quos per unumquemque metropolim per provincias constituisti hos per tuum testimonium confirmamus"; capit. Pippini Suession. a. 744. (LL. 1, 20; nach Dünzelmann, Untersuch. üb. die erst. unter Karlmann gehaltenen Koncilien. Göttingen 1869. S. 62 schon a. 743): „idcirco constituemus super eos (sc. episcopos) archiepiscopus Abel et Ardobertum, ut ad ipsius vel iudicia eorum de omne necessitate ecclesiastica recurrant tam episcopi quam alius populus".

[5] Th. I. S. 506. n. 3.

[6] Cenni, conc. Lateran. Stephani III. Romae. 1735. c. 5—12. p. 47 ff.; Hefele 3, 404. — Wenn es in c. 2. Vernens. a. 755 (LL. 1, 24) heisst: „Episcopos quos in vicem metropolitanorum constituimus, ut ceteri episcopi ipsis in omnibus oboediant secundum canonicam institutionem, interim quod secundum canonicam constitutionem hoc plenius emendamus", — so kann damit nur auf eine provisorische Einrichtung hingedeutet sein. Vielleicht hatte man vorläufig einzelne Bischöfe mit den Funktionen von Metropoliten betraut, weil die Inhaber der alten Sitze nicht dazu fähig waren, aber nicht beseitigt werden konnten. S. Hefele 3, 550. 481. Henr. Hahn, qui hierarchiae status fuerit Pippini tempore quaestio. Vratislaviae. 1853. p. 14, welcher auch sonst p. 20 die Stelle falsch versteht, hat das „vicem metropolitanorum" völlig ungewürdigt gelassen.

[7] c. 1. Capit. gen. Heristall. a. 779 (LL. 1, 36; Boretius, Capitularien im Longobardenreich S. 64. 65): „De metropolitanis episcopis, ut suffraganei episcopi eis secundum canones subiecti sint et ea quae erga ministerium illorum emendanda cognoscunt, libenti animo emendent atque corrigant". Erst i. J. 798 wurde Salzburg auf Wunsch Karls d. Gr. von Leo III. zur Metropole erhoben s. die Schreiben desselben bei Kleinmayern, Nachrichten von Juvavia. Anh. S. 51. 52. 53 (Jaffé, reg. n. 1907. 1908. 1910). Das Testament Karl d. Gr. von 811 (Einhardi vita c. 33, Jaffé, monum. Carol. p. 539) zählt folgende erzbischöfliche Sitze auf: „Nomina metropoleorum . . . haec sunt: Roma, Ravenna, Mediolanum, Forum Julii, Gradus, Colonia, Magontiacus, Juvavia quae et Saltzburc, Treveri, Senones, Vesontio, Lugdunum, Ratumagus, Remi, Arelas, Vienna, Darantasia, Ebrodunum, Burdigala, Turones, Bituriges". Dass bei dieser Reorganisation der Metropolitanverfassung bis in die ersten Zeiten Karls d. Gr. hinein die Würde des Metropoliten nicht mit einem bestimmten Bisthum fest verbunden, sondern bald dem einen bald dem andern Bischofe für seine Person übertragen worden ist, wie Hahn l. c. p. 20. 21. und unter Berufung auf ihn Waitz a. a. O. 3, 352 behaupten, ist abgesehen von dem n. 6 gedachten Provisorium unrichtig. Diese Ansicht stützt sich auf die falsche Annahme, dass die Bezeichnungen: metropolitanus und archiepiscopus identisch sind und auf eine falsche Interpretation der Stelle des unechten Briefes Hadrians I. an Berther. von Vienne (s. Jaffé reg. n. CCCXVII; Abel, Jahrb. des fränk. Reichs unter Karl d. Gr. 1, 139): „Unde placuit nobis, ut omnibus archiepiscopis et episcopis auctoritatem nostrarum literarum mitteremus, ut sicut antiquis privilegiis singulae metropolitanae urbes fundatae sunt, ita maneant, ut habeat unaquaeque metropolis civitates sibi subditas . . . nec propterea ulla metropolis praeiudicium patiatur, si alicui suffraganeorum aut nos aut praedecessor noster, rogantibus piis Francorum ducibus pallium largiti sumus", eine Auslegung, welche irrigerweise die Verleihung des Palliums als un-

Principiell hat man dabei die Rechte der Metropoliten gegenüber den Bischöfen, wie sie nach der unter I. geschilderten Entwicklung sich gestaltet hatten, nicht abändern wollen [1], dagegen war aber Bonifacius bestrebt gewesen, die Metropoliten in eine engere Beziehung und in eine gewisse Abhängigkeit vom römischen Stuhle zu bringen. Als Mittel dazu sollte die von ihm aufgestellte Pflicht der Einholung des Palliums [2], sowie die vorhergehende Ablegung des Glaubensbekenntnisses seitens der Metropoliten dienen [3]. Indessen verstanden sich keineswegs alle Erzbischöfe zur Erfüllung dieser Bedingungen [4], und selbst nachher unter Karl d. Gr. hat die Metropolitanwürde noch nicht den Charakter einer blossen höheren Verwaltungsinstanz zwischen dem römischen Stuhle und den einzelnen Bischöfen angenommen, welche in allen wichtigeren Dingen Anweisungen des ersteren zu erbitten gehabt oder denselben Folge zu leisten sich verpflichtet gefühlt hätten. Die Stellung Karls, welcher selbst die kirchlichen Angelegenheiten, ebenso wie die staatlichen leitete [5] und den Papst auf die rein innere, geistliche Seite der Kirche und die Ueberwachung der Canones beschränkte [6], liess es zu einer derartigen Abhängigkeit nicht kommen, und so konnten auch die mehrfach in jener Zeit angeordneten Provinzialsynoden [7] nur den Zweck erfüllen, die innere Disciplin zu überwachen, resp. zu verbessern oder die vom Kaiser erlassenen, resp. approbirten Bestimmungen zur Ausführung zu bringen [8]. Mit Rücksicht darauf, dass die Metropolitanwürde, wenngleich jene Synoden keine hervorragende Bedeutung hatten und auch das alte Recht der Mitwirkung der Metropoliten bei der Besetzung der Bischofsstühle in Folge der fortdauernden Praxis der königlichen Ernennung für dieselben nicht wieder hergestellt wurde, doch immerhin wieder erneuert worden war und die Metropoliten somit eine gewisse höhere Stellung unter den übrigen Bischöfen erlangt hatten, wurde jetzt die Bezeichnung: *archiepiscopus* [9] sehr häufig, während neben dem Ausdruck: compro-

trennbar von der Metropolitanwürde ansieht, während im Abendlande schon vor dem 8. Jahrhundert das erstere an einfache Bischöfe gegeben worden ist (s. §. 78).

[1] Das ergeben die vorhin (S. 7. n. 4. 6. 7) citirten Stellen, auch wiederholt die admonitio Caroli a. 789. c. 8 (s. Boretius, a. a. O. S. 69, gewöhnlich cap. ecclesiast. genannt, LL. 1, 55) die Vorschrift des c. 9. Antioch. (s. oben S. 1. n. 3), s. auch die folgende Note.

[2] Eine der von ihm abgehaltenen Synoden in den 40er Jahren des 8. Jahrh. (welche ist streitig, s. Hefele, Konciliengesch. 3, 488 ff.; Dünzelmann a. a. O. S. 26 ff.) verordnete (s. ep. Bonifacii ad Cudberht. a. 748; Jaffé, monum. Mogunt. p. 201): „Decrevimus autem in nostro sinodali conventu et confessi sumus: fidem catholicam et unitatem et subiectionem Romanae ecclesiae fine tenus vitae nostrae velle servare; sancto Petro et vicario eius velle subici; sinodum per omnes annos congregare; metropolitanos pallia ab illa sede querere; et per omnia praecepta sancti Petri canonice sequi desiderare. . . . Decrevimus ut metropolitanus qui sit pallio sublimatus, hortetur caeteros et admoneat et investiget, quis sit inter eos curiosus de salute populi quisve negligens. . . . Statuimus quod proprium sit metropolitano iuxta canonum statuta: subiectorum sibi episcoporum investigare mores et sollicitudinem circa populos qualis sit et moneat, ut episcopi a synodo venientes in propria parrochia cum presbiteris et abbatibus conventum habentes, praecepta synodi servare insinuando praecipiunt. Et unusquisque episcopus si quid in sua diocesi corrigere vel emendare nequiverit, id item in synodo coram archiepiscopo et palam omnibus ad corrigendum insinuet eodem modo quo Romana ecclesia nos ordinatos cum sacramento constrinxit, ut, si sacerdotes vel plebes a lege dei deviasse viderim et corrigere non potuerim, fideliter semper sedi apostolicae et vicario s. Petri ad emendandum indicaverim. Sic enim, nisi fallor, omnes episcopi debent metropolitano et ipse Romano pontifici, si quid de corrigendis populis apud eos inpossibile est, notum facere“.

[3] Ep. Zachar. ad Bonifac. a. 744 (l. c. p. 132).

[4] Bonifac. ep. ad Zachar. a. 751 (l. c. p. 219), vgl. auch Hefele, a. a. O. S. 480 ff.

[5] Waitz 3, 196.

[6] Carol. ep. ad Leon. III. a. 796 (Jaffé, monum. Carol. p. 354); Rettberg 2, 595.

[7] N. 1. 2; s. auch Hefele S. 578. u. c. 4. Cap. Vern. cit.

[8] In allen wichtigen Punkten ist die Rechtsbildung in der damaligen Zeit nicht von den Provinzialsynoden, sondern von den gemischten Reichstagen, auf denen die geistlichen und weltlichen Grossen erschienen, beeinflusst worden.

[9] S. ep. Gregorii II. ad Martin. a. 716. c. 3. 4 (LL. 3, 452); s. den Briefwechsel zwischen Bonifaz u. Zacharias (Jaffé, monum. Moguntina p. 132. 134. 219; vgl. auch n. 2. u. S. 7. n. 4; ep. Carol. M. ad Odilb. archiep. zw. 809—812 (Jaffé, monum. Carol. p. 401), Ludov. Pii encycl. ad archiepisc. a. 816 (LL. 1, 219. u. Mansi

vinciales oder provinciales für die den Metropoliten untergebenen Bischöfe nunmehr auch ein anderer, nämlich: *episcopus suffraganeus*[1] in Gebrauch kam. Ausdrücklich muss aber[2] hervorgehoben werden, dass die Worte: *metropolitanus* und *archiepiscopus* nicht absolut identisch sind, d. h. dass jeder Metropolitan wohl im Sinne des damaligen Sprachgebrauchs archiepiscopus ist, aber umgekehrt nicht jeder, welcher als *archiepiscopus* bezeichnet wird, auch die Stellung eines Metropolitans, d. h. die höhere Leitung mehrerer Bischofssprengel hat. Da, wie schon bemerkt, die erste Bezeichnung einen Bischof von hervorragendem Ansehen bedeutet und die Verleihung des Palliums an einen einfachen Bischof als Auszeichnung galt (s. §. 78), so nannte man auch in der karolingischen Zeit die letzteren, wenn sie jenen Ehrenschmuck vom Papst empfangen hatten, *archiepiscopi*[3].

In Folge der von Ludwig d. Fr. selbst begünstigten kirchlichen Reformbestrebungen, der durch die Kriege der damaligen Zeit hervorgerufenen Schwächung der königlichen Gewalt und der durch diese Umstände vermehrten Macht des Papstthums trat aber noch im Laufe des 9. Jahrhunderts eine Wendung dahin ein, dass der Papst jetzt auf Grund seiner anerkannten Stellung als Wächter der Canones einen grösseren und direkten Einfluss auf die Metropoliten ausüben konnte und diese nunmehr nur noch als eine Zwischeninstanz zwischen dem römischen Stuhl und den einzelnen Bischöfen erschienen, eine Entwicklung, welche zum Theil auch durch die in der Mitte des Jahrhunderts auftauchenden falschen Dekretalen mit ihren der päpstlichen Macht günstigen Aussprüchen über die Stellung des römischen Stuhles gefördert worden ist. Was das einzelne betrifft, so suchte man zunächst gemäss der herrschenden Reformtendenz und behufs Schwächung des Einflusses der weltlichen Gewalt auf die kirchlichen Angelegenheiten die seit Ende des vorigen Jahrhunderts wieder aufgerichtete Metropolitanverfassung

14, 277); c. 6. cap. Aquisgr. a. 817 (LL. 1, 207). Uebrigens hat sich dieser Sprachgebrauch das Mittelalter hindurch s. c. 10. (Nicolaus I.) C. III. qu. 6, Th. I. S. 583. n. 3; Gesta Trevir. cont. I. c. 23 (SS. 8, 196) bis heute erhalten s. §. 77. a. E.

[1] c. 1. capit. Her. a. 779 (s. S. 7. n. 7); Admonit. a. 789. c. 8 (LL. 1, 55); Carol. M. ep. ad Trevir. episc. zw. 809 u. 812 (Jaffé, monum. Carol. p. 409); die in der vorigen Note citirte ep. Carol. u. d. cap. Aquisgr. In ep. Amalarii Trevir. episc. ad Carol. M. (l. c. p. 408) wird über suffraganeus bemerkt: „Suffraganeus est nomen mediae significacionis. Ideo nescimus quale fixum ei aponere debeamus: aut presbiterorum aut abbatum aut diaconorum aut ceterorum graduum inferiorum. Si forte episcoporum nomen qui aliquando vestre civitati (d. h. Trier) subiecti erant, addere debemus" . . ., woraus sich ergiebt, dass es soviel, wie adiutor, also einen Geistlichen bedeutet, welcher einem andern als Gehülfe zur Seite steht. Vgl. auch Du Fresne du Cange glossar. s. v. suffraganei. In der S. 8. n. 9 citirten Encyclika kommt für den Bezirk des Metropoliten statt des üblichen Wortes: provincia (vgl. z. B. cap. Aquisgran. cit.) auch das noch später in diesem Sinne gebrauchte (s. dict. Gratiani vor c. 1. C. IX. qu. 3. schon früher übliche s. S. 6. n. 12) dioecesis vor.

[2] Wegen der Verwirrungen, welche die Unkunde dieses Sprachgebrauchs hervorgerufen hat, s. z. B. S. 7. n. 7.

[3] Es ergiebt sich dies daraus, dass die Bischöfe, welche erweislich das Pallium erhalten haben, auch archiepiscopi genannt werden, s. c. 4. Conc. Matisc. a. 581 und die zu §. 78. I. h. citirten Stellen. Wenn die Gesta Treveror. I. c. 23 (SS. 8, 196) sagen: „Sed non omnes qui palliis utuntur archiepiscopi sunt, nisi quorum sedes metropolis subiectis sibi aliis civitatibus et episcopis principatur", so ist daran so viel richtig, dass später jener Sprachgebrauch aufgehört hat, darum ist aber, wie die noch heute mögliche Verleihung des Titels: archiepiscopus (s. §. 77 f.) zeigt, Metropolitan und archiepiscopus nicht vollkommen identisch geworden. Daraus erklärt sich auch allein, dass man im Mittelalter unter Festhaltung der alten Bedeutung von archiepiscopus, Bischof von hervorragender Stellung, die für die Heidenmission bestimmten Bischöfe, welche noch keine Suffraganen haben konnten, „archiepiscopi gentium" nannte. Petri Damiani vita Romualdi c. 39: „Deinde licentia ab apostolica sede suscepta et duobus de suis discipulis in archiepiscopos consecratis . . . iter (nach Pannonien) arripuit"; c. 33: „fratri nomine Ingelberto qui postea archiepiscopus in gentibus factus est"; c. 35: „Hic autem Gregorius archiepiscopus in gentibus postmodum consecratus est" (opp. ed. Caiet. 2, 237. 239).

und die Provinzialsynoden zu erhalten[1]. Aber weder der Papst noch die Bischöfe waren geneigt, die selbstständige Stellung, welche die letzteren früher gehabt hatten, anzuerkennen. Hinkmar von Rheims hatte auf einer Provinzialsynode im J. 861 den Bischof von Rothad von Soissons aus der Gemeinschaft der Bischöfe ausschliessen lassen[2]. Trotzdem erschien letzterer auf der Reichssynode zu Pistres (862). Als diese über ihn auf Hinkmars Antrag die Absetzung aussprechen wollte, legte er vor gefällter Sentenz — im Widerspruch mit dem bisherigen Kirchenrecht — die Appellation an den Papst ein und die Synode liess auch dieselbe zu[3]. Da aber der letzteren die Angabe gemacht wurde, Rothad habe später auf die erhobene Appellation verzichtet, so schritt sie nach ihrer Verlegung nach Soissons (862) zur Deposition Rothads[4]. Letzterer appellirte von Neuem nach Rom, und als Nikolaus I. von der Angelegenheit Kenntniss erhalten hatte, verweigerte er die Bestätigung der zu Soissons gefassten Beschlüsse und behielt sich selbst die Entscheidung bis zu dem Eintreffen des zunächst in Frankreich zurückgehaltenen Rothad vor. Nachdem dieser endlich trotz der mannichfachen ihm in den Weg gelegten Hindernisse in Rom angelangt war, und die westfränkischen Bischöfe, welche sich bei dem bisherigen Auftreten Nikolaus' kein günstiges Resultat von der Wiedereinbringung der Anklage gegen Rothad versprachen, die Verfolgung aufgegeben hatten, restituirte der Papst den letzteren Anfang des J. 865 wieder in sein ihm entzogenes Bisthum[5]. Bemerkenswerth ist es, dass der Rheimser Metropolit sich bei der Vertheidigung seines Verfahrens von vornherein auf den Boden der Beschlüsse des Koncils von Sardika[6] stellt[7]. Diese interpretirt er dahin, dass der Papst auf die Appellation allerdings eine neue Untersuchung, aber nicht selbst in Rom, sondern nur in der betreffenden Provinz von den Bischöfen derselben und allein unter Betheiligung päpstlicher Legaten veranlassen könne[8], und ferner tritt er in sehr spitzen Ausdrücken für die Metropolitanverfassung ein, indem er darauf aufmerksam macht,

[1] Conv. Wormat. a. 829. petitio c. 4 (LL. 1, 339); syn. Paris. a. 829. I. 26. III. 11. (Mansi 14, 555. 599); Meld.-Paris. a. 845—846. c. 31: „Ut metropolitanis sedibus antiquitus statuta serventur et a comprovincialibus episcopis iuxta regulas ecclesiasticas eis reverentia exhibeatur". c. 32: „Ut principes iuxta decreta canonum per singulas provincias saltem bis aut semel in anno a metropolitanis et dioecesanis episcopis synodice conveniri concedant, quia quaelibet confusio rerum temporalium dissolvere non debet collegium sacerdotum" (l. c. p. 826).

[2] Annal. Bertin. cont. (SS. 1, 455). Die Veranlassung dazu wird allerdings von Rothad (liber proclamationis Mansi 15, 681 ff.) und Hinkmar ep. 2 ad Nicol. pap. (Migne patrol. 126, 28) verschieden dargestellt. Vgl. Hefele 4, 243; Dümmler, ostfränk. Reich 1, 530; v. Noorden, Hinkmar. S. 178.

[3] S. die in der vorigen Note citirten und den lib. proclam. bei Mansi 15, 681 ff.

[4] Die Details, welche sich nicht genau feststellen lassen, s. die citirten, interessiren hier nicht. So viel ist aber sicher, dass Hinkmar nicht korrekt gehandelt und zu gewaltthätig gegen Rothad vorgegangen war.

[5] v. Noorden S. 185—187. 196—208; Hefele S. 273. 278 ff.; Dümmler S. 533. 535—537.

[6] S. Th. I. S. 503. n. 3. Diese hatten in der früheren karolingischen Zeit keine praktische Anerkennung gefunden. Kobers Berufung (Deposition S. 429) für das Gegentheil auf Bened. Levitae cap. III. 314. 315. 412, sowie auf ep. Hadriani I. ad Tilpin. Rhem. ist verfehlt, da diese Stücke theils keine fränkischen Reichsgesetze, theils gefälscht sind. S. Knust, LL. 2, app. p. 27. 28; Hinschius, decretal. Pseudo-Isidor. p. CXV. u. Th. I. S. 603. Freilich hatte Hinkmar selbst insofern das oberste Jurisdiktionsrecht des Papsts anerkannt, als er für Rheims das Privilegium erwirkt hatte, nur vom apostolischen Stuhl gerichtet zu werden. S. Th. I. S. 604 u. unten S. 11. n. 5.

[7] Allerdings hatte er selbst gegen dessen Bestimmungen verstossen, weil sofort nach der Entsetzung Rothad's auf seine Veranlassung ein neuer Bischof eingesetzt, also auch der Appellation nach der Sentenz keine Suspensivkraft beigelegt worden war.

[8] S. den S. 10. n. 2. citirten Brief Hinkmars (Migne l. c. p. 36): „Et hinc iuxta Sardicense concilium summus . . . pontifex pro examinis renovatione ad se reclamantis et confugientis cum sua clamatione deiecti provincialis episcopi, non statim singularitate privilegii et auctoritatis suae restituit, sed remittens eum ad provinciam ubi causa patrata fuerat et in qua iuxta Carthaginenses canones et iura legis Romanae causa potest diligenter inquiri et quod non sit difficile, testes producere,

dass durch die Beschränkung der Rechte der Erzbischöfe die geistlichen Gerichte in noch grössere Verachtung gerathen und die Bischöfe völlige Freiheit zur Auflehnung gegen die Canones erhalten würden [1]. Nikolaus I. dagegen leitet allerdings vermittelst einer sehr kühnen Interpretation aus denselben Synodalbeschlüssen die Pflicht der erkennenden Provinzialsynoden ab, auch ohne Appellation an den Papst wegen einer etwa von letzterem für nöthig zu erachtenden Erneuerung des Verfahrens zu berichten [2], ferner [3] beruft er sich für sein Recht zur Aburtheilung der Rothadschen Sache auf die Vorschriften des Koncils von Chalcedon [4] und auf die Qualität der Anklage gegen einen Bischof als ein dem päpstlichen Stuhle vorbehaltenes negotium maius [5]. Endlich stützt er sich freilich ohne nähere Angaben auf die seine Handlungsweise vollkommen rechtfertigenden Pseudo-Isidorischen Dekretalen [6], nämlich auf den Grundsatz derselben, dass alle wichtigeren Angelegenheiten, namentlich auch die Absetzung eines Bischofs nicht in definitiver Weise von der Provinzialsynode, vielmehr nur vom Papst geregelt werden, und Synoden überhaupt nicht ohne Wissen des letzteren zusammentreten sollten [7]. So hatte der päpstliche Stuhl in Folge der günstigen Konstellation der politischen und kirchlichen Parteiverhältnisse in einem eklatanten Fall dem ehrgeizigsten Metropoliten des Frankenreichs gegenüber das in Anspruch genommene oberstrichterliche Recht ausüben können, während ihm auch sonst Gelegenheit gegeben war, dasselbe in einer dem allgemeinen sittlichen Bewusstsein der Zeit entsprechenden Weise geltend zu machen [8]. In den Ver-

veritas inveniri, aut finitimis episcopis dignatur scribere aut e latere suo mittit, qui habentes eius auctoritatem praesentes cum episcopis iudicent et diligenter causam inquisitam diffiniant aut dignatur credere episcopos sufficere, ut negotio terminum possint imponere".

[1] S. c. p. 37: „Credo tamen diligentissimam discretionem vestram provisuram contemptum ac contumaciam subiectorum erga praelatos suos et libertatem impune delinquendi contra canones sacros quae hinc in nostris regionibus poterunt, ut quibusdam videtur, noxias vires accipere" . . . p. 39: „Et quod non solum ab ecclesiasticis personis, verum et multo magis etiam a saecularibus nostra iudicia contemnuntur et pro nihilo ducuntur. . . . Si qui in provincia nostra quorum querela illo (Rothado) restituto ad vos valeat pervenire, de maioribus causis de caetero quaedam commiserint, sicut de quibusdam rebus frequentius quam in istis retroactis temporibus committuntur, ne a deo damner silentio, eos commonere studebo, et si corrigere se voluerint, congaudebo, sin autem ad vestrum eos iudicium provocabo. Qui si ire voluerint, vestra sancta sapientia quid inde melius viderit decernere procurabit. Si autem ire noluerint, facient quod sibi utile iudicaverint" . . . p. 40: „Eapropter, sicut vestrae discretioni providendum est, ne subiecti episcopi a metropolitanis irregulariter condemnentur, ita nihilominus providendum est, ut metropolitani a subditis suis episcopis non irregulariter contemnantur".

[2] Ep. ad episc. syn. Silvan. a. 863 (Mansi 15, 303): „Maxime cum iuxta constitutionem sanctae huius synodi, etiamsi nunquam reclamasset (Rothadus), nunquamque sedis apostolicae mentionem fecisset, a vobis qui caussam eius examinastis, memoria s. Petri honorari debuerat atque ei perscribi, ut si judicaret renovandum esse iudicium, renovaretur et daret iudices".

[3] S. die 5 nach der Restitution Rothads erlassenen Schreiben bei Mansi l. c. p. 688 ff., von denen Hefele 4, 279 ff. eine Analyse giebt.

[4] Mansi p. 688.

[5] Ep. ad Hincmar. l. c. p. 691: „Si coram tuae prudentiae oculis ullus esset paternorum canonum vel apostolicae sedis respectus, nunquam Rothadum . . . sine nostrae tentasses scientiae notione deponere. Praecipue cum negotium, quod merito inter maiora connumeratur (de persona scilicet iudicare cuius in ecclesia ceteris ordo maior est) ventilanti et multipliciter rimanti tibi adeo de se difficiles exitus daret, ut octo circiter annos ut deponeretur elaboraveris et ... in tanta intercapedine temporum, nullam b. Petri memoriam prorsus habueris . . . Et cum in suis opportunitatibus ad sedem apostolicam beatitudo tua scripserit et ab illa sibi manum porrigi contra falsos fratres proposcerit et quaedam privilegia concedi petierit, in caussa Rothadi solum, quasi eius solatii non indiga, sedis apostolicae non memor fuit".

[6] Es ist sogar wahrscheinlich, dass er selbst durch Rothad Kunde von diesen erhalten hat, s. Dümmler a. a. O. S. 540; Hinschius, decr. Pseudo-Isid. p. CCVII, v. Noorden S. 201. Der Brief Nikolaus', welcher sie am ausführlichsten berücksichtigt, ist der ad episc. Gall. (Mansi 15, 693, s. auch Hinschius l. c. p. CCV).

[7] c. 6 (Annic.) C. IX. qu. 3; c. 3. (Anacl.). 12 (Vigil.). 16 (Fel. II) C. II. qu. 6; c. 9 (Jul.) C. III. qu. 6; c. 1 (Marc.) 2 (Jul.). 5 (Pelag. II) Dist. XVII. Ueber die Widersprüche zwischen diesen und anderen hierher gehörigen Stellen hinsichtlich der näheren Einzelnheiten s. Hinschius l. c. p. CCXIV.

[8] So in der Ehetrennungssache zwischen Lothar II. und Thietberga, in welcher letztere

handlungen gegen Hinkmar von Laon auf der Synode zu Douci im J. 871 appellirte zwar der letztere noch vor dem Spruch derselben nach Rom, und wenngleich nichts destoweniger seine Absetzung unter Verwerfung seiner auf die pseudo-isidorischen Dekretalen gestützten Einwendungen (so namentlich der exceptio spolii) ausgesprochen wurde [1], so wahrte man doch wenigstens mit Rücksicht auf die Beschlüsse des Koncils von Sardika die oberstrichterliche Befugniss des Papstes [2]. Freilich erklärte dieser — Hadrian II. — die Verurtheilung des Bischofs von Laon auf Grund der pseudo-isidorischen Dekretalen für nichtig [3]. König Karl und die Bischöfe protestirten aber diesmal energisch [4] und der Papst war genöthigt, sich auf den von ihnen vertheidigten Boden des älteren Rechtes zu stellen [5]. Ja die von ihm vorgeschriebene neue Verhandlung der Angelegenheit fand nicht statt, vielmehr bestätigte Hadrians Nachfolger, Johann VIII, im J. 876 die zu Douci verhängte Absetzung und gab Hinkmar von Rheims den Auftrag, die Wiederbesetzung des Bisthums Laon zu veranlassen [6]. Ebensowenig gelang es dem letztgedachten Papste, dem Vikariat des Ansegisus die Anerkennung seitens der gallischen Metropoliten und übrigen Bischöfe zu verschaffen [7].

mehrmals an den päpstlichen Stuhl appellirte, Dümmler S. 452. 461. 477. 503. 505 ff. und durch die von ihm vorgenommene Absetzung der Helfershelfer Lothars in dieser Angelegenheit, der Erzbischöfe Thietgaud von Trier und Günther von Köln auf der römischen Synode v. J. 863, c. 10. C. XI. qu. 3. Dümmler S. 510. Obwohl auch im letzteren Fall das bisherige Kirchenrecht verletzt war, weil die Mitbischöfe beider bei der Synode nicht betheiligt waren (Dümmler S. 511), so erhob sich doch keine Stimme für sie, selbst nicht einmal Hinkmar trat für sie ein. S. Dümmler S. 513, welcher vollkommen zutreffend S. 504 bemerkt: „Das Verhängnissvolle und überaus Bedeutsame dieses Falles lag jedoch nicht allein darin, dass einfach sich die römische Kirche zur Sittenrichterin des Staates aufwarf, sondern dass zugleich der apostolische Stuhl als höchste kirchliche Instanz seine Bannstrahlen gegen die pflichtvergessenen Glieder dieser Kirche selbst schleuderte, die zu Helfershelfern der königlichen Lüste herabgesunken waren. Der Sieg, den die päpstliche Autorität davon trug, ward daher nicht minder über die Selbstständigkeit der Krone als über die Unabhängigkeit der Bischöfe errungen".

1 Mansi 16, 662. Vgl. auch Hefele, 4, 479 ff.; Dümmler S. 767.

2 „Hincmarus metropolitanus Rhemorum episcopus legens dixit: . . . episcopali honore ac dignitate privatum iudico et omni sacerdotali officio spoliatum decerno: reservato per omnia iuris privilegio domni et patris nostri Hadriani apostolicae ac primae sedis papae: sicut sacri Sardicenses canones decreverunt et eiusdem apostolicae sedis pontifices Innocentius, Bonifacius, Leo ex eisdem sacris canonibus promulgaverunt" (Mansi 16, 676. 677).

3 ep. ad episc. Duziac. (Mansi 15, 853): „Primo . . . respondemus . . . quia cum clamaret in synodo se ad sedem apostolicam velle incunctanter venire . . . damnationis in eum non erat proferenda sententia . . . volumus et auctoritate apostolica . . . jubemus ipsum Hincmarum Laudunensem episcopum vestra fretrum potentia ad limina sanctorum apostolorum nostramque venire praesentiam. Quo sane veniente veniat pariter accusator idoneus qui nulla possit auctoritate legitima respui. Et tunc in praesentia nostra et totius sedis Romanae synodali collegio caussa illius prudenti ventilata examine . . . sine protelatione aliqua finietur".

4 Ep. episcop. syn. Duziac. ad Hadrian II. u. ep. Caroli Calv. (Migne. patrol. 124, 881 ff.)

5 Ep. ad. Carol. Calv. a. 862 (Mansi 15, 858): „De pontifice Laudunensi Hincmaro a praesulibus X provinciarum deposito et a metropolitano suo . . . Hincmaro archiepiscopo reservato per omnia huius primae sedis privilegii iudicio . . . tanta dictu nefanda tantaque execranda et auctorem suum damnantia referuntur, ut incredibilia ab ignorantibus videantur. Sed de his nihil audemus iudicare quod possit Nicaeno concilio et quinque ceterorum conciliorum regulis vel decretis nostrorum antecessorum obviare . . . Nec in ullo deviantes a tenore canonico servantes omnibus sua iura metropolitanis . . . sed quia non satis idonea videntur et matura nostris et huic sanctae sedi condigna, donec ad hanc sanctissimam et apostolicam quam appellavit sedem spatium habeat veniendi: ideo veniat et ostensis sibi litteris quae nobis misistis et libello continenti seriem synodi, libellulo etiam cleri et plebis Laudunensis proclamationem asserens se iniuste damnatum, tunc electis iudicibus non tamen eo prius in gradu restituto aut ex latere nostro directis legatis, cum auctoritate nostra refricentur quae gesta sunt et negotia in qua orta sunt provincia canonice terminentur".

6 Mansi 17, 26.

7 Th. I. S. 597. Die Schrift Hinkmars de jure metropolitanorum von 876 (opp. ed. Sirmond 2, 719: Migne l. c. 125, 189) behandelt aus Anlass der Deputirung des Ansegis die Stellung der Vikarien gegenüber den Metropoliten, die Rechte der letzteren über ihre Suffragane bespricht er dagegen ausführlicher in dem libel us expostulationis gegen Hinkmar von Laon, welcher auf der Synode von Douci im J. 871 vorgetragen worden ist. S. denselben bei Mansi 16, 581.



Trotz der letztgedachten Erfolge war für die Metropoliten freilich immer ihre frühere Stellung als selbstständige Leiter ihrer Provinzen verloren gegangen. Die Anerkennung der durch das Koncil von Sardika dem Papste gewährten oberstrichterlichen Rechte und die ihm nach karolingischer Staatsauffassung beigelegte Stellung als Wächter der Kanonen hatten die Metropoliten zu kirchlichen Verwaltungsinstanzen, über deren Verfügungen der römische Bischof die Kognition ausübte, herabgedrückt, ein Verhältniss, welches in der nunmehr allgemein für die Metropoliten statuirten Pflicht der Nachsuchung des Palliums (s. §. 78) seinen Ausdruck fand. Dass diese Veränderung allein durch die Herrschsucht und die Usurpationen der Päpste hervorgerufen worden ist, erscheint freilich als tendenziöse Behauptung, aber wenn auch der Grundgedanke des abendländischen Kaiserthums und die damit zusammenhängende Idee von der Einheit und Universalität der christlichen Kirche, ferner die Eifersucht der den Metropoliten hinsichtlich ihrer politischen Machtstellung gleichstehenden einfachen Bischöfe gegen die ersteren und die wiederholten Appellationen der letzteren nach Rom, endlich die für Eingriffe des Papstes sich überaus günstig gestaltende Wendung der politischen Lage des sinkenden karolingischen Reiches als Hauptfaktoren jener Entwicklung bezeichnet werden müssen, so haben doch die Päpste nicht nur jene Konstellationen benutzt, sondern auch die neuen von Pseudo-Isidor aufgestellten Sätze zur Erweiterung ihrer Macht in die kirchliche Praxis einzuführen gesucht [1]. In letzterer Hinsicht hat der fränkische Episkopat unter der Leitung Hinkmars von Rheims zwar anfänglich Widerstand geleistet, aber bald nachher hat diese Opposition aufgehört. Freilich hat man noch später hin und wieder auf das ältere Recht, namentlich die Vorschriften der Nicänischen und der Sardikanischen Kanones zurückgegriffen [2], indessen ist damit der Lauf der Entwicklung nicht aufgehalten worden [3]. Die allmäh-

[1] Freilich muss ich mir somit auch das Urtheil von Mast a. a. O. S. 61 gefallen lassen: „so wäre es doch die grösste historische Ungerechtigkeit, diese Abnahme (der Metropolitangewalt) irgendwie aus selbstsüchtigen Interessen der grossen mittelalterlichen Päpste abzuleiten. Solche Anschauungsweise, welche eigentlich eine wahre Nothzüchtigung der Geschichte ist, mögen heutzutage nur noch die Befangensten und Beschränktesten theilen".

[2] Vgl. die Synode von Hohenaltheim von 916 c. 13 (LL. 2, 556): „. . . constitutum liquet a tempore apostolorum et deinceps placuit, ut accusatus vel iudicatus a comprovincialibus in aliqua causa episcopis licenter appellat et adeat apostolicae sedis pontificem". Das vel heisst hier so viel wie et, s. Th. I. S. 317. n. 2. So fasst auch Hefele 4, 557 die Stelle auf. — Auf der freilich unter dem Einfluss von Hugo Capet stehenden, zur Verurtheilung Arnulfs von Rheims dorthin berufenen Synode (991) wurden ebenfalls den Anführungen Pseudo-Isidors durch die Anhänger des Angeklagten seitens des Wortführers der Synode, des Bischofs Arnulfs von Orleans, die alten Kanones entgegengehalten: „Nos . . . Romanam ecclesiam propter b. Petri memoriam semper honorandam decernimus nec decretis Romanorum pontificum obviare contendimus salva tamen auctoritate Nicaeni concilii . . . Nos autem Sardicense concilium quod privilegium Romanae ecclesiae plurimum favet, ita ad hanc causam inflectimus, ut quod de solo episcopo in qualibet provincia relicto dicit, ad Romanum episcopum affectum esse credamus. Sic enim habetur in tit. sexto (s. c. 6. conc. cit. = c. 9. Dist. LXV) . . . Juxta huius sententiae tenorem ad petitionem populorum ab episcopis et principe conventus est, ut sua auctoritate Arnulphus deponeretur . . . Videat autem, qui potest, quod non sine quodam scrupulo paulo ante lectum est: Ut nostis, inquit Damasus, synodum sine eius i. e. Romanae sedis auctoritate fieri, non est catholicum. Quid ergo, si barbarorum gladiis circumsaevientibus licentia commeandi Romam intercludatur . . . num interim aut nulla concilia erunt aut orbis terrarum episcopi ad suorum regum damna vel interitus ab hostibus disponendarum rerum consilia et concilia expectabunt. Et certe Nicaenus canon qui ipsa Romana ecclesia teste omnia concilia, omnia decreta eminentia sui exuperat, bis in anno concilia debere fieri dicit, nihil inde ad Romani episcopi auctoritatem spectare praescribit; vgl. den Bericht Gerberts (Papst Sylvesters II.) bei Mansi 19, 131. 133. 136. S. auch Hefele 4, 607 ff.

[3] So schreibt etwa um 1050 Bischof Deoduin von Lüttich an den König Frankreichs (Mansi ibid. p. 783): „cum Bruno existat episcopus (Andegavensis): episcopum autem non oportet damnationis subire sententiam praeter apostolicam auctoritatem".

liche Reception der pseudo-isidorischen, in ihrer Aechtheit nicht angefochtenen Dekretalen[1] und ihre Verbreitung durch die kirchlichen Rechtssammlungen[2] mussten das Bewusstsein der früheren Stellung der Metropoliten verwischen und etwaigen Bestrebungen derselben auf Wiederherstellung der alten Verfassung den Rechtsboden entziehen. Dazu kam aber, dass sich diese nur unter Festhaltung an der alten Sitte der Provinzialsynoden erreichen liess, aber weder die Metropoliten selbst, noch die Bischöfe bei ihrem Streben nach politischer und kirchlicher Machtstellung geneigt waren, sich die für jeden Theil in dieser Einrichtung liegende Beschränkung gefallen zu lassen, und deshalb solche Synoden auch in den folgenden Jahrhunderten verhältnissmässig selten, sowie meistens noch aus besonderen Anlässen für die Beilegung einzelner dringender Fragen und Angelegenheiten berufen wurden[3]. Wenngleich der Metropolitanverband in jener Zeit nicht wie Anfangs des 8. Jahrhunderts zerstört war, so hatte er doch keine grosse Bedeutung mehr, weil gerade alle Angelegenheiten von hervorragender Wichtigkeit von den weltlichen Fürsten, namentlich dem Kaiser, auf grösseren Synoden, wo mindestens die Erzbischöfe und Bischöfe mehrerer Provinzen vereinigt waren, oder gar im Einvernehmen mit den Päpsten selbst auf von diesen abgehaltenen Koncilien erledigt wurden, und ferner die regelmässige Metropolitanverwaltung durch den immermehr in der Praxis zur Geltung kommenden Satz von der alleinigen Befugniss des Papstes zur Entscheidung der causae maiores und das Eingreifen des römischen Stuhles durch seine Legaten und Vikarien behufs Ausführung der von ihm beabsichtigten Reformen[4] an Selbstständigkeit verlor. So hat sich denn in dieser Zeit die Stellung der Metropoliten dahin verändert, dass sie aus einer höheren Verwaltungsinstanz über den Bischöfen einer Provinz Bischöfe von hervorragenderem Range, welche nur noch gewisse Rechte über die Bischöfe eines bestimmten Sprengels auszuüben hatten, geworden sind[5]. Diese Anschauung tritt schon seit dem 11. Jahrhundert hervor[6], sie ist durch die in das corpus juris canonici aufgenommenen Dekretalen sanktionirt, und die noch im heutigen katholischen Kirchenrecht massgebende.

§. 77. *B. Die Stellung der Metropoliten nach dem Dekretalen- und nach dem geltenden Recht.*

I. Die Dekretalensammlungen des Corpus iuris canonici legen den Metropoliten folgende Rechte bei:

1. Die Befugniss zur Bestätigung der Wahl und zur Konsekration der Suffraganbischöfe[7];

[1] Wasserschleben, Beiträge zur Gesch. der falschen Dekretalen. S. 88 ff.

[2] Wasserschleben in Herzogs Encyklopädie 12, 357.

[3] Das beweist die Einsicht von Hefeles Konciliengesch., welche von der Synode von Metz vom J. 888 ab bis zum J. 1050 kaum 30 Provinzial-Synoden nachweist. S. Bd. 4. S. 525. 547. 562. 563. 565. 566. 576. 601. 612. 621. 628. 640. 646. 654. 655. 658. 660. 665. 667. 669. Die Metzer Synode klagt c. 1 (Mansi 18, 77), dass schon seit langer Zeit keine Synoden abgehalten worden sind. A. M. Schulte 2, 352. n. 2.

[4] S. Th. I. S. 154. 507.

[5] Den Nachweis im einzelnen muss ich theils dem folgenden §., theils der späteren Darstellung über die Ausübung der einzelnen kirchlichen Leitungsrechte (der Lehre von der Gerichtsbarkeit, Besetzung der kirchlichen Aemter u. s. w.) vorbehalten.

[6] So aus den einzelnen, dem Papst in dem s. g. dictat. Gregorii VII. a. 1075. registr. II. 55 a (Jaffé, monum. Gregor. p. 174) beigelegten Rechten.

[7] c. 11 (Alex. III.). c. 20. 32 (Innoc. III.) X. de elect. I. 6; c. 1. 2. §. 2 (id.) X. de translat. I. 7; c. 10 (id.) X. de off. iud. ordin. I. 31. In Verbindung damit steht das Recht, den Suffraganen den Obedienzeid (s. unten) abzunehmen. c. 13 (Gregor. IX.) X. de M. et O. I. 33.



2. zur Berufung der Provinzialsynode und zum Präsidium auf derselben[1];

3. das Recht der Beaufsichtigung der Suffragane und Visitation ihrer Diöcesen[2], sowie das Recht behufs Aufrechterhaltung der Disciplin Censuren und Strafen gegen die Bischöfe[3], jedoch unter Ausschluss der dem Papst vorbehaltenen Absetzung[4], zu verhängen;

4. das Richter-Amt in zweiter Instanz in den durch Appellation von den Tribunalen der Suffragane an sie gelangenden Rechtssachen[5];

5. das Recht der Devolution, d. h. die Befugniss, dasjenige vorzunehmen und zu suppliren, was die Suffragane unter Vernachlässigung ihrer Pflichten versäumt haben, und zwar 1. wenn mit der Besetzung bestimmter Aemter über die vorgeschriebene Zeit hinaus von dem Suffragan oder gewissen anderen berechtigten Personen gezögert wird[6]; ferner kann 2. wenn ein Domkapitel bei der Vakanz seiner Kathedralkirche in der Leitung der kirchlichen Angelegenheiten und der Verwaltung des Vermögens nachlässig oder unordentlich verfährt der Erzbischof einen Visitator oder Administrator ernennen[7]. Andere, von Einzelnen[8] hier aufgezählte Fälle gehören nicht hierher, weil die betreffenden Befugnisse lediglich Ausflüsse der zweitinstanzlichen Stellung[9] oder der Korrektions- und Visitationsgewalt[10] der Metropoliten sind. Ebenso unrichtig ist, wenn man namentlich im Mittelalter das Devolutionsrecht des Erzbischofs auf alle denkbaren Fälle der Nachlässigkeit der Suffragane hat ausdehnen wollen[11]. Denn im Allgemeinen ist, wie schon die besondere Hervorhebung ihrer Befugnisse ergiebt, den

[1] c. 25 (conc. Later. IV. a. 1215) X. de accus. V. 1. Vgl. ferner unten den betreffenden §.

[2] c. 14 (Luc. III.). c. 22 (Innoc. III.). c. 25 (Gregor. IX.) de cens. III. 39; c. 1 (Innoc. IV.) in VI[to] eod. III. 20, welches letztere aber als Bedingung der Visitation hinstellt: „ut quilibet archiepiscopus suam volens visitare provinciam prius ecclesiae suae capitulum ac civitatem et dioecesim propriam plene visitare procuret nec sit solum erga maiorum sed etiam minorum ecclesiarum nec etiam circa clericorum tantum sed etiam populorum visitationem intentus“; c. 1 (id.) de poen. V. 9.

[3] c. 52 (Honor. III.) X. de sent. excomm. V. 39; c. 1. i. f. (Innoc. IV.) in VI[to] de off. ordin. I. 16. S. auch Kober, Kirchenbann 2. Ausg. S. 70 und Suspension der Kirchendiener. S. 40; wegen des Interdiktes desselb. Abhandlung in Moys Arch. 22, 7. In dem Fall des c. 29 (Lateran. 1215) X. de praeb. III. 5. d. h. bei der Entziehung des Pfründenbesetungsrechtes wegen Anstellung unwürdiger Geistlicher hat aber das Provinzial-Koncil mit zu konkurriren.

[4] S. den dictatus Gregorii VII. reg. II. 55a (Jaffé, monum. Gregor. p. 174. 176): „quod ille solus possit deponere episcopos vel reconciliare, — quod absque synodali conventu possit episcopos deponere et reconciliare“ und Th. I. S. 508, vgl. auch o. S. 11. u. S. 13. n. 3; ferner c. 2. cit. X. de translat.

[5] c. 1 (Alex. III.) X. de off. legat. I. 30. c. 3 (Innoc. IV.) in VI[to] de appell. II. 15; c. 1. (id.) eod. de off. iud. ordin. I. 16.

[6] c. 2 (Later. III. a. 1179) X. de concess. praeb. III. 8: . . . „Si autem episcopus, ubi ad eum spectat, conferre distulerit, per capitulum ordinetur. Quodsi ad capitulum pertinuerit et intra praescriptum terminum hoc non fecerit, episcopus secundum deum hoc cum religiosorum virorum consilio exsequatur. Vel si omnes forte neglexerint, metropolitanus de ipsis secundum deum absque illorum contradictione disponat“. Vgl. auch c. 3 (Innoc. III.) X. de supp. neglig. I. 10; c. 15 (id.) X. de conc. praeb.; c. 41 (Later. IV. a. 1215) X. de elect. I. 6. Ueber die Aenderungen, welche die Vorschriften später erfahren haben, s. unten und die Lehre von der Besetzung der Kirchen-Aemter kraft des jus devolutionis.

[7] c. 4 (Bonif. VIII.) in VI[to] de suppl. negl. I. 8.

[8] S. z. B. Phillips 6, 834.

[9] So das Recht die unrechtmässig vom Suffraganbischof verweigerte Lossprechung von der Exkommunikation auf Appellation aufzuheben. c. 40 (Innoc. III.) X. de sent. excomm. V. 39; c. 8 (id.) X. de off. iud. ord. I. 31; c. 7 (Innoc. IV.) in VI[to] de sent. excomm. V. 11. Vgl. auch Kober, Kirchenbann. S. 459.

[10] So das Recht bei der Visitation die vom Bischof nicht geahndeten notorischen Verbrechen zu bestrafen. c. 1. §. 4 (Innoc. IV.) in VI[to] de cens. III. 20. Der von Phillips a. a. O. S. 835 erwähnte Fall des c. 48 (conc. Trull. a. 692) C. XII. qu. 2, Berechtigung der Bewahrung des Gutes einer ihres gesammten Klerus beraubten Kathedrale während der Vakanz des Bischofsstuhles, gehört der früheren Auffassung an und kann, da hier gar kein Verschulden vorliegt, nicht als Ausfluss des Devolutionsrechtes angesehen werden.

[11] S. z. B. Hostiensis summa aurea de off. iud. ord. n. 7. s. v. deses; die Glosse zu c. 11. X. I. 31. s. v. exceptis und zu c. 1. in VI[to] I. 8. s. v. culpis; Gonzalez Tellez comm. ad c. 9. X. I. 31. n. 10. Dagegen u. A. Barbosa, de officio et potestate episcopi. P. III. alleg. 125. n. 6 ff.; Reiffenstuel, ius can. univ. I. 10. n. 10 ff.; Phillips 6, 833.

Erzbischöfen das Eingreifen in die Jurisdiktion ihrer Suffragane untersagt[1] und ferner die Anschauung, dass sie überall bei Behinderungen der letzteren einzutreten befugt sind, ausdrücklich reprobirt[2].

6. Ist den Erzbischöfen das Recht ertheilt, innerhalb der vorgeschriebenen Gränzen Ablässe für ihre ganze Provinz zu gewähren[3].

Nach dem Bemerkten besitzen die Metropoliten im Allgemeinen die Regierungsgewalt (die s. g. iurisdictio) über die Untergebenen der Suffraganen nicht[4], vielmehr nur in soweit als sie mit den ihnen über die letzteren selbst zustehenden Befugnissen zusammenhängt und durch die Ausübung derselben bedingt ist. In zweiter Instanz erlangt er sie daher nur in Folge der Appellation, für die zu seiner Entscheidung gebrachte Sache: deshalb darf er nicht andere Angelegenheiten derselben Parteien vor sich ziehen[5], ebensowenig im Voraus für die etwaigen Citationen Offiziale in den Diöcesen seiner Suffraganen einsetzen[6] oder sein Gericht in einer andern als der eigenen oder der der Parteien abhalten[7]. In Folge seiner Befugniss zur Visitation ist er ferner berechtigt, bei derselben die Beichten der Untergebenen seiner Bischöfe zu hören und ersteren Bussen aufzuerlegen[8], ebenso bei notorischen Vergehen einzuschreiten, andererseits muss er aber die Ahndung der nicht festgestellten Verbrechen den Suffraganen überlassen[9]. Endlich hat er auch die Strafgewalt gegen alle diejenigen, welche ihn, seine Gehülfen oder Abgesandten bei der Visitation oder beim Provinzialkoncil, sowie bei den Vorbereitungen dazu an der Ausübung seiner Gerechtsame hindern, die schuldigen Procurationen verweigern oder ihn oder die vorhin gedachten Personen bei den erwähnten Gelegenheiten beleidigen, sofern letzteres notorisch ist[10]. Eine weiter gehende Jurisdiktion kann allein durch eine althergebrachte Gewohnheit begründet werden[11].

[1] S. auch c. 11. §. 1. cit. X. I. 31 (unten n. 4).

[2] c. 1. (Innoc. IV) in VI^to cit. I. 8: „Edictum vero per Remensem provinciam publicatum, ut a subditis episcoporum ipsius provinciae pro audiendis et terminandis eorum causis libere ad Remensem curiam accedatur, penitus revocamus, quia etiamsi tenerentur iidem episcopi pro suis culpis vinculo excommunicationis adstricti, non tamen ex culpis ipsis, quum id non inveniatur a iure concessum, ad Remensem archiepiscopum iurisdictio devolveretur illorum".

[3] c. 15. (Honor. III) X. de poen. V. 38; c. 1 (Innoc. IV) in VI^to eod. V. 10.

[4] c. 11. X. cit. I. 11: „. . . utrum, si aliqua causa fuerit ad archiepiscopum per appellationem delata, possit eandem iure ordinariae potestatis suffraganei sui subdito delegare vel animadvertere in eundem, si causam renuerit suscipere delegatam? Ad quod respondemus, quod archiepiscopus ipsum ad suscipiendam delegationem huiusmodi compellere nequit invitum, quum in eum exceptis quibusdam articulis nullam habeat potestatem, licet episcopus suus eidem sit metropolitana lege subiectus". Weitere Anwendungen dieses Grundsatzes in c. 1. (Innoc. IV) in VI^to de foro compet. II. 2, c. 1 (id.) eod. de off. iud. ordin. I. 16; c. 3 (id.) eod. de appell. II. 15.

[5] c. 3. §. 7. in VI^to cit. II. 15.

[6] c. 1. eod. I. 16.

[7] c. 5 (Bonif. VIII) eod. I. 15.

[8] c. 5 (Bonif. VIII) eod. III. 20.

[9] c. 1. §. 4. eod. tit.

[10] c. 1 (Innoc. IV) in VI^to de poen. V. 9 u. c. 16 (Innoc. III) X. de praescript. II. 26.

[11] S. die vorhin citirten Stellen Innocenz' IV. aus dem liber Sextus; vgl. auch Gonzalez Tellez l. c. n. 13 ff. — Hostiensis l. c. und nach ihm die Glosse zu c. 1 in VI^to I. 8 fassen die Fälle, in denen der Erzbischof eine Jurisdiktion über die Untergebenen seiner Suffragane hat, in folgende Memorialverse zusammen:

Officium varium, forus, appellatio, crimen,
Peccans, non parens, res, consultatio, deses
Praesul, canonici tumidi, sententia nequam:
Visitat, indulget, custos, quia papa dat, usus:
Permutat sociis, suspectus cumque remittit,
Casibus his primas subiectos praesulis arcet".

Die Ausdrücke: appellatio, deses praesul, visitans beziehen sich auf die Rechte des Erzbischofs auf die zweite Instanz, die Devolution und die Visitation; forus auf den Fall der Absolvirung von der unrechtmässigen Exkommunikation (s. S. 15. n. 9), custos auf den Fall des c. 48. C. XII. qu. 2. (s. a. a. O. n. 10), usus auf die Möglichkeit der Erweiterung der Rechte durch Gewohnheit und quia papa dat durch Vermehrung kraft Privilegs. Auf damals schon veraltete im Dekret vorkommende Bestimmungen beziehen sich: officium varium, vgl. dazu c. 13. Dist. XII, s. oben S. 3. n. 3; crimen auf c. 1. (stat. eccl. antiqu.) C. VI. qu. 2 (soll Geistliche und Laien bei der Synode anklagen); gar nicht hieher gehört consultatio, d. h. wenn sich der Suffragan um Rath

Entsprechend dieser im Vergleich zu den früheren Zeiten geminderten Machtstellung der Metropoliten, für deren richtige Beurtheilung noch darauf aufmerksam zu machen ist, dass nach der im 12. Jahrhundert festgestellten Rechtsanschauung allein der Papst vom gemeinen Recht dispensiren, ferner aus allen Theilen der Erde als iudex ordinarius ohne Beachtung der Zwischen-Instanzen Appellationen und andere Rechtssachen annehmen [1], sowie zur Ausübung dieser Befugnisse überall Legaten hinsenden kann [2], hat sich seit dem 11. Jahrhundert die Auffassung geltend gemacht, dass das Pallium erst die volle erzbischöfliche Gewalt verleiht [3] und daher die Metropoliten ihre Rechte nur kraft besonderer päpstlicher Uebertragung besitzen [4], während die Geschichte gerade das Umgekehrte, nämlich ein allmähliches Uebergehen der Rechte der Metropoliten auf den Papst, zeigt.

II. Das Tridentinum. Von den ihnen nach dem Dekretalenrecht zustehenden Befugnissen verloren die Metropoliten nachmals in Folge der Erweiterung der päpstlichen Besetzungsrechte seit dem 14. Jahrhundert die Konfirmation bei der Besetzung der bischöflichen Stühle und damit wurde die Ertheilung der Konsekration gleichfalls ein päpstliches Recht, welches sie nur noch kraft besonderer Delegation ausüben konnten. Auch die hauptsächlich den letzten Punkt berührenden Bestrebungen des Baseler Koncils sind ohne nachhaltige Wirkung vorübergegangen [5]. Ebensowenig hat das Tridentinum eine principielle Umgestaltung ihrer Stellung versucht, es vielmehr im Grossen und Ganzen bei dem Dekretalenrecht freilich ohne Restitution des verloren gegangenen Konfirmations- und Konsekrationsrechtes gelassen [6], und endlich ist auch bei der Wiederherstellung der Ende des vorigen und Anfangs dieses Jahrhunderts zerstörten Kirchenverfassung in Deutschland keine Aenderung erfolgt [7].

an den Metropoliten wendet, ebensowenig res, d. h. forum rei sitae in der Diöcese des Erzbischofs, peccans, d. h. forum delicti in derselben, canonici tumidi, Einschreiten des Metropoliten als apostolischen Delegaten gegen aufsässige Kanoniker auf Anrufen des Bischofs, c. 13. §. 1. X. de off. iud. ord. I. 31. Mit den früher erwähnten Befugnissen hängt zusammen und zwar mit der Stellung des Metropoliten als Richters höherer Instanz non parens das Recht des Erzbischofs den von der Exkommunikation freigesprochenen Diöcesanen des Suffraganen, wenn er die bei der Absolution auferlegten Bedingungen nicht erfüllt, wieder in den Bann zu thun, s. c. 8 (Innoc. III) X. de off. iud. ordin. I. 31; sententia nequam, d. h. der besondere Fall des c. 54. X. de appell. II. 28, suspectus cumque remittit, Uebersendung der Sache an den Erzbischof, wenn der Suffragan suspekt ist, in Gemässheit des c. 61. X. eod. Indulget bezieht sich auf das dem ersteren zustehende Recht zur Ertheilung von Ablässen in seiner Provinz, endlich: permutat sociis auf den von der mittelalterlichen Doktrin aus einer Reihe von Dekretalen abstrahirten Rechtssatz, (s. Hostiensis l. c.) dass bei Tauschverträgen zwischen dem Bischof und dem Kapitel der Erzbischof als superior seinen Konsens geben müsse (ein Fall von 1203, wo diese Regel befolgt ist, in Gallia christ. 16 app. p. 197).

1 Th. I. S. 174.

2 A. a. O. S. 507 ff. 513 ff.

3 S. unten §. 78.

4 c. 4. X. de elect. s. Th. I. S. 210. n. 6.

5 Mast S. 154 ff.

6 Die betreffenden Stellen unter III.

7 Ein Theil der verbündeten, namentlich später zur oberrheinischen Kirchenprovinz gehörigen Regierungen (Würtemberg, Baden, beide Hessen, Nassau, Frankfurt, aber auch andere s. v. Longner, Beiträge zur Gesch. der oberrhein. Kirchenprovinz. Tübingen. 1863. S. 408) suchte zwar unter Benutzung der Emser Punktation (s. Th. I. S. 530, die Rechte der Metropoliten auf der Grundlage der kirchlichen Provinzialverfassung umzugestalten (s. die Grundzüge der Vereinbarung von 1818. §§. 57 ff. bei Münch, Konkordate 2, 354 u. dazu v. Longner S. 425, sowie das Fundationsinstrument und die Kirchenpragmatik von 1820 no. 11, resp. §§. 12 ff., Münch, a. a. O. S. 336. 325 u. v. Longner S. 510. 640), jedoch hat der Papst diesen Bestrebungen gegenüber in der Esposizione dei sentimenti di Sua Santità von 1819. n. 42 (Münch S. 406; v. Longner S. 484) erklären lassen, dass es bei der Ausübung der den Erzbischöfen „iuxta canones nunc vigentes et praesentem ecclesiae disciplinam“ zustehenden Rechte verbleiben müsse, und so enthält das für die oberrheinische Kirchenprovinz erlassene Edikt vom 30. Januar 1830 die bedeutungslosen §. 8: „Die ihrer Bestimmung gemäss wiederhergestellte Metropolitanverfassung und die Ausübung der dem Erzbischof zustehenden Metropolitanrechte stehen unter dem Gesammtschutze der vereinten Staaten“; §. 19: „Nur der Erzbischof, Bischof und Bisthumsverweser stehen in allen, die kirchliche Verwaltung

III. Das geltende Recht. Der Erzbischof oder Metropolit (Metropolitan) ist in der heutigen Verfassung der katholischen Kirche ein Bischof, welcher nicht nur Bischof seiner Diöcese ist, sondern auch über die Bischöfe bestimmter anderer zu einem Sprengel (provincia) vereinigten Diöcesen gewisse Jurisdiktionsrechte (*ius metropoliticum* [1], *auctoritas* oder auch *lex metropolitana* [2]) auszuüben hat, ferner den Vorrang vor ihnen und endlich gewisse Ehrenrechte (§. 78) besitzt. Das Amt der Erzbischöfe ist keine nothwendige, durch das göttliche Recht (ius divinum) eingeführte Stufe der Hierarchie, vielmehr besteht dasselbe nur in Folge der historischen Entwicklung kraft menschlichen Rechtes [3] und die einzelnen in demselben liegenden Befugnisse gelten als aus dem Primat des Papstes abgeleitete und ein für alle Mal auf die Erzbischöfe übertragene Rechte. So weit diese reichen, nimmt aber nichts destoweniger der Erzbischof die Stellung eines iudex ordinarius für die ihm untergebenen Bischöfe, beziehentlich deren Diöcesanen ein [4], denn wenn auch einzelne Kanonisten von einer Delegation der Metropolitanrechte seitens des Papstes auf die Erzbischöfe sprechen [5], so hat offenbar damit nur gesagt sein sollen, dass die Rechte der letzteren nicht von Anfang rein selbstständige gewesen, sondern ihrem Charakter nach als Ausflüsse des Primates zu betrachten sind und allein auf dem letzteren beruhen [6].

Die einzelnen heut dem Erzbischof zustehenden jurisdiktionellen Rechte sind folgende:

1. Die Befugniss zur Abhaltung und zur Leitung der Provinzialsynoden hat das Tridentinum nicht nur anerkannt, sondern es hat auch den Erzbischöfen zur Pflicht gemacht, solche mindestens alle drei Jahre zu berufen [7]. Zwar sind dergleichen Synoden beinahe drei Jahrhunderte hindurch namentlich in Deutschland und Frankreich so gut wie gar nicht zusammengetreten, indessen hat neuerdings dieses Institut dort wieder praktische Bedeutung erhalten, und begonnen, ein Theil der vigens disciplina ecclesiae zu werden.

2. Das Visitations- und Strafrecht der Metropoliten über die ihnen untergebenen Bischöfe hat das erwähnte Koncil ebenfalls bestehen lassen, jedoch ist das Recht zur Vornahme der Visitation der Suffraganbisthümer daran gebunden, dass der Erzbischof nicht nur vorher, wie das Dekretalenrecht vorschreibt [8], seine eigene Diöcese vollständig visitirt hat, sondern auch daran, dass ihm die Provinzialsynode aus einem haltbaren Grunde die Zustimmung dazu ertheilt [9]. Ebenso ist die Ausübung der Strafgewalt in

betreffenden Gegenständen in freier Verbindung mit dem Oberhaupt der Kirche, jedoch müssen dieselben die aus dem Metropolitanverbande hervorgehenden Verhältnisse jeder Zeit berücksichtigen".

[1] c. 1 (Alex. III.) X. de off. legati I. 30; c. 13 (Gregor. IX) X. de arbitr. I. 43.

[2] c. 54 (Innoc. III.) X. de appell. II. 28; c. 11 (id.) X. de off. iud. ord. I. 31.

[3] Thomassin l. c. c. 26. n. 5.; Berardi, commentar. in ius eccles. lib. I. u. II. diss. 3. c. 1. (ed. Mediolan. p. 96); Mast S. 6 ff.; Phillips 2, 80. Metropolitani non divinae neque apostolicae sed canonicae institutionis sunt. Hurter, Gesch. Papst Innocenz' III. 3, 181.

[4] c. 11. cit. spricht von einer ordinaria potestas der Metropoliten. Vgl. auch Th. I. S. 171.

[5] S. Berardi l. c., Schulte, K. R. 2, 207.

[6] Phillips a. a. O. S. 87. 88: „Alle Metropolitangewalt ist nur ein Ausfluss des päpstlichen Primats, kein Bischof — Petrus und seine Nachfolger ausgenommen — steht nach göttlichem Recht über dem andern, steht einer höher, so beruht dies lediglich und allein darauf, dass das Oberhaupt der Kirche es also, stillschweigend oder ausdrücklich, hat geschehen lassen . . . Es hat daher aus sich kein Erzbischof über einen andern Bischof, sondern nur durch den Papst eine Jurisdiktion, ebenso steht ihm diese über die Untergebenen seiner Suffragane nur dadurch zu, dass der Papst, welcher die Herrschaft über alle Mitglieder des Reiches Gottes hat, sie ihm für bestimmte Fälle verlieh". Dass bei dieser Auffassung nichts destoweniger die iurisdictio ordinaria der Erzbischöfe festgehalten werden kann, ergiebt die Ausführung über ihren Begriff Th. I. S. 171.

[7] Sess. XXIV. c. 2. de reform.

[8] S. oben S. 15. n. 2.

[9] L. c. c. 3: „A metropolitanis vero etiam post plene visitatam propriam dioecesim non visitentur



leichteren Fällen über die Suffraganbischöfe von der Mitwirkung der Provinzialkoncilien abhängig gemacht worden [1]. So lange die letzteren nicht stattfanden, war daher die Handhabung der erwähnten Befugnisse den Erzbischöfen unmöglich gemacht. Heute, wo sie in Folge der erwähnten Aenderung wieder im Stande sind, sie geltend zu machen, steht dem offenbar nichts entgegen, denn eine Beseitigung der Vorschriften des Tridentinums durch desuetudo ist aus dem Grunde nicht anzuerkennen, weil die Beseitigung jener Rechte eine gegen die Handhabung der Disciplin verstossende, mithin wegen Irrationabilität rechtsungültige Gewohnheit sein würde [2]. Als weitere Konsequenz ergiebt sich, dass die den Metropoliten in Betreff der Visitation oder in Verbindung mit derselben durch die Dekretalen eingeräumten Rechte (s. oben S. 16 zu den Noten 8—10) ebenfalls wieder geübt werden können. Ohne Konkurrenz der Synode wird aber der Erzbischof die Suspension und Exkommunikation gegen seine Suffraganen gar nicht verhängen dürfen [3], mit Ausnahme des Falles, wo er wegen Verletzung seiner Metropolitanrechte diese Censuren auszusprechen befugt ist, oder wo es sich blos darum handelt, eine gegen den Suffraganen ipso iure eingetretene öffentlich zu deklariren und zu publiciren [4]. Der General-Vikare und der Offizialen der Suffragane erwähnt das Tridentinum nicht, daher kann er gegen diese noch mit Suspension und Exkommunikation vorgehen, sofern sie die Pflichten, über welche der Erzbischof zu wachen hat, nicht erfüllen oder unmittelbar die Rechte des letzteren verletzen [5].

3. Was das Aufsichtsrecht der Metropoliten betrifft, so hat das Koncil letztere ausdrücklich und ohne jede Einschränkung zu der Aufsicht über die Errichtung, die Forterhaltung und Leitung der Seminarien in den bischöflichen Diöcesen [6] und über die Beobachtung der Residenzpflicht seitens der ihnen untergegebenen Bischöfe [7] berechtigt erklärt. Ein sonstiges, sich auf alle Angelegenheiten der Suffraganbischöfe erstreckendes Aufsichtsrecht lässt sich nicht statuiren [8], da die betreffenden Dekretalen, welche die Anwendung von Censuren behufs Ausübung desselben gestatten, durch das Tridentinum aufgehoben sind und somit jedes Zwangsmittel fehlt, die Beseitigung der im Wege der Aufsicht gerügten Missstände durchzusetzen. Man sollte es daher jetzt unterlassen, die früher tradionell fortgepflanzte Aufzählung von gewissen weiteren Bethätigungen der Aufsicht der Erzbischöfe [9] noch immer zu wiederholen.

cathedrales ecclesiae neque dioeceses suorum comprovincialium, nisi causa cognita et probata in concilio provinciali".

[1] Trid. Sess. XXIV. c. 5. i. f. de ref.

[2] So auch Schulte 2, 207. n. 1.

[3] Kober, Suspension der Kirchendiener. S. 40.

[4] Mast S. 216; Kober, Kirchenbann. 2. Aufl. S. 70.

[5] Also nicht wegen des ausseramtlichen Verhaltens dieser Personen und ebensowenig wegen ihrer zur Metropolitangewalt in gar keiner Beziehung stehenden Handlungen. S. c. 1. (Innoc. IV) in VI^to de off. vicar. I. 13; Glossa dazu s. v. rationabili, vgl. ferner Barbosa, de off. et potest. episc. I. 4. n. 17. 18; Kober a. a. O. S. 71, wohl aber wenn der General-Vikar die an den Erzbischof eingelegte Appellation nicht beachtet oder hindert, wenn ersterer trotz der gegen ihn verhängten Exkommunikation die Jurisdiktion ausübt, sowie die Anweisungen des Erzbischofs unbeachtet lässt. Nach Mast S. 216 hat die Rota am 3. Februar 1747 die Statthaftigkeit der Anwendung der Censuren gegen die hier genannten Personen ebenfalls anerkannt.

[6] Sess. XXIII. c. 18. de reform.

[7] Sess. VI. c. 1. de reform.

[8] Das Richtige hebt am schärfsten Schulte 2, 367 hervor, indem er bemerkt: „Dass übrigens dem Erzbischof das Recht und die Pflicht beiwohnt, ihm bekannt gewordene Pflichtwidrigkeiten eines Suffraganen demselben vorzustellen, ihn zur Abhülfe zu ermahnen, und solche eventuell dem Papst anzuzeigen, liegt so sehr in der Natur und dem Zweck der Verfassung, dass es keine Anerkennung des positiven Rechts bedarf und ganz gleichmässig dem Suffraganen gegenüber seinem Erzbischof zustehen muss".

[9] Ueblicher Weise (s. Barbosa, de off. et epispot. c. I. 4. n. 45. 58; Ferraris s. v. archiepiscopus art. I. n. 10. 13. 29. 30. 40 ff.) wurde hervorgehoben (s. auch Mast S. 214. 215 ff.) die Aufsicht hinsichtlich der Simonie, c. 30. X.

4. Da die Synode der Handhabung der streitigen Gerichtsbarkeit erster Instanz über die Suffragane nicht gedenkt, so sind in dieser Beziehung Zweifel laut geworden. Die überwiegende Meinung gewährt aber den Metropoliten ein solches Recht und stützt sich darauf, dass das Tridentinum nur der Kriminalsachen erwähne, und es daher bei der Regel bleiben müsse, kraft welcher die Erzbischöfe die iurisdictio ordinaria über die einfachen Bischöfe besitzen [1]. Wenn auch das letzte nicht ganz richtig ist (s. S. 15. 16), so wird man sich doch dieser Ansicht anschliessen müssen, da die Dekretalen den Erzbischöfen ausdrücklich eine Strafgerichtsbarkeit gewähren [2], und man ihnen die Jurisdiction in streitigen Rechtssachen der Bischöfe, welche jene nirgends ebensowenig, wie das Tridentinum dem Papst vorbehalten, nach der Analogie und mit Rücksicht darauf, dass diese früher ebenso wie die Strafsachen vor die Provinzialsynoden [3] gehörten, wird zugestehen müssen [4]. Praktische Bedeutung hat freilich die Kontroverse für die meisten Staaten nicht, da fast überall die Gerichtsbarkeit über die Civilsachen der Bischöfe durch die weltlichen Gerichte ausgeübt wird [5].

5. Dagegen ist den Erzbischöfen auch nach dem Tridentinum das Recht zur Entscheidung in zweiter Instanz verblieben und gerade dieses hat bei der seltenen Abhaltung der Provinzialsynoden früher die meiste praktische Bedeutung gehabt. Ist dasselbe auch heute wegen der Beschränkung der geistlichen Gerichtsbarkeit durch die einzelnen Staatsgesetzgebungen [5] in mancher Hinsicht beeinträchtigt, so hat es doch neuerdings da, wo die Disciplinargerichtsbarkeit über die Geistlichen wieder allein der katholischen Kirche überlassen worden ist [5], eine praktische Realität erhalten. Die aus der Stellung als Appellationsrichter hervorgehenden Befugnisse über die Untergebenen der Suffraganen, deren bereits oben S. 16 gedacht ist, sind dem Erzbischof nach heutigem Recht selbstverständlich gleichfalls zuzusprechen.

6. Was das Devolutionsrecht betrifft, so muss, so weit sich dasselbe bei der Aemterbesetzung bethätigt, auf die desfallsigen §§. verwiesen werden. Das Tridentinum hat die hierher gehörigen Bestimmungen getroffen, dass wenn das Domkapitel einer erledigten Kathedrale nicht binnen 8 Tagen nach dem Eintritt der Vakanz eine gehörige qualificirte Person zum Kapitular-Vikar bestellt, die Ernennung desselben an den Erzbischof devolviren soll. Das Gleiche gilt, wenn das Kapitel da, wo es wegen der Verwaltung der Temporalien nöthig ist, es unterlässt, einen oder mehrere geeignete Oekonomen anzustellen [6].

de sim. V. 3; über die nothwendige Bestellung von Erzpriestern auf dem Lande c. 4. X. de archipresb. I. 24; das Recht pravae consuetudines zu beseitigen c. 18. X. de filiis presb. I. 17; c. 3. X. de instit. III. 7; Predigten durch die Provinz zu untersagen c. 11. X. de priv. V. 33; darüber zu wachen, dass der Gottesdienst in den Kathedralen der Suffragane nach der in der Metropolitankirche hergebrachten Weise gefeiert wird. Das letztere ist völlig unpraktisch und die übrigen Punkte finden nicht einmal sämmtlich in den dafür citirten Dekretalen einen genügenden Anhalt. Ebensowenig haltbar ist die übliche Herleitung der Pflicht der Metropolitane, für die jährliche Abhaltung von Diöcesansynoden durch die Bischöfe Sorge zu tragen, aus Trid. Sess. XXIV. c. 2. de ref., welches eines Zwangsrechtes der Erzbischöfe gegen die letzteren mit keinem Worte erwähnt.

[1] Gonzalez Tellez comm. ad c. 9. X. I. 31. n. 10; Barbosa, de offic. et potest. episc. I. 4. n. 27. 28; eiusd. ius eccles. I. 7. n. 46; Engel I. 33. n. 28; Reiffenstuel I. 31 n. 38; Schmier, jurispr. canon. civ. lib. I. tr. 5. c. 4. n. 28; Ferraris, prompt. biblioth. canon. s. v. archiepisc. I. n. 7; Wiese, Handbuch 1, 773; Phillips, Lehrbuch. S. 281 und Kirchenrecht 6, 828; Mast S. 215.

[2] S. oben S. 15.

[3] S. z. B. c. 3. C. VI. qu. 4; c. 46. C. XI. qu. 1.

[4] Ist auch nach der Angabe von Gallemart zu Trident. Sess. XXIV. c. 5. in seiner Ausgabe die Praxis der Congregatio episcop. et regularium.

[5] S. das weitere in der Lehre von der Gerichtsbarkeit.

[6] Sess. XXIV. c. 16. de ref.: „Capitulum sede vacante, ubi fructuum percipiendorum ei munus incumbit, oeconomum unum vel plures fideles ac diligentes decernat qui rerum ecclesiasticarum et proventuum curam gerant, quorum rationem ei ad

Ausserdem hat das Tridentinum den Metropoliten noch folgende besondere Berechtigungen ertheilt:

7. Für den Fall, dass wegen mangelnder Mittel nicht in jeder Diöcese der Provinz ein eigenes Seminar unterhalten werden kann, ist der Erzbischof in Gemeinschaft mit den beiden ältesten Suffraganen berechtigt, dem Bedürfniss je nach Umständen durch Vereinigung mehrerer Diöcesen zu einem Seminarbezirk oder durch Errichtung einer einzigen solchen Lehranstalt für die ganze Provinz abzuhelfen, jedoch steht ihm diese Befugniss nicht ausschliesslich zu, vielmehr ist auch die Provinzialsynode zur Vornahme dieser Massregeln kompetent [1].

8. Als Delegaten des apostolischen Stuhles haben sie darüber zu wachen, dass

a. die Aebte und Regularprälaten, welche ausserhalb jedes Diöcesanverbandes stehen, das Predigtamt in den ihren Klöstern untergebenen Pfarrkirchen gehörig verwalten lassen [2],

b. ferner die unmittelbar dem apostolischen Stuhle untergebenen Klöster, welche keine regelmässigen Visitatoren haben, zur Einrichtung der behufs der Visitation vorgeschriebenen Kongregationen und zur 3jährigen Abhaltung der letzteren im Falle der Nachlässigkeit der Klosteroberen anzuhalten, auch nöthigenfalls die Kongregationen selbst zu berufen [3].

Der Vollständigkeit wegen mag endlich noch darauf hingewiesen werden, dass das oben S. 16 erwähnte Recht der Metropoliten zur Gewährung von Ablässen für die ganze Provinz, zur Ertheilung des Segens und zur Celebrirung feierlicher Pontifikalämter in derselben und in den darin belegenen exemten Orten [4] auch heute noch als in Geltung angesehen werden muss.

Die Möglichkeit der Uebertragung der erzbischöflichen Jurisdiktion auf einen Stellvertreter muss wegen des allgemeinen Grundsatzes, dass jeder iudex ordinarius seine Befugnisse delegiren kann (s. Th. I. S. 185), anerkannt werden. Praktische Bedeutung hat dies aber nur für das Recht der zweiten Instanz und das vom

quem pertinebit, sint reddituri. Item officialem seu vicarium infra VIII dies post mortem episcopi constituere vel exsistentem confirmare omnino teneatur qui saltem in iure canonico sit doctor vel licentiatus vel alias quantum fieri poterit idoneus. Si secus factum fuerit ad metropolitanum deputatio huiusmodi devolvatur. Et si ecclesia ipsa metropolitana fuerit aut exempta capitulumque ut praefertur, negligens fuerit, tunc antiquior episcopus ex suffraganeis in metropolitana et propinquior in exempta oeconomum et vicarium idoneos possit constituere". Dass sich die Vorschrift im zweiten Satz des Kapitels über das Recht und über die Frist der Devolution auch auf den Oekonomen bezieht, was bei der Fassung des ersten Satzes nicht ganz klar ist, ergiebt die Schlussbestimmung über den Ersatz des Metropoliten in bestimmten Fällen. So auch die gewöhnliche Annahme, s. z. B. Mast S. 231; Phillips Lehrb. S. 415; Schulte 2, 261; Richter, K. R. §. 136. Die Vorschrift des oben erwähnten c. 4. in VI^to I. 8 (s. S. 15. n. 7) ist dadurch gegenstandslos geworden, dass das Tridentinum durch seine Anordnung das dort noch vorausgesetzte Recht des Kapitels, in corpore während der Sedisvakanz die Verwaltung der Diöcese zu führen, beseitigt hat.

[1] Sess. XXIII. c. 18. de ref. verb. Si vero in aliqua provincia.

[2] Trid. Sess. V. c. 2. de ref.

[3] Ibid. Sess. XXV. c. 8. de regul.: „Monasteria omnia quae generalibus capitulis aut episcopis non subsunt, nec suos habent ordinarios regulares visitatores, sed sub immediata sedis apostolicae protectione ac directione regi consueverunt, teneantur infra annum a fine praesentis concilii et deinde quolibet triennio sese in congregationes redigere iuxta formam constitutionis Innoc. III. (c. 7. de stat. monach. III. 35) . . . ibique certas regulares personas deputare quae de modo et ordine, de praedictis congregationibus erigendis ac statutis in eis exsequendis deliberent et statuant. Quodsi in his negligentes fuerint, liceat metropolitano in cuius provincia praedicta monasteria sunt, tanquam sedis apostolicae delegato, eos pro praedictis causis convocare".

[4] Clem. 2. de privil. V. 7; Bened. XIV. const. Exemplis praedecessorum v. 19. März 1748 (eiusd. Bullar. 2, 404). Das Recht, Quästoren zur Sammlung von Beiträgen für seine Kirchenfabrik in der ganzen Provinz umherzusenden, c. 1. in VI^to de poenit. V. 10. hat keine praktische Bedeutung mehr. S. auch Mast S. 224.

Tridentinum festgesetzte Aufsichts- und Devolutionsrecht[1]. Dagegen darf der Metropolit weder die Abhaltung der Provinzialsynode noch das an die Zustimmung der letzteren gebundene Korrektionsrecht über Bischöfe einem anderen delegiren, weil er erstere nach der ausdrücklichen Vorschrift des Tridentinums (s. S. 18. n. 7) selbst und bei seiner Verhinderung der älteste Suffraganbischof leiten soll. Die Möglichkeit endlich, innerhalb der (S. 19) gedachten Gränzen die Verhängung oder Deklarirung einer Censur zu delegiren, ist schon durch das Dekretalenrecht so gut wie ganz ausgeschlossen, denn nach demselben sollten die Offizialen des Erzbischofs zur Verhängung jener Strafen allein im Falle der Abwesenheit des letzteren berechtigt sein[2].

Ueber die Frage, ob der Generalvikar des Erzbischofs blos als Stellvertreter des letzteren für die bischöfliche Regierungsgewalt in seiner eigenen Diöcese oder auch für die übertragbaren Befugnisse der Metropolitan-Jurisdiktion zu betrachten ist, vgl. §. 87[3].

Nach dem Dekretalenrecht hatte das Domkapitel der Metropolitankirche während der Erledigung des erzbischöflichen Stuhles neben der Verwaltung der eigenen Diöcese auch die Administration der erzbischöflichen Rechte[4] und die Ausübung dieser konnte gleichfalls auf den von ihm bestimmten Vikar übertragen werden[5]. Beseitigt ist dieser Grundsatz nicht, und so gilt er denn noch heute[5] mit der Modifikation, dass das Kapitel seine Rechte durch den nach Vorschrift des Tridentinums zu bestellenden Vikar vom Zeitpunkt seiner Ernennung ab ausüben lassen muss[6]. Nur ist dem letzteren das Recht zur Berufung der Provinzialsynode und zur Ausübung der von dieser abhängigen Befugnisse entzogen[7].

Was endlich das heutige Verhältniss der Bezeichnungen *metropolitanus* und *archiepiscopus* betrifft, so ist dies dasselbe wie früher geblieben. Beide Ausdrücke werden noch immer als gleichbedeutend gebraucht[8], aber identisch sind sie

[1] S. S. 19. 20.

[2] c. 1. §. 1. (Innoc. IV.) in VI^to de off. ordin. I. 16: „Officiales autem Remensis archiepiscopi quamdiu in sua provincia vel circa illam exstiterit, in suffraganeos interdicti, suspensionis vel excommunicationis proferre sententias non attentent. Et hoc idem ab officialibus aliorum metropolitanorum circa ipsorum suffraganeos, quibus ob reverentiam pontificalis officii deferri volumus in hac parte, praecipimus observari". Vgl. auch die Glosse dazu s. v. attentent und Kober, Kirchenbann. 2. Ausg. S. 74. 75.

[3] Ueber die Vertretung des Erzbischofs in Verhinderungsfällen haben sich keine besonderen rechtlichen Normen entwickelt, es gelten hier die hinsichtlich der Bischöfe zur Anwendung kommenden Regeln, worüber zu vgl. §. 89.

[4] Vgl. c. 14. (Gregor. IX.) X. de maior. et obedient. I. 33, worauf das Recht der Metropolitankapitel auf Bestätigung der während der Vakanz gewählten Suffraganbischöfe gestützt worden ist. Beispiele für die Ausübung der Metropolitanjurisdiktion durch die Kapitel bei Thomassin l. c. P. I. lib. 3. c. 10. n. 10. Vgl. auch Ritter, der Kapitularvikar S. 17.

[5] Ueber den Prior des Primatial- und Metropolitankapitels von Canterbury als Kapitular-Verweser desselben berichten die Antiquitates Magnae Britanniae a. 1327 (s. Thomassin l. c.): „Hic paucis mensibus omnem illam intermediam iurisdictionem ante intermissam plene exercuit atque renovavit. De clericis ad ecclesiastica beneficia praesentatis et patronorum iure diligenter inquisivit, electiones confirmavit, intestatorum bona administranda commisit, provocantium appellationes recepit, visitavit, procurationes recepit, synodum celebravit, clerum ex mandato regio ad parlamentum citavit, contumaces et in suam iurisdictionem committentes coercuit, beneficia vacantium sedium contulit omniaque ad archiepiscopalem iurisdictionem per singulas species tam exquisite exercuit, ut nihil fuerit praetermissum praeter episcoporum consecrationem, quam cum sua authoritate peragere non poterat, episcopo Londinensi mandavit et iniunxit, ut suffraganeis congregatis, Menenensem et Pargorensem episcopos tum electos et sua authoritate confirmatos consecraret. Quibus sic consecratis in testimonium et fidem consecrationis, litteras conventus sigillo sigillatas dedit, excitata hoc modo et agnita Cantuariensis conventus sede vacante potestate".

[6] So hat die Congr. Conc. 1683 u. 1685 entschieden, dass die Bestellung des Kapitularvikars für eine erledigte Suffragankirche bei Vakanz des Metropolitanstuhles an das Kapitel des letzteren devolvirt. Bened. XIV. de synod. dioeces. II. 9. n. 2.

[7] Wegen der positiven Vorschrift des Tridentinums s. S. 18. n. 7. S. auch die Entscheidung der Congr. conc. v. 1624 in Richters Tridentinum S. 374 u. bei Bened. XIV. l. c. n. 8.

[8] So im Tridentinum, s. die vorher citirten Stellen. Das Uebliche ist heute archiepiscopus



nicht. Das Wort: *metropolitanus* betont das Verhältniss zu den untergegebenen Bischöfen, den s. g. *suffraganei*[1], während *archiepiscopus* wie schon früher (s. S. 6. 9) die hervorragende Stellung des betreffenden Kirchen-Oberen accentuirt. Deshalb ist die Verleihung des letzteren Prädikates als eines blossen Titels denkbar und auch mehrfach erfolgt[2]. Ferner ist noch heute jeder Metropolit wohl Erzbischof, aber nicht ein jeder Archiepiscopus Metropolit, da dem archiepiscopus als solchem nicht nothwendig Suffraganbischöfe untergeben zu sein brauchen[2].

§. 78. *C. Die Ehrenrechte der Metropoliten, insbesondere vom Pallium.*

Unter den Ehrenrechten, welche den Metropoliten zustehen, ist vor Allem

I. die Befugniss zur Tragung des Palliums[3] zu erwähnen, da von der Erlangung desselben auch die Ausübung bestimmter Rechte abhängt, so dass Pallium also nicht einmal als eine blosse Ehrenauszeichnung betrachtet werden kann.

In den ersten Jahrhunderten der christlichen Kirche galt das pallium (ὠμοφόριον), welches jedenfalls ein dem heut im Abendlande gebräuchlichen ähnlicher Schulter-

s. z. B. die Verzeichnisse der Mitglieder der Kongregationen des jüngst versammelten Vatikanischen Konceils in den Acta s. sedis 5, 280. 286. 315. 318; das annuario pontificio zählt die Metropolitansitze ebenfalls unter der Bezeichnung sedi arcivescovili auf.

[1] Die Bezeichnung ist neuerdings die übliche, s. namentlich die Stellen des Tridentinums, die alte: episcopus comprovincialis kommt überhaupt und auch in dem letzteren seltener (s. aber Sess. XXIV. c. 2) vor. Vgl. ferner Bened. XIV. l. c. XIII. 14. n. 4, welcher auch die anderen Bedeutungen von episcopus suffraganeus (s. unten §. 85) angiebt.

[2] Barbosa, ius eccles. I. 7. n. 7; Reiffenstuel I. 31. n. 33; Ferraris s. v. archiepiscopus art. I. n. 4; auch die Const. Benedict. XIV. Gravissimum ecclesiae v. 1745 zählt als zum Ressort der Sekretarie der Breven gehörig die Gewährung der „facultates assumendi nomen et titulum archiepiscopi, etiamsi pallium quis non habeat" (s. Th. I. S. 423. n. 3) auf. Aus der Erörterung Benedikts XIV. syn. dioec. II. 4. n. 1 ff.: „Dubitabatur tamen, an synodus archiepiscopi nullum habentis suffraganeum (ut quatuor in Italia exstant — damit sind gemeint die Erzbischöfe von Rossano, Lanciano, Barletta (oder Nazareth), Cagliari, s. Ughelli, Italia sacra 9, 287; 6, 787; 7, 770; Cantelius, metropolit. urb. hist. 1, 428. 400. 485; Neher, kirchliche Geographie 1, 181. 176. 149. 311.) cui praeter suos vere subditos intersint etiam praepositi et abbates habentes iurisdictionem quasi episcopalem reputanda sit synodus dioecesana, an provincialis, ut proinde episcopus nulli archiepiscopo subiectus satisfaciat decreto Tridentini (Sess. XXIV. c. 2. de ref.) eligendo talem archiepiscopum, ut eius synodo intersit? Affirmative resolvit olim Sacr. Congr. Conc. in favorem episcopi Triventini eligentis archiepiscopum Lancianensem ... Re tamen melius discussa in concilio Romano sub Benedicto XIII. a. 1725 (tit. 2. c. 3; acta concil. collectio Lacensis. Friburgi 1870. 1, 351.) negative fuit resolutum eo quod archiepiscopi sine suffraganeis non sunt vere et proprie metropolitani et archiepiscopi, sed tales dicuntur cum addito mere honorarii et ex privilegio apostolico ... Sic concil. Calcedonense episcopos Calcedonis et Nicaeae dici voluit metropolitanos nomine tantum et praeponendos statuit caeteris episcopis provinciae, sed honore solummodo et salva Nicomaediensium civitate (quae vera erat provinciae metropolis) propria dignitate (s. darüber auch Th. I. S. 580. n. 5). Pontifices aliquos episcopos similiter ornarunt et nequidem a veri sui archiepiscopi subiectione exemerunt" ergiebt sich, dass diese Titularerzbischöfe nach ihrer Ernennung zu dem bisherigen Metropoliten ihrer Diöcesen in demselben Verhältniss bleiben, wie bisher, und da wo das Recht eine bestimmte Befugniss an die Anciennität der Weihe für Suffraganen knüpft (s. z. B. Trid. Sess. XXIV. c. 2. de ref.), diese ebenfalls nicht durch die Beförderung zum archiepiscopus honorarius beseitigt wird. Der Titel giebt also nur einen Ehrenvorrang vor den anderen Suffraganen. Dass der Erzbischof von Olmütz ein solcher Titularerzbischof ist (so Phillips K. R. 2, 79. n. 6), widerlegt sich dadurch, dass dieser den Bischof von Brünn zum Suffraganen hat, Schulte, status dioecesium cathol. in Austria etc. p. 33. 36, dagegen kommen abgesehen von Rossano, welches allein von den vorhingenannten ohne Suffragane geblieben ist, noch heute mehrere solche Erzbisthümer, so z. B. Amalfi, Camerino, Lucca in Italien vor, Annuario pontif. Roma 1870. p. 44. 46. 48. — In der morgenländischen Kirche bestand im Mittelalter derselbe Unterschied zwischen Metropoliten und Erzbischöfen, nämlich der, dass die ersteren Suffragane, letztere keine unter sich hatten. Thomassin l. c. lib. I. c. 43. n. 12; Walter K. R. §. 163; jetzt ist dieser ebenfalls weggefallen, da die Erzbischöfe nur noch einen höheren Rang vor den gewöhnlichen Bischöfen und keine Jurisdiktion über dieselben besitzen; Jacobson in Herzogs Encyklopädie 4, 81; s. auch Th. I. S. 562. 563. 565.

[3] S. darüber Th. I. S. 209, wo auch n. 12. die Literatur angegeben ist. Vgl. ferner: P. de Marca, de concordia sacerdotii et imperii. lib.

umhang gewesen ist[1], den Morgenländern als ein Symbol des die verirrten Schaafe sammelnden und sie auf den Schultern tragenden Hirten, mithin als ein allgemein das hohepriesterliche Amt des neuen Bundes, d. h. das Bischofsamt charakterisirender geistlicher Schmuck. Demgemäss trugen im Orient alle Bischöfe das Omophorion[2]. Während aber die Patriarchen sich das von dem Vorgänger hinterlassene Pallium, welches die Sage bei den auf apostolische Stiftung zurückgeführten Kirchen als das von den Aposteln selbst getragene Amtszeichen betrachtete, mit eigener Hand anlegten[3], erhielten es die Metropoliten von den Patriarchen[4] und die einfachen Bischöfe wieder von den ersteren bei ihrer Konsekration[5]. Davon, dass jene Verleihungen seitens der Patriarchen und Metropoliten, sowie die Anlegung des Palliums durch die Patriarchen selbst etwa mit stillschweigender Genehmigung oder unter Duldung der Päpste erfolgt seien[6], findet sich in den älteren Jahrhunderten nicht die mindeste Spur[7], ja die dem Pallium

VI. c. 6. 7; Binterim, Denkwürdigkeiten der christ. katholischen Kirche. III. 1. u. 2, 282 ff.; Mast, über die rechtliche Stellung der Erzbischöfe. S. 81 ff.; über das römische Pallium in der kathol. Kirche in Lipperts Annalen des Kirchenrechts 1, 44 ff.

[1] Pertsch de origine pallii. c. 3. §§. 2 ff. p. 22 ff. Derselbe handelt auch ausführlich von den verschiedenen im Abendlande vorkommenden Formen der Pallien, s. c. 2. u. 3; über denselben Gegenstand vgl. Papebroch in den Th. I. a. a. O. angeführten Abhandlungen, im Wiederabdruck bei Pertsch l. c. p. 294 ff. Abbildungen verschiedener Pallien in dem zuletzt erwähnten Buche auf dem Titel und ferner S. 15. 19. 20. 107. 296. 298. 300. S. auch Hefele, Beiträge 2, 215. 219.

[2] Isidori Pelusiotae (saec. V.) lib. I. ep. 136 ad Hermin. 136 (opp. Paris. 1638. p. 41): „Τὸ δὲ τοῦ ἐπισκόπου ὠμοφόριον ἐξ ἐρεάς ὂν ἀλλ' οὐ λίνου τὴν προβάτου δορὰν σημαίνει ὅπερ πλανηθὲν ζητήσας ὁ Κύριος ἐπὶ τῶν οἰκείων ὤμων ἀνέλαβεν. Ὁ γὰρ ἐπίσκοπος εἰς τύπον ὢν τοῦ Χρίστοῦ τὸ ἔργον ἐκείνου πληροῖ· καὶ δείκνυσι πᾶσι διὰ τοῦ σχήματος ὅτι μιμητής ἐστι τοῦ ἀγάθου καὶ μεγάλου ποιμένος ὁ τὰς ἀσθενείας φέρειν τοῦ ποιμνιοῦ προβεβλήμενος“. Diese Auffassung findet sich auch noch später im Abendlande, so bei Papst Clemens II. ep. ad Joh. Salernit. a. 1047 (Mansi 19, 621) und in den Bullen Benedikts XIV. für Ermland und Würzburg: Romana ecclesia vom 21. April 1742 und 5. Oktober 1752 (M. Bull. 18, 305 u. 19, 17).

[3] Liberati archidiaconi Carthagin. (saec. VI) breviar. c. 20: „Consuetudo quidem est Alexandriae illum qui defuncto succedit, excubias super corpus defuncti agere manumque dexteram eius capiti suo imponere et sepulto manibus suis accipere collo suo b. Marci pallium et tunc legitime sedere“ (Mansi 9, 694). Auf diesen Gebrauch deutet auch zweifellos Isidor von Pelusium hin, wenn er an Cyrill schreibt, l. c. ep. 370 (ed. cit. p. 96): „εἴτε υἱός σου . . . τὸν μέγαν ἐκεῖνον σχηματίζοντος Μάρκον“; s. Pertsch l. c. p. 90; Phillips 5, 626. 627. Ebenso scheinen auch die Bischöfe und Patriarchen von Antiochien das von ihrem Vorgänger getragene Pallium sich selbst angelegt zu haben. Lupus, de Africanae ecclesiae appellat. c. 12 (opp. 8, 194). In Betreff der Patriarchen von Konstantinopel vgl. Acta SS. d. 6. April. vita Eutych. c. 3: „Consecratur (Eutychius im J. 533) precantium manibus divinisque et venerandis orationibus et sancto impletur spiritu qui sanctificatus ipse praesentes omnes pontifices sanctificabat. Ovis errantis typum super humeros tollit, ascendit in sublimem thronum . . .“; c. 5: „ante altare constitit post dimissum populis solitisque vestibus et superhumerali (quod semper secum deferebat) indutus“ . . . ep. Gregor. I. ad Sebast. Rhin. lib. I. ep. 28 (ed. Ben. 2, 518). Vgl. dazu auch Pertsch p. 88. 111. 97. Ueber Jerusalem vgl. a. a. O. p. 89. 90. Weil das Pallium das Amtszeichen der bischöflichen (resp. Patriarchen-) Würde war, wurde es daher auch den betreffenden Geistlichen bei ihrer Entsetzung abgenommen. S. ep. conc. Chalcedon. a. 451. ad Leon. I. c. 3 (Mansi 6, 152): „τῆς ποιμαντικῆς δορᾶς τὸν λύκον (nämlich Dioskur v. Alexandrien) γυμνώσαντες“. Liberati breviar. c. 21. 23. (Mansi 9, 695. 698) u. Th. I. S. 503. n. 1. S. ferner Pertsch p. 68. 71. 112. 196.

[4] 8, allg. Synode v. Konstantinopel a. 869. c. 17 (Mansi 16, 171); vgl. ferner ep. Johann. VIII. ad Photium Constantinop. a. 879 (Mansi 17, 149). Gehören auch diese Zeugnisse einer späteren Zeit an, so kann doch die Rückdatirung dieser Sitte mit Rücksicht auf die feststehende Thatsache, dass alle orientalischen Bischöfe das Pallium trugen und in Anbetracht der Unterordnung der Bischöfe unter die Metropoliten und der letzteren unter die Patriarchen keinem Bedenken unterliegen. S. Pertsch p. 115. 117. 119. 147; Hefele, Beiträge 2, 218.

[5] Aus conc. Constantinopol. cit. c. 27 (Mansi 16, 178) kann die Meinung, dass blos einzelne Bischöfe das Pallium getragen haben (so Thomassin P. I. lib. 2. c. 56. n. 1) nicht begründet werden. Vgl. auch Pertsch p. 249.

[6] So behauptet noch neuerdings Phillips 5, 654. 655, dessen weitere Annahme, dass schon Petrus das Pallium getragen und sein unmittelbarer Nachfolger Linus es von seinem Körper genommen habe (s. 5, 631. 627), völlig beweislos dasteht. Aus dem im Text angeführten Grunde kann auch das Pallium nicht, wie Vespasiani, de sacri pallii origine p. 41 ff. meint, ursprünglich der Mantel des Apostel Petrus gewesen sein.

[7] In dem Briefe Gregors I. ad episcop. Epiri (lib. VI. ep. 8 = c. 11. Dist. C), Verleihung des Palliums an Andreas, Nicomedianae civitatis epi-

beigelegte Bedeutung als Zeichen des bischöflichen Hirten-Amtes überhaupt (nicht als Symbol der primatialen Machtfülle des Apostels Petrus) steht dieser Annahme direkt entgegen. Die Sitte, dass alle Bischöfe das Pallium tragen, hat sich in der orientalischen Kirche bis auf den heutigen Tag erhalten[1]. Eine päpstliche Verleihung des Palliums hat früher stattgefunden und erfolgt auch heute noch nur an diejenigen Patriarchen und Metropoliten, welche mit der römischen Kirche die Union eingegangen sind[2].

Die älteste, sichere Nachricht für das Vorkommen des Palliums im Abendlande ist die über die Gewährung desselben seitens des Papstes Symmachus an den Metropoliten Cäsarius von Arles im J. 513[3]. Dass der Papst in jener Zeit selbst das Pallium getragen habe, lässt sich daraus wohl entnehmen. Dagegen ist die morgenländische Sitte, dass alle Metropoliten und Bischöfe sich dieses Amtszeichens bedienten, nicht auf das Abendland übergegangen[4]. Da somit die Bischöfe Roms anfänglich allein (vielleicht nach dem Vorgange der orientalischen Patriarchen) das Pallium trugen[5], musste dasselbe im Abendlande als eine besondere Auszeichnung des römischen Oberhirten erscheinen und so konnte sich mit Rücksicht auf die morgenländische Praxis der Vergebung des Palliums durch die Patriarchen und mit Rücksicht darauf, dass nur der Papst im Occident eine ähnliche Stellung, wie diese, einnahm, die Anschauung feststellen, dass er ausschliesslich zur Verleihung jenes Schmuckes an Metropoliten und Bischöfe berechtigt sei. Schon im 6. Jahrhundert galt die Gewährung des Palliums als eine Auszeichnung für Geistliche bischöflichen Ranges, welche denselben bald

scopus, ist statt dessen zu lesen: Nicopolis (opp. Gregor. ed. Bened. 2, 797. n. c.; Pertsch p. 121. 122). Dieses Beispiel, sowie die Ertheilung des Palliums an den Erzbischof von Korinth, V. 57 (2, 787) an den Patriarchen von Achrida (lib. II. ep. 23. 2, 586 = c. 10. Dist. C) beweisen nur den Zusammenhang jener Kirchenprovinzen mit der römischen Kirche (s. Le Quien, Oriens christiana 2, 136. 161. 162. 286 u. Th. I. S. 579), aber nicht, dass sämmtliche Orientalen das Pallium vom Papste erhalten haben. Vollkommen unglaubwürdig erscheint endlich der Bericht des von Kaiser Otto I. an den Hof von Konstantinopel gesandten Liutprand, Bischofs von Cremona (legat. Constantinop. c. 62. SS. 3, 361): „Scimus, immo videmus, Constantinopolitanum episcopum pallio non uti, nisi sancti patris nostri permissu. Verum cum impiissimus Albericus quem non stillatim cupiditas sed velut torrens impleverat Romanam civitatem sibi usurparet, dominumque apostolicum quasi servum proprium in conclavi teneret, Romanus imperator filium suum Theophylactum eunuchum patriarcham constituit; cumque eum Alberici cupiditas non lateret, missis ei muneribus satis magnis effecit, ut ex papae nomine Theophylacto patriarchae litterae mitterentur, quarum auctoritate cum ipse, tum successores eius absque paparum permissu palliis uterentur. Ex quo turpi commercio vituperandus mos inolevit, ut non solum patriarchae, sed etiam episcopi totius Graeciae palliis utantur", denn diese Angaben widersprechen den oben S. 24. n. 2 ff. angeführten älteren Zeugnissen.

[1] Pertsch p. 263; Kunstmann, vergleichendes Kirchenrecht. S. 144.

[2] S. Th. I. S. 561 und im Verlauf der nachfolgenden Darstellung.

[3] ep. Vigilii ad Auxan. Arelatens. a. 545 (Mansi 9, 42): „ut agenti vices nostras pallii non desit ornatus, usum tibi eius sicut decessori tuo praedecessor noster s. record. Symmachus legitur contulisse b. Petri auctoritate concedimus". S. auch Acta SS. 27. Aug. vita Caesarii c. 4. 6, 71; Jaffé reg. roman. pontif. n. 479. Die in d. J. 501 gesetzte Urkunde des Symmachus für Theodor von Lorch (Jaffé l. c. n. CCV; Mansi 8, 228) ist unächt; v. Muchar, Gesch. des Herzogthums Steiermark. Grätz. 1844. S. 181; Rettberg, Kirchengesch. Deutschlands 1, 150 ff.; Dümmler, Pilgrim von Passau. Leipzig. 1855. S. 19. 158; Hefele, Beiträge 2, 216. Das seiner Aechtheit nach sehr zweifelhafte Dekret Kaiser Valentinians III., worin Ravenna zur Metropolitankirche erhoben wird (s. oben S. 4. n. 4), enthält ebenfalls eine Verleihung des Palliums an den neuen Metropoliten („conferentes ei ob decorem apostolicae dignitatis honorem pallii et omnis pontificalis decoris usum, sicut caeteri sub nostra christianissima potestate saepe degentes fruuntur metropolitae") dürfte aber mit Baronius a. a. O. n. 93 ff.; Marini l. c. p. 243; Walter, Moys Arch. 6, 215 für unecht zu erklären sein.

[4] Das muss aus dem Mangel jeglicher Berichte darüber geschlossen werden. Ebenso spricht auch die im liber pontificalis (s. Th. I. S. 324. n. 5) aufbewahrte Ueberlieferung, dass ausnahmsweise der den Papst konsekrirende Bischof von Ostia das Pallium erhalten habe, für diese Ansicht.

[5] Da in dem Schreiben Viktors von Carthago an Papst Theodor I. (642—649; Mansi 10, 946): „Nostram humilitatem . . . in Carthaginensis civitatis ecclesia pontificalis honoris accepisse consecrationem et stolam", stola wohl so viel wie Pallium heisst (s. Pertsch p. 30), so wäre damit ein von Rom unabhängiger Gebrauch desselben erwiesen. Im 11. Jahrh. ist das Pallium freilich auch hier

wegen ihrer hervorragenden Stellung (so z. B. oft den päpstlichen Vikarien)[1], bald wegen ihrer besonderen Verdienste[2], bald auch in Folge fürstlicher Verwendung[3] ertheilt wurde. So haben namentlich vielfach schon in jener Zeit die Metropoliten das Pallium erhalten[4], jedoch waren auch die einfachen Bischöfe keineswegs unfähig, dasselbe zu erlangen[5]. An den Konsens des römischen Kaisers endlich ist der Papst bei Gewährung nicht gebunden gewesen. Mehrfach derartige, vor derselben vom römischen Stuhle gemachte Anfragen[6], erklären sich wohl aus speziellen, nicht mehr festzustellenden Gründen[7], da in anderen Fällen die Päpste jene Auszeichnung ohne Berücksichtigung des Kaisers ertheilt haben[8].

Nach der Anschauung jener Zeit verpflichtet das Pallium seinen Inhaber zu einer besonders treuen Erfüllung seiner Pflichten[9], und nicht nur wird in den Verleihungsurkunden auf das Vorbild des Hirten[10], sondern auch auf die dadurch mit Petrus vermittelte Einheit der Heerde Christi[11] hingewiesen. Da trotz dieser Auffassung, welche bei konsequenter Durchführung die Gewährung des Palliums an alle Bischöfe hätte herbeiführen müssen, dasselbe immer noch als eine Auszeichnung betrachtet wurde, beanspruchte man seitens der Päpste, dass diejenigen, welche es zu erhalten wünschten, eine darauf gerichtete Bitte nach Rom gelangen liessen[12], wiewohl freilich Gregor I. mehrfach ohne eine solche aus freien Stücken jenen Schmuck verliehen zu haben

von Rom eingeholt worden. S. ep. Leo IX. ad ep. Afric. a. 1053 (Mansi 19, 659).

1 So den Vikarien von Arles, durch Papst Vigilius an Auxanius a. 545 (Mansi 9, 41), an Aurelian a. 546 (ibid. p. 47), durch Pelagius I. an Sapaudus a. 557 (ibid. p. 725), durch Gregor I. an Virgilius a. 595 (lib. V. ep. 53. ed. Ben. 2, 783 = c. 6. Dist. C), ferner durch denselben Papst an Johann von Justiniana prima im Jahr 581? lib. II. ep. 23 = c. 10. Dist. cit. Als ein den apostolischen Vikarien ausschliesslich zustehendes Insigne hat aber das Pallium nicht gegolten. Sowohl bei der Verleihung des Vikariats an Anastasius von Thessalonich seitens Leo I. (s. Th. I. S. 583) als auch bei der Bestellung Johanns von Philadelphia (in Lydien) seitens Martins I. im J. 649 (Mansi 10, 805) wird des Palliums nicht gedacht. Ferner hat Gregor I. dasselbe auch an Metropoliten, ja an einfache Bischöfe verliehen. S. die folgenden Noten und Pertsch p. 134 ff.; Phillips 5, 639.

2 c. 2. (Gregor I. lib. IX. ep. 11, ed. Ben. 2, 937) Dist. C: . . . „prisca consuetudo obtinuit, ut honor pallii nisi exigentibus causarum meritis et fortiter postulanti dari non debeat".

3 Gregor. I. lib. IX. 11. (l. c. 2, 937), auch lib. V. ep. 53. cit. (s. Note 1).

4 Das setzt Gregor. I. lib. III. ep. 56 = c. 8. Dist. C als das Gewöhnliche voraus; vgl. ferner die Verleihungen ibid. IV. 1; V. 56. 57; IX. 121 an die Erzbischöfe von Mailand, Ravenna, Korinth und Sevilla (ed. cit. 2, 682. 787. 788. 1026).

5 So hat es Gregor I. den Bischöfen v. Messina, Syrakus, Autun, Salona und Palermo, (welcher damals noch nicht Metropolit gewesen, s. Neher, kirchl. Geographie 1, 199) bewilligt ep. lib. VI. 9. 18. IX. 11. 81. 125. XIII. 37. (2, 798. 806. 937. 992. 1034. 1244). Die Erklärung in einzelnen der hier und in der vorigen Note citirten Briefen, dass das Pallium in derselben Weise, wie durch die Vorfahren getragen werden sollte, ergiebt, dass alle diese Grundsätze mindestens schon im Anfang des 6. Jahrhunderts sich fixirt hatten.

6 So von Vigilius und Gregor I. vor der Verleihung des Palliums an Auxanius im J. 543 (Mansi 9, 41), resp. an Syagrius von Autun, s. S. 25. n. 3. u. die vorhergehende Note.

7 Vgl. darüber Joh. Garnerii diss. 3 de usu pallii (jetzt bei E. de Rozière, liber diurn. Paris. 1869. p. 344 ff.); Th. Ruinart l. c. c. 4; Lupus de African. eccles. appellat. c. 8 (opp. 8, 180 ff.); Pertsch p. 197 ff.; Binterim, a. a. O. S. 286 ff. — Darum können auch die erwähnten Fakta nicht zur Bestätigung der sich u. A. auf die falsche Schenkungsurkunde Konstantins (s. c. 14. §. 2. Dist. XCVI) stützenden Meinung (s. de Marca l. c. c. 6. n. 6 ff.; Thomassin l. c. c. 45. n. 8 ff.; c. 56. n. 2; J. H. Boehmer, J. E. P. I. 8. §. 1) geltend gemacht werden, dass das Pallium ein ursprünglich kaiserliches Gewand gewesen und den Päpsten und Patriarchen von den Kaisern verliehen worden sei. Gegen diese, durch die früher angegebenen Stellen widerlegte Ansicht vgl. auch Pertsch p. 56 ff.; Binterim S. 286; Mast S. 82 ff.; Phillips 5, 620; Vespasiani l. c. p. 15 ff.

8 S. die n. 1. u. 4. mitgetheilten Stellen.

9 Gregor. ep. VI. 9 (ed. cit. 2, 798) = Lib. diurn. XLVIII. (ed. Rozière p. 88), V. 53. 56 (2, 781. 787), VI. 18 (2, 806), XIII. 37 (2, 1244).

10 Gregor. ep. II. 23 (2, 586); lib. diurn. XLV. XLVI (ed. cit. p. 75 ff.).

11 Lib. diurn. XLVII (l. c. p. 85): „Pallei usum quem sacerdotalis officii decorem et ad ostendendam unanimitatem, quam cum beato Petro apostolo universus grex dominicarum ovium quae ei commissae sunt, habere non dubium est, ab apostolica sede, sicut decuit, poposcistis, utpote ab eisdem apostolis fundatae ecclesiae . . ."

12 S. oben n. 2. u. 11. Vgl. ferner Mansi 9, 40 (Auxanius), Gregor. V. 57 (2, 788).

scheint[1]. Als weitere Bedingung ist ferner die vorgängige Ablegung des Glaubensbekenntnisses gefordert worden[2]. Der Gebrauch des Palliums endlich war den betreffenden Bischöfen nur bei der Feier des Messopfers und zwar innerhalb ihrer Kirche gestattet[3], sofern nicht seitens des Papstes (namentlich auf Grund althergebrachter Gewohnheit) eine weiter gehende Ausnahme besonders gestattet wurde[4]. Andererseits hatten aber diejenigen, welchen das Pallium verliehen war, auch die Verpflichtung, dasselbe bei der Messe zu tragen[5].

Mit dieser Theorie über die Verleihung des Palliums waren die Rechte der Metropoliten an und für sich nicht im Mindesten beeinträchtigt[6]. Allein immerhin war den Päpsten in Folge der Anerkennung ihrer Berechtigung zur Ertheilung jenes Ehrenzeichens ein Mittel gegeben, die Bischöfe näher an sich zu fesseln und ihre Selbstständigkeit durch Stellung gewisser Bedingungen für die Verleihung zu verringern. Es lag das so sehr in der Natur der Sache, dass sich einzelne Symptome davon schon unter Gregor I. geltend machen. Der eben gedachte Papst hebt es hervor, dass in der Uebersendung des Palliums eine Anerkennung der Gültigkeit der Konsekration des damit beehrten Bischofs liegt[7], und setzt ferner schon das Pallium in eine gewisse Beziehung zum Recht der Ertheilung der Bischofsweihe[8].

Im achten Jahrhundert tritt dagegen die Anschauung deutlich hervor, dass das Pallium ein Zeichen der Metropolitan-Würde ist. Bonifaz liess bei seinen Bestrebungen die fränkische Kirche in eine engere Verbindung mit dem römischen

[1] IV. 1, VI. 9. 18, IX. 121, XIII. 37 (2, 682. 798. 806. 1028. 1243). Stellen, wie z. B. die in IX. 122 (2, 1031): „coepiscopo nostro Leandro (v. Sevilla) pallium a b. Petri apostoli sede transmisimus quod et antiquae consuetudini et vestris moribus et eius bonitati atque gravitati debeamus"; lassen sich doch kaum damit erklären, dass hier blos aus Zufall das vorgängige Ansuchen unerwähnt geblieben ist.

[2] Die ältesten Stellen im lib. diurn. XLVI: „Fidem autem fraternitatis tuae, quamvis in epistola quam direxisti, subtiliter debuisses exponere, verumtamen laetamur in domino, qui eam rectam esse ex solemnis symboli confessione didicimus", s. auch ibid. XLV (ed. Rozière p. 83. 75).

[3] Gregor. V. 53 (2, 783) = c. 6. Dist. C: „Pallium quoque transmissimus quo fraternitas tua intra ecclesiam ad sola missarum solemnia utatur"; s. auch Greg. ep. III. 56, IV. 1, IX. 121, XI. 65 (2, 666. 682. 1034. 1163). Vgl. auch ep. Gregor. III. ad Bonifac. u. 732 (Jaffé, monum. Mogunt. p. 92).

[4] Das ergiebt der Briefwechsel Gregors I. in Betreff der Erzbischöfe von Ravenna, welche ein umfassenderes Privileg für sich beanspruchten s. III. 56 (= c. 7. Dist. C); III. 57, V. 11. 15. 56. VI. 34. 61 (2, 666. 668. 736. 738. 787. 819. 837).

[5] Diese statuirt wenigstens das Koncil von Macon v. 581. c. 6: „Ut archiepiscopus sine pallio missas dicere non praesumat". Von Einzelnen ist dieser Kanon als Beweis dafür angesehen worden, dass die Gallischen Metropoliten ein besonderes, vom römischen verschiedenes Pallium gehabt haben (s. de Marca l. c. c. 7. n. 2; Pertsch p. 98), indessen nöthigt diese Bestimmung keineswegs zu dem Schluss, dass hier die Metropoliten und zwar sämmtliche Metropoliten gemeint sind. Archiepiscopus heisst ein Bischof, welcher das Pallium erhalten hat, und so verordnet der Kanon nur, dass solche, wie z. B. die von Arles, von Autun, dasselbe auch tragen sollen. S. auch Thomassin l. c. c. 54. n. 10; Lupus l. c. c. 9 (opp. 8, 186), Masta. a. O. S. 87. 88. Ein besonderes gallisches Pallium ist übrigens gar nicht nachzuweisen.

[6] A. M. Planck, Gesch. der christlich-kirchl. Gesellschaftsverfassung 3, 865 ff.

[7] ep. ad episc. per Illyric. II. 22 (ed. cit. 2, 585): „Proinde juxta postulationis vestrae desiderium praedictum fratrem et coepiscopum nostrum (Johann v. Justiniana I.) in eo in quo est sacerdotii ordine constitutus, nostri assensus auctoritate firmamus: ratamque nos eius consecrationem habere dirigentes pallium indicamus".

[8] ep. ad August. XI. 65 (2, 1163): . . . „usum tibi pallii in ea (nova Anglorum ecclesia) ad sola missarum solemnia agenda concedimus, ita ut per loca singula XII episcopos ordines . . . Ad Eboracam vero civitatem te volumus episcopum mittere quem judicaveris ordinandum, ita ut si eadem civitas cum finitimis locis verbum dei receperit, ipse quoque XII episcopos ordinet, ut metropolitani honore perfruatur, quia ei quoque . . . pallium tribuere domino favente disponimus". S. auch c. 3 (Gregor. I) C. XXV. qu. 2. Noch deutlicher ist diese Verbindung ausgesprochen in dem Schreiben Honorius' I. an Honorius von Canterbury a. 634 (Mansi 10, 581): . . . „vice b. Petri . . . auctoritatem tribuimus, ut quando unum ex vobis (d. h. der Adressat oder Paulinus v. York) divina ad se jusserit gratia vocari, is qui superstes fuerit, alterum in loco defuncti debeat episcopum ordinare. Pro qua etiam re singula vestrae dilectioni pallia pro eadem ordinatione celebranda direximus, ut per nostrae praeceptionis auctoritatem possitis deo placitam ordinationem efficere".

Stuhle zu bringen und die Metropolitan-Verfassung im Frankenreich wieder herzustellen, auf einer der von ihm abgehaltenen Synoden die schon oben S. 8 erwähnte Vorschrift aufstellen, dass künftighin alle Metropoliten das Pallium beim römischen Stuhle nachsuchen sollten. Erklärlich wird diese Beziehung auf die Metropolitan-Würde dadurch, dass es vor Allem darauf ankam, die Mittelglieder zwischen dem Papst und den einfachen Bischöfen in eine engere Beziehung zu dem ersteren zu setzen[1] und dass die frühere Auffassung von dem Zusammenhang des Palliums mit dem Konsekrationsrecht sich noch stärker geltend gemacht hatte[2]. Im 9. Jahrhundert ist die allgemeine Pflicht aller Metropoliten das Pallium von Rom einzuholen wiederholt eingeschärft[3] und schon dafür eine dreimonatliche von der Konsekration ab zu berechnende Frist festgesetzt worden[4]. Freilich fand diese Vorschrift noch nicht allseitige Anerkennung, vielmehr kommen sowohl in dieser Zeit[5] als auch noch in den folgenden Jahrhunderten bis zum zwölften[6] und dreizehnten[7] Metropoliten vor, welche auch ohne das Pallium ihre erzbischöflichen Rechte ausübten. Seitdem hat aber jener Satz allseitige Geltung erlangt und er ist auch noch ein Theil des heutigen Rechts geblieben, zu dessen Darstellung ich jetzt übergehe:

a. Das Recht zur Verleihung des Palliums besitzt ausschliesslich der Papst. Die Befugniss der alten lateinischen Patriarchen, den ihnen untergegebenen Metropoliten das Pallium zu verleihen[8], ist auf die jetzt mit der römischen Kirche unirten Patriarchen nicht übergegangen[9] und ebensowenig besitzen es die heutigen Patriarchen, welche als die Nachfolger der lateinischen betrachtet werden, aber bis auf den Bischof von Jerusalem als Titular-Patriarchen in Rom residiren[10]. Die Primaten haben dagegen nie ein derartiges selbstständiges Recht gehabt, denn wenn sie gleich den zu ihrem Primatialbezirk gehörigen Metropoliten oft die Pallien zu übergeben hatten, so wurden letztere ihnen immer von Rom zugesandt und sie handelten dabei als Stellvertreter des Papstes[11].

b. Das Recht auf das Pallium steht jedem Metropoliten ohne Unterschied, also sowohl den einfachen wie auch den Metropoliten höheren Ranges, den Patriarchen[12]

[1] Deshalb ist auch die vorgängige Ablegung des Glaubensbekenntnisses als Erforderniss der Erlangung des Palliums beibehalten worden. S. oben S. 8. n. 3.

[2] Gregor. III. schreibt bei der Uebersendung des Palliums an Bonifaz u. 732 (l. c. p. 92) er solle das Pallium gebrauchen „dum episcopum te contingerit consecrare“.

[3] S. Nicolai I. ad cons. Bulgar. c. 73 (Mansi 15, 426): „sed hunc (archiepiscopum) episcopi qui ab obeunte archiepiscopo consecrati sunt, simul congregati constituant, sane interim in throno non sedentem et praeter corpus Christi non consecrantem priusquam pallium a sede Romana percipiat, sicuti Galliarum omnes et Germaniae et aliarum regionum archiepiscopi agere comprobantur“.

[4] conc. Ravennat. a. 877. c. 1. (Mansi 17, 337) = c. 1. Dist. C; conc. Tricass. a. 878. tit. 2. c. 3 (Mansi l. c. app. p. 187); Joann. VIII. ep. ad cleric. Salon. a. 879 (l. c. 17, 129).

[5] Das ergiebt die ep. Joann. VIII. ad Rostagn. Arelat. a. 878 (l. c. p. 80).

[6] Gregor. VII. ep. ad Willelm. Rotomag. a. 1081. registr. VIII. 24 (Jaffé, monum. Gregor. p. 470): „apostolica tibi praecipimus auctoritate, ut quia sanctorum patrum statuta parvi pendisti, nullum deinceps episcopum vel sacerdotem ordinare seu ecclesias praesumas consecrare, donec honoris tui supplementum, pallii videlicet usum, ab hac sede impetraveris“. Selbst die Päpste haben es aber auch trotz der Bitten der Metropoliten nicht immer sofort verliehen. S. Bernardi Clarevall. vita S. Malachiae († 1148) c. 15. 16. in dessen opp. cur. Horstii. Colon. Agripp. 1641. 4, 130 ff. Vgl. dazu Pertsch p. 225.

[7] So nannte sich Erzbischof Heinrich von Trier vor Empfang des Palliums schon archiepiscopus und stützte sich darauf, dass er auch so in einem päpstlichen Schreiben titulirt worden sei. S. ep. Urbani IV. a. 1261 bei Hontheim, hist. dipl. Trevir. 1, 741 und die weitere Urkunde ebendaselbst. S. 745.

[8] c. 23. X. de privileg. V. 33. s. Th. I. S. 561. n. 1.

[9] S. Th. I. S. 561. 566. u. Hergenröther in Moys Arch. 7, 347.

[10] S. Th. I. a. a. O.

[11] S. Th. I. S. 594. 616. 617.

[12] S. Th. I. S. 561.

und den Primaten zu[1]. Es folgt das aus der allgemein festgesetzten Pflicht, das Pallium in Rom zu erbitten. Das Gesuch muss binnen drei Monaten nach der Konsekration[2], beziehungsweise bezüglich nach der Admission[3] eines schon früher mit dem bischöflichen Ordo versehenen Geistlichen, in inständiger Weise und zwar bei Verlust der Metropolitanwürde angebracht werden[4]. Während aber im 6. Jahrhundert und später das Pallium vom Papst auf schriftliches Ansuchen dem betreffenden Bischof selbst[5] oder einem Stellvertreter zur Uebergabe übersandt[6] oder einem in Rom anwesenden Bevollmächtigten des Bischofs ausgehändigt wurde[7], freilich auch mitunter den in Rom anwesenden Metropoliten ertheilt worden ist[8], verlangte Gregor VII. das persönliche Erscheinen aller die gedachte Auszeichnung nachsuchenden Erzbischöfe[9]. Praktisch ist das aber nicht geworden[10]. Vielmehr hat sich der noch heute geltende Grundsatz fixirt, dass der Metropolit in Rom entweder selbst oder durch einen Stellvertreter das Pallium erbitten und einholen muss[11]. Das bezügliche Gesuch wird durch einen Konsistorial-Advokaten an das Konsistorium gerichtet[12] und erst nachdem es in demselben vom Papst bewilligt worden, findet die Ceremonie der Uebergabe an den betreffenden Metropoliten oder seinen Procurator statt, wobei dann nochmals die Bitte, freilich nur pro forma, an den die Verleihung vornehmenden ältesten Kardinaldiakon[13] gestellt wird[14]. Die Ueber-

[1] Denn die Primaten sind ja immer zugleich Metropoliten. Th. I. S. 581 ff.

[2] c. 1. 2. Dist. C cit. Dass es schon vorher, binnen der dreimonatlichen Frist zur Nachsuchung der Konsekration (s. Trident. VII. c. 9. de reform.) erbeten werden kann, versteht sich von selbst.

[3] Bened. XIV. de synod. dioec. II. 5. n. 8. i. f.; Ferraris, prompta biblioth. canon. s. v. archiepiscopus. art. III. n. 12.

[4] S. c. 1. Dist. C. Indessen ist (so behauptet Schulte 2, 208. n. 6) die Anwendung dieser Strafe heute nicht mehr üblich.

[5] S. die früher angeführten Briefe Gregors, Zacharias' und die Formeln im lib. diurnus. S. auch Pertsch p. 217 ff.

[6] Gregor. I. ep. ad Brunichild. IX. 11 (2, 937). Dieser übergiebt es dann im Gegensatz zu dem gewöhnlichen Boten, der es mit der Verleihungsurkunde überbringt, an Stelle des Papstes.

[7] Gregor. I. ep. IX. 81 (2, 992).

[8] So z. B. von Eugen II. im J. 824 und von Johann XII. im J. 962 an Adelram resp. Friedrich von Salzburg; Kleinmayern, Juvavia. Anh. S. 80. 208. S. auch Pertsch p. 222.

[9] a. 1073. Reg. I. 24 (ed. cit. p. 41): „Quam utique dilectionem tuam in his . . . i. e. in pallii concessione ad praesens non recompensamus; quia antecessorum nostrorum decrevit auctoritas, nisi praesenti personae pallium non esse concedendum. Unde si fraternitas tua . . . ad nos venerit, honorem quem Romani pontifices antecessoribus tuis contulerunt, nos tibi . . . conferemus". Solche Vorschriften der früheren Päpste sind nicht bekannt, im Gegentheil hat Johann VIII. auf dem Koncil von Ravenna von 877 (s. c. 1. Dist. C.) nur ein mittere seitens der Metropoliten verlangt. Auf demselben Standpunkt wie Gregor VII. stehen aber Urban II. ep. ad archiep. Mediolan. bei Platina, de vitis Romanor. pontif. unt. Urban II. ed. Colon. 1574. p. 162: „hoc dignitatis genus nulli ante, nisi praesenti, concessum fuisse"; ep. ad Guidon. Vienn. a. 1095: „contra ecclesiae morem absenti tibi pallium contribuimus" (Bouquet, recueil 14, 753) u. Petr. Damiani ep. ad Agnet. imperat. lib. VII. 4 (ed. Caietan. 1, 320). Vgl. hierzu auch Thomassin l. c. c. 57. n. 4 ff.

[10] Ep. Paschal. II. a. 1103. ad Petr. Aquens. (Gallia christ. 1 instr. p. 66); a. 1104. ad Did. Compost. (Florez, España sagr. 20, 48); a. 1105. ad Guidon. Pap. (Mansi 20, 1049); Calixti II. a. 1120. ad Gerald. Ragusin. (Farlati, Illyria sacra 6, 60).

[11] Barbosa, J. E. U. lib. I. c. 7. n. 115; Ferraris l. c. n. 12.

[12] Th. I. S. 365. 494 und Const. Bened. XIV: Inter conspicuos vom 29. August 1744. §. 18 (Bull. Bened. XIV. 1, 387): „Similiter Patriarchae, archiepiscopi et nonnulli ex episcopis qui vel ex ecclesiarum suarum juribus vel ex personali concessione honore pallii decorantur, illud in consistorio secreto per interpositam advocati consistorialis personam postulabunt. Ideoque si patriarcha, archiepiscopus sive episcopus . . . pallio donandus in Romana Curia praesens existat, in consistorio praedicto coram pontifice se sistet medius inter advocatum pro eo perorantem a dextris et magistrum caeremoniarum a sinistris, si vero praelatus extra curiam moretur, illius procurator dextrum, magister vero caeremoniarum sinistrum, advocatus autem consistorialis medium locum tenebit; atque hic pro supradicti pallii concessione demissas pontifici preces exhibebit".

[13] Dieser leitet für die Regel die Ceremonie. Chr. Marcelli sacrar. cerimon. lib. I. s. 10. c. 5 (Hoffmann, nova scriptor. collect. 2, 424); Ferraris l. c. n. 9. Mitunter haben auch Päpste die Uebergabe selbst vorgenommen. S. Marcell. l. c. p. 425; Phillips 5, 646. n. 48.

[14] Sie lautet: „Ego N. electus ecclesiae N. instanter, instantius et instantissime peto mihi tradi et assignari pallium de corpore B. Petri sumtum in quo est plenitudo pontificalis officii". Marcell. l. c. p. 424; Ferraris l. c. n. 9; bei beiden

sendung des Palliums an einen benachbarten Bischof zu dem gedachten Zweck ist aber nicht ausgeschlossen [1]. Während indessen in früherer Zeit nur die Ablegung des Glaubensbekenntnisses Bedingung der Erlangung des Palliums war [2], hat man später dafür als weitere Voraussetzung die Ableistung des Treu- und Gehorsameides gegen den römischen Stuhl (s. unten) erfordert [3]. Dass trotz der Erfüllung dieser Erfordernisse das Pallium zurückgehalten werden kann, wenn sich Anstände ergeben, namentlich dem neuen Metropoliten Vergehen vorgeworfen werden, liegt auf der Hand [4].

c. Obgleich der Papst das Recht besitzt, das Pallium immer und überall bei der Verrichtung des Messopfers zu tragen [5], dürfen die Metropoliten sich dieses Schmuckes seit dem 9. Jahrhundert [6] nur an bestimmten Tagen und bei bestimmten Gelegenheiten [7]

auch die ältere Form der Bitte des Procurators, die neuere in Benedict. XIV. const. Rerum ecclesiastic. v. 12. August 1748 (eiusd. bullar. 2, 497).

¹ S. das pontific. Romanum. tit. de pallio. Die Verleihungsformel lautet nach demselben (die gleiche hat auch Marcell. l. c. p. 424; Ferraris l. c.): „Ad honorem omnipotentis dei et beatae Mariae semper virginis ac b. apost. Petri et Pauli, domini nostri N. Papae N. et sanctae Romanae ecclesiae necnon ecclesiae N. tibi commissae, tradimus tibi pallium de corpore b. Petri sumptum, in quo est plenitudo pontificalis officii cum patriarchalis (vel archiepiscopalis) nominis appellatione, ut utaris eo intra ecclesiam tuam certis diebus qui exprimuntur in privilegiis ab apostolica sede concessis. In nomine Patris et Filii et spiritus sancti“. Die Formel in c. 4. (Innoc. III.) X. de auctorit. et usu pallii I. 8. weicht nur darin ab, dass sie ausdrücklich des Gebrauches ad missarum solemnia erwähnt und die einzelnen Tage aufzählt.

² S. oben S. 27 und ferner c. 1. (conc. Ravenn. a. 877), c. 4. (Johann. VIII., s. Dümmler, ostfränk. Reich 1, 805) Dist. C; Pilgrim. Laurenc. ep. ad Bened. VII. et Bened. VII. ep. ad Hrodbert. Mogunt. etc. a. 974 (Mansi 19, 50. 54).

³ c. 4. (Paschal. II. a. 1102.) X. de elect. I. 6. Vgl. dazu Richter in seinen u. Schneiders krit. Jahrbüchern. Bd. 6 (3 Jahrgg.) S. 701. Freilich hat Johann VIII. c. 4. Dist. C. cit. schon bestimmt, dass mit der Beobachtung des Glaubensbekenntnisses auch die der decretalium pontificum Romanorum constitutorum angelobt werde, und eine Formel (wohl saec. IX) bei Baluze, capit. ed. de Chiniac 2, 618 lautet: „Beato vero Petro et vicario eius debitam subiectionem et obedientiam . . . me exhibiturum profiteor“.

⁴ So hat schon Johann VIII. die Bewilligung des Palliums an Willibert von Köln zunächst verweigert. S. Dümmler a. a. O. S. 805. 806. Johann XXII. hat aber zur Beseitigung von Chikanen verordnet, c. un. in Extrav. comm. de auctor. pallii I. 4, dass eine Denunciation die Aushändigung des Palliums nur dann aufhalten soll, wenn der Denunciant ein juramentum malitiae leistet und den Beweis seiner Anschuldigungen binnen zwei Monaten nach der collatio pallii vorbringt.

⁵ S. Th. I. S. 210.

⁶ Syn. VIII. gen. Constant. a. 869. c. 27 (Mansi 16, 178): „Quisquis ergo episcopus praeter definita sibi scripto tempora se pallio induerit, . . . aut corrigatur aut a patriarcha proprio deponatur“; conc. Ravenn. a. 877. c. 3. (l. c. 17, 337): „Quicumque sane metropolitanorum per plateas vel in litaniis uti pallio praesumpserit et non tantum in praecipuis festivitatibus et ab apostolica sede indictis temporibus ad missarum solemnia, careat illo honore“. Die Bezugnahme auf besonders vom apostolischen Stuhl festgesetzte Tage findet sich schon in Nicolai I. ep. ad Hincm. a. 866 (l. c. 15, 752. 753); Aufzählung derselben in ep. Nicolai I. ad Adelwin. Salzb. a. 860 (Kleinmayern, Juvavia Anh. S. 92); Hadrian. II. ad Actard. Namn. a. 868 (Mansi 15, 829); Joann. XIII. ad Landulf. Benevent. a. 969 (l. c. 19, 19); weitere Beispiele bei Pertsch p. 252 ff. Die in c. 4. (Innoc. III.) X. hist. I. 8 angegebenen Tage stimmen schon, sehr unbedeutende Abweichungen abgerechnet, mit dem Verzeichniss des Pontif. Roman. (s. Note 7) überein. Indessen sind auch weitergehende Privilegien ertheilt worden, so von Leo IV. an Hinkmar von Rheims (Flodoard. hist. Rem. III. 10): „pallium ad quotidianum suscepit usum a IV Leone pp., a quo iam aliud perceperat in designatis sibi solemnitatibus debite ferendum. Quem quotidianum pallii usum nulli unquam archiepiscopo se concessisse vel deinceps concessurum esse, idem papa in epistola tunc ad eum directa testatur“, s. dazu J. Weizsäcker in Niedner's Ztsch. für hist. Theologie. Jahrgg. 1858. S. 404 ff.; Dümmler, ostfränk. Reich 1, 529); von Agapet II. a. 954 an Bruno v. Köln („pallio praeter consuetudinem, quotiens velit, induatur“; Ruotgeri vita Brun. SS. 4, 265). Endlich kommt auch in den Pallien-Ertheilungen die Bezugnahme auf den Gebrauch der Vorgänger der Beliehenen vor. Pertsch p. 254.

⁷ Das Pontif. Roman. l. c. zählt folgende auf: „Nativitas domini nostri Jesu Christi, s. Stephani protomartyris, s. Joannis apostoli et evangelistae, circumcisio domini, epiphania domini, dominica in Palmis, Feria quinta in coena domini, sabbatum sanctum, dominica resurrectionis cum duobus diebus sequentibus, dominica in albis, ascensio domini, dominica pentecostes, festum corporis christi, festivitates IV b. Mariae semper virginis, purificationis, annuntiationis, assumptionis et nativitatis, nativitas s. Johannis Baptistae, festum omnium sanctorum, festivitates omnium apostolorum, dedicationes ecclesiarum, principales festivitates ecclesiae suae, ordinationes clericorum, consecrationes episcoporum et virginum, dies anniversarius dedicationis ecclesiae et consecrationis suae“.

bedienen, wogegen sie das Pallium früher bei jeder Messe anlegten[1]. Ferner darf der Metropolit das Pallium nicht ausserhalb seiner Kathedrale oder ausserhalb einer in seiner Provinz belegenen Kirche — wohl aber innerhalb aller solcher Gotteshäuser — gebrauchen[2] (s. auch weiter unter f).

d. Schon die Dekretalen machen die Ausübung bestimmter Rechte des Erzbischofs von dem Empfange des Palliums abhängig. Der Metropolit darf sich 1. vorher nicht den Titel: Erzbischof[3] oder den mit dem Metropolitansitz verbundenen höheren Titel: Patriarch oder Primas beilegen[4], 2. ebensowenig das Chrisma bereiten, Kirchen dediciren, Geistliche ordiniren und Bischöfe konsekriren[5]. Aus dem hinzugefügten Grunde: »quum id non tanquam simplex episcopus, sed tanquam archiepiscopus facere videatur«, ergiebt sich, dass hier (abgesehen von der Bischofsweihe) nur solche Handlungen gemeint sind, welche in seiner eigentlichen Diöcese, nicht in den Diöcesen seiner Suffragane — für diese haben ja letztere die Kompetenz zur Ausübung der iura ordinis[6] — vorgenommen werden sollen. 3. Endlich ist er ebensowenig vor der Erlangung des Palliums befugt, Provinzialsynoden zu berufen[7]. Da in dieser Aufzählung weder sämmtliche Jurisdiktions- noch Weiherechte erschöpft sind, andererseits aber die erzbischöfliche Würde wegen des Verbots der vorherigen Führung des Titels von dem Pallium abhängig gemacht ist, so können diese einzelnen Bestimmungen nicht als rein positive Spezialvorschriften aufgefasst und der Erzbischof also in allen anderen Beziehungen zur Ausübung seiner Metropolitan- und bischöflichen Rechte für befugt erachtet werden. Vielmehr ist das jenen Normen zu Grunde liegende allgemeine Princip für die Entscheidung der speziellen Fragen zu ermitteln. Schon seit der Glossatoren-Zeit sind derartige Versuche gemacht worden, aber sie haben bisher nicht zu einer Einigung geführt. Zwar nimmt man einstimmig und mit Recht an, dass mit den unter 2 genannten Handlungen sämmtliche iura ordinis episcopalis gemeint sein sollen[8], weil hinsichtlich der eigenen (Erz-)Diöcese des Metropoliten die rein bischöfliche und die erzbischöfliche Stellung desselben sich nicht unterscheiden lassen, und spricht demgemäss auch dem neuen Erzbischof die Befugniss zur Benediktion der Aebte und Aebtissinnen, zur Firmelung, zur Salbung der Könige etc. ab[9]. Hinsichtlich der Regierungsrechte besteht indessen Streit. Quellenmässig ist die Ausübung gewisser derartiger Befugnisse dem Erzbischofe vor dem Empfange des Palliums nicht verboten[10],

[1] S. oben S. 27.

[2] c. 6. (Gregor. I.) Dist. C.; c. 4. X. h. t. I. 8. Das „intra ecclesiam" dieser Stellen und der Verleihungsurkunden interpretirt c. 1. (Clem. III.) eod. dahin: „infra quamlibet ecclesiam provinciae commissae", und dem gemäss muss auch das „ubicunque" in c. 6. (Innoc. III.) eod. restringirt werden. Barbosa, J. E. U. I. 7. n. 108.

[3] c. 3. (Innoc. III.) X. h. t.

[4] Pontif. Roman. de pallio.

[5] c. 28. (Innoc. III.) X. de elect. I. 6.

[6] Mit Konsens des Ordinarius darf er aber in einer fremden Diöcese von seiner Fähigkeit, die Weiherechte zu üben, auch vor Empfang des Palliums Gebrauch machen, denn hierbei kommt nur sein bischöflicher ordo überhaupt, nicht aber die erzbischöfliche Stellung in Frage. Barbosa, J. E. U. I. 7. n. 107.

[7] c. 28. X. cit.

[8] Glossa ad c. 28. cit. s. v. sine pallio; Barbosa, jus eccles. I. 7. n. 107. 112; Gonzalez Tellez ad c. 3. X. I. 8. n. 6—8; Benedict. XIV. l. c.; Ferraris l. c. n. 16; Phillips 6, 843 ff.; Schulte 2, 209.

[9] Selbstverständlich ist ihm aber nicht die Ausübung jeglicher Weiherechte entzogen, sondern nur die Vornahme solcher Handlungen, welche gerade durch den ordo episcopalis bedingt sind, resp. die Administration derjenigen, bei denen letzteres nicht der Fall ist, in der besonderen bischöflichen Kleidung. S. Schmalzgrueber, jur. can. P. II. tit. 8. n. 6. u. Pont. Roman. l. c. Vollzieht der Erzbischof den obigen Verboten zuwider Weihe-Akte, so sind diese, wenn er nur den ordo episcopalis besitzt, nicht nichtig, sondern nur illicite vorgenommen.

[10] c. 3 (Alex. III.) X. de elect.: „Suffraganeis alicuius metropolitani ad mandatum ipsius post confirmationem electionis suae, etiamsi pallium non receperit, licitum est, electum qui ad eius jurisdictionem pertinet, consecrare".

ja er kann sogar seine Weihebefugnisse einem andern, so fern er nur nicht mit der Nachsuchung des Palliums im Verzuge ist, delegiren[1]. Da er aber andererseits nicht berechtigt sein soll, Koncilien abzuhalten und die Einberufung dieser ebenfalls ein Akt der Jurisdiktion ist, so hat man vielfach den Satz aufgestellt, dass der Erzbischof nur die wichtigeren oder solennen Jurisdiktionshandlungen[2] nicht vornehmen darf. Einen Anhalt für die Sonderung der einzelnen Befugnisse in die eine oder andere Klasse gewähren aber die Quellen nicht und ebensowenig bieten sie überhaupt irgend ein Fundament für jene Scheidung der erzbischöflichen Rechte. Ansprechender wegen ihrer Konsequenz ist die Meinung, dass der Ausübung der Jurisdiktionsrechte in der eigenen (Erzdiöcese) nichts entgegensteht, wohl aber in den übrigen Theilen der erzbischöflichen Provinz, also in den Diöcesen der Suffraganen, weil es sich hier um die Geltendmachung der vom Pallium abhängigen, erzbischöflichen Rechte handele[3]. Diese Ansicht erklärt indessen das Bedenken, warum für die Erzdiöcese des Metropoliten nur die iura ordinis, nicht aber die bischöflichen Jurisdiktionsrechte von der erzbischöflichen Qualität unlösbar sind, nicht; der Grund, »quia id non tanquam simplex episcopus, sed tanquam archiepiscopus facere videtur« könnte ja an und für sich ebenso gut für ein Verbot der Handhabung der Regierungsrechte in der Erzdiöcese geltend gemacht werden. Endlich ist auch quellenmässig weder die Ausübung von Regierungsrechten, welche aus der Stellung als Metropolit herfliessen, noch die der Jurisdiktion in der eigenen Diöcese (abgesehen von dem vorhin erwähnten singulären Fall) ausgeschlossen[4]. Demgemäss darf — und auch die ältere Doktrin hat das nicht gethan[5] — zwischen der Regierungsgewalt über die letzte und der über die Suffragansprengel nicht unterschieden werden, und daher wird der Erzbischof, welchem nach neuerem Recht die Konfirmation der Suffragane entzogen ist, heute zur Annahme von Appellationen gegen Verfügungen der letzteren und zur Ausübung des Devolutionsrechtes auch vor Empfang des Palliums für legitimirt erachtet werden müssen[6]. Woher aber die Singularität, dass er sich nicht archiepiscopus nennen und auch kein Koncil abhalten darf? Beides hat m. E. einen historischen Grund. Der Titel: archiepiscopus war seit alter Zeit an den Besitz des Palliums (s. unten) geknüpft, und so wurde durch die Vorschrift des Dekretalenrechts nur der frühere Gebrauch sanctionirt. Bei der Abhaltung der Koncilien legten die Metropoliten

[1] Pontif. Rom. tit. de pallio: „Potest etiam huiusmodi consecrationes ante pallii receptionem alteri committere, dummodo non sit in mora petendi pallium".

[2] Gonzalez Tellez ad c. 11. X. de elect. I. 6. n. 4, welcher die causae graviores, Ferraris l. c. n. 14. der die actus jurisdictiones maiores, Walter §. 154, der die solennen Jurisdiktionshandlungen dem Erzbischof entzieht. Aehnlich auch Phillips 6, 846 u. Mast S. 203. n. 1.

[3] Phillips, Lehrbuch S. 284; Schulte 2, 210; letzterer beruft sich Lehrbuch 2. Aufl. S. 203. n. 12 auf die m. E. nichts beweisende pars decisa des c. 4. X. de elect. I. 6.

[4] Für die Statthaftigkeit der Vornahme der Rechte der ersteren Art spricht c. 11. X. de elect. cit., denn die Kompetenz zur Weihe des dem Metropoliten untergegebenen Suffraganbischofes, welche der erstere auf einen andern übertragen kann, ist nicht ein Ausfluss seiner Stellung als Bischof der Erzdiöcese, sondern als Metropolit der Provinz. Dasselbe gilt auch von der in c. 1. (Innoc. III.) X. de translat. episc. als zulässig erwähnten Konfirmation eines gewählten Suffraganen. Die Befugniss zu Jurisdiktionshandlungen in der Erzdiöcese ergiebt c. 28. X. cit. §. 2. S. dazu Phillips 6, 845; Schulte 2, 209. n. 3.

[5] Glosse zu c. 1. cit. s. v. confirmasse; Barbosa l. c. n. 112; Hallier, de election. et sacr. ordinat. P. II. s. 5. c. 4. art. 1. n. 40 ff.; Benedict. XIV. l. c.; vgl. auch Wiese, Handbuch 1, 791; Eichhorn 1, 672; Richter §. 131. n. 8; Pachmann, K. R. 3. Aufl. 1, 290; Ginzel 1, 225. n. 3.

[6] Freilich sagt Mast a. a. O. unter Berufung auf die Glosse zu c. 3. X. h. t. I. 8: „licet consecratus sit in episcopum, non est appellandus archiepiscopus ante pallii receptionem", diese erkläre ausdrücklich, dass an den Metropoliten, wenn er das Pallium nicht habe, nicht einmal appellirt werden könne (!!).

in älterer Zeit das Pallium an[1], und einzelne Verleihungsprivilegien[2] gestatteten diesen Gebrauch des letzteren ausdrücklich. Wurde aber einmal das Pallium bei dieser Gelegenheit getragen, so musste man, als die Pflicht zur Einholung desselben obligatorisch geworden war, auch die Abhaltung der Synoden vor dem Empfange untersagen. Da der Erzbischof noch jetzt bei der feierlichen Eröffnungsmesse des Provinzial-Koncils das Pallium anlegt[3], konnte man jene Regel um so mehr bestehen lassen, als gerade der das Provinzial-Koncil versammelnde und auf demselben präsidirende Metropolit vor allem bei dieser Gelegenheit in seiner oberhirtlichen Stellung hervortrat, und hier die Pflicht zu erfüllen hatte, die im Pallium angedeutete Einheit mit dem Stuhl Petri durch Innehaltung der Gränzen, welche der gesetzgebenden Gewalt der Provinzial-Synoden gegenüber dem gemeinen Recht gezogen sind, zu wahren[4]. Mit Rücksicht hierauf sowie in Anbetracht des Umstandes, dass der Erzbischof das Pallium bei der Abhaltung der Diöcesansynode nicht anlegen darf[5], wird auch die Befugniss zur Einberufung einer solchen nicht von der Erlangung des Palliums abhängig gemacht werden können[6].

e. Aus der gedachten Entwicklung, welche die Ausübung gewisser Rechte der Metropoliten an den Besitz des Palliums geknüpft hatte, erklärt es sich, dass das letztere schon im 11. Jahrhundert als signum consumendae dignitatis archiepiscopalis bezeichnet werden konnte[7], weiter aber auch dass es nunmehr, weil es der Papst allein stets tragen durfte und die Erzbischöfe den Gebrauch nur ausnahmsweise hatten, als

[1] Glossa s. v. missarum zu c. 6. Dist. C.: „Et in synodo etiam uti (pallio) potest".

[2] S. ep. Leon. VII. c. 937. ad Gerhard. archiep. Laurenc. (Mansi 18, 377): „verum etiam in consecratione episcoporum et presbyterorum et quando a te synodus celebratur, si forte conventiculum illic fuerit neophytorum qui ad fidem tua exhortatione sunt perducendi nec non in festivitate ...." Auch für die Bischöfe, welche Pallien als Auszeichnung erhalten haben, hat man die Anlegung derselben bei Abhaltung der Diöcesansynode mitunter gestattet. S. Joann. XIX. ep. a. 1030 für Gerona (Merino, España sagrada. 43, 431): in uno concilio dioecesis vestrae".

[3] Bened. XIV. l. c. III. 11. n. 6. Ein Beispiel von 1549 (Kölner Provinzialsynode) bei Würdtwein, subsidia diplomatica. 3, 315; allerdings erwähnt c. 4. X. h. t. I. 8. u. Pont. Roman. l. c. nichts davon.

[4] Richter a. a. O. u. Schulte 2, 209. n. 4. erklären die Abhängigkeit des Rechts zur Einberufung der Synoden vom Pallium damit, dass das Recht Koncilien zu versammeln nach einer mittelalterlichen Auffassung dem Papst eigne und von diesem erst mit dem Pallium übertragen werde. Aber weder c. 4. X. de elect. I. 6. bestätigt das, noch finde ich, dass die Anschauung, der Papst müsse den Erzbischöfen auch besonders die Befugniss zur Abhaltung von Provinzial- und Diöcesan-Synoden verleihen, im Mittelalter sich geltend gemacht. Es liegt hier offenbar eine Verwechselung mit der Stellung des Papstes zu den allgemeinen Koncilien und der pseudo-isidorischen Lehre von der Nothwendigkeit der Bestätigung der Provinzialsynoden durch den apostolischen Stuhl, resp. von der vorherigen Kenntnissnahme desselben vor der Abhaltung der letzteren (s. S. 11) vor.

[5] Bened. XIV. l. c.

[6] So auch Bened. XIV. l. c. II. 5. n. 8. Uebrigens lässt sich c. 28. §. 1. X. de elect. I. 6. („quum non liceat archiepiscopo sine pallio concilium convocare") u. c. 4. X. eod. („in pallio conceditur plenitudo pontificalis officii, quia metropolitanis minime licet aut consecrare episcopos aut synodum celebrare") auch wegen der scharfen Hervorhebung der erzbischöflichen Stellung und der plenitudo potestatis nur auf eine vom Metropoliten als solchem berufene Synode beziehen. So auch Phillips Lehrbuch S. 284. Allerdings zählt die entgegengesetzte Ansicht viele Vertreter, s. z. B. Barbosa de off. episcopi P. III. alleg. 93. n. 4; Ferraris l. c. s. v. synod. dioeces. n. 8; Phillips, die Diöcesansynode S. 139 und neuerdings Kirchenrecht 6, 846; Schulte, Lehrbuch 2. Aufl. S. 203. n. 11; Walter §. 154. Wenn letzterer darauf hinweist, dass der Erzbischof auch ohne das Pallium nicht seine Provinz visitiren kann, so ist dies vollkommen richtig (s. auch Ferraris s. v. archiepiscopus art. III. n. 14); für die hier in Rede stehenden Fragen erscheint aber diese Regel vollkommen einflusslos, weil die Visitationsbefugniss mit dem Pallium direkt nichts zu thun hat, das letztere vielmehr nur mittelbar wegen der Vorschrift, dass der Metropolit zur Abhaltung der Visitation der Mitwirkung der Provinzialsynode bedarf (Trid. Sess. XXIV. c. 3 de ref.), erforderlich ist.

[7] S. Petri Damian. ep. VII. 4. cit. (ed. Caietan. 1, 320). Vgl. auch c. 3. (Innoc. III.) X. h. t. I. 8.

Zeichen der priesterlichen Machtfülle galt[1]. Freilich hat diese Anschauung etwas Schiefes, weil man die alte Beziehung des Palliums auf die Weiherechte bis heute festgehalten hat, obwohl der Schwerpunkt des Primates und der höheren Stellung der Erzbischöfe über den Bischöfen in den Jurisdiktionsrechten liegt, trotzdem aber das Pallium allein die Ausübung der iura ordinis der Erzbischöfe, nicht aber der Regierungsbefugnisse derselben bedingt[2], und seine Gewährung an die einfachen Bischöfe (s. S. 35) nur die Bedeutung einer Auszeichnung besitzt.

f. Verliehen wird das Pallium erstens nur für eine bestimmte Provinz, weshalb der Erzbischof, welcher dieselbe Stellung noch für eine andere erhält oder von einer Provinz auf die andere transferirt wird, stets ein neues Pallium zu erbitten hat[3]. Zweitens bezieht sich die Verleihung auch allein auf die Person des Erzbischofs[4]. Der Nachfolger darf daher das Pallium seines Vorgängers nicht gebrauchen[5], gleichviel ob der erzbischöfliche Stuhl durch Tod[6] oder sonstigen Abgang desselben erledigt[7] worden ist. Der Erzbischof selbst kann es ferner auch erlaubter Weise nicht einem Kollegen leihen[8], ebensowenig ein anderer sich eigenmächtig des Palliums seines Amtsgenossen bedienen[9]. Da aber andererseits das letztere als Zeichen der erzbischöflichen Würde von dieser abhängig ist, so muss es der Inhaber, der diese, sei es auch freiwillig durch

[1] „Plenitudo omnis sacerdotalis dignitatis" s. Urban. II. ep. ad Bern. Tolet. a. 1088 (Mansi 10, 522); c. 4 (Paschalis II.) cit. de elect. I. 6; Gelasii II. ad Gualt. Ravennat. a. 1118; Calist. II. a. 1121; Honor. II. a. 1128 (Mansi 21, 169. 215. 321); s. ferner Th. I. S. 210. n. 6.

[2] Offenbar hat das Gefühl dieser Inkonsequenz jene vorher besprochene Theorie über die Beschränkung der Jurisdiktionsrechte der Metropoliten hervorgerufen.

[3] c. 4. (Innoc. III.) X. de postul. I. 5; Glosse dazu ad v. pallium; Ferraris archiepiscopus art. III. n. 39; Pertsch l. c. p. 261. Es ist das eine Konsequenz aus dem von Johann VIII. aufgestellten Grundsatz, dass jeder Metropolit, dessen Stellung sich ja immer auf eine bestimmte Provinz bezieht, das Pallium nachsuchen muss.

[4] c. 2 (Coelest. III. s. aber n. 6) X. h. t. I. 8. Die früher vorkommende Verleihung auch an die Nachfolger, Johann VIII. ad ep. Pap. a. 877; Clem. II. ad archiep. Salernit. a. 1047; Eugen. III. ad arch. Bituric. a. 1146; Alex. III. ad arch. Colon. a. 1178 (Mansi 17, 260; 19, 620; 21, 668. 910) bedeutet nur soviel, dass das Recht des Palliums dem betreffenden Bischofsstuhl zusteht, enthebt aber die Nachfolger nicht von der Pflicht das Pallium nachzusuchen, wie es denn in ep. Clem. II. cit. auch heisst: „Pro pallio vero . . . post discessum tuum successores tui perveniant ad apostolicam sedem et usum pallii consecrationemque decretaliter recipiant".

[5] Damit ist die alte Sitte (S. 24), dass das Pallium in derselben Kirche fort und fort überliefert wurde, beseitigt; freilich finden sich Spuren dieses Gebrauches noch längere Zeit im Orient s. Gregor. IX. ep. ad Constant. Pazerpertens. (Raynald. ann. a. 1239. n. 83): . . „petitum a te pallium, tuo, quod olim antecessoribus tuis fuit ab apostolica sede concessum, jam quasi prae nimia vetustate consumpto . . . fraternitati tuae . . . mittimus". S. auch Lupus l. c. c. 12. p. 196.

[6] In diesem Fall wird es mit seinem Besitzer begraben. S. Alex. III. ep. ad Rotrod. Rothom. archiep. a. 1173—1174 (Mansi 21, 1074): „quaesitum est . . . utrum liceat tibi pallium tuum alii metropolitano commodare, si contingat ipsum sine pallio suo ad ecclesiam tibi commissam in aliqua praecipua solemnitate venire et in eadem ecclesia missarum solemnia celebrare. Licet exinde non recolamus nos expressum canonem vidisse, . . . respondemus, quod non videtur esse conveniens, ut pallium alii commodes, cum pallium tuum personam non transeat, sed quisquam cum eo debeat . . . sepeliri", als c. 2. mit der Inskription Coelestin. III. in h. t. X. I. 8.

[7] S. dazu Fagnan. comm. ad c. 9. X. de renunc. I. 9. n. 5.

[8] S. c. 2. X. h. t. cit. S. auch Note 6.

[9] Conc. Winton. a. 1070 (Mansi 19, 1079): „Stigandus Dorobernia archiepiscopus degradatur tribus de causis, scilicet quod episcopatum Wintoniensem cum archiepiscopatu iniuste possidebat, et quod vivente Roberto archiepiscopo non solum archiepiscopatum sumpsit, sed etiam eius pallio, quod Cantuariae remansit, dum vi et injuste ab Anglia pulsus est, in missarum celebratione aliquamdiu usus est". — Weitere Konsequenzen, welche die römische Kurial-Praxis und die Doktrin aus dieser persönlichen Natur des Palliums gezogen hat, sind, dass das verliehene Pallium, welches nicht ausgehändigt werden kann (z. B. weil der Erzbischof vor Empfang gestorben), verbrannt; dass es allein begraben wird, wenn die Leiche des Inhabers nicht aufzufinden ist; dass dem Besitzer zweier Pallien beide mit in das Grab, das eine um die Schulter, das andere unter das Haupt gelegt werden. S. Ferraris l. c. n. 40. 46; Reiffenstuel I. 8. n. 21; Phillips 6, 850.

Renunciation verliert, ablegen [1], und wenn er nachher ein anderes Erzbisthum, ja selbst wenn er sein früheres von Neuem erlangt, ein anderes Pallium nachsuchen [2].

Der Zusammenhang des letzteren mit der bestimmten erzbischöflichen Provinz erklärt auch den oben schon (S. 31) erwähnten Grundsatz, dass der Erzbischof für die Regel nur befugt ist, das Pallium innerhalb dieses Bezirkes zu tragen. Nicht durch Gewohnheit, sondern allein durch päpstliches Privileg kann davon eine Ausnahme gemacht werden [3].

g. Die Erzbischöfe in partibus infidelium, d. h. also diejenigen, welche auf ein in den Händen der Ungläubigen befindliches Erzbisthum geweiht werden und daher auch den erzbischöflichen Titel führen, erhalten selbst dann, wenn sie Titularpatriarchen sind, das Pallium nicht. Denn alle diese würden es, weil sie nicht in ihrem Erzbisthum residiren, nach der vorhin gedachten Regel nicht tragen dürfen [4].

h. Die Pflicht und das Recht der Metropoliten, das Pallium nachzusuchen, resp. zu erlangen, giebt ihnen keinen ausschliesslichen Anspruch auf dasselbe, vielmehr hat der römische Stuhl fort und fort auch das Pallium an einfache Bischöfe verliehen [5],

[1] S. Fagnan. l. c.

[2] Der erste dieser beiden Sätze ist mit Rücksicht auf die Ausführungen im Text selbstverständlich; der zweite folgt daraus, dass die so erlangte erzbischöfliche Würde immer wieder eine neue für den Inhaber ist, sofern die erste Niederlegung eine gültige war. S. Barbosa, J. E. U. I. 7. n. 122; Ferraris l. c. n. 44.

[3] c. 5. (Innoc. III.) h. t. I. 8. Dasselbe knüpft aber diesen Gebrauch noch an die Bedingungen, dass der Privilegirte verhindert ist, die Funktionen in einer Kirche seiner eigenen Provinz vornehmen und dass der Obere der fremden Diöcese die Erlaubniss gewährt. S. dazu die Glosse; Barbosa l. c. n. 108; Ferraris l. c. n. 30; und namentlich Schmier, jurispr. can. lib. I. tr. 3. c. l. 5. 5. n. 592 ff. Nach Cantelius, metropol. urbium hist. p. 417 hat der Erzbischof von Barletta (oder Nazareth in Italien) von Clemens IV. das wiederholt bestätigte Privileg erhalten, das Pallium überall in der ganzen Welt zu tragen. Die Befugniss, in einer fremden Diöcese ohne das Pallium zu celebriren, bestimmt sich dagegen nach der allgemeinen Regel, s. c. 7 (Honor. III.) h. t. Was die exemten, innerhalb seiner Provinz belegenen, Kirchen betrifft, so kann der Erzbischof in diesen (nicht aber in den Kirchen nullius dioeceseos in territorio separato) nach der hergebrachten Auslegung des: in pontificalibus in Clem. 2. de privileg. V. 7. (s. die Glosse dazu u. Ferraris l. c. n. 19) mit dem Pallium celebriren. — Jeder Begründung entbehrt die Annahme (v. Espen, J. E. U. P. I. tit. 19. c. 5. n. 15; Helfert, von den Rechten der Bischöfe. Prag. 1832. S. 32), dass das Trident. Sess. VI. c. 5 de reform. den Gebrauch des Palliums in den Diöcesen der Suffragane von dem Konsens der letzteren abhängig gemacht habe. S. auch Schulte 2, 210. n. 4.

[4] Bened. XIV. de syn. dioeces. XIII. 15. n. 17, welcher zugleich angiebt, dass Clemens XI. im J. 1671 ausnahmsweise den vier lateinischen Titularpatriarchen als persönliche Auszeichnung das Pallium verliehen hat. Seit Benedikt XIII. ist ihnen aber mittelst der Const. Romanus Pontifex vom 30. September 1724 (Bull. Rom. 11, 359) ein Schulter-Umhang (Exomis) bewilligt worden, dessen sie sich bei feierlichen Gelegenheiten bedienen. Der Patriarch von Jerusalem hat dagegen neuerdings das Pallium erhalten. S. Th. I. S. 561. n. 6.

[5] Ueber das 6. Jahrh. s. oben S. 26. n. 5; aus dem 8. Jahrhundert gehört hierher Angilram von Metz, dessen Titel archiepiscopus, s. Regula Chrodegangi Mett. u. 760. c. 20. i. f. (Walter, fontes ius. ecclesiast. p. 32) c. 55 conc. Francof. a. 794 (LL. 1, 75) u. Rettberg, Deutschlands Kirchengesch. 1, 502, da Metz nie Metropolitansitz gewesen, nur auf den Empfang des Palliums zurückgeführt werden kann (Gesta Trever. c. 27. SS. 8, 165: „Wala — s. gleich nachher — lecto in auribus omnium qui aderant quod sibi a papa transmissum fuerit de usu pallii privilegium, asseruit non se primum, set quintum fuisse, quem apostolica sedes hoc honore dignata sit sublimare, salva tamen in omnibus metropolitano subiectione, primum Urbitium, secundum Pipini regis ex sorore nepotem Crodegangum, tertium Angelramnum, quartum Druogonem Karoli M. imperatoris filium“; s. übrigens über den Gebrauch des Wortes: archiepiscopus auch c. 6. conc. Matiscon. a. 581. S. 27. n. 5), aus dem 9. Jahrh. Theodulf von Orleans (Du Fresne du Cange glossar. s. v. pallium), Drogo v. Metz (s. ep. Caroli Calvi ad Nicol. I. a. 863; Mansi 15, 372), Actard v. Nantes (ep. Hadriani II. a. 868. Mansi 15, 829), Johann v. Pavia und Wala von Metz a. 877. u. 878 (l. c. 17, 259. 248), aus dem 11. Jahrh. der Bischof von Gerona (ep. Joann. XIX. a. 1030. Merino España sagrada 43, 430) und der Bischof von Bamberg (ep. Leon. IX. a. 1053. SS. 4, 801; s. auch Paschalis II. a. 1111. Jaffé, monum. Bamberg. p. 277), Halberstadt (ep. Alex. II. a. 1063. Mansi 19, 985), aus dem 12. Jahrh. Metz (zur Zeit Calixt II. a. 1120 s. Gest. episc. Metens. cont. I. SS. 10, 544; Gesta Trever. cont. I. c. 23. l. c. 8, 196), aus dem 13. Jahrh. Fünfkirchen c. 15. (Innoc. III.) X. de praesumpt. II. 23; aus dem 14. J. Paris (Schreiben Gregors XI. bei Florens l. c. ed. cit. 1, 236), aus dem 18. Jahrh. Marseille im J. 1731 (Pertsch l. c.

und zwar theils als rein persönliche[1], theils als eine den betreffenden bischöflichen Kirchen gewährte Auszeichnung[2]. Sind auch wegen derartiger Bewilligungen an einzelne Bischöfe seitens dieser letzteren Ansprüche auf Exemtion von der Metropolitangewalt erhoben und darüber Streitigkeiten entstanden[3], so ist doch vom päpstlichen Stuhle stets das Princip festgehalten worden, dass durch den Empfang des Palliums eine Befreiung von der Jurisdiktion des Erzbischofs nicht eintritt[4], dasselbe also nichts als eine ehrende Auszeichnung für den Bischof ist[5]. Da somit dem Metropoliten aus der Ertheilung des Palliums nicht das mindeste Präjudiz erwächst, erscheint die Ansicht, welche dem Papst ein derartiges Recht absprechen will, als unhaltbar. Aus der eben hervorgehobenen Bedeutung der Bewilligung des Palliums folgt endlich, dass der Mangel desselben den Bischof, der kraft des Privilegs seiner Kirche einen Anspruch darauf hat, weder an der Ausübung der Weihe- noch der der Jurisdiktions-Rechte hindert[6]. Er soll, wenn er aussergewöhnlicher Weise das Pallium erbitten darf, nicht schlechter als seine Amtsbrüder gestellt sein. Der Bischof ist endlich nur befugt, das Pallium in seiner Diöcese[7] innerhalb der Kirche und bei den besonders bewilligten Gelegenheiten[8] zu tragen.

Ein Recht der Staatsgewalt, bei der Verleihung des Palliums zu konkurriren, lässt sich nicht begründen, denn wenn einmal die Metropolitan-

p. 171) und Würzburg im J. 1752 (Const. Bened. XIV. Romana ecclesia vom 5. Oktober M. Bull. 19, 17), welche letztere Verleihung zu den Th. I. S. 210 citirten Schriften von Barthel und Pertsch und zu der Behandlung der Frage in denselben Veranlassung gegeben hat, ob der Papst das Pallium an nicht exemte Bischöfe (ersterer bejaht, letzterer verneint es, in Uebereinstimmung mit Steck, vindiciae libertatis germ. circa moliendas in hierarchia novationes Hal. 1756. §. 7. p. XVIII ff.) geben dürfe. Dass der Bischof von Ostia seit uralten Zeiten das Pallium hat, ist schon S. 25. n. 4 bemerkt. Beispiele aus diesem Jahrhundert bieten die Verleihungen an den Bischof von Novara durch Leo XII. im J. 1821 (Bull. Rom. cont. 16, 13), an die Bischöfe von Marseille und Valence durch Pius IX. im J. 1851 (das Schreiben bei Ginzel, Arch. f. Kirchengesch. 2, 20). Andere aus älterer Zeit, namentlich für Le Mans bei Du Fresne du Cange; nach Marcelli sacrar. caerem. lib. I. s. 10. c. 5 (ed. cit. 2, 422, vgl. auch Benedict. XIV. l. c. II. 6. n. 1) gehörte ferner hierher der Bischof von Lucca (allerdings war Lucca später Erzbisthum), nach der const. Pii IX. (für Marseille) Arezzo (seit Clemens XII.) Ermland (s. Benedikt's XIV. Const. Romana ecclesia vom 21. April 1742 M. Bull. 18, 305) und Valence. Weitere Beispiele zählt auf Phillips 5, 648.

[1] In den (s. vor. Note) citirten Urkunden für Nantes und Metz heisst es ausdrücklich in ersterer: „ut videlicet habeas pro exilio et catena pallii ornamenta, non in tuae ecclesiae perenne decretum, sed ad tuum certo tempore vitaeque praesentis specialiter usum“, in letzterer: „licentiam diebus vitae tuae . . . habeas. Nullum usum vel consuetudinem successoribus tuis per hoc nostrum tibi concessum apostolicum privilegium habere censuimus“.

[2] S. z. B. die in der vorletzten Note citirten Urkunden für Pavia a. 877; für Bamberg a. 1111; für Paris, Würzburg und Marseille. In der letzten ist, wie auch in den Bullen Benedikts XIV. für Ermland und Würzburg, ausdrücklich hervorgehoben, dass die Nachfolger es unter Beobachtung der für die Erzbischöfe geltenden Regeln erbitten und erhalten sollen.

[3] So schon im 9. Jahrh. zwischen Metz und Trier, s. Gesta Trever. c. 27 (SS. 8, 165), vgl. ferner Flodoard. hist. Rhem. IV. 1. i. f. (ed. Sirmond. Paris. 1611. fol. 316). Andere Beispiele bei Pertsch p. 176 ff.; Florens l. c. p. 239.

[4] Das ist auch wiederholt in den Verleihungsurkunden ausgesprochen, s. die S. 35. n. 5 citirten Briefe von Leo IX., Alexander II., Calixt II. und Benedikt XIV. für Bamberg, Halberstadt, Metz und Würzburg; die ep. Hadriani I. (772—795) für Vienne (Mansi 12, 847) kann dafür nicht angeführt werden, denn sie ist falsch, s. Jaffé n. CCCXVII. und Abel, Jahrb. des fränk. Reichs unter Karl d. Gr. 1, 139. Allgemein für die obige Regel Bened. XIV. l. c. XIII. 15. n. 9.

[5] Gregor I. hat allerdings damit bei Autun die Präcedenz nach dem Erzbischof vor allen übrigen Bischöfen der Provinz verbunden (s. oben S. 26. n. 5). Mit Rücksicht darauf ist mitunter, so in der Urkunde von Halberstadt (S. 35. n. 5), von vornherein die Geltendmachung derartiger Ansprüche ausgeschlossen worden.

[6] So auch Bened. XIV. l. c. II. 6. n. 4.

[7] So ausdrücklich die Verleihungsurkunde für Marseille, welche auch das Tragen ausserhalb der Diöcese selbst mit Konsens des betreffenden Ordinarius verbietet.

[8] Einzelne der citirten Urkunden (so die von 1030 u. 1053 für Gerona und Bamberg) gewähren einen ziemlich beschränkten Gebrauch; die für Marseille bezieht sich dagegen auf die Kanones, also auf die für die Erzbischöfe geltenden Regeln.

verfassung in einem Staate anerkannt ist, so muss es der Kirche überlassen bleiben, die von ihrem Standpunkt aus für nöthig erachteten Vorbedingungen für die Ausübung der erzbischöflichen Rechte festzustellen. In wie weit die Erhebung der in der katholischen Kirche üblichen Gebühren, der s. g. Pallientaxe, etwa dieses Resultat in Frage stellt, darüber unten in der Lehre von den päpstlichen Einkünften.

II. Haben die Erzbischöfe, also auch die Patriarchen und Primaten, das Recht sich das Kreuz mit dem Bildniss Christi (die s. g. crux erecta oder gestatoria)[1] bei gewissen feierlichen Gelegenheiten vortragen zu lassen[2]. Die Ausübung desselben ist aber gleichfalls durch den Empfang des Palliums bedingt[3], und der Gebrauch auf die Provinz beschränkt, aber auch innerhalb der exemten Orte derselben gestattet[4]. In Gegenwart des Papstes oder eines legatus a latere cessirt dagegen das Recht[5].

III. Die Erzbischöfe führen den Titel: *Excellentissimus et Reverendissimus*. In den einzelnen Staaten sind ihnen ebenfalls noch besondere Auszeichnungen beigelegt. In Oesterreich haben die Erzbischöfe von Wien, Salzburg, Prag, Olmütz, Gran und Görz fürstlichen Rang, sie heissen daher Fürst-Erzbischöfe (ihre Titulatur: *Fürst-Erzbischöfliche Gnaden, Celsissimus et Reverendissimus Princeps Archiepiscopus*)[6], die bairischen Erzbischöfe führen das Prädikat: Excellenz und rangiren unmittelbar nach den Staatsministern und dem Feldmarschall[7]. Den gleichen Titel hat der ebenfalls nach den Staatsministern folgende Erzbischof von Freiburg[8]. In Preussen steht ihnen der Rang der Wirklichen Geheimen Räthe[9] zu und sie gehen den Divisionsgenerälen und den Oberpräsidenten vor[10]. Ferner sind in Oesterreich alle Erzbischöfe Mitglieder des Herrenhauses[11], in Baiern der Kammer der Reichs-

[1] S. Th. I. S. 209.

[2] Ueber die Entwicklung dieses Rechtes s. Thomassin l. c. c. 58. n. 6. u. c. 59; Binterim, Denkwürdigkeiten a. a. O. S. 307 ff.; Bened. XIV. de syn. dioeces. II. 6. n. 2 ff. Uebrigens ist diese Ehrenauszeichnung auch Bischöfen gewöhnlich mit dem Pallium (s. die Urkunden für Pavia, Halberstadt, Bamberg a. 1111, Würzburg und Ermland S. 35. n. 5), in einzelnen Fällen aber auch ohne letzteres (s. die Const. Benedict. XIV. v. 1745 für Eichstedt in dessen Bullar. 1, 532) verliehen worden. Ueber die Bedeutung des Kreuzes s. Const. cit. Benedicti XIV: Romana ecclesia §. 1 (M. Bull. 18, 305).

[3] Pontif. Roman. de pallio: „Neque ante habitum pallium potest electus ante se crucem deferre sed tantum postea“.

[4] c. 1. (Alex. III.) X. ut lite pend. II. 16; Clem. 2. de privil. V. 7. Die lateinischen Patriarchen hatten nach c. 23. (Innoc. III.) X. de privil. V. 33 früher das Recht, sich das Kreuz überall ausserhalb Roms, einzelne Primaten es sich in ihrem Primatialsprengel (s. Th. I. S. 626) vortragen zu lassen. Das oben (S. 35. n. 3) erwähnte Privileg für den Erzbischof von Barletta soll auch auf Vortragung des Kreuzes in der ganzen Welt gegangen sein. Ein gleiches für Trier Th. I. S. 319. n. 1.

[5] c. 23. X. cit. Ueber die ferner im Mittelalter gewährte Auszeichnung, auf einem mit dem s. g. naccum oder nactus, einer scharlachrothen Decke, geschmückten weissen Pferde, wie der Papst (s. Ordo Roman. XII. c. 15. n. 33; XIV. c. 73; Mabillon, mus. Ital. 2, 185. 341) zu reiten, die freilich nicht nur Erzbischöfen (Köln und Trier besassen es, s. die Urkunden Th. I. S. 319. n. 1, S. 333. n. 3 u. Günther, cod. diplom. Rh. Mos. 1, 200), sondern auch Bischöfen (z. B. Halberstadt, s. das S. 35. n. 5 angeführte Diplom) gewährt wurde, vgl. Du Fresne du Cange s. v. naccum u. Binterim a. a. O. S. 311.

[6] Schulte, Lehrbuch 2. Aufl. S. 204. n. 19; Ginzel, K. R. 1, 228; s. auch Müller, Lexikon des K. R. 2. Aufl. 2, 754.

[7] Kön. Verordn. v. 10. Januar 1822, welche ihnen zugleich verbietet, das Prädikat: „von Gottes Gnaden“ — das: „durch göttliche Gnade“ ist erlaubt — zu führen (Döllinger, Sammlung 8, 292).

[8] Verordn. vom 2. März 1837 bei Müller a. a. O. S. 755 und Spohn, bad. Staatskirchenrecht. S. 162.

[9] Nach einer allerhöchst. Ordre vom 3. December 1832.

[10] Sie rangiren aber nach dem kommandirenden General des Armeekorps. So ist im J. 1869 mehrfach entschieden worden. Die Anrede ist: „Erzbischöfliche Gnaden“, s. z. B. Minister.-Schreiben v. 8. Okt. 1869 bei Moy Arch. 24, XXXIII (Beilage vom vatikan. Koncil). Danach sind die Angaben bei Permaneder §. 197 und Jacobson in Herzogs Encyclopädie 4, 153 zu berichtigen.

[11] Schulte a. a. O.

räthe [1] und der Erzbischof von **Freiburg** hat gleichfalls Sitz und Stimme in der ersten Badischen Kammer [2] (vgl. übrigens auch §. 79. III. a. E.).

IV. Die Regierung und die Leitung der Kirche in der ersten (unteren) Instanz.

A. Die regelmässige Organisation.

§. 79. 1. *Die Bischöfe**.

I. **Allgemeine Stellung.** Die Bischöfe (episcopi) sind diejenigen Glieder der Hierarchie, welche als Nachfolger der Apostel, mithin als durch göttliche Anordnung [3] eingesetzte kirchliche Beamte, in Unterordnung unter dem Primat (s. Th. I. S. 204. 205) und in Verbindung mit demselben zur Leitung der Kirche berufen sind. Jeder, welcher die bischöfliche Weihe empfangen hat (s. Th. I. S. 1 ff. 101. 116), nimmt dadurch an der Regierung der gesammten Kirche Theil, besitzt also — und zwar kraft göttlichen Rechtes — die Befugniss, diese mit zu repräsentiren, d. h. auf den allgemeinen Koncilien, der Gesammtvertretung der katholischen Kirche, eine Stimme zu führen.

II. **Stellung zur Diöcese. a. Im Allgemeinen.** Aus dem Bemerkten folgt aber noch nicht, dass dem einzelnen Bischof auch immer die Leitung eines Theils der Kirche zukommen muss. Allerdings ist es Regel, dass jeder Bischof die Regierung in einem bestimmten geographischen Sprengel (nach älterem Sprachgebrauch der s. g. *parochia* [4],

[1] Verfassungs-Urk. v. 26. Mai 1818. Tit. 6. §. 2. n. 3 (Gesetzblatt 1818. Stck. 7. S. 122); Ges. v. 9. März 1828. Art. 1. nr. 1 (Gesetzblatt 1828. Stck. 2. S. 11).

[2] Verfassungs-Urk. v. 22. August 1818. §. 27. nr. 3 (Spohn a. a. O. S. 40). — Die preussischen Erzbischöfe besitzen derartige politische Rechte nicht.

* August. Valerius, episcopus. Veronae 1586; Jo. Filesaccus, de sacra episcoporum auctoritate. Paris. 1606; Barth. Ugolini, tr. de officio et potestate episcopi. Bonon. 1609; Paulus Piasecius, praxis episcopalis ea quae officium et potestatem episcopi concernunt continens. Colon. 1614; Cracoviae. 1627; ed. III. accessit tractatus de iurisdictione episcoporum Germaniae a Christoph. Wintzlero (zuerst erschienen in Cöln 1614) Colon. Agripp. 1665; Aug. Barbosa, de officio et potestate episcopi. Lugduni 1637 u. öfters; Petri Aurelii opera de episcoporum auctoritate. Paris. 1646; Ziegler, de episcopis eorumque iuribus et privilegiis. Viteb. 1686; Thom. Zerola, praxis episcopalis in qua episcoporum non tantum eorumque vicariorum munus sed parochorum etiam et conscientiarum directorium concernentium casuum . . . Colon. Agripp. 1680; D. H. Lincken, tractat. de iure episcopali. Altorf. 1694 u. öfters; Jo. Fontanae tyrocinium episcoporum. Venet. 1717; Disceptat. jur. de jure episcopatus et jure consistor. episcoporum in duob. tract. congestae. Prag. 1720; Ant. Pereira, traité du pouvoir des evêques . . . traduit du Portugais avec des notes. 1772, deutsch u. dem Tit. Abhandlung von der Macht der Bischöfe: Frankfurt. 1773; Andr. Hieron. Andreucci, hierarchia ecclesiatica in suas partes distributa. Rom. 1766 (Tom. I. de dignitate, officio et potestate episcopi); Helfert, von den Rechten und Pflichten der Bischöfe. Prag. 1832; Bouix, tract. de episcopo, ubi et de synodo dioecesana. Paris. 1859; Schulte, Art. Bischof in Bluntschli, Staatswörterbuch 2, 152 ff.; Jacobson in Herzog, Real-Encyklopädie für prot. Theologie. 2, 241 ff.; ferner zu vgl. Benedicti XIV. pontif. maximi de synodo dioecesana libri XIII; Phillips, K. R. 2, 90 ff.

[3] S. dazu übrigens Th. I. S. 203, namentlich Note 4.

[4] c. 16. Nicaen. a. 325; c. 9. Antioch. c. 341 (s. S. 1. n. 3); hier παροιχία, parochia in der Dionys. Version des c. 9 cit.; can. apost. 14. 15; c. 20. Tolet. III. a. 589; c. 2. Tolet. a. 597; c. 8. Emerit. a. 666; Bonifac. ep. ad Zachar. pp. a. 742; Zachar. ep. ad Burch. a. 743 (Jaffé, monum. Mogunt. p. 111. 125); Capit. Vernens. a. 755. c. 3 (LL. 1, 24); c. 4 (Leo IV.) C. X. qu. 1; c. 10 (Urban. II. u. 1095) C. IX. qu. 2; c. 1. de archidiac. I. 23 (s. Th. I. S. 360. n. 7). Arnold v. Lübeck chron. Slav. III. 16 (Leibnitz, Script. Brunsv. 2, 667), vgl. auch L. Nardi, dei parrochi. Pesaro 1829. 1, 344 ff. Daher heissen denn auch die Untergebenen des Bischofs in c. 9 (Alex. III.) de testib. II. 20: parochiani. Dieser Sprachgebrauch hat sich übrigens in der Kirche des Orients erhalten s. Jacobson a. a. O. S. 247.

nach neuerem der *dioecesis*)[1] führt, aber absolut nothwendig ist das letztere nicht[2], wie auch umgekehrt Nichtbischöfe eine der iurisdictio episcopalis ähnliche Regierungsgewalt besitzen können[3].

Freilich hat von jeher die Diöcesaneintheilung die regelmässige Grundlage für die Leitung der Kirche gebildet, aber dieselbe beruht nicht auf göttlicher Anordnung, vielmehr ist sie als ein Produkt der geschichtlichen Entwicklung der Veränderung unterworfen, und deshalb besitzt der einzelne Bischof seine bestimmte Diöcese nur kraft menschlichen Rechtes[4].

Hinsichtlich des allgemeinen Verhältnisses des Bischofsamtes zu den Diöcesen gilt Folgendes:

1. Jeder Bischof soll auf eine bestimmte Diöcese geweiht werden, es folgt das aus dem für den bischöflichen Ordo niemals aufgegebenen Satz, dass die Ordination nicht absolut ertheilt werden soll[5].

2. Andererseits dürfen aber für ein und dieselbe Diöcese nicht zwei Bischöfe geweiht werden oder in einer solchen selbstständig die Leitung führen[6]. In älterer Zeit hat man diesen Satz auf die nothwendige Einheit der Kirche[7], aber auch und so namentlich später auf die der Ehe ähnliche Verbindung des Bischofs mit seinem Sprengel gegründet[8]. Freilich ist nicht nur früher gegen diese Regel verstossen worden[9], sondern auch die durch die Kreuzzüge angebahnte Verbindung mit der orien-

[1] So schon c. 99. cod. eccl. Afric.; c. 20. Tolet. I. a. 400; c. 1. Bracar. II. a. 572; ep. episc. Tarracon. ad Hilar. pap. a. 464 o. 465; c. 2. (c. 9. Antioch. vers. Hispan.) C. IX. qu. 3; c. 8. Emerit. cit. Ueber die ältere Bedeutung im Orient vgl. Th. I. S. 548. Andererseits kommt aber auch dioecesis in dem Sinn von Landkirche und Sprengel derselben schon früh vor s. c. 54. Agath. a. 506; c. 18. Aurel. III. a. 538; c. 34—36. Tolet. IV. a. 633 (vgl. dazu c. 7. 8. Tarrac. a. 516; Gonzalez Tellez comm. ad c. 9. X. II. 20. cit. n. 1. u. Hefele, Konciliengesch. 2, 640. n. 1; 3, 76).

[2] So fehlt den s. g. Weihbischöfen (s. §. 85) die Leitung des Sprengels, für welchen sie konsecrirt sind.

[3] Wie die s. g. praelati inferiores s. unten.

[4] Pii VI. const. Super soliditate vom 28. November 1786. §. 16 (Bull. Rom. Contin. 7, 675): „. . . episcopis suam cuique peculiarem gregis portionem non divino sed ecclesiastico iure, non Christi ore, sed hierarchica ordinatione assignari opus est, ut ordinariam regiminis potestatem explicare in eam valeat. Cuius assignationis summam auctoritatem quisquis Romano pontifici abiudicare volet, eum necesse est, in legitimam tot in orbe toto episcoporum successionem invadere“.

[5] S. Th. I. S. 63. 101. Ueber die Ausnahmen s. §. 85.

[6] c. 8. Nicaen. a. 325: „. . . ἵνα μὴ ἐν τῇ πόλει δύο ἐπίσκοποι ὦσιν“; ep. Hilar. pp. ad Ascan. et reliqu. episc. Tarrac. c. 4 („prospiciendum est, ne duo simul sint in una ecclesia sacerdotes“), eiusd. ad Ascan. c. 3 (a. 465. Thiel, epist. Rom. pont. 1, 168. 170), c. 41 (Hieron.) C. VII. qu. 1. Weiter gehören auch hier die am Anfang der C. VII. stehenden Kanonen, welche die Einsetzung eines andern Bischofs bei Lebzeiten des ersteren verbieten; vgl. ferner c. 4. conc. Cabilon. a. 644 o. 656; c. 6. Latun. zw. 670 u. 673 (Maassen, 2 Synoden etc. S. 21), endlich c. 14 (Lateran. IV. a. 1215) X. de off. iud. ordin. I. 31: . . . „Prohibemus autem omnino, ne una eademque civitas sive dioecesis diversos pontifices habeat, tanquam unum corpus diversa capita, quasi monstrum“.

[7] Cyprian. ep. 46. ad Maxim. et Nicostr. (ed. Fello-Dodwell. Amst. 1700. p. 232): „contra ecclesiasticam dispositionem, contra evangelicam legem, contra institutionis catholicae unitatem, alium episcopum fieri“.

[8] So nennt schon Cyprian den Novatian einen adulter s. c. 6. C. VII. qu. 1; s. ferner c. 2. X. de translat. I. 7. und dazu Gonzalez Tellez n. 3.

[9] Aus Unkenntniss von Augustin, eiusd. epist. 213 (ed. Bened. 2, 790): „Adhuc in corpore posito b. m. patre et episcopo meo sene Valerio episcopus ordinatus sum et sedi cum illo, quod Nicaeno concilio prohibitum esse nesciebam nec ipse sciebat“ (s. auch c. 12. C. VII. qu. 1); über den freilich nicht durchgeführten Versuch Kaiser Constans', die Verwaltung des römischen Stuhles gleichzeitig Liberius und Felix zu übertragen s. Theodor. hist. eccles. II. 17; andere Beispiele ibid. V. 3; bei Sozomen. hist. eccles. II. 20; V. 3; Gregor. Turon. hist. X. c. 31: „Theodorus et Proculus jubente beata Chrotechilde regina subrogantur (in Tours) eo quod de Burgundia iam episcopi ordinati ipsam secuti fuissent et ab hostilitate de urbibus suis expulsi fuerant. Erant autem ambo senes valde: rexeruntque ecclesiam Turonicam simul annis duobus“. Veranlasst sind diese Fälle meistens durch schismatische Bewegungen und zwiespältige Wahlen. Die sich unter dem dritten Koncil von Toledo von 589 findenden Unterschriften von mehreren nach derselben Diöcese bezeichneten Bischöfen (Mansi

talischen Kirche hat oft dazu geführt, dass in ein und derselben Diöcese zwei Bischöfe der verschiedenen Riten neben einander residirten.[1]. Zur Beseitigung dieses Uebelstandes verordnete das IV. Lateranensische Koncil von 1215, dass wo das Bedürfniss eines besonderen Bischofs für einen fremden Ritus obwalte, dieser nur in Unterordnung unter dem römisch-katholischen, als dessen Vikar, die bischöflichen Rechte über die betreffenden Personen der Diöcese ausüben solle[2]. Indessen ist diese Vorschrift wohl für die Griechen in Italien (die s. g. Italograeci) in Geltung geblieben[3], später sind jedoch namentlich seit dem 18. Jahrhundert für die unirten Griechen im österreichischen Kaiserstaat, mehrfache Ausnahmen gemacht worden[4] und daher residiren noch heute in einzelnen Städten zwei[5], ja sogar in Lemberg drei Bischöfe[6] der verschiedenen Riten neben einander.

b. Materieller Umfang der Gewalt des Bischofs. Innerhalb seiner Diöcese übt der Bischof allerdings in Unterordnung unter dem Papst die kirchlichen Vollmachten, die *potestas ordinis*, *magisterii* und *iurisdictionis* aus, indem durch seine Anstellung zu der Fähigkeit der Vornahme der betreffenden Akte, welche er mit der Weihe erhält, auch die Befugniss zur Ausübung hinzutritt.

Kraft des *ordo* verwaltet er innerhalb seines Sprengels die Sakramente und die sonstigen heiligen Handlungen. Von diesen kann er, weil sie nothwendig die bischöfliche Konsekration voraussetzen, die Ertheilung der drei höheren Weihen, die Degradation und die Bereitung des Kranken-, Katechumenen-Oels und Chrismas, nur allein selbst vornehmen, oder doch gewisse Handlungen nicht anders als durch einen mit besonderer päpstlicher Vollmacht versehenen einfachen Priester (wie die Spendung des Sakramentes der Firmung, die Ertheilung der niederen Weihen, die Konsekration der Kirchen, der Altäre, der heil. Gefässe, z. B. des Kelchs, der Patene u. s. w., der Glocken, die Salbung der Könige, die Benediktion der Aebte und Aebtissinnen, die Benediktion der Kirchenparamente, die Reconciliation einer polluirten Kirche) verrichten lassen. Diese Rechte nennt die Schule *iura ordinis episcopalia, i. ordin. reservata* oder auch schlechthin *iura pontificalia*[7]. Ihnen werden die s. g. *iura ordinis communia*,

9, 1001. 1002) erklären sich daraus, dass neben den alten katholischen die zum Katholicismus bekehrten arianischen Bischöfe ihre frühere Stellung behalten haben. Nicht hieher gehören c. 8. Nicaen. a. 325 u. c. 118. cod. eccles. Afric. oder c. 10. Carth. a. 418 (= c. 1. X. de paroch. III. 29), denn nach ersterem sollte den zurückgetretenen Novatianischen Bischöfen nur der Titel (τιμὴ τοῦ ὀνόματος) bleiben und letzterer ordnet eine reale Theilung der Diöcesen zwischen den rechtmässigen und den früheren donatistischen Bischöfen an. Vgl. überhaupt noch Gonzalez Tellez ad c. 14. X. I. 31. cit. n. 6 ff.; Thomassin P. II. lib. II. c. 55. n. 7 ff.; Binterim, Denkwürdigkeiten I. 2, 475 ff.

[1] Th. I. S. 570. n. 1; Thomassin P. I. lib. I. c. 29. n. 1 ff.

[2] c. 14. X. I. 31. cit.: „Quoniam in plerisque partibus infra eandem civitatem atque dioecesim permixti sunt populi diversarum linguarum habentes sub una fide varios ritus et mores, districte praecipimus, ut pontifices huiusmodi civitatum sive dioecesum provideant viros idoneos qui secundum diversitates rituum et linguarum divina illis officia celebrent et ecclesiastica sacramenta ministrent instruendo eos verbo pariter et exemplo" (folgt S. 39. n. 6, dann): „Sed si propter praedictas causas urgens necessitas postulaverit, pontifex loci catholicum praesulem nationibus illis conformem provida deliberatione constituat sibi vicarium in praedictis qui ei per omnia sit obediens et subiectus". Ob dieser Bischof als Weihbischof zu betrachten, darüber s. §. 85 unter III.

[3] Pii IV. const. Romanus pontifex vom 16. Februar 1564 (M. Bull. 2, 112; auch als c. 5. in VII^to de foro compet. II. 1); Instruktion Clemens' VIII. vom 31. August 1595 (M. Bull. 3, 52); Const. Bened. XIV.: Etsi pastoralis vom 26. Mai 1742. §. 9. n. 19. 20 (eiusd. Bull. 1, 183) u. desselben synod. dioeces. II. 12; s. auch Th. I. S. 92.

[4] Hergenröther in Moys Archiv 7, 357 ff.

[5] Z. B. in Grosswardein, s. Schulte, Lehrbuch 1. Aufl. S. 487. 492; Annuario pontificio 1870. p. 166.

[6] Nämlich der Erzbischof des lateinischen, des griechischen u. des armenischen Ritus. Schulte, a. a. O. S. 492 ff.; Annuario cit. p. 176.

[7] Vgl. dazu Barbosa, de off. et potest. episc. P. II. alleg. 6. n. 2 ff. und das pontificale Romanum. Die genauesten Nachweisungen im



d. h. diejenigen Handlungen, zu denen die einfachen Priester gleichfalls die Vollmacht besitzen, wie z. B. die Spendung der vorhin nicht erwähnten Sakramente und die Celebrirung des Messopfers, gegenüber gesetzt. In diesem Zusammenhang ist ferner der Handhabung der dem Gebiete des forum internum angehörigen, in dem Priester-Amt liegenden Binde- und Lösegewalt zu gedenken, kraft welcher der Bischof befugt ist, die Absolution durch den einfachen Priester in gewissen Fällen auszuschliessen und sich selbst vorzubehalten (s. g. reservatio casuum), sowie auch bei der Handhabung des in der Hand des Papstes ruhenden Ablass- und Fastenwesens in untergeordneter Weise zu konkurriren.

Vermöge seines Antheils an der *potestas magisterii* liegt dem Bischof in seiner Diöcese das Lehramt[1], also die Wahrnehmung der Predigt, der Katechese und die Lehre der Theologie, oder, da er diese Funktionen nicht allein in vollem Umfange ausüben kann, die Beauftragung anderer Personen mit denselben (die Ertheilung der s. g. missio) ob.

Endlich besitzt der Bischof die Regierungsgewalt (*iurisdictio*) für seinen Sprengel nach allen in Frage kommenden Beziehungen. Es steht ihm daher das Recht der Gesetzgebung und der Dispensation, das Recht zur Berufung der Diöcesansynode, zur Aufnahme in den Klerus, zur Besetzung der Aemter, zur Errichtung, Veränderung und Aufhebung derselben, die Handhabung der streitigen, Straf- und Disciplinargewalt, das Recht der Leitung der Erziehung und Ausbildung des Klerus, sowie der Besteuerung der Untergebenen, endlich die Befugniss zu Anordnungen, welche die Verwaltung der potestas ordinis und magisterii betreffen (also z. B. der Approbation der Beichtväter und der Religionslehrer) zu. Während er hinsichtlich der erwähnten Angelegenheiten die Leitung führt, hat er in den Fällen, wo bei der hergebrachten Eintheilung der Diöcesen in Parochien die Pfarrer oder andere kirchliche Obere zu handeln berufen sind, das Recht der Aufsicht und Visitation, welches sich namentlich auf alle von Weltgeistlichen verwalteten Aemter (s. g. Säcularbeneficien), auf die Administration der Seelsorge bei den regulären (d. h. in den Händen von Ordensgeistlichen befindlichen[2]), auf die kirchliche Vermögensverwaltung und die geistlichen Institute und Genossenschaften (Orden, Kongregationen u. s. w.)[3] erstreckt.

c. Bezeichnung der bischöflichen Rechte. S. g. lex iurisdictionis und lex dioecesana. Die bischöflichen Rechte werden in den Dekretalen durch die Ausdrücke: *iura episcopalia*[4], *ius episcopale*[5], die Regierungsrechte allein ebenfalls durch die letzteren[6], aber auch durch: *iurisdictio episcopalis* charakterisirt[7]. Mehrfach findet sich auch in denselben[8] die allerdings viel

Einzelnen giebt Ginzel, K. R. 1, 239 ff. S. auch Phillips 7, 46 ff. Ueber die Ordination vgl. Th. I. S. 80. 82.

[1] c. 6. (Stat. eccl. ant.) Dist. LXXXVIII; c. 15. (Lateran. IV.) X. de off. iud. ord. I. 31; Trident. Sess. V. c. 2. de ref.; Sess. XXIII. c. 1. de sacram. ordin.; Sess. XXIV. c. 4. de ref.; Bened. XIV. de synod. dioeces. IX. 17. n. 5 ff.; s. auch Schulte in Moys Arch. 19, 1 ff.; Phillips 7, 31 ff.

[2] Trid. Sess. XXIII. c. 15. de ref. und die dazu in Richters Tridentinum S. 539 ff. citirten Bullen.

[3] Allerdings wegen der verschiedenen Exemtionen mitunter in beschränktem Umfange.

[4] c. 16. (Honor. III.) X. de off. iud. ordin. I. 31.

[5] c. 6. (Innoc. III.) X. de except. II. 25.

[6] c. 3. (Innoc. III.) X. de J. J. R. I. 41; c. 27. (id.) X. de jurejur. II. 24; c. 1. (id.) X. ne sede vac. III. 9.

[7] c. 3. I. 41. cit.; c. 21. (Innoc. III.) X. de cens. III. 39.

[8] c. 3. X. de J. J. R. I. 41; c. 9. X. de M. et O. I. 33; c. 15. X. de praescript. II. 26; c. 8. X. de relig. dom. III. 36 (pars decisa); c. 11. X. de privileg. V. 33; sämmtlich von Innocenz III.; in c. 1. in VIto de S. V. V. 12: „censentes ecclesias . . . in eo plena libertate gaudere, ut secundum indulgentiam Lucii, nihil ab ipsis legis

früher [1] vorkommende Bezeichnung: *lex dioecesana* im Sinne von iurisdictio episcopalis. In einer Dekretale Honorius' III., welcher sie sonst in der eben erwähnten Bedeutung gebraucht, wird aber der Ausdruck: lex dioecesana der lex iurisdictionis entgegengesetzt, indem der Papst annimmt, dass ein Urtheil über die aus der ersteren herfliessenden Befugnisse gegen einen Process über die zur lex iurisdictionis gehörigen Rechte des Bischofs nicht die Einrede der rechtskräftig entschiedenen Sache begründe [2]. Diese Unterscheidung hat durch ein Missverständniss der Glossatoren des Dekretes, welche mit Rücksicht auf die angeführten Stellen des letzteren (s. Note 1) dem Ausdruck: lex dioecesana eine engere Bedeutung beilegten und darunter nur bestimmte Rechte des Bischofs verstanden [3], Aufnahme in die Dekretalen gefunden. Während aber die Sammlung Gregors IX. in ihrem Abschluss eine Beziehung der Bezeichnung lex dioecesana auf das Verhältniss des Bischofs zu den Klöstern der Diöcese hervortreten lässt und im engeren Sinne die bischöflichen Rechte, von denen die Klöster eximirt sein konnten, darunter versteht [4], fasste die Doctrin die Sache so auf, als ob die bischöfliche Gewalt aus zwei verschiedenen Arten von Rechten bestände und versuchte nun, die einzelnen bischöflichen Gerechtsame nach den beiden Rubriken: lex iurisdictionis und lex dioecesana zu klassificiren. Eine sehr weit verbreitete Meinung rechnete in Folge dessen zu ersterer die Fälle, in denen der Bischof selbst thätig werde,

dioecesanae nomine omnino valeat per episcopos exigi" . . . führt der Gebrauch des Wortes wohl auf Lucius III. zurück, der c. 9. X. de haeret. V. 7. dafür auch lex dioecesanae iurisdictionis gebraucht. S. ferner c. 4. (Honor. III.) X. de cap. monach. III. 37; c. 31. (id.) X. de rescript. I. 3 (p. d.); ep. Innoc. III. et Honorii III. ad Ubert. Bobiens. episc. bei Ughelli, Italia sacra 4, 939.

[1] c. 3. conc. Ilerd. a. 524 o. 546: . . . „Ea vero quae in iure monasterii de facultatibus offeruntur, in nullo dioecesana lege ab episcopis contingantur (= c. 34. C. XVI. qu. 1). Si autem ex laicis quisquam a se factam basilicam consecrari desiderat, nequaquam sub monasterii specie ubi congregatio non colligitur vel regula ab episcopo non constituitur, eam a dioecesana lege audeat segregare", (= c. 1. C. X. qu. 1) d. h. auf dasjenige, was einem Kloster geschenkt ist, soll der Bischof kraft seiner Jurisdiktion keine Ansprüche erheben; ein Laie soll aber eine von ihm gebaute Kirche nicht der bischöflichen Regierungsgewalt entziehen. Vgl. auch dazu Phillips 7, 59. 60.

[2] c. 18. X. de offic. iud. ordin. I. 31: „Dilectus filius abbas monasterii Rothomagensis . . . exposuit, quod tertia pars emendarum quas homines V parochiarum . . . pro suis excessibus solvere compelluntur, ad suum spectat monasterium ab antiquo (*pars decisa* et quod inter ipsos homines orta ecclesiastica quaestione citatio ad eundem, sed examinatio et decisio quaestionis ad vener. fratr. nostrum Venetensem (Vannes) episcopum et ipsum abbatem pertinent in communi). Quumque Innocentius pp. praedecessor noster vobis dederit in mandatis, ut . . . causam remitteretis ad eum sufficienter instructam, dictus episcopus processum vestrum diutius impedivit occasione cuiusdam sententiae quae super quibusdam ecclesiis quoad legem dioecesanam promulgata exstitit pro eodem. Unde praefatus abbas nobis humiliter supplicavit, ut quum citatio, causarum examinatio et decisio ac emendae ad legem iurisdictionis pertinere noscantur, non sineremus sententiae memoratae praetextu negotii processum ulterius impediri. Quum igitur praedicta de lege iurisdictionis exsistant, mandamus, quatenus huiusmodi sententia non obstante procedatis in negotio iuxta traditam vobis formam".

[3] Huguccio sagt in seiner ungedruckten Summe zum Dekret (s. Richter K. R. §. 132. n. 1): „Notandum quod duae sunt leges in quibus consistit tota potestas quam habet episcopus in ecclesiis sui episcopatus. Est enim lex iurisdictionis et est lex dioecesana. Ad legem iurisdictionis spectat cura animarum sive eius datio, delictorum coercio, ordinatio ecclesiarum et altarium et virginum consecratio, chrismatis et generaliter omnium sacramentorum collatio. Ad legem dioecesanam spectat institutio et investitura clericorum, vocatio ad synodum et ad sepulturas mortuorum, cathedraticum, tertia vel quarta oblationum, praestatio decimarum et consimilia".

[4] Denn die Dekretalen, welche die betreffenden Worte enthalten (s. S. 41. n. 8), beziehen sich auf die Stellung der Klöster und Regularen zum Bischof und wenn auch in ihnen lex dioecesana so viel wie iurisdictio episcopalis bedeutet, so tritt einmal der engere Sinn in c. 18. X. cit. hervor, und ferner ergiebt die Streichung der Worte lege dioecesana durch Raymund a Peñaforte in c. 31. cit. I. 3 („pervenit, quod quidem clerici obtentis a sede apostolica literis super provisione sua in aliquibus ecclesiis tibi lege dioecesana subiectis"), der einzigen Dekretale, wo sich jene Beziehung nicht findet, dass letzterer selbst den Ausdruck in jener Bedeutung aufgefasst hat. Vgl. auch Benedict. XIV. de synod. dioeces. I. 4. n. 3; Richter, a. a. O., Schulte 2, 218.

zu letzterer diejenigen, in welchen er etwas zu empfangen habe, oder nach dem späteren Ausdruck sich gern etwas gefallen liesse (wo eine »dulcis passio« desselben vorläge)[1]. Schon früh hat sich gegen diese haltlose Unterscheidung Opposition erhoben[2], und wenn diese auch längst bis zu principieller Verwerfung der ganzen Eintheilung gelangt ist[3], hat man doch jene Unterscheidung noch weiter, ja sogar bis in die neueste Zeit festgehalten[4], ohne sich klar zu machen, dass dieselbe, soweit sie quellenmässig begründet ist, für eine Gruppirung der bischöflichen Rechte in ihrer Totalität deshalb nicht gebraucht werden kann, weil der sie bedingende Gegensatz nicht auf der verschiedenen Art der einzelnen Rechte selbst, sondern auf der Beziehung der bischöflichen Rechte im Allgemeinen auf verschiedene Personenklassen beruht.

d. Kompetenz des Bischofs. Die ihrem materiellen Umfange nach eben charakterisirten Befugnisse hat der Bischof als Ausflüsse seines Amtes innerhalb seiner Diöcese auszuüben, weshalb er auch schlechthin *ordinarius*[5] oder *dioecesanus*[6] genannt wird. Demgemäss unterstehen seiner Leitungsgewalt

1. alle diejenigen Christen, welche, sie mögen Laien oder Kleriker sein, innerhalb der Gränzen seiner Diöcese ihr Domicil haben[7], ferner

2. alle kirchlichen Einrichtungen und Anstalten in derselben und

3. alle Angelegenheiten, welche sich auf die zu 1 und 2 genannten Personen und Sachen beziehen.

Der allgemeinen Regel nach sind ihm also alle Weltgeistliche und alle Laien, ja selbst die in seiner Diöcese wohnhaften Regenten[8] unterworfen. Jedoch ist es Grund-

[1] Hostiensis summa aurea ad tit. de off. iud. ordin. I. 31. n. 7: „Ad legem iurisdictionis pertinent ea que consistunt in conferendo, iudicando et puniendo, subiiciendo, sicut canonica obedientia, subiectio, reverentia, institutio et destitutio, correptio et reformatio, censura ecclesiastica, iurisdictio causarum omnium ad forum eius spectantium, cognitio et examinatio et emendarum satisfactio . . . Lex vero dioecesana in recipiendo consistit unde ad ipsum pertinet synodus et synodaticum sive cathedraticum, decimationum seu mortuariorum canonica portio, annua visitatio et procuratio . . . Quandoque tamen lex dioecesana comprehendit legem iurisdictionis et ergo frequenter ponitur una pro reliqua"; vgl. ferner Glosse zu c. 1. C. X. qu. 1. s. v. quidem laicus; Engel colleg. iur. un. III. 39. n. 1; Reiffenstuel iur. eccl. I. 31. n. 83 ff.

[2] Innoc. IV. comment. ad c. 18. X. cit.; Gonzalez Tellez ad c. cit. n. 9; Fagnan. ad c. cit. n. 1; Barbosa, de off. episc. P. I. tit. I. c. 1. n. 15.

[3] So schon Johannes a Costa nach dem Bericht seines Schülers Franc. Florens. diss. in cap. auditis de praescript. c. 1. i. f. (opp. ed. Doujat. 1, 262).

[4] Wiese, Handbuch 1, 812 ff. und Kirchenrecht §. 117 ff., welcher die Diöcesanrechte im Sinne von Regierungsrechten, die Jurisdiktionsrechte als Gerichtsbarkeit im engeren Sinne fasst, während Eichhorn K. R. 1, 619; Permaneder K. R. §. 202, Pachmann §. 113, Mejer K. R. 3. Aufl. §. 115. unter der lex dioecesana das Recht auf gewisse Abgaben verstehen und sich damit an die mittelalterliche Ansicht anschliessen.

[5] S. z. B. c. 11. §. 1. X. de off. iud. ordin. I. 31. Vgl. dazu auch c. 7. (Bonif. VIII.) in VI[to] eod. I. 16.

[6] c. 25. (Clem. III.) X. de jurepatr. III. 38; c. 40. (Gregor. IX.) X. de rescript. I. 3; Clem. 1. de vita et hon. cleric. III. 1. Jedoch ist dieser Ausdruck in sofern enger, wie ordinarius, als letzterer jeden, welcher die jurisdictio ordinaria besitzt, also nicht ausschliesslich den Bischof, in sich begreift, während dioecesanus nur den Bischof (resp. den Erzschof), weil diese allein eine Diöcese (resp. Erzdiöcese) leiten, bezeichnet. Uebrigens kommt dioecesanus in den Dekretalen nicht in dem Sinn von einer dem Bischof untergebenen, in seiner Diöcese wohnenden Person vor, wohl aber so in andern dem Mittelalter angehörigen kirchlichen Rechtsquellen Th. I. S. 87. n. 2.; S. 614. n. 2. Demnach ist Phillips, Lehrbuch S. 290. n. 15 zu berichtigen. In c. 6 (Tolet. III. a. 589) C. X. qu. 3: „Ii vero clerici tam locales quam dioecesani qui se ab episcopo gravari cognoverint" u. c. 32. (Agath. a. 506) C. XII. qu. 2 bedeutet clerici dioecesani aber wohl soviel wie der Geistliche an einer ecclesia dioecesana oder Landkirche, s. oben S. 39. n. 1.

[7] Das sind die in c. 2 (Bonifac. VIII) in VI[to] de const. I. 2 und Clem. un. de foro compet. II. 2. erwähnten subditi des Bischofs. Vgl. übrigens auch c. 5 (Coelestin III.) X. de paroch. III. 29. und Fagnan. dazu n. 20 ff.

[8] c. 4. (Pseud. Clem.) X. de M. et O. I. 33: „Omnes principes terrae et ceteros homines episcopis obedire beatus Petrus praecipiebat". Vgl auch c. 11 (id.) C. XI. qu. 3 u. c. 6 (Innoc.) X. tit. cit.

satz und Herkommen, dass kirchliche Angelegenheiten der letzteren von der Kurie entschieden werden[1], eine Praxis, welche von den seit dem 13. Jahrhundert vorkommenden Privilegien auf Exemtion von der bischöflichen Exkommunikations-Gewalt ihren Ausgang genommen hat[2]. Ferner sind oft gewisse Personen ihrer persönlichen Verhältnisse wegen von der allgemeinen Jurisdiktion des Bischofs ausgenommen, wohin namentlich in grösseren Staaten (z. B. in Oesterreich und Preussen) das besonderen kirchlichen Oberen unterstellte Militär gehört. Endlich muss hier an die vielfachen für die geistlichen Orden bestehenden Exemtionen erinnert werden.

Ein vorübergehender Aufenthalt des Bischofs ausserhalb der Diöcese suspendirt seine Kompetenz nicht in allen Beziehungen, vielmehr kann er von seinem auswärtigen Aufenthaltsort aus und sogar an demselben Akte der freiwilligen Jurisdiktion, also alle sich auf die blosse Administration seiner Diöcese beziehenden Handlungen ohne Einwilligung des betreffenden Ordinarius vornehmen[3], sofern sie nicht kraft besonderer gesetzlicher Bestimmung an seinen eigenen Sprengel gebunden sind[4] oder sie nicht irgend welche Wirkung ausserhalb der eigenen Diöcese zur Folge haben, resp. in die äussere Erscheinung treten[5]. Denn in allen jenen Handlungen liegt keine Beeinträchtigung der Regierungsgewalt des fremden Ordinarius.

Anders steht es mit der Ausübung der Gerichtsbarkeit im eigentlichen Sinne, sowohl in Straf- und Disciplinarsachen als auch in streitigen Rechtsangelegenheiten, weil die Vornahme der nöthigen richterlichen Handlungen in einer fremden Diöcese selbst über einen eigenen Unterthan entweder äusserlich sichtbar werden oder den im fremden Jurisdiktionsbezirk funktionirenden Bischof in seiner vollen Amtsgewalt erscheinen lassen muss[6]. In beiden Fällen liegt eben die Möglichkeit einer Beeinträchtigung des Ansehens des kompetenten Ordinarius, ja selbst die einer Verletzung seiner Rechte[7], und andererseits auch eine Beschwerung der in einen fremden Sprengel geladenen eigenen Diöcesanen vor. Nur dann cessirt[8] diese Regel, wenn der Bischof durch Gewalt

[1] Schulte, Lehrbuch 2. Aufl. S. 178.

[2] J. H. Boehmer, J. E. P. V. 39. §. 68. i. f.; Kober, Kirchenbann 2. Aufl. S. 123.

[3] Die kanonistische Doktrin hat diesen Grundsatz hauptsächlich aus l. 2. D. de offic. procons. I. 16 hergeleitet, s. Glosse zu c. 7. X. de off. leg. I. 30. s. v. terminos, zu c. 3. in VIto de praeb. III. 4; Covarruvias variar. resolution. lib. III. c. 20. n. 8; Hieron. Gonzalez comm. ad reg. VIII. canc. gloss. 62. n. 1 ff.; Barbosa, de off. et pot. episc. P. II. alleg. 6. n. 16. Ein Beispiel einer Aemterverleihung seitens des Erzbischofs von einem Orte ausserhalb seiner Diöcese in c. 7 (mit der pars decisa) X. de conc. praeb. III. 8. Der Patron wird also auch dem Bischof nach einem auswärtigen Ort hin einen Kandidaten präsentiren dürfen. Rochus de Curte, tractat. de jurepatr. prolegom. n. 7 (tractat. de jurepatr. clarissim. J. U. C. Francofurti 1609. p. 12).

[4] Wie die Ertheilung der Ordination und die Verwaltung der Pontifikalien, s. darüber Th. I. S. 93; wegen der Tonsur ebendaselbst namentlich n. 3.

[5] Die ältere Doktrin, s. die Note 3 citirte Glosse terminos, Gonzalez und Barbosa, setzt das Unterscheidungsmerkmal vielfach darin, ob der Handlung eine causae cognitio vorhergeht oder nicht. Das ist aber deshalb nicht richtig, weil sich ohne vorgängige Prüfung der gesetzmässigen Erfordernisse und der Zweckmässigkeit die Vornahme irgend welchen Aktes seiner Regierungsgewalt nicht denken lässt. Wegen dieses falschen Gesichtspunktes finden sich denn auch verschiedene Meinungen (s. die citirten und Rochus de Curte) über seine Befugnisse, Beneficien zu verleihen, präsentirte zu confirmiren, Delegationen vorzunehmen u. s. w. Das Richtige bei Helfert a. a. O. S. 51.

[6] Zu beachten ist hierbei, dass wenngleich der kanonische Process ein schriftlicher ist, doch die Parteien noch vor dem Richter erscheinen, also ein wirkliches pro tribunali sedere stattfindet.

[7] Der Satz an und für sich steht quellenmässig fest, s. das die römische Rechtsregel (l. 20. D. de iurisd. II. 1) wiederholende c. 2. in VIto de const. I. 2: „cum extra territorium ius dicenti non pareatur impune“. Vgl. auch die folgende Note.

[8] Clem. un. de foro compet. II. 2: „Quamvis sacris canonibus sit generaliter interdictum, ne quis episcopus iurisdictionem in dioecesi exerceat aliena, nos tamen episcopis qui a suis sedibus protervia impiorum expulsi, non audent propter metum persequentium in suis civitatibus vel dioecesibus aut earum parte aliqua residere nec iurisdictionem ad se spectantem per se vel per alium inibi exercere, ne iniuria in eorum ex-

vertrieben ist, damit die Schuldigen nicht ungestraft bleiben und die unschuldigen Diöcesanen durch einen etwaigen Justizstillstand keinen Schaden erleiden[1], jedoch soll er in solchen Fällen immer die Erlaubniss des kompetenten Diöcesanbischofs nachsuchen und erst im Fall einer Weigerung des letzteren ohne dieselbe vorgehen dürfen.

Sind auch dem Bischof für die Regel nur seine Diöcesanen unterworfen, so kann er ausnahmsweise dann, wenn ein Spezialforum[1], also der Gerichtsstand der belegenen Sache[2], des Kontrakts (nöthig ist hier, dass der Beklagte sich dort treffen lässt, resp. Vermögen in seiner Diöcese besitzt)[3], des De-

pulsione ipsorum irrogata ecclesiis hoc praetextu remaneat impunita, duximus indulgendum, ut in dioecesibus alienis, in civitatibus videlicet vel locis insignibus suis ecclesiis vicinioribus in quibus poterunt secure morari et iurisdictionem suam libere exercere, possint contra suos expulsores et eorum in hac parte consiliarios et fautores (dummodo civitates vel loca huiusmodi eisdem expulsoribus, consiliariis et fautoribus sint secura et ipsi personaliter vel ad domum, si hoc tute fieri valeat, alioquin publice in ecclesia cathedrali loci vel domicilii eorundem citati fuerint) libere procedere, prout iustitia suadebit . . . Eisdem etiam episcopis indulgemus, ut inter suos subditos (ne ob defectum iustitiae dispendium aliquod patiantur), possint in dioecesibus alienis in quibus moram traxerint (dummodo per se vel per alium hoc in suis propriis dioecesibus facere non audeant vel non possint) iurisdictionem suam omnimodam exercere, ita tamen, quod subditi, qui expulsores vel eorum fautores aut consiliarii non fuerint, ultra duas diaetas a fine suae dioecesis non trahantur. Volumus insuper, ut ante omnia a dioecesanis locorum in quibus moram traxerunt, petant licentiam in praemissis, quam si obtinere nequiverint, procedant nihilominus, prout superius est expressum". Die weitere von Kober a. a. O. 125 aufgestellte Ausnahme halte ich weder für quellenmässig noch gewohnheitsrechtlich begründet.

[1] c. 20. (Gregor. IX.) X. de for. comp. II. 2.

[2] c. 20. cit. Streit herrschte im Mittelalter darüber, ob der Beklagte überhaupt gezwungen sei, in foro rei sitae zu antworten, jedoch hat sich vielfach ein Gewohnheitsrecht im Sinne der bejahenden Meinung festgestellt s. Hostiensis summa aurea I. 3. de rescript. n. 32; II. 2. de for. comp. n. 5; ob das forum rei sitae sich blos auf unbewegliche Sachen (dafür Tancred ordo iudic. P. 2. tit. 1. §. 3. ed. Bergmann p. 128. 129; Durantis specul. lib. II. part. l. de comp. iud. aditione §. 1. n. 4. 17, glossa s. v. contra possessorem ad c. 20. X. cit.) oder auch auf bewegliche Sachen bezieht (so Innocenz IV. comm. ad c. 20. X. cit. n. 1. i. f. s. v. rei; Hostiensis ll. cc.); ob dasselbe ausschliesslich ist oder nicht, für das erstere hinsichtlich der Immobilien Tancred, Durantis, Hostiensis a. a. O., wo auch auf eine offenbar durch deutsche Rechtsanschauungen hervorgerufene Gewohnheit Bezug genommen wird, für das letztere Innocenz IV. ad c. 29. X. de rescript. I. 3. n. 1 und die Glosse a. a. O. Das c. 3 (cod. eccl. Afric. c. 121) X. II. 2, dessen Tragweite zweifelhaft ist, wenn man nicht unzulässiger Weise die Originalquelle trotz der verkürzten Aufnahme in die Sammlung Gregors IX. heranziehen will, dann aber sicher nicht für die Exklusivität des forum rei sitae spricht, hat in der mittelalterlichen Doktrin nie als eine die Geltung des römischen Rechts für diesen Punkt ausschliessende Stelle gegolten. Deshalb ist die weite Verbreitung der der electiven Konkurrenz günstigen Ansicht nicht so unbegreiflich, wie Wetzell, Civilprocess 2. Aufl. S. 448. n. 48 annimmt. Für die spätere Zeit vgl. Gonzalez Tellez ad c. 3. cit.; Fagnan. ad c. 20. cit. n. 20; Ferraris, prompta biblioth. s. v. forum n. 29, welche angeben, dass die neuere kanonistische Auffassung sich für die elektive Konkurrenz des forum rei sitae für bewegliche und unbewegliche Sachen neben dem for. domicilii entschieden hat.

[3] c. 17. (Gregor. IX.) X. de foro comp. II. 2: „illis qui se certo loco respondere vel solvere adversariis promiserunt, quum ibi et ubi domicilium habent, valeant conveniri"; c. 20 ibid.; c. 1. §. 3 (Innoc. IV.) in VI^to eod. II. 2. — ergangen zur Entscheidung der früheren Kontroversen, ob der Beklagte sich am Erfüllungs-, resp. am Kontraktsort treffen lassen müsse oder nicht, für das letztere meistens die älteren, Brachylogus IV. 8. §. 1; Tancred l. c. p. 128; Bernh. Papiens. summa II. 2. §. 3; vgl. andererseits Glosse zu c. 20. X. II. 2. s. v. seu contractus, Innoc. IV. ad c. 17. 20. cit. — bestimmt: „Contrahentes vero aliarum dioecesum super contractibus initis in Remensi dioecesi ab eisdem, nisi inveniantur ibidem, trahere coram se non debent invitos, licet in possessionem bonorum quae ibi habent, etiam quum alibi copiam sui faciant, si eorum auctoritate citati comparere contemnant, possint missionem facere contra eos vel si forte malitiose se ipsos occultent, ne citatio perveniat ad eosdem, decernere faciendam in possessionem bonorum quae in alia etiam dioecesi obtinere noscuntur, sed tunc loci dioecesanus ad denunciationem ipsorum faciet huiusmodi missionem". Diese Vorschriften erklären sich daraus, dass die mittelalterliche Doktrin (s. namentlich den Kommentar Innocenz' IV.) in Verwechselung der Kompetenz mit der davon zu unterscheidenden Möglichkeit zwangsweise Jurisdiktionshandlungen auszuüben, was dem Richter im eigenen Territorium, nicht aber im fremden gestattet ist, zu der Annahme einer besonderen Jurisdiktion über die Person und einer besonderen über die Sache kam (s. auch Glosse zu c. cit. in VI^to). Die Möglichkeit der Veranlassung einer missio in possessionem in einem

likts [1], der Widerklage [2] oder der Prorogation [3] begründet ist, auch die streitige, resp. die Straf- und Disciplinargerichtsbarkeit gegen fremde, selbst gegen die von der Gewalt ihres eigenen Ordinarius eximirten Personen [4] ausüben.

Die Regierungs- und Administrationsgewalt über fremde Diöcesanen kann der Bischof dagegen dadurch erlangen, dass diese zu den ihm unterstehenden kirchlichen Angelegenheiten und Verhältnissen in Verbindung treten — so ist er allein kompetent, Fremden Aemter in seiner Diöcese zu verleihen — oder dass ihn das Recht unter besonderen Voraussetzungen zur Vornahme gewisser Handlungen ermächtigt [5].

e. Delegirte Befugnisse. Ausser den vorhin gedachten Rechten, welche dem Bischof kraft seines Amtes, also iure ordinario zukommen, hat derselbe aber auch noch gewisse Befugnisse, die ihm als ein für alle Mal bestellten Delegaten durch das Gesetz übertragen sind und endlich besitzt er für die Regel noch andere, welche ihm zeitweise besonders vom päpstlichen Stuhle delegirt werden [6].

III. Privilegien, Ehrenrechte, Insignien, Titel und weltliche Auszeichnungen der Bischöfe. Die besonderen den Bischöfen zustehenden Privilegien sind das Vorrecht, dass sie keiner angedrohten Censur ipso iure verfallen, wenn ihrer in der betreffenden Verordnung nicht ausdrücklich erwähnt ist, ferner das Recht, sich einen Beichtvater aus einer beliebigen Diöcese zu wählen, und in ihrem Hause eine Kapelle zu halten, sowie sich eines tragbaren Altars in ihrer Wohnung und auf Reisen da, wo sie Aufnahme gefunden haben, zu bedienen [7]. Sodann hört nach gemeinem Recht mit der Erlangung der Bischofsweihe die väterliche Gewalt auf [8].

von Kontraktsort verschiedenen Sprengel erklärt sich dabei aus der Heranziehung römisch rechtlicher Stellen, so z. B. l. 19. D. de in ius voc. II. 4. Wenn übrigens neuere Processualisten, wie z. B. Linde, Arch. für d. civil. Praxis 7, 69; Schmid, Handbuch des gem. deutsch. Civilprocess 1, 101; Bayer, Vorträge S. 201; Renaud, Lehrbuch des gem. deutsch. Civilprocessr. S. 83, c. 1. §. 3 cit. dahin interpretiren, dass es im Grunde namentlich wegen der Bestimmung über die missio in possessionem in einem fremden Bezirk das Forum doch allein durch die Thatsache des Kontrahirens begründet werden lasse, so übersehen sie, dass in jener Zeit vielfach gelehrt wurde „ratione solius contractus quis non sortitur forum“, dass man ferner lediglich eine Kompetenz auf die Sache annahm und daher auch dem Richter meistens die Anwendung des persönlichen Exekutionsmittels, des Bannes, gegen den nicht am Orte des Kontraktes befindlichen Beklagten absprach und endlich dass diese missio in bona wegen der hier immer stattfindenden Kontumaz des letzteren und der Unmöglichkeit der Litiskontestation nach der Behandlung des Kontumazialverfahrens im kanon. Process nicht zu einer Verhandlung über den Anspruch selbst führte. c. 5. §. 8. X. ut lite non contest. II. 6. und Tancred l. c. tit. 4. §. 1. ed. cit. p. 136. Jedenfalls müssen die Bestimmungen des c. 3. cit. für das heutige kirchliche Recht noch als massgebend erachtet werden.

[1] c. 14 (Innoc. III.). c. 20. X. de foro comp. II. 2. Daneben kennt die Doktrin auch das forum deprehensionis, freilich war Streit, ob nicht der Richter des letzteren überhaupt oder wenigstens in schwereren Fällen den ergriffenen Thäter an den Richter des Delikts auf dessen Ersuchen zurücksenden müsse. Vgl. Hostiensis summa II. 2. n. 6; Durantis l. c. n. 2; Gloss. zu c. 14 u. 20. cit.; Covarruvias pract. quaest. c. 11. n. 9; Reiffenstuel ius can. II. 2. n. 61 ff.

[2] c. 1. (Alex. III.) X. de mut. petit. II. 4; c. 3 (Innoc. IV.) in VI^to de rescript. I. 3.

[3] c. 18. (Gregor. IX.) X. de foro comp. II. 2, wonach der prorogirende Kleriker des Konsenses seines Bischofs zur Prorogation selbst auf das Gericht des Metropoliten bedarf, c. 1. pr. in VI^to h. t. cit.

[4] c. 1 (Innoc. IV.) in VI^to de privileg. V. 7. — Eine weitere Ausführung der betreffenden Lehren muss hier, wo es blos auf die Charakterisirung der Stellung des Bischofs ankam, unterbleiben, da dieselbe zu weit auf das Gebiet des Processes führen würde. München, kanon. Gerichtsverfahren u. Strafrecht. Köln u. Neuss. 1865. 1, 48 ff. bietet nichts als eine Darstellung des Inhalts der einschlägigen Quellenstellen und verräth auch nicht die entfernteste Kenntniss der mannigfachen Kontroversen alter und neuer Zeit über die hier in Rede stehenden Punkte.

[5] Unter diesen Gesichtspunkt fällt die Befugniss des Bischofs ratione originis, beneficii und commensalitii die Weihe zu ertheilen. S. Th. I. S. 87. 89.

[6] Ueber ersteres s. Th. I. S. 176 ff.; über letzteres ist die Lehre von den Quinquennalfakultäten zu vergleichen.

[7] Ueber diese Privilegien vergleiche ebenfalls Th. I. S. 351.

[8] Nov. 81. c. 3; Nov. 123. c. 4. i. f. Wenngleich die moderne Partikulargesetzgebung diesen



Weiter kommt nach demselben dem Bischof der Vorrang, Vortritt und Vorsitz vor allen anderen Prälaten und Geistlichen seiner Diöcese zu [1]. Ueberall in der letzteren soll er bei Amts- und Dienstreisen feierlich vom Klerus und Volk empfangen werden [2] und sein Name wird im Messkanon nach dem des Papstes von jedem Diöcesanpriester, selbst wenn dieser nicht in seiner Diöcese celebrirt, genannt [3].

Die Insignien der bischöflichen Würde [4] sind:

1. der mit einem Edelstein geschmückte Ring (*annulus cum gemma*) [5], das Zeichen der Treue gegen die Kirche [6], 2. der oben gekrümmte Stab (*baculus pastoralis, pedum curvum*), das Symbol des Hirtenamtes [7], 3. das auf der Brust an einer Kette zu tragende goldene Kreuz (*crux pectoralis, pectorale*) [8], 4. die besondere bischöfliche Kleidung, bestehend aus den caligae, Strümpfen und sandalia [9], der Tunicella [10] und den Handschuhen (*chirothecae*) von violetter Farbe [11], 5. die Bischofsmütze (*mitra, infula, cidara bicornis*) [12] mit zwei herabhängenden Bändern, das Zeichen der königlich-hohenpriesterlichen Würde, 6. der im Chor der bischöflichen Kirche auf der Evangelienseite errichtete, erhabene Stuhl (*cathedra s., thronus episcopalis*) mit über demselben angebrachten Baldachin (*baldachinum, umbraculum*) [13].

speziellen Aufhebungsgrund nicht kennt, so ist doch die Möglichkeit eines Konfliktes zwischen ihr und dem kirchlichen Recht dadurch ausgeschlossen, dass einzelne, so code civil art. 372. 377. 488 und österr. b. Ges. B. §. 172 die Emancipation mit erreichter Grossjährigkeit eintreten lassen, die Erlangung der Bischofsweihe aber das vollendete 30. Lebensjahr voraussetzt, andere (so sächs. B. G. B. §. 1832) die Gründung eines besonderen Haushaltes seitens (des grossjährigen Kindes ohne Einwilligung des Vaters), wieder andere (preuss. A. L. R. Th. II. Tit. 2. §. 219) die Erlangung eines öffentlichen Amtes seitens des grossjährigen Sohnes für erforderlich halten und auch diese Voraussetzungen, selbst die des Cod. Maxim. Bavar. Th. I. Cap. 5. §. 7 nämlich ausser der Erlangung des Amtes noch abgesonderte Wirthschaft und eigener Unterhalt, im vorstehenden Fall immer vorliegen werden. — Weiter sichert c. 5. (Bonif. VIII.) in VI^to de sent. et re jud. II. 14 den Bischöfen das Recht zu, bei Ausübung des Richteramtes die Sentenzen durch einen andern vorlesen zu lassen, und c. 11 (Bonif. VIII.) in VI^to de privil. V. 7 das Privileg, zur Zeit eines Interdikts bei verschlossenen Thüren unter Zulassung der Hausgenossen mit gedämpfter Stimme die Messe zu celebriren, jedoch ist letzteres mit dem Interdikte selbst, ersteres in Folge der Umgestaltung des Processes und der Gerichtsbarkeit, unpraktisch geworden.

[1] c. 8 ff. Dist. XCV.; Trident. Sess. XXV. c. 6 de ref.; ebenso vor fremden Bischöfen und Erzbischöfen, seinen Metropoliten ausgenommen. Ferraris, prompta bibl. s. v. episcopus art. 4. n. 5. 9 ff.

[2] Caerem. episcoporum lib. I. c. 2; Pontificale Roman. tit. ordo ad visitandas parochias.

[3] Missale Roman. in der Einleitung tit. ritus cel. missae VIII. 2 u. im canon missae.

[4] Andr. du Saussay, panoplia episcopalis seu de sacro episcoporum ornatu libri VII. Lutet. Paris. 1646.

[5] Thomassin l. c. P. I. lib. 2. c. 58. n. 3.

[6] Nicht der Vermählung mit seiner Diöcese (wie Phillips, Lehrb. S. 359, Schulte 2, 219 u. A. behaupten), denn das pontif. Roman. tit. de consecr. electi in episcop. sagt: „accipe annulum fidei signaculum quatenus sponsam dei sanctam videlicet ecclesiam intemerata fide ornatus illibate custodias". Den Ring trägt der Bischof auch bei der Messe, während die Kanoniker ihn ablegen müssen. S. die Entscheidungen der Ritus-Congregation bei Ferraris s. v. annulus n. 7 ff. u. const. Pii VII.: Decet Romanos pontifices vom 4. Juli 1823. §. 3. n. VIII. ff. Bull. Rom. cont. 15, 619.

[7] Thomassin l. c. n. 2; Binterim, Denkwürdigkeiten I. 2, 339 ff.; pontificale Rom. l. c. S. auch Th. I. S. 209. n. 10.

[8] Thomassin l. c. n. 4. Binterim a. a. O. S. 361.

[9] Binterim a. a. O. S. 359.

[10] Ueber diese wird dann die dem Bischofsornat nicht eigenthümliche Dalmatika angelegt.

[11] c. 1. §. 9 pars decisa (Innoc. III.) X. de sacr. unct. I. 15 u. Gonzalez Tellez dazu n. 27 ff. Im Privatleben trägt der Bischof einen Talar von violetter (der Prälaten-) Farbe (s. Th. I. S. 390) und darüber die Manteletta (s. a. a. O.), sowie einen runden schwarzen Hut mit grüner Seide gefüttert und mit grünseidener golddurchwirkter Schnur nebst eben solchen herabhängenden Pflocken oder Quasten. Nur die einem Mönchsorden angehörigen Bischöfe behalten die Farbe ihres Ordenshabites bei. Caerem. episcop. l. c. c. 1. §§. 3. 4.

[12] Thomassin l. c. n. 11; Binterim a. a. O. S. 348 ff. c. 1. X. cit.; Caerem. episcop. l. c. c. 17.

[13] c. 10 (Stat. eccl. ant.) Dist. XCV.; Caerem. episcopor. lib. I. c. 13. Er ist zu unterscheiden von dem auf der anderen (der Epistel-) Seite stehenden zweiten bischöflichen Sitz, dem s. g. *faldistorium*. — Vgl. überhaupt zu dem im Text über die bischöflichen Insignien Bemerkten noch das Caerem. episcopor. lib. I. c. 1. 14. 17.

Der Gebrauch dieser Abzeichen, gleichfalls *Pontificalia* genannt, steht den Bischöfen als solchen [1], aber nur in ihrer Diöcese, jedoch auch in den innerhalb derselben belegenen exemten Kirchen zu [2].

Der kirchliche Titel der Bischöfe, welchen sie selbst führen, ist *Nos N. N.* (Vorname) *dei gratia* [3] (*miseratione, misericordia, divina misericordia*) *et sedis apostolicae gratia* [4] *episcopus N. N.* (Name des Bischofssitzes). Angeredet werden sie: *Reverendissime et Illustrissime Domine* [5], vom Papst: *venerabilis frater* oder *fraternitas tua* [6].

Der angesehenen kirchlichen Stellung, sowie auch der historischen Entwicklung, haben die deutschen Regierungen Rechnung getragen, indem sie den heutigen Bischöfen noch mehrfach einen hohen Rang beigelegt haben. So kommt in Oesterreich den Bischöfen von Laibach, Seckau, Gurk, Brixen, Trient und Lavant fürstlicher Rang mit dem Titel: *Fürstbischof* [7] zu, während den übrigen Bischöfen die Geheimraths-Würde mit dem Titel: Excellenz verliehen zu werden pflegt [8]. In Preussen führt zwar der eximirte Bischof von Breslau, welcher in Oesterreich wegen des in diesem Lande belegenen Theils seiner Diöcese ebenfalls fürstlichen Rang besitzt, gleichfalls den Titel: *Fürstbischof* [9], steht aber ebenso wie alle übrigen preussischen Bischöfe mit den Ober-Präsidenten auf gleicher Stufe, d. h. er ist wie letztere nur Rath erster Klasse (d. h. also nicht Wirkl. Geh. Rath mit dem Prädikat: Excellenz). In Baiern rangiren die Bischöfe unmittelbar nach den Regierungspräsidenten [10], in Würtemberg steht der Landesbischof in der dritten Rangstufe neben den General-Majoren, Präsidenten der Landeskollegien und Staatsräthen [11], im Grossherzogthum Hessen der Bischof von Mainz ebenfalls neben den Präsidenten der Landeskollegien [12]. Poli-

[1] Const. Pii VII.: Decet Romanos pontifices vom 4. Juli 1823 §. 3. n. I. (Bull. Rom. cont. 15, 619). Deshalb nennt man auch alle die geistlichen Amtsverrichtungen, welche die Bischöfe mit diesen Abzeichen angethan, vornehmen, Pontifikal-Handlungen oder Pontifikalien. Ueber die dritte Bedeutung von Pontifikalien im Sinne von iura pontificalia s. oben S. 40.

[2] Clem. 2. de privil. V. 7; die Entscheidungen der Ritus-Kongregation bei Ferraris l. c. s. v. episcopus art. 4. n. 18 ff., namentlich das von Clemens VIII. bestätigte Dekret derselben vom 10. Juni 1603 (ibid. s. v. baldachinum n. 6). Ueber einzelne hier bestehende Kontroversen vgl. Pignatelli consultation. Tom. 10. cons. 106. n. 21; Ferraris l. c. n. 22 ff. Durch das Trident. Sess. VI. c. 5. de reform., welches die Ausübung der Pontifikalien in einer fremden Diöcese ohne Erlaubniss des Ordinarius derselben bei Strafe der Suspension des Rechts zu letzteren verbietet, ist das nicht aufgehoben, denn die eximirten Kirchen resp. die Klöster, denen letztere gehören, liegen immer innerhalb der Diöcese, wenngleich sie in manchen Beziehungen dem Bischof nicht unterstehen. Für die Kirchen der Klöster nullius dioeceseos cessirt aber der im Text angegebene Grundsatz. S. über diese beiden Punkte Fagnan. comm. ad c. 7. X. I. 8. n. 14 ff. und n. 10.

[3] Das findet sich schon seit dem 5. Jahrh. Binterim a. a. O. S. 150 ff.

[4] Erst seit dem 11. Jahrh. Ughelli, Italia sacra 7, 533; Binterim a. a. O. S. 153 ff.; Gieseler, Kirchengesch. 4. Aufl. II. 2, 236. n. 6, wodurch die Angaben von Thomassin l. c. lib. I. c. 60. n. 9. 10 berichtigt werden. In Würtemberg (s. Minister.-Verf. v. 21. Mai 1828 bei Lang, Sammlung der würtemberg. Kirchengesetze 3, 933. n. 5; auch Reskr. v. 10. März 1813, a. a. O. S. 427) und Baden (Entschliessung vom 2. März 1837. §. 5; Spohn, badisches Staatskirchenrecht S. 162) ist dem Bischof, resp. Erzbischof indirekt die Erlaubniss abgesprochen, diese beiden Zusätze zu seinem Titel hinzuzufügen, auch die unkanonische Beifügung des Geschlechtsnamens anbefohlen. In Baiern dürfen sich die Erzbischöfe und Bischöfe nicht „von Gottes Gnaden“, sondern nur: „durch göttliche Gnade“ nennen. S. oben S. 37. n. 7.

[5] Th. I. S. 390. Ueber frühere, ihnen in älterer Zeit mit dem Papste gemeinsame Anreden s. a. a. O. S. 206. 208.

[6] c. 6 (Innoc. III.) X. de crim. falsi. V. 20. Alle anderen Personen, Könige, Kardinäle und alle Geistliche, welche nicht Bischöfe sind, nennt der Papst: filius.

[7] Phillips, Lehrb. S. 361; Schulte, Lehrb. 2. Aufl. S. 212. n. 6.

[8] Schulte a. a. O. n. 7.

[9] Schulte, stat. dioeces. p. 85, s. übrigens auch Laspeyres, Gesch. und Verfassung der kath. Kirche Preussens. S. 286 ff.

[10] Silbernagl, Verfassung sämmtl. Religionsgesellschaften in Bayern. S. 39.

[11] Rangordnung vom 18. Oktober 1821, Reg.-Bl. von 1821. No. 78. S. 749, s. auch Lang a. a. O. S. 69. n. 142. S. 682. n. †

[12] Schumann, Sammlung der das Kirchen- und Schulwesen betreff. Verordn. . . . im Grossherzogthum Hessen. Mainz. 1840. S. 428.

tische Rechte fehlen den Bischöfen in Preussen, dagegen sind in Oesterreich alle Fürstbischöfe Mitglieder des Herrenhauses[1], in Baiern hat ein vom Landesherrn ernannter Bischof auf Lebenszeit Sitz und Stimme im Reichsrath[2], in Hessen-Darmstadt ist der Bischof von Mainz Mitglied der ersten[3], in Würtemberg der Bischof von Rottenburg Mitglied der zweiten Kammer[4].

2. Die Gehülfen und Stellvertreter der Bischöfe.

a. Für die ganze Diöcese.

aa. Die Domkapitel*.

§. 80. *a. Entwicklung derselben. Einführung der s. g. Vita communis beim Weltklerus (Kollegiatkirchen).*

I. Die Presbyterien als Berathungsbehörden des Bischofs. Als im dritten Jahrhundert nach Chr. Geb. der Bischof als Haupt an die Spitze der einzelnen Christengemeinden getreten war, blieb demselben doch zunächst noch der übrige Klerus bei der Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten theils mit berathender, theils mit beschliessender Stimme zur Seite stehen[5]. Verlor auch allmählich die noch im dritten Jahrhundert daneben sich findende Betheiligung der Gemeinde[5] immer mehr

[1] Die übrigen nur Mitglieder der einzelnen Landtage der Kronländer. Schulte a. a. O. S. 212. n. 8.

[2] Verf.-Urk. vom 26. Mai 1818. tit. VI. §. 2. n. 5. (Döllinger, Sammlung 1, 358).

[3] Verf.-Urk. vom 17. December 1820. §. 52. n. 4. und Verordn. vom 7. Oktober 1850. No. 3 (Zachariä, deutsche Verfassungsgesetze. S. 407; und erste Fortsetzung S. 116).

[4] Verf.-Urk. vom 25. September 1819. §. 133. Nr. 8 (Zachariä, deutsche Verfassungsgesetze. S. 313). — Was die Anreden betrifft, so sind diese für die Fürstbischöfe in Oesterreich und den von Breslau: fürstliche Gnaden, in Baiern u. Würtemberg: bischöfliche Gnaden (s. S. 37. n. 4. und S. 48. n. 4.), in Preussen dagegen nur: bischöfliche Hochwürden (nicht: Gnaden!).

* Miraeus, de canonicorum collegiis per German. Colon. 1615; Aug. Barbosa, de canonicis et dignitatibus aliisque beneficiariis eorumque officiis in choro et capitulo. Lugdun. 1640. Venet. 1641 u. öfter; Fermosini, de potestate capituli sede vacante et de episcopo cum suo capitulo. Lugdun. 1663; Scarfantonius, de capitulis. Luc. 1723. 2 Tom.; van Espen, de instituto et officiis canonicorum. Lovanii 1685 (opp. Tom. II. p. 103; vgl. auch dessen ius eccles. univ. P. I. tit. 7—12); ab Ickstadt, de capitulorum metropolitan. et cathedral. archiepiscopat. Germanor. origine, progressu et iuribus. Amstolod. 1764 (anonym zuerst 1759); Gius. Garampi, memorie ecclesiastiche appartenenti all' istoria della b. Chiara di Rimini. Roma. 1755. diss. IX. sopra i progressi e decadenze della vita claustrale de' chierici o canonici specialmente in Italia. p. 264 ff.; Zindel, de ecclesiis cathedral. (Andr. Mayer, thesaurus novus iuris ecclesiast. Ratisbonae. 1781. 1, 33); Schöttl, der Antheil der Domcapitel an der Diöcesanregierung einst und jetzt. Eichstädt. 1846; G. Gehring, die katholischen Domcapitel Deutschlands als jurist. Personen. Regensburg. 1851; Bouix, tractatus de capitulis. Paris. 1852; G. A. Huller, die juristische Persönlichkeit der Domkapitel in Deutschland und ihre rechtliche Stellung. Bamberg. 1860; Finazzi, dei capituli cattedrali. Lucca. 1863; Des chapitres des cathédrales in den Analecta iur. pont. 1863. p. 1657 ff.; Dieck, Art.: Domkapitel in Ersch und Gruber, Encyclopädie der Wissenschaften und Künste. Sect. I. Bd. 26. S. 383; Jacobson, Art.: Canonicus in Weiske's Rechtslexiken 2, 544; Merkel, Art.: Capitel in Herzogs Real-Encyklopädie für protest. Theologie 2, 554; Phillips, Kirchenrecht 2, 121 ff.; vermischte Schriften 2, 313 ff. — Für das Historische noch zu vgl. Thomassin, vetus et nova disciplina ecclesiae. P. I. lib. 3. c. 7 — c. 11; c. 33; Muratori, antiquit. ital. medii aevi. 5, 185 ff.; Binterim, Denkwürdigkeiten der christkathol. Kirche. III. 2, 317; Hurter, Geschichte Papst Innocenz' III. 3, 341 ff.; der Dom zu Trier oder Statuta des vormal. erzbischöflichen Domkapitels zu Trier. Trier. 1834. Ein alphabetisches Verzeichniss der älteren Literatur enthält Casp. Thurmanni bibliotheca canonicorum. Halae Magdeb. 1700.

[5] Für Rom s. die Belege Th. I. S. 309 u. 310 in den Noten; vgl. ferner Cyprian. ep. 14. ad presbyt. et diacon.: „quando a primordio episcopatus mei statuerim, nihil sine consilio vestro et sine consensu plebis mea privatim sententia gerere, sed cum ad vos . . . venero, tunc de iis

an Bedeutung, so bewahrte sich dagegen der Klerus noch mehrere Jahrhunderte hindurch seine frühere Stellung als Senat des Bischofs. Neben ihm werden sowohl die Priester als auch die Diakonen mehrfach als Vorsteher bezeichnet [1], und die letzteren hatten, da sie ja namentlich mit der Vermögensverwaltung betraut waren [2], jedenfalls ausser den Priestern Sitz und Stimme in dem Rath, dem s. g. presbyterium [3], des Bischofs. Der Natur der Sache nach können dagegen die Inhaber der niederen Aemter, die Subdiakonen u. s. w. [4], wenngleich sie wohl auch zu den Berathungen hinzugezogen wurden [5], keinen entscheidenden Einfluss gehabt haben, und mit der Errichtung von gottesdienstlichen Stationen auf dem Lande mussten die an diesen angestellten Geistlichen ebenfalls aus dem Presbyterium ausscheiden [6]. Auch auf abendländischem Boden haben diese Einrichtungen Fuss gefasst, aber bei dem Mangel eines ausreichenden Quellenmaterials lässt sich hier ebensowenig wie für die morgenländische Kirche, das Verhältniss des Presbyteriums zum Bischof näher bestimmen [7].

II. Die Einführung, Entwicklung und der Verfall der vita communis beim Weltklerus. Der ascetische Zug der Zeit, welcher im vierten Jahrhundert das Mönchswesen hervorgerufen hat, äusserte auch seinen Einfluss auf den bei den Stadtkirchen fungirenden Weltklerus. Eusebius von Vercelli († u. 371) und Augustin, letzterer nachdem er Priester in Hippo regius geworden war, führten nach dem Vorbilde der mönchischen Genossenschaften ein gemeinsames Leben der Kleriker in ein und demselben Hause (*monasterium*) ein, ja in Hippo wurde auch das mönchische Princip der Aufgabe jedweden Sondereigenthums der Einzelnen angenommen [8]. Folgten

quae vel gesta sunt vel gerenda, sicut honor mutuus poscit, in commune tractabimus"; ep. 55 (opp. ed. Fello-Dodwell p. 192. 242); Gieseler, Kirchengeschichte. I. 1, 372. 373.

[1] c. 1. Antioch. a. 341: „εἰ δέ τις τῶν προεστώτων τῆς ἐκκλησίας, ἐπίσκοπος ἢ πρεσβύτερος ἢ διάκονος"; Felic. II. (III.) exempl. gest. a. 487. c. 2 (Thiel, epist. Roman. pontif. 1, 262): „Ut ergo ab ecclesiae summitatibus inchoemus eos quos episcopos, presbyteros vel diaconos fuisse constiterit".

[2] Th. I. S. 2.

[3] Siricii ep. ad divers. a. 390? (Coustant p. 667): „Facto igitur presbyterio, constitit doctrinae nostrae ... esse contrarium. Unde ... omnium nostrum tam presbyterorum et diaconorum quam etiam totius cleri unam scitote fuisse sententiam" . . .; c. 7 (Hieron. comm. ad c. 3. Esaiae) C. XVI. qu. 1: „nos habemus senatum nostrum coetum presbyterorum"; c. 5 (id.) Dist. XCV.

[4] Th. I. S. 2.

[5] S. Note 3.

[6] Ihre in Folge der Entfernung von der Stadt und der fortdauernden Leitung durch den Bischof, resp. den Stadtklerus herabgedrückte Stellung zeigt schon c. 12. (conc. Neocaesar. zw. 314 u. 325) Dist. XCV., wodurch den Landpriestern die Vollziehung des Opfers in der Stadtkirche (Kathedrale) bei Anwesenheit des Bischofs und der Stadtpriester verboten wird.

[7] c. 52 (Leo I.) C. XII. qu. 2. erlaubt die Veräusserung von Kirchengut nur „cum totius cleri tractatu atque consensu"; ebenso c. 1. (Statuta eccles. ant.) X. de his quae fiunt. III. 10; c. 6. (Stat. cit.) Dist. XXIV. verlangt bei der Anstellung der Kleriker die Einholung des „consilium suorum clericorum" seitens des Bischofs, c. 6. (Stat. cit.) C. XV. qu. 7. die „praesentia clericorum" bei der Ausübung der Gerichtsbarkeit; c. 23. (Gregor. I.) Dist. LXXXVI. die Zuziehung der „seniores" bei Disciplinar-Untersuchungen; c. 7. Turon. II. 567: „Ut episcopus nec abbatem nec archipresbyterum sine omnium suorum compresbyterorum et abbatum concilio de loco suo praesumat eiicere neque per praemia alium ordinare, nisi facto concilio tam abbatum quam presbyterorum suorum; quem culpa aut negligentia eiicit, cum omnium presbyterorum consilio refutetur".

[8] Ueber Eusebius s. Ambrosii epist. 63 ad Vercell. n. 66 (ed. Bened. 2, 1038); Maximi episc. Taurin. u. 422 sermo 7 (Muratori, anecdota lat. 4, 82); sermo 9 (ibid. p. 88): „Hic . . . ut universo clero suo spiritalium institutionum speculum se coeleste praeberet, omnes illos secum intra unius septum habitaculi congregavit, ut quorum unum atque indivisum in religione propositum, fieret vita victusque communis"; über Augustin vita desselb. von Possidius c. 5 (opp. August. ed. Maur. Antv. 1700. 10 app. p. 175): „Factus ergo presbyter monasterium inter ecclesiam mox instituit et cum dei servis vivere coepit secundum modum et regulam sub sanctis apostolis constitutam, maxime ut nemo quidquam proprium in illa societate haberet, sed eis essent omnia communia". Vgl. auch August. serm. 355 u. 356 (ed. cit. 5, 962, früher no. 49 u. 50). Darauf, dass Eusebius gleichfalls die mönchischen Regeln der Armuth und der Enthaltsamkeit seinem Klerus vorgeschrieben hat, deutet wohl die Aeusserung in Ambrosii de

gleich in Afrika eine Anzahl von Bischöfen dem Beispiel Augustins [1], so fand diese Einrichtung, welche auch nothwendig den Cölibat bedingte, doch keineswegs eine allgemeine Nachahmung und Verbreitung. In den folgenden Jahrhunderten kommen zwar an manchen Orten Spuren eines gewissen gemeinschaftlichen Lebens der Kleriker vor, aber aus der blossen, in diesen dürftigen Notizen [2] gebrauchten Bezeichnung: canonici [3] kann man nicht mit Sicherheit darauf schliessen, dass an allen diesen Kirchen die Kleriker zu vollständig in mönchischer Art organisirten, wenn auch ohne das förmliche Gelübde der Armuth und Keuschheit lebenden Genossenschaften vereinigt gewesen wären. Immerhin hat indessen aber die Sitte einer gewissen Vereinigung der Kleriker erhalten und seit dem 8. Jahrhundert erlangte dieselbe im Frankenreich eine weite Ausdehnung. Gleichzeitig wurde für diese Lebensweise, da sie eben durch eine im allgemeinen Kanon [4] enthaltene Vorschrift normirt wurde, die Bezeichnung *canonica vita* die technische, indem sie in einen bewussten Gegensatz zur klösterlichen Lebensart (dem *regulariter vivere*) [5] trat, weil, wie die späteren Quellen zeigen, ein Verzicht auf das Sondereigenthum seitens der einzelnen Kleriker nicht verlangt wurde. Eine bestimmte Norm

sanctis per annum serm. 15 in festo S. Eusebii, ed. Paris. 1632. 5, 147: „In hac sancta ecclesia eosdem monachos instituit quos clericos". Somit unterschieden sich diese Geistlichen von den Mönchen nur dadurch, dass sie zugleich wegen ihres Klerikalstandes noch die Funktionen des letzteren auszuüben hatten. Ob man also, wie Thomassin l. c. c. 4. n. 1. 2, sagt, dass Mönche als Kleriker fungirt oder wie der sich gegen ihn wendende Muratori, antiquit. Ital. 5, 185 annimmt, dass die Geistlichen nach Mönchsart gelebt haben, erscheint gleichgültig. Ueber ähnliche Einrichtungen im Orient vgl. Basilii epist. 207 (ed. Maurin. 3, 309) und Thomassin l. c. n. 4.

[1] Possidii vita cit. c. 11 (l. c. p. 177): „In monasterio deo servientes ecclesiae Hipponensi clerici ordinari coeperunt. Ac deinde innotescente . . . sanctorumque dei proposito, continentia et paupertate profunda . . . ex monasterio . . . magno desiderio poscere atque accipere episcopos et clericos pax ecclesiae atque unitas et coepit primo et postea consecuta est. Nam ferme X. . . . sanctos . . . viros continentes . . . b. Augustinus diversis ecclesiis . . . rogatus dedit. Similiterque et ipsi ex illorum sanctorum proposito venientes . . . monasteria instituerunt et . . . caeteris ecclesiis promotos fratres ad suscipiendum sacerdotium praestiterunt".

[2] So Gregor. Turon. hist. X. 21: „Hic (der 16. Bischof Baudinus von Tours) instituit mensam canonicorum", eiusd. vit. patr. c. 9: „S. Patroclus diaconatus officium (an der Kirche zu Bourges) sumens . . . in oratione promtus effundebatur, ut nec ad convivium mensae canonicae cum reliquis accederet clericis". c. 5. (Tolet. II. a. 527) Dist. XXVIII, c. 1. (Tolet. IV. a. 633) C. XII. qu. 1 sprechen nur von der gemeinsamen Erziehung und Lebensordnung der für den Klerikalstand bestimmten Knaben.

[3] Der Ausdruck ist abgeleitet von canon und canon bedeutet s. c. 16. 17. Nicaen. a. 325 („ἐν τῷ κανόνι ἐξεταζόμενοι"); c. 1. Antioch. a. 341, soviel wie ordo clericorum, Hefele, Konciliengesch. 1, 494; dann aber auch matricula, d. h. Verzeichniss der Kleriker (s. c. 2. Agath. a. 506; c. 13. Aurel. IV. a. 541; c. 3. Autissiodor. a. 578). Daher heisst canonicus (c. 15. Arvern. a. 535): „si quis ex presbiteris aut diaconis qui neque in civitate neque in parochiis canonicus dignoscitur, sed in villulis habitans, in oratoriis officio sancto deserviens"; c. 11. Aurelian. III. a. 538 jeder in das Verzeichniss eingetragene Geistliche, selbst der der geringeren Weihegrade (c. 19. Turon. II. a. 567: „ut quotiescumque archipresbyter seu in vico manserit seu ad villam suam ambulaverit, unus lector canonicorum suorum" . . .).

[4] Das heisst in den Lebensgesetzen des neuen Testaments act. apostol. IV. 32. Eine ziemlich ähnliche Ableitung bei Richter, K. R. §. 133. n. 8; andere bei Muratori l. c. p. 188.

[5] Flodoard. hist. Rhem. II. 11 (Migne, patrolog. 135, 113): „(Rigobertus von Rheims, Ende des 7. und Anfang des 8. Jahrh.) canonicam clericis religionem restituit ac sufficientia victualia constituit et praedia quaedam illis contulit necnon aerarium commune usibus eorum instituit. Ad quod has villas delegavit . . . scilicet ut in annum transitus sui die sufficiens eis inde refectio pararetur; quae superessent, ipsis communiter dividenda cederent. Famulos quoque et eorum colonias ad necessaria canonicorum servitia deputavit". Diplom. Speciosi episc. Florentini a. 724, welches der canonici an der dortigen Domkirche erwähnt, Ughelli, Italia sacra 3, 20; c. 11. cap. Vernens. a. 755 (LL. 1, 26): „De illis hominibus qui se dicunt propter deum quod se tonsorassint et modo res eorum vel pecunia habent et nec sub manu episcopi sunt nec in monasterium regulare vivunt, placuit, ut in monasterio sint sub ordine regulari aut sub manu episcopi sub ordine canonica"; s. auch die Statuten des h. Bonifacius c. 12. 15, Mansi 12, 385; in c. 9. conc. Ascheim. zw. 755 u. 760 (LL. 3, 458): „De clericis et nonnanes, ut aut in monasterio ire debeant aut cum consensu episcoporum cui haec credita sunt, regulariter vivant"; wird allerdings der letzte Ausdruck für gleichbedeutend mit canonice vivere gebraucht.

für die vita communis verfasste zuerst, wenigstens soweit uns bekannt ist, der Bischof Chrodegang von Metz um 760 für den dortigen Klerus [1], und in jener überhaupt für kirchliche Reformen günstigen Zeit verbreitete sich in Folge des dadurch gegebenen Impulses und des gleichzeitigen Eingreifens der weltlichen und kirchlichen Gesetzgebung [2] diese Einrichtung in dem Umfange [3], dass Ludwig der Fr. auf dem grossen Reichstage, resp. der Synode von Aachen im J. 816 (o. 817) eine neue Ordnung für das gemeinsame Leben der Kleriker feststellen und publiciren liess, welche, wie Chrodegang die Regel Benedikts [4], so ihrerseits die Chrodegangschen Vorschriften benutzte [5], aber

[1] Abgedruckt zuerst bei Labbé 7, 1444; Hardouin 4, 1181; Mansi 14, 313; nach Hardouin auch bei Walter, fontes iur. eccles. p. 20. Dass Chrodegang der Verfasser ist, ergiebt ausser dem Prolog auch die Erzählung von Paulus Diaconus de episc. Metens. eccl. (SS. 2, 268). S. übrigens auch Note 5.

[2] S. g. Capit. eccles. a. 789. c. 72 (LL. 1, 65): „Similiter qui ad clericatum accedunt, quod nos nominamus canonicam vitam, volumus ut illi canonice secundum suam regulam omnimodis vivant et episcopus eorum regat vitam, sicut abbas monachorum"; s. auch c. 76. ibid.; das Capit. Pippini Longobard. zw. 782 u. 786 (Boretius, Capitularien S. 128) bestimmt sogar c. 2 (LL. 1, 42): „Ut pontifex unusquisque ordinet et disponat ecclesias suas canonico ordine et sacerdotes suos vel clericos constringat canonico ordine vivere. Et si quis pontifex clericos suos canonice vivendo ordine distringere noluerit et ad saecularem pertraxerit habitum, quod canones clericos facere prohibent, comis qui in loco fuerit ordinatus, distringat illos in omnibus ad suam partem sicut et alios exercitales"; c. 2. syn. Rispac. a. 799? (LL. 3, 469); cap. Aquisgr. a. 802. c. 22 (LL. 1, 94): „Canonici autem pleniter vitam obserbent canonicam et domo episcopali vel etiam monasteria cum omni diligentiam secundum canonica disciplina erudiantur"; Cap. Longardic. Pippini c. 3 (LL. 1, 103). Auch die im J. 813 gehaltenen Reformsynoden beschäftigen sich eingehend mit der vita canonica und zeigen ebenso wie das des presbyter erwähnende c. 2. Rispac. cit., dass in den am Anfang der Note citirten Stellen nicht, wie Richter K. R. §. 133. n. 8 annimmt, „zunächst die jüngeren Geistlichen verstanden zu sein scheinen"; Mogunt. c. 9: „ut canonici clerici canonice vivant, observantes divinae scripturae doctrinam et documenta sanctorum patrum et nihil sine licentia episcopi sui vel magistri eorum composite agere praesumant in uno quoque episcopatu: et ut simul manducent et dormiant, ubi his facultas id faciendi suppetit vel qui de rebus ecclesiasticis stipendia accipiunt et in suo claustro maneant et singulis diebus mane primo ad lectionem veniant et audiant quid eis imperetur. Ad mensam vero similiter lectionem audiant et obedientiam secundum canones suis magistris exhibeant" (Mansi 14, 67 = c. 34. Dist. V. de consecr.); Rhem. (M. ibid. p. 78) c. 8. 25—27; Arelat. (ibid. p. 60) c. 6; Turon. III. (ibid. p. 86) c. 23: „Canonici et clerici civitatum qui in episcopiis conversantur, consideravimus ut in claustris habitantes simul omnes in uno dormitorio dormiant simulque in uno reficiantur refectorio quo facilius possint ad horas canonicas celebrandas occurrere ac de vita et conversatione sua admoneri et docere: victum et vestimentum iuxta facultatem episcopi accipiant" . . .; c. 24: „Simili modo et abbates monasteriorum in quibus canonica vita antiquitus vel nunc videtur esse, sollicite suis provideant canonicis, ut habeant claustra et dormitoria" . . .; c. 25: „Monasteria monachorum in quibus olim regula B. Benedicti patris conservabatur, sed nunc . . . dissolutius custoditur vel certe penitus abolita negligitur, bonum videtur ut ad pristinum revertantur statum . . . quoniam aliqua sunt monasteria in quibus iam pauci sunt monachi qui praedicti patris regulam suis abbatibus promissam habeant, quippe cum ipsi abbates magis canonice quam monachice inter suos conversari videntur".

[3] Auf der Synode von 817 erklären die Bischöfe (praefatio Mansi 14, 149): „licet plerique . . . devote ac religiose cum sibi subiectis canonicam servent institutionem et in plerisque locis idem ordo plenissime servetur" . . .

[4] Eine Vergleichung beider bei Rettberg, Kirchengesch. Deutschlands 1, 496.

[5] Abgedruckt u. A. bei Mansi 14, 153 ff. Von den 145 Kapiteln enthalten die ersten 115 nur allgemeine Erörterungen und Zusammenstellungen aus der patristischen Literatur über die kirchlichen Aemter, über Wandel, Leben und Pflichten der Geistlichen, erst mit c. 115 beginnen die Vorschriften über die vita canonica unter Benutzung Chrodegangs. Eine Verbreiterung der Regel des letzteren durch die Aachener Vorschriften ist die vor Labbé als echtes Werk Chrodegangs zuerst von D'Achery, spicilegium 1, 205 (ed. nova 1723. 1, 565, auch bei Mansi 14, 332 ff.) herausgegebene regula canonicorum, welche auch noch andere Canonen verschiedenartigen Inhalts aufgenommen hat. Dass sie später als Chrodegang ist, zeigt die Fortlassung der in der echten Form hervortretenden Beziehungen auf Metz (s. z. B. c. 4. 5. 24 ebendaselbst) und der die Predigt in der Volkssprache einschärfende c. 44, welcher die karolingische Gesetzgebung der ersten beiden Jahrzehnte des 9. Jahrhunderts (s. Rettberg a. a. O. 2, 773) reproducirt. — Die allgemeine Annahme, dass der Metzer Diakon Amalar der Verfasser der Aachener Regel gewesen ist, stützt sich auf die allerdings erst dem 11. Jahrh. angehörigen histor. Ademari Cabannensis III. 2 (SS. 4, 119). Wie sehr sich übrigens Ludwig der Fr. die Verbreitung der vita communis angelegen sein liess, ergeben die Encycliken v. 817. LL. 1, 219; Mansi 14, 277; s. auch Hontheim, histor. Trevir. 1, 171.

schon deswegen allgemein gefasst sein musste, weil sie sich nicht nur auf bischöfliche Kirchen, sondern auch auf andere, auf die nachmals s. g. Kollegiat-Kirchen oder Stifter[1], bezog[2], d. h. auf solche, an welchen eine Mehrzahl von Geistlichen fungirte und bei denen gleichfalls seit dem 8. Jahrhundert die vita canonica Eingang gefunden hatte[3]. Beide Regeln schreiben das gemeinschaftliche Wohnen, Essen und Schlafen der Kanoniker[4], die erste mit dem Bischof, die letzte auch mit dem Vorsteher (*praepositus*)[5] in einem bestimmten Hause (*claustrum*)[6] und die Abhaltung der kanonischen Stunden vor[7], schärfen den zusammenwohnenden Geistlichen ein christliches und brüderliches Leben ein[8], und unterwerfen dieselben der Disciplin und Zucht ihrer Vorsteher, welche das Recht haben, Fasten, Züchtigung, Gefängniss, öffentliche Busse und Exkommunication zu verhängen[9]. Als unmittelbarer Leiter der Vereinigung erscheint neben dem Bischof bei Chrodegang der Archidiakon[10], während die Aachener Vorschriften sich des die kirchliche Stellung nicht näher bezeichnenden Ausdrucks: praepositus[11] (in Uebereinstimmung mit der Benediktiner Regel) bedienen. Abweichend von der letzteren sind aber in den beiden gedachten Ordnungen der vita canonica erstens die klerikalen durch die Verschiedenheit der Weihen und der geistlichen Funktionen bedingten Rangunterschiede[12], und zweitens die Befugniss zum Besitz und

1 Vgl. dazu Schuberth, de origine et conditione ecclesiarum collegiat. in Mayer, thesaur. nov. 1, 157 ff.

2 c. 134 (Mansi 14, 238): „Quamquam contemptores canonicarum institutionum episcopali praecipue iudicio plectendi sint . . ., demonstrandum tamen est, qualem ceteri praelati qui illis dignitate inferiores esse noscuntur, in locis sibi commissis, in quibus canonice vivitur, erga subiectos quosque delinquentes et ea quae proprie ad eorum propositum pertinent, observare nolentes, adhibere debeant correptionis modum" . . .

3 Das ergeben die allgemein lautenden Vorschriften des c. 11. cap. Vern. (S. 51. n. 5), cap. a. 789 (S. 52. n. 2), ferner aber c. 23—25. Turon. (am zuletzt angeführten Orte), welche die mit dem Bischof nach der vita canonica lebenden Geistlichen, die unter einem s. g. abbas zu solchem Leben vereinigten Kleriker und endlich die Mönche auseinanderhalten, und zugleich erwähnen, dass in manchen Mönchsklöstern in Folge der Lockerung der Disciplin die strengere vita monastica oder regularis in die vita canonica übergegangen ist; s. endlich auch c. 6. Capit. Aquisgr. a. 816 o. 817 (LL. 1, 207), welches die Freilassung und die Weihe der zur bischöflichen Kirche gehörigen Sklaven regelt und dann hinzufügt: „Sed et de his quos praepositi canonicorum aut monachorum ordinandos expetiverint, eadem forma servanda est".

4 Chrodeg. c. 3. 4. 21. 23; reg. Aquisgr. c. 117. 120 ff.

5 Reg. Aquisgr. c. 117. 118. 138. 139.

6 Chrodeg. c. 3. 4; Aquisgr. c. 117. 118. 144.

7 Chrodeg. c. 4 ff.; Aquisgr. c. 126 ff. Vgl. auch Th. I. S. 141.

8 Chrodeg. praef. c. 11. 12. 13; Aquisgr. c. 114. 115.

9 Chrodeg. c. 8. 14—19; Aquisgr. c. 134.

10 Er hat die Korrektionsgewalt und kann kraft dieser sogar die Exkommunikation verhängen c. 8; er weist den Klerikern die von ihnen vorzunehmenden Handarbeiten — auch das hat Chrodegang aus Benedikt entnommen — an, c. 9; er kann für einzelne Fälle von der Disciplin dispensiren (so Erlaubniss zum Ausbleiben aus dem claustrum über Nacht und zum Eintritt von Laien und Frauen gewähren) c. 4. 3; er bewahrt die Schlüssel des claustrum während der Nacht c. 27, hat die Aufsicht und Sorge für die Krankenabtheilung c. 28, die Verwaltung der dem Kloster zugewendeten Oblationen und Almosen c. 32, kurz er ist der erste Beamte nach dem Bischof c. 25, weshalb er auch gemeinschaftlich mit demselben an einer Tafel speist c. 21 und von den wochenweis wechselnden Diensten, namentlich dem Küchendienst, frei ist c. 24.

11 c. 117. 118. 139; auch der Ausdruck: praelatus wird wiederholt gebraucht, c. 123. 138. 139. 140. Die Funktionen sind dieselben, wie die des Archidiakons bei Chrodegang s. c. 140. 143. 144, nur behält c. 134 (: „si prorsus . . . inemendabiles . . . apparuerint . . . necesse est, ut a ceterorum societate utpote oves morbidae secreti, ante praesentiam deducantur episcopi, ut ab eo canonica auctoritate publice damnentur") offenbar die Excommunikation dem Bischof vor. In den gesetzlichen Bestimmungen s. Cap. Lang. u. conc. Turon. III. (S. 52. n. 2) wird der Vorsteher der nicht bischöflichen Vereinigungen abbas, später (s. die Synoden von Worms und Paris v. 829. S. 54. n. 3), abbas canonicus im Gegensatz zum abbas regularis genannt.

12 Chrodeg. c. 2: „Ordines suos canonici ita conservent, ut ordinati sunt in gradibus suis secundum legitimam institutionem Romanae ecclesiae in omnibus omnino locis . . . iuniores igitur priores suos honorent". Im Refektorium speisen Bischof, Archidiakon und die fremden Gäste an der ersten, die Priester an der zweiten, die Diakonen an der dritten, die Subdiakonen an der vierten, die Kleriker der niederen Grade an der fünften Tafel. c. 21. ibid.. In der Aachener

zur Erwerbung von Privateigenthum beibehalten worden[1]. Im 9. und auch theilweise noch im 10. Jahrhundert ist die eben geschilderte Form des klerikalen Lebens in s. g. Kapiteln[2] die Regel für die bischöflichen und die sonstigen grösseren Kirchen geblieben[3]. Diejenigen Gegenden, wie z. B. ein Theil der nachmaligen deutschen Bisthümer, welche von Mönchen missionirt worden waren, wurden zunächst von den dort gegründeten Klöstern durch die Aebte und die den letzteren zur Seite stehenden Mönchsconvente geleitet, und wenn auch nicht überall Kloster und Bisthum, Mönche und Domklerus vereinigt blieben, so lebte doch der letztere in solchen Gegenden theilweise nach mönchischer Regel[4]. Während so in der ersten Hälfte des 9. Jahrhunderts

Regel fehlen ähnliche Vorschriften, aber hier (c. 134) zeigt sich der Rangunterschied darin, dass die Strafen je nach der Qualität der Person verschieden sind und die körperliche Züchtigung gegen die angeseheneren Glieder (vielleicht die Priester) nicht angewendet werden soll.

[1] Nach Chrodeg. c. 31. 32. behält der Kleriker die freie Verfügungsgewalt über seine Mobilien, die ihm besonders zugewendeten Oblationen für Messen u. s. w., ferner über den Ertrag seiner Immobilien, das Eigenthum der letzteren soll er aber auf die Kirche übertragen und nur die Nutzniessung bei Lebzeiten behalten. Immer hat er indessen die Pflicht, von seinem Eigenthum einen Theil zum Besten der Kongregation, einen andern zu frommen Zwecken zu verwenden. Die Aachener Regel, welche die hier in Rede stehende Unterscheidung der Kanoniker von den Mönchen c. 115 ausdrücklich hervorhebt, schliesst die vermögenden Mitglieder von dem Empfang der Kleidung, nicht aber von dem gemeinschaftlichen Unterhalt und den Oblationen aus, und verpflichtet sie ferner in Zeiten der Noth zur Unterstützung der ärmeren Mitglieder c. 120 ff., ferner zur fortdauernden Abgabe eines Zehnten für die Zwecke der Armenpflege c. 141.

[2] Chrodeg. reg. c. 8: „Necesse est, ut quotidie omnis clerus canonicus ad capitulum veniant et ibidem dei verba audiant et istam institutiunculam nostram . . . unoquoque die aliquod capitulum exinde relegant . . . tractatus et alias homilias vel quod aedificet audientes ad capitulum legant. Ideo autem quotidie ad capitulum omnes venire constituimus" . . ., s. auch c. 33. Hieraus erhellt für capitulum die Bedeutung von Kapitel der Regel, welches verlesen wird, dann von Versammlungsraum, in welchem dies geschieht, und endlich von Versammlung in demselben, also von Gesammtheit der gemeinsam lebenden Kleriker. Vgl. auch über diese dem Mönchsleben nachgebildete Einrichtung J. H. Böhmer, J. E. Pr. III. 9. §. 6.

[3] Für das 9. Jahrh. s. Conv. Aquisgr. a. 828. orator. rel. c. 9 (LL. 1, 327); conc. Paris. a. 829. lib. I. c. 21 (Mansi 14, 553), Wormat. a. 829 de persona sacerdot. c. 13 (LL. 1, 337), Paris. cit. lib. III. c. 18, Wormat. cit. petit. c. 10; Meldens. a. 845. c. 53 (Mansi 14, 831); c. 4 der Synode zu Fimes a. 881 (ibid. 17, 540), welche letzteren beiden Stellen von der Ausstattung der Kirchen behufs Ermöglichung der gemeinsamen vita durch den König, bezüglich von der Visitation der Kongregationen durch den Bischof und Missus, sowie von der Festsetzung der Zahl der Kanoniker durch den König unter Beirath des Bischofs handeln. Flodoard erwähnt hist. Rhem. III. 10 des claustrum canonicorum s. Remensis ecclesiae u. III. 28 eines Schreibens von Hinkmar: „Rodoardo praeposito et caeteris fratribus et canonicis eccl. Rem." addressirt. Ueber die Errichtung der Kollegiatkirche Weihenstephan in Freisingen in der ersten Hälfte des 9. Jahrh. s. Meichelbeck, hist. Frising. I. 1, 116; Hirsch, Jahrbücher des deutschen Reichs unter Heinr. II. 2, 250. Für Italien vgl. Capit. Eugen. II. a. 826. c. 7 (LL. 2. app. p. 15): „ut iuxta ecclesiam claustra constituantur in quibus clerici disciplinis ecclesiasticis vacent. Itaque omnibus unum sit refectorium ac dormitorium seu ceterae officinae ad usus clericorum necessariae"; Conc. Ticin. a. 876. c. 8 (LL. 1, 531); Diplom. a. 857 für Reggio in Ober-Italien bei Muratori l. c. 5, 191. 203; für Arrezzo diplom. a. 843. 876 (l. c. p. 193. 199); für ein Kollegiatstift, das bis 890 heraufreichen muss, dipl. a. 944 (ibid. p. 203); für Bergamo dipl. a. 908 (Ughelli Italia sacra 4, 426; Mansi 18, 259); Fundationsurkunde Benedikts VII. a. 975 für das Kollegiatstift in Canossa (Muratori l. c. p. 207), endlich auch die Belege zu der S. 55 ff. besprochenen Sonderung des Vermögens zwischen Bischof und Kapitel.

[4] So z. B. in Utrecht, Salzburg, Regensburg, s. Rettberg a. a. O. 1, 303; 2, 663. 241 ff.; Abel, Jahrb. des fränk. Reichs unter Karl d. Gr. 1, 181. 221 ff. 167 ff. 537; Hirsch, Jahrb. d. deutsch. Reichs unter Heinr. II. 1, 105 ff. Daraus erklärt sich auch, dass in vielen Veräusserungsurkunden der Bischöfe des „consensus canonicorum seu monachorum" oder, was gleichbedeutend ist „et monachorum" (s. Meichelbeck, historia Frising. I. 2, 359 ff. 392. 393. 363. 364, Hirsch a. a. O. 1, 106. n. 3) erwähnt wird. Dass aber auch hier ein Wechsel zwischen der eigentlichen vita regularis und monastica stattgefunden hat, zeigt die diese Eventualität in das Auge fassende Urkunde (cod. tradit. v. 1022—1041 i. d. Monum. Boica 9, 358): „Hec omnia Egilbertus episcopus . . . tradidit ad altare S. Stephani (Weihenstephan in Freisingen) et ipsius altaris servitoribus sive sunt monachice conversationis seu canonice . . . iure proprietatis possidendum". Vgl. Hirsch a. a. O. 2, 253. Die vollständige Trennung dieser Verbindung zwischen Bisthum und Kloster ist meistens erst im Laufe des 10. Jahrhunderts erfolgt. Hirsch a. a. O. 1, 116. 129. 2, 215. 254. 255.

die vita canonica dazu bestimmt schien, den ganzen Klerus allmählich in Mönchsgenossenschaften zu verwandeln, zeigen sich doch bald — noch in demselben Jahrhundert — Bestrebungen innerhalb desselben, die drückenden Fesseln jener strengen Lebensordnung abzuwerfen. Im Allgemeinen waren solchen die Verhältnisse des sinkenden karolingischen Reiches nicht ungünstig, und gerade der im Laufe der Zeit gewachsene Reichthum der Kirchen musste diese Tendenzen innerhalb der Genossenschaften, welche durch kein Gelübde zum Verzicht auf weltliches Gut gezwungen, also nicht vom vollen Genuss desselben ausgeschlossen waren, befördern, um so mehr als damals überhaupt schon der alte Grundsatz von der Vereinigung und Vertheilung der kirchlichen Einnahmen durch den Bischof dem der Spezialisirung und festen Dotirung der einzelnen Kirchen und Aemter zu weichen begonnen hatte.

Die erste derartige, freilich nicht vollständige Auftheilung des Vermögens erfolgte zu Köln unter dem der päpstlichen Absetzung Widerstand leistenden Erzbischof Gunthar, wohl mit aus dem Grunde, weil derselbe seiner Herrschaft die Anerkennung seitens des Klerus sichern wollte[1]. Die betreffende Vereinbarung überweist sowohl den

[1] Ueber dieses Abkommen giebt Auskunft die Bestätigung desselben durch Lothar II. v. J. 867 (zuletzt bei Ennen und Eckertz, Quellen zur Gesch. d. Stadt Köln 1, 447, vgl. auch Dümmler, Gesch. des ostfränk. Reichs 1, 581; Hüffer, Forschungen auf dem Gebiete des franz. und rhein. Kirchenrechts. Münster. 1863. S. 271 ff. 280 ff. nicht von 853, so Mastiaux, diss. exhibens historiam, excertium ac suspensionem turni ecclesiarum colleg. Colon. Bonnae. 1787. p. 5. u. app. p. I. u. danach Richter, K. R. §. 133. n. 13): „... quia Guntharius ... agrippine ecclesie gubernator et pius rector ... detulit ... quandam conscriptionem in qua continebatur qualiter ipse clero s. Petri in memorata agrippinensi civitate consistenti et reliquis s. ecclesie fidelibus laicis communi consensu parique voto ordinaverit ..., ut deinceps canonici in eadem s. matre ecclesia seu et in ceteris monasteriis tam infra ipsam civitatem quam que et extra que ad eundem episcopatum et ecclesiam s. Petri pertinere noscuntur, i. e. monasterium martyris christi Gereonis et ss. sociorum eius, sed et s. Seuerini chr. conf., monasterium quoque s. Cuniberti, monasterium b. uirginum, monasterii ss. Cassii et Florentii mart., monasterium s. uictoris chr. mart. necnon et ecclesia s. Pantaleonis que ad thesaurum et luminaria eiusdem matris ecclesie pertinere dignoscuntur, sed et hospitale inibi ob pauperum receptionem constructum deinceps absque alicuius sumptuum indigentia perennibus temporibus consistere quiuissent deprecans nostram pietatem, ut eandem conscriptionem ... confirmare ... non dedignaremur ... iubemus, ut ecclesias, predia, uillas siue omnes res quas iam prefatus uir uenerandus Guntharius tam in eadem s. matre ecclesia quam que et in reliquis deo dicatis locis, que ad eam, ut supra prelibatum est, tam infra ipsam civitatem coloniensem, quam que et extra pertinent, ob utilitatem canonicorum et stabilitatem earundem ecclesiarum ... per sue delegationis ordinationem et nobilium uirorum assensum corroborarit, deinceps in iure et gubernatione presignatorum canonicorum potestate et ordinatione perseverent" ...; ferner die Bestätigung der Guntharschen Verfügung durch die Kölner Synode vom J. 873 (Mansi 17, 275): „... iam fatus vir ... illis concessit atque donavit ultra licitum fore cum secura potestate et libero arbitrio inter se ordinare et facere tam de sua electione quam de omnibus suis rebus absque eius consultu et imperio ... idem pastor in futurum praecavens ne praelati ordine regiminis confuse utendo aliquando inter se fortem dissensionem inde incurrerent, ac ne ob hoc statu tum clerici tandem instabiles denuo sicut prius absque correctionis et increpationis timore huc illucque vagabundi liberius discurrerent, decrevit, ut praeposito in sibi subiectis nullus nec praelatione nec potestate superponeretur, sed idem potius in ambobus super omnes praestantissimus habeatur ac insuper eorundem subiectorum res communes interius exteriusque ipse solus cum consilio prudentum benevolentiumque fratrum gubernans diligenterque providens, totum in suam assumeret reservandum custodiam, quicquid ex his debite proveniret et sic postea summa cura atque diligentia id ipsum in illorum ministrando dispensaret ... ut nullus unquam pontifex sine illorum conscientia sive consensu de ipsa substantia minimam unquam praebendam alicui per potentiam tribueret, aut item in domibus sive aedificiis in urbe vel exterius circa urbem sibi iam a quibuslibet in eleemosynam datis seu deinceps donandis aut usquam alibi in ceteris universis illorum locis in omnibus rebus absque consensu et communi cunctorum voluntate, quidquam eis per potentiam sive per aliquam vim destrueret, illorum donationem seu traditionem quam inter se in claustro de qualibuscumque suis rebus testibus adhibitis fecissent, hoc illis quasi in ius hereditarium firmiter concedens, quatenus quisque illorum sive nobilis sive ignobilis esset, usque in sempiternum liberum habere arbitrium suam mansionem cum ceteris quibuscunque rebus donare seu etiam tradere cuicumque suo confratri voluisset, post obitum suum possidendum absque ullius episcopi consensu sive contradictione".

Kanonikern am Dom[1], wie denen an den übrigen Stiftern bestimmte Güter und Vermögensstücke zur eigenen Verfügung, giebt den verschiedenen Stiftern das Recht der Wahl neuer Mitglieder und den einzelnen Kanonikern die Befugniss über ihr Eigenthum, sowie über ihre Wohnungen (die nachmals s. g. Kurien) innerhalb der Korporation frei unter Lebenden und von Todeswegen zu verfügen, und spricht endlich dem Erzbischof das Recht ab, Geistlichen wider Willen der Stifter ihren Unterhalt (Präbenden) aus den abgetheilten Gütern anzuweisen. Erwähnen gleich jene Urkunden nichts über das gemeinsame Leben der Kanoniker, namentlich nichts über die Beseitigung desselben, so war doch mit der Vermögenstrennung und dem Recht zur Kooptation neuer Mitglieder der Grund dazu gelegt und die weitere Betonung der freien Verfügung der einzelnen Kanoniker über ihre mansiones lässt gleichfalls auf eine wenigstens theilweise Auflösung der alten Chrodegangschen Ordnung schliessen[2]. Aehnliche Vorgänge haben auch im folgenden Jahrhundert in anderen Bisthümern stattgefunden, ohne dass sich eine feste zeitliche Gränze angeben lässt, da jene Veränderung an einigen Orten früher, an anderen später und zwar nur schrittweise[3] erfolgt ist[4] und selbst während der Zeit, wo diese Entwicklung schon im Fluss war, abgesehen von den Versuchen die verfallende kanonische Ordnung wieder herzustellen[5], noch an einzelnen Kirchen diese überhaupt erst eingeführt wurde[6]. Dass aber im Laufe des 11. Jahrhunderts die vita

[1] Wenn Hefele, Konciliengesch. 4, 492 die mitgetheilten Urkunden dahin interpretirt, dass dadurch nur eine Trennung der Kollegiatstifter vom Domstift erfolgt ist, d. h. dass die Kanoniker der ersteren statt der früheren Quoten aus dem allgemeinen Kirchenfond eigene Güter zu selbstständiger Verwaltung erhalten haben, aber keine Emancipation des Domstiftes selbst vom Bischof eingetreten ist, so hat er übersehen, dass die canonici S. Petri d. h. der Domkirche in beiden Diplomen zusammen mit denen der Neben- oder Kollegiatstifter erwähnt, also diesen vollkommen gleich behandelt werden.

[2] Bei der Fortdauer der vita communis, für welche Chrodegang c. 3 gemeinsame Schlafsäle (dormitoria) anordnet, und bei der die Benutzung eigener Wohnungen oder Zellen (mansiones) nur mit besonderer bischöflichen Erlaubniss, nach der Aachener Regel c. 136. 142 allerdings auch ohne solche aber nur für die Tageszeit, nicht zur Zeit des gemeinsamen Mahles und zur Nacht gestattet war, hätte ein solches Recht doch zu geringe Bedeutung gehabt, als dass eine besondere Stipulation darüber der Mühe werth gewesen wäre.

[3] Mit Recht bemerkt Hüffer a. a. O.: „Zunächst richtete man für die Kanoniker eigene Wohnungen ein, meistens in der Umgebung der Domkirche, dann beschränkte man auch den gemeinschaftlichen Tisch auf die Festtage, hob ihn später ganz auf und schied endlich sogar aus dem Stiftsvermögen einzelne Antheile oder Präbenden für die Kanoniker aus".

[4] Die traditionell dafür citirte Stelle und Trithemii Chron. Hirsaug. a. 977, wonach das gemeinschaftliche Leben damals in den Dom-, resp. Kollegiatstiftern zu Trier, Worms, Speier, Mainz und Koblenz aufgehört hat, sollte bei der anerkannten Unzuverlässigkeit Trithems und namentlich auch der des Chronikons (s. Silbernagl, Johannes Trithemius. Landshut 1868. S. 160 ff.) füglich aus den Lehrbüchern des Kirchenrechts verschwinden. Die Gesta Treviror. c. 29. SS. 8, 168. 169 erwähnen, dass Bischof Heinrich I. (956—964): „regulares officinas et claustra circa maiorem ecclesiam construxit et vigorem regularis conversationis ibidem exerceri decrevit"; dagegen unter Theodorich I. (965—977): „regulares canonici s. Petri esse desierunt"; die Theilung des Vermögens ergiebt c. 30. ibid. p. 171: „Successit Ludolfus (994) . . . muris ecclesiam s. Petri ac fratrum habitacula circumcinxit et ut ea quae intra sunt, usui canonicorum cedant exceptis quae ad episcopum pertinent, instituit". Ueber die Vermögenstheilung in Hildesheim unter Bischof Hezilo 1054—1079 s. Chron. Hildesh. SS. 7, 850 u. Lüntzel, Gesch. der Diöcese und Stadt Hildesheim. 1858. 1, 250. 306; über Münster s. Kindlinger, Münsterische Beiträge. Münster. 1787. 1, 5 u. 6; über Bremen Miesegas, Chronik von Bremen 2, 113; auch hier hat sich die Entwicklung im 11. Jahrhundert vollzogen; über den Verfall der vita communis in England s. die Generalsynode v. 969, Mansi 19, 15, für Arezzo de enarratio v. 1092 (?) bei Muratori l. c. 5, 217.

[5] S. 54. n. 2. u. Diplom für Beziers v. 1092 (Gallia christ. 6. app. p. 131). Auch das Kölner Kapitel wird im 11. Jahrh. wegen seines gemeinschaftlichen Lebens als Muster aufgestellt s. Anselmi gesta episc. Leodiens. c. 41, SS. 7, 214. Ueber die weitere Entwicklung daselbst s. Hüffer a. a. O. S. 276 ff.

[6] S. z. B. die Urkunden für Lüttich a. 1005 (Miraeus, opp. diplomatica ed. II. Lovanii 1723. 2, 808), für Cesena a. 1042, Ughelli, Italia sacra 2, 447; ferner Othlon. vita Wolfgangi episc. Ratisbon. c. 18. SS. 4, 534, Adam Brem. a. 1022. II. 46. SS. 7, 322 u. S. 54. n. 2; über Italien Garampi l. c. p. 266. 267.

canonica bei den meisten Kirchen aufgehört hat[1], zeigen gerade die noch innerhalb dieser Zeit selbst hervortretenden Bestrebungen auf Wiederherstellung derselben[2]. Diese gingen in der richtigen Erkenntniss, dass die in den früheren Regeln nicht gebotene Entsagung weltlichen Besitzes den Verfall mit herbeigeführt hatte und gemäss dem wieder erwachten ascetischen Drang der damaligen Zeit noch weiter als früher, denn es wurde unter Berufung auf den h. Augustin und eine aus seinen Sermonen restituirte angebliche Regel desselben[3], sowie unter Verwerfung der Aachener Einrichtungen der Verzicht auf jede weltliche Habe (also die Beseitigung des wesentlichen Unterscheidungsmerkmales zwischen den Kanonikern und Mönchen) gefordert. Zunächst gelang es dieser Richtung, für welche namentlich im 11. Jahrhundert Petrus Damiani[4] und im 12. Jahrhundert Gerhoh von Reichersberg[5] unter Zustimmung der Päpste[6] eiferten, einen bedeutenden Erfolg zu erringen, da vielfach und zwar schon in der letzten Hälfte des 11. Jahrhunderts jene strengere Lebensweise bei den Domkapiteln und Stiftern eingeführt[7] und damit der Unterschied zwischen den s. g. *canonici*

[1] Jvon. Carnot. ep. 213 (ed. Juret. Paris. 1610. p. 371): „Quod vero communis vita in omnibus ecclesiis paene defecit, tam civilibus quam dioecesanis, nec auctoritati sed desuetudini et defectui adscribendum est, refrigescente charitate quae omnia vult habere communia et regnante cupiditate quae non quaerit ea quae dei sunt et proximi sed tantum ea quae sunt propria“.

[2] Syn. Roman. a. 1059. c. 4 (Mansi 19, 898 u. 908 u. dazu die Erzählung bei Mabillon, annales ord. S. Bened. 4, 687); a. 1063. c. 4 (ibid. p. 1025) = c. 6. §. 2. Dist. XXXII. Auch die Synode von Coyaca v. 1050. c. 1: „ut unusquisque episcopus ecclesiasticum monasterium cum suis clericis ordinate teneat in suis sedibus“ (Mansi 19, 787) gehört hierher, wenn nicht die Lesart: ecclesiarum ministerium richtiger ist. Von Mailand erzählt Bonitho lib. ad amic. lib. VI (Jaffé, monum. Gregor. p. 647): „Dum haec ita se haberent (im J. 1064), Mediolani canonica cohabitatio primum exorta est“.

[3] Thomassin P. I. lib. III. c. 11. n. 8. 9; Gieseler, Kirchengesch. II. 2, 282. S. auch die folgenden Noten. Darüber, dass es verfehlt ist, einen Bischof allein als Begründer der neuen Ordnung zu betrachten s. Huller, Domkapitel S. 44. 45.

[4] ep. 16. lib. I.

[5] Liber de corrupto ecclesiae statu s. expositio in psalmum LXIV (Baluze, Miscellan. lib. V. ed. Paris. 5, 96): „Nonne similiter et canonici episcopalium ecclesiarum vivunt de stipendio regulariter viventibus constituto et ipsi nullam penitus observant regulam neque saltem illam dissolutam quam sibi a Ludewico dicunt propositam sive impositam: quae cum eos iubeat in claustris suis insimul habitare nec permittat illis extra dormitoria sita dormire absque inevitabili causa, non ita fit, sed unusquisque discurrit et dormit ubi vult“ . . . (ibid. p. 198. 199): „Similiter et illa de qua loquimur aulica regula, de aula regis egressa multa in suo contextu habet sana patrum documenta . . . sed illis . . . adulterina quaedam sunt admixta, quibus priorum puritas, ita est infecta et turbata . . . ut veris civibus Jerusalem non sit magis aqua illa potabilis. . . . Scriptura enim sana, praecipue quae nomen habet regulae, nihil in se debet habere foedum vel tortuosum . . . ut praenotata regula non recte regens aliquem, atque ideo nomine regulae indigna contra quam nunc tantopere disputare illud cogit, quod etiam quidam canonici vitam secundum regulam b. Augustini professi, ex interpositione sermone b. Augustini allecti — s. dazu die c. 112. 113 der Aachener Regel Mansi 14, 217 — eandem sic acceptant, ut in conventibus suis eam recitari faciant quasi authenticam et nullius erroris permixtione infectam. . . . Proinde si placet apostolicae discretioni, ut aulica illa scriptura in ecclesiis matricibus teneatur pro clericorum canonica regula, primo ipsius prava in directa fiant, ut aulica edicta edictis apostolicis de clericorum vita efficiantur consona, decisis inde pravis et reliquis auctoritate apostolica canonizatis“.

[6] Vgl. z. B. Urbani II. (1088—1099) frag. epist. ad clericos quosd. regul. (Baluze l. c. p. 186, Mansi 20, 713): „Haec autem quae a terrenis divertitur, (vita) in duas pene unius eiusdem propositi dividitur portiones, canonicorum scilicet atque monachorum. . . . Prima vero decalescente fervore fidelium iam pene omnino defluxit. Hanc martyr et pontifex Urbanus instituit (Berufung auf Pseudo-Isidor Urban. c. 1. ed. Hinschius p. 143), hanc Augustinus suis regulis ordinavit. . . . Itaque non minoris aestimandum est meriti hanc vitam ecclesiae primitivam aspirante ac prosequente domini spiritu suscitare quam florentem monachorum religionem eiusdem spiritus perseverantia custodire“; Paschalis II. ep. ad canonic. S. Mariae in portu Ravennat. a. 1116 (Baluze l. c. p. 189): Ex his patenter ostenditur, Christo militantibus clericis fore illicitum et terrenas facultates tenere et res ecclesiae sumere, in seculo patrimonium habere et ecclesiarum portionem suscipere“; c. 9 (Gregor. VIII. ?) X. de vita et honest. III. 1.

[7] Ausser Th. I. S. 13. n. 1. vgl. für Deutschland Bernoldi chron. a. 1091, SS. 5, 452: „His temporibus in regno Teutonicorum communis vita multis in locis floruit, non solum in clericis et monachis religiose commorantibus, verum etiam

regulares (regulirten Stiftsherren) und den *canonici seculares*[1] begründet wurde, ja seit dem 12. Jahrhundert sogar auch die Mönche des von Norbert gestifteten Prämonstratenser-Ordens an manchen Kirchen an Stelle der bisherigen Säkularkleriker traten[2]. Der im 11. Jahrhundert neu belebte ascetische Drang war aber weder andauernd noch stark genug, um alle Stifter in mönchische Genossenschaften zu verwandeln. Die Selbstständigkeit, welche letztere durch die frühere Auftheilung des Vermögens und viele ihnen allein unter Ausschluss der Bischöfe geschenkten Besitzthümer erlangt hatten, hinderte schon an sich eine völlige Verschmelzung der Kapitel zu einem lediglich unter der Leitung und der unbedingten Autorität des Bischofs stehenden Kollegium; ja die vielen weltlichen Beziehungen, in die sowohl die Bischöfe wie die Stifter kraft ihres Güterbesitzes und ihrer Hoheitsrechte in Folge der politischen Verhältnisse und der Verfassung des Mittelalters gestellt waren, endlich die theilweise durch die erwähnten Umstände hervorgerufene Verweltlichung des höheren Klerus[3] und das Bestreben, die glänzende Stellung und die Reichthümer in möglichster Behaglichkeit und Bequemlichkeit zu geniessen, liessen die neu hergestellte Ordnung immer mehr und mehr als eine drückende Fessel erscheinen. Erklärlich war es daher, dass diese bald wieder in Verfall gerieth, und zwar kann das 13. Jahrhundert als der Wendepunkt bezeichnet werden[4].

in laicis" . . . (etwas vorher): „Hic (Altmann von Passau) in episcopatu suo III cenobia clericorum iuxta regulam s. Augustini communiter viventium instituit et tercium in Frisingensi episcopatu in allodio Welfonis ducis per clericos suos aedificavit et regularibus disciplinis instituit"; über Salzburg s. vita Chuonradi c. 13, SS. 11, 70: „In ipsa denique sede . . . eiectis qui vulgo appellantur seculares clericis (u. 1120), professores vitae communis reposuit. . . . Unde contingit per universum episcopatum, ut in omnibus ecclesiis seu monasteriis nullus penitus nisi regulares vel monachi inveniantur"; Gerhoh v. Reichersperg dialog. de differ. cler. saec. et reg. (Pez, thesaur. anecdot. Aug. Vindel. 1721. II. 2, 497), für die Diöcese Havelberg ep. Innoc. II. a. 1138 (Schoettgen und Kreysig, diplomatar. et script. hist. Germ. Altenburg 1753. 2, 696), für die Stifter zu Springersbach dipl. Brun. a. 1107 u. Gelas. II. ep. a. 1118 (Hontheim, hist. Trevir. 1, 483 u. Jaffé, reg. rom. pont. p. 524), zu Berchtesgaden ep. Innoc. II. a. 1138—1143 (Mansi 21, 427), zu Köln a. 1180 (Ennen u. Eckertz, Quellen zur Gesch. v. Köln 1, 580). In Frankreich sind canonici regulares eingeführt in Troyes a. 1085 (d'Achery spicil. ed. nov. 3, 415), in Cahors a. 1090, ibid., Toul a. 1091 (Gallia christiana 13 app. p. 472), s. ferner die Urkunden Urbans II. für Beauvais a. 1093 (Mabillon et Ruinart, ouvrag. posth. Paris 1723. 3, 139. 140), für Cahors a. 1096 (Gallia chr. 1, app. p. 31), für Avignon a. 1094 (ibid. p. 141), für Rheims a. 1096 (Marlot, metrop. Rom. 2, 214, s. auch ibid. p. 146), über Besançon vgl. Petri Damiani ep. III. 8, für Auxerre ep. Calixt. II. a. 1120 (Bouquet, recueil 15, 232), für Bourges eiusd. ep. a. 1120 (ibid. p. 249), Séez dipl. a. 1131. Gallia christ. 11 app. p. 160, für ein Stift zu Soissons ep. Urban. II. a. 1088—1099 (Mansi 20, 677), für das monast. Agaunens. ep. Honor. II. a. 1128—1129 (Gallia chr. 12 app. p. 430), für Italien Petri Damiani ep. III. 10 (Velletri), Urban. II. ep. a. 1094 (Pistoja, Zaccaria, anecdot. medii aevi. Taurin. 1755. p. 224), ferner Romualdi vitae auct. Petr. Damian. c. 35 u. Muratori l. c. 5, 215, 255 ff., s. auch syn. Aquileiens. a. 1181 (Mansi 22, 471) und Garampi l. c. p. 271 ff.; für Flandern diplom. a. 1138 bei Miraeus opp. diplom. 1, 387, für das Bisthum Ripen Chron. Ripens. n. 8 (Langebek, script. rer. Danicar. 7, 188).

[1] S. z. B. Innoc. ep. ad Stephan. S. Memmii eccles. Catalaun. a. 1131 (Mansi 21, 398): „Sane per hoc apostolicae sedis privilegium constituimus, ut post saecularium canonicorum decessum nullus in praedicta B. Memmii ecclesia, nisi regularem vitam professus substituatur canonicus. . . . Obeunte vero te . . . nullus ibi abbas, nisi regularis canonicus et secundum b. Augusti regulam subrogetur"; c. 4 (Clem. III.) X. de stat. monach. III. 35; c. 43. §. 5. (Bonifac. VIII.) in VI[to] de elect. I. 6; im übrigen vgl. die vorige Note.

[2] So sind dieselben von Norbert selbst in Magdeburg eingesetzt worden. Vgl. ep. Honorii II. a. 1129 (Hugo, sacri et canonici ordin. Praemonstr. annal. Nanceii. 1734. II. prob. p. 109), Anselmi Havelberg. episc. dialog. ad Eugen. III. lib. I. c. 10 (d'Achery spicileg. ed. nov. 1, 168); Chron. Belgic. magnum a. 1120 (Pistor. 3, 161); diplom. a. 1144 (Miraeus l. c. 1, 179).

[3] Das ergeben die in verschiedenen Richtungen dagegen eifernden Koncilien c. 14. London. a. 1200 (Hardouin VI. 2, 1961); c. 2. 3. 13. 14—29. Montpellier a. 1215 (l. c. p. 2046); c. 13—15 (Later. IV. a. 1215) X. de vita et honest. III. 1; c. 13 ff. Beziers a. 1232 (l. c. 7, 211); c. 22 ff. Beziers a. 1246 (ibid. p. 411).

[4] Schon Ende des 12. Jahrhunderts suchte Stephan von Tournay die beabsichtigte Auf-

III. Die Umbildung des Presbyteriums zum Domkapitel. Dass die Domkapitel im Mittelalter in die früher von den Presbyterien ausgeübte Funktion einer berathenden Behörde des Bischofes getreten sind, ist eine allseitig anerkannte Thatsache. So oft dieselbe indessen auch wiederholt worden ist, so selten hat man sich die Frage vorgelegt[1], welche Gründe jene Aenderung herbeigeführt haben, namentlich hat man das Verhältniss der zur vita communis vereinigten Kleriker zu dem alten Presbyterium sehr wenig untersucht, vielmehr stillschweigend vorausgesetzt, dass allein durch die Einführung des kanonischen Lebens jene Umbildung bewirkt worden ist, während die überlieferten Quellenzeugnisse darthun, dass die mönchische Verfassung des Klerus wohl eine Veranlassung dazu abgegeben, aber keineswegs diese ausschliesslich bewirkt hat, und dass bis zum 12. Jahrhundert weder die Zugehörigkeit zu dem Klerus der Domkirche noch die Vereinigung zu einer gemeinschaftlichen Kongregation unter der Leitung des Bischofs die Voraussetzung des Rechtes zur Konkurrenz bei der Verwaltung des Bisthums gewesen ist.

Die erste, für die spätere vita communis massgebend gewordene Ordnung Chrodegangs umfasste nicht den ganzen Stadtklerus, suchte denselben aber wenigstens noch in einer gewissen regelmässigen gottesdienstlichen Verbindung mit der bischöflichen Kirche zu erhalten[2]. Diese muss indessen bald aufgehört haben, denn in den folgenden Jahrhunderten finden sich in den bedeutenden Städten überall auch Kollegiatstifter neben den bischöflichen Kirchen[3]. Bei allen wichtigen, das Bisthum betreffenden Akten wird aber mehrere Jahrhunderte lang nicht allein der Theilnahme des Domkapitels erwähnt, vielmehr erscheinen die gesammte Geistlichkeit der bischöflichen Stadt, ja auch die Einwohner wenigstens durch ihre angesehenen Glieder repräsentirt, nachmals die bischöflichen Ministerialen, als mitwirkend. So zunächst bei der Besetzung der bischöflichen Stühle[4] (falls nicht etwa die Könige,

hebung der alten Ordnung abzuwenden ep. 106; (Marlot, hist. Rhem. 2, 433), über die Aufhebung in Rhodez im J. 1215 s. Gallia christ. 1, 234; über Mainz s. Dürr, de Moguntino S. Martini monasterio §. 20 (Schmidt, thesaur. 3, 104); über den Verfall in Ripen Chron. Ripens. n. 10 (Langebek l. c. p. 190); in Lüttich a. 1202 (Miraeus l. c. 1, 564); vgl. ferner Probst, turnarius ecclesiar. Germaniae. Bamb. et Wirceburg. 1777. p. 248 ff. In Trier ist allerdings im J. 1215 das gemeinschaftliche Leben von Neuem wieder hergestellt worden, Günther, cod. Rhen. Mosellan. 2, 114; ebenso im J. 1231 in Florenz, Ughelli, Italia sacra 3, 110.

[1] Am eingehendsten noch Huller, Domkapitel S. 31. 48.

[2] Chrodeg. reg. c. 8: „Et in ipsis diebus dominicis vel festivitatibus sanctorum praeclaris omnis ipse clerus . . . qui foras claustra est, ad nocturnas et ad matutinas veniant . . . omnes in refectorio cum alio reficiantur ad mensas quae eis ordinatae fuerint; c. 21: „. . . in septima (mensa) reficiant clerici canonici qui extra claustra in civitate commanent, in diebus dominicis vel festivitatibus praeclaris"; ja auch der Klerus auf dem Lande, wahrscheinlich aber nur der nahgelegenen Orte (vici) soll in bestimmten regelmässigen Zwischenräumen in der Domkirche nach der gedachten Regel c. 34 sich einfinden.

[3] S. z. B. für Cöln Ennen, Gesch. der Stadt Cöln 1, 146. 196. 705 ff.

[4] Das nähere hierüber unten in den die Besetzung der bischöflichen Stühle betreffenden §§. Hier mag nur hingewiesen werden auf c. 1. conc. Rhem. a. 1049 unter dem Vorsitz Leos IX. abgehalten (Mansi 19, 741): „Ne quis sine electione cleri et populi ad regimen ecclesiasticum proveheretur"; c. 6. Roman. a. 1080 (ibid. 20, 533); ep. Paschalis II. a. 1099 ad clerum et populum Compostellan. (Florez, España sagrada 20, 26), den Bericht über die Salzburger Bischofswahl a. 1101 in vita Chuonradi (SS. 11, 65) und über die Kölner a. 1151 (Ennen, Quellen z. Gesch. v. Cöln 1, 530) an Eugen III. erstattet von: „Walterus decanus, archidiaconi, abbates, praepositi, clerus, honorati et universus populus Coloniensis . . . invocata devotius et attentius s. spiritus gratia votis concordibus et pari cunctorum ordinum acclamatione traximus ad intronizandum . . . Arnoldum maioris ecclesiae praepositum" . . .; Gerhoh von Reichersperg de corrupto ecclesiae statu (Baluze l. c. 5, 88): „Huiusmodi regulis de pontificum promotione promulgatis excluditur violentia regum seu principum ceterorumque laicorum potestativorum ab electionibus et promotionibus episcoporum, quamquam recte requiratur assensus cuiusque civitatis honoratorum . . . Quatuor distinctiones inveniun-

resp. die Kaiser diese selbst und ausschliesslich vorgenommen haben), in einer der Konkurrenz der verschiedenen Gruppen des römischen Klerus und Volkes bei der Papstwahl ganz analogen Weise[1]. Dasselbe gilt von anderen Handlungen der bischöflichen Verwaltung (z. B. Errichtung resp. Verlegung, sowie Ausstattung von Klöstern[2], von Kollegiatkirchen[3], Ueberweisung von Klöstern an neu anziehende Klosterleute oder Nonnen[4], Inkorporationen[5], Ausleihung von Kirchengütern[6], Veräusserung im weiteren Sinn, also auch unentgeltliche Vergabung von solchen zu den verschiedensten Zwecken[7], Festsetzung von Pfarrgränzen[8]). Andererseits war es aber natürlich, dass die Mitglieder des bischöflichen Kapitels, von denen einzelne, wie die Archidiakonen innerhalb derselben Zeit einen hervorragenden Antheil an der Leitung der Diöcese erhielten, als die dem Bischof am nächsten stehenden Geistlichen unter dem übrigen Klerus, welcher schon wegen seiner grossen Anzahl nicht mehr bei der regelmässigen Administration betheiligt werden konnte, auch überwiegend zu den Geschäften hinzugezogen wurden[9]. Befördert worden ist diese Entwicklung offenbar weiter dadurch, dass in Folge der Specialisirung des kirchlichen Vermögens in gesonderte Massen für die einzelnen Kirchen diese dadurch und durch den Erwerb weiterer kirchlichen Rechte, wie z. B. von Patronatrechten, Zehnten, Pfarreirechten (kraft der Inkorporationen) immer mehr an Selbstständigkeit gewannen, und so ihr Zusammenhang mit der Kathedrale nach und nach gelöst wurde. Die alte Sitte, den Klerus überhaupt sowie Laien zu den Akten bischöflicher Verwaltung hinzuzuziehen, mochte aber später, als in Folge der Gütertheilung die Bischöfe und die Domkapitel verschiedene Interessen hatten, oft

tur in electione canonica. Nam spiritales et religiosi viri habent consulere, canonici eligere, populus petere, honorati assentire. Qui tamen, si consilio religiosorum patrum et electione clericorum et petitione populi concurrente in unum noluerint praebere assensum, non propter hoc irrita erit electio, si alias est canonica, quia neque regibus neque honoratis eam cassandi est ulla potestas".

1 Th. I. S. 225. 237. 258. 262. 265.

2 Urkunde Erzbischofs Aldrich von Sens a. 834 (d'Achery, spicileg. ed. nova 1, 593): „una cum consilio fratrum nostrorum, canonicorum videlicet et monachorum necnon et fidelium laicorum"; dipl. a. 1090 (Mainz. Guden, cod. diplom. 1, 31).

3 Mainz a. 1055, Guden l. c. p. 20.

4 Urk. Hermann's I. v. Köln a. 922 für die aus Ungarn vertriebenen Nonnen von Gerresheim a. 922 (Ennen u. Eckertz, Quellen zur Gesch. von Köln 1, 459): „consultu fidelium nostrorum tam clericorum idoneorum quam etiam laicorum nobilium".

5 Diplom. Deusd. ep. Mutin. a. 828 (Muratori l. c. 5, 191): „consentiente sacerdotio et clero nostro".

6 Flodoard. hist. Rhem. III. 24: „commemorans etiam de rebus ecclesiae Remensis in Thoringia sitis . . . quas idem abbas sub censu sibi dari petebat. Sed . . . Hincmarus (Erzbischof von Rheims) id agere sine consensu clericorum suorum renuens"; für Trier dipl. a. 955, Hontheim, hist. Trevir. 1, 287; a. 1052 (ibid. 1, 393).

7 Autun dipl. a. 858 (d'Achery l. c. 3, 356): „secundum canonicam auctoritatem adhibito consensu presbyterorum, diaconorum ac totius sequentis ordinis eiusdem ecclesiae"), Köln diplom. a. 941. 1022. 1043 (Ennen u. Eckertz 1, 461. 474. 478); Trier a. 929. 981. 1085 (Hontheim l. c. 1, 273. 322. 436), Salzburg für die Zeit von 923 bis 1074 (Kleinmayern, Nachrichten von Juvavia Anh. S. 122. 191. 224. 248. 262); die Abtretung der Güter durch Würzburg an Bamberg a. 1008 (Ussermann episcop. Bamberg. 1802. cod. prob. n. 14) ist erfolgt: „cum communi cleri atque militum necnon totius populi consilio et consensu"; für Bamberg die Bestätigungsurkunde Konrads II. a. 1034 (Monum. Boica XXIX. 1, 42): „liberam potestatem habeant episcopus . . . eiusque successores res et proprietates eiusdem aecclesiae cum consensu cleri et populi ordinare, componere, commutare et augmentare". Mit Rücksicht auf diese Mittheilungen können wohl in der Urkunde Arnolds I. v. Köln a. 1144 (Ennen u. Eckertz 1, 517): „habito cum senatoribus aecclesiae nostrae consilio" die senatores, wofür auch die Zeugenunterschriften sprechen, nicht blos die Domherren sein. Uebrigens weisen die Dekretalen Gregors IX. (s. c. 1. 4. X. de his quae fiunt. III. 10) noch deutliche Spuren jener Zuziehung des gesammten Klerus auf.

8 Dipl. a. 960 (Hontheim l. c. 1, 290).

9 Schon das Privileg Johanns VIII. a. 868 für Poitiers (Mansi 17, 352): „sed liceat ipsius ecclesiae Hecfrido videlicet episcopo suisque successoribus illa, quae sui antecessores legitimo tramite canonicae auctoritatis habuerunt, sub nostra tuitione habere . . . et ut ordinaverunt suo arbitrio ordinare cum consulto consensuque suae ecclesiae canonicorum ut prisca consuetudo dignoscitur" . . . zeigt die hervorragende Betheiligung der Domherren.

genug von den ersteren zur Umgehung einer Berathung mit den Domherrn benutzt werden[1], ja eben so oft haben die Bischöfe wohl auch eigenmächtig und allein gehandelt[2]. Gerade daraus erklärt sich der Inhalt der einzelnen Dekretalen in tit. 10. Lib. III. der Sammlung Gregors IX.[3], welche die Rechte der Domkapitel mehr gegenüber den Bischöfen, als gegenüber einer etwaigen Betheiligung des übrigen Klerus wahren und mit der Feststellung der Pflicht zur Zuziehung der Kapitel das in jener Zeit für die Regel übliche und gangbare Verfahren als gemeines Recht fixirt haben. Ihren völligen Abschluss hat diese Entwicklung mit dem Beginn des 13. Jahrhunderts erhalten, als es den Domkapiteln gelungen war, auch das ausschliessliche Recht der Wahl der Bischöfe unter Beseitigung des übrigen Klerus und des Adels der bischöflichen Stadt zu erlangen[4]. Seit jener Zeit gelten die Domkapitel als die allein zur Berathung des Bischofs bei der Regierung der Diöcese selbstständig berechtigten Organe[5].

β. Die Verfassung der Dom- (Kollegiat-) Kapitel*.

§. 81. *aa. Die einzelnen Mitglieder der Kapitel* (*canonici, capitulares, vicarii*).

I. Die Zeit des Mittelalters bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts. A. Die Kanoniker im Allgemeinen. Die Mitglieder der Dom- und Kollegiatkapitel, *canonici*, Stifts-, Chorherren, hin und wieder auch *ordinarii*[6],

[1] c. 5. (Alexander III.) X. de his quae fiunt a praelato sine consensu capituli III. 10 (pars decisa): „Audivimus autem, unde mirati sumus, sicut et merito inde mirari poteramus, quod in concessionibus et confirmationibus omissis canonicis ecclesiae tuae consilium clericorum et laicorum circa te commorantium, qui non sunt de corpore ecclesiae ipsius interdum, immo saepe requiris".

[2] Diplom. Heinrici II. a. 1014 (Savioli, annali Bolognesi. Bassano. 1788. I. 2, 71): „Notum fieri volumus, quod curam ecclesiarum iure gerere debemus. Quocirca admodum audito detrimento rerum possessionumque destructione s. dei Bononiensis ecclesie conpatientes indoluimus nefandissimus sceleribus. Unde legaliter precipientes iubemus, ut non liceat dehinc alicui episcopo illius s. ecclesie vendere vel donare vel commutare de eiusdem ecclesie rebus ac possessionibus sine conventu et consensu atque supscriptione archipresbyteri et archidiaconi ceterorumque canonicorum eiusdem ecclesie"; c. 3 (Alex. III.) tit. cit. (pars decisa).

[3] Mit Ausnahme des c. 1. (entnommen d. s. g. Statuta eccl. ant.) rühren die frühesten Dekretalen von Alexander III. her.

[4] S. vorläufig Huller a. a. O. S. 48. 183.

[5] Welche er also zuziehen muss, im Gegensatz zu den von ihm selbst zu seiner Berathung eingesetzten Behörden, wie den General-Vikariaten und Offizialaten. — Vgl. auch dipl. Berchtoldi episc. Passav. a. 1232 (Hansiz, Germania sacra 1, 391): „cum canonici cathedrales sint supra praelatos suae dioecesis universos, sicuti cardinales sedis apostolicae cum summo pontifice supra ecclesiam catholicam universam".

* Die Statuten verschiedener deutscher Dom- und Kollegiatkapitel abgedruckt in dem S. 49. n.* citirten Thesaurus novus von Andr. Mayer; ibid. 1, 285 ff., wo weitere auch auf Frankreich, Italien und Spanien bezügliche Nachweisungen, vb. damit Schmidt thes. 3, 205. n. d.; Mone, Zeitschrift 21, 24. n. 16. Die neueren französischen Statuten bei Vuillefroy, traité de l'administration du culte catholique. Paris 1842.

[6] So die Domherren in Lucca, ep. Leon. IX. a. 1052, Memorie e docum. per servire all' istoria ... Lucchese. Lucca 1813. V. 3, 661; in Pistoja Urban. II. ep. a. 1094, Zaccaria, anecdot. medii aevi. p. 225; in Mailand diplom. a. 1053, Ughelli, Italia sacra 4, 107; c. 11 (Innoc. III.) X. de praescript. II. 26; Puricelli, Ambrosian. Mediolan. basilicae monumenta. n. 619. 653. Ausgabe in Graevii thes. antiqu. Ital. IV. 1, 478. 506; hier noch heute, Anal. iur. pontif. 1861. p. 1016; in Strassburg, Annal. Saxo ad a. 925 (SS. 6, 596), bei mehreren englischen Kathedralen s. Gonzalez Tellez ad c. 11. cit.; die Kanoniker von Kollegiatkirchen in Novara, dipl. a. 1040, Ughelli l. c. p. 703 und in Lucca, ep. Alex. II. a. 1063, Memorie cit. IV. 2. app. p. 106, wohl deshalb weil sie den clerus ordinarius ecclesiae bilden. Vereinzelt bedeutet auch Ordinarius eine Dignität, so im Regularstift von Perugia, s. Innoc. III. ep. lib. I. 46 (ed. Baluze 1, 26) s. unten §. 82. I. A. 8. Darüber, dass die Kanoniker einer ganzen Anzahl von Kirchen oder wenigstens die Inhaber gewisser altfundirter Stellen, auch als cardinales bezeichnet worden sind, vgl. Th. I. S. 318 u. dipl. a. 908 für Bergamo Ughelli l. c. p. 426. Derselben Ansicht auch Hüffer, Forschungen S. 292.

erstere Domherrn [1], *canonici maiores* [2] oder *cathedrales* [3], letztere *canonici collegiales* [4] genannt, unterschieden sich nach den grösseren oder geringeren Rechten, welche ihnen zustanden. Als vollberechtigtes Mitglied, *capitularis* [5], gilt derjenige, welcher eine s. g. *canonia* oder *canonica* oder einen *canonicatus*, d. h. *votum in capitulo*, Stimmrecht in der Versammlung der Kanoniker und einen bestimmten Stuhl im Chor der Kirche, *stallum in choro*, besitzt [6]. Regelmässig hat ein solcher auch zugleich eine s. g. *praebenda*, d. h. ein fest bestimmtes Einkommen, sei es dass ihm dies aus dem allgemeinen, für das Kapitel bestimmten Fond gezahlt wird oder ihm bestimmte Einnahmequellen (Güter zur Benutzung, Grundzinsen, Zehnten u. s. w.) angewiesen sind. Voraussetzung der vollen aktiven Theilnahme ist aber der Besitz einer Präbende nicht [7], also ist auch canonia, resp. canonicatus nicht mit praebenda identisch [8]. In der älteren Zeit, als in den Kapiteln noch das gemeinschaftliche Leben beobachtet und das Vermögen noch ungetheilt war, konnte von dieser Unterscheidung nicht die Rede sein, vielmehr wurde damals eine Abstufung lediglich durch den ordo und die weiter damit in Verbindung stehende Berechtigung zur Theilnahme an dem bischöflichen Presbyterium, resp. bei den Kollegiatstiftern zur Berathung des Vorstehers und zur Mitleitung der allgemeinen Angelegenheiten, hervorgerufen [9]; so dass sowohl die in den Schulen der Kapitel befindlichen Jünglinge und die Kleriker der niederen Ordines jener Rechte entbehrten, wohl aber auf Kosten der Stifter unterhalten wurden [10]. Die Zahl der in denselben

[1] Das Wort Dom für Kathedrale ist abzuleiten von domus episcopi, dem bischöflichen Hause (gleichbedeutend mit monasterium, davon Münster), in dem die Domherrn ursprünglich wohnten, schon bei Chrodeg. reg. c. 34: „omnes matricularii tam qui in domo sunt, quam illi qui per ceteras ecclesias infra civitatem vel vicos matriculam habent, ad conventum statutum omnes in ecclesia in domo veniunt", im 11. u. 12. Jahrh. bezeichnen sich die Pröpste und Dekane der Domkirche als praepos. domus s. Petri, Ennen und Eckertz, Quellen zur Gesch. von Köln 1, 479, als praep. domus schlechthin, l. c. p. 514; Guden, cod. diplom. Mogunt. 1, 130, praep. ecclesie de domo, l. c. p. 105, praep. u. decanus de domo, Ennen l. c. 1, 499. 518, praep. dominicatus, l. c. p. 474. 475. 476. Im Uebrigen s. Ullmann, Studien und Kritiken, Jahrg. 1842. S. 981 ff.

[2] So z. B. in dem Stat. Mogunt. saec. XIV bei Mayer l. c. 1, 22 statt canonici maioris ecclesie, Ennen 2, 44, denn ecclesia maior ist die Domkirche, dagegen die Kollegiatkirchen die ecclesiae secundariae, Mayer l. c. p. 7. 22.

[3] S. 61. n. 5.

[4] Von dem collegium, das sie bei ihrer Kirche, der ecclesia collegiata (diplom. Conv. episc. Traicet. a. 1087, Hartzheim 3, 204; Constit. Wilhelmi Eborac. a. 1153, Mansi 21, 770), bilden.

[5] Das Wort bedeutet nicht, wie vielfach gelehrt wird, Boehmer, J. E. P. III. 1. §. 31; Wiese, Handbuch 2, 249; Jacobson a. a. O. S. 546; Mejer K. R. §. 122, den Domherrn im Gegensatz zum Kanoniker der Kollegiatkirche, s. die Kollegiatkapitel-Statuten bei Mayer l. c. 1, 199 ff. 207; 2, 205; 4, 198. 200. 323, in denen die canonici schlechthin oder canonici non capitulares oder extracapitulares von den canonici capitulares unterschieden werden.

[6] c. 9. (Innoc. III.) X. de constit. I. 2; c. 55. (Gregor. IX.) X. de elect. I. 6. — Uebrigens bedeutet canonica auch soviel, wie das claustrum, das Haus der Kanoniker s. diplom. a. 908, Ughelli, Italia sacra 4, 426; und die enarratio u. 1092, Muratori, antiqu. Ital. 5, 217, dann auch die Gesammtheit derselben, als Rechtsnamentlich Vermögens-Subject, s. die Urkunden für die canonica zu Pisa v. 1055. 1155, zu Grosseto a. 1108, zu Alessandria a. 1180, Ughelli, Italia sacra 3, 359. 395. 662. 4, 315; zu Harlebeck v. 1070, Miraeus, opp. diplom. 2, 61; so wohl auch in der verderbten Urkunde für Volterra a. 1070, Muratori l. c. p. 215. 216. S. ferner Th. I. S. 379. n. 5.

[7] c. 9. (Alex. III.), c. 19. (Innoc. III.) X. de praebend. III. 5; c. 8 (Bonifac. VIII.) in VI^to de conc. praebend. III. 7.

[8] Gonzalez Tellez ad c. 1. X. III. 5. n. 12; Fagnan. ad c. 9. X. I. 2. cit. n. 25 ff. Jedenfalls besitzt aber der Kanoniker, welcher noch keine Präbende hat, immer schon ein Kirchenamt, beneficium ecclesiasticum. Ueber die darüber unter den Aelteren ventilirte Kontroverse, von denen ein Theil letzteres wegen c. 32 (Gregor. IX.) X. de rescript. I. 3. verneinte, vgl. Gonzalez Tellez ad c. 32. cit. n. 2 u. ad c. 19 cit. n. 4.

[9] Schon Chrodeg. reg. c. 2. 3. 29. unterscheidet die seniores von den iuniores, unter welchen letzteren wohl jedenfalls die Kleriker der 4 niederen Weihegrade c. 21. 23. 29. zu verstehen sind, während die Subdiakonen, da diese stets besonders erwähnt werden und gewisse Vorrechte vor den ersteren haben, wohl eher zu der höheren Klasse gerechnet werden müssen.

[10] c. 12. Turon. III. a. 813 (Mansi 14, 85), c. 135 reg. Aquisgr.; Thomassin P. I. lib. III. c. 6.

befindlichen Geistlichen war anfänglich unbestimmt gewesen und hat sich wohl danach bemessen, wie viel aus den gemeinsamen Einkünften unterhalten werden konnten [1]. Noch spät bis in das Mittelalter hinein hat diese Einrichtung bei einem Theil der Stifter fortgedauert [2]. Hier variirte die Zahl nach Umständen, namentlich je nach der Vermehrung oder Verminderung der Einkünfte [3], als Minimum galt aber für die Stiftskirchen die Zahl von drei Kanonikern [4]. Andererseits wurde aber auch bei der Errichtung von neuen Kirchen in den Fundationsurkunden oder Statuten [5] eine bestimmte Zahl fixirt [6], ja selbst die Festsetzung einer solchen durch die Partikularsynoden [7] vorgeschrieben.

In Folge dieser Veränderungen schieden sich auch unter den zum Stift gehörigen Personen, den *canonici* im weiteren Sinn, mehr Klassen, als die beiden früheren der seniores und juniores. Letztere erhielten mindestens einen Theil ihrer Ausbildung unter Leitung des Scholasters, resp. des Kantors, blieben da wo das gemeinsame Leben der vollberechtigten Kanoniker schon aufgehört hatte, noch zur vita communis verpflichtet und empfingen aus bestimmten dazu angewiesenen Einkünften des Stiftes ihren Unterhalt [8]. Später wurden auch für die jüngeren, in das Kapitel aufgenommenen Geistlichen besondere Bezüge festgesetzt [9], da aber die Erlangung solcher Einkünfte noch nicht die aktive Mitgliedschaft im Kapitel bedingte, so theilte man die jüngeren Kanoniker, *iuniores canonici non capitulares* [10], *domicelli* [11], *domicellares* (= *Jungherrn*) *canonici in pulvere* [12], ein in solche, welche noch unter der Aufsicht des Scholasters standen, *canonici scholares* [13], *domicelli non emancipati* — und *domicelli emancipati* [14], welche bereits der letzteren entwachsen, aber aus irgend einem Grunde noch nicht in das Kapitel aufgenommen waren, und den can. capitulares wegen des mangelnden Stimmrechts in der Kapitelversammlung als eine geringere Klasse von Kanonikern gegenüberstanden. Zum Theil, aber nicht vollkommen damit fällt eine andere Eintheilung zusammen,

[1] c. 8. Arelat. c. 19. Mogunt. c. 27. Rhem. a. 813 (Mansi 14, 60. 70. 79); reg. Aquisgr. c. 118.

[2] c. 10 (Innoc. III.) X. de concess. praeb. III. 8; Clem. V. ep. ad Burcard. archiep. Magdeburg. a. 1308, Dreyhaupt, Beschreibung des Saalkreises 1, 818.

[3] S. z. B. Flodoard. hist. Rem. III. 10; Dürr de capitulis clausis in Schmidt, thesaur. 3, 149. Jedoch sollte die vorhandene Zahl bei ausreichenden Einkünften nicht verringert werden, Innoc. III. ep. II. 36 (ed. Baluze 1, 354); ein Beispiel einer Erhöhung der Zahl in Folge der Vermehrung der Kapitelseinnahmen bietet die ep. Clement. IV. v. 1265 für ein Kollegiatstift in Avignon, Gallia christ. 1 app. p. 144.

[4] c. 10. Narbon. a. 1227. Hardouin 7, 147. Für die Domkirchen war eine solche Vorschrift unnöthig, da stets eine grössere Anzahl von Kanonikern bei ihnen fungirten. Eine Uebersicht über den Bestand verschiedener Domkapitel im Mittelalter bei Hurter a. a. O. S. 345. 346.

[5] Vgl. z. B. für Barcelona, Martene und Durand, thesaur. nov. anecdotor. Lut. Parisior. 1717. 4, 595.

[6] Dürr l. c. p. 150.

[7] Von Chateau-Gontier c. 6. a. 1231; c. 10; von Saumür a. 1253; von Ravenna a. 1317 (Hardouin 7, 192. 444. 1440), um eine Zertheilung der Pfründen und eine übermässige Vermehrung der Kanoniker zu hindern.

[8] Stat. Othon. ep. Frising. a. 1158 (Meichelbeck, hist. Fris. I. 1, 339): „Pueros et adolescentes . . . scholasticae disciplinae subiacere volumus, donec ad ordinem subdiaconatus promoveantur tempore congruo nec occasione discendi foras eos evagari ante hoc tempus concedimus"; dipl. a. 1261 für die Kathedrale zu Mainz (Guden cod. diplom. 1, 690): „domus scolastrie ad hoc existit originaliter fabricata et ob hoc dignitati scolastrie principaliter adunata, ut in ea pueri nobiles canonici Moguntini sub virga constituti debeant sub scolastici regimine enutrire"; Dürr l. c. p. 139.

[9] Wolfgg. Schmitt, de eo quod circa exspectativas ad canonic. . . . iustum est, Mayer, thes. 1, 259.

[10] Dürr l. c. p. 141. Note.

[11] L. c. p. 145. Note; Statuten des Kolleg.-Stift zu München c. 2, Mayer, thes. 1, 193: „iunioribus canonicis quos usus communior domicellos vocitat".

[12] Dürr l. c. p. 183, so genannt, weil sie keinen Sitz im Chor hatten, sondern ausserhalb der Sitzreihe auf dem Fussboden, also in pulvere desselben, standen.

[13] Dürr l. c. p. 145. n. b.

[14] Statuten des Koll. Stiftes, Mainz saec. XIV, Mayer, thes. 1, 27: „canonici, nondum emancipati et praesentati scholas frequentantes, etiam senes vel adulti capitulares, domicelli", ibid. p. 26: „nullus domicellorum, canonicorum emancipatorum sive non".

welche sich nicht auf die active Mitgliedschaft, sondern die Theilnahme an den Einkünften oder wenigstens an den höchsten für die besten und ersten Stellen ausgeworfenen Beträgen, also auf den Genuss der eigentlichen Stiftspräbenden, bezieht. Diejenigen Kanoniker, welche den Genuss dieser letzteren erlangt hatten, nannte man *Canonici in fructibus et floribus* oder *in perceptione*, diejenigen aber, welche nur geringere Einnahmen oder gar keine besassen, *canonici in herbis*[1]. Für die Regel waren die letzteren domicelli, d. h. sie besassen kein Stimmrecht, indessen kamen auch vollberechtigte Mitglieder ohne Präbenden, namentlich bei solchen Kapiteln vor, bei denen die Zahl der Präbendirten fixirt war (s. g. *canonici supranumerarii*)[2], und diese hatten dann bis zur Erledigung einer solchen zu warten. Zwar hatte das III. Lateranensische Koncil v. 1179 die Ertheilung von Expektativen auf Beneficien allgemein verboten[3], aber bei der milden päpstlichen Praxis, welche dieselben für die Kanoniker nicht absolut ausschloss[4], und bei der nachmaligen Gestattung von 4 Anwartschaften für jedes Kapitel[5] blieben die später die Vorschriften des Lateranensischen Koncils von neuem in Kraft setzenden Anordnungen[6] der festgewurzelten Sitte gegenüber da, wo die Kapitel nicht die Ausschliessung von Expektanzen selbst in ihrem eigenen Interesse statutarisch anordneten[7], vollkommen wirkungslos[8]. Man ertheilte nicht nur den als berechtigt aufgenommenen Mitgliedern derartige Antwartschaften auf die vakant werdenden Präbenden, sondern auch Expektativen auf die gleichzeitige Erlangung der vollen Mitgliedschaft und einer Präbende, ja die Aufnahme unter die domicellares eines Stiftes, mochten mit dieser Stellung gewisse geringere Einkünfte verbunden sein oder nicht, begründete meistens schon ein festes Recht auf den Erwerb eines mit allen Rechten verbundenen, vollen Kanonikates, welcher für die Regel von dem allmählichen, der Anciennität (dem s. g. *senium*) nach erfolgendem Aufrücken in diese besseren Stellen abhängig war[9]. Mit Rücksicht darauf nannte man diese Anwärter *canonici supernumerarii*, *exspectantes*[10]. Für Deutschland suchte man die Expektanzen, welche hier

[1] Syn. Traiect. a. 1209. c. 28 (Hartzheim 3, 490); Dürr l. c. p. 157. 163; Schmidt, de varietate praebend. in seinem thes. 3, 233; Fagnan ad. c. 19. X. III. 5. n. 18. Eine Uebersicht über die Pfründen-Verhältnisse der Domicellen in den deutschen Stiftern giebt Dürr, de annis carentiae canonicorum. Moguntiae. 1772. §. 11; bei Schmidt, thes. 6, 240 ff.

[2] S. oben S. 62. n. 7; Dürr l. c. 3. 161, namentlich n. d. Ein späteres Beispiel für die Einsetzung solcher v. 1484 bei Ughelli, Ital. sacra 3, 687. 688.

[3] c. 2. X. de concess. praeb. III. 8.

[4] c. 8 (Innoc. III.) X. eod.; vielmehr eine Verpflichtung des Kapitels auf Präbendirung des über die festgesetzte Zahl angenommenen Kanonikus aufstellte, weil dasselbe selbst gegen sein Statut gehandelt habe. Vgl. dazu auch Wolfg. Schmitt, dist. cit. bei Mayer, thes. 1, 251. n. l. u. J. H. Böhmer, J. E. P. III. 8. §. 3 ff.

[5] Const. Alex. IV. von 1254, Lünig, spicileg. eccles. cont. 3, 493): „Execrabilis quorundam ambitio . . . et importuna improbitas causam dedisse noscuntur, quod in nonnullis ecclesiis X, in aliquibus XX, in aliis vero pauciores aut plures sine sedis apostolicae vel legatorum autoritate aut proprio motu capitulorum suorum seu per alios ad quos eorundem spectat receptio, in canonicos sunt recepti qui nondum adepti sunt beneficia in eisdem sicque tales sub diutina, cum multi sint, expectatione manentes, frustrati spe quam de sua provisione conceperant, vix possunt assequi quod intendunt et illis ad quos beneficiorum seu praebendarum in eisdem ecclesiis collatio spectare dinoscitur, facultas adimitur eadem cum vacaverint, personis idoneis conferendi . . . duximus ordinandum, ut in ecclesiis in quibus plures quam IV recepti fuerint, sine literarum dictae sedis vel legatorum ipsius auctoritate . . . eorundem IV duntaxat in eisdem ecclesiis iam admissi remaneant et sint canonici in eisdem, receptiones factas de reliquis . . . irritantes ac decernentes eos ad quos in ipsis ecclesiis praebendarum seu privilegiorum spectat collectio, ad provisionem reliquarum aliquatenus non teneri".

[6] c. 2. (Bonif. VIII.) in VI^to de conc. praeb. III. 7; Trid. Sess. XXIV. c. 19 de reform.

[7] So z. B. schon beim Domkapitel in Minden, stat. a. 1230, Lünig l. c. Forts. p. 49: „Item statuimus, ut numerus XXIV canonicorum maiorum inviolabiliter observetur, ita quod nullus nisi vacante prebenda quavis astutia eligatur ibidem nec ad vacantem eligatur aliquatenus nisi unus"; in Regensburg a. 1295, Mayer thes. 2, 44.

[8] Schmitt l. c. bei Mayer thes. 1, 267; Dürr l. c. p. 161 ff.

[9] Schmitt ibid. p. 290.

[10] Schmitt ibid. p. 261; Dürr l. c. p. 161.

trotz der auch von Partikularsynoden [1] wiederholten Verbote des gemeinen Rechtes vielfach vorkamen, dadurch zu rechtfertigen, dass man auf das frühere Dekretalenrecht [2] und darauf verwies, dass die neueren Vorschriften des Kirchenrechts in einer das politische Gebiet berührenden Materie nicht recipirt seien, und selbst die Päpste die abweichenden Gewohnheiten der deutschen Kapitel in dieser Hinsicht, wie in manchen andern Punkten geduldet hätten [3]. Die Haltlosigkeit dieser Ausführungen wurde, abgesehen davon, dass sie einem wegen der politischen Bedeutung der Domkapitel und der von dem Adel auf dieselben erworbenen Rechte (s. nachher) nicht zu beseitigenden Zustand die rechtliche Basis zu sichern bezweckten, auch um so weniger herausgefühlt, als die Doktrin des gemeinen Rechtes die Zulassung der s. g. canonici supernumerarii ebenfalls statuirt hatte [4].

Am häufigsten kamen dergleichen Expektanzen bei den s. g. *capitula clausa* [5] vor, und hier standen sie am meisten mit dem gemeinen Recht im Widerspruch. Denn in diesen — mochten sie Kathedral- oder Kollegiatstifter sein — war sowohl die Zahl der capitulares im eigentlichen Sinn, als auch die der Präbenden genau festgesetzt und ohne Erledigung einer solchen konnte Niemand eine derartige Stelle erhalten [6], während bei den übrigen die Erlangung der Kapitelsrechte auch ohne eine vakante Präbende, namentlich aber bei Vermehrung der Einkünfte, welche die Gewährung von Pfründen an eine grössere Anzahl von Kapitularen erlaubte, gestattet war. In Deutschland finden sich die ersten Spuren der capitula clausa seit dem 13. Jahrhundert [7]. Ursprünglich gab wohl die Verminderung des Vermögens vieler Stifter die Veranlassung, diese Geschlossenheit einzuführen [8], weil man dadurch die Verwendung der etwa zu erzielenden Ueberschüsse für Bauzwecke, Aufbesserung der vorhandenen Präbenden u. s. w. sichern und der Verzettelung derselben in eine Menge unzureichender Pfründen vorbeugen

[1] Mainz a. 1261 c. 29; Prag a. 1335. c. 30, Hartzheim 3, 604; 4, 390; Freisingen a. 1440. c. 8, Lünig, spicileg. eccles. 2, 241.

[2] c. 8. X. III. 8. cit.

[3] S. die Deduktionen bei Schmitt l. c. p. 267 ff.; Dürr l. c. p. 163, welcher letztere freilich zugiebt, dass diese Expektanzen, streng genommen, eigentlich ungültig seien.

[4] Nämlich für den Fall, dass ein Kanoniker als sitz- und stimmberechtigt in das Kapitel aufgenommen war, selbst wenn die Absicht, ihm später eine vakante Präbende zu geben, obwaltete, indem man unter Berufung auf c. 9 (Alex. III.), c. 19 (Innoc. III.) X. de praeb. III. 5 erklärte, dass, da die Verleihung eines Kanonikates ohne Präbende an sich zulässig sei, dieser Akt aber dem canonicus supernumerarius das Recht auf bald mögliche Erlangung einer Pfründe gebe, der desfallsige Anspruch durch die Reception, nicht in Folge der Ertheilung einer Expektanz entstehe. Dagegen statuirte man die Nichtigkeit des Versprechens einer vakantwerdenden Präbende, mochte dasselbe bei der Aufnahme oder nach derselben erfolgen, weil man dies dem Lateranensischen Koncil für widersprechend hielt; Glosse ad c. 9. X. de constit. I. 2. s. v. ad vacaturas praeb. u. c. 9. X. cit. III. 5. s. v. in promissis; namentlich Fagnan. ad c. 9. X. I. 2. n. 58—69. Auf dem Boden dieser Anschauung steht auch die Congr. Concilii, welche zwar entschieden hat, dass ein canonicus supernumerarius ad futuram praebendam creari non potest, aber keineswegs die Aufnahme eines solchen überhaupt ausgeschlossen hat, s. Fagnan. ad c. 25. X. III. 5. n. 25; Hieronym. Gonzalez ad reg. canc. VIII. §. 1. prooem. n. 64; Ferraris, prompta biblioth. s. v. canonicatus art. 11. n. 20; Richters Tridentinum zu c. 19. cit. p. 388. n. 1.

[5] Vgl. dazu die mehrfach angeführte Dissertation von Dürr in Schmidts thes. 3, 123.

[6] Hier passte also die Theorie, dass der einmal verliehene Kanonikat de jure das Recht auf Erwerbung einer vakant werdenden Pfründe nach sich zog (s. Note 4), nicht.

[7] Stat. des Kath. Stiftes Schwerin von 1238 (de Westphalen, monum. ined. 2, 1973. 1974): „. . . item cellarius ministrabit de reditibus et panes praebendales deputatis XII praebendatis, scil. . . . item receptus in canonicum non intererit capitulo, nisi in maioribus ordinibus et in praebenda cui hoc competat, constitutus“, und dazu Dürr p. 153.

[8] Je nachdem dies nur auf bestimmte oder auf unbestimmte Zeit, d. h. für alle Zukunft geschah, unterschied man: capitula clausa definita s. temporalia und indefinita seu perpetua. Dürr p. 185. Den Gegensatz zu dem capitulum clausum bildet die ecclesia receptiva s. Trid. Sess. XXIV. c. 18. de ref., d. h. diejenige, bei der die Zahl der aufzunehmenden Kanoniker sich nach den vorhandenen Einkünften richtet. Garcias, tract. de benef. P. V. c. 1. n. 517.

konnte. Später mochte auch der Eigennutz der Mitglieder, welche sich dadurch den Genuss reicher Einkünfte zu verschaffen und zu erhalten suchten, ebenfalls ein Motiv zu derartigen Festsetzungen abgegeben haben [1].

B. Erfordernisse für die Aufnahme als canonicus, resp. capitularis. Wie sich schon in den bisher besprochenen Punkten ein besonderes Vorwiegen der partikulären und statutarischen Bestimmungen und eine Beseitigung des gemeinen Rechtes durch dieselben zeigt, so auch hinsichtlich der Festsetzung der für die Aufnahme der Kanoniker nöthigen Erfordernisse. Die einzigen gemeinrechtlichen Normen, welche erst im 14., resp. 16. Jahrhundert aufgestellt worden sind, d. h. als längst die Statuten der einzelnen Kapitel in dieser Hinsicht Fürsorge getroffen hatten, schreiben vor 1., dass zur Erlangung des Stimmrechts in den Kathedral-Kapiteln die Erwerbung der Subdiakonatsweihe erforderlich sein [2], 2. dass mindestens die Hälfte der Kanonikate mit Priestern, und nur die andere Hälfte mit Diakonen und Subdiakonen besetzt, auch 3. die Hälfte sowohl der Kathedral- als auch der Kollegiat-Kanonikate an Magister, Doktoren oder Licentiaten der Theologie oder des kanonischen Rechtes verliehen werden soll [3]. Hinsichtlich des Statutarrechtes, welches demnach von Anfang an und noch selbst nach Erlass jener wenigen gemeinrechtlichen Vorschriften einen weiten Spielraum für seine Bethätigung hatte, müssen die Aufnahme unter die Kanoniker eines Stiftes und die Admission zum Kapitel, d. h. die Zulassung als vollberechtigtes Mitglied, unterschieden werden [4]. Für die ersteren wurden abgesehen von dem Titel [5] folgende Voraussetzungen erfordert: 1. mindestens die Erlangung der Tonsur [6], sofern nicht zufolge der Stiftungsurkunde [7], der Statuten [8], gewohnheitsmässig oder durch die Provinzialsynoden [9] ein bestimmter ordo verlangt war, 2. Freiheit von auffallenden körperlichen Fehlern und Missgestaltungen [10], 3. ein

[1] Oft waren auch die Stellen der Domicellaren, also der Mitglieder ohne Kapitelsrechte mit geringeren Pfründen fixirt. Eine Aufzählung der capitula clausa in Deutschland bei Dürr p. 190 ff. Uebrigens sind diese Kapitel kein Institut des gemeinen Rechtes und das Corpus iuris can. enthält nichts über dieselben. Für die Verwandlung eines capitulum apertum in ein clausum galt als erforderlich das Vorliegen eines triftigen Grundes, ein ordnungsmässig gefasster Kapitelsbeschluss, Wahrung der Rechte der vorhandenen Domicellaren, causae cognitio des Bischofs, resp. des Papstes und Konfirmation der Umwandlung durch den Kirchenobern, so Dürr l. c. p. 204. n. a unter Berufung auf Trident. Sess. XXIV. c. 14 de ref. u. c. 8. 9. X. de const. I. 2; c. 9. X. de consuet. I. 4.

[2] Clem. 2. de aetate et qualit. I. 6.

[3] Trid. Sess. XXIV. c. 12 de reform.; vgl. übrigens dazu Bouix, de capitulis p. 72.

[4] So lange die vita communis in voller Blüthe stand und die jüngeren Kleriker in den Stiftsschulen ihre Ausbildung empfingen, war mit der Aufnahme zur Ausbildung noch nicht der späteren Zulassung präjudicirt. Als aber nach der Aufhebung des gemeinschaftlichen Lebens die Domicellaren, wenn auch nur kleine Pfründen oder blos Anwartschaften erhielten, also durch die Annahme die Hoffnung und gar ein Recht auf Einrücken in das Kapitel gegeben war, musste man sich selbstverständlich gegen die Zulassung nicht geeigneter Domicellaren schützen.

[5] Dieser konnte bestehen in einer päpstlichen oder bischöflichen Verleihung, Präsentation eines Patrons, Wahl durch das Kapitel u. s. w. S. unten in der Lehre von der Besetzung der Kirchenämter.

[6] Dürr l. c. p. 166; Wolfg. Schmitt bei Mayer, thes. 1, 275. Auch das ist aber nicht einmal stets inne gehalten worden. S. conc. Trevir. a. 1310. c. 118, Hontheim, hist. Trevir. 2, 83.

[7] Eine solche von 1303, welche den priesterlichen Ordo vorschreibt bei Hontheim l. c. 2, 22.

[8] Koll. Stift Cassel a. 1366, Dürr l. c. p. 166. n. e.

[9] Conc. Trevir. a. 1227. c. 7, Hartzheim 3, 530, und Valentin. a. 1248. c. 4 (Hardouin 7, 425) verpflichtet die Kanoniker, nach Befinden des Bischofs oder des Kapitels die Subdiakonats-, Diakonats- oder Priesterweihe zu nehmen.

[10] Kath. St. Regensburg a. 1414; Mayer, thes. 3, 2; Koll. St. Braunschweig a. 1442. c. 7: „non notabiliter defectuosus"; ibid. 1, 93; K. St. Oettingen, Anfang saec. XVI. c. 13: „nullus corpore vitiatus" ibid. 2, 192; Koll. St. Regensburg a. 1511: „notabiliter corpore vitiatus", ibid. 4, 192; „sit sanus corpore nulloque morbo incurabili a choro ipsum impediente laboret", ibid. 4, 286. Dass hierbei lediglich die für die irregularitas ex

bestimmtes Alter, welches in der Regel die erreichte Pubertät, das 14. Lebensjahr war[1], jedoch auch mehrfach noch niedriger festgesetzt worden ist[2], 4. ungeschmälerte Ehre[3], 5. eheliche[4] und 6. adlige Geburt[5]. Dass mit der Ausbildung eines besonderen bevorrechtigten Standes, des Adels, dieser nach der Beseitigung der lästigen Formen des gemeinsamen Lebens in den Stiftern auch seine Familienglieder, namentlich die jüngeren, welche von der Succession in die Lehne und sonstigen Besitzungen ausgeschlossen waren, in die reichen Stiftsstellen unterzubringen suchte, war um so natürlicher, als damit denselben zugleich die Aussicht eröffnet wurde, zu den Ehren der geistlichen Fürsten zu gelangen, und ferner bei dem Wahlrechte der Kapitel der Adel dadurch allein die Sicherheit erhielt, seinen Einfluss auf die Besetzung der höchsten geistlichen Stellen geltend zu machen. Je mehr sich die Landeshoheit in Deutschland entwickelte und je politisch bedeutsamer dadurch die Stellung der Domkapitel als mit zur weltlichen Regierung berechtigter Korporationen neben dem Bischof wurde, desto mehr Veranlassung hatte der Adel an diesem Rechte festzuhalten. Im 13. Jahrhundert, als sich zuerst jenes Uebergewicht des letzteren geltend machte, versuchten zwar die Päpste[6] die Ausschliessung Nichtadliger zu beseitigen, aber bei dem wenig konsequenten Verhalten derselben[7] und bei dem indirekten Anerkenntniss dieser

defectu corporis in Frage kommenden Gesichtspunkte massgebend gewesen sind, lässt sich nicht behaupten, wie denn die Kölner Statuten von 1532 sogar ein gewisses Körpermass verlangten, s. Hüffer, Forschungen S. 298, jedoch behandeln einzelne Statuten s. Mayer 2, 324, dieses Erforderniss als Ausfluss der Vorschriften über die Irregularität; Schmitt bei Mayer 1, 276.

1 Minden stat. a. 1230, Lünig spicileg. eccles. cont. III. Anh. p. 49; Mayer thes. 3, 381; 4, 35 (Regensburg, Domkapitel; früher aber vollendetes 15. Jahr, ibid. p. 3); 4, 286; s. auch Schmitt l. c. p. 279; Dürr bei Schmidt 3, 166.

2 Bremen stat. a. 1617, Lünig spicil. cont. III. p. 960: „si illustris persona, princeps, comes vel baro praebendam a capitulo impetraverit vel alias obtinuerit, super aetatis iustae defectu dispensandi capitulo libera facultas manebit, modo sit VII annorum ... si vero ex nobili stirpe sit ortus, non admittetur, nisi XIV annorum et clericali ordine insignitus“ ...; Schmitt, Dürr l. c. Wegen der hier vorgekommenen Missbräuche s. Würdtwein, subs. dipl. 3, 98.

3 Kathedralstifter Mainz u. Regensburg: „non infamis“, „lese fame vel levis opinionis“, Mayer 1, 93; 2, 2. 44; vgl. ferner ibid. 2, 192. 324; 3, 2; 4, 37. 80. 192. 286. 415.

4 Statuten bei Mayer 1, 93; 2, 192. 324; 4, 80. 192. 286. 414; bei Würdtwein, subs. diplom. 4, 155. 161. 163. Die durch nachfolgende Ehe legitimirten sind mehrfach ausgeschlossen gewesen, mitunter ist selbst der Nachweis verlangt worden, dass auch die Ascendenten der nächst höheren Generationen ehelich geboren sind, Dürr l. c. p. 166.

5 Jo. Georg Cramer, comm. de iuribus et praerogativis nobilitatis avitae. Lipsiae. 1739. tom. I. (et unic.) c. 2. §. 9 ff. c. 3; J. M. Seuffert, Versuch einer Geschichte des deutschen Adels in den hohen Erz- und Domkapiteln. Frankfurt a. M. 1790; Frid. Alethophilus, de eo quod circa receptionem ignobilium in gremia ecclesiarum Germaniae cathedralium iustum est. 1790; s. auch Mone, Ztschrift 21, 4 u. 21 n. 6.

6 c. 37. (Gregor. IX.) X. de praeb. III. 5. Ueber einen Streit des Erzbischofs Balduin von Trier mit seinem Kapitel, welches nur Adlige zulassen wollte, im J. 1289. s. Brower et Masen, ann. Trevir. lib. XIV. n. 127. (2, 171).

7 Privileg. Bonifac. VIII. für Halberstadt von 1306; Lünig, spicil. eccl. 2. Anh. p. 35. 36: „... petitio episcopi ... continebat, quod terrae, possessiones et bona dictae ecclesiae quae inter confines terrarum et castrorum diversorum nobilium et magnatum partium illarum situantur ... cum iisdem propter guerras in partibus illis quandoque vigentes ... invaduntur et destruuntur et plus solito invaderentur et destruerentur, nisi per parentes consanguineos et amicos canonicorum dictae ecclesiae qui ab olim ex statuto et consuetudine ipsius ecclesiae non recipiebantur, nisi de nobili vel ad minus de militari genere forent procreati, defenderentur ... ordinamus, quod de cetero perpetuis futuris temporibus nullus ... in canonicum ... admitti possit ... nisi tempore datorum praesentium in aliquibus certis canonicatu et praebenda ac dignitate, personatu seu officio vel ad eos sibi fuerit specialiter ius quaesitum aut de nobili vel ad minus de militari genere ex utroque parente procreatus vel saltem in sacra theologia professus aut in iure canonico vel civili licentiatus et doctor existat“ ..., eine Bestätigung desselben durch Eugen IV. a. 1446 bei Cramer l. c. p. 520; priv. Clement. VI. a. 1342 für Brioude, Gallia christ. 2. app. p. 148; priv. Nicolai V. für Minden a. 1456, Würdtwein, subsidia diplom. 10, 271; priv. Julii II. a. 1504, Lünig l. c. p. 1129.

Observanz durch die Konstanzer Konkordate[1] und das Baseler Koncil[2] war von einer Beseitigung jener statutarischen Bestimmungen nicht die Rede[3], im Gegentheil zogen diese die Gränzen immer enger, insofern sie nicht nur den Adel überhaupt, sondern auch den Nachweis einer gewissen Anzahl von adligen Ahnen verlangten[4]. Dass dagegen für die Kollegiatstifter dergleichen statutarische Bestimmungen seltener vorkamen[5], erklärt sich daraus, dass diese im Vergleich zu den Domstiftern weniger Bedeutung hatten und deshalb eines geringeren Ansehens genossen.

Einigermassen gemildert wurde diese Exklusivität der Stifter, welche durch das Erforderniss der adligen Geburt hervorgebracht wurde und bis zum Umsturz der Kirchenverfassung in Deutschland fortgedauert hat[6], dadurch, dass man 7. die Doktorwürde oder andere akademische Grade in vielen Statuten dem Adel gleichstellte[7]. 8. Endlich trat mit Rücksicht darauf, dass in Folge der Reformation einzelne Stellen in den Stiftern protestantisch geworden waren und der Westphälische Friede diese s. g.

[1] c. 2: „ubi autem soli consueverunt illustres aut de comitum vel baronum genere vel ex utroque genere militares in canonicos admitti, taliter graduati qui acceptare voluerint, si taliter nobiles, ut praemittitur, fuerint, in illis ecclesiis caeteris etiam nobilibus saltem usque ad dictum numerum praeferantur"; Hübler, die Konstanzer Reformation S. 179.

[2] Tit. XXV. c. 2. §. 2, Gaertner, corp. iur. eccl. 1, 52.

[3] Wie man im 16. Jahrhundert in Deutschland die Sache auffasste, ergeben die centum gravamina nationis Germ. a. 1522. c. 25, Gaertner l. c. 2, 174: „Insuper licet quaedam sint collegiatae ecclesiae per Germaniam, quae a nobilibus et in hoc ut nobiles tantum summae atque mediae sortis ad eas reciperentur primum sunt fundatae, in quibus perdiutinae observatae ac praescriptae consuetudinis privilegium est, ut tantum principes, comites, barones aut alioqui nobiles acceptari possint et debeant. Attamen laudabiles hae consuetudines, iura non scripta, privilegia papalia nequaquam curantur, manutenenturve . . . nec raro curtisanis licet indoctis et ignobilibus parantur ad canonicatus huiusmodi accessus, non obstantibus statutis et consuetudinibus et privilegiis praescriptis ita quod nobilibus Germanis beneficia subtrahantur"; und die Aeusserung Luthers: „Die alten Stifte und Thume sind darauf gestiftet, dass, weil nicht ein jeglich Kind vom Adel Erbbesitzer und Regierer sein soll, nach deutscher Nation Sitten in denen Stiftern, es möge versetzet werden, und allda Gott frey dienen, studieren und gelehrt werden machen" (Luthers Werke, ed. Walch. 10,369). Schon im 15. Jahrhundert erklärt Sixtus IV. privil. a. 1476 für die Kathedralen von Meissen, Naumburg und Merseburg, Cramer l. c. p. 525: „in quibus et earum singulis si statueretur et ordinaretur, prout in plurimis aliis ecclesiis Alemanniae statutum est . . ., quod nullus inibi in canonicum reciperetur ac ad praebendas, dignitates, personatus, administrationes vel officia in eisdem admitteretur, nisi nobilis de militari genere ex utroque parente et de legitimo matrimonio procreatur aut in theologia utroque vel altero iurium doctor seu licentiatus vel medicinae magister exstiterit".

[4] So von acht Ahnen Regensburg. Mayer 4, 35. Andere Statuten bei Cramer l. c. p. 527 ff. u. Würdtwein, subsidia diplom. 4, 166 (Basel), 168 (Mainz und die zwölf Suffragane desselben, Privileg Alexanders VI. von 1507). Ueber Köln vgl. Hüffer, Forschungen S. 295 ff. Weitere Nachweisungen bei Mayer, thes. 1, 64. 270; Dürr l. c. p. 166. 167. Mitunter wurde auch reichsunmittelbarer und hoher Adel verlangt, Dürr p. 167. n. h. u. die vorhergehenden Noten.

[5] S. aber Note 3 und die Statuten bei Mayer 2, 323.

[6] Die hierher gehörige Bestimmung des Westphälischen Friedens J. P. O. art. V. §. 17: . . . „operaque detur, ne nobiles patricii, gradibus academicis insigniti aliaeque personae idoneae, ubi id fundationibus non adversatur, excludantur". ist freilich verschieden interpretirt worden, s. Chr. Gottl. Buder praes., Dav. Wolfgg. Langensee, de iure doctorum ad canonicatus ad illustrat. art. V. §. 17. J. P. W. O. Jenae 1753; Cramer p. 162; Seuffert S. 132 ff.; Pütter, Geist des Westphälischen Friedens. Göttingen 1795. S. 418. n. t; Wiese, Handbuch 2, 272; Dieck a. a. O. S. 397.

[7] S. 67. n. 7 u. diese S. n. 1—3; Seuffert S. 58 ff.; Boehmer, J. E. P. III. 5. §. 93. Joann. Just. Reich, de iure promotorum adspirandi ad beneficia ecclesiastica. Goettingae 1754. p. VII ff. Freilich hat man später in manchen Stiftern auch die nichtadligen Doktoren ausgeschlossen. S. Seuffert a. a. O. S. 103 ff.; Schmitt in Mayer thes. 1, 296. n. o. — Ausserdem enthalten die Statuten mitunter noch andere hierher gehörige Bestimmungen; so sollten die aufzunehmenden von deutscher Nationalität sein oder wenigstens Deutsch sprechen können, Böhmer l. c. §. 91; Stat. v. Landshut tit. 2. §. 5 bei Mayer thes. 2, 323; vgl. ferner ibid. 3, 609; von der Kathedrale in Augsburg waren nach dem priv. Sixti IV. a. 1475 zur Strafe für das schlechte Benehmen der Stadt die Augsburger Bürger und Bürgerssöhne ausgeschlossen, Lünig, spicileg. 2, 1058; in andern diejenigen, deren Bruder schon in demselben Stift Kanoniker war, vgl. darüber und noch andere singuläre derartige Vorschriften Schmitt bei Mayer 1, 280; Dürr l. c. p. 165.

gemischten Kapitel[1] aufrecht erhalten hatte[2], für sie noch das Erforderniss hinzu, dass der Kandidat der Religionspartei, welcher die betreffende Stelle zustand, angehören musste.

War Jemand überhaupt nach Massgabe der vorstehenden Angaben befähigt, in das Stift aufgenommen (canonicus receptus oder admissus) zu werden, so hatte er ausserdem noch mindestens einen Eid auf Obedienz gegen das Kapitel und Erfüllung der Statuten zu leisten[3], sowie die hergebrachte Aufnahme- oder Receptionsgebühr zu zahlen[4], und es wurde ihm dann unter gewissen Formalitäten[5] der Kanonikat übertragen. Damit erhielt er aber für die Regel noch nicht Sitz und Stimme im Kapitel, vielfach auch nicht einmal den Genuss einer vollen Präbende, ja mitunter gab die Reception nur eine Expektanz auf einen später vakant werdenden Kanonikat. Für die Erlangung des letzteren, s.g. solvens praebenda, sowie des Stimmrechtes, welches aber nach manchen Statuten nicht gleichzeitig mit dieser, sondern erst später verliehen wurde[6], waren ferner eine Reihe von Bedingungen vorgeschrieben, deren Erfüllung bei den gleichzeitig mit der Aufnahme eine Präbende gewährenden Stiftern schon vorhanden sein musste.

Im Fall der Ertheilung einer blossen Expektanz hatte der expectativarius, resp. unter mehreren der der Zulassung nach Aelteste[7], sich für die Admission zu der vakanten Präbende resp. dem Stimmrecht innerhalb der statutarisch vorgeschriebenen Frist[8] zu

[1] Solche waren die von Osnabrück, Halberstadt, Minden, J. H. Boehmer l. c. I. 23. §. 33. III. 3. §. 33; 5. §. 94; Jacobson a. a. O. S. 563.

[2] J. P. O. art. V. §§. 23. 26; XI. §. 1; XIII. §. 13.

[3] Beispiele dafür bei Martène und Durand, thes. novus anecdotor. 4, 601. 603; Mayer thes. 1, 199; 2, 199. 325; 3, 39. 209. 382. 610; 4, 4. 119. 210. 289; Würdtwein subs. diplom. 1, 45; vgl. auch Schmitt ibid. 1, 281; Dürr l. c. p. 168.

[4] Theils zum Besten der Kirche, namentlich zum Baufond, aber auch zum Besten der Kapitularen oder der einzelnen höheren Beamten des Kapitels. Uebrigens bestand die Abgabe nicht stets in Geld, sondern auch in anderen Gegenständen, z. B. Lieferung von cappae, so in Barcelona, Martène l. c. 4, 611. und wurde theils bei der Aufnahme, theils in bestimmten Fristen nachher gezahlt. Statuten, die nähere Bestimmungen darüber enthalten, bei Mayer 1, 128. 206; 2, 201; 3, 3. 209. 544. 610; 4, 5. 291; vgl. auch Dürr l. c. p. 168. n. k. Vielfach musste auch der neu Aufgenommene den übrigen Kanonikern Naturalleistungen machen, so kommt vor ein s. g. vinum admissionis s. J. H. Boehmer, J. E. P. III. 4. §. 6; ein prandium receptionis. Letzteres verbietet c. 44. (Gregor. IX.) X. de simon. V. 3; jede Aufnahmegebühr c. 3. conc. Londin. a. 1127 (Mansi 21, 356). Die Kölner Konstitutionen von 1423. c. 26 (Würdtwein l. c. 3, 102) erklären: „Abolemus ex omnibus ecclesiis civitatis et diocesis Coloniensis consuetudinem illam sive statutum quibus recipiendi possessionem canonicatus et praebende, dignitatis, officii vel beneficii vel ad capitulum sive pro lectura litterarum apostolicarum dare aut solvere astringuntur ipsis de capitulo aut singulis canonicis seu prelatis ad utilitatem ipsorum privatam certam pecunie quantitatem, prandium, vinum seu quicquid aliud, cum symonie speciem in se continere videatur et sacris canonibus sit expresse prohibitum, compellentes vero ad solvendum a divinis suspendimus officiis, donec plenarie et cum effectu ipsis sic solvere compulsis accepta restituerint, laudabili illa consuetudine solvendi aliquid in fabrica vel adornatum ecclesie in suo robore permanente, quam tamen ultra id quod praesenti taxatum est tempore nullo modo volumus augeri"; die letztgedachte Gebühr verlangen noch die heutigen Statuten des Kapitels der Laterankirche zu Rom. Anal. iur. pontif. 1855. p. 2034. Denselben Standpunkt hat später mit Rücksicht auf Trid. Sess. XXIV. c. 14. de ref. die Congregatio concilii in mehrfachen Entscheidungen vertreten, s. Richters Tridentin. S. 368. n. 1. 5. 6. 9.

[5] Durch Ausstellung und Ueberreichung der Kollationsurkunde s. Mayer thes. 2, 199; durch s. g. Investitur d. h. Uebergabe des Missale und Aufsetzung des Hutes durch den Dekan des Kapitels l. c. p. 324; 3, 610; 4, 290; andere nachfolgende Ceremonien, Darreichung von Brot und Wein ibid. 4, 291. Vgl. überhaupt G. H. Ayrer, de symbol. canonicorum et canonicarum investitura. Goettingae 1768. p. 25 ff.

[6] Statuten, welche diesen Unterschied machen s. bei Mayer thes. 2, 3. 48; 4, 7. 38. 80. 81. 195.

[7] Welcher nach der ascensio iuxta senium der nächste war.

[8] Gewöhnlich von 20 Tagen, vgl. c. fin. in VI^to de consuet. I. 4. und Schmitt bei Mayer thes. 1, 292.

melden (vigilantiam zu prästiren)[1]. Wo dagegen die Kapitel nicht geschlossen waren, konnte die Aufnahme in das engere Gremium der Kanoniker dann nachgesucht werden, wenn die Qualifikation vorhanden war[2]. Hinsichtlich dieser kamen für beide Arten von Kapiteln, sowohl die offenen, wie die geschlossenen, gewöhnlich folgende Vorschriften vor: 1. ein bestimmtes Alter, welches höher ist als für die blosse Zulassung zum Domicellar oder für die Erlangung einer Expektanz, so z. B. das angefangene oder vollendete 20., 21., 23. oder 24. Jahr[3], 2. Besitz eines gewissen Weihegrades, mindestens des Subdiakonates[4] oder des Presbyterats[5]. 3. Der Kanoniker, welcher für die Regel, da er von seiner Aufnahme ab noch keine Einkünfte bezog, nicht Residenz zu halten, d. h. nicht am Orte des Kapitels anwesend zu sein und sich am Gottesdienst zu betheiligen brauchte, hatte sich zum Beginn der Residenz zu melden und diese und zwar vielfach in verschärfterer Form als die übrigen Kanoniker, eine verschieden fixirte Zeit hindurch abzuhalten[6], indem er mitunter z. B. in einem eigenen dem Stift gehörigen Gebäude seine Wohnung nehmen musste und Verstösse gegen die Beobachtung der Residenz mit Nichtanrechnung der bis dahin verflossenen Zeit oder Verlust des Bezuges der Präbende auf gewisse Zeit bestraft wurden. Die Einrichtung erscheint noch als ein Rest der alten klösterlichen vita communis, woran auch der für die gedachte Zeit vorkommende Ausdruck: *Klosterjahr., annus claustralis* erinnert[7]. 4. Nachweis einer wissenschaftlichen Vorbildung, vielfach auch eines ein- oder zweijährigen oder auf anderweitige Zeit fixirten Studiums auf einer Universität, welche mitunter gleichfalls genau bestimmt war[8]. 5. Ein weiteres mit der frühern vita communis zusammenhängendes Requisit war die s. g. *emancipatio* seitens des Scholasters[9]. So lange die angehenden Stiftskleriker noch in den von den Stiftern gehaltenen, unter Leitung des Scholasters stehenden Schulen[10] unterrichtet wurden, pflegte ihrer Zulassung als vollberechtigter Mitglieder des Stiftes eine Erklärung desselben über die Vollendung ihrer wissenschaftlichen Vorbereitung oder die Entlassung aus seiner Gewalt vorherzugehen. Die Sitte hat sich auch noch später erhalten[11], als die Kleriker ihre Studien auf den Universitäten absolvirten, ist aber vielfach zu einer Prüfung der Urkunden über die Absolvirung des Universitäts-Kursus geworden[12], wenngleich neben der Ausstellung eines blossen Attestes über die stattgehabte Vorlegung und den Befund der

[1] Schmitt p. 290 ff.; J. H. Boehmer, J. E. P. III. 8. §. 21. Versäumniss zog aber nicht den Verlust der Expektanz überhaupt, sondern nur des Rechtes auf die jeweilig vakante Pfründe nach sich.

[2] Dürr l. c. p. 178.

[3] Dürr p. 169; Statuten bei Mayer 1, 9.

[4] Statuten bei Mayer 2, 4; vgl. auch Schmidt in seinem thesaur. 3, 236 ff.

[5] Statuten bei Mayer 2, 201; 4, 81. 195. 298; s. auch Dürr p. 177.

[6] Vielfach kommt ein Jahr vor, Statuten bei Mayer thes. 1, 208; 2, 327; 3, 9. 211; Würdtwein, subs. dipl. 10, 142; auch ein Zeitraum von drei Viertel Jahren Mayer 4, 7; von einem Monat l. c. 2, 201, von sechs Monaten Dürr l. c. p. 170.

[7] J. H. Boehmer, J. E. P. III. 4. §§. 1 ff.; Dürr p. 171; Wiese, Handbuch, 2, 277; übrigens konnte die Residenz bei einzelnen Stiftern abgelöst werden.

[8] Viele Nachweisungen darüber bei Dürr p. 172 ff.; s. auch Mayer l. c. 1, 143; 4, 80. 386.

[9] Jos. M. Schneidt, de emancipatione canonicorum. Würceburg. 1789, auch bei Mayer thes. 4, 335 ff.

[10] Othlon. vita S. Wolfgangi episc. Ratisbon. c. 18 (SS. 4, 534) und oben S. 63.

[11] Um so mehr als wenigstens theilweise für die jüngeren Kleriker das gemeinsame Leben länger bestehen blieb. Die geringeren Pfründen für die Domicellaren standen dann vielfach unter der Disposition des Scholasters, welcher sie aus den Einkünften zu unterhalten hatte. Da somit die Verzögerung der Emancipation für den Scholaster lukrativ war, finden sich mehrfach Verbote dagegen, sowie die Vorschrift, dass das Kapitel in solchen Fällen oder überhaupt über die Statthaftigkeit der Emancipation zu befinden hatte. Statuten von Mainz Mayer 1, 9; 4, 387; Minden bei Würdtwein, subs. diplom. 10, 142; Worms Mayer 4, 380; Dürr bei Schmidt thes. 3, 145. n. c.

[12] Schneidt l. c. 4, 350; Dürr p. 171; J. H. Boehmer, J. E. P. III. 1. §. 83.

betreffenden akademischen Zeugnisse noch hin- und wieder die Vornahme eines eigenen Emancipationsaktes bis in das vorige Jahrhundert hinein vorgekommen ist[1]. 6. Da, wo die Erlangung einer solvens praebenda und die Zulassung zum Kapitel nicht zusammenfielen, war endlich der Besitz der ersteren oft die Voraussetzung der letzteren[2].

Bei der Admission zum Kapitel[3] hatte der Kanoniker ebenfalls wieder einen Eid, den s. g. Kapitularen-Eid (*iuramentum capitulare*) zu leisten[4] und bestimmte Gebühren[5], welche übrigens mitunter auch für die Emancipation entrichtet werden mussten[6], zu zahlen. Die Ceremonien, unter denen die Reception zum Kapitularen erfolgte, waren ähnlich, wie die bei der Aufnahme als Kanoniker[7].

Die Wirkungen der Zulassung zum Kapitel, ein Punkt, in Betreff dessen die Statuten im Einzelnen gleichfalls Verschiedenheiten aufweisen, lassen sich im Allgemeinen dahin zusammenfassen: 1. Erlangung einer vollen oder wenigstens einer grösseren als Domicellaren-Pfründe, mindestens aber namentlich da, wo beide Arten von Pfründen gleich sind, des Theilnahmerechts an gewissen, allein für die Kapitularen bestimmten Emolumenten und Bezügen[8], 2. von Sitz und Stimme in den das Kapitel betreffenden oder seine Erklärung erfordernden Angelegenheiten, jedoch ist diese Berechtigung mehrfach da, wo auch die in den niederen Ordines befindlichen Kleriker im Allgemeinen als Kapitularen zugelassen wurden, an den Besitz der höheren Weihegrade geknüpft[9], 3. eines bestimmten Sitzes im Chor der Kirche (stallum in choro) bei den gottesdienstlichen Funktionen, welchen er zu assistiren hat[10], 4. nicht

[1] So musste sich bei der Kollegiatkirche St. Johann in Würzburg der zu emancipirende Domicellar bis auf die Hüften entblössen und empfing beim Durchschreiten der in zwei Reihen aufgestellten Kapitularen von diesen Ruthenstreiche. Als der Fürstbischof von Würzburg diese Sitte bei der Visitation im J. 1740 abstellte, entstanden darüber lange Verhandlungen, jedoch bestätigte Benedikt XIV. die Verfügung des Bischofs. S. Schneidt l. c. p. 351; Statuten bei Mayer 4, 296. 297; vgl. ferner Dürr l. c. p. 146. n. s; Benedict. XIV. de syn. dioeces. XI. 3. n. 3. Ueber den s. g. Kappengang in Osnabrück s. Dürr l. c. p. 147. — Hinsichtlich des Zeitpunkts, in welchem der Domicellar die Emancipation verlangen konnte, enthielten die Statuten verschiedene Bestimmungen. Vgl. S. 70. n. 11.

[2] S. die Statuten bei Mayer 2, 48; 4, 81 u. Martène u. Durand, thes. 4, 602.

[3] Da, wo diese bei der Emancipation erfolgte, also auch gleichzeitig bei oder vor der letzteren. S. die Mindener Statuten bei Lünig, spicil. eccles. cont. III. Anh. p. 49; Würdtwein l. c. 10, 5. 142. 263.

[4] Ueber die verschiedenen Fassungen vgl. die Statuten bei Mayer, thes. 1, 199; 2, 327; 3, 40. 223. 383; 4, 120. 301. 390; Würdtwein l. c. 1, 47. Der Inhalt des Eides ging gewöhnlich auf Beobachtung der Statuten, Gehorsam gegen die Vorsteher des Kapitels und das letztere selbst, auf Erscheinen in den Kapitelsversammlungen, Abgabe des Votums nach gewissenhafter Berathung und endlich auf Wahrung des Amtsgeheimnisses. Vgl. übrigens auch Dürr l. c. p. 179. 180 und Note 7.

[5] S. z. B. Mayer 4, 81 und ferner Dürr p. 179. Hinsichtlich der Unzulässigkeit gewisser Leistungen gilt auch hier das oben S. 69. n. 4 Angeführte.

[6] Dürr p. 146; Würdtwein l. c. 10, 144. Gegen dabei stattfindende Missbräuche, Ausrichtung von Gastmählern u. s. w. s. ibid. p. 265.

[7] Dürr p. 180; c. 7 (Innoc. III.) X. de conc. praeb. III. 8 (pars decisa): „ut . . . receptus autem a capitulo in canonicum per librum et panem, per manum decani deberet in capitulo investiri, postmodum vero in osculo fratrum receptus, de conservanda fidelitate ipsi ecclesiae, libertatibus et consuetudinibus iuri consentaneis pro viribus defendendis, non detegendis secretis capituli, iuramentum consuetum et debitum interponeret et tunc de mandato decani et capituli, prout moris est, per manum installaretur cantoris“; vgl. auch c. 25 (Innoc. III.) X. de praeb. III. 5.

[8] Nachweisungen bei Dürr p. 180. 181. Freilich kann diese Berechtigung auch fehlen, s. oben S. 62.

[9] Dürr p. 181.

[10] S. oben S. 62; Dürr p. 183. In einzelnen Kapiteln bestanden für den Chordienst 3 Ordnungen der Kapitularen, die der Presbyter, der Diakonen und der Subdiakonen, und es hatte dann jeder, gleichviel ob er die Priesterweihe besass, die Funktionen der Ordnung, welcher er angehörte, bei der Abhaltung des Gottesdienstes zu versehen. S. z. B. Diplom Bischofs Heinrich von Lübeck für die Domkirche daselbst von 1332, Lünig, spicileg. eccles. 2, 341: „ . . . quod canonicus eandem praebendam tenens pro tempore vocem in capitulo et stallum in choro habere

nach gemeinem Recht, wohl aber nach vielen Statuten der Fähigkeit zu den höheren Kapitelsstellen, den Dignitäten und Personaten, z. B. zur Stelle des Propstes, Dekans u. s. w. gewählt und promovirt zu werden [1], 5. des Genusses aller den Kapitularen zustehenden Ehrenrechte und Prärogativen.

Zu bemerken ist aber, dass öfters die Ausübung einzelner der aufgezählten, durch die Reception in das Kapitel erworbenen Rechte auf eine bestimmte Zeit, den s. g. *annus carentiae* [2], suspendirt war. Namentlich kam dies in Betreff des Fruchtgenusses der Kanonikatpfründe vor, da die Einkünfte derselben für eine gewisse Zeit nach der Vakanz bald für die den Erben des Vorgängers zu gewährenden Gnadenbezüge (den s. g. *annus gratiae*) [3], bald zur Vermehrung des Bau- oder anderer für die Zwecke der Stiftskirchen bestimmten Fonds [4] oder der Präbenden-Masse [5] verwendet, endlich auch durch die an die päpstliche Kasse [6], sowie mitunter an die Bischöfe zu leistenden Abgaben [7], die s. g. Annaten, absorbirt wurden [8]. Die Zeit, für welche bei den einzelnen Stiftern die Karenz aus einem dieser Gründe oder auch aus mehreren zusammen eintrat [9], war eine verschiedene; so kommt z. B. eine Frist von einem [10], zwei [11], vier Jahren [12] vor, angerechnet von der Besitzübertragung der Pfründe, resp. der Zulassung zum Kapitel, da wo die Präbende erst in Folge dieses letzteren Umstandes erlangt wurde [13]. Ferner konnte sich die Karenz nicht blos auf die Einkünfte der eigentlichen Pfründe, sondern auch auf gewisse andere Neben-Emolumente, wie namentlich die s. g. *obedientiae* (auch *oblegiae* oder deutsch: die *Obleyen* [14]) beziehen [15]. Irgend

ascendendo de gradu in gradum iuxta eiusdem ecclesiae consuetudinem seu officium facere debeat iuxta gradus sui exigentiam sic quod postquam attigerit stallum subdiaconorum eiusdem ecclesiae subdiaconi, et diaconorum diaconi et sacerdotum sacerdotis exerceat officium".

1 Nachweisungen darüber bei Dürr p. 182 u. Frid. Joann. Laur. Meyer, de dignitatibus in capitulis ecclesiar. cathedr. et collegiatar. Goettingae. 1782. p. 31. 33.

2 Dürr, diss. de annis carentiae canonicorum ecclesiarum cathedralium et collegiatarum in Germania. Moguntiae. 1772; auch in Schmidt, thes. 6, 204 ff.; J. H. Böhmer, J. E. P. III, 4. §. 48; s. auch ibid. III. 5. §§. 219. 220.

3 Dürr bei Schmidt 6, 207; vgl. hierüber ferner Dürr, diss. de annis gratiae canonicorum ecclesiarum cathedr. et collegiat. in Germania. Moguntiae 1770, gleichfalls bei Schmidt 6, 166 ff.

4 Dürr, de ann. car. l. c. p. 208. 213; Statuten von Florenz a. 1231 bei Ughelli, Italia sacra 3, 109. 110.

5 Dürr c. p. 221. 222.

6 L. c. p. 223.

7 L. c. p. 230.

8 Dasselbe Resultat konnte auch eintreten, wenn einem Dritten eine Pension auf die Kanonikatpfründe bestellt war. L. c. p. 214.

9 So z. B. im Domstifte Lübeck, wo die Früchte des ersten Jahres durch das Gnadenjahr, die des zweiten durch die Beitragspflicht zum Stiftsvermögen dem Präbendaten entzogen wurden. Dürr p. 212. Aehnlich war es in Regensburg s. Mayer, thes. 4, 6.

10 Statuten bei Mayer, thes. 2, 326.

11 S. Note 9 u. Mayer, thes. 4, 292.

12 S. Statuten bei Mayer, thes. 4, 193; 3 Jahre u. 34 Tage a. a. O. S. 292; in Köln 3 Jahr und 1 Monat, Hüffer, a. a. O. S. 299. — Eine Uebersicht über die Zeit der Karenz und die Verwendung der Einkünfte während derselben bei den deutschen Kathedralstiftern giebt Dürr l. c. p. 249—254.

13 Demnach kann das Karenzjahr auch ohne die Erlangung der Mitgliedschaft vorkommen, wie es denn auch da, wo die Domicellaren schon gewisse kleinere Pfründen hatten, für diese gebräuchlich gewesen ist. S. Dürr l. c. p. 264 ff.

14 D. h. die Einkünfte aus den den Stiftern zustehenden Besitzungen, Dörfern und Grundstücken, welche theils von den Kanonikern (s. g. obedientiarii) gemeinsam für die Kapitel verwaltet, theils aber von ihnen zum Supplement ihrer Pfründen in ihrem eigenen Nutzen, mit der Verpflichtung zu gewissen Abgaben für allgemeine Zwecke des Kapitels, bewirthschaftet wurden, s. dazu Dürr, diss. de obedientiis et oblegiis ecclesiarum cathedralium et collegiatar. in Germania. Moguntiae. 1782, auch in Mayer, thes. 2, 105 ff.; vgl. auch J. H. Böhmer, J. E. P. III. 5. §. 175.

15 Dürr, de ann. carent. bei Schmidt 6, 247, welcher hier u. A. Folgendes bemerkt: „In ecclesia cath. Bambergensi ... oblegiarius", d. h. der zur Obley berechtigte Domherr, „prima vice ubi oblegia ex ordine alias illi cederet, stylo recepto debet se tuccare — tuccare est vocabulum latinitatis barbarae deductum ex verbo Germ. sich ducken, dass die Obley über ihn hinausgehe — seu in effectu carere optione oblegiarum prima vice praeteritus; eadem illa tuccatio recepta est in eccl. cath. Merseburg. obedientiarum intuitu, ubi neocapitularis in prima divisione obedientiarum post

welche diese durch das Statutarrecht der Kapitel ausgebildeten Normen subsidiär regelnde Bestimmungen hat das gemeine Recht nicht aufgestellt; mit der einzigen Ausnahme, dass als jene Verhältnisse sich schon vollkommen ausgebildet hatten, Johann XXII. den in Folge des Karenzjahres beeinträchtigten Pfründnern durch Zuweisung eines bestimmten Theils der Einkünfte zu Hülfe zu kommen und dadurch die eingerissene Gewohnheit, dass diese während der Karenzzeit keine Residenz hielten und die ihnen obliegenden Amtspflichten nicht erfüllten, zu beseitigen suchte [1]. Allein, wenn auch in einzelnen deutschen Stiftern die Karenzzeit in Folge dieser Konstitution beschränkt wurde [2], so blieb es doch in den meisten bei den früheren Einrichtungen [3].

Ausser dieser Suspension der Berechtigung zum Genuss der Präbende ist aber auch mehrfach eine solche s. g. Karenz, in Bezug auf das Stimmrecht für eine gewisse Zeit vorgekommen, während welcher der neu recipirte Kapitular zwar den Kapitelssitzungen beiwohnen konnte, aber sein Votum keine Decisivkraft besass [4] und also auch für die Regel nicht geeignet war, die Majorität herbeizuführen [5].

C. Eigenthümlichkeiten einzelner Kanonikate. Unter den im Allgemeinen sich gleichstehenden Kanonikat- und Kapitelsstellen finden sich in den Stiftern einzelne, für welche hinsichtlich der Art ihrer Erlangung, der erforderlichen Qualifi-

mortem alicuius canonici vacantium stylo recepto se tenetur tuccanare — vulgo tuccaniren — seu supersedere circa optionem obedientiae et quidem huius tuccanationis declaratio facienda est ad protocollum capituli".

[1] Const. Suscepti regim. in Extrav. Joann. XXII. de elect. (tit. I.): „... Quum itaque in nonnullis ecclesiis observetur et a longis retro temporibus fuerit observatum, quod fructus primi vel secundi aut alterius cuiuscunque sequentis anni beneficiorum vacantium in eisdem defuncto vel fabricae aut ecclesiis vel personis habentibus annalia de consuetudine, privilegio vel statuto applicantur in totum ita quod illi qui huiusmodi beneficia canonice obtinent et ad quos alias de iure fructus ipsi spectare deberent, nihil inde percipiant, unde illud inconveniens sequitur quod commode nequeunt ad impendendum servitium debitum residere in ecclesiis in quibus beneficiati exsistunt, nos . . . statuimus de fratrum nostrorum consilio, quod illi qui fructus praedictos ibi hactenus integre vindicabant ex privilegio, consuetudine vel statuto nihil exinde ultra summam pro qua unumquodque beneficiorum ipsorum consuevit in solutione decimae taxari, praetextu cuiusvis privilegii, consuetudinis vel statuti quovis modo percipiant, sed ipsius summae perceptione duntaxat sint omnino contenti, totali residuo praedicta obtinentibus beneficia remansuro; nisi forsan illi qui fructus eosdem soliti fuerant, ut praefertur, cum integritate percipere, pro se mallent ipsum habere residuum et obtinentibus ipsa beneficia summam dimittere memoratam. . . . In illis vero ecclesiis et partibus in quibus decimarum taxatio non est facta, servetur, quod fructus et obventiones beneficii tunc vacantis, quod decimam solvere consuevit, per medium dividantur, quorum medietatem habeat is, cui annalium per alterum de praedictis modis perceptio est concessa, reliquam vero medietatem percipiat ille, cui beneficium est concessum, pro sustentatione sua et aliis ecclesiae oneribus supportandis". Ueber frühere derartige von einzelnen Bischöfen ausgegangene Versuche s. Dürr l. c. p. 248. n. d.

[2] S. z. B. für Köln die Konstitutionen und Synoden von 1338. 1339. 1344. 1371. c. 18; 1400. c. 8 u. 9 bei Hartzheim 4, 451. 454. 457. 505. 552; für Halberstadt die die const. Joann. XXII. nur mit gewissen Modifikationen recipirende Verordnung Bischofs Albert v. 1344 bei Lünig, spicileg. eccles. Th. II. Anh. S. 41.

[3] Die Nachweisungen darüber bei Dürr l. c. p. 249 ff.

[4] Dürr, de capitulis clausis bei Schmidt, thes. 3, 181.

[5] Sehr eingehend handelt davon c. 12 der Statuten der Kollegiatkirche St. Johann zu Würzburg bei Mayer, thes. 4, 302: „De annis carentiae vocis capitularis. Canonicus ad capitulum receptus debet iuxta statuta et ecclesiae huius consuetudinem carere voce capitulari tam activa quam passiva per III continuos annos de die in diem numerandos, h. e., decanus vel in eius absentia senior super his quae in capitulo tractantur, votum quidem eius potest petere, maioritatem non facit eius votum. In electionibus vero praepositi, decani, scholastici et cantoris votum illius valet, quantum aliorum capitularium. Per carentiam triennalem vocis passivae ad dignitates et officia est ineligibilis. Finitis his III bus annis pro voce capitulari vel per procuratorem petere potest, et si per capitulares admissus fuerit, solvere iubent statuta venerabili capitulo ad divisionem florenum unum" . . . Eine Folge der Suspension dieser Berechtigang war auch der Ausschluss vom turnus, s. §. 83 unter I. a. E.

kation u. s. w. Besonderheiten gelten und bei welchen [1] theils die Rechte und Pflichten grösser, resp. schwerer, theils aber auch geringer sind [2]. Es gehören hierher:

1. Die Priester-Pfründen, *praebendae presbyterales* oder *sacerdotales*, d. h. diejenigen Kanonikate, für welche der priesterliche ordo erforderlich ist. Da die Mitglieder der Stifter meistens nur die Subdiakonats- oder Diakonatsweihe nahmen, andererseits aber für bestimmte gottesdienstliche Verrichtungen Kanoniker mit dem ordo presbyteralis gebraucht wurden, so verlangte man den letzteren für gewisse Pfründen, wies aber andererseits, um einen Ausgleich für die den Inhabern derselben (den s. g. *Priesterherren*) obliegenden grösseren Pflichten, namentlich der strengen Residenzpflicht, zu schaffen, diesen Stellen den höchsten Pfründenbetrag zu, und gewährte den auf solche reflektirenden Kanonikern den Vorzug vor den dem Senium nach älteren Expektanten [3], ja mitunter gestattete [4] man selbst in den adligen Stiftern auch Bürgerlichen den Zutritt zu diesen Stellen.

2. Die *praebendae doctorales*, zu welchen die Anwärter ebenfalls vor den übrigen Domicellaren avancirten, weil man meistens eine bestimmte Anzahl von graduirten Kanonikern zur Assistenz beim Bischof und Dekan in wichtigeren Angelegenheiten zu haben wünschte [5].

3. Die Professoren-Pfründen, welche ausschliesslich an Professoren der Universitäten theils aus dem eben erwähnten Grunde, theils auch behufs Beschaffung des Unterhalts für die akademischen Lehrer verliehen wurden. Ihre Inhaber waren insofern privilegirt, als sie nicht Residenz zu halten brauchten, und dem Karenzjahr entweder gar nicht oder nur, für den Fall, dass die Früchte zu bestimmten Zwecken,

[1] Abgesehen von der bereits oben S. 63. 64 erwähnten Verschiedenheit in Betreff der Grösse der einzelnen Pfründen.

[2] Vgl. dazu Schmitt, de varietate praebendar. in ecclesiis Germanicis. Heidelbergae 1773, auch in dessen thes. 3, 224 ff.

[3] Vgl. im allg. Schmidt, thes. 3, 238; Dürr, ibid. p. 199; Schmitt in Mayer, thes. 1, 298. 299 und die Statuten des Domstiftes Mainz, ibid. 1, 12 ff.; Urkunde des Kapitels der Kollegiatkirche St. Apostel zu Köln a. 1277, Ennen u. Eckertz, Quellen zur Gesch. d. Stadt Köln 3, 134: „Cum in ecclesia nostra . . . sentiremus defectum et penuriam sacerdotum, quod tam in spiritualibus quam in temporalibus nobis non modicum extitit dampnosum, volentes ecclesie nostre consulere . . . ordinamus quod prebende videlicet domini . . . (folgen 4 Namen) sacerdotum concanonicorum nostrorum, cum eas vel aliquam ex eis vacare contigerit quocumque modo, quod nullus ad eas vel ad aliquam ex eis recipiatur sive eligatur, nisi existens in actu sacerdos et sint de cetero in perpetuum sacerdotales, nisi forte aliquis vel aliqui recepti fuerint habiles ad sacerdotium in expectatione existentes qui velit sive velint infra annum a tempore vacationis prebende huiusmodi in sacerdotem promoveri et huiusmodi prebendam sub oneribus infra scriptis acceptare, hoc addito, quod inposterum non poterit ab huiusmodi acceptatione resilire. Item statuimus, quod quicumque receptus fuerit ad aliquam praebendarum predictarum, non erit capellanus archiepiscopi nec prepositi. Item baculum non recipiet. Item non debet esse absens in anno nisi de licentia decani per VI septimanas, prout alii canonici in illis VI septimanis consueverunt esse absentes. Et si contigerit ipsum esse absentem post VI septimanas predictas, prebenda sua levabitur per sententiam capituli et VI septimane subsequentes immediate VI septimanas predictas erunt loco trium monitionum, quarum quelibet continet quindecim dies, infra quos, si non venerit, extunc prebenda sua vacabit ipso facto alteri sacerdoti conferenda. Item non debet esse absens in longa peregrinatione nisi licentia a capitulo petita et obtenta. Item non debet esse absens causa studii. Item postquam receptus fuerit et hoc ad notitiam suam pervenerit, infra VI septimanas personaliter ad capitulum veniet et receptioni huiusmodi consensum adhibebit, prebendam sibi competentem sub oneribus predictis acceptando, alioquin receptio talis de tali sacerdote facta ipso facto non valeat et alteri sacerdoti conferatur qui eam velit et valeat sub oneribus predictis deservire"; Diplom für Besançon a. 1271, Gallia christiana 15. app. p. 94 u. Langres a. 1272, ibid. 4 app. p. 211. S. auch unten S. 78. n. 1.

[4] So im Domkapitel zu Köln, Hüffer, Forschungen S. 291.

[5] Dürr, de capit. claus. bei Schmidt 3, 194; Schmitt in Mayer, thes. 1, 296. Mehrfach sind die Priesterpfründen auch zugleich praebendae doctorales gewesen. Ibid. p. 298. n. t.

z. B. zum Baufonds oder überhaupt zum Nutzen der Kirche verwendet wurden, unterworfen waren [1].

4. Die Pfarr-Pfründen, *praebendae parochiales*, d. h. diejenigen, mit welchen eine Pfarrei in der Weise verbunden war, dass der die Einkünfte beziehende Kanonikus zugleich die Funktionen des Pfarrers wahrzunehmen hatte. Auch hier wurden die Expektanzen nicht beobachtet, so fern nicht etwa die mit Anwartschaften versehenen Domicellaren die nothwendige Qualifikation besassen und solche Pfründen annehmen wollten. Der Erwerber trat sofort in das Kapitel und in den Genuss der Pfründen-Einkünfte [2].

5. Die Freipfründen, *praebendae exemptae*, *praeb. liberae*, d. h. im Allgemeinen diejenigen Kanonikate, mit welchen die Residenzpflicht nicht verbunden war [3]. Grosse Aehnlichkeit hat mit denselben die Exemtion derjenigen Kanoniker, welche bei dem Bischof als Rathgeber, Sekretäre u. s. w. fungirten oder gar vom Papst zu bestimmten Geschäften verwendet wurden, und trotz ihrer Abwesenheit von ihrem eigentlichen Amtsdomizil nach ausdrücklicher Vorschrift des gemeinen Rechts [4] das Einkommen von ihren Pfründen zu beziehen berechtigt waren. Indessen bestand zwischen dem letzteren Fall, dem s. g. *beneficium a latere*, und der Freipfründe der wichtige Unterschied, dass mit letzterer jene Berechtigung unzertrennbar verknüpft, also die

[1] Schmitt bei Mayer 1, 297; Dürr, de capit. claus. bei Schmidt, thes. 3, 199; Dürr, de ann. carent. ibid. 6, 257. Ein Beispiel für die Stiftung solcher Präbenden giebt die Urkunde Sixtus' IV. v. 1477 über die Einrichtung eines studium generale in Mainz bei Würdtwein, subsidia diplom. 3, 197: „. . . ex nostre provisionis ope debet provenire, ut persone ecclesiastice, scientia et virtutum donis adornate, personas alias scientiis et doctrinis . . . introducentes, de beneficiis ecclesiasticis provideantur ac honoribus et dignitatibus attollantur . . . ordinamus, quod in qualibet singularum ecclesiarum (15 Stifter in der Diöcese Mainz) unus canonicatus et una prebenda . . . singulis personis ydoneis que tamen in eisdem theologia aut medicina vel artibus seu aliquibus ex eis magistri aut in canonico seu civili iuribus vel utroque eorum doctores fuerint et quas rectores et provisores dicti studii Moguntini p. t. existentes ad hoc duxerint nominandas . . . conferantur . . . predicteque persone, postquam ad eorundem canonicatuum et prebendarum possessionem fuerint admisse, statim illorum fructus, redditus et proventus percipere possint cum integritate. Preterea cum persone huiusmodi eosdem canonicatus et prebendas fuerint pacifice assecute, ipsi in facultate in qua magistri vel doctores extiterint, in predicto Moguntino studio continue legere sive regere teneantur".

[2] Schmitt bei Mayer 1, 299. 300; Dürr, de cap. claus. bei Schmidt 3, 202. — Derselbe Vorzug, welcher bei den im Text unter 1—4 aufgezählten Präbenden wegen der persönlichen Qualität ihres Inhabers herbeigeführt wurde, das sofortige Einrücken vor älteren Anwärtern, konnte auch stiftungsmässig gewissen Personen, z. B. den Stiftern neuer Kanonikate oder den von ihnen präsentirten Verwandten und anderen Personen zugesichert werden (s. g. praebendae specialiter privilegiatae). Die Kapitel gestatteten dies, um auf solche Weise eine Vermehrung ihrer Einkünfte zu erlangen. Beispiele derartiger Fundationen bei Lünig, spicil. eccles. dip. a. 1266. 2, 316; a. 1269 u. a. 1332, ibid. p. 317. 341. S. Schmitt bei Mayer 1, 299 u. Dürr bei Schmidt 3, 201.

[3] Schmidt, de varietate praeb. in seinem thesaurus 3, 240 ff. Beispiele bieten die im Text zu 3 erwähnten Professoren-Pfründen, ferner die Präbenden gewisser Beamten des Stiftes, so des praepositus.

[4] c. 7 (Alex. III.). c. 14. 15 (Honor. III.) X. de cler. non resident. III. 4. Ueber die Kontroverse, wer ausser dem Papst und Bischof (also ob der praelatus inferior, ferner der Erzbischof, der Legat) eine derartige Abdeputirung eines Kanonicus mit der erwähnten Wirkung vornehmen kann, s. Fagnan. ad c. 7. cit. n. 2; Nicol. Garcias tract. de beneficiis. P. III. c. 2. §. 1. n. 381; G. H. Ayrer, diss. de benef. a latere. Gotting. 1750. §. 32 in Mayer, thes. 2, 175. Ueber die weitere, wie viel aus einem und demselben Kapitel zur Dienstleistung beim Bischof bestimmt werden können, — c. 7. cit. spricht allgemein, c. 15. cit. nur von 2 Kanonikern — vgl. Fagnan. ad c. 7. cit. n. 5 ff.; Ayrer l. c. p. 174. Ferner haben Manche behauptet, dass die in Rede stehende Befugniss des Bischofs sich nur auf die Domherren, nicht auf die Kanoniker der Kollegiatkirchen seiner Diöcese beziehe, jedoch ist die Praxis gegen diese Beschränkung gewesen, s. die Beispiele bei Mayer, thes, 4, 176. n. * und ebenso entbehrt jene Ansicht eines haltbaren Grundes, s. Fagnan. l. c. n. 14; Stefanucci, diss. de clericorum residentia c. 12. n. 11 bei Mayer l. c. 3, 517.

Freiheit von der Residenzpflicht derselben inhärent war[1], während die Verwendung eines Kanonikers zu den vorhin erwähnten Diensten widerrufen werden konnte, und damit, sowie mit dem Tode des betreffenden Papstes und Bischofs aufhörte, mithin unter diesen Voraussetzungen die Residenzpflicht für den bis dahin eximirten Stiftsherrn sofort wieder eintrat[2].

6. Die Königs-Pfründen, *praebendae regiae*[3]. Damit werden einmal diejenigen Kanonikate bezeichnet, welche wegen ihrer Stiftung durch Kaiser, Könige und Fürsten dem Präsentationsrecht derselben unterlagen[4], ferner aber auch solche, welche den Kaisern, Königen und Fürsten zustanden. Allerdings waren Laien im Allgemeinen nicht fähig, geistliche Stellen zu erlangen, aber unter bestimmten Voraussetzungen, z. B. zum Besten Armer, ferner wegen rechtlicher, aus Schenkungen herrührender Verpflichtungen konnten die Einnahmen aus kirchlichen Gütern, mithin auch einzelne Präbenden, für Laien (s. g. *praebendae laicae*) verwendet werden[5]. Vielfach mochten diese letzteren, sofern sie sonst eine angesehene Stellung einnahmen, in die Stiftsangelegenheiten mit einzugreifen gesucht haben, denn es finden sich mehrfache Verbote, Laien als Kanoniker aufzunehmen[6]. Nichts destoweniger hat sich aber die Sitte, weltliche Fürsten bei einzelnen Kapiteln als Kanoniker, s. g. *canonici honorarii*, zuzulassen, über das Mittelalter hinaus erhalten. So wurde z. B. der deutsche Kaiser bei der Kaiser-Krönung in Rom als Stiftsherr von St. Peter[7], der deutsche König bei der

[1] Das ergiebt bei den S. 75. n. 3 als Beispielen genannten die Natur der Sache. Uebrigens kommen auch derartige Pfründen ohne Verbindung mit einem die Residenzpflicht ausschliessenden Amte vor, so z. B. in der Kollegiatkirche St. Johann zu Würzburg, stat. c. 28 bei Mayer 4, 321: „De XXX praebendis canonicalibus quibus gaudet ecclesia nostra, una dicitur exempta, vulgo die Freypfründ, quae quidem a rev. et cels. principe et ordinario nostro per gratiam, attamen nulli extraneo, sed soli canonico capitulari conferri potest. Qui hac fruitur, ab oneribus chori exemtus gaudet omnibus praebendae huius fructibus ad corpus spectantibus cum denariis, septimanalibus et oblegiis, si actu et realiter in eorum numero sit constitutus. Distributionibus vero manualibus, praesentiis, laudemiis et computationum florenis exceptis, nisi more aliorum canonicorum capitularium deserviat“.

[2] Mayer l. c. 4, 168, n. *. Deshalb gehörten die öfters den Kanonikern übertragenen bischöflichen Kapellanien, wenn sie zeitweise oder widerruflich gewährt wurden — ein Beispiel bei Würdtwein, subsid. diplomat. 10, 176 — zu den beneficia a latere, nicht aber dann, wenn der s. g. capellanus episcopi, wie in den Kathedralen von Mainz und Köln, s. Mayer, thes. 1, 12. 26, auf Lebenszeit angestellt wurde. Da letztere nur dann, wenn sie dem Bischof bei seinen Funktionen assistirten oder sonst von ihm in den Diensten der Kirche verwendet wurden, von der Residenzpflicht befreit waren, so war ihr beneficium weder ein benef. a latere noch eine Freipfründe. S. auch Mayer 4, 169 Note.

[3] Chr. Gottl. Buder, diss. de canonicat. impp. augg. Germaniaeque regum ac praebenda regia, die Königspfründe. Jenae 1738, auch bei Mayer 4, 39 ff.; Ge. Christophor. Neller, diss. de imperatoribus praebend. regiis etc. Trevir. 1750, auch in Schmidt, thes. 5, 89 ff.; Thomassin, vet. ac nova discipl. P. I. lib. III. c. 64.

[4] Eine solche Pfründe bestand früher beim Domkapitel zu Mainz, s. Guden, cod. diplom. 2, 729; vgl. im übrigen Dürr, de capit. claus. bei Schmidt 3, 212; Buder l. c. p. 49.

[5] Ein Beispiel bei Gregor. VII. registr. III. 17 (Jaffé, monum. Gregor. p. 232): „Praecipimus etiam, ut canonicam concessam alimoniae pauperum ... ad eundem usum restituas“; in der Urk. v. 1176 bei Ennen u. Eckertz 1, 572; ferner gehören hierher die s. g. Stuhl-Brüder in Speier, sowie die Panisten, vgl. Schmidt, de varietate praebend. bei Schmidt 3, 257; über ähnliche Pfründen in Köln s. Binterim u. Mooren, die alte und neue Erzdiöcese Köln. Mainz 1828. 1, 337.

[6] c. 2. X. de instit. III. 7: „... Quum laici non debeant in canonicorum numero computari nec vos debeatis differre quo minus statutum numerum ... de aliis clericorum personis idoneis canonicos suppleatis ... prohibemus, ne de cetero laicos in canonicos admittatis“ eine Stelle, welche zwar die Inskription Eugenius trägt, aber Clemens III., s. Mansi 22, 569 u. Jaffé, reg. rom. pontif. n. 10199, angehört. Irriger Weise schreibt Gonzalez Tellez, comm. ad c. cit. n. 1 dasselbe Eugen II. (824—827) zu, zu dessen Zeit von der in der Stelle vorausgesetzten Ausbildung der Kapitel-Verfassung nicht im Entferntesten die Rede gewesen ist. S. ferner c. 8. conc. Montepess. a. 1215; c. 24. Biterr. a. 1233, Hardouin VI. 2, 2047; VII. 213.

[7] Raynald. ann. a. 1311. n. 12 ff.; Marcelli sacrar. cerimon. lib. I. s. 5. c. 3, Hoffmann, nova scriptor. collectio 2, 343; Buder l. c. p. 45; mitunter auch als Kanoniker vom Lateran, s. Raynald a. 1530. n. 45; auch in

Krönung zum deutschen König als Kanoniker der Kollegiatkirche St. Maria zu Aachen recipirt[1]. Diese Ehren-Kanoniker hatten theils das Recht auf eine bestimmte Präbende, theils nicht, und statt ihrer fungirten Geistliche als s. g. *vicarii* oder *capellani* (*imperiales*, *regii*), deren Unterhalt im ersteren Fall aus der etwaigen Präbende bestritten wurde. Wie jene aber als Laien keine der den wirklichen Stiftsherren obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen hatten, so standen ihnen auch ebensowenig die sonstigen Rechte der Kanoniker zu[2].

D. Die vicarii, mansionarii und capellani in den Stiftern. Neben den eigentlichen Kanonikern finden sich an den Dom- und Kollegiatkirchen noch andere Geistliche zur Verrichtung des Gottesdienstes. Während bei der Einführung der vita canonica jüngere Kleriker in genügender Anzahl vorhanden waren, hatte sich dieses Verhältniss im Laufe der Zeit geändert, da theils mit der Aussetzung fester Präbenden oft nur eine geringere Anzahl von Klerikern unterhalten werden konnte, theils einzelne vakante Präbenden nicht für neu anzustellende Kanoniker, sondern zu anderen Zwecken, z. B. für die bauliche Unterhaltung der Kirchen verwendet[3], mitunter auch an dem Kapitel fremde Personen und Institute zur Aufbesserung ihrer Einkünfte[4], ja selbst an hervorragende kirchliche Würdenträger[5] zur Erhöhung des Glanzes der Kapitel verliehen wurden. Dazu kam weiter der Umstand, dass gewisse Beamte der

Utrecht und Köln war der deutsche Kaiser Domherr s. die Urk. v. 1145 u. den Eid v. 1314 bei Miraeus, op. diplom. 1, 532 u. 2, 1015.

[1] Buder l. c. p. 42; Neller l. c. p. 106; Boehmer, J. E. P. III. 1. §. 90; Pfeffinger, Vitriarius illustrat. lib. I. tit. 4. n. 10 (1, 400); Hüffer, Forschungen S. 267 ff. Die Annahme mancher älteren, dass Karl d. Gr. schon Stiftsherr in Aachen gewesen, lässt sich aus Einhardi vita Caroli c. 26 (Jaffé, monum. Carol. p. 532) nicht herleiten. Der Eid, den der König bei der Aufnahme leistete (s. die citirten) lautete: „Nos . . . nostrae ecclesiae B. Mariae Aquensis canonicus ad haec sancta dei evangelia iuramus eidem ecclesiae fidelitatem et quod ipsam, iura, bona et personas eiusdem ab omnibus iniuriis et violentiis defensabimus et faciemus defensari eiusque privilegia omnia et singula et consuetudines ratificamus, approbamus et de novo confirmamus". Andere Beispiele s. Histor. Compostellana lib. II. c. 87. n. 4. 5 (Florez España sagrada 20, 458; vgl. auch das Diplom v. 1193 ibid. 47, 265), in den S. 76. n. 3 angeführten Schriften, ferner bei Gonzalez Tellez ad c. 2. X. III. 7. n. 2; Barbosa, de op. et potest. episcopi P. III. alleg. 72. n. 75; J. H. Boehmer l. c. §. 91.

[2] c. 2. X. de instit. III. 7; Fagnan. ad c. 9. X. de constit. I. 2. n. 31; Zindel bei Mayer thes. 1, 67. 68. Nach Neller l. c. p. 109 hat aber der deutsche König, wenn er in Aachen anwesend war, in den Kapitelsversammlungen Sitz und Stimme gehabt.

[3] S. oben S. 65.

[4] Eine der frühesten hierher gehörigen Urkunden ist das Diplom des Bischofs Rorico von Amiens von 1085 (D'Achery, spicileg. ed. nova 1, 626): „praebendam (an der Domkirche zu Amiens) perpetualiter habendam concessimus fratribus ibi deputatis (den Regularkanonikern der Kirche St. Aceus und St. Acheolus) . . . ita ut arbitrio eorum dè praebenda procurent personam eligere. Qui (d. h. die Kanoniker) quoad (die gewählte Person) vixerit, usum fructum obtineant praebendae . . . Provideant autem arbitrio capituli nostri, quatenus vicarius eorum de hac praebenda in canonicis horis persolvendis nobiscum canonice assistat. Qui autem ecclesiae illius prioratum habuerit, una integra hebdomada sicut ecclesiae nostrae sacerdotes missarum solemnia concelebret".

[5] Diplom des Kapitels v. St. Kunibert in Köln a. 1227 (Ennen und Eckertz, Quellen zur Geschichte der Stadt Köln. 2, 113): „ordinavimus, ut quicunque fuerit archiepiscopus Trevirensis, sit ecclesie nostre canonicus in titulo prebende sine mensa, quem in praesentiarum tenet dominus noster supradictus Theodoricus Treverensis archiepiscopus et sacerdotem habeat vicarium, sicut et nunc habet Bertramnum sacerdotem qui integre percipiat stipendium suum sine mensa residens et serviens secundum quod sacerdos vicarius in ecclesia maiore (d. h. der Domkirche) consuevit facere, qui de suis excessibus, si quandoque excesserit, in capitulo corrigatur, sed nullis aliis tractatibus ecclesie et electionis sicut nec idem archiepiscopus intersit. Mortuo vero vicario sacerdote vel cedente vel alius amoto canonice archiepiscopus Trevirensis alium sacerdotem virum idoneum quem voluerit, instituat, obnoxium ecclesie serviendo et residendo". Weitere Beispiele von Bischöfen, welche zugleich Kanoniker waren, bei Thomassin l. c. c. 64. n. 3; J. H. Boehmer l. c. III. 9. §. 8, s. auch S. 78. n. 2. Dasselbe ist mit Aebten der Fall gewesen; so war der Abt v. Clugny seit 1190 Kanonikus in Lyon, s. Gallia christ. 4. app. p. 287. In der Domkirche zu Köln hat im Mittelalter auch der Papst selbst eine Präbende gehabt; Binterim und Mooren, die alte u. neue Erzdiöcese Köln. Mainz 1828. 1, 335. 336. S. 80. n. 4; Hüffer, Forschungen S. 266.

Stifter, wie z. B. die Pröpste wegen ihrer sonstigen Geschäfte nicht im Stande waren, regelmässig am Gottesdienst theil zu nehmen; ferner eine Reihe von Kanonikern nicht nur wegen zufälliger Gründe, z. B. wegen Studiums auf den Universitäten, Krankheit, Verwendung im Dienste der Stifter u. s. w., sondern auch wegen der einreissenden Verweltlichung lediglich der Bequemlichkeit halber[1] oder wegen des Besitzes von Pfründen in verschiedenen Stiftern[2] von den geistlichen Funktionen fern blieben. Um unter diesen Umständen die vorgeschriebene Ordnung des Gottesdienstes einhalten zu können, bedurfte es der Zuziehung weiterer geistlicher Kräfte. Da aber in manchen Stiftern das Vermögen oft nicht zur Vermehrung der Kanonikate hinreichte, ferner bei einer solchen sich jene Uebelstände doch wieder in Bezug auf die neu kreirten Stellen geltend gemacht hätten, endlich auch die Stiftsherren selbst diesem Mittel, welches leicht zu einer Verminderung ihrer Einkünfte führen konnte, nicht geneigt sein mochten, so wurden bei den einzelnen Stiftern Geistliche angestellt, welche zwar zu der Kirche gehörten, aber im Gegensatz zu den Kanonikern weder Mitglieder des Kapitels waren, noch irgend welche Anwartschaft auf das Einrücken in dasselbe erhielten. Der für sie am häufigsten vorkommende Name ist: *vicarii*[3], weil sie die Stiftherren in ihren Funktionen vertraten, und zwar bald die einzelnen[4], welche aus den vorhin erwähnten Gründen zur eigenen Vornahme derselben verhindert waren[5], bald in der Weise, dass sie allgemein zur Aushülfe und zum Ersatz für die fehlende genügende Anzahl von Kanonikern angestellt waren[6]. Die Anfänge dieser Praxis fallen in die letzte Hälfte

[1] Mitunter unter Konnivenz der Statuten, s. z. B. die von Konstanz aus dem 13. Jahrhundert, welche die Kanoniker zum Chordienste nur an bestimmten Festtagen verpflichten, Mone, Zeitschrift 21, 32; und die von Barcelona aus dem 13. Jahrh. Martène et Durand, thesaur. nov. anecdotor. Lut. Paris. 4, 597: „Canonicus cui assignata fuerit septimana de epistola vel de evangelio per seipsum vel alium canonicum in festo IX lectionum officium suum adimpleat. In profestis autem diebus eidem liceat honesto vicario qui non sit canonicus evangelium vel epistolam commendare"; vgl. auch die Statuten von Lüttich v. 1250 (Hartzheim 3, 581), welche allein in Betreff der Priesterpfründen vorschreiben: „isti (canonici) autem iurabunt continuam residentiam, et sacerdotis officium exercentes suas ad maius altare in propriis personis faciunt septimanas nec habebunt vicarios, sed si aliquis ex iis urgente necessitate fuerit impeditus, vices suas supplere poterit per aliquem de amicis, dummodo sit canonicus qui supplebit, vel si canonicus haberi non possit, per alium qui possit ad maius altare cantare vel alium qui tenetur aliorum supplere defectum"; und unten n. 6.

[2] Statuta Leod. cit. (Hartzheim l. c. p. 582): „Quodsi archiepiscopi vel episcopi seu aliqui praelati maioris Coloniensis ecclesiae sacerdotes Leodiensis ecclesiae sint canonici et praebendas habeant in eadem, vicarios pro se statuere non poterunt, nisi boni testimonii viros et qui sint etiam sacerdotes qui praesentabuntur decano et capitulo prima vice: quibus decedentibus vel cedentibus per decanum et capitulum loco cedentium vel decedentium alii honesti et idonei statuantur. Hi similiter vicarii perpetuo in ecclesia residebunt et suas septimanas facient ad maius altare" . . .

[3] S. die vorhergehenden und nachfolgenden Noten. Vgl. überhaupt Thomassin l. c. c. 70. n. 10. 11; J. H. Boehmer l. c. III. 4. §§. 33 ff.; Raumer, Geschichte der Hohenstaufen 6, 44. 45; Hurter, Gesch. Papst Innocenz' III. 3, 373.

[4] Diese werden bezeichnet als vicarii dominorum sc. canonicorum s. Kalendarium der Dom-Custodie zu Köln, Ennen und Eckertz l. c. 2, 565, als heriles, so die drei zu Regensburg im J. 1323 gestifteten (s. Mayer thes. 2, 62) Vikarien, über welche die Statuten ibid. p. 20 bemerken: „ordinati sunt tres vicarii, scil. unus sacerdos, unus dyaconus et unus subdiaconus, qui tres heriles dici potuerunt eo quod principaliter dominorum canonicorum vices supplere videantur".

[5] Beispiele für die wegen des Studiums auf Universitäten verhinderten in d. Statut. für Florenz a. 1232, Ughelli, Italia sacra 3, 109; über die vicarii der Bischöfe und der gleichzeitig an andern Kirchen angestellten Kanoniker s. Note 2; ferner diplom. a. 1219 bei Ennen und Eckertz 2, 77, wo des capellanus prepositi erwähnt wird, Statuten von Mainz bei Mayer, thes. 1, 20: „item nullus capellanorum praepositorum vel aliorum praelatorum"; Stat. der Kollegiatkirche zu Braunschweig saec. 15, Mayer l. c. p. 132. 133. Sodann gehören auch die Vertreter der Fürsten, sofern diese Ehren-Kanoniker in einzelnen Stiftern waren, die s. g. vicarii imperii, capellani imperatoris, regales, Kalendarium cit. bei Ennen u. Eckertz 2, 565; syn. Colon. a. 1260. c. 10, Hartzheim 3, 592; s. auch oben S. 77, hierher.

[6] Diplom. für Regensburg a. 1239, Mayer, thes. 2, 19. n. r.: „cum non modicum sacerdotum defectum nostra pateretur ecclesia ob reverenciam



des 11. Jahrhunderts. Mochte man zunächst nur derartige Vikarien auf kurze Zeit, für die Dauer der Abwesenheit oder Verhinderung der einzelnen Domherren, also ad nutum amoviles bestellen, so führten doch die vorhin erwähnten Gründe im Laufe des 12. Jahrhunderts zu der Einsetzung von ständigen Vikarien[1], *vicarii perpetui*, und schon im 13. Jahrhundert galten diese Stellen, die s. g. *vicariae*, als eigentliche Beneficien[2], weil mit denselben nunmehr auch ein für alle Mal fixirte Einkünfte verbunden wurden[3].

Ferner stifteten sowohl Bischöfe, wie auch Kanoniker und weltliche Herren noch an denselben Kirchen neue, den Aemtern der Vikarien ähnliche Beneficien, welche gleichfalls *vicariae* genannt wurden[4] und deren Inhaber, wenngleich ihnen mitunter vielfach die Verpflichtung auferlegt war, an einem bestimmten Altar und in einer bestimmten Kapelle gewisse Messen zu lesen, doch ebenfalls an dem allgemeinen Chor-

divini cultus et supplecionem memorati defectus II vicarios sacerdotes nostre deserviendo ecclesie in perpetuum auctoritate domini nostri Sifridi episcopi et consensu accedente unanimiter ordinavimus (nämlich das Domkapitel) ad dei et b. Petri gloriam et uberiorem divinorum execucionem, de proventibus unius ecclesie nostre prebende, bona fide communiter permittentes, supradicti vero vicarii modo infra subnotato in nostro choro suum propensius officium exequantur"; vgl. dazu auch ibid. p. 18. 62. Wegen dieser ihrer Stellung wurden sie auch vicarii principales genannt, s. die Regensburger Statuten l. c. p. 64 (eine andere Bedeutung dieser Bezeichnung S. 80. n. 4). Ein weiteres Beispiel bietet die Urkunde v. 1232, Ughelli, Italia sacra 5, 541, nach welcher aus dem gleichen Grunde eine Domherrn-Präbende in der Kathedrale von Trevigi in 4 praebendae mansionariae für 4 mansionarii zur Aushülfe bei Verrichtung des officium divinum, nämlich für 2 Priester und 2 Diakonen, getheilt wird. Ueber die Bedeutung des Wortes: mansionarius und den ausser Deutschland häufigen Gebrauch desselben für vicarius in dem hier in Rede stehenden Sinne s. Th. I. S. 378. n. 1. Für das letztere vgl. auch noch syn. Trident. a. 1336. c. 5 (Hartzheim 4, 639): „Mansionarios, qui bini unam valore parem ex canonicalibus prebendis equis percipiunt portionibus annuatim, quemadmodum et suum sibi in choro nostre katedralis ecclesie commissum officium eos artat, ad continuam, nisi forte iusta et probabilis causa excusaret, eosdem tunc per substitutos ydoneos astringimus ressidentiam personalem quos omnino non minus ad persolutionem in eadem ecclesia tocius officii nocturni videlicet et diurni obnoxios reddimus quam alios praebendatos". Abgeleitet ist dieser Gebrauch von mansionarius in der Bedeutung von canonicus mansionarius = canonicus residens, s. Du Fresne du Cange s. v. mansionarii canonici. Der Gegensatz dazu, ebenso wie zu dem dasselbe bedeutenden Ausdruck can. stationarius bildet can. forensis, d. h. can. non residens, s. Lamberti Ardensis hist. com. Ardens. c. 118, de Ludewig, reliquiae manuscr. 8, 534: „cuilibet canonico in villa conversanti et stationario circa forum et circa novam suam ecclesiam mansum dedit et liberum concessit. Postquam vero suos in novam suam ecclesiam introduxit canonicos (u. 1070), statuit et tam propriae manus quam capituli canonicorum iuramento confirmavit quod nullus canonicorum qui in propria persona in ecclesia sua suam non deserviret praebendam de praebenda amplius obtineret quam C solidos, vicarius autem eius, quicquid amplius valeret. Nec canonicus aliquis forensis suum ibi substitueret vicarium sed tantum ecclesiae decanus iuxta consilium canonicorum in ecclesie quotidie conversantium". Vgl. endlich über das Wort: mansionarius noch Schmidt in seinem thes. 3, 241 ff. und L. Nardi, dei parrochi Pesaro 1829. 2, 284. n. 4.

[1] Gegen die Annahme auf kurze Zeit Innoc. III. ep. XII. 25 (ed. Baluze 2, 312); Urk. v. 1230, Miraei opp. diplom. 3, 90. Indessen kommen zeitweis angestellte noch viel später vor, s. die Statuten des Kollegiatstifts Unserer lieben Frauen zu München a. 1495 bei Mayer 1, 219.

[2] c. 6. (Honor. III.) X. de offic. vicarii I. 28. Hinsichtlich mehrerer allgemein lautender Stellen desselben Titels, ebenso hinsichtlich des c. 27 (Innoc. III.) X. de rescript. I. 3 bleibt es indessen zweifelhaft, ob sie von den hier in Rede stehenden oder den Vikarien der Pfarrer handeln.

[3] Gewöhnlich in der Weise, dass der Ertrag einer bisherigen Kanonikatpfründe für den Unterhalt mehrerer Vikare oder Mansionarii ausgesetzt wurde oder der statt des Kanonikers fungirende Vikar einen bestimmten Antheil von dessen Präbende erhielt, s. S. 78. n. 6.

[4] Stiftungsurkunden vom 13. Jahrh. ab bei Würdtwein, subsidia dipl. 9, 88. 100. 113 für die Diöcese Mainz; ibid. p. 167 für Speier; vom 12. Jahrh. ab bei Ennen und Eckertz l. c. 1, 593; 2, 538; 3, 100. 101. 457 für Köln; aus dem 14. Jahrh. für Lübeck bei Lünig, spicil. eccles. 2, 343. 368. 373. Ein Verzeichniss der vicariae vom Dom zu Mainz mit einem Plan der zu diesen gehörigen Kapellen und Altäre giebt Guden, cod. dipl. 2, 729 ff. Deshalb wurden die Vikare auch mehrfach als socii oder vicarii socii, Mainzer Statuten bei Mayer 1, 10. 13. 17. 19. 21 und chori socii (maioris ecclesie Moguntinae) dipl. a. 1294 bei Guden, cod. dipl. 1, 879 bezeichnet, s. namentlich syn. Colon. a. 1549 (Hartzheim 6, 545): „ordinamus ut ecclesiarum collegiatarum vicarii, quos aliqui vocant capellanos aut chori socios, nomini suo respondeant, nec tempore divinorum aliis

dienst Theil zu nehmen hatten. Wegen des erst erwähnten Umstandes wurden die Vikarien häufig *capellani* (mitunter *altaristae*) genannt und diese Ausdrücke als gleichbedeutend gebraucht [1], wenngleich capellanus auch als der fest auf eine Kapelle intitulirte Geistliche dem blos widerruflich angestellten Vikar gegenübergesetzt [2] und ferner von den Vikarien, resp. Mansionarien, welche keine Verpflichtung zur Funktion an einem bestimmten Altar oder einer bestimmten Kapelle hatten, mit Fug und Recht unterschieden werden konnte [3]. So bildete die Gesammtheit der hier besprochenen Stellvertreter [4] neben dem Kapitel gewissermassen ein zweites Corpus niederen Rechtes [5], welches mit der Verwaltung der Angelegenheiten des ersteren nichts zu thun hatte, dessen Mitglieder aber die höheren ordines, meistens sogar die Priesterweihe besitzen mussten [6], und einer strengeren Residenzpflicht als die eigentlichen, die höheren Pfründen beziehenden Kanoniker unterworfen waren [7].

psallentibus, ipsi extra chorum spatientur, desideant, confabulentur aut aliud quid agant in ecclesia, in populi scandalum: sed canonicis in persolvendis horis canonicis et divinis sint adiumento et onera specialia ad quae vel ex fundatione vel antiqua consuetudine aut ecclesiarum statutis obligantur, devote et diligenter persolvant". Sie sind nicht zu verwechseln mit den choraules, chorales Kübizzen, den Chorsängern, welche später statt der Domicellaren die Gesänge bei dem Gottesdienste vortrugen, vgl. die Statuten bei Mayer 2, 218. 219; Würdtwein, subsidia diplom. 4, 85; Dürr, de capit. claus. bei Schmidt, thes. 3, 139. n. g; Mone, Zeitschrift 21, 20.

[1] S. die vorige Note u. S. 78. n. 5. a. E.; vicaria und capellania gleichbedeutend syn. Colon. a. 1310. c. 15 (Hartzheim 4, 123).

[2] S. z. B. Statuten von Regensburg, Mayer 2, 219.

[3] S. Statut von Barcelona bei Martène und Durand l. c. 4, 597; syn. Trid. a. 1336. cit., Hartzheim 4, 639. 649. Mitunter beruht die Unterscheidung auch nur darauf, dass die Inhaber bestimmter Stellen feststehend mit dem Namen capellani bezeichnet worden sind, s. diplom. a. 1219 bei Ennen und Eckertz l. c. 2, 77 und Statuten bei Mayer 1, 132. 133, wo der Vikar des praepositus capellanus heisst, vgl. ferner die Statuten v. Mainz ibid. 1, 13. 17. 18. 21. 23. 25.

[4] Ein anschauliches Bild von der grossen Anzahl derselben und ihrer verschiedenen Stellung giebt der liber collatorum aus dem 15. Jahrh. für das Domkapitel zu Köln, Binterim u. Mooren, die alte und die neue Erzdiöcese Köln. Mainz 1828. 1, 335: „IV sunt vicarie in maiori ecclesia colon. que dicuntur principales videl. s. Severini, s. Martini, s. Stephani sub turri et Cosme et Damiani quarum vicarii sunt II capellani sanctissimi pape nostri et alii II sunt capellani serenissimi regis romanorum qui habent perpetuos vicarios in supradicta ecclesia. maior decanus habet eas conferre in turno suo. Item sunt in eadem... vicarie que dicuntur vicarie emptitiorum, quarum sunt V, vid. Silvestri, Catharine, Michaelis, Stephani existentis in latere sinistro summi altaris extra chorum et vicaria ss. III regum. Item sunt in eadem ecclesia vicarie quorum vicarii dicuntur altariste, scil. sanctorum Sebastiani ... Item sunt... III vicarie quorum vicarii dicuntur altariste scil. sanctorum Alexii, Jvonis et Huperti, non sunt de choro nec sunt sub disciplina. Maior decanus habet conferre in thurno suo ... Item sunt in eadem ecclesia vicarii qui dicuntur temporales, videl. vicarii episcoporum qui sunt canonici et de gremio maioris ecclesie colon. non obstante ubi fuerint episcopi. Quorum vicarias seu capellanias semper habet conferre maior decanus, non obstante in quocunque turno sit et dicuntur temporales, quia dum illi episcopi vivunt, tam diu sunt ipsi vicarii in eadem ecclesia. Sed post mortem dominorum eorum vel si aliquis episcopus resignaverit prebendam quam habet in eadem ecclesia, tunc amoventur et licentiantur et deinceps non vadunt ad chorum nec habent amplius quidquam de eodem, ergo dicuntur temporales, quia ad tempus habent illas vicarias. Item supradictis capellanis, quamdiu sunt de choro, datur cuilibet tertia pars prebende domini sui tam in praesentiis quam de corpore domini sui, sed tales episcopi seu domini eorum nihil habent de praebenda, sed tantum obtinent adhuc locum in capitulo quamdiu vixerint... Item quilibet prelatus, vid. prepositus, maior decanus, subdecanus, chori episcopus, scholasticus et II seniores canonici habent suum capellanum qui vadunt ad chorum et habent presentias et semellas, sed nullum corpus; has capellanias non habet conferre decanus, sed unusquisque prelatorum dat suam capellaniam cui vult".

[5] Eine ähnliche Stellung haben wohl auch die decumani, welche an der Kathedralkirche von Mailand s. die Urkunden aus dem 11. Jahrh. bei Puricelli, Ambrosianae Mediolan. biblioth. monument. Mediolani 1645. p. 359. 639. 413. 425 u. diplom. circ. a. 1170, Ughelli Italia sacra 4, 157 vorkommen, gehabt, s. auch ibid. p. 20. 200.

[6] So namentlich die in Verbindung mit einem bestimmten Altar gestifteten Vikarien, weil deren Inhaber Messen zu lesen verpflichtet waren. Vgl. ferner S. 78. n. 2. u. 6. Uebrigens hatten die Vikarien bei ihrer Anstellung ebenfalls einen Diensteid zu leisten. Formeln bei Mayer l. c. 2, 200; 4, 121.

[7] Mit Bezug auf hier namentlich durch päpstliche Verleihungen eingerissene Missbräuche bestimmte das deutsche Konstanzer Konkordat c. 2.

II. Heutige Zeit. A. Zusammensetzung der Kapitel. Erfordernisse für die Kapitularen. Stellung der Vikare. Die Koadjutoren. In Folge der Umwälzungen in der katholischen Kirchenverfassung und der Säkularisation, welche die Ereignisse Ende des vorigen und Anfangs dieses Jahrhunderts herbeigeführt hatten, traten bei der Neu-Errichtung der Bisthümer in diesem Jahrhundert sowohl in Deutschland als auch in Frankreich in den Kapiteln schon allein dadurch eine Reihe von grossen Veränderungen ein, dass die einzelnen Staaten nur die Gewährung von festen Gelddotationen für eine bestimmte Anzahl von Kapitelstellen der wieder hergestellten Domkirchen übernahmen, ferner in Deutschland die neugegründeten Domkapitel ihre einstige mit der Reichsverfassung zusammenhängende politische Bedeutung nicht wieder erlangen konnten, und endlich die früher bestehenden Kollegiatkirchen fast nirgends restituirt wurden. In Folge des ersten Umstandes ist eine Vereinfachung in der Stellung der Kanoniker eingetreten, da die canonici juniores, domicellares, exspectantes fort gefallen sind [1], und nur noch eine bestimmte Anzahl von capitulares oder canonici numerarii [2] vorkommt, d. h. von Kanonikern, welche sofort nach ihrer Ernennung nicht allein Sitz und Stimme im Kapitel, sondern auch eine freilich gewöhnlich nur in einem vom Staate zu gewährenden Gehalt bestehende Pfründe erhalten [3].

Was die Qualifikation betrifft, so haben die neueren Vereinbarungen mit dem päpstlichen Stuhl diese unter meistens stillschweigender Beseitigung der haltlosen, früher statutarisch festgesetzten Erfordernisse, so namentlich der Nothwendigkeit des adligen Standes [4] auf Grund des gemeinen Rechtes (s. oben S. 66) geregelt. Erfordert wird, was 1. den Weihegrad betrifft, entweder der Besitz eines höheren Ordo, so in Altpreussen [5], Hannover, Baiern [6] oder der der Priesterweihe in Oesterreich

l. f., dass die vicariae ad certa chori officia auch mit apostolischer Autorität nur an solche Personen gegeben werden sollten, welche selbst fähig wären, die Funktionen derselben zu erfüllen. Hübler, Konstanzer Reformation. S. 181.

[1] In Oesterreich hatte diese schon Joseph II. beseitigt, indem ein Hofdekret vom 2. Februar 1787 die Zahl der Kanoniker bei jedem Metropolitan-Kapitel auf 12, bei jedem Kathedral-Kapitel auf 8 mit Einschluss der Dignitäre festgesetzt. Helfert, Rechte der Bischöfe 1, 320; Huller a. a. O. S. 73. Indessen finden sich heute noch Domicellaren im Erzbisthum Salzburg, 1 an der Kathedrale und 3 am Kollegiat-Stift Mattsee, Schulte, status dioeces. p. 47.

[2] Der erstere Ausdruck wird wiederholt in der Bulle: Impensa Romanor. pontif. v. 1824 für Hannover, der letztere in der Bulle de salute animar. v. 1821 für Preussen gebraucht.

[3] Ausser den Dignitäten sind festgesetzt durch die Bulle de salute animarum für Preussen beim Metropolitan-Kapitel von Köln 10, von Gnesen-Posen für Gnesen 6, für Posen 8, für die Kathedral-Kapitel von Trier, Paderborn, Münster, Kulm 8, Breslau 10; in Baiern nach dem Konkordat von 1817. art. 3 bei dem Metropolitan- 10, den Kathedral-Kapiteln 8; in der oberrheinischen Kirchenprovinz beim Metropolitan-Kapitel Freiburg und den Kathedral-Kapiteln zu Mainz und Rottenburg 6, zu Limburg 5, Fulda 4 (s. Bulle: Provida solersque v. 1821), für die jetzige preuss. Provinz Hannover bei den Kathedral-Kapiteln von Hildesheim und Osnabrück 6. Die Zahl der capitulares an der während der französischen Herrschaft zur Kathedrale erhobenen, durch die Bulle: De salute animarum aber in eine Kollegiatkirche verwandelten Marienkirche zu Aachen beträgt gleichfalls 6. Der Bestand der Metropolitan- und Kathedral-Kapitel in Oesterreich, wo sich auch noch eine grössere Anzahl von Kollegiatkirchen finden, ist angegeben bei Ginzel, K. R. 1, 286. n. 4 und Schulte l. c. zu den einzelnen Bisthümern, über die nicht deutschen Provinzen Oesterreichs s. Schulte, Lehrbuch des kath. Kirchenrechts. 1. Aufl. S. 481 ff. Zahlreicher sind die Kapitularenstellen in den ausserdeutschen Kapiteln, so z. B. in Spanien, vgl. Konkordat von 1851 resp. 1859. art. 13. 17 in Moy, Arch. für kath. K. R. 7, 381. 382.

[4] Worin für Oesterreich schon Joseph II. durch die Hofdekrete vom 23. u. 24. Oktober 1783 vorangegangen war. Huller S. 73.

[5] Die Vorschriften des Preuss. L. R. Th. II. Tit. 11. §§. 1073 über die Kapitel sind durch die Bulle de salute animarum gegenstandslos geworden.

[6] In Preussen durch die Bulle: De salute animarum ausdrücklich vorgeschrieben, für Baiern verweist das Konkordat Art. 10 auf das Tridentinum, die hannoversche Bulle auf die sacri canones. S. oben S. 66. Dass auch für

und der oberrheinischen Kirchenprovinz [1]; 2. ein Alter von 30 Jahren in der letzteren und in Hannover, während sonst die gemeinrechtliche Vorschrift in Frage kommt, dass der Kandidat bereits den Subdiakonat besitzen (s. S. 66) oder wenn der Kanonikat wegen der mit demselben verbundenen Verpflichtungen zu Messen u. s. w. einen höheren Ordo bedingt, sich bereits in einem Lebensalter befinden muss, welches ihm gestattet, den letzteren innerhalb Jahresfrist zu erlangen [2]. 3. Praktische Bewährung im Kirchendienst oder einem wissenschaftlichen Lehramt oder mindestens hervorragende wissenschaftliche Bildung, ein Erforderniss, welches im Einzelnen näher dahin spezialisirt ist: nützliche oder löbliche Dienstleistungen für die Kirche, namentlich in der Seelsorge, in Oesterreich, Preussen [3], Hannover, oberrh. Kirchenprovinz, oder bei der Verwaltung eines Bisthums nach preussischem [4] und baierischem Recht, Verwaltung eines Lehramtes der Theologie oder des kanonischen Rechts an einer Universität oder einem bischöflichen Seminar in Oesterreich, Preussen, Hannover, oberrh. Kirchenprovinz, während in Baiern nur allgemein hervorragendes wissenschaftliches Verdienst erfordert wird und in Preussen auch der rite erworbene Doktorgrad im kanonischen Recht oder der Theologie genügt [5]. Damit haben die partikulären Bestimmungen das gemeine Recht verschärft, welches allein für die Dom- und für die hervorragenden Kollegiatkapitel, soweit es thunlich ist, die Besetzung der Hälfte der Kanonikate mit Doktoren, Magistern und Licentiaten der Theologie, resp. des kanonischen Rechtes vorschreibt [6]. 4. Indigenat in Preussen, Baiern, Hannover, dagegen in der oberrheinischen Kirchenprovinz Zugehörigkeit zur Diöcese, an deren Kapitel der Geistliche eine Kapitular-

Preussen die daselbst zu 2 erwähnte Vorschrift des Tridentinums gilt, also die Hälfte der Kanoniker Priester sein muss, ergiebt sich daraus, dass die Bulle keine Erleichterungen gegenüber dem gemeinen Recht hat schaffen wollen und den Kapiteln ausdrücklich die Befugniss entzieht, dem Tridentinum zuwiderlaufende Statuten zu machen. Das Posener Erektions-Dekret von 1830, Weiss, corp. iur. eccles. cathol. S. 113 und das Kölner Restitutions-Diplom §. 16, Hüffer, Forschungen auf d. Gebiete des französ. u. rhein. Kirchenrechts. S. 342 schreiben auch die Erwerbung des Presbyterats binnen 2, resp. 1 Jahr nach der Erlangung des Kanonikats vor.

[1] So das freilich jetzt beseitigte Conc. Austr. art. 22; für die oberrh. Kirch. Prov. gemeins. Edikt vom 30. Januar 1830. §. 20: „Zu Domkapitularstellen können nur Diöcesangeistliche gelangen, welche Priester, 30 Jahr und tadellosen Wandels sind, vorzügliche theologische Kenntnisse besitzen, entweder die Seelsorge, ein akademisches Lehramt oder sonst eine öffentliche Stellung mit Auszeichnung verwaltet haben und mit der Landesverfassung genau bekannt sind"; die Bulle: Ad dominici greg. custod. spricht dagegen nur von „candidati in sacris ordinibus constituti". In Württemberg gelten die erstern Bestimmungen noch heute, denn die im Art. 4 des Ges. v. 30. Januar 1862 aufrecht erhaltenen Vorschriften des Fundationsinstruments v. 1828 (s. Reyscher, Sammlung 10, 1072) setzen dies ausdrücklich fest; dasselbe ist auch für Baden, dessen Gesetz vom 9. Oktober 1860 ebenfalls damit nicht in Widerspruch tritt, anzunehmen (s. Spohn, badisches Staatskirchenrecht S. 164). Für Hessen-Darmstadt kommt keine neuere gesetzliche Derogation in Frage. Die in den preuss. Theilen der oberrh. Kirch. Prov. nunmehr geltende preuss. Verfassung hat m. E. den §. 20. cit. ebenfalls nicht beseitigt, da die Verschärfung der Qualifikation mit dem Trid. Sess. XXIV. c. 12. de ref. in Einklang steht. — Auch das spanische Konkordat art. 16 verlangt die Priesterweihe oder Erlangung derselben binnen einem Jahre nach erworbenem Besitz des Kanonikates. Ebenso müssen die Domherren in Frankreich den ordo sacerdotalis besitzen, s. Bouix l. c. p. 74. 75.

[2] Trid. Sess. XXII. c. 4. de ref.; Sess. XXIV. c. 12. de ref.; das conc. Austr. art. 22, Bavar. art. 10 verweisen übrigens noch ausdrücklich auf die in den sacri canones, resp. dem Tridentinum festgesetzten Eigenschaften. Wegen der weiter im Text angegebenen Erfordernisse reicht übrigens die sich danach ergebende Minimalgrenze nicht aus.

[3] Hier ist noch eine mindestens 5jährige Dauer festgesetzt.

[4] Und zwar eines preussischen Bisthums.

[5] Vgl. zu allem Bemerkten die in den früheren Noten angegebenen partikulären Bestimmungen. Statutarisch ist der Doktorgrad nothwendiges Erforderniss in Posen und Köln, s. Weiss und Hüffer a. a. O.

[6] Trid. Sess. XXIV. c. 12. de ref. Für die oberrheinische Kirchenprovinz wird noch Kenntniss der Landesverfassung erfordert.

stelle erhalten soll, wogegen in Oesterreich dieses dem gemeinen Rechte unbekannte Erforderniss nicht aufgestellt ist[1]. Die Nothwendigkeit der adligen Geburt ist in dem letzteren Lande im Allgemeinen verworfen, aber da, wo sie fundationsmässig für einen bestimmten Kanonikat besteht, aufrecht erhalten worden[2].

Namentlich in Folge der erneuerten Einschärfung der Verpflichtung zur Residenz sind in den neuen deutschen Kapiteln auch die früher vorgekommenen verschiedenartigen Präbenden (s. S. 74) fortgefallen, ein Rest der alten Professorenpfründen hat sich indessen in Preussen insofern erhalten, als in Münster und Breslau je eine Präbende stets einem Professor der dortigen Akademie, resp. Universität, welcher aber die allgemeine Qualifikation für die Erwerbung eines Kanonikates besitzen muss, verliehen werden soll[3].

Neben diesen vollberechtigten Kapitularen finden sich aber noch heute in einzelnen Ländern s. g. *canonici honorarii*, welche sowohl unter sich als auch von den früheren Ehrendomherren (s. S. 76) verschieden sind. Die fast bei allen österreichischen Kathedral-[4], auch bei einzelnen Kollegiat-Kapiteln[5] angestellten canonici honorarii haben nur den Titel, das Recht zum Tragen des Kapitelzeichens und bei Feierlichkeiten, wo sie mit den wirklichen Kanonikern ihres Stiftes zusammenkommen, die letzte Stelle hinter diesen[6]. Umgekehrt erscheinen die preussischen Ehrendomherren[7] in gewisser Hinsicht als wirkliche Mitglieder der Kapitel, welche nur von der Residenz entbunden sind, dagegen wenn sie am Ort der Kathedrale anwesend, nicht nur an allen gottesdienstlichen Akten Theil nehmen können, sondern auch volles Stimmrecht bei der den Kapiteln zustehenden Bischofswahl besitzen[8]. Während sich diese österreichischen und preussischen Honorarkanoniker von den älteren dadurch unterscheiden, dass sie in beiden Ländern Geistliche sind, da solche Kanonikate nur als Ehrenauszeichnung für geleistete kirchliche Dienste gewährt werden sollen[9], zeigt sich der Charakter der österreichischen als reiner Titularkanoniker auch darin, dass diese aus ihrer Stellung keine Einkünfte beziehen, wogegen den preussischen gewisse, wenn auch kleinere Bezüge wie den Numerar-Domherren als Präbenden zugewiesen sind[10]. In den übrigen deutschen Kapiteln kommen die Ehrendomherren nicht vor, wohl aber ausser-

[1] S. die folgende Note.

[2] Concord. art. 22, die preuss. Bulle de salute animarum erklärt dagegen allgemein: „cuiuscumque vero conditionis ecclesiasticos viros aequali iure ad dignitates et canonicatus obtinendos gaudere debere decernimus".

[3] Bulle De salute animar. verb. Itemque statuimus unam in Monasteriensi.

[4] Nachweisungen bei Schulte in dem angeführten status; in Wien finden sich 10, s. ibid. p. 41.

[5] Zu Prag (Wysehrad), Kremsier, Nikolsburg l. c. p. 25. 35. 38.

[6] Helfert S. 352; Schulte, Lehrb. 2. Aufl. S. 230. Ehrendomherren mit ähnlicher Stellung kommen übrigens auch schon früher vor, so z. B. im Kapitel von Pistoja, s. Ughelli, Italia sacra 3, 286.

[7] Solche an allen altpreuss. Kathedralkirchen. In Breslau sollen der jeweilige Probst der St. Hedwigskirche zu Berlin und der Dekan der Grafschaft Glatz stets je einen dieser Ehrenkanonikate erhalten. Ueber die Ehrenkanonikate des Offizials zu Vechta und des ältesten oldenburgischen Dekans an der Kathedrale zu Münster s. Vertrag v. 5. Jan. 1830. §. 4 (Müller, Lex. des K. R. 5, 402) u. v. 10. Mai 1837 (Rheinwald, acta hist. eccles. 3, 372).

[8] Bulle de salute anim.: „singulis profecto ex primodictorum capitulorum canonicis honorariis quos ad personalem residentiam et ad servitium chori minime obligatos esse declaramus, idem cum residentibus canonicis aditus ad chorum et ad caeteras ecclesiasticas functiones patebit . . . ad huiusmodi autem electiones ius suffragii habebant canonici tam numerarii quam honorarii". S. auch die Statuten von Köln §§. 25. 43 bei Hüffer, Forschungen S. 355. 360.

[9] In Preussen nach der cit. Bulle allein an „archipresbyteri animarum curam in respectiva dioecesi laudabiliter exercentes".

[10] Nach der Bulle de salute animarum.

halb Deutschlands, so z. B. in Frankreich[1] und in der Schweiz[2]. Ein gemeinrechtliches Institut sind die canonici honorarii nicht und sie dürfen deshalb auch nicht mit den oben erwähnten canonici supranumerarii (s. S. 64) verwechselt werden, vielmehr sind ihre rechtlichen Verhältnisse nach den speziellen Privilegien, resp. den bestehenden Gewohnheiten zu beurtheilen[3].

Die Vikarien kommen gleichfalls noch in den neueren Stiftern, aber meistens in veränderter Bedeutung, so namentlich in Deutschland, vor. Sie haben ein festes dauerndes Amt[4] mit einem fixirten, für die Regel vom Staat zu zahlenden, die Präbende repräsentirenden Gehalt und erscheinen nicht als Stellvertreter der einzelnen Kanoniker[5], vielmehr haben sie neben denselben die Pflicht zum Chordienst, zur Aushülfe in der Seelsorge und den bischöflichen Geschäften[6].

Mit Rücksicht hierauf, sowie auf die in den neueren Vereinbarungen festgesetzte Art der Besetzung der Kanonikate bleibt ferner in den deutschen Stiftern heute kein Raum für die Einsetzung von s. g. *coadiutores perpetui*, d. h. von Stellvertretern der durch körperliche oder Geistes-Krankheit oder Alter an der vollen, resp. theilweisen Wahrnehmung ihrer Funktionen verhinderten oder der bereits 60 Jahr alten, wenn auch noch fähigen Kanoniker mit dem Recht der Nachfolge in die Stellen der letzteren (der s. g. *coadiuti*)[7]. Diese Art der coadiutoria, welche dem gemeinen Recht unbekannt ist, hat

[1] Hier werden unterschieden chanoines d'honneur, d. h. Prälaten anderer Diöcesen, welche Ehren halber als Mitglieder eines Kapitels in der Liste geführt werden und chanoines honoraires, Geistliche, die diesen Titel als Auszeichnung erhalten. Die chanoines titulaires sind nicht Titular-, sondern intitulirte, also die eigentlichen Domherren. S. Herzog, Real-Encyklopädie 4, 491 u. Erektionsbulle von 1855 für Laval, Anal. iur. pont. 1863. p. 2050: „Fas autem esto, ut aliquorum canonicorum honorariorum numerus addatur, qui tamen titularium canonicorum numerum nimine excedant nullamque vocem gestionemque in capitulo habeant". Das Letztere gilt auch von den spanischen Kanonikern „de gracia" s. Konkordat v. 1851, resp. 1859. art. 13. 17 (Moy 7, 381), denn diese werden den canonici „de oficio", d. h. solchen, mit deren Kanonikat ein officium (s. den folgenden §. namentlich am Ende) verbunden ist, entgegengesetzt.

[2] Denn die im Bisthum Basel (Residenz Solothurn) vorkommenden s. g. canonici forenses, s. g. nicht residirende Kanoniker, welche zwar ein staatliches Gehalt von 300 Frcs. erhalten, sind weder zur Residenz verpflichtet, noch haben sie die Mitgliedschaft im Senat des Bischofs oder das Wahlrecht bei Erledigung des bischöflichen Stuhles (s. Bulle Leon. XII.: Inter praecipua von 1828, Analecta iur. pontif. 1855. p. 2164; deutsch bei Moy, Arch. 19,73 und die weiteren Vereinbarungen eben daselbst S. 67. 68. 83), nehmen also eine Mittelstellung zwischen den österreichischen und preussischen Ehrendomherren ein.

[3] S. die Entscheidungen der Congreg. concilii aus den Jahren 1867 und 1868 in den Analect. iur. pontif. 1867. S. 883 u. Acta dec. sanct. sed. 3, 138 ff. 4, 177 ff. 579 ff. Uebrigens ist zum Verständniss derselben darauf hinzuweisen, dass schon die älteren Kanonisten als canonici honorarii solche supernumerarii bezeichnen, welchen gewisse geringe Obliegenheiten bei dem Gottesdienst oder das officium chori nur an bestimmten Tagen auferlegt sind, die aber keine aktiven Mitgliedsrechte und keine Antwartschaft auf Einrücken in das Kapitel haben und dass diese noch neuerdings in den romanischen Ländern vorkommen. S. darüber Bouix l. c. p. 145 ff. 156 und Const. Pii VII. v. 1803, Bull. Rom. cont. 11, 455. Von den im Text erwähnten Ehrendomherren unterscheiden sie sich dadurch, dass sie gewisse Pflichten haben, sie sind also eine Art von Vikarien mit einzelnen Ehrenrechten der Kanoniker.

[4] Vicaria oder praebendatus in der Bulle de salute animar., vicaria oder praebenda in der Bulle: Provida solersque genannt.

[5] Die in §§. 1134 ff. Tit. 11. Th. II. Preuss. L. R. erwähnten, von dem einzelnen Kanoniker ad nutum amovibel ernannten Vikarien sind in den preuss. Stiftern beseitigt, da die Zahl der Vikarien fest bestimmt und dem Bischof das Ernennungsrecht zugesichert ist.

[6] S. die vorhin citirten Konkordate, resp. Circumscriptionsbullen, welche sie als vicarii oder praebendati bezeichnen, man nennt sie auch mitunter Domkapläne. Die Kölner Statuten v. 1833. §§. 18. 19. 61 (Hüffer S. 354. 363) erwähnen ihrer Verpflichtung zum Beichthören und Predigen, sowie als Sekretär des Kapitels zu fungiren. Auch in den österreichischen Stiftern kommen solche Vikarien vor, s. Helfert a. a. O. S. 352 u. Schulte, status dioeces., nicht minder in französischen, italienischen — s. Th. I. S. 378. n. 1 a. E. — und spanischen Stiftern, Konkordat 1851, resp. 1859. art. 16. 17, Moy 7, 382, hier unter der Bezeichnung mansionarii, capellani oder beneficiati. Ueber die damit gleichbedeutenden Ausdrücke: portionarii und assisii, vgl. Barbosa, de canonicis c. 4. n. 37 ff.

[7] Den Gegensatz gegen den coadiutor perpetuus bildet der coadiutor temporalis, dessen Stellung jedenfalls mit dem Tode des coadiutus



sich im Zusammenhang mit den von den Päpsten ertheilten Expektanzen trotz des Tridentinums [1] auf dem Wege der Dispensation entwickelt und ist nicht durch das gemeine Recht, sondern durch die Kurialpraxis näher ausgebildet worden [2]. In Deutschland nie praktisch geworden [3], kommen die coadiutoriae perpetuae noch jetzt in einzelnen romanischen Ländern vor [4]. Der coadiutor, welcher nur mit Genehmigung des coadiutus [5], sofern dieser zur Ertheilung derselben im Stande ist [6], ausschliesslich vom Papst [7] ernannt werden und allein mit Zustimmung der Majorität des Kapitels die Coadjutoria erlangen kann [8], erhält zwar für die Zukunft ein festes Anrecht, ein s. g. ius ad rem auf den Kanonikat, welches sich mit dem Tode des coadiutus verwirklicht. So lange der letztere aber am Leben ist [9], ist er nicht Kanoniker [10], sondern er hat nur die Verpflichtungen eines solchen zu erfüllen, wenn es sein Koadjutus verlangt [11], ohne dass er schon an und für sich durch seine Bestellung zum coadiutor ein sofortiges Recht auf eine Präbende oder sonstige Einkünfte erhält [12]. Als beneficium kann daher die Koadjutoria nicht betrachtet werden [13].

B. Rechte und Pflichten der Kanoniker. Die Rechte, welche den Kanonikern, sofern sie zu einem Kathedralkapitel gehören, bei der Leitung der Diöcese zukommen, gehören in einen anderen Zusammenhang (s. §. 84), da sie diese nicht als einzelne, sondern als Mitglieder der Korporation haben. Ausser dem Stimmrecht im Kapitel und dem Sitz im Chor, sowie der Präbende und dem Recht auf gewisse andere Bezüge [14], Rechte, welche heute meistens gleichzeitig mit der Erlangung eines Kanonikates erworben werden (s. oben S. 81), kommen ihnen zu:

1. Gewisse Auszeichnungen in der Tracht und gewisse Insignien [15], welche durch die päpstlichen Errichtungsurkunden der einzelnen Kapitel oder durch besondere

aufhört od. widerruflich ist, vgl. darüber Fagnan. ad c. 5. X. de cler. aegrot. III. 6. n. 14 ff. und ad c. 2. X. de concess. praeb. n. 63; Garcias, tract. de benef. P. IV. c. 5. n. 1 ff.; Reiffenstuel, ius canon. III. 6. n. 26. 27. Die temporales sind in den Stiftern nicht vorgekommen, weil sie hier wegen der Existenz der Vikarien und Domicellaren überflüssig waren. Bestand doch auch kein Zwang für die erkrankten und gebrechlichen Kanoniker sich durch einen Substituten vertreten zu lassen, arg. c. un. in VI^to de clericis non resid. III. 3; Fagnan. l. c. n. 73 u. ad a. 32. X. de praeb. III. 5. n. 136. Das Aufkommen von perpetui erklärt sich dagegen daraus, dass diese einen bestimmten Vortheil aus der coadiutoria erlangten und die Päpste darin ein Mittel besassen, Günstlinge zu belohnen.

1 Sess. XXV. c. 7. de ref.: „In coadiutoriis quoque cum futura successione idem posthac observetur, ut nemini in quibuscumque beneficiis ecclesiasticis permittantur. Quod si quando ecclesiae cathedralis aut monasterii urgens necessitas aut evidens utilitas postulet praelato dari condiutorem, is non alias cum futura successione datur, quam haec causa prius diligenter a sanctissimo Romano pontifice sit cognita et qualitates omnes in illo concurrere certum sit quae a iure et decretis huius sanctae synodi in episcopis et praelatis requiruntur. Alias concessiones super his factae surreptitiae esse censeantur".

2 Fagnan. ad c. 2. cit. n. 51; Gonzalez Tellez comm. ad c. 6. X. de cler. aegr. III. 6. n. 4; Barbosa, de canon. c. 29. n. 1.

3 Hieron. Gonzalez comm. ad reg. VIII. conc. gloss. 5. §. 9. n. 10. 11; Fagnan. ad c. 2. cit. n. 77.

4 Analecta pontif. 1860. p. 1761, wo sich eine Entscheidung der Congr. conc. v. 1859 findet. Päpstliche Ernennungsreskripte für coadiutores bei Garcias l. c. n. 53. 54 u. Analecta cit. 1863. p. 2260 (betreffend die Kirche S. Maria Maggiore zu Rom).

5 Hieron. Gonzalez l. c. n. 52; Fagnan. l. c. n. 58; Ferraris, prompta biblioth. s. v. canonicus art. 10. n. 7.

6 Hieron. Gonzalez l. c. n. 93.

7 Also nicht von einem legatus a latere, Hieron. Gonzalez l. c. n. 91; Fagnan. l. c. n. 68.

8 Ferraris l. c. n. 9.

9 Garcias l. c. n. 74 ff.; Ferraris l. c. n. 58.

10 Ferraris l. c. n. 11—13.

11 Hieron. Gonzalez l. c. n. 122; Garcias l. c. n. 54 ff.; Fagnan. l. c. n. 60; dann ist er aber auch dazu verpflichtet.

12 Hieron. Gonzalez n. 94; Fagnan. n. 65; Garcias n. 54. 85. 140. 145.

13 Deshalb bezeichnen die Kanonisten mit der Rota, Garcias n. 67; Ferraris n. 11. 60, den Koadjutor als fictus canonicus et beneficiatus, qui representat tantummodo canonicum et beneficium.

14 S. unten die Lehren von den Rechten der Pfründner auf Lebensunterhalt und von der Residenzpflicht.

15 S. dazu Bouix, de capitulis p. 504 ff.

Privilegien[1] bestimmt sind, gewöhnlich das über dem regelmässig schwarzen Talar getragene Rochett und beim Chordienst die Mozetta oder Cappa von violetter Farbe, ferner ein besonderes Kapitelszeichen (*numisma* oder *insigne capituli*)[2], sowie endlich der Ring (*annulus*)[3].

2. Ihr Titel ist gewöhnlich: *Reverendissimus*, wenn sie zu einer Kathedral-, *Admodum Reverendus*, wenn sie zu einer Kollegiat-Kirche gehören[4].

3. Sie haben den Vorrang und Vortritt, die *praecedentia*[5], vor der übrigen Diöcesangeistlichkeit, womit auch ihr Vorrecht auf den ausgezeichneten Platz in dem Chor der Kirche, auf die s. g. *stalla canonicorum*, zusammenhängt[6]. Die Kathedral-Kanoniker gehen aber denen der Kollegiatkirchen vor[7]. Die Rangordnung innerhalb desselben Kapitels[8], *locus* oder *stallum in capitulo et choro*, richtet sich zunächst danach, ob der einzelne kraft seiner Stellung, kraft einer s. g. Dignität oder eines Personates, den Vortritt zu beanspruchen hat[9]. Abgesehen davon, also unter den einfachen Kanonikern, entscheidet die Anciennität, das s. g. Kanonikat-Senium[10]. Bei der Eintheilung der Kanonikate in Presbyteral-, Diakonal- und Subdiakonal-Präbenden gehen die in der höheren Klasse stehenden denen der niederen vor[11] und das Senium kommt hier erst für die einzelne Klasse in Betracht. Fehlt eine derartige Unterscheidung der Pfründen, so entscheidet allerdings der Vorrang des Weihegrades, nicht die Anciennität[12], denn für die Regel besteht bei den Kapiteln nur eine Rangordnung der Personen, nicht der Pfründen[13]. Möglich ist es allerdings, dass auch das letztere vorkommt, z. B. die ursprünglich gestifteten Kanonikate (s. g. canonicatus primae erectionis) den später z. B. durch Privatstiftungen errichteten, den s. g. canonicatus secundae erectionis, nach den statutarischen Anordnungen vorgehen. Dann würde also ein Kanoniker der ersten Gattung, welcher sich um eine besser dotirte Stelle der zweiten Art bewirbt, seine frühere Präcedenz verlieren[14]. Der Kanoniker, welcher zugleich

1 Aus früherer Zeit vgl. z. B. diplom. Leon. IX. für Bamberg a. 1052, Mansi 19, 695 u. Innoc. XII. für Regensburg a. 1695, Mayer, thes. 2, 40.

2 Helfert 1, 350. Ginzel, K. R. 1, 307. Vgl. ferner z. B. das Restitutionsdiplom für Köln v. 1825. §. 13 (Hüffer, Forschungen S. 342), wo über das numisma bemerkt wird: „Ex collo dependet insigne aureum catena eiusdem metalli revinctum, formam crucis stellatae exhibens, ab una parte colore purpureo, ab altera caeruleo pictum, cuius in medio hinc atque hinc regum adorantium et virginis immaculatae imagines cernuntur"; über Freiburg u. Rottenburg Longner, Rechtsverhältn. der Bischöfe in der oberrh. Kirchenprovinz. S. 489.

3 Ferraris s. v. annulus n. 7 ff.

4 In Köln nach dem Restitutionsdiplom §. 14. l. c. S. 342 für die Domherren nur: *Admodum Reverendi Domini, Hochwürdige Herren, Ew. Hochwürden*. Im übrigen s. Schulte, K. R. 2, 254.

5 S. darüber auch Bouix l. c. p. 516 ff. 528 ff.

6 Ferraris s. v. canonicus art. 7. n. 10 ff. 15.

7 L. c. n. 6; nur nicht denen der Stadt Rom, ibid. n. 1. Tritt bei feierlichen Gelegenheiten das Domkapitel als corpus auf, so gehen auch die dazu gehörigen mansionarii den Kollegiatkapiteln vor. Entsch. der Ritus-Kongreg. v. 1870 (Acta dec. s. sed. 5, 621).

8 Vgl. auch Barbosa, de canonic. c. 18.

9 Vgl. den folgenden §.

10 Entscheidungen der Ritus-Kongregation bei Ferraris l. c. n. 21; so hat auch Pius VII. für ein Kollegiatkapitel zu Ankona im J. 1800 verfügt (s. Bullar. Rom. cont. 11, 85).

11 Ferraris l. c. n. 25; selbst wenn die zu der geringen Klasse, z. B. zu den Subdiakonatpfründnern gehörigen Kanoniker eine höhere Weihe, z. B. den ordo presbyteralis, besitzen. L. c. n. 27.

12 Ferraris l. c. n. 23. 26; Bouix l. c. p. 519, wo eine weitere Anzahl von Entscheidungen der Ritus-Kongregation nach Gardellini (s. Th. I. S. 471. n. *) citirt ist.

13 Das Gleiche gilt auch von den stalla, welche ebensowenig für die Regel mit den Kanonikaten verbunden sind, in welchen vielmehr die Kanoniker nach Massgabe der im Text gedachten Ordnung Platz nehmen und beim Wegfall von Vormännern hinaufrücken (s. *stalla non fixa*). S. die Gutachten von Schulte und Moy in einem das Domkapitel von Laibach betreffenden Streit bei Moy, Arch. 10, 260. 261 und a. a. O. 11, 285.

14 Nur auf den Fall, dass mit jeder Kanonikatsstelle unzertrennlich eine bestimmte Pfründe und auch ein stallum fixum verbunden ist, so dass sich die beiden letzteren nicht ohne den Rang im Kapitel ändern lassen, beziehen sich die Entscheidungen der Congr. rituum bei Ferraris l. c. n. 54 und bei Moy 10, 264 dahin lautend, dass der Kanoniker, welcher unter Aufgabe seines

Bischof[1] oder Weihbischof[2] ist, geht aber allen anderen, selbst den älteren Domherren, ja den Dignitäten im Chor und im Kapitel, bei allen das letztere betreffenden Angelegenheiten vor[3].

Für die Ehrendomherren muss da, wo ihre Präcedenz unter einander in Frage kommen kann (wie z. B. in den preussischen Kapiteln), dasselbe gelten, wie für die eigentlichen Kanoniker[4].

Was endlich den coadiutor perpetuus eines canonicus betrifft, so kann von einer Präcedenz desselben nur innerhalb der Kirche und beim Auftreten des Kapitels die Rede sein[5]. Unter dieser Voraussetzung nimmt er aber nicht den Rang seines coadiutus ein, sondern er geht den wirklichen Kanonikern derselben Klasse nach, so dass er also da, wo nur die Anciennität entscheidet, den Platz nach allen Mitgliedern des Kapitels, — da, wo eine Scheidung in Sacerdotal-, Diakonal- und Subdiakonal-Pfründen vorkommt, allein den Kanonikern derselben Klasse, also bei Zugehörigkeit des coadiutus zur ersten, nur den Inhabern der Priesterpfründen nachgeht, und zwar in diesem Fall selbst dann, wenn er einen geringeren Weihegrad als den priesterlichen besitzt[6].

früheren Kanonikates einen anderen in demselben Kapitel erlangt hat, nur das stallum oder den locus des letzteren erhält, nicht aber den locus des früheren aufgegebenen beibehalten kann, s. die citirten in Moy Arch. 10, 260. 264.

1 Möge er nun der Diöcesan-Bischof, c. 15 (Innoc. III.) X. de conc. praeb. III. 8; c. 11 (Bonifac. VIII.) in VIto de appell. II. 15 oder Bischof einer andern Diöcese sein, s. oben S. 77. Noch heute kommen solche Fälle, wenngleich selten, vor, so ist nach Schulte, Lehrb. 2. Aufl. S. 230. n. 21, der Bischof von Brünn Domherr in Olmütz.

2 So sind in Rom bei den Basiliken St. Johann im Lateran, St. Peter und Maria Maggiore mehrere Domherren stets Weihbischöfe. Analecta iur. pontif. 1861. p. 1020. 1031; mitunter ist aber auch der Weihbischof der Diöcese Kanoniker des betreffenden Kathedralkapitels, so ist es neuerdings in Mailand und in Köln der Fall gewesen, s. l. c. 1016 und Moy, Arch. 2, 126.

3 So ist konstant von der Congr. rituum in Anschluss an das c. 15 (Gregor. IX.) X. de maior. et obed. I. 33 aufgestellte Princip entschieden worden. S. die Anführungen in der vorhergehenden Note u. Ferraris l. c. 51. 52 u. ebendas. s. v. episcopus art. 7. n. 34, wo aber die Angabe, dass der Vorrang des Weihbischofes sich auch auf die functiones missas cantandi bezieht, falsch ist, da die Congr. rituum wiederholt angenommen hat, dass bei Abwesenheit oder Verhinderung des Bischofs das Recht dazu auf das Kapitel, resp. die erste Dignität übergeht, so Analecta l. c. p. 1021. 1047. — Was den General-Vikar betrifft, so hat die Congr. rituum im J. 1614 entschieden, Analecta l. c. p. 1026: „non recedendum a decretis aliis in similibus causis factis, nempe praecedentiam dandam esse vicario generali super omnes dignitates et canonicatus dummodo ipse vicarius non sit de numero ipsarum dignitatum et canonicorum, quia tunc deberet incedere et sedere in suo stallo, ut distributiones quotidianas lucrari possit et dummodo canonici non sint sacris vestibus parati, quia tunc ratione paramentorum debet vicarius cedere locum digniorem canonicis paratis“. Will also der General-Vikar, der zugleich Kanoniker ist, abgesehen von dem letzten Fall, die Präcedenz geltend machen, so verliert er die ihm als Kanoniker zustehenden Distributionen s. Ferraris s. v. canonicus art. 7. n. 43; vgl. ferner Bouix l. c. p. 523 ff.; dasselbe gilt auch von dem Kapitularvikar, nur mit der Modifikation, dass dieser, selbst wenn er auf seine ihm als Domherr zustehenden Gefälle verzichten will, immer der ersten Dignität des Kapitels nachgeht, weil er als Vertreter des letzteren zu demselben, und zu dem Vorsitzenden nicht anders steht, wie der General-Vikar zum Bischof, s. die Entscheidungen der Congr. rit. l. c. n. 46 ff. u. eine v. 1865 in den Acta dec. s. sed. 4, 50 ff.

4 So verordnet auch das Restitutionsdiplom für Köln v. 1825. §. 27, Hüffer S. 345: „Canonici numerarii, canonici honorarii et vicarii ascendent secundum senium quilibet in suo ordine; ordines autem separati sunto nec honorarius transeat ad numerarios iure expectativae“.

5 Ferraris s. v. canonicus. art. 10. n. 22. 23.

6 Hieron. Gonzalez comm. ad reg. canc. VIII. gloss. 5. §. 9. n. 97 ff. 110. 114 ff.; Garcias, tract. de benef. P. IV. c. 5. n. 65 ff. Zwar sind die Gründe, dass der coadiutor kein wahrer canonicus sei und nur mit Bezug auf die Kleriker geringerer Stellung einen Vorrang haben könne, endlich eine Inkonvenienz eintrete, wenn er nach dem Tode des coadiutor bei seinem Eintritt als wirklicher Domherr den letzten Platz, also einen niedrigeren als früher einnehmen müsse, nicht stichhaltig, weil dabei die Stellung des coadiutor als Repräsentant, welcher allein aus der Person eines Anderen Rechte hat, ignorirt wird, aber eine feste Observanz in vielen Kapiteln s. die citirten, sowie die Rota und die Congr. rituum in mehrfachen Entscheidungen, vgl. Ferraris l. c. n. 14—20 haben jene Sätze zum Gewohnheitsrecht erhoben.

4. Die Kanoniker an den Kathedralen, nicht an den Kollegiatkirchen — an diesen nur die Inhaber von Dignitäten und Personaten — geniessen des Vorrechts, zu päpstlichen Delegaten bestellt werden zu können [1].

Die Pflichten der Kanoniker sind ihnen theils, wie die Pflicht zur Ablegung des Glaubensbekenntnisses und zur Residenz mit anderen kirchlichen Beamten gemein, theils beruhen sie, wie die tägliche Verrichtung des Gottesdienstes, des officium chori und der s. g. missa conventualis [2], welcher alle Kanoniker beiwohnen müssen, sowie die Assistenz und Dienstleistung der Domherren bei dem die Pontifikalien celebrirenden Bischof [3] auf den nachher (s. §. 83) zu besprechenden Pflichten, welche dem Kapitel als solchem obliegen und welche dieses selbstverständlich nur durch seine Mitglieder erfüllen kann. Dagegen ist noch der Verbindlichkeit der einzelnen Kanoniker zu erwähnen, den Kapitelsversammlungen beizuwohnen und die Verwaltung der Geschäfte des Kapitels, sowie die darauf bezüglichen Aemter, z. B. die eines Prokurators, Oekonoms u. s. w. zu übernehmen, einer Verpflichtung, welche aus der Zugehörigkeit der Einzelnen zu dem Kapitel mit Nothwendigkeit folgt [4].

§. 82. ββ. *Die Aemter, Dignitäten, Personate und Officia in den Dom- (und Kollegiat-) Kapiteln* *.

I. Während des Mittelalters. A. Die einzelnen Aemter. Das Vorbild der Klostereinrichtung, deren Uebertragung auf den Weltklerus zur Entstehung der Kapitel die Veranlassung gegeben hat, hat selbstverständlich auf die Organisation der einzelnen Aemter für die Leitung und Verwaltung der Stifts-Angelegenheiten einen massgebenden Einfluss geäussert; nur war es natürlich, dass gerade die wichtigsten Funktionen denjenigen Beamten, welche bei der Administration der Diöcesangeschäfte neben dem Bischof thätig waren, zufielen.

1. Der praepositus, Propst. Nach der Regula Chrodeg. steht zwar der Bischof an der Spitze des zur vita communis vereinigten Domklerus [5]. Als sein erster

[1] S. Th. I. S. 188. — Uebrigens haben einzelne Partikulargesetzgebungen den Kanonikern auch einen bestimmten Rang im Verhältniss zu den staatlichen Beamten angewiesen und ihnen gewisse Privilegien ertheilt, so rangiren sie in Baiern nach den Regierungsräthen, Entschliessung vom 10. Januar 1822. No. I. 4. (Döllinger, Sammlung 8, 293); in Würtemberg, wo ein vom Domkapitel zu wählender Kanoniker Sitz und Stimme in der zweiten Kammer hat, Verf. Urk. v. 25. Sept. 1819. §. 133. No. 8 (Zachariä, deutsche Verfassungsgesetze S. 313), stehen sie in der sechsten; in Baden in der fünften Rangklasse (mit den Regierungsräthen), s. Longner, Rechtsverhältnisse der Bischöfe in der oberrhein. Kirchenprovinz S. 68. 67 und Reyscher, Sammlung würtemb. Gesetze 10, 682. n. †.

[2] c. 11. (Innoc. III.) X. de celebrat. missar. III. 41; Ferraris l. c. art. 5. n. 66 ff. Vgl. auch die Const. Benedict. XIV: Quum semper v. 19. August 1744 (Bull. Bened. XIV. 1, 370; in Richters und Schultes Ausg. des Tridentinum. S. 507) und die Entscheidung der Congr. conc. v. 1865 in Moys Arch. 13, 450 ff.

[3] Trid. Sess. XXIV. c. 12. de reform.; Ferraris l. c. art. 6.

[4] Dass die Kanoniker wegen Vernachlässigung des Besuches der Kapitelsversammlungen in Geld- oder andere Strafen genommen werden können, hat die Congr. Rituum entschieden, und die Congr. Conc., dass sie sich der letztgedachten Pflicht auch nicht durch Verzicht auf ihr aktives und passives Stimmrecht entledigen dürfen. S. Bouix l. c. p. 374 ff.

* Ausser der zu §§. 80. 81. angegebenen Literatur vgl. Frid. Joann. Laurent. Mayer, diss. de dignitatibus in capitulis ecclesiarum cathedr. et collegiat. Goettingae 1782; Ph. Gregel praes., Mich. Ant. Loewenheim, diss. de vita canonic. eiusque vestig. hodiernis. Wirceburg. 1795; Thomassin l. c. P. I. lib. III. c. 66 ff.

[5] Er hat den Vorsitz c. 8 (seinen Platz an dem ersten Tisch mit den Gästen c. 21), die Befugniss, Anordnungen für den Klerus zu erlassen c. 8, in Verbindung damit die Vertheilung der Arbeiten an die Kleriker c. 9, der Kleidungsstücke und der eingekommenen Einkünfte c. 29. 32, sodann die oberste Ueberwachung der Klausur c. 3. 4 und die Korrektionsgewalt c. 17. 18, bis zur Verhängung der disciplina corporalis und der Gefängnissstrafe c. 14. 15.

Gehülfe und Stellvertreter in Verhinderungsfällen erscheint aber der Archidiakon [1], welcher schon damals dem Bischof bei der Leitung der Diöcese assistirte und auch hier eintrat, soweit es sich nicht um die Besorgung des Gottesdienstes selbst handelte [2]. Die Aachener Regel erwähnt dagegen des Archidiakons nicht, wohl aber des s. g. praepositus [3], einer Bezeichnung, welche den klösterlichen Einrichtungen entnommen [4], nur das innere Verhältniss zu den in der vita communis lebenden Geistlichen bezeichnet, aber vollkommen passte, weil die Aachener Regel nicht allein auf Dom-, sondern auch auf Kollegiatkirchen berechnet war und bei letzteren die bischöflichen Archidiakonen fehlten. Der alte Zusammenhang zwischen dem Archidiakonat und der Propstei, der Vorstandschaft des Kapitels hat sich das Mittelalter hindurch in einer Reihe von Diöcesen erhalten [5], wenngleich häufig die Bezeichnung praepositus für den Vorsteher des Kapitels die übliche geworden ist [6], und seine Stelle hat unter den Kanonikatswürden vielfach bis heute fortdauernd als die erste gegolten. Allerdings mussten die Funktionen, welche der Propst in Folge der Verwaltung des Archidiakonates hatte, ihn bald den eigentlichen inneren Angelegenheiten des Kapitels entfremden, und so behielt er nur die mit den Archidiakonatsgeschäften zusammenhängende Administration des Vermögens der Kapitel, während die Leitung der übrigen Angelegenheiten dem unter zu 2 erwähnenden Dekan anheimfiel. Diese Scheidung der nach der Chrodegangschen Regel noch einheitlich in der Hand des Propstes vereinigten Befugnisse tritt schon im 11. Jahrhundert deutlich hervor [7]. In manchen Diöcesen hat aber von vornherein eine Trennung zwischen Archidiakonat und Propstei bestanden [8] oder es ist doch später eine

[1] S. unten §. 86.

[2] S. oben S. 53. n. 10.

[3] c. 139 (Mansi 14, 242). In der ursprünglichen Regel Chrodegangs wird des Präpositus nicht erwähnt, die von Jacobson bei Weiske, Rechtslexikon 2, 553 n. 73 citirte Zusammenstellung: archidiaconus vel praepositus gehört der späteren Form, s. oben S. 52. n. 5 (bei d'Achery, spicileg. 1, 567) an.

[4] Jacobson in Herzogs Real-Encyklopädie 12, 196.

[5] S. §. 86.

[6] Für das 9. Jahrh. s. c. 6. Capit. Aquisgr. u. Flodoard. hist. Rem. III. 28; conc. Colon. a. 873 (S. 53. n. 3. u. S. 55. n. 1). Für die spätere Zeit die Belege in den folgenden Anmerkungen.

[7] In dem Streite zwischen dem damaligen Dekan des Domstiftes, des nachmaligen Bischofs Wazo von Lüttich, und dem Propst daselbst schreibt der erstere an letzteren um 1021 (Anselmi gesta episcop. Leodiens. c. 41. SS. 7, 211 ff.): „Dicis te praepositum potenter esse constitutum, claustralia negotia domi sine consilio decani fratrumque sicut volueris dispensaturum. In confusionem meam praelatum et praepositum unum esse dicis . . . Dic, dic, quaeso, si regula singillatim titulat episcopum, praelatum, praepositum, cantorem, cellerarium, portarium usque ad pistores et coquos, si praelatus et praepositus unum est, quare praetermittit decanum . . . Ergo si regulare mandatum est, canonicos chorum, refectorium, dormitorium frequentare, cur, dum facultas est, subtrahis te? . . . A mane in vesperum non pudet te secularibus negotiis desudare et semel per ebdomadam et mensem choro confunderis interesse? . . . Quapropter aut cum praepositura habebis religionem vel dignitas praepositi vertetur in villicationem. Non enim erit necesse constitui ex canonico praepositum, si idem ministerium aeque possit ministrari per laicum . . . Quia divina pietas pluribus bonis te donavit, quibus rationabiliter honoreris, in archidiaconatu decretis aecclesiasticis proscripto quid effereris?" Dass praelatus mit decanus identisch ist, ergiebt c. 40. 45 ibid. (SS. 7, 211. 217) auf das Unzweifelhafteste. Der Kreis der Verwaltungsgeschäfte des Propstes lässt sich aus c. 46—48 ibid. p. 217 ff. erkennen; hier wird über die Geschäftsführung des Wazo, welcher 1031 vom Dekan zum Propst befördert wurde, berichtet und namentlich hervorgehoben, dass er durch seine Verwaltung die Einkünfte der Kanoniker vermehrt habe. Ueber die Kapitel, in denen keine Pröpste, nur Dekane vorhanden waren, s. unten.

[8] Die dem Ebo von Rheims zugeschriebenen Kapitel: de ministris Rem. eccles. hinter den Ausgaben v. Flodoard hist. Rhem., bei Migne, patrol. 135, 407 scheiden schon den Propst und Archidiakon: Praepositum decet cura interior ac exterior. Exterior in rebus et familia salvandis . . . Ibi etiam consistit omnis nutriendi industria, cuncta proficua ingenia laborandi in agris, in vineis, in silvis, in hortis, in diversis emptionum generibus provide procurandis; insuper et de qualitate necessaria aedificiorum sive quantitate. Interior vero sollicitudo eius esse debere manifestum est dispensatio fratrum publica honeste disposita in victu et potu sive omni subsidio corporali quod administrat divina pietas sive per studium laboris eius sive de eleemosynis fidelium necnon et de dono propriae procurationis publicae. Cui non minor patet etiam alia dispen-

solche eingetreten, während daneben die Theilung der Kapitelsgeschäfte zwischen Propst und Dekan gleichfalls vorkommt. Die Aussonderung eines bestimmten Ressorts für die eben gedachten beiden Beamten erklärt sich zur Genüge aus der Entwicklung der Kapitel überhaupt, namentlich aus der Ausscheidung eines besonderen Vermögens derselben, dessen Verwaltung [1] bei dem wachsenden Reichthum der Stifter die Thätig-

satio necessaria in infirmis et senibus pro diversitate uniuscuiusque necessitatis. Sequitur autem hinc studium omnem ornatum corporalem ac spiritalem continens fratrum, corporalem primum in clausura, inde in refectorio et in dormitorio, in cellario, in coquina sive in cunctis habitatoribus necessariis necnon in vasculis omnibus: spiritalem vero zelum talis minister verae religionis habere debet sanctae conversationis nocte ac die canonicis partitis in horis. Correctionem morum per gravitatem levitatis motum deprehendens: vaniloquium secretis in locis et horis suo rigore omnino depellens: omnes negligentias omnium publice deprehensas in capitulo omnium fratrum iudicio puniens his modis i. e. aut carcere aut separatione mensae sive in omnium verberum diversitate. Cuius etiam prudentissima circumspectio decanis sibi suppositis invigilare debet, ne unus quidem a maximo usque ad minimum absque eius conscientia et licentia unius diei spatio nequaquam ab officii sui loco desit. — Archidiaconi officium est, gradus ecclesiasticos summa cum providentia aetatum et meritorum ordinare: de tempore in tempore nominibus certis uniuscuiusque officium de omni regione praefigere subtiliterve merito probare et gratiam s. spiritus unicuique investigando ministrare, in omnibus divinis officiis s. dei ecclesiae fideles ministros erudiendo et excolendo efficere: festivitatum omnium ac feriarum necnon totius anni officia in canticis et lectionibus non solum literaturam corrigere, sed spiritalem intelligentiam omni clero in capitulo tradere, libertates liberorum cum testibus probare, alienorum servorum ad gradus venire volentium exigere, potestatem etiam habens libertatem ecclesiastica propria de familia facere et alienis exigere. Pro neglecta lectione aut officio gradus sui a diacono usque ad infimum excommunicare, etiam et iuventulos talibus pro excessibus verberibus arcere: verbum etiam faciendi ad populum in diebus festis providere et facere: et sic omnia per ordinem digne usque ad consecrationem presbyteri studiosissima intentione verae religionis perducere. Vinctorum etiam publicae civitatis ex carcere curam in festivitatibus solemnibus domini gerere . . . summa cum diligentia eos excipere et eis obsequia benignitatis corporalis spiritaliaque, ex divinis et humanis beneficiis refectionem benedictionis parare".

[1] c. 8 (Urban. II. zw. 1088 u. 1099) C. I. qu. 3; c. 12. Syn. Colon. a. 1260 (Hartzheim 3, 592): „Cum enim ipsis praepositis ea potissime incumbat solertia quod circa ecclesiae exteriora vel eius temporalia defendenda sint vigiles et cooperantes capitulis ubicunque iniuriam patiuntur, qualiter ab illis iniuriis releventur . . . et non solum ad huiusmodi temporalia promovenda exterius teneantur, immo ad omnia alia tam intus quam extra quae sunt ad ecclesiae utilitatem et pacem spectantia necnon ad ipsius ecclesiae iura, statuta honesta et bonas consuetudines observandas teneantur ex proprio iuramento: ipsis praecipimus circa haec omnia taliter se habere, quod inde irreprehensibiles censeantur. Capitula etiam vice versa ita se erga ipsos habere praepositos studeant in omnibus honorando ipsos in quibus merito honorandi, quod in nullo ipsorum praepositorum dignitati derogent sive iuri. Et quia de aliquibus praepositis unum quidem in visitatione comperimus reprehensibile et non laudandum, quod ipsi fructibus suspensarum in ecclesiis praebendarum quorum sunt et esse de iure tenentur dispensatores (illi praesertim qui dictos fructus nondum in capitula transtulerunt) abutuntur. Cum enim de ipsis fructibus uno eis anno cedentibus tecta ecclesiae quando foret necessitas reparare deberent, ipsi ea non reparant: immo fructus ipsos canonicis inobedientibus ideoque suspensis restituunt seu remittunt. Ecce per hanc remissionem iniuriam fabricae ecclesiae faciunt, damnum seu emolumenti carentiam sibi ipsis ac insuper occasionem negligentiae et abessendi ab ecclesia canonicis suis praestant. Hanc itaque abusionem . . . ipsis de cetero praepositis inhibemus volentes ut vel ipsi retineant (convertendos in utilitatem propriam) illos fructus, si ecclesia eorum opus non habuerit reparatione tectorum, vel ecclesiae ipsi ad ornamenta fructus huiusmodi largiantur potius quam eos indignis hoc est inobedientibus restituant et in sua obedientia seu dissolutione taliter animent ac si ipsi praepositi dissolutionis ac inobedientiae sint auctores"; über Mainz s. die Statuten bei Mayer 1, 31 und die Urkunden von 1343 und 1351 bei Würdtwein, subsid. diplomat. 1, 247. 254. 259 ff. Ein anschauliches Bild von der Thätigkeit eines Propstes, welcher zugleich die Archidiakonaljurisdiktion bewahrt hat, geben die Statut. des Bartholomäusstiftes zu Frankfurt a. M. bei Würdtwein l. c. p. 3: „Prepositus primus est prelatus cuius officium est vicariatum sui episcopi tenere, ipso celebrante evangelium legere, subdiaconibus et levitis imperare, parochias ordinare ad sacros ordines et beneficia promovendos examinare, semel in anno suam preposituram (d. h. Archidiakonalbezirk) visitare, iurgia singulorum audire eiusque iurisdictionem decanumque subesse. Prepositura Franckenfurt. a sola ecclesia s. Bartholomei ibidem dependet, cuius ipse prepositus membrum est, ubi etiam decanum confirmat, scholastriam, cantoriam, custodiam et unam praebendam eiusdem chori tituli S. Thathei, parochiam ecclesie s. Bartholomei predicte et in Sweinheim confert, officialem ponit et deponit, stallum habet in sinistro choro . . . omnia collegia opidi et ipsum opidum, suburbia curie circumiacentes, parochia Vechenheym, curia Rydern, curia et capella leprosorum ibidem iurisdictioni sue sunt subiecta, synodum celebrat, omnes mensuras examinat, excedentes in eisdem corrigit in opido prenotato,

keit des Präpositus vollkommen in Anspruch nahm. Während aber die Pröpste neben der Administration noch bei manchen Kirchen den Vorsitz im Kapitel behielten [1], haben sie diesen [2], ja oft ihr Stimmrecht in anderen verloren [3]. Die Veranlassung dazu lag darin, dass sie sich in Folge ihrer Stellung vielfach von den ihnen als Kanonikern obliegenden Pflichten, namentlich auch von der Innehaltung der Residenz [4] und dem Empfang der Priesterweihe [5] dispensirten. Ferner haben sich die Kapitel öfters in Folge der schlechten und eigennützigen Verwaltung der Stiftseinkünfte, deren Vertheilung an die einzelnen Domherren den Pröpsten oblag [6], gezwungen gesehen, besondere Sicherungsmassregeln zu ergreifen [7], ja ihnen die Administration ganz abzunehmen [8]. Wo

jumbit ecclesie prefate quod (s. nachher den Eid) . . . capitulum sue ecclesie, etiamsi capitularis fuerat, non intrabit, item dabit cappam dignitati et persone sue decentem. Ego N. iuro, quod statuta, ordinationes et consuetudines ecclesie S. Bartholomei Franckenfordensis scripta et non scripta facta et facienda non infringam, sed ea fideliter observem et quam ipsam ecclesiam ac bona et personas ipsius ecclesie omnes et singulos manuteneam et defendam, itemque bona ad ipsam preposituram dicte ecclesie pertinentia non alienem sine consensu et expressa voluntate omnium capitularium et in capitulo dicte ecclesie existentium ipsamque bona et redditus cum nominibus dancium distinctim singulis annis capitulo inscriptis tradam et assignem, item quod debitam aministrationem per me canonicis et membris eiusdem ecclesie faciendam sine omni ratione et impedimento faciam vel etiam ministrem: item quod curiam et domum prepositure in debita servem structura: item quod officialitatem nulli alteri comittam nisi canonico capitulari residenti et in statu existenti aut vicario in dicta ecclesia canonico huiusmodi rennuente qui exercebit officium suum infra emunitatem ecclesie prenotate. Item quod officia scolastrie, cantorie ac custodie nulli conferam nisi actu canonico capitulari ecclesie s. Bartholomei supradicte residenti".

1 S. die Rheimser Statuten von 1327. c. 1. Gousset, les actes de la province de Reims. Paris. 1842. 2, 522.

2 Derartige Statuten bei Mayer, thes. 1, 199. 200. 212. 214 und 2, 196. 197. 206.

3 Schmidt, thesaur. 3, 246; über Köln, wo der Propst seit dem 14. Jahrh. ausgeschlossen ist, s. Hüffer a. a. O. S. 287. Wenn es in einzelnen Statuten heisst, s. z. B. Mayer, thes. 1, 102: „praepositus sive sit absens sive praesens semper iudicandus est absens", so bedeutet das soviel, dass der Propst, welcher nicht mehr capitularis ist, auch nicht die den Kanonikern in Folge der Einhaltung der Residenz zufallenden besonderen Emolumente erlangen kann.

4 S. oben S. 89. n. 7 u. S. 90. n. 1: „diplom. a. 1257 (Kollegiatkirche zu Antwerpen bei Miraeus, diplom. 2, 1002): „. . . quidam praepositi tamen occasionem non residendi trahentes a nomine videlicet quia praepositi sunt vocati, residere contradixerunt in ipsa ecclesia. Propter quorum absentiam et defectum dicta ecclesia in spiritualibus et temporalibus graviter est collapsa et quotidie magis ac magis corruit in defectum"; dipl. a. 1233 für Basel, Gallia christ. 15. app. p. 223; Schmidt l. c. 246; Hüffer a. a. O. S. 287.

5 S. unten S. 95.

6 S. oben S. 90. n. 1.

7 Nach den Statuten der Kolleg. Kirche in Deuerstadt bei Bamberg a. 1433 hatte der Propst für die Auszahlung der Präbenden Kaution zu leisten, Würdtwein, nova subsidia 1, 200, ja nach den Mainzer Statut. von 1343 ging bei schuldbarer Zögerung des Propstes die Verwaltung von selbst ipso iure auf den Dekan und das Kapitel über und der Propst erhielt die Verwaltung während seiner Lebenszeit nie wieder, Würdtwein, subsidia 1, 247. 248. 254; die Statuten von Minden von 1311 setzen sogar den ohne weiteres eintretenden Verlust der Präpositur fest, Lünig, spicil. eccl. cont. III. Fortsetzung S. 53.

8 So in Regensburg im 13. Jahrh., s. Mayer, thes. 2, 55: „. . . convenimus (d. h. das Kapitel) . . . ut quicunque ad praesens vel successive inposterum ex nobis in prepositum assumetur, indulgenciam et administracionem prebendarum nostrarum et aliarum rerum temporalium penes capitulum remanentem nobis a sede apostolica factam (a. 1229 l. c. p. 49) ratam haberet nec in aliqua parte sui eam infringere vel impugnare nitetur, sed cum proventibus prebende quos prepositi hactenus receperunt, esset contentus, archidiaconatus vero qui prepositure est annexus et aliarum rerum spiritualium, sicut prepositi hactenus habuerunt, plenaria gaudeat possessionis libertate nec sibi in institucionibus vel destitucionibus villicorum vel officialium nostrorum vel in quibuscumque que racione administracionis prepositi exercebant aliquam, non tamquam unus canonicus ex nobis vendicet potestatem. Item in recompensacionem administracionis quam ex antiquo prepositi habebant, primam ecclesiam ad presentacionem nostram spectantem . . . dignitati prepositure perpetue adhesuram condonavimus"; eine derartige Uebereinkunft für das St. Apostelstift zu Köln v. 1254 bei Ennen u. Eckertz, Quellen zur Gesch. Kölns 2, 337; über das Stift zu Aschaffenburg s. diplom. a. 1290, Guden, cod. diplom. 1, 843): „Sane sicut . . . relacio nos edocuit . . . per negligenciam et incuriam plurium praepositorum . . . non ministrantibus suis vicibus canonicis . . . prebendas eorum, prout spectabat ad ipsos praepositos, decanus et capitulum . . . persepe compulsi sunt, cessare ab officiis divinorum, quod quidem contigebat ex eo quod iidem praepositi, quando fuit annorum ubertas et remansit aliquid ultra ipsas prebendas . . . ipsi

nicht, wie mitunter im letzten Fall, eine völlige Beseitigung des ganzen Amtes eintrat[1], blieb den Pröpsten nur noch die Verwaltung der ihnen etwa zustehenden Archidiakonaljurisdiktion, eine bestimmte Pfründe und die Ausübung gewisser Besetzungsrechte. Indessen traten die eben erwähnten Verhältnisse nicht überall gleichmässig ein, und daher war die Stellung des Propstes in den einzelnen Kapiteln eine sehr verschiedene[2], so dass also von einer Entwicklung gemeinrechtlicher Grundsätze nicht die Rede sein konnte.

2. Der Dekan, decanus. Dieses Amt, welches gleichfalls auf die Benediktiner-Regel zurückführt[3], wird weder in der Ordnung Chordegangs noch in der des Aachener Koncils erwähnt. Indessen kommen im Mittelalter Dekane sowohl neben den Pröpsten[4] als auch an der Spitze solcher Kapitel vor, in welchen die letzteren fehlen[5]. Die Quellen des 13. Jahrhunderts ergeben, dass ihr Ressort im Allgemeinen in der Aufrechterhaltung der Disciplin, in der Sorge für die Beobachtung der Statuten und für die Bewahrung der Ordnung des Gottesdienstes bestand und ihnen zu den gedachten Zwecken eine mit Beirath des Kapitels auszuübende Strafgewalt zukam[6]. Mehr-

praepositi hoc suis usibus applicabant. Si vero fuit annorum sterilitas vel aliquis casus se obtulit, ita quod in amministrandis rebus fuit defectus, illum prepositi nullatenus suppleverunt, quinimo allegabant sepe defectum, quando proventus anni bene ad amministracionem plenarium suffecissent . . . ordinamus . . ., quatenus decanus et capitulum . . . terras cultas et colendas, silva, allodia, curias, domos . . . possessiones quascunque et bona . . . ad prepositum spectantia, de quibus ipsis prebenda hactenus fuit solitum ministrari, habeant et possideant . . . ac de obvencionibus, proventibus et redditibus bonorum suorum percipiant stipendia prebendarum per amministratorem, quem capitulum elegerit, ministranda, ita quod nihil ad manus vel usus prepositi perveniat de iisdem. Prepositus vero ecclesiasticam iurisdictionem tam in oppido Aschaffenb. quam extra in terminis praepositure sue habebit, instituendo et destituendo officiales suos in ecclesia Asch., decanos rurales et archidiaconos et corrigendo delinquencium excessus, sicut consuetudo tenuit ab antiquo". Ueber Minden s. die Festsetzung von 1381 bei Würdtwein, subsidia diplom. 10, 241. Auch an der Domkirche zu Köln ist im J. 1374 ein Theil der Güter der Verwaltung des Propstes entzogen worden; syn. Colon. a. 1400. c. 18, Hartzheim 4, 556; Hüffer a. a. O. S. 284.

[1] S. die citirte Urkunde von 1257 für Antwerpen bei Miraeus l. c. p. 1002; ferner dipl. a. 1205 für Tournay, ibid. p. 984. Das früheste Beispiel ist wohl das dipl. für e. Koll. Kirche in Macon v. 1063, Gallia christ. 4 app. p. 280.

[2] In dem Kollegiatstift St. Peter zu Basel hatte er z. B. einige der alten aus der vollen Mitgliedschaft im Kapitel herfliessenden Rechte bewahrt, s. dipl. a. 1233, Gallia christ. 15. app. p. 222: „canonici singulis annis ad colligendos proventus suos cellerarium instituant cui beneficium quod de anno in annum augere, minuere vel mutare pro suae voluntatis arbitrio poterunt, assignabunt. Praepositus eis, si necesse habuerint, consilium et auxilium impendet opportunum, tamen requisitus. Praepositus in electionibus primam, custos secundam vocem habebit. . . . Praepositus in civitate constitutus quantum duo, civitatem egressus, quantum unus percipiet canonicorum residentium, qui licet de negotiis ecclesiae se non debeat intromittere, requisitus tamen eius negotia cum omni diligentia . . . tractabit et eius iura pro viribus tuebitur et requiret"; Recht des Propstes nur bei der Aufnahme der Kanoniker, Wahl des Dekans und ausserdem allein auf Verlangen des Kapitels den Sitzungen beizuwohnen, nach den Statuten bei Mayer, thes. 1, 110; nur das letztere im Stift Wimpfen im 14. Jahrh., Mone, Zeitschrift 21, 318. — In einzelnen Kapiteln ist auch dem Bischof zur Aufbesserung seiner Einkünfte die Propstei übertragen worden, so in Maurienne seit Mitte des 12. Jahrh. und in Die u. 1184, s. Gallia christ. 16 app. p. 192. 300.

[3] Reg. Bened. c. 21. Er hatte die Disciplin über die Mönche in Unterordnung unter dem Abt, in grösseren Klöstern kamen mehrere Dekane, je einer für eine bestimmte Abtheilung von Mönchen vor. Rettberg, Kirchengesch. Deutschlands 2, 683.

[4] So z. B. in Lüttich und in Köln, wo sie allerdings erst seit dem 11. Jahrhundert nachweisbar sind, s. S. 89. n. 7. u. Hüffer S. 287.

[5] Z. B. in Tours und Angers seit Mitte des 9., Gallia christ. 14, 140. 587; seit dem 11. Jahrhundert in Besançon ibid. 15, 116.

[6] Syn. Colon. a. 1260. c. 9 (Hartzheim 3, 591): „consistente autem penes decanos ecclesiarum potestate lege et gubernatione canonicae diciplinae exercenda, ipsis propter hoc firmiter praecipiendo iniungimus tota eos ad id niti solertia quod in ecclesiis disciplinalis observantia vigeat honestatis: et sicubi enervata exstiterit, ipsam studeant reformare, commissam sibi excessuum correctionis potestatem et regimen sui officii taliter exequendo, ut boni dispensatores in domo domini super eius familiam digna possint commendatione censeri: et hoc quidem se facere arbitrentur, si ipsi disciplinati appareant in se ipsis et per bonum exemplum confortent et ani-



fach [1] wird die Entstehung des Dekanates an die Würde des Archipresbyters der Kathedrale angeknüpft, welchem in Stellvertretung des Bischofs die Leitung des Gottesdienstes zukam. Allein schon die Thatsache, dass sich in einzelnen Kapiteln keine Pröpste neben den Dekanen nachweisen lassen, und die Regel Chrodegangs nur des Archidiakons erwähnt, zeigt klar, dass keineswegs ein so inniger Zusammenhang zwischen den zur Aushülfe des Bischofs eingesetzten und den für die Leitung der vita communis bestimmten Beamten bestanden hat, dass gewisse Aemter der einen Art stets mit denen der anderen kombinirt gewesen wären. Diese Ansicht wird auch dadurch bestätigt, dass eine grosse Verschiedenheit in den uns erhaltenen Aufzählungen der hervorragenden Stellen in den Kapiteln hervortritt [2], ja dass die vielfach vorkommende Verbindung des Archidiakonats mit der Präpositur und des Archipresbyterats mit dem Dekanate geradezu mitunter vertauscht ist [3]. Erwägt man weiter, dass bei der Aufzählung des

ment suos confratres. Praefati autem decani quicunque promotionis suae tempore non fuerint in sacris ordinibus constituti eos incunctanter recipiant . . . Item decani . . . in ecclesiis residere debere noscunt . . . et illam abusionem in aliqua ecclesiarum compertam, quod decanus sit liber a choro, quasi corruptelam et quasi pessimae adinventionis et fraudis modum vel speciem detestamur et detestando praecipimus, ne quis de caetero decanorum in sua praesumat ecclesia per abusionem huiusmodi a sui iugo oneris vacillare".

[1] J. H. Boehmer, J. E. P. III. 5. §. 71; Huller, Domkapitel S. 37. 53; Permaneder, K. R. §. 211.

[2] Volterra a. 1070, Muratori, antiqu. Ital. 5, 216: „archidiaconatura, prepositura et ceterorum aecclesiasticorum ordinum mi(ni)steria"; Alessandria ep. Alexandr. III. a. 1180 (Ughelli 4, 315): . . . „et electionem quam de personis idoneis ad dignitates ecclesiae tenendas fecisti, . . . magistro U. praepositaram, magistro C. archipresbyteratum, magistro P. cantoriam . . . ratam habemus"; in Metz geht der Dekan als erste Würde dem Präpositus vor s. c. 46. (Innoc. III.) X. de appell. (pars dec.) II. 28; Perugia Innoc. III. epist. I. 46, ed. Baluze 1, 26: „praedictorum autem VIII. (scil. canonicorum) maior archipresbyter erit, alius ordinarius (s. oben S. 61. n. 6), sequens fiet camerarius; ita quod archipresbyter inter omnes praelationis officium obtinebit, utpote cum sit penes eum omnis circa domum ipsum auctoritas et ipso praesente cuncta cessent officia et per eum cum assensu omnium fratrum vel maioris partis, cum necesse fuerit, disponatur"; Barcelona saec. XIV. Martène u. Durand, thes. nov. anecdot. 4, 596: „statuimus, quod archidiaconus qui est maior in ecclesia in dextris chori locum primum, decanus primum locum in sinistris et iuxta archidiaconum cantor et iuxta decanum sacrista, iuxta sacristam praecentor locum habeat"; eine sehr grosse Verschiedenheit weisen vollends die Mittheilungen Ughellis zu den einzelnen italienischen Bisthümern auf, welche zwar nur den Bestand zu seiner Zeit angeben, indessen mit in Rücksicht gezogen werden können, weil die betreffenden Einrichtungen auf frühere Jahrhunderte zurückführen müssen. So erscheinen der Dekan und Präpositus an 4. u. 5. Stelle nach dem Archipresbyter und Archidiakon in Cremona l. c. 4, 578, ebenso in Mailand nach dem Archipresbyter, Archidiakon u. Primicerius l. c. 4, 19, wo jedoch der Präpositus dem Dekan vorgeht, in Florenz hat der letztere die 4. Stelle nach dem Propst, Archidiakon und Archipresbyter l. c. 3, 8, in Brescia sogar erst die 6. nach dem Archidiakon, Archipresbyter, Präpositus, Vicedominus und Cantor l. c. 4, 521 (die 4 ersten kommen schon vor in der Urkunde von 1275 ibid. p. 548). Allein ohne Propst findet sich neben dem Archipresbyter und Archidiakon der Dekan als dritter in Pisa l. c. 3, 348. Dagegen kommt der Präpositus viel häufiger allein und ohne Dekan vor, für die Regel aber neben Archidiakon und Archipresbyter oder mindestens einem von diesen, und zwar mit dem Vorrang vor ihnen in Lodi, Savona, Vigevano, Genua, Bobbio, Turin, Nizza, Bergamo, Pistoja l. c. 4, 655. 731. 816. 831. 925. 1021. 1104. 470; 3, 285, dem Archipresbyter und Archidiakon oder wenigstens einem von ihnen nachstehend in Tortona, Novara, Vercelli, Albenga, Marana (Corsica), Nebbi, Mondovi, Asti l. c. 4, 623. 690. 746. 912. 999. 1011. 1085. 334.

[3] So war in Passau im 11. Jahrhundert die Präpositur mit dem Archipresbyterat verbunden, Hansiz, Germania sacra Th. 1, Anh. n. VII; und in Tours der Dekan zugleich archidiaconus maioris ecclesiae, ep. Coelest. III. a. 1191—1198: „quod licet dilectus filius N. Cenomanensis archidiaconus sit ecclesiae vestrae decanus . . . nolumus ut eadem ecclesia decani officio defraudetur, universitati vestrae . . . mandamus, quatenus archidiacono memorato scribatis, ut ecclesiam vestram visitare dignetur et suum ibidem, ut decanus, officium debeat exercere. Quod si forte vocatus venire noluerit eligendi decanum qui praeesse valeat et prodesse ex tunc concedimus liberam facultatem" (Gallia christ. 14, 424 = c. 8. X. de cler. non resid. III. 4), wenn diese Dekretale nicht — s. Gonzalez Tellez ad c. cit. n. a und Jaffé, reg. Rom. pontif. n. 10701 — nach Magdeburg erlassen worden ist. Dass der Dekan in Trier zugleich archidiaconus maioris ecclesiae gewesen, bestätigen die von Richter, K. R. §. 134. n. 3 in Bezug genommenen Diplome bei Hontheim, hist. dipl. Trevir. 1, 592. 614. 616 nicht, vielmehr ergeben diese, dass sowohl der Propst, wie auch der Dekan Archidiakonate versehen haben.

Bestandes einzelner Kapitel im früheren Mittelalter weder der Präpositur noch des Dekanates gedacht wird[1], so kann man sich der Annahme nicht verschliessen, dass die Elemente der ältesten Stiftsverfassung mit den für die Leitung der Diöcese vorhandenen Einrichtungen in der verschiedensten Weise kombinirt worden sind. Am häufigsten mochten allerdings der Archidiakon und der Archipresbyter die dem gewöhnlich vorkommenden Ressort der Präpositur und des Dekanats entsprechenden Geschäfte übernehmen[2], andererseits sind aber auch andere Kanoniker mit der inneren Leitung der Kapitel und der Verwaltung der betreffenden Angelegenheiten betraut worden[3], indem die Archidiakonen und Archipresbyter ausschliesslich ihre nach aussen hin bedeutungsvollen Stellungen zu versehen fortfuhren. Die eben erwähnten Thatsachen geben zugleich Aufklärung über die Erscheinung, dass bald der Propst, bald der Dekan allein in den Kapiteln vorkommt[4]. Vielfach bedurfte man neben dem Archidiakon, resp. dem Archipresbyter nur noch eines besonderen Beamten und dann hing die Wahl der Bezeichnung wohl theils von der Art der Geschäfte, welche man ihm übertrug, theils von den Zufälligkeiten des Sprachgebrauches ab, da sowohl praepositus wie auch decanus[5] im weiteren Sinn einen Vorgesetzten bedeutet[6]. Jedenfalls mussten aber dabei die Ressorts des Präpositus und des Dekans theilweise in einander laufen und dass das vielfach geschehen ist[7], bestätigen gleichfalls die mittelalterlichen Ueberlieferungen. So hatte der Dekan da, wo neben ihm kein Propst eingesetzt war, den Vorsitz im Kapitel[8] und zugleich auch die Leitung der Verwaltung der Stiftsgüter[9]. Freilich hat man auch später in denjenigen Kapiteln, deren Verfassung zunächst beide Aemter kannte, im Zusammenhang mit der nachher gegen die Pröpste hervortretenden Opposition den Dekanen manche Befugnisse der letzteren beigelegt (s. S. 91), ja mitunter ist die sich allein findende Präpositur geradezu in eine Dekansstelle umgewandelt wor-

[1] Dipl. für Arezzo a. 933, Muratori l. c. p. 238: „Leoni archidiacono, Dodoni archipresbytero, Petro presbytero qui fuit vicedominus et item Petro Monacho presbytero et sacristae"; in der Urk. von 1075 für dasselbe Kapitel ibid. p. 213 heisst es aber: ego Farolfus ... offero me ipsum, deo et ecclesiae s. Donati et Jocundo preposito atque archidiacono secundum regulam canonicam fideliter serviturum"; im privileg. von 1015 für Volterra l. c. p. 238 werden erwähnt: der Archidiakon, Archipresbyter, Primicerius, Vicedominus und Cantor.

[2] Daraus erklärt sich wohl die Nichterwähnung dieser Würden in manchen Kapiteln, wie ja auch Chrodegang den Vorsteher des Kapitels nur schlechthin als Archidiakon bezeichnet. Das Beispiel Arrezzos in der vorigen Note zeigt das übrigens sehr deutlich. Vgl. ferner c. 3. conc. Clarom. a. 1095, Mansi 20, 817: „Ut nullus sit archipresbyter quod alicubi dicitur decanus, nisi sit sacerdos ordinatus".

[3] Selbstverständlich in der einen Kirche früher, in der anderen später, ebenso mochte auch bei demselben Kapitel erst mit der Vermehrung der Zahl der Kanoniker und Geschäfte die Einsetzung einer besonderen Präpositur und eines besonderen Dekanates erforderlich werden. Eine Bestätigung für die letztere Annahme ergeben die Mittheilungen über Volterra, Note 1 und S. 93. n. 2, wo der Präpositur erst im J. 1070, nicht aber schon 1015 gedacht wird; ferner das diplom. a. 1246 für das Kollegiatstift Harlebeck über die Neuerrichtung eines Dekanates neben der Präpositur, Miraeus l. c. 2, 995.

[4] Beispiele S. 92. n. 5. u. S. 93. n. 2.

[5] So ist das Vorkommen des Dekans als erster Kapitelswürde namentlich in Frankreich sehr häufig gewesen, Hurter, Innocenz III. 3, 365. Noch heute ist der Dekanat — eine Präpositur kommt nicht vor — gleichfalls die erste Dignität in den spanischen Kapiteln s. Konkordat von 1851, resp. 1859 art. 13. 14 (Moy Arch. 7, 381), eine Einrichtung, welche bis auf das 13. Jahrh. zurückgeht, denn die ley de las siete partidas Alphons' IX. v. 1258 sagt schon P. I. tit. 6. l. 3: „dean es el primero personaje, el mayor en algunas eglesias cathedrales a fuera del obispo".

[6] S. Du Fresne du Cange s. v. decanus.

[7] S. unten S. 95. n. 1.

[8] S. die Statuten von Lichfield Mansi 22, 659, über Tours s. Gallia christ. 14, 3. Da, wo der Propst das Präsidium hat, war er meistens Stellvertreter desselben, s. Rheimser Statuten v. 1327 c. 1, Gousset, les actes de la province de Reims. 2, 522: „quod praepositus, si est praesens in capitulo, in eius absentia decanus, in decani absentia cantor, in ipsorum absentia hebdomadarius missae vel subhebdomadarius teneat capitulum".

[9] S. Hurter, Gesch. Innocenz' III. 3, 365; Raumer, Geschichte der Hohenstaufen 6, 39.

den[1]. Wenngleich somit die Geschäftskreise beider Aemter mehrfach in einander übergelaufen sind[2], und daher die eben erwähnte Umänderung auf den ersten Blick frappiren möchte, so erklärt sich dieselbe doch daraus, dass man mit Rücksicht auf das Resultat der stattgehabten Entwicklung immerhin gewisse Unterschiede zwischen beiden Aemtern finden konnte. Denn zunächst galt der Dekanat als eine mit schwereren Pflichten verbundene Stellung. Für die Inhaber desselben war die Verbindlichkeit zur Erlangung der Priesterweihe und zur Innehaltung der Residenz strenger festgehalten worden[3] als für die Pröpste, welche sich der letzteren öfters entzogen[4] und statt des auch für sie vorgeschriebenen priesterlichen Ordo[5] oft nur die Diakonatsweihe nahmen[6]. Ferner wurde die innere Leitung der Kapitelsangelegenheiten immer als Hauptthätigkeit des Dekans betrachtet (s. oben S. 92)[7].

[1] Die S. 91. n. 4. citirte Urkunde für Antwerpen v. 1257: Cum praepositi ecclesiae nostrae ... semper habuerint curam animarum canonicorum, capellanorum et clericorum ipsius ecclesiae et ipsi praepositi quoad curam et officium suum in veritate sint decani et propter hoc de iure debeant esse sacerdotes, sicut quandoque fuerunt, et continue in ea residere, sicut quandoque fecerunt (folgt die a. a. O. mitgetheilte Stelle, dann) statuimus, quatenus post decessum vel cessionem praepositi qui nunc est, nomen praepositi commutetur in nomen decani et quod deinceps in dicta ecclesia non sit praepositus sed decanus tantum qui habeat penitus eandem iurisdictionem quam habuit hactenus ... praepositus memoratus et ad id teneatur omnino ad quod sui praedecessores praepositi tenebantur. Ita quidem quod ipse decanus duplicem praebendam habeat, unam sicut canonicus, reliquam vero vicesimam quam nunc tenet praepositus, habeat ratione decanatus. ... Ipse vero decanus statim post electionem suam solemniter et expresse iurabit bona fide quod intra annum se faciat promoveri in sacerdotem, si non fuerit sacerdos et quod in ipsa ecclesia continue, sicut canonici hebdomadarii ipsius ecclesiae residebit et quod nihil percipiet de praebenda vel fructibus decanatus nisi residens fuerit sacerdos".

[2] Ausser dem Angeführten mag auch noch auf das Diplom von 1244 für die Kollegiatkirche in Gent, Miraeus l. c. p. 995 aufmerksam gemacht werden, nach welcher neben dem vorhandenen Dekan noch ein Propst eingesetzt wird: „quod de cetero sit praepositura in ecclesia S. Pharahildis Gandensis et ad capitulum praepositi electio pertinebit, electione vero facta, decanus et capitulum nobis (episcopo Tornacensi) electum suum praesentabunt, confirmandum vel infirmandum secundum canonicas sanctiones qui postquam fuerit confirmatus, curam recipiet a nobis et faciet residentiam in ecclesia memorata et si non fuerit sacerdos, infra annum tenebitur promoveri".

[3] Die Nothwendigkeit der Priesterweihe ist in einer ganzen Reihe von Synoden vorgeschrieben, s. c. 1. (conc. Clarom. a. 1095) Dist. LX; c. 2. Tolos. a. 1119; c. 2. Later. a. 1123 = c. 2. Dist. cit.; c. 7. Londin. a. 1125; c. 4. Londin. a. 1127; c. 7. Clarom. a. 1130; c. 8. Rem. a. 1131; c. 10. Later. a. 1139 = c. 3. Dist. cit.; c. 9. Rem. a. 1148 (Mansi 21, 226. 282. 331. 355. 439. 459. 716) und steht gemeinrechtlich fest c. 7 (Later. III. a. 1179) X. de elect. I. 6. Dass aber diese Regel oft ausser Acht gelassen wurde, zeigt die wiederholte Einschärfung derselben (s. auch S. 92. n. 6) und der Umstand, dass man den Dekanen statutarisch, vielfach sogar unter eidlicher Verpflichtung, die Beobachtung der gedachten Vorschrift, ebenso wie die Innehaltung der Residenz auferlegte. S. Note 1 und S. 92. n. 6; den Eid des Dekans am Kollegiatstift zu Namur a. 1198; Miraeus l. c. 2, 1203; am Domstift zu Noyon von 1208, d'Achery, spicileg. ed. nov. 3, 569; am Koll. Stift zu Harlebek dipl. a. 1246 bei Miraeus l. c. 2, 996, vgl. ferner für das 15. u. 16. Jahrh. die Statuten v. Deuerstatt v. 1433; Würdtwein, nova subs. 1, 206. 210; von Mainz Mayer, thes. 1, 31; von Speier v. 1477, Würdtwein, subsidia dipl. 9, 214; der Kollegiatstifte zu Braunschweig, München, Oetting und Köln; Mayer l. c. 1, 122. 199. 2, 198 u. Würdtwein, nova subsidia 2, 128.

[4] S. oben S. 91. n. 3. 4. Später wird dann wieder in einzelnen Statuten s. z. B. Note 2 und Mayer l. c. 1, 198, auch die Residenz von den Pröpsten gefordert.

[5] Das ergeben die in Note 3 angeführten Koncilien-Stellen (mit Ausnahme der beiden Londoner Koncilien) und c. 18. Narbonn. a. 1227, Hardouin 7, 148.

[6] Später wird im Gegensatz zum Dekan diese Pflicht für den Propst nicht mehr festgesetzt und die Statuten von 1423 für die Kölner Diöcese Würdtwein, subs. diplomat. 3, 93 erfordern sogar nur die Diakonatsweihe.

[7] Prägnant fasst die Stellung des Dekans, wie sie am häufigsten vorkam, zusammen das Diplom für Harlebeck a. 1246, Miraeus l. c. 2, 996: „Primum vero locum et primam vocem in capitulo post praepositum debet habere et excessus canonicorum, capellanorum et clericorum ipse et capitulum debent insimul corrigere nec de rebus ecclesiae sine capitulo aliquid potest disponere vel ordinare. Negotia vero ecclesiae in capitulo debet proponere et quid super his sit agendum capitulo consulere. Et causa honestatis cum per chorum transierit vel in capitulum venierit, tam clerici quam canonici debent ei assurgere, absente praeposito et praesente. Nullos communes redditus debet tenere vel recipere in ipsam ecclesiam

Was dieselbe des Näheren betrifft, so erinnert die ihm häufig über die Angehörigen des Stiftes zustehende Seelsorge[1], die Verrichtung gewisser ihm obliegender gottesdienstlicher Handlungen[2] und das Recht zur Anordnung, obersten Leitung und Ueberwachung des Chordienstes[3] an die Funktionen des Erzpriesters, mit dessen Amt der Dekanat ja vielfach verbunden war. Er besitzt weiter das Recht, den Kanonikern Urlaub zu ertheilen[4]. Ferner eine Korrektionsgewalt über dieselben und die zum Stift gehörigen Personen nicht nur wegen der Verletzung der ihnen in Bezug auf den Gottesdienst obliegenden Pflichten, sondern auch wegen ihres sonstigen Verhaltens und etwaiger Excesse derselben[5]. Kraft dieser Art ihrer iurisdictio konnten die Stiftsdekane die Suspension namentlich von den Einkünften der Kanoniker und zwar in sehr verschiedenem Umfange von einzelnen Bezügen[6] bis zur Entziehung der ganzen Präbende[7], ja sogar mitunter auch Gefängnissstrafen verhängen[8], jedoch die letztere, sowie überhaupt die schwereren Strafen, wie z. B. schon die Suspension von der Pfründe, nur mit Beirath des Kapitels[9], dessen es auch nach manchen Statuten für jede Strafe gegen einen der Kapitularen bedurfte[10]. Sodann stand dem Dekan vielfach selbst da, wo der Präpositus die erste Stelle im Stift inne hatte und er demselben die Erweisung

sub censu vel obedientia, nisi redditus ad ipsum proprie pertinentes vel aliqui canonici ei proprios redditus commiserint recipiendos".

[1] So in Meaux, Stat. v. 1245 bei Martène et Durand, thes. nov. anecdot. 4, 889; vgl. auch die folgende Note u. c. 7. X. de elect. cit. (decanatum, archidiaconatum et alia quae curam animarum habent annexam").

[2] Diplom. a. 1198, Miraeus l. c. 2, 1203; Stat. des Bartholomäusstifts zu Frankfurt a. M. bei Würdtwein, subs. diplom. 1, 6: „Decanus prelatus est secundus. Huius officium est subesse praeposito, divinis officiis omnibus ecclesie sue interesse, baptismum benedicere, precipuis festivitatibus episcopo absente celebrare vel alteri committere, officium inchoare, benedictiones lectionum in matutinis dare, curam animarum super suos subditos gerere et ordinariam potestatem"; mindestens an bestimmten Festtagen, d. s. g. festa decanalia, s. Würdtwein, nova subs. 2, 166.

[3] Mainzer Statuten saec. XIV. bei Mayer, thes. 1, 4 ff. 20; Kölner Diöcese Würdtwein, subs. 3, 85, andere Statuten bei Würdtwein, nova subsid. 2, 164 und Mayer l. c. 1, 197.

[4] Statut des Kölner Apostelstiftes von 1246 bei Ennen und Eckertz, Quellen von Köln 2, 248; Mainzer Statuten Mayer 1, 11. 12. und Kölner Stat. bei Würdtwein, nova subsid. 2, 195.

[5] Mainzer Stat. l. c. p. 11: „item omnis correctio chori spectat ad decanum"; l. c. p. 4: „item decanus tenetur corrigere suos subditos tam in choro quam in capitulo et alias si ad eum pervenerit (denunciatio culpae), s. auch ibid. p. 6. 14. 15. 17. 23. 25; Kölner Diöcese s. Würdtwein, subsid. 3, 100: „Ut negligentie et excessus impuniti non remaneant in malum aliorum exemplum, in virtute sancte obedientie et pena suspensionis a divinis officiis decanis omnium ecclesiarum seu eorum loca tenentibus districte mandamus, ut qualibet quindena infallibiliter capitulum celebrent discipline in quo tam de vita et moribus canonicorum et aliorum quam de chori et divinorum officiorum negligentia et aliis defectibus diligenter inquiratur"; vgl. ferner die Statuten der Kollegiatstifter zu Köln, Deuerstadt, Frankfurt a. M., Wetzlar, München bei Würdtwein, nova subs. 2, 129; 1, 210; Würdtwein, subsid. 1, 8; 4, 80; Mayer thes. 1, 197. 199. Mitunter reichten die Befugnisse des Dekans auch noch über den Kreis der oben erwähnten Personen hinaus, so hatte in Mainz der Dekan noch eine Jurisdiktion über die Prälaten, Kanoniker und Vikarien der anderen Stiftskirchen, Mayer l. c. 1, 7. 25 und Guden, cod. diplom. 1, 504; in Braunschweig Mayer, l. c. p. 123 stand sie ihm innerhalb des Immunitätsbezirks des Stiftes zu.

[6] Mainzer Statuten bei Mayer 1, 4: „Quando decanus dicit simpliciter: suspendo absentes, tunc nihil perdunt nisi vinum, quod eis debetur illa die in cellario dominorum. Item si vult adgravare, tunc debet dicere: suspendo absentes in pane et vino etc."

[7] Mainzer Statuten l. c. p. 25; s. auch Note 3.

[8] Mainzer Statuten a. a. O. und Statuten von Deuerstadt und Köln, Würdtwein, nova subs. 1, 210; 2, 164; von Frankfurt, Würdtwein, subsidia 1, 8. Ein Beispiel der Anwendung körperlicher Züchtigung in Rheims bei Thomas Cantipatrensis, bonum universale de apibus l. II. c. 39. n. 2, Duaci 1627. p. 395.

[9] S. n. 5. u. 7; den Eid des Dekans von Noyon von 1208, D'Achery, spicileg. 3, 569; nach den Stat. von Deuerstadt l. c. schwört der Dekan: „Quodque ego non velim aliquem capitularem absque dicti capituli vel maioris eius partis eiusdem praecedente consensu inclaustrare nec aliqua insolita pena punire". Die Inhaber der ersten Stellen waren aber oft von der Strafgewalt des Dekans ausgenommen, s. z. B. Mainzer Statuten bei Mayer 1, 14; Frankfurter bei Würdtwein subsid. 1, 8.

[10] Stat. von Halberstadt, Lünig, spicil. eccl. 2, Anh. p. 78.



der nöthigen Ehrfurcht in seinem Amtseid schwören musste [1], die Berufung des Kapitels, der Vorsitz in demselben und die Proposition der Traktanden zu [2]. Endlich nahm er auch öfters die Reception der neuen Kanoniker und der Kapitularen vor [3].

In seinen Amtsbefugnissen, welche bis auf die neuere Zeit dieselben geblieben sind [4], wurde der Dekan in Hinderungsfällen theils durch einen dauernden Substituten, den subdecanus [5], welcher demselben auch sonst zur Hülfsleistung in seinen Geschäften verpflichtet war [6], theils vorübergehend durch einen andern Würdenträger, so z. B. den Scholasticus [7] oder den senior capituli, oder senior capitularis [8], d. h. den der Anciennität nach ältesten Kapitularen vertreten.

3. Der Primicerius oder Cantor oder Praecentor. Unter der ersteren Bezeichnung [9] wird in der Regel Chrodegangs ein Beamter erwähnt, welcher den nächsten Rang nach dem Archidiakon einnimmt und dem an zweiter Stelle fast alle Funktionen des letzteren (s. S. 53) beigelegt werden [10]. Da aber der primicerius seit alter Zeit derjenige Geistliche war, welcher als Vorsteher der niederen Kleriker die Aufsicht über die Subdiakonen, die Akolythen, Lektoren und die Leitung des von den letzteren abzuhaltenden Gottesdienstes hatte [11], so beweist sein Vorkommen in den Einrichtungen Chrodegangs nur wieder die schon oben hervorgehobene Thatsache der Kombination der eigentlichen Kirchen- mit den Stifts-Aemtern. Gleichzeitig lässt die erwähnte Regel bei dem Mangel einer näheren Abgrenzung des Verhältnisses zwischen den Befugnissen des Archidiakons und Primicerius die Vermuthung begründet erscheinen, dass der letztere hauptsächlich die dem Archidiakon zustehenden Rechte in Betreff der Geistlichen der vorhin gedachten niederen Grade auszuüben hatte. Endlich mag er auch den Unterricht der jüngeren Kleriker geleitet und dieselben namentlich in der Abhaltung der liturgischen Theile des Gottesdienstes unterwiesen haben [12]. Später kommt in vielen

[1] So z. B. im Domstift zu Speier Bulla Sixti IV. von 1477 bei Würdtwein, subsid. 9, 214, s. auch ibid. p. 208; in den Kollegiatstiftern zu Frankfurt, München, Oetting s. Würdtwein, subsid. 1, 6; Mayer, thes. 1, 199; 2, 198. S. auch S. 95. n. 7.

[2] S. 95. n. 7; über Speier die eben citirte Bulle: „quod decanus ipsius ecclesiae pro tempore existens eidem capitulo preesse ac celebrationem capituli indicere et negotia dicte ecclesie ad eum deducta in eodem capitulo proponere aliaque capitularia gerere et tractare“ (debeat); s. ferner die Statuten für die Kölner Diöcese, Würdtwein, subsid. 3, 83; für die Domstifter Mainz und Regensburg, Mayer, thes. 1, 11 und 3, 22, sowie die Kollegiatstifter zu Köln, Wetzlar, München, Oetting, Würdtwein, nova subs. 2, 165; desselb. subsidia 4, 69; Mayer, thes. 1, 212; 2, 205; ebenso endlich auch in Tours s. Gallia christ. 14, 3.

[3] S. oben S. 69. 71 und die Statuten für Frankfurt, Würdtwein, subs. 1, 8.

[4] S. z. B. die Statuten des Regensburger Domstiftes von 1760, Mayer, thes. 4, 32.

[5] So am Domstift zu Köln, wo der subdecanus schon seit dem 12. Jahrhundert vorkommt, s. Lacomblet, niederrhein. Urkundenbuch 1. n. 258, Ennen u. Eckertz, Quellen 1, 590. 608. 2, 2; an St. Paul in London (seit dem 13. Jahrhundert), Dodsworth und Dugdale, monastic. Anglican. 3, 337. In dem Verzeichniss des Personals des Kölner Domstiftes von 1794, Hüffer, Forschungen S. 302 heisst er Vice- und After-Dechant.

[6] So hatte er die Aufsicht und Korrektionsgewalt über die Vikare, Kölner Statuten v. 1423, Würdtwein, subsid. 3, 101: „quod de decanis dictum est, idem subdecanis mandamus quoad correctionem et disciplinam vicariorum et altaristarum, si eorum correctio ad subdecanos pertinet“, weswegen diese gerade ihm und nicht dem Dekan Gehorsam in ihrem Amtseide schwuren, s. Hüffer a. a. O. S. 286. 316.

[7] So am Kollegiatstift zu Oetting, Mayer, thes. 2, 205. Im Domstift Mainz durch einen solchen (superior), der nicht ein für alle Mal festbestimmt war s. l. c. 1, 19. Vgl. auch S. 94. n. 8.

[8] Domstift Regensburg l. c. 3, 22; Kollegiatstifte zu Deuerstadt, München, Oetting, Würdtwein, nova subs. 1, 206 ff. 226. 263; Mayer l. c. 1, 206. 213 ff.; 2, 205. Dieser trat auch da ein, wo der zunächst zum Substituten bestimmte Würdenträger seinerseits wieder verhindert war, die Stellvertretung zu übernehmen. S. die vorige Note.

[9] Ueber die Ableitung des Wortes s. Th. I. S. 381. n. 2.

[10] c. 3. 4. 6. 8. 9. 24. 25. 28. 32; so steht ihm auch das Exkommunikationsrecht zu, s. c. 8.

[11] c. 1. §. 13. (Isidor. Hispal.) Dist. XXV., c. 10. 14. Emerit. a. 666. Vgl. auch Thomassin l. c. P. I. lib. II. c. 103. n. 7 ff.

[12] c. un. (ordo Roman. incogn.) X. de officio prim. I. 25: „Ut primicerius sciat, se esse sub

Kapiteln ein s. g. cantor war[1], welcher der Nachfolger des alten primicerius, wenigstens in Bezug auf die vorhin zuerst erwähnten Geschäfte gewesen sein muss[2], da ihm die Leitung des Ritualwesens und der Liturgie[3], vor Allem die des Chorgesanges[4] und die Zuweisung der einzelnen Theile des Officiums an die verschiedenen Chormitglieder[5], endlich auch namentlich in früherer Zeit der Unterricht der Domicellaren im Chorgesang beigelegt wird[6]. Gleichbedeutend mit cantor kommt die Bezeichnung *praecentor*[7],

archidiacono, sicut et archipresbyter, et ad eius curam specialiter pertinere, ut praesit in docendo diaconis vel reliquis gradibus ecclesiasticis in ordine positis, ut ipse disciplinae et custodiae insistat . . . et ut ipse diaconibus (*al.* sub archidiacono) donet lectiones quae ad nocturna officia clericorum pertinent et de singulis studium habeat, ut in quacunque re capacem sensum habuerit (*al.* habeant) absque ulla vacet (*al.* vacent) negligentia, ab eo aut a quo ipse iusserit, instruantur". Auffallend ist die Erwähnung der diaconi, sollte vielleicht in der ohnehin ihrem Text nach nicht ganz sicheren Stelle statt dessen subdiaconi zu lesen sein?

1 So z. B. in der Mainzer Diöcese seit dem 10. Jahrh. Guden, cod. diplom. 1, 352 ff.; im Domstift Hildesheim seit dem 12. Jahrh. s. Lüntzel, Geschichte der Stadt und Diöcese Hildesheim 2, 45. Vgl. auch die folgenden Noten.

2 Das ist auch die gewöhnliche Annahme, s. van Espen P. I. tit. g. c. 3. n. 1; Meyer, diss. cit. de dignitat. p. 17; Jacobson in Herzogs Encyklopädie 12, 190; Phillips, Lehrbuch S. 400. Wenn bei Du Fresne du Cange s. v. primicerius die Identität von cantor und primicerius in Abrede gestellt wird, so ist dabei übersehen, dass cantor selbstverständlich auch einen Domsänger (so z. B. in der Aachener Regel c. 137, Mansi 14, 241) unter dem eigentlichen cantor bedeuten kann. Die Gleichheit ergiebt auch die Ley de las siete partidas P. I. tit. 6. l. 5: „Chantre, tanto quiere dezir como cantor e pertenece à su oficio de comenzar los responsos y los hymnos y los otros cantos que se ouiere de cantar: tam bien en las cantares que se fizieren en el coro como en las processiones que se fizieren fuera del coro: e el deve mandar aquien lea o cante, las cosas que fueren de leer o cantar e la el deven obedescer los acolytos e los lectores e los psalmistas . . . E aun y a otras eglesias en que y a primicerios que han este mismo oficio que los chantres: e primicerio tanto quiere dezir en latin, como primero en el coro o en comenzar los cantos è mandar e ordenar à los otros, como canten e anden honestamente en las processiones".

3 S. vorige Note, ferner das Statut Johanns II. von Lübeck von 1259, Leverkus, Urkdbch. d. Bisth. Lübeck 1, 128: „Cantor . . . et quicunque cum ipso in cantando chorum rexerit, quantum ad solemnitates, quae subscribuntur, cum baculis similem formam habentes incedentes ministrabunt. Sunt autem hae solemnitates: Pascha domini . . . Porro usum baculorum, absente cantore, censuimus postponendum. Item cantor provisionem et regimen habeat organorum. Item cantoris officium erit, in generali capitulo publice pronunciare de inpositionibus librorum ad matutinas legendorum, de historiis cantandis, de IV temporibus observandis. Item cantor singulis hebdomadis pronuntiari faciat, quis futurus sit sacerdos, quis dyaconus, quis subdyaconus, quis cantor. Item per cantorem disponitur, quod deinceps singulis dominicis diebus sicut in die apostoli vicarius in medio chori stans cum cappa incipiat, quae sunt cantanda . . . item si aliquoties extiterit dubium, quid sit cantandum, a cantore principaliter requiretur".

4 S. auch Mainzer Domstatuten Mayer, thes. 1, 11: „item ordinatio cantus ad cantorem (spectat)".

5 S. c. p. 7: „Item cantor habet intitulare (*bestecken*) legentes et cantantes". Vgl. über die Funktionen des Kantors im Allgemeinen noch die Statuten bei Würdtwein, subsidia 1, 12. 13. und nova subsid. 2, 131. 170.

6 Für die Mainzer Diöcese diplom. a. 976, Guden, cod. diplom. 1, 356: „nullus invito magistro ad correptionem scolarium manum extendat, nisi cantor, dum cantum hesternum recitant, eos corripiat; Statuten von Halberstadt von 1410, Lünig l. c. 2. Anh. p. 77: „(domicelli) visitabunt scholam apud ecclesiam nostram, ut ceremonias chori addiscant et cantoris aut scholastici voluntatem habeant ad alibi visitandum".

7 So häufig in England s. c. 6 (Innoc. III.) X. de consuet. I. 4; c. 8 (Luc. III.) X. de rescr. I. 3; c. 48 (Innoc. III.) X. de appell. II. 28; ferner in französischen Stiftern, in Sens c. 1 (Innoc. III.) X. de postul. praelat. I. 5; in Amiens c. 38 (Gregor. IX.) X. de off. iud. del. I. 29. Die Identität von praecentor und cantor ergiebt die Angabe von Joan. Maan, praecentor von Tours in der praef. zur S. Metropolis eccl. Turonensis, mitgetheilt Gallia christiana 14, 3: „chorostatem sive praecentorem quod spectat, huius ipsius munus est divinis praeesse officiis in choro, praecinere et praeire cantaturis ac ministrorum concinentium officia promovere omnia". Dafür auch Gonzalez Tellez ad c. 6. X. I. 4. cit. n. 4. Ueber einzelne Abweichungen von dieser Regel s. gleich nachher. Obschon der praecentor auch in italienischen Stiftern, so z. B. in Nizza, Ughelli Italia sacra 4, 1105 erwähnt wird, so kommt doch auch bei den romanischen Nationen die Bezeichnung cantor vielfach vor, so in Poitiers c. 11 (Innoc. III.) X. de excess. praelat. V. 31; Lemans, Angers, Rennes, Gallia christ. 14, 336. 543. 740, in Ventimiglia, Asti, Brescia, Cremona, Lodi, Vigevano, Turin, Mondorri, Ughelli 4, 302. 331. 521. 578. 655. 819. 831. 1021. 1085; über Spanien im Allgemeinen s. Note 2 und für Barcelona S. 93. n. 2. Ueber die ursprüngliche Bedeutung von praecentor s. S. 99. n. 7.



selten die weitere: *choriepiscopus* vor[1]. Uebrigens hat sich der alte Ausdruck: *primicerius* daneben noch fort erhalten[2]. Mit der schon gleichfalls gedachten Funktion des alten Primicerius, der Leitung der wissenschaftlichen Unterweisung der jüngeren Kleriker, hängt es offenbar zusammen, wenn in einzelnen Stiftern der Kantor auch mit dem Unterricht der jüngeren Geistlichen und der in der Domschule befindlichen Knaben zu thun hatte[3].

Da der Kantor seine sämmtlichen Obliegenheiten theils nicht selbst besorgen konnte, theils auch oft nicht mochte, so hatte er vielfach einen stehenden Gehülfen, den s. g. *succentor*[4], welcher ihn bald in der zuletzt erwähnten Hinsicht vertrat[5], bald auch für die Regel alle Verrichtungen versah, während der erstere nur noch bei bestimmten feierlichen Gelegenheiten selbst celebrirte[6]. Mitunter hat sich endlich die Geschäftsvertheilung zwischen dem praecentor und succentor wohl mehr der ursprünglichen Bedeutung beider Worte[7] näher gehalten[8]. Auch finden sich öfters ein

[1] So in Köln, wo solche in Urkunden des 12. u. 13. Jahrh. für die Kathedral- u. anderen Stifter sehr häufig erwähnt werden, s. Ennen u. Eckertz, Quellen zur Gesch. Kölns 1, 558. 563. 565. 575. 580. 590. 597. 598. 607; 2, 2. 43. 174. 246. 257. 411. 514. 546. Ihre Mitgliedschaft in den Kapiteln ergeben die Mittheilungen ibid. 2, 499. 570. 606. 607. 614. 619. 626 und die Identität mit dem cantor, dipl. a. 1236, l. c. 2, 164; syn. Colon. a. 1260. c. 9: „ita scholasticis ecclesiarum necnon chori-episcopis seu cantoribus quorum officia onus suum tam circa disciplinam quam chori debitum atque residentiam in ipsis ecclesiis faciendam habere noscunt, iniungimus . . ."; c. 10: „quod nulli decani, nulli scholastici, nulli chori-episcopi vel cantores, nulli sacerdotes ecclesiarum capellani episcopales ullatenus aut regales existant" (Hartzheim 3, 592); syn. Colon. a. 1536. P. III. c. 3 (ibid. 6, 259): „cantores qui et chori-episcopi"; „Chorbischof" im Verzeichniss von 1794 bei Hüffer, Forschungen S. 302, s. auch ibid. p. 288. An die sonst vorkommenden Chorbischöfe (ursprünglich gleich Landbischöfe) ist nicht zu denken, denn diese sind in Köln schon im 11. Jahrhundert abgeschafft worden, s. epist. Wazon. cit. bei Anselmi gesta episcopor. Leodiens. c. 41, SS. 7, 214: „chorepiscopos propter insolentiam removit ecclesia" und die Etymologie von chori episcopus im Sinne von cantor führt offenbar auf episcopus chori, d. h. Leiter des Chors, zurück, s. Binterim, Denkwürdigkeiten III. 2, 367. Dadurch erledigt sich der Verbesserungsversuch v. Ennen, Geschichte der Stadt Köln. 2, 191. n. 2, welcher statt cantor setzen will: chori episcopus. Freilich wird mehrfach der cantor neben dem choriepiscopus erwähnt, Statuten des 13. Jahrh., Lacomblet, Archiv für die Gesch. des Niederrheins. 2, 26. 35 u. dipl. a. 1247 Ennen u. Eckertz, Quellen 2, 257; hier bedeutet der erstere aber offenbar den Gehülfen des cantor, der sonst unter dem Namen: succentor vorkommt, s. nachher im Text.

[2] In Toul c. 8 (Innoc. III.) X. de constit. I. 2; in Tortona und Genua s. Ughelli 4, 623. 831.

[3] So war der nachmalige Abt Odo von Clügny (927—941) vorher: magister scholae et praecentor in Angers, s. gesta cons. Andegav. c. 5, d'Achery, spicil. ed. nova 3, 244, und der ursprüngliche, nicht beschnittene Text von c. 8. X. cit. I. 2. spricht auch von „primiceriatus et scholastria"; s. auch Statuten von Lichfield, Mansi 22, 660 und Note 5.

[4] c. 11 (Innoc. III.) X. de excess. prael. V. 31; c. 27 (Innoc. III.) X. de sent. excomm. V. 39.

[5] Hostiens. summa aur. ad tit. de primic. n. 1: „sub quo et subcentor est, qui etiam in aliquibus ecclesiis chabiscolus vocatur sive magister scolarium"; Stat. v. Lichfield, Mansi 22, 658 und von St. Paul zu London, Dodsworth und Dugdale, monast. Angl. 3, 339.

[6] Nach den Stat. des Frankfurter Bartholomäusstifts schwört der Cantor, Würdtwein, subsid. 1, 13: „quod personaliter in festis decani et aliis principalibus, in aliis vero anni temporibus per succentorem respiciam onera fideliter huiusmodi cantorie", s. auch den Eid des succentor, ibid. p. 25.

[7] c. 1. §. 16. (Isidor. Hispal.) Dist. XXI: „cantor autem vocatur, quia vocem modulatur in cantu. Huius duo genera dicuntur in arte musica . . . praecentor et succentor: praecentor scilicet qui vocem praemittit in cantu, succentor autem qui subsequendo canendo respondet".

[8] Charta Evrardi episc. Ambian. a. 1219, d'Achery, spicileg. ed. nova 3, 589: „Praecentor proximum stallum post decanum, cantor proximum stallum post praecentorem habebunt. Praecentor in superiori stallo canonicos installabit, cantor in inferiori. Uterque dabit regimen duarum scholarum cantus. Jurisdictio puerorum communis erit utrique: communi consilio recipient in choro pueros: uterque poterit eiicere delinquentem, eiectus ab uno, non introducetur ab alio, nisi eiicientis satisfecerit arbitrio. Praecentor audiet a pueris id quod debent cantare. Cantor etiam pro excessibus suis verberabit. Praecentor et cantor simul regent chorum in nativitate domini etc., in aliis duplicibus cantor cum uno de canonicis reget chorum; in ordinibus, in consecratione chrismatibus, in benedictionibus abbatum praecentor chorum reget; in synodo prima dies est praecentoris, secunda cantoris. Praecentor officium anni praenuntiabit et in iis omnibus, si alter absens fuerit, illi qui praesens erit, supplebit defectum. Cantoris erit scribere tabulam cantorum" . . .

primicerius und *cantor*[1], *cantor* und *praecentor*[2], zwei *cantores* nebeneinander in demselben Kapitel[3] vor, was nur mit der Annahme erklärt werden kann, dass der eine dieser Beamten eine dem succentor gleiche Stellung eingenommen hat.

Als besonderes Amtszeichen trugen die Kantoren in manchen Stiftern bei der Abhaltung des Officiums silberne Stäbe in den Händen[4].

4. Der Scholasticus, Scholaster[5]. Die Regel Chrodegangs, welche der zu der Kongregation der Geistlichen gehörigen pueri et adolescentes gedenkt[6], erwähnt keines besonderen Beamten, welcher den Unterricht derselben leitet. Nach dem oben (s. S. 97) Bemerkten erscheint die Vermuthung begründet, dass dem Primicerius diese Funktion gleichfalls obgelegen hat. Dagegen trifft schon die Aachener Regel besondere Fürsorge, indem sie festsetzt, dass ein geeignetes Mitglied von dem Vorsteher des Stifts mit der Unterweisung der Knaben und Jünglinge betraut werde[7]. Konnte die Mission dieses Schulbruders auch ursprünglich jeden Augenblick widerrufen werden, so war damit doch die Aussonderung eines festen Amtes neben dem primicerius, resp. cantor angebahnt, welche sich schon in einzelnen Stiftern im 10. Jahrhundert[8], jedenfalls aber da, wo die Funktionen nicht anderen Mitgliedern der Kapitel dauernd zufielen[9], im 11. Jahrhundert[10] vollzogen haben muss. Ueber die Stellung des Scholastikus zu den

[1] So in Cremona und Vigevano Ughelli 4, 578. 819; in dem einen Kapitel hat der cantor den Vorrang vor dem primicerius, im andern steht die Sache gerade umgekehrt.

[2] S. S. 99. n. 8. u. über Barcelona oben S. 93. n. 2, wo a. a. O. weiter bemerkt wird: „praecentor praevideat et disponat, ut in tabula pro septimanis et solemnitatibus describantur officia singulorum"; dass die früher a. 1254 in dem gedachten Kapitel erwähnten beiden praecentores, sowie der praecentor und succentor a. 1298, Martène et Durand, thesaur. nov. 4, 602. 615 mit dem nachmals vorkommenden cantor und praecentor identisch sind, ist wahrscheinlich, wiewohl das vorhandene Material keinen näheren Anhalt gewährt.

[3] So in Savona Ughelli 4, 731.

[4] Ferner hatten sie auch einen Hut von besonderer Form, s. dipl. a. 976 für Mainz bei Guden, cod. diplom. 1, 354; Du Fresne du Cange s. v. baculus; Binterim l. c. p. 368; Würdtwein, subsid. 1, 12. S. auch S. 98. n. 3. Das: „Item baculum non recipiet" s. S. 74. n. 3. heisst daher wohl soviel, dass der Erwerber einer Priesterpfründe nicht zugleich die Stelle des Cantors versehen darf, und der canonicus ad baculum im Domstift zu Laibach s. Moy, Archiv 11, 277 ist demnach der die Funktionen des Kantors versehende Domherr.

[5] J. E. Floerke, programma de canonico scholastico. Jenae 1731 und eiusd. comm. de canonici scholastici nomine, origine, officio, dignitate et praebenda. Gothae 1737.

[6] c. 2.

[7] c. 135 (Mansi 14, 240): „Sollerter rectores ecclesiarum vigilare oportet, ut pueri et adolescentes, qui in congregatione sibi commissa nutriuntur vel erudiuntur, ita iugibus ecclesiasticis disciplinis constringantur, ut eorum lasciva aetas . . . nullum possit reperire locum quo in peccati facinus proruat. Quapropter in huiuscemodi custodiendis et spiritaliter erudiendis, talis a praelatis constituendus est vitae probabilis frater, qui eorum curam summa gerat industria eosque ita arctissime constringat, qualiter ecclesiasticis doctrinis imbuti et armis spiritalibus induti et ecclesiasticis utilitatibus decenter parere et ad gradus ecclesiasticos quandoque digne possint promoveri . . . Frater vero, cui haec cura committitur, si eorum curam parvipenderit et aliud quam oportet docuerit aut eis in aliquo cuiuslibet laesionis maculam ingesserit, severissime correptus ab officio amoveatur et fratri alii id committatur qui eos et innocentis vitae exemplis informet et ad opus bonum peragendum excitet".

[8] So in Mainz s. diplom. a. 976, Guden, cod. dipl. 1, 352 ff., hier wird aber der scholasticus als dydascalus bezeichnet. In Hildesheim, wo das Amt des Cantors erst ein Jahrhundert später vorkommt, s. Lüntzel, Gesch. der Diöcese und Stadt Hildesheim 2, 45, war im 11. Jahrh. in Thangmars Hand noch der Dekanat und die Scholastria vereinigt, in seiner vita Bernwardi sagt er c. 1.: „meae parvitati qui primicerius scolae puerorum praeeram", c. 33: „Thangmarum presbiterum et monasterii decanum" und c. 34: „Thangmarum . . . qui a primaeva iuventute usque ad caniciem scolari studio intentus", SS. 4, 758. 773, vgl. auch Lüntzel a. a. O. 1, 311. 312.

[9] So z. B. dem praecentor oder succentor s. S. 99.

[10] Denn seitdem kommt die erwähnte Bezeichnung vielfach vor; conc. Vindocin. a. 1040 Mansi 19, 591; für Mainz die Urkunde von 1190 (bei Guden, cod. diplom. 1, 295 ff.); für Köln Ennen u. Eckertz, Quellen zur Gesch. Kölns 1, 591. 609; 2, 8 u. Hüffer, Forschungen S. 289. Gleichbedeutend ist caput scholaris, syn. Helen. a. 1027, Mansi 19, 484; capischolus c. 7. Bitur. a. 1031. l. c. p. 503; sodann wohl auch magiscola dipl. für Modena von 1182, Muratori antiq. Ital. 3, 153, für

jüngeren, zum Kapitel gehörigen Klerikern ist oben (s. S. 63. 70) bereits das Erforderliche gesagt [1]. Eine Folge derselben war das gleichfalls schon berührte Korrektionsrecht des Scholasters, resp. seines Stellvertreters und Gehülfen [2]. Die Ernennung des letzteren, des *rector scholarum* [3], *magister scholarum* [4] — freilich heisst auch der scholasticus mitunter selbst so [5] — *magister disciplinae* [6] hängt damit zusammen, dass der scholasticus nicht im Stande war, allein den gesammten Unterricht in der Domschule [7] zu besorgen, da ihm zugleich vielfach die Inspektion über die sonstigen Schulen der bischöflichen Stadt und der Diöcese oblag [8], sowie damit, dass ihm ferner in vielen Stiftern die Geschäfte eines Syndikus [9], Sekretärs oder Kanz-

Genua s. Ughelli 4, 833; in der Ley de las siete partidas heisst er P. I. tit. 6. l. 7: „maestrescuela".

[1] S. auch unten Note 3.

[2] Vgl. auch dipl. a. 976 cit. bei Guden l. c. 1, 352 ff.; Mainzer Statuten Mayer 1, 8; Statuten von Halberstadt a. 1401; Lünig, spicil. eccles. 2. Anh. S. 78; Deuerstadt bei Würdtwein, nova subs. 1, 211, endlich Schmidt, thes. 3, 139. Die Festsetzung des Kapitels zu Hildesheim von 1409 bei Laur. Meyer, diss. cit. de dignit. p. 18: „quod si aliquis domicellorum nostrorum super debitis aut aliis querelis inpeteretur, tunc predicti scolasticus et cantor ipsi impetenti de tali domicello iusticiam ministrabunt"; hängt offenbar damit zusammen, dass ursprünglich der primicerius die Funktionen des cantor und des scholasticus in seiner Hand vereinigte.

[3] Stat. eccles. Lubecens., de Westphalen, monum. ined. 2, 2428: „Scholasticus in scholis S. Jacobi omnem auctoritatem et potestatem nullo prorsus articulo excepto super singulis circumstantiis obtinebit quam in scholis maioris ecclesiae dignoscitur hactenus habuisse ... ad officium scholastici pertinet scholares regere in choro et in scholis, quantum ad disciplinam, mores et doctrinam attinet, magistrum ipsorum et rectores statuet secundum numerum scholarum videlicet pro LX scholaribus solventibus ad minus unum idoneum magistrum. Item scholasticus cavebit confusiones chori in choris et in aliis cantandis et legendis et excessus istos corriget et faciet emendari. Item scholasticus scribit literas ecclesiae et omnia negotia ecclesiam tangentia eaque deinceps, si registranda fuerint, sciat registrare. Item scholasticus omnes libros scholasticos quos habuit ad tempus vel in futuro habiturus est, diligenter reservabit et de manibus suis huiusmodi libri requirentur, praecipue autem diligentiam de registro ecclesiae conservando adhibebit. Ad scholasticum pertinet scholarium ordinatio ac dispositio libera de iisdem, ita videlicet, quod potestatem habeat praeficiendi magistros dictorum scholarium, qui eos instruunt in grammatica et logica, eosdem magistros pro suo placito removendi, quod nemo potest ibidem actum docendi scholares assumere, nisi de ipsius scholastici speciali consensu, praeterea iurisdictionem tam magistrorum, quam scholarium ad saepe dictum scholasticum recognoscimus pertinere"; vgl. ferner die Statuten bei de Ludewig, reliq. manuscript. 5, 432; Lünig, spicil. eccles. 2. Anh. p. 38. 78; Würdtwein, subs. 1, 10; u. nova subsid. 1, 211; 2, 168; Mayer, thes. 2, 194. Ueber die Funktionen eines solchen rector scholarum vgl. den Amtseid desselben in den Statuten von Bingen bei Würdtwein, subs. 2, 391.

[4] S. Lünig l. c. p. 38; Dürr in Schmidts thes. 3, 98.

[5] c. 1 (Lateran. III. a. 1179), c. 4. (Later. IV. a. 1215) X. de magistr. V. 5; Diplom für Amiens a. 1219 (d'Achery, spicileg. ed. nova 3, 589): „Magister vero scholarum signabit lectiones in matutinis et in missa legendas et auscultabit, si fuerit requisitus, litteras capituli faciet, regimen scolarum conferet de anno in annum, tabulam lectorum scribet"; für Cahors a. 1252 bei Du Fresne du Cange s. v. scholasticus: „ut de cetero magister scholarum dignitas sit in ecclesia Cadurcensi qui scholas in grammatica personae idoneae conferat, quae loco ipsius scholas regat, cui singulis annis pro labore suo ab eodem magistro scholarum provideri volumus, prout sibi videbitur expedire".

[6] So in Mainz; Statuten bei Mayer, thes. 1, 8. 9.

[7] Das Fundationsinstrument für die Scholastria in Tournay von 1197 (Miraeus, opp. diplom. 2, 981) legt dem Scholaster die Verpflichtung auf, dass er wenigsens „de divina pagina et de maioribus facultatibus aliquid legat".

[8] Diplom. a. 1300, Leverkus l. c. p. 434. Lünig, spicil. eccles. l. c. p. 38; s. auch Note 3. und Dürr bei Schmidt l. c. 3, 139. Diese Funktion trat namentlich hervor, als die jüngeren Kanoniker ihre Ausbildung auf den Universitäten suchten. S. oben S. 70. und die Statuten bei Mayer thes. 3, 376.

[9] Mainzer Statuten bei Mayer, thes. 1, 9: „Item scholasticus semper tenetur proponere et facere verbum ecclesiae et respondere, causas fovere in civitate propriis sub expensis suis, sed extra civitatem sub expensis ecclesiae et tenetur literas necessarias scribere"; s. auch ibid. p. 14; nach den Bingener Statuten von 1403 leistet der Scholaster seinen Amtseid auch darauf: „Item exercebo officium advocationis in causis ecclesiae, per me ipsum, si sim iurisperitus vel procurabo ad hoc meis expensis alium advocatum, in quem capitulum consentiat, qui paratus sit ecclesiae in singulis suis causis, cui tamen ecclesia pro suis laboribus satisfaciet. Item litteras missas capitulo recipiam et sine dilatione praesentabo necnon dictabo literas ecclesiae et capituli per me vel alium in quibuscunque negotiis sive causis. Item causas, verba et negotia capituli et ecclesiae coram quibuscunque dicenda vel proponenda per me ipsum loquar vel per alium proponi pro-

lers [1], Bibliothekars [2] und Archivars [3] des Kapitels übertragen waren. Das letztere erklärt sich daraus, dass der Scholaster, anfänglich offenbar der gelehrteste unter den Kanonikern, wegen seiner Schreibfertigkeit gleichfalls für diese Geschäfte am geeignetsten war [4], wie er denn auch gerade deswegen nicht nur die Lektionen der jüngeren Kanoniker beim Chordienst zu bestimmen, und die Ausführung desselben durch die letzteren zu überwachen [5], sondern auch für den Gebrauch korrekter Chorbücher zu sorgen hatte [6]. Wenn die vorhin erwähnten Gründe eine Vertretung des Scholasters oder eine Hülfeleistung für denselben oft erforderlich erscheinen liessen, so trug endlich ferner zu der Verbreitung dieser Sitte das vielfach sich geltend machende Streben der Kanoniker bei, die mit ihren Stellungen verbundenen lästigen Obliegenheiten möglichst auf andere abzuwälzen, um die Einkünfte und Ehren in voller Bequemlichkeit zu geniessen [7], ein Bestreben, welches durch die Entwicklung der Universitäten und den Besuch derselben seitens der jüngeren Kleriker erleichtert wurde. Wiederholt ist zwar schon seit dem 12. Jahrhundert angeordnet worden, dass namentlich wegen der ärmeren Kleriker an jeder Kathedral-, dann auch an jeder andern vermögenden Kollegiatkirche ein tauglicher Magister oder Scholaster unter Zuweisung einer Präbende angestellt werde [8], ferner haben einzelne Statuten und nachmals das Tridentinum die Wahrnehmung der Pflichten durch den Scholaster selbst oder wenigstens durch einen anderen geeigneten Stellvertreter desselben mehrfach vorgeschrieben [9], allein, da die Residenzpflicht selten unbedingt auferlegt und die Einsetzung eines Stellvertreters nicht beseitigt wurde [10], so halfen diese Massregeln um so weniger, als die ursprüngliche, für das 9. Jahrhundert ausreichende Einrichtung des Unterrichts immer mehr und mehr unzulänglich werden musste. So erhielt sich zwar die Stelle des Scholasters [11], indessen ihre ursprüngliche Bedeutung hatte sie eingebüsst und war somit eine Pfründe gewor-

curabo", Würdtwein, subsidia dipl. 2, 355; ibid. p. 341: „factaque ecclesiae quasi advocatus et os capituli concipere, notare et pronuntiare debebit"; s. auch Würdtwein l. c. 1, 11.

[1] S. die vorhergehende Note, S. 101. n. 3; Stat. von Schwerin a. 1238, de Westphalen, monum. inedit. 2, 1971: „scholasticus erit custos minoris sigilli ecclesiae et omnes literas capituli scribi faciat suis sumptibus et expensis, librosque scholasticus custodiens reformabit summe cavendo, unde periculum timeatur, ne aliquid de secretis capituli litteras scribi faciendo revelet nec ullas litteras sigillo capituli, nisi de mandato speciali eiusdem sigillabit. Item etiam scholasticus omnium excessuum tam magnorum quam parvorum correctiones quos scholares sub iugo existentes commiserint, retinebit"; Bulle Sixtus' IV. v. 1477 für Speier, Würdtwein, subsid. diplom. 9, 214: „scholasticus vero eiusdem ecclesie singula illius ac capituli predictorum secreta annotare et pro tempore in eodem capitulo referre et super hoc nomine capituli literas scribere"; vgl. ferner die Statuten bei Würdtwein, nova subs. 2, 169. Nach der Ley de las siete partidas P. I. tit. 6. l. 5. hiess der maestre scuela in einzelnen Kirchen daher auch canceller.

[2] Jedenfalls der für den Chordienst benutzten Bücher s. die vorhergehende Note, S. 101. n. 3 und die Statuten bei Mayer, thes. 2, 194.

[3] S. S. 101. n. 3. 9.

[4] Der Zusammenhang dieser Funktionen mit der Scholasterie lässt sich wenigstens bis auf den Anfang des 11. Jahrhunderts zurückverfolgen, denn der oben (S. 100. n. 8) erwähnte Thangmar nennt sich auch, s. prolog. vitae Bernwardi, SS. 4, 737: „humillimus quoque s. ecclesiae nostrae bibliothecarius et notarius".

[5] Mainzer Statuten bei Mayer 1, 11; S. 101. n. 3 u. 5; ferner die Statuten bei Würdtwein, subsid. 1, 10; 2, 341. u. nova subsid. 1, 211; 2, 169. Vgl. auch die in Note 1 citirte Ley de las siete partidas.

[6] S. Note 1; die Statuten bei Würdtwein, subsid. 2, 341. 355. u. nova subsid. 1, 211. u. die Ley de las s. partid.

[7] Diese Auffassung, welche die vermögensrechtliche Seite des Amtes betont und mit der alle öffentlichrechtlichen Verhältnisse als privatrechtliche ansehenden, mittelalterlichen Anschauung harmonirt, tritt schon in der Bezeichnung des Scholasters auf dem Koncil von Orleans v. 1017 (Mansi 19, 374): „Heribertus . . . capitale scholae tenebat dominium" klar hervor.

[8] c. 1. 4. X. V. 5. cit.; Trid. sess. V. c. 1 de reform.

[9] S. z. B. S. 100. n. 7; syn. Colon. a. 1260. c. 9 (Hartzheim 3, 592); Würdtwein, subsid. 1, 11; 2, 355; 9, 214; nova subs. 2, 130. 169; Trid. Sess. XXIII. c. 18. de ref.

[10] Ja mitunter die Scholaster selbst nicht stimmberechtigte Mitglieder des Kapitels zu sein brauchten, s. Würdtwein, subs. 1, 11; 2, 356.

[11] In Köln kommt sie noch 1794 vor, s. S. 302.

den, deren Inhaber bestimmte Einkünfte und Emolumente, namentlich die aus der Emancipation der Kanoniker (S. 70) bezog, welche aber für die eigentliche höhere wissenschaftliche Ausbildung der letzteren keine Bedeutung mehr hatte [1].

5. Der Custos, Sacrista und Thesaurarius. Für die frühere Zeit wird der *custos* als derjenige Geistliche bezeichnet, welchem die Sorge für die Beschaffung und die Aufbewahrung der gottesdienstlichen Geräthschaften, sowie für die Beleuchtung der Kirche und für das Geläute oblag [2]. Als Geschäftskreis des daneben vorkommenden *sacrista* erscheint die Aufbewahrung der heiligen Gefässe, der Paramente und des Kirchenschatzes überhaupt, sowie ferner die Beschaffung des Wachses und Oels für die Kerzen und Lampen [3]. Wenngleich die beiden Aemter eine grosse Verwandtschaft zeigen, so liegt doch ihr Unterschied klar am Tage. Er besteht offenbar darin, dass der eine Beamte die Sorge für alle zum regelmässigen Gottesdienst bestimmten Utensilien und Geräthe hatte, der andere die Aufbewahrung der nur selten, an hohen Festtagen und bei feierlichen Gelegenheiten gebrauchten Kostbarkeiten und Kleinodien überwachen musste [4]. Für die später eingeführte vita communis der Geistlichen selbst hatten diese Aemter an und für sich keine Bedeutung, nichts destoweniger waren beide oder wenigstens eins derselben für jede grössere, namentlich jede gut ausgestattete, reichere Kirche, wo die betreffenden Funktionen nicht beiläufig von den angestellten Geistlichen wahrgenommen werden konnten, mochte diese eine Stiftskirche sein oder nicht, erforderlich [5]. So gedenkt auch die Regel Chrodegangs der custodes des Metzer Doms und der beiden anderen dazu gehörigen Kirchen, als der Bewacher der Gebäude [6] und der kirchlichen Geräthschaften [7], sowie des ersteren als des Stellvertreters des Bischofs in der Handhabung der Seelsorge für die Stiftsangehörigen [8]. Nicht minder wird ihrer in der Aachener erwähnt [9]. Die beiden Aemter haben sich das Mittelalter hindurch

[1] In Oesterreich hat sie im Anfang dieses Jahrhunderts dadurch wieder eine Realität erhalten, dass dem Domscholaster die Oberaufsicht über die Schulen der ganzen Diöcese beigelegt war, also nur dadurch, dass der Staat der Kirche einen so bedeutenden Einfluss auf den Unterricht gewährte. S. Helfert, Rechte der Bischöfe 1, 325.

[2] c. 1. (ordo Roman.?) X. de off. custod. I. 27: „Custos ecclesiae cui ea quae ecclesiae competunt, custodienda committuntur, oportet, ut sui archidiaconi iussioni in cunctis obediat, in canonicis horis signa tintinabulorum pulsanda, ipso archidiacono iubente, ab eo pulsentur, pallia vel linteamina altaris seu cuncta utensilia ecclesiae indesinenter custodiat, lampades et laternas in accendendo seu in exstinguendo pervigil existat, ne aut supra modum oleum depereat aut minus lucendo obscurior sit ecclesia"; c. 2. eod. (conc. Tolet. ?): „Custos vero sollicitus debet esse de omni ornamento ecclesiae et luminariis sive incenso, nec non panem et vinum omni tempore praeparatum ad missam habere debet et per singulas horas canonicas signum ex consensu archidiaconi sonare et omnes oblationes seu eleemosynas seu decimas cum eius tamen consensu absente episcopo inter fratres dividat".

[3] c. un. (conc. Tolet. ?) X. de off. sacr. I. 26: „Ut sciat se sacrista subiectum archidiacono et ad eius curam pertinere custodiam sacrorum vasorum, vestimentorum ecclesiasticorum seu totius thesauri ecclesiastici nec non quae ad luminaria pertinent, sive in cera sive in oleo sive ad distributionem sacri chrismatis".

[4] Gonzalez Tellez ad c. 1. X. I. 27. cit. n. 5; vgl. auch conc. Benevent. a. 1693. tit. 9. c. 1 ff. (Acta conc. recent. coll. Lacens. Friburgi Brisgov. 1870. 1, 31. 32).

[5] c. 2. §. 1. X. eod. nennt daher unter den „tres columnae ecclesiae" neben dem Archidiakon und Archipresbyter als dritten den Custos.

[6] c. 27: „Custodes vero ecclesiarum qui ibi dormiunt vel in mansiones iuxta positas, teneant silentium, sicut ceteri clerici . . . et non permittant ingredi eos qui foras claustra post completorium remanserint nec eos qui intra claustra sunt, egredi per ostia sibi commissa", s. auch c. 4. 6. 24 ibid.

[7] Das lässt sich daraus schliessen, dass sie in der Kirche oder bei derselben schlafen müssen und dass noch mehrere Jahrhundert später dieser Pflicht des custos oder des subcustos gedacht wird, s. Mainzer und Bingener Statut. aus dem 14. Jahrh. u. v. 1403, Mayer, thes. 1, 31. u. Würdtwein, subsid. 2, 362.

[8] Reg. Chrodeg. c. 34: „ . . . si episcopus non venerit, tunc presbyter custos ecclesiae S. Stephani in vices illius iuxta capacitatem suam et legat et doceat eos viam salutis . . . et ipsi presbytero confessiones suas bis in anno faciant ipsi matricularii".

[9] c. 131, Mansi 14, 238: „custodes . . . horarum distinctiones bene norint, ut scilicet signa certis temporibus pulsent. Luminaria vero

erhalten, jedoch sind sie vielfach in einer Hand kombinirt worden. Dazu trug einmal die schon vorhin berührte Aehnlichkeit derselben bei und ferner der Umstand, dass bei der Vermehrung des Reichthums der Kapitel und bei der immer mehr an Bedeutung gewinnenden Stellung der Stiftsherren die mit den erwähnten Funktionen betrauten Kanoniker diese durch Unterbeamte besorgen liessen und nur die Aufsicht über dieselben führten, die letztere aber sowohl hinsichtlich des gewöhnlichen gottesdienstlichen Inventars wie auch des werthvolleren Kirchenschatzes füglich durch einen einzigen Beamten ausgeübt werden konnte. Hiernach ist es begreiflich, dass in einzelnen Kapiteln der custos [1] und der *thesaurarius* [2] oder *cimeliarcha* [3], welche letztere zweifellos, wie die Bezeichnung ergiebt, mit dem *sacrista* identisch sind, nebeneinander [4], in andern dagegen nur der custos [5] oder der sacrista [6], resp. der thesaurarius [7], der cimeliarcha [8] allein vorkommen, sowie dass custos und thesaurarius mehrfach für identisch erklärt worden sind [9]. Im Allgemeinen ist die Verschmelzung beider Aemter das häufigere gewesen. Ausser den vorhin schon genügend bezeichneten Funktionen [10], für welche dem Custos oder Thesaurar eine Reihe von Unterbeamten [11]

cum omni diligentia concinnanda praevideant sitque eorum studii, ut nihil de sibi commissis rebus ecclesiae pereat".

1 Eine andere Bezeichnung für ihn ergiebt dipl. a. 1335 bei Du Fresne du Cange: „Halvardus, claviger sive custos eccl. Upsaliensis", s. v. claviger.

2 c. 1. §. 14 (Isidor. Hisp.) Dist. XXV: „Ad thesaurarium pertinet basilicarum et ostiarii ordinatio, incensi praeparatio, cura chrismatis conficiendi, cura baptisterii ordinandi, praeparatio luminariorum in sacrario et sacrificiis"; Du Fresne du Cange s. v. thesaurarius.

3 Du Fresne du Cange s. v. cimeliarcha und Mone, Zeitschrift 21, 21. n. 3.

4 So in Hildesheim, Lüntzel, a. a. O. 1, 313; 2, 46; ferner in Cöln bis zum Jahre 1246, wo die Custodia mit der Thesauraria vereinigt wurde, s. Günther, cod. diplom. Rhen. Mosell. 2, 214: „statuimus et ordinamus, quod custodia altaris s. Petri in maiori ecclesia predicte thesaurarie perpetuo sit annexa ita ut quicunque thesaurarius fuerit pro tempore ipsam custodiam nulli persone possit vel debeat conferre vel ab eadem thesauraria alienare". Vgl. ferner Lünig, spicileg. eccles. 2. Anh. p. 79; auf ein früheres Nebeneinanderbestehen beider Aemter deuten auch die Statuten bei Mayer, thes. 1, 103. 118.

5 In Mainz, Regensburg Mayer, thes. 1, 14; 3, 23.

6 Barcelona s. oben S. 93. n. 2; Trient, wo auch caneparius, s. Du Fresne du Cange s. v. cavenarius als identisch vorkommt, syn. a. 1336, Hartzheim 4, 645; Nizza, Ughelli 4, 1105. Dasselbe bedeutet offenbar sacriscrinius, syn. Helen. a. 1017, Mansi 19, 483.

7 In Florenz dipl. a. 1293, Ughelli 3, 129; in Tours, Angers, Rennes, Nantes s. Gallia christ. 14, 3. 542. 740. 764. 792; Lichfield s. Mansi 22, 660; ferner in Spanien, Ley de las siete partidas P. I. tit. 6. l. 6: „Tesorero tanto quier dezir como guardador de tesoro, ca à su oficio conviene de guardar las cruzes e los calizes e las vestimentas e los libros e todos los otros ornamentos de la santa eglesia e el deve componer los altares e tener la eglesia limpia e apuesta e abondada de encienso e de candelas e do las otras luminarias que son menester. Otrosi el deve guardar la chrisma e mandar e ordenar como se faga el baptismo. E a su oficio pertenesse de fazer tañer las campanas"; Statuten von Schwerin a. 1238, de Westphalen, monum. ined. 2, 1972; der hier weiter vorkommende custos ist nur Unterbeamter des Thesaurars, l. c. p. 1976, nimmt also die Stelle des subcustos ein; s. unten Note 11.

8 Hostiensis summa aur. ad tit. cit. de off. sacristae. Wenn in Cremona ein cimiliarcha und thesaurarius neben einander genannt werden s. Ughelli 4, 578, so lässt sich beim Mangel jeglichen Anhalts dies wohl nur so erklären, dass der erstere eine ähnliche Stellung wie der alte sacrista, der letztere wie der alte custos gehabt hat.

9 Syn. Colon. a. 1260. c. 8 (Hartzheim 3, 591): „ecclesiarum ipsarum thesaurarii seu custodes"; Statuten von Wetzlar v. 1432: „canonicum actu capitularem teneor . . . in custodem vel thesaurarium ecclesiae praeficere", Würdtwein, subs. 4, 78 und von Beromünster von 1694, Mayer, thes. 4, 433: „custos qui thesaurarius est".

10 S. auch die Statuten bei Würdtwein, subs. 1, 13; 2, 342. 362; Würdtwein, nova subs. 1, 212; Mayer, thes. 1, 103. 216; 2, 194. 338. 357; 3, 374.

11 In Mainz werden als solche genannt ein subcustos, mehrere sacristae (diese auch in Basel, s. Gallia christ. 15. app. p. 222) und campanatores, welche letztere zunächst unter dem subcustos stehen, Mayer 1, 29. 30. 31; der letztere kommt öfters vor s. ibid. 1, 104; Ennen und Eckertz, Quellen zur Geschichte Kölns 2, 562. 602 und Würdtwein, subs. 1, 28. 29, wo er auch campanarius heisst, weil er das Läuten selbst oder durch gewöhnliche campanarii zu besorgen hat; blos campanator wird er genannt Würdtwein, subsid. 2, 362. 395. In der Urkunde von 1326, Würdtwein, nova subs. 3, 173 wird das officium campanariatus am Kollegiatstift zu Aschaffenburg zu einem wirklichen „beneficium ecclesiasticum" und zwar zu einem „benef. curatum" unter der Bezeichnung: „subcustodia" erhoben, deren Inhaber die bisher

zur Disposition standen, hatte der mit dieser Stellung betraute Stiftherr manchmal noch die Pflicht, das Kapitel-Siegel unter seinem Mitverschluss aufzubewahren[1], die Geschäfte des Archivars wenigstens hinsichtlich der werthvolleren Urkunden des Kapitels, so z. B. der Privilegien und Statuten desselben zu versehen[2], sodann auch die Seelsorge an dem Stifte selbst wahrzunehmen[3]. Endlich lag dem Kustos, resp. dem Thesaurar, die Verpflichtung ob, aus den verschiedenen ihm überwiesenen Einkünften eine Reihe von Leistungen zu bestreiten, welche zu seinem Amte in enger Beziehung standen[4]. So musste er die Beschaffung einzelner zum Gottesdienst bestimmter Paramente und Utensilien, sowie die Instandhaltung derselben[5], gewisse Reparaturen an den Glocken[6], die Erneuerung der Fenster[7], die Besorgung der zur Vertheilung an die Stiftsgeistlichkeit bestimmten Kerzen[8], des nöthigen Vorrathes von Oel[9] u. s. w. auf seine Kosten vornehmen lassen.

6. Der Cellerarius, Kellermeister, Keller- und Speismeister wird gleichfalls nach dem Vorbilde der Regel Benedikts[10] in der Chrodegangschen[11] und der

dem custos obliegende Seelsorge statt des letzteren ausüben soll. Schon näher den blossen Küstern, aeditui, über welche der custos des Kapitels auch die Aufsicht hatte, s. Mayer, thes. 2, 339, stehen die bei den Kölner Stiftskirchen erwähnten campanarii, Ennen und Eckertz 2, 565, welche gleichfalls custodes genannt werden „custodes communi vocabulo campanarii nuncupati", Würdtwein, nova subs. dipl. 2, 177. Es erscheint also hier die schon Th. I. S. 378. n. 1 erwähnte Bedeutung von custos wieder. Auch diejenigen Domherren, welche eine Kapelle mit werthvollen Reliquien beaufsichtigen, werden custodes genannt, daher custos regum in Köln, s. Lacomblet a. a. O. S. 21; Ennen u. Eckertz a. a. O. 2, 562, der Kanoniker, welcher bei der Kapelle der h. drei Könige angestellt war; vgl. auch Hüffer, Forschungen S. 290. Eine ähnliche Stellung scheint der custos camere s. Ennen u. Eckertz l. c. 1, 580; 2, 257. 568; Lacomblet l. c. S. 40 gehabt zu haben, welcher also von dem eigentlichen Custos (custos maior oder altaris S. Petri), dann aber auch von den gewöhnlichen custodes, s. Lacomblet S. 33, Ennen u. Eckertz l. c. 2, 565. 572 und öfters an beiden Stellen und unten Note 4, zu unterscheiden ist.

1 So dass er von den 3 Schlüsseln zum Aufbewahrungsort einen, der Dekan den andern, der senior capituli den dritten in Gewahrsam hat. Mayer, thes. 1, 216; 3, 387; mitunter hatte er auch das kleinere Siegel, das secretum, scil. sigillum, welches anderwärts der Dekan des Kapitels aufbewahrte, s. l. c. 1, 217 unter Verschluss, um die betreffenden Urkunden damit zu besiegeln, l. c. 1, 103.

2 Würdtwein, subsidia 2, 364. 365.

3 So in Basel, dipl. a. 1233, Gallia christ. 15. app. p. 221: „custos, qui semper presbyter esse debet, . . . ab episcopo curam animarum recipiat"; in Mainz, vgl. die Entscheidung Bischofs Gerhard von 1255 hinsichtlich der zwischen den Custoden der dortigen Kollegiatkirchen und den Stadtpfarrern wegen Uebergriffe der ersteren in die Kompetenz der letzteren entstandenen Streitigkeiten, Guden, cod. diplomat. 1, 652; s. auch Würdtwein, nov. subs. 1, 212; vgl. ferner Schuberth in Mayer, thes. 1, 181 u. oben S. 104. n. 11.

4 Dipl. a. 1246 cit. bei Günther l. c. 2, 212: „cum de proventibus thesaurarie maioris ecclesie in Colonia procurentur luminaria in eadem ecclesia, candele in purificacione distribuantur, canonicis maioris ecclesie in septuagesima servitium fiet (s. Lacomblet S. 33), prebende amministrentur custodibus, campanariis, aurifabris, altare s. Petri custodiatur, fenestre reficiantur sive picte sive albe, prout erant antea et alias quam plures et graves expense fiant". . . .

5 Stat. v. Braunschweig, Mayer, thes. 1, 104: „albas, manutergias, pallas commisiaque altarium custos de proventibus custodiae procurabit, praeparamenta cum albis et aliis, quibus ecclesia nostra necesse habeat, consui et ablui in loco mundissimo faciat. Insuper carbones et thuribulum et in hyeme sacerdotibus thus, vinum, oblatas, unguentum, funes et baptillos ad campanam, unam candelam certis sacerdotibus missam dicere volentibus ministrabit"; vgl. ferner für Basel dipl. a. 1233, Gallia christ. 15. app. p. 222.

6 S. die vorige Note; Mayer l. c. 1, 105. 106 und Würdtwein, subs. 2, 363.

7 Ennen und Eckertz l. c. 2, 278 und Ennen, Gesch. der Stadt Köln. 1, 731.

8 Statut für Mainz a. 1253, Mone, Zeitschrft. 21, 297, vgl. ferner Mayer l. c. 1, 104; Würdtwein, subs. 1, 14 und ibid. 2, 363. 364.

9 Würdtwein, subs. 2, 364. — Vgl. noch im Allgemeinen das Statut der Kölner Domkustodie, bei Ennen u. Eckertz, Quellen 2, 561 ff. unter dem Titel: Kalendarium der Domkustodie herausgegeben, welches die Rechte und die Verpflichtungen des Domkustos genau spezificirt.

10 c. 31, s. van Espen, J. E. U. P. I. tit. 31. c. 5. n. 12.

11 c. 26, wo jedoch über seine Thätigkeit nur bemerkt wird: „quidquid acceperit sub cura sua ad opus clericorum fideliter custodiat et sine iussione episcopi sui aut qui sub ipso est, nihil faciat et non sit prodigus nec exstirpator substantiae clericorum".

Aachener (v. 816) erwähnt[1]. Seine ursprüngliche Stellung als Verwalter der Oekonomie des Stiftes, kraft welcher er während der Beobachtung der vita communis für den täglichen Unterhalt der Stiftsgenossen zu sorgen hatte[2], veränderte sich in Folge der Umbildung der Kapitelsverfassung dahin, dass er nunmehr aus gewissen ihm zur Verwaltung überwiesenen Gütern den einzelnen Mitgliedern der Kapitel die vorgeschriebenen Naturallieferungen abzuführen hatte[3]. Somit stand er ursprünglich dem Propste als Hülfsbeamter zur Seite. Aber sowohl die im Laufe der Zeit eintretende Beschränkung der Rechte des Propstes (s. S. 91) als auch die eigene schlechte Verwaltung der den Cellerarien zur Administration übergebenen Kapitelsgüter[4] führten vielfach zu einer Umgestaltung des Verhältnisses dieser Beamten. In einzelnen Stiftern wurde zur Verhütung solcher Missstände dem cellerarius die Verwaltung nur zeitweise ad nutum des Kapitels amovibel übertragen[5], in andern wechselte die Wahrnehmung seiner Funktionen jährlich unter den Domherren[6], welche dann aber auch die Befugniss hatten, den Propst bei verzögerter Auszahlung der an die Stiftsherren zu distribuirenden Präbenden mit den oben angegebenen Rechtswirkungen zu mahnen[7]. Da endlich, wo der cellerarius noch ein fest angestellter Beamter blieb und unter Beseitigung des Präpositus die Verwaltung führte[8], legte man ihm wenigstens die Pflicht zur Rechnungslegung gegenüber dem Kapitel auf[9].

[1] c. 140, Mansi 14, 242: „Debet procurare praelatus, ut fratribus cellararium . . . constituat, qui et stipendia fratrum fideliter servet et diligenti cura administrando nullatenus fratres contristet. Cui etiam pistrinum fratrum committendum est, ut illud ita vigilantissima cura custodiat, ne ministri ibidem deputati annonam fratrum aut furtim subripiendo aut alio quolibet modo negligenter vivendo dissipent. Hi vero famuli eligantur de fidelissima ecclesiae familia et his officiis diligenter erudiantur, ut scilicet et pistoria arte et fidei puritate necessitatibus fratrum opportunissime valeant suffragari. Eadem quoque forma de cocis servanda est“.

[2] Epist. Wazonis decani Leodiens. in Anselmi gest. episcop. Leodiens. c. 41, SS. 7, 214: „Cellerarius annonam, vinum, pulmenta suscipiens a praeposito, quaeque dispensat inpune praelati (d. h. decani s. S. 89. n. 7) seniorumque mandato. Liber est praepositus a tributis quae dederit cellerario, aeque cellerarius ab his quibus paruerit praelato“.

[3] Diese Stellung nimmt der Cellerarius nach den Statuten von Deuerstadt a. 1433 ein, Würdtwein, nova subs. 1, 213 ff. Bei manchen, für frühere Zeiten erwähnten Cellerarien, so in Hildesheim im 12. Jahrh., Lüntzel, Gesch. der Diöcese und Stadt Hildesheim 2, 46, und in Köln, Statuten aus dem 13. Jahrh. bei Lacomblet 2, 26 bleibt ihre nähere Stellung dunkel.

[4] Dipl. de dest. cellerarii Aschaffenburg. u. 1183, Guden, cod. diplom. 1, 278: „. . . cum itaque cellerarius a toto collegio . . . pulsatus, per iuris districtionem evictus et coactus sit, restituere annonam fratrum qua per eius negligentiam ecclesia diu caruerat et quam longe retroactis temporibus amisisse debuerat . . . item expostulavit ecclesia canonicam ferri sententiam, cum per diutinam et crebram absentiam cellararii quam motu proprie voluntatis et private commoditatis intuitu contra assensum ecclesie facit, ecclesia erroris perturbacionem in divinis obsequiis et defectum et iacturam in cottidiani stipendii amministracione patiatur“ . . .; vgl. ferner Würdtwein, subs. 10, 106.

[5] Basel, dipl. a. 1233, Gallia christ. 15. app. p. 222: „canonici singulis annis ad colligendos proventus suos cellerarium instituant cui beneficium quod de anno in annum augere, minuere vel mutare pro suae voluntatis arbitrio poterunt, assignabunt“.

[6] Minden, dipl. a. 1333, Würdtwein, subs. 10, 107: „ut ex nunc coleraria ipsa penes capitulum nostrum permaneat, ita videlicet, quod superior in gradu canonicus post prepositum et decanum gradatim descendendo usque ad inferiorem canonicum maiorem tamen prebendam habentem ad annum unum si voluerit, dictam celerariam acceptare poterit et habere; qui postquam acceptaverit, residentiam faciat personalem, ut ultra duas septimanas sine canonicorum licentia non sit absens, alioquin ex tunc in optione sit ipsius capituli pro residuo tempore illius anni celerariam committere cui velit“; vgl. auch Statuten von Weilburg v. 1316 bei Würdtwein, nova subs. 4, 171.

[7] Minden, dipl. a. 1368, eiusd. subs. 10, 179.

[8] So vielleicht in Regensburg, im 13. Jahrh., wo der cellerarius mehrfach erwähnt wird, s. Mayer, thes. 2, 47. 57; ferner aber im 14. Jahrh. in Köln s. Hüffer, Forschungen S. 284; hier scheint indessen die wirkliche Verwaltung Ende desselben Jahrhunderts auf einen vom Kapitel angestellten subcellararius übergegangen zu sein; syn. Colon. a. 1400. c. 31. 32, Hartzheim 4, 562.

[9] Statuten von St. Andreas zu Köln von 1549, Würdtwein, nova subs. 2, 132: „Ego N. cellarius . . . iuro . . . quod . . . fructus, redditus, canones, pensiones ac obventiones dictum meum



7. Der Camerarius, Kämmerer. Wenn vereinzelt der cellerarius mit Rücksicht auf seine zuletzt gedachte Stellung auch als camerarius bezeichnet wird [1], so erklärt sich dies daraus, dass in denjenigen Kapiteln, welche die Würde des Propstes nicht kannten, die dem letzteren sonst obliegende Verwaltung der Güter und des Vermögens des Stiftes durch den s. g. camerarius wahrgenommen wurde [2] und das Amt des cellerarius in der späteren Zeit mit dem des ersteren eine gewisse Aehnlichkeit hatte, obschon freilich der camerarius in jenen Stiftern eine viel angesehenere Stellung einnahm, als der vielfach nicht einmal zu den Kapitularen gehörige cellerarius [3].

8. Die ältesten Ordnungen der vita communis erwähnen als eines weiteren Beamten des Portarius, welchem die Ueberwachung des Verkehrs der Kleriker mit der Aussenwelt oblag [4]. Mit dem Verfall des gemeinschaftlichen Lebens musste das Amt seine Bedeutung verlieren, indessen kommen noch im Verlaufe des Mittelalters bei einzelnen Stiftern s. g. portenarii [5] und Pforten-Aemter vor, was sich wohl daraus erklärt, dass die dem ursprünglichen Pförtner überwiesenen Einkünfte nebst etwaigen sonstigen,

officium concernentes diligentia et labore exactis emonebo, extorquebo, recipiam et sublevabo, in die Blasii anno officiationis meae elapso de acceptis et expositis computum et rationem iustos et legales reddam" . . ., s. auch S. 170. 181 ibid.; vgl. ferner synod. Neapolit. a. 1699. tit. 2. c. 1. n. 9 (Acta conc. recent. coll. Lacens. 1, 167). — Viel geringere Befugnisse als die im Text erwähnten gewährt dem neu gestifteten Amt des cellerarius die Fundationsurkunde für Lübeck a. 1278, Leverkus, Urkd. d. Bisth. Lüb. 1, 262. — Uebrigens ergiebt sich aus dem Angeführten die Unrichtigkeit der Behauptung Hullers a. a. O. S. 54, dass mit Aufhebung des Conviktlebens das Amt des cellararius erloschen sei.

[1] Statuten des Bartholomäusstifts zu Frankfurt bei Würdtwein, subsid. 1, 30: „Camerarius seu cellerarius est officiatus temporalis: huius officium est proventus bladi et pecunie colligere et distribuere prebendarum"..., ferner Statuten von Weilburg bei Würdtwein, nova subsid. 4, 170. 171.

[2] So in Perugia s. Innoc. III. ep. I. 46 (ed. Baluze 1, 26): Camerarius, si quidem omnia debet recipere, et etiam ei convenit resignari quicquid ad manus devenerit aliorum. Ipse vero quod cuique opus erit, iuxta facultates domus provide dispensabit. Mancias et alia quae fuerint necessario danda, intus et foris cum consilio archipresbyteri sine murmure tribuet . . . Camerarius vero qui nova dat vestimenta canonicis, vetera recipiet in traditione novorum"; in St. Paul London, s. Dodsworth und Dugdale, monastic. Anglic. 3, 339. 340.

[3] Uebrigens kommt auch der cellerarius neben dem camerarius vor, s. Statuten von Limburg a. 1305, Würdtwein, nova subs. 3, 324: „preterea volumus quod officiati nostri videlicet cellarius et camerarius qui pro tempore fuerint instituendi, bonos fideiussores constituant de redditibus rationem iusta et vera computatione facienda tempore opportuno et ad hoc deputato"; hier erscheinen beide als Unterbeamte des Kapitels, von denen der eine, der cellarius, vielleicht die Verwaltung der unmittelbar zum Verzehren bestimmten Naturalien, der andere die sonstige Administration zu besorgen hatte. In Strassburg sind die Kämmerer und Unter-Kämmerer wohl auch Beamte ähnlicher Stellung gewesen, s. Würdtwein, nova subs. 8, 60. 61.

[4] Reg. Chrodeg. c. 27: „Portarius unus cum suo iuniore (Gehülfen) annum aut amplius, si episcopo placuerit, portas, claustra vel ostia custodiat. Qui portarius . . . fideliter custodiat portas sive ostia claustri et contra hunc tenorem facere non praesumat, quod si fecerit, excommunicetur. Claves vero portarum ad completorium archidiacono reddat et si archidiaconus alicubi est, qui sub ipso est, ipsas claves recipiat"; regul. Aquisgran. a. 816. c. 143 (Mansi 14, 243): „Eligatur necesse est a praelato ex congregatione sibi commissa frater probabilis vitae cui officii sit portam canonicorum cum summa obedientia et humilitate competente tempore claudere ac reserare, ut nulli per eam nisi per licentiam aditus pateat intrandi aut exeundi. Cui etiam observandum est, ne eis quibus cordi est plus otiis vacare, quam divinis obsequiis incubare, foras evagandi locum praebeat et eorum nugarum quod nefas est particeps fiat. Debet praeterea advenientes quoque cum caritate suscipere et priori adventum eorum caussamque nuntiare. Expleto namque vespertino et completorio officio obseratisque portis claves earum idem portarius ei qui vicem praelati tenet, ferat, ut nulli horis incompetentibus intrandi aut exeundi maneat facultas: quas etiam ab eodem in crastinum tempore accipiat constituto".

[5] In Köln erwähnen seiner nicht nur die Statuten des 13. Jahrh.: „octo officiis, scil. decano maiori, subdecano, choriepiscopo, scolastico, cellerario, cantore, portenario maiori et minori (Lacomblet, a. a. O. 2, 26), sondern auch der liber collatorum n. 9: „Maior portinarius dat officium ianitoris domus capitularis maioris ecclesie; Binterim und Mooren, die alte und neue Erzdiöcese Köln. Mainz. 1828. 1, 335, s. auch ibid. S. 333; vgl. die Unterschriften von Pförtnern von Speier v. 1170, 1212 u. 1254 bei Würdtwein, nova subs. 12, 105. 135. 168; ferner den status des Bisthums Strassburg von 1501, ibid. 8, 59. 62. 63. 80.

wie z. B. Besetzungsrechten, fort und fort als eine feste Pfründe verliehen wurden, und ersterer dafür die Aufsicht über die dem Stift gehörigen Gebäude, wie z. B. das Kapitelhaus, zu führen hatte[1]. —

Im Vorstehenden sind die wichtigsten, in den einzelnen Stiftern vorkommenden Aemter ihrer Bedeutung und Stellung nach erörtert. Wenn mitunter andere aufgeführt werden, so beruht dies nicht auf einer inneren Verschiedenheit, also nicht darauf, dass die Gestaltung des Organismus eine wesentlich andere war, sondern nur darauf, dass für die Wahl der Bezeichnung des Amtes mehrfach eine andere demselben obliegende Thätigkeit den entscheidenden Einfluss gehabt hat. So kommt z. B. in den englischen Kapiteln öfters das Amt des *cancellarius* vor, welcher im Allgemeinen dem oben S. 100 gedachten Scholaster gleichsteht[2] (vgl. auch das hinsichtlich des Camerarius S. 107 Bemerkte).

Andere Funktionen, welche ähnlich wie die des Pförtners nach der Chrodegangschen und Aachener Regel einzelnen Domherren oblagen, so die z. B. eines *infirmarius*, eines *hospitalarius*, von denen der erstere die Krankenpflege zu überwachen[3] und der zweite die oberste Leitung über das Xenodochium für bedürftige Personen zu führen hatte[4], sind nur selten zu festen Aemtern[5] geworden, da sie theils mit der später aufgegebenen klösterlichen vita communis zusammenhingen, theils später die Klöster die Befriedigung jener socialen Bedürfnisse auf sich nahmen oder auch besondere Institute dafür gegründet wurden, welche zwar mit der Kirche, aber nicht gerade ausschliesslich mit den Stiftern, in Verbindung standen.

Neben diesen Beamten, welche eine höhere Stellung[6] hatten, gab es in den einzelnen Stiftern noch eine ganze Reihe von Unter-Beamten und von dienstthuenden Personen welche sowohl zu den verschiedenen Zeiten, wie in den verschiedenen Stiftern sehr verschiedene Obliegenheiten gehabt haben. Während aus der Regel Chrodegangs der Grundsatz sich ergiebt, dass die nothwendigen Dienste alle durch die Geistlichen und Stiftsgenossen selbst versehen werden sollten, und somit nicht nur keine Hülfsbeamten für die Leiter der Kongregation, wie den Archidiakon und Primicerius, vorkamen, sondern auch sogar die gemeinen Haushaltungsdienste, wie die Besorgung der Küche, abwechselnd von einem der Kanoniker wahrgenommen werden mussten[7], überträgt die

[1] Der Ordinarius im Stift von Perugia, s. Innoc. III. lib. I. ep. 46, ed. Baluze 1, 26: „Ordinarius vero claustrum debet ex officio custodire, signare diligenter et auscultare a singulis lectiones, quia nullus debet legere nisi lectio quae legenda est, prius ab eo fuerit auscultata. Divina officia in ecclesia temperabit et qua voce utendum sit, servato moderamine providebit. Religionem faciet observari, vices archipresbyteri in ipsius absentia suppleturus. Excessus quoque . . . in capitulo referet et cum consilio fratrum, absente archipresbytero poenitentiam super his imponet. Libros debet nihilominus custodire“ ist demnach eine Dignität gewesen, deren Inhaber die Funktionen des alten portarius mit denen des Kantors und des Dekans in Stellvertretung zu versehen hatte.

[2] Statuten von Lichfield bei Mansi 22, 660. „Cancellarii officium est, in scholis regendis et libris corrigendis curam impendere, lectiones auscultare et terminare; sigillum ecclesiae custodire, literas et chartas componere et literas in capitulo legendas legere, lectores in tabula notare, omnes etiam lectiones, quae in tabula non scribuntur, ad missam tenetur iniungere“; s. auch Stat. v. St. Paul London, Dodsworth u. Dugdale, monast. Angl. 3, 339.

[3] Reg. Chrodeg. c. 28.

[4] Reg. Aquisgr. c. 141 (Mansi 14, 242). Vgl. auch Thomassin l. c. P. I. lib. III. c. 67. n. 2 ff.

[5] Ein Beispiel dafür bietet die Kanonikat-Präbende eines hospitalarius am Domstift zu Tournay v. 1197, Miraeus, opp. diplom. 2, 981; ferner erwähnt der Status des Bisthums zu Strassburg v. 1501, Würdtwein, nova subs. 8, 62 dreier Vikariatspräbenden für: „elimosinarii“; näheres in den Stat. v. Beromünster v. 1694, Mayer, thes. 4, 489; ein canonicus et infirmarius a. 1685 in Tarragona, Acta concil. collectio Lacensis 1, 751.

[6] Ueber den poenitentiarius und theologus s. S. 117. 121.

[7] Reg. c. 24, frei sind nur der Archidiakon, der Primicerius und die custodes, weil sie „in maioribus utilitatibus occupati sunt“.

Aachener Regel die letzteren schon auf die familia, also auf die abhängigen und hörigen Leute des Stifts, und weist dem cellerarius nur noch die Kontrole über diese Personen zu [1]. In Folge der Vermehrung des Reichthums der Kapitel wuchs das dafür bestimmte Personal erheblich an [2]. Wenn dasselbe in den späteren Statuten nicht mehr erwähnt wird [3], so erklärt sich sein Verschwinden aus der Beseitigung des gemeinschaftlichen Lebens. Dafür erscheinen aber andere Personen, welche theils bei dem Gottesdienste mitzuwirken [4], theils gewisse früher von den Inhabern der höheren Stellungen besorgte Geschäfte wahrzunehmen [5], endlich mit der Verwaltung der Güter und der Erhebung und Aufbewahrung der Früchte, Zehnten und sonstigen Gefälle zu thun hatten. Die zuerst erwähnten beiden Kategorien verdankten namentlich dem Umstande ihre Entstehung, dass sich die Kanoniker immer mehr von den ihnen lästigen Obliegenheiten zurückzuziehen suchten, und für die letztgedachte war nicht nur die vielfache Beseitigung der Pröpste als oberster Verwaltungsbeamten des Stiftes von Einfluss, sondern auch die mit der Naturalwirthschaft zusammenhängende Maxime, die Erträge der einzelnen Güter und auch Gefälle gewisser Art für bestimmte Zwecke, zur Gewährung der Distributionen, zur Bestreitung gewisser sächlichen Ausgaben des Gottesdienstes, zum Baufonds u. s. w. zu widmen [6], anstatt einen allgemeinen Etat und eine allgemeine Rechnung aufzustellen, eine Maxime, wodurch die Einsetzung einer Reihe von Wirthschafts- und Rechnungsbeamten für die zu verschiedenen Ausgabezwecken bestimmten Gefälle bedingt wurde [7].

[1] S. oben S. 106. n. 1.

[2] Lacomblet giebt über das Personal des Domstifts von Köln aus den von ihm im Arch. für Gesch. des Niederrheins 2, 22 ff. mitgetheilten Statuten unter Verweisung auf die Kapitel und §§. derselben a. a. O. S. 6 folgende Zusammenstellung: „Als Beamte und Dienstthuende werden genannt: ein besonderer Kämmerer de Waringa (vgl. über diese a. a. O. S. 7) V. 5; ein Wein- und Bier-Kellner V. 1; VIII. XVIII. 2, XXI; vier Ussere d. i. Huissiers oder Thürsteher V. 1, VI. 2, u. s. w.; ein Küchenmeister, vier Köche, zwei Pysilmanni d. i. Stösser, VIII. 8, IX. XIII. XIV. XVIII. 2; ein Bäcker mit zwei Knechten VI. 1, 2, VII. 1; zwei Wärter des Dormitoriums VIII. 8, XII; Gewandhaus- (Pysale) Leute V. 1, XX. XXIII. 6; eine Frau, welche die Pelze reinigte (Pelleburzise) XXIV. 9; ein Organist und ein Lichter-Küster VIII. 8; endlich Hausgenossen, wahrscheinlich Gesinde VI. 4, VIII. 8, IX. XIII."

[3] Wiederholt wird allerdings noch des Bäckers, des s. g. Dompfisters, pistor, gedacht, welcher die als Theil des Einkommens zu liefernden Brote, die s. g. panes praebendales, zu backen hatte, s. die Regensburger Statuten bei Mayer, thes. 2, 11. 57, und auch von den Kanonikern in seiner Thätigkeit kontrolirt wurde, Statuten von St. Andreas in Köln von 1555, Würdtwein, nova subs. 2, 224; von Beromünster von 1694, Mayer, thes. 4, 489. Das Koncil von Köln von 1260. c. 11, Hartzheim 3, 592: „Cum vero sint quaedam ecclesiae carentes pistrino communi, quod multum utique reprobamus, super hoc ita praecipimus, quod in omnibus ecclesiis collegiatis habeatur commune pistrinum et panis ibi praebendalis distribuatur potius quam unusquisque cum modio sive maldro annonam panis praebendalis recipiat ad vendendum. Ex hac namque venditione perit hospitalitas in ecclesiis, cum in ipsis pauci vel nulli reperiantur panem suum in domibus comedentes claustralibus vel egenis inde eleemosynam tribuentes"; ergiebt, dass diese Brote auch mit zur Vertheilung als Almosen bestimmt waren. S. auch die Urkunden v. 1278 für Lübeck bei Leverkus, l. c. 1, 261. 262.

[4] So die schon Note 2 erwähnten Organisten und Musiker Mayer, thes. 2, 339 u. Würdtwein, nova subs. 2, 134. 135, Mayer 4, 456; namentlich später und an grösseren Kapiteln kommen auch magistri caeremoniarum zur Kontrole über die ordnungsgemässe Feier des Gottesdienstes vor, s. Mayer, thes. 2, 340 und ibid. n. s. u. t., 4, 449, sie sind entweder capellani oder canonici des Stiftes.

[5] Dahin gehört z. B. der aus dem Laienstande genommene Syndikus des Kapitels, ein eigener Sekretär, gewöhnlich de gremio capituli, ein eigener Bibliothekar unter der Ueberwachung einzelner, seitens des Kapitels deputirter Kanoniker, Mayer, thes. 2, 343; 4, 483. 493.

[6] Damit hängt auch die Verpflichtung gewisser Pfründner, so z. B. des custos für die Beschaffung und Unterhaltung der Ornamente etc. (s. oben S. 105) zusammen. Ferner erklärt sich daraus das Institut der obedientarii, s. S. 72. und Würdtwein, subs. 10, 68. 108. Ein Bild von dieser Art der Bestreitung der Ausgaben geben die mehrfach erwähnten Kölner Statuten bei Lacomblet, a. a. O. 2, 10 ff.; 22 ff. und Ennen u. Eckertz, Quellen zur Gesch. von Köln 2, 561 ff.

[7] So kommen unter der allgemeinen Bezeichnung officiati, officiales (s. Mayer, thes. 1, 9; 3, 377) vor: *clavigeri*, *granarii seu collectores frumentorum*, *granatores vel chastnarii*,

B. Begriff der Dignität, des Personates und des Officium. Gemäss der ursprünglichen Bedeutung des Wortes: *praelatus*[1] konnten diejenigen Kanoniker, welche an der Spitze der Kapitel standen oder eine hervorragende Stellung in denselben einnahmen, *praelati* genannt werden. Dieser Sprachgebrauch tritt schon in der Aachener Regel[2] auf und hat sich das Mittelalter hindurch erhalten[3]. Seit dem Ende des 12. Jahrhunderts, namentlich aber seit dem 13. Jahrhundert, ist es Sitte geworden, diese höheren Aemter auch mit dem freilich schon früher vorkommenden Ausdruck: *dignitas*[4], ferner auch mit: *personatus* zu bezeichnen. In Betreff des ersteren erklärt sich das aus der allgemeinen Bedeutung des Wortes von selbst, die zweite Bezeichnung ist dagegen von persona im Sinne: von Rolle, angesehenem Rang, hergenommen[5]. Während aber in einer Anzahl von Quellen-Stellen Dignität und Personat als identisch gefasst werden[6], finden sich auch andere, in denen ein Unterschied zwi-

granarii oder *oeconomi*, *collectores* oder *Ampt-herren*, zur Einsammlung und Aufbewahrung der verschiedenen, dem Kapitel zustehenden Erträgnisse, wohl meistens Laien und mitunter nur zeitweise und auf Widerruf angestellt, vgl. ibid. 1, 111. 123; 2, 11. 57. 362; 1, 209. 210; besondere *collectores censuum*, Mayer 1, 114; *magistri frugum* (zum Verkauf der Zehnten) ibid. 1, 112; *Stäbler* oder *stabellarii* zur Beaufsichtigung des Zustandes der zehntpflichtigen Güter Würdtwein, subs. 2, 397; sodann ein höheres von einem Kanoniker versehenes Kontrol-Amt, *vicedominus* oder *Riedemeister*, welcher auch zugleich auswärtige Geschäfte des Kapitels zu besorgen hat, *magistri praesentiarum* für die Erhebung und Vertheilung der zu den Distributionen an die Stiftsherren bestimmten Erträgnisse, Mayer, l. c. 1, 111 und nova subs. 2, 133. 173; *magistri fabricae* zur Beaufsichtigung des baulichen Zustandes der Gebäude und zur Verwaltung der für den Baufonds bestimmten Einnahmen, welche auch mitunter aus den Kanonikern selbst auf gewisse Zeit gewählt wurden, s. Mayer, thes. 1, 92, Würdtwein, nova subs. 2, 134. 176; ferner auch Kommissarien für besonders werthvolle Gefälle, wie die aus den Kanonikern und Vikarien genommenen *commissarii* für den Weinzehnt bei Würdtwein l. c. p. 216; die Statuten von Beromünster weisen an solchen unter den *calculatores* d. h. einer aus Kanonikern bestehenden Kontrol- und Rechnungsabnahme-Kommission, stehenden Beamten auf: den magister laudemiorum, den procurator fabricae, den inspector praebendarum externarum, den praesentiarius, den praefectus nemorum, praefectus granarii und den praefectus domus capitularis, s. Mayer, thes. 4, 481. 485 ff. 489 ff. 495 ff.

[1] S. Th. I. S. 386. 387.

[2] c. 118. 122. 134. 140 (Mansi 14, 230. 232. 238. 242).

[3] Statuten des Mainzer Domstiftes saec. XIV: „sciendum quod in ipsa ecclesia Moguntinensi tenentur esse tres praelati, scil. decanus, scholasticus et cantor"; „item decanus Moguntinensis in diversis casibus habet iurisdictionem in praelatos, canonicos et vicarios secundariarum ecclesiarum Moguntinensium", Mayer, thes. 1, 1 u. 7; Const. v. Barcelona a. 1332, Martène et Durand, thes. nov. anecdot. 4, 614: „statuimus, quod eiusdem Barchinonensis ecclesiae praelati, qui nunc sunt vel pro tempore fuerint, dignitatum seu personatuum noviter creatorum seu creatarum vel alii antiquarum dignitatum praelati omnes fructus et proventus ipsarum novarum dignitatum seu personatuum post mortem suum per annum integrum percipiant"; in den Statuten von Bingen und Frankfurt aus dem 15. Jahrhundert werden der Propst, Dechant, Scholaster und Cantor als praelati bezeichnet, Würdtwein, subs. 1, 3. 6. 10. 12; 2, 340; in denen von Wetzlar, ibid. 4, 54 die drei letztgenannten, in den Münchner die beiden ersten, s. Mayer, thes. 1, 193. — In derselben Bedeutung wird auch, freilich seltener *priores* gebraucht, s. diplom. a. 1248 bei Ennen und Eckertz, Quellen zur Gesch. von Köln 2, 272.

[4] S. Anselmi gesta episc. Leodiens. c. 41. SS. 7, 211.

[5] Du Fresne du Cange s. v. persona. Daher heisst persona, personatus in Frankreich und England soviel wie Pfarrer und Pfarrei s. c. 12 (Clem. III.) X. de rescript. I. 3; c. 3 (Alex. III.) X. de off. vicarii I. 28; c. 4 (id.) X. de rest. spol. II. 13; c. 5 (Honor. III.) X. ut lite pend. II. 16; c. 3 (Alex. III.) X. de eccles. aedific. III. 48. Da Pfarreien oft an Kloster-Obere und Kanoniker verliehen wurden, diese aber sich dann in der Seelsorge durch einen Vikar vertreten liessen, s. c. 3. X. I. 28. cit., wurden auch die Inhaber solcher Benefizien im Gegensatz zu ihren Stellvertretern so genannt, s. c. 4 (c. 3. conc. Clarom. a. 1095, Mansi 20, 902) C. I. qu. 3. und Du Cange l. c.; vgl. auch van Espen, J. E. U. P. II. tit. 18. c. 2. n. 6.

[6] c. 8 (Innoc. III.) X. de const. I. 2, wo die Würde des primicerius bald dignitas bald personatus genannt wird; c. 8 (Luc. III.) X. de rescript. I. 3: . . . „quod plerumque decani, archidiaconi, praecentores vel alii ecclesiasticis praediti dignitatibus . . . nomen supprimunt dignitatis suae et simplici nomine se appellant, tamquam non habeant aliquem personatum" . . ., übrigens lauten die Titel der Dekretalen Gregors IX. und des Sextus auch nur: de praebendis et dignitatibus; vgl. ferner Hostiensis summa aurea ad tit. de praeb. III. 5. n. 2; u. Mone, Ztschrft. 21, 21. n. 3.

schen den Bezeichnungen: dignitas und personatus deutlich hervortritt[1]. Ein fester Anhalt für diesen Gegensatz ergiebt sich nirgends in den Quellen, und hieraus wird es erklärlich, dass die mittelalterliche Doktrin denselben in verschiedener Weise zu fassen gesucht hat. Unter den abweichenden Ansichten[2] ist die verbreitetste, dass dignitas eine Stellung bedeute, mit welcher dauernd eine Verwaltung kirchlicher Angelegenheiten und ein bestimmter Rang in der Hierarchie, personatus dagegen eine solche, mit der zwar gleichfalls eine kirchliche Administration, aber allein ein Vortritt innerhalb eines Kreises von gleichstehenden Personen verbunden ist[3]. Jener Vorzug der dignitas sollte nach der weiteren Theorie herrühren können aus einer dem Amte inne wohnenden Regierungsgewalt, einer bei der Einsetzung des Amtes getroffenen ausdrücklichen Bestimmung[4], aus einer bei einer bestimmten Kirche bestehenden, gewisse Aemter als dignitates, andere als personatus qualificirenden Gewohnheit, endlich aus der Bezeichnung derselben mit dem einen oder anderen Ausdruck[5]. Oft begnügte man sich auch damit, nur jenen ersten Entstehungsgrund der dignitas hervorzuheben und definirte diese dann als eine mit einer iurisdictio verbundene Würde[6]. Gerade in dieser letzten Gestalt ist die Unterscheidung traditionell weiter überliefert[7], und noch bis auf den heutigen Tag festgehalten worden[8]. Schon die ursprüngliche, heut in Vergessenheit gerathene Theorie von den verschiedenen Fundamenten der Dignitas[9] zeigt, dass es nicht gelungen ist, den Begriff scharf zu formuliren. Dazu hätte vor Allem die Feststellung bestimmter Voraussetzungen gehört, an welche der Wille der Stifter oder die Gewohnheit bei der Einsetzung von Dignitäten, resp. Personaten gebunden gewesen wäre, und doch findet sich in der Doktrin nicht der geringste derartige Versuch. Ebensowenig erweist sich das heut allein festgehaltene Kriterium der Jurisdiktion als ausreichend. Zunächst ist es nicht klar, ob dabei unter Jurisdiktion die leitende Regierungsgewalt für einen bestimmten kirchlichen Sprengel und die Ange-

[1] c. 13 (Alex. III.), c. 28 (Later. IV. a. 1215) X. de praeb. III. 5; c. 11. pr. (Bonifac. VIII.) in VI[to] de rescript. I. 3; c. 16 (id.) in VI[to] de praeb. III. 4.

[2] Ausführlich berichtet darüber Fagnan. ad c. 13. X. de praeb. n. 8 ff.; nach der ersten Meinung sollte dignitas eine praeeminentia cum cura, personatus eine solche sine cura sein; nach der zweiten dignitas im allgemeineren und weiteren Sinn als personatus eine mit einem Vorrang verbundene Stellung bezeichnen, nach der dritten besteht nur „eine diversitas nominum introducta ex diverso modo loquendi et diversis consuetudinibus ecclesiarum“; nach einer vierten sollten sich dignitas und personatus wie das genus zur species verhalten; über die recipirteste s. oben den Text.

[3] So definirt nach dem Vorgange Früherer Fagnan l. c. n. 20: „dignitas nihil aliud est, quam administratio perpetua rerum ecclesiasticarum cum praeeminentia in gradu“, n. 50: „personatus stricte sumtus est administratio perpetua rerum ecclesiasticarum cum aliqua praerogativa, et est quid minus quam dignitas; quia non habet praeeminentiam in gradu, sed simplicem quandam praerogativam in choro vel in capitulo, in optionibus ... et similibus prae aliis canonicis sui ordinis“.

[4] Ein Beispiel dafür bietet die Urkunde für Amiens v. 1219, D'Achery, spicileg. 3, 589: „In publicum volumus venire notitiam, quod de communi assensu et voluntate capituli nostri ... tres personatus in nostra ecclesia constituimus, praecentoriam videlicet, magisteriam scholarum et poenitentiariam, ita quod cuilibet personatui proventus proprios duximus assignandos“...

[5] Fagnan. l. c. n. 33 ff. Dass dieses letzte Fundament mit den beiden vorhergehenden zusammenfällt, liegt auf der Hand.

[6] S. die Glosse zu c. 1. in VI[to] de consuet. I. 4. s. v. consuetudinem, wo als Beispiele aufgezählt werden der Abt, der prior conventualis und „ille qui praeest alicui corpori, qui habet iurisdictionem in personas illius corporis“, also die ersten Würden der Kapitel.

[7] Hieron. Gonzalez ad reg. VIII. canc. gloss. 5. §. 11. n. 3; Barbosa, J. E. U. I. 21. n. 20 ff.; Engel, colleg. un. iur. can. III. 5. n. 4; Florens, notae ad Alex. Chassanaei paratitla decretal. lib. I. tit. 25, opp. ed. Doujat 2, 312; Ferraris s. v. beneficium art. 1. n. 26 ff.; Devoti instit. lib. I. tit. 3. §. 67.

[8] Helfert a. a. O. 1, 321; Walter, K. R. §. 217; Ginzel, K. R. 1, 286; Schulte 2, 240. 241; Huller a. a. O. S. 52; Richter, K. R. §. 134; Bouix, de capit. p. 79.

[9] Sie findet sich ausser bei Fagnanus und den von ihm citirten z. B. noch bei Rebuffius, praxis beneficiorum P. I. tit. saeculare beneficium quotuplex n. 7. 8. und Reiffenstuel, ius can. un. III. 5. n. 33.

legenheiten desselben oder blos das Leitungsrecht der inneren Verhältnisse eines bestimmten Kollegiums verstanden wird. Anscheinend subsumirt man noch heute freilich das eine und das andere unter denselben Begriff[1], so dass jeder einen Archidiakonat der Diöcese verwaltende Kanoniker ein dignitarius gewesen wäre[2], während das den thatsächlichen Verhältnissen widerspricht, vielmehr ein Theil derjenigen Beamten, welche gerade mit Rücksicht auf die Verwaltung allgemein kirchlicher Angelegenheiten, wie namentlich die Archidiakonen, allgemein als Dignitäre hätten angesehen werden müssen, nicht als solche, sondern nur als Kanoniker zum Kapitel gehörten[3], wenngleich sie wegen ihrer Stellung den Vorrang vor den anderen einzelnen Stiftsherren hatten[4]. Sodann leidet die ganze Begriffsbestimmung an dem Mangel, dass sie lediglich beschreibt, also keine eigentliche Definition ist, und daher nicht im Entferntesten die Möglichkeit an die Hand giebt, das Vorhandensein einer Dignität oder eines Personates festzustellen. Das bisher gewonnene Resultat, dass es sich bei der ganzen Unterscheidung lediglich um eine rein theoretische Distinktion handelt, welche vollkommen in der Luft schwebt und nur durch den dem Stiftungswillen und der Gewohnheit eingeräumten entscheidenden Einfluss mit dem praktischen Leben einigermassen in Harmonie gesetzt wurde, bestätigt endlich ein Blick auf die Statuten. Unter diesen charakterisiren einzelne bestimmte Aemter in den Stiftern lediglich als officia[5], d. h. nach der allgemeinen Definition als die Pflicht, resp. auch das Recht, gewisse Funktionen kirchlicher Natur, oder die kirchliche Verwaltung betreffende Geschäfte vorzunehmen[6], während andere diese unter die dignitates, resp. personatus rangiren[7]. Ebenso wird dasselbe Amt bald als dignitas, bald als personatus qualificirt[8]. Während ferner allerdings mitunter die praelati und praelaturae[9] den personatus entgegengesetzt werden[10], und somit in diesen Fällen die ersteren Ausdrücke

[1] So z. B. Bouix p. 80. 81; Schulte, a. a. O. S. 241 und Note 2 dazu.

[2] In einzelnen Stiftern sind allerdings mehrere dieser Archidiakonen zu den Dignitarien gerechnet worden, so in Tours der archidiaconus Turonensis u. die archidiaconi extra Ligerim Vigennamque s. Gallia christ. 14, 3, in Lemans der maior archidiaconus et archidiaconi quinque minores, l. c. p. 338, sofern an den betreffenden Stellen dignitas im eigentlichen Sinne gebraucht worden ist. Wäre aber dort unter dignitas auch personatus mit verstanden, so würde die Qualifikation der archidiaconi als Inhaber eines solchen auch nicht zu der hergebrachten Definition passen.

[3] Thomassin l. c. P. I. lib. 3. c. 70. n. 7.

[4] Bouix l. c. p. 84. Hieraus erklärt sich denn auch die Lehre der älteren Kanonisten, s. z. B. Fagnan. ad c. 1. X. de elect. I. 6. n. 43, dass die dignitates für die Regel non sunt de capitulo.

[5] S. die folgenden Noten.

[6] Ordinatio Nicolai episc. Ratisbon. a. 1319, Mayer, thes. 4, 218: „ . . . cum sepius coram nobis revocatum esset in dubium de custodia ecclesie S. Johannis (Kolleg. Stift) Ratisbon., an dici debeat personatus aut officium seu beneficium, tale scilicet, quod una cum dignitate, personatu, alio officio seu beneficio curam animarum habente secure simul haberi non possit an pocius simplex officium seu nudum ministerium . . . nos . . . considerato nichilominus quia ipsa custodia valde exignos ymo bene nullos redditus habet, de quibus eciam custos ibidem . . . altarium et tocius ecclesie ornamenta reficere necnon ad alias necessitates ecclesie impensas facere tenetur et de hys sicut officialis temporaneus annis singulis coram preposito et senioribus ecclesie reddere racionem . . . diffinimus, praefatam custodiam non esse personatum aut officium seu beneficium tale, quod cum personatu seu beneficio curato conpati se non possit, sed esse simplex ac nudum officium seu ministerium . . .“

[7] Ausser an der in der vorigen Note erwähnten Kirche gilt die Custodie noch in Frankfurt a. M. als blosses Officium, Würdtwein, subs. 1, 13; dagegen als Personat in Bingen, Würdtwein, subs. 2, 342 und Landshut, s. Mayer 2, 329.

[8] So hat der custos, dem mehrfach ein Personat zugeschrieben wird, s. die vorige Note, in Beromünster die erste Dignität nach dem Propst, Mayer, thes. 4, 434; ebenso in den meisten italienischen Kathedralen nach Ughelli 3, 129. In der Urkunde v. 1278 für Lübeck, Leverkus a. a. O. 1, 262 wird sogar die cellararia als Dignität bezeichnet. Völlig identisch gebraucht sind beide Ausdrücke in dem Diplom über den Scholaster v. 1192, Gallia christ. 10. app. p. 51: „in perpetuum dignitatis et personatus titulum . . . obtinendum . . . attendentes quod praedicto personatui modici . . . redditus fuerint assignati“ . . . Vgl. übrigens auch die folgenden Noten.

[9] Dipl. a. 1248 (Ennen und Eckertz, Quellen zur Gesch. Kölns 2, 272): „de annis defunctorum que habentur in prelaturis, prebendis seu aliis ecclesiasticis beneficiis“.

[10] Statuten von Bingen, Würdtwein, subs. 2, 340. 341. 342, in denen Probst, Dekan, Scho-

im Sinne von dignitarii und dignitates gebraucht sein müssen [1], finden sich auch eine Reihe von Aufzählungen der hervorragenden, sonst bald zu den dignitates, bald zu den personatus gerechneten Kanonikatsstellen, welche diese mit ein und derselben Bezeichnung, somit z. B. der: dignitates post pontificalem maiores, resp. principales [2], praelati [3], ja auch personae [4] belegen. Von irgend einer gemeinrechtlichen Fixirung der als Dignitäten und als Personate zu betrachtenden Stiftsämter kann demnach nicht die Rede sein, und eine derartige Klassifikation [5] ist also eine fruchtlose Arbeit.

Eine feste Präcisirung der beiden Ausdrücke ist nach dem Vorstehenden nicht möglich, und man kann daher nur sagen, dass mit Dignität und Personat die hervorragenden Stiftsstellen, mit dem ersteren Ausdruck aber die angesehensten unter diesen bezeichnet worden sind. Ferner zeigt sich, dass die oben erwähnte und auch später noch vorkommende [6] Unterscheidung der dignitates und personatus allein daher rührt, dass man mit den bezüglichen Verordnungen sämmtliche derartige Kanonikate treffen wollte, und nur wegen der verschiedenartigen Bezeichnung in den einzelnen Stiftern beide Ausdrücke neben einander stellte. Endlich, dass die unerfindbare Gränze zwischen beiden im heutigen Rechte vollkommen aufzugeben ist, und füglich nur diejenigen Stiftsstellen als dignitates besonders herausgehoben werden können, welche vermöge der ihnen obliegenden Verpflichtungen und der mit ihnen verbundenen Rechte ihren Inhabern

lastikus und Kantor als praelati im Gegensatz zum custos, der nur einen Personat hat, aufgeführt werden; St. von Landshut, Mayer 2, 329: „praelati ecclesiae nostrae duo sunt praepositus et decanus, personatus itidem duo parochus et custos, officiales seu publicis fungentes officiis, caeremoniarum magister, ludi director et alii".

[1] Die Bestätigung für diese Annahme ergeben übrigens die Statuten von München, Mayer 1, 206: „salvo prepositi et decani prelatorum iure nostrorum, quibus suarum vi dignitatum preeminencia isthec solita debetur, alias apud ecclesias incognita nemini, ac plebis ecclesie seu populi rector personatum, ex vi litterarum erectionis in ea obtinens" ... vgl. auch ibid. p. 193.

[2] S. Reform-Akte Martins V. für das Konstanzer Koncil v. 1418, Hübler, Konstanzer Reformation S. 135: „Item non vult nec intendit gratias exspectativas dare . . . ad dignitates maiores post pontificales in cathedralibus neque principales in collegiatis". Erektions-Urkunde Leos X. für das Bisthum Borgo S. Sepolcro v. 1515, Ughelli 3, 196: „ac in ea unam praepositaram maiorem pro uno praeposito et unum archidiaconatum pro uno archidiacono et unum archipresbyteratum pro uno archipresbytero maiores post pontificalem inibi dignitates, qui onus et curam animarum eiusdem eclesiae et capituli pro tempore incumbentia exercere et supportare habeat necnon novem canonicatus . . . erigimus"; Erektionsbulle von 1855 für Laval, Anal. iur. pontif. 1863. p. 2050: „erigimus cathedrale capitulum canonicis saltem X constituendum, quos inter habeantur III dignitates eo titulo cuique semel attributo quem ad aliarum cathedralium normam apostolicus exequutor inferius deputandus praesignare censuerit".

[3] So werden nur praelati genannt in Mainz, s. S. 110. n. 3, in Köln, Statut v. 1450: „sex videlicet praelati et officiati perpetui idonei, utputa decanus, subdecanus, choriepiscopus, scholasticus, capellarius (d. h. der Kanzler des Erzbischofs), thesaurarius", Hüffer, Forschungen S. 269, ebenso als praelati bezeichnet in Frankfurt der praepositus, decanus, scholasticus und cantor, welchen der dem demnächst genannte custos als: „officiatus simplex, non praelatus" entgegengesetzt wird, s. Würdtwein, subs. 1, 3. 6. 10. 12: „prelatis nostris, decano, scholastico, cantori"; vgl. ferner ibid. 4, 54; Mayer, thes. 2, 182; 3, 365.

[4] Stat. v. Barcelona v. 1332; Martène et Durand, thes. nov. anecdot. 4, 597: „praecipimus quod tam personae quam simplices canonici ordines recipiunt, quos dignitas et ecclesiae necessitas requirit, videlicet ut decanus ascendat ad ordinem sacerdotii et alii secundum suas dignitates" . . .

[5] So rechnet z. B. Barbosa J. E. U. l. c. n. 8 nur den Archidiakonat und den Archipresbyterat zu den Dignitäten, während er n. 32 ff. die Präpositur, den Primiceriat, den Dekanat, die Kantorie und die Thesauraria gemeinrechtlich als officia simplicia bezeichnet, alle diese aber n. 19 wieder als „dignitates quas consuetudo vel ecclesiae institutio tales effecerit" betrachtet; Schulte 2, 241 qualificirt dagegen die Präpositur unter nichts beweisender Berufung auf Gloss. in Clem. 1. de elect. I. 3 s. v. praelatum als gemeinrechtliche Dignität.

[6] S. ausser den S. 111. n. 1 citirten Stellen z. B. noch c. 1. 3. 4. in Extr. comm. de praeb. III. 2; Trid. Sess. XXIV. c. 12. de ref.: „Ad ceteras autem dignitates vel personatus quibus animarum cura nulla subest, clerici alioquin idonei et XXII annis non minores adsciscuntur".

den Vorrang, abgesehen von den sonst die Rangordnung unter den Stiftsherrn bestimmenden Verhältnissen (d. h. gewöhnlich dem senium, der Anciennität) gewähren, ein Vorschlag, welcher nicht nur die Möglichkeit einer festen Präcisirung der Begriffe gewährt, sondern auch in der modernen, nur die dignitates und die einfachen Kanonikate als Gegensätze fassenden Kurial-Praxis [1] einen festen Anhalt hat [2].

II. Die heutige Zeit. In Folge der veränderten Stellung der Kapitel und der Verminderung ihrer Einkünfte ist die Organisation der Aemter in denselben meistens, so namentlich in Deutschland, eine einfachere geworden. Entscheidend sind heute in dieser Hinsicht die besonderen päpstlichen und statutarischen Anordnungen für die einzelnen Kapitel, während nur die Nothwendigkeit der Einsetzung einzelner Aemter durch das gemeine Recht (s. S. 117) allgemein vorgeschrieben ist.

In den deutschen Stiftern findet sich heute bald nur eine, bald kommen zwei Dignitäten vor. Das letztere ist der Fall in den altpreussischen und bairischen Kapiteln. Hier steht der praepositus, Propst an der Spitze, und der decanus, Dechant nimmt die zweite Stelle ein [3]. Indessen besitzen das Kapitel des mit Posen vereinigten Erzbisthums Gnesen und das Kollegiat-Stift Aachen beide nur eine einzige, die erstgenannte Dignität [4]. Allein die Dignität des Dechanten haben die Circumscriptionsbullen für die oberrheinische Kirchenprovinz [5] und für Hannover [6] eingesetzt. Ueber die nähere Stellung der erwähnten Dignitarien enthalten alle diese Verordnungen nichts, als dass sie die denselben zugebilligten staatlichen Dotationen, welche die Präbenden vertreten, höher als für die einfachen Kanoniker festsetzen [7], und mitunter auch die Qualifikation für die Erwerbung der Dignitäten ausdrücklich bestimmen [8]. Indessen wird in letzterer Hinsicht nur das für die Erwerbung der gewöhnlichen Stiftsstellen Festgesetzte wiederholt [9], und damit mehr als durch das Tridentinum erfordert. Denn dasselbe [10] verlangt für die Dignitäten (abgesehen von besonderen durch die eigenthümliche Natur derselben bestimmten Erfordernissen hinsichtlich des Ordos und Alters) nur dann das erreichte 25. Lebensjahr, wenn mit ihnen eine Seelsorge verbunden ist, während es sonst das vollendete zweiundzwanzigste genügen lässt und seine Vorschrift, dass alle Dignitäten an den Kathedral- und an den hervorragenden Kollegiat-Kirchen nur an Magistri, Doktoren oder Licentiaten der Theologie, resp. des kanonischen Rechts verliehen werden sollen, sich blos als ein Rath, nicht als eine absolut gebietende Vorschrift darstellt.

1 Das spanische Konkordat von 1851, resp. 1859. art. 13, Moy, Arch. 7, 381, kennt nur Dignitäten: „Unumquodque cathedralium ecclesiarum capitulum constabit decano qui semper primam sedem post pontificalem obtinebit: quatuor dignitatibus nempe archipresbyteri, archidiaconi, cantoris et scholae praefecti, necnon altera thesaurarii in metropolitanis: insuper quatuor canonicis qui „de oficio“ nuncupantur, scil. magistrali, doctorali, lectorali ac poenitentiario; ac demum eo numero canonicorum vulgo „de gracia“ quem articulus XVII praefiniet“. Dasselbe gilt von den deutschen Circumscriptionsbullen, s. nachher. Auch die in den Acta ex eis decerpta quae apud s. sed. geruntur aus den Konsistorial-Akten mitgetheilten Beschreibungen der Kathedralkirchen, welche behufs der Wiederbesetzung und Konsistorial-Promotion angefertigt werden, erwähnen nur der dignitates der Kapitel, s. z. B. 2, 548 ff. 598 ff. S. ferner S. 113. n. 2.

2 Uebrigens bemerkt auch der die alte Theorie festhaltende Bouix l. c. p. 81: „Et sic dignitates hodie de facto et in se non differunt a personatu“.

3 Bulle de salute animarum v. 1821. v.: Quod spectat capitulum metropolitanae ecclesiae Coloniensis; concordat. Bavaric. v. 1817. art. 3.

4 Ibid. v.: Archiepiscopalis ecclesiae Gnesnensis u. Quoniam vero praeclaram antiquissimam Coloniensem.

5 Bulle Provida solersque v. 1821 v. Porro quodlibet capitulum.

6 Bulle Impensa Romanorum pontif. v. 1824. v. Habentes igitur pro expressis.

7 Eine Zusammenstellung hierüber bei Huller a. a. O. S. 134.

8 So die Bulle de salute animarum v. Dignitatum, canonicorum.

9 S. darüber oben S. 81. 82.

10 Sess. XXIV. c. 12. de ref.; s. dazu auch Bouix, de capitulis p. 164.



Die nähere Organisation der Kapitel bestimmen dagegen die besonderen Statuten derselben, welche leider nur zum allergeringsten Theile publicirt sind. Soweit das aber der Fall ist, erscheint der Propst, wo er neben dem Dekan vorkommt, wieder in einer Bedeutung, welche mehr seiner Stellung beim Beginn der mittelalterlichen Entwicklung entspricht. Als Haupt und Vorsitzender des Kapitels hat der Propst sowohl in Köln[1] als auch in Posen[2] die Geschäftsleitung in allen äusseren Angelegenheiten, also die Berufung des Kapitels, die Proposition der Traktanden und die Formulirung der Beschlüsse, wogegen dem Dekan die Leitung des Gottesdienstes, namentlich des Chordienstes und die Disciplinargewalt über die nicht zum Kapitel gehörigen Geistlichen zukommt. Für Köln ist ferner in Betreff der Vertretung der beiden Dignitäten bestimmt, dass der Dekan die Funktionen des verhinderten oder abwesenden Propstes verwaltet, und eventuell statt des Dekans der älteste Kanonikus das Präsidium des Kapitels, die eigentlichen Dekanatsgeschäfte aber der die Metropolitan-Pfarre verwaltende Domherr übernimmt[3].

In denjenigen deutschen Kapiteln, wo nur eine Dignität besteht, sind die sonst getrennten Ressorts des Propstes und Dekans in ein und derselben Hand vereinigt, so dass also in Gnesen und in Aachen z. B. dem Propst[4] auch die Leitung des Gottesdienstes, umgekehrt in der oberrheinischen Kirchenprovinz dem Dekan das Präsidium des Kapitels zusteht.

Die Funktionen der anderen früher in den Stiftern vorgekommenen Dignitäten und Aemter sind in Folge der durch die deutschen Vereinbarungen vorgenommenen Vereinfachungen nicht total weggefallen, wenngleich einzelne derselben wegen der veränderten Verhältnisse, wie z. B. die Stelle des scholasticus[5], überflüssig geworden sind. Sie werden heute, wie die Kölner Statuten zeigen, durch einzelne Domherren wahr-

[1] Restitutionsdiplom v. 1825. §. 11, Hüffer, Forschungen S. 341: „Ad praepositum cura pertinebit rerum capitularium omnium exceptis quae cultum divinum respiciunt in ecclesia metropolitana celebrandum et quae cleri eiusdem secundarii, item officialium minorum vitam et mores concernunt: haec scilicet decani arbitrio regentur. Praepositi igitur erit: convocare capitulum, praesidere, tractanda proponere, consultationes moderari, sententias rogare, vota colligere, decretum concipere, gesta literis mandare; qua in re canonicum iuniorem vel vicariorum aliquem adiutorem habebit, secretarii munere fungentem, item asservare sigillum, literas subscribere, capitulo inscriptas aperire, legere, curare et quae sunt reliqua praesidis"; Stat. v. 1830, §. 1. a. a. O. S. 350: „officia quidem in universum ita sunt dispertita ut res quae ad capitulum spectant, praeposito curandae sint, decano autem quum rerum sacrarum cura, tum chori servitii eorumque incumbat, quae cleri secundarii et officialium ecclesiae metropolitanae respiciunt vitam et mores".

[2] Decr. erection. v. 1830, Weiss, corp. iur. eccles. cathol. S. 112: „Ad praepositum igitur qui capituli caput est et post antistitem dignitate prior cura pertinebit rerum omnium exceptis iis quae spiritualia mera concernunt et decano sunt tributa. Illius erit convocare collegium, eidem praesidere, deliberanda proponere, sententias rogare, moderare disputationis cursum, decretum ciere, curare ut acta capituli rite consignentur, epistolis subscribere et quae sunt huiusmodi, denique utilitati collegii omnino prospicere. Contra, ut rei divinae in ecclesia metropolitana faciendae debite satisfiat et cleri vita sacrorum canonum praeceptis sit accomodata et honesta, proxime decani est curare. Qui si quem canonicorum aut officii sui immemorem aut in culpam aliquam deprehenderit collapsum, secreto hunc moneat, verbis castiget et nisi resipuerit, capitulo eum denuntiet corrigendum. In clerum secundarium et ecclesiae ministros ipse pro reatu censuris et poenis ecclesiasticis procedat".

[3] S. die in der Note 1 angeführten Verordnungen.

[4] Decr. erect. für Gnesen §. 13, Weiss l. c. S. 109: „Praepositus caput capituli esto. Hic non temporalium modo sed et spiritualium curam gerito"; für die oberrhein. Kirchenprovinz vgl. Longner, Rechtsverhältn. der Bischöfe der oberrh. Kirchenpr. S. 485 ff. In Spanien, wo der Dekan die erste Dignität hat, präsidirt für die Regel der Bischof, indessen tritt der erstere in dessen Abwesenheit ein, s. Konkordat v. 1851, resp. 1859. Art. 14, Moy, Arch. 7, 381 u. Anal. iur. pontif. 1863. p. 1798; in Frankreich der Bischof, resp. ein Generalvikar desselben, s. §. 84 a. E. vorletzte Note. Ueber die Dekane in Frankreich vgl. Les doyens des chapitres. Paris. 1867.

[5] Erwähnt wird aber noch in der Bulle de salute animarum für das Bisthum Breslau einer praebenda scholastici, welche stets dem der Anciennität nach ältesten Domherrn zustehen soll.

genommen, ohne dass diesen darum ein höherer Rang und grössere Emolumente zugestanden sind, d. h. sie kommen heute allein noch als *officia* in dem oben (S. 112) gedachten Sinne vor. Die früher namentlich von dem Scholastikus oder dem Kanzler (S. 101. 108) wahrgenommenen Sekretäriatsgeschäfte versieht der jüngste Domherr oder ein vom Kapitel auszuwählender Vikar [1]. Die Vermögensverwaltung führen Namens des Kapitels der Propst und drei auf je drei Jahre gewählte s. g. *canonici aediles*, denen ein quaestor, also ein Rendant, aus dem Laienstande beigeordnet ist [2]. Die Sorge für das Archiv liegt gleichfalls dem Propst und einem der Aedilen ob [3]. Ferner wird vom Kapitel ein *canonicus thesaurarius* gewählt, welchem die Aufsicht über die Kostbarkeiten, Geräthe u. s. w. und die mit der unmittelbaren Aufbewahrung betrauten Küster, resp. Kirchendiener zusteht [4]. Die Funktionen des früheren Kantors sind dagegen theilweise auf den Dekan, dann aber auf einen besonderen, diesem untergeordneten praefectus chori übertragen [5].

Eine dem Mittelalter in Bezug auf die Zahl der Dignitäten ähnlichere Organisation weisen eine Reihe von österreichischen Kathedral-Stiftern [6], namentlich aber die spanischen [7] und italienischen [8] auf.

[1] S. 115. n. 1. und Statuten §. 61.

[2] Restitutionsdiplom §. 34; Statuten §. 34: „Administrationis omnium bonorum ac redituum tam ecclesiae metropolitanae quam capituli curam cum praeposito communicent tres canonici aediles singulo triennio capitulariter vel eligendi vel confirmandi. Iisdem adiungatur quaestor laicus. Tam in deliberandis quam administrandis rebus praepositus praesidis vice fungatur". §. 35: „Quaestor omnium bonorum, pecuniarum redituumque capituli et ecclesiae metropolitanae accuratum inventarium ex legibus publicis conficiat atque in indice anniversarias memorias aliasque pias fundationes digerat; curet ut separata maneant constituta aeraria quatuor: 1) praebendarum et distributionum, 2) fundationum piarum 3) summae aedis et 4) fabricae capitularis eorumque singulae rationes; omnes reditus qui haec aeraria constituunt, percipiat; expensas in rem divinam faciendas et stipendium pro impletis piis fundationibus solvendum non nisi mandantibus praeposito et canonicis aedilibus solvat atque singulis annis et quoties postulatum fuerit, expensorum et acceptorum rationem reddat; in rebus litigiosis in iudicio se sistat, debitores de pecunia debita appellet et literas denique quascumque sive iudiciales sive extraiudiciales legitime perscribendas curet. Pro salario accipiet vigesimam partem redituum exactorum iis exceptis quae pro dotatione capituli ex aerario publico adhuc solvi consueverunt atque haec ea tamen conditione, ut per literas publicas a tabellione perscriptas summa mille thalerorum borussicorum caveat". §. 36: „Quibus rebus omnibus accurate agendis praepositus et canonici aediles studeant cum diligentia. Sortis renumeratae apocha saltem a tribus canonicis aedilibus subscribatur atque eiusmodi pecuniae summam acceptam quidem referat quaestor neque vero domi suae reponat, sed deponat in cistàm ferream in domo pastorali, donec denuo fenori datur. Cuius quidem cistae claves arte fabrili diverse structae asservabuntur una a praeposito et duae alterae a duobus canonicis aedilibus. Capitulum singulis annis reverendissimo archiepiscopo vel sede vacante vicario administratori accuratam rationem reddet administrationis suae.

[3] Statuten §. 39.

[4] Ibid. §. 37: „Ut praepositi levetur rerum temporalium capituli cura, capitulariter eligetur canonicus thesaurarius qui rebus pretiosis, supellectibus, vasis, paramentis et linteaminibus ecclesiae custodiendis, ecclesiae sacristiae, altaribus, sacris vasis, ornamentis omnibusque supellectilibus vel mundandis vel resarciendis invigilet harumque rerum inventarium perscribat singulo anno explendum. Quicumque canonicorum animadverterit vel deesse aliquid vel minus diligenter ab aedituo vel aliis ministris res agi, servari aut mundari solere, id eidem thesaurario significet, tametsi hi omnes singulo canonico reverentiam debeant et obsequium". Des aedituus maior erwähnt auch das Restitutionsdiplom §. 26. Das Kölner Provinzialkoncil tit. I. c. 5 hat dann weiter angeordnet: „secundum caeremoniale episcoporum in quacumque ecclesia cathedrali et collegiata sacerdos constituendus est sacrista qui ad huiusmodi officium fideliter et strenue exercendum idoneus et aptus censetur" (Moy, Arch. 9, 128).

[5] Als Personal für die Celebrirung des Gottesdienstes werden noch erwähnt der organarius, der magister musices, 6 psalteristae mit einem aus den Vikarien oder aus ersteren selbst ausgewählten magister psalteristarum, sowie acht Chorknaben (chori ministri minores oder vicarioli), s. Rest. Dipl. §. 26 und Statuten §§. 20—22.

[6] So z. B. Wien mit den Dignitäten des Propstes, Dekans, Kustos, Kantors und Scholastikus, Prag mit denen des Propstes, Dekans, Archidiakons und Scholastikus, Schulte, stat. dioeces. catholicar. p. 41. 24, Ginzel, K. R. 1, 286. n. 4.

[7] S. S. 114. n. 1.

[8] Mailand mit 4 Dignitäten: dem Archipresbyter, dem Primicerius, dem Präpositus und Decanus, von denen dem ersteren die praefectura capituli und die cura animarum metropolitanae



Aus der Stellung der Dignitarien folgt, dass sie nach Massgabe der durch die Erektionsbullen, resp. die Statuten näher festgesetzten Ordnung der einzelnen Dignitäten den Vorrang und Vortritt vor den übrigen Kanonikern haben [1]. Die Titulatur der Dignitarien, welche auch noch heute als *praelati* bezeichnet werden [2], ist: *Reverendissimus et Amplissimus, Perillustris* [3] oder auch *Reverendus et Eximius* (scil. Dominus) [4].

Mitunter ist ihnen auch das Recht verliehen, einzelne der bischöflichen Insignien, so namentlich die Mitra (Inful, daher infulirte Pröpste, Dekane, Prälaten) zu tragen [5].

Coadiutoriae (s. oben S. 84) sind ebenso wie für die gewöhnlichen Kanonikate auch für die Dignitäten vorgekommen, und sind heute noch in einzelnen Ländern praktisch. Bei Verhinderung des coadiutus hat der coadiutor die Befugnisse, welche mit der Dignität des letzteren verbunden sind, wahrzunehmen und zwar mit dem Recht auf dessen Platz und Sitz im Kapitel [6]. Nach dem Tode des coadiutus rückt er in die Dignität ein. —

Während das gemeine Recht im Allgemeinen keine näheren Vorschriften über die Organisation der Aemter in den einzelnen Stiftern giebt, hat dasselbe doch hinsichtlich zweier eine Ausnahme gemacht. Nach neuerem Recht soll an jeder Kathedral- und bedeutenderen Kollegiatkirche die Stelle eines s. g. theologus, lector s. theologiae und an jeder Domkirche ferner die eines poenitentiarius [7] kreirt werden.

Was das erstgedachte Amt [8], also das des theologus, betrifft, so hat schon das IV. Lateranensische Koncil von 1215 [9] vorgeschrieben, dass an jeder Metropolitankirche ein solcher behufs Unterweisung der Priester und anderen Geistlichen in der heiligen Schrift und in der Handhabung der Seelsorge angestellt werden sollte, welcher aber keineswegs als Mitglied des Kapitels aufgenommen zu werden, und auch nur so lange als er sein Lehramt versah, die ihm ausgesetzten Emolumente zu erhalten brauchte [10]. Die Einsetzung dieses Amtes hängt offenbar damit zusammen, dass die

ecclesiae zusteht, Analect. iur. pontif. 1861. p. 1016, Aversa mit denen des Dekans, Kantors, Archidiakons und Subkantors ibid. p. 499, in Reggio (Ober-Italien) sind Dignitäten die Stellen des Archipresbyters, des Archidiakons, Majusculus (wohl die Korruption aus magiscola = scholaster s. oben S. 100. n. 10), des Theologus und Poenitentiarius, l. c. 1855. p. 2167.

1 Ueber die Ausnahmen, wenn einer der Kanoniker zugleich Bischof ist, s. oben S. 87.

2 S. z. B. das Kölner Restit.-Diplom §§. 13. 14 und Statuten §§. 43. 45 ff.

3 Schulte 2, 254; Ginzel 1, 307. 308.

4 So in Köln, Restit.-Diplom §. 14.

5 Eine frühere derartige Urkunde, welche dem Regensburger Dompropst den Gebrauch von mitra, annulus, baculus pastoralis aliaque pontificalia insignia gestattet, von 1594 bei Mayer, thes. 2, 38. In neuerer Zeit ist der Gebrauch der Mitra dem Propst und Dekan des München-Freisinger Kapitels verliehen, Pii VII. const. vom 1. April 1818, Weiss, corpus iur. p. 133. Auch die Staatsgesetzgebungen haben ihnen einen bestimmten Rang, wie den weltlichen Beamten beigelegt, so rangiren die Pröpste und Dekane in Baiern nach den Regierungsdirektoren, Entschliessung vom 10. Januar 1822. Nr. I. 3, Döllinger, Sammlung 8, 293, die Domdekane in Würtemberg in der 4. Rangstufe (neben den Direktoren der Landeskollegien, Obersten), in Baden in der dritten Klasse (mit den Regierungsdirektoren und geheimen Referendären), s. Longner, Rechtsverhältnisse S. 67. 68.

6 Garcias, tract. de benef. P. IV. c. 5. n. 65; Ferraris, s. v. canonicatus art. 10. n. 16. 21; Entsch. der Congr. conc. v. 1859, Analect. iur. pontif. p. 1761, welche ferner bei Anwesenheit des coadiutus dem coadiutor das „stallum post omnes dignitates et ante omnes canonicos" zuweist. Ueber andere hierher gehörige Spezialfragen s. Garcias l. c. n. 110. 136.

7 Vgl. über beide Thomassin, vetus ac nova disciplina P. I. lib. II. c. 7. c. 10; lib. III. c. 70; Sentis, die Praebenda theologalis und poenitentialis in den Capiteln. Mainz 1867; ferner auch die Deklarationen und Remissionen von Gallemart und Barbosa in der Ausgabe des Tridentinum. Coloniae Agripp. 1723 zu Sess. V. c. 1 de ref., sowie die adnotation. Prosperi Lambertini (Bened. XIV.) in causa Fanens. v. 5. Juli 1723, thesaurus resolut. 2, 543.

8 S. darüber auch Barbosa, de canonicis c. 27; Bouix, de capit. p. 107 ff.

9 c. 4. X. de magistr. V. 5.

10 Die Möglichkeit, geeignete Persönlichkeiten zu erlangen, erleichterte Honorius III. s. c. 5. X. eod. tit. dadurch, dass er die die Hochschulen beziehenden Geistlichen unter Belassung ihrer Einkünfte von der Residenzpflicht dispensirte.

Domschulen in den gedachten Beziehungen nicht ausreichten, und ferner den Geistlichen auch später nach Vollendung ihres Studiums noch Gelegenheit gegeben werden sollte, sich in der Theologie weiter auszubilden. Das Koncil von Basel hat diese Einrichtung auch auf die Kathedralkapitel ausgedehnt, indem es zugleich bestimmt, dass der theologus wenigstens ein-, regelmässig zweimal die Woche seine Vorlesungen halten müsse [1]. Das Tridentinum ist dann noch insoweit darüber hinausgegangen, als es auch die Einsetzung des Amtes an Kollegiatkapiteln mit einem zahlreichen Klerus und in bedeutenderen Städten vorgeschrieben hat [2]. Ferner hat das Koncil im Gegensatz zu den früheren Bestimmungen die Stelle des theologus in der Weise mit den Kapiteln in Verbindung gebracht, dass derselbe stets Mitglied des letzteren, also Kanoniker mit allen Rechten eines solchen, sein soll, und der Unterhalt des theologus künftighin nur durch eine wirkliche und dauernde Kanonikat-Präbende sichergestellt werden darf [3]. Nothwendig ist die Einsetzung an allen Metropolitankirchen, an den Kathedralkirchen,

[1] Sess. XXXI. c. 3: „Cum per generalis concilii statuta (s. c. 4. cit.) sancte ordinatum existat, quod quelibet ecclesia metropolitica teneatur et debeat unum habere theologum qui sua doctrina et predicacionibus fructum salutis afferat, ordinat hec sancta synodus, quod extendatur eciam huiusmodi ordinatio ad ecclesias cathedrales, taliter videlicet, quod quilibet collator ipsarum prebendarum teneatur et debeat canonicatum et prebendam, quam primum facultas se obtulerit et inveniri poterit, uni magistro, licenciato vel in theologia baccalaureo formato (d. h. versehen mit dem höchsten Grad des theologischen Baccalaureats, der Uebergangsstufe zum Licentiate, Bulaeus, hist. univers. Paris. 4, 427) conferre qui per decennium in universitate privilegiata studuerit et onus residencie ac lecture et predicacionis subire voluerit quique bis aut semel ad minus per singulas ebdomadas, cessante legitimo impedimento legere habeat" . . ., auch übergegangen in das Mainzer Acceptationsinstrument von 1439. §. 9, Münch, Konkordate 1, 68 ff. und in das Konkordat zwischen Leo X. und Franz I. von Frankreich von 1517. §. 6, a. a. O. S. 233.

[2] Sess. V. c. 1. de reform.: „ . . . statuit et decrevit, quod in illis ecclesiis, in quibus praebenda aut praestimonium seu aliud quovis nomine nuncupatum stipendium pro lectoribus sacrae theologiae deputatum reperitur, episcopi, archiepiscopi, primates et alii locorum ordinarii eos qui praebendam aut praestimonium seu stipendium huiusmodi obtinent, ad ipsius sacrae scripturae expositionem et interpretationem per se ipsos, si idonei fuerint, alioquin per idoneum substitutum ab ipsis episcopis . . . et aliis locorum ordinariis eligendum, etiam per subtractionem fructuum cogant et compellant. De cetero vero praebenda, praestimonium aut stipendium huiusmodi non nisi personis idoneis et quae per se ipsas id munus explicare possint, conferantur et aliter facta provisio nulla sit et invalida. In ecclesiis autem metropolitanis vel cathedralibus, si civitas insignis vel populosa, ac etiam in collegiatis exsistentibus in aliquo insigni oppido, etiam nullius dioecesis, si ibi clerus numerosus fuerit, ubi nulla praebenda aut praestimonium seu stipendium huiusmodi reperitur, praebenda quomodocunque, praeterquam ex causa resignationis primo vacatura cui aliud onus incompatibile iniunctum non sit, ad eum usum ipso facto perpetuo constituta et deputata intelligatur. Et quatenus in ipsis ecclesiis nulla vel non sufficiens praebenda foret, metropolitanus vel episcopus ipse per assignationem fructuum alicuius simplicis beneficii, eiusdem tamen debitis supportatis oneribus, vel per contributionem beneficiatorum suae civitatis et dioecesis vel alias, prout commodius fieri poterit, de capituli consilio ita provideat, ut ipsa sacrae scripturae lectio habeatur, ita tamen, ut quaecunque aliae lectiones vel consuetudine vel quavis alia ratione institutae propter id minime praetermittantur".

[3] Fagnan. ad c. 4. X. de magistr. V. 5. n. 34. Aus der Vorschrift des Tridentinums hat die Praxis der Congreg. conc. und die Doktrin folgende Konsequenzen gezogen: 1. Für die Errichtung der Theologalpräbende (wo diese noch bisher nicht kreirt sein sollte) bedarf es einer ausdrücklichen Bestimmung der zuerst vakant werdenden durch den Bischof, ipso iure wird die letztere nicht zur Theologalpräbende s. Fagnan. l. c. n. 36 ff., Garcias, tract. de benef. P. V. c. 5. n. 155, das entgegengesetzte verordnet freilich die Const. Benedict. XIII.: Pastoralis officii von 1725 für Italien und die anliegenden Inseln bei Ferraris s. v. canonicatus art. 9. n. 88 u. Acta et decr. concil. coll. Lacensis. Friburgi Brisgoviae 1870. 1, 404. 2. In dem Falle, wo alle Kanonikatspfründen aus täglichen Distributionen bestehen, kann auch die Theologalpräbende auf solche fundirt, Fagnan. ad c. 32. X. de praeb. III. 5. n. 125; 3. es dürfen nur s. g. beneficia simplicia, also nicht Parochial- oder Kuratbenefizien mit dem Amte des theologus vereinigt werden, 4. die von dem Tridentinum errichteten Theologal-Officien sind in ihrem damaligen Bestande erhalten geblieben, selbst wenn ihre Dotation durch Prästimonien, Stipendien, Pensionen u. s. w., also nicht durch Präbenden im eigentlichen Sinn beschafft waren. S. Sentis a. a. O. S. 14, wo auch S. 18 ff. die weiteren Konsequenzen aus der Unzertrennlichkeit des officium theologale von der betreffenden Präbende hinsichtlich der Besetzung, der Option u. s. w. vorläufig nachgesehen werden können.

dann wenn sie in einer bedeutenden und volkreichen Stadt errichtet sind, und endlich an den Kollegiatkirchen unter der Voraussetzung, dass dieselben gleichfalls in einem hervorragenden Ort, wo zugleich ein zahlreicher Klerus angestellt ist, sich befinden[1]. Die Kreirung an einer Kollegiatkirche, neben der eine Kathedralkirche vorhanden ist, hat die Congregatio concilii auf den Widerspruch des Kapitels für unstatthaft erklärt[2].

Ueber die Qualifikation der mit dem officium theologale zu betrauenden Person bestimmt das Tridentinum nichts näheres. Die Praxis hat aber für die Regel die theologische Doktorwürde als den sicheren Beweis der Idoneität für ausreichend, wenngleich nicht für absolut erforderlich, erachtet, und da, wo der Betreffende den Doktorgrad nicht besitzt, entweder die Feststellung der theologischen Qualifikation durch ein Examen oder päpstliche Dispensation verlangt[3].

Der theologus, welcher dazu bestimmt ist, die Stellvertretung des Bischofs in seinem Lehramt namentlich der Geistlichkeit gegenüber zu übernehmen[4], hat noch nach dem Tridentinum (ebenso wie schon nach dem Lateranensischen Koncil) Vorlesungen über die heilige Schrift zu halten[5], und obwohl auf dem Koncil selbst darüber gestritten worden ist, ob der theologus berechtigt sei, dem dogmatischen Element vor dem exegetischen den Vorzug zu geben[6], hat doch die spätere Praxis es für eine ausreichende Amtserfüllung erklärt, wenn der betreffende Kanoniker entweder die heilige Schrift auslegt oder Vorlesungen über die scholastische Theologie hält[7]. Hinsichtlich der Zeit,

[1] So nach dem Trident.; die Const. Bened. XIII. cit. erwähnt aber für die Kathedralen der im Text gedachten Beschränkung nicht. Die Bestimmung darüber, ob eine Kollegiatkirche geeignet ist, muss selbstverständlich dem zur Einsetzung des Officiums berechtigten ordinarius zustehen. Pignatelli, consultat. canonicae, Tom. III. cons. 62. n. 19; Sentis S. 23. Besitzt die Kollegiatkirche nicht die im Tridentinum vorgeschriebene Qualität, so kann zwar ein theologus eingesetzt werden, aber dann hängt seine nähere Stellung von den Fundationsvorschriften ab, weil das Tridentinum auf ihn nicht Anwendung findet. S. Acta decerpt. s. sed. 4, 177 ff.

[2] Wogegen es die Errichtung an einer neugegründeten Kollegiatkirche trotz des Vorhandenseins eines Theologal-Officiums an einer älteren derselben Stadt unter der Bedingung für erlaubt erklärt hat, dass die Vorlesungen in beiden an verschiedenen Tagen gehalten werden. S. Richters Tridentinum S. 17. n. 3. 4. Der Grund liegt wohl in der Nothwendigkeit, in jeder Hinsicht der Kathedrale den Vorrang zu bewahren.

[3] S. die Entscheidungen der Congr. concilii in Richters Tridentinum S. 18. n. 7 ff., woraus sich auch ergiebt, dass der Doktor- oder Licentiaten-Grad im kanonischen Recht allein und an und für sich nicht ausreicht. Vgl. auch Fagnan. ad c. 4. cit. n. 32; Benedict. XIV. instit. 57 u. de syn. dioeces. XIII. 9. n. 16. 17; Sentis S. 24. Die vorhin citirte, freilich nicht allgemein geltende Const. Bened. XIII. bestimmt aber: „Volumus insuper, ut tam illa quam reliquae omnes aliae praebendae theologales hactenus constitutae et deputatae, conferri semper debeant doctori in sacra theológia vel qui infra annum doctoralem lauream in eadem facultate suscipiat et caeteroquin magis idoneo in formali concursu ab examinatoribus renunciato eo plane modo quo parochiales ecclesiae conferuntur. Hunc porro in finem quotiescumque eiusmodi praebenda theologalis conferenda erit, per edictum publicum vocentur, quicumque concurrere et examini sese subiicere voluerint, coram episcopo et quatuor examinatoribus, etiamsi synodales non sint, ab eodem episcopo actu eligendis ac deputandis, in theologali tamen facultate licentiatis et valde peritis sive secularibus sive regularibus, et illi, qui in eiusmodi concursu probatur magisque idoneus renunciatus fuerit, praebenda conferatur. Quoties autem praebendae collatio ad sanctam sedem spectabit, episcopus ad Romanum pontificem pro tempore existentem acta concursus transmittere teneatur, ut ipse vacantem praebendam illi assignare et conferre possit, quem ceteris digniorem et magis idoneum in domino iudicaverit“, Vorschriften, welche auch für die erzbischöfliche Provinz Prag gelten, s. Syn. Prag. a. 1860. tit. VI. c. 5, Moy, Arch. 11, 320; ebenso kommt in Spanien der Konkurs vor s. Const. Gregorii XV. bei Barbosa, de off. et pot. episc. P. III. alleg. 55. n. 37 u. Konkordat art. 18, Moy, Arch. 7, 383. Ueber die interimistische Versorgung des Amtes während einer Vakanz bis sich ein geeigneter Säcularkleriker findet, vgl. Barbosa, de off. et potest. episcopi l. c. alleg. 56. n. 14 u. Ferraris l. c. 23.

[4] Sentis S. 2.

[5] Hieraus erklärt sich auch der Gebrauch der Ausdrücke praebenda, canonicus lectoralis, praebenda lecturae, welcher seit langer Zeit namentlich in Spanien vorkommt, s. Garcias l. c. n. 153; Richter a. a. O. n. 10 u. spanisches Konkordat v. 1851, resp. 1859. art. 13, Moy, Arch. 7, 381.

[6] Pallavicini historia conc. Trid. VII. 5.

[7] Pignatelli l. c. n. 27; Garcias l. c. n. 156; Benedict. XIV. instit. cit. u. de synod.

der Zahl und des näheren Gegenstandes der Vorlesungen muss er sich nach den Anweisungen des Ordinarius richten, welcher indessen dabei die hergebrachte Gewohnheit zu berücksichtigen hat. und er kann sich seiner Pflichten nicht durch einen etwaigen Hinweis darauf entledigen, dass seine Vorgänger gleichfalls keine Vorlesungen gehalten haben [1]. Der Ort ist die betreffende Kathedral- oder Kollegiatkirche [2], damit den Geistlichen möglichst bequeme Gelegenheit gegeben wird, den Vorlesungen beiwohnen zu können. Verbunden dazu sind die Kanoniker und die übrigen an der Kirche angestellten Priester, welche der Bischof sogar unter Entziehung der Distributionen in derselben Weise, wie wenn sie den Chordienst versäumen, dazu verpflichten kann [3]. Erfüllt der theologus selbst seine Obliegenheiten nicht, so darf der Ordinarius gegen den Säumigen mit Entziehung der Distributionen und Früchte seiner Pfründe, dann mit Einsetzung eines Substituten unter Zuweisung der Einkünfte der Theologal-Präbende [4], endlich mit der Privation des Amtes vorgehen [5].

Was die deutschen Kapitel betrifft, so gelten für Baiern die Bestimmungen des Tridentinum [6], für Altpreussen und die oberrheinische Kirchenprovinz ist in Betreff der Kathedral-Kirchen die Vorschrift getroffen, dass einer der Kapitularen dauernd mit dem Amte des Theologen betraut werden soll, und zugleich abweichend vom Tridentinum der Schwerpunkt seiner Thätigkeit in die Auslegung der

dioeces. XIII. c. 9. n. 16. 17. weil das Concil a. a. O. von den lectores sacrae theologiae und der sacrae scripturae lectio promiscue spricht. Mitunter hat man sich auch freilich damit begnügt, dass der Theologus blos die Moraltheologie lehrt, Benedict. XIV. l. c. u. Bouix l. c. p. 117, während ihm andererseits noch die Verbindlichkeit dazu neben den oben erwähnten Pflichten durch einzelne Synodalstatuten auferlegt worden ist, Anal. iur. pontif. 1855. p. 1295; er aber sonst nach Ermessen des Bischofs wohl zu Vorlesungen über die Moraltheologie statt der Erklärung der h. Schrift, nicht aber zu beidem angehalten werden kann. Dagegen soll er nicht dazu verwendet werden, den Laien den Katechismus zu erklären, weil diese Funktion zum Pfarr-Amt gehört, das Amt des theologus aber behufs Unterweisung des Klerus eingesetzt ist. Ebenso wenig darf ihn der Bischof zwingen, statt der Vorlesungen Predigten wenngleich unter Berücksichtigung von Stellen der h. Schrift zu halten. Entscheidungen der Congr. concil. bei Richter l. c. n. 23. 24, Analecta l. c. p. 1291.

[1] Entscheidungen bei Richter l. c. n. 22. 18. 25; Anal. l. c. p. 1293; jedoch ist er dann frei, wenn seine Amtsvorfahren deshalb nicht gelesen haben, weil sich wegen mangelnden Bedürfnisses keine Zuhörer gefunden haben. Jedenfalls besitzt er unter allen Umständen ein Recht auf bestimmte Ferienzeit. S. Pignatelli l. c. n. 38; Ferraris l. c. n. 26 ff. Das römische Provinzial-Koncil von 1725. tit. 1. c. 7 (collectio Lacens. 1, 349) schreibt vor, dass der Theolog jährlich 40 Vorlesungen halten soll.

[2] Nicht die Sakristei, Entsch. bei Richter l. c. n. 25. Ausnahmsweise hat aber die Congr. conc. die Abhaltung im Palast des Bischofs gestattet, weil sich dadurch ein grösserer Besuch der Vorlesungen erreichen liess. Pignatelli l. c. n. 40.

[3] Pignatelli l. c. n. 45; Ferraris l. c. n. 33. Das bezieht sich aber nicht auf etwaige unter Leitung des Theologus eingeführte Konferenzen für casus conscientiae oder Fragen der Moraltheologie, welchen nur die als Beichtväter approbirten Priester und die ein Pfarr-Amt verwaltenden Mönche beizuwohnen, bei Strafe verpflichtet werden können, Ferraris l. c. n. 35; Bened. XIV. instit. 103.

[4] Entsch. bei Richter l. c. n. 29; Fagnan. ad c. 4. cit. n. 35. Die hierhergehörige Bestimmung der const. cit. Benedicti XIII. lautet: „Ceterum, ut fructus quem Tridentina synodus ex praebendae theologalis institutione perceptum iri speravit, omnino re ipsa et cum effectu percipiatur, volumus ..., tertiam partem proventuum dictae praebendae theologalis ab episcopo distribui et proportionabiliter applicari singulis lectionibus sacrae scripturae quae a praebendato praescriptis diebus et horis totius anni habendae erunt, ita ut, si praebendatus universas lectiones habuerit, assignatas distributiones integras absque ulla prorsus diminutione consequatur: si vero in aliqua vel pluribus lectionibus defecerit, distributiones neglectis lectionibus respondentes amittat quae in sacristiae ecclesiae beneficium cedant ac erogentur. In casu autem gravioris contumaciae praebendati liceat episcopo deputare alium theologum sacerdotem secularem vel regularem, qui iugiter supplendo eiusdem praebendati vices praefatis distributionibus potiatur“. Bei blos vorübergehender Krankheit kann aber der theologus nicht zur Bestellung eines Stellvertreters gezwungen werden, s. Garcias l. c. n. 159 u. Pignatelli l. c. n. 28.

[5] Das letztere folgt aus den allgemeinen Grundsätzen über die Strafgewalt des Ordinarius. S. Berardi comm. in iur. eccles. univ. diss. 7. c. 2. i. f. ed. Mediolani. 1846. 1, 432 und Ferraris l. c. n. 21. 22.

[6] Concord. v. 1817. art. 3.

heiligen Schrift für das Volk gelegt[1], ja in der oberrheinischen Kirchenprovinz ist sogar die Wahrnehmung dieser Funktion durch einen, nicht zum Kapitel gehörigen Priester gestattet[2]. Dagegen enthält die Circumscriptionsbulle für Hannover keine Bestimmungen über die Einsetzung eines theologus, jedoch steht der Errichtung eines derartigen Amtes nach den Normen des gemeinen Rechtes dort kein rechtliches Hinderniss entgegen. Für Oesterreich hatte das jetzt beseitigte Konkordat die Einsetzung nach Massgabe des Tridentinums gleichfalls bei denjenigen Kapiteln, wo kein theologus vorhanden war, vorgeschrieben[3]. Wennschon das Officium des letzteren auch in den romanischen Ländern vorkommt[4], so fehlt doch noch viel, dass sowohl in Deutschland wie auch in ausserdeutschen Diöcesen überall der Bestimmung des erwähnten Koncils Genüge geschehen ist[5].

Vom Orient aus hatte sich die Sitte, dass die Bischöfe eigene Stellvertreter für die Handhabung des Buss- und Pönitentialwesens einsetzten, nach dem Abendlande verbreitet, und das IV. Lateranensische Koncil hat die Deputirung solcher s. g. »coadiutores et cooperatores in audiendis confessionibus et poenitentiis iniungendis« allgemein für alle Kathedralen vorgeschrieben[6]. Diese poenitentiarii waren für den ganzen Umfang der Diöcese kompetent[7], und hatten die Leitung der öffentlichen Bussdisciplin, die Entscheidung zweifelhafter, den einzelnen Pfarrern und anderen Beichtvätern vorgekommener Fälle[8], sowie die Verwaltung des Busssakramentes in den im Laufe des Mittelalters sich stets mehrenden, dem Bischof zur eigenen Absolution vorbehaltenen, den s. g. Reservat-Fällen[9]. Zum Theil[10] waren sie — was freilich nicht nothwendig war — Mitglieder der Domkapitel. Das Tridentinum hat die Stelle eines Pönitentiarius in derselben Weise mit den Kathedralkapiteln in Verbindung gebracht, wie die des Theologus[11]. Ueber die Qualität der in Frage kommenden Pfründe und den Charakter

1 Bulle De salute animarum: „ac in unoquoque ex iisdem capitulis duo ab ordinario stabiliter deputandi erunt idonei canonici a quorum uno poenitentiarii, ab altero vero sacram scripturam statis diebus populo exponendo theologi respective munera fideliter adimpleantur". Daher wird der Theologus in dem Kölner Restitutionsdiplom §. 12 und den Statuten §. 1, Hüffer, Forschungen S. 342. 350 auch concionator genannt.

2 Bulle: Provida solersque v. 1821 verb. Cuilibet profecto antistiti.

3 Art. 23.

4 S. S. 123.

5 Das beweisen abgesehen vom österreichischen Konkordat die wiederholt von Rom an einzelne Bischöfe ergangenen Aufforderungen auf Einsetzung des Officiums s. Sentis S. 3, und die gleiche Anordnung in den neueren Provinzialsynoden von Wien im J. 1858. tit. II. c. 5; Köln im J. 1860. tit. I. c. 5; Prag im J. 1860. tit. VI. c. 5 (s. auch Moy, Arch. 9, 128; 11, 320).

6 Vgl. Th. I. S. 427. 428; ferner Thomassin P. I. lib. 2. c. 7. n. 13 ff.; c. 10; Sentis S. 4 ff.; Jacobson in Herzogs Realencyklopädie 11, 769.

7 S. Th. I. S. 428. n. 2.

8 Vgl. die Urkunde des Bischofs von Amiens von 1219, welche die 3 Personate des Präcentors, des Magisters Scholarum und des Pönitentiars einsetzt, d'Achery, spicileg. eccles. ed. nova a. 3, 590: „Poenitentiarius vero loco nostri confessiones audiet, de quacumque parte dioecesis ad ipsum referantur, exceptis confessionibus curatorum nostrorum et magnatum et baronum quas nobis reservamus: ad illum etiam . . . dubitationes si quae emergent in foro poenitentiali iubemus reportari. Poenitentias iniunctas ab aliis confessoribus relaxare poterit aut mutare, prout secundum deum viderit expedire"; conc. Fritzlar. a. 1246. c. 4 (Hartzheim 3, 572); conc. Exoniens. c. 5. a. 1287 (Hardouin 7, 1079): „ita tamen quod maiora et notoria poenitentiario nostro reservet et poenitentem sibi transmittat cum literis causam delicti et circumstantias ipsius continentibus. Poenitentes iterum cum literis poenitentiarii, absolutionis et poenitentiae modum continentibus, ad suum redeant sacerdotem"; conc. Salzburg. a. 1420. c. 11 (Hartzheim 5, 189).

9 Da der mit reservirten Sünden behaftete sich selbst stellen musste (s. vorige Note), so bereisten die Pönitentiarien auch die Diöcesen, um die Personen, welche eine Reise nach ihrem Sitz wegen Gebrechlichkeit und anderer Gründe nicht unternehmen konnten, zu absolviren. Conc. Arelat. a. 1260. c. 16 (Hardouin 7, 516).

10 S. das Diplom v. 1219, s. Note 8 und conc. Mogunt. v. 1310, Hartzheim 4, 221.

11 Sess. XXIV. c. 8. de ref.: „In omnibus etiam cathedralibus ecclesiis, ubi id commode fieri poterit, poenitentiarius aliquis cum unione

der Verbindung derselben mit dem Amte des Pönitentiars gelten daher dieselben Regeln, welche oben (S. 118) in Betreff der Theologal-Präbende angegeben sind[1]. Fähig für das Amt ist nach der ausdrücklichen Bestimmung des Tridentinums für die Regel nur ein Magister, Doktor oder Licentiat der Theologie, resp. des kanonischen Rechtes, welcher das 40. Lebensjahr vollendet hat[2], aber auch ein anderer seiner Gelehrsamkeit und seinem Alter nach geeigneter Geistlicher[3].

Der Pönitentiar[4] ist noch heute, wie früher, der Gehülfe und Stellvertreter des Bischofs in der Verwaltung des Busssakramentes und der Handhabung der Bussdisciplin, jedoch ist er in dieser seiner Stellung nicht vom Bischof abhängig, vielmehr hat er die Ermächtigung dazu kraft Gesetzes und bedarf also zur Ausübung seines Amtes nicht erst der Erlaubniss des Ordinarius. Seine Kompetenz erstreckt sich auf die ganze Diöcese, weshalb ihn die älteren Kanonisten als »quasi parochus totius dioecesis« bezeichnen[5]. Weil es aber für den Inhaber des Amtes auf eine bestimmte, genau geregelte Qualifikation ankommt, besitzt der Pönitentiar nicht die Befugniss zur Delegation, weder für die ihm kraft seines Amtes allgemein zustehenden, noch für die ihm besonders hinsichtlich der bischöflichen Reservatfälle vom Ordinarius übertragenen Befugnisse[6]. Hinsichtlich der näheren Ausübung seines Amtes ist der Pönitentiar, welchem übrigens derselbe Anspruch auf vacatio (Ferien) wie den übrigen Kanonikern zusteht, an die Anweisungen des Bischofs gebunden, und kann auch von letzterem wegen Nichterfüllung seiner Pflichten selbst mit der Privation des Amtes bestraft werden[7]. Vereinzelt hat man auch dem Pönitentiar, welcher nach dem Bemerkten die Stellung eines für die ganze Diöcese angestellten Beichtvaters versieht, einen Einfluss auf die weitere Ausbildung der Bussdisciplin und die wissenschaftliche Förde-

praebendae proxime vacaturae ab episcopo instituatur, qui magister sit vel doctor aut licentiatus in theologia vel iure canonico et annorum quadraginta seu alius qui aptior pro loci qualitate reperiatur, qui dum confessiones in ecclesia audiet, interim praesens in choro censetur".

[1] Entscheidungen darüber mitgetheilt bei Garcias l. c. P. 5. c. 4. n. 127; Ferraris s. v. canonicus art. 9. n. 60 ff.; Richters Tridentinum S. 344. 345 u. Analecta iur. pontif. 1866. p. 1634. 1638; vgl. auch Sentis S. 14.

[2] Das ergiebt der Wortlaut des Tridentinums und ist die recipirte, wenngleich nicht ganz unbestrittene Meinung s. Garcias l. c. P. 7. c. 4. n. 35; Barbosa, de off. et pot. episcopi. P. III. alleg. 55. n. 9; Bouix l. c. p. 127.

[3] S. die in der vorigen Note citirten und Ferraris l. c. n. 46 ff. Die Konst. Benedikts XIII. (s. oben S. 118. n. 3) unterwirft den poenitentiarius ebensowie den theologus dem Konkurse: „Postremo quaecumque hactenus de praebenda theologali et sacrae scripturae lectione sancivimus, extendimus etiam ac ad amussim observare volumus et mandamus (congrua tamen congruis referendo) quoad institutionem canonici poenitentiarii in illis cathedralibus, in quibus nondum fuerit institutus eiusque honestam sustentationem, concursum, deputationem omniaque alia ad illius officium pertinentia et praeter illa quae a nobis superius disposita sunt, ea insuper quae Tridentina synodus c. 8. Sess. XXIV. de ref. de huius ministri qualitate, aetate ac exemptione a servitio chori constituit, exacte observari decernimus, praecipimus et mandamus".

[4] Vgl. übrigens über seine Stellung auch Barbosa, de canonicis c. 26 u. Bouix, de capitulis p. 124 ff.

[5] Fagnan. ad c. 29. X. de praeb. et dignit. III. 5. n. 12; Garcias l. c. P. 5. c. 4. n. 112; Barbosa l. c. n. 19. Von diesem Standpunkt aus hat auch die Congr. conc. entschieden, dass derjenige Diöcesane, welcher Ostern beim Pönitentiar beichtet, dem praeceptum paschale, s. c. 12. X. de poenit. V. 38, genügt, Garcias l. c. n. 113.

[6] Denn der Bischof besitzt trotz der Existenz des Pönitentiars das Recht, sich bestimmte Fälle zur Absolution zu reserviren. Vgl. über alles Bemerkte Garcias l. c. n. 115 ff.; Barbosa l. c. n. 22 ff.; Ferraris l. c. n. 71 ff.; Sentis S. 10 ff.

[7] Garcias l. c. n. 118; Barbosa l. c. n. 26 ff.; Ferraris l. c. n. 74 ff. und die Entscheidung bei Richter a. a. O. S. 344. n. 1 v. 1587: „canonicum poenitentiarium pro excipiendis loco episcopi confessionibus paratum semper esse horis, loco, sede arbitrio episcopi opportunis". Andererseits ist er aber nicht, wie die andern Kanoniker verpflichtet, Geschäftsreisen in Angelegenheiten des Kapitels zu machen oder die Verwaltung des Vermögens des letzteren oder das Amt eines Punktators zu übernehmen, s. Richter S. 345. n. 7 ff.; weil er im umgekehrten Falle seinen Obliegenheiten nicht nachkommen könnte.

rung der Konfessarien in der Diöcese dadurch zu geben gesucht, dass man Konferenzen derselben für die Besprechung von Moralfragen eingeführt, und dem Pönitentiar die Einsichtnahme der Protokolle und die Bescheidung in zweifelhaften Fällen zugewiesen hat[1].

Was die Ausführung der Vorschrift des Tridentinums betrifft, so gilt auch in dieser Hinsicht dasselbe wie für die Theologal-Präbende, denn bis auf heutigen Tag ist das Amt des Pönitentiars nicht in allen Kathedralen eingesetzt. Die oben S. 120 erwähnten Ordnungen für Altpreussen, Baiern, die oberrheinische Kirchenprovinz und Oesterreich haben daher die Einrichtung der Pönitentiar-Präbende von neuem eingeschärft[2].

Wenn die Bischöfe in einzelnen Diöcesen in der Lage sind, noch die beiden eben genannten Aemter einsetzen zu müssen, vorerst aber nur die Möglichkeit vorhanden ist, eins derselben zu errichten, so geht die Theologal-Präbende vor, und es bedarf für den Fall, dass mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des betreffenden Sprengels die vorherige Anstellung eines Pönitentiars nothwendiger und zweckmässiger erscheint, dazu der Genehmigung des päpstlichen Stuhles[3].

Obgleich das Tridentinum allein für die Kathedral-Kirchen die Kreirung einer Pönitentiar-Präbende als obligatorisch erklärt hat, so ist doch damit die Einsetzung eines Pönitentiars an den Kollegiat-Kirchen nicht verboten[4]. Nur gelten hier über das Verhältniss von Amt und Pfründe nicht die Vorschriften des Tridentinums, weil letzteres sich nicht auf die Kollegiat-Kapitel bezieht, und ebensowenig nimmt ein solcher Pönitentiar dieselbe Stellung, wie der der Kathedral-Kirche ein, denn er kann selbstverständlich nicht als Stellvertreter des Bischofs und als quasi parochus totius dioecesis betrachtet werden[5]. Vielmehr entscheiden darüber die Bestimmungen der Fundations-Urkunde[6], und durch diese können ihm auch allein mit Konsens des päpstlichen Stuhles gleiche Vollmachten wie dem Kathedral-Pönitentiar gewährt werden[7].

Die Aemter des Theologus und des Pönitentiars sind der Regel nach nur s. g. officia in dem oben S. 112 gedachten Sinn[8]. Statutarisch können sie allerdings Digni-

[1] Diese Einrichtung hat Benedikt XIV. als Erzbischof von Bologna getroffen, s. dessen institut. 102, indem er damit eine schon früher vorgekommene Funktion der Pönitentiarien (s. S. 121. n. 8) in einer der neueren Zeit entsprechenden Weise wieder belebte.

[2] Ebenso das Prager Provinzial-Koncil von 1860 tit. VI. c. 5. In Köln ist das Amt eingeführt und im Gegensatz zu den übrigen Beichtvätern wird hier der Pönitentiar als poenitentiarius maior bezeichnet, s. Hüffer, Forschungen S. 342. 350.

[3] So die Entsch. der Congr. conc. bei Richter a. a. O. S. 17. n. 1; gestützt wird dies darauf, dass die Bestimmung des Tridentinums in Betreff des Theologus unbedingt, in Betreff des Pönitentiars aber bedingt (ubi id commode fieri poterit) lautet, Ferraris l. c. n. 62. 63.

[4] Sentis S. 24.

[5] Deshalb kann auch der Pönitentiar der Kathedrale nicht gegen die Einsetzung eines solchen an einer Kollegiat-Kirche derselben Stadt Einspruch erheben. S. die Entsch. d. Congr. conc. bei Richter a. a. O. S. 345. n. 4.

[6] Eine Entscheidung v. 1868, Acta decerpt. s. sed. 4, 177, hat eine dahin gehende Festsetzung, dass der Pönitentiar zwar Sitz im Chor und das Recht auf die Kanonikal-Insignien, aber keine Stimme haben sollte, für erlaubt erklärt. Im Neapolitanischen sind mehrfach noch im Laufe dieses Jahrhunderts solche Stellen an Kollegiatkirchen errichtet worden. S. Sentis S. 24.

[7] S. Acta cit. p. 183.

[8] Denn das Tridentinum qualificirt sie nur als solche, ebenso auch die oben S. 120 erwähnten deutschen Verordnungen. Das Gleiche gilt von dem spanischen Konkordate v. 1851, resp. 1859, das aber Art. 13, Hüffer bei Moy, Arch. 7, 381, neben dem canonicus lectoralis, d. h. dem Theologus (S. 119. n. 5), und poenitentarius noch den magistralis und doctoralis als s. g. canonici „de oficio“ bezeichnet. Die letzteren beiden sind die Inhaber zweier Präbenden, von denen die eine ausschliesslich für einen Magister oder Licentiaten der Theologie, die andere für einen Doktor oder Licentiaten der Rechte bestimmt, ist und deren Existenz bis in das Mittelalter hineinreicht, s. die Bullen Sixtus' IV. v. 1474 und Leos X. v. 1521 bei Garcias l. c. n. 169 ff.

täten sein[1] oder es kann ihnen auch ohne diese Qualität ein besonderer Vorrang zustehen[2]. Fehlt es an einer solchen statutarischen Bestimmung, so entscheidet der allgemeinen Regel (s. oben S. 86) nach das senium[3]. Nur dann, wenn eine bestimmte Rangordnung der Pfründen besteht (s. a. a. O.), ist ein Hinaufrücken des theologus, resp. poenitentiarius wegen des oben erwähnten unauflöslichen Zusammenhanges ihrer officia mit den Präbenden nicht möglich, weil darin ein nicht zulässiges Aufgeben der letzteren ohne das Amt selbst läge[4].

Koadjutorien endlich sind auch hier nicht ausgeschlossen[5].

§. 83. γγ. *Die Stellung der Dom- (und Kollegiat-) Kapitel als kirchlicher Korporationen.*

I. Die Rechte der Kapitel. In Folge der Auflösung des gemeinschaftlichen Lebens und der Aussonderung eines bestimmten Vermögens für den Unterhalt der Kapitel sind dieselben besondere Korporationen mit der Fähigkeit, nicht nur kirchliche, wie z. B. Pfarrei-, Besetzungs-, Präsentations- etc. Rechte zu erwerben und zu besitzen[6], sondern auch als juristische Personen an dem privatrechtlichen Vermögensverkehr in vollem Umfange Theil zu nehmen[7], geworden.

Es haben daher die Kapitel von dem Zeitpunkt ihrer selbstständigen Stellung an das Recht besessen und besitzen es noch, ihre eigenen Angelegenheiten zu verwalten und zu regeln. Das beschliessende Organ dafür ist die Kapitels-Versammlung, über deren Zusammensetzung, Berufung u. s. w. folgende Regeln gelten:

Antheil an derselben mit Stimmrecht haben die Kapitularen nach Massgabe der oben mitgetheilten Grundsätze (S. 62. 81)[8], nur ausnahmsweise und in besonderen Fällen, so namentlich in Preussen, die Ehrendomherren (S. 83)[9].

Die Zusammenkünfte und Versammlungen wurden schon im Mittelalter in regelmässig ein oder mehrere Male zu gewissen Zeiten im Jahre wiederkehrende (*capitula generalia*[10]) und in *capitula ordinaria* und *extraordinaria*[11] eingetheilt. Das ordentliche wird, ebenso wie das General-Kapitel, an bestimmten, durch die Statuten vorgeschriebenen Tagen und Zeiten gehalten, und vielfach war eine besondere Berufung und Einladung

[1] So z. B. in Reggio (Ober-Italien), Anal. 1855. p. 2167.

[2] In der Weise, dass sie nach den Dignitäten folgen, so beide nach dem citirten spanischen Konkordat, der theologus allein in Mailand und dem Kollegiatstift St. Johann Baptista in Monza, s. Anal. l. c. p. 2170. 2169.

[3] Garcias l. c. n. 111 u. Ferraris l. c. n. 44.

[4] Garcias l. c. n. 134; Sentis S. 19.

[5] Garcias l. c. n. 151.

[6] Die Belege dafür ergeben sich theils aus der vorangehenden Darstellung, theils aus dem Folgenden.

[7] Näheres darüber in der Lehre von der Vermögensfähigkeit der Kirche überhaupt. Für das kanonische Recht ist die Sache unzweifelhaft. Werden doch z. B. in c. 9. 14. X. de cler. resid. III. 4 die Kapitel als universitates bezeichnet. Vgl. ferner Huller a. a. O. S. 56. 85 u. Rosshirt iun. bei Moy, Arch. 9, 133 ff.

[8] Kasuistik bei Bouix, de capitulis l. c. p. 197 ff., wo z. B. über den Einfluss der Exkommunikation, Suspension u. s. w. auf die Stimmberechtigung gehandelt wird. Ueber die abnormen Verhältnisse in Frankreich s. unten §. 84 a. E. vorletzte Note.

[9] Aus der Mittheilung der Konsistorial-Akten über Tarrentaise (Moutiers) in den Acta dec. s. sed. 2, 555: „Per canonicum honorarium utraque voce in capitulo gaudentem et archipresbyteri nomine insignitum animarum cura exercetur in cathedrali“ kann die sonstige Stellung dieses stimmberechtigten Honorar-Domherrn nicht ersehen werden.

[10] Statuten v. Rheims a. 1282. c. 1, Gousset, les actes de la province eccles. de Reims. Paris. 1842. 2, 419; von Mainz saec. XIV. Mayer, thesaur. 1, 19. 20; Barcelona saec. XIV. Martène et Durand, thes. nov. 4, 611; Weilburg saec. XIV. Würdtwein, nova subs. 4, 170; Braunschweig saec. XV. Mayer 1, 98; Frankfurt a. M. Würdtwein, subs. dipl. 1, 44. n. a.

[11] Stat. v. Landshut bei Mayer 2, 341.



ebensowenig dazu erforderlich, wie für das General-Kapitel[1]. Während aber das ordentliche Kapitel zur Erledigung der laufenden Geschäfte bestimmt war, und die ausserordentlichen nur in nicht vorhergesehenen, die Berathung gewisser Angelegenheiten erfordernden Fällen einberufen wurden, pflegten in dem General-Kapitel allgemeine und wichtige Angelegenheiten verhandelt zu werden[2]. Das Aufkommen der letzteren hängt damit zusammen, dass nach dem Aufhören der täglichen Kapitel-Versammlungen und bei der vielfach vorkommenden Vereinigung verschiedener Kanonikatspfründen in der Hand der Stiftsherren, welche zugleich an mehreren Kapiteln Beneficien besassen und oft vom Sitze des Kapitels abwesend waren, allein durch Festsetzung eines bestimmten Termins für eine ein- oder zweimalige jährliche Zusammenkunft das Erscheinen der Kanoniker in wünschenswerther Vollständigkeit erreicht werden konnte[3]. Trotz der veränderten Verhältnisse hat man diese verschiedenen Arten von Sitzungen noch bis heute festgehalten und festhalten können, weil ein wesentliches Moment der General-Kapitel, nämlich der besondere Charakter der zu berathenden Gegenstände, mit der Beseitigung der Pluralität der Beneficien in der Hand der Domherren und der Wiederherstellung der vollen Residenzpflicht der letzteren, selbstverständlich nicht fortgefallen ist[4].

Wo statutarisch eine besondere Berufung des Kapitels nothwendig ist, geschieht dieselbe jetzt entweder schriftlich durch Circular des Vorsitzenden oder mündlich durch einen Diener des Kapitels und zwar für die Regel mindestens eine bestimmte Zeit vor

[1] Stat. bei Mayer 1, 98; 2, 224; 4, 468; Lünig, spicil. eccles. 2. Anh. p. 59.

[2] Stat. v. Halberstadt a. 1583 (Lünig l. c. p. 61): „ut singulis annis capitulum quod vocamus generale . . . celebretur in quo de publicis ecclesiae negotiis qua par est diligentia tractetur; v. Beromünster a. 1694. art. 49. §. 1: „capitulum generale, quod pro ratione et computu generali et aliis causis ecclesiae nostrae profectum concernentibus congregatur, incidit in diem . . . §. 7: „Statuimus ultra, ut a prima die capituli generalis usque ad finem rationum generalium quae a secretario in ordine officialium praeleguntur, absque licentia capituli Berona in tantum non discedant, etsi actibus iis diebus terminandis semper in capitulo praesentes adesse non valeant . . . §. 9: „Si quae graviora negotia pertractanda forent, praesertim communem ecclesiae nostrae statum, bonum, commodum concernentia istis diebus pertractabuntur"; (Mayer, thes. 4, 507. 509).

[3] Versäumniss dieser General-Kapitel ohne genügenden Grund (z. B. Krankheit u. s. w.) zog Verlust der Distributionen oder bestimmter anderer Einkünfte nach sich. S. die in den vorigen Noten citirten Statuten, vgl. ferner überhaupt Praes. Ph. Gregel, Ad. Jos. Behr, diss. de re statutaria capitulorum Germaniae Wirceburg. 1796. p. 17.

[4] Kölner Statuten von 1830 (Hüffer, Forschungen S. 362) §. 56: „Singulo anno feria secunda vel tertia hebdomadis sanctae post vesperas habeatur capitulum generale, a quo et praelatorum et canonicorum nemo absit, nisi iusta et gravi causa impeditus. Praelegantur statuta capituli a reverendissimo archiepiscopo approbata; quae negligentia irrepserint, ea corrigantur; quae mutanda vel addenda videantur, mature demum deliberata mutentur vel addantur; atque in hac praecipue sessione quisque proferat, quae per annum animadverterit vel contra ecclesiae utilitatem vel capituli dignitatem esse facta". §. 54: „. . . res omnes quae ad capitulum spectant, capitulariter peragantur oportet. Itaque et ordinariae et extraordinariae sessiones seu quae vocantur capitula habeantur in aula capitulari, in quibus nisi reverendissimo archiepiscopo adesse placuerit, praesidet praepositus, pertractanda proponit, consultationes moderatur, sententias rogat incipiens a senioribus, res gestas et constitutas literis concipit vel scribenti dictat. Iisdem soli praelati et canonici legitime introducti intersint, vestibus canonicalibus ecclesiasticis induti. Qui quidem adesse ita officio et religioni sibi ducant, ut communi causae rem suam atque propriam quisque postponat. Quapropter et vigeat, salvis tamen et modestiae et debitae reverentiae limitibus, sententiarum dicendarum libertas atque liberum cuique sit, pertractata re a praeside proposita, res eas exponere quae esse deliberandae ipsi videantur". §. 55: „Singula feria secunda primae hebdomadis singuli mensis per annum, in quam vero si incidat festum fori, die sequente sit sessio ordinaria recitata nona"; §. 57: „Convocandi capitula extraordinaria primarium ius competit reverendissimo archiepiscopo; praeterea et praepositus, si id ipsi videbitur, capitulum convocet. Convocatio fiat per literas convocatorias singulis capitularibus pridie mittendas: re tamen urgente capitulum etiam eadem die qua sessio habenda sit, convocari poterit. Singulo canonico liceat, re prius exposita, praepositum rogare, ut capitulum habeatur: quod vero si is ter recusaverit, decanus consentientibus duobus canonicis ordine primis in re urgente legitimum capitulum convocet".

dem Sitzungstage[1], während früher bei der vita communis die Abhaltung der Versammlung gewöhnlich durch Läuten mit der Glocke angekündigt[2], und nach Aufhebung des gemeinschaftlichen Lebens durch einen Domicellaren angesagt wurde[3]. Zu konvociren sind sämmtliche, am Sitz des Kapitels residirenden stimmberechtigten Mitglieder[4], nur ausnahmsweise die abwesenden und zwar 1. wenn es sich um die Wahl des Bischofs[5], resp. des Prälaten[6], 2. um die Wahl oder Aufnahme eines neuen Mitgliedes[7], 3. um die Vergebung von Präbenden und Beneficien[7], und 4. um die Einstellung des Gottesdienstes[8] handelt[9]. Das gilt selbst für die ordentlichen, ein für alle Mal festgesetzten Versammlungen, sofern nicht eine entgegenstehende Gewohnheit oder statutarische Bestimmung bei dem betreffenden Kapitel besteht[10]. Die Einladung braucht aber dann nicht zu erfolgen, wenn sie mit zu grossen Schwierigkeiten verknüpft oder die betreffende Berathung nicht bis zur Ankunft der abwesenden Mitglieder aufzuschieben ist[11]. Selbst in dem Falle, wo die Konvokation vorgenommen werden musste, hat ihre Unterlassung aber nicht ohne Weiteres die Nichtigkeit des von den Erschienenen gefassten Beschlusses zur Folge, vielmehr tritt diese nur auf die besonders geltend zu machende Rüge der nicht vorgeladenen Mitglieder ein[12]. Schriftliche Vota dürfen die abwesenden nach gemeinem Recht nicht zur Sitzung einschicken[13], wohl aber einen Bevollmächtigten ernennen, welcher, sofern er nicht ein Mitglied des Kapitels ist, von demselben zwar zugelassen werden kann, aber im Gegensatz zu dem zum Prokurator bestellten Kapitelsmitglied, kein Recht auf den Zutritt besitzt[14].

Die Sitzung muss ferner nach dem regelmässigen Versammlungsort des Kapitels berufen werden und dort auch stattfinden. Dieser war früher vielfach die Kirche, ein

1 S. z. B. §. 57 der in der vorigen Note citirten Statuten.

2 c. 30 (Innoc. III.) X. de elect. I. 6. Doch hat sich diese Sitte auch noch länger erhalten, s. Rheimser Statut. v. 1568. c. 3, Gousset, les actes de la province de Reims. 3, 238.

3 Mayer, thes. 1, 214, Würdtwein, subsid. 12, 96.

4 Fagnan. ad c. 2. X. de novi oper. nunc. V. 32. n. 52; so auch einzelne Statuten s. Mayer 2, 205, und die Kölner bei Hüffer a. a. O. S. 363. §. 58: „et in sessionibus extraordinariis ad quas singuli capitulares qui in urbe degunt, legitime fuerint convocati" . . .

5 Vgl. zu dem folgenden auch Barbosa, de canon. et dignit. c. 39.

6 c. 18. 28. 42 (Innoc. III.) X. de elect. I. 6.

7 c. 33 (Bonif. VIII.) in VIto de praeb. III. 4.

8 c. 8 (Bonif. VIII.) in VIto de off. ord. I. 16.

9 Dass die Konvokation der Abwesenden in allen Fällen, wo negotia ardua berathen werden sollen, erforderlich ist, wird vielfach behauptet, s. die Anführungen bei Fagnan. l. c. n. 52; J. H. Boehmer, J. E. P. III. 11. §. 9; Wiese, Handbuch 2, 257; Huller a. a. O. S. 88; einen positiven quellenmässigen Anhalt hat das aber nicht. Andere statutarische Vorschriften sind natürlich zulässig. So bestimmen die Kölner Statuten §. 58: „Ne vero quid dolo malo plurimis vel absentibus vel impeditis de re maioris momenti constituatur, cavendum est, atque absentibus vel impeditis liberum sit, sententiam suam reverendissimo archiepiscopo exponere"; eine andere derartige Festsetzung aus dem 15. Jahrh. Mayer 1, 98.

10 Reiffenstuel, ius can. univ. III. 11. n. 8.

11 Also nur dann „si commode fieri valet", s. c. 42 cit. X. I. 6 u. c. 33 cit. in VIto III. 4. Vgl. auch Ferraris s. v. absens. art. 1. n. 1 ff.

12 c. 33 cit. u. Fagnan. l. c.

13 Bouix l. c. p. 202.

14 c. 42. §. 1. X. de elect. I. 6; c. 46. §. 3 (Bonif. VIII.) in VIto eod. I. 6: „Absens quoque, licet nullus de collegio velit esse procurator eiusdem, nec ipso nolente capitulo extraneum valeat deputare, non poterit aliquatenus per literas exprimere votum suum quod non est ante scrutinium sed in ipso scrutinio secrete et sigillatim exprimendum". Ueber die Statthaftigkeit mehrerer Bevollmächtigten für ein abwesendes Mitglied, s. c. 46. cit. pr. §. 1. Hinsichtlich der Stimmabgebung des zum Prokurator bestellten Stiftsherrn bestimmt §. 2. l. c.: „quum unus est procurator simpliciter constitutus, si is unum suo et alium domini sui nomine in scrutinio nominandum duxerit, nihil agit, nisi de certa eligenda persona sibi dominus dederit speciale mandatum", d. h. also mangels eines Specialmandats muss er im eigenen Namen und in dem des Machtgebers denselben Kandidaten wählen, sonst gilt sein Votum weder für seinen Mandaten noch für seine eigene Person, denn wie die Glosse dazu s. v. nihil agit sagt: „qua conscientia tenetur meliorem eligere suo nomine, eadem ratione tenetur ad idem nomine domini sui". Vgl. auch Bouix l. c. p. 201. 202.

Saal in den Nebenräumlichkeiten derselben [1], nachmals aber meistens der Kapitelsaal oder die Kapitelstube (aula capitularis) [2].

Endlich darf die Stunde der Sitzung, abgesehen von dringenden und eiligen Fällen, nicht auf die Zeit der Konventsmesse oder der horae canonicae festgesetzt werden [3]. Die Folge der Verletzung dieser Vorschrift ist der Verlust der Distributionen für die der Sitzung beiwohnenden Kanoniker, da sie nicht verpflichtet sind, in der letzteren zu erscheinen, und ihr Ausbleiben nicht nur nicht die etwa statutenmässig festgesetzte Strafe nach sich zieht, sondern sie auch berechtigt, die gefassten Beschlüsse anzufechten, wenn ihre Zahl das Stimmenverhältniss geändert haben würde [4]. Der Bischof hat zufolge seiner Stellung keinen Anspruch darauf, dass das Kapitel seine Erlaubniss für die Konvokation einer Sitzung einholt [5], denn als selbstständige Korporation hat es das Recht, seine eigenen Angelegenheiten frei zu ordnen und zu verwalten [6]. So weit es sich um dieselben handelt, kann eine derartige Befugniss des Bischofs nur kraft besonderer Gewohnheit [7] oder zufolge partikulärer Vorschriften begründet sein [8]. Ebensowenig berechtigt ihn seine Würde an und für sich an den Versammlungen des Kapitels, in welchen dasselbe die vorhin gedachten Angelegenheiten beräth, Theil zu nehmen [9], vielmehr kann ihm der Zutritt dazu nur in Folge der erwähnten besonderen Gründe zustehen [10], in welchem Fall ihm auch die ausserordentlichen Sitzungen vorher angezeigt werden müssen [11].

Anders gestaltet sich sein Verhältniss, wenn er — was freilich in Deutschland nicht mehr vorkommt — zugleich ein Kanonikat in seinem Kapitel besitzt. Denn in diesem Fall hat er nicht nur, wie in dem eben besprochenen, den ersten Platz im Kapitel, sondern auch ein Stimmrecht, welches ihm sonst fehlt [12].

Dass er durch die Mitgliedschaft als Kanonikus oder durch einen statutarischen Anspruch auf Theilnahme an den Kapitelssitzungen auch das Recht auf die Konvokation des Kapitels, das Präsidium und den Vortrag erhält, wird zwar mehrfach angenommen [13], hat indessen keinen inneren Grund [14].

[1] Mayer 1, 214; 2, 205; 4, 470. Ein Protest gegen die Abhaltung der Kapitel im bischöflichen Palast aus dem 14. Jahrh. seitens der Domherrn zu Barcelona bei Martène et Durand, nov. thes. 4, 614.

[2] Kölner Statuten §. 54; im Mittelalter auch stuba capitularis genannt, s. z. B. Lünig, spicil. eccles. Anh. 2, 56 und Du Fresne du Cange s. v. stuba. — Auch darf der Bischof das Kapitel nicht in seinen Palast berufen, s. Fagnan. ad c. 2 cit. V. 32. n. 17 ff., Ferraris s. v. capitulum art. 1 n. 29 ff. u. Bouix, de capit. p. 190, woselbst auch das nähere über die ausnahmsweise gestattete Verlegung des Sitzungsortes.

[3] Das ist durch wiederholte Entscheidungen der Congreg. Concilii u. der Congreg. Rituum ausgesprochen, s. Ferraris l. c. n. 32; Garcias l. c. P. III. c. 2. n. 557. 559; vgl. auch das Brev. Clemens' VIII. für Lissabon v. 1601, ibid. n. 557.

[4] Garcias l. c. n. 564 ff., Leuren, for. benef. tom. I. qu. 420. n. 4.

[5] Entsch. der Congr. episc. bei Barbosa, de can. et dignit. c. 35. n. 4; Ferraris s. v. capitulum art. 1. n. 7; Anal. iur. pontif. 1858. p. 808; Moy, Arch. 4, 188; Bouix l. c. p. 453 ff. Anders in Frankreich, s. §. 84 a. E. vorletzte Note.

[6] Trid. Sess. XXV. c. 6. de reform.; Ferraris l. c. n. 14.

[7] S. Note 5.

[8] So hat nach dem span. Konkordat v. 1851, resp. 1859, art. 14 der Bischof, bez. Erzbischof überhaupt das Recht der Berufung des Kapitels und des Vorsitzes in demselben und der Dekan ist nur sein Stellvertreter.

[9] Ferraris l. c. n. 17; Anal. 1863. p. 1796. 1797.

[10] S. Kölner Statuten §. 54, Hüffer, Forschungen S. 362: „Itaque et ordinariae et extraordinariae sessiones habeantur in aula capitulari in quibus, nisi reverendissimo archiepiscopo adesse placuerit, praesidet praepositus“ . . .

[11] Anal. 1863. p. 1796. 1797.

[12] Card. de Luca, de benef. diss. 28. n. 13; Barbosa, de pot. et off. episcopi P. III. alleg. 73. n. 18; Analecta l. c.; Ferraris l. c. n. 22.

[13] Pignatelli, consultat. tom. 4. cons. 154, welcher mehrere freilich nur für Spanien ergangene Entscheidungen anführt, s. auch Anal. l. c.

[14] Gegen diese Annahme auch die bei Ferraris l. c. n. 25 ff. angeführte Entscheidung der Rota. Daher hat der Bischof, welcher Kanoniker

Die eben erwähnten Regeln gelten aber nur da, wo das Kapitel seine eigenen Angelegenheiten verwaltet, also als selbstständig berechtigte Korporation in Betracht kommt. Da aber durch die eben erwähnte Stellung desselben das bischöfliche Aufsichtsrecht nicht ausgeschlossen wird, so darf der Bischof immer in Ausübung dieser Befugniss gegen die beabsichtigte Abhaltung einer Versammlung, welche unter Verletzung der geltenden Rechtsvorschriften erfolgen soll, einschreiten [1]. Sodann ist der Bischof der legitime Präsident des Kapitels, welchem das Recht der Konvokation, des Vortrags u. s. w. zusteht, wenn es sich um die Verwaltung der Angelegenheiten des Bisthums handelt, und er den Rath, resp. die Zustimmung des Kapitels einzuholen hat. In solchen Fällen bildet das letztere seinen Senat, und seine sonstige korporative Stellung ist in den eben gedachten Beziehungen einflusslos [2].

Kommt aus einem der besprochenen singulären Gründe dem Bischof das Konvokationsrecht nicht zu, so übt dasselbe der Inhaber der ersten Dignität, also in Deutschland der Propst oder Dekan, resp. der Stellvertreter desselben [3] aus. Statutarisch bestehen auch darüber meistens Festsetzungen, unter welchen Voraussetzungen die Zusammenberufung eines Kapitels wider Willen des Vorsitzenden erzwungen werden kann [4].

Was die Voraussetzungen eines in der ordnungsmässig konvocirten Versammlung zu fassenden gültigen Beschlusses betrifft, so ist

1. die Anwesenheit von zwei Dritteln der vorgeladenen Mitglieder, wie vielfach gelehrt wird [5], nicht nothwendig, sondern es genügt das Erscheinen einer geringeren, beschlussfähigen Anzahl, also schon der Zusammentritt von drei Personen. Denn eine gesetzliche Bestimmung existirt für den ersten Satz [6] nicht, und ebenso wenig herrscht über die Tragweite desselben in der Doktrin Einstimmigkeit [7]. Uebrigens

ist, auch seinen Platz nur neben dem Präsidenten, der General-Vikar in diesem Fall seinen Sitz nach Massgabe seiner Anciennität als Kanoniker. Bouix, de capit. p. 208. 209. Gewohnheit und Statuten können freilich auch hier eine Ausnahme begründen. S. S. 127. n. 10.

[1] So z. B. wenn diese auf die Zeit der Conventualmesse oder der horae canonicae anberaumt worden ist. Ferraris l. c. n. 10.

[2] Trid. Sess. XXV. c. 6. de ref.; Barbosa l. c. n. 16; Ferraris l. c. n. 13. 23. Vgl. übrigens noch den folgenden §.

[3] S. oben S. 114. Mangels einer statutar. Bestimmung über den letzteren dürfte es sich rechtfertigen, dem senior capituli die betreffende Befugniss beizulegen, s. J. H. Böhmer l. c. §. 3; Bouix l. c. p. 192.

[4] Vgl. die Kölner Statut. §. 57: „. . . Singulo canonico liceat re prius exposita, praepositum rogare, ut capitulum habeatur: quod vero si is ter recusaverit, decanus consentientibus duobus canonicis ordine prioris in re urgente legitimum capitulum convocet“. Gemeinrechtliche Vorschriften existiren für diesen Fall nicht, jedenfalls ist das Recht des Kapitels, sich ohne Berufung des Vorsitzenden zu versammeln, durch dessen Befugnisse nicht beseitigt, und deshalb muss bei grundloser Weigerung desselben das Recht seinem Stellvertreter zugesprochen werden. S. Bouix l. c. p. 194. 195.

[5] So unter Berufung auf römische Quellenstellen, namentlich auf l. 3. 4. D. quod cuiusque univ. III. 4 u. l. 3. D. de decret. ab ordine fac. L. 9 die Glosse zu c. 1. X. de his quae fiunt III. 11; Gonzalez Tellez ad c. 1 cit. n. 5; Garcias l. c. P. III. c. 2. n. 571; Pignatelli, cons. t. I. cons. 43; Jakobson in Weiskes Rechtslexikon 2, 558; Gehring S. 90.

[6] Abgesehen von den eben citirten, die römischen Dekurionen betreffenden, also nicht ohne Weiteres anwendbaren Leges. Im Gegentheil lässt sich aus c. 19. X. de elect. I. 6: „quum vos illos, ut interessent electioni faciendae vobiscum curassetis solicite revocare, quoniam ad electionem faciendam accedere noluerunt, alienos se fecisse videntur“ das allgemeine Princip entnehmen, dass der ordnungsmässig vorgeladene bei seinem Ausbleiben sich den Beschlüssen der gleichviel in welcher Anzahl erschienenen unterwerfen muss. S. auch Glosse zu c. 19. cit. s. v. alienos; Gregel—Behr l. c. p. 18. 19; Schulte 2, 256.

[7] So soll jene Regel keine Geltung haben, wenn eine bestimmte Frist für die durch Beschluss festzustellende Massnahme vorgeschrieben ist, Hostiensis, summa aurea rubr. de elect. n. 11. Fagnan. ad c. 2. cit. V. 32. n. 50; Reiffenstuel III. 11. n. 16; oder wenn die Versammlung durch den zur Berufung berechtigten „superior“ (wohin zweifellos doch auch der praepositus, decanus, resp. der senior capituli gehört) konvocirt ist, Fagnan l. c. n. 49; Reiffenstuel l. c. n. 15; Bouix, de capitulis p. 182. 183; oder wenn Gefahr im Verzuge vorliegt, Engel, colleg. iur. can. III. 11. n. 3.

haben die Statuten jene angebliche gemeinrechtliche Vorschrift ebensowenig adoptirt[1];

2. ein von dem Vorsitzenden, resp. von dem statt seiner bestellten Referenten gehaltener Vortrag, um das Kapitel mit dem auf der Tagesordnung stehenden Gegenstand nach allen erforderlichen Richtungen hin bekannt zu machen[2];

3. die Berathung und Discussion, die s. g. *tractatus*[3], und

4. die Abstimmung. Ueber die Art derselben giebt es keine gemeinrechtlichen Normen, sie kann also schriftlich oder mündlich, mit Stimmzetteln oder ohne solche, geheim oder offen geschehen[4]. Die Reihenfolge der Stimmabgabe richtet sich nach der Stellung im Kapitel, es stimmen also zunächst die Dignitarien, dann die Kanoniker nach der Anciennität[5], nur dass mitunter der Präsident zuletzt sein Votum abgiebt.

Für die Regel reicht die Mehrheit und zwar die relative der abgegebenen Stimmen für das Zustandekommen eines gültigen Beschlusses (conclusum) aus[6], und bei Stimmengleichheit kann kraft besonderer statutarischer Vorschrift die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag geben[7]. Gemeinrechtlich wird aber die absolute Majorität erfordert bei Wahlhandlungen des Kapitels[8]; zwei Drittel der Stimmen bei der von demselben vorzunehmenden Bestellung eines Coadjutors für den wahn- oder blödsinnig gewordenen Bischof[9], ja bei der Konkurrenz einer Postulation mit der Wahl ist sogar zur Gültigkeit der ersteren nöthig, dass der Postulirte die doppelte Anzahl der auf den Gewählten gefallenen Stimmen erhalten hat[10].

Da, wo die blosse Majorität, gleichviel, ob relative oder absolute, hinreicht, soll aber diese nicht schon an und für sich den definitiven Ausschlag geben, vielmehr wird

[1] Für das Kölner Domkapitel mit zwei stimmberechtigten Dignitäten und 10 Kanonikern gilt der Grundsatz, Stat. §. 58, Hüffer S. 363, dass die Anwesenheit von drei, also von einem Viertel der Gesammtzahl genügt, um bindende Beschlüsse zu fassen; über das den Ausbleibenden zustehende Recht vgl. oben S. 126. n. 9.

[2] Folgt aus der Nothwendigkeit, dem Kapitel die nöthigen Unterlagen für seinen Entschluss zu geben, wie denn auch die Statuten des Propositionsrechtes des Vorsitzenden meistens erwähnen, s. oben S. 115. Ferner kommt in Betracht, dass die Mittheilung der Tagesordnung bei der Konvokation nicht erforderlich ist, s. Ferraris l. c. n. 6; Bouix l. c. p. 196. 197.

[3] Erwähnt wird dieses ebenfalls selbstverständliche Requisit eines geordneten Beschlusses in c. 30 (Innoc. III.) X. de elect. I. 6; c. 4 (id) X. de his quae fiunt a maiore III. 11; vgl. J. H. Boehmer l. c. §. 10; Huller a. a. O. S. 89; „consultationes“ wird in den Kölner Statuten §. 54 für tractatus gebraucht.

[4] Vgl. dazu Garcias l. c. P. V. c. 4. n. 185; Bouix l. c. p. 203; Huller a. a. O. S. 89. Die früheren Statuten setzen gewöhnlich öffentliche und mündliche Stimmabgebung voraus, s. z. B. Würdtwein, nova subs. 2, 165; eiusd. subs. 3, 105; Mayer, thes. 3, 388, so auch die neuen Kölner §. 54, s. Hüffer a. a. O. S. 362.

[5] Vgl. die in der vorigen Note angeführten Statuten, die Kölner bestimmen: „praepositus ... rogat sententias incipiens a senioribus“. Mangels einer besonderen Bestimmung folgt das auch aus dem Rangverhältniss der Kanoniker unter einander.

[6] c. 1 (conc. Later. III. a. 1179) X. de his quae fiunt a maiori III. 11, welches das Erforderniss der absoluten Majorität nicht aufstellt. S. ferner Schulte 2, 256. Auch §. 60 der Kölner Statuten verordnet schlechthin: „De re pertractata decidat suffragiorum pluralitas votisque paribus, in quam partem iverit praeses, ea praevalet“. Uebrigens ist darauf hinzuweisen, dass die älteren, s. z. B. noch Gonzalez Tellez ad c. 1 cit. n. 6 u. Fagnan. ad id. c. cit. n. 2 den Unterschied zwischen absoluter und relativer Majorität nicht berühren, aber allgemein die erstere für erforderlich zu erachten scheinen, weil sie den Fall der Wahl (s. oben den Text) nicht besonders hervorheben. Ebenso verlangt das Koncil von Neapel v. 1699, Acta concil. coll. Lacens. 1, 221, absolute Majorität, und von den neueren Schriftstellern Bouix l. c. p. 185. Dagegen lassen schon Reiffenstuel, iur. can. un. III. 11. n. 28 u. Engel, colleg. iur. can. III. 11. n. 9 die relative Majorität genügen, wenn dies gewohnheitsmässig hergebracht ist.

[7] S. die vorige Note.

[8] c. 42. 48. 50. 55. X. de elect. I. 6.

[9] c. un. (Bonifac. VIII.) in VI[to] de cleric. aegrot. III. 5.

[10] c. 40 (Innoc. III.) X. de elect. I. 6 oder umgekehrt ausgedrückt, die Wahl ist der Postulation gegenüber gültig, wenn der Gewählte nur eine Stimme mehr als ein Drittel der abgegebenen Voten bekommen hat.

quellenmässig gefordert, dass die pars maior auch zugleich die *pars sanior*[1] sei. In Folge der praktischen Gestaltung der Feststellung dieses Requisites[2] entsteht aber eine Vermuthung dafür, dass die erstere auch die sanior ist[3]. Denn eine besondere (übrigens auch mit der Selbstständigkeit der Kapitel nicht vereinbare) Prüfung jedes einzelnen Beschlusses durch den Bischof oder einen sonstigen kirchlichen Oberen darauf hin, ob dieser auch von der pars sanior ausgegangen ist, kennt das kanonische Recht nicht, vielmehr gestattet es der Minderheit nur ein Anfechtungsrecht, wenn nach ihrer Ansicht das Majoritäts-Konklusum nicht als das der pars sanior betrachtet werden kann[4]. Etwas näheres über das Fundament, auf welches die Minorität jenen Einspruch zu stützen hat, enthalten die Quellen nicht. Sie begnügen sich lediglich mit dem Hinweis darauf, dass etwas »rationaliter obiectum« sein müsse[5]. Keinem Zweifel unterliegt es, dass die Verletzung der für den Beschluss in Frage kommenden Rechtsvorschriften (also über das Verfahren, materielle Zulässigkeit, Qualifikation der etwa gewählten Personen u. s. w.) jenes Anfechtungsrecht begründet. Man wird aber auch weiter gehen und einen Einspruch, welcher den Beschluss als zweckwidrig und als nachtheilig erklärt, für statthaft und wenn er begründet ist, für wirksam erachten müssen[5]. Eine Ausnahme von dem Satz, dass das Erforderniss der pars sanior nur auf Einspruch der Minderheit zur Erörterung gezogen werden kann, macht aber der Fall, wo das Konklusum des Kapitels noch einer besonderen Untersuchung und Bestätigung des kirchlichen Oberen bedarf, wie z. B. bei Bischofswahlen, wo die Konfirmation früher des Erzbischofs, jetzt des Papstes erforderlich, und damit auch das Recht zur Untersuchung über die Beobachtung aller erforderlichen Voraussetzungen gegeben ist.

Stellt sich durch die Untersuchung heraus, dass es dem Mehrheitsbeschluss an dem in Rede stehenden Requisite gebricht, so muss die Vernichtung desselben eintreten, deshalb kann aber noch nicht die von der Minorität geltend gemachte Ansicht, wenngleich sie als die sanior erscheint, nunmehr für bindend und massgebend angesehen werden, denn dieser fehlt dazu wieder das andere nothwendige Erforderniss, das der Majorität[6]. Es ist also, sofern nicht die Massregel unterbleiben soll, eine neue Abstimmung vorzunehmen, vorausgesetzt, dass nicht die betreffende Ange-

[1] c. 1. 4. X. de his quae fiunt a maior. III. 11; c. 42. 57. X. de elect. I. 6.

[2] S. Fagnan. ad c. 1. cit. III. 11. n. 4; Jacobson a. a. O. S. 558; Huller a. a. O. S. 90.

[3] Eine solche stellen schlechthin auf Leuren, forum ecclesiastic. l. 3. tit. 11. qu. 130 u. Bouix l. c. p. 186. 187.

[4] c. 1. X. cit.: „... statuimus, ut nisi a paucioribus et inferioribus aliquid rationabiliter obiectum fuerit et ostensum, appellatione remota praevaleat semper et suum consequatur effectum quod a maiori et saniori parte capituli fuerit constitutum"; hiernach ist also mit der Verwerfung des Einspruchsrechtes der Minorität auch zugleich festgestellt, dass der Beschluss der Majorität als der der pars sanior zu gelten hat.

[5] In c. 57. X. I. 6. cit. wird die Verwerfung der Wahl auf den Umstand gegründet, dass die maior pars nicht die sanior gewesen ist, weil der Kandidat der Minderheit von besonderer Gelehrsamkeit und seine Wähler die angesehensten und verdientesten unter den Kanonikern gewesen, mithin der Majoritätskandidat nicht so passend gewesen sei, als der andere. — Wenn Bouix l. c. p. 204 annimmt, dass bei schriftlicher geheimer Abstimmung das Erforderniss cessirt, weil es hier nicht möglich sei, zu prüfen, ob auch die maior pars die sanior sei, so setzt er irriger Weise voraus, dass die Vernünftigkeit des Majoritätsbeschlusses lediglich nach der persönlichen Qualität der Stimmenden, so nach der höheren, z. B. bischöflichen Stellung, der Qualität als Dignitar, der Gelehrsamkeit u. s. w. zu bemessen ist.

[6] Vgl. Gonzalez Tellez ad c. 57. cit. n. 9; Reiffenstuel l. c. III. 11. n. 22; in Betreff der Wahlen ist diese Regel freilich wegen c. 14 (c. 64 der Regel Benedikts) Dist. LXI.; c. 27. 22. 53 (Innoc. III.) X. de elect. I. 6 bestritten. Die beiden ersten Stellen erschüttern den Satz nicht und die in den beiden letzten anerkannte Ausnahme erklärt sich dadurch, dass diejenigen, welche wissentlich einen indignus wählen, ihres Stimmrechtes verlustig gehen, s. die angeführten.

legenheit an den Oberen zur Entscheidung übergegangen ist, und dieser die letztere im Sinne der pars minor et sanior abgiebt [1].

Einer Einstimmigkeit bedarf es da, wo es sich um die Rechte einzelner handelt, und namentlich kann ein solches nicht ohne Konsens des betroffenen durch Stimmenmehrheit beseitigt oder auch nur abgeändert werden [2]. Jedoch bezieht sich das nur auf diejenigen Fälle, wo dem einzelnen ein bestimmtes Privat- oder Individualrecht zusteht [3]. Ein solches kann aber dann durch ordnungsmässigen Mehrheitsbeschluss geschmälert werden, wenn dasselbe lediglich eine Folge der Zugehörigkeit zum Kapitel ist, und für das letztere dazu eine Rechtsverbindlichkeit [4] oder ein zwingendes allgemeines, kirchliches Interesse vorliegt [5].

Ueber den gefassten Beschluss wird gewöhnlich ein Protokoll durch den Sekretär oder ein Mitglied des Kapitels aufgenommen [6]. Dasselbe ist aber für die Regel [7] nicht wesentliches Erforderniss der Gültigkeit des Konklusums, sondern dient nur zur späteren Information und zum Beweise.

Das wichtigste Recht der Kapitel [8], welches aus der Befugniss zur Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten folgt, ist das der Autonomie [9] (das s. g. ius statuendi oder condendi statuta), d. h. zum Erlass s. g. Statuten, also allgemeiner für die Zukunft verbindlicher Normen über ihre inneren Verhältnisse, und zwar steht ihnen dasselbe sowohl nach gemeinem kanonischen [10], als auch nach neuerem partikularen Recht [11] zu. Hinsichtlich der Ausübung dieser Befugniss gilt Folgendes:

1. nach heutigem gemeinen Recht bedarf es des Konsenses des Bischofs nicht, während derselbe allerdings früher erforderlich war, oder richtiger in der älteren Zeit, als der Bischof noch selbst das Kapitel leitete, die Mitwirkung desselben sich von selbst verstand [12]. Die neueren Vereinbarungen zwischen den einzelnen deutschen

[1] So kann, wenn die Frist zur Vornahme einer neuen Wahl vorüber ist, der kirchliche Obere ex iure devolutionis den Kandidaten wählen, auf den die Stimmen der pars minor et sanior gefallen sind.

[2] c. 29 in VI^to de R. J. V. 12: „quod omnes tangit, debet ab omnibus approbari“; Fagnan. ad c. 1. X. III. 11. n. 7; Reiffenstuel l. c. n. 34.

[3] Also z. B. kraft eines besonderen Vertrages zwischen ihm und dem Kapitel. Ebensowenig braucht sich der einzelne seine Präbende durch Mehrheitsbeschluss verringern zu lassen.

[4] Wenn das Kapitel zufolge der ihm obliegenden Baulast bei nicht ausreichender Fabrika jedem der Kanoniker einen von den Einkünften der Präbenden zu leistenden Beitrag auferlegt, s. auch Bouix l. c. p. 189.

[5] Das wäre z. B. der Fall, wenn die Benutzung des Pfründenvermögens sich der Erhaltung desselben als schädlich erwiesen hat, und diese verändert werden soll.

[6] Das Nähere ergeben die statutarischen Bestimmungen; für die ältere Zeit s. oben S. 101. 102 und für die neuere Zeit vgl. z. B. die Statuten von Köln §. 61, Hüffer S. 363: „Secretarii est, consultationes et conclusa capituli perscribere, prius notatis die, mense et anno, quibus sessiones ordinariae vel extraordinariae habitae fuerint subiunctisque nominibus omnium capitularium, qui adfuerint“.

[7] Eine Ausnahme in c. 42. X. de elect. I. 6, wovon später in der Lehre von den Bischofswahlen.

[8] Sowohl der Kathedral- wie auch der Kollegiat-Stifter, s. Reiffenstuel, iur. can. un. I. 2. n. 94; Phillips, K. R. 3, 672; vgl. auch syn. Roman. a. 1725. tit. 2. c. 4, Acta concil. coll. Lac. 1, 351.

[9] Vgl. darüber A. Schmidt, de imperatore statutorum in ecclesiis germanicis protectore. Heidelberg. 1772 u. in dessen thesaur. 2, 340 ff.; Gärtner, de iure capitulorum German. condendi stat. 1794; die S. 125. n. 3 angeführte Dissert. von Gregel-Behr; Huller a. a. O. S. 91 ff.; Phillips, K. R. 3, 669 ff.; Schulte, K. R. 1, 129 ff.

[10] Vgl. z. B. c. 6. 8 (Innoc. III.) X. de const. I. 2; c. 15 (Honor. III.) X. de clericis non resid. III. 4.

[11] S. darüber unten.

[12] Auf Grund des c. 9 (Honor. III.) X. de consuet. I. 4: „Quum consuetudinis ususque longaevi non sit levis auctoritas et plerumque discordiam pariant novitates, auctoritate vobis praesentium inhibemus, ne absque episcopi vestri consensu immutetis ecclesiae vestrae constitutiones et consuetudines approbatas vel novas etiam inducatis, si quas forte fecistis (pars dec.: in ipsius episcopi praeiudicium, postquam est regimen Parisiensis ecclesiae adeptus) irritas decernentes“, nehmen Manche, z. B. Phillips a. a. O. S. 671;

Staaten und dem päpstlichen Stuhl schreiben aber wenn nicht die Abfassung der Statuten unter dem Vorsitze des Bischofs, so doch mindestens die Einholung seiner Genehmigung vor[1]. Die päpstliche Approbation ist dagegen nicht erforderlich, und

Richter, K. R. §. 169 an, dass Gregor IX. allgemein die Nothwendigkeit des bischöflichen Konsenses habe statuiren wollen, wogegen Schulte 1, 130. n. 11 erinnert, 1) dass die Stellung des cap. im tit. de consuet. schon auf bestehende Zustände hinweist und nur solche durch Modifikation der bestehenden oder neue (in praeiudicium episcopi) Statuten geändert werden, 2) novae constitutiones technisch nach dem Vorgange vieler Kanonisten von solchen zu verstehen sind, welche bisherige abändern, indem er sich auf Reiffenstuel l. c. I. 2. n. 491 beruft. Abgesehen davon, dass der letztere und die von ihm in Bezug genommene communis opinio doctorum nur ausspricht, dass eine entgegengesetzte nova constitutio eine frühere stillschweigend beseitigt, wäre immer noch nicht erwiesen, dass Papst Honorius nova constitutio in demselben Sinne wie Schulte gefasst hätte. In der That spricht der erstere von Konstitutionen jeder Art, von solchen, welche bisherige blos abändern und auch von solchen, welche als neue bezeichnet werden können, und da die Berufung auf die Autorität der Gewohnheit die ganze Entscheidung begründet, so kann der Sinn der ursprünglichen Stelle nur der sein, dass wo gewohnheitsmässig der Bischof seinen Konsens für die Statuten zu geben hat, dieser eingeholt werden muss und diese nicht ohne denselben (d. h. also nicht in praeiudicium episcopi) abgefasst werden sollen. Einen andern Sinn hat meines Erachtens auch die Stelle durch Fortlassung der pars decisa nicht erhalten, denn nach der Fassung der Dekretalen kann die verbotene Neuerung nur ebenfalls in der Nichtbeachtung der hergebrachten, bischöflichen Zustimmung gefunden werden. Die Stelle betrifft also die Uebergangszeit, wo die älteren Einrichtungen der vita communis sich in die neue Gestaltung umbildeten und statuirt nicht mehr unbedingt die Nothwendigkeit des bischöflichen Konsenses: den Abschluss der Entwicklung zeigen c. 1 (Nicol. III.) in VI[to] de iureiur. II. 11 und c. 2 (id.) in VI[to] de V. S. V. 12, welche nur gewisse Statuten als unerlaubt verbieten, aber der bischöflichen Genehmigung als allgemeiner Voraussetzung der Gültigkeit nicht erwähnen. In Anschluss hieran hat dann die Doktrin, s. die Glosse zu c. 2 in VI[to] cit. s. v. statutum (Ex hoc et ex eo quod dicitur in fine, videbatur quod canonici possunt facere statuta, dummodo alias sint licita. Solet dici, quod capitulum sine episcopo statuta facere non potest quae tangunt generalem statum ecclesiae vel tangunt episcopum vel eius iura, sic intelligatur c. 9. X. I. 4 u. c. 4. X. III. 10. Est enim praelatus caput, a quo non licet membrum recedere . . . et haec vera sunt, etiamsi capitulum talia statuat cum archidiacono suo vel praeposito vel alio qui post episcopum praeest capitulo. Si vero statuant super iis quae non tangunt episcopum vel statum ecclesiae, sed sua singularia negotia, puta quod certis modis quotidianas obventiones distribuant vel quod certo modo ad capitulum vocentur, puta per talem campanam vel alio modo, vel quod certis temporibus etiam non vocati veniant ad capitulum vel his similia satis potest dici, quod super his tenet ipsius capituli constitutio sine episcopo alias licita et legitima . . . Et hoc scripsi post Compost. (Bernard), Innocentium (IV) et Hostiensem . . . Joannes Andreae"); Barbosa, J. E. U. I. 32. n. 15; Fagnan. ad c. 6. X. de const. I. 2. n. 37, welcher sich auch auf die Congr. Concil. beruft; Gonzalez Tellez ad c. 9. X. cit. I. 4. n. 10; Pirhing I. 2. n. 7; Schmalzgrueber I. 2. n. 13; Ferraris s. v. capitulum art. 3. n. 1 ff.; Schulte a. a. O. n. 13 und die dort citirten, endlich Bouix l. c. p. 427 ff. und die bei ihm p. 409 ff. angeführten Decisionen der Rota, den im Text erwähnten Satz adoptirt. Die bischöfliche Bestätigung, welche im Mittelalter und später hin und wieder sich findet, so z. B. für Regensburg im J. 1283, Mayer, thes. 2, 54, beruht entweder auf Gewohnheit oder auf dem Bestreben, die Statuten gegen Anfechtungen seitens der Bischöfe zu sichern. — Jedenfalls hat aber der Bischof gemeinrechtlich die Befugniss, Einsicht von den beschlossenen Statuten zu nehmen, weil er darüber zu wachen hat, dass das gemeine Recht nicht verletzt wird. S. Bouix l. c. p. 430.

[1] Altpreussen, Bulle De salute animarum: „Cuilibet ex supradictis capitulis cathedralibus nunc et pro tempore existentibus, ut ipsi capitulariter congregati pro novo et circumstantiis magis accommodato earumdem archiepiscopalium et episcopalium ecclesiarum earumque chori quotidiano servitio necnon rerum ac iurium tam spiritualium quam temporalium prospero felicique regimine, gubernio ac directione onerumque iis respective incumbentium supportatione, distributionum quotidianarum et aliorum quorumcumque emolumentorum exactione ac divisione et poenarum incurrendarum a non interessentibus divinis officiis incursu, singulorum praesentiis et absentiis notandis, caeremoniis ac ritibus servandis et quibusvis aliis rebus circa praemissa necessariis et opportunis quaecumque statuta, ordinationes, capitula et decreta, licita tamen atque honesta et sacris canonibus, constitutionibus apostolicis decretisque concilii Tridentini minime adversantia sub praesidentia, inspectione et approbatione respectivorum archiepiscoporum et episcoporum edere atque edita declarare et interpretari ac in meliorem formam redigere et reformare seu alia de novo ab illis ad quos spectat et pro tempore spectabit inviolabiliter observanda sub poenis in contrafacientes statuendis pariter condere atque edere libere ac licita valeant, facultatem perpetuo concedimus et impertimur" (vgl. auch die Kölner Statuten §. 58 bei Hüffer a. a. O. S. 363), damit ist das §. 959. Tit. 11. Th. II. A. L. R. aufgestellte Erforderniss verallgemeinert; Baiern, Circumscriptionsbulle von 1818, Weiss, corp. iur. can. p. 133, fast wörtlich gleichlautend mit der preussischen, nur dass

wenn sie früher öfters nachgesucht worden ist [1], so hat man dadurch nur eine grössere faktische Garantie für die Beobachtung der Statuten zu erzielen gesucht, obwohl diese freilich vom juristischen Standpunkt aus irrelevant war.

2. Die Statuten dürfen sich nur auf die Regelung der inneren Angelegenheiten des Kapitels beziehen. Gegenstände derselben können demnach sein: Vorschriften über die Sitzungen (Zeit, Ort, Art der Vorladung, Bestimmungen über die erforderliche Majorität u. s. w.), über die nöthige Qualifikation zur Aufnahme, sofern dieselbe höher als vom gemeinen Recht gestellt wird [2], über die Ordnung des vom Kapitel abzuhaltenden Gottes-, namentlich des Chordienstes und die bei demselben von den einzelnen Mitgliedern zu erfüllenden Funktionen, über die Beschaffung der für die Residenz und Abhaltung des Chordienstes an die Kanoniker zu vertheilenden Distributionen, über die Berechtigung der einzelnen auf dieselben, über die den Verlust dieser Perceptionen nach sich ziehenden Gründe, über die Gewährung von Urlaub u. s. w., über die Vermögensverwaltung, über die Verhältnisse der Beamten des Kapitels, endlich über die Handhabung der Aufsicht und der Disciplin über die Mitglieder, die Kleriker und niederen Beamten des Kapitels [2].

Aber selbst wenn sich das Statut innerhalb der ebengedachten Gränzen hält, darf dasselbe doch nicht verstossen: a. gegen das ius commune, weil das Kapitel dem gemeinen Recht unterworfen ist [3], ja selbst der Konsens des Bischofs kann eine derartige Festsetzung nicht gültig machen, da der letztere gleichfalls keine Macht zur Abänderung des ius commune besitzt [4]. b. Sind Statuten verboten, welche der Kirche zum Nachtheil gereichen, also solche, welche die Pflichten der Kanoniker in Bezug auf den Gottesdienst erheblich und unter Beeinträchtigung desselben beschränken, die Zahl der Pfründen zur Vermehrung der Einkünfte der bestehen bleibenden vermindern [5], c. sodann Festsetzungen, welche die Rechte der kirchlichen Oberen verringern [6] und d. die Privatrechte der einzelnen verletzen [7]. Der Fall zu c. wird meistens schon mit dem zu a. erwähnten identisch sein, und zwar deshalb, weil es sich gewöhnlich um Rechte handeln wird, welche dem Oberen kraft der Kirchenverfassung zustehen. Ja vielfach wird ein derartiges Statut darum an Nichtig-

hinter inspectione noch „examine" eingeschaltet ist; oberrheinische Kirchenprovinz, Bulle: Provida sollersque: „Unicuique autem ex memoratis capitulis, ut pro chori servitio, pro distributionum et aliorum quorumlibet emolumentorum divisione, pro onerum supportatione, pro rerum ac iurium tam spiritualium quam temporalium prospero felicique regimine ac directione quaecumque statuta, capitula et decreta, licita tamen et honesta et canonicis regulis minime adversantia sub respectivi, pro tempore existentis antistitis praesidentia, inspectione et adprobatione condere atque edere . . . facultatem concedimus". Die Bulle für Hannover enthält eine solche Anordnung nicht, worauf sich die Behauptung stützt, dass auch hier der bischöfliche Konsens vorgeschrieben ist (so Schulte a. a. O. S. 132. n. 24 u. Richter a. a. O. n. 8), kann ich nicht ersehen. In Oesterreich gilt das Erforderniss nur für die neu konstituirten Kapitel, wie z. B. Salzburg, Trient, Brixen, nicht für die in ihrer früheren Verfassung intakt gebliebenen, s. Schulte a. a. O.; jedoch fordert dasselbe auch das Wiener Provinzialkoncil von 1858 tit. 2. c. 5. In Italien hat sich vielfach die Nothwendigkeit des bischöflichen Konsenses erhalten, s. die Provinzialkoncilien von Benevent v. 1693, Neapel v. 1699 und Rom v. 1725, acta concil. coll. Lacens. 1, 26. 221. 351.

[1] Beispiele in c. 8. 9. X. de constit. I. 2; c. 22. X. de praeb. III. 5.

[2] S. die S. 131. n. 12 citirten und die Circumscriptionsbullen S. 132. n. 1.

[3] Ausdrücklich schreiben das auch die S. 132. n. 1 mitgetheilten Circumscriptionsbullen vor. Es können also die Erfordernisse für die Aufnahme als Kanoniker nicht erleichtert, Aufnahmegebühren zum Besten der vorhandenen Stiftsherren nicht vorgeschrieben werden, s. oben S. 69. 71. Einen Anhalt zur Beurtheilung einzelner Fälle geben die Entscheidungen der Congr. Conc. in Richters Tridentinum S. 350 ff.

[4] Es würde also die päpstliche Genehmigung dazu erforderlich sein.

[5] c. 12. X. de constit. I. 2.

[6] Fagnan. ad c. 6. X. de constit. I. 2. n. 2 ff.

[7] S. oben S. 131.

keit leiden, weil dasselbe überhaupt über den Kreis der der Autonomie des Kapitels unterliegenden Angelegenheiten hinausgreifen [1] wird. Wo dagegen Rechte in Frage stehen, welche dem Bischof kraft besonderen Titels zukommen und auf welche er verzichten kann, z. B. auf ihm mit dem Kapitel gemeinschaftliche Besetzungsrechte, genügt sein Konsens zur Gültigkeit eines diese Befugnisse aufhebenden oder modificirenden Statutes. Abgesehen von diesen gemeinrechtlichen Normen hat endlich das Kapitel auch noch die ihm durch besondere Vorschriften, wie z. B. testamentarisch auferlegte Verpflichtungen bei der Abfassung von Statuten zu beachten [2], widrigenfalls je nach Umständen der dagegen verstossende Theil derselben nichtig sein oder eine Verpflichtung zur Entschädigung, resp. zur Rückgabe gewisser dem Kapitel überwiesener Vermögensstücke begründen kann [3].

3. Sollen Statuten nur dann, wenn eine Nothwendigkeit vorliegt, oder ein Nutzen davon zu erwarten steht, abgefasst, resp. einzelne ihrer Bestimmungen abgeändert werden [4].

4. Die Statuten müssen durch einen gültigen Kapitelsbeschluss festgestellt werden. In Betreff der Erfordernisse des letzteren gilt das oben S. 128 ff. Bemerkte, jedoch wird von Manchen für diesen Fall die Nothwendigkeit der Vorladung der abwesenden [5] und das Erscheinen von mindestens zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder [6] ohne zureichenden Grund verlangt [7].

Die Verletzung der unter 1—4 gedachten Voraussetzungen hat die Nichtigkeit der Statuten zur Folge, jedoch wird es in manchen Fällen erst einer genaueren Untersuchung des Bischofs bedürfen, so namentlich, wenn es sich fragt, ob gegen die zu 2 b. und 3 erwähnten Voraussetzungen verstossen worden ist. Die Veranlassung zu einer solchen kann da, wo demselben kein Approbationsrecht zusteht, durch Antrag aus der Mitte des Kapitels gegeben werden, aber er ist auch berechtigt ex officio einzuschreiten und zu diesem Behufe Mittheilung etwaiger neuer Statuten zur Kenntnissnahme zu verlangen [8].

[1] und eine Aenderung des status ecclesiae enthalten, wie sich die älteren, s. Fagnan. l. c. n. 4, ausdrücken.

[2] Gregel-Behr l. c. p. 30. 31.

[3] Nichtig wird also ein Statut sein, welches die besondere stiftungsgemässe Qualifikation für bestimmte Kanonikate beseitigt. Nicht mehr rückgängig zu machende Verfügungen über gewisse Vermögensstücke können die zweite, die Ausschliessung der Erfüllung des durch die Stiftung auferlegten Modus die letzte der erwähnten Folgen nach sich ziehen.

[4] c. 9. X. de cons. I. 4. cit.; Trid. Sess. XXV. c. 5. de reform.; Ferraris s. v. capitulum art. 3. n. 3 ff.; Schulte 1, 131. 133. Dass der Mangel an schriftlichen Statuten immer zur Abfassung solcher berechtigt, weil durch die schriftliche Fixirung eine Sicherstellung der bestehenden Gewohnheiten erfolgt, liegt auf der Hand, s. eine desfallsige Anordnung auch im conc. Roman. a. 1725. c. 4. 5. (Acta concil. coll. Lacens. 1, 351) u. conc. Benevent. a. 1693. ibid. p. 26, wo es heisst: „capitula quae statutis carent, ne ut naves fluctuantes quovis vento circumferantur, infra VI menses ea condant".

[5] So Schulte a. a. O. S. 129, vgl. auch oben S. 126. n. 9.

[6] So ausser den S. 128. n. 5 citirten Schulte l. c., welcher aber 2, 256 im Allgemeinen eine entgegengesetzte Ansicht aufstellt.

[7] Zu Zeiten des deutschen Reiches gelobten die Kaiser in der Wahlkapitulation Art. 14. §. 1 (Koch, Sammlung der Reichsabschiede 4. Anh. S. 18) „eines jeden Ertz- und Bischoffen oder deren Dom-Capitelen absonderliche privilegia, hergebrachte statuta" zu beobachten. Eine staatliche Genehmigung zur Abfassung von Statuten war weder damals nöthig, noch ist sie heute in Deutschland erforderlich, da sich das Placet in Baiern und dem nicht preussischen Theile der oberrheinischen Kirchenprovinz nicht auf diese rein innere Verhältnisse regelnde Satzungen bezieht und in Preussen, wo man schon nach Errichtung der jetzigen Kapitel von einer Genehmigung der neu entworfenen Kapitels-Statuten mit Ausnahme der Kölner, s. die Kab. Ordre vom 6. Mai 1825, s. Hüffer a. a. O. S. 347, abgesehen hat, das Placet überhaupt nicht mehr besteht.

[8] Es folgt das aus dem Aufsichtsrechte des Bischofs. Kommt ein hierhergehöriger Streit in Folge Berufung oder Beschwerde nach Rom, so verhandelt darüber die Congregatio concilii, s. Th. I. S. 459.

Dass die eben entwickelten Grundsätze sowohl für die Neuerrichtung, wie auch für die Aenderung der Statuten zur Anwendung kommen müssen, liegt auf der Hand[1], weil juristisch beides vollkommen gleich ist, und in heutiger Zeit die Abfassung neuer Statuten und die Aenderung früherer für die Regel zusammenfallen wird. Daher kann man auch nicht allgemein für die letztere die Genehmigung des Bischofs erfordern[2]. Fraglich ist es dagegen, ob für die Aenderung der vom Papst bestätigten Statuten die Approbation des letzteren eingeholt werden muss. Da die letztere für Kapitelstatute nach gemeinem Recht im Allgemeinen nicht nöthig ist, so kann in der Thatsache, dass sie als juristisch überflüssig und nur zur Erreichung grösserer faktischer Garantie einmal nachgesucht worden ist, keineswegs eine Beschränkung der Autonomie des Kapitels für alle künftigen Zeiten gefunden werden, umsoweniger als in der Ertheilung einer derartigen Konfirmation seitens des Papstes noch nicht eine stillschweigende Aufhebung des ius commune liegt[3]. Nur dann, wenn sich der Papst eine derartige Befugniss reservirt, sei es ausdrücklich, sei es stillschweigend[4], erscheint seine Genehmigung erforderlich, weil er dann für den betreffenden Fall das ius commune beseitigt hat[5].

Die eidliche Verpflichtung auf die Statuten endlich ändert an den vorgetragenen Regeln nichts, denn sie kann weder die Nichtigkeit oder Anfechtbarkeit der ersteren beseitigen[6], noch schliesst sie das Recht zu einer späteren, gesetzmässigen Aenderung aus[7].

Ein weiteres Recht, welches aus der Stellung der Kapitel als selbstständiger Korporationen folgt, ist das der Verwaltung ihres Vermögens[8], welches auch die neueren deutschen partikulären Normen ausdrücklich anerkennen[9]. Der Propst oder derjenige Dignitär, welcher die unmittelbare Administration leitet, hat dem Kapitel gegenüber kein selbstständiges Recht, muss sich vielmehr den Beschlüssen desselben unterwerfen und demselben auch da, wo er selbst Vermögensstücke in die Hand bekommt, nach allgemeinen Grundsätzen als Verwalter fremder Güter Rechnung legen[10].

Sodann steht den Kapiteln das Recht der Aufsicht und eine gewisse Disciplinargewalt über seine Mitglieder und Untergebenen zu, welche im Mittelalter

[1] Bouix l. c. p. 433.

[2] So Schulte a. a. O. 1, 132, anscheinend auf Grund seiner Interpretation des c. 9. X. I. 4, worüber zu vgl. S. 131. n. 12.

[3] Vgl. c. 8. 9. X. de const. I. 2; vgl. auch Schulte 1, 133.

[4] Ein solcher Vorbehalt liegt aber noch nicht in der clausula irritans quicquid in contrarium actum sit, welche sich nur auf nicht rechtmässige Zuwiderhandlungen bezieht.

[5] Die ältere Doktrin formulirt die Regel dahin, dass die Aufhebung ohne Konsens gestattet sei, wenn das Statut den favor privatus oder utilitatem statuentium, nicht wenn es das bonum publicum oder den favor ecclesiae betreffe, s. z. B. Fagnan. ad c. 8. X. I. 2. n. 19 u. ad c. 8. X. I. 4. n. 62; Reiffenstuel I. 2. n. 544; ferner wenn es praeter ius commune, nicht wenn es contra ius commune gegeben sei; s. z. B. Reiffenstuel l. c. n. 541; es sind das aber nur Momente, welche für die Beurtheilung, ob die Bestätigung reservirt worden, in Frage kommen können. Principiell entscheiden sie weder allein noch erschöpfen sie die möglichen Fälle.

[6] Arg. c. 1. X. de iureiur. II. 24.

[7] Weil die ordnungsmässige Beseitigung eines Rechtes oder Gesetzes keine Verletzung desselben ist. Diesen selbstverständlichen Satz hat die ältere Doktrin, welche den eben angeführten Grund übersehen hat, nicht zu entwickeln vermocht, vielmehr die unrichtige Unterscheidung zwischen einem Eide auf die Statuten überhaupt und einem auf den Inhalt derselben gemacht, s. z. B. Fagnan. ad c. 34. X. de praeb. III. 5. n. 19 ff. u. Reiffenstuel l. c. n. 535.

[8] Trid. Sess. XXV. c. 6. de reform.

[9] S. die S. 132. n. 1 gemachten Anführungen und ferner bairisches Konkordat Art. 4 und hannoversche Bulle: Impensa Romanorum pontif. s. v. Ad huiusmodi autem reditus.

[10] Dass im Mittelalter die Stellung der Pröpste faktisch eine andere gewesen, und gerade dadurch die Reaktion gegen dieselben hervorgerufen worden ist, darüber s. oben S. 88 fl.

der Dekan theils allein, theils mit dem gesammten Kapitel ausgeübt hat [1], und die das gemeine Recht, da wo sie gewohnheitsrechtlich hergebracht ist, gleichfalls anerkennt [2]. Die mittelalterliche Doktrin ging hierin soweit, die Möglichkeit einer Erwerbung der vollen episcopalen Jurisdiktion des Kapitels über seine Mitglieder und die sonstigen von ihm abhängigen Personen, nur nicht der aus dem bischöflichen Ordo herrührenden Rechte anzuerkennen, so dass sie also dem Kapitel allein die Befugniss zur Degradation absprach, während sie demselben die zur Verhängung der Excommunikation zugestand [3].

Da aber schon das mittelalterliche Recht den Kapiteln an und für sich keineswegs eine ordentliche Jurisdiktion zugesteht, so kann heut, wo jene anomalen Verhältnisse fortgefallen sind, umsoweniger von einer vollen Disciplinargewalt die Rede sein. Vielmehr haben die Kapitel nur eine s. g. Korrektionsgewalt (iurisdictio correctionalis [4]) über ihre Mitglieder, die übrigen Beneficiaten (Kapeläne, Mansionarien etc.) und niederen Geistlichen der Kirche, d. h. sie können diejenigen, welche ihre gottesdienstlichen Verpflichtungen vernachlässigen und sich Ordnungswidrigkeiten in der Kirche, in der Kapitelsversammlung oder auch bei kirchlichen Funktionen ausserhalb der ersteren zu Schulden kommen lassen, in leichteren Fällen mit solchen Strafen, deren Festsetzung nach gemeinem Recht kein eigentliches richterliches Verfahren erfordert, also namentlich mit geringeren Geldbussen, belegen [5]. Wenngleich die Statuten die Ausübung der eben gedachten Befugniss näher regeln dürfen, so ist es doch unzulässig, dass das Kapitel durch dieselben selbst bei bischöflicher Approbation grössere Strafbefugnisse als die gedachten erlangen kann. Die erwähnten Ordnungen für die deutschen Bisthümer stehen diesem Grundsatz nicht entgegen [6], und von den schon mehrfach erwähnten Statuten von Posen und Köln, welche gemäss der althergebrachten Einrichtung den Dekan als eigentliches Aufsichtsorgan des Kapitels bezeichnen, legen die ersteren demselben allein die Korrektionsgewalt über den nicht dem Kapitel angehörigen Klerus und die niederen Beamten der Stiftskirche bei, während sie die Handhabung der Disciplin gegen die Kapitularen selbst dem Kapitel überweisen, die Kölner dagegen auch in dem ersteren Fall die Konkurrenz des letzteren fordern [7].

Ferner hat das Kapitel das Recht, diejenigen Subaltern-Beamten, welche es für die Erfüllung seiner Verpflichtungen und Verwaltung seiner Angelegenheiten erforderlich erachtet, selbstständig anzustellen. Einer Bestätigung des Bischofs

[1] Vgl. oben S. 96.

[2] c. 13 (Later. IV. a. 1215) X. de off. iud. ordin. I. 31: „. . . Excessus tamen canonicorum cathedralis ecclesiae, qui consueverunt corrigi per capitulum, per ipsum in illis ecclesiis qui talem hactenus consuetudinem habuerunt, ad commonitionem vel iussionem episcopi corrigantur intra terminum competentem ab eo praefigendum, alioquin ex tunc episcopus . . . ipsos, ut animarum cura requirit, per censuram ecclesiasticam corrigere non postponat“.

[3] S. Fagnan. ad c. 13. X. cit. §. Excessus n. 4; weiteres in diesem §. unter III.

[4] van Espen, J. E. U. P. I. tit. 11. c. 2. n. 8.

[5] Bouix l. c. p. 448 ff.; s. auch p. 411. 422. 423. 429.

[6] Vgl. S. 132. n. 1, da sie theils das Recht der Kapitel anerkennen, in ihren Statuten Strafen für die Vernachlässigung des Chordienstes festzusetzen (Preussen, Baiern) theils (oberrheinische Kirchenprovinz) wenigstens die Befugniss, den gemeinrechtlichen Vorschriften entsprechende Statuten zu entwerfen.

[7] Vgl. S. 115. n. 1 u. 2, ferner Kölner Statuten §. 56. i. f.: „Si quis vel vicariorum vel ministrorum ecclesiae metropolitanae sive in officio suo sive contra statuta capituli debitamque capitularibus reverentiam gravius peccaverit, ius esto decano vel sua sponte vel alio postulante eundem, consentiente tamen capitulo evocare et pro re nata in capitulo vel monere vel reprehendere vel poena ecclesiastica afficere“. Wenn in der letzteren Stelle von poena und in der Ordnung für Posen sogar von censura et poenae die Rede ist, so werden hierunter doch mit Rücksicht auf das im Text Bemerkte nicht die gewöhnlich als solche in der ordentlichen bischöflichen Jurisdiction enthaltenen Strafmittel, wie Exkommunikation, Suspension etc. verstanden werden können.

bedarf es nicht, nur dann wenn die betreffende Person gleichzeitig bischöflicher und Kapitels-Beamter sein soll, ist eine von beiden Theilen ausgehende Ernennung erforderlich [1]. Es gehören in diese Klasse die Cäremonien-Meister [2], die magistri cappellae et musicorum [3], die Syndici, die Rendanten [4], die Sekretäre u. s. w., (von denen die letzteren beiden nicht einmal Geistliche zu sein brauchen), sofern nicht die Statuten die Domherren selbst zur Uebernahme des einen oder anderen Officiums verpflichten [5]. Die näheren Verhältnisse dieser Beamten werden durch die Statuten und die mit ihnen abgeschlossenen Dienstverträge bestimmt.

Endlich kommt dem Kapitel in Folge seiner Stellung als kirchlicher Korporation das Recht zu, ein eigenes Siegel zu führen und unter demselben Urkunden mit publica fides auszustellen [6].

Neben der Wahrnehmung ihrer Rechte und Verwaltung ihrer Angelegenheiten durch die Kapitel selbst (durch s. g. *capitulariter* gefasste Beschlüsse) und durch die Kapitels-Beamten innerhalb des ihnen zugewiesenen Ressorts, ist im Mittelalter namentlich auch in den deutschen Stiftern noch eine andere Art der Ausübung der Rechte der Kapitel, die *per turnum*, vorgekommen [7]. Seit dem 13. Jahrhundert vereinigte man sich in vielen Stiftern dahin, dass für den Fall einer Vakanz der der Vergebung durch das Kapitel unterliegenden Kanonikate und anderen Beneficien jeder einzelne Kapitular abwechselnd nach einer bestimmten Reihenfolge, also per turnum, Namens des gesammten Kapitels einen Kandidaten für das Beneficium ernennen sollte [8], indem man durch diesen Modus theils die vielfachen Streitigkeiten bei der Verleihung durch das ganze Kapitel, theils aber die Eingriffe weltlicher Fürsten und anderer Personen in die den Kapiteln zustehenden Kollationsrechte zu beseitigen und eine Beschleunigung der Besetzung der vakanten Stellen zu erreichen dachte [9].

[1] Arg. c. 7 (Innoc. III.) X. de procur. I. 38; vgl. auch die Entscheidungen der Congr. conc. Annal. iur. pont. 1863. p. 2018; ebenso Preuss. A. L. R. II. 11. §. 1020.

[2] Er muss wegen der Natur seiner Verrichtungen ein Kleriker sein; dieselben präcisirt kurz die Provinzialsynode von Neapel v. 1699. tit. 2. c. 1. n. 10 dahin: „Coeremoniarum magistri officia celebranda antea denuncient atque unumquemque in obeundi muneris coeremoniis instruant, sedendi, standi genuque flectendi tempora edoceant et ne quid contra ecclesiasticam coeremoniarum normam admittatur, diligenter invigilent“.

[3] Bouix l. c. p. 325.

[4] S. Kölner Statuten §. 35, oben S. 116. n. 2.

[5] Z. B. des Sekretäramtes s. ibid. §. 61. oben S. 116.

[6] c. 14 (Honor. III.) X. de excess. praelat. V. 31.

[7] Vgl. darüber Chrysost. Probst, turnarius ecclesiarum Germaniae seu historia turni ecclesiastici. Bambergae et Wirceburgi 1777; Marci Antonii diss. de turno ecclesiarum Germanicarum. Mogunt. 1782; C. A. de Mastiaux, diss. iur. ecclesiast. exhibens historiam, exercitium ac suspensionem turni ecclesiarum collegiatarum coloniens. Bonnae 1786.

[8] So weit ich sehe, findet sich die früheste Erwähnung in c. 41 (Bonif. VIII.) in VI^to de praeb. III. 4: „Mandatum apostolicum tibi directum, ut T. clerico de beneficio spectante ad collationem Narbonensis capituli provideres, beneficia eiusdem capituli sive dentur in communi per ipsum sive per canonicos eiusdem ecclesiae singulares vice ac auctoritate capituli . . . merito comprehendit“. Schon die Glosse bezieht die Stelle ebenfalls auf den turnus: „quia forte propter discordias evitandas fuit factum statutum, ut unus solus canonicus, puta antiquior conferret beneficia vacantia in prima hebdomada et alius in alia hebdomada et sic de aliis“. Die ordinatio turni für das Kassiusstift in Bonn v. 1640 bemerkt: „ita ut secundum laudem Henrici archiepiscopi . . . a 1311 unusquisque canonicorum cum ordo ad eum pervenerit, iuxta senium habeat preces seu ius nominandi ad praebendas per obitum vacantes“ (Mastiaux l. c. app. p. XXXVII). Vgl. auch das Statut v. 1322 in der folgenden Note, das gleichfalls zur Zurückdatirung des Turnus bis in das 13. Jahrhundert berechtigt.

[9] S. die vorige Note; das Statut für das Kölner St. Andreasstift v. 1322, Würdtwein, subs. 3, 62: „Dudum in ecclesia nostra a predecessoribus nostris . . . consuetudo extitit observata, videlicet quod fratres capituli nostri quilibet secundum gradum introitus sui ad ecclesiam prefatam in electionibus canonicorum ad prebendas, dum vacabant, a capitulo nostro consueverunt in suis precibus exaudiri et personas ydoneas ad prebendas tunc vacantes caritative promovere. Quia vero ex eiusdem consuetudinis omissione seu abiectione postmodum prebendis vacantibus in ipsa ecclesia, si magnatum preces pro ipsis prebendis rogantium non exaudiebantur, capitulum ipsum

Ein gemeinrechtliches Institut ist der Turnus, welcher freilich in Frankreich, Italien [1] und Deutschland [2] Fuss gefasst hat, nicht, jedoch haben sich gewisse wiederkehrende Formen und Regeln für denselben entwickelt. Berechtigt zur Theilnahme an dem Turnus waren nur die Kapitularen im eigentlichen Sinn, welche Sitz und Stimme im Kapitel hatten [3], mithin nicht die Domicellaren [4] und die Pröpste, soweit sie von der Theilnahme an den Kapiteln ausgeschlossen waren [5]. Da man theilweise die betreffende Befugniss — freilich irriger Weise — als ein nutzbares, zur Präbende gehöriges Recht betrachtete, so sprach man dasselbe auch allen canonici in herbis [6], ja auch den Stiftsdekanen, welche keine Präbende hatten [7], ab, wogegen es gerechtfertigt war, den noch das Karenzjahr (s. S. 72) haltenden Kanonikern die Betheiligung am Turnus zu versagen [8].

Der Turnus bezog sich auf die der Kollation, der Nomination oder Präsentation des Kapitels unterliegenden Kanonikate, Präbenden und Beneficien [9] und wurde maior genannt, wenn er für die Kanonikate, minor, wenn er nur für andere Beneficien, also die Vikarien, Kaplaneien, Pfarreien u. s. w. hergebracht war [10], jedoch unterstanden dem maior für die Regel die ersten Stiftsstellen, die Präpositur und der Dekanat nicht,

indignationem eorum incurrebat, aliquoties etiam fratres capituli inter se concordare nequentes plures personas ad prebendam unicam elegerunt et ex hoc ecclesia ipsa tam in personis quam rebus damna et gravamina . . . plurima est perpessa, ad huiusmodi vero indignationes et gravamina amodo prevenienda . . . decrevimus per nos prelibatam consuetudinem et observantiam imitatione consuetudinis vicinarum ecclesiarum fore resumendam . . . ordinantes, ut ex nunc in antea quilibet nostrum in sacris existens a seniore usque ad iuniorem secundum gradum sui introitus pro persona ydonea, de legitimo thoro procreata, corpore non viciata et non servilis conditionis dispensatione aliqua non obstante possit petere, ut in canonicum et confratrem ecclesie nostre recipiatur et capitulum ipsum exaudiat ac prebendam sic recepto, dum vacaverit, secundum petentis gradum competentem sibi conferre teneatur . . ." Dieselben Motive giebt die Urkunde von 1337 für eine Kollegiatkirche in Mainz l. c. 1, 205 an.

1 S. S. 137. n. 8 und die Rheimser Statuten 1327. c. 28, Gousset, actes de la province de Rheims 2, 527.

2 Hier z. B. an der Kathedrale von Mainz Anfangs des 14. Jahrh. s. Würdtwein, subs. 3, 3. n. c, ferner in den Kollegiatkirchen derselben Diöcese, sodann in der Kölner, Würzburger und Bamberger, vgl. die Nachweisungen in den folgenden Noten.

3 S. z. B. die Bestimmungen für die Kollegiatkirchen zu Mainz von 1337, 1335 und 1443, zu Fritzlar v. 1445, zu Frankfurt a. M. bei Würdtwein, subs. 1, 206. 210; 4, 209. 147. 1, 44. 47; zu Köln 1507, Mastiaux l. c. app. p. X. XI.; vgl. auch denselben p. 25.

4 Probst l. c. p. 388.

5 Mastiaux l. c. app. p. XI.; Probst p. 330; hatten sie neben der Präpositur noch einen Kanonikat, so waren sie als einfache Kapitularen mitunter berechtigt, s. die ordinatio a. 1443, Würdtwein l. c. 4, 209: „quia prepositus iuxta adducta et conclusa in unione canonicatus et prebende preposituro ecclesie nostre facta est simplex canonicus, in nominationibus debet collocari".

6 Probst p. 387.

7 Mastiaux p. 25. n. c., welcher eine Reihe von dahin lautenden Kölner Kollegiatstatuten anführt, spricht sich aber selbst dagegen aus wegen des völlig zutreffenden Grundes, dass der Turnus der Ersatz für die capitulariter vorzunehmende Wahl sei, also auch derjenige, welcher bei den Kapitelsgeschäften eine Stimme habe, an dem ersteren Theil nehmen müsse. Nicht minder war es falsch, wenn man von der gemeinrechtlich für die Theilnahme am Kapitel vorgeschriebenen Erlangung des ordo sacer (s. oben S. 66. n. 2) abgesehen hat, s. die Rotal-Entscheidungen bei Garcias, tract. de benef. P. III. c. 3. n. 29. 30, weil es sich hier um Handlungen extra capitulum handele; dagegen auch van Espen, J. E. U. P. I. 7. c. 5. n. 8, wie denn das Statut v. 1322, s. S. 137. n. 9 das Erforderniss ausdrücklich aufstellt.

8 Mastiaux p. 27. n. a; Probst p. 375.

9 Fritzlar a. 1445, Würdtwein l. c. 4, 145: „quod quoties aliquos canonicatum et praebendam in dicta nostra ecclesia ex nunc et in antea vacare contigerit ad collationem, provisionem, praesentationem seu quamvis aliam dispositionem dictorum decani et capituli pertinentia"; Mainz a. 1335, ibid. 1, 210: „ut omnia et singula beneficia ecclesiastica ad collacionem vel presentacionem seu quamvis aliam disposicionem nostram communiter spectancia ex nunc quociescunque in posterum vacatura exceptis canonicatibus eiusdem nostre ecclesie et prebendis ac dignitatibus, personatibus et officiis" . . .

10 Probst p. 300. Beispiele des turnus maior bei Würdtwein l. c. 1, 205; 3, 62; 4, 145; eiusd. nova subsid. 1, 251; des minor am Schluss der vorigen Note, des kombinirten turnus maior et minor bei Würdtwein, subs. 4, 145. 149. 207.



ebensowenig mitunter die Scholastria und die Kustodie, da man für diese die Besetzung durch Wahl beibehalten hatte[1].

Hinsichtlich der Art und Weise, wie der s. g. turnarius, d. h. der Kanoniker, welcher das Vergebungsrecht Namens des Kapitels auszuüben hatte, bestimmt wurde, unterschied man den s. g. turnus errans und fixus[2]. Bei dem ersteren wurde den einzelnen Kapitularen nach einer festgesetzten Reihenfolge, gewöhnlich nach der Rangordnung im Kapitel, eine bestimmte Zeit, z. B. eine Woche[3], ein Monat, ein halber Monat zugetheilt, und es hatte derjenige, in dessen Zeitabschnitt eine oder mehrere Vakanzen der dem Turnus unterliegenden Kanonikate oder Beneficien fielen, die Nomination oder Präsentation der Kandidaten für dieselben vorzunehmen, während er dann, wenn während der ihm zugewiesenen Zeit keine Erledigung eintrat, sein Recht für den betreffenden Turnus verloren hatte[4]. Innerhalb einer bestimmten Frist[5] hatte der turnarius seinen Kandidaten dem Kapitel behufs Admission zu demselben zu nennen, widrigenfalls das Recht für das betreffende Mal auf sämmtliche in der Reihe oder nur bestimmte nachfolgende Turnarien successive überging oder auch an das ganze Kapitel zurückfiel[6]. Bei Präsentation eines Unfähigen trat dieselbe Wirkung ein, jedoch wurde hier bei nicht verschuldetem Irrthum dem Berechtigten mitunter noch eine Frist zur Nachpräsentation gewährt[7].

[1] Beispiele bei Würdtwein l. c. 1, 218; 4, 212; vgl. auch Probst l. c. p. 300. 303; Mastiaux p. 31. An der Kathedrale zu Köln ist der turnus nur für die Domicellar-Präbenden vorgekommen, Hüffer, Forschungen S. 300. 301.

[2] Probst p. 301.

[3] Daher auch hebdomadarius mit turnarius gleichbedeutend gebraucht, s. Ferraris s. v. hebdomadarius n. 8.

[4] S. die S. 138. n. 1 cirirten Rheimser Statuten; Statut für die Kollegiatkirche Bingen a. 1444, Würdtwein, nova subsidia 1, 251: „quod de cetero . . . personarum idonearum ad canonicatus et prebendas dicte ecclesie nostre pro tempore vacantes per nos admittendarum de huiusmodi personis preelectio, nominatio et presentatio fiat per canonicos capituli nostri modo, forma et ordine subscriptis videlicet, quod singulariter singuli canonici capitulares in capitulo nostro vocem habentes et in loco presentes vel de consensu totius seu maioris partis capituli nostri sive ex beneficio statuti nostri absentes vel de consensu similiter . . . singulos divisim et per ordinem habeant menses, ita quod ei qui primam habet vocem in capitulo, primus cedat mensis, habenti vero vocem secundo loco veniat mensis immediate subsequens et sic de aliis singulis summatim. Et mensibus huiusmodi pro numero canonicorum sicut premittitur qualificatorum revolutis, ad habentem primum locum redeat mensis in quo mansit status iuxta ordinem suum et quotiescunque vacationis canonicatus et prebende casus occurrerit, etiam si plures casus contingant, ille canonicus, cuius tunc volvitur mensis, infra sex dierum spatium, postquam in ipsa ecclesia nostra vacatio huiusmodi nota fuerit, personam idoneam per se aut per alium canonicum capitularem ipsius ecclesie nostre . . . sufficienti ad hoc mandato suffultum ad canonicatum et prebendam vacantes huiusmodi preeligere, nominare et capitulo nostro presentare debebit ad conferendum eidem persone canonicatum et prebendam huiusmodi necnon ad admittendum personam eandem prout moris est per capitulum prefatum quavis contradictione cessante. . . . Mensis autem quilibet a calendis prima videlicet die mensis iuxta computum calendarij consueti . . . ab ortu solis initietur et iuxta eiusdem computum mense huiusmodi revoluto terminetur et alius mensis sic etiam inchoetur et terminetur" . . .; für die Kollegiatkirche B. M. V. ad gradus in Köln a. 1507, Mastiaux app. p. IX.: „quod quilibet canonicus residens et in perceptione fructuum etiam capitularium existens, septem dies integros nominandi habebit, diem a media nocte incipiendo iuxta iuris communis ordinationem et curiae Romanae observationem ita quod ad praebendas infra dictos VII dies vacantes, etiamsi una vel plures fuerint, personam, quam mediante iuramento credit idoneam et ecclesiae fore utilem capitulo supradicto nominabit. Et si idonea fuerit, capitulum supradictum eidem personae sic nominatae praebendam tunc vacantem sine difficultate . . . conferat et illi de eadem providebit ac in realem, corporalem et actualem possessionem eiusdem inducet iuribus et statutis dictae ecclesiae alias in similibus observari solitis semper salvis". Uebrigens kann demnach der in der Glosse zu c. 41 cit. (s. S. 137. n. 8) gedachte turnus nur ein turnus errans sein. Beispiele aus neuerer Zeit für den turnus errans maior noch bei Würdtwein, subs. 1, 224 (Würzburg, Kathedrale v. 1765), und einen t. e. maior et minor, ibid. 4, 214 (Ritterstift zu Würzburg a. 1773), vgl. auch Probst p. 368 (Bamberg); Ferraris s. v. hebdomadarius n. 8.

[5] Z. B. von 6 oder 7 Tagen, s. die vorige Note; auch längere Fristen kommen vor, s. Mastiaux p. 29.

[6] Mastiaux l. c. u. Würdtwein, subsid. nova 1, 253.

[7] Mastiaux l. c. u. app. p. X. Starb der turnarius selbst während des ihm zustehenden

Bei dem turnus fixus wurde die Nomination zwar ebenfalls nach der vorhin gedachten Reihenfolge durch einen der Kanoniker vorgenommen, aber hier nominirte der erste in dem zunächst eintretenden, der zweite beim zweiten Vakanzfall und sofort[1]. Bei dem turnus fixus gelangte also jeder — aber immer nur einmal für den augenblicklich laufenden Turnus — zur Ausübung des Rechtes, bei dem turnus errans bestand dagegen die Möglichkeit, dass der Turnarius Mangels einer während seiner Zeit eintretenden Vakanz von der Nomination ausgeschlossen wurde, was sich aber dadurch kompensirte, dass er bei mehreren Erledigungsfällen innerhalb der ihm zugetheilten Frist für alle diese zu nominiren befugt war[2].

Wenn auch der Turnarius an die Stelle des Kapitals trat, so hatte dasselbe doch da, wo ihm die Nomination zustand, noch immer die Prüfung darüber, ob der ernannte Kandidat die nöthige Qualifikation besass, und ebenso vollzog es[3], nicht der Turnarius, die Verleihung des Kanonikates und den Admissions-, resp. den Receptionsact (s. oben S. 69)[4].

Für das heutige Recht ist mit den Aenderungen, welche in Betreff der Besetzung der Kanonikate und sonstigen Beneficien eingetreten sind, der Turnus jedenfalls für Deutschland unpraktisch geworden, und es braucht daher auf die näheren, früher in Frage stehenden Grundsätze[5] hier, wo es nur auf eine allgemeine Charakteristik ankam, nicht eingegangen zu werden.

Zeittheiles, so rückte der folgende mit dem Recht der Nomination auf den so erledigten Kanonikat in dessen Zeit, resp. in den noch laufenden Rest derselben ein und der Hintermann des letzteren in dessen Zeit und sofort. Vgl. hierüber und andere damit zusammenhängende Fragen Probst p. 363 ff. Jedoch kommen auch andere Vorschriften für diesen Fall vor, s. die citirte für St. Maria ad gradus in Köln, Mastiaux app. p. XI.: „si autem canonicum in turno nominandi existentem in turno suo decedere contingat, tunc canonicus sequens in ordine epitaphii (d. h. des Verzeichnisses der Turnarien, s. die S. 139. n. 4 citirten) post illum ad illam nominabit praebendam vacantem et dies obitus dicti canonici etiam quacunque hora diei obierit, pro prima die canonici sequentis computabitur et alii dies sui ex tunc continuabuntur, illo ordine et reliquorum sequentium“, u. ibid. p. XXIX.

[1] S. z. B. das Statut für Fritzlar a. 1445, Würdtwein, subs. 4, 145: „quod quoties aliquos canonicatum et praebendam . . . ex nunc et in antea vacare contigerit . . ., ex tunc ego Apollo decanus incipere et nos alii praelati et canonici superius successive nominati iuxta ordinem praedictum consequenter unus post alium, quoties opus erit, aliam personam habilem . . . ad huiusmodi vacantem canonicatum et praebendam nominare et per nos communiter eosdem canonicatum et praebendam huiusmodi nominato cum plenitudine iuris canonici conferre debemus“ . . ., vgl. ferner ibid. 1, 206. Die Fristen für die Ausübung des Rechtes variiren auch hier (so kommen z. B. 3 Tage, aber auch 2 Monate vor), und ebenso tritt bei Versäumung der Frist bald der nachfolgende, bald das Kapitel ein, s. Würdtwein 1, 206. 207. 211. 216. 217; 4, 210. 211.

[2] Deshalb waren auch allein bei dem turnus fixus, nicht bei dem errans die s. g. nominationes utiles möglich, d. h. Ernennungen auf die der Vergebung unterliegenden Präbenden ohne Rücksicht auf ihre Vakanz durch die einzelnen Kapitularen, sei es zu verschiedenen, sei es zu gleichen Zeiten, deren Reihenfolge sich nach der Stellung des Ernennenden im Turnus richtete. Vgl. dazu Probst p. 302 u. Würdtwein, subs. 4, 209; ein Beispiel für diese Nomination, die namentlich in der Diöcese Mainz gebräuchlich gewesen ist, bei Würdtwein l. c. p. 148.

[3] Daher heisst es bald (Würdtwein 1, 210): „ad peticionem singularum personarum dicti capituli primo videlicet decani et deinde aliorum prelatorum et canonicorum capitularium in assecucione prebendarum ecclesie nostre seniorum et priorum secundum ordinem successive . . . vice et nomine prefati nostri capituli conferantur“ . . . (vgl. auch S. 137. n. 9), bald (l. c. 4, 209): „canonici capitulares supradicti ad canonicatus et prebendas de cetero sigillatim et simpliciter vacaturas singulas abiles et ydoneas personas usque in finem nominabunt . . . ad quam quidem nominationem mox decanus . . . capitulum indicere tuncque ibidem capitulariter convenientes et congregati . . . canonicatum et prebendam pro tunc vacantes persone sic nominate . . . conferre, providere et assignare ipsamque salvis tamen aliis statutis et consuetudinibus ecclesie nostre in nostrum canonicum recipere ac in possessionem canonicatus et prebende huiusmodi inducere et alia certa hic necessaria et opportuna facere debeant et teneantur“; s. auch Note 1.

[4] S. auch S. 139. n. 4.

[5] Darüber s. die citirten Schriften von Probst und Mastiaux und die in den vorigen Noten angeführten Statuten.



II. Die Pflichten der Kapitel. 1. Zu den den Klerikern der Kathedral- und Kollegiatstifter in der Chrodegangschen und Aachener Regel auferlegten Pflichten [1] gehört die, den regelmässigen Gebetsdienst zu bestimmten Stunden des Tages und der Nacht (das officium divinum, off. chori, Chordienst) abzuhalten [2]. Wenn auch diese Sitte bei der Auflösung des gemeinschaftlichen Lebens nicht völlig ausser Gebrauch gekommen und niemals die Verpflichtung der Einzelnen zur Persolvirung des Officiums aufgehoben worden ist, so führte doch die Verweltlichung der Stifter im Laufe des Mittelalters insofern zu einer Aenderung der früheren Disciplin, als man den Kanonikern im umfassendsten Umfange gestattete, sich durch andere Geistliche, die Vikarien, in der Uebung dieser Pflicht vertreten zu lassen [3], und auch sonst eine Reihe von Missbräuchen bei der Absolvirung des Officiums einrissen [4]. Nachdem schon das Baseler Koncil die ordnungsmässige Feier desselben in den Kathedral- und Kollegiatkirchen wieder eingeschärft hatte [5], hat das Tridentinum namentlich die persönliche Abhaltung den Kanonikern von Neuem auferlegt [6], worin ihm die neuerdings für Deutschland erlassenen partikulären Normen gefolgt sind [7].

Im Zusammenhang damit steht die weitere Verbindlichkeit der Kapitel zur täglichen Celebrirung der s. g. Konventsmesse (missa conventualis, d. h. einer Namens des Kapitels in Gegenwart seiner Mitglieder und des Klerus in der Kathedrale, resp. Stiftskirche zu haltenden Messe) [8].

Zur Sicherung der Erfüllung der eben besprochenen Pflichten bestehen die Aemter der s. g. *hebdomadarii*, resp. *septimanarii* und der *punctatores*.

Da das Kapitel das divinum officium und die missa conventualis durch seine einzelnen Mitglieder abhalten lassen muss, war auch selbstverständlich eine gewisse Ordnung nöthig, nach welcher die Stiftsherren, resp. ihre Vikare die tägliche Messe zu celebriren und

[1] S. Th. I. S. 141. n. 7.

[2] S. a. a. O. S. 141. 142 u. Benedict. XIV. inst. 107.

[3] S. oben S. 77 ff. Das Weitere bei den Lehren von der Residenzpflicht, den Distributionen und der Pluralität der Beneficien.

[4] Einschärfung der Abhaltung, Verbote gegen nachlässiges Singen, Plaudern u. s. w. s. Statuten von Sens v. 1245 (Martène et Durand, thesaur. nov. anecdotor. 4, 1077); von Meaux von 1245, ibid. p. 889; Poitiers (saec. XIII.?) ibid. p. 1071; c. 13. conc. Paris. 1248; c. 1 von Saumur a. 1253; (Mansi 23, 767. 809) c. 7. 9. Coloniens. a. 1260 (Hartzheim 3, 590); c. 7. Colon. a. 1310 (ibid. 4, 122), c. 5. Bergamens. a. 1311 (Mansi 25, 482).

[5] Sess. XXI. c. 3: „ut in cunctis cathedralibus ac collegiatis ecclesiis horis debitis, signis congrua pulsacione premissis, laudes divine per singulas horas non cursim ac festinanter, sed asciatim ac tractim et cum pausa decenti praesertim in medio cuiuslibet versiculi psalmorum debitam faciendo inter solempne ac feriale officium differenciam, reverenter ab omnibus persolvantur . . . Qui cum in choro fuerint, gravitatem serveut, quam et locus et officium exigunt, non insimul aut cum aliis confabulantes seu colloquentes aut litteras seu scripturas alias legentes. Et cum psallendi gratia ibidem conveniant, iuncta ac clausa labia tenere non debent, sed omnes, presertim qui maiori funguntur honore in psalmis, hympnis et canticis deo alacriter modulentur“ . . .

[6] Sess. XXIV. c. 12 de reform.: „. . . Omnes vero divina per se et non per substitutos compellantur obire officia et episcopo celebranti aut alia pontificalia exercenti assistere et asservire atque in choro ad psallendum instituto hymnis et canticis dei nomen reverenter, distincte devotoque laudare“ . . . Freilich finden sich nach den beiden erwähnten Koncilien noch eine ganze Reihe von Bestimmungen, welche sich gegen Verletzung der betreffenden Vorschriften und gegen andere Missbräuche richten, so z.B. syn. Colon. a. 1536. c. 5 ff., Hartzheim 6, 260 ff.; aus dem 16. Jahrhundert die Statuten von Oetting und Straubing Mayer, thes. 2, 189. 191; 3, 366; aus dem 17. Jahrh. die von Beromünster, ibid. 4, 441. 445; vgl. ferner die Synoden von Tarragona a. 1685. 1717 u. 1738 (Acta concil. coll. Lac. 1, 746. 772. 773. 789), von denen die erstere auch das Tabackschnupfen während des divinum officium verbietet.

[7] Altpreussen, Bulle de salute animarum s. v. singulis profecto, ferner die Erektionsdekrete für Posen und Gnesen, Weiss, corp. iur. eccles. p. 109. 112, das Kölner Restitutionsdiplom §. 18 und die Kölner Statuten §. 24, Hüffer, Forschungen S. 342. 355; Baiern, Konkordat art. 3.

[8] Im weiteren Sinn wird die Abhaltung dieser auch unter dem Officium divinum begriffen, Bouix l. c. p. 349 ff.

die nicht der gemeinschaftlichen Absingung, sondern der Absolvirung eines Einzelnen vorbehaltenen Theile des officium divinum wahrzunehmen hatten. Wie in den Klöstern [1] und anfänglich auch in den Stiftern nach der Chrodegangschen Regel gewisse Dienste [2] wochenweise abwechselnd durch die einzelnen Mitglieder geleistet werden mussten, so geschah es auch mit den eben erwähnten gottesdienstlichen Funktionen und daher hiessen die betreffenden Kanoniker, resp. Vikarien im Allgemeinen hebdomadarii oder septimanarii [3]; hauptsächlich wurden aber schon früher, wie noch heute, so diejenigen genannt, welche für die betreffende Woche die Messe (sofern diese nicht, wie z. B. an bestimmten Festtagen, gewissen Würdenträgern, dem Bischof, Propst, Dekan u. s. w., vorbehalten war), zu feiern und das officium zu leiten hatten [4]. Uebrigens hat der celebrirende canonicus hebdomadarius während des Officiums den ersten Platz vor den Dignitäten und den anderen Stiftsherren [5].

Von der Erfüllung der eben gedachten Pflichten der Kanoniker hängt der Genuss gewisser Einkünfte ab, und deshalb ist eine Kontrole darüber, wer von denselben die gedachten Obliegenheiten nicht ordentlich wahrnimmt oder sich denselben ganz entzieht, erforderlich. Diese übt das Kapitel durch eins oder gewöhnlich durch zwei seiner Mitglieder, die s. g. punctatores, aus [6]. Letztere haben die fehlenden Kanoniker, diejenigen, welche nicht mitsingen, plaudern oder sonstige Unordnungen begehen, in einem besonders dafür bestimmten Buche zu notiren und dem Kapitel zur Anzeige zu bringen [7]. Im Interesse einer genauen Beaufsichtigung werden gewöhnlich zwei (ein punctator und contrapunctator) durch das Kapitel aus seiner Mitte gewählt [8]. Ihr Amt

[1] S. die Nachweisungen bei du Fresne du Cange s. v. hebdomadarius.

[2] S. oben S. 108.

[3] Vgl. diplom. a. 1209 in Gallia christ. 16. app. p. 125; die Mainzer Statuten saec. XIV. bei Mayer, thes. 1, 5. 6. 11. 24; Statut für Basel a. 1354, Gallia christ. 15 app. p. 273; für Barcellona saec. XIV., Martène et Durand, nov. thes. 4, 596. 597; syn. Trident. a. 1336. c. 5 de officio mansionariorum: „... et qui septimanarius fuerit, continue sit de primis qui ad chorum veniat tam ad denunciandum et providendum libros et officium decantandum quam ad alia incumbencia et ad se eciam ibi sive foris spectancia peragenda suplendum, eciam si ea animarum curam respicere, dinoscatur, nuncians sive iubens super psalmos, antiphonas, responsoria, versus et alia incumbencia, prout ad eum pertinet, ex inferioribus in eadem ecclesia beneficiatis seu ministrantibus, quibus placet, nullo ex eis penitus in contrarium attentante, s. ferner Mayer, thes. 4, 309.

[4] Diplom. Benedict. VIII. für den Erzbischof von Trier v. 975, Hontheim, hist. Trevir. 1, 323: „ebdomadariis quoque presbyteris ad s. Petrum missam celebrantibus"; Stat. des Domstifts Regensburg, saec. XIV.; Mayer l. c. 2, 22; ferner l. c. 1, 117; 2, 184; 4, 309; Stat. des Kolleg.-Stiftes St. Johann zu Regensburg v. 1511 l. c. 4, 204: „praecipimus, quod quilibet canonicus quem in ordine vicis suae septimanae ad inofficianda et decantanda officia publica tetigerint, tam in vesperis et matutinis quam aliis horis praesens sit aut alium in absentia seu alias quomodolibet eo praepedito loco sui constituat sub poenis infra contentis et officia publica supradicta per se decantet aut per alium canonicum seu alias iuxta morem ecclesiae nostrae decantari faciat et procuret .... Adiicimus etiam quod quilibet canonicus hebdomadarius publicam missam in ordine suo inofficians in sua hebdomada debet diligenter singulis diebus respicere ordinem officii cuiuslibet diei tenendum et ponderare quidquid quolibet die in horis canonicis decantandum" ... Für die heutige Zeit s. z. B. die Kölner Statuten §. 6 ff. bei Hüffer S. 351; Erektionsdekret für Posen bei Weiss l. c. p. 113 u. im Allgemeinen Bouix l. c. p. 161 ff. Uebrigens kommt hebdomadarius auch als stehende Bezeichnung für gewisse Kanoniker vor, so in Barcelona bei Martène et Durand l. c. 4, 602. 606. 609, und bedeutet dann diejenigen, welche die Fähigkeit und die Pflicht haben, die wöchentliche Messe zu celebriren, s. auch Ferraris s. v. hebdomadarius n. 18. 19; ja mitunter auch für die nicht zu den Kanonikern gehörigen, zur Assistenz im Chordienst verpflichteten Vikarien oder choristae, s. Bouix l. c. p. 139.

[5] Ferraris l. c. n. 15 ff.; Bouix l. c. p. 162.

[6] S. Benedict. XIV. de synod. dioeces. IV. 4; Ferraris, art. punctator; Bouix l. c. p. 135 ff.

[7] Ferraris l. c. n. 10 ff.; vgl. auch die Statuten von Beromünster von 1694, Mayer, thes. 4, 462; in den alten Statuten von St. Paul zu London werden sie cardinales chori genannt, Dodsworth u. Dugdale, monast. Anglic. 3, 337.

[8] Ferraris l. c. n. 5 unter Berufung auf die Congr. Conc.. In einzelnen Diöcesen hat aber der Bischof einen zu wählen oder zu bestätigen,

dauert für die Regel nur eine bestimmte Zeit, z. B. ein Jahr. Vor Antritt desselben müssen sie einen Eid auf genaue Pflichterfüllung leisten[1], und wenn sie schuldhafter Weise, namentlich aus Konnivenz gegen einzelne ihrer Kollegen die Notirung, die s. g. punctatura, unterlassen, haben sie aus eigenen Mitteln dem Distributionsfonds, welcher zur Vertheilung an die pflichttreuen Kanoniker bestimmt ist, so viel zu ersetzen, als den nachlässigen bei gehöriger Punctatur hätte abgezogen werden müssen[2].

2. In den eben erwähnten Beziehungen stehen die Kathedral- und Kollegiatkapitel gleich[3]. Beide haben den Zweck, die Gottesverehrung und die Frömmigkeit durch die Art ihres Gottesdienstes zu fördern. Wenngleich das Kathedral-Kapitel hierin allen Kirchen der Diöcese vorangehen soll, so ist doch seine wesentliche Bestimmung — im Gegensatze zu den Kollegiatkapiteln[4] — nicht mit in dieser Thätigkeit beschlossen, vielmehr hat dasselbe als die Gesammtheit des angesehensten Theils des Kathedral-Klerus auch die Pflicht, dem Bischof der Diöcese bei der Erfüllung seiner Obliegenheiten Hülfe zu leisten. Hieher gehört a. die Pflicht der Kathedral-Kanoniker zur Assistenz bei den vom Bischof in Person vorzunehmenden Pontifikalhandlungen[5]. Diese Verbindlichkeit erstreckt sich nicht nur auf die in der Kathedral-, sondern auch in anderen innerhalb der Stadt belegenen Kirchen vom Bischof auszuübenden feierlichen Funktionen[6] und sowohl in letzteren, wie auch in anderen innerhalb der Diöcese belegenen, selbst den exemten Kirchen[7] haben sie vor der Geistlichkeit derselben das Vorrecht zur Assistenz, so fern sie freiwillig dem Bischof dorthin gefolgt sind[8].

b. Haben die Domkapitel und die einzelnen Mitglieder derselben die Pflicht, dem Bischof bei der Leitung der Diöcese unterstützend zur Seite zu stehen, und mithin müssen auch die letzteren dahin gehörige Aufträge, resp. darauf bezügliche Aemter übernehmen[9]. Dieser Pflicht korrespondirt aber nicht ein korrelates Recht mit Rath-Ertheilung in allen Angelegenheiten der Diöcesan-Verwaltung, vielmehr ist ein solches den Domkapiteln nur in besonderen Fällen gegeben. Da sie aus diesem Grunde allein Hülfsorgane bei der Leitung des bischöflichen Sprengels sind, so soll von ihrer desfallsigen Stellung besonders (§. 84) gehandelt werden.

III. Gegenseitiges Verhältniss des Bischofs und des Kapitels (exemte Kapitel). Bei der ursprünglichen Ordnung der vita canonica, nach welcher der Bischof die Kongregation des Kathedralklerus leitete (s. S. 53), hatte

s. syn. Benevent. a. 1693. tit. 9. c. 5 u. Neapol. a. 1699. tit. 2. c. 1. n. 8, Act. concil. coll. Lacens. 1, 32. 167.

[1] Beispiele bei Mayer l. c. p. 465 u. coll. Lacens. 1, 260; s. auch Bouix l. c. p. 136. 137.

[2] Ferraris l. c. n. 5.

[3] Benedict. XIV. de syn. dioeces. XIII. 9. n. 12.

[4] Bouix l. c. p. 54. Vielfach sind die Kollegiatkirchen zugleich Pfarrkirchen und es haben dann die Kapitel auch die Pfarrseelsorge auszuüben. Nothwendig zum Begriff der Kollegiatkirche ist das aber nicht.

[5] S. S. 141. n. 6.

[6] Ferraris s. v. canonicus art. 6. n. 45; Bouix l. c. p. 268; jedoch sind im letztern Falle nicht alle, sondern nur eine ausreichende Anzahl von Kanonikern zur Assistenz verpflichtet.

[7] S. oben S. 48.

[8] Ferraris n. 52 ff. und die daselbst mitgetheilten Entscheidungen der Congr. Rituum, auf welchen die Darstellung bei Huller a. a. O. S. 141. 142 ruht; vgl. ferner noch Bouix l. c. p. 266 ff.

[9] Trid. Sess. XXIV. c. 12 de reform.; vgl. auch Bairisches Konkordat art. 3: „Dignitates et canonici omnes . . . archiepiscopis et episcopis in administrandis dioecesibus suis a conciliis servient. Archiepiscopis tamen et episcopis plane liberum erit ad specialia munia et negotia officii sui illos pro beneplacito applicare"; Kölner Restit.-Diplom. a. 1825. §. 18, Hüffer S. 343: „Insuper dignitates et canonici numerarii tenentur . . . archiepiscopo in licitis et honestis obedientes esse eidemque in negotiis ecclesiae gerendis cum postulatum fuerit, operam fidelem et alacrem praestare"; vgl. ferner die Erektionsdekrete für Gnesen und Posen bei Weiss, corp. iur. eccles. p. 109. 112. Ueber das Recht des Bischofs, zwei der Kanoniker zu Dienstleistungen und zu seiner Unterstützung heranzuziehen, s. Bouix l. c. p. 297 u. oben S. 75.

derselbe auch selbstverständlich alle aus der bischöflichen Jurisdiktion herfliessenden Rechte über die Kathedralkirchen und die zu derselben gehörigen Geistlichen, nicht minder über die in der Diöcese belegenen Kollegiatstifter und die an diesen zu gemeinsamem Leben vereinigten Kleriker auszuüben. An und für sich bedingte die spätere Umbildung der Kapitel zu gesonderten Korporationen mit eigenen Interessen und eigenen Rechten hierin keine Aenderung, und so findet sich denn auch in den Quellen nirgends eine Ausnahme zu Gunsten der Kapitel und der Kanoniker ausgesprochen. Nach dem heute geltenden gemeinen katholischen Kirchenrecht kommt also gleichfalls noch dem Bischof die volle Regierungsgewalt über dieselben zu [1], weil ihm alle zur Diöcese gehörigen Personen und Institute unterworfen sind. Demgemäss hat er z. B. das Aufsichts- und Visitationsrecht über die Kapitel und die Kanoniker hinsichtlich des allgemeinen Verhaltens derselben, der Beobachtung der allen Klerikern gemeinsamen Pflichten [2], der Abhaltung des officium divinum, der gesetzmässigen Abfassung der Kapitelsbeschlüsse [3] und der Vermögensverwaltung [4]; ferner ist er der ordentliche Richter in den Rechtsstreitigkeiten der Kapitel und Kleriker [5], und übt endlich die Straf- und Disciplinargewalt über dieselben, kraft welcher er auch das Recht zur Verhängung von Censuren besitzt [6].

Indessen ist diese Regel im Mittelalter in Folge des allgemeinen Zuges nach korporativer Selbstständigkeit und nach Exemtion von den höheren Lokalgewalten gleichfalls durchbrochen worden, indem sowohl Kathedral- wie auch Kollegiatkapitel Befreiungen von der bischöflichen Gewalt und gewisse der letzteren eigenthümliche Rechte, namentlich über die ihnen untergebenen Kirchen und die an diesen angestellten Personen erlangt haben. Das Vorbild dazu boten die Mönchsgenossenschaften, welchen früh derartige Privilegien ertheilt worden sind, ohne dass man freilich berechtigt wäre, die hier in Rede stehenden Exemtionen im Allgemeinen auf den Umstand zurückzuführen, dass zunächst die den Klöstern sehr nahe verwandten Kapitel der Regular-Kanoniker derartige Begünstigungen erhalten und diese nach ihrer Umwandlung in Säkular-Stifter sich bewahrt hätten [7]. Denn als die Kapitel sich zu selbstständigen Korporationen auszubilden begannen, war es ohnehin erklärlich, dass sie einen festen Rückhalt gegen die auf ihre früheren Rechte eifersüchtigen Bischöfe zu erlangen, und sich ihre Vermögens- und sonstigen Rechte zu sichern, sowie sich endlich gegen die unberechtigte Anwendung von Censuren seitens der Diöcesan-Oberen zu schützen suchten. So kommen sehr vereinzelt seit dem 11. Jahrhundert bischöfliche Zusagen

[1] Eine direkte positive Stelle fehlt freilich. Das vielfach angezogene c. 16 (Honor. III.) X. de off. iud. ord. I. 31 giebt nur den materiellen Umfang der bischöflichen Befugnisse an; an sich ist aber die im Text aufgestellte Regel zweifellos, s. z. B. Fagnan. ad c. cit. n. 11 ff. u. Bouix l. c. p. 289 ff. 301 ff.

[2] S. Th. I. S. 130 ff.

[3] Woraus das Recht, Einsicht von den Protokollen, resp. Protokollbüchern der Kapitel zu verlangen, folgt, Bouix l. c. p. 291.

[4] Entscheidung der Congr. Conc. v. 1590 (bei Bouix p. 303): „ad dubia X. . . . An episcopus possit in visitatione exigere rationes suarum administrationum a capitulo, saltem earum quarum commodum non ad canonicos tantum, sed et ad beneficiatos et ministros ecclesiae spectat: item an huiusmodi rationum exactio possit fieri per ipsum episcopum tantum et non una cum duobus canonicis adiunctis? XI. An etiam possit episcopus solus visitare fabricam ecclesiae cathedralis et rationes eius exigere? Ad X: episcopum solum vel his quibus sibi videbitur adiunctis posse capitulares et bona rerumque et bonorum administrationem visitare; ad XI. itidem posse".

[5] Bouix l. c. p. 293.

[6] Bouix l. c. p. 293 ff.

[7] So der Verfasser des Aufsatzes: les chapitres des cathédrales dans le concile de Trente in den Analecta iuris pontif. 1863. p. 1658, welcher einen positiven, urkundlichen Beweis nicht einmal anzutreten versucht hat. Uebrigens ist das Quellen-Material, soweit ich sehe, so dürftig, dass sich jene Frage schwerlich kaum vollkommen befriedigend lösen lassen wird.

vor, welche den Kapiteln eine gewisse beschränkte Jurisdiktion gestatten [1], häufiger aber erst derartige bischöfliche und päpstliche Privilegien seit dem 12. Jahrhundert, welche freilich sehr verschiedenen Umfanges sind. Abgesehen von Zusicherungen, welche die Beeinträchtigung der Kanoniker in ihren Rechten durch die Bischöfe verhüten sollten [2], z. B. betreffend die Einholung des Konsenses der Kanoniker bei der Verwaltung der ihnen zustehenden Kirchen und Einsetzung von Geistlichen an denselben [3], sowie zur Anstellung der Kanoniker, Festsetzung der Nothwendigkeit eines kanonischen Verfahrens bei der Absetzung der letzteren [4], Verleihung des Rechtes bei verweigerter Uebertragung der cura an die vom Kapitel präsentirten Geistlichen sich behufs dessen an einen andern Bischof zu wenden [5], Abhängigmachung des Erlasses der Censuren gegen Kanoniker von der vorherigen Benachrichtigung des Kapitels [6] oder gar von der Zustim-

[1] Das älteste, mir bekannte Beispiel bieten die Gewohnheiten des Kapitels von Rheims v. 1068, welche der Erzbischof beim Antritt seines Amtes beschwören musste, Gallia chr. 10 app. p. 23 u. Gousset, les actes de la province de Reims 2, 82: „Ut immunitatem mansionum nostrarum infra claustrum et eas invicem dandi, vendendi seu commutandi liberam licentiam absque ullius personae contradictione habeamus; et si ibi . . . aliquo casu criminale aliquod inciderit vel etiam si seditio qualibet ex causa orta aliquod delictum incurrerit, ut inde iustitia in manu praepositi caeterorumque canonicorum absque ulla contradictione habeatur . . . Ut excommunicandi quoscumque huius episcopii malefactores nostros eosdemque rursus absolvendi liberam habeamus potestatem. Ut commonitus a nobis quos excommunicaverimus, canonica tamen vocatione praemissa, nisi infra vocationem commissum correxerint, excommunicetis (Anrede an den Erzbischof); eosdemque de commissis satisfacientes absolutos a nobis sine omni exactione absolvatis commonitus a nobis . . . Ut maiori praeposito sit libera facultas ex consilio canonicorum, committendi praeposituras et cuncta beneficia servientium tam clericorum quam laicorum quae ad nostram pertinent communitatem. Ut altaria quae in communi obtinemus absque personis in providentia praepositi habeantur; nec in eis seu in his quae privatim possidemus, divinum interdicatur officium, nisi synodali et canonicorum consentiente decreto . . . Quodsi forte in quempiam nostrum vel occasione vel iusta querimonia super aliquo negotio contenderitis et de eo referendum postulaveritis, ut inde iustitia in capitulo in examinatione canonicorum habeatur vobis praesente si volueritis“. Jedenfalls ist dieses Privilegium noch weit entfernt davon, eine völlige Exemtion zu gewähren. Vgl. übrigens auch d. dipl. v. 1063 für Orleans, Gallia chr. 8 app. p. 495. Vor der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts können solche Exemtionen nur in verhältnissmässig sehr geringer Anzahl vorgekommen sein, denn Bernhard von Clairvaux, welcher überhaupt gegen dieselben eifert (s. de considerat. ad Eugen. III. lib. III. c. 4: „Subtrahuntur abbates episcopis, episcopi archiepiscopis, archiepiscopi patriarchis sive primatibus“ ed. Par. 1719. 1, 437. 438, vgl. auch dessen epist. 42 sive tract. de moribus episcopor. ad Henr. archiep. Senon. c. 9. ibid. p. 481) erwähnt nirgends der Exemtionen der Kapitel. Zu früh (post saeculum X) setzt daher ihre Entstehung Bened. XIV de syn. dioeces. XIII. 9, andererseits zu spät (in das 13. Jahrh.) van Espen, J. E. U. P. III. tit. 12. c. 4. n. 51; ebenso unrichtig ist es, wenn Thomassin l. c. P. I. lib. III. c. 41. n. 8 behauptet, dass sie in Italien gar nicht vorgekommen seien.

[2] Eine darüber an Alexander III. gerichtete Klage der Domherren in Orleans bei Mansi 21, 1029.

[3] Privil. Anast. IV. v. 1153 für Pisa und Coelest. III. v. 1193 für Genua Ughelli, Italia sacra 3, 395 u. 4, 879.

[4] Privil. Anast. IV. cit. für Pisa: „nec in maiori ecclesia nullus introducatur vel ordinetur canonicus, nisi communi consensu canonicorum vel maioris partis consensu, ordinatum vero nulli omnino episcopo liceat officio seu beneficio sive canonico iudicio privare“, wo für sive zweifellos zu lesen ist, sine, wie auch die Urkunde l. c. 3, 427 ergiebt.

[5] Privileg Alexanders III. v. 1181 für Chalons sur Saone, Mansi 21, 1041: „Significastis nobis, quod . . . . Engilbertus Cabilonensis episcopus personas idoneas cum a vobis ad vestras ecclesias praesentantur, recipere pro sua voluntate recusat . . . praesentium auctoritate statuimus, quatenus si praefatus episcopus post trinam commonitionem personis idoneis ad praesentationem vestram vel maioris partis per congrua intervalla temporum factam curam animarum in ecclesiis quae ad vos pertinere noscuntur, committere forte noluerit, liceat vobis illas venerabili fratri nostro Eduensi episcopo (von Autun, gleichfalls wie Chalons zur Provinz Lyon gehörig) praesentare, qui nullius temeraria contradictione obstante eisdem animarum curam apostolica auctoritate committat“, ein Privileg, welches auch deshalb interessant ist, weil es die beeinträchtigten Kanoniker nicht an den Metropoliten, sondern an einen andern Suffraganbischof verweist.

[6] Priv. Alexanders III. für Chalons sur Saone a. 1181 (Mansi 21, 1041): „ut Cabilonensis episcopus nullum clericum Cabilonensis ecclesiae interdicere, excommunicare sine manifesta et rationabili causa vel suspendere valeat, nisi prius per eundem aut per nuntium suum capitulo fuerit nunciatum“; s. auch das cit. Privil. für Genua a. 1193.

mung desselben[1], Erforderniss der Genehmigung[2] zur Zulassung von praedicatores, enthält schon das häufig vorkommende bis zur Verhängung von Censuren gehende Korrektionsrecht des Kapitels[3] einen Bruch in das oben erwähnte gemeinrechtliche Princip. Das Gleiche gilt von der freilich schon früher hervortretenden Befugniss der Kapitel entweder mit Zustimmung des Bischofs[4] oder gar ohne eine solche die Exkommunikation[5] oder das Interdikt gegen die s. g. malefactores, d. h. diejenigen Personen, welche sich Verletzungen der Güter und Rechte des Kapitels zu Schulden kommen liessen, zu verhängen, und zwar ging diese öfters so weit, dass der Bischof diese Censuren ebenfalls seinerseits zu wiederholen oder sie sogar, selbst auch die Interdiktion der Kathedralkirche, anzuerkennen verpflichtet war[6]. Ferner findet sich auch das Privilegium, dass der einzelne zum Kapitel gehörige Geistliche nur vor diesem Recht zu geben braucht[7] und öfters eine Kombination der eben erwähnten Vorrechte[8], welche freilich auch

[1] Für Montpellier, vgl. dipl. Alex. IV. a. 1256, Gallia christ. 6. app. p. 371.

[2] Des Dekans oder Präcentors oder Hebdomadarius, bischöfliche Zusicherung für Senlis von 1184, Gallia christ. 10. app. p. 222.

[3] Privil. cit. für Genua a. 1193 (Ughelli 4, 879): „Illam quoque ordinationem qua provisum est inter vos, ut capitulum vestrum canonice puniendi fratrem suum qui se in utilitatibus ecclesiae pertractandis a communitate capituli nequiter segregaverit, habeat potestatem, in sua firmitate concedimus permanere"; freilich war dabei das Korrectionsrecht des Bischofs im Fall der Nachlässigkeit des Kapitels nicht ausgeschlossen, s. c. 13. X. de off. iud. ordin. I. 31 (S. 136. n. 2), ebensowenig, wenn das Privileg auf Zustimmung desselben zur Anwendung von Censuren lautete, s. dipl. Alex. IV. in Note 1.

[4] Priv. cit. für Genua a. 1193: „indulgemus, ut liceat ecclesiae vestrae praeposito de consilio archiepiscopi sui eos qui eidem ecclesiae decimae subtrahunt vel res eius auferre praesumunt, vinculo anathematis innodare".

[5] S. oben S. 145. n. 1; priv. Paschalis II. a. 1105 für die Pfarr- und Kollegiatkirche St. Maria bei Brügge, Gallia christ. 5. app. p. 355.

[6] Der Bischof von Soissons concedirt i. J. 1169 seinem Kapitel „quod decanus et capitulum malefactores suos qui de episcopatu Suessionensi intra civitatem vel extra fuerunt necnon terras eorum per eundem episcopatum episcopo inconsulto interdicere possent et interdicti sententiam sine ipsius auctoritate relaxare et quod cathedrali ecclesia pro huiusmodi causis cessante omnes ecclesiae per civitatem praeter s. Medardum de mandato capituli inconsulto episcopo cessarent", Gallia christ. 10 app. p. 125. Vgl. ferner die bischöflichen Bewilligungen von 1183, 1184 und 1186 zu Gunsten des Kapitels von Senlis ibid. p. 438. 222. 442.

[7] Vgl. das erzbischöfliche Privil. für das Koll.-Stift St. Symphorian in Rheims v. 1119, Gallia christ. 10 app. p. 36.

[8] Ein interessantes Beispiel bieten die etwa u. 1191 von dem Kapitel zu Chartres den Kanonikern zu Lemans mitgetheilten consuetudines, Gallia christ. 8 app. p. 344: „Quod si canonicus de aliquo suorum iustitiam refugerit exhibere conquerenti defectum suum cogetur per ipsum capitulum emendare tota, si opus fuerit, ad capitulum quaestione delata omni prorsus episcopi nostri circa hoc auctoritate seclusa, quod et de clericis chori non canonicis similiter observatur, si vero capitulum ipsum in iuris exhibitione defecerit, tunc tandem per episcopum nostrum tota universitas nostra cogetur, ut plenam faciat conquerenti iustitiam exhiberi, quod semper ubi contra totum capitulum ab extraneis agitur, observatur. Episcopus enim universitatis nostrae iudex erga extraneos et universitas iudex est singulorum, ita quod minimus etiam ecclesiae nostrae canonicus ab episcopi iurisdictione liber penitus et immunis capitulo prout suo domino stat aut cadit. Personae tamen ecclesiae nostrae quae et ipsae canonici sunt, super hiis quae universitatem nostram tangere non videntur, possunt coram episcopo in claustro tantum et non alibi, conveniri et iuri stare tenentur sub reliquarum examine personarum ratione fidelitatis quam ipsi episcopo sub hominiis personatibus ipsis annexo ex antiquis temporibus consueverunt astringi, quae videlicet ipsae personae super his quae nostrae sunt potestatis *** super praebendis, terris, hominibus et etiam consuetudinibus nostris nulla possunt ratione ad episcopum trahi. Ad haec in ecclesiis nostrae donationis atque ministris et parrochianis earum nec episcopus neque archidiaconus ullam obtinet potestatem, sed per comprehendales eorumdem locorum canonici pro dispositione capituli tali plena ibidem archidiaconi vice funguntur, appellationibus tantum et huiusmodi quae nonnisi ab episcopo fieri permittuntur, noster est episcopus requirendus, super quibus et ipso forte absente vel ea exequi recusante, alterius episcopi licite possumus suffragium implorare. Si quis autem nostrum vel universitas nostra sive clericus de choro nostro contra quamlibet personam vel collegium dioeceseos Carnotensis causam habuerit super hiis quae ad tuitionem ecclesiae pertinere noscuntur, archidiaconus ille ad quem id pertinet ex officio irrequisito episcopo causam ipsam tenetur citato reo ad capitulum evocare, dictatam tandem a capitulo ipso sententiam effectui mandaturus, quam etiam ipsam sententiam idem archidiaconus tenetur gradatim pro arbitrio capituli et rei exigentia postmodum aggravare vel potius exequi a capitulo aggravatam et decanos et presbiteros quibus incumbit ad ipsius observationem sententiae in ipso capituli loco ad mandatum capituli fidei

vereinzelt vorkommen [1]. Besass ein Kapitel mehrere der hervorgehobenen Privilegien, so war damit die bischöfliche Gewalt immer noch nicht ganz beseitigt, vielmehr konnte das Kapitel nur für gewisse Verhältnisse, so für die Handhabung der Gerichtsbarkeit, wie das in Chartres der Fall gewesen [2], an Stelle des Bischofs treten und dieser also in die Stellung einer höheren und beaufsichtigenden Instanz zurückgedrängt sein. Allerdings kommen auch noch im 12. Jahrhundert totale Exemtionen von der Episkopaljurisdiktion vor [3], jedoch liegt eine solche keineswegs darin, dass ein Kapitel in den päpstlichen Schutz genommen worden ist [4]. Principiell nahm man an diesen den tieferen Gedanken des Verhältnisses zwischen Bischof und Kapitel ignorirenden Gestaltungen keinen Anstoss, und so vermehrten sich noch während des 13. Jahrhunderts jene Durchlöcherungen der bischöflichen Gewalt, sogar theilweise unter Zustimmung der Bischöfe selbst. Namentlich ist die Berechtigung zur Verhängung des Interdiktes bei einer ganzen Anzahl von Kapiteln [5], und zwar sogar durch die päpstliche Gesetzgebung anerkannt gewesen, wenngleich mit gewissen zur Verhütung von Missbräuchen vorgeschriebenen Formen umgeben [6]. Ferner kommt die Ausübung bischöflicher Gerechtsame über eine bestimmte Anzahl den Kapiteln zugehöriger Kirchen [7], sodann die Frei-

vel iuramenti astringere captione, episcopo nostro nec ante sententiam nec post de iure aliquatenus resistente. In requirendis autem malefactoribus nostris hunc ordinem observamus, quod malefactor noster, si praesens fuerit in loco ubi delictum committitur, ipse est in propria persona requirendus, aliquin requisito eius officiali . . . terram illius eidem officiali commissam interdicto supponimus . . . . Addimus praeterea quod ecclesia nostra vel civitas Carnotensis nec per episcopum nec per aliam ecclesiae nostrae personam nec per capitulum nostrum potest interdicto supponi, quod utique licet capitulo pro delicto principis aut ministrorum suorum qui etiam propter hoc extra urbem minime *** omni episcopi contradictione cessante, dum tamen ob sui reverentiam et honorem *** si praesens fuerit, requiratur semel aut lata pro querelis nostris sententia in quocunque totius dioecesis loco quoad usque de ipsis fuerit nobis integre satisfactum, non potest de iure ab archidiacono vel ab episcopo seu ab alio aliquatenus relaxari, salva tamen archidiacono emendatione delicti quod districtum vel rectum vulgariter appellatur. Super qua etiam archidiaconi a capitulo requisiti eius consueverunt acquiescere voluntati *** quod in iustitia exigenda vel exercenda negotium capituli per maiorum absentiam personarum nullatenus retardatur, cum eis forte absentibus, hebdomadario sacerdoti urgente negotio liceat capitulum evocare et iustitiam nihilominus exercere. Archidiaconus vero vices suas *** tenetur committere alicui canonico in ecclesia residenti. Has vero et alias consuetudines ac libertates nostras . . . episcopus noster quicumque pro tempore fuerit, tenetur nobis per iuramentum ex consuetudine debitum ante ipsius consecrationem publice in capitulum praestandum firmiter tueri ac fideliter observare, verum si episcopus vel archidiaconus praemissis libertatibus nostris duxerit obviandum, nos in ipsius confusionem et poenam cathedralem ecclesiam excepto *** sonitu campanarum supponere possumus interdicto, quin etiam archidiaconum ipsum, sicut quamlibet aliam iurisdictionis nostrae personam possumus per nos ipsos omni contradictione cessante, episcopum vero tanquam iuratum libertatis nostrae patronum, per maiorem iudicem pro rei exigentia severius coercere".

1 S. das Privileg Paschalis' II. S. 146. n. 5, welches die bischöflichen Rechte neben dem hergehobenen Punkt ausdrücklich wahrt.

2 S. die vorvorige Note.

3 So für die Kollegiatkirche zu Brioude priv. Calixt. II. a. 1120, Gallia chr. 2 app. p. 133, welches dieselbe in den päpstlichen Schutz nimmt, die Jurisdiktion jedes „sacerdos" ausser dem Papst ausschliesst und das Recht gewährt, die Zubereitung des Chrismas und Oeles, die Konsekration der Kirchen und die Ordination der Kleriker von jedem beliebigen Bischof vornehmen zu lassen.

4 Vgl. dazu einerseits das in der vorigen Note citirte Privilegium, andererseits die Diplome für Pisa und Genua (S. 145. n. 3), welche in Betreff der gedachten Kapitel gleichfalls erklären, „sub b. Petri et nostra protectione succipimus". S. übrigens dazu auch c. 10 (Bonifac. VIII.) in VI^to de privileg. V. 7.

5 Für Lemans c. 5 (Innoc. c. III.) X. de consuet. I. 4; für Chartres c. 23 (id.) X. de V. S. V. 40; c. 6. conc. ap. Vallem Guidon. a. 1242 (Hardouin 7, 349). S. auch die folgende Note. Ein Beispiel der Verhängung des Interdikts gegen die Kathedrale zu Rouen durch das dortige Kapitel Gallia christ. 11, 59.

6 So namentlich für den Fall der Verhängung gegen die eigene Kathedralkirche wegen angeblicher vom Bischof dem Kapitel zugefügter Verletzungen, s. c. 2 (conc. Lugdun. II. 1274) und c. 8 (Bonif. VIII.) in VI^to de off. iud. ordin. I. 16; conc. Mogunt. a. 1261. c. 19, Hartzheim 3, 600.

7 Ein Schiedsspruch von 1224, Ughelli 3, 426 setzt für Pisa fest, „quod . . . capitulum Pisanum de caetero habeat et possideat ecclesias superius positas quoad ius confirmandi, instituendi, interdicendi, suspendendi, excommunicandi, corrigendi, visitandi propria praedicta et recipiendi decimas,

heit von der bischöflichen Visitationsbefugniss[1] und endlich die Exemtion vom Bischof mit Unterstellung unter den Erzbischof und selbstständiger Jurisdiktion über die untergegebenen Kirchen[2] vor. Der kleinste Theil dieser Berechtigungen kann auf päpstlichen Privilegien beruht haben[3], vielmehr sind sie theils durch die Konnivenz der Bischöfe, theils aber wohl meistens durch Usurpationen der Kapitel entstanden, welche dabei auf Grund einzelner, ihnen gewährter derartiger Begünstigungen ihre Unabhängigkeit immer weiter auszudehnen strebten[4]. Wenn auch die Bischöfe seit dem 13. Jahr-

primitias et oblationes et procurationes ratione praedictorum necessarias imponendi et exigendi moderatas collectas ex aliqua rationabili vel utili causa impositas vel imponendas et iis tantum scilicet in sacramentis ab eo recipiendis, in cognitione criminalium causarum quando ageretur ad depositionem, in correctione si capitulum fuerit negligens et hoc admonitione praemissa capitulo, in visitatione generali cum totum episcopatum visitaverit et appellatione ad eum interponenda dominum archiepiscopum debita reverentia et canonica iustitia reservata"; ferner besagt der Spruch, dass „consilium et assensus capituli" zur Konsekration der Kirchen und Bischöfe, der Ordination der Kleriker, sowie der Wahlen der Aebte, Kanoniker und Plebane erforderlich sein und der Erzbischof keinen Geistlichen der Domkirche des Beneficiums und des Officiums entsetzen, sowie das Kapitel mit dem Bann und Interdikt belegen soll, anders als: „canonico iudicio praeeunte et legitima admonitione praemissa"; weitere Beispiele der Einräumung bischöflicher Gerechtsame über Pfarrkirchen bieten die Passauer Wahlkapitulation v. 1252, Hansiz, Germania sacra 1, 392 u. das dipl. a. 1274 für Casena, Ughelli 2, 453.

[1] Für das Kapitel von Besançon, welches nur durch einen päpstlichen Abgesandten visitirt wurde, s. Gallia christ. 15, 116; auch das Kapitel von Linkoln beanspruchte diese Freiheit (Matthaeus Paris, historia maior ad a. 1239, ed. Wats, Londini 1640. p. 485): „ut postposito decano Lincolniensi, ab ipso episcopo contra consuetudinem ecclesiae infra tempus cuius non extat memoria visitarentur", in dem darüber entstandenen Streit, ibid. a. 1241. p. 572 entschied aber Innocenz IV. im J. 1245 l. c. p. 689, für den Bischof und erkannte nur das Korrektionsrecht des Kapitels über seine Mitglieder vorbehaltlich des Rechtes des ersteren bei Säumigkeit des letzteren einzuschreiten, an.

[2] S. das Diplom des Bischofs Bartholomäus von Verona a. 1278, Ughelli 5, 844 u. 853: „dicimus ac protestamur . . . archipresbyterum . . . canonicos et capitulum eiusdem ecclesiae praesentes et eorum praecedessores tanto tempore quanto memoria hominum ultra nequit habere subiectos patriarchae Aquileiensi ac exemptos omnino a iurisdictione episcoporum ecclesiae Veronens. et nostra una cum monasteriis, capellis et ecclesiis ad eos pertinentibus, videlicet ecclesia S. Georgii a domo. . . . In quibus et aliis ecclesiis ad eos pertinentibus ac ipsarum personis, scilicet praelatis, clericis, conversis et sororibus earumdem ac mansionariis eccles. Veron. patet nobis et liquido protestamur, ipsum archiepiscopum et eius successores in spiritualibus et temporalibus plenam iurisdictionem obtinere. . . . Volumus itaque ut archipresbyter et canonici praelibati ac successores ipsorum exemptione ac libertate a nostra et nostrorum successorum episcoporum eccles. Veron. iurisdictione in suis et suorum subditorum praedictorum personis perpetuo potiantur. Liceat eidem archipresbytero et suis successoribus praedicta monasteria, ecclesias, praelatos, clericos et personas ecclesiasticas ac mansionarios eccles. Veron. libere absque nostra et successorum nostrorum . . . contradictione de caetero instituere, visitare, corrigere et cognoscere de causis omnibus, etiam criminalibus quae eiusdem personis vel inter ipsos movebuntur ac electiones praelatorum, clericorum et personarum praedictarum confirmare vel etiam infirmare ac in eos et eas censuram ecclesiasticam et iurisdictionem perpetuam exercere et ad ordines etiam sacros quibuscumque episcopis praesentare. . . . Nos igitur Raymundus . . . sed. Aquilejens. patriarcha . . . eadem privilegia . . . rata . . . habentes confirmamus . . . statuentes, ut praedicti archipresbyter et canonici eccles. Veron. sint liberi sub iure et dominio atque regimine et iurisdictione Aquilej. patriarchae ita ut nullus episcopus Veron. . . . possit . . . iurisdictionem in ipsos vel in aliquem ipsorum exercere sive subditos eorumdem, sed si quis contra eos vel aliquem ipsorum aliquid dicere voluerit seu ipsos civiliter vel criminaliter convenire ante patriarchalem sedem, sub cuius tutela et iurisdictione est, eos conveniat, salva tamen ordinaria iurisdictione archipresbyteri Veron. in omnibus spiritualibus et temporalibus quam cognoscimus de iure et consuetudine ipsum archipresbyterum plene obtinere in Veron. eccles. canonicos, mansionarios, praebendarios, praelatos, clericos, fratres et conversos et alias ecclesiasticas personas monasteriorum supradictorum, plebium ecclesiasticarum et capellarum superdictarum et in suprascripta monasteria, subiecta plebes et capellas superius memoratas" . . .

[3] Für das 13. Jahrhundert habe ich keins bei meinen Nachforschungen gefunden, sehr nahe dieser Zeit steht freilich das Privilegium Clemens' V. a. 1307, welches die Kanoniker, Kapelläne und Kleriker von Poitiers für exemt erklärt, nur nicht hinsichtlich der ihnen an andern als der Domkirche zustehenden Beneficien und der gegen den Bischof und seine Familiaren begangenen Vergehen, und das Privilegium desselben Papstes für Lemans, s. Choppin, traité de la police ecclésiastique, ed. dernière. Paris. 1662. lib. II. tit. 4. n. 7 u. lib. I. tit. 5. n. 8. p. 249. 97.

[4] Die weitgehenden Rechte des Kapitels zu Verona haben lediglich darin ihr Fundament gehabt, dass nach den früheren Diplomen (Ughelli 5, 848) die von einem Archidiakon erbaute Kirche S. Georg de domo, eine nachmalige Kollegiat-

hundert jenen ihrer Stellung nachtheiligen Usurpationen entgegentraten [1] und sogar in einzelnen Metropolitanbezirken Vereinigungen zur Abwehr derselben schlossen, so waren dieselben doch bei der Renitenz der Kanoniker erfolglos [2], umsomehr als das Koncil von Vienne (1311), auf welchem viel über die Beseitigung der Exemtionen der Klöster verhandelt wurde, hinsichtlich der Kapitel Alles beim Alten liess [3]. So erhielten sich die letzteren nicht nur fortdauernd im Besitz ihrer Freiheiten [4], sondern es glückte auch manchen noch während dieser Zeit besondere päpstliche Privilegien zu erlangen [5], ganz abgesehen davon, dass die sich an die thatsächlichen Verhältnisse anschliessende Gesetzgebung und Doktrin auch die althergebrachte Gewohnheit als einen ausreichenden Rechtstitel für die den Bischöfen verhängnissvolle Befugniss der Kapitel zur Verhängung des Interdiktes gegen die Kathedralkirchen anerkannte [6]. Ebenso wenig war die Bestimmung des

kirche, auch S. Helena genannt (l. c. p. 661), zunächst den Patriarchen von Aquileja unterstellt worden ist. Zum Theil hat auch wohl der Besitz weltlicher Jurisdiktionsrechte (s. die Urkunden für St. Jean de Maurienne v. 1223 u. 1233 und für Valence v. 1288, Gallia christ. 16 app. p. 304. 306. 125) das Fundament für die Erlangung der geistlichen Jurisdiktion abgegeben. Mit Rücksicht auf die vielfachen Klagen wegen der Usurpationen der Kanoniker darf wohl angenommen werden, dass auch schon in jener Zeit nicht minder haltlose Gründe und nicht weniger unbeweiskräftige Stellen in Urkunden (so z. B. die Wendung „attendentes libertates capituli“ oder „in eorum iure, dominatione et ordinatione consistat“ etc.) von den Kapiteln für weitgehende Befreiungen geltend gemacht sind, wie nachmals im 17. Jahrhundert vor den französischen Parlamenten, s. z. B. Recueil des actes et mémoires du clergé de France. Tome VI. p. 451. 565.

[1] S. z. B. das ohne Datum bei D'Achery, spicileg. ed. nova 1, 707 mitgetheilte decretum: Significatum est, quod quarumdam ecclesiarum cathedralium clerici sedem suam ad aquilonem ponere volentes, ut acephali, quod criminosum est, habeantur, et episcopos suos in capitulo suo vel extra et praecipue in Vivariensi (Viviers) et Uticensi (Uzez) ecclesiis ad correctionem aliquam non admittant: negotia ecclesiae suae cum eorum consilio disponere vel tractare penitus contemnentes in quo dubium non est sacris canonibus obviare. Ideoque praesenti decreto statuimus, ut tam in ecclesiis cathedralibus quam aliis clerici proprios episcopos ad suam correctionem, sicut qui de animarum suarum cura tenentur reddere rationem, admittant humiliter et devote nihilque in ecclesiis suis absque ipsorum consilio et tractatu, praecipue in maioribus negotiis statuere vel ordinare praesumant. Quod si huius constitutionis inventi fuerint transgressores ab episcopis poena canonica feriantur“; welches offenbar in das 13. Jahrh. gehört.

[2] Vgl. das Koncil von Compiegne v. 1277 (Hardouin 7, 751 u. Gousset, les actes de la province de Reims 2, 415) und das Schreiben der Bischöfe der Rheimser Provinz an Bonifazius VIII. v. 1302, Gousset l. c. p. 476: „Capitula . . . ecclesiarum cathedralium, etsi quasi per totum regnum, potissime tamen in . . . Remensi provincia . . . privilegiis Romanorum pontificum abutentes concessa sibi contra malefactores suos ad debitores indistincte et quandoque ad proprii episcopi personam de quibus nulla fit in eis mentio iniuriose extendendo . . . se extollunt . . . et ipsi propter peccata sua se a quoquam, nedum in se, sed nec in familiaribus clericis seu capellanis tangi minime patiuntur, sed se gerunt omnino pro exemptis ab omni humana potestate . . . statim cum nostrum aliquis contra quemquam ex eis propter suos defectus aut excessus manifestos ad finem correctionis paternae intendit procedere et attentare, ipsi ad articulos prosiliunt quos vere libellos famosos possumus nominare in quibus vitam et famam praelati proprii lacerant dentibus venenosis . . . et nisi satisfaciat eis ad votum, comminantur cessationem a divinis et deinde ad eius criminationem facillime inclinantur“.

[3] Raynald. annal. a. 1312. n. 24; Bzovii cont. annal. Baronii a. 1311. n. II. ff. u. Hefele, Konciliengesch. 6, 462. 463.

[4] S. den Vergleich zwischen dem Bischof u. dem Kapitel von Verona v. 1376, Ughelli 5, 889 ff. und die Erklärung der Kapitelversammlung der Rheimser Provinz v. 1395 bei D'Achery, spicileg. ed. nova 1, 862; auch der beim Antritt seines Amtes vom Erzbischof Philipp von Sens allgemein über die Bewahrung der Freiheiten des Kapitels im J. 1310 geschworene Eid, Gallia christ. 12 app. p. 84, kann sich nur auf hier in Rede stehende Exemtionen beziehen; vgl. ferner den Vergleich zwischen Bischof und Kapitel von Auxerre a. 1401 u. 1458, Gallia christ. 12 app. p. 189. 199. Das vielfache Vorkommen der Exemtionen in Frankreich zeigen ausser den bisherigen Anführungen auch die Streitigkeiten darüber im 17. Jahrhundert, s. unten S. 152.

[5] Ein Privilegium Clemens' VI. v. 1344 für den später eingegangenen episcopatus Morinensis (oder Terouenne), das einen die Jurisdiktionsrechte des Kapitels sehr genau regelnden Schiedsspruch bestätigt, Gallia christ. 10 app. p. 412; ein solches von Clemens VII. v. 1393 theilweise abgedruckt bei Choppin l. c. lib. II. tit. 6. p. 248. Erwähnt werden solche für Sens und Tours von Clemens VII. v. 1389 u. 1382 in den Mémoires du clergé de France 6, 451. 452 u. 729; über Bourges s. ibid. p. 1139.

[6] Ausser den schon vorhin citirten c. 2 u. 8 in VI^to de off. iud. ordin. I. 16 vgl. Clem. 1. de sent. excommun. V. 10 und die Anführungen bei Gonzalez Tellez ad c. 33. X. I. 3. n. 4 und c. 2. III. 11. n. 10.

Koncils von Konstanz, dass alle seit dem Tode Gregors XI. († 1378), sowie die von den unter dem Papst stehenden Kirchenoberen ertheilten Exemtionen beseitigt sein sollten[1], von Erfolg, denn die meisten Kapitel datirten ihre Freiheiten viel weiter zurück, und die späteren Päpste gaben ebenfalls wieder ihrerseits neue derartige Privilegien[2].

Das Tridentinum hat trotz dringender darauf gerichteter Anträge[3] zwar gleichfalls nicht den aus den Exemtionen hervorgehenden Missständen durch eine totale Beseitigung derselben abgeholfen, indessen die letzteren gewissen Rechten der Bischöfe gegenüber für unwirksam erklärt. So sind auch die exemten Kapitel

1. der Visitation des Bischofs unterworfen und zwar a. der regelmässig von ihm alljährlich oder mindestens alle je zwei Jahre vorzunehmenden[4];

b. kann er dieselben, sofern es ihm erforderlich scheint, auch jeder Zeit ausserordentlicher Weise visitiren[5].

Während aber die erstere der General-Vikar statt des Bischofs abhalten kann[6], ist er zu der letzteren nur selbst befugt[7] und zwar allein oder unter Zuziehung von durch ihn auszuwählenden Gehülfen[8].

2. Ebensowenig ist der Bischof verhindert a. gegen das Kapitel oder einzelne Mitglieder derselben von seiner Regierungsgewalt ausserhalb des Falles der Visitation von Amtswegen oder auf Anrufen eines Dritten Gebrauch zu machen, jedoch hat er für diesen Fall mit Rücksicht auf die exemte Stellung des Kapitels folgende im Interesse der Sicherheit des letzteren eingeführte Vorschriften zu beachten[9]. Er muss

[1] Sess. gen. XLIII. c. 1, Hübler, die Konstanzer Reformation S. 158. 233. 234.

[2] So bestätigte z. B. Eugen IV. i. J. 1439 die Koncession des Bischofs von Arras, welcher die Kanoniker, die Präbendaten und Ministri an seiner Kathedrale von jeglicher bischöflichen iurisdictio spiritualis et temporalis befreit hatte, s. Fagnan. c. 8. X. de transact. I. 36. n. 9. 13 ff. Eigenthümlich ist die zeitweise Exemtion des Kapitels von Aix von „omni iurisdictione et superioritate" des des Mordes angeklagten Bischofs und Unterstellung desselben unter den apostolischen Stuhl, resp. die von diesem deputirten Legaten und Subdelegaten, „quamdiu ipse episcopus eidem ecclesiae praefuerit deinde ad nostrum beneplacitum" durch Sixtus IV. im J. 1472, Gall. christ. 1 app. p. 174.

[3] Analect. iur. pont. 1863. p. 1659 ff.

[4] Denn im c. 3 de ref. Sess. XXIV. Trident., welches diese anordnet, heisst es am Schluss der betreffenden Bestimmung: „non obstantibus quacunque consuetudine, etiam immemorabili atque exemptionibus et privilegiis quibuscunque". Dasselbe gilt auch von der ibid. Sess. VII. c. 7 de reform. vorgeschriebenen jährlichen Visitation der den Kathedral- und Kollegiatkirchen inkorporirten Beneficien.

[5] Ibid. Sess. VI. c. 4. de reform.: „Capitula cathedralium et aliarum maiorum ecclesiarum illorumque nullis exemptionibus, consuetudinibus, sententiis, iuramentis, concordiis quae tantum suos obligent auctores, non etiam successores, tueri se possunt, quominus a suis episcopis et aliis maioribus praelatis per se ipsos solos vel illis quibus sibi videbitur adiunctis, iuxta canonicas sanctiones toties quoties opus fuerit visitari, corrigi et emendari etiam auctoritate apostolica possint et valeant".

[6] Entscheidung der Congr. Conc. in Richters Trid. S. 39. n. 3 und Bened. XIV. de syn. dioeces. XIII. 9.

[7] Jedoch kann er bei eintretender Verhinderung, welche in genügender Weise durch seine eigene desfallsige Erklärung festgestellt wird, einen Spezial-Delegirten ernennen; so die Congr. Concil. s. Richter a. a. O. n. 1, anders Fagnan. ad c. 23. X. de cens. III. 39. n. 11.

[8] Aus dem Kapitel braucht er aber diese nicht zu nehmen, s. Fagnan. ad c. 17. X. de off. iud. ord. I. 31. n. 37 ff. und ad c. 21. X. de cens. III. 39. n. 5 ff., sowie die Mittheilungen in Richters Tridentinum S. 446. n. 4.

[9] Sess. XXV. c. 6 de reform.: „Statuit sancta synodus, ut in omnibus ecclesiis cathedralibus et collegiatis decretum sub fel. rec. Paulo III. quod incipit: Capitula cathedralium (Sess. VI. c. 4 de ref. cit.) observetur, non solum quando episcopus visitaverit, sed et quoties ex officio vel ad petitionem alicuius contra aliquem ex contentis in dicto decreto procedat; ita tamen ut quum extra visitationem processerit, infra scripta omnia locum habeant, videlicet, ut capitulum initio cuiuslibet anni eligat ex capitulo duos de quorum consilio et assensu episcopus vel eius vicarius tam in formando processum quam in ceteris omnibus actibus usque ad finem causae inclusive coram notario tamen ipsius episcopi et in eius domo aut consueto tribunali procedere teneatur. Unum autem tantum sit utriusque votum, possitque alter episcopo accedere. Quodsi ambo ab episcopo discordes in aliquo actu seu interlocutoria vel definitiva sententia fuerint, tunc intra sex dierum spatium



gemeinschaftlich mit den beiden, zu Anfang jeden Jahres vom Kapitel gewählten Kanonikern vorgehen, und wenn diese beiden seinen Schritten und Verfügungen nicht zustimmen, einen dritten, welchen er mit ihnen, eventuell bei nicht zu erreichender Einigung der nächste Bischof allein zu wählen hat, zur Entscheidung des streitigen Punktes zuziehen, widrigenfalls das Verfahren nichtig ist. Nur bei Vergehen wegen Inkontinenz und schwereren mit Absetzung oder Degradation zu ahndenden Verbrechen kann er bei vorliegendem Verdacht der Flucht im Interesse der Sicherung des Verfahrens allein den Verdächtigen verhaften, und die ersten provisorischen Schritte zur Feststellung des Thatbestandes vornehmen lassen.

b. Diejenigen, welche in dem exemten Kapitel weder eine Dignität besitzen noch Kanoniker sind, unterliegen dagegen der vollen bischöflichen Jurisdiktion[1].

c. Ebensowenig ist endlich das Recht des Bischofs, das Kapitel zur Berathung allgemeiner Angelegenheiten zusammenzuberufen, demselben zu präsidiren und die Abstimmung zu leiten, durch eine etwaige Exemtion beschränkt[2].

Die Doktrin und Praxis hat aber diese Vorschriften des Tridentinums da nicht für anwendbar erachtet, wo eine ex certa scientia cum causae cognitione ertheilte päpstliche Bestätigung eines zwischen dem Bischof und dem Kapitel abgeschlossenen Vertrages oder Vergleiches, welchen das Tridentinum sonst nur für die Lebensdauer des ersteren als bindend ansieht[3], vorlag[4].

In Frankreich, wo das Tridentinum nicht publicirt wurde, aber die Ordonnance von Orleans von 1560 die Exemtionen zu beseitigen suchte[5], leisteten die

cum episcopo tertium eligant et si in electione tertii etiam discordent, ad viciniorem episcopum electio devolvatur et iuxta eam partem, cum qua tertius conveniet, articulus in quo erat discordia, terminetur. Alias processus et inde secuta nulla sint nullosque producant iuris effectus. In criminibus tamen ex incontinentia provenientibus de qua in decreto de concubinariis et in atrocioribus delictis depositionem aut degradationem requirentibus ubi de fuga timetur, ne iudicium eludatur et ideo opus sit personali detentione, possit initio solus episcopus ad summariam informationem et necessariam detentionem procedere, servato tamen in reliquis ordine praemisso. In omnibus autem casibus ea ratio habeatur, ut iuxta qualitatem delicti ac personarum delinquentes ipsi in loco decenti custodiantur. Episcopis praeterea ubique is honor tribuatur qui eorum dignitati par est eisque in choro et in capitulo, in processionibus et aliis actibus publicis sit prima sedes et locus quem ipsi elegerint et praecipua omnium rerum agendarum auctoritas. Qui si aliquid canonicis ad deliberandum proponant, nec de re ad suum vel suorum commodum spectante agatur, episcopi ipsi capitulum convocent, vota exquirant et iuxta ea concludant. Absente vero episcopo omnino hoc ab iis de capitulo ad quos hoc de iure vel consuetudine spectat, perficiatur nec ad id vicarius episcopi admittatur. Ceteris autem in rebus capituli iurisdictio et potestas si qua eis competit et bonorum administratio salva et intacta omnino relinquatur. Qui vero non obtinent dignitates nec sunt de capitulo, ii omnes in causis ecclesiasticis episcopo subiiciantur; non obstantibus quoad supradicta privilegiis etiam ex fundatione competentibus nec non consuetudinibus etiam immemorabilibus, sententiis, iuramentis, concordiis quae tantum suum obligent autores". Darüber, dass diese Vorschrift durch eine später allgemein angenommene, wenn auch im Anfang nicht ganz unbestrittene Interpretation nur auf die exemten Kapitel bezogen worden ist, vgl. Bouix l. c. p. 292. 404.

[1] S. die vorige Note.

[2] S. ebendaselbst. — Selbstverständlich ist es, dass die Exemtionen auch nicht gegen die vom Tridentinum neu aufgestellten Vorschriften schützen konnten, also die Bischöfe trotz derselben nicht gehindert waren, die Einsetzung des theologus und poenitentiarius in exemten Kapiteln vorzunehmen (s. ob. S. 118. 121), Seminarien nach Vorschrift von Sess. XXIII. c. 18 de ref. zu errichten und die Vorschrift über die persönliche Abhaltung des officium divinum in Sess. XXIV. c. 12 de ref. zur Ausführung zu bringen; hinsichts der weiteren Befugnisse der Bischöfe, für die Beschaffung eines Fonds zu Distributionen und für eine angemessene Höhe der Präbenden zu sorgen, s. Sess. XXI. c. 3 de ref. u. Sess. XXIV. c. 15 de ref., ist das auch ausdrücklich ausgesprochen.

[3] Sess. VI. c. 4 de ref. u. Sess. XXV. c. 6 de ref.

[4] Fagnan. ad c. 8. X. de transact. I. 36. n. 6 u. ad c. 1. X. de confirm. util. II. 30. n. 26, welcher ibid. n. 37 berichtet, dass die Congr. Conc. in demselben Sinn entschieden hat. Allerdings ist der Grund, dass das Tridentinum in den betreffenden Stellen nicht ausdrücklich, wie in Sess. XXIV. c. 14 de ref., der confirmatio apostolica erwähnt, nicht haltbar.

[5] Art. 11: „Tous . . . chapitres tant séculiers

Kapitel die heftigste Opposition [1]. So blieben hier zunächst die früheren Uebelstände bestehen [2], und erst die Parlamente des 16. und 17. Jahrhunderts traten den übermässigen Prätensionen der Kapitel entgegen [3], indem sie es bei ihren Entscheidungen mit dem Beweise des Titels der Exemtionen sehr streng nahmen [4]. Völlig beseitigt worden sind aber die letzteren erst mit der Zerstörung der französischen Kirchenverfassung in Folge der Revolution und bei der Neuerrichtung der französischen Bisthümer hat man sie selbstverständlich nicht wiederhergestellt [5].

Länger haben sich die Exemtionen der Kapitel in Spanien, wo sie gleichfalls mindestens ebensoweit wie in Frankreich verbreitet waren [6], erhalten, denn hier hat sie erst das Konkordat von 1851 aufgehoben [7].

In Deutschland sind dagegen so umfassende Exemtionen, wie in den eben erwähnten Ländern nicht vorgekommen, vielmehr hat sich hier nur das schon früher besprochene Korrektionsrecht des Dekans, resp. des Kapitels (s. oben S. 96) entwickelt [8]. Die neueren Vereinbarungen mit dem päpstlichen Stuhle haben selbstverständlich keine derartigen Privilegien mehr eingeführt, vielmehr jenes eben erwähnte Recht des Kapitels noch mehr wie früher beschränkt (s. S, 136).

So ist denn heute im Allgemeinen wieder ein normaler Zustand hergestellt [9], jedoch lässt sich dem päpstlichen Stuhl keineswegs das Recht zur Ertheilung neuer Exemtionen, und zwar auch gegenüber den im Tridentinum den Bischöfen beigelegten Befugnissen [10], in thesi absprechen. —

Dass endlich umgekehrt dem Kapitel keine jurisdiktionellen Befugnisse über den Bischof zukommen, liegt auf der Hand; es besitzt vielmehr allein das jedem Untergebenen gegen den Höheren zustehende Recht der brüderlichen Ermahnung und der

et des églises cathédrales ou collégiales seront indifférement sujets à l'archevêque ou à l'évêque diocésain sans qu'ils puissent s'aider d'aucun privilége d'exemption et pour le regard de la visitation et punition des crimes" . . . (Recueil d'édits et ordonnances royaux sur le fait de justice. Paris 1720. 1, 375).

1 Analect. iur. pont. 1863. p. 1662.

2 Schreiben des Koncils von Rouen a. 1581 an Gregor XIII.: „Propter exemtiones capitulorum non potest restitui ecclesiastica disciplina nec emendari ullus abusus ecclesiarum cathedralium. Exemtiones vero nequeunt ad moderationem concilii Tridentini reduci propter capitulorum resistentium multitudinem eorumdemque potentiam", Mémoires du clergé de France 6, 1099. 1100.

3 S. die Entscheidungen betreffend die Domstifter von Sens, Angoulême, Chartres, Tours, Soissons, Boulogne, Amiens, Clermont, Chalons sur Marne, Bourges, Poitiers in den Mémoires l. c. p. 451. 650. 687. 728. 1101. 1122. 1129. 1131. 1132. 1139. 1141 und mehrere Kollegiatstifter ibid. p. 554. 749. 1106. 1135. 506.

4 Analecta l. c. p. 1665. 1666. Immerhin haben aber die französischen Kapitel doch mindestens die Kriminaljurisdiktion über die Kanoniker und die an der Kathedrale angestellten Geistlichen sich bewahrt, welche sie durch einen eigenen Kapitels-Official ausüben liessen, s. l. c. p. 1663, vgl. auch Héricourt, les loix ecclésiastiques de France, nouv. edit. Paris 1771. p. 257 ff.

5 Const. Pii VII.: Qui Christi v. 29. Nov. 1801. §. 9, Bull. Roman. cont. 11, 247; Konfirmation vom 9. April 1802. §§. 23. 30; ibid. p. 263. 265, u. Pii VII. const.: Commissa divinitus vom 27. Juli 1817, l. c. 14, 373; eiusd. const. Paternae charitatis vom 6. Oktober 1822. §. 14, l. c. 15, 584.

6 Schon die Ley de las siete partidas P. I. tit. 6. l. 3 erklärt den Dekan für den iudex ordinarius über die Mitglieder der Kapitelskirchen, und bemerkt, dass er diese Gewalt mehr durch Gewohnheit als nach dem geschriebenen Recht erlangt habe. Vgl. ferner Fagnan. ad c. 13. X. de off. iud. ordin. I. 31. n. 21 ff., auch Anal. 1863. p. 1659.

7 Art. 15: „Cum cathedralia capitula archiepiscoporum et episcoporum senatum consiliumque constituant, requirentur ab his vel de sententia vel de consensu, quemadmodum pro varietate negotiorum et circumstantiarum canonicae leges ac speciatim sacra Tridentina synodus decernunt. Quapropter cessabit illico omnis immunitas, exemptio, privilegium, usus aut abusus, qui in ipsorum capitulorum commodum cum ordinariae praesulum auctoritatis iactura per Hispaniarum ecclesias quacumque ratione invaluerit". Moy, Arch. 7, 382.

8 Vgl. auch Pirhing II. 2. n. 74.

9 In Deutschland findet sich heute nur ein exemtes, das Kollegiat-Kapitel in Bauzen, s. Schulte, stat. dioeces. p. 150, was sich daraus erklärt, dass das Königreich Sachsen in keinem Diöcesan-Verbande steht.

10 S. vorläufig Th. I. S. 185.

Anzeige beim Papst, wenn der Bischof sich eine Verletzung seiner Pflichten zu Schulden kommen lässt[1].

§. 84. γ. *Die Theilnahme der Domkapitel an der Leitung der Diöcese durch den Bischof.*

I. Der consensus und das consilium capituli. Die Gründe, welche den Domkapiteln die Theilnahme an der Verwaltung der Diöcese verschafft haben, sind im Allgemeinen bereits oben S. 59 ff. auseinandergesetzt. Suchten die Päpste auch seit dem 12. Jahrhundert den Satz zur Geltung zu bringen, dass der Bischof bei der Erledigung der kirchlichen Geschäfte das Kapitel zuzuziehen habe[2], so war doch die Betheiligung desselben nicht näher bestimmt, und erst die Doktrin des 13. Jahrhunderts[3] statuirte im Anschluss an die Dekretalen, welche jenes Recht des Kapitels bald als consensus[4] bals als consilium[5] bezeichneten, die bis auf den heutigen Tag festgehaltene Unterscheidung zwischen denjenigen Massnahmen, für welche der Bischof der Einwilligung, und denen, für welche er nur des Beirathes des Kapitels bedarf[6].

Die erstere, technisch consensus capituli genannt, ist erforderlich[7]:

1. zur Veräusserung und Belastung (alienatio im weiteren Sinne) des Vermögens der Kathedrale oder der Diöcesan-Institute[8], sowie zur Kontrahirung von Obligationen (z. B. von Anleihen), für diese Anstalten[9], nicht aber, wie freilich ohne zureichende quellenmässige Begründung angenommen wird[10], bei der blossen Verwaltung dieser Vermögensstücke;

2. bei wichtigen Veränderungen in dem bisherigen Beneficial-Bestand der Diöcese, nämlich a. zur Vornahme von Unionen, und Inkorporationen kirchlicher Beneficien, also z. B. Vereinigung einer Pfarrkirche mit einer Präbende, einer Dignität an der Kathedralkirche oder einem Kloster[11];

b. zur Suppression und Deminution vorhandener Beneficien oder Kanonikate[12];

[1] Vgl. Bouix l. c. p. 462 ff.; s. auch c. 9. X. de cler. non resid. III. 4 u. Fagnan. dazu n. 2; ferner c. un. in VI^to de clerico aegrot. III. 5.

[2] c. 5 (Alex. III.) X. de his quae fiunt a prael. III. 10: „.. mandamus, quatenus in concessionibus et confirmationibus et aliis ecclesiae tuae negotiis fratres tuos requiras et cum eorum consilio vel sanioris partis negotia eadem peragas“..

[3] Vgl. einerseits Bernard. Papiens. summa III. 9. welcher noch nicht consensus und consilium unterscheidet und andererseits Hostiensis summa aurea rubr. de his quae fiunt, welcher im wesentlichen schon die heutige gemeinrechtliche Theorie entwickelt.

[4] S. z. B. c. 1. 2 (Alex. III.). 9 (Innoc. III.) X. eod.

[5] S. Note 2.

[6] Wenn Berardi, comm. ad ius eccles. ad lib. I. et II. (diss. V. c. 2. ed. Mediol. 1, 171) diesen Unterschied verwirft, so ist seine Opposition in sofern berechtigt, als die Begriffe consensus und consilium früher nicht in der seit dem 13. Jahrh. aufgekommenen Weise präcisirt waren.

[7] Vgl. dazu Ferraris s. v. capitulum art. II.; Bouix l. c. p. 386 ff.; Huller a. a. O. S. 147 ff.

[8] c. 1 (Statuta antiqua) c. 2. 3 (Alex. III.) c. 8 (Innoc. III.) X. eod.; c. 8 (Coelest. III.) X. de reb. eccles. alien. III. 13. Das Nähere in Betreff der Kontroversen über die Tragweite dieser Vorschrift unten in der Lehre von der Veräusserung des Kirchengutes, s. vorläufig Huller a. a. O. S. 147.

[9] Arg. c. 4 (Innoc. III.) X. de fideiuss. III. 22; Reiffenstuel, ius canon. III. 10. n. 16.

[10] S. Ferraris l. c. n. 2 u. Huller a. a. O. S. 149; ersterer beruft sich auf die nicht beweiskräftigen c. 4—6. X. de his quae fiunt a prael. III. 10 und auf mehrere Entscheidungen der Rota.

[11] c. 8 (Innoc. III.) X. eod.; Clem. 2 de reb. eccles. non alienand. III. 4: „si una ecclesia alteri ecclesiae seu dignitati alicui vel praebendae per episcopum suo consentiente capitulo uniatur aut religioso loco donetur“ .. vgl. dazu auch Bouix l. c. p. 395; Huller S. 148.

[12] c. 8 (Innoc. III.) X. de constit. I. 2. c. 9 (Alex. III.) de his quae fiunt III. 10; Nic. Garcias tract. de benef. P. XII. c. 1. n. 1. 2.

c. bei der Errichtung neuer Kanonikate und Beneficien an der Kathedralkirche[1]; sowie auch neuer Pfarrkirchen innerhalb der Gränzen der bisherigen[2];

3. bei der Annahme eines Coadjutors durch den Bischof, wenn dem Kapitel das Wahlrecht des letzteren zusteht[3];

4. bei der Einführung eines in der Diöcese de praecepto zu feiernden Festes[4];

5. bei Massnahmen, welche für die bisherige Stellung des Kapitels oder die kirchlichen Rechte desselben präjudiciell sind[5];

6. bei der Besetzung der Kanonikate[6], sofern dieselbe nicht durch besondere partikularrechtliche, allerdings sehr häufig vorkommende Normen anders geregelt ist. Besitzt das Kapitel ein Präsentationsrecht oder steht ihm gar ein Kollationsrecht gemeinschaftlich mit dem Bischof zu, so ist allerdings auch der Konsens des Kapitels erforderlich[7], indessen gehört der eben gedachte, meistens bei dieser Gelegenheit erwähnte Fall[8] nicht hierher, weil der Grund dafür nicht in der Stellung des Kapitels als einer bei einzelnen Akten der Diöcesanregierung konkurrirenden Behörde, sondern in einer davon unabhängigen Berechtigung liegt, und nur kraft dieser letzteren die Zustimmung nöthig ist[9].

7. Das Dekretalenrecht räumt zwar dem Kapitel die Betheiligung an der Handhabung der Strafjurisdiktion durch den Bischof, also namentlich bei Verhängung von Censuren, so z. B. des Interdiktes[10] und der Suspension[11] ein, aber bei dem vielfach in jener Zeit hervortretenden Antagonismus zwischen Bischöfen und Kapiteln kam die

[1] c. 8. cit., c. 33 (Bonifac. VIII.) in VI^to de praeb. III. 4; also auch zur Einsetzung von canonici supranumerarii (s. oben S. 64), so auch die Congr. Conc. s. Ferraris l. c. n. 8 Analect. iur. pontif. 1863. p. 2015.

[2] Nach der übereinstimmenden Annahme der Doktrin, s. Fagnan. ad c. 3. X. de eccles. aedif. III. 48. n. 49 ff., welche deshalb begründet erscheint, weil dabei eine Deminution des bisherigen Beneficiums stattfindet und die Sektion oder Zertheilung der Pfarreien der Union derselben an Wichtigkeit gleichsteht.

[3] c. un. (Bonifac. VIII.) in VI^to de clerico aegrot. III. 5; de Luca, annotat. ad conc, Trident. disc. 45. n. 10; Bened. XIV. de syn. dioeces. lib. XIII. c. 10. n. 24.

[4] Statt des in c. 5 (Gregor. IX.) X. de feriis II. 9 für erforderlich erachteten Konsenses des „clerus et populus" ist nach der späteren Verfassungsgestaltung, wie auch die Congr. Conc. 1719 angenommen hat („sicuti potest summus pontifex festum de praecepto indicere in universa ecclesia, ita potest episcopus hoc ipsum facere in sua dioecesi . . . omnes tamen agnoscunt necessitatem consensus capituli", Thesaur. resolut 1, 294) nur die Einwilligung des Kapitels denkbar.

[5] Das ist wohl das aus c. 17 (Honor. III.) X. de maior. et obed. I. 33 zu entnehmende Princip. Während Einzelne, so Reiffenstuel l. c. n. 15 blos den Konsens für den dort speciell erwähnten Fall, nämlich die Unterwerfung eines Metropolitanstuhls unter einen Primaten, verlangen, wollen andere daraus den Satz herleiten, dass das Kapitel in allen Fällen, wo sein Interesse berührt werde, seine Zustimmung zu geben berechtigt sei, s. B. Barbosa, de canonicis c. 42. n. 14; Gehring S. 146; Huller S. 149. Abgesehen von der völligen Unbestimmtheit dieser Regel spricht aber auch der Umstand dagegen, dass der Grund, aus welchem der Konsens in c. 17 vom Papst erfordert wird, die die öffentlichen als Privatrechte ansehende mittelalterliche Auffassung ist, welche kein Bedenken hatte, die Regeln über die Veräusserung der Vermögensrechte auch auf rein kirchliche Befugnisse zu übertragen. Uebrigens rechtfertigt c. ult. X. de his quae fiunt III. 10 (s. Huller a. a. O.), ebensowenig die hier bekämpfte Annahme, und es kann auch darauf nicht (so Longner, Rechtsverhältnisse der Bischöfe S. 479, Helfert, Rechte der Bischöfe 1, 338 u. Schulte, Lehrbuch 2. Aufl. S. 231) der mit dem Text im wesentlichen übereinstimmende Satz gestützt werden, dass der Konsens des Kapitels nöthig ist, wenn die Rechte desselben verändert werden sollen, denn jene Vorschrift verlangt zwar die Zulassung der Kapitel zum Provinzialkoncil, ein votum decisivum legt sie ihnen aber nicht bei.

[6] Diesen für die Kollation der erwähnten Aemter geltenden gemeinrechtlichen Satz gründet die kanonistische Doktrin auf c. 31 (Innoc. III.) X. de elect. I. 6; vgl. den casus der Glosse zu diesem Kap. i. f.; Fagnan. ad c. cit. n. 2 ff.; Ferraris s. v. canonicatus art. II. n. 1.

[7] c. 6 (Coelest. III.) X. de his quae fiunt III. 10.

[8] S. z. B. Richter §. 135; Schulte a. a. O.; Huller S. 149.

[9] Dasselbe gilt von dem bei Ferraris s. v. capitulum art. II. n. 7 besonders aufgezählten Fall der Einwilligung zur Errichtung eines Seminars in den (dem Kapitel gehörigen) Kanonikalhäusern.

[10] c. 2. X. (Coelest. III.) de his quae fiunt a maiori parte III. 11.

[11] c. 1 (Alex. III.) X. de excess. praelat. V. 31.

Zuziehung der letzteren um so leichter ausser Gebrauch[1] als durch Bonifacius VIII. die Statthaftigkeit einer derogirenden Gewohnheit anerkannt wurde[2].

Damit ist der Kreis der Akte, für welche die Quellen die Nothwendigkeit des Konsenses des Kapitels statuiren, abgeschlossen. Einzelne weiter hierher gerechnete Fälle sind entweder, wie der der Auferlegung neuer Diöcesan-Abgaben, nicht quellenmässig begründet[3] oder sie gehören unter die einzelnen Nummern der so eben gegebenen Zusammenstellung[4].

Ausserdem hat aber der Papst bei der Ertheilung von Fakultäten an die Bischöfe das Recht, die Ausübung derselben von der Zustimmung des Kapitels abhängig zu machen, wofür die gewöhnlich auf drei Jahre den Bischöfen gewährte Befugniss mit Konsens ihrer Kapitel die Prosynodal-Examinatoren für den Pfarrkonkurs zu ernennen, ein Beispiel bietet[5]. Nicht minder ist der Papst kraft seiner gesetzgebenden Gewalt befugt, einzelnen Kapiteln für andere Massnahmen des Bischofs ein Konsensrecht einzuräumen[6].

Ebenso kann sowohl in Folge statutarischer Festsetzungen als auch kraft rechtsverjährter Gewohnheit das Kapitel weiter gehende Befugnisse haben, wie auch umgekehrt einer grösseren Beschränkung seines Konsensrechtes durch Statut oder Gewohnheit nichts im Wege steht[7].

Den Gegensatz zu dem consensus bildet das consilium capituli, der Rath oder die Wohlmeinung des Kapitels. Während der Bischof da, wo er den ersteren ein-

[1] Durantis specul. iur. lib. III. p. 1. de accus. §. 4. n. 3.

[2] c. 3 in VI^to de consuet. I. 4: „Non est, dum tamen alias sit praescripta canonice, consuetudo, quam allegat episcopus, reprobanda, quod in inquirendis, puniendis et corrigendis subditorum excessibus consilium sui capituli requirere minime teneatur"; vgl. überhaupt Bouix l. c. p. 398 ff.; Kober, Deposition und Degradation S. 310 ff. Die Rota hat freilich an der Nothwendigkeit des Konsenses des Kapitels für die Degradation, die suspensio perpetua und das Interdikt festgehalten, Bouix p. 401; wegen des letzteren s. auch Gonzalez Tellez ad c. 2. X. III. 11 cit. n. 9 u. Kober in Moys Archiv 22, 6.

[3] Denn das dafür z. B. bei Longner a. a. O. S. 480 u. Richter §. 135. n. 8 citirte c. 6. X. III. 10 enthält nichts darüber und das von Phillips, Lehrbuch S. 410. n. 12 und Schulte, Lehrb. 2. Aufl. S. 232. n. 34 angezogene c. 9 eod.: „... quaesivisti ... quatenus singularum parochiarum proventus in usus ecclesiae cederent necessarios et stipendia ministrorum, si episcopo liceat sine auctoritate summi pontificis vel saltem sine capituli sui voluntate viris religiosis conferre obventiones alicuius parochialis ecclesiae, sustentatione vicarii reservata. Et quum Lateranensis concilii statuta prohibeant ecclesiis novam imponi vel augeri veterem pensionem, postulas edoceri, an episcopus valeat locis religiosis consentiente patrono totam ecclesiam vel de novo conferre aliquam portionem. Ad quod ... respondemus, quod salva constitutione canonica de concedenda piis locis quinquagesima portione neque primum neque secundum facere potest episcopus, nisi de licentia Romani pontificis praeter capituli sui voluntatem"; handelt von der oben im Text S. 153 unter No. 2 erwähnten Incorporation, resp. der Deminution der Beneficien durch Auflegung von Pensionen. Für die Erhebung des subsidium caritativum insbesondere verlangt eine weit verbreitete Meinung, s. z. B. Devoti, inst. iur. canon. II. 15. n. 4; Schulte, K. R. 2, 536; Richter §. 234 u. die Congr. Conc. bei Pignatelli, consultat. canon. t. 9. cons. 142. n. 6. 8 den Konsens des Kapitels, während andererseits, s. Barbosa, de off. et potest. episc. P. III. alleg. 87. n. 11; Reiffenstuel III. 39. n. 34, nur das consilium für erforderlich erklärt wird, eine Ansicht, welche beim Mangel eines speciellen quellenmässigen Anhalts mit Rücksicht auf c. 4. 5. X. III. 10 begründeter erscheint als die ersterwähnte. Ebenso mangelt es an einem Quellen-Beweise für die Behauptung, dass der Bischof zur Translation von Reliquien den Konsens des Kapitels einholen müsse, so Fagnan. ad c. 2. X. de reliqu. et vener. sanct. III. 45. n. 29 und Huller S. 149.

[4] So z. B. die Umänderung einer Pfarrkirche in ein Kloster (s. c. 73. C. XII. qu. 2 u. Helfert 1, 338), weil hierbei entweder eine Suppression der Pfarrei oder Inkorporation derselben zu Gunsten des Klosters stattfindet.

[5] Das Formular bei Ginzel, Codex des österr. Kirchenrechts S. 37. Ueber ein früheres hierher gehöriges Dekret Clemens' VIII. vgl. Fagnan. ad c. 14. X. de aetate et qualit. I. 14. n. 54; Bened. XIV. de syn. dioeces. IV. 7. n. 8. 9.

[6] Beispiele dafür S. 145.

[7] c. 6. cit. X. III. 10; c. 3 cit. in VI^to I. 4 (s. Note 2); vgl. Barbosa, de canon. et dignit. c. 42. n. 14; Garcias l. c. P. V. c. 4. n. 239; Reiffenstuel III. 10. n. 25 ff. Jedoch mag hier daran erinnert werden, dass eine Derogation der Vorschriften des Tridentinums nicht statthaft ist. Schulte, K. R. 1, 250.

holen muss, wider den Willen seiner Kanoniker nichts gültig vornehmen kann, ist er nicht verbunden, das consilium capituli zu befolgen, vielmehr nur dasselbe einzufordern und anzuhören. Gemeinrechtlich liegt ihm diese Verpflichtung ob:

1. bei der Ein- und Absetzung der kirchlichen Würdenträger (z. B. der Aebte und Aebtissinnen) und anderen geistlichen Personen[1]. Indessen ist diese Regel hinsichtlich der Kollation der niederen Beneficien[2] und in Betreff der Abts- und Aebtissinnen-Stellen in Folge der Exemtionen der Klöster und der besonderen, über die Besetzung derselben bestehenden Normen längst unpraktisch geworden. Dasselbe gilt auch für den weiteren Fall der Absetzung[3];

2. bei Ertheilung von Dispensationen und Konfirmationen[4];

3. bei Angelegenheiten, welche die Interessen des Kapitels berühren[5], sofern das letztere nicht weiter gehende Rechte besitzt;

4. bei allen wichtigeren Geschäften der bischöflichen Verwaltung[6], (soweit nicht etwa dem Kapitel bei einzelnen rechtlich eine weitere Betheiligung zukommt), so z. B. bei der Anordnung von öffentlichen Processionen[7], vor der Vorlegung der der Diöcesan-Synode zur Berathung zu unterbreitenden Dekrete und Konstitutionen[8], vor dem Erlass sonstiger wichtiger allgemeiner Anordnungen für die Diöcese, und bei der Errichtung von Klöstern[9].

Das Tridentinum verlangt ferner

5. die Einholung des consilium capituli bei der Beschaffung des Unterhaltes des Theologus für den Fall der Nichtexistenz einer ausreichenden Pfründe[10];

6. bei der Bestellung des nach Sess. V. c. 1. de ref. einzusetzenden Schulmeisters;

7. bei der Feststellung der einzelnen für die verschiedenen Kanonikate erforderlichen höheren Weihegrade[11];

8. bei der provisorischen Ergänzung der verstorbenen Synodalrichter[12].

[1] c. 4 (Alex. III.) X. de his quae fiunt a prael. III. 10: „... Innotuit ... quod tu sine consilio fratrum tuorum abbates et abbatissas et alias ecclesiasticas personas instituis et destituis ... Ideoque id auctoritate apostolica prohibemus. Nos enim tales institutiones et destitutiones carere decernimus robore firmitatis". Dass unter den aliae personae ecclesiasticae gewöhnliche Geistliche verstanden werden müssen, also das Kapitel sich nicht blos auf die kirchlichen Würdenträger bezieht (von diesen sprechen einzelne Neuere allein, s. Schulte 2, 258; Huller S. 146), kann namentlich mit Rücksicht auf das ältere Recht (vgl. S. 50. n. 7) und c. un. §. 1 in VIto ne sede vacante III. 8 nicht zweifelhaft sein.

[2] S. unten in der Lehre von der Besetzung der Kirchenämter.

[3] Kober, Deposition S. 374. 379. Vgl. auch oben S. 154 unter Nr. 7. Dass für die Ausübung der Strafjurisdiktion in den Darstellungen bald der consensus, bald das consilium capituli verlangt wird (s. z. B. Richter §. 135. n. 8; Schulte 2, 258; Huller S. 146. 147), erklärt sich aus den schwankenden Ausdrücken der Quellen, von denen c. 4 cit. des consilium, c. 2. X. III. 11 des assensus, c. 1. X. V. 31 des iudicium capituli und c. 24. X. de accusat. V. 1 der Anwesenheit des Kapitels („coram ecclesiae senioribus") gedenkt, und welchen die spätere strenge Scheidung des consilium und des consensus, also eine genaue juristische Präcisirung der Theilnahme des Kapitels, noch fremd ist.

[4] c. 5. X. III. 10.

[5] Arg. c. ult. eod.: „Visum fuit nobis ... ut capitula ipsa ad huiusmodi concilia debeant invitari et eorum nuncii ad tractatum admitti, maxime super illis quae ipsa capitula contingere dignoscuntur".

[6] c. 4. 5. X. cit. III. 10.

[7] So nach den Entscheidungen der Ritus-Kongreg. bei Barbosa, de canonicis c. 42. n. 20 und Ferraris l. c. n. 19.

[8] Vgl. die Entsch. der Congr. Conc. bei Ferraris l. c. n. 25; Benedict. XIV. de synod. dioeces. XIII. 1. n. 9 ff.; Bouix l. c. p. 444 ff.; Phillips Diöcesansynode S. 172. Ob auch vor der Berufung ist streitig, s. Pignatelli consult. canon. t. 1. cons. 69; Ferraris l. c. n. 21 und s. v. synodus dioecesana n. 17. Die verneinende, von der Congr. Conc. getheilte Meinung (Bouix l. c. p. 443. 444) erscheint aber begründeter, weil der Bischof zur Berufung der Synode gesetzlich verpflichtet, also eine Berathung über die Zweckmässigkeit der Konvokation völlig unnütz und rechtlich unzulässig ist.

[9] Schmalzgrueber lib. III. tit. 10. n. 12.

[10] Sess. V. c. 1. de ref.

[11] Sess. XXIV. c. 12 verb. episcopus autem.

[12] Sess. XXV. c. 10 de reform.



Endlich hat die eben gedachte Synode in folgenden Fällen:

1. bei der Verkündigung von Ablässen[1];
2. bei der Umwandlung von Stiftungen für die Fremden-, Kranken- und Armenpflege, welche ihren ursprünglichen Zweck nicht mehr erfüllen können[2];
3. bei der Einrichtung des Chordienstes bis diese durch die Provinzialsynode geregelt ist[3];
4. bei der Errichtung der Knabenseminare und allen auf diese bezüglichen Anordnungen[4];
5. bei der Beschaffung der Einkünfte für die eben erwähnten Institute[5]

die Einholung des Rathes zweier Domherren vorgeschrieben. Die Auswahl ist dem Bischof in den Fällen zu 1. 2. und 4. frei überlassen, nur soll er in dem zweiten solche Domherren, welche in praktischen Geschäften Erholung besitzen (usu rerum peritiores), und in dem vierten zwei ältere und angesehenere Kanoniker (seniores und graviores) zuziehen. Für die unter 3. und 5. erwähnten Massnahmen hat er dagegen nur den einen, das Kapitel dagegen den anderen zu bestimmen und für die letztere muss er ausser den beiden Domherren noch einen von ihm und einen zweiten vom städtischen Klerus gewählten Geistlichen der bischöflichen Stadt mit ihrem Gutachten vernehmen[6].

Ebenso wie der Papst dem Bischof die Einholung des consensus des Kapitels für die Ausübung gewisser demselben übertragener Befugnisse aufzugeben befugt ist, kann er ihm auch die Anhörung des Rathes desselben zur Pflicht machen[7].

Schliesslich bleibt dem Gewohnheitsrecht ebenfalls den erwähnten Vorschriften gegenüber, so fern letztere nicht auf dem Koncil von Trient beruhen[8], derselbe Spielraum, wie gegenüber denjenigen, welche eine Einforderung des Konsenses des Kapitels vorschreiben[9], und zwar umsomehr als der Begriff der wichtigeren Angelegenheiten, für welche das letztere sein consilium zu ertheilen hat, schwankend ist.

Wenn der Bischof nach dem Vorstehenden des Konsenses oder des Rathes des Kapitels bedarf, so muss dieser capitulariter abgegeben werden. Es genügt also nicht eine beliebige Erklärung der einzelnen Domherren, sondern es ist die Verhandlung und Beschlussfassung in einer Sitzung des Kapitels nothwendig[10]. Die Normen, welche für diese letztere, z. B. hinsichtlich der Abstimmung, der beschlussfähigen Anzahl, der erforderlichen Stimm-Majorität u. s. w. zur Anwendung kommen, sind dieselben, welche für die Verhandlungen der eigenen Korporations-Angelegenheiten des Kapitels gelten[11]. Nur hat der Bischof, weil das letztere bei Abgabe seines Konsenses oder Consiliums als sein Senat und nicht als selbstständige Korporation erscheint, das Recht zur Berufung (also auch zur Bestimmung der Zeit und des Ortes der Sitzung), sowie

[1] Sess. XXI. c. 9. de reform: „Indulgentias vero aut alias spirituales gratias . . . deinceps per ordinarios locorum, adhibitis duo de capitulo, debitis temporibus populo publicandas esse decernit. Quibus etiam eleemosynas atque oblata sibi caritatis subsidia, nulla prorsus mercede accepta, fideliter colligendi facultas datur, ut tandem coelestes hos ecclesiae thesauros non ad quaestum, sed ad pietatem exerceri omnes vere intelligant". Davon, dass auch zur Ausschreibung von Kirchenkollekten zwei Domherren zugezogen werden müssen (so Schulte, Lehrb. S. 232 u. Huller S. 147), steht in dieser Stelle nichts.

[2] Sess. XXV. c. 8 de ref.

[3] Sess. XXIV. c. 12 de ref.

[4] Sess. XXIII. c. 18 de ref.

[5] Ibid.

[6] S. die in den vorigen Noten citirten Stellen.

[7] Mitunter werden die Fakultäten zur Ernennung der Prosynodal-Examinatoren (s. S. 155) auch unter dieser Bedingung ertheilt, s. das Formular bei Ginzel, Codex des österr. Kirchenrechts S. 38.

[8] S. oben S. 155. n. 7.

[9] Argum. c. 3 cit. in VI^to I. 4; Ferraris s. v. capitulum art. II. n. 27; Bouix l. c. p. 672.

[10] Bouix l. c. p. 407; Huller S. 150.

[11] Huller a. a. O.

zur Führung des Präsidiums und zur Leitung der Verhandlungen, jedoch mit der Ausnahme, dass wenn er dem Kapitel eine seine Person oder seine Interessen betreffende Angelegenheit zu proponiren hat, er jedenfalls nach gemachter Vorlage vor der Berathung und Abstimmung die Sitzung verlassen muss [1]. Für die Feststellung des Resultates der Verhandlung kommen selbstverständlich allein die Stimmen der Domherren, nicht die des Bischofs, sofern er nicht etwa selbst Kanoniker ist, in Betracht, weil gerade der consensus, resp. das consilium capituli konstatirt werden soll [2].

Holt der Bischof in den vorgeschriebenen Fällen das consilium resp. den consensus capituli nicht ein, wird dieses nicht ordnungsmässig abgegeben oder nimmt er trotz der verweigerten Zustimmung des Kapitels eine Massnahme vor, zu welcher letztere eingeholt werden muss, so ist der betreffende Akt nichtig [3]. Indessen kann diese Nichtigkeit nur eine s. g. relative sein, da das gemeine Recht bei Verletzung der in Rede stehenden Vorschriften auch eine spätere Ratihabition gestattet [4]. Demgemäss bleibt die Handlung des Bischofs gültig, wenn sie weder vom Kapitel noch von einem einzelnen Mitgliede desselben [5] hinterher als null und nichtig angefochten wird [6]. Dass der Bischof das consilium nicht zu befolgen braucht, kann hierbei deshalb keinen Unterschied begründen [7], weil er verpflichtet ist, dasselbe zu seiner besseren Information vorher einzuholen. Wenn freilich in diesen Fällen die Ratihabition des Kapitels einer nachträglichen Konsens-Erklärung so gut wie gleich kommt, so liegt das in der Natur der Verhältnisse. Geltend gemacht werden kann die Nullität durch eine Vorstellung bei dem Bischof selbst oder bei dem päpstlichen Stuhl, aber auch im Wege einer förmlichen Nullitätsklage, für deren Verhandlung auch der Metropolit nach den oben erwähnten Grundsätzen [8] als kompetent angesehen werden muss.

Was die Anwendbarkeit der eben gedachten Normen des gemeinen Rechtes in den einzelnen deutschen Staaten betrifft, so steht derselben im Allgemeinen nichts entgegen. Die früher erwähnten Konkordate und Circumscriptionsbullen [9] bestimmen in dieser Hinsicht nichts, da sie aber die Kapitel von Neuem organisiren, so kann nur angenommen werden, dass sie mit der Neuerrichtung auch die hinsichtlich derselben geltenden gemeinrechtlichen Regeln als massgebend angesehen haben. Jedenfalls lässt sich aus der den Kanonikern durch diese Vereinbarungen und andere Specialvorschriften auferlegten Pflicht, dem Bischof auf Erfordern bei der Verwaltung der Diöcese und in

[1] Trid. Sess. XXV. c. 6 (s. oben S. 150. n. 9); Barbosa, de canonicis c. 35. n. 7; Bouix l. c. p. 193: Huller a. a. O.

[2] Dem steht auch c. 15. X. de conc. praeb. III. 8, wie mitunter behauptet worden ist (s. darüber Barbosa, J. E. U. I. 32. n. 25 und Huller a. a. O.), nicht entgegen und rechtfertigt namentlich nicht die Meinung, dass zur Herstellung des Konsenses des Kapitels die Stimme des Bischofs und die nur eines Kanonikers ausreichend sei.

[3] c. 1—4. X. de his quae fiunt III. 10; Reiffenstuel III. 10. n. 10; Bouix l. c. p. 381. 382.

[4] c. 2. 3. cit.

[5] Da das Recht den Konsens oder das Consilium vorschreibt, so kann natürlich die Frage, ob wegen Mangels desselben die Massnahme annullirt werden soll, nicht von einem Majoritätsbeschluss des Kapitels abhängig gemacht werden.

[6] Mit den in Note 3 citirten Stellen ist es daher unvereinbar, wenn Schulte 2, 259 bemerkt: „Mag Rath oder Zustimmung erforderlich sein, so kann diese ohne Vorbedingung gefasste Handlung angefochten werden, wenngleich das Recht keine Nichtigkeit ausdrücklich statuirt".

[7] So spricht auch Benedict. XIV. l. c. n. 9ff. den vom Bischof ohne Einholung des consilium capituli gefassten und publicirten Diöcesansynodal-Statuten die Gültigkeit ab. Uebrigens kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, dass die eben entwickelten Grundsätze auch in den Fällen, wo das Tridentinum die Anhörung des Kapitels oder zweier Mitglieder desselben vorschreibt, zur Anwendung kommen, wenngleich die Synode nirgends die Nichtigkeit für Verletzung dieser Vorschriften statuirt hat, denn unter consilium hat sie offenbar den gemeinrechtlichen Begriff und die in Bezug auf dasselbe geltenden Normen verstanden.

[8] S. oben S. 20.

[9] S. oben S. 132. n. 1.

den kirchlichen Geschäften Hülfe zu leisten [1], nicht folgern, dass der erstere dieselben blos nach freiem Belieben bei den gedachten Angelegenheiten betheiligen kann, vielmehr haben jene Anordnungen nur den Zweck, die Domherren zu jedweder derartigen Dienstleistung zu verpflichten, und lassen mithin die Frage nach dem Recht auf Betheiligung bei der Diöcesan-Verwaltung vollkommen offen. In Baiern ist die Geltung des gemeinen Rechts wenigstens indirekt anerkannt [2]. In Altpreussen stand das Landrecht schon im wesentlichen auf dem Boden des gemeinen Rechts [3] und selbst wenn man dessen Vorschriften trotz der Bulle: de salute animarum und des Art. 15 der Verfassungsurkunde noch für massgebend erachten will, so lässt dasselbe doch der Bethätigung des kanonischen Rechtes freien Spielraum [4]. Für die oberrheinische Kirchenprovinz ist den Domkapiteln durch die staatliche Gesetzgebung der »volle Wirkungskreis der Presbyterien« angewiesen worden [5]. Dadurch sind die Bischöfe verpflichtet worden, sich der Kapitel als geistlicher Verwaltungsbehörden zu bedienen, und können also keine anderen geistlichen Räthe zu diesem Zwecke anstellen [6]. Zugleich ergiebt sich, dass sie die Kapitel bei der Diöcesan-Verwaltung betheiligen müssen, womit einmal die Nothwendigkeit der Einholung des Consiliums des Kapitels auf alle dahin gehörigen Angelegenheiten ausgedehnt ist, und ferner die nur die Zuziehung zweier Domherren anordnenden Vorschriften des Tridentinums (s. oben S. 157) beseitigt worden sind [7]. Ueber diejenigen Fälle, in welchen der Bischof den Konsens des Kapitels einholen muss, enthält die hierher gehörige Bestimmung nichts. Indessen berechtigt der Ausdruck: voller Wirkungskreis in derselben jedenfalls dazu, das gemeine Recht in dieser Hinsicht als gültig anzusehen [8]. Für die im J. 1866 preussisch

[1] S. oben S. 143.

[2] Conc. art. 12: „Pro regimine dioecesium archiepiscopis et episcopis id omne exercere liberum erit, quod in vim pastoralis eorum ministerii sive ex declaratione sive ex dispositione sacrorum canonum secundum praesentem et a sancta sede adprobatam ecclesiae disciplinam competit ac praesertim a) vicarios, consiliarios et adiutores administrationis suae constituere ecclesiasticos quoscumque, quos ad praedicta officia idoneos iudicaverint", eine Festsetzung, mit dem Art. 4 des aufgehobenen österreichischen Konkordates fast wörtlich übereinstimmt. Es ist daher unbegründet, wenn Jacobson in Weiskes Rechtslexicon 2, 559 behauptet, dass Art. 3 des erstgedachten Konkordates die Fälle, in denen es der Zuziehung des Kapitels bedürfe, einschränke, und wenn Longner, Rechtsverhältnisse S. 449 n. 23 meint, dass die Domkapitel in Baiern nicht ihre gehörige Stellung haben. Die freie Ernennung von geistlichen Räthen ist mit der Betheiligung der Kapitel nach den Normen des gemeinen Rechts nicht unvereinbar.

[3] Vgl. §§. 1030 ff. Tit. 11. Th. II; s. namentlich §. 1031: „Der Bischof soll in allen wichtigen Angelegenheiten des Bisthums und der Diöces das Domcapitel mit seinem Rathe und Gutachten vernehmen; §. 1032: „Die Einwilligung des Domcapitels ist nothwendig, wenn unbewegliche Güter und Gerechtigkeiten des Bisthums oder einer Kirche der Diöces verpfändet oder veräussert; Pfarren und Pfründen, die zur gemeinschaftlichen Kollatur des Bischofs und Kapitels stehen, vergeben und Kirchen oder Pfründen zusammengeschlagen und aufgehoben werden sollen".

[4] Denn §. 1033 a. a. O. verordnet: „In welchen Fällen es ausserdem zur Gültigkeit einer von dem Bischofe vorgenommenen Handlung der Einwilligung des Domkapitels bedürfe, ist nach der besonderen Verfassung einer jeden Diöces bestimmt", erkennt also ein etwa bestehendes Gewohnheitsrecht, sowie die aus den Vorschriften der Bulle: De salute animarum folgenden Konsequenzen als massgebend an.

[5] Gemeinsames Edikt v. 30. Januar 1830. §. 21: „Das Domkapitel einer jeden Kathedrale tritt in den vollen Wirkungskreis der Presbyterien und bildet unter dem Bischof die oberste Verwaltungsbehörde; die Verwaltungsform ist kollegialisch, der Dekan führt die Direktion"; (damit auch übereinstimmend das Fundations-Instrument für Rottenburg von 1828 n. 8, Reyscher Sammlung 10, 1072), während es in der s. g. Frankfurter Kirchenpragmatik: „der alten Presbyterien" hiess (v. Longner, Geschichte der oberrhein. Kirchenprovinz S. 646) und in der s. g. Esposizione dei sentimenti von 1819 seitens des päpstlichen Stuhles eine Präcisirung des Verhältnisses zwischen Bischof und Kapitel dahin vorgeschlagen war: „in forma presbyterii sive senatus ecclesiastici constituetur capitulum canonicorum, quorum muneris est, ... episcopum in administranda dioecesi adiuvare iuxta ea quae canones praecipiunt aut legitima exigit consuetudo" (v. Longner, a. a. O. S. 470. 632).

[6] Longner, Rechtsverhältnisse der Bischöfe S. 479.

[7] So auch Longner, a. a. O.

[8] Longner a. a. O. S. 479. Die ebendaselbst S. 471 mitgetheilte Geschäfts-Ordnung für das

gewordenen Antheile der oberrheinischen Kirchenprovinz entsteht dagegen die Frage, ob der eben dargelegte Rechtszustand nicht durch Art. 15 der hier eingeführten preussischen Verfassungsurkunde modificirt worden ist. Da der letztere der katholischen Kirche das Recht zur selbstständigen Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten gewährleistet hat, so ist damit auch das Recht des Staates, ihr ihre Verwaltungs-Organe und die Funktionen derselben zu bestimmen, beseitigt[1], ein Grundsatz, welcher neuerdings auch für Baden in Anwendung gebracht ist[2]. Demgemäss können jetzt die Bischöfe des preussischen und badischen Gebietes der Kirchenprovinz weder gezwungen werden, sich ausschliesslich ihrer Domkapitularen als geistlicher Räthe zu bedienen noch dieselben bei der gesammten Verwaltung zuziehen.

II. Eine fundamentale und nothwendige Institution der katholischen Kirche sind die Domkapitel nicht, denn nach göttlichem Recht ist der Bischof berechtigt, seine Leitungsgewalt allein und selbstständig auszuüben[3], und die Kapitel sind ein Produkt der historischen Entwicklung, können also nicht auf die heilige Schrift zurückgeführt werden. Hieraus erklärt sich einmal der grosse Spielraum, welchen das kanonische Recht dem Gewohnheitsrechte für die Bestimmung des Antheils der Kapitel an der Diöcesanregierung zuweist[4], ferner aber auch, dass die Kapitel in einzelnen Gebieten der katholischen Kirche ganz fehlen. So existiren dieselben z. B. in den amerikanischen Diöcesen, dem Missionszustande der letzteren entsprechend, nicht[5], jedoch hat man hier einen Ersatz durch Zuziehung einiger erfahrener Priester zur Diöcesan-Verwaltung zu schaffen gesucht[6].

bischöflich-limburgische Domkapitel weist sogar dem Bischof nur die Stellung eines mit seinem Kollegium stimmenden Präsidenten an, was den Bestimmungen der citirten Verordnung von 1830 und dem Ausdruck: Presbyterium nicht entspricht.

1 In der Provinz Hannover gilt übrigens zufolge Art. 15 der Verf. Urk. dasselbe.

2 Durch §. 7 des Gesetzes vom 9. Oktober 1860 (s. Th. I. S. 535. n. 5), vgl. dazu den Kommissionsbericht der ersten Kammer bei Spohn, badisches Staatskirchenrecht S. 16. — Für die übrigen Theile der oberrheinischen Kirchenprovinz ist es dagegen bei der Verordnung von 1830 verblieben, denn der gemeinsame Erlass vom 1. März 1853 hat den §. 21 der letzteren nicht geändert; ebensowenig hat das würtembergische Gesetz vom 30. Jauuar 1862 (Dove, Zeitschr. 2, 339) eine Vorschrift, nach welcher §. 21 für beseitigt erachtet werden könnte, wiewohl die Motive zu diesem Gesetz (a. a. O. S. 83) bemerken, dass dasselbe der katholischen Kirche die in der Verfassungsurkunde (s. Th. I. S. 535. n. 4) garantirte Autonomie für ihre inneren Angelegenheiten habe gewähren sollen.

3 Phillips Lehrbuch S. 408; Schulte 2, 258.

4 S. oben S. 155. 157.

5 Neher, kirchliche Geographie 3, 45; Schneemann in Moys Arch. 22, 115 n. 4.

6 Plenar. Koncil v. Baltimore v. 1866. tit. II. c. 5: „. . . patres hortandos episcopos censuerunt, ut ubi fieri poterit, in suis dioecesibus aliquos sacerdotes aetate, scientia, integritate et rerum agendarum peritia conspicuos seligant, quos consultores constituant et quorum sententias in administratione dioeceseos, cum opus fuerit, exquirant“ (Moy, a. a. O. S. 124). — Auch in Irland, wo freilich in jedem Bisthum Titular-Kanoniker ohne Chor-Funktionen vorkommen, ist die Kapitels-Verfassung noch nicht überall eingeführt. Neher, a. a. O. 2, 7. 8. — Was die Nicht-Missionsländer betrifft, so weicht die Gestaltung in Frankreich am meisten vom gemeinen Recht ab. Ein Bericht französischer Domherrn v. 1850 in den Analect. iur. pontif. 1863 p. 2009. 2100 sagt: Rétablis de nom les chapitres demeurent supprimés de fait. Ils sont le sénat de l'évêque et son conseil: en réalité ils sont consultés bien rarement, en aucun cas leur consensement n'est demandé comme nécessaire. Les chanoines ne peuvent pas se réunir capitulairement sans la permission de l'evêque; ils doivent exprimer par écrit les questions qui seront traitées au chapitre. L'évêque a le droit de présider toutes les assemblées quelque soit la nature des affaires, de là vient que les chanoines ne peuvent traiter de la réforme des statuts . . . Dans la plupart des cathédrales les chanoines sont écartés de l'administration des biens de l'église. C'est la fabrique qui pourvoit aux frais du culte divin et administre les biens . . . Les vicaires généraux en nombre de trois dans les églises metropolitaines font partie du chapitre et votent avec les chanoines dans toutes les délibérations, l'archevêque assisté de ses trois vicaires généraux et de son sécrétaire, lequel est chanoine, dispose de cinq votes. Il devient impossible de prêter un conseil sérieux, de donner un vrai consentement ou de le refuser. Les trois vicaires généraux ne manquent jamais d'assister aux réunions, c'est toujours un d'eux qui préside en l'absence de l'évêque, ce qui semble contraire

Mit Rücksicht darauf, sowie in Betracht der Möglichkeit der gewohnheitsrechtlichen Einschränkung der Fälle, in denen der Bischof das consilium capituli einzuholen verpflichtet ist, könnte angenommen werden, dass auch jedwede Betheiligung des Kapitels an der Diöcesan-Regierung durch Gewohnheit beseitigt werden darf. Indessen würde eine solche dem Begriff und Wesen des Kapitels, dessen Bedeutung darin besteht, als kirchlicher Senat des Bischofs zu fungiren, zuwider sein, und als rechtlich unstatthaft verworfen werden müssen, weil ihr das Erforderniss der Rationabilität fehlt. Wenn demnach auch gewohnheitsmässig das consilium für einzelne Angelegenheiten fortfallen kann (s. S. 157), so ist es doch unzulässig, die Betheiligung soweit einzuschränken, dass das Kapitel seine Stellung als Senat und kirchliche Berathungsbehörde ganz und gar verliert[1].

§. 85. *bb. Die Chor-*, Wander- und Weihbischöfe**.*

Während die Domkapitel den Senat des Bischofs bei der Leitung der Diöcese bilden, hatte derselbe für die Administration der aus dem Ordo herfliessenden Rechte in älterer Zeit die Chorbischöfe zur Seite, später und zwar noch im Mittelalter haben theilweise die s. g. Weihbischöfe diese Funktion erfüllt. Wie aber das Institut der Chorbischöfe ursprünglich eine andere Bedeutung hatte und auch später diese nicht allein in der gedachten Stellung beschlossen war, so verhält es sich gleichfalls noch heute mit den Weihbischöfen[2].

au concile de Trente . . . Les statuts capitulaires contiennent un article qui réserve à l'archevêque le pouvoir de prescire tout ce qu'il juge à propos pour l'interprétation et l'extension des statuts sans faire la moindre mention de l'avis du chapitre; cette faculté est tout simplement le droit de changer les statuts et d'en faire de nouveaux au gré du prélat" . . .; Mémoire des Sekretairs der Congr. Conc. v. 1852 auf Grund des Berichtes des Pariser Nuntius abgefasst, l. c. p. 2013: „Dans la plupart des cathédrales de France les vicaires généraux de l'évêque sont par leur office même dignitaires du chapitre, ils ont la préséance, la juridiction et le droit de voter, absolument comme s'ils possédaient des dignités constituées canoniquement dans le chapitre. Ils n'ont pourtant aucune prébende, d'où il suit qu'on ne peut les dire de gremio capituli, en outre ils demeurent amovibles au gré de l'évêque; vgl. auch Neher, a. a. O. 1, 425. — In Spanien haben dagegen die Kapitel die ihnen nach dem kanonischen Recht gebührende Stellung, s. oben S. 152. n. 7.

[1] Dieselbe Ansicht über die Frage bei Bouix l. c. Sagt doch auch c. 4 (Alex. III.) X. de his quae fiunt III. 10: „Unde non decet te omissis membris aliorum consilio in ecclesiae tuae negotiis uti, quum id non sit dubium et honestati tuae et sanctorum patrum institutionibus contraire". Näher kann übrigens die Gränze nicht angegeben werden, es ist das vielmehr im einzelnen Falle quaestio facti.

* Hrabani Mauri lib. de chorepiscopis (bei P. de Marca, de concordia sacerdotii et imperii ed. Bamberg. 3, 586, auch bei Hardouin 5, 1417; Mansi 16, 872); J. H. Sbaralea, de chorepiscopis in Fleury, disciplina populi dei. ed. II. Venet. 1783. 3, 180 ff.; Spitz, praes., aut. P. Jos. Plenz, de episcopis, chorepiscopis ac regular. exemtionibus. Bonn. 1785 p. 43 ff.; Joann. Jul. Caparros, diss. de chorepiscopis, eorum institutione et officiis. Matriti 1788; J. Weizsäcker, der Kampf gegen den Chorepiskopat des fränkischen Reichs. Tübingen 1859; Morinus, commentar. de sacrae ecclesiae ordinationibus. Paris. 1655 (Antwerp. 1695). P. III. exerc. IV; P. de Marca l. c. lib. II. c. 13. 14; Thomassin v. et n. discipl. eccles. lib. P. I. l. 2. c. 1. 2; Corgne, défense des droits des évêques dans l'église 1, 231 ff.; Binterim, Denkwürdigkeiten I. 2, 386 ff., Phillips K. R. 2, 97 ff.

** Thomassin l. c. P. I. lib. I. c. 27. 28; Andr. Hieron. Andreucci, de episcopo titulari seu in partibus infidelium. Romae 1732; Binterim a. a. O. S. 378; Dürr, de suffraganeis sive vicariis in pontificalibus episcoporum Germaniae. Moguntiae 1782; J. A. Heister, suffraganei Colonienses extraordinarii sive de s. Colon. ecclesiae proepiscopis, vulgo Weihbischöfen, renov. aux. et cont. Binterim. Moguntiae 1843; A. Tibus, geschichtliche Notizen über die Weihbischöfe von Münster. Münster 1862; F. A. Koch, die Erfurter Weihbischöfe; Zeitschrift des Vereins für thüring. Geschichte. Bd. 6. Jena 1865. S. 31 ff.; Reininger, die Weihbischöfe von Würzburg. Würzburg 1865 (Abdruck aus Bd. 18 des Arch. des histor. Vereins für Unterfranken. Würzburg 1865); u. Evelt, die Weihbischöfe von Paderborn. Paderborn 1869.

[2] Die Behandlung beider Institute nach allen Richtungen hin, rechtfertigt sich daraus, dass sie an dieser Stelle wenigstens unter dem im Text hervorgehobenen Gesichtspunkt in Frage kommen.

I. Die Chorbischöfe. Wenngleich das Christenthum zuerst in den Städten festen Fuss gefasst und sich zunächst in diesen die bischöfliche Verfassung ausgebildet hatte, so werden doch schon im 3. Jahrhundert auf dem Lande wohnende Bischöfe erwähnt[1]. Im 4. Jahrhundert kommen für den Orient eine Reihe von Bestimmungen über s. g. χωρεπίσκοποι (Landbischöfe) vor, und es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, dass letztere mit den ἐπίσκοποι τῶν ἀγρῶν des 3. Jahrhunderts identisch sind. Wie die sonstigen Bischöfe erscheinen sie auf den Synoden und unterschreiben deren Beschlüsse mit und zwischen den letzteren[2], sie besitzen das nicht den Priestern zustehende Recht, Reise- und Legitimationsbriefe (epistolae canonicae) auszustellen[3] und haben auch die bischöfliche Weihe[4] empfangen. Andererseits wird ihnen indessen schon in derselben Zeit nur die selbstständige Ertheilung der niederen Weihegrade gestattet, die Vornahme der Priester- und Diakonatsweihe dagegen von der Bewilligung des Bischofs der Stadt, zu welcher ihr Landbezirk gehört, abhängig gemacht[5]. Ferner zeigt ihre Vergleichung mit den 70 Schülern Christi[6], dass man ihre Stellung für geringer als die der Stadtbischöfe ansah. Mit Rücksicht auf diese sich aus den Quellenzeugnissen ergebende Mittelstellung der Chorbischöfe zwischen den Stadtbischöfen und Priestern hat sich eine bisher ungelöste Kontroverse darüber erhoben, ob die Chorbischöfe ursprünglich Bischöfe[7] oder nur Priester[8] gewesen seien. Vom katholischen Standpunkt aus, welcher die absolute Verschiedenheit der beiden Ordines auf die heilige Schrift und somit auf die Anfänge der christlichen Kirche zurückdatirt, erscheint eine befriedigende Lösung der Frage, weil man sich nur für das eine oder andere entscheiden kann[9], nicht gut möglich. Geht man aber von der protestantischen Auffassung einer allmählichen Ausbildung des Episkopates und der ursprünglichen Gleichheit des Presbyters und Bischofs aus, so dürfen die Chorbischöfe offenbar als diejenigen Gemeindevorsteher angesehen werden, welche in einzelnen ländlichen Gemeinden an die Spitze des Aeltesten-Kollegs getreten sind[10] und hier dieselben Rechte, wie die

[1] Sendschreiben der Synode von Antiochien v. 269 gegen Paul v. Samosata bei Euseb. hist. eccles. VII. 30, 10: „οἷα καὶ τοὺς θωπεύοντας αὐτὸν ἐπισκόπους τῶν ὁμόρων ἀγρῶν τε καὶ πόλεων καὶ πρεσβυτέρους ἐν ταῖς πρὸς τὸν λαὸν ὁμιλίαις καθίησι διαλέγεσθαι“.

[2] S. die Unterschriften unter den Koncilien v. Neocäsarea (zw. 314—325), v. Nikäa (325) und Ephesus (431) bei Mansi 2, 548. 693; 4, 1218.

[3] c. 8. Antioch. a. 341.

[4] c. 10. conc. cit.: „Τοὺς ἐν ταῖς κώμαις ἢ ταῖς χώραις ἢ τοὺς καλουμένους χωρεπισκόπους, εἰ καὶ χειροθεσίαν εἶεν ἐπισκόπων εἰληφότες“...

[5] c. 13. Ancyr. a 314 (Th. I. S. 80. n. 4); c. 10 cit. Antioch. (Fortsetzung der in der vorigen Note citirten Stelle): „ἔδοξε τῇ ἁγίᾳ συνόδῳ εἰδέναι τὰ ἑαυτῶν μέτρα καὶ διοικεῖν τὰς ὑποκειμένας αὐτοῖς ἐκκλησίας καὶ τῇ τούτων ἀρκεῖσθαι φροντίδι καὶ κηδεμονίᾳ, καθιστᾶν δὲ ἀναγνώστας καὶ ὑποδιακόνους καὶ ἐφορκιστὰς καὶ τῇ τούτων ἀρκεῖσθαι προαγωγῇ, μήτε πρεσβύτερον μήτε διάκονον χειροτονεῖν τολμᾶν δίχα τοῦ ἐν τῇ πόλει ἐπισκόπου ᾗ ὑπόκεινται αὐτός τε καὶ ἡ χώρα· ...; χωρεπίσκοπον δὲ γίνεσθαι ὑπὸ τῆς πόλεως ᾗ ὑπόκειται, ἐπισκόπου“.

[6] c. 14. Neocaesar. (zw. 314 u. 325): „Οἱ δὲ χωρεπίσκοποι εἰσὶ μὲν εἰς τύπον τῶν ἑβδομήκοντα·“ (Luc. X. 1) „ὡς δὲ συλλειτουργοὶ διὰ τὴν σπουδὴν εἰς τοὺς πτωχοὺς προσφέρουσι τιμώμενοι.“

[7] So Beveridge, Synodicon sive pandectae canonum. Oxonii 1672. II. 2. app. p. 175; Caparros l. c. p. 6; Binterim a. a. O. S. 392 ff.; Phillips a. a. O. S. 99. 100; Hefele, Konciliengesch. 1, 747.

[8] Dieser Ansicht G. de Marca l. c. c. 13. n. 1. 2; Morinus l. c. c. 2. n. 15; Thomassin l. c. c. 1. n. 3, jedoch mit der Modifikation, dass er annimmt, es hätte einem unrechtmässig auf dem Lande geweihten Bischofe die Stellung als Chorbischof zugewiesen werden können.

[9] Dass mit der Annahme, die Chorbischöfe seien eigentlich Priester, aber mitunter aus zufälligen Ursachen auch Bischöfe gewesen, s. Spitz-Plenz p. 46; Ferraris s. v. episcopus art. I. n. 39. 40; Reininger, a. a. O. S. 11, die Sache ebenfalls nicht erklärt ist, liegt auf der Hand.

[10] Eine ähnliche Auffassung schon bei Ritschl, Entstehung der altkatholischen Kirche. 2. Aufl. S. 423, welche aber dadurch getrübt wird, dass er die in c. 13 Neocaes. u. c. 8 Antioch. erwähnten ἐπιχώριοι πρεσβύτεροι und πρεσβύτεροι ἐν χώραις dem klaren Wortlaut des letzteren Kanons zuwider mit den Chorbischöfen identificirt.

Bischöfe in den Städten, erlangt haben[1]. Wenn schon die angeführten Synoden des vierten Jahrhunderts sie in der Ausübung gewisser bischöflicher Rechte zu beschränken suchten, so lag diesen Bestrebungen offenbar die Tendenz zu Grunde, die Einheit der Kirche in grösseren Bezirken durch eine einzige leitende Spitze zu erhalten, wozu sich wegen der politischen Bedeutung ihrer Sitze die Bischöfe in den Städten umsomehr eigneten, als vielfach gerade von letzteren die Mission des platten Landes ausgegangen sein mochte und die politische Organisation im römischen Reich keine selbstständigen, von den Städten unabhängige, ländliche Verwaltungsbezirke kannte. So kann es auch nicht als Zufall angesehen werden, dass gerade in dieser Zeit die Einsetzung von Bischöfen in Dörfern und auf dem Lande verboten wird[2], vielmehr haben diese Anordnungen denselben Grund und Zweck, wie die auf Herabdrückung der Chorbischöfe gerichteten Bestrebungen. Die letzteren scheinen auch noch im vierten Jahrhundert theilweise in der morgenländischen Kirche gelungen zu sein. Im Bezirke von Cäsarea Cappadocia waren die ziemlich zahlreichen Chorbischöfe zur Zeit Basilius' des Grossen (370—379) einer Mehrheit von Gauen vorgesetzt[3] und letzterer wies sie an, der früheren Sitte gemäss, dem (Stadt-)Bischof vor Annahme von Klerikern auf dem Lande Anzeige zu machen[4], so dass sich also hier ein Beispiel einer den vorhin gedachten Synoden[5] entsprechenden praktischen Organisation findet[6]. Das Koncil von Laodicäa[7] hat die Chorbischöfe, welche wohl noch im 4. Jahrhundert, wenngleich nur von einem Bischof[8], die bischöfliche, nicht die Priester-Ordination erhalten hatten[9], dadurch zu beseitigen gesucht, dass es die Einsetzung von Bischöfen auf dem Lande verbot, und die Einsetzung von herumreisenden Visitatoren[10] mit nur priesterlichem Charakter vorschrieb. Indessen waren diese Anordnungen umsoweniger geeignet, das Institut der Chorbischöfe zu beseitigen, als sie nur von einer Partikular-Synode ausgegangen waren, vielmehr blieb dasselbe noch in den folgenden Jahrhunderten bestehen[11], und

[1] Das zeigen die citirten Synodalbeschlüsse, welche den Chorbischöfen die offenbar bis dahin von ihnen vorgenommene Ausübung gewisser bischöflicher Rechte verbieten, und die Erwähnung in c. 10 Ant. (s. S. 162. n. 4), dass sie die bischöfliche Weihe erhalten. Vgl. auch Sozomen. hist. eccl. II. 13. i. f.: „ἅμα Μαρεάβδῃ χωρεπισκόπῳ καὶ κληρικοῖς τοῖς ὑπ' αὐτὸν, ἀμφὶ διακοσίοις πεντήκοντα οἱ παρὰ Περσῶν αἰχμάλωτοι συνελήφθησαν"; s. ferner Jacobson in Weiskes Rechtslexikon 2, 664. 665. Ein besonderes Rituale für die chorbischöfliche Ordination ist nur von den Maroniten überliefert, s. Morinus l. c. p. II. (ed. Antv. p. 345, vgl. auch p. III. ex. 4. c. 2. n. 17), über dessen Alter aber dort nichts näheres angegeben wird.

[2] c. 6. Sardic. a. 343; c. 57 Laodic. zw. 343 u. 381 (auch in c. 5. Dist. LXXX): „Ὅτι οὐ δεῖ ἐν ταῖς κώμαις καὶ ἐν ταῖς χώραις καθίστασθαι ἐπισκόπους, ἢ ἀλλὰ περιοδευτάς· τοὺς μέντοι ἤδη προκατασταθέντας μηδὲν πράττειν ἄνευ γνώμης τοῦ ἐπισκόπου τοῦ ἐν τῇ πόλει· ὡσαύτως δὲ καὶ τοὺς πρεσβυτέρους μηδὲν πράττειν ἄνευ τῆς γνώμης τοῦ ἐπισκόπου."

[3] Basilii ep. 142. 143. 290 (ed. Bened. Paris 1721. 3, 235. 428).

[4] ep. 54 ad chorepiscopos, ed. cit. p. 148: „Καὶ τοῦτο (die Würdigkeit der Kandidaten) ἐξήταζον μὲν πρεσβύτεροι καὶ διάκονοι συνοικοῦντες αὐτοῖς, ἐπανέφερον δὲ τοῖς χωρεπισκόποις οἳ τὰς παρὰ τῶν ἀληθινῶς μαρτυρούντων δέξαμενοι ψήφους καὶ ὑπομνήσαντες τὸν ἐπίσκοπον, οὕτως ἐνηρίθμουν τὸν ὑπηρέτην τῷ τάγματι τῶν ἱερατικῶν"...

[5] S. namentlich die Synode von Antiochien (S. 162. n. 5).

[6] Aehnlich war wohl auch die Stellung der novatianischen Bischöfe, welche zufolge der Vorschrift des c. 8 Nicaen. a. 325 bei ihrer Rückkehr zur katholischen Kirche als Chorbischöfe verwendet wurden.

[7] S. Note 2.

[8] S. die citirte Synode von Antiochien (S. 162. n. 5).

[9] Das ergiebt sich eben aus der Vorschrift der erwähnten Synode.

[10] Binterim, a. a. O. S. 406; Hefele 1, 747.

[11] c. 2 Chalced. a. 451 (in c. 8. C. I. qu. 1) n. l. 42. §. 9. (Justin. a. 528). C. de episc. et cler. I. 3. verbieten simonistische Ordinationen der Bischöfe, Chorbischöfe, Visitatoren u. s. w.; auch Sozomen. VII. 19 berichtet: „Ἀμέλει Σκύθαι πολλαὶ πόλεις ὄντες ἕνα πάντες ἐπίσκοπον ἔχουσιν· ἐν ἄλλοις δὲ ἔθνεσιν ἐστὶν ὅπη καὶ ἐν κώμαις ἐπίσκοποι ἱεροῦνται, ὡς παρὰ Ἀραβίοις καὶ Κυπρίοις ἔγνων καὶ παρὰ τοῖς ἐν Φρυγίαις Ναυατιανοῖς καὶ Μοντανισταῖς."

zwar in der Weise, dass die Chorbischöfe wie schon zu Zeiten Basilius' des Gr., die kirchliche Leitung einzelner Landdistrikte unter dem Stadtbischof führten [1], in manchen Gegenden aber freilich nur die Priesterweihe erhielten [2], während sie dagegen in anderen wohl noch zu Bischöfen geweiht wurden [3].

In der Verfassungsentwicklung der abendländischen Kirche kommen die Chorbischöfe während der ersten Jahrhunderte nicht vor, offenbar weil hier die auf dem Lande wohnenden Bischöfe sich dieselben Rechte, wie die Stadtbischöfe zu wahren gewusst hatten [4], oder weil letztere für die Leitung der ihnen unterstehenden Landdistrikte der Beihülfe von Geistlichen mit bischöflichem Ordo nicht bedurften [5]. Erst seit dem 8. Jahrhundert [6] werden die Chorbischöfe von Neuem und zwar im Frankenreiche öfters erwähnt. Sie erscheinen hier als Gehülfen und Vertreter der in der Missionsthätigkeit wirkenden Bischöfe für die neu errichteten Bisthümer [7], dann aber auch als Verwalter vakanter Diöcesen [8], und haben in jenen Zeiten ohne Zweifel die

[1] Das ergeben c. 58. 59. 60. 62. 63. 65. 70. 76. 77. 80 der arabischen Kanonen des Nicänischen Koncils (Mansi 2, 999 ff.), welche nicht dem letzteren angehören (s. Hefele 1, 345), aus denen aber, wenn sie auch noch später als in der hier in Rede stehenden Zeit entstanden sind, doch ein Rückschluss auf diese erlaubt ist.

[2] S. den Brief Theodorets, Bischofs von Cyrrhus in der syrischen Provinz Cyrrhestica an Papst Leo (ep. 113 ed. Sirmond-Schulze 4, 1192): „ταῦτα διὰ τῶν εὐλαβεστάτων καὶ θεοφιλεστάτων πρεσβυτέρων Ὑπατίου καὶ Ἀβραμίου, τῶν χωρεπισκόπων . . . ἐδίδαξα."

[3] So nach den arabischen Kanonen, welche ihnen das Recht, Priester zu weihen, nicht absprechen in Verbindung mit dem Umstande, dass die Festhaltung des alten Institutes auch auf die Fortdauer dieser früheren Sitte schliessen lässt.

[4] So in Afrika, denn daraus erklärt sich allein die seit dem 3. Jahrhundert dort vorkommende auffällig grosse Anzahl von Bisthümern, s. Th. I. S. 581. n. 1; Morcelli, Africa christiana. Brixiae 1816. 1, 40 ff. und collat. Carthaginensis v. 411 (zwischen den katholischen und donatistischen Bischöfen) coll. 1. n. 181. 182 (Mansi 4, 136): „Alipius episcopus ecclesiae catholicae dixit: Scriptum sit, istos omnes in villis vel in fundis esse episcopos ordinatos . . . Petilianus episcopus dixit: Sic etiam tu multos habes per omnes agros dispersos, immo crebro ubi habes, sane et sine populis habes."

[5] Wenn die Synode zu Riez v. 439 dem unrechtmässig ohne Theilnahme des Metropoliten und der Komprovinzialbischöfe zum Bischof von Embrun bestellten Armentarius nach seiner Entsetzung unter Berufung auf c. 8. Nicaen. aus Gnade die Möglichkeit eröffnete, sich von einem anderen Bischof zum Chorbischof bestellen zu lassen (c. 3: „.... ut cuicumque de fratribus tale aliquid caritatis consilia dictaverint, liceat ei unam parochiarum suarum ecclesiam cedere, in qua aut chorepiscopi nomine . . . aut peregrina communione foveatur"), so ist das nur ein Ausnahmefall, und da ihm ferner die Vornahme jeglicher bischöflicher Funktionen mit Ausnahme der Konfirmation der Neophyten und des Rechtes, vor den Priestern das Opfer darzubringen, untersagt wird, so waren ihm damit überdies noch geringere Rechte, als den früheren Chorbischöfen der morgenländischen Kirche, eingeräumt. Die Existenz von solchen in Spanien, in Frankreich und in Deutschland wird auch nicht durch das gefälschte c. 7. Hispal. II., den Brief Leos I. und den des Papstes Damasus an die Numidischen Bischöfe, wie ältere Schriftsteller vielfach annehmen, bewiesen, denn alle diese Stücke sind pseudo-isidorisch, s. Hinschius, decret. Pseudo-Isid. S. 438. 628. 509 u. praef. p. LXXXVI. XCVII. CIII. CXLIII. Ebensowenig annullirt c. 4 Tolet. XII. a. 681, wie Jacobson bei Weiske, Rechtslexikon 2, 667 unter Berufung auf Ph. Berterii diatriba I. c. 6 in Otto thesaur. iur. Romani 4, 829 meint, die Einsetzung von Chorbischöfen, sondern die Errichtung von Bisthümern in kleinen Orten und Dörfern.

[6] ep. Zachariae ad Pippin. a. 747 (Jaffé, monum. Carolina p. 20); also nicht erst im 9. Jahrhundert, wie Richter §. 139 annimmt.

[7] Ep. Bonif. ad Stephan. III. a. 755 (Jaffé Monum. Mogunt. p. 260): „Qui (Willibrord, Missionar der Friesen † 739) . . sedem episcopalem et ecclesiam in honore s. Salvatoris constituens in loco et castello, quod dicitur Traiectum. Et in illa sede . . . usque ad debilem senectutem permansit et sibi corepiscopum ad ministerium implendum substituit"; eiusd. ep. ad Pippin. a. 753 o. 754 l. c. p. 232: „deprecor, ut filiolum meum et corepiscopum Lullum .... in hoc ministerium populorum et ecclesiarum conponere et constituere faciatis praedicatorem et doctorem presbitororum et populorum". Willibaldi vita S. Bonifatii c. 8 (l. c. p. 463): „Et multa iam milia hominum . . . cum commilitone suo, chorepiscopo Eoban, (Bonifatius) baptizavit"; auch Pirmin, der Klosterstifter in Alamannien wird von Hermann. Contract. ad. a. 724 (SS. 5, 98): „abbas et chorepiscopus" genannt. Jedoch ist seine nähere Stellung ebenso wenig klar, wie die des nachmaligen Rheimser Bischofs Abel, in Betreff dessen nach Flodoard hist. Rom. II. 16: „quidam corepiscopum tantum fuisse tradunt". Wahrscheinlich war Pirmin einer der S. 170 näher besprochenen Missionsbischöfe.

[8] Gesta episcop. Virdunens. c. 13 (SS. 4, 44): „. . episcopatus istius aecclesiae (v. Verdun) per XII annos vacans extitit. Sed . . . Amalbertus

Bischofsweihe besessen [1]. Ein Zusammenhang dieser Chorbischöfe mit den in der orientalischen Kirche vorkommenden ist nicht nachweisbar, es ist also die Annahme ausgeschlossen, dass das Institut vom Orient auf den Occident übertragen worden ist und sich hier bis in das 8. Jahrhundert hinein erhalten hat. Vielmehr scheint das in jenen Zeiten namentlich bei den Missionen hervortretende Bedürfniss bischöflicher Gehülfen zur Einsetzung dieser neuen Chorbischöfe geführt zu haben. Mit Rücksicht auf die Kanonen der alten Synoden hat man ihnen wohl jenen Titel beigelegt, obgleich sie sich allerdings von den orientalischen wesentlich dadurch unterschieden, dass sie nicht wie die letzteren bestimmten Landdistrikten vorgesetzt waren, sondern bald in dieser, bald in jener Weise und bald an diesem, bald an jenem Orte den Hauptbischöfen sowohl bei der Verwaltung der Diöcese als auch bei der Administration der heiligen Handlungen Hülfe leisteten. Während des neunten Jahrhunderts kommen die Chorbischöfe in den beiden früher genannten Funktionen, also als Gehülfen in ausgedehnten Sprengeln, namentlich in solchen, von denen aus eine Missionsthätigkeit in die angränzenden Länder entwickelt wurde [2], dann aber auch als interimistische Verwalter von Bisthümern, deren Bischöfe vertrieben oder welche erledigt waren [3], vielfach vor. Ausserdem finden sie sich aber in jener Zeit für andere Diöcesen neben den Bischöfen in deren Residenzstädten. Die Veranlassung dazu hat wohl theils die häufige Verwendung der Bischöfe in Staatsgeschäften theils auch die Neigung der letzteren, sich einer angestrengten Thätigkeit zu entledigen, gegeben [4]. Alle Chorbischöfe galten wie früher,

(u. 770) .. iuxta morem illius temporis corepiscopus factus ipsam regebat ecclesiam".

[1] Das folgt schon daraus, dass sie ohne diese ihre Funktion nicht hätten erfüllen können. Lull wird i. J. 751 noch presbiter genannt (s. Jaffé l. c. p. 230), in dem in der vorvorigen Note citirten Briefe, worin Bonifacius Pippin bittet, den Lull als seinen Nachfolger zu bestätigen, heisst er dagegen chorepiscopus, während Willibald vita c. 8 (l. c. p. 462) dasselbe Faktum und die Weihe des Lull mit den Worten: „in episcopatus gradum provehit" erzählt. Hierdurch dürfte nicht nur das im Text Bemerkte bestätigt, sondern auch der Schluss erlaubt sein, dass die Chorbischöfe bei Erlangung eines Bisthums keine neue bischöfliche Konsekration empfingen.

[2] S. das in das Ende des 8. Jahrhunderts gehörige Salzburger Synodalausschreiben in LL. 3, 477: „bonum est, ut die statuto vos ipsi illuc veniatis et praecipiatis vestro chorepiscopo, ut illuc veniat"; in Salzburg v. 821—836, in Passau v. 833—836, s. Dümmler, ostfränk. Reich 1, 32. 33 und desselb. Pilgrim von Passau S. 154; in Freisingen Ende des 8. Jahrhunderts s. Meichelbeck, histor. Frising. I. 1, 88. 100 u. I. 2, 79; die Diöcese Mainz scheint wegen ihres weiten Umfanges sogar in zwei chorbischöfliche Sprengel eingetheilt gewesen zu sein, Dümmler, ostfränkisches Reich a. a. O. S. 298.

[3] Fulko und Notho, welche während der Vertreibung Ebbos das Bisthum Rheims verwalteten, sind offenbar Chorbischöfe gewesen, s. Weizsäcker a. a. O. S. 7; Dümmler a. a. O. S. 110. 163. 242; über Trier nach der Entsetzung Thietgauds s. Annal. Xantens. a. 869 (SS. 2, 233): „ecclesia vero illius a chorepiscopis regebatur"; vgl. auch conc. Meldens. a. 845. c. 44 (Mansi 14, 829): . . . Si vero civitatis episcopus obierit, nihil ex episcopali ministerio specialiter episcopis debito attentet (chorepiscopus), quia ex hoc magnum scandalum et divisionem rerum ecclesiasticarum atque dilationem in canonice ordinandis episcopis dei ecclesiis accidisse conspeximus". Die Könige, welche in dieser Zeit über die Bisthümer verfügten, hatten damit auch ein Mittel in Händen, eine ihnen wünschenswerthe Sedisvakanz zu verlängern, s. ep. Hincmari Rem. ad Leon. IV. (a. 847) bei Flodoard. hist. Rem. III. 10: „et quod terrena potestas hac materia saepe offenderet, ut videlicet episcopo quolibet defuncto per chorepiscopum solis pontificibus debitum ministerium perageretur et res ac facultates ecclesiae saecularium usibus expenderentur, sicut et in nostra ecclesia iam secundo actum fuisset"; vgl. dazu Weizsäcker S. 7 u. 32. n. 3.

[4] c. 44 cit. conc. Meldens: „. . . Nam si episcopus civitatis propter desidiam aut saecularem pervagationem vel propter infirmitatem modum suum chorepiscopis transcendere consenserit, sententiam canonicam debet attendere, . . . ut . . . gradus sui periculo sine retractatione subiaceat". Zu dieser Klasse gehören wohl der Strassburger Chorbischof, erwähnt in epist. Hrabani ad fratr. Argentariae civit. bei Wasserschleben, Beiträge zur Geschichte der vorgratianischen Kirchenrechtsquellen S. 164, Adalmar und der bekannte Geschichtsschreiber Ludwigs des Frommen Thegan für den Trierer (Flodoard. l. c. II. 18; Hontheim, prodromus hist. Trevir. 1, 311 u. SS. 2, 585. 589) und Hildebert für den Kölner Sprengel, annal. Colon. a. 834 u. 862 (SS. 1, 97), Audrad in Sens, Konstantius in Vienne, Leuboin in Lyon, s. Wenck, das fränk. Reich nach dem Vertrage von Verdun S. 389. n. 3; die chorbischöfliche

noch ihrem Ordo nach als Bischöfe; sie waren daher berechtigt — allerdings wo sie als Gehülfen neben einem andern Bischof standen, nur mit dessen Konsens — alle bischöflichen Funktionen auszuüben[1], sowie ferner an den Synoden mit dem Range nach den Hauptbischöfen und vor den Aebten und den Priestern theilzunehmen[2]. Während das Institut zunächst im Anfang des 9. Jahrhunderts unangefochten fortbestand, entzog das Koncil von Paris im J. 829[3] den Chorbischöfen unter Berufung auf die früheren, hauptsächlich die Kanonen von Neocäsarea und Antiochien, das Recht zur Ertheilung der Firmung, und schärfte ihnen zugleich unter Betonung ihrer Abhängigkeit von den Hauptbischöfen namentlich die Pflicht ein, zur Vornahme der Priester- und Diakonenweihe die Erlaubniss der letzteren einzuholen[4]. Zu der eben erwähnten Vorschrift mag ein mehrfach vorgekommenes Ignoriren der eigentlichen Bischöfe Veranlassung gegeben haben, wiewohl freilich an anderen Orten eine die Chorbischöfe auch hinsichtlich der Ordination der niederen Kleriker an den Konsens des Bischofs bindende Gewohnheit bestanden hat[5]. Was der Grund zu der erstgedachten Einschränkung gewesen, lässt sich nicht ermitteln, und so muss es dahin gestellt bleiben, ob dieselbe durch bestimmte Vorgänge oder blos durch die in jener Zeit hervortretende allgemeine Tendenz auf Reform des kirchlichen Lebens in Gemässheit der früheren Kanonen hervorgerufen worden ist. Erst im Laufe der vierziger Jahre tritt im Westfranken-Reich eine entschiedene Opposition gegen die Chorbischöfe hervor[6]. Das Koncil von Meaux vom J. 845[7] verbot ihnen die Bereitung des Chrisma, die Vornahme

Stellung des daselbst genannten Agobard von Lyon ist dagegen zweifelhaft, s. Weizsäcker a. a. O. S. 14. n. 1.

1 Hraban. Maurus lib. cit. bei P. de Marca l. c. p. 587; „usus chorepiscoporum .... hactenus in ecclesia catholica retineatur, ut ipsi chorepiscopi a propriis episcopis suis ordinati, iuxta praecepta eorum diaconos et presbyteros ac ceteros gradus ordinent atque reliqua officia sacerdotalis officii peragant".

2 Flodoard. II. 18: „Hic (Vulfarius v. Rheims) synodum invenitur habuisse anno ... 814 in ecclesia Noviomensi ... congregatis secum ... corepiscopis Waltario, Sperno, necnon et abbatibus ... cum cetero clero, presbyteris et diaconis" ...; conc. Moguntin. a. 847 praef. (Mansi 14, 899), s. auch Synode von Langres a. 830, l. c. p. 630, in deren Unterschriften aber die gedachte Ordnung nicht beobachtet ist.

3 Lib. I. c. 27 (Mansi 14, 556).

4 Dieser Sinn ergiebt sich aus dem nicht scharf gefassten c. 27, wenn man die dort citirten Kanonen mit berücksichtigt. S. auch Weizsäcker a. a. O. S. 22. 23. Was die frühere karolingische Gesetzgebung betrifft, so wiederholt c. 9 des s. g. capit. eccles. a. 789 nur die Bestimmung des Koncils von Antiochien („ut corepiscopi cognoscant modum suum et nihil faciant absque licentia episcopi in cuius parrochia habitant") und c. 19 die des Koncils von Sardika, dass keine Bischöfe auf dem Lande bestellt werden sollten (LL. 1, 55. 57). Es wird also durch diese Vorschriften, welche übrigens nicht ein Gesetz, sondern nur eine Ermahnung sind (s. Boretius, die Capitularien im Longobardenreich S. 69) die Existenz des Institutes nicht principiell angegriffen. Die LL. 1, 108 mitgetheilten excerpta canon. c. 12 ergeben nichts näheres und sind ihrer Entstehung nach zweifelhaft, Boretius S. 75, das erstere gilt auch von c. 11. 12. cap. excerpt. LL. 1, 147. Die Missalinstruktion v. 828 (ibid. p. 329) endlich schreibt eine Untersuchung darüber vor, quales sint adiutores ministerii eorum (d. h. der Bischöfe) i. e. corepiscopi, archidiaconi et vicedomini et presbyteri per parrochias eorum".

5 So wenigstens nach den Angaben Rhabans s. Note 1.

6 Einen Beweis dafür giebt das citirte Werk des Rhabans, welcher das Institut gegen ähnliche Anfechtungen vertheidigt, wie sie sich später in den gleich zu erwähnenden falschen Kapitularien Benedikts und den pseudo-isidorischen Dekretalen finden, dasselbe berichtet auch, dass einzelne westfränkische Bischöfe die von den Chorbischöfen ihrer Vorfahren mit dem Konsens der letzteren vorgenommenen Ordinationen und Kirchen-Konsekrationen als nichtig betrachtet und daher diese Akte nochmals wiederholt hätten. Freilich ist die Abfassungszeit sehr bestritten, s. die verschiedenen Ansichten bei Hinschius l. c. p. CCII; meiner Ansicht nach fällt dasselbe kurz vor das Koncil von Meaux, vgl. a. a. O. Dümmler l. c. S. 297. n. 12 setzt es jedenfalls vor 847.

7 c. 44 (Mansi 14, 829): „Ut chorepiscopus modum suum iuxta canonicam institutionem teneat et nec sanctum chrisma nec sanctum paracletum spiritum, solis episcopis iuxta decreta Innocentii" (I ad Decent. Eugub. c. 3, Coustant, epist. rom. pontif. p. 858 = c. 119 Dist. IV. de cons.) „tribuere debitum tradere tentet; nec ecclesias consecret neque ecclesiasticos qui per impositionem manus tribuuntur i. e., non nisi usque ad subdiaconatum et hoc iubente epi-



der Firmung und die Konsekration von Kirchen, und gestattete ihnen nur noch freilich allein unter Zustimmung des Bischofs die Ertheilung der niederen Weihen, die Auferlegung von Bussen und die Reconciliation der Pönitenten. Zugleich beseitigte das Koncil das Recht des Chorbischofs, die bischöflichen Funktionen nach dem Tode des wirklichen Bischofs während der Sedisvakanz auszuüben [1]. Ferner verordnete es, dass bei Verhinderung des Bischofs mit seinem Konsens durch den Metropoliten, resp. bei Verhinderung des letzteren mit dessen Genehmigung durch die Provinzialbischöfe Fürsorge wegen der bischöflichen Verwaltung getroffen werden sollte [2], und gewährte dadurch die Möglichkeit, die Chorbischöfe auch in ihrer Funktion als interimistischer Vertreter der Bischöfe zu beseitigen. Ihren Grund hat diese Opposition, welche die Rechte der Chorbischöfe auf das erheblichste zu beschränken suchte, in den Bestrebungen der Reformpartei jener Zeit, den Einfluss des weltlichen Elementes auf die Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten, welcher sich in der Benutzung des Institutes der Chorbischöfe zur Offenhaltung von Sedisvakanzen geltend gemacht hatte, zu beseitigen, und ferner in der Absicht, die wiederholt vorgekommene Beraubung der Kirchengüter durch die Chorbischöfe [3] und ihren weltlichen Anhang künftighin zu verhüten. Nichts bestätigt das mehr als die Verwerfung dieser Beschlüsse auf dem im J. 846 durch den König und die weltlichen Grossen zu Epernay abgehaltenen Reichstage [4]. Nachdem so der ebenerwähnte Versuch einer Beschränkung der Rechte der Chorbischöfe mit manchen anderen Plänen der kirchlichen Reformpartei gescheitert war [5], suchte dieselbe nunmehr durch Erdichtung falscher Gesetze Karls des Gr. und falscher päpstlicher Dekretalen den Boden für ihre Tendenzen zu bereiten [6]. Sowohl Benediktus

scopo et in locis quibus canones designant, agere praesumant. Impositioni autem poenitentiae aut poenitentium reconciliationi per parochiam secundum mandatum episcopi sui inserviat". Folgen die S. 165. n. 3 u. 4 mitgetheilten Stellen.

[1] S. 165. n. 3.

[2] c. 47.

[3] Schon das conc. Aquisgr. a. 836. c. II. de vita infer. ordin. c. 4 (Mansi 14, 680) tadelt die Chorbischöfe wegen ihrer Habsucht. Namentlich hatte die Kirche von Rheims unter der chorbischöflichen Verwaltung während der Vertreibung Ebbos schwer gelitten, s. Flodoard. III. 1; Dümmler, ostfränk. Reich 1, 163. 242; Weizsäcker S. 7. Daher ging gerade von Rheims eine heftige Bekämpfung des Institutes aus. Schon Ebbo hatte, wahrscheinlich nach der Rückkehr von seiner ersten Vertreibung (zw. 840 u. 841, Dümmler a. a. O. S. 139. 163) ein Edikt erlassen, welches die Chorbischöfe auf pfarramtliche und priesterliche Funktionen sowie auf die Aufsicht über die Verwaltung der letzteren durch die übrigen Priester beschränkte, ihnen dagegen die Ausübung eigentlich bischöflicher Rechte für die Regel ganz entzog, s. decr. de ministris eccles. Rem. im Anhang zu Flodoard hist. Rem., Migne, patrolog 135, 410: „Episcopum vero civitatis propriae disponere oportet de consecratione, de confirmatione, de reconciliatione et de publico indicendo ieiunio aut aliud aliquid publici iuris pro tempore digno deo debito. Cuius officii summa speculationis haec est, ut et subtilissime providendo insistat, qualiter omnium officia studiosissime gubernando ad portum perfectionis dirigat: quibus in causis nisi iussus chorepiscopus nullatenus excedat"; und ferner ist es nicht unwahrscheinlich, dass Hinkmar von Rheims einer der intellektuellen Urheber der Beschlüsse von Meaux gewesen ist, Weizsäcker S. 25. 43. 44; s. auch S. 165. n. 3. Endlich hatte auch der Rheimser Chorbischof Rigbold den Mönch Gottschalk, den Gegner Hinkmars im Prädestinationsstreit, während der Vertreibung Ebbos zum Priester geweiht; Hincmar. de praedest. diss. II. c. 2 (opp. ed. Sirmond 1, 21), Dümmler l. c. S. 314.

[4] LL. 1, 388, nur c. 47 (s. den Text zu n. 2) wurde angenommen. S. auch Dümmler S. 277. 278.

[5] Zu weit geht jedenfalls die Behauptung des kritiklosen Alberich von Trois Fontaines (saec. XIII.), der über das Koncil von Paris a. 849 berichtet (Mansi 14, 928): „inde Senonas reversus (Audradus chorepiscopus Senonensis) Parisiis ad concilium revocatus est et non solum ipse, sed etiam alii chorepiscopi qui erant in Francia, in eodem concilio depositi sunt", denn es finden sich selbst später noch eine Reihe von Chorbischöfen in Westfrankreich, wie sogar auch Hinkmar den schon vor seiner Erwählung (845) in Rheims vorhandenen Rigbold (s. n. 3) beibehalten hat, vgl. Flodoard. III. 28; conc. Suession. a. 853 (Mansi 14, 990) u. Wenck, fränk. Reich S. 392. n. 1.

[6] Hinschius, decret. Pseudo-Isidor. praef. p. CCXVII sqq. CCXI. Eine Fälschung nach diesen Mustern ist auch der noch von Binterim a. a. O. S. 390 für ächt gehaltene Bericht der acta episc. Cenomanensium (Mabillon, vat. analecta 3, 241 ff.) über die Chorbischöfe des Bischofs Gauziolen, s. Weizsäcker a. a. O. S. 12 ff.

Levita[1], wie nach ihm Pseudo-Isidor[2] legen die Axt an die Wurzel des Instituts, indem sie die schon seit früherer Zeit vorkommende Vergleichung der Chorbischöfe mit den 70 Jüngern[3], wodurch letztere über die Priester gestellt werden sollten, gerade umgekehrt dazu verwenden, ihnen den bischöflichen Charakter abzusprechen und sie ganz und gar zu verbieten. Beseitigt war das Institut damit noch nicht einmal im Westfrankenreich, wo allein diese Kämpfe hervorgetreten waren. Es finden sich dort nicht nur später einzelne Chorbischöfe[4], sondern selbst Nikolaus I. hat ihre Berechtigung innerhalb der oben erwähnten Schranken noch anerkannt[5]. Immerhin war aber die Stellung der Chorbischöfe durch die sich allmählich weiter verbreitenden pseudo-isidorischen Dekretalen erschüttert, und nachdem die Synode von Metz im J. 888[6] die Anschauungen derselben sanktionirt hatte, verschwanden sie allmählich seit dem 10. Jahrhundert im Westfrankenreich[7].

Das Ostreich, in welchem Rhabanus Maurus für die Chorbischöfe eingetreten war[8], wurde von den erwähnten Kämpfen nicht berührt. Gerade hier liessen die weiten Sprengel einzelner Bisthümer, von denen manche zugleich als Ausgangs- und Stützpunkte für die Missionen in den angränzenden Ländern von Bedeutung waren, das Institut als ein nothwendiges und heilsames erscheinen, wie denn auch im Westen allein die Klasse der dauernd an den Bischofssitzen selbst zur Vertretung der Hauptbischöfe berufenen Chorbischöfe den Sturm gegen sich heraufbeschworen hatte. Erklärlich ist es daher, dass sich die Chorbischöfe in jenen Gegenden des östlichen Reiches nicht nur im 9. Jahrhundert[9], sondern sogar bis gegen die Mitte des zehnten[10] erhalten haben. Seitdem

[1] II. 121. 369; III. 394. 402. 423. 424; der Bericht in III. 260 über die Gesandtschaft des Arno von Salzburg an Leo III. wegen der Chorbischöfe und die demnächst wegen der letzteren abgehaltene Synode von Regensburg ist falsch, s. Weizsäcker S. 8. ff.

[2] S. die S. 164. n. 5 citirten Stellen; einzelnen derselben liegen die Fälschungen Benedikts zu Grunde, s. Hinschius l. c. p. CXII. CXLIV; Wasserschleben in Doves Zeitschrift 4, 282.

[3] S. oben S. 162. n. 6.

[4] Auf den Synoden von Doucy a. 871 u. Pontigny a. 876 (Mansi 16, 675. 17, 318); Wenck, fränk. Reich S. 392. n. 1.

[5] Ep. ad Rodulf. Bitur. a. 864. c. 1 (Mansi 15, 390): „... Ad formam enim LXX chorepiscopi facta sunt, quos quis dubitet episcoporum habuisse officia? Sed quia sacri canones vetant, ne omnes sibi omnia vindicent ac per hoc dignitas episcoporum ad chorepiscopos suos videatur transferri fiatque vilior honor episcopi, decernimus nihil in hoc praeter regulas ulterius fieri"; ad Arduic. Vesont. a. 865. c. 5 (l. c. p. 462): „De chorepiscopis, de quibus consulis, utrum presbyteros et diaconos valeant consecrare, sacri te canones poterunt edocere. Quomodo autem chorepiscopos posse dicimus ecclesias consecrare, quas nulli episcoporum licet sine nostro praecepto secundum sanctas regulas dedicare? Non ergo chorepiscopis dabimus. Unde vos episcopos tamquam terminos a patribus positos transferentes merito reprehendimus. Praeterea quis infantes debeat consignare s. Innocentius (s. S. 166. n. 7) ostendit, dicens: De consignandis vero infantibus manifestum est, non alio quam ab episcopo fieri licere". Nikolaus I. vertritt also hier den Standpunkt des Pariser Koncils von 829 (s. oben S. 166), denn die Konsekration der Kirchen spricht er auch den eigentlichen Bischöfen ab.

[6] c. 8 (Mansi 18, 80): „... Ut basilicae a chorepiscopis consecratae ab episcopis consecrentur, roboratum est, quia iuxta decreta Damasi papae, Innocentis et Leonis (s. S. 164. n. 5. S. 166. n. 7) vacuum est atque inane quidquid in summi sacerdotii chorepiscopi egerunt ministerio; et quod et ipsi iidem sint, qui et presbyteri sufficienter invenitur".

[7] U. 931 erwähnt Ademar. histor. III. 25 (SS. 4, 127) noch einen Chorbischof in Limoges, vgl. ferner über dieselbe Diöcese Gallia christ. 2, 510. 586; ob der ibid. p. 42 zum J. 1040 erwähnte Durannus chorepiscopus wirklich Chorbischof und nicht Archidiakon gewesen (s. unten), steht dahin.

[8] Ueber die Chorbischöfe zu seiner Zeit in Mainz s. Dümmler a. a. O. S. 298.

[9] S. oben S. 165. n. 4; conc. Wormat. a. 868 (Mansi 15, 886); über Kärnthen vgl. c. 6. 39 Dist. L. u. Dümmler S. 615.

[10] Chorbischof Madalwin im Passauer Sprengel a. 903 o. 904 Monum. Boica XXVIII. 2, 208 ff.; Chorbischof Covvo im Freisinger Bezirk a. 908, Meichelbeck hist. Frising. I. 2, 429; auf der Synode zu Regensburg a. 932 erscheint „Suartzlot chorepiscopus" und auf der zu Dingolfingen a. 932: „chorepiscopi duo Gottapertus et Swaterlohus" LL. 4, 482; Gotapert gehörte zum Salzburger Sprengel, s. den cod. tradit. bei Kleinmayern, Juvavia Anh. S. 125 und ist dort wohl der letzte Chorbischof gewesen; Hirsch, Jahrbücher des deutsch. Reichs unter Heinrich II. 1, 44. n. 3. In der Urkunde Erz-

haben wohl die Bischöfe von ihrer Einsetzung hauptsächlich deshalb Abstand genommen, weil dieselben sich namentlich in den weiten Sprengeln immer unabhängiger zu stellen suchten, und daraus viele Misshelligkeiten zwischen ihnen und ihren Chorbischöfen entstanden [1].

Am längsten haben sich die letzteren in Irland[2] erhalten. Hier wurde erst auf einer von dem päpstlichen Legaten Johannes Paparo im J. 1152 abgehaltenen Synode bestimmt, dass nach dem Absterben der vorhandenen Chorbischöfe statt derselben Dekane oder Erzpriester eingesetzt werden sollten, und die Ausführung dieser Anordnung zog sich dann noch bis zum J. 1216 hin[3].

In Deutschland ist übrigens trotz des Verschwindens des eben besprochenen Institutes der Name Chorbischof noch in Gebrauch geblieben, zuerst in einzelnen Diöcesen für die Kantoren der Stifter[4], sodann aber auch für die Archidiakonen. Während die erste Bedeutung wohl auf einer anderen Etymologie als der von χώρα Land beruht[5], hängt die zweite offenbar mit der letzteren zusammen. Denn wie man früher die Hülfsbischöfe auf dem Lande als χωρεπίσκοποι bezeichnete, so konnte man später diejenigen Beamten, welche in einzelnen Sprengeln der Diöcese die bischöfliche Jurisdiktion in einem bestimmten Umfange ausübten, füglich selbst, wenn sie des bischöflichen Charakters entbehrten, doch immer choriepiscopi nennen[6].

bischofs Gero v. Magdeburg a. 1015, Ludewig, reliqu. manuscr. 2, 461: „testes sunt confratres nostri et chorepiscopi Meynwertus, Hildewardus, Ericus, Wigo et Nazo, fratres de S. Mauricio“ . . ., liegt wohl die mehrfach sich findende Verwechselung von chorepiscopus und coepiscopus vor, da Hildeward, Erich und Wigo die Bischöfe von Zeitz, Havelberg und Brandenburg sind, und unter Meinwerk wahrscheinlich der von Paderborn gemeint ist, s. Hirsch, a. a. O. 2, 328.

[1] Vita Gebehardi archiep. Salzburg c. 2 (SS. 11, 26. 38) wird bei der Erzählung über die Gründung des Bisthums Gurk a. 1072 bemerkt: „iuvit ad hanc novam constitutionem et quidem veterum noticiarum codex (damit ist die Schrift de conversione Carantanorum ibid. p. 4 ff. gemeint) . . . repertae sunt in eodem libro crebrae discordiarum causae inter ipsos archiepiscopos et subepiscopos illos, propter quas conicitur et estimatur vicem illam tunc cessavisse et morientibus aliis alios non fuisse substitutos“.

[2] Vgl. ep. Anselmi Cantuar. lib. III. ep. 147 ad reg. Hiberniae (opp. ed. Gerberon. Lutet. Paris. 1721. p. 419): „Item dicitur episcopos in terra vestra passim eligi et sine certo episcopatus loco constitui atque ab uno episcopo episcopum sicut quemlibet presbyterum ordinari“. Für England ist ihre Existenz zur Zeit Lanfranks († 1089) bezeugt s. Gervasii Dorobern. act. pontif. Cantuar., hist. Angl. script. X. ed. Twysden p. 1650: „Habebat etiam quondam Cantuar. archiepiscopus chorepiscopum quendam qui in ecclesia S. Martini extra Cantuariam manebat qui adveniente Lanfranco deletus est“; Gilbert et Milo Crispin. vita abbat. Beccensium vita Lanfranci c. 44 (opp. Lanfranci ed. Giles 1, 307): „In suburbio civitatis Cantuariae est quaedam ecclesia S. Martini, in qua, ut fertur, priscis temporibus fuit sedes episcopalis et, ut aiunt, episcopum habuit, antequam ad illas partes transiret Lanfrancus . . . statuit Lanfrancus, ne ulterius ipsi loco ordinaretur episcopus“.

[3] Constit. Simonis ep. Midensis a. 1216 (Wilkins concil. Britanniae 1, 547): „. . . Cum dominus Johannes Paparo ordinaverit, ut decedentibus chorepiscopis et exiliorum sedium episcopis in Hiberniae in eorum locum eligerentur et succederent archipresbyteri a dioecesanis constituendis qui cleri et plebis solicitudinem gerant infra suos limites et ut eorum sedes in totidem capita decanatuum ruralium erigerentur, idcirco nos . . . ordinamus . . . imprimis, ut in ecclesiis Athrumensi, Kenanunensi, Slanensi, Skrynensi Donnaclsacheking, olim sedibus episcopalibus in Media, nunc vero capitibus ruralium decanatuum archipresbyteri de futuro instituendi . . . cleri et populi infra limites eorum decanatuum solicitudinem gerant“.

[4] S. oben S. 99.

[5] Auf die S. 99. n. 1 erwähnte Ableitung ist auch wohl die Bezeichnung des in Mainz zum Chorbischof vor der zweiten Vesper des Stephanstages gewählten Geistlichen zurückzuführen, s. Dürr, de episcopo puerorum. Mogunt. 1755. §. 29. bei Schmidt, thesaur. 3, 77.

[6] Die Trierer Urkunde von 967 (Günther cod. Rheno. Mosell. 1, 74 u. Beyer, mittelrhein. Urkdbch. 1, 284) haben unterzeichnet 4 Chorbischöfe, von denen Thiedo und Wicfried a. 964 u. 975 bei Hontheim, hist. Trevir. 1, 301. 318 als Archidiakone erscheinen, und der eine sich im Text selbst levita, also Diakon nennt; in anderen Trierer Urkunden bei Hontheim, l. c. 1, 323. 335. 393. 406. 436. 449. 484. 505. v. 981 werden 2, v. 996 einer, v. 1032 u. 1063 zwei, v. 1085: „Arnoldus praepositus, Arnulphus publicae sedis decanus, Poppo choriepiscopus, Hongerus choriepiscopus, Bruno choriepiscopus, Winricus choriepiscopus“ 4, v. 1097 dieselben 4, v. 1107 3, v. 1120 einer aufgezählt. Identisch

II. Die Wanderbischöfe. Im Frankenreiche werden im 8. und 9. Jahrhundert wandernde Bischöfe ohne festen Sitz mehrfach erwähnt. Wenn ihnen auch im Allgemeinen wegen der Zweifelhaftigkeit ihrer Weihe die Vornahme von bischöflichen Funktionen untersagt wurde [1], so erlaubte man ihnen doch mitunter, diese mit Genehmigung des betreffenden Diöcesanbischofs auszuüben [2], so dass sie also dann als zufällige Gehülfen desselben erschienen. Vielfach kamen sie aus Grossbritannien, namentlich aus Schottland [3] herüber, und ihre eigentliche Bestimmung, für welche sie schon in ihrer Heimath die bischöfliche Konsekration empfingen, war die, in der Mission thätig zu sein [4]. Sie gehörten also zu derselben Klasse, wie die bekannten Missionare, welche die Bekehrung einzelner deutscher Stämme und Gegenden bewirkt haben und welche zunächst ebensowenig auf ein bestimmtes Bisthum konsekrirt werden konnten [5], vielmehr erst nach erfolgter Christianisirung eines gewissen Sprengels einen festen Sitz angewiesen erhielten [6]. Die letzteren — man hat sie mehrfach als *episcopi regionarii*

sind wahrscheinlich der 1085 u. 1097 vorkommende Bruno chorepiscopus mit Bruno archidiaconus in der Urk. v. 1107; ferner Theodoricus coepiscopus (für corepiscopus) a. 1107 mit dem Theod. archidiaconus a. 1123 (ibid. p. 510) vgl. auch Hontheim prodromus hist. Trevir. 1, 311. Abgesehen davon ergiebt die Identität von Chorbischof und Archidiakon Sigeberti Gemblac. chron. ad a. 384 (SS. 6, 303): „decrevit (nämlich Damasus I. s. S. 164. n. 5), ne quid contra episcopos praesumant archidiaconi, qui dicuntur chorepiscopi i. e. villarum et regionum episcopi", die Bezeichnung corepiscopus et prepositus, a. 1083 u. a. 1092 bei Beyer, mittelrheinisches Urkundenbuch. Coblenz 1860, 1, 436. 448, da mit der Präpositur häufig der Archidiakonat vereinigt gewesen ist, sodann die mehrfache Erwähnung von aus der Archidiakonats-Jurisdiktion herfliessenden Rechten, s. die Mainzer Urkunde v. 1057 bei Kopp, Nachricht von der Verfassung der geistl. u. Civil-Gerichten in den hessen-kasselschen Landen Th. 1. Beilagen zu Stück 1. S. 3; die Trierer v. 1135 (Hontheim, hist. Trevir. 1, 526); vgl. auch Mooren, d. dortmunder Archidiakonat S. 13. n. 3. u. Schulte 2, 264 n. 2. In Trier führte der erste der 5 Archidiakonen sogar den Titel: *summus choriepiscopus*, s. Mayer thesaur. iur. eccles. 1, 56. n. m; der Dom zu Trier. Trier 1834. S. 137. Anm. *. Dass die Archidiakonen die Nachfolger der Chorbischöfe in deren Sprengeln gewesen und theilweise die nachmaligen Archidiakonatsbezirke mit den alten chorbischöflichen Distrikten identisch sind, so Valesius not. in lib. I. hist. eccl. Theodoreti c. 26. ed. Gaisford p. 35; Bened. XIV. de syn. dioec. III. 3. n. 5; Gréa, biblioth. de l'école des chartes. III. série. 2, 61 u. Mooren a. a. O. S. 33. 34 halte ich für irrig, da es fast nirgends feste chorbischöfliche Sprengel gegeben hat, und diese selbst da, wo sie vorkommen (s. S. 165. n. 2), viel grösser wie die Archidiakonate gewesen sein müssen. Ebenso falsch ist es, wenn Mooren S. 33 n. 2 die chorepiscopi auf dem Koncil zu Trier a. 981 (Hartzheim 2, 664) und Wenck, fränkisches Reich S. 392. n. 1 die chorepiscopi in dem Diplom v. 1062 bei Martène und Durand, veter. scriptor. collect. 1, 463 für Chorbischöfe im älteren Sinne erklären, es sind hier ebenfalls Archidiakonen gemeint.

1 Capit. Verniens. a. 753. c. 14 (LL. 1, 23): „Ut ab episcopis ambulantibus per patrias ordinatio presbiterorum non fiat. Si autem boni sunt illi presbiteri, iterum consecrentur"; c. 43 Cabilon. II. a. 813 (Mansi 14, 102): „Sunt in quibusdam locis Scoti qui se dicunt episcopos esse et multos negligentes absque licentia dominorum suorum sive magistrorum presbyteros et diaconos ordinant: quorum ordinationem quia plerumque in simoniacam incidit haeresim et multis erroribus subiacet, modis omnibus irritam fieri debere omnes uno consensu decrevimus"; s. auch c. 62. Wormat. a. 868 (l. c. 15, 879).

2 Capit. Vern. a. 755. c. 13 (LL. 1, 26): „De episcopis vacantibus qui parrochias non habent, nec scimus ordinationem eorum qualiter fuit, placuit iuxta instituta sanctorum patrum, ut in alterius parrochia ministrare nec ulla ordinatione facere debeant non sine iussione episcopi cuius parrochia est" . . ., s. auch c. 8 des Koncils von Rouen (Bruns canon. I. 2, 270, das wohl in die karolingische Zeit gehört, s. Hefele, Conciliengesch. 3, 89 u. Dove, Zeitschrift 4, 20. n. 10).

3 S. n. 1 und die Dokumente bei Mabillon, annal. Benedict. Tom. II. app. p. 650 ff.

4 Heister-Binterim l. c. p. 4. 5, dessen einzelne Angaben jedoch mit Vorsicht aufzunehmen sind.

5 So Willibrord der Missionär der Friesen (geb. 658 † 739), Suidbert (Anfang des 8. Jahrh.), welcher das Christenthum unter den Brukterern predigte und endlich Bonifacius. Während der zweite seine Bischofsweihe noch in England erhalten hat, s. Rettberg, Deutschlands Kirchengesch. 2, 394, sind der erste (vgl. ep. Bonifat. ad Stephan. III. a. 755, Jaffé, monum. Mogunt. p. 259) und der letzte in Rom geweiht worden, s. Th. I. S. 506. 634.

6 So Bonifacius s. Th. I. S. 506. n. 3; über Utrecht als Mittelpunkt des von Willibrord geleiteten Bisthums der Friesen, s. Rettberg, a. a. O. S. 528 und oben S. 164 n. 7. Ueber Pirmin s. ebendaselbst. Vgl. überhaupt noch Reininger a. a. O. S. 2 ff.

oder *gentium* bezeichnet[1] — waren offenbar die tüchtigeren Elemente unter jenen Missionären, während die schlechteren, deren Energie für ihr Unternehmen nicht ausreichte, das Kontingent jener Wanderbischöfe stellten, deren Gebahren die karolingische Gesetzgebung unschädlich zu machen suchte. Uebrigens finden sich ähnliche Erscheinungen noch in den folgenden Jahrhunderten wieder, weil die Mission, so lange bis ein Ausweg in dem Institut der Titular- oder Weihbischöfe gefunden war, die bischöfliche Konsekration ohne Rücksicht auf eine bestimmte Diöcese bedingte[2].

III. Die Weihbischöfe. A. Entstehung des Institutes. In Folge der Besitznahme einzelner christlicher Gegenden durch die Sarazenen seit dem 7. Jahrhundert mussten die dort residirenden Bischöfe ihre Sprengel verlassen, resp. war es den neu für dieselben ordinirten Oberhirten nicht möglich, ihr Amt anzutreten. Schon das trullanische Koncil von 692[3] wahrte den so vertriebenen in Anschluss an ältere Kanonen[4] ihre Rechte auf ihre Diöcesen, und in Spanien ging man im 9. und 10. Jahrhundert so weit, nicht nur die ihrer Sprengel beraubten Bischöfe in anderen Distrikten zur Aushülfe zu benutzen[5], sondern auch sogar für die in den Händen der Ungläubigen befindlichen Diöcesen mitunter neue Bischöfe zu konsekriren[6]. Liess man solche in einem anderen Sprengel neben dem Bischof des letzteren zu dessen Unterstützung funktioniren, so lag hierin kein Widerspruch mit den alten Kanonen, welche die Einsetzung zweier Bischöfe für eine Diöcese, die absolute Konsekration von solchen und die Residenz von Bischöfen auf dem Lande verboten, während das Institut der fränkischen Chorbischöfe mit allen diesen Vorschriften nicht vereinbar war. Eine Verletzung der letzteren enthält freilich das Schreiben Benedikts IX. (1033 — 1048), welches dem Erzbischof Poppo die Bewilligung eines mit der Bischofsweihe versehenen Gehülfen ankündigt, ohne über dessen

[1] Binterim, Denkwürdigkeiten a. a. O. S. 379.

[2] S. oben S. 9. n. 3 und Adam. Brem. hist. I. 52; III. app. (SS. 7, 366); „Sunt enim episcopi quos ordinavit (Adalbert von Hamburg—Bremen) XX, quorum tres abortivi et extra vineam ociosi remanserunt, sua quaerentes, non quae Jesu Christi; quos universos gloriosus archiepiscopus decenti honore habens ad praedicandum barbaris verbum dei prece et praemio commonebat. Ita saepissime vidimus eum IV aut V stipatum episcopis, prout ipsum audivimus dicentem, absque multitudine esse non posse. Cum vero eos a se dimiserat, solito moestior esse propter solicitudinem videbatur, numquam tamen carere maluit vel tribus quorum frequentissimi erant Tangwardus Brandenburgensis, vir sapiens et comes episcopi etiam ante episcopatum. Alter erat Joannes quidam Scotorum episcopus vir simplex et timens deum qui postea in Sclavaniam missus ibidem . . . interfectus est. Tercius Bovo nomen habuit, incertum unde natus aut ubi ordinatus, qui se tamen peregrinationis amore Iherosolimam ter accessisse iactabat indeque Babiloniam deportatum a Sarracenis tandemque solutum multas per orbem transisse provincias. Hos III cum non essent eius suffraganei eo quod sedes proprias non haberent maiori fovisse clementia dicitur". Ibid. III. 14 wird ferner eines episcopus acephalus gedacht.

[3] c. 37: „Ἐπειδὴ κατὰ διαφόρους καιροὺς βαρβαρικαὶ γεγόνασιν ἔφοδοι καὶ πλεῖσται πόλεις ἐντεῦθεν ὑποχείριοι τοῖς ἀνόμοις κατέστησαν, ὡς ἐντεῦθεν μὴ δυνηθῆναι τὸν τῆς τοιαύτης πόλεως πρόεδρον μετὰ τὴν ἐπ᾽ αὐτῷ χειροτονίαν τὸν οἰκεῖον θρόνον καταλαβεῖν καὶ ἐν αὐτῷ ἱερατικῇ καταστάσει ἐνιδρυνθῆναι· καὶ οὕτω κατὰ τὸ κρατῆσαν ἔθος τὰς χειροτονίας καὶ πάντα ἃ τῷ ἐπισκόπῳ ἀνήκει, πράττειν τε καὶ μεταχειρίζεσθαι, ἡμεῖς τὸ τίμιον καὶ σεβάσμιον τῇ ἱερωσύνῃ φυλάττοντες καὶ μηδαμῶς πρὸς λύμην τῶν ἐκκλεσιαστικῶν δικαίων τὴν ἐθνικὴν ἐπήρειαν ἐνεργεῖσθαι βουλόμενοι, τοῖς οὕτω χειροτονηθεῖσι καὶ διὰ τὴν προκειμένην αἰτίαν ἐν τοῖς ἑαυτῶν μὴ καταστᾶσι θρόνοις, τὸ ἀπόκριτον τηρεῖσθαι συνεωράκαμεν, ὥστε καὶ χειροτονίας κληρικῶν διαφόρων κανονικῶς ποιεῖν καὶ τῇ τῆς προεδρίας αὐθεντίᾳ κατὰ τὸν ἴδιον ὅρον κεχρῆσθαι καὶ βεβαίαν καὶ νενομισμένην εἶναι πᾶσαν ὑπ᾽ αὐτῶν προϊοῦσαν διοίκησιν".

[4] c. 18 Antioch. a. 341 (in c. 5. Dist. XCII); c. 35 (37) can. apost. s. Hefele Konciliengesch. 1, 785.

[5] Koncil v. Oviedo u. 877 (Mansi 18, 219): „Additum praeterea, ut episcopi illarum ecclesiarum quae fuerint a Sarracenis destructae, Ovetum se conferentes, in ea ecclesia militantes stipem consequerentur, si alias circumpositas sub eadem dioecesi constitutas ecclesias curarent".

[6] So wurde i. J. 971 der Abt Cäsarius zu Compostella zum Erzbischof von Tarragona geweiht Mansi l. c. p. 183, obwohl letzteres sich in den Händen der Sarracenen befand, s. Th. I. S. 600.

Diöcese das Mindeste zu bemerken [1]. Indessen sprechen gegen die allgemein angenommene Aechtheit [2] desselben erhebliche Gründe [3]. Der Regel nach überliess man es in jener Zeit im Allgemeinen dem Ermessen der einzelnen Bischöfe, auf welche Weise sie sich eine etwa erforderliche Stellvertretung für die Vornahme der Pontifikalhandlungen beschaffen wollten, und gewöhnlich bedienten sich dieselben während des 11. und 12. Jahrhunderts eines benachbarten oder eines zufällig in ihrer Diöcese anwesenden Bischofs, welchem sie je für den in Frage kommenden Fall einen besonderen Auftrag ertheilten [4]. Von einer dauernden Stellvertretung und Hülfsleistung findet sich dagegen abgesehen von dem eben erwähnten Trierschen Fall keine Spur [5]. Während in jener Zeit nur selten solche Bischöfe, welche ihre Sprengel wegen des Widerstandes der Heiden nicht in Besitz nehmen konnten, als Gehülfen anderer fungirten [6], wurden in Folge der Vorgänge in den neugegründeten livländischen und preussischen Bisthümern im 13. Jahrhundert manche Bischöfe genöthigt, die letzteren zeitweise oder für immer zu verlassen, und diese erscheinen dann häufig als Gehülfen und Vertreter in anderen deutschen Diöcesen thätig [7], wiewohl auch, freilich viel seltener, andere Bischöfe in der

[1] Das Schreiben bei Hontheim, hist. Trevir. 1, 376, in Gesta Trevir. cont. c. 4. SS. 8, 178, Beyer, mittelrhein. Urkundenbuch 1, 371: „... Vobis vero in congressu positis ad iniquitates pravorum hominum debellandas ac spirituali gladio puniendas, quoniam in rebus divinitus vobis commisse vicis coadiutorem presulem a nobis poposcitis, eum dirigimus ... Dirigimus ergo illum, ut solatietur vobis in necessitatibus vestris, tam scilicet in opere consecrationis quam etiam in unctione confirmationis et si quid in necessitatibus aliis ... valebit, pro libitu vestre sancte fraternitatis, ut illum tractare, uti decet, non detrectetis vel dissimuletis, nulla credimus ammonitione indigetis". Binterim, Denkwürdigkeiten a. a. O. S. 384 u. Helfert a. a. O. 1, 362 finden in dem: „quemdam aprocrisiarium nostrum Leonem vice episcopum s. Trevirensis ecclesiae" (ep. Joann. XV. ad omn. fidel. n. 991 Mansi 19, 81) die erste Spur eines Weihbischofs, indessen lautet bei Willelm. Malmesbir. gest. reg. Angl. II. 20 ed. Savile p. 35 und bei Wilkins, conc. Britanniae 1, 264 die Stelle: viz. episcopum, was mit Jaffé reg. Roman. pontif. n. 2940 in videlicet aufzulösen ist. In der Angabe der Diöcese des Bischofs muss ferner ein Fehler sein, da um diese Zeit kein Trierer Bischof Namens Leo vorkommt. Uebrigens enthält die Urkunde auch sonst manches Bedenkliche, s. Lappenberg, Gesch. Englands, 1, 422 n. 1.

[2] So Acta SS. Innoc. 1, 96. 97; ferner Jaffé regest. n. 3128 u. sämmtliche Kanonisten, s. z. B. Richter §. 139. n. 5 u. Schulte K. R. 2, 265. n. 1.

[3] Die Urkunde findet sich unter den Diplomen und zwar denen ohne Siegel, welche Erzbischof Balduin in Abschrift zu einer Sammlung, dem s. g. Balduineum, vereinigen liess, Beyer l. c. 1, 372 u. III. und in der nicht ganz zuverlässigen contin. gest. Treviror. l. c.; das Original ist also nicht vorhanden. Sodann steht die darin erwähnte Bestellung eines Bischofs zum Gehülfen eines andern in jener Zeit ganz vereinzelt da. Ferner erscheint der angegebene Zweck, zu welchem derselbe dem Erzbischof gewährt wird, auffällig und nicht minder bedenklich ist es, dass nicht einmal der Name des betreffenden Coadjutors angegeben wird. Dazu kommt endlich, dass die Dekretale noch die Heiligsprechung des h. Simeon enthält, über welche eine besondere unanfechtbare Kanonisationsbulle, s. Beyer l. c. p. 370, existirt.

[4] S. die Nachweisungen für Köln bei Heister-Binterim l. c. S. 15 ff.; für Trier bei Hontheim, hist. Trevir. 1, 640; für Mainz (Erfurt) Koch a. a. O. S. 58 ff.

[5] Ob bei dem in c. 14. X. de off. iud. ordin. (s. oben S. 40) gedachten praesul catholicus eines verschiedenen Ritus an einen vertriebenen Bischof des letzteren zu denken ist, wird sich beim Mangel jeglichen Anhaltes schwer entscheiden lassen. Wahrscheinlich ist es aber, da in jener Zeit kaum mehr eine Konsekration ohne Diöcese vorgekommen sein wird.

[6] So Hetzelin, Bischof des schwedischen Bisthums Skara, in der Erzdiöcese Köln, s. Conradi vita Wolfhelmi abbat. Brunswilar. c. 31 (SS. 12, 192), Adam. Brem. IV. 23 (SS. 7, 378); Heister-Binterim S. 16—18.

[7] So in Köln Bernardus episcopus Selonensis (v. Seelburg oder Semgallen) u. 1217 Dietrich von Esthland ebendaselbst zwischen 1213 u. 1216, Heister-Binterim S. 32. 35; Evelt, a. a. O. S. 14 ff., u. 1227 Wetzelin von Reval, Heister-Binterim S. 36, i. J. 1237 Balderich u. i. J. 1247 Arnold, beide von Semgallen, Ennen u. Eckertz, Quellen zur Geschichte von Köln 2, 166. 267, i. J. 1254 Theodorich von Wirland (in Esthland), i. J. 1259 u. 1260 Heinrich von Osilia (Livland), i. J. 1274 Werner v. Kurland, Heister-Binterim S. 38—40; u. i. J. 1284 Hermann v. Samland l. c. 44; Evelt a. a. O. S. 23; in Paderborn zw. 1251—1271 der genannte Theodorich von Wirland und i. J. 1281 der ebenfalls erwähnte Hermann von Samland; in Würzburg i. J. 1254 u. 1263 Heinrich von Samland, Reininger S. 25 ff. Ueber Trier vgl. Tibus S. 2; über Mainz (Erfurt) Koch a. a. O. S. 62 ff.



erwähnten Stellung vorkommen[1]. Gegen Ende des dreizehnten und namentlich seit dem 14. Jahrhundert verschwinden diese Hülfsbischöfe aus den östlichen Missionen in Deutschland und statt ihrer treten solche auf, welche nach dalmatinischen, macedonischen, thracischen und morgenländischen Diöcesen bezeichnet werden[2]. Diese Erscheinung erklärt sich daraus, dass im Laufe dieser Zeit eine Reihe von den in Folge der Kreuzzüge gegründeten lateinischen Bisthümern wieder in die Hände der Ungläubigen geriethen, und nachdem allmählich die Hoffnung der vertriebenen Bischöfe und ihrer in der Erwartung baldiger Rückkehr geweihten Nachfolger auf Wiedererlangung der verlorenen Sprengel vernichtet war, man zur principiellen Wahrung der Ansprüche auf die letzteren noch fort und fort Bischöfe jener Diöcesen konsekrirte. Leisteten auch viele derselben in den Distrikten ihrer abendländischen Kollegen bei der Verrichtung der Pontifikalhandlungen Aushülfe, so müssen sich doch eine ganze Reihe zwecklos in einer der bischöflichen Würde unangemessenen Weise, ja theilweise bettelnd, herumgetrieben und in fremden Diöcesen Störungen verursacht haben[4], denn schon Clemens V. sah sich veranlasst, die Ernennung und Konsekration solcher Bischöfe »ohne Klerus und ohne christliches Volk« von der speziellen Genehmigung des apostolischen Stuhles abhängig zu machen[5]. Vor Allem scheinen gerade die Mönche sich gern auf solche Bisthümer haben ordiniren lassen, um als Bischöfe frei von dem Zwange des Klosters leben zu können, weil der gedachte Papst gleichzeitig diesen die Annahme einer derartigen Stellung selbst mit Erlaubniss ihrer Oberen ohne den Konsens des päpstlichen Stuhles verbot[5]. Trotzdem finden sich noch in den folgenden Jahrhunderten viele Ordensbrüder als Hülfsbischöfe[6], was sich wohl daraus erklärt,

[1] So Wilhelm von Carlisle, Heinrich von Chur, die ehemaligen Bischöfe v. Regensburg und v. Cremona im 13. Jahrh.: s. Heister-Binterim S. 35. 39. 40. 44.

[2] In Köln als erster Heinrich von Redesto oder Byzanhe u. 1304, Heister-Binterim S. 45; in Paderborn Herman, episcopus Belovilonensis (in der Kirchenprovinz, Scythopolis?) Evelt S. 25, in Würzburg schon 1277 Inzelerius Bischof von Budua in Dalmatien, Reininger S. 32.

[3] Clem. 5. de elect. I. 3: „In plerisque ecclesiis nedum . . . praesidio facultatum privatis, sed et clero carentibus et populo christiano, multos frequenter et religiosos praesertim improvida superiorum provisio ad pontificatus assumit honorem qui nec, ut expediret, prodesse nec praeesse, ut deceret, valentes, instabilitate vagationis et mendicitatis opprobrio serenitatem pontificalis obnubilant dignitatis“.

[4] Vgl. z. B. die Synode v. Ravenna v. 1311 c. 24 (Hardouin 7, 1370): „. . . indignum est . . . quod admittantur et recipiantur ad episcopalia exercenda ignoti et vagabundi episcopi et maxime lingua et ritu dissoni, ex quorum ordinatione . . . proveniunt duo mala, quia promoventur incogniti, inhabiles et indigni et etiam de ipsorum ordinatione dubitatur. Unde statuimus quod nullus episcopus vagabundus vel ignotus ad pontificalia admittatur, nisi prius metropolitano constiterit de ipsius canonicis ordinatione, consecratione et titulo et tunc etiam praedicta pontificalia exercere non possit, nisi de voluntate vel licentia dioecesani episcopi, in cuius civitate vel dioecesi voluerit talia exercere . . .“; demnächst wird diesen Bischöfen bei Uebertretung der mitgetheilten Vorschriften die suspensio ipso iure a pontificalibus et ab officio, und denjenigen, welche sich von ihnen verbotener Weise haben weihen lassen, die suspensio von den empfangenen ordines angedroht; s. ferner c. 4. Ravennat. a. 1314 (Mansi 25, 538).

[5] S. Clem. 5 cit.: „Volentes igitur contra temeritatem tam facientium quam ut frequentius recipientium provisiones huiusmodi providere, de consilio fratrum nostrorum statuimus, ut nullus de cetero, quantacunque dignitate praepollens, nisi speciali super hoc auctoritate sedis apostolicae fulciatur, de pastore provideat cathedrali ecclesiae sibi qualitercunque subiectae quae clero careat et subditis christianis nullusque religiosus a suo unquam quod provisioni tali consentiat, licentietur praelato. Quodsi licentiatus etiam huiusmodi provisioni consenserit et in episcopum se fecerit aut permiserit consecrari: in episcopali nullatenus recipiatur honore, sed in tantae ambitionis poenam sub religionis aut monasterii sui praelato semper sic degat humilis iaceatque prostratus, quod nullus eidem in religione sua vel extra ad gradum honoris vel administrationis cuiuslibet sit adscensus“ . . .

[6] In Köln sind sie seit dem Ende des 13. Jahrhunderts bis zum Anfang des 16. Jahrhunderts häufiger als Nichtordensgeistliche, erst seit jener Zeit verschwinden sie allmählich und statt ihrer treten meistens frühere Kanoniker der Diöcese, namentlich des Domstiftes als Weihbischöfe auf, s. Heister-Binterim einerseits S. 45. 47.

dass die Diöcesanbischöfe sie deshalb gern annahmen, weil der Unterhalt derselben durch ihre Zugehörigkeit zum Orden gesichert war.

Was das Verhältniss der erwähnten Bischöfe zu ihren Amtsbrüdern betrifft, in deren Diöcesen sie fungirten, so war dasselbe nur vorübergehender Natur, da es manchen der ersteren wenigstens zeitweise gelang, in ihre eigentlichen Sprengel zurückzukehren [1]. Aber selbst noch im 14. [2], ja auch freilich seltener im 15. Jahrhundert [3], als diese Möglichkeit nicht mehr vorlag, ist ihre Hülfsstellung nicht einmal thatsächlich eine dauernde, geschweige denn eine lebenslängliche, noch eine ausschliesslich auf ein Bisthum beschränkte gewesen. Es ergiebt sich dies daraus, dass dieselben Bischöfe in mehreren Diöcesen Weihehandlungen statt des eigentlichen Bischofs vorgenommen und mehrfach auch für ein und denselben Sprengel schnell hinter einander gewechselt haben [4]. In Verbindung damit steht es, dass die Vollmachten an die einzelnen Hülfsbischöfe wohl zunächst nicht generell ertheilt worden sind. In der ersten Zeit bezeichnen sie sich am häufigsten als *vices gerentes episcopi N.* [5], dann kommt der schon auf eine umfangreichere Stellvertretung deutende Ausdruck: *in pontificalibus vices gerens* [6], *v. g. in spiritualibus* [7], *in pontificalibus et spiritualibus per civitatem et dioecesim N. vices gerens* [8], *vicarius in pontificalibus* [9], schliesslich der noch umfassendere: *generalis vicarius in pontificalibus* [10] am häufigsten vor. Man wird nicht fehlgehen, wenn man die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts als die Zeit bezeichnet, in welcher sich die Sitte, allgemeinere

48. 50. 56. 57. 58. 60. 62. 63. 64. 66. 70. 72. 100, andererseits S. 53. 67. 69. 78. 74. 75. 76. 80. 83. 84. 89. 70. 91. 99; in Würzburg überwiegen die Mönche ebenfalls vom 13. Jahrhundert bis Mitte des sechszehnten, Reininger S. 32. 47. 49. 60. 61. 66. 74. 82. 87. 96. 106. 111. 116. 159. 171; auch in Paderborn sind sie in dieser Zeit häufig, Evelt S. 27. 33. 35. 41. 43. 61. 68, s. auch Tibus S. 16. 32. 35. 39. Das Salzburger Koncil v. 1420. c. 17 (Hartzheim 5, 179): „... nullus suffraganeorum nostrae provinciae in sua dioecesi ad exercendum ea quae episcopalis ordinis existunt, tales titulares episcopos admittat, nisi habitum suae religionis manifeste deferant" ... setzt ebenfalls voraus, dass sie Ordensleute sind.

1 So z. B. dem S. 172. n. 7 genannten Heinrich von Samland, welcher von 1257 und 1262, dann wieder seit etwa 1266 o. 1267 dort residirte, Reininger S. 28. 29.

2 Im 13. Jahrh. vollzieht der S. 172. n. 7 genannte Theodorich von Wirland Pontifikalhandlungen nicht nur in Köln, sondern in Utrecht und in den verschiedenen Theilen der Diöcese Mainz, s. Guden, codex diplomat. Mogunt. 4, 805; Evelt S. 21; der ebendaselbst erwähnte Inzelerius ausser in Würzburg noch in Konstanz, Mainz und Bamberg, Reininger S. 34. 39; im 14. Jahrh. Hermannus Belovilonensis 1312 in Münster, 1320 in Paderborn, 1322 u. 1323 in Köln, 1335 in dem sächsischen Theil der Diöcese Mainz, weshalb er sich auch bald als gerens vices in pontificalibus dominorum Monasteriens. et Paderbornensis eccles. episcoporum, bald als per Saxoniam dyocesis s. eccles. Moguntiae in spiritualibus vicarius bezeichnet, Evelt S. 27 ff. 8; Tibus S. 26; Hartung von Macre zw. 1320 u. 1330 in Würzburg und Mainz, Reininger S. 47; Konrad v. Ortosia u. 1358 in Minden und Paderborn, Evelt S. 35 ff.; Walther v. Diogorgana in Bamberg u. Würzburg u. 1370, Reininger S. 49.

3 Reininger S. 76; Evelt S. 48. 49.

4 Ausser Note 2 s. Reininger S. 59. 72. 74.

5 a. 1279, a. 1286. 1296, Reininger S. 34. 38. 39; a. 1284, Heister-Binterim p. 44; a. 1254 heisst es: „ad beneplacitum domini episcopi presencie vices nostras in ipsa dedicatione gerentis, Reininger S. 25; Konc. v. Lüttich a. 1287 t. VI. c. 9 (Hartzheim 3, 693).

6 a. 1304 Heister-Binterim p. 45; a. 1313 Tibus S. 26; a. 1357. u. 1360 Reininger S. 47. 52; a. 1363 Evelt S. 36.

7 a. 1328 a. a. O. S. 30.

8 a. 1310 u. 1329, Heister-Binterim p. 46. 47.

9 a. 1287. 1401 Reininger S. 41. 65; a. 1361 Binterim-Heister S. 49; a. 1373 Tibus S. 30.

10 a. 1325. 1480, Reininger S. 83. 91; a. 1358. 1388. 1416 Evelt S. 36. 41. 49; a. 1376 Ztschr. des thüring. sächs. Vereins 11, 108; a. 1430, Heister-Binterim p. 58; a. 1458 Tibus S. 40. Dass diese Notizen nur einen allgemeinen Anhalt geben können, liegt auf der Hand. Erklärlich ist es, dass die früher vorkommenden Bezeichnungen auch noch später festgehalten worden sind, s. z. B. die: vices gerens in pontificalibus noch a. 1391 u. a. 1403, Reininger S. 62. 67. Selten kommt vor: *„civitatis et dioecesis Herbipolensis in pontificalibus et sacramentalibus ac omnibus forum conscientiae tangentibus commissarius generalis*, so z. B. a. 1442, Reininger S. 79.

Vollmachten für die Hülfsbischöfe auszustellen [1], fixirt hat [2]. Die Entwicklung hat sich hier wie in ähnlichen Fällen so vollzogen, dass man allmählich diejenigen Befugnisse, welche regelmässig aber besonders ertheilt wurden, später ein für alle Mal übertrug [3]. Zugleich hat seit jener Zeit das Institut vor allem in Deutschland immer mehr und mehr an festem Bestand gewonnen [4], da hier bei dem weiten Umfang der Diöcesen und der Entwicklung der Landeshoheit die Bischöfe theils wegen der Entfernungen, theils wegen der Leitung der weltlichen Regierungsgeschäfte die Pontifikalien nicht mehr in eigner Person ausüben konnten [5]. Freilich war von einer Anstellung der Hülfsbischöfe in der Weise, dass letztere ein lebenslängliches oder ein dauerndes und ausschliessliches Recht auf Verwaltung der Weihehandlungen erlangten, nicht die Rede, denn die dem Diöcesanbischof zustehende Befugniss, dieselben auch seinerseits jeden Augenblick vorzunehmen und damit den Hülfsbischof auszuschliessen [6], war eine Konsequenz seines Ordos und seines Amtes, auf welche ein gültiger Verzicht rechtlich nicht einmal möglich war. Dagegen konnte der Hülfsbischof indirekt dadurch gesichert

[1] Eine solche für Würzburg (mit freilich etwas verderbtem Text) v. 1371 o. 1372 bei Reininger S. 57: „... indulgemus, quod ... Heinricus episcopus Anavarsensis conferre literatis scolaribus masculis ad hoc ydoneis minores et sacros ordines quoad clericos tam religiosos quam seculares beneficiatos quidem seu patrimonium realiter debiteque habentes alias ad hoc ydoneos et in hiis per nos seu nostros commissarios sive nostris literis approbatos seu dimissos debite celebrare, sacramentum eciam confirmationis rite conferre, crisma et oleum sacrum conficere, basilicas, ecclesias, cappellas, altaria, monasteria, cimiteria, hospitalia aliaque religiosa seu pia loca, nondum consecrata, sed alias tamen canonice instituta seu auctoritate dyoecesana debite confirmata consecrare et benedicere, eaque polluta seu violata reconciliare, abbates et abbatissas ad hoc eciam cum nostris literis dirigendos benedicere, sanctimoniales velare ac indumenta et ornamenta sacerdotalia et ecclesiastica, calices et altaria portatilia consecrare ac benedicere, primarium eciam lapidem pro edificandis ecclesiis seu ecclesiasticis sive religiosis locis benedicere et ponere intronizare eciam penitentes utriusque sexus personas nobis subditas confitentes eciam sibi in foro penitentie sub forma ecclesie absolvere et eis iniungere penitentias salutares et cum ipsis super huiusmodi defensatis debite dispensare, eciam in casibus episcopalibus nobis specialiter reservatis in hiis tamen vagis restitutionibus fiendis de iure referendis quidem nobis specialiter eciam presentibus reservatis, necnon alia ministerium pontificalis officii exigentia in dictis nostris civitate et dioecesi Herbipolensi eciam in clero seu locis nostra vel statutorum episcopalium Herbipolensium aut subditorum nostrorum auctoritate ordinaria ecclesiastico suppositionis interdicto, cuius quidem interdicti effectum quoad permissos actus ipsius officii pontificalis quamdiu inibi fuerint celebrati, exnunc prout extunc suspendimus in hiis scriptis facere et exercere in forma ecclesie rite, libere et sollempniter eciam cum nota dummodo aliquid canonicum non obsistat, valeat, donec hoc indultum duxerimus revocandum"...; eine andere v. 1499 bei Guden l. c. 4, 810. n. d.

[2] Evelt S. 9. 11. 33.

[3] Vgl. z. B. c. 49 Mogunt. a. 1261 (Hartzheim 3, 613): „... quod nullus ex ipsis qui interdum in consecrationibus ecclesiarum vices dioecesani exercent, in locis de novo fundatis seu fundandis ecclesiam, oratorium seu capellam dedicet et lapidem primarium ponat, nisi auctoritate dioecesani sacrae domui provideatur de dote et lumine competenti ... Ad haec illis episcopis qui vices dioecesani in consecrationibus gerunt, prohibemus expresse, ne generalis commissionis praetextu aliquos conventuales ecclesias dedicent quoquomodo vel in eis primarium lapidem ponant, nisi hoc eis a dioecesano specialiter committatur". .·. Vgl. im Gegensatz dazu Note 1. Eine nur generell lautende Vollmacht aus dem 16. Jahrh. bei Tibus S. 54.

[4] Für Mainz zeigt sich dies darin, dass hier zwei Hülfsbischöfe einer in partibus Rheni, s. die Aufzählung bei Joannis rer. Moguntinar. 2, 417 ff., und einer für den sächsischen Theil der Diöcese mit dem Sitz in Erfurt, s. Guden, cod. diplom. 4, 805 ff. u. Koch a. a. O. S. 67 ff., seit dem 14. Jahrhundert vorkommen.

[5] Im 16. Jahrhundert zeigt sich die Auffassung, dass die Vornahme der Pontifikalien nicht mehr eine Obliegenheit des Bischofs, sondern des Weihbischofs ist, s. Evelt S. 4. n. 2; schon für das 14. Jahrhundert wird mitunter die Ausübung derselben durch den Bischof selbst rühmend hervorgehoben, a. a. O. S. 10. n. 2. Fälle aus dem 13. und 15. Jahrhundert, in denen der Mangel der Bischofsweihe des konfirmirten Bischofs einen Weihbischof nöthig machte, bei Tibus S. 18. 43. 59. 60. Mitunter haben die Weihbischöfe auch Namens und im Auftrage der eigentlichen Bischöfe Jurisdiktionshandlungen, z. B. die Abhaltung von Diöcesansynoden vorgenommen, a. a. O. S. 35, oder sie sind auch später zugleich General-Vikare gewesen, Beispiele a. a. O. S. 77. 201.

[6] Die Note 1 mitgetheilte Würzburger Urkunde ertheilt daher auch nur die Befugnisse auf Widerruf.

werden, dass ihm ein festes Einkommen auf bestimmte Zeit[1] oder auf Lebensdauer[2] zugewiesen wurde.

B. Das geltende Recht. Das Institut, welches aus den erwähnten Gründen in der katholischen Kirche festen Fuss gefasst hat, ist in neuerer Zeit ebenso wenig wie früher eingehend durch gesetzliche Normen geregelt worden. Die letzteren berühren vielmehr nur einzelne Punkte, während hauptsächlich die Praxis der römischen Kurie die Detailbestimmungen entwickelt hat.

1. Die Weihbischöfe[3], *episcopi titulares*[4], *episcopi in partibus*[5], oder genauer *infidelium*[6], *nullatenses*[7], *annulares*[8] sind diejenigen Bischöfe, welche auf ein ehemals der katholischen Kirche unterworfenes, jetzt in den Händen der Ungläubigen befindliches Bisthum, resp. Erzbisthum[9], geweiht werden. Da das Bisthum, welches ihren Titel bildet, immer als solches existirt haben muss, so werden die Bischöfe nie auf Bezirke der Ungläubigen ernannt, in welchen erst eine katholische Mission begonnen hat oder beginnen soll, ebenso wenig aber auch auf solche Diöcesen, welche zwar früher katholisch gewesen, aber in Folge der Reformation wegen des Uebertritts der Bevölkerung zum Protestantismus eingegangen sind[10].

2. Die Ernennung der Weihbischöfe gebührt ausschliesslich dem Papst[11], und wird ebenso wie die der anderen Bischöfe von der Congregatio consistorialis vorbereitet. Nur dann, wenn sie in der Mission Dienste leisten sollen, werden sie von der Propa-

[1] Einen andern Sinn kann es auch nicht haben, wenn es in der Mainzer Urkunde von 1438, Guden l. c. 4, 813 heisst: „Als wir den Wirdigen Herrn Herman, Bischof zu Citern, zu unserm Wyhebischoff durch unser Land zu Sachsen, Westpfalen, Duringen und Hessen uffgenommen ... han wir ihme in dem Wihebischoff Ampt die nehst kunfftigen Sehs Jahre bestedigt ... und wir sollen noch wollen ine ... bynnen den ... sehs Jahren nit entsetzen oder keinen anderen Wyhebischoff in den obgen. unseren Landen an seine statt dabynnen machen ... als ferre er sich ... also weselich ... haltet, dass uns nit noit sin werde In von solchem Amt zu entsetzen".

[2] Während früher die Hülfsbischöfe einzelne Geschenke, Reininger S. 49. 50, auch mitunter Pfründen verliehen erhielten, Evelt S. 28; Tibus S. 23, wurden ihnen später bestimmte jährliche Bezüge aus den Einkünften der mensa episcopalis auf Lebenszeit zugesichert, s. die Bulle Sixtus' IV. von 1479 für Würzburg bei Reininger S. 89, welche 100 rh. Goldgulden als jährliche „pensio" festsetzt.

[3] S. Note 1. Der Ausdruck erklärt sich daraus, dass sie zur Ertheilung von Weihehandlungen bestimmt sind.

[4] c. 17 Koncil v. Salzburg a. 1420 (s. S. 173. n. 6); Trid. Sess. XIV. c. 2 de reform; Benedict. XIV. de synod. dioec. lib. II. c. 7, weil sie „ad titulum alicuius ecclesiae in partibus infidelium creantur".

[5] Annuario pontif. 1870. p. 119.

[6] Trid. l. c.; Annuario pontif. cit. p. 120; Preuss. Bulle: De salute animar. v. 1821 s. v. Inspectis autem dioecesium.

[7] Weil sie in Wirklichkeit keine Diöcese regieren, s. Andreucci l. c. n. 1. p. 1.

[8] Andreucci l. c. Von dem Bischofsring; die Bezeichnung hat sich noch jetzt im spanischen: Obispo de ánulo erhalten. — Vereinzelt kommt auch der Ausdruck *episcopi in universali ecclesia* vor, s. Koncil zu Pisa, Mansi 27, 338 u. 26, 1242 vor, s. Hefele, Konciliengesch. 6, 858.

[9] S. das Verzeichniss der „sedi arcivescovili e vescovili in partibus infidelium che soglionsi conferire dalla santa sede" in dem citirten Annuario p. 233. Ueber die drei Titularpatriarchen s. Th. I. S. 212. n. 3 u. S. 561.

[10] Der Grund liegt darin, dass diese Kirchen eines christlichen Volkes (s. die S. 173. n. 3 cit. Clem. 5) nicht entbehren, weil die katholische Kirche die Protestanten immer noch als Christen, wenngleich als Häretiker, ansieht. Wenn daher Wiese, Handbuch 1, 829 behauptet, dass der „Papst noch Erzbischöfe von Bremen und Magdeburg, noch Bischöfe von Schwerin, Brandenburg u. s. w." ernennt, so ist das unrichtig. Das Note 9 erwähnte Verzeichniss zählt keins dieser früheren Bisthümer auf. S. auch Andreucci l. c. n. 4. 104. p. 4. 79. Ueber die eigenthümliche Stellung, die das Erzbisthum Nazareth oder Barletta eingenommen hat, s. Neher, kirchliche Geographie 1, 148. — Nicht mit den hier in Rede stehenden sind die ungarischen Titularbischöfe zu verwechseln, welche der König von Ungarn für ehemalige, jetzt der Türkei unterworfene Diöcesen ernennt, denn diese empfangen mit Ausnahme von zweien niemals die bischöfliche Konsekration, s. Ginzel, K. R. 1, 275, Schulte, Lehrb. 2. Aufl. S. 237. n. 5 u. Cherrier, enchirid. iur. eccles. 1, 215.

[11] S. Clem. 5 cit. (s. S. 173. n. 5), de Luca, relatio curiae Romanae diss. 5. n. 15; Andreucci l. c. n. 27 ff. p. 22 ff.



ganda vorgeschlagen [1]. Ueber die Präkonisation, die Ablegung der professio fidei und die Ableistung des Obedienz-Eides [2], sowie die Konsekration gilt dasselbe, wie für die anderen Bischöfe [3]. Da die Kurie formell an der Fiktion festhält, dass die Weihbischöfe eine Diöcese haben, so wird ihnen auch in dem Ernennungsschreiben die Verbindlichkeit, sich in ihre Diöcesen zu begeben auferlegt, indessen zugleich eine Dispensation von der Residenzpflicht auf so lange ertheilt, als ihr Sprengel sich in den Händen der Ungläubigen befindet [4].

3. Wenngleich die Weihbischöfe nur nominell, nicht wirklich eine Diöcese besitzen, so werden sie doch eben, weil sie den Episkopal-Ordo erhalten haben, als wirkliche Bischöfe betrachtet [5]. Die rechtlichen Konsequenzen, welche sich aus dieser ihrer Stellung ergeben, sind folgende:

a. Derjenige, welcher zum Weihbischof promovirt werden soll, muss die für jeden anderen Bischof erforderliche Qualität besitzen [6].

b. Seine Verbindung mit der seinen Titel bildenden, in partibus infidelium belegenen Diöcese wird ebenso unauflöslich angesehen, wie die eines sonstigen Bischofs mit seinem Residenzsprengel [7]. Soll ein Weihbischof daher auf ein anderes Bisthum versetzt werden, so bedarf es der päpstlichen Dispensation von diesem Bande [8], und er kann daher auch nicht für ein solches gewählt, sondern nur postulirt werden [9].

c. Der Titularbischof untersteht als solcher dem Papste, nicht dem Bischof, in dessen Diöcese er sich etwa aufhält [10].

d. Kraft seines ordo episcopalis nimmt er alle Weihe-Akte gültig vor, erlaubter Weise indessen nur mit Genehmigung des kompetenten Diöcesanbischofs, resp. Prälaten [11], ein Grundsatz, welcher auch dann zur Anwendung kommt, wenn er selbst kraft eines ihm sonst zustehenden Amtes, so z. B. kraft einer Präpositur, eine gewisse Jurisdiktion besitzt [12].

[1] Bangen, die römische Kurie S. 79; s. auch oben Th. I. S. 365. 367. 476.

[2] Ein Beispiel dafür bei Reininger S. 222.

[3] Andreucci l. c. n. 49 ff. p. 43 ff.

[4] Früher in einem besonderen Schreiben, s. Reininger S. 196. 198, wo eine Ernennungsbulle von 1584 mitgetheilt ist, vgl. auch a. a. O. S. 202. 221. 234. Die jetzige Form bei Andreucci l. c. n. 58. p. 47: „Postmodum vero ecclesia metropolitana Nicomediensis quae in partibus infidelium constitit et cui bo. mem. N. N. illius ultimus archiepiscopus dum viveret, praesidebat, per obitum ipsius N. N. archiepiscopi qui apud dictam sedem debitum naturae persolvit apud sedem eandem pastoris solatio destituta remansit, nos ad provisionem dictae eccl. Nicomed. celerem et felicem . . . ad te . . . fidem catholicam expresse professum omniaque alia requisita habentem direximus oculos nostrae mentis . . . dictae ecclesiae Nicomed. de persona tua . . . apostolica auctoritate providemus teque illi in archiepiscopum praeficimus et pastorem, curam, regimen et administrationem ipsius ecclesiae tibi in spiritualibus et temporalibus plenarie committendo . . . Iugum igitur domini tuis impositum humeris prompta devotione suscipiens curam et administrationem praescriptas sic exercere studeas sollicite, fideliter et prudenter, quod ecclesia ipsa gubernatori provido et fructuoso administratori gaudeat se commissam . . . Et insuper tibi quod donec dicta ecclesia ab infidelibus detinebitur ad illam accedere et apud eam personaliter residere minime tenearis, dicta apostolica auctoritate indulgemus"; (s. auch Benedict. XIV. bull. 2, 322).

[5] So von jeher, wie die dargelegte geschichtliche Entwicklung beweist; s. auch Trid. Sess. XIV. c. 2 de ref.; Andreucci l. c. n. 5. p. 4.

[6] Andreucci l. c. n. 33—48. p. 29 ff.

[7] L. c. n. 7. p. 5.

[8] L. c. n. 14. p. 11; vgl. auch z. B. die Acta consistorialia in Acta dec. s. sedis 2, 598.

[9] Reiffenstuel, iur. eccles. I. 5. n. 40 ff.; Andreucci l. c. n. 14. p. 11.

[10] Andreucci l. c. n. 14. p. 11.

[11] Andreucci l. c. n. 70 ff. 78 ff. 86 ff. 90 ff. p. 56. 61. 66. 69. Ueber das Recht, Ordinationen zu ertheilen, s. Th. I. S. 91. 96. 99. 100; das dort mehrfach angeführte c. 2 de ref. Sess. XIV. Trident. hebt in Uebereinstimmung mit den a. a. O. S. 97 dargestellten Grundsätzen noch ausdrücklich hervor, dass auch der in einem keiner Diöcese angehörigen (nullius dioecesis) oder einem exemten Orte oder einem Kloster residirende Titularbischof für die Ordination eines fremden Diöcesanen die Erlaubniss des letzterem vorgesetzten Prälaten bedarf. Vgl. übrigens auch noch die Konstitutionen Pius' IV. v. 21. Mai 1562 und 28. Juni 1563 (Bullar. Roman. IV. 2, 119).

[12] Andreucci l. c. n. 93. p. 71.

e. Was die freilich streitige Frage nach der den Titularbischöfen zustehenden Jurisdiktion [1] betrifft, so kommt ihnen die letztere in thesi zu [2], faktisch können sie sie aber nicht ausüben. Es steht nämlich der Bethätigung ihrer Jurisdiktion nicht nur der Umstand entgegen, dass sich in ihrer Diöcese für die Regel keine Christen vorfinden und sie dieselbe nicht betreten können, sondern auch die unmittelbar der Congregatio de propaganda fide und dem Papst über solche Gebiete reservirte Leitungsgewalt [3]. Immerhin würde aber, wenn dieses unmittelbare Verhältniss durch den Papst beseitigt werden sollte [4], der Weihbischof in der Lage sein, ohne Weiteres, also ohne nochmalige Promotion oder irgend eine Erlaubniss, über die etwa zum Christenthum übergetretenen Einwohner seiner Diöcese die bischöflichen Gerechtsame auszuüben [5].

e. Weil die Titularbischöfe wirkliche Bischöfe sind, haben sie auch dieselben Pflichten wie diese, also die Verbindlichkeit, binnen 3 Monaten nach ihrer Konfirmation die Konsekration zu erlangen, die professio fidei abzuleisten und für ihre Heerde zu beten und das Messopfer darzubringen [6]. Nur von denjenigen sind sie frei, deren Erfüllung durch die Lage ihrer Diöcese in partibus infidelium nicht möglich ist: so werden sie von der Residenzpflicht dispensirt [7]; ebensowenig haben sie die Verbindlichkeit zur s. g. visitatio liminum apostolorum [8].

f. Den Weihbischöfen gebühren ferner die oben S. 46 aufgezählten Privilegien [9], die S. 47 erwähnten Insignien der bischöflichen Würde [10] und endlich dieselben Titel, wie den anderen Bischöfen [11]. Mit letzteren rangiren sie im Allgemeinen nach dem Alter ihrer Konsekration [12], jedoch geht ihnen, wenn sie sich in der Diöcese eines andern Kollegen befinden, der Bischof der letzteren trotz jüngerer Anciennität vor [13].

4. Die Weihbischöfe sind dazu bestimmt:

a. wie noch früher den Bischöfen bei der Verwaltung der Pontifikalhandlungen Aushülfe zu leisten, und mit Rücksicht auf diese Stellung werden sie auch: *episcopi suffraganei* [14] und *auxiliares* [15] genannt, so dass also diese beiden Ausdrücke, nicht wie vielfach angenommen wird, mit Titularbischof oder episcopus in partibus absolut iden-

[1] L. c. n. 101. p. 77.

[2] Das ergiebt schon das S. 177. n. 4 mitgetheilte Ernennungs-Reskript.

[3] Th. I. S. 475. Deshalb kann der Weihbischof auch, wenn sich zufällig einige Christen in seiner Diöcese aufhalten, bei erlangtem freien Zutritt zu derselben hinsichtlich dieser von seiner Jurisdiktion keinen Gebrauch machen, ebenso wenig, wenn sich solche Einwohner ausserhalb der Diöcese bei ihm melden und z. B. vor ihm eine Eheabschliessung vollziehen wollen, s. Andreucci l. c. n. 104. 105. 110. p. 79. 84. Ebensowenig ist er zur Abhaltung einer Diöcesansynode befugt, s. Bened. XIV. l. c. II. c. 7. n. 3, dessen Auffassung bei Phillips, die Diöcesansynode S. 140 nicht ganz klar wieder gegeben ist.

[4] Ein Beispiel dafür bietet die im J. 1847 vorgenommene Umwandlung des Titular-Patriarchates von Jerusalem in ein Residential-Patriarchat, s. Th. I. S. 561.

[5] Andreucci l. c. n. 106. p. 80. 81. Daher spricht die Bulle für Jerusalem, s. a. O. n. 5 auch von einer Restitution des exercitium iurisdictionis.

[6] L. c. n. 186. 193. 196. p. 130. 134. 136.

[7] S. 177. n. 4.

[8] Andreucci l. c. n. 209. p. 142; Benedict. XIV. l. c. n. 2; dagegen tritt dieselbe von dem Zeitpunkt ab, wo sie die Residenz in ihren Diöcesen haben nehmen können, nach einem von Urban VIII. genehmigten Dekret der Congr. de propag. fide ein, Andreucci l. c.

[9] L. c. n. 233. p. 155; n. 226. p. 151; n. 249 ff. p. 161; n. 257. p. 165; n. 123. p. 92.

[10] L. c. n. 135 ff. p. 99.

[11] L. c. n. 137. p. 100.

[12] L. c. n. 136. 144. p. 100. 106.

[13] Andreucci l. c., Ferraris s. v. episcopus art. VII. n. 42.

[14] c. 7. 8 des Koncils von Passau a. 1470 (Hartzheim 5, 478), vgl. weiter Reininger a. a. O. S. 116. 169. 264; Evelt a. a. O. S. 65; Heister-Binterim l. c. p. 97; Tibus S. 33. 35. 48, in päpstlichen Urkunden schon 1597, Reininger S. 202, neuerdings in der Bulle: De salute animarum v. 1821 s. v. Inspectis autem dioecesium. Ueber die andere Bedeutung von suffraganeus s. oben S. 9. 23. Vereinzelt kommt auch die Kombination von *suffraganeus vicarius in pontificalibus* a. 1788 vor, Reininger S. 280.

[15] So namentlich vielfach im Annuario pontif. cit. p. 123. 128. 129; und auch im spanischen Konkordat v. 1851 art. 5, Moy, Arch. 7, 380.

tisch sind [1]. Solche Suffraganbischöfe können die Kardinäle [2] für die ihnen anvertrauten Kathedralen, ferner auch die Bischöfe für ihre Diöcesen erhalten, wenn ein genügender Grund dazu, z. B. weiter Umfang der letzteren oder Alter und Gebrechlichkeit des Diöcesanbischofs u. s. w., vorliegt [3]. Namentlich soll bei der Bewilligung darauf gesehen werden, ob die Ernennung eines Weihbischofs für die betreffende Diöcese hergebracht ist [4]. Da der Papst allein die Annahme eines Suffraganen gestatten und auch allein die Ernennung des dazu erforderlichen Titularbischofs vornehmen kann, so hat der Bischof, welcher die Beiordnung eines Suffraganen wünscht, sich unter Darlegung der Gründe sowie der hergebrachten Gewohnheit und unter Bezeichnung eines geeigneten Priesters an den römischen Stuhl zu wenden [5]. Gleichzeitig muss er dabei die Sicherstellung einer jährlichen Pension von 300 Gold-Dukaten [6] für den neu zu kreirenden Suffragan nachweisen [7]. Die Prüfung dieses Gesuches gehört zum Ressort der Congregatio consistorialis [8], während behufs Feststellung der nöthigen Qualifikation der s. g. Informativprocess wie hinsichtlich jedes anderen, neu zu ernennenden Bischofs vorgenommen wird [9]. Im Nothfalle, bei sehr grossem Umfange der Diöcese, ferner wenn der erst bestellte Suffragan unfähig geworden ist, kann auch die Anstellung eines zweiten genehmigt werden [10], welchem dann aber ebenfalls die gleiche Pension gewährt werden muss [11].

Was die Auswahl des dem Weihbischof zuzuweisenden Bisthums in partibus betrifft, so gilt die Praxis, dass dem letzteren nie dieselbe Diöcese, wie seinem Vorgänger im Suffraganeat gegeben wird. Ebenso wenig ernennt der Papst der hergebrachten Gewohnheit gemäss einen solchen auf ein Erzbisthum in partibus [12].

[1] Die frühere, S. 174 erwähnte Bezeichnung: *vicarius in pontificalibus* ist ebenfalls noch gebräuchlich, endlich heissen sie mitunter auch *proepiscopi*, Reininger S. 215.

[2] Later. conc. a. 1514. sess. IX. de cardinalibus (Hardouin 9, 1751): „Volumus etiam, ut ecclesiis iisdem cardinalibus commendatis, etiamsi cathedrales . . . fuerint, absque omni prorsus excusatione procurent ac omni conatu suo provideant debite inserviri cathedralibus dignos et idoneos vicarios seu suffraganeos, prout consuetudo fuerit, cum digna et competenti mercede apponentes".

[3] Ausnahmsweise sind aber auch einzelnen Aebten für die ihrer Gerichtsbarkeit unterworfenen Territorien besondere Titularbischöfe zur Vornahme der Pontifikalhandlungen in denselben, z. B. dem Abt von Fulda, ehe die Abtei zum Bisthum erhoben wurde, bewilligt worden. Benedict. XIV. l. c. lib. XIII. 14. n. 14.

[4] So nach einem Dekret Pius' V., dessen Inhalt nach Fagnan. ad c. 1. X. de privileg. V. 33. n. 48 dahin gegangen ist: „Pius V. post concilii Tridentini publicationem decreto suo consistoriali sancivit, non esse huiusmodi episcopos creandos neque in suffraganeos dandos, nisi ecclesiis cardinalium, et illis tantum, qui solent habere et cum certo stipendio perpetuo ad minus CC aureorum de camera super fructibus illius ecclesiae qui propria auctoritate ab ipsis percipi possint et quod nullibi possint pontificalia exercere sine expressa licentia sedis apostolicae, nisi in illa dioecesi cui datus est suffraganeus, sed postea paulatim id ampliatum fuit etiam ad episcopos non cardinales, et dos aucta est ad ducatos 300 ex decreto sacrae congreg. rerum consistorialium", vgl. auch Benedict. XIV. l. c. XIII. 14. n. 6. 7, welcher bemerkt, dass wenngleich das Dekret nicht in den Konsistorial-Akten erhalten sei, dessen Erlass doch wegen der Glaubwürdigkeit Fagnans und wegen der damit konformen Praxis als feststehend angenommen werden müsse. Ein interessanter Fall, in welchem die Bewilligung eines Suffraganbischofs abgeschlagen ist, bei Fagnan. l. c. n. 53 ff.

[5] Benedict. XIV. l. c. n. 8. 9. Ein Beispiel eines solchen Gesuches bei Reininger S. 285.

[6] D. h. also, den Dukaten zu $8^1/_2$ Francs gerechnet (Bangen, römische Kurie S. 453. n. 2), 680 preuss. Thlr.

[7] S. die Note 4.

[8] S. Th. I. S. 367.

[9] Benedict. XIV. l. c. n. 8. 9.

[10] Benedict. XIV. l. c. n. 9.

[11] Früher besass Mainz regelmässig zwei, s. oben S. 175. n. 4; jetzt noch das Erzbisthum Gran in Ungarn, s. Annuario pontif. v. 1870. p. 217.

[12] Benedict. XIV. l. c. n. 10. Nicht korrekt ist diese Angabe des letzteren dahin bei Helfert a. a. O. 1, 366 u. Richter, K. R. §. 139. n. 7 wiedergegeben, dass die Bestellung eines Weihbischofs überhaupt auf den Titel eines Erzbischofs nie, oder nur in den seltensten Fällen geschieht. Selbst von der im Text erwähnten Regel ist nach Benedict. l. c. früher eine Ausnahme zu Gunsten des Patriarchen von Lissabon gemacht, welche auch noch heute, s. Annuario pontificio cit. p. 120 statt hat. Uebrigens ergiebt das Annuario cit. p. 233 ff., dass etwa 30 solcher Erzbisthümer besetzt sind.

Die päpstliche Ernennung allein ermächtigt den Suffragan noch nicht, die Pontifikalien in dem Sprengel seines Diöcesanbischofs vorzunehmen, vielmehr bedarf er dazu stets des Auftrages des letzteren, welcher sowohl speziell für gewisse Fälle als auch allgemein ertheilt werden kann [1]. Zur erlaubten Ausübung seiner Weiherechte in andern Diöcesen muss er sogar die Genehmigung des päpstlichen Stuhles besitzen [2]. Jurisdiktionsrechte hat er selbstverständlich nicht, jedoch kann er solche durch Delegation seitens der Bischöfe oder durch Uebertragung einer zur Wahrnehmung derselben berechtigenden Stellung (z. B. durch gleichzeitige Ernennung zum General-Vikar [3]) erlangen. Zu dem Domkapitel steht der Weihbischof als solcher in gar keiner Beziehung. Wie er vielmehr allein vom Bischof seinen Auftrag empfängt, so kann dieser letzteren auch jeden Augenblick zurückziehen. Damit hört indessen das Recht des Suffraganen auf die ihm ausgesetzte Pension nicht auf. Diese verbleibt ihm, weil sie ihm lebenslänglich ausgesetzt ist, nicht nur in dem eben erwähnten Fall, sondern auch dann, wenn er zur Ausfüllung seiner Stellung (z. B. durch Krankheit oder Gebrechlichkeit) unfähig wird [4]. Denn das ihm zugewiesene Jahrgehalt bildet neben dem Bisthum in partibus infidelium den reellen Titel seiner Konsekration. Nur allein bei verweigerter Dienstleistung kann sie ihm und zwar durch den Papst, resp. die Congreg. concilii entzogen werden, um damit einen anderen Suffragan zu unterhalten [5]. Stirbt oder verliert der Diöcesanbischof seine Jurisdiktion, so erlöschen die Befugnisse des letzteren, weil damit der ertheilte Auftrag zusammenfällt [6]. Dagegen hört das Recht des Suffragans auf seine Pension nicht auf, denn diese ruht auf dem Bisthum. Freilich muss der Weihbischof, wenn der neue Diöcesanbischof sich seiner Hülfe bedienen will, diese seinerseits leisten, sofern nicht etwa in der päpstlichen Bewilligung eine besondere Ausnahme gemacht ist [7].

Suffragane kommen heute in Deutschland, wo sie seit der Säkularisation der geistlichen Fürstenthümer viel weniger ein Bedürfniss sind, zunächst in Preussen und zwar in sämmtlichen Diöcesen des Altlandes in Gemässheit der Circumskriptionsbulle: De salute animarum v. 1821 [8], nach welcher der Staat auch den Unterhalt mit der von ihm zu leistenden Dotation der einzelnen Bisthümer übernommen hat [9], vor [10]. In den im J. 1866 annektirten Diöcesen Hannovers und der oberrheinischen Kirchenprovinz steht mit Rücksicht auf den Art. 15 der hier eingeführten Ver-

[1] Barbosa summa apostol. decision. coll. 286. n. 11.

[2] S. das Dekret Pius' V. S. 179. n. 4.

[3] Vgl. z. B. das in Betreff des Vices gerens Th. I. S. 490 Bemerkte.

[4] Benedict. XIV. l. c. n. 9.

[5] Pyrrh. Corradi, praxis dispensat. V. 8. n. 8; Entsch. der Congr. Concil. v. 1592 bei Andreucci l. c. n. 145. p. 108.

[6] Entsch. der Congr. Conc. v. 1631 bei Barbosa l. c. coll. 582. n. 5; Andreucci l. c. n. 145; Ferraris l. c. n. 44.

[7] Da, wo die Bestellung eines Weihbischofs wegen eines dauernden Bedürfnisses, also z. B. wegen des Umfanges der Diöcese vorgenommen wird, erfolgt sie nicht etwa für den nachsuchenden Bischof allein, sondern für den „pro tempore existens episcopus“, d. h. also auch für jeden Nachfolger. Ein Beispiel v. 1597 bei Reininger S. 202. 203.

[8] „Inspectis autem dioecesium Borussici regni amplitudine ac magno dioecesanorum numero, cum difficile admodum esset archiepiscopis et episcopis confirmationis sacramentum Christi fidelibus administrare aliaque pontificalia munera sine alterius episcopi opera et auxilio exercere, hinc nos confirmantes suffraganeatus in dioecesibus regni Borussiae in quibus constituti reperiuntur, eos in Coloniensi ac Trevirensi dioecesibus redintegramus, et de novo constituimus: atque idcirco quilibet archiepiscopus et episcopus Nos ... iuxta praescriptum morem supplicabit, ut aliquis ecclesiasticus vir opportunis praeditus requisitis ad suffraganei munus designetur ac praevio canonico processu servatisque consuetis formis de episcopatu titulari in partibus infidelium assuetae congruae adsignatione provideatur“.

[9] Bulla cit. s. v. Super publicis regni.

[10] S. das citirte Annuar. p. 138. 150. 154. 188. 197. 223. 229, und wegen Gnesen-Posen, welches für jede der unirten Diöcesen einen Weihbischof hat p. 165. 204.

fassungs-Urkunde der Einsetzung von Weihbischöfen nach den Vorschriften der geltenden kirchlichen Praxis nichts entgegen, nur hat der Staat hier keine Verpflichtung, für den Unterhalt derselben die erforderlichen Mittel herzugeben.

In Baiern und in den übrigen Theilen der oberrheinischen Kirchenprovinz finden sich keine Weihbischöfe. Hinsichtlich der etwaigen Anstellung von solchen besitzen die einzelnen an denselben betheiligten Staaten keine Verbindlichkeit, irgend welche Fonds für die Sustentation zu gewähren[1]. Im übrigen wird in Baiern die Regierung kein Recht zur Genehmigung der Einsetzung[2] von Suffraganen überhaupt, sowie zu der Uebertragung des Suffraganeats an eine bestimmte Person beanspruchen dürfen. Ganz dasselbe muss für Würtemberg, Baden und das Grossherzogthum Hessen gelten[3]. Nur sind natürlich alle diese Regierungen nicht verpflichtet, den Weihbischöfen dieselben Rechte und Privilegien, die sie den Diöcesanbischöfen ihrer Länder gewährt haben, einzuräumen.

In Oesterreich stand nach dem nunmehr beseitigten Konkordat der freien Einsetzung und Anstellung der Weihbischöfe nichts entgegen[4], und es hatte sogar der Religionsfond im Fall erwiesener Nothwendigkeit des Suffragans den Unterhalt für denselben zu gewähren[5]. Seit der Aufhebung des Konkordates ist eine Regelung der kirchlichen Verhältnisse noch nicht erfolgt, und daher besteht der bisherige Zustand vorläufig fort[6]. Auch in anderen Ländern sind sie schon früher, wenngleich bei Weitem nicht so regelmässig, wie in Deutschland vorgekommen, am häufigsten waren sie noch in Spanien und Portugal, während in Frankreich und Italien, in letzterem Lande wegen des verhältnissmässig geringen Umfangs der meisten Diöcesen, sich fast nirgends ein Bedürfniss nach ihnen geltend gemacht hat[7]. Heute finden sie sich gleichfalls noch, wenn auch nicht häufig, doch in katholischen Diöcesen fast aller Länder[8]. —

Mit der Funktion als Suffragane in den Diöcesen anderer Bischöfe, einer Stellung, wegen welcher hier von den Titularbischöfen zu handeln war, ist aber die Bedeutung derselben noch nicht erschöpft. So sind

b. die griechischen Bischöfe, welche in Rom[9], in San Benedetto di Ullano[10] und

[1] Für Baiern ist das ausdrücklich in dem Ministerial-Erlass v. 9. Juni 1823, Döllinger, Sammlung 8, 305, ausgesprochen.

[2] Denn das Konkordat lässt es Art. XII. (s. S. 159. n. 2) dem Bischof frei, sich seine Gehülfen für die Administration der Diöcese nach der bestehenden Praxis des kirchlichen Rechtes zu wählen, und der §. 60 des Religions-Ediktes (Nothwendigkeit der Genehmigung zur Aenderung der hergebrachten Organisation der geistlichen Gerichtsbarkeit) passt ebensowenig auf den vorliegenden Fall, wie die §§. 76 ff., welche die der Mitwirkung des Staates unterliegende Regelung der Gegenstände gemischter Natur näher bestimmen.

[3] Die oben Th. I. S. 536. 535. hervorgehobenen Gründe passen auf diesen Fall nicht, weil der Weihbischof nicht das mindeste mit der Verwaltung der Diöcese zu thun und nur Weihe-Akte vorzunehmen hat. Uebrigens hat die Esposizione dei sentimenti v. 1819. n. 34 (Münch, Konkordate 2, 402) den Vorschlag der verbündeten Regierungen der nachmaligen oberrheinischen Kirchenprovinz, dass der Bischof den Suffragan aus den Domherrn wählen sollte, abgelehnt.

[4] Art. XXXIV.

[5] Art. XXXI.; s. auch Schulte, K. R. 2, 266.

[6] Weihbischöfe kommen in Oesterreich vor in Wien, Prag, Salzburg und Brixen (für Vorarlberg) s. Annuar. pontif. p. 228. 204. 209. 139. Ueber Ungarn s. oben S. 179. n. 11 u. Annuar. p. 123. 164.

[7] Benedict. XIV. l. c. n. 10 ff.

[8] Ueber Spanien s. den citirten Artikel 5 des Konkordates, ferner Annuario pontif. p. 220 (Toledo); in Italien für den Kardinal-Dekan von Ostia-Velletri l. c. p. 196, welchem ein solcher nach einem Breve Urbans VIII. stets bestellt werden soll, Andreucci l. c. n. 145. p. 108, ferner in dem suburbikar. Bisthum Palestrina und in Neapel, Annuar. p. 198. 189; in Frankreich in Marseille und Ajaccio (Korsika) l. c. p. 183. 123; wegen der Schweiz, Holland, Belgien, der Türkei, der südamerikanischen Staaten und Australiens s. l. c. p. 149. 164; 138; 181; p. 128; 129. 149. 168. 176; 217. Ueber Lissabon vgl. S. 179. n. 12.

[9] Instr. Clemens. VIII. v. 31. August 1595. §. 7 (M. Bull. 3, 53).

[10] Clem. XII. const. Inter multiplices v. 1732 (Bullar. Propag. 2, 83 vgl. auch p. 211. 284);

in Palermo[1] für die Ertheilung der Ordines an die Gräco-Itali residiren, Titularbischöfe in partibus[2].

c. Ferner werden solche in denjenigen Fällen ernannt, wo bischöfliche Pontifikalakte ständig vorzunehmen sind, die betreffenden Personen aber nicht dauernd und fest an einem Orte bleiben, also die Errichtung fester Diöcesen unmöglich ist. Es gehören hierher die Feldbischöfe, welche für die katholischen Soldaten bei manchen Armeen und Marinen, so in der österreichischen[3] und preussischen[4] vorkommen.

d. Sodann bedingen die Zwecke der Mission die Ernennung der apostolischen Vikare zu Weihbischöfen, wenn die Christianisirung so weit vorgeschritten ist, dass es wünschenswerth erscheint, die Vornahme der vom bischöflichen Ordo abhängigen Funktionen durch einen im Missionsgebiet befindlichen Geistlichen ausüben zu lassen, andererseits aber die Verhältnisse die Gründung fester Diöcesen noch nicht oder überhaupt nicht gestatten. Ein Beispiel für letzteres bietet der apostolische Vikar des Königreichs Sachsen[5].

e. Ferner werden die apostolischen Nuntien gewöhnlich zu Titular-Bischöfen, resp. Erzbischöfen promovirt[6].

f. Dasselbe gilt von einem Theil der römischen Prälaten[7].

Ausser diesen eben erwähnten Gründen können aber noch andere zu der Ernennung von solchen Bischöfen Veranlassung geben, so z. B. die Nothwendigkeit, ausserordentlicher Weise für ein Bisthum einen apostolischen Vikar mit dem bischöflichen Ordo zu bestellen[8], ja selbst auch als blosse Auszeichnung pflegt die Würde eines Weihbischofes verliehen zu werden[9].

5. Da die Titularbischöfe aus den Diöcesen, auf welche sie geweiht sind, keine Einkünfte geniessen, so wird ihnen öfters durch päpstliches Indult die Beibehaltung von mit der bischöflichen Würde imkompatiblen Beneficien gestattet[10]. Namentlich kommt es häufig vor, dass sie zugleich Kanoniker eines Stiftes sind[11]. Wie sie in einem solchen Falle die Rechte der letzteren haben, liegen ihnen ebenfalls die Pflichten derselben ob, und hinsichtlich der Erfüllung derselben unterstehen sie auch der Aufsicht und Visitation des Diöcesanbischofs[12].

s. auch Const. Bened. XIV.: Etsi pastoralis vom 26. Mai 1742. §. 7. Nr. 1 (eiusd. Bullar. 1, 176).

1 Mejer, die Propaganda 1, 513.

2 Annuario pontificio cit. p. 249 u. Acta decerpta s. sed. 4, 229.

3 Const. Pii VI.: Inter caetera vom 12. Oktober 1778 bei Ginzel, Codex des österr. Kirchenrechts S. 62; desselben K. R. 1, 343.

4 Const. Pii IX.. In hac beatissimi vom 22. Mai 1868 bei Moy, Arch. 20, 432; s. auch Acta cit. l. c. p. 224.

5 Annuar. pontif. cit. p. 253. Andere Beispiele daselbst p. 233. 235. 236.

6 Th. I. S. 533. Nach dem Annuar. pontif. p. 433. 434 sind alle Nuntien Erzbischöfe in partibus.

7 Th. I. S. 388. 458. 490. 492, weil sie den Bischöfen, über welche sie päpstliche Rechte in Stellvertretung wahrzunehmen haben, nicht hinsichtlich des Ordos nachstehen sollen.

8 Andere giebt noch an Andreucci l. c. n. 66. p. 52.

9 Andreucci l. c. n. 151. p. 110. 111 und oben S. 87. n. 2.

10 Bened. XIV. l. c. n. 9.

11 S. z. B. Note 9.

12 Andreucci l. c. n. 152. 154. p. 111. 113 und Ferraris l. c. n. 35. Wegen des Rangverhältnisses vgl. oben S. 87, und wegen gewisser den Ritus betreffender Fragen Andreucci l. c. n. 153. p. 111 u. Ferraris l. c. n. 39.

§. 86. cc. *Die Archidiakonen* *.

I. Die Archidiakonen bis zum 8. Jahrhundert. Der Archidiakon (ἀρχιδιάκονος, protodiaconus [1]) ist der erste der an der Kathedralkirche angestellten Diakonen [2], also derjenige, welcher die Vorsteherschaft über dieselben führte und die Vertheilung und Ueberwachung der ihnen obliegenden Geschäfte [3] zu besorgen hatte. Diese Funktionen hat er wahrscheinlich im Laufe des dritten Jahrhunderts erlangt, als die weitere Entwicklung des Kultus, die Zunahme der Anhänger des Christenthums und die Vermehrung der bischöflichen Geschäfte eine ausgebildetere Gliederung des Klerus bedingte [4], und der Bischof selbst nicht mehr alle Angelegenheiten persönlich leiten konnte [5]. Denn schon für das 4. Jahrhundert ist die Existenz des Archidiakons bei den wichtigsten Kirchen des Orients [6] und des Abendlandes [7] als Inhabers eines feststehenden Amtes sicher und zwar unter Umständen bezeugt, welche in Verbindung mit den Berichten der späteren Zeit jene eben erwähnten Funktionen [8] desselben als unzweifelhaft erscheinen lassen. Ferner ergiebt sich, dass schon damals der Archidiakon, obwohl er nur die Diakonatsweihe hatte, wegen seiner nahen Stellung zum Bischof als ein angesehener kirchlicher Beamter galt [9], und dass er nicht etwa nach

* Kress, Erläuterung des Archidiaconalwesens. Helmstedt 1725; Pertsch, von dem Ursprunge der Archidiakonen, Offiziale und Vicare. Hildesheim 1743; Spitz, de archidiaconatibus in Germania ac ecclesia Coloniensi. Bonn. 1790; Gréa, Essai historique sur les archidiacres in der Bibliothèque de l'école des chartes, 3ième série T. II. p. 39. 215; Würdtwein, dioecesis Moguntina in archidiaconatus distincta, Mannheim 1769. 3 Tom.; Mooren, das Dortmunder Archidiakonat, Köln 1853; Wunder, die Archidiakonate und Diakonate des Bisthums Bamberg. Bamberg 1845; Binterim u. Mooren, die alte u. die neue Erzdiöcese Köln. Mainz 1828. 1, 27 ff.; Thomassin P. I. l. 2. c. 17—20. P. III. l. 2. c. 32. 33; Binterim, Denkwürdigkeiten I. 1, 386 ff.; Hurter, Geschichte Innocenz' III. 3, 361 ff.; Phillips, K. R. 2, 116 ff.; Helfert, Von den Rechten der Bischöfe und Pfarrer 1, 409 ff.; Mejer in Herzogs Encyklopädie 1, 484 ff.; Bouix, de capitulis. Paris 1852. p. 89 ff.

[1] Epist. Joann. com. ad imperat. in act. IV. conc. Ephesini a. 431 (Mansi 4, 1398).

[2] Ueber ihre Zahl s. Th. I. S. 3.

[3] Th. I. S. 2.

[4] Haben sich doch auch in dieser Zeit die niederen kirchlichen Aemter der Subdiakonen, Akolythen u. s. w. aus dem Diakonat ausgesondert. S. Th. I. S. 2. 3.

[5] Wenn August. sermo de diversis 316 (al. 95. ed. Bened. 5, 1268) den ersten Märtyrer Stephan schon für den Archidiakon der Gemeinde in Jerusalem erklärt, so ist das ohne jeden Anhalt, so schon Kress a. a. O. S. 8.

[6] Für Antiochien s. Sozom. hist. eccles. IV. 28: „λέγεται δὲ προςδραμὼν ὁ ἀρχιδιάκονος ὃς τότε ἦν τοῦ ἐνθάδε κλήρου, ἔτι τοῦτο λέγοντος (nämlich Μελετίου) ἐπιβαλὼν τὴν χεῖρα"; Konstantinopel ibid. VI. 30: „ἐπαιδεύθη (Evagrius) ὑπὸ Γρηγορίῳ τῷ ἐπισκόπῳ Ναζιανζοῦ τοὺς ἱεροὺς λόγους· ἡνίκα δὲ ἐπετρόπευσε τὴν ἐν Κωνσταντινουπόλει ἐκκλησίαν, ἀρχιδιάκονον αὐτὸν εἶχεν", u. ibid. VIII. 9: „Ηὔξησε δὲ αὐτῷ (Johannes Chrysostomus) τὴν πρὸς τοὺς κληρικοὺς ἀπέχθειαν Σεραπίων ὃν ἀρχιδιάκονον αὐτοῦ κατέστησεν", u. epist. Johann. Chrysostomi ad Innoc. I. a. 404 (Coustant ep. Rom. pont. p. 775); Alexandrien Theodoret. hist. eccl. I. 26: „Συνῆν δὲ Ἀλεξάνδρῳ τῷ πάνυ νέος μὲν ὢν (Athanasius) τὴν ἡλικίην, τοῦ χόρου δὲ τῶν διακόνων ἡγούμενος"; Hieronym. ep. 85 ad Evagr. (ed. Ben. 4, 803): „Quo modo si exercitus faciat imperatorem aut diaconi eligant de se quem industrium noverint et archidiaconum vocant", s. auch eiusd. ad Rusticum monach. (l. c. p. 775).

[7] Optat. Milevitan. de schismat. Donastist. für Carthago (Max. biblioth. patrum. Lugd. 4, 344 u. 345): „Lucilla . . . cum correctionem archidiaconi Caeciliani (311 zum Bischof von Carthago gewählt) ferre non possit". . . . „Maiorinus qui lector in diaconio Caeciliani fuerat"; nach Prudentii (saec. IV.) peristephan. hymn. II. v. 36 ff.: „Hic primus e VII viris, Qui stant ad aram proximi Levita sublimis gradu" (Carmina ed. Dressel. Lips. 1860. p. 303) ist der h. Laurentius (s. auch Ambros. de offic. I. 41. ed. Paris. 1632. 4, 32) unter Sixtus II (258) Archidiakon der römischen Kirche gewesen.

[8] Die Vorsteherschaft über die niederen Kirchenbeamten ergiebt Opt. Milev. in der vorigen Note, vgl. auch Hieron. ep. cit. (l. c. 4, 802): „Quis patiatur, mensarum et viduarum minister, ut supra eos se tumidus efferat, ad quorum preces Christi corpus et sanguis efficiatur".

[9] Hieron. ad Ezech. c. 48 (ed. cit. 3, 1066): „Certe qui primus fuit ministrorum, quia per singula concionatur in populos et a pontificis latere non recedit, iniuriam putat, si presbyter ordinatur".

der Anciennität[1] im Diakonat, sondern allein durch den Bischof[2] nach dessen freiem Belieben oder allerdings nur selten nach vorgängiger Wahl der übrigen Diakonen[3] bestellt wurde. Gerade der Umstand, dass der Archidiakon die Besorgung der äusseren Anordnungen für den Gottesdienst und die Leitung der Armenpflege unter dem Bischof hatte, während den Priestern die Verrichtung der Kultushandlungen oblag, liess ihn als geeigneteren Gehülfen für die bischöflichen Verwaltungs- und Regierungsgeschäfte, wie die der Weihe nach höher stehenden Priester erscheinen[4], und hieraus erklärt es sich, dass sein Wirkungskreis seit dem 5. Jahrhundert[5] sich immer mehr und mehr erweiterte. Im Orient hatten die Archidiakonen jedenfalls vor der Ordination der Geistlichen die nöthige Qualifikation derselben festzustellen[6], sie erschienen auf den Koncilien neben den Bischöfen[7] oder gar als Gesandte derselben[8], versahen die Geschäfte von Notarien[9] auf den Synoden, und waren bei der Verwaltung der Diöcese während der Vakanz des bischöflichen Stuhles betheiligt[10]. Vor Allem der letztere Umstand lässt den Schluss zu, dass sie auch von den Bischöfen selbst als Stellvertreter bei ihrer Verwaltung gebraucht wurden. Für das Abendland, wo das Amt gleichfalls schon seit längerer Zeit eingeführt war[11], geben erst die Quellen des 6. und 7. Jahrhunderts ein genaueres Bild ihrer Thätigkeit, das aber wohl im Allgemeinen auch schon für das 5. Jahrhundert als massgebend angesehen werden kann. Sie hatten auch hier zunächst die Stellung als Vorsteher des niederen Klerus[12], wirkten bei der Ordination wenn nicht aller Kleriker, so doch mindestens der niederen, neben dem Bischof mit[13],

[1] S. Theodoret l. c. (183. n. 6).

[2] S. Sozom. VIII. 9 cit. (s. ibid.)

[3] Hieronym. ep. cit. ad Evagr. (s. die cit. Note). Jegliche Wahl leugnen Thomassin l. c. c. 17. n. 11 u. Gréa l. c. p. 48. S. dagegen Pertsch a. a. O. S. 6 u. Binterim I. 1, 389. Aus den, dem folgenden Jahrhundert angehörigen Briefen Leos I. und des Anatolius von Konstantinopel kann das freilich nicht bewiesen werden. Denn ep. Leon. 135. c. 2 (ed. Ballerin. 1. 1278): „electo primitus et probato qui archidiaconi officium possit implere“ kann füglich auf die Auswahl seitens des Bischofs bezogen werden und ep. Anatol. c. 2, ed. cit. n. 132 p. 1262: „Andreas autem qui non provectus a nobis sed gradu faciente archidiaconi dignitate fuerat honoratus“ bietet eine Entschuldigung für die Bestellung dieses Archidiakons, der nach anderen Briefen Leos I., n. 111, p. 1186: „ut virum catholicae fidei et Nestorianis . . . haereticis constanter etiam adversum, archidiaconem sub honoris specie degradaret et dispensationem totius caussae et curae ecclesiasticae in Andream Eutychianistam repente transferret“, s. auch n. 112 u. 113 p. 1188. 1190 von dem Bischof von Konstantinopel selbst bestellt worden ist.

[4] Darauf, dass schon im 4. Jahrh. der Archidiakon an einzelnen Kirchen auch bei der Handhabung der Kirchenzucht betheiligt gewesen ist, deutet Optat. Milevit. (s. S. 183 n. 7) hin.

[5] S. die Worte Leos I. (n. 3): „dispensatio totius causae et curae ecclesiasticae“; Isidor. Pelus. lib. I. ep. 29 (ed. Paris 1638) p. 9 nennt den Archidiakon mit Rücksicht darauf, dass er den Diakonen vorsteht, diese aber als Augen des Bischofs bezeichnet werden (s. Th. I. S. 2. n. 5) ὅλος ὀφθαλμός desselben.

[6] Hieronym. ep. ad Evagr. (ed. Bened. 4, 803): „Sed dicis quomodo Romae ad testimonium diaconi presbyter ordinatur“. Der Anklagepunkt IV gegen Ibas von Edessa ging dahin: „ἐπεχείρησεν αὐτὸν ἐπίσκοπον χειροτονῆσαι τῆς Βατηνῶν πόλεως καὶ κωλυθεὶς παρὰ τοῦ τηνικαῦτα ἀρχιδιακόνου αὐτοῦ ἠγανάκτησε“ Conc. Chalc. a. 451. act. 10, Mansi 7, 223.

[7] Conc. cit. act. 2, Mansi 6, 955 u. 958.

[8] Ibid. act. 4, Mansi 7, 25.

[9] Ibid. act. 3, Mansi 6, 983.

[10] Ep. Johann. Chrysost. ad Innoc. I. a. 404, Coustant l. c. p. 775: „Ille . . . magna cum auctoritate vocato archidiacono meo, quasi iam vidua esset ecclesia nec episcopum haberet, omnem ad se clerum per illum transtulit“; nach der Absetzung Dioskurs von Alexandrien schreibt die Synode von Chalcedon v. 451: „Χαρμοσύνῳ πρεσβυτέρῳ καὶ οἰκονόμῳ καὶ Εὐθαλίῳ ἀρχιδιακόνῳ . . . καὶ λοιποῖς κληρικοῖς . . . φυλάξετε τοίνυν τὰ ἐκκλησιαστικὰ συμπάντα, ὡς μέλλοντες καὶ λόγον ἀποδοῦναι τῷ . . . χειροτονηθησομένῳ τῆς Ἀλεξανδρέων . . . ἐκκλησίας ἐπισκόπῳ“, s. act. III. bei Mansi 6, 1095.

[11] S. oben u. Pertsch a. a. O. S. 10.

[12] c. 1 (Isidor. ad. Ludifr.) §. 11. Dist. XXV.: „Archidiaconus enim imperat subdiaconis et levitis; ad quem ista ministeria pertinent: ordinatio vestiendi altaris a levitis, cura incensi et sacrificii necessaria solicitudo, quis levitarum apostolum et evangelium legat, quis preces dicat seu responsoria in dominicis diebus aut solennitatibus decantet“.

[13] Can. 5. 6. 9 Carthag. IV. (spätestens dem 6. Jahrh. angehörig).



sie übten die Sorge für die Wittwen, Waisen[1] und Armen[2] aus, überwachten und ordneten die gottesdienstlichen Verrichtungen der niederen Kleriker an[3], unterrichteten dieselben, sowie die zum geistlichen Stand bestimmten Knaben[4], in den Wissenschaften, sowie die ersteren auch in den Funktionen ihrer Ordines[5]. Ausser diesen eben erwähnten Befugnissen und dem Recht zur Predigt und Ansagung der Festtage, welche noch innerhalb der ursprünglichen Sphäre des Amtes lagen, hatte aber der Archidiakon[6] eine gewisse Visitations- und Ueberwachungsgewalt[7], namentlich hinsichtlich der niederen Kleriker, sowie hinsichtlich des baulichen Zustandes und der Kostbarkeiten der einzelnen Kirchen in der Diöcese[8]. Damit hing seine Befugniss zur Verhängung von Disciplinarstrafen[9] und zur Vertheilung des Unterhaltes an die einzelnen Kleriker zusammen. Da der Archidiakon somit der Beamte war, welcher über die Beobachtung der rechtlichen Ordnung der Diöcese zu wachen hatte[10], war er nicht nur bei den Sitzungen des Presbyteriums, wenn dieses richterliche Funktionen wahrzunehmen hatte, betheiligt[11], sondern von ihm wurden auch die Freilassungsurkunden für die Unfreien der Kirchen ausgestellt[12], er hatte die Klagen, Beschwerden und Gesuche Dritter an die Provinzialsynoden zu übermitteln[13] und auch die geistliche Gerichtsbarkeit gegen Eingriffe der weltlichen Richter, welche seine Vermittlung nachsuchen mussten, zu schützen[14]. Dass diese aus dem bischöflichen Amte hergeleiteten Befugnisse ihm kraft

1 Ibid. c. 17; mitunter auch für die Gefangenen s. c. 20 conc. Aurel. V. a. 549.

2 Sulpic. Severi dialog. II. c. 2 (ed. Joh. Clerici Lips. 1709. p. 443).

3 c. 1. §. 11. Dist. XXV. cit.

4 Gregor. Turon. hist. VI. 36: „. . . scias me emissum ab archidiacono et praeceptore"; eiusd. de gloria martyr. I. 78: „Erat . . . archidiaconus Joannes nomine, valde religiosus et in archidiaconatu suo studium docendi parvulos habens".

5 c. 9. Carth. IV. cit. Ueber den primicerius, welcher ähnliche Funktionen aber in Unterordnung unter den Archidiakonen hatte, s. oben S. 97.

6 c. 1. §. 11. Dist. XXV. cit.: „Solicitudo quoque parochiarum et ordinatio et iurgia ad eius pertinent curam, pro reparandis dioecesanis basilicis ipse suggerit sacerdoti, ipse inquirit parochias cum iussione episcopi et ornamenta vel res basicilarum parochiarum, gesta libertatum ecclesiarum episcopo idem refert, collectam pecuniam de communione ipse accipit et episcopo defert et clericis proprias partes idem distribuit. Ab archidiacono nunciantur episcopo excessus diaconorum, ipse denunciat sacerdoti in sacrario ieiuniorum dies atque solennitatum et ab ipso publice in ecclesia praedicatur; quando vero archidiaconus absens est, vicem eius diaconus sequens adimplet".

7 c. 20. Autissiod. a. 578: „Quod si presbyter . . . aut diaconus aut subdiaconus post acceptam benedictionem infantes procreaverit aut adulterium commiserit et archipresbyter hoc episcopo aut archidiacono non innotuerit"; vgl. auch c. 23 ibid.

8 c. 3 (Gregor. I.) X. de off. archid. I. 23: „Scire vero te volumus, quod a te districte quaesituri sumus, quia vel propriae ecclesiae vel ea quae de diversis ecclesiis cimelia sunt collecta, non sub omni sollicitudine et fide servantur". Auch ein Verwaltungsrecht einzelner kirchlicher Massen kommt ihm zu, c. 7. Bracar. I. a. 563.

9 c. 20. Agath. a. 506: „clerici qui comam nutriunt, ab archidiacono, etiam si noluerint, inviti detondeantur"; c. 26 Aurel. IV. a. 541: „Si quae parrochiae in potentum domibus constitutae sunt, ubi observantes clerici ab archidiacono admoniti secundum qualitatem ordinis sui fortasse quod ecclesiae debent, sub specie domini domus implere neglexerint, corrigantur secundam ecclesiasticam disciplinam". Vgl. auch vita S. Leodegarii c. 1 (Du Chesne, hist. Franc. script. 1, 601); c. 14. Cabilon. a. 644 o. 656: „. . . in querimoniam detulerunt, quod oratoria per villas potentum iam longo constructa tempore et facultates ibidem collatas ipsi quorum villae sunt, episcopis contradicant et iam nec ipsos clericos qui ad ipsa oratoria deserviunt, ab archidiacono coerceri permittant".

10 Eine Anwendung davon schon c. 20 Tolet. I. a. 400: „. . . statutum vero est, diaconem non chrismare, sed presbyterem absente episcopo, praesente vero si ab ipso fuerit praeceptum. Huiusmodi constitutionem meminerit semper archidiaconus vel praesentibus vel absentibus episcopis suggerendam, ut eam aut episcopi custodiant aut presbyteri non relinquant"; in Gregor. I. lib. II. ep. 19 u. lib. III. ep. 32 (ed. Bened. 2, 582. 646) ein Beispiel, dass der Archidiakon der unrechtmässigen Veräusserung von Kirchengut durch den Bischof entgegentritt.

11 c. 8 Matiscon. a. 581: „omne negotium clericorum aut in episcopi sui aut in presbyterorum vel archidiaconi praesentia finiatur".

12 Lex Ripuarior. tit. 58.

13 c. 4 Tolet. IV. a. 633: „si presbyter aliquis aut diaconus, clericus sive laicus de his qui foris steterint, concilium pro qualibet re crediderit appellandum, ecclesiae metropolitanae archidiacono causam suam intimet et ille concilio denuntiet; tunc illi et introeundi et proponendi licentia concedatur".

14 c. 20. Aurel. IV. a. 541: „quaecunque cau-

seiner Stellung, also nicht kraft speziellen Auftrages des Bischofs zustanden, wenngleich ihm dieser die näheren Anweisungen für sein Verhalten zu geben hatte, kann nach der Art und Weise, wie sich die Quellen ausdrücken, keinem Zweifel unterliegen. Eine Beseitigung dieser Rechte des Archidiakons durch blossen Widerruf seitens des Bischofs war also nicht denkbar [1], vielmehr konnte dies für die Regel [2] nur durch Absetzung des Archidiakons oder durch Beförderung desselben geschehen [3]. Da die Stellung wegen der damit verbundenen Befugnisse schon in jener Zeit mehr Bedeutung als die einfache Priesterwürde hatte [4], so wurde die Priesterweihe mitunter von den Archidiakonen nicht gern genommen [5]. Denn der Archidiakonat, welcher damals noch an den Diakonen-Ordo geknüpft war, ging damit verloren, und nur ausnahmsweise konnte es vorkommen, dass er von Priestern verwaltet wurde [6].

Von einer Theilung der bischöflichen Diöcese in mehrere Sprengel endlich ist in der damaligen Zeit keine Rede [7]. Die vereinzelt auf dem Lande erwähnten Archidiakonen können nur die ersten der neben dem Priester etwa fungirenden Diakonen, also nur kirchliche Beamte gewesen sein, welche wohl den Namen, aber keineswegs dieselbe angesehene Stellung mit den Archidiakonen der Kathedralen gemein hatten [8].

Wenn auch die Quellen hinsichtlich des Umfanges der Leitungs- und Gerichtsgewalt des Archidiakons und namentlich darüber, welche Akte er selbstständig ohne die Genehmigung des Bischofs vorzunehmen berechtigt war, keine nähere Aufklärung gewähren, so muss sich doch im Laufe dieser Zeit mindestens die Befugniss zur Verhängung von Censuren immer weiter entwickelt haben. Nicht nur deuten einzelne

satio quoties inter clericum et saecularem vertitur absque presbytero aut archidiacono vel si quis esse praepositus ecclesiae dignoscitur iudex publicus audire non praesumat"; c. 43. Autissiodor. a. 578.

[1] S. auch Gréa l. c. p. 48 ff., welcher das Verhältniss freilich etwas schief so charakterisirt: „L'archidiaconat était à la fois un titre et un mandat".

[2] Man hat vielleicht deshalb in einzelnen Kirchen die Archidiakonen nur auf 5 Jahre ernannt, s. Gregor I. lib. IX. ep. 125 (ed. Bened. 2, 1034): „quia per eum iam tres antea archidiaconi servare consuetudinem ecclesiasticam, quinquennio expleto, exeundo compulsi sunt".

[3] c. 23. Agath. a. 506 (= c. 5. Dist. LXXIV.): „Episcopus etiam quorum vita non reprehenditur posteriorem priori nullum praeponat . . . Sane si officium archidiaconatus propter simpliciorem naturam implere aut expedire nequiverit, ille loci sui nomen teneat et ordinationi ecclesiae quem elegerit, praeponatur"; giebt allerdings dem Bischof auch die Befugniss, wenn der angestellte Archidiakon unfähig ist, ihm die wirkliche Geschäftsführung unter Belassung seiner Stellung und seines Titels zu entziehen und mit ersterer einen andern zu beauftragen.

[4] In c. 1. §. 12. Dist. XXV. cit. heisst es sogar: „Archipresbyter vero se esse sub archidiacono eiusque praeceptis, sicut episcopi sui, sciat se obedire"; indessen fehlt diese Stelle, was Kober Tübinger theol. Quartalschrift Jahrgg. 35 (1853) S. 539. n. 3 übersehen, in der Quelle, ep. Isidori ad Leudefrid. (opp. ed. Arevalo 6, 559) und muss daher eine spätere Einschaltung sein, s. auch Morinus de sacr. ordinat. P. III. ex. 16. c. 3. n. 16 ff.

[5] Ep. Leon. I. ad Julian. Coens. c. 1 (ed. Baller. n. 113. 1, 1190): „Nam dum Aëtius ab officio archidiaconatus per speciem provectionis amovetur"; dass darunter seine Priesterweihe zu verstehen ist, ergiebt ep. 111. ibid. 1186; über einen anderen derartigen Fall s. c. 2. 8 (Gregor. I.) Dist. LXXIV.; Sidonii Apollinaris lib. IV. ep. 25 (ed. Elmenhorst, Hanoviae 1617. p. 117): „archidiaconus in quo seu gradu seu ministerio multum retentus propter industriam diu dignitate non potuit augeri, ne potestate possit absolvi".

[6] Als Beispiele dafür können der in der vorigen Note genannte Aëtius und Honoratus dienen, welchen auf Befehl der Päpste ihre frühere Stellung als Archidiakon wieder gegeben wurde; vgl. auch dazu noch ep. Leon. I. n. 132. l. c. 1, 1262.

[7] c. 10. Emerit. a. 666: „ut omnes nos episcopi infra nostram provinciam constituti in cathedralibus nostris ecclesiis singuli nostrum archipresbyterum, archidiaconum et primiclerum habere debeamus".

[8] c. 6. Autissiod. a. 578: „Ut a media quadragesima presbyteri chrisma petant et si quis infirmitate detentus venire non potuerit, ad archidiaconum suum vel archisubdiaconum transmittat". Der kranke Priester soll also die Einholung des Chrismas dem Archidiakon oder Archisubdiakon überlassen. Gerade die Erwähnung des letzteren, des ersten der Subdiakonen — wobei der Fall vorausgesetzt wird, dass der Priester nur solche neben sich hat — zeigt, dass die Auffassung des Textes die richtige ist. A. M. Gréa l. c. p. 61. n. 1.

Berichte auf eine solche hin [1], sondern im 8. Jahrhundert findet sich diese sogar einschliesslich des Rechts zur Verhängung der Exkommunikation anerkannt [2].

II. Die Archidiakonen im 8. und 9. Jahrhundert. Während des 8. und 9. Jahrhunderts fällt der Schwerpunkt der Thätigkeit des Archidiakons immer mehr und mehr in die äussere Verwaltung, namentlich in die Abhaltung der Visitationen. Er erscheint als das Organ, welches aus persönlicher Anschauung der Verhältnisse der Diöcese den Bischof über den Zustand derselben in genauer Kenntniss hält, die Visitation des Bischofs vorbereitet und zur Erleichterung desselben die kleineren Händel, ehe der Bischof in dem Bezirk eintrifft, entscheidet [3]. In ersterer Hinsicht hat er sich über den Glauben der Priester, die Verrichtung des Gottesdienstes durch dieselben, ihre sonstige Amtsführung und ihren Wandel zu unterrichten [4]; ferner soll er ein genaues Verzeichniss aller Kirchen und Kapellen führen [5] und über wichtige Bussfälle auf Grund der von den einzelnen Priestern gemachten Mittheilungen, sowie wegen des Verhaltens und der Reconciliation der Pönitenten an den Bischof berichten [6], nöthigenfalls aber auch die Ausschliessung von der Kirche bei hartnäckig verweigerter Uebernahme der Busse gegen die Schuldigen verhängen [7]. Eine Folge seiner Stellung als Aufsichtsorgan des

[1] Vita Leodegarii c. 1. bei Du Chesne l. c. 1, 601: „in eadem urbe (Poitiers) archidiaconus fuit electus . . . Nam cum mundanae legis censuram non ignoraret, secularium terribilis iudex fuit et dum canonicis dogmatibus esset repletus, extitit clericorum doctor egregius. Erat quoque in disciplina delinquentium vividus . . .“

[2] S. oben S. 53.

[3] c. 16 Rotom. (s. S. 170 n. 2): „Cum episcopus suam dioecesim circuit, archidiaconus vel archipresbyter eum praeire debet uno aut duobus diebus per parochias quas visitaturus est et plebe convocata annuntiare debet proprii pastoris adventum et ut omnes exceptis infirmis ad eiusdem synodum die denominata impraetermisse occurrant . . . Deinde accitis secum presbyteris qui in illo loco servitium debent exhibere episcopo, quidquid de minoribus et levioribus causis corrigere potest, emendare satagat, ut pontifex veniens nequaquam in facilioribus negotiis fatigetur aut sibi immorari amplius necesse sit ibi quam expensa sufficiat“; vgl. auch c. 19 capit. Walteri Aurelian. episc. a. 871, Mansi 15, 508.

[4] Walteri Aur. cap. cit. c. 1: „Ut archidiaconi per sibi commissas parochias diligenter discutiant presbyterorum fidem, baptisma et missarum celebrationem, quatenus rectam fidem teneant, baptisma catholicum observent et missarum preces bene intelligant . . .“ c. 2: „Ut per archidiaconos vita, intellectus et doctrina cardinalium presbyterorum (s. Th. I. S. 317) investigetur“, l. c. p. 503. 505; Hincmari Rem. ad archidiac. capit. 1 ff., c. 12, l. c. p. 497 ff., welches die Archiakonen anweist, die Beobachtung der für die Priester gegebenen Instruktionen, ibid. p. 475 ff. zu überwachen.

[5] Hincm. cap. ad archid. cit. c. 7: „Et per omne ministerium vestrum unusquisque vestrum describat omnes ecclesias et titulos quae antiquitus presbyteros habuerunt et capellas antiquitus illis subiectas et mihi scripto renunciate“; c. 8 . . . „et unusquisque vestrum describat per suum ministerium, quicumque capellam extra ecclesiam principalem habet a tempore Ebbonis usque ad tempus meum et tempore meo vel mea vel alterius licentia factam, et in cuiuscumque presbyteri parochia quacumque vel cuiuscumque capella sit facta“; l. c. p. 498.

[6] c. 10 ibid.: ‚Sollicite providete, ut si aliqui post reconciliationem publicam in publicum peccatum inciderint, ad notitiam meam perferatis, ut sciatis qualiter inde et vos et presbyteri agere debeatis“.

[7] Eiusd. capitula superadd. c. 1. l. c. p. 491: „Ut unusquisque sacerdos maximam providentiam habeat, quatenus si forte in parochia sua publicum homicidium aut adulterium sive periurium vel quodcumque criminale peccatum publice perpetratum fuerit, statim, si auctorem facti vel consentientem adire potuerit, hortetur eum quatenus ad poenitentiam veniat coram decano et compresbyteris suis et quidquid ipsi inde invenerint vel egerint, hoc comministris nostris magistris suis, qui in civitate consistunt, innotescat, ut infra XV dies ad nostram praesentiam publicus peccator, si intra parochiam nostram fuerimus, veniat et . . . publicam poenitentiam cum manus impositione accipiat et si longius a parochia nostra fuerimus, annus et dies Kalendarum subtiliter describatur, quando peccatum publicum quisque admisit et quando ad poenitentiam coram ministris venit vel quando ad impositionem manus nostrae pervenit. Et semper de Kalendis in Kalendis mensium, quando presbyteris de decaniis conveniunt, collationem de poenitentibus suis habeant, qualiter unusquisque suam poenitentiam faciat et nobis per comministrum nostrum renuncietur, ut in actione poenitentiae pensare valeamus, quando quisque poenitens reconciliari debeat. Et si quis forte ad poenitentiam venire noluerit infra XV dies post perpetrationem peccati et exhortationem presbyteri, in cuius parochia actum fuerit, et sedulitatem decani ac compresbyterorum suorum atque instantiam comministrorum, decernatur, qualiter qui peccatum perpetravit et ad poenitentiam redire contemnit, a coetu ecclesiae, donec ad poenitentiam redeat, segregetur“. Dass unter den comministri nostri die Archidiakonen verstanden sind, ergiebt die vorige Note.

Bischofs ist es, dass er die Priester zu den jährlichen Versammlungen, in denen sie Rechnung legen mussten, zu berufen hat[1], dass er sie bei der Unterdrückung gewisser häufig vorkommender Laster und Verbrechen unterstützen soll[2], und dass er freilich neben anderen Beamten der Veräusserung von Sklaven offenbar im Interesse einer milden Behandlung derselben und zur Verhütung ihres Verkaufes in fremde Länder zu assistiren befugt ist[3]. Wegen der genauen Kenntniss der Diöcese und der in ihr lebenden Kleriker ist ihm ferner sein früheres Recht, die Würdigkeit und Fähigkeit der Weihekandidaten festzustellen, geblieben[4]. Daneben erscheint er auch, wie schon vorher, als Vermittler des Verkehrs zwischen den Synoden und den nicht auf denselben als Mitgliedern anwesenden Personen[5], sodann übt er ferner gewisse gottesdienstliche Funktionen und die Leitung und die Disciplinargewalt über die Diakonen und niederen Kleriker[6], sofern ihm nicht etwa in Folge der Entwicklung der vita communis weitergehende Rechte als stellvertretendem Vorstand der Kongregation der Domgeistlichen zukamen[7]. In anderen als den erwähnten Richtungen hat er wohl keine selbstständigen Befugnisse, höchstens solche zu interimistischen Anordnungen besessen[8], wenngleich es freilich mehrfach vorgekommen sein mag, dass die Archidiakonen ihren Geschäftskreis auf Kosten der bischöflichen Macht zu erweitern suchten[9]. Immerhin war aber ihre Macht in jener Zeit eine bedeutende[10], insofern sie die Aufsicht und Visitation über den gesammten Landklerus hatten und denselben wegen des ihnen bei ihren Dienstreisen zu gewährenden Unterhaltes, sowie durch die Ausübung ihrer Disciplinargewalt beschwerlich fallen konnten. Dass diese Stellung von ihnen missbräuchlicher Weise ausgebeutet worden ist, beweisen nicht nur mehrfache dagegen erlassene Verbote[11], sondern auch die Vorschrift, dass das Amt eines Archidiakons nicht an Laien

[1] c. 24 Cap. Compend. a. 757. (LL. 1, 29). Darüber, dass es sich hier nicht um das Sendgericht handelt, wie Rettberg Deutschlands Kirchengeschichte 2, 610 meint, vgl. Dove in seiner Zeitschr. 5, 8. n. 2.

[2] Hinsichtlich des Incestes verordnet das cap. II. Theodulfi Aurelian. u. 797, Mansi 13, 1011; übergegangen in Bened. Lev. cap. lib. III. c. 377 und can. Isaac Lingon. episc. (u. 859) tit. IV. 12; ibid. 16 app. p. 655.

[3] Capit. Carol. M. a. 779 c. 19 (LL. 1, 38) neben dem Grafen, Bischof, Centenar, Vicedominus oder auch glaubwürdigen Männern.

[4] Hincm. cap. ad archid. c. 11, Mansi 15, 498: „Sollicite providete de vita et scientia clericorum quos ad ordinationem adducetis".

[5] Syn. Suession. v. 853 act. I, Mansi 14, 982.

[6] S. oben S. 89. n. 8.

[7] S. oben S. 53.

[8] Hincm. cap. ad archid. c. 13 l. c. 15, 499: „Si decanus in ministerio vestro aut negligens aut inutilis et incorrigibilis fuerit vel aliquis eorum obierit, non inconsiderate decanum eligite. Et si ego in propinquo sum, ad me illam electionem referte. Et si ego in longinquo sum, decanum illum qui electus est, interim constituite, donec ad meam notitiam electio illa referatur et mea constitutione confirmetur aut immutetur".

[9] Das beweisen die Verbote a. a. O. c. 7: „Expresse vobis . . . praecipio, ut rusticanas parochias pro alicuius amicitia vel petitione aut pro aliquo praemio, non praesumatis confundere nec dividere: neque ecclesias illas, quae ex antiquo presbyteros habere solitae fuerunt, aliis ecclesiis quasi loco capellarum non subiiciatis neque capellas de illis ecclesiis quibus antiquitus subiectae fuerunt, ad alias ecclesias subiicere praesumatis" . . .; c. 8: „Nemo vestrum capellam alicui in domo sua habere concedat sine mea licentia neque in domo sua missas celebrari concedat sine mea licentia". Aus der ersteren Stelle folgt noch nicht, dass ihnen das Recht zur Union und Division der Pfarreien zugestanden hätte, wie Thomassin l. c. c. 19. n. 6 annimmt; dagegen auch Gréa l. c. p. 55.

[10] Unbegreiflich ist es, wie Mooren, das Dortmunder Archidiakonat S. 5 trotz aller erwähnten Zeugnisse den Archidiakon während der in Rede stehenden Zeit für einen der geringsten Diener des Bischofs erklären kann.

[11] c. 15. Cabilon. a. 813, Mansi 14, 96 (= c. 3. Dist. XCIV): „Dictum est etiam quod in plerisque locis archidiaconi super presbyteros parochianos quamdam exerceant dominationem et ab eis census exigant, quod magis ad tyrannidem quam ad rectitudinis ordinem pertinet . . . contenti sint regularibus disciplinis et teneant propriam mensuram et quod eis ab episcopis iniungitur, hoc per parochias suas exercere studeant, nihil per cupiditatem et avaritiam praesumentes"; Paris. a. 829. c. I. c. 25, ibid. p. 555; Aquisgran. c. I. c. 5, ibid. p. 675; namentlich Hincm. cap. cit. c. 1—7.

verliehen werden sollte [1], denn letztere hatte schwerlich etwas Anderes zur Bewerbung um dasselbe angereizt, als die Aussicht auf den reichen rechtmässigen und unrechtmässigen Gewinn, welchen sie vermöge jener Befugnisse zu machen gedachten.

Mit Rücksicht auf diese ihre Stellung erhielten die Archidiakonen in jener Zeit schon, wenngleich nicht häufig, die Priesterweihe [2]. Auch findet sich seit dem 9. Jahrhundert im Vergleich zu früher die weitere Abweichung, dass mitunter für eine und dieselbe Diöcese mehrere Archidiakonen vorkommen [3]. Obgleich sich der Ausdruck: archidiaconatus in fränkischer Zeit noch nicht nachweisen lässt [4], so ist doch schon jedem der mehreren Archidiakonen ein besonderer Sprengel zugewiesen worden [5]. Freilich kann es sich dabei möglicher Weise auch nur um eine zeitweise Zutheilung einzelner Bezirke, welche von dem Belieben des Bischofs abhängig, sowie jeder Zeit veränderlich und widerruflich war, gehandelt haben.

III. Die Archidiakonen im 10. und 11. Jahrhundert. Die Feststellung der Archidiakonatssprengel und die steigende Macht der Archidiakonen. Für das 10. und 11. Jahrhundert fliessen die Quellen sehr spärlich, indessen muss sich während dieser Zeit die Gewohnheit, mehrere Archidiakonen anzustellen und diesen bestimmte Sprengel fest zuzutheilen, fixirt und immer weiter verbreitet haben, weil später in vielen Diöcesen solche Unterabtheilungen (s. g. *archidiaconatus*) [6] vorkommen [7]. Hervorgerufen wurde diese Einrichtung wohl dadurch,

[1] Missal-Instruktion v. 805. c. 15. (LL. 1, 132): „nec archidiaconi sint laici".

[2] Die Kapitel Hinkmars sind adressirt: „Gunthario et Odelhardo archidiaconis presbyteris", Mansi 15, 497. Dass das aber die Regel war, so Dove a. a. O. 5, 9, lässt sich nicht beweisen.

[3] Darauf deutet schon c. 15 Cabilon. cit. (S. 188. n. 11) hin; deutlich erhellt es auch c. 25. Paris. cit.: „ut unusquisque episcoporum super archidiaconis suis deinceps vigilantiorem curam adhibeat"; c. 1 Walter. Aurelian. (s. S. 187. n. 4) und den Hinkmarschen Kapiteln (s. die vorige Note); in Rheims ist diese Einrichtung erst unter Hinkmar eingeführt, denn die Kapitel Ebbos (s. S. 89. n. 8), ebenso wie Flodoard hist. Rem. III. 11 erwähnen nur eines Archidiakons. Dass der Strassburger Sprengel i. J. 774 in 7 Archidiakonatsbezirke getheilt worden (Binterim, a. a. O. S. 428; Kober, a. a. O. S. 541) beruht auf falschen Urkunden, s. Rettberg, a. a. O. S. 610. 69; Jaffé, reg. Rom. pont. n. CCCXX; ebensowenig ist die Angabe von van Espen, ius eccles. P. I. t. 12. c. 1. n. 23 u. Binterim a. a. O. von der Errichtung von 8 solchen in der Diöcese Lüttich genügend beglaubigt.

[4] Waitz, deutsche Verfassungsgesch. 3, 364.

[5] S. 187. n. 4 ist von den ihnen kommittirten Pfarreien die Rede, ebenso in den Hinkmarschen Kapiteln c. 2. Der mehrfach in denselben vorkommende Ausdruck: ministerium vestrum c. 7. 8. (S. 187. n. 5) bedeutet, wie namentlich c. 13 (S. 188. n. 8) zeigt, den ihnen angewiesenen Sprengel, wie denn das Wort auch sonst in karolingischer Zeit für Amtsbezirk gebraucht wird, s. Capit. a. 802. c. 21. 25. 28 u. Capit. de villis c. 8 (LL. 1, 94. 181).

[6] Konc. v. Lillebonne a. 1080. c. 6, Mansi 20, 556: „Archidiaconi per archidiaconatus suos semel in anno presbyterorum suffraganeorum suorum vestimenta et calices et libros videant, designatis ab episcopo in unoquoque archidiaconatu solummodo tribus locis ubi vicini presbyteri ad haec monstranda convocentur"; s. auch c. 16 (Gregor. IX) X. de M. et O. I. 33. Seltener wird auch archidiaconia gebraucht, s. die folgende Note.

[7] In Trier werden seit dem 10. Jahrhundert, s. a. 967, Beyer, mittelrhein. Urkundenbuch 1, 284 mehrere Archidiakonen, resp. Chorbischöfe (s. oben S. 169 n. 6) erwähnt; ist der unter der erwähnten Urkunde unterzeichnete Dekan gleichfalls Archidiakon gewesen, wie das schon 1139, s. ibid. S. 568, der Fall war, so führt die Entstehung der 5 Trierer Archidiakonate, s. Hontheim, prodrom. hist. Trevir. 1, 312 und die wiederholte Erwähnung von 5 Archidiakonen im 12. Jahrh., Beyer, a. a. O. S. 654. 669. 672. 678. 690. 693. 696. 699 bis auf das 10. Jahrhundert zurück. Für Köln behaupten Binterim u. Mooren, die Erzdiöcese Köln 1, 30 ff. u. Mooren, das Dortmunder Diakonat S. 13, dass hier die Archidiakonen bis zum 11. Jahrhundert unbekannt gewesen seien. Indessen widerspricht das der Thatsache, dass die Archidiakonen bei jeder Kathedralkirche vorgekommen sind. Wenn es in der Urkunde Annos II. für Rees zw. 1056 u. 1075, Lacomblet, niederrheinisches Urk.-B. 1, 144 heisst: „nulli archidiacono nulli decano . . . de qualicunque causa respondeant", und in einer andern desselben Bischofs v. 1067, Ennen u. Eckertz, Quellen zur Gesch. Kölns 1, 480: „altarium dona, suprema iudicia et pro redimendis servitiis census IV[to] anno, qui ad archidiaconatus officium spectant", so setzt diese Entwicklung schon zweifellos ein viel höheres Alter des Amtes voraus. Darauf lässt auch die Urkunde v. 1003 über Schenkung der Zehnten zu Remagen schliessen, Lacomblet, a. a. O. 1, 85: „absque omni ser-

dass die Bischöfe in grösseren Diöcesen einerseits wegen der immer mehr und mehr zunehmenden kirchlichen Geschäfte und andererseits wegen ihrer Betheiligung an den politischen Angelegenheiten der einzelnen Reiche nicht mehr im Stande waren, die Leitung ihres Sprengels allein mit dem Archidiakon der Kathedrale genügend wahrzunehmen. Nachdem der Archidiakonat wesentlich zu einem Hülfsamt für die bischöfliche Verwaltung geworden und die ursprüngliche Stellung des Archidiakons neben diesen Funktionen in den Hintergrund getreten war, lag es nahe, mehrere solcher Hülfsbeamten zu bestellen und diesen gewisse Theile der Diöcese zuzuweisen. Ob von vornherein fest oder zunächst nur nach Belieben und auf Widerruf des Bischofs, steht dahin. Wahrscheinlich ist es aber wohl, dass im Anfang die einzelnen Sprengel der Diöcese noch nicht dauernd mit den betreffenden Archidiakonatsstellen verbunden waren, sondern sich erst allmählich durch wiederholte Zuweisung eines Bezirks an einen bestimmten Archidiakon die Zusammengehörigkeit fixirt hat, während da, wo man erst später nach Vollendung der Entwicklung zur Einsetzung mehrerer Archidiakonate schritt, von vornherein jedem ein für alle Mal sein Territorium zugewiesen wurde [1].

vitio hinc exigendo episcopi scilicet, prepositi ac decani", weil hier höchst wahrscheinlich unter prepositus der Propst zu Bonn, welchem schon i. J. 1135 von Innocenz II., Binterim u. Mooren, a. a. O. 1, 31, die Archidiakonal-Gerechtsame bestätigt worden sind, gemeint ist. Jene irrthümliche Ansicht beruht auf der Annahme, dass nach dem Berichte Wazos die Archidiakonen in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts in Köln abgeschafft sind, während die betreffende Stelle, Anselmi gesta episcop. Leodiens. c. 41. in dem Text der Pertzschen Monumente (SS. 7, 214) s. S. 99. n. 2 weder die von den erwähnten Schriftstellern citirten Worte: „et archidiaconos" enthält, noch auch eine derartige Variante vorkommt. Für das 12. Jahrh. ist die Existenz mehrerer Archidiakonate in der Kölner Diöcese zweifellos, s. z. B. syn. Colon. a. 1138, Hartzheim 3, 339: „Asseruerunt . . . Gerardus Bonnensis et Hermannus Xantensis praepositus, ob hoc sibi locum superiorem deberi, quia ecclesiae nostrae archidiaconi essent et illis ecclesiis praesiderent, quibus archidiaconatus a prima constitutione adiuncti essent . . . et ad tractanda sive invenienda seu promulganda iudicia post reliquos archidiaconos nostros primi essent"; wozu übrigens zu vgl. Binterim u. Mooren, a. a. O. S. 32. Für Mainz vgl. das S. 183. n. * citirte Werk von Würdtwein u. Binterim, Denkwürdigkeiten a. a. O. S. 417. 418; für Utrecht diplom. a. 1087 (Hartzheim 3, 204): „Deinde per episcopos et maiorem ecclesiam earum fundatores decretum extitit et statutum, ut omnes ecclesiae praedictae matrici ecclesiae sive maiori praedictae perpetuis temporibus sint subiectae et in memoriale subiectionis cum praeposituram earumdem aliquam vacare contigerit, capitulum ad quod eiusdem collatio pertinet, unum de canonicis dictae maioris ecclesiae in praepositum eligat et nullam aliunde assumat, cum archidiaconi esse debeant, nisi tantummodo in ecclesia cathedrali"; für Toul die Unterschriften unter den Synoden v. 1072. 1091. 1105 l. c. p. 161. 217. 251; Metz dipl. a. 1142 Beyer l. c. 580; Lüttich a. 1144; Salzburg a. 1187, Hartzheim 3, 350. 441; die spätere Archidiakonatseintheilung von Würzburg und Speier bei Würdtwein, subsid. diplom. 5, 345 u. 10, 283, von Worms, Bamberg und Strassburg in dessen nova subsidia dipl. 3, 238; 7, 195; 8, 87. Ueber Magdeburg vgl. de Ludewig, reliqu. manuscript. 11, 406. Auch ausser Deutschland findet sich dieselbe Erscheinung für Autun, die Unterschriften unter dem Diplom v. 999, Gallia christ. 3 app. p. 75; für Meaux dipl. a. 1071: „Lisiardi archidiaconi in archidiaconatu residentis" bei Duplessis, histoire de Meaux 2, 7; für Arras die Restitutionsbulle Urbans II. 1094 (Mansi 20, 669): „in quibus nominatim archidiaconias duas, quarum una Atribatensis, altera dicitur Obstrevandensis praefatae ecclesiae confirmamus" u. eiusd. epist. ibid. p. 674. für Chartres Sirmond not. c. ad ep. 8 lib. II. Godefrid. Vindocin. in opp. var. Venet. 1728. 3, 451; für Tours, Lemans, Angers, Nantes Gallia christiana 14, 3. 337. 543. 794; für die Normandie s. S. 189. n. 6; für Canterbury Matthaeus Paris, histor. maior ad a. 1176, ed. Wats p. 132; für Lincoln D'Achery, spicileg. ed. nova 3, 504.

[1] Ep. Innoc. III. an Hugo v. Auxerre: „Cum olim te nobis insinuante tantam esse in tua dioecesi populi multitudinem quod vix potesset per solum archidiaconum Autissiodorensis ecclesiae, cum unicus duntaxat esset, in ea visitari pro tempore, nos tuis supplicationibus inclinati, super hoc utiliter providere volentes, dividendi archidiaconatus ecclesiae in tres archidiaconatus . . . concesserimus facultatem" (Gallia christ. ed. I. 2, 287). Die Urk. v. 1193 b. Niesert, münst. Urkdsmlg. 2, 280 enthält nähere Bestimmungen über die zu den Archidiakonaten gehörigen Pfarreien, nicht die erste Eintheilung der Archidiakonate, vgl. auch ibid. p. 170. — Mitunter mögen auch zunächst nur in der Person des jeweiligen Bischofs liegende Umstände, z. B. Gebrechlichkeit zu einer Theilung der Diöcese Veranlassung gegeben haben, s. z. B. die Urkunde für Arezzo u. 1045, Muratori, antiqu. Ital. 6, 425: „Partite onus et committite curam ecclesiarum melioribus et sapientioribus ecclesiae . . . episcopus accersito consilio



Im Allgemeinen hielt man sich dabei an die politische Eintheilung des Landes, so dass die Archidiakonate meistens den alten Gauen entsprachen [1] oder wo diese von geringem Umfange waren und gewöhnlich nur eine Dekanie umfassten [2], mehrere derselben dem Sprengel eines Archidiakonates zugetheilt wurden [3]. Wie schon früher die Dompropstei und der Archidiakonat öfters in derselben Hand vereinigt waren, so erhielten nach der Theilung der Diöcese, indem diese Verbindung bestehen blieb, jetzt vor Allem die sonst hervorragenden Mitglieder der Kapitel, weil sie als die angesehensten Geistlichen dem Bischof am nächsten standen, ferner aber auch die Leiter der bedeutenderen Stifter der Diöcese die neu kreirten Archidiakonate übertragen [4]. Jedoch hat jene Ver-

commisit unam partem de plebibus Gerardo primicerio et archipresbytero, aliam partem Lodoyco * * *, tertiam vero partem commisit Marmetrico * * * presbitero, quartam denique partem commisit... domno Petroni praeposito canonicae * * * ecclesiae et omnibus successoribus praepositis eius videlicet . . . has omnes plebes cum cappellis suis commisit... Petroni praeposito et successoribus eius, ut semper habeant et teneant et custodiant per se et per canonicos suos"; dass hier mindestens etwas der sonst vorkommenden Archidiakonatseintheilung Aehnliches vorliegt, kann nicht zweifelhaft sein, jedenfalls sind abgesehen von Rom, s. Th. I. S. 359 die Archidiakonen auch sonst früh in Italien nachweisbar, s. gegen Thomassin P. II. lib. III. c. 76 für Verona und Aquileja dipl. a. 813 bei Ughelli, Italia sacra 5, 708, für Padua dipl. a. 870, Pez, thesaur. nov. VI. 1, 82 und dipl. a. 965, Ughelli l. c. p. 435.

[1] Landau, die Territorien in Bezug auf ihre Bildung und Geschichte. Hamburg und Gotha 1854. S. 387 ff., Gréa l. c. p. 62; Niesert a. a. O. S. 281. n. *.

[2] Für Köln s. Binterim u. Mooren a. a. O. 1, 134. 152 ff.

[3] Ep. Innoc. II. ad Gerard. Bonnens. praepos. v. 1139, Günther, cod. Rheno-Mosellan. 1, 257: „licentiam et liberam potestatem certis temporibus visitandi et circumeundi decanias que in archidiaconatu vestro site sunt, videlicet Archoe (d. i. Ahrgau) et Zulphechoe (d. i. Zülpichgau), sicut in reliquis duabus i. e. Yflensi et Sibergensi hactenus facere consuevistis tibi tuisque successoribus concedimus".

[4] So erscheint in Lüttich Lambert als Archidiakon u. Propst, Anselm gest. episcop. Leodiens. c. 45. a. 1031 (SS. 7, 216); Trier dipl. a. 1134: „Godefridus prepositus maioris ecclesiae et archidiaconus, Arnoldus prepositus s. Martini in Meinfelt et archidiaconus", Ennen u. Eckertz l. c. 1, 508; dipl. a. 1156: „Godefridus maioris domus prepositus et archidiaconus, Rudolfus decanus et archidiaconus", Beyer, a. a. O. 1, 654; Köln dipl. a. 1169: „Adolfus maior decanus et archidiaconus" u. a. 1189: „Bruno maior prepositus et archidiaconus, Adolfus decanus maior et archidiaconus, Luotharius bunnensis prepositus et archidiaconus, Cunradus Xantensis prepositus et archidiaconus", s. Ennen u. Eckertz 1, 558 u. 598; Münster s. die folgende Note; Osnabrück, s. Kress, a. a. O. S. 55; Magdeburg nach dem s. g. rothen Buch saec. XIV, Mittheilungen des sächs. thüringischen Vereins 11, 97: „In infrascriptis locis dominus praepositus Magdeburgensis, habet iurisdictionem ecclesiasticam et institutionem, correctionem... rectorum divinorum ratione sui archidiaconatus"; Brandenburg dipl. a. 1161 bei Gercken, Stiftshistorie v. Brandenburg. Braunschweig 1766. S. 348. 349. Auch der Sachsenspiegel I. 2. §. 1: „scepenbare lüde, die der biscope senet süken solen, plechhaften der dumproveste" setzt die Verbindung von Propstei und Archidiakonat voraus, indem er den Archidiakon und Dompropst, welchem letzteren nur in seiner ersten Eigenschaft das Recht zur Abhaltung des Sendgerichtes zustehen konnte, identificirt; vgl. auch Const. Cardin. Brandae v. 1422. §. 508: de Ludewig, reliq. manuscr. 11, 406: „tollimus . . . consuetudinem ex omnibus ecclesiis civitatis et dioecesis Moguntiae, quibus cavetur, quod recipiendi in prepositos vel archidiaconos..."; für Mainz s. Würdtwein, dioecesis Moguntina 1, 3 ff. u. S. 192. n. 2; für Regensburg s. Mayer, thes. iur. eccl. 2, 55. 56; für Salzburg s. Kleinmayern, Nachrichten von Juvavia S. 303; Schwerin, mecklenbg. Urkundenbuch 3, 482; Basel Gallia christ. 15 app. p. 282; für Arrezzo dipl. a. 1080: „Jocundus praepositus atque archidiaconus, Muratori, antiqu. Ital. 1, 765; über die Verbindung anderer Stiftswürden mit dem Archidiakonat, so des Dekanates s. die zu Köln gemachten Mittheilungen, ferner dipl. a. 1186, Würdtwein, dioecesis Moguntina 2, 341: „Rutgerus archidiaconus et custos . . . maioris ecclesiae Moguntinae", dipl. a. 1224 bei Guden, cod. diplom. Mogunt. 1, 491; Orderic. Vital. hist. eccles. III. 12 (ed. Le Prevost. Paris 1838. 2, 129); „Willermus . . . de Ros Baiocensis clericus qui in eadem ecclesia triplici honore praeditus, erat enim cantor et decanus et archidiaconus". Wegen der Vereinigung der Archidiakonate mit Würden in den Kollegiatstiften vgl. die Notizen über Köln, ferner Guden l. c. p. 492: „omnes praepositi ecclesiarum collegiatarum fuerunt olim archidiaconi episcopatus seu ecclesie Moguntinae"; für Freisingen die Synode von 1170: „Heinricus de Sliersee praepositus et archidiaconus in illis locis", Hartzheim 3, 402 und Meichelbeck, hist. Frising. I. 1, 324. Da vielfach die Kanoniker an der Kathedralkirche diese Würden an den Kollegiatkirchen der Diöcese besassen, s. z. B. die ausdrückliche, dahin gehende Bestimmung für Utrecht S. 190. n. 7 v. S. 189 u. für Passau, Wahlkapitulation von 1252 bei Hansiz, Germania sacra 1, 392, so befanden sich die meisten Archidiakonate in den Händen des Domkapitels. Einzelne

bindung nicht überall von Anfang an bestanden, sondern sie ist mitunter erst später vorgenommen worden [1]. Seit der Zeit, wo die Mehrheit der Archidiakonate eingeführt war, nannte man den Archidiakon an der Domkirche, welcher als Nachfolger des ursprünglichen einzigen Archidiakons galt, und die erste Stelle unter seinen Kollegen einnahm, *archidiaconus maior* [2], die anderen dagegen *archidiaconi minores* [3].

Während des 10. und 11. Jahrhunderts, wo die eben erwähnten Verhältnisse noch in der Bildung begriffen sind, erscheinen die Archidiakonen im wesentlichen noch als vom Bischof abhängige Gehülfen [4], welche, abgesehen von der ihnen wie früher obliegenden Prüfung der Ordinanden [5], ihn bei der Ausübung der Aufsicht in der Diöcese [6] und bei der Visitation derselben [7] unterstützen. Die geographische Theilung der Amtsbefugnisse des ursprünglich alleinigen Archidiakonates unter mehrere Beamte gleichen Ranges [8] beförderte, so wenig diese Massregel auch auf den ersten Blick als der Macht-

Belege liefern auch die später für die Entwicklung des Archidiakonats seit dem 10. Jahrhundert mitgetheilten Stellen.

[1] So in Münster s. dipl. a. 1217, Niesert a. a. O. 2, 335: „Ceterum collationem archidyaconatus, quem sepedictus antecessor preposito s. Martini assignavit et quem idem prepositus nomine prepositure s. Martini vel tanquam preposituram eiusdem loci de manu nostra vel successorum recipere tenetur, ecclesiae s. Martini nostre auctoritatis munimine confirmamus, determinantes, preposituram s. Martini nulli prorsus esse porrigendam, nisi tali qui prius canoniam et prebendam in maiori Monasteriensi ecclesia fuerit adeptus. Ecclesiarum ad quas iam dictus archidyaconatus seu prepositura s. Martini protenditur nomina sunt haec“ . . .; vgl. auch a. a. O. 4, 62.

[2] Syn. Tullens. a. 1072, Hartzheim 3, 160; Mainzer Urk. v. 1150 bei Würdtwein, dioec. Mogunt. 1, 87: „ut cella illa cum allodiis suis iure fundi Metensi attineret ecclesiae, iure autem dioecesario mihi meisque successoribus et archidiacono suo maiori Moguntiae metropolis preposito obediens esset“; maior archidiaconus u. maior archidiaconatus in ep. Hadriani IV. zw. 1157 u. 1159 bei Mansi 21, 803. 804. 807. 808. Nicht identisch damit ist „senex archidiaconus“ in der Trierer Urkunde v. 1098, Beyer 1, 452, wie die Vergleichung der Unterschriften: „Bruono prepositus domus, Bruono prepositus de Cardono, Bruono senex archidiaconus, Rambertus archidiaconus“ mit denen des Dipl. v. 1097. ibid. p. 448: „Sign. Brunon. corepiscopi et ecclesie S. Petri prepositi, S. Brunonis senioris corepiscopi, S. Brunon. corepiscopi et Cardonensis prepositi, S. Ramberti corep. et prepos.“ zeigt, denn der mehrmals auch in Trier als maior archidiaconus (dipl. a. 1251, Hontheim, hist. Trevir. 1, 734) vorkommende Dompropst wird nicht als senex bezeichnet. Letzteres kann demnach nur den der Anciennität nach ältesten Archidiakon bedeuten.

[3] Epist. Innoc. III. (S. 190. n. 3): „quod capitulum Autissiodorense . . . maiori archidiacono praeter distributionem quam percipere consuevit tamquam canonicus, aliam distributionem integram, minori veri archidiacono excepta distributione quam percipiat ratione praebendae suae, medietatem alterius distributionis integre assignare tenebitur“.

[4] c. 7. Rotomag. a. 1050, Mansi 19, 753: „Ut nullus ex officialibus episcopi, archidiaconus videlicet aut notarius pro ordinandis clericis munera exigat“.

[5] c. 5. Coyac. a. 1150, ibid. p. 788; s. auch die vorige Note.

[6] c. 13 der Const. Walters von Sens († 923) bei Mansi 18, 324: „quod clerici ribaldi (verworfene, unzüchtige Geistliche s. Du Fresne du Cange s. voce ribaldi) maxime qui vulgo dicuntur de familia Goliae (s. Th. I. S. 119. n. 6) per episcopos, archidiaconos, officiales et decanos christianitatis tonderi praecipiantur vel etiam radi, ita quod eis non remaneat tonsura clericalis“; c. 15 Syn. Rotom. a. 1072. ibid. 20, 38: „archidiaconi, qui eos, nämlich die Priester, regere debent“; c. 1. 3. Audomar. a. 1099, ibid. p. 970 (Sorge für die Innehaltung des Kirchen- und Gottesfriedens).

[7] S. 189. n. 6. Das Koncil von Bourges a. 1031 c. 11 (Mansi 19, 504) schreibt zwar vor: „Et si cuipiam de talibus (d. h. Priester, Diakonen- und Subdiakonen-Kindern, sowie nicht freigelassenen Sklaven) sacrum ordinem aut clericatum ignoranter tribuerit episcopus, mox ut cognitum fuerit, archidiaconus deponat eos, quia irrita est illicita ordinatio“, indessen dürfte hier die Nothwendigkeit des Konsenses des Bischofs zu suppeditiren sein; jedenfalls ist dem Archidiakon damit noch nicht ein allgemeines Recht zur Deposition zugesprochen, sondern nur in einem mit seinem Note 5 gedachten Recht zusammenhängenden Fall.

[8] Deshalb gehören c. 1. X. de off. archid. I. 23 (überschrieben ex libro Romani ordinis, aber in keinem der bisher bekannten römischen Ordines enthalten, s. Th. I. S. 360. n. 7) und c. 2 eod. mit der gleichfalls nicht richtigen Inskription „ex concilio Toletano“, welches viele Anklänge an die oben citirte Stelle aus Isidor (s. S. 184. n. 12) aufweist: „Officium vero archidiaconi est, evangelium quando voluerit legere vel alicui de diaconis praecipere et quando episcopus missam canit ad iussionem illius induant se levitae vestimentis sacris, qualiter cum pontifice ad missam procedant; omnem querimoniam seu causam vel iustitiam presbyterorum vel diaconorum vel subdiaconorum ipse debet deliberare, ordinare et facere. Ideo vero strenuus, providus, cautus sui episcopi agens, episcopii totius curam habet“, aber im

stellung der Archidiakonen vortheilhaft erscheinen mag, doch gerade die Selbstständigkeit der letzteren. In Folge der ständigen Betrauung der Archidiakonen mit der Ausübung gewisser bischöflicher Rechte dispensirten sich die Bischöfe desto leichter von der eigenen Wahrnehmung jener Geschäfte. Gleichzeitig wurde die Kontrole durch dieselben seltener. Dagegen gewannen die Archidiakonen durch die dauernde Verbindung mit ihren Sprengeln dort um so grösseren Einfluss, und bei der das ganze Mittelalter beherrschenden Tendenz, alle öffentlich rechtlichen Befugnisse als Privatrechte aufzufassen, musste ihre ursprüngliche Stellung als vom Bischof abhängiger, lediglich mit der Ausübung seiner Gerechtsame beauftragter Stellvertreter immer mehr und mehr verschwinden, und die Anschauung, dass ihnen jene Rechte selbstständig und im eigenen Namen kraft ihres Amtes zuständen, hervortreten. Dass die Anfänge dieser Entwicklung, welche der Auflösung der königlichen Rechte, namentlich der königlichen Gerichtsgewalt in eine Reihe kleinerer feudaler und patrimonialer Gewalten auf weltlichem Gebiete durchaus analog ist, in das 11. Jahrhundert zu setzen sind, dafür sprechen einzelne aus demselben aufbewahrte Berichte, welche auf einen Kampf der Bischöfe für die frühere Abhängigkeit der Archidiakonen von ihnen und auf das Bestreben der letzteren, sich den Bischöfen gegenüber immer selbstständiger zu stellen [1], schliessen lassen. Ferner ergiebt sich die Auffassung des Archidiakonats als eines Amtes mit gewissen eigenen, nicht mehr blos stellvertretend ausgeübten Befugnissen daraus, dass dasselbe, resp. die Einkünfte desselben sogar an Laien zu Lehn gegeben [2], und schon in einzelnen bischöflichen Urkunden Befreiungen von den Archidiakonal-Gerechtsamen ertheilt worden [3] sind, ja sogar auch eine Uebertragung derselben an Aebte für den Bezirk ihrer Klöster vorgekommen ist [4].

IV. **Die Archidiakonen im 12. Jahrhundert. Principielle Veränderung ihrer Stellung.** Im Laufe des 12. Jahrhunderts erscheinen die

Schlusssatz des eben mitgetheilten principium selbstständig ist — §§. 1. 2. erinnern wieder an Isidor — spätestens in das 9., am wahrscheinlichsten in das 8. Jahrhundert.

[1] Hierher gehört der Brief Bebos, wahrscheinlich eines Archidiakonen des Bamberger Sprengels an Heinrich II. v. 1021 (s. Hirsch, Jahrbücher des deutsch. Reichs unter Heinr. II. 1, 545), welcher über die Verkümmerung der Strafgewalt der Diakonen, worunter nur die Archidiakonen gemeint sein können, klagt, s. ibid. p. 548; „Quidam, ut audio, non rationem, sed voluntatem suam incaute sequentes, dum nesciunt sive pigrescunt congruis computationibus singula queque dinoscere preiudiciis suis diaconibus audent officia concessa negare, ut non licitum habeant regere sive comprimere banno, quoscumque contrarios sentiant dominice legationis indicio nec potestatem habeant banni, quamvis legationibus evangelici fruantur indicii. Verum tamen non incongrue, velut litteralis legatio firmatur sigillo, evangelicam quoque legationem firmari credimus banno, quia sine auctoritate banni parum proficit auctoritas evangelici nuncii. Qua quidem ratione evangelice legationis nuncius banno privabitur, sive quo secularium nunciorum auctoritas nulla perficitur“? S. ferner Fulberti Carnotens. episc. († 1029) ep. 34 (ed. de Villiers. Paris 1608 p. 43): „Lysiardus . . . archidiaconus qui cum esse deberet oculus episcopi sui, dispensator pauperum, catechisator insipientium . . . factus est episcopo suo quasi clavus in oculum, praedo pauperibus . . . quia decimas et oblationes altarium, stipem videlicet pauperum suo episcopo inconsulto saeculari militiae tradit“.

[2] Orderici Vitalis hist. eccles. III. 12 (ed. cit. p. 132): „archidiaconatum adhuc quoque quem in feudo ab antecessoribus suis de archiepiscopo Rotomagensi tenebat (Fulcoius miles), monachis dedit“. Ein Verbot gegen den Besitz von Laien enthält schon c. 8 Tolos. a. 1056, Mansi 19, 848.

[3] S. die Kölner Urkunden v. 1056 u. 1067 S. 189. n. 7.

[4] Synode zu Auch v. 1068 für das Kloster des h. Orientius Mansi ibid. p. 1065: „ut gubernator qui locum s. Orientii rexerit, vices archidiaconi in honore suo super ecclesias et clericos teneat et ipse, si lapsi fuerint, iustitiam faciat: tamen si poenitere voluerint, ipse ante praesentiam domni archiepiscopi repraesentet et ipse illis poenitentiam iniungat, ut illi placuerit, excepto quod ullam legem ab illis non requirat“. Ebenso werden die Archidiakonal-Einkünfte an Klöster vergeben, s. die Stiftungsurkunde für das Kloster Siegburg a. 1064, Lacomblet, niederrh. Urkundenbuch 1, 130: „monachis ibidem deo famulantibus ipsarum aecclesiarum omnem census redibitionem vel exactionem indulgentes in perpetuum, videlicet ut quicquid ex eis secundum morem vel nobis vel corepiscopis (s. S. 169) vel decanis statutis debebatur temporibus hoc in usum monachorum transferatur“.

Archidiakonen schon als selbstständige Beamte, welche gewisse Rechte der bischöflichen Jurisdiktion ausüben und nur noch für bestimmte Akte der bischöflichen Genehmigung bedürfen[1]. Freilich haben sie sich oft genug auch über die Verpflichtung zur Einholung der letzteren hinweggesetzt. Denn es wird ihnen z. B. päpstlicher Seits eingeschärft, die Verleihung von Kirchen und Anstellung von Geistlichen[2], die Uebertragung der Seelsorge[3], die Verhängung der Exkommunikation[4], die Ausfertigung von Testimonialen[5], die Einsetzung und Absetzung der Landdekane[6] nicht ohne den Konsens des Bischofs vorzunehmen. Andererseits ist aber der letztere jetzt auch durch sie bei den Akten seiner Verwaltung beschränkt. Am frühesten tritt das bei Verfügungen, welche die Einkünfte der Archidiakonen direkt berühren, z. B. bei Ermässigung der mit den letzteren zu theilenden Abgaben[7], Ueberweisung von Archidiakonal-Zinsen oder Zehnten an Stifter und andere Personen[8], dann aber auch bei anderen Massnahmen, welche überhaupt gewisse Objekte der Einwirkung des Archidiakons entziehen, so z. B. bei Inkorporationen[9], hervor. Kein Wunder, dass man nunmehr als die Archidiakonen eine Reihe bischöflicher Gerechtsame selbstständig ausübten[10], sie jetzt höher als die Priester stellte, ja geradezu in der Ertheilung der Priesterweihe an einen

[1] I. d. Urkunde Erzbischof Philipps Köln zw. 1169 u. 1190 heisst es, Günther, cod. Rheno-Mosell. 1, 469: „quia episcopus presentiam suam omnibus exhibere non potest, necessaria ordinatione onus tante potestatis certis personis distribuit, ita tamen ut in partem vocatae sint sollicitudinis, non in diminutionem pontificalis honoris. Inde est quod archidiaconi tanti honoris et oneris facti participes curam ordinationis, reparationis et conservationis basilicarum auctoritate episcopi habere noscuntur, si qua etiam in meliorem statum commutare possunt, secundum dispensationem sibi concreditam, episcopo sciente et iubente liberrimam exequendi acceperunt potestatem", wobei allerdings die bischöflichen Rechte im Vergleich zur praktischen Gestaltung selbstverständlich zu scharf betont werden.

[2] Ep. Hadrian. IV. ad archid. eccl. Trever. zw. 1157 u. 1159, Beyer l. c. 1, 659: „mandamus quatinus . . . archiepiscopo debitam in omnibus subiectionem et reverentiam impendentes ei tamquam proprio pastori et rectori animarum vestrarum humiliter obedire curetis. Quod vero ipso in commisso sibi archiepiscopatu rationabiliter ordinaverit, contradicere nullatenus presumatis nec investituram ecclesiarum absque sua notitia et assensu sacerdotibus de cetero concedatis".

[3] c. 4 (Alex. III. Eliens. archid.) X. de off. archid. I. 23.

[4] c. 5 (Alex. III. Vigor. episc.) eod. tit., eine Bestimmung, in welcher sich der freilich misslungene (vgl. nachher) Versuch einer Beschränkung dieser früher von den Archidiakonen (s. S. 187. 188) geübten Befugniss zeigt.

[5] c. 8 (Innoc. III.) X. eod. tit.

[6] c. 7. §. 6. (id.) eod. tit.

[7] Urk. Erzbischof Friedrichs I. v. Köln a. 1109 bei Lacomblet, a. a. O. 1, 176: „episcopalem censum meum et de ecclesia . . . Gumeresbraht quae ad II libras ante computari solebat, annuente Siegfrido coriepiscopo (d. h. des Archidiakons) ad X solidos contraxi.

[8] A. 1124 überweist der genannte Erzbischof der Propstei Siegburg, ibid. p. 196: „census nostros episcopales nec non chorepiscopales . . . consensu maioris decani nostri E. qui tunc chorepiscopatus curam administrabat", dipl. Philippi Colon. archiep. zw. 1182—1186, Ennen u. Eckertz l. c. 1, 593: „quod Symon in ecclesia s. Gereonis Colonie praepositus decimam quandam de villa T . . . impetrata nostre auctoritatis benignitate pariter quoque assensum Brunonis archidiaconi . . . obtinuit, ut de prefata decima in pias causas . . . ordinaret".

[9] Dipl. Conradi Mogunt. archiep. a. 1191, Guden, l. c. 1, 303: „ecclesiam (d. h. matricem in Glauburg) ad nos libere ac legitime sic translatam de consensu archidiaconi Conradi, s. Marie ad gradus in Moguntia tunc prepositi, prefato cenobio contulimus, . . . ut quia ipsa prepositura de manu archiepiscopi confertur, archidiaconus nullum ius synodale in eadem habeat ecclesia"; s. auch dipl. Joh. arch. Trevir. a. 1196, Günther, cod. dipl. Rheno-Mosell. 1, 478. Frühere bischöfliche Urkunden, so z. B. die Trierer v. 1135 (Beyer a. a. O. 1, 537): „Absolvimus preterea ipsam ecclesiam parochialem ab omni iusticia corepiscopi et decani et a servitio quod quarto anno debetur corepiscopo" und die Hamburger v. 1136 (Lappenberg, Hamburg. Urkbch. 1, 140): „Plenam insuper libertatem prefato novo monasterio contulimus, ita scilicet ut preter nos et successores nostros et prelatos eorum . . . neque praepositus neque archipresbyter neque archidiaconus, nulla denique vel magna vel parva persona aliquid ecclesiasticae potestatis ibidem habeat", erwähnen bei Exemtionen von der Jurisdiktion des Archidiakonen allerdings der Zustimmung des letzteren noch nicht. Ob diese noch nicht für erforderlich erachtet oder besonders ertheilt worden ist, muss dahin gestellt bleiben.

[10] Um Wiederholungen zu vermeiden, sowie mit Rücksicht darauf, dass die Entwicklung nicht überall gleichmässig gewesen, ihr Abschluss theils noch in das 12., theils in das 13. Jahrh. fällt, verweise ich auf die folgenden, über die letztere Zeit gemachten Angaben.

Archidiakon eine Degradation des letzteren erblickte [1], und dass das früher schon hervorgetretene und verbotene Streben der Laien nach dem Erwerb von Archidiakonaten immer wieder von Neuem sich geltend machte [2].

V. Der Höhepunkt der Machtstellung der Archidiakonen. Mit Ende des 12. und mit dem Beginn des 13. Jahrhunderts hat die Macht der Archidiakonen ihren Höhepunkt erreicht. Ausser den schon früher erwähnten Verhältnissen hat dabei offenbar die Verbindung des Archidiakonates mit den Stiftsstellen, namentlich mit denen in den Domkapiteln gleichfalls ihren Einfluss geäussert, da das Streben der letzteren nach Selbstständigkeit gegenüber den Bischöfen auch auf die Stellung ihrer Mitglieder als Archidiakonen zurückwirken musste.

Innocenz III. bezeichnet den Archidiakon geradezu als iudex ordinarius [3], womit die selbstständige Leitungsgewalt, die s. g. iurisdictio propria, anerkannt ist, ja es wird sogar seine Gewalt der iurisdictio episcopalis [4] gleichgestellt, und öfters ist die päpstliche Zustimmung zur Errichtung neuer Archidiakonalsprengel ertheilt worden [5]. Wie der Bischof die Jurisdiktion in einem bestimmten Territorium ausübt, so auch der Archidiakon [6]. In seiner Hand ruht die Aufsicht über das ganze Kirchenwesen seines Bezirkes, namentlich über den Lebenswandel der Geistlichen [7] und die Beobachtung ihrer Amtspflichten [8], über die Befähigung der Kleriker zur Ausübung ihres Berufes [9], über die Qualifikation der aus fremden Diöcesen oder Archidiakonaten kommenden Geistlichen [10], über die ordentliche Verwaltung des Gottesdienstes, die ordnungsmässige Aufbewahrung der heiligen Oele und der Eucharistie, sowie die Weihe der Kirchen und

[1] So der bekannte Peter von Blois Archidiakon von Bath († 1200), s. dessen ep. 123, opp. ed. Giles. Oxonii 1847. 1, 378: „Saepe a iuventute mea me domini mei Cantuarienses archiepiscopi monuerunt instantius, ut promoveri ad sacerdotium consentirem . . . Et quae absurditas est, si diaconi et maxime archidiaconi in suo ordine perseverent? Nam hunc ordinem archidiaconatus canonica censura praescribit. Et sicut episcopatui presbyteratus annexus est, sic et archidiaconis diaconatus ordo quadam consequentia inseparabili counitur . . . Porro dignitatis turbato ordine archidiaconi hodie sacerdotibus praeeminent et in eos vim et potestatem suae iurisdictionis exercent. Ea propter archidiaconum in presbyterum promoveri, non est honorem eius augeri, sed minui... Hic vero quaedam honoris amissio est, nam si diligentius attendatur archidiaconorum praeeminentia et depressio simplicium sacerdotum, quaedam degradationis species est in archidiaconis ista promotio". Erst nach langem Sträuben liess er sich die Priesterweihe ertheilen, eiusd. ep. 139. l. c. 2, 32.

[2] In Bezug auf den Truchsess König Ludwigs VI. v. Frankreich, Stephan v. Garlanda bemerkt Bernhard v. Clairvaux ep. 78 (opp. Venet. 1727 1, 81): „Cuius cor non indignatur . . . diaconum contra evangelium deo et mammonae pariter ministrantem, sic quippe sublimatum honoribus ecclesiasticis, ut nec episcopis inferior videatur, sic implicatum militaribus officiis, ut praeferatur et ducibus? . . . Cumque sit archidiaconus, decanus praepositusque in diversis ecclesiis, nihil horum tamen tam eum quam regis delectat vocitari dapiferum". Auch der Bruder des französischen Königs Ludwig VII. ist nach Thomassin l. c. c. 20. n. 2 Archidiakon der Pariser Kirche gewesen.

[3] Regist. lib. XIV. ep. 45: „inhibemus ne dioecesanus episcopus vel archidiaconus loci seu quilibet alius ordinarius iudex"; vgl. auch das Konc. v. Valence a. 1258 (Hardouin 7, 1983): „episcopus vel ordinarius, alias archidiaconus"; von einer ordinaria iurisdictio sprechen c. 1. Noviom. saec. XIII. u. c. 35. Exoniens. a. 1287, ibid. p. 843 u. 1105.

[4] c. 7. Turon. a. 1236, ibid. p. 264: „Iniungimus autem episcopis, archidiaconis et aliis iurisdictionem episcopalem habentibus".

[5] Innoc. III. Regist. V. ep. 56.

[6] c. 10 (Honor. III.) X. de off. arch. I. 23; c. 6. Copriniac. (Cognac) a. 1262 (Hardouin 7, 552).

[7] c. 14. Stat. Leodiens. a. 1287 (Hartzheim 3, 701); über einzelne Punkte s. c. 3 conc. Germ. a. 1225, Hardouin 7, 138 (Einschreiten gegen die clerici concubinarii), c. 10. Rotomag. a. 1231. ibid. p. 186. (gegen die Ribaldi), Konc. v. Nimes a. 1284, ibid. p. 940 (Verhaftung der Geistlichen, welche schwere Verbrechen, wie Tödtung, Brandstiftung, Diebstahl und Sacrilegium begehen).

[8] Constit. Aegidii episc. Sarum a. 1256, ibid. p. 498 (Innehaltung der Residenzpflicht und Urlaubsertheilung an die Geistlichen ihres Bezirkes).

[9] Const. Ricardi episc. Sarum a. 1217. ibid. p. 90: „iniungimus archidiaconibus, quod in capitulis suis (s. nachher) expositionem (sc. fidei) in generali concilio promulgent sane et simplicibus verbis sacerdotibus exponant"; c. 23 Oxon. a. 1222; c. 20. i. f. London. a. 1237; l. c. p. 121. 299.

[10] c. 14. §. 9 Leodiens. a. 1287 cit.

Altäre [1], das Vorhandensein und die Korrektheit der Messbücher [2], die Dotation der einzelnen Kirchen [3], über den baulichen Zustand der kirchlichen Gebäude [4], über die Kirchen-Inventarien und das kirchliche Vermögen, namentlich über die Bewahrung des Bestandes desselben [5] vor nachlässiger und ungetreuer Verwaltung [6] als auch vor Eingriffen der Laien [7], sowie über die Zulänglichkeit der Einkünfte der Beneficiaten [8]. Um dieses Aufsichtsrecht in den gedachten und anderen Beziehungen [9] auszüben zu können, stand den Archidiakonen die Befugniss zur Visitation ihrer Sprengel [10], welche für die Regel jährlich einmal erfolgen sollte [11], zu. Ferner hielten sie in einzelnen Diöcesen zu demselben Behuf mit der ihnen untergebenen Geistlichkeit s. g. *capitula* oder Versammlungen ab [12], welche mehrere Male im Jahre stattfanden [13], und zu denen sich die Kleriker bei Vermeidung von Geldstrafen, eventuell der Suspension einfinden mussten [14]. In enger Verbindung mit dem Visitationsrechte stand ferner die Berechtigung der Archidiakonen, die Sendgerichte abzuhalten [15].

[1] c. 23. 24. Oxon. a. 1222; c. 20 London. a. 1237; const. Dunelm. a. 1255, l. c. p. 121. 298. 488.

[2] c. 2. Eborac. a. 1195, ibid. VI. 2, 1930; Oxon. cit.; c. 14. §. 28 Leodiens. a. 1287 cit.

[3] Constit. Dunelm. cit., s. auch unten Note 8.

[4] Const. episc. Angl. u. 1237; ibid. p. 313.

[5] c. 25. Oxon. a. 1222, ibid. p. 121: „Habeant et archidiaconi redacta in scriptis omnia ornamenta et utensilia ecclesiarum: vestes quoque et libros singulis annis suo conspectui faciant praesentari, ut sic videant quae fuerint addita per diligentiam personarum vel quo tempore intermedio per malitiam et negligentiam deperierint", c. 20 London. a. 1237 cit.; const. episc. Angl. u. 1237 cit. ibid. p. 313; syn. Valent. a. 1258 u. c. 12. Exon. a. 1287, ibid. p. 1983. 1089.

[6] c. 42. Const. Ricardi Sarum episc. a. 1217, ibid. p. 101: „si rector alicuius ecclesiae decesserit, ecclesia sua relicta sine indumentis sacerdotalibus vel sine libris vel sine utrisque vel si forte domos ecclesiae reliquerit dirutas vel ruinosas, de bonis eius ecclesiasticis tanta portio deducatur quae sufficiat ad reparandum hoc et ad defectus ecclesiae supplendos", c. 43 ibid., c. 12 Exon. a. 1287 cit.

[7] c. 10. Turon. a. 1162, Mansi 21, 1180, wo allerdings noch der Bischof und Archidiakon als konkurrirend erwähnt werden; c. 41 Cantuar. a. 1236, Hardouin. 7, 276, welches dem Archidiakon die Verhängung des Interdikts und der Exkommunikation zur Wiedererlangung des geraubten Gutes vorschreibt; für die Sicherung der Ausübung des Zehntrechtes hat er nach c. 53 Exon. a. 1287 cit. das Recht, die Erndte zu sequestriren.

[8] c. 14 §. 34. Leodiens. a. 1287: „committimus archidiaconis quod ubicumque ecclesiae sunt adeo tenues, quod investiti earum non possint de redditibus sustentari, de decimis vel aliis bonis quae recipiuntur a patronis sive patroni sint ecclesiastici sive seculares, ratione ipsarum ecclesiarum sive iure patronatus competentem portionem investitis assignent, et si defectus fuerint in bonis patronorum, cogantur parochiani ad supplementum".

[9] c. 20. London. a. 1237, Hardouin 7, 298: „et generaliter de temporalibus et spiritualibus inquirendo et quae corrigenda invenerint, corrigant diligenter". Die einzelnen Punkte zählen auf z. B. die inquisitiones per archidiaconatus episcopatus Lincolniensis a singulis archidiaconis faciendae, ibid. p. 233. S. auch Pertsch, S. 94 ff.

[10] c. 6 (Alex. III. episc. Coventr.) X. de off. arch. I. 23: „quatenus prohibeatis R. Cestrensi archidiacono, ne ad ecclesias sui archidiaconatus visitandas, nisi semel in anno accedat, nisi forte talis causa emerserit, propter quam ipsum oporteat praefatas ecclesias saepius visitare"; c. 54 (Gregor. IX.) X de elect. I. 6: „quum in iure confessus fuerit, quod archidiaconus Ambianensis de consuetudine suspendit, excommunicat et absolvit presbyteros et priores et parochiales ecclesias interdicit nec non archidiaconus visitat et inquirit quae viderit inquirenda et procurationes ratione visitationis recipit . . ." S. auch S. 191. n. 3.

[11] S. die vorige Note; c. 14. §. 2 Leodiens. a. 1287, Hartzheim 3, 701; c. 40. Exon. a. 1287 (Hardouin 7, 1107).

[12] S. 195. n. 9; c. 21 Oxon. a. 1222; Constit. episc. Angl. u. 1237; Const. Dunelm. a. 1255, Hard. 7, 120. 313. 490, c. 31. Exon. a. 1287, ibid. p. 1103: „statuimus, ut archidiaconi et eorum officiales capitula sua studeant celebrari in locis, ubi sacerdotes et clerici facilius et cum minori gravamine poterunt convenire, et remotiores expediant eosque protinus abire dimittant, qui de parochiarum suarum ecclesiis fuerint expediti, nec capitula usque in crastinum continuent. . ."; Synode v. Pölten a. 1284 additio, Hartzheim 3, 681.

[13] Const. Dunelm. cit.: „quod ad minus bis in generalibus capitulis".

[14] S. die citirte Synode von Pölten; syn. Mogunt. a. 1310, Hartzheim 4, 188. Ueber Salzburg, wo die erste derartige Synode 1315 gehalten ist, s. Dalham, conc. Salisburg. August. Vindel. 1788. p. 152 u. 219 ff. Einzelne Koncilien legen auch den Archidiakonen die Verpflichtung auf, den Kapiteln der Landdekane beizuwohnen, s. c. 20 Londin. a. 1237 u. c. 20. Londin. a. 1268, Hardouin 7, 299. 629.

[15] Davon später in der Lehre vom Aufsichtsrecht.

Ausserdem behielten die letzteren nicht nur ihre frühere Befugniss zur Prüfung der Ordinanden[1], sondern sie erlangten auch das Recht Testimonialen für dieselben auszustellen[2]. Die ihnen wohl schon seit längerer Zeit überwiesene Einführung der Beneficiaten in den Besitz des Amtes, die s. g. institutio corporalis[3], erweiterten sie ebenfalls allmählich zu einem selbstständigen Prüfungsrecht der schon geweihten, sich um ein Amt bewerbenden Kleriker[4], sowie zu einem unabhängigen Besetzungsrecht der Beneficien des Sprengels[5], oder wenigstens eines Theils derselben[6], welches sich bei den nicht der freien Kollation unterliegenden Stellen in der Institution der nunmehr an sie, nicht an den Bischof zu präsentirenden Kandidaten äusserte[7].

Hatten sie auch keine Disposition über die Substanz der Beneficien selbst, also nicht die Befugniss zur Vornahme von Suppressionen, Dismembrationen, Unionen, bez. Incorporationen erlangt, so konnten die Bischöfe doch immerhin diese Massregeln nicht mehr ohne ihren Konsens vornehmen[8]. Es erklärt sich dies aus der vollständig zur Geltung gekommenen patrimonialen Auffassungsweise ihrer Amtsbefugnisse. Welche Konsequenzen man übrigens aus ihrer nunmehrigen Stellung zog, ergiebt der Umstand, dass ein Archidiakon über eine in seinem Sprengel errichtete Kathedrale und deren Bischof seine früheren Archidiakonal-Gerechtsame auszuüben suchte, und dass wenn ihm auch dies verwehrt wurde, Gregor IX. ihm doch einen Anspruch auf angemessene Entschädigung für die Schmälerung seiner Rechte zusprach[9].

[1] c. 7 §. 5 (Innoc. III.) X. de off. archid. I. 23; const. Valent. a. 1258, Hardouin, 7, 1982.

[2] c. 8. Exon. a. 1287, l. c. p. 1084; entgegen c. 8 X. I. 23 cit.

[3] c. 7. cit., c. 9. (Innoc. III.) X. eod.: „quum de iure communi ad archidiaconi spectent officium . . . ponere abbates et abbatissas in sede".

[4] c. 7 cit.; const. Dunelm. a. 1255 u. c. 14 Cicestr. a. 1289, Hardouin 7, 491. 1155.

[5] Leod. a. 1287 c. 14. §§. 4. 7., Hartzheim 3, 702.

[6] Dipl. Adolfi Osnabr. episc. a. 1217, Möser Urkunden zur Osnabrück. Gesch. no. 115, sämmtl. Werke, herausg. v. Abeken 8, 167: „Aliarum etiam ecclesiarum nobis adiacentium imitari volentes, statuimus, ut archidiaconi nostri, quos in partem nostre vocavimus sollicitudinis, per quos et subditorum nostrorum merita vel excessus intelligere possumus, curam animarum et altaria in omnibus ecclesiis episcopatus nostri clericis porrigant instituendis sive sint pastores sive vicarii perpetui qui fuerint instituendi, illis duntaxat ecclesiis exceptis quarum institutio ad nos et nostros pertinet successores . . ." c. 15. Colon. a. 1281, Hartzheim l. c. p. 669. Nach c. 3 d. Syn. von Chateau-Gontier a. 1231 hat dagegen noch der Bischof die Kollation, namentlich die Ertheilung der Seelsorge.

[7] Dipl. für Köln a. 1197, Hartzheim 3, 465, Colon. a. 1281 cit.; bischöfliche Urkunde für Mainz a. 1268: „ut ipsam ecclesiam officiandam in divinis officiis et regendam sacerdoti ydoneo conferatis qui perpetuus vicarius sit in ipsa et quem loci archidiaconus constituat ad eandem et curam committat ipsius" (Guden, cod. Mogunt. 1, 723); dipl. a. 1290 für Mainz, Würdtwein dioec. Mogunt. 1, 101; dipl. a. 1298 für Köln, Ennen u. Eckertz l. c. 3, 438 u. 445; conc. Leodiens. a. 1287. c. 14. §. 11: „Cum autem ad parochialem ecclesiam vel beneficium aliquod archidiaconis vel decano aliquis praesentatur, fiant tres proclamationes, ut in matrimonio, super dicta praesentatione et citentur omnes qui sua crediderint interesse, ad videndum admissionem ipsius et dicendum quidquid velint proponere seu opponere de iure contra dictam praesentationem et si nullus comparuerit contra dictam praesentationem, tunc examinetur praesentatus de scientia, moribus et vita. Et si idoneus existat admittatur, si non fuerit idoneus, non admittatur. Et si aliquis comparuerit et se opposuerit dictae praesentationi vel si plures fuerint ad ipsum beneficium praesentati, tunc archidiaconus vel decanus causam oppositionis et de iure praesentatorum cognoscat et qui potior fuerit in iure, ad ipsam ecclesiam admittatur nec occasione litis vel controversiae per aliquam compositionem aut conventionem ecclesiarum fructuum partitio fiat et si contra hoc factum fuerit, illud decernimus irritum et inane". Frühere Beispiele der Ertheilung der cura animarum durch den Archidiakon in der Mainzer Urk. v. 1146 bei Bodmann, rheingauische Alterthümer 2, 850. n. c.; in der Kölner v. 1143 bei Günther, cod. Rheno-Mosell. 1, 280. Uebrigens hat sich die Präsentation an die Archidiakonen noch bis in das 16. Jahrhundert in einzelnen Diöcesen erhalten, s. die Urkunden bei Würdtwein l. c. 3, 194. 195. 513. 521. 523. Dass aber der Archidiakon mitunter gemäss c. 5 X. cit. I. 23 den Konsens des Bischofs einholte, ergiebt c. 18 (Innoc. III.) X. de sent. et re iud. II. 27.

[8] S. die Mainzer Urkunden v. 1219, Würdtwein, dioeces. Mogunt. 3, 59. 60; v. 1251, Guden 1, 620; v. 1254, v. 1236, v. 1266, v. 1280 u. 1282 bei Würdtwein, l. c. 3, 117; 1, 238. 480. 166. 167.

[9] c. 16. X. de maior. et obed. I. 33.

Kraft ihrer Visitationsbefugniss war es den Archidiakonen ferner geglückt, allmählich die Handhabung der bischöflichen Gerichtsbarkeit zu erlangen und das um so leichter als das Princip der Trennung der Verwaltung von der Rechtspflege der katholischen Kirchenverfassung bis auf den heutigen Tag fremd geblieben ist[1]. So entschieden sie in erster Instanz in streitigen Rechtssachen, also z. B. in Processen über die Besetzung und Präsentation auf Beneficien[2], in Ehestreitigkeiten[3] und sonstigen Processen, welche sei es aus sachlichen oder persönlichen Gründen (z. B. weil der Verklagte Kleriker war) zur Kompetenz der geistlichen Gerichte gehörten[4].

Was die Straf- und Disciplinargerichtsbarkeit betrifft, so war mit dem Visitationsrecht und der damit zusammenhängenden Korrektionsgewalt auch nothwendiger Weise die Befugniss zur Verhängung von Censuren, also z. B. der Exkommunikation, des Interdiktes und der Suspension gegeben[5]. Ebenso war dieselbe durch die Stellung des Archidiakons als Sendrichter bedingt, wenngleich freilich seit dem 12. Jahrhundert schon die Auferlegung von Geldbussen in den Sendgerichten Sitte geworden ist[6]. Ferner müssen die Archidiakonen ihre Strafgewalt ebenfalls noch über die eben angegebenen Gränzen auszudehnen gesucht haben, denn wie ihre Jurisdiktion in streitigen Rechtssachen schon seit dem 13. Jahrhundert beschränkt worden ist, so wurde ihnen gleichzeitig das Recht, gewisse schwere Strafen, wie Degradation, Deposition und Entziehung des Beneficiums, zu verhängen, d. h. also die Kognition über die mit diesen Folgen belegten Vergehen, entzogen[7].

War gleich der Umfang der Archidiakonal-Rechte nicht überall derselbe, immerhin schränkten dieselben doch die bischöfliche Jurisdiktion auf das Erheblichste ein und zwar theils so, dass ihre unmittelbare Handhabung in vielen Beziehungen ganz beseitigt wurde, theils so, dass sie günstigsten Falles mit den Rechten der Archi-

[1] S. Th. I. S. 166. 171. 174.

[2] S. z. B. das Mainzer Archidiakonal-Erkenntniss von 1221 bei Würdtwein 1, 95.

[3] c. 38. Budens. a. 1279, Hardouin 7, 801; c. 15 Rotomag. a. 1231, l. c. p. 187, welches dies aber schon an gewisse Voraussetzungen knüpft: „Prohibemus, ne aliquis archidiaconus sive rector ruralis sive monachus vel quicumque alius cognoscat de causis matrimonialibus, nisi super hoc privilegium sedis apostolicae habeat vel ab antiquo sic fuerit consuetum, sed cum in eorum auditorio talis quaestio devenerit, eam episcopo loci vel eius officiali, sine morae dispendio studeant nuntiare, partes ad ipsorum examen competenti termino remittentes". Die Verhandlung der Ehesachen durch sie überhaupt verbietet schon c. 4 conc. ap. Vallem Guidonis (Laval) a. 1242, Hardouin 7, 348; von einem Spezial-Mandat macht sie abhängig c. 8. Salmur. a. 1253 (Hardouin 7, 443; in c. 13 (Innoc. III.) X. de rest. spoliator. II. 13 wird über einen Eheprocess vor dem Archidiakon von Bourges berichtet, welcher denselben wegen der Abwesenheit des Bischofs verhandelt hatte.

[4] Budens. cit.; ferner ergiebt sich das aus den späteren Verboten, s. z. B. conc. Mogunt. a. 1310, Hartzheim 4, 179: „statuentes, ut archidiaconi et officiales eorum civitatis, dioecesis et provintie Moguntinensis super causis decidendis per ipsos certis finibus quos . . . Wernerus posuisse dinoscitur, scil. ut de causis super matrimoniis, ecclesiis, investituris et usuris usque ad XX solidorum dumtaxat, sint contenti; s. auch c. 10. (Honor. III.) X. de off. archid. I. 23: „Petiit insuper (archidiaconus Senonensis), ne de cetero facerent aliquos de Senonensi baillivia eo praetermisso coram officiali Senonensis archiepiscopi conveniri, asserens illos prius debere conveniri sub ipso, quam coram officiali praedicto, specialibus ipsius archiepiscopi et hominum ac familiae suae causis duntaxat exceptis". Die Ueberwachung der Exekution der Testamente und der Testaments-Exekutoren wird ihnen auch beigelegt s. c. 7. Turon. a. 1236, Hardouin 7, 264.

[5] S. S. 196. n. 7 u. 10; const. Willelmi Eborac. a. 1153, Mansi 21, 770, welche ihnen das Recht zur Verhängung der excommunicatio maior gegen ungetreue Verwalter des Kirchengutes gewähren, s. auch c. 28 Oxon. a. 1222, Hardouin 7, 121.

[6] c. 3 (Alex. III.) X. de poen. V. 37. und Dove, de iurisd. eccles. progressu. Berol. 1855. p. 101. 102.

[7] c. 4. conc. ap. Vall. Guid. cit. Hardouin, 7, 348: „statuimus, ut archidiaconi et alii de causis matrimonialibus, simoniae vel aliis quae degradationem vel amissionem beneficii vel depositionem exigant, nisi de speciali mandato sui pontificis nullatenus cognoscere vel diffinire praesumant"; c. 8. Salmur. a. 1253, ibid. p. 443.

diakonen konkurrirte. Prinzipiell ist freilich die Möglichkeit der Ausübung der bischöflichen Befugnisse neben den Archidiakonatsrechten nur insoweit ausgeschlossen gewesen, als es sich um die für nutzbar gehaltenen Rechte der letzteren handelte. Denn abgesehen von den dem Bischof ausschliesslich verbliebenen Resten seiner Jurisdiktion, so z. B. der Verfügung über die Beneficien, der Gerichtsbarkeit in gewissen streitigen Rechts- und Kriminal-Sachen [1] war weder sein Visitations- und Aufsichts-, noch sein Anordnungsrecht für die Diöcese und mithin auch nicht für die einzelnen Archidiakonatssprengel durch irgend eine gesetzliche Anordnung aufgehoben worden [2], ihm also damit immer seine Befugniss, gegen die Archidiakonen selbst bei Verletzung ihrer Pflichten einzuschreiten [3] und sonst gegen dieselben von seiner bischöflichen Jurisdiktion Gebrauch zu machen [4], gewahrt [5]. Allein der Umstand, dass die Bischöfe diese Rechte nur selten ausübten, liess den Diöcesanen gegenüber den Archidiakon als den eigentlichen ordinarius für seinen Sprengel und den Bischof nur als eine höhere Aufsichtsinstanz [6], an welche man bei Beschwerungen durch den Archidiakon appelliren konnte [7], erscheinen. Da ferner ein Theil der Rechte des letzteren, nämlich diejenigen, welche einen nutzbaren Ertrag abwarfen, nach der Auffassung der damaligen Zeit durch die Konkurrenz des Bischofs nicht geschmälert werden durften, so erklärt sich die völlige Auseinanderhaltung beider Würden bis zu dem Grade, dass sie beide in ein und derselben Hand vereinigt werden konnten, ohne dass der Archidiakonat durch den Episkopat, welcher seine Quelle war, absorbirt wurde [8].

Mit der Aussonderung gewisser bischöflicher Berechtigungen zu einem bestimmten als nutzbar betrachteten Amte hing es ferner zusammen, dass dieses letztere, ebenso wie es selbst in Folge der Zersplitterung der Episkopal-Jurisdiktion sich entwickelt hatte, seinerseits nun auch zum Theil denselben Process wie die letztere zu erleiden hatte, d. h. dass nicht nur die Vorsteher der Archidiakonatssprengel, sondern auch die Leiter gewisser Genossenschaften oder kleinerer Bezirke die Archidiakonalbefugnisse für diese ihrerseits erwarben. Die Entstehung dieser s. g. *archidiaconi minores* [9] hängt theils damit zusammen, dass während die Entwicklung der Archidiakonal-Gerechtsame noch im Fluss war, einzelne Klöster und Institute Exemtionen von diesen erhielten [10], und ihnen sodann die Ausübung derselben für die ihnen unterstehenden Kirchen verliehen

[1] S. S. 197. 198.

[2] Das ergeben die vorher mehrfach in Bezug genommenen Diöcesan-Synoden (v. Worcester a. 1240 c. 25; v. Valence a. 1255; v. Exeter a. 1287 c. 8. 40. Hardouin 7, 339. 1976. 1084. 1107; von Lüttich a. 1287. c. 14, Hartzheim 3, 701) und bischöflichen Konstitutionen s. Hardouin 7, 90. 313. 490.

[3] Gregor. IX. ep. ad archiep. Mogunt. Würdtwein, nova subsidia dipl, 6, 31: „compellendi archidiaconos ecclesiae Moguntinae ad debitam in eadem ecclesia residentiam faciendam et assignandi eis stalla in choro et loca in capitulo, sed quod eorum exigant dignitates, prout ad te pertinet, necnon extirpandi pravas consuetudines ab eadem et instituendi honestas . . . liberam tibi concedimus facultatem".

[4] So stellt Peter von Blois ep. 58. v. 1180 (l. c. 1, 170) die Befugniss des Bischofs von Bath, welcher seinen Stellvertreter (vice-archidiaconus) suspendirt hatte, nicht im Mindesten in Frage.

[5] Seine höhere Stellung wahrt auch conc. Salmur. a. 1253. c. 7, Hardouin 7, 443, durch das Verbot: „ne quis archidiaconus, archipresbyter aut alii minores praelati iurisdictionem ecclesiasticam habentes, causas audiant seu placita teneant, praesentibus episcopis suis, sed longe ab ipsis faciant super his quod viderint expedire".

[6] Das ergiebt z. B. c. 14. Leodiens. a. 1287, Hartzheim 3, 701.

[7] Const. Clarend. a. 1164. c. 8, Mansi 21, 1189 u. c. 10. X. de off. arch. s. S. 198. n. 4.

[8] So war der Erzbischof von Rouen Archidiakon in seiner eigenen Diöcese, s. dipl. a. 1255 Gallia christ. 11 app. p. 33.

[9] Sie heissen deshalb ebenso wie die oben S. 192 erwähnten, weil sie wie diese, im Vergleich zu dem ursprünglichen Archidiakon die jüngeren sind.

[10] S. oben S. 193, u. S. 194. n. 9, s. auch die dipl. v. 1123 u. 1130 bei Guden, cod. Mogunt. 1, 57 u. 90.

wurde oder sie dieselbe allmählich usurpirten [1], theils damit, dass es einzelnen Landdekanen oder Erzpriestern, welche sich gleichfalls von der Unterwerfung unter die Archidiakonalrechte frei zu halten wussten, gelang, ihre erzpriesterlichen bis zu Archidiakonalrechten zu erweitern [2].

Trotzdem, dass die Archidiakonen die näher charakterisirte Machtstellung errungen hatten, wurde doch während der erwähnten Zeit im Allgemeinen kein höherer Ordo als der des Diakonats für die Erlangung der Würde vorgeschrieben [3]. Allerdings brachte aber die Kombination der Archidiakonate mit den Stiftsstellen, weil für diese eine höhere Weihe erforderlich war [4], eine Abweichung hervor, und vielleicht ist es auch in manchen Diöcesen Sitte gewesen, dass die Archidiakone die Priesterweihe wenigstens während der Verwaltung ihres Amtes nahmen [5]. Nur insofern wurde ihrer veränderten Stellung Rechnung getragen, als das allgemeine (lateranensische) Koncil von 1179 das angetretene 25. Jahr für die Erlangung des Archidiakonates vorgeschrieben [6], und einzelne Partikularsynoden noch andere Erfordernisse, wie z. B. die Fähigkeit zum Predigen [7], vorgängige wissenschaftliche Ausbildung, namentlich dreijähriges Studium des kanonischen Rechtes [8], festgesetzt haben.

Während früher die Bischöfe die Archidiakonen angestellt hatten [9], und dies noch im Laufe der hier in Rede stehenden Zeit öfters als das regelmässige vorausgesetzt wird [10], musste die Verbindung der Archidiakonate mit der Propstei und anderen Stiftsstellen

[1] So erklärt Bischof Werner von Münster zu Gunsten des Klosters Kappenberg über die diesem incorporirte Pfarrkirche zu Werne, dipl. a. 1139 bei Kindlinger, münster. Beiträge III. 2, 24: „bannum quoque Wernensis ecclesie de nostra liberalitate habeant"; s. ferner die Urk. v. 1148 u. 1264 („parochialis ecclesiae, cuius es archidiaconus") bei Niesert, münster. Urkundensammlg. 4, 109. 200 u. das dipl. a. 1221 Leverkus, Urkundenbuch des Bisthums Lübeck. S. 44); Mecklenburger Urkundenbuch 1, 424; 2, 456 u Mooren, das Dortmunder Archidiakonat S. 47 ff. — Das conc. Londin. a. 1237 c. 23, Hardouin 7, 299: „Si qui vero abbates archidiaconum vel decanum habent, ex privilegio vel consuetudine approbata, quod de matrimonialibus causis cognoscant, diligenter ipsas examinare procurent" kann darunter füglich nur diejenigen meinen, welche die dem Kloster zustehende Archidiakonal-Jurisdiktion auszuüben haben. S. auch Pertsch S. 25. Auf diese Weise erhielten auch mitunter Aebtissinnen Archidiakonalgerechtsame, wie z. B. das Sendrecht über einzelne Pfarreien, s. dipl. a. 1195 u. a. 1205 bei Niesert, münster. Urkundensamml. 2, 283 u. 4, 182; s. auch 4, 68.

[2] So ist in der Diöcese Köln der spätere Archidiakonat von Dortmund entstanden, vgl. den Schiedsspruch v. 1293 bei Lacomblet, niederrh. Urk. B. 2, 558 u. dazu Mooren, a. a. O. S. 82 ff., hierher gehören offenbar auch die c. 14. §. 10 Leodiens., Hartzheim 3, 702 erwähnten archidiaconi rurales. S. im Uebrigen Mooren S. 47 ff. u. Binterim, Denkwürdigkeiten a. a. O. S. 415.

[3] Nur diesen verlangen c. 4. Bitur. a. 1031 Mansi 19, 503; c. 7 Pictav. a. 1078, M. 20, 498; c. 1 (c. 3. Clarom. v. 1095) Dist. LX; c. 3 London. a. 1102, M. 20, 1151; c. 3 Trecens. a. 1107, ibid. p. 1223; c. 2 Tolos. a. 1119, M. 21, 226; c. 2 (Later. II. a. 1123) Dist. LX; c. 7. London. a. 1125, M. 21, 331; c. 4 London. a. 1127, ibid. p. 356; c. 7 Clarom. ibid. p. 439; c. 8 Rem. a. 1131, ibid. p. 459; c. 7 Pisan. a. 1135, ibid. p. 489; c. 10 Later. a. 1139, ibid. p. 529; c. 3. Later. a. 1179, Hardouin VI. 2, 1675; c. 5 Salmur. a. 1253, ibid. 7, 443, eventuell schreiben die meisten die Erlangung dieses Grades binnen einer bestimmten Frist bei Verlust des Amtes vor.

[4] S. oben S. 95.

[5] Darauf deutet das S. 195 über Peter v. Blois Mitgetheilte hin, ferner die Vorschrift einiger Koncilien, so c. 9. Rem. a. 1131, Mansi 21, 716 u. decr. Ungar. a. 1267 c. 8, Hardouin 7, 585, welche den Priester- oder Diakonengrad verlangen, sowie die Bestimmung des c. 20 des Koncils von Pölten v. 1284, Hartzheim 3, 676, dass die Dekane dem Archidiakon beichten sollen, letzteres deshalb, weil der Beichtvater Priester sein muss, s. Phillips, Lehrbuch S. 904.

[6] c. 3, Hardouin VI. 2, 1675. Für den Diakonat galt diese Altersgränze zwar in jener Zeit ebenfalls, indessen wurde dieselbe vielfach nicht mehr innegehalten, s. Th. I. S. 18, namentlich n. 8.

[7] c. 9. Biterr. a. 1232, Hardouin 7, 210: „Praecipimus ut tam episcopi quam alii praeficiant tales archidiaconos qui zelum animarum habentes sufficiant praedicare clero et populo verbum dei".

[8] c. 38. Budens. a. 1279, l. c. p. 801.

[9] S. oben 183.

[10] c. 5. Winton. a. 1076, Mansi 20, 459; conc. Eborac. a. 1195, Hardouin VI. 2, 1933, auf welchem jedoch das Domkapitel bei Versäumniss des Bischofs die Besetzung kraft des Devolutionsrechtes in Anspruch nahm; s. auch Note 7.



hierin ebenfalls eine Aenderung hervorbringen, da die Bischöfe das ausschliessliche Besetzungsrecht dieser letzteren im Mittelalter nicht mehr bewahrt hatten. In Folge dessen wurden die Archidiakonate auch durch Wahl der Kapitel, ja selbst durch die Landesherren vergeben[1]. —

VI. Die Reaktion gegen die Stellung der Archidiakonen seit dem 13. Jahrhundert. Bezeichnet im Allgemeinen das 13. Jahrhundert den Höhepunkt der Macht der Archidiakonen, so begann doch auch schon damals eine dieselbe immer mehr und mehr untergrabende Opposition. Die Archidiakonen waren in jener Zeit theils nicht mehr geneigt, theils wegen der Verbindung ihrer Stellen mit anderen Aemtern, wie z. B. den Kanonikaten, nicht einmal in der Lage, persönlich ihre Funktionen auszuüben. Schon Ende des 12. Jahrhunderts ernannten sie zu diesem Behufe Stellvertreter, *vicearchidiaconi*[2] oder *officiales*[3] oder *vicarii*[4], welche ihre Rechte wahrzunehmen hatten[5]. In Folge dessen wurden die mannichfachen Bedrückungen, gegen welche die Gesetzgebung jener Zeiten geeifert hatte[6], selbstverständlich nicht geringer[7]. Mit Rücksicht darauf sahen sich die Bischöfe, denen die allmähliche Absorbirung ihrer eigenen Rechte durch die Archidiakonen nicht entgehen konnte, dazu veranlasst, einmal der Erweiterung der Machtbefugnisse der letzteren durch Beschränkung ihres Rechtes zur Bestellung von Officialen Einhalt zu thun[8], andererseits aber auch

[1] ep. Alex. III. ad Ludovic. VII. reg. Francor. a. 1165, Jaffé reg. rom. pontif. n. 7457 u. Mansi 21, 1023; s. auch Charta Odon. Rotomag. a. 1255, Gallia christ. 11 app. p. 33.

[2] S. S. 199. n. 4.

[3] c. 3 (Honor. III.) X. de op. nov. nunc. V. 32; c. 27 Oxon. a. 1222, Hardouin 7, 121; Const. episc. Angl. u. 1237, ibid. p. 313, c. 42. Exon. a. 1287, ibid. p. 1109.

[4] c. 4 Campinac. a. 1238 u. c. 6. Copriniac. a. 1262 c. 6, ibid. p. 317 u. 552. — In c. 8 Turon. a. 1239 u. c. 8 Salmur. a. 1253, ibid. p. 324 u. 443 werden sie auch allocati (gedungene, gemiethete) genannt.

[5] Nähere Angaben darüber bei Pertsch, a. a. O. S. 212 ff.

[6] Gegen die Beschwerung bei der Visitation durch Mitbringen einer grossen Anzahl Pferde, Auferlegung von Abgaben u. s. w. c. 6 (Later. III. a. 1179) X. de cens. III. 39; c. 12. Rothom. a. 1190, Hardouin VI. 2, 1906; c. 21. 27. Oxoniens. a. 1222, ibid. 7, 120. 121, gegen die Erhebung von Prokurationen ohne Visitation und zur Ablösung derselben c. 15. P. I. Paris. a. 1212, l. c. VI. 2, 2003; c. 20. Oxoniens. cit. c. 22. Vratislav. a. 1248 (Hefele, Konciliengesch. 5, 1028); gegen die übermässige Wiederholung der Visitation, um sich dadurch Einnahmen zu verschaffen, und gegen die Auflage von Geldstrafen s. c. 6 (Alex. III.) X. tit. cit. I. 23 u. c. 3 (id) X. de poen. V. 37; gegen die Erhebung von Gebühren für die Ordination c. 6. Rotomag. a. 1050, Mansi 19, 753; für die Installation der Aebte ep. Alex. III. ad Simon. arch. Paris. Mansi 21, 973; gegen verschiedenartige Erpressungen ep. eiusd. ad archiac. et decan., J. H. Boehmer, corp. iur. can. app. 2, 205; c. 27 Rotom. a. 1231; c. 21 London. a. 1237; Hardouin 7, 188. 299. Solche Bedrückungen waren da natürlich, wo die Archidiakonen keine Präbende hatten, s. ep. Alex. III. elect. Lincoln. (Hardouin VI. 2, 1815, app. conc. Later. P. XXX. c. 7) oder ihre Einnahmen in den Gefällen ihrer Amtsthätigkeit bestanden s. Alex. III. Cantuar. episc. (l. c. p. 1798, app. cit. P. XXIV. c. 4); c. 22 Oxon. a. 1222 cit., auch Petrus Blesensis schreibt ep. 151 (ed. Giles 2, 85) an Innocenz III.: „O quam quietius et tutius mihi esset, semper latuisse sub modio quam in archidiaconatum Londinensem inconsultius ascendisse. Vere super ventum ascendi. Nam archidiaconatus ille draco est, non habens, unde possit vivere, nisi vento. Ille siquidem honor est in solis et nudis et puris intellectibus. Nam quum sint in illa civitate XL millia hominum atque CXX ecclesiae nec a laicis decimas vel primitias vel oblationes, quamvis sacerdotio fungar, accipio nec ab aliqua ecclesiarum synodalia vel cathedraticum sive procurationes vel auxilia seu hospitia nec aliquas consuetudines debitas possum elicere a subiectis . . . Novit deus et novit tota regio, quod archidiaconus Londoniensis, nisi haberet aliunde subsidium vitae, non posset se per mensem de universis illius honoris obventionibus exhibere. . . . Praecipite, quaeso, Eliensi et Wintoniensi episcopis, ut ad locum accedant et secundum statum aliorum archidiaconatuum istum ordinent . . .“, vgl. ferner Gréa l. c. p. 233 ff.

[7] c. 21 London. a. 1237 cit., Bodmann, rheingauische Alterthümer 2, 843; Gréa l. c. p. 238. 239.

[8] So findet sich mehrfach die Verordnung, dass die Archidiakonen nur in der Stadt, nicht auf dem Lande Stellvertreter einsetzen sollen, s. c. 12 conc. apud castr. Gonter. a. 1235; c. 8 Turon. a. 1239; c. 8. Salmur. a. 1253; c. 2. Langesiens. a. 1278; c. 4. Bitur. a. 1286 (zugleich unter Ungültigkeitserklärung jeglicher gewohnheitsrechtlichen Abänderung), Hardouin 7, 193. 324. 443. 759. 952; ferner die Festsetzung, dass die

selbst ihre bischöflichen Rechte, welche sie nicht überall persönlich wahrnehmen konnten, durch eigene Stellvertreter, gleichfalls *officiales* genannt [1], ausüben zu lassen. Aber nur dann, wenn sich in verschiedenen Theilen der Diöcese solche Beamte befanden, welche mit den dortigen Verhältnissen genau vertraut waren, und wenn man den Insassen der Archidiakonatssprengel die Möglichkeit gewährte, ihre Angelegenheiten eben so leicht an den Repräsentanten des Bischofs, wie an den Archidiakon zu bringen, konnte die Reaktion gegen die Ueberspannung der Machtbefugnisse der letzteren mit Erfolg unternommen werden. Namentlich war unter dieser Voraussetzung allein eine praktische Durchführung der mannichfachen, die Archidiakonalgewalt einschränkenden Bestimmungen, welche seitdem kraft des von den Bischöfen allein oder auf den Provinzialsynoden ausgeübten, ihnen über die Archidiakonen zustehenden Gesetzgebungs- und Anordnungsrechtes erlassen wurden, zu erreichen. Bei diesen Versuchen zur Herabdrückung der Macht der Archidiakonen kam den Bischöfen ihre schriftmässig begründete, in den Koncilien und den päpstlichen Dekretalen anerkannte Stellung zu Statten, während die Rechte der Archidiakonen im wesentlichen allein auf Gewohnheit und auf stillschweigenden oder ausdrücklichen Koncessionen der Bischöfe beruhten, ja ihre Bedeutung als selbstständiger Beamten neben den Bischöfen und selbstständiger Zwischeninstanz zwischen ihnen und den anderen Geistlichen der Diöcesen nicht einmal aus den kirchlichen Rechtssammlungen zu begründen war, und den Archidiakonen somit gegen die erneuerte und energische Geltendmachung der bischöflichen Rechte ein fester Stützpunkt zur Abwehr derselben fehlte. Freilich hat sich der Kampf zwischen dem Episkopat und dem Archidiakonat mehrere Jahrhunderte hindurch hingezogen, und er ist an manchen Orten ungünstiger, als an anderen für den letzteren verlaufen. Durch die Verordnungen, welche seit dem 13. Jahrhundert die streitige und Strafgerichtsbarkeit der Archidiakonen beschränkten [2], ihnen das Korrektionsrecht

Land-Archidiakonen sich keine Officialen halten dürfen, c. 14. §. 10 Leodiens. a. 1287, Hartzheim 3, 702; die weitere, dass die Archidiakonen solche nur bei gerechtfertigter Abwesenheit mit Erlaubniss des Bischofs anstellen sollten, c. 6. Copriniac. a. 1262, Hardouin 7, 552; sodann wird diese Befugniss für die Stadt-Archidiakonen an die Voraussetzung geknüpft, dass sie ein althergebrachtes Recht dazu hatten, c. 4. conc. ap. Vall. Guidon., ibid. p. 348; c. 10. Budens. a. 1279, l. c. p. 794 verbietet die Bestellung von Laien und verheiratheten Klerikern zu Officialen.

[1] Bischöfliche Officialen werden seit der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts mehrfach erwähnt, s. Marlot, hist. eccles. Rem. lib. III. c. 3. ad a. 1166, 2, 395; c. 3 (Alex. III.) X. de instit. III. 7; c. 22. Rotom. a. 1190, Hardouin VI. 2, 1907 (Verbot der Verpfändung von Kirchengut „praeter conscientiam episcopi vel officialium suorum"); conc. Eborac. a. 1195. ibid. p. 1934: „officiales Eboracensis archiepiscopi . . . appellaverunt contra privilegium illud"; c. 11. P. IV. Paris. a. 1212, l. c. 2016: „officiales fideles habeant (archiepiscopi et episcopi) et prudentes sine personarum acceptione gratis iustitiam exhibentes". Wenn Richter K. R. §. 137 n. 8 gegen Phillips Lehrb. S. 435 Anm. 28 bemerkt, dass aus diesen Stellen und der ep. 25 Petri Blesensis, ed. Giles 1, 91, nicht auf einen neben dem Archidiakonen stehenden Beamten zu schliessen sei, so ist das m. E. unrichtig, sofern damit die Verschiedenheit von Official und Archidiakon geläugnet werden soll, denn das Yorker und Pariser Koncil kennen besondere Archidiakonen, ja der Unmuth, mit dem sich Peter von Blois über die Officialen äussert, lässt darauf schliessen, dass die letzteren von den Archidiakonen nicht mit günstigen Augen angesehen wurden. Neben dem Archidiakonen erwähnen deutlich den bischöflichen Official die praecepta decanis facta a. 1245, Bessin, conc. Rotomag. 1717. 2, 78.

[2] Wegen der Ehesachen s. S. 198. n. 3. 4.; Statut v. Würzburg Anfang des 14. Jahrhunderts bei Würdtwein, nov. subs. diplom, 3, 8, welches das Verhandeln der Ehesachen ausserhalb der Stadt verbietet; c. 4 des Conc. v. Marsiac v. 1326, — entzieht den Archidiakonen jegliche Jurisdiktion in Ehe- und Verlöbnisssachen, selbst wenn diese legitime praescripta ist —, s. Hardouin 7, 1516; c. 25 Vaurens. s. 1368, ibid. p. 1818, welches aber die Präscription als Titel bestehen lässt. Eine solche oder ein päpstliches Privileg verlangt für jeden ausser dem Bischof und dessen Official c. 95. Baioc. c. 1300, ibid. p. 1241. Vgl. ferner für Trier Hontheim, hist. Trevir. 1, 639; das Freisinger Koncil a. 1440, c. 3, Hartzheim 5, 269, welches allein das Gericht des Officials zu Rättenbuch ausnimmt; Salzburger v. 1490 ibid. p. 579; Konc. v. Mecheln a. 1570 tit. de corr. clericor. c. 3, Hardouin

über die Priester entzogen [1], die Verhängung des Interdikts wegen Geldsachen verboten [2], die Prüfung fremder Ordinanden [3], ebenso wie die Ueberwachung der Amtsführung der Pfarrer den bischöflichen Officialen oder Kommissarien beilegten [4], die schwereren Beichtfälle dem bischöflichen Pönitentiar vorbehielten [5], die Archidiakonen und ihre Officialen einer regelmässigen Visitation unterwarfen [6], dieselben hinsichtlich der Beschwerden wegen verzögerter Justiz dem bischöflichen Officialgericht unterstellten [7], wurden die Archidiakonal-Gerechtsame nicht auf einen Schlag beseitigt. Wenn die Archidiakonen sich zunächst durch Vergleiche mit den Bischöfen einen Theil ihrer Rechte zu erhalten suchten [8], und es ihnen auch gelang, noch immer manche ihrer früheren Befugnisse zu bewahren [9], so wurde doch das einst mächtige Amt im Laufe der Zeit immer bedeutungsloser [10]. Vollends hat dann das Tridentinum dem Institut den Boden entzogen, indem es den Archidiakonen nur noch persönlich und allein mit Genehmigung des Bischofs die Visitation da, wo sie dieselbe rechtmässig hergebracht hatten, mit der Verpflichtung zur Berichterstattung binnen Monatsfrist an den letzteren und in Konkurrenz mit der bischöflichen Visitation beliess [11], ihnen aber die Verhandlung von Ehe- und Kriminalsachen selbst bei Gelegenheit der Visitation entzog [12], alle Rechtssachen erster Instanz vor die bischöflichen Gerichte verwies [13], ferner die Archidiakonen vom disciplinaren Einschreiten gegen die Konkubinen haltenden Geistlichen

10, 1196; — milder ist c. 8. Eborac. a. 1367, Hardouin 7, 1790, denn es verbietet nur den Archidiakonen die Ausübung an ihre Officialen zu überlassen; — gegen die Entscheidungen von Streitigkeiten höherer Objekte und Beneficialsachen s. S. 198. n. 4; Mainzer bischöfliche Verordnung von 1381, Guden, cod. Mogunt. 3, 544 und über Mainz im Allgemeinen vgl. Joh. Wolf, histor. Abhandlung von den geistl. Kommissarien im Erzstifte Mainz. Göttingen 1797. S. 27 ff. Ertheilung einer konkurrirenden Gerichtsbarkeit bei Einziehung der kirchlichen Gebühren, c. 8. §. 17. Leodiens. a. 1287, Hartzheim 3, 695, u. bei öffentlichen Excessen an die bischöflichen Officialen c. 10 Cicestr. a. 1289 (Hardouin 7, 1154), Vorbehalt gewisser schwerer Delikte zur Abstrafung für die bischöflichen Gerichte, s. S. 198. n. 7; noch weiter geht c. 104. Meldens. a. 1365. Martène et Durand thesaur. nov. 4, 908: „inhibemus, ne archidiaconi vel eorum officiales in ecclesia Meldensi in presbyteris, clericis aut cruce signatis, in criminibus et delictis exerceant iurisdictionem, cum ipsi archidiaconi de gratia solum habeant iurisdictionem nec consueverint hoc facere tempore praedecessorum nostrorum nec de inquirendis clericis in criminibus se intromittant“; c. 18. Rhemens. a. 1564; Hardouin 10, 477.

[1] c. 104 cit. Meldens.

[2] Mainzer bischöfliche Verordnung v. 1325, Guden, cod. Mogunt. 3, 228; c. 77. Mogunt. a. 1549, Hartzheim 6, 585.

[3] conc. Mogunt. cit. c. 84.

[4] Mainzer bischöfl. Verordnung v. 1511, Guden l. c. 4, 577.

[5] c. 12 Cicestr. a. 1289, Hardouin 7, 1154.

[6] Colon. a. 1536. P. I. c. 13. P. XIV. c. 18, Hartzheim 6, 246. 309. Vgl. überhaupt namentlich in Bezug auf Frankreich auch Thomassin l. c. c. 20. n. 9 ff.

[7] c. 12. §. 3. Leodiens. a. 1287, Hartzheim 3, 699.

[8] So in Verdün i. J. 1229 und später i. J. 1503; der letztere reservirt dem Archidiakon das Recht auf dreijährige Visitation (mit Ausschluss der Klöster), die Verleihung der Beneficien, die er hergebrachter Massen zu vergeben hatte, die Dispensation von einem Aufgebot, sowie die Verwaltung vakanter Kirchen jedoch mit der Pflicht der Rechnungslegung gegen den Bischof. Vassebourg, antiquités de la Gaule Belgique l. VII. c. 7. p. 645 ff.; andere derartige Vergleiche für Lüttich v. 1288 u. v. 1334 bei Binterim, a. a. O. VII. 1, 15 ff., welche den Archidiakonen noch weitgehende Rechte einräumen.

[9] So kommt in der Mainzer Diöcese i. 14. u. 15. Jahrh. die Besetzung der Beneficien, die Entscheidung von Präsentations- und Patronatsstreitigkeiten, ja die Entscheidung eines Zehntprocesses noch i. J. 1516 vor, s. Würdtwein, dioecesis Mogunt. in archid. dict. 1, 249. 298. 61. 100. 84. 85. 192. 199. 133, sehr weitgehende Vollmachten für den Official des Archidiakons von Aschaffenburg enthält noch das Kommissorium v. 1522, ibid. p. 523. u. das v. 1531 für den des Frankfurter Archidiakons, l. c. 2, 477; vgl. hierzu auch Bodmann, a. a. O. 2, 843 ff.; — für Frankreich zeigt der handschriftliche, dem 15. Jahrhundert angehörige Traktat: Pastorale de officio archidiaconi (Paris. biblioth. de l'arsenal no. 352), dessen Inhalt bei Gréa l. c. p. 219 ff. angegeben ist, ebenfalls noch eine weite Kompetenz.

[10] So verzichtete der Archidiakon von Brie in der Diöcese Meaux schon i. 14. Jahrh. gegen Entschädigung auf seine Rechte, weil sein Gerichtshof nichts mehr zu thun hatte, Gréa l. c. p. 241.

[11] Sess. XXIV. c. 3 de ref.

[12] Ibid. c. 20.

[13] Ibid. c. 20.



ausdrücklich ausschloss[1], und sodann auch das Exkommunikationsrecht allein dem Bischof vorbehielt[2]. Schliesslich machte es die Erwerbung der Archidiakonalwürde von dem Grade eines Magisters der Theologie, resp. eines Doktors oder Licentiaten des kanonischen Rechts abhängig[3]. Ueberdies wurden gleichzeitig in einzelnen deutschen Diöcesen die noch bestehen gebliebenen Rechte der Archidiakonen durch die Ausbreitung der Reformation in ihren Sprengeln erheblich vermindert[4]. Wenn auch in einzelnen Gegenden die Archidiakonen ihre Rechte gegen das Tridentinum zu vertheidigen suchten[5], die französischen Parlamente dieselben zum Theil aufrecht erhielten[6], ja sogar im Kölnischen in manchen Gegenden bis zum 18. Jahrhundert eine mit der erzbischöflichen konkurrirende Archidiakonal-Jurisdiktion[7] bestehen blieb, so waren dies doch nur Trümmer[8] der einstigen Bedeutung des Amtes, welche in Deutschland und Frankreich durch die Ereignisse Ende des vorigen und Anfang dieses Jahrhunderts ganz hinweggeräumt worden sind.

VII. Die heutige Stellung der Archidiakonen. Die Archidiakonen sind, nachdem sie erst Hülfsbeamten des Bischofs für die ganze Diöcese gewesen und dann deren selbstständige Organe für die Ausübung des grössten Theils der bischöflichen Rechte in den einzelnen Sprengeln der Bisthümer geworden waren, heute in Deutschland und Frankreich im Allgemeinen zur absoluten Bedeutungslosigkeit herabgesunken[9]. Die älteren kanonistischen Darstellungen, welche die Erörterung ihrer Befugnisse an die einzelnen im Corpus iuris canonici enthaltenen Dekretalen anknüpfen[10] und sie hienach für iudices ordinarii erklären[11], haben daher für das heutige Recht keine praktische Bedeutung mehr, wie denn ihre Urheber selbst schon befürworten, dass die Rechte der Archidiakonen in erster Linie von den Gewohnheiten und partikulären Statuten der einzelnen Kirchen abhängig seien[12].

Die Archidiakonen erscheinen heute, wo sie noch vorkommen, nur in der früher angegebenen Weise[13] bei der Ordination betheiligt, jedenfalls haben sie aber kein Recht mehr, die Weihekandidaten behufs der Feststellung ihrer Qualifikation oder die Pfarramts-Bewerber bei dem Konkurse mitzuexaminiren[14], wie denn auch jene erst erwähnte, formale und rituelle Assistenz durch einen andern statt des Archidiakons fungirenden

[1] Sess. XXV. c. 14 de ref.
[2] Ibid. c. 3.
[3] Sess. XXIV. c. 12. de ref.
[4] So z. B. in der Diöcese von Mainz s. Wolf a. a. O. S. 41 und von Köln im Archidiakonat Dortmund, Mooren, das Dortmunder Archidiakonat S. 126 ff.
[5] Z. B. in Holland (Heussen), Batavia sacra Antverpen 1716. 2, 23; Corn. Paul. Hoynck van Papendrecht, hist. eccl. Ultraject. Mechlin. 1725. art. 2. p. 6; Binterim, Denkwürdigkeiten I. 1, 432 ff.
[6] Thomassin l. c. n. 11; Gréa l. c. p. 247.
[7] Binterim u. Mooren, die alte und neue Erzdiöcese Köln R. 2, 283 ff.; s. aber auch andererseits Mooren, das Dortmunder Archidiakonat. S. 166 ff.
[8] Nähere Angaben darüber für Trier bei Binterim, a. a. O. S. 422; für Salzburg a. a. O. S. 425; für Paderborn S. 430; für Osnabrück S. 431; für Hildesheim Kress, a. a. O. S. 23; Pertsch S. 503 ff.; für Münster Kress S. 23 u. Tibus, Weihbischöfe von Münster S. 164; für Osnabrück Kress S. 54 ff.; für Mainz Wolf a. a. O. S. 39 ff.
[9] Barbosa, ius eccles. I. 24. n. 8 behauptet das schon für seine Zeit von den Archidiakonen in Spanien. Vgl. auch Bouix, de capitulis p. 96.
[10] So z. B. Barbosa l. c. n. 1 ff.; Reiffenstuel, ius eccles. I. 23. n. 1 ff.; Ferraris s. v. archidiaconus.
[11] So z. B. Fagnan. ad c. 7. X. de off. archid. I. 23. n. 29. 32; auch die Rota bezeichnet ihn wiederholt, Ferraris l. c. n. 3 als „vicarium episcopi, licet non assumptum ab episcopo, sed datum a iure, habentem perpetuam vicariam et ordinariam iurisdictionem".
[12] Barbosa l. c. n. 37; Reiffenstuel l. c. n. 22.
[13] Th. I. S. 108.
[14] So hat auf Grund des Trident. Sess. XXIII. c. 7 de ref. u. Sess. XXIV. c. 18 de ref., welches dem Bischof die Zuziehung des Archidiakons nicht vorschreibt, die Congreg. conc. wiederholt z. B. noch i. J. 1848 entschieden, s. Ferraris l. c. n. 52; Bouix l. c. p. 97 ff.

Geistlichen geleistet werden kann; ja sogar der Domkapitular, welcher dem Bischof die Ordinanden vorstellt, mitunter gerade deswegen allein Archidiakon genannt wird [1].

Ausserdem kommt heute noch hin und wieder der Archidiakonat als eine Kapitelswürde hauptsächlich in Italien vor [2]. Des näheren ist dann seine Stellung, namentlich sein Rang unter den verschiedenen Dignitäten und sein Geschäftsressort durch die Statuten, resp. das Gewohnheitsrecht näher bestimmt [3]. Im Zweifel gilt er aber noch als die erste Dignität nach dem Bischof [4], und wo er vorhanden ist, kann ihm der letztere jenes formale Recht auf Vorstellung der Ordinanden nicht entziehen [5].

§. 87. dd. *Die Officialen* und General-Vikare**. Die bischöflichen Ordinariate, Konsistorien, General-Vikariate und Officialate.*

I. Geschichtliche Einleitung. Eng mit der Entwicklung des Archidiakonatswesens verbunden ist das Institut der bischöflichen Officiale und General-Vikare. Es ist eins der Mittel gewesen, welches, wie schon oben S. 202 dargelegt, dazu gedient hat, die Macht der Archidiakonen zu brechen. Wenn man die Entstehung dieser Art von bischöflichen Gehülfen bis in das 3. und 4. Jahrhundert hinauf versetzt hat [6], so stützt man sich dabei auf Fälle, in denen einzelne Priester oder gar Bischöfe in anderen Diöcesen Aushülfe geleistet haben, aber weder sind die Befugnisse derselben überall denen der hier in Rede stehenden bischöflichen Stellvertreter gleich gewesen, noch weisen jene Fälle unter einander eine solche Aehnlichkeit auf, dass darin der Ansatz zu der festen Bildung einer dauernden kirchlichen Einrichtung gefunden werden könnte [7]. Ebensowenig sind die im 11. und 12. Jahrhundert vorkommenden Vikarien der Bischöfe [8] schon eine regelmässig wiederkehrende Erschei-

1 Phillips, Lehrbuch S. 435.

2 S. oben S. 114. n. 1 u. 116. n. 8.

3 Bouix l. c. p. 101.

4 Wegen c. 7 (Innoc. III.) X. tit. cit. I. 23.

5 Bouix l. c. p. 102, welcher auch weitere Entscheidungen der Congr. rituum wegen der Cäremonial-Rechte der Archidiakonen zusammenstellt. Ueber die in Frankreich hin und wieder vorkommende Sitte den General-Vikarien den Titel: Archidiakon, welcher dort ebenso revokabel, wie die erste Stellung ist, beizulegen, s. l. c. p. 103. 104. Wegen der Bezeichnung: Archidiakon für gewisse bischöfliche Kommissarien vgl. unten §. 91. VII.

* Thomassin P. I. l. 2. c. 7—9; Wasserschleben in Herzogs Encyclopädie 10, 590; Johann Wolf, histor. Abhandlung von den geistlichen Commissarien im Erzstift Mainz, besonders von denen im Eichsfelde. Göttingen 1797. S. auch die Literatur zu dem vorhergehenden §.

** Binterim, Denkwürdigkeiten I. 2, 415 ff. Kober, über den Ursprung u. die rechtliche Stellung der General-Vikare in der Tübinger theolog. Quartalschrift. Jahrg. 1853. S. 535 ff.; Jac. Sbrozzio, de vicario episcopi. Rom. 1604. 1623. Venet. 1607. 1630. 1692; Pellegrino, praxis vicariorum et omnium in utroque foro ius dicentium, in IV partibus comprehensa. Rom. 1666. Tom. I; Leurenius, tractat. quaternarius de episcoporum vicariis. Colon. Agripp. 1707; A. Hieronym. Andreucci, de triplici vicario, generali, capitulari et foraneo (Hierarchia ecclesiast. in var. partes suas distributa. Rom. 1766. 1, 272 ff.); Ferraris, prompta bibliotheca s. v. vicarius generalis; Helfert, von den Rechten der Bischöfe etc. 1, 368 ff.; Bouix, de iudiciis. Paris. 1855. 1, 359 ff.; Etudes sur le vicaire général in Analect. iur. pontif. 1858. p. 853 ff.; Traité du vicaire général ibid. 1867. p. 54 ff.; Moy in seinem Archiv 4, 402 ff.; Friedle, ebendaselbst 15, 337 ff.; Jacobson bei Herzog a. a. O. 5, 4 ff. Vgl. auch die Literatur zum vorhergehenden §.

6 So Thomassin l. c. c. 7. n. 1—6; Binterim a. a. O. S. 415.

7 Das Richtige gegen Thomassin führt schon aus Pertsch S. 266, welcher auch mit Recht darauf hinweist, dass in den kirchlichen Rechtsquellen bis zum Dekrete Gratians des hier in Rede stehenden Institutes nicht gedacht wird, s. auch Kober, a. a. O. S. 536. 537. Der regelmässige Gehülfe und Stellvertreter des Bischofs war eben während jener Zeit der Archidiakon und vereinzelt haben auch die Chorbischöfe jene Funktion versehen, s. S. 165.

8 Henr. Senon. archiepisc. ep. ad Steph. episc. Parisiens. a. 1131 (Bulaeus, hist. univ. Paris. 2, 131): „. . . archidiaconus . . . clamat, quod licet abbati S. Victoris (Gilduino) vicario vestro rectitudinem offerret, . . . idem abbas super terram eius interdicti sententiam posuit“; Adalber.

nung, was auch dadurch bestätigt wird, dass mitunter Suffraganbischöfe als Vertreter der Metropoliten vorkommen [1].

Die Veranlassung zu der Einsetzung stehender Stellvertreter der Bischöfe hat offenbar erst die veränderte Stellung der Archidiakonen gegeben, d. h. der Umstand, dass die natürlichen Gehülfen und Vertreter der Bischöfe zu selbstständigen, die Episkopalgewalt beeinträchtigenden Beamten geworden waren, und es nun der Schaffung eines Gegengewichtes gegen dieselben bedurfte [2].

Sollte dies aber von zweckentsprechender Wirkung sein, so war es nicht genug, den Archidiakonen in ihren Bezirken bischöfliche Stellvertreter an die Seite zu setzen, sondern es musste auch am Sitze des Bischofs ein Beamter angestellt werden, welcher statt des verhinderten oder abwesenden Bischofs dessen Jurisdiktion, namentlich in den dem letzteren selbst vorbehaltenen Angelegenheiten, auszuüben hatte. Der liber Sextus scheidet deutlich den *officialis* aut *vicarius generalis episcopi* [3] oder *vicarius in spiritualibus generalis* [4] von dem *officialis foraneus* [5]. Gleichbedeutend mit dem ersteren Ausdruck kommt auch vor: *vicarius in spiritualibus et temporalibus generalis* [6], *principalis vicarius* [7], *vicarius generalis principalis* [8], mit dem letzteren *speciales officiales* [9]. Sind aber mit diesen beiden Kategorien, deren Unterscheidungsmerkmal einmal auf dem Orte ihrer Residenz, andererseits aber auf dem geringeren oder grösseren Umfang ihrer Vollmacht beruht, die Klassen der in Frage kommenden bischöflichen Stellvertreter, erschöpft? Logisch sicherlich nicht, denn es bleibt die Möglichkeit offen, dass der Bischof in seiner Residenz, sei es neben seinem allgemeinen Stellvertreter, sei es allein einen solchen nur für gewisse Theile seiner Geschäftsverwaltung ernannte oder ausserhalb derselben an einem Orte seiner Diöcese einen Vikar mit ausgedehnteren Vollmachten einsetzte. Auf das erstere lassen solche Stellen schliessen, in denen nur eines officialis gedacht wird, dieser aber in Gegensatz zu dem General-Vikar gestellt ist und

episc. Virdun. ep. ad Innoc. II., d'Achery, spicileg. 2, 254: „accedit ad hoc quod abbas loci illius vicarius est episcopi, quod officium magis convenit ordini clericorum quam monachorum".

[1] Von Erzbischof Anselm von Mailand (1097—1101), welcher den Kreuzzug mitmachen wollte und den von ihm zum Bischof von Savona geweihten Grossulanus als Vertreter in Aussicht genommen hatte, heisst es bei Landulph. iun. hist. Mediolan. c. 3, Muratori, rer. Ital. ss. 5, 474: „Cum adhuc homo iste simplex viveret et exercitum congregaret, habuit consilium statuendi sibi vicarium, hominem multarum artium"; nachdem dieser später Nachfolger Anselms geworden war, ernannte er, obwohl anwesend, den Bischof Arderikus von Lodi zu seinem „vicarius" s. Landulph c. 17 ibid. p. 487. Auch noch i. J. 1301 erscheint der Bischof von Chur, Suffragan des Erzbischofs von Mainz, als vices gerens in spiritualibus des letzteren, Guden, cod. Mogunt. 2, 422.

[2] Dass c. 14 (Later. a. 1215) X. de off. iud. ordin. I. 31, s. oben S. 40. n. 7. dazu „den mächtigsten Aufschwung gegeben hat" (so Binterim, a. a. O. S. 422), halte ich bei der singulären Natur des dort erwähnten Falles für unrichtig, wie denn auch die bischöflichen Officialen schon vor der gedachten Zeit erwähnt werden, s. S. 202. n. 1. Ebensowenig handelt c. 15 (Later. cit.) eod. tit., wie unrichtiger Weise in den Analecta iur. pontif. 1858 p. 881 behauptet wird, von den späteren General-Vicaren, denn die dort erwähnten Geistlichen, welche die Bischöfe zu ihrer Unterstützung in der Ausübung des Predigtamtes und der Verwaltung des Busssakramentes an den Kathedral- und Konventual-Kirchen anstellen sollen, sind keine Stellvertreter für die gesammte Jurisdiktion des Bischofs.

[3] c. 2. 3. (Bonifac. VIII.) in VI^to de off. vicarii I. 13.

[4] c. 3 (id.) in VI^to de tempor. ordin. I. 9; c. 12 (id.) in VI^to de haeret. V. 2 nennt ihn schlechthin vicarius.

[5] c. 1 (Innoc. IV.) in VI^to de off. ordin. I. 16; s. auch Clem. 2 de rescript. I. 2.

[6] So nennt sich ein canonicus v. Rodez als Vertreter des Bischofs von Mende auf dem Koncil zu Noblat schon i. J. 1290, Martène et Durand, thesaur. 4, 211.

[7] c. 122. Vauren. a. 1368, Hardouin 7, 1855: „Si vero aliquem de praelatis inferioribus vel principalem vicarium seu officialem supradictorum archiepiscoporum vel episcoporum . . . quisquam interficere . . . praesumpserit".

[8] c. 15. London. a. 1342, l. c. p. 1667.

[9] c. 105 Vauren. cit., ibid. p. 1846: „quod nos archiepiscopi et suffraganei nostri ac nostri vel eorum vicarii generales vel speciales officiales".



doch nicht unter die Landofficialen gerechnet werden kann [1]. Zweifelhaft sind dagegen die Verordnungen, wo als mit dem Bischof gleichstehend nur ein einziger Official genannt wird [2]. Hier lässt sich die Möglichkeit nicht läugnen, dass der sonst als General-Vikar bezeichnete Beamte gemeint ist. Dasselbe gilt von dem Worte: vicarius, wenn es allein in der Bedeutung von Vertreter des Bischofs vorkommt [3]. Es kann dann soviel, wie Generalvikar heissen, denn es wird mehrfach für den Stellvertreter abwesender Bischöfe gebraucht [4], also für einen solchen, welcher selbstverständlich grössere Vollmachten als ein neben dem Bischof fungirender Repräsentant haben musste, freilich kann es aber auch blos den letzteren bezeichnen. Ebenso ist der Ausdruck: *officialis principalis* [5] nicht nothwendig auf den General-Vikar zu beziehen, sondern er ist auch ebenso gut für den am Bischofssitze residirenden, also den Hauptofficial, möglich [6]. Mit Sicherheit lässt sich daher die Bedeutung des Wortes nur für den einzelnen Fall ermitteln. Wo der Bischof sich nur einen Hauptvertreter am Orte seiner Residenz hielt, lag kein Bedürfniss einer Scheidung der beiden Bezeichnungen: officialis und vicarius generalis vor, wohl aber da, wo zwei derartige Repräsentanten neben einander vorkommen. Im ersten Fall steht daher nichts entgegen für die Regel unter dem Official den General-Vikar zu verstehen, im letzteren können aber beide Ausdrücke nicht für identisch genommen werden, vielmehr bezeichnet hier das Wort: officialis einen Beamten mit beschränkten Vollmachten [7].

Die Veranlassung einen solchen zu bestellen, lag in grossen Diöcesen vor, wo ein Stellvertreter nicht alle Geschäfte bewältigen konnte. Da aber vor Allem die Verhandlung der Processe und der gegen die Urtheile der Archidiakonen eingewandten Rechtsmittel zeitraubend war, so war es natürlich, dass aus dem allgemeinen Ressort des Stellvertreters des Bischofs, resp. des Erzbischofs, vor dessen Gericht auch noch die sämmtlichen Appellationssachen aus den Diöcesen der Suffraganbischöfe entschieden werden mussten, des General-Vikars, diese Angelegenheiten ausgesondert und einem besonderen Beamten zur Erledigung überwiesen wurden [8]. Die nähere Begränzung des

[1] c. 3 in VI[to] I. 9 cit. verordnet, dass weder die praelati inferiores noch der officialis episcopi Dimissorien für die Weihe ertheilen können, wohl aber der vicarius generalis, wenn der Bischof von seiner Diöcese abwesend sei, vgl. auch c. 12. 16. 24. 25 des Koncils v. Bergamo v. 1311 (Mansi 25, 483. 493. 499. 501) u. S. 206. n. 7.

[2] c. 8. P. II. Claromont. a. 1268, Hardouin 7, 611: „prohibemus . . . archipresbyteris . . . ne auctoritate propria sententias interdicti, excommunicationis aut suspensionis proferant in aliquos subditos . . . nisi de speciali mandato nostro aut officialis nostri"; c. 1. Avenion. a. 1279, ibid. p. 773. 774; c. 8. 10. Colon. a. 1280, wo mehrfach des officialis noster vel (auch et oder seu) ordinarii locorum gedacht wird, l. c. p. 828. 830; c. 40. Exon. a. 1287, l. c. p. 1107; c. 17. §§. 4. 9. c. 18. §. 3. Leod. a. 1287, Hartzheim 3, 708. 709; s. auch das Mandat des officialis Remensis, welcher für die Diöcese Rheims ein Schreiben des Provinzialkoncils von Noyon v. 1344 publicirt, Hardouin 7, 1675.

[3] S. 206. n. 4 u. c. 26. Ravenn. a. 1311: „per dioecesanum vel eius vicarium"; c. 7. Const. Nicosiens. a. 1313; c. 7. Palent. 1322, Hardouin 7, 1372. 1740. 1466; conc. Salzburg. a. 1490, Hartzheim 5, 586.

[4] Vgl. ausser c. 3. in VI[to] I. 9. cit. noch c. 2. Ravenn. a. 1314, Hardouin 7, 1382: „nec in hoc alterius litterae valeant quam ordinarii episcopi vel vicarii eius, cum longe in remotis agat idem episcopus"; c. 19. Palentin. a. 1322 ibid. p. 1476: „archiepiscopi autem vel episcopi seu vicarii eorumdem ipsis in remotis agentibus". — Ebenso kommt vicarius wiederholt in dem Koncil v. Bergamo v. 1311 vor, s. c. 1. 2. 9. 10. 11. 14. 15. 23. 29. (Mansi 25, 479), denn hier steht in c. 1. 10. 15. 23. 29 damit abwechselnd auch vicarius generalis und vicarius in spiritualibus.

[5] Clem. 2. I. 2. cit.

[6] Vgl. auch c. 10 Derthon. a. 1429, Hardouin 8, 1079: „perpetuo ordinamus edicto vicarios generales aut principales officiales dioecesanorum seu ordinariorum ecclesiasticorum esse debere in sacris ordinibus constitutos".

[7] Vgl. Benedict. XIV. de syn. dioeces. lib. III. c. 3. n. 2.

[8] Darauf deutet schon c. 4. Turon. a. 1236, Hardouin 7, 263 hin, welches in der Provinz Tours nur diejenigen als Officialen zulässt, welche: „per quinquiennium iura audierint vel per causarum exercitium iudicandi officio sint merito approbati" vgl. auch c. 6 eod.; für Würzburg ist ein besonderer officialis curiae episcopalis schon

Ressorts dieser bischöflichen Stellvertreter, sowie der in den einzelnen Theilen der Diöcesen mit geringeren Vollmachten eingesetzten Officialen [1] stand natürlich im Ermessen des Bischofs, und hing von den besonderen Verhältnissen in den einzelnen Sprengeln ab, wie denn diese auch die Einsetzung von Officialen ausserhalb der bischöflichen Residenz mit den sonst nur für den Hauptofficial üblichen Befugnissen bedingen konnten [2].

Eine gleichartige Entwicklung, welche zu der Ausbildung gemeinrechtlicher Grundsätze über das Institut der Officialen im engeren Sinne hätte führen können, war daher nicht möglich. In denjenigen Ländern, wie z. B. in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden, wo neben den Generalen-Vikaren besondere Officialen vorkommen [3], sind die letzteren vielfach feststehende geistliche Gerichtsbehörden, mit Unterbeamten [4], zu s. g. *officialatus* oder Kommissariaten, geworden. Bei der grossen Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Diöcesen ist es nicht möglich, hier auch nur einen kürzeren Ueberblick über die näheren Gestaltungen zu geben [5]. Mit dem Umsturz der katholischen Kirchenverfassung in Deutschland und Frankreich sind überdies diese Einrichtungen, ebenso wie die früheren Special-Officialen beseitigt worden, und die hin und wieder entstandenen, ähnlichen Neubildungen haben nicht an die älteren Institutionen angeknüpft.

Ihrer rechtlichen Stellung nach hatten die Haupt-Officialen übrigens eine iurisdictio vicaria in dem oben näher dargelegten Sinne [6]. Es konnte daher von ihnen nicht an den Bischof, sondern nur an den Erzbischof appellirt werden [7], und ferner erloschen ihre Befugnisse mit dem Tode desselben, wenngleich freilich da, wo ständige Officialate eingerichtet waren, diese de facto bestehen blieben und ihnen von dem Nachfolger ihre früheren Vollmachten erneuert wurden. Auf die vicarii foranei hat dagegen die kanonische Theorie jene Grundsätze nicht angewendet, vielmehr galten diese als delegati der Bischöfe [8].

II. Die Stellung der General-Vikare nach dem geltenden gemeinen Recht. Das Institut der seit dem Ende des 13. Jahrhunderts vorkommenden General-Vikare hat sich im Gegensatz zu dem der Officiale bis auf den

im 14. Jahrhundert nachweisbar, s. Würdtwein, nova subs. dipl. 3, 7 ff.; vgl. ferner c. 3. Colon. a. 1423, Hartzheim 5, 218.

[1] Erwähnt werden diese z. B. in c. 44. Const. episc. Sarum. u. 1217, Hardouin 7, 102, c. 24. Rotom. a. 1231 ibid. p. 187. Ueber die Einrichtungen in Mainz, wo die ausserhalb der erzbischöflichen Stadt residirenden Officiale Kommissarien genannt wurden, s. Wolf a. a. O. S. 16. 27 ff. 42 ff. Ein Beispiel aus dem 18. Jahrh. bei Jacobson, Gesch. der Quellen des preuss. Kirchenr. I. 1. Anh. S. 5.

[2] So hatte der Erzbischof von Canterbury einen eigenen, mit der Verhandlung von Testaments-, Beneficial-, Ehe-, Alimenten-, Spoliations- und anderen Sachen, — offenbar solchen, welche in appellatorio an den Erzbischof gediehen waren, — betrauten Official am Sitze seines Suffraganbischofs zu London, s. c. 4. 5. Cantuar. a. 1295, Hardouin 7, 1183, was freilich gemeinrechtlich verboten war, s. c. 1 (Innoc. IV.) in VI^to de off. ordin. I. 16. — Die Diöcese Salzburg war früher in drei General-Vikariate eingetheilt, s. Kleinmayern, Nachrichten von Juvavia S. 294 ff.

[3] Benedict. XIV. l. c.

[4] Pertsch S. 316 ff.

[5] Einzelne Angaben darüber bei Thomassin l. c. c. 8. 9; van Espen, J. E. U. P. I. tit. 12. c. 4 u. P. III. tit. 5. c. 1. n. 19 ff. Material aus einer Anzahl von Particularsynoden findet sich, freilich ohne gehörige Ordnung und Uebersichtlichkeit, zusammengestellt bei Pertsch S. 280 ff., s. auch v. Sartori, geistl. u. weltliches Staatsrecht der deutsch. katholischgeistl. Erz-, Hoch- und Ritterstifter. II. 2. Abschn. 1. S. 481, über Köln s. Walter, das alte Erzstift und die Reichsstadt Cöln. Bonn 1866. S. 142.

[6] Th. I. S. 181. 182. Wie man dem General-Vikar eine s. g. iurisdictio ordinaria mandata zuschrieb, s. Th. I. S. 181. n. 1, so auch den Officialen, vgl. c. 14 conc. Terracon. a. 1329, Mansi 25, 842.

[7] c. 4 (Bonif. VIII.) in VI^to de off. et pot. iud. deleg. I. 14; s. auch Th. I. S. 182. n. 5.

[8] Gloss. ad Clem. 2. de rescript. cit. s. v. foraneo; Engel, colleg. iur. can. I. 28. n. 5. 6; Bouix, tract. de iudiciis ecclesiast. 1, 456; vgl. auch Th. I. S. 186. n. 8.

heutigen Tag erhalten. Wesentlich die Doktrin und Praxis haben in Betreff desselben die nachstehenden Grundsätze entwickelt:

A. Bestellung. 1. Berechtigung und Verpflichtung dazu. Da der Bischof das Recht hat, seinen Sprengel selbst zu verwalten, so besteht im Allgemeinen kein Zwang für die Ernennung eines General-Vikars [1]. Nur wenn der Bischof wegen der Ausdehnung der Diöcese, wegen längerer Abwesenheit, wegen gestörter Gesundheit, wegen Mangels juristischer Kenntnisse oder sonst, an der ordnungsmässigen Leitung oder regelmässigen Erledigung der Geschäfte gehindert ist [2], hat er zur Einsetzung eines Vikars zu schreiten, widrigenfalls er vom Papst dazu angehalten werden kann oder dieser selbst, resp. die Congregatio episcoporum et regularium einen solchen zu ernennen [3] befugt ist [4].

Wegen der dem gedachten Recht des Bischofs korrespondirenden Pflicht zur persönlichen Wahrnehmung seines Amtes [5] hat man behauptet, dass derselbe nicht ohne päpstliche Genehmigung einen Vikar bestellen dürfe [6]. Indessen ist eine Verpflichtung, eine solche für den jedesmaligen Fall einzuholen, nirgends vorgeschrieben, vielmehr setzen die Dekretalen das uneingeschränkte Recht der Bischöfe voraus [7].

Ebensowenig ist der Bischof nach der recipirten Praxis an den Konsens oder den Beirath des Kapitels gebunden [8]. Freilich lässt sich nicht in Abrede stellen, dass die Ernennung eines Stellvertreters für die gesammte bischöfliche Jurisdiktion ein wichtiger Akt der Verwaltung ist, zu welchem nach der allgemeinen Regel (S. 156) die Einholung des consilium capituli erforderlich erscheint, indessen hat eine konstante Gewohnheit, welcher in Bezug auf diesen Punkt freier Spielraum gewährt ist (S. 157), den angegebenen Grundsatz fixirt [9].

Eine staatliche Genehmigung wird, was die deutschen Staaten anbetrifft, nicht erfordert in Preussen [10] und zwar jetzt auch nicht mehr für die neuen Provinzen, weder für Hannover noch für die zur oberrheinischen Kirchenprovinz gehörigen

[1] So auch die Praxis der Rota und Congr. conc. s. Ferraris l. c. art. I. n. 5.

[2] Ferraris ibid. n. 6; Kober S. 553 ff.

[3] Beispiele dafür in den Anal. 1858 p. 906 ff.; zur Schonung des Bischofs wird mitunter die Einsendung eines Patentes in blanco verlangt, in welchem dann die Congr. episcop. den Namen ausfüllen lässt, ibid. p. 907; Analecta 1867. p. 73. 75. Eine Prüfung und Genehmigung des vom Bischof ernannten kommt auch vor und zwar im Auftrage der Congregatio durch einen päpstlichen Nuncius oder Erzbischof, wenn diese nicht in der Lage ist, selbstständig einen Vikar auszuwählen, andererseits aber eine Kontrole über die Qualifikation wegen Unfähigkeit des Bischofs oder der im Bisthum eingerissenen Unordnungen wünschenswerth erscheint. Es liegt darin ebenfalls eine Rücksicht gegen den Bischof, weil man dadurch die Bestellung eines vicarius apostolicus umgehen will. S.-Anal. 1858. p. 912. 913. u. 1867 p. 69—73. und Moy a. a. O. 4, 428 ff. — Ueber die Bestellung eines General-Vikars durch den Kapitelsverweser s. §. 88. II. C.

[4] Der Metropolit hat diese Rechte nicht, s. Bouix p. 404.

[5] Trident. Sess. VI. c. 1. de ref.

[6] Moy, a. a. O. S. 406.

[7] c. 3 in VI^to I. 13 cit. Dass früher, also im 13. Jahrhundert, eine solche Genehmigung eingeholt worden, ist ebenfalls nicht nachweisbar.

[8] So schon Hostiensis summa aurea I. 28. n. 5 für die Vikare überhaupt, welcher dafür den nicht zutreffenden Grund anführt, dass sie als ein und dieselbe Person mit dem Bischof gelten, und sich ferner mit Rücksicht auf c. 6 i. f. X. de his quae fiunt sine cons. III. 10 auf die Gewohnheit beruft.

[9] Reiffenstuel l. c. I. 28. n. 64; Ferraris l. c. n. 3; Bouix p. 401; Friedle a. a. O. S. 346. Früher haben allerdings einzelne Kapitel in Deutschland sich ein Zustimmungsrecht in den Wahlkapitulationen ausdrücklich ausbedungen, s. die Osnabrückische v. 1509, Kress, Archidiakonalwesen, Anh. S. 15.

[10] Die nach §. 133. Tit. 11. Th. II. A. L. R. erforderliche landesherrliche Genehmigung ist durch Art. 18 Verfass.-Urk. beseitigt.

Landestheile[1]. Dasselbe gilt in Baiern[2] und in Oesterreich[3]. In der oberrheinischen Kirchenprovinz haben dagegen früher die Regierungen ein Bestätigungsrecht des General-Vikars in Anspruch genommen und bis in die neuere Zeit ausgeübt[4], offenbar auf Grund der dort hergebrachten Auffassung über das dem Staat zukommende Aufsichts- und landesherrliche Patronatrecht[5]. In Würtemberg[6] und Baden[7] werden aber nach Lage der jetzt geltenden Gesetzgebung die Regierungen nur beanspruchen dürfen, dass der Bischof keine ihnen in bürgerlicher oder politischer Beziehung missfällige Person zum General-Vikar ernennt. Im Grossherzogthum Hessen, wo die spezielle Vorschrift der Konvention mit dem Bischof von Mainz[8] nach Beseitigung derselben als solche nicht mehr in Frage kommen kann, hält anscheinend die Regierung an einem Einspruchsrecht gegen die vom Bischof frei bestellte Person aus den in Würtemberg und Baden anerkannten Gründen fest, weil sie bei der Handhabung ihres Aufsichtsrechtes sich noch im wesentlichen nach den Koncessionen der Konvention richtet[9].

2. Qualifikation des zu Bestellenden. Zum General-Vikar kann weder ein Laie[10] noch ein verheiratheter, selbst nicht ein in erster mit einer Jungfrau geschlossenen Ehe lebender Kleriker erwählt werden[11]. Dagegen genügt schon die Erlangung der Tonsur und namentlich ist der Besitz der höheren Weihen nicht nöthig[12].

[1] In Folge der Einführung der preuss. Verf.-Urk. Damit sind die eine Bestätigung vorschreibenden früheren Bestimmungen, §. 72 des hannov. Verf.-Gesetzes v. 1840, und die für die oberrhein. Kirchenprovinz geübte Praxis, s. unten, ausser Kraft getreten. Für das Bisthum Limburg ist dies auch ausdrücklich durch ein unter Ermächtigung des Kultusministeriums erlassenes Regierungsschreiben v. 20. April 1868 bei Moy, Arch. 20, 313 anerkannt worden.

[2] Konkordat v. 1817 art. 4; Allerh. Entschliessung v. 8. April 1852 n. 4, welche jedoch vor der Bestellung Anzeige an die Staatsbehörde verlangt.

[3] Die durch Hofdekret v. 23. Mai 1782 vorgeschriebene Bestätigung ist hier schon durch die Hofkanzlei-Dekrete v. 20. August 1802 u. 27. Oktober 1806, Barth-Barthenheim, Oesterr. geistliche Angelegenheiten §. 64. S. 34 beseitigt worden, eine Freiheit, welche der Art. 4. lit. a. des aufgehobenen österr. Konkordats gleichfalls anerkannte.

[4] Longner, Rechtsverh. der Bischöfe der oberrhein. Kirchenprovinz, S. 420; Denkschrift des Episkopats der oberrheinischen Kirchenprovinz v. 18. Juni 1853. §. 16. Freiburg 1853. S. 109.

[5] Denn eine Spezialvorschrift fehlt.

[6] Ges. v. 30. Januar 1862. Art. 3. 4. s. Th. I. S. 536. n. 6; die Motive in Dove, Ztschr. f. K. R. 2, 94. bemerken dazu: „Jenes Ausschliessungsrecht greift also in gleicher Weise Platz bei Besetzung sämmtlicher Pfarr- und Kaplaneipfründen der bischöflichen Kollatur wie des Privatpatronats, bei Ernennung der Vorstände und Repetenten des Priesterseminars in Rottenburg, bei Bestellung eines General-Vikars, falls derselbe nicht aus dem Domkapitel genommen sein sollte, bei etwaiger Berufung ausserordentlicher Mitglieder des bischöflichen Ordinariats, bei Bestellung der Mitglieder des bischöflichen Gerichtshofes, falls diese nicht aus dem Ordinariat genommen sein sollten, bei Ernennung oder Wahl der Landdekane u. s. w.“

[7] Ges. v. 9. Oktober 1860. §. 9, s. Th. I. S. 536. n. 7. u. Maas in Moys Arch. 7, 53.

[8] Diese behielt im art. 14 der Regierung vor, die gegen den Ernannten in bürgerlicher oder politischer Hinsicht obwaltenden Anstände dem Bischof zur Veranlassung der geeigneten Massnahmen mitzutheilen, s. Dove, Ztschrft. 8, 353.

[9] Dove a. a. O. S. 346. Der rechtliche Stand der Frage ist freilich zweifelhaft, d. h. ob die Regierung nach Lage des bestehenden Landesrechtes diese milde Praxis zu üben befugt ist. Ein positives Gesetz, welches die Bestätigung gerade des General-Vikars vorschreibt, besteht nicht. Wenn aber die frühere Staatspraxis die im Edikt vom 30. Januar 1830. §. 3, s. Th. I. S. 536. n. 8. dem Staate zugesprochenen „unveräusserlichen Majestätsrechte des Schutzes und der Oberaufsicht über die Kirche“ im Sinne der Prävention geübt und jene Vorschrift nach der Zeit ihrer Entstehung zweifellos so aufzufassen ist, so konnte diese gewohnheitsrechtlich festgestellte Handhabung des Aufsichtsrechts nicht einseitig seitens der Regierung aufgegeben werden.

[10] Denn Laien sollen keine kirchlichen Geschäfte behandeln, c. 2. X. de iudic. II. 1; Barbosa, de off. et potest. episc. P. III. all. 54. n. 4.

[11] Weil einem solchen die geistlichen Standesvorrechte fehlen würden, Th. I. S. 161, und das mit seiner Stellung nicht verträglich ist. S. auch Ferraris l. c. n. 19. 20.

[12] Denn nothwendige Voraussetzung der Ausübung einer kirchlichen Jurisdiktion ist das nicht; für Spanien hatte allerdings die Const. Clem. VIII.: Ecclesiastici ordinis v. 1. Februar 1601, bestätigt durch die const. Urban. VIII: Decet Roman. pontif. v. 16. December 1623 bei Strafe der Nichtigkeit der Bestellung dieses Erforderniss vorgeschrieben. Barbosa l. c. n. 10; die gleiche Anordnung

Sodann wird die Erreichung des 25. Jahres verlangt, weil die Verwaltung der bischöflichen Jurisdiktion zugleich die der Seelsorge im weiteren Sinne mit umfasst, und für derartige Stellungen jenes Lebensalter allgemein vorgeschrieben ist[1]. Aus demselben Grunde und da der General-Vikariat von Vielen für eine Dignität erklärt wird, schliesst man auch unehelich geborene Personen von demselben ohne päpstliche Dispensation aus[2]. Ferner soll der Vikar Doktor oder Licentiat des kanonischen Rechtes[3], mindestens aber ein rechtskundiger Mann sein[4].

Um eine gerechte Verwaltung und den Ruf der Unparteilichkeit zu sichern, darf wegen etwaiger bestehender verwandtschaftlicher oder sonstiger Beziehungen kein Kleriker, welcher aus der bischöflichen Stadt gebürtig ist oder durch seine Geburt, resp. den Besitz eines Beneficiums der Diöcese angehört, zum General-Vikar bestellt werden. Obwohl dieser Grundsatz in einer ganzen Reihe von Entscheidungen der Congregratio episcoporum fortdauernd zur Anwendung gebracht[5], und bei der Nichtbeobachtung desselben eine Dispensation[6] für erforderlich erachtet worden ist, so hat man ihn doch vielfach ausser Acht gelassen[7], und namentlich haben in Deutschland öfters Kanoniker der Kathedralkirche oder der Kollegiatstifter der Diöcese[8] bis in unsere Zeit hinein die Stellung als General-Vikar bekleidet[9]. Wo sich eine der Regel entgegenstehende Gewohnheit gebildet hat, wird diese um so mehr anerkannt werden müssen als jener Satz sich nicht als ein absolutes Gebot[10] darstellt, und der päpstliche Stuhl mehrfach die Wahl des General-Vikars aus den Domherren als statthaft anerkannt hat[11], ja in den bairischen Bisthümern[12] und in der Diöcese Rottenburg nur dann

enthält c. 26. Conc. VI. Mediolan. a. 1582 u. c. 16. Burdigal. a. 1583 fordert sogar den Priester-Ordo, s. Hardouin 10, 1130 u. 1352.

[1] c. 7. §. 2 (Later. III. a. 1179) X. de elect. I. 6; Trid. Sess. XXIV. c. 12 de ref.; Barbosa l. c. n. 3; Moy a. a. O. S. 424; Friedle a. a. O. S. 344.

[2] Mit Rücksicht auf c. 18 (Greg. IX.) X. de filiis presbyt. I. 17; Ferraris s. v. filius n. 59; Friedle S. 344.

[3] Die Congr. episc. hat nämlich die für den Kapitularvikar gegebene Vorschrift des Tridentinums Sess. XXIV. c. 16 de ref. auch analogisch auf den General-Vikar, namentlich dann, wenn der Bischof blos Theologe war, mehrfach angewendet, Ferraris, vicarius generalis art. 1. n. 38.

[4] Desfallsige Entscheidungen erwähnt a. a. O. n. 39, vgl. überhaupt Friedle a. a. O. S. 344. Nichtig ist aber eine dieser Vorschrift zuwider vorgenommene Bestellung keineswegs.

[5] Pignatelli consult. t. 9. cons. 162 führt zu seiner Bemerkung: „Originarius civitatis vel dioecesis non potest esse vicarius: nam propter consanguinitates, affinitates, familiaritates et alias attinentias, potest deviare a recto tramite iustitiae vel certo se reddere partibus suspectum" solche aus dem 16. u. 17. Jahrh. an, vgl. ferner Ferraris l. c. n. 34; Analecta iur. pont. 1855 p. 2891 ff. (hier p. 2896 noch eine Entsch. v. 1852) v. 1858 p. 900 ff., 1867 p. 64 ff. Auch das römische Koncil v. 1725. tit. 8. c. 2, Acta conc. coll. Lacens. 1, 357 schreibt vor: „episcopi praeterea in vicarios generales suos fratres aut nepotes aut propriae episcopalis urbis cives non eligant".

[6] Welche nur für kurze Zeit gegeben wird, s. Anal. 1855. p. 2897.

[7] Auf die Autorität von Sbrozzio l. c. lib. I. qu. 34, welcher sich aber nur gegen die Wahl eines General-Vikars von fremder Nationalität ausspricht, s. Anal. 1858. p. 854. 862; vgl. auch Kober a. a. O. S. 558.

[8] Das Verzeichniss der Mainzer General-Vikare bei Guden, cod. Mogunt. 2, 421 ff. liefert dafür eine Reihe von Beispielen; s. auch Hontheim, hist. Trevir. 2, 331.

[9] So war z. B. i. J. 1866 in Fulda der Domdechant zugleich General-Vikar. Kurfürstl. Hess. Hof- u. Staatshandbuch auf das J. 1866. Cassel. S. 308.

[10] Bouix, tract. de iudic. 1, 398.

[11] In der Esposizione di sua Santità v. 1819 n. 33 (Münch, Sammlung aller Konkordate 2, 402): „Deswegen glaubt der heilige Vater . . . dass er ihnen (den Bischöfen) nicht vorschreiben müsse, ihren General-Vikar unter den Domherrn zu wählen" (wie in der s. g. Deklaration der später zur oberrheinischen Kirchenprovinz vereinigten Regierungen festgesetzt war, s. v. Longner, Beiträge zur Gesch. der oberrhein Kirchenprovinz S. 464). „Nur . . . wird er zugeben können, dass wenn der Bischof nicht einen Domherrn zu seinem General-Vikar wählt, er verbunden sei, aus seinen eigenen Mitteln ihn zu besolden"; Bulle: Provida sollersque v. 16. August 1821: „Quodsi decanus (capituli Rottenburgensis ecclesiae) ad munus etiam vicarii generalis ab episcopo eligatur, alii floreni 1100 ipsi erunt persolvendi, si vero simplex canonicus capitularis ad praedictum vicarii generalis munus ab episcopo designabitur, eidem florenorum 1700 augmentum attribuetur".

[12] Konkordat art. 3, welches dem Betreffenden 500 Gulden Zulage gewährt.

der Unterhalt für den General-Vikar staatlicherseits gewährt wird[1], wenn er aus der Zahl der Domherren genommen ist, und in der Diöcese Mainz allein unter der Voraussetzung, dass der Domdekan zugleich diese Stelle bekleidet[2].

Aus demselben Grunde darf ferner der Bischof nicht seinen Bruder, Neffen oder einen nahen Verwandten nach der Praxis der Congregatio episcoporum zu seinem General-Vikar nehmen[3].

Unfähig zur Verwaltung eines General-Vikariates sind sodann die Mitglieder der Mendikanten-Orden, selbst die aus einem solchen später zu einem anderen Orden übergetretenen[4]. Wegen der übrigen Religiosen herrscht Streit. Während die Einen sie mit Erlaubniss ihrer Oberen ohne Weiteres für fähig halten[5], verlangen die Anderen mit Recht päpstliche Genehmigung dafür[6], weil die Annahme des Amtes sie in die Nothwendigkeit versetzt, ausserhalb des Klosters zu leben und sie die Klausur nur in Folge päpstlicher Dispensation erlaubter Weise verlassen können[7].

Endlich darf der Bischof keinen Geistlichen zum General-Vikar nehmen, mit dessen Amt eine solche Stellung inkompatibel ist. Dahin gehören die Domherren[8] (in Betreff deren aber noch heute, wie schon angeführt, vor Allem in Deutschland eine abweichende Gewohnheit besteht), namentlich der Pönitentiar[9], ferner die Pfarrer[10], folgeweise auch andere Bischöfe[11] und endlich die Rektoren der bischöflichen Seminare[12].

Ernennt der Bischof einen nicht den vorgeschriebenen Erfordernissen entsprechenden General-Vikar, so kann das Kapitel deswegen Einspruch bei der Congregatio episcoporum erheben[13].

3. Ausübung des Bestellungsrechtes. Wenn auch die Befugniss zur Bestellung des General-Vikars aus der Jurisdiktion des Bischofs fliesst und er die letztere durch die päpstliche Konfirmation erwirbt[14], so kann er dieselbe nach einer weitverbreiteten Meinung doch so lange nicht vornehmen, als er nicht Besitz von seiner Diöcese ergriffen hat, weil erst dadurch die interimistische Verwaltung der Diöcese durch den Kapitular-Vikar erlösche[15]. Mangels einer positiven Bestimmung liegt aber

[1] S. S. 211. n. 11.

[2] Denn die Bulle Provida sollersque s. v. Haec autem summa wirft für den Bischof, den General-Vikar und die 6 Kanoniker, nicht aber für den Dekan ein festes von der Regierung zu gewährendes Gehalt aus.

[3] Entscheidungen angeführt bei Ferraris l. c. n. 29 ff. A. M. Bouix p. 396.

[4] Clem. 1. de regular. III. 9; Clem. 1. de V. S. V. 11.

[5] S. z. B. Engel, coll. iur. univ. I. 28. n. 9; Bouix p. 392 ff.

[6] So hat die Congr. Episcopor. konstant entschieden, s. Ferraris l. c. n. 21—25; Anal. iur. pont. 1858. p. 867 ff. u. 1867. p. 54.

[7] Const. Clem. VIII.: Nullus omnino vom 25. Juli 1599, M. Bull. 3, 91. Damit erledigt sich der Einwand von Bouix p. 393, dass die Entscheidungen der Congr. nur einzelne Fälle betreffen, da die vom Trid. Sess. XXV. c. 4. de reg. gemachte Ausnahme auf den hier in Rede stehenden Fall keine Anwendung findet. Vgl. über die Kontroverse auch Moy 4, 426. Uebrigens hat die Congreg. den im Text hingestellten Grundsatz auch auf die Mitglieder religiöser Genossenschaften mit vota simplicia ausgedehnt, s. Anal. iur. pont. 1858. p. 867 ff. 870.

[8] Entsch. der Congr. episcop. Anal. iur. pont. 1867. p. 60.

[9] Ibid. p. 58; auch deshalb, damit jeder Schein vermieden werde, als benutze derselbe etwas, was er als Pönitentiar in Erfahrung gebracht habe, bei der Ausübung seiner Rechte, als General-Vikar, Kober S. 558.

[10] Ibid. p. 59.

[11] Der Weihbischof kann es aber werden, denn es steht ihm die Residenzpflicht nicht entgegen, s. Bouix p. 395; Fälle aus früherer Zeit s. oben S. 175. n. 5.

[12] Entsch. der Congr. episc. v. 1771, welche sich auf die Const. Benedict. XIII.: Creditae nobis von 1725, Acta conc. coll. Lacens. 1, 453, beruft, in Anal. iur. pont. 1858. p. 920.

[13] Derartige praktische Fälle in den Acta iur. pontif. 1867. p. 68.

[14] c. 42 (Bonif. VIII.) in VI^to de elect. I. 6.

[15] Barbosa l. c. n. 3; Ferraris l. c. n. 17 u. s. v. vicarius capitularis art. I. n. 56; Schmalzgrueber IV. 28 n. 33; Bouix p. 403. Friedle, a. a. O. S. 345; Phillips, Lehrbuch S. 437.

kein Grund vor, diese Ausnahme zu statuiren, denn der neu ernannte General-Vikar ist dem letzteren gegenüber gerade so gut in der Lage, von der Diöcese Namens des Bischofs Besitz zu ergreifen, wie der dieser selbst [1].

Eine bestimmte Form der Ernennung ist nicht vorgeschrieben. Zur Gültigkeit derselben genügt also auch eine mündliche Erklärung. Indessen wird regelmässig dem General-Vikar eine schriftliche, in öffentlicher Form ausgefertigte Bestallungsurkunde ausgehändigt [2], damit er sich nöthigenfalls selbst legitimiren, und später nicht etwa die Rechtsbeständigkeit der von ihm vorgenommenen Akte wegen der Zweifelhaftigkeit seiner Vollmacht in Frage gestellt werden kann [3]. Die Natur der Sache bedingt es endlich, dass seine Bestallung sowohl in der Diöcese amtlich publicirt, als auch den betreffenden Staatsbehörden notificirt wird [4].

B. Der Umfang der Befugnisse des General-Vikars. Der letztere ist der Stellvertreter des Bischofs für die Verwaltung der Jurisdiktion, welche er an Statt desselben und in dessen Namen ausübt. Das bedeutet der Ausdruck: *vicarius in spiritualibus* nach dem allmählich im Gegensatz zu der Bezeichnung: vicarius in pontificalibus festgestellten Sinn [5]. Denn nur die Rechte der geistlichen Regierung, nicht das Recht zur Verwaltung der dem Bischof zugewiesenen Vermögensstücke oder der s. g. Mensa, d. h. der *temporalia* hat er kraft seiner Stellung für den Bischof wahrzunehmen [6], wenngleich ihm die Administration der temporalia freilich besonders mit übertragen werden kann [7].

Ebensowenig liegen die aus dem Ordo episcopalis herfliessenden Befugnisse innerhalb der Amtssphäre des General-Vikars. Er ist also sowohl von der Ausübung der die Bischofsweihe voraussetzenden Handlungen wie auch von der Vornahme solcher geistlicher Funktionen ausgeschlossen, welche sich als Ausfluss der bischöflichen Würde darstellen [8], und das gilt selbst dann, wenn der General-Vikar die Bischofsweihe besitzt, also z. B. episcopus in partibus ist. Selbstverständlich hat er auch kein Recht sich der bischöflichen Insignien zu bedienen [9].

[1] Kober a. a. O. S. 560. n. 5.

[2] Eine solche v. 1391 bei Guden, cod. Mogunt. 2, 423, v. 1417 bei Hontheim hist. Trevir. 2, 354, eine neuere bei Bouix l. c. 2, 477. Von dieser wird auch eine authentische Abschrift in das Archiv der bischöflichen Kurie niedergelegt. Pellegrini P. I. s. VI. 5. n. 1.

[3] Kober, a. a. O. S. 561.

[4] Schulte, K. R. 2, 274.

[5] Wie wohl freilich der erstere anfänglich auch für den Weihbischof gebraucht worden ist. S. 174.

[6] Allerdings nehmen manche, z. B. Barbosa l. c. n. 57; Ferraris l. c. art. II. n. 1; Ginzel K. R. 1, 280 an, dass die Verwaltung der Temporalien begrifflich zum Amte des General-Vikars gehöre. Da aber die Bischöfe dafür schon vor der Ausbildung des letzteren Institutes besondere Beamte hatten, und ihre sonstigen weltlichen Gerechtsame ebenfalls durch eigene Behörden verwalten liessen, so hat diese Ansicht keinen historischen Anhalt, wie denn auch in älterer Zeit, s. das citirte dipl. bei Guden 2, 422 und die Mittheilungen S. 206, der Ausdruck: in spiritualibus et temporalibus nur vereinzelt vorkommt. Auch das Tridentinum spricht Sess. XIII. c. 2 de ref. nur vom vic. gen. in spiritualibus, und scheidet sogar bei der Verwaltung während der Sedisvakanz die Administration der geistlichen Regierung und die der Temporalien, s. S. 20. Für die Ansicht des Textes Sbrozzio l. c. lib. I. qu. 25 ff.; Garcias tract. de benef. P. V. c. 8. n. 122. 123; Engel I. 28. n. 3; Bouix l. c. 1, 355; Moy S. 405; Friedle S. 357.

[7] Dann wird er als vicarius in spiritualibus et temporalibus bezeichnet, s. oben S. 206, und eine derartige Bestallungsurkunde bei Barbosa l. c. n. 56.

[8] So kann er keine Pontifikalmessen halten, nicht die Reliquien bei feierlichen Processionen tragen u. s. w., s. Ferraris l. c. n. 50. 49. 52 ff., denn hinsichtlich der vom Bischof vorzunehmenden geistlichen Funktionen haben diesen die Domherrn und zunächst der Inhaber der ersten Dignität zu vertreten, s. Ferraris, l. c. n. 48; Anal. iur. pont. 1861. p. 1027.

[9] Ferraris l. c. n. 44 ff. 51; Kober a. a. O. S. 568 n. 2.

Was dagegen das Gebiet der dem Bischofe zustehenden ordentlichen Jurisdiktion betrifft, so liegt es im Begriff des Amtes, dass der General-Vikar in dieser Hinsicht den Bischof nach allen Richtungen hin vertritt.

Indessen ist ihm, weil der allgemeine Auftrag nicht als darauf mitgerichtet gilt, das Recht zur Vornahme gewisser wichtiger Verwaltungsakte[1] durch ausdrückliche Vorschriften des positiven Rechtes entzogen worden, und es bedarf also einer besonderen Ermächtigung, wenn er befugt sein soll: 1. zur Ausübung der Kriminal- und Disciplinargerichtsbarkeit, namentlich zur Verhängung von Censuren und Strafen, also der Suspension, der Exkommunikation, des Interdiktes, der Deposition und degradatio verbalis, sofern diese Censuren für Vergehen auszusprechen sind[2]; 2. zur Verleihung der der freien bischöflichen Kollation unterliegenden Beneficien[3]; 3. zur Ausstellung von Dimissorialien, ausser wenn der Bischof auf längere Zeit von seiner Diöcese abwesend ist[4]; 5. zur Visitation der Diöcese, weil der letztere diese selbst persönlich vorzunehmen verpflichtet ist, und sich nur im Fall eines legitimen Hinderungsgrundes durch den General-Vikar oder einen sonstigen Visitator vertreten lassen darf[5], mithin eine ein für alle Mal dazu ertheilte Befugniss durch die Bestallung des General-Vikars nicht statthaft erscheint; 6. zur Ertheilung der Dispensen von Irregularitäten und Censuren ex delicto occulto, so weit der Bischof dazu ermächtigt ist, mit Ausschluss der dem letzteren persönlich vorbehaltenen Dispensation vom crimen haeresis[6]; 7. zur Erforschung des freien und wohlerwogenen Willens der über 12 Jahr alten, aber noch nicht 16jährigen Klosterkandidatinnen, es sei denn der Bischof verhindert oder abwesend[7].

Seit lange hat aber die Doktrin und kanonische Praxis, jene Fälle nicht als die einzigen, in denen es eines Spezialmandates für den General-Vikar bedürfe, aufgefasst, vielmehr in ihnen nur Konsequenzen jenes schon berührten allgemeinen Princips[8] gefunden und mit Rücksicht auf dasselbe zu allen wichtigen, sowie zu den sich als Gnadensachen im weiteren Sinn darstellenden Akten der bischöflichen Verwaltung eine besondere Vollmacht für erforderlich erklärt und zwar im Einzelnen noch

8. zur Berufung der Diöcesansynode[9]; 9. zu Verfügungen über die Aemter und

[1] c. 3 (Bonifac. VIII.) in VI^to eod. I. 13: „Quum in generali concessione nequaquam illa veniant, quae non esset quis verisimiliter in specie concessurus . . .“

[2] c. 2 (Bonif. VII.) in VI^to eod.: „Licet in officialem episcopi per commissionem sui officii, generaliter sibi factam, causarum cognitio transferatur, potestatem tamen inquirendi, corrigendi aut puniendi aliquorum excessus seu aliquos a suis beneficiis, officiis vel administrationibus amovendi, transferri nolumus in eundem, nisi sibi specialiter haec committantur“; vgl. Bouix p. 415. 435; Kober, Suspension S. 41, Kirchenbann, 2. Aufl. S. 74; in Moys Arch. 22, 9; u. Deposition S. 319. 334. — Schon wegen des allgemeinen Grundsatzes ist er von der Untersuchung des crimen haeresis, was gewöhnlich besonders wegen Trid. Sess. XXIV. c. 6. de ref. hervorgehoben wird, ausgeschlossen; s. Barbosa l. c. n. 86; Ferraris n. 69; ebenso von der Verhängung der Suspension auf Grund des Trid. Sess. XXV. c. 14 de ref., s. Moy 4, 418.

[3] c. 3. cit., nicht aber zur Konfirmation der der Präsentation unterworfenen Beneficien und zur Institution, denn hier handelt es sich nicht um Akte der Liberalität, vielmehr um s. g. actus necessitatis et iustitiae, da dieselben beim Vorhandensein der gesetzlichen Erfordernisse vorgenommen werden müssen. Bened. XIV. de syn. dioec. II. 8. n. 2. Ebenso dürfte dem General-Vikar auch die Befugniss zuzuschreiben sein, dem im Konkurse als tauglichsten befundenen eine vakante Pfarrei ohne Spezial-Mandat zu verleihen, s. Fagnan. ad c. 3. X. de instit. III. 7. n. 7; Moy S. 422.

[4] c. 3. (Bonif. VIII.) in VI^to de temp. ordin. I. 9; vgl. auch Th. I. S. 95.

[5] c. 6 (id.) in VI^to de off. iud. ord. I. 16; Trid. Sess. XXIV. c. 3. de ref.

[6] Trid. Sess. XXIV. c. 6. de ref. Vgl. dazu auch Th. I. S. 56. 57.

[7] Trid. Sess. XXV. c. 17 de regul.

[8] S. Note 1 und die denselben Satz allgemein aussprechende reg. 81 in VI^to de V. S. V. 12; s. auch Clem. 2. de procurat. I. 10.

[9] So nach der Praxis der Congr. Conc., s. Bened. XIV. l. c. II. 8. n. 3; Phillips, die Diöcesansynode S. 141. Der Kardinal-Vikar,



Beneficien der Diöcese, nämlich zur Errichtung einer neuen Dignität und neuer Beneficien [1], zur Genehmigung einer dem Patronatrecht unterworfenen neuen Stiftung [2], zur Vereinigung, Theilung und Veränderung der Aemter [3], namentlich zur Erhebung verfallener, mittelloser Kirchen zu Mutterkirchen oder zu deren Vereinigung mit anderen [4], zur Veränderung des status einer Kirche, wo überhaupt dem Bischof ein Recht dazu zusteht [5], zur Belastung eines Beneficiums mit Pensionen [6], zur Genehmigung der Verfügungen über Patronatrechte [7], 9. zur Präsentation auf eine dem Patronatrecht des Bischofs unterworfene Pfründe [8], 10. zur Zulassung resp. Genehmigung von Resignationen auf Beneficien und von Vertauschungen derselben [9], 11. zur Veräusserung kirchlicher Vermögensstücke und zur Genehmigung derartiger Alienationen [10], 12. zur Auferlegung und Einziehung des subsidium charitativum, zur Einziehung des cathedraticum oder synodaticum, sowie anderer dem Bischof oder der bischöflichen Kirche zu leistenden Abgaben [11], ebenso zur Aufstellung eines Oekonomen für die Einnahme und Vertheilung der letzteren [12]; 13. zur Genehmigung der Errichtung neuer Klöster oder Konvente [13], ja selbst auch von geistlichen Konfraternitäten [14]; 14. zur Gestattung der Ausübung der Pontifikalien durch einen andern Bischof in der Diöcese [15]; 15. zur Gewährung von Ablässen [16]; 16. zur Anordnung öffentlicher und feierlicher Bussen [17].

Mit Rücksicht darauf, dass der General-Vikar von der Verwaltung der Strafjurisdiktion gesetzlich ausgeschlossen ist, bedarf er auch eines Spezialmandates: 17. zur Auferlegung der purgatio canonica [18]; 18. zur Verhängung der Konfiskation gegen das Vermögen der Kleriker [19]; 19. zur Absolution von der Exkommunikation und den sonstigen Censuren [20], namentlich dann, wenn diese latae sententiae sind [21], jedoch gilt die erste Regel nicht für die von ihm zur Sicherung seiner Jurisdiktion und seiner Massregeln ausgesprochenen Censuren, welche er ebenso wie er sie verhängen, auch wieder aufheben kann [22]. Wo es sich dagegen um Absetzungen und Suspensionen, nicht wegen Vergehen, sondern wegen Untauglichkeit handelt, also z. B. zur Absetzung

welcher überhaupt in Betreff der Diöcesanverwaltung Roms eine andere Stellung als der bischöfliche General-Vikar für den bischöflichen Sprengel einnimmt, bedarf dagegen keiner besonderen Ermächtigung, s. Th. I. S. 488.

1 So die Rota, Sbrozzio lib. I. qu. 117. n. 1; Barbosa l. c. n. 76; Ferraris n. 34.

2 Ebenfalls nach der Rotalpraxis Garcias, de benef. P. V. c. 9. n. 75; Barbosa n. 74; Ferraris n. 29. 31.

3 Garcias P. XII. c. 2. n. 69; Barbosa n. 71. 72; Ferraris n. 28. 30.

4 Barbosa n. 81; Ferraris n. 40.

5 Barbosa n. 81; Ferraris n. 41.

6 Barbosa n. 77; Ferraris n. 35.

7 So auch die Rota, Garcias P. V. c. 9. n. 76; Barbosa n. 75; Ferraris n. 32; namentlich deshalb, weil es sich hierbei wieder um einen actus liberalitatis et gratiae handelt.

8 Garcias P. V. c. 8. n. 82; Barbosa n. 82; Ferraris n. 33, denn für das geistliche Patronatrecht des Bischofs trifft der in der vorigen Note hervorgehobene Gesichtspunkt in Verbindung mit der Analogie des Falles 2 zu, während die Ausübung eines dem Bischof zustehenden Laienpatronatrechtes nicht mit dessen iurisdictio ordinaria zusammenhängt und somit gar nicht innerhalb der Amtssphäre seines Stellvertreters in der letzteren liegt.

9 Barbosa n. 66 ff.; Ferraris n. 27.

10 Barbosa n. 106; Ferraris n. 42.

11 Barbosa l. c. n. 122; Ferraris l. c. n. 23. 24.

12 Die Einsetzung von solchen, welche den Zweck haben die Einkünfte einzelner Kirchen sicher zu stellen, z. B. während eines Streites unter den Patronen auf die Dauer der dadurch herbeigeführten Vakanz, liegt in seiner allgemeinen Vollmacht. Barbosa n. 78; Moy S. 422.

13 Praxis der Congr. Conc. Ferraris n. 43; vgl. auch Barbosa n. 89.

14 Entsch. d. Congr. indulg. v. 1868, Acta dec. s. sed. 4, 103.

15 Barbosa n. 84; Ferraris n. 59.

16 Ex anal. c. 12. X. de excess. praelat. V. 31; Barbosa n. 90; Ferraris n. 62; Friedle S. 362.

17 Ex anal. c. 12 cit.; Barbosa n. 87.

18 Barbosa n. 109; Ferraris n. 73.

19 Barbosa n. 119; Ferraris n. 79.

20 Barbosa n. 96; Ferraris n. 63.

21 Moy S. 416; Kober, Kirchenbann. 2. Aufl. S. 467; demgemäss auch zur Absolution von der Exkommunikation ex canone: si quis suadente, in den dem Bischof zustehenden Fällen, Ferraris n. 68; Bouix p. 425.

22 Bouix l. c.; Moy S. 416. 417.

unfähiger bischöflicher Unterbeamten, z. B. der Notare und Aktuare[1], zur Bestellung von Kooperatoren oder Vikarien für untaugliche Pfarrer[2] bedarf es keines Spezialmandates[3].

Ebensowenig lässt sich annehmen, dass der Bischof die Vornahme von Akten, welche reine Gnadensachen oder gerade ihm persönlich zustehen, ohne weiteres auf den General-Vikar habe übertragen wollen. Wegen des ersteren Gesichtspunktes verlangt man daher eine spezielle Ermächtigung des letzteren: 22. zur Umwandlung von körperlichen Strafen in Geldbussen[4], 21. zur Begnadigung eines Verurtheilten[5], 22. zur Dispensgewährung, namentlich in Ehesachen[6]; mit Rücksicht auf den ersterwähnten Gesichtspunkt 23. zur Ertheilung des Doktorates, sofern der Bischof ein darauf bezügliches Privileg besitzt[7] und 24. zur Absolution in den bischöflichen Reservatfällen[8].

Damit sind diejenigen Fälle angegeben, in denen die Doktrin, resp. Praxis[9] und zwar fast überall einstimmig für den General-Vikar eine besondere Ermächtigung verlangt. Dass diese nur Exemplifikationen des oben erwähnten Princips sind, also ein Spezial-Mandat auch noch für andere Handlungen des General-Vikars erforderlich sein kann, liegt klar am Tage. Jedenfalls zeigt die Aufzählung, dass die Tendenz der kanonistischen Wissenschaft und Praxis dahin gerichtet gewesen ist, die Befugnisse des General-Vikars möglichst einzuschränken. Dieses Bestreben, welches principiell deshalb, weil es den Nutzen des Institutes illusorisch macht und überdies eine erhebliche Rechtsunsicherheit hervorruft, nicht zu billigen ist, hat dann weiter dazu geführt, auch in solchen Fällen ein Spezial-Mandat des General-Vikars zu verlangen, wo der obige Grundsatz nicht zutrifft, z. B. zur Beglaubigung von Urkunden-Abschriften und zur Vollstreckung letztwilliger Verfügungen[10], oder wenigstens für andere derartige Akte Zweifel anzuregen, wie z. B. für seine Befugniss, auch ohne besondere Vollmacht, Ehesachen zu verhandeln[11], der Ehe-Abschliessung zu assistiren[12], Beichtväter zu approbiren[13], den Pfarrkonkurs abzuhalten[14], die Restitutio in integrum zu ertheilen[15], von

[1] Fagnan. ad c. 14. X. de off. iud. del. I. 29. n. 31.

[2] Nach Trid. Sess. XXI. c. 6. de ref.

[3] Bouix p. 438. 439; Moy S. 422. Ist streitig. A. M. z. B. Kober Quartalschrift a. a. O. S. 572; Friedle S. 361, welcher hierin irriger Weise die Bethätigung einer Strafbefugniss des Bischofs resp. Vikars findet.

[4] Barbosa n. 120; Ferraris n. 80; Moy S. 418.

[5] Barbosa n. 118; Ferraris n. 81.

[6] Barbosa n. 121; Ferraris n. 60. 61, Kober a. a. O. S. 571; doch halten ihn einzelne, z. B. Schmalzgrueber IV. 28. n. 23, freilich im Widerspruch mit der Congr. Conc. auch ohne Spezial-Mandat zur Ertheilung der Dispensation vom Aufgebot für ermächtigt. Vgl. darüber auch Friedle S. 363. — Kein Spezial-Mandat hat die Congr. conc. nach Fagnan. ad c. 3. X. de temp. ordin. I. 11. n. 11. 12 für die Dispensation von der Innehaltung der Institien beim Empfang der ordines minores verlangt, offenbar wegen der namentlich mit Bezug auf die praktische Handhabung der darüber geltenden Bestimmungen (s. Th. I. S. 112) äusserst geringen Bedeutung der Dispensation.

[7] Ferraris n. 82.

[8] Barbosa n. 116; Ferraris n. 66.

[9] Ich habe für das Vorhergehende mich deshalb auf Barbosa u. Ferraris bezogen, weil diese gerade auch für jeden Einzelfall die frühere Literatur in ausreichendem Maasse anführen, und ich so der übermässigen Häufung von Citaten überhoben gewesen bin.

[10] Barbosa l. c. n. 113. 104; Ferraris n. 77. 83; Moy S. 414; Friedle S. 362, denn weder das Eine noch das Andere kann für einen wichtigen Akt der bischöflichen Verwaltung angesehen werden. Wenn es in c. 16 (Gregor. IX.) X. de fide instrum. II. 22 heisst: dass die Exemplifikation der Urkunden nur durch den iudex ordinarius oder einen von ihm speziell Delegirten erfolgen kann, so ist die Subsumtion des General-Vikars unter den ersteren Begriff doch sicher nicht ausgeschlossen.

[11] Vgl. Barbosa n. 94, welcher mit den meisten, ebenso wie die Congr. episc. Bouix p. 432, Moy S. 418, Friedle S. 363, kein Spezial-Mandat für nöthig hält, s. Ferraris n. 8.

[12] Barbosa l. c.; Ferraris n. 12. 13; Moy S. 419; Friedle S. 363.

[13] Ferraris n. 11; Moy S. 416; dagegen z. B. Barbosa n. 91.

[14] Denn die Worte des Trid. Sess. XXIV. c. 18. de ref.: „ab episcopo seu eo impedito, ab eius vicario generali" bedeuten nur, dass der Bischof bei Nichtverhinderung das Examen stets selbst abhalten soll, s. Bouix p. 434; Moy S. 420.

[15] Dagegen Barbosa n. 108; Ferraris n. 75,

abgeleisteten Eiden zu entbinden [1], und den Eintritt in die Klausur der Nonnenklöster zu bewilligen [2], wogegen die Annahme, dass der General-Vikar ohne besondere Vollmacht nicht befugt ist, statt des Bischofs Kapitels-Statuten zu bestätigen, weil es sich um einen wichtigen Akt handelt [3], begründet erscheint.

Eine Angabe aller Fälle, in welchen ein Spezial-Mandat erforderlich ist, auch in der Bestallungs-Urkunde selbst, wird aber von der kanonistischen Doktrin einstimmig nicht für erforderlich gehalten, vielmehr genügt es, wenn der Spezialisirung einzelner Fälle eine clausula generalis, d. h. die allgemeine Ermächtigung zu allen anderen, einer besonderen Vollmacht bedürftigen Akten hinzugefügt ist, weil damit der General-Vikar zu allen denjenigen Handlungen befugt erscheint, welche keine grössere Bedeutung als die speziell genannten, haben [4]. Nicht ausreichend ist dagegen eine dahin lautende Bestallung, dass der General-Vikar zu Allem, wozu der Bischof befugt ist, oder zu Allem, wozu eine Spezial-Vollmacht verlangt wird, ermächtigt sein soll, weil dabei immer Zweifel über den Umfang der Vollmacht bleiben, und gerade der Zweck des Spezial-Mandates dadurch vereitelt werden würde [5].

Wie überhaupt der Stand der Lehre in Bezug auf die Fälle, für welche Spezial-Vollmacht erforderlich ist, schon Rechtsunsicherheit mit sich führt, so gilt das auch von dem über die Fassung der Vollmacht geltenden Grundsatz. Klar und einfach kann das Verhältniss nur dann werden, wenn die kirchliche Gesetzgebung nach dem Vorgang des Handelsrechts ein für alle Mal unter Statuirung von festbestimmten, einzelnen Ausnahmen, für welche die Spezial-Vollmacht beibehalten wird, einen unabänderlichen Normal-Umfang der Befugnisse des General-Vikars feststellt.

Da der letztere nur die ordentliche Jurisdiktion des Bischofs auszuüben befugt ist, so bleibt er selbstverständlich von der Vornahme aller Akte ausgeschlossen, welche dem Bischofe in Folge besonderer Koncession oder Delegation in einzelnen Fällen zuertheilt sind oder welche ihm kraft gesetzlicher Delegation, namentlich in Folge des Tridentinums [6], zukommen [7].

Mit Rücksicht darauf, dass die Metropoliten das Recht zur Bestellung eines General-Vikars ebenso gut besitzen, wie die gewöhnlichen Bischöfe, fragt es sich, ob sie sich einmal in der ihnen als Erzbischöfen zustehenden Jurisdiktion durch den Vikar vertreten lassen können, und ferner ob der von ihnen ernannte auch zugleich als ihr Repräsentant in der letzten Beziehung oder blos als Stellvertreter für ihre Regierungsrechte über ihre eigene (Erz-)Diöcese gilt. An und für sich ist das erstere nicht ausgeschlossen, weil die Metropolitan-Jurisdiktion untrennbar mit bestimmten Bischofssitzen verbunden ist, und das Recht, die Inhaber derselben nicht blos auf die Ueber-

aber die dafür angezogene l. 25. §. 1. D. d. minor. IV. 4. verlangt nur Spezial-Mandat für den Prokurator des Imploranten, während die Verhandlung des Gesuches innerhalb der gewöhnlichen Amtssphäre des Richters liegt.

[1] Vgl. Moy S. 417. Denn hier handelt es sich um einen Akt, welcher bei dem Vorliegen gewisser Voraussetzungen vorgenommen werden muss.

[2] Moy S. 420.

[3] Ueber diese Kontroverse vgl. Bouix l. c. p. 435. Dass er den Bischof im Vorsitz im Kapitel, abgesehen von den exempten, wo er überhaupt ausgeschlossen ist, s. Trid. Sess. XXV. c. 6. de ref. u. S. 150. 151 ohne Spezialvollmacht vertreten kann, ist nicht bestritten.

[4] Barbosa n. 124; Ferraris n. 84; Friedle S. 363. 364.

[5] Phillips, Lehrbuch, S. 441; Friedle S. 364.

[6] S. Th. I. S. 176 ff.

[7] Bouix l. c. p. 427. Moy S. 417. 419. Die hier gemachte Unterscheidung, dass in den durch das Tridentinum delegirten Sachen, welche früher in der ordentlichen Kompetenz des Bischofs lagen, der General-Vikar kompetent, in den andern aber es nicht sei, hängt mit der falschen, Th. I. S. 177 besprochenen Auffassung des Ausdrucks: „etiam tamquam sedis apostolicae delegati“ zusammen.

tragung ihrer bischöflichen Befugnisse beschränkt, vielmehr principiell auch die Vertretung in den Metropolitanrechten anerkannt hat[1]. Freilich ist dieselbe nicht zulässig, wo dem Erzbischof für den Fall seiner Verhinderung schon durch gesetzliche Vorschrift ein Substitut bestimmt ist[2], weil er dann die betreffende Handlung entweder persönlich oder nur durch letzteren vornehmen kann.

Was die zweite Frage betrifft, so muss der General-Vikar, wenn er ohne Beschränkung[3] auf die (erz-) bischöfliche Diöcese vom Metropoliten bestellt ist, auch ohne Weiteres als Stellvertreter desselben in der Metropolitan-Jurisdiktion gelten[4], sofern es sich nicht um wichtigere Angelegenheiten handelt. In Folge dieses Grundsatzes werden allerdings die Befugnisse des erzbischöflichen Vikars bedeutend eingeschränkt, denn, da alle Angelegenheiten, bei denen die Suffraganbischöfe persönlich interessirt sind, wegen der episkopalen Würde derselben für causae graviores errichtet werden müssen, ist der General-Vikar ohne Spezial-Vollmacht nicht befugt, das Aufsichtsrecht über dieselben hinsichtlich der Seminarien und der Beobachtung der Residenzpflicht, ebenso wenig die Gerichtsbarkeit in erster Instanz über die Suffraganbischöfe zu handhaben[5]. Weil ferner auch der bischöfliche General-Vikar eine Aemterbesetzung nur dann ohne Weiteres vornehmen darf, wenn sich diese nicht als ein actus liberalitatis darstellt, wird er gleichfalls dieselbe kraft des Devolutionsrechtes des Erzbischofes nur unter denselben Voraussetzungen, wie der erstere ausüben dürfen, und ihm ebenfalls das Recht zur Bestellung des Kapitular-Vikars abgesprochen werden müssen. Demgemäss bleibt ihm allein die Befugniss zur Verhandlung von streitigen Rechtssachen in zweiter Instanz und das Recht zur Sicherung der erzbischöflichen Jurisdiktion und wegen der Verletzung derselben Censuren gegen die Suffraganen zu verhängen, sofern sich der Erzbischof abwesend befindet, während er für das Einschreiten gegen die General-Vikare der Bischöfe an diese letztere Voraussetzung nicht gebunden ist[6].

C. Die juristische Stellung des General-Vikars. 1. Am Allgemeinen. Dass über die Art der iurisdictio des General-Vikars eine noch immer nicht gelöste Kontroverse besteht, indem man dieselbe bald als iurisdictio mandata, bald als delegata, bald als ordinaria erklärt hat, ist schon Th. I. S. 181 hervorgehoben worden[7]. Ebendaselbst S. 184 habe ich bereits dargelegt, dass dieselbe am passendsten als iurisdictio quasi ordinaria zu bezeichnen wäre, weil der General-Vikar, dessen Amt zwar keine feste Stufe in der kirchlichen Hierarchie bildet, doch mit seiner Ernennung ohne weiteres die in der iurisdictio ordinaria des Bischofs liegenden Befugnisse erlangt, und also der Alter ego desselben wird. Im Einzelnen folgt daraus:

a. dass in Gegenwart des Bischofs seine Rechte cessiren;

b. dass er seiner Jurisdiktion durch dieselben Mittel, also auch durch Censuren[8], den nöthigen Nachdruck geben kann[9];

[1] c. 1. §. 1. (Innoc. IV.) in VI^to de off. ord. I. 16. S. oben S. 22. n. 2.

[2] So für die Abhaltung der Provinzialsynode und die mit Konsens derselben auszuübende Strafgewalt, s. oben S. 22.

[3] Eine solche findet sich schon in dem Mainzer Patent von 1391, Guden cod. Mogunt. 2, 422, und anscheinend auch in der Instruktion für Bamberg v. 1822 bei Müller, Lexikon des K. R. 2. Aufl. 3, 32. n. 35; dagegen nicht in der Vollmacht v. 1419 bei Hontheim hist. Trever. 2, 354.

[4] Bouix p. 517. Ein Formular zur Bestallungsurkunde für den General-Vikar des Erzbischofs bei Bouix l. c. 2, 480.

[5] S. oben S. 19 ff.

[6] S. oben S. 19. 20.

[7] Vgl. namentlich n. 1 zu S. 181; vgl. dazu noch die Zusammenstellung bei Friedle S. 350 ff.

[8] Der S. 214 erwähnte Fall der Anwendung der Censuren gehört natürlich nicht unter diesen Gesichtspunkt.

[9] Moy S. 417; Friedle S. 352.

c. dass von der Entscheidung des General-Vikars nicht an den Bischof appellirt werden darf, weil beide ein und dasselbe Tribunal bilden, also der Bischof nicht der Oberrichter des ersteren ist[1]. Dagegen ist es gestattet, gegen Interlokute bei demselben oder bei dem General-Vikar zu remonstriren, ebenso ein Gesuch um in integrum restitutio oder eine querela nullitatis gegen eine Sentenz des General-Vikars bei dem einen oder andern anzubringen, denn alle diese Rechtsmittel können auch bei dem iudex a quo geltend gemacht werden[2].

d. Erklären sich aus der Stellung des General-Vikars als Bevollmächtigten des Bischofs die nachher zu besprechenden Erlöschungsgründe seiner Befugnisse.

2. Erweiterung der Jurisdiktion durch Spezial-Mandat. Nach dem zu B. Bemerkten ist der General-Vikar, obwohl er als der Alter ego des Bischofs erscheint, doch zur Vornahme einer ganzen Reihe von Akten der bischöflichen Verwaltung nicht ohne ein Spezial-Mandat befugt. Mit Rücksicht hierauf entsteht die Frage, ob die durch etwaige Gewährung eines solchen dem Vikar gegebenen weiteren Befugnisse nach dem eben besprochenen Princip zu beurtheilen sind, oder ob der General-Vikar für diese ihm durch besondere Vollmacht übertragene Rechte lediglich als einfacher Delegat (s. Th. I. S. 185) gilt. Ausgeschlossen ist das erstere nicht, da an und für sich eine allgemeine Stellvertretung in der gesammten iurisdictio ordinaria des Bischofs vom Rechte gestattet und die Spezial-Vollmacht nur erfordert wird, um einen auch auf die wichtigern Angelegenheiten gerichteten Willen desselben zu konstatiren, nicht aber deshalb, weil etwa die Uebertragung solcher Rechte nur durch einen anders gearteten juristischen Akt erfolgen dürfte. Indessen kann andererseits der Bischof stets die nicht in der allgemeinen Vollmacht des General-Vikars liegenden Berechtigungen sei es einem Andern, sei es dem letzteren delegiren. Daher ist in jedem einzelnen Falle festzustellen, was von ihm beabsichtigt worden ist. Wird also dem General-Vikar die Spezial-Vollmacht als solchem übertragen — und das ist im Zweifel jedenfalls schon dann anzunehmen, wenn dies in dem Anstellungspatent geschieht[3], — so richten sich die Befugnisse desselben nach den Grundsätzen von der iurisdictio mandata, nicht nach denen von der iur. delegata. Dass aber dann für die letztere zu präsumiren ist, wenn der Bischof nichts über seine Absicht zu erkennen gegeben hat[4], erscheint in dieser Allgemeinheit Mangels jeglichen positiven Anhaltes nicht richtig, weil auch alle sonst obwaltenden Umstände und Verhältnisse mit in Rechnung zu ziehen sind.

3. Einschränkung der Jurisdiktion. Bei der Ertheilung der Vollmacht an den General-Vikar ist der Bischof befugt, demselben auch die Berechtigung zu gewissen Handlungen, welche sonst innerhalb der gewöhnlichen Amtssphäre desselben liegen, zu entziehen, oder gewisse Bezirke und Orte von seiner Jurisdiktion auszunehmen, wie denn schon früher (s. S. 207 ff.) die Uebertragung einzelner Zweige der bischöflichen Regierungsgewalt, z. B. der Verwaltung der streitigen Gerichtsbarkeit oder die Verhandlung bestimmter Prozesssachen an besondere bischöfliche Officiale vorgekommen ist, und noch heute stattfindet (s. nachher). Freilich dürfen die Befugnisse des General-Vikars weder hinsichtlich des materiellen Umfanges noch in Betreff des

[1] c. 3 pr. (Innoc. IV.) in VI^to de app. II. 15; c. 2 (Bonif. VIII.) in VI^to de cons. I. 4; c. 4. (id.) in VI^to de off. iud. del. I. 14.

[2] Friedle S. 355; Kober, Quartalschrift a. a. O. S. 576.

[3] Barbosa n. 52. A. M. Friedle S. 364.

[4] Bouix l. c. p. 1, 421; Moy S. 415; Friedle S. 365.

geographischen Bezirks so beschränkt werden, dass er nicht mehr als der allgemeine Stellvertreter des Bischofs erscheint. Denn unter dieser Voraussetzung würde er nicht mehr General-Vikar, sondern Delegat des Bischofs sein [1].

In Verbindung damit steht die auch schon von den älteren Kanonisten ventilirte Frage, ob der Bischof zwei oder mehrere General-Vikare bestellen kann?

Einer geographischen Theilung der Diöcese in bestimmte Bezirke für jeden derselben steht der Begriff des General-Vikars entgegen, in dieser Weise ist also eine Bestellung mehrerer nicht zulässig. Nur eine scheinbare Ausnahme ist es, wenn der Bischof für jede der mehreren, etwa in seiner Hand aeque principaliter vereinigten Diöcesen, was ihm frei steht, einen besonderen Vikar ernennt [2], weil hier jeder Diöcese ihre Selbstständigkeit gewahrt geblieben ist [3]. Ja er kann hier sogar dann, wenn die Verhältnisse und die Rücksicht auf die Erleichterung der Diöcesan-Verwaltung dies nothwendig machen, von der Congregatio episcoporum dazu gezwungen werden [4].

Wenn ferner viele Kanonisten auch annehmen, dass der Bischof zwei General-Vikare, sofern dieselben nur in solidum ernannt werden und beide ihren Amtssitz in der bischöflichen Residenz nehmen, deputiren könne [5], so muss, obgleich diese Massnahme an und für sich nicht mit dem Wesen des Amtes in Widerspruch steht, für die Gültigkeit derselben doch ein päpstliches Indult erfordert werden [6], denn durch keine Vorschrift des gemeinen Rechts ist dem Bischof die allgemeine Befugniss gegeben, sich mehr als einen General-Vikar zu bestellen [7], und das in c. 14. X. de off. iud. ord. I. 31 (s. oben S. 40) aufgestellte Gebot, dass derselbe für diejenigen seiner Diöcesanen, welche einer fremden Nation und einem fremden Ritus angehören, einen besonderen, also für den Fall, dass mehrere Sprachen und mehrere Riten vertreten sind, auch mehrere General-Vikare einsetzen soll, bildet eine Ausnahme, welche sich nicht analogisch auf den in Rede stehenden Fall ausdehnen lässt.

Wenn unzweifelhaft ferner zur Erleichterung der Geschäftslast des General-Vikars ihm noch Beamte an die Seite gesetzt, und für die Erledigung gewisser Geschäfte besondere Kommissionen mit einem votum consultativum neben dem Vikar gebildet werden können [8], so herrscht doch darüber Streit, ob der General-Vikar in der Weise von der Erledigung gewisser Angelegenheiten, also z. B. der Verwaltung der streitigen Gerichtsbarkeit ausgeschlossen werden könne, dass seine desfallsigen Akte, umgekehrt aber auch die von dem zur Verwaltung der letzteren bestellten Official vorgenommenen Handlungen der Administration oder der freiwilligen Gerichtsbarkeit nichtig sind. Von einzelnen wird diese Frage freilich verneint [9], weil eine solche Theilung der zum

[1] Bouix p. 355; Moy S. 404; Friedle S. 358.

[2] S. die Entsch. der Congr. episc. v. 1821 in den Anal. iur. pontif. 1860. p. 1754 u. das Breve Leos XII. von 1824. §. 4 (Bull. Rom. cont. 16, 114).

[3] Die dagegen erhobene Einwendung (s. Barbosa n. 129), dass dann nicht sämmtliche General-Vikare in der Residenz des Bischofs, sondern auch in den Hauptstädten der unirten Diöcesen ihr Domizil haben, ist eben darum nicht stichhaltig, weil es sich hier um wirkliche Bischofsstädte handelt.

[4] Ferraris l. c. art. I. n. 10. 11.

[5] Barbosa n. 126; Ferraris n. 8; Bouix p. 410.

[6] So hat auch die Congr. episc. i. J. 1748 u. neuerdings mehrfach entschieden, s. Anal. 1858. p. 872. 875 ff.

[7] Clem. 2. de rescr. I. 2 u. Trid. Sess. XIII. c. 1. 4. de ref.; Sess. XXIV. c. 3. 6. 12. 18 de ref.; Sess. XXV. c. 17. de regul.; c. 6. de ref. sprechen nur von einem General-Vikar, die sonst angezogenen c. 7. X. de off. arch. I. 23 u. c. 1. X. de celebr. miss. III. 41 handeln gar nicht von dem letzteren, s. auch Moy S. 431; Friedle S. 348.

[8] S. Analecta l. c. p. 873 ff.

[9] Bouix p. 384.



Wesen des General-Vikars gehörigen Allgemeinheit des Auftrages widerspreche. Allein von diesem Standpunkt aus müsste man zu der Konsequenz kommen, dass eine derartige Bevollmächtigung überhaupt nur eine Delegation enthalten könne, denn für den dem General-Vikar entzogenen Geschäftskreis hat der Bischof diesen ja nicht beauftragen wollen, und da er die Befugniss hat, dessen Rechte einzuschränken, sowie auch die, weitere Delegaten zu ernennen, kann man nicht blos die Einschränkung für nichtig erklären und damit dem Auftraggeber etwas obtrudiren, was er nicht gewollt hat. Immerhin ist jene Gränze, wo die Stellung als General-Vikar in die eines Delegaten umschlägt, flüssig und zweifelhaft, daher wird man hier der Gewohnheit eine massgebende Bedeutung nicht absprechen können und da, wo dieselbe dafür entschieden hat, auch den nur mit der Vollmacht zur Ausübung der bischöflichen Verwaltung im engeren Sinne, nicht der streitigen Gerichtsbarkeit bestellten Mandatar des Bischofs als General-Vikar ansehen müssen [1]. Umgekehrt hat aber auch der blos für die Ausübung der letzteren eingesetzte Vertreter oder Official in diesem Falle nicht als Delegat zu gelten, sondern es finden auf seine Stellung dieselben Regeln, wie auf die des General-Vikars Anwendung [1].

Da der General-Vikar als Stellvertreter des Bischofs nur abgeleitete Befugnisse hat, so kann er dieselben nicht in ihrer Gesammtheit ohne Weiteres auf einen anderen übertragen, d. h. dem Bischof statt seiner einen anderen General-Vikar aufdringen. Zu einer derartigen Substitution ist er vielmehr allein befugt, wenn er dazu Spezial-Vollmacht erhalten hat, selbst dann aber nur beim Vorliegen eines genügenden Grundes und auf kurze Zeit [2].

Das Recht zur Delegation steht ihm aber ebenso wie jedem anderen Ordinarius zu [3].

D. Die Erledigung des Amtes des General-Vikars. Eine solche kann eintreten 1. durch den Tod und 2. durch ausdrückliche oder stillschweigende Entsagung des General-Vikars, und zwar liegt die letztere in dem Verlassen der Diöcese mit der Absicht, nicht mehr in dieselbe zurückzukehren [4].

Die sonstigen Gründe hängen damit zusammen, dass die Stellung des General-Vikars, als Repräsentanten des Bischofs, einmal durch den Willen des letzteren, dann aber durch die Fortdauer der iurisdictio episcopalis in der Person des Vollmachtgebers bedingt ist. Daher kann:

3. der Bischof die Ermächtigung des General-Vikars jeder Zeit einschränken, widerrufen und ihn stets absetzen [5]. Wäre eine solche Entfernung des letzteren auch völlig grundlos, so wäre sie doch immer gültig und alle nach der dem General-Vikar gewordenen Mittheilung [6] von ihm vorgenommenen Akte nichtig. Die Praxis der Congregatio episcoporum hat aber dieses Recht, im Interesse der Wahrung des Ansehens der Kirche, aus Rücksichtnahme für den Ruf der General-Vikare und zur Verhinderung nach-

[1] Das rechtfertigt die oben s. S. 206 ff. gedachte historische Entwicklung.

[2] Dafür wird von den Kanonisten angezogen c. 4. X. de off. vic. I. 28; Barbosa n. 99. 100; Ferraris art. 2. n. 66; Bouix p. 437; Friedle S. 361. Dass der Bischof dem General-Vikar einen Substituten bestellen kann, ist zweifellos; dieser heisst gewöhnlich vices gerens, während der vom Vikar ernannte Substitut als locum tenens bezeichnet wird. Barbosa, iur. eccl. I. 15. n. 4; Bouix 437; Moy S. 421.

[3] Th. I. S. 185.

[4] Ferraris art. 3. n. 27. — Ein unter päpstlicher Mitwirkung oder der der Congr. episcop. (s. S. 209) bestellter General-Vikar darf aber nur mit päpstlicher Erlaubniss abdanken.

[5] Die älteren Kanonisten, unter denen darüber Einstimmigkeit herrscht, Ferraris n. 28, berufen sich dafür auf c. 1. X. de R. J. V. 41.

[6] Friedle S. 366.

theiliger Annahmen und Schlüsse, welche in der Diöcese bei plötzlicher Entlassung des Vikars gemacht werden könnten, von dem Vorliegen eines triftigen Grundes, z. B. schlechter Verwaltung, Mangel an Klugheit und Umsicht, Verweigerung des Gehorsams oder der schuldigen Ehrerbietung gegen die Congreg. episcop. u. s. w. abhängig gemacht, und zugleich die Bischöfe angewiesen, dem General-Vikar vor seiner bevorstehenden Entlassung Kenntniss und ihm so Gelegenheit zu seiner vorherigen Rechtfertigung zu geben. Ist dies unterblieben oder hält der General-Vikar seine Enthebung für ungegründet, so kann er immer an die erwähnte Congregatio rekurriren und diese weist nach Umständen den Bischof an, den Vikar wieder anzustellen [1].

Bei erheblichen Beschwerden gegen den letzteren entsetzt übrigens die Congregatio auch selbst den Vikar seines Amtes oder veranlasst wenigstens den Bischof, dies zu thun [2].

Den unter Konkurrenz der ersteren eingesetzten Vikar kann der letztere überhaupt nicht ohne Zustimmung derselben entlassen [3].

4. Ebenso muss die Befugniss des General-Vikars dadurch erlöschen, dass der Bischof willensunfähig, also wahn- oder blödsinnig wird [4].

5. Hört das Amt des General-Vikars auf, wenn der Bischof seine Jurisdiktion verliert, also wenn der Bischof stirbt, auf einen andern Sitz transferirt oder abgesetzt wird, oder auf sein Bischofsamt renuncirt [5]. Jedoch werden die von dem Vikar in der Zwischenzeit zwischen dem Eintritt dieser Ereignisse und dem Bekanntwerden derselben vorgenommenen Akte als gültig betrachtet [6].

Endlich fällt auch in Gemässheit des Princips der unbedingten Abhängigkeit der Jurisdiktion des General-Vikars von der des Bischofs die Berechtigung des ersteren zusammen, wenn der letztere in Folge der grösseren Exkommunikation, der Suspension oder des Interdikts an der Ausübung seiner Amtsgewalt gehindert ist [7]. Von einer blossen Suspension der Befugnisse des General-Vikars [8] kann keine Rede sein, denn in der Bestellung des letzteren liegt eine Ausübung der bischöflichen Jurisdiktion und wenn diese nicht mehr erlaubt ist, fällt die durch die Ausübung bedingte Stellung des General-Vikars für immer zusammen.

[1] Ferraris n. 28 ff.; Anal. iur. pont. 1858. p. 921 ff.; 1867 p. 94 ff.; Moy S. 433; Friedle S. 366.

[2] Anal. 1858 l. c. p. 921.

[3] Analecta l. c. p. 910; Moy S. 430; Friedle S. 347. In einem solchen Fall steht er schon einem päpstlichen Vikar sehr nahe, wiewohl er sich von diesem noch dadurch unterscheidet, dass seine Stellung mit dem Tode oder mit dem Aufhören der Jurisdiktion des Bischofs zusammenfällt.

[4] Nach dem Grundsatz (s. l. 12. §. 16. D. Mand. XVII. 1): „extinctum est mandatum finita voluntate".

[5] S. Th. I. S. 182; vgl. auch Ferraris n. 39 ff.; Moy S. 432; Friedle S. 367. Ueber die Ausnahme beim Kardinal-Vikar s. oben Th. I. S. 489.

[6] So die Kanonisten einstimmig unter Bezugnahme auf l. 3 D. de off. praet. I. 14; Schmalzgrueber l. c. n. 25; Bouix p. 444; Friedle S. 367; Th. I. S. 182. n. 7.

[7] c. l. (Innoc. IV.) in VI^to de off. vic. I. 13, glossa ad c. cit. s. v. ipsius; Ferraris n. 46; Friedle a. a. O. In Widerspruch damit steht allerdings die Anordnung des c. 28 conc. Aptens. a. 1365 (Mansi 26, 456): „ordinamus quod si forsan . . . casu aliquo auctoritatis et ordinationis seu statutorum per nos seu dictos nostros praedecessores editorum nos seu aliqui nostrum aliquam excommunicationis, interdicti, suspensionis sententiam incurrerint, dum tamen malitiose aut ex contemptu hoc fieri non contingat, nostri vicarii generales ab huiusmodi sententiis possint et valeant nos et quamlibet nostrum absolvere, quandocumque casus huiusmodi contigerit evenire, committentes eisdem nostras quilibet propter hoc vices". — Dass die erwähnten Censuren auch dem General-Vikar allein das Recht zur Ausübung seines Amtes entziehen können, ist klar. Damit tritt zugleich eine Beseitigung des von ihm kraft etwaiger Substitutionsvollmacht ernannten locum tenens ein, welche freilich auch durch die den Bischof treffenden Censuren herbeigeführt wird. Die Befugnisse des von letzterem selbst bestellten vices gerens cessiren aber nicht in Folge von Censuren gegen den General-Vikar, sondern nur in Folge solcher gegen den Bischof. S. Moy S. 421.

[8] So z. B. Friedle a. a. O.

Nicht hierher gehört dagegen der Fall, wenn der Bischof von Heiden oder Schismatikern gefangen fortgeführt ist[1]. An und für sich erlischt weder dadurch die bischöfliche Jurisdiktion noch wird sie rechtlich suspendirt. Und wenn hier im Interesse der Verwaltung der so verwaisten Kirche provisorisch die erstere dem Domkapitel übertragen wird[2], so ist diese Bestimmung — in demselben Sinne fasst sie auch die römische Kurie auf[3] — nur dann anwendbar, wenn nicht anderweitig für die Administration der Diöcese gesorgt ist. Diese Voraussetzung trifft aber bei dem Vorhandensein eines vom Bischof bestellten General-Vikars nicht zu, und deshalb ist derselbe berechtigt, sein Amt weiter fortzuführen[4].

E. Was die Verantwortlichkeit des General-Vikars für seine Amtsführung betrifft, so haftet er der durch seine ungerechten Verfügungen verletzten Partei mit der Syndikatsklage, dagegen kann der Bischof selbst diese nicht gegen ihn anstellen[5]. Wohl aber ist der letztere befugt, ihn wegen Verletzung seiner Amtspflichten in Strafe zu nehmen und das Gleiche kann der Metropolit thun, wenn er die Jurisdiktion desselben hindert[6]. Andererseits haftet aber auch der Bischof für die von einem untauglichen General-Vikar begangenen Gesetzwidrigkeiten und den daraus entstandenen Schaden, wenn er schuldbarer Weise einen solchen angestellt, resp. ihn länger wie nöthig behalten hat[7].

F. Den Unterhalt oder das Salair hat der Bischof, welcher einen General-Vikar zu seiner Unterstützung anstellt, diesem zu gewähren[8], und zwar hat der Vikar auch ohne besondere Verabredung einen Anspruch darauf[9]. Nach der römischen Kurialpraxis soll das Salär mindestens 50 Goldduktaten[10] betragen, und darf nicht auf ungewisse accidentelle Einnahmen, wie z. B. die Kanzleigebühren, angewiesen werden[11]. In Deutschland werden theils, wenn die General-Vikare aus den Domherren genommen werden, bestimmte Zuschüsse vom Staate für dieselben, so in Baiern und einzelnen Diöcesen der oberrheinischen Kirchenprovinz[12], theils auch ohne diese Bedingungen bestimmte Gehalte, so in Preussen[13], gewährt. In Oesterreich haftet bei den nicht genügend dotirten Bisthümern der Religionsfond[14].

G. Rang und Präcedenz. Ob der General-Vikar zu den Prälaten zu rechnen sei, ist unter den älteren Kanonisten bestritten[15], indessen erscheint die verneinende Ansicht richtiger, weil diese Bezeichnung sonst nur für diejenigen Beamten vorkommt, welche eine eigene Jurisdiktion besitzen[16]. Aus demselben Grunde kann seine Stellung

[1] A. M. Moy S. 432.

[2] c. 3 (Bonif. VIII.) in VI^to de suppl. negl. praelat. I. 8.

[3] Proposito dubio: An casu quo episcopus ab haereticis captus detineatur, non ita tamen arcte custoditur, ut ipsi eiusque dioecesanis facile non sit, saltem per literas inter se agere, eiusdem episcopi iurisdictio intelligatur suspensa et ad capitulum ecclesiae cathedralis devoluta: S. Congr. Conc. resp. iurisdictionem non esse suspensam 7. Aug. 1683 s. Bened. XIV. de syn. dioec. XIII. 16. n. 11 u. Richters Tridentinum S. 370.

[4] Schulte K. R. 2, 263; Phillips Lehrb. S. 422. 423; Friedle S. 368 ff. Vgl. übrigens auch §. 89. III.

[5] So nach einer Entscheidung Gregors XIII. v. 1578 bei Barbosa de off. episc. n. 183; Ferraris art. 4. n. 11 u. Kober a. a. O. S. 586.

[6] Barbosa l. c. n. 184; Bouix p. 448; s. auch oben S. 19.

[7] Bouix l. c.

[8] Glossa s. v. providere zu c. 6 in VI^to de off. iud. ord. I. 16; Barbosa n. 178.

[9] Das ist freilich streitig, s. l. c.

[10] Das macht, den Dukaten zu 8½ Frcs. gerechnet, 425 Frcs. oder 113 Thlr. 10 Sgr.

[11] Ferraris art. 2. n. 15. 16.

[12] S. S. 211.

[13] Bulle: De salute anim. v. 1821 s. v.: „Antedicto Josepho". Dasselbe beträgt hier gewöhnlich 800 Thlr., s. die Etats bei Neher, kirchl. Geographie 1, 338 ff.

[14] Ginzel, K. R. 1, 279.

[15] S. darüber Anal. 1858 p. 861; Bouix p. 440. Dafür z. B. Barbosa, iur. eccles. I. 15. n. 26. Dagegen eine von Ferraris art. 3. n. 22 in Bezug genommene Entscheidung der Congr. Rituum.

[16] Th. I. S. 386.

auch nicht für eine Dignität in dem oben S. 110 gedachten Sinn — worüber gleichfalls keine Einstimmigkeit herrscht — erklärt werden. Denn die Fähigkeit, päpstlicher Delegat zu sein[1], ist nicht blos an die Dignitäten geknüpft[2], weil auch einfache Kanoniker an den Kathedralkirchen eine solche Delegation erhalten können[3]. Immerhin hat aber der General-Vikar, selbst wenn der Bischof gegenwärtig ist, für die Regel die Präcedenz vor den Kanonikern und selbst vor den Inhabern der Stiftsdignitäten[4].

II. Der Ausdruck: Pro-vicarius generalis, dessen sich die Kurial-Praxis bedient, bezeichnet nicht einen in seiner Stellung vom General-Vikar verschiedenen Beamten, sondern nur einen solchen, hinsichtlich dessen es bei der Bestellung an einzelnen ordentlichen Erfordernissen fehlt. So wird den Bischöfen, welche einen Diöcesanen oder ihren Pönitentiar zum General-Vikar ernennen wollen, gewöhnlich nur ein Indult auf kurze Zeit gegeben, und weil dadurch die Stellung des letzteren nicht blos von den regelmässigen Erlöschungsgründen abhängig ist, sondern auch durch den Zeitablauf zusammenfällt, wird ein solcher officiell nur als Pro-vicarius generalis bezeichnet[5]. Dasselbe ist da vorgekommen, wo die Congregatio episcoporum selbst im Fall der Abwesenheit des Bischofs wegen des Todes des General-Vikars den Subdelegaten des letzteren ad interim, bis der Bischof selbst seinen Willen kund thun konnte, zum General-Vikar bestellt hat[6].

III. Die besonderen partikulären Gestaltungen. Das Institut der General-Vikare ist heute auch in den deutschen Diöcesen ein durchaus praktisches. Jedoch kommt es hier nicht vor, dass der General-Vikar allein die bischöfliche Verwaltung führt, vielmehr steht ihm zu diesem Behufe, wie schon in früheren Zeiten[7], noch eine besondere Behörde zur Seite, wenn ihm nicht gar ein Theil der bischöflichen Administration, so die Verwaltung der Rechtspflege oder wenigstens bestimmter Prozesssachen, entzogen ist. In den altpreussischen Diöcesen, wie z. B. in der Erzdiöcese Köln[8], in den Diöcesen von Paderborn[9] und Breslau[10], ist eine Scheidung in ein s. g. General-Vikariat für die eigentlichen Verwaltungssachen und ein Officialat oder Konsistorium[11] für die Rechtspflege, namentlich die Ehesachen und die Disciplinar- und Deliktsachen der Geistlichen üblich[12], wogegen in Baiern[13] und in Oesterreich von dem ersteren, dem General-Vikariat oder Ordinariat (s. nachher), nur für die Eheprocesse eine besondere Behörde als Ehegericht abgetrennt ist[14]. In Baiern wird das letztere als Konsistorium bezeich-

[1] Th. I. S. 179. n. 9. S. 187.

[2] Darauf stützt die Glosse zu Clem. 2. de rescr. I. 2. s. v. per electionem ihre abweichende Ansicht.

[3] Vgl. über diese Kontroverse noch Fagnan. ad c. 13. X. de praebend. III. 5. n. 26. 27; Kober a. a. O. S. 590. u. Anal. 1858. p. 861.

[4] Ferraris n. 1 ff., über die Ausnahmen, welche dann eintreten, wenn der General-Vikar gleichzeitig Kanoniker an der Kathedralkirche ist, s. oben S. 87. n. 3. Vgl. überhaupt noch Analect. 1867. p. 93.

[5] S. die Indulte de Congr. episc. v. 1852 und 1841 in den Anal. 1855. p. 2896. 2897 u. 1867. p. 58.

[6] I. J. 1833, Analecta 1867. p. 92; s. auch ibid. 1858. p. 921.

[7] Eine Zusammenstellung der Einrichtungen in den deutschen Bisthümern zur Zeit des Reiches bei v. Sartori, geistl. u. weltl. Staatsrecht der deutschen Erz-, Hoch- u. Ritterstifter. II. 2. Abschn. 1. S. 458 ff.

[8] Erzbischöfliche Bekanntmachung vom 26. Dezember 1848. §§. 1—3 bei Walter, fontes iuris eccles. S. 532 ff.

[9] Gerlach, Paderborner Diöcesanrecht. 2. Aufl. S. 4.

[10] Sauer, pfarramtliche Geschäftsverwaltung. 2. Aufl. S. 29 ff.

[11] In Breslau ist das letztere die Abtheilung des Gerichts für die Eheprocesse, ersteres die für andere Sachen, Sauer S. 31.

[12] So auch in einzelnen österreichischen Diöcesen, Schulte, stat. dioeces. p. 53.

[13] Silbernagl, Verfassung der Religionsgenossenschaften in Bayern. Landshut 1870. S. 45; Schulte, l. c. p. 101. 103. 112. 115. 117. 119.

[14] Ginzel, K. R. 1, 309. 311. Doch ist jetzt noch in Prag ein eigenes Diöcesangericht einge-

net[1], während gerade umgekehrt in Oesterreich auch die bischöfliche Verwaltungsbehörde vielfach Konsistorium heisst[2]. Für diejenigen Angelegenheiten, welche sich der Bischof selbst zur Erledigung vorbehalten hat, besteht öfters noch eine besondere »geheime Kanzlei«, (so in Breslau)[3], oder »ein allgemeiner geistlicher Rath«, (so in einzelnen bairischen Diöcesen)[4].

Der Ausdruck: Ordinariat bedeutet dagegen im Allgemeinen die zur Leitung der Diöcese bestimmte Behörde, also den Bischof mit den ihm zur Seite stehenden Räthen, ohne dass dabei auf eine etwaige Geschäftstheilung Rücksicht genommen ist. So wird er gebraucht in den Diöcesen, wo eine solche überhaupt nicht vorkommt, also ein einziges Kollegium unter dem Vorsitz des Bischofs alle Angelegenheiten, mit Einschluss der streitigen Rechtssachen erledigt, z. B. in Fulda[5], andererseits wird darunter aber auch (so in Würzburg, Speier, Passau, Regensburg, Mainz) die Verwaltungsbehörde mit Ausschluss des besonders bestehenden Gerichts verstanden[6] oder die Bezeichnung ist, wie z. B. in Baiern, staatlicher Seits für amtliche Korrespondenzen nach aussen hin für beide Behörden vorgeschrieben, welche dann nur als zwei verschiedene Abtheilungen des bischöflichen Verwaltungsorganismus erscheinen[7].

Uebrigens sind diese Einrichtungen auch unabhängig von der Existenz eines General-Vikars. So besteht die oben erwähnte Eintheilung in Konsistorien und Ehegerichte auch da, wo keine General-Vikare angestellt sind[8], während sonst der letztere in dem s. g. General-Vikariat oder Konsistorium oder Ordinariat als Stellvertreter des Bischofs das Präsidium führt, und damit auch in manchen Diöcesen[9] sogar den Vorsitz in dem Ehe- oder sonstigen Gericht, für welches gewöhnlich ein besonderer Präsident ernannt wird, verbindet.

Die einzelnen Abtheilungen dieser Behörden werden aus einer Anzahl von Räthen und Assessoren gebildet und haben zugleich das nöthige Subalternpersonal, an Aktuaren, Registratur- und Kanzlei-Beamten. Zu den ersteren werden Geistliche in höheren Stellungen, so namentlich die Domherren, ferner Erzpriester, vicarii foranei u. s. w. vom Bischof ausgewählt[10], sofern nicht die Kanoniker kraft besonderer Vorschrift von selbst Mitglieder der bischöflichen Behörde sind[11].

Im Allgemeinen haben diese Behörden gegenüber dem Bischof, resp. dem General-Vikar nur eine berathende Stellung[12] und deshalb ist auch die Anstellung von Laien als Mitglieder derselben nicht ausgeschlossen[13]. Nur die als Gerichtsbehörden fungirenden Abtheilungen sind mehrfach zu mit Stimmenmehrheit beschliessenden Kollegien unter

setzt, welches nach der Instruktion von 1869. §. 1, Moy, Arch. 23, 429, die Gerichtsbarkeit in allen kirchlichen Rechts- und Kriminal-Fällen (mit Ausnahme der Ehesachen) ausübt.

[1] S. 224. n. 13 u. Schulte l. c. p. 103. 105. 112. 115. 117. In Mainz heisst das vom Ordinariat abgesonderte Gericht ebenfalls Konsistorium, Schulte p. 135.

[2] Schulte l. c. p. 27. 29. 31. 33. 36. 39. 42. 43. 45. 54. 56. 58. 60. 61.

[3] Sauer a. a. O. S. 29.

[4] Silbernagl, a. a. O.; Schulte l. c. p. 101. 105. 111. 115; dasselbe in Köln ibid. p. 79.

[5] Schulte l. c. p. 137. Ebenso in Brixen und Trient. ibid. p. 49. 51.

[6] L. c. p. 103. 107. 117. 119. 135. Ebenso in Limburg.

[7] Verordn. v. 7. Mai 1826, Döllinger, Sammlung v. Verordn. 8, 316.

[8] S. z. B. Schulte S. 29. 31. 33. 36. 39. 43. 45. 48; s. auch Ginzel 1, 309.

[9] So in Wien und Prag, Schulte l. c. p. 27. 42.

[10] S. die Angaben bei Schulte an den angeführten Stellen.

[11] S. oben S. 159.

[12] Ginzel, a. a. O. 1, 309.

[13] So werden z. B. in den preussischen Diöcesen die Justitiare aus den staatlichen richterlichen Beamten genommen, um die Sachen, bei welchen es auf Kunde des preussischen Civilrechts ankommt, zu bearbeiten, s. z. B. für Paderborn Gerlach a. a. O. S. 4 und für Kulm Moy Arch. 8, 1. Das Gleiche kommt vor in Münster.

dem Vorsitz eines der Räthe, häufig Official genannt, nach Art der staatlichen Gerichte formirt, und entscheiden selbstständig ohne Rückfrage beim Bischof[1].

Während bei der Einrichtung der General-Vikariate der Boden des gemeinen Rechts nicht verlassen ist und dasselbe sogar hinsichtlich ihrer Befugniss, ohne besondere Ermächtigung des Bischofs bei zweifelhaften und ungenügenden Amtsinstruktionen vorzugehen, noch die Entscheidungsnormen darbietet, steht die letztgedachte Gerichts-Organisation allerdings mit einer rigoristischen Auffassung des gemeinen Rechts nicht in Einklang[2]. Immerhin lassen sich aber diese Einrichtungen nicht für rein delegirte Gerichtsbehörden im Sinne des kanonischen Rechts erklären. In dieser Stellung sind sie nicht beabsichtigt, vielmehr sollen sie gerade statt des Bischofs und Namens desselben zur Erleichterung der Geschäftsverwaltung die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit ausüben[3]. Demgemäss können mit Rücksicht auf die diese Gestaltung zulassende Gewohnheit und die stillschweigende Duldung des päpstlichen Stuhles hier nur analogisch die für die mandirte iurisdictio quasi ordinaria des General-Vikars geltenden Grundsätze angewendet werden. Ein vom Willen des Bischofs unabhängiges Recht auf ihre Existenz, ihre festgesetzte Kompetenz und ihre sonstige Organisation haben diese Gerichtsbehörden ebensowenig, wie die Ordinariate oder General-Vikariate, vielmehr kann der Bischof in jedem Augenblick beliebig Sachen zur eigenen Verhandlung an sich ziehen oder Umgestaltungen treffen[4], sofern er nicht etwa durch bestimmte partikuläre staatliche Normen[5] oder indirekt durch die Art und Weise, wie in den einzelnen Staaten die Subventionen für die Unterhaltung dieser Hülfsbehörden gewährt werden, beschränkt ist.

Was die Stellung der einzelnen Mitglieder der letzteren und der Subalternbeamten derselben betrifft, so ist diese an und für sich, wenn auch ihre Ernennungspatente nicht auf Widerruf oder auf bestimmte Zeitdauer ausgestellt sind, keine dauernde[6]. Sie sind nichts als Hülfsbeamte des Bischofs, und da letzterem allein die selbstständige Verwaltung der Diöcese zukommt und er ausschliesslich für dieselbe verantwortlich ist, muss er auch in der Lage sein, das Hülfspersonal jeden Augenblick zu ändern[7]. Mehr Recht als die General-Vikare, denen die Mitglieder der selbstständig fungirenden Behörden höchstens gleichstehen, können die Hülfsbeamten mit berathender Stimme oder gar die Subalternbeamten nicht haben.

Wenn denselben indessen durch ihr Patent oder ihren Dienstvertrag ein bestimmtes Gehalt auf Lebenszeit oder ohne jede nähere Beschränkung zugesichert ist, so kann ihnen selbstverständlich der Bischof dieses Recht nicht ohne Grund entziehen, ja der von seinem Amt enthobene Beamte wird sich, ebenso wie der General-Vikar mit einer

[1] S. die citirte Kölner Verordnung v. 1848. §§. 6 ff., Walter l. c. S. 534 u. die Prager Instruktion v. 1869. §§. 2 ff.; Moy 23, 429. In Paderborn hat dagegen das Officialatgericht im Grunde nur die Stellung einer berathenden Behörde, denn alle Entscheidungen müssen dem Bischof vor ihrer Ausfertigung zur Bestätigung vorgelegt werden, Gerlach, a. a. O. S. 5.

[2] S. S. 220.

[3] S. z. B. die Note 1 gedachten Verordnungen, welche u. A. keine Appellation an den Bischof, sondern nur an die vorgesetzte Instanz zulassen.

[4] Das behalten auch die eben erwähnten Verordnungen dem Bischof ausdrücklich vor.

[5] S. oben S. 159.

[6] Bouix l. c. p. 470.

[7] Das spricht für die Mitglieder der Ehegerichte, welche jetzt in Oesterreich nach dem Gesetz vom 25. Mai 1868. Art. 1. (vgl. auch Ministerialschreiben vom 19. Februar 1869, s. Moy, Arch. 20, 157 u. 21, 349) nur noch für das Gewissensforum, nicht mehr mit für das staatliche Gebiet bindender Wirkung erkennen dürfen, die Anweisung für die geistlichen Gerichte v. 1858 §. 98, Schulte, das österr. Gesetz über die Ehen der Katholiken. Prag 1856. S. 159, ebenso die erwähnte Prager Instruktion v. 1869. §. 3, Moy 23, 430 für die Mitglieder des Diöcesangerichtes aus.

Beschwerde an die Congregatio episcoporum wenden dürfen [1]. Aber die staatlichen Gerichte sind verpflichtet, in den von solchen Beamten aus ihren Dienstkontrakten gegen den Bischof erhobenen Processen die Entscheidung der bischöflichen Disciplinargerichte dann zu respektiren, also für die Aufhebung des Dienstvertrages als massgebend zu erachten, wenn der betreffende Staat das Recht der katholischen Kirche zur Verwaltung einer eigenen Disciplinargerichtsbarkeit anerkannt hat [2], da vom civilrechtlichen Standpunkt aus betrachtet, in der Annahme der Anstellung seitens des Beamten eine stillschweigende Anerkennung der die Dienstenthebung rechtfertigenden Disciplinarvergehen als einseitiger Vertrags-Auflösungsgründe liegt.

Endlich folgt aus der Stellung dieser Beamten zum Bischof, dass derselbe ihnen über die Dauer seiner eigenen Amtsführung hinaus kein Recht weder auf die Weiterverrichtung ihrer Funktionen noch auf ihr Gehalt gewähren kann. Da es sich hier nicht um in der Hierarchie nach gemeinem Recht feststehende Aemter handelt, ist er nicht befugt, seinem Nachfolger, welcher dasselbe Recht zur freien Auswahl seiner Hülfsbeamten besitzt, in dieser Hinsicht zu präjudiciren.

Besondere, vor Allem in Frage kommende politische Verhältnisse haben endlich in der Verwaltung einzelner Diöcesen noch weitere Abweichungen von dem gemeinen Recht hervorgerufen als die eben besprochenen. So kommt es vor, dass für einzelne Theile einer Diöcese, namentlich solche, welche zum Territorium eines anderen Staates gehören, ein besonderer General-Vikar [3] oder eine eigene Behörde, welche eine ähnliche Stellung, wie ein General-Vikariat hat [4], eingesetzt ist.

[1] S. Th. I. S. 466.

[2] Vgl. darüber unten in der Lehre von der Straf- und Disciplinargerichtsbarkeit.

[3] In der Breslauer Diöcese existirt ein besonderes General-Vikariat und ein besonderes Officialat für den preussischen Antheil in Breslau und den österreichischen in Teschen, Sauer a. a. O. S. 30; in der Diöcese Brixen ein eigenes General-Vikariat für Vorarlberg, obwohl die Congr. episc. i. J. 1604 entschieden hat, dass der Bischof nicht mehrere Tribunale oder General-Vikare nach der Zahl der in seiner Diöcese eingeschlossenen Territorien der verschiedenen Landesherrn einsetzen soll. Freilich wird auch hiervon eine Abweichung in Folge päpstlichen Indultes oder einer feststehenden Gewohnheit gestattet, s. Ferraris l. c. art. 1. n. 15. Ebenso kommen in den französischen Diöcesen in Gemässheit des art. 21 der articles organiques (Münch, Sammlung aller Konkordate 2, 16): „Chaque évêque pourra nommer deux vicaires généraux et chaque archevêque pourra en nommer trois; il les choisiront parmi les prêtres ayant les qualités requises pour être évêques“ mehrere General-Vikare vor, welche hier theilweise die Funktionen der Domkapitel erfüllen, s. Neher, kirchl. Geographie 1, 424 und oben S. 160. n. 6.

[4] So das Officialat zu Vechta für die katholische Bevölkerung des zum Bisthum Münster gehörigen Grossherzogthums Oldenburg, welches aus einem vorsitzenden Official und vier Assessoren besteht. Dieser Behörde steht die ordentliche Amtsgewalt des Bischofs mit Ausnahme der ausdrücklich vorbehaltenen Geschäfte zu, s. den Vertrag vom 5. Januar 1830 bei Müller, Lexikon des Kirchenrechts, 2. Aufl. 5, 402. §§. 7 ff. 11 ff., namentlich §. 14: „die Bescheidung auf die von den Seelsorgern vorgetragenen Bedenken, die Lokal-Approbation der Beichtväter und Prediger, die Sendung der Pfarr-Gehülfen, die Besetzung der geistlichen Pfründen (insofern der Bischof dabei mitzuwirken hat), ferner die Entbindung von Gelübden insofern sie in der Hand des Bischofs liegt, die Annahme des Verzichtes auf eine Pfründe, die Errichtung, Umwandlung, Vereinigung und Theilung geistlicher Pfründen, die Bestätigung frommer Stiftungen, die Veräusserung oder Verpfändung von Kirchengut, die Bau-Angelegenheiten der Kirchen und andern geweihten Stätten, die Ertheilung der nicht vorbehaltenen Dispensationen, die Kirchen-Visitation, die Fürsorge, dass den kanonischen Vorschriften, insonderheit denen von der Residenzpflicht der Pfarrer, Kapläne, Kurat-Pfründner und Kirchner oder Küster (worin durchaus nicht dispensirt werden soll) nachgelebt werde, die Pflege des Schulwesens, insofern es den Bischof angeht, endlich die Ausübung des Richteramts in geistlichen Sachen“. In letzteren d. h. nach §. 16 den Beneficial-Sachen, Sponsal- und Ehesachen, den kirchlichen Disciplinar- und sonstigen Vergehen, welche mit Exkommunikation, Suspension, Absetzung und anderen geistlichen Strafen bedroht sind, haben die Beisitzer eine entscheidende, sonst nur eine berathende Stimme (§. 17). Eine Appellation an den Bischof findet nicht statt, ebensowenig ein Rekurs an denselben, „ausser in sehr wichtigen Angelegenheiten mit Vorwissen und Genehmigung der Regierung“ (§§. 18. 19.). Bei diesen weitgehenden Rechten kann man den Official unmöglich mit den vicarii foranei, deren Stellung nach den Grundsätzen von der Delegation zu beurtheilen ist (s. oben. S. 200).

§. 88. *ee. Die Verwaltung der Diöcese während der Vakanz des bischöflichen Stuhles. Der Kapitular-Vikar*.*

I. Geschichtliche Einleitung. Erst seitdem die ursprünglich kollegialische Leitung der einzelnen Christengemeinden aufgehört hatte und die Bischöfe an die Spitze der letzteren getreten waren, bedurfte es bei dem Tode des Bischofs oder einer sonstigen Erledigung des Amtes einer besonderen Wahrnehmung und Ausübung der bischöflichen Rechte bis zur Wiederbesetzung des erledigten Stuhles [1]. Bei der einflussreichen Stellung, welche das Presbyterium noch in den ersten Zeiten trotz der erwähnten Umbildung behalten hatte [2], war die Verwaltung des vakanten Bisthums durch das erstere das Natürlichste [3], da man dabei zugleich im Zusammenhang mit den früheren Einrichtungen blieb, indem das Presbyterium die Rechte, welche es an den Bischof verloren, jetzt wenigstens, so lange ein solcher nicht vorhanden war, wieder selbstständig verwaltete.

Seit dem 5. Jahrhundert erscheint aber ein Ausschuss des Presbyteriums [4], bestehend aus einem, mitunter dem ersten (Archi-) Presbyter und dem Archidiakon, mitunter auch einem anderen angesehenen Geistlichen [5], vor allem dem s. g. Oekonomen, dem Kleriker, welcher noch bei Lebzeiten des Bischofs das Kirchenvermögen verwaltet hatte [6], als das eigentliche Organ der interimistischen Leitung, eine Einrichtung, welche sich wohl daraus erklärt, dass die Leitung durch das gesammte Kollegium der Pres-

wie Richter §. 137. n. 12 thut, auf eine Linie stellen, vielmehr nur mit den General-Vikaren; ist doch sogar darüber hinaus eine ständige Dauer dieser Behörde festgesetzt, wenngleich formell der kanonische Grundsatz, dass das Amt des General-Vikars mit dem Tode des Bischofs aufhört, festgehalten ist; — s. §. 29 ibid.: „. . . Während der Vakanz des bischöflichen Stuhles steht die Behörde zu dem Domkapitel zu Münster in gleichem Verhältnisse, wie zu dem Bischofe bei besetztem Stuhle. Da der Official und die Beisitzer zu Vechta nicht beliebig entlassen werden können, so wird das Domkapitel und der nachfolgende Bischof sie in ihren Aemtern bestätigen und von ihnen blos einen neuen Amtseid fordern". — Dagegen haben wohl die geistlichen Kommissariate für das Eichsfeld zu Oberfelde in der Diöcese Hildesheim, Spangenberg in Lipperts Annalen des K. R. 2, 59, die Kommissariate zu Heiligenstadt und Magdeburg, sowie das geistliche Gericht zu Erfurt, s. Gerlach, a. a. O. S. 4, von denen nur das erste und letzte zu der Diöcese Paderborn, das zweite zu dem als Missionsland von dort aus administrirten Theil der Provinz Sachsen gehört, (s. Laspeyres, Gesch. der kathol. Kirche Preussens S. 809. n. 40; Mejer, die Propaganda 2, 477), die Vikariate des Erzbischofs zu Prag in Habelschwert für die Grafschaft Glatz (der betreffende Vikar führt den Titel: Grossdechant) und des Erzbischofs zu Olmütz für den Distrikt Katscher in Oberschlesien, Schulte l. c. p. 22. 36, blos die Stellung von delegirten Behörden, so auch Richter a. a. O. Leider sind, so weit mir bekannt, die betreffenden Urkunden nicht publicirt. — Ueber andere sonst heute noch vorkommende bischöfliche Kommissare vgl. unten §. 91. VII.

* Ritter, der Capitular-Vikar. Münster 1832; Rau, die Rechte der Domkapitel während der Erledigung oder Verhinderung des bischöflichen Stuhles in der Tübinger theol. Quartalschrift 1842. S. 305 ff.; die S. 49. n.* citirten Schriften von Aug. Barbosa, de canonicis. c. 42. n. 27 ff.; Gehring S. 188 ff. u. Huller S. 151 ff.; Bouix, de capitulis p. 532 ff.

1 Bei der kollegialischen Regierung der Gemeinde konnte es sich immer nur um den Ersatz eines einzelnen abgegangenen Mitgliedes handeln, das Leitungsorgan selbst bestand ja fort.

2 S. 49.

3 So in Rom i. 3. Jahrh. s. Th. I. S. 368; in Carthago Cyprian. ep. 81, ed. Fello, — nicht Ignatius, wie Gehring S. 8 angiebt — dessen Anweisung in ep. 14 („vice mea fungamini circa gerenda ea quae administratio religiosa deposcit") an seine Priester und Diakonen während seiner Abwesenheit von Carthago den allgemeinen Grundsatz bestätigt, dass das Presbyterium in Ermangelung eines Bischofs dessen Rechte wahrzunehmen hat; vgl. auch J. H. Böhmer J. E. P. III. 9. §. 11; Rau a. a. O. S. 365.

4 Ueber Rom, s. Th. I. S. 220. 223. 359. 360. 369, über Alexandrien s. diesen Theil S. 184. n. 10; eben so wohl auch in Konstantinopel, s. a. a. O.

5 Erstere beiden werden nur für Alexandrien erwähnt, in Rom daneben noch der Primicerius der Notare, s. die vorhergehende Note.

6 c. 2 (Chalced. a. 451 c. 25) Dist. LXXV u. c. 4 (conc. cit. c. 26) Dist. LXXXIX = c. 21. C. XVI. qu. 7. — Der eine Adressat in dem S. 184. n. 10. citirten Schreiben wird bezeichnet als Priester und Oekonom.



byter und Diakonen zu schwerfällig war. Dass der Metropolit ein Aufsichtsrecht über diese provisorische Verwaltung auszuüben hatte[1], folgte aus seiner Befugniss, die Wiederbesetzung der vakanten bischöflichen Stühle zu veranlassen[2], denn in derselben war die Pflicht enthalten, etwaigen Unordnungen bei den Vorbereitungen für die Wahl des Nachfolgers[3] entgegenzutreten und durch Verhütung von Beraubungen und Verschleuderungen des Kirchengutes, sowie anderer Eingriffe in die kirchlichen Verhältnisse des Bisthums für die Bewahrung des ungeschmälerten Bestandes desselben Sorge zu tragen. Schon Anfang des 5. Jahrhunderts wird des intercessor oder inventor eines vakanten Bisthums erwähnt, und diesem aufgegeben, für die Wiederbesetzung desselben binnen Jahresfrist bei Vermeidung seiner Abberufung und Einsetzung eines andern Sorge zu tragen[4]. Wegen der hier vorausgesetzten längeren Dauer der Funktion des Intercessors kann damit kaum der benachbarte Bischof gemeint sein, welcher nach einzelnen Koncilien des 5. und 6. Jahrhunderts die Exequien seines verstorbenen Kollegen abhält und die Verschleuderung des von diesem hinterlassenen Vermögens verhindern soll[5], vielmehr nur ein vom Metropoliten bestellter Verwalter des Bisthums[6]. Allerdings findet sich schon in derselben Zeit die Anordnung der Bestellung eines s. g. visitator[7], welcher offenbar mit dem intercessor identisch ist, seitens des Papstes Johanns II.[8], das erklärt sich aber daraus, dass der frühere Bischof an den Papst appellirt hatte[9], und überdies wurde die Ernennung und Einsetzung selbst dem Erzbischof überlassen[10]. Dagegen beziehen sich die von Gelasius I.[11] und vor Allem zahlreich von Gregor I. vorgenommenen Deputirungen nur auf italienische und sicilianische Bisthümer[12], und da die römischen Bischöfe für diese die Stellung eines Metropoliten besessen haben, so kann die Delegirung von Visitatoren nicht als päpstliches Reservat-, sondern nur als erzbischöfliches Recht angesehen werden[13]. Aus den

[1] Ambrosii ep. 2 (al. 44) ad Constant. (ed. Bened. 2, 761): „commendo tibi, fili, ecclesiam quae ad forum Cornelii, quo eam de proximo intervisas frequentius, donec ei ordinetur episcopus".

[2] S. oben S. 1.

[3] Ambrosii ep. 63. (al. 82) ad Vercell. eccles. l. c. p. 1022; c. 11. 12. Dist. LXIII.; s. auch J. H. Boehmer, ius parochiale sect. VIII. c. 1. §. 10.

[4] c. 22 (c. 8. Carth. V. oder c. 74 cod. eccles. Afric. a. 401) C. VII. qu. 1.

[5] c. 6. Reg. a. 439: „. . . ne quis ad eam ecclesiam quae episcopum perdidisset, nisi vicinae ecclesiae episcopus exequiarum tempore accederet: qui (visitatoris vice nicht in allen Handschriften) tamen statim ecclesiae ipsius curam districtissime gereret, ne quid ante ordinationem discordantium in novitatibus clericorum subversioni liceret. Itaque cum tale aliquid accidit, vicinis vicinarum ecclesiarum inspectio, recensio descriptioque mandatur". c. 7. ibid.: „Haec autem omnia exequiarum tempore usque ad septimam defuncti diem aget; exin se (*al.* eximiae) ecclesiae referens mandatum metropolitani, simul cum omnibus sanctis episcopis opperietur. Nec quisquam ad ecclesiam quae summum amiserat sacerdotem nisi metropolitani literas invitatus accedat, ne a plebe decipiatur et vim pati voluisse videatur"; c. 16. Ilerdens. a. 524 o. 546; c. 4 Vallet. a. 524 (hier heisst dieser commendator, weil er die Gebete für den Verstorbenen, die commendationes Du Cange s. h. v. abhält, Hefele, Konciliengesch. 2, 690).

[6] Das ergiebt das in der vorhergehenden Note angeführte Koncil von Riez, welches den Metropoliten die Oberaufsicht über die vakante Kirche beilegt.

[7] c. 3. (Gelasius I.) Dist. XXIV. s. Th. I. S. 313.

[8] ep. ad episc. Galliae a. 534, betreffend das durch Absetzung des Contumeliosus (s. S. 5. n. 1.) erledigte Bisthum Riez, Mansi 8, 807: „Sed ne eius ecclesia destituta videatur, in eius loco visitatorem dari, praesenti auctoritate decernimus, qui a se ita noverit omnia exhibenda, ut nihil de ordinibus clericorum, nihil de ecclesiastica facultate praesumat, sed ea quae ad sacrosancta mysteria pertinent, exequatur".

[9] S. oben a. a. O.

[10] Ioann. II. ep. ad Caesar. Arelat. a. 534, ibid. p. 809: „In cuius locum visitatorem constituite".

[11] S. Note 3.

[12] S. Th. I. S. 313. n. 4. und die gleich folgenden Anmerkungen; eine nähere Aufzählung bei Phillips K. R. 5, 459.

[13] So auch die Benediktiner in ihrer Ausgabe der opp. Gregorii I. zu ep. I. 78 (2, 562) not. b. Eine Ausnahme macht allein die Delegirung eines solchen für Ravenna s. V. 26, ed. cit. 2, 755, welche sich aber aus dem Bestreben erklärt, über dieses Erzbisthum, dessen Verhältniss zu Rom sehr schwankend war (s. S. 4), bei jeder Gelegenheit die päpstliche Oberhoheit geltend zu machen.

Briefen Gregors I. ergiebt sich, dass die Visitatoren, deren Bestellung nach dem eben Bemerkten ein Recht des Metropoliten war, nicht blos für vakante Bisthümer, sondern auch für solche Diöcesen eingesetzt wurden, deren Oberhirten nur zeitweise an der Leitung ihrer Diöcesen verhindert waren[1]. Die Thätigkeit des Visitators bestand darin, in der ihm provisorisch zugewiesenen Kirche die bischöflichen Funktionen vorzunehmen[2], die einleitende Thätigkeit für eine Neuwahl unter Verhütung von Unordnungen und unter Ausmittlung eines geeigneten Kandidaten zu treffen[3], und für die Aufrechterhaltung des status quo des verwaisten Bisthums Sorge zu tragen[4]. Weiter gehende Rechte konnten die Visitatoren nur in Folge eines besonderen Auftrages des Metropoliten ausüben; so bedurften sie eines solchen zur Ordination von Geistlichen[5], der ihnen allerdings für den Fall der Nothwendigkeit, namentlich für eine längere Zeit andauernde Vakanz öfters ertheilt worden ist[6]. Mehrfach sind auch die Klöster ihrer Oberleitung unterstellt[7], und vereinzelt ihnen auch eigentliche Leitungsbefugnisse gewährt worden[8].

Wenngleich nach der allgemeinen Annahme die Visitatoren die gesammte Verwaltung des vakanten Bisthums bis zu dessen Wiederbesetzung geführt haben[9], sie also an die Stelle des Presbyteriums getreten sein müssten, so widerlegt sich diese Ansicht doch durch die verhältnissmässig geringen Befugnisse der Visitatoren[10], welche sich auch nicht einmal dauernd in der ihnen überwiesenen Diöcese aufgehalten haben können[11]. Für die laufenden, auch während der Vakanz zu erledigenden Geschäfte bedurfte es daher neben dem Visitator noch eines anderen, freilich von demselben kontrolirten Organs und dieses kann nur das Presbyterium, resp. ein Ausschuss desselben gewesen sein[12].

1 Wegen einer durch Krankheit bedingten Abwesenheit III. 24 p. 641; wegen einer dem Bischof auferlegten Busse VI. 41. p. 823; wegen der Einsetzung des abwesenden Bischofs zum Visitator einer andern Kirche, s. Th. I. S. 313. n. 5.

2 S. 229 n. 8 u. Greg. I. ep. II. 26. p. 588.

3 Gregor. I. ep. II. 25. IV. 41. VI. 21. VII. 16. IX. 87. X. 17 (ed. cit. 2, 588. 722. 808. 862. 995. 1052).

4 ibid. II. 38. VI. 21. VII. 16, l. c. p. 600. 808. 862; c. 16. 19. (Gregor. I.) Dist. LXI.

5 S. S. 229. n. 8. Daher unrichtig Phillips 5, 458.

6 c. 3. Dist. XXIV. cit.; Gregor. I. ep. I. 15. 78. IV. 41, l. c. p. 500. 562. 721.

7 Ibid. II. 38. VI. 21. p. 601. 808; c. 16. Dist. LXI. cit.

8 Gregor. I. ep. III. 24. p. 641: „Quidquid autem tibi visum fuerit, pro utilitatibus eiusdem ecclesiae ordinare, habebis modis omnibus ex nostra permissione licentiam"; ep. IX. 72 p. 987: „Fraternitati vestrae ecclesiae Teramnanae visitationis operam nos olim mandasse recolimus. Sed quia pervenit ad nos, quod . . . nec clerus illic nec plebs tanta remanserit, quibus debeat interim episcopus ordinari, utile esse prospeximus eamdem ecclesiam vel quidquid ipsius est, quousque illam ut domino placuerit, ordinemus, vestrae deo auctore dispositioni committere. Et ideo sollicitudinem vos convenit adhibere, ut quidquid de possessionibus ecclesiae ipsius in qualibet re accedere potuerit, vobis vel in reparatione eiusdem ecclesiae sive cleri ipsius subventione proficiat... Mobile vero praedictae ecclesiae facta subtiliter volumus describi notitia nobisque transmitti, ut ex hoc quid fieri debeat, auctore domino disponamus. Circa actus autem vel disciplinam cleri vel filiorum ecclesiae ipsius magnam te habere curam necesse est atque ita insuper pastorali studio vigilare, ut de animabus eorum non sis culpabilis"...; vgl. auch ibid. II. 43. p. 605 = c. 14. C. XII. qu. 1. — Uebrigens erhielten die Visitatoren auch ein Honorar aus den Einkünften der betreffenden Kirchen s. Gregor. I. ep. III. 35. V. 12. p. 649. 737.

9 Richter K. R. §. 136; Phillips Lehrbuch S. 369; Schulte K. R. 2, 260.

10 Auch Ioann. Diacon. vita Gregorii M. lib. III. c. 22, opp. 4, 95: „Defunctorum episcoporum ecclesias pro faciendo inventario et eligendo optimae opinionis episcopo vicinis episcopis commendabat" steht mit den im Text gemachten Angaben im vollkommensten Einklang.

11 Das folgt daraus, dass einem Bischof mehrere Diöcesen als Visitator zuertheilt worden sind, s. Gregor. I. ep. VI. 21, ed. cit. p. 807 u. c. 14. cit. C. XII. qu. 1; ferner daraus, dass sonst wieder für den zum Visitator bestellten Bischof regelmässig in seiner eigenen Diöcese ein solcher hätte eingesetzt werden müssen, wofür sich indessen nur ein Beispiel nachweisen lässt, s. Th. I. S. 313. n. 5.

12 Das deutet, wenn auch noch unklar genug, schon Huller S. 152 an. Uebrigens spricht dafür auch das Verbot Gregors I. an den Visitator, ep. V. 44 l. c. p. 774, die Kleriker der ihm übertragenen Kirche von der Verwaltung aus-

In der merovingischen Zeit finden sich gleichfalls Spuren davon, dass die Leitung des vakanten Bisthums in der Hand des Kathedral-Klerus lag[1], obschon freilich die mannigfachen Unordnungen bei den Wahlen der Bischöfe und die gewaltthätigen Eingriffe der Könige, welche allmählich das Besetzungsrecht erlangten, vielfach eine geordnete Verwaltung während der Sedisvakanz gehindert haben.

Allerdings tritt in der karolingischen Zeit das Recht der Presbyterien in Folge des letzteren Umstandes noch mehr zurück, da die Könige selbst theils Bischöfe[2], theils Chorbischöfe[3] während der Erledigung der Kathedralen mit der Administration derselben betrauten, um so eigenmächtig mit den Kirchengütern schalten und walten zu können.

Aber wohl aus Anlass der Opposition der Geistlichkeit gegen dieses Verfahren ging man in manchen Fällen auf die frühere Sitte zurück, einen Visitator[4], für welchen

zuschliessen und diese Geistlichen seiner eigenen Diöcese zu übertragen, ferner die ep. Agapeti I. ad Caesar. Arelat. a. 535, Mansi 8, 857: „Suspensus igitur . . . Contumeliosus habeat tantum . . . missarum celebrationem, et patrimonio ecclesiae in gubernatione archidiaconi eiusdem ecclesiae constituto . . . visitatoriam . . . praecipimus ordinari personam", s. dazu S. 229. n. 8. Endlich dürfte auch sonst die nachmalige Administration der Domkapitel sich schwerlich erklären lassen, während bei der im Text vertretenen Meinung die Kontinuität der Entwicklung gewahrt erscheint.

[1] Gregor. Turon. hist. IV. 5: „cum autem ab hoc mundo migrasset et ablutus in ecclesiam deportatus fuisset (Gallus, Bischof von Clermont), Cato presbyter continuo a clericis de episcopatu laudes accepit et omnem rem ecclesiae, tanquam si esset episcopus, in suam redegit potestatem. Ordinatores (das können nur die provisorischen Verwalter sein) removet, ministros respuit, cuncta per se ordinat"; c. 6. Aurel. II. a. 533: „Ut episcopus qui ad sepeliendum episcopum venerit, evocatis presbyteris in unum domum ecclesiae adeat descriptamque idoneis personis custodiendum sub integra diligentia derelinquat, ut res ecclesiae ullorum improbitate non pereant". Da die Personen, denen die Bewachung des Inventars der bischöflichen Wohnung anvertraut wird, theilweise dieselben Funktionen, wie die Visitatoren haben, so muss die sonstige Verwaltung in den Händen des Domklerus gelegen haben. c. 7. Paris. a. 614 u. 615: „ut defuncto episcopo . . . res ecclesiae . . . ab archidiacono vel clerico in omnibus defensentur et conserventur".

[2] Flodoard. hist. Rem. III. 11: „Tum de presbytero quodam abbate Altivillarensis coenobii, nomine Halduino qui . . . a Lupo postea episcopo Catalaunensi episcopo presbyter fuerat consecratus mota est quaestio (auf dem Koncil v. Soissons v. 853). Surgens itaque Lupus episcopus porrexit volumen, in quo continebatur, quo modo iussus est regiis litteris Karoli regis ut quia metropolis Remorum pastore carebat, in confectione chrismatis aliisque negotiis ecclesiasticis pro sui possibilitate consulere procuraret. Quocirca cum epistola regia, ut ipsum Halduinum presbyterum ordinaret atque in Altvillari monasterio abbatem sacraret, archidiaconus Remensis ecclesiae cum aliis comministris tam canonicis quam monachis illi obtulerit: quemque ad votum praefati principis et offerentium ordinaverit. Unde iudicatum est a synodo, eundem episcopum nihil damnationis de illius ordinatione attigisse"; s. ferner Hincmari annal. ad a. 866 (SS. 1, 471): „Hlotharius (II.) episcopium Coloniense ab Hugone receptum Hilduino (dem abgesetzten Bischof von Kammerich, Bruder des von Nikolaus I. deponirten Kölner Erzbischofs Günther) . . . sub provisionis obtentu committit, sed re vera dispositio illius excepto episcopali ministerio penes Guntharium manet"; vgl. dazu Dümmler, ostfränk. Reich 1, 506. 581.

[3] S. oben S. 165.

[4] Capit. Vermer. a. 853. c. 1. (LL. 1, 421) für den erkrankten Bischof von Nevers, wobei bemerkt wird, dass sich keine geeignete Persönlichkeit für die Stelle eines Oekonomen an dessen eigener Kirche befunden habe, s. ferner Hincmari epist. ad Carolum reg. in Betreff der Vakanz in Senlis (opp. ed. Migne, patrolog. 126, 268): „dignetur mihi dominatio vestra litteris suis significare, quem vultis de coepiscopis nostris ut ei ex more litteras canonicas dirigam et visitatoris officio fungens in eadem ecclesia electionem canonicam faciat"; die beiden Briefe desselben an Hedenulph von Laon und Hadebert von Senlis ernennen in Vakanzfällen den ersteren zum Visitator in Kammerich, den letzteren in Beauvais, s. ibid. p. 268. 269; vgl. auch eiusd. de translatione episcoporum contra Actard. Nannetens. c. 14 l. c. p. 227: „Nisi enim viri et uxoris legalis coniunctio ad episcopi et ecclesiae sibi coniunctae mysterium pertineret, magnum Chalcedonense concilium defuncto suo episcopo viduatam ecclesiam non vocaret cuius reditus penes oecononum futuro reservari iubet episcopo nec ab aliis quibusque vel vivente vel defuncto cuiuscunque civitatis episcopo usurpari vel pessumdari"; Karoli II. conv. Carisiac. a. 877. c. 8 (LL. 1, 538): „Si antequam . . . revertamini, aliquis archiepiscopus defunctus fuerit, vicinus episcopus ipsius dioceseos cum comite ipsam sedem praevideat usque dum obitus ipsius archiepiscopi ad vestram notitiam perveniat. Si aliquis episcopus interim obierit, archiepiscopus ipsi sedi visitatorem secundum sacros canones deputet, qui una cum comite ipsam ecclesiam, ne praedetur, custodiat usque dum ipsius episcopi obitus ad vestram notitiam perveniat".

jetzt freilich die Bestätigung des Königs eingeholt wurde, sowie einen Oekonomen für die Administration des Kirchengutes zu bestellen, und da man sich hierbei im wesentlichen an die unter Gregor I. ausgebildeten Grundsätze hielt[1], so war damit auch gleichzeitig das Recht des Presbyteriums zur Administration der vakanten Diöcese anerkannt.

Dasselbe gilt auch für die dem Papst direkt untergebenen Bisthümer Italiens, denn auch für sie findet sich noch in dieser Zeit eine Bestellung von Visitatoren unter Festhaltung der von Gregor I. gebrauchten Formen[2].

Selbst noch im 10. und 11. Jahrhundert ist die Existenz solcher Visitatoren bezeugt[3], andererseits tritt aber auch in derselben Zeit die Betheiligung der übrigen Kleriker an der Bewahrung des Vermögens der erledigten Diöcese hervor[4].

Die blosse Hervorhebung der Vermögensverwaltung für den Fall der Vakanz erklärt sich daraus, dass es vor Allem darauf ankam, die Güter der Bisthümer gegen die Eingriffe der weltlichen Fürsten und Grossen zu schützen. Aber in Folge der Entwicklung des Spolien- und des Regalienrechtes[5] gelang es der Kirche nicht, das Vermögen der Kathedralen vor Beeinträchtigungen zu bewahren, ja vielfach kam die gesammte Verwaltung ihrer Grundstücke, ihrer Gerechtsame und ihres Vermögens, der s. g. temporalia, in die Hände der Fürsten[6], und damit sowie in Folge der Ausbildung des Wahlrechtes der Kapitel musste natürlich das frühere Institut der Visitatoren verschwinden.

Während derselben Zeit hat aber die Umbildung des bischöflichen Presbyteriums zum Kapitel stattgefunden[7], und damit muss sich auch der Uebergang der spirituellen Administration der Diöcese von dem ersteren auf das letztere vollzogen haben. Denn seit dem 13. Jahrhundert erscheint das Kathedral-Kapitel als das den bischöflichen Stuhl während der Vakanz repräsentirende Organ[8].

[1] Capit. Verm. cit. beruft sich sogar auf dessen Verordnungen.

[2] Ep. Ioann. VIII. ad episcopum Ficoclens. a. 881, Mansi 17, 224.

[3] S. die forma electionis episcopi v. 990 bei D'Achery, spicileg. ed. nov. 3, 379; c. 6. conc. Roman. a. 1080, Mansi 20, 533: „Quoties defuncto pastore alicuius ecclesiae alius est ei canonice subrogandus, instantia visitatoris episcopi qui ei ab apostolica vel metropolitana sede directus est, clerus et populus . . . apostolicae sedis vel metropolitani sui consensu pastorem sibi secundum deum eligat“.

[4] c. 5. Nemaus. a. 1096, Mansi 20, 935: „Quotiens aliquis ecclesiae antistes ex hac vita migraverit, duae de melioribus eiusdem ecclesiae personae eligantur quae res episcopi defuncti, sicut ipse disposuerat, fideliter tractent et quae ad episcopatum pertinent, successuro pastori conservent“; conc. Rem. a. 1131. c. 7, ibid. 21, 465 u. Jaffé, monum. Bamberg. p. 440: „Iussit etiam domnus apostolicus, omnium voce consentiente, ut mortuo sacerdote vel episcopo bona eius in libera potestate economi sint, quoad usque catholicus eius successor ex integro illa recipiat“; c. 47 (Later, a. 1139) C. XII. qu. 2; auch Petrus Damiani ep. V. 10 (ed. Caietani Rom. 1606. 1, 215) räth dem Klerus und Volk von Faenza, einen Geistlichen zur Verwaltung des vakanten Bisthums zu wählen.

[5] S. darüber unten; vgl. vorläufig Richter §. 316; Friedberg, de finium inter eccles. et civit. regund. iudicio. Lipsiae 1861. p. 220 ff.

[6] Ja in Frankreich und England nicht nur die Nutzung der Früchte, sondern auch die Besetzung der Beneficien während der Sedisvakanz, s. Friedberg l. c. p. 221 u. G. Phillips iun., der Ursprung des Regalienrechts in Frankreich. Halle 1870. S. 34.

[7] S. oben S. 59.

[8] c. 2 (Honor. III.) X. ne sede vac. III. 9; c. 14 (Gregor. IX.) X. de M. et O. I. 33, das ferner gewöhnlich citirte c. 11 (Honor. III.) ibid. handelt von der Vakanz einer Kardinalkirche und kann deshalb nicht als mit entscheidend angezogen werden. I. J. 1206 erwarben der Dekan und das Kapitel von Auxerre von Philipp II. von Frankreich das Recht auf Verwaltung der Regalien während der Sedisvakanz und auf Bewahrung der Früchte für den Nachfolger s. Brussel, nouvel examen de l'usage des fiefs. Paris. 1727. 1, 305; eine Reihe von Schreiben französischer Kapitel, worin dieselben um Verleihung der Regalien an die von ihnen gewählten Bischöfe bitten, citirt bei Phillips a. a. O. S. 34. n. 3. — Freilich kommen von dieser Regel auch Ausnahmen vor; so verwalteten die Erzbischöfe von Lyon und die Bischöfe von Autun nach einer althergebrachten Sitte bei Vakanzen jeder des andern Bisthum in temporalibus et spiritualibus, was sich wohl aus der Umbildung der Stellung des intercessor oder visitator in ein festes Recht zur Abwehr der Ein-

Das gemeine Recht hat die Befugniss der Kapitel zur Administration der Diöcese während der Sedisvakanz anerkannt [1]. Da es aber den Modus der Ausübung derselben nicht festgesetzt hat, so blieb den Kapiteln in dieser Beziehung vollkommen freie Hand. Sie konnten also die Verwaltung in corpore wahrnehmen oder durch ein Mitglied nach einem bestimmten Turnus leiten lassen [2]. Das häufigste war freilich, dass die Kapitel einen oder mehrere Vikare bestellten [3], welche sowohl hinsichtlich des Umfangs ihrer Befugnisse, als auch in Betreff ihrer ganzen übrigen Stellung von dem sie bevollmächtigenden Kapitel abhängig waren [4].

II. Das geltende Recht beruht noch auf den Bestimmungen der Dekretalen. Faktisch ist aber noch im späteren Mittelalter die Veränderung eingetreten, dass mit der Beseitigung des Spolien- und des Regalienrechtes die Kapitel auch die Administration der Temporalien wieder erlangt haben, und eine rechtliche Modifikation hat später das Tridentinum insofern gemacht, als es einen festen Modus der Ausübung der dem Kapitel zufallenden Befugnisse vorgeschrieben hat.

A. Die Episkopal-Jurisdiktion geht im Augenblick der Vakanz des bischöflichen Stuhles auf das Kathedral-Kapitel über [5], also im Fall des Todes, der Absetzung, der päpstlicherseits erfolgten Lösung des Bandes zwischen dem Bischof und seiner Diöcese bei der Versetzung (Translation) desselben, des vom Papste acceptirten Verzichtes auf das Bisthum [6] und des Konfessionswechsels [7]. Selbstverständlich ist aber das Kapitel zur Ausübung derselben erst von dem Augenblick ab befugt, wo es eine authentische Kunde von dem Eintritt des betreffenden Ereignisses erhalten hat [8], und darf dann auch dem sich noch ferner, z. B. nach seiner Translation, in die Verwaltung einmischenden Bischof entgegentreten [9].

Was die Natur dieses Rechtes der Domkapitel betrifft, so erklären einige Kanonisten dasselbe für ein dem Kapitel habituell neben dem Bischof innewohnendes, so dass kraft eines s. g. ius non decrescendi oder ius consolidationis bei dem Fortfall des einen Faktors der andere die ihm iure proprio zukommende Jurisdiktion allein bis zur Wiederbesetzung auszuüben habe [10], während andere annehmen, dass die in Rede stehende Befugniss nur auf einer stillschweigenden Delegation des Papstes beruhe, und der letztere daher auch berechtigt sei, statt des Kapitels eine andere Person damit zu

griffe der weltlichen Grossen erklärt, s. diplom. a. 1282 u. 1288, D'Achery, l. c. 3, 684. 693; übrigens gewährt die letzte Urkunde daneben dem Kapitel auch gewisse Rechte.

[1] S. die Stellen der vorhergehenden Note.

[2] Bened. XIV. de syn. dioeces. II. 9. n. 1; Ritter, a. a. O. S. 10; Huller a. a. O. S. 166.

[3] So in Basel s. dipl. a. 1335, Gallia christ. 15 app. p. 246, wonach der neugewählte Bischof schwört, „quod ... praepositum, cantorem, archidiaconum et thesaurarium ecclesiae Basiliensis ... vicarios seu commissarios episcopatus Basiliensis sede vacante indemnes conservabit“ ...; c. 3. Tolet. a. 1347, Hardouin 7, 1684; Thomassin l. c. P. I. lib. III. c. 10. n. 13.

[4] Ritter, a. a. O. S. 24 ff.

[5] Das folgt aus c. 3. 4. (Bonif. VIII.) in VIto de supp. negl. praelat. I. 8; Trident. Sess. VII. c. 10 de ref.; Sess. XXIV. c. 16 de ref.

[6] Ueber diese zuerst erwähnten Fälle herrscht Einstimmigkeit, s. z. B. Bouix p. 532; Ritter S. 32; Huller S. 156.

[7] Das ergiebt sich aus der Natur der Sache; über den Fall der haeresis notoria vgl. ausser den in der vorigen Note angeführten noch Fagnan. ad c. 9. X. de haeret. V. 7. n. 28, welche alle mit der Congr. Concilii annehmen, dass dadurch die Aemter ipso iure verloren gehen, was freilich erheblichen Bedenken unterliegt, s. München, kanon. Gerichtsverfahren und Strafrecht 2, 328. — Mit Verehelichung des Bischofs tritt die Sedisvakanz ohne weiteres, so J. H. Böhmer J. E. P. III. 9. §. 19 u. Huller S. 157 nicht ein, s. Th. I. S. 159. Der weiter aufgezählte Fall des Eintritts in einen Orden mit päpstlicher Genehmigung ist mit der im Text erwähnten Resignation identisch.

[8] Ferraris s. v. capitulum art. 3. n. 31. 37; s. v. episcopus art. 3. n. 60 ff.; Bouix p. 539 ff.; Huller S. 167.

[9] Bouix p. 539. 540.

[10] Leuren. de vicario episc. tr. III. c. 1. qu. 48; J. H. Boehmer l. c. §. 22; Gehring S. 190. 191; vgl. dazu auch Bouix p. 535.

betrauen[1]. Allein weder die eine noch die andere Ansicht kann für richtig erachtet werden, vielmehr haben die Kapitel, welche nach dem geltenden Recht keineswegs mehr als gleichberechtigte Faktoren bei der gesammten Verwaltung der Diöcese neben dem Bischof stehen, also auch nicht Mitinhaber der bischöflichen Jurisdiktion sind, kraft der historischen Entwicklung das alte Recht des Presbyteriums auf Administration des vakanten Bisthums sich bewahrt. Die ihnen für diesen Fall zukommende Jurisdiktion beruht demnach zwar auf menschlichem Recht, ist aber immer eine propria und ordinaria, welche mit der Vakanz des bischöflichen Stuhles eintritt und mit der Wiederbesetzung desselben aufhört, und kann daher nur durch einen gesetzgeberischen Akt des Papstes oder durch Gewohnheitsrecht beseitigt werden[2].

B. Ausübung der bischöflichen Jurisdiktion durch das Domkapitel. Das Tridentinum hat im Gegensatz zu dem früheren gemeinen Recht einen bestimmten Modus für die Ausübung der dem Kapitel während der Vakanz zustehenden Befugnisse vorgeschrieben. Nach Sess. XXIV. c. 16. de ref.[3] hat das letztere binnen 8 Tagen nach der Kenntniss von der Erledigung des bischöflichen Stuhles einen oder mehrere getreue Oekonomen für die Verwaltung des kirchlichen Vermögens und ferner einen Vikar, s. g. vicarius capitularis, Kapitular-Vikar, Kapitels-Verweser für die Administration der übrigen ihm zufallenden bischöflichen Rechte zu bestellen.

1. Die Leitung der Diöcese bis zur Bestellung des Kapitular-Vikars und der Oekonomen. Bis zu der erfolgten Bestellung dieser Verwalter besitzt das Kapitel noch dieselben Befugnisse, wie früher, es kann also die letzteren auf jede beliebige Weise ausüben lassen, und es ist kein Mitglied des Kapitels, namentlich auch nicht der Inhaber der ersten Dignität befugt, die Administration während dieser Zwischenzeit für sich unter Ausschluss des Kapitels in Anspruch zu nehmen[4]. Nach positiver Vorschrift soll das letztere gleich nach der Vakanz in der ganzen Diöcese die Abhaltung von Gebeten für die Erlangung eines guten Hirten anordnen[5], und ferner wird dasselbe wegen seiner späteren Pflicht zur Rechenschaftsablegung ein Inventar der in seine Hände gekommenen, die Diöcese betreffenden Schriftstücke anfertigen lassen müssen[6].

2. Der Kapitular-Vikar. a. Frist und Recht zur Bestellung desselben. Nicht vor Ablauf des achten Tages, wohl aber noch innerhalb desselben nach erlangter authentischer Kunde von der Vakanz des Bisthums[7] hat das Kapitel den Vikar zu bestellen. Die Frist ist ein absolutes Fatale. Mit Ablauf desselben hört die Befugniss des Kapitels zur Verwaltung der bischöflichen Jurisdiktion auf[8], und das Recht zur Bestellung devolvirt an den Erzbischof; bei der Säumniss des Kapitels einer Metropolitankirche an den der Anciennität nach ältesten Suffraganen; bei Nachlässigkeit des Kapitels einer exemten bischöflichen Kirche an den nächsten

[1] Rau S. 375.
[2] So auch Huller S. 155.
[3] S. 20. n. 6.
[4] Barbosa, ius eccles. I. 32. n. 29, welcher sich auf eine Entscheidung der Congr. Concilii v. 1620 beruft; Ritter S. 41; Bouix p. 541.
[5] Trident. Sess. XXIV. c. 1. de ref.
[6] L. c. c. 16. de ref. u. dazu Ritter S. 42.
[7] Das Trident. sagt zwar Sess. XXIV. c. 16 de ref.: „infra VIII dies post mortem episcopi", indessen vertreten die Kanonisten, s. z. B. Barbosa l. c. n. 32. Benedict. XIV. de syn. dioec. II. 9. n. 2; Ferraris s. v. capitulum art. 3. n. 37; Ritter S. 42; Bouix p. 540; Huller S. 167 einstimmig die Annahme des Textes und mit Recht, da das Tridentinum nur den am häufigsten vorkommenden Fall der Vakanz durch Tod, sowie — was auch das Regelmässige ist — das Ableben des Bischofs in seiner Residenz, wobei das Kapitel davon noch an demselben Tage Kenntniss erhält, im Auge hat.
[8] Bouix p. 543.

Bischof[1], resp. wenn der Sitz, an dessen Hirten die Befugniss iure devolutionis übergeht, gerade erledigt ist, an das betreffende Metropolitan- oder Domkapitel oder sofern das letztere schon einen Kapitular-Vikar bestellt hat, an diesen[2]. Unterlässt der hiernach kraft der Devolution Berechtigte seinerseits wieder binnen der erwähnten, von erlangter Kunde an zu berechnenden Frist die Einsetzung, so tritt nunmehr der Papst ein[3]. Die nach Ablauf der erwähnten Frist vom Kapitel vorgenommene Bestellung ist nichtig, und es geht der von dem Devolutionsberechtigten gleichzeitig oder später ernannte Vikar immer vor[4], jedoch kann der erstere, wenn er selbst das Recht noch nicht ausgeübt hat, die vom Kapitel verspätet vorgenommene Einsetzung freiwillig gelten lassen[5].

b. Erfordernisse in der Person des Kapitular-Vikars. Der Kapitular-Vikar soll 25 Jahr alt sein, jedoch genügt auch ein Alter von 23 Jahren, wenn die übrigen älteren Kanoniker die vom Tridentinum vorgeschriebenen Eigenschaften nicht besitzen, der jüngere aber allen Requisiten desselben genügt[6], sodann muss er aus einer rechtmässigen Ehe stammen[7], und Kleriker sein[8], endlich darf er sich nicht wegen eines schweren Vergehens in Untersuchung befinden[9].

Das Tridentinum selbst[10] schreibt vor, dass der Kapitular-Vikar Doktor oder Licentiat des kanonischen Rechts oder sonst geeignet sein muss, und setzt ferner auf die Verletzung dieser Vorschrift als Strafe die Devolution an die vorhin erwähnten Personen fest. Da es auch die Bestellung des General-Vikars des verstorbenen Bischofs zum Kapitelsverweser, sofern er nur die nöthigen Eigenschaften hat, zulässt, dieser aber keineswegs Kanoniker zu sein braucht, so ist damit ausgesprochen, dass der Kapitular-Vikar nicht nothwendig de gremio capituli gewählt werden muss, und es kann also die Bestellung eines Nichtkanonikers blos deswegen niemals nichtig sein[11]. Jedoch hat die Congregatio concilii wiederholt entschieden, dass wenn sich eine den Vorschriften des Tridentinums genügende Persönlichkeit im Kapitel selbst befindet, diese einem nicht dem letzteren angehörigen Kandidaten bei Strafe der Nichtigkeit vorzuziehen ist[12].

Hinsichtlich des Verhältnisses der Doktoren oder Licentiaten des kanonischen Rechts[13] zu den übrigen Mitgliedern des Kapitels[14] haben eine Reihe von Entscheidungen der erwähnten Behörde, in der Uebergehung eines solchen graduirten eine

[1] So das Trid. l. c., s. S. 20. n. 6.

[2] S. die Entscheidung d. Congr. conc. in Richters Tridentinum S. 375: Ritter S. 47; Huller S. 167; Bouix p. 584; Schulte, Lehrb. 2. Aufl. S. 233. n. 52; unrichtig lässt Phillips Lehrbuch S. 416 im Fall der Erledigung des Metropolitanstuhles das Recht an den Papst devolviren; nach dem Wiener Provinzial-Koncil v. 1858 Tit. II. c. 5 (Moy, Arch. 4, 626) geht dasselbe in diesem Fall an den ältesten Suffragan der Provinz über.

[3] Welcher dann seinerseits einen apostolischen Vikar ernennen kann; Ritter S. 49.

[4] Ritter S. 49.

[5] c. 4. X. de supp. negl. praelat. I. 10, denn die allgemeinen Regeln des Devolutionsrechtes sind für den hier in Rede stehenden Fall nicht ausgeschlossen.

[6] So nach der Praxis der Congr. Concilii, s. Barbosa l. c. n. 54; Ritter S. 61. Vgl. auch oben S. 211. n. 1.

[7] Bouix l. c. p. 583.

[8] Bouix l. c.

[9] c. 4. X. de accusat. V. 1; ein Dekret der Congr. episc. v. 1656 lässt bei der Verletzung dieser Vorschrift Devolution an den sonst Berechtigten eintreten, s. Ritter S. 61.

[10] Sess. XXIV. c. 16 de ref. cit.

[11] Bouix l. c. p. 572 ff.

[12] Bouix l. c. p. 574 ff.; Richters Tridentinum S. 373.

[13] Uebrigens kommen nur solche in Betracht, welche auf einer päpstlich approbirten Universität rite promovirt haben, so die Congr. Conc. s. Bouix p. 567; Ritter S. 58. 59; Richter a. a. O. S. 373.

[14] Mögen diese auch doctores iuris civilis oder theologiae sein, s. Bouix p. 566.

Nichtigkeit der Bestellung gefunden[1], während andere den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen haben[2]. Da die Congregatio concilii stets die besonderen Umstände des Einzelfalles in Rücksicht zieht, so lässt sich darin kein Widerspruch finden, vielmehr ergiebt sich aus ihrer Praxis die Auffassung, dass die Doktor-, resp. Licentiaten-Würde allein, wenn damit die Tauglichkeit zur Verwaltung des vakanten Bisthums nicht verbunden ist, kein bei Strafe der Nichtigkeit zu beachtendes Vorrecht auf die Stellung als Kapitular-Vikar gewährt[3], und dass also das Kapitel bei dem Vorhandensein nur eines graduirten Domherren auch nicht unter allen Umständen diesen zu wählen verpflichtet ist[4]. Allerdings fehlt es somit an festen und leitenden Grundsätzen, welche die Kapitel bei der Bestellung der Vikarien, ohne eine Nichtigkeit zu begehen, beobachten könnten, und dieser Uebelstand erscheint um so grösser, als das Tridentinum auf Verstösse gegen seine, hier besprochenen Vorschriften ebenfalls die Devolution an den Erzbischof, resp. die demselben gleichstehenden Personen (s. S. 234) festgesetzt hat. Da man noch neuerdings in Rom — wohl wegen der vagen Fassung des Tridentinums — die Aufstellung allgemeiner Normen abgelehnt hat[5], so bleibt kein anderes Mittel zum Schutz des Bestellungsrechtes der Kapitel übrig, als die gleichfalls von der Congregatio concilii beobachtete Praxis, dass die Devolution nur bei absichtlich erfolgter Wahl eines untauglichen Verwesers eintritt, in anderen Fällen aber der einschreitende Obere, resp. die Congregatio selbst, wenn die Sache an sie gelangt ist, bei Verwerfung des erst bestellten Kapitular-Vikars eine nochmalige neue Frist zur Vornahme einer anderweitigen Bestellung gewährt[6].

Endlich soll nach der Praxis der Congregatio bei Strafe der Nichtigkeit kein Landpfarrer wegen der Unvereinbarkeit seines Amtes mit der Stellung als Kapitelsverweser dazu genommen werden, während die Verpflichtung zur Seelsorge an der Kathedralkirche nicht absolut unfähig macht[7].

c. Die Bestellung des Kapitular-Vikars bezeichnet das Tridentinum a. a. O. als constituere und deputare, nicht als eligere. Mit Rücksicht hierauf nehmen die meisten Kanonisten an, dass dabei nicht die für die Vornahme von Wahlen vorgeschriebenen Normen, also z. B. die Abstimmung durch Stimmzettel, absolute Majorität u. s. w.[8], sondern nur die allgemeinen für die Fassung eines gültigen Kapitelsbeschlusses geltenden Regeln[9] zu beobachten sind[10], und das mit Recht, denn die Fassung des Tridentinums hat ihren inneren Grund darin, dass bei der Kürze der Frist eine Vereinfachung der Form wünschenswerth erscheint, und bei dem Vorhandensein von nur einer tauglichen Person im Kapitel von einer electio im eigentlichen Sinn keine Rede

[1] Bouix p. 564; Richter a. a. O. S. 373. Acta dec. s. sed. 4, 448.

[2] Acta cit. p. 449.

[3] L. c. p. 452. 453.

[4] L. c. p. 453 ff.; s. auch Bouix p. 570.

[5] Noch am 25. Januar 1862 hat die Congr. Conc. auf das dubium: An et quomodo deputatio vicarii capitularis non doctoris aut licentiati in iure canonico, licet electus fuerit vicarius generalis episcopi praedefuncti, nullitate laboret, si unus saltem de capituli gremio sic graduatus existat? geantwortet: providebitur in casibus singularibus; Acta cit. 4, 464.

[6] Vgl. dazu Richter a. a. O. S. 373, Bouix p. 585 ff.; und namentlich Acta dec. s. sed. 4, 459 ff. — Uebrigens haben einzelne deutsche Bischöfe mit Recht darauf aufmerksam gemacht, dass sich eine Abänderung des Tridentinums empfehle, und dass bei der in Deutschland regelmässig vorkommenden Wahl der Kapitular-Vikare aus den Domkapiteln durch die partikulären Vorschriften über die Qualifikation der Domherrn (s. S. 81) besser als durch die vom Tridentinum aufgestellten Requisite für die Einsetzung tüchtiger Vikare gesorgt sei, s. Moy, Arch. 23, 456. 464.

[7] Pignatelli consultat. VII. cons. 4; Bouix p. 579; Ritter S. 61; Huller S. 170.

[8] c. 42. X. de elect. I. 6; Trid. Sess. XXV. c. 6 de regul.

[9] S. oben S. 128 ff.

[10] Ritter S. 54. 55; Bouix p. 592; Huller S. 170.



sein kann. Demnach haben an der Bestellung des Vikars alle stimmberechtigten Dignitäten und Kanoniker theilzunehmen [1], und es muss dieselbe in einer ordnungsmässig berufenen Sitzung erfolgen. Ob die abwesenden einzuladen sind, richtet sich nach den Statuten, resp. nach dem Herkommen, aber selbst wenn dies erforderlich ist, brauchen diejenigen, welche innerhalb der achttägigen Frist sich doch nicht zur Wahl einfinden können, nicht konvocirt zu werden [2], andererseits darf aber, wenn die vom Sitz der bischöflichen Kurie entfernten Domherrn ein Recht auf die Mitwirkung haben, ihnen dieses nicht durch eine Beschleunigung der Bestellung entzogen werden [3]. Die Einsendung schriftlicher Vota ist unzulässig [4], eine Stellvertretung dagegen unter den allgemeinen Bedingungen statthaft [5], sofern nur die Abwesenden nach den eben angegebenen Regeln ein Recht auf Konvokation besitzen [6]. Der Abstimmungsmodus und die erforderliche Majorität richtet sich nach den für alle Kapitelsbeschlüsse geltenden Regeln [7], und der Umstand, dass der betreffende Kandidat sich selbst seine Stimme gegeben und dadurch für sich die Mehrheit erzielt hat, macht die Wahl nicht ungültig [8]. Wohl aber muss die pars maior auch zugleich die pars sanior sein [9]. Das Reklamationsrecht, welches die Minorität wegen des Fehlens dieses Erfordernisses geltend machen kann [10], bringt hier die Entscheidung der Sache an den nach dem Tridentinum devolutionsberechtigten Oberen [11], weil ja unter bestimmten Voraussetzungen das Bestellungsrecht an ihn übergeht, und dieser hat bei Vernichtung der Wahl, sofern nicht nach dem vorhin (S. 236) Bemerkten dem Kapitel eine neue Ernennung zu gestatten ist, den Vikar einzusetzen [12].

d. Mehrheit der Kapitular-Vikare. Während nach dem Dekretalenrecht das Kapitel nicht gehindert war, mehrere Vikare zu bestellen, setzt das Tridentinum seinem Wortlaut nach voraus, dass nur ein Kapitelsverweser eingesetzt wird. Wenngleich einzelne Kanonisten trotzdem die beliebige Anstellung mehrerer Vikare für erlaubt erklärt haben [13], so hat doch die Congregatio concilii in wiederholten Entscheidungen — und mit Recht — die Ansicht festgehalten, dass für die Regel nur ein einziger ernannt werden dürfe [14]. Eine Ausnahme findet im Fall einer rechtsbegründeten (nicht blos unvordenklichen) Gewohnheit statt [15], ferner dann, wenn in zwei aeque principa-

[1] Bouix p. 595, wo auch noch einzelne hierher gehörige Kontroversen besprochen sind.

[2] Ritter S. 55; Bouix p. 601; Huller S. 171.

[3] Ritter, Huller ll. cc.

[4] S. oben S. 126.

[5] S. oben S. 126. n. 14.

[6] Denn auch durch die Gewährung einer Stellvertretung darf die Innehaltung der Frist nicht unmöglich gemacht werden.

[7] S. oben S. 128 ff.

[8] Denn der Grundsatz, dass sich Niemand selbst seine Stimme geben soll, findet hier, weil es sich nicht um eine Wahl im eigentlichen Sinne handelt, keine Anwendung, s. Rau S. 398.

[9] S. 130. Ist zur Zeit der Erledigung nur noch ein Domherr übrig oder nur einer nicht mit Censuren belegt, so wird dieser die Bestellung gültig vornehmen können, de Luca annot. ad conc. Trident. disc. 31. n. 3; Bouix p. 501.

[10] S. 130.

[11] Rau S. 399.

[12] Dass ohne weiteres bei der wissentlichen Ernennung eines Unwürdigen durch die Majorität der taugliche Kandidat der Minorität als bestellter Kapitular-Vikar anzusehen ist, so Huller S. 171, erscheint unhaltbar, s. oben S. 130. und die entgegenstehenden Entscheidungen bei Richter, a. a. O. S. 373. n. 6. 7.

[13] Garcias, tract. de benefic. P. V. c. 7. n. 36.

[14] S. die von Bouix p. 545 ff. angeführten Entscheidungen. Die gleichzeitige Wahl mehrerer Vikare ist also nichtig und es tritt die Devolution ein, bei der successiven mehrerer ist dagegen der erst gewählte der Vikar, und die zweite Bestellung nichtig; Ritter S. 51. Vgl. auch Huller S. 168.

[15] Bouix p. 552. Auch hat die Congregatio die in Frankreich übliche Sitte, mehrere Kapitular-Vikare, ohne dass die Erfordernisse einer rechtsbegründeten Gewohnheit vorliegen, geduldet, s. Moy, Arch. 9, 444 und Bouix p. 552 ff.

liter unirten Diöcesen durch den Tod ihres gemeinschaftlichen Bischofs eine Vakanz eingetreten ist[1].

e. Verhältniss des Kapitular-Vikars zum Kapitel. Mit der Bestellung des Kapitular-Vikars durch das Kapitel erhält derselbe, ohne dass es erst der Uebergabe des ihm behufs seiner Legitimation auszufertigenden Patentes[2] bedarf, die Befugniss, die Verwaltung des vakanten Bisthums zu führen, denn eine Konfirmation seiner Ernennung ist nirgends vorgeschrieben[3]. Mit diesem Moment verliert das Kapitel alle seine bisherigen Rechte. Diese gehen kraft gesetzlicher Bestimmung auf den Vikar über. Deshalb ist er nicht mehr, wie nach dem Dekretalenrecht, Mandatar des Kapitels, welcher sich nach dessen Anweisungen zu richten hätte, sondern ein unabhängiger, zur Verwaltung der Episkopal-Jurisdiktion während der Vakanz eingesetzter ordentlicher Beamter[4]. Aus dieser seiner Stellung folgt, dass das Kapitel ihn nicht auf eine festbeschränkte Zeit ernennen, seine Befugnisse nicht durch Reservation bestimmter Akte der bischöflichen Verwaltung einschränken, ihm keine Anweisungen oder Vorschriften für die Administration, also z. B. Anweisungen über Zuziehung einzelner Domherren oder anderer Personen ertheilen, ihn seiner Stellung nicht entheben, überhaupt nicht über ihn Gericht halten und von ihm keine Rechenschaft über seine Verwaltung fordern darf, sowie dass etwaige derartige Beschränkungen und Handlungen des Kapitels nichtig sind[5]. Während somit das letztere den Kapitelsverweser nur auf etwaige Ordnungs- und Pflichtwidrigkeiten aufmerksam und solche bei dem Erzbischof, resp. der Congregatio episcoporum zur Anzeige bringen kann[6], steht dem Kapitular-Vikar auch die bischöfliche Jurisdiktion über das Kapitel selbst zu[7].

f. Erlöschen der Rechte des Kapitular-Vikars. Abgesehen von dem regelmässigen Fall der Wiederbesetzung des bischöflichen Stuhles können die Rechte des Kapitular-Vikars zunächst durch Absetzung desselben erlöschen. Diese steht

[1] Bouix p. 555. Selbstverständlich hat hier jedes Kapitel für sich zu wählen, sofern zwei gleichberechtigte Kapitel vorhanden sind, de Luca adnot. ad conc. Trid. dist. 31. n. 41. So war es in den früher vereinigten Bisthümern Chur u. St. Gallen, Pii VII. const.: Ecclesias quae antiquitate v. 2. Juli 1823, §. 16. Bullar. Rom. cont. 15, 614; vgl. auch das Breve Leos XII. v. 1824. §. 4. (ibid. 16, 114). Deshalb hat die von Ginzel K. R. 1, 297 mitgetheilte Entscheidung, dass das Konkathedralkapitel in Capo d'Istria bei der Bestellung des einen Vikars mit dem Kapitel von Triest nicht zu konkurriren hat, keine allgemein massgebende Bedeutung.

[2] Formulare dafür bei Barbosa, ius eccles. I. 32. v. 137 u. Bouix p. 673. Hinsichtlich des Patentes gilt dasselbe, was über die Bestallungsurkunde des General-Vikars bemerkt ist, s. oben S. 213.

[3] Bouix l. c. p. 604.

[4] Die Kanonisten drücken das so aus: tota iurisdictio episcopalis transit in vicarium capitularem privative, non cumulative, s. Ferraris s. v. capitulum art. 3. n. 63. Vgl. überhaupt noch Ritter S. 62; Bouix p. 605.

[5] S. die Entscheidung in Richters Tridentinum S. 374 u. bei Ferraris s. v. vicarius capitularis art. 1. n. 62; vgl. auch Ritter S. 64 ff.; Bouix p. 607 ff.; Huller S. 174. Letzterer behauptet allerdings, dass das Kapitel vom Vikar Rechenschaft fordern darf, und stützt sich dafür auf c. 16 cit. Sess. XXIV. conc. Trident.: „Episcopus vero ad eandem ecclesiam vacantem promotus ex iis quae ad eum spectant, ab eisdem oeconomo, vicario et aliis quibuscunque officialibus et administratoribus, qui sede vacante fuerunt a capitulo vel ab aliis in eius locum constituti, etiam si fuerint ex eodem capitulo, rationem exigat officiorum, iurisdictionis, administrationis aut cuiuscumque eorum muneris possitque eos punire, qui in eorum officio seu administratione deliquerint, etiamsi praedicti officiales redditis rationibus a capitulo vel a deputatis ab eodem absolutionem aut liberationem obtinuerint". In den Schlussworten erklärt das Koncil offenbar mit Rücksicht auf den früheren Rechtszustand, dass die Rechenschaftslegung an das Kapitel den Vikar von seiner Pflicht gegenüber dem Nachfolger im Bisthum nicht entbindet, spricht aber keineswegs, indem es die erstere für irrelevant erklärt, aus, dass das Kapitel eine solche fordern könne, umsoweniger, als diese Annahme der dem Kapitular-Vikar durch das Tridentinum angewiesenen Stellung widerspricht.

[6] Bouix p. 610; Ritter S. 44.

[7] L. c. p. 607.



aber nicht dem Kapitel[1], sondern nur der Congregatio episcoporum zu[2]. Letztere spricht dieselbe auf Anzeige des Kapitels oder sonst erlangte Kunde nach erfolgter Anhörung des Vikars wegen genügender Gründe aus, z. B. wenn seine Verwaltung sich der Diöcese als nachtheilig erweist, sein Benehmen gegen seine Amtspflichten verstösst oder der hohen, von ihm versehenen Stellung nicht entsprechend ist, oder seine Verhältnisse eine unabhängige, von Nebenabsichten unbeeinflusste Administration nicht erwarten lassen. So hat z. B. die gedachte Behörde Absetzungen verfügt, weil der Vikar Beschränkungen der Freiheit der Kirche geduldet, weil er als Metropolitan-Vikar der Thätigkeit eines Suffragan-Bischofes ohne Grund Hindernisse in den Weg gelegt, weil er keine Residenz gehalten, weil er Geld für die Ertheilung der Dimissorialien angenommen und nicht sofort restituirt, ferner durch schlechtes Verhalten dem Klerus und Volk Anstoss gegeben hatte, endlich weil er Schuldner des Kapitels war[3]. Wird der Vikar aus einem solchen Grunde entfernt, so hat das Kapitel binnen 8 Tagen nach erlangter Kunde einen neuen Vikar zu bestellen, sofern die Congregatio nicht einen apostolischen Vikar einsetzt[4].

Ferner erlöschen die Befugnisse des Kapitelsverwesers durch gegen ihn verhängte Censuren, welche ihn zur Ausübung der Jurisdiktion unfähig machen, und endlich durch seinen Tod. In diesen Fällen ist das Kapitel gleichfalls befugt, einen neuen Vikar nach Massgabe der früheren Regeln anzustellen[5].

g. Einen Anspruch auf Honorar oder Salair besitzt der Kapitular-Vikar ebenso wie der General-Vikar[6]. Die Höhe desselben richtet sich nach den Statuten oder nach hergebrachter Gewohnheit, eventuell soll sie nach dem Betrage des dem General-Vikar des Bischofs zu gewährenden Gehalts bemessen werden[7].

h. Endlich steht dem Kapitular-Vikar der Vorrang vor allen Kanonikern mit Ausnahme der ersten Dignitärs zu[8].

3. Der oder die Oekonomen. Nach dem Tridentinum[9] hat das Kapitel gleichzeitig neben der Bestellung des Kapitelsverwesers, je nach seinem Ermessen einen oder mehrere Oekonomen zur Verwaltung des Vermögens der Kathedrale und des Bischofs, wo dem letzteren überhaupt die Erhebung der Einkünfte zukommt, innerhalb der erwähnten Frist und bei Vermeidung derselben Folgen[10] einzusetzen. Bestimmte

[1] Schon vor dem Tridentinum hat übrigens ein Theil der Kanonisten die Ansicht vertreten, dass der Vikar vom Kapitel nur aus hinreichenden Gründen abgesetzt werden dürfe, s. Ritter S. 27.

[2] Ferraris l. c. n. 58; s. auch Th. I. S. 466. Allerdings behauptet Barbosa l. c. c. 32. n. 48 unter Berufung auf eine Entsch. d. Congr. conc. v. 1626, dass der vom Metropolitan bestellte Vikar ohne Grund durch den ersteren entlassen werden kann. Ob eine solche wirklich ergangen ist, steht dahin. Jedenfalls hat diese Ansicht keinen Halt, s. auch Schulte K. R. 2, 261. n. 5.

[3] S. die Anführungen bei Ferraris s. v. capitulum art. 3. n. 45. Ritter S. 68; Huller S. 175.

[4] Dies geschieht dann, wenn die Vakanz eine lang aussehende und die Verwaltung durch den Kapitular-Vikar in Unordnung gekommen ist, s. Ritter S. 70; Benedict. XIV. l. c. II. 10. n. 9.

[5] Ob der durch Absetzung oder sonst beseitigte Verweser das erste Mal durch das Kapitel selbst oder in Folge der Devolution ernannt ist, erscheint für die Befugniss des ersteren gleichgültig, denn dadurch, dass es sein Recht das erste Mal verwirkt hat, ist dasselbe nicht für immer beseitigt, Barbosa l. c. c. 7. n. 102; Ferraris l. c. n. 57; Bouix p. 589.

[6] Barbosa, de off. et pot. episcopi P. III. alleg. 54. n. 178; Ferraris s. v. vicarius capitularis art. 1. n. 49

[7] Analecta iur. pontif. 1855. p. 2933; eventuell setzt die Congr. Conc. den Betrag fest; so hat sie 1857 dem Kapitular-Vikar von Puebla die quarta pars reddituum ex quocumque titulo mensae vacanti obventorum zugebilligt, s. ibid. 1863. p. 2255; vgl. auch das S. 248. n. 1 citirte Kölner Restitutionsdiplom; s. ferner Ferraris l. c.

[8] S. oben S. 87. n. 3.

[9] Sess. XXIV. c. 16 de ref. cit.

[10] S. oben S. 20. n. 6. u. Huller S. 176.

Eigenschaften ausser dass der Oekonom treu und sorgsam sein soll, fordert das Koncil nicht, und es sind daher auch Laien, weil es sich hier um eine blosse Vermögens-Administration handelt, nicht ausgeschlossen. Da das Koncil den Oekonomen hinsichtlich seiner Befugnisse dem Kapitular-Vikar gleichstellt, so muss ihm auch dieselbe Unabhängigkeit dem Kapitel gegenüber zugesprochen werden, wie dem letzteren, auch er darf also ebenfalls nur wegen erheblicher Gründe, wozu hier namentlich eine nachlässige und ungetreue Verwaltung gehört, entfernt werden.

Dass der Kapitular-Vikar gleichzeitig zum Oekonomen ernannt werden kann, muss verneint werden, weil das Tridentinum ausdrücklich die Administration der Temporalien und die sonstige Jurisdiktion auseinander gehalten wissen will [1]. Uebrigens ist das Institut der Oekonomen vielfach unpraktisch, weil die Bisthümer oft kein eigenes Vermögens besitzen und nur durch Staatssubventionen erhalten werden, mithin unter diesen Umständen die Bestellung eines Oekonomen nicht nöthig erscheint [2].

C. Umfang der interimistischen Verwaltung während der Vakanz. Auf das Domkapitel, auf dieses allerdings nur während der ersten 8 Tage oder während der Zeit, bis es nach dem späteren Fortfall des Kapitular-Vikars einen Nachfolger desselben bestellt hat [3], resp. auf den Kapitular-Vikar, geht die gesammte bischöfliche, resp. auch die erzbischöfliche Jurisdiktion [4], mit Ausnahme der dem Oekonomen vorbehaltenen Verwaltung, über. Dadurch ist zwar die für das Kapitel auch schon der Natur der Sache nach unmögliche Succession in die bischöflichen Weiherechte ausgeschlossen [5]. Da aber die Befugniss zur Ausübung der letzteren nur durch einen Jurisdiktionsakt erworben wird, und die Ertheilung einer Erlaubniss dazu dem Gebiete der iurisdictio anheimfällt [6], so ist das Kapitel, resp. der Vikar berechtigt, einen andern Bischof zur Vornahme von dergleichen Akten in der vakanten Diöcese zu ermächtigen [7]. Ebensowenig gehen die aus der bischöflichen Würde herfliessenden [8], noch die auf besonderen Rechtstiteln, z. B. besonderen Privilegien beruhenden Rechte auf die interimistische Verwaltung über [9]. Demnach ist auch die Succession in die dem verstorbenen Bischof ertheilten Delegationen ausgeschlossen. Hinsichtlich der gesetzlichen, namentlich der durch das Tridentinum festgesetzten Delegation besteht dagegen noch heute eine Kontroverse unter den Kanonisten. Die einen verneinen den Uebergang [10] mit Ausnahme der Fälle, wo die Bischöfe nur als etiam tamquam sedis apostolicae sedis delegati deputirt sind, sie also nach der gewöhnlichen Meinung beliebig iure ordinario oder delegato vorgehen können [11], während andere ein Eintreten des Kapitels, resp. des Vikars, annehmen [12]. Die Ausnahme, welche die Anhänger der ersten Ansicht machen, ist wegen der falschen Auffassung der Worte: etiam tamquam apostolicae

[1] Ritter S. 52; Huller S. 176.
[2] So z. B. in Frankreich, s. Bouix l. c. p. 544.
[3] S. oben S. 234.
[4] S. oben S. 22.
[5] Fagnan ad c. 11. X. de M. et O. I. 33. n. 64.
[6] Th. I. S. 169.
[7] c. 3 (Bonifac. VIII.) in VIto de temp. ordin. I. 9. Ist der Kapitularvikar zugleich der Weihbischof der Diöcese, so kann er natürlich selbst die Weihe-Akte vornehmen, denn wenn auch sein Auftrag mit dem Tode des Bischofs erlischt, so kommt ihm doch in Folge seiner Stellung die bischöfliche Jurisdiktion zu; wäre er freilich Auxiliarbischof in einem andern Sprengel, so bedürfte er noch der allgemeinen Regel gemäss (s. S. 180) päpstlicher Erlaubniss.
[8] Bouix p. 621.
[9] So z. B. das Recht, den Doktorgrad zu verleihen, Fagnan. l. c. n. 43; Ferraris s. v. capitulum art. 3. n. 23 ff.; vgl. auch c. 7. X. de foro comp. II. 2. und den casus der Glosse dazu; Bouix p. 616.
[10] Fagnan. l. c. n. 54; Reiffenstuel III. 9. n. 44 ff.; Ferraris l. c. n. 19 ff.; Rau S. 384; Huller S. 160.
[11] Th. I. S. 177.
[12] Barbosa, ius eccles. I. 32. n. 107; de Luca, adnot. ad conc. Trident. disc. 31. n. 37; Gehring S. 203.

sedis delegati [1] jedenfalls unhaltbar. In der Sache selbst wird man sich für die erste Meinung entscheiden müssen, denn innerhalb der bischöflichen iurisdictio ordinaria liegen jene Befugnisse nicht, und wenn sie auch dauernd mit dem Bischofsamt verbunden worden sind, so hat man dadurch doch immer nur die Rechte der Bischöfe, nicht die jedes andern den letzteren gleichstehenden Ordinarius vermehren wollen [2]. Die Voraussetzung der Ausübung jener Rechte ist also an die Qualität als Diöcesanbischof geknüpft, welche weder dem Kapitel noch seinem Verweser zukommt, um so weniger als kein Grund für das Tridentinum vorlag, den Kapiteln, resp. ihren Vikaren während der Vakanz grössere Befugnisse beizulegen [3].

Da das Kapitel, resp. der Verweser den Bischof nur interimistisch, nicht dauernd ersetzt, so besitzt es nach der früher begründeten Terminologie [4] eine iurisdictio quasi ordinaria, d. h. es hat zeitweise dieselben Rechte, wie der Bischof, resp. der Erzbischof [5] auszuüben.

Mit Rücksicht darauf, dass diese provisorische Verwaltung einen andern Zweck hat als die des General-Vikars, ist sie anders begränzt. Von einer besonderen Special-Vollmacht in denjenigen Fällen, in welchen der General-Vikar einer solchen bedarf, kann der Natur der Sache nach nicht die Rede sein [6]. Andererseits soll die provisorische Administration, welche in der Regel nur von kurzer Dauer ist, die bestehenden Verhältnisse möglichst erhalten und zum Nachtheil des eigentlichen Verwalters der Diöcese, des künftigen Bischofs, möglichst wenig Veränderungen vornehmen [7]. Von diesem Gesichtspunkt aus hat das kanonische Recht und später namentlich das Tridentinum dem Kapitel, resp. dem Vikar die Ausübung gewisser an sich in der Episkopal-Jurisdiktion liegenden Rechte entzogen. Gerade deswegen gilt es aber als Hauptregel, dass die provisorische Bisthumsverwaltung Alles, was Gegenstand der ordentlichen bischöflichen Regierung bildet, auszuüben befugt ist, und wenn man behauptet hat, dass die interimistischen Leiter von der Handhabung der freiwilligen Gerichtsbarkeit entweder ganz [8] oder nur nicht in den besonders erlaubten Fällen ausgeschlossen seien, ist das vollkommen quellenwidrig [9] und haltlos [10].

Entzogen hat das kanonische Recht dem Kapitel, resp. dem Kapitular-Vikar:

1. Die Verleihung von Präbenden und Beneficien, welche der Bischof als Ordinarius seiner Diöcese allein oder unter Beirath und Zustimmung seines Kapitels [11] kraft eigenen oder kraft des Devolutionsrechtes vorzunehmen hat [12]. Die Kollation bleibt hier dem zukünftigen Bischof vorbehalten, sofern nicht die zweite Kanzleiregel Anwendung findet, welche diese dem Papst reservirt [13]. Der Grund für die Ausnahme ist

[1] Th. I. S. 178. 179.
[2] Th. I. S. 176.
[3] Boulx l. c. p. 617, welcher in erster Reihe alles von der Absicht der Delegation abhängig macht, neigt zu der hier bekämpften Meinung.
[4] Th. I. S. 183.
[5] S. oben S. 21.
[6] Bened. XIV. de synod. dioeces. II. 9. n. 4; Ferraris s. v. vicarius capitularis art. 2. n. 40; Huller S. 174.
[7] tit. X. ne sede vac. aliquid innovetur III. 9.
[8] S. z. B. Fagnan ad c. 2. X. tit. cit. n. 13 ff.
[9] Dagegen sprechen namentlich c. 3. 4. in VIto de supp. negl. praelator. I. 8 u. c. un. eod. de M. et O. I. 17.
[10] Wie dies denn auch von den meisten anerkannt wird, z. B. Reiffenstuel l. c. n. 22 ff.; Ferraris s. v. capitulum art 3. n. 19; Bouix p. 615; Rau S. 382; Ritter S. 13.
[11] S. aber S. 154. 156.
[12] c. 2 (Honor. III.) X. ne sede vac. III. 9; c. 1 (Bonifac. VIII.) de instit. in VIto. III. 6; c. un. §. 1. (id.) in VIto ne sede vac. III. 8.
[13] „Ac etiam reservavit dignitates et beneficia omnia ad collationem, praesentationem, electionem et quamcumque aliam dispositionem, patriarcharum, primatum, archiepiscoporum et episcoporum, necnon abbatum ac aliorum quorumcunque collatorum et collatricium saecularium et regularium quomodolibet (non tamen ad collationem cum alio

wohl in der mittelalterlichen Anschauung zu suchen, dass die Besetzung der Beneficien als fructus des Bisthums im weiteren Sinne anzusehen und daher für den Nachfolger zu reserviren sei [1].

Diejenigen Kollationsrechte, welche dem Kapitel selbst, also zufolge eines besonderen Rechtstitels zustehen, übt es selbstverständlich während der Vakanz aus, und zwar auch nach der Bestellung des Kapitular-Vikars nicht durch diesen, weil es sich hier nicht um auf denselben übergehende Ausflüsse der iurisdictio episcopalis handelt [2].

Ebensowenig unterliegen der oben erwähnten Regel die dem Bischof und dem Kapitel gemeinschaftlichen zustehenden Kollationsrechte [3], wie z. B. die Besetzung der Kanonikate [4], vielmehr nimmt diese das Kapitel allein und zwar gleichfalls unter Ausschluss des Vikars vor [5].

2. Ferner ist dem Kapitel, resp. seinem Verweser die Vornahme von Veräusserungen im weitesten Sinne untersagt [6], also die Alienation, d. h. der Verkauf, Tausch, Schenkung, Verpfändung und sonstige Belastung des Vermögens der bischöflichen Kirche [7], die Processführung über Kirchengüter [8], Vereinigung der bischöflichen Tafelgüter mit dem Kapitelsvermögen, oder auch nur die Nutzung der ersteren, sowie der bischöflichen Einkünfte zu eigenem Vortheile [9], endlich der Verzicht auf die Immunität des kirchlichen Vermögens oder eines Theils desselben [10].

Aus demselben Grundsatz in Verbindung mit der Regel: ne sede vacante nihil innovetur folgt

3. dass weder das Kapitel noch der Kapitular-Vikar befugt ist, Pfründen zu supprimiren oder dieselben mit schlecht dotirten Kapitelspfründen zu vereinigen [11].

Das Tridentinum hat sodann dem Kapitel und seinem Verweser die denselben nach gemeinem Recht zustehende Befugniss, Weihekandidaten in der Diöcese ordiniren zu lassen oder diesen Dimissorialien auszustellen, entzogen [12]. Uebrigens bezieht

vel aliis aut etiam ad alterius praesentationem vel electionem pertinentia) quae post illorum obitum aut ecclesiarum seu monasteriorum vel aliarum dignitatum suarum dimissionem seu amissionem vel privationem seu translationem vel alias quomodocumque vacaverint, usque ad provisionem successorum ad easdem ecclesias aut monasteria vel dignitates apostolica auctoritate faciendam et adeptam ab eisdem successoribus pacificam illorum possessionem, quomodocumque vacaverint et vacabunt in futurum" (Walter, fontes iur. ecclesiast. p. 484).

1 So die Glosse zu c. 14. X. de M. et O. I. 33. s. v. capitulo. — Manche, s. z. B. Rau S. 404, gestatten aber die Besetzung, wenn die Vakanz länger als drei Monate dauert; einen quellenmässigen Anhalt hat das nicht, und es steht damit die Kurial-Praxis, welche in solchen Fällen dem Vikar eine päpstliche Vollmacht dazu ertheilt, s. Moy, Archiv 23. 135, im Widerspruch.

2 Bouix p. 643.

3 c. un. in VI^to cit. III. 9.

4 Wenigstens nach gemeinem Recht, s. unten.

5 Bouix p. 644. Dass aber eine mehr als dreimonatliche Sedisvakanz als weitere Bedingung der Ausübung dieses Rechtes vorliegen muss, so Schulte Lehrb. S. 234 n. 58, hat keinen quellenmässigen Anhalt.

6 c. 1. X. ne sede vac. III. 9; c. 38 (Ilerdens.) c. 42 (Ancyr.) c. 43 (Chalced.) c. 44 (Meld.) C. XII. qu. 2, Ferraris s. v. vicarius capitularis art. 2. n. 52.

7 S. c. 41 (Aurel. III.) C. cit.; die vorige Note, Reiffenstuel III. 9. n. 31; Ritter S. 22; Huller S. 301. Eine Ausnahme tritt aber ein bei verderblichen Sachen und im Fall der Nothwendigkeit. Reiffenstuel l. c. n. 32. 33; Rau S. 393; Huller S. 161. 162.

8 c. 3. X. eod. tit. III. 9, jedoch gestatten die Kanonisten auch hiervon eine Ausnahme, wenn die Kirche nicht anders vor Schaden bewahrt werden kann, s. Reiffenstuel l. c. n. 38 ff.; so auch die in der vorigen Note citirten. Unrichtig hierüber Gehring S. 207.

9 c. 40 (Bonif. VIII.) in VI^to de elect. I. 6; Bened. XIV. de syn. dioec. X. 10. n. 4; Richters Tridentinum S. 374. 375. Ferraris l. c. n. 55; Huller S. 161.

10 Es folgt das aus dem allgemeinen Grundsatz des c. 1. X. III. 9. cit.

11 Uebrigens verlangt das Trid. Sess. XXIV. c. 15 de ref. dazu auch eine seitens des Bischofs mit Konsens des Kapitels erlassene Anordnung, s. Reiffenstuel l. c. n. 75; Huller S. 161; Rau S. 390.

12 S. Th. I. S. 95. 99. 100; Ritter S. 37; Huller S. 162; Seitz, von dem Rechte des Domkapitels während der Sedisvakanz weihen zu lassen. Amberg 1833.



sich diese Vorschrift nicht auf fremde sich in der Diöcese aufhaltende Diöcesanen, welche in dem vakanten Sprengel von einem auswärtigen Bischof geweiht werden sollen und dazu der Genehmigung des Kapitels, resp. seines Vikars bedürfen[1].

Ausser diesen gesetzlich vorgeschriebenen Fällen hat man ferner den interimistischen Verwaltern während der Sedisvakanz die Befugniss abgesprochen, den Konsens zur Errichtung neuer Ordenshäuser in der Diöcese zu ertheilen[2], was allerdings m. E. nicht begründet ist[3].

Ebensowenig soll der Kapitular-Vikar eine Visitation der Diöcese vor Ablauf eines Jahres seit der letzten vom Bischof abgehaltenen vornehmen, und auch nicht vor Ablauf derselben Zeit eine Diöcesansynode einberufen können[4]. Da aber der Bischof das Recht hat, jederzeit, wenn es ihm erforderlich erscheint, zur Visitation zu schreiten, und der Kapitels-Verweser in seine Episkopal-Jurisdiktion succedirt, so kann auch letzterem diese Befugniss nicht abgesprochen werden[5]. Dagegen ist die zweite Beschränkung zwar als richtig zuzugeben, aber sie ist keine Folge eines etwaigen geringeren Rechtes des Kapitular-Vikars, sondern sie fliesst aus der allgemeinen Vorschrift, dass derartige Synoden überhaupt nur jährlich abgehalten werden sollen[6].

Sodann wird auch dem Kapitel-, resp. dem Vikar das Recht zur Ertheilung von Indulgenzen abgesprochen, indem man sich darauf stützt, dass es sich um eine aus dem ordo oder der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder der bischöflichen Würde herfliessende Berechtigung handle[7]. Indessen erscheint diese Ansicht ebenfalls unhaltbar, denn der erste Grund ist falsch, der zweite fällt mit der vorhin bekämpften Auffassung der Jurisdiktion des Kapitels (s. S. 233. 234) zusammen, und der dritte widerlegt sich endlich gerade durch die dafür angezogene Stelle[8], denn diese versteht unter den Berechtigungen der episcopalis dignitas die bischöfliche Jurisdiktion überhaupt, da sie als Ausflüsse derselben die Entscheidung der Ehesachen, die Auferlegung öffentlicher Bussen und die Ertheilung von Ablässen aufzählt[9].

[1] Barbosa, ius. eccl. I. 32. n. 124; Bouix l. c. p. 630; Huller S. 163.

[2] So unter Berufung auf eine Entscheidung der Congr. episc. v. 1633 Ferraris l. c. n. 66; Rau S. 391; Huller S. 165.

[3] Freilich erwähnt Trid. Sess. XXV. c. 3. de regul. nur der licentia episcopi, in cuius dioecesi erigenda sunt, aber damit ist doch nicht gesagt, dass ihm die Ertheilung derselben ausschliesslich zusteht, wie denn die Const. Clement. VIII.: Quoniam ad institutam v. 23. Juli 1603, M. Bull. 3, 162 auch allgemein von den ordinarii locorum spricht.

[4] So Bened. XIV. l. c. II. 9. n. 6. unter Anführung einer Entscheidung der Congr. Conc. für das erstere (s. auch Richters Tridentinum S. 374); Phillips, die Diöcesansynode S. 142; ein von Gregor XVI. approbirtes Dekret der Congr. rituum v. 8. November 1843 bei Gardellini, decret. Congr. Rituum tom. 8. n. 4826 und bei Bouix p. 635 spricht das gleichfalls beiläufig aus.

[5] Bouix p. 637. Für nichtig wird man daher eine solche Visitation nicht erklären können, wie denn die Congr. conc., welche das auch bisher nicht gethan hat, offenbar bei der Aufstellung jener Beschränkung nur von der Unzweckmässigkeit zu oft wiederholter Visitationen ausgegangen ist.

[6] Steht die Ernennung des neuen Bischofs bald zu erwarten, so wird nach der Annahme der Kanonisten der Vikar zwar gut thun, die Einberufung der Synode dem ersteren zu überlassen, aber dieser Umstand hebt sein Recht an und für sich nicht auf. Bouix p. 639 ff.

[7] Fagnan. ad c. 2. X. ne sede vac. III. 9. n. 14; Bened. XIV. l. c. II. 9. n. 7; Ferraris l. c. n. 53, welcher auch eine Entscheidung der Congr. Conc. v. 1688 dahin lautend (s. auch Richters Tridentinum S. 374), dass der Kapitular-Vikar sich der Ertheilung enthalten möge, anführt.

[8] c. 12. X. de excess. praelat. V. 31.

[9] So auch Barbosa ius eccles. I. 32. n. 91; Huller S. 166. Uebrigens ergiebt die in der vorigen Note erwähnte Entscheidung, welche auf die Frage: an vicarius capitularis facultatem habeat concedendi indulgentias nicht negative, sondern nur se abstineat geantwortet hat, dass dem Vikar nicht die Befugniss selbst abgesprochen worden, sondern ihm nur — wohl mit Rücksicht auf die Meinungsverschiedenheit unter den Kanonisten — angerathen ist, sich der Ertheilung zu enthalten.

Alle übrigen Akte der bischöflichen Jurisdiktion darf das Kapitel, resp. der Vikar, während der Vakanz des bischöflichen Stuhles vornehmen, sofern nicht bestimmte dieser Rechte aus besonderen Gründen im Fall der Verhinderung des Bischofs, also auch im Fall der Vakanz, anderen Personen übertragen sind [1]. Demgemäss können die interimistischen Verwalter namentlich:

1. Die Erlaubniss zur Vornahme von Pontifikalhandlungen in der Diöcese an auswärtige Bischöfe [2], sowie 2. Testimoniales für diejenigen, welche die Erlaubniss zur Weihe, z. B. durch päpstliche Dispensation erlangt haben, ertheilen [3], 3. mit bindender Kraft auch für den Nachfolger unter denselben Voraussetzungen, wie der Bischof selbst, Verordnungen für die Diöcese erlassen [4], 4. ebenso in allen Fällen, wo der letztere dazu befugt ist, dispensiren [5]; 5. Ehe- und sonstige vor das bischöfliche Forum gehörige Rechtsstreitigkeiten, in einem Erzbisthum auch die durch Appellation an das Gericht zweiter Instanz gebrachten Sachen verhandeln [6], 6. die Strafgerichtsbarkeit in allen Fällen, auch im Fall der Häresis ausüben [7], 7. dieselben Censuren und Strafmittel, welche der Bischof aussprechen kann, also z. B. Exkommunikation, Suspension, Interdikt, Deposition, Degradation verhängen [8], 8. von Censuren unter denselben Voraussetzungen, wie der Bischof selbst, wieder absolviren [9], 9. die Pfründen nicht nur in dem oben erwähnten Ausnahmefall (s. S. 242) vergeben, sondern auch die Bestätigung und die institutio an solche Personen ertheilen, welche zu einem vakanten Beneficium präsentirt sind oder denen ein solches durch ein Ernennungs- oder Wahlrecht übertragen worden ist [10], 10. den Pfarrkonkurs ausschreiben, dabei examiniren, den würdigsten unter den Kandidaten auswählen und die Wahl der Examinatoren veranlassen [11], 11. vakante Kirchen und Beneficien, soweit die Geltung der Kanzleiregeln nicht entgegensteht, zeitweise kommendiren und einen geeigneten Vikar und Oekonomen für die Dauer der Vakanz einsetzen [12], 12. Resignationen auf alle Beneficien der Diöcese entgegennehmen [13], 13. in die Vertauschung solcher Aemter willigen, deren Besetzung nicht dem späteren Bischof reservirt ist [14], 14. Beneficien ohne Unterschied, wem die

[1] S. oben S. 22.

[2] Mit Ausnahme des oben S. 242 gedachten Falls der Ordination.

[3] Barbosa l. c. n. 122; Bouix p. 630; Huller S. 163.

[4] Barbosa l. c. n. 73; Bouix p. 622 ff.

[5] Barbosa l. c. n. 72; Bouix p. 627; die Dispensation von den Interstitien der Weihen ist aber an dieselben Voraussetzungen, wie die Ertheilung der Dimissorien gebunden, Bouix l. c., wegen der Irregularitäten s. Th. I. S. 55. 57.

[6] Bouix p. 629.

[7] c. un. in VIto de M. et O. I. 17; Clem. l. de haeret. V. 3; Bouix p. 624.

[8] c. un. in VIto cit.; Kober, Kirchenbann, 2. Aufl. S. 75; Kober, Suspension S. 41; Kober bei Moy 22, 9; Kober, Deposition S. 319. Die degradatio actualis kann aber weder das Kapitel, noch der Vikar vornehmen, denn diese ist ein Ausfluss des ordo episcopalis s. ibid. S. 340.

[9] c. un. in VIto cit.; Kober, Kirchenbann S. 455. 467. 483. 495; Kober, Suspension S. 135.

[10] c. 14. X. de M. et O. I. 33; c. un. in VIto ne sede vac. III. 9; Beneficien, welche fundationsmässig Personen mit einer bestimmten besonderen Qualifikation, also z. B. den Verwandten des Stifters, den Angehörigen einer bestimmten Gemeinde u. s. w. verliehen werden müssen, fallen dagegen nicht unter die Regel des Textes, ebenso wenig die, deren Verleihung dem Bischof kraft besonderer Bestimmung des Stifters zusteht, s. Ferraris l. c. n. 89; vgl. auch Riganti ad regul. cancell. II. §. 3. n. 154. 155.

[11] Freilich benimmt eine Anweisung der Congr. Conc. v. 1577, s. Garcias l. c. P. IX. c. 2. n. 8 u. Bouix p. 648 dem Kapitel selbst alle diese Rechte, aber der Grund, dass das Trid. XXIV. c. 18 nur vom Bischof oder seinem Vikar spricht, rechtfertigt dies nicht, weil dabei an den General-Vikar gedacht ist und das Kapitel während der Zeit, wo ihm während der Sedisvakanz die Jurisdiktion zusteht, einen Vikar deputiren kann. Die Nichtigkeit eines in letzterer Weise vorgenommenen Konkurses dürfte sich demnach nicht behaupten lassen, wenngleich es freilich unzweckmässig wäre, dass das Kapitel selbst einen Konkurs abhalten lässt.

[12] Barbosa l. c. n. 94; Bouix p. 644.

[13] Barbosa l. c. n. 96, wegen der Wiederverleihung derselben kommen aber die vorher gedachten Grundsätze zur Anwendung.

[14] Garcias P. XI. c. 4. n. 75; Barbosa l. c. n. 97.

Verleihung derselben zusteht, uniren und dismembriren [1], 15. die durch das kanonische Recht festgesetzten, in der Diöcese herkömmlichen Abgaben erheben [2], 16. die Beamten des vorigen Bischofs [3], 17. ebenso die Verwalter von frommen Stiftungen und die Testamentsexekutoren, denen die Auszahlung von Vermächtnissen zu frommen Zwecken auferlegt ist, zur Rechenschaft ziehen [4], 18. Strafen in demselben Umfange, wie der Bischof erlassen [5], 19. die Genehmigung zu Veräusserungen der den Diöcesankirchen gehörigen Güter ertheilen [6] und 20. Beichtväter approbiren, sowie den zu solchen bestellten Geistlichen aus genügenden Gründen ihre Befugniss wieder entziehen [7].

In denjenigen Fällen, in welchen der Bischof an den consensus oder das consilium des Kapitels gebunden ist, hat der Kapitular-Vikar selbstverständlich das letztere gleichfalls zuzuziehen.

Bei zeitweiser Verhinderung ist der Vikar und nicht das Kapitel befugt, sich einen Substituten zu bestellen [8]. Dieser nimmt dann ihm gegenüber dieselbe Stellung für die gedachte Zeit ein, wie der General-Vikar dem Bischof gegenüber. Die Befugniss zur Substitution liegt in der Stellung des Kapitelsverwesers als Verwalters der iurisdictio episcopalis [9], während andererseits aus derselben folgt, dass der Vikar seine Befugnisse nicht dauernd übertragen kann, denn nicht er, sondern das Kapitel hat das Recht, den Verwalter der Diöcese zu ernennen. Tritt daher eine längere Verhinderung ein, so kann der Kapitular-Vikar, wenn er nicht freiwillig abdankt, von der Congregatio episcoporum entfernt werden, und das Kapitel einen neuen einsetzen.

D. Die interimistische Diöcesan-Verwaltung hört ordnungsmässig dann auf, wenn der erledigte bischöfliche Stuhl wieder besetzt ist. Indessen genügt dazu allein die Konfirmation des neuen Bischofs seitens des päpstlichen Stuhles noch nicht, vielmehr ist nach ausdrücklicher Vorschrift noch die Vorlegung der Konfirmationsbulle, sei es in Person durch den ernannten Bischof, sei es durch einen mit Spezial-Vollmacht versehenen Stellvertreter desselben an das Kapitel, resp. den Verweser desselben erforderlich [10]. Vorher von dem neuernannten Prälaten vorgenommene Akte sind nichtig und die den letzteren zulassenden Personen verfallen der nur vom päpstlichen Stuhl wieder aufzuhebenden suspensio a beneficio [11]. Nach der Beendigung der interimistischen Verwaltung muss das Kapitel, der Kapitular-Vikar und der Oekonom, jeder für die von ihm geführte Administration, dem neuen Bischof Rechenschaft ablegen. Der letztere hat die Befugniss, für Ordnungswidrigkeiten und Vergehen der Verwalter die geigneten Strafen zu verhängen und sie zum Ersatz des dem Bisthum,

[1] Garcias P. XII. c. 2. n. 67. 68; Barbosa l. c. n. 98, denn soweit dies nach den bestehenden Vorschriften geschieht, liegt darin kein Nachtheil für den Bischof. Weil aber dies letztere die Schranke für die Befugniss des Kapitels bildet, kann es keine Unionen zu seinen eigenen Gunsten, also nicht für das Kapitel selbst vornehmen, s. auch oben S. 242.

[2] Barbosa l. c. n. 83, nicht aber dieselben herabsetzen oder aufheben.

[3] Bouix p. 625.

[4] Barbosa l. c. n. 76—78; Ferraris l. c. n. 34. 35.

[5] Freilich ist das nicht unbestritten, s. Barbosa l. c. n. 102; Ferraris n. 31; Ritter S. 16; Huller S. 166.

[6] Panormitanus ad c. 14. X. de M. et O. I. 33; Ritter S. 23.

[7] Barbosa l. c. n. 100; Bouix p. 628.

[8] Fagnan. ad c. 11. X. de M. et O. I. 33. n. 74; Ferraris s. v. capitulum art. 3. n. 64.

[9] Uebrigens kann auch ein General-Vikar des Kapitelsverwesers für eine der mehreren unirten Diöcesen vorkommen, s. Analecta iur. pontif. 1858 p. 917.

[10] c. 1 (Bonif. VIII.) in Extrav. comm. de elect. I. 3; vgl. dazu Barbosa, de off. et potest. episcopi lib. III. alleg. 54. n. 160; Bouix p. 653; Huller S. 177.

[11] Die Qualität dieser in c. 1. cit. verhängten Suspension als censura latae sententiae hat auch die Const. Pii IX.: Apostolicae sedis vom 12. Oktober 1869, Moy, Arch. 23, 330, aufrecht erhalten.

resp. anderen Personen durch unredliche oder nachlässige Verwaltung zugefügten Schadens anzuhalten[1].

Während nach neuerem Recht die interimistische Administration des Kapitular-Vikars nicht mehr wie früher, wo er blosser Mandatar des Kapitels war, dadurch erlöschen kann[2], dass das letztere in Folge gegen dasselbe verhängter Censuren die Jurisdiktion verliert[3], steht dagegen dem Papst, dessen unmittelbarer Aufsicht die Bisthümer unterstehen, das Recht zu, den Kapitelsvikar schon dann zu beseitigen, wenn sich diese Art der Verwaltung als nachtheilig erweist. In einem solchen Fall wird durch die Congregatio episcoporum ein apostolischer Vikar (vicarius apostolicus) eingesetzt[4]. Dieser hat die bischöfliche Jurisdiktion ebenfalls als quasi ordinarius auszuüben und zwar die gesammten Spiritualien und Temporalien zu verwalten, ja er kann selbst die der Kollation des Bischofs unterliegenden Beneficien, deren Vergebung dem Kapitel und seinem Vikar entzogen ist, verleihen[5]. Im übrigen haben seine Befugnisse, sofern sie nicht päpstlicher Seits in der Bestellungsurkunde erweitert sind, nur denselben Umfang, wie die des Kapitels, resp. des Kapitular-Vikars, da der Grundsatz ne sede vacante aliquid innovetur auch in diesem Falle massgebend ist[6].

Das Dekretalenrecht giebt dem Erzbischof, offenbar an dessen frühere Befugniss zur Bestellung eines Visitators bei der Vakanz der Diöcese anknüpfend[7], das Recht, dem Kapitel bei nachlässiger oder ungetreuer Verwaltung dieselbe zu entziehen, und seinerseits einen Administrator zu bestellen. Da das erstere aber jetzt nur stets für eine kurze Zeit selbst die vakante Diöcese zu administriren hat, so ist diese Bestimmung unpraktisch geworden. Indessen fragt sich es, ob der Metropolit heute bei Pflichtwidrigkeiten des Kapitular-Vikars einen Administrator einzusetzen, befugt ist. Dies muss verneint werden, denn das Kapitel ist für den letzteren nicht mehr verantwortlich, und kann darum nicht mit Verlust des Rechtes, seinerseits einen neuen Kapitular-Vikar statt des abgesetzten zu wählen, bestraft werden.

E. Die interimistische Verwaltung in Ausnahmefällen. Abgesehen von der Bestellung eines apostolischen Vikars durch den Papst kann das Kapitel, resp. der Kapitular-Verweser von der Verwaltung der vakanten Diöcese

1. durch ein bestehendes Gewohnheitsrecht, nach welchem die Jurisdiktion auf eine andere Person übergeht[8], oder

2. durch die noch bei Lebzeiten des Bischofs erfolgte Einsetzung eines apostolischen Vikars oder eines coadiutor cum spe succedendi ausgeschlossen werden[9].

[1] Trid. Sess. XXIV. c. 16. de ref. cit. (s. oben S. 238. n. 5) und dazu Bouix p. 656.

[2] So lange der Kapitelsverweser als Mandatar des Kapitels galt, fiel natürlich seine Jurisdiktion aus denselben Gründen zusammen, wie die des General-Vikars, s. Ritter S. 30.

[3] Wenn Huller S. 178 auch dadurch noch heute die Befugnisse des Kapitelsverwesers cessiren lässt, so hat er das Princip des neueren Rechts, dass derselbe seine Jurisdiktion selbstständig und unabhängig ausübt, ignorirt.

[4] Vor Allem geschieht dies, wenn die Vakanz des bischöflichen Stuhles eine weit aussehende (namentlich mehr als dreimonatliche) ist, s. Benedict. XIV. l. c. II. 10. n. 1. 2; Ferraris s. v. vicarius apostolicus n. 51.

[5] c. 4 (Bonifac. VIII.) in VI^to de supp. neglig. praelat. I. 8.

[6] So auch Benedict. XIV. l. c. c. 10. n. 9.

[7] S. oben S. 15.

[8] So hat sich die abwechselnde Verwaltung der Kathedralen von Lyon und Autun (s. oben S. 232. n. 8) noch bis zu Benedikts XIV. Zeiten erhalten, in Genua hatte der archidiaconus maior das Recht darauf. Bened. XIV. l. c. c. 9. n. 1. Auch der Erzbischof von Salzburg beansprucht noch heute das freilich nicht unbestrittene Recht, für die Bisthümer Seckau, Gurk und Levant im Fall der Vakanz einen Administrator zu ernennen, s. Ginzel K. R. 1. 295. n. 4. Das Tridentinum hat diese Besonderheiten nicht aufgehoben, denn seine Vorschriften beziehen sich nur auf den Fall, wo das Kapitel das Administrationsrecht auf Grund des gemeinen Rechtes besitzt.

[9] Ferraris s. v. vicarius apostolicus n. 23. 24. s. auch §. 89.

3. Wenn an der Kathedrale kein Kapitel besteht, oder dasselbe wegen Censuren seiner sämmtlichen Mitglieder nicht im Stande ist, einen Kapitular-Vikar zu ernennen, so steht das Recht dazu dem Metropoliten, bezügl. bei der Vakanz des Metropolitanstuhles, dem Metropolitankapitel zu [1]. Ist aber die erledigte Kathedrale exemt, dann kann hier nicht wie im Fall der Devolution der älteste Suffraganbischof eintreten, sondern es hat hier wegen der allgemeinen dem Papst für die Bisthümer obliegenden Fürsorge die Congregatio episcoporum einen apostolischen Vikar zu bestellen [2]. Freilich sind gewöhnlich für diese Verhältnisse, welche hauptsächlich in den Missionsländern vorkommen, besondere Bestimmungen erlassen [3].

F. Für diejenigen Kollegiatkirchen, welche eine der bischöflichen ähnliche Jurisdiktion oder mit dieser zugleich ein s. g. territorium separatum besitzen, gilt zwar der Grundsatz [4], dass auf das Kapitel, resp. den Konvent derselben die Verwaltung der iurisdictio quasi episcopalis übergeht, dagegen finden die Bestimmungen des Tridentinums, über die Ausübung der bischöflichen Jurisdiktion, da sich dasselbe nur auf Kathedral- und Metropolitankirchen bezieht, keine Anwendung, vielmehr steht es diesen Korporationen frei, die Administration insgesammt oder auch durch einen Vikar, dessen Stellung aber beliebig bestimmt werden kann und welcher auch nicht die Qualifikation des Tridentinischen Kapitelsverwesers zu besitzen braucht [5], zu führen [6].

III. Was die Stellung der deutschen Staatsgesetzgebungen zu den eben entwickelten Grundsätzen des gemeinen katholischen Kirchenrechts betrifft, so steht der Handhabung derselben zunächst in Preussen und zwar auch in den 1866 erworbenen neuen Provinzen zufolge des Art. 15 der Verfassungsurkunde nichts entgegen [7]. Einer staatlichen Genehmigung für den vom Kapitel erwählten Vikar bedarf

[1] S. die Entscheidung der Congr. Concilii bei Bened. XIV. l. c. und in Richters Tridentinum S. 375.

[2] Ferraris s. v. vicarius capitularis art. 1. n. 48.

[3] So verordnet z. B. das nordamerikanische Plenar-Koncil v. Baltimore (1866) tit. 3. (Moy Arch. 22, 129) „96: Unusquisque episcopus acceptas a sede facultates idoneis sacerdotibus, qui in eorum dioecesibus laboraverint, communicare potest; et praesertim tempore sui obitus, ut sede vacante sit, qui possit episcopi defuncti vices supplere, donec apostolica sedes certior facta sit, quod quamprimum fieri debebit, alio modo provideat 97. Quodsi archiepiscopo aut episcopo obeunte nemo adsit, qui praedictarum facultatum communicationem rite ab eodem obtinuerit, seu aliter quam per antistitis obitum dioecesim vacare contigerit, metropolitanus antistes vel in ipsius defectu aut si de ipsa metropolitana ecclesia agatur, senior ex suffraganeis idoneum virum ecclesiasticum designet, qui dioecesis regimen gerat, cum usu facultatum quae in prima formula recensentur, donec apostolica sedes certior facta secus de re non disposuerit (ex brevi Pii PP. IX. die 13. Januar. 1854 dato). 98. S. Sedi vero supplicandum duximus ob plurima incommoda, quibus aliter provideri vix potest, ut in supradictis casibus episcopus aut prout casus feret, metropolita vel senior episcopus possit presbytero sedis vacantis administratori tribuere eas omnes facultates tam ordinarias quam extraordinarias, quibus gaudent episcopi ex s. sedis concessione. 99. Administratores qui ecclesiam sede vacante curant, sedulo monemus ipsis non licere, temere aliquid in dioecesi innovare, aere alieno dioecesim gravare aut bona ecclesiastica alienare. Meminerint etiam se teneri accuratam administrationis suae episcopo ad vacantem sedem promoto rationem reddere. . .“

[4] Fagnan. ad c. 11. X. de M. et O. I. 33. n. 48; nur bei den Kardinalskirchen nach dem eben citirten Kapitel nicht das Korrektionsrecht des Kardinals (s. Th. I. S. 353), Bouix p. 589.

[5] So hat auch die Congr. Concilii entschieden, s. Ferraris l. c. n. 60; Garcias l. c. P. V. c. 7. n. 20.

[6] Es ist daher ein Irrthum, wenn Ferraris l. c. n. 59 behauptet, dass hier der Vikar nach Massgabe von Sess. XXIV. c. 16 cit. gewählt werden müsse, s. Fagnan. l. c. n. 77; Bouix p. 591; vgl. auch Richters Tridentinum S. 372.

[7] Das A. L. R. Th. II. Tit. 11. §. 1041 spricht gleichfalls den Grundsatz aus, dass die Verwaltung der bischöflichen Rechte dem Kapitel zukommt und reproducirt im wesentlichen in den folgenden §§. die Regeln des kanonischen Rechts, dagegen kennt es (s. §§. 974 ff.) die Pflicht zur Bestellung eines Kapitular-Vikars nicht. Diese Vorschrift ebenso wie die sonstigen nicht mit dem gemeinen Recht übereinstimmenden (s. z. B. §§. 1043. 1046 ff.) sind durch die Verf.-Urk. aufgehoben, ebenso das Ministerial-Reskript vom 17. Juli 1832 (v. Kamptz, Annalen 16, 647 u. auch bei Ritter S. 65. n. 3), welches im Allgemeinen richtig den Kapitular-Vikar für den Vertreter des Bischofs während der Vakanz er-

es ebensowenig[1]. Dasselbe gilt für Baiern[2]. Für Würtemberg ist in dem Fundations-Instrument des Bisthums Rottenburg gleichfalls anerkannt, dass das Kapitel bei erledigtem bischöflichen Stuhle auf gesetzmässige Weise für die Diöcesan-Verwaltung zu sorgen hat[3], freilich darf aber die Regierung nach dem Gesetze vom 30. Januar 1862. Art. 3. 4. gegen einen ihr in bürgerlicher und politischer Beziehung missfälligen Kapitular-Vikar das ihr zustehende Ausschliessungsrecht geltend machen[4]. In Baden, wo der Anwendbarkeit der kanonischen Normen ebenfalls keine Bestimmungen entgegenstehen[5], kommt der Regierung dieselbe Befugniss, wie in Würtemberg zu[6]. Im Grossherzogthum Hessen ist gleichfalls das kanonische Recht in Geltung[7], wegen der etwaigen Einwendungen gegen die Person des zum Kapitular-Vikar designirten muss hier dasselbe wie für die beiden andern Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz angenommen werden[8]. Dass weder in den älteren Ordnungen der letzteren noch in den neueren angeführten Verordnungen jener Staaten des Ausschliessungsrechtes der Regierungen in Bezug auf den Kapitular-Vikar besonders gedacht wird, erklärt sich daraus, dass dieselben bei der Besetzung der Domherrenstellen ein Einspruchsrecht gegen personae minus gratae haben[9], und da der Kapitular-Vikar gewöhnlich aus der Zahl der Kanoniker gewählt wird, dadurch das Interesse der Regierungen in der Regel gewahrt ist, und die letzteren in solchen Fällen die Kapitel die Ernennung vollkommen frei vornehmen lassen[10]. In Oesterreich stand nach dem jetzt freilich wieder beseitigten Konkordat[11] der Anwendung des Kirchenrechts nichts im Wege[12], und da bisher neuere anderweitige Bestimmungen nicht erlassen sind, so ist es vorläufig bei dem früheren Zustande geblieben.

klärt, aber im Einzelnen weder mit den Bestimmungen des Landrechts noch denen des gemeinen Kirchenrechtes harmonirt.

1 Das Kölner Restitutionsdiplom v. 1825 §. 30 (Hüffer, Forschungen auf dem Gebiete des französischen u. rheinischen Kirchenrechts S. 348) verlangt aber: „Sede archiepiscopali vacante, si non adsit coadiutor cum spe succedendi canonice electus et confirmatus, capitulum intra octiduum vicarium capitularem eliget seu administratorem, personam gubernio gratam, qui extemplo palatium archiepiscopale inhabitet, aedificii servanda causa. Palatii usus ne cuique alio quocumque titulo concedatur. Vicarius salarii loco quadrantem redituum archiepiscopalium percipiet“, §. 31: „Reditus mensae archiepiscopalis vacantis administrabuntur a capitulo et finitis nonaginta funeralium diebus capitulum ex iis quadrantem percipiet toto tempore sedis vacantis“ (welchen aber nach der declaratio der Congr. Concilii v. 3. December 1866, s. Moy, Arch. 24, 124, nicht mehr die Domherrn für ihre Person, sondern nur für die mensa capitularis beziehen dürfen); „quod restat totius dimidium asservetur ad expensas in electione faciendas et cedat archiepiscopo successori in expensas bullarum et introitus“; vgl. auch §. 42 der Statuten (Hüffer S. 359).

2 Concord. Bavaric. art. 1 u. 17; Silbernagl, Verfassung sämmtlicher Religionsgesellschaften in Bayern. S. 43; s. auch die Berichte der Bischöfe von Würzburg und Speier in Moy, Arch. 23, 315. 456.

3 S. Instrument vom 14. Mai 1828 n. 8, Lang Sammlung der würtembergischen Kirchengesetze S. 1074.

4 S. oben S. 210 u. Th. I. S. 536. n. 6.

5 S. oben S. 210 u. Th. I. S. 536. n. 7.

6 S. die vorige Note.

7 Vgl. §§. 18 und 21 des gemeinsamen Ediktes der Regierungen der oberrheinischen Kirchenprovinz am 30. Januar 1830.

8 S. oben S. 210. n. 9.

9 Nach der Bulle: Ad dominici gregis custodiam vom 11. April 1827 s. v. quodsi forte aliquis.

10 So ist i. J. 1868 nach der Erledigung des Erzbisthums Freiburg schon am Tage nach dem Tode des Erzbischofs der Domdekan in freier Wahl zum Kapitular-Vikar ernannt worden, s. Moy, Arch. 20, 265; in Würtemberg ist nach dem Berichte des Bischofs von Rottenburg v. J. 1868 der i. J. 1845 gewählte Vikar noch von der Regierung bestätigt worden, neuerdings aber davon Abstand genommen, Moy 23, 306, was mit dem aus den oben S. 210. n. 6. mitgetheilten Motiven des Gesetzes von 1862 sich ergebenden Standpunkt übereinstimmt.

11 art. XXXIV. XXXV.

12 Die Verordnung K. Leopolds I. v. 5. Mai 1675, dass in Prag die Administration in temporalibus auf den Probst, Dekan und das Kapitel übergehen sollte, s. Helfert, von den Rechten der Bischöfe S. 345, ist durch das Konkordat aufgehoben worden, s. Schulte K. R. 2, 362; Phillips Lehrbuch S. 415. n. 8, zweifelnd dagegen Richter, K. R. §. 137. n. 14.

Selbstverständlich ist übrigens, dass das Kapitel, resp. der Vikar bei der Verwaltung der Diöcese den Regierungen gegenüber nicht mehr Rechte haben können, als die Bischöfe selbst, also an alle diese letzteren beschränkenden partikularrechtlichen Vorschriften gebunden sind. Dagegen dürfen auch die Staatsregierungen derjenigen Länder, in welchen der Papst als das Oberhaupt der katholischen Kirche anerkannt und der katholischen Kirche die Freiheit der Verwaltung ihrer Angelegenheiten zugestanden ist, nichts gegen eine Erweiterung der Vollmachten der Kapitular-Vikare für die Administration während der Sedisvakanz einwenden [1]. Dasselbe gilt von der Einsetzung von apostolischen Vikaren nach den oben entwickelten Normen, jedoch sind die Regierungen hier jedenfalls in demselben Umfange mitzuwirken befugt, wie bei der Anstellung des Kapitular-Vikars, da die ersteren die gleiche Stellung wie die lètzteren einnehmen, und ein etwaiges staatliches Einspruchsrecht nicht davon abhängig sein kann, dass gerade das Kapitel den Verweser gewählt hat.

In wie fern diese Grundsätze cessiren, wenn die Erweiterung der Vollmachten des Verwesers oder die Anstellung eines apostolischen Vikars blos zur Umgehung der rechtmässigen Wiederbesetzung der bischöflichen Stühle erfolgt ist, um auf diese Weise unter Offenhaltung der Vakanz etwaige Ansprüche der Kirche gegenüber den staatlichen Forderungen durchzusetzen, darüber vgl. unten die Lehre von den Bischofswahlen.

Die besondere Einsetzung von Oekonomen ist in Deutschland dagegen nicht Sitte [2], theils weil die meisten Bisthümer aus Staatsrenten unterhalten werden, theils aber da, wo dies nicht ausschliesslich der Fall ist, die für die Verwaltung des anderweitigen Vermögens eingesetzten Behörden in ihren Funktionen belassen werden, theils endlich die während der Sedisvakanz aufkommenden Einnahmen in bestimmte, von der Regierung und der Kirche gemeinsam verwaltete Fonds fliessen. In Oesterreich kommen dagegen solche Oekonomen (hier Administratoren genannt) [3] vor, welchen aber freilich in den meisten Bisthümern ein die Interessen des Religionsfonds wahrender Beamter [4] zur Seite steht [5].

§. 89. *ff. Die Verwaltung der Diöcese bei Verhinderung des Bischofs (im Fall der sedes impedita)* *. *Die Koadjutoren und die apostolischen Vikarien.*

I. Die Stellvertretung im Fall physischer oder geistiger Unfähigkeit des Bischofs. Die Koadjutoren. A. Geschichtliche Einleitung. Nach der Ausbildung des Bischofs-Amtes leitete zunächst das Presbyterium bei andauernder Krankheit, hohem Alter, Gebrechlichkeit oder sonst eintretender Unfähigkeit des Bischofs, ebenso wie im Fall der Vakanz, die Verwaltung der

[1] So hat der Kapitularvikar von Freiburg während der jetzigen Vakanz die Vollmacht erhalten, auch die Pfründen freier Kollatur zu vergeben, s. Moy Arch. 23, 135.

[2] Ueber Köln s. S. 248. n. 1.

[3] Moy, Archiv 16, 227.

[4] S. Konkordat art. XXXI. XXXII.

[5] S. die Verordnungen in Moys Arch. 14, 418. 428; 16, 231. 247. 253. 257. — Des Näheren ist auf die Lehre von den Einkünften der Bischöfe und der Interkalarfrüchte zu verweisen.

* Thomassin, vetus ac nova disciplina eccles. P. II. lib. 2. c. 55—59; Siegf. Ring praes., Joh. Georg a Studnitz, de coadiutoribus, Francof. 1698; Fr. Schmier, conc. canonicae de coadiutoribus et coadiutoriis perpetuis Tegernsee. 1724. u. vor seiner Iurisprud. pract. consiliaria. Aug. Vindel. 1737; Overberg, diss. de elect. coadiutorum episcopalium. Monast. 1780; J. Chr. W. Steck, de adiutoribus praesulum Germaniae. Lips. 1755; Köhler, de coadiutoribus Germaniae Mogunt. 1787; Ph. Held, das Recht zur Aufstellung eines Coadjutors mit der Nachfolge. München 1848, woselbst S. 14 weitere Literatur-Angaben; Jacobson in Herzogs Encyklopädie 2, 761.

Diöcese[1]. Während aber die letztere regelmässig nur kurze Zeit währte, war vielfach ein Aufhören der Gründe der Unfähigkeit nicht abzusehen, und da die Absetzung oder Emeritirung eines Bischofs unter solchen Umständen schon nach der Anschauung der älteren Kirche nicht statthaft war[2], so musste öfters die Nothwendigkeit eines in der Diöcese ständig anwesenden Stellvertreters mit bischöflichem Charakter hervortreten. Im 3. und 4. Jahrhundert hat man in dieser Verlegenheit mehrfach das Auskunftsmittel gewählt, dass man mit Zustimmung des verhinderten Bischofs einen anderen zum Gehülfen und gleichzeitig zum Nachfolger desselben bestellte[3], oder erst einen solchen zu diesem Zwecke weihte[4]. Während derselben Zeit ist zwar die Einsetzung zweier Bischöfe für ein und dieselbe Diöcese[5] und ebenso die Bestellung eines Nachfolgers bei Lebzeiten des Bischofs verboten worden[6], aber die erstere Vorschrift wurde doch noch nicht überall befolgt[7], und die zweite war zunächst nur gegen die Beeinträchtigung der wahlberechtigten Personen namentlich durch den Bischof selbst, seine Verwandten und seinen sonstigen Anhang gerichtet[8]. So finden sich denn auch im Frankenreich zur merovingischen Zeit für alte und gebrechliche Bischöfe Gehülfen, welche noch bei deren Lebzeiten gleichfalls zu Bischöfen und zu Nachfolgern[9] der ersteren eingesetzt worden sind, und die fränkische Gesetzgebung[10] hat in Uebereinstimmung mit den kirchlichen Synoden[11] dies sogar ausdrücklich unter der Bedingung gestattet, dass der betreffende Bischof zur Leitung seiner Diöcese unfähig geworden sei.

Gegen den im Koncil von Nicäa aufgestellten Grundsatz verstiess dieses Auskunftsmittel immer und gerade deswegen hat der päpstliche Stuhl sich desselben wohl nur selten[12] bedient, vielmehr mit Rücksicht darauf, dass der Bischof in dem Archipresbyter für die gottesdienstlichen Handlungen (s. §. 92) und in dem Archidiakon für die äussere Verwaltung (s. oben S. 183) seine regelmässigen Gehülfen hatte, diese also auch bei dauernder Verhinderung wenigstens einen Theil der bischöflichen Funktionen und Geschäfte versehen konnten, den Ausweg gewählt, einen Visitator

[1] S. oben S. 228. n. 3.

[2] Für die ältere Zeit ergeben das die gleich im Text erwähnten Thatsachen, s. auch Leon. I. ep. ad episc. Vienn. c. 4 (ed. Ballerin. 1, 636); ausdrücklich spricht es Gregor I., s. c. 1. 2. C. VII. qu. 1, aus.

[3] So u. 212 nach Eusebius, hist. eccles. VI. 11, in Jerusalem Alexander, Bischof einer Stadt in Kappadocien, neben dem 116jährigen Bischof Narcissus auf dessen und der Gemeinde Veranlassung unter Zustimmung der benachbarten Bischöfe. Ob der Fall des von Macarius von Jerusalem († 334) zum Bischof von Diospolis geweihten Maximus, welcher auf Veranlassung des ersteren und der Gemeinde, dort als Gehülfe mit dem Recht zur Nachfolge zurückgehalten wurde, um die Arianer vom Bischofssitz fern zu halten, Sozomen. hist. eccl. II. 20, hierher gehört, bleibt zweifelhaft, da nichts über die Unfähigkeit des Macarius zur Verwaltung des Bisthums überliefert ist.

[4] So Augustin im Bisthum Hippo, S. oben S. 39. n. 9, auch das ist unter Zustimmung des eigentlichen Bischofs, der Gemeinde, der benachbarten Bischöfe und des Primas von Numidien geschehen, Augustin. ep. 31 (ed. Bened. 2, 55), Possidii vita August. c. 8. (opp. August. ed. cit. X. 3, 262).

[5] S. oben S. 39.

[6] c. 23. Antioch. a. 431 = c. 3. C. VIII. qu. 1.

[7] S. oben S. 39.

[8] c. 76 (75) apostol. (Hefele, Konciliengesch. 1, 797): „Ὅτι οὐ χρὴ ἐπίσκοπον τῷ ἀδελφῷ ἢ υἱῷ ἢ ἑτέρῳ συγγενεῖ χαρίζεσθαι πάθει ἀνθρωπίνῳ· οὐ γὰρ τὴν τοῦ θεοῦ ἐκκλησίαν ὑπὸ κληρονόμους, ὀφείλει τιθέναι· εἰ δέ τις τοῦτο ποιήσει, ἄκυρος μενέτω ἡ χειροτονία, αὐτὸς δὲ ἐπιτιμάσθω ἀφορισμῷ“.

[9] Gregor. Turon. hist. Francor. V. 5. 43; vitae patr. c. 8. §. 3 und zwar mit Zustimmung des Bischofs, Klerus, Volk und des Königs. In der ersten Stelle heisst es, dass der bestellte Gehülfe bei Lebzeiten des Bischofs als Archipresbyter fungiren sollte.

[10] Chlothachar. II. edict. a. 614 (LL. 1, 14): „Ut nullus episcoporum se vivente eligat successorem, sed tunc alius ei substituatur, cum taliter, afficeretur, ut ecclesiam suam nec clerum regere possit“.

[11] c. 2 Paris. a. 614 u. 615: „Ut nullus episcoporum se vivente alium in loco suo eligat nec qualiscumque persona illo superstite locum ipsius sub quorumque argumento vel ingenio adoptare praesumat nec a quoquam debeat ordinari, nisi certae conditiones extiterint, ut ecclesiam suam et clerum regere non possit“.

[12] S. S. 251. n. 3.

ebenso wie im Fall der Vakanz einzusetzen [1] oder der Kirche selbst die Heranziehung eines dispensator, d. h. wohl eines benachbarten Bischofs [2] oder dem Erzbischof die Vornahme der nöthigen Weihehandlungen zu überlassen [3].

In der Zeit vom 8. bis 10. Jahrhundert konnten die Chor- und die Wander-Bischöfe [4] für die Fälle, wo die eigentlichen Bischöfe durch Krankheit oder Gebrechlichkeit verhindert waren, aushelfen, in der Theorie hielten aber die Päpste an dem Satz als Regel fest, dass bei Lebzeiten des Bischofs kein anderer neben ihm bestellt werden sollte [5], und wiesen die Bischöfe an, sich für die Regel in Verhinderungsfällen der Hülfe ihrer Priester zu bedienen, für solche Handlungen aber, welche durch den ordo episcopalis bedingt waren, sich durch die benachbarten Bischöfe vertreten zu lassen [6]. Trotzdem sind auch in dieser Zeit Fälle vorgekommen, in denen einem alten und gebrechlichen Bischof ein anderer als zukünftiger Nachfolger an die Seite gesetzt worden ist [7], ja selbst noch Gregor VII., welcher dieselbe Anschauung, wie seine Vorgänger vertrat [8], scheint das letztere nicht für absolut unzulässig gehalten zu haben.

Dass die Päpste schon seit dem 10. Jahrhundert [9], wenn auch nicht ausschliesslich für solche Fälle bestimmte Anweisungen und Bevollmächtigungen ertheilten, erklärt sich daraus, dass man dieselben gerade beim Mangel allgemeiner kirchenrechtlicher Vorschriften öfters konsultirte, und zwar namentlich dann, wenn es sich um nicht mit dem strengen Recht übereinstimmende Massregeln handelte. Mit der Erweiterung der päpstlichen Macht konnten daher die Päpste umsomehr eine Fürsorge für diejenigen Kirchen, deren Bischöfe an der Ausübung ihres Amtes verhindert waren, in Anspruch nehmen, als in dieser Hinsicht keine festen, namentlich keine sich auf allgemeine Koncilien gründende Regeln bestanden. Sicher hat Bonifacius VIII., wenn nicht schon

[1] S. oben die S. 230. n. 1 ff. angeführten Briefe Gregors I.

[2] c. 30 conc. Arausic. a. 441 u. c. 1 (Gregor. ep. XI. 47) C. VII. qu. 1.

[3] Gregor. I. ep. XIII. 5 (ed. Bened. 2, 1218). Allerdings hat Gregor I. auch für den Fall, dass der Bischof unheilbar geisteskrank geworden ist, die Ordination eines anderen Bischofs für die Diöcese mit dem Recht der Nachfolge gestattet, sofern der erstere in einem lichten Augenblick seine Zustimmung zu geben im Stande wäre, s. den citirten Brief auch in c. 14. C. cit.

[4] S. oben S. 164; sowie auch das S. 167 hinsichtlich des Koncils von Meaux Bemerkte.

[5] Das zeigen die Briefe Zacharias' an Bonifacius v. 743 u. 748 (Jaffé, monum. Mogunt. p. 119 u. 192), daraus komponirt c. 17. C. cit.

[6] c. 4 (Nicol. I.) C. cit., s. dazu Dümmler, ostfränk. Reich I. 1, 525. Als der Graf Herbert von Vermandois seinen 5jährigen Sohn Hugo zum Erzbischof von Rheims 925 hatte wählen lassen, wurde die Verwaltung der bischöflichen Handlungen seinem Suffragan, Abbo von Soissons, übertragen, Flodoard. hist. Rem. IV. 20: „Joannes itaque papa (X.) interveniente Abbone praesule ... episcopium Remense Abboni episcopo delegat, quae sunt episcopalis ministerii ab ipso in eodem episcopio tractanda ac finienda decernens"; ein anderes Beispiel aus dem 10. Jahrh. bei Adam. gesta Hammaburg. eccl. pontif. Brem. I. 52.

[7] So dem Erzbischof Rimbert von Hamburg auf dessen Bitten von König Ludwig der Abt Adalgar von Corvey, Adam. Brem. hist. I. 37. (SS. 7, 297) und vita Rimberti c. 21 (SS. 2, 774).

[8] Registr. II. 50 (Jaffé, monum. Gregor. p. 166): „nos praecepisse episcopo, ut ipse quantum possit episcopali officio in spiritualibus insistens et auxilia comprovincialium episcoporum petens, ad peragendas exteriores et interiores curas talem clericum in ecclesia constituat, qui ad tantam procurationem providus et, si vos postulaverit, ad percipiendam episcopalis officii dignitatem et ordinem sit idoneus, quo per annum unum aut amplius in ecclesia consistente.., si... infirmitas et debilitas corporis sui adaucta fuerit et administrationem commissae sibi curae nequaquam exequi poterit (episcopus), tunc demum... de ordinatione deliberato consilio certa vobis et salubris annuente deo responsio dabitur". Allerdings ist es möglich, dass Gregor auf die Abdankung des altersschwachen Bischofs rechnete.

[9] Die früher unter Gregor I. vorkommenden Fälle betreffen italienische Kirchen, welche zum Metropolitanbezirke Rom gehörten, oder sie enthalten, wie c. 1. 14. C. VII. qu. 1. nur Belehrungen wie zu verfahren sei. Dass Bonifazius eine ausdrückliche Vollmacht zur Wahl eines Gehülfen und Nachfolgers erhielt, erklärt sich aus seiner Stellung zum römischen Stuhl,

Innocenz III.[1] ein derartiges Reservatrecht in Anspruch genommen und zugleich Folgendes für den in Rede stehenden Fall angeordnet[2]:

1. Ein durch Alter oder Krankheit oder sonst dauernd an der Verwaltung seines Bisthums verhinderter Bischof kann sich mit Konsens seines Kapitels, zu dessen Feststellung ein Majoritätsbeschluss desselben genügt, einen oder zwei Gehülfen (nach dem Vorgang Innocenz' III.[3] coadiutores genannt) annehmen.

2. Für den Fall, dass der Bischof geisteskrank ist und nicht einmal lichte Augenblicke hat, in denen das eben gedachte Verfahren eingeschlagen werden kann, darf das Kapitel selbst einen oder zwei coadiutores jedoch nur mit Zweidrittel-Stimmenmehrheit ernennen.

In beiden Fällen ist die Befugniss zur Bestellung der Koadjutoren ein für alle Mal kraft gesetzlicher Bestimmung dazu auf den Bischof und das Kapitel, resp. das letztere allein übertragen[4]. In dem zweiten Fall muss das Kapitel aber dem Papst sobald wie möglich unter Relation aller in Frage kommenden Umstände Kunde geben, und dieser kann dann anderweitige Anordnungen (s. zu 3) treffen, also auch die vom Kapitel eingesetzten Koadjutoren entfernen[5].

3. Widersetzt sich aber der verhinderte, indessen noch willensfähige Bischof der Anstellung eines Gehülfen, so muss das Kapitel die Wahl eines solchen unterlassen, und hat sofort an den Papst eingehend über die Sachlage zu berichten, welcher dann seinerseits die ihm erforderlich scheinenden Massregeln zu ergreifen hat, also die Einsetzung eines Koadjutors abschlagen oder verfügen oder das Kapitel oder einen benachbarten

[1] c. 5. X. de clerico aegrot. III. 6, denn die Dekretale ergiebt nicht, ob die Anfrage des Erzbischofs von Arles nur wegen der Bedenklichkeit der Sache oder wegen der Anerkenntniss der ausschliesslichen Kompetenz des Papstes zur Entscheidung erfolgt ist.

[2] c. un. in VI^to de clerico aegrot. III. 5: „. . . statuimus, coadiutorum episcoporum et superiorum praelatorum dationem intelligendam esse de causis maioribus et referendam ad sedem apostolicam ac ab ea consuetudine non obstante contraria tantummodo postulandam. Verum ne hoc praetextu ecclesiae existentes praecipue in remotis dispendia patiantur, nos earum in hac parte indemnitatibus praecavere volentes, hac generali constitutione sancimus, ut episcopus, senio aut valetudine corporali gravatus vel etiam adeo impeditus perpetuo, ut officium suum nequeat exercere, possit de sui consilio et assensu capituli vel maioris partis ipsius unum vel duos auctoritate apostolica coadiutores assumere ad dictum officium exsequendum. Si vero episcopus demens fuerit, et quid velit aut nolit exprimere nesciat vel non possit, tunc eius capitulum vel duae ipsius partes eadem auctoritate unum aut duos coadiutores assumant idoneos qui eius officium exsequantur. Si autem episcopus senio aut incurabili morbo gravatus vel perpetuo impedimento detentus ad sui exsecutionem officii reddatur inutilis et coadiutorem assumere vel habere noluerit, licet a capitulo requisitus proprio se illius non indigere suffragio forsitan asserendo: tunc nil per capitulum innovetur, sed hoc casu et etiam proximo idem capitulum episcopi et ecclesiae suae conditionem et statum ac facti circumstantias universas, quam cito poterit, fideliter et explicite referat ad notitiam dictae sedis, recepturi humiliter et efficaciter impleturi quod super hoc per sedem ipsam contigerit ordinari. Praesenti quoque adiicimus sanctioni, ut coadiutores huiusmodi de proventibus praelatorum, in quorum assumentur auxilium, sumptus recipiant moderatos, ab alienatione qualibet de bonis ecclesiasticis praelatorum ipsorum vel ecclesiarum suarum quomodolibet facienda penitus abstinentes, rationem non solum in districto examine, sed et praelatis eisdem, si sanae mentis extiterint ac capitulis eorundem seu etiam ipsorum praelatorum successoribus, si hoc antea non fecerint, plenariam reddituri. Ceterum quod de episcopis praemittitur, ad superiores etiam praelatos esse volumus et intelligimus referendum“.

[3] c. 5. X. cit. Früher kommt der Ausdruck, so weit ich sehe, nicht vor; jedenfalls nicht in den vorher citirten Stellen.

[4] Held S. 41; Richter K. R. §. 140, Schulte 2, 267 beschränken wie auch schon ältere z. B. Schmier, iurisprud. canon. civ. lib. III. tr. 1. P. 2. c. 3. n. 414; Engel III. 6. n. 2 das auf die in remotis, namentlich jenseits der Alpen belegenen, also z. B. die deutschen Kirchen, indessen die eigentliche Dispositive der Konstitution enthält davon nichts, und die dieselbe begründende Einleitung hebt jene zwar ausdrücklich hervor, erwähnt ihrer aber nicht allein, wie das Wort praecipue ergiebt. Auch die Glosse zu dem citirten c. un. u. Reiffenstuel III. 6. no. 41 fassen dasselbe ebenso wie ich auf.

[5] S. die Worte: sed hoc casu et in proximo der citirten Konstitution.



Bischof, resp. die beiden letzteren mit der Administration der Diöcese beauftragen kann[1].

4. Der Koadjutor hat aus den Einkünften der Kirche, welcher er seine Unterstützung leiht, eine mässige Entschädigung zu empfangen.

5. Er ist nicht befugt, irgend welche Veräusserungen der Mensalgüter und des Vermögens der betreffenden Kirche vorzunehmen.

6. Er hat nach Ablauf seiner Verwaltung dem Bischof selbst (s. unter 7) oder dem Kapitel oder dem Nachfolger des ersteren Rechenschaft über dieselbe abzulegen.

7. Seine Befugnisse erlöschen, wenn der Bischof, dem er zum Koadjutor beigegeben ist, die Fähigkeit zur eigenen Verwaltung seiner Diöcese wieder erlangt[2].

8. Endlich sollen diese Grundsätze auch auf die höheren Prälaten, also die Erzbischöfe, Primaten und Patriarchen, nicht blos diejenigen, welche eine bischöfliche Jurisdiktion haben, Anwendung finden.

Davon dass die Koadjutoren ein Recht zur Nachfolge haben, ist in der Konstitution nicht die Rede. Von selbst war ein solches früher nur da bedingt, wo man als Gehülfen einen Bischof auf dieselbe Diöcese weihte. Da die Konstitution das letztere aber nicht ausdrücklich gestattet, so war jetzt, nachdem die Bischöfe und Kapitel kein selbstständiges Recht zur Bestellung eines Koadjutors hatten, und unter der Kontrole des Papstes bei der Ausübung der ihnen in dieser Hinsicht delegirten Befugnisse gestellt waren, das so gut, wie unmöglich gemacht. Allerdings bedurfte der Gehülfe, wenn er den Bischof vollkommen repräsentiren sollte, immer des ordo episcopalis, aber diesem Erforderniss konnte durch Wahl eines benachbarten[3], eines aus seiner Diöcese vertriebenen Bischofs oder eines Weihbischofs[4] genügt werden.

In denjenigen Ländern, in welchen sich die Bischöfe General-Vikare, Officiale und Weihbischöfe hielten, und die ersteren beiden noch Räthe neben sich hatten, wie z. B. in Deutschland, war selbstverständlich die unmittelbare praktische Bedeutung der Konstitution Bonifacius' VIII. sehr gering, da alle diese Stellvertreter des Bischofs, sofern derselbe nur nicht willensunfähig geworden war, weiter fungiren konnten, wohl ist aber hier das Institut wesentlich politischen Zwecken dienstbar gemacht und dadurch seiner ursprünglichen Bestimmung entfremdet worden. Man bestellte nämlich solche Koadjutoren bald nicht mehr allein zur Unterstützung eines für die Verwaltung unfähigen Bischofs[5], sondern indem man ihnen das Recht zur Nachfolge durch den Papst gewähren liess, auch zu dem Zweck, um bei der späteren Erledigung des Sitzes Wahlstreitigkeiten und eine längere Vakanz zu verhindern, unter günstigen politischen Kombinationen Mitgliedern eines gewissen fürstlichen Hauses einen bestimmten Bischofssitz zu sichern, der katholischen Religionspartei während der Reformation einen solchen zu erhalten u. s. w. Im Gegensatz zu den nur für die Dauer der Unfähigkeit eingesetzten, den s. g. *coadiutores temporarii*, nannte man dieselben *coadiutores perpetui*[6].

[1] Die im Text erwähnten Rechte des Papstes stehen den legati a latere ohne Spezial-Vollmacht nicht zu, s. Glosse zu c. un. cit., wie diesen ja überhaupt Verfügungen über die Bisthümer entzogen sind, s. Th. I. S. 514.

[2] Das ergiebt die Vorschrift, dass der Koadjutor dem Prälaten selbst, dem er bestellt ist, Rechnung zu legen hat und auch die Natur der Sache.

[3] So hat z. B. der Erzbischof Kuno von Trier das Erzstift Köln für den alten und gebrechlichen Erzbischof Engelbert v. 1366—1368 als Koadjutor verwaltet, s. Ennen, Geschichte der Stadt Köln. 2, 367.

[4] Gerade in dieser Zeit kommen die ersteren vielfach vor, und war das Institut der Weihbischöfe in der Ausbildung begriffen, s. oben S. 172.

[5] Joh. Jac. Moser, teutsches Staatsrecht. Buch III. Kap. 50. §. 2 (12, 56); v. Sartori, geistl. u. weltl. Staatsrecht der deutsch. katholisch geistlichen Erz-, Hoch- und Ritterstifter I. 2, 101.

[6] S. die S. 84. n. 7. angeführten.

Eine nähere Darlegung der Verhältnisse dieser letzteren, welche das Tridentinum nicht abgeschafft hat, vielmehr noch bei Kathedralkirchen und Klöstern im Fall einer dringenden Nothwendigkeit oder eines augenscheinlichen Nutzens nach vorgängiger Untersuchung des Grundes durch den Papst zu bestellen gestattet [1], gehört nicht hierher, sondern in das Kapitel von der Besetzung der Kirchen-Aemter, insbesondere in die Lehre von den Anwartschaften und Berechtigungen auf nicht vakante Aemter [2]. Im Gegensatz zu den Koadjutoren dieser Art, welche nur ausnahmsweise, wenn der Bischof durch Alter oder Kränklichkeit oder sonst an der Regierung gehindert war, noch bei Lebenszeiten desselben die Verwaltung übernehmen, d. h. regierende Koadjutorën werden konnten [3], nannte man namentlich im deutschen Reichsstil diejenigen, welche nur zeitweise die Verwaltung eines Bisthums führten, allgemein *administratores* [4]. Darunter gehörten die bei eintretender Geisteskrankheit des Bischofs möglicher Weise zu bestellenden coadiutores temporarii im Sinne der Konstitution Bonifacius' VIII., wiewohl man auch hier in Deutschland lieber zur Einsetzung eines Koadjutores mit dem Recht der Nachfolge schritt [5], ferner aber auch diejenigen, welche für einen unmündigen, oder minderjährigen Bischof die geistliche Verwaltung führten [6], ja selbst den letzteren nannte man so, wenn er kraft päpstlicher Dispensation die Administration [7], aber wegen des mangelnden 30. Lebensjahres noch nicht die bischöfliche Konsekration erhalten hatte [8].

B. Das geltende Recht. Mit dem Wegfall der Landeshoheit der Bischöfe hat das Institut jener mehr aus politischen als aus kirchlichen Rücksichten ernannten coadiutores perpetui seine frühere Bedeutung eingebüsst. Für das gemeine Kirchenrecht kommen somit jetzt nur die oben analysirten Bestimmungen der Konstitution Bonifacius' VIII. und da, wo noch heute die Einsetzung eines Koadjutors mit dem Recht auf Nachfolge geboten erscheinen sollte [9], die Vorschriften des Tridentinums in Frage.

[1] Sess. XXV. c. 7. de ref. s. a. a. O. S. 85. n. 1. Die Konstitution Pius' V.: Romani pontificis providentia v. 1571 (M. Bull. 2, 368, auch als c. 14 in VII[to] de benef. coll. I. 10), welche alle auf Beneficien ertheilten Anwartschaften und Koadjutorien aufhob, hat nur den Erfolg gehabt, dieselben in Italien bei Bisthümern und Abteien zu vermindern, denn nach Bened. XIV. de syn. dioec. XIII. 14. n. 3. sind sie dort seitdem sehr selten vorgekommen.

[2] S. vorläufig S. 253 n. 5 citirten Schriften von Moser u. Sartori.

[3] v. Sartori, a. a. O. S. 125 ff.

[4] Moser a. a. O. Buch III. Kap. 44. §. 1. (11, 554), v. Sartori a. a. O. S. 137.

[5] v. Sartori, a. a. O. S. 145.

[6] Moser a. a. O. §§. 4. 5. u. Kap. 43 (11, 548), wo Fälle aus dem 15. bis 17. Jahrhundert mitgetheilt sind.

[7] Moser, a. a. O.; v. Sartori a. a. O. S. 143; hier wurde dann aber noch mitunter ein zweiter coadministrator, gewöhnlich ein Weihbischof ernannt, s. z. B. das Dekret von 1688 bei Moser a. a. O. 11, 550: „Sacra Congregatio rebus consistorialibus praeposita post maturam discussionem, quo praesertim modo ecclesiae Coloniensi consuleretur, donec . . . Josephus Clemens ex Bavariae ducibus ad ipsam canonice electus, ad legitimam aetatem perveniat, censuit, si sanctissimo domino placuerit, temporalium administrationem eiusdem ecclesiae libere praefato Josepho Clementi esse dandam, spiritualium vero eidem ea lege committendam, ut ipsam gerere debeat una cum episcopo Hierapolitano praefatae ecclesiae suffraganeo ac canonico qui eligatur deputatus in eadem administratione ad sanctitatis suae et sedis apostolicae beneplacitum et facta relatione sanctitas sua facere congregationis sententiam benigne probavit". — Allerdings beanspruchten auch einzelne Kapitel, z. B. das Kölner und Freisinger das Recht, die Administration während der Minorennität des Bischofs zu führen, s. Moser 11, 549 u. 12, 65; v. Sartori S. 144; sehr wenig hierher gehöriges bietet Joa. Jac. Jos. Sündermahler praes., P. F. L. Wilib. Behr, de tutela episcopi impuberis. Wirceburgi 1766.

[8] Freilich bezeichneten sich diese jungen Bischöfe in den späteren Zeiten nicht mehr selbst als Administrator, sondern als Erzbischof, Bischof u. s. w. v. Sartori S. 142. Ueber andere Fälle, in denen zu Zeiten des deutschen Reichs solche Administratoren bestellt wurden, s. Moser und Sartori an den in Note 4 angeführten Stellen.

[9] So ist durch Breve v. 24. September 1841 der Bischof Johann von Geissel von Speyer zum Koadjutor des Erzbischofs von Köln bestellt worden, s. Held S. 76.

Die Befugnisse des Koadjutors richten sich danach, ob der Bischof, welchem er an die Seite gegeben ist (der s. g. *coadiutus*), seine Handlungsfähigkeit verloren hat oder nicht. Im letzteren Fall ist der Koadjutor nur dann zur Vornahme von bischöflichen Verwaltungsakten befugt, andererseits aber verpflichtet, wenn der coadiutus diese nicht selbst ausüben will oder kann. Andererseits hat er aber auch ein Recht darauf, den Bischof in Verhinderungsfällen zu vertreten, und der letztere kann daher seine Befugnisse weder anderen Personen delegiren[1], noch einen General-Vikar ernennen. Bei der totalen Unfähigkeit des coadiutus vertritt der Koadjutor den letzteren in allen Beziehungen.

Gesetzlich ist dem coadiutor nur das Recht zu Veräusserungen genommen[2], indessen kann der nicht handlungsunfähige Bischof denselben dazu durch Spezial-Mandat ermächtigen.

Der Koadjutor übt, wie der General-Vikar und der Kapitels-Verweser als Quasi-Ordinarius die bischöfliche Jurisdiktion für den verhinderten Bischof aus[3]. Für den Fall der absoluten Unfähigkeit des letzteren wird man ihn sogar auch im Gegensatz zum Kapitular-Vikar (s. oben S. 241) zur Ausübung derjenigen Rechte, welche die Bischöfe kraft besonderer gesetzlicher Delegation besitzen, für befugt erklären müssen, denn er soll den Bischof in jedweder Weise vertreten, während die Verwaltung durch den Kapitelsverweser eine interimistische und provisorische ist, welcher nur eine konservirende Aufgabe zukommt, und welche im Gegensatz zu der Administration wegen Unfähigkeit des Bischofs stets auf ordnungsmässigem Wege durch Wiederbesetzung des vakanten Sitzes ihrem Ende entgegengeführt werden kann.

Wo es darauf ankommt, auch die iura ordinis in der Diöcese verwalten zu lassen, also bei absoluter geistiger oder körperlicher Unfähigkeit des Bischofs, bedarf der Koadjutor noch der Bischofsweihe, und es kann also in diesem Fall allein ein wirklicher Diöcesanbischof oder ein Bischof in partibus infidelium bestellt werden.

Da die Bischöfe, resp. die Kapitel die Einsetzung des Koadjutors nur in Folge päpstlicher Delegation vorzunehmen befugt sind, so kann sie der Papst in jedem Falle an sich ziehen und auch die Vollmachten des Koadiutors einschränken oder erweitern.

Immer ist aber das Recht des letzteren ein persönliches, und er hat keine Macht, dasselbe ganz auf einen anderen zu übertragen und damit den Bestellungsberechtigten eine Persönlichkeit, bei deren Einsetzung diese nicht konkurrirt haben, zu obtrudiren[4]. Dagegen darf er ebenso wie jeder andere Ordinarius und Quasi-Ordinarius einzelne Sachen delegiren[5].

Ob der Koadjutor temporarius oder perpetuus ist, macht, sofern er einem unfähigen Bischof zur Seite gesetzt worden, hinsichtlich des Umfangs seiner Befugnisse keinen Unterschied, wogegen der ohne einen solchen Grund, also blos behufs Erlangung des Successionsrechtes bestellte coadiutor perpetuus vor Eintritt der Vakanz nichts mit der

[1] Es folgt das aus der Stellung des Koadjutors, welchen der Bischof so lange die Unfähigkeit dauert, nicht beseitigen kann. So auch Fagnan, ad C. 5. X. de clerico aegrot. III. 6. n. 26 u. die Congreg. episcopor. nach Ferraris s. v. coadiutor.

[2] S. oben S. 246 u. 252 n. 2.

[3] Barbosa, ius. eccles. III. 10. n. 25. Den Beschränkungen, welcher der General- und Kapitular-Vikar unterworfen ist, unterliegt er nicht; so kann er z. B. auch die beneficia liberae collationis episcopalis vergeben, s. darüber noch Reiffenstuel III. 6. n. 52. 53.

[4] Das Gegentheil behauptet Leurenius, de vicariis episc. c. 1. qu. 24 und nach ihm Bouix p. 402 aus dem unzureichenden Grunde: „quia gerit iurisdictionem et potestatem ordinariam episcopi, qui id potest“.

[5] S. auch Schulte 2, 269.

Verwaltung des Bisthums zu thun hat, sich also auch in dieselbe nicht einmischen darf[1].

Hinsichtlich der Qualifikation der Koadjutoren hat die Konstitution Bonifacius' VIII. nichts bestimmt, und das Tridentinum[2] verlangt allein für die perpetui dieselben Erfordernisse, welche zur Erlangung des Bischofsamtes vorhanden sein müssen. Das Gleiche ist aber anzunehmen, wenn der coadiutor temporarius die Pontifikalien ausüben und zu diesem Behufe zum Weihbischof kreirt werden soll, weil er dazu auch dieselbe Qualifikation besitzen muss[3].

Da der coadiutor den Bischof vertritt, so nimmt er in der Diöcese den nächsten Rang nach demselben ein, ausserhalb des Sprengels aber den ihm nach seiner sonstigen Stellung zukommenden[4].

Die Stellung des coadiutor erreicht ihr Ende mit dem Tode des Bischofs, welchem er zur Seite steht, ferner wenn dieser seine Jurisdiktion verliert, z. B. resignirt, sodann wenn der Grund zur Koadjutorie fortfällt, also der betreffende Bischof wieder zur eigenen Verwaltung seiner Diöcese fähig wird[5]. Ereignisse in der Person des Koadiutors, welche das Verhältniss lösen, sind dessen Tod, Abdankung, Eintritt körperlicher oder juristischer[6] Unfähigkeit. Absetzen oder entfernen kann weder der Bischof noch das Kapitel den Koadjutor, denn da die Bestellung desselben eine dem apostolischen Stuhle reservirte causa maior ist, muss auch die Aenderung in von demselben oder den gesetzlichen Delegaten getroffenen Anordnungen als solche betrachtet werden[7].

Ueber den Unterhalt und die Pflicht des Koadjutors zur Rechnungslegung s. oben S. 253.

C. Die deutschen Staatsgesetzgebungen. Das in Altpreussen geltende Landrecht enthält von allen deutschen Gesetzgebungen allein ausführliche Vorschriften über die Koadjutoren[8], welche es ohne weiteres stets als perpetui cum iure succedendi betrachtet[9]. Auch darin hat es den Boden des kanonischen Rechtes verlassen, dass es die Bestellung derselben stets dem Kapitel unter der Voraussetzung zuschreibt, dass das letztere das Recht zur Wahl des coadiutus besitzt und sowohl den unmittelbaren geistlichen Oberen, wie dem Landesherrn die Prüfung und Genehmigung

[1] Helfert, von den Rechten der Bischöfe S. 359; Phillips Lehrb. S. 450.

[2] Sess. XXV. c. 7. cit.

[3] S. oben S. 177. Demnach ist nur die Frage nicht entschieden, welche Erfordernisse der coadiutor temporarius zu haben braucht, der keine Weihehandlungen vorzunehmen hat. Es werden aber auch für diesen Fall, da er entweder eine selbstständige Verwaltung führt oder doch immer in die Lage kommen kann, dies thun zu müssen, dieselben Requisite zu statuiren sein. Analogieen aus der Stellung des General- und Kapitular-Vikars passen nicht, denn neben dem ersteren steht immer noch unter allen Umständen der Bischof selbst und der letztere ist ebenfalls mehr beschränkt als ein coadiutor.

[4] Helfert, a. a. O. S. 359; Schulte a. a. O. Ueber das rituelle s. Ferraris l. c. n. 53 ff., 68 ff.

[5] Alles das ergiebt die Natur der Sache. Verfällt der episcopus coadiutus einer Censur, welche die Ausübung seiner Jurisdiktion hemmt, so wird der coadiutor in diesem Falle, wenn der Bischof selbst noch thätig ist, nicht handeln können. Denn eine Anweisung an ihn seitens des letzteren, wäre immer ein jurisdiktioneller Akt und unter den Fall des Nichtkönnens, für welchen der Koadjutor eingesetzt ist, gehört die Suspension der Jurisdiktion nicht. Hat sich aber der Bischof ganz von der Administration zurückgezogen, so tangirt eine ihn treffende Censur den Koadjutor nicht. Wenngleich er dessen Jurisdiktion ausübt, so beruht seine Vollmacht dazu nicht auf der letzteren, sondern auf der päpstlichen Gewalt.

[6] Also von Censuren gegen den Koadjutor.

[7] Bei der nicht allzu häufig vorkommenden Bestellung der Koadjutoren, hat sich eine feste Kurial-Praxis über die Gründe, aus welchen eine solche Entfernung für zulässig zu erachten ist, nicht gebildet. Jedenfalls muss ein Verfahren des Koadjutors, wodurch die Interessen des Bisthums geschädigt werden, für ausreichend erachtet werden.

[8] Th. II. Tit. 11. §§. 1015 ff.

[9] §. 1021 ibid.: „Bei gänzlichem Abgang des Vorgesetzten tritt der ihm zugeordnete Koadiutor sofort an dessen Stelle“.



der Statthaftigkeit der Einsetzung zugesteht [1]. Diese Vorschriften sind aber durch die in der Verfassungs-Urkunde (Art. 15) gewährleistete Selbstständigkeit der katholischen Kirche beseitigt, und da gleichfalls jedes Einwirkungsrecht des Staates auf die Besetzung kirchlicher Stellen aufgehoben ist [2], so können jetzt die Koadjutoren, sofern es sich nicht um solche mit dem Rechte zur Nachfolge handelt [3], frei nach den kirchlichen Normen eingesetzt werden. Auch in Hannover und dem preussischen Theil der oberrheinischen Kirchenprovinz, wo die preussische Verfassungsurkunde gleichfalls eingeführt ist, kommen dieselben Grundsätze zur Anwendung. Eine Pflicht des Staates zum Unterhalt der Koadjutoren hat die Bulle De salute animarum nicht anerkannt, da aber der Staat die Sustentation der Weihbischöfe übernommen hat [4] und ferner auch die Dotation der Bisthümer für den Unterhalt von General-Vikaren ausreicht [5], so ist damit in genügender Weise ebenfalls für die Koadiutoren gesorgt.

In Baiern besteht für die Annahme eines coadiutor temporarius ebensowenig eine gesetzliche Beschränkung [6], andererseits aber auch keine Verpflichtung des Staates, den Unterhalt eines solchen zu gewähren [7].

Dagegen werden in dem nichtpreussischen Theil der oberrheinischen Kirchenprovinz die Regierungen dieselben Rechte bei der Bestellung eines zeitlichen Koadjutors, welcher auch hier keine staatliche Sustentation zu fordern hat, wie bei der Einsetzung eines General-Vikars [8] beanspruchen dürfen, denn derselbe übt eben so gut, wie der letztere die bischöfliche Jurisdiktion und sogar noch in weiterem Umfange als dieser aus.

Was endlich Oesterreich betrifft, so war hier die früher erforderte landesherrliche Genehmigung [9] durch das Konkordat [10] beseitigt worden. Ebenso musste nach demselben [11] der Unterhalt bei nicht zureichender Bisthumsdotation eventuell aus dem Religionsfond gewährt werden. Nach der Aufhebung des Konkordats im J. 1870 fehlt es bis jetzt an einer neuen Regelung dieser Verhältnisse.

II. Die Verwaltung der Diöcese bei rechtlicher Verhinderung des Bischofs. Das ältere Recht hat für den Fall, dass dem Bischof die Ausübung seiner Gewalt durch gegen ihn verhängte Censuren und Strafen entzogen war, keine besonderen Normen ausgebildet, und eben so wenig haben die Dekretalensammlungen dafür bestimmte Vorschriften aufgestellt. Während in älterer Zeit hier nach Analogie des Falles der Vakanz oder der körperlichen Unfähigkeit des Bischofs das Presbyterium und ein vom Metropoliten eingesetzter Visitator eintraten, konnte davon seit der Verminderung der erzbischöflichen Gewalt [12], der Beschränkung der Betheiligung der Kapitel

[1] §§. 1016. 1017 a. a. O.

[2] Art. 18 der Verf.-Urk.

[3] Denn für diese kommen wegen des Ausschlusses der zukünftigen Vakanz die Berechtigungen des Landesherrn bei den Bischofswahlen mit in Frage.

[4] S. oben S. 180.

[5] Die betreffenden Summen sind in der allgemeinen Dotation enthalten und nicht ausschliesslich für den General-Vikar bestimmt, sie werden also auch für einen Beamten mit analoger Stellung verwendet werden dürfen. S. die citirte Bulle s. v. Antedicto Josepho episcopo.

[6] Es müssen demnach die Vorschriften des art. 1 u. 17 des Konkordats zur Anwendung kommen, um so mehr als auch die allerhöchste Entschliessung vom 8. April 1852 für die Einsetzung der Gehülfen und Stellvertreter der bischöflichen Jurisdiktion durch den Bischof selbst keine Genehmigung des Staates fordert.

[7] Das Konkordat art. 3 weist zwar den Domherren, welche zugleich General-Vikare sind, ein bestimmtes Gehalt zu, diese Verpflichtung kann aber über diesen speziellen Fall nicht ausgedehnt werden.

[8] S. oben S. 210.

[9] Nach dem Hofdekret vom 28. Mai 1782.

[10] Art. 1 u. 34.

[11] Art. 31.

[12] c. 1 (Innoc. IV.) in VI^{to} de suppl. negl. prael. I. 8 sagt schon: „etiamsi tenerentur iidem episcopi pro suis culpis vinculo excommunicationis

auf einzelne Akte der Diöcesan-Verwaltung und der dem päpstlichen Stuhl vorbehaltenen Verfügung[1] über die Bisthümer nicht mehr die Rede sein. Da mit der Suspendirung der bischöflichen Jurisdiktion durch Censuren, z. B. durch Exkommunikation oder Suspension das Verhältniss des Bischofs zu seiner Diöcese keineswegs gelöst wird, andererseits aber auch die von ihm bestellten Gehülfen, namentlich der Generalvikar, gleichfalls ihre von ihm abgeleiteten Jurisdiktionsrechte verlieren, so blieb schon seit jener Zeit, wie auch noch heute, nichts übrig, als die Fürsorge des Papstes unter solchen Umständen anzurufen, und nach Analogie der beiden ähnliche Verhältnisse behandelnden Dekretalen[2] zu verfahren. Mit Rücksicht hierauf haben sich durch die Praxis folgende Sätze festgestellt:

Beim Eintritt einer derartigen Verhinderung hat das Kapitel die Verwaltung des Bisthums zu übernehmen, dasselbe ist aber nur zur Vornahme konservirender Massregeln befugt[3], und verpflichtet sofort an den Papst zu berichten. Seitens desselben[4] wird dann ein apostolischer Vikar oder Administrator ernannt[5], welcher die Jurisdiktionsbefugnisse des verhinderten Bischofs, resp. Erzbischofs auszuüben hat, und wenn er Titular- oder eigentlicher Diöcesan-Bischof ist, auch die durch den ordo episcopalis bedingten Weihehandlungen vornehmen darf[6]. Gesetzlich entzogen ist ihm nur die Veräusserung der Immobilien der Kathedrale oder der mensa episcopalis[7]. Durch die Bestallungsurkunde können seine Vollmachten mehr eingeschränkt[8], andererseits aber auch erweitert werden. Er hat ebenso wie der coadiutor einen Anspruch auf Unterhalt aus den Einkünften des Bisthums[9]. Seine Rechte erlöschen naturgemäss mit dem Zeitpunkt, wo der censurirte Bischof die Absolution erlangt, also seine Jurisdiktion wieder erhält, dagegen nicht mit dem Tode desselben[10].

Ueber die Anwendbarkeit dieser Grundsätze in den einzelnen deutschen Staaten gilt ganz dasselbe, was hinsichtlich des unter I. besprochenen Falles S. 256. 257 bemerkt worden ist. Positive, direkt diesen Punkt regelnde Normen finden sich in keinem Staat. Da es sich aber hier gleichfalls nur um einen Repräsentanten des Bischofs handelt, so müssen eben deshalb die vorhin durch Analogie gewonnenen Normen zur Anwendung gebracht werden.

adstricti, non tamen ex culpis ipsis, quum id non inveniatur a iure concessum, ad Remensem archiepiscopum iurisdictio devolveretur eorum".

[1] c. 42 (Bonifac. VIII.) in VI^to de elect. I. 6.

[2] c. un. in VI^to de clero aegrot. (s. oben S. 252) und c. 3 ibid. de supp. negl. I. 8, S. 259. n. 1.

[3] Die ganze bischöfliche Jurisdiktion wie im Fall der Vakanz geht also nicht auf dasselbe über, vgl. Fagnan. ad c. 5. X. de conc. praeb. III. 8. n. 16 ff. — Uebrigens wird das Kapitel praktisch selten Gelegenheit zum Einschreiten haben, weil für die Regel nur der Papst über die Bischöfe Censuren verhängen kann und eintretenden Falls dann gleich das Erforderliche von der Kurie wegen der Verwaltung der Diöcese veranlasst wird.

[4] Die Behörde, welche diese Angelegenheiten wahrnimmt, ist die Congregatio episcoporum, s. Th. I. S. 465. n. 2.

[5] Ferraris s. v. vicarius apostolicus, n. 51; Benedict. XIV. de synodo dioec. II. 10. n. 1.

[6] c. 42 cit. in VI^to de elect.: „Is cui procuratio seu administratio cathedralis ecclesiae plena et libera in spiritualibus et temporalibus a sede apostolica cui soli hoc competit, est commissa, potest alienatione bonorum immobilium duntaxat excepta omnia quae iurisdictionis episcopalis exsistunt et quae potest electus exsequi confirmatus, libere exercere. Illa quippe quae ministerium consecrationis exposcunt, nisi fuerit episcopus, per alios faciat episcopos expedire". Einzelne Konsequenzen dieses Princips bei Ferraris l. c. n. 4 ff. — Bened. XIV. l. c. n. 10. ist geneigt, ihm die Befugniss zur Abhaltung der Diöcesansynode abzusprechen, offenbar weil er ihn dem General-Vikar gleichstellt, eine Analogie, die aber nicht passt.

[7] So nach c. 42 cit. während dem Koadjutor auch die Alienation anderer, d. h. der beweglichen Sachen (abgesehen von unconservirbaren und von Gegenständen geringeren Werthes) entzogen ist. S. oben S. 255.

[8] Nach der Kurial-Praxis wird ihm gewöhnlich das Recht zur Verleihung der Beneficien und zur Ausstellung von Dimissorien entzogen, s. Fagnan. ad c. 2. X. ne sede vac. III. 9. n. 30 ff.; Ferraris l. c. n. 8 ff.

[9] So nach den Entscheidungen der Congr. Conc. Ferraris n. 31 ff.

[10] A. a. O. n. 23. 24.



III. Die Stellvertretung in sonstigen Verhinderungsfällen. Für den besonderen Fall, dass der Bischof von Heiden oder Schismatikern gefangen genommen wird, hat Bonifacius VIII. bestimmt, dass das Kapitel dann ebenso wie im Fall des Todes die Verwaltung an sich nehmen, aber so schnell als möglich an den apostolischen Stuhl berichten soll, damit dieser die nöthige Fürsorge für die Diöcese treffen kann [1]. Da durch eine solche Festnehmung des Bischofs seine Jurisdiktion nicht aufgehoben wird, so muss die thatsächliche Voraussetzung für die Zulässigkeit jener Massnahmen näher dahin präcisirt werden, dass es dem Bischof unmöglich gemacht ist, aus seiner Haft heraus für die ordnungsmässige Verwaltung seines Sprengels zu sorgen, sowie dass überhaupt kein gesetzmässiges Organ für die Administration zurückgeblieben ist [2]. Daher findet die Dekretale keine Anwendung, wenn der Bischof nicht an der Korrespondenz mit seinen Diöcesanen oder den Diöcesan-Behörden gehindert ist [3] oder wenn er schon vor seiner Gefangennehmung einen General-Vikar ernannt hatte und der Thätigkeit desselben keine Hindernisse in den Weg gelegt werden [4].

Eine analoge Ausdehnung der Dekretale auf die Wegführung oder Hinderung des Bischofs durch Häretiker unterliegt bei der nahen Verwandtschaft der Häresie und des Schismas keinem Bedenken, umsoweniger als auch hier die Nothwendigkeit der Anordnung einer ausserordentlichen Diöcesan-Verwaltung eintreten kann. Wenn aber neuerdings von katholischen Kanonisten behauptet worden ist, dass die Vorschriften der Konstitution Bonifacius' VIII. keine Anwendung auf die Fortführung des Bischofs durch die eigene christliche Regierung finden [5], so ist das, soweit es sich um eine protestantische handelt, entschieden nicht richtig. Vom katholischen Standpunkt aus ist dieselbe immer eine häretische und schismatische [6], und Bonifacius spricht allgemein von

[1] c. 3 in VI^to de suppl. negl. clericor. I. 8. „Si episcopus a paganis aut schismaticis capiatur, non archiepiscopus, sed capitulum, ac si sedes per mortem vacaret illius, in spiritualibus et temporalibus ministrare debebit, donec eum libertati restitui vel per sedem apostolicam, cuius interest ecclesiarum providere necessitatibus, super hoc per ipsum capitulum quam cito commode poterit consulendam, aliud contigerit ordinari".

[2] Für diese Auslegung kommt auch das unterstützende Moment in Betracht, dass der Fall analogisch wie der der Sedisvakanz durch Tod behandelt werden soll, damit also auch dieselbe Unmöglichkeit auf die Diöcese einzuwirken, wie in dem letzteren, vorausgesetzt ist.

[3] So auch nach der Deklaration der Congr. Conc. s. oben S. 223. n. 3.

[4] S. 223. So hat Pius VII. i. J. 1811 entschieden, als der Bischof von Troyes von Napoleon gefangen genommen war, s. histor. politische Blätter 2, 167. Die Erwählung eines Kapitular-Vikars seitens des Kölner Domkapitels nach der Fortführung des Erzbischofs Droste-Vischering durch die preussische Regierung i. J. 1837 ist gleichfalls von Gregor XVI. in dem Breve v. 9. Mai 1838 reprobirt worden, indem derselbe erklärte, dass der Gewählte, welcher zugleich General-Vikar des Erzbischofs war, sich nur in dieser letzteren Eigenschaft der Verwaltung der Kölner Kirche zu unterziehen habe. Vgl. Darlegung des Rechts- u. Thatbestandes mit authent. Dokumenten als Antwort auf die Erklärung der kön. preuss. Regierung in der Staatszeitung v. 31. December 1838. Augsburg 1839. S. 98. 99.

[5] Walter, K. R. §. 143; Phillips Lehrb. S. 422; Schulte 2, 263; Kober in der Tübinger theolog. Quartalschrift. Jahrg. 35 (1853), S. 588.

[6] Wenn Walter a. a. O. unter Zustimmung von Phillips bemerkt: c. 3 cit. „setzt eine fremde auswärtige Macht voraus, die gegen die Kirche als solche feindlich gestimmt ist und worauf das Kapitel mit rechtlichen Vorstellungen einzuwirken keine Macht hat, zweitens ist in Deutschland wenn auch der Landesherr sich nicht zur katholischen Kirche bekennt, die Regierung als Regierung doch nicht eine häretische, sondern immer eine paritätische, sie steht für die katholische Kirche auf dem katholischen Standpunkt", so ist auf den ersten Grund zu erwiedern, dass dieser dem c. cit. Dinge unterschiebt, von welchem dasselbe kein Wort enthält, auf den zweiten aber, dass die katholische Kirche einen paritätischen Staat nicht anerkennt, s. Syllabus errorum v. 8. December 1864 n. 21. 77—80 (Moy, Arch. 13, 314. 326), s. übrigens Phillips Lehrb. S. 2. 3, wie denn auch die Protestanten sonst vom Standpunkt der katholischen Kirche nur als Ketzer betrachtet werden, s. z. B. const. Pii IX.: Apostolicae sedis vom 12. Oktober 1869, Moy, Arch. 23, 327; v. Schulte, die Macht der römischen Päpste. 2. Aufl. Prag 1871. S. 79. Vgl. ferner auch Pachmann, K. R. 3. Aufl. 1, 357. n. q, dessen sämmtlichen Ausführungen ich freilich nicht zustimmen kann.

Schismatikern, ohne zu unterscheiden, wer diese sind. Hat er auch nicht an eine protestantische Regierung gedacht, so kann doch durch die Massnahmen derselben der Zustand, für welchen er gerade Fürsorge treffen wollte, d. h. das Fehlen jedweden legitimirten Organs für die Diöcesan-Regierung, herbeigeführt werden. Auch das von Pius IX. approbirte Dekret der Congregatio episcoporum vom 3. Mai 1862 für die neapolitanischen Diöcesen[1] steht dieser Auffassung nicht entgegen[2], denn hier handelte es sich nur um die von einer katholischen Regierung vertriebenen Bischöfe und dass letztere jeder Einwirkung auf ihre Diöcesen beraubt waren, erhellt aus demselben eben so wenig[3].

Tritt die eben näher charakterisirte Voraussetzung des c. 3. cit. ein, so ist die Folge die, dass zunächst die bischöfliche Jurisdiktion auf das Kapitel übergeht, und dieses die Diöcese, bis auf seinen Bericht die Anordnung einer Administration durch den Papst, also für die Regel die Einsetzung eines vicarius apostolicus erfolgt ist, wie beim Tode des Bischofs, also auch durch den innerhalb der vorschriftsmässigen Zeit zu bestellenden Kapitular-Vikar zu verwalten hat.

Auf den Fall, dass der Bischof von der katholischen Regierung selbst gefangen fortgeführt oder aus anderen faktischen, als den besprochenen Gründen an der Leitung gehindert ist, und eine solche weder durch Korrespondenz noch durch einen vorhandenen General-Vikar geführt werden kann, passen die Vorschriften der erwähnten Dekretale nicht, vielmehr hat hier der apostotische Stuhl auf den Bericht des Kapitels oder auf sonst erlangte Kenntniss des Hindernisses nach dem allgemeinen Grundsatz des c. 42. cit. in VI^to de elect. I. 6 einzugreifen, und es wird dann hier wieder ein apostolischer Vikar ernannt[4].

Für die Stellung der in beiden Fällen ernannten Verweser sind die zu II. angegebenen Regeln massgebend, freilich wird es in denselben kaum jemals an bestimmten speziellen Vollmachten des apostolischen Stuhles fehlen. —

Die in diesem Paragraphen erörterten Verhältnisse werden von den neueren Kanonisten[5] unter dem passenden Ausdruck: *sedes impedita* zusammengefasst, während manche ältere damit den Fall bezeichneten, wo sich die Vakanz ohne Schuld des

[1] „Dolendum profecto est, in nonnullis dioecesibus Neapolitanae ditionis capitula cathedralium ecclesiarum eo audaciae devenisse, ut viventibus licet episcopis, quin eos se suis sedibus turpiter eiectos aliquo modo solarentur eisque firmiter adhaererent, spreta illorum eorumque delegatorum auctoritate ad electionem vicarii capitularis temerario ausu processisse intrusosque vicarios capitulares licet ipsi ab hac S. Congregatione episcoporum et regularium ex SSmi domini nostri Pii pp. IX. mandato moniti fuerint de nullitate electionis, de incursis censuris deque obligatione dimittendi officium in vicarii capitularis munere permansisse et adhuc permanere narrentur . . . Ne tantum facinus impunitum remaneat et ut alii a similibus perpetrandis retrahantur, Sanctitas sua apostolica auctoritate huius decreti tenore haec quae sequuntur decernenda constituit: 1. Nullas, irritas et nullius roboris esse denuo declarat huiusmodi et omnia acta quae a praedictis vicariis capitularibus facta sunt et in posterum quovis colore et praetextu fient . . . 5. Hoc vero decretum Sanctitas sua in omnibus extendit ad capitula quae in posterum ad huiusmodi electiones quod deus avertat, procedent: necnon ad vicarios capitulares, quatinus hi munus susceperint“ (s. Moy, Arch. 9, 444 u. auch Sentis, Clementis VIII. decretales Friburgi Brisg. 1870. p. 65).

[2] S. Schulte, Lehrb. 2. Aufl. S. 235. n. 62.

[3] Im Gegentheil ist sogar von Delegaten derselben die Rede. — Der Kölner Fall entscheidet nichts, weil hier aus dem vorhin angegebenen Grunde die Bestellung eines Kapitular-Vikars unzulässig war.

[4] Danach weiche ich von den S. 259. n. 6 erwähnten katholischen Schriftstellern darin ab, dass ich bei der Wegführung des Bischofs durch eine protestantische Regierung vorausgesetzt, dass kein General-Vikar vorhanden ist, dem Kapitel ein Recht auf die Jurisdiktion bis zur päpstlichen Regelung des Verhältnisses zuspreche, von Richter K. R. §. 136. n. 12 darin, dass ich ein solches verneine, wenn die betreffende Regierung eine katholische ist. — Ein anderes Auskunftsmittel für den Fall der Verhinderung des Bischofs s. oben S. 224.

[5] S. z. B. Phillips a. a. O. S. 420; Schulte 2, 263.



Kapitels durch den Eintritt von zufälligen Umständen über die gewöhnliche Zeit von 3 Monaten ausdehnte[1], und die hier besprochenen Fälle *sedes impedita partialis* oder *secundum quid*[2] nannten.

b. Die Gehülfen der Bischöfe für die einzelnen Theile der Diöcese. Die Pfarrer*, Erzpriester, Landdekane, Bezirksvikare**.

§. 90. *aa. Geschichtliche Einleitung.*

Eine ordentliche und regelmässige Leitungsinstanz mit selbstständigen Befugnissen unter dem Bischof hat sich in der Verfassung der katholischen Kirche abgesehen von den Archidiakonen, welche indessen diese Stellung längst wieder verloren haben (s. §. 86), nicht entwickelt, vielmehr bilden die Bischöfe auch noch heute die Mittelpunkte der Verwaltung und des Regimentes der einzelnen von den Angehörigen der katholischen Kirche bewohnten Gebiete. Während die Natur der Jurisdictio oder Leitungsgewalt der Koncentration derselben in einer Hand für grössere geographische Bezirke im Allgemeinen keine Schwierigkeiten in den Weg legte und die bei einer zu grossen Geschäftsvermehrung hervortretenden Uebelstände durch die Anstellung von bischöflichen Stellvertretern leicht zu beseitigen waren[3], konnte dieses Princip für die Befugnisse des Bischofs, welche ihm kraft seines Hirten- und Lehr-Amtes zustehen, nicht durchgeführt werden. Gerade diese, aus der potestas ordinis und der potestas magisterii herfliessenden Funktionen sind die Mittel, um die Heiligung der einzelnen Menschen herbeizuführen und die über das Diesseits hinaus liegenden Ziele der Kirche zu verwirklichen. Ihrem Wesen nach müssen sie sich daher an die einzelnen Glieder der christlichen Gemeinschaft richten, und deshalb bedingt ihre erfolgreiche Anwendung die Einsetzung von Organen für kleinere Kreise, welche zu den Bewohnern derselben in eine nähere und engere Berührung treten können, wogegen die Ueberwachung und höhere Leitung der hierher gehörigen Einrichtungen, Funktionen, welche dem Gebiete der iurisdictio angehören, füglich für eine Anzahl derartiger Distrikte in einer Hand, der des Bischofs, vereinigt sein können. Aus diesen in der Natur der Sache liegenden Gründen erklärt es sich, dass schon früh innerhalb der Amtskreise der Bischöfe Gehülfen derselben für gewisse kleine Sprengel behufs der Ausübung der Seelsorge, d. h. behufs der Ausübung der priesterlichen Thätigkeit zur christlichen Heranbildung und Kräfti-

[1] J. H. Boehmer ius eccles. prot. III. 9. §. 18; J. H. Boehmer praes., Just. Christophorus Willerding, de iuribus capituli sede vacante. Halae Magdeb. 1704. p. 22; Wiese, Handbuch des K. R. 2, 262; einzelne, s. z. B. G. L. Boehmer, princ. iur. canon. §. 507 u. Rau a. a. O. S. 381 nennen diesen Fall sedes vacans impedita.

[2] Willerding l. c. p. 23; Wiese, a. a. O.; G. L. Boehmer und Rau sprechen hier von sedes plena impedita.

* J. Marangoni, thesaurus parochorum . . . in quo agitur de origine, dignitate, nobilitate ac variis titulis parochorum. Rom. 1725; Mario Lupi, de parochiis ante ann. Chr. millesim. Bergamo 1788; Muratori, diss. de paroeciis (Antiqu. Italic. 6, 359 ff.); L. Nardi, dei parrochi. Opera di antichità sacra e disciplina ecclesiastica. Pesaro 1829 u. 1830. 2 Voll.; Thomassin, vetus ac nova discipl. P. I. lib. 2. c. 21 — c. 26; P. III. lib. 2. c. 21 ff.; Binterim, Denkwürdigkeiten der christkath. Kirche I. 1, 534 ff.; S. auch die Literatur zu §. 92.

** G. Chr. Neller, diss. de plebium archipresbyteris in communi. Trevir. 1771, auch in Schmidt, thesaur. iur. eccles. 3, 290 ff.; Ant. Schmidt, diss. de synod. archidiac. et archipresbyteralibus. Heidelb. 1773. c. 2 in seinem thesaur. 3, 322 ff.; Thomassin l. c. P. I. lib. 2. c. 3 — c. 6; P. II. lib. 3. c. 74. 76; Phillips K. R. 2, 115. 116.

[3] Wie dies durch Einsetzung von General-Vikaren und Anstellung von Weihbischöfen (s. §§. 87. 85) geschehen ist.

gung des Volkes durch Lehre, Gottesdienst und Mittheilung der Gaben der Kirche, namentlich der Sakramente, eingesetzt worden sind. Ihre Funktionen fallen zwar nicht dem Gebiete des Rechts anheim, indessen normirt das letztere dieselben doch insofern, als es den äusseren Rahmen feststellt, innerhalb dessen sich dieselben zu bethätigen haben, und ebenso fällt die Organisation der für die Ueberwachung dieser Einrichtungen bestehenden Aufsichtsorgane gleichfalls der jurisdiktionellen Sphäre des bischöflichen Amtes anheim.

I. Die Pfarrer und Pfarreien auf dem Lande. Da das Christenthum zuerst in den Städten festen Fuss gefasst, und hier zunächst ein enges Zusammenschliessen der Christen zu Gemeinden stattgefunden hatte, so blieb vorerst nach der Entwicklung des Episkopates die Residenzstadt des Bischofs der ausschliessliche Mittelpunkt der Gottesverehrung, nach welcher sich auch die vereinzelt auf dem Lande wohnenden Gläubigen zur Theilnahme an den heiligen Handlungen begaben[1]. Mit der Verbreitung des Christenthums über die von den Städten abhängigen Landdistrikte[2] und der Vermehrung der Zahl der Bekenner war aber ein regelmässiges Zusammenkommen aller Gläubigen, namentlich der entfernter wohnenden, in der bischöflichen Stadtkirche nicht mehr möglich, und da, wo keine so grosse Anzahl von Christen auf dem Lande nahe zusammen wohnte, dass sich hier eine besondere Gemeinde mit einem eigenen (Chor-) Bischof an der Spitze bilden konnte[3], bedurfte es wenigstens einer anderweitigen geistlichen Leitung dieser Anhänger der neuen Lehre. Seit dem 3.[4], namentlich aber seit dem 4. Jahrhundert[5], wird im Orient einzelner Priester auf dem Lande gedacht, welche dort in Abhängigkeit von den Stadtbischöfen gottesdienstliche Funktionen versahen. Welches aber die nähere Stellung dieser Geistlichen gewesen, ob z. B. die Bewohner der betreffenden Bezirke für gewisse geistliche Handlungen sich allein an sie wenden durften, ob die einzelnen Diöcesen bereits mit einem vollständigen Netz von kleineren Kreisen überzogen waren, ob ferner diese Priester dauernd in der ihnen einmal angewiesenen Landstation blieben oder nach dem Ermessen des Bischofs nur zeitweise von der bischöflichen Stadt aus deputirt wurden, Alles das ist bei dem Mangel genauerer Quellen zweifelhaft. Vermuthen lässt sich allerdings, dass diese Einrichtungen nur allmählich eine festere Gestalt gewonnen haben, also zunächst allein je nach Bedürfniss einzelne Priester aus der Stadt nach den Orten, wo eine Seelsorge wünschenswerth war, zeitweise abgesandt wurden, und erst später nach Bildung einer ausreichenden Gemeinde und Errichtung eines Gotteshauses eine dauernde Anstellung eines Priesters, mitunter sogar mehrerer, erfolgt ist. Dass letzteres schon im 5. Jahrhundert der Fall gewesen, unterliegt keinem Zweifel[6], wenngleich neben derartigen festorga-

[1] Justini martyris († 166: apolog. I. §. 67. ed. Otto I. 1), 158: „καὶ τῇ τοῦ ἡλίου λεγομένῃ ἡμέρᾳ πάντων κατὰ τὰς πόλεις ἢ ἀγροὺς μενόντων ἐπὶ τὸ αὐτὸ συνέλευσις γένεται". Auch Cyprian erwähnt in seinen Briefen nirgends der Landpriester. Vgl. ferner Thomassin P. I. lib. 2. c. 21. n. 1 ff.; Nardi 1, 103 ff.

[2] Bemerkt doch schon Plinius d. J. ep. X. 97: „Neque enim civitates tantum sed vicos etiam atque agros superstitionis istius contagio pervagata est".

[3] S. 162.

[4] Brief des Dionysius von Alexandrien (u. 255) bei Euseb. hist. eccles. VII. 24: „συγκαλέσας τοὺς πρεσβυτέρους καὶ διδασκάλους τῶν ἐν ταῖς κώμαις ἀδελφῶν": vgl. dazu Hefele, Konciliengesch. 1, 108; disputatio Archelai episc. Mesopotam. cum Manete (u. 277, Mansi 1, 1197): „Manes autem fugiens advenit ad quendam vicum longe ab urbe positum qui appellabatur Diodori. Erat autem presbyter loci illius nomine et ipse Diodorus" und über dasselbe Faktum Epiphanii panarion LXVI. 11.

[5] Epiphanius l. c. XXX. 11; c. 12 (Neocaes. zw. 314 u. 325) Dist. XCV; c. 6. 12. Sardic. a. 343; l. 11. C. de episc. et cler. I. 3 (a. 398); can. 36 (34) apost.

[6] Das ergiebt das c. 6. conc. Chalced. a. 451 (s. auch Th. I. S. 63. n. 5), wonach ein Priester ἐν ἐκκλησίᾳ πόλεως ἢ κώμης geweiht werden

nisirten Landgemeinden auch wohl noch solche vorgekommen sind, wo ein blos auf Widerruf abgesandter Stadtpriester fungirte, und endlich ein Theil der Bewohner einzig und allein die in der Bischofsstadt abgehaltenen Gottesdienste besuchen mochte.

Aehnlich haben sich die Verhältnisse im Abendlande, und zwar zunächst in Spanien und Gallien entwickelt. Schon im 4. Jahrhundert gedenkt die Synode von Elvira der besonderen geistlichen Leitung einer Landgemeinde[1]. Die in beiden Ländern in den folgenden Jahrhunderten abgehaltenen Koncilien erwähnen der auch im Orient vorkommenden[2], ursprünglich nur zur Verrichtung von Gebeten bestimmten kleineren Gebäude oder Räume in grösseren Gebäuden[3], der s. g. *oratoria* auf dem Lande, namentlich auf den Besitzungen der grossen Grundherren als den Stätten, in welchen unter Leitung eines Geistlichen Gottesdienst gehalten und sogar auch (mit Ausnahme der hohen kirchlichen Festtage) die Messe gelesen wurde[4], ferner aber auch vielfach der *ecclesiae* resp. *basilicae dioecesanae*[5] oder *parochitanae*[6] (*parochiales*[7]), deren Kleriker *presbyteri dioecesani*[8], *parochiales*[9], *parochienses*[10] genannt werden. Ursprünglich ist mit diesen Ausdrücken jede Landkirche, resp. jeder Landgeistliche im Gegensatz zu der bischöflichen Kirche, resp. dem bischöflichen Klerus in der Stadt bezeichnet

kann; c. 17 ibid. (s. auch c. 1. C. XVI. qu. 3) erwähnt „τὰς καθ' ἑκάστην ἐκκλησίαν ἀγροικικὰς παροικίας ἢ ἐγχωρίους"; s. ferner conc. Ephesin. a. 431. act. VI. (Mansi 4, 1357): „Πατρίκιος δεύτερος πρεσβύτερος κώμης Παραδιοξύλου χειρὶ χρησάμενος παρὰ Μαξίμου τοῦ συμπρεσβυτέρου μου διὰ τὸ γραμματά με μὴ εἰδέναι"; zu beachten ist, dass παροικία in jener Zeit fast ausnahmslos die bischöfliche Diöcese, nicht: Pfarrei im heutigen Sinn bedeutet. S. oben S. 38 und Nardi l. c. 1, 344 ff. Wegen der gottesdienstlichen Funktionen der Landpriester s. die folgende Note.

[1] a. 305 o. 306. c. 77: „Si quis diaconus regens plebem sine episcopo vel presbytero aliquos baptizaverit, episcopus eos per benedictionem perficere debebit" (nicht richtig hierüber Nardi l. c. 2, 62. n. 1). Dass damals ein Diakon als fähig zu dieser Leitung betrachtet wurde, zeigt, dass der Kreis der von Landgeistlichen zu verrichtenden Funktionen noch keineswegs dem späteren Umfang der pfarramtlichen Handlungen entsprach. Denn nicht nur hatte der Bischof mit dem Stadtklerus die Verfügung über das etwaige Einkommen dieser geistlichen Landstationen, conc. 5 (4). 41 (40) apostol.; c. 24. Antioch. a. 341; c. 7. 8. Gangr. (Mitte saec. IV), sondern er galt auch als der eigentliche Spender der abgesehen von Kindern und Kranken nur an bestimmten kirchlichen Festen vorzunehmenden Taufe, deren Ertheilung an ihre Katechumenen den Landpriestern in den ersten Zeiten entzogen war, Martène, de antiqu. eccles. ritibus I. 1. art. 3 (ed. II. Antv. 1736. 1, 16 ff.); Nardi l. c. 1, 119 ff.; ferner als der Verwalter der Eucharistie, l. c. p. 141 ff.; des Busssakramentes l. c. p. 173 ff. und des Predigtamtes l. c. p. 237 ff. Alle diese Funktionen konnten die Priester nur auf seine Anweisung vornehmen. Somit bedurfte es für die auf das Land hinaus gesendeten Geistlichen immer einer besonderen Ermächtigung für die einzelnen, von ihnen dort auszuübenden geistlichen Verrichtungen. Sicherlich ist diese in den ersten Zeiten je nach den obwaltenden Bedürfnissen in sehr verschiedenem Umfange ertheilt worden, denn es findet sich nirgends eine Andeutung über einen fest bestimmten Kreis von Befugnissen, und die Natur der Sache spricht auch dafür, dass sich ein solcher erst später fixirt, nicht aber schon in einer Zeit festgestellt hat, wo die Bischöfe noch nicht mit allen möglichen, mehr äusseren Regierungsgeschäften beladen, sondern wesentlich auf die rein geistliche Leitung ihrer Gemeinde, die seelsorgerische und gottesdienstliche Thätigkeit, s. z. B. c. 51 (Leo I. ed. Baller. 1, 631) Dist. I. de consecr., beschränkt waren.

[2] Thomassin P. I. lib. 2. c. 92. n. 9.

[3] August. ep. 211 (al. 109. ed. Bened. 2, 783): „In oratorio nemo aliquid agat, nisi ad quod factum est, unde et nomen accepit"; Nov. 58. (a. 537).

[4] c. 21 Agathens. a. 506 (c. 35 Dist. I. de cons.): „Si quis etiam extra parochias, in quibus legitimus est ordinarius conventus, oratorium in agro habere voluerit, reliquis festivitatibus ut ibi missas teneat propter fatigationem familiae iusta ordinatione permittimus: pascha vero, natale domini, epiphania, ascensionem domini, pentecosten et natalem s. Ioannis baptistae vel si qui maximi dies in festivitatibus habentur, nonnisi in civitatibus aut parochiis teneant. Clerici vero, si qui in festivitatibus quas supra diximus in oratoriis nisi iubente aut permittente episcopo missas facere aut tenere voluerint, a communione pellantur"; c. 5. Epaon. a. 517; c. 7. Aurel. IV. a. 541; c. 14. Cabilon. a. 644 o. 656.

[5] c. 7. 8. Tarrac. a. 516.

[6] c. 4. Tolet. III. a. 589 (c. 73. C. XII. qu. 2); c. 4. Tolet. VII. a. 646; c. 16. Emer. a. 666.

[7] c. 6. Tolet. IX. a. 655.

[8] c. 13. Tarracon. a. 516 (S. 264. n. 1); c. 2. Barcin. a. 599.

[9] c. 2. Bracar. II. c. 572; c. 4. Tolet. VII. cit.

[10] ep. Montani episc. ad Palent. a. 531, Mansi 8, 789; parochiani clerici in c. 6. Aurel. IV. a. 541.

worden [1], weil die auf dem Lande entstehenden Kirchen [2] innerhalb der Diöcese oder Parochie des Bischofs lagen [3] und deshalb der Kathedrale in der Stadt gegenüber gesetzt werden konnten. Unter ihnen finden sich aber schon in jener Zeit Kirchen, welche einen Mittelpunkt für die Seelsorge für einen bestimmten Landbezirk gebildet haben [4]. An diesen waren mitunter sogar mehrere Geistliche angestellt [5], und diese hatten nicht nur einen regelmässigen Gebetsdienst [6] zu halten, sondern auch des Predigtamtes [7] zu warten, die Messe zu feiern [8] und das Sakrament der Taufe zu spenden [9]. Mochten auch vor Allem die Kirchen, welche die eben erwähnten Rechte besassen, in der vorhin gedachten Weise bezeichnet werden [10], so ist doch keineswegs anzunehmen, dass die Priester aller Landkirchen, welche unter dieser Benennung oder unter einer gleichbedeutenden [11] erwähnt werden, mit sämmtlichen eben aufgezählten Befugnissen ausgestattet waren. Dagegen spricht einmal der Umstand, dass mehrfach eines Priesters gedacht wird,

[1] c. 13. Tarrac. a. 516; „ut non solum a cathedralibus ecclesiis presbyteros, verum etiam de dioecesanis ad concilium trahant"; c. 12. Emerit. a. 666: „ut omnis episcopus provinciae nostrae si voluerit de parochitanis presbyteris atque diaconibus cathedralem sibi in principali ecclesia facere, maneat illi per omnia licentia".

[2] c. 2. Arelat. I. a. 314: „De his qui in quibuscumque locis ordinati fuerint, ministri, in ipsis locis perseverent". s. auch c. 21 ibid. (vgl. Hefele a. a. O. 1, 174); c. 5. Tolet. I. a. 400: „Presbyter vel diaconus vel subdiaconus vel quilibet ecclesiae deputatus clericus, si intra civitatem fuerit vel in loco in quo est ecclesia aut castellum aut vicus aut villa et ad ecclesiam ad sacrificium quotidianum non venerit, clericus non habeatur"; c. 5. Regens. a. 439: „visum est, omni presbytero per familias, per agros, per privatas domos pro desiderio fidelium facultatem benedictionis aperire . . . Huic autem etiam in ecclesiarum plebibus per loca tamen magis quam per urbes hoc idem visum est, esse tribuendum".

[3] Eine abgeleitete Bedeutung von dioecesis ist dann die von Landkirche, c. 54. Agath. a. 506: „Presbyter dum dioecesim tenet, de his quae emerit ad ecclesiae nomen scripturam facit"; c. 8. Epaon. a. 517; c. 18. Aurel. III. a. 538: „De his vero clericorum personis quae de civitatensis ecclesiae officio monasteria, dioeceses vel basilicas in quibuscumque locis positas, i. e. sive in territoriis sive in ipsis civitatibus suscipiunt ordinandas"; c. 33. Aurel. IV. a. 541; ebenso wird auch das Wort parochia gebraucht, s. ibid. c. 26: „Si quae parochiae in potentum domibus constitutae sunt"; sodann werden auch die Bezirke einer solchen Kirche darunter verstanden, s. c. 8. Tarrac. a. 516; c. 1. Vasens. II. a. 529; c. 11 (Tolet. IV.) C. X. qu. 1; c. 8. Aurel. V. a. 549; c. 2. Bracar. II. a. 572; c. 26. 27. Tolet. IV. a. 633.

[4] S. S. 263. n. 4.

[5] ep. Montani cit. Mansi 8, 789: „constitutiones synodicas ignoratis quibus praecipiuntur parochienses presbyteri, non per viliores personas sed aut semetipsos aut per rectores sacrariorum (d. h. die als custodes angestellten Kleriker) annuis vicibus chrisma a praesidente sibi episcopo petant?"; s. dazu auch c. 3 Vasens. I. a. 442; c. 7. Tarrac. a. 516: „De dioecesanis ecclesiis vel clero id placuit definiri, ut presbyteri vel diaconi qui ibi constituti sunt cum clericis septimanas observent; i. e. ut presbyter unam faciat hebdomadam qua expleta succedat ei diaconus similiter, ea scilicet conditione servata, ut omnis clerus die sabbati ad vesperas sit paratus, quo facilius die dominico solemnitas cum omnium praesentia celebretur: ita tamen ut omnibus diebus vespera et matutina celebrentur"; c. 1. Vasens. II. a. 529; c. 18. Emer. a. 666.

[6] S. die vorhergehende Note.

[7] c. 2. Vasens. II. a. 529: „placuit, ut non solum in civitatibus sed etiam in omnibus parochiis verbum faciendi daremus presbyteris potestatem, ita ut si presbyter aliqua infirmitate prohibente per se ipsum non potuerit praedicare, ss. patrum homiliae a diaconibus recitentur".

[8] c. 21. Agath. cit. s. S. 263. n. 4, s. auch die folgende Note.

[9] c. 1. Bracar. II. a. 572: „ut per singulas ecclesias episcopi per dioeceses ambulantes primum discutiant clericos quomodo ordinem baptismi teneant vel missarum et quaecumque officia quomodo peragantur" (c. 12. C. X. qu. 1); c. 4. 7. ibid.; c. 2. Barcin. II. a. 599: „. . . . statutum est, ut cum chrisma presbyteris dioecesanis pro confirmandis neophytis datur, nihil pro liquoris pretio accipiatur"; vgl. über diesen Gebrauch des Chrismas bei der Taufe c. 2. Araus. a. 441 (c. 125. Dist. IV. de consecr.) u. Sirmond bei Mansi 6, 444.

[10] c. 21. Agath. cit. Die sie leitenden Priester scheinen schon in dieser Zeit archipresbyteri genannt worden zu sein, s. darüber unten S. 266. n. 2.

[11] Während c. 3. Vasens. I. a. 442: „Per singula territoria presbyteri vel ministri ab episcopis . . . suis propriis chrisma petant" offenbar nur die Geistlichen der Pfarrkirchen jener Zeit, welche allein des Chrismas bedurften, im Auge hat, lässt sich das für c. 2. Arelat. I. a. 314; c. 5 Tolet. I. a. 400; c. 5. Reg. a. 439; c. 5. Turon. a. 567 („ut tam vicani presbyteri quam cives omnes suum pauperem pascant"); c. 8 Paris. a. 614 o. 615 („his qui per titulos deserviunt") nicht behaupten.

welcher zwei Kirchen verwaltet [1], ferner aber auch die schon feststehende Sitte, gewisse gottesdienstliche Handlungen in den Oratorien der Grundherren für die von diesen abhängige Bevölkerung verrichten zu lassen [2].

Die vielfache Erwähnung dieser Landkirchen in den Koncilien jener Zeit berechtigt zu dem Schluss, dass wenngleich der Bischof hinsichtlich der Deputation von einzelnen Geistlichen auf das Land noch volle Freiheit hatte, sich doch damals schon eine gewisse Stätigkeit in diesen Verhältnissen entwickelt, und sich ebenso bereits in den einzelnen Diöcesen eine grössere Anzahl von kleineren, unsern heutigen Pfarrsprengeln ähnlichen Kreisen gebildet hatte. Das ergeben auch die Vorschriften, welche den Landkirchen gewisse Einnahmen zusprechen, diese also schon als freilich der bischöflichen Leitung unterstehende Vermögenssubjekte anerkennen [3]. In wie weit die Gläubigen ausschliesslich an das Gotteshaus und den dasselbe leitenden Priester gewiesen waren, d. h. also in wie fern ein s. g. Pfarrzwang schon damals bestanden hat, lässt sich allerdings nach Lage der Quellen nicht feststellen; dass aber die Anfänge desselben bis in jene Zeit zurückreichen, beweist die Vorschrift, dass gewisse Kirchenfeste nur da gefeiert werden sollten, wo der legitimus et ordinarius conventus stattfand [4], sowie die im Interesse der Landbewohner auf einen angemessenen Umfang der einzelnen Kreise abzielende Gesetzgebung jener Zeit [5].

In Italien muss mindestens schon im 6. Jahrhundert eine ähnliche Entwicklung begonnen haben. Das zeigen die Briefe Gregors I., welche die Anstellung von *presbyteri cardinales* an den Oratorien und die Taufe in denselben zwar der Regel nach verbieten [6], aber doch ausnahmsweise die Einsetzung eines solchen Geistlichen und die Erhebung eines Bethauses zum Mittelpunkt des Gottesdienstes für einen gewissen Bezirk gestatten [7].

Im 8. und 9. Jahrhundert sind die betreffenden Einrichtungen schon zu einem festen Abschluss gelangt. Nach den italienischen und fränkischen Quellen jener Zeit treten die *ecclesiae baptismales, plebes baptismales, baptisteria* [8] jetzt schärfer wie früher

[1] c. 19. Emer. a. 666: „In parochiis multae sunt ecclesiae constitutae quae a fidelibus factae aut paucum aut nihil de rebus videntur habere; sacerdotali ergo decreto presbytero uni plures extant commissae, unde cavendum est, ne occurrente paupertate ordo ibidem non impleatur missae"; c. 5. Tolet. XVI. a. 693: „. . . hoc necessario instituendum delegimus, ut plures ecclesiae uni nequaquam committantur presbytero, quia solus per totas ecclesias nec officium valet persolvere nec populis sacerdotali iure occurrere sed nec rebus earum necessariam curam impendere; ea scilicet ratione, ut ecclesia, quae usque ad X habuerit mancipia, super se habeat sacerdotem, quae vero minus X mancipia habuerit, aliis coniungatur ecclesiis".

[2] c. 21. Agath. cit.

[3] c. 54. Agath. a. 506; c. 8. Epaon. a. 517; c. un. Carpentor. a. 527; c. 7. 8 (Aurel. a. 511). c. 2 (Tolet. III.). c. 6 (Tolet. IV.) C. X. qu. 1; c. 18 Emer. a. 666; ibid. c. 12 heisst es von den an die Kathedrale versetzten Priestern einer Landkirche: „quamvis ab episcopo suo stipendii causa per bonam obedientiam aliquid accipiant, ab ecclesiis tamen in quibus prius consecrati sunt vel a rebus earum extranei non maneant, sed pontificali electione sub presbyteri ipsius ordinatione presbyter alius instituatur qui sanctum officium peragat et discretione prioris presbyteri victus et vestitus rationabiliter illi ministretur ut non egeat".

[4] c. 21. Agath. (s. S. 263. n. 4); c. 25. Aurel. I. a. 511 (c. 5. Dist. III. de cons.): „Ut nulli civium paschae, natalis domini vel quinquagesimae solemnitatem in villa liceat celebrare, nisi quem infirmitas probabitur tenuisse".

[5] c. 5. Tolet. XVI. (s. Note 1), dessen Sinn dahin geht, dass eine Kirche, welche 10 von den Kirchenhörigen bebaute Höfe (mancipia, s. Hefele, a. a. O. 3, 321) besitzt, einen eigenen Priester haben soll. — Uebrigens erklärt sich der Mangel ausdrücklicher, eine Art von Pfarrzwang festsetzenden Bestimmungen auch wohl daraus, dass dieser in jener Zeit, wo der Umfang der kirchlichen Landsprengel verhältnissmässig gross war, schon durch die thatsächlichen Verhältnisse, namentlich die weite Entfernung anderer Gotteshäuser, für die Landbewohner von selbst herbeigeführt wurde.

[6] Die Th. I. S. 316. n. 3 citirten Briefe beziehen sich alle auf Italien.

[7] A. a. O. n. 7.

[8] dipl. a. 715 bei Muratori l. c. p. 367: „Venerunt in nostram presentiam . . . Adeodatus Senensis eccl. episcopus et Lupertianus Aretinae

als diejenigen Kirchen, in welchen allein für einen bestimmten Bezirk der Diöcese die Taufe gespendet werden durfte und welchen demnach auf dem Lande die erste Stellung zukam, hervor. Sie waren die Mittelpunkte des Gottesdienstes auf dem Lande [1], und die an ihnen angestellten Priester hiessen *archipresbyteri* [2], nicht blos, weil ihre Kirchen den Vorrang vor den übrigen ländlichen Gotteshäusern besassen, sondern auch deshalb, weil letztere in einem gewissen Abhängigkeitsverhältniss zu ihnen standen. Wenngleich ein Theil der Landbewohner in den Oratorien der Grundherren [3], in den Kirchen der

eccl. episcopus altercationem inter se habentes de dioecesis, ecclesiis et monasteriis in finibus Senensis territorii eiusdem civitatis, i. e. de monasterio s. Amiani, baptisterio s. Stephani Haminaciano, baptisterium s. Maria in Cosona, baptisterio s. Ioannis in Rantra, monasterio s. archangeli in fundu Lucu, baptisterio s. Andreae in Malcinis, baptisterio s. Petri in Pava, baptisterium S. Mariae in Patna, baptisterium S. Quirici et Iohannis in Vico Falcino, baptisterium s. Restitutae in fundo Uxiano, baptisterium s. Felicis in Avano, baptisterium s. matris ecclesiae in Misultis" etc. (es folgen noch die Namen von 8 Baptisterien); dipl. a. 772 ibid. p. 411. 412: „per hanc cartulam repromittere prevideo ego ... Ursipertus clericus tibi ... Peredeo ... episcopo (v. Lucca), ut in omnibus obediens tibi secundum ss. canones esse debeam, simul et successoribus tuis, sicut alii sacerdotes vestri et neque contra vos neque contra presbyterum vestrum, quem vos in ecclesia vestra s. Julie baptismale * (*add.* ordinaveritis?) agere presumam neque sine vestra licentia vel de ipso presbytero vestro missam cantare debeam in ipsa ecclesia s. Cassiani"; Capit. Longab. u. 783? (L. 1, 46; Boretius, Capitularien im Langobardenreich S. 125) c. 2: „De ecclesiis baptismalibus, ut nullatenus eas laici homines tenere debeant, sed per sacerdotes fiant, sicut ordo est, gubernatas" (ebenso c. 7. cap. Pippin. Pap. u. 787. LL. 1, 70 u. Boretius a. a. O. S. 129); c. 8. Olonn. a. 825 (LL. 1, 249): „ut singulae plebes secundum antiquam consuetudinem fiant restauratae"; c. 9. Hludov. II. const. a. 856. ibid. p. 438; conc. Roman. a. 826. c. 8 (Mansi 14, 1003): „episcopi in subiectis baptismalibus plebibus, ut certe propriis, diligenter curam habere debent, et cum in eis presbyteros necessitas occurrerit ordinandi, ut reverentius observetur, convenit enim ibidem habitantium sibi adhibere consensum; c. 15. Ticin. a. 876 (Mansi 17, 327). Der Ausdruck: plebes findet sich übrigens schon früher in dieser Bedeutung, s. c. 5. Reg. a. 439 (S. 264. n. 2), während die ursprüngliche die von Gemeinde des Bischofs ist, s. Nardi l. c. 2, 219. Weitere nicht Italien betreffende Stellen, in denen die erwähnten Bezeichnungen vorkommen, sind c. 1. stat. Salisburg. a. 799 (LL. 1, 80): „Ut per omnes dioeceses legalia baptisteria constituantur et sacra fons ibidem honorifice aedificatur"; c. 2. Cap. ad Salz. a. 803 (ibid. p. 123), relatio episc. ad Hludov. a. 824. c. 5, ibid. p. 238; c. 7. const. Worm. a. 829, ibid. p. 336; Hloth. I. const. c. 1 u. 830, ibid. p. 355.

[1] c. 11. conc. Ticin. a. 855 (LL. 1, 432): „In sacris canonibus praefixum est, ut decimae iuxta episcopi dispositionem distribuantur; quidam autem laici, qui vel in propriis vel in beneficiis suas habent basilicas, contempta episcopi dispositione non ad ecclesias ubi baptismum et praedicationem et manus impositionem et alia Christi sacramenta percipiunt, decimas suas dant, set vel propriis basilicis vel suis clericis pro libitu tribuunt. Quod omnimodis divinae legi et sacris canonibus constat esse contrarium".

[2] Iudic. Leon. IV. pp. (zw. 853 u. 855 bei Muratori l. c. p. 392): „In primis venit Gisulpherianus de plebe S. Quirici in Ausinora" (im Verlauf der Urkunde wird er auch archipresbyter genannt), Aterpalianus presbiter et monachus de plebe s. Stephani de Cinnano: Gesilarus archipresbyter s. Mariae in Pava, Malperianus presbiter de plebe s. Mariae de Soleta, Lamfrancus presbiter de plebe s. Mariae de Cusona, Benedictus archipresbyter de plebe s. Viti Vitaliano, Agiprandus archipresbyter de plebe s. Andreae Malcino, Leucari presbyter de plebe s. Mariae in Sexta (nachher auch als archipresbyter bezeichnet), Aliperus archipresbyter de plebe s. Donati de Ziliano. Hii sunt mei archipresbyteri de iam dictis plebibus, dixit Petrus Aretinus episcopus". Etwas anderes können auch die schon c. 19. Turon. II. a. 567; c. 20. 44. Autiss. a. 578 erwähnten archipresbyteri vicani nicht gewesen sein, denn die beiden letzteren Stellen ergeben, dass sie seelsorgerische Befugnisse mit der Aufsicht über andere Geistliche besitzen, und Gregor von Tours erwähnt nicht nur eines archipresbyter vici Nereensis (vita patr. c. 9. n. 3), eines archipr. loci (c. 5. de gloria conf.), sondern auch eines archipr. parochiae Nemausensis (de gloria martyr. I. 78). Einen Vorrang vor den übrigen Klerikern ergeben auch die gleichlautenden Bestimmungen der Synoden von Rheims c. 19 (a. 624 o. 625) u. v. Clichy c. 21 (a. 626, Friedrich, 3 unedirte Concilien S. 65): „Ut in parochiis nullus laicorum archipresbyter praeponatur, sed qui senior in ipsis esse debet, clericus ordinetur". Ein anderes fränkisches Koncil dieser Zeit c. 11 (s. Bruns I. 2, 260 u. Hefele, a. a. O. 3, 65) gedenkt ihrer gleichfalls. Die in karolingischer Zeit vorkommenden presbyteri cardinales s. Th. I. S. 317. n. 2; c. 8. Capit. a. 803 (LL. 1, 110); c. 2. Walteri Aurel. (Mansi 15, 505) sind mit den im Text gedachten archipresbyteri identisch.

[3] Ep. Zachar. ad Pipp. a. 747 (Jaffé, mon. Carol. p. 26); c. 46 Theodulf. Aurel. u. 797 (s. S. 267. n. 2); c. 13. Capit. a. 802 (LL. 1, 106): c. 3. Cap. ad Salz. a. 803, ibid. p. 124: „Quicumque voluerit in sua proprietate ecclesiam aedificare, una cum consensu et voluntate episcopi, in cuius parrochia fuerit, licentiam habeat"; c. 3.

Klöster oder anderen auf dem Lande befindlichen Kapellen dem Gottesdienst und der Feier der Messe beiwohnen mochte, so waren sie doch immer hinsichtlich des Empfanges der Taufe und der übrigen Sakramente, sowie hinsichtlich des Gottesdienstes an den Feiertagen an die Kirche des Archipresbyters gewiesen [1]. Der somit seit dem 8. Jahrhundert vollständig entwickelte Pfarrzwang [2] bedingte für die Priester der berechtigten Kirchen in Folge der ihnen zustehenden geistlichen Leitung ihrer Parochianen auch nothwendig eine Aufsicht über die Geistlichen, welche an den verschiedenen Kirchen, den s. g. *tituli* (sc. *minores*) [3], in ihren Bezirken [4], angestellt waren. Denn

i. f. conv. Mogunt. a. 851, ibid. p. 412; für diese kommt jetzt auch der Ausdruck: oraculum vor, s. ep. Stephan. III. ad episc. Aretin. a. 752 (Muratori l. c. p. 387): „basilica b. Ampsani cum diversis oraculis"; c. 1. Cap. Pippin. (zw. 782 u. 787, LL. 1, 42; Boretius a. a. O. S. 128): „Ut ecclesiae baptismales seu (d. h. et, s. ep. Zachar. ad Bonif. a. 744, oben S. 7. n. 4, u. Th. I. S. 317. n. 2) oraculas qui eas a longo tempore restauraverunt, mox iterum restaurare debeant"; ind. Leon. IV. cit. l. c. p. 390: „baptisteria cum eorum oraculis"; auch die allgemeine Bezeichnung basilica wird ebenso wie ecclesia für die oratoria gebraucht, c. 3. conv. Ticin. a. 855 (LL. 1, 431).

[1] Conc. Aquisgr. a. 836. c. II. de vita infer. ordin. c. 5 (Mansi 14, 680): „Presbyterorum vero qui praesunt ecclesiae Christi et in confectione divini corporis et sanguinis consortes cum episcopis sunt, ministerium esse videtur, ut in doctrina praesint populis et in officio praedicandi ... Item ut de omnibus hominibus qui ad eorum ecclesiam pertinent, per omnia curam gerant. . . . Quapropter ab ortu nativitatis cuiusque ad se pertinentis praedictam curam habeat, ne aliquis eorum absque renatione sacri baptismatis moriatur. Post acceptum autem sacrum baptisma sine manus impositione episcopi non remaneat: ac deinde imbuatur scire orationem dominicam atque symbolum. Postea vero qualiter vivere debeat doceatur. Si forte vitiosus vel criminosus apparuerit, qualiter corrigatur, provideat: Si autem infirmitate depressus fuerit, ne confessione atque oratione sacerdotali, nec non unctione sacrificati olei per eius negligentiam careat. Denique, si finem urgentem perspexerit, commendat animam christianam . . . deo . . . cum acceptione sacrae communionis corpusque sepulturae, . . . ut mos est . . . christianorum". Dass hier die Priester der Taufkirchen, also die archipresbyteri, gemeint sind, ist nach den ihnen beigelegten Funktionen zweifellos. So auch Schulte 2, 278 zu n. 2.

[2] Theodulfi ep. Aurel. (u. 797) c. 14: „Nullus presbyter fidelibus s. Dei ecclesiae de alterius presbyteri parochia persuadeat, ut ad suam ecclesiam concurrant, relicta propria ecclesia et suas decimas sibi dent"; c. 45: „Ut missae quae per dies dominicos a sacerdotibus fiunt, non ita in publico fiant, ut per eas populus a publicis missarum solemnibus quae hora tertia canonice fiunt, abstrahatur" . . . ; c. 46: „Admonendus est, populus, ut ante publicum peractum officium ad cibum non accedat et omnes ad s. matrem ecclesiam missarum solemnia et praedicationem audituri conveniant et sacerdotes per oratoria nequaquam missas, nisi tam caute ante secundam horam celebrent, ut populus a publicis solemnitatibus non abstrahatur" (Mansi 13, 998. 1006, s. auch c. 52. Dist. I. de consecr.); c. 8. Cap. de presbyt. u. 809 (LL. 1, 161); conc. Paris. a. 829. lib. III. cap. 6: „Nunc iterum atque iterum admonemus, ut posthabitis aediculis, quas usus inolitus capellas appellat, basilicae deo dicatae ad missarum celebrationem audiendam et corporis et sanguinis dominici perceptionem sumendam, assidue devoteque adeantur" (Mansi 14, 597); Rudolfi Bituric. u. 850 cap. 15 (ibid. p. 951); c. 17. conv. Mogunt. a. 851, LL. 1, 415; Caroli II. conv. Ticin. a. 876. c. 7 (ibid. p. 530): . . . „ut seculares et fideles laici diebus festis qui in civitatibus sunt, ad publicas stationes occurrant, et qui in villulis et possessionibus sunt, ad publicum officium in plebe festinent"; s. auch c. 1. 2. conc. Nannet. (bald in das 7., bald in das 9. Jahrh. gesetzt, Hefele a. a. O. 3, 97 = c. 4. 5. C. IX. qu. 2).

[3] Ueber die allgemeine Bedeutung von titulus s. Th. I. S. 63; für die im Text erwähnte c. 4. Cap. Caroli Mant. a. 787 (LL. 1, 110; Boretius, a. a. O. S. 113): „De aecclesiis baptismalibus ita censemus, ut per presviteros ordinate sint et nulla violentia et superposita ab episcopis suis vel diminutionem de titulis patiantur"; c. 5. Cap. Hludov. a. 824, ibid. p. 238: „Aeclesiis igitur baptismalibus custodes eligantur presbyteri, in quibus non solum nomen officii, verum etiam sanctitatis decentur cultus effulgeat. Titula quoque earundem ecclesiarum una cum rectoribus aeque sibi praepositis tamquam subiectionis ordine contenti, sublimioris humiliter culmina venerentur"; c. 13. conv. Ticin. a. 850, ibid. p. 399: „Propter assiduam erga populum dei curam singulis plebibus archipresbiteros preesse volumus, qui non solum inperiti vulgi sollicitudinem gerant, verum etiam eorum presbyterorum qui per minores titulos habitant vitam iugi circumspectione custodiant; dipl. a. 821: „sex baptisteria et XXV tituli minores bei Eichhorn, ep. Curiens. San Blasii 1797 cod. prob. p. 14; vgl. auch c. 20. Rhem. a. 813; c. 14. Turon. a. 813; c. 16. Nannet. (Mansi 14, 79. 85; 18, 171); in derselben Bedeutung kommt auch capella vor, s. Muratori l. c. 6, 413.

[4] Während das Wort: parochia auch in karolingischer Zeit noch häufig genug in der ursprünglichen Bedeutung von bischöflicher Diöcese vorkommt, s. oben S. 38. n. 4, und ferner Cap. Carlom. a. 742. c. 3; cap. Francof. a. 794. c. 6; Cap. a. 801. c. 16; Const. Wormat. a. 829. c. 5; Cap. Pap. a. 832. c. 3 (LL. 1, 17. 72. 85. 335. 360), wird es aber in dieser und zwar öfter wie

jedenfalls mussten sie sich überzeugen, ob die letzteren nicht in ihre Pfarrgerechtsame eingriffen, und die Pfarreingesessenen sich nicht Verletzungen derselben zu Schulden kommen liessen[1], und das um so mehr, als sowohl der Bestand jener ländlichen Mittelpunkte des Gottesdienstes, wie der Unterhalt der an ihnen angestellten Geistlichen, vor Allem von der Erfüllung der zu Gunsten dieser Kirchen bestehenden Zehntverpflichtung[2] der Eingesessenen abhing. Seinen historischen Grund hatte dies Verhältniss offenbar darin, dass die Taufkirchen die ältesten Gotteshäuser für einen ländlichen Bezirk gewesen waren, und die nach und nach in demselben entstandenen Oratorien somit neben ihnen nur als untergeordnete Hülfskirchen erscheinen konnten, an welchen vielleicht zuerst der Gottesdienst allein durch einen Kleriker der Taufkirche besorgt worden war, und deren Geistliche, nachdem solche an ihnen angestellt wurden[3], sowohl wegen der Bedeutung ihrer Titel wie auch wegen des ihnen mangelnden Taufrechtes keine andere Stellung als die mehreren an einer Taufkirche neben dem Leiter derselben eingesetzten Kleriker haben konnten[4]. Wie dem Hauptpriester bei einem solchen Verhältniss nothwendig eine gewisse Aufsicht über diese Gehülfen zukam, so konnte der Umstand, dass ein Theil derselben an einem anderen Orte residirte, daran nichts ändern, um so weniger als bei der damals noch nicht durchgeführten Eintheilung der bischöflichen Diöcesen in einzelne Archidiakonal-Sprengel (s. S. 189) der eine in der Bischofsstadt residirende Archidiakon keine ausreichende Kontrole über die Amtsführung aller jener zerstreut in der Diöcese wohnenden Geistlichen auszuüben, im Stande war. Alles dies erklärt es zur Genüge, dass die Erzpriester die Aufsicht über die gottesdienstliche Verwaltung der Geistlichen an jenen Kirchen geführt[5], ja mitunter sogar auch ein Anstellungsrecht der

früher (s. S. 264. n. 3) auch für den Bezirk der ecclesiae baptismales, also im Sinne des heutigen Wortes Pfarrei, gebraucht, c. 14. Theodulfi Aurel. (S. 267. n. 2); c. 7. 9. Cap. presbyt. u. 809 (L. 1, 161); c. 10. Arel. a. 813 (Mansi 14, 60); c. 7. Tolos. a. 844; c. 17 cit. conv. Mogunt. a. 851; c. 9. Conv. Pist. a. 869; conv. Attin. a. 874 (LL. 1, 379. 415. 510. 522); Hincm. archid. c. 2 (Mansi 15, 497); „rusticanae parochiae"; eiusd. cap. syn. Rhem. c. 1; eiusd. cap. archid. c. 1. 7 (ibid. p. 493. 497. 498); c. 18. Ravenn. a. 877. (M. 17, 340). Das Adjektiv: parochianus heisst daher in jener Zeit bald so viel wie dioecesanus, also Diöcesan-Angehöriger, c. 6. Cap. ap. Vern. a. 884 („alterius episcopi parrochiani" LL. 1, 552) c. 10. Ravenn. a. 877 (M. 17, 339), bald Pfarr-Eingesessener c. 8. Cap. presbyt. u. 809 (LL. 1, 161), cap. Hincm. a. XII. c. 2; cap. Riculphi Suess. a. 889. c. 3; c. 1. 2. Nannet. cit. (M. 15, 492; 18, 84; 18, 166), andererseits aber auch zur Diöcese oder Pfarrei gehörig; wenngleich die decimae parochianae, c. 75. Meld. a. 845 (M. 14, 840) nur Pfarr-Zehnten (decimae rusticanarum parochiarum bei Hincm. cap. syn. Rhem. c. 1 cit.) sein können, so bleibt es doch bei der Zusammensetzung mit presbyteri mitunter zweifelhaft, ob die der Diöcese oder der Pfarrei angehörigen Geistlichen gemeint sind, so z. B. in c. 15. Cabilon. a. 813; c. 9. Valent. c. 855 (M. 14, 96; 15, 8); c. 8 conv. Pist. a. 869 (LL. 1, 510); in c. 17. Valent. cit. („ut ipsa visitatio plebium et parochialium sacerdotum") ist die letztere Bedeutung sicher.

[1] Dass dergleichen Eingriffe vorkamen, ergeben die S. 267. n. 2. mitgetheilten Stellen.

[2] c. 11. Cap. Long. a. 803 (LL. 1, 110): „De decimis vero que a populo in plebibus vel baptismalibus ecclesiis offeruntur"; c. 2. cap. ad Salz. a. 803, ibid. p. 123; „De decimis ubi antiquitus fuerunt ecclesiae baptismales et devotio facta sit"; c. 6. cap. Wormat. a. 829, ibid. p. 350: „Quicumque decimam abstrahit de ecclesia ad quam per iustitiam dari debet". Auf die in Rede stehenden Kirchen beziehen sich wohl auch hauptsächlich die Verordnungen, c. 20. Arel. a. 813; c. 41. Mogunt. a. 813; c. 11. Mogunt. a. 847; cap. 13. Mogunt. a. 888 (M. 14, 62. 74. 906; 18, 68), dass den ecclesiae antiquitus constitutae zu Gunsten etwa neu errichteter Oratorien ihre Zehnten nicht entzogen werden sollten.

[3] Noch Hincmar cap. ad archid. c. 7. 8 (s. S. 188. n. 9) scheint es als im Begriff der capella oder des oratorium liegend anzusehen, dass kein besonderer Geistlicher an ihnen angestellt ist, wiewohl freilich die praktische Gestaltung damit nicht mehr übereinstimmte.

[4] Dass dies noch ebenso, wie früher, Sitte war, ergiebt z. B. c. 5. cap. Hlud. a. 824 (S. 267. n. 3); c. 4. conv. Ticin. a. 855 (LL. 1, 431); c. 8 Nannet. cit. (Mansi 18, 168).

[5] c. 7. stat. Salisb. a. 799 (LL. 1, 80): „Ut admoneantur archipresbyteri qui perquirere ac perscrutari ceteros presbyteros solent, diligenter considerare semetipsos et ceteros quibus praesunt, minime neglegant, sed solerter recogitent, se ad hoc constitutos, ut in ipsis episcopi sui partiantur onera sua"; c. 13. conv. Ticin. a. 850 cit. (nach den S. 267. n. 3 mitgetheilten Worten folgt): et qua unusquisque industria divinum opus exerceat,

Kleriker an den tituli minores besessen haben[1], ohne dass ihnen freilich eine Jurisdiktion im eigentlichen Sinne, d. h. eine aus der Regierungsgewalt herfliessende selbstständige Anordnungs- und Strafbefugniss in Betreff der ihnen untergeordneten Kirchen und Geistlichen zugestanden hätte[2].

II. Die decani oder archipresbyteri rurales. Im 9. Jahrhundert wird ausser den Pfarreien noch einer anderen kirchlichen Unterabtheilung der Diöcese, der s. g. *decaniae*, erwähnt. Diese sind aber keineswegs die Bezirke der Erzpriester (in dem früher erwähnten Sinn), wie freilich mitunter angenommen wird[3], gewesen, vielmehr haben sie mehrere Sprengel derselben umfasst[4], und einen eigenen geistlichen Vorsteher, den *decanus*[5], welchen der Bischof ernannte, gehabt[6]. Auffällig ist es allerdings, dass Hinkmar von Rheims, aus dessen Anweisungen an die verschiedenen Geistlichen seiner Diöcese wir über die Dekane Kunde erhalten, in diesen der Erzpriester nicht gedenkt[7].

episcopo suo renuntient. Nec obtendat episcopus, non egere plebem archipresbytero, quod ipse eam per se gubernare valeat; quia et si valde idoneus est, decet tamen, ut parciatur onera sua, et sicut ipse matrici praeest, ita archipresbyteri praesint plebeis, ut in nullo titubet aeclesiastica sollicitudo. Cuncta tamen ad episcopum referant, nec aliquid contra eius decretum ordinare praesumant", wiederholt in c. 12. Cap. Lamberti a. 898 (LL. 1, 565) u. c. 4. X. de off. archipresb. I. 24; s. auch das Gelöbniss v. 772 (S. 265. n. 8).

[1] Dipl. Ludov. Pii a. 826 bei Muratori l. c. p. 414.

[2] Das zeigt c. 13. Ticin. cit. (S. 268. n. 5), welches sie verpflichtet, über ihre Wahrnehmungen an den Bischof zu berichten, in Verbindung mit dem Umstand, dass nirgends derartiger Rechte erwähnt wird.

[3] So z. B. von Richter K. R. §. 138 u. Dove in seiner Zeitschr. 4, 25. 26.

[4] Die entscheidende Stelle, c. 3. syn. Tolos. cit. a. 844 lautet: „Ut presbyteri qui prope civitatem V miliaria commanent, per famulos suos praedictam dispensam reddi in civitate, cui iusserit civitatis episcopus, faciant. Qui autem longius ab urbe commanent, statuant episcopi loca convenientia per decanias, sicut constituti sunt archipresbyteri, quo similiter et eadem proquinquitate caeteri presbyteri per famulos suos debitam dispensam archipresbyteris aut episcoporum ministris provehant". Wenn Richter diese Stelle offenbar so auffasst, dass die dem Bischof von den Priestern zu leistende Abgabe in der Dekanie bei dem Erzpriester derselben abgeliefert werden soll, so hat er übersehen, dass nach dem klaren Inhalt der Vorschrift vom Bischof verschiedene Ablieferungsorte in den Dekanien nach Massgabe des Vorhandenseins von archipresbyteri bestimmt werden sollen, also die letzteren nicht die Leiter der Dekanien, sondern nur die der betreffenden Orte sein können. Uebrigens wird seine Ansicht auch dadurch widerlegt, dass die Bezirke der Erzpriester für die Regel plebes genannt werden (s. S. 266. n. 2; S. 267. n. 3; S. 268. n. 5). Ebensowenig lässt sich mit dieser Meinung die Vorschrift über die Wahl der Erzpriester in c. 4. conv. Ticin. a. 855 (LL. 1, 431) vereinigen: „Et primum quidem ipsius loci presbyteri vel caeteri clerici idoneum sibi rectorem eligant, deinde populi qui ad eandem plebem aspicit, sequatur assensus. Si autem in ipsa plebe talis inveniri non potuerit, qui illud opus competenter peragere possit, tunc episcopus de suis quem idoneum iudicaverit, inibi constituat. Sane removenda est, quorumdam laycorum procacitas, qui hoc solo obtentu, quod ad electionis consortium admittantur, archipresbyteris suis dominari praesumunt et quos tamquam patres venerari debuerant, velut subditos contempnunt". Vgl. auch c. 20. Dist. LXIII, dessen Quelle zwar ungewiss, das aber wegen seines mit dem c. 4. cit. übereinstimmenden Inhaltes wohl gleichfalls dieser Zeit, jedenfalls nicht einer späteren, sondern möglicherweise noch dem 8. Jahrh. angehört. Von der Wahl eines Aufsichtsbeamten, welcher mehrere plebes, also die decania leitet, ist hier nicht die Rede, vielmehr nur von der des geistlichen Vorstehers einer plebs.

[5] Hincmari cap. XII. anno superadd. c. 1 (S. 187. n. 7); eiusd. cap. c. 14 (Mansi 15, 478): „Quando autem convenerint presbyteri ad aliquod convivium, decanus (fehlt in c. 8. Dist. XLIV.) aut aliquis prior illorum versum ante mensam incipiat et cibum benedicat"; eiusd. cap., ibid. p. 479: „Haec omni anno investiganda sunt a magistris et decanis presbyteris per singulas matrices ecclesias et per capellas parochiae nostrae et nobis Kalendis Juliis renuntianda". Flodoard. hist. eccl. Rem. III. 25: „Quibusdam decanis parochiae Suessionicae pro quodam presbytero, qui praeiudicium passus iustitiam et iudicium apud episcopum suum Rothadum non valebat obtinere, unde et ipse domnus Hincmarus eundem praesulem monuerat, ut si propter infirmitatem non valeret ipse ad synodum venire vel missos suos comministros videlicet ecclesiae sibi commissae mitteret, ut res canonice diffiniri valeret, admonetque per has litteras eosdem decanos et metropolitana praecipit auctoritate, ut presbyteros decaniae suae ad denuntiatum placitum venire commoneant et cum eis ipsi veniant". Der in syn. Cenomann. a. 839, l. c. 14, 768 erwähnte decanus gehört wohl auch hierher; nicht die c. 15 Rothomag. (Bruns I. 2, 271) erwähnten, welche zweifellos Laien mit gewissen Rügefunktionen sind, s. Dove in seiner Ztschr. f. K. R. 4, 43.

[6] c. 13 Hincm. cap. archid. (S. 188. n. 8).

[7] Umgekehrt erwähnt die syn. Tolos. (s. Note 4), in welcher der Dekanien und Erzpriester gedacht wird, nicht der Dekane.

Es fragt sich also, ob in seiner Diöcese letztere nicht vorkommen sind und ferner, wie man das plötzliche Hervortreten der Dekanien in jener Zeit zu erklären hat. Was den ersten Punkt betrifft, so hat man m. E. in den Priestern der Parochien Geistliche von derselben Stellung, wie die sonst unter dem Namen Erzpriester erscheinenden Kleriker zu sehen. Das ergeben die in den Kapiteln Hinkmars hervorgehobenen Punkte, auf welche die Dekane vorzüglich ihr Augenmerk bei der Handhabung der Aufsicht richten sollten [1]. Das allmähliche Verschwinden der Bezeichnung: *archipresbyteri* für die Leiter der Taufkirchen erklärt sich daraus, dass allmählich die Zahl derselben in den einzelnen Diöcesen immer grösser wurde, da wohl mit dem wachsenden Bedürfniss immer mehr einzelne Oratorien zu dem Range von Pfarrkirchen erhoben wurden [2], und oft auch ohne eine solche Nothwendigkeit die Grundherren den von ihnen errichteten Bethäusern dieselben Rechte, wie den ersteren zu vindiciren suchten [3], sowie daraus dass unter diesen Umständen die Stellung der früheren nur vereinzelt in der Diöcese vorkommenden Erzpriester wesentlich herabgedrückt wurde. Mit der Vermehrung der Parochien und Taufkirchen war von selbst die Nothwendigkeit eines unmittelbaren Aufsichtsorganes über die Geistlichen der letzteren gegeben, und die dazu geeigneten Kleriker, die Dekane [4], wählte sich nunmehr der Bischof unter den Pfarrern der Bezirke seiner Diöcese aus [5]. Zum Theil fielen diese letzteren wohl mit den politischen Distrikten, so z. B. mit den kleineren (Unter-) Gauen, zusammen [6], wenngleich sich das freilich nicht als allgemeine Regel nachweisen lässt. Eigentliche jurisdiktionelle Befugnisse haben die Dekane in jener Zeit nicht besessen, vielmehr nur die Aufsicht in ihren Dekanien geführt. Zu diesem Behufe hielten sie mit den ihnen untergebenen Geistlichen regelmässig allmonatlich Versammlungen ab. Auf ihnen legten die letzteren Rechenschaft über ihre Amtsführung und über die kirchlichen Zustände ihrer Gemeinden ab [7], ferner wurden auch

[1] Denn diese setzen voraus, dass die Priester eine Parochie, einen Mansus, und das Zehntrecht besitzen, ferner einen Kleriker neben sich zum Lesen der Epistel und zum Schulehalten haben, auch der Messgeräthe, der Kirchhöfe u. s. w. wird gedacht, s. c. 2. 8. 11. 16 (Mansi 14, 480); sodann werden die Kirchen, welche die Dekane visitiren sollen, als ecclesiae matrices (S. 269. n. 5) bezeichnet.

[2] Diesen in der Natur der Sache liegenden Entwicklungsgang zeigt schon das Vorkommen von zwei baptisteria ecclesiarum matrum in der S. 265. n. 8 citirten Urkunde von 715 neben andern schlechthin als baptisteria bezeichneten Kirchen, was nur daraus erklärt werden kann, dass die ersten die ursprünglichen Taufkirchen gewesen und die andern erst später diese Qualität erlangt haben.

[3] Das lassen die vielfachen Verbote der Schmälerung der Einkünfte der ecclesiae antiquitus constitutae (S. 268. n. 2) entnehmen. Vgl. auch c. 2 cap. Olonn. a. 823 (L. 1, 236): „Statutum est, ut si quis liber homo per consensum episcopi sui ecclesiam in sua construxerit proprietate fontesque in eadem ab episcopo fuerint consecrati, ideo non suam perdat hereditatem, sed si episcopus voluerit, officium sacri baptismatis in sua transferatur ecclesia, ipsa vero aqua (quae transfertur) in constructoris maneat iure“, d. h. wenn der Bischof einer grundherrlichen Kirche die Rechte einer Taufkirche durch Konsekration des Taufsteins (fontes, vgl. auch Hincmari cap. ad presbyt. c. 3, Mansi 15, 476) eingeräumt hat, so kann er derselben jene Qualität wieder nehmen, aber die Kirche und der Taufstein bleibt Eigenthum des Grundherrn.

[4] Möglich ist, dass der Name daher kommt, dass für die Regel zehn Pfarreien zu einem Dekanatsbezirke vereinigt waren, einen Anhalt dafür giebt wenigstens c. 18. Cap. Aquisgr. a. 817 (LL. 1, 208): „De presbyteris qui accipiendi chrismatis gratia ad civitates in coena domini venire soliti erant, sancitum est, ut de his qui longe positi sunt, de VIII vel X unus ab episcopo eligatur qui acceptum chrisma sibi et sociis diligenter perferat“; das gleiche in c. 14 cap. Rodulfi archiep. Bitur. a. 850 (Mansi 14, 950) nur dass es hier heisst: „ut ex decem unus eligatur“. Vgl. auch Binterim u. Mooren, die Erzdiöcese Köln 1, 36.

[5] Auf die Dekane bezieht sich wohl auch cap. Karlom. a. 884. c. 7 (LL. 1, 552), s. auch S. 269. n. 6.

[6] So in Köln, in Trier und Mainz, s. Binterim u. Mooren, a. a. O. 1, 37. Ueber Hessen vgl. Landau, die Territorien. Hamburg u. Gotha 1854. S. 377; über Frankreich Sohm, die altdeutsche Rechts- u. Gerichtsverfassung. Weimar 1871. S. 203.

[7] c. 20 Riculfi Suess. a. 889 (Mansi 18, 89): „. . . sanximus, ut in unoquoque mense statuto die i. e. in Kalendis uniuscuiusque mensis per singulas decanias presbyteri simul conveniant et convenientes . . . de suo ministerio et religiosa conversatione atque de his quae in eorum parochiis accidunt, sermonem habeant“.



hier die in den einzelnen Parochien vorgekommenen öffentlichen Vergehungen zur Anzeige gebracht, die Vorschläge wegen der Bestrafung derselben dem Bischof durch Vermittelung des Archidiakons zur Genehmigung unterbreitet und die Erfüllung der den Schuldigen auferlegten Bussen überwacht[1].

Seit dem Ende des 9.[2], namentlich seit dem 10. Jahrhundert werden die Dekane auch zugleich als archipresbyteri bezeichnet[3], und nachmals wird bald der eine oder andere Ausdruck für sie gebraucht[4]. Erklärlich erscheint dies, weil der Dekan, welcher immer zugleich archipresbyter im früheren Sinne, also Pfarrer war[5], wegen der hervorragenden Stellung unter seinen Kollegen nunmehr der archipresbyter κατ᾽ ἐξοχήν wurde, und für die letzteren der alte Titel: archipresbyter immer mehr ausser Gebrauch kam[6].

Ueber die Entwicklung des Institutes in den folgenden Jahrhunderten schweigen die Quellen fast ganz, wie wohl sein Fortbestehen während dieser Zeit keinem Zweifel unterliegt[7]. Auffallend erscheint dies nicht, wenn man berücksichtigt, dass die Dekane gegenüber der aufsteigenden Macht der Archidiakonen in den neu entstehenden Sprengeln

[1] c. 1. Hincm. cap. superadd. (S. 187. n. 7), vgl. auch Dove in seiner Ztschr. 4, 26 u. die folgende Note.

[2] Denn in c. 32 der Formeln Salomons III. v. Konstanz herausg. v. Dümmler. Leipzig. 1857. S. 39: „episcopus N. archipresbytero pagi illius salutem“ ist der letztere wohl schon als Dekan zu denken.

[3] Regino de causis synodal. I. 295 (vgl. dazu Dove a. a. O. 5, 35. n. 25): „In capite quadragesimae omnes poenitentes qui publicam suscipiunt aut susceperunt poenitentiam, ante foras ecclesiae se repraesentent episcopo civitatis sacco induti, nudis pedibus . . ., ubi adesse debent decani, i. e. archipresbyteri parochiarum cum testibus i. e. presbyteris poenitentium qui eorum conversationem diligenter inspicere debent“; Gerhardi vita Oudalrici episc. Augustani (saec. X.) c. 6 (SS. 4, 395): „Congregatis ante se clericis, archipresbyteros et decanos et optimos quos inter eos invenire poterit, caute interrogavit, qualiter cottidianum dei servitium impleretur, et qualiter illis populus subiectus ex eis regeretur . . . si per Kalendas more antecessorum suorum ad loca statuta convenirent ibique solitas orationes explerent suosque aecclesias ad tempus revisierent . . .“ Auch aus Regino widerlegt sich die oben S. 269 bekämpfte Ansicht, dass die Bezirke der Erzpriester die Dekanien gewesen sind, denn der ihnen als solchen zukommende Sprengel wird hier parochia genannt. — Der die Stellung der archipresbyter berührende Passus in dem dipl. Ludewici II. a. 854 (Erhard reg. Westph. 1. cod. dipl. p. 16 auch Mansi 14, 971), welcher die ländlichen Erzpriester mit den städtischen in Parallele setzt, gehört einer wenn nicht falschen, doch interpolirten Urkunde an, s. Sickel, Beiträge zur Diplomatik. S. 389, Dümmler, ostfränk. Reich 1, 349. n. 28.

[4] Bei Ekkehard (zw. 980 u. 1036) casus S. Galli c. 14 (SS. 2, 136): „invidi monachis nunc temporis episcopi vix nobis et nostris halitum relinquentes . . . ministros odii et invidiae iniustaeque potentiae holophernicos asciscunt archipresbyteros qui animas hominum carissime appretiatas vendant, feminas nudatas aquis immergi impudicis oculis curiosi perspiciant aut grandi se precio redimere cogant“; werden unter den archipresbyteri die Dekane verstanden. In der späteren Zeit ist die Identität unzweifelhaft, s. die folgende Darstellung und die Noten dazu, namentlich Note 7.

[5] S. n. 3. Für die spätere Zeit s. syn. Frisac. a. 1160 u. 1161 (Hartzheim 3, 386): „Hademar archipresbyter, Frisacensis plebanus“; a. 1499 (Würdtwein, dioec. Mogunt. 1, 93): „Wigandus parochus Moschellensis et archipresbyter sedis Monsterapel“. Nirgends findet sich in den Quellen eine Andeutung, dass der Dekanat ein selbstständiges Amt gewesen ist. Dagegen spricht auch die Wahl des Dekans durch die Priester der Dekanie (s. nachher).

[6] In Italien, wo bei dem geringen Umfang der Diöcesen sich nicht überall die Dekanatseintheilung entwickelt hat, ist der alte Sprachgebrauch dagegen länger bestehen geblieben, s. dipl. a. 1029 u. a. 1141 (hier erst eine plebs Montis Bellii und dann der archipresbyter Montis Bellii erwähnt) bei Muratori l. c. 6, 398. 401.

[7] c. 13 const. Walter. Sen. saec. X. (Mansi 18, 323, s. oben S. 192. n. 6) gedenkt der decani christianitatis. Wenngleich es bei der blossen Erwähnung der decani oder archipresbyteri vielfach zweifelhaft ist, ob darunter die Landdekane oder die Dekane, resp. Erzpriester der Stifter zu verstehen sind (so namentlich in den Koncilien, welche den Weihegrad festsetzen, die Simonie verbieten u. s. w., s. z. B. c. 1. 2. Raven. a. 997; c. 15. Rotom. a. 1072; c. 1. Rotom. a. 1074; c. 2. 7. Pictav. a. 1078; c. 2. Tolos. a. 1119; c. 2. Later. a. 1123; Mansi 19, 219; 20, 38. 398. 498; 21, 226. 282) und hier eher das letztere anzunehmen ist, so sind doch wohl die c. 3 Rotom. a. 1072 (M. 20, 36) erwähnten Dekane, welche das Chrisma und die h. Oele vertheilen, Landdekane, ebenso die c. 7 Turon. a. 1163 (M. 21, 1178) gedachten: „Quoniam in quibusdam episcopatibus decani quidam vel archipresbyteri ad agendas vices episcoporum seu archidiaconorum et terminandas causas ecclesiasticas constituuntur sub annuo pretio . . ., id ulterius fieri districtius prohibemus“.

derselben zunächst eine viel untergeordnetere Stellung als früher einnehmen mussten. Denn die letzteren schoben sich jetzt zwischen sie und die Bischöfe als eine Zwischen-Instanz für die Handhabung der Aufsicht ein und konkurrirten hinsichtlich ihrer Funktionen im Wesentlichen mit ihnen. Erst als die Archidiakonen einen Theil der bischöflichen Gerechtsame und damit die Stellung von iudices ordinarii in den bischöflichen Diöcesen erlangt hatten (s. oben S. 195), d. h. seit dem Ende des 12. und namentlich seit dem 13. Jahrhundert traten die Dekane wieder mehr hervor, da die mit wichtigeren Angelegenheiten beschäftigten Archidiakonen sich jetzt nicht mehr mit der Ausübung jener untergeordneten Befugnisse befassen konnten. Das Wesen des Institutes hat sich in den Zeiten, während deren dasselbe nicht genauer verfolgt werden kann, nicht verändert. Die Landdekane, Landdechanten, *decani christianitatis* [1], *decani rurales* [2], *archipresbyteri* [3], *archipresbyteri forenses* [4], *ertzpriester* [5] erscheinen immer noch als die unmittelbaren Aufsichtsbehörden [6] für die Pfarreien ihrer Bezirke, *decaniae* [7], *decanatus* [8], *archipresbyteratus* [9], *christianitates* [10], *capitula ruralia* [11], *concilia* [12] und ferner als untergeordnete unmittelbare Vollzugs-Organe bei der Diöcesanverwaltung. In ersterer Beziehung hatten sie über die sittlichen und religiösen Verhältnisse der Pfarrgemeinden ihres Bezirkes, über die Amtsführung der Geistlichen derselben und den Zustand des Kirchenwesens überhaupt zu wachen, und zu diesem Behufe Visitationen abzuhalten [13], sowie über ihre auf denselben oder anderweit gemachten Wahrnehmungen das Erforderliche an den Bischof, resp. seinen Official oder an den Archidiakon zu berichten [14]. Abgesehen von den allgemeinen Anweisungen auf Berichterstattung über die vorgekommenen Vergehungen und Excesse [15] wird ihnen namentlich eingeschärft, nach den Fälschern

[1] c. 8 Trevir. a. 1227 (Hartzheim 3, 530); dipl. a. 1262 u. a. 1300 (Hontheim hist. Trevir. 1, 745. 833); c. 39. 42. syn. Colon. a. 1267 (Hartzheim 3, 629. 630); in d. dipl. a. 1140 (Günther, cod. Rheno-Mosell. 1, 262): „S . . . Arensis decanie (d. h. Ahrgau) decanus".

[2] c. 7. §. 6 (Innoc. III.) X. de off. archid. I. 23; c. 19. Oxon. a. 1222 (Hardouin 7, 120); c. 33. Trevir. a. 1228 (Hartzheim 3, 561); c. 5. Salmur. a. 1253 (Hardouin 7, 443).

[3] dipl. a. 1149 (Guden, cod. diplom. Mogunt. 1, 193); c. 7. X. cit. §. 2; „archipresbyteri autem, qui a pluribus decani nuncupantur".

[4] c. 25 Trever. a. 1310 (Hartzheim 4, 134): „decani rurales seu forenses archipresbyteri".

[5] Sachsenspiegel I. 2. §. 1; dipl. a. 1494 (Würdtwein, dioec. Mogunt. 1, 424).

[6] c. 8. syn. Clarom. a. 1268: „Statuimus ut archipresbyteri quamlibet sibi subiectam ecclesiam visitent annuatim personaliter, et si procurationem omittere voluerint, nullatenus tamen visitationem omittant. Item inquirant summarie de omnibus notoriis et si quid est quod scandalum generet ibidem in populo sive clero et quod per se non poterunt corrigere nobis vel officiali nostro referant infra mensem, ut secundum relationem eorum ad plenam inquisitionem descendamus et corrigamus, sicut nobis videbitur expedire. Item quaerant, utrum ecclesiis vel prioratibus impositae fuerint novae impensiones ab abbate vel ab alio absque consensu nostro. Et si invenerint nobis renuncient fideliter absque mora" Hardouin 7, 611. S. auch das Nachfolgende.

[7] Dipl. a. 1139 u. 1140 bei Günther a. a. O. 257. 262, s. Note 1 u. S. 191. n. 3.

[8] c. 3. syn. Tralect. a. 1209 (Hartzheim 3, 489: „in omnibus ecclesiis ipsius decanatus"; Const. episc. Dunelm. u. 1255 (Hardouin 7, 487): „in singulis autem decanatibus aliqui discreti poenitentiarii eligantur".

[9] c. 6. Coprin. a. 1262 (ibid. p. 552): „vicarios per archidiaconatus, decanatus, archipresbyteratus ab archidiaconis, decanis vel archipresbyteris non constitui".

[10] S. Note 1.

[11] Statuta capituli Monthad saec. XV. (Würdtwein, dioecesis Mogunt. 1, 643): „intra limites capituli ruralis Montadt"; in derselben Bedeutung kommt auch capitulum schlechthin vor, s. ibid. 1, 527.

[12] syn. Leodiens. a. 1446 (Hartzheim 5, 312): „resideant ipsi decani quilibet in suo concilio".

[13] S. Note 6; c. 14. §§. 3 ff. Leodiens. a. 1287 (Hartzheim 3, 701); Leodiens. a. 1446 (ibid. 5, 313).

[14] S. Note 6; c. 8 Trever. a. 1227 (ibid. 3, 531); c. 30 Syn. v. St. Pölten a. 1284 (ibid. 3, 679): „Statuimus igitur, ut plebani vicarii et ecclesiarum seu capellarum rectores universos singuli et singulariter universis suis decanis denuncient omnes in scriptis quos defectibus seu criminibus noverint laborare infra unum mensem, postquam eis claruit, decani vero . . . infra unum mensem nobis denuncient de singulis et accusent quae fuerint accusanda".

[15] S. Note 6; c. 15. Santon. a. 1280; c. 10. Pictav. a. 1280 (Hardouin 7, 850. 854; c. 14. §. 20 Leod. a. 1287 (Hartzheim 3, 703); stat.

von Urkunden der geistlichen Beamten und Gerichtsbehörden Nachforschungen halten zu lassen [1], Verletzungen der Kleriker und Beraubungen derselben zu überwachen [2], Beeinträchtigungen der Immunität des Kirchengutes zur Anzeige zu bringen [3], Listen der notorischen Wucherer und der Excommunicirten ihres Bezirkes dem Bischof einzureichen [4], die Ausführung der letztwilligen Verfügungen [5] und die etwa vorhandene jüdische Bevölkerung [6] zu kontroliren. Sodann haben sie den Lebenswandel der Geistlichen [7], namentlich die Beobachtung der allgemeinen klerikalen Standespflichten (so der Vorschriften hinsichtlich der Kleidung [8], der Tonsur [9] und des Cölibates [10]), ferner die Innehaltung der Residenzpflicht zu beaufsichtigen [11], gegen die vagabundirenden Kleriker einzuschreiten [12], und die Handhabung des Busswesens zu überwachen [13]. Mitunter waren sie auch für die Kleriker ihrer Bezirke zugleich zu ordentlichen Beichtvätern derselben bestellt [14]. In Folge der Beaufsichtigung des gesammten Kirchenwesens ihrer Dekanien mussten sie ferner darüber Kontrole üben, ob die ordnungsmässigen Erfordernisse bei der Besetzung der Beneficien vorhanden waren (ob also z. B. die betreffenden Geistlichen auch innerhalb der vorgeschriebenen Fristen die für das Amt erforderlichen Weihen nachgesucht hatten [15], ob die für die Pfarreien präsentirten Kleriker die gehörige Qualifikation besassen [16], ob die Pfarrer die Seelsorge vom Bischof empfangen und durch die Archidiakonen die Besitzeinweisung in ihre Aemter erlangt hatten [17], ob sich kein Geistlicher im Besitze von zwei inkompatiblen Beneficien befand [18]). Sodann sollten sie das Rechnungswesen bei den einzelnen Kirchen [19], die Erhaltung des Inventars an Geräthschaften und Büchern [20], den baulichen Zustand der Dienstgebäude der Geistlichen [21] und die Vakanzfälle bei den einzelnen Beneficien kontroliren [22]. Ihre Stellung endlich als untergeordneter Hülfs- und Vollzugsorgane bei der Diöcesanverwaltung ergiebt sich daraus, dass sie als Unterlage für dieselbe die Verzeichnisse der Kirchen und anderen geistlichen Institute zusammenstellen und dem Bischof einsenden [23], die für die Diöcese massgebenden Ordnungen und Normen den ihnen untergegebenen Geistlichen publiciren [24], die verhängten Exkommunikationen ver-

Camerac. a. 1311 (Hartzh. 4, 238); c. 1. Colon. a. 1330 (ibid. 4, 308. 309); Eichstett. a. 1447 (ibid. 5, 374).

1 c. 31. §. 2 Leod. a. 1287. (Hartzh. 3, 718).

2 Ibid. c. 17. §§. 3. 4, um nöthigenfalls den Gottesdienst in den betreffenden Bezirken einzustellen.

3 Stat. Camerac. a. 1311. cit., Vratistal. a. 1446 (ibid. 5, 292).

4 syn. Camer. a. 1300 u. a. 1312 (Hartzh. 4, 66. 242).

5 syn. Camer. a. 1324 (ibid. 4, 286. 287).

6 c. 10. Pictav. a. 1280 (Hardouin 7, 854).

7 c. 8. Trever. a. 1227 (Hartzh. 3, 530): „praecipimus quod decani accusent vel deferant nobis vel officiali nostro omnes sacerdotes et clericos lusores et tabernarios, fornicatores manifestos, et celebratores clandestinorum matrimoniorum et usurarios et negotiatores“.

8 c. 21. Pont. Audom. a. 1279; c. 22. Lambeth. a. 1281 (Hardouin 7, 770. 872).

9 c. 21. Pont. Audom. cit.; c. 6. Eborac. a. 1195 (ibid. VI. 2, 1931); syn. Eichsttet. a. 1354 (Hartzheim 4, 371).

10 syn. Eichstett. cit. l. c. 370.

11 c. 6. §. 3; c. 14. §. 21, Leod. a. 1287, ibid. 3, 693. 703; c. 1. Colon. a. 1336, ibid. 4, 439.

12 c. 8. Olomuc. a. 1318, ibid. 4, 271.

13 c. 33. Mogunt. a. 1261, ibid. 3, 605.

14 c. 20 d. Synode v. St. Pölten, ibid. 3, 676; c. 24. Frising. a. 1440, ibid. 5, 279.

15 c. 10. Pictav. a. 1280. (Hardouin 7, 854).

16 c. 10. Andegav. a. 1365, ibid. p. 1775.

17 syn. Camerac. a. 1300 (Hartzheim 4, 75. 77).

18 c. 80. const. episc. Sarum a. 1217 (Hardouin 7, 109).

19 syn. Camerac. a. 1300 (Hartzheim 4, 66).

20 c. 17. Colon. a. 1310, ibid. p. 124.

21 syn. Camer. a. 1324, ibid. p. 288.

22 c. 6 Ultraiect. a. 1291; c. 36. Ultrai. a. 1310, ibid. 4, 5. 172.

23 c. 8. Traiect. a. 1291, ibid. 4, 6; c. 13. Olom. a. 1413, ibid. 5, 43; nur ein solches der „praebendae vicariorum“ verlangt die Synode v. Eichstett a. 1354, ibid. 4, 369.

24 c. 14. Trever. a. 1225; c. 8. Trever. a. 1227; add. ad conc. Hippolyt. a. 1284; c. 14. §. 15. Leod. a. 1287; c. 4. Colon. a. 1330 (Hartzheim 3, 523. 530. 681. 703; 4, 310); s. auch die Statuten v. Castel v. 1490 bei Würdtwein, dioec. Mogunt. 2, 152. 153.

kündigen[1], die angestellten Kleriker, mitunter auch nur die Kapelläne in den Besitz ihrer Beneficien einweisen[2], bei der Anstellung der Hülfsgeistlichen an den Filialkirchen mitwirken[3], die behufs der Wiederbesetzung der Beneficien üblichen Aufgebote (zur Ermittlung von etwaigen Ausschliessungsgründen des in Aussicht genommenen Kandidaten) vollziehen[4], die Präsentationen der Patrone zur Vermittlung an den Bischof oder den Kollationsberechtigten entgegennehmen[5], die Früchte der Beneficien der nicht Residenz haltenden Geistlichen sequestriren[6], die Leistung der von dem Bischof ausgeschriebenen Abgaben kontroliren[7], Citationen im Auftrage der geistlichen Gerichte der Diöcese vornehmen[8], die Uebersendung der Testimoniales bei Brautleuten, welche in verschiedenen Dekanaten oder Diöcesen wohnten, vermitteln[9], als Kommissarien in Ehe- und Testaments-Streitigkeiten fungiren[10] und überhaupt die ihnen zugehenden Befehle der bischöflichen Kurie ausführen mussten[11].

An und für sich bedingte die Stellung der Erzpriester nicht den Besitz jurisdiktioneller Befugnisse, vielmehr hatte der Bischof, resp. der Archidiakon[12] das Erforderliche zur Abstellung der von ihnen wahrgenommenen und berichteten Mängel zu veranlassen und die von ihnen angezeigten Vergehen zu bestrafen[13]. Indessen gelang es ihnen, bei der das Mittelalter beherrschenden Tendenz der Zersplitterung der Gerichtsgewalten in Anschluss an die ihnen zustehenden Befugnisse zur Visitation öfters die Sendgerichtsbarkeit über kleinere Bezirke oder für gewisse niedere Personenklassen[14] und damit die Stellung als s. g. archidiaconi minores[15] zu erwerben. Wenn ihnen ferner mitunter durch die bischöflichen Statuten die Befugniss übertragen wurde, für gewisse Vergehen und behufs der Ermöglichung einer Untersuchung wegen derselben Censuren zu verhängen[16], so lag darin nur eine Delegation, denn da ihnen

[1] c. 4. §. 32. Leod. a. 1287; c. 5. Ultraiect. a. 1291 (ibid. 3, 689 u. 4, 5).

[2] c. 25. Wigorn. a. 1240 (Hardouin 7, 339; c. 14. §. 4. Leod. a. 1287; syn. Camerac. a. 1300 (ibid. 3, 702 u. 4, 75); dipl. a. 1380 bei Würdtwein, ibid. 1, 67; Statut. v. Castel v. 1490, ibid. 2, 150.

[3] c. 7 der Synode v. St. Pölten (Hartzheim 3, 674): „statuimus, ut rectores ecclesiarum in suis filiabus subiectis ecclesiis notos et idoneos de sui decani conscientia instituant sacerdotes“.

[4] c. 40 Prag. a. 1355, ibid. 4, 392: „cum aliquis ad curatum beneficium per quempiam clericum vel laicum fuerit praesentatus, ordinarius loci seu is ad quem institutio spectat, per decanum loci vel viciniorem plebanum in ecclesia, ad quam fit praesentatio, praesente plebe ad hoc specialiter convocata, publice faciat proclamari. Quod si quis est qui velit de iure suo quod ad ipsum solum vel cum alio seu aliis ius pertineat praesentandi, aut praesentato aliquid obiicere, quod eum reddat inhabilem, ne possit ad idem beneficium promoveri, veniat infra certum et peremptorium terminum, ad ipsius instituentis praesentiam hoc facturus“...

[5] c. 3. Castr. Gonter. a. 1231 (Hardouin 7, 192).

[6] c. 1. Colon. a. 1336 (Hartzheim 4, 439).

[7] syn. Ultraiect. a. 1354, ibid. p. 367.

[8] Camer. a. 1317, ibid. p. 262.

[9] Camer. a. 1311, ibid. p. 238.

[10] syn. Camer. a. 1311, ibid. p. 239.

[11] c. 60. Baioc. u. 1300 (Hardouin 7, 1234): „Cum aliquid mandabitur decanis, si alias commode certificare curiam non poterunt, apponant sigilla sua litteris curiae, in signum quod mandatum curiae executioni demandarunt“.

[12] S. z. B. c. 14. §. 1. Leod. a. 1287 (Hartzheim 3, 701).

[13] S. ausser den oben angeführten Stellen syn. Eichstett. a. 1354, ibid. 4, 372.

[14] Urk. für Salzburg a. 1195, ibid. 3, 460; dipl. a. 1293 bei Binterim u. Mooren, die Erzdiöcese Köln 1, 300; Sachsensp. I. 2. §. 1; Würdtwein l. c. 1, 20. 653. 734. 830. Im Uebrigen s. unten die Lehre von den Sendgerichten.

[15] S. oben S. 200. n. 2.

[16] c. 27. §. 1. Leod. a. 1287 (Hartzheim 3, 714): „Cum in multis articulis statutorum nostrorum inseritur: quando decano et presbytero loci constiterit de delicto vel de praemissis, delinquentem excommunicet seu ad excommunicationem procedat, quatenus haec clausula: si decano vel presbyteri loci constiterit etc. accipienda sit, declaramus statuentes, quod quando decano vel presbytero loci per evidentiam facti ... vel per confessionem delinquentis quam decanos vel presbyteros loci audiendi, recipiendi et delinquentes ad dicendum veritatem ... super praemissis compellendi per censuram ecclesiasticam statuimus habere potestatem ... constiterit de praemissis ... decanus vel presbyter loci vel alias executor delinquentem excommunicet“; s. auch

das gemeine Recht niemals eine iurisdictio ordinaria beigelegt hat, so waren die Bischöfe nicht im Stande, ihnen eine solche Stellung zu gewähren. Dass man auch daran nicht im entferntesten gedacht hat, zeigen die Vorschriften der Provinzialsynoden, welche den Erzpriestern die Verhängung jeglicher Censuren gegen ihre Untergegebenen ausser dem Fall eines besonderen Auftrages [1] und die Ausübung jeglicher Gerichtsbarkeit in allen wichtigen Angelegenheiten [2], namentlich in Ehesachen [3], verbieten.

Die schon seit der Einführung des Institutes der Landdekane vorkommenden regelmässigen, von denselben mit dem Klerus ihrer Dekanien abgehaltenen Versammlungen (s. S. 270) haben nicht nur fortgedauert, sondern auch später noch eine eigenthümliche Ausbildung erfahren. Auf diesen Vereinigungen, jetzt *capitula decanorum* [4], *capitula ruralia* [5], *Kalendae* [6] genannt, welche nicht mehr, wie früher allmonatlich, sondern in verhältnissmässig grösseren Zwischenräumen, z. B. alljährlich [7] unter dem Vorsitz des Dekans [8] zusammentraten, und zu welchen sich die Pfarrer und sonstigen Geistlichen der Diöcese einzufinden hatten [9], nahmen die Dekane die Berichte der Geistlichen über die vorgefallenen Excesse, sowie den religiösen Zustand der einzelnen Gemeinden entgegen [10], ermahnten die Geistlichen wegen ihrer Vergehen [11], publicirten die ihnen zugegangenen Verordnungen [12], und gaben auch nöthigenfalls die näheren Erklärungen und Anweisungen behufs ihrer Anwendung [13]. Mitunter wurden auch hier die Beichtväter für die Priester der Dekanie gewählt [14]. Der Drang des Mittelalters nach genossenschaftlicher Einigung führte aber in einzelnen Diöcesen auch zu festen und dauernden Verbindungen der der Dekanie angehörenden Geistlichen, welche dann gleichfalls *capitula* genannt wurden [15]. Ausser der Unterstützung und Berathung des Dekans bei den erwähnten Amtsgeschäften desselben hatten diese Genossenschaften, welche allerspätestens im 14., wahrscheinlich aber schon im 13. Jahrhundert zusammen-

c. 16 syn. Pont. Audom. a. 1279 (Hardouin 7, 768); syn. Camer. a. 1300, Hartzheim 4, 76 u. stat. Ultraiect. a. 1355, l. c. p. 380; stat. saec. XV. bei Würdtwein l. c. 1, 648.

1 c. 8. Clarom. a. 1268 (Hardouin 7, 611): „prohibemus omnibus et singulis archipresbyteris et capellanis parochialibus et eorum vicariis sub poena suspensionis, ne auctoritate propria sententias interdicti, excommunicationis aut suspensionis proferant in aliquos subditos seu parochianos suos, nisi de speciali mandato nostro aut officialis nostri aut nisi auctoritate provincialis statuti vel synodalis".

2 c. 2. Pictav. a. 1280 (ibid. 7, 850): „Cum ipsi archipresbyteri et decani maiores causae et negotia maxima quae maiores causas exigunt, non debeant pertractare, inhibemus, ne de causis matrimonialibus, sacrilegiis, sortilegiis, usuris et aliis causis et negotiis criminalibus et famosis sive criminaliter sive civiliter intentatis ex officio suo vel ad partis instantiam se aliquatenus intromittant, de eis cognoscendo poenam super his imponendo: et ne pro subeunda purgatione vel assecuratione protestanda, aliquos praesumant coram se ad iudicium evocare, nisi pro tuitione iurisdictionis suae, si aliquis litigantium occasione litis motae coram eis alibi vexaretur vel minae vel violentiae inferrentur".

3 c. 19. Oxon. a. 1222; c. 95. Baioc. u. 1300 (ibid. p. 120. 1241); syn. Camer. a. 1300; c. 25. Traiect. a. 1310; c. 25. Trever. a. 1310; syn. Mogunt. a. 1310; syn. Eichstett. a. 1354. (Hartzheim 4, 74. 172. 134. 207. 376.

4 Const. episc. Dunelm. u. 1255 (Hardouin 7, 490); const. Camer. saec. XIV. (Hartzheim 4, 94).

5 Statuten des 14. Jahrh. bei Binterim u. Mooren, Erzdiöcese Köln 2, 249; des 15. Jahrh. bei Würdtwein l. c. 1, 649 u. 2, 156.

6 c. 21. Pont. Audom. a. 1279; c. 11. Rotomag. a. 1335: „decani in suis capitulis seu Kalendis" (Hardouin 7, 770. 1608). Diese Bezeichnung erklärt sich daraus, dass die Versammlungen ursprünglich an dem ersten Tage des Monats (S. 270. n. 7) gehalten wurden.

7 c. 14. Mogunt. a. 1225 (Hartzheim 3, 523), oder jährlich 2 mal, stat. archidiac. Xantensis saec. XIV bei Binterim u. Mooren, a. a. O. 2, 249; stat. sed. Castell. a. 1490 bei Würdtwein l. c. 2, 151.

8 c. 5. Ultrai. a. 1291 (Hartzheim 4, 5).

9 Const. episc. Dunelm. u. 1255 („rectores, vicarii et capellani", Hardouin 7, 490), c. 5 Ultraic. cit. („clerici et presbyteri").

10 Const. episc. Dunelm. cit.

11 Binterim u. Mooren, a. a. O. 2, 248.

12 S. Note 7; S. 273. n. 24; Binterim u. Mooren 2, 249.

13 c. 11. Rotomag. a. 1335 (Hardouin 7, 1608).

14 c. 12. Cicestr. a. 1289, ibid. p. 1154. 1155.

15 Binterim u. Mooren, a. a. O. 2, 247.

getreten sind[1], den Zweck, nicht nur die für die Mitglieder wichtigen lokalen kirchlichen Verhältnisse, wie z. B. die Abgaben und Gebühren für die geistlichen Amtshandlungen[2], die Stellung der Pfarrer zu ihren Vikaren[3], die Erhebung des Zehnten[4], die Baulast[5], die Beschaffung der kirchlichen Ornamente[6], die Einrichtung der Kirchhöfe und die Nutzung der etwa auf denselben wachsenden Bäume, Gräser u. s. w.[7], die Gnadenzeit[8], selbstverständlich auf Grund des allgemeinen, provinziellen und Diöcesan-Rechtes nach Massgabe der örtlichen Bedürfnisse zu regeln, sondern auch den einzelnen Mitgliedern in ihren Interessen Schutz zu gewähren und Hülfe zu leisten. So war die gegenseitige Untersstützung bei der Verfolgung der Gerechtsame seitens des einzelnen Mitgliedes durch die andern, selbst durch Geldbeiträge der Genossenschaft zugesichert[8], ferner die gegenseitige Bestellung zu Testamentsexekutoren festgesetzt[9], die Verpflichtung zur Abhaltung von Todtengottesdiensten für die verstorbenen Mitglieder statuirt[10], endlich die Verbindlichkeit aufgestellt, bei Streitigkeiten mit einem andern Genossen sich vorher der gütlichen Vermittlung derselben durch den Dekan zu unterziehen[11]. Fähig zur Mitgliedschaft in diesen Genossenschaften waren die Pfarrer und die dauernd angestellten Pfarrverweser des Dekanatsbezirkes, welche aber andererseits auch verpflichtet waren, der Vereinigung (dem s. g. *capitulum*, daher heissen die Mitglieder *capitulares*) beizutreten[12]. Die einfachen Beneficiaten und die widerruflich eingesetzten Vikare hatten dieses Recht nicht überall, waren jedoch den Anordnungen des Kapitels und des Dekans, namentlich aber bestimmten Abgaben an dasselbe, unterworfen[13]. Die Leitung der Geschäfte dieser Genossenschaft hatte der Dekan. Während die früheren Quellen nur von einer Bestellung desselben durch den Bischof berichten[14], und diese mit anderen bischöflichen Gerechtsamen später in die Hände der Archidiakonen[15] gelangt ist, erscheinen seit der Entwicklung der erwähnten Genossenschaften letztere im Besitz des Rechts, den Dekan aus den Pfarrern ihres Kapitels zu wählen[16] und dem Archidiakon zur Bestätigung zu präsentiren[17]. Neben dem Dekan fungirte ferner gleichfalls als gewählter Beamter des Kapitels ein *camerarius*, welcher das Vermögen und die Einnahmen desselben zu verwalten hatte[18]. Zu diesen

[1] Denn ihrer gedenkt schon die Synode zu Eichstett a. 1354 (Hartzheim 4, 370).

[2] Statuten saec. XIV. bei Binterim u. Mooren a. a. O. 2, 256; Stat. saec. XV, Würdtwein l. c. 1, 732. 733.

[3] Stat. saec. XV. bei Würdtwein 2, 161.

[4] Binterim u. Mooren 2, 258.

[5] A. a. O. S. 252; Würdtwein l. c. 2, 163.

[6] Binterim u. Mooren 2, 252.

[7] A. a. O. S. 254.

[8] Würdtwein 2, 162.

[9] A. a. O. 2, 160.

[10] A. a. O. 2, 162.

[11] A. a. O. 1, 650.

[12] Die Statuten bei Binterim u. Mooren 2, 251 sprechen allein von der Pflicht des novus pastor u. vicarius perpetuus und erwähnen nur der pastores als wahlberechtigt. (S. 248.) Damit sind also Andere als Mitglieder ausgeschlossen. Die Statuten bei Würdtwein 2, 154 lassen jeden Beneficiaten zu.

[13] S. Binterim u. Mooren 2, 250.

[14] S. 269. n. 6; S. 270 u. die Kölner Diplome v. 1067 u. 1116, Lacomblet, niederrh. Urkdbch. 1, 136. 180, wo die Erzbischöfe der „decania quae nostri iuris erat“ u. „semper manibus episcoporum subiecta“ erwähnen. Daraus, dass die Bischöfe Stiftern und Klöstern die Dekansstellen mit ihren Rechten und Einkünften hin und wieder übergaben, sind die z. B. in der Erzdiöcese Köln seit dem 12. Jahrh. vorkommenden habituellen oder geborenen Landdekane entstanden, welche die Dekanie selbst durch einen Pfarrer derselben als s. g. provisor verwalten liessen, s. Mooren, das dortmunder Archidiakonat. S. 52 ff.

[15] c. 7. §. 6 (Innoc. III.) X. de off. arch. I. 23; c. 98. Baioc. u. 1300. (Hardouin 7, 1241); Würdtwein l. c. 1, 3.

[16] Binterim u. Mooren 2, 247. 248; Würdtwein 1, 645 ff.

[17] Binterim u. Mooren 2, 248, s. auch ibid. S. 313; syn. Eichstett. a. 1447 (Hartzheim 5, 374). Wahrscheinlich ist dieses Wahlrecht daher entstanden, dass man früher bei der Bestellung des Dekans die einzelnen Pfarrer zu Rathe zog.

[18] Würdtwein 1, 650. 652; 2, 159; mehrere camerarii kommen vor bei Binterim u. Mooren 2, 247. Erwähnt werden sie auch von der Synode zu Eichstädt a. 1354 (Hartzheim 3, 370) u. in den Statuten von 1307 bei Binterim, Denkwürdigkeiten I. 1, 606 (hier auch noch ein Sekretär).

letzteren gehörten die von den neu aufzunehmenden Mitgliedern zu leistenden Receptionsgebühren[1], ferner die mitunter vorkommenden fortlaufenden Beiträge[2], die Abgaben von den Testamenten[3] und von den Erbschaften der Geistlichen[4], die Strafgelder (welche z. B. für Ausbleiben in den Versammlungen gezahlt werden mussten)[5], sowie die ausgeschriebenen Kontributionen[6]. Von denjenigen Einnahmen, welche zum Besten des Kapitels verwendet wurden, erhielt auch der Dekan seinen Antheil[7]. Neben der Besorgung dieser Angelegenheiten hatten die *camerarii* ferner die Erhebung der an den Bischof zu leistenden Abgaben[8]. Ausserdem wurden auch noch vom Kapitel mehrere s. g. *diffinitores* aus den Mitgliedern gewählt, welche dem Dekan bei der Geschäftsleitung zur Seite standen und deren Rath er bei wichtigen Angelegenheiten einzuholen hatte[9]. Alle diese betreffenden Verhältnisse regelten die Landkapitel durch ihre eigenen Statuten[10], jedoch mussten diese der Bestätigung des Archidiakons oder des Bischofs unterbreitet werden[11].

Das Institut der Dekane oder Erzpriester, von welchem im Vorstehenden ein Bild auf Grund der Quellen vom 12. bis zum 15. Jahrhundert entworfen ist, hat sich seitdem im wesentlichen unverändert erhalten[12], und ist die niedrigste Stufe für die Leitung der kirchlichen Verwaltung der Diöcesen geblieben, da der geographische Sprengel des Dekans eine Reihe von Pfarreien umfasste, mehrere Dekanate aber wieder den Sprengel des Archidiakons bildeten[13]. Zwar hat sich gerade in den besprochenen Zeiten die früher (S. 201) dargelegte Aenderung in der Stellung der Archidiakonen vollzogen, aber diese Entwicklung hat deshalb keinen Einfluss auf das Amt der Dekane geäussert, weil diese ebenso nothwendige Hülfsbeamte für den Archidiakon, wie für den Bischof waren, und eine Herabdrückung ihrer Bedeutung nicht im Interesse der mit den Archidiakonen um die Macht ringenden Bischöfe lag. Gerade umgekehrt gebot die Politik, die Rechte der Archipresbyter zu vermehren und in der That haben ja einzelne derselben auch, allerdings gewöhnlich für kleinere Bezirke, dieselben Befugnisse, wie die Archidiakonen, erlangt[14].

III. Die Pfarreien in den Städten. Viel länger wie für das Land ist die bischöfliche Kathedrale der Mittelpunkt des ordentlichen Gottesdienstes für die Bewohner

1 Würdtwein 1, 730; 2, 154; Binterim u. Mooren 2, 251.
2 Würdtwein 2, 154.
3 L. c. 1, 651.
4 L. c. 2, 154.
5 Binterim und Mooren 2, 250.
6 Würdtwein 2, 158.
7 S. die eben angeführten Stellen u. Binterim u. Mooren 2. 260. 261.
8 Würdtwein 2, 159.
9 L. c. 1, 649. 652.
10 Mitgetheilt sind solche — die bei der Darstellung des Textes benutzten — bei Würdtwein 1, 643 ff. 730 ff. u. 2, 148 ff, aus dem 15. Jahrh.; bei Binterim u. Mooren a. a. O. 2, 246 ff. u. Binterim, Denkwürdigkeiten I. 1, 602 ff. aus dem 14. bis 17. Jahrh.
11 Darüber kann nach gemeinem Recht kein Zweifel sein. Fälle der Bestätigung bei Würdtwein 1, 734; 2, 148.
12 Vgl. ausser den Anführungen bei Thomassin P. I. lib. 2. c. 6. n. 2 ff.; Pertsch, Abhandlung von den Archidiakonen S. 79. 91. 138. 311 und Schmidt, thes. 3, 298 ff. z. B. noch tit. 2 conc. Basileens. a. 1503; Ratisbon. a. 1512; c. 9. Tornac. a. 1520; Colon. 1536. P. XIV. c. 19 ff.; c. 2. Hildesh. a. 1539; c. 7. August. a. 1548; Trevir. a. 1549 (Hartzheim 6, 4. 82. 159. 309. 314. 363. 605); Mechlin. a. 1570 (Hardouin 10, 1192).
13 Die Dekanatseintheilungen einzelner deutscher Bisthümer ergeben die oben S. 190. n. 7 zu S. 189 angeführten Stellen aus Würdtwein subsidia und nova subs.; über Mainz s. die Bemerkungen desselben in der dioeces. Mogunt. zu jedem einzelnen Dekanate; für Köln s. Binterim und Mooren, a. a. O. 1, 130 ff.; 2, 196 ff.
14 S. oben S. 274; Statuten v. 1307 (Binterim, Denkwürdigkeiten I. 1, 606); c. 7. August. a. 1548 (Hartzheim 6, 363): „Quos Graeci chorepiscopos, h. e., certarum regiuncularum in qualibet dioecesi speculatores, alii archidiaconos, alii archipresbyteros vocant, in nostra ecclesia cathedrali, quoad certum districtum moeniis Augustanae civitatis adiacentem archidiaconi, in reliqua vero dioecesi decanorum ruralium nomine censentur".

der Stadt und der angränzenden Landdistrikte geblieben. Zwar wird von Manchen unter Hinweis auf einzelne Berichte[1] über grosse und volkreiche Städte des Morgenlandes, wie z. B. über Alexandrien, das Gegentheil behauptet, und die Existenz von Stadtpfarreien bis in das 4. Jahrhundert hinauf datirt[2], allein wenn sich auch aus den betreffenden Erzählungen ergiebt, dass in jener Stadt neben der Kathedrale mehrere andere kleinere Kirchen vorhanden gewesen, und an letzteren besondere Priester angestellt worden sind, so folgt doch daraus noch nicht, dass die diesen Gotteshäusern zunächst wohnenden Christen ausschliesslich an dem dort abzuhaltenden Gottesdienst theilzunehmen hatten, und hinsichtlich aller geistlichen Amtshandlungen allein an diese Kirchen gewiesen waren, ebensowenig wie dass die Priester der letzteren befugt gewesen sind, sämmtliche gottesdienstlichen Funktionen zu vollziehen[3]. Dass im Abendlande, selbst in Rom, wo sich schon früh eine grosse Anzahl von Kirchen vorfindet, trotz der Errichtung derselben keine Pfarr-Eintheilung stattgefunden hat, ist bereits früher dargelegt worden[4]. Für diejenigen Länder[5], in welchen die Germanen ihre Reiche gegründet hatten, lässt sich das Mangels ausdrücklich dagegen sprechender Nachrichten umsomehr annehmen, als hier die Städte von geringer Ausdehnung und weniger bevölkert waren, wie jene wichtigen Mittelpunkte der antiken Welt; ja der Umstand, dass die fränkischen Quellen die Landparochien nicht den städtischen Pfarreien, sondern stets der Stadt mit ihren Umgebungen schlechthin gegenüber stellen, und die bischöfliche Kirche als die Stätte des regelmässigen Festgottesdienstes erschei-

[1] Epiphanii episc. Constant. († 403) panar. LXVIII. n. 4: „ἦν γὰρ οὗτος (Arius) ἐν Βαυκάλῃ τῇ ἐκκλησίᾳ οὕτω καλουμένῃ Ἀλεξανδρείας πρεσβύτερος· καθ' ἑκάστην γὰρ εἷς πρεσβύτερός ἐστιν ἀποτεταγμένος· ἦσαν γὰρ πολλαὶ ἐκκλησίαι, νῦν δὲ πλεῖους καὶ αὐτῷ ἡ ἐκκλησία ἐγκεχείριστο“; ibid. LXIX. n. 1: „φασὶν δὲ αὐτὸν (Arius) . . . ἐν Ἀλεξανδρείᾳ δὲ πρεσβύτερον γεγονότα ὃς προΐστατο τῆς ἐκκλησίας τῆς Βουκάλεως οὕτω καλουμένης· ὅσαι γὰρ ἐκκλησίαι τῆς καθολικῆς ἐκκλησίας ἐν Ἀλεξανδρείᾳ ὑπὸ ἕνα ἀρχιεπίσκοπον οὖσαι καὶ κατ' ἰδίαν ταύταις ἐπιτεταγμένοι εἰσὶ πρεσβύτεροι, διὰ τὰς ἐκκλησιαστικὰς χρείας τῶν οἰκητόρων πλησίων ἑκάστης ἐκκλησίας αὐτῶν καὶ ἀμφόδων ἤτοι λαυρῶν ἐπιχωρίως καλουμένων, ὑπὸ τῶν τὴν Ἀλεξανδρέων κατοικούντων πόλιν“; Sozomen. hist. eccles. I. 15: „Εἶναι γὰρ ἐν Ἀλεξανδρείᾳ ἔθος, καθάπερ καὶ νῦν, ἑνὸς ὄντος τοῦ κατὰ πάντων ἐπισκόπου τοὺς πρεσβυτέρους ἰδίᾳ τὰς ἐκκλησίας κατέχειν καὶ τὸν ἐν αὐταῖς λαὸν συνάγειν“.

[2] S. z. B. Thomassin l. c. c. 22. n. 1 ff.; Muratori l. c. 6, 359; Binterim a. a. O. S. 537.

[3] Gegen die bekämpfte Ansicht vgl. namentlich Nardi l. c. 2, 484 ff., welcher allerdings aus nicht haltbaren Gründen den Arius zu einem Landpriester des Bischofs von Alexandrien zu machen sucht. Für die im Text vertretene Ansicht sprechen auch die Stellen in der Athanasii ad imperator. Constant. apologia (opp. ed. Paris. 1627. 1. 682): „ἑορτὴ μὲν γὰρ ἦν τὸ πάσχα· ὁ δὲ λαὸς πάνυ πόλυς· καὶ τοσοῦτος ἦν ὅσον ἂν εὔξαιντο κατὰ πόλιν εἶναι χριστιανῶν φιλόχριστοι βασιλεῖς· τῶν τοίνον ἐκκλησιῶν ὀλίγων καὶ βραχυτάτων οὐσῶν θόρυβος ἦν οὐκ ὀλίγος, ἀξιούντων ἐν τῇ μεγάλῃ ἐκκλησίᾳ συνελθεῖν . . . ὅπερ καὶ γέγονεν“ u. (l. c. p. 683): „στενῶν ὄντων τῶν ἄλλων τόπων καὶ οἰκοδομῶν τὴν τότε μείζονα νομιζομένην ἐκκλησίαν, τὴν καλουμένην Θεῶνα, συνῆγεν (Alexander v. Alexandrien) ἐκεῖ διὰ τὸ πλῆθος καὶ συνάγων οὐκ ἠμέλει τῆς οἰκοδομῆς· τοῦτο καὶ ἐν Τρεβέροις καὶ ἐν Ἀκυληΐᾳ γενόμενον ἑώρακα· κακεῖ γὰρ ἐν ταῖς ἑορταῖς διὰ τὸ πλῆθος ἔτι τῶν τόπων οἰκοδομένων συνῆγον ἐκεῖ καὶ οὐχ εὗρον τοιοῦτον κατήγορον“, welche ergeben, dass der Hauptgottesdienst vom Bischof für alle Gläubigen abgehalten wurde und dieselben diesem nicht in den einzelnen angeblichen Pfarrkirchen beiwohnten. Dadurch werden denn die Schriftsteller widerlegt, welche, wie z. B. Tillemont, mémoires p. servir à l'histoire eccles., vie de s. Alexandre art. 12 (ed. Paris. 1693. 6, 237); Lupi l. c. diss. 2. c. 1. p. 132, im allgemeinen an einer viel späteren Entstehung der Stadtpfarreien festhalten, aber gerade für Alexandrien und Rom eine Ausnahme statuiren. Aus den im Text angegebenen Gründen kann auch aus Nov. III. Justin. a. 535. c. 1. 2, welche die maior ecclesia und die mit ihr verbundenen drei Kirchen, an denen die Geistlichen der ersteren fungiren, von den anderen, „quibus sanctissima maior ecclesia sumtus suppeditat“ und endlich denjenigen, „quae alimentum et sumtus a sanctissima matre ecclesia non habent“ scheidet, sowie für jede Kirche die Zahl der Priester, Diakonen und der Kleriker der niederen Grade festsetzt, nicht das Bestehen einer städtischen Pfarr-Eintheilung hergeleitet werden, um so weniger als nirgends in der Stellung der verschiedenen Priester an jenen Kirchen ein Unterschied gemacht wird, sondern dieselben als vollkommen gleichberechtigt erscheinen.

[4] Th. I. S. 310. 311. 320.

[5] Ueber Aquileja und Trier vgl. die Note 3.

nen lassen[1], giebt ein entscheidendes Moment gegen die Existenz einer städtischen Pfarr-Eintheilung ab. Erst seit dem Ende des 10. Jahrhunderts[2] oder im 11. Jahrhundert hat die auf dem Lande längst übliche Pfarr-Eintheilung ebenfalls in die Städte Eingang gefunden[3]. Soweit die mittelalterlichen Quellen durchforscht sind, lassen sich keine frühern Anhaltspunkte dafür gewinnen[4], und dieses negative Resultat findet auch in der Natur der Sache eine weitere Bestätigung. Vor Allem bedurfte es dazu einer gewissen Entwicklung der städtischen Bevölkerung und städtischen Verhältnisse, sodann aber auch der Auflösung des gemeinschaftlichen Lebens in den Stiftern, also des Hervortretens verschiedener Interessen zwischen dem Bischof und seinem Kapitel, sowie endlich einer Lösung des engen gottesdienstlichen Verbandes zwischen der Kathedrale und den einzelnen Kirchen der Stadt[5]. Denn der ursprüngliche Zustand, dass der

[1] Addit. II. capp. Theodulfi episc. Aurel. u. 797 (Mansi 13, 1007): „statutum est, ut in civitate in qua episcopus est, omnes presbyteri et populi, tam civitatis quam et suburbani, revestiti in ipsa missa usque ad benedictionem episcopi et communionem devota mente stare debeant, et postea, si voluerint, cum licentia ad suos titulos benedictione et communione percepta revertantur. Et hoc summopere cavendum est sacerdotibus, ut per oratoria neque per suburbana monasteria vel ecclesias suburbanas, missas nequaquam, nisi tam caute ante secundam horam foribusque reseratis celebrare praesumant, ut populus a publicis solemnitatibus tali occasione accepta, a missa sive a praedicatione episcopi se minime subtrahere possit"...; c. 10. Arelat. a. 813 (M. 14,60): „providimus ... ut non solum in civitatibus, sed etiam in omnibus parochiis presbyteri ad populum verbum faciant"; conv. Attin. a. 874 (LL. 1, 522): „episcopus Barcinonensis se reclamavit, quod Tyrsus presbyter Cordubensis in ecclesia intra muros ipsius civitatis sita seorsim conventus agens, pene II partes ex decima ipsius civitatis sibi usurpat et sine illius licentia missas et baptisteria in eadem civitate praesumit celebrare et convocatos ab episcopo ad matrem ecclesiam etiam in solemnitatibus paschae ac nativitatis domini ad se revocat atque contempto episcopo eis communionem largitur". (Ueber die frühere Zeit s. S. 264. n. 7 u. Nardi l. c. 2, 530 ff.). In c. 7 conv. Ticin. a. 876 (LL. 1, 530): „ut seculares et fideles laici diebus festis qui in civitatibus sunt, ad publicas stationes occurrant et qui in villulis et possessionibus sunt, ad publicum officium in plebe festinent", heisst statio nicht etwa die Pfarrkirche, sondern die Kirche, bei welcher die Processionen der Geistlichkeit der Stadt anhielten, und bei denen der Gottesdienst verrichtet wurde (s. Du Fresne du Cange s. v. statio). Diese Stelle kann also nicht zum Beweise dafür angerufen werden, dass gleichzeitig in mehreren Kirchen derselben Stadt Pfarrgottesdienst abgehalten wurde. Ebensowenig sind in c. 54 Meld. a. 845 (s. Th. I. S. 317. n. 3) die tituli cardinales Pfarrkirchen, sondern die zum cardo, zur bischöflichen Kathedrale, gehörigen Stadtkirchen. Dass sich in Köln schon im 7. Jahrhundert eine selbstständige Pfarrkirche neben der Kathedrale befunden habe, ist eine nicht sicher beglaubigte Angabe von Ennen, Gesch. der Stadt Köln 1, 147, s. daselbst S. 707 u. Binterim u. Mooren, die Erzdiöcese Köln 1, 73. nr. 43; im übrigen verlegt der erstere die Entstehung selbstständiger Pfarrsysteme in Köln, s. 1, 704 ff., auch erst in das 10., resp. 11. Jahrhundert.

[2] Dipl. a. 984 (Muratori l. c. 6, 427): „in ecclesia ... s. Pantaleoni et s. Reparate et s. Johannis baptiste quod est plebem battismale que est fundata hic infra civitate ista Lucense"; freilich scheint es sich hier um eine in der Vorstadt belegene Kirche, welche zugleich einen Landdistrikt hatte, zu handeln.

[3] Lupi l. c. diss. 2. c. 10; Nardi l. c. 2, 468 ff.

[4] Ueber Köln s. Note 1; ebensowenig kommen in Hildesheim vor dieser Zeit Pfarrkirchen vor, s. Lüntzel, Geschichte der Stadt und Diöcese Hildesheim 1, 364. 366; 2, 56; dass auch in Osnabrück die Pfarr-Eintheilung nicht höher hinauf reicht, zeigt das dipl. Philippi episc. a. 1147 (J. Möser, Urkunden z. Osnabr. Gesch. n. 54, sämmtl. Werke herausg. v. Abeken 8, 80): „Fuit quondam et usque ad tempora nostra perduravit inter canonicos b. Petri et s. Johannis pro terminis parochiae quaedam gravis pestis discordiae ... elaborato assensu utriusque partis terminos confusae parrochiae ... distinximus et minori ecclesiae debitum maiori ecclesiae exhibendum amplificavimus. Hoc scilicet, ut in I. et II vespera dedicationis ecclesiae nostrae et festivitatis ss. Crispini et Crispiniani et in vigilia app. Petri et Pauli ad vesperas et in s. die purificationis b. Mariae minor maiori tamquam filia matri ad concelebrationem divinae laudis praesentetur .... Hertage, Vockestorpe (folgen noch 15 Namen) has villas praenominatas extra civitatem minori ecclesiae in parochiam destinavimus. In civitate usque ad domum Hildradi et oppositam domum Arnoldi terminos parochiae extendi concessimus, hoc determinato quod ministeriales et liberos eorumque filios et filias in praediis suis degentibus sive in aliis quibuslibet mansionibus agriculturam exercentes de praescriptis villis maiori ecclesiae assignavimus. Reliquos de iisdem villis liberos sive advenas sive indigenas non habentes mansiones certas minori ecclesiae addiximus. Eos vero liberos qui praedictum civitatis terminum inhabitant, universaliter sine determinationis signo etiam minori ecclesiae cum suis ministerialibus permisimus".

[5] Das diesen aber die Kathedralen so viel wie

Bischof unter Assistenz seiner Priester, namentlich des archipresbyter der Kathedrale, die seelsorgerische Leitung seiner nach den Regeln der vita communis lebenden Geistlichkeit, der innerhalb des Raumes der Kathedrale, des Claustrums und der sonstigen dazu gehörigen Baulichkeiten, sowie der auf den angränzenden Ländereien wohnenden Laien übte, liess eine Veränderung in doppelter Richtung zu, nämlich dahin, dass die Domherren diejenigen Befugnisse, welche sie früher als Seelsorgegehülfen des Bischofs versehen hatten, sämmtlich oder zum Theil[1] über die ganze Stadt oder gewisse Distrikte derselben zu eignem Rechte erwarben, resp. sich anmassten oder dahin, dass andere in derselben Stadt befindliche Kirchen, namentlich die angesehenen Kollegiat- oder Kloster-Kirchen ebenfalls dergleichen Befugnisse durch ausdrückliche Verleihung oder gleichfalls auf dem Wege der Usurpation erhielten[2]. Dazu mussten aber selbstverständlich die städtischen und kirchlichen Einrichtungen über jenen ersten, einfachen Zustand hinaus entwickelt sein. Dass man eine planmässige Eintheilung der bischöflichen Städte in geeignete Pfarr-Sprengel in Folge ihres grösseren Wachsthums gleich

möglich zu wahren suchten, ergiebt z. B. ep. Paschal. II. ad clericos Florent. (zw. 1101 u. 1116; Mansi 20, 1052): „Antiquum morem vestrae matricis ecclesiae, fuisse audivimus quod clerici de canonicis et de capellis, tam in dominicis diebus, quam in praecipuis festivitatibus, in processionibus et in officio maioris missae usque ad perlectum evangelium soliti erant convenire. Nunc vero, nescimus qua occasione, ab hac debita obedientia et honesta eiusdem ecclesiae consuetudine vos subtraxistis: quod nobis schisma et ecclesiae divisio esse videtur. Mandamus igitur vobis atque praecipimus, ut ad primam ecclesiae consuetudinem redeatis, ne canonicam ecclesiae sententiam incurratis"; vgl. ferner Lupi l. c. diss. II. c. 4. p. 163. S. auch die Urk. v. 1147 in der vorigen Note und die Diplome in der Note 2, welche ergeben, dass man auch noch nach dem Beginn einer Pfarr-Eintheilung an einem gewissen derartigen Zusammenhang festgehalten hat.

[1] Selbstverständlich spielte hierbei wieder wie überall im Mittelalter die nutzbare Seite der Pfarrgerechtsame eine Hauptrolle, und auch aus diesem Grunde setzt der Beginn der Entwicklung zweifellos den Beginn einer Vermögenstrennung zwischen Bischof und Domherrn voraus.

[2] Dass im 12. Jahrhundert sich die Verhältnisse soweit in einzelnen italienischen Städten ausgebildet hatten, zeigen eine Reihe päpstlicher Privilegien, welche die Domherren gegen Eingriffe der Kleriker der übrigen Kirchen zu schützen suchen oder wenigstens ersteren einen Antheil an den Einnahmen der letzteren aus einzelnen Pfarrgerechtsamen zuweisen, s. z. B. Gelas. II. ep. a. 1118 für die Domherren zu Lucca (Ughelli, Italia sacra 1, 818): „vobis antiquas ecclesiae matricis consuetudines confirmamus, ut videlicet unctiones infirmorum et sepulturae civitatis propriae ad matricem ecclesiam pertinentes et officium et participatio beneficii funerum ad alias ecclesias pertinentium vobis nulla clericorum calliditate aut laicorum quorumlibet subtrahantur . . . Sane civitates vestrae clerici et qui in suburbiis sunt, solitas obedientias, videlicet in letaniis, in processionibus communibus, in festivitatibus et stationibus maioris ecclesiae eidem impendant ecclesiae ut vobiscum adsint. Porro in quintae feriae nocte ante pascha nulla ecclesia secundum morem vestrae ecclesiae campanas sonet neque sabbato sancto cereum benedicat, sed ad baptismum praedicti clerici, prout consuetum est, veniant. Nulla praeterea ecclesiarum missas solemnes celebret in festivitate b. Martini et S. Reguli et in secunda feria paschae et in processionibus quadragesimae, donec stationes salvantur conventus". . .; Lucii II. ep. a. 1144 für die Domherren von Faenza (ibid. 2, 495), welche u. A. zum Schutz ihrer Gerechtsame auch bestimmt: „ut sine vestro aut successorum vestrorum assensu nulla nova ecclesia vel oratorium infra Faventini episcopatus terminos construatur vel consecretur"; Anastas. IV. ep. a. 1153 für das Kapitel von Pisa (ibid. 3, 396): „Olivas autem et cereos nulla civitatis et burgorum ecclesia praeter matricem ecclesiam et praeter monasteria et in his praeter monachorum et familiarium usum benedicere praesumat et praeter ubi antiquissime concessum esse dignoscitur. Baptisma in maiori tamen celebretur ecclesia, sicut antiquitus observatum est, excepto timore mortis . . . Porro qui ad maiorem soliti sunt ecclesiam sepeliri, sepulturas solitas non relinquant, sed qui ad aliarum ecclesiarum transeunt sepulturas sive in civitate, sive in burgis iudiciorum suorum partem quartam ecclesiae matri derelinquant"; Alex. III. ep. a. 1177 für die Domherren von Ferrara (ibid. 2, 539), wo der parochia derselben erwähnt und ihre Gerechtsame auf den Anfang des 12. Jahrhunderts zurückgeführt werden (s. auch l. c. p. 535); Coelestin. III. ep. a. 1193 für das Kapitel zu Genua (ibid. 3, 879); für Frankreich ergiebt das Koncil von Limoges a. 1031 (Mansi 19, 543), dass das Kloster des h. Martialis ein beschränktes Taufrecht hatte, eine vollständige Pfarrtheilung der Stadt Limoges weist aber die Stelle nicht auf, denn die dort erwähnten, dem Kloster inkorporirten Pfarreien haben wohl nicht in der Stadt selbst gelegen. Ueber die Seelsorge der verschiedenen Stifter in Köln vgl. Ennen a. a. O. 1, 705 ff.; für Osnabrück S. 279. n. 4.

von vornherein vorgenommen hätte, daran ist bei dem ganzen Charakter der Entwicklung der mittelalterlichen Bildungen selbstverständlich nicht zu denken. Wie allmählich sich vielmehr diese Umbildung vollzogen hat, ergiebt nicht nur die Vorschrift des Tridentinums, dass in den einzelnen Städten feste Pfarrdistrikte abgegränzt werden sollten [1], sondern auch der Umstand, dass selbst in neuerer Zeit dergleichen Pfarr-Eintheilungen in manchen Bischofssitzen noch nicht existiren [2], und sich namentlich in den südromanischen Ländern der Gebrauch erhalten hat, die Taufe allein in einer einzigen, zur Kathedrale gehörigen Kirche, dem s. g. Baptisterium, durch eigene Geistliche ertheilen zu lassen, mithin das Taufrecht nicht auf die einzelnen Pfarreien der Stadt übergegangen ist [3].

Freilich findet sich aber in einer Anzahl von Städten seit dem 12. Jahrhundert eine weitere Entwicklung [4], welche, nachdem einmal die Seelsorge aus der Hand des Bischofs in die seiner Domherren und der einzelnen Stifter übergegangen war, um so leichter fortschreiten konnte, als bei dem Aufblühen der Städte die Bürger oder die verschiedenen Abtheilungen derselben eigene Kirchen als Mittelpunkte für ihren Gottesdienst stifteten oder schon vorhandene Oratorien und Kapellen zu diesem Zweck benutzten. Alle diese Kirchen erhielten gleichfalls Pfarreirechte [5], theils weil die Stadt sich weit über den Umfang der bischöflichen Immunität ausdehnte [6], theils weil die neu

[1] S. XXIV. c. 13 de ref.: „In iis quoque civitatibus ac locis ubi parochiales ecclesiae certos non habent fines nec earum rectores proprium populum quem regant, sed promiscue petentibus sacramenta administrant, mandat sancta synodus episcopis pro tutiori animarum eis commissarum salute, ut distincto populo in certas propriasque parochias unicuique suum perpetuum peculiaremque parochum assignent, qui eas cognoscere valeat et a quo solo licite sacramenta suscipiant aut alio utiliori modo, prout loci qualitas exegerit, provideant. Idemque in iis civitatibus ac locis ubi nullae sunt parochiales, quam primum fieri curent, non obstantibus quibuscumque privilegiis et consuetudinibus etiam immemorabilibus"; vgl. dazu auch die Mittheilungen über die späte Errichtung von Pfarreien in einzelnen italienischen Städten bei Nardi l. c. 2, 501.

[2] Die Congregatio concilii hat auf mehrfache Anfragen aus italienischen und spanischen Diöcesen noch im J. 1841 und 1855 entschieden, dass der Bischof der unmittelbare Pfarrer seiner Diöcese sein kann, s. Anal. iur. pontif. 1855. p. 438. 1609. Für die frühere Zeit eine Zusammenstellung bei Nardi l. c. 2, 499.

[3] Nardi l. c. 2, 491, welcher auf Bologna, Florenz und Parma hinweist; s. auch Analect. iur. pontif. 1861. p. 504 ff.

[4] Selbst in manchen Städten Italiens, wo sich die ursprüngliche Einheit der Seelsorge am längsten erhalten hat, so ergiebt z. B. das Bestehen von Pfarreien für Mailand Sire Raul, de rebus gestis Friderici I. (Muratori, rer. Ital. script. 6, 1186): „eodem quoque mense electi sunt de unaquaque parochia civitatis duo homines ... qui caeteris praeessent, ut eorum arbitrio annona et vinum et merces venderentur"; über Florenz, wo sich später auch eine Anzahl Pfarrkirchen neben den vielen Kollegiatkirchen finden, vgl. Ughelli Italia sacra 3, 8. Für Worms s. dipl. Henrici VI. a. 1190 (Böhmer, font. rer. Germanic. 2, 215): „Hi quos vulgariter dicimus heimburger iurare debent secundum legem dei iustam mensuram ad dandum et accipiendum ordinare quivis in sua parrochia illius anni", im 13. Jahrhundert (s. ibid. p. 212) ist von 4 Parochien die Rede. Für Osnabrück s. stat. capituli Osnabr. eccles. a. 1248 (Möser, Urkundenbuch n. 229, a. a. O. 8, 285): „de parochiis nostris infra civitatem osnabrugensem sitis, de communi consensu et provida totius capituli ita ordinavimus approbatione, ut deinceps videlicet postquam illas vacare contigerit, per nullos mercenarios sive extraneas personas, sed per vicarios aut per aliquos de gremio ecclesie nostrae quos capitulum ad hoc legitimos, ut quorum sint oves propriae, ordinaverit, personaliter deserviantur". Ueber Mainz, für welches das S. 105. n. 3 citirte Diplom v. 1255 eine vollständig durchgeführte Parochial-Eintheilung bezeugt, vgl. auch unten S. 282. n. 1.

[5] So z. B. in Köln, s. Ennen, Gesch. der Stadt Köln 1, 708. Die vielfach in den Städten vorkommende Betheiligung der Pfarrgenossen an der Besetzung der Pfarrstelle, s. vorläufig Friedberg, de fin. inter eccles. et civit. regund. iudicio p. 176. n. 3, deutet gleichfalls auf die Stiftung der Kirchen durch die Stadtbürger.

[6] Mehrfach werden sog. ecclesiae forenses, d. h. Marktkirchen erwähnt, s. Lüntzel, a. a. O. 1, 366. In Lübeck ist die ecclesia forensis schon i. J. 1163. „Nos (Erzbischof v. Hamburg) et Geroldus eiusdem loci episcopus spiritualem iustitiam nostram totius parrochiae in predicta civitate iam sepe dictis fratribus cum decimis et oblationibus plenarie contulimus", Leverkus, Urkundenbuch des Bisthums Lübeck S. 6, dem Domstift inkorporirt worden, denn das Diplom des Bischofs Konrad v. 1170 erzählt von Gerold (l. c. p. 14): „forensem ecclesiam cum omni utilitate et oblationes totius civitatis ... contradidit". Dass diese ecclesia forensis Pfarr-

entstandene bürgerliche Gemeinde wohl auch in eigenen Kirchen ein Zeichen ihrer Selbstständigkeit sah, theils endlich weil den Dom- und anderen Stiftern meistens gewisse Rechte auf diese Pfarreien, so z. B. die ausschliessliche Wählbarkeit ihrer Mitglieder zu den Pfarrstellen [1], vorbehalten blieben, oder ihnen oft weniger an der eigentlichen Seelsorge als an den Einkünften gelegen war [2] und sie sich daher mit gewissen Abgaben seitens der neuen Pfarrkirchen begnügten [3].

IV. Allgemeiner Charakter der Entwicklung. Wenngleich, wie gezeigt, die Grundlage der heut vorkommenden Pfarr-Eintheilung der einzelnen Diöcesen sich früh entwickelt hat, so darf man doch nicht annehmen, dass schon seit der karolingischen Zeit jeder Bisthumssprengel mit einem vollständigen Netz von dem Bischof, resp. dem Archidiakon direkt unterstehenden Pfarreien überspannt gewesen wäre. Ganz abgesehen davon, dass in manchen dünn bevölkerten Sprengeln einzelne Landdistrikte erst im Laufe der Zeit urbar gemacht worden sind, und daher also zunächst ausserhalb jedes Pfarr-Verbandes blieben [4], trat ein anderes wichtiges Moment

kirche gewesen ist, ergiebt ihre Bezeichnung als ecclesia forensis b. Marie virginis und die Erwähnung eines plebanus derselben a. 1257 (l. c. p. 118. 119) in Verbindung mit dem dipl. Friderici I. imp. a. 1188 (Urkundenbuch der Stadt Lübeck 1, 10): „nos etiam ipsis (civibus) concessimus patronatum videlicet parrochialis ecclesie b. Marie, ut mortuo sacerdote cives quem voluerint vice patroni sibi sacerdotem eligant et episcopo representent". Ueber dieses Patronatrecht ist i. J. 1222 ein Vergleich dahin abgeschlossen worden: „canonici recognoverunt burgensibus tale ius electionis in ecclesia forensis, quale hactenus habuerunt, ita quod ad denominationem burgensium persona de consilio episcopi statuatur, postmodum si visa fuerit inutilis, [a] canonicis removenda" (Leverkus l. c. S. 48). Schon 1170 ist aber eine zweite Kirche (l. c. p. 14) „contigit etiam per successiones temporum numero crescente fidelium in predicta civitate construi ecclesiam in honore b. Petri et Pauli Thomae dedicatam", und im 13. Jahrh. werden schon erwähnt (s. das Präbendenverzeichniss von 1263 l. c. p. 159): „singulis sextis feriis hora capituli oblationes IIII parrochiarum exhibentur divisoribus, scil. de parrochia s. marie, s. petri, s. iacobi et de turri: de ecclesia s. egidii de mense in mensem consuevit plebanus oblationes praesentare".

[1] S. den Vergleich v. 1286 zwischen dem Domkapitel und der Stadt Lübeck, l. c. p. 332: „Item parrochiani dicte ecclesie s. Marie, quociensconque rectore caruerint, canonicum lubicensem denominabunt, quem recipient in plebanum qui ab episcopo in eadem ecclesia statuatur, a canonicis autem removendus, quando inutilis invenitur vel quando a dictis parrochianis rationabiliter minus ydoneus demonstratur ... Recognoscunt etiam canonici parrochianis s. Petri et s. Jacobi ius petendi canonicos Lubicenses, qui cure commissionem recipient a decano ... Preterea decanus de consensu capituli preficiet plebanum ecclesie s. Egidii, qui quando displicuerit capitulo vel parrochiani rationabilem causam ostenderint contra ipsum de dicta ecclesia cedet". Dass auch die Kapitel die Pfarren selbst behielten und durch einen Vikar verwalten liessen, ergiebt die Urkunde für Osnabrück S. 281. n. 4. Mitunter sind auch solche städtische Pfarreien den Kollegiatstiften inkorporirt worden, s. Urk. des Erzbischofs von Mainz a. 1220 für Mainz: „Parochiam igitur b. Heimerammi cuius ius patronatus ad nos spectare dinoscitur de consensu prelatorum et tocius capituli maioris ecclesie, accedente etiam conivencia aliarum ecclesiarum necnon ministerialium nostrorum praedictis canonicis s. Petri ... contulimus cum suis terminis et omnibus eius pertinentiis perpetuo iure possidendam, post obitum Guntheri, nunc eiusdem ecclesie plebani, ita ut quicumque reditus sive obventiones ex devotione fidelium eidem loco nunc accesserunt vel in posterum accesserint, in usus fratrum inibi deo et s. Petro deservientium convertantur. Hec donacio a nobis celebrata est, salvo iure archidiaconi loci et maioris ecclesiae, quod consuevit exhiberi tam ab ipsa quam ab aliis parochiis ipsius civitatis" (Ioannis, rer. Moguntiac. 2, 472); über die zuletzt erwähnten Parochien s. ibid. 1, 75 ff. Ueber die Abhängigkeit der Pfarrkirchen in Köln von den dortigen Stiften vgl. Ennen a. a. O. S. 705 ff.

[2] Ennen, a. a. O. S. 708.

[3] S. z. B. Note 1. a. E. — Dieselben Erscheinungen finden sich in den nicht bischöflichen Städten, nur dass sich hier die Verhältnisse beim Fortfall der Präponderanz der Domkirche noch einfacher gestalteten. Erfurt hat z. B. i. J. 1172 statt einer mehrere Pfarreien erhalten, s. Guden histor. Erfurti I. §. 14 (Ioannis l. c. 3, 149); a. 1189 Ueberweisung eines Theils der Stadt Duisburg an die Kirche des Johanniter-Ordens, (Lacomblet, niederrh. Urkundenbuch 1, 362); über Braunschweig vgl. Dürre, Gesch. der Stadt Braunschweig im Mittelalter. Braunschweig, 1861. S. 374. 375; Dortmund dipl. a. 1317 bei Mooren, d. Dortmund. Arch.-Diakonat. S. 207.

[4] Noch i. J. 1032 sind nach dem dipl. bei Niesert, münster. Urkdnsmlg. 2, 40 in der Diöcese Münster 7 Kirchen auf einmal von einer reichen Grundherrin unter Zustimmung des Bischofs mit gewissen Pfarreirechten („ad unamquamque ecclesiam, ut esset locus idoneus visitare infirmos, sepelire mortuos et illa implere que ad dei servitium et ad fidelis populi tam vivi quam defuncti pertinent salutem") gestiftet worden. Die Nicht-

im mittelalterlichen Leben, das Institut der Klöster, einer planmässigen Eintheilung der Diöcesen hindernd entgegen. Nicht nur wurde in denjenigen Ländern, so z. B. in einzelnen Deutschlands, wo die christliche Mission von Mönchen ausgegangen war, von den Ordenshäusern aus die geistliche Leitung der Umgegend und die Bewohner derselben besorgt [1], sondern die Klöster stifteten auch selbst auf ihren Ländereien Kapellen und Kirchen [2] und erwarben vielfach, namentlich durch Schenkungen, von Anderen neu gegründete Gotteshäuser [3], welche im Laufe der Zeit gleichfalls Pfarrei-Rechte erhalten haben [4]. Sodann wurden auch von Fürsten und anderen Laien, ebenso wie von Bischöfen selbst, zu Folge der religiösen Anschauung der Zeit neu gegründeten oder schon vorhandenen Klöstern längst bestehende Pfarrkirchen mit ihren Einkünften zu Eigenthum übergeben [5]. Da ferner die Stiftskirchen in derselben Weise ausgestattet und bedacht worden sind [6], so hatte schon im neunten, namentlich aber

erwähnung des Konsenses eines Pfarrers, Erzpriesters oder Archidiakons bei dieser Stiftung lässt darauf schliessen, dass derartige Rechte vorher für die Bezirke der neuen Kirchen nicht bestanden haben.

[1] Rettberg, Kirchengeschichte Deutschlands 1, 303 ff.

[2] S. z. B. die Urkunden v. 800 u. 802 bei Lacomblet, niederrhein. Urkundenbuch 1, 10. 14.

[3] Vgl. z. B. die Urkunden v. 835. 853. 863. 865. 870. 873. 888. bei Beyer, mittelrhein. Urkundenbuch 1, 69. 88. 103. 120. 131. Dipl. 873 für für das Nonnenkloster Gerresheim (Lacomblet a. a. O. 1, 34): „Regenbierg indigna christi famula atque militis gerici filia . . . ea quae ad me hereditario iure pervenerunt, . . . predia et aecclesias quasdam ad caenobium patrio nutu ac sumptu in Gerichesheim . . . constructum . . . tradidi . . . Ecclesiam vero que habita est in miethberge ad album panem sororum nostrarum constituimus . . . Basilicam autem quae est in sunnebrunno cum universa decimatione ad panem siliginam carnem et caseum . . . stabilimus. At vero aecclesiae quae est in Minthert decimationis utilitatem ad nos pertinentem ad quadragesimale mandatum et ad panis carnis caseique usum promittendo constituimus. Aecclesiam quippe pirnam cum dimidia parte decimationis mimetipsi providens separo, aliam autem dimidiam sororibus nostris ad meliorem cerevisiam et ad panem nigrum stabiliter derelinquo“; andere Urkunden v. 896. 927 (ibid. 1, 42. 49).

[4] Dipl. a. 896 (Beyer, a. a. O. 1, 206): „ego Rotgerus . . . adii monachos s. Maximini . . . supplicans, . . . ut infra parrochiam eorum ad ecclesiam s. Mychahelis in villa Marisch appendentem in mea possessione consensu eorum in villa Lindiche ecclesiam construere liceret“; weiter ergiebt sich aus der Urkunde, dass der erstern Kirche, welche schon i. J. 853, aber nicht als Pfarrkirche vorkommt (l. c. p. 88) das Zehntrecht zusteht, und ein besonderer Priester an ihr angestellt ist.

[5] Die hierher gehörige Urkunde v. 817 für Murhart bei Ussermann, episc. Wirceburg. cod. probat. p. 9. ist falsch, s. Sickel, acta regum et imperat. Karolinor. 2, 423 ist falsch. S. aber dipl. a. 893 für das Klost. Neumünster (Beyer l. c. 1, 141): „concessimus . . . in villa nuncupata letoltingos ecclesiam matricularem unam et capellam unam ipsam ecclesiam aspicientem“, wo nichts anders als eine Pfarrkirche, ecclesia mater, gemeint sein kann; ferner dipl. a. 943 für das Kloster St. Martin zu Trier (ibid. p. 240): „ego Robertus (Erzbischof v. Trier) vocatione cuiusdam ratheri ad quemdam sue proprietatis locum nomine Uverichonissartem veniens dedicavi ibi ecclesiam eam subiciendo ad ecclesiam natesheim. . . . Nam nullam terminationem aliam infbi facere debui vel potui, quia in propria terminatione illius aecclesiae predicte in Natesheim constabat a praedecessore meo . . . Hetti (814—847) distributa et determinata usibus fratrum in loco s. Martini deo servientium. Porro utraeque predicte aecclesiae mater in Natesheim et filia in Uuerikenroth sacerdotes sibi accipiant ad regendas parrochias et ad sacerdotale ministerium peragendum unum de fratribus ad aecclesiam s. Martini qui utrasque aecclesias et parrochias provideat, et si negligens servitio extiterit, prepositus electione fratrum alter subrogetur, qui utrasque ecclesias provideat. Et si aliqua adhuc infra istam terminationem cum licentia constructa fuerit ecclesia similiter subiciatur matrici aecclesiae videlicet in Natesheim“; s. ferner die Urkunden v. 966. 970. 991, ibid. p. 280. 289. 319; die von 1003 bei Lacomblet, a. a. O. p. 84 (vgl. dazu die v. 1019 ibid. p. 94), u. a. 1015 (l. c. p. 91: „ecclesiam sui iuris et proprietatis sitam in pago. . . . Betuam nulli alteri aecclesiae quoquo modo subiectam, sed ut matricem se libere constantem“). In vielen, namentlich den älteren Urkunden bleibt freilich die Qualität der Kirche (ob blosses Oratorium oder Pfarrkirche) bei der dürftigen Bezeichnung zweifelhaft.

[6] Urk. des Erzb. v. Trier für d. Kunibertstift in Köln a. 874 (Lacomblet l. c. 1, 33): „ut in locis in quibus proprias ecclesias legitimas haberent, sicut in Mellingon ecclesiam . . . et in Crellingon ecclesiam hereditario iure sibi relictam et familie et curti et parrochiarum ad ecclesias pertinentium decimationem sine contradictione habeant“; Urk. des Erzb. Anno II. für d. St. S. Georg in Köln a. 1067 (Ennen u. Eckertz, Quellen z. Gesch. v. Köln 1, 480): „Aecclesiam in ruethenesberch cum omni decimatione ad supplementum prebendae fratrum eo modo tradidimus, ut quicumque fuerit prepositus praefatae huius sit pastor aecclesiae“.

im zehnten Jahrhundert die Entwicklung die Wendung genommen, dass eine sehr grosse Anzahl von Pfarreien der direkten Ueberwachung der höheren kirchlichen Regierungsbeamten, des Bischofs und des Archidiakons entzogen war, und letzteren ein nutzungsberechtigter Eigenthümer gegenübertrat [1], welcher nunmehr die geistlichen Befugnisse durch einen von ihm eingesetzten Stellvertreter, mochte dieser zum Kloster resp. Stift gehören oder nicht [2], als Annex der geldwerthen Berechtigungen ausüben liess. Damit war selbstverständlich der ursprünglich treibende Gedanke des Pfarr-Institutes, die Schaffung von Hülfsgeistlichen des Bischofs in der Verwaltung seiner seelsorgerischen Befugnisse, beseitigt [3]. Wenn man später im Mittelalter auch die beiden bei diesen Uebertragungen hervortretenden Beziehungen, nämlich das Nutzungsrecht und das Recht zur Verwaltung der pfarramtlichen Handlungen geschieden hat, indem man den Klöstern und Stiftern nur bald das erstere, bald aber beide Berechtigungen zusammen, übertrug [4], so war damit der privatrechtliche Gesichtspunkt der Behandlung dieser Verbindung von Pfarreirechten mit Klöstern und Stiftern keineswegs aufgegeben. Denn der hauptsächlichste Grund, weshalb diese Inkorporationen fort und fort vollzogen wurden, war die Aufbesserung der Vermögensverhältnisse jener geistlichen Institute, und selbst da, wo die Vereinigung nur in Bezug auf die Einkünfte vorgenommen war, blieb die Verwendung eines geistlichen Amtes für pekuniäre Zwecke, welche der eigentlichen Bedeutung desselben fern lagen, die Hauptsache [5]. Die Folge davon war die Ausnutzung der fruchttragenden Seite des Amtes namentlich dadurch, dass man den zur Ausübung der geistlichen Funktionen eingesetzten Stellvertretern eine möglichst geringe Dotation aus den Einnahmen gewährte, um diese so wenig wie irgend thunlich zu schmälern. Meistens waren jene Vikare den Vorschriften der Kanones zuwider nicht einmal ständig angestellt und hatten kein Interesse an einer treuen Berufserfüllung. Wenn auch das Tridentinum dem dadurch herbeigeführten Verfall der Pfarreien und der Pfarr-Seelsorge durch Vorschriften über eine Verschärfung der Visitation seitens der Bischöfe und über die Einsetzung von regelmässig ständigen Vikarien abzuhelfen suchte [6], so waren diese Bestimmungen doch nicht ausreichend, um das Uebel von Grund aus zu heilen, vielmehr trat eine entschiedene Besserung erst ein in Folge der veränderten Stellung der katholischen Kirche seit den Umwälzungen am Ende des vorigen Jahrhunderts und der dadurch herbeigeführten Verminderung der Klöster, womit selbstverständlich auch die Inkorporationen meistens, so namentlich in Deutschland und Frankreich, beseitigt worden sind.

[1] Das ergeben die in den vorhergehenden Noten angeführten Urkunden.

[2] S. dipl. a. 943 u. a. 1067 (S. 283. n. 5 u. 6).

[3] Die gleiche Auffassung von einem Eigenthum an Kirchen tritt freilich auch bei den von Laien gestifteten Gotteshäusern hervor (das Nähere in der Lehre vom Patronate und vom kirchlichen Vermögensrecht, s. übrigens auch die citirten Diplome), aber hier wurde selbstverständlich die Stellung des Bischofs weniger alterirt, weil ihm ein Laie, der keine geistlichen Funktionen ausüben konnte, nicht eine geistliche Korporation entgegentrat.

[4] In den älteren Urkunden findet sich dieser Unterschied (zwischen der nachmals sog. incorporatio quoad temporalia und der incorp. quoad temporalia et spiritualia) nicht. Das Nähere gehört in die Lehre von der Union der Beneficien.

[5] Das häufige Vorkommen der Inkorporationen, wofür jedes Urkundenbuch Belege liefert, ergiebt z. B. c. 5. Arelat. a. 1260 (Hardouin 7, 512): „quia maior pars ecclesiarum parrochialium huius provinciae ad monachorum vel conventuum regularium pertinet prioratus“; u. c. 17. Trevir. a. 1310 (Hartzheim 4, 132).

[6] Sess. VII. c. 7 de ref.

§. 91. *bb. Die heutige Stellung der Erzpriester, Landdekane und Bezirksvikare**.

I. Die Dekanatssprengel. Die Landdekane (*decani rurales*) [1], seltener Erzpriester (*archipresbyteri*) [2] oder Bezirksvikare (*vicarii districtuum*), auch *vicarii foranei* genannt [3], haben noch heute ihre frühere Stellung als bischöfliche Aufsichts- und Vollzugs-Beamten für die einzelnen Abtheilungen der Diöcesen bewahrt. Ihre Bezirke (Dekanate, Archipresbyterate, Bezirks-Vikariate) sind geographische, eine Anzahl von Pfarreien [4] umfassende Sprengel, deren Abgränzung, weil es sich lediglich um die lokale Beschränkung der Thätigkeit untergeordneter Hülfsbeamten des Bischofs handelt, allein von dem Ermessen desselben abhängt, also auch in thesi jeden Augenblick von ihm abgeändert werden kann [5]. Freilich haben sich die Bischöfe dabei öfters an die seit langen Zeiten bestehenden Eintheilungen gehalten, wie auch die Dekanatssprengel mehrfach den politischen Unterabtheilungen angepasst sind [6]. Einer staatlichen Genehmigung bei derartigen Massnahmen bedarf es weder in Oesterreich [7], noch in sämmtlichen, jetzt zur Krone Preussen gehörigen Ländern [8]. Dasselbe muss auch jetzt für den badischen Antheil [9] der oberrheinischen Kirchenprovinz gelten, wogegen in Würtemberg [10] ebenso wie in Baiern [11] ein Einverständniss mit der Staatsregierung für eine Aenderung der kirchlichen Bezirks-Eintheilung vorgeschrieben ist. Derselbe Grundsatz steht auch für das Grossherzogthum Hessen noch in formeller Kraft [12]. In den zuerst erwähnten Ländern, in welchen eine Konkurrenz der Staats-

* Baldauf, das Pfarr- und Dekanatamt mit seinen Rechten und Pflichten etc. 2. Aufl. Gratz 1836. 6 Bde.; Helfert, von den Rechten und Pflichten der Bischöfe S. 418 ff.; J. Bapt. Schefold, die Parochialrechte. Stuttgart 1846 (2. unveränderte Aufl. 1855). 1, 310 ff. Vgl. auch S. 261. n. **.

[1] So in den meisten deutschen und österreich. Diöcesen, s. die Anführungen in den folgenden Noten.

[2] Das ist z. B. die in dem Bisthum Breslau vorkommende Benennung, s. Schulte, stat. dioeces. p. 69. 85; Sauer, pfarramtliche Geschäftsverwaltung. 2. Aufl. Breslau 1868. S. 39.

[3] Diese beiden Ausdrücke sind in den böhmischen Diöcesen gebräuchlich, s. Schulte l. c. p. 9. 28. 29; Acta et decreta conc. provinc. Pragens. a. 1860. tit. VI. c. 6 (Moy, Arch. 11, 321).

[4] In der Diöcese Breslau 5—13, s. Sauer a. a. O.; Köln 7—23; Binterim u. Mooren, die Erzdiöcese Köln. 2, 226.

[5] Es folgt das aus dem allgemeinen Leitungsrecht der Diöcese, s. auch Schulte, Lehrb. 2. Aufl. S. 190.

[6] So z. B. in Böhmen, Schulte a. a. O. Das hängt damit zusammen, dass die Dekane meistens auch staatliche Funktionen versehen, namentlich aber früher versehen haben. So waren sie z. B. in Oesterreich eo ipso Schul-Inspektoren, Schulte, a. a. O. S. 242. n. 3, was aber durch das Gesetz vom 25. Mai 1868. §§. 10. 12 (Moy, Archiv 20, 163) beseitigt ist. Jetzt können sie indessen, ebenso wie in Preussen (vgl. z. B. Reskr. v. 1. Oktober 1851, Beiträge zum preuss. Kirchenrecht. Hft. 1. S. 65), mit dieser Stellung betraut werden. Auch die Verordnung vom 30. Januar 1830 für die oberrheinische Kirchenprovinz bestimmt §. 12: „Eine jede Diöcese wird in Dekanatsbezirke eingetheilt, deren Umfang, soviel thunlich, mit jenem der Verwaltungsbezirke übereinstimmen soll“.

[7] Eine neuere, das Gegentheil des Art. IV. des aufgehobenen österreichischen Konkordates festsetzende Vorschrift ist bisher nicht ergangen.

[8] Art. 15 der Verf.-Urk. v. 31. Januar 1850.

[9] Gesetz vom 9. Oktober 1860. §. 7. 17 (s. auch Spohn, badisches Staatskirchenrecht. S. 164).

[10] Gesetz vom 30. Januar 1862. Art. 17.: „Die Bildung neuer kirchlicher Gemeinden und die Abänderung kirchlicher Gemeinde- und Bezirkseintheilungen kann von dem Bischof nur im Einverständnisse mit der Staatsregierung verfügt werden“ (bei Dove, Zeitschr. 2, 343).

[11] Religions-Edikt v. 26. Mai 1818. §. 76. lit. e; Allerh. Entschliessung vom 8. April 1852. n. 4: „. . . Ebenso soll nur die Bildung der Dekanatsbezirke, nicht die Wahl der Landdekane, in so lang diese blos eine kirchliche Bedeutsamkeit besitzen, der königlichen Bestätigung vorbehalten, dagegen die Kapitularen in ihrem hergebrachten Wahlrecht beschützt sein. Die Bischöfe haben jedoch den weltlichen Behörden von der Anstellung solcher Personen Nachricht zu ertheilen“.

[12] Das folgt aus der hier nicht aufgehobenen Verordnung v. 30. Januar 1830. §. 12. (s. Note 6) in Verbindung mit §§. 23. 24, wonach die Dekane durch den Bischof und die Regierung ernannt werden und auch gleichzeitig den Regierungsbehörden unterstellt sind. — Da, wo durch

regierung nicht erforderlich ist, liegt indessen eine Nöthigung für den Bischof, sich mit derselben in das Einvernehmen zu setzen, in sofern indirekt vor, als der Staat den Dekanen der ohne sein Einverständniss gebildeten Sprengel die Anerkennung für alle nicht ausschliesslich das kirchliche Gebiet betreffenden Funktionen verweigern kann[1].

II. Die Anstellung der Dekane. Aus der Stellung der Dekane, welche auch noch heute stets aus den Pfarrern des Bezirks genommen werden, also immer ein Pfarr-Beneficium besitzen, folgt weiter, dass ihre Ernennung ausschliesslich dem Bischof zusteht. Indessen hat sich — zwar nicht in Oesterreich[2] — wohl aber in einzelnen deutschen Diöcesen, so z. B. in manchen preussischen[3] und bairischen[4] Diöcesen, und einzelnen der oberrheinischen Kirchenprovinz[5], die Sitte erhalten, dass die Pfarrer des Dekanates bei der Erledigung einer Dechanten-Stelle für dieselbe dem Bischof einen Kandidaten[6] oder mehrere[7], welche sie aus den Amtsbrüdern des Bezirkes auszuwählen haben[8], vorschlagen dürfen. Der Bischof hat die Tauglichkeit des oder der Präsentirten zu prüfen und unter ihnen den passendsten, resp. den allein vorgeschlagenen zu ernennen, ist aber nicht verhindert, wenn ihm keiner der gewählten geeignet erscheint, einen anderen Pfarrer des Bezirks zum Dekan einzusetzen. Ein festes Anrecht auf die bischöfliche Bestätigung hat der Gewählte demnach nicht und kann es auch nicht haben. Denn nach gemeinem Recht sind keine bestimmte Eigenschaften für den Dekanat festgesetzt, und der Bischof ist nach demselben allein befugt, die Tauglichkeit seiner Gehülfen zu prüfen[9]. Demgemäss hat die Auswahl der Kandidaten durch ihre Kollegen nur den Zweck, die Aufmerksamkeit des Bischofs auf geeignete Persönlichkeiten innerhalb des Dekanatsbezirkes zu lenken[10].

ausdrückliche Verträge oder Gesetze einzelne kleinere Länder der Diöcese eines grösseren Staates angeschlossen sind, so z. B. Oldenburg der von Münster und Sachsen-Weimar der von Paderborn, später von Fulda, ist der Bischof verhindert, die vorher bestehende Dekanats-Eintheilung ohne Genehmigung der betreffenden Regierung in der Weise abzuändern, dass Theile der verschiedenen Staaten zu einem Dekanat vereinigt werden, in Oldenburg auch innerhalb des Landes selbst eine derartige Umgestaltung einseitig vorzunehmen, s. den Oldenb. Vertrag vom 5. Januar 1830. §§. 27. 6 nebst Normativ vom 5. April 1831. §§. 18. 19 u. sachs.-weimar. Gesetz vom 7. Oktober 1823. §. 18 (Müller, Lexikon des Kirchenrechts. 2. Aufl. 5, 406. 414. 378).

1 Wo Genehmigung vorgeschrieben ist, kann die Regierung dagegen die ganze Einrichtung als nicht für sie vorhanden ignoriren und braucht also auch die auf Grund der Veränderung neu ernannten Dekane nicht in dieser ihrer kirchlichen Stellung anzuerkennen.

2 Ginzel, K. R. 1, 313; Schulte, stat. p. 9.

3 In Köln, Trier, Münster, Paderborn, Kulm, Schulte l. c. p. 69, aber z. B. nicht in Breslau, s. Sauer a. a. O. S. 39.

4 In Bamberg, Würzburg, Speier, München, Passau, Schulte l. c. p. 99. 102. 106. 108. 116, vgl. auch S. 285. n. 11.

5 In Freiburg, Rottenburg und Limburg, ibid. p. 124. 130. 138.

6 So in Baiern, s. Silbernagl, Verfassung sämmtlicher Religionsgenossenschaften S. 48, u. in der Diöcese Rottenburg, Verordn. v. 12. Jan. 1858 (Moy, Arch. 2, 633).

7 Drei in Köln, s. syn. Colon. provinc. a. 1860. tit. I. c. 7 (Moy a. a. O. 9, 270) und syn. dioec. Paderborn. a. 1867. P. III. c. 7 (ibid. 20, 421); zwei in Limburg, Schulte l. c. p. 138.

8 Entweder in der Weise, dass die Stimmzettel versiegelt der bischöflichen Behörde eingesandt werden, s. die vorige Note, oder in einer Zusammenkunft der Mitglieder des Bezirks, so in Rottenburg und in den bairischen Diöcesen mit Ausnahme von Würzburg, wo der ersterwähnte Modus herkömmlich ist. In Baiern sind auch die Beneficiaten, in Rottenburg die Kapläne, nicht blos die Pfarrer des Bezirks aktiv, wenngleich freilich nicht passiv wahlberechtigt. S. Silbernagl a. a. O. S. 47. 48. 49 und Moy a. a. O. 2, 633.

9 Die Kölner Synode (Note 7) fasst die Sache unzweifelhaft so auf, wenn sie bestimmt: „Quod si nullus ex designatis (s. die folgende Note) rebus gerendis satis idoneus sit, vel alia de causa conscientia episcopo interdicat, ne quem ex illis delegatum suum constituat, ipsi ex ceteris capituli parochis, quem dignum et idoneum putaverit, decanum nominandi facultatem reservamus".

10 S. die Kölner Synode l. c.: „Quo facilius episcopus decanos eos constituere possit, quos tum scientia rerumque gerendarum peritia, prudentia, pietas et ecclesiae honoris et animarum salutis zelus episcopo tanquam idoneos adiutores in dioecesi administranda suosque vicarios pro-

Eine staatliche Genehmigung für die Ernennung des Dekans durch den Bischof wird in Oesterreich[1], in Preussen[2], in Baiern[3], in Würtemberg und Baden nicht gefordert, nur findet in den beiden letzteren Staaten das der Staatsregierung allgemein bei allen Kirchenämtern zustehende Ausschliessungsrecht einer in bürgerlicher und politischer Beziehung missfälligen Person statt[4]. Dagegen ist sie vorgeschrieben für das Grossherzogthum Hessen[5], für Oldenburg[6] und Sachsen-Weimar[7].

Uebrigens ergiebt sich aus dem Anstellungsmodus, dass das Amt des Dekans nicht fest mit einer bestimmten Pfarrstelle des Bezirks verbunden ist, vielmehr bald dem Pfarrer der einen oder anderen Parochie zustehen kann.

III. Die Stellung der Dekane. Die Dekane sind ihrer rechtlichen Stellung nach Delegaten des Bischofs[8] für die Ausübung der Aufsicht innerhalb ihrer Bezirke. Sie haben kein beneficium im eigentlichen Sinn und wenn sie auch ohne Beschränkung oder gar auf Lebenszeit ernannt werden[9], so ist der Bischof weder zu letzterem verpflichtet[10] noch verhindert, sie ohne ein förmliches Verfahren des Dekanates zu entheben[11]. Selbstverständlich erlischt ihre Befugniss auch dann, wenn sie aus ihrem Bezirk versetzt werden.

Ihre Befugnisse bestimmen sich des Näheren nach dem ihnen ertheilten Auftrage, d. h. meistens nach den für die einzelnen Diöcesen erlassenen Dienstinstruktionen[12], jedoch geben ihnen diese im wesentlichen gleiche Befugnisse und zwar folgende:

bant, tum comitas et humanitas', benignitas et caritas et orta inde auctoritas et fiducia fratribus commendant" . . . Demgemäss wird auch der Bischof dieses Vorschlagsrecht da, wo es nicht auf einem seiner Macht unerreichbaren Rechtssatz, wie z. B. auf der Vorschrift einer Provinzialsynode beruht, ausser Kraft setzen können. In Baiern ist ihm indessen diese Befugniss durch positives Staatsgesetz genommen, s. S. 285. n. 11.

1 S. S. 285. n. 7; jedoch ist hier eine vorgängige Mittheilung an die Landesstelle vor der Ernennung üblich, s. Schulte, Lehrb. 2. Aufl. S. 242. n. 3.

2 Der Staatsgenehmigung vorschreibende §. 151. Tit. 11. Th. II. A. L. R. ist durch Art. 15 u. 18 der Verfass.-Urk. beseitigt, s. Reskript v. 8. Mai 1852 (Beiträge zum Preuss. K. R. 2, 8). Ebenso ist dadurch auch die alternativa mensium für die Erzpriestereien auf Grund der Kab.-Ordre vom 30. September 1812 (Preuss. Ges.-Samml. S. 185, auch bei Vogt, Kirchen- u. Eherecht 1, 281) in der Diöcese Breslau fortgefallen, so dass also auch hier der Bischof die Erzpriester frei ernennt, s. Sauer a. a. O. und die Uebereinkunft von 1868 bei Moy, Arch. 20, 300. Dasselbe gilt für die preussisch gewordenen Diöcesen der oberrheinischen Kirchenprovinz, für welche also der §. 23 der Verordn. v. 30. Januar 1830 (S. 285. n. 12) ausser Kraft getreten ist, vgl. Reskr. v. 20. April 1868 bei Moy a. a. O. S. 312. In Hannover fand schon früher keine Bestätigung statt, s. Spangenberg, in Lipperts Annalen des K. R. 3, 55.

3 Die S. 285. n. 11 citirte Entschliessung fordert nur Mittheilung von der Anstellung an die Staatsbehörde, s. auch Silbernagl a. a. O. S. 49.

4 Citirtes Würtemberg. Gesetz, Art. 4 und Motive dazu bei Dove a. a. O. S. 94, s. auch Anm. Rückgaber, die Diöcese Rottenburg und ihre Ankläger. Tübingen 1869. S. 19. 20, wonach die Regierung es bisher nie verweigert hat, dem vom Bischof Bestätigten auch die weltlichen Dekanatsgeschäfte zu übertragen, für Baden vgl. §§. 7. 9. 17 des angeführten Gesetzes und dazu Spohn a. a. O. S. 164.

5 §. 23 der Verordn. v. 30. Januar 1830. Die später beseitigte Konvention mit dem Bischof von Mainz, Art. 14, fordert nur nachträgliche Anzeige an die Regierung, damit diese über etwaige Anstände in bürgerlicher oder politischer Beziehung sich mit dem ersteren benehmen könne. Möglicher Weise ist das noch jetzt dort Praxis.

6 Citirter Vertrag v. 1830. §. 27.

7 Vgl. das angeführte Ges. v. 1833. §§. 17. 18.

8 So fasst auch die Kölner Prov.-Synode v. 1860 das Verhältniss auf, s. S. 286. n. 9; Schulte Lehrb. 2. Aufl. S. 242 nennt sie reine Mandatare des Bischofs, ohne dass er ihnen freilich ausdrücklich eine iurisdictio mandata beilegt.

9 Das ist allerdings das Gewöhnliche.

10 Nach der Kölner Verordnung v. 24. Februar 1827 (Binterim u. Mooren, die Erzdiöcese Köln 2, 241) wurden sie früher nur auf 5 Jahre ernannt. S. aber die folgende Note.

11 Das erkennt die mehrfach citirte Kölner Prov.-Synode ausdrücklich an: „decani ad dies vitae munus suum obtinebunt, nisi aut de capitulo demigraverint aut ipsorum incuria et negligentia aliave necessitatis vel utilitatis ecclesiae et administrationis dioecesanae causa episcopum obligaverit, ut delegationem suam revocet".

12 Einen Auszug aus der für Paderborn erlassenen v. 1. Juli 1832 theilt mit Gerlach, Pa-



1. Sie haben die Vermittlung des Verkehrs zwischen dem Bischof, resp. den bischöflichen Behörden einerseits und dem Klerus ihres Bezirkes andererseits zu besorgen, indem sie dem letzteren die ihnen zugegangenen bischöflichen Verfügungen bekannt machen[1] oder umgekehrt die Berichte, Gesuche etc. der einzelnen Geistlichen dem Bischof einsenden.

2. Führen sie die Aufsicht über den Wandel und die gesammte Amtsführung der Geistlichen, über das sittliche und kirchliche Leben, und über das Pfarr- und Kirchenwesen ihrer Kreise[2].

3. Halten sie die jährlichen Visitationen in den Pfarreien ihrer Bezirke ab[2], jedoch können sie solche auch ausserhalb der Zeit, wenn es ihnen erforderlich erscheint, in einzelnen Pfarreien vornehmen[3].

Die Aufsicht und die Visitation hat sich namentlich zu erstrecken auf die Erfüllung der Standes- und Amtspflichten seitens der Geistlichen, auf die ordnungsgemässe Abhaltung des Gottesdienstes, also der Messen[4] und Predigten und die Ertheilung des religiösen Unterrichtes, ferner sollen sie sich über den religiösen Zustand der Pfarrgemeinden, also den Kirchenbesuch, die Theilnahme an der Kommunion[5] und Aehnliches, sowie etwa in den Parochien vorgekommene Aergernisse und herrschende sittliche Unordnungen unterrichten[6], sodann den baulichen Zustand und die Unterhaltung der Kirchen, Kapellen und kirchlichen Dienstgebäude[7], die Aufbewahrung und Erhaltung der kirchlichen Geräthe und Utensilien[8], ferner die rechtlichen und Vermögens-Verhältnisse der einzelnen Kirchen, kirchlichen Stiftungen[9] und Institute untersuchen, auf die gehörige Sicherstellung des Vermögens derselben achten, die ordnungsmässige Führung des kirchlichen Rechnungs- und Kassenwesens kontroliren[10], und die Kirchenbücher und die Pfarr-Archive revidiren[11].

Zur Abstellung der gefundenen und ihm bekannt gewordenen Missbräuche hat der Dekan die geeigneten Massnahmen zu treffen, und nöthigenfalls darüber an die bischöfliche Behörde zu berichten. Er besitzt aber weder das Recht, selbstständig Verfügungen und Anordnungen zu treffen, welche nicht schon durch die Diöcesan-Gesetze und sonstigen rechtlichen Vorschriften an die Hand gegeben sind, noch eine Strafgewalt, vielmehr hat er nur ein Recht zur Ermahnung, Zurechtweisung und Verwarnung[12], d. h. also die iurisdictio im eigentlichen Sinne fehlt ihm.

derborner Diöcesanrecht. 2. Aufl. Paderborn 1864. S. 44. Andere bei Longner, Rechtsverhältn. der Bischöfe in der oberrheinischen Kirchenprovinz S. 424 ff. und bei Müller, Lexikon des Kirchenrechts. 2. Aufl. Bd. 2. S. 14 ff.; über Baiern vgl. auch Silbernagl S. 49.

1 Durch Umlauf, Abschrift oder Mittheilung der betreffenden Exemplare des für das Bisthum herausgegebenen Verordnungs- (des s. g. Diöcesan-) Blattes, s. z. B. Silbernagl S. 49; Sauer S. 25.

2 Syn. provinc. Colon. cit. a. 1860 (Moy a. a. O. S. 269); für Oesterreich s. Ginzel K. R. 1, 312. 313.

3 S. z. B. Gerlach a. a. O. S. 45.

4 Auch der für besondere Zwecke und zu persolvirenden Messen, worüber die Priester öfters s. g. Messintentionsbüchlein führen, die der Dekan revidirt, s. z. B. Sauer, a. a. O. S. 97.

5 Die Unterlagen hierfür bilden die Seelen-Register, die Verzeichnisse der Neo-Kommunikanten, der Konvertiten u. s. w., welche die Pfarrer halten müssen. Sauer a. a. O. S. 92. 93. 98.

6 Gerlach, a. a. O. S. 44.

7 Hierbei haben sie namentlich darauf zu achten, dass die Geistlichen die ihnen obliegenden kleineren Reparaturen gehörig vornehmen lassen. Sauer S. 129.

8 Gerlach a. a. O. S. 44. 45.

9 Ueber die in den einzelnen Dekanaten bestehenden Fundationen hat der Erzpriester öfters ein besonderes Verzeichniss zu führen. Sauer S. 141.

10 A. a. O. S. 44. 45.; Sauer S. 117. 120. 124. 141. 167.

11 Gerlach S. 45.

12 Ginzel, K. R. 1, 314; Schulte, Lehrb. 2. Aufl. S. 242; Gerlach, a. a. O. S. 46.

4. Als bischöfliche Vollzugsorgane haben sie die neu angestellten Pfarrer in ihr Amt einzuweisen, und dabei zugleich die Feststellung der denselben zur Verwaltung, resp. zum Genusse übergebenen Vermögens-Stücke und Massen vorzunehmen [1], ferner die weltlichen Kirchen-Vorsteher in ihr Amt einzuführen [2], auch die vom Bischof geweihten heiligen Oele an die Seelsorger ihres Bezirks zu vertheilen. Sodann müssen sie beim Todesfall eines Beneficiaten, welcher kirchliches Vermögen zu verwalten hat, dasselbe in seinem zur Zeit des Todes vorhandenen Bestande sicher stellen, das Pfarr-Archiv versiegeln und die Vakanz der bischöflichen Behörde, event. auch dem Patron anzeigen [3].

5. Selbstständige Massnahmen können sie endlich, aber nur in schleunigen Fällen oder wo Gefahr im Verzuge ist, mit provisorischer Kraft treffen, so haben sie z. B. namentlich bei der Erledigung der Pfarr-Beneficien die interimistische Vertretung anzuordnen [4].

6. Weiter gehende Befugnisse besitzen die Dekane nur kraft besonderer bischöflicher Delegation oder kraft Gewohnheitsrechtes. Uebertragen ist ihnen mehrfach die Dispensation von dem zweiten und dritten Eheaufgebot in dringenden Fällen, ferner die Funktion als Kommissarien in Ehe- und anderen Sachen zur Erhebung des Thatbestandes und zur Vernehmung von Zeugen [5], die Ertheilung von Urlaub an die ihnen untergeordneten Geistlichen auf kürzere Zeit [6], die Abhaltung von Examina behufs der Erneuerung der beichtväterlichen Approbation für die jungen, vorerst auf bestimmte Zeit damit betrauten Geistlichen [7] u. s. w. In Folge Gewohnheitsrechtes oder kraft partikularrechtlicher Vorschrift haben sie oft die Befugniss, den sterbenden Pfarrern und Geistlichen die Sakramente zu spenden und die Exequien, sowie das Begräbniss derselben zu leiten [8].

7. Endlich haben sie mitunter auch gewisse staatliche Geschäfte wahrzunehmen. Abgesehen davon, dass sie als Schul-Inspektoren bestellt werden können [9], werden ihnen die staatlichen Erlasse, welche die Geistlichkeit betreffen, zur Mittheilung an die letztere kund gegeben, haben sie für die Staatsbehörden bei der Erhebung von statistischen Notizen Hülfe zu leisten [10], und andere Funktionen als Vorzugs-Organe der Regierungsbehörden, wo diese bei der Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten mit konkurriren, vorzunehmen [11].

IV. **Die Land- oder Rural-Kapitel.** Theils zu Folge früherer Ueberlieferung, theils aber auch zu Folge neuerer partikulärer Anordnungen, finden in einzelnen Diöcesen [12] Zusammenkünfte der Pfarrer und der übrigen Priester der Dekanate unter dem Vorsitze und der Leitung des Dekans, s. g. Land- oder Rural-Kapitel, auch Kapitels-Konferenzen,

[1] Ginzel, a. a. O. 1, 313; Gerlach a. a. O. S. 44.; Sauer, S. 146. 150. 157; Silbernagl, S. 49.; syn. Colon. a. 1860. l. c.

[2] Sauer, S. 110.

[3] Syn. Colon. cit. l. c.; Sauer, S. 147.

[4] Syn. Colon. cit.; Silbernagl, S. 49. In derselben Weise, wie im Text charakterisiren die §§. 151—155. Tit. 11. Th. II. A. L. R. die Befugnisse der Erzpriester, so dass also zwischen ihnen und dem Princip des Art. 15 der preuss. Verfass.-Urk. kein Konflikt besteht.

[5] So in vielen österreichischen Diöcesen, Schulte, a. a. O. S. 242; Ginzel, 1, 315.

[6] Ginzel, a. a. O.

[7] Sauer, S. 34.

[8] Syn. Colon. l. c.; Silbernagl S. 49.

[9] S. 285. n. 6.

[10] So z. B. in der Diöcese Breslau durch Einsendung der von den Pfarrern anzufertigenden Populationslisten, Sauer S. 93.

[11] Die früher in Baden dafür besonders ernannten landesherrlichen Dekane (s. darüber Longner, a. a. O. S. 423) sind durch eine Verordnung vom 1. März 1853 beseitigt worden.

[12] So in den Diöcesen des Erzbisthums Köln, syn. Colon. cit., in den bairischen Bisthümern, Silbernagl S. 47, in der oberrheinischen Kirchenprovinz und in einzelnen österreichischen Diöcesen, z. B. in Budweis, s. Schulte a. a. O. S. 243. n. 9.

zu bestimmten Zeiten und zwar gewöhnlich jährlich einmal statt, deren Zweck die gegenseitige Mittheilung der gemachten pastoralen Erfahrungen, Kräftigung des brüderlichen Einvernehmens und der Berufstreue, Berathschlagung von Mitteln zur Abhülfe von allgemein hervortretenden Missständen, Besprechung in der Seelsorger-Praxis vorgekommener wichtiger und schwieriger Fälle, Feststellung von Anträgen an die bischöfliche Behörde [1], sowie die Hebung des wissenschaftlichen Geistes der Theilnehmer [2] ist [3]. Auch ausserordentlicher Weise können diese Landkapitel für die Berathung wichtiger Angelegenheiten zusammentreten, ferner geschieht dies dann, wenn ein neuer Dekan zu wählen ist und die Wahl nicht durch Einschickung der Stimmzettel erfolgt.

Ueber jede der Versammlungen wird ein Protokoll aufgenommen, welches der bischöflichen Behörde zur Kenntnissnahme eingeschickt werden muss [4].

Einzelne Dekanate besitzen noch heute eigenthümliches Vermögen, welches theils zur Bestreitung der Kapitelskosten, theils zur Unterstützung des Klerus oder zu anderen stiftungsgemässen Zwecken dient. Wo ein solches nicht vorhanden, werden mitunter bestimmte Beiträge von den Geistlichen zu der s. g. Kapitelskasse behufs Deckung der Bedürfnisse des Kapitels gezahlt [5]. Die Verwaltung der betreffenden Fonds führt der Dekan.

V. Stellvertreter und Gehülfen der Dekane. Neben dem Dekan kommt in manchen Diöcesen, so z. B. in den bairischen, ein Kämmerer (camerarius) [6] oder Definitor, sowie ein s.g. Synodalzeuge vor. Der erstere, gleichfalls ein Pfarrer des Bezirks, ist der Stellvertreter des Dekans in Verhinderungsfällen und bei Erledigung des Amtes bis zur Wiederbesetzung. Er hat mit Bewilligung des Ordinariates die Dekanswahl auszuschreiben und zu leiten, und ist zugleich Kassirer und Rechnungsführer des Rural-Kapitels. Der Synodalzeuge, welcher auch ein Beneficiat des Bezirks sein kann, versieht die Geschäfte eines Sekretärs und Protokollführers des Kapitels, und hat als solcher auch das Verzeichniss der Mitglieder desselben zu führen [7]. Diese beiden Hülfsbeamten werden meistens auf dieselbe Weise, wie der Dekan bestellt, jedoch ernennt mitunter der Bischof den Kämmerer selbstständig, wenngleich die Wahl des Dekans dem Kapitel zusteht [7]. In manchen Dekanaten sind die beiden Funktionen der eben gedachten Beamten vereinigt, so in der Diöcese Breslau in der Hand der von dem Klerus gewählten s. g. Archipresbyterats-Aktuarien (*actuarii circulorum*) [8]. Endlich kommen auch neben dem Dekan mehrere Definitoren für bestimmte Unterabtheilungen der Dekanate (*definitiones* [9], *regiunculae* [10]) vor, welche in ihren

[1] S. die vorige Note und Gerlach a. a. O. S. 46.

[2] Zu diesem Behufe werden die wissenschaftlichen Bearbeitungen einzelner, von der bischöflichen Behörde in Vorschlag gebrachter Themata, welche vorher von einem, resp. mehreren Mitgliedern schriftlich angefertigt sind, besprochen.

[3] In Paderborn kommen zwei solcher Versammlungen, von denen die eine mit den Pfarrern, die andere mit den Hülfsgeistlichen abgehalten wird, vor, s. syn. dioec. Paderborn. a. 1867. P. I. c. 8 (Moy, Arch. 20, 94) u. Gerlach, a. a. O. S. 46.

[4] S. z. B. Silbernagl S. 47 u. syn. Paderborn. cit.

[5] Schulte, a. a. O. u. Silbernagl S. 50 n. 4. Das Vorhandensein eines solchen Vermögens kann unter Umständen ein Hinderniss für den Bischof für die ihm sonst zustehende Befugniss der beliebigen Abgränzung der Dekanatsbezirke bilden, da er nicht ohne weiteres etwa stiftungsgemäss zur Theilnahme berechtigte Pfarreien von dem Genusse an den Fonds auszuschliessen befugt ist.

[6] Ein solcher findet sich auch in der Erzdiöcese Freiburg, Schulte, status dioeces. p. 124.

[7] Silbernagl S. 48. 49. 50.

[8] Sauer S. 39.

[9] So in der Erzdiöcese Köln, in Paderborn, in Trier, Schulte l. c. p. 74, 77; syn. Paderborn. cit. P. III. c. 8 (Moy 20, 421).

[10] In der Diöcese Freiburg, Schulte l. c. p. 124.



Bezirken namentlich die Baufonds und das kirchliche Vermögen zu beaufsichtigen haben, ferner bei wichtigen Angelegenheiten den Beirath des Dekans bilden, und von denen der älteste denselben beim Mangel eines Kämmerers in Verhinderungsfällen vertritt[1]. Von diesen Definitoren wird, wenn — was das übliche ist — zwei vorkommen, der eine vom Dekanatsklerus gewählt, der andere vom Bischof frei ernannt[2].

VI. Rang und Ehrenrechte der Dekane. Die Dekane haben vor allen Pfarr- und anderen Geistlichen ihrer Bezirke den Vorrang und in einzelnen Diöcesen eine Auszeichnung an der Kleidung[3]. In Oesterreich erhalten sie den Titel: Konsistorial-Rath oder geistlicher Rath[4], und in Preussen sind sie für die Ehrenkanonikate qualificirt[5].

VII. Aufsichtsbehörden für die Dekane. Während heute die Dekane im Allgemeinen bei der Bedeutungslosigkeit der Archidiakonen und der Beseitigung der Archidiakonatssprengel direkt unter den bischöflichen Regierungsbehörden, den Ordinariaten, General-Vikariaten u. s. w. (s. S. 204. 224) stehen, sind in manchen, namentlich in umfangreichen Diöcesen mehrere Dekanatssprengel zu einem grösseren Distrikt vereinigt, für welchen ein besonderer Kommissar mit der Aufsicht über die Amtsführung der Dekane, sowohl hinsichtlich dieses ihres Amtes, wie hinsichtlich der von ihnen verwalteten Pfarreien betraut ist[6]. Die Stellung dieser Beamten, für welche vereinzelt auch der Titel: Archidiakon vorkommt[7], ist die der früher erwähnten vicarii foranei (s. S. 206), sie sind also bischöfliche Delegaten, und haben ebensowenig wie die Dekane selbst, ein festes, ihnen nur unter besonderen Voraussetzungen entziehbares Amt.

§. 92. *cc. Die Pfarrer nach heutigem Recht*.*

I. Charakterisirung des Pfarr-Amtes. Pfarrer (*parochialis presbyter*[8], *rector ecclesiae* oder *rector* schlechthin[9], *plebanus*[10], *parochialis ecclesiae curatus*

[1] Syn. Colon. cit. u. Paderborn cit.

[2] S. die vorige Note.

[3] So in einzelnen bairischen Diöcesen den s. g. Beff, einen dreieckigen seidenen Amictus von karmoisinrother Farbe, Silbernagl S. 50; in Oestereich den s. g. Dechantskragen, vgl. auch Schulte, Lehrb. 2. Aufl. S. 243. n. 11.

[4] Ginzel, K. R. 1, 314; Schulte a. a. O. S. 243. n. 12.

[5] S. oben S. 83. n. 9. In Würtemberg ist ihnen staatlicherseits der Rang in der 7. Stufe neben den ausserordentlichen Professoren, den Hofräthen u. s. w. beigelegt, Reyscher, Sammlung württemberg. Gesetze. 10, 69. n. 142. Für Preussen ist dagegen ausgesprochen, dass ihnen officiell das Prädikat: „Hochwürden“ nicht zusteht, Reskr. v. 28. April 1838 bei Vogt, a. a. O. 1, 190.

[6] So in der Diöcese Breslau, Sauer, S. 38 und Culm (hier 4 commissariatus episcopales, s. Consignatio totius cleri dioecesis Culm. a. 1870. p. 9). Auch in den Diöcesen Budweis, Olmütz und Brünn, Schulte, stat. dioeces. p. 31. 34. 36. findet sich eine solche Mittelstellung; hier heissen die betreffenden Beamten aber: archipresbyter, Erzpriester.

[7] Z. B. für den Breslauer Kommissar in Gross-Glogau, Sauer S. 38; ferner für die Leiter der den Kommissariaten entsprechenden Erzdekanate in den Diöcesen Ungarns, während die Dekane oder Bezirksvikare dort vice-archidiaconi (auch decani foranei) heissen. Die ersteren werden aus den Domkapitularen genommen, vgl. Ginzel 1, 313 n. 1; Neher, kirchl. Geographie 2, 225 ff. u. ferner die in Moy, Arch. 9, 261. 262 ff.; 11, 409; 12, 447 ff.; 15, 400 ff. mitgetheilten Vorschriften der neueren ungarischen Provinzial- und Diöcesan-Synoden.

* Aug. Barbosa, de officio et potestate parochi, Lugduni 1640. und dann öfters auch in Venedig und Köln in Folio-, Quart- und Octav-Ausgaben gedruckt; J. H. Böhmer, tract. de iure parochiali. Hal. 1702, mehrfach aufgelegt; Joh. Helfert, von den Rechten und Pflichten der Pfarrer, deren Gehülfen und Stellvertreter, Prag 1832; E. Seitz, das Recht des Pfarramtes der kath. Kirche. Bd. I. II. Abthlg. 1—4. Regensburg 1855; Bouix, tract. de parocho ubi et de vicariis parochialibus. Paris 1855; vgl. auch die Angaben S. 261. n. * u. S. 285. n. *.

[8] c. 30 (Later. IV. a. 1215) X. de praeb. III. 5; darüber, so wie über den Ausdruck: presbyter parochianus s. auch S. 268. n. 4 v. S. 267.

[9] c. 25 (Innoc. III) X. de off. iud. deleg. I. 29; c. 38 (id.) X. de elect. I. 6; syn. Wratislav. a. 1446 (Hartzheim 5, 291).

[10] Alex. III. ep. ad Jacob. pleban. a. 1168 (Muratori, antiqu. Ital. 6, 423); c. 3 (id.) X. de off. iud. ord. I. 31; c. 3 (Clem. III) X. de his

oder auch *curatus*[1], *pastor*[2], *persona*[3], *curio*[4], seit der neueren Zeit gewöhnlich *parochus*[5]) ist derjenige Priester[6], welcher in Unterordnung unter dem Ordinarius und kraft dessen Auftrags die Seelsorge (*cura animarum*) über einen ihm zugewiesenen Kreis von Gläubigen auszuüben berechtigt und verpflichtet ist.

Für die Regel ist der letztere, wie sich aus der geschichtlichen Entwicklung ergiebt, ein geographisch abgegränzter Distrikt (Parochie, Pfarrei, *parochia*, *plebs*[7]), jedoch haben sich bis heute, freilich nur vereinzelt, Parochien erhalten, für welche nicht das geographische Princip, sondern persönliche Verhältnisse, so namentlich die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Familie (s. g. *parochiae gentilitiae*[8]), das bestimmende Moment ist. Diese Erscheinung hängt damit zusammen, dass in den Städten, wo die Pfarreintheilung erst spät eintrat, einzelne Kirchen gegründet worden sind, welche Pfarreirechte zu Gunsten der Fundatoren und ihrer Familien beigelegt erhalten haben[9], ferner damit dass bei der Neugründung von Parochien gewisse persönliche Abhängigkeitsverhältnisse insofern respektirt wurden, als man die in solchen stehenden Personen bei der alten Pfarrei beliess[10], endlich damit dass jener Zustand sich als Uebergangsstufe von der nicht selten vorkommenden Erscheinung einer Verwaltung der Seelsorge in ein und derselben Stadt[11] durch mehrere Pfarrer ohne räumlich abgegränzte Distrikte zu einer vollständigen Parochialeintheilung länger als zunächst beabsichtigt wurde[12],

quae vi I. 40; vgl. ferner S. 281. n. 6, S. 282. n. 1; dipl. a. 1281 für Goslar, Urkundenbuch des hist. Vereins für Niedersachsen Hft. 1. S. 44; syn. Herbipol. a. 1446 (Hartzheim l. c. p. 338); auch plebitanus kommt vor, dipl. a. 1029 für Arezzo bei Muratori l. c. p. 397. Beides ebenso wie ecclesia plebesana für ecclesia parochialis, syn. Libnic. a. 1187 u. dipl. a. 1160 (Hartzheim 3, 441. 443. 445) abgeleitet von plebs, Pfarrei (s. S. 265. 266), das auch später in dieser Bedeutung gebraucht wird, s. z. B. ep. Eugen. III. ad episc. Regiens. a. 1146 bei Muratori l. c. p. 419 u. syn. Mogunt. a. 1310 (Hartzheim 4, 198). Dem lateinischen plebanus entspricht die deutsche Bezeichnung: leut-, lut-, leitpriester, s. Würdtwein, nova subs. dipl. 8, 59 ff. u. Halthaus, glossar. s. h. v.

1 Clem. 2. de sepult. III. 7, s. dazu Swientek bei Moy, Arch. 24, 311; syn. Leodiens. a. 1446 (Hartzheim 5, 312).

2 Dipl. Colon. a. 1067 (Lacomblet, niederrhein. Urkbch. 1, 136; S. 283. n. 6); dipl. Trever. a. 1163 (Beyer, mittelrhein. Urkbch. 1, 696): „G. pastorem aecclesiae de crofthe qui eam (decimam) ad se iure pastoris ... pertinere asserebat"; das Femininum pastrix in d. Urk. a. 1343 bei Würdtwein, dioec. Mogunt. 3, 37: „religiosis dominabus domine magistre et toto conventui cenobii s. Benedicti, pastricibus parochialis ecclesiae opidi Frideberg". Daher pastoria (dipl. a. 1334 ibid. 1, 254. 255) und verdeutscht: pasterihe (a. 1357 l. c. p. 466) für Pfarrstelle. Uebrigens bedeutet pastor, — so namentlich in der früheren Zeit — auch Bischof, s. Nardi 1, 11. 31. 32. 43.

3 So namentlich in England und Frankreich, c. 4 (Alex. III). X. de filiis presbyt. I. 17; c. 7. (id.) X. de iurepatr. III. 38; 18. conc. Oxon. a. 1222 (Hardouin 7, 120), s. ferner S. 110. n. 5. — Mitunter hat auch capellanus die Bedeutung von Pfarrer, s. ep. Alex. III a. 1169 ad episc. Ferrar.; constit. presbyt. Ferrar. a. 1278, Muratori l. c. 6, 409. u. 433; c. 36. conc. Campin. a. 1238.; c. 11. 25. Burdeg. a. 1255 (Hardouin 7, 322. 471. 474).

4 Conc. Remens. a. 1564. c. 2. (l. c. 10, 471).

5 Das Corpus iuris canonici kennt diesen Ausdruck noch nicht; er kommt, so weit ich sehe, erst seit dem 16. Jahrh. vor, s. syn. Colon. a. 1536. P. IV. c. 1. 6. 14, P. V. c. 1. 2. 4. (Hartzheim 6, 266 ff.); Argentin. a. 1549. c. 9 (ibid. p. 450); Mogunt. a. 1549. c. 51. 52 (ibid. p. 577); dann auch im Trident. Sess. XXIV. de ref. matr. c. 1. 2. 7; Sess. XXIV. de ref. c. 7. Bis dahin waren, wie der Einblick in die Conciliensammlungen zeigt, plebanus, rector ecclesiae parochialis und curatus die gebräuchlichsten Benennungen, während pastor sich seltener findet.

6 Darüber, dass der Pfarrer bei Erwerb des Amtes noch nicht Priester zu sein braucht, aber dann die Priesterweihe innerhalb einer bestimmten Frist erwerben muss, vgl. unten die Lehre von dem Erwerb der Kirchen-Aemter.

7 S. oben S. 265. 266.

8 Ferraris, prompta biblioth. s. v. parochia n. 17.

9 So eine Kirche in Genua durch Privileg Clemens' III. v. 1188, s. Anal. iur. pontif. 1858. p. 366, auch in Moy's Arch. 3, 558.

10 Darauf lässt die Festsetzung in der Urk. von 1147 (s. S. 279. n. 4) schliessen, vgl. ferner dipl. a. 1281 für Goslar (Urkundenbuch des histor. Vereins für Niedersachsen Hft. 1. S. 44): „Plebanus itaque s. Thomae relinquet matrici sue ecclesiae dominum Gisonem militem, dom. Bertrammum de Bilsten, dom. Hermannum Honestum et suam uxorem ita quod in nullo ad ipsum respectum habebunt, sed omni iure suo ad predictam ecclesiam immediate spectabunt".

11 Darüber vgl. unten.

12 Ein solcher Fall in den Acta s. sed. 5, 637.



fixirt hat. Trotz der gegen diese Verhältnisse theils direkt, theils indirekt gerichteten Vorschriften des Tridentinums [1] und einzelner Provinzial-Synoden [2] sind dieselben nicht total unterdrückt worden [3]. Die Kurial-Praxis sucht dieselben indessen soviel wie möglich zu beseitigen, und hat zur Vermeidung von Komplikationen bei der Existenz solcher Personal-Pfarren neben geographisch abgegränzten Parochien den Satz adoptirt, dass zwar die zu den ersteren berechtigten Personen sich auch zu einer der letzteren halten dürfen, aber die einmal getroffene Wahl für ihre Lebensdauer verbindlich bleibt [4].

Der Regel nach ist dem Pfarrer seine Stellung dauernd übertragen, d. h. er hat ein festes, ihm nur unter bestimmten Voraussetzungen auf Grund eines rechtlichen Verfahrens entziehbares Amt, resp. Beneficium. Ob aber dieses Requisit zum Wesen des Pfarr-Amtes gehört, ist bestritten, und eine noch neuerdings vielfach vertheidigte Ansicht [5] hält die freie Amovibilität des mit der Seelsorge betrauten Priesters für nicht dem Begriffe des Amtes widersprechend. Dieser Meinung steht indessen die historische Entwicklung entgegen, denn erst in Folge der festen geographischen Eintheilung der Diöcesen und der dauernden Uebertragung der Seelsorge an Priester in den so entstandenen Distrikten hat sich das Pfarr-Amt ausgebildet, und allein dadurch ist ein Unterschied zwischen den Trägern desselben und anderen, mit den Funktionen der Seelsorge vom Bischof beliebig und widerruflich betrauten Priestern entstanden. Ferner deuten die Quellen, wenngleich sich kein ausdrückliches Zeugniss dafür findet, dies doch wenigstens indirekt an [6]. Noch stärker sprechen aber dafür die hinsichtlich der Errichtung, Abänderung der Pfarreien entwickelten Grundsätze des kanonischen Rechtes [7], weil diese vollkommen überflüssig wären, wenn nicht die Dauer zum Wesen des Pfarr-Amtes gehörte [8]. Geläugnet soll allerdings nicht werden, dass vielfach Geistliche Pfarreirechte ausgeübt haben und noch heute ausüben, welche keine feste und dauernde Anstellung besitzen. Das beruht aber theils darauf, dass das Pfarr-Beneficium sich in den Händen einer Korporation befunden hat oder befindet, und für diese durch einen amoviblen Vikar die Seelsorge wahrgenommen worden ist oder wird. Theils hängt es mit abnormen Ver-

[1] S. 281 n. 1.

[2] c. 10. Palent. a. 1322 (Haudouin 7, 1470); c. 1. P. II. Mediolan. a. 1565 (ibid. 10, 646): „Parochiarum distinctio quae familiis, non certis finibus facta est, et parochis ad sacramentorum administrationem et populo ad illorum susceptionem magnum incommodum afferre solet. Quare episcopi sublata intra VI menses divisione parochiarum per familias facta eas certis limitibus terminisque praescribant“; s. aber c. 2. tit. 5. Camer. a. 1586 (ibid. 9, 2158): „In iis vero parochiis quae certis familiis, non autem certis finibus distinctae sunt, praecepit earum parochis ad evitandas cum vicinis parochis controversias, ut singulis annis de iisdem familiis etiam scripto exhibendis inter se concordent“.

[3] Die S. 292 n. 9 u. 12 erwähnten Fälle sind i. d. J. 1857 u. 1870 in Rom verhandelt worden, am ersten Ort S. 367 ist auch noch eine andere Entscheidung vom J. 1778 angeführt.

[4] Analecta 1858. p. 366. cit.

[5] S. Nardi l. c. 2, 67; namentlich aber Bouix l. c. p. 201 ff.; derselben Ansicht Phillips, Lehrbuch S. 451; s. auch Analect. 1855. p. 1198.

[6] c. un. (Bonif. VIII) in VI^to. de capellis monachor. III. 18: „Presbyteri, qui ad curam populi per monachos in eorum ecclesiis praesententur episcopis et instituuntur ab ipsis, quum debeant esse perpetui, consuetudine vel statuto quovis contrario non obstante, ab eisdem nequeunt ecclesiis nisi per episcopos et ex causa rationabili amoveri“, eine Stelle, welche sich theils auf dem Patronatrecht der Klöster unterworfene oder auf quoad temporalia incorporirte Kirchen der letzteren beziehen kann, für beide Fälle aber aus dem Princip der dauernden Anstellung des Seelsorgers argumentirt. Das letztere ist bei Bouix l. c. p. 217 und dem von ihm citirten Pignatelli consult. tom 9. cons. 143. n. 21 ff. übersehen. Ferner gebraucht Trid. Sess. XXIV. c. 13. de ref., welches die Bischöfe anweist, in ihren Städten die fehlende Parochial-Eintheilung vorzunehmen, dabei den Ausdruck „perpetuum peculiaremque parochum“ (S. 281. n. 1.)

[7] S. darüber unten die betreffenden Lehren.

[8] Der hier vertretenen Ansicht z. B. Hieron. Gonzalez ad reg. canc. VIII. gloss. 5. §. 6. n. 60. und unter den Neuern Schulte, Lehrb. 2. Aufl. S. 244; Ginzel K. R. 1, 317.

hältnissen zusammen, welche die volle Durchführung der kirchlichen Rechtssätze nicht gestatten [1]. Im ersten Fall ist das Princip selbst nicht im Mindesten verletzt, und die letztgedachten Gestaltungen können als Anomalien nicht zur Bestimmung des Wesens des Institutes in Rechnung gezogen werden [2].

Dass das Pfarr-Amt endlich nicht von den 72 Schülern Christi herzuleiten ist, wie mehrfach behauptet worden [3], ergiebt die Uebersicht über die historische Entwicklung. Ebenso zeigt dieselbe, dass — wenn man an der schriftmässigen Einsetzung des Episkopates festhält — eine Zurückführung der Entstehung des erst gedachten Amtes auf das ius divinum [4] überhaupt, gleichfalls haltlos ist [5].

II. Materieller Umfang der Befugnisse des Pfarrers. Kraft seiner Stellung, sowie des ihm zukommenden priesterlichen Ordos hat der Pfarrer in Stellvertretung des Bischofs die Verwaltung der potestas ordinis und potestas magisterii, selbstverständlich aber nur insoweit, als beide Ausflüsse des ordo presbyteralis sein können. In ersterer Hinsicht kommt ihm das Recht zu, die Sakramente zu spenden, also die Taufe, die Eucharistie, die letzte Oelung zu administriren, sowie das Buss-

[1] Ausser den widerruflich für die Seelsorge in den Missionsgebieten angestellten Priestern gehören hierher die in Frankreich, Belgien, Holland und auf dem linken Rheinufer vorkommenden s. g. curés desservants (vgl. über diese Jacobson in Herzogs Encyklopädie 3, 330; Bouix l. c. p. 233 ff.; Raimund in Moy's Arch. 21, 423 ff.; Pricotte a. a. O. 22, 54 ff.). Ihre Entstehung hängt mit der in der französischen Revolution hervorgetretenen Tendenz der Verminderung der Pfarrkirchen zusammen, welche auch die organischen Artikel von 1802 adoptirt haben, indem sie bestimmen, art. 60: „Il y aura au moins une paroisse dans chaque justice de paix. Il sera en outre établi autant de succursales que le besoin pourra l'exiger"; art. 61: „Chaque évêque de concert avec le préfet réglera le nombre et l'étendue de ces succursales. Les plans arrêtés seront soumis au gouvernement et ne pourront être mis à exécution sans son autorisation"; art. 62: „Aucune partie du territoire français ne pourra être érigée en cure ou en succursale sans l'autorisation expresse du gouvernement"; art. 63: „Les prêtres desservant les succursales sont nommés par les évêques"; art. 31: „Les vicaires et desservants exercent leur ministère sous la surveillance et la direction des curés. Ils seront approuvés par l'évêque et révocables par lui". Danach erscheinen zwar die desservants lediglich als Gehülfen der eigentlichen Pfarrer, indessen ist die surveillance et direction durch die letzteren nicht praktisch geworden, da man diese Vorschrift dahin aufgefasst hat, dass sie die Bischöfe berechtigt, den eigentlichen Pfarrern die den Dekanen zukommenden Aufsichtsrechte zu übertragen. So hat sich die Stellung der desservants oder Succursal-Pfarrer dahin entwickelt, dass sie Geistliche sind, welche für einen bestimmten Bezirk nur in Abhängigkeit von dem Bischof die Parochialrechte, ebenso wie die angestellten Pfarrer ausüben, aber von ihm jeden Augenblick amovirt werden können. Dieser Zustand, welcher dadurch hervorgerufen ist, dass die organischen Artikel die Errichtung der festen Pfarreien von der Zustimmung der Regierung abhängig gemacht haben, charakterisirt sich schon durch das Verhältniss der erst gedachten zu den Succursalen — 1851 gab es 28,822 solcher neben 3315 eigentlichen Pfarreien (Moy, Arch. 22, 57) — als etwas Anomales. Verschiedene, aus dem Kreise der den Bischöfen vollkommen in die Hand gegebenen Succursal-Geistlichen hervorgegangene Agitationen gegen den bisherigen Zustand haben zwar bis jetzt keinen Erfolg gehabt, aber wenn auch selbst einzelne französische Provinzial-Koncilien i. J. 1849 u. 1850 sich für Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes ausgesprochen haben (s. a. a. O. S. 59), so hat doch die Kurie jene französischen Einrichtungen wohl tolerirt, sie aber noch nicht als definitive anerkannt, s. Moy, a. a. O. S. 58. 61. 74.

[2] Heisst es doch auch in einer Entscheidung der Congr. Conc. v. 1846 bei Moy 21, 425: „Hinc hanc s. Congregationem respondisse ecclesias parochiales de sua natura in perpetuum conferendas esse et non amovibiliter non obstante quacunque contraria consuetudine refert Gonzalez (s. S. 293. n. 8) eiusdemque constans praxis est, ut episcopos in quorum dioecesibus paroecias esse amovibiles ex relatione s. visitationis deprehendit, vehementer hortetur, ut eas perpetuas efficiant". Richtig ist es daher, wenn Raimund bei Moy 21, 424 bemerkt, dass der Pfarrer nach dem ius commune inamovibel sei und nur ein gesetzlicher Specialtitel davon eine Ausnahme machen könne.

[3] Das findet sich schon ausgesprochen in dem sermo synodalis parochianis presbyteris enunciandus a. 1009 (Hartzheim 3, 1. 2). Später ist diese Ansicht namentlich von Gerson, s. tract. de statib. eccles. tract. de stat. curator. (opp. ed. Ellies du Pin. Antverp. 1706. 2, 534), der Sorbonne u. den französischen Theologen vertreten worden. S. darüber und über die zur Rechtfertigung angeführten Stellen, welche aber allgemein von den Priestern, nicht von den Pfarrern handeln, Nardi l. c. 1, 328 ff. u. Bouix l. c. p. 43 ff.

[4] S. z. B. Thomassin P. I. lib. 2. c. 26. n. 1 ff.; van Espen, J. E. U. P. I. tit. 3. c. 1. n. 5.; Helfert a. a. O. S. 16; Schefold 1, 147 ff.

[5] Vgl. Nardi l. c. p. 288 ff. u. Bouix p. 79 ff.

sakrament, die s. g. iurisdictio pro foro interno, letzteres soweit nicht päpstliche oder bischöfliche Vorbehalte (s. g. casus reservati) bestehen, zu handhaben. Ferner hat er kraft derselben Gewalt, den öffentlichen Gottesdienst für seine Gemeinde zu halten und das Messopfer für dieselbe darzubringen, namentlich die s. g. Pfarrmesse, missa parochialis, (d. h. die feierliche, in Anwesenheit der Parochianen und mit der Intention zu celebrirende Messe, dass die Frucht[1] derselben der Gemeinde zu gut komme), an allen Sonntagen, sowie an allen Festtagen (diebus de praecepto) zu verrichten[2]. Sodann ist er befugt, die Aufgebote behufs der Eheschliessung zu erlassen, der letzteren als Urkundsperson beizuwohnen und die Ehe einzusegnen, die Exequien und das Begräbniss der Verstorbenen zu leiten, die vorgeschriebenen kirchlichen Processionen abzuhalten, die im Missale und Rituale festgesetzten Segnungen und sonstigen Funktionen, endlich die öffentliche Verkündigung der Fest- und Fasttage vorzunehmen. Kraft seines Antheils an der potestas magisterii hat der Pfarrer seiner Gemeinde durch die Predigt namentlich an Sonn- und Festtagen die Lehre des Evangeliums und der Kirche darzulegen[3], ferner den katechetischen Unterricht oder den Unterricht in der Christenlehre an die Jugend und an die Erwachsenen, welche zum Empfange der Sakramente vorzubereiten sind, also namentlich an Konvertiten zu ertheilen, sowie auch privatim jedem Mitgliede seiner Gemeinde die nöthige Belehrung zu gewähren[4]. Alle diese Befugnisse liegen in der dem Pfarrer obliegenden Seelsorge, d. h. in seinem Beruf, die ihm untergebene Gemeinde zur christlichen Tugend und zur Frömmigkeit heranzubilden, sowie darin zu stärken. Dass er dabei auch das Recht der Ermahnung, Warnung und der väterlichen Zurechtweisung besitzt, folgt aus dem Begriff der Seelsorge, und zwar hängt dasselbe sowohl mit seiner aus der potestas ordinis herfliessenden Berechtigung zur Verwaltung des Busssakramentes, wie auch mit seiner aus der potestas magisterii sich ergebenden Lehrgewalt zusammen.

Gestritten worden ist aber darüber, ob der Pfarrer kraft seines Amtes die iurisdictio im eigentlichen Sinne oder die s. g. iurisdictio externa besitzt[5]. Eine selbstständige Leitungs-, Anordnungs- und Gerichtsgewalt auch nur für den Kreis seiner Gemeindeglieder kommt dem Pfarrer nach dem bisher angegebenen Umfang seiner Rechte nicht zu. Alle ihm für die Zwecke der Seelsorge zustehenden Befugnisse haben nur eine Beziehung auf das innere, religiöse Leben des Einzelnen oder wo sie von äusseren rechtlichen Folgen sind (z. B. die Vornahme des Aufgebots), fliessen letztere nur aus dem allgemeinen, auch für den Pfarrer geltenden Recht. Wenn ihm trotzdem eine iurisdictio externa beigelegt wird, so haben dazu eine Reihe von Stellen Veranlassung gegeben, in welchen einzelne Pfarrer zur Verhängung der Censuren, d. h. zur Entziehung der kirchlichen Rechtsfähigkeit oder kirchlicher Rechte, mithin zu einem unzweifelhaft das äussere Gebiet berührenden Akte der iurisdictio externa, legitimirt erscheinen[6]. Allein in allen diesen Quellen-

[1] Genauer der fructus medius, vgl. darüber Benedict. XIV de ss. sacrificio missae lib. III. c. 8: „triplicem esse missae fructum, primum generalissimum, cuius fideles omnes fiunt participes, alterum specialissimum quo fruitur sacerdos; tertium qui dicitur medius quemque iis sacerdos applicat, pro quibus sacrificium offert".

[2] Trid. Sess. XXIII. c. 1. 14. de ref.; Pii IX encyclica: Amantissimi redemtoris nostri vom 3. Mai 1858 (Moy, Arch. 3, 226 ff.), wo auch die früheren diesen Gegenstand betreffenden päpstlichen Konstitutionen angegeben sind.

[3] Trid. Sess. V. c. 2; Sess. XXII. c. 8 de sacr. miss.; Sess. XXIV. c. 4. 7 de ref.

[4] L. c. Sess. XXIV. c. 4. s. cit.

[5] Dass ihm die s. g. iurisdictio interna (s. Th. I. S. 168) als ordinaria also kraft seines Amtes zukommt, ist unbestritten.

[6] Die Hauptstelle ist c. 3 (Alex. III) X. de off. iud. ordin. I. 31: „. . . mandamus, quatenus si

zeugnissen handelt es sich um singuläre Erscheinungen, theils um besondere ein für alle Mal durch partikuläre Anordnungen erfolgte Delegationen dieses Rechts auf bestimmte Klassen von Geistlichen [1], theils können auch andere, nicht mehr zu ermittelnde besondere Verhältnisse [2], so Berechtigung kraft eines anderen neben der Pfarrei inne gehabten Amtes [3] oder kraft der hier nicht ausgeschlossenen Ersitzung obgewaltet [4], theils endlich auch geradezu Usurpationen des Exkommunikationsrechtes stattgefunden haben [5].

III. Räumlicher Umfang der Befugnisse des Pfarrers. Für die Regel erstrecken sich die Befugnisse des Pfarrers auf einen räumlich abgegränzten Bezirk

quando . . . plebanus sancti P. de Lucar in clericos vel laicos parochianos suos interdicti vel excommunicationis sententiam rationabiliter tulerit, ipsam facias inviolabiliter observari et eam sine congrua satisfactione et absque eiusdem plebani conscientia non relaxes". Ferner beruft man sich auf ep. Alex. III. zw. 1170 u. 1172 (Mansi 21, 956): „cum I. presbyter de burgo S. Remigii in die dominico coram clericis et laicis, . . . choreas duceret, scholaribus ipsis eumdem presbyterum exinde increpantibus et deridentibus idem presbyter . . . absque conscientia . . . Henrici Remensis archiepiscopi et officialium suorum in ipsos non citatos nec confessos, proxime sequenti die excommunicationis sententiam promulgavit, quam idem archiepiscopus fecit, prout debuit, relaxari"; sowie auf die Vorschriften einzelner Diöcesan- und Partikularsynoden, z. B. const. Odonis episc. Paris. u. 1198 c. 7. n. 2. 5. (Hardouin VI. 2, 1941): „Prohibeant firmiter laicis per excommunicationem sortilegia fieri" u. „Prohibeat sacerdos in ecclesia publice sub excommunicatione, ne alter coniugum transeat ad religionem"; conc. Turon. a. 1239. c. 5. (ibid. 7, 324): „Item interdicimus universis presbyteris ecclesiarum parochialium, ut pro iure suo vel ecclesiae suae in spiritali, parochianos suos auctoritate propria excommunicare praesumant. Quod si fecerint, sententiam decernimus esse nullam"; c. 6: „Item quod rectores seu curati parochialium ecclesiarum parochianos suos auctoritate propria excommunicare non possunt pro iure suo"; syn. Nemaus. a. 1284 (ibid. p. 929): „ne aliquis prior seu rector, capellanus alicuius ecclesiae Nemaus. dioecesis, aliquem maiori excommunicatione praesumat generaliter seu specialiter excommunicare, etiamsi alicui per litteras nostras mandemus, quod aliquem per censuram ecclesiasticam coerceat, quia tale mandatum, cum ipsum aliquando facimus, extendi volumus tantummodo ad sententiam interdicti, quam sententiam interdicti, rectores et sacerdotes ecclesiarum parochialium curam animarum habentes proferre poterunt auctoritate sua iusta de causa, cum viderint expedire . . . Quia vero superius diximus, quod rectores et sacerdotes ecclesiarum possunt proferre sententiam interdicti, caveant . . . quod sive mandato nostro sive auctoritate propria sententiam proferre voluerint interdicti generaliter vel specialiter, ipsam in scriptis proferant" . . . ; c. 44. Exoniens. a. 1287 (ibid. p. 1112): „Licet igitur ecclesiarum rectoribus, vicariis et parochiarum capellanis pro mortuariis, decimis, oblationibus et instauro ecclesiae et aliis iuribus ecclesiae suae iniuste detentis in quorum possessione notorium est suas ecclesias exstitisse, per semetipsos, trina monitione praemissa, nominatim suspendere et excommunicare detentores".

[1] So in conc. Nemaus. u. Exon. cit.; Delegationen an Pfarrer für bestimmte Klassen von Fällen kommen auch sonst vor, s. die Diplome v. 1286 u. 1287. (Mecklenb. Urkundenbuch 3, 208. 250).

[2] Wie in dem dipl. a. 1144 (Lacomblet, niederrhein. Urkundenb. 1, 241): „Quia . . . b. Mauritii ecclesia parochialis est pertinens ad ecclesiam b. Pantaleonis, id circo ipse abbas eandem iusticiam quam hactenus in ea habebat, deinceps quoque libere retineat, videlicet in danda eiusdem parochiae investitura . . . Porro ab eo investitus eandem quam hactenus habeat potestatem baptizandi, sepeliendi, verbum dei in eadem ecclesia predicandi, excommunicandi, decimas sibi determinatas accipiendi".

[3] Auf diese Weise erklärt sich wohl c. 3 X. cit. u. die ep. Alex. III.

[4] c. 54. §. 4. X. de elect. I. 6; c. 18. X. de praescript. II. 26. Allerdings bemerkt Thomas von Aquino in lib. IV. sent. dist. 18. qu. 2. art. 2. quaestiunc. 3. sol. 1: „Episcopi propria auctoritate et maiores praelati secundum communiorem opinionem possunt excommunicare, sed presbyteri parochiales nonnisi ex commissione eis facta vel in certis casibus, sicut in furto et rapina et huiusmodi in quibus est eis a iure concessum, quod excommunicare possint. Alii autem dixerunt, quod etiam sacerdotes possunt excommunicare. Sed praedicta opinio est rationabilior", aber er erkennt daselbst auch nachher es noch als Regel an, dass die Pfarrer nicht zur Exkommunikation befugt sind.

[5] So erklären sich die Vorschriften des conc. Turon. cit., ohne dass man aus ihnen argumento e contrario schliessen dürfte, dass die Pfarrer in anderen als den verbotenen Fällen das Exkommunikationsrecht gehabt hätten. Die älteren Quellenzeugnisse, welche von einer Exkommunikation durch die Priester sprechen, s. z. B. c. 11. C. II. qu. 1., vgl. ferner Thomassin l. c. c. 23. n. 10 u. c. 26. n. 6., beweisen natürlich nichts für die iurisdictio ordinaria der Pfarrer. S. über die Kontroverse Gonzalez Tellez ad c. 3. X. cit. n. 3; Fagnan. ad id. cap. n. 4; Bened. XIV. de syn. dioec. V. 4. n. 2; Nardi l. c. 1, 188. 405 ff.; Bouix l. c. p. 125 ff. 227. 228; Kober, Kirchenbann. 2. Aufl. S. 76.

(*parochia,* auch *plebs*) [1], d. h. auf alle diejenigen Personen, welche innerhalb derselben nach den Grundsätzen des gemeinen Rechts ihr Domicil haben [2]. Diese bilden seine Pfarrkinder, Pfarrgemeinde (*parochiani* [3], *plebs*). Das ist der Sinn des Satzes: Quidquid est in parochia, est etiam de parochia. Dem Domicil wird von vielen Kanonisten das s. g. Quasi-Domicil (d. h. ein Aufenthalt von längerer Dauer ohne die Absicht, für immer an dem betreffenden Orte zu bleiben), gleichgestellt [4]. Indessen erscheint dieser Begriff schon an und für sich haltlos. Denn es genügt für das Domicil im eigentlichen Sinne vollkommen, dass man den Mittelpunkt seines geschäftlichen oder sonstigen Lebens vorläufig auf einen bestimmten Ort, d. h. bis zur Uebertragung nach einem anderen, fixirt, keineswegs braucht aber damit zugleich die Absicht verbunden zu sein, auch sein ganzes Leben oder wenigstens eine lange Reihe von Jahren an der Stätte der Niederlassung zubringen zu wollen [5]. Ferner wird unter dem Begriff des Quasi-Domicils eine Anzahl von Fällen subsumirt, in welchen je nach den in Frage kommenden näheren Verhältnissen bald ein Domicil im eigentlichen Sinne begründet wird [6], bald aber nur ein rein temporärer Aufenthalt obwaltet [7]. Abgesehen davon liegt jener Meinung aber auch eine Verwechselung der Berechtigung des Pfarrers, gewisse geistliche Funktionen den zeitweise sich in seiner Parochie aufhaltenden Personen zu spenden, resp. der Befugniss der letzteren, diese von dem eben erwähnten Pfarrer zu fordern, mit der vollen Zugehörigkeit zur Parochie in allen ihren rechtlichen Beziehungen zu Grunde. Allerdings können eine Reihe pfarramtlicher und seelsorgerlicher Handlungen (z. B. die Ertheilung der Absolution, des Abendmahles u. s. w.) nur an dem Aufenthaltsorte derjenigen Person, welche ihrer bedarf vor-

[1] S. S. 267. n. 4; 291. n. 10; selten kommt vor plebanatus s. syn. Misnens. a. 1504 (Hartzheim 6, 33).

[2] c. 5. (Coelest. III.) X. de paroch. III. 29; c. 12. (Later. a. 1215) X. de poenit. V. 38; namentlich c. 3 (Bonifac. VIII) in VI^to de sepult. III. 12. Bei der scholastischen Methode der Kanonisten, welche die Würdigung thatsächlicher Verhältnisse soviel wie möglich auf feste Regeln zu bringen suchten, kann es nicht Wunder nehmen, dass viel darüber gestritten worden, ob die blosse habitatio genüge, oder wie viel Monate diese gedauert haben müsse u. s. w. Ferner ist die Erörterung dann noch dadurch getrübt worden, dass diejenigen Fälle, in denen Jemand berechtigt ist, bei vorübergehendem Aufenthalt in einer fremden Parochie bestimmte pfarramtliche Funktionen sich spenden zu lassen, oft ungehöriger Weise hineingezogen sind. Vgl. z. B. Fagnan. ad c. 5. X. cit. III. 29. n. 20 ff. Auch die Darstellung bei J. H. Böhmer, ius parochiale s. III. c. 2. hat noch unter dem Einfluss jener Methode gelitten. S. ferner Helfert, über den Einfluss des Domicils auf die kirchliche Jurisdiktion in Weiss, Archiv der Kirchenrechtswissenschaft. 5, 11 ff.

[3] Mitunter auch plebisani genannt, s. syn. Misnens. a. 1504 (Hartzheim 6, 36).

[4] Fagnan. l. c.; Reiffenstuel, ius can. II. 2. n. 22. 23; Engel, coll. iur. can. III. 29. n. 24; Helfert bei Weiss a. a. O. S. 32; Schulte K. R. 2, 283; Ginzel 1, 319; namentlich aber Knopp, kathol. Eherecht. 2. Aufl. Regensburg 1854. S. 289 ff., welcher auch nach Giraldi, expos. iur. pontif. 2, 548; 3, 991 ff. eine Anzahl von Entscheidungen der Congr. Conc. anführt. Man schreibt ein solches auf Grund der freilich nicht im Entferntesten passenden l. 5. §. 5. D. de iniur. XLVII. 10. Studirenden am Orte der Akademie, den Geschäfte bei Behörden betreibenden Personen am Sitze derselben, dem Gesinde am Orte ihres Dienstes, den Handwerksgesellen am Orte ihrer Arbeit, den mit langwierigen Krankheiten behafteten Personen am Orte der Heilanstalt, den Pächtern von Immobilien an dem Orte der belegenen Sache u. s. w. zu.

[5] Das ergiebt auch c. 5 X. III. 29 deutlich. Ueberdies wird jede andere Begriffsbestimmung des Domicils den heutigen Verhältnissen, in denen ein grosser Theil der Bevölkerung fluktuirt, nicht gerecht. Will man demjenigen, welcher in einer in mehrere Parochien eingetheilten Stadt heute in einer derselben eine Wohnung auf 3 Jahre miethet, und dort sein Geschäft treibt, nachher aber wieder auf einen kurzen Miethsvertrag hin in eine andere Pfarrei zieht, kein Domicil, sondern nur ein Quasi-Domicil zuschreiben?

[6] So wenn ein Oekonom für sich und seine Familie seinen Lebensunterhalt durch Pachtung fremder Güter erwirbt und stets mit der ersteren auf dem betreffenden Gute zusammen wohnt; wenn ferner ein selbständiger Handwerksgeselle in einer Stadt Arbeit nimmt.

[7] Dies pflegt z. B. heute gewöhnlich bei Studenten und den Note 4 genannten Kranken der Fall zu sein.

genommen werden[1], aber andere aus dem Pfarr-Verbande herfliessende rechtliche Folgen, wie z. B. die Verpflichtung zur Tragung der kirchlichen Baulast, zur Entrichtung des Zehnten u. s. w. sind von dem augenblicklichen Aufenthaltsorte völlig unabhängig[2].

Somit ist als einziger Grund für die Bestimmung der Zugehörigkeit zu einer örtlich abgegränzten Parochie das Domicil zu statuiren. Mit der Begründung desselben wird also, ohne dass es erst eines weiteren Zeitlaufes bedarf, die Eigenschaft als Parochiane einer bestimmten Pfarrei erworben, andererseits aber dieselbe mit der Aufhebung des Domicils wieder beseitigt, denn in dieser Hinsicht ist die Freizügigkeit niemals durch ein kirchliches Gesetz beschränkt worden[3]. Im Fall eines doppelten Domicils gehört die betreffende Person jeder Pfarrei an, in welcher sie ein Domicil besitzt, d. h. sie hat in jeder die aus dem Parochial-Verbande herrührenden Rechte, aber auch die auf demselben beruhenden allgemeinen Pflichten[4].

Da der Vagabunde im rechtlichen Sinne nirgends domicilirt ist, so kann er auch nicht einer bestimmten Pfarrei als Parochiane angehören, und daher ist der Pfarrer des jeweiligen Aufenthalts kompetent, ihm die geistlichen Funktionen, welcher er bedarf, zu gewähren[5].

IV. Der s. g. Pfarr- oder Parochialzwang. Da der Pfarrer einerseits berechtigt und verpflichtet ist, seine Amtsobliegenheiten in seiner Parochie zu erfüllen, andererseits aber bestimmte Personen, die Parochianen, ihm unterworfen sind, so entsteht daraus ein ausschliessliches Verhältniss zwischen ihm und seinen Pfarrkindern, der s. g. Pfarr- oder Parochialzwang. Die Konsequenz dieser Exklusivität ist 1. die Berechtigung des Pfarrers, jedem anderen Kleriker die Ausübung geistlicher Funktionen innerhalb seiner Parochie zu untersagen[6], es sei denn derselbe vom Papst oder vom Bischof dazu autorisirt[7]. Seitens des ersteren ist dies für gewisse Handlungen durch mehrfache den Mönchsorden gewährte Privilegien geschehen[8]. Der

[1] S. nachher unter IV.

[2] So Böhmer l. c. s. III. c. 2. §§. 18 ff.; Wiese, Handbuch 1, 868; Eichhorn K. R. 1, 650; Jacobson in Herzogs Encyclopädie 11, 467, welcher allerdings auch noch von Quasi-Domicil spricht; Richter, K. R. §. 142. — Auch das preuss. Landrecht Th. II. Tit. 11. §§. 260. 262—272 legt allein dem Wohnsitz jene Wirkung bei (s. namentlich §. 268 a. a. O.: „Durch den blossen Aufenthalt in einem Kirchspiele, so lange der Vorsatz, seinen Wohnsitz darin aufzuschlagen, noch nicht erhellt, wird die Einpfarrung nicht begründet"), nur erinnert es an die Theorie vom Quasi-Domicil, wenn es §§. 275. 276 a. a. O. das Gesinde, sowie die Handwerksgesellen und Lehrburschen ausnahmslos der Parochie der Herrschaft, resp. des Meisters zuweist.

[3] Hieraus folgt, dass jeder, welcher zu einer s. g. parochia gentilitia (s. S. 292) gehört, auf dieses Recht verzichten und sich zu einer anderen Parochie, welcher er durch seinen Wohnsitz angehört, halten kann. Das ergiebt auch die S. 293. n. 4. angeführte Entscheidung, und wenn diese die Wahl auf Lebenszeit für verbindlich erklärt hat, so hat damit offenbar nur die beliebige Rückkehr zur Familien-Pfarrei oder die Auswahl einer anderen ohne Wechsel des Domicils ausgeschlossen werden sollen. Vgl. auch preuss. L. R. a. a. O. §§. 260. 304.

[4] c. 2. pr. (Bonifac. VIII) in VI[to] de sepult. III. 12: „. . Quum ab eo qui duo habet domicilia, se collocans aequaliter in utroque, in loco tertio eligitur sepultura, domiciliorum ecclesiae habebunt inter se dividere canonicam portionem"; Böhmer l. c. §. 23, s. auch A. L. R. a. a. O. §. 264. Sind dagegen für bestimmte Handlungen Gebühren zu entrichten, so sind diese nur an den Pfarrer, welcher die ersteren vorgenommen hat, zu zahlen.

[5] Arg. c. 7. de ref. matr. Sess. XXIV Trident.; Böhmer l. c. §. 22; Helfert a. a. O. 5, 45 ff.; vgl. auch §. 263. Tit. 11. Th. II. A. L. R.

[6] Also auch in Betreff der eigenen Parochianen desselben, die sich in seiner Parochie zufällig aufhalten, so auch §. 432. Tit. 11. Th. II. Preuss. L. R. Für die Beichte hat aber die kanonistische Doktrin und die Praxis der Congr. Conc. seine Einwilligung in solchen Fällen nicht für nothwendig erklärt, s. Barbosa l. c. P. II. c. 19. n. 5 und Bouix p. 456.

[7] c. 6 (Carthag. I). c. 7 (Chalced. a. 451). c. 8 (August. ?). Dist. LXXI; s. ferner S. 299 n. 3. Dasselbe Princip ist auch im Pr. L. R. Th. II. Tit. 11. §§. 433 ff. anerkannt.

[8] Clem. 1. de privil. V. 7; vgl. auch die Nach-

Bischof darf eine solche Ermächtigung nur aus guten Gründen (also z. B. wenn die Kräfte des Pfarrers nicht ausreichen, derselbe unfähig ist, ein Parochiane gerechtfertigter Weise eine bestimmte Handlung von einem anderen Geistlichen vorgenommen haben will u. s. w.) gewähren, keineswegs aber beliebig andere Geistliche mit der Vornahme der pfarramtlichen Funktionen, namentlich mit der Gesammtheit derselben, betrauen. Denn wenngleich er als der ordentliche Seelenhirt der Diöcese auch die Befugniss hat, durch Vornahme der den Pfarrern obliegenden Funktionen diese selbst auszuschliessen, so sind die letzteren doch seine Gehülfen für einen bestimmten Theil des bischöflichen Sprengels, welche das gemeine Recht ein für alle Mal dazu autorisirt, und welche daher auch, wie sie nicht beliebig ohne Urtheil und Recht entfernt werden dürfen, ebensowenig durch Deputirung von mit ihnen konkurrirenden Geistlichen indirekt beeinträchtigt oder gar total in ihrer Wirksamkeit gehindert werden können [1].

Endlich kann der Pfarrer selbst einem anderen Kleriker die Vornahme von geistlichen Funktionen in seiner Pfarrei gestatten [2]. Wenn aber der letztere nicht ein approbirter Priester der Diöcese ist, so hat er sich jedoch vorher das demselben von seinem Ordinarius ausgestellte Beglaubigungsschreiben (s. g. *literae commendatitiae*) vorlegen zu lassen [3]. Auch hier gilt der Grundsatz, dass der Pfarrer nicht ohne zureichenden Grund andere Geistliche mit solchen Funktionen betrauen darf, weil er nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, sein Amt persönlich wahrzunehmen.

2. Aus der ausschliesslichen Natur des Pfarrzwanges folgt ferner, dass alle Parochianen verbunden sind, in der Pfarrei den kirchlichen Geboten zu genügen und die geistlichen Handlungen durch ihren Pfarrer (den s. g. *parochus competens, par. proprius*) sich spenden zu lassen [4]. Eximirt sind aber in Folge der ihnen ertheilten Privilegien die Ordensinstitute, jedenfalls heute noch insofern als der Pfarrer, in dessen Bezirk das Kloster gelegen ist, weder in demselben seine Funktionen ausüben darf, noch die Regularen verpflichtet sind, die pfarramtlichen Handlungen von ihm vollziehen zu lassen [5]. Für die Kongregationen mit vota simplicia gilt das nicht [6], ebensowenig für die bischöflichen Seminarien, selbst dann nicht, wenn diese durch exemte Mönche geleitet werden [7]. Vielmehr bedarf es für dieselben, wie auch sonst überhaupt, einer besonderen päpstlichen Verleihung [8], da der Bischof nicht die Macht hat, das

weisungen bei Ferraris, prompta bibl. s. v. regulares art. I.

[1] Wohl aber darf der Papst in einem gegebenen Fall eine so weitgehende Ermächtigung ertheilen, weil er das ius commune beseitigen kann. S. vorläufig Th. I. S. 185. n. 2.

[2] Clem. l. cit.: „Religiosi qui clericis aut laicis sacramentum unctionis extremae vel eucharistiae ministrare matrimoniave solemnizare non habita super his parochialis presbyteri licentia speciali ... praesumpserint, excommunicationis incurrant sententiam ipso facto"; ebenso §. 422. Tit. 11. Th. II. A. L. R.

[3] Tit. X. de cler. peregr. I. 22; Trid. Sess. XXIII. c. 16. de reform., vgl. auch Th. I. S. 93, weil einmal die Fähigkeit des betreffenden Geistlichen, ferner auch constatirt werden muss, dass er mit Bewilligung seines Ordinarius sich in einer fremden Diöcese aufhält.

[4] So auch Preuss. L. R. II. 11. §. 418: „Dagegen hat er (der Pfarrer) das Recht, von den Eingepfarrten zu fordern, dass sie sich in ihren Religionshandlungen, zu deren Vollziehung es der Mitwirkung eines Pfarrers bedarf, nur seines Amtes bedienen sollen".

[5] S. vorläufig c. 2. X. de cap. mon. III. 37; c. 16. X. de exc. prael. V. 31. Schulte 2, 293. Das Nähere in der Lehre von den religiösen Orden.

[6] So hat die Congr. episcopor. et regular. mehrfach entschieden, s. Analect. 1866. p. 1741 ff. Hält das Institut dagegen Klausur oder besitzt es Kraft päpstlichen Indults das Recht, das Sakrament in seiner Kirche zu bewahren, so kann der angestellte Kapellan den Mitgliedern die österliche Kommunion, bez. den kranken das Sakrament reichen, s. l. c. p. 1748. 1754. 1749.

[7] Anal. 1864. p. 1094.

[8] Anal. 1864. p. 1094. 1105; ibid. 1866. p. 1750. Aus dringenden Gründen sind auch mitunter einzelnen Personen Befreiungen von der Pfarr-Jurisdiktion und Zuweisungen an einen andern Pfarrer gewährt worden, s. Anal. 1867. p. 261. Das preuss. L. R. II. 11. §§. 419—421 gestattet derartige Exemtionen seitens der geistlichen Oberen gleichfalls. Selbstverständlich ist die Befreiung von der lokalen Parochie auch mit

gemeine Recht aufzuheben. Dagegen wird man dem Gewohnheitsrechte diese Wirkung nicht absprechen können, denn an und für sich ist auch das gemeine Recht seinem Einfluss nicht entzogen. Da aber für die Gültigkeit desselben die Rationabilität erfordert wird, so ist eine Gewohnheit, dass der einzelne von jedwedem Pfarrverbande befreit sein soll, als gegen das Wesen des Institutes verstossend, rechtlich unmöglich, gültig aber eine solche, welche bestimmte Personen, so z. B. die Kanoniker an einer Dom- und Kollegiatkirche, die in einer besonderen städtischen Pfarrei ihr Domicil haben, von dieser zu Gunsten der von ihrer Korporation, z. B. von dem Kapitel ausgeübten Seelsorge befreit[1].

Was den materiellen Umfang des Pfarrzwanges betrifft, so bezog sich dieser von der Zeit der Entstehung der Pfarreien an[2] das Mittelalter hindurch auf alle diejenigen kirchlichen Handlungen, welchen der Einzelne zur Erfüllung der Kirchengebote beiwohnen, und welche er sich zu diesem Behuf administriren lassen musste[3]. Die Verbreitung der Orden und die diesen ertheilten Exemtionen und Privilegien[4], welche sie vielfach in der rücksichtslosesten Weise auszubeuten suchten[5], ferner die Errichtung vieler Kapellen[6] durch einzelne Fraternitäten, Genossenschaften und weltliche Grosse haben aber trotz wiederholter Einschärfungen der alten Vorschriften[7] zur allmählichen Durchbrechung dieser Regel geführt, und es ist nicht einmal der noch im Mittelalter festgehaltene Satz, dass die Parochianen der Messe an Sonn- und Feiertagen, dem Gottesdienst in ihrer Kirche beizuwohnen und die Sakramente aus der Hand ihres Pfarrers zu empfangen verpflichtet seien[8], geltendes Recht geblieben, vielmehr sind die Parochianen nur hinsichtlich der Taufe[9], der Eheschliessung[10], der österlichen

der Bewilligung verbunden, für sich und bestimmte Personen einen besonderen Seelsorge-Gottesdienst mit eigenen Geistlichen zu halten, wie diese den Regenten und Fürsten ertheilt ist, s. Nardi l. c. 1, 159. n. 2. S. auch oben S. 292. n. 9.

[1] S. die Entscheidungen der Congr. Conc. Anal. 1867. p. 987 u. Acta s. sed. 3, 127; 4, 577; 5, 654, denn an und für sich sind solche Kanoniker nicht vom Pfarrverbande eximirt, vgl. auch Bouix l. c. p. 477, ebensowenig wie die s. g. prêtres habitués in Frankreich und Belgien, d. h. solche, welche in einer anderen Pfarrkirche gewöhnlich die Messe zu der für die Bevölkerung passendsten Stunde celebriren, Entsch. d. Congr. Conc. v. 1864, Anal. 1864. p. 860 ff.

[2] S. oben S. 265. 267.

[3] Das beweist die Aufnahme solcher älterer Stellen, wie c. 5. C. IX. qu. 2 und c. 2. (conc. Nannet.) X. de paroch. III. 29 in das Dekret und die Dekretalen Gregors IX., denn diese gebieten die Ausschliessung eines fremden Parochianen, sofern sich derselbe nicht auf Reisen befindet. Vgl. auch die folgenden Noten.

[4] Namentlich der Bettel-Orden s. z. B. c. un. (Lugd. a. 1274) in VI[to] de relig. dom. III. 17.

[5] So verbietet z. B. Sixtus IV. in der Konst. v. 1477 (c. 2. Extrav. comm. de treuga I. 9), den Mendikanten-Orden in Deutschland, die Laien zur Wahl des Begräbnisses bei ihren Kirchen zu verleiten, sowie zu predigen, dass die Parochianen die Pfarr-Messe nicht bei ihrem Pfarrer zu hören u. die österliche Beichte nicht bei demselben abzulegen hätten. Frühere Verordnungen gegen derartige Uebergriffe der Mönche enthalten, c. 8. Mogunt. a. 1246 (Hartzheim 3, 573); c. 15. Arelat. a. 1260 (Hardouin 7, 515); c. 45. Mogunt. a. 1261 (Hartzheim 3, 610); c. 64. Pragens. a. 1349 (l. c. 4, 402); s. auch die ep. Bonifacii VIII. für Lübeck a. 1302 (Leverkus, Urkundenbuch des Bisthums Lübeck S. 468).

[6] Vorschriften, welche die Rechte der Pfarrkirchen gegenüber den Kapellen zu wahren suchen, z. B. in c. 29 d. Synode v. St. Pölten a. 1284 (Hartzheim 3, 679); „Item de capellis in castris, civitatibus seu villis, ubi parochiales ecclesiae sunt vicinae, statuimus, ut earum capellani se de caetero de juribus parochialibus nullatenus intromittant, videlicet benedictione nubentium, de introductionibus mulierum post partum vel nuptiis, de collationibus sacramentorum, de benedictionibus cereorum, cinerum, palmarum et solemnis baptismatis ac carnium, et festa non indicent, nisi doceant, sibi praedicta vel aliqua alia eorum de privilegio competere speciali . . .“, c. 23. Trevir. a. 1310 (ibid. 4, 134).

[7] Const. Paris. saec. XIII. c. 11; c. 19. Arelat. a. 1275.; c. 5. Pont. Audom. a. 1279; c. 33. Budens. a. 1279 (Hardouin VI. 2, 1978; 7. 731. 767. 800); c. 8. 9. Colon. a. 1281 (Hartzheim 3, 665); c. 1. Lambeth. a. 1281; c. 5. Arel. a. 1280. (Hardouin 7, 862. 881); Mogunt. a. 1310; c. 37. Prag. a. 1349 (Hartzheim 4, 198. 391); Pataviens. a. 1470. c. 24 (ibid. 5, 482); Ratisbon. a. 1512 (ibid. 6, 91); Hildesh. a. 1539. c. 22 (ibid. 6, 325).

[8] S. die vorhergehenden Noten.

[9] Barbosa l. c. c. 18. n. 7 ff.; Bouix l. c. p. 454.

[10] Darüber im Eherecht.

Kommunion[1], der Krankenölung[2] und des Begräbnisses[3] an ihren Pfarrer gewiesen[4]. Im Nothfalle, also im Falle der Todesgefahr, ferner wenn der betreffende sich zeitweise an einem anderen Orte aufhält u. s. w.[5] (für das Begräbniss sogar auch beim Vorhandensein eines Erbbegräbnisses oder bei anderweitig früher getroffener Wahl des Verstorbenen), cessiren aber jene Bestimmungen gleichfalls, wenn nicht ganz, so doch wenigstens theilweise[6].

In Folge dieser Durchlöcherung des Principes des Pfarrzwanges erscheint die oben (S. 297) bekämpfte Ansicht von der Begründung der Parochianen-Qualität durch das s. g. Quasi-Domicil um so haltloser, als derjenige, welcher sich, wenn auch für längere Zeit von seinem Domicil entfernt hat, unter Wahrung aller kirchlichen Gebote seine religiösen Pflichten zu erfüllen, im Stande ist. Uebrigens kann der betreffende Pfarrer seinem Pfarrkinde auch auf Ansuchen desselben gestatten, sich eine der zwangpflichtigen Handlungen[7] durch einen anderen Geistlichen, also namentlich einen fremden Pfarrer, leisten zu lassen. Eine Pflicht, unter allen Umständen gegen Empfang der Gebühren diese Erlaubniss zu gewähren, besteht indessen gemeinrechtlich nicht[8]. Der ermächtigte fremde Pfarrer darf trotzdem nicht ohne besondere spezielle Bewilligung die Handlung in der Kirche[9] des ursprünglich kompetenten Geistlichen vornehmen[10].

Die vorhin erwähnten Rechte nennen die Kanonisten in Verbindung mit den sonst aus der Stellung des Pfarrers herfliessenden vermögensrechtlichen Befugnissen desselben, nämlich seinen Ansprüchen auf den Pfarrzehnten und auf die Oblationen, *iura*

[1] c. 12 (Later. a. 1215) X. de poenit. V. 38. Die Vorschrift desselben Kapitels, dass jeder Parochiane auch zu Ostern seinem Pfarrer beichten soll, ist dagegen ausser Kraft, s. Bened. XIV. de syn. dioeces. XI. 14. n. 2 ff.; eiusd. instit. XVIII; Knopp, über den sacerdos proprius zur Verwaltung des Busssakramentes, Regensburg 1851; Bouix l. c. p. 457; De la confession annuelle et de la communion pascale Anal. iur. pont. 1860. p. 2260.

[2] Clem. 1. cit. de privil. (s. S. 299. n. 2), Bouix l. c. p. 476.

[3] c. 5 (Alex. III) X. de sepult. III. 28; c. 3. cit. in VI^to eod. III. 12; Bouix l. c. p. 483 ff.

[4] Was die Pflicht zur Beiwohnung des Gottesdienstes in der Pfarrkirche betrifft, so hat diese das Tridentium, welches zwar Sess. XXII. decret. de observ. et evitand. in celebr. miss. die Ermahnung, am Sonntag und an Festtagen die Messe in der Pfarrkirche zu besuchen ausspricht, doch Sess. XXIV. c. 4. de ref. durch die Anordnung: „Moneatque episcopus populum diligenter teneri unumquemque parochiae suae interesse, ubi commode id fieri potest, ad audiendum verbum dei“ abgeschwächt, und nach neuerem Recht ist die Erfüllung jener Vorschrift in der Pfarrkirche nicht mehr geboten, s. Bened. XIV. de syn. dioeces. l. c. n. 7 ff.; Bouix l. c. p. 460.

[5] Das Nähere über alles dies im II. Buch von den Rechten und Pflichten der einzelnen Kirchenmitglieder.

[6] So äussert sich das ausschliessliche Recht des Pfarrers, selbst wenn die Leiche nicht in seiner Pfarrei begraben wird, in seiner Befugniss, die Funktionen im Trauerhause innerhalb der Parochie vorzunehmen, und den Leichenkondukt zu führen, sowie ferner in dem Anspruch auf die quarta funeralis oder canonica, s. vorläufig Bouix l. c. p. 483 ff. — Darüber, dass die Ausnahme auch für das Aufgebot und die Assistenz bei der Eheschliessung gilt, s. Schulte, Eherecht S. 52. 63.

[7] Praktisch wichtig ist dies nur bei der Taufe und namentlich bei der Trauung.

[8] Wie Eichhorn K. R. 1, 649 u. 2, 269. 270. 332 unter Berufung auf c. 12. X. de poenit. V. 38; Clem. 1. pr. cit., c. 2. in Extrav. comm. de treuga I. 9. u. Trid. Sess. XXIV. c. 4. de ref., Stellen, welche indessen nur die Befugniss, nicht die Pflicht des Pfarrers beweisen, annimmt. Das Privat- und Geld-Interesse des Pfarrers ist doch sicherlich nicht der Grund des Pfarrzwanges. Bei Verweigerung der Erlaubniss seitens des kompetenten Pfarrers wird man sich zweifellos an den Bischof wenden können, welcher in Folge seiner Stellung als allgemeiner Pfarrer der Diöcese die Ermächtigung zu geben befugt ist. Das preuss. L. R. Th. II. Tit. 11. §§. 427 ff., hat freilich die bekämpfte Ansicht und legt dem Pfarrer ferner die Pflicht auf, die Erlaubniss stets schriftlich zu geben.

[9] Denn in einem solchen Falle wird zwar die Kompetenz des eigenen Pfarrers beseitigt, aber ein Recht auf die Benutzung der gottesdienstlichen Anstalt der betreffenden Pfarrei ist dadurch noch nicht von selbst gegeben.

[10] Aber wohl in der Behausung des Parochianen und seiner Anverwandten, weil eben durch die Ermächtigung die Kompetenz des eigenen Pfarrers beseitigt und die des fremden eingetreten ist.

parochialia und scheiden von ihnen unter der Bezeichnung: *functiones parochiales*[1] diejenigen gottesdienstlichen Handlungen, welche ausser den bereits genannten nicht von einem andern, selbst in der Parochie domicilirten Priester ohne Erlaubniss des Pfarrers, resp. des Bischofs in derselben vorgenommen werden dürfen, ohne dass freilich diese Unterscheidung auf einem haltbaren Eintheilungsprincip beruht[2]. Zu den functiones parochiales, welche die Doktrin den jedem Priester ohne Zustimmung des Pfarrers erlaubten Handlungen (den s. g. *functiones mere sacerdotales*) entgegensetzt, werden namentlich gerechnet die Einsegnung des Taufsteines, die Einsegnung der Wöchnerinnen und die Celebration der feierlichen Messe am grünen Donnerstag[3].

V. Abweichungen von den gewöhnlichen Pfarrverhältnissen. 1. Die Kathedral- und Kollegiat-Kirchen. In der ältesten Zeit hatte der Bischof, wie er die Seelsorge für die ganze Diöcese leitete, auch selbstverständlich die Wahrnehmung derselben an der Kathedral-Kirche, also für die bischöfliche Stadt. Hierbei wurde er durch das Presbyterium, vor allem aber durch den ersten, an der Spitze der Priester stehenden Kleriker, den s. g. *archipresbyter*[4], welcher wohl meistens nach der Anciennität[5], indessen mitunter auch unter Nichtbeachtung derselben vom Bischof ernannt wurde[6], unterstützt. Er war der gesetzliche Stellvertreter des letzteren für die Verwaltung der heiligen Handlungen, soweit diese nicht den bischöflichen Ordo voraussetzten, hatte mithin statt desselben namentlich die Messe zu celebriren und die Segnungen zu ertheilen. Ferner lag ihm die Seelsorge über die Priester und die Leitung und Kontrole über die Verwaltung der Sakramente durch diese ob[7]. Dass er aber daneben in der älteren Zeit auch einen Antheil an der äusseren Administration der Geschäfte

[1] Bouix l. c. p. 442 ff.

[2] Denn dass die ersteren dem Pfarrer meistens Nutzen bringen, ist kein ausreichendes Kriterium, und die Definition von Barbosa l. c. c. 13. n. 1, dass die functiones parochiales diejenigen sind, welche von dem proprius parochus vorgenommen werden, passt eben so gut auf die s. g. iura parochialia.

[3] Vgl. im Uebrigen das von Clemens XI. bestätigte Dekret der Congreg. Rituum v. 10. December 1703, welches zur Entscheidung der zwischen den Pfarrern und weltlichen Brüderschaften, resp. den Kapellänen derselben hinsichtlich dieser Verhältnisse entstandenen Streitigkeiten erlassen worden ist, bei Bened. XIV. inst. CV. n. 93 u. bei Bouix l. c. p. 504.

[4] Thomassin l. c. P. I. lib. II. c. 3 ff.; Nardi l. c. 2, 320 ff.; Binterim, Denkwürdigkeiten I. 1, 514 ff. Schon Hieronym. ep. ad Rusticum (s. c. 41. C. VII. qu. 1) kennt den Ausdruck; vgl. auch die c. 7. (s. g. stat. antiqua oder s. g. Carth. IV.) Dist. LXXXVIII.

[5] Thomassin l. c. c. 3. n. 4.; s. auch ep. 19. Leon. I. ad Dorum Benev. (opp. ed. Ballerin. 1, 733).

[6] Liberati Carthag. breviar. c. 14 (Mansi 9, 683): „novissime in Proterium universorum sententia declinavit, utique cui et Dioscorus (von Alexandrien) commendavit ecclesiam, qui et eum archipresbyterum fecerat".

[7] Die früheste Stelle, welche sich ausführlich über seine Funktionen verbreitet, ist c. 1. §. 12 (Isidor.) Dist. XXV = c. 1. X. de officio archipresb. I. 24 mit der unrichtigen Inskription: ex conc. Tolet.: „Archipresbyter vero se esse sub archidiacono eiusque praeceptis, sicut episcopi sui sciat obedire et (quod specialiter ad eius ministerium pertinet) supra omnes presbyteros in ordine positos curam agere et assidue in ecclesia stare et quando episcopi sui absentia contigerit, ipse vice eius missarum solemnia celebret et collectas dicat vel cui ipse iniunxerit". Darüber, dass der das Verhältniss des Erzpriesters zum Archidiakon betreffende Anfang des Kapitels auf späterer Interpolation beruht, welche allerfrühestens im 8. Jahrhundert vorgenommen sein kann, s. oben S. 186. n. 4. und S. 192. n. 8; vgl. ferner c. 3 (Leo papa ?) X. eod.: „Officium archipresbyteri de urbe constat, quando ibi praesul defuerit, vice eius officium inchoare, benedictiones presbyterales in ecclesia dare, missam, quando voluerit cantare vel cui de sacerdotibus iusserit. Quando vero episcopus missam canit, debet praecipere sacerdotibus, ut induant se vestibus sacris et qualiter ad missam procedant. Debet enim praecipere custodi ecclesiae, ut in sacrario eucharistia Christi propter infirmos non desit. Debet infirmis providere et providendo praecipere sacerdotibus ne forte sine confessione vel confirmatione corporis et sanguinis . . . Iesu Christi moriantur; confessiones vero peccatorum eorum qui a foris veniunt, recipere cum omnibus sacerdotibus et exinde per provisionem pontificis magnam debet illis adhibere curam. Ad christianos quoque faciendos et baptizandos infantes et ad succurrendum omnia a sacerdotibus per iussionem illius fiant". S. auch Th. I. S. 359. n. 2. Seine Unentbehrlichkeit im älteren Organismus des Presbyteriums beweist c. 10 Emerit. a. 666 (S. 186. n. 7).

des Bisthums hatte, ergiebt der Umstand, dass ihn der Bischof bei seiner Verhinderung zum Metropolitan-Koncil sandte [1], und er ferner in Gemeinschaft mit dem Archidiakon die Geschäfte während der Sedisvakanz leiten musste [2]. In Folge der Bedeutung, welche die Archidiakonen schon früh erlangt haben, hat er aber seinen Antheil an der äusseren Administration verloren. Damit ist sein Wirkungskreis nicht nur blos auf jene erst erwähnten Handlungen beschränkt, sondern auch seine Stellung, welche früher eine höhere als die des Archidiakons war [3] und ihm zweifellos den Vorrang vor demselben zusicherte [4], herabgedrückt worden, so dass der letztere sogar vielfach die Präcedenz von ihm erlangt hat [5]. Diese Entwicklung ist durch die Ausbildung der vita communis noch befördert worden, da der Archidiakon in Folge dessen vielfach als Propst an die Spitze des Kapitels trat, während der Archipresbyter, dessen Funktionen öfters mit denen des Dekans vereinigt wurden, erst die zweite Stellung in demselben einnahm [6]. Allerdings hätte an und für sich das gemeinsame Leben der Kleriker keineswegs eine Veränderung der Stellung des Kathedral-Erzpriesters bedingt, welcher nunmehr im Gegensatz zu den archipresbyteri rurales den Namen *archipresbyter municipalis* [7] oder *archipresbyter de urbe* [8] erhielt. Denn wenngleich der letztere oft nicht mehr an den Kathedralen erwähnt wird, so rührt das nur daher, dass für den betreffenden, seine Funktionen versehenden Geistlichen die der Stiftsverfassung entnommene Bezeichnung, also der Ausdruck: Dekan, ausschliesslich in Gebrauch gekommen ist [9], und andererseits hat sich daneben auch fort und fort bis in die heutige Zeit nicht nur die Bezeichnung von Archipresbyter für eine der Dignitäten an den Kathedralstiftern erhalten [10], sondern sie ist auch sogar auf die der Kollegiatkirchen übergegangen [11]. Eine Veränderung in der ursprünglichen Stellung des Archipresbyters trat vielmehr erst durch die früher besprochene Einführung der Parochien in den Städten ein [12]. Dadurch wurde erstens ein Theil des städtischen Bezirkes in seelsorgerischer Hinsicht von der Kathedrale losgelöst, und in Folge dessen sind die Befugniss des Archipresbyters und der ihm zur Seite stehenden anderen

[1] c. 5. Emerit. cit.: „Ad suam tamen personam non aliter nisi aut archipresbyterum suum diriget, aut si archipresbytero impossibilitas fuerit, presbyterum utilem .... a tergo episcoporum inter presbyteros sedere et quaeque in eo concilio fuerint acta scire et subscribere. Iniustum enim hoc accipit coetus noster, ut quisquam episcoporum diaconum ad suam personam dirigat; hic enim quia presbyteris iunior esse videtur, sedere cum episcopis in concilio, nulla ratione permittitur“.

[2] Th. I. S. 220. 223. 359. und oben S. 228. s. übrigens auch c. 7. Dist. LXXXVIII u. c. 7 Bracar. I. a. 563.

[3] S. die S. 186 angegebenen Vorgänge über die Beförderung von Archidiakonen zu Priestern, welche ergeben, dass damals die letzteren, also vor allem auch der Archipresbyter, eine höhere Rangstufe in der Hierarchie hatten, und c. 5. Emerit. cit. (Note 1).

[4] Das beweist der Umstand, dass er in den Stellen Th. I. S. 220. 223. stets zuerst genannt wird. S. auch die vorige Note.

[5] S. die S. 302. n. 7. besprochene Interpolation.

[6] S. oben S. 89. 93.

[7] Convent. Ticin. a. 850, c. 6 (LL. 1, 397): „oportet enim, ut plebium archipresbiteri per singulas villas unumquemque patrem familias conveniant, quatinus tam ipsi quam omnes in eorum domibus commorantes qui publice crimina perpetrarunt, publice peniteant; qui vero occulte deliquerunt, illis confiteantur, quos episcopi et plebium archipresbiteri idoneos ad secreciora vulnera mentium medicos elegerint. ... Similiter autem et in singulis urbium vicis et suburbanis per municipalem archipresbiterum et reliquos ex presbiteris strenuos ministros procuret episcopus“.

[8] c. 3 cit. X. I. 24. In dem Summarium dazu, von Anton. de Butrio wird er: archipresbyter civitatensis genannt.

[9] S. oben S. 93. Die Identität von Archipresbyter und Dekan ergeben übrigens auch die S. 95 n. 3 angeführten Stellen. In der Regel Chrodegangs hat man offenbar den Erzpriester unter dem custos s. Stephani (der Kathedrale) zu suchen, s. S. 103.

[10] S. 93. 94, und die Anmerkungen dazu; vgl. ferner Ughelli 3, 206 u. oben S. 116. n. 8. a. E.

[11] So z. B. in Mailand, s. Ughelli 4, 22. 23. Auch jetzt kommt diese Dignität noch in den Kollegiatkirchen vor, s. Analecta 1861. p. 446. Ueber die archipresbyteri bei den römischen Kirchen vgl. Th. I. S. 378. 379.

[12] S. oben S. 279.

Kanoniker mit priesterlichem Ordo auf den Rayon der Kathedrale, also auf die hauptsächlich in demselben wohnenden Mitglieder und sonstigen Angehörigen, z. B. die Vikarien, niederen Beamten des Stiftes beschränkt worden[1]. Ferner aber hat die Umbildung des Kapitels zu einer dem Bischof selbstständig gegenübertretenden Korporation hinsichtlich der Verwaltung der Seelsorge gleichfalls bedeutende Veränderungen hervorgerufen, denn oft erwarb das Kapitel selbst die als nutzbar betrachteten Pfarreirechte[2], und keineswegs hat der archipresbyter überall die ihm früher als gesetzlichem Stellvertreter des Bischofs obliegende Seelsorge zu eigenem Rechte als ein Annexum seiner Dignität sich zu erhalten gewusst[3]. In solchen Fällen[4] war das Kapitel als Korporation Pfarrer, und übte dann die Seelsorge theils durch einzelne dazu deputirte Mitglieder, welche auch die Dignitarien sein konnten[5], theils durch andere damit beauftragte Priester[6] aus, d. h. das Kapitel hatte die s. g. *cura habitualis*[7], während die Vertreter die s. g. *cura actualis* ausübten[8]. Ebenso wie dem ganzen Kapitel konnten aber die Pfarrrechte auch ausser dem Erzpriester einer bestimmten Domherrnstelle[9] oder mehreren derselben zu eigenem Rechte zustehen, und die Inhaber dieser dann gleichfalls wieder einen Vikar zur Verwaltung der Pfarrei einsetzen[10]. Ja mitunter ist wohl auch von dem Kapitel selbst eine Pfarrei in der Weise auf den Bischof übergegangen, dass die Pfarreinkünfte bischöfliches Tafel- oder Mensal-Gut geworden sind[11]. Ganz dieselben Erscheinungen finden sich bei den Kollegiatkapiteln, welche vielfach von vornherein Pfarr-Kirchen waren, und bei denen jene privatrechtliche Behandlung der Pfarreirechte um so leichter Boden gewann, als es hier nicht erst einer Auseinandersetzung mit dem Bischof bedurfte[12].

[1] Ennen, Geschichte der Stadt Köln 1, 705; über Osnabrück s. S. 279. n. 4.

[2] S. S. 280.

[3] Freilich ist das noch jetzt in Mailand der Fall, s. S. 116. n. 8.

[4] Da die mittelalterlichen Quellen über diese Verhältnisse in Bezug auf die Kathedralkirchen sehr spärlich sind, so habe ich die heutigen Einrichtungen und die der Kollegiatkirchen, welche beide Schlüsse auf die hier in Rede stehenden Punkte gestatten, mit herangezogen.

[5] So durch den Archipresbyter in Fraskati u. Noli, Acta s. sed. decerpt. 2, 548. 551; den Dekan in Montefiaskone, s. ibid. 2, 549.

[6] So in Nepi, l. c. 2, 549; in Savona ibid. 2, 551; vgl. auch ibid. p. 553.

[7] Das ist der technische Ausdruck in den Konsistorial-Akten, s. z. B. ibid. 2, 548. 551, und in den päpstlichen Schreiben, s. Const. Gregor. XVI. 1833. §§. 2 ff. Bull. Rom. cont. 19, 293.

[8] Deren Stellung war aber eine sehr verschiedene, denn sie konnten theils auf die cura actualis ein festes Recht haben, was bei den Dignitäten meistens der Fall war, oder blos ad nutum amovibiles, auch des Bischofs angestellt sein, s. Acta s. sed. 2, 550. 593; Anal. 1855. p. 2041 (Kapitel von St. Johann im Lateran) und die vorhergehenden Noten.

[9] So dem Propst in S. Miniato, s. ibid. 2, 552, dem Prior, Anal. 1855. p. 1281; ältere Urkunden für Kollegiatkirchen, s. S. 95. n. 1 (hier dem Propst, nachmals dem Dekan); S. 104. n. 11 (hier erst dem custos, dann dem subcustos), S. 105 (dem custos), Würdtwein nova subs. 1, 212; Mayer thes. 1, 206. 207; 2, 329 und Würdtwein, subs. 2, 372. Die letzten Anführungen ergeben, dass mitunter ein eigener Kanonikat für die Seelsorge mit der Qualität als Personat bestand, und dass der Pfarrer zugleich eine dem Amt des Rural-Archipresbyters ähnliche Stellung für die übrigen Pfarreien der Stadt und Umgebung einnahm.

[10] So soll nach der const. Gregor. XVI. cit. (Note 7) die cura habitualis bei 6 von den 24 Kanonikern sein, die actualis aber einem der 7 mansionarii übertragen werden.

[11] Das muss das Verhältniss in dem Anal. 1855. p. 1168 u. 1638 mitgetheilten Fall gewesen sein, wo der Bischof die ihm an der Kathedrale zustehende Seelsorge einem von ihm unter den Domherrn ausgewählten, s. g. primicerius auf Widerruf übertrug, das Kapitel aber daneben durch den Hebdomadarius (s. S. 142) gewisse Pfarr-Funktionen, so z. B. die Segnung des Taufsteines, die Benediktion der Häuser am Charsamstag u. s. w. vorzunehmen berechtigt war.

[12] S. die vorhergehenden Noten. Das Angeführte zeigt, dass die Angabe bei Müller, Lexikon des Kirchenrechts, 2. Ausg. 1, 427 u. d. W. „Chorpfarrer" und bei Richter, K. R. §. 139, die Seelsorge an der bischöflichen Kirche habe einem Mitgliede des Kapitels obgelegen, unter dem sie von einem Vikar als subcustos oder Chorpfarrer für die Stiftsangehörigen verwaltet worden sei und dass daneben noch besondere Dompfarreien mit eigenen Dotationen bestanden hätten, deren Inhaber nicht Mitglieder des Stiftes gewesen und einen ausgedehnten Sprengel besessen, zu sehr generalisirt.

Von den deutschen Umschreibungsschreiben stellen die preussische und bairische den schon oben erwähnten Grundsatz auf, dass die cura animarum habituell dem Kapitel zusteht, und durch einen von den Kanonikern auszuwählenden, vom Bischof zu bestätigenden Kapitularen actualiter auszuüben ist[1].

2. Mehrheit der Pfarrer. Während es der Natur der Sache angemessen ist, dass in einem bestimmten Bezirk nur ein Geistlicher allein die Pfarrseelsorge ausübt, hat sich doch bei der allmählichen Entstehung der Pfarreien in den Städten und bei der öfters sich findenden Einrichtung, dass die Mitglieder der Stifter abwechselnd die Seelsorge ausübten oder mehrere Stellvertreter ernannten, mitunter auch wohl in Folge des Verwischens des persönlichen Eintheilungsprincips (z. B. bei verschiedenen Kirchen wegen des allmählichen Fortfalls der zu ihr als solcher eingepfarrten Familien[2]) trotz der Vorschrift des Tridentinums[3] und der Partikular-Synoden[4] bis in unsere Zeit die Singularität erhalten, dass mehrere Personen in solidum Pfarrei-Rechte über denselben Bezirk besitzen[5]. Von manchen Kanonisten ist eine derartige Gemeinschaft für rechtlich unzulässig erklärt worden[6], indessen findet sich kein ausdrückliches Verbot dagegen[7], und wenngleich die Praxis der Kurial-Behörden in Uebereinstimmung mit den eben erwähnten Koncilien jene Verhältnisse wegen der dadurch hervorgerufenen Inkonvenienzen so viel wie möglich zu beseitigen gesucht hat, so sind dieselben doch niemals von

[1] Bulle De salute animar. a. 1821 für Preussen: „Porro in qualibet ex antedictis ecclesiis tam archiepiscopalibus quam episcopalibus animarum parochianorum cura habitualis residebit penes capitulum, actualis vero ab uno e capitularibus ad hoc expresse designando et praevio examine ad formam sacrorum canonum ab ordinario approbando cum vicariorum auxilio exercebitur"; (für Köln vgl. auch das Restitutionsdiplom von 1825. §§. 6. 9. 11 u. die Statuten v. 1830. §. 1 bei Hüffer, Forschungen S. 340. 350), die bairische Circumscriptionsbulle vom 1. April 1818 (Weiss, corp. iur. eccles. S. 134) stimmt fast wörtlich mit der preussischen überein. In denen für Hannover und für die oberrheinische Kirchenprovinz ist nichts über diesen Punkt bestimmt.

[2] Dass mitunter auch von den Patronen eine Kirche an mehrere in solidum verliehen worden ist, ergiebt das dagegen eifernde conc. Londin. a. 1237 c. 12 (Hardouin 7, 295), jedoch führen die im Text erwähnten Verhältnisse nicht, so Thomassin l. c. P. I. lib. I. c. 29. n. 5. 6, ausschliesslich auf diese Missbräuche zurück. Ueber das Vorkommen von parochi in solidum vgl. ausser den Stellen in den folgenden Noten noch Petri Cantoris (saec. XII) verbum abbreviatum c. 31. Montibus 1639. p. 90.

[3] Sess. XXIV. c. 13. de ref. (S. 281. n. 1.).

[4] Schon c. 36 Campin. a. 1238 (Hardouin 7, 322) bestimmt: „ut si plures capellani parochianos communes habeant, ad divisionem cogantur adiudicatione et condemnatione pro qualitate rei facta per episcopum competenti"; s. ferner c. 10. Palentin. a. 1322 (Hardouin 7, 1470); c. IX. n. 8. Mediolan. a. 1570 (ibid. 10, 1194): „Cum frequenter varia sequantur incommoda, lites et contentiones ex eo quod in una eademque ecclesia plures pastores auctoritate pares toti parochiae praesint, synodus provincialis in sequendo dispositionem concilii Tridentini statuit ..., ut episcopus in huiusmodi locis unicuique pastori suum proprium et peculiarem assignet populum, deputando cuique certas plateas, vicos et regiones quarum quisque curam gerat aut diversas portiones ad unum pastorem reducat, qui tamen sub se tot habeat adiutores, quod erunt populo necessarii: aut utiliori modo, prout loci qualitas exegerit, provideat".

[5] S. z. B. Acta decerpt. s. sed. 4, 402. 423 u. S. 306. n. 1 u. 5; vgl. auch Nardi l. c. 2, 498.

[6] Hieron. Gonzalez ad reg. VIII. cancell. gl. 6. n. 42 ff.; Barbosa l. c. P. I. c. 1. n. 43 ff.; Card. de Luca, discurs. 9 in concil. Trdent. n. 4 ff.; Reiffenstuel, ius. can. III. 5. n. 30.

[7] Von den eben angeführten Kanonisten wird zwar Bezug genommen auf c. 15 (Alex. III.) X. de praeb. III. 5; c. 41 (Hieron.) C. VII. qu. 1; c. 4 (inc.) C. XXI. qu. 2, aber die ersten beiden Stellen beweisen nicht das Mindeste, die dritte spricht zwar den Grundsatz aus: „una ecclesia non potest dividi inter plures presbyteros, sed unum tantummodo habebit sacerdotem", entbehrt aber jedenfalls der Gesetzeskraft. Das Tridentinum selbst verpflichtet Sess. XXIV. c. 13 de ref. (S. 281. n. 1) die Bischöfe nicht unbedingt zur Beseitigung der erwähnten Verhältnisse. Unter diesen Umständen kann denn auch aus der Analogie des zwei Bischöfe für eine Diöcese verbietenden c. 14. X. de off. iud. ordin. I. 31 (s. S. 39. n. 6 u. S. 40. n. 2) und der Vergleichung des Verhältnisses des Pfarrers zu seiner Parochie mit der Ehe, welche abgesehen von c. 4. C. XXI. qu. 1 in den Quellen nur für die Stellung des Bischofs zur Diöcese vorkommt (s. Nardi l. c. l. c. 1, 78 ff.) nichts gefolgert werden. S. auch Bouix l. c. p. 196.

der Kurie für absolut unstatthaft erachtet worden[1]. In derartigen Fällen ist den Parochianen gegenüber jeder der verschiedenen Pfarrer zu den von ersteren begehrten Parochial-Handlungen berechtigt[2], wegen der Vornahme der gottesdienstlichen Funktionen, welche nur einer vornehmen kann (so z. B. der Celebrirung der Pfarr-Messe) muss Mangels einer Verständigung seitens des Bischofs ein fester Modus der Abwechselung[3] festgesetzt werden. Ein solcher kann auch für die übrigen Funktionen angeordnet sein, entbindet dann aber den nicht an der Reihe befindlichen Pfarrer keineswegs von der Pflicht, im Nothfall für den verhinderten Genossen einzutreten[4]. Freilich erscheint ein derartiges Alterniren da, wo die Einkünfte aus den Pfarr-Handlungen jedem Einzelnen für die von ihm vorgenommenen Funktionen zufliessen, bedenklich, und deshalb hat die Congregatio Concilii dieses Abwechseln mitunter beseitigt, und zugleich die Bildung einer gemeinschaftlichen, auf die verschiedenen Pfarrer gleichmässig zu vertheilenden Masse aus den Emolumenten angeordnet[5].

3. Beschränkung des materiellen Umfangs der Pfarr-Rechte. In Folge der allmählichen Entwicklung der Pfarr-Eintheilung, bei deren weiterer Spezialisirung die geographischen Sprengel der früheren Kirchen nothwendiger Weise eine Verkleinerung und die an diesen angestellten Geistlichen eine Verminderung ihres Einflusses und auch ihrer Emolumente erleiden mussten, löste man die in dem ursprünglichen grossen Parochial-Bezirk neu errichteten Pfarrkirchen oder die später mit dieser Qualität begabten Oratorien[6] nicht immer vollständig von dem Verbande mit der alten Kirche los, welche in dieser ihrer Eigenschaft als *ecclesia mater* in den mittelalterlichen Quellen bezeichnet wird[7], und das um so weniger als man zunächst

[1] So ist bei der Reorganisation des Kapitels von Subiaco im J. 1791 bestimmt worden, dass der Erzpriester und Primicerius „vere et proprie parochi et animarum pastores sint et censeantur", Analect. 1861. p. 978. Beispiel einer Kollegiatkirche, an der die den Kanonikern zustehende cura habitualis durch jährlich zwei aus der Mitte derselben gewählte, vom Bischof approbirte Mitglieder des Stiftes ausgeübt wird, ibid. 1855. p. 2173. S. auch Note 5. Freilich hat die Congr. Concilii andererseits derartige Verhältnisse, wo sie zu Unzuträglichkeiten geführt haben, beseitigt, so in einem Fall, in welchem der Propst und zwei Beneficiaten die Pfarr-Rechte ausübten und der Bischof festgesetzt hatte, dass letztere „una cum praeposito insimul et in solidum curam animarum exercent, quamvis peculiari modo illius exercitium per menses inter sese alternent, nempe praepositus per duos et praebendati singuli per singulos menses absque eo quod tamen ab eodem exercitio ullus umquam se extraneum seu exemptum faciat", s. Anal. 1861. p. 970.

[2] Bouix l. c. p. 197.

[3] Ein solcher Fall, z. B. ein wöchentliches Alterniren bei Gardellini, decreta auth. Congreg. s. rituum. ed. I[a]. n. 3833. (4, 172).

[4] Das folgt daraus, dass in diesen Fällen auch den Einzelnen die Pflicht in solidum obliegt.

[5] So hat die Congr. Concilii in einem Fall von 1757 (Thesaurus resolut. 26, 63. 67) nach Verneinung des Dubiums: „an sit locus reductioni duorum parochorum unius eiusdem parochialis Castri Madamae ad unum solum parochum, qui onus habeat retinendi capellanum coadiutorem in cura animarum ab episcopo approbandum" angeordnet: „Negative, episcopus incumbat exerceri dietim curam animarum per utrumque sublata alternativa et ad mentem; et mens est, ut fiat massa communis ex incertis emolumentis aequaliter dividendis".

[6] Ein Beispiel i. d. dipl. a. 1069, Ussermann, episc. Wirceburg. cod. prob. p. 22: „Dominicales capellas . . . Muggiburc et Affalteren cum dote, plebe et decimis suis ab omni parrochia liberas esse constituimus et in villis utrique destinatis baptismi, confessionis, communionis et sepulturae perpetuam habeant libertatem et ex decimis villarum adiacentium quietam possessionem".

[7] Dipl. a. 1059 bei Lappenberg, hamb. Urkdbch. S. 82; dipl. a. 1187 bei Möser, Urkunden z. Osnabr. Gesch. n. 84 (sämmtl. Werke, herausg. von Abeken 8, 121): „hinc est, quod homines de villis, vid. Siemmemühlen, holthusen et omnes his collegiis i. e. burschapiis attinentes . . . ab ecclesia Damme et omni eius obsequio (excepta synodo quam ibi solito more tenebunt) assensu pastoris Theitmari et sui vicarii Henrici liberavimus et eis in ecclesia Steinfelde quam de suo patrimonio et eleemosinis construxerunt, singularem sacerdotem, baptismum, sepulturam libere concessimus. Statuimus etiam, ut quoties cum novus sacerdos in praefata ecclesia sit instituendus, ille a praedictis hominibus consensu pastoris matricis ecclesiae electus et eidem pastori praesentatus ab ipso investiatur". Ueber die Bedeutung von ecclesia mater als Pfarrkirche s. die Anführungen zu S. 283. n. 5.

dabei nur mit Rücksicht auf die gerade obwaltenden Umstände verfuhr, und ferner die mittelalterliche Anschauung, die einzelnen thatsächlichen Verhältnisse ausschliesslich in ihrer Beziehung auf das Rechtssubjekt als subjektive Berechtigung erfasste, aber nicht fähig war, unter objektiver Betrachtung den Begriff eines auf alle gleichartigen Thatumstände zur Anwendung kommenden allgemeinen Rechtinstitutes zu abstrahiren [1]. Hieraus erklärt sich nicht nur das Vorkommen mannichfacher Belastungen einzelner Pfarrkirchen zu Gunsten der ecclesiae matres in dem eben gedachten Sinne [2], sondern auch das Fehlen einzelner, sonst gewöhnlich den Parochial-Kirchen zustehender Berechtigungen. Vor Allem haben einzelne der letzteren und namentlich die in den Städten [3] belegenen bis auf den heutigen Tag nicht die Erlaubniss erlangt, die Taufen bei sich vornehmen zu dürfen, und darum ist selbst noch jetzt, obwohl für die Regel schon seit alter Zeit Tauf- und Pfarrkirche identisch sind [4], doch ecclesia baptismalis mit ecclesia parochialis nicht vollkommen gleichbedeutend [5]. Die ecclesia baptismalis wird im Gegensatz zu den anderen Pfarrkirchen, welche die Taufe ihrer Parochianen bei ihr vornehmen lassen müssen [6], ecclesia mater und ihre dadurch herbeigeführte angesehene Stellung: matricitas genannt. Soll diese aber eine matricitas im eigentlichen Sinn sein, so schliesst sie jede Tauf-Berechtigung der Pfarrer der anderen Kirchen aus [7], während das Verhältniss auch so gestaltet sein kann, dass die letzteren selbst ihre Pfarrkinder in der ecclesia baptismalis, nur nicht in ihrer eigenen, zu taufen berechtigt sind [8].

Ebenso können dem Pfarrer, resp. der Pfarrkirche andere der oben aufgezählten Befugnisse fehlen, aber wenn die betreffende Kirche und der an dieser angestellte Geistliche überhaupt noch die Eigenschaft als Parochial-Kirche, resp. als Pfarrer besitzen sollen, so darf dem letzteren nicht das Recht entzogen sein, die Seelsorge durch Predigt, durch Religionsunterricht, durch Katechese und durch Spendung der anderen Sakramente als der Taufe zu verwalten und auszuüben. Wesentlich ist also auch die Vollmacht, das Busssakrament zu administriren, aber diese allein kann nicht für ausreichend erachtet werden [9],

1 Das ergiebt die stets vorkommende Aufzählung der einzelnen einer solchen Kirche zertheilten Rechte, s. ausser den S. 283, S. 296. n. 2 u. S. 306. n. 6 u. 7 angeführten Stellen noch dipl. a. 1145 bei Beyer, mittelrhein. Urkundenbuch 1, 593, dipl. a. 1189 u. a. 1224 (Lacomblet, niederrhein. Urkdbch. 1, 362 u. 2, 63), ferner das Vorkommen der Ausdrücke : ius parochiale und ius pastoris im Sinne von subjektiver Berechtigung, s. dipl. a. 1152, Beyer 1, 627 und S. 292. n. 2.

2 S. S. 306. n. 7. Im Gegensatz dazu wird dann oft auch in den Urkunden hervorgehoben, dass eine Pfarrkirche libera ac proprii iuris gemacht worden sei, s. dipl. a. 1072 bei Beyer l. c. 1, 429 und S. 283. n. 5. — Die Mannichfaltigkeit der Verhältnisse ergiebt sich auch daraus, dass mitunter blosse Kapellen oder Oratorien das Recht hatten, in Nothfällen pfarramtliche Handlungen vorzunehmen, s. dipl. a. 1073 (Lacomblet, niederrhein. Urkdbch. 1, 141): „ut hi qui longe sunt remoti a supradicta matrice aecclesia quique sibi viderint mortis imminere periculum propter tempus et difficultatem itineris, illic (d. h. bei dem Oratorium zu Stoppenberg) baptismum et sepulturam ceteraque si necessitas ingruerit recipiant alimenta animae“, dipl. a. 1103, ibid. p. 170.

3 S. darüber oben S. 281.

4 S. S. 265 ff.

5 So erwähnt auch das Trid. Sess. XXI. c. 5 der „ecclesiae parochiales et baptismales“. Vgl. ferner Hieron. Gonzalez ad reg. VIII. canc. gloss. 6. n. 48; Fagnan. ad c. 29. X. de decim. III. 30. n. 55 ff.

6 Solche Fälle s. Anal. 1866. p. 1595. 1597. Mit der Entwicklung der städtischen Parochien in den Bischofsstädten hängt es zusammen, dass oft die Kathedralen allein ecclesiae baptismales geblieben sind, s. oben S. 281 und Anal. 1861. p. 504 ff., sowie dass die Taufe diesen während der Oster- und Pfingst-Oktave ausschliesslich vorbehalten ist, Anal. 1866. p. 1594. Nur auf besonderen päpstlichen Privilegien beruht es, dass der Pfarrer der Vatikanischen Basilika zu Rom das Recht besitzt, auch alle in den anderen Parochien der Stadt geborenen Kinder zu taufen, s. ibid.

7 Anal. 1866. p. 1598.

8 Anal. l. c.

9 Wie anscheinend Phillips, Lehrb. S. 456. n. 40 unter Berufung auf Barbosa l. c. P. I. c. 1. n. 34 u. Wiestner, ius canon. III. 29.

da sich der Pfarrer nur durch die eben angeführten anderen Befugnisse von dem gewöhnlichen, für einen bestimmten Bezirk approbirten Beichtvater unterscheidet.

VI. Aeussere Zeichen der Pfarr-Qualität. Aus dem eben Bemerkten ergiebt sich, dass eine Minderung der oben gedachten, im Pfarr-Amt liegenden Befugnisse zwar vorkommen kann, aber nicht die Regel bildet. Demnach spricht eine Präsumtion dafür, dass wenn die Pfarr-Qualität einer Kirche an und für sich feststeht, der Pfarrer auch die sämmtlichen Parochial-Rechte besitzt, d. h. also derjenige, welcher eine Einschränkung derselben zu seinen Gunsten, resp. zu Gunsten seiner Kirche behauptet, hat eine solche zu beweisen [1]. Umgekehrt aber folgt auch, dass es für den Fall, wo jene Eigenschaft in Frage gezogen wird, keine festen äusseren Kennzeichen für die bestrittene Pfarr-Qualität geben kann. Denn das Fehlen des Taufsteins ist kein entscheidender Beweis dagegen, wie umgekehrt auch nicht dafür, da sogar vereinzelt blosse Baptisterien vorkommen, in welchen allein die Taufe gespendet wird [2], ohne dass die bei der betreffenden Kirche angestellten Geistlichen das Recht besitzen, andere pfarramtliche Funktionen vorzunehmen. Dasselbe gilt von dem Vorhandensein oder dem Mangel eines Kirchhofes, welchen auch begräbniss-, aber nicht pfarrberechtigte Kirchen besitzen können, und welcher also der Pfarrkirche nicht absolut wesentlich ist [3]. Freilich kann die Konkurrenz dieser Momente als Indicium für oder gegen die Pfarr-Qualität in Verbindung mit anderen Thatumständen in Frage kommen, namentlich dann wenn es sich um das Verhältniss zweier bestimmter Kirchen zu einander handelt [4].

VII. Der Bischof als Pfarrer seiner Diöcese. Da das Amt der Pfarrer und die Pfarr-Eintheilung allein auf dem ius humanum beruht (s. S. 294), so ist die Einführung der letzteren nicht absolut nothwendig. In den Diöcesen, wo eine solche nicht besteht [5], ruht die Seelsorge wie in alter Zeit ausschliesslich in der Hand des Bischofs [6] und derselbe kann sich dann zur Aushülfe einzelner Priester bedienen, welche ad nutum amovibiles sind und bestimmte Missionen von ihm erhalten. Verschieden davon ist der Fall, wo der Bischof bei bestehendem Pfarrsystem [7] eine einzelne Pfarrei für sich erworben hat. Denn hier besitzt er nur für diese die Pfarr-Rechte. Allerdings sind dieselben, soweit sie die Seelsorge betreffen, schon in seinem bischöflichen Amte enthalten, nichtsdestoweniger wäre aber die Annahme falsch, dass durch eine solche Vereinigung die ersteren völlig absorbirt würden, denn abgesehen von den geistlichen Amtsbefugnissen besitzt der Pfarrer noch kraft seines Amtes andere, so namentlich Vermögensrechte, welche heute von den bischöflichen Berechtigungen verschieden sind, also auch dem Bischof kraft eines besonderen Titels zustehen können [8].

VIII. Die Führung der Kirchenbücher durch den Pfarrer [9]. Erst

n. 8, welche das übrigens nicht bestätigen, behauptet, namentlich erklärt der letztere auch die Befugniss zur Spendung der Eucharistie für den Pfarrer als wesentlich.

1 Engel, colleg. univ. iur. canon. III. 29. n. 6.

2 S. oben S. 281 u. Fagnan. l. c. n. 57.

3 Vgl. dazu Barbosa l. c. n. 29 ff., wo auch über die anderen äusseren Merkmale, z. B. die Glocken und das Recht zur Aufbewahrung der Eucharistie das Erforderliche bemerkt ist.

4 So z. B. wenn eine Kirche die Matricität über eine andere behauptet und selbst einen Taufstein besitzt, die letztere aber nicht.

5 S. 281. n. 2.

6 Darüber, dass ein solches Verhältniss nicht unstatthaft ist, vgl. auch Analect. iur. pontif. p. 1610.

7 S. 304. n. 11.

8 Die Worte des Trid. Sess. XXIV. c. 18 de ref.: „quum parochialis ecclesiae vacatio, etiamsi cura ecclesiae vel episcopo incumbere dicatur" ergeben, dass das Koncil keine Absorption angenommen hat.

9 Binterim, comment. histor. criticus de libris baptizatorum, coniugatorum et defunctorum antiquis et novis et de eorum fato ac hodierno usu. Dusseldorpii 1816; desselben Denkwür-

das Tridentinum[1] hat eine feste Einrichtung für die Beurkundung auch für die sonstigen Verhältnisse der Betheiligten wichtiger, kirchlicher Akte getroffen, indem es den Pfarrern die Verpflichtung zur Führung zweier Bücher, eines bestimmt für die Eintragung der Namen der Getauften und Taufpathen, und eines anderen behufs der Verzeichnung der geschlossenen Ehen, d. h. der Namen der Ehegatten, der Zeugen, sowie der Zeit und des Ortes des Abschlusses der ehelichen Verbindung, auferlegte. Durch die Partikulargesetzgebung in den einzelnen Theilen der Kirche sind nicht nur die näheren Ausführungsmodalitäten der Vorschrift des Tridentinums festgestellt, sondern auch noch Anordnungen über die Anlegung und Führung eines Firm- und Todtenbuches, sowie eines s. g. liber status animarum (d. h. eines Verzeichnisses der zur Parochie gehörigen Personen und ihrer Familien) getroffen worden[2]. Ihrer ursprünglichen Bestimmung nach dienen diese s. g. Kirchenbücher (s. g. *libri parochiales, matriculae*), welche noch heute von den Pfarrern geführt werden müssen, kirchlichen Zwecken, und es steht daher der kirchlichen Gewalt zu, die nöthigen Anweisungen über ihre Haltung, Einrichtung u. s. w. zu treffen. Ebenso zweifellos ist es, dass die Eintragungen in diese Bücher über die von den Pfarrern selbst wahrgenommenen oder ihnen pflichtgemäss angezeigten Thatsachen, sowie die ordnungsmässig auf Grund der Bücher ausgestellten Atteste (also z. B. die Tauf-, Trau-, Todtenscheine) für das Gebiet der Kirche die Beweiskraft öffentlicher Urkunden besitzen.

Da aber gleichzeitig ein Theil der von den Pfarrern geführten Bücher und Register (so das Tauf-, Ehe- und Todtenbuch) für die Rechtsverhältnisse der Einzelnen in bürgerlicher Beziehung von entschiedener Bedeutung ist, so hat die staatliche Gesetzgebung dieselben auch da, wo die beurkundeten Thatsachen für die bürgerliche und rechtliche Sphäre in Frage kommen, für massgebend anerkannt. Das war deshalb selbstverständlich, weil erst im Verlauf des 18. Jahrhunderts eine Scheidung des kirchlichen und staatlichen Eherechtes eingetreten ist, und der Beweis für den Abschluss der Ehe nicht anders als durch das Zeugniss des für die Gültigkeit des Aktes nothwendiger Weise zuzuziehenden Geistlichen erbracht werden konnte, sodann bei dem Mangel von dissidentischen Sekten oder bei der Unterdrückung derselben auch alle neugeborenen Kinder die christliche Taufe empfingen, und damit das Taufregister von selbst auch zum Geburtsregister wurde. Andererseits hat aber die Staatsgesetzgebung, weil sie die Pfarrbücher nicht als ausschliesslich kirchliche Register betrachtete, im Interesse einer richtigen und genauen Standesbuchführung sich berechtigt erachtet, den Pfarrern für die Ausübung dieser Pflicht gesetzliche Vorschriften zu machen, also unabhängig von der kirchlichen Behörde diese Verhältnisse zu ordnen, — eine Ordnung, welcher sich die katholische Kirche überall gefügt hat.

digkeiten I. 1, 182 ff.; Augusti, Denkwürdigkeiten 12, 280 ff.; K. Chr. Becker, wissenschaftliche Darstellung der Lehre von den Kirchenbüchern. Frankfurt a. M. 1831; Gründler, über die Beweiskraft der Kirchenbücher in der allg. Kirchenztg. 1842. No. 177. 178. S. 1465 ff.; Uihlein, über den Ursprung u. die Beweiskraft der Pfarrbücher im Archiv für die civilist. Praxis 15, 26 ff.; Strippelmann, der Beweis durch Schrift-Urkunden. Cassel 1860. Abth. 1. S. 213 ff.

1 Sess. XXIV. de ref. matr. c. 1. 2. Die Sitte, dergleichen und ähnliche Register zu führen, ist allerdings viel älter als das Tridentinum, s. Uihlein a. a. O. S. 32. 37; Binterim, comment. p. 15 ff.; desselb. Denkwürdigkeiten a. a. O. S. 182. Eine allgemeine amtliche Verpflichtung ist aber erst durch das erwähnte Koncil statuirt worden.

2 Eine Anweisung zur Führung der im Text erwähnten fünf Bücher giebt das Rituale Romanum im Anhang. Zusammenstellungen derartiger anderer Vorschriften bei Binterim, comment. p. 34. 73 u. 108 u. Uihlein S. 35. 39, wozu noch nachzutragen das Statut bei Binterim u. Mooren, Erzdiöcese Köln 2, 384. Vgl. auch Barbosa l. c. P. I. c. 7.



Damit ist der noch heute in dem grössten Theile von Deutschland für die Standesbuchführung der Katholiken rechtlich anerkannte Zustand charakterisirt. Pfarramtliche Führung der Kirchenbücher mit beweisender Kraft auch für die staatliche Sphäre besteht in Altpreussen[1] und in den neuen Provinzen Hannover[2], Kurhessen[3], Nassau[4], Holstein[5] und Schleswig[6], ferner in Baiern[7], Würtemberg[8], im Grossherzogthum Hessen[9], im Königreich Sachsen[10], in Oldenburg[11], Braunschweig[12], Sachsen-Weimar[13], Lippe-Detmold[14] und Anhalt[15]. Dasselbe gilt in Oesterreich[16]. Gewöhnlich schreiben die betreffenden Ordnungen die Führung von Geburts-, Aufgebots- und Trau-, ferner von Todten- und Begräbniss-, einzelne auch von Konfirmationsbüchern vor[17], während die Anfertigung des status animarum für die Regel den Pfarrern nur durch die kirchlichen Behörden aufgegeben ist[18], dieselben aber anderseits durch Aufmachung von Populations-, Militär-Konskriptionslisten u. s. w. für staatliche Zwecke Dienste leisten müssen[19]. Meistens ist auch neben der Führung des Hauptkirchenbuches, welche der Pfarrer oder der Pfarr-Verweser selbst zu besorgen hat, die eines Duplikates durch den Küster[20], resp. die Gemeindevorsteher[21] oder Schulmeister[22] angeordnet, welches nach jährlichem Abschluss an die Gerichte oder eine andere staatliche Behörde[23] zur Aufbewahrung eingesendet werden muss.

[1] A. L. R. Th. II. Tit. 11. §§. 481 ff. mit den dazu ergangenen Verordnungen bei Vogt, Kirchen- u. Eherecht in d. preuss. Staaten 1, 361 ff.

[2] Ministerial-Bekanntmachung v. 13. November 1852 u. Ges. über die Angaben für die Kirchenbücher v. 14. Juli 1853 (Moser, A. Kirchenblatt 1853. S. 689. 705).

[3] Verordn. über die Führung der Kirchen- oder Pfarrbücher v. 28. December 1829 (Ges.-Samml. S. 83 ff. u. Becker a. a. O. Anh. S. 104 ff.), ihrem Inhalt nach extrahirt bei Büff, kurhess. Kirchenrecht S. 435 u. bei Strippelmann a. a. O. S. 218 ff.

[4] Anordnung vom 15. December 1817, s. Becker a. a. O. S. 84. 90.

[5] Ges. v. 4. Juli 1863. §. 12 (Dove, Zeitschrift 4, 268).

[6] Es ergiebt sich das aus der Verordn. v. 23. April 1864, welche den Katholiken die Gründung von Gemeinden mit Parochialrechten gestattet (s. Dove a. a. O. 6, 146).

[7] Religions-Edikt v. 1818. §. 64: „. . . werden . . . als weltliche Gegenstände erklärt: . . . h) Vorschriften über die Einrichtung der Kirchenlisten als Quellen der Bevölkerungsverzeichnisse, als Register des Civilstandes und über die Legalität der pfarramtlichen Dokumente". §. 65: „In allen diesen Gegenständen kommt der Staatsgewalt allein die Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit zu". Das Weitere bei Silbernagl, Verfassung sämmtlicher Religionsgenossenschaften in Baiern S. 63 ff.

[8] General-Reskript vom 15. November 1807, Reyscher, Sammlung 10, 190.

[9] Verordnung vom 24. September 1807 bei Becker a. a. O. S. 46. 124.

[10] Mandat v. 19. Februar 1827. §. 64: „Die Kirchenbücher der römisch-katholischen Gemeinden, worin alle Trauungs-, Tauf- und Beerdigungshandlungen aufzuzeichnen sind, haben gleiche rechtsgültige Glaubwürdigkeit, wie die Kirchenbücher der Gemeinden der anderen christlichen Konfession, sind aber auch den ergangenen gesetzlichen Vorschriften gemäss einzurichten"; vgl. dazu Generale v. 18. Februar 1799, Kodex des sächs. Kirchenr. S. 193 ff.; v. Weber, system. Darstellung des in Sachsen geltenden Kirchenrechts. 2. Aufl. 2, 81 u. Haan, Lexikon des Kirchenrechts. Leipzig 1860. S. 188.

[11] Normativ v. 5. April 1831. §. 32 (Müller. Lexikon des Kirchenrechts. 2. Aufl. 5, 420).

[12] Ges. betr. die Ordnung der kirchl. Verhältnisse der Katholiken v. 10. Mai 1867. §§. 19 ff. nebst Verordn. dazu von dems. Tage bei Moser, A. Kirchenblatt 1867. S. 269 u. Moy, Archiv 19, 414 ff.

[13] Gesetz vom 7. Oktober 1823. §. 40 bei Müller a. a. O. S. 386.

[14] Edikt vom 9. März 1854. Art. 4—6, Beiträge zum preuss. u. deutsch. Kirchenrecht. Hft. 2. S. 82. 83.

[15] Schulte, status dioeces. cathol. p. 152.

[16] Schulte l. c. p. 4; Ginzel, K. R. 1, 329; Helfert, Anleitung z. geistl. Geschäftsstyl. 7. Aufl. Prag 1856. §§. 92. 115. 149. 166. 182. 200. 202—204.

[17] So z. B. die Kurhessische Verordnung. §. 42.

[18] S. z. B. für Breslau Sauer, pfarramtliche Geschäfts-Verwaltung S. 92; für Oesterreich Ginzel 1, 329.

[19] S. z. B. für Preussen Vogt a. a. O. 1, 371; für Baiern Silbernagl S. 64; für Oesterreich Ginzel 1, 330 ff.

[20] So z. B. in Altpreussen s. A. L. R. a. a. O. §§. 501—503.

[21] Silbernagl S. 63.

[22] In Sachsen s. Haan S. 188.

[23] Mitunter auch an die Ordinariate, so in Oesterreich, s. Schulte l. c. p. 4.

In Frankreich, wo die Gesetzgebung schon vor dem Tridentinum eine Reihe von Vorschriften über die Führung der Kirchenbücher durch die Geistlichen und auch später fort und fort eine Reihe von drückenden Kontrol-Vorschriften erlassen hatte [1], wurde die Beurkundung des Personenstandes durch Gesetz vom 20. September 1792 eigenen aus der Mitte der Municipalbehörden zu wählenden Beamten [2], dann aber durch das Gesetz vom 28. Pluviôse des Jahres VIII (17. Februar 1800) den Maires übertragen [3], und dabei hat es auch sein Bewenden behalten [4], da der Code civil art. 34 ff. nur nähere Vorschriften über die s. g. Civilstandsurkunden selbst giebt [5]. In Folge der Einführung der französischen Gesetzgebung in einzelnen Theilen Deutschlands hat sich die Standesbuchführung durch die Bürgermeister-Aemter bis auf den heutigen Tag in Rhein-Preussen [6], Rhein-Baiern und Rheinhessen [7] erhalten. Durch das im J. 1848 hervortretende Bestreben nach einer Trennung des Staates von der Kirche und insbesondere nach Einführung der Civilehe hat das französische System weiteres Terrain gewonnen [8], aber mit der rückläufigen Bewegung auch wieder verloren. Heute besteht seit jener Zeit eine ausschliesslich staatliche Standesbuchführung noch in Frankfurt a. M. [9], während sie neuerdings in Hamburg [10] und im Grossherzogthum Baden [11] eingeführt worden ist.

Eine Modifikation hat endlich das erst erwähnte System da erlitten, wo die Eheschliessung vor staatlichen Beamten als s. g. fakultative oder Noth-Civil-Ehe für die Katholiken Geltung erlangt hat, da hier neben der kirchlichen eine bürgerliche Standesbuchführung für die in der gedachten Form eingegangenen Ehen vorkommt [12], sofern nicht die Pfarrer ausschliesslich [13] verpflichtet worden sind, diese Ehen auf Mittheilung des betreffenden staatlichen Beamten in die Kirchenbücher einzutragen [14].

[1] Friedberg, das Recht der Eheschliessung. S. 523 ff.

[2] A. a. O. S. 558.

[3] Friedberg S. 569.

[4] Zachariä-Anschütz, französ. Civilrecht 1, 172.

[5] S. a. a. O. S. 172.

[6] Perrot, Verfassung etc. der Gerichte der preuss. Rheinprovinzen 1, 433 ff.

[7] Friedberg a. a. O. S. 605.

[8] So erklärten die in die Reichsverfassung von 1849. §. 151 übergegangenen deutschen Grundrechte: „die Standesbücher werden von den bürgerlichen Behörden geführt", s. Friedberg a. a. O. S. 657. 658. Auch noch die preuss. Verf.-Urk. v. 1850 bestimmt Art. 19: „Die Einführung der Civil-Ehe erfolgt nach Massgabe eines besonderen Gesetzes, was auch die Führung der Civilstandsregister regelt". Ausgeführt ist dieser Art. bisher nicht.

[9] Ges. vom 19. November 1850, bei Friedberg a. a. O. S. 765. Dasselbe hebt die bis dahin bestehende Kirchenbuchführung auf (§. 1), führt Standesbücher zur Beurkundung der Geburten, Ehen und Todesfälle ein (§. 2), stellt die Standesbuchführung als Zweig der freiwilligen Gerichtsbarkeit unter die Aufsicht des Stadtgerichts (§. 4) und überweist die erstere besonderen Beamten, den s. g. Standesbuchführern (§§. 5. 6).

[10] Ges. vom 17. November 1865, betreff. die Civilstandsregister und die Eheschliessung (über die Einführung in die Landdistrikte, s. Gesetz-Sammlung der fr. Stadt Hamburg. Bd. I. 1866. S. 169. 171. 172). Danach sind eigene Beamte mit dieser Funktion betraut; in den Landherrenschaften theilweise noch die Prediger, die sich aber nach den Bestimmungen des Gesetzes zu richten haben.

[11] (Staats-) Gesetz vom 21. December 1869, die Beurkundungen des bürgerlichen Standes und die Förmlichkeiten bei Schliessung der Ehen betreffend, nebst Verordn. von dems. Tage bei Dove u. Friedberg, Ztschrft. 10, 113. 128. Der Standesbuchführer ist danach der Bürgermeister, resp. in grösseren Städten ein von dem Gemeinderath mit Staatsgenehmigung ernanntes Mitglied desselben (s. §§. 1—3 des Ges.). Früher galt in Baden das andere System, da bei Einführung des badischen, den Code civil fast ganz reproducirenden Landrechtes die Pfarrer zu bürgerlichen Standesbuchführern erklärt worden sind. Die jetzt beseitigten Verordnungen bei Spohn, badisches Staatskirchenrecht S. 90 ff.

[12] So bei der Noth-Civil-Ehe in Würtemberg, s. vorläufig Friedberg a. a. O. S. 683. 782, und neuerdings in Oesterreich, Ges. vom 25. Mai 1868. Art. 2. §. 9 (Moy, Archiv 20, 160) u. Ausführungsverordnung vom 1. Juli 1868. §§. 16 ff. (a. a. O. S. 329).

[13] Das ist der Fall nach dem die fakultative Civil-Ehe einführenden Oldenburgischen Gesetz vom 31. Mai 1855. Art. 24 bei Friedberg a. a. O. S. 770.

[14] In Oesterreich und Würtemberg, wo staatliche Bücher geführt werden, ist diese Verbindlichkeit gleichfalls statuirt, offenbar im Interesse

Wo das eben besprochene System der weltlichen Civilstandsregister besteht, haben allein diese letzteren, sowie die auf Grund derselben ausgestellten Atteste die Qualität öffentlicher Urkunden, und ferner sind diese Beurkundungen die regelmässigen Beweismittel für die betreffenden Thatsachen, also die Geburt, die Eheschliessung und den Tod [1]. An der Führung eigener Kirchenbücher hindert diese Einrichtung die katholische Kirche nicht [2], wie ja die pfarramtlichen Register für die Regel ausser den Geburten, resp. Taufen, Eheschliessungen und Todesfällen, resp. Begräbnissen auch noch z. B. die Firmlisten umfassen. Aber als öffentliche Urkunden mit voller Beweiskraft gelten diese kirchlichen Bücher für das staatliche Gebiet nicht. In wie weit ihnen eine solche, namentlich für den praktisch wichtigsten Fall, dass die staatlichen Register abhanden gekommen oder vernichtet sind, zustehen kann, das hängt von dem Beweissystem der einzelnen neben ihnen in Frage stehenden Prozess-Ordnung ab [3].

Das französische System hat den Vorzug, dass es der katholischen Kirche die Handhabung ihres Buchwesens nach rein kirchlichen Gesichtspunkten gestattet. Dagegen macht die andere, noch im grössten Theile von Deutschland geltende Einrichtung die Pfarrer zugleich zu staatlichen Civilstandsbeamten. Zweifellos ist es, dass diese daher [4] auch den staatlicherseits erlassenen Anordnungen Folge zu leisten, verpflichtet sind. Wenn ferner der Staat mit Rücksicht darauf, dass er der katholischen Kirche seinen Schutz angedeihen lässt und sie mit mannigfachen Privilegien ausgestattet hat, ihren Beamten gewisse staatliche Verpflichtungen als Gegenleistung dafür aufzuerlegen berechtigt ist, so darf man doch andererseits nicht vergessen, dass sich der Staat hier eine ursprünglich für kirchliche Bedürfnisse eingeführte Institution nutzbar macht, für deren Regelung auch kirchliche Gesichtspunkte in Frage kommen. Demgemäss erscheint es ein gerechter Anspruch der Kirche, dass der Staat bei dem Erlass solcher Anordnungen sich vorher mit den kirchlichen Organen, also den Bischöfen, in das Einvernehmen setzt und nicht ohne Weiteres Vorschriften erlässt, welche vielleicht die kirchlichen Interessen beeinträchtigen [5].

Das in der Mitte stehende System, welches bei der Noth-Civil-Ehe nach der staatlichen Eintragung noch eine kirchliche den Pfarrern zur Pflicht macht, leidet an der Inkonsequenz, dass es der Kirche zur entscheidenden Mitwirkung bei einem von ihr gemissbilligten Akt keinen Zwang auferlegt, einen solchen aber doch wieder für eine andere Handlung statuirt, zu welcher dieselbe nach ihren Grundsätzen sich ebenso wenig bereit erklären kann, wie zur Eheschliessung selbst, d. h. dass es für solche Fälle die Qualität des Geistlichen als staatlicher Urkundsperson beseitigt, den von ihm

der Vollständigkeit der Kirchenbücher, welche für die Geburten und Todesfälle die auch staatlicher Seits anerkannten Register geblieben sind.

[1] Das letztere liegt in der Natur der Sache, ausdrücklich spricht es aus art. 46 des Code civil.

[2] So werden dieselben auch thatsächlich in den deutschen Diöcesen, in deren Gebieten der Code civil gilt, also in Köln, Trier, Speier und Mainz geführt, Schulte, stat. 66. 91. 134.

[3] Bei freier Beweistheorie entscheidet also das richterliche Ermessen, welches mit Rücksicht auf die doch immer auch durch die Natur der Verhältnisse garantirte Ordnungsmässigkeit der kirchlich geführten Bücher letztere jedenfalls anders als gewöhnliche Privat-Urkunden wird behandeln müssen. Zu beachten ist übrigens hierbei, dass bei Nothwendigkeit der Civilehe es sich auch um den Beweis der zur Rechtsgültigkeit erforderlichen Solennitäten dieser letzteren handelt, über welche die katholischen Kirchenbücher nichts ergeben können, da die katholische Form eine andere ist.

[4] Hierin liegt auch der Grund, weshalb das staatliche Anordnungsrecht in Preussen nicht durch die Verf.-Urk. von 1850. Art. 15 beseitigt ist.

[5] Demgemäss kann ich der Aeusserung Richters, K. R. §. 292, welche auch gesetzlich in dem bairischen Religions-Edikt (S. 310. n. 7) sanktionirt ist, dass die Aufsicht über die Führung der Kirchenbücher und der Erlass dahin abzielender Anordnungen schlechthin in das Gebiet des Staates fällt, nicht zustimmen.

geführten Trauungsregister aber in zweiter Linie neben dem staatlich geführten die Eigenschaft als bürgerliches Civilstandsbuch zu wahren sucht.

IX. Die Konfession als Princip der Zugehörigkeit zum Pfarrverbande. Vom Standpunkt des katholischen Kirchenrechts aus giebt es keine anderen neben der katholischen berechtigte christlichen Kirchen, vielmehr sind die aus derselben zu anderen übergetretenen Personen nichts als abtrünnige, von ihren kirchlichen Pflichten nicht frei gewordene Mitglieder, und ferner gehören ihr nach katholischer Auffassung alle christlich getauften Individuen ohne Weiteres an. Die Konsequenz dieser Anschauung ist die, dass sämmtliche in einer bestimmten Parochie angesessenen nichtkatholischen Christen, also namentlich die Protestanten, auch dem katholischen Pfarrer ebenso wie die Katholiken selbst unterworfen sind.

In Folge der staatlichen Gleichberechtigung der Protestanten und der Angehörigen anderer Religionsgesellschaften hat aber dieser Grundsatz für das staatliche Recht in Deutschland seine Geltung verloren, und nachdem auch da, wo früher umgekehrt wegen der Stellung der protestantischen Kirche als ecclesia dominans die Katholiken dem evangelischen Pfarrzwang in manchen Beziehungen unterworfen waren, diese Verhältnisse meistens beseitigt worden sind, gilt es heute fast überall in Deutschland als erste Bedingung für die Unterwerfung unter den Pfarrzwang des katholischen Pfarrers, dass die betreffende Person auch der katholischen Kirche und zwar nach Massgabe der darüber staatlicherseits anerkannten kirchenrechtlichen Normen angehört[1]. Dieser

[1] In Oesterreich sind die den katholischen Pfarrern über die Akatholiken eingeräumten Pfarr-Rechte, vgl. Helfert, Rechte der Akatholiken. S. 192 ff. (u. §. 71 allg. bürg. Ges.-Buch) durch die Ministerial-Verordnung vom 30. Jänner 1849 (Reichsgesetzblatt Nr. 107) fortgefallen, vgl. auch Porubszky, die Rechte der Protestanten in Oesterreich. §§. 1. 69. 237. 350. 367. 405. 414; s. auch Ges. v. 25. Mai 1868 über die interkonfessionellen Verhältnisse. Art. 9 (Moy, Archiv 20, 166): „Angehörige einer Kirche oder Religionsgenossenschaft können zu Beiträgen an Geld und Naturalien oder zu Leistungen an Arbeit für Kultus- und Wohlthätigkeitszwecke eines andern nur dann verhalten werden, wenn ihnen die Pflichten des dinglichen Patronates obliegen oder wenn die Verpflichtung zu solchen Leistungen auf privatrechtlichen, durch Urkunden nachweisbaren Gründen beruht oder wenn sie grundbücherlich sicher gestellt ist. Kein Seelsorger kann von Angehörigen einer ihm fremden Konfession Taxen, Stolgebühren u. dgl. fordern, ausser für auf deren Verlangen wirklich verrichtete Funktionen und zwar nur nach dem gesetzlichen Ausmass". Das preussische Allg. L. R. Th. II. Tit 11. §. 261 bestimmt: „Doch soll Niemand bei einer Parochialkirche von einer anderen als derjenigen Religionspartei, zu welcher er selbst sich bekennt, zu Lasten und Abgaben, welche aus der Parochialverbindung fliessen, angehalten werden, wenngleich er in dem Pfarrbezirke wohnt oder Grundstücke darin besitzt"; und dieser Grundsatz ist später durch besondere Verordnungen auch in einzelnen der altländischen Provinzen, zuletzt in Ostpreussen durch das Ges. vom 9. Mai 1854 zur Geltung gebracht, s. diese bei Vogt a. a. O. 1, 268 ff. Was die neuerworbenen Provinzen betrifft, so ist schon in Hannover durch die landesherrl. Verordn. vom 28. September 1824 jede Art eines Pfarrzwanges unter den christlichen Konfessionen aufgehoben und ferner bestimmt worden, dass jeder Geistliche nur von den Pfarrkindern seiner Konfession die s. g. Stolgebühren oder andere nur den Eingepfarrten als solchen obliegende oder Parochiallasten zu fordern habe, dass dagegen alle solche, den Kirchen, Pfarren und Schulen gebührenden Leistungen, welche auf Höfen, Häusern und sonstigen Grundstücken eines Pfarrbezirks ohne Rücksicht auf die persönliche Eigenschaft des Besitzers als Glaubensgenossen und Eingepfarrten haften, ohne Unterschied der Konfession geleistet werden müssen, und ferner dass dem Geistlichen einer fremden Konfession, welcher auf ausdrückliches Ersuchen einen Parochial-Akt vorgenommen hat, die Stolgebühren zu entrichten sind (s. Spangenberg in Lipperts Annalen, Hft. 2. S. 51); für Holstein vgl. das Gesetz vom 4. Juli 1863. §. 2 (Dove, Ztschr. 4, 265, u. Moy 11, 445): „Wer einer der genannten Religionsgemeinschaften angehört, ist von persönlichen Beiträgen und Leistungen für die Landeskirche befreit, ist jedoch verpflichtet, die auf seinem Grundbesitz haftenden Lasten zum Besten der Landeskirche abzuhalten"; wegen Kurhessen und Nassau s. das über die oberrheinische Kirchenprovinz Angeführte. Vgl. ferner bairisches Religions-Edikt v. 1818. §. 84: „Religionsverwandte einer öffentlich aufgenommenen Kirche, welche keine eigene Gemeinde bilden, können sich zu einer entfernten Gemeinde ihres Glaubens innerhalb der Grenzen des Reichs halten". §. 85: „Auch ist ihnen freigestellt, von dem Pfarrer oder Prediger einer anderen Konfession an ihrem Wohnorte jene Dienste

Grundsatz muss auch Mangels einer ausdrücklichen entgegengesetzten Bestimmung oder einer durch den Charakter der bisherigen Entwicklung bedingten Einschränkung[1] überall da zur Anwendung gebracht werden, wo der anderen Konfession eine über das Mass der blossen Gewissensfreiheit und der blossen Tolerirung der Hausandacht hinaus gehende Duldung gewährt ist, denn dann folgt aus der gestatteten genossenschaftlichen Vereinigung auch von selbst die Unzulässigkeit der Unterwerfung unter eine andere Religionspartei. Die reine Durchführung des eben besprochenen Principes bedingt es ferner, dass die vereinzelt in der Parochie einer bestimmten Konfession wohnenden Mitglieder einer anderen Kirche nicht dem Pfarrrecht des Geistlichen der ersteren unterworfen sind, es ihnen vielmehr freistehen muss, sich zu einer der nächstgelegenen Pfarreien ihrer Konfession zu halten[2] oder sich durch einen sie zeitweise besuchenden

und Amtsfunktionen nachzusuchen, welche sie mit ihren eigenen Religionsgrundsätzen vereinbarlich glauben und jene nach ihren Religionsgrundsätzen leisten können". §. 86: „In dergleichen Fällen sollen dem Pfarrer oder Geistlichen der fremden Konfession für die geleisteten Dienste die festgesetzten Stolgebühren entrichtet werden"; für die oberrheinische Kirchenprovinz s. Edikt v. 30. Januar 1830. §. 13: „Die Katholiken, welche seither in keinem oder mit einem Geistlichen anderer Konfession im Pfarrverbande standen, werden einer der im Bisthum bestehenden Pfarreien zugetheilt"; vgl. dazu noch für Würtemberg die Reyschersche Samml. 10, 984. 1044 und für Kurhessen, Büff, kurhess. Kirchenrecht S. 267. n. 7. 10; für das Königreich Sachsen, s. Mandat v. 19. Februar 1827. §. 65: „Die von der evangelisch-lutherischen Kirche gegen die römisch-katholischen Glaubensgenossen sonst verfassungsmässig ausgeübten Parochial-Zwangs-Rechte fallen für die Zukunft allenthalben hinweg; jedoch in Hinsicht der auf Grundstücken etwa haftenden Parochiallasten bewendet es bei der zeitherigen Verbindlichkeit" u. die Verordn. v. 15. Juli 1863 für die gemischten Parochieen des Markgrafenthums Oberlausitz (Ges.- u. Verordn.-Bl. 1863. S. 695, s. dazu auch Moser, Allg. K. Bl. 1870. S. 313); für Sachsen-Weimar Ges. v. 7. Oktober 1823. §. 14: „Sämmtliche von dem Zustande des Normal-Jahres herrührende Parochialrechte protestantischer Pfarrer über Katholiken und katholischer Pfarrer über Protestanten werden und zwar ohne Entschädigung . . . aufgehoben". §. 15: „Dieser Absonderung ungeachtet sollen sowohl die katholischen, als die protestantischen Unterthanen in gemischten Gemeinden zu denjenigen Beiträgen, welche sie zum Bau und zur Erhaltung der geistlichen Gebäude der anderen Konfession bisher zu leisten hatten, sowie auch zu solchen Leistungen an Kirchen, Pfarrer und Schullehrer, welche auf Häusern und Grundstücken als dingliche Last haften, fernerhin verbunden bleiben. Zu anderen Leistungen ist in solchen Gemeinden der Parochian nur dem Pfarrer, zu dessen Pfarrei er gehört, und nur dem Lehrer verpflichtet, in dessen Schule er sein Kind unterrichten lässt"; Lippe-Detmold, Edikt v. 9. März 1854. Art. 11 (Beiträge zum preuss. u. deutsch. Kirchenrecht Heft. 2. S. 84): „Aus dem Obigen ist nothwendige Folge, dass der bisher bestandene Parochialzwang sammt seinen Folgen nicht weiter stattfindet, unter welchen Begriff jedoch Realverpflichtungen nicht zu nehmen sind"; Waldeck, Verordn. v. 21. März 1861. §. 1: „Der im hiesigen Fürstenthum bisher bestandene Parochialzwang, zufolge dessen alle . . . zerstreut wohnenden Katholiken bei Verrichtung von Taufen, Kopulationen und Beerdigungen an die betreffenden evangelischen Pfarrer gebunden gewesen, ist aufgehoben"; §. 5: „Die zerstreut wohnenden Katholiken bleiben zur Entrichtung der bisher üblich gewesenen Stolgebühren noch so lange verpflichtet, als sich die gegenwärtig zum Bezuge jener Gebühren berechtigten Geistlichen und Küster in dem betreffenden Dienste befinden. Den Amtsnachfolgern derselben stehet im Einvernehmen fürstlichen Konsistoriums ein Anspruch darauf nicht zu. Uebrigens bleiben §. 6. selbstverständlich alle sonstigen Berechtigungen und Bezüge, welche den Kirchen, Pfarreien und Schulen, resp. Küstereien evangelischer Konfession den katholischen Landesangehörigen gegenüber kompetiren, unverändert u. ungeschmälert fortbestehen" (Moy, Arch. 9, 21). Eine Verordn. von dems. Tage hat auch für Pyrmont dieselben Grundsätze ausgesprochen, jedoch mit der Einschränkung (§. 2), „dass die Führung der Standesbücher der Katholiken einstweilen den evangelischen Pfarrern zugewiesen bleibt und der in Pyrmont fungirende katholische Geistliche verpflichtet ist, jene dazu durch jedesmalige zeitige Mittheilung der nöthigen Notizen in den Stand zu setzen".

1 Welche vorliegt, wenn eine bisher allein tolerirte und dem Pfarrzwang der anderen unterworfene Konfession nur bestimmte Erleichterungen in dieser Beziehung gesetzlich zugestanden erhält. Ein Beispiel bietet Braunschweig, s. S. 315. n. 2 u. 4, ferner Mecklenburg-Schwerin, wo im Allgemeinen den Katholiken nur die Hausandacht gewährt ist, aber die beiden Pfarrkirchen zu Schwerin und Ludwigslust mit Pfarrechten für die ihnen zugewiesenen Parochianen, welche somit vom Pfarrzwang der lutherischen Kirche befreit sind, kraft besonderer landesherrl. Erlaubniss bestehen. S. (v. Schröter) d. kathol. Religionsübung in Mecklenburg-Schwerin. Jena 1852. S. 47 ff. 53. 59 ff.

2 §. 293. Tit. 11. Th. II. A. L. R. schreibt das sogar ausdrücklich vor: „Einzelne Einwohner des Staats, welche nach obigen Grundsätzen weder zu einer Parochie gehören, noch vom Pfarr-

Priester derselben pastoriren zu lassen[1]. Indessen haben die Staatsgesetzgebungen nicht sämmtlich diese beiden Konsequenzen anerkannt. Denn mitunter sind die zerstreut wohnenden Katholiken den protestantischen Geistlichen in Betreff gewisser kirchlicher Akte unterworfen und müssen dann die Stolgebühren dafür entrichten, ohne dass es ihnen gestattet wäre, die ersteren durch einen Priester ihrer Konfession vornehmen zu lassen[2].

Ferner haben die Katholiken, mitunter auch die Protestanten[3], im Widerspruch mit dem oben gedachten Princip wenigstens hin und wieder noch die Baulast und andere Pfarrei-Lasten zu tragen[4].

Endlich ist dasselbe noch nicht überall in Betreff der dinglich gewordenen Parochial-Verpflichtungen zur Anwendung gebracht, da diese vielfach von dem Besitzer des Grundstücks ohne Rücksicht auf seine Konfession zu erfüllen sind[5].

Selbstverständlich handelt es sich in allen solchen Ausnahme-Fällen nur immer um bestimmte Rechte und Verpflichtungen (meist vermögensrechtlicher Natur) gegenüber dem Pfarrer der berechtigten Konfession, einen Anspruch auf die Seelsorge selbst hat der letztere nach staatlichem Recht[6] gegenüber den Anhängern der fremden Religionspartei nicht, diese sind also z. B. nicht verpflichtet, sich etwaige Belehrungen desselben gefallen zu lassen, dem Pfarrgottesdienste beizuwohnen u. s. w. Umgekehrt dürfen aber auch die Katholiken, welche dem Parochialzwang einer anderen christlichen Religionspartei unterliegen, vom katholischen Standpunkt aus trotz einer ihnen staatlicher Seits zugestandenen Befugniss[7] keine Parochialhandlungen bei den betreffenden nichtkatholischen Seelsorgern nachsuchen, weil diese nach katholischer Anschauung weder

zwange ausdrücklich eximirt sind, müssen eine Kirche ihrer Religionspartei wählen, zu welcher sie sich halten wollen"; das bairische Religions-Edikt gestattet es (s. S. 313. n. 1).

[1] Das Nähere in diesen beiden Beziehungen hat natürlich für die Regel die kirchliche Behörde, also der Bischof, resp. in Missionsländern der betreffende apostolische Delegat zu bestimmen. Wenn die Anzahl der in einem Bezirk zerstreut unter anderen Konfessions-Verwandten lebenden Katholiken nicht zu gering ist, so wird für diese ein eigener Missionspfarrer mit einem festen Domicil ernannt, welcher von Zeit zu Zeit seinen Bezirk zu bereisen und welcher alle Pfarrei-Rechte auszuüben hat, wenngleich er kein eigentliches Pfarrbeneficium besitzt. Derartige Einrichtungen kommen mehrfach in der Diöcese Ermland vor, s. z. B. die Regierungs-Bekanntmachung vom 18. Februar 1871 im Amtsblatt der Regierung zu Gumbinnen von 1871. Stck. 9. S. 62.

[2] Das Braunschweigsche Reglement vom 9. April 1768, welches diesen Standpunkt einnimmt (s. Moy 13, 248 ff.), ist aufgehoben durch Ges. vom 13. Mai 1867, betr. die Ordnung der kirchl. Verhältnisse der Katholiken (Moy 19, 405 ff.). Dieses weist dem evangel. Geistlichen das Aufgebot (§. 1) gegen Zahlung der Gebühren ausschliesslich zu, ebenso aber die Taufen, Trauungen und Begräbnisse, sofern nicht ein katholischer Geistlicher des Landes von den Betheiligten dafür gewählt ist (§§. 2. 5 ff. 17 — im ersteren Fall sind gleichfalls Gebühren an den protestant. Geistlichen zu zahlen), endlich haben die evangelischen Geistlichen auch die Kirchenbuchführung über die in ihren Pfarrsprengeln zerstreut wohnenden Katholiken, vgl. Verordn. vom 10. Mai 1867 (a. a. O. S. 417 ff.). Ueber Pyrmont s. S. 314. n. 1 v. S. 313.

[3] So in Baiern, s. Silbernagl, Verfassung sämmtl. Religionsgemeinschaften S. 52.

[4] So in Sachsen-Weimar s. S. 314. n. 1 v. S. 313, Braunschweig s. Verfassung vom 12. Oktober 1832. §. 29 und Ges. vom 23. Mai 1848 (Moy 13, 257) u. Waldeck-Pyrmont, s. ebendaselbst und Moy 9, 22. n. 1.

[5] So z. B. in Oesterreich, Baiern, Hannover, Holstein, Königr. Sachsen, Sachsen-Weimar, Lippe-Detmold und Waldeck-Pyrmont s. S. 314. n. 1 v. S. 313 und diese Seite Note 3. In Altpreussen ist der Grundsatz des §. 261. Tit. 11. Th. II. A. L. R., welcher auch hier die Konfession berücksichtigt, aber provinzialrechtlich nicht überall, so z. B. nicht in der Kurmark und Ostpreussen, anerkannt, s. Vogt, a. a. O.

[6] Vom Standpunkt der katholischen Kirche aus allerdings.

[7] S. z. B. die Nachweisungen für Oesterreich, Baiern u. Hannover S. 314. n. 1 v. S. 313. u. n. 2; die Vorschrift d. preuss. Landrechts Th. II. Tit. 11. §. 341: „Soll aber bei einem protestantischen Eingepfarrten die Handlung von einem katholischen Geistlichen oder umgekehrt verrichtet werden, so ist dazu die Erlaubniss des Staates erforderlich", ist in Folge der Verfass.-Urk. Art. 15 für beseitigt zu erachten, s. die Cirkular-Verfügung v. 11. März 1849 bei Vogt a. a. O. 1, 341.

Priester sind, noch die Befugniss zur Vornahme geistlicher Handlungen besitzen, und weil ferner in einer nicht aus zufälligen Gründen herbeigeführten Theilnahme an dem Gottesdienste einer fremden Konfession die Verläugnung der eigenen Religionspartei liegt. Eine Entschuldigung kann nur der Fall eines bestimmt lautenden staatlichen Gebotes für diejenigen Funktionen, welche nicht eine rein religiöse Bedeutung haben[1], sondern auch im Interesse der staatlichen Beurkundung des Personenstandes, sowie der staatlichen Gültigkeit der betreffenden Akte vorgeschrieben sind[2], endlich eine dringende Nothwendigkeit da, wo die religiöse Handlung, wie die Taufe[3], auch gültig von einem Nichtkatholiken vorgenommen werden darf, gewähren. In allen sonstigen Fällen wird der Katholik von der ihm etwa staatlich gewährten Befugniss, sich eines katholischen Geistlichen zu bedienen, Gebrauch machen oder lieber auf die Vornahme der geistlichen Amtshandlung verzichten müssen.

X. Verhältniss der Staatsgesetzgebungen zum kirchlichen Recht. Es ist unzweifelhaft, dass die staatliche Gesetzgebung wie hinsichtlich der Geltung des kirchlichen Rechts im Staate überhaupt, ebenso hinsichtlich der in diesem Paragraphen besprochenen Grundsätze nähere Vorschriften zu erlassen befugt ist. Abgesehen von der schon unter IX. erörterten Bethätigung dieses Principes lassen sich auch andere Fälle einer solchen denken. Es gehören dahin Vorschriften über das Bestimmungsmoment des Parochial-Verbandes, über den Umfang des Pfarrzwanges, über die Exemtionen vom Pfarr-Verbande u. s. w., Verhältnisse, welche z. B. das preuss. Landrecht eingehend auch für die Katholiken geregelt hat[4].

Durch die neuere der katholischen Kirche fast überall gewährte Selbstständigkeit haben die einzelnen deutschen Staaten sich dieses Rechtes meistens begeben[5], wiewohl freilich hinsichtlich der Feststellung und Abgränzung der Pfarrsprengel eine Konkurrenz der Regierungen überall vorbehalten ist[6], und abgesehen von diesem Fall und dem unter IX. berührten Punkt kaum ein Bedürfniss für die Kirche oder die Staatsgesetzgebung eintreten wird, die bisherigen die Stellung der Pfarrer und der Parochianen regelnden Normen zu modificiren. Für den Theil Preussens, in welchem das allgemeine Landrecht gilt, gewinnt aber mit Rücksicht darauf, dass dasselbe allein von allen deutschen Gesetzgebungen ein detaillirtes System des Pfarr-Rechtes aufgestellt hat, die Frage praktische Bedeutung, ob die betreffenden Bestimmungen durch den Art. 15 der Verfassungs-Urkunde ohne Weiteres beseitigt sind, und eventuell ob den kompetenten kirchlichen Organen wenigstens die Befugniss zur Aufhebung zukommt. In Folge des für die katholische Kirche geltenden Principes der selbstständigen Ordnung und Ver-

[1] Das Abendmahl, das Sakrament der Busse, die Konfirmation, die letzte Oelung kann sich kein Katholik, welcher noch auf dem Boden seiner Kirche steht, von einem anderen christlichen Geistlichen spenden lassen.

[2] Also z. B. für die Vornahme des Aufgebots nach dem oben S. 315. n. 2 erwähnten braunschweigischen Gesetz; ferner für die Eheschliessung, wo der Staat die Trauung als bürgerliche Form vorschreibt und es nicht möglich ist, einen katholischen Geistlichen zuzuziehen.

[3] Die Vornahme derselben ist z. B. in Mecklenburg-Strelitz den nur zeitweise die dortigen Katholiken von Wittstock aus pastorirenden Geistlichen ohne Genehmigung der Landesregierung untersagt, s. Moy, Arch. 6, 461 ff. Bei etwaiger Verweigerung derselben würde mithin dem Katholiken, welcher sein Kind taufen will, ebenso wie in dem Fall, wo er wegen dringender Todesgefahr keinen katholischen Geistlichen zuziehen kann, nichts Anderes übrig bleiben als sich an den protestantischen Pfarrer zu wenden.

[4] S. §§. 260 ff.; §§. 418 ff. Tit. 11. Th. II. A. L. R.

[5] Einzelne der betreffenden Bestimmungen sind schon Th. I. S. 535 ff. angeführt. Das Nähere gehört in die Lehre von der allgemeinen Stellung der katholischen Kirche in den deutschen Staaten.

[6] Davon später in den Paragraphen über die Errichtung und Veränderung der Kirchen-Aemter.

waltung der eigenen Angelegenheiten ist an und für sich keineswegs das gesammte katholische Kirchenrecht für Preussen in Kraft getreten, vielmehr sind nur diejenigen Vorschriften des bisherigen Rechtes fortgefallen, welche jene selbstständige Anordnung beschränkt haben. Eine Beeinträchtigung der Selbstverwaltung der Kirche enthalten die betreffenden landrechtlichen Bestimmungen, welche wesentlich das gemeine katholische Kirchenrecht reproduciren, im Allgemeinen nicht, und deshalb müssen sie noch als heute in Kraft stehend betrachtet werden. Ferner regeln die betreffenden Vorschriften zugleich die Kompetenz der Geistlichen in ihrer Funktion als staatlicher Urkunds- und Civilstands-Beamten und auch schon aus diesem Grunde waren sie insoweit einer Beseitigung durch den lediglich die kirchlichen Verhältnisse betreffenden Art. 15 der Verfassungsurkunde entzogen. In Folge dessen ist die fortdauernde Geltung der nicht mit dem gemeinen Kirchenrecht übereinstimmenden Paragraphen[1] ausser Frage gestellt. Für das rein kirchliche Gebiet muss indessen den Bischöfen die Befugniss zugesprochen werden, jene Vorschriften zu Gunsten des gemeinen Rechtes zu beseitigen[2], da die Selbstverwaltung der Kirche auch zweifellos die Ordnung ihrer Angelegenheiten nach Massgabe ihrer eigenthümlichen Normen in sich begreift, aber auf staatliche Anerkennung und staatliche Hülfe bei der Durchführung jener Grundsätze besitzt die Kirche aus dem vorhin schon angegebenen Grunde keinen Anspruch.

XI. Besondere kirchliche Privilegien und Ehrenrechte haben die Pfarrer nach gemeinem Rechte nicht, mitunter ist ihnen aber als Auszeichnung, namentlich wenn sie an bedeutenden Parochien angestellt sind, vom Papste (der Bischof ist dazu nicht kompetent, weil es sich in solchen Fällen immer um Abänderung des jus commune handeln würde) der Titel: *praepositus, Propst*[3] verliehen worden.

[1] Es gehören hierher vor Allem ausser den Vorschriften über die besondere Ordnung der Militär-Parochien in §§. 278—282. 291. 292. Tit. 11. Th. II. — darüber s. unten §. 95 über die Militärseelsorge — noch die Bestimmungen über die Exemtionen vom Pfarr-Verbande, s. §. 283: „Sämmtliche zum Civilstande gehörige Königliche, in wirklichen Diensten stehende oder Titularräthe u. andere" (d. h. königliche) „Bediente" (nicht sämmtliche Civilbeamten, s. Entscheidgn. d. Berliner Ober-Tribunals 35, 448 u. Altmann, Praxis d. preuss. Gerichte in Kirchen-, Ehe- und Schul-Sachen S. 224) „sind der Regel nach von der ordentlichen Parochie ihres Wohnortes ausgenommen"; §. 286: „Insofern Landesunterthanen, welche einen auswärtigen Charakter erhalten haben, von der ordentlichen Gerichtsbarkeit ausgenommen worden, sind sie auch von dem bisherigen Pfarrzwange befreit"; §. 287: „Sind gewisse innerhalb der Grenzen des Kirchspiels gelegene Häuser von der Parochie ausgenommen, so kommt diese Exemtion allen Bewohnern zu statten"; §. 288: „Alle vom Pfarrzwange Ausgenommene haben in jedem einzelnen Falle die Wahl, welcher Kirchenanstalt sie sich bedienen wollen"; §. 290: „Bei den Heirathen derselben muss das Aufgebot nothwendig in der Pfarrkirche des Wohnortes geschehen"; §. 305: „Ein Gleiches (d. h. Beseitigung des Pfarrzwanges) geschieht durch Erlangung eines Standes, Amtes oder Titels, mit welchem die Befreiung von der ordinairen Parochie gesetzlich verbunden ist", welche jedenfalls nicht, wie die Denkschrift v. 1849 (Aktenstücke aus der Verwaltung der Abth. des Minist. der geistlichen Angelegenheiten. Berlin 1850. S. 109) annimmt, durch den Art. 4 der Verf.-Urk. v. 1848, wiederholt in der von 1850: „Standesvorrechte finden nicht statt", beseitigt sind, da diese Artikel sich nur auf staatliche Verhältnisse beziehen.

[2] Soweit mir bekannt, ist das aber bisher nirgends geschehen, wie denn z. B. Sauer, pfarramtliche Geschäftsverwaltung S. 73. 88, die Vorschriften des Landrechts für die Diöcose Breslau als massgebend anführt.

[3] S. z. B. Const. Pii VII. v. 1822. §. 3. Bull. Rom. cont. 15, 569) für die Pfarrkirche zu Piscalia in der Diöcese Lucca; denselben Titel führt der Pfarrer der katholischen Hedwigskirche in Berlin, welcher zugleich Ehrendomherr in Breslau ist, s. Bulle de salute animarum, s. v. atque ulterius decernimus, tam praepositum etc. Politische Auszeichnungen haben die Pfarrer nur in einzelnen Ländern, s. z. B. über Baiern, Silbernagl a. a. O. S. 67. Selbstverständlich ist es, dass die Pfarrer nicht untergeordnete Staatsbehörden sind, denen die oberen in befehlender Form Anweisungen zu ertheilen hätten, und denen die gewöhnlichen Höflichkeitsprädikate vorenthalten werden dürfen. Besondere Einschärfungen dieses Grundsatzes sind für Baiern und für Baden erlassen, so Silbernagl a. a. O. und Moy, Arch. 7, 122.

§. 93. *dd. Die Gehülfen und Vertreter der Pfarrer**.

I. Die Gehülfen der Pfarrer. Schon seit dem Mittelalter werden Geistliche erwähnt, welche neben dem Pfarrer in der Verwaltung der pfarrlichen Funktionen Aushülfe leisten und demselben unterstützend zur Seite stehen. Bezeichnet werden sie als *suffraganei*[1], *capellani*[2], *subcapellani*[3], *socii in ecclesiis* oder *plebanorum*[4], später auch als *cooperatores*[5], *sacerdotes adminicularii*[6], *coadiutores*[7], *presbyteri auxiliares*[8], *vicarii*[9], *secundarii*[10].

Die mittelalterliche Partikulargesetzgebung verpflichtete die Pfarrer in dem Falle, wo ihre Kräfte zur Versorgung der Parochie wegen deren Umfang und Bevölkerung nicht ausreichten[11] oder wo sich sonst ein Bedürfniss dazu herausstellte[12] zur Annahme solcher Hülfsgeistlicher. Jedoch sollte dazu die Erlaubniss des Ordinarius[13] oder wenigstens die Approbation der vom Pfarrer ausgewählten Person seitens des ersteren eingeholt werden[14]. Ihren Unterhalt empfingen diese Geistlichen aus den Einkünften der Pfarrei. Hinsichtlich der Verwaltung der geistlichen Funktionen waren sie von dem Pfarrer abhängig, und hatten ihm nach seinen Anweisungen Aushülfe zu leisten.

* Van Espen, J. E. U. P. I. tit. 3. c. 2 (s. auch P. II. tit. 18. c. 4); Ferraris, prompta bibliotheca s. v. vicarius parochialis (auch s. v. capellanus in communi); Helfert, von den Rechten u. Pflichten der Pfarrer S. 283 ff.; Schefold (s. S. 285. n. *) 1, 322 ff.; Bouix, tractat. de parocho. p. 444 ff. 426 ff. 645 ff.; Traité des vicaires paroissiaux in den Analecta iuris pontificii 1861. p. 838 ff. (s. auch den Artikel: Caplan von Jacobson in Herzogs Encyklopädie 2, 564).

1 c. 15. Rotomag. a. 1072 (Mansi 20, 38): „De sacerdotibus . . . qui feminas sibi usurpaverunt, . . . nec ecclesias per se atque per suffraganeos regant" . . . (vgl. über das Wort: suffraganeus noch S. 9. n. 1).

2 c. 34. 54 praec. synodal. Odon. episc. Paris. n. 34. 54 (Hardouin VI. 2, 1944. 1946); s. auch Note 12.

3 c. 3. Pictav. a. 1280 (ibid. 7, 850): „perniciosum debet non immerito reputari, quod hi quibus regimen (sc. animarum) est commissum . . . subcapellanos sibi associant . . . rudes maxime et ignaros, quibus potestatem absolvendi et administrationem sacramentorum ecclesiasticorum et ea quae ad curam pertinent animarum committunt generaliter pro suae libito voluntatis . . . monemus, ne rectores ecclesiarum parochialium saeculares vel religiosi subcapellanos vel presbyteros ad executionem huiusmodi potestatis in suis ecclesiis vel parochiis admittant et ne ipsi subcapellani vel presbyteri eamdem executionem usurpent sine nostra licentia speciali", eine Bezeichnung, welche sich aus dem Gebrauch des Wortes: capellanus für: Pfarrer (S. 292. n. 3) zur Genüge erklärt.

4 St. Pölten c. 8 (Hartzheim 3, 674); vgl. auch Würdtwein, subsidia diplom. 1, 22 und 2, 390.

5 syn. Eichstett. a. 1465 u. 1484 a. (Hartzheim 5, 473. 569. 571); Constant. a. 1609. P. II. tit. 5. c. 2; Augustan. a. 1610; Saltzburg. a. 1616 (ibid. 8, 897; 9, 70. 266).

6 Camerac. a. 1565. tit. VII. c. 7 (Hardouin 10, 587).

7 Basileens. a. 1503. tit. IV. (Hartzheim 6, 7); syn. Firman. a. 1726. tit. 20 (Acta conc. coll. Lat. 1, 606).

8 Aquens. a. 1585 (Hardouin 10, 1561); syn. Colon. a. 1860. tit. I. c. 6. i. f. (Moy, Archiv 9, 269); syn. Paderborn. a. 1867. P. III. c. 11. i. f. (a. a. O. 20, 428), in beiden letzteren heissen sie: „presbyteri curati auxiliares".

9 S. unten Note 12 u. syn. Bisunt. a. 1571. Saltzburg. a. 1616. tit. I. c. 3 (Hartzheim 8, 185; 9, 266).

10 syn. Avenion. a. 1725. tit. 21. c. 7 u. tit. 38 pr. (coll. Lac. cit. 1, 517. 558).

11 S. z. B. Abrincat. a. 1172. c. 5: „Item sacerdotes maiorum ecclesiarum alium sub se presbyterum cogantur habere"; c. 16. Oxon. a. 1222 (Hardouin VI. 2, 1634 u. 7, 119).

12 So z. B. wenn die Pfarrei ein gemischtes Sprachgebiet umfasst und es nöthig ist, einen der Sprache des einen Theils kundigen Geistlichen, namentlich für die Predigt und Beichte, anzunehmen, s. die Synoden von Ermland a. 1497. c. 35 u. Meissen a. 1504 (Hartzheim 5, 667 u. 6, 33), von denen die letztere bestimmt: „quod singuli et omnes plebani nostrae dioecesis in suis plebanatibus et ecclesiarum terminis plebem Sclavicam habentes, qui in idiomate Sclavonico ignari sunt et inexperti, populum sibi subiectum praedicationibus, confessionibus, oratione dominica, symbolo apostolico et aliorum dicendorum publicationibus non valent aut possunt informare et personaliter expedire, secum teneant et habeant capellanos seu vicarios in huiusmodi idiomate peritos et expertos" . . .

13 S. die citirten Synoden von Poitiers und Eichstädt Note 3 u. 5.

14 S. Note 6.

Das Tridentinum hat diese partikulären Vorschriften im Wesentlichen zum gemeinen Recht erhoben, indem es[1] den Bischöfen die Befugniss ertheilt hat, die Pfarrer der starkbevölkerten Pfarreien, welche durch einen Geistlichen nicht ausreichend versehen werden können — und zwar in den exemten Gebieten als gesetzliche Delegaten des Papstes — zur Annahme einer genügenden Anzahl von Hülfspriestern zu zwingen.

1. Aus dieser Bestimmung des Tridentinums ergiebt sich, dass in allen Fällen, wo die lokalen Verhältnisse der Parochie es bedingen, den seelsorgerischen Bedürfnissen der Pfarrkinder durch Einsetzung einer ausreichenden Zahl von Priestern zu genügen ist, denn wenn das Koncil dem Bischof sogar das Recht zur Dismembration der Pfarrei bei einer zu grossen räumlichen Ausdehnung derselben gewährt[2], folgt daraus, dass er unter dieser Voraussetzung auch da, wo eine Zertheilung der Parochie nicht thunlich ist, wenigstens dieselbe Befugniss haben muss, wie in dem Fall, wo die Pfarrei so stark bevölkert ist, dass die Kräfte des Pfarrers allein nicht ausreichen[3], und das umsomehr, da der Bischof als der Leiter der gesammten Diöcese sowohl verpflichtet wie auch berechtigt ist, für eine genügende Wahrnehmung der Seelsorge in allen Theilen seines Bezirks Sorge zu tragen.

2. Ob der Fall eines Bedürfnisses vorliegt und darüber wie viel Hülfspriester anzunehmen sind, hat der Bischof zu entscheiden[4].

3. Die Auswahl derselben steht nach dem Tridentinum nicht dem Bischof selbst, sondern dem Pfarrer zu[5], wohl aber hat der erstere, ehe der von letzterem ausgewählte Hülfsgeistliche seine Funktionen ausüben kann, diesen — sofern dies nicht schon früher geschehen — hinsichtlich seiner Fähigkeit und Würdigkeit zu prüfen und ihn zu approbiren, wobei es für das Beichthören noch einer ausdrücklichen, darauf gerichteten Ermächtigung bedarf[6].

[1] Sess. XXI. c. 4 de ref.: „Episcopi, etiam tanquam apostolicae sedis delegati, in omnibus ecclesiis parochialibus vel baptismalibus, in quibus populus ita numerosus sit, ut unus rector non possit sufficere ecclesiasticis sacramentis ministrandis et cultui divino peragendo, cogant rectores vel alios ad quos pertinet, sibi tot sacerdotes ad hoc munus adiungere, quot sufficiant ad sacramenta exhibenda et cultum divinum celebrandum“.

[2] Sess. XXI. c. 4 de ref. cit.

[3] Diese Auffassung bestätigt auch die überhaupt für die Auslegung der citirten Stelle des Tridentinums wichtige Const. Innocentii XIII super ecclesiastica disciplina pro Hispaniarum regnis: Apostolici ministerii vom 23. Mai 1723. §. 13 (Bull. Rom. 11, 261): „Quoties itaque in aliis parochialibus ecclesiis quae, ut praefertur, unitae non sint, oportuerit ex aliqua iusta causa provideri per coadiutores parochorum aut per vicarios temporarios, curae erit episcopis pro data sibi a Tridentina synodo potestate partem fructuum praedictis coadiutoribus aut vicariis assignandam determinare in ea quantitate quae ... conveniens videbitur ... Quod si parochi ab episcopis moniti congruo eisdem termino praefixo coadiutores sive vicarios temporarios, quoties opus fuerit, assumere neglexerint, poterunt ipsi episcopi eos quos huic muneri idoneos censuerint, auctoritate propria deputare, cum assignatione antedictae portionis fructuum. Et nihilominus, ubi etiam praedicti coadiutores aut vicarii temporales a parochis nominati vel assumpti fuerint, de eorum idoneitate episcopis constare per examen debeat, antequam ad exercitium admittantur; nec satis sit quod ad confessiones audiendas antea fuerint approbati, nisi aliis etiam qualitatibus ad curam animarum recte exercendam opportunis praediti noscantur. Quibus si careant, nec parochi deinde intra alium similem terminum ab episcopis praefigendum, alios vere idoneos nominaverint, tunc pariter ad ipsos episcopos libere spectet deputatio cum dictae congruae assignatione“ ...; vgl. auch const. Bened. XIII.: In supremo militantis vom 23. September 1724. §. 10 (ibid. p. 352). Die im Text entwickelten Grundsätze werden auch analogisch auf den S. 318. n. 12 gedachten Fall angewendet werden müssen. Ueber die partielle physische Unfähigkeit und partielle Untauglichkeit des Pfarrers s. unter Nr. II. 2 u. 3.

[4] Bouix l. c. p. 650.

[5] S. Analect. l. c. p. 855. 858; Fälle, in denen die Congregatio concilii die Pfarrer in diesem Recht gegenüber den Bischöfen geschützt und die von diesen vorgenommene Ernennung von Gehülfen für nichtig erklärt hat, s. ibid. p. 860. 863 u. Bouix l. c. p. 451.

[6] Weil jeder Priester, welcher kein Pfarrbeneficium besitzt, dazu einer besonderen bischöf-

4. Verweigert oder verzögert der Pfarrer die ihm zustehende Ernennung im Fall der Nothwendigkeit, so hat ihm der Bischof zu diesem Behufe eine angemessene Frist zu setzen und nach deren fruchtlosem Verlauf selbst die Deputirung der erforderlichen Anzahl von Priestern vorzunehmen [1].

5. Dasselbe gilt in dem Falle, wo der Pfarrer zwar eine Auswahl getroffen, aber die in Aussicht genommene Persönlichkeit sich bei der unter 3 erwähnten Prüfung als ungeeignet erwiesen hat [1].

6. Die Vorschrift des Tridentinums über die Ernennung der Hülfspriester kann nicht als eine absolut gebietende, welche die Gültigkeit einer entgegenstehenden Gewohnheit ausschliesst, angesehen werden, weil das Koncil lediglich die früher übliche Ernennung der Hülfsgeistlichen bei seiner Anordnung als Regel voraussetzt, und keineswegs den Pfarrern unter allen Umständen ein Recht darauf gewährt [2]. Deshalb kann auch gewohnheitsmässig dem Bischof unter Ausschluss des Pfarrers die alleinige Deputirung zustehen [3], ein Verfahren, welches heute in vielen Pfarreien üblich ist [4].

7. Was die Befugnisse der in der Pfarrseelsorge verwandten Hülfspriester betrifft, so richtet sich diese des Näheren nach den ihnen vom Bischof ertheilten Dienstinstruktionen, resp. nach den Anweisungen des Pfarrers; danach bestimmt es sich also, ob sie ein für alle Mal unter gewissen Voraussetzungen zur Vornahme sämmtlicher, dem Pfarrer zustehenden Funktionen [5] oder nur zur Ausübung einzelner derselben befugt sind. Mangels einer bischöflich genehmigten Geschäftsordnung steht aber dem Pfarrer nicht nur die Oberleitung, sondern auch die Vertheilung der Geschäfte zu [6]. Er ist also befugt, bei mehreren gleichzeitig vorzunehmenden Funktionen diejenige, welche er selbst verrichten will, auszuwählen [7], und seine Hülfsgeistlichen stets von der einen oder anderen Handlung auszuschliessen [8].

8. Die Sustentation der Gehülfen hat der Pfarrer aus den Einkünften seines Beneficiums zu beschaffen [9], sofern diese nicht, was bei dem heutigen geringen Ein-

lichen Ermächtigung nach Trid. Sess. XXIII. c. 15 de ref. bedarf; s. auch Anal. cit. p. 851 ff. — Andererseits ersetzt aber eine frühere Approbation des vom Pfarrer ausgewählten Gehülfen zum Beichthören die erwähnte Bestätigung nicht, s. const. Innoc. XIII. cit. (S. 319. n. 3).

[1] Dieses Verfahren schreibt die cit. Konst. Innocenz' XIII. vor, und in der That giebt es auch kein anderes Mittel, die Vorschrift des Tridentinums zu realisiren.

[2] Ein Fall, wo die Einwohner eines Fleckens einer Pfarrei in der Diöcese Aquileja im 300jährigen Besitz des Rechts gewesen sind, den dort residirenden Gehülfen des Pfarrers auszuwählen, s. Thesaur. resol. 15, 18 ff. u. Analecta l. c. p. 862.

[3] Denn gegen die Rationabilität verstösst es sicherlich nicht, dass der Bischof, welcher seine Gehülfen in der Seelsorge der Diöcese, d. h. die Pfarrer ernennt, auch deren Hülfsorgane deputirt.

[4] Schulte, Lehrbuch. 2. Aufl. S. 249, so z. B. in Baiern (Reskr. v. 27. August u. 3. September 1808 bei Döllinger, Sammlg. 8, 488 u. Silbernagl, Verfassung sämmtlicher Religionsgesellschaften in Baiern. S. 74), ferner werden heute die dem Propst und Pfarrer der St. Hedwigskirche zu Berlin zur Seite stehenden 4 Gehülfen (s. g. Kapläne) von denen der erste den Titel: Curatus führt, vom Fürstbischof von Breslau gesendet.

[5] Das kommt namentlich dann vor, wenn der Stellvertreter des Pfarrers ausserhalb des Amtsdomicils des Pfarrers residirt.

[6] So bestimmt z. B. die Paderborner Diöcesansynode von 1867. P. III. c. 10 bei Moy a. a. O. 20, 427.

[7] S. z. B. die Entscheidung der Congr. conc. in den Anal. l. c. 1861. p. 972.

[8] L. c. p. 997 ff. Selbstverständlich können diese auch nicht ein ausschliessliches Recht auf bestimmte Pfarrei-Handlungen durch Ersitzung erwerben, l. c. 978.

[9] Es folgt das aus dem Satze, dass der Beamte, welcher sich Gehülfen oder Stellvertreter ernennt, sie auch unterhalten muss, s. Anal. l. c. p. 980 ff.; die S. 319. n. 3 citirte Konst. Innocenz XIII. spricht das, ebenso wie eine Anzahl von Partikularsynoden, s. z. B. syn. August. a. 1610. P. III. c. 15. n. 4. 5 (Hartzheim 9, 71), aus. Häufig ist die Gewährung von Naturalleistungen, namentlich von Wohnung und Kost, vorgekommen (s. z. B. die citirte Synode u. syn. Firm. a. 1726. tit. 20, acta conc. coll. Lac. 1, 606) und kommt noch heute (so in Berlin) vor.



kommen der Pfarreien häufig in Deutschland der Fall ist, von der Gemeinde oder aus den für allgemeine kirchliche Zwecke bestimmten (s. g. Religions-, Interkalar- etc.) *Fonds* oder vom Staat durch Zuschüsse aus seinen Mitteln gewährt wird.

9. Eine feste dauernde Anstellung haben die in Rede stehenden Hülfspriester an und für sich nicht. Mit Rücksicht darauf hat man darüber gestritten, ob der Pfarrer, welcher sie angenommen hat, sie ohne Weiteres auch wieder entlassen kann[1]. Mangels einer besonderen gemeinrechtlichen Vorschrift wird man demselben ein so weitgehendes Recht deshalb nicht zugestehen dürfen, weil er seine Hülfspriester nicht ohne Kontrole des Bischofs anzustellen berechtigt ist. Da er aber seine Gehülfen selbst auswählt und einsetzt, so kann ihm andererseits auch die Befugniss, sie wieder zu entfernen, nicht ganz entzogen werden. Demgemäss ist ihm die letztere im Princip zwar zuzusprechen, jedoch wird er dem Bischof, sei es auf dessen Verlangen, sei es auf Beschwerde des entfernten Priesters, Rechenschaft ablegen müssen, damit der erstere darüber befinden kann, ob ein genügender Grund zur Remotion vorgelegen hat oder nicht. Fehlt es an einem solchen, so ist derselbe berechtigt, die Wiederannahme des entfernten Geistlichen zu verfügen[2]. Dagegen steht es dem Bischof keineswegs frei, den vom Pfarrer angestellten Gehülfen wider den Willen des ersteren ohne Grund zu entlassen, denn dadurch würde das demselben zukommende Recht der Auswahl seiner Auxiliarpriester illusorisch gemacht werden[3].

Wo der Bischof aber die Einsetzung der letzteren unter Ausschluss des Pfarrers vorzunehmen hat, ist er auch allein zur Entziehung der Vollmachten kompetent Darüber, ob eine solche willkührlich erfolgen darf, fehlt es an ausdrücklichen Vorschriften des gemeinen Rechts. Es können deshalb für diesen Fall nur die Normen analogisch angewendet werden, welche die Doktrin für die Abberufung der zeitweise angestellten Pfarrer und Pfarrvertreter entwickelt hat[4].

In vielen Diöcesen haben seit alter Zeit besondere Kapellen oder Altäre in den Pfarrkirchen oder besondere Beneficien an denselben bestanden. Hatten gleich die an denselben festangestellten Geistlichen, die s. g. *capellani*[5], *sacellani*[6], *altaristae*[7], *vicarii*[8],

[1] Bouix l. c. p. 652 ff.

[2] Da die Kontrole des Bischofs und die daraus hergeleiteten Rechte desselben aus seiner Stellung als allgemeinen Seelsorgers der Diöcese herfliessen, so kann der Pfarrer selbst durch besondere Verabredungen mit dem Hülfspriester bei dessen Annahme, z. B. durch eine ausdrückliche Stipulation, dass sich der letztere auch jede unbegründete Entfernung gefallen lassen müsse, das Prüfungsrecht des Bischofs nicht ausschliessen. Damit ist aber nicht gesagt, dass lediglich ein der Würde des geistlichen Standes widersprechendes Verhalten oder eine bewiesene Unfähigkeit des Hülfspriesters einen genügenden Grund für dessen Entlassung abgeben kann, vielmehr ist es gestattet, das Widerrufsrecht auch für solche Fälle, z. B. für eine Veränderung in den Verhältnissen der Parochie, welche eine Aushülfe nicht mehr nöthig machen, zu stipuliren. Der Hülfspriester soll eben nur gegen die blosse Willkühr des Pfarrers sichergestellt sein.

[3] Bouix l. c. p. 658.

[4] S. darüber unten in der II. Abtheilung.

[5] capellani beneficiati werden z. B. erwähnt c. 9. Tornac. a. 1481 u. c. 12. Tornac. a. 1520 (Hartzheim 5, 533 u. 6, 163).

[6] Abgeleitet von sacellum in der Bedeutung von Kapelle („sacellani nobilium in sacellis castrorum“ c. 95. Mogunt. 1549. l. c. 6, 591); Colon. a. 1662. P. III. tit. 6. c. 1. §. 4 (ibid. 9, 1029): „Cum non solum pastoribus et vicepastoribus, sed etiam eorum sacellanis aliisque in pastorali munere adiutoribus, ob populi frequentiam vel parochiae latitudinem vel aliam legitimam causam in subsidium ad functiones pastorales exercendas assumptis cura animarum incumbat, nullus pastorum seu vicepastorum civitatis seu dioecesis nostrae cuiusquam sacellani, capellani et adiutoris opera in pastorali sua functione vel ad confessiones sacramentales brevissimo etiam tempore excipiendas utatur qui praeter testimoniales legitimae ordinationis suae literas, scripto non docuerit, se sufficienti examine pro tanto munere rite obeundo repertum fuisse idoneum“; vgl. auch c. 4. Trevir. a. 1622 u. Paderborn. a. 1688. P. III. tit. 2. c. 3 (ibid. 9, 330 u. 10, 167).

[7] S. z. B. das Verzeichniss der Pfarrkirchen und ihrer Beneficien in der Diöcese Bamberg aus dem Anfang des 16. Jahrh. bei Würdtwein, nova subs. dipl. 7, 202 ff., s. ferner Würdtwein, dioec. Mogunt. 1, 802 u. Lünig, spicil. eccl. 2, 75.

[8] Würdtwein, nova subs. l. c.

primissarii[1], zunächst bestimmte, ihnen durch die Stiftung auferlegte gottesdienstliche Pflichten, namentlich die Persolvirung gewisser Messen zu erfüllen, so waren sie doch vielfach zugleich fundationsmässig neben dem Pfarrer zur Aushülfe in der Seelsorge und den übrigen geistlichen Funktionen verbunden[2], und oft haben mangels einer derartigen Vorschrift der Stiftungsurkunde die Provinzial- und Diöcesangesetze derartige Obliegenheiten für sie statuirt[3]. Diese Verhältnisse kommen noch heute vor. Insbesondere ist der Bischof berechtigt, den in seiner Diöcese angestellten Beneficiaten die Verpflichtung zur Aushülfe in der Pfarrei, zu welcher ihr Beneficium gehört, aufzuerlegen[4], da die Geistlichen kraft der dem Ordinarius geschuldeten Obedienz zur Annahme von Aufträgen in kirchlichen Dingen verbunden sind[5]. Jedoch darf der Bischof dabei keine Anordnungen treffen, welche ihnen die vollständige Erfüllung der fundationsmässigen Verpflichtungen ihres Beneficiums unmöglich machen.

Hinsichtlich ihrer Befugnisse stehen diese Gehülfen den vorhin erwähnten, nur widerruflich angenommenen Priestern (s. S. 320. Nr. 7) vollkommen gleich, sie sind also namentlich auch den Bestimmungen des Pfarrers über die einzuhaltende Gottesdienst-Ordnung innerhalb des vom Bischof festgestellten Rahmens[6] unterworfen[7].

[1] dipl. a. 1338 (Würdtwein, dioec. Mogunt. 1, 820): „quod nos . . . unam vicariam quoad primam missam in orto diei habendam et dicendam in ecclesia parochiali in Lare perpetuo per sacerdotem ydoneum de bonis et rebus nostris subscriptis et aliorum fidelium quorumcumque et elemosynis ad hoc per nos collatis et conferendis instituendam duximus et instituimus . . . Vicarius vero huius pro tempore existens sic se tenebit, quod omnibus diebus dominicis et festivis tantum ac die seu diebus quo vel quibus exequie funerum sollempnium puta hominum senum penitus exclusis, unam primam missam in orto diei omni die dicet vel saltem vicariam, quamvis actu sacerdos vicarius eiusdem non existat, hoc fieri per alium sacerdotem pro se et nomine suo et ipsius vicarie utique procurabit, nisi legitimo impedimento fuerit prepeditus. Insuper est adiectum, quod in celebracione funerum predictorum ipse vicarius post offertorium factum in summa missa, missam secundam animarum dicet vel dici procurabit, oblaciones eciam eiusdem misse pro se recipiendo et eius fructu. Est etiam statutum . . . quod idem vicarius adesse debet plebano loci in Lare in omnibus horis canonicis eundem coadiuvando diligenter in choro saltem ibidem legendo et cantando in officiis divinorum „. . . Diese Urkunde, welche die sonst häufig vorkommenden Bezeichnungen: primissaria oder primaria für das betreffende Amt und primissarius für den Beneficiaten (s. Würdtwein, subs. 9, 125. 266. 362; 10, 287 ff.; eiusd. dioec. Mogunt. 1, 90. 633 ff.; eiusd. nova subs. 8, 323; syn. August. a. 1548. c. 8 bei Hartzheim 6, 365; Lünig l. c. 2, 75 — das: promissarii in syn. Argentin. a. 1435. c. 12, Hartzheim 5, 238 ist offenbar eine Korruption von primissarii —) nicht gebraucht, ergiebt, dass diese, ebenso wie die deutsche Form: primissarey (Würdtwein l. c. 8, 57) von: prima missa, der ersten, der Frühmesse (daher auch der Ausdruck: Frühmesser), nicht (so Du Fresne du Cange, s. v. primissarius) von: primicerius abgeleitet sind, wie denn auch andere ähnliche Zusammensetzungen, so summissarius von summa missa (s. Mayer, thes. 4, 101 und Würdtwein, nova subs. 7, 197, namentl. n. *), medimissarius (ibid. p. 203 ff.), annimissarius (eiusd. subsid. 8, 69), ferner die halbdeutschen: schlaffermissarius (ein Messstipendium zur Ehre der ss. septem dormientes, eiusd. nova subs. 7, 196), selmissarius (ibid.) angelmissarius oder engelmissarius (ibid. p. 206 ff.) vorkommen. Uebrigens finden sich die Primissarien ebenso wie die Kapläne und Vikarien (s. S. 77 ff. 84) gleichfalls bei den Kathedral- und Kollegiatkirchen, s. Würdtwein, subs. 2, 381; eiusd. nova subs. 4, 188.

[2] S. das in der vorigen Note citirte Diplom von 1338 und ferner die Fundationsurkunden bei Würdtwein, subs. 9, 127. 268. 364.

[3] S. z. B. tit. 7. Camerac. a. 1333; c. 12. Argent. a. 1435; c. 19. Bamberg. a. 1491 (Hartzheim 6, 697; 5, 238 u. 607).

[4] Schefold a. a. O. 1, 327; Schulte, K. R. 2, 286. 287; desselb. Lehrb, 2. Aufl. S. 178. 179; Phillips, Lehrb. S. 464. Selbstverständlich kann aber diese Pflicht unter Umständen fortfallen, so z. B. wenn der Geistliche wegen Kränklichkeit und Gebrechlichkeit ein nur geringe Pflichten auferlegendes Beneficium für den Lebensunterhalt seiner alten Tage angenommen hat.

[5] Der Pfarrer ist da, wo er Aushülfepriester heranziehen darf, natürlich auch befugt, die in Rede stehenden Beneficiaten dazu auszuwählen, nur fehlt ihm, im Gegensatz zu dem mit der potestas iurisdictionis ausgestatteten Bischof, die Macht, eine etwaige Renitenz des Designirten zu überwinden.

[6] Und vorbehaltlich der Möglichkeit der Erfüllung der ihnen fundationsmässig obliegenden Verpflichtungen.

[7] Das gilt selbst für die Beneficiaten, welche dem Pfarrer keine Hülfe in der Seelsorge zu leisten,

Was dagegen die Möglichkeit der Entlassung derartiger Geistlichen betrifft, so muss in dieser Beziehung zwischen den Inhabern derjenigen Beneficien, welche hauptsächlich zur Aushülfe für die Pfarrseelsorge gestiftet sind (den s. g. *capellani curati, Kuratkaplänen*), und den anderen Beneficiaten, welchen eine derartige Verbindlichkeit entweder nur nebenbei in Folge der Fundation ihres Beneficiums oder in Folge der Diöcesan-Verordnungen obliegt, unterschieden werden.

Die letzteren haben ihrer Stellung nach kein Recht auf eine Thätigkeit in der Pfarrseelsorge, wenn sich also der Pfarrer ihrer in einzelnen Fällen bedient, so können sie dadurch keinen Anspruch auf weitere Verwendung in der gedachten Weise erlangen. Es bedarf also hier, wenn der ertheilte Auftrag ausgeführt ist, nicht einmal eines besonderen Widerrufes für die Folgezeit. Nur im umgekehrten Falle oder bei einer allgemein für gewisse Kategorien von Handlungen gegebenen Ermächtigung wäre ein solcher nöthig, ist aber dann im Gegensatz zu dem S. 321. Nr. 9 gedachten Verhältniss unumschränkt zulässig, weil die hier in Frage stehenden Geistlichen überhaupt nicht zur Assistenzleistung bei der Pfarrseelsorge angenommen sind.

In Betreff der Kuratkapläne dagegen ist die Anwendbarkeit der S. 321 entwickelten Grundsätze zwar ebenfalls ausgeschlossen, aber deshalb, weil diese kraft ihres Beneficiums nicht nur die Pflicht, sondern auch das Recht auf Hülfeleistung bei der Pfarrverwaltung besitzen, und ihnen dieses Recht mit dem Beneficium allein für immer (und zeitweise höchstens in Folge einer gerechtfertigten Censur) entzogen werden kann.

An und für sich hat es auch auf die Stellung dieser Pfarrgehülfen keinen rechtlichen Einfluss, ob ihr Beneficium auf die Pfarrkirche selbst oder auf eine innerhalb der Parochie belegene Kapelle fundirt ist, nur ist gewöhnlich der Kreis der einem Geistlichen der letzteren Art für die Assistenz gegebenen Befugnisse ein grösserer, als bei denjenigen, welche an demselben Ort mit dem Pfarrer residiren. Am weitesten gehen diese bei den Inhabern solcher Beneficien, welche ausserhalb des Pfarrsitzes an einer eigenen Kirche für den Zweck errichtet sind, um die in einem bestimmten Distrikt der Parochie wohnenden Pfarreingesessenen bequemer pastoriren zu können, d. h. bei den sogenannten *vicarii residentes*, *capellani expositi*, *Expositen*, *Lokalisten*, *Lokal-Kaplänen*, *Kurat-Kaplänen*, denn diese sind für die Regel befugt, die eigentlich pfarramtlichen Handlungen mit nur sehr wenigen Ausnahmen z. B. mit Ausnahme des Aufgebots und der Trauung zu vollziehen[1].

sondern nur kraft ihres Beneficiums gewisse Messen und gottesdienstliche Verrichtungen zu persolviren haben, weil die Kirche in erster Linie dem Pfarrgottesdienst gewidmet ist, diesem also alles Andere untergeordnet werden muss, und der Pfarrer den ersteren zu leiten, sowie die erforderlichen Anordnungen dafür zu treffen hat.

[1] Derartige Verhältnisse sind meistens daraus entstanden, dass eine frühere selbstständige (Pfarr-) Kirche einer andern als Annex- oder Filialkirche unterworfen, mit ihr also unirt worden ist, oder sie bilden in weitläufigen Parochien das Vorstadium einer vollkommenen Dismembration. Mitunter ist die letztere auch schon insoweit durchgeführt, dass der alten Hauptkirche nur das Recht auf gewisse unbedeutende Ehrenbezeugungen (also eine s. g. uneigentliche matricitas, s. S. 307), verblieben ist, und wenngleich die Geistlichen an der ehemaligen Hülfskirche mitunter noch nicht den Titel Pfarrer, sondern nur die oben im Text erwähnten führen, so haben sie doch rechtlich die Stellung der Pfarrer, so sind z. B. die s. g. Lokalisten u. Expositen in Oesterreich Pfarrer, welche nur deshalb diese Bezeichnung nicht haben, weil es ihnen an einer ausreichenden Congrua fehlt, und sie meistens kein Beneficium besitzen, sondern ad nutum amovibiles sind, s. Pachmann K. R. §. 151 a. E.; Schulte, Lehrb. 2. Aufl. S. 248 n. 1; desselben stat. dioeces. p. 6 und die Angaben zu den einzelnen österreich. Bisthümern; über ähnliche Verhältnisse in Baiern vgl. Silbernagl, Verfassung sämmtl. Religionsgesellschaften in Baiern. S. 73. 74.

II. Die Vertreter der Pfarrer. Den unter I. besprochenen Pfarramts-Gehülfen stehen die Vertreter der Pfarrer *vicarii*[1], *viceplebani*[2], *vicecurati*[3], *Pfarr-Vikare*, gegenüber, welche sich von den ersteren dadurch unterscheiden, dass sie die Pfarrrechte in vollem Umfange auszuüben haben, also die Stelle des eigentlichen Pfarrers einnehmen, während die Gehülfen denselben zwar auch, aber nur immer für gewisse oder einen bestimmten Kreis von Handlungen, repräsentiren, und dabei der Direktion des Pfarrers unterworfen sind.

Die Anstellung derartiger Stellvertreter wird dann erforderlich, wenn der Pfarrer selbst an der Ausübung seines Amtes gehindert ist, dasselbe, sei es berechtigter oder unberechtigter Weise, nicht wahrnimmt oder endlich dann, wenn eine Vakanz des Amtes eintritt. Die einzelnen hierhergehörigen Fälle sind demnach:

1. Die Inkorporation der Pfarrei an ein geistliches Institut (Kloster, Stift) oder an ein geistliches Amt, weil das erstere als juristische Person nicht zur Ausübung der Seelsorge befähigt, und der Träger des letzteren wegen anderweitiger Amtspflichten dazu ausser Stande ist[4].

2. Die physische Unfähigkeit des Pfarrers in Folge körperlicher oder geistiger Krankheit und Gebrechlichkeit, da der Geistliche deshalb nicht zum Verzicht auf sein Beneficium gezwungen oder gar entfernt werden kann[5]. Der Bischof setzt in einem solchen Fall einen s. g. *coadiutor*, d. h. einen Stellvertreter ein[6], welcher die sämmtlichen Amtsrechte und Amtspflichten wahrzunehmen hat, und dessen Unterhalt aus den Einkünften des Pfarrbeneficiums zu gewähren ist[7]. Eine solche Entziehung der Ausübung des Amtes darf selbstverständlich auch wider Willen des Beneficiaten erfol-

[1] Die älteste und häufigste Bezeichnung s. z. B. c. 3 (Alex. III.); c. 6 (Honor. III.) X. de off. vicarii I. 28; c. 4. Abrinc. a. 1174 (Hardouin VI. 2, 1634): „Item eccle iae vicariis annuis non committantur"; c. 85. const. episc. Sarum; c. 20. 31. Rotomag. a. 1231 (ibid. 7, 110. 187); c. 9. Fritzlar. a. 1246; c. 5. Hippolyt. a. 1284 (Hartzheim 3, 574. 674), welche in früherer Zeit nicht für die blossen Pfarrgehülfen, wie das heute der Fall, gebraucht worden ist, vgl. auch Anal. l. c. p. 841.

[2] c 12. Argent. a. 1435; Constant. a. 1463; c. 7. Hildeshem. a. 1539 (Hartzheim 5, 238. 454 u. 6, 317).

[3] c. 1 ff. Tornac. a. 1481; Colon. 1536. P. IV. c. 6: Camerac. a. 1550. tit. 30 (Hartzheim 5, 526 ff. u. 6, 268. 737).

[4] Das Nähere darüber in der Lehre von den Inkorporationen.

[5] c. 1 (Gregor. I.) X. de clerico aegrot. III. 6 u. Fagnan. ad c. 6. tit. cit. n. 2 ff.

[6] c. 3 (Luc. III.) eod. tit.: „De rectoribus ecclesiarum leprae macula usque adeo infectis, quod altari servire non possunt nec sine magno scandalo eorum qui sani sunt, ecclesias ingredi, hoc volumus te tenere, quod eis dandus est coadiutor qui curam habeat animarum et de facultatibus ecclesiae ad sustentationem suam congruam recipiat portionem"; c. 4 (Clem. III.) eod.: „. . . De sacerdote qui . . . leprae morbo repercussus in parochiali ecclesia praelationis officio fungitur, dicimus quod pro scandalo et abominatione populi ab administrationis debet officio removeri, ita quod iuxta facultates ecclesiae sibi necessaria, quamdiu vixerit ministrentur". Dass diese Stellen sich auf die Pfarrer, nicht auf die eigentlichen Prälaten, wie die ältere Doktrin theilweise angenommen hat (vgl. über diese Kontroverse Fagnan. l. c. n. 19—21), ergiebt schon der Wortlaut zur Genüge. Uebrigens unterliegt die analogische Ausdehnung der Vorschrift des c. 3, welches nur von dem Aussatz handelt, auf die andern im Text genannten Fälle keinem Bedenken. Darüber ist auch die Doktrin, welche noch c. 5. 6. tit. cit.; c. 14. C. VII. qu. 1; c. un. in VI^to eod. tit. III. 5 mit heranzieht, einig, s. z. B. Barbosa. de off. ut pot. parochi. P. II. c. 23. n. 2 ff.; Fagnan. l. c. n. 10; Gonzalez Tellez ad c. 1. X. eod.; Ferraris s. v. coadjutor n. 9 ff.; Bonix l. c. p. 429 ff.

[7] S. c. 3. cit. in der vorigen Note. Wenn das daselbst gleichfalls angeführte c. 4. dagegen dem eigentlichen Pfarrer allein den Lebensunterhalt zuweist, so liegt darin kein Widerspruch, weil dasselbe nur den Gegensatz zwischen der Entziehung der Verwaltung des Amtes und der Belassung des Einkommens hervorheben will. Die Doktrin hält sich gleichfalls an den deutlich in c. 3 cit. ausgesprochenen Grundsatz, s. Fagnan. ad c. 3 cit. n. 8 ff.; Ferraris l. c. n. 31 ff., im äussersten Falle haben die Parochianen den Unterhalt des Koadjutors zu beschaffen, ein Satz, den die Theorie (s. die citirten) aus Trid. Sess. XXI. c. 4. de ref. hergeleitet hat.

gen[1]. Bestellt werden kann der coadiutor für die Regel nur auf so lange, als der unfähig gewordene Beneficiat das Amt inne hat, d. h. mit dem Tode des letzteren erlöschen die Befugnisse des Koadiutors[2]. Allein der Papst hat das Recht, einen solchen mit dem Recht auf Nachfolge in das Beneficium einzusetzen[3]. Abgesehen von dem eben erwähnten, durch das Wesen der Koadjutorie bedingten Erlöschungsgrunde ist der Bischof auch befugt, den jeweiligen coadiutor jeder Zeit wieder zu removiren und einen andern statt dessen einzusetzen, weil die Koadjutorie kein Beneficium ist[4].

Eines solchen Koadjutors bedarf es indessen nur dann, wenn die Unfähigkeit des Pfarrers eine totale und eine unheilbare oder wenigstens eine solche ist, deren Ende sich nicht absehen lässt[5]. Der Fall einer blos theilweisen Unfähigkeit, welche z. B. durch die in Folge des Alters geminderte Rüstigkeit eintreten kann, muss dagegen analog nach den oben (S. 319 ff.) entwickelten Grundsätzen beurtheilt[6], d. h. es können hier nur einer oder mehrere Hülfsgeistliche bestellt werden, für deren Einsetzung und sonstige Verhältnisse die dort angegebenen Regeln gelten. (Wegen einer blos zeitweisen aber totalen Unfähigkeit s. nachher unter Nr. 4.)

3. Die Unfähigkeit des Pfarrers wegen mangelnder Bildung und Geschäftskenntniss. Das Tridentinum[7] hat die Bischöfe ermächtigt, bei einer aus diesen Gründen hervortretenden Untauglichkeit der Pfarrer, sofern letztere einen ehrbaren Lebenswandel führen, — und zwar auch in exemten Pfarreien kraft päpstlicher Machtvollkommenheit — s. g. *coadiutores* oder *vicarii* anzustellen. Diese haben die Pfarrgeschäfte wahrzunehmen, erhalten gleichfalls ihren Unterhalt aus den Einkünften der Pfarrei, und sind ad nutum amovibiles. Das Koncil lässt dem Bischof aber auch andere Massregeln für den in Rede stehenden Fall offen, und daher ist derselbe gleichfalls befugt, dem Pfarrer, sofern dessen Unfähigkeit ihn nicht absolut untauglich macht, blos gewisse Zweige der Verwaltung abzunehmen und ihm für diese einen Gehülfen und Vertreter zu bestellen. Eine derartige totale oder partielle Stellvertretung muss indessen der Natur der Sache nach aufhören, wenn der Pfarrer sich nachträglich die erforderliche Kenntniss erworben hat, und dies dem Bischof darthut.

4. Die Abwesenheit vom Orte des Pfarrbeneficiums, resp. die Befreiung von der Erfüllung der Amtspflichten, aus einem genügenden Grunde, wohin also namentlich eine mit dem erforderlichen Urlaub unternommene Reise zur Fortsetzung der Studien, zur Wiederherstellung der Gesundheit, zur Besorgung kirchlicher Angelegenheiten u. s. w., ferner der durch gültige Dispensation erlangte Besitz zweier inkompatibler Aemter, sodann eine längere, den Pfarrer an der Wahrnehmung seines Amtes hindernde, nicht unheilbare Krankheit gehört. Bei der im Mittelalter häufigen

[1] c. 4. X. eod. tit. cit.

[2] Das folgt aus der Natur der Sache. Der coadiutor ist also gewöhnlich ein coadiutor temporalis, s. oben S. 84. n. 7.

[3] Trid. Sess. XXV. c. 7. de ref. (S. 85. n. 1).

[4] S. oben S. 85 zu Note 13.

[5] Das ergiebt der in den Quellen genannte Fall der lepra. Die Doktrin verlangt gleichfalls übereinstimmend einen morbus perpetuus et incurabilis als Voraussetzung, s. Fagnan., Ferraris u. Bouix ll. cc.

[6] Weil hier das für die Einsetzung eines coadiutor nothwendige Erforderniss nicht vorliegt und dieser Fall dem oben a. a. O. gedachten sehr nahe verwandt ist, so auch Fagnan. ad c. 6. cit. n. 11. 12; Ferraris l. c. n. 12.

[7] Sess. XXI. c. 6 de ref.: „Quia illiterati et imperiti parochialium ecclesiarum rectores sacris minus apti sunt officiis et alii propter eorum vitae turpitudinem potius destruunt quam aedificant, episcopi etiam tanquam apostolicae sedis delegati eisdem illiteratis et imperitis, si alias honestae vitae sint, coadiutores aut vicarios pro tempore deputare partemque fructuum eisdem pro sufficienti victu assignare vel aliter providere possint, quacunque appellatione et exemtione remota“.

Kumulation der Kirchen-Aemter [1], der vielfachen Gewährung von Indulten auf Befreiung von der Residenzpflicht [2], sowie der grossen Konnivenz gegen Verletzung der letzteren [3] war es erklärlich, dass eine erhebliche Anzahl von Pfarrämtern durch Stellvertreter verwaltet werden musste, und da die Pfarrer die letzteren selbst ernannten [4], so traten eine Reihe von Missbräuchen dadurch ein, dass die Amtsinhaber sich die Vikare möglichst billig zu verschaffen, ja ihre Besoldung durch Anstellung auf kurze Zeit und häufigen Wechsel der Vikare herabzudrücken [5], andererseits aber auch durch möglichst hohe Verpachtung der Einkünfte der diesen anvertrauten Beneficien [6] sich zu bereichern suchten, und dass so meistens unfähige Geistliche, welche wegen ihrer prekären Existenz und ihrer geringen Einnahmen [7] auf die pekuniäre Ausnutzung ihrer Stellen angewiesen waren, und weder ein Interesse an der Ausübung ihres wichtigen Berufes noch die erforderlichen Fähigkeiten dazu besassen, mit der Wahrnehmung des Pfarramtes betraut wurden [8].

[1] S. unten die Lehre von der Inkompatibilität der Beneficien; einzelnes ergeben auch die in den folgenden Noten angeführten Stellen, vgl. ferner Thomassin v. et n. disciplina P. I. lib. 2. c. 27.

[2] S. z. B. c. 10. Coprin. a. 1260 (Hardouin 7, 531): „Rectores ecclesiarum qui in scholis vel alibi de nostra licentia sunt absentes, bonos et sufficientes substitutos dimittant, nobis primitus praesentatos. Quibus de bonis ipsorum beneficiorum sic congruam portionem assignent, quod illi de sibi assignato praeter illud quod dabunt eisdem, possint sufferre tam in procurationibus quam in aliis onera consueta"; c. 8. Salzburg. a. 1274 (s. Note 5); c. 11. Salzburg. a. 1281; c. 5. Hippolyt. a. 1284 (Hartzheim 3, 655. 674).

[3] S. unten in der Lehre von der Residenzpflicht, vgl. auch Thomassin l. c. P. II. lib. 3. c. 34. n. 7 ff.

[4] S. Note 2 und die folgende Note.

[5] c. 4. Abrinc. a. 1172 (Hardouin VI. 2, 1634) bestimmt: „ecclesiae vicariis annuis non committantur"; c. 85. const. episcop. Sarum u. 1217 ordnet die Einsetzung von dauernden Vikaren, die Synode von St. Pölten a. 1284. c. 1 (Mansi 24, 518) auf mindestens 3 Jahre, an. Ausser diesen Verboten sprechen aber für die Angaben des Textes c. 9. Fritzlar. a. 1246 (Hartzheim 3, 574): „Volumus insuper, quod ipsi vicarii passim singulis annis mutari non debeant ad voluntatem ipsorum rectorum qui hoc propter turpem questum facere satagunt, sed tunc demum cum ipsi rectores actu sacerdotes existentes in ipsis ecclesiis per se deservire volunt, vel alias ipsi vicarii ex causis legitimis merito sunt removendi"; c. 8. Salzburg. a. 1274 (ibid. p. 641): „Ceterum cum per mercenarios temporales quos ecclesiarum rectores et plebani in ecclesiis parochialibus instituunt et destituunt, nonnumquam interposito turpi pacto animarum salus et ecclesiarum utilitas damnabiliter negligantur: nos omnes et singulos clericos in Salzburgensi provincia curam animarum habentes, huius auctoritate concilii ad personalem in beneficiis residentiam revocamus". Ferner gehören auch die wiederholt vorkommenden Bestimmungen hierher, welche sich gegen die beliebige Remotion der Vikare richten, und eine solche nur im Fall eines genügenden Grundes resp. dann, wenn der Pfarrer selbst Residenz halten will, gestatten, s. z. B. c. 9. Fritzlar. cit.; c. 6. Aschaffenburg. a. 1292; Moguntin. a. 1310 (l. c. 4, 9. 179); c. 32. Argent. a. 1435; syn. Herbipol. a. 1446 (l. c. 5, 241. 319); c. 31. Colon. a. 1549 (l. c. 6, 521).

[6] c. 11. Pragens. a. 1355 (l. c. 4, 384): „... rectoribus parochialium ecclesiarum ... mandamus, ut quoniam ipsis studiorum vel alia iusta causa per episcopum datur licentia se ad tempus a suis ecclesiis absentandi, non quaerant vicarios, qui eis solvant magnam pensionem quam verisimiliter de fructibus beneficii ultra sustentationem comportare non possunt". syn. Eichstett. a. 1465 u. 1484 (l. c. 5, 475. 571): „Ecclesiarum locationes nisi ex rationalibus causis per rectorem vel pastorem prius nobis vel nostro vicario expositis fieri omnino prohibemus"; Ratisbon. a. 1512 (l. c. 6, 81).

[7] Das ergeben die wiederholten Vorschriften, den Vikaren die Congrua zu gewähren, s. z. B. Mogunt. a. 1310; Herbipol. a. 1446; Ratisbon. a. 1512; c. 64. Mogunt. a. 1549 (l. c. 4, 179; 5, 319; 6, 81. 580).

[8] S. c. 21. der Centum gravamina nationis Germaniae v. 1522 u. 1523 (Gärtner, corp. iur. eccles. 2, 170). Die Korrektheit in dieser Schilderung der traurigen Zustände ergiebt übrigens auch tit. 30. syn. Camerac. a. 1550 (Hartzheim 6, 737): „quia tamen hoc nunc passim aut usurpatur aut obtinetur, ut longe plures (rectores) ab ecclesiis (parochialibus) suis absint, quam in illis resideant paucique admodum sint qui per se curam gregis sibi commissi gerant et quod deterius est, absentes vicecuratos ad huiusmodi exercitium curae deputent, non qui digniores aut magis sint idonei ... sed qui maiorem ex fructibus ecclesiae pensionem reddere velint: quod adeo invaluit, ut cum in plerisque ecclesiis nulli aut modici sint grossi fructus ad opus rectorum principalium deputati, non modo ex eisdem fructibus, si qui sint, non provident vicecuratis suis sed ex laboribus eorumdem et sola sacramentorum et curae administratione magnas annue sumunt pecuniarum summas: quo fit, ut vix aliqui idonei reperiantur vicecurati et cogantur

In Folge der veränderten Lage der katholischen Kirche und namentlich in Folge der Säkularisationen der neueren Zeit sind diese Missstände beseitigt worden. Die Vertretung des Pfarrers in den vorhin erwähnten Fällen richtet sich aber immer noch im Wesentlichen nach den früheren Regeln, d. h. der Pfarrer hat sich für Verhinderungen der gedachten Art selbst seinen Vikar zu ernennen, diesen aber aus den vom Bischof für die Diöcese approbirten Priestern zu nehmen oder denselben hinsichtlich seiner Idoneität prüfen zu lassen [1]. Der eingesetzte Vikar, welcher seine Congrua aus den Pfarreinkünften zu erhalten hat, vertritt den abwesenden, resp. verhinderten Pfarrer in allen Beziehungen. Selbstverständlich hat er diese Befugnisse nur bis zu dem Zeitpunkt, wo der erstere die Amtsgeschäfte wieder übernimmt [2]. Abgesehen von dem eben erwähnten Fall steht aber dem Pfarrer auch das Recht des Widerrufes zu, jedoch werden hier die oben S. 321 dargelegten Grundsätze analogisch zur Anwendung zu bringen sein.

5. Unter gewissen Verhältnissen, d. h. wo das Bedürfniss einer zeitweisen Vertretung des Pfarrers eintritt, ruht die Bestellung des Vikars nicht in der Hand des ersteren, sondern in der Hand des Bischofs. Hierher gehört die Entziehung der Ausübung des Amtes durch Censuren, das plötzliche Entweichen des Pfarrers (wegen Verbrechen, Schulden u. s. w.), die Ernennung eines nicht mit dem nöthigen Alter und dem nöthigen päpstlichen Ordo versehenen Geistlichen im Wege der Dispensation [3], ferner eine plötzliche, voraussichtlich vorübergehende Erkrankung, welche den Pfarrer hindert, sich selbst einen Vikar zu ernennen. Ueber diese Vikare gilt dasselbe, wie für die zu 4 erwähnten, nur steht hier selbstverständlich das Abberufungsrecht ausschliesslich dem Bischof zu, da diese Stellvertreter immer nur vicarii temporales, d. h. ad nutum amovibiles sein können.

6. Endlich bedarf es auch eines besonderen Vertreters für den Fall der Erledigung der Pfarrei durch Tod, Absetzung u. s. w. des Beneficiaten bis zur Wiederbesetzung der Stelle. Dieser, der Vikar, Administrator, Provisor, Pfarrverweser, welcher gleichfalls ad nutum amovibilis ist [4], wird vom Bischof unter Zuweisung eines angemessenen Theiles der Einkünfte ernannt [5], und hat die interimistische Verwaltung des Pfarr-Amtes in vollem Umfange.

pro huiusmodi sacramentorum exhibitione iura graviora a parochianis plerisque invitis exigere, nec populus, prout debet, verbo aut exemplo instruatur" . . .

[1] Trid. Sess. XXIII. c. 1. de ref.: „Eadem omnino, etiam quoad culpam, amissionem fructuum et poenas de curatis inferioribus et aliis quibuscunque qui beneficium aliquod ecclesiasticum curam animarum habens obtinent, sacrosancta synodus declarat et decernit; ita tamen, ut quandocunque eos causa prius per episcopum cognita et probata abesse contigerit, vicarium idoneum ab ipso ordinario approbandum cum debita mercedis assignatione relinquant". Der für den Fall der Abwesenheit bestellte Vikar wird öfters auch oeconomus genannt, s. conc. Roman. a. 1725. tit. 17. c. 6; Firm. a. 1726. tit. 10 (acta concil. coll. Lac. 1, 378. 600) u. Ferraris s. v. vicarius parochialis n. 48. Wie es bei kurzer, nur wenige Tage dauernder Abwesenheit gehalten werden soll, darüber enthalten die provinziellen, resp. Diöcesan-Verordnungen für die Regel nähere Vorschriften. Hier wird gewöhnlich einer der dem Pfarrer zur Seite stehenden Gehülfen mit der Vertretung des ersteren beauftragt, sofern die eingeführte Geschäftsordnung nicht, was auch vorkommt, einen der Hülfspriester ein für alle Mal dazu für legitimirt erklärt; mangels derartiger Pfarrkapläne tritt häufig der nächste Pfarrer kraft Delegation des Abwesenden ein.

[2] Schmalzgrueber, ius ecclesiast. P. IV. tit. 28. n. 13.

[3] c. 2 (Alex. III.) X. de aet. et qual. I. 14; Barbosa, ius eccles. P. III. c. 6. n. 53.

[4] Bouix l. c. p. 647.

[5] Trid. Sess. XXIV. c. 18. de ref.: „. . . statuit sancta synodus, ut quum parochialis ecclesiae vacatio . . . per obitum vel resignationem, etiam in curia seu aliter quomodocunque contigerit, etiam si ipsa parochialis ecclesia reservata vel affecta fuerit generaliter vel specialiter, etiam vigore indulti seu privilegii in favorem sanctae Romanae ecclesiae cardinalium seu abbatum vel

Keiner der erwähnten Pfarrvikare hat die Befugniss, die ihm übertragene Vertretung in ihrer Totalität einem anderen Geistlichen zu überlassen [1], wohl aber dürfen sie mit Rücksicht darauf, dass sie als s. g. delegati ad universitatem causarum erscheinen, andere Geistliche mit der Vornahme einzelner Akte ihrer Verwaltung betrauen [2]. Dagegen besitzen die unter I. besprochenen Gehülfen der Pfarrer nicht ohne Weiteres ein derartiges Recht, vielmehr nur dann, wenn ihnen eine generelle Vollmacht mindestens für bestimmte Klassen von Pfarrhandlungen ertheilt worden ist [3].

Lassen sich auch die Pfarr-Gehülfen und die Pfarr-Vertreter begrifflich sondern, so repräsentiren die ersteren, wenngleich sie immer von dem Pfarrer abhängig sind, den letzteren doch gleichfalls bei den von ihnen kraft Auftrags vorgenommenen Akten, und stehen in dieser Hinsicht den Stellvertretern eines total verhinderten Pfarrers gleich. Hieraus erklärt es sich, dass manche der vorhin angeführten Bezeichnungen, wie namentlich die Ausdrücke *vicarii* (s. S. 318. 324. 325), *vicecurati* (s. S. 324) und *coadiutores* (S. 318. 325) vielfach promiscue gebraucht werden.

III. Die deutschen Staatsgesetzgebungen legen der Bethätigung der entwickelten Rechtsnormen im Allgemeinen kein Hinderniss in den Weg. Das gilt namentlich für Oesterreich [4], ferner für Altpreussen [5], Hannover, die preussisch gewordene Theile der oberrheinischen Kirchenprovinz [6], für Baiern [7], Würtemberg [8] und Baden [9]. In wie weit etwaige partikularrechtliche Vorschriften über das Recht der Regierung auf Mitwirkung bei der Anstellung kirchlicher Beamten und auf die Mitwirkung bei der Temporalien-Verwaltung der vakanten Pfarrstellen hierin Abänderungen hervorgerufen haben, davon bei den betreffenden Lehren.

capitulorum, debeat episcopus statim habita notitia vacationis ecclesiae, si opus fuerit, idoneum in ea vicarium cum congrua eius arbitrio fructuum portionis assignatione constituere, qui onera ipsius ecclesiae sustineat, donec ei de rectore provideatur". Die ersten nothwendigen Anordnungen wegen der Fortführung des Gottesdienstes hat in solchen Fällen der Dekan oder Erzpriester zu treffen. S. oben S. 289.

1 Das ist nur mit Erlaubniss des Ordinarius zulässig, s. Reiffenstuel I. 28. n. 55.

2 Reiffenstuel l. c. n. 56; Schmalzgrueber l. c. n. 12.

3 Barbosa, de off. et pot. parochi. P. II. c. 19. n. 37; Bouix l. c. p. 651 ff. — Ueber die Frage, ob die ad nutum amoviblen, vom Bischof eingesetzten Vertreter beliebig und willkührlich von ihm abberufen werden können, s. unten die II. Abtheilung.

4 So nach dem allerdings beseitigten Konkordat art. 4 u. 34, an dessen Stelle aber bisher keine beschränkenden Vorschriften getreten sind.

5 Die §§. 506—509 u. §§. 510—514. Tit. 11. Th. II. A. L. R., welche übrigens allein die Vertretung des Pfarrers auf kurze Zeit, sowie die Unterstützung desselben durch ständige Kapläne behandeln, sind im Wesentlichen nur Reproduktionen des katholischen Kirchenrechts, etwas dem Widersprechendes enthält blos §. 511 a. a. O. („Er — der katholische Pfarrer — muss aber dazu — zum Kapellan — ein Subjekt wählen, gegen dessen Person, Lehre und Wandel, der Patron so wenig, als die Gemeine, etwas Erhebliches einwenden können"). Ob dieser Paragraph durch die Verf.-Urk. beseitigt ist, darüber vgl. die Lehre von der Besetzung der Pfarr-Aemter. Wegen der ausländischen Hülfsgeistlichen, deren Verwendung kein Hinderniss entgegensteht, s. Minist.-Reskr. vom 25. Februar 1851 (Beiträge zum preuss. Kirchenrecht 1, 56).

6 Nach Art. 15 der preuss. Verf.-Urk.

7 Silbernagl, Verfassung sämmtl. Religionsgesellschaften in Baiern. S. 72. 73. 74.

8 Verordn. des bischöfl. Ordinariates zu Rottenburg vom 7. Juli 1829, Reyscher'sche Sammlung 10, 952; das Gesetz vom 10. Januar 1862, betr. die Regelung des Verhältnisses der Staatsgewalt zur katholischen Kirche, enthält nichts über den in Rede stehenden Punkt.

9 Ges. vom 9. Oktober 1860 über die rechtl. Stellung der Kirchen im Staate. §. 7; vgl. auch die Motive unter Nr. 1 zu §. 9 bei Spohn, bad. Staatskirchenrecht S. 18.

B. Abweichungen von der regelmässigen Organisation.

§. 94. 1. *Die exemten Bischöfe**.

Nicht jedes Bisthum steht unter einem Metropoliten, vielmehr giebt es bis auf den heutigen Tag eine Anzahl von Diöcesen, welche zu keiner erzbischöflichen Provinz gehören. Für sie und ihre Bischöfe bildet daher allein der Papst die unmittelbar vorgesetzte Instanz (s. g. *episcopi immediate subiecti Romanae sedi, episcopi exemti*)[1].

I. Geschichte der Exemtionen. Es gehören zunächst und zwar in weiterem Sinn hierher diejenigen Diöcesen Italiens, welche sich von dem Metropolitan-Verbande der im Laufe der Zeit dort entstandenen Erzbisthümer frei gehalten haben[2]. Ihr Metropolit war der römische Bischof. In Folge der steigenden Bedeutung des päpstlichen Primates ist indessen die selbst heute noch formell festgehaltene Stellung des Papstes als Metropolitans der römischen Provinz bedeutungslos geworden. Da auch kein besonderer Behörden-Organismus für die Ausübung der Oberleitung der zur römischen Provinz gehörigen Bisthümer besteht, so existirt praktisch so gut wie kein Unterschied zwischen diesen und den in andern Ländern vorkommenden exemten Bischöfen.

Sodann sind dergleichen Verhältnisse im Zusammenhang mit der Mission heidnischer Länder entstanden. Die dem Christenthum neu gewonnenen Gebiete waren nicht stets so umfangreich, dass man sofort mehrere Bisthümer mit einem Metropoliten an der Spitze hätte organisiren können. Unter solchen Umständen wurde eine neu gegründete Diöcese dem römischen Stuhl um so lieber direkt unterstellt, als man dadurch Streitigkeiten zwischen den zunächst belegenen Metropoliten wegen der Subjektion eines solchen Bisthums verhinderte und ferner auch die dem Fürsten des bekehrten Landes vielfach unliebsame Unterwerfung unter ein auswärtiges Erzbisthum vermied[3]. Bei weiterer Ausbreitung des Christenthums sind dann allerdings später

* Thomassin, v. et n. discipl. P. I. lib. III. c. 41. n. 17; Binterim, Denkwürdigkeiten der christkatholischen Kirche I. 2, 653 ff. 691 ff. 695 ff.

[1] Die Gerarchia cattolica per l'anno 1875 (Roma 1875) p. 27 ff. zählt sie unter der Ueberschrift: „sedi di rito latino immediatamente soggetti alla santa sede" auf. Die a. a. O. verzeichneten, dem päpstlichen Stuhl unmittelbar unterworfenen Erzbisthümer sind Titularerzbischöfe (s. o. S. 23 Anm. 2), welche in keinem Metropolitanverbande stehen.

[2] S. die Th. I. S. 213 n. 4 aufgeführten Diöcesen, aus denen aber nach der citirten Gerarchia p. 39 die jetzt der Metropole Urbino überwiesene Diöcese Cagli-Pergola ausscheidet und zu denen das offenbar von dem Verbande mit Camerino getrennte Bisthum Troja hinzutritt; ferner kommen die in der vorigen Anm. erwähnten Erzbisthümer ohne Suffraganen und endlich eine Anzahl süd- und mittelitalienischer Diöcesen hinzu, s. a. a. O. p. 27. 48. Zeitweise sind aber einzelne derselben den später in Italien errichteten Metropolitansitzen unterworfen gewesen, wie eine Vergleichung der Gerarchia mit den Angaben bei Ughelli, Italia sacra Tom. I. u. Neher, kirchl. Geographie Th. I über die bei ersterem verzeichneten Bisthümer ergiebt. Th. I. S. 213. n. 4.

[3] Das ist der Fall mit dem zuerst in Wollin errichteten, dann nach Cammin verlegten Bisthum gewesen. Die Errichtungsurkunde Innocenz' II. a. 1140 (Lünig, spicileg. eccles. II. app. p. 4) hebt zwar das direkte Verhältniss zum römischen Stuhl nicht hervor, unterwirft aber auch andererseits das neue Bisthum keinem Metropoliten. Ebensowenig thut ersteres das dipl. Clem. III. a. 1188 (l. c. p. 6): „ut quia civitas quae Wollin dicitur, in qua sedes episcopalis esse solebat, propter guerrarum incommoda deserta esse proponitur, ipsa sedes in ecclesia s. Johannis Bapt. apud civitatem Camminensem habeatur, libertatem quoque qua sedes ipsa soli fuit Romano pontifici a prima sua institutione subiecta . . . ratam habemus . . . Ad iudicium autem huiusmodi perceptae a sede apostolica protectionis et libertatis nobis nostrisque successoribus tu et successores tui fertonem auri annis singulis exsolvetis", dessen Fassung an sich blos für die Unterordnung des Bisthums unter den päpstlichen Stuhl hinsichtlich der Temporalien, wie das unten näher besprochene Verhältniss von Bamberg zeigt, beweisend ist, s. Ficker, vom Reichsfürstenstande 1, 277. 278. Durch diese Exemtion sollte einem etwaigen Streit zwischen den Erzbischöfen von Magdeburg und Gnesen vorgebeugt werden (Sachsse in Zeitschr. f. deutsch. Recht 10, 87).

derartige, ursprünglich exemte Bisthümer einem ebenfalls neu errichteten Metropolitansitz als Suffraganate zugetheilt worden [1].

Ferner haben im Mittelalter politische Motive, so das Andringen der Fürsten und Bischöfe eines Landes, um Freiheit von einem fremdherrlichen Metropolitan-Verbande zu erlangen, Veranlassung zu Exemtionen gegeben [2].

Andere sind in späterer Zeit in Folge der Befreiungen einzelner Klöster von jeder bischöflichen Jurisdiction entstanden, indem solche eximirte Sprengel zu selbständigen Bisthümern erhoben wurden, und nunmehr ebenso wie der frühere Klosterbezirk in unmittelbarer Unterordnung unter dem apostolischen Stuhl blieben [3].

Auch haben die Päpste einzelnen Bisthümern wegen spezieller Beziehungen zu denselben und aus besonderem Wohlwollen [4] sowie auf Veranlassung weltlicher Für-

Wenngleich die letzteren wiederholt Versuche zur Unterwerfung des Bisthums gemacht haben (s. a. a. O. u. Wiltsch, kirchl. Geographie 2, 239), so hat dasselbe doch seine Unabhängigkeit zu bewahren gewusst, s. gegen v. Mülverstedt i. d. Geschichtsblättern für Stadt u. Land Magdeburg. Jahrgg. 1869. S. 125 ff. Klempin, d. Exemtion des Bisthums Cammin. Stettin 1870. Der Deutschspiegel Art. 315 u. Schwabenspiegel Art. 136 (ed. Lassberg) führen es allerdings als Suffraganbisthum von Magdeburg auf.

1 Als Beispiel kann das von Hamburg-Bremen zu Uexbull gegründete, dann nach Riga verlegte Bisthum (Wiltsch a. a. O. S. 82 n. 13) dienen. Dasselbe ist erst 1255 zum Erzbisthum erhoben (Rainaldi annal. a. 1255 n. 64), war aber schon vorher von aller Metropolitangewalt frei gewesen, Innoc. III. (a. 1213) Regist. XVI. ep. 129 (ed. Baluze 2, 809): „Cum in memoria hominum non existat, quod Estiensis provincia cuiquam fuerit metropolitico iure subiecta, ... mandamus, ne cuiquam tanquam metropolitano respondeas absque mandato sedis apostolicae speciali". Ueber die schwankenden Verhältnisse der diesem Erzbisthum untergeordneten Bisthümer Culm, Pomesanien, Ermland und Samland, s. Hesquet, Kristan v. Mühlhausen, Bischof v. Samland. Halle 1874. S. 13. 14. 23.

2 Das ist offenbar bei der Exemtion der schottischen Bisthümer von dem Metropolitan-Verband mit York der Fall gewesen, s. Th. I. S. 620. 621.

3 dipl. Bonifac. IX. a. 1394 für La Cava (Ughelli 1, 612): „...terram in civitatem erigimus ... et insuper eandem ipsius monasterii ad praesens abbatis regimine destituti ecclesiam in ecclesiam cathedralem similiter erigimus et constituimus ... sponsum idoneum cum episcopalis officii plenitudine deo authore per apostolicae diligentiae ministerium habituram ... statuimus ... quod personae tam ecclesiasticae quam saeculares sexus utriusque in eisdem nova civitate ac territorio, quod quidem territorium de caetero dioecesis Cavensis erit, degentes praesenter et posteri, quemadmodum abbati et conventui praefatis in spiritualibus et temporalibus communiter vel divisim parere tenebantur hactenus ac etiam ordinario iure subiecti, de caetero ipsis episcopo, capitulo et ecclesiae Cavensi in eisdem spiritualibus et temporalibus coniunctim vel semotim teneantur obedire ac dioecesano sint iure subiecti. Praeterea sicut abbas et conventus praefati necnon personae, monasterium, terra et territorium huiusmodi eisdem archiepiscopo, capitulo et ecclesiae Salernitanae nec metropolitico neque alio quovis iure subsint, sed eidem ecclesiae Romanae immediate subiecti remaneant, sicut antea et quemadmodum hactenus de dioecesi fuerit, ita posthac alias de provincia Salernitana existant, ipsis tamen archiepiscopo, capitulo et ecclesiae Salernitanae quoad praedictum censum multum praeiudicium generetur"; dipl. Johann. XXIII. für Nardo a. 1413 (ibid. p. 1046); aus Deutschland gehören hierher die von Benedict XIV. im J. 1752, resp. von Pius VI. im Jahre 1794 (Magn. Bull. 19, 15, resp. Bull. Rom. cont. 9, 204) zu exemten Bisthümern erhobenen gefürsteten Abteien Fulda und Corvey.

4 So hat z. B. Pius II. Pienza, seinen Geburtsort, unter Vereinigung mit Montalcino im J. 1462 zum Bisthum erhoben und dasselbe dem apostolischen Stuhl unterworfen, s. Ughelli l. c. 1, 1177): „Caeterum cupientes ipsas ecclesias singulari beneficio decorare eas et earum praesulem pro tempore existentem cum capitulis, clero, populis, civitatibus, oppidis, castris seu villis praedictis et totis illarum dioecesibus ab omni iurisdictione, superioritate, visitatione, dominio et potestate archiepiscopi Senonensis pro tempore existentis eiusque officialium ac aliorum quorumcumque ordinariorum iudicum — — in perpetuum eximimus et totaliter liberamus ac sub nostra et b. Petri et sedis apostolicae protectione suscipimus dictasque ecclesias et eorum praesulem Roman. ecclesiae nullo medio decernimus subiacere: ita tamen quod si qui in causis ab episcopo Pientinis et Ilcinensibus eiusque officialibus ad archiepiscopum Senensem praedictum seu eius metropolitanam curiam pro tempore appellare voluerint, liceat eis id libere facere ipsique archiepiscopo seu eius officialibus vel delegatis ab eo huiusmodi appellationum causas cognoscere et definire ita et quemadmodum alias causas appellationum a suis suffraganeis impositarum cognoscunt. Liceat etiam ipsi archiepiscopo pro tempore existenti cum per Pient. et Ilcin. civitates aut dioeceses iter faciet, prae se crucem portare facere, sicut in locis suae provinciae portare facere consuevit. In reliquis autem nullam ordinariam iurisdictionem in episcopum Pient. et Ilcin. aut eius subditos valeat quomodolibet exercere."

sten[1] die gleichen Privilegien ertheilt. Nicht minder haben endlich einzelne Bischöfe selbst die Gewährung solcher Vorrechte beim apostolischen Stuhl erbeten und erlangt[2].

[1] Nicht hierher gehört, wie z. B. Binterim, a. a. O. S. 653 u. Wiltsch, kirchl. Geographie 2, 69 annehmen, das Bisthum Bamberg. Die Bestätigungsbulle Johanns XVIII. v. 1007 (Mansi 19, 286 u. 420; Adalberti vita Heinrici SS. 4, 797) lautet: „Sit ille episcopatus liber et ab omni extranea potestate securus Romano tantummodo mundiburdio subditus, quatenus episcopus eo melius cum canonicis sui servitio dei possit insistere et primi constructoris eiusdem loci et recuperatoris iugiter memoriam habere. Sit tamen idem suo metropolitano subiectus atque obediens." Dieser anscheinende Widerspruch, die gleichzeitige Hervorhebung des unmittelbaren Verhältnisses zu Rom und der Zugehörigkeit zu dem Metropolitan-Verbande der Mainzer Provinz, wiederholt sich auch in den späteren Dekretalen, s. Leon. IX. ep. ad Hartwig. Bamberg. a. 1052 (Mansi 19, 690): „Sit ille episcopatus liber, Romano tamen mundiburdio subditus . . . Sit idem episcopus suo metropolitano episcopo Moguntino in canonicis causis tantummodo subiectus et obediens"; Eugen. III. ep. ad Egilbert. episc. Bamberg. a. 1146 (Mansi 21, 631, SS. 4, 813 n. 33): „ecclesiae Bambergis quae s. Romanae ecclesiae soli subesse dignoscitur"); ep. Innoc. III. a. 1204 (Ussermann, episcop. Bamberg. cod. probat. n. 155. p. 139): „Quoniam Babenbergensis ecclesia nostra est filia specialis" und ep. eiusd. a. 1204 (ibid. n. 156. p. 140): „infra terminos Babenbergensis ecclesie ante faciem tuam crucem portari concedimus, salva sedis apostolice auctoritate et Maguntinensis metropolis debita reverentia." Wenn Hirsch, Jahrbücher d. deutsch. Reichs unt. Heinr. II. 2, 93 in Hinblick auf die Bulle Leos IX. die Metropolitanrechte von Mainz auf „die s. g. kanonischen Sachen" einschränkt, und zu diesen unter Bezugnahme auf Ussermann l. c. p. XXXIV das Recht des Metropoliten zur Konsekration und zur Einberufung von Provinzialsynoden rechnet, dagegen Mainz die Befugniss in höherer Instanz als Appellations-Gericht über Bamberg zu fungiren, abspricht, so ist das völlig verfehlt. Denn dem Kirchenrecht ist jener Begriff der „s. g. kanonischen Sachen" fremd, und der von Hirsch für die Ausschliessung der richterlichen Befugnisse des Erzbischofs von Mainz in Bezug genommene Vorfall, die Appellation der vom Bamberger Bischof Hermann verletzten Kanoniker von St. Jacob rechtfertigt das ebensowenig, da sich diese erst, als sie auch beim Reich keinen Schutz gefunden, an den Papst, als ihre letzte Stütze gewandt haben, s. Lamberti annal. a. 1075 (SS. 5, 220). Nennt sich doch auch Günther von Bamberg zw. 1060 u. 1064 schlechthin: „suffraganeus" des Erzbischofs von Mainz (Jaffé, monum. Bamberg. p. 53), obwohl er weiter bemerkt: „qualiter H(einricus) imperator . . . nostram ecclesiam . . . Romanae sedis mundiburdio assignaverit certamque pensionem suo tempore illi solvendam nobis perpetuo imposuerit. Tunc Romanus pontifex, ut hanc singularem nostram subiectionem magis celebrem . . . faceret, omnibus ecclesiae nostrae praesulibus usum pallii generali privilegio concessit". Die Beweiskraft der erwähnten und anderer Zeugnisse (s. ep. Paschal. II. a. 1111 ad Otton. und die Einladungen der Bamberger Bischöfe zu den von Mainz ausgeschriebenen Synoden bei Jaffé l. c. p. 277. 323. 324. 386. 398; vgl. ferner ep. a. 1118 ibid. p. 327) wird auch nicht abgeschwächt durch die Absetzung Bischofs Hermann I. seitens Gregors VII. i. J. 1075, registr. Gregor. VII. II. 76 u. III. 2. 3 (Jaffé, monum. Gregor. p. 200. 204. 205) und die Weihe Ottos I. durch Paschalis II. (Jaffé, monum. Bamberg. p. 701); denn das erstere erklärt sich aus dem damals schon von den Päpsten in Anspruch genommenen ausschliesslichen Absetzungsrecht der Bischöfe, s. oben S. 15 n. 4, und in dem andern Falle ist die Befugniss des Metropoliten von Mainz wenigstens seitens des päpstlichen Stuhles im Princip anerkannt worden, s. Jaffé l. c. u. Th. I. S. 103. n. 2. Demnach kann die unmittelbare Unterwerfung Bambergs unter Rom nicht die Bedeutung einer Sonderstellung in dem hergebrachten hierarchischen Organismus gehabt haben, vielmehr hat sie sich lediglich auf die Temporalien bezogen, d. h. es ist dem Bisthum die Unabhängigkeit derselben von jeder weltlichen Gewalt in Form eines Eigenthumsrechtes der römischen Kirche auf die Güter, wie dies vielfach bei den s. g. abbatiae liberae vorgekommen, gewährt worden, s. Ficker vom Reichsfürstenstande 1, 278. 323. Damit sind nicht nur alle jene anscheinenden Widersprüche über die Bezeichnung der Stellung des Bisthums in den citirten Urkunden aufgeklärt, sondern es ergiebt sich auch zugleich, dass die Anordnung: „in canonicis causis tantummodo subiectus" in Leos IX. Bulle die Unterwerfung in kirchlicher Beziehung, d. h. die volle Anwendbarkeit aller kanonisch rechtlichen Normen über den Metropolitan-Verband ausdrückt. Freilich ist man schon zur Zeit des deutschen Reichs über die wahre Bedeutung der Privilegien Bambergs im Unklaren gewesen. Daher hat es im Laufe der Zeit den Vorrang vor allen übrigen deutschen Bischöfen gleich nach den Erzbischöfen auf der geistlichen Fürstenbank erlangen, Pfeffinger, Vitriarius illustr. lib. I. tit. 14. §. 15 h. 1, 1106, Hirsch a. a. O. S. 95, ja sogar von den Publicisten des deutschen Reichs im 18. Jahrh. als exemtes Bisthum bezeichnet werden können, s. Joh. Jac. Moser, teutsch. Staatsrecht 11, 251, v. Sartori, geistl. u. weltl. Staatsrecht der Erz-, Hoch- und Ritterstifter I. 1, 291. — Wohl aber gehört hierher die Exemtion von Wiener-Neustadt (Neostadium) durch die Bulle Pauls II. v. 1468, Raynaldi ann. a. 1469. n. 8; u. Neher, kirchliche Geographie 2, 179, von Montepulciano durch die Bulle Pius' IV. v. 1561 (Ughelli 1, 1002).

[2] Z. B. Mantua nach der Bulle Nikolaus' V. v. 1453 (ibid. 1, 859), Trivento nach der Sixtus' IV. v. 1474 (l. c. p. 1330), beide im wesentlichen gleichlautend; ich gebe den Text der letzteren, weil der der ersteren verderbt ist: „ecclesiam, civitatem et universam dioecesim, Thomam et pro tempore existentem episcopum, clerum, capitulum ac populum Triventinum ab omni dominio, superioritate, potestate et iurisdictione,

Keinesfalls sind aber diese Exemtionen so häufig gewesen, um die Annahme zu rechtfertigen, dass die Päpste die Ertheilung derselben als Mittel zu Herabdrückung der Metropolitanrechte benutzt haben. Gerade für den Zeitraum, innerhalb dessen sich die oben S. 13. 14 geschilderte Veränderung in der Bedeutung des Metropolitan-Amtes vollzogen hat, sind dergleichen Befreiungen weder in einer auffälligen Anzahl[1] noch für Bisthümer von hervorragender Stellung verliehen worden[2]. Ueberdies ist auch eine Initiative der Päpste in allen diesen Fällen nicht nachweisbar und der Umstand, dass die Erzbischöfe mitunter ihre Bischöfe auf den ihnen geleisteten Gehorsams-Eid hin ausdrücklich verpflichteten[3], keine Exemtion von dem Metropolitan-Verbande beim Papste nachzusuchen, zeigt, dass gerade vor Allem die Bischöfe sich um solche

quibus forsan ecclesia, civitas, dioecesis, episcopus, clerus, capitulum et populus praedicto archiepiscopo et ecclesiae Beneventanae praefatis subesse praetenderetur ac aliorum quorumlibet, auctoritate apostolica tenore praesentium perpetuo eximimus et etiam liberamus, ac sub b. Petri et sedis praelibatae ac eiusdem ecclesiae Romanae atque nostra potestate suscipimus, nobis successoribus nostris . . . ac dictae sedi immediate subesse, . . . ita quod archiepiscopus praedictus vel quivis eius vicarius seu officialis ratione delicti sive contractus aut rei de qua agitur, ubicumque committatur delictum vel initiatur contractus aut res ipsa consistat, nullam in episcopum, civitatem, dioecesim, capitulum, clerum et populum Triventinum praedictos illorumque singulares personas excommunicationis, suspensionis et interdicti sententias proferre aut aliquam in eos iurisdictionem, potestatem et dominium exercere seu provincialia vel alia concilia convocare praesumant, sed dumtaxat coram dicta sede vel eius delegatis teneantur conquerentibus de eis in iustitiam respondere"; ferner Passau, welches i. J. 1415 eine freilich durch die Konstanzer Reformdekrete (s. oben S. 150. n. 1) kassirte Exemtion seitens Johanns XXIII, dann aber noch i. J. 1728 eine neue von der Metropolitangewalt Salzburgs erhalten hat, über das erstere s. Hübler, Konstanzer Reformation S. 257, die letztgedachte Bulle bei Moser, a. a. O. S. 274.

[1] Vor dem 11. Jahrhundert sind sie überhaupt nicht nachweisbar. Vielleicht gehört hierher schon das privileg. Leonis IX. für den Bischof v. Le Puy (episcopus Aniciensis) im Metropolitan-Sprengel von Bourges v. 1051 (Gallia christ. 2. app. p. 228), welches demselben das Pallium verleiht „ea si quidem conditione, ut sicut ecclesiae tuae privilegiis in suo statu manentibus ordinatio episcoporum huius sedis ad Romanum spectet pontificem, ita etiam ad hunc locum ordinandus per nos episcopus per nostram scilicet cleri etiam ac populi huius civitatis intres electionem etc.", dessen Tragweite bei der unvollständigen Mittheilung a. a. O. sich aber nicht genau beurtheilen lässt und allerdings der Vorläufer der späteren auf volle Befreiung von der Metropolitangewalt lautenden Privilegien von Paschalis II. v. 1105 und von Eugen II. v. 1145 (s. ibid. 2, 686) gewesen zu sein scheint; für Ravello (in der Nähe von Amalfi) s. dipl. Urbani II. a. 1090 (Ughelli 1, 1183): „vobis libertatem adiicimus, ut Ravellensis ecclesiae deinceps ab omnis potestatis libera in solius Romani pontificis iure dominationeque consistat", u. dipl. Paschalis II. a. 1101 (ibid. p. 1184): „decernimus, ut Ravellensis ecclesiae, cui per . . . praedecessoris nostri . . . manus impositionem praesides, familiariori benignitate semper sub apostolicae sedis tuitione servetur et quicumque deinceps episcoporum Ravell. ecclesiae . . . successerint, ab eiusdem apostolicae sedis consecrationis gratiam sortiantur, sicut a s. mem. praedecessoribus nostris Victoris III. et Urbano II. statutum esse cognoscitur", und für Troja, welches von Alexander II. zw. 1061 u. 1073 und Paschalis II. a. 1100 (Ughelli 1, 1345) ebenfalls das Privilegium erhalten hat, dass seine Bischöfe allein beim Papst ihre Weihe nehmen sollten, ist wohl dadurch der Beweis der Exemtion geliefert, denn da das Weiherecht der Bischöfe in jener Zeit noch ein Ausfluss der Metropolitangewalt gewesen ist, ergiebt sich aus der Beseitigung desselben, dass diese Bisthümer zu keiner erzbischöflichen Provinz gehören sollten. Deutlich ist das ausgesprochen in dem dipl. Calixti II. a. 1120 für Aversa (Ughelli 1, 486): „Si quidem . . . Leo papa IX. primum . . . episcopum Azolinum consecravit, porro Urbanus Guimundum, Gelasius Robertum episcopos consecravit, quorum nos auctoritatem et vestigia subsequentes praefatam Aversanam ecclesiam in solius Romanae ecclesiae subiectione decrevimus conservandam. Apostolica igitur auctoritate statuimus . . ., ut eadem ecclesia Aversana in Romanae ecclesiae unitate atque obedientia perseveret eique soli tanquam suffraganea metropolitanae suae subiecta sit, ut in ea per Romani semper pontificis manum episcopus consecraretur."

[2] Die S. 145. n. 1 citirte Stelle Bernhards von Clairvaux steht dem nicht entgegen, denn sie schildert in etwas rhetorischer Weise den Nachtheil der Exemtionen, namentlich der zu Gunsten der Klöster gewährten.

[3] Dipl. Alberti episc. Lubec. a. 1248 (Leverkus, Urkdbuch des Bisth. Lübeck S. 93): „Quibus iuramentis praestitis iam dictus dominus noster archiepiscopus Bremensis sub religione iuramenti praestiti nobis mandavit et nos etiam voluntarie repromisimus, quod nunquam procurabimus vel efficiemus per nosmet ipsos vel per literas vel nuntios, quod absolvamur auctoritate alicuius superioris ab obedientia Bremensis ecclesiae, quamdiu in Lubicensi ecclesia presidemus."

Privilegien bemühten, wie denn einzelne derselben, die nachmals für exemt galten[1], ihre Befreiung wohl nur dadurch erlangt haben, dass sie sich unter Benutzung gewisser äusserer, namentlich politischer Verhältnisse der Metropolitan-Jurisdiktion entzogen und der Ausübung der später ohnehin geringen Rechte derselben Hindernisse in den Weg gelegt hatten.

Die Titular-Erzbischöfe, welche schon seit mehreren Jahrhunderten vorkommen, sind dagegen durch ihre blosse Ernennung nicht von ihrem bisherigen Metropolitan-Verband eximirt worden[2]. Allerdings haben mitunter auch Bischöfe, welche dem römischen Stuhl bereits unmittelbar untergeben waren, den gedachten Titel zu grösserer Auszeichnung erhalten[3].

II. Geltendes Recht. Exemte Bisthümer finden sich heute vor Allem noch in Italien[4] und Deutschland. Dort haben sie sich aus früherer Zeit erhalten (s. o. S. 329). In Deutschland verdanken sie ihre Entstehung der Wiederaufrichtung der katholischen Kirchenverfassung am Anfange dieses Jahrhunderts. Es gehören hierher die hannoverschen Bisthümer Hildesheim und Osnabrück[5], deren unmittelbares Verhältniss zum römischen Stuhl sich daraus erklärt, dass die damalige hannoversche Regierung eigene, mit den Staatsgrenzen zusammenfallende Sprengel zu haben wünschte, andererseits aber das Staatsgebiet für die Errichtung einer besonderen erzbischöflichen Provinz mit Suffraganbisthümern nicht ausgedehnt genug war. In Preussen ist dagegen den beiden wiederhergestellten Bisthümern Breslau und Ermland[6] die frühere Exemtion belassen worden)[7].

Die Exemtion hat die Wirkung, dass der Bischof von den aus der Metropolitan-Gewalt herfliessenden Rechten und das Bisthum selbst von der Zugehörigkeit zu einer der benachbarten erzbischöflichen Provinzen befreit ist, sofern nicht etwa das Exemtionsprivileg für gewisse Verhältnisse besondere Ausnahmen statuirt[8]. Im Allgemeinen durchbricht die Exemtion die gewöhnliche hierarchische Stufenfolge, denn

[1] So Breslau, ursprünglich zur Provinz Gnesen gehörig, s. Laspeyres, Gesch. der kath. Kirche Preussens S. 276. 277. 290 u. A. Mosbach, d. Wahl des elfjährigen polnischen Prinzen Karl Ferdinand zum Bischof v. Breslau 1625. Breslau 1871. S. 22 ff., Ermland, s. Laspeyres a. a. O. S. 395; Regensburg, s. Pfeffinger l. c. lib. I. tit. 15. §. 13. n. hh u. ii 1, 1230. 1232; Moser a. a. O. 11, 251; v. Sartori a. a. O. S. 296; ferner Pavia, s. const. Bened. XIV: Ad supremum v. 15. Februar 1743 (Bull. Bened. XIV. 1, 242), dessen bevorrechtigte Stellung wohl daran angeknüpft hat, dass es ebenso, wie Bamberg, hinsichtlich der Temporalien dem römischen Stuhle unterstellt war, s. Ficker a. a. O. S. 313.

[2] O. S. 23 n. 2.

[3] So die Bischöfe von Camerino, Neher, kirchl. Geographie 1, 101. Damit ist nicht zu verwechseln die Union eines Erzbisthums in partibus infidelium mit einem exemten Bischofssitz, damit der jedesmalige Bischof neben dem Bischofstitel auch den von dem Erzbisthum hergenommenen erzbischöflichen, also den Titel: „Bischof-Erzbischof" führen kann, ein Verhältniss, wie es durch die in der vorvorigen Note citirte Const. Benedikts XIV. für Pavia begründet worden und noch heute für das mit dem Erzbisthum Rhodus in partibus vereinigte exemte Bisthum Malta besteht, s. Gerarchia cit. p. 209 u. Neher a. a. O. S. 219.

[4] Gerarchia cit. p. 27 ff.

[5] Bulle: Impensa Romanor. pontif. v. 1824. s. v. supradictis sedibus episcopalibus tam Hildesimensi etc.

[6] Bulle: De salute animarum v. 1821. s. v. episcopales vero ecclesias Wratislaviensem etc. Bei Breslau hat wohl auch noch das Motiv mitgewirkt, dass dasselbe mit seinem nach Oesterreich hineinreichenden Sprengel nicht gut einem sei es Preussen, sei es Oesterreich angehörigen Erzbischof unterstellt werden konnte.

[7] Abgesehen von den beiden genannten Ländern giebt es noch exemte Bisthümer in der Schweiz, in welcher überhaupt kein Metropolitan-Verband existirt, in Malta, in der Türkei und auch in aussereuropäischen Ländern, s. Gerarchia cit. p. 27 ff.

[8] S. z. B. das für Pienza und Montalcino (S. 330 n. 4), welches dem Erzbischof von Siena das Recht als Appellationsinstanz zu fungiren und die Befugniss sich das Kreuz vortragen zu lassen, vorbehalten hat. Ueber das an und für sich durch die Exemtion gegebene Mass geht dagegen die Anordnung in den Privilegien für Mantua und Triventino (S. 331. n. 2) hinaus, welche die Juris-

der exemte Bischof hat keinen anderen unmittelbaren Oberen über sich als den Papst. Im Einzelnen gilt Folgendes:

1. Die exemten Bischöfe müssen, damit auch für ihre Diöcesen das Institut der Provinzial-Synoden zur Geltung kommen kann, sich einem benachbarten Erzbischof ein für alle Mal anschliessen, auf dessen Synoden sie ebenso wie Suffragane desselben zu erscheinen verpflichtet sind[1]. Jedoch kann das Exemtionsprivileg, weil es ein Gnaden-Akt des Papstes ist, den betreffenden Bischof unter Beseitigung seines Wahlrechtes auch schlechthin einem Erzbischof in der gedachten Hinsicht dauernd zuweisen[2]. Eine Nothwendigkeit zu diesem Anschluss besteht aber nicht für die suburbikarischen Kardinalbisthümer, die (exemten) Titular-Erzbischöfe ohne Suffraganen und die zur römischen Provinz im engeren Sinne gehörigen[3] einfachen Bischöfe[4]. Diese haben an der vom Papste für die römische Provinz zu berufenden Synode Theil zu nehmen. Uebrigens müssen auf dieser letzteren auch die exemten Bischöfe erscheinen, welche die vorgeschriebene Wahl der Provinzialsynode eines benachbarten Metropoliten nicht vorgenommen haben[5], weil sie gleichfalls zur römischen Provinz im weiteren Sinne gerechnet werden[6].

2. Wenngleich der exemte Bischof den Beschlüssen der Provinzialsynode sich zu fügen hat, so ist er doch dem mit der Abhaltung der letzteren verbundenen Visitations- und Strafrecht des Metropoliten[7] nicht unterworfen, weil dem Erzbischof die Ausübung des letzteren nur kraft seiner Jurisdiction über die Suffraganbischöfe zusteht.

3. Ferner ist in den exemten Bisthümern die Bethätigung der weiteren S. 19 ff. unter 3 bis 6 erwähnten Metropolitanrechte ausgeschlossen. Da damit auch die regelmässige, durch das Metropolitangericht gebildete zweite Instanz entfällt, so sind behufs Ersatzes derselben besondere Einrichtungen für die exemten Diöcesen geschaffen, welche freilich nicht überall gleich sind[8].

4. Was endlich die Einrichtung von Seminarien für exemte Sprengel, welche ein solches allein zu unterhalten ausser Stande sind, betrifft, so muss die Provinzialsynode, welcher sich der exemte Bischof angeschlossen hat, zur Feststellung der erforderlichen Massregeln (s. o. S. 21) für kompetent erachtet werden. Denn die betreffende Angelegenheit gehört zu ihrem Wirkungskreis und der Bischof ist ihren Beschlüssen unterworfen[9].

5. Ein Vorrang kommt den exemten Bischöfen, obwohl sie in der Hierarchie

diction des Erzbischofs auch beim Vorliegen eines Spezialforums ausschliesst.

[1] Trid. Sess. XXIV. c. 2. de ref. So haben sich z. B. i. J. 1860 die Bischöfe von Hildesheim und Osnabrück dem Erzbisthum Köln angeschlossen, Arch. f. k. K.R. 9, 108. n. 2. Die einmal getroffene Wahl bindet auch die Nachfolger, Dekr. d. Congr. Conc. v. 1725 bei Bened. XIV. de syn. dioec. XIII. 8. n. 14.

[2] So ist dies mit Passau hinsichtlich des Erzbischofs von Salzburg durch die Bulle Benedikts XIII. geschehen, s. S. 331. n. 2 a. E.

[3] Die s. g. episcopi constituti inter Capuanam provinciam et Pisanam, s. Th. I. S. 213; Bouix, du concile provincial, Paris 1850. p. 118. 119.

[4] S. die in der vorvorigen Note cit. Entsch. d. Congr. Conc.

[5] Diese hat Benedikt XIII. i. J. 1724 zum römischen Koncil berufen (Acta concil. coll. Lacens. 1, 342 u. Th. I. S. 213. n. 5), s. ferner conc. Roman. a. 1725. Tit. II. c. 1 (coll. cit. 1, 350), an welchem auch Vertreter der exemten Bischöfe von Bamberg, Ermland und Pavia theilgenommen haben. Daraus ergiebt sich, dass die Theilnahme Bambergs nicht mit v. Schulte, Lehrb. 2. Aufl. S. 197. n. 9 aus der eigenthümlichen Stellung dieses Bisthums zu erklären ist.

[6] Th. I. S. 213.

[7] O. S. 18.

[8] Ueber Breslau s. Th. I. S. 637. Das Nähere unten in der Lehre von der Gerichtsorganisation.

[9] S. Anm. 1.



höher als die Suffraganbischöfe stehen, vor diesen auf den allgemeinen und Provinzial-Koncilien kraft ihrer Exemtion nicht zu, vielmehr entscheidet über die Präcedenz das Alter der Beförderung zur bischöflichen Würde[1].

§. 95. 2. *Besondere Einrichtungen für bestimmte Personen-Klassen, insbesondere die Militärseelsorge**.

Von praktischer Bedeutung ist heute allein[2] die in einzelnen grösseren Staaten vorkommende Exemtion der Armee und Marine von der Jurisdiktion der

[1] Gallemart ad conc. Trid. XXIV. c. 2. n. 4; Caeremoniale episcopor. lib. I. c. 31; s. ferner const. Pii IX.: Multiplices inter v. 27. Nov. 1869 n. 4 (Acta s. sedis 5, 235) u. §. 101.

* Archiv für kathol. K. R. 21, 456; Pachmann, Lehrbuch des Kirchenrechts 3. Aufl. S. 326. 338; Ginzel, österr. Kirchenrecht 1, 212. 343; Ferraris, prompt. biblioth. s. v. capellanus militum; Bouix, tractat. de parocho p. 662; Andr. Müller, Lexikon des Kirchenrechts, Art. Feld-Geistliche, 2. Aufl. 2, 801; die kleine, im Arch. f. k. K. R. 23, 181 besprochene Schrift: W. E. Frh. v. Ketteler, die Gefahren der exemten Militärseelsorge. Mainz 1869 (als Manuskript gedruckt) behandelt den Gegenstand nicht vom rechtlichen Standpunkte aus.

[2] Für die merovingische und karolingische Zeit fragt es sich, ob nicht besondere Bischöfe für einzelne Klöster, resp. Klosterbesitzungen vorgekommen sind, welche in Unterordnung unter den Aebten hinsichtlich der zum Kloster gehörigen Personen die bischöflichen Weihe-Akte ausgeübt haben. Abgesehen von einem die Haltung eines besonderen Bischofs gestattenden, aber unzweifelhaft falschen Diplom Hadrians I. für das Martinskloster zu Tours (abgedruckt bei Launoii opp. III. 2, 28 u. Le Cointe, annal. eccl. Franc. ad a. 786. n. 12. 21 ff. 6, 295. 302 ff.; vgl. dazu auch Jaffé, regest. rom. pont. n. CCCXXII u. Thomassin, n. et v. disc. P. I. lib. III. c. 33. n. 2), welches aber schon Urban II. bei seinem Aufenthalt in Tours vorgelegt worden ist (s. dessen Schreiben bei Launoius l. c. p. 42. 49: „quoniam in quibusdam suae ecclesiae privilegiis proprium eis habere episcopum concessum est, eius vice nos Romano eos sancimus specialiter adhaerere pontifici et graviores eorum causas eius pendere iudicio") finden sich zwei weitere derartige Urkunden von Stephan III. a. 757 u. von Hadrian I. a. 786 für die Abtei St. Denys. Die erstere (in zwei verschiedenen Fassungen nach Sirmond und Mabillon bei Mansi 12, 551 u. Le Cointe l. c. ad a. 757. n. 1, 5, 551; vgl. auch Jaffé l. c. n. 1782) lautet nach Sirmond: „Et omnem cuiuslibet ecclesiae episcopum aut alium quempiam sacerdotem in praefatis monasteriis ditionem quamlibet habere, praeter sedem apostolicam, hac auctoritate prohibemus: ita ut nullus episcopus aut alius sacerdos vel etiam quispiam e laicis in quoquam contrarietatem eisdem monasteriis inferre praesumant, nisi tu, deo amabilis vir, vel successores tui abbates, quempiam forsitan sacerdotum permiseris ad quodlibet opus peragendum, quando ipsa venerabilia loca aedificaveris. Sed et hoc omnino interdicimus, ut nullus episcoporum praesumat presbyterum aut diaconem vel reliquos ordines ecclesiasticos in praedictis monasteriis ordinare vel missas ibidem celebrare, nisi ille qui ab abbate pro tempore existente fuerit invitatus. Episcopum illum qui huiusmodi consecrationem sacri ordinis in ipsis coenobiis constituerit, nullo modo alius cuiuslibet ecclesiae episcopus pro eadem causa condemnare audeat. Sed et tabulas et chrisma similiter consecrandi vobis licentiam tribuimus. Et hoc b. Petri principis apostolorum auctoritate promulgantes sancimus, ut nullo modo concilium episcoporum et laicorum absque voluntate excellentissimi filii nostri Pippini regis vel tuae dilectionis, deo amabilis vir, te audeat quoquo modo episcopum consecrare"; dagegen nach Mabillon: „Et quoniam ad preces Chludovii, filii Dagoberti, domnus Landericus Parisiacae urbis episcopus, a sua et omnium successorum potestate deinceps, cum consilio suorum canonicorum et fratrum suorum coepiscoporum regionis illius coenobium vestrum et omnes ad eum servientes clericos quorumcumque ordinum in procinctu vestri monasterii absolvit; nos etiam idem et habere vobis episcopum per singulare privilegium concedimus, qui de vobis ab abbate vel a fratribus in monasterio vestro electus et a fratribus nostris episcopis de illa regione consecratus, illa vestra monasteria a vobis aedificata provideat et vice nostri nominis ubi et ubi fuerint, regat et praedicationi tam in ipso vestro monasterio quam in sibi subiacentibus deserviat. Ut autem alicuius ecclesiae episcopus vel sacerdos illa monasteria a vobis aedificata aliquo cupiditatis vinculo deceptus invadat et illi episcopo quem tu vel successores tui elegerint et ordinare fecerint, per invidiam aut per quamlibet occasionem aliquam contradictionem inferat, prohibemus . . . Hoc autem . . . sancimus, ut ista quae dictavimus, ita roborata maneant et nemo episcoporum de quacunque ecclesia presbyterum vel diaconum ordinare vel aliquod ecclesiasticum ministerium celebrare vel concilium convocare, in praedictis monasteriis audeat, nisi ille, quem abbas illo in tempore existens, ad haec officia peragenda invitaverit"; das Privilegium Hadrians I. a. 786 (Bouquet, recueil 5, 596 u. Mansi 12, 832, s. auch Le Cointe l. c. ad a. 786. n. 12, 6, 295 u. Jaffé, l. c. n. 1886) bestimmt: „promulgamus, ut penitus liceat ibidem habere episcopum, sicut a priscis temporibus et usque hactenus fuit, per cuius praedicationem populus qui a diversis regionibus devota mente quotidie ad sancta eiusdem martyris Christi monasterii limina

Diöcesanbischöfe und die damit zusammenhängende besondere Organisation der Militärseelsorge. Die erste derartige Einrichtung ist in Oesterreich vorgekom-

concurrit, remedium consequi mereatur animarum. Et quando episcopus praefati sancti loci de hoc saeculo migraverit et alius ab abbate et monachis dignus electus fuerit, sine qualibet controversia pro longitudine itineris a vicinis episcopis sicut mos extitit, consecretur. Quodsi pro qualibet occasione aut invidia ordinandi se distulerint, tunc licentiam tribuimus, ut ad sedem apostolicam cum testimonio abbatis et monachorum propriis eorum manibus simul decretum subscriptum ferens, consecrationis causa adveniat et consecrationem accipiat, quia nolumus, ut lumen, quod ibidem hactenus tanto tempore per episcoporum praedicationem claruit, nostris temporibus extinguatur. Et nemo episcoporum parrochianis in praefato monasterio, in cellis, ecclesiis vel titulis seu oraculis, sub ditione ipsius constitutis, ordinationes facere sive pro chrismate conficiendo aut quacumque exquisita re agere aut distringere vel ad se presbyteros convocare praesumat. Sed per hanc auctoritatem apostolici privilegii nostri episcopus ex ipso venerabili monasterio canonice curam pastoralem sollicitudinis ministerii sui in praefatis adiacentibus vel subiacentibus locis habeat et quaequae emendanda et corrigenda sunt, cum consensu abbatis sui, canonica institutione et secundum ordinem cuncta peragat. Si vero quaelibet discordia inter vicinos episcopos seu episcopum praedicti monasterii . . . orta fuerit, nullus audeat, abbate minime annuente saepius nominati monasterii episcopum distringere vel in qualibet iudicare parte. Quodsi abbas eiusdem monasterii ullo modo voluerit inter eos declamari, nostris apostolicis eveniant obtutibus concordia reformandis" . . . Jaffé a. a. O. hat beide Dokumente nicht als unecht verworfen, ebenso erklärt Abel, Jahrb. des fränk. Reichs unter Karl d. Gr. 1, 457 das Privileg Hadrians I. für ächt, Mabillon, acta O. S. Bened. saec. III. P. II. p. 306. 313, welcher das Diplom für Tours gleichfalls nicht anzweifelt (vgl. auch Félibien, histoire de l'abbaye de Saint-Denis. Paris 1706. p. 51), weist sogar auf einen in einem Diplom König Chilperichs genannten „episcopus et custos basilicae s. Dionysii" und einen „Hubertum episcopum, moris quippe ei fuit ecclesiae aliquamdiu episcopos habere" (c. 6 de virt. et mirac. Dionysii), sowie (l. c. P. I. praef. n. 35 ff.) auf angebliche Klosterbischöfe in Tours (s. auch Du Fresne du Cange s. v. episcopus u. Gallia christ. 14, 153) zum Beweis dafür hin, dass die Praxis den Anordnungen der Diplome entsprochen habe. Nichtsdestoweniger wird mit Thomassin l. c. und Le Cointe annal. eccl. ll. cc. angenommen werden müssen, dass die Diplome ebenso wie die Bestätigungsbulle Leos III. v. 798 (Le Cointe l. c. ad a. 798. n. 41 ff., 6, 643) Fälschungen sind. Schon die auffällige Thatsache der Existenz eines besonderen Klosterbischofs neben dem Diöcesanbischof, welche im Widerspruch mit den kirchlichen Kanones (s. o. S. 39) gestanden hätte, ruft erhebliche Zweifel an der Aechtheit jener Dokumente hervor. Ferner kommen zwar seit dem 7. Jahrhundert Exemtionen einzelner Klöster von der bischöflichen Gewalt vor (so z. B. für Tours, s. S. 5 n. 3, für Fulda a. 751 bei Jaffé, mon. Mogunt. p. 228 und das Formular im liber diurnus n. 77 ed. Rozière p. 162), aber diese machen allein die Vornahme bischöflicher Weihe-Akte für das Kloster und die Kloster-Angehörigen von der Zustimmung des Abtes abhängig, vgl. noch Rozière, recueil des formules n. 573. 2, 726; Sickel i. d. Sitzungsberichten d. Wiener Akademie XLVII. 2, 572), stellen indessen keineswegs einen Bischof in dauernde amtliche Unterordnung unter den ihm dem Range nach tiefer stehenden Kloster-Vorstand. — Mit diesen aus ächten Urkunden nachweisbaren Verhältnissen stimmt das Diplom Stephans III. in der Sirmondschen Fassung vollkommen überein. Enthält es auch manche auffällige Wendungen, so wird man es doch im Grossen und Ganzen für ächt und die daneben vorkommende, von dem Klosterbischof handelnde Recension für unächt erklären müssen. Damit fällt auch das Privilegium Hadrians I. zusammen, welches das Vorhandensein des letzteren in die „prisca tempora" zurückversetzt, und das um so sicherer, als es erstens eine kanonistische Unmöglichkeit, die ausschliessliche Wahl eines Bischofs durch die Mönche anordnet, und ferner mit dem unzweifelhaft falschen Diplom Hadrians I. für Tours, welches sein Relatum, das ächte Privilegium Adeodats (s. S. 5 n. 3) irriger Weise als Verleihung des Rechts auf Einsetzung eines Klosterbischofs interpretirt, bis auf wenige unerhebliche Differenzen in den entscheidenden Stellen übereinstimmt. Dazu kommt, dass die jener Zeit angehörigen Diplome Pippins für St. Denis nie des Bischofs erwähnen, und vor Allem das Privilegium desselben v. 768 (Bouquet, recueil 5, 710. n. 19), welches dem Kloster das Recht der freien Abtswahl und Schutz gegen die Entfremdung von Werthsachen, namentlich der Altar- und anderen kirchlichen Geräthe seitens der Bischöfe, gewährt, aber mit keinem Worte des Klosterbischofs erwähnt, voraussetzt, dass die für das Kloster nöthigen Pontifikal-Handlungen durch andere Bischöfe vollzogen worden sind. Somit ist die Existenz eines besonderen Klosterbischofs für die Zeit zwischen den Diplomen Stephans III. und Hadrians I. widerlegt. Auch später bei der Reformation des Klosters i. J. 832 (Mansi 15 app. p. 456, vgl. Sickel, acta reg. Karol. 2, 176) wird eines solchen nicht gedacht.

Die von Mabillon l. c. nachgewiesenen Bischöfe können demnach nicht als Klosterbischöfe im Sinne der Diplome angesehen werden, sind vielmehr Bischöfe, namentlich wandernde Bischöfe (s. o. S. 170) gewesen, welche sich in ein Kloster zurückgezogen oder in einem solchen Unterkommen gefunden hatten (s. auch Sickel, i. d. cit. Sitzungsber. S. 572). Andere in jenen Zeiten erwähnte Mönchs- und Abtsbischöfe sind wohl kuldeische episcopi gewesen, d. h. Mönche mit der Presbyter-Weihe, welchen die Seelsorge für die neubekehrten Gemeinden von dem Kloster-Abt übertragen war, s. Ebrard, iroschottische Missionskirche. Gütersloh 1873. S. 167 ff. 177. 181. 302. Nur auf solche würde auch c. 4, conc. Herudford. a. 673 (Bruns I. 2, 310): „ut ipsi monachi



men[1] und datirt seit dem Ende des 17. Jahrhunderts. Im J. 1689 erhielt der jeweilige päpstliche Nuntius am Wiener Hofe die bischöfliche Jurisdiktion über die kaiserliche Armee auch für die Friedenszeit, zugleich mit der Vollmacht, sie dem Beichtvater des Kaisers zu delegiren[2]. Anscheinend ist die Exemtion aber zunächst nicht vollkommen praktisch geworden und darin liegt wohl der Grund, dass Clemens XI. i. J. 1720 die Armee dauernd und bleibend von der Unterwerfung unter die Diöcesanbischöfe befreite, und der Jurisdiktion eines vom Kaiser zu ernennenden, vom Nuntius im Auftrage des Papstes[3] mit den nöthigen Fakultäten zu versehenden apostolischen Vikars unterstellte. Nach der Aufhebung des Jesuitenordens, welchem bis dahin der stets zu jener Stellung ausgewählte kaiserliche Beichtvater angehört hatte, errichtete Maria Theresia ein eigenes, selbstständiges Feldvikariat, welches noch i. J. 1773 mit dem Bisthum Wienerisch-Neustadt vereinigt wurde[4]. Trotz der Uebertragung desselben nach St. Pölten (i. J. 1785) dauerte die Verbindung fort, und erst i. J. 1826 ist eine Trennung des Vikariates von dem Bisthume, sowie die Erhebung des ersteren zu einem selbstständigen Amte erfolgt. Die Grundlage für die geistlichen Befugnisse des Vikars bildet aber noch immer das Breve Pius' VI. vom 12. Oktober 1778[5].

Was die heutigen Verhältnisse betrifft, so besteht die Exemtion von der gewöhnlichen Episkopal-Jurisdiktion für alle in der aktiven Dienstleistung des Heeres und der Marine befindlichen Personen[6]. Für sie bildet das apostolische Feldvikariat für das k. k. Heer zu Wien die höchste geistliche Behörde. An dessen Spitze steht der apostolische Feldvikar oder Feldbischof (vicarius apostolicus militiarum, vicarius apostolicus castrensis, capellanus maior exercitus), welcher vom Kaiser ernannt und vom Papst sowohl mit der nothwendigen geistlichen Jurisdiktion versehen[7], als auch auf ein Bisthum in partibus infidelium promovirt wird[8].

Kraft der päpstlichen Delegation besitzt er eine der bischöflichen Jurisdiktion an materiellem Umfang im wesentlichen gleichkommende Leitungsgewalt[9], und wie

(*al.* episcopi monachi) non migrent de loco ad locum, h. e. de monasterio ad monasterium, nisi per demissionem proprii abbatis . ." zu beziehen sein, wenn die Lesart: episcopi monachi, welche allerdings durch die Ueberschrift des Kapitels: „de monachis episcopis" beglaubigt wird, die richtige wäre.

Nicht hierher gehören die in früherer Zeit im Orient Ehren halber vereinzelt zu Bischöfen geweihten Mönche, s. Sozomen. VI. 34.

[1] Vgl. über das Nachstehende Joh. Mich. Leonhard, Verfassung der Militärseelsorge in den k. k. österr. Staaten. Wien 1842. S. 5 ff.; Symersky, die Verehelichung der Stellungspflichtigen und Militärpersonen. Olmütz 1874. S. 69 ff. 119 ff. — Vor der Zeit der stehenden Heere konnte selbstverständlich der Gedanke einer eigenen geistlichen Verwaltung für die in das Feld ziehenden Aufgebote, welche in früherer Zeit nicht nur von Geistlichen begleitet, sondern auch oft genug von Bischöfen geführt worden sind, — die Verbote dagegen s. Th. I. S. 26. 27. 124. 137 — gar nicht aufkommen.

[2] Uebrigens verwalteten schon seit 1534 allein während der Dauer der Kriegsoperationen besondere Geistliche mit dem Namen eines Armee-General-Vikars, Feldsuperiors oder Generalstabskapellans kraft Delegation des Papstes die Militärseelsorge in Oesterreich. Im J. 1643 hat Urban VIII. dem Beichtvater Kaiser Ferdinands III. — freilich auch nur für die Kriegsdauer — die bischöfliche Jurisdiktion für alle Personen „qui in castris degunt aut castra sequuntur" ertheilt.

[3] Derartige Breven haben Innocenz XIII. am 25. September 1722 und Benedict XIV. am 10. März 1741 erlassen.

[4] Vgl. dazu auch Breve Clemens' XIV. v. 22. December 1773.

[5] Inter cetera, abgedruckt bei Ginzel, Codex des österreich. Kirchenrechts S. 62 u. Symersky a. a. O. S. 123.

[6] Nach den durch die Allerh. Entschliessung vom 3. Januar 1869 genehmigten Bestimmungen, s. Arch. f. kath. K. R. 21, 456 u. Symersky S. 143; ein Verzeichniss der nicht der militärgeistlichen Jurisdiction unterstehenden Personen i. Arch. 1, 575; vgl. dazu auch ibid. 28, 72 ff.

[7] Nach Massgabe des in der vorvorigen Note citirten Breves.

[8] Ginzel, K. R. 1, 213. 344.

[9] Das zeigt das citirte Breve: Inter cetera, namentlich der Passus: „Praeterea eidem capellano maiori per se pariter vel alium seu alios ab eo subdelegandos probos et idoneos sacerdotes . . . .

den Diöcesanbischöfen wird ihm die Ausübung gewisser päpstlicher Reservatrechte durch besondere Fakultäten übertragen[1]. Für die Verwaltung ist dem Vikar ein s. g. Feld-Konsistorium, bestehend aus einem geistlichen Feldkonsistorial-Direktor und zwei gleichfalls dem Militärklerus angehörigen Feldkonsistorial-Sekretären[2], beigegeben. Der Feldkonstistorial-Direktor ist der Beirath des Vikars und zugleich in Verhinderungsfällen dessen Stellvertreter, auch erhält er bei der Vakanz des Vikariates interimistisch bis zur Wiederbesetzung desselben die nöthigen Vollmachten für die Leitung der Geschäfte[3].

Da die Einrichtung der Militärseelsorge nothwendig der Organisation des Heeres angepasst und ihre Verwaltung ferner mit den Interessen des militärischen Dienstes in Einklang gebracht werden muss, so kann sich die Jurisdiktion des Feldvikars nicht so frei, wie die der Diöcesanbischöfe bethätigen. Nur hinsichtlich der Ueberwachung der Verwaltung des Gottesdienstes und der Seelsorge, der Ertheilung der nothwendigen Vollmachten an die einzelnen Geistlichen, der Beaufsichtigung ihrer Amtsverwaltung und der Vornahme der Jurisdiktionshandlungen, welche einzelne Personen betreffen, kann das Vikariat ohne die Militärbehörden selbstständig vorgehen, und hat von den auf diese Punkte bezüglichen allgemeinen Anordnungen dem Reichskriegsministerium allein Kenntniss zu geben. Für die sonstigen, nicht die rein geistlichen Sachen ausschliesslich betreffenden Einrichtungen, wie Veränderungen der einzelnen Militärseelsorge-Bezirke, des Organismus der Feldgeistlichkeit, Anstellungen derselben u. s. w. bildet das Vikariat nur den Beirath des Reichskriegsministeriums, welches nach eingeholtem Gutachten desselben und nöthigenfalls nach Vortrag beim Kaiser diese Verhältnisse seinerseit ordnet[4].

Die Fähigkeit, die bischöflichen Weiherechte auszuüben, besitzt der Vikar kraft seiner Stellung als episcopus in partibus, aber gerade deswegen bedarf er für die erlaubte Vornahme eines derartigen Aktes der besonderen päpstlichen Ermächtigung, welche allein die sonst erforderliche Einwilligung des Diöcesanbischofs[5] ersetzen kann, und welche ihm mit seinen Fakultäten ein für alle Mal gewährt wird[6].

Endlich besitzt der Vikar auch eine der bischöflichen dem Umfange nach gleiche potestas magisterii, da er den einzelnen Geistlichen mit ihren Stellungen auch die

omnem et quamcumque iurisdictionem ecclesiasticam exercendi in eos qui in exercitibus praefatis pro sacramentorum administratione necnon spirituali animarum cura ac directione pro tempore inservient, sive clerici vel presbyteri saeculares sive quorumvis etiam mendicantium ordinum reguleres fuerint, perinde ac si quoad clericos saeculares eorum veri praesules et pastores, quoad regulares vero illorum superiores generales essent omnesque causas ecclesiasticas, profanas, civiles, criminales ac mixtas inter seu contra praedictas aliasque personas in exercitibus praefatis commorantes, ad forum ecclesiasticum quovis modo pertinentes, etiam summarie, simpliciter et de plano, sine strepitu et figura iudicii, sola facti veritate inspecta, audiendi et fine debito terminandi". S. auch Ginzel a. a. O. S. 345.

[1] Die ihm übertragenen Septennal-Fakultäten pro foro interno et externo bei Ginzel, Codex S. 67 u. Symersky S. 128.

[2] Arch. f. kath. K. R. 21, 456.

[3] Arch. f. kath. K. R. a. a. O. S. 457; Ginzel, K. R. 1, 351.

[4] Arch. f. kath. K. R. a. a. O.; Ginzel, a. a. O. S. 346.

[5] Oben S. 177.

[6] Die cit. Fakultäten von Pius VI. ertheilen die Befugniss: „administrandi omnia ecclesiae sacramenta, etiam ea quae non nisi per parochialium ecclesiarum rectores ministrari consueverunt, praeter confirmationem et ordinem, si subdelegatus seu subdelegandus episcopali charactere insignitus non fuerit vel capellanus maior praefatus per se ipsum dicta sacramenta confirmationis et ordinum administrare non possit, reliquasque functiones et munia parochialia obeundi". A. M. Ginzel a. a. O. S. 344, welcher aber diese Stelle der Fakultäten nicht beachtet hat. Wegen der Ordination s. auch unten.

Lehrsendung überträgt und so seine Ueberwachung sich gleichfalls auf die Verwaltung des Lehramtes seitens seiner Untergebenen erstreckt[1].

Für die Leitung der geistlichen Angelegenheiten unter dem Vikariat bestehen s. g. Militärseelsorge-Bezirke, welche von einem am Sitze jedes General- oder Militär-Kommandos residirenden Militärpfarrer geleitet werden[2]. Die Seelsorge in den einzelnen Garnisonen, bei den verschiedenen Militär-Anstalten und den Garnisons-Spitälern nehmen die s. g. Militär-Kuraten wahr[3], während die Militär-Kapläne die Pastorirung der Truppen, welche in den ihnen zugewiesenen Distrikten dislocirt sind, missionsweise zu besorgen haben[4]. Nach den ihnen gewährten Vollmachten[5] besitzen die Militärpfarrer und Kuraten die Rechte des Pfarrers für die ihnen speziell zugewiesenen Truppen und Anstalten, dagegen sind die Befugnisse der Militärkapläne in einzelnen Beziehungen eingeschränkter[6].

Die Militärpfarrer sind aber zugleich kraft der ihnen vom Vikar gewährten Delegation die Ausführungs-, Aufsichts- und Visitations-Behörden für die innerhalb ihres Bezirkes angestellten Militär-Kuraten und Militär-Kapläne, nehmen also eine ähnliche Stellung wie die Dekane innerhalb der regelmässigen Diöcesan-Organisation ein[7].

In allgemeiner dienstlicher Hinsicht stehen alle erwähnten Klassen von Militärgeistlichen unter dem betreffenden Kommando, in den sich auf die Seelsorge und das geistliche Amt beziehenden Angelegenheiten aber unmittelbar unter dem Militärpfarrer, resp. dem Feldvikariate[8]. Da die Militärgeistlichkeit für die Pastorirung des Militärs nicht ausreicht, so wird zur Aushülfe der sonstige Klerus, welcher zur Leistung derselben gesetzlich verpflichtet ist, herangezogen. Die betreffenden Civilgeistlichen erhalten, mögen sie mit der Verwaltung der Militärseelsorge in vollem Umfange oder nicht betraut werden, die erforderlichen Vollmachten und Instruktionen vom Feldvikariate[9].

Bei der Mobilmachung wird bei jedem Armee-Kommando ein besonderes Feldsuperiorat errichtet. An seine Spitze tritt ein Militärpfarrer (Feldsuperior), welcher die nöthigen Vollmachten einzuholen hat. Er folgt mit der erforderlichen Zahl von Militär-Kaplänen und Militär-Kuraten der Armee[10]. Die dienstliche Stellung des Feldsuperiors ist dieselbe, wie die des Militärpfarrers während des Friedens[11].

Alle in der Militärseelsorge anzustellenden Geistlichen werden aus dem Civilklerus genommen. Für erledigte Stellen von Militär-Kaplänen und -Kuraten haben die Bischöfe der Diöcesen, zu denen die betreffenden Truppentheile gehören, dem apostolischen Feldvikar auf seine Anzeige Vorschläge zu machen. Nach stattgehabtem Einvernehmen mit demselben ernennt dann das Reichskriegsministerium für die

[1] Ginzel a. a. O. S. 344.

[2] Arch. f. k. K. R. a. a. O. S. 456. 458. Bis zum Jahre 1869 hiessen diese Feldsuperioren, s. Ginzel S. 352.

[3] Arch. f. k. K. R. S. 458. 459.

[4] A. a. O. S. 458.

[5] Diese nebst Instruktion bei Ginzel S. 356 ff. Symersky S. 131.

[6] So sind sie z. B. ohne spezielle Subdelegation nicht zur Eheschliessung und zur Führung der Militär-Matrikeln kompetent, s. V. d. Reichs-Kriegsminist. v. 1869 (Symersky S. 167) u. Arch. f. k. K. R. 25, 209 ff.

[7] Sie haben demnach die sämmtlichen Geschäfte des Bezirks zu leiten, die sittliche Haltung der Militär-Kuraten und -Kapläne zu überwachen, die Abhaltung des Militär-Gottesdienstes zu kontroliren u. s. w.

[8] Arch. f. k. K. R. 21, 458 ff., jedoch haben sie von den ihnen zugehenden allgemeinen Erlassen des Feldvikariates den Militärbehörden, denen sie zugeordnet sind, Kenntniss zu geben.

[9] Arch. f. k. K. R. 24, 29. 30; Symersky S. 178.

[10] Der Bedarf wird durch die militärpflichtigen Civilgeistlichen, s. Th. I. S. 634, eventuell durch durch neu anzustellende Militärgeistliche gedeckt, Arch. f. k. K. R. 21, 460. Ueber die Landwehr-Seelsorger s. die Verordnungen a. a. O. 36, 413.

[11] A. a. O. S. 459. 460.

vakanten Posten[1]. Die Anstellung der Militärpfarrer, des Feldkonsistorial-Direktors und des ersten Feldkonsistorial-Sekretärs, welcher letztere den Rang eines Militärpfarrers hat, erfolgt auf Vorschlag des Feldvikars und des Kriegsministeriums durch den Kaiser, wogegen der zweite Feldkonsistorial-Sekretär mit dem Range eines Militär-Kuraten in derselben Weise, wie diese letzteren, angestellt wird[2].

In Preussen hat ebenfalls vorübergehend eine besonders organisirte und centralisirte Militärseelsorge bestanden[3]. Im Einverständniss mit der Staatsregierung delegirte der Papst i. J. 1849[4] dem damaligen Fürstbischof von Breslau, allerdings nur für dessen Person, mit der Befugniss zur Subdelegation, die Besorgung der katholisch-kirchlichen Angelegenheiten bei sämmtlichen Truppen. Der demgemäss vom Bischof bestellte Subdelegat wurde i. J. 1852 von der Regierung provisorisch zum Feldpropst ernannt[5]. Nachdem dieser auch trotz des i. J. 1853 erfolgten Ablebens des Breslauer Bischofs, allerdings unter stillschweigendem Einverständniss der Kurie, die betreffenden Geschäfte weiter verwaltet und seit d. J. 1858 sein Nachfolger dieselben auf Grund direkter päpstlicher Ermächtigung[6] ebenfalls in der bisherigen Weise fortgeführt hatte, lehnte die Kurie i. J. 1865, als eine neue Vakanz der Feldpropstei eingetreten war, den Vorschlag der preussischen Regierung, der in Aussicht genommenen Persönlichkeit die erforderlichen Vollmachten definitiv zu übertragen, ab, indem sie die Exemtion des Feldpropstes von der Jurisdiktion der preussischen Bischöfe für erforderlich erklärte. Die Regierung fügte sich im Wesentlichen den Anforderungen der Kurie und unter ihrer Zustimmung[7] wurde nunmehr durch Breve Pius IX. v. 22. Mai 1868[8] die Militärseelsorge definitiv geregelt. Das Breve verfügt die Errichtung des kirchlichen Amtes eines Feldpropstes (vicarius castrensis, capellanus maior), dessen Inhaber zugleich zum Weihbischof ernannt werden und seinen Amtssitz in Berlin haben soll, und eximirt die sämmtlichen zur Armee und Marine gehörigen Personen von der Jurisdiktion der Diöcesanbischöfe[9]. Unter dem Feldpropst stehen — nach den weiteren Anordnungen des Breves — die Militärpfarrer (capellani castrenses minores), welche nach Bedürfniss an Orten mit grösseren katholischen Garnisonen angestellt sind[10]. Ihre Vollmachten erhalten sie

[1] A. a. O. S. 459 ff. Daher wird es für die Regel einer vom Feldvikar vorzunehmenden Ordination nicht bedürfen. Diese könnte derselbe übrigens, weil es für ihn an einem Kompetenzgrunde fehlen würde (s. Th. I. S. 87 ff.), nicht ohne besondere päpstliche Ermächtigung vollziehen.

[2] Arch. f. k. K. R. 21, 457.

[3] Vgl. Lünnemann, Handb. d. kath. Militärseelsorge Preussens. Köln 1870; Arch. f. k. K. R. 32, 83; Friedberg, d. Staat u. d. Bischofswahlen. Leipzig 1874. S. 449. Die preuss. Militärkirchenordnung v. 12. Februar 1832 (u. a. b. Voigt, preuss. K. R. 2, 189) kennt nur einzelne katholische Militärgeistliche.

[4] Durch Breve v. 24. Oktob. 1849 bei Friedberg a. a. O. Aktenstücke S. 256.

[5] Friedberg Aktenstücke S. 258; Arch. f. k. K. R. 32, 90.

[6] Friedberg a. a. O. S. 258; Arch. a. a. O. S. 94.

[7] Ueber die zwischen der Kurie und der Regierung geführten Verhandlungen vgl. Friedberg, Staat etc. S. 453 ff. Ein förmlicher Vertrag ist nicht geschlossen worden, im Gegentheil hatte sich die Regierung schon im J. 1866 mit der Kurie dahin verständigt, dass, um der Vereinigung nicht den Charakter eines Vertrages zu geben, im Wege des Notenaustausches verfahren werden sollte.

[8] Arch. f. k. K. R. 20, 432; Lünnemann S. 86; Friedberg, Aktenst. S. 267. Die Vollmachten, die der Feldpropst erhalten hat, bei Friedberg a. a. O. S. 269.

[9] Beigegeben wird dem Feldpropst ein Militärpfarrer, welcher ihn als sein General-Vikar zu vertreten und während der Vakanz die Geschäfte interimistisch zu führen hat.

[10] Sie scheiden sich in Divisions- und Garnisons-Pfarrer. Die ersteren sind den Divisions-Kommandos zugeordnet und verpflichtet, diesen sowohl im Frieden, wie auch im Kriege zu folgen. Die letzteren bleiben dagegen ständig an dem Garnisons-Ort, mag auch die dort stationirte Truppe wechseln. Als Hülfsgeistliche kommen neben den genannten Pfarrern noch Militärkapläne vor, s. Lünnemann S. 6. 7. Die Parochie des Divisions-Pfarrers bilden die Katholiken sämmtlicher Truppentheile der Division, sofern diese letzteren in dem Garnisons-Orte des gedachten Pfarrers

von dem Feldpropst und sind dessen Jurisdiktion in allen Beziehungen, also auch hinsichtlich ihrer Entfernung und Absetzung unterworfen [1]. Für ihre Militärgemeinden haben sie dieselben Befugnisse, wie die Civilpfarrer für ihre Parochien [2].

Die Anstellung des Feldpropstes sollte nach dem Breve unter gegenseitigem Benehmen zwischen dem Papste und dem König, welchem in den Verhandlungen die Initiative des Vorschlags gewahrt wurde, in der Weise erfolgen, dass der erstere das kirchliche officium zu übertragen und auch die Promotion des Ernannten auf ein Bisthum in partibus vorzunehmen hatte, wogegen sich die Regierung bei den Verhandlungen in Rom mit Rücksicht auf die staatliche Bedeutung der Stellung des Feldpropstes und die staatliche Seite seines Amtes die Ertheilung einer landesherrlichen Bestallung vorbehalten hatte [3]. Die Ernennung der Militärgeistlichen wurde dem Feldpropst unter Wahrung der vorgängigen Zustimmung der Staatsregierung, d. h. des Kultus- und Kriegsministers, durch das Breve übertragen. Die Kandidaten sollten aus dem Civilklerus nach vorgängiger Verständigung mit den Diöcesanbischöfen genommen werden.

Bei dieser Neu-Organisation, welche demnächst auf Grund des Breves v. J. 1868 zur Ausführung gelangte [4], war es für die Regierung selbstverständlich, dass die gesammte katholische Militärgeistlichkeit, deren Mitglieder zugleich Militärbeamte waren, in allen nicht auf die Ausübung ihrer geistlichen Amtsobliegenheiten bezüglichen Angelegenheiten den vorgesetzten Militärbehörden unterworfen blieb [5].

Die Konflikte, in welche der erste auf Grund des Breves ernannte Feldpropst, Bischof Namszanowsky von Agathopolis i. J. 1872 mit dem Kriegsministerium gerieth, führten zu einer staatlichen Disciplinaruntersuchung gegen denselben [6], und zur Aufhebung der Feldpropstei durch die Kabinets-Ordre vom 15. März 1873 [7]. Damit ist der kirchlichen Stellung des Feldpropstes das staatliche Fundament entzogen worden, und der letztere wird staatlicherseits nicht mehr als befugt angesehen, die Leitung der katholischen Militärseelsorge zu führen. An den übrigen Einrichtungen ist bis-

oder an einem Orte, wo sich kein Garnisonspfarrer befindet, stehen. Im umgekehrten Falle gehören die Truppen zur Parochie des in ihrem Standorte residirenden Garnisons-Pfarrers, bez. eines mit der Militär-Seelsorge beauftragten Civil-Geistlichen, Lünnemann S. 28.

1 Nach dem Breve soll auch in diesen Fällen vorher der Staatsregierung Kenntniss gegeben werden. Vgl. hierzu Friedberg, Staat S. 460; Lünnemann S. 11. 14.

2 Auch führen sie die Militär-Kirchenbücher für ihre Parochien nach Massgabe der Militär-Kirchenordn. (s. S. 340 Anm. 3) u. d. K. O. v. 30. Mai 1868 (Preuss. G. S. S. 694), s. Lünnemann S. 54 ff. Doch wurde die Vorschrift der Militär-Kirch.-Ordn. §. 41, wonach der mit der Militär-Seelsorge betraute Civilgeistliche jährlich Abschriften der von ihm geführten Militär-Tauf-, Trau- und Sterberegister dem evangelischen Militärgeistlichen behufs Eintragung in das Militär-Kirchenbuch zustellen muss, schon seit 1851 von den beiden kompetenten Ministern mit Rücksicht auf die Einrichtung einer besonders organisirten katholischen Militär-Seelsorge nicht mehr für anwendbar erachtet.

Von der österreichischen Organisation unterschied sich die preussische wesentlich dadurch, dass letztere eine Eintheilung in grössere Bezirke mit einem Zwischen-Organ für die Aufsicht nicht kennt.

3 Friedberg a. a. O. S. 460.

4 Eine Mitwirkung der Landesvertretung hat dabei nicht stattgefunden, obwohl die Organisation in den Rahmen der Militär-Kirchenordnung von 1832 ohne deren Abänderung nicht eingefügt werden konnte.

5 Militär-Kirchenordnung etc. §§. 21 ff. Lünnemann S. 21.

6 Das Nähere darüber bei Friedberg, Aktenstücke d. altkath. Bewegung betr. Tübingen 1876. S. 12; Arch. f. k. K. R. 32, 103 ff. 280 ff. 476 u. Vering, kath. K. R. S. 86. Die Disciplinar-Erkenntnisse, von denen das letztinstanzliche des Staatsministeriums v. 26. Juni 1873 die einstweilige Versetzung in den Ruhestand ausspricht, im Arch. a. a. O. S. 324. 341. Ob die im Arch. und von Vering a. a. O. geübte Kritik gegen das Verfahren der preuss. Regierung haltbar ist, kann hier nicht näher untersucht werden.

7 Abgedruckt bei Friedberg a. a. O. S. 14. Anm. 17. In derselben wird übrigens die Aufhebung nur „bis auf Weiteres“ ausgesprochen.



her nichts geändert worden. Die schon vor Aufhebung der Feldpropstei ernannten Militär-Geistlichen verwalten ihre Funktionen fort. Ferner hat der Feldpropst ebenfalls noch vor dem erwähnten Zeitpunkt den Bischöfen Preussens, bez. Deutschlands je für deren Diöcesen seine kirchlichen Befugnisse unter Genehmigung des päpstlichen Stuhles, bis von demselben anderweit über sein Amt verfügt werden sollte, übertragen. In Folge dessen sind die Diöcesanbischöfe in die Lage gesetzt, Geistlichen zur Ausübung der Militärseelsorge die nöthigen Vollmachten zu ertheilen[1]. Andererseits hat der Kriegsminister durch Erlass vom 11. Juni 1873 verfügt, dass geeignete Civilgeistliche, falls sie den Nachweis führen, dass sie die erforderlichen geistlichen Vollmachten erlangen können, zu stellvertretenden Militärgeistlichen ernannt werden dürfen und angewiesen werden sollen, nach ihrer Ernennung die zugesagte Ermächtigung für die geistlichen Amtshandlungen bei ihrem Kirchenoberen selbst nachzusuchen[2].

Abgesehen von Oesterreich und Preussen ist eine Exemtion des Militärs von der ordentlichen Jurisdiktion der Diöcesanbischöfe für Friedenszeiten nur noch in Spanien[3] vorgekommen.

In den andern Staaten wird die Seelsorge über das Militär in Friedenszeiten von den gewöhnlichen Civilgeistlichen ausgeübt. Näher ist dies Verhältniss in Baiern[4] und zwar dahin geordnet:

Für die durch Abhaltung des Militärgottesdienstes entstehenden Kosten wird den Ordinariaten ein jährlicher Aversalbeitrag gewährt. Etwaige Differenzen, welche zwischen den Militär- und geistlichen Behörden entstehen, werden durch gegenseitiges Benehmen des Ministerium des Innern für Kirchen-Angelegenheiten und des Kriegsministeriums entschieden. Für die Mobilmachung der Armee ist der Erlass besonderer Bestimmungen vorbehalten, es cessiren aber von dem ersten des auf die Mobilmachung folgenden Monats die für die Friedenszeit gegebenen Bestimmungen und die Auszahlungen der Aversalbeiträge[5].

[1] Vering a. a. O. S. 87.

[2] Vering a. a. O. S. 87. Anm. 3.

[3] Durch die Breven v. 10. März 1762 u. 14. März 1764 wurde dem königlichen Grosskaplan, dem Titular-Patriarchen von Indien (Th. I. S. 571), die Stellung eines vicarius generalis castrensis und die Jurisdiktion über das gleichzeitig von der Gewalt der Ordinarien eximirte Heer unter Verleihung verschiedener, auf je 7 Jahre prorogirter Fakultäten übertragen. Hergenröther i. Arch. f. k. K. R. 11, 369. Die Breven Clemens' XIII. v. 27. August 1768 u. Pius' VII. v. 12. Juni 1807 (Bull. Rom. Cont. 3, 550 u. 13, 156), sowie das Konkordat v. 1859 Art. 11 (Arch. f. k. K. R. 7, 381) haben diese exemte Jurisdiktion gleichfalls anerkannt. Unter dem Generalvikar fungirten besondere Kapläne mit den Rechten der Pfarrer (a. a. O. 21, 461). Darüber, ob und wie weit diese Einrichtungen noch jetzt fortbestehen, habe ich nichts in Erfahrung bringen können.

[4] Nach d. kön. Entschliessung v. 8. August 1863, Arch. f. k. K. R. 21, 461. Im J. 1841 ist zwar der jeweilige Erzbischof v. München-Freysing zum Feldpropst der bairischen Armee durch päpstliches Breve ernannt worden, indessen hat eine besondere Militärseelsorge mit eigenen Militärpfarrern für die Friedenszeit in Ermangelung der erforderlichen Geldmittel nicht ausgeführt werden können, Silbernagl, Verfassung sämmtl. Religionsgesellschaften in Baiern, S. 74.

[5] Silbernagl S. 75. 299; Arch. f. k. K. R. 21, 461 ff.

In Frankreich ist für die Friedenszeiten die Militärseelsorge ebenfalls nicht von der ordentlichen bischöflichen Jurisdiktion getrennt. Nach der Juli-Revolution unterdrückte sogar ein königliches Dekret v. 20. November 1830 alle Militärkapläne, nur da, wo der Pfarrseelsorger-Klerus nicht ausreichte, sollten sie noch ausnahmsweise angestellt werden. Als durch das Breve Pius' IX. v. 31. März 1857 (Arch. f. k. K. R. 2, 353) und das kaiserliche Dekret v. 17. Juni 1857 die Stelle eines aus den Bischöfen zu wählenden Grand Aumonier (supremus eleemosynarius, imperialis sacelli capellanus maior) mit der bischöflichen Jurisdiktion über die kaiserliche Familie, das Hofpersonal und die Paläste kreirt wurde, erhielt dieser zugleich die Vollmacht, Militärkapläne für die französische Armee zu bestellen und ihnen die erforderlichen Fakultäten zu übertragen, wenn und so lange die Truppen ausserhalb Frankreichs verweilen sollten. Während des Aufenthaltes derselben im Inlande sollten aber die Militärkapläne ausschliesslich unter der Jurisdiktion der Bischöfe



Was die Verhältnisse in Deutschland betrifft, so ist trotzdem, dass nach der deutschen Reichsverfassung Art. 58 ff. und Art. 4. Nr. 14 das Militärwesen und die Gesetzgebung in Betreff desselben gemeinschaftliche Reichsangelegenheit bildet, eine reichsgesetzliche Regelung des Militärkirchenwesens nicht erfolgt[1], vielmehr bestehen die geschilderten Einrichtungen fort, wie denn es auch bisher keine gemeinsame Verwaltung für das gesammte Reichsheer giebt[2].

Wegen der sich an einzelnen Höfen findenden besonderen Hofbischöfe (Grosskapläne, Grossalmoseniers), mit deren Ernennung zugleich eine Exemtion der fürstlichen Familie, der Paläste und eines bestimmten Kreises der Dienerschaft verbunden ist, vgl. S. 299. Anm. 8 a. E., auch S. 342 Anm. 3 u. 5.

§. 96. 3. *Die Prälaten mit bischöflicher Regierungsgewalt* (*praelati nullius dioeceseos*)*.

Die von der bischöflichen Gewalt eximirten Vorsteher von Klöstern und Stiftern scheiden sich je nach dem grösseren oder geringeren Umfange der ihnen zu eigenem Recht zustehenden bischöflichen Befugnisse in zwei Klassen[3].

I. Praelati nullius dioeceseos, praelati nullius. Die erste Klasse bilden diejenigen (Aebte, Pröpste, Erzpriester u. s. w.[4]), welche eine Regierungsgewalt über den Klerus und das Volk in einem besonderen, von jedem Diöcesan-Verbande losgelösten, selbst eine Quasi-Diöcese (*territorium separatum* o. *proprium*) konstituirenden Sprengel besitzen[5]. Beträchtlich ist ihre Zahl nie gewesen[6]. Heute giebt es in Deutschland keinen einzigen mehr[7].

stehen. Neu geregelt worden sind die betreffenden Verhältnisse durch das Gesetz v. 20. Mai 1874 (Bullet. des lois de la républ. XII. ser. t. 8 v. 1874. p. 754 No. 3073) und das Breve Pius' IX. v. 6. Juli 1875 (Acta s. sed. 9, 113). Danach wird die Militärseelsorge unter der Leitung und Jurisdiktion der Diöcesanbischöfe von Titular-Almosenieren und Hülfsgeistlichen, deren Ernennung auf Vorschlag der Bischöfe in Gemeinschaft mit dem Cultusministerium durch den Kriegsminister erfolgt, ausgeübt. Nur für den Fall der Mobilisirung ist die Ernennung eines zeitweiligen Armeepropstes und zeitweiliger Ober-Almoseniere für jedes Armee-Korps in Aussicht genommen, und unter derselben Voraussetzung hat das erwähnte Breve den Militärgeistlichen, falls sie ihre Diöcesen verlassen, die Ausübung ihrer früheren Vollmachten unter Erweiterung derselben ein für alle Mal gestattet.

[1] Art. 61 der Reichsverfassung hat sogar die preussische Militärkirchenordnung von den im Reich einzuführenden preussischen Militärgesetzen ausgenommen.

[2] Nur die Kosten für das Militärwesen und damit auch für das Militärkirchenwesen werden jetzt (abgesehen von dem bairischen) aus Reichsmitteln bestritten. Ferner findet auf die Militärgeistlichen als mittelbare Reichsbeamte das Reichsbeamtengesetz vom 31. März 1873 Anwendung. Thudichum deutsch. Kirchenrecht 1, 160. 164; Kanngiesser, Rechte der deutsch. Reichsbeamten. Berlin 1874. S. 246. 250.

* Jos. de Prosperis, de territorio separato cum qualitate nullius etc. Romae 1712; Bened. XIV. de syn. dioec. II. 11.

[3] Die Entstehung der nichtbischöflichen Prälaturen mit Episkopalrechten hängt zu eng mit der später zu behandelnden Geschichte der Exemtionen, namentlich der Orden zusammen, als dass dieser Punkt hier gesonderte Erörterung finden könnte.

[4] Oder wie sonst der betreffende Dignitar des kirchlichen Instituts heissen mag, de Prosperis l. c. qu. 5. n. 5. p. 17.

[5] de Prosperis l. c. qu. 2. n. 30. p. 10; Bened. l. c. n. 4; Bened. XIV. const. Inter multa v. 4. April 1747 (eiusd. bull. 2, 276): „Ubi autem constat de existentia loci intra alicuius episcopi dioecesim, non potest praelatus inferior iure asserere, in eo loco veram qualitatem nullius cum territorio separato sibi acquisitam esse et iurisdictionem ordinariam et quasi episcopalem in eundem privative ad episcopum sibi competere; nisi clarum exhibeat apostolicae sedis privilegium quo idem locus a dioecesi et iurisdictione ordinaria episcopi dismembratus, avulsus et separatus fuerit ipsiusque praelati iurisdictioni per omnia subiectus; vel nisi deficiente huiusmodi privilegio apostolico immemorabilem saltem consuetudinem sibi faventem (s. auch Dekr. Klemens' XI. v. 14. Jan. 1724, M. bull. 8, 385) attulerit cum omnibus requisitis circumstantiis iuridice probatam eamque non limitatam ad unum aliquod actuum genus sed quae omnes complectatur actus in quibus episcopalis iurisdictionis iura consistunt eosque ostendat a se pacifice et sine ulla dioecesani



Die Prälaten nullius stehen ebenso wie die exemten Bischöfe direkt unter dem Papste, sind also auch vom Metropolitan-Verbande frei [1], und haben das Recht, sich behufs der Provinzialsynode einem benachbarten Bischof anzuschliessen [2]. Von ihren Entscheidungen kann allein an den päpstlichen Stuhl appellirt werden, es sei, dass dieser, um den Parteien einen vermehrten Instanzenzug zu gewähren, ausdrücklich ein besonderes Appellationsgericht delegirt hat [3].

Ueber das ihnen zugetheilte Territorium üben sie iure ordinario dieselben Rechte, wie die Bischöfe über ihre Diöcesen, — die s. g. *iurisdictio quasi episcopalis*, — aus [4].

episcopi contradictione exercitos fuisse; Bened. XIV. const. Apostolicae servitutis v. 14. März 1743 (eiusd. bull. 1, 248).

[6] In Deutschland gehörten hierher z. B. die Abtei Fulda (vor ihrer Erhebung zum Bisthum) und die Propstei Berchtesgaden, Moser, deutsch. Staatsr. 11, 282 ff.; v. Sartori, geistl. u. weltl. Staatsr. d. deutsch. katholisch geistl. Erz-Stifter I. 1, 300 ff.; in Italien das zeitweise Bisthum gewesene Kloster Monte Cassino Ughelli, Italia sacra 1, 571; andere zählt auf Fagnan. ad c. 13. X. de foro comp. II. 2. n. 29. 43 u. c. 3 X. de off. ord. I. 31. n. 13, welcher zugleich über einzelne Streitigkeiten wegen ihrer Qualität als praelaturae nullius referirt. Die vorhin gedachten Constitutionen Benedikts XIV. entscheiden gleichfalls derartige Prozesse, ein reiches Material liefern endlich die bei de Prosperis im Anhang S. 153 ff. mitgetheilten Decisionen der Rota. Die vielen Streitigkeiten sind daher entstanden, dass die älteren Privilegien oft nicht deutlich gefasst sind, und die eximirten Prälaten sie unter Widerspruch der Bischöfe in ihrem Interesse möglichst auszubeuten suchten, ja mitunter auch erneuerte päpstliche Bestätigungen zu erlangen wussten, in denen ihnen wenigstens beiläufig die Qualität als praelati nullius zugesprochen wurde; ein Beispiel bietet die Präpositur in Prato, s. Diplome v. 1463 u. 1533 bei Ughelli 3, 322. 324, welcher aber trotz des letzteren Umstandes jene Stellung abgesprochen worden ist, Fagnan. ad c. 3 cit. I. 31. n. 13. Ein die Prälatur nullius gewährendes Privileg ist das Breve Leos X. v. 1519 (Ughelli 3, 765), welches ohne den technischen Ausdruck zu gebrauchen — (später kommt er vor, s. l. c. p. 777. 790. 795: „Joannis Ricci praepositi saecularis et collegiatae ecclesiae terrae Pisciae nullius dioecesis provinciae Florentinae") — der Präpositur von Pescia folgende Rechte verleiht (p. 767); „ordinamus, quod praefatus Laurentius et pro tempore existens praepositus dictae ecclesiae S. Mariae iurisdictionem, superioritatem, visitationem et correctionem in omnes et singulas personas ecclesiasticas et ecclesias oppidi et illius districtus et territorii necnon vallium praedictarum, tam in civilibus quam in criminalibus seu causis mixtis, prout episcopus Lucanus pro tempore existens exercere consueverat, perpetuo per se vel vicarium suum libere et licite exercere ac de causis canonicorum dict. ecclesiae . . . . cognoscere et eas decidere ipsosque canonicos etiam in criminalibus, prout ipsorum errata exegerint, punire et a sententiis praepositi seu eius vicarii ad Romanum pontificem dumtaxat appellari possit. Necnon cum etiam ad hoc praefati Raphaelis episcopi expressus accedat assensus, idem Laurentius et pro tempore existens praepositus una cum capitulo eiusdem ecclesiae S. Mariae collationem, provisionem, praesentationem, nominationem et instructionem omnium et singularum ecclesiarum dicti oppidi et illius comitatus et districtus necnon vallium praedictarum ac archidiaconatus, archipresbyteratus, decanatus, primiceriatus ac canonicatuum et praebendarum ac perpetuarum capellaniarum dictae ecclesiae S. Mariae perpetuo habeant ac illae ad illos pertineant". . .

[7] Die Gerarchia cit. v. 1878 p. XIII. 60. 358 zählt im Ganzen 18, 12 in Italien, 1 (Erzabtei des Martinsberges) in Ungarn, 2 (S. Mauritius Agaunensis in Unterwallis u. Einsiedeln) in der Schweiz, 1 in Spanien, 1 in Mosambique und 1 in Australien auf.

[1] Die öfters vorkommende Bezeichnung nach der erzbischöflichen Provinz, s. vorvorige Note und die Unterschriften i. d. Acta concil. coll. Lac. 1, 98. 138 wird nur gebraucht, um die örtliche Lage zu bezeichnen. Der Erzabt vom Martinsberge in Ungarn ist aber der Primatial-Jurisdiktion des Erzbischofs von Gran unterworfen und hat die ungarischen Nationalsynoden zu besuchen, s. Schulte, Lehrb. d. k. K. R. 1. Aufl. S. 483; Ginzel, K. R. 1, 131. 361; Arch. f. k. K. R. 19, 449. Ferner üben allerdings die Metropoliten nach dem Tridentinum gewisse Rechte kraft gesetzlicher päpstlicher Delegation über die praelati nullius aus, s. Sess. V. c. 2 de ref. (Ueberwachung der ordnungsmässigen Wahrnehmung des Predigtamtes in den solchen Abteien und Regularstiftern unterworfenen Parochialkirchen und Einschreiten gegen die in dieser Hinsicht nachlässigen Prälaten, die Visitation derartiger Säkular-Kirchen nach Sess. VI. c. 4 de ref. u. Sess. VII. c. 8 de ref. steht aber kraft gesetzlicher Delegation dem Bischof zu, dessen Kathedrale am nächsten gelegen ist, und wenn über den letzteren Punkt Zweifel obwalten, dem Bischof, den der betreffende Prälat einmal auf der Provinzialsynode ausgewählt hat, Sess. XXIV. c. 9 de ref.).

[2] Nach Analogie von Trid. Sess. XXIV. c. 2 de ref.; s. Bened. XIV. de syn. dioec. III. 1. n. 16; Bouix du synode provincial p. 129. Daher finden auf sie auch die weiteren in dieser Hinsicht geltenden Vorschriften Anwendung. s. o. S. 334. no. 1 u. Ginzel 1, 130. 362.

[3] Nach der const. Pius' IX.: Multis gravissimis v. 28. Januar 1864 (Arch. f. k. K. R. 19, 101; Sentis, die Monarchia Sicula S. 294) wird von dem Archimandriten v. S. Salvatore in Messina und dem Abt v. S. Lucia in Sizilien, die beide nullius dioeceseos sind, an den Erzbischof von Messina, als delegatus apostolicus, appellirt.

[4] S. darüber im Einzelnen de Prosperis l. c. qu. 5. n. 6 ff. p. 7.

Insbesondere sind sie zum Erlass allgemeiner Anordnungen für ihre Bezirke, zur Verhandlung der streitigen Rechts-, namentlich der Ehe-[1], sowie der Kriminal- und Disciplinar-Sachen[2], ferner zur Verhängung von Strafen und Censuren, nicht minder zur Absolution von denselben[3], befugt.

Das Recht zur Abhaltung einer Diöcesansynode für ihren Bezirk haben sie nur dann, wenn sie ein ausdrücklich dahin lautendes päpstliches Privileg besitzen und nachweisen können, dass ihre Vorgänger im Amte kraft desselben wirklich derartige Synoden zusammenberufen haben[4]. Im entgegengesetzten Fall liegt ihnen indessen nicht die Pflicht ob, sich an die Diöcesansynode eines benachbarten Bischofs anzuschliessen[5]. Von dem Rechte der Ausschreibung einer solchen ist ferner die Befugniss abhängig, Vikarien bei der Vakanz von Pfarreien zu deputiren und den Konkurs für die letzteren abzuhalten[6].

Dagegen fehlen den Prälaten nullius, weil sie die bischöfliche Weihe nicht besitzen, alle aus dem bischöflichen ordo herfliessenden Rechte. Wird in ihrer Quasi-Diöcese und für ihre Untergebenen die Vornahme der durch diesen Weihegrad bedingten Handlungen, z. B. der Ordination, der Konfirmation, der Bereitung des Chrismas, erforderlich, so können sie diese nur durch einen von ihnen auszuwählenden Bischof verrichten lassen[7], ja für die Ordination ist ausschliesslich der nächstgelegene Bischof kompetent[8]. Zur Ertheilung der niederen Weihegrade an seine Regularen kann aber der Regular-Prälat[9] unter Umständen (s. Th. I. S. 81) befugt sein. Das Recht, schlechthin Dimissorien zu ertheilen, kommt ihm niemals zu[10].

[1] Fagnan. ad c. 12 X. de excess. prael. V. 31. n. 20 ff. Wenngleich für diese Sachen das Trid. Sess. XXIV. c. 20 de ref. die Bischöfe ausschliesslich kompetent erklärt, so setzt es ihnen doch nur den „decanus seu archidiaconus seu alii inferiores“ als unberechtigt entgegen. Es hat also in letzterer Beziehung nur solche Kirchenbeamten im Auge, welche dem Bischof unterworfen sind, keineswegs solche, welche eine ihm gleichstehende Jurisdiktion in völliger Unabhängigkeit von ihm besitzen.

[2] Fagnan. ad c. 27 X. de sent. excomm. V. 39. n. 15. Daher sind sie auch ebenso wie die Bischöfe befugt, gegen die clerici concubinarii einzuschreiten. Wegen der betreffenden Vorschrift des Trid. Sess. XXV. c. 14 de ref. gilt das in der vor. Note Bemerkte.

[3] Ferraris s. v. excommunicatio art. 5 n. 7; Kober, Deposition S. 321; übrigens auch in den den Bischöfen durch das Trid. Sess. XXIV. c. 6 de ref. zur Absolution überwiesenen, päpstlichen Reservatfällen, was freilich nicht ganz unbestritten ist, Kober, Kirchenbann. 2. Aufl. S. 493. Das Recht, sich die Absolution von gewissen Vergehen vorzubehalten, Trid. Sess. XIV. c. 7 de poenit., steht den Prälaten gleichfalls zu, Bened. XIV. de syn. dioec. V. 4. n. 2; Kober a. a. O. S. 481.

[4] So entgegen der Annahme der früheren Doktrin, de Prosperis l. c. qu. 5. n. 13 ff., nach der Praxis der römischen Kurie, Richters Tridentinum S. 328. n. 3; Bened. XIV. l. c. II. 11. n. 5; Ferraris s. v. synodus dioeces. n. 12. Wohl aber kann der visitationsberechtigte Bischof (s. S. 344 n. 2) die ihnen untergebenen Pfarrer zu seiner Diöcesansynode berufen, um dadurch die Visitation vorzubereiten, Fagnan. ad c. 9. X. de M. et O. I. 33. n. 50.

[5] Weil sich die Vorschrift des Tridentinums über die Wahl der Provinzialsynode nicht auf die Diöcesansynode ausdehnen lässt, Bened. XIV. l. c. III. 1. n. 16. A. M. Phillips K. R. 7, 207.

[6] Auch müssen die Examinatoren bereits auf der Synode gewählt sein. Fehlt es an dieser und an der im Text angegebenen Voraussetzung, so stehen die betreffenden Befugnisse dem nächstbenachbarten Bischof zu, Garcias de benef. P. IX. c. 2. v. 129 ff.; Bened. XIV. l. c. II. 11. n. 6. 7; Ferraris s. v. concursus art. 1. n. 8; Phillips K. R. 7, 579.

[7] Fagnan. ad c. 3. X. de paroch. III. 29. n. 51. u. ad c. 15. §. 7. X. de sacr. unct. I. 15. n. 8.

[8] S. Th. I. S. 97; ohne besondere Erlaubniss des Prälaten kann dieser aber dann die Weihe allein in seiner eigenen, nicht in der Quasi-Diöcese des ersteren ertheilen, s. a. a. O. S. 92. 93 u. Fagnan. l. c. n. 52.

[9] Für die Säkular-Prälaten bedarf es, weil diese keine Regularen unter sich haben, eines besonderen päpstlichen Privilegs s. Benedict XIV. l. c. n. 8 ff.

[10] Th. I. S. 97. 98; vgl. ferner Fagnan. ad c. 8. de off. archidiac. I. 23. n. 23 ff.; Benedict. XIV. l. c. n. 12. Soll also der Regular-Prälat das Recht seinen Untergebenen, die nicht Religiosen sind, oder der Säkular-Prälat die Befugniss, seinen Quasi-Diöcesanen die minores zu ertheilen, erlangen, so bedarf es eines ausdrücklichen, dem Tridentinum derogirenden päpstlichen Privilegs, und dasselbe ist auch nöthig, damit der Prälat Dimissorien auf jeden beliebigen Bischof auszustellen berechtigt ist.

Was die Verwaltung der Quasi-Diöcese betrifft, so kommen die Grundsätze, welche für die bischöfliche Diöcesan-Regierung gelten, analogisch zur Anwendung. Der Prälat nullius kann also, weil er iudex ordinarius ist, ebensó wie der Bischof auch einen General-Vikar bestellen [1], und seine Befugnisse für einzelne Theile seines Territoriums durch besondere Delegirte wahrnehmen lassen. Eine Eintheilung desselben in die nöthige Anzahl von Pfarreien ist ebenfalls nicht ausgeschlossen [2].

In wie fern der Prälat den Beirath oder den Konsens seines Kapitels [3], resp. des Mönchskonventes einzuholen hat, richtet sich nach den bereits o. S. 153 ff. dargelegten Grundsätzen [4].

Seminarien für die Ausbildung der Kleriker zu errichten und zu halten, sind die Prälaten nullius gleichfalls befugt. Machen sie von diesem Rechte keinen Gebrauch, so hat ihre Quasi-Diöcese die Abgaben für das Seminar [5] des zunächst benachbarten Bischofs [6] zu leisten.

Im Falle der Erledigung der Prälatur geht die Leitung der Quasi-Diöcese auf das dem Prälaten zur Seite stehende Kapitel über [7], dagegen finden die Vorschriften des Tridentinums über die Bestellung des Kapitular-Vikars keine Anwendung, vielmehr gelten in dieser Hinsicht noch die früheren gemeinrechtlichen Bestimmungen [8].

Bei eintretender Unfähigkeit oder Verhinderung des Prälaten endlich müssen für die Ermöglichung einer Fortführung der Verwaltung dieselben Massregeln, wie bei der s. g. Sedisimpedienz des Bischofs getroffen, mithin Koadjutoren oder päpstliche Vikarien bestellt werden [9].

Vielfach haben die Prälaten nullius durch päpstliche Privilegien das Recht erhalten, sich der Pontifikalien in gewissem Umfange zu bedienen [10], auch solche Handlungen, welche regelmässig dem Bischof vorbehalten sind, ohne absolut an den ordo episcopalis [11] gebunden zu sein, wie die Benediktion bestimmter kirchlicher Geräth-

1 Erwähnt wird ein solcher z. B. bei Ughelli 3, 324; Hartzheim 9, 306 u. in dem Breve Gregors XVI. v. 1840 für die Abtei S. Mauritius in Unterwallis (bullar. propag. 5, 204); s. auch S. 344. n. 6.

2 Die Erzabtei Martinsberg in Ungarn hat z. B. 22 Pfarreien, Neher, kirchl. Geographie 2, 237.

3 Wie Schulte K. R. 1, 120. n. 9a behaupten kann, dass sie kein Kapitel besitzen, ist mir unerfindlich. Ausdrücklich erwähnt eines solchen z. B. das S. 344 n. 6 citirte Privileg für Pescia.

4 Die einschlägigen Dekretalen-Titel gedenken in der Ueberschrift generell des praelatus, nicht ausschliesslich des Bischofs, s. z. B. X. III. tit. 10 u. 11. Auch manche der o. citirten Stellen handeln nicht von bischöflichen, sondern andern Kapiteln, s. auch Phillips, Lehrb. 2. Aufl. S. 741.

5 Trid. Sess. XXIII. c. 18 de ref.; Richters Tridentinum S. 213. n. 16. 17.

6 In dieser Beziehung bestimmt allerdings das Tridentinum nichts, indessen rechtfertigt sich das im Text Gesagte aus der Analogie. Die Provinzialsynode, zu welcher sich der Prälat hält, wird indessen aus den o. S. 334 entwickelten Gründen eine andere Bestimmung treffen können.

7 Das ist früher streitig gewesen, Fagnan, ad c. 11 X. de M. et O. I. 33. n. 43 ff., aber von der Praxis der Rota und der Congr. Conc. angenommen, de Prosperis l. c. qu. 7. n. 8. 9; Bouix de capitulis p. 589 ff.

8 Weil das Trid. Sess. XXIV. c. 16 de ref. sich nur auf die Kathedral-Kirchen bezieht, s. o. S. 247 F.

9 Wenn gleich c. un. in VI^to de cleric. aegr. III. 5 u. c. 3 eod. de suppl. negl. I. 8 nur vom Bischof und den praelati superiores sprechen, so ist doch Trid. Sess. XXV. c. 7 de ref. (betr. die Einsetzung von coadiutores) weiter gefasst und die Analogie auch darum gerechtfertigt, weil anderweite Vorschriften für diesen Fall nicht bestehen.

10 Vgl. das von Alexander VII. bestätigte Dekret der Congr. Rituum v. 27. Sept. 1659 (bei Ferraris s. v. abbas n. 31. u. Ginzel 1, 366), das hinsichtlich der Ueberwachung der Beobachtung seiner Vorschriften anordnet: „Cumque nonnulli ex dictis abbatibus et praelatis proprium habere possint territorium iuraque episcopalia nullisque subdantur episcopis qui eos coercere si excesserint valeant, eo casu a sedis apostolicae nuntiis, si aderint, sin minus ab archiepiscopis, in quorum provinciis, vel ab episcopis Romano tantum pontifici subiectis, intra vel prope quorum dioecesis limites eorum ecclesiae vel monasteria sita fuerint, tamquam a. s. sede delegatis ad huiusmodi decretorum observationem praedicti omnino cogantur;" s. ferner das v. Pius VII. am 4. Juli 1823 (bull. Rom. cont. 15, 618) bestätigte Dekret derselben Kongregation v. 1822 bei Ginzel a. a. O. S. 370.

11 S. o. S. 40.

schaften und Gewänder, die Rekonciliation von Kirchen und Friedhöfen[1], die Firmelung[2] u. s. w. vorzunehmen.

Besitzt ein solcher Prälat — was vorkommt[3] — die weihbischöfliche Würde, dann kann er die von der bischöflichen Weihe abhängenden Rechte in seiner Quasi-Diöcese ausüben, weil ihm über diese die Jurisdiktion zusteht, also kein anderer Ordinarius, dessen Zustimmung er einzuholen hätte, vorhanden ist. Immerhin bleibt ihm aber auch in diesem Fall die Ordination seiner Untergebenen entzogen, denn in seiner Stellung als Prälat fehlt ihm die dazu erforderliche Befähigung und in seiner Stellung als Weihbischof die nöthige Kompetenz[4].

II. Die Praelati cum iurisdictione quasi episcopali. Den bisher charakterisirten Prälaten setzt die kanonistische Doktrin als eine zweite Klasse diejenigen entgegen, welche zwar ebenfalls eine Jurisdiktion über den Klerus und das Volk eines bestimmten Ortes (gewöhnlich auch über einzelne oder mehrere ihnen überwiesene Pfarreien) besitzen, deren Gebiet aber nicht von der dasselbe umschliessenden Diöcese losgetrennt ist[5]. Der Unterschied zwischen beiden Arten beruht nicht nur darauf, dass denen der zweiten Klasse ein besonderes ihrer Jurisdiktion in allen Beziehungen unterworfenes, von jedem Diöcesan-Verbande freies Territorium[6] fehlt, sondern auch darauf, dass sie nicht die volle bischöfliche Jurisdiktion, vielmehr nur eine Anzahl aus derselben herfliessender Rechte haben. Gerade dieser letztere Umstand bedingt für die ihnen untergebenen Kirchen, Ortschaften und weltlichen Personen nur eine theilweise Exemtion von der bischöflichen Gewalt, so dass von einer völligen Befreiung und Loslösung solcher Bezirke von der bischöflichen Diöcese, welcher sie angehören, nicht die Rede sein kann.

Andererseits unterscheiden sich diese Prälaten, welche nur uneigentlicher Weise praelati nullius genannt werden[7], und zu denen ebenfalls Vorsteher von Klöstern und Kollegiatkapiteln gehören[8], von denjenigen, welche allein eine einfache oder s. g. passive Exemtion besitzen, d. h. denjenigen, deren Jurisdiktion nicht über die

[1] Vgl. z. B. das cit. Privileg für Pescia, Ughelli 3, 771.

[2] Fagnan. ad c. 15. §. 7 X. de sacr. unct. I. 15. n. 9ff.

[3] Privil. Gregors XVI. v. 1840 (bull. propag. 5, 197): „. . . abbatiae S. Mauritii penes Helvetios in Valesia inferiori episcopalem titulum de Bethleem in partibus infidelium perpetuum in modum adiungimus . . . atque illius in tempore abbatem episcopum de Bethleem in Syria constituimus . . . ac volumus, ut abbas S. Mauritii et episcopus de Bethleem appelletur cum omnibus et singulis iuribus, privilegiis, honoribus, insignibus, praerogativis quibus episcopi in partibus infidelium utuntur, fruuntur vel uti ac frui possunt et poterunt; atque id ita concessum volumus, ut sequuta eiusdem abbatis canonica electione, etiam episcopus de Bethleem in partibus infidelium electus maneat, utque electionis confirmationem una cum ecclesiae episcopalis provisione ab hac apostolica sede litteris apostolicis . . . obtinere debeat et teneatur“.

[4] S. Th. I. S. 87ff. 91. 96. Selbstverständlich schliesst das nicht aus, dass der Prälat aus dem früher erwähnten Grunde den ihm unterworfenen Regularen die niederen Weihen zu ertheilen, befugt sein kann.

[5] de Prosperis l. c. qu. 2. n. 30; Bened. XIV. de syn. dioec. II. 11. n. 3; Phillips, Lehrb. S. 293.

[6] Dies, nicht die Lage des Territoriums ist das Entscheidende. Blos darum weil ein solches auf allen Seiten von einer und derselben Diöcese umschlossen ist, ist die Qualität des Prälaten als praelatus nullius nicht ausgeschlossen. Wenn Pachmann K. R. 3. Aufl. I, 282 n. h. die Angaben bei Bened. XIV. u. Phillips (s. vor. Note) im entgegengesetzten Sinne verstanden hat, so ist dies ein durch die etwas ungenaue Ausdrucksweise beider hervorgerufener Irrthum. Dass Benedikt XIV. der hier vertretenen Ansicht ist, ergiebt Note 5 S. 343, sowie die Breven desselben: Cum universi u. Etsi ea quae v. 1747 (eiusd. bullar. 2, 262. 270), wodurch mehrere innerhalb verschiedener Diöcesen belegenen Gebiete der Abtei Farfa nullius dioecesis von der Quasi-Diöcese der letzteren dismembrirt und den betreffenden bischöflichen Diöcesen unirt werden.

[7] Bened. IV. de syn. dioec. II. 11. n. 3.

[8] Auch einzelne Domkapitel haben früher dergleichen Rechte gehabt, s. o. S. 147. 148.

Kleriker und geistlichen Personen ihres Institutes, die innerhalb des Umfanges der Baulichkeiten belegenen Räume und Kirchen, sowie über die innerhalb dieses Umkreises wohnenden und zu ihrem Institut gehörigen Laien (z. B. die fratres conversi der Klöster) hinausreicht [1]. Innerhalb der durch den Gegensatz zwischen den eigentlichen praelati nullius und den s. g. passiv Eximirten bezeichneten Grenzen bleibt ein ziemlich weiter Spielraum für den Umfang der den Prälaten der zweiten Klasse zustehenden bischöflichen Rechte [2]. Daher lässt sich eine allgemein zutreffende Charakterisirung ihrer Stellung unter diesem Gesichtspunkt nicht geben.

Nach dem Tridentinum bleiben die hier in Frage stehenden Prälaten aber immer der Jurisdiktion der Bischöfe in sofern unterworfen, als die letzteren unter Ausschluss der Regular-Prälaten das Recht haben, die Approbation für die Seelsorge über die nicht zum Kloster gehörigen Laien zu ertheilen, die Ausübung derselben zu überwachen und zu diesem Behufe Visitationen vorzunehmen, sowie erforderlichen Falls mit ihrer Korrektionsgewalt einzuschreiten [3], in Ehesachen und Kriminalfällen zu entscheiden [4], Beichtväter für die nicht dem Regularstande angehörigen Personen zu approbiren [5], die gedachten Prälaten zu ihren Diöcesansynoden zu berufen [6], in deren Bezirken die Ordination und Konfirmation zu ertheilen [7], einen fremden Bischof dazu zu ermächtigen [8], und sich der Pontifikalien in den exemten Kirchen zu bedienen [9].

Uebrigens wird den Prälaten dieser Klasse gleichfalls durch ein päpstliches Privileg öfters das Recht zum Gebrauche gewisser Pontifikalien gewährt [10].

Im Gegensatz zu den Bischöfen und höheren kirchlichen Würdenträgern, den s. g. praelati maiores [11], bezeichnet man alle praelati cum iurisdictione quasi episcopali ebenso wie die Ordensgenerale, die Aebte und die Inhaber gewisser Stiftsstellen [12] als **praelati inferiores** oder **minores** [13].

[1] de Prosperis l. c. qu. 2. n. 17. 19. 30; Bened. XIV. l. c. n. 2.

[2] S. z. B. c. 15 (Innoc. III.) X. de praescr. II. 26; c. 17 (id.) X. de privil. V. 33; const. Bened. XIV: Inter multa cit. (eiusd. bull. 2, 273). Wegen der iurisdictio quasi episcopalis der Kardinäle über ihre Titelkirchen s. Th. I. S. 352.

[3] Darüber und über die Ausnahmen von der Regel s. Trid. Sess. XXV. c. 11 de regul. Wegen der früheren falschen Interpunktion dieses Kapitels s. const. Bened. XIV: Firmandis v. 6. Nov. 1744. §. 13 (eiusd. bull. 1, 436 u. Richters Tridentinum S. 595).

[4] Sess. XXIV. c. 20 de ref.

[5] Sess. XXIII. c. 15 de ref.

[6] Sess. XXIV. c. 2 de ref. Vgl. dazu Bened. XIV. de syn. dioec. III. 1. n. 1 ff.; Phillips, Diöcesansynode S. 147. 148. 150.

[7] Es ergiebt sich dies daraus, dass abgesehen von einem päpstlichen Indult der Bischof allein der Spender dieses Sakramentes ist und der Bezirk des Prälaten immer zur Diöcese gehört. Doch kommen auch für die Prälaten Privilegien zur Ertheilung der Konfirmation vor, s. const. Bened. XIV.: Inter multa cit. (eiusd. bull. 2, 279). Wegen der Ordination s. S. 347.

[8] Dies folgt aus der Kompetenz zur Vornahme der betreffenden Handlungen, s. auch Acta s. sed. 6, 484.

[9] S. o. S. 48 n. 2.

[10] Dann gelten auch für sie die o. S. 346. n. 10 angeführten Verordnungen.

[11] Th. I. S. 386.

[12] S. a. a. O. u. diesen Theil S. 110.

[13] S. z. B. c. 6 (Clem. IV.) in VIto. de privil. V. 7.

Drittes Kapitel.

Die ausserordentliche Verfassungsform oder die s. g. Missionsgebiete*.

§. 97. *I. Geschichtliche Einleitung. Begriff der Missionsgebiete.*

So lange sich noch gleichzeitig mit und in Folge der Ausbreitung des Christenthumes die Verfassung der christlichen Kirche entwickelte und erst die Formen für die geistliche Leitung der christianisirten Gebiete ausgebildet wurden, konnte selbstverständlich von besonderen Einrichtungen für die Mission nicht die Rede sein. Aber auch nachdem im Morgenland und in dem grössten Theile der am Mittelmeer belegenen Länder, in Nord-Afrika, Italien, Spanien und Frankreich die bischöfliche Verfassung bereits festen Fuss gefasst hatte, ja selbst noch das ganze Mittelalter hindurch hat man für die kirchlichen Organisationen in den neubekehrten Ländern die Elemente der längst bestehenden Verfassung mit geringen Modifikationen benutzt[1], und so bald als möglich die gewöhnlichen Verfassungsformen auf die neugewonnenen Gebiete übertragen. In Irland und Schottland, wo seit Patriks Thätigkeit das Christenthum nach den ersten, schwachen Anfängen im dritten Jahrhundert wieder neu belebt worden war und neue Ausbreitungsfähigkeit bewies, hatte sich allerdings ein von Rom unabhängiges und eigenthümliches Kirchenwesen entwickelt[2]. Die Einrichtungen dieser irobrittischen oder culdeischen Kirche waren von der im Morgenlande und in den Ländern des europäischen Kontinents herrschend gewordenen Verfassungsform völlig verschieden, andererseits aber zur Verfolgung von Missionszwecken vorzüglich geeignet. Das katholische Bisthum kannte sie nicht[3], den Schwerpunkt ihrer Verfassung bildeten vielmehr die Cönobien oder Klöster, an deren Spitze erst das Cönobium zu Dearmag in Irland und seit dem Ende des 6. Jahrhunderts das Kloster auf der Insel Jowa (oder Jona) stand[4]. Die einzelnen Klöster, welche von einem zum Priester ordinirten Abt geleitet wurden[5], und in welchen Priester-Mönche ohne die bindenden Klostergelübde der römischen Kirche als Beirath desselben fungirten[6], waren sowohl die Sammelpunkte für die Bekenner Christi[7], wie auch die Erziehungs-Anstalten für die Missionare[8], welche später aus ihrem Kloster auszogen, um neue Cönobien zu gründen und von diesen aus ihrem Missionswerke obzu-

* O. Mejer, die Propaganda, ihre Provinzen und ihr Recht. Göttingen 1852. 2 Bde. Vgl. auch Andreucci, de vicario apostolico (hierarch. eccles. I, 233 ff.); Phillips K. R. 6, 669 ff.; Bangen, die römische Kurie. Münster 1854. S. 260 ff.

1 Das weitschichtige Werk von Ch. G. Blumhardt, Versuch e. allgem. Missionsgeschichte der Kirche Christi. Basel 1827 ff. 3 Bde. berücksichtigt diese Seite des Gegenstandes nicht, ebenso wenig der Abriss der allgemeinen Missionsgeschichte bei Venn u. Hoffmann, Franz Xavier, e. weltgeschichtliches Missionsbild Wiesbaden 1869. S. 1 ff.

2 Ebrard, d. iroschottische Missionskirche. Gütersloh 1873. S. 9 ff.

3 A. a. O. S. 167 ff.

4 A. a. O. S. 13. 168. 184.

5 A. a. O. S. 178.

6 A. a. O. S. 178. 186. 193 ff. 206 ff.

7 Diese gehörten theils, sofern sie innerhalb der Umfassungsmauern des Klosters oder dicht bei denselben angesiedelt waren, zur Klostergemeinde, und standen unter der geistlichen Leitung des Abtes, während der Gottesdienst für sie von den Priester-Mönchen verrichtet wurde, a. a. O. S. 197 ff. 202; theils wurden sie, namentlich wenn sie entfernter vom Kloster wohnten, durch solche Priester-Mönche, welche dann wegen dieser Eigenschaft die Bezeichnung episcopi erhielten, unter der Aufsicht des Abtes seelsorgerisch geleitet, a. a. O. S. 178. 179. 202. Auch die Aebte, welche gleichzeitig diese Funktion versahen, hiessen abbates episcopi, a. a. O. S. 177. 179.

8 A. a. O. S. 192.

liegen[1]. Seit dem 6., vor Allem aber im 7. Jahrhundert, dehnten die culdeischen Mönche ihre Missionsthätigkeit auf Frankreich[2], auf die Schweiz und Deutschland aus und gründeten hier, namentlich in Alemannien, Baiern, Thüringen, Hessen und Friesland[3] christliche Gemeinden, welche von ihren Klöstern aus durch die Abtbischöfe oder durch unter diesen stehende episcopi geleitet wurden[4].

Dagegen ist es charakteristisch für die von den übrigen Theilen der christlichen Kirche ausgegangenen Missionen, dass die Missionäre, sofern sie nicht schon Bischöfe[5] waren, theils beim Beginn ihrer Thätigkeit, theils während derselben die Bischofsweihe erhielten[6], und dass bei den seit dem Ende des 6. Jahrhunderts unter der Autorität des römischen Stuhles unternommenen Missionen, welche, wie die des Augustinus und des Bonifacius, nicht blos die Christianisirung, sondern auch die Vernichtung der culdeischen Kircheneinrichtungen bezweckten[7], die Missionäre auf die Einführung der Bisthumsverfassung in den neugewonnenen Sprengeln hingewiesen wurden, um diese mit Rom in Verbindung zu bringen[8]. Die römische Methode der Mission leistete freilich weniger für eine wirklich innerliche Bekehrung, als die der irobritischen Kirche[9], andererseits bot sie aber nicht blos dem päpstlichen Stuhle, sondern auch den an die heidnischen Völkerschaften angränzenden Fürsten und Bischöfen entschiedene Vortheile dar. Für Rom wurde mit der Herstellung des Bisthums-, bez. des Metropolitan-Verbandes[10] dessen Machtsphäre erweitert. Die Fürsten erlangten dadurch Gelegenheit, ihren politischen Einfluss bei den benachbarten Völkerschaften zu befestigen und öfters auch ihre Herrschaft auf diese auszudehnen[11]. Für die Bischöfe führte sie öfters die Vergrösserung ihrer Sprengel und die Erhebung zur Metropolitanwürde, auch die Vermehrung der Zahl der abhängigen Suffraganbisthümer mit sich[12].

[1] Gewöhnlich zu 12 mit einem Vorsteher, dem zukünftigen Abt, an ihrer Spitze.

[2] Ebrard a. a. O. S. 304 ff., welcher aber wohl eine zu weite Ausdehnung im Frankenreiche annimmt.

[3] A. a. O. S. 323 ff.

[4] Hieraus erklärt sich das vielfache Vorkommen von episcopi in jenen Gegenden, für welche man bisher, weil sie für römische episcopi gehalten wurden, vergeblich die Bisthümer zu ermitteln versucht hat. S. o. S. 336. Anm. g. E.

[5] Beispiele aus dem Orient s. §. 102 i. Anfang. Emmeran welcher als Missionar nach Baiern ging, war Bischof von Poitiers, Rettberg, Kirchengesch. Deutschlands 2, 190.

[6] S. o. Th. I. S. 616 u. diesen Theil S. 170. n. 5. Ueber Willebrord s. auch Ebrard a. a. O. S. 381; A. Werner, Bonifacius, d. Apostel der Deutschen. Leipzig 1875. S. 120; über Bonifacius Th. I. S. 506. Ob der S. 170 n. 5 genannte Suidbert die Bischofsweihe erhalten hat, ist nach Ebrard a. a. O. S. 383 sehr zweifelhaft. Da solchen Missionaren in der Regel die Weihe nicht für eine bestimmte Diöcese ertheilt werden konnte, so nannte man sie im Mittelalter: *episcopi* oder *archiepiscopi gentium* oder *in gentibus*, s. o. S. 9. n. 3. S. 170; dipl. Frider. I. a. 1170 (mecklenb. Urkundenbch. I, 85): „primus gentis illius (der gens paganorum Transalbina) episcopus“.

[7] Ebrard a. a. O. S. 15. 19; A. Werner a. a. O. S. 112 ff., 127 ff.

[8] Ueber die Instruktionen Augustins und Bonifacius, s. Th. I. S. 616 u. S. 506.

[9] Rettberg a. a. O. 1, 319; Werner, a. a. O. S. 30. 131 ff.

[10] Die Organisation des Metropolitan-Verbandes ist theils schon beim Beginn der Mission näher geordnet, s. das Th. I. S. 616 über Augustin Bemerkte, theils ist eine Anzahl neu errichteter Bisthümer einer gleichfalls neugegründeten Metropole unterstellt worden, wofür die Erhebung Rigas zum Erzbisthum für Lievland, Estland u. Preussen ein Beispiel bietet, s. o. S. 330 n. 1, Wiltsch, Hdbch. d. kirchl. Geogr. 1, 267 (s. auch d. folgende Note), bald wurden die neugegründeten Bisthümer dem nächstgelegenen Erzbisthum, von welchem die Mission ausgegangen war, wie die dänischen und schwedischen Bisthümer Hamburg-Bremen, unterstellt, s. Th. I. S. 614. 615.

[11] Daher wurde die Errichtung solcher Erzbisthümer und Bisthümer von den deutschen Königen und Kaisern nicht nur begünstigt, sondern auch selbst in die Hand genommen, so die des Erzbisthums Magdeburg und der Bisthümer Zeiz, Meissen und Merseburg durch Otto I, Köpke-Dümmler, Kaiser Otto d. Gr. Leipzig 1876. S. 442 ff.

[12] So für Hamburg-Bremen, s. Note 10. Suchte doch Adalbert von Bremen seine Missionsstellung zu den nordischen Reichen zur Erlangung einer Primatial- oder Patriarchenwürde auszunutzen, s. Th. I. S. 615.

Die Missionsgeschichte des Mittelalters kann daher, gleichviel welche Beweggründe für die Unternehmung der einzelnen Missionen obgewaltet haben, gleichviel, ob die Christianisirung durch einzelne Sendboten auf friedlichem Wege oder durch einzelne Ritterorden mit Waffengewalt bewirkt worden ist[1], als die Geschichte der Gründung neuer Bisthümer und Erzbisthümer bezeichnet werden[2].

Die Ertheilung päpstlicher Autorisationen an die Missionäre für ihre Thätigkeit kommt schon seit dem 6. Jahrhundert vor[3]. In Folge der Gewährung solcher Ermächtigungen[4] stellte sich in Verbindung mit der wachsenden Macht des Primates der Grundsatz, dass eine päpstliche Genehmigung zu jeder Mission nothwendig sei[5], um so eher fest, als es in den für die Bekehrung in Aussicht genommenen Gebieten an lokalen kirchlichen Gewalten fehlte, und die Errichtung von Bisthümern, welche als das schliessliche Resultat bei den Missionen in das Auge gefasst wurde, seit der karolingischen Zeit stets unter Betheiligung des römischen Stuhles zu Stande gekommen war.

Seit dem 13. Jahrhundert widmeten sich die damals neu gestifteten Orden der Franciskaner und Dominikaner[6] der Missionsthätigkeit. Ihre Missionare erhielten ihre Vollmachten theils direkt vom Papste, theils von ihren von letzterem dazu ermächtigten Ordensoberen[7], welche die geeigneten Ordensbrüder auswählten. Für die neuerworbenen Gebiete wurde zunächst die Organisation des Ordens beibehalten, und so blieb auch für diese die Gliederung in Provinzen, Kongregationen, Custodien und Vikarien massgebend[8]. So lange noch keine Nothwendigkeit hervortrat, das Bedürfniss an Priestern durch Neubekehrte aus dem Missionslande selbst zu decken, reichte man mit der geistlichen Leitung des Volkes durch die mit der Priesterweihe versehenen Ordensglieder, deren Vollmachten die der gewöhnlichen Priester weit überschritten[9], aus. Wo sich aber dies als unzulänglich herausstellte, wurden — und zwar schon seit dem 13. Jahrhundert — Bisthümer errichtet[10], und diese an Mitglieder des missionirenden Ordens übertragen[11].

Nicht nur die Missionen dieser, sondern auch die späteren des Jesuiten-Ordens, welcher sich gleichfalls die Verbreitung des christlichen Glaubens zum Zweck gesetzt

[1] Wie die die Bekehrung Preussens durch den Deutschorden, Lievlands und Kurlands durch den Orden der Schwertbrüder.

[2] S. hierzu die Zusammenstellung bei Hurter, Gesch. Papst Innocenz' III. 3, 172 ff. u. auch Thomassin, v. et n. disc. P. I. lib. I. c. 55. Das Gesagte passt auch für die von dem Deutschorden eroberten Gebiete, welche ein selbständiges Territorium gebildet haben. Geriethen auch hier die Bischöfe, welche aus den Ordenspriestern genommen werden mussten, in Abhängigkeit von dem Orden, so blieb doch immer ein gewisser, wenngleich loser Zusammenhang mit dem Erzbisthum Riga bestehen, s. Jacobson Ztschr. f. histor. Theologie 6, 123 ff., Erdmann bei Herzog, Real-Encykl. 12, 137.

[3] S. o. S. 350.

[4] Ausser Augustin u. Bonifacius haben solche erhalten, z. B. Ebbo v. Rheims, Ansgar, Methodius (Dümmler, Gesch. des ostfränk. Reichs 1, 259. 264. 699 ff.), Otto v. Bamberg (i. J. 1123 o. 1124, Ebonis vita Otton. II. 3 ed. Jaffé, mon. Bamb. p. 621. 622). Bonifacius nennt sich schon legatus apostolicae sedis, s. Th. I. S. 506. n. 2. Später ist *legatio in gentes* der übliche Ausdruck für die Bevollmächtigung und die Befugniss zur Mission, Adam. Brem. III. 1. 70 (app.).

[5] Vgl. die i. d. vor. Note cit. vita Otton.

[6] Die Regel der ersteren (längere c. 16, kürzere c. 12, Holstenius, cod. regul. monast. ed. Brockie. Aug. Vindel. 1759. 3, 26. 33) enthält eine ausdrückliche Bestimmung darüber, wegen der Dominikaner s. Mejer 1, 32 ff.

[7] Die kürzere Franziskaner-Regel c. 12 bestimmt: „Quicunque fratrum . . . voluerint ire inter Sarracenos et alios infideles, petant inde licentiam a suis ministris provincialibus". Mejer 1, 35.

[8] Mejer 1, 36 ff. 48.

[9] A. a. O. S. 49. 39.

[10] Das Institut der Weihbischöfe war damals erst in der Ausbildung begriffen, s. oben S. 172. 173.

[11] Mejer 1, 49 ff. Dass Alexander VII. die Missionsbischöfe schlechthin episcopi regulares nennt, ergiebt sein Dekret v. 1662, bull. propag. 1, 313 (so Mejer a. a. O. S. 50) nicht.

und schon seit 1545 ausgedehnte Vollmachten für die Mission vom apostolischen Stuhle erhalten hatte [1], haben im wesentlichen den Typus, welchen die früheren mittelalterlichen Missionen aufweisen, bewahrt [2]. Darin zeigt sich indessen eine Verschiedenheit, dass seit den Franziskaner- und Dominikaner-Missionen die Versuche zur Bekehrung der Ungläubigen nicht mehr als Unternehmungen einzelner Mönche, sondern als Sache des ganzen Ordens galten, woraus sich denn auch die oben gedachte Uebertragung der Ordens-Organisation auf die neu bekehrten Gebiete erklärt. Was insbesondere die Jesuiten betrifft, so richtete sich deren Missionsthätigkeit der Tendenz ihres Ordens gemäss nicht nur auf die Gebiete der Heiden, sondern auf die durch die Reformation und den Protestantismus der katholischen Kirche verloren gegangenen Länder.

Den entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der katholischen Missionen bildet aber die Stiftung der Congregatio de Propaganda Fide im J. 1622. In ihrer Hand wurde die oberste Leitung aller einzelnen Missions-Unternehmungen centralisirt [3]. Dadurch war zugleich als weitere Konsequenz eine Scheidung der verschiedenen Gebiete in solche, in welchen die regelmässige, geschichtlich entwickelte Verfassung der katholischen Kirche ihren sicheren Bestand hat, und solche, in denen die katholische Kirche erst festen Fuss zu gewinnen oder das durch Schisma und Häresien, namentlich durch den Protestantismus verlorene Terrain zurück zu erobern sucht, bedingt, weil ohne eine bestimmte lokale Beziehung die Ausübung der der Propaganda übertragenen Befugnisse nicht möglich war.

Den erst gedachten Ländern, den s. g. *provinciae sedis apostolicae*, stehen somit die Gebiete der erwähnten Behörde, die *terrae missionis, provincie che dipendono dalla S. Congregazione di Propaganda Fide* gegenüber [4]. Das Kennzeichen der letzteren ist ihre Leitung durch die Propaganda. Wenngleich diese für die Regel da stattfindet, wo die vorhin hervorgehobenen Verhältnisse obwalten, so giebt es doch keine feste Entscheidungsnorm über die Zugehörigkeit der Gebiete, in welchen die katholische Bevölkerung untermischt mit Protestanten oder mit orientalischen Schismatikern wohnt, zu den Provinzen der einen oder der anderen Art, vielmehr bestimmt sich diese lediglich nach äusseren, namentlich Zweckmässigkeitsgründen [5]. Es trifft demnach die Annahme, dass die Gebiete der Propaganda „die Welt umfassen, so weit sie nicht bereits streng katholisch ist, d. h. so weit sie nicht streng katholische Staaten und Regierungen zeigt“ [6], nicht zu [7].

[1] Mejer a. a. O. S. 58 ff.

[2] Auch bei den Jesuiten hatte der General ein für alle Mal die Befugniss zur Aussendung von Missionären erhalten, welche er wieder auf die Provinziale übertragen konnte. A. a. O. S. 62. Die neugewonnenen Gebiete wurden bei ihnen ebenfalls als Provinzen dem Orden eingefügt, in denen einzelne Kollegien und Residenzen, letztere als Mittelpunkte der Gemeinden, gegründet wurden, a. a. O. S. 64. Bisthümer sind ebenfalls in ihren Missionssprengeln errichtet worden, nur haben Jesuiten selbst diese blos ausnahmsweise innegehabt, weil ihnen die Annahme von Dignitäten nach ihren Konstitutionen untersagt ist.

[3] Th. I. S. 474. 475.

[4] Andere minder technische Ausdrücke für diesen Unterschied, sind: „non solum in catholicis regionibus, sed etiam in acatholicorum et infidelium terris“ (Encykl. Gregors XIV. v. 1840, s. bull. cit. 5, 212); „loci in quibus episcopi sua munera pastoralia libere exercere nequeunt“ (ibid. 4, 217) und „terrae ubi impune grassantur haereses“ oder „ubi sunt missionarii“, Mejer a. a. O. S. 196; „ubi sanctum officium (d. h. die Inquisition) exercetur“ und „ubi non est inquisitio et fideles inter infideles degunt“, Mejer l. c. u. bull. cit. 2, 6.

[5] So kann z. B. der Umstand dafür massgebend sein, ob die Staatsregierungen eine regelmässige Diöcesan-Verfassung in ihren Ländern errichten lassen wollen oder nicht.

[6] So definirt Mejer a. a. O. S. 200.

[7] Mejers Ansicht ist offenbar daher entstanden, dass er Deutschland mit Ausnahme von Oesterreich und Baiern als ein von der Propaganda abhängiges Missionsland betrachtet, s. 2, 379.

Die Folge dieser Koncentration der Missionsthätigkeit ist die Ausbildung von besonderen einheitlichen Normen für die Regelung der Verhältnisse in den Provinzen der Propaganda gewesen. Diese sind den äusserst verschiedenen Gestaltungen[1] in höchst geschickter Weise angepasst, und weisen daher bei gleicher Grundlage eine sehr grosse Mannichfaltigkeit auf.

§. 98. II. *Die Verfassungsgestaltungen in den Missionsgebieten.*

I. Der Charakter des Missions-Organismus. Da die Leitung der Missionsländer unmittelbar dem Papste und der mit seinen desfallsigen Befugnissen ein für alle Mal betrauten Congregatio de Propaganda Fide zusteht, so können die sämmtlichen, für die Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten jener Gebiete bestimmten Organe nur auf Grund einer Ermächtigung des ersteren oder der genannten

415. 436. 440ff. 485. 516, und sich von diesem Standpunkt aus seinen Begriff der terrae missionis konstruirt hat. Seine Berufung für das erstere auf die Notizia statistica delle missioni cattoliche. Romae 1843 (abgedruckt in seinem Werke 1, 473ff.), welche übrigens nur das Erzbisthum Freiburg und Würtemberg zu den Missionsländern zählt, ist nicht beweisend. Die allerdings offiziöse Schrift (s. a. a. O. 1, 109) enthält, wie Mejer (2, 416. 441. 481) selbst anerkennen muss, ausser den erwähnten so viele handgreifliche Unrichtigkeiten, dass man ihren Angaben nur dann, wenn sie anderweitig beglaubigt sind, trauen darf. Ebensowenig rechtfertigt sich Mejers Annahme durch die Thatsache, dass die deutschen Bischöfe die Quinquennal-Fakultäten von der Propaganda erhalten. Diese erklärt sich vielmehr aus dem bereits Th. I. S. 476 angegebenen Grunde. In der That erscheint seine Auffassung darum haltlos, weil die Missionsverfassung, welche in den Augen der katholischen Kirche nur ein Nothbehelf ist, blos so lange aufrecht erhalten wird, bis die Verhältnisse die Einführung einer regelmässigen Organisation gestatten, und eine solche gerade in Deutschland durch die Verhandlungen mit der Kurie im zweiten und dritten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts neu begründet worden ist. Die damals vereinbarten Einrichtungen tragen keins der charakteristischen Merkmale der Missionsverfassung an sich. In den deutschen Bisthümern gilt vielmehr, so weit es nicht durch die staatliche Partikulargesetzgebung beseitigt ist, das gemeine Recht, und die vorkommenden Milderungen desselben, worauf Mejer a. a. O. Gewicht legt, berühren keineswegs die Verfassungseinrichtungen als solche, sondern gewähren nur den einzelnen Kirchengliedern Erleichterungen, welche ihrem Wesen nach in den provinciae sedis apostolicae nicht ausgeschlossen sind. Ferner unterscheidet sich die Organisation der in den Missionsländern errichteten, unter der Propaganda verbliebenen Bisthümer, (s. den folgenden §.) wesentlich von der der deutschen. Heute, wo sich die Stellung Oesterreichs und Italiens der katholischen Kirche gegenüber völlig verändert hat, und diese Staaten und ihre Regierungen füglich nicht mehr als streng katholische bezeichnet werden können, müsste die Kurie die dort belegenen Bisthümer nach der Mejer'schen Theorie konsequenter Weise unter die Propaganda stellen, während sie sicherlich ihre jetzige Position so lange festhalten wird, bis ihr dies durch den Eintritt abnormer Verhältnisse unmöglich gemacht werden sollte. Die katholischer Seits gegen die Mejersche Auffassung erhobenen Proteste (Schulte K. R. 2, 238 n. 1 u. Vering, Lehrb. d. K. R. S. 517 n. 3) sind nach allen diesen Ausführungen vollkommen begründet. Der Grundirrthum des Mejer'schen Buches, welches unbestreitbar das grosse Verdienst hat, zuerst auf die Missionsverfassung hingewiesen und eine sorgfältige Darstellung derselben geliefert zu haben, liegt m. E. darin, dass der Verfasser jede missionirende Thätigkeit, auch diejenige, welche heute beinahe jeder einzelne Bischof bei den konfessionellen Verhältnissen in den einzelnen Staaten in seiner Diöcese zu üben hat, als dem Gebiete der Propaganda anheimfallend betrachtet, und sowohl deshalb wie auch aus dem Grunde, weil dabei der Propaganda angehörige Missionspriester, wie die in den Instituten derselben ausgebildeten Alumnen vom Bischof verwendet werden können (1, 518), alle Territorien, in denen dergleichen Verhältnisse hervortreten, zu den Provinzen der Propaganda rechnet. Nur hieraus erklärt sich z. B. die Heranziehung der No. 15 der Quinquennal-Fakultäten (s. a. a. O. c. 2, 208) zum Beweise für die Missionsqualität der deutschen Bisthümer, obgleich die Fakultäten für die österreichischen Bischöfe unter Nr. 15 (Ginzel, Codex d. österr. K. R. S. 36) ganz dieselbe Vollmacht enthalten.

[1] Umfasst doch das Gebiet der Propaganda heute noch die asiatischen, afrikanischen und australischen Länder, Nordamerika, Holland, Grossbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Russland und die Türkei mit ihren tributären Staaten; in Deutschland das Königreich Sachsen, einzelne Theile Preussens (die Mark Brandenburg, Pommern, die altprotestantischen Lande links der Elbe, Schleswig-Holstein), Mecklenburg, Lippe, Bückeburg, Hamburg, Bremen und Lübeck, v. Schulte Lehrb. 3. Aufl. S. 218, desselb. status dioeces. cathol. p. 148ff. Ueber die Entwicklung der Missionen in diesen Gebieten s. Mejer 1, 351ff. u. Bd. 2.

Behörde thätig werden. Die Möglichkeit, eine solche in dem verschiedensten Umfange zu ertheilen, gestattet es, diesen stets den gegebenen Verhältnissen anzupassen. Hieraus erklärt sich die Mannichfaltigkeit der in den einzelnen Provinzen der Propaganda bestehenden Einrichtungen. Da jede Ermächtigung ihrem Wesen nach widerruflich ist, besitzt der Missions-Organismus ferner eine andere charakteristische Besonderheit, die absolute Veränderlichkeit, und allein da, wo die Einrichtungen schon der ordentlichen Verfassungsform ganz nahe stehen, kommen freilich auch nur in einzelnen Beziehungen Ausnahmen vor.

II. Die Missionare. In der Mission werden erstens die Mitglieder derjenigen Mönchsorden, welche sich noch heute solchen Zwecken widmen [1], verwendet. Die letzteren unterhalten zum Theil eigene Missionsschulen aus ihren Mitteln, jedoch kommt der Propaganda über diese Bildungsanstalten, obgleich sie unter den Ordensoberen, den Provinzialen des betreffenden Bezirkes, stehen, das Gesetzgebungs-, Aufsichts- und Visitationsrecht zu [2]. Die in denselben ausgebildeten Schüler empfangen, wenn sie für die Mission gebraucht werden, ihre Aufträge direkt von der Propaganda [3]. In denjenigen Orden, welche keine derartigen Anstalten besitzen, wählt der General auf Erfordern der Propaganda die geeigneten Individuen aus [4], und diese werden dann gleichfalls von derselben deputirt. In sämmtlichen ihre Stellung als Missionare betreffenden Angelegenheiten sind diese Ordensleute den Behörden der Propaganda untergeben, während sie in allen sich auf ihre Regel beziehenden Verhältnissen von ihren Ordens-Oberen abhängig bleiben [5].

Zweitens dienen aber auch Weltgeistliche in der Mission. Die Propaganda kann jeden, welcher sich bei ihr meldet und welcher nach den über ihn eingezogenen Erkundigungen geeignet erscheint, in ihrem Dienste anstellen [6]. Ferner werden in den Lehr-Anstalten oder Seminarien einzelner Missionsgebiete ebenfalls Weltgeistliche ausgebildet [7]. Endlich erzieht die Propaganda selbst in den direkt unter ihrer Leitung stehenden Missionsschulen, gewöhnlich collegia genannt [8], Weltgeistliche für ihre Zwecke, welche theils für die schwierigeren Missionsgebiete theils für die obere Leitung der einzelnen Länder verwendet werden [9]. Auch unterscheiden sich die in diesen Anstalten ausgebildeten Missionare dadurch von den übrigen, dass sie als Alumnen den lebenslänglichen Dienst in der Mission eidlich angeloben müssen [10], während die Regularen diese Verbindlichkeit allein gemäss den Statuten ihres Ordens. d. h. gewöhnlich nur auf eine bestimmte Anzahl von Jahren übernehmen [11], und für

[1] Mejer a. a. O. 1, 218. Es sind dies namentlich die Franziskaner und die Jesuiten.

[2] A. a. O. S. 221 ff.

[3] A. a. O. S. 216. 223. Demnach ist die Absendung durch den Ordensoberen kraft der dem Orden allgemein ertheilten Befugniss, welche vor der Stiftung der Propaganda Sitte war, nicht mehr das regelmässige.

[4] So z. B. bei den Jesuiten a. a. O. S. 224. 225.

[5] A. a. O. S. 225 u. S. 288 ff.

[6] A. a. O. S. 226.

[7] Das ist da der Fall, wo, wie z. B. in Nordamerika, die Einrichtungen schon eine festere Gestaltung gewonnen haben. Da hier diese Geistlichen den Diöcesan-Klerikern in den Provinzen des apostolischen Stuhles sehr nahe stehen, so tritt ihr Charakter als Missionare äusserlich mehr zurück, s. a. a. O. 226.

[8] A. a. O. S. 226 ff. 73 ff., s. auch Th. I. S. 76.

[9] Mejer a. a. O. S. 227.

[10] Th. I. S. 76; Mejer a. a. O. S. 235 ff. Jedoch bezieht sich die Verpflichtung bei den für einzelne Nationalitäten bestimmten Kollegien nur auf das betreffende Land, weil sie gerade für die Mission in den einzelnen Ländern Angehörige der letzteren auszubilden bezwecken. Selbst das nicht auf einzelne Stationen beschränkte Collegium Urbanum de propaganda fide erzieht jeden Alumnen für sein eigenes Vaterland und die anderweitige freilich rechtlich zulässige Verwendung ist nur eine Ausnahme, Mejer S. 241. 242.

[11] Mejer S. 224. 241.

die übrigen Weltgeistlichen in dieser Hinsicht die bei ihrer Annahme festgestellten Bedingungen massgebend sind.

Ihren Unterhalt empfangen die Missionare und zwar selbst die Ordensleute für die Zeit, während sie der Mission dienen, aus den Mitteln der Propaganda[1], sofern nicht etwa besondere Fonds zur Sustentation für die einzelnen Missionen vorhanden sind.

Die Bestellung des einzelnen zum Missionar erfolgt durch Ertheilung einer schriftlichen Vollmacht (literae patentes), welche gewöhnlich auf die Predigt des Evangeliums, die Spendung der Parochialsakramente, namentlich auch auf das Hören der Beichte gerichtet ist, und je nach den Umständen noch weitere Befugnisse (s. g. *facultates*) hinsichtlich der regelmässig dem Bischof oder Papst zur Absolution vorbehaltenen Fälle gewährt, so dass der Missionar wohl eine iurisdictio in foro interno, aber nicht eine solche für das forum externum erlangt[2]. Ferner wird die Vollmacht stets für einen bestimmten geographischen Bezirk (die *regio missionario commissa*), welcher indessen von der Propaganda erweitert und beschränkt werden kann, gegeben[3]. Sowohl für die Vollmacht, wie auch für den Bezirk, auf welchen sie lautet, kommt die Bezeichnung *missio* vor, jedoch wird diese auch für eine bestimmte Missions-Unternehmung und für das dazu gehörige Personal gebraucht[4].

III. Die einzelnen Behörden des Missions-Organismus. 1. Die apostolischen Präfekturen. In der Regel beginnen die Missionen nicht mit der Aussendung eines einzelnen, sondern mehrerer Missionare. Das Haupt derselben, welches das Unternehmen zu leiten, die Befehle der Propaganda in Empfang zu nehmen und ihr die Berichte zuzusenden hat, ist der *praefectus apostolicus missionis* (seltener *superior* genannt)[5]. Hat die Mission Erfolg, so erhält dieser von der Propaganda, während früher seine Befugnisse nur eine persönliche Beziehung auf seine Missionsgefährten hatten, auch über die neugestifteten kirchlichen Gemeinden eine eigentliche iurisdictio externa übertragen[6]. Bei weiterem Erfolge kann das dem Christenthum gewonnene Gebiet in mehrere einzelne Bezirke, *stationes* (auch *missiones, collegia*[7] genannt), eingetheilt und jeder derselben einem der Missionare, welche hier mit ihren gewöhnlichen Vollmachten (s. oben unter II. a. E.) ausreichen und eine den Pfarrern der regelmässigen Organisation ähnliche Stellung einnehmen, zugewiesen werden[8]. Der gesammte Sprengel einer solchen Mission heisst *praefectura apostolica*[9].

Die Präfektur ist die einfachste Form der Missionsverfassung. Sie steht gewöhnlich direkt unter der Propaganda und bildet die Vorstufe für eine weitere Organisation, weshalb sie bei Einrichtung einer solchen aufgehoben wird. Ihrem Weihegrad nach sind die apostolischen Präfekten nur Priester[10]. Wenngleich sie fast ausnahmslos auch Fakultäten zur Spendung der nicht ausschliesslich an den *ordo episcopalis* gebundenen heiligen Handlungen, wie z. B. der Firmelung erhalten, so kann ihnen doch

1 A. a. O. S. 217.

2 A. a. O. S. 247.

3 Mejer S. 249.

4 A. a. O. S. 250.

5 A. a. O. S. 252.

6 Beispiele für derartige Vollmachten im Bull. Prop. 3, 218. 267 u. 5, 102 aus den Jahren 1746. 1750 u. 1833.

7 Bull. Prop. 3, 189; 4, 109. 122. 123.

8 Mejer S. 254.

9 Die jetzt bestehenden sind verzeichnet in der Gerarchia cattolica v. 1878. p. 63. 453. Einzelne sind mit bestimmten Ordenshäusern oder Bischofssitzen verbunden, und da wo der Ordensobere selbst die Mission nicht leiten kann, ist er befugt, dies durch einen rappresentante (Stellvertreter) oder vice-prefetto zu thun, s. l. c. p. 453. Für die frühere Zeit vgl. Mejer S. 256. 257.

10 Ueber die singulären Fälle, wo Bischöfe als apostolische Präfekten vorkommen, s. Mejer S. 254.

selbst der Papst nicht die Fähigkeit oder die Befugniss zur Ertheilung der höheren Weihegrade gewähren[1]. Tritt also bei gutem Erfolg des Missionswerkes die Nothwendigkeit ein, den erforderlichen Bedarf an Priestern durch Kandidaten aus der Zahl der Eingeborenen zu decken, so bleibt nichts übrig als dass der Papst, resp. die Propaganda nunmehr einen mit dem bischöflichen Charakter versehenen Stellvertreter in das Missionsland sendet[2]. Auf diese Weise entsteht — und zwar gewöhnlich aus der apostolischen Präfektur — eine zweite Form des Missionsregimentes,

2. die der s. g. apostolischen Vikariate (vicariatus apostolici). Diese Einrichtung ist indessen nicht blos für den eben gedachten Fall anwendbar, sondern nach gemeinem Recht[3] auch da, wo, vom kanonischen Standpunkt aus betrachtet, ein Bisthum rechtlich fortbesteht, aber impedirt, d. h. wegen des Schismas und der Häresie des grössten Theiles der Bevölkerung oder wegen des Widerstandes der Regierung nicht wieder besetzt werden kann, ja vielleicht durch die letztere, also staatlicher Seits, bereits eine Unterdrückung und Säkularisation des Bisthums erfolgt ist[4]. Ferner kann diese Form der kirchlichen Regierung da eingeführt werden, wo der Staat die feste Organisation von Bisthümern nicht dulden will[5].

Der apostolische Vikariat wird ebenso wie die Präfektur für einen gewissen geographischen Bezirk unter Berücksichtigung der Nationalität und der politischen Grenzen errichtet, nur pflegt sein Sprengel grösser als der einer apostolischen Präfektur zu sein. Die Errichtung erfolgt entweder so, dass auf Gutachten der Propaganda durch päpstliches Breve ein Vikar unter gleichzeitiger Festsetzung seines Sprengels und seiner Vollmachten ernannt oder dass zunächst der Bezirk bestimmt und die Anstellung des Vikars besonderer Verfügung vorbehalten bleibt[6].

Was den Umfang der Befugnisse des apostolischen Vikars betrifft, so erhält der-

[1] Th. I. S. 80. 82.

[2] Mejer S. 255. 258.

[3] S. o. S. 258. n. 1; S. 260; vgl. ferner Const. Pii VI. v. 1798 (bull. prop. 4, 255): „episcopis ubi adsunt suamque potestatem libere exercent, praesto sint (missionarii) eorumque mandatis pareant; ubi vero desunt aut aliqua ex causa impediti praeesse fidelibus nequeant, illorum vices suppleant et apostolicae sedis auctoritate animarum regimen suscipiant. Quando enim unquam ad facultates missionariis et vicariis impertitas propriae et legitimae iurisdictioni praeferendas induxit (s. sedes), nisi extrema ad hoc necessitate coacta"; s. auch Bened. XIV. de syn. dioec. II. 10. n. 2; Phillips K. R. 6, 747.

[4] So ist der i. J. 1667 aus Anlass der Konversion des Herzogs Johann Friedrich von Hannover errichtete, seit 1780 so genannte apostolische Vikariat des Nordens schon i. J. 1669 auf die Diöcese Halberstadt, die Bisthümer Bremen und Magdeburg, die mecklenburgischen Lande und die Missionen von Altona und Glückstadt, später auf Dänemark und Schweden ausgedehnt und nach der Dismembration in zwei selbstständige Vikariate (einen für Hannover oder Ost- und Niedersachsen und einen apostolischen Vikariat des Nordens) i. J. 1702, seit 1780 wieder vereinigt worden, vgl. dazu Mejer 2, 248 ff., namentlich S. 251. 259. 265. 273. 274. 287. Weihbischöfe sind übrigens auf die in die Hände der Protestanten gekommenen Bisthümer, wie schon S. 176. n. 10 angegeben, nicht ernannt worden. Wenn Mejer 1, VIII sich für die Verleihung eines solchen auf das Acta histor.-ecclesiast. nostri temporis 11, 295 angeführte, i. J. 1736 erschienene Buch mit dem Titel: „Kurze Reisebeschreibung R. P. Valerii Rist Ord. Min. S. P. Francisci Missionarii apostolici ...., nunmehro von Ihro Päpstlichen Heiligkeit Clemente XII. verordneten Hochwürdigsten ... Bischofen von Minden, auch Coadjutoren des Apostolischen Vikariaten in Cochin-China" beruft, so muss er selbst (2, 294. n. 2) einräumen, dass Minden ein Druckfehler ist und es statt dessen in seiner Quelle: Münden, wo nie ein Bisthum gewesen, heisst. Sicherlich handelt es sich hier um das noch heute vergebene (s. Gerarchia cattolica v. 1878 S. 335) Titularbisthum Myndos in Carien. s. auch Mejer, zur römisch-deutschen Frage II. 2, 32. Seine weitere Berufung 1, 199. 200 auf das Dekret der Propaganda v. 1715 (bull. propag. 1, 315): „cum charactere episcopali ecclesiarum tam inter schismaticos quam inter infideles constitutarum" entscheidet deshalb nichts, weil nach dem Wortlaut die erstgedachten Bischöfe keineswegs nothwendiger Weise als Weihbischöfe betrachtet werden müssen.

[5] Ein Beispiel bei Mejer 1, 260.

[6] A. a. O. S. 263. 264. 271.

selbe nach fester Regel[1] alle diejenigen Rechte übertragen, welche der Ordinarius, der Bischof, für seinen Sprengel besitzt[2], ohne dass er freilich damit sonst in anderen Beziehungen die Stellung eines Ordinarius oder eine als ordinaria zu bezeichnende Jurisdiktion erlangt[3]. Ausserdem werden ihm besondere Fakultäten gewährt, welche sich auf Dispensationen und Absolutionen, sowie auf die Vornahme von eigentlich rechtlich verbotenen Dingen beziehen[4]. Damit der Vikar endlich auch bischöfliche Weihehandlungen, namentlich die Ordination von Priestern vollziehen kann, wird er — und zwar gewöhnlich vor der Anstellung — zum Weihbischof ernannt und konsekrirt[5].

Nur ausnahmsweise steht ein apostolischer Vikariat unter der Verwaltung eines in der Nähe des Sprengels residirenden eigentlichen Bischofs[6] oder eines Priesters[7], letzteres, wenn dessen Administration blos eine provisorische sein soll.

Da die Bezirke der apostolischen Vikariate eine grosse Anzahl von einzelnen Missionsstationen umfassen können, so tritt unter Umständen für die Vikare dasselbe Bedürfniss nach Gehülfen bei ihrer Verwaltung, wie für die Bischöfe, hervor. Zu ersteren gehören:

a. Die General-Vikare. Einen solchen soll sich der apostolische Vikar gleich nach Antritt seines Amtes bestellen. Derselbe darf im Fall des plötzlichen Todes seines Konstituenten die Regierung bis zur Ernennung eines neuen apostolischen Vikars fortführen[8]. Der General-Vikar braucht nicht, wie gemeinrechtlich vorgeschrieben, Doktor oder Licentiat der Rechte zu sein[9], und wird auch mitunter vom Papste zum Weihbischof kreirt[10].

b. Ebenso können bei den apostolischen Vikarien Coadjutoren vorkommen, welche gleichfalls Weihbischöfe zu sein pflegen[11]. Andere als solche cum spe succedendi lassen sich in den Quellen des Missionsrechtes nicht nachweisen[12]. Dies erklärt sich daraus, dass durch sie die aus dem Mangel der Domkapitel und der Unmöglichkeit der Bestellung eines Kapitular-Vikars für die Zwischenregierung hervorgehenden Nachtheile beseitigt werden sollen[13].

c. Die Pro-Vikare erscheinen ebenso wie im Gebiete des gemeinen Rechtes[14] als solche Stellvertreter des apostolischen Vikars, bei deren Bestellung es an den sonst

[1] A. a. O. S. 265.

[2] Vgl. Bened. XIV. const. Apostolicum minist. v. 30. Mai 1753. c. 4, bull. propag. 3, 305): „praeter eam omnem auctoritatem quae ipsis (scil. vicariis apostolicis) communis est in propriis confiniis cum quolibet ordinario in sua civitate et dioecesi, apostolica sedes facultates secundae formulae ipsis elargitur cum potestate illas simplicibus sacerdotibus qui idonei videbuntur, communicandi, iis tamen exceptis quae in ordinem episcopalem unice spectant vel exerceri sine sacrorum oleorum usu minime possunt"; ibid. c. 10. p. 308: „cum omni auctoritate quae competit cuilibet ordinario"; Gregor. XVI. (a. 1834) l. c. 5, 124: „cum solum tamquam verum memoratarum regionum ordinarium ab omnibus esse habendum eique omnes obtemperare debere et ab eo ecclesiasticam iurisdictionem ac facultates accipere".

[3] Denn eine iurisdictio propria besitzt er nicht. Dass der apostolische Vikar mehr als einmal ordinarius genannt wird (so Mejer 1, 265), ergiebt das bull. cit. 1, 173; 3, 305. 308; 5, 124 nicht, vielmehr wird hier die Gewalt desselben nur der des ordinarius gleichgestellt.

[4] Mejer 1, 269 ff.

[5] A. a. O. S. 272.

[6] Gerarchia cattolica p. 415. 438. 449.

[7] Mejer 1, 264. 265; Gerarchia cit. p. 432. 434. 442. 446.

[8] Const. Bened. XIV. Ex sublimi v. 1753 §§. 1. 2 für Ostindien, dann allgemein die Const. eiusd. Quam ex sublimi v. 1755 (bull. propag. 3, 292. 381).

[9] L. c. 3, 384.

[10] L. c. 4, 374, eine Stelle, welche zugleich zeigt, dass auch in weiten Bezirken mehrere General-Vikare bestellt werden können.

[11] Gerarchia cit. p. 430. 435. 436. 450. 451.

[12] Mejer 1, 318.

[13] Vgl. über diese Coadjutoren bull. cit. 3, 292. 302; 4, 105. 257. 258. 260; 5, 66. 157. 172. 177. 179. 187.

[14] S. oben S. 224.

herkömmlichen Erfordernissen oder Voraussetzungen fehlt, so wird der Ausdruck für einen General-Vikar des apostolischen Vikars gebraucht, welcher nach dem Tode des letzteren dessen gesammte Fakultäten fortführen[1], sodann für den provisorischen Leiter eines apostolischen Vikariates, welchen der Coadjutor eines solchen bei seiner Versetzung ernennen soll[2], ferner für einen Vertreter des apostolischen Vikars mit allen Vollmachten desselben, welcher einen entfernten Bezirk, ohne dass dieser von dem Vikariatssprengel losgetrennt wird, zu leiten hat[3], später für solche, welche ohne Weihbischöfe zu sein, oder welche nur provisorisch einen derartigen Bezirk verwalten[4], endlich für den thatsächlichen Verwalter des Vikariats, wenn der letztere einer Mönchskongregation übertragen ist[5].

In denjenigen Theilen Deutschlands, welche nicht in der durch die neueren Konkordate, resp. Circumscriptionsbullen geregelten Diöcesantheilung inbegriffen sind, ist der apostolische Vikariat die herkömmliche Verfassungsform. Während schon seit dem 16. Jahrhundert der Dechant von Bautzen, nachdem der Bischof von Meissen evangelisch geworden war, als Administrator des ehemaligen Bisthums, nachmals als apostolischer Vikar fungirte[6], ist i. J. 1763[7] ein zweiter Vikariat für die sächsischen Erblande mit dem Amtssitze zu Dresden, dessen Inhaber seit dem Anfang dieses Jahrhunderts der Regel gemäss zugleich Weihbischof ist, errichtet worden[8]. Diese Einrichtungen bestehen noch heute, jedoch ist die praefectura Apostolica de Misnia et Lusacia[9] mit dem apostolischen Vikariate zu Dresden seit 1830 bis heute personell vereinigt[10]. Als Dechanten von Bautzen und apostolischem Präfekten steht dem Vikar ein besonderes Konsistorium, zusammengesetzt aus 3 Kanonikern und einem Laien als Beisitzer, zur Seite und mit diesem übt er die Ordinariatsrechte aus[11]. Für die Verwaltung des sächsischen Vikariates, dessen Inhaber auf Vorschlag des Königs vom Papst ernannt und sodann von ersterem bestätigt wird[12], besteht zunächst ein katholisches Konsistorium in Dresden, gebildet aus einem vorsitzenden Geistlichen als Präses, ferner zwei geistlichen und zwei weltlichen, zur Verwaltung von Justizstellen qualificirten, katholischen Konsistorial-Räthen, sowie dem nöthigen Subalternpersonal[13]. Dasselbe verwaltet die geistliche Gerichtsbarkeit in erster Instanz und führt die Aufsicht über den Lebenswandel und die Amtsführung der Geistlichen, über die katholischen Schulen, Gottesäcker und milden Stiftungen, überwacht die Aufrechterhaltung der kirchlichen Gesetze, hat den Vorschlag der in der Seelsorge anzustellenden Geistlichen, die Vereidigung derselben und erledigt alle Glaubens- und Gewissenssachen in erster Instanz[14]. Ueber dem Konsistorium steht der

[1] bull. propag. 3, 383 (1755).

[2] Ibid. 5, 220 (1840). In beiden Fällen hätte eigentlich die Propaganda ernennen müssen, weil dieser die Anstellung der eigentlichen vicarii apostolici zusteht.

[3] Ibid. 4, 147; hier war überdies angeordnet, dass vom Pro-Vikar an den apostolischen Vikar appellirt werden sollte.

[4] Gerarchia cit. p. 438 u. von 1875 p. 40f. 403. 410.

[5] Acta s. sed. 9, 426 ff.

[6] Mejer 2, 327 ff. 505.

[7] Neher, kirchl. Geographie 2, 376.

[8] Mejer 2, 331. 505.

[9] So, nicht Vikariat ist die Bezeichnung in dem officiellen Annuario pontif. 1870. p. 58. 293; s. auch Gerarchia v. 1875 p. 53. 418 und v. 1878 p. 63. 455.

[10] Archiv f. k. K. R. 4, 159.

[11] Schulte, status dioec. p. 151 u. Arch. a. a. O. u. 37, 106.

[12] Schulte l. c. p. 148.

[13] Mandat, die Ausübung der kathol. geistl. Gerichtsbarkeit in den sächs. Kreislanden etc. betr. v. 19. Februar 1827 (u. A. abgedruckt bei Müller, Lexikon des K. R. 2. Ausg. 5, 353; Schulte, K. R. 2, 71; Schreyer, Cod. d. sächs. K. R. S. 281) §§. 1. 4; Bekanntmachung des Kultusminist. v. 12. November 1840; Schreyer a. a. O. S. 282 n. 7; Schulte, stat. cit. p. 151.

[14] §§. 13. 22. 23. 27. 32 ff. des angeführten Mandates.

Vikar. Er bringt die Mitglieder desselben vor ihrer Anstellung behufs der landesherrlichen Bestätigung in Vorschlag[1], erledigt die nicht dem Konsistorium übertragenen Angelegenheiten und bildet die höchste geistliche Behörde für die Katholiken der Erblande[2]. Ueber die Vollmachten, welche der Vikar in seiner Doppelstellung vom Papst, bez. der Propaganda erhält, ist nichts in die Oeffentlichkeit gelangt, ebenso wenig über den kirchenrechtlichen Titel, auf Grund dessen das Konsistorium in Dresden fungirt[3].

Dem Dresdener Vikariat sind auch die wenigen Katholiken in den fürstlich reussischen Landen unterstellt[4].

Ferner besteht in Deutschland ein apostolischer Vikariat für die anhaltischen Lande. Nach dem Uebertritt des Herzogs Friedrich Ferdinand von Anhalt-Cöthen i. J. 1825 wurde die in Cöthen gegründete, das ganze Herzogthum umfassende Pfarrei unter die Leitung des apostolischen Vikars von Sachsen gestellt[5]. Seit 1834 ist aber ein besonderer Vikariat errichtet. Die Verwaltung desselben, welche zuerst dem päpstlichen Nuntius in München übertragen worden war[6], führt seit dem Jahre 1867 der Bischof von Paderborn als päpstlicher Administrator[7].

Das Gebiet des apostolischen Vikariates des Nordens[8] hat seit der Wiederherstellung der katholischen Kirchenverfassung, namentlich seit der Errichtung der noch heute bestehenden preussischen und hannoverschen Bisthümer eine erhebliche Schmälerung seines Gebietes erfahren. Dasselbe umfasst jetzt nur noch Mecklenburg, Lauenburg, Holstein, Schleswig, die Hansestädte und Dänemark[9]. Nachdem der Vikariat eine Zeit lang vom Bisthum Paderborn aus verwaltet worden war[10], tauchte in Rom unter Gregor XVI.[11] der Gedanke auf, den Vikariat selbstständig administriren zu lassen und den Sitz nach Hamburg zu verlegen. Trotzdem, dass bereits i. J. 1839 ein besonderer Vikar in der Person des belgischen Geistlichen Laurent ernannt und dieser zum Weihbischof konsekrirt war, musste indessen der Plan namentlich in Folge des Widerstandes der dänischen und hamburger Regierung aufgegeben werden, und es wurde nunmehr (seit 1841) der Administrator des damals schon projektirten Bisthums Osnabrück, später nach der Errichtung desselben der Bischof dieser Diöcese zum Provikar bestellt[12].

[1] Ges. v. 23. August 1876. §. 17: „...Die Mitglieder des katholisch-geistlichen Konsistoriums werden auf Vorschlag des apostolischen Vikars und auf Vortrag der Staatsregierung vom König bestätigt".

[2] Cit. Mandat §. 1. Dass der sächsische Vikar unter dem Erzbischof von Prag steht (so Mejer 2, 506 u. Herzog, Real-Encykl. 13, 224) ist unrichtig, Schulte, stat. dioec. p. 151.

[3] Wahrscheinlich erhält dasselbe seine Vollmachten vom apostolischen Vikar. Sonst könnte dasselbe, als eine blos durch die Staatsbehörde eingesetzte Behörde, vom katholischen Standpunkt aus keine kirchliche Jurisdiktion besitzen.

[4] Neher, kirchl. Geographie 2, 379.

[5] Breve Leos XII. v. 17. Mai 1826 (bull. prop. 5, 16); Schulte l. c. p. 152; Mejer 2, 507.

[6] Schulte l. c.

[7] Diöcesan-Schematismus für Paderborn v. 1868. S. 179. Die in den Lehrbüchern des Kirchenrechts hergebrachte Angabe, dass der Münchener Nuntius stets die Leitung gehabt hat, s. z. B. Richter-Dove S. 394, ist daher irrig. Vgl. auch Vering, K. R. S. 784. Wenn in der Gerarchia v. 1878 p. 431 jetzt dem gedachten Nuntius die Administration beigelegt wird, so hängt dies vielleicht mit der staatlichen Entsetzung des Bischofs von Paderborn in Preussen zusammen.

[8] S. o. S. 356. n. 4.

[9] Mejer 2, 508; Neher 2, 386; Schulte, stat. p. 153. Nach 1843 ist allerdings noch die Missionsgemeinde in Bückeburg hinzugetreten, Mejer 2, 513.

[10] Mejer 2, 508. 509.

[11] Breve dess. v. 17. Sept. 1839, bull. propag. 5, 183.

[12] Mejer 2, 510 ff.; Neher 2, 386. Die Ernennung zum Provikar ist offenbar deshalb erfolgt, weil die Kurie die Bestellung Laurents nicht widerrufen wollte und damit ihre früheren Massnahmen formell zu wahren suchte. Selbst noch in neuerer Zeit hat sich der Bischof von Osnabrück in seinem amtlichen Verkehr mit den preussischen Regierungsbehörden stets des Titels:

3. Die Missions-Bisthümer und Erzbisthümer. Wenn bei erfolgreicher Mission kein Zweifel mehr an der Lebensfähigkeit des Katholicismus bleibt, so kann zu einer höheren, der ordentlichen Verfassung schon sehr nahe stehenden Organisation, der Errichtung eines Missions-Bisthums, geschritten werden [1]. Es wird dann innerhalb des missionirten Landes selbst eine neue Diöcese errichtet und der Bischof auf diese, also nicht mehr auf ein Bisthum in partibus infidelium, geweiht. Da aber einem solchen Bisthum immer noch die Aufgabe bleibt, für die Verbreitung des Katholicismus zu wirken, so wird dasselbe nicht unter die gewöhnlichen Kurialbehörden, sondern wie jede andere Missions-Einrichtung unter die Propaganda gestellt [2]. Auch dadurch unterscheidet sich das Missions-Bisthum von dem gewöhnlichen Bisthum, dass der Sprengel des ersteren beliebig, je nachdem es die Verhältnisse der Mission bedingen, päpstlicherseits verändert werden kann [3]. Dagegen haben die Missions-Bischöfe im übrigen dieselbe Stellung, wie die Bischöfe innerhalb der regelmässigen Verfassung [4]. Sie sind mithin nicht, wie die apostolischen Präfekten und Vikare, beliebig amovibel, sondern dürfen nur aus einem im gemeinen Recht anerkannten Grunde entsetzt werden [5]. Sie besitzen ferner kraft ihres Amtes, nicht wie die früher besprochenen Missionsoberen kraft besonderer Uebertragung, die vollen

„Provikar der nordischen, deutschen und dänischen Mission“ bedient, woraus sich ergiebt, dass die Kurie fortwährend ihren früheren Standpunkt festhält.

Ausweislich des Annuario pontificio von 1870 p. 233. 234 sind im J. 1869 zwei apostolische Präfekturen, eine für Dänemark, die andere für Schleswig-Holstein errichtet worden. Vgl. auch Gerarchia v. 1878 p. 454. 456. Nach der „Germania“ v. 1. Dezemb. 1872 erhalten die Präfekten ihre Vollmachten direkt von Rom, stehen aber immer noch in einer gewissen Abhängigkeit von dem Provikar zu Osnabrück. Hieraus erklärt es sich wohl, dass in Schleswig-Holstein eine äussere amtliche Thätigkeit des Präfekten nicht hervorgetreten ist und dass stets der Provikar mit der preussischen Regierung amtlich verhandelt hat.

[1] Gewöhnlich ist der apostolische Vikariat die Vorstufe eines solchen Bisthums, wie dies in England und in Luxemburg der Fall war, s. die folgende Note u. Arch. f. k. K. R. 36, 336. Absolut erforderlich ist es aber nicht, so hat z. B. das i. J. 1789 gegründete nordamerikanische Bisthum Baltimore nur eine Kapuziner-Mission, aber keinen Vikariat zum Vorläufer gehabt, Mejer 1, 373. — Für die Errichtung eines Missions-Bisthums ist übrigens auch der Umstand entscheidend, ob eine genügende Ausstattung beschafft werden kann, s. a. a. O. S. 274. n. 3.

[2] Const. Pii IX.: Universalis ecclesiae vom 29. September 1850 (Pii IX. Pont. Max. acta. Romae 1854. 1, 240) für England: „... decernimus, ut in regno Angliae refloreat iuxta communes ecclesiae regulas hierarchia ordinariorum episcoporum qui a sedibus nuncupabuntur quas hisce ipsis nostris litteris in singulis apostolicorum vicariatuum districtibus constituimus ...“ (p. 242) Nos enim in rebus ad Anglicanas ecclesias pertinentibus ministerio eiusdem congregationis (nämlich der Propaganda Fide) uti pergemus. Verum in sacro cleri populique regimine atque in ceteris quae ad pastorale officium pertinent, archiepiscopi et episcopi Angliae iam nunc omnibus fruentur iuribus et facultatibus quibus alii aliarum gentium catholici archiepiscopi et episcopi ex communi sacrorum canonum et apostolicarum constitutionum ordinatione utuntur et uti possunt atque obstringentur pariter iis obligationibus quae alios archiepiscopos et episcopos ex eadem communi catholicae ecclesiae disciplina obstringunt. Wesentlich dasselbe auch in der Const. eiusd.: Ex qua die vom 4. März 1853 (l. c. p. 416) über die Errichtung der holländischen Bisthümer u. in der Const. eiusd. v. 27. September 1870 über die Errichtung des Bisthums Luxemburg, Arch. f. k. K. R. 36, 337; vgl. auch Mejer 1, 283; Knights im Arch. f. k. K. R. 35, 33 ff. 217 ff.

[3] In dem in der vor. Note citirten Breve für England heisst es: „... Nobis et Romanis pontificibus successoribus nostris iam nunc reservatum volumus, ut provinciam ipsam (Westmonasteriensem) in plures dispartiamur et augeamus, prout res tulerit, dioecesium numerum ac generatim, quemadmodum opportunum in domino visum fuerit, novas illarum circumscriptiones decernamus. Eine gleiche Anordnung für Baltimore im bull. propag. 4, 212. Aus diesem einen für die Vereinigten Staaten gegründeten, 1808 zur Metropole erhobenen Bisthum sind nach und nach mehr als 40 Diöcesen, welche sich auf 7 erzbischöfliche Provinzen vertheilen, entstanden; Neher, kirchl. Geographie 3, 34. 42; Schneemann i. Arch. f. k. K. R. 22, 98. Vgl. ferner die in der vor. Note cit. Const. für Luxemburg.

Darüber, dass die freie Veränderlichkeit der Diöcesangrenzen zum Wesen des Missions-Bisthums gehört, s. Mejer 1, 279.

[4] Darin liegt offenbar der Grund, dass das Annuario pontificio v. 1870. p. 42 ff., ebenso die Gerarchia v. 1878 p. 148 ff. die Missions-Bisthümer nicht gesondert von den übrigen aufzählt.

[5] Mejer 1, 282.

bischöflichen Rechte in ihrer Diöcese[1]. Ebenso können sie die üblichen Hülfsbeamten, namentlich General-Vikare bestellen, und es kommen neben ihnen endlich auch Koadjutoren vor, aber wegen des ihrer Diöcese immer noch verbleibenden Missions-Charakters nur solche cum iure succedendi[2].

Dieser letztere Umstand bedingt es auch, dass in solchen Bisthümern nicht alle Institutionen der gewöhnlichen Verfassung vorhanden sind. Namentlich fehlen öfters die Domkapitel[3] und in Folge dessen haben die Missions-Bischöfe eine unbeschränktere Gewalt, weil sie nicht wie die anderen Bischöfe bei bestimmten Akten der Diöcesan-Regierung an den Beirath oder die Einwilligung des Domkapitels gebunden sind[4].

In Nordamerika, Kanada, England, Irland, Holland und Australien[5] sind bereits aus den einzelnen Missions-Bisthümern erzbischöfliche Provinzen gebildet. Für die an ihrer Spitze stehenden Erzbischöfe gilt dasselbe, wie für die Missions-Bischöfe, ausserdem besitzen sie aber auch dieselbe Jurisdiktion, wie die Metropoliten in den Nichtmissionsländern. Sie üben also alle einzelnen, noch heute praktischen Metropolitanbefugnisse aus[6], ja sie haben sogar das Recht, die interimistischen Verwalter der erledigten Bisthümer für die Dauer der Sedisvakanz zu bestimmen, falls in denselben kein Kapitel besteht und der abgehende Bischof nicht vorher für diesen Fall von seinem desfalsigen Bestellungsrecht Gebrauch gemacht hat[7].

4. Abgesehen von den regelmässigen Behörden in den Missionsländern bedarf die Propaganda namentlich da, wo die Organisation noch nicht bis zur Errichtung von Missions-Erzbisthümern vorgeschritten ist, beaufsichtigender und visitirender Organe. Als solche verwendet sie theils die bei einzelnen Höfen akkreditirten Nuntien[8], theils ernennt sie besondere, s. g. visitatores apostolici, welche bald behufs Vornahme einer allgemeinen Visitation, bald behufs Erledigung einzelner Geschäfte, z. B. Führung einer Disciplinar-Untersuchung gegen einen Missionsoberen,

[1] S. die citirten Breven für England, Holland u. Baltimore; Mejer 1, 281.

[2] S. o. S. 357. Vicarii generales, vicarii foranses, decani werden erwähnt conc. II. prov. S. Ludovici a. 1858. c. 1; conc. plen. Baltimor. II. a. 1866. tit. II. c. 5; conc. prov. Quebec. III. a. 1863. VI. §. 2; conc. prov. Cassel. a. 1853. tit. 2; conc. prov. Westmonaster. II. XIV. XIX, acta conc. coll. Lac. 3, 317. 421. 422. 674. 831. 926. 945.

[3] S. o. S. 160. Allerdings bestehen solche in England, Irland und Kanada, s. acta conc. cit. 3, 923. 684. 686. 730 u. o. S. 160. n. 6; wegen Mangels der Präbenden sind aber die Kanoniker, welche in der Seelsorge dienen oder Erziehungsanstalten leiten, vom Chordienst und von der Residenzpflicht befreit. Dasselbe gilt für Luxemburg, Arch. f. k. K. R. 36, 344. 347.

[4] Jedoch sollen nach den Anordnungen nordamerikanischer Concilien, s. conc. plen. Americ. septent. a. 1852. c. 6; prov. Baltim. VIII. a. 1855. c. 6; prov. S. Ludovici a. 1858. c. 1; plen. Baltim. II. a. 1866. tit. II. c. 5 (coll. conc. cit. 3, 146. 162. 317. 421, s. auch o. S. 160. n. 6) einige erfahrene Priester bei der Diöcesan-Verwaltung zu Rathe gezogen werden.

[5] Gerarchia cattolica v. 1878. S. 34. 47. 49. 51 ff.

[6] S. 360. n. 2. u. n. 3.; conc. plen. II. Baltimor. a. 1866 tit. III. c. 1. (collect. concil. cit. 3, 425): Ad quinque fere reducuntur iura quae ex hodierna ecclesiae praxi metropolita in suffraganeos exercet: I Comprovincialem episcopum non residentem et ultra tempus a sacris canonibus concessum cum contumacia absentem, tenetur intra tres menses per literas seu nuntium sedi apostolicae denuntiare . . . II Suffraganeos unoquoque saltem triennio ad concilium provinciale convocat . . . III Negligentiam suffraganeorum in casibus a iure statutis supplet . . . IV Appellationes a sententia suffraganeorum iuxta regulas a sanctis canonibus definitas recipit. V Metropolitae licet ubicumque per provinciam crucem, iurisdictionis suae insigne prae se ferre, populo benedicere et pallio uti, quotiescumque in ecclesia metropolitana illo uti posset".

[7] S. o. S. 247. n. 3. Wo Kapitel vorhanden sind, wird gemäss den Vorschriften des gemeinen Rechts ein Kapitularvicar gewählt, conc. prov. Westmonast. a. 1852. c. 12; stat. capit. c. 5. app. 1. P. 1. n. 1. (coll. conc. cit. 3, 924. 946. 956); für Luxemburg s. Arch. f. k. K. R. 36, 344. 347.

[8] Mejer 1, 323 ff.

deputirt werden[1]. Endlich kommen auch delegati apostolici, d. h. Kommissare der Propaganda, welche für besondere Fälle mit bestimmten Vollmachten versehen werden, vor[2].

5. Die Bezeichnung: Apostolische Delegation oder Delegatur wird aber auch mitunter für ständige Missions-Behörden gebraucht[3]. Diese Einrichtungen finden sich da, wo wegen bestimmter äusserer Verhältnisse ein apostolisches Vikariat oder ein Missions-Bisthum nicht hat begründet werden können[4]. In Preussen giebt es zwei solcher Delegaturen, eine für die Marken und Pommern, eine andere für die altprotestantischen Lande links der Elbe, deren Eigenthümlichkeit darin besteht, dass sie dauernd mit einem Bisthum, und zwar die erste mit dem Bisthum Breslau[5], die zweite mit dem Bisthum Paderborn[6], verbunden sind.

6. Juristischer Charakter der Jurisdiktion der Missionsoberen. Während die Missions-Bischöfe und Erzbischöfe die iurisdictio ordinaria besitzen (s. o. S. 360), charakterisirt sich die Leitungsgewalt der apostolischen, ebenso wie die der für die eigentlichen Diöcesen päpstlicherseits bestellten Vikarien[7], als iurisdictio quasi ordinaria (s. Th. I. S. 184). Eine iurisdictio delegata[8] ist sie nicht. Es werden den apostolischen Vikarien in den Missionsländern nicht einzelne Befugnisse, sondern alle in der bischöflichen Jurisdiktion liegenden Geschäfte übertragen[9]. Ebensowenig kommt für sie der für den Delegaten geltende Grundsatz, dass die Stellung desselben mit dem Tode des Deleganten, d. h. im vorliegenden Falle des Papstes, zusammenfällt, zur Anwendung[10]. Ja selbst die apostolischen Präfekten können nicht

[1] Mejer 1, 326.

[2] A. a. O. 329.

[3] Die Gerarchia cattolica cit. p. 429 zählt 6 auf.

[4] Mejer 1, 329 ff.; vgl. auch bull. prop. 5, 114.

[5] Bulle: De salute animarum (Th. I. S. 183. n. 5).

[6] Cit. Bulle: „Paderbornensis episcopalis ecclesiae . . . dioecesis iisdem quibus nunc reperitur, manebit circumscripta limitibus. Illi praeterea adiungimus . . . . . demum a missionum septentrionalium vicariatu apostolico separandas et a futuris ac tempore existentibus Paderbornensibus episcopis perpetuo administrandas paroecias Mindensem, scilicet in Westphalia et in provincia Saxoniae Adersleben, Althaldensleben, Ammensleben, Aschersleben, Hadmersleben, ecclesias s. Andreae et s. Catharinae Halberstadii, Hamersleben, Hedersleben, Huysberg, Magdeburg, Marienbeck, Marienstuhl, Mayendorf, Stendal, Halle et Burg“. Vgl. Laspeyres, Gesch. u. Verfassung d. kath. Kirche Preussens S. 809. n. 40; Mejer, zur Geschichte d. römisch-deutschen Frage 3, 181. Diese Einrichtungen sind auf Veranlassung der preussischen Regierung getroffen worden, nach deren Auffassung durch Einverleibung der gedachten Landestheile in die beiden Diöcesen die volle Anerkennung aller bischöflichen Rechte ausgesprochen, und eine Schmälerung der vom Könige damals noch in Anspruch genommenen geistlichen Gerichtsbarkeit herbeigeführt worden wäre, s. Mejer, Propaganda 2, 445 ff. 472 ff. 478 ff.; dess. Gesch. d. röm.-deutsch. Frage 2, 2, 111; 3, 122. Uebrigens ist katholischerseits die besondere Stellung der erwähnten Gebiete vielfach ignorirt worden, s. Gerlach, Paderborner Diöcesanrecht 2. Aufl. S. 1. 2; Annuario pontificio v. 1870, welches die beiden Delegationen nicht erwähnt; das Richtige über Breslau bei Neher 2, 372 u. Sauer, pfarramtl. Geschäftsverwaltung S. 41.

Für die Breslau zugewiesenen Landestheile ist der Propst und Pfarrer zu S. Hedwig in Berlin als ständiger Subdelegat durch die cit. Bulle bezeichnet.

Im Falle der Vakanz der erwähnten Bisthümer wird der Kapitular-Vikar berechtigt sein, die Leitung der Delegaturbezirke mit zu übernehmen. Die allgemeine Regel, s. o. S. 240. 241, erleidet hier, wo die Administration dauernd den betreffenden Bischöfen zugewiesen ist und eine feste Verbindung mit den Bisthümern selbst besteht, keine Anwendung. Diese Auffassung ist auch früher einmal von der preussischen Regierung ausdrücklich vertreten und danach bei den Erledigungen der beiden Bisthümer verfahren worden.

[7] S. Th. I. S. 182. 184.

[8] So Mejer 1, 259: „Die Normen der Delegation sind dabei die des gemeinen canonischen Rechts und haben in ihrem hier vorliegenden Gebrauch nichts Eigenthümliches“. Dagegen auch Kaempfe, d. Begriffe d. iurisdictio ordinaria etc. Wien. 1876. S. 166.

[9] S. o. S. 356 u. Th. I. S. 181. 184. 186.

[10] Th. I. S. 182. Es folgt dies auch daraus, dass die apostolischen Vikare nicht blos mit der Formel: „ad nostrum“, sondern „ad nostrum et apostolicae sedis beneplacitum“, bull. propag. 4, 399; 5, 69. 85. 97. 109. 139. 174. 189. 221, oder „donec et quousque a congregatione fuerit

als Delegaten im gemeinrechtlichen Sinne betrachtet werden[1]. Sie sind ebenfalls nicht für einzelne Akte deputirt, und es würde dem Zweck ihrer Funktionen völlig widersprechend sein, wenn die Fortdauer derselben von den persönlichen Verhältnissen des Constituenten abhängig gemacht würde.

Dagegen fallen die Stellungen der apostolischen Visitatoren und Delegaten in das Gebiet der gemeinrechtlichen Delegation. Indessen steht es dem Papste, bez. der Propaganda frei, sie durch die Art der gewährten Vollmachten den apostolischen Vikaren gleichzustellen, und ihnen somit eine iurisdictio quasi ordinaria zu übertragen[2]. So unterscheiden sich z. B. die vorhin genannten beiden preussischen Delegaten ihren Befugnissen nach nicht im mindesten von den apostolischen Vikarien[3].

7. Die lokalen Unterabtheilungen der Missionssprengel. Den Pfarreien der regelmässigen kirchlichen Organisation entsprechen in den einem Missionsoberen unterstellten Gebieten die s. g. *stationes*, *missiones*[4], *congregationes*[5]. Die Bezirke derselben sind ebenso wenig dauernd, wie die der Missionsoberen, und die Priester, welche ihre geistliche Leitung versehen, jeder Zeit amovibel[6]. Jedoch können auch — und zwar ganz unabhängig von der Art der Oberleitung des Missionsgebietes — neben diesen Seelsorgestationen festfundirte Pfarreien mit dauernd und unwiderruflich angestellten Pfarrern vorkommen[7]. Für diese Pfarreien, welche namentlich in den der katholischen Kirche verloren gegangenen Gebieten existiren und sich hier zum Theil aus früherer katholischer Zeit erhalten haben, gelten die Grundsätze des gemeinen Rechtes über die Benefizien.

Wo das Bedürfniss nach einer untergeordneten Zwischen-Instanz für die Auf-

aliter mandatum", ibid. 1, 218, ernannt werden. Waltet doch überhaupt das Bestreben ob, bei der Leitung der Missionsgebiete plötzliche Vakanzen, ohne dass für einen Ersatz Fürsorge getroffen ist, zu verhüten, s. o. S. 357.

[1] S. auch Kaempfe a. a. O. S. 167.

[2] Anscheinend ist dies für die ständigen, in der Gerarchia cattolica p. 429 verzeichneten Delegationen geschehen, weil diese sie nach dem Vorgange des offiziellen Annuario pontificio v. 1870 p. 275 neben den apostolischen Vikariaten und Präfekturen aufzählt.

[3] Ueber eine besondere Eigenthümlichkeit dieser Delegaturen s. Th. I. S. 183.

[4] S. o. S. 355.

[5] Diese Bezeichnung kommt in England u. Nordamerika vor, s. conc. prov. Westmonast. a. 1852. c. 13 u. prov. Baltimor. IV. a. 1840 (coll. conc. cit. 3, 70. 925); Mejer 1, 389; 2, 74; Schneemann i. Arch. f. k. K. R. 22, 134. Auch der Ausdruck parochiae ist gebräuchlich, s. folgende Note.

[6] Mejer 1, 284; 2, 15. 74; conc. plen. Baltimor. a. 1866. tit. III. c. 5. (collect. concil. cit. 3, 432: „Volumus igitur, ut per omnes hasce provincias, praesertim maioribus in urbibus, ubi plures sunt ecclesiae, districtus quidam paroeciae instar descriptis accurate limitibus unicuique ecclesiae assignetur; eiusque rectori iura parochialia vel quasi-parochialia tribuantur. Parochialis juris, paroeciae et parochi nomina usurpando, nullatenus intendimus ecclesiae cuiuslibet rectori ius, ut aiunt, inamovibilitatis tribuere, aut potestatem illam tollere seu ullo modo imminuere quam ex recepta in his provinciis disciplina habet episcopus quemvis sacerdotem munere privandi aut alio transferendi. Monemus autem et hortamur, ne episcopi hoc iure suo, nisi graves ob causas et habita meritorum ratione uti velint".

Der Ausdruck: pastor in Nordamerika bedeutet nicht einen festangestellten Pfarrer, sondern den ersten mit der Seelsorge betrauten Geistlichen an Orten, wo mehrere — diese fungiren als seine Gehülfen — sich neben einander finden, conc. prov. Baltim. I a. 1829. c. 4 (collect. conc. cit. 3, 26); Mejer 1, 389; Schneemann a. a. O. S. 134.

[7] So in Irland. Hier heissen die festangestellten Pfarrer parish priests, incumbents im Gegensatz zu den blos amoviblen, curates, assistant priests, coadjutors, Mejer 2, 15. Derselbe Unterschied zwischen eigentlichen Pfarreien und s. g. Missionspfarreien findet sich auch in den deutschen Missionsländern, so ist z. B. die Propst- und Pfarrstelle an S. Hedwig in Berlin, wie das Statut v. 1870. §. 4 (Arch. f. k. K. R. 27, 97) ausdrücklich sagt, „ein wahres Benefizium".

Uebrigens werden auch umgekehrt Missionspfarreien in den Nicht-Missionsbisthümern errichtet, welche eine protestantische Bevölkerung haben, um die unter dieser zerstreut wohnenden Katholiken zu pastoriren, so sind z. B. mehrere solche 1870 und 1871 in der Diöcese Ermland gegründet worden, s. o. S. 315. v. 1.

sicht eintritt, kann endlich eine Annäherung der Missionsverfassung an die ordentliche dadurch stattfinden, dass die Pfarreien oder Missionsstationen zu Dekanaten oder Archipresbyteraten mit einem Dekan oder Erzpriester an der Spitze vereinigt werden[1].

Zweite Abtheilung:

Die allgemeinen, die kirchlichen Leitungs-Organe betreffenden Rechtssätze, insbesondere die Lehre von den Kirchenämtern*.

Erstes Kapitel.

Der Begriff des Kirchenamtes und die Eintheilung der kirchlichen Aemter, sowie das Rangverhältniss der kirchlichen Beamten.

§. 99. *I. Der Begriff des Kirchenamtes. Die Bedeutung von Officium und Beneficium.*

I. Unter Kirchenamt versteht man einen durch das Kirchenrecht festbestimmten Kreis von kirchlichen Geschäften oder Funktionen[2], und in fernerer Bedeutung, vom Standpunkt der damit betrauten Person, das Recht und die Pflicht, derartige Geschäfte vorzunehmen oder derartige Funktionen auszuüben. Die kirchliche Thätigkeit wird ihrem Umfange nach durch die der Kirche zustehende Weihe-, Lehr- und Regierungsgewalt[3] bestimmt. Jedes Kirchenamt muss daher die Theilnahme an einer dieser Gewalten gewähren[4], oder mindestens Geschäfte umfassen, welche die Erleichterung oder Unterstützung der in die ebengedachte Kategorie gehörenden Funktionen bezwecken[5].

[1] Der Delegaturbezirk des Fürstbischofs von Breslau ist in 6 Archipresbyterate, Berlin, Potsdam, Frankfurt a. O., Stettin, Stralsund und Cöslin eingetheilt, Schematimus für das Bisthum Breslau. Breslau 1869. S. 150; Sauer, pfarramtl. Geschäftsverwaltung S. 39. Wegen Nordamerikas s. o. S. 361. n. 2.

* Jo. Corasius, de officiis, electionibus et beneficiis ecclesiasticis. Paris 1551. Colon. 1596; Franc. Duarenus, de sacris ecclesiae ministeriis ac beneficiis lib. VIII. Lutet. 1551 (u. öfters), cum notis Jo. Schilteri Argentorat. 1688. (u. ohne Druckort) 1708; Petr. Rebuffus, praxis beneficiorum Lugd. 1579 u. ö.; P. Gregorius (Tolosanus) institutiones breves et novae rei beneficiariae ecclesiasticae etc. Lugdun. 1591; Nicol. Garciae tract. de beneficiis. 2 tom. Caesaraugust. 1609 u. Matriti 1613, später Antwerpen, Cöln, Genf, sorgfältigste Ausg. Colon. 1735; J. B. de Luca, discursus de beneficiis in dessen theatrum veritatis et iustitiae (ed. Colon. Agripp. 1706. 1, 1ff.); Lotterius, de re beneficiaria. Francof. 1645. Lugdun. 1659. Colon. 1710; Pyrrhi Corradi praxis beneficiaria. Neap. 1656; Colon. 1679; Nicolarts praxis beneficiaria. Colon. 1658. 1704; Paul. Sarpius de materiis benefic. Jenae 1681. Amstelod. 1706; Lael. Zechius, de benefic. et pension. Götting. 1691; Petr. Leurenius, forum beneficiale. Colon. 1704. 3 partt., Caes. Maria Sguanin, tract. beneficiarius. Oenipont. 1727, auch in den meisten Ausgaben von Thomassin, vetus ac nova ecclesiae disciplina etc. abgedruckt; Car. Gagliardo, de beneficiis ecclesiasticis. ed. II. Napol. 1765. Für das Historische ist das Werk von Thomassin zu vergleichen.

[2] Wenn Phillips Lehrb. 2. Aufl. S. 129 u. Ginzel K. R. 2, 125 ihre Definitionen blos auf die Ausübung der Kirchengewalt beschränken, so ist das zu eng.

[3] Th. I. S. 163ff..

[4] Je nach der Theilnahme an sämmtlichen oder einzelnen kirchlichen Vollmachten sind daher die Kirchenämter verschieden. S. §. 100.

[5] Zu den Kirchenämtern der letztgedachten Art gehören namentlich die Messner- (Küster-, Sakristan-), Glöckner-, Kirchhüter-Stellen, deren Verrichtungen ursprünglich durch die Kleriker der niederen Weihen wahrgenommen worden sind, o. S. 103 u. Th. I. S. 4, jetzt aber mit Ausnahme grösserer Kirchen in den romanischen Ländern von Laien versehen werden. Die Gränze zwischen den Hülfsfunktionen, welche noch als kirchliche zu betrachten sind, und anderen, welche ihrer inneren Natur nach nicht kirchlich sind, sondern nur in Dienstleistungen für die Kirche bestehen, ist eine flüssige, und folgeweise eben-

Jedem Kirchenamt ist ein bestimmter lokaler Bezirk, in welchem der Inhaber desselben seine amtliche Thätigkeit auszuüben hat, zugewiesen, so z. B. jedem Metropoliten seine Provinz, jedem Bischof seine Diöcese, jedem Pfarrer seine Parochie. Dies ist, wenn auch nur indirekt, der Fall bei denjenigen Aemtern, welche ihrem Wesen nach, wie z. B. die Kanonikate an den Dom- und Kollegiatkirchen, nicht zur Theilnahme an der iurisdictio bestimmt sind. Nur innerhalb des Amtssprengels nimmt der Träger des Amtes die Funktionen desselben erlaubter, ja in vielen Fällen auch allein gültiger Weise vor [1].

Die einzige Ausnahme bildet das Amt des Papstes, dessen Primat der Natur der Sache nach sich innerhalb des gesammten Gebietes der katholischen Kirche bethätigt.

Seinem Wesen nach erscheint das Kirchenamt, weil es ein festabgegränzter Inbegriff von kirchlichen Geschäften ist, als eine objektive und dauernde Institution [2], welche von dem Wechsel in der Person des Amtsträgers unberührt bleibt [3]. Gleichgültig ist es, ob derartige Geschäftskreise nur für einzelne Theile des kirchlichen Organismus wegen ihres eigenthümlichen Charakters, wie die Einrichtungen für die Militärseelsorge und für die Missionsgebiete, geschaffen sind. Ebensowenig ist es mit dem Begriff des Kirchenamtes unvereinbar, dass eine derartige Institution bestimmt ist, nur unter besonderen Voraussetzungen, selbst solchen, welche eine Kontinuität der Reihenfolge der Amtsträger ausschliessen, wie die Stellungen der päpstlichen Legaten, der General-Vikare, der Kapitelsverweser und der in den Diöcesen aushelfenden Weihbischöfe [4], in das Leben und in Wirksamkeit zu treten. Das eine wesentliche Moment des Amtsbegriffs, der festbegränzte Kreis von Geschäften, ist auch diesen Stellungen eigen, und das Moment der Dauer liegt bei ihnen darin, dass sie regelmässige Be-

so die Gränze, wo das Kirchenamt aufhört. Rein mechanische und rein technische Leistungen, welche auch andere Personen und andere Behörden in Anspruch nehmen können, werden jedenfalls ihrem Charakter nach nicht als solche Geschäfte, wie sie der Begriff des kirchlichen Amtes voraussetzt, anzusehen sein. Demnach bilden die Funktionen des Aktenträgers einer bischöflichen Behörde einerseits, die des Syndikus einer solchen oder des Baumeisters einer Domkirche andererseits an und für sich nicht ein kirchliches Amt. Bei anderen Geschäften, deren Beziehung zur Kirche eine nähere ist, wie z. B. bei der Thätigkeit der zu Anfang der Note bezeichneten Beamten, ferner der Expedienten, Sekretäre und Registratoren der bischöflichen Konsistorien, erscheint dies zweifelhafter. Hier wird theils die geschichtliche Entwickelung, theils das Herkommen entscheiden müssen. Endlich ist auch zu berücksichtigen, dass ebenso wie auf dem Gebiete des Staates Aemter vorkommen, welche keinen Antheil an der Ausübung staatshoheitlicher Rechte geben, so auch für das Gebiet der Kirche durch die besondere Art der Organisation, Schaffung einer dauernd zu besetzenden Stelle mit festzugewiesener Kompetenz und regelmässiger Verleihung derselben — im Gegensatz zu blos vertragsmässiger Stipulirung gewisser Leistungen — kirchliche Aemter, z. B. die des bischöflichen Syndikus, deren Funktionen an und für sich nicht kirchlich sind, geschaffen werden können.

[1] Im Allgemeinen gilt die Regel, dass die Akte der Weihegewalt, welche in einem fremden Sprengel vorgenommen werden, trotz ihrer Unerlaubtheit, gültig, die Akte der iurisdictio externa aber nichtig sind, s. o. S. 44 u. Th. I. S. 98 ff.

[2] Für die katholische Kirche kommt in dieser Beziehung besonders in Betracht, dass sie die Einsetzung gewisser Aemter (, des Primates und des Episkopates) auf das göttliche Recht zurückführt, und daher die Forterhaltung derselben für sie durch das letztere geboten erscheint, wenn sie nicht eine Wesensveränderung erleiden will. In diesem letzteren Punkt liegt der Unterschied von den übrigen Aemtern, welche sich, wie die Aemter der Erzbischöfe, der Pfarrer, der Erzpriester, ferner die Kurialbehörden und Kardinalskongregationen, erst im Laufe der Zeit entwickelt haben und nur kraft menschlichen Rechtes bestehen. Diesen kommt ebenfalls der Charakter der Dauer zu, aber durch denselben ist für sie keineswegs, ebenso wenig wie für die Staatsämter, die absolute Nothwendigkeit des Fortbestandes gegeben, denn der Begriff der Dauer enthält nicht den Begriff der Unveränderlichkeit in sich.

[3] Eine Folge des gedachten Charakters des Amtes ist es, dass eine interimistische Administration desselben bis zur Anstellung eines neuen Amtsträgers stets möglich sein muss.

[4] Die Titularbischöfe als solche haben zwar formell ein Kirchenamt, aber sie können die Funktionen desselben nicht wahrnehmen, Andreucci de episcopo titulari n. 11—13. p. 9, nur ein simplex officium schreibt ihnen Heister-Binterim (s. o. S. 161. n. **) zu.

standtheile der kirchlichen Organisation für gewisse nicht überall und kontinuirlich vorhandene Verhältnisse bilden[1]. Dadurch unterscheiden sich diese Stellungen von denen solcher Personen, welche mit der Besorgung kirchlicher Geschäfte blos kraft eines beliebig von Mandanten ausgehenden und beliebig dem Umfange nach bestimmten Auftrages betraut werden.

Nicht wesentlich für den Begriff des Kirchenamtes ist es, dass dasselbe stets dauernd an einen Amtsträger in der Weise übertragen wird, dass dieser ein festes, nur unter besonderen Voraussetzungen entziehbares Recht auf dasselbe erlangt. Die s. g. Inamovibilität gehört wohl zum Begriff des *beneficium* (s. nachher), nicht aber zum Wesen des Kirchenamtes. Wenn letzteres mehrfach behauptet worden ist[2], so widerspricht dies den positiven Bestimmungen des Kirchenrechtes, welches die Amovibilität allein für die Benefizien, nicht aber für die Kirchenämter ausschliesst. Ferner hat man übersehen, dass der objektive Bestand des Amtes durch die Amovibilität des Inhabers nicht im mindesten beeinträchtigt wird[3].

II. **Die Bedeutung von officium[4] und beneficium.** Die lateinische Bezeichnung für Kirchenamt ist *officium ecclesiasticum*. Der Ausdruck: *beneficium*, genauer *beneficium ecclesiasticum*, ist damit, obwohl er häufig gleichbedeutend gebraucht wird[5], nicht identisch[6]. Gemäss dem Ausspruche des Apostels[7]: „Wer dem Altar dient, soll auch vom Altar leben“, wurde von jeher ein Theil der Einkünfte jeder Kirche für den Unterhalt des Bischofs und des übrigen Klerus verausgabt. Allerdings galt in den älteren Zeiten die Kathedrale allein und ausschliesslich als Eigenthümerin aller den kirchlichen Anstalten der Diöcese gemachten Vermögenszuwendungen, indessen begann doch schon früh eine Spezialisirung derselben in der Weise, dass die Oblationen denjenigen Kirchen, welchen sie dargebracht worden waren, belassen, und die Einkünfte der Kathedrale nach festbestimmten Quoten für die verschiedenen Bedürfnisse, insbesondere auch für den Lebensunterhalt des Bischofs und des Klerus verwendet wurden. Seit dem 6. Jahrhundert wurde es ferner Gebrauch, Grundstücke an die Kleriker bei den ausserhalb der bischöflichen Stadt belegenen Kirchen zu verleihen. Als sich diese Sitte fixirt hatte und nunmehr die ursprüngliche Einheit des kirchlichen Vermögens der Diöcese und der Verwaltung desselben dadurch, dass die einzelnen Landkirchen eine selbstständige vermögensrechtliche Stellung erlangt hatten, aufgelöst worden war, erhielten die Kleriker in Folge ihrer noch

[1] In der That trägt auch Niemand Bedenken, von dem Amte des General-, Kapitular-Vikars, der Konsistorialräthe u. s. w. zu sprechen, vgl. ferner v. Schulte, Lehrb. 3. Aufl. S. 253.

[2] S. z. B. Ginzel K. R. 2, 125. 127, welcher ausser dem dauernden objektiven Bestande auch die Dauer des subjektiven Rechtes des jeweiligen Amtsträgers als wesentlich bezeichnet; ebenso Permaneder K. R. §. 230.

[3] Für das staatliche Gebiet unterliegt es ebenfalls keinem Zweifel, dass die dauernde Uebertragung kein Essentiale des Amtes bildet und dass Stellungen der Minister, Staatsanwälte u. s. w., welche beliebig zur Disposition gestellt werden können, mithin ad nutum amovibel sind, Staatsämter sind. Vgl. hierüber Laband, Staatsrecht d. deutsch. Reichs 1, 389.

[4] c. 10 (syn. Melph. a. 1089) Dist. XXXII; c. 3 (syn. Roman. a. 1078) C. I. qu. 3; c. 2 (Later. a. 1139) Dist. XXVIII; c. 1 (Clem. III) X. de maledic. V. 26; c. 15 (Bonifac. VIII) in VIto de rescr. I. 3. Uebrigens bedeutet officium im weiteren Sinne auch den Auftrag oder das Recht zur Vornahme kirchlicher Handlungen, so z. B. in der Ueberschrift zum Dekretalentitel de officio iudicis delegati.

[5] S. z. B. Eichhorn K. R. 2, 658; Walter K. R. §§. 216 ff.; Richter §. 118, welche die Bezeichnungen durch einander gebrauchen. Dagegen halten v. Schulte, a. a. O. S. 251 u. Phillips a. a. O. S. 129. 130 Beides aus einander.

[6] Dies zeigen die Note 3 citirten Stellen, sowie die noch heute festgehaltene Unterscheidung zwischen der suspensio ab officio und a beneficio, Kober, die Suspension der Kirchendiener. S. 24. 88.

[7] I. Cor. IX. 10.

immer mit der Ordination zusammenfallenden Anstellung[1] zwar nicht mehr, wie anfänglich, einen Anspruch auf Lebensunterhalt aus der gemeinsamen Masse, wohl aber war jetzt bei den Landkirchen mit dem geistlichen (dem Pfarr-) Amte eine ständige Einnahme aus den den Geistlichen zur Nutzung überlassenen Grundstücken, den Zehnten, Oblationen u. s. w. verbunden[2]. Das Verhältniss des Klerikers zu den den Hauptbestandtheil seines Amtseinkommens bildenden Grundstücken wurde seit dem 9. Jahrhundert mit dem Ausdruck: *beneficium* bezeichnet[3]. Seit dem 11. Jahrhundert[4] wird das Wort in der noch heute massgebenden Bedeutung gebraucht. Nach dieser ist *beneficium* das mit einem Kirchenamte dauernd verbundene, aus kirchlichem Vermögen fliessende, fest radicirte Einkommen für den Inhaber desselben (den s. g. Benefiziaten), bez. das Recht des letzteren auf ein derartiges Einkommen[5]. In der deutschen Sprache kann *beneficium* in diesem Sinne durch das Wort: Kirchenpfründe wiedergegeben werden.

Das Prototyp für das Benefizium bildet zunächst das Pfarramt, mit welchem schon seit dem 9. Jahrhundert ständig Grundstücke für die Benutzung des jeweiligen Inhabers vereinigt worden waren[6]. Nach der Auflösung des gemeinschaftlichen Lebens in den Dom- und Kollegiatstiftern[7] und der Auftheilung der Güter zwischen dem Bischof und den Kanonikern konnte man aber auch die Rechte des ersteren an den ihm verbliebenen Gütern und die der Kanoniker auf ihren Antheil an den Einnahmen der zu ihrem gemeinschaftlichen Genuss bestimmten Vermögensmassen, auf ihre s. g. praebendae[8], gleichfalls als Benefizien[9] bezeichnen.

Während die ebengedachte Umgestaltung des kirchlichen Vermögensrechtes noch in der Entwicklung begriffen war, erhielt sich noch die ursprüngliche Sitte, die Ordination nur auf eine bestimmte Kirche zu ertheilen[10], fort, und damit blieb auch das ältere Recht in Geltung, dass der Ordinirte durch die Weihe zu seiner Kirche in eine dauernde,

[1] Vgl. Phillips K. R. 7, 248 ff.; v. Poschinger, d. Eigenthum am Kirchenvermögen. München 1871. S. 117 ff.

[2] Th. I. S. 63.

[3] Da an dieser Stelle nur das zum Verständniss Nothwendige hervorgehoben werden kann, mag vorläufig auf Roth, Feudalität u. Unterthanenverband S. 194 u. Phillips 7, 260 verwiesen werden.

In c. 6 (Hieronym.) C. VIII. qu. 1 bedeutet beneficium nur soviel als: Wohlthat, Vortheil. Das in c. 9. §. 1 (Alex. II.) C. I. qu. 3 citirte Concil v. Chalcedon enthält das Wort beneficium in seinem Texte, s. c. 8 (Chalc. a. 451. c. 2) C. I. qu. I, nicht; c. 1. 2. C. I. qu. 3, welche den Erwerb der beneficia ecclesiastica durch Simonie verbieten, werden zwar Gregor I. zugeschrieben, gehören ihm aber nicht, vielmehr wahrscheinlich Gregor VII. an, s. Berardi comment. in lib. III. decr. Gregor. IX. diss. I. c. 1 (ed. Mediolan. 1846 1, 214) u. eiusd. canones Gratiani genuini II. 2, 112. 113. In c. 7 conc. Aurel I. a. 511 handelt es sich nicht um kirchliche Beneficien.

[4] ep. Alex. II. in c. 9. C. I. ep. 3 cit. und bei Mansi 19, 987, s. auch S. 366. n. 4.

[5] So lautet die übliche Definition der älteren Kanonisten: „beneficium ecclesiasticum est ius perpetuum percipiendi fructus ex bonis ecclesiasticis ratione spiritualis officii personae ecclesiasticae auctoritate ecclesiae constitutum", s. z. B. Ferraris, bibl. prompta s. v. beneficium art. I. n. 6; vgl. noch Hieron. Gonzalez comm. ad reg. VIII. cancell. gloss. 5 pr. n. 4 ff.; Barbosa ius eccl. III. 4. n. 8; Leuren l. c. P. I. qu. 1.

[6] Schon die karolingische Gesetzgebung dieses Jahrhunderts hatte angeordnet, dass jeder Pfarrei ein abgabenfreier mansus zugetheilt werden sollte, s. vorläufig c. 25 (conc. Aquisgran. a. 817) C. XXIII. qu. 8 u. Richter K. R. §. 304. n. 6. u. §. 308.

[7] S. o. S. 56 ff.

[8] Oben S. 62. Ursprünglich bedeutet das Wort den den Mönchen und Kanonikern in natura gewährten Lebensunterhalt, Du Fresne Du Cange gloss. s. v. praebendae u. J. G. Pertsch comm. de variis appellationibus etc. beneficiorum. Helmstadii 1752. p. 68.

[9] c. 32 (Greg. IX.) X. de rescr. I. 3; der Ausdruck: praebendale beneficium für diese Vermögensrechte der Kanoniker in c. 30 (Honor. III.) eod. u. c. 8 (Innoc. III.) X. de conc. praeb. III. 8, s. auch Pertsch l. c. p. 73.

[10] Th. I. S. 63.

nur unter bestimmten Voraussetzungen lösbare Verbindung trat[1]. Dieser Grundsatz wurde nach der Ausbildung der Benefizien auch auf das Verhältniss des Geistlichen zu dem ihm verliehenen Benefizium übertragen, weil dasselbe an Stelle des ihm durch die Ordination gewährten, lebenslänglichen Rechtes auf Unterhalt aus der gemeinschaftlichen Diöcesanmasse getreten war.

Somit hatte sich für die schon im 12. Jahrhundert in der Kirche bestehenden Aemter — die des Papstes[2], der Bischöfe (Erzbischöfe und einfachen Bischöfe), der Kanoniker und der Pfarrer[3] — in Folge der Aussonderung bestimmter Vermögensmassen für die Träger derselben und in Folge der Festhaltung des älteren Charakters der Ordination einerseits die s. g. objektive Perpetuität, d. h. die dauernde Verbindung gewisser Vermögensmassen (des beneficium) mit dem Kirchenamt (officium), andererseits aber auch die subjektive Perpetuität, die lebenslängliche Verleihung des Amtes an den Träger desselben, festgestellt.

Da, wie die vorstehende Darlegung ergiebt, das Amt, insofern es eine Einnahmequelle für den Berechtigten bildet, mit beneficium, andererseits insofern es demselben geistliche Rechte gewährt und Pflichten auferlegt, mit officium bezeichnet wurde[4], so lag an und für sich der abwechselnde Gebrauch beider Ausdrücke nicht fern, und die Betonung der pekuniären Rechte des Amtes in Folge der immermehr zunehmenden Veräusserlichung der Kirche konnte diese Identificirung[5] nur befestigen, welche übrigens auch mit der Thatsache, dass regelmässig jedem Kirchenamt ein beneficium zugewiesen war[6], in Einklang stand.

Seit dem 13. Jahrhundert sind in der katholischen Kirche eine Reihe von Stellungen[7] entstanden, deren Befugnisse lediglich aus den Regierungsrechten feststehender Aemter abgeleitet sind und in der Ausübung solcher bestehen, ohne dass damit fest radicirte Bezüge, wie mit den Benefizien im eigentlichen Sinne, verbunden worden sind[8]. Gerade deshalb ist heute eine Scheidung der beiden Begriffe: Kirchenamt (officium) und Benefizium wieder nöthig[9]. Haben diese Stellungen im Allgemeinen auch nur die Bedeutung von Hülfsbehörden, so sind sie doch regelmässige Glieder des heutigen Organismus der katholischen Kirche und bei einer Darstellung der Aemterlehre müssen sie schon deshalb in Betracht gezogen werden. Dazu kommt, dass vom Standpunkt der heutigen Zeit aus wieder das Hauptgewicht auf die kirch-

[1] A. a. O. n. 9 u. Kober, Deposition S. 1 ff. 594 ff.

[2] c. (Clem. III.) X. de maled. V. 26.

[3] Die Kardinäle in ihrer Stellung als Berather des Papstes bei der Leitung der Gesammtkirche haben als solche keine Benefizien, vielmehr nur mittelbar, weil sie jene Stellung erst seit dem 11. Jahrhundert als Inhaber bestimmter Aemter der römischen Kirche und der Rom nahe gelegenen Bisthümer erworben haben, s. Th. I. S. 331. 332. Dass ferner die Archidiakonen wegen dieses ihres Amtes ebensowenig Benefizien erlangt haben, hängt damit zusammen, dass sie ursprünglich als Mitglieder des bischöflichen Presbyteriums, später aber für die Regel als Kanoniker der bischöflichen Kathedralkirche ihren Unterhalt hatten, s. o. S. 183 ff. 191, vgl. aber auch S. 201. n. 6. Das Amt der Erzpriester endlich ist auf das Pfarramt basirt worden, s. o. S. 270.

[4] S. d. o. S. 366. n. 4 angeführten Stellen, welche officium und beneficium gegenüberstellen; ferner c. 15 (Bonif. VIII.) in VIto de rescr. I. 3: „officium, propter quod beneficium ecclesiasticum datur“.

[5] Das Wort: praebenda ist dagegen niemals in dem allgemeinen Sinn von Kirchenamt gebraucht worden, Phillips 7, 263, und zwar deshalb nicht, weil die den Kanonikern überwiesenen Hebungen einen eigenthümlichen Charakter hatten.

[6] Wegen der Kardinäle, Archidiakonen und Erzpriester s. Note 3.

[7] S. o. S. 365.

[8] Ausgeschlossen ist es nicht, dass die Inhaber solcher Stellungen Benefizien besitzen, z. B. der Weihbischof zugleich eine Domherrnpräbende, dann haben sie diese aber deshalb, weil ihnen auch das dem beneficium entsprechende officium übertragen ist.

[9] Die S. 62 Note 8 berührte Kontroverse hat nur deshalb entstehen können, weil man die Bedeutung von beneficium im eigentlichen Sinne und von officium nicht auseinandergehalten hat.

liche Seite des Amtes zu legen ist, und andererseits, dass das geltende Recht noch eine Reihe von Konsequenzen der historischen Kongruenz von officium und beneficium, so hinsichtlich der rechtlichen Bedeutung des Benefiziums für die Ordination[1] und der Grundsätze über die Errichtung, Veränderung, Verleihung, Entziehung u. s. w. derjenigen Aemter, welche wirkliche Benefizien sind, im Gegensatz zu denen, welche diesen Charakter nicht haben, aufweist.

Die Vermögenslage der katholischen Kirche ist allerdings im Vergleiche zu derjenigen Zeit, in welcher sich der Begriff des Benefiziums ausgebildet hat, erheblich verändert. Die Entwicklung desselben hängt wesentlich mit der im Mittelalter herrschenden Naturalwirthschaft zusammen, und nur aus dieser erklärt sich die Radicirung der Benefizien auf Grundstücke und Grundrenten. Heute ist in Folge der Säkularisationen der Grundbesitz der katholischen Kirche vielfach so geschmälert, dass die kirchlichen Beamten aus den Einkünften desselben nicht mehr unterhalten werden können, und die von den einzelnen Staaten gewährten Gelddotationen zu einem beträchtlichen Theil dafür mit verwendet werden müssen. Bei einer Reihe von Benefiziaten ist daher an Stelle des dinglich radicirten Einkommens jetzt ein jährliches Geldquantum, welches ihnen, ähnlich wie den Staatsbeamten ihr Gehalt, gezahlt wird, getreten. Damit ist ihre vermögensrechtliche Stellung derjenigen der vorhin gedachten kirchlichen Beamten, welche von Anfang an für ihre amtlichen Funktionen nur ein bestimmtes Honorar erhielten[2], äusserlich gleich geworden. Die innere Verschiedenheit besteht indessen heute noch fort, da die sonstigen besonderen Eigenthümlichkeiten der Benefizien, namentlich die objektive und subjektive Perpetuität derselben, nicht beseitigt ist, und es rechtfertigt sich daher auch noch für die jetzige Zeit trotz der veränderten vermögensrechtlichen Grundlage die Festhaltung des Begriffes des Benefiziums[3].

III. Der staatsrechtliche Charakter der Kirchenämter. In fast allen deutschen Staaten hat die katholische Kirche die Stellung einer öffentlichen, d. h. einer vom Staate ausdrücklich als ihm ethisch gleichwerthig anerkannten Korporation, deren Zwecke für ihn ebenfalls von so hervorragender Bedeutung sind, dass er ihr einerseits seine Macht für gewisse Fälle zur Verfügung stellt, andererseits aber auch weiter gehende Rechte gegen sie in Anspruch nimmt, als gegen andere Korporationen[4]. Daraus folgt, dass, soweit nicht besondere gesetzliche Vorschriften in Frage kommen[5], die Kirchenämter, als Aemter einer öffentlichen Korporation, auch staatsrechtlich den Charakter der öffentlichen Aemter[6] haben und die Träger derselben öffentliche Beamte[7] sind. Ausdrücklich ist dies in Baden[8] anerkannt, und

[1] Th. I. S. 66.

[2] Wie z. B. die Weihbischöfe, General- und Kapitular-Vikare, s. S. 179. 223. 239.

[3] Daher sind die Geistlichen, namentlich die Bischöfe, Kanoniker, Pfarrer, welche in Oesterreich, Baiern u. s. w. ihre Einkünfte aus dem Religionsfonds, bez. aus Staatsmitteln beziehen, auch heute noch als Inhaber von Benefizien im eigentlichen Sinne zu betrachten, vgl. v. Schulte Lehrb. S. 253 n. 10, und insbesondere für die Kanoniker Bouix, tract. de capitulis p. 177.

[4] Sohm i. Dove u. Friedberg, Ztschr. f. K. R. 11, 166. 171.

[5] S. 370. n. 2.

[6] Sohm a. a. O. S. 171.

[7] Eine derartige Scheidung, wie sie Dove in Richter K. R. §. 223 n. 8 macht, welcher die Kirchenämter für öffentliche Aemter, die Geistlichen aber nicht für öffentliche Beamte erklärt, erscheint mir, soweit es sich um Geistliche in Kirchenämtern handelt, unzulässig, denn die Eigenschaft des Amtes ist auch massgebend für die Eigenschaft des Trägers desselben.

[8] Ges. betr. den Vollzug d. Einführg. des Reichs.-Straf-G. B. v. 23. Dezemb. 1871. Art. 14. VII: „Die Verurtheilung zur Zuchthausstrafe hat die dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung eines Kirchenamtes von rechtswegen zur Folge. Die Ab-

auch für Preussen ist darüber kein Zweifel[1], wogegen in Baiern eine derartige Eigenschaft nur denjenigen Aemtern und Beamten zugesprochen ist, deren Funktionen in der Feier des Gottesdienstes und der Ertheilung des Religionsunterrichtes bestehen[2].

§. 100. *II. Die Eintheilungen der Kirchenämter und Benefizien*[*].

I. Mit Rücksicht auf die Verschiedenheit des Charakters der Amtsbefugnisse theilt man die Benefizien

1. in *beneficia maiora* und *beneficia minora* oder *inferiora*[3] (höhere und niedere) ein. Das Scheidungsmoment bildet der Besitz der nur durch den Primat beschränkten potestas ordinis, magisterii et iurisdictionis. Zu den höheren Benefizien gehören demnach die Aemter des Papstes, der Patriarchen, der Primaten, der Erzbischöfe und Bischöfe[4]. Alle übrigen, namentlich die Kanonikate und Pfarr-Benefizien, sind b. minora oder niedere Benefizien. Mit Rücksicht darauf, dass für die Gliederung des äusseren Organismus der Kirche die potestas iurisdictionis in erster Linie entscheidend in Betracht kommt[5], sind später auch diejenigen Benefizien, welche eine der bischöflichen analoge Regierungsgewalt gewähren, d. h. die der praelati nullius und der sonstigen praelati cum iurisdictione quasi episcopali zu den höheren Benefizien gerechnet worden[6].

erkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter bewirkt den dauernden Verlust des bekleideten Kirchenamtes und die Unfähigkeit während der im Urtheil bestimmten Zeit ein Kirchenamt zu erlangen. Die Strafe des Verlustes der bekleideten öffentlichen Aemter erstreckt sich auch auf Kirchenämter und kann auch gegen Angeklagte erkannt werden, welche nur ein Kirchenamt bekleiden".

[1] Nach preuss. A. L. R. Th. II. tit. 11. §§. 19. 96 sind die Geistlichen nicht, wie freilich vielfach angenommen worden ist, sog. mittelbare Staatsbeamte, vielmehr sind ihnen nur die Rechte der Staatsbeamten gewährt, s. Laspeyres, Gesch. u. Verfassg. d. kath. Kirche Preussens S. 504, u. meine Ausführg. i. d. 5. Aufl. des Koch'schen Kommentars zum A. L. R. Th. II. tit. 11. §. 19. Anm. 25. Wegen des freilich wieder beseitigten Artikel 15 der preuss. Verf. Urk., welcher die staatliche und kirchliche Sphäre geschieden hatte, können sie vollends nicht mehr als Staatsbeamte betrachtet werden. Die Qualität der Kirchenämter als öffentlicher Aemter und der kirchlichen Amtsträger als öffentlicher Beamter ist aber für die geistlichen Aemter anerkannt in §§. 21. 23. 24 des Ges. v. 11. Mai 1873 und für die Kirchenämter überhaupt in den Motiven zum §. 5 des Straf- und Zuchtmittel-Gesetzes v. 13. Mai 1873, s. meine preuss. Kirchengesetze v. 1873, S. 148, vgl. auch daselbst S. 88. 103, u. Erk. des O. Tribunals v. 22. Mai 1867 im Justiz-Minister. Blatt v. 1867. S. 175.

[2] Relig. Ed. v. 26. Mai 1818. §. 28: „Die mit ausdrücklicher königlicher Genehmigung aufgenommenen Kirchengesellschaften geniessen die Rechte öffentlicher Korporationen". §. 30: „Die zur Feier ihres Gottesdienstes und zum Religionsunterrichte bestellten Personen geniessen die Rechte und Achtung öffentlicher Beamten".

Eine von der im Text erörterten völlig unabhängigen Frage ist es, ob Kirchenämter im Sinne des Reichs-Str. G. B. für öffentliche Aemter zu erachten sind, eine Frage, welche in Preussen von der Judikatur des höchsten Gerichtshofes stets verneint worden ist, s. Entscheidgen. d. O. Tribunals 72, 385; 77, 375; Oppenhoff, Rechtsprechg d. O. Trib. 15, 768; Hartmann's Ztschr. 2, 416, vgl. auch meine Kirchengesetze v. 1873. S. 88 u. v. 1874 u. 1875. S. 200 ff. Ihre Lösung hängt von der Auslegung der §§. 31 Abs. 2 u. 359 des Reichs-Str. G. B. ab, auf welche hier nicht näher eingegangen werden kann, vgl. dazu John i. v. Holtzendorff, Hdbuch des Strafrechts 3, 179; Schwarze, Commentar, 3. Aufl. S. 221. 394; Rubo, Commentar 1, 350; Oppenhoff, Komment. zu §. 31. Nr. 6; Rüdorff, Comment. 2. Aufl. zu §. 31. Nr. 4; H. Meyer, Lehrb. d. deutsch. Strafr. S. 286.

[*] J. G. Pertsch, comm. de variis appellationibus et divisionibus beneficiorum ecclesiasticorum. Helmstadii 1752.

[3] c. 8 (Alex. III.) X. de praeb. III. 5. c. 8 (Luc. III.) X. de rescr. I. 3; über den Papst s. c. 1 (Clem. III.) X. de maled. V. 26.

[4] Reiffenstuel ius eccles. III. 5. n. 20; Berardi comment. ed. cit. 1, 233.

[5] Th. I. S. 169.

[6] S. z. B. Devoti inst. II. 14. §. 9; Phillips, Lehrb. S. 131; Schulte K. R. 2, 240; Ginzel, K. R. 2, 128. Einzelne rechnen dagegen die Abtsstellen überhaupt zu den b. maiora, Andreas Vallensis paratitla iur. canon. III. 5. n. 1; Garcias l. c. P. I. c. 6. n. 2; J. H. Böhmer J. E. P. III. 5. §. 63.

Uebrigens kommt die Bezeichnung: beneficium für die beneficia maiora nur selten in den Quellen vor, ja dieselbe ist bei Strafbestimmungen und solchen Anordnungen, welche das gemeine Recht beseitigen (wie z. B. Dispensationen zur Erlangung von kirchlichen Aemtern), nicht auf die beneficia maiora in der älteren, engeren Bedeutung zu beziehen [1].

Die Inhaber der höheren Benefizien im engeren Sinne werden *praelati maiores* genannt, jedoch geht der Gebrauch des Ausdrucks: praelatus weit über die Kategorie dieser Amtsträger hinaus. Derselbe umfasst nicht nur die S. 348 erwähnten Prälaten, die Ordensgenerale, die Aebte, die Aebtissinnen [2], die Inhaber gewisser Stiftsstellen [3], sondern auch eine bestimmte Klasse der bei der Kurie angestellten Geistlichen [4]. Alle diese heissen im Gegensatz zu den praelati maiores *praelati minores* oder *inferiores*.

Die Bezeichnung: *dignitas* bedeutet im Allgemeinen jeden Vorrang in der Kirche und begreift daher in diesem Sinne auch die beneficia maiora in sich [5]. Indessen ist die eingeschränkte Anwendung derselben schon im Mittelalter auf die hervorragenden Stiftsstellen, auf die angesehensten unter den niederen Benefizien, welche somit gewissermassen die Vermittelung zwischen diesen und den höheren bilden, die herrschende geworden [6], während man die beneficia maiora als über den dignitates stehend betrachtete [7].

Endlich ist darauf hinzuweisen, dass die besprochene Eintheilung sich lediglich auf die Benefizien bezieht, also diejenigen Kirchenämter, welche keine Benefizien sind, nicht umfasst. Hieraus erklärt es sich auch, dass die Kardinäle, obwohl sie die nächste Stufe nach dem Papste einnehmen und Mitglieder der Kurialbehörden sind, von den Meisten nicht unter den Inhabern der b. maiora aufgezählt werden [8].

2. *Beneficia curata* [9], *b. quae curam animarum habent annexam* [10], und *b. non curata* [11]. Zu den ersteren gehören alle diejenigen, deren Inhaber das Recht auf Verwaltung der Seelsorge vermittelst der in der iurisdictio interna liegenden Befugnisse besitzen oder kraft ihres Amtes zur Ueberwachung der Ausübung der letzteren, sowie behufs Herbeiführung einer ordnungsmässigen Administration der cura animarum

[1] c. 4 (Innoc. IV. in conc. Lugd. a. 1245) in VIto de sent. excomm. V. 11 (Th. I. S. 351. n. 8). Die Aelteren formuliren die Regel dahin, dass das Wort: beneficium die höheren nur in materia favorabili, nicht aber in materia odiosa et poenali umfasst, Garcias l. c. n. 66; Barbosa de off. et potest. episc. P. II. alleg. 1 n. 17; Reiffenstuel l. c. n. 21. Da die praelati nullius den Bischöfen gleichstehen, so muss die Regel auch für sie gelten.

[2] Th. I. S. 386.

[3] S. o. S. 110 ff. u. Th. I. S. 387.

[4] Th. I. S. 387 ff.

[5] Glosse zu c. 1 in VIto de consuet. I. 4; daher auch die Ausdrücke: dignitas episcopalis oder pontificalis, c. 12 X. de exc. prael. V. 31 u. o. S. 113.

[6] S. die S. 110 ff. angeführten Stellen, ja in c. 32 (Honor. III.) X. de V. S. V. 40, wo allein von Diöcesanbenefizien die Rede ist, können mit den neben den praebendae, den Kanonikaten, erwähnten beneficia maiora nur die dignitates der Stifter gemeint sein, Schmalzgrueber ius eccles. III. 5. n. 33.

[7] In c. 37 (Greg. IX.) X. de praeb. III. 5 werden sie culmina dignitatum genannt, s. auch Schmalzgrueber l. c.

[8] Aus der Nichtbeachtung des im Text hervorgehobenen Umstandes ist übrigens auch die S. 223. 224 besprochene Kontroverse in Betreff des General-Vikars entstanden.

[9] c. 11 (Joann. XXII.) in Extr. comm. de praeb. III. 2; Konstanzer Reformakte Martins V. art. 15 (Hübler, Konstanzer Reformation S. 151); Trid. Sess. VII. c. 4. 5 de ref.

[10] c. 7. §. 2 (Alex. III.) X. de elect I. 6; c. 28 (Later. a. 1215) X. de praeb. III. 5; c. 3 (Gregor. X.) in VIto de off. iud. ord. I. 16; statt dessen auch beneficium habens curam animarum, c. 54. §. 4 (Gregor. IX.) X. de elect. I. 6; c. 4 (Joann. XXII.) in Extr. comm. de praeb. III. 2 und beneficium cui imminet cura animarum oder b. cum cura, c. 4 cit.

[11] Dafür auch b. sine cura, c. 4 cit.

zur Anwendung der ihnen zustehenden iurisdictio externa befugt sind[1]. Im eigentlichen Sinne werden indessen nur die Benefizien, welche ihren Träger allein zur Ausübung der erstgedachten Funktionen berechtigen, Kuratbenefizien genannt[2]. Demnach sind die Aemter der Pfarrer und der Bischöfe (also auch der Erzbischöfe und des Papstes) Seelsorge-Benefizien im engeren Sinne, weil mit allen die iurisdictio interna verbunden ist, nicht aber die Aemter der Beichtväter[3], denn letzteren kommt nur die Verwaltung des Busssakramentes, nicht aber anderer Seelsorge-Funktionen, z. B. nicht die Administration der übrigen Sakramente und das Recht zur Lehre des christlichen Glaubens zu[4]. Das Prototyp des reinen b. curatum bildet das Pfarramt[5], da die Bischöfe neben der Seelsorge auch zugleich die iurisdictio externa besitzen[6].

3. *Beneficia simplicia*[7] und *b. duplicia*. Die ersteren sind diejenigen, deren Inhaber keine weitere Berechtigung und Verpflichtung als zum Chor- und Altardienst haben[8]. Es gehören hierher die Kanonikate, die festfundirten Vikariate oder Kaplaneien in den Stiftern und an anderen Kirchen, endlich die Prästimonien, letztere jedoch nur insofern als sie wirkliche Benefizien sind (s. unten)[9]. Unter *b. duplicia* versteht man dagegen diejenigen, bei welchen zu den angegebenen Verrichtungen noch andere Funktionen hinzukommen[10]. In diese Klasse fallen die b. curata, die Aemter, mit denen eine Jurisdiktion, eine kirchliche Verwaltung ohne eine solche (*officia* schlechthin genannt) oder auch blos ein Ehrenvorrang verbunden ist[11]. Es besitzen daher die Bischöfe und alle höheren kirchlichen Prälaten, ferner die Dignitarien in den Stiftern, endlich die Inhaber der s. g. officia[12] und personatus[13] ein b. duplex.

Die hier besprochene Eintheilung fällt mit der unter 2. erörterten zwar theilweise zusammen, deckt sich aber damit nicht vollkommen. Wenngleich das Pfarr-Amt auch ein b. duplex ist, so gehört doch nicht jedes b. sine cura zu der Klasse der b. simplicia[14].

4. *Beneficia* oder *officia sacra* und *b.* oder *o. quae habent dignitatem*. Die ersteren gehen auf die Ausübung der potestas ordinis und setzen daher für den Inhaber den Empfang mindestens eines der niedrigen Weihegrade (dann heissen sie *b.* o. *o. sacra*

1 c. 4 cit.

2 Hieron. Gonzalez ad reg. cancell. VIII. gloss. 6. n. 60 ff.; van Espen J. E. U. P. II. tit. 18. c. 4. n. 1 ff.

3 Ganz abgesehen davon, dass sie als solche für die Regel keine Benefizien besitzen.

4 c. 14 (Innoc. III.) X. de aet. et qual. ord. I. 14; Trid. Sess. XXIII. c. 1 de ref.; van Espen l. c. n. 3 ff.; s. auch o. S. 294. 307. 308.

5 Die festfundirten Pfarrvikar-Stellen können allerdings auch b. curata sein, Schmalzgrueber l. c. n. 31.

6 Also ihr beneficium zugleich ein b. curatum im weitern Sinne ist. Ein Beispiel für die letztere Kategorie bietet der Archidiakonat in seiner mittelalterlichen Gestaltung, welcher zwar nicht ein b. proprie curatum, aber doch ein b. curatum in weiterem Sinne war, c. 54. §. 4. X. cit. I. 6.

7 S. z. B. c. fin. (Greg. IX.) X. de praeb. III. 5; Trid. Sess. XXIV. c. 13 de ref.

8 Schmalzgrueber l. c. n. 30; Ferraris l. c. n. 30; Phillips K. R. 7, 281.

9 Schmalzgrueber l. c. — Uebrigens werden die b. simplicia vielfach, z. B. in Oesterreich, schlechthin Benefizien und ihre Inhaber Benefiziaten genannt.

10 Phillips, Lehrb. S. 132.

11 Sguanin l. c. qu. 1. n. 5 ff.; Ferraris l. c. n. 24 ff. Die von den älteren, z. B. Garcias l. c. n. 8; Schmalzgrueber l. c. n. 33 aufgestellte Regel, dass jedes beneficium im Zweifel ein simplex sei, ist nur eine selbstverständliche Konsequenz des Satzes, dass derjenige, welcher aus der Duplicität gewisse rechtliche Folgen herleitet, diese zu beweisen hat.

12 S. o. S. 112. 113.

13 S. 110 ff.

14 Die irrige Identificirung beider, — wogegen schon Reiffenstuel l. c. n. 31 — bei Eichhorn K. R. 2, 659 u. Ginzel K. R. 2, 129. Vgl. übrigens auch c. 16 (Bonif. VIII.) in VI^{to} de praeb. III. 4.

communia) oder den Priestergrad (*b. o. o. sacra in specie* genannt) voraus[1]. Die anderen sind diejenigen, welche eine Theilnahme an der Jurisdiktion gewähren.

II. *Beneficia titulata* oder *titularia* und *b. manualia*[2]. Unter den ersteren werden diejenigen verstanden, welchen die objektive und subjektive Perpetuität zukommt[3], während die letzteren solche sind, welche nicht zu dauerndem und lebenslänglichem Recht an den Amtsträger verliehen werden, so dass derselbe also ad nutum amovibel ist[4]. Die b. manualia — Beispiele dafür bilden die von Laien, Geistlichen und Klöstern unter Autorität der kirchlichen Oberen errichteten, dauernden Messstiftungen für beliebig anzunehmende und zu entlassende Priester oder Kapläne[5] — sind nach der obigen Darlegung (S. 366) nicht Benefizien im eigentlichen Sinne. Da sie aber als Kirchenämter den für letztere geltenden Regeln unterstehen, so hat die Doktrin diese Eintheilung fort und fort überliefert, ohne sich darüber klar zu werden, dass sie bei der Festhaltung des eigentlichen Begriffes von beneficium nichts anderes als die unlogische Gegenüberstellung von Benefizien, welche dieses sind, und von solchen, welche es nicht sind, bedeutet.

III. Nach der Qualifikation des Amtsinhabers scheidet man weiter

1. *Beneficia saecularia* und *b. regularia*[6]. Die ersteren sind diejenigen, welche allein an Weltgeistliche vergeben, die anderen solche, welche nur von Ordensgeistlichen erworben werden dürfen. Die Eintheilung hängt mit dem Grundsatz des kanonischen Rechtes zusammen, dass die für die Leitung der Orden und Klöster, sowie für die Besorgung ihrer sonstigen Angelegenheiten bestimmten, nicht minder die stiftungsgemäss und gewohnheitsrechtlich mit Mönchen zu besetzenden Aemter, endlich die pleno iure mit Klöstern vereinigten Benefizien[7] ausschliesslich durch Ordensgeistliche[8] verwaltet werden sollen, während umgekehrt alle nicht unter die erwähnten Kategorien fallenden Aemter nur an Weltgeistliche verliehen werden können[9]. In-

[1] Die b. sacra sind also die b. curata i. eig. Sinne und ferner unter den b. non curatis die b. simplicia.
Identisch mit den b. sacra sind die in neueren Staatsgesetzgebungen — s. d. preuss. Gesetz v. 11. Mai 1873. §. 1, v. 20. Mai 1874. §. 13, v. 21. Mai 1874. Art. 1. 3. 4 u. d. sächs. v. 23. Aug. 1876. §§. 19. 21. 24. 25. 28 — besonders unter den Kirchenämtern ausgeschiedenen geistlichen Aemter, d. h. solche, welche im Gegensatze zu den Jurisdiktionsämtern auf die Verwaltung der gottesdienstlichen Handlungen, der Sakramente und der lehramtlichen Funktionen gehen, vgl. auch preuss. A. L. R. II. 11. §. 59, meine preuss. Kirchenges. v. 1873 S. 100 ff., soweit sie zugleich Benefizien sind.

[2] Das Wort kommt schon in c. 16 (Innoc. III.) X. de V. S. V. 40 vor, bedeutet aber hier die täglichen Distributionen, welche an die dem Chordienst beiwohnenden Kanoniker vertheilt werden (dantur de manu ad manum), Glosse s. v. manualia ad c. cit. u. Fagnan. ad c. cit. n. 41 ff.

[3] Die also namentlich als Titel für die Ordination dienen können, s. Th. I. S. 66.

[4] Garcias l. c. P. I. c. 2. n. 65 ff.; Schmalzgrueber l. c. n. 34. Die Bezeichnung: manualia erklärt sich daraus, dass sie einer revocatio ad manum des Verleihers unterworfen sind, Phillips K. R. 7, 275. n. 34, welcher noch andere mögliche Ableitungen anführt; falsch ist die von Berardi l. c. diss. I. c. 2 (ed. cit. 1, 219).

[5] S. z. B. c. 53 syn. Pataviens. a. 1470 (Hartzheim 5, 489).

[6] Ausführlich darüber Berardi l. c. diss. II. obs. 2 (1, 243 ff.).

[7] Schmalzgrueber l. c. n. 14; Berardi l. c.

[8] Und zwar desselben Ordens, c. 32 (Bonif. VIII) in VI^to de praeb. III. 4; Clem. un. de suppl. negl. I. 5; Trid. Sess. XIV. c. 10 de ref., nach welchem übrigens den Mönchen diejenigen gleich stehen „qui habitum omnino suscipere et professionem emittere teneantur". S. auch Leuren. l. c. P. I. qu. 40.

[9] c. 27. 37 (Innoc. III.) X. de elect. I. 6; c. 9 (Alex. III.) X. de regular. III. 31. u. die vor. Note citirten Stellen.
Die Regel des Textes wird kurz dahin formulirt: saecularia saecularibus, regularia regularibus. Sie cessirt, wenn die erforderlichen Weltgeistlichen oder Mönche nicht vorhanden sind, Hieron. Gonzalez ad reg. VIII. cancell. gl. 8. n. 43; Garcias l. c. P. VII. c. 10. n. 16; Leuren. l. c. P. I. qu. 39.
Die Regularkanoniker konnten früher, c. 5 (Innoc. III.) X. de stat. mon. III. 35, weltliche Pfarrbenefizien erlangen, und das Trid. l. c. c. 11 schloss nur solche aus, welche zu ihnen aus

dessen sind die Regularen zum Erwerbe der bischöflichen, der Kardinals- und der päpstlichen Würde fähig[1]. Daher stehen diese Aemter ausserhalb der besprochenen Eintheilung.

Die Verwaltung der kirchlichen Aemter durch Weltgeistliche ist die Regel, im Zweifel[2] spricht also die Vermuthung für die Säkular-Qualität eines Amtes[3]. Die Präsumtion fällt aber fort, wenn das Amt oder die Kapelle, auf welche es fundirt ist, bei einem Kloster oder einer Klosterkirche gegründet worden ist, weil solche Stiftungen gewöhnlich gerade im Hinblick auf die Klöster und den bei ihnen abgehaltenen Gottesdienst gemacht worden sind und unter allen Umständen nicht anzunehmen ist, dass die Regularen von solchen Aemtern haben ausgeschlossen werden sollen[4].

Die Regular-Benefizien sind — mit Ausnahme der durch Wahl zu besetzenden und der mit der Seelsorge über weltliche Personen verbundenen[5] — Manual-Benefizien, was sich daraus erklärt, dass jeder Ordensgeistliche seinem Ordensoberen zum Gehorsam verpflichtet ist und sich in Folge dessen der von dem letzteren angeordneten Abberufung jeder Zeit fügen muss[6]. Deshalb gehören sie, wenngleich ihnen die objektive Perpetuität nicht stets zu fehlen braucht[7], ebenfalls nicht zu den Benefizien im eigentlichen Sinne.

2. Ferner unterscheidet man *beneficia patrimonialia* und *b. non patrimonialia*, je nachdem dieselben allein an Personen aus einer bestimmten Familie, Ortschaft, Diöcese, Provinz u. s. w. oder überhaupt an jeden Fähigen ohne Rücksicht auf seine Familienzugehörigkeit oder Herkunft verliehen werden können[8].

IV. Mit Rücksicht auf die Art ihrer Besetzung[9] werden die Benefizien als *collativa*, wenn sie frei vom kirchlichen Oberen, als *electiva*, wenn sie unter hinzutretender Bestätigung desselben durch Wahl der Kapitel oder der Mönchs-Konvente, als *patronata s. mixta*, wenn sie auf vorgängige Präsentation eines geeigneten Kandidaten

einem andern Orden übergetreten waren. Mit Rücksicht darauf, dass bald nachher die römische Praxis sich für die Fernhaltung der Regular-Kanoniker entschied, Ferraris s. v. concursus art. I. n. 41 ff., und in Folge darüber in der Doktrin gestritten wurde, Fagnan. ad c. 5. X. cit. n. 14 ff.; Berardi l. c. p. 248; Bouix de iure regularium 2, 47; Richters Tridentinum S. 97, bestimmte Benedikt XIV. in Bestätigung der römischen Praxis durch d. const.: Quod inscrutabili v. 9. Juli 1745 (eiusd. bull. 1, 536), dass die gedachten Kanoniker nur auf Grund eines päpstlichen Indultes zur Verwaltung von Säkular-Benefizien fähig sein sollten. Ein solches und zwar generelles Privileg haben die Prämonstratenser durch seine const. Oneroso v. 1. Sept. 1750 (eiusd. bull. 3, 302) erhalten.

[1] c. 28 (Bonif. VIII) in VI^to de elect. I. 6; Clem. 1 eod. I. 3; Trid. Sess. XXII. c. 2 de ref., s. auch Th. I. S. 279. 280. 342.

[2] Dass die Aemter der Ordensgeneräle, Aebte, Prioren u. s. w. regularia sind, ist selbstverständlich.

[3] Rebuffus s. r. quotuplex sit beneficium n. 3; Garcias l. c. P. I. c. 6. n. 12; Schmalzgrueber l. c. n. 13; Berardi l. c. p. 245.

[4] Rebuffus l. c. n. 6; Engel colleg. univ. iur. can. III. 37. n. 1; Reiffenstuel III. 5. n. 25; Leuren. P. I. qu. 45. n. 2. Da die Errichtung von Säkular-Benefizien an Klosterkirchen nicht unstatthaft ist, Leuren. l. c. qu. 44, so kann die Vermuthung für die Regular-Qualität allerdings durch die Stiftungsurkunde und andere Gegenbeweismittel beseitigt werden.

[5] Denn diese können, nachdem der Konvent oder das Kapitel die Wahl vorgenommen hat, dem Gewählten nicht wieder beliebig entzogen werden, c. 2 (Later. a. 1179) X. de stat. mon. III. 35; Leuren. l. c. P. I. qu. 67. Die von Mönchen zu versehenden Seelsorge-Aemter der gedachten Art sollen ohne Genehmigung des Bischofs nicht auf Widerruf übertragen werden, Trid. Sess. XXV. c. 11 de regul. (s. o. S. 348. n. 3.)

[6] Garcias l. c. P. I. c. 2. n. 66 ff.; Fagnan. ad c. 5. X. de temp. ordin. I. 11. n. 19 ff.; Leuren. l. c. P. 1. qu. 61 u. 64; Schmalzgrueber l. c. n. 35. 36, vgl. auch c. 6 (Innoc. III.) verb. nec alicui X. de stat. mon. III. 35; c. 6 (id.) X. de confirm. ut. II. 30.

[7] Clem. un. de suppl. negl. I. 5.

[8] Hieron. Gonzalez l. c. gl. 9. §. 1. n. 3 ff.; Schmalzgrueber l. c. n. 39. Zugehörigkeit zur Ortschaft verlangt für die Geistlichen der Landkirchen schon l. 11 (n. 398) C. I. 3. Da in den meisten deutschen Staaten für die Erlangung von Kirchenämtern der Indigenat erforderlich ist, so sind diese b. patrimonialia.

[9] Garcias l. c. P. I. c. 8. n. 14 ff.; Schmalzgrueber l. c. n. 38 ff.



vergeben werden [1], bezeichnet. Die *b. consistorialia* sind diejenigen, welche der Papst im Konsistorium zu verleihen pflegt [2]. Unter *b. monoculum* o. *monoculare* endlich versteht man ein solches, welches der Prälat als einziges seiner Art an einer bestimmten Kirche zu besetzen hat, gleichviel ob deswegen, weil es an derselben überhaupt kein anderes giebt oder weil ihm die Verleihung der übrigen Aemter gleicher Art entzogen ist [3].

V. Je nachdem ein Amt durch eine einzelne physische Person oder durch ein Kollegium verwaltet wird, spricht man von *b. simplicia* (in diesem Sinne) oder *b. collegiata* o. *conventualia*. Der Behörden-Organismus der katholischen Kirche beruht im Allgemeinen nicht auf dem Princip der Kollegialität, vielmehr kommt die kollegiale Wahrnehmung von Amtsfunktionen nur ausnahmsweise, so bei gewissen, nämlich einzelnen Kurial-Behörden [4], und ferner theils als moderirendes Gegengewicht bei der Amtsverwaltung der höheren kirchlichen Beamten [5] theils als Hülfeleistung bei derselben kraft besonderen Auftrages [6], vor.

VI. Endlich werden die Benefizien mit Rücksicht darauf, ob ihnen ausser den allgemeinen Eigenschaften noch eine bestimmte Bezeichnung zukommt oder nicht, in *b. nominata* [7] oder *innominata* geschieden.

Die Unterscheidungsmomente für die besprochenen Eintheilungen sind den verschiedenen, in Frage kommenden Seiten der Benefizien entnommen, daher kann jedes derselben unter mehrere der erwähnten Kategorien fallen. So ist das Bischofsamt ein beneficium maius, curatum, duplex, titulatum, sacrum (für die Regel auch electivum und consitoriale), endlich auch nominatum, und es können, um noch ein anderes Beispiel anzuführen, die beneficia regularia sowohl maiora [8] wie auch inferiora, ferner bald duplicia bald simplicia [9] sein.

Erschöpfend sind die Eintheilungen insofern nicht, als sie nicht alle den gesammten für die Leitung der Kirche und für die Verwaltung der verschiedenen kirchlichen Vollmachten bestehenden Organismus berücksichtigen [10]. Wenngleich bei den zu I. 4., III. 1., (S. 372. 373) V. und VI. erwähnten die engere Bedeutung von Benefizium nicht streng festgehalten, sondern der weitere Begriff von officium oder Amt unbewusst mit untergelaufen ist, so hat man doch im Allgemeinen nur die Benefizien im Auge gehabt und es unterlassen, sich das Verhältniss dieser zu dem weiteren Begriff des Kirchenamtes klar zu machen. Trotz dieses wissenschaftlichen Mangels durften die er-

1 Diejenigen, bei welchen eine solche Bestätigung nicht nothwendig ist, werden dagegen von den Kanonisten, s. die vor. Note u. Leuren. l. c. P. I. c. 2. qu. 32. n. 5 zu den b. collativa gerechnet.

2 Im Allgemeinen gehören hierher die höheren Kirchenämter, so die Erzbisthümer, die Bisthümer, die Kardinalsstellen und bestimmte Abteien, allerdings werden einzelne Klassen der gedachten Aemter auch ausserhalb der Konsistorien verliehen, s. Th. I. S. 365.

3 Andreas Vallens. paratitla III. 5. n. 18; Hier. Gonzalez l. c. gl. 9. §. 4. n. 1 ff. Das Pfarramt ist für die Regel, weil es gewöhnlich das einzige b. curatum an der Pfarrkirche ist, ein b. monoculum. l. c. n. 18.

4 Der Rota und den Kardinals-Kongregationen Th. I. S. 401. 483; wegen der den Kapiteln als solchen zustehenden Pfarrämter s. o. S. 304. 305.

5 Der Bischöfe und Ordensoberen in Form der kollegialisch durch das Kapitel für gewisse Akte zu ertheilenden Zustimmung oder Wohlmeinung, s. o. S. 153 ff.

6 Das ist der Fall bei den bischöflichen Konsistorien, Ordinariaten u. s. w. s. o. S. 224 ff.

7 So sind z. B. die verschiedenen Prälaturen nominata.

8 Zu diesen gehören die Stellungen der Aebte cum territorio separato, nach anderen alle Abtsstellen s. S. 370 n. 6.

9 Duplicia sind die Stellen der Ordensoberen, weil diese eine iurisdictio haben, simplicia dagegen die Kanonikate in den Regularstiftern, Schmalzgrueber l. c. n. 30. 32.

10 So sind bei einer Reihe von Eintheilungen die o. S. 365 näher charakterisirten Aemter ausser Acht gelassen.

wähnten Eintheilungen nicht unbesprochen bleiben, weil sowohl die Quellen als auch die älteren Kanonisten eine Reihe der erörterten Bezeichnungen gebrauchen, und daher eine Erklärung derselben für das Studium der kirchlichen Rechtsbücher und der älteren Literatur geboten war.

§. 101. *III. Die Rangordnung der kirchlichen Beamten**.

Die Rangordnung unter den kirchlichen Aemtern und damit auch der Vorrang, *maioritas* [1] oder *praecedentia* [2] des einzelnen Beamten vor dem andern bestimmt sich durch zwei Momente, die Ordination und die Jurisdiktion.

Auf der höchsten Stufe nach dem Papste stehen die Kardinäle [3], dann folgen die Patriarchen, die Erzbischöfe [4], die exemten Bischöfe, die Suffraganbischöfe, die Titularbischöfe und die praelati nullius. Innerhalb derselben Klasse entscheidet die Anciennität in Betreff der Beförderung zu der fraglichen Würde, jedoch gehen die Kardinäle der je höheren Ordnung denen der niederen vor [5], und sowohl innerhalb der Klasse der Erzbischöfe, wie auch der Bischöfe, kommt es — gleichviel, ob archiepiscopi oder episcopi in partibus, ob exemte oder Suffraganbischöfe in Frage sind — auf den Zeitpunkt der ersten Erhebung zur erzbischöflichen oder bischöflichen Würde [6], nicht den der späteren Erwerbung des augenblicklich besessenen Bisthums an [7]. Von dieser Regel können aber in Folge besonderer Privilegien Ausnahmen vorkommen, z. B. dahin, dass einer bestimmten Kirche und ihrem Oberhirten ohne Rücksicht auf dessen persönliche Anciennität ein für alle Mal der Vorrang beigelegt wird [8]. Auch erscheint eine Gewohnheit, dass für den Vorrang in der erzbischöflichen Provinz der Zeitpunkt des in derselben erlangten Suffragan-Bisthums entscheidet, nicht unstatthaft [9].

* Barth. Chassanaei catalogus gloriae mundi . . . excellentias ac praeeminentias omnium fere statuum . . . continens. Paris 1527. Francof. 1603 u. öfter; Alph. Alvarez speculum dignitatum eccles. Colon. 1607; Nic. de Rebbe, de dignitatibus et officiis ecclesiasticis. Duaci 1612; Mich. Ferro Manrique, de praecedentiis et praelationibus ecclesiast. Lugd. 1637; Jac. Gothofredi diatribe de iure praecedentiae. Genevae 1664; Ja. Andr. Crusius de praeeminentia, sessione, praecedentia . . . Brem. 1665; Phillips K. R. 2, 148 ff.

1 Das Wort bedeutet ferner die dem höheren Beamten über seine Untergebenen zustehende Amtsgewalt im Gegensatz zu: *obedientia*, d. h. der Pflicht des Untergebenen, sich der letzteren zu fügen, vgl dazu die Titel de m(aioritate) et o(bedientia) X I. 33, in VIto I. 17 und in Extr. comm. I. 8.

2 Bei Prozessionen, sonstigen feierlichen Gelegenheiten und auf den Synoden.

3 Th. I. S. 347.

4 Die heutigen Primaten haben im Allgemeinen keine Präcedenz vor den Erzbischöfen, Th. I. S. 632. Schon auf dem Koncile von Trient haben sie mit den letzteren zu Folge einer Entscheidung Pius' IV nach der Zeit der Beförderung zum Metropolitan- oder Primatialsitze rangirt und gestimmt, s. die Geschäftsordnung des Koncils von Trient (lateinische Ausgabe) Wien 1871. S. 10.

5 Th. I. S. 341. 345. 360.

6 Die älteren Vorschriften, c. 7 (Gregor. I.) Dist. XVII; c. 1 (id.) de m. et o. I. 33 machen den Vorrang von der früher erlangten Ordination abhängig, an deren Stelle ist aber in Folge der veränderten Besetzung der bischöflichen Stühle der Zeitpunkt der Erlangung der betreffenden Würde getreten, so auch in Uebereinstimmung mit manchen früheren Kanonisten, Ferraris s. v. praecedentia n. 3; — freilich wird bei diesen auch ungenauer Weise mitunter die Zeit der Ordination betont, l. c. n. 4. u. Fagnan. ad c. IX. eod. I. 33. n. 13. — die const. Pii IX.: Inter multiplices v. 27. Nov. 1869. n. 4. (Act. s. sed. 5, 235): „quartum locum tenebunt archiepiscopi iuxta suae ad archiepiscopatum promotionis ordinem, quintum episcopi pariter iuxta ordinem promotionis suae".

7 Der früher zum Erzbischof in partibus promovirte, nachher auf ein Residenzial-Erzbisthum transferirte geht nachher demjenigen, welcher nach der Zeit seiner — des ersteren — Promotion, aber vor der Translation ebenfalls zum Residenzial-Erzbischof ernannt worden ist, vor.

8 So ist ein solches z. B. dem Erzbisthum und Erzbischof v. Baltimore ertheilt worden, Dekret d. Congr. de Prop. Fide v. 15. Aug. 1858 (acta conc. coll. Lac. 3, 572). Wegen des Vorrangs des Bischofs von Ostia im Kardinalskollegium s. Th. I. S. 360 ff.

9 Acta s. sed. 3, 625.



Diese Grundsätze sind indessen nur massgebend, wenn die gedachten Amtsträger in ihrer allgemeinen Stellung als Erzbischöfe und Bischöfe, wie z. B. auf den ökumenischen Koncilien in Betracht kommen, nicht aber, wenn sie in ihrer besonderen Eigenschaft als Provinzialerzbischöfe oder Diöcesanbischöfe auftreten. Unter der letzteren Voraussetzung steht ihnen in ihrem Bezirke der Vorrang zu [1]. Deshalb gehen die Suffraganbischöfe auf den Provinzialsynoden nicht nur den älteren Weihbischöfen, sondern auch den Titularerzbischöfen, welche beide kein Decisiv-Votum haben, vor [2].

Innerhalb der Diöcese hat das Domkapitel, wenn es als solches neben dem Bischof auftritt, die Präcedenz vor allen übrigen Amtsträgern, selbst den mit Jurisdiktion versehenen Aebten [3], während umgekehrt die Aebte im Allgemeinen vor den einzelnen Domherrn rangiren [4].

Sodann folgen die Säkular-Kanoniker der Kollegiatstifter nach dem Alter der Stiftung, jedoch gehen diejenigen, deren Kirchen sich am Bischofssitze befinden, den anderen vor. Die nächste Stelle nehmen dann die vicarii foranei ein; und ihnen schliessen sich die Erzpriester, die Pfarrer, die sonstigen Benefiziaten und die übrigen Kleriker [5] an. Innerhalb jeder dieser Kategorien entscheidet, wenn nicht etwa der Vorrang einer Kirche oder eines Benefiziums, resp. der Erlangung des Amtes den Ausschlag giebt [6], das Alter der Ordination [7].

Der Regular-Klerus steht dem Säkular-Klerus nach [8]. Unter dem ersteren haben die canonici regulares die erste [9], die Bettel-Orden die letzte Stelle [10]. Ueber das Rangverhältniss der einzelnen Orden unter einander sind vielfache Streitigkeiten geführt worden, welche eine Reihe von Entscheidungen der Congregatio rituum und auch der Päpste selbst [11] veranlasst haben. Als allgemeiner Grundsatz ist festgestellt, dass der in Rom bestehende Gebrauch entscheidet [12] und dass in Ermangelung eines festen Besitzstandes oder einer festen lokalen Observanz der ältere Orden dem jüngeren vorgeht [13].

[1] Der Metropolitan präsidirt der Provinzialsynode selbst dann, wenn ein exemter Erzbischof, welcher sich derselben angeschlossen hat, eine höhere Anciennetät oder einer der Suffraganbischöfe die Kardinalswürde besitzt, Bouix du concile provincial p. 190 ff. Ferner hat der Bischof in seiner Diöcese nicht nur den Vortritt vor älteren Bischöfen, sondern auch vor fremden Erzbischöfen, s. S. 47. n. 1.

[2] Pignatelli consult. canon. t. VI. cons. 57; Acta s. sed. 3, 312.

[3] Bened. XIV. de syn. dioec. III. 10. n. 5; Phillips 2, 167. In diesem Fall zieht das Kapitel auch die sonstigen an der Domkirche angestellten Geistlichen (z. B. die mansionarii) gleichsam mit sich, s. o. S. 86. n. 7. Wegen der Präcedenz des Weihbischofs, des General- und Kapitels-Vikars, sowie wegen des Rangverhältnisses der Kanoniker untereinander, s. S. 87. n. 3 u. S. 86, u. dazu Phillips 2, 167. 168.

[4] Bened. XIV. l. c. n. 5. 6.

[5] Bened. XIV. l. c. n. 7 ff.

[6] Ferraris l. c. n. 8. 10.

[7] c. 7 (Gelas. I.) Dist. LXXV. Dieser Vorzug der sog. Progenesie wird aber einem Kleriker gegenüber, welcher die Weihe vom Papst selbst erhalten hat, nicht berücksichtigt, vielmehr geht ein solcher allen übrigen, welche die gleiche Weihestufe haben, vor, c. 7 (Innoc. III.) X. de m. et o. I. 33; Th. I. S. 85. n. 5 a. E. u. Phillips 2, 157. Ueber die Kontroverse, ob dieser Vorrang auch den vom Metropoliten geweihten Klerikern einzuräumen ist, vgl. Phillips 2, 159, welcher sich entgegen der gemeinen Meinung ohne haltbaren Grund (c. 31 in VI[to] de praeb. III. 4 beweist nichts) für die Bejahung entscheidet.

c. 7, 12 (Bonif. VIII.) in VI[to] eod. gewähren demjenigen, welchem der Papst einen Kanonikat verliehen hat, den Vorzug bei der Erlangung der Präbende vor dem vom Kapitel recipirten Stiftsherrn.

[8] Schmalzgrueber P. IV. tit. 33. n. 10; Bened. XIV. l. c. n. 8; Ferraris l. c. n. 9. 54. 58.

[9] Schmalzgrueber l. c., Phillips 168.

[10] Ferraris l. c. n. 21.

[11] Eine Anzahl dieser päpstlichen Konstitutionen angeführt bei Ferraris n. 21 ff., s. auch Barbosa de off. et pot. episc. P. III. alleg. 78. n. 32 ff.

[12] Nicollis praxis canonica t. II. lit. M. n. 84. p. 56.

[13] Barbosa l. c. n. 27. 28. 36. Daher folgen die Benediktiner unmittelbar hinter den canonici regulares vor allen übrigen Orden, ibid. n. 29. Wegen der Rangordnung der Bettelmönche, unter denen die Dominikaner den Vortritt haben, s. Ferraris l. c. n. 17. 20 ff., Phillips S. 169.

Bei zwei Klöstern desselben Ordens hat die ältere Stiftung die Präcedenz[1]. Unter den einzelnen Mitgliedern desselben Ordens bestimmt sich das Rangverhältniss nach der Zeit der Professablegung[2]. Jedoch sind diese Vorschriften für die einzelnen Aebte als solche nicht massgebend, vielmehr rangiren dieselben nach dem Alter ihrer Abtswürde[3].

Uebrigens hat das Koncil von Trient den Bischöfen das Recht beigelegt, die bei öffentlichen Prozessionen entstehenden Streitigkeiten unter Ausschluss jeder Appellation sofort zu entscheiden[4].

Zweites Kapitel.

Von der Errichtung, Veränderung und Aufhebung der Kirchenämter.

I. Das kirchliche Recht.

A. Die Errichtung der Kirchenämter.

§. 102. *1. Geschichte* *).

I. Errichtung der Bisthümer. Die Entstehung der ältesten Bisthümer hängt auf das Innigste mit der Entwicklung und Ausbreitung des Christenthums zusammen. Sie sind nicht errichtet worden, vielmehr haben sie sich mit der Ausbildung des Episkopats überhaupt aus den einzelnen Christengemeinden heraus entwickelt[5]. Es lässt sich daher wohl die Frage aufwerfen, wer diese letzteren gestiftet, nicht aber die, wer die ältesten Bisthümer gegründet und welches die juristischen Voraussetzungen für die Errichtung derselben gewesen seien. Erst nachdem eine Reihe von Bisthümern entstanden waren, und man deren Verhältnisse rechtlich zu ordnen begonnen, konnte die Aufstellung von Normen für die Errichtung neuer derartiger Organisationen in Frage kommen.

In denjenigen Gebieten, in welchen das Christenthum keine Verbreitung gefunden hatte, bedurfte es zunächst einer missionirenden Thätigkeit. Eine solche wurde, weil hier Rechte anderer nicht beeinträchtigt wurden, Niemandem verwehrt und ebenso stand es wohl in älterer Zeit jedem Bischof frei, die bischöfliche Weihe an Geistliche, welche sich der Bekehrung widmen wollten und sich erst dadurch ein Gebiet für die Ausübung ihrer bischöflichen Rechte zu schaffen hatten, zu ertheilen[6].

Dagegen konnte die Errichtung neuer Bisthümer in denjenigen Ländern, in welchen schon eine feste kirchliche Organisation bestand, nicht ohne Schmälerung der schon vorhandenen bischöflichen Sprengel erfolgen, und daher ist der Schluss

[1] Const. Gregor. XIII.: Exposcit v. 1583 (u. A. bei Ferraris l. c. n. 44 u. Acta s. sed. 3, 308. n. 2).

[2] Also nicht nach dem Tage der Einkleidung, Nicollis l. c. n. 74; Ferraris n. 30 ff.

[3] Nach Analogie von c. 7. Dist. XVII. cit., s. auch Bened. XIV. l. c. n. 6.

[4] Sess. XXV. c. 13 de regul., aber nur für den betreffenden Fall. Dem Recht auf Präcedenz wird dadurch nicht präjudizirt, dieses kann vielmehr nachher im Rechtswege geltend gemacht werden. Ein derartiger Fall in Acta s. sed. 3, 306.

*) Thomassin v. et n. disciplina I. 1. c. 54; Phillips 5, 311 ff.

[5] Th. I. S. 309.

[6] In der Zeit Konstantins erhielt Frumentius die Bischofsweihe von Athanasius, um die Juden, — wahrscheinlich sind aber die Abyssinier gemeint — zu bekehren, Socrat. hist. eccles. I. 19; und in der 2. Hälfte des 4. Jahrh. Moses, welcher die Mission unter den Arabern auf Wunsch ihrer Königin leiten sollte, die Konsekration von den orthodoxen vertriebenen Bischöfen, da er sich von dem Arianer Lucius in Antiochien nicht weihen lassen wollte, ibid. IV. 36 u. Thomassin l. c. n. 2.

gerechtfertigt, dass es der Zustimmung desjenigen Bischofs, dessen Diöcese dadurch verringert werden sollte, bedurfte[1]. Andererseits scheint aber dessen Konsens auch allein ausreichend gewesen zu sein, und es keiner Mitwirkung einer höheren kirchlichen Instanz bedurft zu haben[2]. Allerdings weisen die Rechtsquellen der älteren orientalischen Kirche keine direkte, diese Frage regelnde Anordnungen auf. Indessen ist zu berücksichtigen, dass, nachdem in dem Kampfe gegen die Chorbischöfe[3] der Grundsatz, dass Bischöfe nur in den Städten eingesetzt werden durften, zur Anerkennung gebracht war, die Neuerrichtung eines Bisthums für die Regel allein dann erfolgen konnte, wenn ein Ort von der weltlichen Gewalt zum Range einer Stadt befördert wurde. Für diesen Fall hatte aber das Koncil von Chalcedon festgesetzt[4], dass die Ordnung der kirchlichen Parochieen (Diöcesen) der staatlichen Ordnung folgen sollte. Damit war ein für alle Mal die Voraussetzung, unter welcher die Bischöfe sich eine Schmälerung ihrer Sprengel gefallen lassen mussten, bestimmt, zugleich aber auch indirekt weiter angeordnet, dass der Bischof der neuen Diöcese von jeder Abhängigkeit von dem Bischof des früheren Sprengels frei und allein dem Metropoliten der Provinz unterworfen sein sollte[5].

Die Eparchieen oder Metropolitanbezirke fielen im Wesentlichen mit den staatlichen Provinzen zusammen und bei der Abhängigkeit der kirchlichen von der politischen Reichs-Eintheilung konnte die Theilung einer Provinz in mehrere sehr leicht Veranlassung werden, dass die Hauptstadt einer neuen Provinz auch zum Range einer kirchlichen Metropole erhoben wurde[6]. Andererseits fehlt es aber für jene Zeit gleichfalls an Vorschriften über die Voraussetzungen, unter welchen eine neue Metropole errichtet werden durfte. Aus der Bestimmung des Koncils von Chalcedon, dass der Bischof, welcher vom Kaiser eine Rangerhöhung seines Bischofssitzes zur Metropole extrahire, seiner Stelle verlustig gehe[7], ergiebt sich nur so viel, dass zur gültigen

[1] Darauf deutet das Verbot der ferneren Bestellung von Bischöfen in den Diöcesen (Chorbischöfen) durch das Koncil v. Laodicea (o. S. 163. n. 2): woraus sich ergiebt, dass bis dahin solche mit Wissen und Willen der Stadtbischöfe eingesetzt sein müssen, vgl. Thomassin l. c. n. 6.

[2] So setzte der Bischof v. Nicäa einen neuen Bischof in dem vom Kaiser zur Stadt erhobenen Basilonopolis ein, conc. Chalc. a. 451 act. 13 (Mansi 7, 306). Dass dieses Koncil die Errichtung des Bisthums für nichtig erklärt hat (so Phillips 2, 314), ist unrichtig, nur die Metropolitanrechte, welche der Bischof v. Nicäa geltend machte, sind ihm durch dasselbe auf Beschwerde des Erzbischofs v. Nikomedien — freilich unter Gewährung des Titels: Metropolit — abgesprochen worden, s. auch Th. I. S. 580. n. 5.

[3] S. o. S. 163.

[4] c. 17: „. . . εἰ δέ τις ἐκ βασιλικῆς ἐξουσίας ἐκαινίσθη πόλις ἢ αὖθις καινισθείη, τοῖς πολιτικοῖς καὶ δημοσίοις τύποις καὶ τῶν ἐκκλησιαστικῶν παροικιῶν ἡ τάξις ἀκολουθείτω“ (wiederholt durch c. 38 Trullan. a. 692).

[5] Denn die neu errichtete Stadt war keine Metropole, in der ein Erzbischof residiren konnte und es musste daher der neue Bischof nach der bei dem vorhin erwähnten Streit (Note 2) zur Anwendung gebrachten Vorschrift des Koncils v. Nicäa c. 4 unter den Metropoliten treten, s. auch Hefele, Koncil. Gesch. 2, 502.

[6] Nach der Theilung Cappadociens in zwei staatliche Provinzen beanspruchte der früher Cäsarea unterworfene Bischof der neuen Provinzialhauptstadt Tyana die Metropolitanwürde, und er erlangte dieselbe auch trotz des Widerstrebens Basilius' d. Gr., des damaligen Metropoliten von Cäsarea, welcher behufs der Sicherung seiner Stellung mehrere neue Bisthümer und Bischöfe kreirt hatte, Baronii ann. a. 371. n. 86 ff.; Le Quien, Oriens christiana 1, 365. 396. Die Anfrage des Bischofs v. Antiochien, ob die bürgerliche Theilung der Provinz auch die kirchliche zur Folge habe, an Innocenz I., welche freilich von diesem verneinend entschieden ist (epist. a. 415 bei Coustant p. 852), ergiebt gleichfalls, dass die Abhängigkeit der kirchlichen Organisation zwar nicht als rechtliche Nothwendigkeit, aber doch als faktische Regel angesehen wurde.

[7] c. 12. Dass es sich hierbei lediglich um einseitige vom Kaiser gemachte Anordnungen handelt (s. auch Maassen, d. Primat des Bischofs v. Rom S. 9. n. 16; Hefele a. a. O. S. 498), zeigt der Fall, welcher zur Aufstellung des Kanons Veranlassung gegeben hat. Der Bischof v. Berytus in der Provinz Phoenicia I. hatte von Theodos II. die Erhebung seines Sitzes zur Metropole erlangt und in einem Theil der Provinz Metropolitanrechte geübt. Auf desfallsige Beschwerde des Metropoliten v. Tyrus entschied aber die Synode unter Bezugnahme auf c. 4 conc. Nicaen., dass der letz-

Errichtung einer neuen Provinz die vorgängige Aenderung der politischen Eintheilung für erforderlich und ferner eine einseitige Anordnung der weltlichen Gewalt nicht für ausreichend erachtet wurde. Als das Organ der Kirche, deren Zustimmung somit in jener Zeit ebenfalls nothwendig erschien, kann mit Rücksicht auf die damalige Verfassung, allein die Synode des Exarchen oder des Patriarchen betrachtet werden[1].

Die Stellungen der Patriarchen und Exarchen[2] endlich sind stets durch allgemeine Synoden anerkannt worden[3], und haben durch diese ihre feste Rechtsbasis erhalten.

Da solche Synoden aber nicht ohne Mitwirkung der Kaiser zu Stande gekommen sind, und ferner als die regelmässige Voraussetzung für die Entstehung neuer Bisthümer und neuer Metropolitansprengel die von der politischen Gewalt abhängige Veränderung der bürgerlichen Reichseintheilung galt, so lässt sich andererseits für das 4. und 5. Jahrhundert behaupten, dass eine Umgestaltung der kirchlichen Organisation in den erwähnten Richtungen auch nicht wider den Willen des Kaisers einseitig von den kirchlichen Behörden und Synoden vorgenommen werden konnte[4].

Von der Nothwendigkeit einer Genehmigung des Bischofs von Rom zeigt sich dagegen in jener Zeit keine Spur[5].

Für Afrika, wo die hier in Rede stehende Frage bei der schnellen Verbreitung des Christenthums schon früh hat praktische Bedeutung erlangen müssen, ist es sicher bezeugt, dass der Bischof innerhalb seiner Diöcese neue Bisthümer errichten durfte[6]. Allerdings wurde hier im 5. Jahrh. ausserdem der Konsens des Primas[7] und der Synode der betheiligten Provinz[8] erfordert, keinesfalls aber die Mitwirkung des römischen Bischofs[9].

Päpstliche Verfügungen in Betreff von Bisthümern kommen allerdings im 5. Jahr-

tere allein erzbischöfliche Rechte habe. Die bei der Verhandlung vorgelegte Frage lautete dahin: „Εἰ ἔξεστι κατὰ θεῖον πραγματικὸν (d. h. auf Grund eines kaiserlichen Reskripts) ἀλλοτρίας ἐκκλησίας δικαῖα ἑτέρους ἐπισκόπους παραιρεῖσθαι" conc. Chalc. act. 4 (Mansi 7, 89).

[1] Es handelte sich dabei um eine den ganzen Sprengel betreffende gemeinsame Angelegenheit, namentlich deshalb, weil der neue kirchliche Würdenträger auf der Synode desselben als stimmberechtigter Vertreter seiner Provinz zu erscheinen, überdies auch die Weihe vom Exarchen oder Patriarchen zu empfangen hatte, s. Th. I. S. 549. 576. Die in der vorigen Note erwähnte Erhebung von Berytus zur Metropole ist durch eine σύνοδος ἐνδημοῦσα (Th. I. S. 542. n. 5) bestätigt worden, Hefele S. 378, woraus sich jedenfalls ergiebt, dass auch die Kaiser die Mitwirkung einer kirchlichen Autorität nicht für vollkommen entbehrlich hielten.

[2] S. Th. I. S. 538 ff. 576 ff.

[3] S. Th. I. S. 539. 541. 542. 544. 545. 576. Ein Beispiel aus dem 7. Jahrh. das. S. 578.

[4] Sonst wäre es kaum erklärlich, dass die Kaiser einseitig derartige Aenderungen hätten vornehmen können, und dass die Synode v. Chalcedon c. 12 den blos kaiserlich ernannten Metropoliten den Titel als Ehrenprädikat belassen hätte. Ueber die Erhebung von Justiniana I. zum Exarchensitz durch Justinian s. Th. I. S. 579.

[5] So auch Phillips S. 314. Wenn Justinian in dem in der vorigen Note erwähnten Fall die Mitwirkung des römischen Bischofs in Anspruch genommen hat, so erklärt sich dies aus den dabei obwaltenden besonderen Verhältnissen.

[6] c. 5. Carth. I. a. 390 (c. 50. CXVI qu. 1), c. 42. 46. Carth. III. a. 397 (c. 51 ibid.), s. auch den Bericht Augustins ep. 209 (*al.* 261 ed. Bened. 2, 778) über die von ihm vorgenommene Errichtung des Bisthums Fussala.

[7] S. o. S. 2 u. Th. I. S. 581.

[8] c. 4. Carth. XI. a. 407 = c. 98 cod. can. eccles. Afric. (Bruns, can. I. 1, 185).

[9] Hefele 2. 88. n. 1. Wenn Leo I. die Mauritanischen Bischöfe unter Hinweis auf die Kanones, welche die Einsetzung von Bischöfen in Diöcesen verbieten, ermahnt, an solchen Orten keine neuen Bischöfe zu weihen, sondern die zu diesen gehörigen Diöcesen den Bischöfen, von deren Sprengel sie abgetrennt worden waren, wieder zu überlassen, ep. 12 c. 16 u. 446 (opp. ed. Baller. 1, 667) = c. 4. Dist. LXXX u. c. 1. X. de privil. V. 33 und damit den Versuch macht, in die Angelegenheiten der afrikanischen Kirche einzugreifen, so beruft er sich doch dabei nicht auf ein etwaiges päpstliches Reservatrecht zur Errichtung neuer Bisthümer, Thomassin l. c. n. 10. Phillips S. 332 behauptet, allerdings ohne jeden Beweis, dass Leo I. kraft der ihm von Gott gegebenen Vollmachten die Errichtung von Bisthümern hätte in die Hand nehmen können.



hundert für Burgund[1] und im folgenden für Italien[2] vor. Diese betrafen aber Länder, welche in einer engen Verbindung mit dem römischen Stuhle standen und eine Anlehnung an denselben suchten[3]. Keineswegs hatte sich indessen bereits damals für das Abendland, wo sich übrigens vielfach dieselbe Uebereinstimmung zwischen politischer und kirchlicher Eintheilung, wie im Orient, findet[4], der Grundsatz festgestellt, dass die Errichtung neuer Bisthümer und Erzbisthümer von der Zustimmung des Papstes abhängig sei.

Klar beweisen dies die Verhältnisse im Frankenreich. In Betracht des anfänglichen äusserst losen Zusammenhang desselben mit dem apostolischen Stuhle[5] ist eine solche Mitwirkung des letzteren schon an und für sich unwahrscheinlich, und Gregor von Tours, welcher über mehrfache durch die Könige vorgenommene Gründungen von Bisthümern berichtet[6], erwähnt in der That auch niemals einer solchen[7]. Nur die Genehmigung der Provinzialsynode hätte kirchlicherseits nach Lage der damaligen Verfassung beansprucht werden können[8], doch scheint sie entweder gar nicht oder nicht mit Nachdruck gefordert worden zu sein, da die Könige allein und einseitig vorgegangen sind[9].

Von Anfang an hat dagegen der römische Stuhl die Befugniss geübt, in den durch seine Missionäre gewonnenen Gebieten neue Bisthümer zu errichten[10]. In karolingischer Zeit ist aber der päpstliche Einfluss nicht mehr auf solche Länder beschränkt geblieben. Die Wiederherstellung der zerstörten Metropolitanverfassung des Frankenreichs ist nicht allein durch die Herrscher unter Mitwirkung der Reichs-

[1] Ueber das Eingreifen Leo's I. in dem Streit mit Hilarius von Arles s. Th. I. S. 588. 589, namentlich S. 589 Note 7.

[2] Gregor. I. ep. IV. 29 (ed. Bened. 2, 708, Errichtung des Bisthums Phausiana auf Sardinien).

[3] S. o. S. 4 u. 5.

[4] Maassen, Primat S. 11 ff.; über das Westgothenreich Dahn, Könige der Germanen 6, 408. Dass auch im merovingischen Frankreich dieselbe Anschauung über das Verhältniss der kirchlichen zur politischen Eintheilung sich geltend gemacht hat, ergiebt c. 9 Paris. a. 614 o. 615.

[5] S. o. S. 5.

[6] V. 5; VII. 57.

[7] Gegenüber dem Andringen König Childeberts auf Gründung eines neuen Bisthums zu Melun hat zwar der Erzbischof Leo v. Sens nicht nur auf die Nothwendigkeit der Mitwirkung des Königs Theodebert, dem er selbst untergeben war, und des Konsenses der Provinzialsynode hingewiesen, sondern auch eine gewisse Betheiligung des Papstes in Anspruch genommen, opp. Greg. Turon. ed. Ruinart Par. 1699. p. 1328 u. Sirmond, conc. Galliae 1, 258: „Nam gloria vestra optime debet et credere et scire, quia si contra statuta canonum quicumque episcoporum sine consensu Mecledone episcopum voluerit ordinare usque ad papae notitiam vel synodalem audientiam tam hi qui ordinaverint quam qui ordinatus fuerit, a nostra erunt communione disiuncti"; indessen bezieht er sich auf die Kanones (s. o. S. 39. n. 6), welche die Weihe eines zweiten Bischofs bei Lebzeiten des ersten neben diesem verbieten, fasst also die Sache gar nicht unter dem hier fraglichen Gesichtspunkt auf. Nur indirekt kann aus dem Schlusssatze gefolgert werden, dass bei stattgehabter notitia papae und audientia synodalis die Weihe des Bischofs, also auch die Errichtung des Bisthums als ordnungsmässig betrachtet werden müsste. Die Kenntnissnahme des Papstes, notitia, wird offenbar deshalb gefordert, weil er als Wächter der alten Kanones gilt, dagegen wird der Provinzialsynode die audientia, d. h. die Verhandlung und die eigentliche Entscheidung beigelegt. In ihrer Totalität macht die ganze Erklärung den Eindruck, dass es sich dabei um einen passenden Vorwand, die Forderungen des Königs abzulehnen, handelt.

[8] S. die vorige Note. Eine positive Bestimmung fehlt in den merovingischen Rechtsquellen. Dies erklärt sich offenbar daraus, dass in Gallien, wo schon in der römischen Zeit die Bisthums-Organisation abgeschlossen war, Aenderungen in den bestehenden Verhältnissen selten eintraten, und wenn solche vorgenommen wurden, dafür mehr persönliche als sachliche Gründe massgebend waren, s. die Mittheilungen bei Gregor von Tours (Note 6) u. auch Thomassin l. c. n. 55.

[9] Auch im Westgothenreich sind derartige einseitige Verfügungen der Könige vorgekommen, c. 4 Tolet. XII. a. 611 u. Dahn, Könige d. Germanen 6, 377. 478.

[10] Prosper. chron. a. 431 (ed. Paris. 1711. 1, 401): „Ad Scotos in christum credentes a papa Coelestino Palladius primus episcopus mittitur"; Phillips S. 325 ff. 335 ff., s. auch o. S. 351. Ohne Konkurrenz der weltlichen Machthaber konnten aber auch in solchen Gebieten die geplanten Einrichtungen nicht in das Leben treten.

synoden, sondern thatsächlich auch unter Betheiligung des Papstes erfolgt[1], was sich aus dem damaligen engen Verhältniss der weltlichen Machthaber des Frankenreichs und des Papstthums erklärt. Immerhin erscheint indessen die Gründung neuer Bisthümer als ein den Herrschern zustehendes Recht[2], und diese Auffassung hat sich noch Jahrhunderte hindurch erhalten. In der Zeit der Ottonen[3] ist es der deutsche König bez. Kaiser, von welchem die Errichtung ausgeht. Der Papst wird dabei als höchster Leiter der geistlichen Angelegenheiten zugezogen, umsomehr als es sich fast immer um Stiftungen in neu bekehrten Ländern oder für solche handelte. Ferner holte man den Konsens der durch die Neuerrichtung des Bisthums benachtheiligten Bischöfe ein[4]. Endlich wurden die weltlichen und geistlichen Optimaten, diese öfters in einer Synodal-Versammlung, als Beirath zugezogen[5], da die Neugründung eines

[1] S. o. S. 7. Werner, Bonifazius d. Apostel d. Deutschen S. 273 ff. Ueber die kirchliche Anschauung des 9. Jahrhunderts vgl. die Glosse zur Hadriana bei Maassen, Glossen des kanon. Rechts. Wien 1877 S. 32. n. 9, welche die Bestimmung des Papstes, aber auch die Mitwirkung des Herrschers verlangt.

[2] So erklärt Carlmann auf der Synode v. Estines v. 742 (Jaffé monum. Mogunt. p. 127): „Et per consilium sacerdotum et optimatum meorum ordinavimus per civitates episcopos et constituimus super eos archiepiscopum Bonifatium“.

[3] Otton. I. dipl. a. 946 für Havelberg (Riedel, cod. dipl. Brandenb. I. 2, 435; Meckl. Urkdbch. 1, 16): „consultu et inductu dilecti... Marini legati ecclesie Romane et Friderici archiepiscopi (v. Mainz) et aliorum episcoporum et fratris nostri Brunonis necnon Geronis . . . ducis et marchionis in castro Havelberg in marchia illius sito . . . episcopalem constituimus sedem, preficientes ei... presulem Oudonem, conferentes et donantes de nostra proprietate ei et ecclesie cathedrali ibidem ab eodem constituende medietatem castri et civitatis Havelberg“ etc.; eiusd. dipl. a. 949 für Brandenburg (Riedel l. c. I. 8, 91; Meckl. Urkdbch. 1, 18): „consultu Marini vener. presulis, Romane legati ecclesie necnon Fridurici ac Adaldagi (v. Hamburg) archiepiscoporum aliorumque episcoporum complurium et cari fratris nostri Brunonis procerumque nostrorum precipueque Geronis. . . in predio nostro... in civitate Brandenburg . . . episcopalem constituimus sedem, preferentes ei religiosum presulem Thiatmarum“. Vgl. zu diesen Urkunden Köpke-Dümmler, Kaiser Otto d. Gr. S. 167.

[4] Die beiden in der vorigen Note angeführten Diplome Otto's I. heben ausdrücklich die Einwilligung der Erzbischöfe von Mainz und Hamburg hervor. Die Absicht Otto's I., ein Bisthum in Merseburg zu errichten und Halberstadt unter Erhebung zur Metropole nach Magdeburg zu verlegen, ist wohl mit durch den Widerstand des Erzbischofs von Mainz, s. dessen Brief an Papst Agapet II. v. 955 bei Jaffé, mon. Mogunt. p. 349, vgl. auch Köpke-Dümmler a. a. O. S. 270 ff., vereitelt worden. Später protestirte auch der Bischof von Halberstadt und erst ihre Nachfolger stimmten der Ausführung des veränderten Planes Otto's I. zu, s. dipl. Otton. I. a. 968 (LL. 2, 561): „Igitur Magadaburgensi civitate... archiepiscopalem sedem fieri desiderantes . . . consilio vener. archiepiscopi Hattonis (v. Mainz) et Hildewardi episcopi (v. Halberstadt) ceterorumque fidelium nostrorum ... Adalbertum . . . archiepiscopum et metropolitanum totius ultra Albiam et Salam Sclavorum gentis . . . fieri decrevimus et elegimus, quem et Romam pro pallio a domno papa suscipiendo dreximus . . . Ne vero haec eius electio vel inthronizatio futuris ... temporibus aliquotum valeat invidia molestari, III ab illo episcopos, unum Merseburgensem, alterum Citicae, tertium Misnae in praesentia legatorum volumus ordinari“, s. Böttiger, d. ursprüngl. Bestandtheile des Erzbisth. Magdeburg i. d. Ztschr. f. preuss. Gesch. u. Landeskunde. Jahrgg. 10 (1873) S. 441; Köpke-Dümmler S. 442 ff. Für die Stiftung von Prag ist i. J. 974 der Konsens des Regensburger Bischofs, Othlonis vita S. Wolfkangi c. 29 (SS. 4, 538); Hirsch, Jahrb. d. deutsch. Reichs unt. Heinr. II. 1, 115; für die von Bamberg die des Würzburger Bischofs, a. a. O. 2, 62. 64 eingeholt worden. Vgl. ferner Waitz, deutsch. Verf. Gesch. 7, 297. 298.

Die päpstliche Mitwirkung wurde übrigens auch als Mittel zur Ueberwindung eines etwaigen Widerstandes der betheiligten Bischöfe benutzt, in der Bulle Johann's XII. v. 962 über die Errichtung von Magdeburg heisst es (Mansi 18, 462): „praecipimus, ut Mogontiensis, Trevirensis, Coloniensis, Salzburgensis, Hammaburgensis archipraesules Magdeburgensis monasterii in archiepiscopalem et Merseburgensis translationem in episcopalem sedem totis cordis corporisque viribus consentanei fautores existant“.

In einzelnen Fällen ist auch von der Zustimmung der betreffenden Bischöfe abgesehen worden, so hat z. B. Otto III. an Gnesen erzbischöfliche Rechte ohne die Einwilligung Magdeburgs ertheilt, Thietmar. chron. IV. 28, SS. 3, 781: „fecit ibi archiepiscòpatum, ut spero, legitime sine consensu tamen praefati praesulis, cuius dioecesi omnis haec regio subiecta est“.

[5] S. die angeführten Diplome Otto's I.; Köpke-Dümmler S. 444. 449. Ueber die Frankfurter zur Bestätigung der Stiftung Bambergs i. J. 1007 abgehaltene Synode vgl. Jaffé, mon. Bamberg. p. 27; Hirsch a. a. O. S. 65 ff.; Hefele, Konciliengesch. 4, 633.

Uebrigens kann daraus, dass die Päpste ihre Zustimmung in einer Weise ausdrücken, nach welcher sie als die Handelnden erscheinen, nichts

Bisthums, dessen Leiter in die Klasse der Reichsgrossen trat, das mit Reichsgütern ausgestattet und auch mit politischen Rechten bewidmet wurde, eine Angelegenheit von hervorragender politischer Bedeutung war.

Wenn behauptet wird [1], dass seit dem 11. Jahrhundert insofern ein Wendepunkt eingetreten sei, als sich seitdem ein Reservatrecht des Papstes zur Errichtung von Bisthümern geltend gemacht habe, so haben allerdings Gregor VII. und Urban II. eine solche Befugniss für den römischen Stuhl in Anspruch genommen [2], aber nur gegenüber den Metropoliten und Bischöfen, und diese Anschauung, welche sich auf das Recht des Papstes zur Entscheidung der causae maiores stützt, ist allerdings in den beiden folgenden Jahrhunderten die herrschende geworden [3], dagegen haben die Päpste die enscheidende Mitwirkung der weltlichen Fürsten [4] nicht auszuschliessen vermocht, weil einmal die Errichtung eines neuen Bisthums zugleich als eine politische Angelegenheit galt und ferner die erforderliche Ausstattung, welche in den früheren Zeiten nur aus Immobilien bestehen konnte, ohne eine Betheiligung des Fürsten höchstens in Ausnahmefällen zu beschaffen gewesen wäre.

Wohl aber gelang es den Päpsten seit dem 14. Jahrhundert unter Berufung auf ihre apostolische Machtfülle das früher anerkannte Widerspruchs- und Konsensrecht [5] der betheiligten Bischöfe zu beseitigen [6]. Man gestattete ihnen später nur ihre Ein-

über ihre Rechte geschlossen werden, denn umgekehrt lassen die Kaiserurkunden die Kaiser als Gründer hervortreten. Thatsächlich steht übrigens fest, dass die Initiative zur Errichtung der deutschen Bisthümer seit Karl d. Gr. bis auf Heinrich II. von den Kaisern ausgegangen ist. Dieselbe Erscheinung zeigt sich auch in andern Ländern, s. z. B. für Dänemark Adam. Brem. gest. Hammab. pontif. III. 24: „Cuius dioecesim rex Suein in IV episcopatus distribuens praebente suam auctoritatem metropolitano singulis suos intronizavit episcopos".

[1] So Richter-Dove §. 178.

[2] dictat. Gregor. VII (Jaffé, mon. Gregor. p. 174): „Quod illi soli licet, . . . novas plebes congregare, de canonica abbatiam facere et econtra divitem episcopatum dividere et unire"; ep. Urban. II. ad Rainold. Rem. archiep. a. 1092 (Mansi 20, 670): „Solius etenim apostolici est, episcopatus coniungere, coniunctos disiungere aut etiam novos construere". Demgemäss hat der Erzbischof v. Salzburg für die Stiftung des Bisthums Gurk i. J. 1070 die Bestätigung Alexander's II. eingeholt, ep. eiusd. ad Gebeh. Salzburg (Mansi 19, 975); Hirsch a. a. O. 1, 165. 166.

[3] Bernard. Clarevall. ep. 131 (opp. ed. Venet. 1726. 1, 131): „Plenitudo siquidem potestatis super universas orbis ecclesias singulari praerogativa apostolicae sedi donata est . . . Potest, si utile iudicaverit, novos ordinare episcopatus, ubi hactenus non fuerunt"; c. 1 (Innoc. III.) X. de transl. I. 7; vgl. auch c. 4 (id.) X. de off. leg. I. 30. Bei dem c. 16 (Gregor. IX.) X. de m. et o. I. 33 erwähnten Fall, Errichtung eines Bisthums durch den Erzbischof v. Colocza, ist die erfolgte päpstliche Zustimmung vorauszusetzen (so auch Thomassin l. c. c. 58. n. 9), da in Ungarn die betreffende Befugniss des Papstes unbestritten war, s. Th. I. S. 518. n. 5. 6.

[4] So erklärt Ivo v. Chartres ep. 238 ad Paschal. II. (ed. Paris. 1610. p. 422) den Konsens des Königs v. Frankreich bei der Errichtung des Bisthums Tournay für nothwendig, und derselbe ist auch eingeholt worden, Thomassin l. c. c. 57. n. 2 ff. Denselben Standpunkt vertritt Anselm v. Canterbury bei der Zertheilung Linkolns in zwei Diöcesen, Eadmeri hist. novor. IV. 4, opp. Anselmi Cantuar. ed. Gerberon Paris. 1721. 3, 79): „Anselmum . . . sciens praeter regium consensum et Romani pontificis auctoritatem novum episcopatum nusquam rite institui posse"; vgl. Frideric. I. dipl. a. 1154 (Meckl. Urkdbch. 1, 47): „qualiter nos . . . Heinrico duci Saxoniae iniunximus, ut in provincia ultra Albiam quam a nostra munificentia tenet, episcopatus et aecclesias ad dilatandum christiani nominis imperium instituat . . . id etiam adiungimus, quod is in provinciis circumquaque, in quibus necdum christiana religio tenetur, episcopatus sua strenuitate fundare potuerit, in his eadem potestate fungatur" u. desselb. Bestätigungsurkunde f. das Bisthum Schwerin v. 1170 (ibid. 1, 86). Weitere Beispiele bei Hirsch a. a. O., Laspeyres, Gesch. d. kath. Kirche Preussens S. 275. n. 3; Gallia christ. t. 6. app. p. 261; folgende Note; ep. Clem. III. ad Alphons. Cast. reg. a. 1187—1191, Fernandez, hist. de Plasencia, Madrid 1627. p. 23; Thomassin l. c. c. 57. n. 10. 11, hier ein Fall besprochen, in welchem Bonifazius VIII. allerdings ein Bisthum gegen den Willen Philips d. Schönen errichtet hat.

[5] Noch Cölestin III. ertheilte dem Erzbischof von Rheims die Erlaubniss, ein neues Bisthum zu errichten „de assensu Francorum regis, de consilio . . . Atrebatensis et Ambianensis episcoporum, Innoc. III. lib. I. ep. 152 (ed. Baluze 1, 84).

[6] Johann XXII. dismembrirte i. J. 1317 die umfangreiche Diöcese von Toulouse unter Lösung

wendungen geltend zu machen und unterzog diese der Erörterung, aber der blosse Widerspruch konnte als solcher allein die beabsichtigte Neuorganisation nicht mehr aufhalten[1]. Diese Umbildung des früheren Rechtes ist dadurch erleichtert worden, dass der Papst und die Landesherrn in solchen Fällen meistens einig waren, und die Bischöfe dem gemeinsamen Willen beider schwer widerstehen konnten[2]. In der That war damit auch erst der richtige Standpunkt gewonnen. Denn die Befriedigung der nothwendigen Anforderungen einer zweckentsprechenden kirchlichen Organisation, das höhere allgemeine Interesse der Kirche, konnte unmöglich auf die Dauer dem Belieben und dem Eigennutz der einzelnen Bischöfe untergeordnet bleiben.

An der schon in den alten Kanones aufgestellten Vorschrift, dass Bischofssitze nicht auf dem Lande, sondern in den Städten errichtet werden sollten[3], hat die Kirche fort und fort festgehalten[4]. Ja, um dieser Bestimmung Genüge zu thun, haben die Päpste sogar in vielen Fundationsurkunden kleineren Ortschaften die Eigenschaft als Stadt ausdrücklich beigelegt[5].

II. Die Errichtung der anderen Kirchenämter. Aus den ersten Jahrhunderten sind keine rechtlichen Normen über die Errichtung der kirchlichen Aemter in den Diöcesen überliefert. Dies erklärt sich daraus, dass zunächst der Gottesdienst und die Leitung aller kirchlichen Geschäfte der Diöcese in der Hand des Bischofs lag, und dass derselbe, falls sich ein Bedürfniss nach Vermehrung der geistlichen Kräfte herausstellte, bei der Ungetrenntheit der kirchlichen Vermögensmassen nur einen neuen Kleriker zu weihen brauchte. Ueber die Berechtigung des Bischofs zu solchen Massnahmen kann nicht der mindeste Zweifel obwalten. Sie war ein Ausfluss seiner Stellung als kirchlichen Leiters der Diöcese, und sie ist für die spätere Zeit genügend bezeugt. Das Presbyterium hat aber wohl bei dergleichen Anordnungen — dies ergiebt sich aus seinem allgemeinen Wirkungskreise[6] — zugezogen werden müssen.

ihres Suffraganverhältnisses zu Narbonne und Erhebung zum erzbischöflichen Sitz in mehrere bischöfliche Sprengel, c. 5. 6. in Extr. comm. de praeb. III. 2. Der Einwilligung des Erzbischofs von Narbonne und des Bischofs von Toulouse, dessen Kirche durch die Zuweisung eines Theils ihrer Güter an die neu errichteten Suffraganbisthümer erhebliche Einbusse erlitten hatte, wird nicht gedacht. Schwerlich hat der letztere seine Einwilligung gegeben, da c. 6. cit. die Strafen gegen diejenigen, welche die vom Papste angeordneten Massregeln zu verhindern suchen, verschärft. Ein anderes Beispiel aus dem 14. Jahrh. bietet die Erhebung Prags zum Erzbisthum, wobei der Widerspruch des Erzbischofs von Mainz ebenfalls unberücksichtigt geblieben ist, s. Th. I. S. 614 u. J. J. Moser, teutsch. Staatsrecht Th. 11. III. Buch. K. 35. §. 26. S. 222; ferner gehört hierher die Errichtung von Wien durch Paul II. i. J. 1468 und der niederländischen Bisthümer durch Pius IV. i. J. 1559, s. a. a. O. §§. 32. 33. 27. S. 234. 226 u. Tübing. theolog. Quartalschrift 1826. S. 5 ff. Vgl. auch Riganti, comm. in regul. cancell. reg. 22. n. 87.

[1] Später hielt sich die Kurie an die 22. Kanzleiregel (Walter, fontes iur. eccles. p. 492): „... semper in unionibus commissio fiat ad partes vocatis quorum interest et idem voluit observari in quibusvis suppressionibus perpetuis, concessionibus, dismembrationibus et applicationibus“. Bei der Erhebung Wiens zum Erzbisthum sind der Bischof und das Kapitel von Passau gehört worden, Moser a. a. O. §. 35. S. 235, vgl. ferner die Urkunden über die Errichtung des Bisthums Alais (1693) i. d. Gallia christiana t. 6. app. 225 ff. Uebrigens haben die beeinträchtigten Bischöfe öfters eine Entschädigung in verschiedener Gestalt erhalten.

[2] Vgl. die vorige Note aus Moser angeführten Beispiele.

[3] S. o. S. 163.

[4] Für die karolingische Zeit s. Cap. Vern. a. 755. c. 1; s. g. cap. eccles. a. 789 (LL. 1, 24. 27); c. 53 (Greg. III. ad Bonif.) C. XVI. qu. 1. Da, wo diese Vorschrift wegen Mangels an Städten, wie z. B. in Deutschland zur Zeit des Bonifacius nicht streng durchzuführen war, musste man sich so gut es ging, namentlich durch Auswahl grösserer Flecken helfen, s. die Korrespondenz zwischen Bonifaz und Zacharias i. J. 742 bei Jaffé, mon. Mogunt. p. 112. 117 u. Rettberg, Deutschlands Kirchengesch. 1, 598; 2, 354. — Für das heutige Recht vgl. c. 1 (Leo I.) X. de priv. V. 33.

[5] Beispiele aus dem 14 bis 17. Jahrh. bei Ughelli 1, 1046; 3, 205. 326; 4, 1080. 1086, s. auch S. 330. n. 3.

[6] S. o. S. 50. 60. 153. 154.



Später haben die Bischöfe die Befugniss, die Pfarreien zu errichten, ausgeübt[1]. Nicht minder lag die Gründung von Klöstern[2], die Umwandlung kirchlicher Aemter und Institute innerhalb ihrer Kompetenz[3]. Als im 8. Jahrhundert die Einführung des gemeinschaftlichen Lebens in den Stiftern erfolgte, fiel diese, und damit auch die Errichtung von Kollegiatkirchen, den Bischöfen zu[4]. Hinsichtlich der Klöster und der Kollegiatkirchen ist indessen eine Aenderung eingetreten. Was die letzteren betrifft, so hat seit dem Ausgange des Mittelalters[5] sich die Auffassung geltend gemacht[6] und im Laufe des 17. Jahrhunderts[7] allgemeine Anerkennung gefunden, dass allein der Papst zur Errichtung von Kollegiatkirchen befugt sei[8]. Veranlassung dazu hat die Praxis der Kurie gegeben, welche auch diese Akte kraft der dem Papste über alle Diöcesen zugeschriebenen Jurisdiktion zur Genehmigung reservirt hat.

§. 103. 2. *Das geltende Recht.*

I. Die Errichtung, *erectio, creatio,* der höheren Kirchenämter, der einfachen, Erz-, Primatial- und Patriarchal-Bisthümer steht nach der im vorigen §. dargelegten Entwicklung dem Papste[9] zu. Derselbe bedient sich dabei nach stattgehabter Vorbereitung der Angelegenheit durch die Congregatio consistorialis[10] des Rathes der zum geheimen Konsistorium versammelten Kardinäle[11], ist aber rechtlich befugt, von diesen Formalitäten abzusehen und allein und selbstständig zu verfügen.

[1] S. o. S. 262 ff.

[2] So wenigstens nach c. 73 (Tolet. III. a. 589) C. XII. qu. 2 die Bestimmung einer Landkirche zum Kloster; s. ferner c. 12. 13 (Agath. a. 506) C. XVIII. qu. 2.

[3] c. 54 conc. Meld. a. 845 (Th. I. S. 317. n. 3), capp. Hincmari (s. o. S. 188. n. 9) u. c. 7. Tolos. a. 844 (LL. 1, 379): „Ut episcopi paroechias presbyterorum propter inhonestum . . . lucrum non dividant. Sed si necessitas populi exegerit, ut plures fiant ecclesiae aut statuantur altaria, cum ratione et auctoritate hoc faciant: scilicet, ut si longitudo aut periculum aquae vel sylvae aut alicuius certae rationis vel necessitas causa poposcerit, ut populus et sexus infirmior, mulierum videlicet et infantum, aut etiam debilium imbecillitas ad ecclesiam principalem non possit occurrere et non est sic longe villa, ut presbyter illic sine periculo ad tempus et congrue non possit venire, statuatur altare; et si ita populo complacet et commodum fuerit, ne sine ratione scandalizetur, paroechia maneat indivisa. Sin autem praefatae causae postulaverint et populus . . . rationabiliter adclamaverit, ut ecclesia illis fieri et presbyter debeat ordinari, hoc episcopi episcopaliter . . . mature consilio canonico tractent et utilitati ac saluti subiectae plebis quaeque agenda sunt, peragant; et secundum quod subtraxerint cuilibet presbytero de paroechia, de dispensa quoque debita ab illo minus accipiant et alteri qui, quod dividitur a parochia suscipit, sub hac eadem mensura imponant". Ueber die Theilnahme des Presbyteriums an diesen Akten s. die Citate S. 384. n. 6.

[4] S. o. S. 51 ff.

[5] Im Mittelalter selbst ist die Errichtung durch den Bischof oder wenn die Fundation von anderen Personen, Fürsten, weltlichen Grossen u. s. w., ausgegangen war, die bischöfliche Genehmigung die Regel gewesen, dipl. a. 961 für Brügge, a. 1047 für Brüssel (Miraeus opp. diplom. 1, 43. 57); a. 1118 für Wasserberg (Lacomblet, niederrh. Urkdbch. 1, 189), a. 1220 für Schade (ibid. 2, 49); a. 1226. 1229 für Güstrow, a. 1248 für Bützow (Mecklenb. Urkdbch. 1, 315. 353. 579), a. 1274 für die Diöcese Autun (D'Achery, spicil. ed. nov. 3, 679); a. 1303 für Oberwesel (Hontheim hist. Trevir. 2, 21); a. 1309 für Lübeck (Leverkus, Urkdbch. d. Bisth. Lübeck S. 519); a. 1318 für Mainz (Würdtwein, dioec. Mogunt. 1, 69); a. 1501 u. 1518 für Brügge (Miraeus 2, 1272). Im Corp. iur. can. findet sich keine direkt entscheidende Stelle, doch sprechen c. 9 (Gregor. VII.?) X. de vita et hon. cler. III. 1; c. 25 (Clem. III.) X. de iurepatr. III. 38 indirekt dafür, dass ein päpstlicher Konsens nicht erfordert worden ist.

[6] Rebuffus praxis benef. P. I. rubr. de erectione collegiatae (ed. Colon. 1610 p. 226); Barbosa ius eccles. II. 6. n. 1.

[7] Pitonius disc. eccles. 116. n. 30.

[8] Hauptsächlich durch die Praxis der Congr. Concilii, Richters Tridentinum S. 350. n. 1. 2. Vgl. ferner ausser Note 6 noch Riganti ad reg. II cancellar. §. 2. n. 95; Ferraris s. v. collegium n. 17 ff.; Bouix de capitulis p. 212; Phillips K. R. 7, 285. Neuere Fälle der Erektion v. Kollegiatkirchen durch päpstliche Verfügungen im bull. Roman. contin. 15, 219. 353. — Ueber die Errichtung einzelner Kanonikate s. u. §. 103.

[9] c. 5 in Extr. comm. cit. III. 2. Wegen der praelaturae nullius s. o. S. 343. n. 5. In Betreff der höheren Regular-Aemter ist die Lehre von den Orden zu vergleichen.

[10] Th. I. S. 366.

[11] Th. I. S. 365.

Die Errichtung erfolgt nur dann, wenn

1. eine *iusta causa* vorliegt[1]. Diese kann sein eine necessitas, eine utilitas oder ein s. g. incrementum cultus divini, d. h. die Hoffnung, dass in Folge der beabsichtigten Massregel die Gottesverehrung innerhalb des betreffenden Bezirkes zunehmen werde. Die Neubekehrung eines bestimmten Distriktes, eine bedeutende Zahl der Bevölkerung[2] oder ein ausgedehnter Umfang der Diöcese[3] können je nach Umständen den ersten oder zweiten Grund bilden. Die Beseitigung von Streitigkeiten zwischen einem Bischof und einem Prälaten nullius dioecesis durch die Erhebung der Quasi-Diöcese des letzteren zum Bisthum[4] bietet ein unter den dritten Grund fallendes Beispiel.

Allerdings ist der Papst, weil er zugleich oberster Gesetzgeber ist, nicht an diese Voraussetzungen gebunden, vielmehr steht ihm die Errichtung frei, wenn er sie überhaupt nur für angemessen erachtet.

2. Muss ein s. g. *locus congruus*, als zukünftiger Amtssitz für den Bischof vorhanden sein. Ein solcher ist für Bisthümer allein eine Stadt[5]. Für die Errichtung von Prälaturen nullius besteht keine derartige Vorschrift, und selbst für die Bisthümer ist der Papst nicht an die Regel gebunden[6].

3. Endlich bedarf es einer *dos*, d. h. eines Vermögens, aus welchem die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der erforderlichen Baulichkeiten, des Gottesdienstes, der Amtsführung und des Lebensunterhaltes der nöthigen kirchlichen Beamten bestritten werden können. In älterer wie in neuerer Zeit sind die Dotationen für die Regel durch die Fürsten, bez. die Staaten beschafft worden[7].

4. Abgesehen von den Missionsländern ist mit Rücksicht auf die bereits überall vorkommende Bisthums-Organisation eine Neu-Errichtung von höheren Kirchenämtern, namentlich von Bisthümern und Erzbisthümern ohne Beeinträchtigung der Rechte anderer Prälaten nicht denkbar. Sie erfolgt daher gewöhnlich erst nach Anhörung der bei der beabsichtigten Veränderung Interessirten. Die Congregatio consistorialis bemüht sich sogar in der Regel, die Zustimmung der betreffenden Prälaten und ihrer Kapitel zu erlangen[8], erforderlich ist diese aber nach heutigem Recht nicht[9].

Mit der Errichtung eines neuen Bisthums und Erzbisthums, sowie einer neuen Prälatur nullius ist gewöhnlich auch die Organisation von Kapiteln[10] verbunden, und daher wird in den Erektionsurkunden darüber gleichfalls das Nähere, über die Zahl

[1] Riganti ad reg. 22 cancell. n. 94 ff.

[2] Multitudo populi erwähnt in c. 5 cit., numerositas personarum i. dipl. a. 1388 bei Ughelli 4, 1086.

[3] Diffusa dioecesis hervorgehoben bei Ughelli l. c.

[4] S. dipl. a. 1653 bei Ughelli 3, 325; vgl. auch Riganti l. c. n. 91.

[5] S. o. S. 384. n. 4.

[6] Wie die mehrfach vorgekommene Erhebung von kleineren Flecken zu Städten (s. o. S. 330. n. 3) zeigt.

[7] Für die ältere Zeit vgl. o. S. 384, für die neuere die deutschen Circumscriptionsbullen und das bairische Konkordat.

[8] Riganti l. c. n. 88. 92. Ist der bischöfliche Stuhl erledigt, so wartet die Kongregation sogar mit Rücksicht auf c. 1. X. ne sede vacante III. 9 bis zur Wiederbesetzung desselben.

[9] S. o. S. 385; Riganti l. c. n. 92. Erektions-Instr. Gregor's XV. v. 1622 für S. Miniato (Ughelli 3, 270): „de . . . apostolicae potestatis plenitudine . . . omnia et singula oppida, terras . . . a dicta dioecesi Lucana etiam absque consensu . . . moderni episcopi Lucani ac etiam . . . modernae abbatissae et conventus dicti monasterii, quinimo ipsis invitis reclamantibus et contradicentibus apostolica auctoritate praesentium perpetuo separamus ac dismembramus“.

[10] Solche existiren aber mitunter schon vor der Errichtung bei den Prälaturen nullius, so wenn der Prälat einer schon bestehenden Kollegiatkirche die desfalsigen Rechte verliehen erhält, s. o. S. 344. n. 6.

der Dignitäten und Kanonikate, die Ausstattung derselben, die Besetzung der Stellen u. s. w. festgesetzt[1].

Ferner bedarf es einer Bestimmung über die zukünftige Kathedrale, zu welcher entweder eine schon bestehende Kirche oder eine erst zu errichtende genommen werden kann.

Endlich hat auch die Abgrenzung des örtlichen Sprengels, der Diöcese, der erzbischöflichen Provinz oder Quasi-Diöcese zu erfolgen.

Ausser der Befugniss zur Erektion der höheren Kirchenämter[2] steht dem Papste auch das ausschliessliche Recht zur Errichtung von Kathedral- und Kollegiatstiftern zu[3]. Die Organisation der ersteren braucht nicht nothwendig gleichzeitig mit der Errichtung eines neuen Bisthums zu geschehen. Für die seltenen Ausnahmefälle, in denen die Einsetzung von Domkapiteln nachträglich vorgenommen wird, hat sich eine feste Kurial-Praxis nicht gebildet. Es hängt in dieser Beziehung Alles vom Ermessen des Papstes ab, jedoch hat der Wille desselben seine natürliche Schranke daran, dass die erforderlichen Fonds für das in Aussicht genommene Kapitel vorhanden sein müssen. Wie einerseits der Mangel solcher den Hauptgrund abgiebt, von der gleichzeitigen Errichtung eines Kathedral-Kapitels bei der Erektion eines Bisthums Abstand zu nehmen, so wird die erstere mit Rücksicht auf die Tendenz der katholischen Kirche, ihre Verfassung, so weit wie möglich, voll auszugestalten, andererseits dann nachträglich stattfinden, wenn für die materiellen Bedürfnisse des Kapitels genügend gesorgt werden kann.

In Betreff der Errichtung von Kollegiat-Kirchen und Stiftern hat die Congregatio concilii eine feste Praxis entwickelt. Sie empfiehlt dem Papste nur dann seine Genehmigung zu ertheilen, wenn der betreffende Ort nicht unbedeutend und passend (locus dignus) ist, eine nicht geringe Bevölkerung und zahlreiche Geistlichkeit besitzt, die in Aussicht genommene Kirche geräumig und von angemessener Architektur erscheint, sodann die ausreichende Anzahl von geeigneten, nicht ganz gewöhnlichen Ornamenten und Kirchengeräthschaften, sowie genügende Mittel für den Unterhalt der Kanoniker[4] beschafft werden können, ferner ein incrementum cultus divini zu erwarten steht und endlich der Bischof der Diöcese der Errichtung nicht widerspricht[5]. Die geringste Zahl von Kanonikatsstellen ist übrigens drei, weil sonst ein Kollegium nicht gebildet werden könnte[6].

Für die Durchführung der bisher besprochenen Massnahmen bedarf es vielfach einer besonderen Thätigkeit, z. B. der Verhandlung wegen Auszahlung oder Sicherstellung der Dotation, der Uebernahme der etwa angewiesenen Grundstücke, der genaueren Feststellung der Grenzen, der Regulirung der Einkommensverhältnisse der einzelnen Geistlichen u. s. w. Für diese Massnahmen pflegt der päpstliche Stuhl einen besonderen s. g. *executor*, welcher gewöhnlich ein Bischof oder Nuntius[7], bei der Errichtung von Kapiteln der ordinarius loci[8] ist, zu ernennen.

[1] S. die S. 384. n. 5 angeführten Urkunden, vgl. auch Phillips 7, 284. 285.

[2] Wegen der höheren Leitungsorgane in den Missionsländern s. o. S. 355 ff.

[3] S. o. S. 385; Bouix l. c. p. 211.

[4] Die Sufficienz wird nach der Qualität des Ortes und der bei andern Kollegiatkirchen der betreffenden erzbischöflichen Provinz hergebrachten Höhe bemessen.

[5] Ferraris s. v. collegium n. 21.

[6] Barbosa J. E. U. II. 6. n. 8; Analecta iur. pont. 1860. p. 2230, s. auch o. S. 63. n. 4.

[7] Beispiele dafür gewähren die preussische Circumscriptionsbulle: De salute animarum u. die bairische: Dei ac domini von 1821, bez. 1818.

[8] S. d. S. 385. n. 8 a. E. citirten Konstitutionen.

Stiftsstellen für s. g. canonici supranumerarii, welche bei Kapiteln mit festbestimmter Mitgliederzahl ein Anrecht auf eine vakante Pfründe erhalten[1], ebenso für Ehrendomherrn (canonici honorarii), wie sie in neuerer Zeit in einzelnen Kapiteln vorkommen[2], zu errichten, ist allein der Papst befugt. Bei den ersteren handelt es sich um eine Beseitigung des Verbotes der Bestellung von Anwartschaften auf Benefizien[3] und bei den letzteren um Abweichungen vom jus commune, mithin in beiden Fällen um Anordnungen, welche nicht innerhalb des bischöflichen Gesetzgebungsrechtes liegen.

Streitig ist die Frage, wem das Recht zur Begründung neuer Dignitäten in den Stiftern zukommt. Nach einer Meinung bedarf der Bischof hierzu stets der päpstlichen Genehmigung[4], nach einer zweiten soll er immer allein zu handeln berechtigt sein; eine dritte Ansicht endlich erachtet den Konsens des Papstes nur für die Einsetzung einer in den Kathedral- und Kollegiatstiftern nicht hergebrachten und nicht üblichen Dignität für erforderlich[5]. Diese letzte ist die verbreitetste[6] und auch von der Praxis der Congregatio Concilii adoptirt[7].

Sitte ist es, dass der Papst vor einer solchen Massnahme, ebenso wie bei der Errichtung von Exspektanzstellen, ausser dem Bischof auch das Kapitel anhört, die unterlassene Einholung dieses Erachtens macht aber den Erektionsakt keineswegs nichtig.

II. Die Errichtung der übrigen Aemter gehört nach heutigem Recht zur Kompetenz des Bischofs. Ein Kirchenamt in der Diöcese kann nur unter seiner Autorität[8], gleichviel, ob er die Initiative ergreift oder zu einer anderweit beabsichtigten Fundation seine Zustimmung ertheilt[9] mit rechtlicher Wirksamkeit in das Leben treten, ja der fehlende Konsens des Bischofs wird nicht einmal durch die Einwilligung des Metropoliten ersetzt[10].

Dasselbe Recht, wie dem Bischof, steht dem praelatus nullius für seine Quasi-Diöcese zu[11].

Die Bedingung der Errichtung ist auch bei diesen Aemtern das Vorliegen eines genügenden Grundes (einer iusta causa), d. h. einer s. g. necessitas, einer utilitas und eines incrementum cultus divini[12]. Dahin gehören z. B. die Neubekehrung eines

[1] Hier. Gonzalez ad. reg. VIII. cancell. §. 1 prooem. n. 4; Riganti ad reg. cancell. 62. n. 26; Bouix l. c. p. 218.

[2] S. o. S. 83. Beispiele bieten ferner die Konstitutionen Leo's XII. v. 1818 (bull. Rom. cont. 17, 376) für einzelne istrische Bisthümer und Gregor's XVI. v. 1840 (bull. propag. 5, 204) für die Abtei S. Mauritius in Unterwallis nullius dioecesis.

[3] S. o. S. 64.

[4] So Phillips 7, 285.

[5] Vgl. die Zusammenstellung bei Barbosa de canonicis c. 4. n. 1 ff.; eiusd. de off. et potest. episc. P. III. alleg. 68. n. 10 ff.; s. auch Pyrrhi Corradi prax. benef. II. 2. n. 38.

[6] S. noch Fagnan. ad c. 1. X. de off. iud. ord. I. 31. n. 70 u. c. 25 X. de praeb. III. 5. n. 26; Bouix l. c. p. 218.

[7] Thesaur. resolut. 35, 14. 15; s. auch Bouix l. c. Eine direkte Quellenstelle fehlt zwar, indessen erscheint diese Meinung deshalb richtig, weil der Bischof (s. nachher) im Allgemeinen zur Errichtung von Stiftsstellen kompetent, aber dabei an die gemeinrechtlichen Einrichtungen gebunden ist.

[8] c. 11 (Lator. a. 1123) C. XVI. qu. 7; c. 3 (Alex. III.) X. de eccles. aedif. III. 48; c. 8 (Coelest. III.) X. de exc. prael. V. 31; Trid. Sess. XXI. c. 4 de ref.; Sess. XXIV. c. 13 de ref.

[9] Auch stillschweigende Einwilligung genügt, Berardi l. c. diss. III. c. 1 (ed. cit. 1, 262); Leuren l. c. P. I. qu. 14. Bei den seit älterer Zeit bestehenden Aemtern wird für den bischöflichen Konsens präsumirt, Berardi l. c.

[10] c. 8 X. V. 31 cit.

[11] Berardi l. c.; Phillips K. R. 7, 286. A. M. Ferraris s. v. beneficium art. 2. n. 5.

[12] Dies ist zu entnehmen aus c. 3. X. de eccles. aedif. III. 48; c. 1 in VI^to de V. S. V. 12; Trid. Sess. XXI. c. 4 de ref.; Sess. XXIV. c. 13 de ref., s. Berardi l. c. 1, 266. Gegen die Errichtung aus Gewinnsucht, um Oblationen zu erhalten, c. 10 (Bracar. II. a. 572) Dist. I. de consecr.

Ortes zum Christenthum oder zur katholischen Kirche, das übermässige Anwachsen der Zahl der Parochianen in einer Pfarrei, die Unmöglichkeit, den Chordienst in der Kathedrale oder in einer Kollegiatkirche mit der vorhandenen Zahl von Kanonikern zu versehen.

Das Vorhandensein der iusta causa hat der Bischof durch eine besonders zu veranstaltende Untersuchung festzusellen. Bei der Errichtung von Kanonikaten [1], von Dignitäten (soweit er in Betreff der letzteren kompetent ist [2]), und von Pfarreien innerhalb der Grenzen der schon bestehenden Parochien bedarf er auch der Zustimmung seines Kapitels [3].

Ferner muss eine genügende dos, d. h. ein Vermögen, aus welchem die Ausgaben für den Unterhalt des Beneficiaten, für die sachlichen Bedürfnisse des Gottesdienstes und für die Erhaltung der Gebäude, wo solche erforderlich, bestritten werden können, vorhanden sein [4]. In früherer Zeit sind als Dotationen meist Grundstücke und geldwerthe Realberechtigungen angewiesen worden [5], heute genügen auch solche in Geld, falls sie hinreichend sichergestellt sind [6]. Die Höhe hat der Bischof unter Berücksichtigung der Verhältnisse der Diöcese festzustellen [7], für die gehörige rechtliche Ueberweisung an den Stiftungszweck und ihre Beurkundung zu sorgen, endlich auch die Sicherheit der nicht in Grundstücken oder Grundrenten bestehenden Dotationen zu prüfen [8].

Diejenigen Aemter, deren Residenzort nicht von selbst — letzteres ist der Fall z. B. bei den Kanonikaten, den Vikarien oder Kaplaneien an Altären in Kathedral-, Kollegiat- und Pfarrkirchen — gegeben ist, also namentlich die Pfarrämter, sollen an einem locus congruus, einem passenden Orte, errichtet werden [9]. Die Entscheidung über diesen steht gleichfalls dem Bischof zu, welcher dabei die geographische Lage, die Bevölkerungszahl, die Bedeutung des Ortes für den Verkehr, die Kommunikationsmittel desselben und Aehnliches unter Beachtung des Zweckes des Amtes zu berücksichtigen hat [10].

[1] Die Befugniss zu ihrer Errichtung legt ihm das c. 9 (Greg. VII.?) X. de vita et hon. cler. III. 1 bei. Wenn gleich diese Stelle noch die ungetrennte Vermögensverwaltung im Stifte voraussetzt, so ist das fragliche Recht den Bischöfen doch später niemals abgesprochen worden, Fagnan. ad c. 25 X. de praeb. III. 5. n. 16 ff. Die Befugniss erstreckt sich auch auf diejenigen Ehrenkanonikate, mit denen keine Anwartschaft verbunden ist und welche nicht Ehrendomherrnstellen im modernen Sinne sind, s. o. S. 84. n. 3 u. S. 154; vgl. Bouix de capitulis p. 152; Analecta iur. pontif. 1867. p. 883, Acta s. sed. 4, 584.

[2] S. o. S. 388.

[3] S. o. S. 154 u. Note 1 u. 2 dazu.

[4] c. 9. Dist. I. de consecr. (aus Juliani epit. Nov. const. 61. c. 1); Nov. Justin. LXVII. c. 2 (a. 538); c. 1 (Bracar. II. a. 572) C. I. qu. 2; für die karolingische Zeit c. 21. Cap. Ticin. a. 801 (?LL. 1, 86) u. die Urkk. bei Meichelbeck, hist. Frising. I. 2. n. 304. 314. 374. 387, in denen der Konsekrator ausdrücklich nach der hereditas der Kirche fragt; c. 8 (Honor. III.) X. de consecr. eccles. III 40.

[5] S. c. 33. Aurel. IV.; c. 1. cit. C. I. qu. 2, die Urkunde o. S. 282. n. 2 u. die vorige Note. Rechtlich nothwendig ist aber die Ueberweisung des Eigenthums an bestimmten Sachen, namentlich an Grundstücken nicht gewesen, vielmehr konnte auch schon früher die dos aus anderen Vermögensrechten bestehen, s. Leuren. P. I. qu. 8.

[6] Jetzt werden z. B. manche Pfarreien nur durch Staatszuschüsse unterhalten.

[7] Sofern diese nicht schon ein für alle Mal durch die Diöcesanstatuten für gewisse Benefizien festgesetzt ist, s. z. B. conc. Eystett. a. 1447 (Hartzheim 5, 373).

[8] Selbstverständlich hat sich die Kognition des Bischofs auch darauf zu richten, ob die Dotation auf rechtlich erlaubtem Wege beschafft wird. c. 6 syn. Olomuc. a. 1413 erklärt die Dotation mit wucherlichen Renten für unerlaubt und die auf eine solche hin stattgehabte Errichtung von Benefizien für nichtig.

[9] c. 28 (Pseudo-Isid.) C. XVI. qu. 7.

[10] Für das Pfarramt wird z. B. ein grösserer Ort, welcher in der Mitte der Parochie belegen ist und einen lebhaften Verkehr mit der Umgegend hat, für einen exponirten Kaplan dagegen ein von der Pfarrstadt entfernter und ausserhalb des Verkehrs stehender Ort zu wählen sein.



Sodann ist bei denjenigen Aemtern, für welche ihrer Natur nach ein bestimmter Sprengel erfordert wird, dieser letztere abzugrenzen, und das nothwendige kirchliche Gebäude zu beschaffen. Für die Pfarreien kommt beides in Frage[1].

In wie fern etwaige bei der Neuerrichtung eines Amtes interessirte Personen zu hören sind, darüber wird passender bei der Lehre von der Veränderung der Aemter gehandelt. Bei der Neuerrichtung im eigentlichen Sinne kommen solche Personen nicht in Frage. Diese ist aber unter den heutigen Verhältnissen, soweit es sich um Aemter mit besonderen Sprengeln handelt, äusserst selten, denn sie kann ohne gleichzeitige Veränderung der bisherigen kirchlichen Eintheilung nur in den Missionsländern und ferner in den Gebieten der ordentlichen Verfassung ausnahmsweise blos dann vorkommen, wenn die bisherige Organisation ganz oder zum Theil durch besondere Umstände zerstört worden ist.

Die bisher entwickelten Regeln gelten allein für solche Aemter, welche zugleich Benefizien sind und als solche errichtet werden sollen.

In Betreff der Errichtung der anderen Aemter, z. B. der ihm bei der Diöcesanverwaltung zur Seite stehenden Behörden, der General-Vikariate, Konsistorien, Kommissariate und Dekanate hat der Bischof vollkommen freie Hand[2].

Dem Rechte des Bischofs zur Erektion der niederen Kirchenämter in der Diöcese entspricht aber andererseits auch die Pflicht, die geistlichen Bedürfnisse der Diöcesan-Eingesessenen durch Errichtung der nöthigen kirchlichen Anstalten und der erforderlichen Anzahl von Benefizien zu befriedigen. Er hat also für eine ausreichende Zahl von Pfarrämtern, sowie in den einzelnen Pfarreien auch für die Einrichtung der nothwendigen Hülfsbenefizien Sorge zu tragen. Findet sich Niemand, welcher freiwillig für ein erforderliches Amt die Dotation gewährt[3] und können auch die Mittel nicht aus dem Vermögen der Kirche, von welcher eine neue Pfarrei abgezweigt oder an welcher ein Hülfsbenefizium errichtet wird, beschafft werden, so haben diejenigen Diöcesanen, in deren Interesse die Neuerrichtung erfolgt, die Mittel zu gewähren[4], und falls sie nicht genügend solvent sind, muss der Bischof mit seinem Mensalgut eintreten[5].

[1] Eine Pfarrei ist ohne eine Räumlichkeit, in welcher der Pfarrgottesdienst abgehalten wird, nicht denkbar. Eine eigene Kirche wird aber nicht absolut gefordert. Abgesehen von Militärpfarreien, für die vielfach nur eine andere Kirche mitbenutzt wird, kann auch z. B. bei s. g. Missionspfarreien vorläufig bis zur Beschaffung der Mittel für eine eigene Kirche ein geeigneter Saal gebraucht werden. Für die Regel fällt allerdings die Errichtung der Pfarrei und der Pfarrkirche zusammen.

[2] S. o. S. 209. 224. 286. 291.

[3] Ueber die Rechtsgültigkeit eines derartigen Versprechens entscheidet das Civilrecht des betreffenden Landes. Für das gemeine Recht kommen die Grundsätze über das votum in Betracht. Nach Auth. novell. coll. 9. tit. 6. c. 7 (= Nov. Just. 131. c. 7. a. 545) soll derjenige, welcher mit Genehmigung des Bischofs ein Oratorium zu errichten oder wiederherzustellen begonnen hat, verpflichtet sein, den Bau zu Ende zu führen und seine desfalsige Verbindlichkeit auch auf seine Erben übergehen. L. 15 (Zeno) C. de ss. eccl. I. 2 verordnet nicht dasselbe (so Phillips K. R. 7, 289. n. 22), vielmehr bestimmt sie, dass, wenn Jemand zu Gunsten eines Heiligen in der Absicht, demselben später ein Oratorium zu bauen, eine rechtsgültige Schenkung gemacht hat, er, bez. seine Erben, selbst wenn mit der Ausführung des Planes noch nicht der Anfang gemacht worden ist, doch zur Errichtung des Oratoriums und zur Realisirung der Schenkung an dasselbe gezwungen werden können, d. h. das Gesetz betrachtet eine derartige Schenkung zugleich als ein bindendes Versprechen, eine Kirche zu bauen.

[4] Trid. Sess. XXI. c. 4. de ref.

[5] c. 6 (Coel. III.) X. de aedif. eccles. III. 48; Fagnan. ad. c. 3. X. eod. n. 7. Dies kann der Bischof auch nicht durch Berufung auf seinen Amtseid, nach welchem er die Kirchengüter in ihrem Bestande zu erhalten verspricht, ablehnen, s. c. 6. cit. Ebensowenig ist der Grundsatz durch die Konstitutionen, welche zu allen Veräusserungen von Kirchengut päpstliche Genehmigung erfordern (s. dieselben vorläufig bei Phillips, Lehrb. 2. Aufl. S. 487), — was freilich streitig ist, s. Giraldi expos. iur. pontif. 1, 459 — aufgehoben, denn c. 2 (conc. Lugd. a. 1274) in VIto de reb. eccl. III. 9. u. c. un. (Paul. II. a. 1468) in Extr. comm. eod. tit. III. 4 nehmen ausdrücklich die casus a iure permissi aus.

Die Frage, in wie fern ein Verstoss des Bischofs gegen die dargelegten Regeln die Errichtung des Amtes nichtig macht, ist in der Literatur nicht erörtert.

Zweifellos tritt eine Nichtigkeit ein, wenn der Konsens des Kapitels da, wo er vorgeschrieben, nicht eingeholt oder nicht ertheilt worden ist[1]. Dasselbe muss gelten, wenn die Vorschriften über die iusta causa und den locus congruus nicht beobachtet sind, weil nur unter diesen Voraussetzungen überhaupt die Neuerrichtung vorgenommen werden dürfte.

Hat endlich der Bischof die Beschaffung der dos unterlassen, so entsteht jedenfalls kein Benefizium im strengen Sinne, und die Nichtigkeit der Errichtung des Benefiziums muss auch zugleich die des Amtes treffen. Man wird nicht annehmen können, dass in einem solchen Falle wenigstens das Amt als officium im eigentlichen Sinne gültig bestehen kann. Bei denjenigen Aemtern, welche nach gemeinem Recht zugleich beneficia sind, steht es nicht in der Macht des Bischofs, diesen Zusammenhang zwischen der geistlichen und pekuniären Seite beliebig zu lösen, vielmehr ist dies nur in den gesetzlichen Ausnahmefällen gestattet[2].

Ob der Bischof im Falle, dass er die Beschaffung einer genügenden Dotation verabsäumt hat, die letztere selbst gewähren muss, hängt davon ab, ob er nach Massgabe der vorhin entwickelten Grundsätze zur Errichtung des Amtes verpflichtet war oder nicht. Abgesehen davon liegt ihm aber die Pflicht zur Dotation dann ob, wenn er wissentlich oder fahrlässiger Weise eine Kirche ohne genügende Dotation konsekrirt hat und der Erbauer die letztere zu beschaffen ausser Stande ist[3].

Die Nichtigkeit der Errichtung wegen mangelnder Dotation kann also auf die angegebene Weise gehoben werden. Ist es dagegen nicht möglich, die Dotirung nachträglich zu bewirken, so müssen die bereits getroffenen Veranstaltungen rückgängig gemacht werden. Mit einem etwa schon konsekrirten gottesdienstlichen Gebäude ist ebenso zu verfahren, wie wenn sämmtliche an demselben bestehenden Benefizien supprimirt werden (§. 111).

Das den Ordinarien zustehende Recht der Aemter-Errichtung ist dem Papste gegenüber kein ausschliessliches, vielmehr kann der letztere als iudex ordinarius[4]

[1] S. o. S. 158.

[2] So kann z. B. ein Kanonikat allerdings ohne Pfründe bestehen, s. o. S. 62, indessen ist dabei vorausgesetzt, dass mit päpstlicher Erlaubniss eine Anwartschaft ertheilt oder dass ein Kanoniker über die Zahl aufgenommen worden ist, s. o. S. 64. n. 4. Die Vorschrift, dass dem letzteren eine Präbende nachträglich zu ertheilen ist, zeigt gerade, dass das regelmässige Verhältniss überall hergestellt werden soll.

Wenn Fagnan. ad c. 3. X. de III. 48. cit. n. 6 bemerkt, dass bei nicht vorhandener dos der Pfarrer nach c. 3 u. 4 (s. g. stat. ant. eccl.) Dist. XCI. sich durch seiner Hände Arbeit ernähren müsse, so ist ein solches Auskommen nicht geeignet, die Unterlage für ein Pfarrbenefizium zu bilden. Absolut unstatthaft wäre allerdings eine derartige Beschäftigung eines die Seelsorge versehenden Geistlichen nicht (Th. I. S. 134. 135), aber ein Pfarrbenefizium würde ein solcher nicht haben.

[3] Eine positive Vorschrift besteht nicht. Das im Text Bemerkte wird aber ohne Widerspruch von den Kanonisten einstimmig gelehrt, s. die Glosse s. v. consecranda ad c. 8. X. III. 40; Fagnan. ad c. 3. X. de iurepatr. III. 38. n. 36; Barbosa de off. et pot. episc. P. III. alleg. 64. n. 2; Engel colleg. iur. un. III. 48. n. 6; Reiffenstuel J. C. U. III. 48. n. 9; Ferraris s. v. ecclesia art. 3. n. 36. Es werden analogisch die Bestimmungen über die Verpflichtung des Bischofs zur Unterhaltung eines ohne Titel geweihten Kandidaten (Th. I. S. 78) angewendet. Die Höhe der Dotation bestimmt sich nach dem Zwecke, welchem die Kirche dienen soll, war also eine Pfarrkirche beabsichtigt, so muss die Dotation so gross sein, dass der Pfarrgottesdienst damit ermöglicht werden kann. Der Bischof ist nicht befugt, eine solche Kirche blos, um seine Dotationspflicht herabzumindern, mit einem einfachen Benefizium auszustatten. Dies folgt daraus, dass die Verbindlichkeit aus der Thatsache der Konsekration entsteht, mithin auch allein die Lage der Verhältnisse zu dieser Zeit für den Umfang der Verhaftung entscheidend sein kann.

[4] S. jetzt auch c. 3 der vatikanischen const. Pastor aeternus v. 18. Juli 1870 (Arch. f. k. K. R. 24, LIV).

der ganzen katholischen Welt neben dem Bischof ebenfalls dergleichen Massnahmen treffen. Absolut nothwendig ist sein Konsens sogar bei der Errichtung von Aemtern in eximirten Gebieten, welche nicht zum Territorium eines Prälaten nullius dioecesis gehören[1].

III. Die Stellung Drittberechtigter bei Errichtung von Kirchenämtern. Eine grosse Anzahl von Benefizien sind im Laufe der Zeiten, namentlich im Mittelalter, von anderen Personen als den kirchlichen Oberen, so von Laien und von Klöstern oder auf deren Initiative gestiftet worden. Diese haben dabei nicht nur insofern einen entscheidenden Einfluss ausgeübt, als sie die Art des neu zu gründenden Amtes (selbstverständlich vorbehaltlich der Genehmigung der kirchlichen Oberen) bestimmt haben, sondern das kirchliche Recht selbst hat ihnen und damit auch jedem, welcher in heutiger Zeit derartige Stiftungen vornehmen will, von jeher die Befugniss zugestanden, bindende, das neue Amt selbst betreffende Normen, z. B. über die Pflicht des Inhabers zur Abhaltung gewisser Gottesdienste, über die Art der Besetzung des Amtes[2], die Qualifikation der künftigen Amtsträger[3], über die Beobachtung der Residenzpflicht u. s. w. festzusetzen[4]. Diese können von den für die Kirchenämter geltenden gemeinrechtlichen Regeln abweichen[5], sollen aber nach der Lehre der Kanonisten weder unmögliche noch unsittliche Vorschriften enthalten[6]. Diese Formulirung ist offenbar unzureichend. Ergiebt sie doch nichts darüber, ob blos faktisch oder auch rechtlich unmögliche Bestimmungen ausgeschlossen sein sollen, und was eventuell unter den letzteren zu verstehen ist.

Erwägt man, dass der Stifter als solcher, da ihm jede gesetzgeberische Befugniss abgeht, weder die Fundamente der kirchlichen Rechtsordnung beseitigen noch das rechtlich nicht Erlaubte erlaubt machen kann, so ergiebt sich, dass der Stiftungswille seine Gränzen an allen rechtlichen Vorschriften findet, welche durch das Wesen der kirchlichen Rechtsordnung überhaupt[7] und des in Frage kommenden Rechtsinstitutes[8] bedingt sind, nicht minder an solchen, deren Ueberschreitung verboten und mit Strafen bedroht[9] ist[10]. Die Prüfung der Fundationsbedingungen unter den erwähnten Gesichtspunkten steht dem kirchlichen Oberen zu, welcher die Festsetzung unstatthafter derartiger Anordnungen zurückzuweisen hat. Sind solche etwa aus Unachtsamkeit zugelassen worden, und werden sie später für nichtig erklärt, so

[1] c. 4 (Alex. IV.) in VI^to de priv. V. 7.

[2] Z. B. wem das Patronatrecht zustehen soll.

[3] Ueber das Alter des Kandidaten, über die Zugehörigkeit desselben zu einer bestimmten Familie, einer bestimmten Stadt (s. z. B. dipl. a. 1292 bei Lacomblet, niederrhein. Urkdbch. 2, 549); Acta s. sed. 10, 232.

[4] Clem. 2 de relig. dom. III. 11; Trid. Sess. XXV. c. 5 de ref.

[5] Denn sonst würde das Recht des Stifters von so gut wie keiner praktischen Bedeutung sein, vgl. Glosse s. v. constitutum i. f. zu c. 8. X. de consuet. I. 4; de Luca de benef. disc. 95. n. 10. Reiffenstuel III. 5. n. 110; Ferraris s. v. beneficium art. 2. n. 12. Bei der Fundation eines Kanonikates kann z. B. ein niedrigeres Alter als das vom Tridentinum vorgeschriebene (s. o. S. 66) für den Erwerber festgesetzt werden, s. Fagnan. ad c. 7 pr. X. de elect. I. 6. n. 72. 73.

[6] Barbosa de off. et pot. episc. P. I. tit. 2. gl. 17. n. 28; Reiffenstuel l. c. n. 105; Ferraris l. c.

[7] Daraus folgt schon die Unzulässigkeit aller unsittlichen Auflagen.

[8] Hierher gehört z. B. die Bedingung, dass ein Laie das gestiftete Pfarrbenefizium versehen, der Bischof kein Prüfungsrecht bei der Einsetzung des Geistlichen haben, dass die Präsentationsfrist eine längere als die gemeinrechtliche (— Bestimmung einer kürzeren ist statthaft, Acta s. sed. 2, 226 ff. —) sein soll.

[9] Unter diesem Gesichtspunkt ist die Bedingung unzulässig, dass der Geistliche auch nach seiner Verheirathung das Benefizium, welches er sonst verliert (Th. I. S. 161), behalten soll, s. Richters Tridentinum S. 443. n. 5.

[10] So dass diese Ueberschreitung als eine rechtlich unerlaubte Handlung sich qualificirt. Eine ähnliche Formulirung, wie im Text, schon bei Lotter de re benefic. C. I. qu. 32. n. 19 ff. u. Leuren. l. c. P. I. qu. 29. 30.

bleibt es dem Stifter offen, die Stiftung zurückzuziehen, weil er sich nur unter der Voraussetzung der vollen Realisirung seiner Intentionen hat verpflichten wollen [1].

Nach rechtsgültig zu Stande gekommener Stiftung [2] ist weder der Stifter noch der Ordinarius befugt [3], den Inhalt derselben zu ändern. Ebensowenig kann dies bei Uebereinstimmung des letzteren und des Nachfolgers des Fundators [4] geschehen. Ob der Stifter selbst unter hinzutretender Genehmigung des Ordinarius dazu berechtigt ist, hängt davon ab, ob die die Veränderung bewirkende Anordnung innerhalb der Kompetenz des Ordinarius liegt [5], was freilich nur selten der Fall sein wird [6].

Allein dem Papst kommt unter allen Umständen das Recht zur Aenderung der Stiftung zu, denn die Privatdispositionen der Einzelnen bilden für die oberste gesetzgebende Gewalt keine Schranke. Thatsächlich erfolgt eine solche Aenderung aber nur aus dringenden Ursachen, namentlich dann, wenn sich im Laufe der Zeit die Unmöglichkeit herausstellt, die Fundationsbedingungen einzuhalten.

Wie der Wille der Stifter bei der Fundation von Benefizien für diese gewisse vom gemeinen Recht abweichende Bestimmungen zu treffen befugt ist, so kann er auch Vermögensmassen zu anderen religiösen Zwecken widmen, ohne dass dabei die kirchliche Autorität intervenirt. Ein kirchliches Benefizium entsteht in einem solchen Falle niemals, vielmehr nur eine fromme Stiftung, welche allerdings einem Benefizium sehr ähnlich sein kann.

Hierher gehören die s. g. *capellaniae laicales*, d. h. die Widmung von Vermögensstücken zum Zwecke eines bestimmten Gottesdienstes, z. B. zur Feier von Messen, ohne dass die ausgesetzten Fonds nothwendig in die Verwaltung der kirchlichen Oberen zu gelangen und die Eigenschaft von Kirchengut anzunehmen brauchen [7].

Zur Errichtung derartiger Stiftungen ist die Genehmigung des Ordinarius [8] nicht nöthig. Ebenso wenig hat dieser als solcher bei der Auswahl des zeitigen Inhabers mitzuwirken, vielmehr hat der Fundator bei der Bestimmung der berechtigten Sub-

[1] Einzelne, wie Pyrrhus Corradus prax. benef. II. 10. n. 166 u. Reiffenstuel l. c. n. 108, erklären die unstatthaften Bedingungen wegen des favor religionis für non adiectae. Dies hat aber keinen Anhalt, und ist daher nur richtig, wenn es sich um eine durch Verfügung von Todes wegen gemachte Stiftung handelt.

[2] Vorher wohl. Wenn die Stiftung durch eine letztwillige Verfügung gemacht ist, so finden die Regeln über die commutatio einer solchen Anwendung, s. Acta s. sed. 7, 614.

[3] Denn die rechtlich existente Stiftung hängt nicht mehr von ihrem Willen ab, s. Ferraris l. c. n. 18. 19.

[4] Weil von dem Willen des letzteren die Stiftung seines Vorfahren ebenfalls unabhängig ist, s. Ferraris l. c. n. 20.

[5] Die älteren Kanonisten drücken dies so aus, dass die Veränderung weder zum Präjudiz der Kirche noch eines Drittberechtigten gereichen darf, Reiffenstuel l. c. n. 112. 113; Ferraris l. c. n. 19.

[6] So wird z. B. die Rückerstattung eines Theils des Stiftungsfonds an den Fundator, auf welche die Grundsätze über Veräusserungen von Kirchengut Anwendung finden, für die Regel unstatthaft sein. Ferner besitzt nach der const. Urbans VIII.: Cum saepe contingat v. 21. Juni 1625 (M. Bull. 4, 91 u. Richters Tridentinum S. 141) allein der Papst das Recht zur Reduktion der in limine fundationis auferlegten Messverpflichtungen, c. 4 de ref. Sess. XXV. Trid. bezieht sich nicht auf diese Auflagen, so auch die Congr. conc. s. Richter a. a. O. S. 139. n. 77; Reiffenstuel l. c. n. 115; Ferraris l. c. n. 22; Schmalzgrueber III. 41. n. 148. Wohl aber kann der Stifter im Einverständniss mit dem Bischof dem späteren Inhaber des von ihm gegründeten beneficium simplex die ursprünglich nicht festgesetzte Residenzpflicht auferlegen.

[7] Leuren. l. c. P. I. qu. 96; Berardi app. ad tract. de benef. eccles., ed. cit. 1, 440. Möglich ist dagegen die Ueberweisung des Stiftungsvermögens zu dem gedachten Zweck an eine Kirche.

[8] Berardi l. c. p. 441. 442, sondern nur die Acceptation, einmal, um dem Stifter die Zurücknahme seiner Verfügung unmöglich zu machen, sodann aber, weil der Stifter keine Disposition über fremde Kirchen hat und die Kaplaneien mit einem Altar oder mit einer neu zu errichtenden Kapelle in einer solchen in Verbindung gebracht werden müssen.

jekte freie Hand[1]. Endlich ist es nicht einmal erforderlich, dass der Inhaber der Kaplanei ein Geistlicher ist. Dieselbe kann auch Laien, sogar Kindern und Frauen, als Berechtigten zustehen[2], da die Erfüllung der Verpflichtungen, welche nothwendiger Weise durch einen Geistlichen zu geschehen hat, einem solchen gegen Entschädigung vom Inhaber übertragen werden darf[3]. Unverwehrt ist es allerdings dem Stifter durch besondere Anordnungen die capellania laicalis der s. g. *capellania ecclesiastica*[4] (oder *collativa*), d. h. der unter kirchlicher Autorität errichteten Kaplanei, welche bald mit dem Charakter der vollen Perpetuität, bald blos objektiv dauernd, aber ohne festes lebenslängliches Recht des Inhabers errichtet werden kann[5], anzunähern. So darf er z. B. festsetzen, dass die Einkünfte nur einem Geistlichen[6] zukommen sollen und dem Anstellungsberechtigten die beliebige Entfernung desselben, welche er freilich andererseits auch einräumen kann[7], untersagen[8].

Darüber, ob eine capellania die Eigenschaft einer laicalis oder ecclesiastica hat, entscheidet die Stiftungsurkunde. Selbst wenn der Ordinarius dem Inhalte derselben zuwider ein förmliches Erektionsdekret erlassen hat, wird dadurch die Natur der capella laicalis nicht geändert[9], es sei denn, dass der Stifter damit ausdrücklich einverstanden gewesen wäre[10].

Fehlt es bei einer Laienkaplanei an einer Festsetzung über die Qualifikation des anzustellenden Kapellans, d. h. des Inhabers der Kaplanei und ihrer Einkünfte, so sind Laien, Kinder und Frauen nicht ausgeschlossen[11], weil der Zweck der Stiftung durch Annahme eines Geistlichen für die Verrichtung der gottesdienstlichen Funktionen erfüllt werden kann. Dagegen lässt sich mangels einer besonderen Vorschrift nicht behaupten, dass die zur Kaplanei berechtigten diese nur widerruflich erlangen. Hat der Stifter nach Art eines Fideikommisses die genussberechtigten Personen ein für alle Mal bestimmt, so gilt als Regel die Berufung auf Lebenszeit, und hat er die Nomination anderen übertragen, so ist damit den letzteren noch nicht ohne Weiteres das Recht zu beliebiger Entziehung des Genusses der Kaplanei gegeben.

Im Uebrigen sind alle in Betreff der capellaniae laicales entstehenden Rechtsfragen nach den civilrechtlichen Grundsätzen über Stiftungen bez. über Familienstiftungen, und wo es sich um Verfügungen von Todes wegen handelt, nach den Regeln über die Testamente und Legate zu frommen Zwecken zu beurtheilen[12].

Für die capellaniae ecclesiasticae kommen dagegen daneben die Grundsätze über die kirchlichen Benefizien zur Anwendung[13]. Deshalb entsteht auch aus der Errichtung einer Kaplanei seitens des Ordinarius und der durch den letzteren, sei es

[1] Die Befugniss, den Kapellan einzusetzen, wird vielfach auch Patronatrecht genannt, so z. B. Acta s. sed. 1, 636 ff.; 5, 23; Berardi l. c. p. 441, wiewohl dem Berechtigten die freie Nomination zusteht, und der von ihm Ernannte auch ohne Dazwischenkunft der geistlichen Autorität seine Funktionen ausüben kann.

[2] Leuren l. c. P. I. qu. 97. n. 1; vgl. den Rechtsfall in Acta s. sed. 5, 23.

[3] Berardi l. c. p. 440. Einzelne sprechen hier von einer capellania *mercenaria*, Ferraris s. v. capellania n. 1.

[4] Berardi l. c. p. 442; Schmalzgrueber l. c. III. 5. n. 8.

[5] Schmalzgrueber l. c. Im ersteren Falle sind solche wirkliche Benefizien, im anderen nur s. g. beneficia manualia, Leuren l. c. qu. 86.

[6] Dieser muss aber für die Diöcese approbirt sein, Berardi l. c. p. 442.

[7] Berardi l. c. p. 443. 444; Acta s. sed. 2, 424.

[8] Material für die im Text erörterten Fragen bietet die Zusammenstellung von Entscheidungen der Congr. Conc. i. d. Acta s. sed. 1, 634 ff.

[9] Acta cit. 2, 323.

[10] L. c. p. 328. n. 1.

[11] L. c. 1, 635.

[12] Berardi l. c. p. 442; Acta cit. 1, 640.

[13] Acta cit. l. c.

auf Präsentation, sei es frei vorgenommenen Besetzung eine Vermuthung für die Qualität der Kaplanei als einer c. ecclesiastica [1].

B. Die Veränderung der Kirchenämter.

§. 104. 1. *Im Allgemeinen.*

I. Begriff und Arten der Veränderung. Veränderung, *innovatio* [2], eines kirchlichen Amtes ist jede in dessen Bestande vorgenommene Modifikation, gleichviel, ob sie die Amtsrechte, den Amtssprengel, die Vermögensrechte des Amtes, die Qualifikation desselben (z. B. seine Eigenschaft als Säkular- oder Regular-Benefizium), die Kirche, mit welcher das Benefizium verbunden ist, u. s. w. trifft, ob sie alle verschiedenen Seiten des Amtes oder nur einzelne berührt.

1. Die einfachste Art der Veränderung ist die *translatio beneficii*, d. h. die Uebertragung eines Amtes, z. B. des Bischofs-, Pfarramtes, eines einfachen Benefiziums von einer Kirche auf eine andere.

2. Eine weitere Art bildet die Theilung, *divisio, sectio beneficii*, d. h. die Verwendung der Bestandtheile eines bestehenden Benefiziums, seiner Rechte, seines Sprengels, seiner Einkünfte zur Errichtung eines oder mehrerer neuer, mögen diese von dem Stammbenefizium noch in gewissen Beziehungen abhängig bleiben oder nicht [3], ferner die Abtrennung einzelner Stücke des Territoriums oder eines Theiles des Vermögens zum Besten eines anderen schon bestehenden Amtes, s. g. *dismembratio* im eigentlichen Sinne [4].

3. Mit der sectio hat die *diminutio beneficii* eine gewisse Aehnlichkeit. Sie besteht darin, dass dem Pfründen-Einkommen eine Abgabe, eine Pension, auferlegt und das erstere dadurch für den Beneficiaten geschmälert wird.

4. Der Gegensatz der Theilung ist die s. g. *unio beneficiorum*, die Vereinigung mehrerer Kirchenämter in der Art, dass das eine mindestens in gewissen Beziehungen seine Selbstständigkeit verliert. Jedoch kann die Vereinigung auch in der Weise erfolgen, dass der bisherige Bestand beider vereinigten Benefizien völlig vernichtet und aus ihnen ein neues errichtet wird [5].

[1] Ibid. u. 9, 456 ff.; Garcias P. I. c. 2. n. 113 ff.; Leuren. l. c. P. I. qu. 87.

Ebenso wie mit den Kaplaneien verhält es sich mit den Hospitälern, welche nicht mit einer Kirche oder einem Benefizium vereinigt sind. Auch hier entscheidet über die rechtliche Stellung des Hospitals der Wille des Stifters und die Art der Errichtung, s. Garcias l. c. c. 3. n. 1 ff.; Schmalzgrueber l. c. n. 10.

Die Messen und namentlich die Anniversarien, d. h. die jährlich zum Andenken eines Verstorbenen abzuhaltenden Messen, welche einzelne Personen kraft ihnen, z. B. letztwillig auferlegter Verpflichtung lesen lassen müssen, unterscheiden sich von den Kaplaneien dadurch, dass hier nicht ein bestimmtes Vermögen wie bei letzteren, ausgesetzt ist, sondern dass die Verpflichteten sie aus der ihnen gemachten Zuwendung bestreiten müssen, Berardi l. c. p. 441. Benefizien liegen mithin in solchen Fällen nicht vor.

[2] c. 1 (Innoc. III.) X. ne sede vacante aliquid innovetur III. 9.

[3] Leuren. l. c. P. III. qu. 957; Schmalzgrueber III. 5. n. 204; Reiffenstuel III. 12. n. 21.

[4] Vielfach wird dieser Ausdruck in weiterer Bedeutung als identisch mit *divisio* gebraucht.

[5] Werden blos einzelne Vermögensstücke eines Benefiziums mit einem andern vereinigt oder Theile seines geographischen Sprengels dem eines anderen zugeschlagen, so spricht man nicht von Union. Der erste Fall steht für das erwerbende Benefizium jedem andern Vermögenserwerb gleich. Der zweite ist für die Regel mit der Dismembration identisch. Nur unter singulären Verhältnissen, z. B. wenn bei neuen Sprengel-Eintheilungen einzelne Ortschaften oder Pfarreien vergessen worden sind, ist eine nachträgliche Vereinigung geographischer Bezirke mit einem Benefizium ohne Lostrennung, ohne Dismembration von einem andern, denkbar.

Eine besondere und eigenthümliche Art der unio bildet die im Mittelalter überaus häufig vorgekommene *incorporatio*.

5. Ferner gehört hierher die s. g. *mutatio vi erectionis* oder *per transformationem*, d. h. die Verwandlung eines Benefiziums unter Verwendung seines bisherigen Bestandes, namentlich des vorhandenen Vermögens, in ein anderes. Hierbei kann die Bedeutung des Amtes bald erhöht, bald erniedrigt werden. Das erstere ist der Fall bei der Verwandlung eines Bisthums in ein Erzbisthum [1], einer praelatura nullius in ein Bisthum [2], einer blos exemten Prälatur in eine praelatura nullius, eines Kanonikats in eine Dignität, einer Stiftsvikarie in einen Kanonikat [3], einer Pfarrkaplanstelle in eine Pfarrei [4], das letztere bei der Aufhebung eines Erzbisthums und Verwandlung desselben in ein gewöhnliches Bisthum, ferner bei der Aufhebung eines Kanonikates und der Verwendung der Einkünfte für ein Vikarie- oder Mansionar-Benefizium [5].

6. Weiter kommen Veränderungen in dem status beneficii vor, ohne dass eine Neuerrichtung statt hat, so z. B. bei dem Ersatze von Regular- durch Säkular-Kanoniker in einem Dom- oder Kollegiatstift [6], bei der Eximirung von geistlichen Instituten, welche in dem geographischen Sprengel eines bestimmten Amtes belegen sind, bei der Erweiterung der Rechte eines bisher bestehenden Benefiziums [7], bei dem Verlust einzelner Amtsrechte in Folge einer Verjährung oder Ersitzung.

7. Endlich fällt unter die Veränderungen im weiteren Sinne auch die Aufhebung des Benefiziums (*suppressio*) ohne Benutzung seiner Unterlage zu der Neu-Errichtung eines anderen.

In der Regel kommt eine einzige Art der Veränderung nicht für sich allein vor, sondern es konkurriren gewöhnlich mehrere. Die Errichtung eines Metropolitan-Bisthums kann z. B. nicht ohne Lostrennung oder Dismembration anderer Bisthümer von ihrem bisherigen Provinzialverbande erfolgen. Die Division bedingt in den meisten Fällen die Neu-Errichtung eines neuen Benefiziums, mitunter aber mehrere solcher [8]. Umgekehrt findet bei der mutatio vi erectionis stets eine suppressio des zur Unterlage für das neue benutzten, bisherigen Benefiziums statt.

II. Voraussetzungen der Veränderung. Das allgemeine Princip der katholischen Kirche, welche darauf bedacht ist, das Bestehende zu wahren, fordert, dass die vorhandenen kirchlichen Einrichtungen, so lange wie thunlich, erhalten bleiben [9]. Nur dann, wenn die Konservirung des bisherigen Zustandes unmöglich geworden oder sich dem Interesse der Kirche als schädlich erweist, oder endlich einen augenscheinlichen Nutzen vereiteln würde, d. h. allein in den Fällen der s. g. *necessitas* oder *evidens utilitas*, ist eine Innovation rechtlich zulässig [10]. Da die einzelnen

[1] S. o. S. 383. n. 6.

[2] S. o. S. 330. n. 3.

[3] Derartige Fälle v. J. 1299 u. 1306 i. Mecklenb. Urkdbch. 4, 92 u. Leverkus, Urkdbch. d. Bisthums Lübeck S. 194.

[4] Ein anderes Beispiel, Umwandlung einer Kapelle mit einem beneficium simplex in eine Pfarr-Filiale in Acta s. sed. 7, 506.

[5] S. o. S. 78. n. 6.

[6] Beispiele für das erstere Gallia christ. t. 11. app. p. 176 (Bisthum Séez a. 1547), t. 13. app. p. 139 (Pamiers a. 1745), für das letztere Würdtwein, dioec. Mogunt. 1, 111 (a. 1454).

[7] So z. B. der Beilegung des Rechtes zur Taufe und Errichtung eines Taufsteines für Pfarrkirchen, welche dieses Rechtes bisher entbehrt haben, s. Acta s. sed. 7, 560.

[8] Wenn statt einem bereits bestehenden Bisthum zwei neue errichtet werden sollen, so müssen für die Regel auch eine Anzahl von Dignitäten und Kanonikate zur Herstellung des neuen Domkapitels geschaffen werden.

[9] c. 15 (Later. a. 1139) i. f. C. I. qu. 3; c. 8 (Turon. a. 1163) X. de praeb. III. 5; c. un. (Innoc. III.) X. ut eccles. benef. sine deminutione conferantur III. 12; s. auch Trid. Sess. XXV. c. 5 de ref.

[10] c. 33 (Honor. III.) X. de praeb. III. 5; Trid. Sess. XXI. c. 5 u. Sess. XXIV. c. 13 de ref.

Arten der Veränderungen in ihren Wirkungen verschieden sind, so müssen selbstverständlich die thatsächlichen Voraussetzungen, welche für die einzelnen Fälle die Nothwendigkeit oder Nützlichkeit ergeben, verschieden sein, und es kann daher an diesem Ort nicht näher auf diese Frage eingegangen werden. Hier ist nur der allgemeine Grundsatz hervorzuheben, dass wenn die Rechte einer schon bestehenden kirchlichen Einrichtung durch Errichtung eines neuen Kirchengebäudes, ohne dass ein genügender Grund vorhanden ist, geschmälert werden, der Vertreter der ersteren berechtigt ist, das Rechtsmittel der operis novi nuntiatio zu gebrauchen, dessen Geltendmachung den civilrechtlichen Regeln unterliegt[1].

III. Kompetent zur Vornahme der Veränderung ist im Allgemeinen derjenige Kirchen-Obere, welcher die Befugniss zur Errichtung des betreffenden Amtes besitzt.

IV. Was endlich die Anwendbarkeit der Rechtssätze über die Innovation auf solche Kirchenämter, welche nicht beneficia im eigentlichen Sinne sind, betrifft, so unterliegt dieselbe hinsichtlich der beneficia manualia (s. o. S. 373) keinem Bedenken[2]. Diesen kommt ebenso wie den eigentlichen Benefizien die objektive Perpetuität zu, und die Veränderung berührt gerade stets den objektiven Bestand des Benefiziums.

Dagegen haben die erwähnten Regeln keine Geltung für die Klasse der Kirchen-Aemter, welche zwar in der heutigen Organisation der katholischen Kirche regelmässig vorkommen, aber nicht den Charakter der Benefizien im eigentlichen Sinne tragen (s. o. S. 365). Ihnen fehlt rechtlich die dauernde Unterlage, vielmehr ist ihr Fundament allein der Auftrag (Mandat oder Delegation) eines andern Kirchenoberen. Es tritt daher bei ihnen schon durch blosse Modifikation der Vollmachten, namentlich durch die materielle oder lokale Beschränkung derselben, eine Veränderung ein[3].

2. Die einzelnen Arten der Veränderungen der Kirchenämter.

§. 105. *a. Die Verlegung des Kirchenamtes.*

Eine Verlegung, die s. g. *translatio beneficii*, findet dann statt, wenn ein Kirchen-Amt von derjenigen Kirche, mit welcher es bisher verbunden war, auf eine andere übertragen wird. War das transferirte Benefizium für den Charakter der Kirche bestimmend, so verliert die letztere damit auch die davon abhängige rechtliche Qualität und diese geht auf diejenige Kirche über, mit welcher das Benefizium in Folge der Uebertragung neu verbunden wird. Als Beispiel kann die Verlegung des bischöflichen oder Pfarr-Amtes von der bisherigen Kathedrale[4] oder Pfarrkirche[5] auf eine andere geeignete Kirche des Bisthums- oder Pfarrsprengels dienen.

Kompetent zur Translation ist für diejenigen Kirchen-Aemter, deren Errichtung dem Bischof entzogen ist, allein der Papst[6], für die übrigen, mithin namentlich für

[1] c. 1 (Luc. III.). c. 2 (Innoc. III.) X. de N. O. N. V. 32.

[2] Vgl. auch Leuren. l. c. P. III. qu. 900. n. 1.

[3] Die Umänderung der Nuntiaturbezirke, der bischöflichen Kommissariats-, Dekanats-Sprengel (s. o. S. 285. 291), der den mehreren General-Vikaren desselben Bisthums überwiesenen Distrikte (s. o. S. 227. n. 3), der Missionspfarreien (s. o. S. 363), und der Militärseelsorge-Sprengel ist keine innovatio beneficii.

[4] S. z. B. const. Gregor. XIII. v. 1572 für Noli Ughelli 4, 1008.

[5] dipl. episc. Zwerinens. a. 1264, Mecklenb. Urkdbch. 2, 249.

[6] Also für die Verlegung der Kathedralen der Erzbisthümer, Bisthümer und Kollegiatkirchen, s. auch c. 1 (Innoc. III.) X. de transl. I. 7.

die Pfarr- und einfachen Benefizien, der Ordinarius [1]. Dies folgt einerseits daraus, dass in der Verlegung eine Innovation der ursprünglichen Errichtung liegt, und derjenige, welcher die letztere nicht vornehmen darf, auch die bei der Erektion getroffenen Einrichtungen nicht zu ändern befugt sein kann; ferner aber weiter daraus, dass diejenige Kirche, welche durch die Verbindung mit einem Benefizium eine höhere Qualifikation erhält, in dieser Eigenschaft gewissermassen neu errichtet wird [2].

Mangels besonderer positiver Bestimmungen über die Fälle, in welchen eine Translation zulässig ist, muss die allgemeine Regel zur Anwendung kommen, dass eine solche nur bei vorliegender Nothwendigkeit oder behufs Erzielung eines augenscheinlichen Nutzens für das religiöse Leben oder für die kirchliche Verwaltung statthaben kann [3]. Genügende Gründe sind also z. B. die Unmöglichkeit, die bisher gebrauchte Kirche zu erhalten, während eine andere, deren Reparaturkosten aufgebracht werden können, vorhanden ist [4]; das Anwachsen der katholischen Bevölkerung und die dadurch bewirkte Unzulänglichkeit des bisher als Kathedrale oder Pfarrkirche benutzten Gebäudes, die ungünstige Lage einer solchen, um als Mittelpunkt der Gottesverehrung oder der pfarramtlichen oder bischöflichen Leitung dienen zu können [5]. Der im Tridentinum [6] allein als Grund der Translation hervorgehobene Fall der Unmöglichkeit der Wiederherstellung verfallener Kirchen ist jedenfalls nicht als der einzig statthafte zu betrachten [7]. Abgesehen davon, dass die betreffende Vorschrift blos von den beneficia simplicia und den Pfarrkirchen spricht, und keineswegs die Translation als solche erschöpfend behandelt, bezweckt sie auch nur, den Bischöfen Verhaltungsmassregeln zur Verhütung des Verfalles derartiger Kirchen und Benefizien zu geben und ihre desfallsigen Befugnisse hinsichtlich der Patronats-Kirchen und Benefizien sicher zu stellen.

Der Papst ist, wenn er eine Translation vornimmt, dabei in keiner Weise an die Genehmigung oder den Rath anderer Personen gebunden. Ebenso kann er auch von dem Vorliegen der objektiven Voraussetzungen absehen. Für die Regel werden aber dieselben Formen, wie bei der Neu-Errichtung eines höheren Kirchenamtes gewahrt (s. o. S. 385), d. h. der betheiligte kirchliche Obere gehört und der Rath der Kardinäle erfordert.

[1] Trid. Sess. XXI. c. 7 de ref.

[2] Darüber ist die Doktrin einig, s. z. B. Rebuffus l. c. P. I. rubr. de erectione in cathedr. u. de erect. in colleg. ed. Colon. 1610. p. 223. 226; Garcias l. c. P. XII. c. 5. n. 1; Barbosa J. E. U. I. 2. n. 139. Die vielfach vorkommende Berufung auf c. 53 (Gregor III.) C. XVI. qu. 1; c. 1 (Innoc. III.) X. ne sede vac. III. 9; c. 4 (id.) de off. leg. I. 30, welche freilich nicht von dem hier in Rede stehenden Specialfall handeln, ist insofern gerechtfertigt, als die citirten Stellen das Princip der ausschliesslichen Verfügungsberechtigung des Papstes über die höheren Benefizien erkennen lassen. Darüber insbesondere, dass der Bischof nicht, wie die Rota früher angenommen hat, zur Translation der Kathedrale auf eine andere Kirche derselben Stadt befugt ist, s. de Prosperis (S. 343. n. *) qu. 15. n. 13 ff. p. 106.

[3] Fagnan. ad c. 3. X. de eccles. aedif. III. 48. n. 58 verlangt ebenfalls eine magna causa.

[4] Ein solcher Fall i. d. Acta s. sed. 1, 217.

[5] Ein Beispiel dafür bietet die S. 397. n. 4 angeführte Konstitution. Eine Verlegung wegen der Gefahr feindlicher Ueberfälle wird ausgesprochen in c. 44 (Gregor. I.) C. VII. qu. 1. Dagegen gehört c. 25 (Gelas. I.) C. XXV. qu. 2 nicht hierher; dasselbe ordnet zur Strafe für die Ermordung des Bischofs durch die Einwohner der Stadt die visitatio durch andere Bischöfe (s. Th. I. S. 313. Th. II. S. 229), also nicht eine definitive Translation des Bischofssitzes, an. Dasselbe gilt von der im Mittelalter bisweilen stattgehabten zeitweisen Verlegung des Sitzes des Bisthums und des Domkapitels wegen Rebellion der Einwohner der Bischofsstadt (s. z. B. Fagnan. ad c. 2. X. de n. o. n.), denn hierin lag nur eine provisorische Entbindung von der Residenzpflicht und von der Verbindlichkeit, am Amtssitze zu fungiren.

[6] Sess. XXI. c. 7 de ref.

[7] Anscheinend die entgegengesetzte Auffassung vertreten Acta s. sed. 9, 476.



Dagegen hat der Ordinarius für die Translation den Konsens des Kapitels einzuholen, sofern dabei eine wichtige Veränderung in dem Benefizialbestande der Diöcese, z. B. ein Pfarramt und eine Parochial-Kirche in Frage kommt[1]. Dass er ausserdem die betheiligten Interessenten, den Inhaber des zu transferirenden Amtes, den etwaigen Patron und die Parochianen anhören muss, schreibt das Tridentinum für den von ihm berücksichtigten Fall ausdrücklich vor. Da es sich dabei um eine causa necessitatis handelt, so muss diese Anordnung analogisch auf den Fall der blossen causa utilitatis ausgedehnt werden, und zwar um so mehr, als auch bei sonstigen Veränderungen die Anhörung der Interessenten erforderlich ist (s. die folgenden §§.). Ferner ist nach Analogie der für diese geltenden Regeln anzunehmen, dass der Widerspruch der Interessenten eine gerechtfertigte Translation nicht zu hindern vermag, andererseits aber ihre unterlassene Berufung und Anhörung die Nichtigkeit der Massregel bewirkt.

Während die Translation von Benefizien in exemten Gebieten und Kirchen nach allgemeinen Grundsätzen dem Papste zukommt[2], hat das Tridentinum in dem erwähnten Kapitel die Bischöfe dazu ausnahmsweise als gesetzliche, apostolische Delegaten für den Fall ermächtigt, dass die Verlegung wegen des nicht zu hindernden Verfalls der Kirchen, mit welchen die zu transferirenden Benefizien verbunden sind, erfolgt. Dass indessen der Bischof dann, wenn er schon kraft eigenen bischöflichen Rechtes zur Translation befugt ist, sie auch nach seinem Belieben als apostolischer Delegat vornehmen kann, und unter dieser Voraussetzung des Konsenses des Kapitels nicht bedarf[3], ist zwar die gewöhnliche Ansicht, beruht aber auf einer falschen Auffassung des vom Tridentinum gebrauchten Ausdrucks: *etiam tanquam apostolicae sedis delegati*[4].

Der Begriff der Translation bedingt es, dass das verlegte Benefizium keine Aenderung in seinem Bestande, also weder in seinen Rechten und besonderen Privilegien noch in seinen Pflichten erleidet[5]. Dies versteht sich daher von selbst, wenn auch der kirchliche Obere bei der Translation nichts in dieser Hinsicht bestimmt hat[6].

Die Frage, welchen Einfluss die Verlegung auf diejenige Kirche äussert, mit welcher das transferirte Benefizium vorher verbunden war, lässt sich nicht allgemein beantworten. Bei der Uebertragung eines einfachen Benefiziums kann unter Umständen die Kirche in ihrer bisherigen Qualität bestehen bleiben, es kann aber andererseits auch ihre Profanation[7] nöthig werden. Die Translation eines die rechtliche Eigenschaft der Kirche bestimmenden Benefiziums, wie sie bei der Verlegung von Kathedral-, Kollegiat- und Pfarrkirchen vorkommt, entkleidet das bisber gebrauchte

[1] S. o. S. 153.
[2] S. o. S. 392.
[3] S. z. B. Schulte, K. R. 2, 315 n. 1; s. auch Th. I. S. 177.
[4] Th. I. S. 178. 179.
[5] Die Konstitution für Noli (S. 397. n. 4) bestimmt daher auch: „Necnon secundam dictam ecclesiam in locum primae dictae ecclesiae etiam quoad privilegia, facultates, libertates, immunitates, exemptiones, indulta, concessiones, indulgentias etiam plenarias et peccatorum remissiones aliasque gratias spirituales et temporales . . . substituimus, s. ferner Acta s. sed. 1, 217. Auch das Tridentinum erkennt dies für den von ihm berücksichtigten Fall an. Wegen der Translation der Kathedralen s. noch Prosperi s l. c. qu. 15. n. 5 ff.
Dass in Folge der Translation der status der Kirche, auf welche das Beneficium übertragen wird, geändert werden kann, ist bereits oben bemerkt. Dabei können noch besondere Anordnungen nöthig werden, so z. B. bei der Verlegung der Kathedrale an eine Kollegiatkirche in Betreff der Kanonikatstellen beider, vgl. z. B. die const. Alex. VI. v. 1495 bei Ughelli It. sacr. 1, 181.
[6] Wenn er dagegen eine Abänderung verfügt hat, so liegt nicht mehr eine translatio, sondern eine mutatio status beneficii vor.
[7] Darüber s. §. 111.

Kirchengebäude stets seiner früheren Qualität, dagegen hängt es von den besonderen Verhältnissen und von der Bestimmung des transferirenden Oberen ab, ob und in welcher Eigenschaft es fortbestehen, z. B. ob die frühere Kathedrale, Kollegiatkirche nunmehr als Pfarrkirche oder Kapelle benutzt werden[1] soll. Die Anordnung darüber bildet einen integrirenden Theil des Translationsaktes und muss, falls sie etwa aus Versehen unterblieben ist, nachgeholt werden.

§. 106. *b. Die Theilung der Kirchenämter**).

I. Die *divisio*, d. h. die Errichtung zweier oder mehrerer Kirchenämter aus einem bestehenden unter Benutzung der Substanz desselben kommt am häufigsten bei denjenigen Benefizien vor, mit denen eine kirchliche Leitungsbefugniss über einen geographischen Sprengel verbunden ist, namentlich bei Bisthümern und Pfarreien.

In Betreff der Bisthümer finden die für die Errichtung derselben geltenden Grundsätze (s. o. S. 385) Anwendung. Es ist also der Papst allein zu einer divisio berechtigt. Er ist dabei nicht an den Konsens der Betheiligten gebunden, kann diesen vielmehr aus eigener Machtvollkommenheit ergänzen[2]. Wird bei der Theilung nicht etwa eine besondere Dotation für das neu zu errichtende Bisthum beschafft[3], so muss diese aus dem Vermögen des ursprünglichen genommen werden[4]. Erworben wird ein solcher Bestandtheil erst mit seiner Ausscheidung und Ueberweisung an das neue Bisthum, welche allerdings für die Regel der Papst nicht selbst, sondern ein von ihm mit der Ausführung der Theilung beauftragter Exekutor (Bischof, Nuntius u. s. w.) vornimmt. Ein rechtlicher Anspruch des neuen Amtes auf einen verhältnissmässigen Theil des Vermögens des ursprünglichen, oder gar eine communio pro indiviso an dem ganzen Vermögen des alten Amtes zwischen diesem und dem neuen entsteht durch die divisio als solche nicht. Dieselbe ist nicht ohne Weiteres Vermögenstheilung, vielmehr kann eine solche erst durch den Ausspruch des Papstes, welcher die Modalitäten der divisio festzusetzen hat, bewirkt werden. Daher bleibt, falls es an einer genügenden Bestimmung über die Dotation fehlen sollte, nichts Anderes übrig, als die unvollständige Verfügung über die Division durch eine nachträglich vom Papst einzuholende Erklärung zu ergänzen.

Wegen des locus congruus für den neuen Amtssitz, der erforderlichen Kirche und der Abgrenzung der Sprengel s. o. S. 386. 387.

Wenngleich das bisherige Benefizium durch die Division einen Theil seiner Rechte verliert, namentlich vielfach in seinem geographischen Sprengel eine Schmälerung erleidet, so bewirkt die Abzweigung einzelner Substanztheile doch nicht ohne

[1] S. z. B. die Urkunden v. 1438 u. 1449 bei Binterim u. Mooren, Erzdiöcese Köln 4, 340. 380.

*) L. Ph. Slevogt, diss. de divisione eccles. et benef. Jenae 1681; Jo. Schwabe, diss. de unione et dissolutione eccles. et benef. Vindobon. 1778; Principes canoniques sur le démembrement des paroisses i. d. Analect. iur. pontif. 1853. p. 487 ff., übersetzt i. Arch. f. K. R. 2, 17 ff. 129 ff.; Molitor, üb. Dismembr. des Beneficiums ebend. 7, 400 ff.

[2] Ausser den o. S. 383. n. 6. u. S. 386. n. 9. citirten Belegen s. noch d. const. Pii IX. v. 30. Juni 1855 (Anal. iur. pont. 1863 p. 2049) betreffend die Abzweigung des Departements de la Mayenne von dem Bisthum Lemans und die Errichtung des neuen Bisthums Laval: „motu proprio et ex certa scientia deque apostolicae potestatis plenitudine consensui quorumque interesse habentium vel quomodocunque habere praesumentium apostolica auctoritate supplentes“.

[3] Z. B. von der Staatsregierung wie bei der Errichtung von Laval (vor. Note).

[4] c. 5. (Joann. XXII.) in Extr. comm. de praeb. III. 2. s. v. De bonis autem, reditibus.

Weiteres seinen Untergang. Deshalb bleiben die besonderen ihm ertheilten Rechte und Privilegien, z. B. gewährte Indulgenzen für Altäre der Kathedrale, Titel und Auszeichnungen für den Bischof, die Exemtion vom Metropolitanverbande, die besonderen Privilegien des Domkapitels, u. s. w. bestehen [1]. Auf das neu errichtete Benefizium gehen dagegen derartige Vorrechte nicht von selbst über, weil diese an dem alten Amt, welches als solches erhalten bleibt, in seiner Totalität haften, die zur Errichtung des neuen Amtes benutzten einzelnen Bestandtheile aber nicht als Träger jener besonderen Rechte erscheinen.

Mit der Verfügung der Division seitens des Papstes erlangt das neu kreirte Amt seine Selbstständigkeit. Es existirt von diesem Zeitpunkt ab als eigenes, erwerbsfähiges Rechtssubjekt. Der Ausführung der Division, d. h. der thatsächlichen Ausscheidung von Vermögensstücken, der Festsetzung der lokalen Grenzen zwischen dem alten und dem abgezweigten Sprengel, der Errichtung des neuen Domkapitels u. s. w. bedarf es nicht. Von demselben Moment ab hört ferner das Recht des Kirchen-Oberen des nunmehr getheilten Amtes, über die für die Ausstattung des neuen bestimmten Bestandtheile zu verfügen, auf, falls diese schon in dem päpstlichen Divisions-Instrument im Einzelnen dem neuen Amte überwiesen oder dem für die Theilung ernannten Exekutor bezeichnet sind. Umgekehrt verhält es sich, wenn die Objekte nicht individuell bestimmt sind [2], sondern erst nach gewissen Gesichtspunkten ausgesondert werden sollen. Denn in diesem Falle erfolgt die Separation erst mit der Bezeichnung der einzelnen zu trennenden Gegenstände, mag diese dem Exekutor allein oder in Gemeinschaft mit dem Kirchen-Oberen des zu theilenden Amtes aufgetragen sein.

Endlich wird durch die Division jeder rechtliche Zusammenhang zwischen dem alten und neuen Benefizium aufgehoben [3], und beide stehen sich nunmehr koordinirt und unabhängig von einander, wie zwei andere besonders errichtete Aemter, gegenüber. Soll also ein solcher Zusammenhang dennoch bewahrt bleiben, so muss dies besonders angeordnet werden [4].

Die Division oder Dismembration der Pfarreien [5] steht, abgesehen vom Papst, welcher sie kraft seiner Stellung als iudex ordinarius der ganzen katho-

[1] Wird die Suppression des zur Theilung gestellten Benefiziums ausgesprochen, so stellt sich die Sache umgekehrt.

[2] Wenn also z. B. nur festgesetzt ist, dass geeignete, näher auszumittelnde Vermögensobjekte in einem bestimmten Gesammtwerthe zur Dotation des abgezweigten Bisthums verwendet werden sollen.

[3] Daher treten auch unter die Jurisdiktion des neuen Bischofs alle Personen, welche dem ihm zugewiesenen Theil der alten Diöcese angehören, Acta s. sed. 6, 571, und es wird das Filialverhältniss einer Filia in einem solchen Theile zu der der Stammdiöcese verbliebenen Mutterkirche gelöst, ibid. 9, 246.

[4] So hat Pius IX. i. J. 1860 das Erzbisthum Trani in die beiden Erzbisthümer Trani und Baroli getheilt, diese aber gleichzeitig in der Weise (aeque principaliter s. §. 108) unirt, dass stets ein und dieselbe Person beide Erzbisthümer leiten soll, Analect. iur. pontif. 1864. p. 877 ff.

Uebrigens ist es auch vorgekommen, dass die abgetrennten Theile eines Bisthums unter die Jurisdiktion eines apostolischen Vikars gestellt worden sind, so z. B. nach der Trennung Belgiens von Holland die holländischen Theile der Diöcesen Lüttich und Namür durch Breve Gregors XVI. v. 2. Juni 1840 unter die apostolischen Vikariate zu Limburg und zu Luxemburg und ferner der Kanton S. Gallen nach seiner Abtrennung von dem Bisthum Chur-S. Gallen durch Konsistorial-Dekret v. 23. März 1836 unter einen apostolischen Vikar in S. Gallen, damals in der wenigstens nachher theilweise verwirklichten Voraussetzung, dass es sich dabei nur um provisorische, durch spätere Errichtung von Bisthümern zu beseitigende Zustände handeln sollte, wie namentlich der Umstand zeigt, dass der Vikar von S. Gallen vom päpstlichen Nuntius bei der Eidgenossenschaft unterm 26. April 1836 die Gewalten, welche dem Kapitular-Vikar bei erledigtem bischöflichem Stuhl zustehen, übertragen erhalten hat.

[5] Vgl. darüber noch Bouix, tract. de parocho. Paris 1855. p. 244 ff.

lischen Kirche in jeder Diöcese vornehmen kann[1], den Ordinarien, also den Bischöfen und den praelati nullius, innerhalb ihrer Sprengel, zu[2]. Für die innerhalb ihrer Diöcesen belegenen exemten Kirchen besitzen die Bischöfe dieselbe Befugniss, aber nur als gesetzlich durch das Tridentinum ein für alle Mal bestellte Delegirte des Papstes[3].

Mag der Bischof als Ordinarius seiner Diöcese oder als päpstlicher Delegat die Theilung einer Parochie anordnen, immer ist er dazu nur beim Vorliegen eines gesetzlichen Grundes befugt[4]. Einen solchen bildet die weite Entfernung eines Theiles des Pfarrsprengels von der Parochialkirche oder eine sonstige, für die Parochianen obwaltende Schwierigkeit, in derselben die Sakramente zu empfangen oder dem Gottesdienste beizuwohnen[5].

Welche Entfernung als ausreichend anzusehen ist, darüber steht dem Ordinarius mangels einer näheren gesetzlichen Vorschrift die Prüfung zu, jedoch erachtet die Praxis und Doktrin im Allgemeinen 2000 Schritt oder 2 italienische Miglien für genügend[6].

Der zweite Grund liegt dann vor, wenn die Parochianen wegen der Lage ihrer Wohnungen in hohen, namentlich bei ungünstigem Wetter schwer passirbaren Gebirgen, wegen reissender nicht überbrückter Gebirgsbäche und Flüsse oder wegen ähn-

[1] Bouix l. c. p. 244; Arch. f. k. K. R. 2, 24; s. auch o. S. 391. n. 4.

[2] Dies ergiebt die Hauptstelle für die in Rede stehende Lehre, c. 3. (Alex. III.) X. de eccles. aedif. III. 48. (gerichtet an den Erzbischof von York, welcher hier nur in seiner Qualität als Bischof in Frage kommt): „Ad audientiam nostram nostram noveris pervenisse, quod villa quae dicitur H., tantum perhibetur ab ecclesia distare, ut in tempore hiemali, quum pluviae inundant, non possint parochiani sine magna difficultate ipsam adire, unde non valent congruo tempore ecclesiasticis officiis interesse. Quia igitur dicta ecclesia ita dicitur in redditibus abundare, quod praeter illius villae proventus minister illius convenienter valeat sustentationem habere, fraternitati tuae per apostolica scripta mandamus, quatenus, si res ita se habet, ecclesiam ibi aedifices et in ea sacerdotem, sublato appellationis obstaculo, ad praesentationem rectoris ecclesiae maioris cum canonico fundatoris assensu instituas, ad sustentationem suam eiusdem villae obventiones ecclesiasticas percepturum, providens tamen, ut competens in ea honor pro facultate loci matrici ecclesiae servetur, quod quidem fieri posse videtur, quum eiusdem villae dominus XX. acras terrae frugiferae velit ad usus sacerdotis conferre. Si vero persona matricis ecclesiae virum idoneum praesentare distulerit vel opus illud voluerit impedire, tu nihilominus facias idem opus ad perfectionem deduci et virum bonum appellationis cessante diffugio instituere non omittas", u. Trid. Sess. XXI. c. 4. de ref. (nach der S. 319. n. 1. mitgetheilten Stelle): „In iis vero (sc. parochiis) in quibus ob locorum distantiam sive difficultatem parochiani sine magno incommodo ad percipienda sacramenta et divina officia audienda accedere non possunt, novas parochias etiam invitis rectoribus iuxta formam constitutionis Alexandri III. quae incipit: Ad audientiam, constituere possint. Illis autem sacerdotibus qui de novo erunt ecclesiis noviter erectis praeficiendi, competens assignetur portio arbitrio episcopi ex fructibus ad ecclesiam quomodocunque pertinentibus et, si necesse fuerit, compellere possit populum ea subministrare, quae sufficiunt ad vitam dictorum sacerdotum sustentandam"...

[3] Dieser Vollmacht erwähnt das Tridentinum nur im Eingange des in der vorigen Note citirten Kapitels, nicht aber nachher bei den Vorschriften über die Theilung der Pfarreien. Aus dieser Stellung folgt indessen, dass jene Ermächtigung sich auf alle den Bischöfen in dem Kapitel gestatteten Massregeln bezieht, so auch die Praxis der Congr. Conc., s. Fagnan. ad c. 3. X. cit. n. 52; Barbosa de off. et potest. ep. P. III. alleg. 68. n. 1; Reiffenstuel ius can. III. 48. n. 20; Bouix l. c. p. 246. 447; Arch. f. k. K. R. 2, 25.

[4] Dass er etwa als päpstlicher Delegat nicht an die gesetzlichen Gründe gebunden wäre, schliesst der Wortlaut des Tridentinums aus, s. auch Bouix p. 248.

[5] c. 3. X. III. 48. cit.; c. 4. Trid. Sess. XXI. cit. Es genügt das Vorhandensein eines dieser Gründe, bei erschwertem Zugang zur Kirche braucht also nicht noch eine weite Entfernung mit zu konkurriren. Ein Beispiel der Divisio aus früherer Zeit (v. 1203) bei Binterim u. Mooren, Erzdiöcese Köln 3, 162.

[6] Bouix p. 263; Arch. f. k. K. R. 2, 141. Diese Entfernung wird schon als massgebend hervorgehoben i. e. Divisionsurkunde Leos X. v. 1520 im Geschichtsfreund, Mitthlgen d. hist. Ver. d. 5 Orte Luzern etc. Einsiedeln 1876. 31, 108.



licher Umstände nur mit Lebensgefahr oder mit grossen Unbequemlichkeiten zur Kirche gelangen können [1].

Mehrfach wird als fernere Voraussetzung der Theilung verlangt, dass den Uebelständen, welche aus den erwähnten Verhältnissen entstehen, nicht anders, als durch die Division, also namentlich auch nicht durch Exponirung eines Vikars abgeholfen werden kann [2]. Dies widerspricht indessen der Vorschrift des Tridentinums, welches dieses Requisit nicht aufstellt und die Einsetzung von Vikaren oder Hülfspriestern nur für den Fall anordnet [3], dass die Kräfte des Pfarrers wegen der starken Bevölkerung der Parochie nicht ausreichen [4]. Andererseits legt das Koncil dem Bischof keine Verpflichtung ob, beim Vorliegen der beiden gesetzlichen Gründe eine Division vorzunehmen. Demgemäss bleibt es seinem Ermessen überlassen, unter Berücksichtigung aller in Frage kommenden Verhältnisse, die eine oder andere Massregel zu ergreifen, also auch statt der an sich gesetzlich zulässigen Theilung blos die Exposition von Vikaren zu verfügen. Eingewirkt hat auf die hier widerlegte Meinung offenbar die Auffassung, dass die Division eine Veräusserung bilde und daher ihre Vornahme soviel wie möglich einzuschränken sei [5].

Hieraus erklärt es sich ferner, dass die Doktrin das Anwachsen der Bevölkerung der Parochie nicht als einen die Theilung rechtfertigenden Grund betrachtet [6]. Auch dieser Annahme muss entgegengetreten werden, nicht nur für den Fall, dass der lokale Umfang einer grossen Parochie dem entfernt wohnenden Theil der Bevölkerung Schwierigkeiten in Betreff des Besuches der Kirche bereitet, sondern auch für den

[1] c. 3. X. cit.; Fagnan. ad 3 cit. n. 19; Arch. f. k. K. R. 2, 139 ff. Man kann mit Fug und Recht sagen, dass es nur einen einzigen Grund für die Theilung der Pfarreien giebt, nämlich die erhebliche Schwierigkeit für einen Theil der Parochianen dem Gottesdienste beizuwohnen, welche bald durch die Entfernung, bald durch andere Umstände hervorgerufen sein kann. Die Fassung des Textes habe ich mit Rücksicht auf den Inhalt der Quellen gewählt.

[2] Pignatelli cons. canon. t. IV. cons. 230. n. 20; Leuren. for. benef. P. I. qu. 154. n. 4; Arch. f. k. K. R. 2, 32.

[3] Ein älteres Beispiel der blossen Errichtung einer ständigen Filiale (mit einem Vikar des Pfarrers (v. 1290) bei v. Wyss, Gesch. d. Abtei Zürich i. d. Mitthlgen d. antiqu. Gesellsch. zu Zürich 8[b], 295.

[4] So auch Bouix l. c. p. 261. Die Praxis der Congr. Conc., nach welcher allerdings eine Division nicht leicht zugelassen wird, wenn eine Abhülfe auf anderem Wege möglich ist, hat aber andererseits nicht stets in solchen Fällen die Theilung verweigert, s. die Entscheidungen i. Arch. f. k. K. R. 2, 140 u. Acta s. sed. 7, 37. 9, 260; sie ist namentlich dann gestattet worden, wenn die Dotation nicht aus dem Vermögen der alten Pfarrkirche entnommen zu werden brauchte, sondern durch die Liberalität eines Dritten beschafft worden ist, Acta s. sed. 4, 268 Note.

Die Errichtung neuer Pfarreien durch den Bischof, welcher bisher ausschliesslich die Seelsorge in der ganzen Diöcese gehabt hat (s. o. S. 308 u. cit. Arch. S. 141 ff.) ist keine divisio, sondern erectio von Beneficien.

[5] Vgl. Bouix l. c. p. 252 u. Acta s. sed. 4, 268 Note.

[6] Fagnan. l. c. n. 24 ff.; Leuren. l. c. P. III. qu. 958. n. 4; Pignatelli l. c. n. 13; Schmalzgrueber l. c. III. 48. n. 14; Berardi, comm. cit. diss. III. c. 3. ed. cit. 1, 276; Bouix l. c. p. 255. — Ein Beispiel für eine solche Division aus früherer Zeit bietet dipl. Conradi episc. Frising. a. 1271. (Mayer thesaur. nov. iur. eccles. 1, 231): „. . . Cum igitur principalis baptismalis ecclesia s. Petri in Monaco adeo per dei graciam excrevit in immensum quod unius pastoris regimine sine periculo animarum difficiliter valeat gubernari, cuius insuper ecclesie cimiterium adeo positum est in angusto, quod eciam non sufficiat tumulandis corporibus mortuorum, nos deliberacione provida piaque contemplatione devotis precibus dicte plebis, requisito super hoc eciam capituli nostri consilio et consensu prefatam ecclesiam s. Petri cum plebe sua in duas baptismales ecclesias pro communi utilitate civium duximus dividendam iuxta terminos plebis decimarum pro dotis bonorum virorum arbitrio distinguendos, ita ut ecclesia s. Marie que huc usque simplex capella extitit in Monaco, legitimum cum omni iure parochiali de cetero residentem rectorem habeat, quemadmodum ecclesia s. Petri hucusque habuit, distinctamque et perpetuam tanquam matrix ecclesia sepulturam. Proviso quod utraque ecclesia et s. Marie et s. Petri debitis et assignatis terminis plebis dotis decimarum sit contenta". . . Allerdings ist für diese Theilung die päpstliche Bestätigung nachgesucht und ertheilt worden, s. ibid. p. 232.

Fall, dass allein die Zahl der Parochianen in erheblicher Weise gewachsen ist. Es erscheint mit dem Wesen der Pfarrei unvereinbar, wenn die Menge der Bevölkerung eine erfolgreiche unmittelbare geistliche Einwirkung durch Lehre, Gottesdienst und Mittheilung der kirchlichen Heilsgaben ausschliesst, und der Pfarrer, mag er auch durch Hülfsgeistliche unterstützt werden, bei der Unmöglichkeit, sich eine genügende Personal-Kenntniss zu erwerben und eine genaue Aufsicht über seine Vikare auszuüben, eine einheitliche geistliche Leitung zu führen ausser Stande ist. Beruht die Festsetzung des Tridentinum auf dem tieferen Princip, dass eine Theilung vorgenommen werden darf, wenn eine wirksame Seelsorge für einen Theil der Parochianen bei Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen ausgeschlossen ist, so kann dasselbe auf den hier in Rede stehenden Fall, wo die gedeihliche Verwaltung der Seelsorge ebenfalls nicht mehr möglich, unbedenklich in analogischer Weise ausgedehnt werden [1].

Das Vorhandensein der Voraussetzungen der Theilung hat der Bischof durch eine besondere Untersuchung festzustellen [2]. Aber selbst wenn diese ein bejahendes Resultat ergiebt, ist die Statthaftigkeit der Division noch weiter davon abhängig, dass der abzuzweigende Bezirk auch eine für die Errichtung einer neuen Pfarrei hinreichende Anzahl von Bewohnern umfasst [3]. Fehlt es daran, so bleibt nichts anderes übrig, als die entfernt wohnenden Parochianen, je nach den Umständen, durch einen von Zeit zu Zeit abzusendenden Hülfspriester pastoriren zu lassen oder einen Vikar auf einen passenden Ort in dem betreffenden Theil der Pfarrei zu exponiren.

Sodann hat der Bischof bei Strafe der Nichtigkeit der Massregel den Konsens des Kapitels zu derselben einzuholen [4]. Die Zuziehung findet indessen nicht statt, wenn der Bischof die Theilung exemter Pfarreien als apostolischer Delegat vornimmt, weil das Kapitel nur bei Akten der Diöcesan-Verwaltung zu konkurriren berechtigt ist, in diesem Fall aber ein solcher nicht in Frage steht [5].

[1] Hat doch auch Pius VI. in dem Breve: Quod aliquantum v. 10. März 1791 die durch die Civilkonstitution für den französischen Klerus festgesetzte Zahl von 6000 Seelen für eine Pfarrei zu hoch erklärt, Bouix l. c. In Berlin sind von der S. Hedwigs-Pfarre, die keine Missionsparochie ist, seit 1860 wegen der übermässig angewachsenen Bevölkerung 3 andere Seelsorge-Bezirke durch den Fürstbischof von Breslau abgetrennt worden.

Bei Verwerfung der im Text vertheidigten Ansicht ist ohne besondere päpstliche Genehmigung eine angemessene Einrichtung der Seelsorge unmöglich. Uebrigens erkennt c. 2 (Later. a. 1179) X. de eccles. aedif. III. 48, welches die Errichtung einer besonderen Pfarrei für die Leprosen gestattet, damit auch eine andere Nothwendigkeit, wie die aus geographischen Verhältnissen der Pfarrei hervorgehende, als genügenden Grund an. Es liegt wahrlich keine Veranlassung vor, nachdem die Doktrin und Praxis im Laufe der Zeit — entgegen der älteren Auffassung, s. z. B. Glosse s. v. constitui zu c. 2 (Pseudo-Isid.) Dioc. XCIX — die in c. 3. X. cit. und im Tridentinum erwähnten Gründe der Theilung nicht mehr als Ausflüsse eines höheren allgemeinen Princips, sondern als die einzigen statthaften Voraussetzungen erklärt, und damit für die Pfarr-Divisionen den allgemeinen Grundsatz, dass die Veränderung kirchlicher Beneficien auch im Falle einer evidens utilitas zulässig ist, erheblich beschränkt hat (vgl. auch Berardi l. c. p. 275. 276), ausserdem jede begründete analogische Anwendung der gedachten, entscheidenden Stellen von der Hand zu weisen.

[2] Bouix l. c. p. 265.

[3] Ohne eine solche ist eine Pfarrei nicht denkbar, überdies würden auch bei einer zu geringen Zahl von Parochianen die erforderlichen Aufwendungen nicht beschafft werden können. Gemäss dem die frühere kanonistische Doktrin beherrschenden scholastischen Charakter hat man die erforderliche Zahl genau zu bestimmen gesucht, und im Hinblick auf c. 5. Tolet. XVI. a. 693 = c. 3. C. X. qu. 3 (s. o. S. 265. n. 1 u. 5) bald angenommen, dass 10 Personen, bald, dass 10 Familien ausreichend sind, Fagnan. l. c. n. 28; Leuren. l. c. P. I. qu. 160. n. 2; Bouix p. 266.

[4] S. o. S. 154. n. 2. S. 158. Auch d. cit. dipl. v. 1271 (S. 403. n. 6) gedenkt des Konsenses des Kapitels, dessen andererseits freilich e. dipl. a. 1248 bei Lacomblet, niederrh. Urkdbch. 2, 178 — ob aus Unachtsamkeit oder aus einem anderen Grunde steht dahin — nicht erwähnt.

[5] Darüber ist man einig, wohl aber besteht vom Standpunkt der unrichtigen Meinung aus,

Ferner soll der Bischof alle bei der beabsichtigten Theilung interessirten Personen zur Anbringung ihrer etwaigen Einwendungen gegen dieselbe ordnungsmässig vorladen. Zu den Interessenten gehört namentlich:

a. der Pfarrer der zu theilenden Parochie. Die Anhörung desselben hat schon die mittelalterliche Doktrin theils unter Berufung auf die Vorschriften über die Nothwendigkeit des Konsenses des Bischofs zur Neu-Errichtung eines andern Bisthums [1], theils unter Heranziehung der Vorschriften über die Veräusserung des Kirchengutes [2] für erforderlich erachtet. Ja aus dem mittelalterlichen Urkunden-Material tritt sogar die Anschauung hervor, dass jede Veränderung der bestehenden Parochial-Einrichtungen der Zustimmung des davon betroffenen Pfarrers bedürfe [3] oder derselbe für die dadurch erlittene Einbusse entschädigt werden müsse [4]. Diese Ansicht ist jedoch nicht die herrschende geworden, und namentlich lässt das Tridentinum [5] darüber keinen Zweifel, dass der Widerspruch des Pfarrers die für nothwendig erachtete Theilung nicht zu hindern vermag.

Ist die Seelsorge in eine habituelle und aktuelle getheilt [6], so braucht nur der Inhaber der ersteren [7] zugezogen zu werden, weil dieser allein der Pfarrer im eigentlichen Sinne ist.

Wenn die Theilung während der Vakanz des Pfarr-Amtes erfolgen soll, so hat

dass der Bischof die ihm iure ordinario unterworfenen Pfarreien je nach Belieben kraft seiner bischöflichen oder kraft der ihm durch das Tridentinum delegirten päpstlichen Jurisdiktion zu theilen befugt ist (s. Th. I. S. 178. 179), eine Kontroverse darüber, ob, falls er von der päpstlichen Delegation Gebrauch macht, der Konsens des Kapitels erfordert werden muss oder nicht, s. z. B. Fagnan. n. 49 ff.; Bouix p. 269. Durch die von mir Th. I. a. a. O. dargelegte Bedeutung des Ausdrucks: *etiam tamquam apostolicae sedis delegati* wird diesem Streite jeder Boden entzogen. Will man aber an der bisherigen Auffassung jener Worte festhalten, so erscheint es richtiger, auch für den in Rede stehenden Fall die Einwilligung des Kapitels zu verlangen, weil das Trid. Sess. XXI. c. 4 de ref. auf c. 3 X. cit., damit also auch die früheren Normen des gemeinen Rechtes, nach denen der Konsens erforderlich ist, verweist, s. Fagnan. n. 53 ff.; Anal. iur. pont. 1855. p. 418, Arch. f. k. K. R. 2, 28 ff.; Bouix l. c. p. 272.

[1] c. 50. 51. C. XVI. qu. 1 u. Glosse s. v. constitui zu c. 2. Dict. XCIX.

[2] S. Glosse s. v. defensor zu Clem. 2 de reb. eccl. non alien. III. 4; Garcias l. c. P. XII. c. 3. n. 3; vgl. auch Acta s. sed. 3, 398.

[3] Dipl. a. 1185 (Lacomblet niederrh. Urkdbch. 1, 149): „Sicque ex assensu nostro (des Erzbischofs v. Köln) et archidiaconi et decani et abbatis Tuiciensis (v. Deutz) Florentii et legitime pastoris de Walde hec capella ab omni subiectione et debito parrochialis aecclesiae de Walde . . . est exempta, salvo tamen in hoc iure eiusdem parrochialis aecclesiae, ut omnes in terminis eiusdem parrochiae habitantes, nisi in eodem loco servientes (es sollte bei der vom Parochial-Verbande befreiten Kapelle ein Kloster errichtet werden) omnia sacramenta a baptismali aecclesia percipiant, sicut ante emancipationem consueverant"; ep. Innoc. III. für das Kloster Segeberg a. 1198 (Leverkus' Urkdbch. d. Bisth. Lübeck S. 24); syn. Traiect. a. 1209 (Hartzheim 3, 490. 491); dipl. a. 1281 (Meckl. Urkdbch. 3, 20) u. a. 1295 (Guden cod. dipl. 1, 890).

[4] Dipl. a. 1072 (Günther cod. Rheno-Mosell. 1, 145) a. 1136. 1195 (Hartzheim 3, 331. 463); dipl. Hermanni Zwerin. episc. a. 1270 (Meckl. Urkdbch. 2, 380): „ecclesiam in Vliz cum duabus villis . . . a matre ecclesia Mirowe eximimus consensu et voluntate rectoris eiusdem ad hos expressius accedente cui praedicti nobiles competentem refusionem redditaum diligenti estimatione prehabita fecerunt pro mansis quibusdam . . . et pro ecclesiastica annona predicte ecclesie in dotem assignatis. Cives autem predictarum villarum seu parochiani sepulturam et baptismum parvulorum ac alia ecclesiastica sacramenta a sacerdote qui prefuerit dicte ecclesie Vlitz debent recipere et non a plebano in Mirowe qui de cetero et successores eiusdem in dicta ecclesia Vlitz et dote ipsius ac parochianis eiusdem nihil iuris sibi debent aliquatenus vendicare nec etiam parochiani predicti aliquid ad edificia ecclesie Mirow ex debito conferre teneantur, nisi velint seu de ipsorum procedat libera voluntate"; dipl. a. 1278 u. 1293 (ibid. 2, 576. 3, 483).

[5] S. die Worte: „etiam invitis rectoribus" in c. 4. cit. Sess. XXI (S. 402. n. 2), vgl. auch c. 3. X. III. 48. cit.

[6] S. o. S. 304.

[7] Leuren. l. c. P. I. qu. 157. n. 4; also das Kapitel, wenn ihm die zu dismembrirende Pfarrei habitualiter zusteht, Bouix l. c. p. 268; Molitor Arch. f. k. K. R. 7, 407.

der Bischof einen s. g. defensor, d. h. einen besonderen Vetreter der Rechte des Pfarr-Benefiziums ad hoc zu bestellen, und diesen vorzuladen [1].

Uebrigens gewährt selbst eine durch die Theilung erfolgende Verminderung der Einkünfte dem Pfarrer der Stammparochie kein absolutes Widerspruchsrecht [2]; selbstverständlich ist es aber, dass ihm stets ein auskömmlicher Unterhalt belassen werden muss.

b. Ausser dem Pfarrer sind ferner die Parochianen, da sie gleichfalls als Interessenten in Frage kommen, zu hören [3]. Es kommt indessen nur darauf an, dass ihnen Gelegenheit gegeben wird, ihre etwaigen Einwendungen darzulegen. Daher genügt schon die Zuziehung der zu ihrer Vertretung berufenen Organe, der Kirchenväter oder Kirchen-Aeltesten. Keineswegs ist aber, wie früher mitunter behauptet worden, der Konsens — ein solches Recht steht den Parochianen überhaupt nicht zu — der Majorität oder zweier Drittel derselben erforderlich [4].

c. Wenn das Pfarramt der zu theilenden Parochie einem Patronatrecht untersteht, so hat der Ordinarius auch den Patron vorzuladen. Der Laienpatron hat sogar ein Konsensrecht [5]. Dasselbe geht zwar nie so weit, die nothwendige Theilung zu hindern, indessen muss sein Widerspruch im Wege des rechtlichen Verfahrens für unbegründet erklärt und so beseitigt werden [6].

Nach der überwiegenden Meinung führt die Unterlassung der Citation der Betheiligten oder ihre Nichtanhörung die Nichtigkeit der trotzdem vorgenommenen Theilung herbei [7], und zwar ist diese eine absolute, sie kann also nur durch eine neue, den Erfordernissen entsprechende Division beseitigt werden [8].

Zur Ausführung der Theilung gehört:

[1] Nach Analogie von c. 1 in VI[to] de reb. eccl. non alien. III. 9 u. Clem. 2 eod. tit. III. 4, s. auch Garcias l. c. n. 3 ff.; Bouix l. c. p. 268; Molitor a. a. O. S. 407.

[2] c. 3. X. III. 48 cit. s. v. quod praeter; Bouix l. c. p. 276. In manchen Diöcesen besteht die Praxis, den Pfarrern bei der Anstellung die Verpflichtung aufzuerlegen, sich die auf solche Art bewirkte Schmälerung ihrer Einkünfte gefallen zu lassen. Rechtlich nothwendig ist dies aber nicht und daher hat es auch das Prager Provinzial-Koncil v. 1860 tit. VI. c. 10 (Arch. f. k. K. R. 14, 88) für überflüssig erklärt.
Es werden mitunter dem Pfarrer der Stammparochie gewisse Einnahmen für seine Amtsdauer belassen, so dass der Pfarrer der abgezweigten erst beim Eintritt der Vakanz der ersteren in den Genuss dieser Einkünfte tritt.

[3] Fagnan. ad c. 3. cit. n. 29. 30. Die Doktrin hat diesen Grundsatz ebenfalls unter Heranziehung der über die Veräusserung des Kirchengutes geltenden Vorschriften festgestellt, s. Acta s. sed. 3, 376. — Wie die mittelalterlichen Urkunden der Einwilligung des Pfarrers erwähnen, so gedenken sie auch vielfach des Konsenses der Parochianen, s. das dipl. saec. XII. ex. bei Seibertz, Urkden zur westphäl. Gesch. 1, 134.

[4] Ueber diese Kontroverse vgl. Barbosa de off. et pot. episc. P. III. alleg. 68. n. 4; Slevogt l. c. diss. III. p. 112; Acta s. sed. 3, 398.

[5] c. 3. X. III. 48 cit. s. v. cum canonico fundatoris assensu. Diese Worte sind der richtigen Ansicht nach auf den Patron der Mutterkirche zu beziehen, s. Schilling, d. kirchliche Patronat S. 42; Michels quaestiones controversae de iurepatr. diss. Berolini 1857. p. 36. Andere, so Overkamp i. O. f. k. R. 36, 310, wollen darunter den Stifter und Patron der neuen Kirche verstehen. Endlich wird auch dem Patron das Konsensrecht abgesprochen, s. z. B. Bouix l. c. p. 269.

[6] Es folgt dies theils aus den Worten: canonicus assensus, theils aus der Analogie der über die Union der Patronatspfründen geltenden Regeln (s. §. 108).
Darüber, dass früher auch die Archidiakonen und Dekane bei Veränderungen von Benefizien zugezogen sind, vgl. S. 406. n. 3.

[7] Fagnan. ad c. 3. X. cit. n. 29; Bouix l. c. p. 267; Arch. f. k. K. R. 2, 29 ff. Hiergegen richtet sich die Ausführung in den Acta s. sed. 3, 399, wo aber übersehen ist, dass ein festes Gewohnheitsrecht für die Anwendung der Grundsätze über kirchliche Veräusserungen auf die Division spricht.

[8] Durch die blosse Unterlassung der Anfechtung seitens der Betheiligten wird mithin die Nichtigkeit nicht geheilt, s. auch Fagnan. l. c. n. 30; Ferraris, dismembratio n. 7 ff.



1. die Festsetzung der territorialen Gränzen für die alte und für die neue Pfarrei[1],

2. die Beschaffung der erforderlichen Kirche[2],

3. die Dotirung der neuen Parochie mit einem angemessenen Fond zur Bestreitung der Kosten des Gottesdienstes, des Unterhaltes des Geistlichen und der Bau- und Reparaturkosten für die Kirche. Mangels der Gewährung von Mitteln seitens dritter Personen[3] sind diese aus dem Vermögen der bisherigen Kirche zu entnehmen[4], namentlich die Oblationen und die Zehnten aus den abgezweigten Theilen der Parochie der neuen Pfarrkirche zu überweisen.

Ob der Bischof die Substanz des Vermögens der Stammparochie oder nur die Einkünfte desselben zur Dotation der neuen Pfarrei verwenden kann, erscheint zwar nach der Fassung des Tridentinums zweifelhaft, indessen wird richtiger Weise das erste anzunehmen sein. Das Koncil verordnet nur, dass dem Geistlichen der neuen Pfarrei aus den Einkünften der alten der genügende Unterhalt angewiesen werden soll, bestimmt aber nichts über die juristische Form, in welcher dies zu geschehen hat[5], und ebensowenig etwas über die Beschaffung der sonstigen Mittel für die neu begründete Pfarrei. Die näheren Festsetzungen in diesen Beziehungen bleiben also dem Ermessen des Ordinarius überlassen, nur darf dieser das Vermögen der alten Pfarrkirche nicht so weit schmälern, dass ihre Bedürfnisse aus den ihr verbliebenen Einkünften nicht mehr gedeckt werden können[6].

Durch die vom Bischof ausgesprochenen Ueberweisung einzelner Vermögensstücke an die neue Pfarrei wird das Eigenthum derselben auf diese übertragen. An und für sich hat sie aber keinen Anspruch auf irgend welchen Theil des Vermögens der Stamm-Parochie[7], und dies gilt auch insbesondere in Betreff des Zehntrechtes in dem abgezweigten Bezirk[8], wogegen das Recht auf Oblationen und Gebühren, welche für einzelne Handlungen geleistet werden, ohne Weiteres auf den Pfarrer der neuen Parochie übergeht[9].

[1] Darüber, dass auch noch heute eine Abgränzung nach Familien nicht absolut ausgeschlossen ist, s. o. S. 293 u. Bouix l. c. p. 269.

[2] Die Mittel dazu können aus dem Vermögen der bisherigen Pfarrei genommen werden, s. c. 3 X. III. 48. cit.

[3] Solche Fälle s. in d. Acta s. sed. 3, 354; 4, 264.

[4] c. 3 X. III. 48. cit.; Trid. l. c.

[5] Die älteren, z. B. Fagnan. ad c. 3 cit. n. 32 sprechen nur von der Anweisung der „portio congrua pro sustentatione rectoris assignanda ex redditibus ad matricem ecclesiam quomodocunque pertinentibus", womit aber die Dotation der neuen Kirche nicht in vollem Umfange bewirkt werden kann. Zu c. 29 X. de decim. III. 30. n. 47 will derselbe Schriftsteller allerdings eine Uebertragung des dominium utile, nicht des directum an Vermögensstücken der alten auf die neue Kirche gestatten. c. 3. X cit. ergiebt nichts Näheres, daraus folgt aber gerade, dass die neue Pfarrei nicht blos auf die Einkünfte der alten fundirt zu werden braucht, sondern dass ihr auch gewisse Substanztheile des Vermögens der letzteren überlassen werden können. Ebensowenig nöthigen die Worte des Tridentinums: „ex fructibus ad ecclesiam matricem quomodocumque pertinentibus" blos an ein Recht auf Fruchtgenuss zu denken. Wenn v. Schulte, Lehrb. 3. Aufl. S. 259. n. 22 für seine entgegengesetzte Ansicht sich darauf beruft, dass die Abtrennung von Substanztheilen eine Veräusserung enthalte, so beweist dies nichts, da eine solche auch in der Ueberweisung bestimmter Früchte oder Einkünfte an die neue Kirche liegt.

[6] Das ergeben c. 3 X. cit. u. Trid. l. c.; es folgt auch aus der Natur der Sache.

[7] Hierfür sind gleichfalls die o. S. 400 hervorgehobenen Gründe massgebend; s. auch v. Schulte a. a. O. Drei Urtheile holländischer Gerichte, welche diese Frage vom Standpunkt des dortigen (französischen) Rechts aus in demselben Sinne entscheiden, i. Arch. f. k. K. R. 10, 67.

[8] Ueber diese in der älteren Doktrin sehr bestrittene und verschieden beantwortete Frage vgl. Fagnan. ad c. 29 X. III. 30 cit. n. 31 ff., welcher sich auf Grund des Tridentinums für die Ansicht des Textes entscheidet. Uebrigens beweist auch c. 3 X. III. 48 cit. nichts für einen ipso iure stattfindenden Uebergang.

[9] Weil solche Handlungen allein der Pfarrer der neuen Parochie vorzunehmen kompetent ist.

Sind bei der Theilung die nöthigen Anordnungen über die besprochenen Punkte unterlassen worden, so hat der Ordinarius die Regulirung derselben nachträglich vorzunehmen[1].

Für den Fall, dass bei einer nothwendigen Theilung die Stammpfarre wegen eigenen unzulänglichen Vermögens die Ausstattung der Zweigparochie nicht gewähren kann, ist diese nach Massgabe der oben S. 390 entwickelten Grundsätze zu beschaffen[2].

Die Dotation der neuen Pfarrei aus dem Vermögen der alten bewirkt die Entstehung eines Patronates der letzteren über die erstere[3], welches von dem jeweiligen Pfarrer der Stammpfarrei ausgeübt wird. Selbst wenn die Mutterkirche einem Patronatrecht untersteht, erwirbt der Patron derselben im Falle der Theilung niemals durch diese allein den Patronat über die neue Kirche, er hat also auch bei der Präsentation zu dem Pfarramte der letzteren seitens des Pfarrers der Stammkirche in keiner Weise zu konkurriren[4].

Wegen der besonderen Rechte und Privilegien der Stammkirche gilt dasselbe wie bei der Theilung der Bisthümer (s. o. S. 401). Nicht minder erhält die neue Pfarrei, ebenso wie das neue Bisthum, durch die Verfügung der Theilung die Rechte der juristischen Person.

Endlich soll der Ordinarius, welcher die Theilung vornimmt, zur Wahrung der Erinnerung an das ursprüngliche Verhältniss der neuen Pfarrei eine die hervorragendere Stellung der Mutterkirche (die matricitas) kennzeichnende Verpflichtung auferlegen[5]. Nach der Praxis besteht diese in einem, seiner Höhe nach ebenfalls vom Ordinarius zu bestimmenden jährlichen Zins, namentlich an Wachs oder Lichtern, in der Verbindlichkeit des Pfarrers und der Parochianen, an gewissen Festtagen in feierlicher Procession den Gottesdienst in der Mutterkirche zu besuchen, in der Pflicht zur Gestattung der wiederkehrenden Celebration einer feierlichen Messe seitens des Pfarrers der Mutterkirche in der Kirche der neuen Pfarrei, und Aehnlichem[6]. Im Uebrigen erlangt diese letztere, auch mangels einer besonderen, darauf bezüglichen Festsetzung, alle Parochial-Rechte[7], so weit sie nicht rein vermögensrechtlicher

[1] Wenn vorläufig der abgezweigten Pfarrei die Benutzung gewisser Einrichtungen der alten Kirche, z. B. des Kirchhofes belassen worden ist, so kann später die erstere nicht die actio communi dividundo anstellen; die Auseinandersetzung wegen derartiger Rechte ist juristisch nichts anderes als eine Nachtrags-Division oder Dismembration.

[2] Vgl. auch Leuren. l. c. P. I. qu. 159.

[3] Nach der allgemeinen Regel, c. 25 (Clem. III.) X. de iurepatr. III. 38 und nach c. 3. X. III. 48 cit.

[4] c. 3 X. cit., das von vielen, s. z. B. Schulte K. R. 2, 313. 314, dafür angeführt wird, beweist das nicht. Der hier vorgeschriebene canonicus assensus fundatoris ist auf die Vornahme der Theilung und die Neuerrichtung überhaupt, nicht aber auf die Präsentation in allen zukünftigen Vakanzfällen zu beziehen; Schilling a. a. O. S. 42; Michels l. c. p. 34 ff. Unklar hierüber Kaim, d. Kirchenpatronatrecht 2, 158. 159; falsch Lippert, Patronatrecht S. 70, der das Patronatrecht allein dem Patron der Mutterkirche zuschreibt, u. Overkamp i. Arch. f. k. K. R. 36, 311 u. 38, 472, nach welchem der letztere das Nominationsrecht, der Pfarrer der Stammkirche aber die blosse Vorstellung des Benannten haben soll.

Wenn die alte Pfarrei keine Mittel zur Errichtung der neuen hergegeben hat, so entsteht für sie selbstverständlich kein Patronat, Fagnan. ad c. 3. cit. n. 39; vielmehr erwirbt ein solches der Fundator der neuen Kirche, gleichviel, ob er Patron der Stammkirche oder ein Dritter ist.

[5] Nach ausdrücklicher Vorschrift des c. 3 X cit.

[6] Fagnan. ad c. 3. cit. n. 8; Ferraris s. v. dismembratio n. 21, s. auch die Entschdgn d. Congr. Conc. im Arch. f. k. K. R. 3, 442 u. Acta s. sed. 4, 264. Ist eine solche Festsetzung unterlassen, so kann sie der Pfarrer der Mutterkirche nöthigenfalls im Wege des Prozesses vor dem geistlichen Gericht erzwingen, weil der Ordinarius zur Wahrung der matricitas nach c. 3 cit. gemeinrechtlich verpflichtet ist.

[7] Weil der Zweck der Errichtung die Herstellung einer neuen Parochie ist, s. Fagnan. ad c. 3 cit. n. 10; Ferraris l. c. n. 22 ff. Die



Natur sind[1]. Beschränkungen in dieser Beziehung durch den Ordinarius, z. B. Entziehung des Rechtes, feierliche Taufen in der Pfarrkirche zu verrichten, die Todten auf eigenem Kirchhofe zu begraben, und Vorbehalt solcher Befugnisse für die Mutterkirche sind statthaft[2]. Nur dürfen die Beschränkungen nicht so weit gehen, dass die neue Parochie diejenigen Rechte entbehrt, welche für den Begriff der Pfarrei absolut wesentlich sind[3]. Man hat allerdings behauptet, dass die neue Kirche die Stellung einer Filiale erhalten könne und sogar gewöhnlich in ein solches Verhältniss zur Mutterkirche trete[4]. Dieser Ansicht steht indessen — abgesehen von der Vieldeutigkeit des Wortes: Filiale — entgegen, dass der Zweck der vorzunehmenden Theilung die Selbstständigkeit der neuen Pfarrei in allen wesentlichen Beziehungen und die Anstellung eines eigenen, in derselben residirenden Pfarrers erfordert. Als Vorstufe für die Theilung kann dagegen die Errichtung einer besonderen Kirche mit einem festen Benefizium zur Aushülfe in der Seelsorge vorkommen[5]. Eine solche ist der Ordinarius nach der allgemeinen Regel beim Vorliegen einer necessitas oder evidens utilitas vorzunehmen befugt[6]. Aber selbst wenn die Hülfskirche Vermögensfähigkeit erhält und der bei ihr angestellte Priester mit der Ausübung der Pfarr-Rechte in weitem Umfange betraut wird[7], bleibt er immer nur Vertreter und Gehülfe des eigentlichen Pfarrers, selbstständige geistliche Rechte erlangt weder er noch die Kirche, während das Filialverhältniss gerade in der letzteren Beziehung eine gewisse selbstständige Berechtigung voraussetzt[8].

Ueber die erfolgte Theilung ist ein Instrument auszufertigen, welches das Nähere über den Grund derselben, die Feststellung des letzteren, die Zuziehung der Betheiligten, die Errichtung der neuen Pfarrei, ihre Dotation und die Wahrung der matricitas ergiebt[9]. Eine wesentliche Formalität für die Gültigkeit der Theilung ist dasselbe nicht, sondern nur ein Beweismittel, das freilich auch durch andere ersetzt werden kann.

Gegen das Theilungs-Dekret steht den Betheiligten, welche sich für beschwert erachten, die Appellation zu, die aber hier nur Devolutiv-, nicht Suspensiv-Effekt hat[10]. Dieselbe ist, wenn der Bischof als Ordinarius, an den Metropoliten, wenn er als päpstlicher Delegat gehandelt hat, an den päpstlichen Stuhl zu richten, kann aber auch nach der Praxis im ersten Fall bei der Congregatio Concilii angebracht werden.

Endlich wird nach ausdrücklicher Vorschrift des Tridentinums die nothwendige Theilung von Pfarreien durch Reservationen, Affektionen, Provisionen u. s. w., welcher Art sie auch seien, nicht aufgehalten.

Die Theilung der übrigen Benefizien (also namentlich der Dignitäten und Kanonikate an Kathedral- und Kollegiatkirchen, der beneficia simplicia an denselben oder an Pfarrkirchen und Kapellen) darf nur beim Vorliegen einer causa ratio-

matricitas der alten Kirche ist daher auch nur eine uneigentliche, s. o. S. 307.

1 S. o. S. 407.

2 Fagnan. l. c. n. 8; Ferraris l. c. n. 23.

3 S. o. S. 307.

4 So Richter-Dove K. R. §. 179. n. 18.

5 S. o. S. 322. 323, namentlich n. 1.

6 S. o. S. 388.

7 S. o. S. 323.

8 S. u. §. 108.

9 Formulare dafür bei Barbosa, de off. et pot. episc. formularium n. 55 u. Bouix l. c. p. 673.

10 c. 3 X. III. 48 cit. schliesst jede Appellation aus, die Praxis hat sie aber mit der gedachten Beschränkung auf Grund von c. 53 X. de appell. II. 28 zugelassen, Fagnan. ad c. 3 cit. n. 12; Bouix l. c. p. 280.

nabilis erfolgen[1]. Als solche gilt eine Nothwendigkeit oder ein augenscheinlicher Nutzen, nicht aber die blosse Vermehrung des Gottesdienstes, wenn die vorhandene Zahl von Benefizien schon völlig ausreichend ist[2]. Die Vornahme steht, sofern es sich nicht um exemte oder um die S. 387 gedachten Aemter oder Kirchen handelt, dem Ordinarius[3] zu. Ausser dem hier ebenfalls erforderlichen Konsense des Kapitels[4] bedarf es aber nicht nur der Anhörung, sondern auch des Konsenses des Benefiziaten[5], dessen Pfründe getheilt werden soll. Derselbe besitzt ein festes, ihm nur aus bestimmten Gründen entziehbares Recht auf das Benefizium, und keine gesetzliche Anordnung gestattet die Schmälerung desselben für den Fall der Theilung. Weitere Bedingung der Zulässigkeit ist es, dass die Einkünfte des zu theilenden Amtes für den anständigen Unterhalt zweier Beneficiaten[6] ausreichen oder das daran fehlende aus anderweitigen Mitteln ergänzt werden kann.

Hinsichtlich des Patrons und etwaiger sonstiger Betheiligten endlich kommen die o. S. 406 gedachten Regeln, und hinsichtlich der rechtlichen Wirkung einer Verletzung der nothwendigen Voraussetzungen und Solennitäten die S. 406. 407 entwickelten Grundsätze zur Anwendung.

II. Die Dismembration im engeren Sinne wird von den Kanonisten als die Abtrennung einzelner Vermögensbestandtheile von einem Benefizium, um sie einem andern zu überweisen, definirt[7]. Ihr kann füglich die Abzweigung einzelner Distrikte von einem Territorial-Benefizium (einem Bisthum oder einer Pfarrei) behufs Zutheilung an ein anderes derartiges Amt an die Seite gestellt werden, weil es sich hierbei gleichfalls um den Verlust von Rechten, wenngleich nicht vermögensrechtlicher Natur[8], für das bisherige Benefizium handelt[9].

1. Die Dismembration der ersteren Art ist juristisch nichts anderes als Veräusserung von Kirchengut[10], und es gelten für sie, in Betreff der Kompetenz, der Vor-

[1] c. 26 (Innoc. III.) X. de praeb. III. 5; s. auch c. 8. 20. 36. X. eod. Die Theilung der Einkünfte, namentlich von Stiftspräbenden, um aus einem Benefizium mehrere zu machen, wird in diesen Stellen, s. ferner c. 12. Paris. a. 1212 (Hardouin VI. 2, 2003) mit dem Ausdruck: *sectio* bezeichnet. Ein Beispiel dipl. a. 1240 bei Miraeus opp. diplom. 1, 580: „Guido ... Cameracens. ecclesiae episcopus ... Ioanni praeposito totique capitulo b. Mariae in Antwerpia salutem ... Magister Henricus concanonicus vester ... nobis humiliter supplicavit, quod cum inter vos pro utilitate ecclesiae vestrae et ampliatione cultus divini provide tractatum fuerit unanimiterque consensum super sectione praebendarum in ecclesia vestra, sicut eas in futurum vacare contigerit facienda, eo quod propter paucitatem canonicorum in spiritualibus collapsum patitur ecclesiae suprascripta et in tantum ... excreverint reditus ecclesiae, quod quaelibet praebenda sufficere possit ad duarum personarum sufficientem sustentationem et honestam, ut huiusmodi sectioni praebendarum benevolum impertiremur assensum. Nos ergo pensata utilitate et honestate dictae ecclesiae ... huiusmodi praebendarum sectioni, quantum nobis est, consentimus".

[2] Garcias l. c. P. XII. c. 4. n. 5 ff.; Schmalzgrueber III. 5. n. 205.

[3] Denn über die in Frage kommenden Benefizien gebührt ihm die Verfügung.

[4] Garcias l. c. n. 7; s. auch o. S. 153 u. S. 389.

[5] Die gewöhnliche Meinung gewährt allerdings unter Berufung auf Trid. Sess. XXI. c. 4 cit. dem Benefiziaten nur dieselben Rechte, wie bei der Pfarrtheilung, s. z. B. Schmalzgrueber l. c. n. 208. Das Tridentinum bezieht sich indessen allein auf Theilungen, welche nothwendig sind, nicht auf solche, welche auch wegen blossen Nutzens vorgenommen werden, gestattet also keine analogische Anwendung.

[6] c. 26 cit. III. 5; Schmalzgrueber l. c. n. 206.

[7] Garcias l. c. c. 3. n. 1; Schmalzgrueber l. c. n. 201; Reiffenstuel III. 12. n. 24; Molitor i. Arch. f. k. K. R. 7, 401.

[8] Solche können allerdings dabei mit in Frage kommen, so z. B. wenn das Zehntrecht in dem abgetrennten Theile mit übertragen wird.

[9] Ginzel 2, 173 scheidet beide Fälle als zwei besondere Arten der Innovation, insofern mit Recht, als für beide verschiedene Rechtssätze zur Anwendung kommen.

[10] Barbosa de off. et pot. episc. P. III. alleg. 67. n. 16; Leuren. l. c. P. III. qu. 947; Schmalzgrueber l. c. n. 202; Reiffenstuel l. c. n. 27; Molitor a. a. O. S. 401. 407.



aussetzungen[1], der Zuziehung der Betheiligten u. s. w. die Regeln der letzteren. Daher ist die Zuständigkeit der kirchlichen Oberen hier eine andere wie bei der Neu-Errichtung oder sonstigen Veränderung der Benefizien, insofern als der Ordinarius die Dismembration solcher Aemter und Kirchen, wie der Dignitäten und Kollegiatkirchen, deren Errichtung und Veränderung dem Papst zusteht[2], vorzunehmen befugt ist[3].

In Betreff der Voraussetzungen ist besonders darauf hinzuweisen, dass, falls die Erhaltung von Kirchen oder Benefizien für die ordnungsmässige Abhaltung des Gottesdienstes oder die Verwaltung der Seelsorge nothwendig erscheint, die Mittellosigkeit derselben einen ausreichenden Grund bildet, um behufs ihrer genügenden Dotirung Vermögensstücke oder Einkünfte wohlhabender Kirchen oder Benefizien zu dismembriren[4]. Nur darf eine derartige Dismembration nicht in Betreff der Pfarrbenefizien zu Gunsten von beneficia simplicia erfolgen[5].

2. Die Dismembration der Sprengel der höheren Territorialämter steht ausschliesslich dem Papst[6] zu und unterliegt den allgemeinen Regeln von der Innovation, von denen der Papst allerdings in jedem gegebenen Fall absehen kann[7].

Dagegen besitzt der Ordinarius kraft seines Verfügungsrechtes über die niederen Benefizien die Kompetenz, einzelne Theile von Parochien abzuzweigen und diese anderen zuzulegen[8]. Die Voraussetzung bildet aber auch hier das Vorhandensein einer Nothwendigkeit oder eines augenscheinlichen Nutzens. Ferner sind mit Rücksicht darauf, dass dabei stets eine Schmälerung der Rechte des Benefiziums eintritt, dieselben Solennitäten, wie bei der Zertheilung der Pfarrbenefizien, zu beobachten. Allerdings beruft man sich vielfach dafür, dass der Bischof in denjenigen Fällen, wo er nach dem Tridentinum[9] neue Pfarreien errichten dürfe, auf Grund desselben keine Stücke von einer Parochie loszutrennen und mit einer andern zu vereinigen befugt sei, und zwar selbst nicht einmal unter Voraussetzung, dass die zu geringe Zahl der Parochianen, der Mangel der erforderlichen Geldmittel oder ein sonstiger Grund die Erektion einer neuen Pfarrei hindere, auf eine Entscheidung der Congregatio concilii ohne Datum[10]. Diese letztere ist aber missverstanden worden, sie spricht dem Bischof nicht überhaupt ein derartiges Recht ab[11], sondern nimmt nur an und zwar begrün-

1 Vgl. hierzu noch c. 52 (Leo I.) C. XII. qu. 2.

2 S. o. S. 388.

3 Darüber u. in der Lehre von der Veräusserung der Kirchengüter.

4 Den Anhalt dafür gewährt Trid. Sess. XXIV. c. 13 de ref. S. darüber die Entschdg. d. Congr. Conc. i. Richters Tridentinum S. 366. n. 1; Barbosa l. c. n. 19. 20; Schmalzgrueber l. c. n. 201; Reiffenstuel l. c. n. 28; Molitor a. a. O. 7, 400 ff.

5 So die Congr. Conc. und die Doktrin auf Grund von Trid. Sess. XXV. c. 16. de ref., weil die Vorschrift desselben nicht nur für das Ganze, sondern auch für die Theile desselben gelten müsse, Barbosa l. c. n. 21; Garcias l. c. P. XII. t. 2. n. 88; Leuren. l. c. P. III. qu. 948. n. 2; Reiffenstuel l. c. n. 31.

6 Beispiele dafür im bull. Roman. cont. 13, 104; 15, 36 ff. u. o. S. 347. n. 6.

7 So ist mehrfach eine solche Dismembration bischöflicher Diöcesen in Folge politischer Veränderungen vorgekommen. Das Konsistorial-Dekret v. 29. August 1870 hat auf Ersuchen der preussischen Regierung 17 Pfarreien von der Diöcese Würzburg abgetrennt und der Diöcese Fulda überwiesen, in Folge der Cession der betreffenden bairischen Gebietstheile an Preussen durch den Friedensvertrag v. 22. August 1866 und den Recess v. 3. August 1867. §. 57. Weiter gehört hierher die mittelst der Konsistorial-Dekrete vom 10. u. 14. Juli 1871 bewirkte anderweite, den jetzigen politischen Grenzen entsprechende Diöcesantheilung von Elsass-Lothringen, s. Dove i. Ztschr. f. K. R. 11, 95 u. 13, 128.

8 Die von Ginzel dafür angeführten Stellen c. 1. C. XIII. qu. 1; c. IX. de paroch. III. 29; Trid. Sess. XXIV. c. 13 de ref. beweisen dies freilich nicht.

9 Sess. XXI. c. 4 de ref. cit.

10 Fagnan. ad c. 3 X. n. 25; Bouix l. c. p. 264.

11 Das Tridentinum hat das allgemeine Verfügungsrecht des Bischofs über die niederen Beneficien nicht beschränkt, vielmehr nur für einzelne

deter Weise, dass, wenn, er dieses ausübt, nicht die Vorschriften des Tridentinums über die Errichtung neuer Pfarreien zur Anwendung kommen[1].

Nach denselben Grundsätzen muss übrigens auch der Fall beurtheilt werden, dass das Gebiet einer schon bestehenden Pfarrei theilweise zur Errichtung einer Missionspfarrei[2] benutzt werden soll[3].

Wegen der auch auf die Divisionen und Dismembrationen sich beziehenden 13. Kanzleiregel vgl. u. §. 108.

§. 107. *c. Die Belastung der Benefizien mit Pensionen**.

Ein der Theilung der Benefizien ähnliches Verhältniss entsteht dadurch, dass einer Person das Recht gewährt wird, eine pensio, d. h. einen bestimmten Theil der Benefizialfrüchte, zu beziehen.

Schon seit dem 5. Jahrhundert ist die Zuweisung von Sustentationen aus dem Vermögen einer Kirche an Geistliche, welche früher an derselben in Dienst gestanden hatten und nach Verlust ihres Amtes zu ihrem Lebensunterhalt einer Unterstützung bedurften, vorgekommen[4]. Sie unterscheidet sich aber dadurch von der späteren pensio, dass letztere von einem bestimmten Benefizium geleistet werden muss, während dies in der älteren Zeit, als die Theilung und Spezialisirung des kirchlichen Vermö-

Anwendungsfälle desselben besondere Normen aufgestellt. Ferner ist kein vernünftiger Grund abzusehen, warum das Koncil den Bischöfen dieses einfache Mittel, die aus einer unzweckmässigen Parochialeintheilung hervorgehenden Schwierigkeiten zu beseitigen, hätte entziehen sollen.

[1] Daher kann der Ordinarius, weil es ihm hierzu an der gesetzlichen Delegation des Tridentinum fehlt, eine solche Abzweigung nicht bei exemten Pfarreien vornehmen, vielmehr steht dieses Recht allein dem Papste zu. Die Neuerrichtung zweier exemten Pfarreien aus einer, wozu der Ordinarius kraft der gedachten Delegation competent ist, kann nicht als das die geringere Befugniss zur Dismembration enthaltende Maius angesehen werden. Im ersteren Falle bleiben beide, die alte und die neue Pfarre, exemt, im andern Falle wird aber häufig die Schwierigkeit eintreten, dass eine exemte Pfarrei, welcher die Trennstücke zugelegt werden könnten, nicht vorhanden ist. Sodann würde die Ertheilung des Rechtes an den Bischof, solche Theile einer exemten Pfarrei mit einer ihm unterworfenen zu vereinigen, ein zu starker Eingriff in die Rechte der Exemten gewesen sein.

Eine weitere Konsequenz der Nichtanwendbarkeit des Tridentinums ist es, dass der Bischof bei der Dismembration der Pfarrsprengel Vermögensstücke der dismembrirten Pfarrei der andern, welcher er Trennstücke der ersteren überweist, nur dann übertragen darf, wenn er dies auch unabhängig von der geographischen Dismembration nach den zu II. 1 entwickelten Grundsätzen zu thun berechtigt wäre. Hieraus ergiebt sich, dass das Zehntrecht über die abgezweigten Bezirke diesen nicht ohne Weiteres folgt, und dass der Pfarrei für die ihr in dieser Hinsicht durch die geographische Abtrennung erwachsenden Verluste eine Entschädigung gewährt werden muss.

[2] S. o. S. 363.

[3] Die Abzweigung einer Missionspfarrei von einer wirklichen Parochie in der Weise, dass der ehemalige Sprengel der letzteren nunmehr zwei verschiedene, einen der Stamm- und einen der Missionspfarre zugehörigen Bezirk, bildet, ist streng genommen dem Bischof nicht gestattet, denn das Trid. Sess. XXI. c. 4 de ref. setzt die Errichtung einer neuen ordentlichen Pfarrei voraus. Indessen sind in neuerer Zeit in der preussischen Diöcese Paderborn solche Neugründungen von Missionspfarreien mehrfach vorgekommen. Ob die Bischöfe dazu päpstliche Vollmacht besessen haben, ist mir unbekannt.

* Thomassin vet. ac nov. disciplina P. III. lib. 2. c. 29 ff.; van Espen J. E. U. P. II. tit. 28; eiusd. tract. de simonia circa beneficia, item de pensionibus ecclesiasticis in dessen opp.; Card. de Luca de pensionibus in seinem theatrum veritatis et iustitiae ed. Colon. Agripp. 1706. t. II; Ferraris prompta bibliotheca s. v. pensio, s. auch Dürr diss. de annis carentiae c. 1. §. 5 in Schmidt thesaur. 6. 214 ff.; Phillips K. R. 7, 303 ff.

[4] So bewilligte das Koncil v. Chalcedon v. 451 dem abgesetzten Bischof Domnus v. Antiochien auf Antrag seines Nachfolgers Maximus eine in das Ermessen des letzteren gestellte Sustentation aus dem Vermögen der dortigen Kirche, Mansi 7, 270 (über die bestrittene Echtheit des betreffenden Schriftstückes s. Hefele, Konciliengesch. 2, 472. n. 4). Dasselbe Koncil entschied act. XII (Mansi 7, 299) den Streit zwischen Bassianus und Stephanus über den Stuhl von Ephesus dahin, dass ein dritter zum Bischof gewählt werden, jeder der Prätendenten aber 200 aurei jährlich zu seinem Lebensunterhalt empfangen sollte.



gens noch nicht stattgefunden hatte, nicht möglich war. Als Gründe für die Bewilligung derartiger Unterstützungen kommen die Absetzung von Geistlichen[1], die Zurückweisung zweifelhafter Ansprüche von solchen auf ein Kirchenamt[2], die Vertreibung derselben durch Gewalt[3] und endlich die gerechtfertigte Resignation[4] vor.

Zufolge der Spezialisirung des Kirchenvermögens und der Ausbildung der Benefizien ergab sich von selbst die Nothwendigkeit, solche Unterstützungen oder Pensionen auf die Einkünfte der letzteren zu legen. Bald aber erfolgte eine derartige Belastung nicht mehr allein bei gerechtfertigten Veranlassungen, sondern auch zum Zwecke unerlaubter und simonistischer Bereicherung, namentlich zur Umgehung des Verbotes der Pluralität der Benefizien. Daher musste schon die kirchliche Gesetzgebung des 12. und 13. Jahrhunderts gegen die so entstandenen Missbräuche einschreiten[5]. Im Anschluss an dieselbe hat die Doktrin die nachstehenden Grundsätze über das Institut der Pensionen, welches heute allerdings, namentlich in Deutschland, keine erhebliche praktische Bedeutung besitzt, entwickelt.

Vor Allem ist die Auferlegung der Pension zu Lasten des Benefiziaten, d. h. auf die Zeitdauer der Amtsperiode des letzteren und die zu Lasten des Benefiziums selbst, welche ohne Rücksicht auf die Person des gegenwärtigen Benefiziaten auch dessen Nachfolger trifft, und hinsichtlich ihrer Dauer von dem Leben des Pensionarius oder anderen Umständen abhängig[6] ist, zu unterscheiden.

Das Recht, Pensionen jeder Art den Benefizien aufzulegen, kommt allein dem Papste zu, und dieser kann kraft der apostolischen Machtfülle[7] auch von dem Vorliegen eines gerechtfertigten Grundes absehen[8].

Das allgemeine, von der kirchlichen Gesetzgebung ausgesprochene Verbot, die Benefizien mit Pensionen zu belasten[9], bindet ihn nicht. Dagegen findet dasselbe Anwendung auf die Ordinarien. Diese sind dazu nur beim Vorhandensein eines ausreichenden Grundes befugt. Insbesondere ist ihnen die Auferlegung einer Pension gestattet zu Gunsten des Amtsinhabers, welcher ordnungsmässig auf sein Benefizium verzichtet[10], zu Gunsten des Coadjutors eines gebrechlich gewordenen Geistlichen[11],

[1] Gregor. I. ep. III. 55 (opp. ed. Bened. 2, 665) u. vorige Note.

[2] S. die citirte Note.

[3] Gregor. I. ep. I. 45 (l. c. 2, 540); Joann. diacon. vita Gregor. M. III. 16. Die Unterstützungspflicht wurde hier den Kirchen anderer Bischöfe auferlegt.

[4] Joann. diac. l. c. IV. 39; Gregor. ep. XIII. 5 (l. c. 2, 1218), vgl. auch Thomassin l. c. c. 29 und über die karolingische Zeit ibid. c. 30.

[5] Freilich ist dies nicht von erheblichem Erfolg gewesen. Noch im 17. Jahrhundert wurde mit solchen Pensionen grosser Missbrauch getrieben, Ranke, Fürsten u. Völker v. Südeuropa. 3. Aufl. 4, 116. 153.

[6] Fagnan. ad c. 21 X. de praeb. III. 5. n. 28; Barbosa de off. et pot. episc. P. III. alleg. 85. n. 1; Reiffenstuel III. 12. n. 85; Ferraris l. c. n. 9. Selbstverständlich ist hier nur von der sog. *pensio clericalis*, d. h. einer solchen, welche zu Gunsten eines Klerikers durch den kirchlichen Oberen auf ein Benefizium bestellt wird, nicht von der *pensio laicalis*, d. h. von Einkünften, welche Laien, z. B. Verwaltern kirchlicher Güter, Organisten u. s. w. gewährt werden, Ferraris l. c. n. 2, die Rede. Die p. clericalis scheiden die Kanonisten wieder in die p. clericalis schlechthin, die hier behandelt wird, und eine solche, welche als Titel für ein Benefizium, z. B. eine vicaria perpetua, bestellt wird, Ferraris l. c. n. 3. 4. Ueber die letztere s. c. 6 (Alex. III.) X. de cler. non resid. III. 4 u. den Schluss dieses §. Ihre Bestellung wird durch c. 30. i. f. X. de praeb. nicht im Allgemeinen, sondern nur dann verboten, wenn sie zur Verdeckung eines unerlaubten Verhältnisses erfolgt, Fagnan. ad c. 31. X. de rescr. I. 3. n. 41. Derartige Pensionen sind Benefizien im vollsten Sinne des Wortes, für welche die Regeln über die letzteren zur Anwendung kommen, s. Reiffenstuel III. 5. n. 90.

[7] c. 2 (Clem. IV.) in VIto de praeb. III. 4, Clem. 1 i. f. ut lite pendente II. 5.

[8] Reiffenstuel III. 12. n. 86; Ferraris n. 10; Phillips 7, 307.

[9] c. 7 (Later. a. 1179) X. de cens. III. 39; Clem. un. de supp. neglig. I. 5. s. v. eadem quoque.

[10] Das Weitere in der Lehre von der Erledigung der Kirchenämter.

[11] S. o. S. 253. 256. 324. 325.

behufs des Ausgleiches beim Tausch zweier in ihren Erträgen ungleichen Benefizien[1], zur friedlichen Vermittelung eines Rechtsstreites[2] (pro bono pacis), zur Unterstützung eines Klerikers in seinen Studien[3], zum Nutzen der Kirche und endlich zu Wohlthätigkeits- und Armenzwecken[4]. Dagegen ist es unzulässig, dass der Ordinarius ohne Weiteres bei der Verleihung eines Benefiziums, sei es für sich, sei es für einen Andern, eine Pension vorbehält[5].

Der Betrag der Pension darf niemals so hoch festgesetzt werden, dass dem Inhaber des belasteten Benefiziums der Genuss der Congrua entzogen wird[6]. In näherer Anwendung dieses Grundsatzes hat das Tridentinum alle Kathedralen, deren Einkünfte sich nicht auf mehr als 1000 und alle Pfarrkirchen, bei denen dieselben sich nicht auf mehr als 100 Dukaten belaufen, von der Auferlegung von Pensionen befreit[7] und die spätere päpstliche Gesetzgebung diese Befreiung auf alle Parochialkirchen und Parochialbenefizien überhaupt ausgedehnt[8].

Ferner soll der Ordinarius nicht befugt sein, die Pension nach einer bestimmten Quote, sondern nur zu einem festen Betrage zu bestimmen[9], was indessen keinen quellenmässigen Anhalt hat[10].

Darüber, ob das Recht desselben sich blos auf die Auferlegung einer Pension für die Amtsdauer des beschwerten Benefiziaten beschränkt oder auch auf die Konstituirung einer solchen zu Lasten des Benefiziums erstreckt, herrscht Streit[11]. Jedoch ist die erstere Meinung für die richtige zu erachten[12].

Bei der Auferlegung von Pensionen hat der Ordinarius[13] den Konsens des Kapitels einzuholen, weil in derselben stets eine Alienation im weiteren Sinne[14] liegt. Ferner ist die Zustimmung des Inhabers des zu belastenden Benefiziums erforderlich,

1 Arg. c. 6 (Clem. III.) X. de permut. III. 19. s. Barbosa l. c. n. 11; Ferraris n. 24; dagegen van Espen diss. cit. P. II. c. 4. §§. 3 ff.

2 c. 21 (Innoc. III.) X. de praeb. III. 5. In solchen Fällen darf aber, zur Vermeidung der Simonie und des Verdachtes derselben die Initiative zur Auferlegung der Pension nicht von den Parteien, sondern nur von den kirchlichen Obern, den Richtern und den Schiedsrichtern (letzteres ist freilich bestritten) ausgehen, vgl. Fagnan. ad c. cit. n. 3 ff.; van Espen l. c. c. 6; Phillips 7, 311.

3 Eine solche pensio wird *p. praestimonialis* oder *praestimonium* genannt, Reiffenstuel III. 5. n. 80 ff.; Ferraris s. v. praestimonium; Phillips 7, 283.

4 Barbosa l. c. n. 11; Ferraris l. c. n. 18 ff.

5 tit. X. ut eccles. benef. sine deminutione conferantur III. 12; Fagnan. l. c. n. 22. S. auch S. 413. n. 10.

6 Arg. c. 30 X. de praeb. III. 5; Phillips 7, 308.

7 Sess. XXIV. c. 3 de ref. s. v. Ad haec.

8 S. das Dekret Innocenz' XII. v. 1692 bei Ferraris l. c. n. 28 u. Reiffenstuel III. 12. n. 100 u. die const. Benedikt's XIII.: Quanta cura v. 1724 (bei Ferraris l. c.). Letztere macht aber schon im §. 3 zu Gunsten des Papstes folgende Ausnahme: „Reservata tamen nobis et Romano pontifici pro tempore existenti facultate ac auctoritate imponendi antedictis parochialibus ecclesiis eas pensiones quas beneficiorum proventus et locorum personarumque conditio imponi permiserint, in favorem dumtaxat et commodum fabricae earumdem ecclesiarum, ad hoc ut illae eiusmodi certo subsidio promptius reparari, opportune manuteneri et congruis etiam ornamentis, ut praefertur, augeri possint et valeant". Selbstverständlich kann sich jeder Papst darüber hinaus von den Vorschriften der Konstitution entbinden.

9 Ferraris l. c. n. 17; Phillips 7, 310.

10 Der dafür angegebene Grund, dass c. 8 u. c. 28 X. de praeb. III. 5 eine sectio beneficiorum verbieten, und die Zuweisung einer Quote gegen diese Anordnung verstossen würde, beweist zu viel, weil dies auch bei quantitativer Festsetzung der Fall sein würde.

11 Vgl. Fagnan. l. c. n. 39 ff.; Reiffenstuel l. c. n. 91 ff.; Ferraris l. c. n. 20. 21; Dürr l. c. p. 219.

12 Weil c. 21 X. de praeb. III. 5. argum. a contrario die Auferlegung einer pensio über die Amtsdauer des Benefiziaten hinaus durch einen andern als den Papst ausschliesst. Das dagegen angeführte c. 5 (Alex. III.) de transact. I. 36 handelt ebenfalls nur von einer sich auf die Amtsperiode des Benefiziaten erstreckenden Verpflichtung. Im Uebrigen s. die ausführliche Begründung bei Fagnan. l. c.

13 Der General-Vikar bedarf für solche Verfügungen der Spezialvollmacht, s. o. S. 215. Wegen der Regular-Oberen s. Ferraris l. c. n. 32 ff.

14 Schmalzgrueber l. c. III. 12. n. 12; s. auch o. S. 153.



denn wider seinen Willen kann ihm sein Recht auf den vollen Genuss der Amtseinkünfte nicht geschmälert werden [1]. Soll die Pension aber während der Vakanz des Amtes auferlegt werden, so bedarf es ebenso wie bei der Veräusserung von Benefizial-Vermögen der Bestellung eines defensor [2]. Die Einwilligung des Patrons ist nur dann erforderlich, wenn das Benefizium vor der Wiederbesetzung belastet, oder wenn die Pension (was freilich ausserhalb der Kompetenz des Bischofs liegt), zu Lasten des Benefiziums konstituirt werden soll [3]. Der Papst kann allerdings kraft seiner gesetzgeberischen Machtfülle von der Einholung des Konsenses der Betheiligten absehen, indessen gelten päpstliche Verfügungen, welche den Rechten derselben nicht ausdrücklich derogiren, als erschlichen [4].

Die Auferlegung mehrerer Pensionen auf ein und dasselbe Benefizium wird sich für die Regel schon durch den Grundsatz verbieten, dass dem Benefiziaten der ausreichende Unterhalt verbleiben soll. Aber auch an diese Schranke ist der Papst nicht gebunden. Wenn indessen in dem päpstlichen Reskript die schon früher auferlegte Pension bei der Bestellung einer weiteren nicht erwähnt worden ist, so wird die letztere als erschlichen betrachtet, weil die Vermuthung dafür spricht, dass der Papst dasselbe Benefizium nicht habe doppelt belasten wollen [5].

Fähig zum Erwerbe einer Pension aus einem kirchlichen Benefizium ist nur ein Kleriker [6]. Es genügt jedoch der Besitz der Tonsur, und daraus folgt zugleich, dass der Betreffende kein höheres Alter als das vollendete siebente Lebensjahr zu haben braucht [7]. Für Laien bedarf es eines päpstlichen Indultes [8].

Das Recht des s. g. pensionarius auf die Pension, gleichviel ob sie zu Lasten des Benefiziaten oder des Benefiziums selbst auferlegt ist, ob sie in einer bestimmten Quantität oder Quote der Früchte oder in einer Geldsumme besteht, stellt sich als eine auf dem Benefizium haftende Reallast dar, welche den Benefiziaten zur Abgabe eines bestimmten Theils der Früchte desselben an den Pensionarius verpflichtet. Von einer persönlichen Verhaftung des Benefiziaten, welcher nur in seiner Eigenschaft als Inhaber und Verwalter des Benefiziums in Frage kommt, kann keine Rede sein [9]. Von diesem Standpunkt aus sind die vielen über das Recht des Pensionarius bestehenden Kontroversen, so über die Statthaftigkeit der Herabminderung der Pension bei

[1] Fagnan. ad c. 21 X. cit. n. 22; Schmalzgrueber l. c. n. 14. Eine Ausnahme tritt dann ein, wenn der Benefiziat zur Verwaltung des Amtes unfähig geworden und ihm ein Koadjutor zugeordnet werden muss, s. o. S. 324 ff.

[2] Fagnan. l. c. n. 23; Schmalzgrueber l. c. n. 14; Phillips 7, 308.

[3] Die gewöhnliche Meinung verlangt die Zustimmung des Patrones nur im letztgedachten Fall, s. Schmalzgrueber l. c. n. 15; aber auch in dem ersten erwächst demselben ein ihn beeinträchtigendes Präjudiz insofern, als ihm das Auffinden eines zur Annahme der Präsentation geneigten Kandidaten erschwert wird. Nur die Auferlegung einer Pension bei besetzter Stelle zu Lasten des Benefiziaten, welche mit dessen Amtsführung ihr Ende erreicht, berührt seine Interessen nicht.

[4] Schmalzgrueber l. c. n. 11.

[5] L. c. n. 11; Ferraris l. c. n. 106.

[6] Const. Pii V.: Sacrosanctum v. 1568 (M. Bull. 2, 287) u. Sixti V.: Cum sacrosanctum v. 1589 §. 2 (ibid. p. 713); Schmalzgrueber l. c. n. 21; Ferraris l. c. n. 34 ff.

[7] Schmalzgrueber l. c. n. 23; Ferraris l. c. n. 41.

[8] S. Note 6. Das Trid. Sess. XXV. c. 15 de ref. verbietet, dass der uneheliche Sohn eines Klerikers eine Pension aus dem von seinem illegitimen Vater ehemals oder zur Zeit besessenen Benefizium erhält. Weitere Kasuistik bei Ferraris l. c. n. 44 ff.; Schmalzgrueber l. c. n. 24 ff.

[9] Bei den älteren Kanonisten herrscht in dieser Frage völlige Unklarheit, s. z. B. de Luca l. c. disc. 19. n. 8 u. disc. 26. n. 2, welcher das Recht als ius quoddam reale bezeichnet und doch von einer actio personalis saltem causativa gegen den Besitzer des Benefiziums spricht; Garcias l. c. P. I. c. 5. n. 188 ff.; Leuren. l. c. P. III. qu. 548 ff.; Schmalzgrueber l. c. n. 26 und die Anführungen in den Acta s. sed. 5, 174 ff.

neuen Auflagen auf das Benefizium und bei gemindertem Ertrage desselben, über die Verhaftung der Nachfolger und Erben des Benefiziaten u. s. w., welche ich wegen ihres geringen praktischen Interesses übergehe, zu entscheiden [1]. Jedenfalls haftet aber der Pensionarius für die zur Zeit der Begründung seines Rechtes bestehenden Auflagen und gesetzlichen Verpflichtungen, also z. B. für Baulast, proratarisch neben dem Benefiziaten, sofern ihm nicht päpstlicherseits eine freie Pension bewilligt worden ist [2].

Da die Pension nur unter bestimmten, zur Person des Berechtigten in Beziehung stehenden Verhältnissen seitens des Ordinarius bestellt werden darf und auch die päpstliche Verleihung einer solchen stets eine mit Rücksicht auf die Person erfolgte Gnadenbewilligung ist, so kann der Pensionarius sein Recht der Substanz nach nicht an einen andern übertragen (transferre) [3], sondern nur zur Ausübung überlassen [4]. Das Erstere ist indessen nach der Praxis der Kurie mit Konsens des Papstes gestattet [5]. Im Falle einer solchen Translation wird der objektive Bestand des bisherigen Anspruchs nicht geändert, wohl aber der subjektive, weil er dann nicht mehr von der Person des Transferenten, sondern des s. g. *translatarius* abhängig ist [6]. Das Recht des Pensionärs erlischt (abgesehen von dem eben berührten Fall der Translation):

1. Mit dem Tode desselben, 2. mit dem Tode des Benefiziaten oder dem Verluste des Benefiziums seitens desselben, jedoch nur wenn die Pension zu seinen Lasten konstituirt ist, 3. mit dem Eintritt des Endtermins, 4. durch Verzicht des Berechtigten, wozu es jedoch nicht, wie bei der Resignation auf ein Kirchenamt, eines Konsenses des kirchlichen Oberen bedarf [7], 5. durch Ablegung der Profess in einem approbirten Orden [8], 6. durch Eingehung einer gültigen Ehe [9], 7. durch Aufgabe der Tonsur und der dem Kleriker geziemenden geistlichen Tracht [10], 8. durch Eintritt in den Soldatenstand [11], 9. durch die Konsekration in Folge der Promotion zu einem Residenzial- (nicht Titular-) Bisthum in Verbindung mit der Besitzergreifung desselben [12], 10. in Folge der Begehung solcher Vergehen, welche mit dem Verlust

[1] S. die Citate i. d. vor. Note u. Ferraris l. c. n. 108 ff. Besondere Bestimmungen für Italien enthält das Dekret Pius' IX. v. 1871 de pensionibus ecclesiasticis pro rata portione imminuendis ob usurpationes et gravamina bonorum ecclesiae in Italia existentium i. d. Acta s. sed. 7, 325; s. auch ibid. p. 328 n. 8, 706.

[2] Ferraris l. c. n. 129—133.

[3] Also auch nicht verkaufen und zur Ablösung bringen, Ferraris l. c. n. 99.

[4] Schmalzgrueber l. c. n. 34; Ferraris l. c. n. 98 ff.

[5] Schmalzgrueber l. c. n. 37 ff.; Ferraris l. c. n. 74 ff. Ueber die den Kardinälen in dieser Beziehung zustehenden Privilegien s. Th. I. S. 354.

[6] Näheres s. bei den in der vor. Note citirten, vgl. auch Th. I. a. a. O.

[7] Denn der Pensionarius hat keine Amtspflichten und durch den Fortfall der Pension wird nur der regelmässige Zustand hergestellt, Schmalzgrueber l. c. n. 44.

[8] Nach c. 4 (Bonif. VIII.) in VI[to] de regul. III. 14, das den Verlust der Benefizien davon abhängig macht, Schmalzgrueber n. 43; die Ordensprofessen sind indessen fähig, Pensionen aus Regular-Benefizien zu erhalten, Ferraris l. c. n. 63. 64.

[9] Ebenfalls nach Analogie der bezüglichen Vorschriften in Betreff der Benefizien (Th. I. S. 161), vgl. Schmalzgrueber l. c. n. 41; über die Ausnahmen von dieser Regel Ferraris l. c. n. 61 ff.

[10] Const. Sixt. V.: Cum sacrosanctum u. Pastoralis v. 1589 (M. Bull. 2, 712. 714); die letztere nimmt aber diejenigen aus, welche eine nicht 60 Kammergulden überschreitende Pension haben, s. auch Ferraris n. 72.

[11] Nach der sich an c. fin. X. de cler. coniug. III. 3 anlehnenden Kurialpraxis, Ferraris n. 59.

[12] Schmalzgrueber n. 42; Ferraris n. 65 ff. Durch die Erlangung eines nicht zur Residenz verpflichtenden Kardinalbisthums, wie es die suburbikarischen Bisthümer sind (Th. I. S. 357), tritt aber der Verlust nicht ein.

des Benefiziums bedroht sind oder wegen deren derselbe durch Erkenntniss des geistlichen Richters ausgesprochen werden kann[1].

Ein kirchliches Benefizium ist die Pension nicht[2]. Mit ihr ist für den Berechtigten weder die Befugniss noch die Pflicht zur Ausübung kirchlicher Amtshandlungen verbunden. Ferner fehlt ihr auch die zum Wesen des Benefiziums erforderliche Perpetuität, da sie nur auf eine bestimmte, gewöhnlich durch die Amtsdauer des Benefiziaten oder das Leben des Pensionärs begränzte Zeit bestellt wird. Sie kann aber, wenn diese beiden fehlenden Momente, was ihrem Charakter an und für sich nicht widersprechend ist, hinzutreten, zum Benefizium werden[3].

Unter bestimmten Voraussetzungen ist sie geeignet, als Ordinationstitel zu dienen[4]. Ihr Besitz verpflichtet den berechtigten Kleriker, falls sie sich nicht auf nur 60 Kammergulden oder weniger beläuft, Tonsur und geistliche Kleidung zu tragen[5] und ferner täglich das officium parvum b. Mariae virginis zu beten[6].

d. Die Union der Kirchenämter.

§. 108. *a. Die Union im eigentlichen Sinne**.

I. Das Recht zur Vornahme von Unionen (über den Begriff selbst s. o. S. 395) steht der allgemeinen Regel gemäss in Betreff der höheren Benefizien, sowie der Kathedral- und Kollegiatkapitel (s. o. S. 387) dem Papste, in Betreff der übrigen dem Ordinarius zu[7], mit welchem der erstere aber gleichfalls konkurriren kann[8]. Für den Ordinarius bedarf es des Konsenses des Kapitels[9]. Der General-Vikar ist statt seiner nur kraft Spezial-Vollmacht einzutreten befugt[10]. Der Kapitular-Vikar endlich kann derartige Verfügungen nur unter der Voraussetzung treffen, dass durch die Veränderung kein bischöfliches Recht verletzt wird[11].

II. Voraussetzungen. Als iustae causae für die Vornahme einer Union

[1] de Luca l. c. c. 8. n. 64; Acta s. sed. 9, 376.

[2] c. 4 (Bonif. VIII.) in VIto de praeb. III. 4. Weitläufig erörtert diese unter den Aelteren bestrittene Frage Fagnan. ad c. 31 X. de rescr. I. 3. n. 50 ff. 64 ff.; s. auch Garcias l. c. P. I. c. 5. n. 2 ff.; Reiffenstuel l. c. III. 5. n. 92 ff.; Phillips 7, 314.

[3] S. o. S. 413. n. 6 u. vorige Note.

[4] Th. I. S. 68.

[5] S. o. S. 416. n. 10 u. Th. I. S. 131.

[6] Const. Pii V.: Ex proximo v. 1571. §. 1. 1. f. (M. Bull. 2, 369) u. Th. I. S. 143.
Es ist selbstverständlich, dass man aus diesen den Pensionären obliegenden Pflichten, wie manche ältere thun, s. die Citate bei Fagnan. l. c. nichts für den Benefizial-Charakter der Pension herleiten kann; ebensowenig daraus, dass nach der Praxis der Kurie die ein Benefizium nachsuchende Person zur Vermeidung der Folgen der Obreption einer etwaigen Pensionsberechtigung Erwähnung thun muss, Fagnan. l. c. n. 51 ff., sowie daraus, dass Pensionen unter der Bezeichnung: Benefizien in s. g. materia favorabili, d. h., wenn es sich um Vortheile handelt (z. B. um die Zuständigkeit des privilegium fori) mit einbegriffen gelten, Fagnan. l. c. n. 131 ff.; Reiffenstuel l. c. n. 97 ff.

* Jo. Bapt. Turicellius de beneficiorum unione ex sent. S. Romanae Rotae tract. Ferrar. 1674; Nic. Thilen, disput. inauguralis de unionibus ecclesiarum atque beneficiorum ecclesiast. Argentorati 1671; Slevogt, de unione ecclesiarum et beneficiorum. Jenae 1678 u. 1746; Phillips K. R. 7, 315 ff.; Foesser de unione specfatim de incorporatione beneficior. i. Arch. f. k. K. R. 21, 353; vgl. auch o. S. 400. n. *.

[7] c. 8 (Coelest. III.) X. de exc. prael. V. 31; Leuren. l. c. P. III. qu. 903; Ferraris s. v. unio n. 9. 14 ff. In Betreff der im Trid. Sess. XXIV. c. 15 de ref. erwähnten Unionen (s. unten) hat aber die Congr. Conc. mit Rücksicht darauf, dass das Koncil ausschliesslich der Bischöfe erwähnt, die praelati nullius dioecesis für unzuständig erklärt, s. Fagnan. ad c. 8. cit. n. 17. 18.

[8] S. o. S. 391. n. 4 u. Foesser l. c. p. 384.

[9] S. o. S. 153 u. Leuren. l. c. P. III. qu. 914.

[10] S. o. S. 215.

[11] S. o. S. 242. 244. 245. n. 1.

gelten gleichfalls die necessitas und die evidens utilitas[1], also z. B. die Unzulänglichkeit eines Benefiziums für den Unterhalt des Amtsträgers[2], die Unmöglichkeit der Reparatur einer verfallenden Kirche[3], die Entvölkerung einer Gegend in Folge des Klimas, kriegerischer Verwüstungen u. s. w.[4], die Zerstörung einer Kirche, deren Wiederherstellung wegen Mangel an Parochianen oder Diöcesanen oder aus anderen Gründen nicht ermöglicht werden kann[5], die geringe Entfernung zweier Kirchen von einander mit so unbedeutender Seelenzahl, dass ein Geistlicher sie zu leiten im Stande ist[6], die Beilegung hartnäckiger und langwieriger Streitigkeiten zwischen zwei Kirchen, falls ihre Union das einzige Mittel zur Beseitigung derselben ist[7], die Beschaffung von Ausstattungen und die Ergänzung derselben für Pfarrkirchen[8], Stifter und Seminarien[9].

Bei der Vornahme von Unionen ist der kompetente Obere insofern beschränkt, als 1. Aemter und Pfründen einer Diöcese nicht mit Benefizien und kirchlichen Instituten einer andern[10], 2. Seelsorgebenefizien nicht mit Klöstern, Dignitäten oder Präbenden der Dom- oder Kollegiatstifter, anderen einfachen Benefizien und Hospitälern oder Instituten geistlicher Ritterorden[11], 3. einfache Regular-Benefizien nicht mit gering dotirten Kathedral- und Kollegiatstifts-Pfründen[12], 4. Benefizien freier bischöflicher Verleihung nicht mit Patronatspfründen vereinigt werden dürfen[13].

Im Hinblick auf diese Verbote des Tridentinums, welche der eigennützigen Verfügung der Ordinarien über die Benefizien ihrer Diöcese Schranken setzen wollen und schon in früheren Anordnungen ihr Vorbild haben[14], hat die Doktrin und Praxis unter Berücksichtigung der sonstigen, in Frage kommenden Vorschriften folgende Grundsätze über die Statthaftigkeit, bez. die Unzulässigkeit von Unionen entwickelt:

1. Erlaubt ist die Vereinigung

a. von anderen als Seelsorgsbenefizien mit Klöstern und den oben zu 2. genannten Benefizien[15],

b. von Seelsorgsbenefizien mit Benefizien dieser Art,

c. von einfachen Benefizien mit letzteren[16], endlich

[1] Vgl. überhaupt Barbosa de off. et pot. episc. P. III. alleg. 66. n. 15 ff.; Garcias l. c. P. XII. c. 2. n. 108. 109; Leuren. l. c. P. III. qu. 912; Slevogt l. c. c. 2. §§. 8 ff.; Schmalzgrueber l. c. III. 5. n. 185. 186; Reiffenstuel l. c. III. 12. n. 69 ff.; Ferraris l. c. n. 18 ff.

[2] c. 33 (Honor. III.) X. de praeb. III. 5; Trid. Sess. XXI. c. 5 de ref.

[3] Trid. Sess. XXI. c. 7; Sess. XXIV. c. 13 de ref.

[4] Arg. c. 2 (Greg. I.) X. de relig. dom. III. 36.

[5] c. 49 (id.) C. XVI. qu. 1.

[6] c. 48 (id.) C. cit.; c. 3. §. 1 (Tolet. XVI. a. 693) C. X. qu. 3; const. Pii VII. v. 1818. §. 3 (bull. Rom. cont. 15, 36).

[7] Entschdg. d. Congr. Conc. i. Richters Tridentinum S. 118. n. 2. Ein Beispiel der Vereinigung zweier Kirchen und Kapitel zu Besançon, welche über die maioritas und cathedralitas der einen stritten, v. 1254 i. Gallia christ. 15 app. p. 85; s. ferner dipl. saec. XII. l. c. t. 2 app. p. 10.

[8] Trid. Sess. XXI. c. 5 cit.

[9] L. c. Sess. XXIII. c. 18 de ref.; Sess. XXIV. c. 15 de ref. In diesen beiden Fällen ist aber die Befugniss auf die Vereinigung von beneficia simplicia beschränkt.

[10] L. c. Sess. XIV. c. 9 de ref. Mangels eines solchen Verbotes würde der Bischof zweier aeque principaliter vereinigten Diöcesen (s. nachher) in der Lage sein, dergleichen Unionen vorzunehmen. Vgl. noch Leuren. l. c. P. III. qu. 898. Auf Bisthümer bezieht sich das Kapitel nicht, daher ist die Union derselben, auch wenn sie verschiedenen erzbischöflichen Provinzen angehören, nicht ausgeschlossen. Ein Beispiel bieten die vereinigten Bisthümer Sarzana und Brugnato, von denen das erstere exemt ist, das andere unter dem Erzbischof v. Genua steht, Acta s. sed. 2, 553.

[11] L. c. Sess. XXIV. c. 13 de ref. Wegen der Seminarien s. Note 9.

[12] L. c. c. 15 de ref.

[13] L. c. Sess. XXV. c. 9 de ref.

[14] S. die General-Reformdekrete sess. XLIII der Synode v. Konstanz c. 2 bei Hübler, Konstanzer Reformation S. 160, vgl. auch daselbst S. 94. 142.

[15] Clem. 2 de reb. eccl. non alien. III. 4; Barbosa l. c. alleg. 66. n. 4; Ferraris l. c. n. 42. 51.

[16] Trid. Sess. XXI. c. 5 de ref.

d. von Benefizien freier Kollatur mit Patronatspfründen, sofern der Patron zu diesem Zweck auf den Patronat verzichtet oder in eine alternative Besetzung durch Präsentation und freie Verleihung seitens des Kirchen-Oberen einwilligt oder endlich falls die Kirche des zu unirenden Benefiziums dem Verfall nahe oder keine ausreichenden Mittel zum Unterhalt des Benefiziaten vorhanden sind, sich zur Reparatur, bez. Dotation, verpflichtet[1].

2. Nicht statthaft ist die Vereinigung

a. sämmtlicher einfachen Benefizien der Diöcese durch den Ordinarius, selbst wenn er an der Union des einen oder andern rechtlich nicht gehindert wäre[2],

b. von einfachen Benefizien mit reich dotirten Stiftspräbenden[3],

c. von Dignitäten oder Kanonikaten zur Ergänzung der Einkünfte unzureichender Stiftspfründen[4] oder zur Beschaffung der für die Seminarien erforderlichen Einnahmen[5],

d. von einfachen Benefizien mit Kaplaneien der Kathedral- oder Kollegiatkirchen, mit der Fabrik dieser Kirchen und der mensa capitularis[6].

Päpstliche Reservationen, Affektionen und Expektanzen auf Benefizien stehen im Allgemeinen der Union derselben nicht entgegen[7]. Letztere ist indessen ausgeschlossen, wenn das einem solchen Vorbehalt unterliegende Benefizium vakant geworden, und ferner stets in Betreff derjenigen, welche, wie die ersten Dignitäten in den Kathedralstiftern, ein für alle Mal der päpstlichen Verleihung vorbehalten sind[8].

Was die erste Ausnahme betrifft, so erklärt sie sich daraus, dass nach dem mit der Vakanz eingetretenen Reservationsfall das existent gewordene Kollationsrecht des Papstes nicht mehr durch den Ordinarius geschmälert werden kann. Bei denjenigen allgemeinen Reservationen, deren Eintritt durch die Vakanz des Benefiziums nicht von selbst, sondern nur in Verbindung mit besonderen, vorher nicht zu übersehenden Ereignissen herbeigeführt wird (z. B. durch Tod des Inhabers in einem s. g. päpstlichen Monat), wird die vor der Vakanz verfügte Union wirksam, wenn die spätere Erledigung das Benefizium nicht der Reservation unterwirft (wenn also z. B. der Inhaber in einem nicht päpstlichen Monat stirbt), dagegen bleibt sie im umgekehrten

[1] S. die Entschdgen. der Congr. Conc. bei Ferraris l. c. 63. Die erste Ausnahme von dem Verbote des Tridentinums (s. S. 418. n. 13) ist nur eine scheinbare, die zweite ergiebt sich daraus, dass die Vorschrift es nur verhindern soll, dass Pfründen freier bischöflicher Kollation dieser entzogen und patronatspflichtig werden, diese Folge aber unter der angegebenen Voraussetzung nicht eintritt. Im dritten Falle endlich würde der Patron auch abgesehen von der Union durch die gedachten Handlungen den Patronat für das bisher freie Benefizium erwerben.

[2] Ferraris l. c. n. 50. 66, denn das Trid. spricht Sess. XXIII. c. 18 de ref. u. Sess. XXIV. c. 15 de ref. nur von aliquot beneficia simplicia. S. auch Riganti ad regul. cancell. XIII. n. 88 ff.; Leuren. l. c. P. III. qu. 889.

[3] Das Koncil Sess. XXIV. c. 15 de ref. stellt gering dotirte Pfründen und eine nicht ausreichende Distributionsmasse kopulativ als Bedingung der Union solcher Benefizien auf, und hat für den Fall, dass erstere gut ausgestattet sind, zur Schaffung und Erhöhung des Distributionsfonds besondere Vorschriften in c. 3 de ref. Sess. XXI gegeben, s. auch Riganti l. c. n. 146 ff.

[4] So die Congr. Conc. nach Ferraris l. c. n. 59; s. auch Fagnan. ad c. 33. X. de praeb. III. 5. n. 18 ff.

[5] Ferraris l. c. n. 68; Riganti l. c. n. 91. 92. Ueber die Streitfrage, wie weit die Errichtung des Seminars vorgeschritten sein muss, damit ihm gültiger Weise einfache Benefizien unirt werden können, s. Riganti l. c. n. 53 ff.; Leuren. l. c. P. III. qu. 888.

[6] Hier. Gonzalez ad reg. VIII. conc. gl. 37. n. 25; Fagnan. ad c. 33 cit. n. 24 ff.; Riganti l. c. n. 149 ff. Ferraris l. c. n. 55, 60, weil das Koncil die Union blos zu Gunsten von schlechtdotirten Kanonikaten gestattet. S. auch den Rechtsfall i. Acta s. sed. 7, 133. Vgl. ferner u. S. 421.

[7] Thielen l. c. p. 27; Fagnan. ad c. 8 X. V. 31. n. 22; Garcias l. c. P. XII. c. 2. n. 92. Die Reservation geht nur auf die Besetzung des Benefiziums, berührt aber seine Substanz nicht.

[8] Fagnan. l. c. n. 30; Garcias l. c. n. 93.

Fall so lange suspendirt, bis eine das Reservationsrecht des Papstes ausschliessende Erledigung des Benefiziums eintritt[1]. Sind päpstliche Anwartschaften auf ein vor der Vakanz unirtes Benefizium verliehen worden, so kommt es darauf an, ob die Union vor der Ertheilung oder nach derselben erfolgt ist. Im ersteren Fall schliesst die Vereinigung das Recht des Anwärters, sofern nicht vom Papste etwas anderes ausdrücklich angeordnet worden, aus, im letzten ist zwar die Union nicht ungültig, aber sie tritt erst dann in Wirkung, wenn der Expektant das kraft der Anwartschaft erworbene Benefizium wieder verliert[2].

Die zweite Ausnahme hat darin ihren Grund, dass die unter allen Umständen reservirten Benefizien weder bei ihrer Vakanz noch vor derselben wirksam unirt werden können, jenes nicht nach der ersten Ausnahmeregel, letzteres nicht, weil jede Erledigung nach dem vorhin Bemerkten stets die Wirkungen der Union suspendirt, mithin die letztere niemals zur Realisation gelangt[3].

Nach dem Tridentinum finden aber die eben gedachten Grundsätze in Betreff der Beschränkung der Ordinarien durch päpstliche Vorbehalte keine Anwendung auf die Unionen zu Gunsten armer Kuratbenefizien[4], gering dotirter Stiftspfründen[5] und zu Gunsten der Seminarien[6]. Die Unionen sind in diesen Fällen hinsichtlich ihrer Gültigkeit und des Eintrittes ihrer Wirksamkeit so zu behandeln, wie wenn es sich dabei um Benefizien handelte, welche keinem Vorbehalt unterworfen sind. In Betreff der Unionen zu Gunsten der Seminarien ist aber später die Aenderung eingetreten, dass die Bischöfe solche nur gültig vor der Vakanz reservirter Benefizien vornehmen dürfen[7], und selbst in diesem Fall nicht mit denjenigen, welche stets für den Papst reservirt oder affekt sind, gleichviel wann der Tod ihres Inhabers erfolgt[8].

In anderen als den hervorgehobenen Fällen ist die Wirksamkeit der päpstlichen

[1] Fagnan. l. c. n. 23.
[2] L. c. n. 24 ff.; Garcias l. c. n. 95 ff.
[3] Leuren. P. III. qu. 902. n. 3.
[4] Sess. XXI. c. 5 cit.
[5] Sess. XXIV. c. 15 cit.
[6] Sess. XXIII. c. 18 cit.
[7] Das bezügliche Dekret Pius' V. und Gregors XIII. lautet: „In unionibus factis seu faciendis seminariis quod uniones de beneficiis reservatis validae sint, si modo fuerint factae ante ipsorum vacationem, quod si post vacationem factae reperiantur, nullae sint et provisi a sede apostolica mitti debent in possessionem dictorum beneficiorum", Garcias l. c. n. 102; Riganti l. c. n. 108.
[8] Fagnan. l. c. n. 37: „Die 22 Febr. 1602 S. Congregatio (concilii) censuit, de caetero ad obviandam fraudem oportere decerni, ut non possint etiam ante vacationem uniri seminario beneficia quae obtinent personae, quae ob familiaritatem cardinalium vel aliam rationem tales sint, ut quocumque mense decedant, certum sit ea fore affecta sedi apostolicae. Die 26 Febr. 1602 ss. dom. noster (Clemens VIII.) ex sententia Congregationis decrevit, ut superius est adnotatum". Diese Dekrete sollen die Bischöfe an der ausschliesslichen Union solcher Benefizien, welche päpstlichen Vorbehalten unterliegen, hindern, und sie auch zu Unionen in Betreff der ihrer Kollation unterworfenen Benefizien zwingen. Uebrigens hat die Congr. Conc. wiederholt Unionen von Benefizien der ersten Art, welche Bischöfe vollzogen hatten, um die von ihnen zu vergebenden Benefizien nicht der Union zu unterwerfen, als in fraudem legis geschehen, für nichtig erklärt, s. Garcias l. c. n. 104 ff.; Riganti l. c. n. 112 ff.

Nach den citirten Dekreten ist demnach das Tridentinum hinsichtlich der Union zu Gunsten der Seminarien insofern beseitigt, als die Union unter allen Umständen bei der „reservatio fixa, continua et invariabilis ita, ut quocumque tempore et loco succedat beneficiorum vacatio, eorum provisio spectet ad sedem apostolicam, ut sunt beneficia vacantia per obitum familiarium pontificis aut cardinalium, officialium, prothonotariorum" und ferner während, nicht aber vor der Vakanz bei der „reservatio discontinua et eventualis quae potest esse et abesse, ut est illa ratione mensis et loci" ausgeschlossen ist, s. Riganti l. n. n. 110. 111.

Durch ein Breve Urbans VIII. v. 1642 (Fagnan. l. c. n. 49) ist das Dekret Clemens' VIII. auch auf die Kardinäle und andere Personen, welche Indulte für die Verleihung von reservirten Benefizien besitzen, ausgedehnt. Wegen der Const. Bened. XIII.: Creditae nobis v. 1725 s. v. Quodsi (Acta conc. coll. Lacens. 1, 452), welche für Italien und die anliegenden Inseln die Dekrete Clemens' VIII. und Urbans VIII. beseitigt hat, s. Riganti l. c. n. 125 ff.

Reservationen durch das Tridentinum nicht eingeschränkt. Daher hat die Praxis z. B. die früheren Regeln in Betreff der Vereinigung der zuerst vakant werdenden Pfründen mit den Aemtern des Theologus oder des Pönitentiars behufs Ausstattung derselben, dann, wenn die erstere einer päpstlichen Reservation oder Affektion unterstand, zur Anwendung gebracht [1].

Die Devolution des Besetzungsrechtes auf ein Benefizium hindert den Ordinarius nicht an der Union des letzteren [2]. Diese tritt aber, wenn das Recht an den Papst devolvirt war, erst mit dem Zeitpunkt, in welchem der päpstliche ernannte Inhaber des Benefiziums dieses wieder verloren hat, in Wirksamkeit [3].

Endlich ist dem Bischof die Union von Benefizien zu Gunsten seiner oder der mensa des Kapitels, selbst mit Zustimmung desselben, bei der Strafe der Nichtigkeit untersagt [4]. Eine solche kann daher gültig nur mit päpstlicher Genehmigung vorgenommen werden [5].

Eine Union, welche der Ordinarius ohne das Vorhandensein der erforderlichen iusta causa bewirkt hat, ist absolut nichtig [6]. Dasselbe gilt, wenn sie den Vorschriften des Koncils von Trient zuwider erfolgt ist [7]. Das Vorhandensein einer Reservation oder Affektion kann die Union je nach Umständen nichtig machen oder blos suspendiren [8]. Der Papst vermag aber die Nichtigkeit in allen Fällen zu heben.

III. Das Verfahren bei der Union. 1. Der kirchliche Obere, welcher eine Union vorzunehmen beabsichtigt, hat zunächst durch Anstellung einer besonderen Untersuchung das Vorhandensein der erforderlichen iusta causa festzustellen [9]. Die Unterlassung derselben zieht die Nichtigkeit der Union nach sich, es sei denn, dass der genügende Grund nachträglich dargethan werden kann [10].

2. Es müssen diejenigen Personen, welche ein Interesse bei der Union haben, vorgeladen und mit ihren etwaigen Einwendungen gehört werden. Als Interessenten kommen in Frage:

[1] Riganti l. c. n. 163 ff.; Sentis, d. praebenda theologalis u. poenitentialis S. 28 ff. Auch in dieser Beziehung giebt die Const. Pastoralis Benedikts XIII. v. 1725 (coll. conc. cit. 1, 403) für Italien und die anliegenden Inseln besondere Ausnahme-Vorschriften.

Uebrigens handelt es sich hier nicht um eine Union im eigentlichen Sinne. Die Aemter des Theologus und Pönitentiars sind nur officia, und ihre Verbindung mit einer Kanonikatspräbende qualificirt die letztere nur in einer besonderen Weise, so dass allein eine mutatio status beneficii eintritt, s. Sentis S. 46.

[2] Fagnan. ad c. 8 cit. n. 19 ff.; Leuren. l. c. P. III. qu. 902.

[3] Fagnan. l. c. n. 21; Garcias l. c. P. XII. c. 2. n. 92. Mit dem Eintritt der Devolution ist das Benefizium zu Gunsten des Papstes affekt und es kann dann sein eigenes und das Recht des päpstlich Beliehenen nicht mehr ausgeschlossen werden.

[4] Clem. 2 de reb. eccl. non alien. III. 4.

[5] Fagnan. ad c. 33. III. 5 cit. n. 25; Leuren. l. c. qu. 891.

[6] Trid. Sess. VII. c. 6 de ref.; Garcias l. c. n. 113; Barbosa l. c. n. 16; Leuren. l. c. P. III. qu. 909; Reiffenstuel l. c. n. 71. Ueber die Bedeutung des effectum sortiri in c. 6 Trid. cit. s. unten Nr. V.

[7] S. o. S. 418. 419.

[8] S. o. S. 419. 420.

[9] Trid. Sess. VII. c 6 cit. Die 22. Kanzleiregel, welche bis auf Johann XXII. zurückgeht, Riganti ad reg. cit. n. 1: „Item voluit quod petentes beneficia aliis uniri, teneantur exprimere verum annuum valorem secundum communem aestimationem tam beneficii uniendi quam illius cui uniri petitur: alioquin unio non valebit. Et semper in unionibus commissio fiat ad partes vocatis quorum interest“ ergiebt, dass die an Ort und Stelle zu veranlassende Untersuchung auch für die vom Papste vorzunehmenden Unionen die Regel bildet. Freilich kann der Papst davon absehen und die Union selbst in forma gratiosa sofort verfügen, Riganti l. c. n. 35; gegen eine solche ist indessen die exceptio ob et subreptionis zulässig, Garcias l. c. n. 116 ff. So ist im 15. Jahrh. die erschlichene Union von Paderborn mit Köln durch Martin V. wieder aufgehoben worden, J. H. Böhmer J. E. P. III. 5. §. 202 u. Hartzheim conc. 5, 743 ff.

[10] Trid. cit.; Barbosa J. E. U. III. 16. n. 51; Schmalzgrueber III. 5. n. 182; Foesser a. a. O. S. 388.

a. die Inhaber der zu unirenden Benefizien, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die Union während ihrer Amtszeit in das Leben treten soll[1], und zu diesem Behufe ihr Konsens oder ihre Verzichtleistung auf das zu unirende Benefizium erfordert wird. Da indessen die Benefiziaten zur Abgabe solcher Erklärungen nicht verpflichtet sind[2], so kann die Union für die Regel erst mit der Vakanz des Benefiziums Wirkung erlangen. Sie wird daher gewöhnlich von vornherein in dieser Weise verfügt, und wenn dies geschieht, bedarf es der Ladung des Benefiziaten nicht[3], nur soll er, wenn er freiwillig sich meldet, um Einwendungen gegen die beabsichtigte Union vorzubringen, gehört werden[4].

Bei der Union eines vakanten Amtes ist der kirchliche Obere nicht genöthigt, einen defensor zu bestellen oder den etwa schon vorhandenen zuzuziehen, obwohl dieser aus freien Stücken zu interveniren befugt ist[5].

Eine Nichtigkeit entsteht aus der unterlassenen Vorladung des Benefiziaten nur dann, wenn die Union noch während seiner Amtszeit in Wirksamkeit treten soll; ferner wenn der Benefiziat oder der defensor mit ihrer freiwilligen Meldung zurückgewiesen worden sind und ihre nachträglichen Einwendungen den Mangel der iusta causa darthun[6].

b. Ferner sind, falls Patronatsbenefizien unirt werden sollen, die betheiligten Patrone vorzuladen[7], weil durch die Union das ihrem Recht unterstehende Benefizium unter allen Umständen eine Veränderung erleidet. Die Unterlassung der Vorladung macht die Union nichtig[8]. Beim Laienpatronat ist sogar der Konsens des Patrones, und wenn mehrere vorhanden sind, aller[9] zur Union nothwendig[10]. Dem geistlichen Patron legt eine Ansicht dasselbe Recht, wie dem Laienpatron bei[11], eine andere verlangt dagegen nur seine Anhörung, und erachtet den kirchlichen Oberen für befugt, die Union auch trotz seines etwaigen Widerspruches vorzunehmen[12].

[1] Nur unter dieser Voraussetzung haben sie ein Interesse.

Uebrigens gelten die im Texte angegebenen Grundsätze sowohl von höheren wie von niederen Benefizien. Leuren. P. III. qu. 918. n. 4; Riganti l. c. n. 52.

[2] Denn die Union ist kein gesetzlich anerkannter Grund, ihnen wider Willen ihre Rechte auf das Benefizium zu entziehen, vgl. Trid. Sess XXI. c. 5 de ref. s. v. sine praeiudicio tamen obtinentium; Glosse zu Clem. 2. III. 4 cit. s. v. vocatus; Garcias l. c. n. 98. 99; Barbosa l. c. n. 41; Schmalzgrueber l. c. n. 190, welche c. 4 X. de donat. analogisch heranziehen.

Dass der Konsens des Amtsinhabers bei sofort wirksamer Union in dem Falle, wo ihm die Congrua bleibt, nicht erforderlich ist (so Schulte K. R. 2, 310), ist eine durch Nichts gerechtfertigte Annahme.

[3] Clem. 2. III. 4 cit.

[4] Schmalzgrueber l. c. n. 190; Ferraris l. c. n. 28.

[5] Clem. 2. III. 4 cit. u. die vorher Angeführten.

[6] Die blosse Zurückweisung genügt nicht, denn eine Nichtigkeit blos in Folge derselben ist nirgends gesetzlich ausgesprochen. Der Grund, weshalb die Doktrin überhaupt die Anhörung verlangt, ist offenbar der, eine möglichst erschöpfende Erörterung aller in Frage kommenden Verhältnisse, insbesondere der Voraussetzungen der Union, herbeizuführen. Modificiren die Einwendungen der gedachten Personen das Resultat der ohne ihre Zuziehung stattgehabten Untersuchung nicht, so zeigt sich, dass die Verabsäumung ihrer Anhörung irrelevant gewesen ist.

[7] Garcias l. c. n. 202 ff.; Barbosa l. c. n. 49; Riganti l. c. n. 41; Ferraris l. c. n. 25 ff.; Michels quaest. controv. de iurepatr. p. 15. 16.

[8] S. die bei Garcias l. c. n. 205 u. Michels l. c. p. 16. n. 42 angeführten Entschdgen der Rota und der Congr. Conc.

[9] Nicht blos der Majorität, s. Leuren. l. c. P. III. qu. 923. n. 2 u. Michels l. c. p. 17.

[10] c. 20 (Alex. III.) X. de iurepatr. III. 38. Dies gilt auch, wenn ein legatus a latere die Union vornimmt, denn das Reservationsrecht desselben in Betreff von Benefizien, woraus man eine solche Befugniss für ihn hergeleitet hat, bezieht sich nur auf Benefizien geistlichen Patronats, s. Th. I. S. 515, Riganti l. c. n. 44; J. H. Boehmer III. 5. §. 200.

[11] S. z. B. Schmalzgrueber l. c. n. 188; Barbosa l. c. n. 49; Leuren. l. c. P. III. qu. 923; Ferraris l. c. n. 26; Bouix tract. de parocho p. 293.

[12] Riganti l. c. n. 45; van Espen J. E. U. P. II. tit. 29. c. 3. n. 9; Schulte K. R. 2, 310; Michels l. c. p. 16; Foesser a. a. O. S. 389.

Das Tridentinum, welches für diese letztere Meinung angeführt wird, beweist zwar direkt nichts dafür [1], indirekt aber insofern, als seine betreffende Vorschrift das Princip erkennen lässt, dass die allgemeinen Interessen der Kirche höher als die Individualrechte des geistlichen Patrones stehen. Mit Rücksicht auf diese gesetzlich sanktionirte Anschauung, welche sich auch daraus rechtfertigt, dass der geistliche Patron sein oder seiner Vorfahren Recht niemals auf eine Dotation aus eigenen, sondern höchstens aus kirchlichen Mitteln gründen kann [2], wird die zuletzt gedachte Ansicht, welche dem geistlichen Patron das Konsensrecht abspricht, für die richtige erachtet werden müssen [3].

Bestritten ist es, ob der Widerspruch des Laienpatrons die Union absolut zu verhindern geeignet ist, oder ob derselbe nicht nach festgestellter Grundlosigkeit der erhobenen Einwendungen durch den Papst oder die Congregatio concilii ergänzt werden kann. Die Kurialbehörden haben sich mehrfach die Befugniss, das Letztere zu thun, beigelegt und zwar mit Recht, weil auch das Recht des Laienpatrones, welcher dasselbe nicht einmal in allen Fällen durch die Union verliert, sich dem allgemeinen Bedürfniss der Kirche unterordnen muss [4]. Immerhin tritt Nichtigkeit der Union ein, wenn eine solche Supplirung des verweigerten Konsenses des Laienpatrones nicht erfolgt ist, jedoch kann die Nichtigkeit durch seine nachträglich ertheilte Zustimmung getheilt werden [5].

c. Falls die Verleihung des zu unirenden Benefiziums nicht dem Bischof, sondern einem andern Kollator zusteht, ist dieser letztere gleichfalls Interessent und muss jedenfalls bei den Verhandlungen über die Union zugezogen werden. Die Doktrin räumt ihm sogar ein Konsensrecht ein, jedoch kann dasselbe keinesfalls weiter gehen als das des weltlichen Patrons. Es wird also auch hier die Ergänzung der fehlenden Einwilligung für statthaft zu erachten sein [6].

d. Bei der Union von Pfarrkirchen bedarf es der Vorladung und Anhörung der Parochianen oder ihrer Vertretungsorgane [7], weil diese in solchen Fällen ebenfalls als Interessenten erscheinen. Die gewöhnliche Meinung geht allerdings dahin, dass eine Citation der Pfarreingesessenen nicht erforderlich sei, vielmehr die Entgegennahme ihrer Einwendungen, wenn sie sich freiwillig melden, genüge [8]. Indessen

[1] Denn dasselbe fordert Sess. XXIV. c. 15 de ref. nur für die Suppression, nicht aber für die Union den Konsens des Laienpatrons, so dass also die Einwilligung des geistlichen Patrons allein bei der ersteren für unnöthig erklärt wird.

[2] Glosse s. v. Quempiam praesentare ad c. 28 X. de iurepatr. III. 38; c. 6 X. de off. leg. I. 30 entscheidet nichts, denn hier handelt es sich nicht um eine wider den Willen des geistlichen Patrons vorzunehmende Union. Endlich bezieht sich das ferner allgemein für das Konsensrecht des Patrons angeführte c. 20 X de iurepatr. III. 38 nur auf den Laienpatronat.

[3] Mit der Befugniss des Papstes, dem Patronatrecht zu derogiren, kann man sie, so z. B. Berardi l. c. diss. c. 3, ed. cit. 1, 279; Michels l. c. p. 16. n. 44, freilich nicht begründen; daraus folgt nur das Recht des Papstes, den Widerspruch des geistlichen Patrones in jedem Einzelfall zu beseitigen, nicht aber die Berechtigung des Bischofs, den letzteren überhaupt nicht zu beachten. Beim gemischten Patronat wird der Konsens des Laienpatrons zu erfordern, der geistliche Mitpatron aber nur anzuhören sein, Barbosa l. c. n. 50; Slevogt l. c. s. 2. c. 1. §. 15.

[4] Ueber diese Kontroverse s. Michels l. c. p. 16. 17.

[5] Leuren. l. c. P. III. qu. 922 n. 2. i. f.; Barbosa l. c. n. 50 i. f.; Schmalzgrueber III. 5. n. 189; Foesser l. c. p. 391. In einem solchen Falle wird nur das Interesse des Patrones verletzt, bei der Nichtzuziehung desselben ist aber eine im Interesse der ordnungsmässigen Untersuchung vorgeschriebene Form nicht gewahrt.

[6] Clem. 1. §. 6 de statu monach. III. 10; Leuren. l. c.; Schmalzgrueber l. c. n. 188; Barbosa l. c. n. 49.

[7] S. o. S. 406.

[8] Garcias l. c. n. 219. 220; Barbosa l. c. n. 40; Leuren. l. c. P. III. qu. 921; Riganti l. c. n. 60. 61; Reiffenstuel l. c. n. 76; Foesser l. c. p. 389. 390.

ist dabei übersehen, dass das Tridentinum ausdrücklich die Ladung der Interessenten vorschreibt[1], und dieser Anordnung gegenüber die Berufung darauf, dass die Parochianen ihren kirchlichen Oberen zu gehorchen, diese aber ohnehin das Interesse derselben bei der Prüfung der Statthaftigkeit der Union zu berücksichtigen hätten, keine Bedeutung haben kann. Demgemäss muss auch die Nichtzuziehung der Parochianen als ein die absolute Nichtigkeit der Union herbeiführender Mangel betrachtet werden.

Ebenso wie die Ordinarien nach dem Tridentinum befugt sind, kraft gesetzlicher apostolischer Delegation exemte Pfarrkirchen zu theilen, sind sie auch berechtigt, in Betreff derselben Unionen vorzunehmen[2]. Sie haben aber dabei die sonst geltenden Vorschriften zu beobachten[3].

Nur der Papst ist an dieselben nicht gebunden, weil er kraft seiner Machtfülle sich davon dispensiren kann[4]. Schliesslich braucht weder der Papst noch ein legatus a latere, wenn sie die Union solcher Benefizien verfügen, zu deren Vereinigung der Ordinarius kompetent ist, den Konsens des letzteren einzuholen, denn sie treten dabei kraft ihrer konkurrirenden Jurisdiktion an die Stelle desselben[5].

3. Durch die 22. Kanzleiregel[6] ist die Angabe des jährlichen Werthes oder Ertrages der zu unirenden Benefizien bei Strafe der Nichtigkeit vorgeschrieben[7]. Die Praxis und Doktrin wendet diese Anordnung aber nicht auf Unionen, welche die Ordinarien vornehmen, an[8].

4. Endlich ist die Aufnahme eines Instrumentes, welches das Ergebniss der Verhandlungen über die iusta causa der Union und die Zuziehung der Interessen konstatirt[9], üblich und des späteren Beweises wegen räthlich. Die Gültigkeit der Union ist indessen dadurch nicht bedingt[10].

IV. Die Wirkungen oder die verschiedenen Arten der Union. Die Wirkungen, welche die Vereinigung mehrerer Benefizien für diese herbeiführen soll, hat der kirchliche Obere bei der Vornahme der Union zu bestimmen. Nach denselben unterscheidet man die verschiedenen Arten der Union. Diese sind:

[1] Sess. VII. c. 6 cit.

[2] Trid. Sess. XXI. c. 5 de ref.

[3] Denn nach dem citirten Kapitel sollen sie dabei iuxta formam iuris verfahren. Die Anhänger der hergebrachten Meinung, welche die Klausel: „etiam tamquam apostolicae sedis delegati" auch auf die der ordentlichen Jurisdiction des Bischofes unterstehenden Benefizien bezieht, s. o. S. 404. n. 5, fordern in diesem Falle ebenfalls die Zustimmung des Kapitels, so z. B. Leuren. l. c. P. III. qu. 914. n. 2 u. Foesser l. c. p. 391.

[4] Foesser l. c. p. 389.

[5] Dies ist freilich nicht unbestritten, vgl. Garcias l. c. n. 221 ff.; Leuren. l. c. qu. 920; Foesser p. 389. Die im Text vertretene Ansicht wird gewöhnlich unrichtiger Weise damit motivirt, dass der Bischof beim Vorhandensein einer iusta causa die Union vornehmen müsse, mithin keinen Grund zum Widerspruch habe, wenn der Papst oder ein legatus a latere dies statt seiner thue.

[6] S. o. S. 421. n. 9.

[7] Damit die Nothwendigkeit oder Nützlichkeit der Union leichter beurtheilt werden kann.

[8] Leuren. P. III. qu. 925; Riganti l. c. n. 33; Foesser l. c. p. 392 mit Rücksicht darauf, dass der Ordinarius den Werth der seiner Verfügungsgewalt unterstehenden Benefizien ohnehin genügend kenne. Die Regel findet demnach Anwendung auf die vom Papst oder einem legatus a latere in forma commissoria vollzogenen Unionen. Verfügt der Papst eine solche in forma gratiosa, so kann er von dem Erforderniss absehen, Riganti n. 35.

[9] Formulare dafür bei Barbosa de off. et pot. episc. im formularium episc. n. 75—78. 80.

[10] Slevogt l. c. §. 23. A. M. Leuren. P. III. qu. 926 u. Foesser p. 392 unter Berufung auf Garcias l. c. n. 224 ff., welcher allerdings einige für diese Ansicht sprechende Entscheidungen der Rota anführt. Indessen ist diese Folge gesetzlich nicht ausgesprochen, und daher lehren viele Kanonisten, dass die Union durch alle zulässigen Beweismittel dargethan werden kann, s. Ferraris l. c. n. 81. Allseitig anerkannt ist übrigens auch, dass der Nachweis der unvordenklichen Verjährung oder eines 40jährigen Besitzstandes auf Grund eines Putativtitels genügt, Garcias l. c. n. 231; Leuren. l. c. qu. 930; Foesser p. 393.

1. die s. g. **unio aeque principalis** oder *per aequalitatem*, d. h. die Vereinigung mehrerer Benefizien in der Art, dass dieselben nunmehr stets durch einen und denselben Amtsträger versehen werden [1]. Sie findet statt, wenn die Verwaltung der mehreren Benefizien durch eine Person zweckmässig erscheint oder wenn die Erträge der Einkünfte zwar den Fortbestand der Benefizien in ihrer bisherigen Selbstständigkeit gestatten, indessen nicht zum Unterhalt zweier oder mehrerer Benefiziaten ausreichen [2]. Am häufigsten kommt sie bei Bisthümern und Erzbisthümern vor [3], ist aber hinsichtlich der Pfarrbenefizien, sowie solcher und einfacher Benefizien keineswegs ausgeschlossen.

Bei dieser Art der Union bleiben beide Aemter in ihrer vollen Integrität, mit ihren Rechten, Privilegien, ihrem Vermögen und ihren Pflichten, vollkommen erhalten und getrennt bestehen [4].

Daher wird bei Bisthümern die Stellung der verschiedenen Kapitel nicht berührt [5], und es ist die Einsetzung besonderer General-Vikare [6], Weihbischöfe [7], Konsistorien und Offizialate [8], ebenso wie die Wahl besonderer Kapitular-Vikare in Vakanzfällen [9] für jede der unirten Diöcesen statthaft [10]. Stehen die letzteren unter verschiedenen Erzbischöfen, so bleibt auch diesen ihre bisherige Metropolitan-Jurisdiktion gewahrt [11].

Sind zwei Pfarreien derartig unirt, so zeigt sich ihre Selbstständigkeit z. B. darin, dass die Baulast für jede Pfarrkirche gesondert getragen wird [12], dass dieselben, falls sie zwei verschiedenen Diöcesen angehören [13], der Jurisdiktion ihrer bisherigen Bischöfe unterworfen bleiben, und dass, wenn in einer Pfarrei ein Vikar angestellt werden muss, derselbe nur aus den Einkünften dieser zu unterhalten ist [14].

Der Charakter der unio aeque principalis gestattet es auch, ungleichartige Benefizien, z. B. die Präpositur einer Kollegiatkirche mit dem Amt des Bischofs in dieser Weise zu vereinigen, denn es können dabei sowohl die bisherigen Einrichtungen des Bisthums, wie der Kollegiatkirche, z. B. die Kapitel, die beiderseitigen Vermögensmassen, gesondert neben einander fortbestehen [15].

Dagegen ergeben sich aus der Vereinigung beider Aemter in der Hand eines und desselben Amtsträgers folgende Konsequenzen:

a. Das eine Amt kann nicht ohne das andere vakant werden, und wenn das eine Amt erledigt wird, wird es auch stets das andere. Daher ist eine Resignation auf das eine allein seitens des Benefiziaten unzulässig [16].

[1] Glosse zu c. 48. C. XVI. qu. 1; Garcias l. c. n. 37; Fagnan. ad c. 1. X. ne sede vacante III. 9. n. 4; Leuren. l. c. qu. 880. n. 2 u. qu. 884; Ferraris l. c. n. 5; Foesser l. c. p. 399.

[2] Selbstverständlich muss die Union ausserdem nach den allgemeinen Regeln zulässig sein.

[3] Ferraris l. c.; Beispiele bieten die Vereinigung v. Bosnien u. Sirmium i. J. 1773, bull. propag. 4, 159; v. Posen und Gnesen, Bulle: De salute animarum v. 16. Juli 1821 s. v. episcopalem pariter ecclesiam Posnaniensem.

[4] S. Note 1.

[5] S. z. B. Bulle: De salute animarum l. c.

[6] Const. Pii VII. v. 1818 §. 10 für Belluno u. Feltre (bull. Roman. cont. 15, 38) u. o. S. 220.

[7] S. o. S. 180. n. 10.

[8] Fagnan. l. c. n. 9. So bestehen derartige Behörden gesondert für Posen und Gnesen.

[9] Const. Pii VII. v. 1818. §. 10 cit. u. o. S. 237. 238.

[10] Auch der Pfarrkonkurs wird für jede der Diöcesen mit besonderen Synodal-Examinatoren abgehalten, Richters Tridentinum S. 36. n. 9.

[11] Glosse cit. zu 48 C. XVI. qu. 1 u. o. S. 418. n. 10.

[12] Permaneder, kirchl. Baulast 2. Aufl. S. 69.

[13] Arg. c. 2 X de rel. dom. III. 36. Eine solche Union ist allerdings nur mit päpstlicher Dispensation von den Vorschriften des Tridentinums möglich, s. o. S. 418.

[14] Schmalzgrueber III. 5. n. 157.

[15] Fagnan. l. c.

[16] Schmalzgrueber l. c. n. 158.



b. Da beide Aemter nur gleichzeitig besetzt werden können, haben diejenigen Personen, welche vor der Union ein Recht zur Mitwirkung bei der Verleihung besessen haben, nunmehr gemeinschaftlich dabei zu konkurriren. Mithin müssen bei der Besetzung derjenigen Bisthümer, für welche die Domkapitel das Wahlrecht haben, diese zu einem Wahlkollegium zusammentreten [1]. Sind die unirten Aemter Patronatsbenefizien, so gehen durch die unio aeque principalis die Patronatrechte nicht unter [2], vielmehr bleibt jedem Patron sein Recht gewahrt, nur müssen sich die Patrone, da nur ein Kandidat für die vereinigten Benefizien präsentirt werden kann, über die Ausübung dieser Befugniss einigen, entweder in der Weise, dass sie stets gemeinschaftlich nach vorgängigem Benehmen einen Kandidaten vorschlagen oder dahin, dass sie alternativ in künftigen Vakanzfällen jeder für sich allein präsentiren [3]. Ein Kompatronat beider entsteht durch die Union nicht [4], keiner erlangt irgend welche sonstigen Befugnisse und Verpflichtungen in Betreff des dem Patronate des andern unterworfenen Benefiziums [5]. Wenn von den unirten Benefizien blos das eine patronatpflichtig ist, so bleibt nichts anderes als eine alternative Besetzung und zwar in dem einen Vakanzfalle durch freie Kollation des Ordinarius, in dem andern auf Präsentation des Patrones übrig [6].

c. Der etwaigen, ihm obliegenden Residenzpflicht genügt der Inhaber der unirten Benefizien schon, wenn er nur an einem der beiden Amtssitze residirt. Für die Bischöfe gilt der Grundsatz, dass sie ihre Residenz bei der vorzüglicheren Kathedrale, eventuell an dem für die Verwaltung geeignetsten Bischofssitz nehmen sollen. Die Inhaber der niederen Benefizien haben bei der hervorragenderen Kirche, eventuell in der bevölkertsten Parochie zu residiren. Treffen diese Regeln nicht zu, so steht dem Amtsträger die Wahl zwischen beiden Amtssitzen frei [7].

d. Der Benefiziat ist berechtigt, innerhalb des Sprengels des einen Benefiziums auch alle Amtsgeschäfte, welche Personen und Angelegenheiten des zu dem andern Amte gehörenden Bezirks betreffen, gültig und erlaubter Weise vorzunehmen [8]. Die Anwendbarkeit der allgemeinen Regeln über die Kompetenz [9] wird zwar durch die stattgehabte Union nicht ausgeschlossen, es ist aber für diesen Fall bei der Vereinigung beider Stellungen in einer Person die sonst für die Vornahme von Amtsfunktionen in fremden Sprengeln nothwendige Einwilligung des kirchlichen Oberen desselben

[1] Garcias l. c. n. 47. 48 u. o. S. 425. n. 5. Dasselbe muss auch gelten, wenn die Präpositur einer Kollegiatkirche mit dem bischöflichen Amte vereinigt ist. Unterstehen etwa die Benefizien verschiedenen, zu freier Kollation berechtigten Bischöfen, so haben sich beide über die Besetzung zu benehmen, Leuren. l. c. P. III. qu. 884. n. 3.

[2] Allerdings wird von Einzelnen angenommen, dass der in die Union einwilligende Patron damit ohne Weiteres auf seinen Patronat verzichte. Aus allgemeinen Rechtsgründen lässt sich indessen ein solcher Verzicht nicht begründen und durch c. 7 X de donat. III. 24, welches von einer Schenkung des Patronates handelt, wird diese Annahme ebensowenig gerechtfertigt, s. Michels l. c. p. 17. 18.

[3] Michels l. c. p. 21; Foesser l. c. p. 400.

[4] So behaupten Schilling, kirchl. Patronat S. 120 u. Permaneder K. R. §. 235.

[5] Es bleibt z. B. die cura beneficii getrennt, jeder kann nur von seiner Kirche Alimente beanspruchen und die Ehrenrechte in dieser verlangen, Michels l. c. p. 21.

[6] Michels l. c. p. 21. 22.

[7] Garcias l. c. P. III. c. 2. n. 179; Foesser l. c. p. 401. Bei den Bischöfen hat die Congr. Conc. übrigens stets darauf gedrungen, dass sie auch für kürzere Zeit, wenigstens an mehreren Festtagen, in ihrer andern Diöcese verweilen und hier die Pontifikalien, die Ordinationen und die Konsekration der heiligen Oele vornehmen sollen, s. Richters Tridentinum S. 34. n. 4 u. S. 35. n. 6. III. IV. Uebrigens kann der Papst auch verordnen, dass der Bischof jährlich die gleiche Zeitdauer in jeder seiner Diöcesen residirt, s. die S. 425. n. 6 citirte Const. Pius' VII.

[8] S. die Entscheidung bei Richter a. a. O. S. 35. n. 6.

[9] S. o. S. 43. 44. 269 ff.



selbstverständlich und darum entbehrlich. Der Bischof hat in seinen Akten, gleichviel, wo er amtirt, bei der Bezeichnung seiner Diöcesen stets den Namen derjenigen, auf welche sich die fragliche Angelegenheit bezieht, und wenn diese beide betrifft, den Namen derjenigen, in welcher er residirt, voranzusetzen. Sonst, d. h. wenn er z. B. ausserhalb beider Bisthümer eine allgemeine Verfügung trifft oder wenn sein Verhältniss zum Metropolitan in Frage steht, soll er sich vorbehaltlich einer besonders darüber getroffenen Bestimmung zuerst nach der hervorragenderen Kathedrale nennen [1]. Die Diöcesansynode kann der Bischof zwar abwechselnd für jedes seiner Bisthümer gesondert abhalten, jedoch auch, falls er es für angemessen erachtet, eine solche gemeinschaftlich für beide Diöcesen veranstalten, deren Beschlüsse dann für beide bindende Kraft haben [2].

Als s. g. *uniones inaequales* werden der unio aeque principalis die beiden unter Nr. 2 und 3 zu besprechenden Arten der Union gegenübergestellt.

2. Die zweite Art der Union bildet die s. g. *unio per subiectionem* oder *per accessionem* oder *u. subiectiva*, d. h. diejenige Vereinigung, bei welcher das eine Benefizium seine Selbstständigkeit zu Gunsten des andern verliert und zum Zubehör desselben wird [3]. Sie kommt gewöhnlich vor, wenn das eine Benefizium von so geringem Ertrage ist, dass damit ein eigener Benefiziat nicht unterhalten werden kann. Bei höheren Benefizien ist sie zwar an und für sich nicht ausgeschlossen [4], indessen findet sie am häufigsten bei Pfarrbenefizien statt [5], in der Weise, dass die eine Pfarrei als Nebenpfarrei oder s. g. *filia* oder *ecclesia filialis* in ein bestimmtes Abhängigkeitsverhältniss zu der anderen, der Hauptpfarrei, der s. g. (*ecclesia*) *mater* oder *matrix* [6], tritt.

Die Wirkung einer solchen Union — und zwar nennen sie die Kanonisten genauer *unio subiectiva* schlechthin oder *u. absoluta* [7] — besteht darin, dass die geistliche

[1] Richters Tridentinum S. 34. n. 6; S. 35. n. 6. XI—XIII; Foesser l. c. p. 401. Die Const. cit. Pii VII. bestimmt §. 10: „Bellunensis et Feltrensis episcopus censeatur et sit, praenominationem suscipiens ab actuum definiendorum pertinentia, et si quando communes ii sint, e loco dioecesis in quo moratur, servata quoad praenominationem in ipsius provisione mutua quadam et alterna vicissitudine adeo, ut qui primus ad cathedras moderandas adlegatur, Bellunensis et Feltrensis episcopus nuncupari debeat; qui vero post illum secundo loco ecclesiarum antistes electus fuerit, Feltrensis ac Bellunensis episcopus nominetur“.

[2] Richters Tridentinum S. 35. n. 6. I. II; S. 36. n. 7. 8. Dies erklärt sich daraus, dass hier eine alleinige Jurisdiktionshandlung des Bischofs vorliegt, denn die Diöcesansynode hat ihm gegenüber nur eine berathende Stellung. Deshalb lässt sich dieser Grundsatz nicht auf die Provinzialsynoden zweier vereinigten Erzbisthümer anwenden; hier muss für jede Provinz, damit nicht die Bischöfe der einen über Angelegenheiten der andern mit abstimmen, eine besondere Synode abgehalten werden.

[3] Glosse s. v. unire ad c. 48. C. XII. qu. 1; Fagnan. ad c. 1 X. ne sede vac. III. 9. n. 3; Garcias l. c. P. XII. c. 2. n. 12; Leuren. P. III. qu. 896. n. 2; Berardi l. c. ed. cit. 1, 271; Foesser l. c. p. 395.

[4] So sind z. B. in der hier fraglichen Weise die Bisthümer Capodistria mit Triest, Pola mit Parenzo, Macarsca mit Spalato durch die Const. Leos XII. v. 1828 (bull. Roman. cont. 17, 378) vereinigt werden. Jedoch kommen hier gewisse Besonderheiten mit Rücksicht darauf, dass die Kapitel der unirten Bisthümer oder der s. g. Konkathedralen fortbestehen geblieben sind, vor.

[5] Auch einfache Benefizien können in dieser Art mit Pfarrbenefizien vereinigt werden, Bouix tract. de parocho p. 289.

[6] Fagnan. l. c.; Hieron. Gonzalez ad reg. VIII. cancell. gloss. 5. §. 7. n. 15; J. H. Boehmer J. E. P. III. 5. §§. 180. 182. Hierher gehörige Urkunden (v. 1256 u. 1273) s. u. A. i. Meckl. Urkdbch. 2, 86. 87. 468.

Die Abhandlungen von Steph. Jac. Riess diss. de ecclesiis filiabus. Altorf 1701; Jo. Nic. Hert, de ecclesiis filiabus 1705 u. in dessen comment. ed. Hombergk. Francof. 1737. II. 2, 86; J. Chr. Baumgärtner, de ecclesia matre 1713 u. 1734; Mejer, z. Lehre v. kirchl. Filialverhältniss in Kliefoth u. Mejer, kirchl. Ztschr. (1859) 6, 385 behandeln das Verhältniss wesentlich mit Rücksicht auf das protestantische Kirchenrecht.

[7] J. H. Boehmer l. c. §. 181; Foesser l. c. p. 395.



Seite des unirten Benefizium ihre Selbstständigkeit einbüsst, also die Gesammtheit der amtlichen Rechte und Pflichten, welche mit demselben verknüpft sind, wenngleich sie materiell nicht untergeht, doch untrennbares Zubehör eines anderen Amtes wird [1]. Daher kann

a. das in dieser Weise unirte Amt nie mehr für sich allein weder erledigt [2] noch besetzt werden [3]. Es kommen folgeweise auch etwaige hinsichtlich der Qualität des Amtsinhabers bestehende, besondere Vorschriften in Wegfall und es gelten hinsichtlich der Fähigkeit des Erwerbers ausschliesslich die für das Hauptamt massgebenden Bestimmungen [4]. Derselbe Grundsatz kommt ferner für die Art der Besetzung zur Anwendung [5]. Sodann erlischt das Kollationsrecht für das die Nebensache bildende Benefizium [6], ebenso das Präsentationsrecht des Patrones des letzteren [7], nicht aber das Patronatrecht überhaupt [8], weil die Ausübung anderer im Patronate liegender Befugnisse nicht unmöglich wird [9]. Gleichgültig ist es dabei, ob das Hauptbenefizium der freien Kollation oder ebenfalls einem Patronate untersteht. Im letzteren Falle hat die Union auf die Stellung des Patrones keinen anderen Einfluss, als dass durch seine Präsentation für das Hauptbenefizium faktisch auch derjenige mitbestimmt wird, welcher das unselbstständig gewordene Nebenamt mit zu versehen hat [10].

b. Das unirte Benefizium nimmt alle Qualitäten des Hauptamtes an, sofern diese in Folge der Aufhebung der Selbstständigkeit der geistlichen Seite des ersteren nicht auf das letztere beschränkt bleiben können [11]. Wird daher ein exemtes oder ein Säkular-Benefizium mit einem nicht exemten oder regularen vereinigt, so wird es gleichfalls zu einem nicht exemten oder regularen und umgekehrt [12]. Eine gesonderte Jurisdiktion über die beiden unirten Benefizien kann nicht mehr ausgeübt werden, weil es an zwei verschiedenen, selbstständigen Objekten fehlt, vielmehr jede Ausübung der Regierungsgewalt in Betreff des unirten Benefiziums oder des Inhabers desselben auch zu-

[1] Daher ist die in den Entscheidungen der Rota und bei den früheren Kanonisten stehende Bemerkung: „unio unius beneficii facta alteri accessorie operatur exstinctionem et suppressionem nominis et tituli beneficii uniti, ita ut amplius beneficium dici non possit, sed iudicatur ut praedium eius cui fit unio", (s. z. B. Garcias l. c. n. 12; Barbosa de off. et pot. episc. III. alleg. 66. n. 34; Turricellius l. c. c. 4. n. 4; Leuren. l. c. qu. 883. n. 2) nicht ganz korrekt.

[2] Garcias l. c. n. 15; Reiffenstuel III. 12. n. 48.

[3] Schmalzgrueber III. 5. n. 154.

[4] Garcias l. c. n. 26; Schmalzgrueber III. 5. n. 155; Barbosa l. c. n. 41. 44.

[5] Z. B. über die Frage, ob der Konkurs nöthig ist oder nicht, Barbosa l. c. n. 42.

[6] Schmalzgrueber l. c. n. 154.

[7] Michels l. c. p. 23.

[8] Wie Einzelne annehmen, s. z. B. Leuren. l. c. qu. 883. n. 10 u. Foesser l. c. p. 398; dagegen Michels l. c. Wenn Foesser den Untergang des Patronates daraus herleitet, dass das unirte Benefizium die Qualität des Hauptamtes erhält, mithin das Patronatsbenefizium ein Benefizium freier Kollation wird, so ist das erstere nur insoweit richtig, als dies durch das Wesen der accessorischen Union nothwendig bedingt wird. S. auch N. 11.

[9] Besteht z. B. für das unirte Benefizium eine besondere Kirche, so ist der Patron trotz der Union in der Lage, die Ehrenrechte auszuüben.

[10] Michels l. c. p. 24. Unrichtig ist es, wenn J. H. Boehmer l. c. §. 188 für den Fall, dass auch die filia eine Patronatskirche ist, die beiden Patrone als Kompatrone behandelt, denn soweit es mit der Union verträglich ist, bleiben für jeden seine Rechte und Pflichten im früheren Umfange bestehen.

[11] Die Kanonisten fügen zwar diese Beschränkung nicht hinzu, s. z. B. Garcias l. c. n. 18; Barbosa l. c. n. 36; Reiffenstuel l. c. n. 44; Foesser l. c. p. 396; sie folgt indessen aus der Natur der Sache. Das unirte Benefizium erleidet durch die Union an und für sich keine allgemeine mutatio status und wird darum hinsichtlich seiner Qualität nicht völlig mit dem Hauptbenefizium identisch.

[12] Schmalzgrueber l. c. n. 153; Foesser l. c. p. 396; Phillips K. R. 7, 322. Von Manchen, s. Slevogt l. c. s. 3. c. 1. §. 7; Boehmer l. c. §. 185; Eichhorn K. R. 2, 671 wird zwar angenommen, dass wenn die filia in einer anderen Diöcese liegt, dem Bischof der letzteren die Jurisdiktionsrechte verbleiben, das dafür angezogene c. 2 X de relig. domib. III. 36 handelt aber von der unio aeque principalis.

gleich das Hauptamt und dessen mit dem letzteren identischen Amtsträger berührt[1].

Andererseits wird aber ein unirtes einfaches Benefizium durch die Vereinigung mit einem Pfarramt nicht ein beneficium curatum, denn durch den Uebergang der mit dem ersteren verbundenen Rechte und Pflichten auf den Pfarrer ist eine Aenderung dieser nicht nothwendig bedingt.

c. Das Vermögen des unirten Benefiziums muss dem Charakter der unio subiectiva gemäss in seinem bisherigen Zustande gesondert erhalten bleiben[2]. Es darf nicht mit dem Vermögen des Hauptbenefiziums konfundirt werden. Letzteres würde der Stellung des Nebenbenefiziums als eines Zubehörs widersprechen, weil der Begriff eines solchen ein Objekt gesonderter Existenz voraussetzt. Indessen tritt andererseits das Hauptbenefizium als berechtigter Inhaber und zwar kraft Universalsuccession in das Vermögen des Nebenbenefiziums ein. Daher hat der Amtsträger des ersteren dasselbe ebenfalls, aber getrennt, zu verwalten. Etwaige Ueberschüsse, welche sich bei dem Nebenbenefizium ergeben, müssen wegen seiner Zubehörqualität im Falle des Bedürfnisses zu Gunsten des Hauptbenefiziums, umgekehrt aber auch die des letzteren zum Besten des ersteren verwendet werden[3]. Von praktischer Bedeutung kann dies namentlich bei vereinigten Pfarreien, welche jede eine besondere Kirche besitzen, wenn sich eine Reparaturbedürftigkeit der einen oder anderen herausstellt, werden[4].

d. Die gottesdienstlichen Pflichten, welche auf den beiden unirten Benefizien ruhen, hat der Amtsträger, welcher sie in seiner Hand vereinigt, zu erfüllen, insbesondere ist der Pfarrer zweier unirten Parochien verpflichtet, für jede derselben eine besondere missa pro populo selbst oder durch einen Stellvertreter auf seine Kosten zu appliciren[5].

Ob bei der Vereinigung zweier Pfarreien in der Filiale eine besondere Kirche fortbestehen bleiben und der Pfarrer der Mater dort alle Parochialhandlungen für die Einwohner der Filia, die s. g. Filialisten, oder nur einzelne und welche vernehmen soll, darüber hat der Bischóf das Nähere im Unionsdekrete zu bestimmen. Fehlt es an einer solchen Festsetzung, so ist anzunehmen, dass die Seelsorge in vollem Umfange in der Filia ausgeübt werden muss, weil die geistlichen Pflichten des unirten Amtes durch die Union nicht gemindert werden. Jedenfalls hat der Pfarrer aber bei der Hauptkirche Residenz zu halten[6].

[1] So z. B. die Bestrafung, insbesondere die Absetzung.

[2] Foesser l. c. p. 397. 415. 416; Schulte K. R. 2, 311. Der Text ergiebt den Gegensatz meiner Auffassung zu der von Richter-Dove K. R. §. 179 vertretenen, wo im Text gesagt wird, dass die Verhältnisse, insbesondere in Beziehung auf das Vermögen gesondert bleiben, und Note 7 hinzugefügt: „Es wird vermuthet, dass die vorherige Selbstständigkeit der Filiale in Beziehung auf alle Rechtsverhältnisse Bestand behalte, welche neben der Unterwerfung bestehen können. Möglich ist aber, dass die unio per subiectionem auch die Temporalien verschmilzt, Schulte II. S. 312. Dann muss aber die Individualität der letzteren wenigstens in Beziehung auf die Verwaltung der cura (ständiger Vikar) erkennbar bleiben". Hier wird unrichtiger Weise das Filialverhältniss als absolut identisch mit der u. per subiectionem betrachtet, während es einen verschiedenen juristischen Charakter haben kann, s. z. B. o. S. 307 u. S. 408, und nicht stets auf einer u. per subiectionem beruht. Vgl. auch die folgenden Ausführungen des Textes über die u. subiectiva secundum quid.

[3] Dies folgt daraus, dass die Hauptsache zur Unterhaltung der Nebensache und umgekehrt diese zu der der Hauptsache beizutragen hat.

[4] Ueber die Kontroverse in Betreff der Baulast der Filialisten ist die betreffende Lehre zu vergleichen.

[5] S. die Entschdgen der Congr. Conc. i. d. Acta s. sed. 1, 7; 5, 131.

[6] Allerdings kann das Unions-Dekret davon für besondere Fälle eine Ausnahme machen. Durch eine solche Residenz des Pfarrers bei der

Ist ihm die Versehung beider Aemter nicht möglich, so kann zur Aushülfe ein besonderer Vikar am Filialorte eingesetzt werden.

Der Union mit den eben besprochenen Wirkungen (der s. g. unio absoluta) wird von manchen Kanonisten noch eine besondere Art der Vereinigung, die s. g. *unio subiectiva secundum quid*, entgegengestellt [1]. Bei dieser sollen, nach der herkömmlichen Definition, die Funktionen und der Titel des unirten Benefiziums reservirt bleiben, und ein besonderer ständiger Vikar zur Verwaltung der Amtsgeschäfte unter Zuweisung einer Kongrua aus den Einkünften des Benefiziums eingesetzt werden. Allein dieser letzte Fall hat keinen besonderen juristischen Charakter [2]. Alle Verhältnisse werden hier ebenso, wie bei der absoluten Union beurtheilt, nur die Verwaltung der geistlichen Funktionen, welche sonst der Inhaber des Hauptbenefiziums kraft des unirten Nebenamtes vorzunehmen hat, ist insofern abweichend geregelt, als er sie nicht selbst oder durch einen revokablen Stellvertreter ausübt, vielmehr zu diesem Zweck ein eigener Benefiziat, welcher seiner Oberleitung untersteht, dauernd eingesetzt wird. Nicht minder beruht es auf einer Täuschung, dass es sich bei der u. s. secundum quid mit dem Titel des unirten Benefiziums eigenthümlich verhalte. Die geistliche Seite des Amtes verliert hier ebenso wie bei der u. absoluta ihre Selbstständigkeit und wird mit dem Hauptbenefizium vereinigt. Dies zeigt sich darin, dass das ständige Amt des Vikars nur ein Hülfsamt ist, dessen Inhaber allein die einem andern kraft eigenen Rechtes zustehenden Befugnisse und Verpflichtungen auszuüben hat. Das unirte Benefizium wird nicht in der vicaria perpetua forterhalten [3], sondern die letztere ist ein bei der Union neu gestiftetes Benefizium, dessen materielle Unterlage sowohl aus den Mitteln des unirten, wie auch aus den Mitteln des Hauptbenefiziums beschafft werden kann [4].

3. Die dritte Art der Union bildet die *unio per confusionem, u. translativa, u. exstinctiva, u. exstinctiva et plenaria*, d. h. diejenige Art der Vereinigung zweier Benefizien, wodurch beide in ihrer Existenz vernichtet werden und aus ihnen ein neues, drittes Benefizium entsteht [5], z. B. die Union zweier Pfarreien oder Bisthümer in der Weise, dass aus dem Bestande beider, ihren Rechten, Vermögensstücken, Bezirken u. s. w., eine neue Pfarrei oder ein neues Bisthum gebildet wird [6]. Von der Sup-

filia erhält diese dann selbstverständlich nicht die matricitas.

1 S. z. B. J. H. Boehmer l. c. §. 181; Frey, Komment. üb. d. K. R. N. 2, 1071; Permaneder K. R. §. 235; Foesser l. c. p. 395.

2 Daher erwähnen auch eine Reihe, namentlich älterer Kanonisten dieses angeblichen Unterschiedes nicht, s. z. B. Fagnan. l. c.; Turicellius l. c. c. 4; Leuren. l. c. P. III. qu. 883. n. 2; Reiffenstuel l. c. n. 42 ff.; Schmalzgrueber l. c. n. 153 ff.

3 Das ist offenbar die Auffassung der Vertreter der hier verworfenen Ansicht.

4 Da es sich hier mit dem unirten Benefizium ebenso, wie bei der u. absoluta verhält, muss auch das Präsentationsrecht des Patrons auf dasselbe fortfallen, und es ist unrichtig, wenn Michels l. c. p. 26. 27 dem letzteren das Vorschlagsrecht für die vicaria perpetua einräumt. Seine Ansicht beruht auf der irrigen Identificirung des beneficium unitum und der vicaria perpetua. Das Richtige bei Foesser p. 399, welcher allerdings die falsche Grundauffassung vertritt. Von dieser aus entscheidet er die Frage, ob der Bischof der Hauptpfarrei oder der mit der ständigen Vikarie versehenen Filiale die Jurisdiktion über die letztere habe, im Sinne der zweiten Alternative. Ein Grund, für diesen Fall von der o. S. 428 erwähnten Regel abzugehen, liegt indessen nicht vor. Auch hier ist die ständige Vikarie dem Bischof des principalen Amtes, dessen Inhaber die Oberleitung des Vikars hat, unterworfen.

5 Glosse s. v. unire zu c. 48. C. XVI. qu. 1; Garcias l. c. n. 6; Fagnan. ad c. 1 X ne sede vac. III. 9 u. c. 33 X de praeb. III. 5. n. 34; Barbosa de off. et pot. episc. P. III. alleg. 66. n. 2; Reiffenstuel III. 12. n. 41; Ferraris l. c. n. 3.

6 Wird blos ein Benefizium aufgehoben und dessen Vermögen zur Aufbesserung eines andern verwendet, so ist dies keine u. exstinctiva, sondern eine suppressio verbunden mit einer Schenkung, van Espen J. E. U. II. 29. c. 1. n. 9, J. H. Boehmer l. c. §. 192.

pression, verbunden mit der Erektion eines anderen Benefiziums, und somit von einem Fall, welcher nach der Meinung Einzelner korrekter Weise nicht unter den Begriff der Union zu stellen ist [1], ist hier deshalb nicht die Rede, weil die beiden Aemter in ihrer vollen Substanz verschmolzen [2], keineswegs aber in ihre einzelne Bestandtheile aufgelöst und diese für ein neues Benefizium verwendet werden [3].

Die u. per confusionem kommt selten vor. Sie erfolgt nur dann, wenn beide Aemter derartige Einbussen (an ihrem Vermögen, ihren Untergebenen) erlitten haben, dass sie nicht mehr gesondert fortbestehen könnnen.

Auf das neue Benefizium gehen in Folge der Vereinigung der beiden früheren deren sämmtliche Rechte und Privilegien über, und wenn diese etwa wegen ihrer widersprechenden Natur nicht neben einander ausgeübt werden können, bleiben die ausgedehnteren und vortheilhafteren bestehen [4]. Im Uebrigen werden hinsichtlich des neuen Benefiziums die bisherigen beiden Aemter nicht mehr nach ihren geistlichen Funktionen, ihren Vermögensmassen, ihren geographischen Distrikten und deren Einwohnern unterschieden, sondern sie bilden nach der Union ein untrennbares und einheitliches Ganze [5]. Bei einer derartigen Vereinigung zweier Bisthümer entsteht daher z. B. aus den beiden früheren Domkapiteln ein einziges [6], bei zwei Pfarreien werden die Verpflichtungen der Parochianen der neuen Parochie, insbesondere in Betreff der Baulast gemeinsam [7], nur muss in dem letzteren Falle selbstverständlich einer der bisherigen Pfarrkirchen jetzt ausschliesslich diese Qualität beigelegt und der anderen entzogen werden [8]. Sind die beiden vereinigten Aemter oder auch nur eins Patronatsbenefizien, so muss das Patronatrecht stets seiner Substanz nach erlöschen, denn da aus beiden ein neues Benefizium entsteht, so geht das Objekt des Rechtes unter [9].

4. Die vierte Art der Union endlich bildet die im §. 109 zu besprechende Inkorporation.

Andere als die aufgezählten Arten der Union kommen nicht vor [10]. Insbesondere

[1] Ueber diese Kontroverse s. Foesser l. c. p. 394; Michels p. 29.

[2] Deshalb müssen auch die vermögensrechtlichen Verbindlichkeiten beider auf das neue übergehen, s. Foesser l. c. p. 415.

[3] Möglich ist allerdings eine derartige Anordnung, mit der ein ähnliches, wenn auch nicht völlig gleiches Resultat, wie bei der u. per confusionem errichtet wird. Nothwendiger Weise tritt diese Wirkung, also eine wahre Suppression, stets dann ein, wenn zwei ihrer Natur nach verschiedene Benefizien, wie ein Pfarramt und ein beneficium simplex zur Errichtung eines neuen, z. B. eines beneficium curatum verwendet werden sollen, denn in einem solchen Fall können nur einzelne Theile des beneficium simplex, die Vermögensstücke desselben, verwendet werden, während die geistlichen Amtsfunktionen aufhören müssen.

[4] Darüber ist die Doktrin einig, s. die Anführungen in S. 430. n. 6 u. Phillips 7, 323. Gerade hierin liegt ein wesentlicher Unterschied von der Suppression. Bei letzterer erlöschen sämmtliche Privilegien und sie können nur durch ausdrückliche Uebertragung, welche juristisch einer Neuertheilung gleichsteht, erhalten werden.

[5] S. z. B. Foesser l. c. p. 394.

[6] Glosse s. v. unire zu c. 48. C. XVI. qu. 1.

[7] Permaneder, d. kirchliche Baulast. 2. Aufl. S. 66 ff.

[8] Die Neugründung von vicariae perpetuae für die stellvertretende Seelsorge, selbst mit dem Umfange der vor der Union selbstständigen Pfarrei ist nicht ausgeschlossen, und steht dem Begriff der unio per confusionem nicht entgegen, vgl. den Fall in den Acta s. sed. 1, 602, wo das Kapitel einer aus zwei Pfarreien neu errichteten Pfarr-Kollegiatkirche die habituelle Seelsorge hatte, und die aktuelle durch zwei ständige Vikare in der gedachten Weise ausüben liess. Hier entschied die Congr. Conc. i. J. 1864, dass die Applikation einer Pfarrmesse in der Kollegiatkirche für die ganze Pfarrei ausreiche.

[9] Michels l. c. p. 29; Foesser l. c. p. 394. 395.

[10] Abgesehen von der Inkorporation scheiden die Kanonisten seit der Glosse, s. die Citate auf S. 425. n. 1 u. Innoc. IV. app. in decret. ad c. 1 X. III. 9 nur 3 Arten der Union. Die Auffassung des Hostiensis, welcher fünf Species, nämlich ausser den genannten noch die Todtenverbrüderungen des Mittelalters, sowie die Erhebung einer Konventual-Kirche zur Kathedrale unter Vereinigung derselben mit einer andern,



gehört die, namentlich bei den älteren Kanonisten erwähnte Eintheilung der Union [1] in eine *unio perpetua* oder *realis* (d. h. die Union auf Dauer) und in eine *unio temporalis* oder *personalis* (d. h. auf Zeit, gewöhnlich für die Lebensdauer des Benefiziaten) nicht hierher [2]. Bei der letzteren handelt es sich nur um eine vorübergehende Verbindung zweier Benefizien in einer Hand, welche auf die Substanz derselben nicht den mindesten Einfluss ausübt, also um ein Verhältniss, welches in der Lehre von der Pluralität, bez. von der Inkompatibilität der Kirchenämter zu erörtern ist.

Besteht in einem gegebenen Falle darüber Zweifel, welcher Art die zwischen zwei Benefizien vollzogene unio perpetua ist, so kann dieser nur durch genaue Prüfung aller in Frage kommenden Verhältnisse gelöst werden. Allerdings wird, falls sich keine Gewissheit ergiebt, für die unio aeque principalis, als der am wenigsten eingreifenden deshalb zu vermuthen sein, weil an dem vorhandenen Zustand der Benefizien so wenig wie möglich geändert werden soll [3]. Auf diese Art der Union wird auch der Ausdruck: „beneficium unimus“ von den Kanonisten gedeutet, während sie die Worte: „ecclesiam vel beneficium illi beneficio unimus, annectimus, incorporamus“ für Kennzeichen der accessorischen Union erklären [4], jedoch können diese ebenso gut für die Inkorporation gebraucht werden [5]. Weiter wird darauf Gewicht gelegt [6], ob das eine Benefizium hervorragender ist als das andere [7], die Bezeichnung von beiden oder nur von einem hergenommen wird, ob ein Subjektionsverhältniss zwischen beiden obwaltet oder nicht. Als allein entscheidend können aber diese Momente nicht betrachtet werden, denn sie gestatten keine unter allen Umständen nothwendigen Schlüsse auf die eine oder andere Art der Union [8].

V. Die Vollziehung der Union. Die Union tritt mit dem Zeitpunkt in Kraft, in welchem der kirchliche Obere oder der von ihm ernannte Exekutor die darauf bezügliche Anordnung erlässt, also das Unions-Instrument vollzieht. Damit beginnen die unter IV. angegebenen Wirkungen. Es bleibt jedoch in denjenigen Fällen, wo ein höherer kirchlicher Oberer eine Union vorgenommen hat, während ein

aufzählt, hat nur sehr wenige Anhänger gefunden, s. dagegen Garcias l. c. n. 4. 5; Fagnan. ad c. 1 X. ne sede vac. III. 9. n. 6; Foesser l. c. p. 363.

[1] S. z. B. Garcias l. c. n. 9; Schmalzgrueber t. III. 5. n. 151; Reiffenstuel III. 12. n. 37.

[2] Darüber herrscht übrigens Einstimmigkeit, s. Fagnan. ad c. 33 X. III. 5. n. 7; Leuren. P. III. qu. 879. n. 1; Schmalzgrueber l. c.; Foesser l. c. p. 361; Phillips 7, 320.

Als Kennzeichen der unio perpetua werden gewöhnlich angegeben: 1. der Gebrauch des Ausdrucks: ad perpetuam rei memoriam, 2. Ertheilung ad beneplacitum apostolicae sedis (weil hier die Union über den Tod des jeweiligen Papstes hinaus bis zum Widerruf durch einen seiner Nachfolger dauert, s. c. 5 in VI^to de rescr. I. 5), 3. der Umstand, dass die Vereinigung mit Rücksicht auf das Amt, bez. die Kirche, nicht wegen der Person des augenblicklichen Inhabers erfolgt ist c. 1 X. ne sede vac. III. 9, s. Schmalzgrueber l. c. n. 151; Foesser l. c. p. 361. Es sind dies aber immer nur einzelne Interpretationsmomente, die in Frage kommen können.

[3] H. Gonzalez ad reg. VIII. canc. gloss. 5. §. 7. n. 134; Leuren. P. III. qu. 881. n. 1; Pignatelli cons. can. t. I. cons. 223. n. 13; Schmalzgrueber l. c. n. 160.

[4] Garcias l. c. n. 55; Turricellius l. c. 3. n. 16; Schmalzgrueber l. c. n. 161. Ein Beispiel in Const. Pii VII. v. 1801. §. 2 (bull. Rom. cont. 11, 162): „. . . mandamus, ut . . . supradictum beneficium ecclesiasticum simplex auctoritate nostra apostolica in perpetuum prioratui (d. h. der Pfarrei von Sacavem in der Diöcese Lissabon) ecclesiae unias, adplices et incorpores cum omnibus proventibus et fructibus et oneribus quae secum habet, adeo ut et hodiernus prior et qui deinceps ei succedent, statim ut possessionem legitimam nacti fuerint prioratus, illius beneficii etiam eo ipso nacti esse intelligantur“.

[5] S. den folgenden §.

[6] Schmalzgrueber l. c. n. 161. 162.

[7] Weil zwei ungleiche Aemter für die Regel nicht aeque principaliter unirt werden.

[8] Was z. B. das erst angeführte Moment betrifft, so ist die unio aeque principalis eines Kanonikates mit einer Dignität nicht gerade selten, s. Garcias l. c. n. 57; Schmalzgrueber l. c. n. 163; andererseits bedingt das Subjektionsverhältniss einer Kirche zu einer anderen nicht einmal stets eine Union, s. o. S. 307.



anderer die Disposition über die betreffenden Benefizien besitzt; der Verfügungsakt des letzteren gültig, wenn er vor erlangter authentischer Kunde von der Union erfolgt ist, und soweit ihre Wirkung mit seiner Aufrechterhaltung unverträglich sein würde, suspendirt er dieselbe [1]. Das Gleiche tritt bei der Vereinigung nicht vakanter, reservirter oder devolvirter Benefizien ein [2].

Endlich bestimmt die 13. Kanzleiregel [3], dass alle Unionen, welche bei Lebzeiten eines Papstes verfügt worden sind, hinfällig werden, falls sie nach dem Tode desselben bei der Erneuerung der Kanzleiregeln durch seinen Nachfolger noch nicht in Wirkung getreten sind, d. h. falls der für das unirte Benefizium Ernannte in diesem Zeitpunkt noch nicht den Besitz des letzteren erlangt hatte [4]. Von der Kanzleiregel werden indessen nicht betroffen: 1. die auf Grund der Vorschriften des Trienter Konzils [5] vorgenommenen Unionen, 2. Unionen, welche erfolgt sind behufs Beschaffung der erforderlichen Ausstattung eines neu errichteten Benefiziums oder religiösen Institutes [6], 3. behufs nothwendiger Unterhaltung eines Benefiziums und der demselben obliegenden geistlichen Funktionen [7], 4. behufs einer gebotenen Ver-

[1] So wenn der Papst die Union zweier Pfarrbenefizien vorgenommen, und der Bischof die beiden zwar nach stattgehabter, aber vor ihm kundgewordener Union besetzt hat. Dagegen würde die vom Bischof unter solchen Umständen verfügte Veräusserung von Vermögensstücken der einen Pfarrei die Union nicht suspendiren.

[2] S. o. S. 419 ff.

[3] „Item rationabilibus suadentibus causis ipse dominus noster uniones, adnexiones, suppressiones, extinctiones, applicationes et dismembrationes, etiam perpetuas de quibusvis cathedralibus necnon aliis ecclesiis, monasteriis, dignitatibus, personatibus, officiis et beneficiis ecclesiasticis eorumve domibus, praediis et locis per cessum vel decessum aut aliam quamvis dimissionem vel amissionem, qualiacumque fuerint, invicem vel aliis ecclesiis, monasteriis et mensis etiam capitularibus, dignitatibus, personatibus, officiis, beneficiis ac piis et aliis locis, universitatibus etiam studiorum generalium et collegiis, etiam in favorem s. Romanae ecclesiae cardinalium, seu ecclesiis, monasteriis et beneficiis per eos obtentis quomodolibet apostolica vel alia quavis (non tamen concilii Tridentini auctoritate necnon pro fundatione seu dotatione, augmento vel conservatione collegiorum et aliorum piorum et religiosorum locorum ad fidei catholicae defensionem et propagationem bonarumque artium cultum institutorum) factas, quae suum non sunt sortitae effectum, ac quascumque concessiones et mandata super unionibus, adnexionibus, incorporationibus et aliis praemissis taliter faciendis revocavit, cassavit et irritavit, nulliusque decrevit existere firmitatis. Nec alicui quascumque clausulas vel adiectiones aut decreta quae sanctitas sua pro expressis haberi voluit, in quibusvis apostolicis, etiam quae motu proprio aut ex certa scientia et consistorialiter processerunt et emanarunt literis, etiamsi in eis decretum esset, illas ex tunc effectum sortitas esse aut ius quaesitum fore, quomodolibet contenta adversus revocationem et irritationem huiusmodi voluit aliquatenus suffragari". Für diese Vorschriften, welche einer Zerstörung des Benefizialwesens durch übermässige und ungerechtfertige Unionen und Innovationen entgegentreten wollen, hat eine Constitution Bonifacius' IX. v. 1403 (bei Riganti comm. ad reg. canc. XIII. n. 1), welche allein die Unionen betrifft, das Vorbild gegeben. Dieselben Revokationen haben dann die Kanzleiregeln Johanns XXIII. und Martins V. ausgesprochen (s. a. a. O. n. 2). Einen ähnlichen Widerruf enthält die Reformakte des letzteren in Betreff der vom Tode Gregors XI. ab vorgenommenen Unionen, Hübler, Konstanzer Reformation S. 142. Der Widerruf der zu Gunsten der Kardinäle stattgehabten Unionen ist erst durch Paul III. (1534) in die Regel eingefügt worden, Riganti l. c. n. 4.

[4] In dieser Weise ist das effectum sortiri fortdauernd von der Kurial-Praxis aufgefasst worden, H. Gonzalez l. c. gl. 5. §. 7. n. 52; Garcias l. c. n. 281; Leuren. P. III. qu. 928. n. 3 ff.; Riganti l. c. n. 331, und zwar auf Grund einer dahin gehenden Extravagante Martins V., s. Riganti l. c., wo auch weitere Kasuistik (n. 43 ff.) über den Fall, wenn mehrere Unionen durch eine Verfügung vollzogen worden sind und diese theilweise schon Effekt gehabt haben. Ebenso hat man den gedachten Ausdruck in Trid. Sess. VII. c. 6 de ref., wo ein ähnlicher Widerruf ausgesprochen wird, verstanden, s. Garcias l. c. n. 281; Leuren. l. c.

[5] S. Sess. XXIII. c. 18, Sess. XXI. c. 5, Sess. XXIV. c. 15 de ref., s. o. S. 420. Auch Sess. V. c. 1 u. Sess. XXIV. c. 8 de ref. werden hierher gerechnet, Riganti l. c. n. 163, obwohl in ihnen von einer Union im eigentlichen Sinn nicht die Rede ist. Schliesst man diese Fälle aus, so ergiebt sich übrigens das gleiche Resultat, weil dann die 13. Kanzleiregel ganz ausser Frage steht.

[6] Riganti l. c. n. 52; Leuren. l. c. qu. 941. n. 7.

[7] Nicht aber eine Union behufs Aufbesserung des Einkommens des Benefiziaten. Ein solche fällt nur dann unter die Ausnahme, wenn die Einkünfte so gering sind, dass sich kein Geistlicher mehr zur Annahme des Benefiziums bereit finden lässt, Riganti l. c. n. 173—175.

mehrung des Gottesdienstes [1], 5. behufs der Fundation, Dotation, Vermehrung und Erhaltung aller zur Vertheidigung des katholischen Glaubens oder der Verbreitung der Wissenschaften dienenden Institute [2], 6. auf Grund eines Tausches oder eines sonstigen onerosen Geschäftes [3].

Ausdrücklich werden in der Kanzleiregel nur die unter 1. und 5. hervorgehobenen Fälle angeführt. Die übrigen sind ihnen von der Doktrin und Praxis mit Rücksicht darauf, dass bei denselben theils eine faktische, theils rechtliche Nothwendigkeit obwaltet, gleichgestellt worden [4].

Die Derogationsklausel der Regel ist so weit gefasst, dass eine vorgängige Beseitigung derselben durch den Papst für eine von ihm vorgenommene oder bestätigte Union erfolglos bleiben muss. Uebrigens ist es auch nicht möglich eine dessen Nachfolger bindende Formel zu finden [5]. Denn der letztere ist kraft seiner gesetzgebenden Gewalt und der in Ausübung derselben erfolgenden Publikation der Kanzleiregeln befugt, alle Akte seines Vorgängers, selbst wenn derselbe deren Kassation verboten hätte, wieder aufzuheben.

VI. Die Aufhebung der Union (*dissolutio unionis*). Eine solche kann, wie die Vornahme der Union, nur beim Vorliegen eines gerechtfertigten Grundes statthaben [6], wiewohl freilich hierbei nicht ein so strenger Massstab wie im umgekehrten Falle angelegt wird, weil es sich um Rückgängigmachung der Innovation und Wiederherstellung des früheren Zustandes handelt. Zulässig ist die Aufhebung 1. wenn der Grund, welcher die Veranlassung zur Union gegeben hat, fortgefallen ist [7], 2. wenn eine Nothwendigkeit für eine solche Massregel hervortritt [8], 3. endlich wenn ein entschiedener Nutzen von derselben zu erwarten steht [9], vorausgesetzt aber, dass in allen Fällen die Einkünfte, welche für die bei der Durchführung der Dissolution zu treffenden Einrichtungen erfordert werden, vorhanden sind [10].

Die Befugniss zur Auflösung steht denselben Organen zu, welche Unionen vorzunehmen berechtigt sind, also dem Papst ausschliesslich hinsichtlich der höheren Aemter (Bisthümer, Erzbisthümer, praelaturae nullius) und der exemten Benefizien [11], dem Ordinarius in Betreff der Benefizien seiner Diöcese oder Quasi-Diöcese. Wenn indessen eine Union der letzteren nicht von ihm, sondern vom Papst oder von einem

[1] Also nicht blos behufs eines nur wünschenswerthen s. g. augmentum cultus divini oder behufs Herstellung eines feierlicheren Gottesdienstes z. B. durch Beschaffung besonders ausgebildeter Sänger, l. c. n. 176.

[2] Riganti l. c. n. 190.

[3] Leuren. l. c. n. 12; Riganti l. c. n. 196.

[4] H. Gonzalez l. c. n. 46 ff.; Garcias l. c. n. 283 ff.; Riganti ll. cc.

[5] Ueber derartige Versuche s. Riganti l. c. n. 6 ff.

[6] Leuren. l. c. P. III. qu. 937. — Ueber die von selbst (ipso iure) eintretende Auflösung jeglicher Art von Union und Inkorporation in Folge unterlassener Zahlung der quindennia s. die Konstitutionen Pauls II.: Decet Romanum v. 1469, Pauls IV.: Decens esse v. 1559, Pius' V.: Apostolicae sedis v. 1567 u. Sixtus' V.: Camerae nostrae v. 1586 (M. Bull. 1, 384. 840; 2, 240. 577) u. Lotter. l. c. lib. I. qu. 29.

[7] c. 1 X. de R. J. V. 41; Rebuff. l. c. tit. de unionis revoc. n. 1. 6; Garcias l. c. n. 305; Schmalzgrueber l. c. n. 180. Z. B. wenn die Union wegen starker Abnahme der Bevölkerung oder wegen eines andauernden Priestermangels erfolgt und nachher die erstere wieder stark angewachsen oder der Mangel an Geistlichen gehoben ist, Foesser l. c. p. 410; Slevogt l. c. s. IV. c. 1. §. 11.

[8] c. 1 X. ne sede vac. III. 9; Rebuff. l. c. n. 3. 6; Garcias l. c. n. 305; Schmalzgrueber l. c.; wegen Unzuträglichkeiten, welche sich in Bezug auf die Verrichtung des Gottesdienstes und der Handhabung der Seelsorge zeigen. Jedoch müssen diese durch die Union selbst, nicht durch blos zufällig eintretende Umstände hervorgerufen sein. Die Nachlässigkeit und Unfähigkeit des Benefiziaten bildet also keinen Grund zur Dissolution, Slevogt l. c.

[9] Rebuff. l. c. n. 6; Garcias, Schmalzgrueber ll. cc.

[10] Rebuff. l. c. n. 29; Foesser p. 411. 412.

[11] c. 1 X. III. 9 cit.; Slevogt l. c. §. 4; Foesser l. c. p. 412.

legatus a latere, und zwar kraft apostolischer Machtfülle, verfügt war, so hindert dieser Umstand die spätere Auflösung durch den Ordinarius [1]. Dem Kapitel oder dem Kapitularvikar ist das Recht zur Dissolution während der Sedisvakanz nicht abzusprechen [2].

Die Dissolution erfordert ebenso wie die Union eine vorgängige causae cognitio [3], und bedarf, falls sie vom Bischof ausgeht, der Zustimmung des Domkapitels [4].

Sodann ist die Vorladung und Anhörung der Betheiligten nothwendig [5]. Als solche kommen zunächst die Inhaber der unirten Benefizien und diejenigen, welche das Besetzungs- oder Patronatrecht auf dieselben haben [6], in Betracht. Für den Fall, dass die Dissolution erst nach dem Tode des Inhabers oder nach dem Verlust des Benefiziums seinerseits zur Ausführung kommen soll, entsteht ihm allerdings kein Nachtheil, nichtsdestoweniger muss ihm aber Gelegenheit gegeben werden, die Rechte des Amtes und seiner Amtsnachfolger wahrzunehmen, weil diesen durch die Dissolution präjudicirt wird. Diese Forderung, deren Begründetheit freilich in Abrede gestellt wird [7], rechtfertigt sich aus der ausdrücklichen Vorschrift, dass bei höheren Aemtern eine Dissolution nicht vor der Einsetzung eines Nachfolgers, also nicht während der Vakanz, erfolgen soll [8]. Für die niederen Benefizien fehlt es an einer positiven Anordnung. Hier bleibt also nur die Bestellung und Zuziehung eines defensor während der Vakanz übrig [9]. Soll dagegen die Dissolution schon bei Lebzeiten des Amtsinhabers in Wirksamkeit treten, so bedarf es des Konsenses desselben [10]. Bei Aufhebung der Union von Pfarrbenefizien endlich sind auch die Parochianen vorzuladen und zu hören [11]. Der Mangel der ordnungsmässigen Zuziehung muss auch in diesem Falle die Nullität der Dissolution herbeiführen.

Wie über die Union ebenso wird gleichfalls über die Aufhebung derselben des Beweises wegen ein öffentliches Instrument angefertigt [12].

Die Wirkung der Dissolution, welche mit dem Erlass der betreffenden Verfügung eintritt, ist die einer in integrum restitutio der früher unirten Benefizien [13], und und zwar, sofern nicht rechtsgültige Veränderungen hinsichtlich einzelner Gerechtsame derselben, z. B. Veräusserungen von Vermögensstücken, in der Zwischenzeit erfolgt sind, in den Zustand, in welchem sie sich vor der Union befunden haben.

[1] Garcias l. c. n. 303; Schmalzgrueber l. c. n. 199; Foesser l. c. p. 412. Dadurch dass der Papst kraft seiner konkurrirenden ordentlichen Gewalt eine gewisse Einrichtung in der Diöcese getroffen hat, ist dieselbe nicht für immer der Kompetenz und Einwirkung des Ordinarius entzogen. Bei der im Text hervorgehobenen Ausnahme handelt es sich dagegen um eine kraft der höchsten Leitungsgewalt des Papstes ergangene Anordnung, deren Umstossung nicht in der Macht des Ordinarius liegt. Selbstverständlich ist es, dass der Papst oder ein legatus a latere eine vom Bischof vorgenommene Union umstossen kann.

[2] Dies thut z. B. Schmalzgrueber III. 9. n. 28. Für die Ansicht des Textes z. B. Rebuff. l. c. n. 19; Slevogt l. c. n. 4; Foesser l. c. p. 412; c. 1. X. III. 9 cit. steht nicht entgegen, denn es handelt sich eben nicht um eine Union, und die bischöflichen Rechte werden durch die Dissolution nicht beeinträchtigt.

[3] Weil sie ebenfalls nur aus bestimmten Gründen stattfinden darf, s. auch c. 1. X. III. 9 cit.

[4] Rebuff. l. c. n. 24; Leuren. l. c. P. III. qu. 938. n. 2; s. auch o. S. 153.

[5] c. 1. X. III. 9 cit.

[6] Rebuff. l. c. n. 26 ff.; Leuren. l. c.

[7] S. z. B. Leuren. l. c. u. Foesser l. c. p. 413.

[8] Dies ist der Kern der Entscheidung in c. 1. X. III. 9 cit.

[9] So auch Leuren. l. c. Dagegen kann aus dem Mangel einer gesetzlichen Vorschrift nicht geschlossen werden, dass bei niederen Benefizien die Zuziehung des Rektors überhaupt nicht erforderlich ist. Der Grund für die Anhörung des Inhabers bei den höheren Amtern, die Vermeidung eines Präjudizes für die Zukunft, waltet auch hier ob. Das erkennt selbst Foesser l. c. p. 412 an. Bei der Vornahme der Union steht die Sache kraft positiver Vorschrift anders.

[10] S. o. S. 422.

[11] S. o. S. 423.

[12] Foesser l. c. p. 413.

[13] c. 1. X. cit.

Jedes derselben nimmt seine frühere Natur wieder an[1], die suspendirten oder erloschenen Besetzungsrechte und Patronatsbefugnisse treten von Neuem in Wirksamkeit oder leben wieder auf[2], das Eigenthum an den einzelnen Vermögensstücken kehrt an dasjenige Benefizium, welchem es vorher zugestanden hatte, zurück; in derselben Weise sondern sich die vor der Union vorhanden gewesenen Schulden, während die nach derselben neu kontrahirten, falls die unio eine exstinctiva war, auf beiden wiederhergestellten Benefizien solidarisch haften bleiben[3].

Die Dissolution ist nicht mit der Division oder Dismembration von Benefizien zu verwechseln[4]. Bei der letzteren handelt es sich stets um die Errichtung mehrerer neuer aus einem Benefizium, bei der ersteren wird dagegen nur der bisherige Zusammenhang zwischen zwei vorhandenen, wenngleich nicht in voller Selbstständigkeit verbliebenen Benefizien wieder gelöst. Für die unio aeque principalis und die unio aequalis ist dies zweifellos. Was dagegen die unio exstinctiva betrifft, so bleibt zwischen der Dissolution derselben[5] und der Division immer der Unterschied bestehen, dass die letztere nothwendig die Errichtung eines neuen Benefiziums herbeiführt, die erstere aber nur das Wiederaufleben der in dem unirten latent gewesenen Benefizien zur Folge hat.

§. 109. β. *Die Inkorporation* *.

I. Geschichte. Eine Verbindung von Kirchen und Benefizien mit Klöstern, welche den geschichtlichen Ausgangspunkt für die spätere s. g. Inkorporation bildet, ist schon seit dem 9. Jahrhundert[6] beglaubigt[7], reicht also jedenfalls noch höher hinauf[8]. Freilich ergeben die betreffenden Nachrichten im Allgemeinen nichts Anderes, als dass die Klöster vielfach im Besitze von Kirchen erscheinen, oder dass ihnen solche mit den liegenden Gütern, auf welchen sie erbaut sind, von Königen, Bischöfen und anderen Personen geschenkt werden[9]. Indessen unterliegt es keinem

1 Fagnan. ad c. 1 cit. n. 43. 44; Garcias l. c. n. 309; Schmalzgrueber l. c. n. 200.

2 Rebuff. l. c. n. 39 ff.; Foesser l. c. p. 413; Michels l. c. 31. 32.

3 Hinsichtlich der beiden anderen Arten der Union erledigt sich die Frage dadurch, dass bei der u. aeque principalis beide Benefizien selbstständig, bei der u. subiectiva aber die Vermögensmassen getrennt bleiben.

4 Dies geschieht z. B. von J. H. Boehmer III. 5. §. 208.

5 Diese fasst Michels l. c. p. 31 als divisio im eigentlichen Sinne auf, weil er die u. exstinctiva nicht als wirkliche Union gelten lässt, s. o. S. 430.

* Vgl. Thomassin, vetus et nova disciplina ecclesiae P. I. lib. II. c. 25 ff.; lib. III. c. 22; P. III. lib. I. c. 10; van Espen, diss. canon. de pristinis altarium et ecclesiarum incorporationibus. Lovan. 1759 u. i. d. Ausgab. seiner Werke, z. B. ed. Colon. 1729. 2, 327; Neller, diss. de genuina idea et signis parochialitatis primitivae eiusque principio, incorporatione etc. Trevir. 1752; Desselben diss. de iuribus parochi primitivi etc. Trevir. 1752; Schloer, diss. de ecclesiarum parochialium saecularitate earumque unione subiectiva monasteriis facta. Mogunt. 1753 (die 3 Dissertationen abgedruckt in Schmidt, thesaur. iur. eccles. 6, 441. 466. 502); Wasserschleben, Art. Inkorporation in Herzogs Encyklopädie 6, 649; Phillips, K. R. 7, 333; Foesser in d. S. 417. n. * angef. Abhdlg. p. 363; G. M. de Kujawa, de incorporatione beneficiorum. diss. inaug. Glacii 1872. Die hier dargelegten Auffassungen habe ich selbst schon früher in den „Festgaben für A. W. Heffter. Berlin 1873" S. 3 ff. veröffentlicht.

6 Phillips S. 336 setzt das Aufkommen der Inkorporationen erst in das 11. Jahrh.

7 Vgl. die im Folgenden citirten Urkunden.

8 Falsch ist wohl die Urkunde König Dagoberts v. 646 für das von seiner Tochter gestiftete Kloster, nach welcher die letztere demselben „allodium suum . . . Loosa cum basilica una, Aneia cum capella praefatae basilicae subiecta" schenkt (Beyer, mittelrh. Urkdenbch 1, 9 u. Monum. Germ. dipl. 1, 169), ebenso d. dipl. a. 752 bei Beyer 1, 14, vgl. Sickel act. reg. et imper. Karol. 2, 407.

9 Vgl. d. Urkden v. 820 (Lacomblet, niederrh. Urkdbch 1, 20), v. 835. 870 (Beyer 1, 69. 118); v. 888 (Günther, cod. Rheno-Mosell. 1, 49), s. auch Guérard, polyptyque d'Irminon III. 61. (2, 51); f. d. 10. Jahrh. d. Diplome bei Beyer 1, 290. 311. 323. 325; Lacomblet 1, 49. 50. 51. 55. 58. 60. 61. 67. 68. 75; D'Achery, spicileg. ed. nov. 3, 372; die o. S. 283. n. 3 u. 5 citirten Stellen.

Zweifel, dass die Klöster in diesen Fällen die Verfügungsgewalt über die ihnen zustehenden Kirchen, namentlich auch die Nutzungen der dazu gehörigen Vermögensstücke besessen und auch die Geistlichen für die Kirchen eingesetzt haben[1]. Ja mitunter übten sie auch eine darüber hinausgehende geistliche Leitung der zu einer solchen Kirche gehörigen Pfarreien aus[2]. Juristisch können diese Verhältnisse, ebenso wie diejenigen, welche durch die von den Klöstern auf eigenem Besitz vorgenommenen Gründungen entstanden sind[3], nur dahin charakterisirt werden, dass die Kirchen als des Eigenthums fähige Objekte und die Klöster als Inhaber dieses Eigenthums galten[4], wobei sie höchstens hin und wieder in der Weise eingeschränkt waren, dass zu der Einsetzung der von ihnen mit den geistlichen Funktionen an den Kirchen zu betrauenden Säkular- oder Regular-Kleriker die bischöfliche Genehmigung einzuholen war[5].

Frommer Eifer von Bischöfen, Königen, Fürsten und begüterten Grundherren, auch das Bestreben, begangene Beraubungen zu sühnen[6], hatten schon im 9. Jahrhundert zur Uebertragung einer nicht unbedeutenden Anzahl von Kirchen an Klöster geführt. Die Ermahnungen der kirchlichen Gewalten gegen die mit der Auflösung des karolingischen Reiches stärker hervortretenden Eingriffe der Laien in das Kirchengut hatten eine weitere Vermehrung des Klosterbesitzes zur Folge. Die Grossen liessen sich viel öfter bereit finden, die eigenmächtig okkupirten Güter an Klöster als an die beraubten Kirchen selbst zurückzugeben, und kirchlicherseits musste man sich damit, als dem immerhin geringeren Uebel, zufrieden geben[7]. Freiwillige Schenkungen an Klöster hörten daneben nicht auf[8], ja sie kamen vielfach zu dem Zwecke vor, nicht hinreichend dotirten oder verarmten Klöstern Einnahmequellen zu verschaffen[9]. Aber nicht blos Klöster, sondern auch, wenngleich freilich in

[1] Dass dieses Recht als ein Ausfluss des damals den Patronen zugeschriebenen Eigenthums an den Kirchen angesehen wurde, darüber s. unten in der Lehre vom Patronate §. 128. II. Dieselbe Auffassung zeigen die citirten Urkunden, s. ferner d. wahrscheinlich d. Bisth. Chartres angehörige Urk. a. d. 9. Jahrh. b. Rozière, recueil général des formules n. 554. 2, 692: „Episcopo . . . Gisleverto L. abbas et grex sibi commissus . . . salutem. Vestrae celsitudini hos dirigimus apices, quibus *ecclesiam nostram* quae est in villa illa, huic diacono, nomine illo, nos *dedisse* intimamus. Qua de re volumus atque honeste precamur, quatenus idem diaconus iam dictam ecclesiam per vestrae auctoritatis potestatem teneat et reget, et ut valeat ad huius honoris conscendere gradum, vestro nutu ac ministerio adimpleatur".

[2] S. die Urk. v. 943, o. S. 283. n. 5. Nach dieser werden die innerhalb des Bezirks der einem Kloster zustehenden Pfarrkirche neu errichteten Filialen dem Recht (also dem Pfarr-Recht) desselben unterworfen und die Seelsorge soll durch einen vom Kloster-Konvent zu wählenden und abzusetzenden Mönch ausgeübt werden, ferner dipl. a. 955 (Urkdbuch des Landes ob d. Enns Bd. 2. n. 44): „ut predicta capella Celle dignitate plebane ecclesie fungeretur excepto pascali et pentecostali baptismo, ab abbate Manusense spiritali munere procuranda et procuratori per manum eius locanda". Darüber, dass in jener Zeit die Regularen schon vielfach Geistliche gewesen und auch als Pfarrer verwendet worden sind, vgl. Thomassin P. I. lib. III. c. 16; Rettberg, Kirchengesch. Deutschlands 2, 692, namentlich c. 14. conc. Mogunt. a. 847 (Mansi 14, 907): „nullus monachorum . . . parochias ecclesiarum accipere praesumat sine consensu episcopi; de ipsis vero titulis in quibus constituti fuerint, rationem episcopo vel eius vicario reddant, ut convocati ad synodum veniant".

[3] Guérard, polypt. d'Irminon II. 1. XX. 1. XXIII. 1. VI. 2. VII. 83 (2, 6. 208. 227. 52, 69) u. Polypt. Fossat. c. 9 (ibid. 2, 285).

[4] S. ausser den citirten die Urkden bei Meichelbeck, hist. Frising. I. 2, 91. 92. n. 120. 121; Guérard l. c. 1, 633, auch unten §. 128. II.

[5] Guérard l. c. 1, 633.

[6] S. z. B. die Urkde bei Beyer l. c. 1, 311.

[7] Phillips 7, 337 ff.; Foesser l. c. p. 373. Der im Text hervorgehobene Gesichtspunkt ist sowohl in dieser Zeit, c. 68 (in c.) C. XVI. qu. 1. wie auch noch später, c. 7 (Innoc. III.) X de his quae fiunt III. 10 massgebend gewesen.

[8] S. z. B. d. Urkden aus d. 11. Jahrh. bei Beyer 1, 355. 363. 415. 446; bei Lacomblet 1, 84. 85. 86. 104. 131; Muratori, antiqu. Ital. 6, 213.

[9] dipl. a. 1015, Lacomblet 1, 95, a. 1052, Beyer 1, 392.

geringerem Masse, Stifter[1] und einzelne Stellen in diesen[2] wurden mit derartigen Vergabungen von Kirchen bedacht.

Mit Bezug auf die eben charakterisirten Verhältnisse tritt in einzelnen Konzilien des 11. Jahrh.[3] eine bis dahin nicht vorkommende Unterscheidung von *ecclesia* und *altare* hervor.

Unter der ersteren Bezeichnung verstand man das Gebäude und das der Kirche zustehende Vermögen, unter der letzteren aber den Altar mit seinen geistlichen Funktionen und Rechten[4]. Offenbar war diese Trennung zweier wesentlich zusammengehöriger Seiten ein und derselben Sache erfunden worden, um den dringenden Anforderungen der Geistlichkeit auf Restitution der den Kirchen entzogenen Güter zu entgehen, indem man sich durch die Rückgabe des s. g. Altars an den Bischof, d. h. durch Zulassung der Einwirkung desselben auf die Anstellung der Geistlichen und auf die Verwaltung des Gottesdienstes, im Besitze der Kirchengüter zu erhalten suchte[5]. Indessen, nachdem einmal jene Scheidung aufgebracht war, wurde sie auch benutzt, um den Bischöfen einen grösseren Einfluss auf die in den Händen von Klöstern und Stiftern befindlichen Kirchen zu sichern. Schon im 11. Jahrh. bestimmten einzelne französische Synoden, welche auch darum merkwürdig sind, weil sie den ersten Versuch einer gesetzlichen Regelung dieser Verhältnisse darbieten[6], dass die Klöster und Stifter

[1] dipl. a. 941. 1067. 1085, Lacomblet 1, 53. 136. 153.

[2] Urk. des Bischofs v. Modena (Muratori l. c. 5, 191): „... Donavimus ordinantes plebem nostram in Siculo que dicitur s. Petri, consentiente sacerdotio et clero nostro necnon ipsius ecclesie populo Leoni archipresbitero nostro (d. h. dem Erzpriester an der Kathedrale), ea si quidem ratione, ut ipse locum regiminis teneat et secundum canonicam auctoritatem ministerium archipresbiteratus subministret, i. e. in sarta tectis ecclesiis restaurandis, in clericis congregandis, in scola habenda et officio divino persolvendo, cuius locum firma stabilitate ei concedimus, ut ... nullatenus ex huiusmodi firmitate possit amoveri, nisi forte talia perpetraverit que digna sint, canonico iuditio examinari. Annualem autem ipsius plebis nobis et successoribus nostris debitam pensionem quae est solidos XXX per singulos annos, statuimus per hanc noticiam, ut in pascha domini annualiter persolvatur, custodita solita consuetudine salvo pacto quod pro circanda parocchia semper illo anno nobis donetur.

[3] Rem. a. 1049. c. 2 (Mansi 19, 741): „Ne quis sacros ordines aut ministeria ecclesiastica vel altaria emeret aut venderet“, s. auch c. 3 ibid.; c. 20. Claromont. a. 1095 (ibid. 20, 818): „interdictum est, omnibus laicis, ne amplius altaria vel ecclesias sibi retineant“, s. auch c. 7 eod., ferner c. 1. Nemaus. a. 1096 (l. c. p. 933): „In Arvernensi concilio (s. c. 4. C. I. qu. 3 u. c. 3 Clarom. a. 1095, Mansi l. c p. 902) quaesitum est de episcopis qui altaria monasteriis data frequenter redimi pecunia compellebant. Quia quidam simoniacae pravitatis ramus in Galliarum partibus iam diutius inolevit, ut ecclesiae vel decimae quae vulgari vocabulo apud eos altaria nuncupantur monasteriis datae, saepius ab episcopis sub palliata avaritia venundentur, mortuis nimirum seu mutatis clericis quas personas vocant, nos ... hoc alterius fieri ... prohibemus ... Porro quaecumque altaria vel decimas ab annis XXX et supra sub huiusmodi redemptione monasteria possedisse noscuntur, ... sine molestia eis possidenda firmamus, salvo utique episcoporum censu annuo quem ex eisdem altaribus habere soliti sunt. Sane quia monachorum quidam episcopis ius suum auferre contendunt, statuimus ne in parochialibus ecclesiis quas tenent, absque episcoporum consilio presbyteros collocent. Sed episcopi parochiae curam cum abbatum consensu sacerdoti committant, ut eiusmodi sacerdotes de plebis quidem cura episcopo rationem reddant, abbati vero pro temporalibus ad monasterium pertinentibus debitam subiectionem exhibeant“.

[4] Petr. de Marca diss. ad conc. Claromont. c. 7 (Mansi 20, 891); Du Cange glossar. s. v. altare; Hefele, Konciliengesch. 4, 682. 692 n. 2.

[5] ep. Abbonis abbat. Floriac. († 1004) ad reges Hugon. et Robertum (Mansi 20, 891): „Est etiam alius error gravissimus, quo fertur altare esse episcopi et ecclesiam alterius cuiuslibet domini, cum ex domo consecrata et altari unum quoddam fiat, quod dicitur ecclesia, sicut unus homo constat ex corpore et anima“.

[6] c. 6. conc. Pictav. a. 1078 (Mansi 20, 498): „Ut abbates, monachi, canonici ecclesias quas numquam habuerunt, non emant, nec alio modo sibi vindicent nisi consentiente episcopo, in cuius fuerint dioecesi. In illis vero quas hactenus absque calumnia habuerunt, redditus beneficiaque obtineant. Presbyter tamen de cura animarum et de christianitatis ministerio episcopo respondeat“; c. 15. Iuliobon. a. 1080 (ibid. p. 562): „Si monachis donatur ecclesia, presbyter qui eandem tenet ecclesiam, honorifice teneat quidquid de

zwar das Eigenthum und die Verfügung über das Vermögen der betreffenden Kirchen behalten, die Geistlichen an denselben (die s. g. *personae* [1]) aber die Seelsorge im Einverständniss mit dem Abte vom Bischof übertragen erhalten, auch hinsichtlich ihrer Amtsverwaltung der Aufsicht des letzteren unterstehen sollten. Den Unterhalt hatten die Geistlichen aus den Einkünften der von ihnen verwalteten Kirchen zu empfangen, die Ueberschüsse aber an das Kloster, resp. Stift, abzuliefern [2].

Die gedachten Anordnungen, welche vom Boden der gegebenen Verhältnisse aus als vollkommen zweckmässig erscheinen, waren indessen nur für einzelne kirchliche Kreise ergangen, und liessen daher um so mehr für eine andere Entwickelung Raum, als sie nicht einmal ausdrücklich weiter gehende Rechte der Klöster und Stifter an ihren Kirchen ausgeschlossen hatten.

Jedenfalls haben sie aber zuerst einen neuen Gesichtspunkt, die Scheidung zwischen den Vermögens- und geistlichen Rechten der betreffenden Kirchen, hervorgehoben. Diese kommt auch bald anderweitig vor [3]. Eine bestimmte und feste juristische Gestaltung des Verhältnisses der religiösen Institute zu den ihnen überlassenen Kirchen wird freilich noch nicht damit bezeichnet [4], vielmehr ergeben die Urkunden

eadem ecclesia habuit, antequam monachi eam habeant . . . Eo autem mortuo vel aliquatenus deficiente abbas idoneum presbyterum quaerat et episcopo eum vel per se vel nuntium suum ostendat. Quem si recipiendus est, episcopus recipiat. Si vero presbyter cum monachis religiose vivere voluerit, videat, ut ecclesia quam episcopali licentia intravit, honeste tractetur, tam in vestimentis quam in libris et caeteris ecclesiae serviendae necessariis secundum eiusdem ecclesiae facultatem. Quodsi presbyter cum monachis vivere noluerit, tantum det ei abbas de bonis ecclesiae, unde et bene vivere et ecclesiae servitium convenienter valeat presbyter adimplere. Quodsi abbas facere noluerit, ab episcopo convenienter cogatur, ut faciat, presbyter vero episcopo suo iuste subditus sit et episcopales redditus persolvat. Quae vero superabundant, in usus monasterii sui abbas habeat. Hoc idem in ecclesiis canonicorum observetur".

[1] S. o. S. 110. n. 5.

[2] Aus dem ihm zugewiesenen Antheil der Einkünfte hatte der Geistliche die Abgaben an den Bischof zu zahlen, conc. Iuliobon. cit. Letzterer konnte wohl einen jährlichen Zins nehmen, dagegen war die Erhebung einer Abgabe beim Wechsel des Geistlichen, gewissermassen zur Auslösung des Altars, die s. g. redemptio altaris (Beispiel dafür d. dipl. a. 1090 bei Miraeus opp. diplom. 1, 361) untersagt, c. 4 (Clarom. a. 1095) C. I. qu. 3 u. c. 1. Nemaus. a. 1096 (s. S. 438. n. 3), vgl. auch ep. Honor. II. ad episc. Leod. a. 1128 (D'Achery, spicil. ed. nov. 3, 479). Daher bedeuten die Ausdrücke: „altaria libera ab omni servitio et persona" oder „libera et absque persona" in den Urkunden des 11. Jahrh. (s. dipl. a. 1089 in d. Analecta p. servir à l'histoire eccles. de la Belgique t. XIV. [1877] p. 16) u. des 12. Jahrh. (bei Miraeus l. c. 1, 676. 677. 678. 687) und „a personatu libera" (ibid. 1, 535), ferner „absque ulla emptione" oder „ulla servitute", ep. Alex. II. ad Bibbon. ep. Tull. a. 1061—1073, Anal. iur. pont. 1869. p. 408, soviel wie frei von der Zahlung einer Redemtion.

[3] Privileg. Lucius' III. für die Abtei Laach a. 1185—1186 (Günther, cod. 1, 446): „quia ad audientiam apostolatus pervenit, quod quedam parrochialis ecclesia Crufthe ad vestrum monasterium pertinens per vos vel per alios religiosos viros postulat gubernari, auctoritate vobis praesentium indulgemus, ut vacante ecclesia liceat vobis in ea III vel IV de fratribus vestris statuere, quorum unus episcopo praesentetur, qui ab episcopo curam animarum recipiens ei de *spiritualibus*, vobis autem de *temporalibus* debeat respondere"; dipl. archiepisc. Colon. a. 1197 (l. c. p. 489 u. Hartzheim conc. 3, 465): Monasterium in Euflia . . . ius patronatus habet in ecclesia de Reinbach et Yppellendorf ad eam pertinente. Hinc est quod conventus fratrum de monasterio quando vacat ecclesia de Reinbach libere pastorem invenit et producit ad suscipiendum *donum altaris* ab archidiacono. Ex tali presentatione et sequente investitura is qui ecclesia in Reinbach investitur, eodem iure quo tenet Reinbach, tenet Ypellendorf".

[4] So wird das im Privileg Lucius' III. (s. vorige Note) erwähnte Verhältniss im dipl. a. 1196 (Günther l. c. p. 482) dahin charakterisirt: „ut vacante ecclesia in Crufte abbas iam dicti monasterii ad quem *ius patronatus* eiusdem ecclesie libere pertinet, curam animarum in perpetuum habeat et de *spiritualibus* domino nostro Iohanni . . . Trevirorum archiepiscopo eiusque successoribus, nobis (dem Archidiakon) et nostris successoribus respondeat unumque de fratribus suis consensu et consilio capituli sui eidem ecclesie preficiat, qui si in aliquo negligenter egerit, alium idoneum loco suo substituat", also der Begriff des Patronatrechtes mit hineingezogen, wogegen die ebenfalls hierher gehörige bischöfliche Urkunde v. 1196 (l. c. p. 478) des Patronatrechtes nicht erwähnt, aber andererseits in Uebereinstimmung mit der eben citirten Urkunde die cura animarum dem Abt und den Mönchen beilegt, und ihnen das Ein- und Absetzungs-Recht des Geistlichen vindicirt. Das zweite in der vorigen Note citirte Diplom spricht ebenfalls von einem Patronatrecht

eine bunte Mannigfaltigkeit jener Beziehung. Mitunter erscheint die Leitung der Kirche mit der Würde des Propstes des betreffenden Stiftes verbunden [1], oder es wird dem Kloster, bez. dem Stifte eine vollkommene freie Administration und Verfügung in Betreff der geschenkten Kirche zugestanden [2]. In anderen Fällen hat aber der Bischof oder der Archidiakon bei der Anstellung des Priesters mitzuwirken. Bald überträgt der Bischof dem Abt selbst die Seelsorge [3], bald ertheilt er seine Genehmigung zu der vom Abte vorzunehmenden Einsetzung eines Priesters [4], bald ist das Recht des Stiftes oder Klosters nur auf die Präsentation an den Bischof beschränkt [5]. Endlich erscheint auch der Bischof [6] oder Archidiakon als derjenige, welcher dem Geistlichen die cura animarum ertheilt [7], während theils der Abt, theils der Dekan oder Erzpriester die Investitur, also die Uebertragung des Amtes und der damit verbundenen Einkünfte, vornimmt [8]. Wenngleich somit die Betheiligung der Diöcesan-

des Klosters. Dagegen lautet ein Schiedsspruch über die betreffende Kirche v. 1140 (Günther l. c.): „predictam ergo ecclesiam cum omnibus ad eam pertinentibus ad fratrum Monasteriensis ecclesie prebendam pertinere cognovimus . . . et eandem ecclesiam de manu fratrum debere suscipere sacerdotem qui ibi ministraverit, utrique tamen parti tam fratribus scilic. quam sacerdoti certam portionem designatam antiquitus pro vero percepimus. Omnia enim que ad eam ecclesiam pertinent, videlicet in Reinbach et Ippilindorf XXX iurnales arabilis terre, preterea inter Reinbach et Ippilindorf decime de VII mansis et dimidio et census mancipiorum ad ipsam ecclesiam pertinentium et census elemosinarum de diversis partibus. Est ibi altare unde solvuntur illi singulis annis ab ipsis habitatoribus ville V solidi preter cottidianas oblationes fidelium. Ipse vero sacerdos per omnia ecclesiam debet procurare et tam episcopo quam archidiacono et decano de omni iure eorum respondere et satisfacere“.

1 S. o. S. 283. n. 6 u. dipl. a. 1105 (Miraeus l. c. 1, 80).

2 dipl. a. 1032 (Lacomblet 1, 104); dipl. archiep. Hermann. III Colon. a. 1094 (ibid. 2, 16): „ecclesiam de Baccharaca dedi ei sancto Andreae (Stift zu Köln) ut ad pium peragendum votum omnium quae ad ipsam appendent ecclesiam duae partes eiusdem b. apostoli ecclesiae fratribus pervenirent, tertia presbytero ibidem tunc temporis deservienti, post illum vero presbyterum tota prefata ecclesia in ipsorum fratrum ius cederet atque ditionem, communi videlicet tam prepositi quam decani et aliorum fatrum consilio administranda et constituenda, aliter in nullius prepositi potestatem umquam ventura“; dipl. episc. Leod. a. 1189 (Miraeus l. c. p. 190): „quod Godescalcus . . . ecclesiae vestrae canonicus ecclesiam de Monte Tienes sicut eam iuste et canonice, tamquam dominus fundi, tam in personatu ecclesiae eiusdem quam in decima et oblationibus fidelium et omni iure quo ipsam possidebat . . . ecclesiae vestrae contulit . . . et decedente praedictae ecclesiae persona decanus S. Ioannis (des bewidmeten Stiftes) assensu capituli personatum teneat et in ecclesia Thenensi canonicus eiusdem ecclesiae praepositus nominetur et per discretos sacerdotes . . . ecclesiae provideat“.

3 Ep. Eugen. III für Springersbach v. 1152 (Beyer l. c. 1, 627): „Hillini Trevirensis archiepiscopi precibus inclinati statuimus, ut ecclesiae tuae abbas qui pro tempore fuerit, curam ecclesiae de Keymetha per manum tantum archiepiscopi Trevirensis accipiat, archidiaconus autem nihil parochialis iuris ibi requirat et nullam ibidem exactionem exerceat, salvo nimirum censu, qui quarto anno ei antiquo iure debet exsolvi“.

4 dipl. a. 1118 (Muratori l. c. 3, 1127): „ut videlicet presbiter quem ibi abbas posuerit cum conscientia archiepiscopi constituatur, tanquam curam populi habiturus“.

5 dipl. a 1106 (Miraeus l. c. p. 81): „ecclesias S. Leodegarii atque Laurentii martyrum et eorum episcopales redditus . . . concedimus, ita tamen, ut presbyteri qui in iis ecclesiis populo praeficiendi sunt, per manum canonicorum sive eorum praelatorum episcopo Atrebatensi semper offerantur et sicut canonicorum est, de honestate vitae suae episcopo professionem faciant et obedientiam promittant et sic curam populi suscipiant et gerant“; vgl. auch dipl. a. 1111 ibid. p. 370; ferner Priv. Urban. II. für S. Jean b. Soissons v. 1089 (Analect. iur. pont. 1869. p. 513).

6 dipl. Urban. II. a. 1095 für das Kloster zu Aurillac (Anal. iur. pont. 1869. p. 537): „liceat vobis seu fratribus vestris in ecclesiis vestris presbyteros eligere, ita tamen ut ab episcopis vel eorum vicariis animarum curam sine venalitate suscipiant“.

7 dipl. episc. Mogunt. a. 1146 für d. Mainzer Domstift (Meyer, thesaur. iur. eccles. 4, 368): „Ad investituram ecclesie in Geisenheim libere hoc modo fratribus concessimus, ut presbitero electo a fratribus copia que sufficiens videatur, usibus illius deputatur, residuum vero communi fratrum cedat utilitati. Qui presbyter a decano investituram, ab archidiacono curam animarum suscipiat“.

8 Ausser der vorigen Note s. dipl. episc. Trevir. a. 1154 (Beyer l. c. p. 637): „constituimus, ut sacerdos qui eidem aecclesiae deservire debet . . . de manu abbatis subnominandarum decimationes villarum cum omni integritate suscipiat . . . Idem vero sacerdos investituram de manu abbatis et curam animarum de manu archidiaconi suscipiat et ad episcopalem synodum iure pastorali veniat . . . Servitium vero quod archidiacono debetur abbas et sacerdos aequaliter amministrent“.

Autorität bei der Anstellung des Priesters gewahrt, auch zum Theil die Aufsichts- und Visitationsbefugniss des Bischofs anerkannt [1], endlich auch für die Leistung der dem Bischof und Archidiakon zustehenden Abgaben Sorge getragen wurde [2], so geschah dies doch auf verschiedene Weise und in verschiedenem Umfange [3], und gerade dieser Umstand zeigt, dass es damals noch nicht gelungen war, die alte Anschauung vom Eigenthum an den Kirchen zu beseitigen. Bedeutsam ist es ferner, dass im 10. und 11. Jahrhundert noch nicht im Entferntesten die Auffassung hervortritt, dass das Amt, welches der von dem religiösen Institut angestellte Geistliche verwaltet, also vor Allem das Pfarramt, dem Kloster oder Stifte zustehe, und der Geistliche mithin nur die Stellung eines Vikars habe [4]. Vielmehr betrachtete man damals die Kirche mit ihren Dotationen als einen besonderen Vermögens-Komplex, dessen Einkünfte freilich zum grössten Theil dem religiösen Institute anheimfielen, das an der Kirche vorhandene Pfarramt aber immer noch als ein selbstständiges, allerdings mit dem Vermögen verbundenes Objekt.

Mit dem 12. Jahrhundert tritt jedoch eine Wendung ein. Gerade seit dieser Zeit werden die Uebertragungen von Kirchen an Klöster und Stifter immer zahlreicher. Sie werden dazu benutzt, um den vielfach zerrütteten Finanzen dieser Institute aufzuhelfen [5], und diese finanzielle Behandlung brachte es mit sich, dass man nunmehr die frühere Einrichtung, nach welcher dem Geistlichen feste Einkünfte aus den einzelnen Dotationsgütern der Kirche, aus ihren Grundstücken, Zehnten u. s. w. ausgesetzt waren [6], aufgab, und ihm statt dessen nur allgemein ein gewisses Quantum der Einkünfte zu seinem Unterhalte zuwies [7]. Da das letztere bei jeder neuen Anstellung verändert, namentlich gemindert werden konnte, so war diese neue Praxis allerdings für die berechtigten Institute zwar finanziell vortheilhafter, indessen musste sie, abgesehen von den später immer greller und krasser hervortretenden Nachtheilen für die Handhabung der Seelsorge in den Pfarreien, zur Zerstörung der bisherigen materiellen Grundlage der betreffenden Pfarr-Aemter führen.

In diesem Stadium der Entwicklung griff die päpstliche Gesetzgebung zum ersten Male regelnd in diese Verhältnisse ein. Zunächst schärfte sie, um der übermässigen Vermehrung eines derartigen Besitzes in den Händen der Klöster und Stifter entgegenzutreten, nach dem Vorgange einzelner Partikular-Synoden des 11. Jahrhunderts [8] die sich übrigens nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen von selbst verstehende Einholung des Konsenses des Bischofs und des Kapitels zu solchen Uebertragungen von Kirchen wieder ein [9]. Des Weiteren gedenken die betreffenden Dekretalen einer Art

[1] S. dipl. a. 1196 (S. 439. n. 4).

[2] S. 440. n. 8; dipl. a. 1140 (S. 439. n. 4), S. 440. n. 3; van Espen diss. cit. c. 1. §. 2.

[3] So ist das Absetzungsrecht z. B. in dem dipl. v. 1196 (S. 439. n. 4) dem Abte belassen.

[4] Die später sehr häufige Bezeichnung solcher Geistlichen als vicarius kommt in jener Zeit noch nicht vor.

[5] S. z. B. Lacomblet a. a. O. 2, XIII u. Günther a. a. O. S. 62. 63.

[6] dipl. a. 1140 (S. 439. n. 4), a. 1119 bei Miraeus (l. c. p. 520). Vereinzelt kommt dies allerdings auch noch später vor, dipl. a. 1284 (v. Wyss i. d. Mitthlgen d. antiquar. Gesellsch. z. Zürich 8b, 256. 287).

[7] S. z. B. S. 440. n. 7.

[8] c. 6. Pictav. a. 1078; c. 15 Juliobon. cit.; c. 5 Melphitan. a. 1089 (Mansi 20, 498. 562. 723).

[9] c. 3 pr. (Later. III. a. 1179) X. de privileg. V. 33; wiederholt c. 31 (Later. IV. a. 1215) X. de praebend. III. 5; vgl. auch c. 11. 17 (Alex. III.) X. de iurepatron. III. 38, von denen das letztere das vorige Note citirte Koncil von Melfi reproducirt. Uebrigens haben die Bischöfe selbst die frühere Entwicklung mit befördert, denn sowohl in älterer Zeit (s. dipl. a. 893, s. S. 283. n. 5 u. a. 927, Lacomblet a. a. O. 1, 49) als auch später (dipl. a. 1143 bei Günther 1, 282 u. o. S. 440. n. 2 u. 3) haben sie solche Schenkungen an Klöster, Stifter und Stiftsstellen, theils aus Rücksicht für ihr Seelenheil, theils aber auch

der Zugehörigkeit von Kirchen zu jenen Instituten, welche sie mit dem Ausdrucke: „*non pleno iure pertinere*" charakterisiren[1]. Sie regeln dieses Verhältniss dahin, dass das berechtigte Kloster (oder Stift) dem Bischof einen geeigneten Geistlichen zu präsentiren, letzterer aber dessen Einsetzung zu veranlassen, die Amtsführung desselben zu überwachen und zur Absetzung seine Genehmigung zu ertheilen hat, wogegen der Geistliche dem Kloster (oder Stift) zur Rechnungslegung über die Einkünfte (temporalia) verpflichtet sein soll. Es findet sich also hier die frühere Unterscheidung von altare und ecclesia nur in anderer Form wieder, da das „*non pleno iure pertinere*" nur so viel bedeuten kann, wie: „quoad temporalia pertinere", eine Bezeichnung, welche ihrerseits mit ecclesia in dem früher gedachten Sinne identisch ist.

Weit entfernt Uebertragungen von Kirchen mit weitergehenden Wirkungen zu verbieten, setzen die Dekretalen noch eine andere Art der Verbindung solcher mit Klöstern, Stiftern und Aemtern voraus, welche sie als „*pertinere pleno iure*" oder „*utroque iure subiectam* (scil. ecclesiam) *esse*"[2] kennzeichnen.

Dieselben Ausdrücke kommen auch wiederholt in Urkunden vor. Hier haben sie einmal die Bedeutung einer Verstärkung und sind also nur ein bekräftigender Ausdruck für die volle Uebertragung des gewährten Rechtes, keineswegs aber eine besondere Bezeichnung und Charakterisirung desselben; letztere ist vielmehr aus dem sonstigen Zusammenhang der Urkunde zu entnehmen[3]. Andererseits dient die Bezeichnung aber auch gerade zu dem eben erwähnten Zwecke, indem damit eine weiter gehende Verbindung einer Pfarrkirche mit einem religiösen Institut ausgesprochen wird[4],

aus anderen egoistischen Motiven, z. B. zur Unterstützung der ihnen ergebenen Klöster und Stiftsdignitäre und zur Erlangung bestimmter Vortheile und Gegenleistungen vorgenommen.

[1] c. 3. §. 2 (Later. III. a. 1179) V. 33 cit.: „In ecclesiis vero suis quae ad eos *pleno iure non pertinent*, instituendos presbyteros episcopis repraesentent, ut eis de plebis cura respondeant, ipsis vero pro rebus temporalibus rationem exhibeant competentem. Institutos etiam inconsultis episcopis non audeant removere". Wiederholt mit Erweiterungen in c. 31 (Later. IV. a. 1215) X. III. 5. cit.; vgl. auch c. 12 (Alex. III.) X. eod., c. 2 (Clem. III.) X. de suppl. neglig. I. 10; der Ausdruck kehrt wieder conc. Magdeburg. a. 1403 (Hartzheim, conc. 5, 689).

[2] c. 21 (Innoc. III.) X. de privil. V. 33: „Quoniam ... Nepesinus episcopus ius episcopale percipit in ecclesia s. Blasii de Flagen. (*pars decisa:* ac per hoc eadem ecclesia non *pertinet* ad monasterium *pleno iure*), credimus quod non obstante illo capitulo privilegii, quod ipsi monasterio est indultum, ut nullus episcopus *ecclesias utroque iure illi subiectas* interdicto supponere vel monachum seu clericum eiusdem monasterii synodare vel excommunicare praesumat, praefatus episcopus possit interdicere dictam ecclesiam et excommunicare monachum seu clericum vestrum ad eius regimen deputatum, quum alterutrum de iure fuerit faciendum; quoniam illud capitulum esse intelligendum videtur de monachis aut clericis in ipso monasterio permanentibus vel ad ecclesias destinatis, *utroque iure sibi subiectas*".

[3] dipl. archiep. Mogunt. a. 1265 (Würdtwein, dioec. Mogunt. 1, 478): „ecclesiam in Gensem nostre diocesis, cuius ad nos ius pertinet patronatus, vobis et successoribus vestris (abbati et conventui monast. S. Jacobi. Mogunt. O. S. Benedicti) de consilio et consensu capituli nostri tradimus et donamus *pleno iure*, dum vacaverit, in perpetuum obtinendam, iuribus nostris et successorum ac archidiaconi per omnia salvis, ita quod si quid super congruam et certam perpetuo idoneo vicario assignatam prebendam de redditibus eiusdem ecclesie potuerit provenire, id ad vestri conventus usus libere et licite perpetuo convertatis". Da hier alle bischöflichen und Archidiakonats-Rechte reservirt werden, und ferner die Bestätigung Clemens' IV. v. 1266 (ibid. p. 479) das Verhältniss als: „ecclesiam vestris usibus applicare" bezeichnet, so ist hier offenbar von einem pertinere non pleno iure im Sinn der Dekretalen die Rede; dasselbe gilt von dem dipl. a. 1284 (v. Wyss, Gesch. der Abtei Zürich i. d. Mittheilgen der antiquar. Gesellschaft zu Zürich 8b, 259): „Cum ecclesia in Altorf ... ad mensam nostram videl. abbatisse et nostri conventus spectet in temporalibus pleno iure", und der Urk. v. 1266 bei Guden, cod. diplom. 1, 713.

[4] dipl. a. 1237 (Mecklenburg. Urkdbch. 1, 462), wonach ein Laie unter Zustimmung des Bischofs einem Kollegiatstift eine Kirche schenkt: „perpetuo possidendam, ita ut ... dicta ecclesia cum omni integritate sua et *pleno iure* ad ordinacionem et ad usum supradictorum canonicorum devolvatur libere sub hac forma, ut de redditibus eiusdem instituant prebendam specialem, reservata nichilominus congrua porcione vicario, qui de auctoritate domini Zwerinensis episcopi in eadem ecclesia pro tempore ministrabit", vgl. ferner dipl. a. 1261 bei Lacomblet a. a. O. 2, 283; s. auch

deren nähere Natur für die Regel sich nur aus dem Zusammenhange ersehen lässt, mitunter indessen in bestimmten Ausdrücken genauer präcisirt ist[1].

Die letztere Art der Verbindung kann nur eine solche sein, bei welcher das kirchliche Institut eine grössere Einwirkung auf die ihm zustehende Kirche in geistlicher Beziehung, namentlich hinsichtlich der Anstellung des Geistlichen, besitzt, weil dasselbe als eigentlicher Träger und Inhaber des Amtes aufgefasst wird[2].

M. E. liegt in derselben ein Rest der ursprünglichen Auffassung des Verhältnisses vor, nur zum Theil modificirt durch die weitere Entwicklung. Trotz der im Interesse der bischöflichen Rechte aufgestellten Unterscheidung von ecclesia und altare war es nicht gelungen, überall das Recht der erwähnten Institute zur Anstellung der Geistlichen an ihren Kirchen zu beseitigen (s. oben S. 440), sondern höchstens eine Genehmigung des Bischofs bei der Ausübung dieser Befugniss praktisch durchzusetzen. Die Einwirkung auf die geistliche Seite der Kirche, die Spiritualien, war also zum Theil den Klöstern und Stiftern verblieben. Ferner musste man mit Rücksicht darauf, dass die materielle Unterlage des Pfarramtes durch die Sitte, den Geistlichen nur eine portio congrua zu gewähren, aufgelöst war und dem berechtigten Institute das gesammte Vermögen und alle Einkünfte zufielen, dazu geführt werden, das Kloster oder Stift in diesen Fällen nunmehr auch als Inhaber des geistlichen Amtes zu betrachten[3]. Nach der Aufstellung jener Scheidung von ecclesia und altare oder temporalia und spiritualia konnte es nämlich nicht mehr, wie früher, als selbstverständlich gelten, dass mit der Uebertragung des Eigenthums an einer Kirche auf das erwerbende Institut auch das Recht zur Einwirkung auf die Spiritualien, als Ausfluss des gedachten Herrschaftsverhältnisses, übergegangen sei, vielmehr bedurfte es

Würdtwein, subs. dipl. 10, 134 u. Arch. f. kath. K. R. 16, 154 ff.

[1] dipl. a. 1255 (Meichelbeck l. c. II. 2, 17): „quae ecclesia parochialis monasterium situm in terminis ipsius *tam in spiritualibus quam temporalibus pleno iure* respicit“; Urk. des Bischofs v. Ratzeburg zu Gunsten seines Domkapitels a. 1282 Meckl. Urkbch. 3, 53): „ecclesiam in Bergerdorpe cum iure patronatus eiusdem et cum *omnibus temporalibus et spiritualibus* eius *pleno iure* vobis vestrisque successoribus proprietatis tytulo conferimus perpetuo possidendam, concedentes, ut cum ipsam a preposito Nycolao Magnopolensi, qui eam de manu nostra in beneficio tenet, modo vacare contigerit, valeatis eius possessionem per vos vel per alium aut alios ingredi ac sine alia corporali inductione eam apprehendere et tenere, curam etiam fidelium animarum in ipsa regere vel alteri regendam committere sub temporali vel perpetua vicaria, dantes etiam vobis potestatem plenariam, ut proventus ipsius ecclesie in usus vestros possitis convertere, reservata tamen in sustentationem vicarii legitima portione“.

[2] Ausser dem Diplom v. 1282 (vorige Note) gehören hierher dipl. archiep. Trevir. a. 1216 Neller, de genuina etc. bei Schmidt l. c. (6, 461): „ecclesiam de Hoyngen vacantem ad praesentationem domini Conradi, maioris ecclesiae et S. Simeonis praepositi, ad quem ius patronatus spectare dignoscitur, ecclesiae S. Simeonis ad opus refectorii per manum dilecti filii nostri Ioannis eiusdem loci archidiaconi contulimus et decano S. Simeonis suisque in posterum successoribus in eadem ecclesia curam commisimus animarum“; dipl. a. 1251 (Niesert, münster. Urkdensammlg. 2, 424): „Wilhelmus II. Monasteriensis ecclesiae praepositus et *pastor in Bekehem*“, nicht aber die von Neller l. c. p. 463 angeführten Diplome, welche derselbe, veranlasst durch den nicht massgebenden Ausdruck: pleno iure (s. o. S. 442 im Text) hierher rechnet, obwohl dem Abt nur die repraesentatio des Vikars zugestanden und über die sonstige Stellung dieses letzteren bestimmt wird, dass er de spiritualibus dem Bischof, de temporalibus aber dem Abt Rechenschaft abzulegen verpflichtet sein soll. Freilich bleiben bei der kurzen und unklaren Fassung vieler Urkunden Zweifel übrig, ob sie die eine oder andere Art der Vereinigung aussprechen.

[3] Diese Auffassung tritt schon hervor i. d. dipl. a. 1201 (Lacomblet 2, 2): „ecclesiam de Geylenkirchen quae ad eorum pertinebat patronatum predicto coenobio vacantem conferre, ita videlicet, ut hanc ecclesiam cum omni fructu *omnique iure quo pastores utuntur ecclesiis*, sacer ille conventus se gaudeat in perpetuum possidere . . . Istorum nobilium piam institutionem . . . Albertus Leodiensis debita benignitate confovens, fratres illius claustri nomine ecclesie sue sibi presentatos dono altaris in Geylenkirchen investivit, quod eo tempore post obitum domini Ottonis archidiaconi ad eum pertinebat, *curam animarum* et custodiam reliquiarum eisdem fratribus de misericordia sua indulgens“.

zur Erwerbung dieser Befugnisse eines besonderen Titels. Wollte man also diese bei der späteren Begründung derartiger Verhältnisse ebenfalls gewähren, so blieb kein anderes Mittel, als das bezeichnete, d. h. die ausdrückliche Uebertragung der Spiritualien, übrig[1].

Mochten auch die o. S. 441 gedachten Dekretalen die Absicht haben, die letztgedachten, weiter gehenden Rechte der geistlichen Institute auf das in jenen Anordnungen festgesetzte Mass zu reduciren, so lauteten sie doch dazu zu wenig bestimmt, und liessen für diese Entwicklung gerade deshalb Raum, weil sie dem non *pleno iure pertinere* ein anderes Verhältniss unter der Bezeichnung: *pleno* oder *utroque iure pertinere* gegenübersetzten, welches allein den weitesten Gegensatz dazu bildete, und die mittlere Stellung der in den Urkunden unter dem *pleno iure in spiritualibus et temporalibus pertinere* charakterisirten Gestaltungen gar nicht berührte.

Es ist entschieden irrig, anzunehmen[2], dass der letztere Begriff mit dem pleno iure pertinere der S. 442 n. 2 angeführten Dekretale identisch ist. Diese fasst vielmehr den Ausdruck als gleichbedeutend mit der Exemtion von der bischöflichen Jurisdiktion auf[3], während in denjenigen Urkunden, in welchen eine Uebertragung des Pfarramtes auf ein Stift oder Kloster erfolgt, weder eine solche Exemtion des letzteren oder der ihm überwiesenen Kirche ausgesprochen wird, noch auch die Natur der Sache bei einer derartigen Verbindung ein Heraustreten des Amtes aus dem Diöcesan-Nexus bedingte.

Demnach steht sowohl die ebengedachte Art der Vereinigung, als auch diejenige, bei welcher das religiöse Institut blos die Temporalien zu Eigenthum besitzt, im direkten Gegensatz zu der von in Dekretalen als pleno iure bezeichneten Verbindung, und die beiden ersten Arten unterscheiden sich von einander dadurch, dass bei der über die Temporalien hinausgehenden Vereinigung eine Vakanz des Amtes nicht möglich ist und dass das Institut als Amtsträger grössere Rechte in Bezug auf die Amtsverwaltung besitzt, weil hier nicht blos die materielle Unterlage des Amtes, die Kirche und das Vermögen, sondern auch der Komplex der zu dem Amt gehörigen geistlichen Rechte dem Institute zusteht.

Die dargestellte Entwickelung hat mit dem 13. Jahrhundert ihren Abschluss erreicht. Die Fixirung der veränderten Auffassung des Verhältnisses zeigt auch der Umstand, dass gerade zu derselben Zeit eine eigene Bezeichnung für dasselbe, näm-

[1] Das im Text Bemerkte wird auch dadurch bestätigt, dass erst seit der Zeit, wo sich die charakterisirte Umbildung vollzieht, der von dem kirchlichen Institut eingesetzte Geistliche als Vikar bezeichnet wird, s. c. 12 (Alex. III.) X. de praeb. III. 5; c. 2 (Clem. III.) X. de suppl. negl. I. 10; S. 442. n. 3 ff.

[2] So thut Wasserschleben bei Herzog 6, 650.

[3] c. 21 cit. X. V. 33 nimmt aus der Ausübung der bischöflichen Jurisdiktion ein Argument gegen das pertinere utroque oder pleno iure her. So versteht auch schon die Glosse zu dem erwähnten Kap. u. zu c. 3. cit. s. v. pleno iure den Ausdruck, indem sie das utroque iure als unterworfen sein hinsichtlich der Temporalien und Spiritualien, letztere aber im Sinn von bischöflicher Jurisdiktion genommen (vgl. c. 6. 7. X. de relig. dom III. 36) auffasst, s. auch Neller l. c. c. 2 §. 8. Dass dieser Sprachgebrauch der Dekretalen nicht neu ist, sondern bis in das 11. Jahrh. zurückgeht, zeigt das conc. Narbon. a. 1090. P. I. (Mansi 20, 729): „Item conquerebantur abbas et dicta pars conventus sui . . . quod . . . archiepiscopus Narbonensis et canonici S. Justi prioratum s. Martini, olim existens abbatia Crassensis propria, et ecclesias parochiales ac heremas et capellanos clericos et laicos parochianos dictarum ecclesiarum Crassensis monasterii, sitos in Narbonensi dioecesi, molestabant iniuste, eos de facto interdicendo et alio modo infestando, et quod nihil habebant in aliquo vel aliquibus de praedictis vel habere debebant *aliquo iure diocesano vel episcopali*, nisi unum sextarium tantum olei persolvendum . . ., cum omnia supradicta sint per privilegia s. Romanae ecclesiae *exempta ab omni iurisdictione episcopali* et dicto Crassensi monasterio *concessa iure pleno*“.

lich der noch heute übliche Ausdruck: „*incorporare*", aufkommt[1]. Dieser, ebenso wie das in demselben Sinne häufig gebrauchte Wort: *unire*[2], lässt es klar erkennen, dass man die frühere Anschauung von einer Eigenthumsübertragung der Kirche, mit welcher ohne Weiteres die weltlichen und geistlichen Rechte an derselben auf den Erwerber übergingen, aufgegeben hatte, und nunmehr allein einen dem Gebiete des kirchlichen Aemterwesens angehörigen Rechtsakt, nicht mehr ein blosses privatrechtliches Geschäft, für ausreichend hielt, um derartige rechtliche Wirkungen hervorzubringen.

Seit dem 13. Jahrhundert wurden die Inkorporationen, je mehr das kirchliche Leben dem Verfalle entgegenging, immer zahlreicher[3], und die schlechte Besoldung der von den religiösen Instituten eingesetzten Vikare hatte eine immer grössere Verwahrlosung der Pfarr-Seelsorge im Gefolge[4]. Die Erneuerung der älteren Anordnungen über die Einholung des Konsenses der Kapitel zu Inkorporationen und die Nullitätserklärungen von solchen, welche ohne ausreichenden Grund vorgenommen waren, erwiesen sich der allgemeinen Strömung der Zeit gegenüber unwirksam, und konnten überdies um so weniger Erfolg haben, als die Bischöfe gerade vielfach zu Gunsten ihrer Kapitel und der Stiftsstellen derselben Inkorporationen vollzogen, und der erforderliche Grund, sobald man das Vorhandensein desselben vom Standpunkte der finanziell bedrängten Klöster und Stifter aus beurtheilte, stets obwaltete. Die Dekrete des Konstanzer Konzils[5], welche die vom Tode Gregors XI. ab ohne genügenden Grund stattgehabten Inkorporationen auf Antrag der Betheiligten revokabel erklärten, waren ebensowenig geeignet dem Uebel zu steuern. Das einzig durchschlagende Mittel, das weitere Umsichgreifen der durch die massenhaften Inkorporationen herbeigeführten, wahrhaft erschreckenden Zustände[6] zu hindern, ergriff viel-

[1] dipl. a 1282 (Lacomblet a. a. O. 2, 457): „redditus et proventus ipsarum ecclesiarum prebendis eisdem *incorporamus* in perpetuum"; a. 1291 (Böhmer, cod. diplom. Moenofrancofurt. S. 259): „quod ecclesia in Biscofesheim est *incorporata* et annexa ecclesie francofordensi"; a. 1297 (ibid. p. 312): „parochialem ecclesiam in monte Ursule *unimus*, *incorporamus*, unitam et incorporatam esse volumus". Demnach sind Phillips 7, 334 und Kujawa l. c. p. 9 zu berichtigen, nach welchen der Ausdruck erst seit dem 14. Jahrhundert vereinzelt in Urkunden vorkommen soll. Gerade von dieser Zeit ab erscheint er sehr häufig in denselben, dipl. a. 1307. 1308 („*adunacio et incorporacio*") a. 1314 („concedere, *unire*, annectere et *incorporare*"), a. 1320. 1334. 1352 (Binterim u. Mooren, die Erzdiöcese Köln 4, 69. 86. 96. 129. 170. 229), a. 1313 (Würdtwein, dioec. Mogunt. 1, 220), a. 1340 (Mone, Zeitschr. f. Gesch. d. Oberrheins 7, 469. 472), a. 1354 (Kopp, Nachrichten v. d. älteren etc. Verfassg d. geistl. Gerichte i. d. hess. kass. Land. Th. I. Beil. S. 45); vgl. ferner die Urkd. b. Würdtwein, subs. dipl. 10, 100. 109. 112. 135; bei Martène u. Durand, thes. nov. anecdot. 4, 628; c. 17. conc. Trevir. a. 1310 (Hartzheim 4, 132).

[2] Dasselbe findet sich theils neben dem Ausdruck: „incorporare", s. die vorige Note, theils auch allein und zwar noch früher als das letztere, dipl. a. 1248 bei Lacomblet 2, 174, s. auch S. 210. 216; Guden, cod. dipl. 1, 898. Uebrigens wird incorporatio auch noch später für Union i. heut. Sinne gebraucht, s. die Schreiben v. 1434 bei Hartzheim 5, 745; ep. Clem. VII. a. 1531, Miraeus 2, 1279.

[3] S. o. S. 284, insbes. Note 5; s. ferner dipl. a. 1308, in welchem der Erzbischof v. Köln dem Stifte Xanten die Inkorporation von 11 Pfarrkirchen bestätigt (Binterim u. Mooren, Erzdiöcese Köln 4, 86), das Statut f. Barcelona (Martène u. Durand, thes. nov. anecd. 4, 628), nach welchem die Pfründen der 3 Archidiakonen, des Dekans und des Präcentors durch Inkorporationen von Pfarreien aufgebessert werden, s. auch dipl. a. 1334 (Binterim u. Mooren a. a. O. S. 165).

[4] Auch treten dieselben Erscheinungen, wie die o. S. 326 ff. erwähnten, hervor. S. ferner nachher.

[5] Sess. XLIII. c. 2; Hübler, Konstanzer Reformation. S. 160.

[6] S. die Schilderung der hundert Beschwerden deutscher Nation c. 86 (Gaertner, corp. iur. eccles. 2, 209): „Pleraeque item parochiales ecclesiae monasteriis, praelatis aliisque ecclesiarum curatarum rectoribus incorporationis . . . seu alio quopiam iure subditae sunt: quas, etsi ipsi iuxta canonum constitutiones per sese providere teneantur, ubi aliis elocant gubernandas, beneficiorum dotem ac decimas plerumque sibi ipsis reservant, et praeterea tam enormibus absentiarum pensio-

mehr erst das Konzil von Trient, indem es die Inkorporationen von Pfarrkirchen überhaupt verbot[1]. Danach durften dieselben in Zukunft nicht mehr ohne päpstliche Dispensation[2] vollzogen werden, und wenn auch einzelne bis in die neueste Zeit hinein vom apostolischen Stuhle vorgenommen worden sind[3], so konnte es sich seit jener Zeit nur immer um singuläre Fälle handeln, welche für die Aufrechterhaltung einer geordneten Pfarrseelsorge keine Gefahren mehr mit sich brachten.

Die zur Zeit des Tridentinums bestehenden Inkorporationen sind durch dasselbe nicht berührt worden. Da ferner auch noch heute neue Inkorporationen rechtlich nicht ausgeschlossen sind, so hat das Institut seine praktische Bedeutung nicht vollkommen verloren. In Deutschland, wo in Folge der Säkularisation des J. 1803 die kirchlichen, insbesondere auch die Kloster-Güter eingezogen, und später die Bisthümer und Kapitelsstellen staatlich dotirt worden sind; ist die Bedeutung freilich nur eine indirekte, weil hier praktisch allein die Succession der säkularisirenden Staaten in die durch die Inkorporation begründeten Befugnisse und die aus dieser Nachfolge entstandenen Rechte und Pflichten in Frage kommen.

II. Die Rechtsverhältnisse bei den Inkorporationen. Mit Rücksicht auf die geschichtliche Entwicklung und den Sprachgebrauch der Dekretalen unterscheidet die kanonistische Doktrin drei Arten der Inkorporation:

1. Die s. g. *incorporatio quoad temporalia* oder *minus plena*. Sie ist diejenige Art der Vereinigung eines Pfarramtes mit einem Kloster, einer religiösen Kongregation, einem Kathedral- oder Kollegiatstift, oder einem Amte in einem der letzteren (der Probstei, dem Dekanat etc.)[4], kraft welcher diesen Instituten oder Aemtern das Vermögen einer Pfarrkirche und die sämmtlichen Einkünfte der letzteren mit der Verpflichtung, daraus den Unterhalt des Geistlichen und die sonstigen kirchlichen Bedürfnisse zu bestreiten[5], zu eigenem Rechte übertragen werden. Wenngleich seit

nibus gravant atque onerant, ut conductitii isti parochi eorumque vicarii, viceplebani, sacellani, coadiutores caeterique conductarum ecclesiarum administratores competentem sustentationem decentiaque alimenta inde habere nequeant. Quo fit (nam unde conductitii isti pastores et mercenarii vivant, habeant oportet), ut illicitis exactionibus locatas sibi oviculas misere depraedent, dilaniant omnemque substantiam tantum non absumant. Postquam enim altaris baptismique sacramenta administranda sunt, primus, septimus, tricesimus anniversariusque dies peragendus, auricularis confessio audienda, mortui sepeliendi et quicquid denique reliquum est, quod ad vita functorum caeremonias observandas operae pretium arbitrantur, id gratuito faciunt nequaquam, sed tantum exigunt, extorquent, exugunt, quantum misera plebecula vel cum summo suo dispendio praestare difficulter potest talesque exactiones usque ad summum in dies augent atque accumulant, nonnumquam quoque excommunicationis fulmine ad solvendum adigunt plerosque etiam, quibus per inopiam non licet, ad celebranda vita functis obsequia, anniversarios et alias eius farinae ceremonias compellere conantur".

[1] Sess. XXIV. c. 13 de ref., in welchem der Ausdruck Union auch die Inkorporation mit umfasst.

[2] Bouix, tract. de iure regular. 2, 53.

[3] dipl. Bened. XIV. a. 1741 (Anal. iur. pont. 1855. p. 1628): „Perpetuo unimus, annectimus et incorporamus tum in spiritualibus tum in temporalibus VII parochiales ecclesias, nempe . . . illasque sic unitas, annexas, incorporatas abbati et monachis monasterii praedicti perpetuo subicimus; in quibus parochialibus ecclesiis sic subiective unitis modernus et pro tempore existentes abbates dicti monasterii Genzenbacensis semper teneantur deputare in vicarium ad sui nutum amovibilem pro unaquaque ex dictis ecclesiis unum presbyterum sive saecularem sive regularem praevio examine a venerabili fratre moderno seu pro tempore existente episcopo Argentinensi habendo idoneum repertum ad exercendam curam animarum" . . ., ein Fall a. d. J. 1844 s. l. c. 1861. p. 195.

[4] Dass es sich um diese Institute und Aemter handelt, ergeben die bisher citirten Urkunden, vgl. auch c. 11 conc. Prag. a. 1355 (Hartzheim 4, 328): „praelati seu canonici cathedralium et collegiatarum ecclesiarum saecularium et regularium, quorum dignitatibus, praebendis seu monasteriis parochiales ecclesiae incorporatae sint vel annexae" u. Trid. Sess. VII. c. 7 de ref.

[5] In den Urkunden wird freilich nur der Unterhalt des Geistlichen erwähnt, die Pflicht zur Bestreitung der kirchlichen Bedürfnisse folgt aber daraus, dass das übertragene Pfarrvermögen auch dazu bestimmt ist.



älterer Zeit regelmässig nur in Betreff der Pfarrkirchen derartige Vereinigungen vorgekommen sind, so schliesst der Begriff der Inkorporation eine solche hinsichtlich anderer Benefizien [1] nicht aus [2]. Von der Union im eigentlichen Sinne — selbstverständlich kommt allein die unio subiectiva in Betracht — unterscheidet sich die Inkorporation dadurch, dass bei der ersteren die geistliche und vermögensrechtliche Seite eines Benefiziums mit einem anderen als Pertinenz verbunden, bei der letzteren aber die natürliche Zusammengehörigkeit zerrissen und allein die Gesammtheit der materiellen Bestandtheile des Benefiziums dem berechtigten Institut überwiesen ist.

Demgemäss bleibt bei der Inkorporation einer Pfarrei das Pfarramt selbst seiner geistlichen Seite nach ebenso selbstständig wie vorher bestehen. Derjenige Kleriker, welcher dasselbe verwaltet, ist im rechtlichen Sinne Pfarrer, nicht, wenngleich er vielfach so bezeichnet wird, vicarius. Für das berechtigte Institut oder den Inhaber des berechtigten Amtes hat die spätere Doktrin den Namen: *parochus primitivus* [3] oder *parochus habitualis* [4] erfunden, deswegen, weil ihm das Eigenthum an der Pfarrkirche nebst dem Pfarrvermögen und somit der Titel des Pfarrbenefiziums zusteht, während ihm andererseits die Verwaltung der Pfarrseelsorge nicht gebührt [5].

Die letztere hat vielmehr der s. g. vicarius [6], als wirklicher Pfarrer, zu führen. Seine Präsentation steht in Folge der Inkorporation dem s. g. parochus primitivus zu, und ist heute an den Bischof zu richten [7]. Dieses Präsentationsrecht hat sich aus der älteren Anschauung, dass das Eigenthumsrecht an der Kirche auch die Anstellung des Geistlichen in sich schliesse, entwickelt, und ist als davon losgelöster Rest bestehen geblieben. Die Prüfung des präsentirten Vikars und die Uebertragung der Seelsorge auf denselben hat der Bischof, nicht der parochus primitivus vorzunehmen [8]. Von jenem, nicht von diesem erhält er das Recht auf seine Stellung und die damit verbundenen Befugnisse. Da durch die Inkorporation der rechtliche Charakter des Pfarrbenefiziums nicht verändert und dasselbe dadurch nicht zu einem beneficium regulare wird, so kann mit Rücksicht auf die Regel, dass beneficia saecularia nur von Weltgeistlichen vergeben werden dürfen [9], allein die Präsentation eines solchen [10] als zulässig erachtet werden, und der Ordinarius kann davon nur unter der Voraus-

[1] Das seltene Vorkommen derartiger Inkorporationen erklärt sich aus dem verhältnissmässig geringeren Vermögen dieser Benefizien.

[2] Nur auf Pfarreien beschränken die Inkorporationen Neller l. c. c. 2. §. 2 u. Foesser l. c. p. 364; der Meinung des Textes Schmalzgrueber III. 5. n. 191; Reiffenstuel III. 37. n. 2 ff.; Kujawa l. c. p. 10.

[3] van Espen diss. cit. c. 2. §. 5; Neller l. c. c. 1. §. 2; eiusd. diss. de iurib. parochi primit. c. 1. §. 6. Im Corpus iuris u. im Trident. kommt der Ausdruck nicht vor.

[4] Weil er blos das regimen in habitu hat, nicht aber in actum exire potest, so Neller de genuina etc. l. c. §. 3.

[5] Neller, de iurib. parochi c. 1. §§. 1. 2; über eine frühere das Princip nicht alterirende Ausnahme in Frankreich ibid. §. 6; Kujawa l. c. p. 30.

[6] Ueber die Zeit, seit welcher dieser Ausdruck gebraucht wird, s. o. S. 444. n. 1.

[7] S. o. S. 442. n. 1. Ueber die ältere Zeit vgl. S. 440. Die den Dekretalen gleichzeitigen, ebenso wie die späteren mittelalterlichen Urkunden erwähnen noch vielfach der Präsentation an die Archidiakonen, z. B. dipl. a. 1282 (Lacomblet 2, 457), dipl. a. 1352 (Binterim u. Mooren a. a. O. 4, 231), vgl. auch o. S. 197.

[8] Neller de iurib. parochi c. 1. §§. 4 ff.; Foesser l. c. p. 405.

[9] S. o. S. 373.

[10] Nur verhältnissmässig wenige Urkunden bestimmen etwas in dieser Beziehung, so dipl. archiep. Colon. a. 1235 (Lacomblet 2, 210): „personam ydoneam *clericum secularem*, qui residens sit in ecclesia ipsa pastor loci . . . presentantes“; dipl. archiep. Colon. a. 1352 (Binterim u. Mooren a. a. O. 4, 231): „ut . . . ipsum monasterium cum vicario ipsius ecclesie eo vivat quietius, abbati . . . ut *monachum* dicti monasterii ad dictam ecclesiam, quotiens vacaverit, loci archidiacono presentare valeat, non obstante quod dicta ecclesia regi consueverit per clericos seculares, presentibus indulgemus“.

setzung, dass sich keine Säkulargeistlichen zur Uebernahme der Stelle bereit finden lassen, eine Ausnahme machen [1].

Endlich soll der Regel nach der Vikar als ständiger und nicht auf beliebigen Widerruf des Bischofs oder des parochus primitivus eingesetzt werden [2]. Gerade diese, auch in den Inkorporationsurkunden [3] öfters ausdrücklich wiederholte Anordnung ist vielfach nicht beobachtet worden [4]. Ja, selbst das Tridentinum [5] hat die Ständigkeit der Pfarrverwalter nicht einmal absolut vorgeschrieben, es vielmehr dem Ermessen des Ordinarius überlassen, falls es ihm für die Leitung der Pfarrei besser erscheint, auch ad nutum amovible Vikarien anzustellen. Ein nach dem Konzil [6] ertheiltes päpstliches Privilegium auf Einsetzung von widerruflichen Vikarien hebt sogar das Recht des Bischofs auf die Anstellung ständiger auf.

Als der berechtigte Inhaber des Pfarrbenefiziums hat der parochus primitivus dem Vikar zu dessen Unterhalt und zur Leistung der Abgaben an den Bischof (bezügl. an den Archidiakon und Dekan) eine portio congrua aus den Parochial-Einkünften auszusetzen [7]. Wird dem Vikar dagegen die Nutzung des Pfarrbenefiziums in vollem Umfange gewährt [8], so dürfen die ihm dafür zu Gunsten des berechtigten Institutes auferlegten Abgaben nie so hoch sein, dass sie ihm nicht den gedachten Betrag frei lassen [9]. Da indessen früher die Klöster und sonstigen Berechtigten aus den Inkorporationen den höchsten pekuniären Nutzen zu ziehen, und sich daher die Vikare so billig wie möglich zu verschaffen suchten, so traten auch hier die S. 326 erwähnten Missstände ein, und gerade dieses eigennützige Verfahren hat am meisten mit zum Verfall der Pfarrseelsorge und zur Diskreditirung der Inkorporationen beigetragen. Zwar hat die allgemeine kirchliche Gesetzgebung die vorhin gedachten Vorschriften wiederholt eingeschärft [10] und den Bischöfen das Recht beigelegt, selbst bei der Präsentation seitens exemter Prälaten einen Termin für die Festsetzung der portio congrua des Vikars anzuberaumen, sowie bei fruchtlosem Verlauf desselben die Anweisung ihrerseits vorzunehmen [11], indessen zeigen die vielfachen Wiederholungen der ge-

[1] So Reiffenstuel III. 37. n. 6. 7; Foesser l. c. p. 404. Freilich ist dies nicht unbestritten, s. Engel colleg. iur. can. III. 37. n. 8 u. Bouix, tract. de iure regular. 2, 19. 20, wie denn auch früher die Bischöfe in dieser Hinsicht nach ihrem Belieben Bestimmungen getroffen haben, s. die vorige Note. Die Congr. Conc. befolgt die Ansicht des Textes, begründet diese aber dadurch, dass der Vikar ein ständiger sein soll und deshalb ein Mönch diese Funktionen nicht versehen dürfe, Richters Tridentinum S. 53. n. 12. Seit Jahrhunderten haben auch die Partikularsynoden, Mogunt. a. 1259; c. 8 Aschaffenb. a. 1292; c. 39 Prag. a. 1355; c. 21 Magdeburg. a. 1370 (Hartzheim 4, 577. 9, 392. 421); Magdeburg. a. 1403; c. 7 Colon. a. 1423 (diese unter Hervorhebung der im Text gedachten Ausnahme); Herbipol. a. 1446 (l. c. 5, 689. 220. 336), Colon. a. 1662. P. III. t. 5. c. 6 (l. c. 9, 1033) die Regularen, theils, um ihnen die Gelegenheit zu einem unkontrolirten Leben zu verschliessen, theils um eine die Weltgeistlichen beeinträchtigende Konkurrenz zu beseitigen, von der Verwaltung solcher Stellen ausgeschlossen. — Zu dem Ausnahmefall des Textes tritt selbstverständlich der weitere eines päpstlichen Privilegs hinzu, ein solches von Pius II. a. 1463, welches aber schon 1470 wegen der daraus hervorgehenden Missstände widerrufen ist, bei Binterim u. Mooren a. a. O. 4, 405. 417.

[2] c. 31. X. de praeb. III. 5; c. 1. X. de capell. monach. III. 37; c. un. in VIto eod. III. 18.

[3] Guden cod. dipl. 1, 458; Lacomblet 2, 158; Binterim u. Mooren 3, 220.

[4] Das ergiebt die häufige Einschärfung in den Note 1 citirten Synoden.

[5] Sess. VII. c. 7 de ref.

[6] S. die Schlussklausel des cit. c. 7 de ref.

[7] c. 12 (Alex. III.) X. de praeb. III. 5; derartige Urkunden bei Lacomblet 2, 158. 175. 210. 457 u. Binterim u. Mooren 4, 28. 96. 231.

[8] Denn auch hier ist ebenso wie in den S. 326 erwähnten Fällen eine s. g. Lokation der Kirchen vorgekommen, s. z. B. dipl. a. 1247 bei Binterim u. Mooren 4, 35; c. 39. Prag. (Hartzheim 4, 392) u. S. 445. n. 6.

[9] c. 2 (Clem. III.) X. de suppl. negl. I. 10.

[10] c. 1 (Clem. IV.) in VIto de praeb. III. 4.

[11] Clem. 1 de iurepatr. III. 12, das jede entgegenstehende Gewohnheit ausschliesst, und ferner eine Ausnahme für den Fall, wo herkömmlich der pastor primitivus die sonst auf der congrua lastenden Abgaben trägt, dahin macht, dass

meinrechtlichen Anordnungen durch die Partikularsynoden [1] und die besonderen, zu ihrer Durchführung ergangenen Bestimmungen [2], dass jene Missbräuche sich fort und fort erhalten haben [3]. Daher hat das Tridentinum die früheren Vorschriften nochmals und zwar unter Ausschluss jeder Exemtion und jedes Privilegs sowie mit der Massgabe erneuert, dass der Ordinarius die Höhe der Portion, je nach Umständen, auf ein Drittel der Einkünfte oder auch höher oder niedriger festsetzen und die Kongrua entweder auf einen Theil der Früchte oder auf eine bestimmte Sache (z. B. den Ertrag eines Grundstückes) [4] oder auch in einem festen Betrage von Geld, Korn u. s. w. anzuweisen befugt sein soll [5]. In die Kongrua sind dem Vikar die aus der Verwaltung der Seelsorge erwachsenden Emolumente, auf welche er einen Rechtsanspruch hat (die Stolgebühren), nicht aber die freiwilligen, ungewissen Gaben der Parochianen einzurechnen [6].

Einen anderen vermögensrechtlichen Anspruch als den auf die Kongrua besitzt der Vikar nicht, es sei denn, dass ihm etwa durch Stiftungen besondere Einnahmen zugewiesen sind [7]. Die sämmtlichen Einkünfte der Pfarrei, auch die Accidentalien (z. B. die Stolgebühren) gehören dem parochus primitivus, jedoch werden die letz-

dieser den Unterhalt in angemessener Weise bei Vermeidung des Zwanges durch bischöfliche Censuren festsetzen soll.

[1] c. 11. Prag. a. 1355 (Hartzheim 4, 384); Herbipol. a. 1446; Eychstett. a. 1447; Constant. a. 1463 (ibid. 5, 328. 373. 460); c. 18 Hildes. a. 1539; c. 15 Leodiens. a. 1548; Colon. 1549 (ibid. 6, 323. 396. 545).

[2] Z. B. Gewährung der Klage auf angemessene Erhöhung an die Vikarien selbst dann, wenn sie sich vorher mit einer unzureichenden Portion einverstanden erklärt haben, c. 26. Trevir. a. 1338; c. 22. Trevir. 1310 (l. c. 3, 360; 4, 134); Statuirung der Pflicht des parochus primitivus eidlich zu versprechen, dass er die bei der Präsentation des Vikars an den Bischof angegebene congrua nicht mindern werde, c. 21 Magdeb. a. 1370; Magdeburg. a. 1403 (l. c. 4, 421; 5, 589); Festsetzung der Pflicht, die durch Fortfall der Einkünfte verringerte Portion im Einverständniss mit dem Ordinarius auf den ursprünglichen Betrag zu erhöhen, Magdeburg. a. 1403 cit.; Nichtigkeitserklärung aller auf die Schmälerung der congrua abzielenden Verzichte und Verträge, Basiliens. a. 1503 (l. c. 6, 19).

[3] S. die Stelle aus den hundert Beschwerden deutsch. Nation S. 445. n. 6.

[4] Trid. l. c. Die const. Pii V.: Ad exequendum v. 1. Nov. 1567. §§. 2. 3 (M. bull. 2, 259) hat dies zwar dahin geändert, dass die congrua höchstens 100, mindestens 50 Scudi, falls aber die Einnahmen der inkorporirten Pfarrei geringer sind, nie mehr als diese selbst betragen, und die an den päpstlichen Stuhl zu entrichtenden quindennia proratarisch von der Portion des Vikars mit entrichtet werden sollen, indessen hat Gregor XIII. durch die const. In tanta rerum v. 1. Mai 1573 (l. c. p. 397) diese Vorschriften beseitigt und das Tridentinum wieder hergestellt. Dieses bezieht sich übrigens auch auf die amoviblen Vikare. Für letztere hat Benedikt XIV. const. Cum semper v. 19. Aug. 1744. §. 10 (bull. Bened. XIV. 1, 369) die Pianische Konstitution, jedoch allein in Italien, unter Beseitigung der das Gegentheil anordnenden const. Innoc. XIII.: Apostolici ministerii v. 1723. §. 12 (bull. Rom. 11, 261) für anwendbar erklärt, andererseits aber die Ordinarien ermächtigt, für den Fall, dass eine den Vorschriften der ersteren Konstitution entsprechende Festsetzung nicht stattgefunden hat oder dieselbe zu niedrig erscheint, nach Massgabe des Tridentinums zu verfahren. Uebrigens behaupten Hier. Gonzalez ad reg. VIII. canc. gloss. 5. §. 3. n. 79; Riganti ad reg. IX. canc. p. 1. §. 2. n. 78 (s. auch Bouix, tract. de iure reg. 2, 24), dass schon Gregor XIII. seine die Pianische beseitigende Konstitution vivae vocis oraculo aufgehoben hat.

[5] Die Const. Pii V. interpretirt das Tridentinum l. c. dahin: „sive in quantitate aut quota fructuum pecuniaque numerata, fundo seu alia re stabili portio huiusmodi constituatur“, s. auch van Espen diss. cit. c. 3. §§. 5 ff.

[6] So ist die eben cit. Konstitution, welche eingerechnet wissen will die „incerta emolumenta et aliae obventiones communiter percipi solitae“ zu verstehen, Pitonius discept. P. I. disc. 46. n. 4; Reiffenstuel III. 37. n. 13 ff.; Giraldi expos. iur. pont. 2, 830; Phillips 7, 360; Richters Tridentin. S. 54. n. 22.

[7] S. z. B. dipl. a. 1352 (Binterim u. Mooren 4, 229): „Preter etiam ista (d. h. der Kongrua) volumus quod quecunque in antea legari vel donari pia intentione fidelium dicte ecclesie (d. h. der inkorporirten) in Dulken contigerit, sive huiusmodi donata vel legata fiant ecclesie sive vicario ecclesie coniunctim vel divisim, huiusmodi donata vel legata cedent perpetuo vicario ipsius ecclesie ad usus sue vicarie et non monasterio prelibato“.

teren gewöhnlich dem Vikar, welcher sie sich auf seine Kongrua anrechnen muss[1], überlassen[2].

Demgemäss hat auch allein der pastor primitivus — selbstverständlich innerhalb der gemeinrechtlichen Gränzen — die Verwaltung der Temporalien zu führen und über die Art derselben zu bestimmen. Hat der Vikar einzelne Einkünfte zu erheben, so muss er darüber Rechnung legen und die Bestände abliefern. Indessen darf durch die Verwaltung des parochus primitivus die Kongrua des Vikars nicht geschmälert werden, und falls diese im Laufe der Zeit durch Zufall vermindert wird, ist ihm der Ausfall zu ersetzen[3].

Ausser der Gewährung der Kongrua liegt ferner dem parochus primitivus die Pflicht ob, die sonstigen, auf dem Pfarrvermögen ruhenden Lasten, namentlich die Baulast, zu tragen[4]. Die seitens der Pfarrer dem Bischof zu leistenden Abgaben hat der Vikar zu entrichten, jedoch muss die Höhe seiner Kongrua unter Berücksichtigung dieses Umstandes festgestellt werden.

Die erwähnten Pflichten des parochus primitivus hören dadurch nicht auf, dass das Vermögen der Pfarrei durch Zufall oder unwirthschaftliche Verwaltung verloren geht. Sie entstehen durch die Inkorporation, und da durch diese der gesonderte Vermögensbestand der Pfarrei vernichtet wird, so kann es auf das spätere Vorhandensein desselben nicht mehr ankommen. Ist der parochus primitivus nicht im Stande, mit seinem sonstigen Vermögen die erwähnten Verbindlichkeiten zu erfüllen, so ist so zu verfahren, wie wenn aus anderen Gründen die zur Unterhaltung eines Benefiziums erforderlichen Mittel fehlen, d. h. durch Vornahme von Unionen zu Gunsten des parochus primitivus oder Aufhebung der Inkorporation und Vereinigung der Pfarrei mit einer andern oder durch Suppression derselben zu helfen.

Anders liegt die Sache, wenn die inkorporirte Pfarrei gar kein Vermögen besessen hat, denn hier ist das Substrat, auf welchem die erwähnten Verpflichtungen ruhen, nicht an den Berechtigten gelangt[5]. In solchen Fällen muss der Unterhalt des Vikars auf andere Weise, nöthigenfalls durch die Parochianen beschafft werden, und diese haben auch die anderen Lasten, namentlich die Baulast, zu tragen[6].

Die geistliche Verwaltung der Pfarrei steht dem Vikar (lediglich unter Leitung des Ordinarius) zu. Er nimmt die Stellung eines wirklichen Pfarrers ein. Ist er ein

[1] S. o. S. 449. n. 6. Die Novalzehnten, welche dem parochus primitivus in einzelnen Inkorporationsurkden ausdrücklich zugesprochen werden, s. dipl. a. 1191 u. 1308 (Guden cod. dipl. 1, 303; Binterim u. Mooren 4, 87) stehen ihm kraft seiner Stellung zu, was freilich nicht unbestritten gewesen ist, van Espen l. c. c. 3. §. 8; c. 4. §. 4; Neller l. c. c. 3. §§. 4 ff.

[2] Neller de iurib. parochi c. 3. §. 3.

[3] Es folgt dies aus der auf den Temporalien der Pfarrei ruhenden Unterhaltungspflicht des Vikars, Berardi comment. ad decr. Greg. IX. lib. III. diss. 3. c. 3 (ed. Mediolani 1846. 1, 274). Wenn Phillips 7, 361 unter Berufung auf ihn dem Vikar den Zuwachs an Früchten zuspricht, so ist dies nur insofern richtig, als ihm oder der Vikarie Legate und Schenkungen — von diesem Fall spricht Berardi allein — zugewendet werden oder dem Vikar bestimmte Sachen zur Nutzung überlassen sind. Dolose oder schuldbare Verminderung der Congrua durch den Vikar macht diesen selbstverständlich dem parochus primitivus in civilrechtlicher Hinsicht ersatzpflichtig, berechtigt den letzteren aber nicht, die Congrua unter den zum Unterhalt erforderlichen Betrag zu schmälern, vielmehr nur nöthigenfalls im Einverständniss mit dem Ordinarius Sicherungsmassregeln für die Zukunft zu treffen, z. B. unter Entziehung der bisherigen Nutzung der vom Vikar devastirten Grundstücke diesem seine Portion in Geld auszuzahlen, schlimmstenfalls auch die Absetzung desselben herbeizuführen, denn die Unterhaltungspflicht des Vikars ist eine kirchlich-publicistische, welche im Interesse der Kirche, nicht der betheiligten Personen besteht.

[4] Foesser l. c. p. 403.

[5] Foesser l. c. p. 403 u. die dort n. 3 citirte Entsch. d. Congr. Conc.

[6] S. o. S. 390.

ständiger, so hat sein Amt die Natur eines wahren Benefiziums[1] und unterliegt bei der Besetzung, ebenso wie ein dem geistlichen Patronate unterworfenes Amt, dem Pfarrkonkurs[2]. Auch kann der Vikar nicht vom parochus primitivus, sondern nur vom Bischof seiner Stellung enthoben werden[3]. Wenn der Vikar dagegen ad nutum amovibel eingesetzt ist, so kommt das Recht zur Remotion ausser dem Ordinarius auch dem parochus primitivus unter der Voraussetzung zu, dass die Pfarrei einem Kloster inkorporirt ist, und zwar beiden unabhängig von einander, so dass der eine dem andern nicht einmal die Gründe der stattgehabten Entfernung darzulegen braucht[4].

Das auf einem Pfarrbenefizium haftende Patronatrecht wird durch die Inkorporation bis auf das Präsentations- und die Ehrenrechte suspendirt. Von einer cura beneficii kann bei der Vereinigung des Pfarrvermögens mit dem des parochus primitivus nicht mehr die Rede sein. Andererseits bleibt die geistliche Seite des Amtes unberührt und ohne Aenderung ihres rechtlichen Charakters bestehen. Der pastor primitivus muss also die darauf ruhenden Beschränkungen anerkennen, und kann dem Patrone sein Präsentationsrecht, um ein eigenes geltend zu machen, nicht entziehen[5]. Bei der Aufhebung der Inkorporation tritt der Patron wieder in alle früheren Rechte ein, ja selbst der parochus primitivus, welcher vor derselben schon das Patronatrecht besessen hat, kann in einem solchen Falle alle Patronatsbefugnisse wieder geltend machen. Sind auch diese in manchen Beziehungen den Rechten, welche die Inkorporation gewährt, gleich, so hat der Patronat doch nicht den Charakter eines der Inkorporation gleichartigen, nur geringeren Rechtes, welches durch Konfusion erlöschen könnte.

2. Die s. g. *incorporatio quoad temporalia et spiritualia*, von einzelnen auch *incorporatio plena* oder *pleno jure*[6] genannt, unterscheidet sich von der eben besprochenen Art dadurch, dass bei ihr das inkorporirte Amt sowohl in seinem vermögensrechtlichen, wie auch geistlichen Bestande auf die früher genannten Institute und Aemter übertragen wird, und diese letzteren dadurch die Stellung eines wirklichen Pfarrers erlangen.

In Betreff der mittelalterlichen Urkunden, welche der Entwicklungsperiode jenes Unterschiedes, dem 12. und 13. Jahrhundert angehören[7], ist eine Entscheidung über die gemeinte Art der Inkorporation oft sehr schwer. Der Gebrauch der technischen Bezeichnung kommt in jener Zeit äusserst selten vor[8], und für das einzig massgebende Kriterium, ob das Pfarramt in seiner Totalität oder blos in seiner vermögens-

[1] Neller l. c. c. 2. §. 11 ff.

[2] L. c. §. 14; so auch die Congr. Conc. s. Foesser l. c. p. 405. n. 5 u. Richters Tridentinum S. 53. n. 14.

[3] S. o. S. 442. n. 1; c. un. in VIto de capell. monach. III. 18; Neller l. c. §. 10.

[4] Const. Benedict. XIV. (eiusd. bull. 1, 435): Firmandis v. 6. Nov. 1744. §. 11, wodurch die von Bouix, tract. de iure regul. 2, 33 aus Ferraris prompt. bibl. s. v. vicarius parochialis n. 49 ausgeschriebene Behauptung widerlegt wird, dass ein solcher Vikar zwar von seinem Regular-Oberen ad libitum, indessen nicht vom Bischof ohne genügende Ursache entfernt werden könne. Auf sonstige parochi primitivi bezieht sich die Konst. nicht. Wenn sie das Recht zur Einsetzung eines widerruflichen Vikars haben, so können sie denselben auch removiren, werden aber dem Bischof auf Verlangen, falls nicht ein weiter gehendes päpstliches Privileg vorliegt, aus den S. 327. 321 angegebenen Gründen Rechenschaft über die Entfernung geben müssen.

[5] Foesser l. c. p. 404. Die mittelalterlichen Inkorporationsurkunden (vgl. ausser den o. citirten z. B. noch die v. 1342 u. 1346 bei Mone, Ztschr. f. Gesch. d. Oberrheins 7, 480 u. 80) ergeben, dass gewöhnlich solche Pfarreien, auf welche schon den parochi primitivi das Patronatrecht zustand, inkorporirt worden sind, und dass in andern Fällen die Patrone auf dasselbe verzichtet haben.

[6] Engel l. c. III. 37. n. 11; Reiffenstuel III. 37. n. 2; Foesser l. c. p. 364.

[7] S. o. S. 443.

[8] Ein Beispiel s. S. 443. n. 1.

rechtlichen Seite übertragen wird, liefert der Inhalt der Diplome in den kurzen und wenig präcisen Ausdrücken [1] vielfach keine genügenden Anhaltspunkte.

Die inc. qu. temp. et sp. steht in ihren vermögensrechtlichen Wirkungen der inc. qu. t. völlig gleich. Die Verschiedenheit liegt darin, dass das berechtigte Institut oder Amt (der s. g. *parochus habitualis* [2]) die Pfarrei selbst erhält, und die Stellung des Pfarrers einnimmt. Daher kann, so lange das Institut oder Amt existirt, eine Vakanz der inkorporirten Pfarrei niemals eintreten, das Präsentationsrecht des Patrons muss so lange suspendirt bleiben [3], und der die Pfarrseelsorge in Stellvertretung ausübende Geistliche ist lediglich als Vikar im eigentlichen Sinne anzusehen, weshalb auch bei seiner Anstellung der Pfarrkonkurs nicht beobachtet zu werden braucht.

Einen Vikar muss der parochus habitualis stets einsetzen [4]. Das Kloster oder Stift, welches diese Stellung einnimmt, ist als juristische Person zur Verwaltung des Pfarramtes unfähig, und wenn das letztere einem Amte inkorporirt ist, so befindet sich der Träger desselben namentlich wegen seiner Verpflichtung zur Residenz gleichfalls nicht in der Lage, die pfarramtlichen Funktionen zu versehen.

Der allgemeinen Regel nach [5] bestellt und ernennt der parochus habitualis den Vikar. Er, nicht der Ordinarius, nimmt die s. g. *institutio tituli collativa* oder *collatoria* vor. Der letztere hat nur die Fähigkeit und Tauglichkeit des in Aussicht genommenen Kandidaten auf Vorstellung des parochus habitualis zu prüfen, und ihm die Befugniss zur Ausübung der Seelsorge, die s. g. *institutio autorisabilis* zu ertheilen [6].

In Betreff der Ständigkeit der Vikare und der diesen zu gewährenden Kongrua gelten dieselben Grundsätze, wie bei der incorporatio qu. tempor. [7] mit der einzigen Abweichung, dass die Klöster berechtigt (nicht aber verpflichtet) sind, ihre ihnen qu. temp. et spirit. zustehenden Pfarreien durch ihre eigenen Mönche [8] versehen zu lassen, falls nicht die Inkorporationsurkunde etwas anderes bestimmt oder die Einsetzung eines weltgeistlichen Vikar seit unvordenklicher Zeit hergebracht ist [9].

[1] Eine Erörterung der einzelnen gebräuchlichen Wendungen bei Neller de genuina idea c. 2. §§. 16 ff.; Schloer l. c. c. 3. §§. 10 ff., s. auch das Gutachten v. Bluhme in Dove u. Friedberg, Ztschr. f. K. R. 4, 46 ff. u. namentlich das Gegengutachten von Schulte i. Arch. f. k. K. R. 16, 147 ff.

[2] Oder *principalis*, s. Foesser l. c. p. 366. Diese Bezeichnungen sind vollkommen passend. Andere (Phillips, Lehrb. §. 166 i. f.; Schulte K. R. 2, 280) gebrauchen für diesen Fall ausschliesslich den Ausdruck: *parochus primitivus*.

[3] Foesser l. c. p. 407.

[4] Auch hierdurch unterscheidet sich u. A. die inc. qu. t. et sp. von der unio subiectiva (o. S. 427), s. Foesser l. c. p. 365.

[5] S. o. S. 325 ff.

[6] Trid. Sess. XXV. c. 11 de reg.; Reiffenstuel l. c. n. 8; Neller, de iur. parochi c. 1. §§. 24 ff.; Foesser l. c. p. 406.

[7] S. o. S. 449 ff. Das Tridentinum Sess. VII. c. 7 de ref. macht hinsichtlich der beiden Arten keinen Unterschied. Seine Vorschriften sind auch den Johannitern gegenüber aufrecht erhalten worden, const. Pii V.: Etsi cuncta v. 29. Nov. 1568. §. 7 u. Exposcit v. 22. Sept. 1571; const. Gregor. XIV.: Quanta christianae v. 30. April 1591. §. 10 (M. bull. 2, 293. 371. 762). Das den Mendikanten und allen andern Mönchsorden (nicht aber den Frauenorden und Regular-Kanonikern, s. Bouix l. c. p. 34) auf Einsetzung amovibler Vikare von Pius V. in d. const. Ad exequendum v. 1567. §. 5 (M. bull. 2, 259) ertheilte Privileg hat Gregor XIII. in der const. In tanta v. 1573 (ibid. p. 347) widerrufen. (vgl. o. S. 449. n. 4). Manche Kanonisten, s. Reiffenstuel l. c. n. 8; Ferraris s. v. vicarius parochialis n. 8 ff.; Bouix l. c. p. 22 zählen noch andere Fälle der Statthaftigkeit amovibler Vikare auf, aber ohne gesetzlichen Anhalt, vgl. Neller l. c. c. 2. §. 2 ff., Foesser l. c. p. 408. So hat auch die Congr. conc. die Ansicht reprobirt, dass der Bischof die Anstellung eines ständigen Vikars nicht anordnen dürfe, wenn die Einsetzung eines widerruflichen seit unvordenklicher Zeit hergebracht sei.

[8] Bouix l. c. p. 32.

[9] Foesser l. c. p. 407. Der exponirte Regulare soll übrigens nicht ohne einen zweiten Genossen in der ihm zur Verwaltung übertragenen

Die Aufsicht über die Verwaltung der Seelsorge durch den Vikar kommt dem parochus habitualis zu, ferner aber auch dem Ordinarius, als dem mit der Jurisdiktion versehenen kirchlichen Oberen [1], und zwar selbst dann, wenn das Kloster, nicht aber die inkorporirte Pfarrei exemt ist. Bei einem etwaigen Widerspruch der beiderseitigen Anordnungen gehen die des Ordinarius vor [3]. Nicht minder kann der letztere alle seine Rechte über die Pfarrverweser, selbst wenn sie Ordensleute sind, wie über die anderen Pfarrer der Diöcese ausüben [4], und ebensowenig wird seine Jurisdiktion über die Parochianen durch die Existenz des parochus habitualis berührt [5].

Die Absetzung eines ständigen Vikars steht ausschliesslich dem Bischof zu, welcher dabei an die über die Deposition der Benefiziaten geltenden Rechtsnormen gebunden ist. Der widerruflich eingesetzte kann ebenso wie im Falle der incorp. qu. temp. sowohl vom Bischof, wie auch vom parochus habitualis entfernt werden [6].

3. Die dritte Art der incorporatio ist die s. g. *incorporatio plenissima* oder *plenissimo iure* [7], welche jedoch in den Dekretalen als *inc. pleno iure* [8] bezeichnet wird. Bei dieser ist die bischöfliche Jurisdiktion über die Pfarrei ausgeschlossen und es stehen die Rechte derselben ausschliesslich dem parochus habitualis über die Kirche zu [9], weshalb er auch in diesem Falle allein den Vikar einzusetzen und zu entfernen befugt ist [10].

Diese Art der Inkorporation, welche selten vorkommt, ist nicht mit dem Fall zu verwechseln, wo eine Pfarrkirche innerhalb des Bezirkes einer praelatura nullius nicht dieser letzteren, sondern einem anderen kirchlichen Institute inkorporirt ist. Eine solche Vereinigung kann sowohl eine incorp. quoad temp., wie auch eine incorp. qu. temp. et spirit. sein, nur übt der praelatus nullius diejenigen Befugnisse aus, welche unter gewöhnlichen Verhältnissen dem Bischof zustehen.

Ebensowenig kann eine Inkorporation, welche zu Gunsten des Dotationsgutes des Bischofs oder eines der gedachten Prälaten erfolgt ist, für eine inc. plenissima erachtet werden. Allerdings hat der Berechtigte in diesem Falle die bischöfliche Jurisdiktion über die Pfarrei, aber nur kraft seines Amtes, nicht aus einem mit der Inkorporation zusammenhängenden Grunde. Ja, hier erscheint eine solche Inkorpo-

Pfarrei residiren, c. 2 (Later. III. a. 1179), c. 5 (Innoc. III.) X. de statu monach. III. 35; c. 4 (Honor. III.) X. de cap. mon. III. 37. Die in der vorigen Note citirte Konst. Pius' V. §. 5 verlangt zwar 4 Genossen, sie ist aber durch die Konst. Gregors XIII., welche jedenfalls insoweit nicht beseitigt worden ist, aufgehoben, vgl. auch Reiffenstuel l. c. n. 9; Bouix l. c. 2, 32.

[1] Trid. Sess. XXV c. 11 de reg.

[2] c. 16 (Innoc. III.) X. de privil. V. 33, s. auch d. Entschdgen in Richters Tridentinum S. 413. n. 1 ff.

[3] So auch die Congr. Conc., s. Foesser p. 406. n. 5, vgl. auch d. folgende Note.

[4] S. Const. Gregors X V.: Inscrutabili v. 1622. §§. 2 ff. (bullar. Rom. V. 5, 1); Const. Bened. XIV.: Firmandis v. 6. Nov. 1744. §. 10 (eiusd. bull. 1, 435): „Uno verbo, quidquid episcopus a parocho saeculari exquirere atque exigere solet ac debet, id omne, regulari observantia unice excepta, a parocho regulari exquirere et exigere potest; atque ubi hunc muneri suo defecisse compererit, opportuna decreta condere et pronunciare ac meritas in eundem poenas statuere; in quo nihilominus episcopi facultates minime privativae sunt, sed praesul regularis ius cumulativum cum ipso habet, ita tamen, ut si aliter a superiore regulari, aliter ab episcopo decerni contingat, huius vero, non illius decretis sit standum: prout alias a congregatione Tridentini concilii interprete iudicatum fuit nosque auctoritate nostra probamus ... Privativum tamen episcopi ius est, in parochianorum mores inquirere ac si quae inter ipsos scandala oborta fuerint, auditis proborum ac prudentium virorum sinceris relationibus resecare et reformare nec enim superioribus regularibus in huiusmodi saeculares parochiae subditos ulla competit iurisdictio".

[5] S. die vor. Note u. const. Firmandis §. 16.

[6] S. o. S. 451.

[7] Schmalzgrueber l. c. III. 37. n. 5; Engel III. 37. n. 12; Foesser l. c. p. 364. 405.

[8] S. o. S. 442.

[9] Fagnan. ad c. 3 X. de privil. V. 33. n. 4 u. Note 7.

[10] c. 21 (Innoc. III.) X. de privil. V. 33. Trid. l. c.

ration sogar undenkbar. Denn sie setzt eine Exemtion von der Regierungsgewalt des Ordinarius voraus, diese ist aber, mit Rücksicht darauf, dass er selbst die Stellung des parochus primitivus, bez. habitualis einnimmt, nicht möglich.

Andere als die drei charakterisirten Arten der Inkorporation kommen nicht vor[1]. Welche derselben in einem gegebenen Falle gemeint ist, muss aus dem Inhalt der Stiftungsurkunde und unter Berücksichtigung der sonstigen Verhältnisse festgestellt werden. Im Zweifel ist für die am wenigsten umfassende, die incorporatio quoad temporalia zu vermuthen[2].

Das Recht zur Vornahme von Inkorporationen steht, soweit es sich um Pfarrbenefizien handelt, heute ausschliesslich dem Papste zu[3]. Im Uebrigen kommen hinsichtlich der Voraussetzungen und des Verfahrens die allgemeinen für die Union massgebenden Regeln zur Anwendung[4]. Dasselbe gilt auch von der Aufhebung. Die Befugniss dazu ist also hinsichtlich der Pfarreien dem Ordinarius nicht etwa deshalb entzogen, weil der Papst allein die Inkorporation gestatten kann. Die Aufhebung hat die gewöhnlichen Wirkungen, d. h. die früher inkorporirte Pfarrei wird wieder selbstständig, das etwa suspendirte Patronatrecht tritt wieder in volle Wirksamkeit

[1] Manche, s. z. B. Panormitan. ad c. 12 X. de praeb. III. 5. n. 5, van Espen diss. cit. c. 2. §. 1 zählen 5 Arten: die incorp. quoad ius patronatus, quoad collationem, quoad institutionem authorizabilem, quoad temp. und quoad temp. et spiritual. auf. Bei den drei ersten handelt es sich aber nur um bestimmte Befugnisse in Betreff der Aemterbesetzung, nicht um Inkorporationen, Neller de genuina idea c. 2. §. 5; Foesser l. c. p. 364; Kujawa l. c. p. 12.
Nicht zu den Inkorporationen gehören ferner die Fälle, wo das mit einer Kirche (Kathedrale oder Kollegiatkirche) verbundene Pfarramt dem bei derselben angestellten Kollegium oder dem Inhaber eines bestimmten Kapitelsamtes zukommt, s. o. S. 304. Hier ist die Pfarrei auf die Kirche fundirt, sie bildet keinen eigenen von derselben unterschiedenen selbständigen Titel. Es handelt sich daher hier nur darum, wer zur Ausübung der Seelsorge berechtigt und verpflichtet ist. Selbst wenn der betreffende Functionar aus einem besonders zu diesem Zwecke bestimmten Fond Einnahmen bezieht, ändert dies nichts. Denn der letztere braucht nicht ununterscheidbar mit dem Vermögen des Amtes, dessen Inhaber das Recht auf die Seelsorge hat, vereinigt zu sein. Aeusserlich haben allerdings diese Verhältnisse Aehnlichkeit mit der inc. qu. temp. et spirit., insofern der zum Pfarramt Berechtigte die cura actualis durch eine andere Person ausüben lässt. Uebrigens wendet die Praxis der Congr. conc. das Trid. Sess. VII. c. 7 de ref., welches nicht ausschliesslich von der Inkorporation handelt, auf die in solchen Fällen etwa eingesetzten Vikare an, zwingt aber andererseits die Kapitel nicht, wenn einmal die Anstellung ad nutum hergebracht ist, ständige Vikare zu ernennen, Anal. iur. pont. 1861. p. 856 ff. 867 ff., s. auch Bouix de capitulis p. 247 ff. Solche Vikare können vom Kapitel auch sine causa, nur nicht ex odio oder malitia, vom Bischof aber, welcher sie für die Regel zu approbiren hat, nur aus denselben Gründen, wie ständige amovirt werden, so die Praxis der erwähnten Congr. s. Garcias l. c. P. I. c. 2. n. 94; Fagnan. ad c. 6 X. de statu monach. III. 35. n. 39; Ferraris s. v. vicarius parochialis n. 49; Bened. XIV. de syn. dioec. XII. 1. n. 2; Bouix de parocho p. 423. Auch ist es nicht unzulässig, dass sich der parochus habitualis einzelne Akte der Seelsorge, sofern nicht ein entgegenstehendes Recht auf die cura actualis vorhanden ist, vorbehält, Anal. cit. 1866. p. 1601. Was die juristische Natur dieser Verhältnisse betrifft, so kann dieselbe verschieden sein. Steht dem Kapitel einer Kollegiats-Pfarrkirche die Seelsorge zu, so unterscheidet sich dieser Fall von der gewöhnlichen Einrichtung, dass an der Pfarrkirche der mit dem Pfarrbenefizium betraute Geistliche die cura ausübt, nur dadurch, dass diese nicht einer physischen, sondern einer juristischen Person zusteht, und es kann hier nicht einmal von einer Union die Rede sein. Dasselbe gilt, wenn das Domkapitel die cura habitualis der Dompfarrei besitzt. Wo dagegen das Recht darauf einer bestimmten Kapitelstelle gebührt, handelt es sich um ein mit derselben verbundenes officium, und ebenfalls nicht um eine Union, weil die Seelsorge schon durch die Natur des Titels, an welchem die in Frage kommenden Geistlichen fungiren, gegeben ist und kein besonderes Benefizium, welches mit einem andern hätte vereinigt werden können, existirt.

[2] Schloer diss. cit. c. 2. §. 4; Foesser l. c. p. 364.

[3] S. o. S. 446.

[4] S. o. S. 417, insbesondere auch die Vorschriften der Kanzleiregeln über die Unionen, s. o. S. 421. 424. 433, vgl. z. B. die Inkorporationsurkde Pius' II. v. 1463 (Binterim u. Mooren 4, 403). Uebrigens zeigen die citirten Diplome (s. auch dipl. a. 1259 bei Mone, Ztschr. f. Gesch. d. Oberrheins 7, 93), dass die Wirkung der Inkorporation der obigen Regel (S. 422) gemäss erst mit der Erledigung der inkorporirten Pfarrei eintreten soll.

und das noch vorhandene Vermögen geht aus dem Eigenthum des berechtigten Institutes wieder in das der Pfarrei über. Für das nicht mehr vorhandene haftet der parochus primitivus oder habitualis nicht, weil er in Folge der Inkorporation die Befugniss hatte, dasselbe für seine Zwecke zu verwenden. Freilich ist dadurch nicht ausgeschlossen, dass das durch Dolus oder Versehen der Verwalter Verlorene ersetzt werden muss, denn die desfallsige dem parochus primitivus oder habitualis erworbene Entschädigungsforderung fällt als Bestandtheil des Pfarrvermögens mit diesem an die in ihrer früheren Selbstständigkeit wieder auflebende Pfarrei.

§. 110. γ. *Die sonstigen Veränderungen der Kirchenämter.*

I. Ein Kirchenamt kann ferner durch die s. g. *mutatio vi erectionis* oder *transformatio* oder *alteratio beneficii* (s. §. 104. Nr. 5.) eine Veränderung erleiden. Dieselbe setzt sich aus zwei Akten, der Suppression des bisherigen Benefiziums und der Erektion eines neuen, zusammen [1]. Ihre Eigenthümlichkeit besteht nur darin, dass die Bestandtheile des supprimirten Benefiziums (insbesondere das Vermögen und der Bezirk oder einzelne Stücke davon) für den Akt der Errichtung verwendet werden.

Demgemäss finden auf die Mutation sowohl die für die Suppression, wie auch für die Erektion geltenden Regeln Anwendung. Ist die Kompetenz zur Vornahme einer der beiden die Mutation bildenden Massnahmen dem Ordinarius entzogen und dem Papste vorbehalten, so kann auch dieser allein mit Rücksicht darauf, dass beide Akte in untrennbarer Verbindung stehen, die Mutation verfügen. Obwohl z. B. der Bischof eine Pfarrkirche supprimiren darf [2], ist er doch nicht befugt, eine Kollegiatkirche zu errichten; soll daher die erstere eine solche Qualität erhalten, so kann dies nur durch den Papst geschehen.

Kraft positiver Bestimmung ist den Ordinarien die Befugniss entzogen, Kuratbenefizien in beneficia simplicia umzuwandeln [3].

Die Rechte, welche dem supprimirten Benefizium zustanden, gehen, soweit sie nicht mit dem beseitigten bisherigen Charakter desselben zusammenhängen und soweit sie mit der Natur des neuen Benefiziums vereinbar sind — also namentlich Vermögensrechte und Rechte Dritter — auf das neu errichtete über [4], aber allein kraft des Aktes des kirchlichen Oberen, durch welchen die Suppression und die Erektion in Beziehung gesetzt wird. Das Nähere in dieser Hinsicht ist aus dem Wortlaut des Mutations-Dekretes, eventuell aus dem Inhalte desselben und den sonst in Frage kommenden Umständen zu entnehmen. Die Schulden des alten Benefiziums müssen von dem neuen Amte übernommen werden, falls nicht etwa der Ordinarius eine Liquidation derselben veranlasst hat [5].

II. In Betreff der Veränderungen des *status beneficii* (§. 104. Nr. 6.) kommen ebenfalls die allgemeinen Grundsätze zur Anwendung. Da der Papst allein die Be-

[1] Leuren. for. benef. P. III. qu. 966 n. 2. In dem betreffenden Dekret wird daher zunächst die Suppression des zu verändernden Benefiziums ausgesprochen, s. z. B. den Fall der Umwandlung einer Kollegiatkirche in eine Kathedrale in den Act. s. sed. 9, 9.

[2] Leuren. l. c. qu. 964. n. 2.

[3] Trid. Sess. XXV. c. 16 de ref. Wohl aber kann der Ordinarius eine Kapelle mit einem beneficium simplex in eine Pfarrkirche umwandeln, Leuren. l. c. P. I. qu. 108.

[4] Acta s. sed. 9, 8 ff., wo das auf die Kanonikate der umgewandelten Kollegiatkirche zustehende Patronatrecht in Betreff der Kanonikate an der neuen Kathedrale durch die Congr. conc. aufrecht erhalten worden ist.

[5] S. den folg. §. 111.

fugniss besitzt, Dom- oder Kollegiat-Kapitel zu errichten [1], so ist er auch ausschliesslich berechtigt, die Qualität eines solchen als Säkular- oder Regularstiftes zu ändern [2]. Ebenso verhält es sich mit der Exemtion religiöser Institute von den regelmässigen kirchlichen Verbänden [3], wodurch das bisher mit den üblichen Rechten in Betreff derselben versehene Benefizium stets eine Veränderung erleidet. Selbst wenn es sich hierbei nicht schon an und für sich (wie bei der direkten Unterstellung eines bisher im Metropolitanverbande stehenden Bisthums unter den päpstlichen Stuhl) um beneficia maiora handelt, kann doch nur der Papst solche Verfügungen, welche stets dem gemeinen Recht widersprechende Einrichtungen herbeiführen, treffen.

Dagegen ist hinsichtlich der beneficia minora, welche nicht der päpstlichen Disposition unterliegen, der Bischof zu Status-Aenderungen befugt [4], soweit nicht einzelne Arten der letzteren durch das gemeine Recht ausgeschlossen sind oder ihn andere Grundsätze desselben hindern. Er wird daher beneficia inferiora regularia in saecularia verwandeln können [5], nicht aber umgekehrt, weil die Säkularität die gemeinrechtliche Regel bildet [6]. Ja, auch in ersterer Hinsicht ist seine Befugniss ausgeschlossen, wenn das Benefizium ausdrücklich als regulares fundirt worden war oder ein exemtes ist, denn er ist weder berechtigt, Stiftungsbedingungen abzuändern [7], noch über exemte Benefizien zu disponiren.

Ausser durch Verfügung des kirchlichen Oberen kann eine mutatio status beneficii auch durch Verjährung oder Ersitzung herbeigeführt werden. Dagegen erscheint die Begründung neuer Benefizien, ferner die Herbeiführung der in den §§. 105 bis 109 und unter I. des vorliegenden §. besprochenen Veränderungen auf diesem Wege unmöglich, weil für die betreffenden Massnahmen ein besonderer Akt der Kirchengewalt nothwendig ist und die ohne diesen vorgenommenen Handlungen, wenn zwar nicht stets nichtig, doch mindestens unerlaubt sind und somit keine rechtlichen Wirkungen erzeugen [8].

Statthaft ist eine Veränderung des status beneficii zunächst durch Ersitzung in Betreff der Gränzen der Territorial-Benefizien, jedoch kraft positiver Bestimmung nur insoweit, als die Gränzen nicht durch den kompetenten Oberen festgesetzt sind, bez. dafür kein Beweis erbracht werden kann [9]. Erforderlich ist für die Ersitzung

[1] S. o. S. 387.

[2] Leuren. l. c. P. III. qu. 964. n. 3.

[3] S. auch o. S. 152.

[4] Des Konsenses des Kapitels bedarf der Bischof gleichfalls, s. o. S. 153; bei der S. 421. n. 1 gedachten mutatio ist derselbe aber nicht erforderlich, weil er zur Errichtung der betreffenden officia kraft rechtlicher Vorschrift verbunden ist, s. o. S. 118. 121, Sentis die praebenda theologalis S. 37.

[5] Arg. c. 5 (Innoc. III.) X. de relig. dom. III. 36; Schmalzgrueber III. 5. n. 20.

[6] S. o. S. 374. c. 5 (Urb. III.) X. de eccles. aedif. III. 48 steht nicht entgegen, denn es erwähnt einmal der apostolischen Autorität und gehört ferner einer Zeit an, in welcher die Verfügung über Kollegiatkirchen noch nicht dem Papste vorbehalten war, s. o. S. 385.

[7] S. o. S. 393.

[8] Dadurch, das Jemand, selbst wenn er den erforderlichen ordo besitzt, in einer Diöcese oder Pfarrei Episkopal- oder Parochial-Handlungen ausübt, kann er nie ein neues Bisthum oder eine neue Pfarrei begründen oder die betreffenden Rechte für einen Theil dieser Sprengel erwerben und so ein der Division ähnliches Resultat herbeiführen. Wenn man zum Nachweise der Union einen 40jährigen Besitzstand auf Grund eines Putativtitels genügen lässt, s. S. 424. n. 10, so handelt es sich hierbei nur um einen Indicienbeweis für die vollzogene Union, nicht um ein durch Ersitzung herbeizuführendes derartiges Verhältniss.

Eine selbstverständliche Ausnahme macht allein die Veränderung in den Vermögensrechten, weil durch Acquisitiv-Verjährung dieser eine der Dismembration im eigentlichen Sinne (s. o. S. 410) gleiche Wirkung herbeigeführt werden kann.

[9] c. 3. 4 (Tolet. IV. a. 633) c. 5. 7 (inc.) c. 6 (Hispal. II. a. 619) C. XVI. qu. 3; c. 4 (Urb. III.) X. de paroch. III. 29. Wenn die kanonistische Doktrin jede Präskription und damit auch die unvordenkliche Verjährung für die Regel ausschliesst, s. z. B. Barbosa de off. et pot. episc.

der Besitz der aus dem betreffenden Amte herfliessenden Rechte, welcher sich in der Vornahme einzelner Amtshandlungen in dem fraglichen Theil des Sprengels zu manifestiren hat[1], ferner bona fides[2], und endlich ein 40jähriger Zeitraum, während dessen der Besitz fortgedauert haben muss[3]. Eines iustus titulus bedarf es dagegen nicht[4]. Ausserdem kann auch die unvordenkliche Verjährung als Beweis für die Begründung derartiger Rechte geltend gemacht werden.

Ferner ist durch Verjährung die Veränderung der Qualität eines Benefiziums insoweit zulässig, als dadurch die Verwandlung desselben aus einem Säkular- in ein Regular-Benefizium und umgekehrt herbeigeführt werden kann, wenn dasselbe die Verjährungszeit (also 40 Jahre) hindurch bona fide mit Säkular- bez. Regular-Geistlichen besetzt und von diesen verwaltet worden ist[5]. Die bona fides in Betreff der Qualität des Amtes muss sowohl auf Seiten der bei der Besetzung desselben Betheiligten (des zur Kollation oder Approbation berufenen Oberen und der zur Wahl, Ernennung oder Präsentation befugten Personen), als auch auf Seiten des angestellten Geistlichen vorhanden sein[6]. Zu dem erforderlichen animus possidendi gehört, dass die Absicht der bei der Verleihung mitwirkenden Personen auf die Vergabung des Benefiziums als eines saeculare, bez. regulare gegangen und die des Inhabers darauf gerichtet gewesen ist, dasselbe als solches anzunehmen[7]. Ein iustus titulus ist nur dann nöthig, wenn das fragliche Benefizium die ihm nach dem gemeinen Recht regelmässig zustehende Eigenschaft, nicht aber wenn es die ihm nur ausnahmsweise anhaftende Qualität ändern soll[8].

P. III. all. 131. n. 10, so ist das richtig, folgt aber schon aus dem allgemeinen Grundsatz, denn wenn die Festsetzung der Grenzen erwiesen ist, kann von einer unvordenklichen Verjährung nicht mehr die Rede sein, beides schliesst sich aus.

Die Regel des Textes bezieht sich nicht auf die Ersitzung von Rechten, z. B. des Eigenthums oder jurisdiktioneller Befugnisse in einem fremden Sprengel, Barbosa l. c. n. 6. 11.

[1] An Sachbesitz ist deshalb nicht zu denken, weil dieser der thatsächliche Ausdruck des Eigenthums ist, es aber hier sich gar nicht um das Eigenthum der Grenzen, sondern um die Ausübung kirchlich-publicistischer Rechte in den Grenzgebieten handelt.

[2] c. 20 (Later. IV. a. 1215) X. de praescr. II. 26.

[3] c. 4. 5 C. XVI. qu. 3 cit., welche noch die 30jährige Verjährung zulassen, sind durch das spätere Recht, c. 9 (Alex. III.) X. eod. beseitigt. Die singuläre Vorschrift des c. 1 (conc. Afric.) X. eod., über deren Verhältniss zur allgemeinen Regel s. Barbosa l. c. n. 13 ff., hat bei der heutigen Gestaltung der Missions-Einrichtungen keine praktische Bedeutung mehr.

[4] Denn die beiden Ausnahmefälle, in denen ein solcher verlangt wird, c. 1 (Bonif. VIII.) in VI^to de praescr. II. 13, liegen hier nicht vor.

[5] c. 5 (Bonif. VIII.) in VI^to de praeb. III. 4. Ueber die unrichtige Ansicht, dass zur Veränderung eines beneficium regulare in ein saeculare eine 10jährige Frist genügt, s. Garcias P. VII. c. 10. n. 35; Barbosa J. E. U. P. III. c. 4. n. 43 ff.; Schmalzgrueber III. 5. n. 15; Leuren. P. I. qu. 38. n. 5.

[6] Denn die Handlungen, welche die Natur des Benefiziums zu ändern geeignet sind, bestehen in der Verleihung und der Verwaltung des Benefiziums und sind von den gedachten Personen vorzunehmen, s. auch Schmalzgrueber l. c. n. 17. 18.

[7] Keineswegs kann aber, wie manche thun, die Absicht erfordert werden, dem Benefizium einen anderen Status aufzudrücken. Dies würde das Bewusstsein einer von der gewollten verschiedenen Qualität bedingen und das Requisit der bona fides ausschliessen, s. über diese Kontroverse Barbosa l. c. n. 68 u. Schmalzgrueber l. c. n. 18.

Wird die Verleihung dagegen in Folge der Dispensation eines ungeeigneten Klerikers (also z. B. eines Mönches für ein beneficium saeculare) vorgenommen, so kommt sie und eine darauf gegründete Verwaltung des Amtes nicht für die Verjährung in Betracht. Ebenso wenig macht eine aus bestimmten Gründen angeordnete Verwaltung eines Benefiziums durch Mönche dasselbe zu einem regularen, Acta s. sed. 10, 319.

[8] Dies folgt aus c. 1 in VI^to II. 13 cit. Das Pfarramt, welches seiner Natur nach ein b. saeculare ist, kann daher nur auf Grund einer Verjährung mit iustus titulus ein b. regulare werden. Ein Pfarrbenefizium aber, welches bisher als Regular-Benefizium vergeben worden ist, wird in Folge 40jähriger Verjährung ohne Titel ein saeculare, Schmalzgrueber l. c. n. 17.

Uebrigens halten manche, so Leuren. l. c. qu. 62. 177 u. 33. n. 2 die hier besprochene Präskription auch für genügend, um die Perpetuität eines Benefiziums in Manualität und die letztere in die erstere zu verändern. Indessen wird c. 5 in VI^to cit. als eine singuläre Vorschrift,

Endlich kann eine Veränderung des status beneficii auch dadurch eintreten, dass einem Benefizium gewisse Amtsbefugnisse, welche ihm zustehen, durch Verjährung oder Ersitzung seitens anderer Personen entzogen werden.

Eine solche ist hinsichtlich der bischöflichen Rechte — abgesehen von den reservirten iura ordinis[1] seitens eines nicht mit der Bischofsweihe versehenen Klerikers[2] — im Allgemeinen, also vor Allem hinsichtlich der Jurisdiktionsrechte, namentlich auch seitens der Untergebenen[3], statthaft[4], und zwar sowohl in Betreff der gesammten Jurisdiktion über eine oder mehrere Kirchen[5] als auch einzelner, in derselben enthaltener Befugnisse[6]. So unterliegt z. B. der Präskription das Recht zur Anstellung zu kirchlichen Aemtern[7], zur Verhängung von Censuren[8], Absetzung von Geistlichen[9], Verwaltung der streitigen Gerichtsbarkeit[10], Errichtung eines Taufsteines[11], Annahme von Todten zum Begräbniss[12] und Abhaltung des Gottesdienstes in den dem Bischof unterstehenden Kirchen[13], endlich das Recht zur Ertheilung der Absolution in leichteren Fällen[14].

Ihre Gränze hat aber die Statthaftigkeit der Ersitzung darin, dass dieselbe niemals gegen die Grundlagen der kirchlichen Disciplin gehen darf[15]. Daher ist die Ersitzung der Freiheit von jeder Obedienz gegen die kirchlichen Oberen und von jeder Visitation durch die letzteren[16] ausgeschlossen, und nur insoweit zulässig, als damit eine Unterwerfung unter einen anderen kirchlichen Oberen verbunden ist[17].

welche keine weitere analogische Ausdehnung gestattet, betrachtet werden müssen.

1 S. o. S. 40.

2 c. 4 (Innoc. III.) X. de cons. I. 4, denn es fehlt hier an einem für das Recht fähigen Subjekt, Barbosa de off. et pot. episc. P. III. all. 127. n. 8; Schmier, iurispr. can. civil. l. I. tr. 2. c. 4. n. 324 ff. Ueber die Möglichkeit der Ersitzung des ius benedicendi sine unctione s. ibid. n. 333.

Selbst die unvordenkliche Verjährung reicht nicht aus. Da sie den Nachweis der Erwerbung eines Rechtes ersetzt, so kann sie derjenige, welcher für ein solches überhaupt unfähig ist, nicht geltend machen, Fagnan. ad c. 4 cit. n. 20 ff.

3 In Frage kommen namentlich die praelati inferiores.

4 c. 15. 18 (Innoc. III.) X. de praescr. II. 26.

5 Fagnan. ad c. 15 cit. n. 1 ff.; Schmier l. c. n. 339. Es kann dann das Verhältniss entstehen, welches in den Dekretalen als incorporatio pleno iure, sonst plenissimo iure bezeichnet wird. Darüber, dass zur Begründung der Stellung eines praelatus nullius die gewöhnliche Ersitzung nicht ausreicht, s. o. S. 343. n. 5.

6 c. 18 X. cit.

7 c. 3. X. de instit. III. 7 u. c. 4. X. de off. arch. I. 23 stehen nicht entgegen. Ersteres verbietet nur die Usurpation von Benefizien ohne Konsens des Oberen, letzteres gehört der Zeit an, wo die Umbildung des Archidiakons zu einem Beamten mit selbstständiger Jurisdiktion noch nicht vollendet war, vgl. übrigens Barbosa l. c. n. 9; Schmier l. c. n. 342. Auch die institutio authorizabilis, das Approbationsrecht des Bischofs für die cura animarum, kann, was freilich bestritten, durch Verjährung ausgeschlossen werden. Barbosa l. c. n. 12; Schmier l. c. n. 347. 348. Das dagegen angeführte Trid. Sess. XXIII. c. 15 de ref. handelt von der Approbation zum Beichthören, nicht von der Verleihung der Kuratbenefizien.

8 Kober, Kirchenbau 2. Aufl. S. 77.

9 Nach dem Trid. Sess. XXIV. c. 20 de ref. nur dann, wenn es keiner Kriminaluntersuchung mehr bedarf, Kober, Deposition S. 319 ff.

10 Mit Ausnahme der Ehesachen, Trid. l. c.; Fagnan. ad c. 12. X. de exc. prael. V. 31. n. 3 ff.

11 Fagnan. ad c. 18. II. 26 cit. n. 17.

12 L. c. n. 25.

13 L. c. n. 27.

14 Nicht aber in den dem Bischof reservirten Fällen, Trid. Sess. XIV de sacr. poen. c. 7 u. Fagnan. l. c. n. 18 ff. Wegen des in c. 18. X. II. 26 cit. erwähnten Rechtes auf die Ordination, dessen Ersitzung gleichfalls in Folge der Vorschriften des Tridentinums, s. Th. I. S. 81. 97 beseitigt ist, vgl. Fagnan. l. c. n. 13 ff.

15 c. 5 (Innoc. III.) X. de cons. I. 4; Reiffenstuel II. 26. n. 49. 55.

16 c. 12. 16 (Innoc. III.) X. de praescr. II. 26; Reiffenstuel II. 26. n. 50. 55.

17 Gonzalez Tellez ad c. 12 cit.; Barbosa P. III. all. 128. n. 5 ff. Daher kann der eine kirchliche Obere diese Rechte auch gegenüber einem andern erwerben und letzteren von der Ausübung derselben ausschliessen, Reiffenstuel l. c. n. 53. 54. Nach c. 16 cit. ist die Möglichkeit einer Ersitzung der Freiheit von der Prokuration bei fortdauernder Befugniss zur Visitation ausgeschlossen, ob diese Vorschrift aber nicht durch Trid. Sess. XXIV. c. 3 de ref. (s. v. in iis vero) beseitigt ist, darüber herrscht Streit, s. den sich selbst widersprechenden Barbosa l. c. alleg. 73. n. 48 u. all. 130. n. 9 u. Schmier l. c. n. 351.

An und für sich sind die Pfarrrechte, ebensowenig wie die bischöflichen, der Verjährung und Ersitzung entzogen[1]. Jedoch kann eine solche, soweit es sich nicht um Befugnisse, welche (wie z. B. das Zehntrecht) zugleich einen Vermögenswerth haben, handelt, nur in viel beschränkterem Umfange Anwendung finden. Zunächst sind die Laien wegen des Mangels des erforderlichen Ordo gar nicht in der Lage, derartige Rechte zu ersitzen, auch ebensowenig die Exemtion vom Pfarrverbande durch Verjährung zu erwerben[2]. Eine Ersitzung der Freiheit von den noch jetzt dem Pfarrzwange unterworfenen Handlungen[3] ist (abgesehen davon, dass diese schon deshalb praktisch nicht gut möglich erscheint, weil sie für den Einzelnen während seiner Lebensdauer im Allgemeinen zu selten vorkommen) rechtlich unstatthaft, denn die betreffenden Vorschriften sind im Interesse der Aufrechterhaltung der kirchlichen Disciplin gegeben und können durch die Verjährung nicht beseitigt werden.

Endlich ist die Ersitzung von Pfarrrechten seitens einzelner Geistlicher, z. B. seitens der Inhaber von einfachen Benefizien an Kapellen, ebenfalls nicht denkbar. Darin läge eine Transformation der in Frage stehenden Benefizien und unter Umständen auch eine Division oder Dismembration derselben, welche nicht durch Verjährung herbeigeführt werden kann[4].

Rechtlich statthaft erscheint demnach nur die Ersitzung einzelner oder aller Pfarrrechte durch eine Pfarrkirche im Sprengel einer andern.

Im Uebrigen unterliegt die Ersitzung der bischöflichen und Pfarr-Gerechtsame den allgemeinen Regeln, erfordert demnach die Vornahme von Handlungen, welche sich als Manifestationen der einzelnen Rechte darstellen, d. h. den Besitz und zwar während eines 40jährigen Zeitraumes, ferner die bona fides, endlich aber auch einen iustus titulus, weil hier stets ein Bruch des gemeinen Rechtes oder eine dem Ersitzenden entgegenstehende Vermuthung in Betracht kommt[5]. Hinsichtlich des Umfanges der Ersitzung gilt der Satz: tantum praescriptum quantum possessum. Danach entscheidet es sich insbesondere, ob die Ersitzung eine s. g. privative oder kumulative ist, d. h. ob das Recht desjenigen, gegen welchen dieselbe vollendet worden, ganz beseitigt wird oder ob er die betreffenden Gerechtsame neben dem Ersitzenden (z. B. der Bischof neben dem praelatus inferior) noch in der Weise ausüben kann, dass bei der Konkurrenz beider die Prävention entscheidet[6].

§. 111. C. Die Aufhebung oder Suppression der Kirchenämter.

I. Die Befugniss zur Suppression. Die Aufhebung (*suppressio*, *extinctio*) der Kirchenämter steht, da sie nichts anderes als eine Innovation ist, gemäss der allgemeinen Regel dem Papste oder dem Ordinarius zu, je nachdem es sich um höhere oder niedere Benefizien handelt[7].

[1] Schmier l. c. n. 356. 357.

[2] Das wäre contra disciplinam ecclesiasticam c. 5. X. I. 4 cit.

[3] S. o. S. 300.

[4] S. o. S. 456.

[5] c. 1 in VI^to II. 13 cit.

[6] Fagnan. ad c. 15. X. cit. II. 26. n. 6 ff.; Barbosa l. c. P. III. all. 127. n. 14 ff.; Schmier l. c. n. 320 ff. Ueber die Unterbrechung und das Ruhen der Ersitzung kommen die allgemeinen Grundsätze zur Anwendung, unter denen hier auf die Regel besonders verwiesen werden mag, dass die Ersitzung während der Sedisvakanz ruht, c. 4 (Alex. III.) 15 (Innoc. III.) X. de praescr. II. 26, s. dazu Barbosa l. c. alleg. 132.

[7] S. o. S. 397. Ueber die exemten niederen Benefizien kann selbstverständlich der Papst ebenfalls allein in der gedachten Weise verfügen, jedoch haben die Bischöfe kraft gesetzlicher Delegation nach Trid. Sess. XXI. c. 7 de ref. die Befugniss zur Suppression solcher Pfarreien, welche nicht mehr forterhalten werden können.

Indessen besitzt der erstere ausschliesslich das Recht zur Suppression von Dom-[1] und Kollegiatkapiteln. Die einzelnen Kanonikate in denselben kann dagegen der Bischof supprimiren[2], mit Ausnahme der Dignitäten, in Betreff deren die Doktrin schon seit Jahrhunderten die Kompetenz des Papstes für begründet angenommen hat[3]. Der Bischof hat bei derartigen Massnahmen den Konsens des Kapitels einzuholen[4]. Der General-Vikar bedarf zu denselben eines Spezial-Mandates[5], wogegen sie während der Sedisvakanz weder vom Kapitel noch vom Kapitular-Vikar vorgenommen werden können[6].

II. Die Voraussetzungen der Suppression. Für die Suppression, welche die eingreifendste Art der Innovation ist, bedarf es eines ausreichenden Grundes, welcher nur in einer Nothwendigkeit oder in einem augenscheinlichen Nutzen bestehen kann[7]. Unter den ersten Gesichtspunkt fällt der Verlust der Einkünfte des Benefiziums, eine derartige Verminderung derselben, dass die Mittel für die erforderlichen sächlichen und persönlichen Ausgaben nicht mehr zureichen[8], der Eintritt von Umständen, welche die Erfüllung des Zweckes des Amtes hindern, unter den letzteren dagegen eine hervortretende Ungeeignetheit des Amtssitzes oder Beschränktheit des geographischen Amtssprengels oder das Obwalten thatsächlicher, das Ansehen des Amtes beeinträchtigender Verhältnisse[9].

Ausserdem hat das Tridentinum[10] die Bischöfe ermächtigt, einzelne Kanonikate an Kathedral- oder hervorragenderen Kollegiatkirchen, in welchen viele, aber in ihrer Höhe nicht der Bedeutung des Ortes und der Stellung der Kanoniker entsprechende Präbenden vorhanden sind, falls eine Verbesserung des Einkommens nicht durch Union einfacher Beneficien mit den Kanonikaten erzielt werden kann, zur Aufbesserung des für die Kanoniker bestehenden Distributionsfonds, jedoch unter Erhaltung der für den Gottesdienst und die Würde der Kirche genügenden Anzahl, zu supprimiren. Diese Vorschrift stellt sich als eine Ausnahmebestimmung dar, weil an und für sich die Dotirung von Präbenden, welche wohl zum Unterhalt der Kano-

[1] In Bezug auf diese auch deshalb, weil das Domkapitel nicht ohne Bisthum denkbar ist und nur der Papst ein solches aufheben kann.

[2] Gonzalez Tellez ad c. 12. X. de const. I. 2. n. 7 ff.; Schmalzgrueber III. 12. n. 53. Das Trid. Sess. XXIV. c. 15 de ref., welches diese Befugniss für einen gegebenen Fall erweitert, bestätigt diesen Grundsatz.

[3] Auf Grund des c. 8 (Innoc. III.) X. de const. I. 2, s. Glosse dazu s. v. confirmatum; Fagnan. ad c. cit. n. 5; Schmalzgrueber l. c. III. 12. n. 54 unterscheidet zwischen einer gemeinrechtlichen Dignität und einer statutarisch errichteten. Die erstere soll der Papst ausschliesslich, die letztere der Bischof, falls das betreffende Statut keine päpstliche Bestätigung erhalten hat, aufheben können. Die Unterscheidung ist indessen unhaltbar. Es giebt keine durch das gemeine Recht fest bestimmten Dignitäten. S. o. S. 113.

[4] S. o. S. 153.

[5] S. o. S. 215.

[6] S. o. S. 242.

[7] Leuren. l. c. P. III. qu. 967.

[8] c. 12 (Honor. III.) X. de const. I. 2; c. 33 (Greg. IX.) X. de V. S. V. 40; Trid. Sess. XXI. c. 7 de ref.; Pii VII. const. v. 27. Juni 1818. §. 2 (bull. Rom. cont. 15, 56): „In ipsius regis (utriusque Siciliae) ditione citra Pharum suppressis vel ob reddituum deficientiam vel ob locorum obscuritatem vel ob nimiam dioecesani territorii angustiam vel ob alias rationabiles causas variis episcopalibus sedibus“.

[9] Eiusd. const. v. 1. Mai 1818. §. 2 (ibid. p. 36): „Referebatur . . . binas episcopales ecclesias, Caprularum et Torcellanam eo esse loci, ut ob coeli gravitatem morari ibidem haud solerent antistites qui Venetiis, ut plurimum, degebant, sacrorum propterea administros perpaucos esse eosque fortuna egentes; squallere inopia canonicorum collegia eosque nonnisi ex pensione ex aerario vectitare; chorales proinde functiones festis duntaxat diebus vel nullo vel miserabili sane apparatu haberi; grandem vero esse incolarum egestatem, quorum mille ac biscentum Caprularum dioecesis percenset ac vix quindecim mille Torcellana; eam idcirco earumdem ecclesiarum esse conditionem, ut nequaquam episcopatus honorem posse ibidem sustineri pro dignitate palam sit, ideoque rogabamur, ut eas perpetuo supprimeremus ac patriarchali Venetiarum ecclesiae attribueremus“. S. auch die vorige Note.

[10] Sess. XXIV. c. 15 de ref.

niker ausreichen, aber keine den besonderen Verhältnissen einer hervorragenderen Kirche angemessene Höhe haben, nicht einen Grund zur Suppression von anderen Benefizien abgeben kann. Daher hat die Doktrin von jeher, und mit vollem Recht, diese Anordnung beschränkend ausgelegt, und dem Bischof die Befugniss zur Suppression von Dignitäten der Kapitel [1] und von Präbenden an kleineren und nicht bedeutenden Kollegiatkirchen abgesprochen [2], sowie die Vorschrift auf die praelati cum iurisdictione episcopali für unanwendbar erklärt [3].

Die päpstlichen Reservationen hindern die Suppression von Benefizien ebensowenig wie die Union derselben. Da aber die Suppression gleichfalls eine Innovation ist, so müssen auch hier dieselben Ausnahmen, wie hinsichtlich der Unionen, zur Geltung kommen (vgl. o. S. 419).

III. Das Verfahren bei der Suppression. Zur Gültigkeit der Suppression bedarf es der Feststellung des sie rechtfertigenden Grundes und der Zuziehung der betheiligten Personen [4]. Als solche kommen in Betracht namentlich:

1. der Inhaber des zu supprimirenden Benefiziums, welchem das Recht auf dasselbe nicht ohne seinen Konsens entzogen werden kann;

2. der Patron. Sein unbegründeter Widerspruch hindert aber die Suppression nicht absolut und unter allen Umständen [5], und zwar um so weniger, als diese für die Regel nur da vorgenommen wird, wo die Fortexistenz des Benefiziums unmöglich geworden ist. Selbstverständlich geht der Patronat bei ausdrücklich ertheiltem oder ordnungsmässig ergänztem Konsens des Patrons durch Suppression seiner Substanz nach unter;

3. die sonstigen kollationsberechtigten Personen;

4. die Parochianen, sofern es sich um Aufhebung der für ihre Zwecke bestimmten Benefizien handelt;

5. das Kollegiatkapitel bei der Suppression von Präbenden in demselben [6].

Ueber die Folgen der Verletzung der gedachten Vorschriften, sowie über die Ausstellung eines Suppressions-Dekretes gilt dasselbe, wie bei der Union [7].

IV. Die Wirkungen der Suppression. Die Suppression vernichtet das bisherige Benefizium seiner Substanz nach. Dadurch erlischt dasselbe auch in seinem geistlichen Bestande und die ihm anhaftenden Privilegien gehen unter.

Für das dem Benefizium gehörige Vermögen, die gottesdienstlichen Gebäude, die Pertinenzen und Geräthschaften derselben und den geographischen Distrikt fällt der

[1] Fagnan. ad c. 8. X. de const. I. 2. n. 7. 8; Reiffenstuel III. 12. n. 35.

[2] Barbosa de off. et pot. episc. P. III. all. 67. n. 2.

[3] L. c. n. 11.

[4] Vgl. Leuren. l. c. qu. 968 ff.

[5] Wenn das Trid. Sess. XXIV. c. 15 de ref. die Zustimmung des Laienpatrons unbedingt fordert, also in dem dort erwähnten Falle auch die Supplirung derselben ausschliesst, so erklärt sich das aus der singulären Natur der Bestimmung.

[6] Weil es ebenfalls dabei interessirt ist. Ob im Trid. Sess. XXIV. l. c. mit dem consensus capituli der des betheiligten, also auch der des Kollegiatkapitels oder aber in allen Fällen der des Domkapitels hat erfordert werden sollen, ist in Frage gezogen worden. Die erstere Annahme bei Barbosa de off. et pot. episc. l. c. n. 14. Sie ist aber nicht haltbar, denn der Ausdruck: episcopi cum consensu capituli kann nur auf das dem Bischof zur Seite stehende (Dom-) Kapitel bezogen werden. Als Betheiligter wird freilich der allgemeinen Regel gemäss auch das Kollegiatkapitel zu hören sein, ein die Massregel hinderndes Widerspruchsrecht, wie das Domkapitel, hat es indessen nicht.

[7] Weil es sich ebenfalls um eine Innovation handelt. Das positive Quellen-Material über die Suppression ist äusserst dürftig; nicht minder auch die Literatur, s. z. B. Garcias l. c. P. XII. c. 1; Schmalzgrueber l. c. n. 53. 54; Reiffenstuel l. c. n. 32 ff.; Phillips 7, 296. 297.

bisherige Mittelpunkt fort. Daher hat der kirchliche Obere bei der Suppression auch zugleich die nöthigen Anordnungen in Betreff dieser Gegenstände zu treffen.

Der frühere Sprengel eines aufgehobenen Territorial-Benefiziums ist, um die Befriedigung der religiösen Bedürfnisse der Einwohner sicher zu stellen, mit dem Bezirke eines anderen gleichartigen Amtes zu vereinigen[1]. Das für das supprimirte Benefizium bestimmte Gebäude, welches nunmehr entbehrlich wird, kann zu anderen kirchlichen Zwecken gewidmet werden[2], ist aber eine solche Verwendung nicht möglich und fehlt es an den Mitteln zur Unterhaltung desselben, so bleibt nichts übrig als dasselbe zu profaniren[3], damit es für andere weltliche Zwecke, welche aber anständige sein sollen, gebraucht oder abgebrochen werden kann[4]. Mit der Profanation tritt die Kirche wieder in den allgemeinen Rechtsverkehr, und daher ist auch eine Veräusserung derselben[5], und bei beschlossenem Abbruch, ein Verkauf des Baumaterials nicht unstatthaft.

Die zu einer solchen Kirche gehörigen Reliquien, Altarbilder, Geräthschaften können nach Befinden des kirchlichen Oberen anderen Kirchen überlassen werden; gewöhnlich geschieht dies an solche, auf welche etwaige andere an der supprimirten Kirche vorhandene, aber nicht selbst der Aufhebung unterliegende Benefizien übertragen werden.

Das etwaige Vermögen des zu supprimirenden Benefiziums kann der kirchliche Obere, da er auch zur Veräusserung desselben befugt ist, anderen, von ihm zu bestimmenden kirchlichen Instituten überweisen. Geschieht dies zeitlich noch vor der Aufhebung des Benefiziums, so ergiebt sich nicht die mindeste Schwierigkeit. Für den umgekehrten Fall oder wenn die Verfügung im Suppressions-Dekrete vorbehalten oder gar vergessen worden ist, entsteht die Frage, ob nicht mit der Vernichtung der juristischen Persönlichkeit des Amtes das in diesem Zeitpunkt vorhandene Vermögen bonum vacans wird. Indessen legen die kirchlichen Rechtsquellen den geistlichen Oberen die Befugniss bei, das Vermögen kirchlicher Institute, welche ihren Zweck nicht mehr erfüllen können, einer anderen Bestimmung zu widmen, und schliessen dadurch das Recht des Fiskus aus.

In die Schulden des supprimirten Benefiziums treten diejenigen Institute, welchen das Vermögen oder einzelne Vermögensstücke überwiesen worden sind, nicht ein, denn eine Universal-Succession liegt bei einem derartigen Erwerbe nicht vor. Andererseits hebt aber die Suppression die bestehenden Passiva zum Nachtheile der

[1] Trid. Sess. XXI. c. 7 de ref. Alles Nähere steht im Ermessen des Oberen. So kann er z. B. die Parochie einer supprimirten Pfarre dismembriren und die einzelnen Theile mit verschiedenen Pfarrsprengeln vereinigen, auch für einzelne ständige Vikare einsetzen.

[2] Z. B. an eine religiöse Kongregation oder Brüderschaft abgetreten werden, wobei dann diese nach der Praxis die Unterhaltung zu übernehmen hat.

[3] Trid. l. c. Es soll aber stets bei der Kirche ein Kreuz errichtet werden.

[4] Letzteres geschieht namentlich bei kleineren, verödet oder vereinzelt gelegenen Kirchen und Kapellen, um einen Missbrauch (z. B. als Schlupfwinkel für Gesindel oder Verbrecher) zu verhindern, vgl. Card. de Luca adnot. ad Trid. disc. 17. n. 3, Acta s. sed. 2, 461; 5, 184.

[5] In dem Acta cit. 5, 184 mitgetheilten Fall ist die profanirte Kapelle mit anderen Gegenständen in Emphyteuse gegeben worden. Immer soll aber der Obere bei der Veräusserung die grösste Vorsicht zur Verhütung eines späteren unanständigen Gebrauches anwenden, und falls letzteres nicht möglich erscheint, lieber der Verkauf unterbleiben. Hieraus erklärt sich das in der Entscheidung bei Richter, Tridentinum S. 121. n. 10 von der Congr. Conc. erlassene Verbot. Andererseits wird eine Veräusserung an den Staat oder eine Kommune um die Kirche wegen ihrer architektonischen Beschaffenheit als Kunstdenkmal zu erhalten oder sie als Museum oder zu ähnlichen Zwecken zu brauchen, nicht für ausgeschlossen erachtet werden können.

[6] Trid. Sess. XXIV. c. 15 de ref.; Sess. XXV. c. 8 de ref.

Gläubiger nicht auf: demnach kann nur das Vermögen selbst, soweit es ausreicht, nach Analogie des gemeinen Rechtes [1] für haftbar erachtet werden. Ja, es wird dem kirchlichen Oberen sogar die Pflicht aufgelegt werden müssen, in solchen Fällen, weil erst nach Berichtigung der Schulden überhaupt ein seiner Disposition unterliegendes Vermögen vorhanden ist, eine ordentliche Liquidation zu veranlassen, und da, wo es rechtlich gestattet ist, zur Deckung der Schulden die Ausschreibung von Umlagen anzuordnen, um auf diese Weise den Gläubigern Befriedigung zu verschaffen. Alles dies gehört zu einer ordentlichen Abwickelung des Suppressions-Geschäftes. Werden diese Massregeln versäumt, so können die Gläubiger sich nicht nur an die einzelnen Vermögensstücke halten, sondern auch wegen des durch Verletzung der gedachten Pflicht ihnen erwachsenen Schadens die kirchlichen Oberen auf Ersatz belangen.

Sind endlich mit dem zu supprimirenden Institut noch andere Benefizien (z. B. mit der Pfarrkirche einzelne einfache Benefizien) verbunden, deren Aufhebung nicht durch die des ersteren bedingt ist [2], so müssen diese vom kirchlichen Oberen auf andere Kirchen übertragen werden.

Die 13. Kanzleiregel [3] widerruft die bei Lebzeiten eines Papstes angeordneten, aber nach dessen Tode noch nicht in Wirksamkeit getretenen Suppressionen in dem Umfange, wie die Unionen (s. o. S. 433). Nur kann mit Rücksicht darauf, dass bei der blossen Aufhebung eines Benefiziums die Schaffung eines neuen ausser Frage steht, der Zeitpunkt, von welchem ab die Suppression nicht mehr dem in der Kanzleiregel ausgesprochenen Widerruf unterliegt, nicht wie bei der Union in den Moment der Besitzerlangung des Benefiziums verlegt werden [4], vielmehr wird als solcher der Zeitpunkt der thatsächlich durchgeführten Aufhebung gelten müssen.

Die *restitutio beneficii exstincti*, die Wiederherstellung des aufgehobenen Benefiziums, ist die Beseitigung einer früher vollzogenen Suppression. Da indessen durch die letztere das frühere Benefizium völlig vernichtet wird, so steht diese Wiederherstellung rechtlich der Neuerrichtung gleich. Es kommen mithin für dieselbe alle für letztere massgebenden Regeln zur Anwendung [5], und es leben die den supprimirten Benefizien anhaftenden besonderen Rechte oder Privilegien nicht von selbst wieder auf.

§. 112. *II. Das Recht der Altkatholiken.*

Für die Altkatholiken, welche sich als wahre Katholiken betrachten, müssen die in den §§. 103—111 entwickelten Grundsätze des katholischen Kirchenrechts als in Geltung stehend angesehen werden. Darüber indessen, wie diese gegenüber den aus der Stellung der Altkatholiken zur vatikanisch-katholischen Kirche und zum Papste sich ergebenden Schwierigkeiten zur Anwendung zu bringen sind, sind altkatholischerseits selbst mangels eines hervorgetretenen Bedürfnisses noch keine Festsetzungen getroffen worden. Praktisch wird diese Frage erst dann werden, wenn

[1] L. 11. D. de iure fisci XLIX. 14: „Non possunt ulla bona ad fiscum pertinere, nisi quae creditoribus superfutura sunt: id enim bonorum cuiusque esse intellegitur quod aeri alieno superest".

[2] Dagegen kann bei Aufhebung eines Bisthums das Domkapitel nicht mehr unverändert fortbestehen bleiben, wohl aber in der Weise, dass es mit dem einer anderen Diöcese vereinigt wird.

[3] S. o. S. 433. n. 3.

[4] S. o. S. 433.

[5] Phillips K. R. 7, 286. 297. A. M. ohne nähere Begründung Schulte K. R. 2, 315, welcher den Bischof nicht für verpflichtet erklärt, hierbei irgend einen Interessenten zu hören.

sich die Nothwendigkeit der Bestellung eines zweiten altkatholischen Bischofs und damit der Theilung des bisherigen deutschen Gebietes in zwei Bisthümer geltend machen sollte [1].

Bei der Gestaltung der bisherigen Organisation ist nur die Errichtung und die Veränderung von Pfarreien in Frage gekommen. Auf diese macht die Uebertragung der Grundsätze des katholischen Kirchenrechtes keine Schwierigkeit, da die gedachten Massnahmen zur Kompetenz des Bischofs gehören und dem altkatholischen Bischof „alle Rechte und Pflichten zustehen, welche das gemeine Recht dem Episkopat beilegt“ [2]. Mangels eines Domkapitels fällt die Konkurrenz desselben fort, wohl aber wird die Synodal-Repräsentanz, welche dem Bischof bei der Leitung des altkatholischen Kirchenwesens überhaupt zur Seite steht [3], als berathende Behörde zuzuziehen sein.

§. 113. *III. Das staatliche Recht.*

Die katholische Kirche nimmt in den deutschen Staaten die Stellung einer öffentlichen Korporation ein, und ist als solche in ihren Gliederungen und in ihrem Aemter-Organismus mit einer Reihe staatlicher Privilegien ausgestattet. Die äussere Gestaltung der kirchlichen Einrichtungen, wodurch nicht nur die Kirche im staatlichen und öffentlichen Leben zur Erscheinung kommt, sondern auch überhaupt ihre Wirksamkeit und der Charakter der letzteren wesentlich mit bedingt wird, ist daher eine Angelegenheit, welche ihrer Natur nach die staatlichen Interessen berührt, und nicht allein der einseitigen, völlig freien Regelung der Kirche überlassen werden kann. Die Zahl der Bisthümer und Pfarreien, ihre gehörige Vertheilung und Abgränzung ist für den Staat, welcher mit der Gewährung der privilegirten Stellung an die Kirche die hohe Bedeutung ihrer Mission für das Volksleben anerkennt, nicht gleichgültig. Er hat ein Interesse daran, dass diese Organisationen für die Erfüllung der kirchlichen Aufgaben zweckmässig gestaltet werden, ferner aber auch daran, dass dies nicht in einer Weise geschieht, welche ihn und seine Unterthanen benachtheiligt und schädigt [4]. In dieser allgemeinen Bedeutung der kirchlichen Organisation für das öffentliche Leben liegt die Rechtfertigung für die Mitwirkung des Staates bei Neugestaltungen und Umänderungen derselben. Allerdings ist eine solche auch dazu erforderlich, weil die betreffenden Einrichtungen ohne diese die für die staatliche Sphäre wirksamen Rechte und Privilegien nicht erhalten können. Aber dies ist nicht das wesentliche Fundament der staatlichen Betheiligung. Wäre der letztere Gesichtspunkt allein massgebend, so müsste es der Kirche freistehen, dieselbe durch einen Verzicht auf jene Rechte und Privilegien abzulehnen. Die Gründung von solchen Bildungen rein kirchlichen Charakters, z. B. von blos kirchlichen, nicht staatlich anerkannten Bisthümern oder Pfarreien, erscheint indessen unter dem zuerst hervorgehobenen Gesichtspunkt unstatthaft. Wenn eine Kirche im Staate die Stellung einer öffentlichen Korporation hat, so ergreift dieser Charakter alle ihre Einrichtungen, und es ist unmöglich, diesen für einen Theil derselben auszuschliessen.

[1] Der gegenwärtige einzige altkatholische Bischof in Deutschland ist unter exceptionellen Verhältnissen gewählt worden. Das dabei beobachtete Verfahren kann daher unmöglich für weitere zukünftige bischöfliche Organisationen massgebend sein.

[2] Synodal- u. Gemeinde-Ordnung v. 1874. §. 5.

[3] A. a. O. §. 13.

[4] So z. B. durch übermässige Vermehrung der kirchlichen Aemter, welche eine Ueberbürdung der Bevölkerung mit kirchlichen Lasten herbeiführt.



Das Mitwirkungsrecht des Staates wird von den Gesetzgebungen der meisten Staaten, namentlich der deutschen, theils in grösserem, theils in geringerem Umfange in Anspruch genommen, wie ein solches auch früher schon von der weltlichen Gewalt ausgeübt worden ist[1]. Weil eine derartige Konkurrenz sich gerade bei den hier in Frage kommenden Massnahmen als förderlich erwiesen hat und oft in Folge derselben allein die nothwendigen Dotationsmittel haben beschafft werden können, ist die Kirche der Handhabung dieses Rechtes viel weniger als der anderer staatlicher Kirchenhoheitsrechte entgegengetreten.

Von den höheren Benefizien kommen in Deutschland nur die Erzbisthümer und Bisthümer in Betracht. Unter den betreffenden Gesetzgebungen weist allein die bairische eine allgemeine Bestimmung dahin auf, dass Anordnungen über die Eintheilung der Diöcesen nicht ohne Zustimmung der Staatsregierung stattfinden können[2]. Damit ist jede einseitige Veränderung der bestehenden bischöflichen Verfassung, möge sie den Charakter einer Neu-Errichtung, einer Union oder Suppression haben, verboten[3]. Jede unter Verletzung der Vorschrift erfolgte Massnahme ist daher sowohl für das staatliche, wie auch kirchliche Gebiet nichtig und von den Staatsbehörden, den kirchlichen Beamten und den Mitgliedern der Kirche als nicht existent zu betrachten[4].

In den übrigen deutschen Ländern (in Altpreussen, Hannover und der oberrheinischen Kirchenprovinz) ist die Bisthumsverfassung durch die Circumscriptionsbullen[5] nach vorgängiger Vereinbarung mit den Staatsregierungen eingerichtet und durch die überall ertheilte staatliche Genehmigung und die Publikation der Bullen sanktionirt worden. Eine einseitige kirchliche Aenderung ist daher rechtlich unmöglich, weil die Kirche nicht die Befugniss hat, die gesetzlich in den einzelnen Staaten bestehenden Organisationen einseitig aufzuheben[6].

[1] Ueber die Konkurrenz der Fürsten bei der Begründung von Bisthümern s. o. S. 380. Ueber die Mitwirkung bei der Errichtung anderer kirchlicher Aemter und Institute, sowie bei der Veränderung derselben im Mittelalter — diese ist sogar mitunter von den Fürsten zu einem selbstständigen Verfügungsrecht erweitert worden, so kommen z. B. einseitig von diesen vorgenommene Inkorporationen vor — vgl. Friedberg, de finium int. eccl. et civ. reg. iudicio. Lipsiae 1861. p. 232; Reinhardt meditat. de iure principum Germaniae circa sacra. Hal. Magdeb. 1717. p. 74 ff.; Warnkönig, staatsrechtl. Stellg. d. kath. Kirche S. 67. 99.

[2] Relig. Edikt v. 1818. §. 76: „Unter Gegenständen gemischter Natur werden diejenigen verstanden, welche zwar geistlich sind, aber die Religion nicht wesentlich berühren, und zugleich eine Beziehung auf den Staat und das weltliche Wohl der Einwohner desselben haben. Dahin gehören ... Eintheilung der Diöcesen, Decanats- und Pfarrsprengel". §. 77: „Bei diesen Gegenständen dürfen von der Kirchengewalt ohne Mitwirkung der weltlichen Obrigkeit keine einseitigen Anordnungen geschehen". Eine noch umfassendere Bestimmung hat das österreich. Gesetz v. 7. Mai 1874. §. 20: „Zur Errichtung neuer Diöcesen und Pfarrbezirke, zu einer Aenderung in der Abgrenzung der bestehenden, dann zur Errichtung, Theilung oder Vereinigung von Pfründen ist die staatliche Genehmigung erforderlich".

[3] Alle diese Verfügungen berühren die bestehenden Diöcesan-Verhältnisse. Die unio aeque principalis führt freilich keine Veränderung der Diöcesen selbst herbei. Das die bairische Diöcesan-Eintheilung regelnde Konkordat v. 1817 und die diese näher normirende Circumscriptionsbulle v. 1. April 1818 sind indessen durch die kön. Verfügung v. 15. Sept. 1821 (Weiss, corp. iur. eccles. p. 262) staatlich genehmigt worden. Da eine derartige Union immer eine Abänderung der dadurch festgesetzten Einrichtungen enthalten würde, so kann sie ebenfalls nicht ohne staatliche Mitwirkung gültig erfolgen.

[4] Dieselben Konsequenzen ergeben sich auch für Oesterreich, für welches übrigens das aufgehobene Konkordat v. 1855 Art. 18 schon Einvernehmen mit der Regierung bei Errichtung neuer Diöcesen und neuer Diöcesan-Circumscriptionen vorgeschrieben hatte.

[5] Sie sind S. 81. n. 2. 3 aufgeführt.

[6] Dasselbe muss natürlich für die Aenderung der mit den Bisthümern verbundenen Delegatursprengel (s. o. S. 362) gelten. Schwierigkeiten haben sich in Preussen nicht ergeben, für die hier vorgekommenen Diöcesan-Aenderungen (so z. B. die anderweite Diöcesan-Abgrenzung zwischen den Diöcesen Kulm und Ermland i. J. 1859. zwischen Würzburg und Fulda i. J. 1870) ist stets die königliche Genehmigung eingeholt worden.

Das für die Länder des französischen Rechtes, insbesondere also Elsass-Lothringen massgebende Konkordat v. 26. Mess. IX. Art. 2

Dieser Grundsatz kommt auch für diejenigen Länder zur Anwendung, in welchen die katholische Kirche nur mit bestimmten, gesetzlich festgestellten Verfassungseinrichtungen anerkannt ist, gleichviel, ob die Katholiken auswärtigen Bisthümern unterstehen [1] oder für dieselben im Inlande eine besondere kirchliche Leitungsbehörde besteht [2], desgleichen in den Staaten, in welchen den Katholiken nur ein genau bestimmtes Mass der Religionsübung zugesichert ist [3].

Dieselben Regeln müssen ferner für Veränderungen in den deutschen Domkapiteln gelten, denn diese sind gleichzeitig bei der Errichtung der Bisthümer durch die vorhin erwähnten, staatlich genehmigten kirchlichen Ordnungen eingesetzt worden [4].

Bei der Errichtung neuer Pfarreien und bei Pfarr-Innovationen ist in Altpreussen [5], in der preussischen Provinz Schleswig-Hol-

schreibt ebenfalls bei der Circumscription der Diöcesen das Einvernehmen mit der Regierung vor und die organischen Artikel setzen demgemäss (Art. 58. 59) die Bisthümer fest. Die späteren Abänderungen sind in Frankreich immer unter Mitwirkung der staatlichen Organe zu Stande gekommen.

1 Hierher gehören Oldenburg, s. Th. I. S. 537. n. 4; Lippe-Detmold a. a. O. n. 5; Sachsen-Weimar, s. diesen Theil o. S. 285. n. 12; Schwarzburg-Rudolstadt s. Arch. f. k. K. R. 36, 411.

2 Wie im Königreich Sachsen, s. Th. I. S. 537. n. 3. Das sächs. Ges. v. 23. August 1876. §. 29: „Neue geistliche Einrichtungen jeder Art, welche in irgend einer Hinsicht die staatlichen und bürgerlichen Verhältnisse berühren, dürfen nur mit Genehmigung der Staatsregierung ausgeführt werden. Die Genehmigung kann nur aus staatlichen Gründen versagt werden", kann seinem Zusammenhange nach kaum auf das Vikariat bezogen werden (s. auch Motive dazu i. Arch. f. k. K. R. 37, 114), würde anderenfalls aber nur das im Text Gesagte ebenfalls rechtfertigen.

3 So in Braunschweig s. Th. I. S. 537. n. 2; in Waldeck, Arch. f. k. K. R. 9, 18 ff.; in Sachsen-Gotha, s. cit. Arch. 36, 215, von denen das erstere dem Bisthum Hildesheim (cit. Arch. 23, 246), die letzteren dem von Paderborn überwiesen sind. Ueber Mecklenburg o. S. 314. n. 1.

4 Für die Länder des französ. Rechts vgl. organ. Artikel 35: „Les archevêques et évêques qui voudront user de la faculté qui leur est donnée d'établir des chapitres, ne pourront le faire sans avoir rapporté l'autorisation du gouvernement tant pour l'établissement lui-même que pour le nombre et le choix des ecclésiastiques destinés à les former".

5 A. L. R. II. 11. §. 238: „Neue Parochien können nur vom Staate unter Zuziehung der geistlichen Oberen errichtet und die Grenzen derselben bestimmt werden". §. 239: „Bei Veränderungen in schon errichteten Parochien muss der Staat alle diejenigen, welche ein Interesse dabei haben, rechtlich hören, und die ihnen etwa zukommenden Entschädigungen festsetzen". Mit Rücksicht auf Art. 15 der Verf. Urk. v. 1850 überliess die Verwaltungspraxis hinsichtlich der Errichtung neuer Pfarreien den Bischöfen die Initiative und selbstständige Entscheidung, und erachtete eine staatliche Genehmigung (des Königs) nur insoweit erforderlich, als es sich um die Erlangung der staatlichen Rechte, juristische Persönlichkeit, Recht der administrativen Beitreibung der Pfarrabgaben etc. handelte, s. R. v. 8. Mai 1852 (Beiträge z. preuss. K. R. 2, 8. 9), vgl. auch Richter in Dove Ztschr. f. K. R. 1, 116. Das O. Trib. hat aber auch nach Erlass der Verf. Urk. daran festgehalten, dass die Gründung einer kirchlichen Parochie der Staatsbehörde zukomme (s. ang. Ztschr. 4, 207 u. Entschdgen 46, 31 *). In der That war jene Unterscheidung der geistlichen und der staatlichen Seite der Pfarrei, welche sich bei der öffentlichen privilegirten Stellung der katholischen Kirche gar nicht trennen lassen, unhaltbar (s. o. im Texte S. 464 und meine preuss. Kirchengesetze des J. 1873. S. 144), und da der jetzt aufgehobene Art. 15 der Verf. U. der katholischen Kirche nur die selbstständige Verwaltung der ausschliesslich innerhalb der kirchlichen Sphäre liegenden Angelegenheiten zugesichert hatte, eine solche aber die Pfarrei-Errichtung und Veränderung nicht ist, so ist die Konkurrenz des Staates bei derartigen Massnahmen gesetzlich niemals beseitigt gewesen. Diesen Standpunkt hat nunmehr auch die Verwaltungspraxis wieder eingenommen, s. Reskr. v. 30. September 1874 (meine Kirchenges. v. 1874 u. 1875. S. 207), wonach die betreffenden Pfarr-Innovationsdekrete von den Staatsbehörden in Gemeinschaft mit den bischöflichen aufzustellen und zu vollziehen sind. Die Bestätigung ertheilt nach der K. O. v. 27. Juli 1874 (s. das cit. Reskr.) nicht mehr der König, sondern der Kultusminister. Die Voraussetzungen solcher Erektionen und Errichtungen regeln übrigens §. 176. a. a. O.: „Neue Kirchen können nur unter ausdrücklicher Genehmigung des Staats erbaut werden"; §. 177: „Eine Kirchengesellschaft kann auf diese Erlaubniss nur alsdann Anspruch machen, wenn sie erhebliche Gründe der Nothwendigkeit oder des Nutzens und zugleich hinlängliche Mittel zum Baue und zur Unterhaltung eines solchen neuen Kirchensystems, ohne besorglichen Ruin der gegenwärtigen und zukünftigen Mitglieder, nachweisen kann".

Für die ganze preussische Monarchie schreibt der §. 19 des Ges. v. 11. Mai 1873:



stein[1], in Baiern[2], im Königreich Sachsen[3], in Würtemberg[4], in Hessen[5], in Oldenburg[6], in Sachsen-Weimar[7], in Sachsen-Gotha[8] und in Braunschweig[9], ferner in den Ländern des französischen Reiches[10] und in Oesterreich[11] die Genehmigung der Staatsbehörden ausdrücklich vorgeschrieben. Dieselbe wird auch in den preussischen Provinzen Hannover, Kurhessen, Nassau, Hohenzollern[12] und in Baden[13], sowie in denjenigen Ländern, in denen bisher den Katholiken allein unter Zulassung und Anerkennung bestimmter Pfarreien das Recht zu kirchlicher Organisation gewährt worden ist[14], für erforderlich erachtet

„Die Errichtung von Seelsorgeämtern, deren Inhaber unbedingt abberufen werden können, ist nur mit Genehmigung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten zulässig", die staatliche Mitwirkung bei der Begründung von Missionspfarreien (s. o. S. 363) vor.

1 R. v. 23. April 1864 (Dove, Ztschr. f. K. R. 6, 146): „Die Gründung von Kirchen und Gemeinden mit Parochialrechten ... bedarf nach dem für die Landeskirche geltenden Masstabe der Genehmigung der Regierung". Ges. v. 14. Juli 1863 (Dove Ztschr. f. K. R. 4, 265) §. 1: „Den ... Katholiken ... ist, wie die private, so an denjenigen Orten, wo sie mit Genehmigung der Regierung zu einer kirchlichen Gemeinde zusammengetreten sind, auch die gemeinsame öffentliche Religionsausübung gestattet" ... §. 2: „Die Genehmigung der Regierung (§. 1) ist zu ertheilen, sobald nachgewiesen ist, dass die zur Organisation einer Gemeinde erforderlichen Einrichtungen getroffen sind". Diese Vorschrift ist ebenfalls trotz der Einführung der preuss. V. Urk. bestehen geblieben, s. vor. Note.

2 Konkordat v. 1817 Art. 12: „Pro regimine dioecesium archiepiscopis et episcopis id omne exercere liberum erit, quod in vim pastoralis eorum ministerii sive ex declaratione sive ex dispositione ss. canonum secundum praesentem et ad s. sede adprobatam ecclesiae disciplinam competit ac praesertim ... f) collatis cum regia maiestate praesertim pro convenienti redituum assignatione consiliis parochias erigere, dividere vel unire", s. auch S. 465. n. 2. Die Kreisregierung leitet hier die Verhandlungen unter Betheiligung des bischöflichen Ordinariates und legt die Akten dem Kultusministerium vor, welches die königliche Entscheidung einholt, Silbernagl, Verfassg. d. Religionsgemeinschaften i. Baiern S. 51. 52.

3 S. o. S. 466. n. 2. Vgl. auch die Bek. v. 5. Febr. 1849 bei Schreyer, Cod. des in Sachs. gelt. K. R. S. 695.

4 Art. 17 des Ges. v. 30. Jan. 1862: „Die Bildung neuer kirchlicher Gemeinden und die Abänderung bestehender kirchlicher Gemeinde- und Bezirkseintheilungen kann von dem Bischof nur im Einverständnisse mit der Staatsregierung verfügt werden. Dasselbe gilt von der Errichtung, Theilung und Vereinigung von Pfründen, auch wenn eine neue kirchliche Gemeindeeintheilung nicht damit verbunden ist".

5 Art. 5 des Ges. v. 23. April 1875 betr. d. Vorbildung etc. d. Geistlichen: „Die provisorische oder definitive Errichtung neuer Pfarrstellen, sowie die Aenderung bestehender Pfarrbezirke darf nur mit Genehmigung der Staatsregierung erfolgen".

6 Normat. v. 1831. §. 19 (Müller, Lex. des K. R. 2. Aufl. 5, 414): „Die Errichtung, Umwandlung, Vereinigung oder Theilung, Grenzbestimmung von Parochien oder geistlichen Benefizien kann nur im Einverständnisse zwischen der Kommission (d. h. der zur Wahrung des ius circa sacra eingesetzten Regierungsbehörde) und dem Offizialate (s. o. S. 227. n. 4) und unter landesherrlicher, auch so weit nöthig (§. 12 des Vertrages vom 5. Januar 1830) bischöflicher Genehmigung geschehen". Der letzterwähnte §. (s. a. a. O. S. 403) behält dem Bischof vor „Pfarreien zu dismembriren", womit ihm also auch die Suppression, soweit mit ihr die letztere Wirkung verbunden ist, reservirt ist.

7 Denn das Ges. v. 7. Okt. 1823 §. 3 schreibt das Placet für alle auch einzelne Gemeinden betreffende Anordnungen der Kirchengewalt vor und §. 62 erklärt die Vorschriften des preuss. A. L. R. Th. II. Tit. 11 (s. o. S. 466. n. 5) für subsidiarisch geltend (Müller a. a. O. S. 373. 393).

8 Regul. v. 1811. §. 8, welches das Placet in dem in der vorigen Note gedachten Umfange für den Staat in Anspruch nimmt, s. auch §. 23 (Arch. f. k. K. R. 36, 217. 220).

9 Th. I. S. 537. n. 2 u. Arch. f. k. K. R. 23, 246.

10 Konkordat Art. 9: „Les évêques feront une nouvelle circonscription des paroisses de leurs diocèses, qui n'aura d'effet que d'après le consentement du gouvernement"; organ. Artikel 62 (o. S. 294. n. 1). Für Preussen ist der Unterschied zwischen den eigentlichen Pfarreien und Sukkursalen (s. o. a. a. O.) principiell dadurch beseitigt, dass auch die letzteren (s. §§. 18. 19 Abs. 2) des Ges. v. 11. Mai 1873 dauernd besetzt werden sollen. Auf die Errichtung neuer findet der §. 19 Abs. 1 Anwendung. Die citirten Vorschriften des französischen Rechtes sind für die Rheinprovinz durch die Verf. Urk. v. 1850 nicht beseitigt worden. Die Gründe s. S. 466. n. 5.

11 S. o. S. 465. n. 2.

12 Denn für diese Landestheile sind die Pfarreien durch die staatlich genehmigten Circumscriptionsbullen bestimmt. Vgl. Permaneder K. R. §. 235. n. 7b.

13 Aus dem in der vorigen Note hervorgehobenen Grunde.

14 Hierher gehören z. B. Mecklenburg, s. o. S. 314. n. 1; Schwarzburg-Rudolstadt Arch. f. k. K. R. 36, 411; Anhalt.

werden müssen. Abgesehen worden ist von einer solchen Mitwirkung nur in Lippe-Detmold[1].

Die Nothwendigkeit einer Staatsgenehmigung zur Errichtung und Veränderung anderer Benefizien ordnen die Gesetzgebungen Würtembergs[2], Oldenburgs[3] und Oesterreichs[4] ausdrücklich an. In Baiern[5] ist die Zulassung von Kirchenpfründen für einen weltlichen Gegenstand erklärt, und es bedarf daher die Stiftung einer neuen Pfründe staatlicher Genehmigung[6]. In Betreff der Veränderung findet sich keine Bestimmung, die staatliche Mitwirkung erscheint aber auch hierbei insoweit, als damit eine Veränderung des Gottesdienstes[7] oder eine Veräusserung des Vermögens[8] verbunden ist — d. h. praktisch so gut wie immer — nothwendig.

Fehlt es an einer besonderen Vorschrift über derartige Massnahmen hinsichtlich der Benefizien und Pfründen, so muss nichtsdestoweniger eine staatliche Mitwirkung dann erfordert werden, wenn eine Aenderung der in den staatlich genehmigten Circumscriptionsbullen festgesetzten Pfründen[9] in Frage steht, so dann wenn es sich um eine Massnahme handelt, welche entweder die bestehende Pfarreintheilung berührt[10], oder welche zugleich die Errichtung eines neuen gottesdienstlichen Gebäudes bedingt und im ersteren Fall die staatliche Genehmigung zu Pfarr-Innovationen[11], im anderen zu der Erbauung eines solchen Gebäudes rechtlich nothwendig ist[12], ferner wenn das Benefizium die staatlichen Rechte und Privilegien für sein Vermögen und seinen Inhaber erlangen soll. Dasselbe gilt endlich für die Staaten, welche den Katholiken nur ein besonderes besimmtes Mass der Religionsausübung gewährt haben[13].

Ob die Mitwirkung des Staates auf dem Verwaltungswege oder nur auf dem Wege der Gesetzgebung zu erfolgen hat und welchen Behörden die betreffende

[1] Edikt v. 9. März 1854 (Beiträge z. preuss. K. R. 2, 82) Art. 2: „Insbesondere verstatten Wir dem Bischofe von Paderborn die Errichtung katholischer Pfarreien"; Art. 6: „. . . Dem Bischofe von Paderborn wird die Berechtigung gegeben, nach Gutbefinden die im Lande vereinzelt wohnenden katholischen Glaubensgenossen einer beliebigen katholischen Parochie zuzuweisen. Im Falle jedoch diese eine ausländische sein sollte, ist die Eintragung in die Kirchenbücher dem protestantischen Geistlichen des Wohnortes der betreffenden Personen mit der Verpflichtung zuzuweisen, die dafür zu entrichtenden Gebühren an diesen abzutragen, und wenn die Amtshandlung von dem protestantischen Geistlichen nicht selbst verrichtet worden ist, sich mit den Attesten des katholischen Geistlichen über die speciellen Fälle auszuweisen". In einem gegebenen Falle ist aber die landesherrliche Bestätigung eingeholt Arch. f. k. K. R. 9, 20. n. 1.

[2] S. 467. n. 4.

[3] S. 467. n. 6.

[4] S. 465. n. 2.

[5] Relig. Ed. v. 1818. §. 64: „Zur Beseitigung aller künftigen Anstände werden nach solchen Beziehungen als weltliche Gegenstände erklärt: . . . g) Bestimmungen über Zulassung von Kirchenpfründen".

[6] Silbernagl a. a. O. S. 355.

[7] Nach dem bair. Relig. Ed. §. 76 gehören alle Anordnungen über den äusseren Gottesdienst, dessen Ort, Zeit, Zahl etc. zu den Gegenständen gemischter Natur, für welche eine Mitwirkung der Staatsregierung nach §. 77 einzutreten hat.

[8] Vgl. Silbernagl a. a. O. S. 334.

[9] Z. B. der durch die Bulle: De salute animarum festgesetzten Pfründen des Kollegiatstiftes zu Aachen und der Domvikariate an den verschiedenen Kathedralen aus den o. S. 465 entwickelten Gründen.

[10] Also bei der Errichtung von Seelsorge-Kaplaneien.

[11] S. o. S. 466.

[12] Dies ist der Fall in Altpreussen, A. L. R. II. 11. §§. 176 ff., s. o. S. 466. n. 5. Diese Vorschriften, welche die frühere Verwaltungspraxis, soweit keine staatliche Anerkennung beansprucht wurde, durch die V. U. v. 1850 für beseitigt erachtet hat, Richter a. a. O. S. 117, sind durch dieselbe nicht aufgehoben worden, s. Reskr. d. Kult. Min. v. 22. Juni 1874 (u. A. abgedr. b. Koch A. L. R. 5. Aufl. S. 339), weil es sich hierbei immer um Einwirkung auf bestehende Kirchensysteme und auf die Parochianen, also stets um eine auch das Staatsinteresse berührende Massnahme handelt. Ferner in Holstein, Ges. v. 14. Juli 1864. §. 3: „Zur Erbauung neuer Kirchen ist die Allerhöchste Erlaubniss erforderlich"; in den Ländern des französ. Rechts, organ. Art. 44, Dekret v. 30. Sept. 1807 Art. 10 (Hermens Hdbch 3, 383), und in Sachsen-Weimar auf Grund der dort geltenden §§. 176 ff. II. 11. A. L. R. s. S. 466. n. 5.

[13] S. o. S. 466. n. 3.

Funktion zukommt[1], bestimmt sich nach dem Staatsrecht und den Ressortbestimmungen der einzelnen Länder. Im Allgemeinen handelt es sich aber hier um solche Akte des Kirchenhoheitsrechtes, welche innerhalb des principiell der Verwaltung anheimfallenden Gebietes liegen, insofern blos Anordnungen zur Regulirung besonderer und spezieller Verhältnisse in Frage stehen, welche nicht bezwecken, objektives Recht zu schaffen und es ihres Gegenstandes wegen auch nicht können. Nur wo besondere gesetzliche Bestimmungen vorliegen, wird also der Verwaltung das Recht zu derartigen Verfügungen ohne Mitwirkung der Landesvertretung abzusprechen sein[2].

Die in den erwähnten Ländern geforderte staatliche Mitwirkung hindert die kirchlichen Oberen nicht, bei den betreffenden Massnahmen die kanonischen Normen zu beachten. Wo besondere landesgesetzliche Vorschriften bestehen, müssen aber diese gewahrt werden, weil sonst die weltliche Behörde ihren Konsens nicht ertheilen kann. Derartige Vorschriften weist das preussische Landrecht, welches auch in Sachsen-Weimar zur Anwendung kommt[3], auf. Dasselbe schreibt in Uebereinstimmung mit dem kanonischen Recht vor[4], dass bei Parochialveränderungen die Interessenten[5] zu hören sind, überweist aber die Festsetzung der den letzteren etwa zukommenden Entschädigungen der ordentlichen richterlichen Kognition[6]. Entschä-

[1] Sie sind meistens in den S. 465 ff. gemachten Nachweisungen angegeben.

[2] Jedenfalls kann aus der staatlichen Genehmigung der preussischen, hannoverschen und oberrheinischen Circumscriptionsbullen nicht gefolgert werden, dass alle ihre, auf die Organisation der katholischen Kirche bezüglichen Bestimmungen Gesetzeskraft erhalten haben und demnach nur auch auf gesetzlichem Wege abgeändert werden könnten. Der Natur der Sache nach sind die einzelnen Anordnungen der Bulle nur insoweit Gesetze, als sie allgemeine rechtliche Normen, z. B. über Bischofswahlen, Besetzung der Domherrnstellen u. s. w. enthalten, nicht aber insoweit sie blos die Eintheilung der Diöcesen, die Zahl der Kapitelsmitglieder, die Zuweisung der Pfarreien zu einzelnen Bischofssprengeln u. Aehnliches festsetzen. Die Verwaltung hat also, sofern sie nicht etwa durch andere gesetzliche Vorschriften in der Ausübung des Kirchenhoheitsrechtes an die Mitwirkung der gesetzgebenden Faktoren gebunden ist, bei der Abänderung der zuletztgedachten Einrichtungen freie Hand. Dies ist auch bisher die von der Landesvertretung nicht angefochtene Staatspraxis in Preussen gewesen, wie die o. S. 465. n. 6 angeführten Fälle und die Errichtung der Feldpropstei durch königliche Anordnung (s. o. S. 340. 341) zeigen. Ohne nähere Begründung erachtet dagegen Thudichum, deutsch. Kirchenrecht 1, 288 im Zweifel ein Gesetz für Preussen erforderlich.

Was Baiern betrifft, so wird in dem „Rechtsgutachten üb. d. Frage d. Anerkennung des altkath. Bischofs etc. München 1874" (von Edel, Pözl u. s. w.) mit Rücksicht darauf, dass das bairische Konkordat nach §. 103 des Relig. Ed. v. 1818 mit letzterem selbst einen integrirenden Theil der bairischen Verfassungsurkunde bilde (S. 10), sowie dass Art. 2 des Konkordates die bairischen Bisthümer mit ihren Sitzen aufzählt, angenommen, dass eine Abänderung des letzteren nur auf dem Wege der Verfassungsänderung erfolgen könne (S. 22. 23). Nach dem Inhalte des Artikels 2 würde dies äusserstenfalls nur nöthig sein für die Errichtung eines neuen bairischen Bisthums oder für die Verlegung eines der bisherigen Bischofssitze, nicht aber zur Veränderung der Diöcesen, denn deren Circumscription ist nicht durch das Konkordat, sondern später durch eine besondere Bulle erfolgt. Dieser Ansicht steht aber entgegen, dass das Religions-Edikt selbst §§. 76. 77 jede Eintheilung der Diöcesen, welche Wirkung sie auch auf die vorhandenen Bisthümer äussern möge, als einen der Mitwirkung der weltlichen Obrigkeit unterliegenden Gegenstand bezeichnet, s. o. S. 465. n. 2. Da unter der letzteren sicherlich nicht die Landesvertretung verstanden werden kann, so ist gerade durch das dem Konkordat vorgehende Edikt den für die Ausübung des Kirchenhoheitsrechtes kompetenten Organen verfassungsmässig die Befugniss gewährt, die im Art. 2 des Konkordates getroffenen Einrichtungen ohne Konkurrenz der gesetzgebenden Faktoren zu ändern.

[3] S. o. S. 467. n. 7.

[4] §. 239 a. a. O. (S. 466. n. 5). Ueber die Gründe der Parochialveränderungen s. §§. 176 ff. (ebendaselbst). Wegen der Regulirung von Parochialverhältnissen in Folge von Gemeinheitstheilungen s. Reskr. v. 1842 (Vogt, preuss. K. R. 1, 254).

[5] Dies sind dieselben, welche nach kanonischem Recht zu hören sind, nicht etwa blos die Entschädigungsberechtigten. Die Gemeinde wird nach §. 57 des Ges. v. 20. Juni 1875 durch die Gemeindevertretung repräsentirt.

[6] §. 240. II. 11: „Alle dergleichen Streitigkeiten, sowie diejenigen, welche über die Grenzen zwischen zwei oder mehreren Parochien entstehen, müssen von der weltlichen Obrigkeit durch den ordentlichen Weg Rechtens entschieden werden". Ueber die Zulässigkeit der Veränderung selbst und andere dabei entstehende

digungsberechtigt sind nicht alle Personen, welche durch die bisherige Einrichtung irgend einen thatsächlichen Vortheil gehabt und diesen verlieren würden, sondern allein diejenigen, welche ein spezielles Recht, wie z. B. die Geistlichen und niederen Kirchendiener auf ihr Diensteinkommen, besitzen, oder denen Lasten, zu welchen sie rechtlich nicht verpflichtet sind, auferlegt werden[1]. Die Entschädigung haben diejenigen zu leisten, in deren Interesse die Veränderung erfolgt[2], falls dieselbe nicht, was statthaft erscheint, aus dem Fond der Kirche selbst gewährt werden kann[3].

Bei der Abzweigung einer neuen von einer bestehenden Pfarrei liegt die Unterhaltung der ersteren den ihr zugewiesenen Eingepfarrten ob. Die abgetrennte Pfarrei erhält nicht ohne weiteres einen Anspruch auf einen verhältnissmässigen Theil des Vermögens der Stammpfarrei, welcher mit der Theilungsklage geltend gemacht werden könnte, wohl aber sind die die Abzweigung leitenden Behörden befugt, eine den Verhältnissen angemessene Theilung des Vermögens vorzunehmen[4].

Ferner enthält das A. L. R. besondere Bestimmungen in Betreff der Mutter- und Tochterkirchen. Unter einer Kirche der letzteren Art versteht es eine solche, welche in einem Theile der Pfarrei für den Gottesdienst der dort wohnenden Parochianen errichtet ist und zugleich durch den Pfarrer der Hauptkirche mit versehen wird[5], gleichviel ob ausserdem ein besonderer Hülfsgeistlicher an der Nebenkirche fungirt oder nicht[6]. Will die Gemeinde einer solchen Kirche sich von der Haupt- oder Mutterkirche loslösen, so ist die Einwilligung der Hauptgemeinde[7] erforderlich. Dies wird indessen nur auf die freiwillige Trennung zu beziehen sein, nicht aber auf Fälle, wo eine Dismembration an und für sich gerechtfertigt ist, denn das Mutter- und Tochter-Verhältniss hat keine besonderen Eigenthümlichkeiten, welche die Anwendung der allgemeinen Grundsätze über Pfarrveränderungen auszuschliessen vermöchten.

Von den Unionen, welche es im Falle einer Nothwendigkeit[8] oder eines zu er-

Streitigkeiten ist der Rechtsweg ausgeschlossen, Erk. d. Kompet. Gerichtsh. v. 1864 (Just. Min. Bl. v. 1864. S. 191).

[1] S. d. Min. Reskr. v. 1829 u. 1851 (bei Vogt, preuss. K. R. 1, 253 u. Altmann, Praxis d. preuss. Gerichte i. Kirchensachen S. 335. n. 8). Demnach braucht sich also der Pfarrer im Gegensatze zum kanonischen Recht (s. o. S. 406) keine Schmälerung seiner Einnahmen, selbst wenn ihm noch die congrua bleibt, gefallen zu lassen, es sei denn, dass ihm bei seiner Anstellung eine derartige Verpflichtung auferlegt ist.

[2] Dies ist aber nicht ausschliesslich die neue Pfarrei. Tritt z. B. die Dismembration wegen übermässigen Anwachsens der Bevölkerung ein, so hat auch die Stammpfarrei Vortheil, insofern für sie Hülfsgeistliche entbehrt werden können.

[3] Weil die Ausstattung der neu errichteten Kirche mit Fonds der alten vom L. R. nicht verboten wird.

[4] Besondere Vorschriften fehlen, es kommen hier die o. S. 407 entwickelten Gründe ebenfalls zur Anwendung.

[5] §. 245 a. a. O.: „Wenn in einer Parochie ausser der Haupt- und ursprünglichen Pfarrkirche mehrere Nebenkirchen in entlegenen Gegenden zur Bequemlichkeit der daselbst wohnhaften Eingepfarrten errichtet worden: so werden dieselben Tochterkirchen genannt“. §. 249: „Eigentliche Tochterkirchen aber sind von der Haupt- oder Mutterkirche abhängig und können sich von ihr ohne Genehmigung der Hauptgemeine nicht trennen“. §. 250: „Im zweifelhaften Falle streitet die Vermuthung gegen die Eigenschaft einer Tochterkirche“. §. 251: „Wenn erhellet, dass die eine Kirche aus den Mitteln der andern errichtet oder dotirt worden, so ist dies zum Beweise, dass jene eine Tochterkirche von dieser sei, wenn nicht das Gegentheil aus den vorhandenen Urkunden klar erhellet, hinreichend“. Nach d. V. v. 2. Mai 1811 (G. S. S. 193) sollen die Küstereien an den Mutter- und Tochterkirchen getrennt und künftighin gesondert errichtet werden.

[6] Weil nach A. L. R. das Kriterium der Filia die Zugehörigkeit zur Parochie einer andern Kirche bildet, und diese durch die Anstellung eines Hülfsgeistlichen nicht beeinträchtigt wird.

[7] §. 249 a. a. O., welche durch die Gemeindevertretung repräsentirt wird, S. 469. n. 5.

[8] §. 752 a. a. O.: „Hat aber die Zahl der Eingepfarrten dergestalt abgenommen, dass die noch übrigen den ihnen obliegenden Beitrag ohne ihren zu besorgenden Ruin nicht mehr aufbringen kön-

wartenden Nutzens zulässt[1], gedenkt das A. L. R. nur der unio aeque principalis[2], wiewohl es die anderen Arten, so namentlich auch die unio subiectiva[3], nicht ausschliesst.

Bei allen in Folge von dergleichen Veränderungen stattfindenden Vermögensübertragungen von einem kirchlichen Institut auf das andere ist die Erfüllung der dafür civilrechtlich erforderlichen Formen nothwendig[4], weil die Kirche hinsichtlich ihres Vermögensverkehrs dem Civilrechte untersteht[5].

Die kanonisch-rechtliche Ersitzung der Parochialgränzen kennt das A. L. R. gleichfalls. Es hat dieselbe aber insoweit umgestaltet, als gegen die in öffentlichen Urkunden deutlich bestimmte Festsetzung unter Ausschluss der regelmässigen Verjährung nur die fünfzigjährige Ersitzung mit bona fides (ohne Titel) gestattet ist[6]. Anderenfalls entscheidet die gleichförmige Benutzung der einen oder anderen Pfarrkirche während eines 10jährigen Zeitraums durch die Bewohner der in dem streitigen Bezirke liegenden Grundstücke. Fehlt es auch an diesem Kriterium, so haben dieselben zu wählen, zu welcher Parochie sie sich halten wollen[7].

Auf die Suppression kommen die Grundsätze über Innovationen zur Anwendung. Jedoch bestimmt das preussische Recht die Voraussetzungen näher, bei deren Eintritt Pfarreien supprimirt werden sollen[8], und legt ferner dem Landesherrn, wo nicht besondere Landverfassungen und Traktate entgegenstehen, die Befugniss bei, über die Kirche und das Vermögen einer s. g. erloschenen Parochie in der Art zu verfügen, dass beides zum Vortheil derjenigen Religionspartei derselben Provinz, welcher die Parochie angehört hat, verwendet, das Gebäude aber ausnahmsweise und zwar zugleich mit dem etwa für seine Unterhaltung bestimmten Vermögen im Falle

nen, so müssen die Oberen des Staats eine solche Parochie zu einer andern benachbarten schlagen". §. 753: „Dergleichen zusammengeschlagene Parochien stehen im Verhältnisse gegen einander als Mutterkirchen".

[1] §. 246 a. a. O.: „Wenn aber nach Erforderniss der Umstände, und um die Kosten zur Unterhaltung des öffentlichen Gottesdienstes zu erleichtern, mehrere Parochien und deren Kirchen zusammengeschlagen werden, so heissen dieselben vereinigte Mutterkirchen".

[2] §. 247 a. a. O.: „Von dergleichen zusammengeschlagenen Mutterkirchen behält jede ihre ursprünglichen Rechte, und sie können, nach Beschaffenheit der Umstände, unter Genehmigung der geistlichen Oberen, wieder getrennt werden". §. 248: „Es ändert darunter nichts, wenngleich derjenigen Kirche, bei welcher der Prediger nicht wohnt, im gemeinen Sprachgebrauche der Name Tochterkirche beigelegt worden". Das Landrecht fasst danach den Begriff der mater und filia viel enger, wie das katholische Kirchenrecht (s. o. S. 307 u. S. 409) auf, da eine Kirche mit eigener Parochie nach ihm niemals eine Tochterkirche sein kann.

[3] Nirgends bestimmt es, dass die von ihm als Filial-Verhältniss behandelte Gestaltung allein durch Erektion und nicht durch Union entstehen kann.

[4] Also z. B. Tradition, Auflassung u. s. w.

[5] Daher reicht die in dem Erektions- oder Innovationsdekret erfolgte Zuweisung, die keine civilrechtliche Erwerbsart ist, nicht aus.

[6] §. 241 a. a. O.: „Sind die Grenzen eines Kirchspiels in öffentlichen Urkunden deutlich bestimmt, so findet dagegen die gewöhnliche Verjährung nicht statt" (Th. I. Tit. 9. §§. 660—663).

[7] §§. 242. 243. 293 a. a. O.

[8] §. 307 a. a. O.: „Dadurch, dass aus Mangel an Eingepfarrten in einer Kirche eine Zeit lang keine gottesdienstlichen Handlungen haben vorgenommen werden können, verliert dieselbe noch nicht die Rechte einer Parochialkirche". §. 308 a. a. O.: „Wenn aber aus Mangel an Eingepfarrten die Stelle des Pfarrers länger als zehn Jahre hindurch unbesetzt geblieben ist, so kann der Landesherr, wo nicht besondere Landesverfassungen oder Traktate entgegenstehen, über die vakante Kirche verfügen; und alsdann erlöschen auch die etwaigen Parochialrechte derselben". Diese letztere Bestimmung deklarirt das Gesetz v. 13. Mai 1833 üb. erloschene Parochien (bei Vogt a. a. O. S. 279) dahin: §. 1: „Eine Parochie ist als erloschen anzusehen, wenn binnen 10 Jahren: a) entweder gar keine Mitglieder ihrer Religionspartei in dem Pfarrbezirke einen ordentlichen Wohnsitz gehabt haben; b) oder gar kein Pfarrgottesdienst daselbst stattgefunden hat; oder c) endlich die Zahl der Eingepfarrten fortwährend so gering gewesen, dass zu einem ordentlichen Pfarrgottesdienst kein Bedürfniss vorhanden war". §. 2: „Entstehen Zweifel über das Dasein der im §. 1 aufgestellten Bedingungen, so sollen dieselben zu Unserer Allerhöchsten landesherrlichen Entscheidung vorgelegt werden".

des Bedürfnisses einer andern privilegirten christlichen Religionspartei an demselben Orte überwiesen wird [1]. Diese Vorschriften [2] schliessen keineswegs sonstige Veränderungen durch Suppressionen aus, sie heben nur gewisse Fälle der Nothwendigkeit besonders hervor, und gewähren ausserdem der Staatsgewalt, falls die kirchlichen Oberen unter den erwähnten Voraussetzungen mitzuwirken verweigern, die Befugniss, allein die erforderlichen Verfügungen über Kirchengebäude und Vermögen zu treffen.

In Baiern ist die Errichtung neuer katholischer Gemeinden freigegeben, wenn die Betheiligten „das erforderliche Vermögen zum Unterhalt der Kirchendiener, zu den Ausgaben für den Gottesdienst, dann zur Errichtung und Erhaltung der nöthigen Gebäude besitzen, oder wenn sie die Mittel hierzu auf gesetzlichem Wege aufzubringen vermögen“ [3], d. h. unter diesen Umständen darf die staatliche Genehmigung [4] nicht verweigert werden. Bei Pfarränderungen sollen ebenfalls die Interessenten, also namentlich die Pfarrer und Gemeinden gehört werden [5].

[1] §§. 3—5 das cit. Ges.

[2] Sie können durch die Verf. Urk. v. 1850 Art. 16 nicht für aufgehoben erachtet werden. Sie sind nur eine nähere Anwendung der dem Gebiete des Civilrechts angehörigen Grundsätze über die Behandlung der herrenlosen Güter, A. L. R. II. 6. §§. 192 ff.; 19. §. 41.

[3] Rel. Ed. v. 1818. §. 88.

[4] S. o. S. 467. n. 2.

[5] Silbernagl a. a. O. S. 51. Bei einer Pfarrdismembration, d. h. bei blosser Auspfarrung oder bei voller Theilung müssen die Veranlassung, die Seelenzahl der zu dismembrirenden Ortschaft und Pfarrei, sowie derjenigen, zu Gunsten welcher die Einverleibung stattfinden soll, die in Frage kommenden Ortsentfernungen, die Schulverhältnisse des abzuzweigenden Theiles, die nach einem 10jährigen Durchschnitt aus dem zu dismembrirenden Orte an den Pfarrer und Messner fliessenden Einkünfte und der Revenüen-Ertrag der betheiligten Pfarreien festgestellt werden. Ferner ist in Erwägung zu ziehen, ob die Ausübung der Seelsorge für die zu erweiternde Pfarrei nicht zu beschwerlich werden würde, die Pfarrkirche für die vergrösserte Gemeinde ausreicht, in welcher Art dem etwaigen Recht der Ausgepfarrten auf hergebrachte Gottesdienste entsprochen werden kann, und ob endlich nicht ausnahmsweise die Ueberweisung der Revenüen aus dem dismembrirten Bezirke an den neuen Pfarrer abgesehen von den stets auf ihn übergehenden Stolgebühren, zu unterlassen und diese Einnahmen dem Pfarrer der Stammparochie ganz oder theilweise vorzubehalten sind, s. Min. Reskr. v. 13. Juli 1811 (Döllinger, Sammlg. 8, 479). Die Instruktion wird durch die Kreisregierung eingeleitet, welche nach Vernehmung des Ordinariates die Verhandlungen dem Cultusministerium zur Einholung der königlichen Genehmigung vorlegt. Silbernagl a. a. O. S. 51. 52.

Für die Länder des französischen Rechts vgl. in Betreff der Errichtung neuer Sukkursal-Pfarreien die kais. Dekrete v. 11 Prairial XII u. 5 Nivose XIII (Hermens Handbch 2, 271. 313), weg. der preuss. Rheinprovinz s. auch o. S. 467. n. 10, u. wegen Elsass-Lothringen Dursy, Staatskirchenrecht i. Elsass-Lothringen 1, 189 ff., ferner über die Errichtung von Kapellen und s. g. Annexkirchen kaiserl. Dekret v. 30. Sept. 1807 Art. 8—14 (Hermens a. a. O. S. 381) u. Staatsrathsgutachten v. 7—14. Dez. 1810 u. 5. Okt. bis 6. Nov. 1813 (a. a. O. 2, 509. 552; 3, 452). Unter Kapellen werden solche Nebenkirchen verstanden, welche für eine Kommune zu deren Bequemlichkeit (z. B. wegen zu grosser Entfernung von der Pfarrkirche) innerhalb eines Pfarrei- oder Sukkursalpfarreisprengels errichtet sind, unter Leitung eines der Aufsicht des Pfarrers oder Sukkursal-Desservants unterworfenen Vikars oder Kaplans (chapelain) stehen und von allen zur Kapelle gehörigen Einwohnern der Kommune (der s. g. Kapellengemeinde) unterhalten werden, wofür diese keine Beiträge zu den Kultuskosten der Pfarrkirche zu leisten haben, Annexkirchen (annexes) sind dagegen Nebenkirchen, welche auf Verlangen eines Theiles der Parochianen gegen deren durch privatrechtlichen Akt übernommene Unterhaltungspflicht gegründet werden, ohne dass die betreffenden Personen von ihren Beiträgen für die Hauptkirche frei werden, vgl. Hermens 3, 457. 551 u. 4, 831, Dursy a. a. O. S. 211; Vandenesch, d. Kapellen und Annexkirchen auf d. link. Rheinufer. Paderborn 1874.

Das österreichische Gesetz v. 7. Mai 1874 verordnet in Uebereinstimmung mit dem kirchlichen Recht (s. o. S. 407) §. 21: „Im Falle einer Umpfarrung wird der bisherige Pfarrer aller Ansprüche auf die den Parochianen als solchen obliegenden Leistungen verlustig, insoweit dem nicht privatrechtliche Titel entgegenstehen oder bei der Umpfarrung selbst etwas Anderes vereinbart wird. Unter denselben Beschränkungen ist überall, wo bisher ein Recht auf derartige Leistungen dem früheren Pfarrer verblieben ist, dasselbe unbeschadet des persönlichen Bezugsanspruches des derzeitigen Pfarrers zu übertragen“. Vgl. dazu Arch. f. k. K. R. 33, 357; 34, 363; 37, 80. Die Vorschrift erklärt sich daraus, dass in Oesterreich früher eine dort s. g. Exscindirung der Stolgebühren zu Gunsten des neuen Pfarrers bei der grundsätzlichen Abneigung der Ordinariate dagegen nicht durchzuführen war und in Folge dessen der Religionsfond den Ausfall an der Congrua des neuen Pfarrers zu decken hatte, s. die Motive zu dem cit. §. 21 (Gautsch



Wenngleich bei der Errichtung und Veränderung kirchlicher Aemter und Institute die Betheiligung der Staatsgewalt geboten ist, so hat andererseits auch die Kirche einen berechtigten Anspruch darauf, dass der Staat nicht einseitig ohne ihre Mitwirkung vorgeht. Diesen Grundsatz bestätigen die vorher angeführten Gesetzgebungen [1]. Die Kirche ist bei derartigen Massnahmen noch mehr als der Staat interessirt. Unter abnormen Verhältnissen können allerdings einseitige Eingriffe des Staates in die kirchliche Organisation, wie sie früher z. B. bei den Säkularisationen vorgekommen sind, auch in der Folgezeit sich wiederholen, für derartige Vorgänge lassen sich indessen der Natur der Sache nach, vom Standpunkt des formellen Rechtes aus keine Voraussetzungen aufstellen. Praktisch wird es sich dabei übrigens fast nur um Suppressionen handeln, denn für die Schaffung neuer positiver Gestaltungen wird es dem Staat für die Regel an den nöthigen kirchlichen Organen fehlen, welche die erforderlichen geistlichen Einrichtungen in das Leben rufen [2].

Die katholische Kirche selbst erkennt von ihrem Standpunkt aus einseitige Verfügungen der Staatsgewalt nicht als rechtsgültig an, und wenn es ihr auch an Macht fehlt, dieselben zu beseitigen, so sucht sie doch, so weit wie möglich, die stattgehabten Massnahmen zu ignoriren, und ihrerseits geeignete Vorkehrungen zur Wahrung ihres Standpunktes und zur Fürsorge für die kirchlichen Bedürfnisse der von solchen Massnahmen berührten Gläubigen zu treffen. Hinsichtlich aufgehobener niederer Benefizien ist dazu der Bischof, hinsichtlich solcher Bisthümer der Papst zuständig [3], welcher bei gehinderter bischöflicher Verwaltung zur Fortführung der letzteren apostolische Vikarien oder Nuntien ernennt [4]. Endlich bethätigt die Kirche ihre Auffassung dadurch, dass sie bei der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse entweder die staatlich vorgenommenen Veränderungen ausdrücklich oder — und das ist die Regel — stillschweigend dadurch für ihr Gebiet legalisirt, dass sie etwaige neue unter ihrer Mitwirkung herbeigeführte, dem früheren Zustande widersprechende Massnahmen anerkennt [5].

v. Frankenthurm, confessionelle Gesetze S. 72).

1 Die in Preussen (s. o. S. 471) für Suppressionen bestehende gesetzliche Ausnahme rechtfertigt sich dadurch, dass sie auf dem Gebiete des Vermögensrechtes liegt.

2 Allerdings hat Preussen i. J. 1812 nach Suppression des Domkapitels zu Breslau in Folge der i. J. 1810 verfügten Säkularisation der geistlichen Güter einseitig ein neues Domkapitel errichtet, welches aber päpstlicherseits nie anerkannt worden ist, Mejer zur röm. deutsch. Frage 2. 2, 6.

3 Nicht der Erzbischof auf Grund des Devolutionsrechtes, so Mejer, Propaganda 1, 259; 2, 248, deutsch. K. R. 3. Aufl. S. 345 u. zur Gesch. d. röm. deutsch. Frage 1, 13. Dasselbe findet nur unter bestimmten Voraussetzungen statt, s. o. S. 15 und ist ferner ganz abgesehen davon, dass hier keine culpa vorliegt, durch das dem päpstlichen Stuhl zukommende Verfügungsrecht über die Bisthümer, s. o. S. 257. 258 ausgeschlossen.

4 Dies ist z. B. für die in Folge des westphälischen Friedens säkularisirten Bisthümer und Erzbisthümer geschehen, Mejer, Propaganda 2, 184 ff.

5 So ist die Säkularisirung der früheren deutschen Bisthümer i. J. 1803 durch die Neuorganisation der Bisthumsverfassung in Folge der noch jetzt geltenden deutschen Circumscriptionsbullen seitens der katholischen Kirche stillschweigend anerkannt worden.

Drittes Kapitel.

Von der Besetzung der Kirchenämter *).

§. 114. *I. Die Voraussetzungen in Betreff des Amtes selbst. Die Vakanz desselben. Die Anwartschaften.*

Die Besetzung eines Kirchenamtes kann erst dann eintreten, wenn dasselbe erledigt (*vacans*) ist; sofern es sich nicht etwa um ein neugegründetes Amt handelt, also erst dann, wenn der bisherige Besitzer sein Recht auf dasselbe verloren hat[1].

Eine ausnahmslose Geltung hat dieser Rechtssatz indessen nicht zu erlangen vermocht, vielmehr ist gegen ihn seit früher Zeit und vor Allem vielfach im Mittelalter verstossen worden.

Schon im 3. Jahrhundert hat man Bischöfen, welche zur Leitung ihrer Diöcesen unfähig geworden waren, andere auf denselben Sprengel geweihte Bischöfe mit dem Rechte auf Nachfolge an die Seite gesetzt[2]. Als in Folge der Ausbildung der Institute der Koadjutoren und der Weihbischöfe dieses den kanonischen Regeln[3] widersprechende Verfahren aufgegeben worden war, bot später das Tridentinum dadurch, dass es ausnahmsweise[4] die Anstellung von coadiutores cum spe succedendi bei Kathedralkirchen und Klöstern gestattete, eine neue Handhabe für die Gewährung von Anwartschaften. Ja in den Ländern, in welchen Bischöfe und Aebte zugleich landesherrliche Rechte besassen, wurde, so namentlich in Deutschland seit dem 15. und 16. Jahrhundert[5], die Einsetzung von Koadjutoren mit dem Rechte auf Nachfolge auch ohne das Vorliegen eines kanonischen Grundes, lediglich aus politischen Motiven[6], Sitte.

Nicht minder sind im Mittelalter häufig Ertheilungen von Anwartschaften auf Kanonikate durch Kapitel und Päpste[7], sowie von Koadjutorien auf solche Stellen[8], endlich auch Gewährungen von Expektanzen auf niedere Benefizien seitens der letz-

* Die in diesem Kapitel darzulegenden Grundsätze beziehen sich nicht auf die Aemter, welche ihrem Wesen nach nur für Laien bestimmt sind, wie z. B. die der Kirchenvorsteher.

1 c. 7. §. 1 (Greg. I.) C. II. qu. 1; c. 5. 6 (Cyprian.) c. 10 (Leo IV.) c. 40 (Greg. I.) C. VII. qu. 1; c. 1 (Gelas. I.) c. 2. (Lat. III. v. 1179) X. de conc. praeb. III. 8; c. 28 (Bonif. VIII.) in VIto de praeb. III. 4.

2 S. o. S. 250. 251.

3 S. o. S. 39. 250. n. 6.

4 S. 85. n. 1 u. S. 254.

5 Vgl. das Verzeichniss der deutschen Bischöfe bei Potthast bibl. hist. med. aevi Suppl. S. 267.

6 S. o. S. 253. Ein solcher Koadjutor trat sofort mit dem Wegfallen des Vorgängers in die Stelle ein, Moser, deutsch. Staatsrecht 12, 73. Es lag also in der Ertheilung der Koadjutorie eine anticipirte Verleihung des betreffenden Amtes. Demgemäss wandte man alle für die letztere geltenden Grundsätze, namentlich auch über die Wahl und Qualifikation, an. In Deutschland konnte deshalb die Bestellung nur durch Wahl des Kapitels erfolgen, nicht einseitig durch den Papst, Steck (S. 249. n. *) p. 18, und wenn es auch selbstverständlich war, dass der Bischof eine solche Ernennung nicht vornehmen durfte, so haben sich die Kapitel doch öfters ihr Recht durch die Bischöfe in den Wahlkapitulationen zusichern lassen, Beispiele bei Moser a. a. O. S. 59 ff.; v. Sartori, geistl. u. weltl. Staatsrecht d. Erzstifter etc. I. 2, 106. Ausserdem wurden auch abgesehen von den Grundsätzen über die Besetzung der Bischofsämter die Regeln über die Bestellung von Koadjutoren zur Anwendung gebracht, und die päpstliche Bestätigung des Gewählten, Ring-Studnitz (S. 249. n. *) p. 13; Moser S. 66; sowie vorher der Konsens des willensfähigen Bischofs eingeholt, Moser S. 58; v. Sartori S. 104. 105. Die Nothwendigkeit des letzteren war freilich nicht unbestritten, Steck p. 15.
Wie die Bischöfe haben die Koadjutoren auch ihrerseits Wahlkapitulationen eingehen und beschwören müssen, ja vereinzelt eine für die Zeit ihrer Koadjutorie und eine andere für die Dauer der eigentlichen Amtsverwaltung, Moser S. 63 u. v. Sartori S. 123.

7 S. o. S. 64. 65.

8 S. 84. 85.



teren in Folge des beanspruchten obersten Besetzungsrechtes aller kirchlichen Aemter vorgekommen [1].

Heute sind solche Anwartschaften, namentlich in Deutschland, unpraktisch geworden [2]. Es steht jetzt der an die Spitze gestellte Grundsatz mit einer Ausnahme (s. am Schluss) in voller Geltung. Eine Verletzung desselben, d. h. die Besetzung eines rechtlich nicht erledigten Amtes zieht ohne Weiteres, ipso iure, die Nichtigkeit der Verleihung nach sich [3]. Ob derjenige, welcher sich das besetzte Amt hat übertragen lassen, die Nichterledigung desselben kannte oder nicht, ist gleichgültig. Wusste er, dass das Amt besetzt war, so soll er der Strafe der Exkommunikation unterliegen [4]. Hatte er keine Kenntniss davon, so kann die Verleihung, weil sie absolut nichtig ist, selbst nicht in Folge einer nachträglichen Erledigung des fraglichen Amtes gültig werden [5]. Der kirchliche Obere, welcher absichtlich oder fahrlässiger Weise eine solche nichtige Besetzung vornimmt, wird, wenngleich gesetzlich Strafen dafür nicht angedroht sind, doch wegen Verletzung seiner Amtspflichten mit arbiträrer Strafe belegt werden können.

Ebenso wie die Verleihung selbst, ist auch das Versprechen eines nicht vakanten Benefiziums für den Fall seiner Erledigung nichtig [6]. Auch die Zustimmung des zur Zeit der bewilligten Anwartschaft berechtigten Benefiziaten und die eidliche Bestärkung des Versprechens durch den Gewährenden selbst schliesst die Nichtigkeit nicht aus [7].

Anfänglich bezog sich das Verbot der Expektanz-Ertheilung nicht auf die allgemeine Zusicherung irgend eines Benefiziums bei passender Gelegenheit [8]. Da aber die Zulassung solcher Versprechen für die Umgehung des Verbotes ein nur zu geeignetes Mittel darbot, so dehnte Bonifazius VIII. das letztere auch auf derartige Zusicherungen aus und erklärte dieselben ebenfalls für nichtig [9]. Jedoch ist diese Erweiterung nicht auf die s. g. expectativa tacita einer Präbende, welche die in die Stifter als

[1] S. darüber unt. die Lehre von der Reservation der Benefizien.

[2] S. 81. 254.

[3] S. 474. n. 1; Schmalzgrueber l. c. III. 8. n. 15. 16; Ferraris s. v. beneficium art. 3. n. 55.

[4] c. 1. X. III. 8 cit. Nach d. const. Pii IX. v. 12. Okt. 1869 (Arch. f. k. K. R. 23, 326) ist die excomm. ferend. sententiae. Auf den blossen Versuch, z. B. die Bitte um ein besetztes Amt, ist die Strafe nicht anwendbar, Schmalzgrueber l. c. n. 18. Uebrigens ergiebt c. 7 X. eod. nicht (so Schmalzgrueber n. 17), dass derjenige, welcher sich wissentlich ein vakantes Benefizium hat übertragen lassen, dasselbe später nur mit päpstlicher Dispensation erwerben kann.

[5] Schmalzgrueber l. c.

[6] c. 2. X. cit. III. 8; Trid. Sess. XXIV. c. 19 de ref.; Reg. canc. 21: „Item si quis supplicaverit sibi de beneficio quocumque tanquam per obitum alicuius, licet tunc viventis, vacante provideri, et postea per obitum eius vacet, provisio et quaevis dispositio etiam vigore alterius novae supplicationis vel gratiae dicto supplicanti per obitum huiusmodi denuo faciendae nullius sint roboris vel momenti"; reg. 30: „Item voluit et ordinavit quod omnes gratiae quas de quibusvis beneficiis ecclesiasticis cum cura vel sine cura saecularibus vel regularibus per obitum quarumcumque personarum vacantibus in antea fecerit, nullius roboris vel momenti sint, nisi post obitum et ante datam gratiarum huiusmodi tantum tempus effluxerit, quod interim vacationes ipsae do locis in quibus personae praedictae decesserint, ad notitiam eiusdem ss. domini nostri potuerint pervenire". Vgl. auch Phillips 7, 535.

[7] Weil das Verbot im öffentlichen Interesse der ganzen Kirche gegeben ist, also durch die Betheiligten nicht beseitigt werden kann, Schmalzgrueber l. c. n. 23. 30—32.

[8] c. 14 (Innoc. III.) X. eod. III. 8 (aliud est, praelatum promittere beneficii collationem quum poterit, aliud quum vacabit). Zur Begründung dieser Auffassung wurde darauf hingewiesen, dass hier auch Benefizien, welche in Folge von Neuerrichtungen, Dismembrationen u. s. w. zu vergeben wären, in Frage kämen, also nicht die verbotene Erwerbung für den Fall des Todes eines Andern beabsichtigt werde, s. glossa ad c. 14 cit. s. v. casibus; Schmalzgrueber l. c. n. 27. Schriftliche derartige Zusicherungen nannte man *signaturae*, ibid.

[9] c. 2 in VIto eod. III. 7.

Kanoniker eintretenden Geistlichen zufolge ihrer Aufnahme erlangten, bezogen worden [1].

Das Tridentinum [2] hat die gemeinrechtlichen Verbote wiederholt. Die Doktrin ist aber darüber einig, dass dieselben nur die Lokal-Oberen treffen. Dagegen kommt dem Papste, weil er über dem ius commune steht, noch heute die Befugniss zur Ertheilung von Anwartschaften [3] (s. g. gratiae expectativae) zu.

II. Die Voraussetzungen in der Person des Erwerbers.

§. 115. *A. Nach dem Rechte der Kirche.*

I. Die persona idonea. Kirchenämter sollen nur an personae idoneae, an solche, welche die allgemein für alle sowie die speziell für das in Frage stehende Amt vorgeschriebenen, d. h. die s. g. kanonischen Eigenschaften besitzen, verliehen werden [4].

So lange die absoluten Ordinationen noch nicht Sitte geworden waren [5], fiel die Prüfung hinsichtlich der Tauglichkeit mit der der Erlangung der Weihe vorhergehenden zusammen. Im Wesentlichen genügten auch die für die letztere erforderlichen Voraussetzungen zum Erwerbe eines kirchlichen Amtes. Vollkommen deckten sich aber die Vorschriften nicht [6] und konnten sich nicht decken, weil die Erfordernisse für die Ordination nur negativer Art sind und die Ausschliessung unwürdiger Personen vom geistlichen Stande bezwecken, für die Erlangung kirchlicher Aemter aber, je nach der Art derselben, noch besondere positive Eigenschaften vorhanden sein müssen.

Am zweckmässigsten wird indessen die Frage, was persona idonea ist, durch Aufzählung der Gründe, welche der Erwerbung von Aemtern entgegenstehen, beantwortet. Ausgeschlossen von derselben sind:

1. alle unehelich geborenen Männer. Dies Hinderniss tritt im Zusammenhange mit den Vorschriften über die irregularitas ex defectu natalium hervor [7] und findet sich zuerst nur für die Priesterkinder [8] festgesetzt, wird indessen bald auf alle unehelichen ausgedehnt [9], da dieselben Gründe, welche vom Standpunkt der damaligen Anschauungen die Irregularität dieser Personen rechtfertigten, auch für ihre Fernhaltung von Benefizien massgebend sein mussten.

Eine spätere (kirchenrechtlich) gültige Legitimation [10] beseitigt die Unfähigkeit

[1] S. o. S. 65. n. 4; Reiffenstuel III. 8. n. 23 ff.; Phillips 7, 530 ff.

[2] Sess. XXIV. c. 19 de ref.

[3] Fagnan. ad c. 2. X. III. 8 cit. n. 82 ff.; Leuren. P. II. qu. 631; Riganti ad reg. XXVI. canc. n. 8 ff.; Schmalzgrueber l. c. n. 33 ff.; Reiffenstuel l. c. n. 40 ff. Auch bedarf es wegen des Vorbehaltes in c. 21 de ref. Sess. XXV. Trid. nicht einer besonderen Derogation des Koncils, Garcias de benef. IV. 5. n. 33; Ferraris l. c. n. 59. 60.
Für die Altkatholiken wird der allgemeine Grundsatz des Verbotes der Verleihung nicht vakanter Benefizien ebenfalls zur Anwendung kommen.

[4] c. 29 (Lat. IV. a. 1215) X. de praeb. III. 5.

[5] Th. I. S. 63 ff.

[6] Selbst nicht in den ältesten Zeiten. Nach der Zulassung der absoluten Ordinationen ist der Unterschied zwischen den beiderseitigen Vorschriften allerdings grösser geworden.

[7] Th. I. S. 11.

[8] c. 12 (Alex. II. a. 1073), c. 1. 13 (Urban. II.) Dist. LVI.

[9] c. 1 (Pictav. a. 1078) c. 18 (Greg. IX.) X. de fil. presb. I. 17; c. 7 (Later. a. 1179) c. 20 (Innoc. III.) X. de elect. I. 6.

[10] Also nicht eine durch Reskript des Landesherrn erfolgte, s. Th. I. S. 13.

im Allgemeinen[1], nicht aber für den Kardinalat[2] und solche Benefizien, für welche fundationsmässig die Geburt aus rechtmässiger Ehe gefordert wird[3].

Dieselbe Wirkung hat der definitive Eintritt in ein Kloster oder Regularstift, soweit es sich nicht um Prälaturen, gleichviel ob weltliche oder regulare, ob dauernd oder zeitweilig zu besetzende handelt[4]. Unbegründeter Weise wird von Vielen[5] die Ausschliessung unehelich geborener Professen auch in Betreff der Kuratämter gefordert[6].

Für alle Aemter endlich kann das Hinderniss durch Dispensation beseitigt werden, und zwar durch päpstliche hinsichtlich der Dignitäten, Personate und Kurat-Benefizien, durch bischöfliche hinsichtlich der beneficia simplicia[7], sofern diese nicht einen höheren Weihegrad erfordern[8] und die für die Erlangung des letzteren nothwendige Dispensation des Papstes[9] noch nicht ertheilt ist[10].

Die Beseitigung der Irregularität durch Dispensation hebt nicht von selbst die Unfähigkeit zum Erwerbe kirchlicher Aemter auf. Es bedarf hierzu einer besonderen, darauf gerichteten Dispensation[11]. Eine solche ist in jedem Falle strikt zu interpretiren. Wenn sie daher ertheilt ist für ein Benefizium schlechthin, gilt sie nur für ein beneficium simplex, wenn für ein Kuratbenefizium, nicht für Dignitäten und Personate, wenn für Benefizien jedweder Gattung und Dignitäten, nicht für Dignitäten, mit denen eine cura animarum verbunden ist, wenn für Dignitäten des letzteren Charakters, nicht für die erste Dignität in Dom- und Kollegiatstiftern, wenn für Dignitäten jeglicher Art, nicht für den Episkopat und Kardinalat[12]. Derjenige, welcher eine Dispensation für ein bestimmtes Benefizium oder überhaupt für ein solches

---

1 Pignatelli consult. t. I. cons. 21. n. 6 ff.; a Boenninghausen, tract. de irregularitat. 3, 83. 94.

2 Th. I. S. 342.

3 Pyrrhus Corradus prax. dispens. apostol. III. 1. n. 7. Wo allgemeine Rechtsvorschriften die eheliche Geburt, wie z. B. c. 7. X. I. 6 cit., für das Bischofsamt verlangen, ist die Legitimation nicht ausgeschlossen. A. M. Boenninghausen p. 94.

4 So legt die Doktrin einstimmig das Verbot: praelationem vero nullatenus habeant in c. 1. X. I. 17 cit. aus, Fagnan. ad c. cit. n. 19 ff.; Schmalzgrueber lib. I. p. 3. t. 17. n. 9; Leuren. P. I. qu. 263; Boenninghausen p. 62. Die Anwendung des Satzes auf Nonnen in Betreff des Erwerbs von Aebtissinnen- und Prioratsstellen in Frauenorden ist freilich in Zweifel gezogen worden, Fagnan. l. c. n. 25 ff.; Schmalzgrueber l. c. n. 10 ff.

Das Hinderniss für Prälaturen kann nur durch päpstliche Dispensation gehoben werden, jedoch besitzen auch die Oberen einzelner Orden, z. B. der Jesuiten, ein Privileg zur Dispensation, s. const. Pauls III.: Licet debitum v. 18. Okt. 1549. §. 27 (M. bull. 1, 783), Boenninghausen p. 65 Note.

5 Vgl. hierüber Schmalzgrueber l. c. n. 9; Boenninghausen p. 62 ff.

6 c. 18. X. I. 17 cit. handelt von unehelichen Klerikern überhaupt, nicht von unehelichen Professen und c. 1. eod. gestattet den Erwerb anderer Aemter als Prälaturen, mithin auch der Kuratbenefizien.

7 c. 18. X. I. 17 cit.; c. 1 (Bonif. VIII.) in VI^to de fil. presb. I. 11.

8 Wie z. B. die Kanonikate.

9 Th. I. S. 14.

10 Diese beiden Gesichtspunkte werden weder in der älteren Literatur noch bei Boenninghausen p. 97 ff. genügend auseinander gehalten.

11 Vgl. Leuren. l. c. P. I. qu. 269. Streitig ist allerdings, ob die päpstliche Dispensation zur Erlangung der ordines maiores auch zugleich die für den Erwerb eines beneficium simplex in sich schliesst. Die bejahende Meinung (z. B. Schmalzgrueber l. c. n. 14; Reiffenstuel I. 17. n. 22) stützt sich darauf, dass der titulus beneficii der regelmässige sei, und auf c. 6. X. I. 17, welches es für ungerecht erklärt, dass der zum Subdiakon beförderte Sohn eines Priesters für immer eines Benefiziums entbehre. Andere wollen eine Dispensation der erwähnten Art nur auf den Erwerb des zum Titel dienenden Benefiziums ausdehnen, Nicollis, prax. canon. t. I. lit. F. de filiis presb. n. 6. Die dritte Ansicht endlich verneint die Frage, Garcias P. I. c. 6. n. 71; Barbosa de off. et pot. episc. P. II. all. 45. n. 6; Boenninghausen p. 109 ff., und mit Recht. Ganz abgesehen von der dafür in Bezug genommenen Praxis der Dataria wird sie durch den Satz gerechtfertigt, dass die Dispensation von einem Hinderniss jedes andere unberührt lässt.

12 Barbosa l. c. n. 11 ff.; Boenninghausen p. 112.

erlangt hat, kann nach Verlust des darauf hin erworbenen, nicht ohne nochmalige Dispensation ein neues erhalten[1].

Für das an die päpstliche Kurie zu richtende Dispensationsgesuch kommen dieselben Regeln. wie für den Fall der Irregularität ex defectu natalium zur Anwendung[2].

Da die Gründe der Ausschliessung der unehelich Geborenen nicht nur auf die Fälle passen, wo es sich um die Erwerbung von eigentlichen Benefizien handelt, sondern auch auf die, wo andere Kirchenämter, welche nicht blos eine die kirchlichen Funktionen unterstützende oder erleichternde Thätigkeit zum Gegenstande haben und mit Laien besetzt werden, namentlich Kirchenämter ohne Perpetuität[3], z. B. Stellen in den Missionsgebieten in Frage stehen, so kann es keinem Bedenken unterliegen, die dargelegten Regeln auf diese auszudehnen[4].

Eine Verleihung, welche den besprochenen Vorschriften zuwider erfolgt, ist absolut nichtig[5], und konvalescirt daher auch nicht[6] durch nachträgliche Legitimation, Professablegung oder Dispensation[7].

Während die frühere Gesetzgebung die Priesterkinder ohne Unterschied zwischen ehelich und unehelich geborenen nicht nur von der Erlangung der Weihen, sondern auch der Benefizien ausschloss[8], um das Erblichwerden der letzteren und eine Besetzung nach Familienrücksichten zu verhindern — war doch im 11. Jahrhundert weder das Cölibatsverbot praktisch durchgeführt noch als trennendes Ehehinderniss anerkannt[9] — hält das Dekretalenrecht die unehelichen Kinder der Geistlichen vom Erwerbe von Benefizien an derjenigen Kirche, an welcher der Vater ein solches besitzt oder besessen hat, fern[10], verbietet dagegen allen Kindern von Klerikern, d. h. praktisch den ehelichen, nur die unmittelbare Succession in das väterliche Benefizium[11].

Das Tridentinum[12] hat nach dem Vorgange einer Constitution Clemens' VII. v. J. 1530[13] die Vorschriften des Dekretalenrechts dahin verschärft, dass die unehelichen Kinder aller Kleriker niemals, auch nicht mehr mittelbar[14] an Kirchen, an denen ihre Väter Benefizien inne haben oder inne gehabt haben, ein solches, selbst wenn es von dem väterlichen verschieden ist, erlangen, ebensowenig irgendwelche

[1] Boenninghausen p. 111.
[2] L. c. p. 115 u. Th. I. S. 14.
[3] S. o. S. 365. 366. 368.
[4] Uebereinstimmend geschieht dies wenigstens hinsichtlich der Aemter der General- und Kapitular-Vikare, s. o. S. 211. 235; Leuren. P. I. qu. 263; Boenninghausen p. 64. n. 11.
[5] Arg. c. 20 X. I. 6 cit.
[6] Denn die Fähigkeit muss im Augenblick der Erwerbung des Amtes vorhanden sein, Passerini de electione canonica c. 25. n. 132; Boenninghausen p. 84. n. 30.
[7] Nur eine Dispensation, welche direkt auf Heilung oder Sanirung der Nichtigkeit ginge, würde ausreichen.
[8] c. 1. 12. 13 Dist. LVI. cit.
[9] Th. I. S. 154 ff.
[10] c. 2. 3. 4 (Alex. III.) X. h. t. I. 17 sprechen zwar allgemein von den filii, dagegen beschränken c. 15 (Innoc. III.) u. c. 16 (Lat. IV. a. 1215) X. eod. das Verbot auf die unehelichen Kinder, endlich verordnet c. 12 (Clem. III.) eod. hinsichtlich der a pontificibus generati: „quod si ex legitimo sint matrimonio procreati nec aliud canonicum obviat, licite possunt ad sacros ordines ascendere et in eisdem ecclesiis, in quibus praesunt vel etiam praefuerunt genitores eorum beneficium obtinere".
[11] c. 7. 9 (Alex. III.) X. erwähnen nur der filii, c. 11 (id.) eod. der filii sive geniti sint in sacerdotio sive non. Vergleicht man die in dieser und der vorigen Note citirten Stellen Alexanders III. mit den übrigen, so ergiebt sich, dass derselbe noch den früheren Standpunkt vertritt, und erst nach ihm die im Text gedachte Milderung zu Gunsten der ehelichen Kinder eingetreten ist, ohne dass dieselbe gleich vollkommene Durchführung erlangt hat.
[12] Sess. XXV. c. 15 de ref.
[13] Ad canonum conditorem (M. bull. 1, 684).
[14] Garcias l. c. P. VII. c. 3. n. 14; Richters Tridentinum S. 465. n. 2.

geistliche Dienste thun, noch Pensionen aus den Einkünften der väterlichen Benefizien beziehen dürfen, sowie dass alle zur Umgehung dieser Verbote vorgenommenen Handlungen, namentlich die Resignation der Väter zu Gunsten ihrer Söhne und die in Folge dessen stattgehabte Verleihung an letztere, null und nichtig sein sollen. Die Unfähigkeit trifft danach auch die unehelichen Kinder, welche der Kleriker vor seinem Eintritt in den geistlichen Stand erzeugt hat[1]. Ist der Vater an zwei unirten Kirchen angestellt, so steht das Hinderniss dem Sohne in Betreff der Benefizien beider entgegen, daher kann derselbe auch nicht an einer accessorisch unirten Kirche, deren Hauptkirche der Vater als Rektor inne hat, ein Benefizium, z. B. eine Vikarie, erhalten, selbst wenn er in Folge desselben keine Funktionen in der Mutterkirche vorzunehmen genöthigt ist[2]. Ebensowenig darf der Sohn geistliche Funktionen an der väterlichen Kirche ausüben, also auch nicht als Beichtvater an derselben amtiren[3].

Dagegen bezieht sich das Tridentinum nicht auf den Fall, wo der Vater kein beneficium im eigentlichen Sinne besitzt[4], ebensowenig auf den Erwerb des vom unehelichen Sohne früher besessenen Benefiziums seitens des illegitimen Vaters[5], endlich auch nicht auf die Kinder des unehelichen Sohnes, mögen diese ehelich oder unehelich sein[6].

Eine unter Verletzung der Vorschriften des Konzils erfolgte Verleihung ist nichtig[7].

Die Unfähigkeit kann beseitigt werden durch päpstliche Dispensation[8] und durch legitimatio per subsequens matrimonium (nicht aber durch eine per rescriptum pontificis[9]).

Die sonstigen Vorschriften des Dekretalenrechtes hat das Tridentinum nicht berührt, daher sind noch heute:

[1] So die Congr. Conc. s. Garcias l. c. n. 15; Boenninghausen p. 105.

[2] Die herrschende Meinung weicht von der im Text vertretenen Ansicht insofern ab, als sie mit der Congr. Conc. für die unio subiectiva eine Ausnahme zu Gunsten des Sohnes macht, Garcias l. c. n. 61 ff.; Fagnan. ad c. 11. X. h. t. I. 17. n. 34; Leuren. P. I. qu. 247; Boenninghausen p. 106. Aber mit Unrecht, denn auch bei dieser Art der Union sind die beiden Benefizien in der Hand des Vaters vereinigt, da das eine nur eine Pertinenz des andern bildet.

[3] Entschdg. d. Congr. Conc. bei Richter a. a. O. n. 3; weitere Kasuistik bei Boenninghausen p. 107.

[4] Z. B. ad nutum angestellt ist, Richter n. 1; Boenninghausen l. c.

[5] Richter a. a. O. n. 5; Bened. XIV. de syn. dioec. XIII. 24. n. 15. Andererseits wird der uneheliche Vater nicht gleichzeitig neben dem Sohn ein Benefizium an derselben Kirche erhalten können, denn das Tridentinum will offenbar das Amtiren beider neben einander verhindern, Garcias l. c. n. 30. 31; Leuren. l. c. qu. 280.

[6] Dies hat auch die Congr. Conc. freilich nach mehrfachem Schwanken angenommen, Fagnan. l. c. n. 35 ff.; Garcias l. c. n. 20. 27; Schmalzgrueber l. c. n. 23; Bened. XIV. l. c. n. 19; Boenninghausen p. 105.

[7] S. die citirte Stelle des Koncils. Dadurch ist c. 5 (Alex. III.) X. I. 17 in Betreff der Unehelichen aufgehoben. Dasselbe ordnet an, dass der Bischof, welcher einen Kleriker von der ihm verliehenen Kaplanei entfernt hat, weil dessen Vater an derselben Kirche angestellt gewesen war, den ersteren wieder einsetzen soll, wenn er von diesem Sachverhalt schon bei der Uebertragung des Benefiziums Kunde hatte, im umgekehrten Fall aber ihm das Benefizium allein dann entziehen kann, wenn er ihm ein anderes ausreichendes Amt verleiht. Schon früher ist streitig gewesen, ob sich das Kapitel nur auf eheliche, vor dem Eintritt in den Klerikalstand erzeugte, oder überhaupt auf uneheliche Kinder der Geistlichen bezieht, s. die Nachweisungen bei Fagnan. zum cit. cap. n. 1 ff. Die Stelle, welche allgemein von allen Kindern spricht, erklärt sich wohl daraus, dass zur Zeit ihrer Abfassung noch kein anderer als der titulus beneficii anerkannt war (Th. I. S. 64) und der Bischof dem geweihten Kleriker in den erwähnten Fällen zur Strafe nicht den Titel und damit den Lebensunterhalt entziehen sollte.

[8] Also selbst, wenn das beneficium ein simplex ist, denn der Bischof kann das gemeine Recht nicht aufheben.

[9] Das Koncil schliesst die non ex legitimo matrimonio nati aus, und den ehelich geborenen stehen allein die durch spätere Ehe legitimirten gleich, Fagnan. ad c. 11 cit. n. 33; Bened. XIV. l. c. n. 16; Boenninghausen p. 105.

2. die ehelichen Kinder der Geistlichen von der unmittelbaren Nachfolge in die Aemter ihrer Väter ausgeschlossen[1], sofern es sich um Benefizien im eigentlichen Sinne handelt[2]. Das Verbot trifft aber nicht die gleichzeitige Bekleidung von Benefizien an derselben Kirche[3], ebensowenig die unmittelbare Nachfolge des Vaters in das Benefizium des Sohnes[4]. Die Enkel sollen dagegen nach einer Meinung ebenso unfähig sein, wie die Söhne[5]; eine zweite Ansicht beschränkt dies auf den Fall, dass ihr Vater, also der Sohn des Inhabers des in Frage stehenden Benefiziums schon bei dem Tode des letzteren verstorben war[6], endlich wird von anderen[7] jede Erweiterung auf die Enkel abgewiesen, und mit Recht, da Verbotsgesetze strikt zu interpretiren sind.

Eine Besetzung, welche unter Nichtbeachtung des Hindernisses erfolgt, kann nicht für nichtig erachtet werden[8].

Die Dispensation von dem letzteren steht ausschliesslich dem Papste zu[9].

3. Ferner sind Laien zum Erwerbe kirchlicher Aemter[10] unfähig. In den ersten Jahrhunderten der christlichen Kirche sind indessen mehrfach angesehene Laien vom Klerus und Volk zu Bischöfen gewählt worden[11]. Sodann haben die germanischen Könige, welche in ihren Reichen einen weitgehenden Einfluss auf die Besetzung der Bisthümer erlangt hatten, oft genug ihre Würdenträger und Günstlinge weltlichen Standes zu Bischöfen befördert[12]. Hieraus erklärt es sich, dass schon früh besondere Verbote seitens der Synoden[13] und der Päpste[14] gegen die Erhebung von Laien zu Bischöfen erlassen worden sind, obwohl eine solche schon durch die Vor-

1 S. 478. n. 10. Die mittelbare Folge ist erlaubt, c. 7. X. I. 17 cit.

2 c. 8 (Alex. III.) X. eod. Auch wird nach c. 11 (Alex. III.) u. c. 13 (Clem. III.) ibid. der Personat und die vicaria perpetua in sofern wie ein und dasselbe Beneflzium behandelt, als der Sohn nicht die Vikarie des Personates, welchen der Vater gehabt hat, erlangen soll.

3 c. 12 (Clem. III.) eod. Wegen der Kardinäle s. indessen Th. I. S. 342.

4 Leuren. l. c. P. I. qu. 3; Schmalzgrueber l. c. n. 19.

5 Die Vertreter dieser Meinung, welche sich darauf stützen, dass unter filii im weiteren Sinne die Enkel zu verstehen sind, aufgezählt bei Fagnan. ad c. 7. I. 17. n. 5.

6 So z. B. Hostiensis, summa aur. rubr. de fil. presb. n. 5. s. v. Sed numquid; Schmalzgrueber l. c. n. 21; Boenninghausen p. 105. n. 25, weil nur unter dieser Voraussetzung der Enkel dem Grossvater succediren könne.

7 Fagnan. l. c. n. 14 ff.

8 c. 5. X. cit. I. 17, s. S. 479. n. 7.

9 c. 9 (Alex. III.) I. 17; der päpstliche Legat bedarf eines besonderen Auftrages dazu, c. 17 (Honor. III.) X. eod. Uebrigens ist die Dispensation auch dann nöthig, wenn nur Mitglieder einer bestimmten Familie stiftungsgemäss das Benefizium erhalten können, Ferraris s. v. beneficium art. 5. n. 89.

10 Es kommen hier selbstverständlich solche Aemter, welche ihrem Charakter nach, wie z. B. die der Kirchenvorsteher, für Laien bestimmt sind oder doch üblicherweise mit Laien besetzt zu werden pflegen (s. o. S. 364 n. 5), nicht in Frage.

11 Z. B. Ambrosius v. Mailand, dict. Grat. zu c. 8. Dist. LXI; Germanus v. Auxerre Anfang d. 4. Jahrh. Herzogs Encykl. 5, 87; Nektarius v. Konstantinopel (a. 381; Socrat. hist. eccl. V. 8), Thalassius v. Cäsarea Cappadociä (a. 439; ibid. VII. 48). Vgl. ferner Thomassin P. II. l. 1. c. 85. n. 12. 13.

12 Ueber d. Westgothenreich s. Dahn, Könige d. Germanen 6, 404; üb. d. Frankenreich Gregor. Turon. hist. V. 43. 46. VI, 19. 36. VIII. 20. 32. 39. IX. 23. X. 31. n. 16; Löbell Gregor v. Tours (1. Aufl.) S. 349; Waitz, deutsche Verf. Gesch. 2. Aufl. 2, 293.

13 c. 10 (c. 10, *al.* 13 Sard. a. 343) Dist. LXI; c. 12 Rom. u. 402 (Bruns can. apost. I. 2, 280), c. 1. 2. Arelat. IV. a. 524; c. 9. Aurel. V. a. 549 (beide Koncilien verlangen wenigstens, dass vor der Beförderung ein Jahr seit Ablegung des Gelübdes der Enthaltsamkeit abgelaufen sein soll, s. Th. I. S. 148), c. 17 des Koncils unter Photius a. 861. b. Mansi 6, 547; s. Hefele, Koncil. Gesch. 4, 234 (ferner ibid. S. 259. 391. 403. 445).

14 c. 4 (Innoc. I.), c. 7 (Coelest. I.), c. 5 (Leo I.), c. 2 (Hormisda) Dist. LXI; c. 3 ep. Symmachi ad Caesar. Arelat. a. 513 (Thiel epist. Rom. pont. 1, 725); Gregor. I. ep. II. 25. V. 53. 55. IX. 11. 106. 109 (= c. 1. Dist. cit.) 110 (ed. Bened. 2, 588. 782. 786. 938. 1008. 1014. 1017).

Auch die römische Kaisergesetzgebung verlangte, dass der Laie mindestens schon seit 3 (früher seit 6) Monaten in den geistlichen Stand eingetreten sein sollte, Justinian. Nov. VI. c. 1. §. 7. a. 535; Nov. CXXIII. c. 1. §. 2. a. 546.

schriften über die ordnungsmässige Folge der Weihegrade ausgeschlossen war [1]. Wie aber selbst Laien noch mehrfach im Mittelalter die päpstliche Würde erworben haben [2], so sind auch solche noch später auf die bischöflichen Stühle gelangt [3]. Allerdings waren derartige Fälle nicht häufig.

Ferner sah sich die Gesetzgebung seit dem 11. Jahrhundert veranlasst, gegen die Uebertragung der Bischofswürde an Kleriker niederer Grade einzuschreiten. Durch Partikularsynoden, so z. B. das Koncil von Benevent v. 1091 [4], wurde vorgeschrieben, dass allein Priester und Diakonen und blos ausnahmsweise, mit Erlaubniss des Papstes oder des Metropoliten, Subdiakonen zu Bischöfen gewählt werden sollten. In Folge der Einreihung des Subdiakonats in die Klasse der ordines sacri [5] wurde der letztere indessen von Innocenz III. für ausreichend erklärt [6]. Das Tridentinum hat diese Vorschrift nur insofern modificirt, als der Kandidat mindestens schon 6 Monate die gedachte Weihestufe inne haben muss [7]. Das ist auch noch heute geltendes Recht [8]. Eine Verletzung dieser Regeln zieht, falls keine päpstliche Dispensation gewährt worden ist [9], Nichtigkeit der Erwerbung des Amtes nach sich [10].

Von den übrigen Aemtern waren die Laien in den älteren Zeiten, als die kirchliche Anstellung noch mit der Ertheilung der Ordination zusammenfiel und die Amtsfunktionen sich nach dem erlangten Weihegrad bestimmten, schon durch die Nothwendigkeit des stufenweisen Aufsteigens von einem ordo zum andern ausgeschlossen. Da die Angehörigen mächtiger und angesehener Familien wohl häufig nach den Bischofssitzen strebten, die minder bedeutenden Stellungen der Priester und Diakonen ihren Ehrgeiz aber nicht reizten, so bedurfte es kaum besonderer Verbote [11] gegen die unmittelbare Beförderung der Laien zu solchen Aemtern. Noch viel weniger konnte aber in jener Zeit bei dem Zusammenfallen von Ordination und Anstellung von Vorschriften über die für die einzelnen kirchlichen Aemter erforderlichen Weihegrade die Rede sein. Daher beginnt die kirchliche Gesetzgebung in Betreff dieser Verhältnisse erst mit der Entstehung des heutigen Benefizialwesens und mit dem Aufkommen der absoluten Ordinationen thätig zu werden, vor Allem um die Verleihung von Benefizien an Personen zu verhindern, welche lediglich die Einkünfte derselben zu geniessen, sich aber der damit verbundenen Pflichten zu entziehen suchten. Es gehören hierher die früher schon erörterten Vorschriften über die für die verschiedenen

[1] Th. I. S. 111.

[2] Th. I. S. 244.

[3] So z. B. Graf Ansfried in Utrecht, Hirsch Heinrich II. 1, 350. n. 4; Sigeb. chron. a. 1009 (Th. I. S. 18. n. 1).

[4] c. 4. Dist. LX; c. 5 Claromont. a. 1095 (Mansi 20, 817); c. 4. Remens. a. 1131 (Jaffé, mon. Bamberg. p. 440; c. 8 bei Mansi 21, 459).

[5] Th. I. S. 6.

[6] c. 9. X. de aet. et qual. I. 14.

[7] Sess. XXII. c. 2 de ref.

[8] Das Tridentinum ist nicht, wie Barbosa de off. et pot. episc. P. II. all. 1. n. 37 unter Berufung auf c. 10 Dist. LXI cit.; c. 9 X. cit. u. Gregor. XIV. const. Onus apostolicae v. 15. Mai 1590 (M. bull. 2, 763) behauptet, aufgehoben. Die letztere will im §. 9 nur die vorgeschriebenen Erfordernisse aufzählen. Deshalb kann das: sacris ordinibus saltem ante VI menses ordinatus nicht heissen, dass der Kandidat alle ordines sacri, mithin auch den Presbyterat besitzen muss, vielmehr bedeutet es nichts anderes als das, was das Tridentinum l. c. mit den Worten: „in sacro ordine antea saltem VI mensium spatio constitutus" ausdrückt, s. auch Leuren. P. I. qu. 314; Schmalzgrueber T. I. P. 3. tit. 14. n. 15.

[9] Denn nur durch diese kann das gemeine Recht abgeändert werden.

[10] Ueber die Verpflichtung des Gewählten, die weiteren Weihen zu nehmen, s. Leuren. P. I. qu. 315 u. unten §. 131.

[11] S. aber d. illyrische Synode v. 375 (Theodoret. eccl. hist. IV. 9: „Ὁμοίως τε καὶ πρεσβυτέρους καὶ διακόνους ἐξ αὐτοῦ ἱερατικοῦ . . . καὶ μὴ ἀπὸ τοῦ βουλευτηρίου καὶ στρατιωτικῆς ἀρχῆς"); c. 1. 2. Arel. IV. a. 524; c. 6 Aurel. III. a. 538; c 20 Bracar. I. a. 563.

Stiftswürden, namentlich die Propstei[1] und den Dekanat[2], ferner die Kanonikate[3] und Archidiakonate[4] nöthigen Weihegrade[5].

Für die Erlangung von Pfarrbenefizien hat Alexander III. den Besitz des Subdiakonats erforderlich erklärt[6], und nur für Kleriker niederer Weihestufen, welche binnen kurzer Zeit zu Priestern geweiht werden könnten, eine Dispensation zugelassen, und das 3. Lateranensische Koncil (v. 1179[7]) den Verlust des Amtes an die Nichterlangung des für die Verwaltung des Benefiziums nothwendigen Priestergrades binnen der durch die Kanones vorgeschriebenen Frist[8] geknüpft.

Nach den theilweise durch die späteren Dekretalen und durch das Tridentinum abgeänderten Bestimmungen ist die Priesterweihe vorgeschrieben für Dignitäten, mit denen eine cura animarum verbunden ist (also für die blos eximirten Prälaturen, die praelaturae nullius, die Probsteien, die Stifsdekanate, die Abtsstellen[9]), für die Pfarr-Aemter und die Hälfte der Kathedral-Kanonikate, während für die andere Hälfte derselben der Diakonat, bez. Subdiakonat genügt[10]. Jedoch können Kleriker, welche den vorgeschriebenen Weihegrad nicht besitzen[11], die erwähnten Aemter erhalten, müssen denselben aber binnen Jahresfrist nach dem erlangten ruhigen Besitz derselben[12] erwerben[13]. Die schuldbare Versäumniss zieht den Verlust des Pfarramtes ipso iure, und falls der Erwerber dasselbe nur in der Absicht, sich den Fruchtgenuss zu verschaffen, nachgesucht hat, auch die Pflicht zur Wiedererstattung der genossenen Früchte nach sich[14]. Bei Stiftsämtern verliert der Inhaber dagegen nur das ihm etwa zustehende Stimmrecht im Kapitel und die Hälfte der Distributionen[15], kann indessen

[1] S. o. S. 95.

[2] S. o. S. 95, nam. Note 5.

[3] S. 66. 74.

[4] S. 189. 194. 200.

[5] Wegen der Laien, die derartige Pfründen erhalten haben, s. S. 66. n. 6; S. 76. 193. n. 2; S. 195. n. 2.

[6] c. 5. X. tit. cit. I. 14. Ueber die Adresse des Kapitels s. Phillips 7, 550.

[7] c. 7. §. 2 X. de elect. I. 6.

[8] Welche das Koncil im Auge hat, ist zweifelhaft. Die Vorschrift wird theils auf die tempora interstitiorum (Th. I. S. 112), theils auf die Ordinationszeiten (a. a. O. S. 114), theils auf die Kanones, welche eine einjährige Frist nach der Konversion zum Kleriker für den Erwerb des Diakonats und Presbyterats festsetzen (s. S. 481. n. 11), bezogen, vgl. glossa ad c. cit. s. v. a canonibus u. Gonzalez Tellez ad c. cit. §. 2. n. 5. Praktische Bedeutung hat die Kontroverse nicht, s. Note 11 ff.

[9] Für die Dignitäten ohne cura genügt gemeinrechtlich der Diakonat, weil das Trid. Sess. XXIV. c. 12 de ref. für diese nur das vollendete 22. Lebensjahr vorschreibt und deshalb die Priesterweihe (s. Th. I. S. 18) unmöglich verlangen kann, Fagnan. ad c. 1. X. h. t. I. 14. n. 6.

[10] c. 1 (Pictav. a. 1078) X. eod.; Trid. Sess. XXIV. c. 12 de ref. Das Nähere wegen der Kanonikate s. o. S. 66. 81. Der Pönitentiar muss, weil er das Busssakrament zu verwalten hat, Trid. Sess. XIV. c. 6 de poenit., Priester sein.

[11] Dies gilt ebenfalls für die Pfarrbenefizien, auch für diese ist blos der Besitz der Tonsur erforderlich, Fagnan. ad c. 5. X. I. 14. n. 2 ff., denn c. 5 X. cit. ist aufgehoben, s. c. 8 (Bonif. VIII.) in VIto de praeb. III. 4; c. 2 (id.) in VIto de instit. III. 6.

[12] Bez. von dem Tage, wo dieser hätte erlangt werden können und dies blos durch Schuld des Erwerbers unterblieben ist, c. 35 (Bonif. VIII.) in VIto de elect. I. 6; Leuren. P. I. qu. 319. n. 2.

[13] c. 14 (Gregor. X. in conc. Lugd.) in VIto de elect. I. 6; Clem. 2 de aet. et qual. I. 6; Trid. Sess. XXIV. c. 12 de ref.

[14] c. 14 cit., c. 35 (Bonif. VIII.) in VIto de elect. I. 6. Auch darf das verlorene Amt dem Säumigen bei der in Folge seiner Nachlässigkeit eingetretenen Vakanz nicht wieder von Neuem übertragen werden, c. 35 cit. Weitere Kasuistik bei Leuren. l. c. qu. 320.

[15] Clem. 2 cit. u. Trid. Sess. XXII. c. 4 de ref. Durch dieses letztere ist c. 5. Sess. XLIII. conc. Constant. (Hübler, Constanzer Reformation S. 161): „Nos igitur sacro approbante concilio omnes dispensationes a quibuscunque pro pontificibus se gerentibus concessas quibuscunque electis confirmatis seu provisis ad ecclesias, monasteria, prioratus conventuales, decanatus, archidiaconatus et alia quaecunque beneficia quibus certus ordo debitus est vel annexus, videlicet ne munus consecrationis episcopi seu benedictionis abbatis aut ceteros debitos aut annexos ordines suscipiant, praeter illas quae secundum formam constitut. Bonifac. VIII. quae incipit: Cum ex eo (c. 34 in VIto de elect. I. 6) factae sunt, revocamus, statuentes ut qui de praesenti illos vel illa obtinent infra VI menses a die publicationis huiusmodi constitutionis nostrae et qui imposterum obtinebunt infra terminum iuris (d. h. binnen Jahresfrist), se faciant consecrari aut benedici sive

bei fortgesetzter Renitenz seines Amtes entsetzt werden [1]. Das letztere soll geschehen, wenn ihn in der Zwischenzeit ein vom Empfange des erforderlichen Weihegrades ausschliessendes Hinderniss (z. B. eine Irregularität) trifft [2], jedoch wendet die Doktrin diese Vorschrift nicht auf den Fall an, wo das Hinderniss ohne Schuld des Amtsinhabers eingetreten ist [3].

Für die einfachen Benefizien, in Betreff deren das gemeine Recht nichts besonderes festgesetzt hat, genügt es, wenn der Erwerber die Tonsur besitzt [4].

Die Regeln über die rechtzeitige Erlangung des ordo kommen auch dann zur Geltung, wenn derselbe nicht durch das gemeine Recht, sondern statutarisch, z. B. durch ein Kapitelsstatut oder durch eine Stiftungsurkunde, vorgeschrieben ist [5]. Jedoch bleibt es Sache der Auslegung festzustellen, ob der ordo durch solche Anordnungen dem Benefizium *respectu actus* oder *respectu aptitudinis* annektirt ist, d. h. schon im Augenblick der Verleihung oder blos für die Verwaltung des Benefiziums verlangt wird [6].

Wenn für ein Amt gar kein oder ein bestimmter ordo vorgeschrieben ist, kann der Ordinarius den Benefiziaten doch zur Erwerbung eines solchen, bez. eines höheren und zwar durch Entziehung der Früchte, schlimmstenfalls auch des Benefiziums selbst zwingen, sofern es die Nothwendigkeit oder der Nutzen der Kirche, z. B. der Mangel an Priestern bei derselben, bedingt [7].

Die Dispensation von den Vorschriften über die Nothwendigkeit eines bestimmten Ordos und die Erwerbung desselben binnen der gesetzlichen Zeit nach Erlangung des Amtes steht ausschliesslich dem Papste zu [8], welcher auch die Verleihung eines Benefiziums an einen Laien gestatten kann [9].

ad alium debitum ordinem promoveri: alioqui sint ipsis ecclesiis, monasteriis, dignitatibus, personatibus officiis et beneficiis praedictis ipso iure privati" . . ., welches die Clem. 2 cit. aufgehoben hatte, unter Wiederinkraftsetzung der letzteren beseitigt, jedoch nur hinsichtlich der im Trid. erwähnten Benefizien („dignitates, personatus, officia, praebendas, portiones ac quaelibet alia beneficia in dictis [i. e. cathedrali vel collegiali, saeculari vel regulari] ecclesiis"), nicht der übrigen, s. Fagnan. ad c. 7. §. 2. X. I. 6 cit. n. 35 ff.

[1] Unter den Clem. 2 cit. anderweit vorbehaltenen Strafen kann nur eine nicht ipso iure erfolgende Privation verstanden werden, weil die sonst festgesetzten Strafen mit einem Verlust ipso iure unvereinbar sind, Fagnan. l. c. n. 39, Richters Tridentinum S. 160. n. 1. Dasselbe bestimmt c. 22 (Bonif. VIII.) in VI^to de elect. I. 6 unter Ausschluss v. c. 14 cit. eod. für die Kollegiatkirchen, welche zugleich ecclesiae parochiales sind, jedoch ist dies durch das Konstanzer Koncil (s. vor. Note) wieder aufgehoben. A. M. Fagnan. l. c. n. 23 ff.

[2] c. 1. X. h. t. I. 14.

[3] Für diesen Fall wird nach denselben Regeln verfahren, welche bei einer schuldlos eintretenden Unfähigkeit des Benefiziaten gelten, Fagnan. ad c. 1. X. cit. n. 34 ff.; Schmalzgrueber l. c. n. 21; Reiffenstuel I. 14. n. 24.

[4] Fagnan. l. c. n. 42; Schmalzgrueber l. c. n. 19.

[5] So lautet z. B. Trid. Sess. XXIV. c. 12 de ref. ganz allgemein; Fagnan. l. c. n. 48.

[6] Fagnan. n. 44 ff.; Leuren. l. c. P. I. qu. 311. 312.

[7] c. 6 (Alex. III.) X. h. t. I. 14; Fagnan. ad c. cit. n. 2 ff. 46 ff. Die Dekretale ist ergangen, um die durch c. 1—4. 8. 9. Dist. LXXIV u. c. 3. C. I. qu. 6 hervorgerufenen Zweifel zu beseitigen, und bestimmt, dass den Klerikern, welche sich wegen geheimer Sünden weigern, die höheren ordines zu empfangen, ihre Benefizien mit Ausnahme des Falles, wo sie der Kirche andere als die durch ihr Amt bedingten Dienste von wesentlichem Nutzen leisten, entzogen und andere Geistliche statt ihrer angestellt werden sollen. Nähere Kasuistik bei Fagnan. l. c. n. 20 ff.

[8] Es folgt dies aus der allgemeinen Regel, dass der Papst allein über dem ius commune steht. Die durch c. 5. X. I. 14 cit. dem Bischof eingeräumte Dispensationsbefugniss ist mit der Beseitigung der Nothwendigkeit des Subdiakonats für den Erwerb der Pfarrämter fortgefallen (S. 483. n. 11).

c. 34 (Bonif. VIII.) in VI^to de elect. I. 6 gewährt den Ordinarien die Befugniss, den Inhabern derartiger Aemter, welche sich den theologischen Studien widmen wollen, die einjährige Frist für die Erlangung des Presbyter-Ordos, sofern sie nur innerhalb der letzteren den Subdiakonat nehmen, auf 7 Jahre zu verlängern und ihnen die Früchte der Benefizien abzüglich der für einen

Ueber die Qualifikation für den Kardinalat und die päpstliche Würde s. o. Th. I. S. 342 u. 379.

Was endlich diejenigen kirchlichen Aemter betrifft, welche nicht Beneficien im eigentlichen Sinne sind (s. o. S. 368), so gilt für die Qualifikation der Bischöfe in partibus dasselbe wie für die Residentialbischöfe. Im Uebrigen bestimmt sich der Ordo im Allgemeinen durch die geistlichen Funktionen, welche der Erwerber kraft seines Amtes wahrzunehmen hat, eventuell ist nur der Besitz der Tonsur erforderlich.

4. Unfähig zum Erwerbe kirchlicher Aemter sind sodann diejenigen, welche nicht das vorgeschriebene Alter besitzen. Für die einfachen Benefizien genügt nach neuerem Recht das angetretene 14. Lebensjahr[1], während man früher schon das zur Erlangung der Tonsur nothwendige Alter von 7 Jahren[2] für ausreichend erachtete[3]. Auf solche Benefizien, für welche die Fundationsbestimmungen ein niedrigeres Alter als 14 Jahre festsetzen, bezieht sich die neuere Vorschrift nicht, es können daher die ersteren auch noch heute bis auf die ältere gemeinrechtliche Grenze hinabgehen[4].

Für Kanonikate in den Kathedralstiftern, für welche ebenso wie für die der Kollegiatkapitel das Statutarrecht verschiedene Altersstufen festgesetzt hat[5], erfordert das Tridentinum dasjenige Alter, welches für den durch den Kanonikat bedingten Ordo verlangt wird[6]. Wo es indessen in dieser letzteren Beziehung an einer Bestimmung fehlt, genügt das angetretene 22. Jahr, weil die Kanoniker min-

Vikar auszusetzenden congrua zu belassen. Ob diese Vorschrift durch das Tridentinum aufgehoben ist, darüber herrscht Streit, s. Garcias tract. de benef. P. III. c. 2. n. 80 ff.; Fagnan. ad c. 5. X. de magistr. V. 5. n. 10 ff.; Barbosa de off. et pot. parochi l. 5. n. 22; Leuren. P. I. qu. 322; Schmalzgrueber III. 4. n. 61; Phillips 7, 552; Richter K. R. §. 181. n. 12. Die Vorschriften des Trid. Sess. V. c. 1 de ref.; Sess. VI. c. 2 de ref.; Sess. VII. c. 12 de ref.; Sess. XXIII. c. 1 de ref. sind mit c. 34 cit. nicht unvereinbar; wohl aber passt dasselbe nicht zu den Vorschriften über den Pfarrkonkurs in Sess. XXIV. c. 18 de ref., weil der letztere, ebenso wie die heute in Deutschland bestehenden Prüfungen (s. unten) die vorgängige wissenschaftliche Ausbildung der zukünftigen Pfarrer voraussetzen. Von praktischer Bedeutung ist somit die Frage nicht.

Unzweifelhaft steht aber dem Bischof das Dispensationsrecht zu, wenn ein bestimmter ordo nicht gemeinrechtlich, sondern nur durch Diöcesanverordnungen festgesetzt ist. Ebenso kann der Bischof von derartigen Vorschriften der Kapitelstatuten innerhalb der durch das gemeine Recht gesteckten Grenzen mit Zustimmung des Kapitels entbinden (o. S. 131 ff.). Im ersten Fall bedarf er nur des consilium capituli, s. o. S. 156; Schmalzgrueber T. I. P. III. t. 4. n. 20.

[9] Ferraris s. v. beneficium art. 5. n. 5. Für untergeordnete Aemter, wie die der Kirchendiener, Glöckner u. s. w. ist eine solche aber da, wo diese Stellen mit Laien besetzt werden, nicht nöthig: ebenso wenig bei Stellen in der bischöflichen und Kapitelsverwaltung, welche, wie die Syndikate, Rendanturen u. s. w., nichts mit geistlichen oder jurisdiktionellen Funktionen zu thun haben.

[1] Trid. Sess. XXIII. c. 6 de ref.; über die Auslegung der Worte: „nullus . . . ante XIV annum beneficium possit obtinere“, s. die Entscheidungen bei Fagnan. ad c. 35 X. de praeb. III. 5. n. 15; Ferraris s. v. aetas n. 10.

[2] S. Th. I. S. 106.

[3] Namentlich auf Grund v. c. 9 (Bonif. VIII.) in VI^to de rescr. I. 3; s. Glosse dazu s. v. aetatem, Fagnan. ad c. 7 pr. X. de elect. I. 6. n. 87; Leuren. P. I. qu. 212; Ferraris l. c. n. 11. 12. Uebereinstimmend hiermit verordnen auch mittelalterliche Partikularsynoden, dass pueri oder adolescentes nicht Seelsorge-Benefizien erhalten sollen, c. 1 Abrinc. a. 1172; c. 12. Montispessul. a. 1215 (Hardouin VI. 2, 1634. 2047). Dass aber auch diese Grenzen nicht beobachtet worden sind, zeigt z. B. ep. 235. Innoc. III. reg. XV. (ed. Baluze 2, 730), wo es von dem Bischof v. Melfi heisst: „nepotibus suis vagientibus in cunabulis, licet ad plus vix valentibus balbutire, nedum quod in ecclesia agerent vel cantarent, maiores praebendas tribuit et beneficia meliora, s. auch Friedberg, Grenzen zw. Staat u. Kirche 1, 46. 65.

[4] So hat die Congr. Conc. wiederholt entschieden, Fagnan. ad c. 35. X. de praeb. III. 5. n. 15. 16; Ferraris l. c. n. 11; Schmalzgrueber l. c. t. 14. n. 6; Leuren. P. I. qu. 214. i. f.

[5] S. o. S. 66. 67.

[6] S. 66. 82. Ueber das heute zum Theil erforderliche Alter von 30 Jahren s. S. 82.



destens Subdiakonen sein sollen[1]. Hinsichtlich der Kanonikate an den Kollegiatkirchen hat das Tridentinum nichts bestimmt. Es genügt für dieselben daher das angetretene 14. Lebensjahr[2], indessen darf der Erwerber, sofern er nicht den Subdiakonat besitzt, für welchen das angetretene 22. Jahr nothwendig ist, und welchen er also vorher nur mit Dispensation erlangen kann, das Stimmrecht im Kapitel nicht ausüben[3].

Der Erwerb von solchen Dignitäten und Personaten, mit denen ihrem Wesen nach eine Seelsorge verknüpft ist, und von sonstigen Kuratbenefizien, also namentlich der Archidiakonate und der Pfarrämter, sowie die Leitung einer Pfarrkirche, setzt das angetretene 25. Jahr voraus[4]. Dagegen reicht für Dignitäten und Personate ohne cura animarum das vollendete 22. Jahr aus[5]. Gleichgültig ist es hierbei, ob es sich um ein Säkular- oder Regularstift handelt[6]. Für das officium des Pönitentiars ist das vollendete 40. Jahr vorgeschrieben[7].

Zur Erlangung der bischöflichen Würde ist das vollendete 30. Jahr erforderlich[8], weil der Bischof nothwendiger Weise den ordo episcopalis erwerben muss. Diese Vorschrift ist freilich schon in älterer Zeit bei Personen von besonders hervorragenden Verdiensten[9], und sodann im Mittelalter wegen der bei Besetzung der Bischofsstühle in Frage kommenden politischen Interessen nicht immer innegehalten worden[10]. Auch haben die Päpste mehrfach davon dispensirt[11].

In Betreff der übrigen Benefizien, für welche es an besonderen Vorschriften fehlt, kommt die Regel zur Anwendung, dass dasjenige Alter erfüllt sein muss, welches der

[1] Trid. Sess. XXIV. c. 12 de ref.; Garcias P. VII. c. 4. n. 29; Schmalzgrueber l. c. n. 5. Dagegen soll nach Fagnan. ad c. 7. pr. X. I. 6. n. 71 ff. in diesem Falle das frühere gemeine Recht entscheiden, in Betreff dessen freilich die grosse Kontroverse bestand, ob das vollendete 7. oder das angetretene 14. Lebensjahr als Altersgrenze anzunehmen sei.

[2] Wegen der allgemeinen Vorschrift des Trid. Sess. XXIII. c. 6 de ref.; Fagnan. l. c. n. 84; Ferraris l. c. n. 13. 14. Nach früherem gemeinem Recht wurde das vollendete 14. Jahr für erforderlich gehalten.

[3] Trid. Sess. XXII. c. 4 de ref.

[4] c. 7. §. 2. X. cit. I. 6; c. 14 (Gregor. X. i. conc. Lugd.) in VIto de elect. I. 6. Unvereinbar mit diesen Bestimmungen ist c. 9 des Wiener Koncils v. 1267 (Hartzheim 3, 635): „ipsis quoque praelatis districte inhibemus, ne pueris minoris aetatis videl. XVIII annorum dignitates, personatus seu beneficia curam animarum habentia conferre praesumant vel ad ipsa recipere praesentatos, nisi cum eis super hoc a sede apostolica vel legatis eiusdem extiterit dispensatum". Das Trid. Sess. XXIV. c. 12 cit. wiederholt nur den gemeinrechtlichen Grundsatz. Dieser kommt indessen nicht für Dignitäten, mit denen blos ein Kuratbenefizium unirt ist, zur Anwendung. So hat die Congr. Conc. wiederholt entschieden, Fagnan. l. c. n. 38; Leuren. P. I. qu. 218; Ferraris l. c. n. 19, offenbar deshalb, weil der Dignitarius die Seelsorge nicht selbst ausübt.

[5] Trid. l. c. u. Richters Tridentinum S. 351. n. 12. Damit ist der frühere Streit entschieden, ob mangels einer ausdrücklichen besonderen Vorschrift das 14. oder wegen c. un. (Bonif. VIII.) in VIto de aetate I. 10 das 25. Jahr zu fordern sei, s. Fagnan. l. c. n. 34 ff. Ob die Dignität die erste ist oder nicht, bleibt sich gleich, l. c. n. 49.

[6] Fagnan. l. c. n. 108 ff.

[7] S. 122. n. 2.

[8] c. 7. pr. X. I. 6 cit.; Fagnan. l. c. n. 18. Diese Grenze gilt auch für die Bischöfe, die eine höhere Jurisdiktion, bez. einen höheren Rang besitzen, d. h. für die Erzbischöfe, Primaten und Patriarchen, l. c. n. 16. 17. Für die hannoverschen Bisthümer ist die erwähnte Altersgrenze ausdrücklich in der Bulle Impensa Romanorum pontificum v. 1824 ausdrücklich festgesetzt, für die preussischen und oberrheinischen durch Bezugnahme auf das gemeine Recht in den Bullen De salute v. 1821 und Ad dominici v. 1827.

Wegen der päpstlichen und Kardinalswürde vgl. Th. I. S. 279. 280. 342.

[9] Th. I. S. 17. n. 6; Riganti ad reg. canc. XXIV. §. 2. n. 14.

[10] A. a. O. S. 18. n. 1; Riganti l. c. n. 15; Friedberg, Grenzen zw. Staat u. Kirche 1, 74.

[11] J. J. Moser, teutsch. Staatsr. 11, 548; Riganti l. c. n. 28 ff. Mit der Dispensation ist der Fall nicht zu verwechseln, wo die Altersgrenze ein für alle mal vom Papst herabgesetzt worden ist, wie in dem Konkordat zw. Leo X. u. Franz I. v. Frankreich v. 1516. art. 6 (Nussi conventiones de rebus eccles. Mogunt. 1870. S. 22), vgl. ferner Th. I. S. 562. n. 6. Das in beiden Fällen vorkommende Alter von 27 Jahren erklärt sich wohl daraus, dass nach c. un. (Joann. XXII.) in Extrav. comm. de postul. I. 2 die Postulation von jüngeren Personen nichtig sein soll.

für das Amt nothwendige Ordo erheischt, eventuell aber das angetretene 14. Jahr genügt[1]. Das erstere gilt auch für diejenigen Aemter, welche nicht den Charakter von Benefizien im eigentlichen Sinne haben[2]. Ferner kommen für diese auch, soweit sie passen, die Vorschriften über die Seelsorge-Benefizien analogisch zur Anwendung[3].

Die Verleihung des Amtes an eine Person, welche nicht das gesetzliche Alter[4] besitzt[5], ist ipso iure nichtig, und wird auch durch spätere Erreichung desselben nicht gültig[6].

Die Dispensation von den gemeinrechtlich festgesetzten Altersstufen steht ausschliesslich dem Papste zu[7].

Was das Verhältniss zwischen den Erfordernissen des Alters und des Ordo anlangt, so kann, wie schon bemerkt, das erstere durch den letzteren bestimmt werden, umgekehrt aber muss stets das festgesetzte Alter vorhanden sein, wenngleich dasselbe höher ist, als das für die Erlangung des nothwendigen Ordo an und für sich ohne Rücksicht auf die Erwerbung eines Benefiziums erforderte[8]. Die Vorschriften über den Ordo können also niemals eine Erleichterung der das Alter betreffenden Regeln, wohl aber unter Umständen eine Erschwerung herbeiführen[9].

5. Dürfen nur solche Personen zu den kirchlichen Aemtern zugelassen werden, welche die erforderliche wissenschaftliche Bildung besitzen. Abgesehen von dem Masse, welches für die einzelnen Weihegrade und damit mittelbar auch für die Aemter vorgeschrieben ist[10], bestimmt das Tridentinum, dass für die Erwerbung des bischöflichen Amtes der Besitz der auf einer päpstlich approbirten Universität erlangten Würde eines Magisters oder Doktors oder Licentiaten der Theologie, bez. des kanonischen Rechtes oder der durch Beibringung eines Attestes einer solchen Anstalt[11] (bei Regularen eines Zeugnisses ihrer Oberen[12]) zu führende Nachweis über die Lehr-

[1] Nach c. 6 Trid. Sess. XXIII. cit.

[2] So z. B. für den Weihbischof, s. S. 177.

[3] Wie dies die Doktrin und Praxis hinsichtlich des Generalvikars angenommen hat, s. o. S. 211. Wegen des Kapitular-Vikars s. S. 235.

[4] Bez. die Wahl einer solchen.

[5] Wegen einer Ausnahme s. u. n. 9.

[6] c. 7. X. I. 6 cit.; c. 14 in VI^to I. 6 cit.; c. 9 (Bonif. VIII.) eod. de rescr. I. 3; c. 29 (id.) eod. de praeb. III. 4. Vgl. Barbosa de off. et pot. episc. P. III. all. 60. n. 78; Leuren. P. I. qu. 225; Schmalzgrueber l. c. n. 11. Auch die bona fides des Erwerbers, also der Irrthum über sein Alter, schliesst die Nichtigkeit nicht aus.

[7] Nach der allgemeinen Regel; c. un. in VI^to cit. I. 10, welches dem Bischof die Dispensation von 20jährigen behufs Erlangung von Dignitäten und Personaten ohne cura animarum gestattet, ist durch das Tridentinum aufgehoben, weil dieses eine bestimmte Altersgrenze als die allgemein gültige hingestellt hat, Garcias l. c. n. 54 ff., Schmalzgrueber l. c. n. 10.

[8] Deswegen, weil auch ein Subdiakon zum Bischof gewählt werden darf, wird z. B. das dafür nöthige Alter von 30 Jahren nicht auf 22 Jahre ermässigt.

[9] Selbst dann, wenn der Ordo dem Benefizium blos respectu aptitudinis annektirt ist (s. S. 483). So ist für einen Kathedral-Kanonikat das 22. Jahr nothwendig; ist dieser aber ein Presbyteral-Kanonikat, so muss der Erwerber binnen eines Jahres die die Antretung des 25. Jahres voraussetzende Priesterweihe nehmen, also das 24. Jahr begonnen haben, s. Fagnan. ad c. 7. X. I. 6. n. 41. 42. Für einen Kathedral-Kanonikat ohne bestimmt vorgeschriebenen Ordo hat die Congr. Conc. allerdings den Antritt des 21. Jahr für ausreichend erachtet, mit Rücksicht darauf, dass der Subdiakonat innerhalb eines Jahres erlangt werden kann (Ferraris l. c. n. 68), indessen ist dies nur eine scheinbare Ausnahme, weil die Altersgrenze für diese Benefizien unmittelbar durch das Requisit des Subdiakonates vom Tridentinum festgesetzt ist und das letztere die von ihm vorgeschriebene Verbindung der ordines sacri mit den Kanonikaten ausdrücklich als eine respectu aptitudinis statuirte kennzeichnet, Sess. XXIV. c. 12 de ref.: „nisi qui eo ordine sacro aut sit initiatus, quem illa dignitas, praebenda aut portio requirit, aut in tali aetate, ut infra tempus a iure et ab hac synodo statutum initiari valeat".

[10] Th. I. S. 19. 20.

[11] Trid. Sess. XXII. c. 2 de ref. Ein akademischer Grad, welcher von einer zur Verleihung solcher kraft päpstlichen Privilegs berechtigten Person erlangt ist, genügt nicht, const. Pii V.: Quamvis a sede v. 1. Juni 1568 (M. bull. 2, 273); Richters Tridentinum S. 150. n. 1 zu c. 2 cit.

[12] Instruktion Urbans VIII. v. 1627 üb. d. In-

fähigkeit des Kandidaten nothwendig ist[1]. Ferner sollen die Domscholaster[2], die Archidiakonen[3], die Pönitentiare[4], die Dignitäre und die Hälfte der Kanoniker in den Dom- und hervorragenden Kollegiat-Stiftern[5] Graduirte sein[6]. Beim Bischof und beim Domscholaster ist das Vorhandensein des Erfordernisses nothwendige Bedingung des Amtserwerbes, die Inhaber der übrigen Stellungen brauchen aber ebensowenig wie die General- und Kapitular-Vikare[7] unter allen Umständen einen akademischen Grad zu besitzen[8].

Ausgeschlossen sind ferner vom Erwerbe von Benefizien:

6. alle verheiratheten Männer[9];

7. diejenigen, welche mit einer Irregularität behaftet sind[10] (also auch z. B. Personen, welche sich in Kriminal-Untersuchung befinden[11]);

8. die Ketzer und deren Descendenten, falls ihre Eltern in der Ketzerei verstorben sind. Die Unfähigkeit trifft die Descendenten der väterlichen Linie bis zum zweiten, die der mütterlichen nur bis zum ersten Grad[12]. Dasselbe gilt auch von den credentes, receptatores, defensores und fautores[13] der Ketzer und deren Descendenten. Endlich werden alle Kleriker, welche auf Bitten von Ketzern und der ihnen gleichgestellten Personen wissentlich Benefizien angenommen haben, nicht nur mit dem Verlust dieser, sondern auch mit der Unfähigkeit, kirchliche Aemter zu erlangen, bestraft[14].

9. In demselben Umfange wie die Ketzerei bildet auch die Apostasie ein Hinderniss[15].

formativprocess (Richters Tridentinum S. 497): „Nomine superiorum intelligendi sunt dumtaxat qui nullum sui ordinis superiorem agnoscunt sive ii cuiusvis ordinis abbates, magistri, ministri aut praepositi generales vel quarumlibet congregatiorum praesidentes sive definitores aut visitatores, capitulum generale repraesentantes sive alio quocunque vocabulo nuncupentur; et in eorum absentia ipsorum vicarii seu commissarii generales vel in Romana curia procuratores generales ordinum aut congregationum succedunt".

1 Während von den S. 485. n. 8 erwähnten Circumscriptionsbullen die für Preussen und die oberrheinische Kirchenprovinz in dieser Hinsicht auf das gemeine Recht verweisen, schreibt die hannoversche vor, dass der Kandidat: „studia in theologia et iure canonico cum laude absolverit, curam animarum aut munus professoris in seminariis egregie exercuerit aut in administrandis negotiis ecclesiasticis excelluerit".

2 Trid. Sess. XXIII. c. 18 de ref.

3 L. c. XXIV. c. 12 de ref.

4 L. c. XXIV. c. 8 de ref.; o. S. 122.

5 L. c. XXIV. c. 12 de ref.; o. S. 66 ff. 82.

6 Ueber die heute für Deutschland in Betreff der Kanoniker in Frage kommenden Vorschriften s. o. S. 82.

7 O. S. 211. 235.

8 Vgl. die Noten 2—5. — Wegen des Pfarrkonkurses s. unten.

9 c. 2 (Alex. III.) X. de cler. coniug. III. 3, welches diese Personen auch von den administrationes ecclesiasticae, also allen Aemtern ohne Benefizial-Qualität, sofern diese nicht überhaupt an Laien vergeben werden, ausschliesst; c. 5 (Innoc. III.) X. eod. u. Th. I. S. 161.

10 c. 2 (Coelest. III.) X. de cler. pugn. V. 14; c. 2 (Urb. III.) X. de cler. non ord. V. 28; Trid. Sess. XXII. c. 4 i. f. de ref. Ueber die allerdings nicht unbestrittene Ansicht, dass die an einen Irregulären erfolgte Verleihung ipso iure null ist, s. Garcias l. c. P. VII. c. 11. n. 1 ff.; Leuren. P. I. qu. 335. 336; Boenninghausen tract. de irreg. 1, 34. Den Grund dafür bildet der Umstand, dass ein solcher nicht fähig ist, das Amt zu verwalten und ihm das beneficium nur propter officium gegeben wird. Allerdings vollzieht sich der Verlust des Amtes bei später eintretender Irregularität nicht ipso iure, c. 10 (Innoc. III.) X. de exc. prael. V. 31; Boenninghausen l. c. p. 29.

11 c. 4 (Gregor. I.) X. de accusat. V. 1; Th. I. S. 31. n. 11.

12 c. 2. §. 2 (Alex. IV.) c. 15 (Bonif. VIII.) in VI^to de haer. V. 2, welche auch zugleich die Nullität der Verleihung aussprechen. Vgl. ferner Th. I. S. 21. 46; const. Pauls IV.: Cum ex apostolatus v. 1559. §. 6; const. Gregors XIII.: In ecclesiis v. 1580 (M. bull. 1, 842. 2, 479). Weitere Kasuistik bei Leuren. l. c. qu. 297.

13 S. dazu Th. I. S. 47. Ueber die credentes, d. h. die dem Häretiker sich anschliessenden, aber sich nicht formell zu der betreffenden Sekte haltenden Personen, s. noch P. Avanzini, constitutio qua censurae latae sententiae limitantur. ed. II. Rom. 1871. p. 9. n. 1; p. 63.

14 c. 2. §. 3 in VI^to V. 2 cit.

15 c. 13 eod.; const. Gregor. XIII. cit.

10. Nicht minder trifft die Unfähigkeit die Schismatiker[1].

Diese dauert bei ihnen, und den unter 8. und 9. gedachten Personen auch nach reumüthiger Unterwerfung fort und kann allein durch päpstliche Dispensation gehoben werden[2].

11. Ferner ist jede Uebertragung eines Benefiziums[3] oder anderen Amtes[4] an einen Exkommunicirten ipso iure[5] null, gleichviel, ob die Exkommunikation öffentlich bekannt gemacht worden ist, ob der Betroffene davon Kenntniss hatte oder nicht[6]. Wenn der Bann in der Zwischenzeit zwischen der erfolgten Verleihung und der Annahme derselben seitens des zukünftigen Amtsinhabers verhängt wird, beseitigt er die Möglichkeit, diese rechtsgültig zu erklären[7].

12. Den Exkommunicirten stehen die ab officio et beneficio, sowie die ab officio oder a beneficio Suspendirten[8], sowie

13. die Interdicirten[9] gleich.

14. Unfähig zur Erlangung eines jeden Benefiziums und Officiums sind weiter die Söhne und die von diesen erzeugten Enkel derjenigen, welche einen Kardinal feindlich verfolgt, gefangen gehalten, oder thätlich verletzt haben, welche die Anstifter oder Theilnehmer derartiger Vergehen gewesen, diese letzteren genehmigt oder die Thäter wissentlich bei sich aufgenommen oder vertheidigt haben[10]; schliesslich

15. diejenigen, welche ein die Unfähigkeit zum Erwerbe kirchlicher Aemter ohne Weiteres nach sich ziehendes Vergehen[11] begangen haben oder zu einer dieselbe Wirkung äussernden Strafe[12] rechtskräftig verurtheilt worden sind.

Ausser der absoluten setzt das kanonische Recht — abgesehen von dem schon o. S. 480 berührten Falle — eine relative Unfähigkeit fest:

1. für diejenigen, welche als Richter den Verlust eines Kirchen-Amtes ausge-

[1] c. 5 (Alex. III.) X. de elect. I. 6; const. Pauls IV.: Apostolatus cit.; Leuren. l. c. qu. 301. Auch hier ist die Verleihung ipso iure null, Gonzalez Tellez ad c. 5 cit. n. 10; Garcias P. XI. c. 10. n. 161.

[2] S. vor. Note. Dass es einer solchen für den alumnus collegii Germanici urbis nicht bedarf (so Mejer Propaganda 1, 74), sagt der dafür in Bezug genommene Pignatelli consult. can. noviss. P. II. c. 199 nicht.

[3] c. 7 (Innoc. III.) c. 10 (Gregor. IX.) X. de cler. excomm. V. 27; Kober, Kirchenbann 2. Aufl. S. 341. 342. Die Aelteren beschränken die Unfähigkeit vielfach auf beneficia non simplicia, Leuren. qu. 330. n. 3.

[4] Kober a. a. O. S. 342.

[5] Wegen c. 10 X. cit. V. 27 wird von manchen, s. Gonzalez Tellez ad c. cit. n. 7; Leuren. qu. 330. n. 2; Ferraris s. v. beneficium art. 5. n. 71, behauptet, die Wahl einer in der excommunicatio minor befindlichen Person sei nicht ipso iure nichtig, sondern erst durch Richterspruch zu annulliren. Da indessen die Nullitätserklärung einen rechtlichen Grund haben muss, diesen aber die Unfähigkeit des gewählten bildet, so liegt hierin kein Gegensatz; die Stelle verlangt die Annullirung der Wahl im Sinne der Konstatirung der Nichtigkeit, damit eine sichere Grundlage für eine Neuwahl geschaffen wird.

[6] Kober S. 344 ff.

[7] Vgl. über diese Streitfrage Kober S. 347.

[8] c. 8 (Innoc. III.) X. de consuet. l. 4; Ferraris s. v. suspensio art. 7. n. 2; Fagnan. ad c. 14. X. de temp. ord. I. 11. n. 9; Leuren. qu. 331. Bei der suspensio ab ordine tritt Ausschliessung ein, wenn der vom Amte erforderte ordo wegen der Suspension nicht ausgeübt werden kann, Leuren. l. c. n. 5. 6.

[9] Denn diese können ebenso wenig wie die Suspendirten wegen ihrer Ausschliessung von der aktiven Theilnahme am Gottesdienste und der Spendung der Sakramente das officium versehen, s. auch z. B. Leuren. qu. 333. 334; Ferraris s. v. beneficium art. 5. n. 70; Schulte K. R. 2, 320; Richter K. R. §. 181.

[10] c. 5 (Bonif. VIII.) in VIto de poen. V. 9. Da die gedachten Personen ebenfalls von der Irregularität betroffen werden, Th. I. S. 31, so sind sie auch aus diesem Grunde unfähig.

[11] S. z. B. c. 10. X. de iureiur. II. 24; c. un. in Extr. comm. de post. I. 2; Trid. Sess. XIV. c. 7 de ref.

[12] Z. B. zur Deposition, s. Kober, Deposition S. 197. Für die Regel wird in diesen Fällen auch der unter 7 aufgeführte Ausschliessungsgrund konkurriren.



sprochen haben, deren Verwandten, Affinen und Familiaren hinsichtlich des betreffenden Amtes[1];

2. für die Verwandten, Affinen und Familiaren des Kollators und Resignanten hinsichtlich eines durch Verzicht erledigten Amtes[2];

3. für denjenigen, in dessen Interesse eine Simonie begangen ist, in Betreff des ihm in Folge derselben angebotenen oder übertragenen Amtes, selbst wenn er von der begangenen strafbaren Handlung keine Kenntniss hat[3], es sei denn, dass die letztere blos aus Bosheit gegen ihn vorgenommen worden[4], oder er selbst die Simonie zu verhindern gesucht hat[5].

4. Schon o. S. 373 ist bereits bemerkt, dass die Regularen im Allgemeinen zum Erwerbe von Säkular-Benefizien, gleichviel, ob beneficia duplicia oder simplicia, ohne päpstliche Dispensation[6] unfähig sind[7]. Dies gilt auch von denjenigen, welche durch päpstliches Indult säkularisirt worden sind, ohne dass ihnen in demselben ausdrücklich die Fähigkeit beigelegt ist, weil die Säkularisation sie wohl von gewissen Pflichten des Regularstandes entbindet, ihre Qualität als Regularen aber nicht aufhebt[8].

Dagegen sind Mönche niemals von der Erlangung der päpstlichen, Kardinals- und Bischofswürde ausgeschlossen gewesen[9]. Im Gegentheil treten durch die Erwerbung eines solchen Amtes gewisse der Säkularisation ähnliche Folgen ein. Trotz der Pflicht zur Innehaltung der Mönchsgelübde[10] modificirt sich das Armuthsgelübde dahin, dass der Regulare nach seiner Promotion durch Erbschaft und auf andere Weise Vermögen für die Kirche, welcher er vorsteht, (nicht für sich oder für seinen Orden) erwirbt, die Verwaltung und den Niessbrauch desselben zu seinem persönlichen Unterhalt und zur Verwendung für fromme Zwecke überkommt[11] und nur mit päpstlichem Indult zum Nachtheil seiner Kirche darüber verfügen darf[12]. Das Gehorsamsgelübde verpflichtet ihn ferner nicht mehr gegenüber den Regular-Oberen, sondern nur dem Papst[13]. Die Tracht seines Ordens hat er beizubehalten[14], aber nur inso-

[1] Const. Pii IV.: Cupientes v. 1560 (M. bull. 2, 24).

[2] Const. Pii V.: Quanta ecclesiae v. 1568 (ibid. 2, 270). Die Erwerbung ist in beiden Fällen nichtig.

[3] c. 12 (Clem. III.) c. 59 (Gregor. IX.) X. de elect. I. 6.

[4] c. 27 (Coelest. III.) X. de simon. V. 3.

[5] c. 33 (Innoc. III.) X. eod.

[6] Leuren. l. c. P. I. qu. 46. 52; Bouix tract. de jure regular. 2, 55. Vgl. auch den Rechtsfall i. d. Acta s. sed. 9, 342. Ein allgemeines derartiges Indult für die Regularen der unterdrückten italienischen Klöster giebt das Dekret der Pönitentiarie v. 18. April 1867. S. 16 i. d. Acta s. sed. 3, 155.

[7] Fähig sind die Novizen vor der Professleistung, Leuren. l. c. qu. 48 und die Mitglieder der Kongregationen mit vota simplicia, Bouix l. c. p. 51. Auf Aemter ohne Benefizial-Qualität bezieht sich die Regel nicht, namentlich nicht auf Missions-Aemter, s. o. S. 354. Ueber die Fähigkeit, Generalvikar zu werden, s. o. S. 212. Die Theologal-Präbende soll nach einer Entscheidung der Congr. Rit. v. 1603 (bei Gardellini ed. I. 1, 27. n. 74) keinem Regularen übertragen werden. Ueber andere Fälle s. Bouix l. c. p. 2, 69. 71.

[8] S. die Abhandlung i. d. Acta s. sed. 4, 388 ff. 392.

[9] Zahlreiche Beispiele bei Thomassin vet. et nova disc. P. I. l. II. c. 43. n. 12, c. 44. n. 8; P. III. l. 2. c. 5; Hurter, Gesch. Papst Innocenz' III. 3, 238; die entscheidenden Stellen o. S. 374. n. 1.

[10] Barbosa de off. et pot. episc. P. I. t. 1. c. 4. n. 11; Ferraris s. v. episcopus art. 7. n. 2.

[11] c. 1. C. XVIII. qu. 1; die Entschdgen d. Congr. Conc. bei Ferraris l. c. n. 10 ff.; Bouix l. c. 2, 69. 71; Anal. iur. pont. 1867. p. 792. Zur Entschädigung seines Ordens muss er aber alles vorher von ihm besessene oder erworbene Vermögen seinem Kloster überlassen, c. 1 cit. u. Ferraris l. c. n. 17 ff.

[12] Ferraris l. c. n. 13 ff.; Anal. iur. pont. l. c. Diese Grundsätze finden auch Anwendung, wenn Mönche zulässiger Weise ein beneficium saeculare erworben haben, Bouix l. c. p. 50.

[13] Ferraris l. c. n. 2.

[14] Innoc. I. ep. ad Victor. Rotomag. c. 10 (Coustant. p. 753); c. 14 Londin. a. 1138 (Mansi 21, 513); c. 15 (Later. IV. a. 1215) X. de vita et hon. cler. III. 1; s. auch Thomassin l. c. P. III. l. 2. c. 50; Ferraris l. c. n. 4 ff.

weit, als sein der sonst üblichen bischöflichen oder Kardinals-Kleidung entsprechender Anzug die Farbe des Ordenshabites haben soll[1]. Legt ein dem Regularstand angehöriger Bischof oder Kardinal sein Amt nieder oder wird er abgesetzt, so muss er sich in ein Kloster seines Ordens zurückziehen[2], und ist fortan unfähig, Prälaturen, Superiorate oder auch blosse officia in dem letzteren zu bekleiden[3].

5. Nach der 20. Kanzleiregel[4] (*de idiomate*), welche auf Gregor XI. zurückführt[5], sollen diejenigen, welche ein zur Ausübung der Seelsorge verpflichtendes Benefizium erhalten, bei Strafe der Nichtigkeit der Verleihung, der Sprache der ihrer Leitung anvertrauten Gläubigen mächtig sein. Diese Vorschrift, welche theils eine gedeihliche Wirksamkeit des geistlichen Amtes zu sichern bezweckt, theils einen Schutz gegen die nachtheiligen Folgen der Herrschaft des Lateinischen als offizieller Kirchensprache[6] und gegen das Eindringen fremder der Landessprache und Landessitten unkundiger Geistlicher[7] bildet, bezieht sich auf Pfarrämter, ständige Pfarr-Vikarien und Bisthümer[8], gleichviel, auf welche Weise die Besetzung der letzteren erfolgt[9], nicht aber auf solche Benefizien, mit denen nur die Seelsorge habituell verbunden ist, und auf Mitglieder geistlicher Korporationen, welche eine solche besitzen, diese aber aktuell durch Vikarien ausüben lassen, weil in allen diesen Fällen den Berechtigten nicht, wie es die Kanzleiregel erfordert, das exercitium curae animarum obliegt[10]. Andererseits wird aber in solchen Fällen die Kenntniss der Sprache von den Vikarien, mögen sie ständig oder ad nutum amovibiles angestellt sein, verlangt werden müssen, denn der Grund der Vorschrift passt ebensowohl auf eigentliche Benefizien, wie auf andere Aemter. In Folge der unter Alexander VII. stattgehabten Erweiterung der Regel durch Einrückung der Worte: *tam in curia quam extra* sind die früheren Zweifel, ob sich dieselbe auch auf andere als von der Kurie verliehene Aemter beziehe, beseitigt worden[11].

[1] So nach d. Caeremon. Clement. VIII. lib. I. c. 1. Ueber die Kardinäle s. Th. I. S. 358. Wegen der Freiheit von den durch die Ordensregel auferlegten Pflichten zum Fasten, Chordienst, Schweigen u. s. w. Ferraris l. c. n. 1.

[2] Const. Benedict. XIII.: Custodes super v. 7. März 1726 (bull. ordin. Praedicat. 6, 582); Benedict. XIV. de syn. dioec. XIII. 16. n. 4. Nach der früheren Praxis war dies nur im Falle der Degradation nöthig, Barbosa l. c. n. 18; Ferraris l. c. n. 20. Den Unterhalt hat das Kloster zu gewähren, das indessen eine billige Entschädigung aus dem etwaigen Vermögen des Bischofs erhalten soll, Anal. iur. pont. 1860. p. 1619.

[3] Const. Pauls IV.: In sacra v. 1559 (M. bull. 1, 843).

[4] „Item voluit, quod si contingat tam in curia quam extra, alicui personae de parochiali ecclesia vel quovis alio beneficio exercitium curae animarum parochianorum quomodolibet habente, provideri, nisi ipsa persona intelligat et intelligibiliter loqui sciat idioma loci, ubi ecclesia vel beneficium huiusmodi consistit, provisio seu mandatum et gratia desuper quoad parochialem ecclesiam vel beneficium huiusmodi nullius sint roboris vel momenti". Vgl. dazu Symersky i. Arch. f. k. K. R. 33, 243 ff.

[5] Riganti comm. ad reg. cit. n. 1.

[6] Schon die karolingische Gesetzgebung hat die Predigt in der Volkssprache eingeschärft, s. o. S. 52. n. 5. Derselbe Gesichtspunkt tritt auch aus c. 14. X. de off. iud. ord. I. 31 (o. S. 40. n. 2) hervor.

[7] Mit Rücksicht auf die häufige Verletzung der Regel wird in den Centum gravamina nation. German. c. 21 bemerkt: „Qua subtili practica atque techna factum est, quod plurima aut certe pinguium beneficiorum magna, si non maxima portio, ex Germanorum manu Romam est tralata, quae beneficia hinc idiotis, inidoneis ac inhonestis etiam personis, non raro sunt collata et quidem nec Germanis sed barbaris qui Germanam linguam neque loquantur nec intelligant, ut inauditum dictu hoc inde sit sequutum, quod ovibus Christi praefecti sunt pastores, quorum etsi oves vocem forte audierint, non intelligant" (Gaertner corp. iur. eccles. 2, 170). Aehnliche Klagen sind in Frankreich schon ein Jahrhundert früher hervorgetreten, s. die Einleitung zur pragmatischen Sanktion v. 1438 bei Symersky a. a. O. S. 242.

[8] Riganti l. c. n. 20. 47; Symersky a. a. O. S. 256.

[9] Riganti l. c. n. 44 ff.

[10] L. c. n. 53. 61.

[11] L. c. n. 57 ff.

Die Dispensation, welche früher oft, zum Nachtheile einer gedeihlichen Seelsorge, ertheilt worden ist[1], kommt allein dem Papste zu[2].

Den Indigenat hat die Kirche dagegen niemals zur Bedingung für den Erwerb kirchlicher Aemter gemacht[3], wenngleich mitunter päpstliche Indulte auf ausschliessliche Anstellung einheimischer Kandidaten ertheilt worden sind[4].

6. Was dagegen die Frage betrifft, inwiefern die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kirche oder Diöcese für den Erwerb eines Amtes an der ersteren oder in der letzteren erforderlich ist[5], so haben viele ältere Synoden den Klerikern den Wechsel ihrer Kirchen und den Bischöfen die Anstellung fremder Geistlichen verboten[6], Bestimmungen, welche theils sich aus der Anschauung erklären, dass der Kleriker durch die Ordination an seine Kirche gebunden galt, theils aber dem Ehrgeiz der Geistlichen nach besseren und hervorragenderen Stellungen und einem nachtheiligen Wechsel in der kirchlichen Leitung entgegentreten wollten. Durch dieselben war die Zugehörigkeit zur Diöcese als regelmässige Voraussetzung weiterer Anstellung festgesetzt und eine solche in einem andern Bischofssprengel, nachdem der Geistliche einmal durch Empfang der niederen Weihen an eine bestimmte Diöcese gefesselt war, ausgeschlossen. Für absolut nothwendige Fälle hat man allerdings schon früh vereinzelt Ausnahmen gestattet[7] und seit dem 5. Jahrhundert hie und da die Entlassung des Klerikers aus der Diöcese in das Ermessen des Bischofs gestellt[8]. Immerhin war damit die Möglichkeit der Erlangung eines Amtes in einem fremden Sprengel gegeben, und ihr stand, falls die Loslösung von der ursprünglichen Diöcese glaubhaft nachgewiesen war, nichts entgegen[9].

[1] S. S. 490. n. 7.

[2] Riganti l. c. n. 64 ff.

[3] c. 5 (Innoc. III.) X. de instit. III. 7; Anal. iur. pont. 1855. p. 2877. Beispiele der Besetzung, namentlich von Bischofsstühlen mit Fremden bis zum 11. Jahrh. in den Anal. l. c. p. 2486. 2502.

[4] So seit dem 15. Jahrh., Riganti ad reg. XVII. canc. n. 125 ff. Ein solches Indult hat z. B. Leo X. zu Gunsten der Römer gewährt mit Ausnahme der Kanonikate von S. Giovanni in Laterano, S. Maria Maggiore u. S. Pietro, der Benefizien an den Kardinal-Titelkirchen, derjenigen Benefizien, auf welche zu Gunsten von Fremden verzichtet war, endlich der gewohnheitsmässig an Fremde verliehenen Aemter und Klöster; lange hat man sich aber an dieses Indult nicht gehalten, Analect. l. c. p. 2874 ff., Riganti l. c. n. 140 ff. Andere finden sich in den Konkordaten für beide Sizilien v. 1741. c. 8. §. 1 u. v. 1818. §. 8 (Nussi conventiones etc. p. 93. 181).

[5] Vgl. de Prosperis, tract. de territorio separato (S. 343. n. *) qu. 22. p. 124: An beneficia unius dioecesis possint et debeant conferri clericis alterius dioecesis?

[6] c. 15 Nicaen. a. 325 = c. 19. C. VII. qu. 1; c. 15 (14) apostol., c. 15 u. c. 18 (latein. Version) Sardic. a. 343; c. 4 Milevit. a. 402 (c. 90 cod. eccles. Afric.) c. 2. 21 Arel. I. a. 314; c. 12 Tolet. I. a. 400; c. 2 Tolet. II. a. 527 o. 531; c. 5 Epaon. a. 517; c. 6 Vallet. a. 524 verlangt sogar, dass der Kleriker bei der Ordination gelobt, localem se futurum. In allen diesen Stellen ist der Wechsel des Bischofs oder der Diöcese gemeint, wie dies deutlicher erhellt aus c. 16 Nicaen.; c. 3 Antioch. a. 341; c. 5. 20 Chalced. a. 451 (c. 26. C. VII. qu. 1; c. 4. Dist. LXXI). Wenn die älteren Kanones darüber Unklarheit lassen, ob das Verbot sich auch auf den Wechsel der Kirchen innerhalb derselben Diöcese bezieht, so erklärt sich dies daraus, dass die Ausbildung der Pfarreien erst in das 4. Jahrhundert fällt (s. o. S. 262). Bei der allgemeinen Fassung einzelner der citirten Anordnungen kann diesen aber füglich auch eine Beziehung auf ein und dasselbe Bisthum gegeben werden; dafür spricht c. 12 Emerit. a. 666 (o. S. 265. n. 3), welches einen festen Zusammenhang des Landpriesters mit seiner Kirche erkennen lässt.

[7] c. 20 Chalcedon. a. 451 (c. 4. Dist. LXXI); Thomassin l. c. P. II. l. 1. c. 2. n. 7 ff.

[8] c. 11 Turon. a. 461; c. 5 Epaon. a. 517.

[9] c. 6 (Carth. I.) Dist. LXXI; c. 2 (Carth. III.) Dist. LXXII; c. 5 Aurel. a. 549 (Th. I. S. 93. n. 7); c. 1 (Trull. a. 692) C. XXI. qu. 2; c. 12 capit. Vern. a. 755 (LL. 1, 26); Paris. a. 829 C. I. c. 36 (Mansi 14, 561); c. 50 Meld. a. 845 (l. c. p. 830); c. 28 Tribur. a. 885 (Mansi 18, 146); c. 12 Gerund. a. 1078; c. 3 Benev. a. 1091 (Mansi 20, 520. 739). Während diese Kanones den Grundsatz dahin formuliren, dass fremde Kleriker nicht ohne Dimissorien angenommen, bez. angestellt werden sollen, verordnet c. 13 Clarom. a. 1095 (l. c. 817) noch: „ut omnis clericus ad eum titulum, ad quem primum ordinatus est, semper ordinetur“.

Seitdem gegen Ende des 12. Jahrhunderts die Sitte der absoluten Ordinationen gesetzlich anerkannt worden war [1], konnte durch die Weihe allein eine feste Verbindung des Klerikers mit der Diöcese des ordinirenden Bischofs nicht mehr hergestellt werden [2]. Eine solche entstand nunmehr erst durch die Ertheilung eines Benefiziums und unter Umständen auch durch die kirchliche Verwendung innerhalb eines bestimmten Bisthumssprengels. Damit ist die Zugehörigkeit zur Diöcese als regelmässiges Erforderniss der Anstellung fortgefallen, wohl aber setzt eine solche heute noch immer die vorherige Entlassung des fremden Klerikers aus seinem bisherigen Diöcesan-Verbande, die s. g. *excardinatio* [3], voraus [4].

Für den Erwerb der bischöflichen Stühle insbesondere galt in älterer Zeit der Grundsatz, dass der Kandidat derjenigen Kirche, deren Bischofsstuhl er einnehmen sollte, angehören oder *de gremio ecclesiae* sein müsse, sofern nicht etwa blos ungeeignete Kleriker an derselben vorhanden waren [5]. Die germanischen, insbesondere die fränkischen Könige haben indessen bei den von ihnen vielfach vorgenommenen direkten Ernennungen von Bischöfen keineswegs immer dieses Erforderniss beachtet, dagegen ist es von den Päpsten noch im 9. Jahrhundert festgehalten worden, wenngleich sie eine Verletzung desselben nicht als Nullitätsgrund betrachtet haben [6]. Im 10. und

1 Th. I. S. 64.

2 Wohl aber dann, wenn er ausdrücklich in die Diöcese aufgenommen wird, Trid. Sess. XXIII. c. 16 de ref.; Overkamp i. Arch. f. k. K. R. 36, 392.

3 So nach römischem Sprachgebrauch, s. z. B. Acta s. sed. 5, 472 ff.; Lingen et Reuss, causae select. in s. Congr. Conc. Trid. interp. propos. Ratisbon. 1871. p. 4 ff. (in älterer Zeit, s. Gregor. I. ep. X. 17; XIV. 11, ed. Ben. 2, 740. 1268, *cessio* genannt). Die Bescheinigungen darüber heissen literae excardinatoriae oder remissoriales, auch dimissoriae. Das Recht zur Ertheilung der Exkardination steht nur dem Ordinarius zu, also nicht den Prälaten cum iurisd. quasi episcop., welche nicht nullius sind, Acta s. sed. 6, 485 ff. Ohne Zustimmung des betheiligten Klerikers ist sie nicht statthaft, c. 1 (Roman. a. 826) Dist. LXXII, und es muss ferner die Aufnahme in eine andere Diöcese desselben gesichert sein, s. Overkamp a. a. O. S. 389 ff.

4 Fagnan. ad c. 4. X de renunt. I. 9. n. 15. 37.

5 c. 12. 13 (Coel. I. a. 428) c. 15. 16. §. 1 (Gregor. I. a. 600 u. 602) Dist. LXI; ep. ad Leon. I. ad Anast. Thessal. a. 446? (Th. I. S. 586. n. 4 = c. 19 Dist. LXIII); Gregor. I. lib. II. ep. 25. 38; VII. 16; IX. 75. 87; X. 17; XIII. 15 (ed. Bened. 2, 588. 601. 863. 989. 995. 1052. 1229). Nach c. 15 cit. galt die Wahl aus einer fremden als ein schimpfliches Zeichen für den Klerus der vakanten Kirche. Die Regel ergiebt sich schon aus Siric. ep. ad Anys. Thessal. a. 385? (Coustant p. 642), wo allerdings auch gestattet wird, einen Kleriker der römischen Kirche zu wählen. In den älteren orientalischen Konzilien findet sich der Grundsatz nicht, vielmehr setzen c. 17. 18 Antioch. a. 341 (vgl. auch c. 37 apost.) voraus, dass der neue Bischof von auswärts zureist.

6 ep. Nicol. I. ad episc. Senon. a. 866 (Mansi 15, 391): „Perhibes enim, te non de Senonensi ecclesia extitisse, sed de quodam monasterio ad episcopatum eiusdem ecclesiae pervenisse. Quod nos, ubicumque fiat, cum fit, malefice ferimus et graviter omnimodis ducimus, pro concalcatione scil. sacrorum canonum et aspernatione clericorum qui crescentes in sua ecclesia et virtutibus operam et bonis moribus honestatem ac sapientiae studiis diligentiam impendisse per singularum aetatum incrementa probantur. Quid autem suffragatur consensus episcoporum, ubi non pro regulis paternis, sed contra regulas adunatur. Tum quippe alter de altera eligendus est ecclesia, cum de civitatis ipsius clericis, cui est episcopus ordinandus, nullus dignus potuerit inveniri. Quod evenire in ampla dioecesi nec nos credimus nec praedecessores nostros . . . credidisse reperimus“; eiusd. ep. ad Carol. Calv. a. 866 (l. c. p. 392) u. ad Michael. imp. a. 870. c. 13 (l. c. 16, 167). Die 8. allg. Synode v. Konstantinopel a. 870. c. 13 (l. c. 16, 167) bestimmt hinsichtlich der Patriarchalkirche der gedachten Stadt gleichfalls: „ut magnae ecclesiae clerici qui in subiectis ordinibus morati sunt, ad maiores gradus ascendant, et si digni claruerint, melioribus perfrui mereantur honoribus . . . sed non ex illis qui foris sunt, aliqui se his innectentes, debitos eis qui multo tempore laboraverunt, dignitates vel honores recipiant“. Ueber die künstliche Art und Weise, wie dem Erforderniss bei der Erhebung Hinkmars auf den erzbischöflichen Stuhl von Rheims genügt ist, s. die ep. synod. conc. Tricassin. a. 867 (Mansi 15, 794) u. dazu Thomassin P. II. l. I. c. 86. n. 16. Uebrigens ergeben die beiden zuerst citirten Briefe Nikolaus' I. u. ep. Hincmari Rem. ad cler. et pleb. Bellov (Migne patrol. 126, 259), dass Kleriker aller innerhalb der Diöcese belegenen Kirchen zu Bischöfen befördert werden konnten. Die form. 1 Salom. Constant. (ed. Dümmler S. 1; Rozière, recueil n. 520) lässt in erster Linie aus den Kanonikern und demnächst aus dem Mönchs- oder Säkularklerus der Diöcese wählen. Dass

11. Jahrhundert hat es ebenfalls noch theilweise Anerkennung gefunden. Dies zeigt sich darin, dass in den seitens der deutschen Könige auf freie Wahl der Bischöfe ertheilten Privilegien diese, wie früher [1], noch mehrfach auf die derselben Kirche angehörigen Geistlichen unter der Voraussetzung ihrer Geeignetheit eingeschränkt wurde [2]. In Folge der verschiedenen, namentlich aber der politischen Interessen, welche sich im Laufe der Zeiten bei der Besetzung der Bischofsstühle immer mehr geltend machten, verlor die Regel allmählig ihre Geltung und schon im 13. Jahrhundert hatte sie nur noch die Bedeutung einer Direktive, nicht aber mehr einer rechtlich zwingenden Vorschrift für die Wähler [3].

Nach heutigem gemeinem Recht ist die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kirche oder Diöcese in keinem Falle mehr ein Erforderniss für den Erwerb eines Amtes an oder in derselben [4]. Andererseits kann aber auch noch heute bei der Fundation eines Benefiziums oder durch statutarische Festsetzung eine dahin gehende Bestimmung getroffen werden [5].

II. Die persona digna und dignior. Als persona digna, als ein zur Erlangung eines Amtes würdiger Kandidat, gilt derjenige, welchem keine der rechtlich vorgeschriebenen Voraussetzungen fehlt [6].

In Betreff der Besetzung der bischöflichen Stellen schreiben aber nicht nur die älteren [7], sondern auch die neueren Kanones vor [8], dass diese beim Vorhandensein mehrerer würdigen Kandidaten der persona dignior, d. h. derjenigen, welche sowohl an und für sich als auch mit Rücksicht auf das gerade in Frage kommende Bisthum nach allen ihren Eigenschaften als die geeignetste und würdigste erscheint [5], übertragen werden sollen. Nichtigkeit zieht die Verletzung dieser Anordnung nicht nach sich [9],

endlich der aus einem fremden Sprengel gewählte von seinem Bischof aus dem Diöcesan-Nexus entlassen werden musste, zeigen sowohl die Briefe Gregors I. (s. S. 492. n. 5) als auch ep. conc. Tricass. u. Hincm. citt.

1 Vgl. z. B. ep. Joann. VIII. ad cler. et pop. Genev. (Mansi 17, 207).

2 Priv. Ludw. d. Kindes für Freising. a. 906 (Mon. Boica XXVIII a, 139); Karl d. Einfält. für Trier a. 913 (Beyer, mittelrhein. Urkdbch 1, 220); Heinr. I. für Paderborn a. 935 (Erhard reg. hist. Westph. 1. cod. p. 42); Ottos I. für Würzburg a. 941 (Mon. Boica 1. c. p. 177); Heinr. II. für Minden (Pistor. rer. germ. script. 3, 820); über Brandenburg s. dipl. a. 1186 bei Gercken, Stiftshistor. v. Brandenburg cod. dipl. p. 372. Daneben finden sich allerdings auch privilegia eligendi episcopum inter se vel aliunde, s. z. B. für Halberstadt a. 902 (Ludewig, reliqu. manuscr. 7, 427). Eine Anwendung der Regel durch Gregor VII. in dessen reg. VIII. 25 (ed. Jaffé p. 472).

3 Während d. dict. Gratian. vor c. 12 Dict. LXI. die rechtliche Bedeutung des Satzes noch zweifelhaft erscheinen lässt, wird er trotz seiner Anerkennung in c. 41 (Later. a. 1215) X. de elect. I. 6 doch schon in c. 21 (Innoc. III.) X. eod. nicht mehr zur Anwendung gebracht. Auch Innocenz IV. bemerkt in seinem Kommentar zu c. cit. s. v. ex aliis: „Et sic habes hic quod non est sufficiens causa appellationis, quod de ecclesia aliena eligatur“. Die Glosse zu demselben s. v. aliam ergiebt allerdings, dass die Frage unter den Glossatoren streitig war. Vgl. auch Thomassin P. II. l. 1. c. 103. n. 5 ff.

4 Viele Kanonisten (z. B. Barbosa de pot. et off. ep. P. III. all. 60. n. 102; Ferraris s. v. concursus art. I. n. 36) behaupten freilich, dass unter mehreren Kandidaten bei Gleichheit aller Verhältnisse die Orts- oder Diöcesan-Angehörigen vorgezogen werden sollen. Dass dies aber eine absolute, bei Strafe der Nichtigkeit zu beobachtende Regel ist, ergeben die dafür angezogenen Stellen c. 13 Dist. LXI; c. 8 Dist. LXXI; c. 4 X. de postul. I. 5; c. 41 X. de elect. I. 6 und die 17. Kanzleiregel nicht. S. auch hierzu S. 492.

5 Ein älteres Beispiel i. dipl. a. 1248 bei Moser Urkdbch z. Osnabr. Gesch. n. 223 (Werke v. Abeken 8, 285). Vgl. ferner über diese s. g. Patrimonial-Benefizien o. S. 374 u. S. 392, und auch Garcias tract. de benef. P. VIII. c. 9.

6 Schmalzgrueber l. c. p. III. t. 15. n. 36; Reiffenstuel l. c. t. 6. n. 235.

7 c. 15 (Hieron.) C. VIII. qu. 1; c. 19 (Leo I.) Dist. LXIII; s. auch c. 7 (Later. III. a. 1179) X. de elect. I. 6.

8 Trid. Sess. XXIV. c. 1 de ref. u. dazu Innoc. XI. decr. v. 2. März 1679 bei Reiffenstuel l. c. n. 238.

9 Vgl. c. 19. 21. 22 (Innoc. III.) X. de elect. I. 6; Passerini de elect. canonica c. 29. n. 63 ff.; Schmalzgrueber l. c. n. 41; Reiffenstuel l. c. n. 248.

wohl aber machen sich diejenigen, welche sie wissentlich bei Seite setzen, einer Todsünde schuldig[1]. Die Regel gilt auch für die beneficia simplicia[2], und ist von der Doktrin weiter auf die Kardinalsstellen[3] und die nichtbischöflichen beneficia maiora, also die Aemter der Säkular- und Regular-Prälaten mit iurisdictio quasi episcopalis ausgedehnt worden[4].

Die Kuratbenefizien sind bisher nicht erwähnt, nicht deshalb, weil auf sie die Regel etwa keine Anwendung fände, sondern weil das Tridentinum für diese nach dem Vorbilde früherer vereinzelt vorgekommener Einrichtungen[5] behufs Ermittelung der persona dignior ein besonderes Verfahren, den Pfarrkonkurs (concursus parochialis[6]), eingeführt hat[7].

Der Konkurs ist für die Regel bei der Wiederbesetzung von Seelsorge-Benefizien, welche einem Laien-Patronate nicht unterstehen[8], abzuhalten. Er findet nicht statt bei der Anstellung der vicarii perpetui für quoad temporalia et spiritualia inkorporirte Pfarrkirchen[9], bei der Deputirung derjenigen Geistlichen, welche die den Dom- oder Kollegiat-Kapiteln zustehende Seelsorge wahrzunehmen haben[10], bei der Besetzung derjenigen Dignitäten, mit welchen für immer eine Seelsorge verbunden ist[11], bei der

1 Trid. l. c.

2 Allerdings ist das früher streitig gewesen, s. aber c. 2 (Tolet.?) X. de off. custod. I. 27; c. un. (Innoc. III.) X. ut eccl. benef. III. 12; Schmalzgrueber l. c. n. 42 ff.; Phillips 7, 568. Die verneinende Ansicht, s. z. B. Garcias P. VIII. c. 16. n. 16, stützt sich namentlich auf c. 29. X. de praeb. III. 5 u. Trid. Sess. VII. c. 3 de ref., aber mit Unrecht, denn diese Stellen sprechen ganz allgemein von der Verleihung an Würdige. Die Frage, ob durch Verletzung der Vorschrift eine Tod- oder lässliche Sünde begangen wird, gehört nicht hierher.

3 Auf Grund der citirten Stelle des Tridentinums s. v. Ea vero.

4 Schmalzgrueber l. c. n. 40; Reiffenstuel l. c. n. 240.

5 Die const. Benedikts XII.: Quoniam v. 1339 (M. bull. 1, 254) gedenkt eines Examens für die vom Papst zu verleihenden Benefizien und droht denjenigen, welcher die vorgeschriebene Prüfung durch andere auf ihren Namen ablegen lassen, Strafen an; ebenso die const. Paul's IV.: Inter caeteras v. 1557 (l. c. p. 332), welche auch einer besonderen Examinationskommission und insbesondere der beneficia curam animarum habentia erwähnt.

6 Vgl. über denselben Benedict. XIV. de syn. dioec. lib. IV. c. 7 ff.; Ferraris s. v. concursus; Berardi comm. in ius eccles. in lib. III. decr. diss. 5. p. c. 2 (ed. Mediolan. 1, 371); Bouix tract. de parocho. Paris. 1855. p. 335 ff.; Ginzel, d. Pfarrkonkursprüfung nach Staats- u. Kirchengesetz. Wien 1855; Kurze Darstellung d. Praxis d. Konkurses im Arch. f. k. K. R. 2, 385 ff.; Le concours i. d. Anal. iur. pont. 1867. p. 969 ff.; Phillips 7, 571 ff.

7 Sess. XXIV. c. 18 de ref. In Anschluss daran sind folgende päpstliche Erlasse ergangen: const. Pii V.: In conferendis v. 18. März 1567 (M. bull. 2, 234, Richters Tridentinum S. 576) u. Apostolatus officium v. 19. Aug. 1567 (Bull. Taur. 7, 605); Clement. XI. ep. encycl. v. 10. Jan. 1721 (M. bull. 8, 423); const. Bened. XIV.: Cum illud. v. 14. Dez. 1742 (Bull. Bened. XIV. 1, 220 u. Richter a. a. O. S. 578), in welcher auch die ep. Clement. XI. cit. u. ein unter Clemens XI. von Benedikt XIV. ausgearbeiteter Discursus (s. Richter a. a. O. S. 382. n. 29), letzterer allerdings mit manchen Veränderungen wiederholt wird; const. Benedict. XIV.: Redditae nobis v. 9. Apr. 1746 (eiusd. bull. 2, 24; Richter a. a. O. S. 586). Diese Erlasse auch bei Ginzel a. a. O. S. 157 ff. u. i. d. Acta s. sed. 7, 353 ff.

8 Trid. l. c. Bei Laienpatronats-Benefizien aber dann, wenn er fundationsmässig vorgeschrieben ist, und wenn der Bischof wegen Versäumniss der ordnungsmässigen Präsentation durch den Patron die Stelle zu besetzen hat, Ginzel a. a. O. S. 80; Fagnan. ad c. 37. X. de iurepatr. III. 38. n. 7, nicht aber bei mehreren vom Patron kumulativ präsentirten Kandidaten, so Fagnan. l. c. n. 10 u. Ginzel S. 79, weil der Konkurs die hier ausgeschlossene freie Konkurrenz voraussetzt, ebenso wenig nach der Praxis der Congr. Conc. bei einem dem ius patr. mixtum unterworfenen Benefizium, Richter a. a. O. S. 379. n. 2; Fagnan. l. c. n. 21.

9 Weil hier das Pfarramt selbst nicht vakant wird. Deshalb tritt die Ausnahme bei der incorp. quoad temp., bei welcher der ständige Vikar der eigentliche Pfarrer ist, nicht ein, Richter a. a. O. n. 1; vgl. ferner Reiffenstuel III. 5. n. 142; Bouix l. c. p. 349; Phillips 7, 577.

10 Garcias l. c. P. IX. c. 2. n. 179 ff.; Fagnan. ad c. 14 X. de aet. et qual. I. 14. n. 19 ff.; Nicollis, prax. canon. T. II. lit. P. de parocho n. 30; Ferraris s. v. beneficium art. 3. n. 41. Auch hier wird das Pfarramt, welches dem einzelnen nicht zusteht, nicht vakant.

11 Garcias l. c. n. 195; Fagnan. l. c.; Nicollis l. c. n. 31; Bouix l. c. p. 351. Es ist dies übrigens nicht ganz unbestritten gewesen, auch ist nach dem Note 7 citirten Discursus §. 19 (Richter a. a. O. S. 385) mitunter der Konkurs für solche Stellen ausgeschrieben worden.

Einsetzung ad nutum amovibler Pfarrer[1] und bei der Verleihung von Regular-Pfründen[2].

Eine allgemeine oder spezielle päpstliche Reservation oder Affektion hindert den Konkurs ebensowenig[3], wie ein Streit über das Besetzungsrecht[4]. Aber auch bei denjenigen Benefizien, welche an und für sich dem Konkurse unterworfen sind, wird der Konkurs nicht abgehalten, wenn sie durch Tausch erledigt werden[5], ferner wenn die Einkünfte so gering sind, dass sich die Anstellung nicht lohnt, wenn sich Niemand um das Benefizium bewirbt, endlich wenn die Aussetzung nach Lage der Verhältnisse zur Vermeidung erheblicher Streitigkeiten und Verwirrungen wünschenswerth erscheint[6]. In diesen Fällen hat indessen mit Ausnahme des ersteren der Ordinarius unter Beirath der Examinatoren (s. nachher) über die Unterlassung des Konkurses und die Anstellung einer anderen zweckensprechenden Prüfung zu befinden[7].

Das Recht zur Abhaltung des Pfarrkonkurses steht dem Bischof[8], welcher sich im Falle seiner Verhinderung durch den General-Vikar vertreten lassen darf[9], bei erledigtem bischöflichen Stuhle dem Kapitular-Vikar[10], ausserdem auch den Prälaten mit voller bischöflichen Jurisdiktion, welche zur Versammlung einer Diöcesansynode berechtigt sind[11], zu.

Die Bestellung der neben dem Ordinarius fungirenden Examinatoren, deren Zahl mindestens sechs sein soll[12], erfolgt auf seinen, bez. des Vikars Vorschlag für die Dauer eines Jahres seitens der Diöcesansynode. Zu Examinatoren sollen Magister oder Doktoren oder Licentiaten der Theologie oder des kanonischen Rechtes, auch andere geeeignete Säkular- oder Regular-Kleriker[13] genommen werden[14]. Nach ihrer Ernennung haben sie die unparteiische und gewissenhafte Ausübung ihres Amtes eidlich zu geloben[15]. Die Ableistung dieses Eides ist wesentlich in der Art, dass

[1] Wie der Wortlaut ergiebt, bezieht sich das Tridentinum nur auf feste Anstellungen, Bouix p. 350; Anal. iur. pontif. 1855. p. 1609. 1646. In den Missionsländern wird daher auch kein Konkurs abgehalten, s. syn. plen. Hibern. ap. Thurles a. 1850. XVIII. 18; conc. plen. Baltim. II. a. 1866. IV. n. 126 (coll. conc. Lac. 3, 787. 433).

[2] Garcias l. c. n. 195; Fagnan. ad c. 37 X. I. 6. n. 22; Ginzel S. 71.

[3] Trid. l. c.; Const. Bened. XIV.: Cum illud. §§. 19 ff.; Garcias n. 153; Riganti ad reg. IX. canc. P. I. §. 2. n. 39 ff.; Ginzel a. a. O. S. 73.

[4] Ginzel a. a. O. S. 77.

[5] Nach der Praxis der Congr. Conc., weil das Tridentinum von der vacatio ecclesiae per obitum vel resignationem spricht. Wenn aber eine zu grosse Ungleichheit der vertauschten Benefizien obwaltet oder die tauschenden Benefiziaten zu der Zeit, wo sie ihre Benefizien erhielten, nicht examinirt worden sind, oder wenn ein Pfarrbenefizium mit einem beneficium simplex vertauscht wird, soll jedoch ein Examen mit den in Frage kommenden Kandidaten, in letzterem Falle demjenigen, welcher das erstere erhält, angestellt werden, Garcias l. c. n. 162; Ginzel S. 75.

[6] Trid. l. c. i. f.

[7] Ibid.

[8] Ibid.

[9] Eine Specialvollmacht ist dazu nicht erforderlich, o. S. 216. n. 14; Garcias l. c. n. 117; Phillips 7, 579.

[10] O. S. 244. n. 11. Ueber den apostolischen Vikar, welcher einem Bischof an die Seite gesetzt ist, s. o. S. 249 ff. u. Ferraris s. v. concursus art. I. n. 3.

[11] S. o. S. 345 u. Ginzel S. 83.

[12] Trid. l. c. Eine Maximalzahl ist nicht bestimmt. Die Kanonisten, welche sich dafür auf eine Entscheidung der Congr. Conc. berufen, nehmen als solche 20 an; Ferraris l. c. art. 2. n. 32; Bened. XIV. de syn. dioec. l. c. n. 3. Wenn die Majorität der Synode die vom Bischof bezeichneten nicht billigt, muss dieser andere vorschlagen, Bened. XIV. l. c. Vgl. überhaupt Ginzel S. 90 ff.

[13] Mitglieder der Mendikanten-Orden sind nach dem Trid. nicht ausgeschlossen.

[14] Trid. l. c. Die Graduirten haben keinen Vorzug in der Art, dass erst bei ihrem Mangel andere ausgewählt werden dürften (so Ferraris l. c. n. 36 ff.; Ginzel S. 104), denn das Konzil stellt alle in gleiche Linie, Bened. XIV. l. c. n. 4; Phillips 7, 586.

[15] Trid. l. c. Der Eid kann sowohl vor der Synode als auch vor dem Ordinarius oder dessen Vikar abgeleistet werden.

das Abstimmen eines unbeeidigten Examinators beim Konkurse die Nichtigkeit desselben zur Folge hat [1]. Die Examinatoren dürfen weder vor noch nach dem Konkurse Remunerationen annehmen [2] und machen sich im entgegengesetzten Falle der Simonie [3] schuldig. Wegen ihrer Amtsführung können sie von der Provinzialsynode zur Rechenschaft gezogen und nöthigenfalls auch mit arbiträren Strafen belegt werden [4].

Ihr Amt erlischt nicht ohne Weiteres mit Ablauf des Jahres, für welches sie gewählt sind. Eine Wiederwahl ist statthaft. Falls die neue Synode nicht zu der vorgeschriebenen Zeit gehalten wird, dauern ihre Funktionen, sofern nur noch immer sechs vorhanden sind, fort, während sie andernfalls für alle erlöschen [5]. Scheiden dagegen einzelne während des eigentlichen Amtsjahres aus, so bleiben die übrigen, selbst wenn ihre Zahl weniger als sechs beträgt, im Amte, der Bischof hat aber keine Befugniss, andere zu ernennen [6]. Dies darf er vielmehr erst dann, wenn alle fortgefallen sind. Die auszuwählenden Examinatoren müssen ebenfalls die gesetzlichen Eigenschaften besitzen. Sie sollen zunächst aus denjenigen, welche schon früher von einer Diöcesansynode approbirt worden sind, genommen werden. Nur wenn solche überhaupt nicht oder nicht in der erforderlichen Zahl von sechs vorhanden sind, kann der Ordinarius andere unter Beistimmung des Kapitels bestellen. Die Amtsperiode dieser letzteren dauert aber nur bis zu der Zeit, zu welcher die neue Diöcesansynode abgehalten werden müsste [7]. Die Mitwirkung von Examinatoren, deren Amt nach den vorstehenden Regeln erloschen ist, macht den Konkurs nichtig [8].

In anderen als den hervorgehobenen Fällen bedarf der Ordinarius, um ohne die Diöcesansynode die nöthigen Examinatoren bestellen zu können, einer päpstlichen Fakultät, welche die Congr. Conc. und zwar gewöhnlich auf drei Jahre ertheilt [9]. Solche Ermächtigungen werden namentlich den Bischöfen in Deutschland gegeben, seitdem hier die regelmässige Abhaltung von Diöcesansynoden ausser Uebung gekommen ist. Die in Folge derselben ernannten Prüfungskommissare heissen im Gegensatz zu den von der Synode approbirten, den *examinatores synodales*, *examinatores prosynodales*.

Bei der Erledigung eines dem Konkurse unterworfenen Pfarrbenefiziums hat der Ordinarius den letzteren auszuschreiben [10]. Dies geschieht durch ein an die Thür der

1 So nach der Praxis der Congr. Conc. Ferraris l. c. n. 42; Ginzel S. 105.

2 Trid. l. c. Eine entgegenstehende Gewohnheit, wie sie sich z. B. früher in Spanien entwickelt hatte, ist von der Congr. Conc. für nichtig erklärt worden, Garcias l. c. P. V. c. 7. n. 11; Richters Tridentinum S. 382. n. 28; Anal. iur. pont. 1866. p. 2264.

3 Von welcher sie nur nach Aufgabe ihrer Benefizien absolvirt werden können und welche künftige Inhabilität zum Erwerbe anderer nach sich zieht, Trid. l. c.

4 Trid. l. c.

5 Bened. XIV. l. c. n. 8.

6 L. c.; Garcias P. IX. c. 2. n. 69. Es sind dann die noch übrigen, selbst ein einzelner, zur Abhaltung des Konkurses mit dem Bischof befugt.

7 Dies Alles nach einem Dekrete Clemens' VIII. v. 1593 bei Garcias l. c. n. 72 u. Fagnan. de aet. et qual. I. 14. n. 54; Bened. XIV. l. c. n. 7. 8; Ginzel S. 92, welcher aber die verschiedenen Fälle nicht scharf genug auseinander hält.

8 Bened. XIV. l. c. n. 9. 10.

9 Bened. XIV. l. c. n. 9; Ginzel S. 94 ff. Statt der Approbation der Synode bedarf es der Approbation des Domkapitels. Derartige Fakultäten im Arch. f. k. K. R. 3, 744; Ginzel S. 183. Nach e. Entsch. d. Congr. conc. v. 1877 ist der vom Bischof zum Examinator vorgeschlagene Domherr bei der Abstimmung des Kapitels über seine Approbation vom Mitstimmen ausgeschlossen, Acta s. sed. 10, 273.

10 Die Frist für diese Einleitung des Konkurses bestimmt sich mit Rücksicht darauf, dass bei der collatio libera das Benefizium innerhalb 6 Monaten vergeben werden muss, während in Fällen, wo eine päpstliche Reservation oder das Kollationsrecht einer anderen Person in Frage kommt, die Frist 4 Monate beträgt. Demnach muss die Ausschreibung und die Vornahme so zeitig erfolgen, dass die Wiederbesetzung mit einem der bestandenen Kandidaten innerhalb der erwähnten Fri-

Kathedrale und der vakanten Pfarrkirche anzuheftendes Edikt, wodurch etwaige Bewerber aufgefordert werden, sich binnen einer zehntägigen [1] oder anderen angemessenen, jedoch 20 Tage nicht überschreitenden Frist unter Vorlegung ihrer Zeugnisse beim Kanzler des Bischofs oder bei einer anderen von ihm bestimmten Person [2] zu melden. Daneben, und auch wenn ein solches Edikt nicht erlassen ist [3], kann der Ordinarius, der Kollator, der Patron und jeder andere geeignete Kandidaten, welche sich um das Benefizium bewerben wollen, nennen [4].

Für den Beginn des Konkurses hat demnächst der Ordinarius einen Termin anzusetzen [5] und dazu aus den Synodal-, bez. Prosynodal-Examinatoren die erforderliche Anzahl, d. h. drei [6] zu bestimmen, welche mit ihm oder seinem General-Vikar die Prüfung abzuhalten haben. Inzwischen ist in der Kanzlei des Ordinarius ein Verzeichniss der Kandidaten unter Hinzufügung der nöthigen Notizen über deren Leben, Eigenschaften und der sonst für ihre Brauchbarkeit in Frage kommenden Verhältnisse auf Grund der von ihnen eingereichten Papiere anzufertigen [7]. Der Prüfung haben der Bischof oder sein Vertreter [8], die Examinatoren, der bischöfliche Kanzler und Notar beizuwohnen. Die ihnen verdächtig erscheinenden Examinatoren [9], nicht aber den Bischof selbst [10], können die Kandidaten beim Vorliegen eines ausreichenden Grundes ablehnen. Die Art und der Gang des Examens sind zuerst durch die Encyklika Clemens' XI. [11] genau vorgeschrieben worden. Nach der Beendigung der Prüfung haben

sten erfolgen kann. Const. Pii V. cit.: In conferendis. §. 4; Ferraris l. c. art. 2. n. 4. 5; Arch. f. k. K. R. 2, 386.

[1] Const. Pii V. cit. In conferendis. §. 5. Nur bei vorliegender iusta causa kann nach der Praxis der Congr. Conc. diese Frist verlängert werden, Richters Tridentinum S. 380. n. 10. Dass das Edikt für die im Text gedachte Zeit affigirt geblieben, ist nicht nothwendig, Entsch. d. C. C. v. 3. März 1877, Acta s. sed. 10, 127.

[2] Trid. l. c.; Pii V. const. Apostolatus §. 2; const. Bened. XIV. cit. Cum illud §. 16. II.

[3] Denn absolut nothwendig ist es nicht, weil nach dem Tridentinum über den Publikationsmodus sowohl die Provinzialsynode, wie auch der Ordinarius das Erforderliche zu bestimmen hat, s. auch Phillips 7, 589.

[4] Trid. l. c.; Pii V. const. Apostolatus §. 2.

[5] Er darf aber nicht in die Anmeldungsfrist fallen. Sonst können alle diejenigen, welche sich nach dem Termin, aber noch innerhalb der Frist gemeldet haben, den etwa stattgehabten Konkurs als nichtig anfechten. Ferraris l. c. n. 12. 13. 18.

[6] Die Betheiligung einer grösseren Anzahl macht den Konkurs nicht nichtig, wohl aber die einer geringeren. Ferraris l. c. n. 29. 30, s. jedoch S. 496 n. 6.

[7] Const. Bened. XIV.: Cum illud cit. §. 16. III. Von diesem Verzeichniss soll der vorsitzende Ordinarius oder sein Stellvertreter und jeder der Examinatoren ein Exemplar erhalten.

Nicht berücksichtigt, also nicht zum Konkurse zugelassen, werden die sich bewerbenden Regularen, einschliesslich der Regular-Kanoniker, weil diese weltliche Parochial-Benefizien nur mit päpstlicher Dispensation erwerben dürfen, s. o. S. 373. n. 9, ebensowenig die Verwandten, die Affinen und Familiaren des Bischofs oder anderweitigen Kollators oder des Resignanten, wenn das Benefizium durch Verzicht erledigt worden ist, s. S. 489. n. 2; Richters Trid. S. 380. n. 13. Nicht derselben Diöcese angehörige Geistliche sind nicht ausgeschlossen, sofern sie nicht statutarisch den einheimischen nachstehen, Ferraris l. c. art. I. n. 33 ff. Ebensowenig Kuratgeistliche, Ferraris l. c. n. 35, Geistliche, welche im Verdachte eines Verbrechens stehen oder sich eines solchen schuldig gemacht haben, letztere deshalb nicht, weil der Bischof sie bei der Besetzung der Pfarrei nicht zu berücksichtigen braucht. Aus diesem Grunde bleibt aber, wenn sie zurückgewiesen worden sind, der Konkurs gültig, Fagnan. ad c. 4. X. de aet. et qual. I. 14. n. 19 ff.; Richter a. a. O. S. 381. n. 14—16.

[8] Die Anwesenheit des einen oder anderen ist zur Gültigkeit des Konkurses unerlässlich, Arch. f. k. K. R. 2, 389. Es ist nicht verboten, dass andere Personen als die genannten dem Konkurse beiwohnen, ja solche können sogar auch Fragen an die Kandidaten richten, sie dürfen aber bei Strafe der Nichtigkeit des Konkurses bei der Beurtheilung des Ausfalls des Examens kein Votum abgeben, Ferraris l. c. art. II. n. 42 ff.; Arch. f. k. K. R. 2, 389.

[9] Richters Trident. S. 380. n. 12.

[10] Ferraris l. c. art. I. n. 14.

[11] S. 494. n. 7. Das Examen erstreckt sich der Natur der Sache nach — das Tridentinum bestimmt darüber nichts — was die Kenntnisse betrifft, auf die theologischen Disciplinen, Dogmatik, Moraltheologie, Liturgik, Katechese, Homiletik und Kirchenrecht, Ginzel S. 111. Es zerfällt in eine schriftliche und mündliche Prüfung. Die erstere wird unter Klausur während der vom Ordinarius bestimmten Zeitdauer abgehalten. Alle Kandidaten behandeln dieselben Aufgaben, deren

die Examinatoren, sei es nach vorgängiger Berathung, sei es ohne eine solche, ihr Urtheil über die einzelnen Kandidaten abzugeben. Dabei sollen sie nicht blos die wissenschaftliche Bildung und Kenntnisse derselben, sondern auch ihre übrigen Eigenschaften, Sitten, Fähigkeit zur Verwaltung der Seelsorge, bisherige Verdienste u. s. w. in Betracht ziehen [1]. Das Votum haben sie in gemeinsamer Sitzung unter Leitung des Ordinarius oder seines Stellvertreters abzugeben [2]. Dasselbe darf sich nur auf die Tauglichkeit oder Untauglichkeit der einzelnen Kandidaten, nicht aber auf eine Klassifikation derselben nach ihrer Würdigkeit erstrecken [3]. Das Gesammturtheil über jeden einzelnen wird durch die Majorität der Stimmen festgestellt. Der Ordinarius oder sein Stellvertreter haben hierbei nur dann ein entscheidendes Votum, wenn unter den Examinatoren Stimmengleichheit vorhanden oder diese „singulares" [4] sind, müssen ein solches aber stets in derselben Sitzung, wo sich ein solches Resultat herausstellt, abgeben [5].

Die Auswahl (*praeelectio*) des würdigsten unter den approbirten Kandidaten (des s. g. *dignior*) steht allein dem Ordinarius [6] zu, vollkommen frei nach seinem pflichtmässigen Ermessen [7]. Unterliegt das ausgeschriebene Benefizium seiner freien Vergebung, so hat er dasselbe sofort dem ausgewählten Kandidaten zu verleihen. Bei einem päpstlich reservirten Benefizium muss er, sofern es sich um eine Reservation ratione mensium handelt, der Dataria behufs Verleihung des Amtes den tauglichsten anzeigen [8], sonst aber sich der Auswahl enthalten und die Konkursakten nach Rom

Bearbeitung in lateinischer Sprache zu erfolgen hat. Die Predigt über einen für alle gleichen Text ist dagegen in der Landessprache schriftlich abzufassen. Jede Arbeit ist von dem Verfasser zu schreiben und zu unterzeichnen, bei der Ablieferung auch von dem Ordinarius, den Examinatoren und dem Kanzler zu unterschreiben. An die schriftliche schliesst sich dann die mündliche Prüfung an, in welcher die Kenntnisse der Kandidaten namentlich unter Vorlegung von Stellen der h. Schrift, der Kirchenväter, des Koncils von Trient, des römischen Katechismus u. s. w. erforscht werden, const. Bened. XIV.: Cum illud. §. 16. IV.

[1] Bened. XIV. const. cit. l. c. „et postquam demum deprehenderint, qua quisque polleat gravitate et elegantia sermonis in conciuncula scripto pariter exarata et textui evangelico vel alteri dato themati accommodata, parem, ni forte maiorem solertiam examinatores adhibeant in perscrutandis aliis qualitatibus regimini animarum consentaneis; morum honestatem inquirant, gravitatem, prudentiam, praestita hactenus ecclesiae obsequia, acquisitam in aliis muneribus laudem aliaque spectabilium virtutum ornamenta, doctrinae areto foedere consocianda; hisque omnibus coniunctim expensis, inhabiles per sua suffragia reiiciant et idoneos episcopo renuncient", vgl. ferner §. 10 eod. u. Trid. l. c. Eine Prüfung und ein Votum allein hinsichtlich der Kenntnisse oder hinsichtlich der Fähigkeiten der Kandidaten machen den Konkurs nichtig, Richters Trid. S. 381. n. 17—19; Arch. f. k. K. R. 2, 391; Anal. iur. pontif. 1867. p. 973. 975.

[2] Arch. f. k. K. R. 2, 390. Ob öffentlich oder geheim, ist gleichgültig, Richters Trid. S. 380. n. 6. S. 381. n. 14. Das Nähere darüber hat die Provinzialsynode zu bestimmen, Trid. l. c. Das Resultat des Votums wird in den Akten niedergeschrieben.

[3] Trid. l. c. Bened. XIV. const. cit. §. 11; Richters Trid. S. 381. n. 20. 22. Ueber die Abstimmung mit s. g. „Points" s. Acta s. sed. 10, 128. 134.

[4] Trid. l. c. Der letzte Fall liegt nur dann vor, wenn in Betreff eines oder mehrerer Kandidaten eine gleiche Anzahl von Stimmen approbirt, eine gleiche reprobirt und eine gleiche endlich weder approbirt noch reprobirt, nicht aber dann, wenn ein Examinator den Kandidaten für fähig, die übrigen ihn aber für unfähig erklären, Garcias l. c. n. 60; Phillips 7, 593; Ginzel S. 120.

[5] Garcias l. c. n. 58; Bened. XIV. de syn. dioec. l. c. c. 8. n. 5.

Ueber die Abhaltung des Konkurses in Rom s. Th. I. S. 488. n. 8. S. 490; Anal. iur. pont. 1855. p. 2780; Arch. f. k. K. R. 2, 409.

[6] Der General-Vikar bedarf dazu einer Spezialvollmacht, Ginzel S. 126.

[7] Er braucht also nicht denjenigen Kandidaten auszuwählen, der einstimmig oder mit der grössten Majorität für tauglich erklärt ist, Arch. a. a. O. S. 391; Entsch. d. Congr. Conc. v. 3. März 1877, Acta s. sed. 10, 154.

Stirbt der Ordinarius vor der Auswahl, so kann der Kapitular-Vikar oder der neue Bischof diese auf Grund der Examinations-Akten vornehmen, Fagnan. ad c. 2. X. ne sed. vac. III. 9; Anal. l. c. 1867. p. 976.

[8] Die Akten werden hierbei nur dann eingesendet, wenn es die Dataria verlangt, const. Bened. XIV. cit. §§. 19. 20.

einsenden[1]. Wenn die Stelle einem geistlichen Patronat unterworfen ist, wählt der Patron unter den approbirten den würdigsten aus; besitzt aber in diesem Fall ein anderer als der Ordinarius das Recht zur Institution, so hat der letztere die Präelektion und der Patron nur die Präsentation an den Institutionsberechtigten vorzunehmen[2].

Für diejenigen Kandidaten, welche sich durch ihre Verwerfung seitens der Examinatoren beschwert fühlten, liess schon das Tridentinum[3] eine Appellation zwar nicht mit Suspensiv-, aber doch mit Devolutiv-Effekt (*appellatio a mala relatione examinatorum*) zu. Pius V. führte demnächst eine solche, ebenfalls ohne aufschiebende Wirkung, auch gegen das vom Ordinarius in Betreff der persona dignior abgegebene Urtheil (*appellatio ab irrationabili iudicio episcopi*) ein[4]. Wegen der vielen Missbräuche, welche sich bei dieser Regelung des Beschwerderechtes geltend machten[5], sah sich Benedikt XIV. veranlasst, durch die angeführte Konstitution: Cum illud Reformen vorzunehmen, auf denen noch heute das geltende Recht beruht[6].

Der iudex ad quem ist der Erzbischof oder bei einem von einem solchen oder einem exemten Prälaten abgehaltenen Konkurs, der nächste Ordinarius als gesetzlicher Delegat[7]. Die Appellation hat ebensowenig wie früher Suspensiv-Effekt[8], und muss binnen eines zehntägigen, von der erfolgten Verleihung des Amtes an laufenden Fatales eingelegt werden[9]. Erst nach Eingang der über den angefochtenen Konkurs verhandelten Akten und auf Grund derselben hat der Appellationsrichter über die Beschwerden zu befinden[10]. Der iudex a quo ist aber befugt, dem letzteren und falls er ihn für suspekt hält, dem Präfekten der Congregatio Concilii[11] die etwaigen geheimen Gründe, welche ihn bestimmt haben, das Benefizium einem andern als dem Appellanten zu verleihen, mitzutheilen[12]. Im Falle einer Bestätigung der erstinstanzlichen Entscheidung ist jedes weitere Rechtsmittel ausgeschlossen. Trotz erfolgter Abänderung bleibt der Vorgezogene bis zur Rechtskraft des Appellations-Urtheils im Besitze des übertragenen Amtes. Denn es steht ihm in diesem Fall noch eine weitere einmalige Appellation an den päpstlichen Stuhl zu[13], in Folge welcher möglicher Weise die erstinstanzliche Entscheidung unter Aufhebung des Appellations-Urtheils

[1] Const. cit. l. c. Nach §. 21 ibid. darf er indessen in einem vertraulichen Schreiben seine unmassgebliche Meinung über den Würdigsten kund thun, und auch auf etwaige geheime, in den Akten nicht enthaltene Unfähigkeitsgründe aufmerksam machen.

[2] Trid. l. c.; Bened. XIV. const. Redditae cit. Ein Prüfungsrecht hinsichtlich der vom Patron vorgenommenen Auswahl steht dem Ordinarius nicht zu. Nur der Fall macht eine Ausnahme, wenn ein anderer Kandidat sich über die Wahl des Patrons beschwert. Hier hat sich der Ordinarius vor der Institution Gewissheit über die Begründetheit der Entscheidung des Patrons zu verschaffen. Gelangt er dabei zu demselben Resultat, wie dieser, so steht dem Beschwerdeführer nur die Appellation (s. unten) mit Devolutiv-, aber ohne Suspensiv-Effekt zu. Im umgekehrten Fall kann der Ordinarius den letzteren instituiren. Appellirt aber der vom Patron Ausgewählte rechtzeitig gegen seine Verwerfung, so muss dies unterbleiben und die Stelle bis zur definitiven Entscheidung interimistisch durch einen Vikar oder Oekonomen (s. o. S. 327) verwaltet werden. Const. Redditae cit.

[3] Trid. l. c. s. v. In omnibus; vgl. auch Fagnan. ad c. 4 X. I. 14. n. 24.

[4] Pii const. cit. In conferendis §. 7; dazu Bened. XIV. disc. cit. §. 2. (Richter a. a. O. S. 382).

[5] S. den cit. disc. §§. 4 ff.; Phillips 7, 601. 605 ff.

[6] Pii V. const. cit. §. 7.

[7] Vgl. noch Hergenröther, d. Appellationen nach Dekretalenrecht. Eichstätt 1875. S. 23.

[8] Trid. l. c.; Pii V. const. cit. §§. 7. 8; Bened. XIV. const. Cum illud. §. 15.

[9] Encyklika Clemens' XI. v. 1721 (Richters Trid. S. 581).

[10] Bened. XIV. const. cit. §. 16. VI.

[11] Dieser hat dann das weitere in der Appellationsinstanz zu veranlassen.

[12] Zu diesem Zwecke hat der Appellant dem iudex a quo die Trid. Sess. XXIV. c. 20 de ref. vorgeschriebene Mittheilung zu machen, Bened. XIV. const. cit. §. 16. VII.

[13] Pii V. const. cit. §. 9.

bestätigt werden kann[1]. Bei erfolgter rechtskräftiger Aufhebung der im Konkurs abgegebenen Entscheidung muss das Benefizium dem Ausgewählten, wenn die Appellation gegen das irrationabile iudicium episcopi gerichtet war[2], wieder entzogen und dem Appellanten übertragen werden[3]. Dagegen wird bei erfolgreicher Berufung a mala relatione examinatorum die stattgehabte Verleihung des Benefiziums nicht rückgängig gemacht, sondern nur der dem Beschwerdeführer durch die Reprobation aufgedrückte Makel beseitigt[4].

Die Besetzung eines Seelsorge-Amtes ohne Abhaltung des Konkurses ist nichtig[5] und das Benefizium gilt trotz derselben rechtlich immer als erledigt[6].

Kraft partikularrechtlicher Vorschrift bedarf es auch bei der Vergebung anderer als der oben S. 494 gedachten Aemter der vorgängigen Abhaltung des Konkurses. So sind demselben unterworfen die Theologal- und Pönitentiar-Pfründen in den Bisthümern Italiens und der anliegenden Inseln[7], sowie in den spanischen[8] und in einzelnen österreichischen Kathedralen[9], in Oesterreich auch die gemeinrechtlich ausgenommenen, einem Laien-Patronate unterstehenden Seelsorge-Aemter[10].

In den meisten Diöcesen Deutschlands wird zwar ein s. g. Konkurs abgehalten, derselbe entspricht indessen seinem Wesen nach nicht dem Tridentinischen. Während der letztere den Zweck hat, die Tauglichkeit der Kandidaten gerade für ein bestimmtes Amt zu ermitteln, sind die in Deutschland üblichen Konkurse Prüfungen, durch welche die allgemeine Befähigung für die Bekleidung von Pfarrämtern ohne Rücksicht auf einen etwa obwaltenden Vakanzfall festgestellt wird. Diese Abweichung erklärt sich aus den Schwierigkeiten, welche mit der Abhaltung stets wiederholter Spezialkonkurse verbunden sind, und welche die Durchführung der Bestimmungen des Tridentinums in vielen Diöcesen überhaupt und umsomehr verhindert haben, als die Diöcesansynoden ebenfalls seit dem 17. Jahrhundert ausser Uebung

[1] Bened. XIV. const. cit. §. 17.

[2] Die Vorschrift der const. Pii V. cit. §. 7, dass der Beschwerdeführer und sein Gegner sich bei einer derartigen Appellation einem neuen Examen vor dem Appellationsrichter zu unterwerfen haben, ist durch die const. Bened. XIV.: Cum illud cit. aufgehoben, weil diese eine Rechtfertigung der Appellation nur auf Grund der Akten des abgehaltenen Konkurses zulässt.

[3] Da aber die erste Verleihung immer gültig war, so behält der Ausgewählte die Amtseinkünfte der Zwischenzeit und braucht nur die vom Tage der ihm ungünstigen Sentenz abgezogenen Früchte zu restituiren, Garcias l. c. P. IX. c. 2. n. 238.

[4] Bened. XIV. const. Redditae l. f.; Garcias l. c. n. 245; Ginzel S. 141.

[5] Trid. l. c. Darüber, dass dies auch Anwendung findet, wenn die Pfründe an einen von den Universitäten präsentirten Kandidaten verliehen worden ist, d. h. dass die Vorschrift des Tridentinums über den Pfarrkonkurs der in Sess. VII. c. 13 de ref. vorgeht, s. Ginzel S. 144.

[6] Const. Pii V. cit. In conferendis. §. 3.

[7] Const. Benedict. XIII.: Pastoralis v. 1725 (Acta cons. Lacens. 1, 403). Diese erfordert 4 Examinatoren, welche indessen nicht Synodal-Examinatoren zu sein brauchen, vielmehr vom Bischof ernannt werden können.

[8] Konkordat v. 1851, bez. 1859. Art. 18 (Arch. f. k. K. R. 7, 383), wonach auch die beiden andern Kanonikate de oficio (s. S. 123. n. 8) auf vorgängigen Konkurs zu besetzen sind.

[9] So z. B. in der Erzdiöcese Prag nach d. Provinz. Koncil. v. 1860. tit. VI. c. 5: „canonicus poenitent. et theol. ad modum a S. Conc. Trid. praescriptum et servata constit. Benedicti XIII. (s. Note 7) quanto citius constituantur". Das Konkordat v. 1855 art. 22. hat die Gewohnheit, Kanonikate auf stattgehabten Konkurs zu vergeben, da, wo sie bestand, aufrecht erhalten. §. 5 des Gesetzes v. 7. Mai 1874: „Für die Besetzung erledigter Kanonikate und weltgeistlicher Seelsorgepfründen ist ein Konkurs auszuschreiben. Die näheren Bestimmungen über denselben werden nach Einvernehmung der Bischöfe im Verordnungswege getroffen", ist noch nicht ausgeführt, doch soll die Neuregelung nach den Motiven nur im Sinne einer Revision der bestehenden Ordnungen erfolgen.

Ueber Kanonikate in Kollegiatstiftern, welche fundations- oder gewohnheitsmässig dem Konkurse unterstehen, s. Const. Pii VII. v. 1801. §. 4 (bull. Rom. cont. 11, 148; Anal. iur. pont. 1855. p. 2173).

[10] S. vor. Note u. Art. 24 des Konkordates.



gekommen sind. Auch haben schon seit dem 16. Jahrhundert[1] die Regierungen ihrerseits vielfach die Regelung des kirchlichen Prüfungswesens in die Hand genommen[2]. Wenn auch dieser noch im Anfange unseres Jahrhunderts festgehaltene Standpunkt[3] etwa um die Mitte desselben staatlicherseits aufgegeben und die Ordnung der Anstellungs-Prüfungen in den meisten deutschen Ländern[4] den geistlichen Behörden wieder überlassen worden ist[5], so haben doch die erwähnten Schwierigkeiten die Einführung des Konkurses nicht gestattet[6], vielmehr die Beibehaltung der schon gedachten Einrichtungen bedingt, und diese ist sogar vielfach durch päpstliche Indulte[7] genehmigt worden.

[1] Friedberg, Grenzen zw. Staat u. Kirche 1, 194. 220.

[2] So z. B. unter Joseph II. in Oesterreich, s. Helfert, v. d. Besetzg. der Benefizien S. 124 ff.; Ginzel S. 5 ff. 16 ff. Das preuss. L. R. II. 11. §§. 61. 62 verlangte dagegen für die Zulassung zum geistlichen Amte nur eine genaue Prüfung der Kenntnisse und des Wandels der Bewerber, behielt aber das Weitere „den vom Staate genehmigten Grundgesetzen und Verfassungen der verschiedenen Religionsparteien vor".

[3] In Baiern wurde auf Grund des Religions-Ed. v. 1818. §. 64. lit. g der Pfarr- und Predigtamts-Konkurs von der Kreisregierung abgehalten, Silbernagl, Verfassg. sämmtl. Religionsgesellschaften S. 83. n. * u. Ginzel S. 20. Für die oberrheinische Kirchenprovinz verordnete das gemeinsame Edikt v. 30. Jan. 1830. §. 29: „In jeder Diöcese wird jährlich von einer durch die Staats- und bischöflichen Behörden gemeinschaftlich anzuordnenden Kommission eine Konkursprüfung mit denjenigen Geistlichen vorgenommen, welche zu einer Pfarrei oder sonst einer Kirchenpfründe befördert zu werden wünschen. Zu dieser Prüfung werden nur Geistliche zugelassen, welche wenigstens zwei Jahre lang in der Seelsorge als Hülfspriester angestellt waren und gute Zeugnisse ihrer Vorgesetzten über ihren Wandel vorlegen"; vgl. ferner Ginzel S. 27 ff. u. Longner, Rechtsverhältn. d. Bischöfe S. 265 ff. In Preussen war dagegen nur die „Beaufsichtigung der Prüfung, welcher die Kandidaten des geistlichen Standes seitens der geistlichen Behörden unterworfen werden", nach §. 4. Nr. 5 der Dienst-Instrukt. f. d. Provinzial-Konsistorien v. 23. Okt. 1817 (Heckert, Hdbch. d. kirchl. Gesetzgbg. Preussens 2, 65) den Oberpräsidenten übertragen, s. auch d. Cirk. Verf. d. Staatsminist. v. 31. Juli 1820 (Vogt, preuss. K. R. 1, 127).

[4] So in Preussen in seinem jetzigen Umfange mit Rücksicht auf die seit 1875 aufgehobenen Art. 15. 18 d. Verf. Urk. v. 1850, Richter in Dove, Ztschr. f. K. R. 1, 112; in Würtemberg ist in Folge des Konkordates i. J. 1857 die Abhaltung der Konkursprüfung dem Bischof überlassen worden, s. v. Vogt, Sammlg. kirchl. Verordn. f. d. Bisth. Rottenburg. Schwäb. Gmünd 1876. S. 417. n. 1; in Baden, wo das Ges. v. 9. Okt. 1860. §. 9 („Die Zulassung zu einem Kirchenamt ist regelmässig durch den Nachweis einer allgemeinen wissenschaftlichen Vorbildung bedingt"), wie auch die Motive anerkennen (Spohn, bad. Staatskirchenrecht S. 20), nichts über die theologischen Voraussetzungen der Zulassung zu Kirchenämtern bestimmt, und die V. v. 6. Sept. 1867 (a. a. O. S. 186, s. auch Maas im Arch. f. k. K. R. 9, 36; Friedberg, d. Staat u. d. kath. Kirche in Baden. S. 270) nur den erstgedachten Punkt regelt; im Grosshzthm. Hessen nach der 1866 beseitigten Konvention v. 1854 Art. 2. n. 2 (Dove u. Friedberg, Ztschr. f. K. R. 8, 349); in Lippe-Detmold, Edikt v. 9. März 1854. Art. 1. 2. 13 (Beiträge z. preuss. K. R. 2, 83).

In Oldenburg war schon durch den Vertrag v. 5. Jan. 1830. §. 24 (Müller, Lex. d. K. R. 2. Aufl. 5, 406) festgesetzt: „Pfarrbenefizien und Pastorate, die nicht etwa dem Patronatrechte einer Privatperson oder Kommune unterworfen sind, sollen durch Konkurs nach Vorschrift des Koncils von Trient vergeben werden und zwar insofern sie etwa dem landesherrlichen Patronatrechte unterworfen sein möchten, kraft einer allgemeinen dem Offizial hierzu ertheilten Vollmacht".

[5] Aber nicht in Baiern. Die Allerhöchste Entschliessung v. 8. April 1852. n. 8 hatte angeordnet: „Bedingungen zu Kirchen- und namentlich Pfarr-Pfründen sollen blos sein . . . die von dem Bischofe zu erprobende, theologische und seelsorgerische Befähigung, sodann Kenntnisse im bairischen Verfassungs- u. Verwaltungsrechte, im Schul-, Stiftungs- und Armenwesen. Wegen der desfallsigen aus Staats- und Kirchendienern zusammenzusetzenden gemeinschaftlichen Prüfungsbehörde ist Benehmen mit den Bischöfen vorbehalten". In Folge dessen ist d. V. v. 28. Sept. 1854, d. Konkurs-Prüfung d. kath. Pfarr- u. Predigtamts-Kandidaten betr. (Arch. f. k. K. R. 8, 422), ergangen, nach welcher (§. 5.) der Bischof die Prüfungs-Kommission aus einem Vorstande und 2—3 Mitgliedern des Domkapitels, 2—3 Professoren der Theologie an der Universität oder dem Lyceum, einem wirklichen Pfarrer und dem Regens des Diöcesan-Seminars zusammensetzt, und die Kreisregierung behufs des Referates über kirchenpolitische Gegenstände aus ihrem Schoosse einen Examinator katholischer Religion abordnet. Der Erlass v. 20. Nov. 1873 (b. Dove u. Friedberg a. a. O. 12, 259) hat daran nichts geändert.

[6] Auf dem vatikanischen Koncil sind deshalb auch mehrfache Anträge auf Abänderung der Vorschriften des Koncils gestellt worden, Martin, omnium conc. Vatican. . . . document. collectiv. ed. II. Paderborn. 1873. p. 178. 180 ff.

[7] So für Paderborn, Arch. f. k. K. R. 20, 96; Breslau a. a. O. 23, 465, Sauer, pfarramtl. Geschäftsverwaltg. 2. Aufl. S. 34; für Rottenburg,

Gewöhnlich wird jetzt oder wurde[1] die allgemeine Pfarrbefähigungs-Prüfung von Zeit zu Zeit, z. B. in der Diöcese Breslau und den österreichischen Bisthümern zweimal, in der Diöcese Paderborn ein- bis zweimal, in der Diöcese Ermland und den hannoverschen Bisthümern einmal im Jahre abgehalten[2]. Sie bezieht sich nur auf die wissenschaftlichen, namentlich theologischen Kenntnisse der Kandidaten. Dagegen erfolgt die Auswahl des dignior bei Erledigung einer bestimmten Stelle auf Grund der von den Bewerbern eingereichten Zeugnisse und des Attestes über die bestandene allgemeine Prüfung[3]. Neben dem Bischof oder seinem Vertreter konkurriren Synodal- oder Prosynodal-Examinatoren, in Betreff deren das gemeine Recht zur Anwendung kommt[4]. Zugelassen werden für die Regel nur solche Priester, welche bereits in der Seelsorge und der Verwaltung des Busssakramentes thätig gewesen sind[5]. Nach Ablegung der wissenschaftlichen Prüfung, über welche die Diöcesanverordnungen die näheren Vorschriften enthalten[6], kann der Geprüfte sich entweder für alle Folgezeit oder einen bestimmten Zeitraum, z. B. 6 Jahre, hindurch[7] um jede erledigte Seelsorge-Pfründe der Diöcese bewerben, und braucht nur dann einem nochmaligen Examen sich zu unterwerfen, wenn der Ordinarius Zweifel an der Fortdauer seiner Qualifikation hat und die Wiederholung der Prüfung verlangt. Uebrigens sind die Bischöfe kraft der erwähnten päpstlichen Indulte[8] auch ermächtigt, die fungirenden Synodal- oder Prosynodal-Examinatoren und diejenigen Geistlichen, welche

Arch. f. k. K. R. 23, 306; für Freiburg a. a. O. 9, 36; für Linz, Görz und Brixen, sowie die zur Prager Provinz gehörigen Bisthümer a. a. O. 2, 110; 3, 80. 740; 14, 82. Die letzteren stimmen mit dem bei Ginzel, Cod. d. österr. K. R. S. 161 mitgetheilten Formular für die österreichischen Bischöfe überein.

Die früheren österreichischen Staatsgesetze über den Konkurs sind in Folge der Anträge einer zu Wien 1849 abgehaltenen Versammlung der Bischöfe (Beiträge z. preuss. K. R. 2, 41. 52) mit Rücksicht auf das Patent v. 4. März 1849 durch V. v. 15. Juli 1850 (a. a. O. S. 38. 79) beseitigt und die Beschlüsse der Bischöfe über die Konkursprüfung genehmigt worden. Eine andere nach Erlass des Konkordates 1856 stattgehabte Bischofsversammlung hat dieselben ebenfalls angenommen (Schulte, stat. dioeces. p. 7) und ihre Befolgung ist durch die erwähnten päpstlichen Indulte gestattet worden. Vgl. ferner S. 500. n. 9.

Durch diese Indulte erledigen sich die Bedenken von Ginzel, Pfarrkonkurs-Prüfung S. 145 ff., dass die Nothwendigkeit des Tridentinischen Pfarrkonkurses weder durch Gewohnheit noch durch Dispensation seitens der Bischöfe beseitigt werden kann. Wo dieser letztere überhaupt nicht praktisch in das Leben getreten ist, wird man die ohne denselben erfolgende Verleihung von Benefizien nicht für nichtig erklären können, denn die Möglichkeit der Beobachtung dieses Erfordernisses ist damit ausgeschlossen, s. auch Schulte, K. R. 2, 338. n. 4.

[1] In den preussischen Sprengeln, deren Bischöfe entsetzt sind.

[2] S. die Anführungen in der vorvorigen Note u. Schulte, status p. 146.

[3] S. die Angaben in der citirten Note u. Ginzel, K. R. 2, 205. 206; ferner die freiburger erzbischöfliche V. v. 19. Jan. 1860, betr. d. Pfarrkonkurs-Prüfung in Verbindg. mit d. erzb. V. v. 30. Nov. 1861 üb. d. Verfahren b. d. Besetzg. erledigter Pfründen, §§. 4. 5. 6 (Arch. f. k. K. R. 9, 36; 7, 129), die Kölner erzb. V. v. 2. Jan. 1849 (Ginzel, Pfarrkonkurs-Prüfung S. 52), die Mainzer V. v. 9. Febr. 1854, die Rottenburger V. v. 16. Nov. 1858 (v. Vogt, Samml. d. Verordngen S. 421).

[4] Ihre Vereidigung z. B. ist also wesentliche Bedingung der Gültigkeit des Konkurses, Maas, Arch f. k. K. R. 9, 37. n. 1. Ebenso müssen auch die Regeln über die Appellation (S. 499) zur Geltung kommen, freilich ist gegen das in der allgemeinen Prüfung abgegebene Urtheil nur eine appellatio a mala relatione examinatorum denkbar. Wegen der Besonderheiten in Baiern s. S. 501. n. 5.

[5] Für Oesterreich ist vorgeschrieben, dass sie entweder 3 Jahre in der Seelsorge gearbeitet oder 5 Jahre als Beichtväter fungirt haben, Schulte, stat. p. 7; Ginzel, K. R. 2, 205; Arch. f. k. K. R. 14, 84; für Paderborn, dass die sich Meldenden mindestens schon 5 Jahre presbyteri curati gewesen sein, Arch. f. k. K. R. 20, 97; Gerlach, Paderborn. Diöcesanrecht. 2. Aufl. S. 19; für Rottenburg, dass sie wenigstens 2 Jahre lang im Kirchen-, bez. Lehrdienste verwendet worden sein müssen, cit. Arch. 23, 306; v. Vogt a. a. O. S. 421.

[6] Die Paderborner v. 8. Febr. 1857 ist ausgezogen bei Gerlach a. a. O. S. 19; vgl. auch die Prager Diöcesansynode v. 1863. c. 8 i. Arch. f. k. K. R. 14, 85.

[7] Diese Frist kommt z. B. in den österreichischen Diöcesen, der Breslauer, Freiburger und Rottenburger vor, s. d. Anführungen S. 501. n. 7 u. v. Vogt a. a. O. S. 418. 419.

[8] So z. B. in den vorgenannten Diöcesen.

sich in der kirchlichen Verwaltung hinreichend bewährt haben oder genügende wissenschaftliche Leistungen aufweisen können, von der regelmässigen Wiederholung der Prüfung zu dispensiren.

Das Verfahren, welches vorstehend in seinen Grundzügen dargestellt ist, kann als das heute im grössten Theile Deutschlands [1] und in Oesterreich übliche bezeichnet werden.

Die Altkatholiken erkennen die Grundsätze des gemeinen Kirchenrechtes über die Qualifikation zum Erwerbe der in ihrer Organisation bisher vorkommenden geistlichen Aemter der Pfarrer und Hülfspriester als massgebend an [2]. An Stelle der Pfarrkonkursprüfung tritt eine nach Zurücklegung des Universitätsstudiums abzulegende theologische Prüfung. Zur Abhaltung derselben werden jährlich von der Synode vier Theologen und zwei Kanonisten, von denen mindestens drei Universitäts-Professoren sein müssen, zu Synodal-Examinatoren gewählt. Aus diesen wird unter dem Vorsitze des Bischofs oder eines von ihm ernannten Stellvertreters von Fall zu Fall die Prüfungskommission durch Einberufung dreier Theologen und eines Kanonisten gebildet [3].

§. 116. *B. Die Voraussetzungen in der Person des Erwerbers nach staatlichem Recht.*

1. Die Staatsangehörigkeit. Schon seit dem 14. Jahrhundert haben staatliche Anordnungen in manchen Ländern fremde Unterthanen von dem Erwerbe kirchlicher Aemter ausgeschlossen [4]. Zwar sind dergleichen Beschränkungen vom päpstlichen Stuhl, obwohl er selbst mehrfach Indulte für die alleinige Berechtigung von Inländern gewährt hat (s. o. S. 491), wiederholt für nichtig erklärt worden [5], indessen hat die weltliche Gesetzgebung fort und fort [6] bis in die neueste Zeit an dem Grundsatz festgehalten, dass mindestens für die Regel nur Inländer zu kirchlichen Aemtern zugelassen werden sollen. Während man früher in den betreffenden Vorschriften ein Mittel sah, die vielen päpstlichen Provisionsmandate zu Gunsten von fremden und mit den einheimischen Verhältnissen nicht vertrauten Geistlichen unwirksam zu machen, sowie eine die Staatsinteressen nicht berücksichtigende oder

[1] In den preussischen Diöcesen und denen der oberrheinischen Kirchenprovinz, s. ausser den früheren Nachweisungen noch Schulte stat. p. 68. 127. 131. Das in Baiern, s. S. 501. n. 5, bestehende Verfahren unterscheidet sich wesentlich dadurch, dass hier keine Synodal- oder Prosynodal-Examinatoren mitwirken, die Staatsregierung einen Examinator absendet und die Prüfungszeugnisse vom Ministerium des Innern für Kirchensachen ausgefertigt werden. Von einer auch nur theilweisen Anwendung der Normen über den Tridentinischen Pfarrkonkurs kann demnach keine Rede sein.

[2] Synodal- u. Gemeinde-Ordnung v. 1874. §. 51. Für den Bischof ist das stillschweigend vorausgesetzt.

[3] A. a. O. §§. 31. 53.

[4] S. z. B. d. Verordn. König Philipps VI. v. Frankreich v. 1346, Riganti comm. ad reg. canc. XVII. n. 124; s. auch Dupin, manuel du droit public ecclésiastique français. Paris 1847. p. 44. 45; den s. g. Kolowrater Vergleich v. 1504, Laspeyres, Gesch. u. Verf. d. kath. Kirche Preussens S. 295; in Betreff Siziliens s. Sentis d. Monarchia Sicula S. 103; vgl. auch Thomassin P. II. l. I. c. 103. n. 7 ff. u. Analect. iur. pont. 1855. p. 2863.

[5] Riganti l. c. n. 123. 124.

[6] So ist es nach der Erwerbung Schlesiens durch Friedrich II. bei den Bestimmungen des Kolowrater Vergleichs geblieben, Laspeyres a. a. O. S. 373, vgl. ferner K. O. Friedrichs II. v. 1783, dass Ausländer in die geistlichen Stifter nicht aufgenommen werden sollen, bei Jacobson, Gesch. d. Quellen d. K. R. d. preuss. Staates. Bd. 1. Anh. S. 297. Denselben Standpunkt haben die Josephinische Gesetzgebung in Oesterreich und das bairische Mandat v. 1768 eingenommen, Helfert, v. d. Besetzung etc. d. Benefizien S. 16 u. v. Sicherer, Staat u. Kirche i. Baiern S. 10.

dieselben gefährdende Leitung und Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten zu verhindern, ist der letztere Gesichtspunkt gegenüber dem hervorragenden Einfluss, welchen die katholischen Geistlichen auf das öffentliche Leben im Staate ausüben können, und gegenüber der Gefahr, kirchliche Aemter Männern, welchen jede nähere Beziehung zu den nationalen Interessen fehlt, anzuvertrauen, noch für die neuere Gesetzgebung massgebend geblieben.

Im Allgemeinen gilt die Staatsangehörigkeit oder der Indigenat als staatliches Erforderniss für den Erwerb kirchlicher Aemter. Hinsichtlich der Ausdehnung desselben weisen aber die in Frage kommenden Normen der einzelnen Staaten wesentliche Verschiedenheiten auf. Die deutschen Staatsgesetzgebungen weichen auch insofern von einander ab, als sie theils nur den besonderen, theils den allgemeinen deutschen Indigenat für nothwendig erklären.

Um diesen letzteren Punkt vorweg zu erledigen, so genügt die deutsche Reichsangehörigkeit in Preussen[1], im Königreich Sachsen[2], im Grossherzogthum Hessen[3], in Mecklenburg-Schwerin[4] und in Elsass-Lothringen[5], dagegen in Baiern[6], Würtemberg[7], Baden[8], Oldenburg[9] und in Sachsen-Weimar[10] allein das Staatsbürgerrecht des betreffenden Landes. Das letztere wird auch in nicht deutschen Staaten, so namentlich in Oesterreich[11] und Frankreich[12] erfordert. In den kleineren deutschen Ländern, in welchen

[1] Ges. v. 11. Mai 1873. §. 1: „Ein geistliches Amt darf in einer der christlichen Kirchen nur einem Deutschen übertragen werden, welcher seine wissenschaftliche Vorbildung nach den Vorschriften dieses Gesetzes dargethan hat, und gegen dessen Anstellung kein Einspruch von der Staatsregierung erhoben worden ist"; Ges. v. 20. Mai 1874. §. 2. Dadurch sind die früher geltenden Bestimmungen (Richter i. Dove Ztschr. 1, 115 u. Vogt, preuss. K. R. 1, 283) beseitigt.

[2] Ges. v. 23. Aug. 1876. §. 19: „Ein geistliches Amt darf nur einem Deutschen übertragen werden, welcher seine wissenschaftliche Vorbildung nach den Vorschriften dieses Gesetzes dargethan hat, und nicht nach §. 24 Abs. 1 u. 2 zu Bekleidung eines geistlichen Amtes unfähig ist".

[3] Ges. v. 23. April 1875 betr. d. Vorbildg etc. v. Geistlichen Art. 1: „Ein Kirchenamt, welches mit einem Geistlichen zu besetzen ist, darf in einer der christlichen Kirchen nur einem Deutschen übertragen werden, welcher seine wissenschaftliche Vorbildung nach den Vorschriften dieses Gesetzes dargethan hat, und nicht von der Staatsregierung unter Angabe des Grundes als ihr in bürgerlicher oder staatsbürgerlicher Beziehung missfällig erklärt ist". S. auch S. 505. n. 12.

[4] Regulativ v. 25. Aug. 1846 bei (G. v. Schröter), d. kathol. Religionsübung i. Mecklenbg-Schw. Jena 1852. S. 63.

[5] Denn an Stelle der in den französischen Gesetzen (s. unten Note 12) vorgeschriebenen französischen Staatsangehörigkeit kann jetzt mit Rücksicht darauf, dass es keine besondere elsässisch-lothringische giebt, nur die deutsche treten, Laband, Staatsr. d. deutsch. Reichs 1, 594. 599.

[6] Entschl. v. 8. Apr. 1852. Nr. 8: „Bedingungen zu Kirchen- und Pfarrpfründen sollen blos sein: das Indigenat, bürgerlich und politisch tadelloser Wandel . . ."; in Betreff der Kapitelsstellen vgl. Art. 10 des Konkordats.

[7] Ges. v. 30. Jan. 1863. Art. 3: „Die Zulassung zu einem Kirchenamte ist durch den Besitz des würtemb. Staatsbürgerrechts . . . bedingt".

[8] Ges. v. 9. Okt. 1860. §. 9: „Die Kirchenämter können nur an solche vergabt werden, welche das badische Staatsbürgerrecht besitzen oder erlangen".

[9] Vertr. v. 5. Jan. 1830. §. 25 (A. Müller, Lexikon d. K. R. 2. Aufl. 5, 406: „Ein solcher Konkurs (s. o. S. 501. n. 4) wird nach bisheriger Weise durch den Offizial ausgeschrieben. Fremde können nicht daran Theil nehmen, ausser mit besonderer Genehmigung Sr. Kön. Hoheit. Es werden jedoch nicht als Fremde angesehen: Geistliche, die im Auslande geboren, aber mit Zustimmung der Regierung zum Oldenburgischen katholischen Clerus aufgenommen sind; desgleichen Inländer, die mit gleicher Zustimmung ausserhalb des Hzthms Oldenburg, aber innerhalb des Bisthums Münster als Kapläne oder Pfarrgehülfen fungiren". Hinsichtlich der nicht dem Konkurse unterstehenden, patronatischen Pfarrbenefizien ist die Staatsbehörde in der Lage, Fremde auszuschliessen, dadurch, dass sie die erforderliche Approbation zur Verleihung verweigert.

[10] Ges. v. 7. Okt. 1823. §. 17 (Müller a. a. O. S. 377): „Was die Verleihung der katholischen Pfarreien und anderen kirchlichen Pfründen anlangt, so kann dieselbe ordentlicher Weise nicht anders als an Landeskinder geschehen".

[11] Ges. v. 7. Mai 1874. §. 2: „Von Staatswegen wird zur Erlangung kirchlicher Aemter und Pfründen erfordert: die österreichische Staatsbürgerschaft".

[12] Organ. Artikel 16: „On ne pourra être nommé évêque avant l'âge de 30 ans et si on n'est origi-

keine besonderen Bestimmungen in der fraglichen Hinsicht bestehen, ist den Regierungen, soweit ihnen — was regelmässig der Fall ist — eine Mitwirkung bei der Besetzung der Kirchenämter zusteht [1], dadurch die Möglichkeit gegeben, Ausländer fernzuhalten, was freilich praktisch nur hinsichtlich Nichtdeutscher vorkommen wird [2].

Was diejenigen Aemter betrifft, deren Erwerb durch die Staatsangehörigkeit in der einen oder andern Bedeutung bedingt wird, so sind dies in Würtemberg [3], Baden [4], Mecklenburg [5], Elsass-Lothringen [6], Oesterreich [7] und Frankreich [8] alle Kirchenämter, gleichviel, ob sie den Charakter von Benefizien im eigentlichen Sinne haben oder nicht [9] (s. o. S. 368). Es gilt also das Erforderniss auch für die Stellungen der Erzpriester, der Dekane, der General- und Kapitular-Vikare, der Mitglieder der Ordinariate und General-Vikare, sowie der Missions- und Militärpfarrer [10]. Andererseits werden der Tendenz der erwähnten Gesetzgebungen gemäss unter den Kirchenämtern nur diejenigen verstanden werden können, deren Wirkungskreis in der Ausübung der kirchlichen Gewalten besteht (s. o. S. 364), nicht solche, welche blos eine erleichternde oder unterstützende Thätigkeit für die Funktionen der letzteren Art zum Inhalt haben [11]. Da Aemter dieser letzteren Art in Deutschland blos durch Laien versehen werden, so gehört auch die hessische Gesetzgebung [12], welche die Reichsangehörigkeit allein für die mit Geistlichen zu besetzenden Kirchenämter verlangt, dieser Gruppe an.

Das preussische Gesetz von 1873 [13] und das sächsische [14] erfordern die Eigenschaft eines deutschen allgemein nur für geistliche Aemter, d. h. solche, welche gottesdienstliche, seelsorgerische und lehramtliche Funktionen umfassen, also

naire Français"; über die General-Vikare s. art. 21, ferner art. 32: „Aucun étranger ne pourra être employé dans les fonctions du ministère ecclésiastique sans la permission du gouvernement".

1 Darüber unten in der Lehre von der Art der Besetzung der Kirchenämter.

2 Weil diese kleinen Länder mit geringer katholischer Bevölkerung die Geistlichen nur aus andern deutschen Staaten, gewöhnlich aus denjenigen, an deren Diöcesan-Verband sie angeschlossen sind, erhalten können.

3 S. 504. n. 7.

4 S. 504. n. 8.

5 S. 504. n. 4.

6 S. 504. n. 5 u. 12.

7 S. 504. n. 11.

8 S. 504. n. 12.

9 Die Beschränkung auf die Benefizien würde, wo sie nicht schon durch die Fassung, wie in den österreichischen und französischen Gesetzesvorschriften ausgeschlossen ist, sowohl dem Sprachgebrauch als auch dem Zwecke der Gesetze widersprechen.

In Würtemberg s. d. cit. Ges. v. 1862. Art. 4 und Baden, s. d. angeführte Ges. §§. 8. 9 u. Motive dazu (Spohn, bad. Staatskirchenrecht S. 166) ist zwar hinsichtlich der Besetzung der bischöflichen Stühle nichts geändert worden. Die massgebende Bulle für die oberrheinische Kirchenprovinz: Ad dominici gregis custodiam v. 1827 verlangt aber die Wahl aus dem Diöcesanklerus und die Fundationsinstrumente für Rottenburg v. 1828 (Reyscher, Sammlung würtemb. Gesetze 10, 1071) und Freiburg v. 1827 (Arch. f. k. K. R. 7, 48. n. 1) fordern, dass der Bischof Deutscher von Geburt und Bürger des Staates, letzteres in Uebereinstimmung mit dem gemeinsamen Edikt v. 30. Jan. 1830. §. 15, oder mindestens Bürger eines der an das Landesbisthum angeschlossenen Staaten sei.

10 So auch die Motive zum würtemb. Gesetz, s. o. S. 210. n. 6; bad. Gesetz v. 19. Febr. 1874: „. . . Die Bestimmungen dieses §. (d. h. des §. 9 des Ges. v. 9. Okt. 1860) finden auch Anwendung auf den Kapitularvikar, den Generalvikar, die ordentlichen Räthe und Assessoren des Ordinariats, auch die Vorsteher und Lehrer des Seminars".

11 Vgl. Motive zum bad. Gesetz §. 8 (Spohn S. 18). Es gehören hierher einmal die Aemter der sog. niederen Kirchendiener (Messner, Küster, Glöckner u. s. w.), ferner aber die der bei der Verwaltung des Kirchenvermögens betheiligten Kirchenvorsteher, über deren Bestellung für die Regel besondere Normen gegeben sind.

12 S. 504. n. 3.

13 S. 504. n. 1.

14 S. 504. n. 2. Beseitigt ist dadurch die Minist. Bestimmg v. 19. Febr. 1853 (Schreyer, Cod. d. sächs. K. R. S. 757), vgl. Motive i. Arch. f. k. K. R. 37, 109.

für die Aemter der Bischöfe [1], der Weihbischöfe, der Kanoniker, der Domvikare [2], der Pfarrer, der Kapläne, der Vikare, der Kooperatoren, Sacellane, Expositen, Lokalisten [3] und Primissare. Indessen ist weder in Preussen noch in Sachsen von der Nothwendigkeit des Indigenates für alle reinen Jurisdiktionsämter ganz abgesehen. Nach dem preussischen Gesetz vom 20. Mai 1874 [4] muss auch derjenige die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen, welcher in einem kanonisch oder staatlich erledigten Bisthum die mit dem bischöflichen Amte verbundenen Rechte und geistlichen Verrichtungen insgesammt oder einzeln, soweit sie nicht die Güterverwaltung betreffen, gleichviel, ob sie Ausflüsse des gedachten Amtes sind oder nur auf päpstlicher Delegation oder Subdelegation beruhen, ausüben will, eine Vorschrift, welche namentlich betrifft: die Kapitular-Vikare, die apostolischen Vikare oder Administratoren, ferner die General-Vikare, die Offiziale, die Kommissare und die Weihbischöfe solcher Bischöfe, welche staatlich ihres Amtes entsetzt sind [5]. Desgleichen wird in Sachsen für die Räthe des Vikariatsgerichtes und die Mitglieder des katholisch-geistlichen Konsistoriums die spezielle sächsische Staatsangehörigkeit erfordert [6].

In Baiern [7] und Sachsen-Weimar [8] bedarf es dagegen des Indigenats nur für den Erwerb von Kirchenpfründen, also für Benefizien im eigentlichen Sinne, in Oldenburg [9] allein für den von Kurat-Benefizien.

Um die Umgehung ihrer eben besprochenen und der sonstigen Bestimmungen über den Erwerb der Kirchenämter durch provisorische Verwaltungen derselben zu verhindern, haben mehrere der erwähnten, namentlich die neueren Gesetzgebungen [10]

[1] In Preussen sind durch das erwähnte Gesetz die besonderen darüber bestehenden Bestimmungen der Bulle: De salute animarum und das Breve: Quod de fidelium v. 16. Juli 1821 (Friedberg, Staat u. Bischofswahlen i. Deutschld. Aktenstcke S. 244) für Altpreussen, der Bulle: Ad dominici gregis custodiam v. 1827 für Fulda und Limburg, der Bulle: Impensa Romanorum pontificum v. 1824 für Hannover, der Fundations-Verordnung für Fulda v. 1829. Art. 2 (Walter, fontes p. 355) und des Fundationsinstrumentes für Limburg v. 1827 (Schematismus d. Diöcese Limburg. Bad Schwalbach 1863. S. 148), welche für den Bischof den Landesindigenat forderten, für Altpreussen aber auch die Wahl eines anderen Deutschen gestatteten, aufgehoben. Demnach kann jetzt unbedingt jeder Deutsche, ohne königliche Genehmigung, ein Nichtdeutscher aber auch nicht mit einer solchen zum Bischof in Altpreussen befördert werden. Wenn Friedberg, Staat u. Bischofswahlen. S. 379, das Gegentheil behauptet, so ist dies ebenso, wie seine Annahme (S. 392), dass das preussische Gesetz sich nicht auf die Besetzung der Bischofsstühle bezieht, irrig. Der §. 29 macht für diese nur in Betreff der Mitwirkung des Staates bei der Besetzung eine Ausnahme, also hinsichtlich des Einspruchsrechtes, nicht hinsichtlich der vorgeschriebenen Erfordernisse der Kandidaten.

[2] Die preussische Verwaltungspraxis erachtet die Aemter der Kanoniker und Domvikare nicht für geistliche Aemter im Sinne des Gesetzes, weil die Motive desselben allerdings „geistliches Amt“ und „Seelsorge-Amt“ identifiziren. Deshalb ist es aber noch nicht geboten, den an sich klaren und weiter gehenden Ausdruck des Gesetzes in dieser engern Weise zu interpretiren, s. meine preuss. Kirchengesetze der Jahre 1874 u. 1875. S. 21. Mit Rücksicht hierauf ist auch die Angabe o. Seite 82 zu berichtigen, dass der Landesindigenat in Preussen und in den hannoverschen Bisthümern für den Erwerb von Kapitelsstellen nothwendig ist.

[3] Sofern diese Hülfsgeistlichen ohne einen festen und dauernd abgegrenzten Kreis von Geschäften lediglich nach Anweisung des Pfarrers und in einem beliebig von diesem zu bestimmenden Umfange fungiren, haben sie kein Amt, s. o. S. 366. Es finden aber dann die besonderen, für diese Fälle bestehenden Vorschriften (s. nachher) auf sie Anwendung.

[4] §§. 2 u. 20.

[5] S. meine Kirchengesetze d. J. 1874 u. 1875 S. 48 u. 64. Das Erforderniss besteht also nicht für die Generalvikare, Offiziale, Offizialats- und General-Vikariatsräthe, bischöflichen Kommissare bei ordnungsmässig besetztem bischöflichem Stuhle, sowie für die etwaigen Oekonomen bei einer Erledigung desselben.

[6] Gesetz v. 23. Aug. 1876. §. 17.

[7] S. o. S. 504. n. 6. Für die Bischöfe ist nichts vorgeschrieben, das bestehende königliche Nominationsrecht gewährt aber das Mittel, Ausländer fernzuhalten.

[8] So S. 504. n. 10.

[9] S. o. S. 504. n. 9.

[10] Preuss. Ges. v. 11. Mai 1873. §. 2: „Die Vorschriften des §. 1 kommen zur Anwendung,



auch für Stellvertretungen und Hülfeleistungen dieselben Erfordernisse, wie für die definitive Anstellung in den gedachten Aemtern festgesetzt. Nach den in Preussen, Sachsen, Elsass-Lothringen, Hessen, Oesterreich und Frankreich geltenden Vorschriften ist das Erforderniss des Indigenats nothwendig: 1. wenn ein Amt, z. B. ein Pfarramt, welches seinem Wesen nach dauernd zu besetzen ist, einem Geistlichen nur auf Widerruf übertragen, oder ein kirchenrechtlich allein zu einer solchen Verleihung geeignetes Amt, z. B. eine Missionspfarre ad nutum vergeben wird[1]; 2. wenn ein Geistlicher den Amtsinhaber in allen Beziehungen vertreten und die Vertretung selbstständig führen, also ein vakantes Amt bis zur Wiederbesetzung, ein Amt, dessen Träger zur Fortführung desselben physisch unfähig oder auf längere Zeit abwesend ist, verwalten (d. h. im Falle der Stellvertretung); 3. wenn ein Geistlicher neben dem eigentlichen Amtsinhaber zu dessen Unterstützung, sei es auf längere Zeit oder gar dauernd fungiren und einzelne Funktionen des letzteren (wobei er natürlich, insoweit er solche ausübt, immer als Stellvertreter desselben handelt), vornehmen, oder 4. eine solche Funktion nur vorübergehend, z. B. bei obwaltender Gefahr im Verzuge ausüben[2] soll (im Fall der Hülfeleistung).

Aemterverleihungen oder Uebertragungen von Stellvertretungen und Hülfeleistungen, welche den gedachten Vorschriften zuwider nicht an Staats-, bez. Reichsangehörige oder an nicht naturalisirte Ausländer erfolgen[3], sind nichtig in all und jeder Beziehung[4], nach sächsischem[5] und österreichischem[6] Recht indessen nur

gleichviel, ob das Amt dauernd oder widerruflich übertragen worden oder nur eine Stellvertretung oder Hilfsleistung in demselben stattbaben soll. Ist Gefahr im Verzuge, so kann eine Stellvertretung oder Hilfsleistung einstweilen und vorbehaltlich des Einspruchs der Staatsregierung angeordnet werden"; sächs. Ges. v. 23. Aug. 1876. §. 26: „Die Vorschriften in §§. 19 bis 25 kommen zur Anwendung, gleichviel, ob das Amt dauernd oder widerruflich übertragen oder nur eine Stellvertretung oder Hilfsleistung in demselben stattfinden soll. Auch einzelne geistliche Amtshandlungen dürfen nur von Personen vorgenommen werden, welche zu einem hierzu ermächtigenden Amte oder zur Stellvertretung oder zur Hilfsleistung in einem solchen Amte unter Beobachtung der §§. 19 bis 25 berufen worden sind"; hess. Ges. v. 23. April 1875 Art. 1 (s. o. S. 504. n. 3): „Diese Vorschriften finden Anwendung ohne Unterschied, ob das Amt dauernd oder widerruflich übertragen werden soll oder nur eine Stellvertretung in demselben stattbaben soll. Ist Gefahr im Verzuge oder handelt es sich nur um Befriedigung eines vorübergehenden Bedürfnisses, so kann eine Stellvertretung oder Hilfeleistung einstweilen und vorbehältlich des Einspruchs der Staatsregierung angeordnet werden"; österr. Ges. v. 7. Mai 1874 (s. o. S. 504. n. 11): „Dieselben Eigenschaften werden bei jenen geistlichen Personen erfordert, welche zur Stellvertretung oder provisorischen Versehung dieser Aemter oder zur Hilfeleistung bei derselben berufen werden". Von den älteren Gesetzgebungen gehört hierher die französische, s. o. S. 504. n. 12.

[1] Für Oesterreich ergiebt dies die Erwähnung der provisorischen Versehung, sowie der Umstand, dass die „Erlangung kirchlicher Aemter" auch die Uebertragung solcher ad nutum in sich begreift.

[2] Für diesen letztern Fall bedarf es in Oesterreich des Indigenats nicht, da er nicht von der Vorschrift des §. 2 des cit. Gesetzes betroffen wird, s. S. 506. n. 10. Dass alle Fälle vom französischen Gesetz ergriffen werden, kann nicht zweifelhaft sein, da in allen eine Verwendung in den Funktionen des geistlichen Amtes vorliegt.

Die Ausnahmen des preussischen Gesetzes für die Fälle der Gefahr im Verzuge und des hessischen für diese und die Fälle vorübergehenden Bedürfnisses berühren das hier in Rede stehende Erforderniss nicht, sondern beziehen sich nur auf das staatliche Einspruchsrecht.

[3] Sofern nicht etwa Dispensation ertheilt ist, welche in Frankreich und Elsass-Lothringen nach d. organ. Art. 32, ebenso in Baiern, Oldenburg und Sachsen-Weimar, nicht aber in Preussen, Sachsen, Würtemberg, Baden, Hessen und Oesterreich offen gelassen ist.

[4] Die Nichtigkeit ist ausdrücklich festgesetzt in den preuss. Gesetzen v. 11. Mai 1873. §. 17 u. v. 20. Mai 1874. §. 4 Abs. 3, und in dem cit. hess. Ges. Art. 4. Für die übrigen Gesetzgebungen folgt dies daraus, dass der Indigenat wesentliches Erforderniss des Amtserwerbes ist.

[5] Ges. v. 23. Aug. 1876. §. 25 Abs. 4: „Eine den Vorschriften dieses Gesetzes zuwider erfolgte Uebertragung eines geistlichen Amtes gilt in allen staatlichen Beziehungen als nicht geschehen".

[6] Ausdrücklich spricht dies das österreich. Ges. v. 7. Mai 1874 nicht aus. Es ergiebt sich dies aber aus dem §. 8 dess., welcher für den Fall des

für den staatlichen, nicht für den kirchlichen Bereich[1]. Ausserdem haben einzelne der gedachten Gesetzgebungen, um die Durchführung dieser Wirkung zu sichern, besondere Repressivmittel exekutivischen und strafrechtlichen Charakters festgesetzt, von welchen, da sie sich auch auf die weiteren Erfordernisse, namentlich das staatliche Einspruchsrecht beziehen, besser bei der Erörterung des letzteren gehandelt wird.

2. In demselben Umfange, wie den Indigenat, erfordern die Gesetzgebungen Preussens, Sachsens[2], Würtembergs, Badens[3] und Hessens eine entsprechende allgemeine wissenschaftliche Vorbildung[4]. Nothwendig ist in dieser Beziehung in Preussen[5], Sachsen[6], Hessen[7]

a. die Ablegung der Entlassungs- oder Maturitätsprüfung auf einem deutschen Gymnasium, in Baden die Absolvirung einer solchen überhaupt ohne die zuletztgedachte Beschränkung[8], gleichviel, ob der Kandidat sich seine Vorbildung auf einem Gymnasium oder anderweitig, z. B. durch Privatstudium[9] erworben hat[10];

b. ein dreijähriges Studium auf einer deutschen Staatsuniversität, dessen Gegenstand in Preussen und Sachsen die Theologie sein muss[11];

c. in Preussen und Hessen nach vollendetem Universitätsstudium, in Baden schon nach $2^1/_2$jährigem die Ablegung einer wissenschaftlichen Staatsprüfung, in welcher der Kandidat die für seinen Beruf erforderliche allgemeine wissenschaft-

späteren Verlustes der Staatsbürgerschaft die staatliche Kultusverwaltung für berechtigt erklärt, die Entfernung aus dem Amte oder der Pfründe zu verlangen, und wenn dies nicht geschieht, die Erledigung für den staatlichen Bereich auszusprechen, sowie aus den Motiven zu §. 6 (s. Gautsch v. Frankenthurm, d. konfessionellen Gesetze etc. Wien 1874. S. 52), welche mit Bezug auf eine dem Einspruch zuwider erfolgte Besetzung bemerken: „Erfolgt sie dennoch, so gilt sie für den Staatsbereich als nicht geschehen . . . Es wird daher die an die staatliche Mitwirkung gebundene Temporal-Installation (§. 7) nicht stattfinden, die Einkünfte des Benefiziums werden auch fernerhin als Interkalarien in den Religionsfond eingezogen, die Matriken dem neuen Pfarrer nicht übergeben werden“.

[1] Kirchliche Funktionen kann also der Geistliche in den gedachten beiden Ländern ungehindert und erlaubter Weise vollziehen, was ihm in den andern nicht gestattet ist.

[2] Hier nur für das geistliche Amt. Die Räthe der Jurisdiktionsbehörden (s. o. S. 506. n. 6) müssen dagegen die Qualifikation für das inländische Richteramt besitzen, §. 17 des Ges. v. 23. Aug. 1873 u. Motive dazu s. Arch. f. k. K. R. 37, 108.

[3] Mit der Abweichung, dass während der Indigenat nur für die Erwerbung der Kirchenämter vorgeschrieben ist, die wissenschaftliche Bildung nach Art. 1 des Ges. v. 19. Febr. 1874 auch für die öffentliche Ausübung kirchlicher Funktionen erfordert wird.

[4] S. im Allgemeinen die Anführungen in den Noten auf S. 504.

[5] Ges. v. 11. Mai 1873. §. 4 ff.

[6] Ges. v. 23. Aug. 1876. §. 21 ff.

[7] cit. Ges. v. 23. April 1875 Art. 2.

[8] Ges. v. 19. Febr. 1874 Art. 1. Bei erfolgter Absolvirung einer ausländischen Anstalt wird deren Zeugniss aber nur genügen, wenn diese das gleiche Bildungsziel, wie die deutschen Gymnasien, erstrebt, und die Abgangsprüfung den Zweck hat, darzuthun, dass der Examinande das betreffende Maass von Bildung besitzt.

[9] Für die Zukunft ist aber nach dem preuss. Ges. §. 14, bad. Ges. Art. 2, hess. Ges. Art. 3 die Erwerbung der Vorbildung auf kirchlichen Knaben-Seminaren und Konvikten unstatthaft, da diese geschlossen werden sollen, bez. in Preussen und Baden schon geschlossen sind.

[10] Von diesem Erforderniss kann blos in Sachsen dispensirt werden, indessen nicht zu Gunsten desjenigen, welcher in einem unter Leitung des Jesuiten-Ordens oder einer diesem verwandten religiösen Genossenschaft stehenden Seminare seine Vorbildung erlangt hat.

[11] Auch davon kann dispensirt werden, in Preussen, in Sachsen in dem eben angegebenen Umfange, in Baden und Hessen, in beiden Ländern nicht zu Gunsten derjenigen, welche an einer Anstalt studirt haben, an welcher Jesuiten oder Mitglieder der diesen verwandten geistlichen Genossenschaften lehren. Eine ähnliche Beschränkung in der Ausübung des Dispensationsrechtes spricht die Verf. d. preuss. Kult. Min. v. 20. Febr. 1874 (s. meine Kirchengesetze v. 1874 u. 1875. S. 204) aus.

Während des Studiums dürfen in Preussen und Hessen die Studirenden keinem kirchlichen Seminare angehören. Die Ausnahmen, welche das preuss. Ges. §. 6 zu Gunsten des theologischen Studiums an nicht in Universitätsstädten belegenen Seminaren zugelassen hat, ist bei dem Widerstande der katholischen Kirche gegen die preussische Gesetzgebung nicht zur Ausführung gekommen.

liche Vorbildung darzuthun hat[1]. In Hessen wird die Staatsprüfung ersetzt durch eine auf einer deutschen Staatsuniversität bestandene Fakultätsprüfung.

Das sächsische Gesetz weist im Vergleich zu der im Wesentlichen gleichmässigen Regelung des Erfordernisses in den drei erwähnten Staaten die Besonderheiten auf, dass 1. bis auf weiteres die unter a. bis b. gedachten Bedingungen für diejenigen Theologen, welche auf dem wendischen Seminar in Prag gebildet werden[2], fortfallen, 2. eine besondere wissenschaftliche Prüfung nur für diejenigen nothwendig ist, welche den unter a. und b. erwähnten Anforderungen nicht genügt haben, selbst wenn sie auf dem gedachten Seminar studirt haben, und 3. die Prüfung mit der von dem katholischen geistlichen Konsistorium abzuhaltenden theologischen Amtsprüfung, bei welcher ein deputirter Staatskommissar entscheidende Stimme hat, verbunden werden kann[3].

In Würtemberg gilt die erforderliche wissenschaftliche Vorbildung[4] als dargethan, wenn der Kandidat den dort regelmässigen Bildungs- und Studiengang durchlaufen, d. h. an einem Landesgymnasium die vorbereitenden Studien gemacht, an der Landes-Universität den vollständigen, nicht blos auf die Theologie beschränkten Kursus zurückgelegt und demnächst eine Prüfung bei der katholisch-theologischen Fakultät der Universität bestanden hat. Wenn ein Geistlicher auf andere Weise seine Bildung erworben hat, so befindet die Staatsbehörde in jedem einzelnen Fall darüber, ob dieselbe als entsprechend erachtet werden kann[5].

Endlich gehört hierher die in Mecklenburg-Schwerin geltende Bestimmung, dass nur Geistliche, welche ihre Bildung in Deutschland erhalten haben und nicht Zöglinge des Collegium Germanicum in Rom gewesen sind, angestellt werden dürfen[6].

Die Nichtbeachtung des bisher besprochenen Erfordernisses zieht dieselben Folgen, wie die des unter 1. erörterten nach sich[7].

In Baiern werden von staatswegen nur Kenntnisse im bairischen Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Schule, Stiftungs- und Armenwesen verlangt[8]. Zur Feststellung derselben dient die an Stelle des Tridentinischen Konkurses tretende Prüfung (s. S. 501. n. 5 u. 503. n. 1).

3. Der Staat ist ferner auch seinerseits zu fordern berechtigt, dass keine andere als sittlich und politisch unbescholtene Geistliche im Kirchendienst verwendet werden. Die gesetzliche Formulirung, die rechtliche Bedeutung dieses Grundsatzes und die rechtlichen Mittel, ihn zur Geltung zu bringen, sind aber

[1] Prüfungsgegenstände bilden in allen drei Ländern Philosophie, Geschichte und deutsche Literatur, in Baden ausserdem auch die alten Sprachen. Ueber die nähere Regelung s. die preuss. Instrukt. v. 26. Juli 1873 (u. A. in meinen Kirchengesetzen d. J. 1873. S. 163); die bad. V. v. 3. Mai 1874 (Arch. f. k. K. R. 32, 454), die hess. V. u. Reglement dazu v. 9. Nov. 1875 (hess. Reg. Bl. S. 654. 661).

[2] Vgl. dazu Motive des §. 21 des Ges. v. 23. Aug. 1876 i. Arch. f. k. K. R. 37, 109. 110.

[3] Arch. f. k. K. R. 37, 111. 120. 143.

[4] Ges. v. 30. Jan. 1862 Art. 3: „Die Zulassung zu einem Kirchenamt ist ... durch den Nachweis einer vom Staat für entsprechend erkannten wissenschaftlichen Vorbildung bedingt", s. dazu Hauber in Dove Ztschr. f. K. R. 2, 380; Golther, Staat u. kath. Kirche i. Würtemberg. S. 280 ff.

[5] Golther S. 284.

[6] S. o. S. 504. n. 4.

[7] S. o. S. 507. — Die Verheissung des österreichischen Ges. v. 7. Mai 1874. §. 30: „Die Einrichtung der katholisch-theologischen Facultäten wird durch ein besonderes Gesetz geregelt. In gleicher Weise wird bestimmt, in wie weit der Staat den Candidaten des geistlichen Standes eine besondere Art der Heranbildung vorschreibt", ist mit Rücksicht auf den herrschenden Priestermangel bisher nicht ausgeführt worden.

[8] O. S. 501. n. 5.

nach den einzelnen Gesetzgebungen wesentlich verschieden. In Sachsen und Baden hat er eine klare und fest begrenzte Präzisirung erhalten, da in dem ersteren Staate jeder von der Erlangung eines geistlichen Amtes[1] ausgeschlossen ist, welcher wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das im Reichs-Strafgesetzbuch mit Zuchthaus oder Verlust der Ehrenrechte oder öffentlichen Aemter bedroht wird, verurtheilt worden ist oder sich in Untersuchung befindet[2], in dem letzteren von dem Erwerb eines Kirchenamtes und zwar für immer derjenige, welcher zu Zuchthausstrafe verurtheilt, — auf die im Urtheile bestimmte Zeit derjenige, welchem die bürgerlichen Ehrenrechte oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter aberkannt worden sind[3]. Eine dem zuwider erfolgte Anstellung ist nichtig, in Sachsen nur für den staatlichen Bereich[4].

In Baiern[5] wird für Kirchenpfründen „ein bürgerlich und politisch tadelloser Wandel" und in Oesterreich[6] für kirchliche Aemter und die gleichgestellten Hülfsfunktionen „ein in sittlicher und staatsbürgerlicher Hinsicht vorwurfsfreies Verhalten" erfordert. Diese Vorschriften können bei ihrer Unbestimmtheit und mit Rücksicht darauf, dass allein die Staatsregierung in entscheidender Weise das Vorhandensein derartiger Qualifikationen feststellen kann und zu diesem Behufe nothwendig eine Erklärung abgeben muss, nicht in der Weise aufgefasst werden, dass ihre Verletzung schon an und für sich einen Nichtigkeitsgrund der Anstellung bildet[7], vielmehr erst dann, wenn eine solche dem Einspruche der Staatsregierung zuwider erfolgt ist.

Die übrigen Gesetzgebungen erwähnen des Erfordernisses als solchen nicht. Die Fernhaltung von bescholtenen Geistlichen kann hier, so namentlich in Preussen[8], Würtemberg und Hessen[9] nur im Wege des Einspruches, oder wo eine Bestätigung der kirchlichen Anstellungen, wie z. B. in Frankreich und Elsass-Lothringen vorkommt, im Wege der Versagung derselben erfolgen.

4. Unter den Angehörigen der geistlichen Orden und ordensähnlichen Kongregationen sind in ganz Deutschland[10] die Mitglieder des Jesuiten-Ordens und der Kongregationen der Redemptoristen oder Liguorianer, der Lazaristen oder Vincentiner und der Priester vom h. Geiste[11] von jeder Anstellung im Kirchendienst und jeder kirchlichen Funktion bei Strafe der Nichtigkeit ausgeschlossen. In Preussen[12] und Sachsen[13] gilt dasselbe von den Mitgliedern solcher Orden und Kongregationen, deren Thätigkeit den Zwecken der Seelsorge und Mission dient, und von den einer gesetzwidrig[14] eingeführten derartigen Genossenschaft oder

[1] Und von der Vornahme der S. 507 erwähnten geistlichen Funktionen.

[2] Cit. sächs. Ges. §. 24.

[3] Bad. Einführsges. z. R. Str. G. B. v. 23. Dez. 1871 Art. 14. VII.

[4] Cit. sächs. Ges. §§. 25. 26.

[5] Entschliessg. v. 8. Apr. 1852. Nr. 8. Vgl. auch R. v. 10. April 1866 i. Arch. f. k. K. R. 20, 297.

[6] Ges. v. 7. Mai 1874. §. 2. S. auch o. S. 506. n. 10.

[7] Das ergiebt auch §. 8 des österr. Ges. S. meine Ausführg bei Hartmann, Ztschr. f. Gesetzgebg d. öffentl. deutsch. Rechts. Bd. 2. S. 549.

[8] Ges. v. 11. Mai 1873. §. 16. Nr. 2.

[9] Auf Grund der bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Missfälligkeit, s darüb. unten.

[10] Auch in Elsass-Lothringen.

[11] Reichsges. v. 4. Juli 1872, Bekanntmachg v. 5. Juli 1872 (R. G. Bl. S. 253. 254) u. 20. Mai 1873 (R. G. Bl. S. 109); für Elsass-Lothringen Ges. v. 8. Juli 1872 (G. Bl. f. Els.-Lothr. S. 506).

[12] Denn nach d. Ges. v. 31. Mai 1875 werden hier Orden und Kongregationen überhaupt nicht zugelassen, demgemäss ist auch jede Ordensthätigkeit unstatthaft. So auch Erk. d. O. Trib. v. 1877 bei Oppenhoff, Rechtsprechg. 18, 641.

[13] Ges. v. 23. Aug. 1873. §. 30: „Mitglieder von Orden oder ordensähnlichen Kongregationen dürfen auch als Einzelne ihre Ordensthätigkeit innerhalb des Königreichs nicht ausüben".

[14] Sei es gesetzwidrig deshalb, weil, wie in Preussen, Sachsen (Verf. Urk. §. 56) und Hessen (Ges. v. 23. April 1875. Art. 1) neue

einer gesetzwidrig gegründeten Niederlassung einer solchen angehörenden Mitgliedern[1]. In dem letztgedachten Umfange besteht die Unfähigkeit auch in Würtemberg[2], Baden[3] und Hessen[4]. In Mecklenburg-Schwerin dürfen nur Säkular-Geistliche angestellt werden[5].

5. Endlich sind partikularrechtlich noch besondere Erfordernisse für einzelne Aemter vorgeschrieben[6], so:

a. in Frankreich und Elsass-Lothringen ein Alter von 30 Jahren für das Amt des Bischofs und der General-Vikare[7];

b. ebenfalls in diesen Ländern für die Bischöfe, die General-Vikare, die Kapitularen, und die Pfarrer der Bezirks- und Kreishauptstädte der Grad eines Licentiaten der Theologie oder fünfzehnjährige Ausübung der Funktionen eines Haupt- oder Hülfspfarrers[8]. In Würtemberg endlich soll nur derjenige zum Bischof gewählt werden, welcher ausser den vorgeschriebenen kanonischen Eigenschaften entweder „die Seelsorge, ein akademisches Lehramt oder sonst eine öffentliche Stelle mit Verdienst und Auszeichnung verwaltet“ hat und „auch der inländischen Staats- und Kirchengesetze und Einrichtungen kundig“ ist[9]. Eine Verletzung dieser letzteren Vorschrift wird aber, weil dieselbe keine festen objektiven Kriterien aufstellt, keine Nichtigkeit begründen können, während dies hinsichtlich der vom französischen Rechte aufgestellten Erfordernisse anzunehmen ist.

Wenn endlich eine Reihe von Gesetzgebungen verlangen, dass der Anzustellende keine der Staatsregierung minder genehme oder keine ihr in bürgerlicher oder politischer Beziehung missfällige Person sein darf, so handelt es sich hierbei nicht um eine Eigenschaft in der Person der Kandidaten, sondern nur um ein Ausschliessungsrecht, dessen Erörterung in die Lehre von der Mitwirkung der Staatsregierungen bei der Besetzung der kirchlichen Aemter gehört.

Orden und Niederlassungen gar nicht oder wie in Würtemberg und Baden nicht ohne Staatsgenehmigung zugelassen werden dürfen.

[1] Das ist die nothwendige Konsequenz des Verbotes der Zulassung der Genossenschaft.

[2] Ges. v. 30. Jan. 1862. Art. 15.

[3] Ges. v. 9. Okt. 1860. §. 11. Durch das Gesetz v. 2. Apr. 1872 (Dove u. Friedberg Ztschr. f. K. R. 11, 334) ist diese Konsequenz insofern gezogen, als es die Abhaltung von Missionen und die Aushilfe in der Seelsorge durch derartige Personen verbietet und unter Strafe stellt.

[4] S. 510. n. 14.

[5] Regul. v. 1846, o. S. 504. n. 4.

[6] Das österreichische Ges. v. 4. Mai 1874 stellt derartige Vorschriften im §. 2 Abs. 4 („diejenige besondere Befähigung, welche für bestimmte kirchliche Aemter und Pfründen in den Staatsgesetzen erforderlich ist“) namentlich mit Rücksicht auf die Ordensämter in Aussicht, s. Motive a. a. O. S. 41.

[7] Organ. Art. 16. 21. Praktische Bedeutung hat dies blos für den Generalvikar (s. o. S. 211), für den Bischof allein dann, wenn päpstlicherseits von dem kanonischen Alter von dreissig Jahren dispensirt worden ist. Die gleich hohe Altersgrenze für die Domherrn in Hannover o. S. 82 beruht auf der Bulle: Impensa Romanorum, also auf kirchlichen Vorschriften.

[8] Dekr. v. 25. Dezemb. 1830 (Dursy, Staatskirchenr. i. Els. Lothr. 1, 58).

[9] Fundations-Instrument für Rottenburg v. 1828 (Reyscher a. a. O. S. 1071), Ges. v. 30. Jan. 1862. Art. 4. Im übrigen ist die gleichlautende Vorschrift des gem. Ediktes v. 30. Jan. 1830. §. 15 und der Fundationsurkunden für die anderen zur oberrheinischen Kirchenprovinz gehörigen Bisthümer (s. o. S. 506. n. 1) durch die Vorschriften des preuss. Gesetzes v. 11. Mai 1873 und des wiederholt citirten badischen und hessischen Gesetzes über die erforderliche Vorbildung der Geistlichen aufgehoben, denn ein Mehr als hier festgesetzt ist, wird vom staatlichen Standpunkt aus auch nicht für das Bischofsamt verlangt.

Die besonderen desfalsigen staatlichen Vorschriften über die Erwerbung von Kapitelstellen in Würtemberg, Baden und Hessen s. o. S. 82, namentlich n. 1, die kirchlichen für Preussen und Hannover, welche mit den allgemeinen staatlichen Erfordernissen nicht in Widerspruch treten, s. ebendaselbst.

III. Die Befugniss zur Besetzung der Kirchenämter, sowie die Arten und Formen derselben.

A. Geschichte.

1. Die Besetzung der bischöflichen Stühle *.

§. 117. *a. Im römischen Reich* **.

Im Anschluss an die alte Uebung, dass die Presbyter von der Gemeinde unter vorwiegender Mitwirkung ihrer angesehenen Mitglieder gewählt wurden [1], gestaltete sich im dritten Jahrhundert, als das Bischofsamt zu einem besonderen und höheren Amt der geistlichen Regierung geworden war, die Besetzung desselben in der Weise, dass diese zwar ebenfalls von der Gemeinde und dem hervorragenderen und am meisten dabei interessirten Theil derselben, dem Klerus, vorgenommen wurde, dass aber andererseits auch die benachbarten Bischöfe einen entscheidenden Einfluss auf die Wahl erlangten [2], offenbar deshalb, weil der neu Gewählte von ihnen die Weihe erhalten musste und in Folge seines Amtes in die Gemeinschaft des christlichen Episkopates eintrat.

Die für die Besetzung entscheidende Auswahl des Kandidaten lag in der Hand des Klerus und der Gemeinde [3], sie hatten also das Wahlrecht. Aber nicht allein durch ihre Wahl, sondern erst durch die nach stattgehabter Prüfung hinzutretende Genehmigung der anwesenden, benachbarten Bischöfe und die demnächst seitens derselben vorzunehmende Weihe wurde das Amt übertragen [4]. Nach den Synoden des 4. Jahrhunderts [5], welche die inzwischen zur Ausbildung gelangte Metropolitanverfassung vor Augen haben [6], sollen die zuletzt gedachten Funktionen womöglich von allen, mindestens aber von drei Bischöfen der erzbischöflichen Provinz [7] unter schrift-

* Thomassin vetus et nova ecclesiae disciplina etc. P. II. l. 2. c. 1—43; F. A. Staudenmaier, Gesch. d. Bischofswahlen. Tübingen 1830.

** Hefele, d. Bischofswahlen i. d. ersten christl. Jahrhunderten, Beiträge z. Kirchengesch. 1, 140 ff. (fast wörtlich auch in desselb. Konciliengesch. 1, 366—369).

[1] Ritschl, altkatholische Kirche. 2. Aufl. S. 364.

[2] Cypriani ep. 67 (ed. Hartel p. 738): „coram omni synagoga iubet Deus constitui sacerdotem i. e. . . . ostendit ordinationes sacerdotales non nisi sub populi adsistentis conscientia fieri oportere, ut plebe praesente vel detegantur malorum crimina vel bonorum merita praedicentur et sit ordinatio iusta et legitima quae omnium suffragio et iudicio fuerit examinata“; (l. c. p. 739): „diligenter de traditione divina et apostolica observatione servandum est et tenendum quod apud nos quoque et fere per provincias universas tenetur, ut ad ordinationes rite celebrandas ad eam plebem cui praepositus ordinatur, episcopi eiusdem provinciae proximi quique conveniant et episcopus deligatur plebe praesente, quae singulorum vitam plenissime novit et uniuscuiusque actum de eius conversatione perspexit, quod et apud vos factum videmus in Sabini collegae nostri ordinatione, ut de universae fraternitatis suffragio et de episcoporum qu in praesentia convenerant quique de eo ad vos litteras fecerant iudicio episcopatus ei deferretur et manus ei in locum Basilidis inponeretur“; ep. 59 (l. c. p. 672): „nemo post divinum iudicium, post populi suffragium, post coepiscoporum consensum“; ibid. (p. 673): „quando episcopus in locum defuncti substituitur, quando populi universi suffragio in pace deligitur“; s. ferner Th. I. S. 217. n. 6. Auch Euseb. hist. eccles. VI. 10 erwähnt der Theilnahme der benachbarten Bischöfe bei Bestellung des Dios zum Bischof von Jerusalem.

[3] Ueber die nähere Art der Vornahme der Wahl lässt sich nichts Sicheres feststellen, doch dürfte als wahrscheinlich anzunehmen sein, dass der Klerus einen entscheidenden Einfluss durch die Bezeichnung des Kandidaten ausübte.

[4] So im wesentlichen auch van Espen J. E. U. P. I. t. 13. c. 1. n. 10; Hefele, Beiträge 1, 140.

[5] Insbesondere nach c. 4 Nicaen. a. 325 = c. 1. Dist. LXIV. Darüber, dass hier sowohl die Bestellung als die Weihe gemeint ist, s. van Espen, scolia in omnes canones concil. P. II. c. 1. §. 7.

[6] S. o. S. 1.

[7] Das c. 20. Arel. I. v. 314 verlangt die Mitwirkung von sieben und, falls dies nicht möglich ist,



licher Einwilligung der abwesenden und unter Bestätigung des Metropoliten [1] wahrgenommen werden. Der Betheiligung der Gemeinde wird in den erwähnten Verordnungen nicht gedacht, und wenngleich eine solche in der That noch stattgefunden hat [2], so musste die Nichterwähnung derselben doch allmählich in Verbindung mit der hervorragenden Stellung der zur Wahl versammelten Bischöfe zu einer Abschwächung, ja auch zu völliger Beseitigung des Rechts der Gemeinde führen.

In demselben Jahrhundert hat aber die Stellung der christlichen Kirche im Staate eine wesentliche Aenderung erfahren. Nachdem ihr zunächst das Recht auf Existenz gewährt war, wurde sie später zur allein berechtigten Staatskirche. Die römischen Kaiser, welche die Stellung als Schützer und Hüter ihrer Lehre und Verfassung in Anspruch nahmen, übten seitdem, wie auf die Besetzung des römischen Bischofstuhles [3], so auch auf die der übrigen des Reiches einen massgebenden Einfluss aus [4]. Während der arianischen Streitigkeiten setzte Constantius nach eigenem Ermessen arianisch gesinnte Bischöfe auf die erledigten Sitze ein [5], und spätere Kaiser sind seinem Beispiele, theils zur Verhütung von Parteikämpfen und Zwistigkeiten, theils im Interesse der Kirche, um geeignete Männer auf die Bischofsstühle zu befördern, theils um eine entscheidende Einwirkung in den kirchlichen Angelegenheiten, namentlich in den die Kirche bewegenden Glaubensstreitigkeiten geltend zu machen, gefolgt [6]. Andererseits sind während dieser Zeit aber auch Besetzungen von Bischofsstühlen unter Mitwirkung der Bischöfe und des Volkes vorgenommen worden [7]. Ein ausschliessliches

von drei Bischöfen. Die Abhaltung einer Synode unter dem Vorsitz des Metropoliten behufs Vornahme der Wahl schreiben ebenso wie das Nicänum als das regelmässige vor c. 16. 23 Antioch. a. 341; — c. 12 Laod. a. 343—381 (c. 4 Dist. XXIV) erfordert das Urtheil des Metropoliten und der benachbarten (d. h. Komprovinzial-) Bischöfe nach Prüfung der Rechtgläubigkeit und des Wandels. — Das Koncil von Sardika c. 6 ordnet nach dem griechischen Text an, dass beim Nichterscheinen eines Bischofs derselbe zunächst schriftlich durch den Metropoliten vorgeladen und erst bei fernerem Ausbleiben ohne ihn zur Bischofswahl geschritten werden soll, sowie dass falls es sich um Bestellung des Metropoliten der Provinz handle, auch die Bischöfe der benachbarten Provinz (wahrscheinlich der grösseren Feierlichkeit wegen) einzuladen seien. Der lateinische Text des Dionysius, s. auch c. 9 Dist. LXV, weist dagegen die Vorschrift auf, dass wenn in einer viele Bisthümer umfassenden Provinz nur noch ein Bischof übrig geblieben, und dieser auf Ansuchen einer verwaisten Gemeinde mit den Bischöfen der benachbarten Provinz keinen neuen Bischof bestellen will, die letzteren dies auf weiteres Andringen der Gemeinde allein thun können. Darüber, dass auch dieser Version ein griechischer Text zu Grunde liegt und letzterer, nicht der erhaltene griechische, der ursprüngliche ist, s. Hefele, Konciliengesch. 1, 556 ff.

[1] Dass Cyprian (s. S. 512. n. 2) zwar der Bischöfe der Provinz, indessen nicht des Metropoliten erwähnt, erklärt sich wohl daraus, dass in Afrika diese Stellung nicht an einen bestimmten Sitz gebunden war, s. o. S. 2. Das c. 12 Carth. a. 387 o. 390 (c. 5 Dist. LXV) erfordert die Mitwirkung des Primaten, d. h. des Metropoliten.

[2] c. 16 Antioch. a. 341 (c. 8 Dist. XCII), c. 13 Laod. a. 343—381 (c. 6 Dist. LXIII), c. 12 Carth. a. 387 o. 390 sprechen nicht dagegen, s. auch Thomassin l. c. c. 2. n. 1 ff. 10; van Espen scolia i. canon. P. II. c. 1. §. 12 u. unten §. 127. Ueber die allerdings durch Ablehnung vereitelte Wahl des Eusebius von Cäsarea seitens des Volkes in Antiochien i. J. 330, s. Eusebii vita Constantini l. III. c. 60—62 (ed. Heinichen), über die durch die Initiative des Volkes erfolgte Wahl des noch nicht getauften Ambrosius zum Bischof v. Mailand i. J. 374 s. Theodoret. eccles. hist. IV. 7; Socrat. hist. eccles. IV. 25.

[3] S. Th. I. S. 218.

[4] Schon Constantin hat in dem in der Note 2 gedachten Falle den Antiochenern zwei Priester zur Auswahl für den Bischofssitz vorgeschlagen, Euseb. vita Constant. III. 62.

[5] So in Constantinopel den Bischof Eusebius v. Nikomedien i. J. 338 o. 339, Socrat. hist. eccl. II. 6; Sozomen. III. 4; vgl. Staudenmaier S. 32.

[6] Beispiele dafür Socrat. VII. 9 (Einsetzung des Proklus in Constantinopel durch Theodosius II.), Hefele Conciliengesch. 2, 584 (Einsetzung des Petrus Mongus in Alexandrien durch Zeno), Euagrii hist. eccl. III. 30. 33 (Einsetzung des Timotheus in Constantinopel und des Severus in Antiochien durch Anastasius). Vgl. auch Staudenmaier S. 37 ff.

[7] Ueber die Besetzung des Bischofssitzes zu Constantinopel i. J. 381 mit Gregor v. Nazianz s. Hefele 2, 6. 7, über dessen Nachfolger Nektarius Socrat. V. 8; Sozom. VII. 8 u. Th. I. S. 551. n. 5; über die Wahl des Chrysostomus i. J. 397 Sozom. VIII. 32; Theodoret. V. 26; des Stephan in Larissa Hefele 2, 722; vgl. ferner Baron. ad a. 610 n. 7. S. auch die folgende Note.

Recht der Ernennung des Kaisers ist trotz der wiederholten faktischen Ausübung nicht anerkannt gewesen, wohl aber muss es als unbestrittenes Rechtsbewusstsein der damaligen Zeit bezeichnet werden, dass ohne Genehmigung des Kaisers, mochte diese nun vorher in Form der Empfehlung einer bestimmten Persönlichkeit oder einer nachträglichen Zustimmung zur Wahl erfolgen, die Besetzung der bischöflichen Stühle nicht gültig zu Stande kommen konnte[1].

Unter den römischen Kaiser-Gesetzen enthalten zwei Novellen Justinians I. Anordnungen über die Besetzung der Bischofsstühle[2]. Danach sollen die Kleriker und die Vornehmen der vakanten Bischofsstadt drei, allein beim Mangel geeigneter Persönlichkeiten zwei oder auch blos einen Kandidaten auswählen, und darüber ein Wahl-Instrument oder Wahldekret ausstellen. Unter diesen soll derjenige, welchem die Weihe zusteht, den würdigsten zum Bischof ordiniren, und falls die Wahl nicht binnen 6 Monaten erfolgt, selbst den Kandidaten aussuchen. Die Beschränkung des ursprünglichen Wahlrechts des Volkes auf ein Vorschlagsrecht und zwar lediglich der Vornehmen hat nichts Auffälliges, wohl aber der Umstand, dass der Mitwirkung des Kaisers und der Komprovinzial-Bischöfe mit keinem Worte gedacht wird. Indessen ist eine Beseitigung derselben offenbar nicht beabsichtigt. Der Hauptinhalt der Verordnungen betrifft die Erfordernisse des zu Wählenden, und ihr wichtigster Zweck war, wie namentlich der von den Wählern erforderte Eid zeigt, von vornherein die Auswahl einer ungeeigneten Persönlichkeit zu hindern. Auch schliesst der festgesetzte Modus eine Einwirkung des Kaisers jedenfalls nicht aus[3]. Ebensowenig lässt sich die Beseitigung der Betheiligung der Komprovinzial-Bischöfe neben dem die Ordination für die Regel[4] vollziehenden Metropoliten annehmen[5], vielmehr erklärt sich die aus-

[1] So ist zu der Wahl des Ambrosius die Genehmigung Valentinians I. eingeholt, s. S. 513. n. 2; s. ferner Th. I. S. 551. n. 5; Schreiben der Synode v. Ephesus (431) an den Klerus v. Constantinopel nach der Absetzung des Nestorius (Mansi 4, 1227): „ὡς μέλλοντες καὶ λόγον ἀποδοῦναι τῷ κατὰ βούλησιν θεοῦ καὶ νεύματι τῶν εὐσεβεστάτων καὶ φιλοχρίστων ἡμῶν βασιλέων χειροτονηθησομένῳ τῇ Κωνσταντινουπολιτῶν ἐκκλησίᾳ“; s. auch das Schreiben an die Kaiser l. c. 4, 130 und dazu Hefele, Konc. Gesch. 2, 173. 185; ferner das mit dem erstcitirten fast wörtlich gleichlautende der Synode v. Chalcedon v. 451 wegen des Bischofsstuhles v. Alexandrien Mansi 6, 1095; rel. Epiphanii Constant. ad Hormisdam pp. a. 520 (Thiel, ep. Rom. pont. p. 923): „Deus ... post obitum ... archiepiscopi et patriarchae Johannis sedem sacerdotalem s. ecclesiae cathol. regiae urbis mihi conferre dignatus est, sententia et electione ... principis nostri Justini et piissimae reginae ... sequentiumque eorum. His quibus est bona conversatio et qui regiis honoribus sunt sublimiores, simul et sacerdotum et monachorum et fidelissimae plebis consensus accessit“. Gregor. I. ep. II. 23. a. 591? (ed. Ben. 2, 585): „Quia ... in persona Joannis fratris et coepiscopi nostri (v. Justiniana I.) consensum omnium vestrum et serenissimi principis convenisse cognovimus“, s. auch c. 9 Dist. LXIII; Greg. I. ep. VII. 6. a. 596 (ed. cit. 2, 852). Vgl. überhaupt Thomassin l. c. c. 7. 9. 17.

Wenn auch dieses Mitwirkungsrecht des Kaisers in keinem Koncilsschlusse anerkannt ist, so erscheint andererseits doch gegenüber der feststehenden, unbestrittenen Ausübung desselben der c. 31 (29) apost., wonach der χρησάμενος κοσμικοῖς ἄρχουσι zum Bischof gewordene abgesetzt werden soll, als das Produkt einer tendenziösen Fälschung, nicht als Vorschrift eines alten Koncils, s. auch Hefele a. a. O. 1, 783. n. 2. Der c. 3 Nicaen. a. 787 (c. 7 Dist. LXIII, s. auch Th. I. S. 552. n. 4) zeigt gerade durch seine Opposition gegen die Eingriffe der Fürsten, in wie weitem Umfange diese stattgefunden haben.

[2] Nov. 123. a. 546. c. 1; Nov. 137. a. 564. c. 2.

[3] Eine solche hat Justinian z. B. bei Erhebung des Mennas in Konstantinopel i. J. 536, s. Hefele 2, 741 und in anderen Fällen, nicht minder seine Gemahlin Theodora, ausgeübt, Staudenmaier S. 46. 47. Von seinem Nachfolger Justin II. erzählt Euagr. hist. eccl. IV. 1. 5, dass er die kirchlichen Würden feil geboten. S. auch Note 1.

[4] S. o. S. 512. n. 7.

[5] Denn die Einleitung des c. 2. Nov. 137 bezieht sich ausdrücklich auf die Vorschriften der Kanones und in Nov. 123. c. 3 heisst es: „τοὺς δὲ μητροπολίτας τοὺς ὑπὸ τῆς ἰδίας συνόδου ἢ ὑπὸ τῶν μακαριωτάτων πατριαρχῶν χειροτονουμένους καὶ τοὺς ἄλλους ἅπαντας ἐπισκόπους τοὺς ἢ ὑπὸ πατριαρχῶν ἢ ὑπὸ μητροπολιτῶν χειροτονουμένους“. Hiernach ist es vollkommen zulässig unter dem Ordinator (ἐκεῖνος, ᾧ ἁρμόζει χειροτονῆσαι τὸν ἐπίσκοπον) des künftigen Metropoliten die Provinzialsynode, also deren bischöfliche

schliessliche Erwähnung des Ordinators ohne nähere Bezeichnung desselben daraus, dass in Folge der Entwicklung der Patriarchate und Exarchate den Metropoliten nicht überall das Recht zur Ordination der Bischöfe verblieben, sondern auf die über ihnen stehenden Patriarchen und Exarchen, welche ihrerseits nunmehr auch die Geeignetheit des Kandidaten zu prüfen hatten, übergegangen war[1].

Vorausgesetzt ist hierbei allerdings die zeitliche Trennung der beiden ursprünglich zusammenfallenden Akte, der Wahl oder Bestellung des Bischofs und der Ertheilung der bischöflichen Weihe. Eine solche war aber durch die Nothwendigkeit der Einholung der kaiserlichen Zustimmung, falls eine solche nicht etwa schon vorher gegeben war, bedingt, und wird durch die Vorschrift des Koncils von Chalcedon von 451[2] dargethan, dass die Metropoliten die Weihen der Bischöfe ohne dringende Gründe nicht länger als drei Monate vom Zeitpunkt der Erledigung des bischöflichen Stuhles ab verzögern sollen.

Was insbesondere die Verhältnisse in dem westlichen Theile des römischen Reiches betrifft, so kamen für dasselbe gleichfalls die erwähnten Vorschriften der allgemeinen Koncilien und das Bestätigungsrecht des Kaisers[3] zur Anwendung. Betont wird vor Allem die Nothwendigkeit der Zustimmung des Metropoliten[4]. Die Mitwirkung des Volkes, unter welchem als die massgebende Klasse die Vornehmen, d. h. die Grossgrundbesitzer und die durch Amt oder Ehrentitel ausgezeichneten Personen hervortreten[5], erscheint ebenfalls als wesentliches Erforderniss der gültigen Besetzung, jedoch hat sich dieselbe seit dem 5. Jahrhundert vielfach nur noch in einer Zustimmung zu der von den Bischöfen und dem Metropoliten getroffenen Wahl oder gar blos in der stillschweigenden, unwidersprochenen Anerkennung derselben geäussert[6], ohne

Mitglieder zu verstehen und zu dem als Ordinator bezeichneten Metropoliten die ihm assistirenden Komprovinzialbischöfe hinzuzudenken. Allerdings hat auch schon vor Justinian nicht in allen Fällen eine Mitwirkung der zur Provinzialsynode gehörigen Bischöfe stattgefunden, sondern mitunter auch die einer zufällig am Orte der Wahl anwesenden Mehrheit von Bischöfen, s. Th. I. S. 551 oder der σύνοδος ἐνδημοῦσα,. ep. Anatolii episc. Constant. ad Leon. pp. a. 450 (opp. et Bull. 1, 953); Hefele 2, 515 (s. auch Th. I. S. 542. n. 5).

[1] S. Th. I. S. 540. 543. 549. 578 ff. Eine Mitwirkung der unteren bischöflichen Instanzen bei der Besetzung der Bischofsstühle war dadurch indessen nicht beseitigt, s. a. a. O.

[2] c. 25, auch in c. 2 Dist. LXXV.

[3] Jedoch ist dies wohl nicht in allen Fällen, sondern nur aus besonderen Anlässen und für bedeutendere Städte ausgeübt worden.

[4] Innoc. I. ad Vict. Roth. a. 404. c. 3 (Constant. 748) in c. 5 Dist. LXIV; c. 35 (Leo I.) Dist. LXIII; Hilar. I. ad Ascan. a. 465. c. 1 (Thiel 186), beide unter Berufung auf das Nicänum; c. 3 eod. („qualem te — der Metropolit — oporteat eligere et deceat consecrare“), ep. Gelas. I. ad episc. Dard. a. 495 in c. 6 Dist. LXIII; c. 5. 6. Arel. II. a. 443 o. 452. S. auch das Synodalschreiben des Siricius v. 386 (Th. I. S. 583. n. 13), in welchem unter der sedes apostolica der römische Bischof in seiner Eigenschaft als italienischer Metropolit, bez. Patriarch zu verstehen ist.

[5] c. 27 (Leo I.) Dist. LXIII: „vota civium, testimonia populorum, honoratorum arbitrium“; ep. episc. Tarrac. ad Hilar. a. 464 o. 465 (Thiel p. 158): „optimi et plurimi provinciales“; die Schreiben Gregors I. in Betreff der Bischofswahlen an italienische Stadtgemeinden tragen die stehende Adresse: clero, ordini et plebi, s. ep. I. 58. 60. 81; II. 9. 39; IV. 41; VII. 20; IX. 76. 88. 90; XIII. 14; ed. Ben. 2, 549. 550. 564. 574. 601. 721. 865. 989. 995. 996. 1227; ausserdem kommt vor: clero, nobilibus, ordini et plebi“ ep. II. 6 (2, 572), in III. 15 (2, 635) erscheinen als wahlberechtigt die „priores vel populus“. Ordo bedeutet den städtischen Adel, d. h. die possessores und honorati, priores, — wo zwischen nobiles und ordo geschieden wird, ersteres die honorati, letzteres die possessores, Hegel, Gesch. d. Städteverfassg. Italiens 1, 193 ff.

[6] c. 13 (Coelest. I. a. 428) Dist. LXI u. c. 26 (id.) Dist. LXIII; c. 19. 27. 36 (Leo I.), c. 11 (Gelas. I.) Dist. LXIII; ep. Hilar. ad Leont. Arel. a. 463 (Thiel p. 147); Sidon. Apollinar. ep. IV. 25 (über die Besetzung des Bisthums Chalons): „Quod ubi viderunt s. Patiens (Metropolit v. Lyon) et s. Euphronius qui rigorem firmitatemque sententiae sanioris praeter odium gratiamque primi tenebant, consilio cum coepiscopis prius clam communicato quam palam prodito strepituque furentis turbae despecto, iactis repente manibus arreptum . . . s. Joannem . . . stupentibus factiosis, erubescentibus malis, acclamantibus bonis, reclamantibus nullis, collegam sibi consecravere“; die massgebende Stellung

dass freilich überall die Initiative des Stadtklerus und des Volkes bei der Wahl beseitigt worden wäre[1].

§. 118. *b. Die Besetzung der bischöflichen Stühle in den Germanenreichen bis zum 8. Jahrhundert.*

Nur für das Westgothen- und Frankenreich liegen genauere Nachrichten über die Besetzung der Bischofsstühle vor[2].

Im Westgothenreich[3] wurden die Bischofsstühle durch die Wahl des Klerus und des Volkes, demnächstige Prüfung und Bestätigung des Metropoliten und seiner Komprovinzial-Bischöfe[4], sowie hinzutretende Genehmigung des Königs besetzt[5]. Gegenüber einer ihrem eigenen Bekenntniss feindlichen Kirche, welche die ihr im römischen Reiche gewährte Rechtsstellung mit allen ihren Privilegien behalten hatte[6], und gegenüber einem Klerus, welcher in der römischen Bevölkerung des bedeutendsten Ansehens genoss[7] und nach dem gleichfalls katholischen Frankenreiche hin gravitirte[8], konnten die arianischen Könige unmöglich auf ein derartiges Recht, welches schon die römischen Kaiser geübt hatten, verzichten. Nicht minder musste

der Bischöfe zeigen auch VII. 7. 9. ibid. — Conc. Arel. II. a. 443 o. 452 c. 54 ordnet an, dass die Bischöfe dem Klerus und Volk drei Kandidaten zur Auswahl vorschlagen sollen, dies scheint aber nicht beobachtet worden zu sein.

1 Namentlich nicht in Italien. Nach den S. 515. n. 5 citirten Briefen Gregors I. wählt vielmehr Klerus und Volk unter Leitung des Visitators (s. o. S. 230) und das über die Wahl aufgenommene Instrument (Dekret) wird mit dem Schreiben des letzteren nach Rom zur Einholung der Bestätigung gesandt, vgl. die stehende Formel z. B. in II. 39: „qui dum fuerit postulatus, cum solemnitate decreti omnium subscriptionibus roborati et visitatoris pagina prosequente, ad nos veniat ordinandus“. Auch kommt eine Wahl durch Abgeordnete der Bischofsstadt in Rom, falls sich dort keine geeignete Persönlichkeit finden lässt, vor, Gregor. I. ep. III. 15. 35 (ed. cit. 2, 635. 649). Diese Verhältnisse erklären sich daraus, dass bei der langsamen Ausbildung der Metropolitanverfassung in Italien und dem weiten Metropolitanbezirk des römischen Bischofs (Th. I. S. 102. 558) von einer Mitwirkung der Komprovinzialbischöfe nicht die Rede war und dasjenige Element, welches die Rechte des Stadtklerus und des Volks schmälern konnte, nicht in Betracht kam. Uebrigens hat sich die Initiative des Volks auch ausserhalb Italiens erhalten, s. §. 118. Es ist daher nicht zutreffend, wenn bei Richter-Dove §. 183 blos von einer Zustimmung des Volks gesprochen wird.

2 Ob in Italien Odoaker und die Könige der Ostgothen während ihrer Zwischenherrschaft ebenso wie bei der Papstwahl (Th. I. S. 218 ff.), auch bei den Bischofswahlen eine Mitwirkung geübt haben, darüber ist nichts Näheres überliefert. Wegen der im Ostgothenreich von den Bischöfen zu zahlenden Abgabe s. Th. I. S. 219.

Ueber die Mitwirkung der Könige bei den Burgundern vgl. Binding, d. burg. roman. Königreich. Leipzig 1868. 1, 137 ff. Auch in Baiern sind die Bischöfe unter entscheidender Theilnahme der Herzöge ernannt worden, ep. Gregor. II. ad Martin. v. 716. c. 3, LL. 3, 452; Gregor. III. ep. ad Bonif. v. 739, Jaffé, monum. Mog. p. 105; vgl. Riezler i. d. Forschgen z. deutsch. Gesch. 16, 418 ff. Lex Baiuav. I. 10: „episcopus, quem constituit rex vel populus elegit sibi pontificem“, mag man die Entstehungszeit dieses Titels in das 7. Jahrhundert oder, was richtiger erscheint, unter Karl Martell oder unter Pippin zw. 748 u. 752 setzen, Riezler a. a. O. 412 ff., wird mit Rücksicht auf die Gestaltung im fränkischen Reiche sowohl unter den Merovingern wie unter den Karolingern (s. nachher) nur so verstanden werden können, dass der Bischof bald einseitig vom König, bald aber auch durch Wahl des Volkes, wobei freilich die königliche Bestätigung noch nicht wegen der Nichterwähnung — auch des clerus wird nicht gedacht — als ausgeschlossen anzusehen ist, bestellt wird. Ob neben dem Frankenkönig auch der bairische Herzog konkurrirte, lässt sich nicht mit Sicherheit entscheiden, vgl. auch Riezler a. a. O. S. 426. 427.

3 Vgl. darüber Thomassin l. c. c. 15. 18; Staudenmaier S. 76; Dahn, Könige der Germanen 6, 402 ff.

4 Barcin. II. a. 599. c. 3: „... ut duobus aut tribus, quos consensus cleri et plebis elegerit, metropolitani iudicio eiusque coepiscopis praesentatis, quem sors ... monstraverit, benedictio consecrationis accumulet“. An der Entscheidung durch das Loos ist aber nicht festgehalten worden, c. 19 Tolet. IV. a. 633: „nec ille deinceps sacerdos erit, quem nec clerus nec populus propriae civitatis elegit nec auctoritas metropolitani vel comprovincialium sacerdotum assensio exquisivit“.

5 S. die Zeugnisse bei Dahn S. 402 ff. 411.

6 Dahn S. 378.

7 A. a. O. S. 391.

8 A. a. O. S. 372. 384.



nach dem Uebertritt Reccareds I. zum Katholicismus (587) bei der hervorragenden Bedeutung der Bischöfe für das Staatsleben [1], namentlich ihrer Mitwirkung bei der Gesetzgebung auf den Koncilien [2], der ihnen zustehenden weltlichen Gerichtsbarkeit [3] und dem wachsenden Reichthum ihrer Kirchen [4] die frühere Befugniss des Königs festgehalten werden. Nach der Einholung der königlichen Genehmigung erfolgte die Konsekration durch den vorgesetzten Metropoliten oder einen von ihm beauftragten anderen Bischof oder Erzbischof [5] unter Assistenz der übrigen Komprovinzial-Bischöfe oder mindestens zweier derselben bald in der Stadt des erledigten Bischofssitzes, bald in der erzbischöflichen Stadt, bald an einem anderen vom Metropoliten zu bestimmenden Orte [6]. Dieses im Anschluss an die ältesten Ordnungen der Kirche geordnete Verfahren ist aber nicht in allen Vakanzfällen innegehalten worden, vielmehr haben die westgothischen Könige bei der hohen politischen Bedeutung des Bischofsamtes und dem Zudrang des Laienadels zu den Bischofsstühlen, ebenso wie schon die römischen Kaiser, mitunter selbstständig und ohne Rücksicht auf das Recht der Gemeinden, des Klerus und der Bischöfe direkte Ernennungen vorgenommen [7].

Wenn nun auch die zwölfte Synode von Toledo (681) [8] die bisherige gesetzliche Ordnung nicht beseitigte [9], so gewährte sie doch mit Rücksicht auf die bei Beobachtung derselben eingetretenen langen Vakanzen und die daraus hervorgegangenen Missstände dem Könige das Recht, die Kandidaten für die erledigten Bischofssitze auszuwählen und durch den Erzbischof von Toledo nach vorgängiger Prüfung ihrer Würdigkeit konsekriren zu lassen [10], und gab demselben durch diese konkurrirende Befugniss ein Mittel, die Mitwirkung der bisher betheiligten Faktoren ganz auszuschliessen [11].

Im Wesentlichen dieselben Erscheinungen, wie im Westgothenreich, treten auch während der Merovinger-Herrschaft im Frankenreich [12] hervor.

Die Person des Kandidaten wird hier ebenfalls durch die Wahl des Klerus und des Volkes [13] unter Ausstellung einer besonderen Urkunde (decretum electionis) [14] be-

1 A. a. O. S. 391.

2 Auf diesen führten sie auch bei Königswahl die zahlreichsten Stimmen, a. a. O. S. 396.

3 A. a. O. S. 398 ff.

4 A. a. O. S. 385 ff.

5 Dass auch hierbei der Wille des Königs entscheidend einwirkte, zeigt Emerit. a. 666. c. 4.

6 Dies ergeben Tolet. IV. a. 633. c. 19; Emerit. cit. Der neue Metropolit sollte in der erzbischöflichen Stadt von den Komprovinzialbischöfen geweiht werden, Tolet. IV. cit. War der Bischof nicht in Gegenwart des Metropoliten und ausserhalb der Residenzstadt konsekrirt, so hatte er sich demselben binnen zwei Monaten vorzustellen, Tarrac. a. 516. c. 5; Emerit. cit.

7 Dahn S. 404 ff.

8 c. 6 (s. Th. I. S. 592. n. 2 u. c. 25. Dist. LXIII), vgl. auch c. 9. Tolet. XIII. a. 683.

9 Dies ergiebt das „salvo privilegio uniuscuiusque provinciae“.

10 Der konsekrirte Bischof soll sich nachher binnen 3 Monaten seinem Metropoliten vorstellen, s. auch Note 6.

11 Als diese Vorschrift sich deshalb unzureichend erwies, weil der Erzbischof von Toledo wegen Hochverraths abgesetzt wurde, trat das 16. Toletaner Koncil (693) selbst in dessen Funktionen insofern ein, als es die vom König vorgenommene Ernennung eines neuen Erzbischofes in Gemässheit des von ihm gemachten Vorbehaltes „cum consensu cleri et populi“ bestätigte und zwei ferner erledigte Bischofsstühle unter Zustimmung des Königs besetzte. Tolet. XVI. decret. judic. ab univ. edit.

12 S. Thomassin l. c. c. 13. 14. 18. n. 1 ff.; Staudenmaier S. 80 ff.; Sugenheim Staatsleben des Klerus im Mittelalter. Berlin 1839. 1, 89 ff.; Loebell, Gregor v. Tours S. 334 ff.; Raynouard, histoire du droit municipal en France. Paris 1829. 2, 61 ff.; Waitz, deutsch. Verfassgsgesch. 2. Aufl. 2, 389 ff.

13 c. 2. Arvern. I. a. 535; c. 25. Rem. a. 624 o. 625; Gregor. Turon. hist. eccles. Franc. III. 2; IV. 6. 35; VI. 39; eiusd. vitae patr. XVII. 1. Fernere Nachweisungen bei Raynouard p. 79 ff. Unter den Laien werden auch hier wieder die principes, proceres, honorati, nobiles besonders hervorgehoben, Raynouard p. 84. 85. 89. 90. 92, mitunter neben dem populus urbanus noch des populus ruricola oder der plebs rustica l. c. p. 80. 86. 90 gedacht.

14 c. 2 Arvern. I. a. 535; c. 5 Aurel. IV. a. 541; Gregor. Turon. IV. 26.

Dass der Bischof nicht der Bevölkerung wider ihren Willen aufgedrungen werden soll, betonen c. 11 Aurel. V. a. 549; c. 8 Paris. III. a. 557.

stimmt[1]. Demnächst hat die Bestätigung des Metropoliten und der übrigen Komprovinzial-Bischöfe hinzuzutreten[2]. Endlich bedurfte es zur vollen Gültigkeit der Wahl der Genehmigung des Königs, welche unter Uebersendung des von den Bischöfen mitunterzeichneten Wahldekretes eingeholt wurde[3]. Ein derartiges Recht haben die Frankenkönige vielleicht schon seit Chlodewig beansprucht[4]. Aehnliche Gründe, wie im Westgothenreich, das persönliche Ansehen der Bischöfe bei der ihnen untergebenen Bevölkerung, die hohe geistliche und politische Bedeutung ihres Amtes, und die Nothwendigkeit, sie als Träger und Bewahrer einer höheren Bildung als Rathgeber in politischen Dingen zuzuziehen, haben auch im Frankenreiche die Könige zur Geltendmachung eines derartigen Rechtes bewogen. Nicht minder aber ist hier von ihnen geradezu im politischen Interesse, namentlich zur Gewinnung einflussreicher Anhänger, zur Belohnung von Staats- und Hofbeamten eine unmittelbare Ernennung zu diesen viel begehrten, einflussreichen Stellungen unter Hintenansetzung der kirchlichen Bedürfnisse geübt worden[5]. Gegen derartige Missbräuche sind die fränkischen Synoden wiederholt aufgetreten, indem sie, freilich ohne einen Erfolg zu erreichen, Ernennungen unter Nichtbeachtung der Rechte des Klerus, des Volkes und der Bischöfe für nichtig erklärten[6], jedoch ist das königliche Bestätigungsrecht selbst von ihnen niemals in Frage gestellt worden[7]. Die Konsekration des neuen Bischofs konnte dem-

[1] Allerdings verordnet c. 3 Aurel. III. a. 538: „de comprovincialibus vero ordinandis cum consensu metropolitani, cleri et civium iuxta priorum canonum statuta electio et voluntas requiritur", c. 1 Paris. V. a. 614 o. 615: „quem metropolitanus . . . cum comprovincialibus suis, clerus vel populus civitatis . . . elegerint" und ähnlich auch c. 10 Cabilon. a. 644 o. 656, jedoch lässt sich aus dieser Fassung nicht entnehmen, dass damit absichtlich die Initiative in die Hände der Bischöfe hat gelegt werden sollen, wiewohl freilich thatsächlich der Kandidat auch mitunter durch diese dem Volke bezeichnet worden sein mag. Dagegen bezwecken wohl c. 7 Aurel. II. a. 533: „metropolitanus episcopus a comprovincialibus episcopis, clericis vel populis electus", c. 3 Aurel. III. a. 538: „Ipse tamen metripolitanus a comprovincialibus episcopis, sicut decreta sedis apostolicae continent, cum consensu cleri vel civium eligatur, quia aequum est, sicut ipsa apostolica sedes dixit, ut qui praeponendus est omnibus, ab omnibus eligatur" den Bischöfen schon bei der Designation des Kandidaten einen entscheidenden Antheil zu gewähren. Dass aber das Verfahren in solchen Fällen ein anderes als bei der Vakanz einfacher Bischofssitze gewesen, lässt sich nicht feststellen.

[2] Wenn im Gegensatze zu c. 8 Paris. III. a. 557, c. 1. Paris. V. a. 614 o. 615, c. 25 Rem. a. 624 o. 625, c. 10 Cabilon. a. 641 o. 656 (vgl. auch c. 10 Aurel. V. a. 549) der Mitwirkung der Komprovinzialbischöfe neben dem Metropoliten in c. 2 Arvern. I. a. 535; c. 3 i. f. Aurel. III. a. 538 nicht gedacht wird, so ist diese, wie die Vorschriften über die Konsekration ergeben, wohl stillschweigend vorausgesetzt.

[3] Vgl. Gregor. Turon. IV. 26; Marculf. form. I. 7 (Rozière, recueil 2, 616). Die Bestätigung wurde durch eine besondere Urkunde, praeceptum oder decretum, ertheilt, Gregor. Turon. vit. patr. XVII. 1; form. Marculf. I. 5, Lindenbrog. no. 4 (Rozière 2, 618. 620) und zwar lautet der Ausdruck in den Formeln auf Uebertragung des Amtes (commisimus pontificalem dignitatem).

[4] Loebell S. 338.

[5] Gregor. Tur. III. 17; IV. 18; V. 47; VI. 7. 9. 15. i. f.; VIII. 2. 14. 20. 22. Dass praktisch der Wille des Königs das allein Entscheidende war, zeigen IV. 6. 7. 15. S. auch Roth, Gesch. des Benefizialwesens S. 270 ff. 333 ff.

[6] c. 10 Aurel. V. a. 549; c. 8 Paris. a. 557; c. 1 Par. a. 614 o. 615; c. 25 Rem. a. 624 o. 625; c. 10 Cabil. a. 644 o. 656; Gregor. Tur. IV. 26: „apud urbem Sanctonicam Leontius (v. Bordeaux) congregatis provinciae suae episcopis, Emerium ab episcopatu depulit (a. 563), adserens non canonice eum fuisse hoc honore donatum. Decretum enim regis Chlothacharii habuerat, ut absque metropolitani consilio benediceretur qui non erat praesens". Die Absetzung und die anderweit vorgenommene Wahl wurde aber vom König Charibert nicht anerkannt und Emerius von ihm restituirt.

[7] c. 10 Aurel. V. a. 549: „Ut nulli episcopatum praemiis aut comparatione liceat adipisci, sed cum voluntate regis iuxta electionem cleri ac plebis, sicut in antiquis canonibus tenetur scriptum, a metropolitano vel quem in vice sua praemiserit cum comprovincialibus pontifex consecretur". Der Beschluss des 5. Koncils v. Paris (614 o. 615) c. 1, welcher die Erlangung des Bischofsamtes durch die weltliche Gewalt (si potestate subrepat) für nichtig erklärt, richtet sich ebenfalls nicht gegen das Bestätigungsrecht als solches, auch ist dasselbe in dem Edikte Chlotars II. v. 614 o. 615 (LL. 1, 14): „ut episcopo decedente in loco ipsius qui a metropolitano ordinari debet cum provincialibus a clero et populo eligatur; et si persona condigna fuerit, per ordinationem principis ordinetur, vel certe,

nach erst nach der Kundgebung des königlichen Entschlusses erfolgen[1]. Sie sollte von dem Metropoliten oder einem Stellvertreter desselben in Gemeinschaft mit den Komprovinzial-Bischöfen[2] in der Stadt des erledigten Bischofssitzes[3], falls es sich aber um einen Metropoliten handelte, durch einen anderen Erzbischof unter Theilnahme derselben oder durch diese letzteren selbst vorgenommen werden[4].

§. 119. *c. Das angebliche Bestätigungsrecht des römischen Bischofs und die Ernennung des Bischofs durch seinen Vorgänger.*

I. Dass man von Anfang an dem römischen Bischofe als leitendem Oberhaupte der katholischen Kirche kraft seines Primates ein Recht der Ernennung, Bestätigung und Ordination aller Bischöfe zugestanden habe, und dass die Befugniss der bei der Besetzung der Bischofsstühle mitwirkenden Faktoren nur ein Ausfluss des gedachten Primatialrechtes gewesen sei, ist eine Auffassung, welche die geschichtlichen Thatsachen nicht unbefangen, sondern nur mit der Voreingenommenheit eines feststehenden dogmatischen Standpunktes beurtheilt[5]. Keine kirchliche Quelle jener Zeiten erkennt ein solches Recht des Papstes an. Allerdings haben die römischen Bischöfe in manchen Fällen[6] bei der Besetzung von Bischofsstühlen mitgewirkt, aber nicht auf Grund eines allseitig anerkannten derartigen Rechtes, von welchem sie nur mit weiser Mässigung Gebrauch gemacht hätten[7], und welches demnach für die Regel latent geblieben wäre, sondern theils, soweit Italien in Frage steht, kraft ihrer Metropolitan-, bez. Patriarchalrechte über die dortigen Bisthümer[8], theils aber weil es ihnen unter besonderen Verhältnissen gelungen ist, den schon damals beanspruchten Primat in einzelnen Gegenden und für einzelne Fälle zur Geltung zu bringen. So haben sie, weil es an anderweitigen Berechtigten fehlte, allerdings nur in seltenen Fällen Missionsbischöfe ernannt[9], und ferner mittelbar durch ihre Vikarien da,

si de palatio eligitur, per meritum personae et doctrinae ordinetur", welches die Beschlüsse der Synode bestätigt, ausdrücklich gewahrt, ja in dem letzten Satz kann füglich nichts anderes als ein Vorbehalt des Ernennungsrechtes des Königs aus der Hofgeistlichkeit gefunden werden, denn wenn man zu „de palatio eligitur" statt a principe ergänzen wollte: „a clero et populo", würde es an dem erforderlichen Gegensatz zu der vorangehenden Bestimmung fehlen.

[1] Daher ertheilt der König auch den Auftrag zur Konsekration, s. Marculf. form. I. 6 (Rozière 2, 621).

[2] c. 1 Aurel. II. a. 533; c. 3 Aurel. III. a. 538; c. 5 Aurel. IV. a. 541.

[3] Doch konnte dies auch in einer andern Stadt, besonders derselben Provinz auf Anordnung des Metropoliten geschehen, c. 5 Aurel. IV. a. 541; Marculf. form. I. 6 cit.

[4] c. 7 Aurel. II. a. 533; c. 3 Aurel. III. a. 538.

[5] Sie ist in neuerer Zeit namentlich von Phillips K. R. 5, 361 ff. 371 ff. vertreten worden.

[6] Ich berücksichtige im Folgenden wesentlich die Zusammenstellung von Phillips, um den tendenziösen Charakter seiner Auffassung darzuthun.

[7] So Phillips 5, 381.

[8] Th. I. S. 102. n. 10 u. S. 558. Von diesem Gesichtspunkt erklärt sich die Mittheilung des Cornelius in dem Brieffragment an Fabian v. Antiochien a. 251? bei Euseb. hist. eccl. VI. 43: „τῶν δὲ λοιπῶν ἐπισκόπων διαδόχους εἰς τοὺς τόπους ἐν οἷς ἦσαν, χειροτονήσαντες ἀπεστάλκαμεν", da die abgesetzten Vorgänger derselben, welche den Novatian konsekrirt hatten, italienische Bischöfe waren; überdies hat offenbar dabei auch die zu dieser Zeit in Rom abgehaltene Synode mitgewirkt. Ferner gehört hierher das Schreiben des Siricius v. 386 (S. 515. n. 4). Aus dem Ende des 6. u. dem Anfang des 7. Jahrh. geben für das im Text gedachte Recht des römischen Bischofs die Briefe Gregors I. eine grosse Anzahl von Belegen, s. S. 515. n. 5, S. 516. n. 1; vgl. ferner für das Prüfungs- u. Verwerfungsrecht der gewählten Kandidaten ep. V. 22; VII. 41; XIV. 11 (ed. Bened. 2, 752. 889. 1268); für das Bestätigungsrecht ep. II. 9 (2, 574), über die Ausübung von Patriarchalrechten durch die Bestätigung des zu Mailand gewählten Erzbischofs III. 29 (2, 644) und durch den Vorbehalt der Konsekration des unter Approbation des Erzbischofs v. Ravenna zu wählenden Bischofs v. Rimini VII. 19—21 (2, 865 ff.), s. indessen noch o. S. 4. n. 5. 6.

[9] S. o. S. 351. u. Th. I. S. 616.

wo es diesen gelungen war, ihre Stellung zu praktischer Wirksamkeit zu bringen, einen Einfluss in der erwähnten Richtung ausgeübt[1]. Endlich gewährte die schon seit früher Zeit bestehende Sitte, dass die Bischöfe, insbesondere die Patriarchen, durch s. g. *epistolae synodicae*[2] von ihrem Amtsantritte ihren Kollegen, namentlich aber dem römischen Bischof, Mittheilung machten, und unter Ablegung ihres Glaubensbekenntnisses um Gewährung der christlichen und bischöflichen Gemeinschaft baten[3], den Päpsten ein Mittel zur Vergrösserung ihrer Machtstellung, insofern als während der dogmatischen Streitigkeiten jener Zeit und der dadurch hervorgerufenen Parteiungen die Haltung, welche Rom gegenüber einem neuen Bischof einnahm, nicht selten von entscheidender Bedeutung für die Behauptung seines Sitzes wurde, und die Bewilligung oder Verweigerung der Gemeinschaft thatsächlich in ihren Folgen der Ausübung eines etwaigen Bestätigungsrechtes[4] gleichkam.

[1] S. Th. I. S. 586 ff. Vgl. auch unten Note 4 a. E.

[2] Vgl. über diese Thomassin l. c. c. 8. n. 11; c. 19. n. 1; Phillips K. R. 3, 632.

[3] Ep. Hormisdae ad Epiphan. Constant. episc. a. 520 (Thiel p. 913): „Diu nos nuntiata tuae primordia dignitatis tenuere suspensos et in ipsa communis gratulatione laetitiae mirati admodum sumus, morem pristinum fuisse neglectum . . . Decuerat siquidem, . . . te legatos ad apostolicam sedem inter ipsa tua pontificatus initia destinasse, ut et quem tibi debeamus affectum, bene cognosceres et vetustae consuetudinis formam rite compleres". Auch die römischen Bischöfe selbst richteten solche Synodiken an ihre Amtsbrüder, s. Cyprian. ep. 45 (ed. Hartel p. 599. 602); Sixti III. ad Cyrill. Alexandr. a. 432 (Coustant. p. 1231); ep. Hilar. ad Leont. Arelat. a. 462 (Thiel p. 137).

[4] In den meisten Fällen, welche Phillips 5, 373 ff. als Beweis für ein solches Recht anführt, steht nichts anderes als die Gewährung der Kommunion in Frage. So soll Damasus eine neue Bischofswahl in Konstantinopel angeordnet und den geweihten Nektarius bestätigt haben. Das erstere ergiebt die ep. Damas. ad Achol. et Macedon. episc. a. 380 (Coustant. p. 537): „commoneo sanctitatem vestram, ut quia cognovi dispositum esse, Constantinopoli concilium fieri debere, sinceritas vestra det operam, quemadmodum praedictae civitatis episcopus eligatur, qui nullam habeat reprehensionem", nicht, umsoweniger als die Adressaten die Wahl gar nicht allein vornehmen konnten, ebensowenig ist in der ep. syn. Constant. ad Damas. a. 382 (l. c. p. 568): „ὅθεν τῆς μὲν ἐν Κωνσταντινουπόλει . . . ἐκκλησίας . . . Νεκτάριον ἐπίσκοπον κεχειροτονήκαμεν ἐπὶ τῆς οἰκουμενικῆς συνόδου μετὰ κοίνης ὁμονοίας ὑπ᾽ ὄψεσι καὶ τοῦ . . . βασιλέως Θεοδοσίου παντός τε τοῦ κλήρου καὶ πάσης ἐπιψηφιζομένης τῆς πόλεως . . . ἐν Ἀντιοχείᾳ . . . τὸν ἐπίσκοπον Φλαβιανὸν οἵ τε τῆς ἐπαρχίας καὶ τῆς ἀνατολικῆς διοικήσεως συνδραμόντες κανονικῶς ἐχειροτόνησαν πάσης συμψήφου τῆς ἐκκλησίας . . . ἥνπερ ἔνθεσμον χειροτονίαν ἐδέξατο καὶ τὸ τῆς συνόδου κοινόν . . . Οἷς ὡς ἐνθέσμως καὶ κανονικῶς παρ᾽ ἡμῖν κεκρατηκόσι καὶ τὴν ὑμετέραν συγχαίρειν παρακαλοῦμεν εὐλάβειαν", welche sich kurz vorher für das Verfahren bei der Bestellung der erwähnten Bischöfe auf die Vorschriften des Nicänums beruft und die gemeldeten Wahlen als kanonisch gültige und dadurch rechtlich zum Abschluss gekommene auffasst, eine Nachsuchung der Bestätigung zu finden. Diesem gleichzeitigen Berichte gegenüber würde die ferner angeführte ep. Bonifac. I. ad Ruf. a. 442 (Coustant. p. 1043) von keinem Belang sein; in der That aber spricht sie: „princeps Theodosius Nectarii ordinationem propter ea, quia in nostra notione non esset, habere non existimans firmitatem, missis e latere suo aulicis cum episcopis, formatam huic a sede Romana dirigi regulariter depoposcit, quae eius sacerdotium roboraret" von der Gewährung der Gemeinschaft seitens des apostolischen Stuhles und einer dadurch bewirkten Stärkung der Stellung des Nektarius. — Die angebliche Bestätigung des Maximian v. Konstantinopel in der ep. Coelestini I. ad eund. a. 432 (Coustant. p. 1206) ist ebenfalls nur ein blosses Antwort- und Gratulationsschreiben auf die Anzeige des Amtsantrittes. — Ferner kann von einer dem Anatolius von Konstantinopel durch Leo I. ertheilten Bestätigung (so Phillips 5, 376) ebenfalls keine Rede sein. In den ep. Leon. I. ad Theodos. II, ad Pulcher. Aug. u. ad presb. Constantinop. a. 450 (op. Leon. ed. Baller. 1, 1005. 1009. 1012) werden seitens des Papstes, ehe er die fraterna caritas ertheilen will, zuverlässige Nachrichten über die Orthodoxie des Bischofs gefordert, ein Verlangen, welches sich aus den damals obwaltenden dogmatischen Streitigkeiten von selbst erklärt. In der ep. ad Anatol. a. 451 (l. c. p. 1038) spricht Leo I. demselben seine Freude über dessen Orthodoxie aus. Berücksichtigt man ferner, dass das Brieffragment des Anatolius von Leo a. 450 (l. c. p. 581) nicht, wie Hefele 2, 374 meint, ein Gesuch um Bestätigung, sondern nur eine Anzeige über die Erhebung zum Bischof v. Konstantinopel durch die σύνοδος ἐνδημοῦσα enthält, so kann die Aeusserung Leos in seinem Briefe an Kaiser Marcian a. 452 (ed. cit. 1, 1143): „Satis sit praedicto, quod vestrae pietatis auxilio et mei favoris assensu episcopatum tantae urbis obtinuit", schwerlich anders als eine die Bedeutung der gewährten Gemeinschaft stark betonende Ausdrucksweise, nicht aber als Beweis für eine wirklich zwei Jahr vorher vom Papst ertheilte

II. Die Bestellung eines Nachfolgers durch den amtirenden Bischof bei seinen Lebzeiten als Art der Besetzung des erledigten Sitzes war zwar

Bestätigung aufgefasst werden. — Eine solche weisen ebensowenig in Betreff des Proterius v. Alexandrien die Briefe Leos an diesen, an Marcian und Julian v. Cos a. 454 (ed. cit 1, 1253. 1256. 1264) auf. — Dasselbe gilt von der ep. Simplicii a. 482 ad Acac. (ed. Thiel p. 207) hinsichtlich der Wahl des Calendio v. Antiochien, vielmehr enthält sie nur die Erklärung, mit demselben in Gemeinschaft treten zu wollen. Dagegen beweist die ep. eiusd. ad Acac. a. 482 (l. c. p. 208) über die Wahl des Johannes Talaja v. Alexandrien: „nihil omnino restare videbatur, nisi ut deo . . . gratias agentibus nobis . . . ut sine strepitu quod catholicus in defuncti ministerium successisset antistes, apostolicae quoque moderationis assensu votivam sumeret firmitatem: quum ecce secundum consuetudinem mihi talia disponenti . . . principis scripta sunt reddita, quibus memoratum . . . sacerdotio perhiberet indignum . . . illico retraxi pedem et meam revocavi super eius confirmatione sententiam, ne quid contra tantum et ac tale testimonium praepropere fecisse iudicarer" nur die auf Anstiften des Kaiser Zeno und des Acacius erfolgte Verweigerung der Kommunion, s. auch Hefele 2, 584. Auf die Gewährung der Gemeinschaft mit dem römischen Stuhl bezieht sich ferner die ep. Felic. III. ad Thalas. archimandr. Constant. a. 490 (Thiel p. 274): „Nec quisquam dilectioni tuae omnino persuadeat, iam nostram communionem illis partibus fuisse commissam, quum videas adhuc res in dubio constitutas et apud nos de illic creato pontifice omnia haberi prorsus incerta. Neque posset cum eo sociari communio cuius adhuc a nobis nec honor probatur esse susceptus nec fides atque intentio comprobata. Expectet ergo dilectio tua sedis apostolicae iussionem et sic ecclesiae Constantinopolitanae sacra se communione coniungat". — Ebensowenig liegt in der ep. Felic. III. ad Flavit. episc. Constant. a. 490 (Thiel p. 267): „ad apostolicam sedem . . ., per quam largiente Christo omnium solidatur dignitas sacerdotum" die Inanspruchnahme eines Bestätigungsrechtes aller Bischöfe, und wenn Liberatus breviarium c. 18 (Mansi 9, 691) von Flavitas erzählt: „non consensit sine Romano episcopo inthronizari, sed transmisit synodicam papae Romano Felici", so ist damit nur die Nachsuchung der Aufnahme in die Gemeinschaft des römischen Stuhles gemeint. Uebrigens kann es nicht auffallen, dass mit Rücksicht auf die thatsächliche Bedeutung einer solchen und dem Bestreben, eine Oberherrschaft über die Patriarchen von Konstantinopel und überhaupt im Orient geltend zu machen, von den Päpsten mehrfach Ausdrücke gebraucht worden sind, welche eher für die Ertheilung einer Bestätigung angemessen gewesen wären.

Unter den weiteren Beweisen, die Phillips zusammenstellt, befinden sich eine Reihe von Fällen (s. 5, 371—373. 375. 378), in denen es sich nur um die Ausübung eines oberstrichterlichen Rechtes des Papstes handeln kann. Sodann ist die Behauptung, dass Papst Agapet dem Orient in der Person des Mennas einen Bischof gegeben hat (5, 381), ungenau. Nach dem Schreiben desselben an den Bischof Peter a. 536 (Mansi 8, 924) ist Mennas durch Wahl (ἐπιλογή) des Kaisers unter Zustimmung (συναίνεσις) des gesammten Klerus und Volkes Bischof v. Konstantinopel geworden, und nur vom Papst bei dessen dortiger Anwesenheit konsekrirt. — Nicht minder beweisunkräftig für ein päpstliches Bestätigungs- und Absetzungsrecht von Bischöfen ist Cyprian. ep. 68 (ed. Hartel) an Stephan I.: „Quapropter facere te oportet plenissimas literas ad coepiscopos nostros in Gallia constitutos, ne ultra Marcianum . . . collegio nostro insultare patiantur . . . Dirigantur in provinciam et ad plebem Arelate consistentem a te litterae quibus abstento Marciano alius in loco eius substituatur". Sie enthält nur ein Ansuchen, auch mit der Autorität der römischen Kirche zur Abwehr der Häresie auf die Absetzung des dem Novatianismus ergebenen Maximus hinzuwirken. — Wenn ferner auf die Erklärung der päpstlichen Legaten in act. 10 i. f. conc. Chalc. a. 451 (Mansi 7, 270): „papa qui episcopum . . . Maximum Antiochenae ecclesiae confirmavit, iusto satis iudicio eius meritum approbare videtur" Gewicht gelegt wird, so handelt es sich hierbei nicht um eine den Wahlakt zur Vollendung bringende Bestätigung, vielmehr war die Gültigkeit der Bestellung des Maximus vom Papst in Frage gestellt, weil sie von Anatolius v. Konstantinopel, welcher keine Rechte über den Patriarchalstuhl zu Alexander ausüben könne, zuwider dem Nicänum erfolgt sei. Die Intervention Leos in diesem Fall (vgl. noch ep. Leon. ad Martian. a. 452, ed. Ball. 1, 1143): „neque sibi aestimet — Anatolius — licuisse quod Antiochenae ecclesiae sine ullo exemplo contra statuta canonum episcopum ordinare praesumpsit, quod nos amore reparandae fidei et pacis studia retractare cessavimus" stützt sich auf seine Stellung als Wächter der Kanonen der allgemeinen Koncilien, kraft deren er auch die Anerkennung der dem Bischof von Konstantinopel damals beigelegten Rechte, verweigerte (Th. I. S. 543).

Nach den Briefen Bonifazius' I. an Rufus v. Thessalonich a. 419 u. 422 (Coustant. p. 1019. 1021. 1035. 1039) war der zum Bischof von Patras ordinirte, aber von den Einwohnern der Stadt nicht zugelassene Perigenes demnächst von den Korinthern zu ihrem Bischof gewählt, und Bonifazius hat allerdings auf ihr Ansuchen diese Wahl bestätigt. Indessen stand hier der Vikariatsbezirk des Bischofs von Thessalonich in Frage (Th. I. S. 585), und es war die Statthaftigkeit der Translation von Patras nach Korinth mit Rücksicht auf das Verbot einer solchen in den älteren Kanonen angefochten worden (Th. I. S. 238. n. 3). Endlich hat Martin I. mittelst Schreibens v. 649 den Bischof von Philadelphia (Mansi 10, 805) zum päpstlichen Vikar mit der Befugniss, in den Patriarchaten von Jerusalem und Antiochien Bischöfe, Priester und Diakonen einzusetzen bestellt, jedoch charakterisirt er diesen Schritt selbst als eine kraft der Autorität des Apostels

mit den Vorschriften der älteren Kanonen über die Bestellung der Bischöfe unvereinbar[1], ist indessen auch noch besonders im Orient für unstatthaft und nichtig erklärt worden[2], offenbar, um ausdrücklich zu betonen, dass jede Möglichkeit, die Bischofsämter auf diesem Wege in gewissen Familien erblich zu machen, ausgeschlossen sein sollte[3]. Ja, dieser Gesichtspunkt veranlasste sogar eine unter dem Vorsitze des Papstes Hilarus 465 zu Rom abgehaltene Synode die gedachte Vorschrift wegen einer in Spanien dagegen verstossenden, weitverbreiteten Praxis aus Anlass eines dortigen Falles zu erneuern[4], in welchem die übrigen wahlberechtigten Faktoren dem vom verstorbenen Bischof bezeichneten Kandidaten ihre Zustimmung gegeben hatten[5]. Bei dem wenig festen Gefüge der kanonischen Ordnung in den damaligen Germanenreichen ist es freilich nicht gelungen, jenes Verbot zu ausnahmloser Geltung zu bringen[6].

§. 120. *d. Die Besetzung der Bischofsstühle im karolingischen Reich*[*].

Während der sinkenden Herrschaft der Merovinger wurde das königliche Ernennungsrecht für die Bisthümer seitens der karolingischen Hausmeier noch mehr als früher nach rein politischen Gesichtspunkten ausgeübt. Sie behandelten die Bisthümer nebst den dazu gehörigen umfangreichen Besitzungen als Mittel sowohl für die Gewinnung und Belohnung ergebener Anhänger, wie auch zur Deckung der durch die Kriege hervorgerufenen Lasten und Bedürfnisse. Ihren Höhepunkt erreichte die dadurch bewirkte Verweltlichung der Bisthümer und ihrer Leiter, welche nicht selten erst in den geistlichen Stand getreten waren, um den ihnen zugedachten Bischofssitz zu erlangen, unter Karl Martell[7]. Wenn sich gleich die von seinen Söhnen begünstigten Reformbestrebungen des Bonifazius gegen diese und andere aus der Verwilderung der fränkischen Kirche hervorgegangenen Missstände richteten, so hat man doch auf den unter seiner Betheiligung in den vierziger Jahren des 8. Jahrhunderts abgehaltenen Koncilien das königliche Ernennungsrecht nicht nur nicht angetastet,

Petrus „διὰ τὴν στένωσιν τοῦ καθ' ἡμᾶς καιροῦ καὶ τὴν συνοχὴν τῶν ἐθνῶν“, d. h. zur Bekämpfung des dort verbreiteten Monotheletismus vorgenommene Massregel.

[1] Wegen des päpstlichen Stuhles s. Th. I. S. 227.

[2] Conc. Antioch. a. 341. c. 23: „Ἐπίσκοπον μὴ ἐξεῖναι ἀντ' αὐτοῦ καθιστᾶν ἕτερον ἑαυτοῦ διάδοχον, κ'ἂν πρὸς τῇ τελευτῇ τοῦ βίου τυγχάνει· εἰ δέ τι τοιοῦτο γίγνοιτο, ἄκυρον εἶναι τὴν κατάστασιν“.

[3] Can. apostol. 76 (75): „Ὅτι οὐ χρὴ ἐπίσκοπον τῷ ἀδελφῷ ἢ υἱῷ ἢ ἑτέρῳ συγγενεῖ χαρίζεσθαι πάθει ἀνθρωπίνῳ· οὐ γὰρ τὴν τοῦ θεοῦ ἐκκλησίαν ὑπὸ κληρονόμους ὀφείλει τιθέναι (*al.* τῷ συγγενεῖ χαριζόμενον εἰς τὸ ἀξίωμα τῆς ἐπισκοπῆς χειροτονεῖν ὃν βούλεται· κληρονόμους γὰρ τῆς ἐπισκοπῆς ποιεῖσθαι οὐ δίκαιον τὰ τοῦ θεοῦ χαριζόμενον πάθει ἀνθρωπίνῳ): εἰ δέ τις τοῦτο ποιήσει, ἄκυρος μενέτω ἡ χειροτονία“.

[4] Decret. syn. c. 3 (Thiel p. 162): Hilarus ... dixit: „... nova et inaudita, sicut ad nos missis de Hispaniis epistolis ... pervenit ... perversitatum semina subinde nascuntur. Denique nonnulli episcopatum ... non divinum munus sed haereditarium putant esse compendium, et credunt, sicut res caducas, ita sacerdotium velut legati aut testamenti iure posse dimitti. Nam plerique sacerdotes in mortis confinio constituti in locum suum feruntur alios designatis nominibus subrogare: ut scilicet non legitima exspectetur electio, sed defuncti gratificatio pro populi habeatur assensu ... hanc licentiam generaliter de ecclesiis auferamus“ ...; ep. Hilar. ad Ascan. a. 465 (Thiel p. 167).

[5] Epist. ep. Tarrac. ad Hilar. a. 464 o. 465 (l. c. p. 157).

[6] Gregor. Turon. vita patr. VIII. 3: „Quo (rege Childeberto) veniente, ait episcopus: ... rogo, ut Nicetius presbyter, nepos meus, ecclesiae Lugdunensi substituatur episcopus. Respondit rex: Fiat voluntas dei. Et sic pleno regis et populi suffragio episcopus Lugdunensis ordinatus fuit“.

[*] Thomassin l. c. c. 20 ff.; Staudenmaier S. 108 ff.; Sugenheim S. 91 ff.

[7] ep. Bonifac. a. 742 (Jaffé, mon. Mogunt. p. 112): „maxima ex parte per civitates episcopales sedes traditae sunt laicis cupidis ad possidendum vel adulteratis clericis, scortatoribus et publicanis, seculariter ad perfruendum“; Rettberg, Deutschlds Kirchengesch. 2. 606; Roth, Gesch. des Benefizialwesens S. 333; Breysig, Jahrb. d. fränk. Reichs v. 714—741. S. 121.



im Gegentheil haben sogar die Majoresdomus ohne Widerspruch des Bonifacius die auf dessen Veranlassung stattgehabte Errichtung neuer Metropolitan- und anderer Bischofssitze und die Besetzung derselben lediglich als auf Grund ihrer eigenen Anordnungen hervorgegangen bezeichnet[1], und damit jede Anerkennung einer Berechtigung des Bonifacius zu diesen Massnahmen auf Grund seiner Legatenstellung und der dazu ertheilten päpstlichen Genehmigung[2] abgelehnt[3].

Auch nach der Erlangung der fränkischen Königskrone durch die Karolinger ist keine Aenderung eingetreten. Insbesondere hat Karl d. Gr.[4] an dem Besetzungsrechte der Bisthümer, ebenso wie die früheren Könige aus dem Geschlechte der Merovinger, festgehalten, wenngleich seinerseits[5] ein den kirchlichen Interessen entsprechender Gebrauch davon gemacht worden ist. Selbst in denjenigen Fällen, wo er einzelnen Kathedralkirchen — soweit bekannt, stehen lediglich italienische in Frage — Privilegien auf Wahl des Bischofs ertheilt[6], oder wo sich ausnahmsweise das alte Wahlrecht des Klerus und des Volkes erhalten hat[7], ist doch von ihm ein Bestätigungs- oder Mitwirkungsrecht in Anspruch genommen worden[8]. Nachdem mehrere Jahrhunderte hindurch von den fränkischen Königen bei der Besetzung der Bischofsstühle ein massgebender Einfluss geübt worden war, und im nationalen Rechtsbewusstsein feste Wurzeln geschlagen hatte, konnte ein solcher um so weniger aufgegeben werden, als nunmehr eine Mitwirkung des Herrschers durch die Stellung, welche die Kirche innerhalb der weiteren Verfassungsgestaltung des fränkischen Reiches eingenommen hatte, noch viel gebieterischer als früher, gefordert wurde. Nicht nur war die politische Bedeutung der Bisthümer und Bischöfe wegen des gegen früher noch erheblich vermehrten Güterbesitzes gewachsen, nicht nur hatte sich der thatsächliche Antheil der letzteren an den Staatsgeschäften, namentlich unter den Nachfolgern Karls d. Gr., wesentlich vermehrt, sondern die Bischöfe waren auch bei dem zunehmenden Ver-

[1] S. o. S. 382. n. 2; cap. Pippin. Suession. a. 743 o. 744. c. 3 (LL. 1, 20): „Ideirco constituimus per consilio sacerdotum et optimatum meorum et ordinavimus per civitates legitimos episcopos", s. auch e. S. 7. n. 4.

[2] Vgl. Bonifac. ep. ad Zachar. a. 742 u. ep. Zachar. ad eund. a. 743 (Jaffé l. c. n. 111. 117). Die in den päpstlichen Bestätigungsbriefen für die Bischöfe von Buraburg und Würzburg a. 743 (l. c. p. 123. 125) ausgesprochene Anordnung „ut nullus audeat ordinare episcopum post vestram de hoc seculo evocationem, nisi is qui apostolice nostrae sedis in illis partibus praesentaverit vicem", welche einen Versuch enthält, ähnlich wie bei den früheren Vikariaten das Einsetzungsrecht der Bischöfe als päpstliches Primatialrecht geltend zu machen, war ein Eingriff in das damalige fränkische Staatsrecht, und ist übrigens auch erfolglos geblieben.

[3] Rettberg 1, 356; Hahn, Jahrb. d. fränk. Reichs 741—752. S. 35.

[4] Das angebliche cap. I. Aquisgr. 803. c. 2 (Walter corp. iur. germ. 2, 171), welches die Wahl der Bischöfe durch den Klerus und das Volk vorschreibt, ist eine irrige Bestimmung des eine Anordnung Ludwigs d. Fr. (s. unten) wiedergebenden c. 78. l. I. Ansegis. (s. auch Bened. Lev. add. III. 2), vgl. Rettberg 2, 606; Waitz, deutsch. V. G. 3, 355. n. 2. Andererseits unterliegt aber auch die Unächtheit des Privilegiums Hadrians I. (c. 22 Dist. LXIII) keinem Zweifel, s. Th. I. S. 229. 230. n. 3; Bernheim i. d. Forschgen z. deutsch. Gesch. 15, 618. Nicht minder enthält der Bericht in ep. 81 inter ep. Lupi Ferrariens. (ed. Baluze p. 123): „non esse nocivum aut temerarium quod ex palatio honorabilioribus maxime ecclesiis procurat (der König) antistites. Nam Pippinus . . . exposita necessitate huius regni Zachariae Romano papae in synodo, cui martyr Bonifacius interfuit, eius accepit consensum" eine falsche Auffassung der Vorgänge des Concils von Soissons (s. o. Note 1).

[5] Monach. Sangall. I. 4. 5. 6 (SS. 2, 732), dazu Waitz a. a. O. S. 356; ferner Hugon. Flavin. chron. SS. 8, 351.

[6] So für Reggio 781, Ughelli Italia sacr. 2, 244; für Aquileja 792, Migne, patrolog. 98, 1447; Cappelletti, le chiese d'Italia 8, 92.

[7] Wie in Chur dipl. a. 772—774, Eichhorn episcop. Curiens. cod. prob. p. 11; ferner in Ravenna ep. Hadrian. I. a. 788?; Jaffé mon. Carol. p. 267.

[8] Die Diplome für Chur und Aquileja behalten ein solches ausdrücklich vor; auch in Ravenna hat es Karl durch Kommissarien, freilich unter Protest des Papstes, üben lassen, s. die vorigen Noten.

falle der Gemeinfreiheit in Folge der Ausbildung der Immunitäten, der Vasallität und des Seniorates zu Faktoren im Staatsleben geworden, von welchen das Kaiser- und Königthum der späteren Karolinger bei seiner geschwächten Macht immer abhängiger wurde und auf welche sich dasselbe vielfach gegenüber den weltlichen Grossen stützen musste. Die Berücksichtigung politischer Gesichtspunkte bei der Besetzung der Bischofsstühle, insbesondere die Beförderung ergebener Anhänger der Könige auf dieselben, war unter solchen Umständen erst recht zu einer durch die Staatsklugheit gebotenen Nothwendigkeit geworden. Allerdings trafen die schlimmen Folgen der Verquickung der weltlichen und kirchlichen Verhältnisse im Frankenreiche seit der Regierung Ludwigs d. F. die Kirche und die Geistlickkeit am härtesten, und gerade von der letzteren wurden eine Reihe von Reformen, welche den Schutz der Kirche vor weltlicher Vergewaltigung und die Sicherung der kirchlichen Interessen durch Unterordnung des Staates unter die Kirche bezweckten, am lebhaftesten gefordert. Indessen trat hierbei ein entschiedener Widerstand gegen die Mitwirkung der Könige bei der Besetzung der Bisthümer nicht hervor, vielmehr liess sich die Kirche eine solche gefallen, ja sie erkannte sie sogar innerhalb gewisser Gränzen als berechtigt an. Wenn Ludwig d. Fr. auf Verlangen des Aachener Reichstages von 817 die Zusicherung ertheilte, dass die Bischofssitze künftighin nach vorgängiger Wahl des Klerus und des Volkes unter Berücksichtigung von Verdienst und Würdigkeit besetzt werden sollten[1], so hat andererseits damals weder die Geistlichkeit einen Verzicht auf jede königliche Mitwirkung gefordert noch der letztere die Absicht gehabt, einen solchen abzugeben[2]. Dass man geistlicherseits allein Gewicht darauf legte, dass kirchlich qualifizirte Männer ohne irgend welche Simonie zu jenen Stellen befördert wurden, und lediglich den Ausschluss ungeeigneter Persönlichkeiten durch die Beseitigung einer rein einseitigen und königlichen Ernennung zu erreichen dachte, zeigt die auf der Pariser Synode von 829 hervortretende Mahnung an den König, nur gute Hirten und Leiter den Kirchen vorzusetzen[3], denn damit wird demselben offenbar zugleich die Berechtigung auf eine entscheidende Mitwirkung zugestanden[4]. Auch auf den fränkischen Synoden unter den Nachfolgern Ludwigs d. Fr. tritt dieselbe Anschauung hervor[5], und nicht minder findet sie sich in den Schriften fränkischer

[1] Cap. Aquisgr. a. 817. c. 2 (LL. 1, 106): „adsensum ordini ecclesiastico praebuimus, ut scilicet episcopi per electionem cleri et populi secundum statuta canonum de propria diocesi, remota personarum et munerum acceptione, ob vitae meritum et sapientiae donum eligantur“.

[2] Simson, Jahrb. d. fränk. Reichs u. Ludw. d. Fr. 1, 97.

[3] III. 22, Mansi 14, 601; vgl. auch LL. 1, 347.

[4] Thatsächlich hat Ludw. d. Fr. auch eine solche geübt, Einhard. ann. 823 (SS. 1, 211): „Drogonem fratrem eius sub canonica vita degentem Mettensi ecclesiae clero eiusdem urbis consentiente et eligente rectorem constituit eumque ad pontificatus gradum censuit promoveri“.

[5] Die Synode von Diedenhofen richtet 844 an die Brüder Lothar I., Ludwig II. u. Karl II. das Ansuchen c. 2, LL. 1, 381: „ut sedes quae vestra discordia . . . sine sacro episcopali ministerio et sine episcopis viduatae manent, submota funditus peste symoniacae haereseos, sine dilatione iuxta auctoritatem canonicam . . . episcopos a deo datos et a vobis regulariter designatos et gratia s. spiritus consecratos accipiant“; conc. Vern. a. 844. c. 10, ibid. 385: „Aurelianensis etiam ecclesia confusione maxima noscitur laborare. Tamen quia superiore anno archiepiscopus Wenilo suis annitentibus suffraganeis ex eodem loco Agium, presbyterum palatii vestri, memorat. ecclesiae ordinavit, probabilium canonicorum et laicorum attestatione instructus et petitione impulsus et eadem ecclesia nostro et vestro vacat periculo, huius rei alium exitum non videmus, nisi ut vestra pietas (Karl d. Kahle) . . . ratam esse permittat“, s. auch c. 9 eod. u. c. 3 syn. Suess. a. 853, ibid. 417 mit Hefele 4, 176; conc. Valent. a. 855. c. 7, Mansi 15, 7: „ut si . . . alicuius civitatis episcopus . . . decesserit, et a . . . principe supplicando postuletur, ut canonicam electionem clero et populo ipsius civitatis permittere dignetur. Atque ita aut in clero aut in dioecesi certe ipsa vel si opus fuerit, in vicinia ipsius probata et officio digna persona quaeratur,

Geistlichen der damaligen Zeit ausgesprochen [1]. Ja, selbst von einzelnen Päpsten ist jenes Recht der fränkischen Könige ausdrücklich und zwar auch in Betreff italienischer Bisthümer [2], selbst nach der 8. allgemeinen Synode zu Konstantinopel (870), welche die Einmischung der Laien in die Bischofswahlen verbot [3], anerkannt worden [4].

Demnach entsprach eine durch die Betheiligung der Geistlichkeit und des Volkes eingeschränkte Besetzung der Bischofsstühle seitens des Königs dem allgemeinen Rechtsbewusstsein der damaligen fränkischen Kirche und wurde von ihr als eine den kanonischen Vorschriften entsprechende Wahl anerkannt [5]. Im Uebrigen, namentlich in weltlichen Kreisen und bei den Herrschern, blieb dagegen die frühere Auffassung massgebend, dass die Ernennung der Bischöfe ein aus der königlichen Gewalt herfliessendes Recht sei [6], und eine Beschränkung desselben durch die Mitwirkung anderer Faktoren nur aus besonderer Gestattung des Königs hervorgehen könne. Daraus erklärt sich das nicht seltene Vorkommen von einseitigen königlichen Beförderungen auf die Bischofssitze in der Zeit nach Karl d. Gr. [7], sowie der Umstand, dass die Er-

quae inventa consensu totius cleri et populi . . . civitati ipsi praeficiatur. Sed et si a servitio pii principis nostri aliquis clericorum venerit, ut alicui civitati praeponatur episcopus, . . . examinetur primum cuius vitae sit, deinde cuius scientiae . . . et vigore ecclesiastico . . . agat metropolitanus in hac parte, episcopis . . . adiutorium ferentibus . . . Si necessarium idem metropolitanus viderit, ne tantum malum cogatur agere, ut indebito honorem bonis tantum debitum tradat, instruat populum, informet clerum, potius adire clementiam imperialem et ipse cum coepiscopis quibus valuerit modis adeat, ut ecclesiam dei . . . imperator digno honoret ministro".

[1] Flori (diac. Lugd. cc. 850) de electionibus episcopor. c. 4, Agobardi opp. ed. Baluze 2, 256: „Quod vero in quibusdam regnis postea consuetudo obtinuit, ut consultu principis ordinatio fieret episcopalis, valet utique ad cumulum fraternitatis propter pacem et concordiam mundanae potestatis, non tamen ad complendam veritatem vel auctoritatem sacrae ordinationis, quae nequaquam regio potentatu, sed solo dei nutu et ecclesiae fidelium consensu cuique conferri potest . . . Unde graviter quilibet princeps delinquit, si hoc suo beneficio largiri posse existimat, quod sola divina gratia dispensat, cum ministerium suae potestatis in huiusmodi negotium peragendo adiungere debeat, non praeferre"; c. 7. p. 258: „Quae omnia non ideo dicimus, quasi potestatem principum in aliquo minuendam putemus vel contra religiosum morem regni aliquid sentiendum persuadeamus, sed ut clarissime demonstratur, in re huiusmodi divinam gratiam sufficere, humanam potentiam, nisi illi consonat, nihil valere"; Hincmar. Rem. de ordine palatii c. 9, Walter corp. iur. germ. 3, 764: „ideo quia res ecclesiasticas divino iudicio tuendas et defensandas suscepit (rex) consensu eius electione cleri ac plebis et approbatione episcoporum provinciae quisque ad ecclesiasticum regimen absque ulla venalitate provehi debet". Charakteristisch ist es auch, dass Pseudo-Isidor in seinen Dekretalen trotz seiner Reformtendenzen die Besetzung der bischöflichen Stühle nicht berührt, mithin das königliche Mitwirkungsrecht nicht in Frage stellt.

[2] c. 16. 17 (Leo IV. 850—852), c. 18 (Stephan. VI. 886) Dist. LXIII; ep. Joann. VIII. ad presb. Vercell. 879, Mansi 17, 166: „Carolomannus . . . rex istius Italici regni ipsum Vercellensem episcopatum more praecessorum suorum regum et imperatorum concessit . . . Consperto . . . praesentibus missis nostris nostramque apostolicam clementiam suis est literis deprecatus, ut eum vobis episcopum consecraremus . . . Nos hunc ipsum . . . Vercellensi ecclesiae . . . apostolica dumtaxat auctoritate episcopum consecravimus", vgl. dazu Dümmler, ostfränk. Reich 2, 106; ferner Thomassin P. II. lib. II. c. 24. n. 4. Das conc. Roman. 826. c. 5, LL. 2. app. p. 15: „Episcopum . . . consecrari non convenit nisi a clericis et populo fuerit postulatus. Unde Celestinus papa dicit: Nullus invictus (invitis) ordinetur episcopus" schliesst, indem es das Recht des Klerus und Volks wahrt, allein eine einseitige königliche Ernennung, aber auch nicht mehr, aus.

[3] c. 22, s. auch c. 1. 2 Dist. LXIII.

[4] Anweisung Hadrians II. v. 869 an die französischen Bischöfe b. Hugon. Flavin. chron. SS. 8, 354: „ut non alios ordinarent episcopos nisi quibus imperator (Ludwig II.) episcopum concederet et ordinari mandaret"; ep. Joann. VIII. ad Hincmar. Rem. 876, Mansi 17, 226: „electum et de Laudunensis ecclesiae clero, virum idoneum, et in quo omnium vota consentiant eidem ecclesiae praefice prorsus episcopum. Cui electioni volumus etiam missum . . . imperatoris interesse, ut sine saecularium strepitu omni latere talis eligatur, qui aptus . . . approbetur"; eiusd. ep. ad archiep. Ebredun. 877, l. c. 58.

[5] S. die Ausdrücke in den Citaten S. 524. n. 1 u. n. 5.

[6] Vergl. S. 523. n. 4 u. die Polemik des Florus (s. Note 1) gegen diese Auffassung.

[7] Solche Ernennungen sind vorgenommen worden von Ludw. d. Deutsch. 840 für Halberstadt, annal. Saxo a. 840, SS. 6, 575; 841 für Würzburg, Dümmler 1, 159; 845 für Hildesheim, ep. conc. Tricass. 867 ad Nicol. I., Mansi 15, 794: „Hludovici largitione regis Germaniae . . . episcopium Hildenesheim vacans obtinuit",

theilung des Wahlrechtes durch Privileg des Königs erfolgt[1], und zwar unter Voraussetzung des Bestätigungsrechtes desselben[2]. In Uebereinstimmung damit steht es ferner, dass für die Kirchen, welche kein derartiges Privileg besassen, eine besondere Bewilligung zur Wahl[3] seitens des Königs erforderlich war[4], sowie dass die

Dümmler 1, 247; 845 für Osnabrück, querimonia Egilmari b. Erhard reg. hist. Westf. I cod. dip. p. 36: „cum interim Gozbertus episcopus de gente Sueonum . . . electus esset . . ., Cobbonem adiit, quo impetrante et rege concedente suscepit . . . eundem episcopatum"; für Mainz Rudolf. Fuld. ann. a. 856, SS. 1, 370: „successit Karolus (Neffe Ludw. d. D.) magis ex voluntate regis et consiliariorum eius quam ex consensu et electione cleri et populi", Dümmler 1, 390; üb. Bajeux vgl. conc. ap. Sapon. 859 lib. proclam. Karoli II. c. 12, LL. 1, 463: „Wenilo (v. Sens) apud fratrem meum Hludewicum obtinuit, ut vacans episcopatus Baiocensis . . . civitatis, propinquo suo, clerico meo . . . Tortoldo donaretur, qui eundem episcopatum . . . consensu Hludowici accepit"; über die Vergebung Kammerichs durch Lothar II. 863 Dümmler 1, 472; über Trier Regin. chron. a. 869, SS. 1, 581: „inito autem rex (Karl d. K.) cum optimatibus consilio Bertulfum . . . ecclesiae Trevirorum praefecit, über Karl d. Dicken und Arnolf Dümmler 2, 280. 353. 473.

[1] Solche Privilegien sind ertheilt von Ludw. d. Fr. f. Worms 814 Schannat. hist. episc. Worm. 2, 3; für Modena 822, Ughelli Ital. sacr. 2, 95; von Karl III. für Genf, ep. Joann. VIII. ad cler. Genev. 882, Mansi 17, 207: „qualiter idem . . . imperator eidem ecclesiae electionem perenniter de proprio clero donaverat"; 885 für Chalons und Orleans, Baluze conc. Narbon. p. 34 der Anm. u. p. 72 d. Urkden; für Paderborn 885, Schaten, annal. Paderborn. 1, 193: „Paterbrunnensis ecclesiae clerus potestatem habeat inter se eligendi pontificem, donec inter ipsos talis inveniri poterit, qui ad illud officium dignus reperiatur", s. auch vit. Meinwerci c. 6, SS. 11, 109; Arnolf für Bremen 888, Ehmck, brem. Urkdb. 1, 8: „clero ibidem constituto licentiam tribuamus eligendi sibi episcopos inter se sive aliunde"; Ludw. d. Kind für Halberstadt 902, Ludewig, reliqu. manuscr. 7, 427: „ut habeant cui eiusdem clerici sedis canonice atque ecclesiastice seu inter se seu aliunde digne ad hoc et convenienter eligendi episcopum liberam . . . facultatem"; für Freising 906, Meichelbeck, hist. Frising. I. 1, 152; mon. boica 28[a], 140: „ut eiusdem episcopatus plebs et familia . . . securam habeant potestatem inter se eligendi episcopum, si talem inter se invenire queant, qui . . . idoneus sit, si autem talis inter eos nequeat inveniri infra regiam curtem illis aptum quaerant et eligant"; Karl d. Einf. für Trier 913, Beyer, mittelrh. Urkdb. 1, 220: „ut . . . quemcunque Trevirensis clerus et populus de propriis eiusdem ecclesiae filiis pari consensu elegerit, . . . ille . . . eis detur episcopus nec ulterius . . . quemquam non optatae personae cogantur suscipere pastorem. Et si forte . . . in ipsa ecclesia talis inveniri non poterit, qui huiusmodi honori aptus sit mancipari nec propterea infracto privilegio nostro illis denegetur electio sed potius a regali maiestate suscipiant quemcunque voluerint, aliunde eligere. Si hoc quoque evenerit, quod in quorumdam episcoporum electionibus iam contigisse dinoscitur, ut vota eligentium divisa dissenserint, ei parti qua clerus et melioris intentionis viri consenserint . . . regalis faveat auctoritas et secundum eorum electionem super eos optatus constituatur antistes".

[2] Dies zeigt das Folgende.

[3] Beispiele von Beförderungen auf Bischofssitze, welche nicht durch einseitige königliche Ernennung erfolgt sind, bieten die Erhebung Drogos, S. 524. n. 4; Hinkmars v. Rheims 845, ep. Hincm. Rem. ad conc. Suess. c. 4, opp. Hincm. i. Migne patrol. lat. 126, 53: „in synodo plurimorum archiepiscoporum et episcoporum apud Bellovacum dioeceseos Remorum habita, a clero et plebe ipsius metropolis sed et ab episcopis eiusdem provinciae petitus et ab archiepiscopo tunc meo et proprio episcopo necnon a coepiscopis ipsius provinciae . . . cum consensu abbatis mei et fratrum monasterii in quo degebam, episcopis Remensis provinciae et clero ac plebi ipsius metropolis per canonicas literas traditus et cum decreto canonico praesentia vel consensu omnium suffraganeorum ipsius metropolis et a metropolitano meo qui me illis tradiderat, sum in eadem ecclesia, omnibus acclamantibus absque nullius contradictione . . . canonice et secundum decreta sedis Romanae pontificum ordinatus: ipsaque ordinatio mea non solum Remorum provinciae episcoporum, ordinatorum meorum . . . subscriptionibus est roborata, vere et omnium pene Galliarum . . . sed et edicto domni regis Caroli manu propria confirmato . . . est comprobata"; ep. eiusd. ad Nicol. I. pap. l. c. p. 81; eiusd. de praedestin. diss. poster. c. 36, patrol. cit. 125, 393; Rabans v. Mainz 847, Dümmler 1, 303; Annos v. Freising, dipl. a. 854 b. Meichelbeck l. c. I. 2, 350: „contigit . . . plebem elegisse sibi Annonem episcopum quod . . . rex Ludovicus assentit", Rimberts v. Bremen 865, vit. Rimb. c. 11, SS. 2, 770; vgl. ferner für Troyes a. 839 Gallia christ. 1 app. p. 119, für Orange 914 ibid. p. 131 und Raynouard l. c. 2, 93 ff.

[4] Vgl. die Allokution der behufs Leitung einer Bischofswahl abgesendeten Missi Ludwigs d. Fr., Baluze cap. 2, 601; Rozière recueil 2, 630: „Notum sit omnibus . . . qui in ista parochia consistunt, ideo nos huc missos fuisse, ut ab eo (Hludovico imperatore) potestatem inter vos eligendi sacerdotem adnuntiaremus" . . ., so auch bei der Wahl eines Erzbischofs v. Sens 828 Frothar. epist. n. 15—17 b. Bouquet rec. 6, 392; s. ferner conc. Valent. a. 855. c. 7, S. 524. n. 5; S. 527. n. 2; Flodoard. hist. eccles. Rem. IV. 5. — Sogar Nikolaus I., welcher den unter Verletzung der Metropolitanrechte Hinkmars v. Rheims von Lothar in Kammerich eingesetzten Hilduin nicht anerkennt, beauftragt 863 die Bischöfe Lothars,

Prüfung des Gewählten dem König zustand [1] und bei Ablehnung desselben das einseitige königliche Ernennungsrecht wieder in Kraft trat [2]. Ueber dasjenige Mass von Einwirkung, welches die kirchliche Reformpartei den weltlichen Herrschern hatte zugestehen wollen, ging demnach die Staatspraxis derselben weit hinaus. Es kann daher nicht befremden, dass kirchlicherseits Versuche gemacht worden sind, bei günstiger Lage der Umstände und gegenüber schwachen Regenten die Ordnung der Bischofswahl, welche man damals als die kanonische betrachtete, d. h. die Wahl durch den Klerus und das Volk mit hinzutretender königlicher Genehmigung (s. S. 525), wieder praktisch zur Geltung zu bringen. Mehrfach ist dies seitens des Rheimser Metropoliten Hincmar geschehen. Im Interesse der durch die königliche Ernennung oder Einwirkung beeinträchtigten Metropolitanrechte [3] kämpfte er unter Beru-

diesen zu bewegen „quatenus . . . ex se eligendi iuxta sacros canones episcopum clero et plebi ipsius ecclesiae licentiam tribuat“, Mansi 15, 350, und stellt c. 4 Dist. LXIII diese Uebung nicht in Frage, ebenso wenig Hinkmar in seinem Brief an Karl d. K. wegen der Wiederbesetzung von Senlis, Migne patrol. lat. 126, 267.

[1] Vgl. Dümmler, ostfränk. Reich 2, 638. 639 und die folgende Anm.

[2] ep. Caroli Calvi ad Nicol. I. 867, Mansi 15, 797: „Eo (Vulfario episcopo Remensi) defuncto et ab imperatore secundum sacrorum canonum institutionem plebi electione concessa, contigit eos . . . Gislemarum . . . ad pontificatus honorem elegisse . . . Cum autem ipsum aliquatenus legere, nihil tamen intelligere omnes pariter cognovissent, reprobatus ac . . . ab omnibus est deiectus. Tunc vero . . . imperatori visum est, ut . . . Ebo . . . ad iam dictum promoveretur episcopatum. Quod cum plebi atque omnibus sane sapientibus esset relatum, placere sibi omnes unanimiter affirmavere ac sic secundum canonicam institutionem est archiepiscopus ordinatus“; Formel 1 für ein königl. Wahlprivileg (im Formelbuch Salomons III. v. Konstanz, her. v. Dümmler S. 1, bei Rozière rec. 2, 625): „per auctoritatem nostrae potestatis eidem ecclesiae hoc pacto in eodem clero vel etiam in ipsa parochia ius eligendi sibi episcopum in elemosynam nostram concessimus: i. e. si inter ipsos canonicos ingenui et nobiles homines divinae auctoritatis eloquiis et sinodalium decretorum constitutis instructi et bonis moribus adornati fuerint inuenti, per consensum sacrorum ordinum et natu maiorum nobiliumque laicorum qui dignus ex eis electus fuerit, ad nostrae serenitatis deducatur aspectum, ut per nostram comprobationem clericis et monachis et omni populo acceptus et honorabilis habeatur. Quodsi inter eos talis inveniri nequiuerit, sunt . . . monasteria in eadem diocesi nobilibus et eruditis viris referta: inde dignum . . . rectorem invenientes nostro conspectui perducant eligendum, ut per nos archiepiscopo commendatus officii sui auctoritatem per nostram obtineat potestatem. Si hoc noluerint, de tota parochia unum quemlibet clericum natalibus et doctrina pollentem cum consensu populi eligentes nobis videndum et comprobandum praesentantes petitionem suam apud clementiam nostram se obtinere confidant. Si vero . . . personam servili iugo notabilem uel publicis exactionibus debitam aut etiam uitiis suis consentaneam uel ipsi sine populo eligere uel nobis absque idoneis parrochiae testibus assignare praesumpserint, liceat nobis potestate regia uti et iuxta scientiam nobis divinitus concessam ecclesiae dei dignum sacerdotem constituere“ vgl. auch Dümmler a. a. O. S. 87. 88. In der S. 526. n. 4 gedachten Allokution heisst es ferner: „Si forte aliquis per vestrum praemium aut per aliquam malitiosam artem hanc sedem subripere conaverit et hoc vobis malum consentientibus ut in illum electio veniat, hoc nequaquam consentiemus vobis, sed domno imperatori adnuntiemus et ille sine ullo periculo et cum licentia canonum, undecunque et cuicumque clerico voluerit, dare potuerit et tunc merito auferetur a vobis potestas eligendi“. Ausnahmsweise ist für Sens in dem S. 526. n. 4 erwähnten Falle nach Verwerfung der ersten Wahl eine zweite gestattet worden. Bedeutsam ist es ferner, dass die Privilegien (s. S. 523. n. 6 u. S. 526. n. 1) meistens das Recht der Wahl auf den Klerus der Kirche, bez. der Diöcese beschränken, mithin wenn dort kein geeigneter Geistlicher vorhanden war, das königliche Ernennungsrecht wieder eintreten musste, wie das die Vorschrift für diesen Fall im Freisinger Privileg v. 906 und die ausdrückliche Ablehnung dieser Folge im Privileg für Trier v. 913 zeigt. Wenn Nikolaus I. ep. ad Carol. Calv. 866, Mansi 15, 393 u. ad Egilon. Senon. archiep., ibid. 391 darauf dringt, dass die Bischöfe wo möglich nur aus der Geistlichkeit der vakanten Kirche genommen werden sollen, so richtet sich dies offenbar ebenfalls gegen den alleinigen königlichen Einfluss, Dümmler, ostfränk. Reich 1, 656. Auch bei zwiespältigen Wahlen entscheidet der König, s. das cit. Privil. f. Trier.

[3] So aus Anlass der Ernennung Hilduins für Kammerich durch Lothar II. 863, ep. Nicolai I. ad episc. Loth. u. ad Loth. reg. Mansi 15, 349. 350; Dümmler 1, 472. 507; s. ferner Flodoard. hist. Rem. eccl. III. 23: „Item (Hincmar. scripsit) de ordinatione Williberti cui rex episcopium Cathalaunense dederat, ne in ipsius ordinatione ab ordine debito declinaret, intimans quod irrationabiliter Cathalaunenses post obitum sui episcopi de sua ipsa necessitate fecerint et quod ad regem litteras suas pro electione praefati Willeberti miserint, decretum vero suum ad archiepiscopum, sicut mittere debuerant, ut inde quae agenda essent canonice ageret, non miserint“;

fung auf die alten Kanones[1] für die freie unbeeinflusste Wahl des Klerus und des Volkes[2], indem er bei erfolgter Wahl eines unwürdigen Kandidaten kraft Devolutionsrechtes die Besetzung für den Metropoliten und dessen Komprovinzialbischöfe in Anspruch nahm[3] und das einseitige königliche Ernennungsrecht läugnete[4]. Seitens der Päpste selbst hat die damalige fränkische Praxis principiell keine Anfechtung erlitten, vielmehr sind sie nur in einzelnen Fällen, wo ihre Intervention besonders angerufen worden ist[5] oder die Besetzungsfrage mit anderen vor ihr Forum gebrachten Angelegenheiten im Zusammenhang stand[6], zu Gunsten der Bestrebungen der kirchlichen Reformpartei im Frankenreiche eingetreten. Wenngleich in einzelnen Fällen[7] die gedachten Versuche die von den Königen beabsichtigten Besetzungen erfolgreich durchkreuzt haben, so waren sie doch zu vereinzelt, um die feststehende und eingewurzelte Praxis dauernd umzugestalten[8].

Was des Näheren das Verfahren bei der Besetzung betrifft, so ist zunächst zwischen den beiden vorkommenden Arten derselben, der königlichen Ernennung und der Wahl zu unterscheiden. Erstere geschah seitens des Königs direkt, vielfach wohl nach stattgehabter Berathung mit seinen gewöhnlichen Rathgebern oder mit weltlichen

sodann in Betreff des nach Verwerfung mehrerer von der Geistlichkeit und dem Volke von Beauvais gewählten Kandidaten seitens der Synode zu Fimes unter dem Einfluss Karls III. 881 gewählten und von diesem eingesetzten Odoaker, ep. Hincm. ad Ludovic. III. c. 6, Migne 126, 114: „Quod scripsistis, vota omnium qui commorantur in Belvacensi ecclesia in Odoacrum concordare, non est mirum, si stulti et improbi ac cupiditate caecati toties taliter agunt, non correcti de reiectione pravae suae electionis in Fromoldum et reprobato Rodulfo et a se electo Honorato ... episcopali ordini ... incongrua, perdiderunt electionem ... et per sacras regulas non ulterius illorum, sed episcoporum esse electionem, quam non praeire sed subsequi et non se ab ea debere excidere, et nunc contra regulas et leges sine visitatore praesumpserunt electionem", eiusd. ep. ad eund. et ad episc. Rem. dioec. l. c. p. 117. 245, Dümmler 2, 200.

[1] S. die in der Angelegenheit von Beauvais geschriebenen Briefe.

[2] ep. 1 cit. ad Ludov. III. c. 3, l. c. p. 111: „si quod a quibusdam dicitur, ut audivi, quando petitam apud vos electionem conceditis, illum debent episcopi et clerus ac plebs eligere, quem vos vultis et quem jubetis".

[3] S. 527. n. 3.

[4] ep. I. cit. ad Ludov. III. c. 4, l. c. p. 112: „Sunt qui dicunt, ut audivi, quia res ecclesiasticae episcopiorum in vestra sint potestate ut cuicumque volueritis eas donetis. Quod si ita est, ille malignus spiritus, qui ... primos parentes nostros perdidit, perditionem vestram in aures vestras susurrat", c. 1. p. 110: „ut sicut sacrae leges et regulae praecipiunt, archiepiscopis et episcopis collimitanearum dioeceseon electionem concedere dignemini, ut undecunque, secundum formam regularem electionis, episcopi talem eligant, qui et sanctae ecclesiae utilis et regno proficuus et vobis fidelis ac devotus cooperator existat: et consentientibus clero et plebe cum vobis adducant, ut secundum ministerium vestrum res et facultates ecclesiae, quas ad defendendum et tuendum vobis dominus commendavit, suae dispositioni committatis et cum consensu ac litteris vestris eum ad metropolitanum episcopum ac coepiscopos ipsius dioeceseos qui eum ordinare debent transmittatis", c. 3. p. 112: „Attendendum est ... qualiter hoc imperiale capitulum (das Aachener v. 817, s. S. 524. n. 1) sacris regulis et antiquorum imperatorum legibus congruat, ostendens, quoniam ... in electione episcopi assensio regis sit, non electio, in episcoporum vero exsecutione sit electio, sicut et ordinatio". Ein Bestätigungs- und Mitwirkungsrecht des Herrschers läugnet demnach auch Hinkmar nicht.

[5] So Nikolaus I. im Kammericher Fall, S. 526. n. 4; andererseits suchte Karl d. Kahle freilich erfolglos den Widerstand Hinkmars gegen die Beförderung Wulfads, welcher von Ebbo nach seiner Absetzung geweiht war, zum Erzbischof von Bourges, durch Anrufung der Intervention Nikolaus' I. zu brechen, s. die Briefe v. 866 bei Mansi 15, 707 ff.; Dümmler 2, 588 ff., und sah sich daher veranlasst, denselben eigenmächtig einzusetzen, Hincm. ann. a. 866 (SS. 1, 472).

[6] Hierher gehört der Fall Wulfads (s. vor. Note), ferner wohl auch das Brieffragment an Lothar II. in c. 4. Dist. LXIII, welches in Verbindung mit der Angelegenheit der Bischöfe Günther v. Cöln und Thietgaud v. Trier steht, Dümmler 1, 518, und Lothar II. anweist für beide Bisthümer nicht ohne vorgängigen Bericht an den Papst eine Neuwahl zu gestatten. Das S. 527 n. 2 citirte Schreiben Nikolaus' I. ist aus Anlass der Ertheilung des Palliums ergangen.

[7] So in den vorhin erwähnten Fällen von Kammerich und Beauvais, nicht aber in dem von Bourges, Dümmler 1, 586; 2, 200; 1, 669. In Noyon hat Hinkmar nur durch eine schleunig veranstaltete Wahl seinen Kandidaten durchgesetzt, Flodoard. hist. Rem. eccl. III. 19; Dümmler 2. 199.

[8] Vgl. auch Dümmler 2, 639. n. 42.

und geistlichen Grossen[1], und zwar wohl nicht selten unter Darreichung des Bischofsstabes[2]. Darauf erfolgte die Konsekration durch den Metropoliten und dessen Suffraganbischöfe auf Anweisung des Königs[3]. Eine Prüfung der Tauglichkeit durch diese geistlichen Würdenträger konnte hierbei freilich nicht ganz ausgeschlossen werden, jedoch wäre ein Widerspruch[4] gegenüber dem entschiedenen Willen eines kräftigen Regenten wohl meistens nutzlos gewesen. Mitunter wurde auch die Ernennung den Grossen und dem Volk sofort bekannt gemacht[5], wobei diesen selbstverständlich nichts anderes als eine Akklamation übrig bleiben konnte.

Schritt der König nicht zu einer direkten Ernennung, so musste zunächst bei ihm die erforderliche Erlaubniss zur Vornahme der Wahl, falls eine solche nicht ein für alle Mal durch Privileg gestattet war, nachgesucht werden[6]. Der König bestellte darauf die Wahlkommissarien, — als solche fungirten Königsboten (missi)[7] oder auch der vom König oder wenigstens mit dessen Genehmigung ernannte Provisor des Bisthums[8]. An der Wahl nahmen die Geistlichen der Diöcese, nicht blos der Stadt, und ferner die Diöcesanen, vor Allem die königlichen Beamten und die grossen Grundbesitzer des Sprengels, Theil[9]. Ueber die stattgehabte Wahl wurde ebenso wie in

[1] S. die Berichte über Mainz und Trier S. 525. n. 7; lib. proclam. Karol. II. c. 2. a. 859, LL. 1, 462: „vacabat tunc pastore metropolis Senonum, quam iuxta consuetudinem praedecessorum meorum regum, Weniloni tunc clerico meo in capella mea mihi servienti: .... consensu sacrorum episcoporum ipsius metropolis ad gubernandum commisi et apud episcopos, ... ut eundem archiepiscopum ordinarent, obtinuit". Dümmler 1, 728.

[2] Vgl. vita Rimberti, geschr. zw. 888 u. 909, c. 11, SS. 2, 770: „susceptusque ab eo (Ludwig d. D. 875) honorifice, cum pontificalis baculi iuxta morem commendatione episcopatus est sortitus (Rimbert) dominium".

Dass schon in karolingischer Zeit, wie später, jeder Bischof bei der Uebertragung des Bisthums einen Treueid geleistet hat, so Montag, Gesch. d. deutsch. staatsbürgerl. Freiheit. Bamberg 1812. I. 2, 180 ff. und Bernheim, Lothar III. u. d. Wormser Konkordat. Strassburg 1874. S. 61, ist nicht nachweisbar. Die angeführten Stellen handeln nur von den allgemeinen, namentlich bei Thronveränderungen und bei speziellen Anlässen geleisteten derartigen Eiden. S. auch Waitz 3, 260; 4, 209.

[3] conc. Valent. a. 855. c. 7, S. 524. n. 5. Ein Formular dafür im Formelbuch Salomons v. Konstanz, her. v. Dümmler n. 27. p. 30 (bei Rozière rec. 2, 622).

[4] Sehr vorsichtig drückt sich darüber das cit. conc. Valent. a. 855. c. 7 aus. In dem Falle des von Arnulf für Passau ernannten Wiching, ann. Fuld. a. 899, SS. 1, 414: „Wihingus Alemannus ... contra instituta patrum, prius Maravensis ab apostolico destinatus episcopus, rege concedente successit. Sed non multo post a Deotmaro archiepiscopo (v. Salzburg) ceterisque suffraganeis suis contra voluntatem regis canonicali iudicio abiectus ac Rihharius ad eandem sedem episcopus ... ordinatus est" setzen die Bischöfe ihren Willen nur in Form der Absetzung wegen Verletzung der Vorschriften über die Translation von Bischöfen (s. Th. I. S. 238) durch.

[5] Vgl. die in Betreff der Wahl Ebos S. 527. n. 2 citirte Stelle, ferner annal. Fuldens. a. 856, S. 525. n. 2.

[6] S. 526, und zwar durch die Geistlichkeit des vakant gewordenen Sitzes, so scheint es, was auch das Natürlichste ist, nach c. 7 conc. Valent. a. 855 cit. oder den Erzbischof, s. das Schreiben Hinkmars an Karl d. K. wegen der Wahl in Senlis, Migne patrol. 126, 267.

[7] S. die S. 526. n. 4 citirte Allokution und die ep. Frothar., sowie ep. Joann. VIII. a. 876, S. 525. n. 4.

[8] S. o. S. 231. n. 4. Wer die Leitung bei einer durch Privileg ein für alle Mal gestatteten Wahl hatte, ergiebt sich nicht aus den Quellen. Indessen haben wohl hierbei ebenfalls die genannten Beamten fungirt.

[9] Am genauesten darüber Hinkmar in ep. ad Hedenulph. Laudun. episc., Migne, patrol. 126, 268): „Quae electio non tantum a civitatis clericis erit agenda, verum et de omnibus monasteriis ipsius parochiae et de rusticanarum parochiarum presbyteris occurrant vicarii, commorantium secum concordia vota ferentes, sed et laici nobiles ac cives adesse debebunt, quoniam ab omnibus debet eligi, cui debet ab omnibus obediri". Sonst werden erwähnt clerus et plebs ecclesiae oder metropolis bei der Wahl Hinkmars, S. 526. n. 3, der Wahl in Senlis, Migne l. c. p. 267, der beabsichtigten Wahl für Kammerich, S. 526. n. 4, in den Privilegien für Trier, S. 526. n. 1, die filii ecclesiae in dem Privileg für Paderborn und die plebs et familia in dem für Freising, s. a. a. O., schlechthin ohne nähere Bezeichnung der clerus et populus im cap. Aquisgr. a. 817, S. 524. n. 1. Wenn andererseits nur des clerus und populus civitatis conc. Val. S. 524. n. 5, oder blos des clerus oder der clerici, Privil. für Bremen und Halberstadt, S. 526. n. 1 und bei der Wahl Drogos, S. 524. n. 4, der canonici et laici probabiles, conc. Vern. a. 844. c. 10, a. a. O. n. 5, oder

früherer Zeit [1] ein s. g. Wahldekret aufgesetzt [2] und dieses entweder an den König [3] oder, wie die kirchliche Reformpartei forderte, um eine vorgängige Prüfung durch den Metropoliten und seine Komprovinzial-Bischöfe zu ermöglichen, an diesen letzteren [4] eingesandt. Nach der sei es auf direktem Wege, sei es durch Vermittelung des Metropoliten bewirkten Zustellung des Wahlprotokolls an den König ertheilte dieser die Bestätigung [5], übertrug dem Kandidaten das Bisthum [6], und gab die Anweisung zur Konsekration [7], welche von dem Metropoliten und den Bischöfen der Provinz vorzunehmen war [8].

§. 121. *e. Die Besetzung der bischöflichen Stühle in Deutschland und in Frankreich nach dem Verfall der karolingischen Monarchie bis zum 11. Jahrhundert.*

I. Im deutschen Reich blieb nach dem Aussterben der Karolinger die bisherige Art der Besetzung der Bisthümer im Wesentlichen bestehen. Der Franke Konrad I., die Herrscher aus dem sächsischen Hause, nicht minder Heinrich II., Konrad II. und Heinrich III. haben in noch grösserem Umfange als die karolingischen Könige ein direktes und uneingeschränktes Ernennungsrecht ausgeübt [9]. Wie es dem-

gar nur der plebs, Privil. für Aquileja, S. 523. n. 6 u. ep. Caroli a. 867, S. 527. n. 2 gedacht wird, so sind dies offenbar ungenaue Ausdrücke, wie namentlich die allocutio der missi (S. 526. n. 4) zeigt, welche sich an alle fideles, qui in ista parochia, d. h. Diöcese, o. S. 38. n. 4, consistunt, wendet. S. auch Waitz, deutsche Verf. Gesch. 7, 271. Freilich hatten die Stadt- und vor allem die Kathedral-Geistlichen und nach ihnen die an Stellung hervorragenden Diöcesanen der Natur der Verhältnisse nach den entscheidenden Einfluss, falls nicht etwa von vornherein seitens des Königs ein bestimmter Kandidat bezeichnet war, s. S. 528. n. 2.

1 S. o. S. 517.

2 Vgl. den Bericht über die Wahl Hinkmars v. Rheims, S. 526. n. 3; Hincmari lib. expostulat. adv. Hincm. Laudun. c. 3, Migne patrol. 126, 569; eiusd. ep. ad Hedenulph. Laud. episc. u. ad cler. Camerac., l. c. p. 269; cleri et pleb. Laudun. ad Hincm. Rem. l. c. p. 270.

3 Flodoard. III. 23, S. 527. n. 3.

4 S. die vorhergehenden Noten, den S. 528. n. 4 citirten Brief Hinkmars c. 1 und die Form. 1 Salom., S. 527. n. 2. Wenn hier auch die Bischöfe als Wähler erwähnt werden, so soll damit wohl nur das entscheidende Prüfungsrecht derselben betont werden, jedenfalls war es nicht ausgeschlossen, dass dieselben und auch Bischöfe anderer Diöcesen bei der Wahl gegenwärtig waren. Sind doch solche Wahlen mehrfach, wie z. B. die Hinkmars v. Rheims, während der Abhaltung von Synoden vorgenommen worden, s. S. 526. n. 3.

5 Vgl. den vorige Note citirten Brief Hinkmars c. 1. Wurde die Bestätigung vom König verweigert, so konnte es nun je nach den Umständen zu einer direkten Ernennung oder zu der Gestattung einer weiteren Wahl, s. S. 526. 527, in den schon erwähnten Formen kommen.

6 S. S. 529. n. 2.

7 S. die S. 529. n. 3 citirte Formel.

8 Bericht üb. die Wahl Hinkmars, S. 526. n. 3; s. ferner S. 528. n. 4; Hincm. lib. expost. adv. Hincm. Laudun. c. 3, l. c. p. 569, ep. ad Advent. Mettens. l. c. p. 186. Die Weihe des Metropoliten erfolgte durch die Bischöfe der Provinz oder durch einen benachbarten Erzbischof unter Assistenz der letzteren. Auch diesen bestimmt mitunter der König, vita Rimberti c. 11, SS. 2, 770: „In cartis autem apostolicorum Romanae Sedis pontificum (für Hamburg-Bremen) . . . . hoc continetur, ut quia propter novellam eiusdem sedis institucionem . . . suffraganei non habentur episcopi, a quibus decedente uno alter archiepiscopus consecretur, palatinae interim providentiae succedentium per tempora pontificum consecratio sit commissa, donec numerus suffraganeorum episcoporum canonice eum consecrare debentium ex gentibus suppleatur. Cum huius ergo ad ordinandum tenoris insinuacione... Rimbertum . . . rex direxit ad Liudbertum Mogonciensem archiepiscopum a quo iussu eius est ita consecratus, ut provide actum sit, quatinus in adiutorium consecrationis non unius metropolis, sed duarum convenirent suffraganei (nämlich aus der Kölner und Mainzer Provinz) . . ., quos ita permixtim adesse placuit, ut . . . huius consecrationis actio . . . in signum esset futuris temporibus, quod ad nullam nominatim condioecesitatem quorumcumque episcoporum pertineat, ad hanc sedem consecrare episcopum, sed tantum . . . . palatinae hoc commissum sit providentiae".

9 Konrad I. hat 916 Unni für Bremen ernannt, Adam. Brem. gest. Hammab. pont. I. 56, SS. 7, 303; — Heinrich I. 923 Ulrich für Augsburg, Gerh. vita Oudalr. c. 1, SS. 4, 387, u. Bernhard für Halberstadt, Thietm. chron. I. 12. SS. 3, 741, — 925 Berwin für Verdun, Flodoard. ann. 925. SS. 3, 376; — Otto I. 945 Hugo für Lüttich, Flodoard. ann. 945, SS. 3, 393, — 956 Heinrich

selben im 10. Jahrhundert nicht an der päpstlichen Anerkennung gefehlt hat, so ist auch damals in den sonstigen kirchlichen Kreisen keine Opposition dagegen hervorgetreten[1]. Vielmehr galt die Besetzung der Bisthümer als Ausfluss des königlichen und kaiserlichen Rechtes[2]. Die Könige haben es daher nicht nur an Andere zur Ausübung in ihrer Stellvertretung[3], sondern auch zu eigenem Rechte übertragen[4].

für Trier, Othl. v. Wolfk. c. 7, SS. 4, 528; — 965 Volkmar für Köln, Thietm. chron. II. 16, SS. 3, 751; — 968 Adalbert für Magdeburg, decr. de inthroniz. archiep. Magd., LL. 2, 560; vgl. auch Köpke-Dümmler, Jahrb. Otto d. Gr. S. 528 ff.; — Otto II. 975 Willigis für Mainz, Thietm. chron. III. 3, SS. 3, 759; — 976 Rotard für Kammerich, gest. episc. Camer. I. 102, SS. 7, 443; — Otto III. 995 Erluin für Kammerich, gest. cit. I. 110, SS. 7, 449 und Ansfried für Utrecht, Alpert. de diversit. temp. I. 12, SS. 4, 706, — 999 u. 1000 Erfo, Razo, Burchard für Worms, vit. Burch. episc. c. 4, SS. 4, 834; 1000 Alawich für Strassburg, Herim. Augiens. chron. a. 1000, SS. 5, 118; — Heinrich II. 1009 Thietmar für Merseburg, Thietm. chron. VI. 27, SS. 3, 817; 1013 Gerhard für Kambray, gest. ep. Camer. I. 122, SS. 7, 454, — 1014 u. 1019 Gunzo und Walter für Eichstädt, anomyn. Haserens. c. 25. 26, SS. 7, 260. 261; 1018 Wolpodo für Lüttich, Anselm. gesta ep. Leod. II. 33, SS. 7, 207, Rup. chron. s. Laur. Leod. c. 15, SS. 8, 267; Heribert für Mailand, Arnulfi gesta ep. Med. II. 1. l. c. p. 11; 1023 Hunfrid für Magdeburg, ann. Quedlinburg. a. 1023, SS. 3, 89: „inibi turba desolata diversis episcopis catervatim illum convenerat, unusquisque pastoris sui nece corde tenus sauciatus. Cuius providentiae cura imperiali potestate committerentur regendi, omnes trepida curarum ambage suspensi manebant. Verum imperator inito destinationis decreto cum his quos summis habuit in consiliis, induxit animum, Hunfrithum Geronis archiepiscopi vicarium constare". — Konrad II. 1025 Udalrich für Basel, Wipon. v. Chuonr. imp. c. 8, SS. 11, 263; — 1038 Thietmar für Hildesheim, ann. Saxo a. 1038, SS. 6, 682. — Heinrich III. 1042 Gerhard für Eichstädt, anomyn. Haserens. c. 34, SS. 7, 263, Odulrich für Lyon, chron. s. Benign. Divion., SS. 7, 236, Eberhard für Aquileja, Herim. Aug. chron. a. 1042, SS. 5, 124; 1044 Widger für Ravenna, Herim. Aug. chron. a. 1044, SS. 5, 125; 1045 Wido für Mailand, Arnulf. gest. III. 2, SS. 8, 17; 1047 Hunfried für Ravenna, Dietrich für Konstanz, Herrand für Strassburg, Theodorich für Verdun, Herim. Aug. chron. SS. 5, 126; 1048 Hezekin (Hartwig), 1054 Adalbert für Bamberg, Lamb. ann. a. 1048, Herim. Aug. chron. a. 1054, SS. 5, 133. 154; Anselm. Leod. II. 66, SS. 7, 229: „qui (Heinrich III.) eiusmodi homo esset, qui sibi super episcopos potestatem nimis carnaliter, ne dicam ambitiose quereret usurpare".

[1] ep. Joann. X. ad Herm. Colon. 921, Mansi 18, 320: „cum prisca consuetudo vigeat, qualiter nullus alicui clerico episcopatum conferre debeat, nisi rex, cui divinitus sceptra collata sunt", eiusd. ep. ad. Carol. III. reg., ibid. 322; die Synode von Rheims 975, ibid. 19, 59, exkommunicirte unter dem Vorsitz eines päpstlichen Legaten den Theobald von Amiens, mit Rücksicht auf „tyrannicam . . . vim, qua infulatus es contra regium velle".

[2] Vgl. Thietmar. († 1019) chron. I. 15, s. u. n. 4; Arnulf. gest. arch. Mediolan. (saec. XI. ex.) III. 21, SS. 8, 23: „Vetus quippe fuit Italici regni condictio perseverans usque in hodiernum, ut defunctis ecclesiarum praesulibus, rex provideat successores Italicus, a clero et populo decibiliter invitatus"; Rupert. († 1130) chron. S. Leod. c. 15, SS. 8, 267 (ad a. 1018): „adhuc enim non electione, sed dono regis episcopus fiebat"; Rudolf. gest. abb. Trudon. (geschr. 1114 o. 1115) V. 7, SS. 10, 254 (ad a. 1099): „adhuc enim imperator hoc in toto regno suo iure antiquo possidebat, ut absque dono eius nullus in eo constitueretur episcopus". Ueber die Unechtheit des angeblichen Privilegs Leos VIII. in Betreff der Papst- und Bischofswahlen s. Th. I. S. 240 ff. und Bernheim, Forschgen z. deutsch. Gesch. 15, 618. Die Angabe der annal. Roman. (Th. I. S. 246. n. 4), dass Heinrich III. mit dem Patriciat ausser dem Ernennungsrecht des Papstes auch das der episcopi regaliam habentium ertheilt worden sei, steht unter den betreffenden Quellen vereinzelt da, und erscheint als eine tendenziöse Behauptung dieses Werkes, welches auch die falschen Privilegien Hadrians I. und Leos VIII. aufweist und sich als eine kaiserlich gefärbte Parteischrift aus den letzten Jahren Heinrichs IV. darstellt, s. Steindorff, Jahrb. Heinr. III. 1, 468 ff.; Bernheim i. d. Forschgen z. deutsch. Gesch. 15, 635.

[3] So Otto I. an seinen Bruder Brun, Widric. vit. Gerardi c. 3, SS. 4, 493: „Erat tunc temporis . . . Bruno Agrippinae ecclesiae summus pontifex, qui in tota Germania sibique finitimis partibus imperiales agebat vices . . . . Bruno ad se primos cleri (von Toul i. J. 963) convocat, eis coepiscopi sui . . . Gauzlini transitum flebilem notificat, quemque illi successorem dignum subroget, familiariter consultat. . . . Mox decanus . . . haec reddidit: . . . . Gerardum huic gradui prae caeteris idoneum veridico assero testimonio . . . . . (Gerardus) coram iam dicto archipraesule deducitur et sub iussione obedientiae pontificalem apicem suscipere compellitur. . . . Leucham (Toul) adducitur . . . . ac sicut mos exigebat, praesulari sedi intronizatur".

[4] Arnulf Herzog von Baiern hat dieses Recht für sein Herzogthum von K. Heinrich I. übertragen erhalten, Liudprand. antapod. II. 23, SS. 3, 293: „tibi concedatur, scil. quatinus Bagoariae pontifices tuae subiaceant dicioni, tueque sit potestati, uno defuncto alterum ordinare. Conivens igitur Arnaldus. . . . Heinrici regis miles efficitur et ab eo . . . concessis totius Bagoariae pontificibus honoratur". Thietmar. chron. I. 15, SS. 3, 742: „Arnulfus . . . qui omnes episcopatus in hiis partibus constitutos sua distribuere manu singula-

Diese Auffassung, welche schon während der karolingischen Herrschaft entstanden war (s. o. S. 525), musste in der hier fraglichen Zeit von den Königen um so mehr festgehalten werden und auch im ganzen Reiche um so tiefere Wurzeln schlagen, jemehr in Folge der weiteren, unter den Karolingern angebahnten Entwicklung der Verfassung des deutschen Reiches die Bisthümer ihren ursprünglichen Charakter als rein kirchliche Organisationen verloren und dadurch, dass ihnen ausser beträchtlichen Schenkungen an Reichsgut auch politische und öffentliche, so Immunitäts-, Münz-, Markt- und Zollrechte, sogar Grafschaften verliehen wurden, sich zu Territorien politischen Charakters umbildeten, welche denen der weltlichen Fürsten gleichstanden, und von welchen ebenso wie von diesen erhebliche Lasten, namentlich die Kriegsleistungen, zu Gunsten des Reiches aufzubringen waren[1]. Nur unter der Voraussetzung des entscheidenden Einflusses auf die Besetzung der Bischofsstühle war gerade von hervorragenden Herrschern dieser Zeit (von Otto I. und vor Allem von Heinrich II.) in bewusster Weise jene politische Machtstellung der Bisthümer gefördert worden, um bei der sich herausbildenden Erblichkeit und Unabhängigkeit der weltlichen Territorialgewalten eine feste Stütze an den davon nicht berührten geistlichen Gewalten zu gewinnen. Je weiter die Entwicklung in der bezeichneten Richtung vorschritt, desto weniger konnte das deutsche Königthum und Kaiserthum dieses Recht ohne eine empfindliche Schwächung seiner Stellung aufgeben.

Wie in karolingischer Zeit, sind auch in dieser an einzelne Kirchen Privilegien auf Wahl ihres Bischofs ertheilt worden[2], indessen verstand sich hierbei nicht nur

rem habuit potestatem, sed . . . non successoribus suis tantum reliquit honorem. Quin potius reges nostri et imperatores summi rectoris vice in hac peregrinacione prepositi, hoc soli ordinant meritoque prae caeteris pastoribus suis presunt, quia incongruum nimis est, ut hii quos Christus sui memores huius terrae principes constituit, sub aliquo sint dominio". Vgl. ferner Arnulfi g. episc. Med. II. 7: „Contigit . . . Laudensem mori pontificem cumque archiepiscopus (v. Mailand) sua investitura, quemadmodum ab imperatore susceperat, alium subrogare decerneret, indignati Laudenses insolitam sui episcopatus constitutionem audacter despiciunt. . . . Heribertus (v. Mailand) elegit (1025) Ambrosium . . . . Cui primo tradens virgam et anulum, deinde . . . . consecravit episcopum"; dipl. Heinrichs IV. v. 1081 betr. Parenzo, b. Stumpf, Reichskanzler. Innsbruck 1865. III. 3, 78: „. . . predicto patriarche (v. Aquileja) et successoribus suis . . . . . Parentinum episcopatum . . . nostra regia auctoritate attribuimus, attribuendo in proprium donamus et in perpetuum transfundimus. Ita quidem, ut . . . patriarcha suique successores quicquid ad nostri iuris opus pertinebat, ipsi presideant et teneant. Statuimus etiam nostra auctoritate, ut episcopus eiusdem Parentine civitatis et clerus et populus per totum episcopatum nobis debitum Aquilegensi patriarchae impendant et quando episcopus eiusdem loci nature debitum persolverit... patriarcha nostro iure, nostro more, nostra lege alium in locum eius eligendo pastorale virga et episcopali annulo investiat, investiendo intronizet, intronizatum more solito ordinet".

[1] Dümmler, ostfränk. Reich 2, 641; Köpke-Dümmler, Jahrb. Ottos d. Gr. S. 530—533; Waitz, deutsch. V. G. 7, 187. 243. 255 ff. 261 ff.

[2] Von Otto I. 935 an Paderborn, Erhard reg. 1. cod. p. 42: „concessimus fratribus in loco . . . Paderbrunno deo famulantibus, ut in eligendis episcopis inter se propria electione iuxta pristinam morem fruantur, si talem inter se . . . probatum invenerint, qui eidem officio aptus dinoscatur"; 937 an Halberstadt, Höfer, Ztschr. f. Archivkunde 2, 336: „aecclesiae concedimus, ut habeant eiusdem sedis clerici canonice et ecclesiastice seu inter se seu aliunde digne ad hoc et convenienter eligendi episcopum liberam et propriam facultatem"; 941 für Würzburg, mon. Boic. 28ª, 178: „clero in loco . . . vuirciburg. . . . licentiam damus eligendi inter se quemcumque voluerint ad pastoralis officii regimen . . . . ut nullus successorum nostrorum alium eis nisi quem ipsi elegerint antistitem constituat"; von Otto II. 979 für Magdeburg, Sagittar. ducat. Magdeb. (Boysen, histor. Magazin) 1, 179: „ut Coloniensis et aliae ecclesiae per nostrum regnum diffusae . . . in potestate concessum tenent, praefati loci clero . . . ius speciale quotiescunque successionis usus exigat, ac singulare arbitrium eligendi inter se pastorem . . . firmiter concessimus".

Nach der vita maior Bardonis c. 11, SS. 11, 327, Jaffé, mon. Mogunt. p. 540 sind bei der Besetzung des Mainzer Stuhls i. J. 1031 Konrad II. Privilegien für Fulda vorgelegt, wonach dieses Kloster den je dritten Erzbischof von Mainz zu bestellen habe: „fuit aliquis ibi qui diceret, ex privilegii censura Fuldensem exigi pastorem; eo quod tercium antistitem sedis Mogontiae mittere Fuldense deberet ovile. . . . Consulta . . . privilegia eadem loquebantur et prio-

die königliche Bestätigung auch ohne einen ausdrücklichen Vorbehalt[1] von selbst[2], sondern oft genug setzten sich die Könige über dieses Wahlrecht hinweg und ernannten statt der gewählten ihnen geeigneter erscheinende Persönlichkeiten[3]. Aber auch ohne ein besonderes Privileg sind Wahlen vorgenommen worden und zwar theils, wie schon in karolingischer Zeit, nach eigends dazu eingeholter Erlaubniss des Königs[4] oder gar nach stattgehabter Designation oder Empfehlung des Kandidaten durch denselben[5], theils aber auch ohne eine derartige Genehmigung. Im letzteren Fall erscheint die Wahl jedoch nur als Bezeichnung eines lokalen Kandidaten, welche in der

rum regum in hoc consensum testabantur". Schon die kanonistische Abnormität dieses Privilegs muss die Angabe völlig unglaubwürdig machen. Auch passt die Anwendung desselben auf die Vakanz nach Aribos Tode 1031 nicht, da dessen Vorgänger erst aus Fulda genommen war. Wenngleich letzteres mehrfach bei der Besetzung von Mainz geschehen, Köpke-Dümmler S. 443, so ist doch eine Beobachtung des angeblichen Privilegs ebenfalls nicht nachweisbar, Hirsch, Jahrb. Heinr. II. 2, 306. Dazu kommt endlich, dass die ganze Erzählung über die Erhebung Bardos zum Erzbischof v. Mainz unrichtig ist, Wattenbach SS. 11, 322, und dass in der Bestätigung der Privilegien Fuldas durch Konrad II. v. 1031, Schannat, hist. Fuldens. p. 158, nichts davon erwähnt wird.

[1] Ein solcher in dem Privileg Heinrichs II. v. 1009 für Minden, Pistorius-Struve, rer. Germ. ss. 3, 820: „concessimus eisdem fratribus licentiam eligendi inter se pastorem dignum et idoneum, salvo tamen regis sive imperatoris consensu"; v. 1013 für Hildesheim, Scheid, orig. Guelfic. 4, 433: „ut habeant eiusdem sedis clerici canonice et ecclesiastice seu inter se seu aliunde episcopum eligendi liberam et propriam facultatem aequo consensu regis".

[2] So sagt Erzbischof Lievizo v. Bremen zu den Kanonikern: „vestra electione communi et munere regali . . . succedebam (988)", Thietm. chron. VI. 53, SS. 3, 832. Ueber die Wahlen in Köln 965 u. 976 s. Thietm. chron. II. 16; III. 2, SS. 3, 751. 759. Ferner waren bei solchen Wahlen auch Kommissare des Kaisers oder Königs anwesend, so bei der Wahl Hildewards in Halberstadt, annal. Sax. a. 968, SS. 6, 621; 953 bei der Wahl Bruns zu Köln, vit. Brun. c. 11, SS. 4, 258; Köpke-Dümmler S. 220.

[3] So Konrad I. 916 trotz des S. 526. n. 1 erwähnten Privilegs für Bremen, Adam. Brem. gest. Hammab. pont. I. 56, SS. 7, 303: „memoriae traditum est . . .: Leidradum Bremensis chori praepositum a clero et populo electum . . . . Rex . . . . contempta Leidradi specie parvulo Unni quem retro stare conspexerat, virgam pastoralem optulit"; und ebenso Heinrich II., Thietm. chron. VI. 54, SS. 3, 832: „Oddo clericis comitantibus ac laicis supplex venit et regis gratiam . . . ad complecionem eleccionis . . . postulat. Quos rex nullatenus audit, sed cappellano suo Unwano . . . episcopatum dedit . . . iussu regis et presentia eiusdem a Gerone archipresule (Magdeb.) cum consensu et auxilio episcoporum Ekkihardi (Sleswic.) et Thurgati (Scarae) Unwan ungitur archiantistes"; Otto II. 981 für Magdeburg (S. 532. n. 2), Thietm. III. 8, SS. 3, 762; Heinrich II. 1023 für Magdeburg und Halberstadt (S. 526. n. 1), annal. Quedlinb. a. 1023, SS. 3, 88—89. S. auch S. 539. n. 9. Mitunter ist auch vor der Wahl durch Beeinflussung des Königs diese auf eine demselben genehme Persönlichkeit gelenkt worden, s. z. B. Thietmar. chron. V. 24, SS. 3, 802 über die Wahl Taginos in Magdeburg 1004; Walthrads daselbst 1012, l. c. VI. 42: „(rex) ad nos Hericum antistitem misit, ut electio a nobis non fiat, sed tantum unanimis consensus"; Geros ebendaselbst 1012 l. c. VI. 49: „regali peticione et salva in posterum electione Gero communiter eligitur".

[4] 929 Metz, mirac. s. Glodesind. c. 46, SS. 4, 237: „a principe electione petita et impetrata virum magni post futurum praeconii Adelberonem haec sedes adepta est". Hierher gehören auch die zu Arnstadt in Gegenwart Ottos I. 954 vorgenommene Wahl Wilhelms zum Erzbischof von Mainz, contin. Regin., SS. 1, 623: „Cui successit regis filius Willihelmus a populo et clero (d. h. einer Deputation aus Mainz) in Arnestat concorditer electus", Jaffé, mon. Mogunt. p. 706, und solche Fälle, wo ein Vertreter des Königs anwesend ist und die Wahl auf einen bestimmten Kandidaten lenkt, annal. Hildes. a. 968, SS. 3, 62: „Egillulfus Herveldensis abba transmissus est ex parte imperatoris de Italia . . . . adiit Mogontiam, ut ille clerus simulque totus populus Hattonem . . . sibi constituerent in dominum pontificalis honoris".

[5] So 972 in Regensburg Wolfgang, Oth. v. Wolfkang. c. 14, SS. 4, 531: „Tunc arrepto itinere cum his qui missi fuerunt ab imperatore, perrexerunt ad Ratisponam; ubi clerus et populus, ut imperator petiit, secundum morem ecclesiasticum unanimiter s. Wolfkangum elegerunt"; Arnold. de s. Emmer. II. 3. 4, SS. 4, 557, Köpke-Dümmler S. 496; 962 Theodorich in Metz, vit. Deodor. c. 3, SS. 4, 465: „Is (Bruno v. Köln) . . . utile duxit consobrinum suum Deodericum . . . . . . illic incardinari . . . . . Concordante itaque cleri et tociusque plebis unanimi consensu, annitente etiam cuncto palatinorum senatu, intronizari eum fecit in . . . Mettensium sede"; über die Beförderung Rathers (v. Verona) zum Bischof v. Lüttich 953 s. SS. 4, 262. n. 11, die Odelrichs 962 (favente Lothario rege cum regina matre praefatoque Brunone) Flodoard. ann. a. 962, SS. 3, 406. Die Wahl war also vielfach eine blosse Scheinwahl.

Hoffnung auf Zustimmung des Königs erfolgt[1]. Eine bindende Kraft hat sie nicht[2], wenngleich mitunter bei der Verletzung der Interessen einflussreicher Kandidaten dem königlich ernannten Bischof selbst bewaffneter Widerstand geleistet worden ist[3]. Als Betheiligte bei allen derartigen Wahlen erscheint nach den Wahlprivilegien (S. 532. n. 2) zwar nur der Klerus des Stiftes, die Berichte über die einzelnen Wahlen erwähnen dagegen wiederholt des clerus und populus[4], und heben besonders die primores oder primates civitatis[5], die milites[6], die familia[7], auch die magnates[8] hervor. Den entscheidenden Einfluss hatten demnach die Kanoniker des Domstifts[9] und die Vasallen desselben, und neben ihnen auch, namentlich bei der Designation eines Erzbischofes, die Grossen der Provinz[10], während der Antheil der niederen Kleriker und des gewöhnlichen Volkes offenbar nur auf eine Akklamation beschränkt war.

Dagegen ist von einer Theilnahme des Papstes bei der Besetzung der deutschen

[1] Ueber die Wahl in Kammerich 965 gest. episc. Camer. I. 90, SS. 7, 438: „(Wiboldum) primores Cameracensium .... una eademque voluntate acclamant directisque imperatori epistolis cum multo favore sibi donari episcopum expostulant. Nec difficile imperator .... precibus eorum ... adquievit"; über die nach 5tägiger Bedenkzeit genehmigte Wahl Heinrichs 973 in Augsburg: vita s. Oudalrici c. 28, SS. 4, 415; über die Wahl in Mailand, wo 1045 vier Kandidaten dem Kaiser bezeichnet werden, Arnulf. g. ep. Med. SS. 8, 37. 75.

[2] Flodoard. ann. a. 927, SS. 3, 377: „Heinricus episcopium Mettensium contempta electione ipsorum ... dedit .... Bennoni"; g. episc. Camer. I. 92, SS. 7, 438: „Qui (Rotbertus 972) ..... primates civitatis pretio conveniendus estimavit et ut illum communi suffragio episcopum sibi ab imperatore fieri postularent, magna largitus eis munera ... Qui legationem imperatori miserunt et ut sibi quem legerunt pontificem, ipse etiam consentiens dignetur concedere rogaverunt. Videns vero imperator, quod quia antea Wiboldum (s. vor. Note) secundum suam electionem ... eorum precibus attribuit, ideo etiam admittendi episcopum facultatem suo vellent fortasse arbitrio reservari, cum omni profecto refragatione eorum legationi effectum impertire negavit. ... Tetdonem ... ad pastoralis regiminis sublimavit officium".

[3] So 1008 in Trier, wo Adelbero gewählt, aber Megingaud von Heinrich II. ernannt wurde, vgl. Hirsch, Jahrb. Heinr. II. 2, 202 ff.

[4] S. S. 533. n. 4 u. 5, vgl. auch Waitz 7, 271. n. 3.

[5] S. o. Note 1 u. 2.

[6] Vit. s. Oudalr. c. 28, SS. 4, 415: „Quidam clerici, advocato et aliis quibusdam militibus de eodem episcopatu (Augsburg 973) secum comitantibus ad curtem imperatoris baculum episcopalem ferendo iter agere coeperunt .... Cumque milites refutarent et longa inter se locutione contenderent, reversi ad Heinricum cum quibusdam clericis elegerunt eum super se esse episcopum, quidam vero eum non eligentes pervenerunt ad caeteros fratres. Cumque ad Augustum pervenirent sic sequestrati in electione eius, venit ... comes Wolveradus ... cum aliis quibusdam hominibus, quasi legationem ab imperatore ferendo ad congregationem dicens: Imperator ... postulavit, ut ... Heinricum ... vos ... antistitem vobis eligere unanimiter non renuatis. Legatio autem haec fraudulenti consilio composita erat. Cui respondentes dixerunt: Veniat ille cum vobis ad capitulum nostrum ad audiendum responsa nostra. Cumque vix obtinuissent, ut in capitulum intrarent, legebant canonicas lectiones de electione antistitum ... Heinricus cum audisset de lectionibus in praesentia recitatis, quod in potestate esset canonicorum eum eligere vel refutare, cum venia humilitatis postulavit, ut eum episcopum eligere non dedignarentur .... Qui ... quidam sponte, quidam vero dissensiones devitando, omnes tamen in commune decreverunt, eum esse episcopum. Haec electio cum in aecclesia militibus et familiae nota facta fuisset .... ab omnibus confirmabatur"; Thietm. chron. V. 24, SS. 3, 802, über die Wahl Taginos in Magdeburg 1004: „Mane Arnulfus episcopus (v. Halberstadt) a rege ad confratres et milites ... gratia Taginonem eligendi remittitur"; Lantberti vit. Heriberti c. 4, SS. 4, 743.

[7] S. vorige Note.

[8] Vit. Brunon. c. 11, SS. 4, 258, in Betreff der Wahl Bruns in Köln 933: „Plebs autem destituta pastore ..... unicum unice optatum in domno Brunone ... sibi delegit solatium, secuta magnatum et tocius cleri consilium".

[9] Anselm. gest. episc. Leod. c. 49 ad a. 1037, SS. 7, 218: „Hunc (Wazonem) ... maxima pars filiorum aecclesiae sibi episcopum fieri praeoptabant, quorum ille sententiam, ut a se longissime removeret, multum redarguendo eos qui sibi, maioris aecclesiae praeposito, eligendi praesulis primatum praeripuissent, Nithardum custodem in episcopum elegit, omnem clerum et populum in sententiam suam venire coegit", Lantberti vita Heriberti c. 4. SS. 4, 743.

[10] S. Note 8; dipl. Joann. XIII. v. 967, Mansi 18, 499 in Betreff des 958 gewählten Erzbischofs Friedrich v. Salzburg (vgl. Köpke-Dümmler S. 295): „electione et postulatione omnium pene nobilium Bavvariorum scilicet clericorum et laicorum s. Romana ... ecclesia suae autoritatis privilegio ... Fridericum ... fieri esseque archiepiscopum omnium decreverit".



Bisthümer in jener Zeit nicht die Rede gewesen[1]. Das Verfahren bei der Besetzung der Bisthümer gestaltete sich dahin[2]:

Nach dem Tode des Bischofs begab sich eine Gesandtschaft der Bischofsstadt, gewöhnlich aus angesehenen Geistlichen und Laien bestehend, an den königlichen Hof, um die Erledigung des Bisthums anzuzeigen und die Wiederbesetzung nachzusuchen[3]. Sie überbrachte dabei zugleich den Bischofsstab[4], später auch den Bischofsring des Verstorbenen[5], und falls eine Wahl erfolgt war, das darüber abgefasste Dekret[6]. Im letzteren Falle erschien der Gewählte ebenfalls beim König[7], ferner fanden sich auch etwaige sonstige Bewerber um das Bisthum bei ihm ein[8]. Wie bei der Erledigung anderer Reichsangelegenheiten berieth der König mit seinen Räthen, und gewöhnlich auch mit den weltlichen und geistlichen Reichsgrossen[9] über die Vergebung des Bisthums. Mitunter wurden auch die Mitglieder der an den Hof gelangten Gesandtschaft befragt[10] oder von diesen Wahlen unter dem Einflusse des Königs vorgenommen[11].

Hatte der letztere seinen Entschluss über die Besetzung gefasst, so übertrug er in der Regel in eigener Person[12], nur ausnahmsweise durch einen Vertreter[13], in

[1] Die Intervention des Papstes in dem in der vorigen Note erwähnten Fall erklärt sich daraus, dass die Vertreibung des Vorgängers Friedrichs von seinem Sitze der Rechtsgültigkeit ermangelte, Köpke-Dümmler S. 248. 268. 272. 295. 322. Wenn ferner Thietmar chron. II. 14, SS. 3, 750 von dem 968 von Otto I. ernannten ersten Erzbischof v. Mainz, Adalbert, sagt: „Aethelbertumque . . . ad archiepiscopatus apicem . . . apostolica auctoritate promovit“, so bezieht sich dies auf die Ertheilung des Palliums an ihn, nicht auf eine Mitwirkung des Papstes bei der Ernennung, Köpke-Dümmler S. 448. n. 2.

[2] Ebon. vit. Otton. episc. Bamberg. (u. 1151) I. 7, Jaffé, mon. Bamb. p. 595, zu 1101: „Cum quilibet antistes viam universe carnis ingressus fuisset, mox capitanei civitatis illius anulum et virgam pastoralem ad palacium transmittebant; sicque regia auctoritas communicato cum aulicis consilio orbate plebi idoneum constituebat presulem. Itaque cum . . . virga pastoralis et anulus episcopi Premensis imperatori offerretur, mox ille, arcessito Ottone, munera hec ei conservanda tradidit“; vit. Chuonr. archiep. Salisb. (zw. 1170 u. 1171) c. 5 zu 1106, SS. 11, 65: „Forma vero electionis quae tunc fiebat episcoporum et regalium abbatum talis erat. Defuncto ecclesiae cuiuslibet episcopo vel monasterii abbate, mox ad palatium proficisci non differunt prepositus, decanus, magister scolarium et prior monasterii, et cum eis maioris et sanioris consilii personae de civitate, anulum episcopalem secum portantes et baculum communicatoque consilio cum his quos in palatio circa imperatorem episcopis, cancellario et capellanis, secundum bene placitum et favorem imperatoris, qui sustinendus erat, eligebatur“.

[3] Adam. Brem. gest. Hammab. pont. I. 56, SS. 7, 303; G. episc. Camer. I. 92, S. 534. n. 2; vit. Brunon. c. 12, SS. 4, 258; vit. Meinwerci episc. Patherbrun. c. 11, SS. 11, 111. 112; Lantberti vit. Heriberti c. 4, SS. 4, 743.

[4] Vit. Oudalr. c. 28, S. 534. n. 6; Anselm. gest. episc. Leod. c. 50, SS. 7, 219: „invitus unanimiter a cunctis eligitur, Ratisbonam mittitur, ubi forte Heinricus (III.) tunc rex, postea imperator . . . aderat. Virga episcopalis cum aecclesiae nostrae litteris praesentatur, res agenda in crastinum differtur; postera die a rege cum episcopis et reliquis palatii principibus consulitur“.

[5] Dieser wird erst später erwähnt, s. Note 2.

[6] Lantberti vit. Heriberti c. 4, SS. 4, 743.

[7] G. episc. Camer. I. 90 (S. 534. n. 1); Thietm. chron. VI. 53. 54, SS. 3, 382; S. 533. n. 3; o. Note 2 oder wurde zu ihm berufen, Lantberti vit. Heriberti c. 5, SS. 4, 743.

[8] Thietm. chron. I. 12, SS. 3, 741; vit. Burch. ep. Wormat. c. 4, SS. 4, 834.

[9] S. 533. n. 5; 534. n. 10; Note 2 dieser Seite u. Ann. Quedlinb. a. 1023 (S. 530. n. 9); Cosmae chron. Boem. I. 31 ad a. 997, SS. 9, 54: „Hunc (Theadag) . . . omnis regiae aulae senatus et ipse caesar . . . in pontificem Pragensis ecclesiae eligit et collaudat“; anom. Haser. c. 34, SS. 7, 264; vita Meinwerci c. 11, SS. 11, 112.

[10] S. S. 531. n. 3.

[11] S. o. S. 533. n. 5.

[12] Dies ergeben die bereits citirten Stellen, s. z. B. solche S. 531. n. 1, ferner S. 533. n. 3, zur Genüge. Selbst nach Italien sind Bischöfe zu diesem Zwecke gereist, g. episc. Camerac. I. 91, SS. 7, 438: „Wiboldus (s. S. 534. n. 1) de consensu imperatoris certior factus . . . ad imperatorem qui tunc temporibus in partibus Italiae morabatur, ad tantum munus suscipiendum ire festinat“; Anselm. g. episc. Leod. c. 49, SS. 7, 219: „cum electo (Nithard a. 1038) et virga episcopali imperatorem Cuonradum adiit, qui tunc forte in Italia hiemabat“.

[13] S. o. S. 531. n. 3; vit. Ann. archiep. Colon. c. 9, SS. 11, 481: „eo tempore (1055), quo (Egilbert) Mindonensi praeficiendus aecclesiae annulum et insignia reliqua rege transmittente susceperat“.



öffentlicher Versammlung[1], vielfach in der Kirche[2], dem ausersehenen Kandidaten das Bisthum[3], und zwar gewöhnlich unter Ueberreichung des an den Hof gebrachten Bischofsstabes des Vorgängers[4], während der so Beförderte seinerseits die Mannschaft (das *hominium*) und den Treueid zu leisten hatte[5]. Durch diesen Akt, welcher nach dem Vorgange bei Lehnsertheilungen seit Mitte des 11. Jahrhunderts — nicht früher — als: *investitura* bezeichnet wird[6], wurde das Bischofsamt und Bisthum mit allen seinen kirchlichen und weltlichen Rechten erworben[7].

[1] G. episc. Camer. I. 110, SS. 7, 448; Alpert. de divers. temp. I. 12, SS. 4, 706; vit. Burch. episc. c. 5, SS. 4, 834. 835; vita Meinwerci c. 11, SS. 11, 112; Lantberti vit. Heriberti c. 5, SS. 4, 743.

[2] Namentlich, wenn der König am Sitz des erledigten Bisthums anwesend war. Thietm. chron. V. 24, SS. 3, 802 über die Wahl Taginos in Magdeburg 1004: „in maiorem convenientibus aecclesiam cunctis rex baculo Arnulfi presulis (v. Halberstadt) clerum et populum Taginoni ... cum redditura summo iudici racione, commisit eundemque in cathedram episcopalem ipse constituit"; ibid. VI. 49: „et in aecclesia se primitus altari tradens ... baculum a rege accepit pastoralem et mox inthronizatur", ibid. VI. 27.

[3] Die mittelalterlichen Schriftsteller gebrauchen dafür die Ausdrücke episcopatum oder episcopium dare Thietm. chron. V. 25; VI. 54, SS. 3, 803. 832 (S. 533. n. 3), Flodoard. ann. a. 927, SS. 3, 377; concedere ibid. a. 926; Anselm. g. ep. Leod. c. 49, SS. 7, 219; contradere Lamb. ann. a. 1048, SS. 5, 154; praesulatum donare, Herim. Aug. chron. a. 1054, SS. 5, 154. Die Verleihung wird auch als donum, s. S. 531. n. 2 u. munus regis, Thietm. III. 2 u. VI. 53, SS. 3, 759. 832, S. 533. n. 2 bezeichnet.

[4] Der virga pastoralis, Adam. Brem. g. I. 56, o. S. 533. n. 3; vit. Burch. ep. c. 4, SS. 4, 834; des baculus pastoralis Thietm. chron. VI. 49, SS. 3, 830; andere Stellen bei Waitz V. G. 7, 280, mitunter auch des Bischofsstabes eines anwesenden Bischofs, Thietm. V. 24, s. o. Note 2 (des baculus Petri bei der Beförderung Heriberts von Köln 999 gedenkt Lantbert. c. 5, SS. 4, 744). Daneben wird auch der Ring (anulus) als Zeichen der Vermählung mit der Kirche, aber erst seit den Zeiten Heinrichs III. gebraucht, anom. Haser. c. 34, SS. 7, 264. Von Heinrich II. ist der Ring als Zeichen eines bindenden Versprechens auf Verleihung des Bisthums gegeben worden, Thietm. VI. 44, SS. 3, 825: „egressus tunc Walterdus anulum portat in manu sua et ostendens nobis: Ecce habetis, inquid, pignus subsecuturae pietatis. Et tunc omnes nos in presentiam venientes, examinatione regis ipso primitus eum laudante, predictum patrem elegimus et ... mox a rege accepit baculum pastoralem". Auch noch unter Heinrich IV. 1057 erscheint der Ring in dieser Bedeutung. Gundekar von Eichstädt wird im August zu Tribur anulo investitus, ein Akt, der vorher als designatio bezeichnet wird, und erhält im Oktober zu Speier die virga pastoralis, vita Gundekar. SS. 7, 245. 246. Ende des 10. Jahrh. kommt auch die Infal als Zeichen der Uebertragung vor, Alpert. de divers. temp. I. 12, SS. 4, 706; g. episc. Camer. I. 102, SS. 7, 443: „Rothardo infulam praesulatus impertivit"; auch einmal bei der Verleihung von Paderborn an Meinwerk 1009 durch Heinrich II. der Handschuh, vit. Meinwerci c. 11. SS. 11, 112.

[5] Thietm. VI. 44, SS. 3, 825: „a rege accepit baculum pastoralem. Post sacramentum regiae potestati exhibitum introductus est ad aecclesiam ... et laus domino a praesentibus canitur"; Gerhard. vit. Oudalrici c. 1, s. Note 6; Thietm. VI. 27, SS. 3, 817: „me ad capellam Bennonis episcopi, ubi rex eundem exspectabat, duxit et paratus ad missam regi me per manus tradidit". Vgl. auch Bernheim, Lothar III. u. d. Wormser Konkordat. Strassburg 1874. S. 66. 69. Diese Neuerung im Vergleich zur karolingischen Zeit (s. o. S. 529. n. 2) erklärt sich m. E. einmal aus dem Wegfall des allgemeinen Treueides, ferner aus der in Folge des Lehnwesens herbeigeführten Auffassung des Uebertragungsaktes als Belehnung.

[6] Alle von Waitz 7, 283. n. 4 beigebrachten Stellen gehören dieser späteren Zeit an, wie denn auch das Wort investitura auf lehnrechtlichem Gebiete für die Uebertragung des Lehns, die Konstituirung des Rechtes an demselben, gerade erst im 11. Jahrhundert gebräuchlich geworden ist, vgl. Heusler Gewere. Weimar. 1872. S. 288. 290. In Gerhardi (u. 982) vit. Oudalrici c. 1, SS. 4, 387: „Heinrico regi praesentatus (d. h. Ulrich) ... supplicatumque est, ut praefato ... Oudalrico episcopalis potestas ab eo concederetur. Rex ... regio more in manus eum accepit munereque pontificatus honoravit. His ... peractis ... de rege revertentes et ad Augustam pervenientes secundum regis edictum potestativa manu vestituram episcopatus sibi perfecerunt", kann vestitura nicht, wie Waitz 7, 283 n. 2 u. 4 annimmt, die Investitur im Sinne von Uebertragung des Bisthums bedeuten — diese liegt in dem „munere pontificatus honoravit" — vielmehr ist damit *vestitura* im alten Sinne von *Besitzeinweisung*, Stobbe, deutsch. Pr. R. II. 1, 11; Heusler a. a. O. S. 23, also die Inthronisation (s. S. 537 im Text), gemeint.

[7] Dass in dem Bewusstsein der damaligen Zeit zwischen der bischöflichen Regierungsgewalt, jurisdictio, und den weltlichen mit dem Bischofsamt bez. Bisthum verbundenen Rechten nicht unterschieden worden ist, zeigen ausser den bisher schon angeführten Stellen, s. o. Note 3, die Ausdrücke: „clerum et populum commisit"; Thietm. V. 24, s. Note 2; „episcopatum et anime curam fideliter commendavit, curam cum baculo pastoralem commisit", ibid. II. 16; VI. 27, SS. 3, 751. 817; „regimen pastorale commiserat",

Erst auf Grund desselben erfolgte demnächst die Besitzeinweisung des Belehnten in das Bisthum in Form der Inthronisation, der Besteigung der bischöflichen Kathedra in der Domkirche seines nunmehrigen Bisthums [1], und darauf, wie wohl mitunter auch vorher [2], die Konsekration zum Bischof. Diese letztere wurde gewöhnlich von dem Metropoliten [3] und seinen Komprovinzial-Bischöfen oder mehreren derselben [4], bei Erzbischöfen dagegen von den letzteren vollzogen [5]. Wegen der vorangehenden königlichen Uebertragung des Bisthums war die Ertheilung der Bischofsweihe, deren der Ernannte in der Regel noch bedurfte [6], nur eine rein formelle Funktion, denn von einer Prüfung der Tauglichkeit des zu Konsekrirenden, wie in früher Zeit [7], konnte dabei nicht mehr die Rede sein. Einwendungen gegen dieselbe mussten vor der Ernennung geltend gemacht werden, und wenn auch die Bischöfe und vor Allem der betreffende Metropolitan vom König bei der Berathung über die Besetzung zugezogen wurden, so nahmen sie dabei doch nur die Stellung politischer und geistlicher Rathgeber des Königs ein, keineswegs erschienen sie aber als Kirchenobere,

g. episc. Camer. I. 110, SS. 7, 449; „episcopus ab imperatore promovetur", Herim. Aug. chron. a. 1000, SS. 5, 118; „sublimavit ad pastoralis regiminis officium", s. S. 534. n. 2, vgl. auch Waitz 7, 284. A. M. Ficker, Eigenthum des Reichs am Reichskirchengut. S. 133.

[1] Sie ward durch den König selbst oder in seinem Auftrage, wenn er nicht anwesend war, vorgenommen, s. S. 531. n. 3; S. 536. n. 2 u. 6; vit. Brunon. c. 13, SS. 4, 259; vit. Deoder. c. 3, s. S. 533. n. 5. Othlon. vita s. Wolfkangi c. 14, SS. 4, 531: „Imperator . . . reluctanti (Wolfgang 972) episcopatum commendavit. Deinde cum comitatu fideli multorum remissus, Ratisponam est ingressus . . . atque more pontificum inthronizatur . . . necnon a Friderico archiepiscopo (v. Salzburg) illiusque suffraganeis post aliquot dies in sacerdotem apostolicum ibidem consecratur". Otton. I. mandat. de inthronizatione Adalbert. archiep. Magd. a. 968, LL. 2, 561; Anselm. g. episc. Leod. II. 51, SS. 7, 220; vit. Gundekar. SS. 7, 245. 246.

[2] So bei Burchard v. Worms i. J. 1000, vita Burch. c. 6, SS. 4, 835: „Post aliquos autem dies (nach seiner Ernennung) . . . cum archiepiscopo (v. Mainz) in locum Helingunstat pervenit ibique sacerdotalis officii infulam accepit (er wird, weil er noch Diakon war, zunächst zum Priester geweiht). Sequenti autem die pontificalis benedictionis unctione venerabiliter consecratus est. Deinde . . . ab archiepiscopo . . . dimissus sibi commissum episcopatum visitavit Wormaciamque venit"; Thietmar v. Merseburg 1009, Thietm. chron. VI. 27, SS. 4, 817: „ad Novam Urbem (Neuburg a. d. Donau) venimus. Ibi tunc . . . a predicto archipresule (v. Magdeburg), Hilliwaldo (v. Zeitz) confratre nostro adiuvante et coepiscopis non minus quam 4 asspirantibus in regis presentia crismate in sacerdotem perunctus sum 8 Kal. Mai"; c. 29, p. 818: „ad invadendam episcopalem cathedram iussu regis ego precedebam". Mitunter ist auch die Inthronisation und Weihe an demselben Tage vorgenommen worden, Lantb. vita Herib. Colon. c. 6, SS. 4, 744.

Auch über den Akt der Inthronisation schweigen die karolingischen Quellen. Wahrscheinlich hängt die besondere Ausbildung desselben in der oben angegebenen Bedeutung ebenfalls mit der sich entwickelnden lehnrechtlichen Auffassung der Verleihung der Bisthümer zusammen.

[3] S. die beiden vorigen Noten, ferner S. 533. n. 3; vit. Deoder. c. 3, SS. 4, 465; g. episc. Camer. I. 102, SS. 7, 443; Anselm. g. episc. Leod. II. 52, SS. 7, 220; Annal. Saxo SS. 6, 682. In Ausnahmefällen ist auch die Ordination durch den Papst erfolgt, g. episc. Camer. I. 110, SS. 7, 449: „Per idem . . . tempus Arnulfus Remensium archiepiscopus . . . ab episcopali gradu depositus erat, in cuius vice Gerbertus . . . subrogatus . . . Unde quia inter eos diuturna contentio habebatur, Romam . . . cum imperatore (996) . . . Erluinus (995 zum Bischof v. Kammerich ernannt) profectus est a papa ordinandus . . . Ab hoc (Gregor. V.) . . . sumpsit Erluinus . . . culmen pontificalis sacerdotis". Dieses Verfahren zeigt, dass das Recht des Metropoliten auf die Konsekration seiner Suffragane im Princip anerkannt war.

[4] S. Note 1; neben diesen fungirten mitunter auch andere Bischöfe, s. dieselbe Note, Flodoard. ann. a. 962, SS. 3, 406; vit. Gundek. SS. 7, 246.

[5] Das war die Regel Thietm. chron. II. 16, SS. 3, 751; Lantbert. vit. Heribert. c. 6, SS. 4, 744. Als Konsekrator fungirt dann der älteste Suffragan, ein anderer nur mit seiner Erlaubniss, Thietm. V. 26, SS. 3, 803: „Tagino . . . accepta ab Hilderico antistite licentia, qui primus horum in ordine fuit confratrum, a Willigiso, archipresule Magontino consecratus est . . . omnibusque coepiscopis ad haec faventibus". Mitunter hat freilich der König einen anderen Erzbischof zum Konsekrator bestimmt, Thietm. VI. 54, SS. 3, 832.

Der Ort der Konsekration ist verschieden, jedenfalls nicht mehr immer die Kathedrale des neuen Bischofs oder seines Erzbischofes, s. die vorhergehenden Noten.

[6] Translationen eines Bischofs auf ein anderes Bisthum sind in dieser Zeit äusserst selten.

[7] S. o. S. 529.

welche, wie dies ehemals der Fall war, ein selbstständiges Prüfungs- und Entscheidungsrecht zu üben hatten [1].

II. Während in Deutschland und in Italien die deutschen Könige und Kaiser zufolge ihrer Machtstellung gegenüber den Fürsten und der Kirche, insbesondere auch gegenüber dem Papstthum, das Ernennungsrecht zu den Bisthümern sich seit dem Ausgang der karolingischen Zeit ungeschmälert bewahrt hatten, ja dasselbe in noch freierer Weise ausübten, gelang dies dem schwachen Königthum, welches den Karolingern in Frankreich folgte, nicht, vielmehr musste es seinen Einfluss auf die Besetzung der Bisthümer mit den von ihm unabhängigen Grossvasallen theilen, welche die Landesherrlichkeit über die in ihren Territorien gelegenen Bisthümer erwarben [2], mitunter auch die Lehnsherrlichkeit über letztere wegen der an dieselben ausgeliehenen Güter erlangten, ja endlich sogar an einzelnen Bisthümern Eigenthumsrechte geltend machten [3]. Wenngleich der König und die gedachten Machthaber, manchmal sogar nicht ohne Einverständniss mit der höheren Geistlichkeit, in der willkührlichsten Weise mit den Bisthümern zu schalten und die Vergebung derselben als Einnahmequelle zu benutzen trachteten [4], so glückte ihnen dies doch nicht immer, vielmehr scheiterten diese Ver-

[1] Die ep. Aribon. archiep. Mogunt. ad clerum, militiam et familiam Wormac. v. 1025, Giesebrecht, Gesch. d. deutsch. Kaiserzeit 2, 675: „Invitatis me ad vestram voluntatem peragendam in cauda, qui primus fore in electione praesulis Wormaciensis ecclesiae aut cum primis esse debueram. Vix . . . credere potuissem . . . regem, quae nostri iuris sunt et antecessorum nostrorum fuerunt, nobis absente velle invadere et a nobis eligendum et consecrandum episcopum sine nostro consilio et consensu statuere“ betont offenbar die Stellung des Metropoliten in einer Weise, die den thatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht.

[2] Vgl. Warnkönig u. Stein, französische Staats- und Rechtsgesch. 2. Ausg. 1, 222. 240; W. Schäffner, Gesch. d. Rechtsverfassg. i. Frankreich. 2. Ausg. 2, 149. 165 ff. 173. 621.

[3] So setzt 990 der Vicegraf Wilhelm von Beziers die civitas Biterris cum ipso episcopatu zur Ausstattung für seine Tochter, die civitas Agatha cum ipso episcopatu zum Witthum für seine Frau aus, Histoire générale de Languedoc. Paris 1730. I. 2 preuv. p. 146; Graf Pons v. Toulouse bestimmt 1037 ebenfalls zum Witthum episcopatum Albiensem et civitatem et medietatem de episcopatu de Nemauso, a. a. O. p. 200; vgl. auch Ficker, das Eigenthum des Reichs etc. S. 38. 39.

[4] Rudolfi Glabri histor. II. 6, Du Chesne, hist. Franc. scr. 4, 17: „ipsi reges qui sacrae religionis idonearum decretores personarum esse debuerant, munerum largitione corrupti, potiorem ad regimen ecclesiarum vel animarum diiudicant, illum videlicet a quo ampliora munera suscipere sperant; ep. canonicor. eccl. Carnot. ad Leother. Senon. archiep. a. 1029, l. c. p. 195: „miramur . . . quod nobis pastore carentibus in altero substituendo primum bene favisti et postremo sententiam tuam depravasti, alium quam nos elegeramus, ordinando. Ne autem dicas, ignorasse te electionem nostram, mandavimus tibi per diaconos nostros . . . elegisse nos A. decanum cum literis nostris idipsum continentibus . . . Quodsi post haec alium tibi obtulerunt vel rex vel aliqui ex nostris minus sapientibus, oportuisset te causam diligenter attendere et inter ipsos diiudicare, quorum sanior haberetur electio . . . Volumus autem scire te, quod ipsam electionem nostram mandavimus regi per suos monachos, Hernaldum priorem et Restaldum praepositum s. Dionysii. Quibus etiam obicientibus de Theoderico ordinando regiam voluntatem, iniunximus, ut dicerent regi, ne id temere fieri iuberet. Vocaret autem nos antea, si sibi placeret ad curiam suam vel suae voluntati consensuros vel cur dissentiremus ostensuros. His vero dictis nostris ipse domnus rex contemptis, qualem sibi libuit personam absque nostra petitione ordinari violentus acceleravit“; ep. Fulberti episc. Carnot. 132, l. c. p. 197; über die Besetzung des Bisthums Langres 1031 s. Gallia christ. 4, 556 u. Chronic. S. Benigni Divion. bei D'Achery spicileg. 2, 390: „in eius locum (Lamberti) substituit Rotbertus rex episcopum Richardum . . . tamen contra voluntatem cleri et plebis totius . . . Rex autem iterum dedit episcopatum cuidam clerico Carnotensis ecclesiae. Hugo hic erat dictus . . . itaque Hugonis ordinatione instante . . .“; Graf Wilhelm von Toulouse verkauft 990 das Bisthum Cahors an den Meistbietenden in Uebereinstimmung mit dem Metropoliten, Histoire générale de Languedoc 2, 128, jedoch wurde nach dem Rücktritt des betreffenden Kandidaten später unter wesentlicher Beeinflussung des Grafen und des Erzbischofs ein anderer Kandidat gewählt, s. den Wahlbericht bei D'Achery, spicil. 3, 379; das Bisthum Le Puy ist 1053 durch König Heinrich I, obwohl er die Anerkennung der Wahl versprochen, nicht dem von dem clerus, der militia und dem populus erwählten Kandidaten, sondern auf Anstiften des Grafen von Toulouse und in Folge stattgehabter Bestechung, einem anderen verliehen worden, Gallia christ. 2, 699. Um 1040 wird das Bisthum Albi von zwei Brüdern, dem Vicecomes und dem Bischof von Nimes, in der Weise verkauft, dass es dem Käufer nach dem Tode des damaligen Bi-

suche oft an dem Widerstand der übrigen Grossen und der Geistlichkeit [1]. Das Ernennungsrecht des Königs und der Grossvasallen konnte daher keine so unbestrittene Anerkennung, wie in Deutschland und in Italien, erlangen, vielmehr blieb daneben immer das Wahlrecht der Geistlichkeit, des Adels und des Volkes in Geltung [2], dessen Ausübung freilich vielfach von den weltlichen Machthabern beeinflusst worden ist [3]. Immerhin hat sich aber das Recht der karolingischen Zeit [4] insoweit erhalten, als ohne den Willen des Königs oder des betreffenden Grossvasallen keine Wahl für ein Bisthum vorgenommen werden konnte [5], und der Gewählte der Zustimmung des

schofs auf Lebenszeit gehören soll, gleich viel, ob er sich selbst oder einen anderen zum Bischof weihen lassen will, Gallia christ. 1, instr. p. 4. Vgl. auch Bouquet, recueil 11, CCXXVIII.

[1] c. 48 hist. episc. Autissiodor. (a. 997), Labbé, nov. bibl. manuscr. 1, 447: „nonnulli clericorum quos altitudo saeculi ad hoc illiciens impulit, qualiter in episcopalem cathedram tam fastu parentelae quam promulgatione pecuniae inveherentur, cumque regi Roberto de quibusdam ac praecipue de quodam Guidone nimium secularissimo per Henricum ducem suasum fuisset, ut consecraretur episcopus et rex quemadmodum eum hortabatur, assensum praeberet, ac iam metropolitanus Senonum pontifex ... Seuuinus vocatus esset, ut de more perficeret, cessari contigit. Conquerebatur ergo super hoc tota unanimis concio canonicorum ac reliqui totius plebis sanum sapientes, abusive fieri testabantur, idcirco maxime quod clericorum electione, ut antiquus mos habet, deberet institui pastor ecclesiae: quod comperiens archiepiscopus ad propria rediit ... Interea mittitur ad regem; aperitur ei querela simul et commune decretum utriusque condicionis hominum sexus et ordinis, nempe Joannem voto illorum omnium idoneum fore pontificem, quod rex .... annuens ... nec revera contra ius fasque absque cleri electione vel plebis episcopum volebat constituere; mox vero, ut comperta est regis voluntas a civibus ... revocatur archipraesul et sic ex more sacratus Joannes in sede pontificali ... constituitur". Der in Le Puy 1053 eingesetzte Bischof (s. vorige Note) musste später wieder auf Beschwerde der Wähler bei Leo IX. einem von diesem geweihten Bischof weichen.

[2] Bericht über die Wahl Gerberts zum Bischof von Rheims 991, Mansi 19, 106: „Nos igitur episcopi Remorum dioeceseos ... favore et conniventia utriusque principis nostri ... Hugonis ... et regis Roberti assensu quoque eorum qui dei sunt in clero et populo eligimus nobis archiepiscopum abbatem Gerbertum"; c. 49 hist. episc. Autissiodor. (a. 999) l. c. p. 449: „favente Henrico duce atque annuente Roberto rege electus est ex more Hugo ac consecratus in ecclesia ... indeque principali sedi Autissidiori datus episcopus"; Fulberti Carnot. ep. 8 v. 1020 (Bouquet, recueil 10, 460): „sic tibi substitutus est Franco eligente clero, suffragante populo, dono regis, approbatione romani pontificis per manum metropolitani Senonensis". Als wahlberechtigt erscheinen dieselben Personenklassen, insbesondere auch die Domgeistlichkeit und die militia oder die Vasallen, wie in Deutschland, s. auch die folgenden Noten, insbesondere Note 5; jedoch tritt vielfach die Betheiligung des Erzbischofs und der Komprovinzialbischöfe in entscheidender Weise hervor, s. den Bericht über die Wahl Gerberts und die folgende Note.

[3] So wurde Arnulf 988 auf Veranlassung Hugo Kapets zum Erzbischof von Rheims erwählt, Mansi 19, 93. 94; Hefele, Konciliengesch. 4, 606; über die Wahl in Cahors (s. S. 538. n. 4) heisst es bei D'Achery l. c.: „per consensum et voluntatem Guilelmi, comitis Catorcensis recepimus in nostro episcopali numero atque collegio ... Gausbertum et electum episcopum in ipsam sedem ... ecclesiae Caturcensis episcopum exaltavimus et ... inthronizavimus et ipsi ecclesiae pastorem praefecimus".

[4] S. o. S. 526.

[5] In den vorher citirten Stellen, s. namentlich Note 1 u. 2, sind mit Rücksicht auf die frühere Zeit und sowie auf das seit dem 12. Jahrhundert in Frankreich feststehende Recht der Nothwendigkeit der königlichen Erlaubniss zur Wahl, Schaeffner a. a. O. S. 622, Warnkönig u. Stein a. a. O. S. 221, die Ausdrücke annuente rege, favore regis u. s. w. nicht blos auf die Person des Gewählten, sondern auch auf die Vornahme der Wahl überhaupt zu beziehen. Vgl. auch den ep. cleri Lemovic. ad Wilhelm. Aquitan. comit. a. 1052, Gallia christ. 2 instr. p. 173: „Quare tuam rogamus pietatem, ne propter mundiale lucrum vendas s. Stephani locum, quia si tu vendis episcopalia, ipse nostra manducabit communia ... quaeramus tibi episcopum, non rapacem lupum", und dazu das Schreiben der Bischöfe an Erzbischof von Bourges v. 1052, Mansi 19, 805: „clericorum et optimatum plures ... Guillelmum comitem adiimus ... utque deo dignum episcopum ... ecclesiae Lemovicensi provideret, rogavimus. Ipse ... super eligendo antistite haesitans huc illucque animum vertens, totius Aquitaniae primorum et ecclesiae nostrae clericorum et casatorum (d. h. vasallorum) commune expetiit consilium, si quem ... reperiret idoneum ... postremo sententia cleri et populi necnon et comitis totiusque Aquitaniae potestatis in unum convenit, ut ... Icterium ... elegerunt ... atque episcopum acclamaverunt. Elegimus ergo illum ... ex voluntate ... Guillelmi comitis et Adomari vicecomitis omniumque procerum et casatorum atque totius populi clericorum quoque, decani ... praepositi ... et omnium archidiaconorum, cantoris atque totius cleri. Igitur, domine Bituricensis metropolitane, ante vestram praesentiam caeterorumque episcoporum ... hic adunatorum venimus postulantes ..., ut hunc clericum a deo praeelectum, a nobis autem accla-

Regenten bedurfte[1]. Nach der Wahl oder bei der Ernennung fand ebenso wie in Deutschland eine Uebertragung des Bisthums durch den letzteren an den Neugewählten oder Ernannten[2], und zwar wohl gleichfalls unter Uebergabe des Bischofsstabes, sowie auch des Bischofsringes[3], statt. Aber im Gegensatz zu Deutschland ist es der Geistlichkeit gegenüber dem schwachen Königthum wenigstens theilweise gelungen, die Konsekration, welche der alten Regel gemäss von dem Metropoliten unter Zuziehung der Komprovinzial-Bischöfe vollzogen wurde[4], vor die Verleihung des Bisthums seitens des Königs oder der Grossvasallen zu verlegen[5].

matum, ab apostolico Romano et ab omnibus comprovincialibus episcopis collaudatum, ab comite . . . et omnibus optimatibus adiudicatum, nobis ordinetis episcopum".

1 S. die vorangehenden Noten.

2 Hist. episc. Autissiodor. c. 50 (a. 1048), Labbé l. c. 1, 451: „Heribertus II. . . ., quem antecessor eius Hugo in pontificem elegit, cui postmodum rex Heinricus . . . episcopatum ex more dedit"; ep. Fulberti, S. 539. n. 2.

3 Bei der Absetzung Arnulfs von Rheims 991 concil. Rem. c. 53, Mansi 19, 152, wird erzählt: „resignat ergo regi, quae a rege acceperat, deponit quoque sacerdotalis dignitatis insignia" und vorher c. 45, l. c. p. 148, heisst es: „Arnulphus . . . in sua promotione annulum et baculum acceperat . . . haec eum reddere debere". Dazu kommt, dass der Bischofsstab schon in karolingischer Zeit bei der Verleihung der Bisthümer vom König gebraucht ist, s. o. S. 529. Vgl. auch die zweitfolgende Note.

4 ep. a. 1029, S. 538. n. 4 u. S. 539. n. 1; die Wahldekrete für Arnulf und Gausbert a. a. O. n. 3; c. 5 conc. Roman. a. 998 o. 999, Mansi 19, 226: „Stephanus s. Vallavensis (von Le Puy) ecclesiae dictus episcopus, ut omni ordine sacerdotali careat, auctoritate apostolica edicimus eo quod a Widone vivente episcopo et avunculo et praedecessore suo sit electus sine cleri et populi voluntate ac post eius mortem a duobus tantum episcopis non comprovincialibus sit ordinatus". Ferner wird auf der römischen Synode v. 998 der Bischof von Auch abgesetzt, weil er von einem fremden Metropoliten sich hatte weihen lassen, Mansi l. c. p. 228.

In Ausnahmsfällen hat sich auch der Papst die Konsekration vorbehalten, s. die erstcitirte Synode c. 7: „ut clerus et populus civitatis Vallavorum licentiam habeant eligendi episcopum iudicatum est; ut electus a domno papa consecretur in episcopum, iudicatum est", hier weil der Erzbischof von Bourges ebenfalls an der unrechtmässigen Weihe des Stephan (c. 5) Theil genommen und deshalb suspendirt war (c. 6 ibid.). Auch Ivo Chartres ist von Urban II. geweiht, weil sein Metropolit die Konsekration nicht vornehmen wollte, s. ep. 8 Ivon. Carnot. ed. II. Paris. 1610. p. 16; ep. Urban. II. a. 1090, Mansi 20, 650.

5 Direkte Beweisstellen dafür fehlen allerdings, wenngleich die angeführten Berichte und Wahlprotokolle S. 539. n. 3 ff. kaum dahin ausgelegt werden können, dass die Verleihung des Bisthums vor der Konsekration erfolgt ist. Dagegen lässt sich nicht bezweifeln, dass die hohe Geistlichkeit, deren Mitglieder vielfach noch bei Lebzeiten zu Gunsten ihrer Verwandten und Anhänger über ihre Bisthümer verfügten (s. o. Note 4 u. S. 538. n. 4; ein anderes Beispiel bei Mansi l. c. p. 741) und diesen die Nachfolge auch durch simonistische Mittel zu sichern suchten, in der obengedachten Weise die Rechte der Regenten zu schmälern unternommen haben. Ferner kommt in Betracht, dass der Abt Suger v. S. Denis de vita Ludov. grossi c. 9, Du Chesne l. c. 4, 289, den Erzbischof v. Trier, den Gesandten Heinrichs V., zu Chalons 1107 dem Papst Paschalis' II. erklären lässt: „Temporibus antecessorum nostrorum ss. et apostolicorum virorum magni Gregorii et aliorum hoc ad ius imperii pertinere dinoscitur, ut in omni electione hic ordo servetur: antequam electio in palam proferatur ad aures domini imperatoris perferre et si personam deceat, assensum ab eo ante factam electionem assumere, deinde in conventu secundum canones petitione populi, electione cleri, assensu honoratoris proferre, consecratum libere nec simoniace ad d. imperatorem pro regalibus, ut annulo et virga investiatur redire, fidelitatem et hominium facere. Nec mirum, etenim civitates et castella, marchias, thelonea et quaeque imperatoriae dignitatis nullo modo aliter debere occupare". Eine solche irrige Darstellung des in Deutschland üblichen Besetzungsverfahren, s. o. S. 535, kann der Bischof von Trier unmöglich gemacht haben, s. auch Hefele a. a. O. 5, 258. Offenbar legt ihm aber Suger seine eigene, aus der Kenntniss der früheren französischen Verhältnisse entnommene Auffassung in den Mund. Denn der behauptete vorgängige Bericht vor der Wahl war in Frankreich behufs Erlangung der Wahlerlaubniss nöthig, und dass hierbei auch über die dem König genehmen Kandidaten verhandelt wurde, liegt in der Natur der Sache. Passt der erste Theil des Berichtes für Frankreich, so ist nicht minder anzunehmen, dass auch dafür der letzte über das Verhältniss der Konsekration zur Belehnung hinsichtlich dieser selbst, des Fidelitätseides und des hominium zutreffend ist. — Andererseits soll nicht geleugnet werden, dass auch die Ertheilung der Investitur vor der Konsekration stattgehabt hat, s. die S. 538. n. 4 citirte Stelle des Chron. S. Benigni.

f. Die Besetzung der bischöflichen Stühle vom 11. Jahrhundert ab.

aa. Der Kampf des Papstthums und der weltlichen Fürsten um die Besetzung der bischöflichen Stühle.

§. 122. α. *In Deutschland* (*Investiturstreit*).

Gegen den bedeutenden Einfluss der weltlichen Fürsten auf die Besetzung der Bisthümer, welcher freilich bei der hervorragenden Berücksichtigung der politischen Interessen manche Uebelstände zur Folge gehabt hatte[1], ist bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts eine entschiedene Opposition nicht hervorgetreten. Gerade die deutschen Kaiser hatten trotz mancher missbräuchlichen Ausübung ihres Ernennungsrechtes eine Reihe ausgezeichneter und tüchtiger Männer auf die Bischofssitze erhoben und mit ihnen für die Reformation des Papstthums und der Kirche gewirkt. Vor Allem war es Heinrich III., welcher die von den Clugniacensern ausgegangenen Reformbestrebungen auf Beseitigung der aus weltlicher Gesinnung und weltlichem Leben hervorgegangenen Schäden der Kirche unter Mitwirkung des von ihm wieder erhöhten Papstthums beförderte, und in Folge dessen sich, im Gegensatze zu seinen Vorgängern[2], jeder simonistischen Vergebung der Bisthümer enthielt[3]. Wenn daher Leo IX., von denselben Anschauungen erfüllt, mit den von ihm abgehaltenen Synoden ebenfalls gegen das damals auch unter der Geistlichkeit allgemein verbreitete Laster der Simonie einschritt[4], so hat er doch das Ernennungs- und Investiturrecht des deutschen Kaisers nicht angetastet, während der unter seinem Vorsitz auf der Synode von Rheims 1049 beschlossene Kanon, dass Niemand ohne die Wahl des Klerus und des Volkes zu einem kirchlichen Leitungsamt erhoben werden sollte[5], sich unzweifelhaft gegen die einseitige Besetzung der Bischofsstühle durch den König von Frankreich und die französischen Grossvasallen richtete[6].

Innerhalb der zu Rom tonangebenden Reformpartei trat aber in jener Zeit eine immer mächtiger werdende Strömung hervor, welche die Kirche von dem Einfluss der weltlichen Gewalt durch Vernichtung desselben befreien und die Leitung der Reform nicht nur in die Hände des Papstes legen, sondern auch die weltlichen Herrscher, vor Allem das deutsche Kaiserthum, dem Papstthum als der entscheidenden und massgebenden Macht, unterwerfen wollte[7]. Die Vertreter dieser Richtung

[1] Vgl. die Klagen Attos v. Vercelli († cc. 960) depressuris ecclesiasticis P. II, Migne patrolog. 134, 69. 72. 74, welche sich allerdings auf die italienischen Verhältnisse zur Zeit Berengars und seiner Nachfolger beziehen.

[2] Waitz 7, 292 ff.

[3] Wipon. vit. Chuonr. imp. c. 8, SS. 11, 263: „dum rex et regina a quodam clerico . . . Uodalrico, qui ibi tunc (Basel 1025) episcopus effectus est, immensam pecuniam pro episcopatu suscéperent, postea rex in poenitentia motus voto se obligavit pro aliquo episcopatu vel abbatia nullam pecuniam amplius accipere, in quo voto pene bene permansit. Sed filius eius III us Heinricus . . . optime et sine omni scrupulo patrium votum expiavit, quia in omni vita sua pro omnibus dignitatibus ecclesiasticis unius oboli precium non dicitur adhuc accepisse“.

[4] S. Th. I. S. 151. n. 2; conc. Rem. a. 1049, Mansi 19, 737 ff.; Hefele 4, 689 ff.

[5] c. 1, Mansi 19, 741: „Ne quis sine electione cleri et populi ad regimen ecclesiasticum proveheretur“. Desgleichen hat Viktor II. für die durch Simonie verwüstete Kirche von Embrün „secundum electionem cleri et populi ad petitionem quoque religiosorum principum et ad suggestiones primatuum circumiacentium provinciarum“ einen Bischof geweiht, ep. ad Winimann. 1057, Mansi 19, 859. Das von seinen Legaten 1056 abgehaltene Koncil von Toulouse c. 1, l. c. p. 847 trifft nur die Bischöfe, welche andere Bischöfe und Kleriker gegen Geld weihen.

[6] Vgl. über das vorhergehende und nachfolgende Giesebrecht im Münchner histor. Jahrbuch f. 1866. S. 93 ff.; Meltzer, Papst Gregor VII. u. d. Bischofswahlen. 2. Aufl. Dresden 1876.

[7] Als Programm dieser Partei kann, wie Giesebrecht a. a. O. S. 106. 107 nachgewiesen hat, vgl. auch Meltzer S. 37, die Schrift des Kardinalbischofs Humbert v. Silva-Candida ad-

sehen in einer solchen Stellung der Kirche das alleinige Mittel, die Schäden innerhalb derselben zu beseitigen. Als Hauptübel betrachten sie die Simonie, insbesondere die Besetzung der Bisthümer durch die Fürsten und die Benutzung des kirchlichen Vermögens für staatliche Zwecke [1], und fordern daher namentlich die Beseitigung der Investitur mit Stab und Ring durch Laienhand, weil diese Symbole die Zeichen des bischöflichen Amtes sind und die Laien mit der Uebertragung desselben ebensowenig etwas zu thun haben dürfen, wie mit der Spendung der Sakramente [2].

Mit der Erhebung Nikolaus' II. in dem günstigen Zeitpunkt, wo an der Spitze des deutschen Reiches ein schwaches Kind stand, begann die praktische Durchführung dieses Programmes. Zunächst wurde allerdings die Verwirklichung desselben auf der römischen Synode von 1059 in einer noch wichtigeren Beziehung durch die Aufstellung eines Wahlmodus, welcher die Besetzung des päpstlichen Stuhles jeder Mitwirkung des römischen Adels und Volkes entzog und die bisherigen Rechte des Kaisers in empfindlicher Weise schwächte [3], unternommen. Die gedachte Synode untersagte zwar gleichzeitig den Geistlichen, Kirchen aus der Hand eines Laien anzunehmen, erwähnte dabei indessen noch nicht ausdrücklich der Bisthümer [4], und ebenso wiederholte die erste unter Alexander II. 1063 zu Rom abgehaltene Synode

versus simoniacos libri III a. 1058, Martène u. Durand thes. nov. anecdot. 5, 633; Migne patrolog. 143, 1005 ff. betrachtet werden. Hier heisst es III. 21: „qui sacerdotium et regalem dignitatem vult irreprehensibiliter et utiliter conferre, dicat sacerdotium in praesenti ecclesia assimilari animae, regnum autem corpori, quia invicem sese diligunt et invicem sese indigent suamque sibi operam vicissim exigunt et impendunt. Ex quibus sicut praeeminet anima et praecipit corpori, sic sacerdotalis dignitas regali, ut puta coelestis terrestri ... sacerdotium tamquam anima praemoneat quae sunt agenda; regnum deinde, tamquam caput, sui corporis omnibus membris praeemineat et ex quo expedit, praecedat. Sic enim regum est ecclesiasticos sequi, sic laicorum quoque reges suos ad utilitatem ecclesiae et patriae . . . Caeterum intra ecclesiam potestates necessariae non essent, nisi ut quod non praevalet sacerdos efficere per doctrinae sermonem, potestas hoc imperet per disciplinae terrorem".

[1] Vgl. hiezu besonders Humbert. II. 36; III. 1. 6: „Nonne saeculi principes prius vendiderunt et vendunt ecclesiastica sub falso nomine investitionis, deinde metropolitani sub tenore consecrationis"?, III. 15. 20. 21. Diese Zusammenwerfung der Simonie und der Investitur ist dem Vorbereitungsstadium und dem ersten Stadium des Investiturstreites eigen. Später, im Beginne des 12. Jahrhunderts, ist man sich schon über den Unterschied klar geworden, vgl. Schum, d. Politik Papst Paschal's II. gegen Kaiser Heinrich V. Erfurt 1877. S. 115. (Separatabdruck aus d. Jahrb. d. Akademie d. gemeinnützigen Wissenschaft zu Erfurt. Hft. 8).

[2] Humbert. III. 6: „Haec cum ita venerabiles omni mundo et summi pontifices spiritu sancto dictante decreverint, cum metropolitani iudicio electio clerici, principis autem consensu expetito, plebis et ordinis confirmetur, ad . . . totius christianae religionis conculcationem, praepostero ordine omnia fiunt suntque primi novissimi et novissimi primi. Est enim prima in eligendo et confirmando saecularis potestas, quam velit, nolit, subsequitur ordinis, plebis clerique consensus, tandemque metropolitani iudicium. Unde taliter promoti, sicut superius praedicatur, non sunt inter episcopos habendi: quia substitutio eorum capite pendet deorsum, quia quod debuit eis fieri postremum, factum est primum et ab illis quorum interest nihilum. Quid enim ad laicas pertinet personas sacramenta ecclesiastica et pontificalem seu pastoralem gratiam distribuere, camuros scilicet baculos et annulos quibus praecipue perficitur, militat et innititur tota episcopalis consecratio? . . . Quicunque ergo his duobus aliquem initiant, procul dubio omnem pastoralem auctoritatem hoc praesumendo sibi vindicant. Nam post haec encaenia, quod liberum iudicium de talibus rectoribus iam datis clerus, plebs et ordo seu metropolitanus eos consecraturus, habere poterunt, quid tantum superest rei, nisi connivent? Sic encaeniatus prius violentus invadit clerum, plebem et ordinem dominaturus quam ab eis cognoscatur, quaeratur aut petatur. Sic metropolitanum aggreditur, non ab eo iudicandus, sed ipsum iudicaturus; neque enim iam requirit aut recipit eius iudicium, sed solum exigit et extorquet servitium, quod ei solum in oratione et unctione est relictum".

[3] Th. I. S. 248 ff.

[4] c. 6: „Ut per laicos nullo modo quilibet clericus aut presbyter obtineat ecclesiam nec gratis nec pretio", Mansi 19, 898. Auf den unter dem Vorsitz des römischen Legaten 1060 abgehaltenen Koncilien zu Vienne und Tours wurde das Verbot der Simonie ebenfalls wiederholt, aber in einer Fassung, welche zwar die Vergebung der Bisthümer ausdrücklich erwähnt, aber direkt nur eine solche durch die Geistlichkeit, nicht durch die weltlichen Herrscher trifft, c. 1, l. c. p. 925. 926: „. . . quicumque deinceps pecunia aut aliqua interveniente conventione saeculari aut quo libet modo contra canonicam censuram episcopatum,

dieses Verbot nur in derselben allgemeinen Fassung[1]. Der Zusammenstoss mit dem deutschen Hofe erfolgte erst im Jahre 1068, als bei der Erledigung des Mailänder Bischofsstuhles der König, dessen Mutter und Rathgeber die Bisthümer in der früheren Art vergeben hatten[2], einem gewissen Gottfried die Investitur ertheilte, das Volk aber auf Veranlassung der Kurie, namentlich Hildebrands, einen kanonisch mit Roms Zustimmung gewählten Bischof verlangte[3]. Heinrich IV. und seine Räthe gaben nicht nach[4]. Gregor VII., welcher inzwischen Alexander II. gefolgt war, begnügte sich zunächst damit, auf der Synode von 1074 die früheren Verbote gegen die Simonie mit der Verschärfung, dass die Strafen auch auf die Mitschuldigen ausgedehnt wurden, erneuern zu lassen[5]. Unter den obwaltenden Umständen gewannen diese Vorschriften allerdings eine spezielle Beziehung auf den König und seine Räthe, indessen wollte der Papst offenbar in der Erwartung, dass der König sich seinen Forderungen fügen würde, es damals noch nicht zum vollständigen Bruch treiben[6]. Erst im folgenden Jahre, als dieser letztere sich zwar den päpstlichen Legaten gegenüber entgegenkommend gezeigt, aber in der Mailänder Sache nicht nachgegeben hatte[7], und ferner die deutschen Bischöfe der Abhaltung eines von den Legaten beabsichtigten Konzils zur Ausführung der auf der römischen Synode gefassten Beschlüsse entschiedenen Widerstand entgegengesetzt hatten[8], eröffnete Gregor VII. den Kampf,

abbatiam, archidiaconatum seu archipresbyteratum . . . vel beneficium . . . dare vel accipere quolibet modo canonibus contrario tentaverit et dans a proprio decidat gradu et dignitate, et accipiens ministerium seu beneficium male usurpatum nunquam recuperaturus amittat"; c. 2: „Si qui episcopus aut praelatus quilibet contra praefixam regulam aliquod ecclesiasticum ministerium seu beneficium . . . ordinare aut dare voluerit, libere liceat clericis contradicere et vicinorum episcoporum iudicium vel si necesse fuerit, ipsam quoque sedem apostolicam appellare". Die auf einer ferneren römischen Synode v. 1059 oder 1060 von Nikolaus II. vorgenommene Uebergabe des Bischofsringes an den Erzbischof Wido von Mailand nach Ableistung des Obedienzeides seitens desselben, Arnulfi g. archiep. Mediolan. c. 15 SS. 8, 21, kann ebenfalls nur als eine neue päpstliche Investitur des die Oberhoheit Roms anerkennenden Bischofs aufgefasst werden.

[1] c. 6 in c. 20 C. XVI. qu. 7.

[2] Und zwar wieder in der Weise, dass Gunst und Geld dabei entschieden, s. Lamberti annal. a. 1065, SS. 5, 171: „successit ei in episcopatu (Bamberg) Herimannus, . . . qui legationem praemisit ad necessarios suos . . . petens, ut sibi ad episcopatum quaqua possent ratione, aditum patefacerent. Quod et sedulo fecerunt, profuso in coemptionem eius argenti et auri inaestimabili pondere". a. 1066, ibid. p. 173, s. aber dazu vita Conradi Trev. c. 2, SS. 8, 214, gesta Trever. c. 9. l. c. p. 182. 183, annal. Altah. maior. a. 1067, SS. 20, 818. Vgl. Meltzer S. 68.

[3] Arnulfi g. archiep. Mediolan. c. 21. 22, SS. 8, 23.

[4] 1073 wurde Gottfried auf Befehl des Königs von den Suffraganbischöfen der Mailänder Provinz geweiht, Arnulfi g. archiep. Mediolan. IV. 3. SS. 8, 26.

[5] Mariani Scotti chron. SS. 5, 560: „decrevit quoque, ut sub sententia s. Petri cum Simone damnaretur non solum emptor et venditor uniusque consecrationis officii ecclesiastici i. e. episcopatus, presbiteratus, diaconatus, prepositurae, decanatiae, ecclesiae vel decimationis, sed socius transgressoris"; apologeticus Bernoldi c. 10, Mansi 20, 403; vgl. Meltzer S. 203.

[6] Noch 1073 setzte er die Weihe des Anselm von Lucca auf Veranlassung von Heinrich IV. aus, weil er (Hugon. Flavin. chron. II, SS. 8, 411): „episcopatus aelectionem solam, non autem donum per regiam acceperat investituram"; vgl. Meltzer S. 55. 57.

[7] Meltzer S. 65. 67. 74 ff. Dass Gregor VII. nicht gesonnen war, von seinen Forderungen abzugehen, zeigt die Weihe der Bischöfe von Macon und Die, welche er selbst gegen den Willen König Philipps I. von Frankreich, beziehentlich Heinrichs IV. vornahm, s. Gregor. reg. I. 76. 69. ep. collect. 7, Jaffé monum. Gregor. p. 95. 87. 527, Meltzer S. 79. 210. n. 16. Ebenso ist das Recht Heinrichs in dem Schreiben an den Grafen, den Klerus und das Volk von Montefeltro und Gubbio l. c. II. 41. p. 154, wonach die päpstlichen Kommissare die dortige Bischofswahl leiten und den Gewählten zur Konsekration nach Rom schicken sollen, ignorirt. In dem Brief über die Bischofswahl in Fermo l. c. II. 38 p. 151 enthält der Passus „donec . . . cum nostra sollicitudine tum regis consilio et dispensatione idonea ad regendam ecclesiam et episcopalem dignitatem persona idonea repperiatur" keine Anerkennung des Investiturrechtes des Königs mehr, und wenn überhaupt noch einer Betheiligung des letzteren gedacht wird, erklärt sich dies wohl aus der kaiserlichen Gesinnung des ersten Adressaten. Vgl. Meltzer S. 78. 79. Ueber weitere in Betracht kommende Momente s. denselben S. 82 ff.

[8] Meltzer S. 76; Hefele, Konciliengesch. 5, 23. Dafür wurden sie zur Verantwortung über



welcher beinahe fünfzig Jahre währte und herkömmlich mit dem Namen des Investiturstreites bezeichnet wird. Auf einer im Februar 1075 zusammenberufenen römischen Synode wurden die früheren Verbote erneuert, aber mit der wichtigen zusätzlichen Anordnung, dass das Volk die geistlichen Funktionen der Uebertreter derselben zurückweisen sollte[1]. Die ausgedehnte Verbreitung, welche diesen Kanonen gegeben wurde[2], konnte keinen anderen Zweck haben, als das Volk, namentlich in Deutschland, im Interesse der päpstlichen Politik gegen den bisher nicht gefügigen und kaiserlich gesinnten Episkopat, über dessen Mitglieder wegen ihres ablehnenden Verhaltens im Vorjahre zugleich Suspensionen verhängt wurden[3], aufzuregen und durch diesen Druck die geistlichen Fürsten von dem König zu trennen[4]. In einem weiteren Kanon[5] endlich wurde dem König das Recht der Investitur der Bisthümer abgesprochen, und damit das Verbot der Simonie zum ersten Mal direkt auf die Besetzung der deutschen und italienischen Bisthümer angewendet. Mit diesem Angriff auf ein althergebrachtes und früher päpstlicherseits anerkanntes Königsrecht war der Versuch gemacht, die Verfassung des deutschen Reichs in ihren Grundvesten zu erschüttern und der königlichen Macht eine ihrer Hauptstützen zu entziehen. Die Bischöfe in Deutschland und Italien waren zwar kirchliche Beamte, aber diese ihre Eigenschaft trat gegenüber ihrer weltlichen und politischen Stellung entschieden zurück. Als Reichsfürsten waren sie mit grossem, ihren Kirchen zustehenden Allodial- und Lehnbesitz, nicht minder mit einer Fülle von Hoheitsrechten ausgestattet, und hatten von ihren Bisthümern den bedeutendsten Theil der Reichslasten zu tragen. In ihnen fand das Königthum, weil es die geistlichen Fürstenthümer frei und ungehindert durch Erbansprüche an ergebene Anhänger verleihen konnte, die Hauptgrundlage seiner Macht, wie sie andererseits gerade ihrem Verhältniss zum Königthum die Vermehrung ihres weltlichen Besitzes und ihrer Rechte zu danken hatten. Das einzige rechtliche Band zwischen diesen mächtigen Fürsten und dem Königthum bildete in einer Zeit, in welcher an Stelle des allgemeinen Unterthanenverbandes überall lehnsrechtliche und lehnsähnliche Abhängigkeitsverhältnisse getreten waren, die Investitur mit Treueid und Mannschaft, und ein solches war schon damals ohne die persönliche Ergebenheit des Verpflichteten nicht mehr stark genug, die Erfüllung der dem Reich und dem König zukommenden Leistungen zu sichern. Die Investitur, sowie das in ihr liegende königliche Ernennungsrecht bildeten somit nicht nur das Fundament, auf welchem das geistliche Fürstenthum erwach-

ihren Lebenswandel und ihre Beförderung zum Bischofsamt (introitus) nach Rom vorgeladen, und Heinrich aufgefordert, Gesandte zu schicken, „qui nos fideliter doceant et de ingressu et de vita eorum“, l. c. II. 30. p. 143.

[1] Gregor. VII. ep. collect. 3—5, l. c. p. 523: „in nostra synodo sententiam dedisse: ut hi qui per symoniacam heresim, h. e. interventu precii ad aliquem sacrorum ordinum graduum vel officium promoti sunt, nullum in s. ecclesia ulterius locum ministrandi habeant, illi quoque qui ecclesias datione peccuniae obtinent, omnino eas perdant, ne deinceps vendere aut emere alicui liceat . . . statuimus etiam, ut si ipsi contemptores fuerint nostrarum, immo ss. patrum constitutionum populus nullo modo eorum officia recipiat“. Dass diese Kanones der Synode von 1075, nicht der von 1074 angehören (so Hefele 5, 19; Jaffé l. c.), hat Giesebrecht S. 127 nachgewiesen, s. auch Meltzer S. 203 ff.

[2] S. die in der vorigen Note citirten Kommunikationsschreiben und reg. II. 62; Meltzer S. 68.

[3] Reg. II. 52a, p. 170.

[4] Meltzer S. 86.

[5] Ueber diesen berichtet allein Arnulf g. archiep. Mediolan. IV. 7, SS. 8, 27: „praefatus papa habita Romae synodo palam interdicit regi, ius deinde habere aliquod in dandis episcopatibus omnesque laicas ab investituris ecclesiarum submovet personas. Insuperfacto anathemate cunctos regis clamat consiliarios, id ipsum regi comminatus, nisi in proximo huic obediat constituto“. Es ist das Verdienst Giesebrechts, s. a. a. O. S. 127 ff. 186 ff., diese Sache klar dargestellt zu haben, vgl. auch Meltzer S. 89. 213.



sen und in den Organismus der Reichsverfassung eingeordnet war, sondern auch die Grundlage, auf welcher die Macht des Königthums wesentlich ruhte. Das Verbot der Investitur bedeutete demnach Zerstörung einer der Hauptstützen des Königthums, Zerreissung des die Abhängigkeit und die Reichsleistungen der geistlichen Fürsten bedingenden rechtlichen Bandes, sowie Uebertragung der mit den geistlichen Fürstenthümern verbundenen materiellen Besitzthümer und politischen Hoheitsrechte an Machthaber, welche ohne jede Beziehung zum Königthum standen. Welche positiven Neugestaltungen nach Durchführung dieser, die bisherigen Einrichtungen vernichtenden Massregel an deren Stelle eintreten sollten, darüber spricht sich der Kanon nicht aus. Dass sein Urheber indessen die frühere s. g. kanonische Wahl durch Klerus und Volk unter Mitwirkung des Metropoliten und seiner Suffragane im Auge hatte [1], kann nicht zweifelhaft sein, ebensowenig aber, dass er durch das formale Zurückgreifen auf dieses Verfahren, welches unter den damaligen politischen und kirchlichen Verhältnissen eine vollkommen andere Wirkung als früher äussern musste, nicht die Herstellung eines kanonisch korrekten Rechtszustandes, sondern die Ausdehnung der päpstlichen Macht auf ein anderes Gebiet bezweckte, welches durch den Streit um das Investiturrecht ebenfalls berührt werden musste.

Die Wiedererneuerung des kanonischen Wahlverfahrens konnte im Sinne Gregors VII. nichts anderes bedeuten, als Unterwerfung des Episkopates unter den Papst. Aus der Wahl einer von den nationalen und staatlichen Interessen durch Durchführung des Cölibates [2] losgelösten Stiftsgeistlichkeit, welche, falls selbst die dabei betheiligten Laien nicht wie die Patarener in der Lombardei päpstlich-römisch gesinnt waren, doch immer die entscheidende Stimme hatte, konnten kaum andere als derartige Bischofs-Kandidaten hervorgehen. Sodann wurde durch das wieder in Kraft gesetzte Prüfungsrecht des Metropoliten, welches in Folge der Investitur seine Bedeutung verloren hatte, jede Möglichkeit eines anderen Ausfalles der Wahl so gut wie verhindert, wenn der Metropolit, worauf ebenfalls weitere Massregeln Gregors [3] abzielten [4], in gebührender Abhängigkeit vom päpstlichen Stuhle gehalten wurde. Schliesslich aber liess sich bei der Prüfung der Wahlen der Metropoliten, weil es

[1] Dafür spricht die Stelle S. 542. n. 5 in der Schrift des Kardinals Humbert, ferner c. 6 der römischen Synode v. 1080, reg. VII. 14 a. p. 400; Mansi 20, 533: „Quoties defuncto pastore alicuius ecclesiae alius est ei canonice subrogandus instantia visitatoris episcopi qui ei ab apostolica vel metropolitana sede directus est, clerus et populus, remota omni saeculari ambitione, timore atque gratia apostolicae sedis vel metropolitani sui consensu pastorem sibi secundum deum eligat. Quodsi corruptus aliquo vitio aliter agere praesumpserit, electionis perperam factae omni fructu carebit et de caetero nullam electionis potestatem habebit. Electionis vero potestas omnis in deliberatione sedis apostolicae sive metropolitani sui consistat. Si enim is, ad quem consecratio pertinet, non rite consecrando . . . gratiam benedictionis amittit, consequenter is qui ad pravam electionem declinaverit, eligendi potestate privatur". Auch Rudolf v. Schwaben musste bei seiner Wahl 1077 versprechen: „ut episcopatus non pro pretio nec pro amicitia daret, sed unicuique ecclesiae de suis electionem, sicut iubent canones, permitteret", Bruno de bello Sax. c. 91, SS. 5, 365. Wie das verstanden wurde, zeigt Berthold. ann. a. 1078 l. c. p. 309: „Illic qui revera primum canonicae a clero et populo et a meliori et maiore parte aecclesiasticae militiae electus est, in episcopum Augustensis aecclesiae . . . Wigoldus, electione et suffragio cardinalis Romani, metropolitani et archiepiscopi sui Mogontini nec non aliorum qui ibi convenerant IX episcoporum, . . . canonice in episcopum consecratus et ordinatus est".

[2] Th. I. S. 153.

[3] Wie schon seiner Vorgänger, s. S. 542. n. 4 a. E. Hierher gehört die von Wibert von Ravenna 1073 verlangte Ableistung des dem Lehnseide nachgebildeten Obedienzeides, die Formel bei Deusdedit. coll. can. IV. 162.

[4] So die Abforderung von Obedienzeiden der gedachten Art, s. den Eid des Patriarchen von Aquileja v. 1079, Gregor VII. reg. VI. 17a, p. 354; die Anordnung, dass die Metropoliten das Pallium in Rom persönlich nachsuchen sollten, s. o. S. 29.

hier an der erzbischöflichen Mittel-Instanz, welche diese sonst vorzunehmen hatte, fehlte [1], wie auch in anderen Fällen, ein direkter Einfluss des Papstes [2] geltend machen. Die Inanspruchnahme eines direkten päpstlichen Besetzungsrechtes statt des königlichen hätte offenbar überall als eine unerhörte Neuerung und Anmassung auf lebhaften Widerstand stossen müssen, die Rückkehr zu der kanonischen Wahl erschien dagegen als eine durch die ehrwürdigen, alten Gesetze der Kirche gerechtfertigte Reform, während in der That damit praktisch im Wesentlichen derselbe Erfolg erreicht wurde.

Dass die so gewählten Bischöfe und Erzbischöfe ihre bisherigen Rechte, die Verwaltung und Nutzniessung der ihren Kirchen zustehenden Allodien und Lehne, nicht minder die den Bisthümern übertragenen Hoheitsrechte beizubehalten hätten, wurde von Gregor VII. als selbstverständlich vorausgesetzt. War dies aber der Fall, so stand die bedeutende Macht, welche die geistlichen Reichsfürsten besassen, vollkommen zur Verfügung des päpstlichen Stuhles und von ihm hing es ab, welches Maass von Leistungen er überhaupt noch zu Gunsten des Reiches gestatten wollte [3]. Der Papst war dann den geistlichen Fürsten gegenüber thatsächlich in die Stelle des Kaisers und Königs getreten, und konnte, wie bisher der letztere, auch über den geringsten Bisthumsvasallen gebieten [4].

[1] Die Erwähnung des Papstes neben dem Metropoliten in c. 6 conc. Roman. a. 1080, S. 545. n. 1, kann nicht anders erklärt werden, als dass dieser beim Nichtvorhandensein oder bei einer Verhinderung des Metropoliten eintreten sollte. Dass er die Rechte des Metropoliten in der eigentlichen römischen Provinz auszuüben befugt sei, würde keiner speciellen Hervorhebung bedurft haben. Die Unbestimmtheit des Kanons in der berührten Beziehung ist übrigens schon an und für sich bezeichnend genug und kann kaum als eine blosse inkorrekte und nachlässige Fassung angesehen werden. Wie der Kanon lautete, liess sich in geeigneten Fällen durch ihn immer das päpstliche Eingreifen bei der Besetzung eines Bisthums rechtfertigen. Für diese Auffassung sprechen auch die in der folgenden Anm. hervorgehobenen Momente. Vgl. ferner Meltzer S. 166 ff.

[2] Dass Gregor VII. einen solchen beabsichtigt hat, zeigt die Absendung von Kommissarien nach Montefeltro, das nicht zur römischen Provinz gehörte, s. S. 543. n. 7; vgl. ferner reg. II. 50 p. 166 in Betreff des Bisthums Jaca in Arragonièn: „si vero infirmitas et debilitas corporis sui (des damaligen Bischofs) adaucta fuerit ..., apostolicae sedi eius (conversatio) tuis et episcopi litteris necnon sub testimonio cleri eiusdem ecclesiae denuncietur et de ordinatione ecclesiae deliberato consilio certa vobis et salubris ... responsio dabitur“, Meltzer S. 82; ep. ad Rodulf. reg. 1076 über die Wiederbesetzung von Magdeburg, ep. coll. 26. p. 552: „domus dei dignum dispensatorem per ostium introducere, cum communi ... tam archiepiscoporum quam episcoporum nec non etiam clericorum et laicorum consensu et electione procurate. Quodsi meis vultis acquiescere consiliis, audio inter vos esse quosdam boni testimonii viros, A scilicet ... G. ... H. ... quorum unum me praecipiente et consentiente eligite et in archiepiscopum .... ordinate. Si vero in his III bus qui dignus sit, non poterit inveniri ... orando ... ad deum convertimini, rogantes, ut sua revelante gratia persona quae huic negotio sit conveniens, possit ostendi“, Meltzer S. 154. 155; reg. VI. 21 v. 1079, p. 358, betr. das Erzbisthum Arles: „misimus ad vos ... Leodegarium Wapincensem episcopum, quatenus cum illius consilio aut talem personam ... eligatis, quam vicarius noster Hugo Diensis episcopus litteris suis nobis commendet aut si apud vos ... digna inveniri persona non potest, in manu ... Leodegarii ... firmetis, illum vos suscipere in pastorem, quem ... vobis ex parte s. Petri miserimus“; Meltzer S. 118. 120. 155. 156. 172. 175; Giesebrecht S. 143.

[3] Vgl. Reg. V. 5. p. 292 über Aquileja v. 1077: „ceterum quod ad servitium et debitam fidelitatem regis pertinet, nequaquam contradicere aut impedire volumus“. S. übrigens auch unten das S. 548. n. 6 über die zweite Synode von 1078 Bemerkte.

[4] Mit Ficker, Eigenthum von Reichskirchengut S. 130 ff., Meltzer S. 90 ff., Maassen, neun Capitel über freie Kirche. Gratz 1876. S. 168 ff., welche beide dem ersteren folgen, stimme ich darin überein, dass bei dem Investiturstreit nicht blos das Recht der Laien, insbesondere des Königs auf Besetzung der Aemter, sondern auch die Dienstbarmachung des Kirchengutes für kirchliche und hierarchische Zwecke und die Beseitigung des bisherigen Verfügungsrechtes des Königs darüber in Frage gestanden hat. Ich halte es aber nicht für richtig, dies dahin zu fassen, dass es sich um die Vernichtung des Ober-Eigenthums am Reichskirchengute und die Uebertragung desselben auf die römische Kirche oder den Papst gehandelt habe. Ich erachte die Behauptung Fickers, dass ein solches Ober-Eigenthum überhaupt an dem Allodialbesitz

Während Gregor VII. den die Simonie betreffenden Kanones der Synode von 1075 (S. 544. n. 1) die ausgedehnteste Verbreitung gab, ist dies mit dem Investiturverbote nicht geschehen [1]. Offenbar deshalb nicht, weil er fürchtete, dass ein derartiges rücksichtsloses Vorgehen, bei welchem er als der angreifende Theil erscheinen musste und welches selbst, falls sich Heinrich IV. wirklich der gröbsten Simonie bei Vergebung der Bischofsstühle schuldig gemacht hätte [2], nicht gerechtfertigt erscheinen konnte, den Zeitgenossen über seine Ziele die Augen öffnen und eine allseitige Parteinahme für den König, namentlich unter der von dem Verbote betroffenen höheren Geistlichkeit in Deutschland, zur Folge haben würde [3]. Vorsicht war bei dem Angriff auf ein althergebrachtes Recht zu einer Zeit, wo der König noch nicht isolirt dastand, geboten, und so eröffnete der Papst mit demselben zunächst neue Verhandlungen, um ihn unter dem Drucke des erlassenen Verbotes zum Nachgeben zu bewegen [4]. Diese führten zu keinem Resultat, Heinrich IV. hielt vielmehr an dem

der Bisthümer in Deutschland anerkannt gewesen sei (s. S. 52 ff.), nicht für erwiesen. S. dagegen auch Waitz, V. Gesch. 7, 194 u. in d. götting. gel. Anzeigen 1873. S. 821 ff.; Richter-Dove K. R. S. 1102. n. 8. Uebrigens scheidet diese Auffassung entgegen der damaligen Anschauung m. E. unberechtigterweise ein einziges Recht, das Eigenthumsrecht an den dessen überhaupt fähigen Vermögensmassen aus, und beachtet nicht, dass das Bisthum als ein zusammengehöriger Komplex verschiedenartiger kirchlicher Hoheits- und Privatrechte bis zum Investiturstreit angesehen worden ist (vgl. übrigens auch die Urk. Heinrichs IV. v. 1081, o. S. 531. n. 4), und dass die Investitur sich nicht blos auf das Eigenthumsrecht an den Gütermassen allein bezogen hat. Eine Unterscheidung zwischen der Kirche, d. h. dem Bisthum und ihren Gütern tritt erst in der Zeit der Simonie-Verbote hervor, s. Petrus Damian. ep. I. 13, Migne patrol. 144, 219, wo er gegen die Behauptung der Kapellane des Herzogs Gottfried polemisirt: „nec emitur sacerdotium, sed possessio praediorum. Sub hac enim praestatione opes tantum, non honoris vel ecclesiae redimitur sacramentum . . . (p. 221). Sane cum baculum ille tuis manibus tradidit, dixitne: Accipe terras atque divitias illius ecclesiae? an potius, quod certum est: Accipe ecclesiam . . . quod si ecclesiam suscepisti, quod omnino negare non potes, procul dubio factus es simoniacus“, und gerade die kirchlich und päpstlich gesinnte Partei sucht sie als nichtig zu erweisen. Im Verlaufe des Investiturstreites sind es umgekehrt die Anhänger des Kaisers gewesen, welche die Unterscheidung zwischen den spiritualia und temporalia (regalia) zur Vertheidigung der kaiserlichen Rechte aufgestellt haben. Wenn Gregor VII., wie Ficker S. 155 mit Recht bemerkt, und die Inanspruchnahme mehrerer weltlichen Reiche für das ius und die proprietas s. Petri beweist, reg. I. 7. p. 16, IV. 28. p. 286 (Spanien), II. 74. p. 198 (Russland), II. 13. p. 128 (Ungarn), die Gründung einer feudal-hierarchischen Universalmonarchie bezweckte, so bedurfte es für die Oberlehnsherrlichkeit in dieser nicht auch des Obereigenthums gewisser in den einzelnen Staaten belegenen Gütermassen, inbesondere war in Deutschland ein wichtiger Schritt zur Ausführung dieses Planes schon dann geschehen, wenn das Band zwischen den Bischöfen und dem Kaiser zerrissen, die Besetzung der Bischofsstühle mit päpstlich gesinnten Bischöfen durch päpstlichen Einfluss gesichert und eine Vergebung der Bisthümer erreicht war, welche von den höheren kirchlichen Würdenträgern mit den früher vom König gebrauchten Symbolen, dem Stabe und dem Ringe, vorgenommen wurde. Nach der Auffassung der damaligen Zeit musste damit ein dem lehnrechtlichen ähnliches Verhältniss der Bischöfe zum Papst, auch ohne dass dieser das Obereigenthum an den Kirchengütern beanspruchte, begründet werden. Die Forderung an den Bischof von Trient „ut ad servitium b. Petri pro posse tuo milites mittere studeas“, ep. coll. 13 v. 1076, p. 535 und das Versprechen im Obedienzeide des Patriarchen von Aquileja: „Romanam ecclesiam per saecularem militiam fideliter adiuvabo, cum invitatus fuero“ v. 1078 kann nicht mit Ficker S. 158. 159 zum Beweise dafür angeführt werden, dass Gregor VII. sich als Obereigenthümer alles Kirchengutes betrachtete. Auf ein solches, damals nicht anerkanntes Recht konnte er doch sicherlich dergleichen Ansprüche nicht gründen, wohl aber auf die Pflicht der Prälaten, das für kirchliche Zwecke bestimmte Gut auch zu solchen — und dazu gehörte nach seiner Auffassung sicherlich die Vertheidigung der römischen Kirche — nutzbar zu machen.

[1] Giesebrecht a. a. O. S. 129; Meltzer S. 89.

[2] Darüber, dass dies nicht der Fall gewesen, und Heinrich IV. selbst nicht den kirchlichen Reformbestrebungen entgegengetreten ist, s. Meltzer S. 67. 101. 105. 207. Die früher herrschende gegentheilige Auffassung, s. z. B. Phillips K. R. 3, 147, kann jetzt als abgethan erachtet werden.

[3] Giesebrecht in d. Münchner Jahrb. 1866. S. 129; Meltzer S. 96 ff.

[4] Reg. III. 5. 7. 10 p. 209 ff.; Meltzer S. 99. 216; vielleicht auch unter Bewilligung einer scheinbaren Konzession, welche in der Sache nichts änderte. Vgl. reg. III. 10 p. 221.

Investiturrechte fest[1]. Erst nunmehr, Ende des J. 1075, erfolgte der definitive Bruch zwischen dem Papste und dem Kaiser, und demnächst Anfang des J. 1076 die Entsetzung des ersteren durch das Konzil zu Worms[2]. Damit gewann der Streit eine viel umfassendere prinzipielle Bedeutung. Er bewegt sich von dieser Zeit an um das Verhältniss zwischen Königthum und Papstthum überhaupt[3], und naturgemäss tritt die Frage des Investiturrechtes, welches die Veranlassung gegeben hatte, zurück. Der Papst hielt in dieser letzteren aber an seiner Auffassung fest[4]. Auf der römischen Synode von 1078 wurde das Investiturverbot in der verschärften Fassung erneuert, dass Laien und Kleriker, welche den kanonischen Vorschriften zuwider Bisthümer, Abteien, andere kirchliche Aemter und Zehnten Geistlichen oder anderen Personen zu Lehn geben würden, dem Banne unterliegen sollten[5], und auf einer ferneren Synode desselben Jahres der Empfang der Investitur von Bisthümern, Abteien und Kirchen aus der Hand des Kaisers, eines Königs oder einer anderen Person durch Geistliche mit Nichtigkeit und Exkommunikation bedroht[6]. Eine scharfe

[1] Im Jahre 1075 besetzte er das Bisthum Bamberg in der bisherigen Weise, Lambert. ann. 1075, SS. 5, 236; ferner ernannte er unter Nichtberücksichtigung des früher von ihm eingesetzten Bischofs einen neuen für Mailand, Arnulf. g. archiep. Mediolan. V. 3. 5, SS. 8, 29 u. Landulfi hist. Med. III. 32 l. c. p. 99; endlich auch Bischöfe für Spoleto und Fermo, reg. III. 10. p. 219.

[2] In dem Dekret über die Absetzung Gregors VII. wird unter den Gründen der Absetzung der Angriffe auf das Investiturrecht nicht gedacht, LL. 2, 46. Ebensowenig geschieht dieser Angelegenheit Erwähnung in dem gegen Heinrich IV. päpstlicherseits ausgesprochenen Banne, reg. III. 10ª p. 223.

[3] Vgl. Reg. IV. 3 p. 245 (1076): „Non ultra putet (Heinrich) s. ecclesiam sibi subiectam ut ancillam, sed praelatam ut dominam. Non inflatus spiritu elationis consuetudines superbiae contra libertatem s. ecclesiae inventas defendat".

[4] Der Gegenkönig Rudolf musste bei seiner Wahl auf Verlangen der päpstlichen Gesandten die kanonische Wahl zugestehen, S. 545. n. 1; vgl. auch Meltzer S. 113; reg. IV. 22. p. 272 v. 1077, betreffend die Besetzung von Kambray. Meltzer S. 116 ff.; reg. V. 5. p. 292 v. 1077, betr. die von Aquileja.

[5] Berthold. ann. 1078, SS. 5, 308: „In laicos quoque cuiuscumque dignitatis data est sententia anathematis, sive clericos nec non in omnes personas, quicumque contra sacrorum canonum decreta episcopatus, abbatias, praeposituras, qualescumque ecclesias, decimas vel quascumque aecclesiasticas dignitates cuilibet clerico seu cuicumque personae iuxta usurpationem suam antiquam in beneficium dare et quod domino deo prius canonica et legittima traditione in proprietatem et servitium legaliter delegatum est, hoc quasi proprium quiddam et hereditarium laica et non consecrata deo manu, consecratis deo altaris et aecclesiasticae dispensationis ministris procurandum et ordinandum contradere seu praestare omnino praesumpserint". Vgl. Giesebrecht S. 137; Meltzer S. 137, welche aber beide das ecclesiasticas dignitates nicht richtig durch kirchliche Gerechtsame wiedergeben. Es sind damit die s. g. dignitates, die angeseheneren Kirchenämter, wie die z. B. sonst häufig neben episcopatus, abbatias genannten archipresbyteratus und archidiaconatus (s. z. B. S. 542. n. 4) gemeint. Die Vorschrift ist die erste, welche für die Verletzung des Verbotes den Bann androht. Wenn Berthold weiter l. c. p. 310 über die Erhebung des Wigold, S. 545. n. 1, erzählt: „Cui rex post peracta legittime omnia quae ad ordinationem ipsius pertinebant, videlicet anulo et virga pastorali et cathedra episcopali ab archiepiscopo Mogontino susceptis, ex sua parte quicquid regii iuris fuerit in procurandis bonis aecclesiasticis diligenter commendavit. Cavebat namque, ut oboedientissimus erat in omnibus quod in Romana synodo nuper canonice diffinitum est et post datam iudicialiter sententiam sub anathemate interdictum et prohibitum est, ne quis laicorum aecclesias et aecclesiasticas decimas et dignitates personis aliquibus quasi proprium suum praestiterit, sive contra canones sibi usurpare praesumpserit", so kann darin schwerlich mit Meltzer S. 139 ein Verzicht des Gegenkönigs auf alle bisherigen kaiserlichen Rechte am Kirchengut gefunden werden, vielmehr ist die Uebertragung derjenigen Rechte, welche von dem durch Berthold mitgetheilten Verbote der Synode nicht betroffen wurden, gemeint, s. auch Bernheim zur Geschichte des Wormser Concordats. Göttingen 1878. S. 7. n. 21.

[6] Reg. VI. 5ᵇ, p. 332: „Quoniam investituras ecclesiarum contra statuta ss. patrum a laicis personis in multis partibus cognovimus fieri . . . decernimus: ut nullus clericorum investituram episcopatus vel abbatiae vel ecclesiae de manu imperatoris vel regis vel alicuius laicae personae, viri vel feminae suscipiat. Quodsi praesumpserit, recognoscat, investituram illam apostolica auctoritate irritam esse et se usque ad condignam satisfactionem excommunicationi subiacere" (auch in c. 13. C. XVI. qu. 7). Während das Verbot der früheren Synode dieses Jahres wohl mit Rücksicht auf die politische Lage aus Vorsicht, namentlich um nicht bei den davon Betroffenen zu grossen Anstoss zu erregen, absichtlich nicht verbreitet

Durchführung dieser Anordnung hielt der Papst indessen mit Rücksicht auf die damals zwischen ihm und Heinrich IV. schwebenden Friedensverhandlungen nicht für angezeigt [1]. Erst als sich die auf diese letzteren gesetzten Hoffnungen zerschlagen hatten, wiederholte er auf der Fastensynode von 1080 in noch unzweideutigerer Fassung die früheren Verbote, und publicirte zugleich eine Anordnung über das Besetzungsverfahren, welches an Stelle der verpönten Investitur treten sollte. Der erste Kanon schärfte die Bestimmung der zweiten römischen Synode von 1078 über die Geistlichen, welche die Investitur aus Laienhänden empfangen, von Neuem ein [2], der zweite drohte den Kaisern, Königen, sowie anderen weltlichen Machthabern und Personen, welche die Investitur eines Bisthums oder anderer geistlicher Würden vornehmen, den Bann an [3], und ein dritter, der sechste, bestimmt, dass die Wiederbesetzung eines erledigten Bisthums auf Veranlassung eines vom päpstlichen Stuhle oder vom Metropoliten bestellten Visitators durch Wahl des Klerus und Volkes ohne jede weltliche Rücksicht mit Konsens des Papstes oder des Erzbischofs zu erfolgen habe, widrigenfalls die Wahl ungültig sein, das Wahlrecht verloren gehen und die Besetzung dem päpstlichen Stuhle oder dem Erzbischof anheimfallen sollte [4]. Die Synode hat insofern eine besondere Bedeutung, als sie die Anforderungen der Kirche klarer und umfassender wie die früheren in gesetzgeberischer Form aufgestellt hat. Einer weiteren Entwicklung dieser Vorschriften in legislatorischer Beziehung bedurfte es nun nicht mehr, vielmehr kam es jetzt lediglich auf die praktische Durchführung

worden ist, Giesebrecht S. 138, ist dies mit dem letzteren geschehen, s. a. a. O. S. 140. Die Ergänzung zu diesem Kanon bildet der weitere, l. c. p. 333: „Ordinationes quae interveniente pretio vel obsequio alicuius personae ea intentione impenso vel quae non communi consensu cleri et populi secundum canonicas sanctiones fiunt et ab his ad quos consecratio pertinet, non comprobantur, irritas esse diiudicamus". In den ferneren Kanonen der Synode, p. 332: „ut nulli episcopi praedia ecclesiae in beneficium tribuant sine consensu papae, si de sua sunt consecratione. Caeteri autem sine consensu archiepiscopi sui et fratrum suorum hoc idem non praesumant. Si autem praesumpserint, ab officio suo suspendantur; et quod venditum est vel datum beneficium ecclesiae reddatur, omnino evacuata omni venditione vel in beneficium traditione" und „Quicunque militum vel cuiuscunque ordinis vel professionis persona predia ecclesiastica a quocunque rege seu seculari principe vel ab episcopis invitis seu abbatibus aut ab aliquibus ecclesiarum rectoribus suscepit vel susceperit vel invasit, vel etiam de rectorum depravato seu vitioso eorum consensu tenuerit, nisi eadem praedia ecclesiis restituerit, excommunicationi subiaceat" (c. 4 C. XII. qu. 2), vgl. auch dazu reg. VI. 5. p. 329 und VI. 19. p. 356, tritt die mit dem Investiturverbot beabsichtigte Einwirkung auf die den Bisthümern zustehenden weltlichen, insbesondere auf die Vermögensrechte klar hervor, ihr weltliches Gut wird als kirchliches Eigenthum betrachtet, über dessen Verwaltung und Vergebung nur der Papst und die Erzbischöfe, nicht aber mehr der König zu entscheiden hat, und welches principiell nicht mehr zu staatlichen Leistungen von diesem in Anspruch genommen werden soll, denn die Ausleihung zu Benefizium war bisher gerade zur Ermöglichung dieser erfolgt.

[1] Auf der Synode von 1079, reg. VI. 17a, p. 352 hat er die Investitur nicht wieder zur Sprache gebracht und seinen Legaten ertheilt er die Anweisung ep. coll. 31 p. 557: „volumus autem, ut de causa regum vel regni sive etiam de Trevirensi, vel Coloniensi et Augustensi electis vel de omnibus istis qui investituram per manum laicam acceperunt, nullum praesumatis exercere iudicium; summumque vobis studium sit, si rex adquieverit vobis de statuendo colloquio et pace firmanda in regno et de restituendis episcopis in sedibus suis, et hec eadem cito ad nos aut per vos ipsos aut per certos legatos annunciare".

[2] c. 1, Reg. VII. 14a. p. 398, Mansi 20, 531: „ut si quis deinceps episcopatum vel abbatiam de manu alicuius laicae personae susceperit, nullatenus inter episcopos vel abbates habeatur nec ulla ei ut episcopo seu abbati audientia concedatur. Insuper etiam ei gratiam s. Petri et introitum ecclesiae interdicimus quo usque locum, quem sub crimine tam ambitionis quam inobedientiae, quod est scelus idolatriae, cepit, resipiscendo non deserit. Similiter etiam de inferioribus ecclesiasticis dignitatibus constituimus" (c. 12. pr. C. XVI. qu. 7).

[3] „Item si quis imperatorum, regum, ducum, marchionum, comitum vel quilibet saecularium potestatum aut personarum investituram episcopatuum vel alicuius ecclesiasticae dignitatis dare praesumpserit, eiusdem sententiae vinculo se obstrictum esse sciat. Insuper etiam, nisi resipiscat et ecclesiae propriam libertatem dimittat, divinae animadversionis ultionem in hac praesenti vita tam in corpore suo quam ceteris rebus suis sentiat; ut in adventu domini spiritus salvus fiat" (c. 12. §. 1 cit.).

[4] S. 545. n. 1 u. S. 546. n. 1.

derselben an, und diese hing wesentlich von dem Ausgange des allgemeinen, durch die Synode von Neuem aufgenommenen, über den Tod Gregors VII. hinaus dauernden Kampfes zwischen Königthum und Papstthum ab. Die Erneuerung der Verbote unter den folgenden Päpsten, unter Viktor III. auf der Synode zu Benevent 1087 [1], unter Urban II. zu Melfi 1089 [2], zu Piacenza [3] und Clermont 1095 [4], zu Bari 1098 [5], zu Rom 1099 [6] und unter Paschalis II. im Lateran 1102 [7], beweist, dass die Nachfolger Gregors die Bestrebungen desselben weiter verfolgten, aber auch zugleich, dass dieselben noch keinen durchschlagenden Erfolg hinsichtlich der Besetzung der Bisthümer aufzuweisen hatten. Dazu reichte es nicht hin, dass in Deutschland theilweise kanonische Wahlen in der von Gregor VII. gewollten Bedeutung abgehalten wurden [8], die Einwirkung des Papstes auf die Besetzung einzelner Bischofsstühle, namentlich der Erzbisthümer, vermehrt worden war [9] und manche Erzbischöfe und Bischöfe die Konsekration

[1] Petri chron. Mont. Casin. III. 72, SS. 7, 752; Mansi 20, 640; lediglich eine Reproduktion der beiden Kanones der Synode v. 1080, s. S. 549. n. 2 u. 3.

[2] c. 8, Mansi 20, 723: „ut nullus in clericali ordine constitutus, nullus monachus episcopatus aut abbatiae aut cuiuslibet ecclesiasticae dignitatis investituram de manu laici suscipere audeat. Quodsi praesumpserit, depositione mulctetur“.

[3] Mansi l. c. 807, wiederholt c. 8 Melfit., s. vor. Note.

[4] c. 15: „Ut nullus ecclesiasticorum aliquem honorem a manu laicorum accipiat. Ut clericus nullum ecclesiae honorem a laicali manu recipiat“; c. 16: „Interdictum est, ne reges vel alii principes aliquam investituram de ecclesiasticis honoribus faciant“; c. 16: „Ne episcopus vel sacerdos regi vel alicui laico in manibus ligium fidelitatem faciat“ (Mansi 20, 817).

[5] ep. Paschal. II. ad Anselm. Cant. 1102, Mansi 20, 1061: „Adversus illam venenosam simoniacae pravitatis radicem, ecclesiarum videlicet investituram . . . apud Baram . . . reminiscuntur . . . in eandem pestem excommunicationis est probata sententia“.

[6] Eadmer. hist. nov. II. 55, Mansi 20, 965: „in adversarios s. ecclesiae excommunicationis sententiam cum toto concilio papa intorsit, quae sententia omnes quoque laicos, investituras ecclesiarum dantes et omnes easdem investituras de manibus illorum accipientes nec non omnes in officium sic dati honoris huiusmodi consecrantes pari modo involvit“, s. auch ep. Anselm. Cantuar. ad Paschal. pp. ibid. p. 966.

[7] ep. Paschal. II. ad Anselm. Cant. 1102, Mansi 20, 1020: „synodo nuper ad Lateranense consistorium celebrata patrum nostrorum decreta renovavimus . . . interdicentes ne quis omnino clericus hominium faciat laico aut de manu laici ecclesias aut ecclesiastica bona suscipiat“.

[8] So namentlich in dem Machtbereich der Gegenkönige, s. o. S. 545. n. 1; Berthold ann. a. 1079, SS. 5, 323. S. auch die folgende Note.

[9] Landulf. iun. c. 1, SS. 20, 21: „Armanus . . . monachus, quasi cardinalis Romanus et a parte Brisiensium civium atque favore comitissae Matildis in ecclesia Brisiensi electus episcopus, defuncto Arnulfo archiepiscopo Mediolanensi (1097) ad alium eligendum venit. Qui ubi sensit, nobilem multitudinem Mediolanensium convenire ad Landulfum de Badagio . . . in archiepiscopum . . . substitit et electioni illi non consensit. Corona unde vulgi, gratia Romane ecclesie et Brisiensis ac Matildis comitisse favore putans, illum fore virum religionis, mox ubi sensit, illum Armanum huic electioni abesse, cepit adversus electionem insanire et clericos et sacerdotes pugnis et fustibus vehementer lacerare ... Armanus autem ille ... statim elegit sibi et illis in archiepiscopum Anselmum de Buis, hominem simplicem et canonice s. Laurentii prepositum. Hic vero, ut se sensit ellectum a Brisiensi illo Armano et populo impetuoso conlaudatum, illico cathedram archiepiscopatus ascendit et sedit. Et deficientibus sibi sufraganeis episcopis omnes ecclesiasticos ordines usque ad presbiteratum, ordinationem quoque ab extraneis episcopis suscepit. Virge quoque pastorali per munus comitissae Matildis adhesit, stollam autem per legatum domini Urbani pape sibi delatam induit. Deinde homo iste effectus prudens, neglexit Obertum . . . qui propter Brixiensis episcopatus quem a rege suo Henrico susceperat, Armano repugnabat et Armanum qui se in archiepiscopum elegit, in episcopum Brisiensem ordinavit“. Ein schlagenderer Beweis, dass die von den Päpsten betonte kanonische Wahl blos Mittel zum Zweck war, lässt sich schwerlich erbringen. Der päpstliche Legat setzt unter Vergewaltigung der Mailänder Geistlichkeit und mit Beihülfe des Pöbels einen unbedeutenden Menschen ein; dieser empfängt, was man dem König Heinrich IV. verwehrte und zum schweren Verbrechen anrechnete, die Investitur von Mathilde und konsekrirt dann, nachdem er selbst unkanonischer Weise von anderen als den Suffraganbischöfen die Bischofsweihe erhalten hat, den päpstlichen Legaten auf das Bisthum Brixen, welches der König schon einem andern verliehen hatte. Dagegen musste 1077 unter Gregor VII. der vollkommen kanonisch erwählte Gerhard von Kambray, weil er die Investitur von Heinrich erhalten, obwohl er das Investiturverbot nicht zu kennen behauptete, auf das Bisthum resigniren und erhielt es nur unter der Bedingung, seine Nichtkenntniss zu beschwören, durch den Papst zurück, reg. Gregor. VII. IV. 22. p. 272; Meltzer S. 115 ff. Im übrigen s. über die Zeit Gregors VII. o. S. 546. n. 2.

bei ihm nachsuchten [1], sondern es bedurfte ferner dazu der ausdrücklichen Anerkennung der kirchlichen Neuordnung seitens des Königthums. Eine solche war aber von Heinrich IV. nicht zu erlangen, vielmehr hat derselbe in allen Phasen seines wechselvollen Schicksales mit unerschütterlicher Festigkeit an seinen angetasteten königlichen Rechten festgehalten und keins derselben preisgegeben [2]. Durch seinen zähen Widerstand hat er die Verwirklichung der von Gregor VII. geplanten feudal-hierarchischen Universalmonarchie vereitelt, andererseits hat er es aber nicht verhindern können, dass das reformirte Papstthum sich eine vom Kaiserthum unabhängige Weltstellung errang, und ebenso das weltliche, wie das geistliche Fürstenthum zu selbstständiger und entscheidender Macht erstarkte.

Ebensowenig, wie sein Vater, war Heinrich V., auf dessen Nachgiebigkeit die päpstliche Partei sich bei seiner Erhebung Hoffnung gemacht hatte, gewillt, die königlichen und kaiserlichen Rechte zu opfern. Trotz der Erneuerung des Investitur-Verbotes auf der Synode von Guastalla 1106 [3] fuhr er fort, die Bisthümer in der bisherigen Weise zu vergeben [4]. Die vom Papst Paschalis II. beabsichtigte Beilegung des Kirchenstreites in Deutschland auf dem von ihm nach Troyes 1107 ausgeschriebenen Koncile scheiterte an dem Widerstande Heinrichs V. und der deutschen Bischöfe, welche dort nicht erschienen [5]. Wenngleich nunmehr der Papst auf dieser Synode [6], ebenso wie auf der zu Benevent [7] 1108 und auf einer Lateransynode [8] 1110

[1] So erhielt Otto v. Bamberg 1106 die Konsekration von Paschalis in Anagni, weil er sich nicht von seinem schismatischen Erzbischof weihen lassen wollte, Ebon. vit. Otton. I. 10. 11, Jaffé monum. Bamberg. ep. 600. 601. Aus demselben Grunde wurde Herrand von Halberstadt von Urban II. 1094 konsekrirt, cod. Udalr. 82, l. c. p. 163. Vgl. auch Th. I. S. 103. n. 2.

[2] In Betreff der Bischofsbesetzungen behielt er auch nach dem Investitur-Verbot von 1075 (s. o. S. 544) dieselbe Praxis wie seine Vorfahren bei: über Bischofsernennungen gegen die Wahl des Klerus und Volks s. Berthold. ann. 1077, SS. 5, 301 (für Augsburg und Aquileja), u. a. 1079 l. c. p. 323 (Chur), über die direkte Ernennung in Trier 1079, gesta Trevior. add. c. 11, SS. 8, 184: „Quibus finitis dixit rex: Quia iam diu in eligendo episcopo concordare non possumus, saltem in hunc conveniamus . . . rex ergo nihil moratus investivit eum, dans ei anulum et baculum"; über die Verleihung an den von Klerus und Volk in Kambray 1094, cont. g. ep. Camer. c. 7, SS. 7, 502, und in Minden 1105 gewählten, annal. Hildes. a. 1105, SS. 3, 108. Bezeichnend ist chron. Gozec. I. 22, SS. 10, 149: „Ipsis temporibus (1089) Guntherus episcopus Cicensis moritur et omnis clerus . . . abbatem Fridericum pari consilio elegerunt et electum . . . in cathedram tunc temporis episcopalem Cice perduxerunt". c. 23: „At . . . idoneis tam clericorum quam laicorum personis assumptis protinus ad regem Heinricum IV pro investitura properavit . . ." c. 24: „Qui ubi causam itineris eius audit, aegre tulit, quod sine eius permissione electus fuerit . . . Itaque Cicensis ecclesiae responsalibus pro electo suo regem interpellantibus dure respondetur his sermonibus: Quoniam quidem contra antecessorum nostrorum decreta augustorum ad iniuriam Romani imperii qualemcunque personam eligere praesumpsistis, tam regnum quam personam nostram offendistis. Pro hoc quidem secundum leges augustorum poenas solvere merebamini temerariorum. Sed ne potestate videamur uti potius quam pietate, electionem quidem factam ignoscimus, sed irritam fore censemus. Quod non ad iniuriam ecclesiae vestrae vel electae personae fieri noveritis, verum ne in regno exemplo sitis talis ac tantae praesumptionis". Ein Wahlprivileg für Minden a. 1059: „concessimus quoque eisdem fratribus licentiam eligendi inter se pastorem . . . idoneum, salvo tamen regis sive imperatoris consensu" bei Erhard reg. West. 1. cod. prob. p. 117.

[3] Mansi 20, 1211: „patrum ergo nostrorum constitutionibus consentientes ecclesiarum investituras a laicis fieri omnimodo prohibemus. Si quis autem huius decreti temerator extiterit . . . clericus quidem ab eiusdem dignitatis consortio repellatur, laicus vero ab ecclesiae liminibus arceatur".

[4] Annal. Saxo a. 1107, SS. 6, 745: „Reinhardus Halberstadensis electus imperio Heinrici regis, consilio quoque principum".

[5] Hefele, Konc. Gesch. 5, 257 ff.; Giesebrecht, Gesch. d. deutsch. Kaiserzeit 3, 754 ff. Ueber die Erklärung der Gesandten Heinrichs V. s. auch S. 540. n. 5.

[6] c. 1, Mansi 20, 1223: „Qui ab hac hora investituram episcopalem seu aliquam spiritalem dignitatem a laicali manu susceperit, si ordinatus fuerit, deponatur, simul et ordinator eius".

[7] Petri chron. Casin. IV. 33, SS. 7, 777: „In qua (synodo) videlicet vestigia praedecessorum suorum secutus constituit, ut quicumque investituram ecclesiae vel ecclesiasticam dignitatem de manu laici acceperit et dans et accipiens communione privetur".

[8] In der Fassung des Koncils von Troyes, s. o. Note 6, Annal. Saxo a. 1110, SS. 6, 748.

das Investitur-Verbot wiederholte, so erreichte er doch Heinrich V. gegenüber nichts. In Deutschland war die Zahl der Anhänger des Papstes nach dem Tode Heinrichs IV. zusammengeschmolzen, man sehnte sich nach Frieden, auch hatten die Fürsten endlich einsehen gelernt, dass das Investitur-Verbot die Rechte des Reiches antastete, und traten der Vertheidigung derselben durch den König nicht mehr entgegen.

Inzwischen war in einer Reihe theoretischer Streitschriften, allerdings zunächst mehr die principielle Frage über das Verhältniss des Kaiserthums und des Papstthums, als das Investiturrecht und das Investitur-Verbot, erörtert worden [1], aber immerhin wurde dadurch die Bedeutung dessen, worum es sich bei dem Investiturstreit handelte, klarer gestellt und die Beilegung desselben ermöglicht. Der richtige Gedanke, welcher dem von Petrus Damiani bekämpften Einwand, dass es keine Simonie sei, wenn für ein Bisthum Geld gegeben werde, weil nicht die Weihe, sondern die Güter des Bisthums gekauft würden [2], zu Grunde lag, die Scheidung zwischen der geistlichen und weltlichen Seite des Bisthums, arbeitete sich in Folge jener Erörterungen erst zu voller Klarheit durch [3]. Für die überhaupt zur Versöhnung geneigten Parteien war damit die Basis zu ausgleichenden Vorschlägen gegeben, und in der That traten solche auch Ende des 12. Jahrhunderts und Anfangs des folgenden hervor [4].

Die königliche Partei ging dabei von der schroffen Unterscheidung zwischen dem Amt und dem Kirchenvermögen aus, und indem sie den Einfluss des Königs auf die Wahlen gewahrt wissen wollte, machte sie andererseits nur das Zugeständniss, dass die königliche Investitur sich blos auf das Kirchenvermögen beziehen, aber wie bisher zur Wahrung der königlichen Macht vor der Weihe statthaben sollte [5].

[1] Vgl. über den allgemeinen Charakter dieser Literatur Bernheim i. d. Forschgen z. deutsch. Gesch. 16, 281. Die einzelnen Schriften aufgezählt bei Helfenstein, Gregors VII. Bestrebungen nach den Streitschriften seiner Zeit. Frankfurt 1856. In dieser Zeit (1084—1087) sind auch die falschen Privilegien Hadrians I. und Leos VIII. (s. Th. I. S. 229. 240) entstanden, Bernheim i. d. Forschgen 15, 618. 635.

[2] S. 546. n. 4.

[3] Wido Ferrar. episc. de scismate Hildibrandi (zw. 1086—1092) lib. II, SS. 12, 285: „Duo siquidem iura conceduntur episcopis omnibus, spirituale vel divinum unum, aliud seculare et quidem coeli, aliud vero fori. Nam omnia quae sunt episcopalis officii spiritualia sunt, divina sunt, quia licet per ministerium episcopi, tamen a s. spiritu conceduntur. At vero iudicia secularia et omnia quae a mundi principibus et secularibus hominibus aecclesiis conceduntur, sicut sunt curtes et praedia omniaque regalia, licet in ius divinum transeant, dicuntur tamen secularia quasi a secularibus concessa. Itaque divina illa a s. spiritu tradita imperatoriae potestati constat non esse subiecta. Quae vero sunt ab imperatoribus tradita, quia non sunt aecclesiis perpetuo iure manentia, nisi succedentium imperatorum et regum fuerint iteratione concessa, dicuntur profecto quodammodo regibus et imperatoribus subdita, quia nisi per succedentes imperatores et reges fuerint aecclesiis confirmata, revertuntur ad imperialia iura. . . . Quo circa satis visum est utile, ut imperialia iura et regalia semel aecclesiis tradita, crebra regum et imperatorum investicione firmentur, quae ex concessione alicuius unius imperatoris vel regis perpetim illis manere non possunt. . . . Unde succedentibus postea temporibus salubriter est a posteris Romanae sedis episcopis institutum et imperatoribus concessum, ut aecclesiarum investituras habeant, non dico parietum sacrorum et altarium quae non sunt eorum, sed aecclesiasticarum rerum". Die Aeusserung, welche g. Trevir. add. c. 11, SS. 8, 184 zu 1079 dem Egilbert, nachmals Bischof v. Trier in den Mund legt: „imperatori licere, nec idcirco ecclesiae consorcium amittere, si non spiritualia, sed regalia sua gratis preciove cui voluerit inpendat" ist offenbar aus der Anschauung des 12. Jahrhunderts herausgedacht.

[4] Vgl. Bernheim, Zur Geschichte des Wormser Concordates, Göttingen 1878. S. 12 ff.

[5] Hierher gehört der Verfasser des früher mit Unrecht dem Bischof Walram von Naumburg zugeschriebenen Traktates de investituris, geschrieben um 1109 (vgl. darüber Bernheim i. d. Forschgen z. deutschen Gesch. 16, 281 ff., edirt von Goldast apologiae. Hanov. 1611 u. von Kunstmann i. d. Tübing theolog. Quartalschrift. Jahrgg. 1837. S. 184; J. 1839. S. 337). Vgl. folgende Stellen ed. Goldast p. 229: „Nil enim refert sive verbo sive praecepto sive baculo sive alia re quam in manu tenuerit, investiat aut inthronizet rex et imperator episcopum qui die consecrationis veniens anulum et baculum ponit super altare et in curam pastoralem singula suscipit a stola et ab auctoritate s. Petri. Sed congruum magis est per

Eine vermittelnde Partei suchte dagegen eine noch schärfere Trennung der geistlichen Momente bei der Wahl und der Investitur durchzuführen. Sie verlangte, indem sie das Verfügungsrecht des Königs über die Temporalien anerkannte, Aufgeben des fürstlichen Einflusses auf die Wahlen, also Gestattung derselben in kanonischer Form und Verzicht auf die Uebergabe der Symbole des geistlichen Amtes. Dagegen wollte sie dem Fürsten das Bestätigungsrecht der Wahl und die Investitur durch weltliche Symbole gewähren, und ebensowenig widersetzte sie sich der Leistung der Lehnspflichten durch die Prälaten sowie der Vornahme der Weihe und der geistlichen Investitur mit Ring und Stab durch den Metropoliten nach stattgehabter Uebertragung der Temporalien seitens des Fürsten [1].

baculum qui est duplex i. e. temporalis et spiritualis" . . . l. c. p. 227: „ut non consecretur episcopus qui per regem vel imperatorem non introierit pure et integre exceptis quos papa Romanus investire debet ... cum illis quae vocantur regalia i. e. a regibus et imperatoribus data pontificibus Romanis in fundis et reditibus" . . . p. 230: „Praecedens investitura per regem in fundis et rebus ecclesiae contra tyrannos et raptores quieta et pacifica reddit omnia. Sequitur autem consecratio, ut bannus episcopalis banno regali conveniens in communem salutem operetur, et si episcopis faciendum est regibus hominium et sacramentum de regalibus, aptius est ante consecrationem . . . Postquam autem a Silvestro per christianos reges et imperatores dotate et ditate . . . sunt ecclesiae in fundis et aliis mobilibus et iura civitatum in theloneis, monetis, villicis et scabiniis, comitatibus, advocatiis, synodalibus bannis per reges delegata sunt episcopis, congruum fuit et consequens, ut rex qui est unus in populo et caput populi investiat et intronizet episcopum et contra irruptionem hostium sciat cui ius suum in donum illorum transtulerit". Der Verfasser verlangt also Besetzung der Bischofsstühle durch Wahl des Klerus und des Volks unter Kontrole des Königs (— dass er diesem auch bei zwistigen Wahlen ein Entscheidungsrecht beigelegt wissen will, ergiebt sich daraus, dass er dies Recht dem König sogar bei den Papstwahlen vindicirt —), darauf folgende Bestätigung der Wahl und Investitur mit den Temporalien unter Anwendung des Stabes oder des Scepters als Zeichen der weltlichen Gewalt und in Verbindung mit Leistung der Lehnspflicht seitens des Prälaten, ferner Entgegennahme des Ringes und Stabes als der Symbole des geistlichen Amtes vom Altar und endlich Konsekration durch den Metropoliten. S. Bernheim Wormser Concordat S. 14 ff. Noch weiter geht der allerdings mit Rücksicht auf England schreibende Hugo von Fleury in seinem u. 1100 verfassten tractatus de regia potestate et sacerdotali dignitate bei Migne patrol. t. 163, indem er nicht nur die Wahl in Gegenwart des Fürsten, und Bestätigung derselben, sondern auch sogar die Ernennung durch ihn im Einverständniss mit dem Metropoliten für zulässig erklärt, dagegen bei zwistigen Wahlen die Entscheidung der Synode zuweist, vgl. I. 5. l. c. p. 947: „ubi vero eligitur episcopus a clero vel populo secundum morem ecclesiasticum, nullam vim ac perturbationem eligentibus rationabiliter rex per tyrannidem debet inferre, sed ordinationi legitimae suum adhibere consensum . . . rex instinctu spiritus sancti potest . . . praesulatus honorem religioso clerico tribuere"; l. c. lib. II. p. 968: „opportunum esse speramus, ut si rex aut quislibet pius princeps praesulatus honorem viro sancto ordinabiliter tribuere vult, ne hoc suo solo faciat arbitrio, sed consilio et consensu metropolitani episcopi"; l. c.: „solet saepe dissensio pullulare . . . unde nobis cautum fore videtur, ut si res huiusmodi pravorum studiis obstantibus competenter minime perfici poterit, ut tamdiu differatur, donec in generali synodo . . . terminetur"; ibid. I. 5. p. 947: „post electionem autem non anulum aut baculum a manu regia, sed investituram rerum saecularium antistes debet suscipere, et in suis ordinibus per anulum et baculum curam animarum ab archiepiscopo suo". Vgl. Bernheim a. a. O. S. 16. 17.

[1] Ihr Haupt ist Ivo von Chartres. S. ep. 60, ed. Juret. II. Paris. 1610. p. 109: „Quod tamen si factum esset (scil. Daimbertum — 1098 — electum investituram episcopatus de manu regis accepisse), cum hoc nullam vim sacramenti gerat in constituendo episcopo vel admissum vel omissum, quid fidei, quid sacrae religioni officiat, ignoramus: cum post canonicam electionem reges ipsos apostolica auctoritate a concessione episcopatuum prohibitos minime videamus. Legimus enim ... summos pontifices aliquando apud reges pro electis ecclesiarum, ut eis ab ipsis regibus concederentur episcopatus ad quos electi erant, intercessisse, aliquorum quia concessiones regum nondum consecuti fuerant, consecrationem distulisse . . . Papa Urbanus reges tantum a corporali investitura excludit . . . non ab electione, in quantum sunt caput populi vel concessione, quamvis VIII a synodus (o. S. 525) solum prohibeat eos interesse electioni, non concessioni. Quae concessio (damit ist die weltliche Investitur, die Uebertragung der Temporalien im Gegensatz zu der mit der Konsekration verbundenen geistlichen Investitur gemeint) sive fit manu sive nutu sive lingua sive virga, quid refert? cum reges nihil spirituale se dare intendant, sed tantum aut votis petentium annuere aut villas ecclesiasticas et alia bona exteriora, quae de munificentia regum obtinent ecclesiae, ipsis electis concedere", wogegen er die Investitur in der früheren Bedeutung einer Uebertragung des Bisthums in der Totalität seiner geistlichen Rechte durch die bischöflichen Insignien, Ring und Stab

Die Anhänger der streng kirchlichen Partei endlich forderten neben der Freiheit der Wahlen unter Verwerfung jedes fürstlichen Bestätigungsrechtes die bischöfliche Konsekration vor der von ihnen noch allenfalls zugelassenen weltlichen Investitur mit den Temporalien [1]. Ferner wurde in diesen Kreisen innerhalb der kirchlichen Temporalien im Hinblick auf den Ursprung derselben ein Unterschied zwischen den Oblationen, den Zehnten und dem aus Privatschenkungen herrührenden Vermögen der Kirchen, also den eigentlichen res ecclesiasticae einerseits und den von den Königen und dem Reich herrührenden Gütern und Rechten andererseits, also zwischen unmittelbarem und zwischen Reichs-Kirchengut, gemacht, und die Beschränkung der Investitur auf das letztere verlangt, während das Recht auf die erst gedachten Vermögensstücke mit der geistlichen Investitur erworben werden sollte [2].

verwirft, vgl. die sich auf das Konkordat von Sutri und die zu Anse beabsichtigte Synode beziehenden ep. 233 p. 405 und ep. 236 p. 409. S. ferner ep. 190 p. 334: „reclamante curia (sc. regis) plenariam pacem impetrare nequivimus nisi per manum et sacramentum eam fidelitatem regi faceret (der Erzbischof v. Rheims), quam praedecessores suis regibus Francorum antea fecerant omnes Remenses archiepiscopi et caeteri regni Francorum quamlibet religiosi et sancti episcopi". Hierzu Bernheim a. a. O. S. 12.

[1] Hierher gehört Gottfried von Vendome (epistolae, opuscula etc. in J. Sirmond opera varia. Paris. 1696. p. 612), vgl. l. c. p. 889: „Alia utique est investitura quae episcopum perficit, alia vero quae episcopum pascit: illa ex divino iure habetur, ista ex iure humano. Subtrahe ius divinum — spiritualiter episcopus non creatur, subtrahe ius humanum — possessiones amittit, quibus ipse corporaliter sustentatur. Non enim possessiones haberet ecclesia, nisi a regibus donarentur"; ep. 11. p. 739: „episcopus sine canonica electione est quasi arbor sine radice ... tota itaque ordinatio episcopi in sola electione consistit"; l. c. p. 890: „Possunt itaque sine offensione reges post electionem canonicam et consecrationem per investituram regalem in ecclesiasticis possessionibus concessionem ... episcopo dare, quod quolibet signo factum extiterit, regi vel pontifici seu catholicae fidei non nocebit"; l. c. p. 889: „Investituram per virgam et anulum accipere nisi a suo consecratore, manifestum est, esse damnosum". Vgl. auch Bernheim a. a. O. S. 17.

[2] So Placidus von Nonantula in seinem gleich nach 1111 geschriebenen Werke de honore ecclesiae (bei Pez) thesaur. anecdotor. novor. II. 2, 73 u. Migne patrolog. 163. p. 623 ff. Derselbe betrachtet allerdings principiell alles Kirchenvermögen als untrennbares Eigenthum der Kirche. c. 43, Migne p. 634: „Sunt autem qui dicunt ecclesiis non competere nisi decimas, primitias et oblationes, in mobilibus tantum scilicet rebus. Nam immobilia, videl. castra, villae vel rura ei non pertinent, nisi de manu imperatoris pastor susceperit. Quod male eos dicere multis modis et diversis sanctorum sententiis supra docuimus"; c. 150, p. 684: „Sunt vero nonnulli qui dicant: ecclesia quidem et circuitus eius deo consecratus ... pertinet nisi deo et eius sacerdotibus, ea vero quae ecclesia possidet, ... i. e. ducatus, marchias, comitatus, advocatias, monetas publicas, civitates et castra, villas et rura et caetera huiusmodi ita ad imperatorem pertinent, ut nisi pastoribus semper, cum sibi succedunt, iterum dentur, nequaquam ea habere debeant". — Indessen macht er doch aus praktischen Rücksichten die im Text gedachte Koncession, c. 85 p. 660: „Si vero imperator fidelis vel aliquis princeps quod sibi iure competit, pastori ecclesiae dare voluerit, investitura caeteris hominibus consueta concedere debet, non pastorali virga seu episcopali anulo"; c. 92 p. 663: „cum pastor ecclesiae canonice electus, investitus (d. h. geistlicherseits mit Stab und Ring) et consecratus fuerit, tunc per se et suos fideles imperatorem adeat et de rebus ecclesiis sibi commissis imperiale praeceptum expetat. Quod ei piissimus imperator ... concedens firmare dignetur quod sui praedecessores illi ecclesiae concessisse manifestum est"; c. 81 p. 652: „Ordinatus autem et sacratus si quid ecclesia quam suscepit antiquitus canonice debet imperatori, nisi forte imperator pro remedio animae suae remiserit, solvere per omnia curet". Ferner gehört hierher der Verfasser der von Schum (s. S. 542. n. 1) S. 67 ff. herausgegebenen, 1112 geschriebenen „disputatio vel defensio quorundam catholicorum cardinalium", wahrscheinlich Lambert von Ostia (Schum S. 43 ff.), vgl. a. a. O. S. 85: „Novimus etenim quod anulus et virga pontificalia sunt insignia et per ea spiritualia conferuntur dona et per ea animarum cura et divina designantur sacramenta. Hec enim nec regem tangere nec ad eum pertinere cuius manus plene sunt sanguine, irrefragabili ratione profitemur. Sicut enim in ecclesia pastoralis virga est necessaria, quia regitur et ecclesiastica distinguuntur officia, sic in domibus regum et imperatorum illud insigne sceptrum quod est imperialis vel regalis virga, quia regitur patria, ducatus comitatus et cetera regalia distribuuntur iura. Si ergo dixerit, quod per virgam pontificalem et anulum sua tantum regalia velit conferre, aut sceptrum regale deserat aut per illud regalia sua conferat", — eine Stelle, welche auch darum bemerkenswerth ist, weil hier zum ersten Male der Vorschlag der Investitur mit dem Scepter bestimmt auftritt —, s. ferner p. 70, wo es mit Bezug auf das gleich im Text zu erwähnende Konkordat von Sutri heisst: „Illud etiam pro pace perficienda adiunctum est, ut, si rex vellet,

Als Heinrich V. i. J. 1111 nach Italien zog, um die Kaiserkrönung zu erlangen, waren somit die bei dem Investiturstreit in Frage kommenden Gesichtspunkte insoweit erörtert, dass eine Ausgleichung möglich war. Es ist weiter nicht zu übersehen, dass mit der Unterscheidung zwischen den Spiritualien und den Temporalien sowie der weiteren zwischen den beiden Arten der letzteren dem Klerus der Verzicht auf das rein weltlichen Zwecken dienende Kirchengut nahe gelegt war, und wenn Papst Paschalis II. selbst mehrfach die kirchliche und politische Doppelstellung der deutschen hohen Geistlichkeit verurtheilt hatte, so war es erklärlich, dass er gerade auf dieser Basis einen Vergleich mit dem König herbeizuführen suchte[1]. Derselbe kam in dem Konkordate von Sutri (1111) zum Abschluss[2]. Seitens des Königs wurde versprochen, bei seiner Krönung auf die Investitur und auf die nicht dem Reiche gehörigen Kirchengüter zu verzichten[3], dagegen verpflichtete sich der Papst den Bischöfen die Rückerstattung aller dem Reiche angehörigen Rechte und Besitzungen anzubefehlen[4]. Heinrich V. hatte aber die Zustimmung der deutschen Fürsten zu seiner Verzichtleistung vorbehalten[5], und als die dem Vertrage gemäss abgefasste Urkunde des Papstes beim Beginn des Krönungsaktes vor ihrer feierlichen Verlesung den Bischöfen kund gegeben wurde, erregte das Verlangen des Papstes[6] bei ihnen solche Entrüstung, dass die Krönungshandlung abgebrochen werden musste. Dem der Gewalt des Königs anheimgegebenen Papst blieb nunmehr nichts anderes übrig, als demselben mit der Krönung auch zugleich das Investiturrecht schlechthin eidlich zu bewilligen[7] und

res ad regalia pertinentes reciperet et ipse ecclesiis oblationes, patrimonia, emptiones, donationes et omnes earum res quietas dimitteret".

Beide Schriften fallen allerdings nach dem gedachten Konkordat, aber offenbar ist die Unterscheidung schon früher gemacht. Hat doch schon der Gregorianer Manegold (1083—1085) behauptet, dass Gregor VII. mit seinem Investiturverbot nicht alles Kirchengut, sondern nur die Oblationen und die zu Pietätszwecken bestimmten Zehnten, der Verfügung der Laien habe entziehen wollen, vgl. Giesebrecht i. Münchner histor. Jahrb. 1866. S. 138. n. 42.

[1] Schum a. a. O. S. 10 ff.

[2] Ueber die Vorgänge und Verhandlungen s. Ekkehard chron. a. 1111, SS. 6, 244; Petr. chron. Casin. IV. 35 ff., SS. 7, 778; Annal. Roman. a. 1111, alle diese bei Watterich pontif. Roman. vitae 2, 48; die Aktenstücke LL. 2, 65 ff. Gegen die hergebrachte Auffassung, dass Heinrich das Konkordat in der Erkenntniss seiner Unausführbarkeit geschlossen, um den Papst zu weiterem Nachgeben zu veranlassen, s. z. B. Hefele, Conc. Gesch. 5, 266; vgl. die Ausführungen von Schum S. 7 ff.

[3] Heinr. reg. promiss. formula, LL. 2, 66: „Rex scripto refutabit omnem investituram omnium ecclesiarum in manu domni papae, in conspectu cleri et populi, in die coronationis suae. Et postquam domnus papa fecerit de regalibus sicut in alia carta scriptum est, sacramento firmabit, quod numquam se de investituris alterius intromitteret et dimittet ecclesias liberas cum oblationibus et possessionibus quae ad regnum manifeste non pertinebant".

[4] Paschalis pp. promissio l. c. p. 67: „Si rex adinpleverit domno papae, sicut in alia conventionis cartula scriptum est, domnus papa precipiet episcopis presentibus in die cororationis eius, ut dimittant regalia regi et regno quae ad regnum pertinebant tempore Karoli, Lodovici, Heinrici et aliorum praedecessorum eius et scripta firmabit cum anathemate auctoritate sua et iustitia, ne quis eorum vel praesentium vel absentium vel successores eorum intromittant se vel invadant eadem regalia i. e. civitates, ducatus, marchias, comitatus, monetas, teloneum, mercatus, advocatias regni, iura centurionum et curtes quae manifeste regni erant, cum pertinentiis suis, militia et castra regni".

[5] Ekkehard. chron. l. c. p. 244: „Prebuit rex assensum, sed eo pacto quatinus haec transmutatio ... consilio quoque vel concordia totius aecclesiae ac regni principum assensu stabiliretur, quod etiam vix aut nullo modo fieri posse credebatur".

[6] LL. 2, 68.

[7] LL. 2, 72: „... dilectioni tuae concedimus et presentis privilegii pagina confirmamus, ut regni tui episcopis vel abbatibus libere preter symoniam et violentiam electis, investituram virgae et anuli conferas. Post investitionem vero canonicam consecrationem accipiant ab episcopo ad quem pertinuerint. Si quis autem a clero et populo preter tuum assensum electus fuerit, nisi a te investiatur, a nemine consecretur. Sane episcopi et archiepiscopi libertatem habeant, a te investitos episcopos vel abbates canonice consecrandy. Predecessores enim vestri ecclesias regni tui tantis regalium suorum beneficiis ampliarunt, ut regnum ipsum maxime episcoporum presidiis vel abbatum oporteat communiri, populares dissensiones que in electionibus sepe contingunt, regali oporteat maiestate compesci".

das Verbot, für welches seine Vorgänger den langen Kampf geführt hatten, aufzuheben. Dauernd war indessen der Erfolg, welchen der Kaiser errungen hatte, nicht. Auf Andringen seiner der kirchlichen Reformpartei angehörigen Umgebung erklärte der Papst, um den dem König geleisteten Eid nicht zu brechen, auf der Lateransynode v. 1112, dass er mit der h. Schrift, den Kanones der Apostel und den vier ersten ökonomischen Synoden auch die Dekrete der früheren Päpste, namentlich die Gregors VII. und Urbans II. festhalte, und was diese verworfen hätten, ebenfalls verwerfe und untersage [1], und erneuerte so mittelbar das Investitur-Verbot. Ferner liess er es geschehen, dass die Synode selbst das dem Kaiser gewährte Investitur-Privilegium als ungültig kassirte [2]. Noch weiter ging die Reformpartei unter dem gallikanischen Klerus. Die zu Anse zur Verurtheilung des Verhaltens des Papstes beabsichtigte Synode kam zwar nicht zu Stande [3], dagegen erklärte die von dem päpstlichen Legaten Guido, Erzbischof von Vienne (nachmals Kalixt II.) daselbst abgehaltene Synode die Laien-Investitur für Häresie und das päpstliche Privileg für nichtig, exkommunicirte den Kaiser und verlangte die Bestätigung ihrer Beschlüsse vom Papst [4], welcher unter dem Drucke der Reformpartei diesem Ansuchen, wenngleich freilich nur in allgemeinen Wendungen, nachgab [5]. Ferner veranlasste der päpstliche Legat, Kuno, Kardinalbischof von Palästrina, gleiche Erklärungen auf verschiedenen anderen, von ihm in Griechenland, Ungarn, Frankreich und Deutschland abgehaltenen Synoden [6], insbesondere auf denen zu Beauvais [7] 1114 und Rheims [8] 1115, während die päpstliche Partei in Deutschland nach den Niederlagen Heinrichs V. in seinem Kampfe mit den Sachsen neue Kraft und Stärke gewonnen hatte, und der auf Veranlassung der Sachsen herbeigerufene, mit einer Legation in Ungarn betraute Kardinal Dietrich auch seinerseits auf einer Synode zu Goslar 1115 die Exkommunikation des Kaisers verkündigte [9]. Wenngleich der Papst auf einer 1116 von ihm im Lateran abgehaltenen Synode nicht dazu zu bewegen war, die von seinen Legaten gegen den Kaiser wiederholt ausgesprochene Exkommunikation direkt und unzweideutig zu genehmigen [10], so widerrief er doch nunmehr unter Beziehung auf die

[1] Ekkehard. chron. a. 1112, SS. 6, 246: „amplector . . . precipue decreta domni mei pp. Gregorii VII. et b. m. pp. Urbani. Quae ipsi laudaverunt laudo, quae ipsi tenuerunt, teneo, quae ipsi confirmaverunt, confirmo, quae dampnaverunt, dampno, quae repulerunt, repello, quae interdixerunt, interdico, quae prohibuerunt prohibeo in omnibus et per omnia; et in his semper perseverabo"; s. auch Mansi 21, 50 ff.; Hefele, Konc. Gesch. 5, 284 ff.; Schum a. a. O. S. 32. Eine direkte Erklärung des Papstes, dass das Investiturprivileg ungültig sei, findet sich in dem Brief an Guido v. Vienne, Mansi 20, 1008, welcher nicht mit Jaffé reg. n. 4678 in das Jahr 1111, sondern in das J. 1112 zu setzen ist, Schum a. a. O. S. 34.

[2] Ekkehard. l. c.: „Privilegium illud, quod non est privilegium, sed vere dici debet pravilegium, pro liberatione captivorum et aecclesiae a domno Paschale p. per violentiam regis Heinrici extortum, nos omnes in hoc s. concilio congregati, canonica auctoritate iudicio s. spiritus dampnamus et irritum esse iudicamus et omnino ne quid auctoritatis et efficacitatis habeat, penitus excommunicamus; et hoc ideo dampnatum est, quia in eo privilegio continetur, quod electus canonice a nemine consecretur, nisi prius a rege investiatur; quod est contra spiritum s. et canonicam institutionem. Perlecta carta, acclamabant omnes: Amen, amen"; Schum a. a. O. S. 33.

[3] Th. I. S. 305. n. 1; Schum a. a. O. S. 26 ff.

[4] Mansi 21, 74 ff.; Schum a. a. O. S. 35.

[5] Das Schreiben bei Mansi 21, 76; vgl. dazu Schum a. a. O. S. 36.

[6] Ekkehard. chron. a. 1116, SS. 6, 251: „domnus Prenestinus subiunxit, qualiter pro sedis illius legatione Hierosolimis audierit, regem Heinricum post sacramenta obsides et oscula in ipsa b. Petri aecclesia domnum papam tenuisse captum ... pro huiusmodi facinoribus, aecclesiae Hierosolimitanae concilio ... animatus excommunicationis sententiam in regem dictaverit, et eandem in Grecia, Ungaria, Saxonia, Lotharingia, Francia, in quinque conciliis consilio praedictarum aecclesiarum renovando confirmaverit".

[7] Mansi 21, 121 ff.

[8] L. c. p. 130.

[9] Ekkehard. chron. a. 1115, SS. 6, 249.

[10] Vgl. Hefele, Konc. Gesch. 5, 300.

früheren Verordnungen Gregors VII. das von ihm 1111 gewährte Investitur-Privilegium [1]. Einen anderen Erfolg erzielte Heinrich V., welcher inzwischen nach Italien gegangen war und wegen der politischen Lage in Deutschland einen Ausgleich mit dem Papste suchte, durch die von ihm schon vor der Synode eröffneten Verhandlungen nicht. Auch nachher ist weder mit Paschalis II. noch mit dessen Nachfolger Gelasius II. (1118 u. 1119), welchem der Kaiser den Erzbischof Burdinus von Braga als Gegenpapst gegenübergestellt hatte, eine Einigung erreicht worden, vielmehr sprachen Gelasius II.[2] und sein Legat in Deutschland [3] von Neuem den Bann über den Kaiser aus. Erst unter Kalixt II. wurden bei dem allseitigen Verlangen nach Beilegung des Streites die Friedensverhandlungen i. J. 1119 wieder aufgenommen. Der Kaiser erklärte sich namentlich durch den Hinweis der päpstlichen Gesandten, dass die französischen Bischöfe auch ohne die Investitur dem König zu gleichen Leistungen, wie die deutschen, verpflichtet seien [4], zum Verzichte auf dieselbe bereit, es wurden später auch sogar die vom Kaiser und Papst auszustellenden Urkunden entworfen [5], indessen scheiterte das beabsichtigte Friedenswerk, dessen Abschluss für die damals zu Rheims tagende Synode in Aussicht genommen war, an den aus Anlass der Fassung der erwähnten Urkunden entstandenen Differenzen [6]. Und wenn auch der Papst mit der Synode den Bann gegen Heinrich V. erneuerte, so war es doch für die Anbahnung des Friedens bedeutungsvoll, dass ein zunächst vorgeschlagener Kanon, wonach die Investitur aller Kirchen und kirchlichen Güter durch Laienhand verboten werden sollte [7], auf den dagegen vielfach von Geistlichen und Laien erhobenen Widerspruch nur in der beschränkten Fassung eines Verbotes der Laien-Investitur der Bisthümer und Abteien zur Annahme gelangte [8], und damit die

[1] Ekkehard. chron. a. 1116, SS. 6, 250: „apostolicus concilii causam . . . his verbis exposuit: Postquam dominus . . . me populumque Romanum tradidit in manus regis, videbam cotidie passim fieri rapinas et incendia, cedes et adulteria. Haec et huiusmodi mala cupiebam avertere ab aecclesia . . . Fateor me male egisse . . . Illud autem malum scriptum quod in tentoriis factum est, quod pro pravitate sui pravilegium dicitur, condempno sub perpetuo anathemate, ut nullius unquam sit bonae memoriae, et rogo vos omnes ut idem faciatis. Tunc ab universis conclamatum est: fiat! fiat! . . .“ p. 251: „Pravilegium investiturae, quod in tentoriis concessisse videbatur, oblitterare volens, iterans sententiam pp. Gregorii VII investituram aecclesiasticarum rerum a laica manu rursus excommunicavit, sub anathemate dantis et accipientis“.

[2] Auf einer Synode zu Capua, Ekkehard. chron. a. 1118, SS. 6, 254.

[3] Zu Cöln und Fritzlar, Mansi 21, 175. 177.

[4] Hesson. scholast. relatio de conc. Rem. SS. 12, 423: „Venerunt ad regem apud Argentinam episcopus Catalaunensis et abbas Cluniacensis, acturi cum eo de pace et concordia inter regnum et sacerdotium. A quibus cum rex consilium quaereret, quomodo sine diminutione regni sui hoc exequi posset . . . respondit episcopus: Si veram pacem . . . habere desideras, investituram episcopatuum et abbatiarum omnimodis dimittere te oportet. Ut autem in hoc nullam regni tui diminutionem pro certo teneas, scito me in regno Francorum episcopum electum, nec ante consecrationem nec post consecrationem aliquid suscepisse de manu regis; cui tamen de tributo, de milicia, de theloneo et de omnibus quae ad rem publicam pertinebant antiquitus, sed a regibus christianis aecclesiae dei donata sunt, ita fideliter deservio, sicut in regno tuo tibi episcopi deserviunt, quos huc usque investiendo hanc discordiam immo anathematis sententiam incurristi. Ad haec rex . . . hoc responsum dedit: Eia . . . sic fiat, non quaero amplius“.

[5] L. c. p. 424: „Ego H. . . . dimitto omnem investituram omnium aecclesiarum . . . possessiones autem aecclesiarum et omnium qui pro aecclesia laboraverunt, quas habeo, reddo; quas autem non habeo, ut rehabeant fideliter adiuvabo. Quodsi quaestio inde emerserit, quae ecclesiastica sunt, canonico, quae autem saecularia sunt, saeculari terminentur iudicio. . . . Ego Calixtus . . . do veram pacem H. Romanorum imperatori augusto et omnibus qui pro eo contra aecclesiam fuerunt vel sunt; possessiones eorum quas pro werra ista perdiderunt, quas habeo reddo“, das Folgende wie vorher.

[6] L. c. p. 425; Giesebrecht, Gesch. d. K. z. 3, 886 ff.; Hefele 5, 316 ff.; Stutzer, z. Kritik d. Investiturverhdgen i. J. 1119 i. d. Forschgen z. deutsch. Gesch. 18, 223 ff.

[7] Hesson. l. c. p. 427: „Investituram omnium aecclesiarum et aecclesiasticarum possessionum per manum laicam fieri omnibus modis prohibemus“.

[8] L. c. p. 427: „Episcopatuum et abbatiarum per manum laicam fieri penitus prohibemus; quicumque igitur laicorum deinceps investire

Investitur der Temporalien durch die Laien im Princip anerkannt wurde. Nachdem der Bürgerkrieg in Deutschland von Neuem ausgebrochen war, trat aber bald sowohl bei den deutschen Fürsten, wie auch beim Kaiser und Papst der Gedanke an einen neuen Versuch der friedlichen Beseitigung des Streites hervor. In der kirchlichen Frage wurde derselbe 1122 trotzdem, dass der Kaiser sich Anfangs hartnäckiger als drei Jahre zuvor, zeigte, durch das zu Lobwisen[1] vereinbarte, zu Worms verkündete Konkordat mit Zustimmung der Fürsten beigelegt[2]: und zwar auf der Grundlage der Unterscheidung der geistlichen und weltlichen Seite des Bischofsamtes (s. o. S. 552) und der am Anfang des Jahrhunderts von den verschiedenen Parteien gemachten Vorschläge (s. o. S. 552 ff.) in der Weise, dass die Vereinbarung den Charakter eines Kompromisses zwischen den letzteren trägt.

In dem Konkordate verzichtete der Kaiser zu Gunsten der Kirche auf die bisherige Investitur des Bischofsamtes in seiner Totalität durch Stab und Ring und gestattete in allen Kirchen des Reiches die Besetzung durch kanonische Wahl und freie Konsekration des Gewählten. Der Papst seinerseits machte dagegen das Zugeständniss, dass die Wahl der zum deutschen Königreich gehörigen Bischöfe und Aebte in Gegenwart des Kaisers jedoch ohne Simonie und Gewalt vorgenommen werden durfte, und dass der Kaiser dem Gewählten, d. h. also vor der Konsekration,

praesumpserit, anathematis ultioni subiaceat. Porro qui investitus fuerit, honore quo investitus est, absque ulla recuperationis spe omnimodis careat" (auch Mansi 21, 235).

[1] Bei Lorsch, nicht zu Worms, vgl. Annales Patherbrunenses von Scheffer-Boichorst. Innsbruck 1870. S. 195.

[2] Ueber die Texte der beiden, vom Kaiser und Papst ausgestellten Urkunden vgl. Bernheim, zur Gesch. d. Wormser Konkordates S. 33; solche bei Ekkeh. chron. a. 1122, SS. 6, 260; Anselm. Gemblac. a. 1122, l. c. p. 378; und in den LL. 2, 75. 76. Ich gebe den Text nach Ekkehard mit den Abweichungen der anderen beiden.

„Ego Heinricus . . . dimitto (*A.* remitto) deo et ss. eius apostolis Petro et Paulo sanctaeque catholicae aecclesiae omnem investituram per anulum et baculum et concedo in omnibus aecclesiis (*A.* u. *LL.* quae in regno et imperio meo sunt canonicam) fieri electionem et liberam (*A.* fieri) consecrationem. Possessiones et regalia s. Petri quae a principio huius discordiae usque ad hodiernum diem sive tempore patris mei sive etiam meo ablata sunt, quae habeo, eidem sc. Romanae aecclesiae restituo; quae autem non habeo, ut restituantur (*A.* reddantur), fideliter iuvabo. Possessiones etiam omnium aliarum aecclesiarum et principum et aliorum tam clericorum quam laicorum (*LL.* que in guerra ista amisse sunt) consilio principum et iusticia quae habeo, reddam, quae non habeo, ut reddantur (*LL.* restituantur), fideliter adiuvabo (*LL.* u. *A.* iuvabo). Et do veram pacem Calisto sanctaeque Rom. aecclesiae et omnibus qui in parte ipsius sunt vel fuerunt. Et in quibus s. Rom. aecclesia (*LL.* mihi) auxilium postulaverit, fideliter adiuvabo (*LL.* u. *A.* iuvabo) (*LL.* et de quibus mihi fecerit querimoniam, debitam sibi faciam iustitiam)".

„Ego Calistus . . . concedo, electiones episcoporum et abbatum Teutonici regni qui ad regnum pertinent, in presentia tua fieri absque symonia et aliqua violentia; ut si qua inter partes discordia emerserit, metropolitani et comprovincialium consilio vel iudicio saniori parti assensum et auxilium praebeas. Electus autem regalia (*LL.* absque omni exactione) per sceptrum a te recipiat (*A.* accipiat), exceptis omnibus quae ad Romanam ecclesiam pertinere noscuntur (in *LL.* fehlt hier: exceptis — noscuntur) et quae ex iure tibi debet, faciat. Ex aliis vero partibus imperii consecratus infra VI. menses regalia (*LL.* absque omni exactione) per sceptrum a te recipiat (*LL.* et que ex his iure tibi debet, faciat exceptis omnibusque ad Romanam ecclesiam pertinere noscuntur). De quibus vero mihi querimoniam feceris (*A.* u. *LL.* et auxilium postulaveris), secundum officii mei debitum auxilium meum (statt dessen *A.* u. *LL.* tibi) praestabo. Do tibi veram pacem et omnibus qui in parte tua sunt vel fuerunt tempore huius discordiae". Der authentische Text lässt sich bei den geringen Abweichungen, die diese Texte und die übrigen bieten, leicht herstellen. Als einzige Interpolation ist der mehrmals in der Urkunde Kalixt's vorkommende Zusatz: absque omni exactione anzusehen, da Heinrich V. nicht auf die Investitur und also auch nicht auf die dabei vorkommende Huldigungsgabe verzichtet hat, Bernheim a. a. O. S. 35. Der Satz exceptis omnibus quae ad Rom. ecclesiam etc. gehört wohl an die ihm in den LL. angewiesene Stelle, da gerade dort von den ausserdeutschen Bischöfen die Rede ist und in diesen Zusammenhang die Erwähnung der Exemtion des römischen Patrimoniums allein passt, Bernheim S. 34. Einen eigenthümlichen Text weist Cod. Udalrici n. 214, Jaffé, monum. Bamb. p. 387. 388 auf. Vgl. darüber unten, wo die Behandlung streitiger Wahlen durch Heinrich V. näher besprochen ist.

Das Schreiben vom 13. Dezember 1122, in welchem Kalixt II. das von seinen Legaten abgeschlossene Konkordat genehmigt hat, bei Mansi 21, 280.

die Investitur der Regalien unter Entgegennahme der Leistung der Lehnspflicht und unter Gebrauch des Scepters zu gewähren befugt sein sollte[1]. Bei zwiespältigen Wahlen sollte der Kaiser nach dem Urtheil des Metropoliten und der Komprovinzial-Bischöfe der verständigeren Partei zustimmen und ihr Unterstützung gewähren[2]. Für die anderen Theile des Kaiserreiches, d. h. Italien und Burgund, wurde dagegen dem König kein Recht auf Betheiligung bei der Wahl zugestanden, vielmehr sollte der Gewählte die Investitur der Regalien bei ihm binnen 6 Monaten nach erfolgter Konsekration nachsuchen[3].

Mit dem Wormser Konkordat hatte die Kirche und das Papstthum nach langem Kampfe den Sieg über das Kaiserthum erfochten. Das letztere war gezwungen worden, den von der Kirche begonnenen Streit über ein Jahrhunderte lang unangetastet ausgeübtes Recht durch einen Vergleich beizulegen, welcher einen Verzicht auf dasselbe enthielt, und dadurch die Emancipation des Papstthums von der früheren kaiserlichen Oberherrschaft und seine Stellung als selbstständiger politischer Macht zu besiegeln. Gegenüber dieser principiellen Bedeutung des Konkordates erscheint es gleichgültig, dass die päpstliche Partei auch ihrerseits in der speziellen Frage der Bischofs-Investituren nicht alle ihre Forderungen durchzusetzen vermocht hatte. Jedenfalls war es ihr gelungen, das alte und sichere Fundament des Reichsherkommens in Betreff der Besetzung der Bischofsstühle zu beseitigen, und dem neuen Reichsrecht eine Basis zu geben, welche dem Papstthum einen unbestreitbaren Anspruch gewährte, an der Weiterbildung desselben theilzunehmen. Dieser Erfolg war um so bedeutsamer, als das Wormser Abkommen die kirchlichen und kaiserlichen Rechte, wie weiter unten dargelegt werden wird, nur in den allgemeinsten Grundzügen und in zweideutiger Fassung festgesetzt, die nähere Ausgestaltung des neuen Besetzungsmodus aber der Praxis überlassen hatte. Trotzdem war ein Theil der extrem kirchlich gesinnten Partei von dem Erreichten nicht befriedigt, und machte bei der Kaiserwahl i. J. 1125 den Versuch, dem Kaiser auch die Rechte, welche ihm das Konkordat gelassen hatte, zu entziehen. Der von ihr aufgestellte Kandidat, Lothar der Sachse, musste vor der Wahl versprechen, jeder anderen Befugniss, als der Ertheilung der Investitur nach der Konsekration und der Forderung eines allgemein gehaltenen Treueides, zu entsagen[4]. Zu der dadurch beabsichtigten Aufhebung des Wormser Vertrages ist es

[1] Diese Bestimmung des Konkordats entspricht der Forderung der oben S. 552 gedachten beiden, der königlichen und vermittelnden Partei, insofern die Investitur nur mit den Regalien und vor der Konsekration erfolgen soll, den Vorschlägen der letzteren und einzelner Anhänger der streng kirchlichen, insofern die Wahl frei sein soll und ihr der König, was für keine Beeinträchtigung ihrer Freiheit gehalten wurde, beiwohnen darf, s. z. B. Placidus von Nonantula l. c. c. 37, Migne 163, 632. Ueber das Scepter s. o. S. 554. n. 2.

[2] Die gedachte Anordnung, welche theils als Beschränkung des Königs, andererseits aber auch mit Rücksicht auf die von Gregor VII. neben dem Metropoliten für den päpstlichen Stuhl in Anspruch genommene Konkurrenz als Sicherungsmittel gegen Eingriffe der Kurie erscheint, entspricht ebenfalls den Anschauungen der kirchlichen Partei, s. Placidus Nonantula l. c. c. 81, Migne 163, 652: „Cuius electionis discretio non alicui humanae potestati, sed metropolitano episcopo a deo collata est". Auch Hugo von Fleury will den König allerdings bei einseitiger Ernennung des Bischofs an den Beirath des Metropoliten gebunden wissen, s. o. S. 552. n. 5.

[3] Für diese Länder ist also das Programm der streng kirchlichen Partei zur Ausführung gebracht worden, s. o. S. 554.

Wenn endlich jede Investitur der römischen Suffraganbischöfe durch die Klausel im Konkordate: exceptis omnibus etc. (s. S. 558. n. 2) vom König aufgegeben worden und diese somit dem Papst überlassen ist, so entspricht dies der Anschauung der kaiserlichen Partei, s. S. 552. n. 5.

[4] Narratio de elect. Lothar. c. 6, SS. 12, 511: „Concordantibus itaque in aelectione regis universis regni principibus, quid iuris regiae dignitatis imperium, quid libertatis reginae caelestis i. e. ecclesiae sacerdotium habere deberet, stabili ratione prescribitur, et ceptus utrique honoris modus ...

indessen nicht gekommen. Lothar, welchem die anderen, namentlich auch die weltlichen Fürsten zur Seite standen und welcher wohl schwerlich die Zustimmung derselben zu seinem Verzichte erhalten hätte [1], setzte sich über die Köpfe der extremen Partei hinweg mit dem Papste selbst in Verbindung [2] und unterliess die Ausführung seines Versprechens [3], hielt sich aber in der Praxis streng an die Bestimmungen des Wormser Konkordates.

So ist das Wormser Konkordat die Grundlage für die weitere Entwicklung im deutschen Reich geblieben. Nach demselben sollte die Besetzung der Bisthümer nicht mehr, wie nach dem früheren Reichsherkommen, durch die kaiserliche oder königliche Ernennung und die mit dieser verbundene Investitur, sondern durch freie und kanonische, in Gegenwart des Kaisers vorzunehmende Wahl erfolgen. Unter der kanonischen Wahl konnte nichts anderes als die Wahl durch Klerus und Volk [4], d. h. durch das Zusammenwirken der Domherren, der Stifts- und Kloster-Geistlichkeit, des Adels, der Vasallen und der Ministerialen des Bisthums, sowie der Bürger der Bischofsstadt, also derjenigen Gesellschaftsklassen, welche bisher schon, wenn es zu einer Wahl kam, dabei betheiligt gewesen waren [5], verstanden werden [6]; und demgemäss ist auch zunächst in der Praxis verfahren worden [7].

Wenn das Konkordat dem Kaiser das Recht einräumte, bei der Wahl gegenwärtig zu sein und die für die Bisthümer des deutschen Reiches Gewählten, mithin vor der Bischofsweihe zu investiren, so war dadurch trotz des Zugeständnisses der freien Konsekration mindestens ein Recht der Ausschliessung missliebiger Kandidaten zu Gunsten

prefigitur. Habeat aecclesia libertatem quam semper optaverat; habeat et regnum iustam in omnibus potentiam, qua sibi per karitatem quaecunque sunt cesaris sine cede subiciat. Habeat aecclesia liberam in spiritualibus aelectionem, nec regio metu extortam, nec presentia principis ut ante coartatam vel ulla peticione restrictam: habeat imperatoria dignitas electum libere, consecratum canonice, regalibus per sceptrum, sine precio tamen, investire sollempniter, et in fidei suae ac iusti favoris obsequium, salvo quidem ordinis sui proposito, sacramentis obligare stabiliter". Vgl. hierzu Bernheim, Lothar III. u. das Wormser Konkordat S. 1 ff. 10 ff. Diese an Lothar gestellte Forderung entsprach dem für Italien und Burgund verwirklichten Programm der kirchlichen Partei, Bernheim, Wormser Konkordat S. 42 ff.

[1] H. Witte, Forschungen z. Gesch. des Wormser Konkordates. Th. I. Göttingen 1877, S. 103.

[2] Bernheim, Lothar III. S. 16 und Wormser Konkordat S. 43 ff.

[3] Ann. Stadens. a. 1126, SS. 16, 322: „dicunt etiam, quod promisisset (Lotharius) plura quae non persolvit". Die frühere Annahme, dass Lothar sein Versprechen ausgeführt und somit das Wormser Konkordat beseitigt hat, so z. B. Jaffé, Gesch. d. deutsch. Reichs u. Lothar d. Sachs. S. 35; Sugenheim a. a. O. S. 153 ff.; Phillips, K. R. 3, 174; Hefele, Konc. Gesch. 5, 346, ist durch die Ausführungen Friedbergs in den Forschgen z. deutsch. Gesch. 8, 77 ff. und Bernheims a. a. O. S. 13 ff., welche nachweisen, dass Lothar die im Wormser Konkordate dem Kaiser zugestandenen Rechte während seiner ganzen Regierung ausgeübt hat (s. auch unten), widerlegt. Vgl. ferner H. Witte a. a. O. S. 92 ff. Dagegen spricht auch der kurz nach Lothars Krönung an diesen gerichtete Brief Innocenz' II. v. 1133, Jaffé, mon. Bamb. p. 523: „Nos igitur, maiestatem imperii nolentes minuere, sed augere, imperatoriae dignitatis plenitudinem tibi concedimus et debitas et canonicas consuetudines praesentis scripti pagina confirmamus. Interdicimus autem, ne quisquam eorum, quos in Teutonico regno ad pontificatus honorem vel abbatiae regimen evocari contigerit, regalia usurpare vel invadere audeat, nisi eadem prius a tua potestate deposcat, quod ex his quae iure debet tibi, tuae magnificentiae faciat", welcher zwar nur eine sehr vage Anerkennung der konkordatmässigen Rechte des Kaisers enthält, Bernheim S. 42, indessen bei einem Verzichte Lothars auf dieselben unmöglich gewesen wäre, s. auch Wichert in d. Forschgen 12, 110. Die ganze Erzählung der Narratio Loth. für unglaubwürdig zu erklären, so Friedberg a. a. O. S. 77 ff. u. Wichert a. a. O. S. 109, scheint mir kein hinreichender Grund vorzuliegen, vgl. auch Bernheim, Lothar III. S. 10 ff. und Wormser Konkordat S. 49. 50.

[4] S. o. S. 545. n. 1; Gregor. VII. ep. ad Rodulf. a. 1076, S. 546. n. 2.

[5] S. o. S. 534.

[6] Die Ausschliessung der Laien hätte allerdings in der Konsequenz der damaligen kirchlichen Anschauung gelegen; durch das Wormser Konkordat ist sie aber noch nicht erfolgt. Weder der Wortlaut des letzteren noch die damalige Uebung berechtigt, anzunehmen, dass schon in dieser Zeit als kanonische Wahl die Wahl durch die Domkapitel betrachtet worden ist.

[7] S. darüber unten §. 124.



des Kaisers anerkannt[1]. In der That haben aber die Kaiser im 12. Jahrhundert vielfach einen über dieses negative Recht hinausgehenden Einfluss[2] bald durch Bezeichnung und Empfehlung der ihnen erwünschten Kandidaten[3], bald durch Ertheilung ihrer Genehmigung zu der erfolgten Wahl[4] ausgeübt. Entweder fand die Wahl bei Anwesenheit des Kaisers in der vakanten Bischofsstadt und nach Berathung mit demselben statt[5], oder es begab sich ein Theil der Wähler an den Hof, um dort die Wahl vorzunehmen[6]. Endlich haben auch Wahlen ohne Rücksicht auf die Anwesenheit

[1] Die Gegenwart des Kaisers ohne ein Recht desselben, gegen den Kandidaten Einwendungen zu machen, hätte keine Bedeutung gehabt. Das Recht auf Investitur vor der Konsekration ergiebt namentlich der Gegensatz, welcher zwischen den Bischöfen des deutschen und der anderen Reiche gemacht wird. Gerade diese Koncession war die praktisch werthvollste insofern, als der Kaiser einen gewählten, ihm nicht genehmen Kandidaten durch Verweigerung der Investitur vom Bisthum fern halten konnte.

[2] Heinrich V. selbst hat auch noch nach dem Wormser Konkordat sogar Bischöfe ernannt, z. B. 1124 in Trier, gest. Godefr. arch. c. 2, SS. 8, 200: „misit (Gottfried) ergo per secretarios suos Heinrico . . . mille centum et ultra, ut dicitur, marcas argenti et ita eum sibi conciliavit, ut cum Traeberenses venirent et dari sibi episcopum expeterent et quidam illius ineptiam pretenderent, rex non eo minus omitteret, quin eum episcopum constitueret . . . eligere eum episcopum formidabant, set tamen vellent, nollent, intronizatus est“.

[3] So unter Lothar d. S. für Magdeburg 1126: „consilio regis“, Annal. Saxo a. 1126, SS. 6, 763, vita Norberti c. 18, SS. 12, 694; für Kambray 1131: „obtentu regis“, gest. episc. Camer. cont. c. 14, SS. 7, 506; für Basel 1133: „per consilium regis“, Annal. Saxon. a. 1133, SS. 6, 768; für Kambray 1136, g. episc. Camer. cont. c. 16, SS. 7, 507: „ut per gratiam imperatoris idoneum ecclesiae Cam. episcopum providerent“; unter Konrad III. für Mainz 1138, Annal. Disibod. a. 1136, SS. 17, 25: „data a rege praeceptione“; unter Friedrich I. für Mainz 1153, vita Arnoldi, Jaffé, mon. Mogunt. p. 610: „imperatore cooperante“, u. Annal. Colon. max. a. 1153, SS. 17, 764: „rex Arnoldum cancellarium suum substituit“; für Passau 1170, chron. Magni presb. a. 1170, SS. 17, 496: „ex collaudatione imperatoris“ u. a. 1172, ibid. p. 497: „ex consensu et collaudatione imperatoris“. Auch Bitten der Kapitel auf Bestellung eines Kandidaten durch den Kaiser sind vorgekommen, Arnold. Lubec. chron. Slavor. III. 6, SS. 21, 148: „Quem (Friedrich I. 1183) adierunt canonici Lubecenses . . . rogantes, ut per eius ordinationem episcopum habere potuissent. Qui designavit virum quendam religiosum, Alexium . . . Quem illi unanimiter contradixerunt . . . Qui communicato consilio familiarium dedit eis Conradum capellanum suum . . . Accepta igitur pontificali investitura apud Egere, castrum imperatoris, domnus electus veniens in parrochiam suam . . .“

[4] Lothar 1134 für Magdeburg, Annal. Saxo a. 1134, SS. 6, 769: „Conradus . . . imperatore consentiente generali electione cleri et populi episcopus constituitur“; Konrad III. für Köln 1151, epist. eiusd. ad Eugen. III. pap. v. 1151, Ennen u. Eckertz, Quellen z. Gesch. d. Stadt Köln 1, 533: „donec electionem canonice et concorditer factam regio more confirmaremus“; Friedrich I. für Kambray 1167, g. episc. Camer. cont. c. 20, SS. 7, 508: „imperatoris etiam factae electionis accessit assensus“.

[5] So unter Lothar in Trier 1131, c. 10 Balderici gest. Alberon. SS. 8, 248; in Köln 1131, Annal. Disib. a. 1131; SS. 17, 24; in Basel 1133, Annal. Saxo, SS. 6, 768; in Magdeburg 1134, ibid. p. 769; unter Konrad III. in Mainz 1138, Annal. Disib. SS. 17, 25; Otton. Fris. chron. VII. 22, SS. 20, 260; unter Friedrich I. ebendaselbst, Ann. Colon. max. SS. 17, 764; in Passau 1170, chron. Magni presb. a. 1172, SS. 17, 497. Bei dem Wahlakt selbst scheint aber nach den citirten Berichten der Kaiser in der Regel nicht zugegen gewesen zu sein.

[6] So ist Norbert, Erzbischof von Magdeburg, 1126 in Speier gewählt, s. o. N. 3; vgl. ferner über die Wahlen der Bischöfe von Kambray 1131 u. 1136, g. episc. Camer. cont. I. c. 14. 16, SS. 7, 506. 507; Christians von Mainz 1162, Annal. Disib. SS. 17, 30.

Die Unterscheidung eines längeren Wahlmodus, bestehend aus 1) der im engeren Kreise des Kapitels oder der Klostergeistlichkeit stattgehabten Vorwahl, 2) der Präsentation und Wahl bei Hofe in Gegenwart des Königs und 3) der feierlichen, formellen Nachwahl in der Bischofsstadt durch Volk und Klerus und eines kürzeren Modus, bei welchem die Vorwahl wegfiel, sowie die Behauptung, dass die feierliche Nachwahl nie gefehlt habe, vgl. Bernheim, Lothar III. S. 24. 25, halte ich für unbegründet. Dass vor der Wahl unter den einflussreichen Persönlichkeiten der Wähler Verhandlungen stattgefunden haben, ist selbsverständlich, aber von juristischer Bedeutung waren diese nicht. Somit lässt sich nur die Wahl in der Bischofsstadt und die an einem davon verschiedenen Orte in Anwesenheit des Kaisers durch eine als dazu ermächtigt zu denkende Deputation scheiden. Wenn im letzteren Falle noch von einem von Bernheim Nachwahl genannten Akte die Rede ist, so hat dieser nur den Zweck, die Zufriedenheit des Klerus und des Volkes mit dem bei Hofe Gewählten festzustellen und damit der alten kanonischen Vorschrift, dass der Bischof der Bevölkerung nicht wider Willen aufgedrungen werden solle, s. o. S. 515. n. 6, zu genügen. Nur so kann die von Bernheim citirte Stelle über die Wahl Alberos von Verdun, Laurentii g. episc. Virdun. c. 29, SS. 10, 10, verstanden werden: „At hi qui capita Virdunensis ecclesiae et populi ibi (zu Lüttich) reperti sunt, mox ab

des Kaisers stattgefunden[1]; in solchen Fällen ist aber während der Regierung Lothars eine Präsentation des Gewählten an den letzteren zur Bestätigung erfolgt[2], offenbar deshalb, weil man damals ohne eine solche die vorgenommene Wahl als konkordatswidrig und nicht gültig betrachtete[3]. Unter seinem Nachfolger Konrad III., welcher sich den Prätensionen der kirchlichen Partei gegenüber nur allzunachgiebig zeigte, suchte die letztere zwar die Wahlen in Abwesenheit des Kaisers zur Regel zu machen[4], und so durch Schaffung vollendeter Thatsachen[5] den Kaiser zur Ertheilung der Investitur an die Gewählten zu nöthigen, indessen hat Friedrich I. das kaiserliche Recht auf Anwesenheit bei der Wahl[6] oder doch mindestens das Recht der Zustimmung für Fälle, wo er nicht gegenwärtig sein konnte[7], ebenso wie die sonstigen konkordatmässigen Befugnisse des Kaisers, wieder energisch zur Geltung gebracht.

imperatore iussi, ut de tanto conventu, quem meliorem nossent, eligerent et praesentarent sibi. Illi ... Alberonem ... in praesulem elegerunt. Electionem eius curia laudavit, principum ... coetus acclamavit, imperatoria maiestas confirmavit, datis ei per sceptrum temporalibus episcopii. Apostolicus et ipse approbavit utque omnia canonice procederent, electam personam ad Virdunensem ecclesiam remisit, ut cum ipsius ecclesiae et potissimum vener. abbatis Laurentii assensu et testimonio sibi Parisius occurreret, imperavit, ut sic eidem sibi visa suorum publica electione, confirmaret spiritualia pontificii. Virdunensis civitas et ecclesia ... venientem cum gaudio suscepit, eum cum testimonio publici assensu ad papam Parisius Franciae misit. A quo ... in episcopum est consecratus", denn Albero hatte schon vorher die Investitur erlangt, d. h. seine Berechtigung auf das Bisthum war durch die Wahl bei Hofe vollkommen wirksam begründet, ohne dass es noch einer „endgültigen Ratifizirung" (Bernheim S. 26. n. 12), welche juristisch bedeutungslos war, bedurfte. Ganz dasselbe trifft zu für den Bericht über Norberts Wahl, Chron. Magdeburg. Meibom, rr. German. 2, 326: „qui mox cum sacramento regi debito regalibus ab eo per sceptrum investitus ac missione eius Magdeburg. ... deductus ibidem ... a clero et populo cum ingenti gloria suscipitur, ab omnibus eligitur". Im Annal. Saxo a. 1136, SS. 6, 770: „Lotharius ... Goslarie conventum habuit, cui Gerhardus cardinalis interfuit. Ibi Rodolfus Halberstadensis eclesie vicedominus, canonice eligitur, et ... Erpesford in episcopum consecratus", wird die in Gegenwart des Kaisers zu Goslar doch sicherlich nicht von sämmtlichen Wahlberechtigten des Bisthums Halberstadt vorgenommene Wahl als eine kanonische bezeichnet, und es ist, ebenso wie in vielen anderen Berichten, von einer Nachwahl in der Bischofsstadt keine Rede, vgl. auch H. Witte a. a. O. S. 13. n. 1.

[1] Unter Lothar wurde dies noch als eine dem Konkordat widersprechende Unregelmässigkeit empfunden, chron. episc. Merseburg. c. 14, SS. 10, 188: „Meyngotus (1126) ... tam unanimi quam concordi electione ... nobis ... pater eligitur ... Electione facta, cum electo Lotharii regis praesentia expetitur, sed nihilominus electus regi et a melioribus regni ob personalem acceptionem, ob morum commendationem, ob unanimem electionem commendatur. Ergo regis dono ... sublimatur et honoratur".

[2] Laurentii g. episc. Virdun. c. 28, SS. 10, 507: „Virdunensis ecclesia (1129) ... sibi Ursionem ... in episcopum elegit. ... Ierat si quidem ad curiam regis gratia suae confirmationis"; Canon. Wissegr. contin. Cosmae a. 1135, SS. 9, 141: „electus s. Pragensis ecclesiae Johannes ad imperatorem profectus est, quatenus electio sua imperiali assensu et approbatione corroboraretur".

[3] Eine derartige Wahl eine Vorwahl oder Designation zu nennen, s. Bernheim S. 25; H. Witte S. 13. 81, halte ich für schief und verwirrend. Denn eine weitere eigentliche Wahl ist in solchen Fällen nicht erfolgt. Der Vorwahl genannte Akt ist derjenige, welcher an sich das Recht auf das Bisthum gewährt, und die ihm wegen mangelnder Anwesenheit des Königs anhaftende Anfechtbarkeit wird durch die nachfolgende königliche Bestätigung beseitigt.

[4] Vgl. die Zusammenstellung bei H. Witte a. a. O. S. 22 ff. 88. Die einzige nachweisbare Ausnahme bildet die Wahl in Mainz 1138, s. S. 561. n. 5.

[5] Bei der auf Arnold II. in Köln gefallenen Wahl hat dieser allerdings selbst die Annahme der letzteren bis zur Ankunft des Königs verschoben, um das Bestättigungsrecht desselben zu wahren, Otton. Fris. g. Frider. I. 62, SS. 20, 388; H. Witte S. 81.

[6] Von den Mainzern hat er sich ein eidliches Versprechen auf Beachtung dieses Rechtes geben lassen, Annal. Disib. a. 1157, SS. 17, 29: „imperator effecerat arte, ut abbates et praepositi et meliores quidam de ministerialibus Moguntiae ecclesiae fidem in manum regis et in manus quorundam amicorum eius darent, ut cum suus episcopus Arnoldus quovis casu defecisset, alium non elegerint, nisi consilio eorum ipse medius interesset", und die Bestätigung und Belehnung des unter Verletzung dieser Zusage gewählten Rudolf zurückgewiesen, l. c. p. 29. Vgl. auch S. 561 n. 5. u. vit. Arnoldi Jaffé, mon. Mog. p. 610 (Mainz 1153).

[7] Annal. Colon. max. a. 1159, SS. 17, 771 (Köln), g. episc. Camer. cont. I. 20, SS. 7, 508; Lamb. Waterlos ann. Camer. a. 1167, SS. 16, 540 (Kambray). Zur Wahl Hermanns von Hildesheim

Für den Fall einer zwiespältigen Wahl — und solche sind bei den Gegensätzen der kirchlichen und der politischen, namentlich der hohenstaufischen und welfischen Parteien, sowie bei den verschiedenen Interessen der benachbarten Dynasten, der Vasallen der Bisthümer und der Bürger der Bischofsstädte im 12. Jahrhundert nicht selten vorgekommen — hatte das Konkordat die ebenfalls zweideutige Bestimmung getroffen, dass der Kaiser nach dem Urtheile des Metropoliten und der Komprovinzial-Bischöfe der verständigeren Partei zustimmen und ihr Unterstützung gewähren sollte [1]. Hiess dies soviel, dass der Metropolit mit seinen Suffraganen die eigentlich massgebende Entscheidung haben und der König dieser nur beitreten sollte, oder sollte umgekehrt der letztere eine solche fällen und sich dabei allein des Rathes der Bischöfe bedienen? Nicht minder fehlte es an einer Bestimmung darüber, was zu geschehen habe, falls wegen Unregelmässigkeiten des Verfahrens oder aus andern Gründen keinem der aus einer streitigen Wahl hervorgegangenen Kandidaten die Bestätigung ertheilt werden konnte. War in solchen Fällen eine Neuwahl anzuordnen oder sollte hier etwa das königliche Ernennungsrecht kraft Devolution eintreten? Die Unklarheit und Unzulänglichkeit der betreffenden Anordnung bot somit der durch das Konkordat nicht befriedigten, extrem kirchlichen Partei einen genügenden Anhalt dafür, das kaiserliche Entscheidungsrecht so viel als irgend möglich zu beschränken. Auch für die Kurie war dadurch die nicht unerwünschte Gelegenheit zum Eingreifen bei der Besetzung der Bisthümer, trotzdem, dass offenbar ein solches durch das Konkordat hatte ausgeschlossen werden sollen (s. o. S. 559. n. 2), gegeben. Denn dasselbe hatte andererseits die mindestens gemischt kirchliche Natur einer streitigen Wahl-Angelegenheit und die Betheiligung der kirchlichen Autoritäten bei der Erledigung derselben anerkannt. War gleich in demselben allein des Erzbischofs und der Bischöfe, nicht auch des Papstes gedacht, so konnte doch der letztere, gestützt auf das schon seit Jahrhunderten in Anspruch genommene Entscheidungsrecht aller wichtigeren Sachen oder auf Appellation des unzufriedenen Theiles, derartige Streitigkeiten vor sein Forum ziehen und der kaiserlichen Entscheidung vorgreifen, wenn sie nicht ganz ausschliessen.

Unter diesen Umständen ist es erklärlich, dass eine feste, gleichmässige Praxis sich während des 12. Jahrhunderts in Betreff des erwähnten Verhältnisses nicht gebildet hat. Diese war vielmehr eine verschiedene und die Verschiedenheit ist wesentlich durch die allgemeine Stellung der einzelnen Kaiser zur Kirche und zum Papstthum hervorgerufen worden.

Heinrich V., welcher das Konkordat nur als ein ihm durch die Noth abgedrungenes Zugeständniss auffasste, hat — freilich im Widerstreit auch mit jeder noch durch den Wortlaut gestatteten, den kaiserlichen Rechten günstigsten Auslegung — die Befugniss in Anspruch genommen, bei streitigen Wahlen unter Uebergehung der in Frage gekommenen Kandidaten einem beliebigen Dritten das Amt zu übertragen [2],

1162 war vorher die Zustimmung des in Italien weilenden Kaisers eingeholt worden, chron. Hildesh. c. 22, SS. 7, 856. Ueber das Erbitten von Kandidaten s. S. 561. n. 3 i. f.

[1] S. o. S. 559.

[2] Casuum S. Galli cont. II. c. 8, SS. 2, 160: „Audiens rex huiusmdi allegationes et dissensiones inter se discordantium partium, ex sententia curiae obtinuit, neutram istarum partium iuri suo resistere, quin libere hanc potestatem posset, in quemcunque vellet, ex iure transferre. Die Stelle bezieht sich zwar auf die streitige Abtswahl von 1123 in St. Gallen (Bernheim, Wormser Konkordat S. 38. 65), indessen stellt das Konkordat die Bischofs- und Abtswahlen gleich.

und zwar nicht einseitig, sondern sogar unter Billigung seiner Räthe und auch wohl eines Theiles der Grossen des Reiches [1].

Lothar d. S. hielt dagegen wohl an dem kaiserlichen Entscheidungsrecht fest, aber in Gemässheit seiner auf friedliches Einvernehmen mit der Kirche gerichteten Politik war er bemüht, unter Mitwirkung nicht blos der Bischöfe [2], sondern auch etwaiger gerade anwesender päpstlicher Legaten [3], mitunter sogar durch Benehmen mit dem Papste [4] selbst, andererseits auch unter Zuziehung seiner weltlichen Rathgeber und der weltlichen Fürsten [5], dergleichen Angelegenheiten zu erledigen, gewöhnlich in der Weise, dass er eine neue einmüthige Wahl durch die Wähler anordnete und herbeizuführen suchte [6]. Für diese hat er mitunter auch den ihm genehmen Kandidaten bezeichnet, aber niemals einseitig unter Verhinderung der Wahl eine Ernennung nach seinem ausschliesslichen Belieben vollzogen.

Trotzdem ist sein Verhalten, welches einerseits die kaiserlichen Befugnisse wahrte, andererseits aber auch den berechtigten kirchlichen Forderungen und Interessen volle Rechnung trug, von der extrem kirchlichen Partei als unbefugter Uebergriff be-

[1] S. vorige Note. Ueberhaupt sind diese noch stets bei der Besetzung der Bischofsstühle, weil eine solche ebenso wie früher als Reichsangelegenheit behandelt wurde, zugezogen worden, s. S. 561. n. 6. u. S. 562. n. 1.

Dass zu dieser Behandlung streitiger Wahlen der Text des Wormser Konkordates im Codex Udalrici n. 214, Jaffé, mon. Bamberg. p. 388, in dem es nur heisst: „ut si qua inter partes discordia emerserit, saniori parti assensum et auxilium praebeas" und die Worte: ‚metropolitani et comprovincialium consilio vel iudicio" ausgelassen sind, in Beziehung steht, worauf Bernheim, Wormser Konkordat S. 38 ff. hinweist, kann nicht zweifelhaft sein, ebensowenig dass darin eine bewusste Fälschung im königlichen Interesse liegt, wenn man weiter erwägt, dass in demselben Text auch die Erwähnung des Scepters als Symbols der Investitur und der besonderen Rechte der römischen Suffraganbisthümer, sowie das Versprechen der Hilfeleistung auf Anrufen des päpstlichen Stuhles in hac discordia fehlt. An und für sich hat für die mittelalterlichen Verhältnisse eine solche Fälschung nichts auffälliges, Bernheim a. a. O. S. 40. Dagegen erscheint aber andererseits die Annahme Bernheims S. 41, dass diese Fälschung schon 1123 vorgelegen habe, bedenklich. Ich halte es für wahrscheinlicher, dass sie erst nachher — das Entstehungsjahr des Codex ist 1125 — zur Rechtfertigung der Praxis Heinrichs V. gemacht worden ist. Heinrich V. hat sich auch sonst nicht streng an das Konkordat gehalten (S. 561. n. 2), und für den St. Galler Fall, einen solchen, wo der Kaiser keine Partei für die sanior erachtete, enthielt dasselbe keine Bestimmung, sodass bei Ernennung eines Kandidaten durch den Kaiser eine zweifellose Verletzung des Konkordates nicht einmal behauptet werden konnte.

[2] Annal. Erphesford. a. 1129, SS. 6, 537; s. auch die folgenden Noten.

[3] Vita Norberti c. 18, SS. 12, 694: „futuri pontificis lectio turbata est, dominatis in eadem electione tribus eminentibus personis; a quibus cum desistere nollent electores, res ad audientiam . . . Lotarii . . . delata est. Erat . . . cum imperatore cardinalis Roman. sedis legatus Gerardus nomine . . . Huius consilio, cum praedicti electores concordare non possent . . . imperator Norbertum . . . ecclesiae Magdeburgensi praeficere disponebat antistitem, adhibitis consilio suo Adelberto Maguntino archiepiscopo, Alberone Mettensi primicerio. Vocatis itaque electoribus post multas verborum ambages . . . imperator Norbertum ipse assignavit archiepiscopum; legatus quoque . . . auctoritate domni papae confirmavit ipsius imperatoris sincerum et laudabile factum statimque . . . principi praesentatur (Norbertus), acclamantibus cunctis Magdeburgensis ecclesiae magnatibus: Hunc . . . in episcopum omnes eligimus, hunc pastorem nostrum approbamus". Annal. Colon. max. a. 1132, SS. 17, 756: „Rex natale Coloniae celebrat, in cuius presentia gravissime partes fiunt utriusque ordinis cleri scil. et populi in electione . . . Godefridi Santensis prepositi, presidentibus 3 cardinalibus s. Rom. ecclesie legatis . . . Tandem iudicio regis et principum et ipsorum cardinalium ad unanimitatem ecclesia perducitur atque saniori consilio, Godefrido cessante, . . . Bruno prepositus s. Gereonis, Coloniensi cathedra inthronizatur"; Annal. Saxo a. 1136, S. 561. n. 6.

[4] In Betreff der zwiespältigen Wahl in Halberstadt 1136 schreibt Lothar an Innocenz II., Jaffé, monum. Bamb. p. 524: „Quia vero in partibus Saxonie maxime in prefata ecclesia imperialis dignitas consistit, saltem adhuc paternitas tua nobis adquiescat, et audita utraque parte, ita nobis eos remittas, ut salva libertate electionis, nos pro consilio archiepiscopi et suffraganeorum, adhibitis religiosis personis, talem provideamus qui ecclesie et inperio expediat".

[5] S. o. Note 1 u. 3.

[6] S. o. Note 3; Brief der Trierer Geistlichkeit an Innocenz II. von 1131, Balderici g. Alberon. SS. 8, 248: „numquam (rex) se . . . promisisse testatus est, quod aliquam de eligenda illa persona (Albero) bonam voluntatem habuisset, nisi per assensum et concordiam omnium tam laicorum quam clericorum fieri potuisset".

trachtet worden[1], und es gelang derselben dem schwächeren Konrad III. gegenüber, unter Mitwirkung der römischen Kurie, namentlich durch Appellationen an die letztere, dem Papst eine oberstrichterliche Stellung bei zwiespältigen Wahlen über dem Kaiser zu verschaffen[2].

Der kräftige Friedrich I., nicht minder sein Sohn Heinrich VI. wahrten dagegen wieder die kaiserlichen Rechte und nahmen von Neuem, mit Zustimmung der königlichen Kurie und der Fürsten des Reiches, indem sie bewusster Weise auf die Praxis unter Heinrich V. zurückgriffen[3], das Recht in Anspruch, ihrerseits unter Mitwirkung der geistlichen und weltlichen Grossen die Entscheidung bei

[1] Brief Adelberts v. Mainz an Otto I. v. Bamberg v. 1134; Jaffé, mon. Bamb. p. 451: „Quid enim restat ad cumulum doloris nostri? cum videamus canonicas episcoporum electiones ad nutum principis cassari et pro beneplacito suo ipse substituat, quos libuerit. Hoc in Basiliensi ecclesia facta est“. Dass das letztere nicht wahr ist, darüber s. Bernheim Lothar III. S. 32.

[2] Dies zeigt vor Allem der Verlauf des Utrechter Wahlstreites von 1150 u. 1151. Annal. Egmund. a. 1150, SS. 16, 456: „de eligendo episcopo grandis discordia tam inter clericos quam inter laicos facta est, aliis Fritthericum filium Adolfi comitis de Huovele, aliis Heremannum praepositum s. Gereonis de Colonia eligentibus. Comites siquidem, ecclesie homines . . . Hermannum investiri instantissime laboraverunt. Omnes autem ministeriales et cives civitatis Traiectensis et Davantriae et omnes agricultores et cuiusque officii homines Fritherico devotissime faverunt... Sed pars nobilium ... alteram depressit et comes Holtlandensis bellica manu Hermannum in episcopium introduxit. Deinde uterque episcopus cum suis fautoribus Leodium ad cardinalis iudicium pervenit. Cuius iudicio Frithericus reprobatus, Hermannus investitus est, etiam Conrado rege parti ipsius consenciente“; Otton. Fris. g. Frider. I. I. 62, SS. 20, 388: „grave scisma ibidem oritur, quibusdam Fridericum . . . aliis Herimannum . . . in illius praesulem eligentibus. Illi vero qui Herimannum elegerant, alios praeoccupantes, principem . . . adeunt ab eoque investituram regalium suscipiunt. Quos altera pars subsecuta inducias ab eo usque ad proximos dies rogationum in palatium Noviomagense accepit... Quos rex in causa ponens ad pacemque cum adversariis suis sine litis contestatione recovare volens, cum hoc modo procedere non posset, tandem eis iuris districtionem obtulit. Illi viaticum redeundi postulaverunt, dicentes se eo quod causa ipsa tanquam ecclesiastica ad ecclesiasticum iudicem, i. e. ad aures summi pontificis translata esset, respondere coram cincto iudice non posse“. c. 63, l. c. p. 389: „Inde (rex) in Gallias rediens, Traiectensium negotium, revocatis omnibus ad subiectionem Herimanni cum imperii honore terminavit ac ne aliquis in posterum facti scrupulus habeatur, a Romana sede ratishabitionem obtinuit“; Conradi reg. ep. ad Eugen. III, Jaffé, mon. Corbeiens. p. 453: „misimus eis cum praeceptis regalibus legatos, imperantes eis, quatinus . . . nostro se conspectui presentarent, accepturi ex regio more contentionum finem et urbis suae dominum qui melioribus suffragiis iuvaretur. Venit itaque . . . Herimannus ad presentiam nostram cum suis electoribus, set illi qui iuvenem elegerant . . . neque venerunt neque canonicam excusationem neque legitimam transmiserunt... adhibito episcoporum et principum et virorum prudentium ac religiosorum consilio, consideravimus, electores predicti H. prepositi sanioris esse consilii de persona a canonicis institutionibus non discrepante . . . Itaque . . . indicatum est ab episcopis et principibus: nullam nos debere moram probabilibus desideriis inserere, set personam absque vi et ulla mala machinatione electam et in sacris ordinibus aetate congrua inventam provehere. Proinde celsitudinem sacerdotii vestri . . . attente monendo rogamus, ut opus a nobis laudabiliter inchoatum benedictione sacrae manus vestrae perficere et confirmare non abnuatis“. Hält man diese Nachrichten zusammen, so ergiebt sich, dass Konrad nach Vorladung der Parteien in Uebereinstimmung mit dem Konkordat unter Zuziehung der Bischöfe zu Gunsten des einen Theils entschieden und darauf diesem die Investitur ertheilt hat. Zum Präjudiz der kaiserlichen Rechte erbittet er indessen noch die Bestätigung des Papstes, welche er nicht einzuholen verpflichtet war. Inzwischen appellirt die unterliegende Partei. Dagegen protestirt der König, trotzdem, dass er dazu berechtigt war, nicht, und nun wird der Streit nochmals durch den päpstlichen Legaten in einer höheren Instanz untersucht und entschieden, freilich in derselben Weise, wie vorher. Vgl. H. Witte S. 71 ff. Ueber Beeinträchtigungen der kaiserlichen Rechte bei zwistigen Abtswahlen s. a. a. O. S. 51 ff. 63 ff. 68 ff. Ueber die Doppelwahl im Bisthum Konstanz fehlt es an sicheren Quellen, a. a. O. S. 28 ff.

Die Tendenz, ein oberstes päpstliches Entscheidungsrecht bei der Besetzung der Bischofsstühle in Anspruch zu nehmen, zeigt auch ep. Eugen. III. ad cler. Colon. v. 1152, Ennen u. Eckertz, Quellen z. Gesch. Kölns 1, 535, in welcher er auf Bitte Konrads um Ertheilung der Konsekration an den einstimmig gewählten Arnold II. von Köln eine Bestätigung desselben ausspricht („electionem, quam de ipso . . . unanimiter feceratis, post diligentem examinationem ratam habentes . . . vobis in archiepiscopum consecravimus“). Ein Fall der Verwerfung einer Wahl in Osnabrück durch den Erzbischof von Köln Annal. Colon. max. a. 1141, SS. 17, 760.

[3] Das zeigt die in der folgenden Anmerk. angeführte Stelle Ottos von Freisingen, bei welchem ein Irrthum in Betreff der Vorschriften des Kon-

zwiespältigen Wahlen zu fällen[1]. Bald ist von ihnen der eine der beiden aus einer solchen Wahl hervorgegangene Kandidat als der rechtmässig gewählte anerkannt worden[2], bald haben sie eine Neuwahl theils unter Gewährung voller Freiheit, nur mit Wahrung des kaiserlichen Rechtes auf Anwesenheit bei der Wahl[3], theils aber auch unter direkter Bezeichnung und Empfehlung eines ihnen genehmen Kandidaten[4], oder mindestens unter Erklärung des vorgängigen Einverständnisses mit einer bestimmten Person[5]

kordates nicht anzunehmen ist, und welcher den Inhalt desselben in der durch die gedachte Praxis festgestellten Auffassung angiebt, Bernheim, Wormser Concordat S. 55 ff.

[1] Otton. Fris. g. Frider. I. II. 6, SS. 20, 392: „Tradit enim curia et ab ecclesia eo tempore quo sub Heinrico V. de investitura episcoporum decisa fuit inter regnum et sacerdotium controversia, sibi concessum autumpnat, quod obeuntibus episcopis, si forte in eligendo partes fiant, principis arbitrii esse, episcopum quem voluerit ex primatum suorum consilio ponere nec electum aliquem ante consecrandum, quam ab ipsius manu regalia per sceptrum suscipiat“; Gesta Trevir. c. 93, ed. Wyttenbach et Müller 1, 274: „ubi iudicio principum sancitum fuit, quod imperator per consilium principum, si in electione discordarent, quam vellet idoneam personam subrogaret“; und in Betreff Heinrichs VI. Gislebert. chron. Hannon. a. 1191, SS. 21, 573: „quia imperator asserit quod in discordia partium sibi licet episcopatus et abbatias cui voluerit conferre“.

[2] Für Köln 1156. Otto Fris. l. c. II. 31, SS. 20, 415: „Procedunt Colonienses, advocatos exposcunt, de sua utrique electione per triduum coram principe decertant. Tandem princeps ... consilio et iudicio quos secum habebat episcoporum aliorumque principum praedictam causam ad curiam Ratisponensem ... producendam decrevit“; c. 32: „... antequam haec curia terminaretur, praesentata sibi iterum de Coloniensi ecclesia utraque parte alteram electionem eam videl. quae a canonicis maioris ecclesiae facta fuit, validiorem iudicans, Fridericum Adolfi comitis filium de regalibus investivit sicque eum a Romano pontifice consecrandum ad urbem misit“. Gislebert. chron. Hannon. a. 1191, SS. 21, 577: „imperator (Heinrich VI.) acceptis occulte a domino Johanne archidyacono Cameracensi, ex una parte capituli Cameracensis, 3 milibus marchis puri argenti, ab ipso Johanne et a Walchero scolario, ex alia parte electo ... requisivit, ut ambo super episcopatu Cameracensi sue voluntati et arbitrio prorsus se submitterent. Quod quidem Johannes satis certus pro data pecunie summa facere non recusavit, Walcerus eciam, cui ... imperator episcopatum promiserat ... animo letanti concessit ... vero imperator episcopatum Cameracensi Johanni contulit“, vgl. Toeche, Kaiser Heinrich VI. S. 222. 222; annal. Egmund. a. 1196, SS. 16, 471: „Baldwinus Traiectensis episcopus obiit et duo a diversis partibus sunt electi, Theodericus vid. frater eiusdem episcopi ... praepositus maioris ecclesiae ... et Arnaldus praepositus Davantriae. Episcopatus vero Theoderico ... ab Heinrico imperatore committitur“; vgl. auch g. episc. Traiectens. c. 11, SS. 23, 407.

[3] So in Trier 1183, als der Propst Rudolf und der Archidiakon Folmar gewählt worden waren. Gesta Trevir. c. 93, ed. cit. p. 274: „At ipse (Friedrich I.) optionem electionis iterum in praesentia sua eis concessit ita, si praeteritae electionis discordiam deponere vellent. Ubi Folmarus interesse nolens, discessit. Alii vero, quamvis pauci, Rudolfum praepositum iterum electum praesentaverunt et ab imperatore investitum ad propria reduxerunt“. Vgl. auch Scheffer-Boichorst, Kaiser Friedrichs I. letzter Streit mit der Kurie. Berlin 1866. S. 34. 40.

[4] Für Magdeburg 1152, Otto Fris. l. c. II. 6, SS. 20, 392: „Dumque alii eiusdem ecclesiae praepositum Gerhardum, alii decanum eligerent ... regem ... adire disponunt. Quos dum ... ad unitatem et vinculum pacis princeps reducere satageret ac proficere non valeret, alteri parti i. e. decano cum suis persuasit, ut Gwichmannum Cicensem episcopum ... eligerent eique accersito regalia eiusdem ecclesiae concessit“. Vgl. auch Reuter, Alexander III. 2, 165; für Mainz 1161, Annal. Disib. a. 1160, SS. 17, 29: „cum clero licet coacto, Ruodolfum, filium ducis Cunradi de Zeringen episcopum substituerunt“ ... a. 1161, p. 30: „frustra perrexit (in Longobardiam), quin Cunradus palatinus alium nomine Cristianum episcopum levavit, et rex munera Rudolfi et aurum sprevit“ ... a. 1162: „Imperator ... Cristiano priore electo interim neglecto cum electione priorum Moguntinae ecclesiae, qui tunc inibi plures praesentes affuerunt, episcopum constituit Moguntinae sedi Cuonradum, fratrem Ottonis palatini“; Reuter a. a. O. S. 156. Nach Annal. Stad. a. 1168, SS. 16, 346: „duo sunt electi Sifridus ... et Obertus decanus. Et factus est maximus tumultus in Brema ... Imperatore curiam habente in Babenberg duo electi Bremenses destituti sunt et de voluntate ducis (Heinrich d. Löwen) Baldewinus Halberstadensis praepositus est intrusus“, scheint es, als ob eine einseitige Ernennung erfolgt ist, indessen heisst es in dem hierher gehörigen Schreiben Alexanders III. v. 1169, Lappenberg, Hamb. Urkdbch. 1, 215: „quod cum laici quidam et clerici electioni antistitis vestri se ipsos indiscrete aliquando interponant“, es muss also der beschlossenen Erhebung Baldewins eine Wahl vorangegangen sein.

[5] So in Kambray 1167, Lamberti Waterlos annal. Camer. a. 1167, SS. 16, 540 ff., p. 543: „Mandabat (imperator) rursus propter duas electiones quae ante sese praesentatae ab altercatoribus extiterant, unam et meram electionem infra spatium dierum LX agerent, hoc spatium a ... rege obtinentes eligendi quemcunque vellent. In litteris suis post rex discribi iusserat de Petro Theoderici comitis Flandriae filio, si placeret ecclesiae personis et civibus, non illud sibi displiceret,

angeordnet. Auch die sofortige Ernennung eines nicht bei der Wahl in Frage stehenden Dritten ist unter Heinrich VI. vorgekommen [1].

Wie Eugen III. schon in den Utrechter Wahlstreit unter Konrad III. eingegriffen hatte [2], so versuchte er dies in der Magdeburger Angelegenheit [3] auch Friedrich I. gegenüber auf die Appellation des einen der unterlegenen Kandidaten, aber erfolglos [4]. In dem Trierer Wahlstreit [5] setzte Lucius III. auf die Berufung des vom Kaiser verworfenen Folmar die von dem ersteren verlangte Weihe des bereits investirten Rudolf aus, indem er die Nothwendigkeit der Anhörung beider Parteien betonte, mithin eine nochmalige Prüfung der Angelegenheit in Anspruch nahm. In diesem Falle hat Friedrich I. insofern, als er Rudolf anwies, sich dem Papste zu stellen [6], nachgegeben. Nachdem aber später Urban III. in der bis dahin verschleppten Angelegenheit in übereilter Weise zu Gunsten Folmars entschieden und diesen zum Erzbischof von Trier konsekrirt hatte [7], erkannte Friedrich I. diese Akte des Papstes nicht an [8] und protestirte auf dem Reichstage zu Gelnhausen unter Beistimmung der Fürsten gegen diese, wie gegen andere Anmassungen des Papstes [9]. Der inzwischen zum päpstlichen Legaten [10] ernannte Folmar, welcher sich durch gewaltthätiges Verfahren das Erzbisthum Trier zu erhalten versucht hatte [11], wurde demnächst durch Gregor VIII., da dessen Politik von dem Streben nach dem Einverständnisse zwischen Papstthum und Kaiserthum beherrscht war, von dem Rechte, in seiner Diöcese Exkom-

imo complaceret, et assensum suum per omnia sane praeberet in eiusdem praedicti electione . . . unanimes tam clerici quam laici effecti Petrum . . . elegerunt". Vgl. auch Reuter a. a. O. 3, 31 ff.

1 Gislebert. chron. Hannon. SS. 21, 577: „Albertus de Retest, Leodiensis ecclesie maior prepositus et archidyaconus cum . . . imperatore morabatur, expectans donum episcopatus Leodiensis. Quod quidem quamvis ab una parte electus esset, tamen fieri non poterat quousque alii Alberto, fratri ducis Lovaniensis, ipsius ecclesie archidyacono, ab alia parte electo, esset electio abiudicata . . . Alberto autem de Retest cum sua licet minore parte resistente, . . . imperator (1192) super discordia electionis sententiam a principibus requisivit. Quod quidem iudicium . . . Brunoni Coloniensi electo et . . . Conrardo Maguncïensi archiepiscopo et . . . Johanni Treverensi archiepiscopo et Monasteriensi, Metensi, Tullensi, Argentinensi, Spirensi, Herbipolensi, Balbobergensi, Basiliensi episcopis commissum est, Woldenensique et Lonensi et Prumensi abbatibus. Sententiam autem Monasteriensis episcopus protulit et inde alios omnes sequaces habuit, quod episcopatus Leodiensis in manus . . . imperatoris devenisset, dandus ad voluntatem suam . . . imperator accepta nimia pecunia a Lothario clerico, viro nobili, preposito Bonnensi, fratre comitis de Hostade, cancellariam suam . . . ei vendidit. Secunda autem die a donatione illa . . . eidem s. sub testimonio predictorum principum . . . episcopatum Leodiensem contulit. Que quidem donatio et scandalum in ecclesia et in populis multis fecit"; vgl. Toeche a. a. O. S. 219. 223.

2 S. S. 565. n. 2.

3 S. S. 566. n. 4.

4 Das Verlangen, dass der Kaiser in solchen Fällen eine völlig freie Neuwahl gestatten solle (ep. Eugen. III. bei Otto Fris. g. Frider. I. II. 8, SS. 20, 393), war ungerechtfertigt. Friedrich I. hatte aber, was der Papst ebenfalls hervorhebt, in dem Magdeburger Fall gegen das kanonische Recht insofern verstossen, als die Erhebung Wichmanns eine dadurch für die Regel verbotene Translation von Zeitz nach Magdeburg in sich schloss, s. Th. I. S. 238. n. 4. Die beabsichtigte Untersuchung durch die Legaten Eugens III. und seines Nachfolgers Anastasius' IV. liess der Kaiser nicht zu, Reuter a. a. O. 2, 166.

5 S. 566. n. 3.

6 Gesta Trevir. c. 93 ed. cit. p. 274; Scheffer-Boichorst a. a. O. S. 42. 56. 65.

7 c. 95 g. Trevir. p. 276; Scheffer-Boichorst S. 91.

8 Indem er Rudolf aufforderte, entweder mit Entschiedenheit seine Rechte als Erzbischof von Trier geltend zu machen oder durch Resignation eine anderweitige Besetzung zu ermöglichen, c. 97. g. Trevir. p. 281; Scheffer-Boichorst S. 111.

9 ep. Wichmanni archiep. Magdeb. ad Urban. III., de Ludewig reliqu. manuscr. 2, 447; Mansi 22, 507; Watterich, vitae romanor. pontif. 2, 675: „videretur imperium demembrationem et maximam sui iuris diminutionem incurrisse, presertim cum nulla antecessorum suorum ab aliquo antecessorum vestrorum factum fuisse antiquitatis curiosa reportet memoria, quod episcoporum quispiam in regno Teutonico consecrationem prius quam regalia per sceptrum imperiale receperit, quod quidem rationi non derogans, in hec usque tempora usus approbatus celebritate conservavit"; Scheffer-Boichorst S. 114. 116.

10 g. Trevir. c. 97, p. 281.

11 g. Trevir. c. 95—97. p. 279 ff.; Scheffer-Boichorst.

munikationen und Absetzungen ohne Zustimmung des Papstes zu verhängen, suspendirt[1], und endlich von Clemens III. abgesetzt[2]. So hatte das Kaiserthum auch in diesem Falle den Sieg errungen, freilich erst nach langem Kampfe und ohne irgend eine Anerkennung des von ihm geltend gemachten Entscheidungsrechtes streitiger Wahlen zu erlangen. Im Gegentheil nahm die Kurie ein solches bei den aus Anlass der Lütticher[3] und Utrechter Wahlstreitigkeiten[4] unter Heinrich VI. erhobenen Appellationen von Neuem in Anspruch und Cölestin III. entschied in dem ersteren Falle zu Ungunsten des vom Kaiser Investirten[5], während in dem anderen der kaiserlich Belehnte wohl nur die Weihe erhielt, weil sein Gegner während der Appellationsverhandlungen gestorben war[6]. Die erstgedachte Angelegenheit, in welcher Heinrich VI. allerdings seinen Standpunkt mit Entschiedenheit wahrte[7], erledigte sich ebenfalls bald dadurch, dass der von ihm ernannte Lothar nach der Ermordung seines Gegners Alberts von Brabant seinen Frieden mit dem Papste machte und sich der von demselben wider ihn verhängten Absetzung unterwarf[8].

Nur mit grossen Anstrengungen hatten sich demnach die beiden Staufer in dem Besitze des ihnen bestrittenen Rechtes erhalten können. Andererseits war aber fort und fort vom päpstlichen Stuhle ein höchstes Entscheidungsrecht in Anspruch genommen worden, auf dessen erfolgreiche Geltungmachung gegenüber einem machtlosen Kaiserthum nach dem bisherigen Verlaufe der Dinge mit Sicherheit gerechnet werden konnte.

Ausser dem Mitwirkungsrecht bei der Bestimmung der Kandidaten für die erledigten Bisthümer hatte das Konkordat dem Kaiser die Befugniss zur Investitur der Regalien vorbehalten[9]. Unter den letzteren kann im Allgemeinen nur die Gesammtheit aller den einzelnen Bisthümern zugehörigen Gütermassen und Rechte ohne Unterschied ihres Erwerbstitels und ihres Charakters, d. h. ohne Rücksicht darauf, ob die Güter der Kirche zu Eigenthum oder Lehn zustanden und ob die Rechte rein privatrechtlicher oder publicistischer oder hoheitlicher Natur waren, verstanden werden[10].

[1] ep. Gregorii VIII. v. 1187, de Ludewig l. c. p. 428; Watterich 2, 690.

[2] g. Trevir. c. 99. 100, p. 286 ff.; Scheffer-Boichorst S. 160. 163. Bei der streitigen Wahl in Verdun 1185 hat Friedrich I. ebenfalls das Entscheidungsrecht geübt, gest. episc. Virdun. SS. 10, 520.

[3] S. S. 567. n. 1.

[4] S. S. 566. n. 2 i. f.

[5] Gisleb. chron. Hannon. a. 1192, SS. 21, 580: „Albertus ducis Lovaniensis frater, Leodiensis electus peractis in curia Romana ad voluntatem suam negotiis suis, ad propria reversus est, . . . satis etenim leviter causas suas ad votum suum promovere potuit, cum nemo sibi adversaretur in curia, quia Lotharius totam spem suam ... in ... imperatore posuerat, et . . . papa potestati et dignitati, quam dominus imperator in ecclesiis episcopalibus et abbatiis maioribus habebat, valde erat contrarius. Unde Albertus super promotione sua executores habuit . . . Brunnonem Coloniensem archiepiscopum et . . . Willelmum Remensem archiepiscopum . . . Unde eciam . . . Willelmo Remensi archiepiscopo, s. Sabiae cardinali, apostolice sedis legato iniunctum fuit, ut ipsum Albertum in sacerdotem ordinaret et in episcopum consecraret. Unde . . . archiepiscopus . . . Albertum in sacerdotem ordinavit et . . . in episcopum consecravit", jedoch hatte der Erzbischof von Köln, der als Metropolitan zunächst päpstlicherseits mit der Konsekration beauftragt war, diese aus Furcht vor dem Kaiser abgelehnt, Sigebert. cont. Aquicint. a. 1192, SS. 6, 429.

[6] Annal. Egmund. a. 1197, SS. 16, 471: „Theodericus et Arnaldus, qui Romam profecti fuerant, longam disceptationem coram apostolico de sua substitutione habuerunt, cum tamen Theodericus anulo et virga imperiali episcopalia suscepisset. Sed cum more diutinae disceptationis protrahantur, Arnaldus mense Junio moritur, Theodericus consecratur"; g. episc. Traiectens. c. 11, SS. 23, 407.

[7] Toeche a. a. O. S. 244.

[8] Gislebert. chron. Hannon. a. 1192, SS. 21, 582.

[9] S. o. S. 559.

[10] Dies zeigen die dem Abschlusse des Investiturstreites vorangegangenen theoretischen Erörterungen und Vorschläge zur Beilegung desselben, s. o. S. 552 ff. In diesen werden schlechthin der geistlichen Seite des Bischofsamtes die dazu gehörigen weltlichen Güter und Rechte gegenüber-

Ob das eigentliche Kirchengut im engeren Sinne (Oblationen, Zehnten und Privatschenkungen, s. o. S. 554) von den Regalien und damit von der Investitur ausgeschlossen werden sollte, ist zwar nach dem Wortlaut des Konkordates nicht ganz klar, indessen deutet das Wort regalia und die mit der betreffenden Anordnung in Verbindung gebrachte Vorschrift über die Lehnspflicht darauf hin [1], wiewohl praktisch namentlich hinsichtlich der an Laien weiter verliehenen Zehnten und derartigen Grundstücke diese Scheidung nicht durchführbar war und auch wohl nicht durchgeführt worden ist [2].

Die Investitur selbst geschah seit dem Konkordate nicht mehr durch die Symbole der geistlichen Gewalt des Bischofs, den Bischofsstab und den Ring, sondern durch das Scepter [3]. Dass bei dem Akte der zu Belehnende, wie früher [4], ausser dem allgemeinen Treueid auch die Mannschrift, das *homagium* oder *hominium*, zu leisten hatte, ist zwar nicht direkt im Konkordate ausgesprochen, aber die Vorschrift, dass der *electus quae ex his* (*regalibus*) *tibi debet, faciat*, kann nur darauf, sowie auf die dem Bisthum obliegenden Reichslasten bezogen werden [5]. Dem hat auch die Praxis des

gesetzt. Dagegen können unter den Regalien nicht blos Hoheitsrechte, etwa die in der constitutio Friderici I. de regalibus v. 1158, LL. 2, 111 aufgezählten, verstanden werden. Eine verschiedene Behandlung zwischen den blossen Hoheitsrechten der Bisthümer und ihrem Güterbesitz und innerhalb dieses wieder des Allodial- und Lehngutes tritt nirgends hervor, im Gegentheil wird die Investitur mit den Regalien auch als Uebertragung der Temporalien bezeichnet, Laurentii g. episc. Virdun. c. 29, S. 561. n. 6, vgl. Ficker, Eigenthum des Reichs am Reichskirchengut S. 57; Bernheim Lothar. III. S. 52 ff.; v. Schulte, deutsche Reichs- und Rechtsgesch. 4. Aufl. S. 191. Wie früher bei der Investitur das Bisthum mit allen seinen geistlichen und weltlichen Rechten den Gegenstand der kaiserlichen Verleihung bildete, o. S. 536. n. 7, so war dies jetzt die Gesammtheit der letzteren. Der Bischof erlangt durch einen einheitlichen Akt die Befugniss und die Legitimation, alle dem Bisthum zustehenden Rechte je nach dem Charakter derselben sowie der der bischöflichen Kirche zukommenden Berechtigung auszuüben. Mit der Erledigung eines Bisthums fällt die Person, welche diese Rechte wahrzunehmen hatte, fort, und ihr Nachfolger wird durch die kaiserliche Investitur bestimmt. Diese Auffassung zeigt sich klar bei Placidus v. Nonantula c. 43. 150, s. o. S. 554. n. 2, und ebenso in der Stelle des Wido, S. 552. n. 3, welcher allerdings die Investitur zugleich als einen Bestätigungsakt in Betreff der Rechte des Bisthums ansieht. Immerhin folgt aber aus dieser hier in Uebereinstimmung mit Ficker vertretenen Ansicht über den Begriff der Regalien noch nicht, dass auch die Allodialbesitzungen der Reichskirchen als Eigenthum des Reiches betrachtet werden müssen. Das Recht des Königs an diesen geht dahin, die zur Ausübung des Eigenthums der Kirche berechtigte Person zu bestellen, und deshalb stehen auch solche Güter zur Disposition des Reiches und des Kaisers. Eine ähnliche Auffassung, wie die hier vertretene, schon bei Montag, Gesch. d. deutsch. staatsbürgerl. Freiheit. 2, 441 ff.

[1] Bedeutsam ist es ferner, dass das Konkordat von Sutri, nach welchem das vom Reich herrührende Kirchengut demselben zurückgegeben werden sollte, und welches für die Bestimmung des letzteren einen in die Zeit Karls des Gr. zurückdatirten Termin festsetzt, s. o. S. 555. n. 4, sich des Ausdruckes: regalia bedient, sowie dass das Wormser Konkordat in der Urkunde Heinrichs V. neben den possessiones auch die regalia b. Petri hervorhebt. Vgl. auch Bernheim, Wormser Konkordat S. 27.

[2] Bernheim Lothar III. S. 55 ff.

[3] S. o. S. 561. n. 6; S. 566. n. 1; S. 567. n. 9, gleichbedeutend damit: virga imperialis, s. S. 568. n. 6. Der hier daneben erwähnte Ring braucht nicht der Bischofsring zu sein, es ist wahrscheinlich der des Kaisers gemeint. Dass der Ring auch abgesehen von der Uebertragung der Bisthümer bei der Investitur vorgekommen ist, zeigen die Citate bei Du Cange, glossarium s. v. investitura. In canon. Wissegr. cont. Cosmae SS. 11, 141 (den Anfang s. S. 562. n. 2 i. f.): „Quo postquam ventum est, tanto culmine honoris honoratus est, ut imperator ... ipse ei obviam exierit. Postquam vero pontificales dignitates i. e. baculum et annulum sibi tradidit, ad archiepiscopum Moguntinum misit illum, ut . . . praesulem ordinaret", ist sibi auf den Kaiser (Lothar d. S.) zu beziehen und das Subjekt zu tradidit ist der episcopus electus. Dieser überbringt dem Kaiser in alter Weise die Amtsinsignien seines Vorgängers und der erstere verweist ihn an den Bischof von Mainz, so auch Bernheim Lothar III. S. 33. n. 32. Friedberg i. d. Forschgen z. deutsch. Gesch. 8, 82 u. Ficker, Reichsfürstenstand S. 282 finden in der Stelle allerdings eine Investitur mit Ring und Stab und nehmen eine Verletzung des Konkordates durch Lothar an.

[4] S. o. S. 536.

[5] Dies bestätigt Gerhoh v. Reichersperg, welcher de investigatione antichristi, opp. adhuc inedita cur. Scheibelberger 1, 70 den Inhalt des Konkordates dahin angiebt: „Imperator . . . electiones atque investituras liberas ecclesiae

12. Jahrhunderts entsprochen[1], freilich hat es nicht an Versuchen des Papstthums und der streng kirchlichen Partei gefehlt, diese Verpflichtung zu beseitigen[2].

Nicht minder ist es dem Kaiserthum gelungen, den nach dem Konkordat begründeten Anspruch auf Ertheilung der Investitur vor der Konsekration praktisch zur Geltung zu bringen[3]. Ja, Friedrich I. hat sogar, um Burgund und Italien wieder fester an das Reich zu ketten, die den Prälaten dieser Länder im Konkordate gewährte Ausnahmestellung nicht geachtet, vielmehr, was bis dahin nicht geschehen war, von diesen die Entgegennahme der Investitur und die Leistung des Hominiums vor der Konsekration gefordert[4]. Bei der wichtigen präjudiziellen Bedeutung, wel-

remisit, ita ut electus vel consecratus de manu imperatoris vel regis regalia per sceptrum acciperet facta sibi hominio et fidelitate iurata", vgl. hierzu Bernheim Lothar S. 58 ff. und Wormser Konkordat S. 27. 28.

1 So bei der Investitur Norberts durch Lothar d. S., S. 561. n. 6; s. ferner vita Conradi archiep. Salisb. c. 5, SS. 11, 66: „hominii et iuramenti praestationem, quam regibus exhibebant episcopi et abbates vel quisquam ex clero pro ecclesiasticis dignitatibus" u. narratio de electione Lotharii c. 7, SS. 12, 511: „Denique rex Lotharius electus ab omnibus ... sequenti die in principum contione consedit et primo ab episcopis universis, sc. 24 qui tum aderant et abbatibus quam plurimis pro imperii reverentia, pro confirmanda regni ac sacerdotii unanimi concordia et pace perpetua, fidelitatem non indebitam de more suscepit, a nullo tamen spiritalium, ut moris erat, hominium vel accepit vel coegit. Deinde confluebant hinc inde regni principes, fidelitatem suam tam in hominio quam sacramento regi firmaverunt", wonach Lothar nicht, wie vielfach angenommen wird, s. z. B. noch Scheffer-Boichorst a. a. O. S. 12, auf die Mannschaft der Bischöfe verzichtet, sondern nur den damals bei ihm anwesenden die wiederholte Leistung bei seiner Thronbesteigung erlassen hat, namentlich mit Rücksicht auf die von der streng kirchlichen Partei behauptete Unstatthaftigkeit der Leistung von Eiden in die ungeweihten und blutigen Hände der Laien seitens der bereits konsekrirten Bischöfe, wie denn auch der Erzbischof Konrad von Salzburg sowohl Lothar als auch Konrad III. aus diesem Grunde nicht nur die Mannschaft, sondern auch den Treueid verweigert hat, vita Conradi Salisb. c. 5 cit. Vgl. hierzu Waitz in d. Forschgen a. a. O. S. 90; Bernheim S. 59. 72; für die Zeit Friedrich I. s. ep. Hadrian. IV. pp. ad Frider. bei Sigebert. cont. Aquic. a. 1157, SS. 6, 408: „ab ... episcopis hominagium requiris fidelitatem exigis, manus eorum consecratas manibus tuis innectis" und die Antwort darauf: „ab his autem, qui . . . regalia nostra tenent, cur hominagium et regalia sacramenta non exigamus? . . . aut . . . episcopi regalia nobis dimittant aut si haec sibi utilia iudicaverint, que dei deo et que cesaris sunt, cesari reddant". Weitere Belege bei Bernheim S. 73 u. Scheffer-Boichorst S. 12. n. 2. 3.

2 S. die vorige Note.

3 Beobachtet ist diese Reihenfolge unter Lothar z. B. bei der Besetzung von Merseburg 1126, S. 562. n. 1; von Magdeburg 1126, S. 561. n. 6; von Lüttich 1128, Annal. Disib. a. 1128, SS. 17, 24 u. Chron. Abb. s. Trud. XII. 5, SS. 10, 306; von Verdun 1131. S. 561. n. 6. Auch darf sie für alle Fälle, wo blos der Bestätigung des Kandidaten durch den Kaiser und der erst dann folgenden Konsekration gedacht wird, angenommen werden, Bernheim Lothar III. S. 29 ff. 44; unter Konrad III. in Betreff Kölns 1151, S. 561. n. 5 u. S. 562. n. 5 und Utrechts 1151, S. 565. n. 2. S. ferner H. Witte a. a. O. S. 23. 25. 26. 33 ff. und auch die folgende Note; unter Friedrich I. in Betreff von Magdeburg 1152, S. 566. n. 4; von Mainz 1153, S. 561. n. 3; von Köln 1156, Otton. Fris. g. Frid. I. II. 32, SS. 20, 415 u. 1159, annal. Colon. max. SS. 17, 772. 779; von Kambray 1175, g. episc. Camer. cont. c. 23, SS. 7, 509; von Halberstadt 1180, g. episc. Halberstadt. SS. 23, 109; Lübeck 1186, Arnold. chron. Slav. III. 24, SS. 21, 157; unter Heinrich VI. in Betreff von Passau, Chron. Magni presb. a. 1191, SS. 17, 518; und Halberstadt 1193, g. episc. Halberstadt. SS. 23, 110. 111. Vgl. ferner S. 567. n. 9.

Friedrich I. hat den für Salzburg gewählten Bischöfen Konrad II. 1164 und Adalbert 1168 die Investitur verweigert, weil sie Anhänger Alexanders III. waren und den kaiserlichen Gegenpapst Paschalis III. nicht anerkannten, Franklin, d. Reichshofgericht i. Mittelalter 1, 83. 85; Reuter a. a. O. 3, 67 ff.

4 Vgl. Otton. Fris. g. gesta Frid. I. III. 11, SS. 20, 423: „denique (bei der Besitzergreifung Burgunds) quod modo viventium excedit memoriam hominum aliquando contigisse, Stephanus Viennensis archiepiscopus etc. Friderico fidelitatem fecerunt et hominium"; Beschwerde des Papstes Hadrians ibid. IV. 30. p. 461: „episcopos Italiae solum sacramentum fidelitatis sine hominio facere debere domno imperatori", vgl. ferner l. c. p. 462. Offenbar mit Rücksicht auf dieses Verfahren Friedrichs I. giebt Otto v. Freisingen chron. VII. 16, SS. 20, 256, das in zweiter Umarbeitung 1156 herausgegeben ist, Wilmans SS. 20, 92. n. 14 den Inhalt des Wormser Konkordats dahin an: „ut electi tam Cisalpini quam Transalpini non prius ordinentur episcopi quam regalia de manu eius sceptrum suscipiant, scripto confirmatur. Hoc pro bono pacis sibi soli (Heinrico V.) et non successoribus datum dicunt Romani". Vgl. Bernheim, Wormser Konkordat S. 56. 60.

che die Reihenfolge der beiden Akte für die Rechte des Kaisers und die der Kirche hatte, war es indessen natürlich, dass die Kurie und ihre Anhänger im Interesse der von ihnen begehrten kirchlichen Freiheit auch gegen diese kaiserliche Befugniss ankämpften und unter günstigen Umständen die Gelegenheit benutzten, dem Kaiser durch schnelle Konsekration der Kandidaten das mit der vorgängigen Investitur nothwendig verbundene Verwerfungsrecht zu schmälern[1]. Ja, von den Päpsten sind sogar mitunter Wahlen aus dem Grunde kassirt worden, weil der Gewählte die Investitur vor der Konsekration empfangen hatte[2]. Zur Beschönigung für diese offenbare Verletzung des Konkordates und zur Ermuthigung für seine Nichtbeachtung war schon zur Zeit Friedrichs I. in Rom die Auffassung geltend gemacht worden, dass die vorgängige Investitur allein Heinrich V. für seine Person, nicht aber für seine Nachfolger bewilligt worden sei[3].

Mit der Investitur erhielt der Gewählte die Verwaltung der ihm übertragenen Regalien und die Disposition darüber, selbstverständlich unter den aus seiner Stellung überhaupt sich ergebenden Beschränkungen[4]. Sodann aber hat sich, wohl aus Anlass der früheren Uebung vor dem Konkordat, die Anschauung erhalten, dass der Investirte zugleich die Befugniss erlange, auch die Rechte der bischöflichen Jurisdiktion auszuüben[5].

[1] Der bei der streitigen Wahl in Trier 1131 von der Minorität gewählte Albero liess trotzdem, dass Lothar die Wähler auf eine einträchtige Wahl verwiesen, und deshalb die Investitur verweigert hatte, sich vom Papst Innocenz II., welchem seine Person erwünscht war, konsekriren. Erst nach hinreichender Rechtfertigung erhielt er die Investitur von Lothar, Balderici g. Alberon. c. 10. 12. 13, SS. 8, 248. 250; Bernheim Lothar III. S. 29. Dass der letztere auch sein Recht bei der vom Erzbischof von Salzburg vorgenommenen Weihe des 1132 in Regensburg gewählten Heinrich, welcher erst nachher von ihm bestätigt, also auch investirt worden ist, gewahrt hat, Bernheim Lothar III. S. 31, erscheint danach mindestens wahrscheinlich.

Die meisten Verletzungen des kaiserlichen Rechtes sind gegenüber dem schwachen Konrad III. vorgekommen, und zwar ist in Sachsen, wo seine Autorität niemals sicher befestigt war, sowie ferner in der erzbischöflichen Provinz Salzburg, in welcher die extrem kirchliche Partei herrschte, mehrfach die Investitur, wenn überhaupt, erst nach der Konsekration eingeholt worden, Witte a. a. O. S. 23 ff. 41. 60. 86. 87.

Dagegen hat Friedrich I. sein Recht energisch festgehalten, s. vorige Note, S. 566. n. 1 und Otton. Fris. g. Frider. I. II. 28, SS. 20, 411: „Impetitur ibi (in curia Ratisponensi a. 1155) Hardewicus, qui noviter per electionem cleri et populi et metropolitani sui consecrationem pontificatum eiusdem civitatis acceperat. Regalia si quidem, quae iuxta rationes curiae nulli episcoporum militi, antequam de manu principis suscipiantur, tradere licet, ipse huius rei nescius impraemeditate, morante adhuc in Italia principe, tradiderat, ob ea in causa positus, dum et factum inficiari qualitatemve facti defendere nequit, compositionis incurrit noxam“.

[2] So von Alexander III. die Wahl Bertrams von Bremen 1179, Annal. Stadens., SS. 16, 348: „Examinantur Bremenses per duos cardinales ... et inventi sunt discordare. Papa in consistorio suo sententiatus est: ... electionis modus displicet, praesertim quia est infra sacros ordines, non dico subdiaconum, sed acolitum, quo gradu, secundum rigorem iuris licet contrahere matrimonium, quod canonicis obviat institutis ... Insuper denuo se fecit eligi et secunda electio cassavit primam. Praeterea electus vester ante sacros ordines suscepit regalia de manu imperatoris. Haec non admittunt dispensationem de facili ... Inde est, quod electionem vestram infirmamus et irritam iudicamus“. Bezeichnend ist die Hervorhebung des dritten Grundes neben dem ersten berechtigten. Vgl. Reuter a. a. O. 3, 359. 435. Auch bei der Utrechter Wahl nahm die Kurie daran Anstoss, dass der eine der Kandidaten schon die Investitur erhalten hatte, s. S. 568. n. 6.

[3] Vgl. S. 570. n. 4 a. E.

[4] Otton. Fris. g. Frider. I. II. 28, s. o. Note 1 i. f.

[5] So berichtet Arnold. Lubec. chron. Slavor. III. 6, SS. 11, 148 von dem 1183 blos investirten Bischof Konrad II. von Lübeck, der niemals die Weihe erhalten hat: „domnus electus veniens in parochiam suam decenter statum ecclesie sue ordinare cepit, informans clericos ad religionis honestatem ... laicos vero ... tanta prudentia moderabatur, ut eum supra omnes, qui ante eum fuerant, revererentur. Non permittebat aliquem clericum de alieno episcopatu in sua diocesi parrochiam tenere ... Et quemlibet parrochianum semper paratum esse ad visitationes et unctiones infirmorum et ad cetera spiritalis cure officia et in cena domini ad penitentes introducendos et crismatis consecrationem pontifici suo assistere affirmabat. Super hoc etiam auctoritate apostolici utebatur. Quia dum cum imperatore Veronam ivis-

Die Konsekration, welche konkordatmässig der Investitur nachzufolgen hatte[1], geschah zwar in der Regel noch gemäss dem alten Rechte durch den vorgesetzten Erzbischof[2], bei vakanten Erzbisthümern durch einen, gewöhnlich den ältesten Suffragan[3] oder einen Metropoliten[4], indessen kommt in dieser Zeit häufiger als früher eine Konsekration durch den Papst oder einen Legaten desselben vor, und nicht nur in solchen Fällen, wo die Besetzung des Bisthums bei der Kurie zur Erörterung gelangt[5] war, oder wegen Weigerung des kompetenten Konsekrators eine Ausnahme gemacht werden musste[6], sondern auch sonst[7], namentlich wenn Erzbischöfe[8] in Frage standen.

Der Inthronisation wird ebenfalls noch erwähnt. Ihren früheren Charakter als die im Auftrage des Kaisers nach der Investitur erfolgende Besitzeinweisung in das Bisthum hat sie indessen verloren. Sie wird bald bei der Konsekration, falls diese in der Bischofsstadt geschieht[9], bald nach Rückkehr des Konsekrirten in seine bischöflichen Residenz[10], bald auch gleich nach der Wahl und noch vor der Investitur vollzogen[11], und kann also in dem letzten Falle nur die Bedeutung einer augenfälligen Konstatirung des Wahlabschlusses haben, in den beiden anderen dagegen den Akt der Besitzergreifung der kirchlichen Rechte repräsentiren[12].

set, detulit litteras Lucii pape super eodem negotio (vgl. Leverkus, Urkdbch d. Bisth. Lübeck 1, 17), omnimodis precipiens, ut si quis clericorum de alieno episcopatu in sua diocesi ecclesiam tenere voluisset, aut stationem in ea faceret aut a beneficio cessaret. Necdum tamen consecrationem pontificalem susceperat, quam tamen non sine causa differebat. Forte statum ecclesie, quam regere ceperat, prius explorare volebat et vires suas pretemptare. . . . Et resignans ei (archiepiscopo Bremensi) curam, quam ab ipso acceperat, rescripsit clero suo . . . absolvens eos ab obedientia sibi ab eis facta". Der letzte Satz, welcher den Verzicht auf die Seelsorge, die Konrad vom Erzbischof empfangen hat, aus Anlass der Resignation des ersteren erwähnt, ist dunkel, da der Erzbischof diese nicht an den Suffraganbischof zu verleihen hatte. Wahrscheinlich ist damit darauf hingedeutet, dass der Bischof vom Erzbischof inthronisirt war.

Reinald v. Dassel ist 1159 vom Kaiser investirt, aber erst 1165 konsekrirt, annal. Colon. max. a. 1159 u. 1165, SS. 17, 771. 779, und muss, wenngleich er während dieser Zeit vielfach in Italien war, doch in seinem Bisthum seine bischöflichen Rechte ausgeübt haben, Ficker, Reinald v. Dassel. Köln 1850. S. 142 ff.

[1] War der Erwählte noch nicht Priester, so erhielt er vorher in schneller Aufeinanderfolge noch die erforderlichen ordines, s. Laurentii g. episc. Virdun. a. 1131, SS. 10, 508; chron. Magni presb. a. 1172. 1191, SS. 17, 497. 518.

[2] Chron. episc. Merseburg. a. 1126, SS. 10, 188; g. episc. Camer. cont. vers. gall. c. 40, SS. 7, 524; über Basel (1133) s. Bernheim Lothar III. S. 32; Prag 1135 canon. Wissegr. cont. Cosmae SS. 9, 141; vgl. ferner g. ep. Camer. cont. c. 16. 23, SS. 7, 507. 509; gesta episc. Halberstadt. a. 1180 u. 1194, SS. 23, 110. 111; Arnold. chron. Slavor. III. 14, SS. 21, 157; Annal. Ratisp. a. 1187, SS. 17, 589 oder im Auftrage desselben chron. Magni presb. a. 1170, SS. 17, 497. Eine Konsekration durch die Mitsuffragane Arnold. chron. Slav. SS. 21, 126.

[3] Annal. Disib. a. 1138, SS. 17, 25; Annal. Colon. max. a. 1168, SS. 17, 771. 783.

[4] Annal. Colon. max. a. 1197, SS. 17, 802: „Bruno in archiepiscopum Colonie consecratur a Johanne Trevirensi archiepiscopo et episcopo Virdunense. Cui consecrationi aepiscopi Traiectensis et Monasteriensis . . . interesse nolebant, eo quod sui iuris esse affirmabant, quod ipsi eum iure suffraganeorum ordinare deberent".

[5] S. o. S. 567. n. 7; S. 568. n. 5.

[6] Vgl. g. Godefrid. arch. Trevir. c. 2 (1125), SS. 8, 201; Helmold. chron. Slav. I. 79, SS. 21, 73.

[7] Albero v. Verdun ist vom Papst 1131 in Paris konsekrirt, Laurentii g. episc. Virdun. a. 1131, SS. 10, 508; Albero von Trier 1131 in Vienne, Balderici g. Alberon. c. 10, SS. 8, 248. Die päpstliche Konsekration kommt ferner für solche Bischöfe vor, deren Bisthümer, wie z. B. Bamberg in temporeller Beziehung dem römischen Stuhle unterworfen waren (o. S. 331. n. 1), Jaffé reg. Rom. pont. n. 6273; Jaffé, Konrad III. S. 294.

[8] Annal. Colon. max. a. 1132 u. Annal. Disib. a. 1132, SS. 17, 756. 724 (Köln und Trier durch einen Legaten); ep. Eugen. III. und cler. et pop. Colon. a. 1152, Ennen u. Eckertz, Quellen z. Gesch. v. Köln; Jaffé, mon. Corbeiens. p. 481 (durch den Papst selbst auf Bitten der Kölner); vita Arnoldi Mogunt., Jaffé mon. Mogunt. p. 612; Otton. Fris. g. Frid. II. 32, SS. 20, 415 (auf Veranlassung des Kaisers).

[9] Vita Arnoldi Mog., Jaffé, mon. Mogunt. p. 612, vgl. auch Annal. Colon. max. a. 1132, SS. 17, 756.

[10] Chron. Magni presb. a. 1191, SS. 17, 518.

[11] Lambert. Waterlos ann. Camer. a. 1167, SS. 16, 543.

[12] Die Umwandlung erklärt sich wohl aus der

Endlich galten die Befugnisse, welche das Kaiserthum sich in dem Wormser Konkordat bewahrt hatte, nicht als unveräusserliche Hoheitsrechte, daher sind mehrfach Uebertragungen derselben, namentlich an einzelne Fürsten, so z. B. unter Friedrich I. an Heinrich den Löwen hinsichtlich der Bisthümer Lübeck, Schwerin und Ratzeburg, vorgekommen [1].

Die beiden Staufer hatten eine den kaiserlichen Rechten günstige Auslegung des Wormser Konkordates nur unter beständigem Kampfe mit der römischen Kurie aufrecht zu erhalten vermocht. Bei der am Ende des 12. Jahrhunderts in Deutschland eintretenden Veränderung der politischen Lage und der dadurch bedingten Stellung des Kaiserthums war eine erfolgreiche Behauptung dieses Standpunktes nicht mehr möglich. Zwar haben weder Otto IV. (1209) [2], noch Friedrich II. (1213 u. 1219), noch endlich Rudolf I. in ihren den Päpsten ertheilten Zusicherungen [3] jemals auf die konkordatmässigen Befugnisse verzichtet [4], wohl aber ist es dem immer mächtiger werdenden

veränderten Bedeutung der Investitur, welche jetzt nicht mehr die Uebertragung des bischöflichen Amtes in seiner Totalität darstellt.

[1] Nachdem Heinrich d. Löwe dem Erzbischof v. Bremen das Recht bestritten hatte, in den von ihm eroberten Territorien Bisthümer zu errichten, Helmoldi chron. Slav. I. 69, SS. 21, 63. Die betreffenden Urkunden v. 1154 Mecklenburg. Urkdbch 1, 47, Urkdbch des Bisth. Lübeck v. Leverkus 1, 1 lassen sich zwar in ihrer vorliegenden Fassung anzweifeln, Ficker, Reichsfürstenstand S. 274, indessen ist an der Thatsache nach dem Berichte Helmolds nicht zu zweifeln, l. c. I. 87. p. 81: „obtinuit apud cesarem auctoritatem episcopatus suscitare, dare et confirmare in omni terra Sclavorum, quam vel ipse vel progenitores sui subiugaverint in clipeo suo et iure belli. Quamobrem vocavit . . . Geroldum Aldenburgensem, . . . Evermodum Racisburgensem . . ., Bernonem Magnopolitanum, ut reciperent ab eo dignitates suas et applicarentur ei per hominii exhibitionem, sicut mos est fieri imperatori“. Fälle der Ausübung dieses Rechtes bei Arnold. chron. Slav. I. 13. II. 7. V. 24, SS. 21, 125. 130. 201. Mit der Entsetzung Heinrichs ist aber das Recht für seine Nachfolger verloren gegangen, Ficker a. a. O. S. 275.

Auch Berthold IV. v. Zähringen hat das Recht der Investitur der drei burgundischen Bisthümer Genf, Lausanne und Sitten von Friedrich I. erhalten, jedoch ist dieses Verhältniss noch im 12. Jahrhundert gelöst, Ficker S. 292; für das letztere haben es die Grafen von Savoyen bis 1189 ausgeübt, wo Heinrich VI. es sich wieder selbst vorbehalten hat, Gallia christ. 12 instr. p. 434, Ficker a. a. O. S. 297.

Ferner gehört hierher dipl. a. 1160 für Aquileja in Betreff des Bisthums Belluno, Ughelli Ital. sacra 5, 151: „patriarchae Pelegrino . . . Bellunensem episcopatum, quem antecessores nostri . . . habuerunt, cum toto comitatu et arimaniis et omni iurisdictione et cum omni integritate iuris et honoris pleniter dedimus et concessimus . . . praecipimus, ut quicumque de caetero in Bellunensi episcopatu substitui ac praesidere debet, a . . . patriarcha . . . investituram episcopatus recipiat et de omni iure regalium nostrorum ei vel successoribus respondeat“.

Im J. 1198 endlich hat Ottokar von Böhmen, nachdem schon vorher 1193 Herzog Wladislaw dem Bisthum Prag seinen Kapellan als Bischof aufgedrängt und ihm unter Verletzung der kaiserlichen Rechte gegen Ableistung des Mannschaftseides die Investitur ertheilt hatte, Ficker a. a. O. S. 271; Winkelmann, Philipp v. Schwaben 1, 46, mit der Königskrone von Philipp von Schwaben auch, wie der bestätigende Freiheitsbrief Friedrichs II. v. 1212, Huillard-Bréholles, hist. dipl. Frid. II. Paris 1852 ff. 1, 216 ergiebt, das „jus . . . investiendi episcopos regni sui“ verliehen erhalten, Ficker S. 283; Winkelmann 1, 138.

[2] „Illum igitur abolere volentes abusum, quem interdum quidam praedecessorum nostrorum exercuisse dicuntur in electionibus praelatorum, concedimus et sancimus, ut electiones praelatorum libere ac canonice fiant, quatenus ille praeficiatur ecclesiae viduatae quem totum capitulum vel maior vel sanior pars ipsius duxerit eligendum, dum modo nihil ei obstet de canonicis institutis“, LL. 2, 216.

[3] LL. 2, 224. 231. 405, gleichlautend wie die Ottos IV., abgesehen von unbedeutenden Wortverschiedenheiten.

[4] Dies nehmen Staudenmaier, Gesch. d. Bischofswahlen S. 247. 248; Friedberg diss. de fin. inter eccles. et civit. reg. iud. p. 170; Berchtold, Entwicklg. d. Landeshoheit in Deutschld. München 1863. 1, 62 hinsichtlich des Rechts auf Anwesenheit bei den Wahlen und auf Investitur vor der Konsekration, an. Die betreffenden Erklärungen sprechen nur von einer missbräuchlichen Beschränkung der Wahlfreiheit. Als solche konnte indessen die Ausübung der konkordatmässigen Rechte nicht gelten, s. auch Sugenheim, Staatsleben d. Klerus S. 161. Die später unbestrittene Ausübung eines Theiles der letzteren, vor Allem die Vornahme der Investitur vor der Weihe, spricht ferner gegen einen solchen Verzicht. Der von Berchthold beliebte Hinweis auf die Verhältnisse in Sizilien ist um so weniger entscheidend, als die Erklärung gleichlautend schon von Otto IV. und später von Rudolf

Papstthum gelungen, den werthvollsten Theil jener Rechte zu beseitigen, und den dem Kaiserthum verbliebenen Rest derselben seiner ursprünglichen Bedeutung zu entkleiden. Der Streit der hadernden Kronprätendenten, die Zerwürfnisse des Kaiserthums mit der römischen Kurie, nicht minder die dynastischen und Familien-Interessen der bei der Besetzung der Bisthümer wesentlich betheiligten adligen Familien führten wiederholt zu zwiespältigen Wahlen[1], weil die verschiedenen Parteien unter dem Klerus, den Fürsten und Grossen des Reiches die erledigten Bisthümer in die Hände ihrer Anhänger zu bringen suchten. Bei der Schwäche des Kaiserthums wandten sich die streitenden Theile nunmehr unter Nichtachtung der konkordatmässigen Bestimmung über die Austragung solcher Wahlen und fast immer unter Umgehung des Erzbischofs[2] um so eher an die römische Kurie, als der Kaiser vielfach selbst bei derartigen Streitigkeiten nicht uninteressirt war. Dadurch wurde derselben die Möglichkeit gegeben, das schon im 12. Jahrhundert in Anspruch genommene Entscheidungsrecht streitiger Wahlen (s. o. S. 563) sowohl für die Erzbisthümer[3], für welche das Konkordat keine ausdrückliche Bestimmung aufwies[4], wie auch für die einfachen Bisthümer zur Geltung zu bringen und dasselbe ohne jede Mitwirkung, ja ohne jede Rücksicht auf den Kaiser, auszuüben[5]. Auch dadurch wurde der päpstliche Einfluss auf die Besetzung der Bisthümer vermehrt, dass aus den oben hervorgehobenen Gründen viel häufiger als früher Kandidaten, denen die kanonische Qualifikation fehlte, gewählt wurden[6], und es für diese nach der damals schon feststehenden Rechtsanschauung der päpstlichen Dispensation bedurfte. Bei der Verwerfung solcher Kandidaten schritt ferner die Kurie, ebenso wie bei der Zurückweisung beider aus einer streitigen Wahl hervorgegangenen Prätendenten mitunter ihrerseits zur selbstständigen Besetzung der betreffenden Bisthümer ohne Rücksicht auf die Rechte der Wähler und des Kaisers[7].

abgegeben ist. Unter dem abusus kann nur eine bis zur Aufdrängung von Kandidaten gehende Betheiligung bei den Wahlen, und die Entscheidung bei streitigen Wahlen, bez. das unter Ausschluss der Wahl in solchen Fällen in Anspruch genommene kaiserliche Devolutionsrecht auf Ernennung oder Anordnung einer Neuwahl gemeint sein.

[1] So in Mainz 1200, in Münster 1204, Winkelmann, Philipp v. Schwaben u. Otto v. Braunschweig 1, 190. 305; in Regensburg 1225, notae s. Emmerani SS. 17, 574. 575 u. annal. s. Rudberti Salisb. 9, 783; in Lüttich 1238 ann. Fossens. SS. 4, 32; in Hildesheim 1246, chron. Hildesh. SS. 7, 861; in Worms 1257 SS. 17, 52; in Bremen 1258 ann. Hamb. SS. 16, 384; in Bremen 1306, ann. Lubec. 16, 420; in Merseburg 1320 chron. ep. Merseb. SS. 10, 195.

[2] S. die in der vorigen Note citirten Fälle. Nur bei dem Wahlstreite in Worms 1257 haben die Kandidaten die Entscheidung des Erzbischofs von Mainz angerufen. Der Streit ist durch Verzicht des einen der Gewählten erledigt worden.

[3] Für diese nimmt schon Innocenz III. 1202 in c. 33 X. de elect. I. 6, reg. V. 14 (opera ed. Migne 1, 968), falls sich die Wähler beider Parteien der Wahl unwürdig gemacht haben, ein Devolutionsrecht in Anspruch.

[4] S. o. S. 559.

[5] So ist namentlich der Umstand, dass der Gewählte bereits die Investitur vom Kaiser erhalten hatte, nicht mehr päpstlicherseits beachtet worden, notae s. Emmerani SS. 17, 575 über die Wahl in Regensburg 1225: „dissensio non modica de electione alterius tam inter canonicos quam ministeriales facta est. Pars canonicorum cum ministerialibus Gottfridum prepositum eligunt; ipse regalia a puero Heinrico rege accipiens ... Perhtoldus abbas s. Emmerammi ... cum primis chori Romam adiit, Sigfridum cantorem Maguntinum ab apostolico consecratum episcopum accipiunt".

[6] So mehren sich vor Allem in dieser Zeit die Wahlen oder genauer Postulationen von Bischöfen und die dadurch bedingten Translationen auf andere Bisthümer, welche früher verhältnissmässig selten stattfanden. Fälle solcher Postulationen sind z. B. vorgekommen in Mainz 1200, in Salzburg 1201, Aquileja 1204, Bremen 1208, Winkelmann a. a. O. S. 196. 236. 307. 446; Utrecht 1227, g. ep. Traiect. SS. 23, 410; Postulationen von Kandidaten ohne das vorgeschriebene Alter in Bamberg 1203, Winkelmann S. 304, in Hildesheim 1261, chron. Hildesh. SS. 7, 863, in Salzburg 1290, Herman. Altah. ann. SS. 17, 415; von unehelich Geborenen in Augsburg 1202, in Merseburg 1203, Winkelmann S. 302. 303.

[7] In Passau 1265, ann. s. Rudb. Salisb. SS. 9, 797: „Ulricus archiepiscopus (v. Salzburg) cessit oneri et honori, cessionem suam pape litteris transmittens, quam papa et curia acceptavit ...



Desgleichen haben die Päpste schon im Laufe des 13. Jahrhunderts, als die Theorie von ihrer obersten Machfülle auch auf die Verleihung aller kirchlicher Aemter angewendet wurde, bei Verzichten auf Bisthümer sich die Wiederbesetzung derselben vorbehalten [1]. Auf diese Weise erweiterte sich der Einfluss des päpstlichen Stuhles seit dem 13. Jahrhundert immer mehr und äusserte sich in vielen Fällen in einer direkten Ernennung zu den Bischofssitzen [2].

Das ehemalige konkordatmässige Recht des Kaisers, den Wahlen der Bischöfe in Person oder durch Kommissarien beizuwohnen, hatte im Laufe der hier in Frage stehenden Zeit, während welcher die Stärke der streitenden Parteien entschied, der Kaiser aber nicht mehr, wie früher, eine ausschliesslich massgebende Autorität in die Wageschale werfen konnte, und auch eine in seinem Sinne erfolgte Wahl keineswegs mehr vor einer Kassation in Rom sicher war, seine praktische Bedeutung eingebüsst, und ist, wenn es auch theoretisch während des Bestehens des deutschen

Otto Passaviensis episcopus obiit. Papa sibi reservans provisionem utriusque ecclesie, Wlodezlaum ducem Polonie (der in Passau postulirt war) prefecit ecclesie Salzburgensi et magistrum Petrum ... ecclesie Pataviensi. Die Bulle für Passau bei Herm. Altah. ann. SS. 17, 404; in Metz 1282, g. ep. Mett. cont. III. SS. 10, 551; in Salzburg 1290, s. S. 574. n. 6; in Hildesheim 1331, Chron. Hildesh. SS. 7, 869.

[1] Ann. s. Rudb. Salisb. SS. 9, 795 a. 1259: „Episcopus Ratisponensis pro sua iniquitate deponitur, prepositus eiusdem ecclesie eidem succedit... Prepositus Ratisponensis voluntarie cessit electioni et dominus papa providit ecclesie Ratisponensi per fratrem Albertum (II.) ordinis predicatorum"; Clem. IV. ep. ad Werlodizlaum Salzburg. a. 1265 in Herm. Altah. ann. SS. 17, 403: „Ulricus quondam Salzburgensis archiepiscopus ... advertens, quod ipse, qui iam vergens in senium multa proprii corporis debilitate gravari dicitur, in commisso sibi plebis gubernaculo ... se fructuose gerere ... non valebat ... ipsius ecclesie regimini elegit sponte cedere ... deposcens ... ut cessionem ipsius ... de benignitate apostolica recipere dignaremur. Nos autem ... cessionem ipsius duximus admittendam. Per huiusmodi vero cessionem in manibus nostris factam eadem Salzpurgensi ecclesia pastore vacante, ordinationem nobis specialiter reservantes, inhibuimus expresse capitulo Salzpurgensi, ne ad electionem seu postulationem aut nominationem aliquam procederent de archiepiscopo illa vice ... non obstante defectu quem in ordinibus pateris et etate, te, nunc prepositum Wisegradensis ecclesie ... prelibate Salzb. ecclesie in archiepiscopum prefecimus" (s. dazu auch vorige Note); über eine fernere Reservation Gregors X. in Betreff Lüttichs 1274 s. ann. Foss. SS. 4, 33, u. ann. Blandin. SS. 5, 32.

[2] So namentlich bei Absetzung des Vorgängers wie in Mainz 1251, ann. Erphord. SS. 16, 39; in Salzburg 1257, Herm. Alt. ann. SS. 17, 397, bei Kassation einer Wahl 1296 in Lüttich, ann. s. Jac. Leod. SS. 16, 643. Andere Beispiele in Herm. Altah. ann. 1246, SS. 17, 394 (1246 in Regensburg); ann. s. Rudb. Salisb. SS. 9, 759. 795 (Regensburg 1247 u. 1259), ann. s. Viton. Virdun. SS. 10, 528 (Verdun 1253), ann. Colm. mai. SS. 17, 213 (in Mainz u. Basel 1286), cont. monach. s. Petri, SS. 9, 839 (in Freising 1381). In einzelnen Fällen ist die Besetzung so schnell erfolgt, dass die Kapitel nicht einmal durch Mittheilung derselben von der Wahl abgehalten werden konnten, ann. s. Rudb. Salisb. a. 1247, SS. 9, 789: „Papa ignorans electionem in ecclesia Salzburgensi esse factam, quendam Purchardum de Zigenhagen nescientibus canonicis et ministerialibus archiepiscopatui prefecit et consecravit. Qui post modicum tempus non adepta potestate vel inthronizatione, diem clausit extremum. Unde papa ad peticionem et instantiam tam parentum et amicorum domini Philippi quam capituli et ministerialium, electionem de ... Philippo factam confirmavit"; g. Alberti II. ep. Halberstad. SS. 23, 123: „maior pars capituli (1324) numero elegit ... Lodewicum de Neyndorp in episcopum, qui postea ex provisione p. Johannis XXII. factus est episcopus Brandeburgensis, alia vero pars capituli, puta V. numero, elegit Albertum de genere Ducum in Brunswik progenitum. Papa vero Johannes XXII. providit domno Ghisekoni ex genere nobilium de Holzacia procreato. Sed licet predicti duo a partibus capituli electi, provisionem pape ignorantes, ... coram archiepiscopo Moguntino ... disceptassent, tandem ... sententiatum fuit ... pro domno Alberto et eius eleccio per archiepiscopum ... est confirmata ... Post confirmacionem et investituram ... est ... in episcopum ... consecratus, ita quod tempore litis et post confirmacionem et ante consecracionem nec etiam post consecracionem sibi nichil certi apparuit de provisione pape, prout idem papa sub bulla sua protestabatur". Uebrigens ist auch mitunter den päpstlich ernannten Kandidaten ein heftiger und erfolgreicher Widerstand geleistet worden, so in Passau 1387, cont. mon. s. Petri, SS. 9, 841: „Hermannus eiusdem ecclesie decanus eligitur. Qua electione non obstante Urbanus p. VI duci de Monte providit de eodem, cui provisioni canonici se opposuerunt et civitas Pataviensis contra canonicos sibi adhesit. Tandem ... dux transfertur ad episcopatum Padenburgensem (Paderborn) et consensu canonicorum accedente ... Georius comes de Hohenloech ad episcopatum instituitur".

Reichs römischer Nation anerkannt blieb, jedenfalls äusserst selten geübt worden[1]. Vielmehr suchten die Kaiser theils durch Empfehlungen an die Domkapitel, bald im Einverständniss mit dem Papste, falls gleiche Interessen vorlagen, bald auch ohne ein solches den ihnen genehmen Kandidaten den Zutritt zu den Bisthümern zu verschaffen[2]. Ja, im Laufe des 14. und 15. Jahrhunderts, als die Stellung des Papstthums durch seine Uebersiedelung nach Avignon und durch das Schisma geschwächt war, machten sie das päpstlicherseits geübte Recht der einseitigen Ernennung ihren Interessen in der Weise dienstbar, dass sie stattgehabte Wahlen von der Kurie vernichten und durch den Papst die von ihnen begünstigten Bewerber ernennen liessen[3]. Ja Ludwig der Baier war in seinem Kampfe mit der Kirche sogar zu einseitigen Ernennungen geschritten[4], welche freilich bei der Gegenüberstellung anderer Kandidaten durch den Papst oder durch die päpstlich gesinnten Parteien in den Domkapiteln vielfach wirkungslos blieben.

Trotz der seit dem 13. Jahrhundert eingetretenen Veränderungen, welche in den vorstehenden Erörterungen dargelegt sind, ist doch die Bestimmung des Wormser Konkordates, dass der gewählte, nunmehr auch der päpstlich ernannte Kandidat, falls er nicht schon Bischof war, vor seiner Konsekration, also nach der Konfirmation seitens des Erzbischofs oder seitens des Papstes, die Investitur der Regalien beim Kaiser nachzusuchen hatte, in fortdauernder Geltung geblieben[5]. Ein Interesse, dagegen so energisch wie früher anzukämpfen, hatte das Papstthum jetzt nicht mehr. Einmal hatte man bei der Kurie sich im Laufe der Zeit der Ueberzeugung nicht verschliessen können, dass die Loslösung der geistlichen Fürsten aus dem Lehnsverbande praktisch unausführbar war. Ferner konnte, seitdem die Päpste selbst, wie dargelegt worden ist (s. S. 574), einen bedeutenden Einfluss auf die Besetzung der Bischofsstühle erlangt hatten und die seitens des Kaisers vorgenommene Investitur nicht mehr als eine Schranke ihres Prüfungs- und Kassationsrechtes zu betrachten brauchten, die Verweigerung derselben vom Kaiser blos noch als Mittel angewendet werden, um einen konfirmirten oder auch selbst konsekrirten Bischof vom Genuss der Temporalien seines Bisthums fernzuhalten. Für die Regel war die Investitur persönlich beim Kaiser[6]

[1] v. Sartori, geistl. und weltl. Staatsr. d. deutsch. Erz- etc. Stifter. I. 2, 225.

[2] cont. Cremifan. a. 1215, SS. 9, 549; Meichelbeck, hist. Frising. 2, 151; Staudenmaier S. 315.

[3] So Karl IV. 1368 und 1371 in Magdeburg, Rathmann, Gesch. von Magdeburg; 1372 in Würzburg, Ussermann, episc. Wirceburg. p. 113; Wenzel 1385 in Merseburg, chron. episc. Merseburg., SS. 10, 201 (wo irrthümlich der bereits verstorbene Karl IV. genannt ist); Siegismund 1413 in Augsburg, Braun, Gesch. d. Bischöfe v. Augsburg 2, 524. Vgl. auch Staudenmaier S. 316; Sugenheim S. 166 ff.

[4] Mannert, Kaiser Ludwig IV. S. 463.

[5] Reineri ann. a. 1200, SS. 16, 655; g. episc. Halberstad. a. 1201, SS. 23, 115; g. episc. Traiect. a. 1215 u. 1217, SS. 23, 410. 416; Chron. Hildesh. a. 1247 u. 1279, SS. 7, 861. 865; dip. a. 1261 u. 1275 für Köln, Lacomblet, niederrh. Urkdbch. 2, 286. 391; s. auch o. S. 574. n. 5 u. S. 575. n. 2, und die folgenden Noten; ferner Sachsenspieg. II. 59; Rechtsbuch nach Distinktionen VI. 13, Eisenacher Rechtsbuch II. 4. ed. Ortloff p. 323. 684.

[6] dipl. Frideric. II. a. 1245, Warnkönig, flandrische Staats- u. Rechtsgesch. 1, Anh. S. 96: „. . . maiestati nostre humiliter supplicavit, ut . . . de feudis . . . que a nobis et imperio tenet . . . investire dignaremur. Nos autem licet moris sit imperii, ut huiusmodi supplicantes personaliter ad pedes nostros se conferant pro debito et consulto nobis sacramento prestando“. Ging der König oder Kaiser ausser Landes, so ernannte er daher einen Stellvertreter für die Ertheilung der Investitur, annal. Hamb. a. 1260, SS. 16, 384: „Richardus rex in Angliam . . . redit et investituram episcoporum archiepiscopo Coloniensi commisit“. Auch wurde aus besonderer Vergünstigung das persönliche Erscheinen erlassen und ein Vertreter zur Entgegennahme des Lehnseides ernannt, dipl. Adolphs v. Nassau für Passau 1297, mon. Boica XXIX. 2, 592: „. . . ne in veniendo ad nos pro investitura regalium feudorum sue ecclesie obtinenda, ad expensarum onera et viarum dispendia conpellatur“; Albrechts I. für

und zwar binnen bestimmter Frist nachzusuchen[1], sowie dabei das Treugelöbniss und der Lehnseid zu leisten[2]. Erst mit der Erfüllung dieser Verpflichtung erlangte der neue Bischof ebenso wie schon früher (s. o. S. 571) die Befugniss, die Temporalien des Bisthums, insbesondere auch die Regierungsrechte, auszuüben[3].

Während es somit hinsichtlich der Investitur im Wesentlichen bei dem früheren Zustande verblieben ist, trat dagegen in Betreff der Konfirmation und Konsekration der Erzbischöfe und Bischöfe im Laufe der fraglichen Zeit ebenfalls eine der Erweiterung der päpstlichen Macht günstige Aenderung ein. Zwar haben die Erzbischöfe in Uebereinstimmung mit dem Dekretalenrecht[4] noch wiederholt ihren Suffraganen die Konfirmation und die Konsekration ertheilt[5], indessen nahmen die Päpste nicht nur hinsichtlich der zu erzbischöflichen Stühlen beförderten Kandidaten diese letzteren Funktionen kraft ihrer Stellung als unmittelbarer kirchlicher Oberer, sowie kraft ihrer Befugniss zur Ertheilung des Palliums und zu Reservationen von Benefizien bei der Bedeutungslosigkeit der Provinzialsynoden in Anspruch[6], sondern sogar auch hinsichtlich der einfachen Bischöfe. In Betreff dieser boten die

Metz 1299, Calmet, hist. de Lorraine 2. pr. 551: „. . . regalia feuda principatus pontificalis . . . tibi de benignitate regia transmittimus et eundem investimus praesentibus de eisdem sic tamen, quod . . . Johanni . . . comiti Haynonensi . . . tanquam imaginario nostrae praesentiae vice nostra et nomine exhibeas fidelitatis et homagii iuramentum", Heinrichs VII. für Passau 1310, mon. Boica XXX. 2, 46: „. . . debilitatis et infirmitatis tue defectibus coram nobis . . . propositis . . . de iuribus regalibus que a nobis et Romano imperio petere et recipere deberes in persona propria, te absentem investimus in his scriptis de gracia speciali. Mandamus igitur tibi, quatenus . . . Salczburgensi archiepiscopo . . . fidelitatis et homagii, quo nobis et Romano teneris imperio quam primum poteris prestes nostro et imperii nomine sacramentum"; Wenzels für Strassburg 1398, Petzel, Lebensgesch. K. Wenceslaus' II. ed. 2. Urk. p. 38. Ueber derartige ein für alle Mal für die an den Gränzen des Reich residirenden Bischöfe ertheilte Privilegien vgl. Sugenheim S. 164, und überhaupt Friedberg, diss. cit. p. 172. n. 3. In der späteren Zeit ist allerdings die Uebertragung der Regalien durch einen kaiserlichen Kommissar die Regel geworden, v. Sartori, geistl. u. weltl. Staatsr. I. 2, 374. 377. 378.

1 Dabei wurde, wie früher, das Scepter gebraucht, s. z. B. dipl. Karls IV. für Passau 1266, mon. Boica XXX. 2, 266; Wenzels für Münster 1379, Niesert, Beiträge I. 2, 29.

2 Ausser den S. 576. n. 6 citirten Urkunden Du Chesne, hist. de la maison de Bethune, preuv. 58 (v. 1215 für Cambrai); mon. Boica XXIX. 2, 509 (für Salzburg, Passau und Regensburg v. 1274), Niesert, Beiträge I. 2, 16 (für Münster 1275), (v. Wölkern), hist. Norimb. dipl. Diplom. Historie S. 215 für Eichstädt 1305: „nobis . . . fidelitatis homagii et obedientiae debita et solita praestitit iuramenta". Für die spätere Zeit s. v. Sartori a. a. O. S. 283.

3 Doch ist auch hiervon durch besondere Privilegien eine Ausnahme gestattet worden, Niesert, Beiträge I. 2, 25 (für Münster 1310): „tibi . . . indulgemus, quod administrationem temporalium et feodorum tuorum a data praesentium per annum valeas exercere, non obstante quod nondum feoda tua de nostris sceptigeris manibus recepisti".

4 S. o. S. 14.

5 Chron. mont. Seren. SS. 23, 173. 187 (1207 u. 1216); ann. s. Rudb. Salisburg, SS. 9, 784. 785 (1228 u. 1232); bell. Waltherian. c. 1, SS. 17, 105 (1260); chron. episc. Merseb. SS. 10, 192 (1265), cont. Zwetlens. III. SS. 9, 666 (1321). Bei Erledigung des erzbischöflichen Stuhles ertheilte das Metropolitankapitel die Konfirmation, chron. episc. Merseb. SS. 10, 193: „Qui (Heinricus de Amendorff) tunc (1283) vacante sede Magdeburgensi per mortem . . . archiepiscopi per capitulum eiusdem ecclesiae fuit confirmatus"; ann. Augustun. min. a. 1288, SS. 10, 10: „Wolfhardus electus ecclesie Augustensis vacante sede Moguntina per . . . Hugonem filium comitis silvestris et . . . Wernherum de Lewenstein canonicos, transmissos ex parte capituli Moguntinensis ecclesie . . . in episcopum confirmatur".

6 Diese Praxis, — welche durch das Dekretalenrecht sanktionirt ist, c. 18 (Innoc. III.) de elect. I. 6, c. 16 (Nicol. III.) in VI^{to} eod. I. 6, vgl. auch pars decisa in c. 28 (Innoc. III.) X. eod.: „quum . . . de metropolitanis Angliae, Franciae, Alemanniae et aliarum partium remotarum, qui concorditer sunt electi, Romana ecclesia patiatur, ecclesiarum utilitate pensata, quia, si tanto tempore, quousque posset electus confirmationem cum pallio a sede apostolica obtinere, regalia non reciperet, ecclesia quae interim administratore careret, non modicum incurreret detrimentum" — ergeben für Deutschland annal. s. Rudbert. Salisb. SS. 9, 789 (S. 575. n. 2; ibid. p. 799. 809. 821. 822 (1272 u. 1273. 1285. 1312. 1316), chron. episc. Merseb. SS. 10, 197 („et per Clementem VI. propter reservaciones sedis apostolice nuper factas rite confirmatur"). 198. 202. 203 (1341. 1357. 1394. 1407. 1411).

Ausübung des obersten Entscheidungsrechtes kraft Devolution und die Reservationen (s. o. S. 575) ebenfalls das Fundament dar[1].

Selbst gegenüber den im 15. Jahrhundert hervorgetretenen Reformbewegungen und der hierbei versuchten Beschränkung ihrer Kollationsrechte ist es den Päpsten gelungen, durch Aufopferung anderer Reservationen sich das Konfirmationsrecht zu allen Bischofswahlen zu bewahren und sogar die ausdrückliche Anerkennung desselben in den Konkordaten der deutschen Nation zu erlangen[2]. Allerdings betraf dieselbe nicht das Recht der Konsekration. Aber auch dieses konnten sie seitdem ungehindert selbst oder durch Stellvertreter ausüben[3], weil das letztere ohne das Konfirmationsrecht jeder selbstständigen Bedeutung entbehrte, und die früher berechtigten Erzbischöfe nunmehr keine Veranlassung hatten, irgendwie für die Erhaltung jener Befugniss einzutreten.

§. 123. β. *Die Besetzung der bischöflichen Stühle in den anderen Reichen, in Frankreich, in England (in den skandinavischen Ländern), in Italien, (in Spanien und in Ungarn).*

I. In Frankreich hatten die kirchlichen Synoden unter dem Einfluss der Reformpartei schon seit Mitte des 11. Jahrhunderts wegen der herrschenden Missbräuche bei der Vergebung der Bisthümer[4] Verbote gegen die Simonie erlassen[5] und die kanonische Besetzung der Bischofssitze durch die Wahl des Klerus und Volkes eingeschärft[6]. Trotzdem erlangte der Handel mit Aemtern und Pfründen unter der Regierung Philipps I. (1060—1108) eine viel grössere Ausdehnung, wie zuvor[7].

[1] Und zwar nicht nur in Fällen dieser Art (s. z. B. S. 574. n. 5), oder falls der erzbischöfliche Stuhl schismatisch war, g. episc. Halberstad. SS. 23, 115 (1201) u. ann. Argent. 1202, SS. 17, 89 (1207), sondern auch da, wo keine solche Veranlassung vorlag, ann. Wormat. SS. 17, 51 (1247), ann. Suev. ibid. p. 283 (1275), ann. Basiliens. l. c. p. 198 (1275), contin. Vindob. a. 1280, cont. Claustroneoburg. VI. SS. 9, 711. 712. 746, ann. Colmar. maior. a. 1286, SS. 17, 213.

[2] Konstanzer Konkordat v. 1418, c. 2; Hübler, Konstanzer Reformation S. 175: „In ecclesiis cathedralibus et etiam in monasteriis apostolicae sedi immediate subiectis fiant electiones canonicae quae ad sedem apostolicam deferantur, quas etiam ad tempus constitutum in const. Nicolai III. quae incipit: Cupientes (c. 16 in VI^{to} de elect. I. 6) papa exspectet, quo facto si non fuerint praesentatae vel si praesentatae minus canonicae fuerint, papa provideat, si vero canonicae fuerint, papa eos confirmet, nisi ex causa rationabili et evidenti et de fratrum consilio de digniori et utiliori persona duxerit providendum: proviso quod confirmati et provisi per papam nihilominus metropolitanis et aliis praestent debita iuramenta et alia quae de iure tenentur". Darüber, dass das „apostolicae sedi immediate subiectis" im Anfang sich nur auf monasteriis, nicht aber auch auf ecclesiis cathedralibus bezieht, s. Hübler a. a. O. n. 29; s. ferner Mainzer Acceptations-Instrument des Baseler Koncils (vgl. sess. XII. u. XXIII. desselben) von 1439, Gaertner, corp. iur. eccles. 1, 45; Münch, Konkordate 1, 65, das s. g. Aschaffenburger oder Wiener Konkordat v. 1448, Münch a. a. O. S. 91, Nussi, conventiones de reb. eccles. int. s. sed. et civil. potest. Mogunt. 1870. p. 17. — In der Zeit der s. g. Neutralität der deutschen Nation während des Baseler Koncils, als diese zwischen dem Koncil und den Päpsten Eugen IV. und Felix V. stand, haben die Kapitel bei Bischofswahlen die Konfirmation theils bei den Metropoliten, theils beim Koncil selbst, (Bremen bei dem Erzbischof von Magdeburg mit Rücksicht auf den von den Inhabern dieses Stuhles beanspruchten Primat) eingeholt, Palm i. d. Forschgen z. deutsch. Gesch. v. 1877. 17, 257 ff.

[3] Koch, sanctio pragmatica Germanorum illustrata . . . Argentor. 1789, p. 76; Neller, de certis s. conc. Basileens. decr. u. de sacr. elect. proc. bei Schmidt, thes. 1, 286. 287 u. 4, 31.

[4] S. o. S. 538.

[5] Conc. Rotomag. a. 1048 c. 2 (Mansi 19, 751, s. auch Hefele 4, 677): „Ut illa perniciosa consuetudo . . . eradicetur, qua multos perniciosa munera undecumque collegisse audivimus, quibus principem regni et familiares eius corrumpere valeant, ut ad episcopatus honorem valeant pervenire"; Turon. a. 1060. c. 1, s. o. S. 542. n. 4.

[6] Conc. Rem. a. 1049, o. S. 541. n. 5.

[7] Vita S. Galteri Abbat. S. Martin c. 9 bei Mabillon, acta ss. O. S. B. saec. VI. 2, 817; Guibert. Novig. bei Bouquet 12, 241 ff.



Noch früher, als gegen den deutschen Heinrich IV., schritt Gregor VII. gegen ihn mit Androhung kirchlicher Strafen ein, ohne freilich zunächst das Genehmigungs-, sowie das Investiturrecht des Königs in Frage zu stellen [1]. Erst später, als sich der Konflikt verschärft hatte [2], und das Investitur-Verbot gegen Heinrich IV. schon ausgesprochen war, wurde der päpstliche Legat Hugo von Die 1077 beauftragt, auf einer nöthigenfalls wider Willen des Königs abzuhaltenden Synode [3] dasselbe gleichfalls in Frankreich zu verkünden [4]. Dies geschah auf den zu Autun (1077) [5] und Poitiers (1078) [6] abgehaltenen Koncilien, und sowohl gleichzeitig als nachher suchte Gregor durch seine Legaten die kanonische Wahl in seinem Sinne (s. o. S. 545) unter Ausschluss der bisherigen königlichen Rechte überall durchzuführen [7]. Obwohl sich der König nicht fügte [8] und Gregor [9] die Exkommunikation aller durch

[1] Reg. I. 35 (1073), Jaffé, mon. Gregor. p. 53: „ut scilicet Augustodunensem archidiaconum, unanimi cleri et populi consensu, ipsius etiam, ut audivimus, regis assensu electum, episcopatus dono gratis concesso, ecclesiae (v. Macon) praefici patiatur. Quod si facere noluerit, indubitanter noverit, nos . . . ex auctoritate bb. apostolor. Petri et Pauli duram inobedientiae contumaciam canonica auctoritate cohercituros. Nam aut rex ipse, repudiato turpi symoniacae heresis mercimonio, idoneas personas ad sacrum regimen personas promoveri permittet aut Franci . . . generalis anathematis mucrone percussi, illi ulterius obtemperare recusabunt"; I. 36. l. c. p. 54: „ut ipse (Bischof v. Chalons s. Saone), nostra functus legatione, praefatum regem conveniat, quatenus ipse . . . electionem Matisconensium non solum non impediat, sed eum quem debet assensum praebeat. Qui si . . . neque exhortationi nostrae parere voluerit, praecipimus, ut fraternitas tua (Erzbischof v. Lyon) neque pro odio neque gratia alicuius dimittat, quin electum ab eis . . . archiepiscopum seu per te seu per suffraganeos tuos ordinare studeat". Der erwählte Bischof ist schliesslich von Gregor VII. „intervenientibus quibusdam rationabilibus causis" (wohl wegen des fortgesetzten Widerstandes des Königs) geweiht worden, reg. I. 76, l. c. p. 95.

[2] Reg. II. 5, l. c. p. 113.

[3] Reg. IV. 22, l. c. p. 273.

[4] L. c. p. 274: „inter cetera quae tua fraternitas suscepit, hoc attentissime exequi studeat, ut congregatis omnibus et in conventu residentibus manifesta et personanti denunciatione interdicat, ut conservanda deinceps in promovendis episcopis canonica et apostolica auctoritate, nullus metropolitanorum aut quivis episcoporum alicui qui a laica persona donum episcopatus susceperit, ad consecrandum illum imponere manum audeat; nisi dignitatis suae honore officioque carere et ipse velit. Similiter etiam: ut nulla potestas aut aliqua persona de huiusmodi donatione vel acceptione alterius se intromittere debeat, quod si praesumpserit, eadem sententia et animadversionis censura, quam b. Adrianus (II.) papa in octava synodo (870) de huiusmodi praesumptoribus firmavit (s. o. S. 525), se astrictum ac ligatum fore cognoscat". Vgl. hierzu Meltzer, Papst Gregor VII. u. d. Bischofswahlen. 2. Aufl. S. 126.

[5] Der Wortlaut des Kanons ist nicht erhalten. Dass er publicirt ist, ergiebt aber der Brief Manasses v. Rheims an Gregor VII. bei Mansi 20, 486.

[6] c. 1, Mansi 20, 498: „ut nullus episcopus, abbas, presbyter vel quaelibet persona de clero accipiat de manu regis vel comitis vel cuiuslibet laicae personae donum episcopatus vel abbatiae vel ecclesiae vel aliquarum rerum ecclesiasticarum. Sed episcopus a suo metropolitano, abbas, presbyter et ceterae inferiores personae a proprio episcopo".

[7] Reg. IV. 14. 15 v. 1077. l. c. p. 261. 262, Aufforderung an Klerus und Volk v. Chartres, statt des abgesetzten simonistischen Bischofs einen neuen zu wählen und an den Erzbischof v. Sens und dessen Suffragane, die Wahl zu leiten und den Gewählten zu konsekriren, mit der Drohung: „si illud timore aut gratia cuiusquam (d. h. des Königs) praetermiseritis, nos tamen inordinatum eum nullatenus relinquemus"; ibid. IV. 18 v. 1077, Aufforderung an die Kanoniker von Le Puy en Velay, zu einer Neuwahl für den gleichfalls wegen Simonie abgesetzten Bischof nach dem Rathe des päpstlichen Legaten zu schreiten, eine gleiche Aufforderung an Klerus und Volk von Rheims nach der Entsetzung Manasses Rheims 1080, wobei sogar die Zustimmung des Legaten verlangt wird, ibid. VIII. 17—19. p. 447. 449. 450.

[8] So haben z. B. die Bischöfe von Senlis und Chalons s. Saone 1077 u. 1078 die Investitur von Philipp erhalten, ep. Hugon. Diens. ad Greg. VII., Mansi 20, 488; Gregor. ep. coll. 32, Jaffé l. c. p. 560.

[9] Gregor ep. 32 cit.

Wenn Sugenheim S. 196 behauptet, dass Gregor VII. das Verbot der Laien-Investitur in Frankreich nicht in dem Sinne, welcher seiner Abfassung zu Grunde lag, habe publiciren lassen, vielmehr damit nur „die Spielerei der Belehnung mit Ring und Stab" durch den König habe beseitigen wollen, so ist dies eine völlig unerwiesene Annahme. In dem Schreiben an Philipp I. wegen der Wiederbesetzung von Rheims (s. Note 7) ist von irgend welchem Rechte des Königs auf Mitwirkung bei der Besetzung gar keine Rede, reg. VIII. 20. p. 452: „Ex parte apostolica iubemus, ut electionem quam praefatae Remensis ecclesiae clerus et populus . . . facturus est, nullo ingenio aut studio, quominus canonice fiat, inpedias, sed et, si quis inpedire aliquo studio saeculari temptaverit, illi omni modo contradicas

Laien-Hand auf ihre Sitze beförderten Bischöfe seinem Legaten einschärfte, hat doch der Streit über die Investitur in Frankreich nicht den heftigen Charakter und die weittragende Bedeutung, wie in Deutschland, angenommen. Das mit der Investitur verbundene königliche Ernennungsrecht hatte in Frankreich niemals so allgemeine Anerkennung wie dort erlangt, vielmehr theilte der König dasselbe mit einer Anzahl von Grossvasallen, welche eine wesentlich andere Stellung wie die deutschen Fürsten einnahmen und das gleiche Interesse mit dem König in der Investiturfrage hatten. Ueberdies stand auch in manchen Bisthümern das Wahlrecht des Klerus und Volkes, wenngleich beschränkt durch die Mitwirkung des Königs und der Vasallen, in Geltung. Ferner wurde den Forderungen des Papstes nicht ein so fester und zäher Widerstand, wie in Deutschland, entgegengesetzt. Ja, das rücksichtslose Vorgehen Gregors VII. und seiner Legaten gegen die französischen Bischöfe erregte selbst unter dem der Reform günstigen Klerus und Adel erhebliches Misstrauen, und verhinderte ein geschlossenes und energisches Vorgehen ihrer Partei. Bei einer solchen Sachlage, bei den weniger gespannten Verhältnissen, konnte sich daher der Konflikt in Frankreich nicht zu einem principiellen Kampfe über das Verhältniss der geistlichen, insbesondere der päpstlichen zur weltlichen Gewalt zuspitzen. Da dieser in der That vorerst mit dem deutschen Kaiserthum zum Austrag gebracht werden, und ein glücklicher Ausgang auch ohne Weiteres für die übrigen Länder von der weitgreifendsten Bedeutung sein musste, so vermieden es die Nachfolger Gregors VII. durch schroffe Massregeln grössere Verwicklungen herbeizuführen, umsomehr, als sie in dem Streite mit Deutschland und den deutscherseits aufgestellten Gegenpäpsten der französischen Hülfe bedurften und es die Lage der Verhältnisse ermöglichte, bei den einzelnen Vakanzfällen etwaige günstige Umstände zum Eingreifen und zur Durchführung der päpstlichen Forderungen zu benutzen.

Zur Zeit Urbans II., während welcher sich das französische Königthum in seiner vollen Ohnmacht zeigte, gewannen die gregorianischen Anschauungen wiederum einen mächtigen Einfluss auf die französische Geistlichkeit und das französische Volk. In Folge dieser Bewegung erstarkte die Macht der Reformpartei der Art, dass das Verbot der Investitur und des Vasalleneides der Bischöfe auf dem Koncil von Clermont ohne Widerspruch von Neuem aufgestellt werden konnte[1], und dass seitdem der König und die Grossvasallen nicht mehr in der Lage waren, das Investiturrecht in seiner früheren Bedeutung als eines freien Ernennungs- und Uebertragungsrechtes festzuhalten. Wohl aber bewahrten sie sich, indem sie dem freilich noch mehrfach wiederholten Verbote[2] nachkamen, und durch Gewährung des Wahlrechtes an Klerus und Volk die Anforderungen der kirchlichen Reformpartei der Hauptsache nach befriedigten[3], nicht nur die Befugniss, zu der Vornahme der Wahlen ihre Erlaubniss und zu den erfolgten ihre Zustimmung zu geben[4], sondern auch unter geschickter Benutzung der in jener Zeit hervorgetretenen Anschauung

atque illi, quem pars fidelior et religiosior elegerit, adiutorium tuum impendas".

[1] S. o. S. 550. n. 4; in Zusammenhang damit steht auch die Ertheilung eines Privilegs Urbans II. 1097 auf freie Bischofswahl für Clermont, Analect. iur. pont. 1869. p. 561: „Nec cuiquam omnino liceat in eamdem ecclesiam personam quamlibet ingerere, sed libera clericis facultas sit . . . concordi et canonica electione sibi antistitem providere remota prorsus laicalis potestatis oppressione vel invasione".

[2] So zu Troyes, S. 551. n. 6 und Rheims, S. 557. n. 8.

[3] S. die Zusammenstellung bei Raynouard, histoire du droit municipal en Fance 2, 101 ff. und die folgende Note.

[4] Ivon. Carnot. ep. 8, ed. Juret. II. Paris 1610. p. 16 (seine eigene Wahl in Chartres 1090

über die Scheidung der Spiritualien und Temporalien (oder Regalien) des Bisthums das Recht, diese letzteren dem neugewählten Bischof zu übertragen [1]. Ferner blieb die Pflicht zur Leistung des hominium und des allgemeinen Fidelitätseides, von denen das erstere jetzt seine spezielle Beziehung auf die Temporalien erhielt [2], bestehen. Die Konsekration fand nach der Uebertragung der Regalien statt [3]. Im Laufe des 12. Jahrhunderts ist sie jedoch mit Rücksicht darauf, dass ausser der Erlaubniss des Königs zur Vornahme der Wahl noch eine königliche Bestätigung des Gewählten erforderlich war [4], und die Ertheilung der Konsekration an den vom König Bestätigten den Rechten des ersteren keinen Eintrag thun konnte, auch nach derselben erfolgt [5]. In Folge des von der Kirche gegen die Beschränkung der Wahl-

betreffend): „cum clericorum primo ingenio, postea violentia regi fuissem praesentatus et inde cum virga pastorali a rege mihi intrusa ad ecclesiam Carnotensem adductus“, ep. 54. p. 97 (über die Wahl in Orleans 1096): „conari coeperunt, ut Joannem quendam archidiaconum cum consensu regis haberent in episcopum . . . reliquus clerus, qui erat numero longe amplior . . . saniore consilio . . . elegit sibi cum consensu regis in episcopum Sanctionem quendam ecclesiae decanum . . . Cum ergo adiunctis precibus regis instanter postularet ecclesia electum suum sibi consecrari, praetendens irreparabiles ecclesiae minas futuras, si id non fieret“; ep. 104. p. 198 (über die Wahl in Beauvais 1100): „Belvacenses clerici, praecedente consilio vestro (Paschalis' II.), consilio optimatum dioecesis suae et laude populi . . . Galonem . . . in episcopum sibi elegerunt. Pauci tamen ex clericis . . . huic electioni non adsenserunt . . . regem adierunt, quaedam verbo auribus eius instillaverunt . . . addentes quod a sanctitate vestra fuerit electus et quod magnus ei futurus esset adversarius, si in regno aliquando fieret episcopus. Rex itaque . . . ab omni bona voluntate turbatus non vult electioni assensum praebere nec electo bona episcopalia dimittere“; ep. 144. p. 251 (über die Besetzung von Paris 1104 an Paschalis II.): „ut . . . Galonem . . . de Belvacensi episcopatu per manum Senonensis archiepiscopi transferre iubeatis in Parisiensem episcopatum, quem ei gratanter et devote concedunt pro vestro amore rex et regis filius. Qualiter autem in eum cleri et plebis vota conveniant, dicet vobis praesentium portitor“; conc. Trec. a. 1104, Mansi 20, 1179: „Eo . . . se Ambianorum legati conferunt . . . unanimiter a clero et populo electum asserunt Godefridum rege quoque assentiente“; Sugerii vita Ludov. grossi c. 13, Du Chesne hist. Franc. ss. 4, 293: „Rudolfi, qui domini regis eo quod absque eius assensu electus et inthronizatus fuerat sede Remensi (1106), gravissimas et periculosas incurrerat inimicitias“.

[1] Vgl. Ivon. Carnot. ep. 8. cit. S. auch o. S. 553. n. 1.

[2] Der wider Willen des Königs 1106 gewählte Erzbischof v. Rheims (S. 580. n. 4. a. E.) erhielt die Temporalien nicht eher, als bis er das hominium geleistet hatte, Ivon. Carnot. ep. 190. p. 334 (o. S. 553. n. 1). Dass das hominium für die Regel erforderlich war, zeigt auch das Privileg Ludwigs VI. v. 1137 für die Bisthümer der Provinz Bordeaux (Urkden i. d. Ordonances des rois de France I. 7: „in episcoporum et abbatum suorum electionibus canonicam omnino concedimus libertatem absque hominii, iuramenti seu fidei per manum datae obligatione“). Hieraus ergiebt sich, dass die Annahme Bernheims, Lothar und das Wormser Konkordat S. 70, dass Urban II. auf dem Koncil zu Klermont 1095 die Abschaffung des hominiums durchgesetzt hat, irrig ist. Alle Bischöfe, welche die Investitur der Regalien empfingen, hatten vielmehr auch noch später den Lehnseid zu leisten, G. J. Phillips, das Regalienrecht in Frankreich. Halle 1873. S. 25. n. 27. Gegenüber den Zeugnissen Ivos und der späteren nachweisbaren Uebung lässt sich nicht annehmen, dass die Erklärung des Bischofs von Chalons (s. o. S. 557. n. 4), dass er weder vor der Konsekration noch nach derselben eine Belehnung mit den Temporalien erhalten hat, den allgemeinen Rechtszustand wiedergiebt. Dass ein Theil der streng gesinnten Geistlichkeit das Konsensrecht des Königs in Frage zu stellen versucht hat, ergeben die S. 580. n. 4 und am Anfang dieser Note angeführten Stellen, es kann daher nicht Wunder nehmen, dass auch die Weigerung des hominiums erfolgt und manchmal nachgesehen worden ist, zumal in einer Zeit, wo sich gegenüber den Investitur-Verboten in Frankreich erst eine neue feste Praxis ausbilden musste.

[3] Dies ergeben die in den vorigen Noten citirten Stellen aus Ivo, s. auch Bernardi Claravall. ep. 164, ed. Horst. 1, 299: „homo qui et consecrationem fugerat et electionem refutarat, festinavit ad regem, regalium investituram accepit“.

[4] ep. capituli Carnot. ad Suger. a. 1149, Du Chesne l. c. 4, 498: „Noverit dilectio vestra, quod accepto a vobis regia licentia loco domini regis . . . convenimus in capitulum . . . pari voto unanimique consensu elegimus . . . in episcopum . . . Galenum . . . id ipsum approbantibus viris religiosis abbatibus qui praesentes erant omnique applaudente populo . . . Rogamus . . . ut huic nostrae electioni . . . quam vobis et viva voce et scripto praesentare curavimus, assensum praebere et electo nostro regalia reddere vice domini regis dignemini“.

[5] ep. Sugerii ad capitul. Carnot. (s. vor. Note): „Nos autem quantum ex parte domini regis, cuius vices agimus, facere habemus huic electioni libenter assensum praebemus. De regalibus vero, sicut in curia dominorum Francorum mos antiquus fuisse dinoscitur, cum episcopus conse-

freiheit durch das königliche Bestätigungsrecht[1] fortgesetzt geführten Kampfes[2] wurde das letztere noch Ende des 12. Jahrhunderts seitens der weltlichen Gewalt fallen gelassen[3]. So ist der Einfluss der Könige zwar hinsichtlich der Bestimmung der Personen der Kandidaten immer mehr abgeschwächt worden, dagegen suchten sie denselben, soweit es sich dabei um die Vergebung der den Bisthümern zustehenden Regalien oder Temporalien handelte, zu erhöhen, indem sie die letzteren, auf Grund der ihnen zustehenden Verleihung, sowie mit Rücksicht auf das von den Bischöfen zu leistende homagium und auf die den Gütern der Bisthümer obliegenden staatlichen Lasten, nach lehnrechtlichen Grundsätzen behandelten und seit der Mitte des 12. Jahrhunderts das Recht geltend machten, in Erledigungsfällen die Temporalien der Bisthümer in Beschlag zu nehmen und während der Vakanz bis zur Investitur eines ordnungsmässig, namentlich unter Einholung der vorgängigen königlichen Wahl-Erlaubniss bestellten Nachfolgers die Früchte zu ziehen[4]. Seit dem 13. Jahrhundert ist dieses s. g. Regalienrecht auf die im Machtbereiche der Könige belegenen Bisthümer zu voller Anerkennung gelangt[5]. Die Besetzung der Bischofsstühle erfolgte nunmehr in der Weise, dass zunächst zu der Abhaltung der Wahl die Erlaubniss des Königs einzuholen war, widrigenfalls derselbe die Uebertragung der Temporalien verweigern konnte[6], und dass dann der Gewählte nach seiner Konfirmation

cratus et in palatium ex more canonico fuerit introductus, tunc ei reddentur omnia. Hic est enim redditionis ordo et consuetudo, ut, sicut diximus, in palatio statutus regi et regno fidelitatem faciat et sic demum regalia recipiat".

1 Die Bestätigung ist übrigens mitunter schon vorweg in der Weise ertheilt, dass bei der Gestattung der Wahl eine bestimmte Persönlichkeit vom König ausgeschlossen und im Uebrigen aber den Wählern volle Freiheit gestattet wurde, chron. Guilelmi de Nangiaco bei d'Achery spicileg. 3, 6: „Rex (Ludwig VII. 1141) concesserat ecclesiae Bituricensi libertatem eligendi episcopum quem vellent, excepto Petro".

2 ep. Bernard. Claravall. 282, l. c. 500: „... domine rex, non est quod debeatis reprobare factas electiones, quibus ut fierent, semel vos assensisse constiterit". In Bourges (s. vor. Note) setzte man sich über die Exklusion des Königs, welcher seinen Kanzler Cadurque erhoben zu sehen wünschte, hinweg, ein Theil der Domherrn wählte den ausgeschlossenen Peter (von la Châtre) und Innocenz II. weihte denselben. Der darüber zwischen Papst und König entstandene Streit, in dessen Verlauf Frankreich mit dem Interdikt belegt wurde, ist erst unter Cölestin II. beendet worden; vgl. Gallia christ. 2, 51; Sugenheim, Staatsleben S. 202.

3 S. die Verordnung (s. g. Testament) Philipps II. Augustus v. 1190 über die Reichsverwaltung während seines Kreuzzuges (Duchesne 5, 30; Bouquet 17, 30): „Si forte contigerit sedem episcopalem vel aliquam abbatiam regalem vacare, volumus, ut canonici vel monachi monasterii, veniant ad reginam et archiepiscopum (Wilhelm v. Rheims), sicut ante nos venirent et liberam electionem ab eis petant et nos volumus, quod sine contradictione eis concedant. Nos vero tam canonicos quam monachos monemus, ut talem pastorem eligant qui deo placeat et utilis sit regno. Regina autem et archiepiscopus tandiu regalia in manu sua teneant, donec electus sit consecratus et benedictus et tunc regalia sine contradictione ei reddantur".

4 Ich verweise in dieser Beziehung auf G. J. Phillips, das Regalienrecht in Frankreich. Halle 1873. S. 23 ff., welcher die Belegstellen vollständig mittheilt.

5 S. die nachfolgenden Anmerkungen. Auch die Päpste selbst haben dasselbe nicht in Frage gestellt, s. ep. Clement. IV. a. 1267 ad Ludov. IX., (Pithou) Preuves des libertés de l'égl. gall. c. 16. n. 19: „quia tu ea ratione, vid. quod vacantes confers in ecclesia ipsa (Remensi) praebendas a tempore eandem ecclesiam pastoris regimine contingit destitui, donec substitutus illi archiepiscopus regalia recipiat a te"; dipl. Gregor. IX. a. 1375, Gallia christ. inst. p. 39: „idemque Petrus electus qui ... Carolo regi Francorum ratione temporalitatis dictae Rotomagensis ecclesiae homagium et fidelitatis debitae iuramentum ... praestare tenetur, pro ipsis praestandis eiusdem regis praesentiam adire nequeat de praesenti ... idem rex intendens ... regaliam hac vice eidem archiepiscopo remittere et ipsum ad praestandum homagium et fidelitatis iuramentum per procuratorem ... admittere ... nos haec grata habentes volumus, quod per huiusmodi remissionem regaliae ... nullum in posterum praeiudicium generetur". Vgl. übrigens hierzu G. J. Phillips a. a. O. S. 80 ff.

6 dipl. Aymerici ep. Lemovic. a. 1245 in add. Baluzii ad Petri de Marca concord. sacerd. et imp. VIII. 25: „Notum facimus quod post electionem de nobis ... unanimiter factam, a domino Bituricensi confirmatione obtenta, ad ... regem ... accessimus regalia petituri et parati eidem facere, quod predecessores nostri ... electi ... facere consueverant, ... in quo se ... rex ... opponebat, quia capitulum eligendi licentia ab ipso

durch den Metropoliten bei dem Könige die Belehnung mit den Temporalien nachzusuchen [1], sowie ihm persönlich binnen bestimmter Zeit das homagium und den Fidelitätseid zu leisten [2] hatte, um die Befugniss zur Verwaltung der zeitlichen Güter und Gerechtsame des Bisthums zu erlangen [3].

In derselben Weise gestalteten sich die Rechte der Grossvasallen über die ihnen unterstehenden Bisthümer, so in der Normandie, in der Bretagne, in Aquitanien und in der Grafschaft Toulouse [4], jedoch sind sie demnächst in den beiden letztgedachten Ländern durch Verzicht und Privileg im Interesse der Freiheit der Kirche aufgegeben worden [5].

II. In England war das althergebrachte Recht der Bischofswahlen mit Rücksicht auf die in Folge der Mission Augustins (s. o. S. 350) stattgehabte Organisation des katholischen Kirchenwesens nicht zur Geltung gekommen, vielmehr hatten die beiden Erzbischöfe von Canterbury und York mit ihren Suffraganen einen massgebenden Einfluss bei der Besetzung der Bischofsstühle erlangt [6]. Neben ihnen übten aus-

non petierit, in illa forma in qua aliae regni ecclesiae cathedrales quae propter electionem suam . . . regis praesentiam adeunt, consuetae sunt eligendi gratiam obtinere"; Urk. Wilhelms v. Chalons v. 1294, Gallia chr. 4 inst. p. 252: „nos obligamus . . . in manu . . . Philippi regis Fr. omnia bona temporalia episcopatus Cabilonens. pro emenda eidem regi ad voluntatem suam facienda pro eo quod capitulum nostrum . . . processit ad electionem nostram celebrandam . . . regis licentia minime requisita, nisi . . . capitulum pro se super hoc legitime . . . excusare se possit". Urkden betr. die Einholung der Erlaubniss für Chalons v. 1315 u. 1415, l. c. 8 inst. p. 375. 384; für Rouen v. 1306, l. c. 11 inst. p. 187; für Auxerre 1362, l. c. 12 inst. p. 187; Privilegien auf Befreiung von der gedachten Verpflichtung für Arras v. 1203, l. c. 3 instr. p. 100; für Macon v. 1206 Martène et Durand vet. mon. coll. ampl. 1, 1087; für Toulouse v. 1286 gegen Zahlung einer Abfindung an den König bei Martène et Durand thes. anecdot. 1, 1208. Hieraus ergiebt sich, dass die Garantirung der Freiheit der Bischofswahlen in der pragmatischen Sanction Ludwigs IX. c. 4, Mansi 23, 1259bis c. 2: „Item ecclesiae, cathedrales et aliae regni nostrae liberas electiones et earum effectum integraliter habeant", nur unter Vorbehalt des erwähnten königlichen Rechtes zu verstehen ist.

1 c. 32 (Innoc. III.) X. de elect. I. 6 (pars decisa).

2 Dipl. Mauritii ep. Cenoman. a. 1223, Martène et Durand coll. 1, 1172: „Item requirit rex, quod electus Cenomanensis erit confirmatus a metropolitano vel ab eo qui potestatem habet confirmandi, ipse tradet ei regalia sua per nuntios deferentes litteras patentes de confirmatione eius. Ipse tamen electus tenebitur bona fide adire dominum regem infra 40 dies, si fuerit in regno, post susceptionem regalium et eidem sacramentum fidelitatis praestare. Et si infra 40 dies . . . non venerit, dominus rex poterit saisire regalia sua et ea tandiu tenere, quousque . . . regi fidelitatem suam fecerit", eine fast gleichlautende Urk. d. Bischofs Wilhelm v. Angers v. 1223 bei (Pithou) Preuves c. 16. n. 16; s. auch S. 582. n. 5 u. weitere Nachweisungen bei Sugenheim S. 209 u. Friedberg, diss. de fin. i. eccl. et civ. reg. ind. Lips. 1861. p. 173. 175. Die Aenderung, dass der Lehnseid jetzt vor der Konsekration geleistet wird, erklärt sich daraus, dass mit dem Fortfall der Bestätigung die Erlaubniss zur Wahl nicht mehr von vornherein auf eine bestimmte Person ertheilt werden konnte, s. o. S. 581.

3 Urk. Erzb. Peters v. Lyon v. 1272, Gallia chr. 4 inst. p. 32: „cum nos . . . Philippo Francorum regi . . . offerremus fidelitatem debitam, edictum fuit nobis ex parte . . . regis, quod nobis non licuit gerere administrationem bonorum temporalium ecclesiae Lugdun. . . . ante exhibitionem fidelitatis praedictae"; sogar auch auf die geistlichen Befugnisse ist dieser Grundsatz ausgedehnt worden, conc. prov. ap. S. Quint. a. 1235 bei Marlot, hist. metrop. Rem. 2, 520: „(rex) inhibuit episcopo Suessionensi, ne eam (abbatissam) benediceret, nisi prius receptis ab ipso regalibus".

4 G. J. Phillips a. a. O. S. 44—54.

5 A. a. O. S. 52 u. 54, s. auch d. dipl. v. 1137 o. S. 581. n. 2.

6 Bedae ven. hist. eccles. II. 4. 8. III. 22. IV. 6. Auf der Synode von Becancelde 694 erklärte König Witfred von Kent, Mansi 12, 87: „Ubi vero contigerit episcopum . . . vita cedere, nuncietur archiepiscopo atque eius consilio et prae ceteris eligatur, qui dignus fuerit . . . neque ullo modo electus sit aliquis aut ad munus tam sacrum consecratus absque archiepiscopi consilium. Regum est constituere comites, duces . . . et archiepiscopi est episcopos . . . eligere et constituere". In Uebereinstimmung mit der hier dem Erzbischof zugewiesenen Stellung heben auch die Berichte über die Besetzung der Bisthümer fast ausschliesslich die Thätigkeit desselben hervor, s. Matthaei Par. chron. maior. a. 603. 663. 690. 737. ed. Luard. London 1872. 1, 260. 294. 311. 337; Guillelm. Malmesbur. gest. pont. Angl. lib. II. u. IV., Migne patrol. 179, 1517. 1603 (a. 670 u. 673). Von einer Wahl durch Klerus und Volk konnte in den ersten Zeiten nach begonnener Missionsthätigkeit Augustins nicht die



serdem allein die Könige eine entscheidende Mitwirkung aus[1]. Hieraus erklärt es sich, dass schon im 9. und 10. Jahrhundert die Vergebungen der Bischofssitze in der Regel durch den König unter Beirath der geistlichen und weltlichen Grossen, des Witenagemot oder der curia regis, vorgenommen und von ersterem die Bischofsstühle mittelst Stab und Ring verliehen worden sind[2].

Nach der Eroberung Englands behielt Wilhelm I. (1066—1087), obwohl er bei derselben vom Papst unterstützt worden war und sich im Allgemeinen den damaligen kirchlichen Reformbestrebungen geneigt zeigte, diese Praxis bei, um so mehr, als die englischen Bisthümer von ihm bedeutenden Lehnsbesitz zur Ausstattung empfangen und von diesen, wie von den früheren Besitzungen die staatlichen und Lehnslasten zu tragen hatten[3]. Doch enthielt er sich des bisher üblich gewesenen Pfründenwuchers und besetzte die Bischofsstühle mit tüchtigen Männern[4]. Die Belehnung der neuen Bischöfe, bei welcher sie den Lehns- und Treueid zu leisten hatten, ging ebenso wie in Deutschland der Konsekration voran[5].

Rede sein. Erst später kommt eine Betheiligung beider oder der Mönche bei den Kathedralen, aber in untergeordneter Weise, vor, s. Note 2.

[1] Vgl. die vor. Note, Beda l. c. III. 28. 29. IV. 3. 27. Matthaei Par. l. c. a. 666. l. c. 1, 294 (Kauf des Bisthums Winchester vom König).

[2] Ingulph. hist. abb. Croyland (†1109) in rer. Angl. ss. ed. Fulmann iussu J. Fell. Oxon. 1684. 1, 63: „nunciatur in aula eius (Eduards d. Bekenners 1048) obitus Brithmeri abbatis monasterii Croilandensis . . . A multis itaque annis retroactis nulla electio praelatorum erat mere libera et canonica, sed omnes dignitates tam episcoporum quam abbatum per annulum et baculum regis curia pro sua complacentia conferebat". Beispiele solcher Ernennungen bei Guill. Malmesb. l. c. lib. II. l. c. p. 1451 (Canterbury 942), ibid. p. 1453 (Canterbury 959), ibid. p. 1528 (Winchester 963), p. 1457. 1458 (Canterbury 1006. 1050. 1051. 1052); Matth. Paris. a. 958, l. c. 1, 461 (London); Guill. Malmesb. l. c. II. p. 1516. 1538 (London 1044 u. 1051, Canterbury 1051, Sherborn von 1065); s. ferner Florent. Wigorn. a. 1044. 1045. 1047. 1054. 1060 (ed. Thorpe. London 1848. 1, 199. 209. 218). Daneben kommt allerdings auch eine Wahl durch die Kleriker in der Bischofsstadt vor, nach welcher der Kandidat dem König präsentirt wird, Guill. Malmesb. l. c. III. p. 1584 (Lindesfarne 1020) oder die Wahl wird in Gegenwart desselben auf einem Koncil vorgenommen, Matth. Par. a. 905 l. c. p. 438. Vgl. auch Philipps, Versuch e. Gesch. d. angelsächs. Rechts. S. 232.

[3] Phillips, Gesch. d. angels. Rechts S. 85. 138; desselb. engl. Reichs- und Rechtsgesch. 2, 14; Gneist, Gesch. d. Selfgovernment in Engld. Berlin 1863. S. 52. 53. 65. 66. 115. 116.

[4] Eadmer hist. nov. lib. I, Migne patrolog. 159, 352: „Usus atque leges quas patres sui et ipse in Normannia habere solebant, in Anglia servare volens de huiusmodi personis episcopos, abbates . . . per totam terram instituit de quibus indignum iudicaretur, si per omnia suis legibus, postposita omni alia consideratione, non obedirent"; Orderic. Vital. hist. eccl. IV. 9, Migne patrol. 188, 322: „dum pastor quilibet . . . de mundo migraret . . . princeps prudenter legatos ad orbatam domum mittebat omnesque res ecclesiae, ne a profanis tutoribus dissiparentur, describi faciebat. Deinde praesules et abbates aliosque sapientes consiliarios convocabat et eorum consilio quis melior et utilior tam in divinis rebus quam in saecularibus ad regendam dei domum videretur, summopere indagabat . . . illum, quem pro vitae merito et sapientiae doctrina provisio sapientum eligebat, . . . rex . . . rectorem episcopatus vel abbatiae constituebat. Hunc . . . observationem 56 annis custodivit, quibus regimen in ducatu Normanniae seu regno Angliae tenuit"; ibid. VII. 12 l. c. 548; Gervasii Cantuar. de disc. i. mon. Cant. etc. in (Twysden et Selden) hist. Angl. ss. X. Lond. 1652. p. 1327: „Petivit (Lanfrancus) regem, ut sibi donationem abbatiae concederet, sicut omnes praedecessores suos constat habuisse. Respondit rex . . . se velle omnes baculos pastorales Angliae in manu sua tenere". Einzelne Besetzungsfälle Matth. Par. chron. mai. a. 1085. l. c. 2, 20 (1067 Dorchester), Guill. Malmesb. g. pont. Angl. l. I. p. 1459. II. p. 1531. 1550. III. p. 1574. 1585. II. p. 1516 (1070 Canterbury, Winchester, Selsey, York, 1071 Durham, 1075 Canterbury), Matth. Par. hist. minor ed. Madden. Lond. 1866. 1, 32 (London, Norwich, Chester); wegen der Normandie vgl. Order. Vit. IV. 2. p. 308; IV. 13. p. 338; IV. 17. p. 347. Die englischen und normannischen Schriftsteller bezeichnen übrigens vielfach die erwähnte Art der Vergebung als eligere, electio, s. z. B. Guill. Malmesb. I. p. 1459.

[5] Vgl. über die freilich erst unter Wilhelm II. erfolgte Verleihung des Erzbisthums Canterbury an Anselm 1093. Eadmer. hist. nov. l. c. p. 572: „Ille igitur more et exemplo praedecessoris sui inductus pro usu terrae homo regis factus est et . . . de toto archiepiscopatu saisiri iussus est. Venit post haec Cantuariam . . . atque immensa monachorum clericorum totiusque plebis alacritate susceptus ad regendam ecclesiam dei locum pontificis magno deductus honore conscendit". Wie in Deutschland in der Ottonischen Zeit (s. o. S. 537) folgt der Belehnung der königliche Auf-

Nichtsdestoweniger hat Gregor VII. offenbar, um die ganze Wucht seines Angriffes ungetheilt gegen Deutschland richten zu können und Wilhelm I. nicht auf die Seite seiner Gegner zu drängen, von der Geltendmachung des Investiturverbotes gegen ihn abgesehen[1]. Ja selbst in dem Streite zwischen Anselm von Canterbury und Wilhelm II. (1087—1100) ist die königliche Vergebung der Bisthümer nicht in Frage gestellt worden[2], obwohl der letztere mit denselben in eigennütziger und simonistischer Weise schaltete und im Gegensatz zu seinem Vorgänger während der Vakanz die Güter einziehen und zum Besten der königlichen Kasse verwalten liess[3]. Erst dadurch, dass Anselm dem Könige Heinrich I. (1100—1135) nach seiner Thronbesteigung die Ableistung des Lehnseides verweigerte[4], gewann die Investiturfrage für England praktische Bedeutung. Bei der durch die Fortdauer des Kampfes in Deutschland bedingten Versöhnlichkeit des Papstes, welcher allerdings die Forderung des Königs, ihm die Investitur durch besonderes Privileg zu gewähren, ablehnte[5], kam es indessen schon 1105 zu einem Vergleiche[6], welcher durch die im J. 1107 zu London abgehaltene Reichsversammlung genehmigt wurde. Der König verzichtete seinerseits auf die Investitur mit Stab und Ring, dagegen behielt er das Recht, den Lehnseid von den Prälaten zu verlangen[7]. Somit war der Lehnsverband der Bischöfe

trag zur Besitzeinweisung in das Bisthum, und dann als diese die Inthronisation, wie Order. Vital. hist. eccl. VIII. 8, Migne patrol. 188, 582 diesen Akt nennt (bei Guillelm. Malmesbur. gest. pont. Angl. lib. I, Migne 179, 1485 heisst es: „regalia pro more illius temporis faciens principi VII Kal. Oct. Cantuariae assedit, sed pridie non. Dec. ab omnibus episcopis Angliae solemnia episcopalia suscepit").

[1] Vgl. darüber und über die im Laufe der Zeit schroffer hervortretenden Versuche Gregors VII., ohne principielle Bestreitung des Investiturrechtes das in seinem Sinne kanonische Wahlverfahren für die französischen Theile von Wilhelms Reich zur Geltung zu bringen Reg. Gregor. VII. V. 19. 22. VII. 23. ep. coll. 16, Jaffé mon. Greg. p. 315. 318. 414. 541 u. Meltzer, Papst Gregor VII. u. d. Bischofswahlen. 2. Aufl. S. 132.

[2] Phillips, engl. Reichsgesch. 1, 115; Hefele, Konziliengesch. 5, 187 ff.

[3] Guill. Malmesb. gest. reg. Angl. IV. §. 314, Migne patrol. 179, 1278: „namque audita morte cuiuslibet episcopi vel abbatis confestim clericus regis eo mittebatur qui omnia inventa scripto exciperet omnesque in posterum redditus fisco regio inferret. Interea quaerebatur quis idoneus in loco defuncti substitueretur, non pro morum sed pro nummorum experimento dabaturque tandem honor, ut ita dicam, nudus, magno tamen emptus. Haec ideo indigniora videbantur, quod tempore patris post decessum episcopi vel abbatis omnes redditus integre custodiebantur substituendo pastori resignandi, eligebantur personae religionis merito laudabiles"; Order. Vital. hist. eccl. VIII. 8 l. c. p. 581: „Antequam Normanni Angliam obtinuissent ... archiepiscopus episcopii res, antistite defuncto, servabat et pauperibus vel structuris basilicarum vel aliis bonis operibus cum consilio domesticorum eiusdem ecclesiae distrahebat. Hunc profecto morem Guillelmus Rufus ab initio regni sui . . . abolevit et metropolitanam Cantuariae sedem sine pontifice III bus annis esse fecit eiusque redditus suis thesauris intulit", vgl. hierzu Eadmer. hist. nov. lib. I, Migne 159, 361. 362. 365. 367, lib. V. l. c. p. 487 u. Guill. Malmesb. gest. pont. Angl. lib. I, Migne 179, 1479. 1481, sowie S. 584. n. 4.

Ueber Verleihungen einzelner Bisthümer s. Guill. Malm. l. c. lib. II. p. 1519 (1091 Tetford), Eadmer. hist. nov. lib. II. p. 159 u. Guill. Malm. lib. IV. p. 1594 (1096 Winchester und Herford), S. 584. n. 5.

[4] Eadmer. hist. nov. lib. III. p. 454: „postulatus est (Anselmus 1100) pro consuetudine antecessorum suorum regi hominium facere et archiepiscopatum de manu eius recipere. Quibus cum ille nequaquam se aut velle aut posse assensum praebere responderet...“; die beiden Briefe Anselms von Paschalis II. b. Mansi 20, 966. 967; Hefele a. a. O. S. 236.

[5] ep. Pasch. II. ad reg. Henr. v. 1101 u. 1103, Mansi 20, 1058. 1000, ad Anselm. v. 1102 l. c. p. 1019 u. 982; Hefele a. a. O. S. 236. 240. 247.

Nicht gegen den König selbst, sondern nur gegen die „consiliarios qui ad investiturae flagitium illum impellunt et eos qui ab eo investiti sunt" wurde der Bann verhängt, ep. ad Anselm. v. 1005 l. c. p. 1062; Hefele S. 248.

[6] Hefele S. 248; ep. Pasch. II. ad Anselm. v. 1106, Mansi 20, 1003: „eos qui aut investituras accepere vel investitos benedixere aut hominia fecere . . . vice nostrae auctoritatis absolvito ... Si qui vero deinceps praeter investituras ecclesiarum praelationes assumpserint, etiamsi regi hominia fecerint, nequaquam ob hoc a benedictionis munere arceantur, donec per omnipotentis dei gratiam ad hoc omittendum cor regium tuae praedicationis imbribus molliatur".

[7] Concil. Lond. a. 1107, Eadmer. hist. nov. lib. IV. l. c. p. 159, 465, Mansi 20, 1229: „Dehinc praesente Anselmo, adstante multitudine, annuit rex et statuit, ut ab eo tempore in reli-

nicht in Frage gestellt. Der König hatte nur auf eine Formalität, welche an sich keine Bedeutung beanspruchte, verzichtet, und war als Sieger aus dem Kampfe hervorgegangen. Im Uebrigen übte er während seiner ganzen Regierung bei der Vakanz[1] und bei der Besetzung der Bisthümer[2] dieselben Rechte wie sein Vorgänger aus. Erst sein Nachfolger Stephan, 1135—1154, welcher der Geistlichkeit als Stütze seiner Herrschaft bedurfte, begab sich des Rechtes, die Bisthumsgüter während der Vakanz zu eigener Nutzung einzuziehen[3], und wenn er dabei zugleich die Besetzung durch kanonische Wahl in Aussicht stellte, so ist trotzdem statt dieser als wesentlich entscheidender Faktor die Bestimmung der Kandidaten durch die Bischöfe an Stelle des bisher massgebenden Einflusses des Königs getreten[4]. Heinrich II. (1154—1189) machte dagegen die von seinem Vorgänger aufgegebenen Befugnisse wieder geltend, indem er allerdings den angeseheneren Geistlichen der vakanten bischöflichen Kirche, wohl um das bischöfliche Uebergewicht zu schwächen, einen Antheil bei der am königlichen Hofe vorzunehmenden Auswahl der Bischöfe einräumte, und liess diese Rechte als althergebrachte Gewohnheiten des Königreichs in den Konstitutionen von Clarendon 1164 fixiren[5]. Auch nach Beilegung des Streites

quum numquam per dationem baculi pastoralis vel annuli quisquam de episcopatu vel abbatia per regem vel quamlibet laicam manum investiretur in Anglia, concedente quoque Anselmo, ut nullus in praelationem electus pro hominio quod regi faceret, consecratione suscepti honoris privaretur"; Guill. Malmesbur. g. reg. Angl. lib. V. §. 417. p. 1371: „rex . . . investituram annuli et baculi indulsit in perpetuum retento tantum electionis (d. h. Ernennung, s. S. 584. n. 4) et regalium privilegio".

Wenn nach dem dem 3. Jahrzehnt des 12. Jahrh. angehörenden tractat. de leg. et consuet. regni Angliae von Glanvilla IX. 1. §. 10 „episcopi vero consecrati homagium facere non solent domino regi etiam de baroniis suis, sed fidelitatem cum iuramentis interpositis ipsi prestare solent. Electi vero in episcopos ante consecrationem suam homagia sua facere solent", so führt die erstere Vorschrift wohl ebenfalls auf diese Zeit zurück, da dadurch das Bedenken der strengkirchlichen Partei, dass die geweihten Hände bei der Leistung des Lehnseides von den ungeweihten und blutigen der Fürsten berührt wurden, entfiel. Die Konsekration sollte auch nach dem Vergleiche, wie in früherer Zeit, der Belehnung nachfolgen.

[1] Eadmer l. c. lib. V. p. 488: „ubi . . . Anselmus . . . in beatitudinem vitae permanentis translatus est (1109), omnia ad episcopatum quidem Cantuariensem pertinentia morem fratris sui Willhelmi regis secutus in suum dominium rex Henricus redigi praecepit".

[2] Eadmer l. c. IV. p. 474. V. p. 496 (York 1109 u. 1114), V. p. 494 (St. Davids 1115), p. 491 (Rochester 1115), VI. p. 519 (Coventry 1121), Guillelm. Malmesbur. g. pont. Angl. lib. IV; l. c. p. 1595 (Worcester 1115 u. 1125), Matth. Par. hist. min. l. c. 1, 245 (Carlisle 1132); über die Normandie s. Guillelm. Malmesbur. hist. nov. I. 28, Migne 179, 1401. Wegen der Besetzung von Canterbury 1114, bei welcher der König den erst von ihm in Aussicht genommenen Kandidaten fallen liess und den von den Bischöfen vorgeschlagenen acceptirte, nachdem er die Uebereinstimmung der Mönche, des Klerus und des Volks festgestellt hatte, vgl. Eadmer l. c. V. p. 489. 490, Mansi 21, 91, Guillelm. Malmesb. g. pont. Angl. l. I. p. 1505. 1506. Die Besetzung von Rochester 1108, welche nach Eadmer. l. c. IV. p. 473 von Anselm in capitulo praesentibus ecclesiae fratribus et multis aliis tam monachis quam clericis necnon et laicis vorgenommen ist, kann demnach kaum ohne vorgängigen Konsens des Königs erfolgt sein.

Aus diesen Verhältnissen erklärt es sich auch, dass Hugo von Fleury ein königliches Ernennungsrecht, das mit Beirath des Erzbischofs geübt wird, nicht verwirft, s. o. S. 552. n. 5.

[3] Carta de libert. eccl. Angl. v. 1136 i. statutes of the realm. 1, 3, Guill. Malmesb. hist. nov. I. §. 15 l. c. p. 1405: „dum vero sedes propriis pastoribus vacuae fuerint, ipsas et earum possessiones omnes in manu et custodia clericorum vel probrorum hominum eiusdem ecclesiae committam, donec pastor canonice substituatur".

[4] Matth. Paris. chron. maior. a. 1138, 2, 169: „Ubi (auf dem Londoner Koncil) . . . Theobaldus abbas Beccensis in archiepiscopum Cantuar. ab episcopis electus est, priore ecclesiae Cantuar. Ieremia praesente, qui ab ipso consecratus legato Romam profectus est, ubi a papa Innocentio pallium suscepit"; Koncil zu Northampton 1138 Mansi 21, 498; hist. pontif. c. 19, SS. 20, 532. Bei der Besetzung von London 1151 liess sich Stephan die Erlaubniss zur Wahl abkaufen, l. c. c. 40, SS. 20, 545.

[5] Matth. Paris hist. min. a. 1164, 1, 325, auch bei Mansi 21, 1196: „Cum vacaverit archiepiscopatus vel episcopatus vel abbatia vel prioratus in dominio regis, debet esse in manu ipsius et inde percipiet omnes redditus et exitus sicut dominicos redditus suos. Et cum ventum fuerit ad consulendum ecclesiae, debet rex mandare potiores personas ecclesiae et in capella ipsius regis debet fieri electio, assensu ipsius regis et consilio

mit Thomas Becket und der Kurie trat hierin, obwohl der König versprochen hatte, die während seiner Regierungszeit zum Nachtheil der Kirchen eingeführten Gewohnheiten aufzuheben [1], bei der Zweideutigkeit des Ausdrucks, welcher freilich im Sinne der Kurie auf die Beschlüsse von Clarendon bezogen werden sollte, keine Aenderung ein [2]. Dabei blieb es auch während der Regierung Richards I. (1189—1199) [3] und nicht minder zunächst unter der Herrschaft seines Nachfolgers Johann, welcher in der rücksichtslosesten Weise seinen Willen bei der Besetzung des Bisthümer zur Geltung brachte [4]. Als aber die zwiespältige Besetzung des Erzbisthums Canterbury nach 1205 [5] zu einer Appellation der Parteien nach Rom geführt hatte, benutzte

personarum regni quas ad hoc faciendum vocaverit; et ibidem faciet electus homagium et fidelitatem regi, sicut ligio domino suo, de vita sua et membris et de honore terreno, salvo ordine suo, priusquam consecretur".

Damit stimmen die Berichte über die Besetzung von Canterbury 1161 u. 1173 bei Matth. Par. chron. min. 1, 316 u. 375 überein: „Congregato clero et populo totius provinciae Cantuariensis apud Westmonasterium Thomas regis cancellarius ipso rege effectuose pro ipso petente, sollempniter nemine reclamante, electus est in archiepiscopum"; „suffraganei Cant. ecclesiae et eiusdem loci sanior pars conventus elegerunt in archiepiscopum Ricardum . . . Electus igitur ille fidelitatem iuravit, salvo ordine suo, nulla prorsus habita mentione de regni consuetudinibus conservandis. Acta autem sunt haec apud Westmonasterium in capella s. Katerinae, justiciario (Stellvertreter des Königs) assensum praebente"; vgl. auch Koncil zu Windsor 1184, auf welchem ein Streit zwischen den Mönchen und den Bischöfen wegen des Antheils der ersteren an der Wahl des Erzbischofs von Canterbury beigelegt wurde, Mansi 21, 494, Hefele 5, 645.

Thatsächlich war freilich der Wille des Königs das Entscheidende Petri Blesensis ep. 66. ed. Giles. Oxon. 1847. 1, 195: „Quum autem iuxta regni (Angliae) consuetudinem in electionibus faciendis potissimas et potentissimas (rex) habeat partes".

[1] Koncil zu Avranches 1172, Mansi 21, 135. Wenn Matth. Par. hist. min. a. 1173, l. c. 1, 174 erzählt: „Per idem tempus ad instantiam cardinalium Alberti et Theodiri rex Henricus liberas fieri electiones vacantium ecclesiarum concessit", und ebenso Roger de Wendower chron. a. 1173 ed. Coxe. London 1841. 2, 370, so kann, falls diese Nachricht begründet ist, darin nur ein Verzicht auf eine einseitige Ernennung, nicht auf jede Betheiligung des Königs bei der Wahl verstanden werden. Eine Wahlfreiheit der letzteren Art hat Heinrich II. jedenfalls thatsächlich nicht gestattet, s. die vor. und die nachfolgende Note.

[2] Auf dem Koncil zu Woodstock 1175 sind die Stühle von Norwich und Lincoln unter wesentlicher Mitwirkung des Königs besetzt worden, Mansi 21, 145; des Konsenses seines Vertreters, des Grossjustitiars, erwähnt Roger de Wendower a. 1173 l. c. 2, 370. Auch in der Normandie hat Heinrich II. die Bisthümer selbst vergeben oder doch nur ihm genehme Wahlen anerkannt, dipl. a. 1183, Bessin conc. prov. Rotomag. Rotomag. 1717. 2, 33: „capitulum elegit Robertum de Novoburgo. Rex . . . noluit sustinere hoc et elegit Galterum de Constantiis . . . Capitulum vero pro posse suo contradixit. Tandem canonici videntes regem turbatum, interrogaverunt eum, utrum hoc vellet fieri de iure regio vel precibus. Rex vero dixit: *volo et precor*, ut ita fiat. Capitulum vero acquiescens voluntati regis, receperunt Galterum . . . et eum constituerunt archiepiscopum"; Bened. Petroburg. a. 1181 b. Bouquet recueil 17, 448. Die Berichte, welche schlechthin v. electiones von Bischöfen berichten, s. z. B. Matth. Par. hist. min. a. 1173. 1183, l. c. 1, 374. 426 widersprechen dem nicht, denn das eligere wird bei den englischen Chronisten auch geradezu von der königlichen Ernennung gebraucht, s. S. 584. n. 4, und wo diese Annahme ausgeschlossen ist, vgl. z. B. Roger de Wendower a. 1192. 1194 l. c. 3, 54. 83, ist nach allem Mitgetheilten mindestens die Einholung der königlichen Zustimmung wahrscheinlich.

[3] Matth. Par. a. 1189, l. c. 2, 10: „Rex . . . apud Pipwelle archiepiscoporum et episcoporum et aliorum magnatum suorum fretus consilio benigne concessit Gaufrido fratri suo archiepiscopatum Eboracensem, Godefrido de Lusy episcopatum Wintoniensem, Ricardo . . . Londoniensem, Huberto . . . Sarisberiensem, Willelmo de Longocampo Elyensem. Qui rite electi in episcopos consecrantur", und Mansi 21, 588. Demnach ist wohl noch eine freilich nur formelle Nachwahl unter Zuziehung des betheiligten Klerus der einzelnen Diöcesen erfolgt.

[4] Innoc. III. ep. ad Joann. reg. 1203, ed. Migne 1, 1176, Bouquet 19, 424: „In celebrandis . . . electionibus indebitam tibi vindicans potestatem et proventus ecclesiarum tuis usibus applicas, electiones niteris impedire illosque tandem ad quos spectat electio illicita vexatione compellis, ut eligant iuxta tui arbitrii voluntatem, sicut de Lincolniensi ecclesia fecisse dignosceris, in qua electionem fieri non permittis, ut redditus eius qui magni sunt, in tuis valeas manibus diutius detinere; ac de canonicis Sagiensis ecclesiae, quorum bona per servientes tuos occupari fecisti... quoniam in electione celebranda iuxta mandatum tuum minime processerunt" . . . Vgl. ferner Matth. Par. chron. mai. a. 1204, l. c. 2, 489 u. hist. min. a. 1204 l. c. 1, 102.

[5] Die Mönche hatten, um die Suffraganbischöfe von der Wahl auszuschliessen, trotz des vorgängigen Protestes derselben eiligst ohne deren Vorwissen und Genehmigung den Subprior Reginald gewählt und diesen zur Einholung der päpstlichen Bestätigung nach Rom geschickt. Als die Bi-

Innocenz III. diese Gelegenheit, um dem König gegenüber die Machtfülle des päpstlichen Stuhles geltend zu machen. Unter Verwerfung der beiden streitenden Kandidaten [1] und unter Nichtachtung der königlichen Rechte [2] ernannte er den dem König feindlich gesinnten Kardinal Stephan Langton zum Erzbischof, indem er ihn von den in Rom anwesenden Mönchen von Canterbury wählen liess [3], und ertheilte ihm auch, trotz der mangelnden Zustimmung Johanns, die bischöfliche Konsekration [4]. In dem in Folge dessen entbrennenden Kampfe trieb Johann durch unkluge Gewaltmassregeln die englischen Prälaten auf die Seite des Papstes [5] und musste schliesslich, nachdem der Papst das Interdikt über England verkündet und dem König Philipp August von Frankreich Aussichten auf den englischen Thron eröffnet hatte, schimpflich nachgeben [6]. Er versprach 1213 vor Allem, das britische Reich vom päpstlichen Stuhle gegen einen jährlichen Tribut von 1000 Pfund Sterling zu Lehn zu tragen [7]. Hinsichtlich der Besetzung der damals vakanten Bischofsstühle erhielt der päpstliche Legat die Ermächtigung, dieselben nach seinem Ermessen unter Zustimmung des Königs durch Wahl der Kapitel besetzen zu lassen [8]. Beide, der Legat und der König, schalteten nunmehr nach Belieben mit den Bisthümern [9], und die von den englischen Bischöfen deswegen erhobenen Appellationen wurden in Rom nicht beachtet [10]. Im Jahre 1215 suchte Johann, bei der sich steigernden allgemeinen Unzufriedenheit des Adels und der Geistlichkeit über sein Verhalten gegenüber dem Papst, die letztere dadurch zu beschwichtigen, dass er die Freiheit der Prälatenwahlen nach vorher bei ihm eingeholter Erlaubniss und bei Verweigerung der letzteren auch ohne eine solche zugestand [11], und sich zu der erfolgten Wahl seine nur aus gerechtfertigten Gründen zu versagende Genehmigung vorbehielt [12], ein Zugeständniss, das in der

schöfe demnächst nach Rom appellirt hatten, kassirten die Mönche, um den König zu besänftigen, ihre frühere Wahl und wählten den ihnen vom König auf ihre Bitte als genehm bezeichneten Kandidaten, Johann Gray Bischof von Norwich, indem die Bischöfe sich für dieses Mal der Ausübung des Wahlrechtes begaben; Matth. Par. chron. mai. a. 1205 l. c. 2, 492 ff.; hist. min. l. c. 1, 104 ff.; ep. Innoc. III. ad prior. Cant. IX. 34 v. 1206, Migne 2, 834; Sugenheim S. 225 ff.; Hefele 5, 725.

[1] ep. ad prior. Cant. u. ad reg. Angl. a. 1206, IX. 205. 206, l. c. 2, 1043. 1044; Matth. Par. hist. min. a. 1207, l. c. 1, 110, indem er den Suffraganbischöfen das Recht zur Theilnahme an der Wahl absprach.

[2] ep. X. 206 cit.: „Licet autem in electionibus praesulum, quae apud sedem apostolicam celebrantur, non consueverit saecularis principis expectari consensus".

[3] S. Note 1.

[4] Innoc. ep. X. 113 l. c. p. 1209; Sugenheim S. 227.

[5] Matth. Par. hist. min. a. 1207. 1208, l. c. 1, 112. 114 ff.; Sugenheim S. 227 ff.

[6] Hurter, Gesch. Innocenz' III. 2, 483 ff.; Hefele 5, 728.

[7] Matth. Par. chron. mai. a. 1213, l. c. 2, 544 ff.

[8] Ep. Innoc. III. v. 1213. XVI. 138, ed. Migne 3, 928, Matth. Par. l. c. p. 570: „quatenus episcopatus et abbatias Angliae nunc vacantes facias cum tuo consilio de personis idoneis per electionem vel postulationem canonicam ordinari, quae non solum vita et scientia sint praeclarae, verum etiam regi fideles et regno utiles necnon ad consilium et auxilium efficaces et assensu regio requisito. Cum ergo vacantium ecclesiarum capitulis nostris demus litteris in praeceptis ut tuo consilio adquiescant . . .".

[9] Matth. Par. hist. min. a. 1213 l. c. 2, 146: „Legatus . . . accepto tali mandato, facto de rege tiranno, spreto archiepiscopi et episcoporum consilio cum clericis regis et ministris ad vacantes accedens ecclesias secus quam deceret eas de minus idoneis personis ad libitum ordinare praesumpsit, multa multis iniuriosa inferens gravamina".

[10] Matth. Par. l. c.; Hefele 5, 729.

[11] Hefele 5, 729; Hurter 2, 601.

[12] Charta Joann. a. 1215, Matth. Par. chron. mai. l. c. 2, 609, statutes of the realm 1, 5: „de caetero in universis et singulis ecclesiis et monasteriis, cathedralibus et conventualibus totius regni Angliae liberae sint in perpetuum electiones quorumcumque praelatorum, maiorum et minorum, salva nobis et haeredibus nostris custodia ecclesiarum et monasteriorum vacantium quae ad nos pertinent. Promittimus etiam quod nec impediemus . . . quin . . . quemcumque voluerint libere sibi praeficient electores pastorem, petita tamen a nobis prius et haeredibus nostris licentia eligendi, quam non denegabimus nec differemus. Et si forte assit, quod denegaremus vel differemus, nihilominus procedant electores ad electionem canonicam faciendam. Et similiter post cele-

Magna charta von demselben Jahre wiederholt wurde [1], aber an den sonstigen, namentlich lehnsrechtlichen Verhältnissen der Bischöfe nichts änderte [2]. Seitdem trat zwar die entscheidende Mitwirkung der letzteren bei der Besetzung der Bisthümer zurück, und diese erfolgte nunmehr nach vorgängig ertheilter Erlaubniss des Königs [3] durch die Wahl der Domkapitel oder der von alter Zeit her bei den Kathedralkirchen bestehenden Mönchskonvente [4], aber weder unter Johann selbst noch unter seinen Nachfolgern war von einer wirklichen Freiheit der Wahlen die Rede. Die Nothwendigkeit der Einholung des königlichen Konsenses zur Vornahme derselben und der Genehmigung des gewählten Kandidaten [5] wurde von den Königen benutzt, die ihnen genehmen Kandidaten den Wählern aufzudrängen [6], ja erstere fanden mit ihren etwaigen Appellationen nicht einmal in Rom Gehör, weil England hauptsächlich die pekuniären Mittel zur Bekämpfung der Hohenstaufen lieferte und auch später während des 14. Jahrhunderts bedeutende Summen für die Kurie aufbrachte, vielmehr leisteten die Päpste selbst wiederholt durch Kassationen von Wahlen und Anordnung neuer [7] oder durch Ernennung der von den Königen gewünschten Personen [8] der Beeinträchtigung der Wahlfreiheit Vorschub [9]. Gerade dieses Verfahren erleichterte es den Päpsten,

bratam electionem noster requiratur assensus quem non denegabimus, nisi aliquid rationale proposuerimus et legitime probaverimus, propter quod non debemus consentire". Die päpstliche Bestätigung bei Matth. Par. l. c. 607 in ep. Innoc. III. 207, bei Migne 4, 146.

1 Matth. Par. chron. mai. a. 1215, l. c. 2, 590. 591 u. Rymer foedera. London 1816. I. 1, 131 ff.

2 Honorii III. ep. ad episc. Pictav. v. 1222, Rymer I. 1, 169: „regem, cuius homo ligius esse debes"; ibid. II. 2, 750; Friedberg diss. de fin. reg. etc. p. 173. n. 5.
Hinsichtlich des Regalienrechts wurde in der Magna charta — ähnlich schon von Heinrich I. in der charta v. 1100, statutes of the realm 1, 1 — die Zusicherung ertheilt, dass die Custodie der vakanten Bisthümer nicht verkauft werden sollte.

3 Matth. Par. hist. min. a. 1215. 1226. 1228, l. c. 2, 166. 286. 302; Thom. Walsingham hist. brev. a. 1320. 1374 in Camden, Anglica, Normannica etc. Francof. 1603. p. 112. 188; dipl. Eduard III. v. 1374 bei Rymer III. 2, 995: „Vacante nuper ecclesia cathedrali b. Petri Eborac. . . . capitulum . . . Alexandrum de Neville . . . petita prius a nobis licentia eligendi, prout moris est, et obtenta, elegerunt in suum archiepiscopum nobisque cum instantia supplicarunt, ut huiusmodi electioni suae assensum regium praebere curemus".

4 Es wählen z. B. die Kanoniker in York, London, Lincoln und Salisbury, Matth. Par. hist. min. a. 1215. 1228. 1235, l. c. 2, 166. 305. 376, chron. mai. a. 1228 l. c. 3, 145. 164; s. auch vorige Note a. E.; die Mönche in Canterbury, Durham, Ely, Rochester, Norwich, Winchester und Worcester, Matth. Par. hist. min. a. 1227. 1228. 1231. 1232. 1233. 1235. 1238. 1239. 1241. 1250, l. c. 2, 286. 302. 305. 337. 340. 345. 355. 356. 377. 412. 420. 448; 3, 86. 87; chron. mai. a. 1228. 1237, l. c. 3, 164. 388; Thom. Walsingham a. 1313. 1320. 1374, l. c. p. 103. 112. 188; in Coventry-Lichfield nach päpstlicher Entscheidung alternativ die Mönche und Kanoniker unter steter Theilnahme des Mönchs-Priors von Coventry, Matth. Par. hist. min. a. 1228, 2, 300 u. chron. mai. a. 1239, 3, 525. 531. 541. Sehr selten wird bei der Wahl der Acclamation des sonstigen clerus et populus erwähnt, l. c. p. 541.

5 Präsentationen des Gewählten an den König erwähnt bei Matth. Par. hist. min. a. 1231. 1232. 1243, l. c. 2, 337. 340. 345. 469. 473; chron. mai a. 1228, l. c. 3, 164, Bestätigung u. Belehnung ibid. u. a. 1238, 3, 388; hist. min. a. 1228. 1240. 1249, l. c. 2, 305. 429; 3, 60; Matth. Par. abbrev. chron. a. 1253 ed. Madden 3, 331, vgl. auch Note 3 a. E. Bei Annahme der Wahl ohne seinen Konsens hat der König mitunter sogar das Vermögen des Bischofs konfiscirt, Matth. Par. hist. min. a. 1245, l. c. 2, 505.

6 Matth. Par. l. c. a. 1223. 1241. 1250, 2, 255. 448; 3, 86; Thom. Walsingham a. 1400, l. c. p. 364. Fügten sich die Wahlberechtigten dem königlichen Willen nicht, so wurden auch öfters Gewaltmassregeln gegen sie verhängt, l. c. a. 1238. 1241, 2, 410. 449. 445; chron. mai. a. 1238, 3, 493 ff.; Thom. Walsingham a. 1374 l. c. p. 188. Ja selbst einseitige königliche Besetzungen sind vorgekommen, s. den Geheimenrathsbefehl v. 1426 in den Proceedings und Ordonnances of the privy council of England. London 1834. 3, 180 über die Besetzung von 6 Bisthümern.

7 So schon unter Johann, Matth. Par. chron. mai. a. 1215, l. c. 2, 629 u. ep. Innoc. III. ad cap. Ebor. ibid.; über die Zeit Heinrichs III. vgl. ibid. a. 1226, 3, 113; hist. min. a. 1226. 1228. 1239, 2, 286. 301. 417. 448.

8 Matth. Par. hist. min. a. 1228. 1229, 2, 302. 310; chron. mai. a. 1229, 3, 171; Thom. Walsingham a. 1313. 1333. 1395, l. c. p. 103. 133. 352.

9 Ging doch Gregor IX., ep. a. 1239 bei Rymer I. 1, 238 so weit, den Kapiteln die Wahl von dem König nicht genehmen Personen zu untersagen.

auch in England das schon seit dem 12. Jahrhundert bei der Besetzung der Bischofsstühle in Anspruch genommene Prüfungsrecht der Wahlen [1] und das Recht der Konfirmation der Erzbischöfe [2], sowie das seit dem 13. Jahrhundert geübte Devolutionsrecht bei Vakanzfällen in Folge von Resignationen [3], Translationen [4] und Postulationen [5], endlich auch das Reservationsrecht hinsichtlich der Bisthümer [6] zur Geltung zu bringen.

Thatsächlich entschieden demnach bis zur Reformation trotz der zugesicherten Wahlfreiheit über die Besetzung der englischen Bisthümer in erster Linie der König und dann der Papst [7], welcher, wenngleich er vielfach seine Machtbefugnisse nach den Wünschen des ersteren ausübte, doch dabei auch mitunter wider den Willen desselben handelte [8]. Nicht minder wurde das Regalienrecht oder die Custodie der Bisthümer entgegen den in der Magna charta gegebenen Zugeständnissen zur rücksichtslosesten Aussaugung und zum finanziellen Ruin derselben seitens der Könige ausgeübt [9].

Die wiederholten Forderungen der englischen Geistlichkeit auf Abstellung dieser Missbräuche [10], namentlich auf Durchführung der Wahlfreiheit [11], blieben völlig

[1] So bei Appellation des Gewählten wegen verweigerter Konfirmation des Erzbischofs, Matth. Par. hist. min. a. 1235. 1238. 2, 377. 406.

[2] L. c. 1232. 1233. 1243, 2, 340. 341. 345. 355. 472; Thom. Walsingham a. 1280. 1295, l. c. p. 49. 62.

[3] Matth. Par. hist. min. a. 1221, 2, 248.

[4] Ibid. a. 1228. 1231, 2, 300. 337 (im letzten Fall Kassation trotzdem, dass der König schon die Belehnung ertheilt hatte), Thom. Walsingham a. 1333. 1407, l. c. p. 133. 376 (auf Wunsch des Königs), a. 1333 p. 133 (auf Bitten des Königs von Frankreich gegen den Willen des Königs von England), a. 1368. p. 183.

[5] Matth. Par. hist. min. a. 1250, 3, 86. 107.

[6] Thom. Walsingham a. 1295. 1313. 1320. 1329. 1333. 1389. 1395, p. 62. 103. 119. 130. 133. 336. 352.

[7] Matth. Par. hist. min. a. 1222, 2, 231 (Besetzung durch den päpstlichen Legaten), a. 1237, 2, 473 (Zulassung der Versetzung eines Bischofs wider Willen des Königs), chron. mai. a. 1237, 3, 388 (Bestätigung und Konsekration eines einfachen Bischofs durch den Papst), s. auch Note 4 und 6.

[8] Vgl. die vor. Note.

[9] Matth. Par. hist. min. a. 1239, 2, 416: „tenuit idem rex curiam suam apud Wintoniam . . . Episcopatus enim Wintoniae, quem in manu sua tenuit, licet indecens hoc fuisset, omnia ei abundanter ministravit"; a. 1249, 3, 44: „rex episcopatum (Dunelmensem) in manus suas ilico suscepit et ab omnibus ipsius episcopatus hominibus magnam cepit pecuniam"; Merton. conc. a. 1258, Mansi 23, 981; Lambeth. a. 1261, ibid. p. 1069: „Accidit etiam aliquando, quod . . . rege vel alio magnate ecclesiarum cathedralium vel conventualium de regni consuetudine custodiam exercente, cum . . . tantummodo rationabiles exitus capere debeat et rationabiles consuetudines ac rationabilia servitia talis custos, et hoc sine destructione, dissipatione et vasto rerum et hominum: ballivi tamen regis vel magnatis tutelam sive custodiam exercentes praeter tallagia immoderata quae imponunt hominibus et tenentibus ecclesiarum vacantium minus iuste, bona mobilia et immobilia plerumque hominum et tenentium . . . sic vacantis ecclesiae in tali custodia seu cruciatu potius constitutae, consumunt prodigaliter et diriment violenter; parcos, nemora et vivaria destruentes et domos, habitationes et grangias ceteraque aedificia quae sustineri deberent in bono statu, ex negligentia vel malitia dissipari et ruere permittentes, bona dilapidant, pauperes et alios male tractant, non solum ad ea quae ratione custodiae obtinere consueverant, manus extendunt, sed etiam ad bona superstitum et ad ea de quibus conventus ecclesiarum ipsarum sustentari deberet et ad ea etiam quae ratione baroniae ad dominum regem vel magnates alios vel ad eorum administrationem seu dispositionem, cum sint spiritualia vel annexa spiritualibus, pertinere non possunt, utpote ad decimas, oblationes altaris, episcopatibus seu monasteriis appropriatas et ad similia quae profanis usibus applicari non debent". Im Jahre 1425 wurde die custodia des Erzbisthums York an zwei weltliche Herren für jährlich 2000 Mark Silber verpachtet, Proceedings and ordonnances of the privy council of England 3, 166, vgl. auch Sugenheim S. 302 ff.

[10] S. vorige Note, und die Beschlüsse der Versammlungen zu Merton 1258 und Lambeth 1261, Mansi 23, 775. 1059.

[11] Auf der Synode von London 1257, Mansi 23, 955, werden als abzustellende Missbräuche bezeichnet art. 3: „Item cum electiones in ecclesiis cathedralibus seu conventualibus debeant esse liberae, tot et tales preces regales interveniunt, quibus electores perterriti saepius divinae humanam proferunt voluntatem"; art. 4: „Item celebratis electionibus et praesentatis regi electis interdum differt adhibere consensum electo et electioni absque causa rationabili se opponens, ut sic electi per timorem cedere vel electores precibus regis et voluntati acquiescere compellantur", gravamina cleri von 1309, Wilkins, conc.

erfolglos, da die Päpste[1], ebenso wie die Könige unter den obwaltenden Verhältnissen ein grösseres Interesse an der Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes, als an der Beseitigung desselben hatten[2].

Magnae Britanniae 2, 317; art. praelat. Angl. obl. Eduardo II. v. 1316. c. 14, Mansi 25, 565: „Item si vacet aliqua dignitas ubi electio est facienda: petitur quod electores libere possint eligere absque incussione timoris a quacunque potestate saeculari; quod cessent preces et oppressiones in hac parte. Responsio: Fiant libere iuxta formam statutorum et ordinationum"; Thom. Walsingham a. 1373, l. c. p. 187: „Hoc anno in parliamento erat decretum, quod ecclesiae cathedrales suis gauderent electionibus et quod rex de cetero contra electos non scriberet, sed per literas suas ad eorum confirmationem iuvaret, sed tamen hoc statutum in nullo profecit".

[1] Die Bitte der englischen Prälaten um Bestätigung der Beschlüsse von Merton und Lambeth (S. 590. n. 10) schlug Urban IV. ab, ep. ad Henr. III. reg. v. 1263 bei Rymer I. 1. 424: „procuratore tuo apud sedem apostolicam se super hiis tuo nomine opponente ac asserente quod eadem statuta tibi et iuri tuo praeiudicialiter videbantur, nos ipsa coram nobis fecimus exhiberi; quae licet ex forma viderentur honestatem et iustitiam continere, tamen celsitudini tuae deferre volentes illa distulimus confirmare".

[2] Was Schottland und Irland betrifft, so war im erstgedachten Lande zwar die alte kanonische Ordnung der Bischofswahl durch Klerus und Volk zur Geltung gekommen, indessen übten auch hier die Könige einen massgebenden Einfluss durch Bestimmung des Kandidaten, Eadmer, hist. nov. lib. IV, Migne, patr. 159, 474: „electus est (1109) ab Alexandro rege Scotiae et clero et populo . . . Turgodus ad episcopatum s. Andreae", und das Belehnungsrecht aus. Um den Investitur-Verboten nicht direkt entgegenzutreten, wurde bei der Verleihung der Bisthümer der Bischofsstab auf den Altar gelegt und seitens des neuen Bischofs von diesem in Gegenwart des Königs an sich genommen, l. c. lib. V. p. 511. Ja, König Wilhelm der Löwe, setzte sogar trotz der Wahl des Johannes Scot durch das Domkapitel i. J. 1178 seinen Kaplan Hugo zum Bischof ein und nöthigte die Provinzial-Bischöfe diesen zu konsekriren, Roger de Hoveden ann. Angl. a. 1180, ed. Stubbs. Lond. 1868. 2, 208 ff. Alle Massregeln Alexanders III. zum Schutze des vom Domkapitel erwählten und nachher auch konsekrirten Kandidaten, selbst die Verhängung des Interdikts über Schottland, vgl. ep. Alex. III. ad episc. Scot. u. ad reg. Wilhelm. v. 1180, Mansi 21, 912—914, waren erfolglos, Reuter, Gesch. Alexanders III. 3, 485 ff., und erst unter Lucius III. endete der Streit damit, dass der königliche Kandidat das Bisthum behielt, vgl. Staudenmaier S. 251, überhaupt Sugenheim S. 218. Ebenso wie die englischen Könige haben auch die schottischen das Regalienrecht geübt, Sugenheim S. 308.

In Irland entschied bei der Besetzung der Bisthümer ebenfalls der König in Gemeinschaft mit dem Klerus und Volk, Eadmer l. c. lib. II., Migne 159, 393 (Besetzung von Dublin 1096), mitunter auch unter Zuziehung anderer Bischöfe, l. c. p. 395 (Besetzung des neu errichteten Bisthums Waterford 1096). Bei der Wahl des Erzbischofs war die Zuziehung der Suffraganen üblich, ep. Innoc. III. ad archiep. Cashel. a. 1210, reg. XIII. 48, Migne 3, 235: „nullus ad eandem ecclesiam in archiepiscopum eligatur, nisi quem suffraganei episcopi et canonici eiusdem ecclesiae vel maior pars consilii sanioris, sicut est hactenus observatum, . . . providerint eligendum". Die Beschränkung der Wahlberechtigung auf die Kapitel hat schon Innocenz III. (s. vorher) erstrebt.

In den skandinavischen Reichen stand die Besetzung der bischöflichen Stühle von der Zeit ab, wo die Umbildung der dortigen kirchlichen Einrichtungen aus dem Missionszustande in die regelmässige Organisation vor sich ging, bis zur völligen Durchführung derselben, d. h. während des 11. und bis in das 12. Jahrhundert hinein, wesentlich in der Hand der Könige, da diese die neu errichteten Bisthümer gegründet und dotirt hatten. In Dänemark und in Schweden war das königliche Ernennungsrecht in Geltung, chron. Ripens. Langebek, ss. rer. Danic. Havn. 1772 ff. 7, 192: „Antiquis temporibus erant electiones episcoporum apud regem"; anonym. Roskild. chron. l. c. 1, 380. 383. a. 1124 u. 1134; Münter, Kirchengesch. von Dänemark u. Norwegen. Leipzig 1831. II. 1, 1 ff. 61. 265. 275. 288; Dalin, Gesch. des Reiches Schweden, übers. v. Dähnert 2, 15. Die Uebertragung des Bisthums erfolgte durch Uebergabe des Ringes und Stabes, Münter S. 84, Dalin a. a. O., die nachher cit. ep. Honor. III. 1220, wobei die Bischöfe dem König den Lehnseid und Treueid zu leisten hatten (dies ergiebt sogar noch für die spätere Zeit, ep. Urban. IV. ad Jacob. archiep. Lund. v. 1264; Liljegren, Svenskt diplomat. Stockholm. 1829 ff. 1, 418; Langebek 5, 610: „Cristofero regi Daniae secundum morem et consuetudinem regni sui ligium homagium feceris"; dipl. Eric. reg. a. 1306, Langebek 6, 401: „cum idem episcopus homagium nobis fecerat et fidelitatis praestiterat iuramentum"). Bei der Bestimmung des Kandidaten konkurrirte wohl auch, wie dies für Norwegen nachweisbar ist, vgl. Zorn, Staat und Kirche in Norwegen. München 1875. S. 30 ff., das Volk, s. Adam. Brem. g. episc. Hammaburg. IV. 33, SS. 7, 383: „Inter Nortmannos et Sueones . . . adhuc nulli episcopatus certo sunt limite designati, sed unusquisque episcoporum a rege vel (= et) populo assumptus, communiter edificant ecclesiam", vor Allem aber die weltlichen Grossen des Reiches, Alex. III. ep. ad Colon. Lingacop. ep. a. 1171 o. 1172, Mansi 21, 939: „clerus et populus eiusdem loci de assensu . . . archiepiscopi et regis atque ducis terrae, te in . . . episcopum suum unanimiter et concorditer elegerunt"; Honor. III. ep. ad reg. Suec. v. 1220, Liljegren 1, 209: „tacti sumus dolore cordis intrinsecus, quod . . .

III. Für Italien, soweit dessen Gebiete innerhalb der deutschen Machtsphäre belegen waren, hatte das Wormser Konkordat die Mitwirkung des Kaisers bei der

tu et principes et magnates tui ... quoties ecclesiam cathedralem vacare contingit ... capitulum, ad quod electio pertinet successoris, ad electionem procedere non sinentes, contra canonicas sanctiones quem vultis, intruditis in ecclesiam viduatam dando intruso annulum et baculum pastoralem"; Innoc. IV. ep. ad archiep. Upsal. v. 1250, l. c. 1, 348: „cum dudum in regno Suetie quedam consuetudo que corruptela dicenda est verius, inolevit, vid. ut cathedralibus ecclesiis ipsius regni non preficerentur aliqui nisi quos in eis institui vel destitui potius per secularis potestatis potentiam regis scil. et baronum nec non ad clamorem tumultuantis populi regni praedicti ... contingebat". In Island wurde die Wahl von der Landgemeinde vorgenommen und zwar unter entscheidender Betheiligung des überlebenden der beiden Bischöfe der Insel, Zorn a. a. O. S. 34.

Es war natürlich, dass bei den Anschauungen, welche im 12. Jahrhundert über das Verhältniss der weltlichen Macht zur geistlichen in Rom massgebend waren, und welche immer weitere Verbreitung unter dem Klerus der einzelnen Länder fanden, auch in den nordischen Ländern der Versuch gemacht wurde, das kanonische Recht in Betreff der Bischofswahlen zur Geltung zu bringen und den königlichen Einfluss dabei zu beseitigen.

In Dänemark (einschliesslich Schonens) erlangten in Folge dieser Strömung die inzwischen gebildeten Domkapitel und einzelne Mönchskonvente an den Kathedralen (z. B. das in Odense) etwa seit Mitte des 12. Jahrhunderts das Wahlrecht, im Wesentlichen offenbar in Folge der Konnivenz der Könige, daneben auch durch besondere, mitunter erkaufte königliche Genehmigung, chron. Ripens. a. 1171 bei Langebek 7, 189 oder zufolge Privilegs, so Odense 1140, Langebek 7, 219; Pontoppidan, annales eccles. Danic. Copenhagen. 1741 ff. 1, 364 (Bestätigung dieses Privilegs durch Alexander IV. 1255 bei Suhm, historie af Danemark. Kiöbenhavn 1782 ff. 10, 271 und durch König Erich Glipping 1286 bei Langebek 1, 294; 7, 225). Wenngleich die bei der Wahl zunächst stattfindende Konkurrenz des übrigen Klerus und des Volkes der Bischofsstadt, anonym. Roskild. chron. bei Langebek 1, 386, sehr bald fortgefallen zu sein scheint, so haben sich die Könige doch bis zum 13. Jahrh. ein Zustimmungs- und Mitwirkungsrecht bewahrt, Münter S. 63 ff. 337. 362. Von jener Zeit ab suchte indessen die immer mehr erstarkende Hierarchie diese Befugniss des Königs zu beseitigen, chron. Ripens. a. 1215 bei Langebek 7, 192: „Hic (Tuvo) primus de capitulo fuit electus ad episcopatum sed rege invito", und schon im 13. Jahrhundert erfolgten die Wahlen in vielen Fällen ohne oder geradezu wider Willen des Königs; — so wird dem Erzbischof Jacob Erlandsen von Lund (1253—1274) vom König Christoph I. vorgeworfen, „quod factus est archiepiscopus rege invito; item, quod confirmat electiones episcoporum eo irrequisito et consensu suo non obtento", Langebek 5, 585; ibid. 7, 194 ff., Münter S. 67, ja seit Ende des gedachten Jahrhunderts hört die Betheiligung des Königs fast völlig auf. Allerdings hat nachmals Christian I. 1454 die Zusicherung des Papstes erhalten, dass ohne seine Genehmigung Niemand von der Kurie zum Bischof oder Erzbischof konfirmirt, und Christian II. 1514 eine dahin gehende, dass das Erzbisthum Lund nicht wider seinen Willen besetzt werden sollte, Werlauff, tre Afhandlinger til Christian I historie. Kjövenh. 1819. p. 45; Pontoppidan l. c. 2, 744.

Auch in Norwegen gelangte die Kapitelswahl seit der Mitte des 12. Jahrh. zur Geltung, vielleicht in Folge ausdrücklicher Bewilligung des Königs aus Anlass der durch den päpstlichen Legaten, Kardinal Nikolaus von Albano bewirkten Organisation des Erzbisthums Nidaros (Drontheim), Zorn a. a. O. S. 93, jedoch blieb daneben ein Genehmigungs- oder Ausschliessungsrecht des Königs bestehen. Trotz der Machtstellung, welche die Kirche und die hierarchische Partei durch die Zugeständnisse im Jahre 1164 bei der Krönung Königs Magnus Erlingsen erlangt hatte, gelang es dem energischen Prätendenten und nachmaligen König Sverrir (1177—1202), die auf Beseitigung der königlichen Exklusive gerichteten Versuche eines Theils der höheren Geistlichkeit und des Papstes, vgl. ep. Erici archiep. pr. 1190 u. 1192 in v. Lange och Unger, diplomatar. Norweg. Christiania 1847 ff. 6, 5 u. ep. Coelest. III. v. 1194. ibid. 2, 2; Zorn S. 137 ff. 141 ff., zu vereiteln, Zorn S. 129. 130. 138. 147. Auch seine Nachfolger bis auf Magnus Lagabaetir (Gesetzverbesserer 1263—1280) haben dieselbe noch geübt, a. a. O. S. 150. 159. 176. 190. 192. Erst der letztere unterliess bei seiner allgemeinen Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der Kirche die Geltendmachung jenes Rechtes, a. a. O. S. 199. 200, ja 1273 verzichtete er sogar in dem Konkordate von Bergen auf jeden Einfluss bei der Besetzung der Bischofsstühle, Keyser och Munch, Norges gamle love Christiania 1845 ff. 2, 459: „item quod in electionibus episcoporum vel abbatum Nidrosiensis provincie nulla vis, nulla potentia, nulla auctoritas regis vel principis interveniat nec favore ipsorum quisquam officium ecclesiasticae prelationis obtineat". Nachdem indessen die Ausführung des Konkordates wegen der sonstigen vom Papste verlangten Zugeständnisse nicht zu Stande gekommen war, Zorn S. 218 ff. und die weitgehen- Forderungen der Kurie dem König die Augen geöffnet hatten, behielt sich derselbe in dem 1277 mit dem Erzbischof Jon von Nidaros zu Tunsberg abgeschlossenen Konkordate das Recht vor, dass ihm jede erfolgte Wahl vor der Konfirmation angezeigt werde und vor der letzteren der Gewählte sich ihm persönlich vorzustellen habe, Keyser och Munch l. c. 2, 464: „denunciantes ante confirmationem electionem factam domino regi ... per canonicos eiusdem ecclesie vel decens nuncium et honestum, nisi presens fuerit (scil. rex) vel in via per quam fuerit ad confirmacionem transiturus (scil. electus), ut tunc prout mo-

Besetzung der Bisthümer ausgeschlossen, und die Befugnisse desselben auf die Investitur mit den Regalien nach erfolgter Konsekration des Gewählten beschränkt (s. o. S. 559). Dieses Recht ist zwar noch von den Kaisern im 12. und den folgenden Jahrhunderten für einzelne Bisthümer der Lombardei [1], der Romagna und Aemilia [2], der Mark Ancona und Tuscien [3] geübt worden, aber es ist hier in Folge des Umstandes, dass die aufstrebenden städtischen Communen den Bischöfen die Hoheitsrechte mehr und mehr entwanden, immer bedeutungsloser geworden [4].

Die Besetzung der Bisthümer selbst erfolgte seit dem Konkordate durch Wahl [5], auf welche der Kaiser bei günstiger Lage der Verhältnisse höchstens faktisch ein-

ris est, regio aspectui personaliter se presentet", um die Möglichkeit zu haben, eine missliebige Wahl vor erfolgter Konfirmation rückgängig zu machen, Zorn S. 225. Schon der Nachfolger Königs Magnus' Erich hielt sich aber nicht mehr an das Konkordat, und griff auf das vor den Konkordaten geltende Staatsrecht zurück, Zorn S. 242 ff. Wenngleich trotzdem thatsächlich nicht in allen Fällen ein Zustimmungsrecht zu den Bischofswahlen ausgeübt worden ist, Münter S. 70, so wurde dasselbe doch principiell noch im 15. Jahrhundert von den Königen in Anspruch genommen, ep. Christian. I. reg. Dan. ad Alfons. reg. Arrag. v. 1456 bei Langebek 8, 368: „Nam s. Olavus rex . . . totum regnum convertit, fundatis et dotatis ex ere regio insigni metropoli et XIII ecclesiis suffraganeis. Quapropter summi pontifices et concilia generalia religiosa pro vicissitudine . . . statuerunt, quod in archiepiscoporum et episcoporum institucionibus et confirmacionibus regis pro tempore, tamquam fundatoris patroni et votum et consensus expectetur per papam: ex eo per maxime, quod omnes ecclesie Noricane ultra dotem priorem feudis regalibus potiantur".

In Schweden blieb im Gegensatz zu den beiden anderen nordischen Reichen trotz aller päpstlichen Remonstrationen (s. die beiden oben S. 591 u. 592 Anm. citirten Schreiben Honorius' III. v. 1220 und Innocenz' IV. v. 1250, von denen das zweite ausser der Einmischung weltlicher Personen auch die Ableistung des Homagiums und Treueides verbietet) das unter Beirath der Grossen geübte königliche Ernennungsrecht der Bischöfe — die päpstliche Ernennung des Bischofs von Westerås 1181 ist auf Wunsch des Königs erfolgt, s. ep. Luc. III. ad Kanut. reg. Liljegren l. c. 1, 117 — bis in das 13. Jahrhundert hinein in Uebung, und als im Laufe desselben die Domkapitel das Wahlrecht erlangt hatten, Dalin a. a. O. 2, 169, hat sowohl der königliche Einfluss, welcher wiederholt bis zur Aufdrängung von Kandidaten ging, wie auch die Einwirkung der weltlichen Grossen fortgedauert, Johan. XXII. pp. ep. ad arch. Lund. a. 1317, Celse, apparatus ad histor. Suev. Gothic. Holm. 1782. p. 106: „Significarunt nobis . . . electus et capitulum Upsal. quod nonnulli nobiles et domini temporales infra regnum Sueciae constituti, cum in cathedralibus et aliis ecclesiis dicti regni vacantibus electiones imminent faciendae, illas per impressionis audaciam et secularis potestatis abusum procurant indebite fieri contra canonicas sanctiones"; chron. vet. episc. Upsal. eccles. bei Benzelius, monum. hist. eccles. Suev.-Goth. p. 21. 41 ff.; Dalin a. a. O. S. 492. 496.

In Island endlich wurden die Bisthümer nach ihrer Einverleibung in den Drontheimer Metropolitanverband seit dem 13. Jahrhundert nur an Norweger vergeben und dadurch dem Erzbischof die Beseitigung der altnationalen Art der Besetzung sowie die Erlangung des Nominationsrechtes für jene bischöflichen Stühle erleichtert, Zorn S. 267, jedoch ist dem Domkapitel zu Nidaros bei der Ausübung desselben, sowie bei der Besetzung der bischöflichen Stühle von Grönland, der Färöer und Hebriden in dem mit dem Erzbischof Joerund abgeschlossenen Vergleich von 1297, v. Lange och Unger, diplomat. Norveg. 3, 44; Thorkelin, diplomat. Magn. Arnaean. Havn. 1786. 2, 193; Zorn S. 261. n. 12, ein Recht der Berathung des Erzbischofs zugestanden worden.

[1] Ficker, Reichsfürstenstand, S. 312 ff.; Ughelli, Italia sacra 5, 305.

[2] Otton. Fris. g. Frid. I. imp. II. 20, SS. 20, 403: „Anshelmus Havelbergensis episcopus . . . Ravennatensem archiepiscopatum per cleri et populi electionem, simul et eiusdem provinciae exarchatum . . . a principe accepit"; Ficker a. a. O. S. 315. Friedrich I. hat übrigens noch den in Ravenna postulirten Wido trotz der Verwerfung der Postulation desselben durch den Papst investirt, dipl. v. 1160 bei Ughelli 2, 371. Vgl. auch o. S. 570.

[3] Ficker a. a. O. S. 317. In Tuscien verliehen früher, d. h. im 11. Jahrhundert, die Markgrafen die Temporalien der Bisthümer.

[4] Ficker, Forschgen z. Reichsgesch. Italiens 2, 265; Bernheim, Wormser Konkordat S. 25.

[5] Bei welcher im 12. Jahrh. meistens noch der Klerus und das Volk, oder wenigstens der erstere mit konkurrirte, s. Note 2; ep. Gelasii II. pp. für Ravenna v. 1118, Mansi 21, 168; Mailand im 12. Jahrh. catal. arch. Mediol., SS. 8, 105 u. Ughelli 3, 141; ep. Eugen. III. v. 1148 für Piacenza, Mansi 21, 665; Ravenna 1159 Otton. Fris. g. Frider. imp. IV. 16, SS. 20, 455; ep. Alex. III. v. 1176 für Alessandria, Ughelli 4, 314; für Verona 1188, l. c. 5, 811; ep. Gregor. VIII. für Bergamo v. 1187, Lupi cod. dipl. Bergam. 2, 1383; 1199 Treviso, Ughelli 5, 535; ep. Innoc. III. v. 1198 für Pavia I. 326, ed. Migne 1, 292; für Ivrea u. Gubbio 1206. IX. 172. 186. l. c. 2, 1004. 1025; 1212 für Brescia reg. XV. 142. l. c. 3, 657; 1213 für Novara XVI. 51. l. c. 3, 854; für Aquileja 1203, Winkelmann, Philipp v. Schwaben 1, 307; für Padua

wirken konnte. Andererseits zeigte sich aber seit dem 12. Jahrhundert ein stets wachsender Einfluss der Päpste. Abgesehen von der Besetzung der Kardinal- und der römischen Suffraganbisthümer[1], sowie der einzelnen hinsichtlich ihrer Temporalien dem päpstlichen Stuhl zugehörigen Bisthümer[2], welche durch den letzteren, bez. die Kardinäle erfolgte, tritt dies in der Bestätigung der Erzbischöfe[3], und selbst bei nicht eximirten Bisthümern in der Konfirmation von Wahlen an Stelle des Erzbischofs[4], sowie in der direkten Besetzung bei Renunciation, Absetzung[5] oder Translation[6] des bisherigen Bischofs oder in Fällen von nicht rechtzeitigen[7] und nicht ordnungsmässigen Wahlen[8] oder endlich bei Wahlen von Unfähigen[9] und zwiespältigen Wahlen[10] hervor.

In dem im südlichen Italien und auf Sizilien gegründeten Reiche der Normannen unterstanden die Bischöfe, ebenso wie in der Normandie und in England, dem Lehnsnexus und wurden thatsächlich durch die Herrscher ernannt[11]. Zwar hatte Roger II. schon 1139 bei dem Friedensschluss mit Innocenz II. die Gestattung freier Wahlen versprochen[12], jedoch keineswegs auf jegliche Betheiligung bei denselben verzichtet[13]. Ein Mitwirkungsrecht musste demnächst auch Hadrian IV. 1156 in dem für ihn ungünstigen Frieden mit Wilhelm I. dem Bösen ausdrücklich anerkennen. Nachdem zwischen beiden geschlossenen Konkordate von Benevent sollte die Besetzung der Bisthümer zwar durch Wahl des Stiftsklerus erfolgen, aber solange ge-

1214, Ughelli 5, 444; dipl. v. 1216 für Pisa, Ughelli 3, 424; ep. Honor. III. v. 1221 für Pola, Ughelli 6, 479; ep. Gregorii IX. v. 1233 für Ventimiglia, Ughelli 4, 303.

[1] Schon bezeugt für das 11. Jahrh. von Bonithon. lib. ad amic. V, Jaffé, mon. Gregor. p. 634; für das 12. Jahrh. Baron. ann. a. 1126. n. 9; Ughelli, Ital. sacra 1, 209, für das 13. Jahrh. l. c. 1, 168. 206. Ueber die Bestimmung des Wormser Konkordates hinsichtlich dieser Bisthümer s. o. S. 559. n. 3.

[2] ep. Innoc. II. v. 1139 für Ferrara, difesa II a del dominio tempor. della sede apost. sopra . . . Comacchio. Roma 1711. p. 334: „iuxta tenorem privilegiorum Ferrariensium episcopum (a cardinalibus s. ep. Coelest. III. a. 1143. ibid. p. 337) eligendum et per romanae sedis antistitem consecrandum decrevimus atque Ferrariensem ecclesiam sub iure et dominio apostolicae sedis manere statuimus"; ep. Luc. III. a. 1144, Savioli annal. Bologn. Bassano 1784. I. 2, 203: „episcopum a cardinalibus nostris eligendum et a rom. sedis antistite consecrandum decrevimus atque Ferrar. ecclesiam sub iure et dominio sedis apost. de cetero manere sanximus".

[3] Gelas. II. ep. a. 1118 für Ravenna, Mansi 21, 168; c. 3 (Inn. III. 1201) X. de post. I. 5. u. Innoc. III. reg. V. 6 v. 1202, ed. Migne 1, 955.

[4] Eugen. III. ad Moys. Ravenn. a. 1148, Mansi 21, 665, für Piacenza, hier freilich noch salvo iure metropolitani. Für das Ende des 12. und des 13. Jahrh. s. Ughelli 5, 536. 811; 4, 547. 548. 712; 5, 190. 300. 446. 841; Annal. Foroi. a. 1287, SS. 19, 203.

[5] Ep. Hadriani IV. ad cler. et pop. Placent. v. 1155, Ughelli 2, 216; Mansi 21, 819, wodurch den gerade in Rom anwesenden geistlichen und Laien-Deputirten von Piacenza die Wahl eines Nachfolgers gestattet wird; ep. Innoc. IV. a. 1244, Ughelli 4, 305 für Ventimiglia.

[6] ep. Alex. III. v. 1176 für Alessandria und dipl. a. 1180, Ughelli 4, 314. 315; Gregor. X. für Vercelli 1272, l. c. p. 798.

[7] Innoc. IV. ep. v. 1252 für Mantua, Ughelli 1, 867; ep. Innoc. IV. v. 1251 für Bergamo, Ughelli 4, 475.

[8] In Mailand unter Innoc. III. 1213, Ughelli 4, 177; Cremona 1217, l. c. p. 606; Como 1227, Ughelli 5, 300; Vicenza 1271. l. c. p. 1053.

[9] Ravenna 1159, Otton. Fris. g. Frider. IV. 17, SS. 20, 455; Innoc. III. v. 1213 für Novara XVI. 52, ed. Migne 3, 834.

[10] ep. Innoc. IV. v. 1250 für Cremona, Ughelli 4, 607; Honor. IV. v. 1286, für Florenz Ughelli 3, 128.

[11] dipl. comit. Roger. I. a. 1091, Pirri Sicilia sacra, ed. Mongitore, Panorm. 1733. 1, 520: „per diversa Siciliae loca idonea ecclesias aedificavi iussu summi pontificis apostolici et episcopos ibidem collocavi, ipso eodemque Romanae sedis apostolico et laudante et concedente et ipsos episcopos consecrante"; ibid. 1, CVI; hist. pontif. c. 32, SS. 20, 538: „Rex (Roger II.) . . . nec alicubi patiebatur electiones libere celebrari, sed prenominabat quem eligi oporteret et ita de officiis ecclesiasticis, sicut de palatii sui muneribus disponebat"; Petri Blesensis de instit. episc.. opp. Paris. 1667. p. 451.

[12] Hist. pont. c. 32, SS. 20, 538.

[13] Die in der vor. Note citirte Quelle sagt darüber nichts, nach Lage der Verhältnisse ist es aber durchaus unwahrscheinlich, dass Roger II., welcher den Papst gefangen hatte, Sentis, die Monarchia Sicula. Freiburg 1869. S. 76, jedes königliche Recht bei der Besetzung der Bischofsstühle aufgegeben haben sollte.

heim gehalten werden, bis die Zustimmung des Königs in Betreff der designirten Person eingeholt war [1], und erst nach Ertheilung derselben die Konsekration des Gewählten seitens des römischen Stuhles statthaben [2]. Die Vorschrift des Konkordates, dass die Genehmigung des Königs wegen Feindschaft und Missfälligkeit des Gewählten, sowie wegen eines anderen in der Person des letzteren liegenden Grundes verweigert werden dürfe, bot bei ihrer Unbestimmtheit jeder königlichen Willkühr Raum, und in der That ist in der Folgezeit kaum von einer Wahl die Rede gewesen [3]. Erst Tancred, welcher sich seinem Widersacher, Kaiser Heinrich VI. gegenüber, auf den apostolischen Stuhl stützen musste, verzichtete in dem mit Cölestin III. 1191 geschlossenen Konkordat auf jenen weitgreifenden Einfluss und liess sich eine Beschränkung des königlichen Zustimmungsrechtes dahin gefallen, dass die Verwerfung eines Gewählten nur wegen Verrätherei oder notorischer Feindschaft und zwar unter Prüfung der Ausschliessungsgründe seitens des Papstes statthaft sein sollte [4]. Noch weiter gehende Zugeständnisse erlangte Innocenz III. von der Kaiserin Konstanze 1198, als diese die Regierung über das sizilische Reich antrat und die oberlehnsherrliche Bestätigung für ihren unmündigen Sohn nachsuchte [5]. Danach sollten die Kapitel wählen und die Gewählten vor der Bestätigung des Papstes sich der bischöflichen Verwaltung nicht unterziehen dürfen. Andererseits hatte das Kapitel die eingetretene Vakanz sofort dem Herrscher anzuzeigen, und dieser nach erfolgter und publicirter Wahl seine vor der Inthronisation einzuholende Genehmigung zu geben. Damit war dem König nur eine rein formale Betheiligung gelassen. Von einem Verwerfungsrechte wie bei den früheren Konkordaten war jetzt nicht mehr die Rede, und eine Ausschliessung des gewählten Kandidaten konnte nunmehr allein im Einverständniss mit dem Papste erreicht werden. Nach dem bald erfolgten Tode der Kaiserin übte Innocenz III. selbst als Vormund des jungen Friedrich II. die gedachten königlichen Rechte aus [6]. Letzterer suchte dann später zuwider der von seiner Mutter abgeschlossenen Vereinbarung einen grösseren Einfluss auf die Wahlen geltend zu machen [7], und wenn er sich auch 1212 dazu verstand, die Wahlfreiheit der Kapitel von Neuem

[1] Watterich, vit. rom. pontif. 2, 354: „De electionibus quidem ita fiet: Clerici convenient in personam idoneam et illud inter se secretum habebunt, donec personam illam excellentiae nostrae pronuntient et postquam persona celsitudini nostrae fuerit designata, si persona illa de proditoribus aut inimicis nostris vel haeredum nostrorum non fuerit aut magnificentiae nostrae non extiterit odiosa vel alia in ea causa non fuerit, pro qua non debeamus assentire, assensum praestabimus".

[2] L. c. p. 353.

[3] Petr. Blesens. ep. 10, ed. Giles 1, 25: „intendit (rex) episcopare fratrem comitis et ipsum reclamante capitulo violenter intrudit", eiusd. de instit. episcop. ed. cit. p. 454. Auch hielten die Könige an der normännischen Sitte fest, dass ihre Erlaubniss zur Vornahme der Wahl nachgesucht werden musste, Pirrus l. c. 1, CVI.

[4] Vgl. den allein erhaltenen Auszug aus dem Konkordat bei Watterich 2, 722: „de electionibus in toto regno libere faciendis, ita quod facta electio praesentetur regi, cui rex praestabit assensum, nisi electus esset de proditoribus vel notis inimicis et tales dictus papa ad regis instantiam reprobabit".

[5] Ep. Innoc. III. ad Constant. v. 1198. I. 411, ed. Migne 1, 389: „Sede vacante capitulum significabit vobis et vestris haeredibus abitum decessoris. Deinde convenientes in unum . . . eligent canonice personam idoneam, cui requisitum a vobis praebere debeatis assensum et electionem factam non different publicare. Electionem vero factam et publicatam denuntiabunt vobis et vestrum requirent assensum. Sed antequam assensus regius requiratur, non inthronizetur electus nec decantetur laudis solemnitas quae inthronizationi videtur annexa nec antequam auctoritate pontificali fuerit confirmatus, administrationi se ullatenus immiscebit". Vgl. eiusd. ep. ad Frider. II. v. 1208. XI. 208, ed cit. 2, 1523; Hurter, Innocenz III. 1, 141 ff.; Sentis, Monarchia Sicula 82. 83.

[6] c. 18 (für Capua) X. de elect. I. 6; ep. ad cler. et pop. Regiens. v. 1199. II. 174, ed. cit. 1, 724.

[7] ep. Innoc. III. ad Frider. II. cit.; Sentis S. 83.

anzuerkennen[1], so setzte er sich doch im Verlaufe seiner Streitigkeiten mit den Päpsten, namentlich nachdem Honorius III. ohne Beachtung seiner Rechte fünf lange vakant gebliebene Bisthümer aus päpstlicher Machtfülle besetzt hatte[2], über seine Versprechungen hinweg. Auf die alte normännische Sitte zurückgreifend, machte er die Vornahme von Neuwahlen von seiner Erlaubniss abhängig[3], liess die Einkünfte der vakant gehaltenen Bischofssitze für die königliche Kasse einziehen und nahm einseitige Ernennungen von Bischöfen vor[4].

Als später nach der Vernichtung des hohenstaufischen Geschlechtes das Königreich beider Sizilien vom Papst Clemens IV. 1265 Karl von Anjou zum Lehn gegeben wurde, musste dieser auf jede Betheiligung bei der Besetzung der Bischofsstühle durch Wahl oder päpstliche Provision, ferner auf die Geltungmachung der von Friedrich II. thatsächlich geübten Regalie und auf die Forderung des Treueides, soweit derselbe nicht nach althergebrachter Gewohnheit von einzelnen Prälaten bisher geleistet worden war, verzichten[5], und gleiche Versprechungen gab im J. 1372, nachdem es den französischen Königen nicht gelungen war, die im Jahre 1282 auf der Insel Sizilien begründete Herrschaft der Arragonier zu beseitigen, Friedrich III. für diese letztere aus Anlass des mit Johanna von Neapel und Gregor XI. abgeschlossenen Friedens ab[6].

[1] Huillard-Bréholles, hist. dipl. Frider. II. Paris. 1852. I. 1, 202: „Electiones autem ... per totum regnum canonice fiant, de talibus quidem personis, quibus nos et heredes nostri requisitum a nobis prebere debeamus assensum"; eiusd. dipl. a. 1212, ibid. p. 203, dessen Erklärung die Formulirung in dem Briefe Innocenz' III. 1198 (s. S. 595. n. 5) wiederholt. Die zu Eger abgegebene Erklärung Friedrichs II. von 1213 (o. S. 573. n. 3), hinsichtlich deren es bestritten ist, ob sie sich auch auf Italien bezieht, Sentis S. 84. n. 2, enthält nur ein Versprechen auf Abstellung von Missbräuchen bei den Wahlen und eine Garantie der Freiheit der Wahlen, erwähnt aber nicht des assensus regius. Ein Verzicht auf diesen für das sicilische Reich kann indessen nicht angenommen werden, weil das gedachte königliche Recht selbst von Innocenz III. in dem erwähnten Briefe nicht als Beeinträchtigung der Wahlfreiheit betrachtet wurde, sagt er doch in demselben: „Sic enim honori vestro volumus condescendere, ut libertatem canonicam observemus ... Rogamus ergo serenitatem regiam ..., quatenus contra praescriptam electionis formam nec vos veniatis de caetero nec cogatis alios nec patiamini qualibet occasione venire, sed taliter in hoc nobis studeatis et ecclesiasticae libertati deferre" etc.

[2] Ep. eiusd. ad Frider. v. 1225, Ughelli 1, 490: „videntes, quod diutina Capuanae, Salernitanae, Brundusiae, Consanae ac Aversae ecclesiarum vacatio in grave ... animarum periculum redundabat ... curavimus providere ipsas ecclesias respectu ad solum deum habito de personis tibi merito acceptandis" ...

[3] Huillard-Bréholles l. c. V. 1, 335 (ep. Gregor. IX. v. 1239), 462. 502. 597 (Mandate Friedrichs II. v. 1239).

[4] Albert v. Beham, her. v. Höfler. Stuttgart 1847. S. 62: praesules ac inferiores prelatos et clericos coepit instituere ac destituere in ecclesiis iuxta velle; Raynald. annal. a. 1221. n. 32. Alles dies wird Friedrich II. auch in der vom Koncil zu Lyon 1245 erlassenen Exkommunikations-Sentenz, Mansi 23, 616, vorgeworfen.

[5] Belehnungsbrief bei Lünig, cod. Italiae diplom. 2, 961: „Item omnes ecclesiae tam cathedrales quam aliae regulares et seculares nec non et omnes praelati et clerici ac universae personae ecclesiasticae seculares et religiosae ac quaecumque religionis loca cum omnibus bonis suis in electionibus, postulationibus, nominationibus, provisionibus et omnibus aliis plena libertate gaudebunt, nec ante electionem sive in electione vel post regius assensus vel consilium aliquatenus requiretur. Quam utique libertatem ipse et sui in regno haeredes semper manutenebunt ... dictaeque ecclesiae ac personae utentur libere omnibus bonis et iuribus suis salvo ei et suis in regno haeredibus iure patronatus in ecclesiis in tantum quantum in hac parte patronis ecclesiarum canonica instituta concedunt, ubi antiqui reges, Siciliae huiusmodi ius patronatus in ipsis ecclesiis habuerunt ... Sacramenta fidelitatis praestabuntur secundum antiquam et rationabilem consuetudinem, prout canonica instituta permittunt, ab illis ecclesiarum praelatis, quorum praedecessores antiquis illa Siciliae regibus praestiterunt ... (p. 962) sacra semper citra ecclesias cathedrales et alias regulares et seculares ac personas et loca ecclesiastica tam in faciendis provisionibus et electionibus confirmandis quam in omnibus quibuscumque aliis Romani pontificis et ecclesiae Romanae iurisdictione ac auctoritate plenaria et libera potestate .... Item in ecclesiis vacantibus rex nulla habebit regalia nullosque fructus, reditus et proventus, nullas etiam obventiones ac nulla prorsus alia percipiet ex eisdem, custodia earumdem ecclesiarum interim libere permanente penes personas ecclesiasticas iuxta canonicas sanctiones". Vgl. hierzu Sentis S. 97.

[6] Bulla Gregorii XI. de nexu quo Siciliae utriusque regna sedi apostolicae obstricta sunt, v. 1372,

Auf dem Festlande ist zu Folge der erwähnten Zusicherungen im Allgemeinen die Besetzung durch Wahl der Kapitel üblich geworden[1], jedoch ist das Wahlrecht derselben durch einseitige päpstliche Ernennungen, welche nicht nur bei Kassation statthafter Wahlen[2], sondern auch in Folge von Resignationen[3], ferner bei den gerade vielfach auf die unteritalienischen Bisthümer erfolgten Translationen[4] und auch in anderen Fällen[5] vorgekommen sind, wesentlich geschmälert worden[6], während ein Einfluss der Könige auf die Wahl und die Besetzung seltener hervortritt[7].

In Sizilien wurden dagegen die Zusicherungen Friedrichs III. von König Martin I., nachdem dieser seine Herrschaft fest begründet hatte, nicht beachtet, vielmehr machte er in Uebereinstimmung mit seiner ganzen auf die Betonung der staatlichen Rechte gerichteten Kirchenpolitik ein Besetzungsrecht auf die bischöflichen Stühle geltend[8], indem er dasselbe theils auf sein königliches Hoheitsrecht, theils auf das in Folge der Errichtung und Dotirung der Kirchen durch seine Vorgänger erworbene Patronatrecht, theils auf päpstliches Indult gründete[9]. Obwohl der päpstliche Stuhl diesen Ansprüchen fort und fort entgegentrat, insbesondere den königlichen Kandidaten die Bestätigung und Konsekration versagte[10] und auf Grund des Reservationsrechtes die bereits königlich besetzten Benefizien anderweit vergab[11], gelang es doch den Königen unter Zustimmung des Parlaments, namentlich dadurch, dass sie die päpstlich ernannten Bischöfe an der Besitzergreifung ihres Amtes hinderten[12], das behauptete Patronatrecht zu wahren[13]. Ja Ende des Jahrhunderts musste Innocenz VIII. sich dazu verstehen, Ferdinand dem Katholischen ein Indult[14] auf die Besetzung aller Dignitäten und Benefizien in Sizilien zu gewähren.

Wenngleich die Arragonischen Könige Alphons und Ferdinand i. J. 1443 und 1458 bei der Erwerbung des festländischen Theiles des Königreiches beider Si-

Lünig l. c. p. 1127. 1128 (im Wesentlichen gleichlautend mit der in der vor. Note angeführten Stelle, nur dass in der die Rechte des Papstes und der römischen Kirche wahrenden Klausel auch der „reservationes de ipsis ecclesiis faciendae" gedacht wird).

[1] dipl. für Bari v. 1280, Ughelli 7, 629; ep. Martini IV. v. 1284 für Tricarico ibid. 7, 150; ep. Joann. XXII. v. 1325 für Catanzaro, ibid. 9, 372, vgl. ferner für das Ende des 13. u. 14. Jahrhunderts, ibid. 6, 120. 124; 7, 641 ff.; 9, 138. 220.

[2] Solche Fälle aus dem 13. u. 14. Jahrh. ibid. 6, 344. 538. 569. 612. 740. 743; 7, 429. 627. 844; 9, 217. 221. 328.

[3] ep. Nicol. III. v. 1279 für Nicastro l. c. 9, 404.

[4] L. c. 6, 131 ff. 138. 340. 341. 345. 501. 584. 815; 7, 44. 428; 9, 140. 141. 217. 220.

[5] Vgl. ibid. 7, 51; 9, 143.

[6] Uebrigens macht sich ein solches päpstliches Eingreifen schon nach dem Tode Friedrichs II., wenn auch nicht in dem weiten Umfange, wie unter den französischen Königen, bemerkbar, s. Innoc. IV. ep. v. 1252 für Capua, 1253 für Giovenazzo, 1254 für Aglona ibid. 6, 335. 336; 7, 727. 84; s. auch 7, 221.

[7] dipl. Caroli II. v. 1299 ibid. 1, 955; für das 14. u. 15. Jahrh. s. l. c. 6, 119. 143. 282.

[8] Sentis S. 92.

[9] dipl. a. 1396 für Girgenti, Pirrus l. c. 1, 712: „ecclesiam Agrigentinam .... eidem nostro confessori auctoritate apostolica specialiter in hac parte nobis tradita ac nostra regia auctoritate, maxime cum dictae ecclesiae constitutae et dotatae per praedecessores nostros simus veri patroni, cum potestate plenissima duximus committendam"; andere ähnliche Ernennungspatente für Catania l. c. 1, CVII. 545, für Palermo l. c. 1, 168; dipl. a. 1408: „pateat universis, quod auctoritate apostolica nobis concessa per bullas speciales, quod beneficia et dignitates ecclesiasticas... vacantes seu vacantia personis idoneis ... conferamus", l. c. p. CVIII. Das Indult rührte von Petrus de Luna (Benedikt XIII.) her, l. c. p. 712. Dass Martin auch Bischöfe willkührlich von dem Verhältnisse zu ihren bisherigen Sitzen entbunden habe, wie Sentis S. 93 behauptet, ist nicht nachweisbar. Die von ihm dafür angezogene Stelle bei Pirrus l. c. 1, 712 ist ein päpstliches, nicht ein königliches Dekret v. 1401.

[10] Pirrus l. c. 1, 629.

[11] Pirrus l. c. 1, 549.

[12] S. vor. Note; Sentis S. 101. 110.

[13] Sentis S. 101. 102.

[14] v. 1487, Pirrus l. c. 1, CVIII, nachdem schon Sixtus IV. dem König 1483 ein solches auf ein Supplikationsrecht für die spanischen Bisthümer ertheilt hatte, l. c.

zilien noch die Freiheit der Bischofswahlen in demselben Umfange, wie Karl von Anjou und Friedrich III.[1], hatten anerkennen müssen, so konnten doch die Päpste diesen Zustand in Neapel, als letzteres an dieselben Herrscher, welche in Sizilien und in Spanien die Staatshoheit über die Kirche energisch handhabten, gekommen war, nicht lange aufrecht erhalten, vielmehr musste Clemens VII. die Ansprüche, welche hier auf Grund des Patronates und der päpstlichen Anerkennung desselben königlicherseits geltend gemacht wurden, in einem erweiternden Indulte von 1530 für alle erwähnten Reiche anerkennen[2], und seitdem sind auch in dem festländischen Theile des Königreiches die Bisthümer auf königliche Präsentation vergeben worden[3].

[1] S. die Bullen Eugens IV. v. 1443 und Pius' II. v. 1458 bei Lünig l. c. 2, 1242. 1272. 1273.

[2] Pirrus l. c. 1, CIX: „cum diversi Romani pontifices praedecessores antiquis et modernis temporibus . . . Ferdinando Regi et Elisabet reginae et aliis Castellae et Legionis ac Aragonum regnorum regibus eorum praedecessoribus necnon . . . Carolo V. imperatori . . . dictorum regnorum regi . . . ius patronatus presentandi personas idoneas ad cathedrales et metropolitanas ecclesias et quaecumque monasteria consistorialia . . . ratione illorum fundationis ac recuperationis earundem de manibus infidelium et ex diversis aliis caussis per diversas litteras concesserint . . . jus patronatus et praesentandi personas idoneas ad cathedrales et metropolitanas ecclesias ac quaecunque monasteria consistorialia in Castellae et Legionis, Aragonum et Valleolit necnon Cathaloniae et ubi aliter ius praesentandi non competebat in caeteris Hispaniarum regnis ac dominiis respective consistentes et consistentia quoties illas et illa quovismodo et ex quacunque etiam eorundem cardinalium persona praeter quoad illa monasteria, in quibus de novo eidem Carolo . . . ius patronatus conceditur, videlicet eo casu quo in dicta curia vacare contigerit . . . concedimus, decernentes ius patronatus et praesentandi huiusmodi illius naturae et efficaciae existere et quoad omnes effectus eiusdem iuris censeri debere, cuius ius patronatus ex fundatione et dotatione regum existit, ac reservationis, affectionis, unionis mandata de ecclesiis et monasteriis huiusmodi per romanos pontifices . . . facta, ne praesentare possent, nullatenus se extendere, sed illa invalida penitus existere, ac irritum et inane, si secus super his a quoque quavis auctoritate apostolica et per nos scienter vel ignoranter contigerit attentari, non obstantibus quibusvis ecclesiasticis de cathedralibus et metropolitanis ac monasteriis consistorialibus huiusmodi per nos et sedem praedictam pro tempore factis reservationibus seu affectionibus specialibus vel generalibus necnon et cancellariae apostolicae regulis editis et pro tempore edendis et quibusvis constitutionibus et ordinationibus" etc. Die Bestätigungsbullen von Sixtus V. v. 1586 und Gregor XV. v. 1621 bei Pirrus l. c. p. CX. CXI. u. Lünig l. c. p. 1263. Vgl. auch Sentis S. 102 ff.

[3] Beispiele bei Ughelli, Italia sacra 6, 284. 791; 7, 63. 441. 734; 9, 146.

Was Spanien betrifft, so haben die dortigen Könige, welche die Araber nach und nach zurückgedrängt und in den diesen wieder entrissenen Landstrichen die zerstörten Bischofssitze von Neuem ausgestattet hatten, zunächst ein unbestrittenes Ernennungsrecht auf dieselben ausgeübt, Masdeu, historia critica de España. Madrid. 1783 ff. 13, 60; Sugenheim, Staatsleben etc. S. 241. Wenngleich vereinzelt im 11. Jahrhundert in den an Südfrankreich angränzenden katalonischen Gebieten eine Betheiligung der Provinzialbischöfe, des Klerus und des Volkes bei der Besetzung der Bischofsstühle (dipl. a. 1017 für Roda bei Villanueva, viage literario à las iglesias de España. Madrid 1803 ff. 10, 292: „episcoporum electione, cleri ac populi acclamatione") vorgekommen ist, so verfügten doch die Machthaber der spanischen Mark im Allgemeinen über die Bisthümer wie über ein der Nutzung unterstehendes Privateigenthum, vgl. testam. Bernard. comit. Bisuldun. a. 1020, P. de Marca, Marca Hispana. Paris 1688 p. 1027: „Et a filio suo Aienricho post discessum Gaufredi episcopi remaneat ipsum episcopatum s. Salvatoris . . . . in tali vero conventu, ut si ad XXV um annum pervenerit et officium clericatus cum religione duxerit, habeat illum per donitum fratris sui. Et si deus ei alium episcopatum dederit, habeat suprascriptum episcopatum, cui . . . Guillermus frater suus . . . concesserit"; dipl. des Grafen Raimund-Berenguer I. v. Barcelona für seine Gemahlin v. 1056, Florez etc. España sagrada 43, 372: „Dono etiam tibi episcopatum S. Mariae sedis Gerundae cum omnibus suis pertinentiis et cum abbatiis quae ad praedictum comitatum vel episcopatum pertinent"; Vertrag zwischen dem gedachten Grafen und dem Vicegrafen v. Beziers v. 1067 bei P. de Marca l. c. p. 1136: „Et si dederit pretium aut datum fuerit per ipsum episcopatum, per nullum ingenium habeat Raymundus vicecomes . . . vel uxor eius aut infantes eorum medietatem de ipso pretio vel de ipso dono".

Eine Investitur der neu ernannten Bischöfe ist in den spanischen Reichen zwar nicht üblich gewesen, indessen hatten dieselben doch, wie in den meisten übrigen abendländischen Staaten, dem Herrscher den Huldigungs- und Lehnseid zu leisten, Le Bret, Magazin der Staaten- u. Kirchengeschichte 3, 152. Gregor VII. suchte auch hier die kanonische Wahl in seinem Sinne (s. o. S. 545), d. h. eine vom päpstlichen Stuhl beeinflusste Wahl durchzusetzen, ad Adefons. VI. Legion. et Castil. reg. a. 1081, reg. VIII. 25, Jaffé, mon. Gregor. p. 472: „ut cum consilio praefati legati nostri . . . aliorumque religiosorum viro-

So mannigfache Abweichungen die Gestaltung der Bischofswahlen in den besprochenen Ländern von der Entwickelung in Deutschland zeigt, so ist doch während

rum eligatur inde, si inveniri potest, sin autem, aliunde expetatur talis persona cuius religio et doctrina ecclesiae vestrae et regno decorem conferat et salutem"; V. 21. a. 1078. l. c. p. 317: „abbatem, sicut rex Hispania rogavit . . . episcopum consecravimus"; vgl. auch reg. II. 50. a. 1075. l. c. p. 165 und hierzu Meltzer, Papst Gregor VII. u. die Bischofswahlen. 2. Aufl. S. 82. 143. 174, trat aber einer formellen Mitwirkung des Königs nicht direkt entgegen. Im 12. Jahrhundert ist zwar in Folge dieser päpstlichen Bemühungen die Wahl durch den Klerus und das Volk Sitte geworden, dipl. a. 1102 für Vich, Florez etc. España sagrada 28, 302: „Nos Ausonensis clerici ac monachi cum communi consensu, pari voto, concordi acclamatione magnatum terrae et circumstantis populi . . . A. Amerensem abbatem in Ausonensem episcopum eligimus"; a. 1133 für Avila, 1134 für Salamanca, l. c. 20, 539. 562; a. 1195 für Vich, Villanueva l. c. 7, 241; a. 1214 u. 1230 für Gerona, España sagr. 44, 259 u. 43, 395; ep. Paschalis II. für Burgos v. 1115, Mansi 20, 1036; ep. Alex. III. ad canon. Pampilon. a. 1163 l. c. 21, 1163; ep. Coelest. III. ad canon. Pampilon. a. 1163. l. c. 21, 1163; ep. Coelest. III. ad canon. Urgel. a. 1195, Mansi 22, 615, indessen gelang es nicht, den Einfluss der Könige vollkommen zu beseitigen. Während diese früher unter Berathung mit ihren geistlichen und weltlichen Grossen, wie dies auch in anderen Reichen der Fall gewesen ist, die Bischofsstühle besetzten, Roderici Tolet. chron. Hispan. VI. 24 (betreffend die Besetzung von Toledo i. J. 1086) bei Schott, Hispania illustr. Francof. 1603. 2, 105: „Convocavit regni proceres et maiores episcopos et abbates et viros religiosos", blieb es auch nach dem Aufkommen der Wahl durch Klerus und Volk sogar päpstlich anerkannter Grundsatz, dass eine solche nur gültig mit Zustimmung des Königs erfolgen konnte, ep. cit. Pasch. II. v. 1115: „literas . . . accepimus, quibus idem Paschalis archidiaconus tuo quidem consilio sed rege nesciente et populo ignorante, significabatur electus. Sed post illam illius electionem populo expectante, universo clero consentiente, rege quoque volente ipsius regis germanus asserebatur ad pontificatum Burgensi ecclesiae destinatus", und im 12. Jahrhundert gestaltete sich das Verfahren so, dass vom König vorher die Erlaubniss zur Wahl und nachher die Bestätigung des Gewählten eingeholt werden musste, dipl. Alonsos II. v. Castilien v. 1133. 1152, Florez, España sagr. 20, 539; 41, 311; Ferdinands II. v. Leon v. 1181, Memorias de la real academia de la Historia. Madrid 1796 ff. t. IV. memor. 4. p. 27. In Aragonien, wo dasselbe Recht von den Königen in Anspruch genommen wurde, hat allerdings Peter II. 1207 aus besonderer Rücksicht für Innocenz III. auf dieses verzichtet und nur die Präsentation des Gewählten nach der Wahl verlangt, ep. Innoc. III. ad archiep. Aragon. v. 1207. X. 144, ed. Migne 2, 1243: „. . . In litteris . . . Petri . . . regis . . . sic de verbo ad verbum perspeximus contineri: . . . pessimam consuetudinem a nobis hactenus observatam, qua electionem praelatorum sine nostro consilio et assensu procedere non permittebamus, . . . relaxamus vobisque et universis successoribus vestris (den Prälaten des Reichs) et conventibus . . . liberam eligendi facultatem . . . assensu regis minime requisito in perpetuum indulgemus, hoc solum nobis et successoribus nostris reservantes, ut libere et canonice electus in signum regiae fidelitatis nobis et successoribus nostris debeat praesentari. Nos igitur devotionem regiam . . . commendantes et approbantes in hac parte statutum ipsius, illud auctoritate apostolica confirmamus". Jedoch ist dieser Verzicht schon von seinem Nachfolger nicht mehr beachtet worden, Sugenheim S. 246. Das erwähnte Recht haben einzelne der spanischen Könige, so z. B. Alfons X., dazu benutzt, den Wählern die ihnen genehmen Kandidaten aufzudrängen, Raynald. ann. eccles. a. 1279. n. 25. Später nahmen sie aus ähnlichen Titeln wie in Sizilien — hatte doch Alexander II. und Gregor VII. schon den Königen von Aragonien in den von diesen den Mauren entrissenen Gebieten die Besetzung aller neu errichteten Kirchen, freilich mit Ausnahme der Bischofssitze, zugestanden, Mansi 20, 621 — eine Mitwirkung bei der Besetzung derselben in Anspruch und verweigerten wiederholt den von den Päpsten kraft erfolgter Reservation ernannten Bischöfen die Anerkennung, Friedberg, Gränzen zw. Staat u. Kirche. Tübingen 1872. S. 539. 540; ja, Peter der Grausame von Kastilien erliess 1367 ein Gesetz, wonach der Papst Niemanden ohne königliche Genehmigung zum Bischof ernennen durfte, Mariana, hist. general de España, lib. XVII. c. 11. ed. Valencia. 1783 ff. 6, 200. Ausgangs des 15. Jahrhunderts mussten sich die Päpste schliesslich dazu verstehen, Ferdinand dem Katholischen und Isabella, sowie ihren Nachfolgern die schon o. S. 598. n. 2 erwähnten Indulte auf das Patronatrecht und die Präsentation zu den Bisthümern des Reiches zu gewähren, nachdem die ersteren zunächst ein solches von Innocenz VIII. für das Königreich Granada erhalten hatten, Mariana, hist. general de España, ed. cit. VIII, ap. p. XL (mit dem unmöglich richtigen Jahr 1480): „plenum ius patronatus et praesentandi personas sedi apostolicae ad cathedrales ecclesias nec non quorum fructus et proventus CC. florenor. auri de camera . . . valorem annuum excedunt, monasteria et prioratus conventuales in eisdem locis regni Granatae per Ferdinandum regem et Elisabeth reginam hactenus acquisitos et quae tam per eos quam eorum successores acquiri et populari de novo contigerit in futurum . . . nec non maiores post pontificales in eisdem cathedralibus et principales in collegiatis . . . dignitates, canonicatus et praebendas earumdem integras et dimidias portiones cathedralium ecclesiarum et collegiatarum in eisdem locis iam erectarum et aliarum quae in eis erigi contigerit . . . tenore praesentium indulgemus".

Für Ungarn hatte Stephan der Heilige i. J. 1000 in Anerkennung seiner Verdienste um die

der besprochenen Zeit das päpstliche Konfirmations- und Konsekrationsrecht der Bischöfe in denselben, ebenso wie in Deutschland, zur Geltung gelangt.

Schon seit dem 12. Jahrhundert ist die Konfirmation und die Konsekration der Erzbischöfe in Italien[1], und insbesondere auch im Königreich beider Sizilien[2], ferner in Frankreich[3] und in England[4] mehrfach seitens der Päpste

katholische Kirche vom Papste Silvester II. unter anderen ihm gewährten Berechtigungen auch die Befugniss, die Bischofsstühle des Landes zu besetzen, eingeräumt erhalten (s. Th. I. S. 518). Wie in Deutschland war auch hier die Uebersendung des Bischofsstabes und des Ringes des verstorbenen Bischofs an den königlichen Hof und die Investitur des Nachfolgers durch den König unter Ableistung des Treu- und Lehnseides seitens des ersteren üblich geworden, Fessler, Gesch. d. Ungern. 1. Ausg. Leipzig 1815 ff. 1, 660 ff. In Folge der kirchlichen Investitur-Verbote verstand sich zwar König Koloman dazu, die Investitur mit Stab und Ring auf Andrängen Paschalis' II. 1106 aufzugeben, s. die auf dem Koncil zu Guastalla dem Papste zugestellte Erklärung bei Mansi 20, 1211: „unde et investituram episcoporum hactenus a maioribus habitam iuxta admonitionem vestram dimisimus et si quid in electione huiusmodi minus canonice retractatum est, de caetero . . . cavebimus“, indessen blieb das bisherige königliche Ernennungsrecht und die lehnrechtliche Verpflichtung der Bischöfe in fortdauernder Uebung, Katona, hist. crit. reg. Hung. Pest. 1789 ff. 3, 219 ff.; Fessler a. a. O. 1, 662, und zwar selbst auch noch dann, als Geisa II. und sein Nachfolger Stephan III. auf die einseitige Absetzung und Translation der Bischöfe, sowie auf die ebenfalls in Ungarn aufgekommene Regalie verzichtet hatten, dipl. Steph. III. v. 1169, Fejér, cod. dipl. Hung. Budae 1829 ff. II, 180. 181, vgl. auch Fessler a. a. O. 2, 1024. Nur in den im 12. Jahrhundert mit Ungarn vereinigten Ländern Dalmatien und Kroatien galt nach ausdrücklicher Zusicherung Kolomans, dipl. a. 1111 b. Koller, hist. episc. Quinqueeccl. Poson. 1782. 1, 183: „decrevimus quoque . . . investituras ecclesiarum quam episcoporum et abbatum absque regis consilio . . . fieri debere“, und seiner Nachfolger, dipl. Geisas II. für Spalatro v. 1112 und Belas IV. für Trau 1242, Fejér l. c. II, 118; IV. 1, 247, welche die einflussreiche Geistlichkeit zu gewinnen suchen mussten, das Wahlrecht des Klerus und des Volkes, ohne dass freilich die Könige sich stets der Einwirkung auf die Besetzung der Bischofsstühle enthielten, vgl. Alex. III. ep. ad Belam III. reg. b. Fejér l. c. II, 197: „Significantibus nobis . . . clero et populo Spalatino nobis innotuit, quod cum ecclesia Spalatina diu pastore vacaverit et usque ad haec tempora . . . liberam electionem habuerit, tu in ea episcopum . . . eligi non permittis. Volentes igitur regiae saluti consulere et indemnitati praefatae ecclesiae . . . providere, monemus regiam excellentiam . . . quatenus eam libere et sine contradictione de persona idonea ordinari permittas“. Im 13. Jahrhundert, als König Emmerich, um seinem unmündigen Sohne Ladislaus die Thronfolge zu sichern, der päpstlichen Hülfe bedurfte, gelang es Innocenz IV. und seinen Nachfolgern, das bisherige Ernennungsrecht der Könige auf ein Zustimmungsrecht derselben zu den Wahlen herabzudrücken, ep. Innoc. IV. ad Caloc. archiep. v. 1245, Fejér l. c. IV. 1, 364: „Ex parte . . . regis Ungariae . . . nobis est oblata querela, quod cum de antiqua et approbata regni sui consuetudine hactenus pacifice observata in electionibus pontificum assensus regius debeat postulari, canonici Vesprimiensis ecclesiae contra consuetudinem huius temere venientes, assensu eius, sicut debuit, minime requisito, qui commode requiri poterat et de iure debeat, magistrum Zelandinum . . . in episcopum elegerunt. Quia vero eiusdem regis gravamina, quem speciali praerogativa prosequimur, sustinere nolumus nec debemus“ etc., vgl. auch Fessler a. a. O. 2, 1024 ff. Seit dem 14. Jahrhundert begannen aber die Könige wieder die früheren weiter gehenden Befugnisse auszuüben, vgl. z. B. über Karl I. Raynald, a. 1338. n. 22, ohne dass dies seitens der Geistlichkeit und des päpstlichen Stuhles gehindert werden konnte. Ja, König Sigismund liess sich i. J. 1409 das königliche Besetzungsrecht aller geistlichen Würden durch den Reichstag bestätigen, Katona l. c. 11, 616. 618, und wahrte dasselbe damit für seine Nachfolger, welche es freilich oft genug auf unerhörte Weise gemissbraucht haben, Fessler a. a. O. 5, 635. 636; 6, 222. 223, vgl. auch Sugenheim S. 258; Staudenmaier S. 310. 373.

Ueber die Besetzung der Bischofsstühle in Polen vgl. Ign. de Czapski, de iure patron. regio. diss. inaug. Berol. 1869. p. 80 ff.; Hüppe, Verfassg. d. Republik Polen. Berlin 1867. S. 217. 220.

[1] ep. Gelas. II. für Ravenna v. 1118, Mansi 21, 168; Luc. III. für Ravenna v. 1144, Rubei histor. Ravennat. lib. X. Venet. 1590. p. 329; dipl. a. 1184 für Fermo, Ughelli, Ital. sacra 2, 695; Alex. III. pr. 1170—1176 c. 5. X. de elect. I. 6.

[2] Konkordat zwischen Hadrian IV. und Wilhelm I. v. 1156; Watterich, vit. rom. pontif. 2, 353: „Consecrationes et visitationes libere Romana ecclesia in omni regno nostro habebit . . . . In Sicilia quoque Romana ecclesia consecrationes et visitationes habeat“; ep. Alex. III. v. 1169, Pirri Sicil. sacr. 1, 104, worin er die Weihe des Erzbischofs von Palermo den Suffraganen dieses Erzbisthums aufträgt, „licet in memoria nostra non existat, ut aliquis praedecessorum praefati electi unquam fuerit, nisi a Romano pontifice consecratus“.

[3] ep. Hadrian. IV. für Narbonne v. 1156, Gallia christ. 6 instr. p. 40; Lyon 1165. ep. S. Thomae bei Duchesne, hist. Franc. ss. 4, 633.

[4] York 1147, Chron. de Mailros b. Fell, rer. anglic. ss. Oxon. 1684. p. 167; Canterbury 1174, Gervasii chron. b. (Twysden u. Selden) hist. angl. ss. London. 1652. 1, 1426, s. auch o. S. 590.



vorgenommen worden. Nachdem diese Uebung im folgenden Jahrhundert ihre Sanktion durch das Dekretalenrecht[1] erhalten hatte, fand sie auch bald in den übrigen Ländern Anwendung[2]. Seit derselben Zeit, insbesondere seit dem 14. Jahrhundert, ist ferner in Folge des obersten Entscheidungsrechtes bei streitigen Wahlen, des Devolutionsrechtes und der Reservationen, sowie den von den Fürsten bei der Kurie wiederholt über die Köpfe der Wahlberechtigten hinweg nachgesuchten Bischofs-Ernennungen und bei der Bedeutungslosigkeit der Provinzialsynoden auch die Konfirmation und Konsekration der einfachen, nicht dem römischen Stuhle direkt unterstehenden Bischöfe[3], allmählich zum ausschliesslichen Rechte des Papstes geworden[4], welches im Anfang des 15. Jahrhunderts wenigstens in Betreff der Konfirmation in dem Konstanzer Konkordat der drei romanischen Nationen, der Italiener, Franzosen und Spanier[5], seine ausdrückliche Anerkennung gefunden hat.

§. 124. bb. *Die Beschränkung der Wahlberechtigung auf die Domkapitel (Wahlkapitulationen).*

Gregor VII. hatte gegenüber dem fast in allen abendländischen Reichen gehandhabten fürstlichen Ernennungsrecht[6], die in den ältesten Zeiten der christlichen Kirche übliche Wahl als die nach kirchlichen Anschauungen allein berechtigte Art der Besetzung der bischöflichen Stühle wieder zur Geltung zu bringen gesucht[7]. Nach vielfachen Kämpfen ist dies seinen Nachfolgern im 12. Jahrhundert gelungen, wenngleich sie die Betheiligung der weltlichen Fürsten bei der Bestellung der Bischöfe allerdings nicht völlig auszuschliessen vermocht haben[8]. Seitdem ist die Wahl abermals, wie schon in der älteren Zeit, der gemeinrechtliche Modus der Besetzung der Bisthümer geworden. In der Bewilligung der Wahl und in dem Verzicht auf das Ernennungsrecht seitens der Fürsten lag ferner zugleich das Anerkenntniss, dass es sich dabei um eine wesentlich kirchliche Angelegenheit handele, und die nähere Regelung des

n. 2. Ueber Dalmatien vgl. ep. Innoc. II. v. 1139 bei Fejér, cod. dipl. Hung. 2, 113.

[1] S. 577. n. 6.

[2] Vgl. z. B. für das dänische Reich incert. auctor. chron. bei Ludewig, reliqu. manuscr. 9, 93: „Hic (Trugotus v. Lund 1277) primus inter archiepiscopos consecratus est a papa . . . Antecessores autem sui a suffrag(an) iis intra provinciam consecrationem ceperunt“.

[3] Ueber diese vgl. z. B. für Italien Ughelli 1, 486. 1184; für Spanien Florez, España sagrada 20, 21. 26. 28.

[4] Für Sizilien war das Recht sogar schon in dem Konkordate v. 1156 anerkannt, s. S. 600. n. 2; über England s. S. 590. u. Thomas Walsingham hist. Angl. bei Camden, Anglica, Normannica etc. Francof. 1603. p. 178: „A° 1373 . . . rex Edwardus misit ambassiatores ad . . . papam, rogans eum, ut super reservatione beneficiorum in curia sua facta in Anglia de cetero supersederet, ut etiam clerici ad episcopales dignitates suis electionibus pleno iure gauderent et ut a suis metropolitanis, prout antiquitus fieri consuevit, idem clerici confirmari valerent“; über Frankreich vgl. Sugenheim, Staatsleben des Klerus i. Mittelalter S. 211 ff.; Dänemark und Norwegen Münter, Kirchengesch. v. Dänemark und Norwegen II. 1, 70 ff.

[5] c. 2 bei Hübler, Konstanzer Reformation S. 198: „necnon (de) cathedralibus ecclesiis electiones ad sedem apostolicam deferentur“, das Folgende im Wesentlichen wie im deutschen Konkordat, s. S. 578. n. 2.

Das Basler Koncil Sess. XII. decr. 2; Sess. XXII. decr. 5, Mansi 29, 61. 120 hat hieran nichts geändert, wohl aber die pragmatische Sanktion Karls VII. v. 1438 für Frankreich in Betreff der Konsekration bestimmt tit. 2 bei Durand de Maillane, dictionnaire de droit canonique. 2 éd. Lyon 1770. 4, 774: „quod summus pontifex habeat remittere unumquemque per ipsum aut ipsius auctoritate, ut praemittitur, ad promovendum ad suum immediatum superiorem pro munere consecrationis aut benedictionis ab eo vel eius auctoritate consequendo, nisi dictus promotus sit praesens in curia et velit ibi consecrari“.

[6] S. 531 (Deutschland), S. 538 (Frankreich), S. 584 (England), S. 591 (Schweden), S. 594 (Sizilien), S. 598 (Spanien) u. S. 600 (Ungarn).

[7] S. 545. 579.

[8] S. 558. 580. 590. 598 ff.

Wahlverfahrens der kirchlichen Gesetzgebung gebühre. Das aufstrebende Papstthum konnte sich nunmehr dieser Aufgabe unterziehen, und in der That hat es die ihm gewährte Freiheit, offenbar nicht blos um die fühlbaren Lücken in den vorhandenen kirchlichen Anordnungen auszufüllen, sondern auch um den fortwährend von Neuem hervortretenden Bestrebungen der Fürsten auf Vermehrung ihres Einflusses bei den Wahlen entgegenzutreten [1], sofort und so energisch benutzt, dass die kirchliche Gesetzgebung über das Wahlverfahren im Wesentlichen schon im 13. Jahrhundert ihren Abschluss gefunden hat [2]. Die im 12. und 13. Jahrhundert erlassenen Normen bilden zum grössten Theile das noch heute für die Bischofswahlen massgebende Recht, und da dieselben bei der Darstellung des letzteren (vgl. u. §. 131) ihre Berücksichtigung finden müssen, so wird an dieser Stelle von einem weiteren Eingehen darauf abgesehen werden können.

Einer näheren Erörterung bedarf dagegen die allmählige Beschränkung des Kreises der Wahlberechtigten.

Nicht nur in der ältesten Zeit [3], sondern auch noch bis in das 12. Jahrhundert hinein erscheinen, soweit eine Wahl nicht überhaupt durch die fürstliche Ernennung ausgeschlossen gewesen ist, bei der ersteren Klerus und Volk, insbesondere die höhere Geistlichkeit des Stiftes und die einflussreicheren weltlichen Gesellschaftsklassen betheiligt [4].

Ja selbst, als das Papstthum den Kampf mit den Fürsten wegen des einseitigen Ernennungsrechtes und der Investitur begonnen hatte, wird seinerseits ebenfalls noch die Wahl durch Klerus und Volk gefordert, und weder das Wormser Konkordat [5] noch die sonst im 12. Jahrhundert [6] abgegebenen fürstlichen Zusicherungen der Wahlfreiheit enthalten irgendwelche, den Kreis der Wahlberechtigten beschränkende Bestimmungen.

In der Konsequenz der auf Ausschliessung des fürstlichen Einflusses gerichteten Bestrebungen des Papstthums lag allerdings auch die Beseitigung jedes Antheils der Laien an der Wahl [7]. Diese konnte es aber nicht im Beginne des Kampfes fordern. Einem solchen Verlangen standen die alten Kanones, auf welche es sein Recht zur Bekämpfung des kaiserlichen und fürstlichen Ernennungsrechtes stützte, entgegen. Auch hätte ein gleichzeitiges Vorgehen gegen die Laien die letzten Ziele der päpstlichen Politik zu deutlich enthüllt, und gerade die dadurch in ihren Interessen ebenfalls gefährdeten, mächtigeren weltlichen Klassen den Herrschern als Bundesgenossen in ihrem Streite mit dem Papstthum zuführen müssen.

Hieraus erklärt es sich, dass die kirchliche Gesetzgebung erst im 12. Jahrhun-

[1] S. vor. Note.

[2] Vgl. namentlich die Titel de electione X. u. in VIto. I. 6.

[3] S. o. S. 512.

[4] S. o. S. 59. n. 4; S. 516. 517. 523. 524. 527. 529. 534. 539. Uebrigens auch da, wo die Wahl nur den Charakter einer den Fürsten nicht bindenden Bezeichnung der Person trug, s. o. S. 533. 534.

[5] S. o. S. 558. Mit Recht bezeichnet es Bernheim, Wormser Konkordat S. 5. n. 12 als eine literarische Sage, dass von Gregor VII. die Einführung der Kapitelswahlen datire.

[6] Z. B. für England 1136 und für Sizilien 1156, s. o. S. 586. n. 3 u. 595. n. 1.

[7] Daher will auch schon Placidus von Nonantula den Laien nur noch ein nichts sagendes Zustimmungsrecht einräumen, de honore ecclesiae c. 81, Migne patrol. 163, 652: „Vere enim haec fictio disciplinae est, cum quisque ideo se putat sacrandum, quia a populo electus et a rege investitus est, cum disciplina spiritus sancti sit, unumquemque pastorem solummodo pro salute animarum pure et simpliciter ab omnibus clericis eligi, quibus consentire omnes filii illius ecclesiae, quae ordinanda est, et obedire pro salute animarum devotissime debent“.

dert mit dem Versuche, den Kreis der Wahlberechtigten zu beschränken und die Laien von der Wahl auszuschliessen, hervorgetreten und dabei mit grosser Vorsicht, ja mit einer gewissen Schüchternheit, verfahren ist. Das II. Lateranensische Koncil unter Innocenz II. v. J. 1139 gab durch seine Vorschrift, dass die Kanoniker bei der Bischofswahl die Mönche der Diöcese nicht ausschliessen, und die ohne Zuziehung der letzteren erfolgten Wahlen nichtig sein sollten [1], nur indirekt zu verstehen, dass eine mangelnde Betheiligung der Laien keinen Nichtigkeitsgrund bilde, und dass diesen also keine entscheidende Stimme bei der Wahl zukomme. Andererseits lässt es trotz der Betonung des Rechtes der Mönche erkennen, dass diese eine andere Stellung bei der Wahl haben sollen, als die Kanoniker. Letztere erscheinen als die allein zur massgebenden Bestimmung des Kandidaten berechtigten. Den Mönchen wird nur die Befugniss zugesprochen, ihren Rath bei der Ermittelung und Auswahl geeigneter Personen zu ertheilen, und nachher behufs Feststellung ihrer Mitwirkung zu der vom Kapitel vorgenommenen, rechtlich entscheidenden Wahl ihre Zustimmung (assensus) zu geben [2]. Ein Stimmrecht haben sie also nicht. Sie können vielmehr nur einen Widerspruch gegen eine nicht ordnungsmässige Wahl und gegen einen unfähigen Kandidaten erheben [3]. Ein solcher macht die Wahl an und für sich nicht nichtig, sondern verpflichtet den berechtigten kirchlichen Oberen nur zur Prüfung der Begründetheit desselben.

Wie das erwähnte Koncil blos mittelbar die Laien von der Betheiligung an der Wahl ausgeschlossen hatte, so erklärte es durch seine weitere Bestimmung in Betreff der Mönche das Domkapitel ebenfalls nur indirekt für die ausschliesslich wahlberechtigte Körperschaft, indem es hierbei an die bedeutende Stellung der Kanoniker unter der Stiftsgeistlichkeit und das hervorragende Interesse derselben bei der Neubesetzung der Bischofsstühle anknüpfte, sowie dem allgemeinen Zuge in der Entwickelung, welcher auf eine immer engere Begrenzung des Kreises der bei der Diöcesanverwaltung betheiligten Geistlichkeit hinausging [4], Rechnung trug. Wenn es endlich unter der sonstigen Stiftsgeistlichkeit allein den Mönchen eine genauer bestimmte Mitwirkung bei der Wahl einräumte, so hat es wohl dem Umstande Rechnung getragen, dass gerade jene Reform der Kirche, welche zur Erringung der Wahlfreiheit geführt hatte, wesentlich von dem Mönchthum gefordert war, und dass die Betheiligung von Angehörigen des Regularstandes als Berather der Kanoniker eine gewisse Garantie dafür bot, dass die Bischofswahlen im Sinne der Reformpartei ausfielen.

Auf dem durch das Lateranensische Koncil gelegten Fundamente hat die kirch-

[1] c. 28, Mansi 21, 533, auch in c. 35 D. LXIII: „Obeuntibus sane episcopis, quoniam ultra III menses vacare ecclesias prohibent patrum sanctiones, sub anathemate interdicimus, ne canonici de sede episcopali ab electione episcoporum excludant religiosos viros, sed eorum consilio honesta et idonea persona in episcopum eligatur. Quodsi exclusis eiusdem religiosis electio fuerit celebrata, quod absque eorum assensu et conniventia, factum fuerit, irritum habeatur et vacuum“.

[2] Vgl. ausser der eben citirten Stelle auch Gerhoh von Reichersperg de corrupto statu ecclesiae o. S. 59. n. 4 und ep. capit. Carnot. v. 1149 o. S. 581. n. 4.

[3] So fasst Alexander III. ihre Stellung auf, ep. ad cap. Brem. 1169, Lappenberg, Hamburg. Urkdbch 1, 216: „quod licet in electione pontificis favor principis debeat assensusque requiri, ad electionem tamen laici admitti non debent. Sed electio est per canonicos ecclesiae cathedralis et religiosos viros qui in civitate sunt et diocesi, celebranda. Nec tamen ita hoc dicimus, quod religiosorum contradictio canonicorum votis debeat praevalere, nisi forte electioni aut electo inpedimentum manifestum et canonicum obviaret. Si ergo laici se voluerint talibus immiscere, illius canonis memores existentes . . . docendus est populus, non sequendus, illis exclusis in electione concorditer et canonice procedatis“.

[4] S. o. S. 59 ff.



liche Gesetzgebung, ohne jemals dem sonstigen Klerus und dem Volke jede Antheilnahme zu verwehren, in derselben behutsamen Weise fortgebaut. In den Einzelfällen, welche zur Entscheidung des päpstlichen Stuhles gelangten, wurden seitdem die Kanoniker als die nach gemeinem Rechte zur Vornahme der electio in dem oben erwähten Sinne ausschliesslich legitimirten Personen betrachtet[1], und die in dieser Zeit ergangenen allgemeinen Normen über das Wahlverfahren gehen ebenfalls von dieser Voraussetzung aus[2]. Eine weitere Konsequenz dieses von den Päpsten eingenommenen Standpunktes ist es endlich, dass sie schon Ende des 12. Jahrhunderts, falls andere Geistliche eine Stimmberechtigung bei der Wahl beanspruchten, den Nachweis eines besonderen Titels für dieselbe verlangten[3], während deren Antheilnahme in den meisten Fällen aus dem früheren, allgemein anerkannten Mitwirkungsrecht des gesammten Stiftsklerus hervorgegangen war.

Eine völlig unbestreitbare gemeinrechtliche Geltung erlangte jene Anschauung demnächst in Folge der Publikation der mit Gesetzeskraft ausgestatteten Dekretalensammlung Gregors IX., in welche ein Theil der sie vertretenden Dekretalen und Koncilsbeschlüsse Aufnahme gefunden hatte[4].

Aus diesem Gange der päpstlichen Gesetzgebung erklärt es sich einmal, dass eine Reihe von Dekretalen der gedachten Zeit in Uebereinstimmung mit den kirchlichen Schriftstellern eine nachträgliche, in der Form der Zustimmung sich äussernde Betheiligung des Volks nach der vom Domkapitel vorgenommenen Wahl mit Rücksicht auf den alten Satz, dass der Bischof dem Volke nicht aufgedrängt werden solle[5], nicht für unstatthaft erklärt haben[6].

Ferner hängt es mit dem leise auftretenden Charakter jener Gesetzgebung zusammen, dass, obwohl die im 13. Jahrhundert von verschiedenen Fürsten ertheilten Zusicherungen über die Beachtung der Wahlfreiheit die Domkapitel ebenfalls als wahl-

[1] ep. Alex. III. ad Petr. apost. sed. legat. v. 1175, Mansi 21, 969: „quatinus archiepiscopo et canonicis dicas, quod pro te non dimittant, quin eidem ecclesiae (Meaux) personam idoneam provideant in episcopum et pastorem"; c. 3 (Innoc. III. 1200 betr. die Wahl in Sutri) X. de caus. poss. II. 12: „quum . . . secundum statuta canonica electiones episcoporum ad cathedralium ecclesiarum clericos regulariter pertinere noscantur"; c. 56 (Gregor. IX.) de elect. I. 6: „Edicto perpetuo prohibemus, ne per laicos cum canonicis pontificis electio praesumatur. Quae si forte praesumpta fuerit, nullam obtineat firmitatem, non obstante contraria consuetudine quae dici debet potius corruptela".

[2] So z. B. c. 42 (c. 24 Later. IV. a. 1215) X. de elect. I. 6: „ut is collatione habita eligatur, in quem omnes vel maior et sanior pars capituli consensit".

[3] c. 3 X. de caus. poss. cit. Als ein solcher Titel wird hier die Ersitzung des Wahlrechtes, in c. 28 X. eod. (Innoc. III. für Armagh) ein Privileg, in ep. Innoc. III. v. 1210 reg. XIII. 48 (s. S. 591 Anm.), v. 1205 reg. VIII. 78, ed. Migne 2, 662, c. 4 X. de postul. I. 5 in Betreff des Theilnahmerechtes der Suffraganen an der Bischofswahl für einzelne Erzbisthümer in Irland und Ungarn die Gewohnheit anerkannt, vgl. auch c. 50 (Greg. IX.) XI. 6.

Ihrerseits haben allerdings die Päpste mitunter offenbar, um eine Wahl in dem von ihnen gewünschten Sinne zu sichern, den Kapiteln aufgegeben, dabei sich des consilium von bestimmt bezeichneten Geistlichen, Aebten und Bischöfen zu bedienen, c. 52 (Gregor IX.) X. de elect. I. 6 u. ep. eiusd. ad cap. Mantuan. v. 1235, Ughelli Italia sacra 1, 866.

[4] S. die vorigen Noten.

[5] c. 13 Dict. LXI, s. auch o. S. 515.

[6] c. 19 (Innoc. III.) X. de elect. I. 6: „quum universus populus ad ecclesiam advenissent et audissent, qualiter a vobis (dem Kapitel) electio fuerat celebrata, factum vestrum communiter approbarunt"; c. 20 (id.) eod.: „faciebant . . . ad id (für Ertheilung der Dispensation) non modicum concors capituli Vigorniensis electio, petitio populi, assensus principis" etc.; Innoc. III. ad ep. Gebennens. v. 1212 bei Migne 2, 695: „canonici Ebredunensis ecclesiae . . . cum tractatum diutinum habuissent, tandem . . . cleri, populi et suffraganeorum desideriis concurrentibus, te in suum archiepiscopum et pastorem unanimi postulavere consensu".

Auch Gerhoh, s. o. S. 59. n. 4, gewährt den honorati das Recht des assensus, bemerkt aber, dass die Verweigerung desselben nicht zur Kassation der Wahl führen könne.

Die o. Note 1 citirte Dekretale Gregors IX. verbietet nur eine für die Abstimmung selbst mitentscheidende Betheiligung der Laien.

berechtigt voraussetzen[1], eine entscheidende Mitwirkung der übrigen Faktoren doch zum Theil bis weit in das 13. Jahrhundert hinein vorgekommen ist, und bis dahin mannigfache Verschiedenheiten bestanden haben.

In **Deutschland** hatte man nach dem Wormser Konkordat auf das alte Recht zurückgegriffen, und demnach nahmen hier der Klerus und das Volk an den Wahlen Antheil[2]. Thatsächlich war aber eine wirkliche Abstimmung dieser nicht scharf begrenzbaren Klassen, ebenso wie früher, unmöglich, und daher der Kreis der wirklich bei der Wahl in der einen oder anderen Weise entscheidenden Personen auf die Geistlichen und die Laien von hervorragender Stellung, die *capita ecclesiae et populi*[3], beschränkt, so dass dem niederen Klerus und Volk nur eine nicht weiter rechtlich und faktisch bedeutsame Akklamation oder Zustimmung zu der von den ersteren vorgenommenen Wahl, und falls bei einer solchen ein Zwiespalt hervortrat[4], zu der Wahl des einen oder anderen in Frage kommenden Kandidaten übrig blieb[5].

Die entscheidende Bezeichnung des Kandidaten, d. h. eine Stimmberechtigung im modernen Sinne, stand natürlich den Domherren[6], ausserdem aber vielfach auch den Prälaten der angeseheneren Kollegiatstifter und anderen Geistlichen von hervorragender Stellung, z. B. den Aebten gewisser Klöster[7], den s. g. *maiores*[8], *magnates*[9], *praelati*[10], *priores ecclesiae*[11] zu. Im 12. Jahrhundert erscheinen in einzelnen Fällen auch Mönche als wahlberechtigt im eigentlichen Sinne[12].

Unter den Weltlichen, welche bei der Wahl mit in Frage kommen, werden die *honorati*[13] und *proceres patriae*[14], insbesondere die *duces*[15], *comites*[16], *nobi-*

[1] S. o. S. 573. n. 2 u. 3; S. 595. n. 5.

[2] Ueber das 12. Jahrh. vgl. Balderici g. Alberon. c. 10, S. 564. n. 6; Ann. Colon. max. a. 1132, a. a. O. n. 3; Annal. Saxo a. 1133, SS. 6, 768: „canonica electione cleri et populi"; ibid. p. 769: „generali electione cleri et populi"; gleiche oder ähnliche Wendungen in Otton. Frising. chron. VII. 20, SS. 20, 260; eiusd. g. Frider. I. imp. II. 28, ibid. p. 411; Helmold. chron. Slav. I. 79, SS. 21, 71. Ueber das 13. Jahrh. vgl. Reiner. annal. a. 1229, SS. 16, 680: „ab universo clero, a ducibus et comitibus et nobilibus, a militibus et plebeiis . . . eligitur in episcopum Leodiensem . . . Johannes".

[3] Dieser Ausdruck in Laurent. g. ep. Virdun. c. 29, S. 561. n. 6.

[4] Für das 12. Jahrh. s. Laurent. g. Virdun. l. c.; g. episc. Camer. c. 16, SS. 7, 507; vita Arnoldi b. Jaffé mon. Mogunt. p. 610: „clero Moguntiae metropolis unanimi eligente, populo acclamante"; Arnold. Lubec. chron. Slav. I. 13, SS. 21, 125; für das 13. Jahrh. g. episc. Halberstad. a. 1201, SS. 23, 115: „Ad electionem igitur considentes (sc. fratres, d. h. die Domherrn) vota sua in ... C. maiorem prepositum coniecerunt et consensu unamini totius cleri et populi acclamatione in . . . episcopum concorditer elegerunt".

[5] ep. Loth. ad Innoc. II. v. 1135, Jaffé mon. Bamb. p. 524.

[6] ep. Lothar. cit.; Arnold. chron. I. 13, SS. 21, 125; s. Note 4; vgl. auch die folgende Note.

[7] Nach der ep. Coloniens. ad Eugen. III. v. 1151 erscheinen als bei der Wahl betheiligt „decanus, archidiaconi, abbates, prepositi, clerus, honorati et universus populus" und zwar „votis concordibus et pari cunctorum acclamatione", so dass also auch hier abstimmende und zustimmende unterschieden werden; nach Otton. Fris. g. Frider. I. imper. II. 31, SS. 20, 414 die Pröpste der Kollegiatstifter und die Aebte, nach Lamberti Waterlos a. 1167, SS. 16, 541 die abbates und quidam archidiaconi, nach Balderic. g. Alberon. c. 10, SS. 8, 249 der Propst eines Kollegiatstiftes in Trier.

[8] Annal. Saxo a. 1126, SS. 6, 763.

[9] vit. Nortbert. c. 18, S. 564. n. 3.

[10] Chron. Magni presb. a. 1191, SS. 17, 518: „Wolfkerus . . . electus unanimiter a Pataviae choro et praelatis omnibus eiusdem episcopatus, ministerialibus quoque et plebe".

[11] Dieser Ausdruck ist in Köln gebräuchlich gewesen, Ficker, Engelbert d. Heilige, Köln 1853. S. 12. 13. 206.

[12] Annal. Erphesf. a. 1129, SS. 6, 537: „In episcopatu Halberstadensi II episcopi per dissensionem clericorum et regularium statuuntur"; vgl. auch ep. Loth. cit. b. Jaffé l. c. p. 525; nur des Assensus eines Abtes nach vollzogener Wahl gedenken Laur. g. Virdun. c. 29. S. 561. n. 6.

[13] S. o. Note 7.

[14] Lamberti Waterlos a. 1167, SS. 66, 540.

[15] S. oben n. 2 a. E. über die Wahl Brunos IV. in Köln 1205 dial. clerici et laici zw. 1205 u. 1208 bei Boehmer, fratri 3, 403: „Si electio enim fieri poterat, illa celebrari non debuit, nisi presentibus nobilibus terrae, beneficiatis hominibus s. Petri et summis officialibus episcopis quorum est electionem approbare . . . Aderat enim comes de Seine maioris ecclesiae advocatus, cuius prima vox est in assensu prestando . . . Aderat dux de Limburg et alii nobiles quam plures et populus multus nimis".

[16] S. vor. Note; g. episc. Traiect. c. 18 a. 1215,

les [1], die *barones* [2], die *milites* [3], die *ministeriales* [4], die *beneficiati* [5], ferner die Advokaten der Kirche [6] und andere höhere bischöfliche Beamte [7], endlich die *cives* [8], also alle diejenigen, welche in Folge ihrer Stellung oder ihrer Aemter oder Lehne zu dem Bisthum in Beziehung stehen und ein besonderes Interesse an der Bestellung des neuen Bischofs haben, hervorgehoben.

Eine Stimmberechtigung im eigentlichen Sinne gewährte man den erwähnten Personen aber nicht mehr [9], sie traten daher auch nicht als Mitglieder in das durch die höhere Geistlichkeit gebildete Wahlkollegium ein [10], vielmehr hatten sie blos das Recht, den Wahlberechtigten Namens des Volkes genehme Kandidaten in nicht bindender Weise zu nennen (*petere*) [11], ferner aber auch die Befugniss, zu der von dem Wahlkollegium vorgenommenen Wahl ihre Zustimmung (*assensus*) zu geben. Nach der damals in Deutschland herrschenden, freilich von der strengkirchlichen Richtung verworfenen [12] Anschauung bedurfte es dieser zum Abschluss, d. h. zur Gültigkeit der Wahl [13], und falls sie nicht ertheilt war, galt der von den Geistlichen auserlesene Kandidat nicht als rechtmässig gewählt [14].

Diese Rechte waren immerhin bedeutsam genug, um einen weitgehenden Einfluss auf die Besetzung der Bischofsstühle zu ermöglichen. Bald waren es die mächtigen Dynasten-, Grafen- und Adelsgeschlechter [15], bald die Vasallen und Ministerialen [16],

SS. 23, 410: „predicte comites . . . Traiectum conveniunt . . . Unde ad instanciam eorum Otto II. . . . eligitur in episcopum". Vgl. auch c. 11 ibid. l. c. p. 407 u. die vor. Note.

1 S. S. 605. n. 2 u. 15.

2 Balder. g. Alberon. c. 18, SS. 8, 248: „Sane cum rex esset in civitate nostra et cum eo . . . provinciae nostrae barones, facto conventu ad eligendum pastorem, quinque nominavimus, ut facilius per concordiam unus illorum ab omnibus eligeretur. His nominatis barones et omnes laici a nobis pro capiendo consilio . . . secedentes, moxque ad nos reversi, nullum de quinque sibi prenominatis, sed omnes . . . Gebehardum petieruht; et quamvis . . . tamen . . . adeo in ea peticione perseveraverunt, quod plerique fratres nostri illis concordare ceperunt".

3 S. 605. n. 2.

4 S. 605. n. 10; contin. Admont. a. 1200, SS. 9, 589: „communi electione cleri et ministerialium", s. auch S. 574. n. 5; S. 575. n. 2.

5 S. 605. n. 15.

6 Balder. g. Alberon. c. 10, SS. 8, 248: „cum ad faciendam electionem conveniremus, palatinus comes qui est aecclesiae nostrae (v. Trier) advocatus ceterique nobiles et populus, ubi intentionem nostram persenserunt, facta turba et tumultu, penitus nos disturbaverunt, et tunc omnes dominum Godefridum . . . qui primus de quinque erat nominatus, sibi dari petierunt"; S. 605. n. 15.

7 S. 605. n. 15.

8 Lamberti Waterlos ann. Camer. a. 1167, SS. 16, 541, d. h. wohl die Vertreter der Bürgerschaft; annal. Egmund. a. 1198, SS. 16, 473: „Theodericus praepositus de Masdrecht cleri electione favore comitum Theoderici et Ottonis et consensu civium . . . in episcopatu successit".

9 Wo in den vorstehend citirten Berichten von ihrer electio die Rede ist, bedeutet electio, das ganze Wahlverfahren, die Auswahl der Person durch die stimmberechtigten und die hinzutretende Thätigkeit der anderen, bei der Wahl betheiligten Personen, vgl. z. B. g. episc. Halberstad. S. 605. n. 4 u. 15.

10 Diese Scheidung zeigen die S. 605. n. 4. 7. 10, die diese S. n. 2 u. 6 citirten Stellen und Gisleb. chron. Hann. SS. 21, 573.

11 Dieses s. g. petere erwähnt Gerhoh v. Reichersperg, s. o. S. 59. n. 4; vgl. auch o. Note 2 u. 6.

12 S. o. S. 603.

13 Dies zeigt schon allein die regelmässige Erwähnung der Betheiligung des Volks in den Berichten über stattgehabte Wahlen, vgl. ferner die Note 10 citirten Stellen.

14 Chron. Hildesheim. 1199, SS. 7, 859: „(Harbertus) communi et canonico tocius capituli et cleri consensu, omnibus laicis omnino contradicentibus, in episcopum electus est, propter quod nostra ecclesia multos et graves labores, expensa, pericula . . . perpessa est. Tandem eo iam in episcopum consecrato et ad episcopium nostrum, unde per annum et amplius electus fuerat, revertente".

15 So z. B. im 13. Jahrhundert in Köln die Grafen von Berg, Ficker, Engelbert S. 14 ff.; in Mainz die Familien von Bolanden und Eppstein, Winkelmann, Philipp v. Schwaben 1. 191 Note 2; über Utrecht s. S. 605. n. 16; Note 8 dieser Seite.

16 Notae s. Emmerani a. 1235, SS. 17, 574 über Regensburg: „Dissensio gravis inter chorum et ministeriales oritur. Pars chori minor Gotfridum prepositum eligunt. Res episcopales miro modo vastantur. Contraria pars chori cum abbate s. Emmerani . . . Romam adeunt et . . . apud Gregorium VII. (d. h. IX.) Sigifridum . . . elegerunt et in episcopum . . . ab ipso apostolico con-

welche eine selbst bis zu direkter Einmischung in die Wahl ausgedehnte Einwirkung, und zwar nicht blos mit Rücksicht auf ihre politische Parteistellung, sondern mit Rücksicht auf ihre lokalen, persönlichen und Familieninteressen übten, und auch vielfach um so leichter üben konnten, als die geistlichen Wähler aus denselben Gesellschaftsklassen und Familien, denen sie selbst angehörten, hervorgingen.

Im Laufe des 13. Jahrhunderts tritt indessen, wenngleich das städtische Element in Folge seiner Erstarkung vorerst in steigendem Maasse eine Berücksichtigung insofern erzwang, als es sich wiederholt missliebigen, von der Geistlichkeit gewählten Kandidaten widersetzte und sich derselben zu entledigen suchte[1], eine entschiedene Wendung ein. Bei dem nicht selten vorkommenden Antagonismus zwischen den Domkapiteln und der übrigen bisher wahlberechtigten Säkular- und Regular-Geistlichkeit[2], und dem Bestreben der ersteren, die Theilnahme an der Verwaltung der Bisthümer ausschliesslich in ihre Hände zu bekommen, bot die schon im Beginne des 13. Jahrhunderts bei der Kurie feststehende, die ausschliessliche Wahlberechtigung der Kapitel als Regel anerkennende Praxis (s. o. S. 604) eine erfolgreiche Handhabe, allmählich die Mitwirkung der hervorragenden Geistlichkeit des Stifts und der Diöcese zu beseitigen. Das Vorschlags- und Zustimmungsrecht der mächtigen und einflussreichen Laien und die durch dieselben herbeigeführten Wirren[3] hatten ebenfalls oft genug so schädliche Folgen für die einzelnen Bisthümer gehabt, dass die Kapitel schon ihrer selbst wegen genöthigt wurden, auf die Ausschliessung dieses Elementes von der Antheilnahme an den Wahlen hinzuwirken. Dies liess sich um so leichter durchführen, je mehr die Mitglieder jener Dynasten- und adligen Familien in die Domkapitel eindrangen[4], und deren Interessen im Schoosse der Kapitel eine einflussreiche Vertretung gewannen. Die Betheiligung des niederen Klerus und des Volks endlich hatte schon früher ohnehin nur dadurch Bedeutung gehabt, dass die hervorragenden Mitglieder beider Klassen diese Massen zur Durchführung ihrer Pläne benutzten, und musste von selbst, sowie deren Führer ihre Rechte nicht mehr geltend machten, in sich zusammenfallen.

Alle diese Umstände führten dazu, dass mit Abschluss des 13. Jahrhunderts auch für Deutschland der schon viel früher päpstlich anerkannte Grundsatz, dass die Bischofswahlen für die Regel allein und ausschliesslich von den Domkapiteln vorzunehmen seien, zu praktischer Durchführung gekommen, und die frühere, rechtlich bedeutsame Mitwirkung des übrigen Klerus und der Laienschaft verschwunden ist[5].

secratum secum adduxerunt. Ne autem de cetero quid tale contra electiones a laicis praesumatur ministerialibus, asserentibus electionem pontificalem in suo debere consistere plus quam cleri arbitrio, sciant omnes ... quod omnis adversa pars ... omnes ab ecclesiasticis beneficiis et chori consortio sub pena excommunicationis sunt sequestrati"; vgl. ferner Sugenheim S. 195; Ficker a. a. O. S. 112. 113.

[1] Vgl. bellum Waltherian. c. 32, SS. 17, 113: „ad preces civium (v. Strassburg 1262) elegerunt (canonici) in episcopum concorditer ... Heinricum"; Sugenheim S. 193. 194; dipl. des Bischofs Georg v. Passau v. 1389, Monum. Boica XXX. 2, 389: „... cum vacante ecclesia nostra ... capitulum ... eligentes. Ortaque inter idem capitulum et civitatem nostram Pataviensem materia guerrarum ac populo eiusdem civitatis a debito regimine deviante dictum capitulum ac ecclesiam multis iniuriis afficientes iura ecclesie multipliciter invaserunt, nonnullos presbyteros ceperunt, ... multoque alia enormia ... fecerunt et commiserunt, parati etiam castra et bona ecclesie, quantum in eis erat et facultatem habuissent, bellicis actibus invadere et pro se ipsis, prout publice se iactarunt, tenere et occupare".

[2] Vgl. z. B. Gisleb. chron. Hann. SS. 21, 573; Ficker a. a. O. S. 17.

[3] Sugenheim S. 191 ff.; Hurter, Innocenz III. 3, 229 ff.

[4] S. o. S. 67 ff.

[5] Die der nicht zum Kapitel gehörigen Geistlichkeit früher, als die der Laien, so sind z. B. in Passau 1246 nur die Kanoniker, neben ihnen aber noch die Ministerialen bei der Wahl betheiligt, ann. s. Rudbert. Salisb. a. 1246, SS. 9, 789.

In Italien, wo der päpstliche Einfluss sich stärker geltend machen konnte, ist die Beschränkung des Wahlrechtes auf die Domkapitel ebenfalls im 13. Jahrhundert, theilweise sogar schon zur Zeit Innocenz' III.[1], und im Allgemeinen früher als in Deutschland erreicht worden[2], und dieselbe Uebung hat sich im Königreich beider Sizilien[3], in Frankreich[4], England[5], Dänemark[6], Norwegen[7], Schweden[8] und Ungarn[9] während des gedachten Jahrhunderts fixirt, wogegen in Spanien noch in dieser Zeit eine Betheiligung des übrigen Klerus und der Laienschaft vorgekommen ist[10].

Eine schon rein passive Stellung des Klerus und Volkes zeigt der Bericht über die Bischofswahl in Lübeck v. 1259, Leverkus, Urkdbch des Bisthums Lübeck S. 133: „sollempniter electionem publicavimus (die Domherrn), eandem . . . deinde viris religiosis, clero et populo qui electionem expectando desiderabant, sicut congruit exponentes“. Die chron. episc. Merseburg. c. 21 ff., SS. 10, 191 ff. erwähnen v. J. 1240 ab nur der Wahl durch das Kapitel allein, ebenso wählt dasselbe in Regensburg 1226, ann. s. Rudb., SS. 9, 783; in Worms ann. Wormat. a. 1247, SS. 17, 51; in Hamburg-Bremen, ann. Hamburg. a. 1258, SS. 16, 384; in Strassburg 1262, s. S. 607. n. 1.

[1] c. 21, 36 (Innoc. III.) X. de elect. I. 6 für Novara u. Cremona, eiusd. ep. IX. 172, für Ivrea und IX. 186 für Gubbio v. 1206, Migne 2, 1004. 1025; XVI. 51 für Novara v. 1213, wiewohl allerdings auch noch zu seiner Zeit einer Betheiligung des clerus, der consules und des populus in Pavia, ep. I. 326 v. 1198, l. c. 1, 292 des clerus et populus in Piacenza ep. II, 111 v. 1199, l. c. 1, 666; der assentientes nobiles et ministeriales in Aquileja ep. VII. 99 v. 1204, l. c. 2, 383 gedacht wird.

Eine Stimmberechtigung von Prälaten, Aebten, Kanonikern der Kollegiatkirchen, und anderen Geistlichen bei der Bischofswahl im Domkapitel hat sich bei einer Reihe von italienischen Kathedralen erhalten oder ist wenigstens beansprucht worden, Innoc. III. ep. IX. 186 cit. für Gubbio, XV. 112 v. 1212 für Mailand l. c. 3, 623; c. 50 (Gregor. IX.) X. de elect. I. 6 (für Como? v. 1227?); Honor. IV. ep. v. 1286 für Marsico, Ughelli Ital. sacra 1, 910.

[2] Für Pisa dipl. a. 1216 bei Ughelli 3, 444; ep. Honor. III. v. 1221 für Pola l. c. 5, 479; ep. Gregor. IX. für Ventimiglia und Mantua v. 1233 u. 1235, l. c. 4, 303 u. 1, 866; für Concordia u. Aquileja annal. Foroiul., SS. 19, 206, wiewohl freilich in Oberitalien die Bürgerschaften wiederholt einen Einfluss auf die Wahlen auszuüben versucht haben, s. syn. Bergam. a. 1311 für die Mailänder Provinz rubr. 17, Mansi 25, 493: „. . . experientia manifestat, quod laici praesentes in electionum tractatu non permittunt eligentes plerumque habere liberum arbitrium eligendi et eis incutientes timores inducunt ipsos ad eligendum personas, quas alias nullatenus nominarent. Quapropter . . . ordinamus, quod . . . illi ad quos spectat electio . . . convenient in aliquem locum . . . idoneum et ante ipsum tractatum . . . omnes laicos de ipso loco eiusque clausura licentient et expellant et . . . ad tractatum ipsum et ad electionem procedant legitime, . . . electionem quae vero aliter celebrari contigerit, ex nunc decernimus nullam esse . . . ex electione quippe aliqua ius aliquod electo decernimus non acquiri, pro quo eligendo, dummodo non in fraudem, scilicet ut ipsius eligendi electio vitietur, alicui vel aliquibus minae vel terrores seu iniuriae fuerint irrogatae vel pro quo eligendo armatorum multitudo, electionis tempore, accesserint ad locum . . . ad terrorem incutiendum illis, ad quos electio pertinebit, aut propter quem eligendum eius agnati vel amici minas intulerint eligentium consanguineis vel propinquis“.

[3] S. 595. n. 5; c. 17 (Innoc. III. für Penna), c. 18. 19 (derselbe für Capua) X. de elect. I. 6; S. 597; ep. eiusd. v. 1212, XV. 235 für Melfi, l. c. 3, 777.

[4] Hier theilweise schon Ende des 12. Jahrhunderts, S. 582. n. 3, vollständig im Laufe des 13., a. a. O. n. 6, vgl. ferner die Dekretalen Innocenz III. für Bajeux, Toulouse, Terouane und Lyon, und Gregors IX. für Nevers und Chalons in c. 19. 30. 32. 34. 53. 56. X. de elect. I. 6; ebenso in der Normandie s. ep. Luc. III. für Rouen v. 1191, Mansi 22, 480; S. 587. n. 2; c. 48 (Gregor. IX.) X. lit. cit.; Raynouard, histoire du droit municipal en France. 2, 105 ff. 137. Auch in Frankreich hat es übrigens ebensowenig wie in Deutschland und Italien an Versuchen der einflussreichen Laienschaft, gewaltsam einen Einfluss auf die Wahlen der Kapitel auszuüben, gefehlt, Hurter, Innocenz III. 3, 230; conc. Bituric. a. 1276. c. 1, Mansi 24, 167: „. . . Asserebant, quod in regno Franciae . . . his diebus in electionibus celebrandis . . . pro libertate datur impressio . . . adeo quod quando in certis locis electiones pastorum imminent faciendae, multitudine populi per iniquitatis filios concitata in electores impetum faciente, electiones ipsae in nonnullis ecclesiis aut ad tempus impediuntur totaliter aut in locis hactenus consuetis nequeunt celebrari, prout in Lugdunensi, Burdegalensi et Carnotensi ecclesiis nuper dignoscitur esse factum“.

[5] S. 589. n. 4.

[6] S. 592.

[7] S. 592.

[8] S. 593.

[9] S. 600.

[10] So in Gerona 1214, Florez etc. España sagrada 44, 259: „Clerus et populus Gerundensis urbis atque diocesis . . . assensu et magnatum voluntate et totius reliqui vulgi communi aclamatione elegerunt Raimundum . . . in praefatae sedis episcopum“; a. 1230, l. c. 43, 395: „Clericorum maioresque nobilium laicorum tam comites

§. 125. cc. *Die Entwickelung des fürstlichen Nominations- oder Präsentationsrechtes seit dem 15. Jahrhundert. (Nominationsrecht der Erzbischöfe von Salzburg.)*

Dem Papstthum war es nach vielfachen Kämpfen gelungen, die im Beginne des Mittelalters herrschende Anschauung, dass die Vergebung der Bisthümer ein aus der Herrschergewalt herfliessendes fürstliches Recht sei, zu beseitigen. Seit dem 12. Jahrhundert galt die Besetzung der bischöflichen Stühle wieder als eine wesentlich

ibidem commorantes quam cetera omnis plebs simul in uno concordantes uno sensu unaque voluntate omnes in uno positi . . . eligentes"; andererseits s. Innoc. III. ep. v. 1211. XIV. 122 für Pamplona, ed. Migne 3, 478.

Nachdem die Domkapitel die ausschliessliche Wahlberechtigung der Bischöfe erlangt hatten, liessen sich dieselben sehr bald von den zu wählenden Kandidaten bestimmte, die Verwaltung des Bisthums betreffende Zusicherungen ertheilen und die Beobachtung derselben eidlich versprechen, c. 27 (Innoc. III. für Todi) X. de iureiur. II. 24; annal. Erphord. a. 1233, SS. 16, 28: „Sifridus Maguntinus habito consilio cum canonicis Maguntinis pro sui predecessoris debitis, quibus episcopatus iam dudum Rome fuerat obligatus, in tota sua diocesi redituum vicesimam partem a personis ecclesiasticis colligi mandavit, ac super hoc privilegio, se numquam a clero suo diebus suis quicquam amplius petiturum. Canonici etiam matricis eccclesie Moguntiae fide iuratoria confirmaverunt, se de cetero nullum pontificem electuros, nisi in idem privilegium consensurum". Schon Innocenz III. und später Nikolaus III. (1277—1280) c. 1 in VIto eod. II. 11 haben dergleichen Vereinbarungen, soweit sie auf etwas rechtlich unzulässiges oder der kirchlichen Freiheit widersprechendes gerichtet waren, für nichtig erklärt. Ein allgemeines Verbot solcher Verabredungen war aber damit nicht aufgestellt, und in Folge dessen dauerte diese Sitte nicht nur fort, vielmehr dehnte sich dieselbe in Deutschland schon im 15. Jahrhundert fast auf alle Domkapitel aus. Während solche Wahlgedinge anfänglich sich nur auf einzelne Punkte bezogen, und vor Allem den Zweck hatten, die Verschleuderung des Bisthums- und Stiftsgutes oder die Beschwerung des Bisthums und des Klerus mit neuen Abgaben und Lasten zu verhüten, brachten die Kapitel im Laufe der Zeit dabei immer mehr ihr eigenes Interesse zur Geltung und nöthigten die neuzuwählenden Kandidaten, ihnen, und zwar in besonders aufgesetzten Urkunden, den s. g. **Wahlkapitulationen**, eidliche Versprechungen in Betreff der Bestätigung ihrer Rechte und Privilegien, der Gewährung neuer Freiheiten und neuer Vermögensmassen, sowie der Führung der geistlichen und weltlichen Regierung des Stiftes zu gewähren, v. Sartori, geistl. u. weltl. Staatsrecht d. deutschen . . . Erz-Stifter. I. 2, 166 ff. 174 ff.; J. J. Moser, teutsch. Staatsrecht 11, 438. 440. 441. Die dadurch den Bischöfen auferlegten Beschränkungen gaben sehr bald zu vielen Klagen Veranlassung (vgl. die hundert Beschwerden der deutschen Nation v. 1522 u. 1523. c. 85, bei Gaertner, corp. iur. eccles. cath. 2, 208: „Illicitum est et hoc pleneque iniquum, quod canonici ecclesiarumque cathedralium praeeminentiores, quorum in manu potior ecclesiasticorum iudiciorum, synodorum ac censurarum pars sita est, . . . nullum in episcopum eligunt, nisi se prius iureiurando adstrinxerit planeque devoverit, literis quoque interdum instrumentis que sigillo probe munitis caverit, ipsis ipsorumque ordinatis iudicibus ab officialibus in nullo utcunque gravi vel inhonesto intolerabilique proposito se contrarium fore. Ac si quando eos delinquere contigerit, impune eis per ipsum, ut hoc sibi liceat"). Auch versuchten die Bischöfe mehrfach, sich ihrer Versprechungen dadurch zu entledigen, dass sie bei dem päpstlichen Stuhle die Lossprechung von denselben nachsuchten. Dieser erklärte nicht nur in dergleichen Fällen die Wahlkapitulationen als der kirchlichen Freiheit widersprechend für nichtig, v. Sartori S. 175. 178. 182 ff. 185. 198, sondern schritt auch durch allgemeine Verbote dagegen ein. So wiederholte Gregor XIII. in der Bulle: „Inter apostolicas vom 7. September 1584 (Bull. Taur. 8, 489) im Wesentlichen die Vorschriften der vorhin citirten Konstitution Nikolaus' I. und nachdem sich dies erfolglos erwiesen hatte, verbot Innocenz XII. durch die Bulle: Ecclesiae catholicae v. 22. September 1695 (l. c. 20, 716) die Eingehung von Kapitulationen überhaupt, indem er gleichzeitig verordnete, dass eine selbst eidliche Bestärkung derselben nicht bindend sein sollte. Wenngleich der Kaiser diese Bulle ebenfalls anerkannte, v. Sartori a. a. O. S. 189, so blieb es doch bei der im deutschen Reich hergebrachten Uebung. Die Bischöfe waren, da die Verfassung der geistlichen Territorien zum Theil auf den Wahlkapitulationen beruhte, oft genug genöthigt, diese bei ihrer Wahl zu acceptiren, und mussten auch nach derselben, um ihre Stellung gegenüber dem Kapitel und ihrem Lande nicht zu verderben, von der Nachsuchung einer Kassation bei der römischen Kurie absehen. Dazu kam, dass die gedachte Uebung nicht nur in dem westfälischen Frieden, instrum. pac. Osnabr. art. V. §. 17 reichsgesetzliche Anerkennung gefunden hatte, sondern auch später durch das in den kaiserlichen Wahlkapitulationen (Art. 14 §. 1) enthaltene Versprechen, die hergebrachten Gewohnheiten der Domkapitel schützen zu wollen, eine weitere Sanktion erhielt. Vgl. über die Wahlkapitulationen Petr. Gallade, diss. de capitulatione episcopo Germaniae . . . proposita. Heidelb. 1758, bei Schmidt, thes. iur. eccles. 2, 767; J. J. Moser a. a. O. 430 ff. und damit

kirchliche Angelegenheit [1], und im folgenden hat sowohl das ausschliessliche Wahlrecht der Domkapitel [2], wie auch das von den Päpsten bei den Bischofswahlen in Anspruch genommene Entscheidungs- und ihr Mitwirkungsrecht bei der Besetzung der Bischofsstühle praktische Anerkennung gefunden [3]. Einen völligen Ausschluss der Betheiligung der weltlichen Fürsten bei der Wahl und bei der Verleihung der Bisthümer hat jedoch das Papstthum nicht erreichen können [4]. Nicht nur durch diese ist seit der gedachten Zeit die Wahlfreiheit der Domkapitel mehrfach gefährdet worden [5], die Päpste selbst haben vielmehr das Wahlrecht derselben wiederholt durch einseitige Ernennungen von Bischöfen namentlich kraft des in Anspruch genommenen obersten Besetzungs- und Reservationsrechtes [6] beeinträchtigt.

Der vermehrte und weitgehende Einfluss, welchen die Päpste zunächst im Interesse der Erhöhung ihrer Macht geltend zu machen gewusst hatten, wurde während der durch die Uebersiedelung nach Avignon und durch das Schisma erschütterten Stellung des Papstthums seitens der weltlichen Fürsten, deren Unterstützung dasselbe vielfach bedurfte, — so von den deutschen Kaisern [7], den Königen von England [8], Frankreich [9] und Spanien [10] benutzt, um gerade durch päpstliche Kassationen stattgehabter Kapitelswahlen und päpstliche Ernennungen ihnen genehme Kandidaten auf die Bischofsstühle zu befördern. In Ungarn [11], sowie im Königreich beider Sizilien und in Spanien musste das Papstthum sogar das Zurückgreifen der Fürsten auf das alte frühere Ernennungsrecht der Bischöfe dulden, und im 15. und 16. Jahrhundert den Herrschern der beiden zuletzt erwähnten Reiche das Patronat- und Präsentationsrecht auf die Bisthümer durch Indulte zugestehen [12]. Ebenso erlangte Kaiser Friedrich III. von Nikolaus V. das Ernennungsrecht auf einzelne Bisthümer seiner Länder [13], und der Kurfürst Friedrich II. von Brandenburg ein solches für die Bisthümer Havelberg, Brandenburg und Lebus [14]. Nicht minder bewil-

wesentlich identisch die Erörterung in desselben persönl. Staatsrecht derer deutsch. Reichsstände, Th. I. S. 89 ff.; v. Sartori a. a. O. S. 159 ff. (hier S. 222 auch weitere Literatur); Kress, Erläuterung d. Archidiakonalwesens. Helmstedt 1725. 1, 60 ff.; Gehring, d. kath. Domkapitel Deutschlands. Regensburg 1851. S. 27. 157 ff.; Vering, K. R. S. 553. n. 12.

1 O. S. 601.

2 O. S. 607.

3 O. S. 574. 590. 594. 597.

4 O. S. 601.

5 O. S. 590. 597.

6 O. S. 575. 594.

7 O. S. 576.

8 O. S. 589.

9 Sugenheim S. 212. 213.

10 Hergenröther i. Arch. f. k. K. R. 10, 11.

11 O. S. 600 Anm. 2.

12 O. S. 597. 599 Anm.

13 Indult v. 1447 für Brixen, Gurk, Triest, Chur, Seben Chmel reg. Frider. IV. (imper. III.) Wien 1838. n. 2019, Erneuerung desselben durch Paul II. 1469 in Betreff der drei erstgenannten Bisthümer und Gewährung für Wiener-Neustadt, l. c. n. 5592, Indult Pius' II. 1463 für Laibach l. c. n. 4008 (der Wortlaut ist dort nicht mitgetheilt).

14 a. 1447, Riedel, Cod. dipl. Brandenburg. I. Hauptthl. 2, 501: „Quia vacantibus Brandeburgensi, Avelbergensi et Lubucensi ecclesiis aut earum aliqua nonnulla scandala hactenus in illis partibus intelleximus fuisse suborta, propterea, quod ipsis ecclesiis de personis vel populis vel principibus . . . minus gratis per electionem vel alias provisum extiterat, ne tuo tempore similia contingant, quociescumque predictas ecclesias aut earum aliquam vacare contingerit, curabimus et volumus de personis ydoneis tibi gratis et fidelibus, quas nobis nominaveris et pro eisdem supplicaveris, ipsis ecclesiis providere ad tempora vite tue". Ein Beispiel solcher Ernennung i. J. 1459 bei Raumer, cod. dipl. Brandenb. contin. 1, 224. Auch die Nachfolger Friedrichs haben dieses Recht ausgeübt, Riedel l. c. p. 419. Dass aber neben der Nomination mitunter, freilich nicht immer (s. Raumer l. c.) eine Scheinwahl konkurrirte, zeigt die Erklärung des Domkapitels zu Havelberg v. 1522 bei Riedel l. c. 3, 125: „Attendentes quod quia bona, census et reditus ecclesie Havelb. sub territorio, dominio, iurisdictione et defensione . . . electoris marchionis Brandenburg. . . . sita existunt, quodque nec nos nec subditi nostri cum eorum bonis sine dicti principis protectione subsistere possint, et quia principis Brandenburgensis . . . de eligendo aut postulando episcopo Havelberg. multum intersit, ut gratie sue non suspectus sed placidus, acceptus et gratus et idoneus preficiatur episcopus dicte ecclesie, prout et nos et capitulum nostrum post



ligte Leo X. in dem mit Franz I. 1516 abgeschlossenen Konkordate, durch welches die Kurie nach vielfachen vergeblichen Bemühungen die pragmatische Sanktion von Bourges zu beseitigen gedachte[1], das Nominationsrecht für die französischen Bisthümer mit Ausnahme des Falles einer Erledigung derselben in curia Romana[2].

Auf diese Weise hat sich neben der gemeinrechtlichen Art der Besetzung der Bischofsstühle durch Kapitelwahl eine zweite Art derselben, die Besetzung auf fürstliche Nomination oder Präsentation entwickelt[3], welche noch heute in manchen Ländern in Geltung steht[4].

Nominationsrechte anderer Personen kommen allerdings ebenfalls, aber vereinzelt vor, und ihr historischer Ursprung ist ein anderer, als der der eben erwähnten. So haben die Erzbischöfe von Salzburg seit dem 11. Jahrhundert durch kaiser-

obitum quondam ... Conradi episcopi Havelb. dominum ... Gans, deinde dominum B. de Aluensleben ac de post ... O. de Konigsmarke et post eius obitum J. de Schlaberndorf ... ad nominationem supradicti ... marchionis ... successive eligi in episcopos et post obitum dicti J. ad nominationem eiusdem ... marchionis ... dominum H. ..., tandem vero ... ad eiusdem ... marchionis ... nominationem ... in ... B. de Aluensleben ... una cum prefato ... H. ecclesie nostre ... pastore in coadiutorem recipi et assumi consensimus, nos nostrosque successores canonicos perpetuo obligamus per presentes, quoties ecclesiam Havelb. vacare ... contigerit, ad electionem seu postulationem sine dicti principis ... assensu, scientia et voluntate, attento, quod olim, sede Havelb. vacante, priusquam principis ... consensus fuerit requisitus ad electionem vel postulationem non sit processum, minime procedere velle, sed vacatione occurrente, quantocius gratie sue eandem intimare ac ab eligendo et postulando, donec gratia sua illustrissima aliquem vel aliquos, quem vel ex quibus in vel extra capitulum d. ecclesie in pastorem eligi, postulari et prefici velit, nobis intra tempus a iure ad electionem vel postulationem statutum nominandum duxerit, volumus abstinere".

[1] Friedberg, Gränzen zwischen Staat und Kirche. S. 489 ff.

[2] Nussi, conventiones ... inter s. sedem et civilem potestatem. p. 22: „Quod cathedralibus et metropolitanis ecclesiis in regno, Delphinatu et Comitatu praedictis ... etiam per cessionem in manibus nostris et successorum nostrorum ... sponte factam vacantibus, illarum capitula et canonici ad electionem seu postulationem inibi futuri praelati procedere non possint, sed ... rex Franciae pro tempore existens unum gravem magistrum seu licentiatum in theologia aut in utroque seu in altero iurium doctorem aut licentiatum in universitate famosa et cum rigore examinis et in XXVII suae aetatis anno ad minus constitutum et alias idoneum, infra VI menses a die vacationis ecclesiarum earumdem computandos, nobis ... seu sedi praedictae nominare et de persona per regem huiusmodi nominata per nos et successores nostros ... provideri. Et si contingeret praefatum regem personam totaliter non qualificatam ad dictas ecclesias sic vacantes nominare, per nos ... seu sedem huiusmodi de persona sic nominata eisdem ecclesiis minime provideri debeat, sed teneatur rex infra III alios menses a die recusationis personae non qualificatae, solicitatori nominationem non qualificatam prosequenti consistorialiter factae intimandae, computandos alium supradicto modo qualificatum nominare, alioquin ut dispendiosae ecclesiarum huiusmodi vacationi celeriter consulatur, ecclesiae tunc sic vacanti per nos et successores nostros ... de persona qualificata: necnon ecclesiis per obitum apud sedem praedictam vacantibus semper etiam nulla dicti regis praecedente nominatione libere provideri possit: decernentes electiones contra praemissa attentatas ac provisiones per nos et successores nostros ... factas nullas et invalidas existere".

Seit Anfang des 16. Jahrhunderts sind wiederholt solche Indulte für Nominations- oder Präsentationsrechte ertheilt worden, so z. B. 1529 von Clemens VII. an Franz Sforza, Herzog v. Mailand für das Bisthum Vigevano, Ughelli 4, 818: „insuper praefato Francisco et pro tempore existenti duci Mediolani iuspatronatus et praesentandi ... Romano pontifici ... personam idoneam ad eandem ecclesiam Viglevanensem, quotiens illam ... vacare contigerit, per ... Romanum pontificem eidem ecclesiae in episcopum preficiendam ac etiam praesentandi eidem episcopo Viglevan. alias personas idoneas ad archipresbyteratum, archidiaconatum et decanatum ac singulos canonicatus et praebendas erectas ... per ipsum episcopum Viglevan. ad praesentationem huiusmodi instituendas ... reservamus, concedimus et assignamus, decernentes iuripatronatus huiusmodi ac si illud eidem duci ratione verae fundationis seu plenae dotationis competeret, etiam per sedem praedictam, etiam consistorialiter, derogari non posse nec derogatum censeri, nisi ad hoc ipsius ... ducis Mediolani expressus accesserit assensus"; v. Alexander VIII. i. J. 1690 und Clemens XI. i. J. 1716 an die Könige von Portugal, bull. Taurin. 20, 56. 59; 21, 726; endlich eine Reihe von Indulten an die österreichischen Herrscher für ungarische, österreichische und lombardische Bisthümer in der zweiten Hälfte des vorigen und Anfangs dieses Jahrhunderts, s. die Aufzählung bei Ginzel K. R. 2, 20. n. 2.

[3] Die Frage, in wiefern ein Patronatrecht im eigentlichen Sinne von Bisthümern anzunehmen ist, kann erst in der Lehre vom Patronat erörtert werden.

[4] Vgl. unten §. 133.

liche und päpstliche Bestätigung das Recht, die Bischöfe der ihnen unterstehenden Suffragan-Bisthümer Gurk, Seckau, Lavant und Chiemsee zu ernennen und zu konsekriren, mit Rücksicht auf die Stiftung derselben aus den Gütern und Einkünften ihres Erzbisthums, erlangt[1], und sich diese Befugnisse trotz mannigfacher Streitigkeiten mit dem Domkapitel[2] bis auf den heutigen Tag bewahrt. Nur ist das Ernennungsrecht für das Bisthum Gurk seit dem 16. Jahrhundert auf jeden dritten Erledigungsfall beschränkt[3] und für Chiemsee in Folge der Auflösung dieses Bisthums i. J. 1805 bei der Abtretung des Landes an Baiern erloschen.

Die erwähnten Befugnisse des Erzbischofes von Salzburg sind, wie die vorstehende Darstellung ergiebt, nicht Reste seiner früher ausgedehnteren Metropolitangewalt, sie sind ihm vielmehr, soweit das Bisthum Gurk in Frage steht, durch den Kaiser zu einer Zeit gewährt, wo das Recht desselben zur Gründung von Bisthümern und zur

[1] Bulle Alexanders II. v. 1070 für Gurk b. (Kleinmayern) Juvavia Anh. S. 257: „quia ecclesia tua tam ample diffusa est, quod per te solum non possis eam in chrismate aliisque pluribus quibus episcopali officio indiget decenter ac racionabiliter regere . . . concedimus . . . in quocunque loco tibi melius visum fuerit, episcopatum in tua parrochia constituere et ad procurandam salutem animarum adiutorem tibi tua consideratione praeponere, ita tamen ut episcopatus ille ecclesie tue tibique vel tuis successoribus nunquam subtrahatur et nullus ibi episcopus quandoque sive per investituram, ut dici assolet, vel quocunque pacto inibi constituatur, nisi quem tu vel tui successores prompta voluntate elegerint, ordinaverint et consecraverint"; fast wörtlich damit übereinstimmend die Bestätigungsurkunde Heinkichs IV. v. 1072, ibid. p. 258, vgl. auch unten S. 613 n. 1; beide Urkunden auch in vita Gebehard. c. 5, SS. 11, 37. Für Chiemsee vgl. die Erlaubniss Friedrichs II. v. 1213, Monum. Boica 2, 12, v. Meiller, Regesten z. Gesch. d. Salzburger Erzbischöfe. Wien 1866. S. 204: „indulsimus ei episcopum qui citra montes archiepiscopi Salzburgensis existat vicarius in memorato monasterio ordinare, qui tantum ad Salzburg. archiepiscopos et non ad imperium in regalibus et investitura debeat habere respectum", s. die fernere Bestätigung Friedrichs II. v. 1215, Monum. Boica 2, 25 u. v. 1218 bei Pusch u. Froelich, diplomat. ducat. Stiriae 1, 194; die päpstliche Bestätigungsbulle v. 1215 („ita quod electio ac investitura eiusdem episcopi ad te ac successores tuos pertineat") bei v. Meiller S. 208, vgl. übrigens auch a. a. O. S. 216. n. 200, 523. n. 60 u. 525. n. 68; Ficker, Reichsfürstenstand 1, 287; für Seckau die Bullen Honorius' III. v. 1218 u. 1225, Pusch u. Froelich l. c. 1, 299 u. v. Meiller S. 236, in denen der Passus über das Ernennungsrecht des Erzbischof ebenso wie in der Chiemseer v. 1215 lautet; s. ferner die erzbischöfliche Urkunde v. 1228 bei Pusch u. Froelich l. c. 1, 203 u. die Bestätigungsurkde K. Friedrichs II. v. 1218, ibid. 1, 194; vgl. dazu auch Meiller S. 529. n. 84; für Lavant die Bulle Honorius' III. v. 1225 bei (Kleinmayern) Juvavia S. 263, u. die erzbischöfl. Urk. v. 1228, ibid.; Bestätigungsbullen dieser Rechte von Nikolaus V. 1447 u. 1448; Paul II. v. 1466 u. Clemens VII. bei Hansiz, Germania sacra 2, 480. 518. 589. Im Allgemeinen s. noch (Kleinmayern) Juvavia S. 260 ff.; Benedict. XIV. de syn. dioeces. XIII. 7. n. 4 ff. u. Zallwein, princip. iur. eccles. T. IV. qu. 4. c. 1. §§. 8 ff.

[2] Mit Rücksicht auf die erzbischöfliche Konstituirungsurkunde für Gurk v. 1072, Eichhorn, Beiträge z. Gesch. d. Herzth. Kärnthen 1, 194, welche dem Kapitel ein Wahlrecht zugesteht, hat dasselbe Ende des 12. und im Anfang des 13. Jahrh. dem Erzbischof das Ernennungsrecht wiederholt bestritten, (Kleinmayern) Juvavia S. 246 ff.; Ficker, a. a. O. 285, namentlich v. Meiller S. 485. n. 22 u. n. 25. Sowohl Alexander III. 1179, v. Meiller S. 133. n. 27, als auch Lucius III. 1184, a. a. O. S. 144 haben aber das erzbischöfliche Ernennungsrecht bestätigt. Allerdings ist unter Vermittelung Innocenz' III. ein den Ansprüchen des Kapitels günstigerer Vergleich versucht worden, a. a. O. S. 192. 516. n. 42 und 1232 eine neue, soweit erhellt, nicht päpstlich bestätigte Vereinbarung zu Stande gekommen, a. a. O. S. 550. n. 151, wonach der Erzbischof dem Kapitel von Gurk drei Kandidaten zur Auswahl vorschlagen sollte, indessen haben die Nachfolger des damaligen Erzbischofs Eberhard wieder das volle Ernennungsrecht ausgeübt und dafür auch mehrfache päpstliche Bestätigung erhalten, (Kleinmayern) Juvavia S. 249. n. a. Kaiserliche Bestätigungsurkunden und Hofgerichtsurtheile, welche dem Erzbischof das Recht der Investitur des Gurker Bischofs mit den Regalien zusprechen, bei Ficker a. a. O. S. 286.

[3] In Folge eines zwischen dem österreichischen Hause und den Erzbischöfen abgeschlossenen Vergleiches v. 1535, (Kleinmayern) Juvavia S. 256: („. . . dass dieselbe Person, so durch uns oder unsern Erben zu dem Stifft Gurgg fürgenommen, einem Erzbischof zu Salzburg präsentirt und die geistlichen Orth als confirmation, consecration, investitur und dergleichen von dem Stift Salzburg . . . ersucht und genomen werde") präsentirt jetzt der Kaiser von Oesterreich in den beiden anderen Vacanzfällen, wogegen der Erzbischof die Bestätigung zu ertheilen, und die Konsekration zu vollziehen hat. Ueber die Besetzung der erwähnten Bisthümer wird übrigens jedesmal an den Papst berichtet.

Bestellung der Bischöfe unbestritten als Ausflüsse seines Herrscherrechtes galten und stellen sich demgemäss als Uebertragung dieser Rechte[1], in Betreff der übrigen Bisthümer als Uebertragung des dem Kaiser auch nach dem Wormser Konkordate verbliebenen Rechtes der Investitur mit den Regalien dar[2].

§. 126. 2. *Die Besetzung der Kapitels-Stellen (der Kathedral- und Kollegiat-Kanonikate)**.

In den ersten Zeiten nach der Entstehung der zum gemeinsamen Leben vereinigten Genossenschaften von Geistlichen an den Kathedral- und anderen Kirchen lag die Entscheidung über die Aufnahme neuer Mitglieder in der Hand des Vorstehers, d. h. bei den Domstiftern in der des Bischofs, und bei den sonstigen Kirchen in der des Propstes[3]. Ob die übrigen Mitglieder der Genossenschaft dabei in irgend einer Weise mitzuwirken hatten, darüber fehlt es zwar an bestimmten Nachrichten, indessen darf eine berathende Theilnahme mindestens derjenigen, welche die höheren ordines besassen, der s. g. *seniores*[4], angenommen werden[5]. Denn jedenfalls handelte es sich bei der Aufnahme neuer Mitglieder immer um eine allgemeine Angelegenheit der ganzen Genossenschaft, vor Allem darum, ob die Zahl der Personen, welche aus dem gemeinsamen Vermögen unterhalten werden konnten, nicht überschritten wurde[6], und ferner in manchen Fällen auch um die Ertheilung der Ordination, also nach damaligem Recht zugleich um die Anstellung als Kleriker, für welche der Bischof sein Presbyterium — die der Genossenschaft angehörigen Geistlichen der höheren Weihegrade — zuzuziehen hatte[7].

Seit der Ende des 9. Jahrhunderts eintretenden Auflösung der vita communis und der beginnenden Auftheilung der Stiftsgüter zwischen dem Bischof und den Kanonikern[8] gelang es den letzteren, ebenso wie bei der Verwaltung des Vermögens, auch bei der Vergebung der Kapitels-Stellen grössere Rechte zu erringen. Theils erwarben sie ein Zustimmungsrecht zu der vom Bischof vorzunehmenden Besetzung[9],

[1] Bestätigungsurk. Heinrichs IV. (s. S. 612. n. 1): „. . . consultu fidelium nostrorum . . . decrevimus et annuimus, ut infra barrochiam suam adiutorem sui operis episcopum et sedem episcopalem constitueret. Igitur in loco . . . Gurca . . . placuit nobis ut cathedram episcopalem faceret et eidem novae sedi partem barrochiae suae et de prediis et decimis quantum sibi conveniens videretur attribueret et ad eandem sedem episcopum ex sua consideratione ordinaret, ea videlicet ratione, ut . . . nullus ibi episcopus quandoque sive per investituram sive quocumque modo constituatur nisi quem predictus archiepiscopus suique successores elegerint, ordinaverint, consecraverint". Wegen der Einholung der päpstlichen Bestätigung s. o. S. 383. n. 2.

[2] Vgl. darüber, dass diese Befugnisse damals nicht als unveräusserliche Hoheitsrechte betrachtet worden sind, o. S. 531. 573.

* Thomassin, vetus et nova ecclesiae disc. P. II. lib. I. c. 36. n. 10 ff.; Phillips K. R. 7, 474 ff.; Huller, d. jur. Persönlichkeit d. kathol. Domkapitel i. Deutschld. Bamberg 1860. S. 94 ff.

[3] Aachener Regel v. 816 o. 817 (o. S. 52) c. 118, Mansi 14, 230: „Cavendum summopere praepositis ecclesiarum est, ut in ecclesiis sibi commissis non plures admittant clericos, quam ratio sinit et facultas ecclesiae suppetit".

Bei der Gemeinsamkeit des Vermögens konnte selbstverständlich von der Erlangung einer Pfründe (s. o. S. 62) durch die Reception nicht die Rede sein.

[4] O. S. 62. n. 9.

[5] Nach der admonitio, s. g. capit. eccles. v. 789. c. 71, LL. 1, 65: „. . . alii canonici observantiae ordinis vel monachici propositi congregationes obsecramus, ut . . . non solum servilis conditionis infantes, sed etiam ingenuorum filios adgregant sibique sociant" wird die Kongregation als bei der Aufnahme handelnd vorausgesetzt.

[6] S. Note 3 u. o. S. 62. 63.

[7] O. S. 50. n. 7. Ob der Bischof bei der Reception neuer Mitglieder der Kollegiatkapitel betheiligt war, ergeben die Quellen nicht, jedenfalls hatte er aber dieselben zu Klerikern zu ordiniren und anzustellen.

[8] O. S. 55 ff. 124 ff.

[9] In diesem Falle standen sich Bischof und Kapitel stelbstständig gegenüber und das Kapitel

theils aber auch sogar das selbstständige Verleihungsrecht der Kanonikate [1]. Das letztere wurde entweder durch gemeinschaftliche Wahl oder durch Nomination, bez. Präsentation seitens der einzelnen Kapitelsglieder nach einem bestimmten Turnus [2] ausgeübt. Andererseits haben sich aber die Bischöfe im Besitze des Kollationsrechtes mancher Kapitels-Stellen erhalten oder dasselbe durch eigene Stiftung von Kanonikaten und durch Schenkung seitens der Stifter der letzteren erlangt [3], sowie auch selbst Kanonikatsstellen in den Stiftern erworben, und aus diesem Grunde an der dem Kapitel zustehenden Wahl mit einer Virilstimme theilgenommen [4]. Endlich konnten die Kanonikate den sehr verschiedenartig gestalteten Patronatrechten [5], dem s. g. Rechte der ersten Bitte [6] oder päpstlichen Vorbehalten [7] unterliegen.

Nicht ganz so mannichfaltig, aber immerhin keineswegs gleichmässig, hat sich die Verleihung der s. g. Stifts-Dignitäten und Personate gestaltet, für welche meistens die Kapitel — in manchen Stiftern freilich erst nach langen und hartnäckigen Streitigkeiten [8] — das Wahlrecht erlangt haben.

Eine feste subsidiarische Norm über die Besetzungsart der Kanonikate, welche nicht nur im Allgemeinen, sondern auch häufig in Betreff der einzelnen Stellen in demselben Stift eine verschiedene war [9], hat das gemeine Recht nicht aufgestellt. Wohl aber hat die Doktrin in Anschluss an einzelne Kapitel in der Gregorischen Dekretalensammlung [10], freilich anfänglich, besonders in der Glossatorenzeit, noch unter mannichfachem Widerspruch, den nunmehr seit Jahrhunderten unangefochtenen Grundsatz entwickelt, dass die Dignitäten, Personate und Kanonikate der Kathedralstifter nach gemeinem Recht der gemeinschaftlichen Vergebung des Bischofs und des Kapitels, dem s. g. *ius simultaneae collationis*, unterliegen [11], in den Kollegiatstiftern aber durch

gab dem ersteren seine Willensmeinung durch Beschlussfassung über die in Frage stehende Persönlichkeit kund, c. 15 (Innocenz III.) X. de conc. praeb. III. 8; c. un. §. 1 (Bonif. VIII.) in VIto ne sede vac. III. 8; c. 11 (id.) eod. de app. II. 15; c. 13 (id.) eod. de rescr. I. 3. Allerdings ist die gemeinschaftliche Besetzung mitunter auch in der Weise vorgenommen worden, dass die alleinige Vergebung per turnum zwischen dem Bischof und dem Kapitel alternirte, dipl. v. 1219 für Bajeux, Gallia christ. 11. app. p. 98; Riganti, comm. ad regul. II. canc. §. 3. n. 31.

[1] Also unter Beseitigung des Bischofs, so schon freilich selten im 9. Jahrh., s. o. S. 56; vgl. ferner c. 31 i. f. (Innoc. III.) X. de elect. I. 6; c. 8 (id.) de conc. praeb. III. 8; dipl. a. 1253 (Regensburg) Mayer thes. iur. eccles. 2, 48; Martène u. Durand, thesaur. 4, 598.

[2] O. S. 137 ff.

[3] c. 5 (Innoc. III.) X. de conc. praeb. III. 8; dipl. a. 1220 b. Miraeus opp. diplom. 1, 411 u. v. 1274 b. D'Achery spicileg. ed. nov. 3, 679.

[4] c. 15 X. III. 8 u. c. 11 in VIto II. 15 cit.

[5] Vgl. unten.

[6] S. §. 129.

[7] Vgl. unten.

[8] Für Köln Ficker, Engelbert d. Heilige. S. 30. 34; für Soest Seibertz, Urkdbch. z. Gesch. Westfalens 1, 144. 145. 186 ff. 201. 209; Koncession des Wahlrechts für die Propstei dipl. v. 1195 (Mainz) b. Mone, Ztschr. f. Gesch. d. Oberrheins 21, 30, die Stelle des Dekans dipl. a. 1125 (Chartres) b. D'Achery, l. c. 3, 480. Ueber die Ausschliessung des Turnus bei diesen Stellen s. o. S. 138. 139; bischöfliche Besetzung der Propstei zu Limburg dipl. v. 1260, Guden cod. dipl. 1, 672; der Stelle des Dekans dipl. v. 1263 (Diöcese Chartres) Gallia christ. 8 app. p. 370. Stiftungsmässige Zuweisungen des Wahlrechts zu den gedachten Stellen an die Kanoniker bei D'Achery spicil. 3, 616. 679; Mecklenb. Urkdbch 1, 317; Würdtwein dioec. Mogunt. 1, 69; Miraeus l. c. 1, 445. Gemeinschaftliche Besetzung durch Bischof und Kapitel c. 5 (Innoc. III.) X. de suppl. neglig. I. 10.

[9] Z. B. in Basel, dipl. v. 1369, Gallia christ. 15 app. p. 282.

[10] So namentlich c. 31 X. de elect. I. 6 u. c. 15 de conc. praeb. III. 8.

[11] Vgl. Glosse zu c. 31 cit. s. v. Postulavit u. o. S. 154. Eine Zusammenstellung der verschiedenen älteren Meinungen b. Garcias tract. de benef. P. V. c. 4. n. 11 ff. u. Fagnan. ad c. 31 n. 2 ff. Der Kardinal de Luca bemerkt schon in seinem discursus de benef. I. n. 26: „Ista opinio non recipit amplius controversiam". Für den Satz die Rota (Entschdgen bei Garcias l. c. n. 14 u. Bouix tract. de capitulis p. 244); Hieron. Gonzalez, comm. ad reg. VIII. cancell. gl. 45. n. 35; Riganti comm. ad reg. II. canc. §. 3. n. 324; Lotter. de re benef. l. II. qu. 21. n. 8 ff.; Leuren. for. benef. P. II. qu. 670. n. 1. 2; Barbosa de canonicis et dignitatibus c. 14. n. 1. 2; Bouix l. c. p. 224. 228; hauptsächlich mit Berufung darauf, dass Bischof

Wahl des Kapitels einschliesslich des Prälaten desselben, und die darauf folgende Institution des Bischofs besetzt werden[1].

Gewisse Besonderheiten in Betreff der Besetzung der Kapitels-Stellen endlich brachte auch das im 13. Jahrhundert fixirte s. g. Optionsrecht (*ius optandi*)[2] der Kanoniker[3] mit sich. In einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von Stiftern bestand statuten- oder observanzmässig die Einrichtung, dass beim Eintritt der Vakanz einer Präbende die Dignitarien des Kapitels, dann der dem Senium nach älteste, eventuell die in der Anciennität folgenden Stiftsherren, einer nach dem andern, die erledigte Pfründe, unter Aufgabe ihrer bisherigen, binnen einer bestimmten Frist[4] wählen (*optare*) konnten[5]. Bei erheblicher Verschiedenheit der einzelnen Pfründen im Ka-

und Kapitel ein corpus bilden und präsumtiv die Kanonikate aus den dem Bischof und Kapitel gemeinschaftlichen Vermögen gestiftet worden seien. Dagegen behaupten Berardi comm. ad l. III. decret. diss. V. P. I. c. 2 (ed. Mediolan. 1, 332); Phillips K. R. 7, 477, dass die Vermuthung für den Bischof spreche, der erstere verlangt aber ausserdem das consilium oder den consensus capituli (s. dazu o. S. 153. n. 6), während der letztere die Betheiligung des Kapitels völlig unbestimmt lässt.

[1] Ueber frühere Kontroversen darüber s. Garcias l. c. n. 58 ff.; Fagnan. ad c. 1. X. de elect. I. 6. n. 1 u. c. 31 eod. n. 39; s. ferner c. 1 (Lucius?) X. de elect. I. 6; c. 11 (Alex. III.) X. de praeb. III. 5; Glosse zu c. 18 in VI^{to} de elect. I. 6 in pr. u. s. v. devolvetur; Barbosa l. c. n. 15; Bouix l. c. p. 264.

[2] Ueber die Literatur s. u. §. 134. III. 6.

[3] c. 4 (Bonif. VIII.) in VI^{to} de consuet. I. 4; Regensburg. Statut v. 1262, Mayer thes. 2, 6. 51: „ut quandocunque . . . chorale beneficium unum vel plura vacare contigit . . . primo prepositus, secundo decanus potestatem habeant vacans seu vacancia beneficia pro censu ex antiquo huiusmodi beneficiis imposito assumendi in scriptis seu eciam eligendi, deinde per fratres de capitulo in ecclesia nostra residentes, secundum introitum non secundum locum et stallum in choro et in capitulo eleccio seu assumpcio beneficiorum vacantium currat, quousque omnes fratres de capitulo elegerunt successive, prout eleccionis per vacacionem beneficiorum obtulit se facultas“.

[4] c. 4 in VI^{to} cit. lässt indirekt höchstens 20 Tage als längste Frist zu.

[5] syn. Trident. a. 1336 c. 26 (Hartzheim 4, 647): „Statuentes . . . quod tunc liceat seniori canonico per se vel procuratorem suum infra XX dies a die decessus huiusmodi computandos, prebendam ipsius defuncti, relicta sua, si sibi placuerit, adoptare, sub illo vel illi ascribi consorcio vel colonello, sub quo vel cui idem defunctus antea noscebatur ascriptus. Si vero post lapsum eiusdem termini duxerit adoptandum ex nunc prout ex tunc talis adopcio inefficax et nullius sit momenti. Et sic singulis canonicis gradatim liceat, si voluerint suas prebendas relinquere et alias infra eundem terminum, sicut de iure debuerint adoptare. Nichilominus eciam prebenda sic relicta et ultimo vacans alii conferatur vel per capitulum fiat electio de novo canonico ad eandem. Et qui ad eam electus vel eam quavis auctoritate de iure fuerit consecutus, sub illo colonello seu consortio censeatur, sub quo erat ipsam proxime deserens“; Statut für Belluno v. 1385. §. 16 (Analect. iur. pontif. 1861. p. 438): „Quandocumque aliquam canonicalem praebendam in ecclesia Bellunensi vacare contigerit, sive aliquis canonicus Bellunensis ipsam propria auctoritate dimiserit vel amiserit, decanus canonicus praebendatus in ecclesia Bell., qui nunc est vel pro tempore fuerit praebendatus, possit et potestatem habeat prae ceteris canonicis et ante ipsum praebendatum, si sibi placuerit, dimissa parte sua quam obtinet, quae statim post optationem in capitulo factam dimissa intelligatur, integram accipere et obtinere partem seu praebendam vacantem quam obtinuerat canonicus ipse cedens vel decedens seu amittens. Quam optationem decanus praefatus teneatur facere intra V dies a notitia ipsius vacationis computandos et hoc teneatur dicere et exprimere in capitulo intra dictum spatium. Si autem non dixerit vel expresserit in capitulo vel non optaverit, maiores et antiquiores canonici secundum suarum receptionum ordinem gradatim et successive post ipsum decanum canonice praebendatum possint vacantes optare praebendas, cuilibet eorum IIIum dierum ex nunc per statu(tu?)m ipsum termino assignato, qui terminus computetur post dies V ipsi decano praebendato ad optandum per statu(tu?)m assignatos, ita tamen quod tempus omnium optionum XXV dierum spatium non excedat“. Weitere Nachweisungen bei Du Fresne du Cange s. v. optari.

Da das Optionsrecht den schon länger im Dienst einer Kirche stehenden Kanonikern Gelegenheit geben sollte, bei Vakanzen die besseren Präbenden vor den neu eintretenden zu erlangen, so kann dasselbe vor der Ausscheidung bestimmter Pfründen aus dem ehemals gemeinsamen Vermögensfond nicht entstanden sein, Schmitt b. Mayer thes. 1, 308. n. t. Mit Rücksicht hierauf, sowie in Anbetracht des Umstandes, dass die vita communis jedenfalls im 11. Jahrhundert aufgehört hat (o. S. 56), das Optionsrecht aber andererseits im 13. Jahrhundert völlig entwickelt erscheint (s. Note 3), muss seine Entstehung in das 12. Jahrhundert gesetzt werden. Nachdem einmal die einzelnen Pfründen in den Kapiteln ausgesondert und hinsichtlich ihrer Erträge verschieden geworden waren, lag der Gedanke, welcher im Optionsrecht Ausdruck gefunden hat, und seine praktische Ausführung um so näher, als schon frühere Kanonen, s. z. B. c. 5 (conc. Agath. v. 506) Dist. LXXIV eine Bevorzugung

pitel wurde daher, falls eine der besseren erledigt war, gewöhnlich mehrfach nach einander von allen Optionsberechtigten, welche eine schlechtere Stelle hatten, gewählt, und die geringste Pfründe für den neu eintretenden Kanoniker offen gelassen. Daher konnte in Folge der Option die Eigenthümlichkeit eintreten, dass nicht die vakant gewordene Stelle, sondern eine andere, welche sich durch die Art der Ausübung des gedachten Rechtes bestimmte, zur Verleihung kam.

Ob bei der Option blos die Pfründe oder der Kanonikat mit der Pfründe zusammen aufgegeben werden musste, hing von der Kapitels-Verfassung oder sonstiger rechtsgültiger Bestimmung ab. War die Pfründe untrennbar mit einem bestimmten Kanonikat verbunden — was allerdings seltener vorgekommen ist — so konnte eine Dimission der ersteren ohne den letzteren nicht eintreten. Im umgekehrten Falle war die Aufgabe der Pfründe allein statthaft[1], und bei der nach Ausübung des Optionsrechtes vorzunehmenden Verleihung würde dann der erledigte Kanonikat, in Verbindung mit einer durch das Endresultat der Option bestimmten, also jedenfalls anderen als der von dem ausgeschiedenen Kanoniker besessenen Pfründe, vergeben.

§. 127. 3. *Die Besetzung der niederen Aemter.*

Nach der Entwickelung des bischöflichen Amtes und der Bildung eines besonderen Klerikal-Standes lag die mit der Ordination zusammenfallende Anstellung der Geistlichen an der bischöflichen Kirche in der Hand des Bischofs[2], welcher dabei den Beirath des Presbyteriums einzuholen hatte[3]. Auch eines Antheiles des Volkes, d. h. der Gemeinde, wird gedacht[4]. Dieselbe hatte nicht nur Zeugniss über die Würdigkeit des in Aussicht genommenen Kandidaten abzulegen oder Hinderungs- und Unfähigkeitsgründe in Betreff des letzteren anzuzeigen[5], sondern auch ihre Zustimmung zu der von dem Bischof und dem Presbyterium getroffenen Auswahl zu geben[6]. Diese Befugniss ist ebenso wie die noch Jahrhunderte lang fortdauernde Betheiligung der Laien bei der Bischofswahl[7], ein Ueberbleibsel des ursprünglichen Rechtes der Gemeinde auf Wahl ihrer Vorsteher[8].

der jüngeren vor den älteren Kanonikern verboten hatten, und in den Klöstern, deren Einrichtungen das Vorbild für die Regelung der vita communis waren, eine Option der Zellen der verstorbenen Mönche durch die ältesten überlebenden üblich war, Helfert, von d. Besetzung d. Beneficien S. 225.

[1] Vgl. hierzu Hieron. Gonzalez l. c. gl. 34. n. 50ff.; Barbosa de canonicis c. 30. n. 2; Lotter. de re benefic. l. I. qu. 19. n. 22 ff.; Anal. iur. pont. 1861. p. 440.

Wenn im Kapitel eine feste Rangordnung der Kanonikate und Pfründen bestand und diese sich nach dem Senium richtete, so konnte bei der nothwendigen gleichzeitigen Dimission beider für den eine bessere Stelle optirenden Kanoniker der Nachtheil entstehen, dass er seine bisherige Anciennität verlor, s. o. S. 86.

[2] Th. I. S. 80. 86.

[3] S. o. S. 50. n. 7; wegen der Chorbischöfe o. S. 162.

[4] Possidius vita Augustini c. 21, ed. Bened. X. 2, 272: „In ordinandis . . . sacerdotibus et clericis consensum maiorum christianorum et consuetudinem ecclesiae sequendam esse arbitrabatur“, c. 4. l. c. p. 260: „Qui Valerius episcopus cum flagitante ecclesiastica necessitate de providendo et ordinando presbytero civitati plebem dei alloqueretur et exhortaretur, iam scientes catholici Augustini propositum et doctrinam, manu iniecta eum tenuerunt et ut in talibus consuetum est, episcopo ordinandum intulerunt, omnibus id uno consensu et desiderio perfici petentibus“; syn. Hippon. a. 393. c. 20 = c. 2. Dist. XXIV; stat. eccles. ant. saec. V. c. 22 = c. 6. l. c; c. 13 conc. Laodic. per 343 u. 381 (= c. 6. Dist. LXIII): „Περὶ τοῦ μὴ τοῖς ὄχλοις ἐπιτρέπειν τὰς ἐκλογὰς ποιεῖσθαι τῶν μελλόντων καθίστασθαι εἰς ἱερατεῖον“.

[5] So Thomassin P. II. l. I. c. 33. n. 16.

[6] Das ergeben die Stellen in Note 4. Darüber, dass das Koncil v. Laodicea nur die massgebende Entscheidung bei der Bestellung der Kleriker dem Volk entzieht und hauptsächlich tumultuarische Einsetzungen von Geistlichen verbietet, aber der Gemeinde nicht jeden Antheil absprechen will, kann kein Zweifel sein, s. o. S. 512. n. 7.

[7] S. S. 512.

[8] Der damals noch gleichstehenden Bischöfe oder Presbyter, Ritschl, Entstehg. d. altkath. Kirche. 2. Aufl. S. 364.

Nicht minder stand dem Bischof die Uebertragung der besonderen Aemter, welche sich, wie der Archidiakonat und der Archipresbyterat, schon früh innerhalb des Presbyteriums gebildet hatten[1], ferner auch die Deputirung der Seelsorge-Priester auf das Land und nachmals die Besetzung der Pfarreien in der Diöcese zu[2].

Die Betheiligung der Gemeinde bei der Bestellung der städtischen Geistlichen und der Landpfarrer hat sich vereinzelt[3] noch bis in das neunte Jahrhundert erhalten[4]. Das Recht der Mitwirkung des Presbyteriums ist dagegen auf die Domkapitel übergegangen und äusserte sich bis zum 13. Jahrhundert in der Befugniss derselben, das consilium bei der Verleihung der Benefizien seitens des Bischofs abzugeben[5]. Seit jener Zeit ist indessen die Konkurrenz des Kapitels fortgefallen[6]. Die Domherren besassen, nachdem sie wichtige Rechte in Betreff der Besetzung der Kanonikate erlangt hatten, kein Interesse mehr, ihre früheren Befugnisse bei der Vergebung der niederen Benefizien der Diöcese[7] wahrzunehmen, und zwar um so weniger, als gewöhnlich nur ein Theil derselben zur freien Verfügung des Bischofs geblieben war, während die übrigen entweder durch die Archidiakonen verliehen wurden[8], oder einem Patronate unterworfen, oder Klöstern und anderen kirchlichen Instituten inkorporirt waren[9].

In den Zeitraum, innerhalb dessen die Mitwirkung der gedachten beiden Faktoren verschwunden ist, fällt die Entstehung der kirchlichen Benefizien und das Aufkommen der absoluten Ordinationen. Dadurch ist die Aenderung eingetreten, dass die früher zusammengehörige Ordination und Anstellung der Kleriker sich in zwei selbstständige Akte geschieden hat und dem Bischof von der ihm früher zustehenden Befugniss, beide zusammen vorzunehmen, nur die Verleihung der Benefizien seiner Diöcese verblieben ist, weil die Sitte der absoluten Ordinationen eine Neuregelung des Ordinationsrechtes auf Grundlage der Trennung desselben von dem Recht der Benefizien-Verleihung bedingte[10]. Dem Bischof konnte seitdem nicht mehr die ausschliessliche Ordination der in seiner Diöcese anzustellenden Geistlichen belassen, wohl aber musste ihm die Besetzung aller Benefizien in derselben gewahrt bleiben. Er galt nunmehr nur noch als der ordentliche Verleiher (*ordinarius collator*) der letzteren, und diese Stellung legt ihm auch das heutige gemeine Recht bei[11]. Zugleich

[1] O. S. 183. 184. 302.

[2] O. S. 262 ff.

[3] Thomassin l. c. c. 34. n. 10.

[4] Gelöbnissurk. für Lucca v. 746, Muratori antiqu. Ital. 6, 411: „spondeo ... tivi venerabili Walprand episcopus pro eo cot (quod) me une cum filiis ecclesie s. Petri in loco Mosciano presbyterum hordinasti et in omnium ris (res) ecclesie confirmasti cum consenso Ratperti et Barbula centinariis vel de tota plevem congrecata"; conc. Rom. v. 826. c. 8 (o. S. 266. n. 8 v. S. 265); c. 4 conv. Ticin. v. 855 (o. S. 269. n. 4); c. 20 Dist. LXIII. (s. a. a. O.); Auxilii lib. de ordinationibus II. 4 b. Morinus, comm. de sacr. ordinat. Antv. 1695. p. 297: „de presbyteris ... et diaconibus praefixum est, ut si civium suorum electio vellet, in eosdem gradus a quibus depositi sunt, iterum a papa Stephano consecrarentur"; g. Aldrici Cenom. episc. c. 1, Baluze, misc. ed. Luc. 1, 80): „Diaconus Aldricus non ausus est divinam repellere benedictionem ad quam vocabatur a Drogone episcopo et eligente eum clero et populo presbyter est ordinatus"; auch das seiner Herkunft nach zweifelhafte, wohl dem 9. Jahrh. angehörige c. 1. X. de elect. I. 6 erwähnt in der pars decisa der Mitwirkung der Parochianen. — Dass in allen diesen Stellen nicht von einem Gemeinde-Patronate die Rede sein kann, liegt auf der Hand.

[5] c. 4. X. de his quae fiunt a prael. III. 10 (o. S. 156. n. 1).

[6] Berardi l. c. p. 332; Phillips 7, 478.

[7] Nur solche kamen noch in Frage, nachdem die Bischöfe in Folge der Exemtionen der Klöster ihren Einfluss auf die Besetzung der Abts- und Aebtissinnen-Stellen verloren und auch vielfach die Archidiakonen nicht mehr zu bestellen hatten, s. o. S. 200. 201.

[8] O. S. 194. 197.

[9] O. S. 283. 284.

[10] Th. I. S. 87 ff.

[11] c. 11 (Later. I. v. 1123) C. XVI. qu. 7; c. 3 (Alex. III.) X. de instit. III. 7; c. 12 i. f. (Innoc. III.) X. de haeret. V. 7; c. 16 (Honor. III.) X. de off. iud. ordin. I. 31; Phillips 7, 461.

spricht nach demselben die Vermuthung dafür, dass die Verleihung des Bischofes, so weit nicht die Kanonikate in Frage stehen (s. den vorigen §.), eine freie, durch Rechte anderer Personen nicht eingeschränkte ist, weil einerseits die in früherer Zeit neben ihm in Frage kommende Betheiligung des Kapitels und der Gemeinden unpraktisch geworden, und eine sonstige Mitwirkung anderer Personen, wie z. B. der Patrone, nur auf Grund eines besonderen, von diesen nachzuweisenden Titels stattfinden kann[1].

Die geschilderte Entwicklung thut dar, dass das Verleihungs- oder Kollationsrecht ein Ausfluss der bischöflichen Leitungs- oder Jurisdiktionsgewalt ist. Die mittelalterliche Doktrin hat dasselbe allerdings als eine besondere, dem Bischof kraft positiver gesetzlicher Vorschrift[2] zustehende Berechtigung betrachtet, und es zu den Früchten des bischöflichen Amtes im weiteren Sinne gerechnet[3]. Indessen ist diese schiefe Auffassung nur durch eine zu enge Begriffsbestimmung der iurisdictio und die unhaltbare Eintheilung der bischöflichen Rechte in die lex iurisdictionis und die lex dioecesana[4], sowie durch die Annahme, dass die Kollation eines Amtes eine vom Bischof abhängige Gnadenbezeigung sei, hervorgerufen worden[5].

4. Die Betheiligung dritter Personen bei der Besetzung der Kirchenämter.

§. 128. a. *Die Entwickelung des Patronatrechts**.

I. Die ältesten Spuren patronatähnlicher Gerechtsame. Im Orient hat die Gesetzgebung des 5. und 6. Jahrhunderts[6] den Stiftern von Kirchen und frommen Anstalten sowie ihren Erben das Recht zugestanden, für das zu den gedachten Zwecken ausgesetzte Vermögen die Verwalter zu ernennen, und auch die etwaigen Geistlichen, sofern die Gewährung des Unterhaltes derselben auf die erwähnten Fonds übernommen war, anzustellen. In Betreff der Verwalter hatte der Bischof das Aufsichtsrecht, einschliesslich des Entsetzungsrechtes; den ernannten Geistlichen ertheilte er die Weihe, falls sie qualifizirt waren, anderenfalls konnte er seinerseits geeignete Kandidaten anstellen[7]. Im Abendland sind zuerst ähnliche

[1] c. 6 (Innoc. III.) X. de except. II. 25.

[2] Vor Allem c. 10 (Aurel. v. 511) C. XVI. qu. 7.

[3] O. S. 241. 242; ebenso noch manche spätere Kanonisten, z. B. Gonzalez Tellez comm. ad c. 2. X. ne sede vac. III. 9. n. 4; Lotter. de re benef. l. II. qu. 2. n. 5 ff.; Leuren. for. benef. P. II. qu. 169.

[4] O. S. 41.

[5] S. die citirten, namentlich Lotter. l. c.

* Fr. Florens, tract. de antiquo iure patronatus, in opp. ed. Doujat 2, 78; Fr. de Roye ad tit. de iure patr. l. III. decret. Andegav. 1661. Neap. 1763; Oesterley diss. de iurispatr. notione ex decret. Gregor. IX. hausta. Gotting. 1824; Lippert, Versuch e. hist. dogmat. Entwicklg. d. Lehre v. Patronatrechte. Giessen 1829; A. Ypeij, geschiedenes van het patronaatsregt sins de vroegste tijden tot op de tegenwoordigen tijd. Breda 1829, tweede stuk Breda 1829; J. Kaim, das Kirchenpatronatrecht. Th. I. Rechtsgeschichte. Leipzig 1845; O. Mittelstaedt, diss. de iurepatron. quod reale dicitur origine. Vratislav. 1856; Clem. Schmitz, Natur u. Subjekt d. Präsentation i. ihren allgemeinrechtl. Grundzügen. Regensburg 1868; Pétur Pétursson, de iure ecclesiar. in Islandia ante et post reformationem. Hafniae 1844; Thurgren, om patronatet. Stockh. 1855; Thomassin vet. et nova discipl. P. II. l. I. c. 29 ff.; van Espen J. E. U. P. II. tit. 25. c. 1; J. H. Boehmer J. E. P. l. III. t. 38; vgl. ferner die Kommentatoren zu C. XVI. qu. 7 u. tit. X. (III. 38) de iurepatron.

[6] l. 15 (Zeno) C. de ss. eccles. I. 2; l. 46 (Justin. a. 530) C. de episc. I. 3; Nov. 131. c. 10 (a. 545).

[7] Nov. 123. c. 18 (a. 546): „Εἴ τις εὐκτήριον οἶκον κατασκευάσει καὶ βουληθείη ἐν αὐτῷ κληρικοὺς προβάλλεσθαι ἢ αὐτὸς ἢ οἱ τούτου κληρονόμοι, εἰ τὰς δαπάνας αὐτοὶ τοῖς κληρικοῖς χορηγήσουσι καὶ ἀξίους ὀνομάσουσι, τοὺς ὀνομασθέντας χειροτονεῖσθαι· εἰ δὲ τοὺς παρ' αὐτῶν ἐπιλεγέντας ὡς ἀναξίους κωλύσουσιν οἱ θεῖοι κανόνες χειροτονηθῆναι, τηνικαῦτα ὁ τῶν τόπων θειότατος ἐπίσκοπος οὓς ἂν νομίσοι καλλίονας προβάλλεσθαι φροντιζέτω“. Die Nov. 57 c. 2 (v. 537) verordnet „πρὸς τιμὴν καὶ σέβας“ des Stuh-

Rechte [1] des Stifters durch das Koncil von Orange im J. 441 anerkannt worden [2]. Nach demselben ist der Bischof, welcher in der Diöcese eines anderen eine Kirche erbaut hat, berechtigt, dem letzteren die für dieselbe erforderlichen Geistlichen zur Ordination und Anstellung, und wenn sie schon geweiht sind, zu letzterem Behufe vorzuschlagen. Mit Rücksicht darauf, dass in dem angeführten Koncile der Errichtung von Kirchen durch Laien zwar gleichfalls gedacht, aber eines Vorschlagsrechtes derselben nicht ausdrücklich erwähnt wird, hat man vielfach angenommen, dass ein solches in jener Zeit nicht anerkannt gewesen sei [3], und zur Unterstützung dieser Auffassung auf Quellen-Aussprüche hingewiesen, welche den Laien an den von ihnen erbauten und dotirten Kirchen keine weiter gehenden Befugnisse als allen übrigen Gläubigen zugestehen [4]. Wenngleich das letztere nicht in Frage gestellt werden

les von Konstantinopel, dass die Stifter von Kirchen die von ihnen ausgewählten Geistlichen nicht ohne Weiteres anstellen und dem Patriarchen zur Ordination zuführen dürfen, vielmehr „προςαγομένους αὐτοὺς ἐξετάζεσθαι παρὰ τῆς σῆς ἁγιωσύνης, γνώμῃ τε τῇ σῇ καὶ τοῦ τὸν ἱερατικὸν θρόνον ἐπιτροπεύοντες ἀεὶ τούτους δέχεσθαι τὴν χειροτονίαν οἵπερ ἂν τῇ τε σῇ μακαριότητι καὶ τοῖς μετ' αὐτὴν ἐπιτήδειοι δόξαιεν καθεστάναι καὶ τῆς τοῦ θεοῦ λειτουργίας ἄξιοι . . ." von dem Patriarchen geprüft und mit dessen Willen gewählt werden sollen. Da die Novelle demnach allein für Konstantinopel die Stifter auf ein Vorschlagsrecht beschränkt, so müssen diese im Allgemeinen schon damals weiter gehende Rechte, wie sie Nov. 131. c. 10 anerkennt, besessen haben. Nicht in Frage kommt Nov. 58 v. 537, welche blos von der Zuziehung von Priestern zum Gebet in Privatoratorien handelt. L. 10 C. de haeret. I. 5. v. 510 endlich verbietet bei Strafe des Heimfalls an den Fiskus jede Uebertragung solcher „praedia, res immobiles in quibus orthodoxae fidei et ecclesiae vel oratoria constituta sunt" durch die domini possessoresve an Ketzer und kann nicht (so J. H. Boehmer l. c. §. 11) ausschliesslich auf Privatoratorien bezogen werden, weil sie verhindern will, dass solche Gebäude „omnibus sacris et solitis viduari mysteriis, nullis populorum conventionibus, nullis clericorum observationibus celebrari". Lässt sich auch nicht bestreiten, dass diese Kirchen als Privateigenthum des Grundherrn betrachtet worden sind (s. auch Brinz, Pandekten 2, 1048), so findet sich doch in der römischen Gesetzgebung kein Anhalt dafür, dass die im Text gedachten Befugnisse als Ausflüsse des Eigenthums gegolten haben.

[1] Es ist ein grobes Missverständniss von Kaim a. a. O. S. 28, wenn er c. 10 conc. Tolet. I. v. 400: „Clericos, si obligati sunt vel pro aequatione vel genere alicuius domus, non ordinandos, nisi probatae vitae fuerint et patronorum consensus accesserit" als frühes Zeugniss der Anerkennung des späteren Patronates auffasst. Die Stelle handelt von der zur Ordination des Freigelassenen erforderlichen Zustimmung des Patrons, c. 46 capp. Martini Bracar. v. 572 (c. 7 Dist. LIV); J. H. Boehmer l. c. §. 13; Schulte K. R. 2, 662. 663; Dahn, Könige der Germanen 6, 184. n. 3 u. 4.

[2] c. 10 (c. 1. C. XVI. qu. 5): „Si quis episcoporum in alienae civitatis territorio ecclesiam aedificare disponit vel pro fundi sui negotio aut ecclesiastica utilitate vel pro quacumque sua opportunitate, permissa licentia aedificandi, quia prohibere hoc votum nefas est, non praesumat dedicationem quae illi omnimodis reservatur in cuius territorio ecclesia assurgit, reservata aedificatori episcopo hac gratia, ut quos desiderat clericos in re sua videre, ipsos ordinet is cuius territorium est, vel si ordinati iam sunt, ipsos habere acquiescat. Et omnis ecclesiae ipsius gubernatio ad eum in cuius civitatis territorio ecclesia surrexerit, pertinebit. Quod si etiam saecularium quicumque ecclesiam aedificaverit et alium magis quam eum in cuius territorio aedificat, invitandum putaverit, tam ipse cui contra constitutionem ac disciplinam gratificari vult quam omnes episcopi qui ad huiusmodi dedicationem invitantur a conventu abstinebunt". Das conc. II Arelat. v. 443 o. 452 c. 36 wiederholt diese Vorschriften bis zu den Worten: surrexerit, pertinebit, und fügt dann hinzu: „et si quid ipsi ecclesiae fuerit ab episcopo conditore collatum is in cuius territorio est, auferendi exinde aliquid non habeat potestatem. Hoc solum aedificatori episcopo credidimus reservandum"; c. 37 a. a. O. ist übereinstimmend mit dem Schluss von c. 10. Araus. cit.

[3] So z. B. Thomassin l. c. c. 29. n. 2—5. 10; Lippert a. a. O. S. 9; Schulte a. a. O. S. 662; de Czapski, diss. de iure patr. quod vocant regium. Berol. 1869. p. 4.

[4] c. 26. C. XVI. qu. 7: „Piae mentis amplectenda devotio est, qua re Julius nobis in re Juliana sui iuris fundasse perhibetur ecclesiam quam in honorem S. Viti confessoris eius nomine cupit consecrari. Hanc ... si ad tuam dioecesim pertinere non ambigis, ex more convenit dedicari, collata primitus donatione solemni, quam ministris ecclesiae destinasse se praefati muneris testatur oblator, sciturus sine dubio praeter processionis aditum qui omni christiano debetur, nihil ibidem se proprii iuris habiturum"; c. 27 ibid.: „nihil tamen sibi fundator ex hac basilica noverit vendicandum, nisi processionis aditum". Dass in diesen Stellen, welche trotz der auf Gelasius I. lautenden Inskriptionen diesem allerdings wohl mit Unrecht, Thiel ep. Roman. pontif. 1, 41. 448. 449; Phillips 7, 614. n. 6 abgesprochen werden, aditus processionis nichts anderes als Theilnahme am Gottesdienst bedeutet, Florens l. c. p. 84; Thomassin l. c. n. 8;

kann[1], so bietet doch der Kanon des Koncils von Orange keine Veranlassung, den Laien das Vorschlagsrecht abzusprechen. Er richtet sich gegen die Uebergriffe des Bischofs, welcher eine Kirche in einer fremden Diöcese errichtet hat, und wie er dessen Recht zur Einweihung der Kirche verneint, so verbietet er dem Laienstifter, statt des zuständigen einen beliebigen Bischof zur Vornahme dieser Handlung aufzufordern. Der Zweck des Kanons ist die Wahrung der Diöcesanrechte des Bischofs, und er erwähnt bei seiner Vorschrift nur gelegentlich des Präsentationsrechtes des bischöflichen Erbauers. Demnach kann aus dem Kanon nicht geschlossen werden, dass den Laien ein derartiges Recht habe versagt werden sollen. Ja, aus dem Umstande, dass dem Nichtbischof nur die Bestimmung der Person des Konsekrators entzogen sein soll, folgt gerade umgekehrt, dass ihm wenigstens eine andere Befugniss hinsichtlich der gestifteten Kirche zugestanden wird. Diese kann allein die Präsentation sein, weil sie dem Bischof mit Rücksicht auf die Stiftung der Kirche beigelegt wird, und kein innerer Grund erfindlich ist, warum eine solche für den Laien nicht dieselben rechtlichen Folgen, wie für den Bischof, nach sich ziehen sollte. Der Kanon legt also Zeugniss dafür ab, dass auch im Abendlande im 5. Jahrhundert die Stiftung einer Kirche, gleichviel, ob durch einen Bischof oder Laien, als Erwerbsgrund des Vorschlagsrechtes des Geistlichen angesehen worden ist[2].

Der Gedanke, dass dem Stifter einer Kirche als Aequivalent für seine Aufwendung ein rechtlicher Einfluss bei der Anstellung der Geistlichen und auch bei der Vermögensverwaltung zu gewähren sei, hat sich, wie die vorstehende Erörterung zeigt, in Gallien im 5., im Orient im 6. Jahrhundert bethätigt. Wenn sich dagegen andererseits in Italien in der letztgedachten Zeit keine Spur eines derartigen Rechtes des Stifters findet[3], so können die Anfänge des nachmals s. g. Patronatrechtes doch nicht höher hinauf als in das 5. Jahrhundert verlegt werden. Die angeführten Stellen ergeben in ihrer Gesammtheit, dass hier kein in der morgenländischen Kirche zuerst entstandenes und mit den dortigen Verfassungseinrichtungen auf das Abendland übertragenes Recht in Frage steht, dass vielmehr jene an sich nahe liegende Anschauung gleichzeitig in verschiedenen Theilen der Kirche selbstständig und unabhängig von der Entwickelung in den anderen hervorgetreten ist[4]. Selbst in Italien zeigt sich der-

Baluze bei Rozière, liber diurnus p. 37. 380; Phillips 7, 615, ergeben Gelas. I. ep. ad episc. Lucan. v. 494. c. 25; Thiel p. 376, ep. 25 l. c. p. 391 (c. 5 Dist. I de consecr.), ep. ad episc. Soran. l. c. p. 448 (c. 7 Dist. cit.), ep. ad Victor. l. c. p. 495, ad Coelest. l. c. p. 485 (c. 3 Dist. XXIV), liber diurnus n. 23, ed. Rozière p. 50: „oratorium memoratum (in einem Kloster) solita benedictione sacrabis, sic tamen ut non illic publica processione a conditore aliquatenus teneatur, nisi forte congregationi tantummodo quae illic esse noscitur, sacra mysteria celebrabis".

[1] Die gedachten Stellen, ferner lib. diurn. n. 10, l. c. p. 37: „Promitto . . . nihil mihi de eodem loco ulterius vindicandum, nisi processionis gratia quae christianis omnibus in commune debetur, Gregor. I. ep. II. 5, ed. Bened. 2, 572: „enunciaturus ex more, nihil illic conditoris iuri ulterius deberi, nisi processionis gratiam quae christianis omnibus in commune debetur" sprechen allerdings nur ausdrücklich dem Stifter das Eigenthum am kirchlichen Gebäude und Grundstück ab, verneinen indessen immerhin stillschweigend auch ein etwaiges Präsentationsrecht, vgl. übrigens auch l. c. diurnus n. 41, p. 70. Die Beweise, welche Thomassin l. c. c. 30. n. 5 aus den Briefen Gregors I., namentlich X. 19, für ein weltliches Patronatrecht beibringt, sind nicht durchschlagend.

[2] So de Roye l. c. c. 2. n. 2; van Espen l. c. n. 8; am ausführlichsten Schmitz a. a. O. S. 31 ff.

[3] Indessen ist doch hier schon im 5. Jahrhundert mitunter dem Stifter deswegen eine gewisse Begünstigung gewährt worden, c. 10 (Gelas. I., Thiel 1, 388) Dist. LIV.

[4] Daher kann man die Entstehung des Patronates nicht mit Kaim S. 4. 16 ff. in die Zeit des Urchristenthums setzen. Wenngleich vor der Anerkennung des Christenthums im römischen Reich der Gottesdienst oft in Räumlichkeiten, welche Eigenthum der Gemeindeglieder waren, abgehalten worden ist, so folgt doch daraus nicht im Ent-

selbe Gedanke wenigstens insofern folgenreich, als die Päpste den Stiftern von Klöstern ein Mitwirkungsrecht bei der von den Mönchen vorzunehmenden Abtswahl zugestanden haben [1].

Seit dem 7. Jahrhundert ist die Präsentationsbefugniss des Stifters auch in der spanischen Kirche anerkannt [2]. Hier ist sie ebenfalls, nachdem es gelungen war, eine andere Anschauung, welche in den übrigen germanischen Reichen bestimmend gewirkt hat (s. unter II.), zu beseitigen, auf die vermögensrechtliche Zuwendung gegründet worden [3]. Dabei tritt eine Eigenthümlichkeit insofern hervor, als das Recht auf die Person des Stifters beschränkt erscheint [4], und unter Verneinung des Eigenthumsrechtes des Stifters und seiner Erben an der erbauten Kirche und deren Dotation [5], diesen letzteren nur die Aufsicht über die Vermögensverwaltung vorbehalten wird [6].

II. Die Entwickelung in den germanischen Ländern, insbesondere in Frankreich und Deutschland bis zum 12. Jahrhundert. Während die Einräumung patronatähnlicher Befugnisse nach den ältesten Zeugnissen sich als eine dem Stifter für seine Verdienste um die Kirche gewährte Begünstigung darstellt, hat sich in den germanischen Reichen mit Ausnahme des westgothischen eine andere, rein privatrechtliche Auffassung geltend gemacht [7]. Sie geht

ferntesten, dass letztere zur Ernennung der Presbyter ausschliesslich berechtigt gewesen wären. So lange als die Gemeinde ihre Beamten wählte und sich ein spezifischer Unterschied zwischen den Gliedern der Gemeinde und den kirchlichen Amtsträgern nicht entwickelt hatte, war für das Patronatrecht überhaupt kein Boden vorhanden. Die Einräumung eines besonderen Rechtes auf Grund der Stiftung einer Kirche setzt vielmehr einen eigenen kirchlichen Beamtenstand voraus, und daher findet sich bis zum 4. Jahrhundert kein auf patronatähnliche Befugnisse deutendes Quellenzeugniss, ja die hom. 18 in act. apost. des Chrysostomus, ed. Montfaucon 9, 151, in welcher er zur Erbauung von Kirchen auffordert und unter den den Stiftern daraus erwachsenden Vortheilen keine derartige Rechte erwähnt, spricht gegen die Existenz derselben. Ebensowenig lassen sich solche in Sozom. hist. eccles. VIII. 17 finden, wohl aber möglicher Weise in Cyrilli vita b. Eutymii abbatis b. Baronius annal. a. 455. n. 22 (s. auch a. 460. n. 24), nach welcher die Kaiserin Eudoxia eine Kirche und ein Kloster gestiftet hat und „Gabriellio (presbytero) committit praefecturam monasterii Stephani protomartyris“ und (l. c. a. 455. n. 23): „Bassa (matrona) Andream ... pastorem effecit et praefectum monasterii, quod ab ea fuit aedificatum“, was mit der im Text vertretenen Auffassung keineswegs in Widerspruch treten würde.

[1] c. 4 (Pelag. I., 555—560) C. XVIII. qu. 2; Gregor. I. ep. III. 63 (ed. Bened. 2, 673); A. M. Phillips 7, 618 ff. S. auch Gregor. I. ep. XIII. 8. p. 1222 für das von Brunhild gestiftete Kloster zu Autun: „ut obeunte abbate atque presbytero supradicti xenodochii atque monasterii non alius ibi ... ordinetur, nisi quem rex eiusdem provinciae cum consensu monachorum elegerit ac praeviderit ordinandum“. Nicht hierher gehört ep. Joann. IV. (640—642), Mansi 10, 698 = c. 1. C. XVI. qu. 2: „... decrevimus ut amodo ecclesiae monachis traditae per suos sacerdotes instituantur. divinae ... leges habent et saeculares, ut cuius est possessio, eius fiat institutio ... omnino licentiam monachis damus, suarum ecclesiarum investitores fieri“. In diesem Briefe, der wegen der fränkischen Ausdrücke: investitores und vestitura kaum Johann IV. angehören kann, Phillips 7, 624, wird die Einsetzung der Geistlichen nicht auf die Stiftung, sondern darauf gegründet, dass gewisse Kirchen an Mönche übergeben sind, ein Gedanke, welcher freilich mit der germanischen Auffassung des Patronates als eines Ausflusses des Eigenthums in naher Verwandtschaft steht.

[2] c. 2. Tolet. IX. v. 655 (c. 32. C. XVI. qu. 7): „Quia ... fieri ... cognoscitur, ut ecclesiae parochiales vel sacra monasteria ita quorumdam episcoporum vel insolentia vel incuria horrendam decidant in ruinam, ut gravior ex hoc oriatur aedificantibus moeror, quam in construendo gaudii extiterat labor, ... decernimus, ut quamdiu earumdem fundatores ecclesiarum in hac vita superstites extiterint pro eisdem locis curam permittantur habere sollicitam et sollicitudinem ferre praecipuam atque rectores idoneos in eisdem basilicis iidem ipsi offerant episcopis ordinandos“.

[3] Die in der vor. Note angeführte Stelle zeigt, dass die dem Stifter gewährten Rechte zugleich auch zum Schutze seiner Stiftung gegen Uebergriffe und Nachlässigkeiten des Bischofs dienen sollten.

[4] c. 2 Tolet. IX. cit.

[5] c. 33 Tolet. IV. a. 633; c. 1 Tolet. IX. (c. 31 C. cit. qu. cit.).

[6] S. vor. Note. Ein aus der Stiftung der Kirche herfliessendes, eigenthümliches Recht des Stifters und seiner Nachkommen auf Alimentation bei unverschuldeter Armuth hat nicht bestanden; c. 38 Tolet IV. (c. 30. C. XVI. qu. 7) gewährt jedem „quicumque fidelium de facultatibus suis ecclesiae aliquid devotione propria contulerit“ einen solchen Anspruch.

[7] Dass dies anfänglich auch im westgothischen

von dem Herrschaftsverhältniss des Grundherren über die auf seinem Eigen befindlichen Sachen aus [1] und gewährt dem Eigenthümer eine bis zur Einsetzung des Geistlichen, ja auch bis zur Absetzung des letzteren gehende Verfügungsgewalt über die auf seinem Grund und Boden erbaute Kirche. Schon das Koncil von Orleans schreitet im J. 541 gegen Missbräuche der Gutsherren bei der Anstellung der Geistlichen an den Oratorien und Pfarrkirchen, und gegen die Beeinträchtigung der Korrektionsgewalt der Archidiakonen ein, stellt aber principiell weder das Eigenthum der Gutsherren an den kirchlichen Gebäuden und den meistens aus Grundstücken und Immobiliarrechten bestehenden Dotationen dieser Kirchen, noch das Besetzungsrecht der letzteren in Frage [2]. Dieselbe Auffassung hat auch die karolingische Zeit [3] beherrscht. Die Kirchen werden als *propria ecclesia* [4], *ecclesia propriae hereditatis* [5] des Stifters oder in ähnlicher Weise [6] bezeichnet, und auf dieselbe Art und in denselben Formen wie andere Immobilien veräussert und übertragen [7]. Dabei behalten sich die Veräusserer öfter ihr Eigenthum bis zum Tode vor [8] oder legen dem Erwerber besondere Bedingungen auf [9]. Die Kirchen werden ferner zu Benefizial- oder ähnlichem

Reiche geschehen, zeigen c. 6 Bracar. II. v. 572; c. 33 Tolet. IV. u. c. 1 Tolet. IX. cit., welche dem Stifter und seinen Erben jede „potestas" oder proprii iuris potestas" über die erbaute Kirche und ihr Vermögen absprechen, und c. 19 Tolet. III. v. 589, wonach das Verlangen des Fundators auf Ausschliessung der bischöflichen Verfügung über die Dotation der Kirche für unzulässig erklärt wird. Bei der übermächtigen Stellung der Kirche im westgothischen Reich und ihrem bedeutenden Einfluss auf die weltliche Gesetzgebung ist es derselben offenbar gelungen, für die kurze Zeit, welche jenes Reich bestanden hat, die Entwicklung von dem Ausgangspunkt, durch welchen sie in den übrigen germanischen Staaten bestimmt worden ist, abzudrängen.

[1] Phillips K. R. 7, 631.

[2] c. 7: „Ut in oratoriis domini praediorum minime contra votum episcopi ad quem territorii ipsius privilegium noscitur pertinere, peregrinos clericos intromittant, nisi forsitan quos probatos ibidem districtio pontificis observare praeceperit"; c. 26: „Si quae parochiae in potentum domibus constitutae sunt, ubi observantes clerici ab archidiacono civitatis admoniti secundum qualitatem ordinis sui fortasse quod ecclesiae debent, sub specie domini domus implere neglexerint, corrigantur secundum ecclesiasticam disciplinam; et si ab agentibus potentum vel ab ipsis rei dominis de agendo officio ecclesiae in aliquo prohibentur, auctores nequitiae a sacris caerimoniis arceantur..."; c. 33: „Si quis in agro suo aut habet aut postulat habere dioecesim, primum et terras ei deputet sufficientes et clericos qui ibidem sua officia impleant, ut sacratis locis reverentia condigna tribuatur". Für das 7. Jahrh. vgl. conc. Cabilon. v. 644 o. 656. c. 14.

[3] Zu dem Folgenden vgl. auch Rettberg, Deutschlds. Kirchengesch. 2, 616 ff.

[4] Meichelbeck hist. Frising. I. 2. n. 158. 329.

[5] L. c. n. 208.

[6] L. c. n. 225: „propriam hereditatem meam ... hoc est cum ecclesia"; n. 739: „dedi ... episcopus ... praefato nobili viro in proprietatem habendam ... aecclesiam, curtem, domum"; n. 413: „quod episcopus ... postea ipsam ecclesiam sibi in propriam ab episcopo datam usque ad obitum vitae suae"; n 120: interpellans Liudfridum abbatem de parrochia et ecclesias ad eandem parrochiam pertinentia, quod contra canonicam institutionem in suum dominium retineret ... Tunc ... convenientiam fecerunt ... ut Liutfrid abbas habeat III aecclesias, qui sic nominantur ... et quartam ecclesiam ad totinhusin".

[7] L. c. n. 32. 82. 83. 86. 91. 106. 190. 198. 222. 265. 267. 291. 293. 302; mon. Boica 8, 363; Muratori antiqu. Ital. 1, 581. 1003.

Darüber, dass dieselben Verhältnisse auch in Betreff der Klöster obgewaltet haben, vgl. capitul. a. 783(?) c. 6. LL. 1, 46; c. 4. C. XX. qu. 3; Abel, Jahrb. d. fränk. Reichs 1, 277; Waitz, deutsche Verfassgsgesch. 4, 130. 180; Sickel, Beiträge z. Diplomatik III, Sitzgsber. d. Wiener Akad. XLVII. 1, 206; Muratori de monasteriis in benefic. datis l. c. 6, 301 ff.; E. Löning, Gesch. d. deutsch. Kirchenrechts 2, 374. 638.

[8] Meichelbeck l. c. n. 6. 14. 29. 32. 47. 48. 60. 173; Muratori l. c. 5, 747.

[9] Meichelbeck l. c. n. 147: „Ego ... Egilricus presbyter tradidi propriam hereditatem meam in loco ... P ... in basilicis, in domibus, in territorio ... seu de omnibus quae pater meus et mater mea mihi reliquerunt et mihi proprio iure contingebant, ad altare Mariae ad Frigisingas et in manu episcopi Attoni et placitavit, ut post obitum eius Oadalker presbyter quem ille ab infantia nutrivit et ... usque ad honorem presbyterii perduxit, cum tale censu haberet, sicut episcopo placuerit"; n. 179; n. 330: „Tunc antistes consecravit hanc ecclesiam necnon et altarem, ... eo modo quod ipsam ecclesiam extra episcopatu s. Mariae licentiam nec potestatem tradera habuisset", wo es freilich zweifelhaft bleibt, ob diese Bedingung vom Stifter und Schenker der Kirche oder vom Bischof aufgestellt ist.

Rechte[1] nicht blos an Geistliche, sondern auch an Laien[2], sogar an Frauen[3] verliehen. Sie werden vererbt[4], können im Miteigenthum mehrerer Personen, namentlich von Miterben, stehen, denen in diesem Fall zugleich ein Antheil an der betreffenden Dotation und den Einkünften gebührt[5]. Endlich sind sie Gegenstand der Vindikation[6]. Die Konsekration der Kirche ändert nichts in den Rechten des Eigenthümers[7]. Diesem verbleibt vielmehr trotz derselben seine Verfügungsgewalt über die Kirche und ihre Dotation, in welcher das Nutzungsrecht an der letzteren, so weit sie nicht für die sächlichen und persönlichen Kosten des Gottesdienstes erfordert wird[8], und das Anstellungsrecht des Geistlichen[9] enthalten ist.

Auf demselben Standpunkt steht auch die weltliche und kirchliche Gesetzgebung des Frankenreichs. Dieselbe erkennt ebenfalls ausdrücklich ein Privateigenthum an Kirchen an[10], und ist nur den übertriebenen, für die kirchliche Verwaltung sich als

[1] L. c. n. 79. 103. 212. 269. 306. 336. 349. 406. 429. 472; mon. Boica XXVIII. 2, 36.

[2] Meichelbeck l. c. n. 418. 428.

[3] L. c. n. 339: „Constat . . . qualiter Atto episcopus . . . olim in beneficium praestavit quedam femine Mezcundae nomine ecclesiam cum rebus ad eam pertinentibus in loco Filusa vocato“. Hieraus ergiebt sich, dass die Benefizial-Verleihung nicht als gleichzeitige Anstellung eines Geistlichen an der betreffenden Kirche aufgefasst werden kann.

[4] Dies zeigen eine Reihe der schon citirten Urkunden, s. z. B. 60. u. 147 (S. 622. n. 9); Muratori l. c. 1, 275: „illam portionem quam mihi pater meus moriens reliquid in ipsa capella“.

[5] Meichelbeck l. c. n. 319: „qualiter Cundhart comis in propria alode ecclesiam construxit et in alode uxoris suae Adalfrit . . . in loco . . . Mosetha . . . atque Attonem episcopum illuc invitavit ad consecrandam ipsam ecclesiam ipseque Atto . . . inquirens coram populo, quid . . . Cundhart comis de eadem ecclesia agere voluisset ipseque respondens: ego vere volo meam partem nunc coram istis cunctis ad domum s. Mariae pro remedium anime meae in manus vestras tradere et confirmare volo eo modo, ut post obitum meum uxor mea Adalfrit, si me supervixerit, habere liceat, tamen si ipsa suam partem de iam dicta ecclesia domni s. Mariae vult tradere“; n. 414. 443. 680. 681, s. auch vorige Note. Ein Process unter mehreren Miteigenthümern l. c. n. 129. Dass die verschiedenen Antheile auch verschiedene rechtliche Schicksale haben konnten, ergiebt n. 472 ibid.: „ille . . . dixit, ipsam ecclesiam suam hereditatem ex medietate fuisse et ex aliam medietatem in beneficium dominicum habere“.

[6] L. c. n. 368. 434. 470. 472. 473. 610.

[7] Dies zeigen ebenfalls die schon citirten Urkunden, s. z. B. n. 319, Note 5.

[8] dipl. a. 759, Muratori l. c. 2, 1023: „nam alias res meas in integrum sit potestate suprascripte ecclesie, sic tamen, ut dum advivere meruero, in mea sit potestate in ipsa ecclesia sacerdotem ordinandi et usufructuandum suprascriptas res et regendum una cum ipso presbytero“; ibid. 1, 671. S. auch die folgende Note.

[9] Meichelbeck l. c. n. 240 (saec. VIII ex. o. saec. IX ineunt.): „hi fuerunt par partem habentes in ipso loco Furihulze, quorum nomina Alpheri Pollo Oato, ipsique dodaverunt ipsam ecclesiam propria hereditate illorum et tunc cum consilio episcopi primo *posuerunt presbyterum*, cui nomen Lipolf, post illum Cozuni, tertius Hetto, quartus Deotrih, quintus Alpuni, sextus Perhthram, septimus Seliperht“; a. 801, Muratori l. c. 1, 669: „Manifestum est mihi Sichimundo filio Siculi quia in proprio territorio meo . . . aedificavi ecclesiam in honore dei et b. s. Marie . . . Hec omnia suprascriptas casas . . . deo et tibi suprascripte s. Marie offero . . . tali enim tenore, ut donec ego advixero ipsa dei ecclesia cum omni suprascripta re, quam ibidem depotavi esse, in mea sit potestatem per sacerdotem gubernandi adque secundum deum disponendi qualiter voluero. Post vero meum decessum volo ut ipsam dei ecclesiam s. Marie sit in potestate Sichelmi . . . episcopi, filii mei, simililter imperandi, regendi adque secundum deum qualiter melius visum fuerit. Et post eius obitum similiter volo, ut iam dicta dei ecclesia cum rebus suis sit in potestate Richimundi clerici, filii mei, abendi possedendi, regendi et de nepotibus meis ordinandi, qualem ipse secundum qui opus dei et ipsius ecclesie peragere possat, ipsum ordinare et ibidem preponere abeat licentiam. Et si ipse Richimundus post obitum etiam dicti Sichelmi episcopi filii mei talem de nepotibus meis non invenerit, quem ibidem recto moderamine ordinare, etiam de aliis parentibus nostris et de aliis hominibus sacerdotem ibidem reponendi et ordinandi qui officium divinum faciat pro nostris facinoribus deum deprecare et missas cantare debeat. Et qualiter ab ipso Richimundo filio meo ordinata fuerit, stabili ordine maneat semper. Et ille qui a predicto Richimundo filio meo fuerit ibidem ordinatus in eadem ecclesia ordinationem faciendi secundum deum recto ordine de heredibus et propinquis nostris ita ut semper in potestate heredum meorum permaneat ipsa dei ecclesia s. Marie cum rebus suis ordinationem secundum deum de sacerdote faciendi *** reddat et pro nobis domini misericordiam deprecetur“. Vgl. auch ibid. 3, 565.

[10] Cap. Francof. v. 794. c. 54, LL. 1, 75: „De ecclesiis quae ab ingenuis hominibus construuntur, licet eas tradere, vendere, tantummodo, ut

schädlich erweisenden Konsequenzen desselben entgegengetreten. So wurde die Anstellung der Geistlichen und ihre willkührliche Entfernung durch die Grundeigenthümer ohne Zustimmung des Bischofs [1], die Forderung von Geschenken seitens der ersteren bei der Einsetzung der Kleriker [2], die Theilung von Kirchen unter mehrere Miteigenthümer [3], die Bestattung von Todten in den Kirchen auf Grund des Eigenthumsrechtes [4], und die Innehabung und Leitung derselben durch Laien [5] verboten. Andererseits ist aber das Verfügungsrecht der Eigenthümer nicht mehr eingeschränkt worden, als dies im Interesse der Erhaltung des gottesdienstlichen Einrichtungen und der Bewahrung der Würde der einmal errichteten und geweihten Kirchen nothwendig war [6], ja sogar insofern besonders geschützt, als den Bischöfen verboten wurde, die von den Eigenthümern für die Anstellung in Aussicht genommenen Kleriker, wenn sie die erforderlichen Eigenschaften besassen, zurückzuweisen [7].

So fremdartig die eben besprochenen Verhältnisse für unsere Zeit erscheinen, so liegt doch die Erklärung für ihre Entstehung sowie für ihre Jahrhunderte lange Fortdauer nahe genug.

Die kirchlichen Gebäude waren grösstentheils auf den Herrenhöfen der Grundherren errichtet. Anfänglich wurden in ihnen nur Messen gelesen, dagegen weder Pfarrgottesdienste gehalten noch die Sakramente gespendet [8]. Zunächst konnten da-

ecclesia non destruatur, sed serviantur cotidie honores"; cap. v. 817. c. 4, l. c. p. 214: „ad cuius potestatem vel illa ecclesia vel illa villa pertinet"; cap. Olon. v. 823. c. 2, o. S. 270. n. 3; cap. Wormat. v. 829. c. 2, LL. 1, 350: „ad nostrum beneficium ecclesiae pertinentes"; conv. Ticin. v. 855. c. 11, ibid. p. 432; conc. Roman. v. 826. c. 21 (l. c. 2 app. p. 16, c. 33. C. XVI. qu. 7): „monasterium vel oratorium canonice constructum a dominio constructoris invito non auferatur".

[1] Cap. gen. v. 769—771. c. 9; edict. pro episc. v. 800; cap. Aquens. v. 802. c. 13; cap. v. 817. c. 9, cap. Worm. v. 829. c. 1; ed. Pist. v. 864. c. 2, LL. 1, 33. 81. 106. 207. 350. 489; c. 37 (conc. Mogunt. v. 813). c. 38 (Cabilon. v. 813) C. XVI. qu. 7; c. 49. 57. Wormat. v. 868, c. 4 Vienn. v. 892, Mansi 15, 878 u. 18, 122.

[2] Conc. Mogunt. v. 813. c. 30, Mansi 14, 72; ep. Hincmar. ad cler. Laudun., Migne patrol. 126. 272. Das Geben von Geschenken seitens der Priester verbieten Hincmar. cap. dat. presbyt. c. 5 u. cap. ad presb. paroch. c. 17, Mansi 15, 496. 479.

[3] c. 26 conc. Cabil. v. 813 (c. 1 X. de iurepatr. III. 38); c. 35 (cap. Wormat. v. 829 c. 2) C. XVI. qu. 7; conv. Mogunt. v. 852. c. 5, syn. Suess. v. 853. c. 2, LL. 1, 412. 419; c. 2 (Tribur. v. 895) X. eod., wodurch verboten wird, dass jeder der Miteigenthümer für seinen Antheil einen besonderen Geistlichen anstellt, und bis zur Einigung über die Einsetzung eines gemeinsamen Geistlichen der Bischof zur Inhibirung des Gottesdienstes angewiesen wird.

[4] Conc. Sparnac. v. 846. c. 72, LL. 1, 392; Hincmar. cap. super add. c. 2, Mansi 15, 492.

[5] In der Weise, dass diese willkührlich über die Abhaltung des Gottesdienstes entschieden, diesen entweder ganz eingehen oder durch beliebig damit beauftragte, nicht festangestellte Geistliche abhalten liessen. Das bedeutet wohl cap. Langob. v. 783 (?) c. 2, LL. 1, 41: „De ecclesiis babtismalibus, ut nullatenus eas laici homines tenere debeant, sed per sacerdotes fiant . . . gubernatas".

[6] Da sich aus c. 2 cap. Olon. v. 823 (o. S. 270. n. 3) u. c. 21 conc. Rom. v. 826 (s. o. vor. Note 1) ergiebt, dass das Eigenthum an einer Taufkirche durch die Konsekration nicht erlischt, so kann c. 21 cap. Ticin. v. 801 (?, s. Boretius, Capitularien i. Longobardenreich S. 121), LL. 1, 86: „Ecclesiae . . . quae aedificantur per singula loca, nullus episcopus audeat sine dote eclesiam sacrare, queque sacratae fuerint, sint in potestate episcopi. Quod si quiscumque laicus exinde portionem querere presumpserit, ipse ecclesiae claudantur" nicht dahin gedeutet werden, dass damit das Eigenthumsrecht von Laien an Kirchen überhaupt ausgeschlossen werden soll, vielmehr nur dahin, dass dem Bischof allein das Recht zu Anordnungen in Betreff der bestimmungsmässigen kirchlichen Benutzung des Gebäudes zugesprochen und die theilweise Wegnahme der Oblationen durch den Eigenthümer verboten wird. Vgl. auch Hincm. ep. ad cler. Laudun., Migne l. c. 126, 274: „ecclesias quoque in proprietatibus liberorum hominum ac cohaeredum consistentes, ut suae tradantur ecclesiae, non debet (episcopus) cogere, sed secundum synodalia et imperialia capitula quae regularia esse probat ecclesia, quatenus dotis immunitatem, sicut ceterae ecclesiae auctoritate regia habeant, et ipsae ab eisdem liberis hominibus potiantur".

[7] c. 22. 1. I. conc. Par. v. 829, Mansi 14, 554; c. 5 cit. Hincm. cap. dat. presb., c. 49 cit. conc. Wormat. v. 868; cap. v. 819. c. 9 cit., cap. Wormat. v. 829. c. 15, LL. 1, 337. Das cap. de villis v. 811, LL. 1, 181, bestimmt sogar: „non alii clerici habeant ipsas ecclesias, nisi nostri aut de familia aut de capella nostra".

[8] O. S. 263 ff.



her aus der Verfügungsgewalt der Stifter und Eigenthümer keine so grellen Missstände hervorgehen, dass die Kirche sich hätte veranlasst zu finden brauchen, die Anschauung von dem Eigenthum des Stifters und seiner Nachfolger an den kirchlichen Gebäuden zu bekämpfen. Als dann im Laufe der späteren Entwickelung mit der Verbreitung des Christenthums und der Zunahme der Bevölkerung die Oratorien vielfach die Rechte von Pfarrkirchen erlangt hatten[1], war jene Anschauung im Bewusstsein des Volkes längst eingewurzelt[2]. Gegen dieselbe konnte eine Reaktion während der Säkularisationen des 8. Jahrhunderts, durch welche eine Menge kirchlicher Güter mit den darauf befindlichen Gotteshäusern in die Hände der Laien kamen, sich um so weniger geltend machen, als die Erwerber von Benefizialgütern über die dazu gehörigen Kirchen in derselben Weise, wie die Grundeigenthümer über solche, verfügten[3].

Endlich kam der Umstand hinzu, dass bei dem Mangel jeglicher rechtswissenschaftlichen Bildung die bischöflichen Amtsbefugnisse in manchen Beziehungen wie reine Privatrechte behandelt wurden[4]. In Folge dessen nahm man auch ein Eigenthumsrecht der Bischöfe an den ihnen von Stiftern und Grundherren übertragenen Kirchen an[5]. Der Gedanke, dass diesen letzteren eine selbstständige vermögensrechtliche Persönlichkeit zukomme und sie nur der dem Bischof kraft seines Amtes zustehenden Leitungsgewalt unterworfen seien[6], ist in der karolingischen Zeit ebenso wenig wie die Unterscheidung zwischen dieser und der rein privatrechtlichen Verfügungsgewalt der Laien zum klaren Bewusstsein gelangt[7], und daher ist es begreiflich, dass die Gesetz-

[1] O. S. 268. 278.

[2] Dies zeigt die schon hervorgehobene Thatsache, dass ein Eigenthum des Stifters an den Tauf- und Pfarrkirchen nicht beanstandet worden ist, s. o. S. 270. n. 3 u. S. 624. n. 6.

[3] Mit Recht hebt dies Schulte K. R. 2, 665 hervor.

[4] So die Vergebung der der bischöflichen Verleihung unterstehenden Kirchen und Aemter, dipl. v. 757, Muratori l. c. 3, 1008: „ego Andreas episcopus (v. Pisa) . . . Atoni ecclesiam s. Mamiliani sita in loco Collinem, quam mihi da (*sic*) Rotpertu quondam presbiter cum monasterio vel campis . . . quidquid ad ipsa ecclesia vel ad ipsum presbiterum pertenuit, vel nunc presenti tempore habere vel possidere videtur, in tua Attoni giure dominioque concedo habendi, dominandi, possidendi, ordinandi omnibus diebus vite tue livere et inconcusse firmiter valeas possidere . . . Nepotis autem ipsius quondam Rotperti presbiteri, qui nunc ividem abitare videntur . . . monacas ambas, dum advivere meruerunt, liceat earum ambabus cum sis (statt ris oder res) suas ividem vivere et abitare. Post obitum earum vertatur omnia ad ipsa ecclesia et Atoni vel quem ivi sese constitueret. Postea vero post decesso Attoni vel quem Ato ordinaret, ideo postea revertatur ad potestatem s. Marie matris ecclesie vel episcopo qui pro tempore in civitatem Pisanam fuerit ordinatus"; dipl. v. 807, l. c. 2, 776: „Manifestum est mihi Alperto clerico . . . quia per hanc cartulam ad continendum et meliorandum dare videor tibi Walprando presbytero . . . ecclesiam s. Terentii . . . quas in mea potestate per cartulam confirmavit domnus Jacobo episcopo (v. Lucca) ipsa dei ecclesia una cum casis et omnibus rebus ad eam pertinentibus, qualiter mihi ab ipso domno episcopo obvenit, in tua potestate sit regendi, gubernandi, lavorandi et meliorandi atque usufructuandi et in ipsa dei ecclesia per te aut per alium sacerdos officium et luminaria ibidem die noctuque fieri debeat . . . et pro iustitia exinde per singulos annos . . . tu mihi reddere X solid. de argento", — hier verleiht also der Priester, welchem der Bischof eine Kirche übertragen hat, diese weiter und zwar mit der Befugniss für den Beliehenen, den Gottesdienst auch durch einen andern Priester verrichten zu lassen; s. ferner dipl. v. 801, l. c. 6, 217 u. v. 847, ibid. 3, 375, wo der Bischof für sich und seine Successoren eine Strafe von 200 Solidi im Falle der Verletzung des dem Priester gewährten Rechtes verspricht.

[5] Das zeigen die vielen Urkunden in Betreff der Schenkung von Kirchen an Bischöfe, s. auch Bened. Levit. II. 69: „Et si eas (ecclesias) dotare noluerint, quorum sunt aut subtracta reddere noluerint, episcopus proprius ad dominium suae sedis ecclesias revocet futuris temporibus possidendas".

[6] Nur daraus erklärt es sich, dass in den Urkunden öfters erst die gestiftete Kirche als das mit Schenkungen ausgestattete Subjekt, dann aber selbst auch als Objekt der Schenkung erscheint, Meichelbeck l. c. n. 146. 320. 329. 352.

[7] Deshalb kennt jene Zeit auch die Inkorporation nicht als ein besonderes Rechtsinstitut, so o. S. 437. 444. 445, ebensowenig wie ein Patronatrecht im heutigen Sinne (s. gleich nachher im Text). Beide Institute haben sich vielmehr aus dem Eigenthumsrecht der weltlichen Herren und der Klöster an kirchlichen Anstalten entwickelt und lassen sich in karolingischer Zeit noch nicht unterscheiden.

gebung die principielle Grundlage, aus welcher die von ihr bekämpften Missstände hervorgegangen waren, nicht in Frage gestellt hat[1]. Ein Patronatrecht im heutigen Sinne hat demnach in karolingischer Zeit noch nicht existirt, sondern nur ein freilich im kirchlichen Interesse durch die Gesetzgebung eingeschränktes Eigenthumsrecht weltlicher Personen an Kirchen. Daher ist die übliche Bezeichnung für den Berechtigten der ein Herrschaftsverhältniss bedeutende Ausdruck: *senior*[2], während das spätere *patronus* sehr selten im 9. Jahrhundert vorkommt[3]. Ebensowenig ist in dieser Zeit[4] die nachmalige Unterscheidung von Präsentations- und Anstellungsrecht schon vollständig ausgebildet[5], vielmehr sind die Versuche, das letztere auf ein blosses Vor-

[1] Das conc. Valent. v. 855 c. 9, Mansi 15, 8: „. . . quia possessiunculae vel dotes basilicis collatae irreverenter auferuntur . . . placuit, ut ipsi presbyteri sub episcopis quibus adiutores sunt, maneant et sub matre ecclesia liberi et quieti officium ecclesiasticum exequantur: dotes vero a fidelibus designatae basilicis ad hoc quod statutum est, ab eis vendicentur nullaque redhibitio census inde a quolibet saeculari exigatur, sed quod canonice tantum ordinatum est, suppleatur . . . Sed et ipsi saeculares et fideles laici, si condere voluerint basilicas in praediis suis . . . unam colonicam vestitam cum III bus mancipiis donationis causa eis conferant moxque episcoporum iuri et sanctae matri ecclesiae basilicam submittant. Aliter vero nos earum consecrationes sciant non impleturos. Illi autem qui dotes ecclesiarum auferre, dure servitium ab eis exigere, insuper non metuunt periculum sacerdotibus intentare, si actiones non melioraverint, eorum excommunicationi nos addere nóverint destructionem penitus talium basilicarum locumque alium sub pace meliori situm quaesituros ibique pacificam basilicam consecraturos“ sucht Abhülfe dadurch zu schaffen, dass es seitens des Stifters die Unterstellung der Kirche unter das Recht des Bischofs und der Kathedrale verlangt. Will man darunter selbst die Forderung einer Uebertragung des Eigenthums an die letztere verstehen, so beruht diese Anordnung immer auf privatrechtlicher Auffassung des Verhältnisses. In der That ist aber nur eine Dispositionsbefugniss des Bischofs im kirchlichen Interesse statuirt, welche nicht das Eigenthum des Stifters zu beseitigen, wohl aber die willkührliche Verwendung und Verschleuderung der Dotation zu verhindern bezweckt. Dies zeigen c. 3 conc. Wormat. v. 868: „Attamen unusquisque episcopus non prius dedicet ecclesiam, nisi antea dotem basilicae et obsequium ipsius per donationis chartulam confirmatum accipiat“; c. 55 ibid. (= conc. Tolet. III. v. 589 c. 19): „Multi contra canonum constituta ecclesias quas aedificarunt et ab episcopo postulaverint consecrari, dotem quam eidem ecclesiae contulerunt, ad episcopi ordinationem putant non pertinere: quod factum et in praeterito displicet et in futuro prohibetur. Ergo omnia secundum constitutionem antiquam ad episcopi potestatem pertineant“, Mansi 15, 869. 878, wiederholt durch c. 4 Mogunt. v. 888, l. c. 18, 65; c. 4 Colon. v. 887, l. c. 18, 47: „Ut nullus laicus . . . praesumat aliquid de rebus deo dicatis vel ecclesiae facultatibus i. e. nec dandi basilicas nec auferendi sine consensu episcopi habeat potestatem neque ex dote ecclesiae i. e. ex uno manso et IV mancipiis census exigatur, sed iuxta concil. Aurel. I. 19 omnes basilicae quae per diversa loca constructa sunt vel quotidie construuntur, placuit . . . ut in eius ordinatione et potestate persistant, in cuius territorio positae sunt“. Auch bei Benediktus Levita, dessen Fälschungen den Uebergriffen der Laien in das Gebiet der kirchlichen Verwaltung entgegenzutreten beabsichtigen, findet sich ausser den oben S. 624 citirten Vorschriften der karolingischen Gesetzgebung (I. 43. 87. 98. 99. 147. 148; II. 105) und einer Anzahl sich im Allgemeinen gegen die Beraubung der Kirchen und ihrer Güter richtenden Stellen (I. 182. 208. 403; III. 261. 265. 267. 275. 411. 419; add. III. 1) kein ausdrückliches Verbot des Eigenthumsrechts der Laien an den dem öffentlichen Gottesdienst gewidmeten, insbesondere an den Parochialkirchen, vielmehr wird III. 292. 468 nur die Vorschrift des conc. III. Tolet. cit. wiederholt, welche dem Bischof die Verfügung über die dos wahrt. Dass sich hierin eine Reaktion gegen die schädlichen Konsequenzen der Eigenthums-Theorie zeigt, ist klar, dagegen lässt sich darin m. E. keineswegs eine bewusste Verneinung der Statthaftigkeit des Eigenthumsrechtes an Kirchen finden (so Richter-Dove §. 188), welches sogar der die bischöflichen Befugnisse energisch vertretende Hinkmar (S. 627. n. 1) anerkennt (S. 624. n. 6).

[2] c. 10 cap. v. 817; Anseg. cap. I. 142; c. 8 ed. Pist. v. 869, LL. 1, 207. 288. 510; senior saecularis in Hincmar. cap. presbyt. paroch. c. 17, Mansi 15, 479; c. 16 Nannet., Mansi 18, 171 (das freilich auch in das 7. Jahrh. gesetzt wird, Hefele, Konc. Gesch. 3, 97); c. 2 Mettens., Mansi 18, 78.

[3] c. 5 cit. cap. Hincmar. dat. presbyt., Mansi 15, 497. In den dem 9. Jahrhundert angehörigen c. 1 u. 2 X. de iurepatr. III. 38 ist das Wort patronus wahrscheinlich von Raimund a Peñaforte interpolirt, Phillips 7, 641.

[4] Dies behauptet Richter-Dove §. 188.

[5] Die Ausdrücke presbyteros ponere, ordinare, constituere, ecclesias dare in den S. 623. n. 10 u. S. 624. n. 1 u. 7 citirten Stellen, welche von Laien gebraucht werden, lassen diese als die Vergabungsberechtigten erscheinen. Das ed. pro presbyt. v. 800, LL. 1, 81: „ita ut presbyteros . . . praesentare episcopis denegetis“, u. c. 9 cap. v. 817,

schlagsrecht zu beschränken und dem Bischof eine dem späteren s. g. Devolutionsrecht ähnliche Befugniss zu vindiziren, nur sehr vereinzelt hervorgetreten[1]. Auch in den nächstfolgenden Jahrhunderten ist in dem geschilderten Zustande keine Aenderung eingetreten[2]. Die germanische Rechtsauffassung, welche sich in den nordischen Rechtsquellen noch deutlicher als in den karolingischen ausgeprägt findet[3], war nicht leicht zu überwinden[4], und die im 11. Jahrhundert durch die damals herrschenden

LL. 1, 207: „Et si laici, clericos probabilis vitae et doctrinae episcopis consecrandos suisque in ecclesiis constituendos obtulerint" lassen sich allerdings für die gegentheilige Annahme verwerthen. Dieser stehen aber die anderen Stellen entgegen. Ausserdem bedingt die Auffassung des Verhältnisses als Eigenthum, dass der Eigenthümer anzustellen und den Bischof nur vorher um die Prüfung des Klerikers anzugehen hat. Bestätigt wird die hier vertretene Anschauung auch dadurch, dass die karolingische Gesetzgebung weder ein Recht des Bischofs statt des säumigen Eigenthümers einzuschreiten, noch eine Pflicht des letzteren die Anstellung binnen bestimmter Frist vorzunehmen, kennt, vgl. auch Mittelstaedt l. c. p. 15. 16.

[1] Vgl. Hincmar. ep. ad Teudolf. comit. bei Flodoard. hist. Rem. III. 26, ed. Duaci. 1617. p. 525: „Si autem vis ibi habere presbyterum, adduc mihi talem clericum qui aptus sit sacro ministerio et ego illum inquiram et illi ecclesiam dabo et tunc illum ordinabo, si mihi satisfactionem fecerit, quod nullum pretium inde donaverit" u. l. c. p. 535: „Item pro loco vacante sine presbytero ubi s. Patricia requiescit, monens, ut quantocius ministris ecclesiasticis clericum sacro ministerio aptum (sc. Bertrannus comes) ostendat, qui valeat ibi ordinari, sciens pro certo, quia post ordinationem quae fieri debebat in proximo, ipsum locum sine presbytero non dimitteret, quia nec cum mercenario nec sine pastore proprio ipsos homines audebat dimittere: et si ipse non praesentaverit eum, qui dignus possit inveniri, ille ordinaturus esset, qualem meliorem potuisset invenire". Das conc. Roman. v. 826. c. 24, LL. 2 app. p. 16: „Sunt quaedam pia loca . . . in diversis regionibus inventa, quae ita . . . sacerdotibus destituta nulloque debito ibidem resonant nec existunt officia, ut . . . nunc . . . ut aliae domus utilitate secularium hominum sordidae inveniuntur. Itaque si proprio iure eclesiae subiecta episcopus ibidem sine intermissione presbiterum cum sufficientiae suae utilitatis opes constituat, et si secularium hominum sunt iure constituta, ab episcopo illius dioeceseos admoneantur et si admoniti presbiterum infra III mensium spatium ibidem neglexerit constituere, curam exinde habens episcopus absque neglecta principi suggerat, quatenus eius emendetur sententia", enthält nicht (so Richter-Dove §. 188 n. 20) die allgemeine Festsetzung einer 3monatlichen Präsentationsfrist für die Laien, weist vielmehr dem Bischof nur für den besonders erwähnten Fall, d. h. wenn die Laien den Gottesdienst in ihren Kirchen während des erwähnten Zeitraums nicht wieder einrichten, an, sich an die weltliche Gewalt zu wenden, damit diese die Laien dazu zwinge, vgl. auch Mittelstaedt l. c. p. 25. n. 2.

[2] S. z. B. Ennen, üb. d. Patronat i. d. Kirche m. bes. Rücks. auf d. bergische Land. Köln 1850. S. 16 ff.

[3] In Island ist auch nach der Einführung des Christenthums u. d. J. 1000 der Bau, die Dotirung und Unterhaltung der Kirchen, wie dies vorher in Betreff der heidnischen Tempel der Fall gewesen war, Privatsache geblieben. Die Kirche galt als Eigenthum ihres Erbauers oder des Rechtsnachfolgers des letzteren. Wenn der Eigenthümer nicht selbst die Weihe nahm, so war er berechtigt, aber auch verpflichtet, einen Geistlichen auf eigene Kosten zu beschaffen und zu unterhalten. Dem Bischof stand nur die Befugniss zu, die Einweihung einer nicht ausreichend dotirten Kirche abzulehnen und den vom Eigenthümer ernannten Geistlichen die Ordination zu ertheilen oder im Falle der Unfähigkeit zu versagen, Pétur Pétursson, de iure eccles. p. 53. 57; K. Maurer, Bekehrg d. norweg. Stammes zum Christenthum 2, 209 ff. 453; desselb. Recension von Islenzkur Kirkjurjettur af Jóni Pjeturssyni. Reykjavík 1863 i. d. krit. Vierteljahrsschr. Bd. 7 (1865) S. 185. 186; Thurgren l. c. p. 128.

[4] Placitum v. 945 b. Muratori antiqu. Ital. 1, 463: „. . . dedi eis responsum, quod ecclesia ipsa cum omni sua integritate et pertinencia et cum omni redicione . . . ad meam haberet et detineret proprietatem: sed non malo ordine pro eo quod ego et quidem quondam Unrocho comes, genitor meus, heas habuissemus et detinuissemus ad nostram proprietatem per annos XXX . . . pro eo quod inventum et inquisitum habemus, quod ecclesia ipsa cum omni sua integritate et pertinencia cum predicta redicione . . . tua Rodulfi propria esse debet, et nobis nec parti ipsius episcopio nichil pertinet ad abendum nec requirendum nec pertinere debet nisi cum lege, nisi tantummodo presbiteris et diaconibus qui ibi ad ipsam ecclesiam ministrantibus a presule istius episcopio consecrantur et crismata benedicentur, quo modo ipsis sacerdotibus inibi in ipsa ecclesia s. Faustini illorum ministerium adimplere possunt; ita et ut pro tempore sinodum nostre ecclesie custodiant, quam nos propter triduum consuetudo vetare non possumus . . . Iudicaverunt . . . ut amodo in antea ipse Rodulfus iam dicta ecclesia cum omni sua integritate et pertinencia aberet et detineret"; dieselbe Anschauung i. d. Diplomen aus d. 10., 11. und Anfang des 12. Jahrh. ibid. 2, 187; 3, 177. 1067. 1075; 5, 171. 399; dipl. v. 1076 für Toul b. Hartzheim 3, 181: „ecclesiam b. Mariae cum sua capella de castro ita liberum a dominis et a principibus castri taliter constitutam fuisse, quod nec censum nec respectum aliquem ecclesiae Tullensi debeat. Ita ut tamen, quod clericus a comitissa vel successoribus eius de praebenda s. Mariae investitus

Reformtendenzen[1] hervorgerufenen und stets wiederholten Verbote, Benefizien aus der Hand von Laien anzunehmen[2] und den Kirchen ihre Einkünfte zu entziehen[3], zeigen, dass die Grundherren noch immer dieselbe Verfügungsgewalt über die Kirchen und ihre Dotationen, wie früher, beanspruchten.

III. Die Entstehung des heutigen Patronatrechtes. 1. Der Wendepunkt in der Zeit Alexanders III. Im 11. Jahrhundert ist in den kirchlichen Kreisen allerdings die Ansicht vertreten worden, dass die Konsekration einer Kirche die Dispositionsbefugniss der Laien über dieselbe beseitige[4]. Wenngleich die schon erwähnten Synodalverordnungen gegen die willkührlichen Verfügungen über Kirchen und Kirchengüter durch diese Anschauung wohl mit beeinflusst worden sind, so hat doch die kirchliche Gesetzgebung selbst noch im 12. Jahrhundert, als die Kirche nach Beendigung des Investiturstreites den Kampf in Betreff der niederen Benefizien unter günstigeren Verhältnissen als vorher fortsetzen konnte, ihre Bestrebungen auf Beseitigung der früheren Rechte der Grundeigenthümer sowie auf Sicherung der Mitwirkung der geistlichen Oberen bei der Besetzung der kirchlichen Stellen und der entscheidenden Betheiligung derselben bei der Verfügung über das Kirchengut so gut wie gar nicht durch den Hinweis auf die Konsekration und ihre Wirkungen zu rechtfertigen versucht[5]. So nahe an sich die Berufung darauf lag[6], so hätte doch eine derartige principielle Begründung der kirchlichen Forderungen gegenüber der

Tullum veniret et a sede nostra curam animarum suscipiat et pro christianitate conservanda fidelitatem faciet"; Orderic. Vitalis hist. eccles. P. II. l. III. ad a. 1059—1061, Migne patrol. 188, 263: „Baldericus . . . sororem suam Fulconi . . . in coniugium dedit et ecclesiam s. Nicolai quam pater suus construxerat cum adiacenti fundo in mariagio concessit"; selbst das Koncil v. Seligenstadt v. 1022 c. 12, Hartzheim 3, 57: „ut nullus laicorum alicui presbytero ecclesiam suam commendet praeter consensum episcopi, sed eum prius mittat suo episcopo vel vicario, ut probetur, si scientia, aetate et moribus talis sit, quod sibi populus dei digne commendari possit", verlangt ebenso wie die Synode von Ingelheim v. 948 c. 4 u. Augsburg v. 952 c. 9, Mansi 18, 421. 438, nur den Konsens des Bischofs und beschränkt den Patron nicht auf eine blosse Präsentation. Aehnlich auch c. 22 Bituric. v. 1031; c. 4 Turon. v. 1060; c. 9 Juliobon. v. 1080 u. c. 6 Turon. v. 1096, Mansi 19, 505. 927; 20, 557. 924.

[1] S. o. S. 439.

[2] c. 6 Roman. v. 1059 (Mansi 19, 898); c. 20 (Alex. II. a. 1063) c. 12 (Greg. VII. a. 1080) C. XVI. qu. 7; c. 15 Placent. v. 1095; c. 8 Nemaus. v. 1096; c. 3 Pictav. v. 1100; Guastall. v. 1106, Mansi 20, 806. 936. 1123. 1210; c. 16. 17 (Paschalis II.) C. cit.; c. 4 London. v. 1125, c. 5 London. v. 1138; c. 25 Later. II. v. 1139, Mansi 21, 331. 511. 532.

[3] c 5 Confluent. v. 922, Mansi 18, 343: „Si laici capellas proprias habuerint, a ratione et auctoritate alienum habetur ut ipsi decimas accipiant"; c. 11 Tolos. v. 1056, Mansi 19, 849: „de ecclesiis in alodiis laicorum constitutis, ut tertia pars decimarum cum primitiis et presbyterio et ceteris in potestate presbyteri ad servitium ipsius ecclesiae sub episcopi vel clericorum ditione permaneant"; c. 13 Gerund. v. 1078; l. c. 20, 520: „Scimus quidem laicis ecclesias non competere, sed ubi illae ex toto auferri non possint, saltem oblationes missarum aut altarium seu primitias laicis omnino prohibemus. De coemeteriis autem et sepultura et baptisteriis exactionem fieri omnino prohibemus"; c. 4 Juliobon. v. 1080, l. c. 20, 556: „Nullus laicus in redditibus altaris vel in sepultura vel in tertia parte decimae aliquid habeat nec pecuniam pro horum venditione vel donatione aliquid habeat"; vgl. ferner c. 3 Coyac. v. 1050; c. 20 Claromont. v. 1095; c. 4 Later. v. 1123, c. 6 Claromont. v. 1130; c. 7. 15 Rem. 1130 u. c. 10 Later. v. 1139, l. c. 19, 787; 20, 818; 21, 282. 439. 459. 461. 528.

[4] Vgl. z. B. Placidi Nonantulani (u. 1070) lib. de honore ecclesiae c. 7, Pez, thes. anecdotor. II. 2, 88: „Quod semel ecclesiae datum est, in perpetuum Christi est, nec aliquo modo alienari a possessione ecclesiae potest, in tantum, ut etiam idem ipse fabricator ecclesiae, postquam eam deo voverit et consecrari fecerit, in ea deinceps nullum ius habere possit. Non enim per eum ordinari, non investiri ulterius potest".

[5] Vgl. allerdings c. 10 Rem. v. 1131, Mansi 21, 465 u. Jaffé, mon. Bamberg. p. 411: „Ecclesias ex quo consecratae fuerint, liberas et absolutas a manu laicorum esse, dispositum est".

[6] Sie kommt vor in einem Urtheil des Bischofs von Ravenna in einem Prozess zwischen dem Archidiakon und den Kanonikern von Reggio v. 1141, Muratori antiqu. Ital. 5, 159: „. . . Capellam preterea s. Jacobi ab archidiacono fundatam quam sibi vendicabat, que, ut leges divine et humane censent, in bonis nullius esse, quod est, divini iuris, ad episcopi solius et canonicorum pro velle episcopi dispositionem proprie iudicavit pertinere".

festeingewurzelten Sitte keinen grösseren praktischen Erfolg, als die in demselben Jahrhundert oft genug erneuerten allgemeinen Verbote [1], haben können. Die entscheidende Wendung wurde vielmehr dadurch herbeigeführt, dass Alexander III. mit Rücksicht auf die Entwickelung in England, wo Prozesse in Betreff der s. g. Advokatie, d. h. der grundherrlichen Rechte über kirchliche Anstalten, dem weltlichen Gerichte zugewiesen waren [2], die bis dahin unbekannte Anschauung geltend machte, dass das ius patronatus ein *ius spirituali annexum* sei [3], d. h. dass die kirchliche Grundlage des Institutes die Gestaltung desselben beherrschen müsse, während in der bisherigen Entwickelung gerade die weltliche Seite das massgebende und bestimmende Moment gewesen war. Als praktische Folge ergab sich daraus die Ausdehnung der Zuständigkeit der geistlichen Gerichte auf die Streitigkeiten über die betreffenden Rechte der Grundherren [4], und die Möglichkeit, durch die kirchliche Rechtsprechung die schon früher erlassenen, und unter Alexander III. wiederholten Verbote, sowie die Anordnungen desselben und seiner Nachfolger, zur Wirksamkeit zu bringen.

Des Näheren verneinten diese letzteren das bisher anerkannte Eigenthum der Grundherren an ihren Kirchen, indem sie die Verleihung von einzelnen Theilen der Kirchen seitens der Eigenthümer für einen Missbrauch der den Stiftern angeblich bisher von der Kirche gewährten Befugnisse [5], und eine einseitige Uebertragung von Kirchen [6] kraft der von den Laien beanspruchten Verfügungsgewalt für nichtig erklärten. Ferner verbieten sie, dass Geistliche die von ihren Vorfahren erbauten Kirchen kraft Erbrechtes in Besitz nehmen [7], sowie dass die Grundherren die Kir-

[1] O. S. 628. n. 3; c. 4 Later. v. 1123, Mansi 21, 282, c. 8 ibid. = c. 25. C. XVI. qu. 7.

[2] Konstit. v. Clarendon v. 1164. c. 1, Mansi 21, 1187: „De advocatione et praesentatione ecclesiarum si controversia emerserit inter laicos et clericos vel inter clericos in curia domini regis tractetur et terminetur", vgl. hierzu Buch IV des tractat. de legibus et consuetudinibus regni Angliae v. Ranulph v. Glanvilla, bei Phillips, engl. Reichs- und Rechtsgesch. 2, 369 ff., welches von dem Verfahren bei Streitigkeiten über die s. g. Advokatie handelt u. dazu Phillips a. a. O. S. 161 ff. Auch in der Normandie und England ist die Grundanschauung über die Stellung des Stifters zu seiner Kirche dieselbe, wie in Deutschland gewesen, Brunner, Entstehg d. Schwurgerichte. Berlin 1872. S. 233; Konc. v. Westminster v. 1173 c. 1: „Nullus praesumat intrare ecclesiam absque praesentatione advocati ecclesiae et impersonatione dioecesani episcopi vel officialis eius per ipsum"; c. 6: „Nullus det ecclesiam in dotalitium"; c. 23: „Wallenses non vendant ecclesias vel dent in dotem", Mansi 22, 142 ff.; c. 9 Londin. v. 1175, l. c. p. 149: „Nulli liceat ecclesiam nomine dotalitii ad aliquem transferre vel pro praesentatione alicuius personae pecuniam vel emolumentum pacto interveniente accipere. Quod si quis fecerit ... patrocinio eiusdem ecclesiae in perpetuum privari statuimus". Die Ausdrücke: advocatio ecclesiae, advocatus, welche sich auch in den Dekretalen Alexanders III. und Lucius' III., c. 6. 23 X de iurepatr. III. 38, finden, und noch heute in der englischen Bezeichnung des Patronates als right of advowson sich erhalten haben, sind von dem dem Grundherrn zukommenden Schutzrecht und seiner Schutzpflicht in Betreff der Kirche und ihrer Güter hergenommen. In Deutschland ist ius advocatiae in dieser Bedeutung nicht gebräuchlich gewesen, vielmehr hier im Wesentlichen auf die Vogtei über Klöster und Stifter beschränkt geblieben, obgleich diese auch vielfach auf Grund der Fundation entstanden ist, R. Happ, de advocatia ecclesiastica diss. inaug. Bonn. 1870. p. 8, und somit die Vögte auch gleichzeitig Patrone gewesen sind. Wenn in den englischen Rechtsquellen das Recht des Grundherrn in Betreff der Besetzung des Kirchenamtes mit dem Worte: praesentatio bezeichnet wird, so lässt sich doch daraus nicht schliessen, dass damals die Beschränkung der Befugniss des Patrons auf eine blosse Präsentation im heutigen Sinne allgemein anerkannt gewesen ist. Dem widersprechen einzelne der vorhin citirten Stellen und c. 5. 8. 10. 11. 21 (Alex. III.) X. eod. Vgl. auch Kaim a. a. O. 1, 192. n. 4.

[3] c. 14 decret. Alex. III. tit. 53, Boehmer corp. iur. can. 2 app., p. 302, das nicht in die Gregorische Sammlung aufgenommen ist; c. 16 X. de iurepatr. III. 38, in welches der Ausdruck von Raimund a Peñaforte aus der citirten Dekretale eingeschaltet worden ist; vgl. auch c. 3 (Alex. III.) X. de iud. II. 1. Irrigerweise schreibt Vering K. R. S. 484 das c. 16 cit. Lucius III. zu.

[4] c. 3 cit.: „Causa vero iurispatronatus ita coniuncta est et connexa spiritualibus causis, quod nonnisi ecclesiastico iudicio valeat definiri".

[5] c. 3 (Later. III. v. 1179) X. de iurepatr.

[6] Z. B. in der Form: „concessi, dedi ecclesiam", c. 5 (Alex. III.) eod.

[7] c. 15 (id.) ibid.

chen mit Abgaben belasten, verkaufen oder sonst veräussern[1]. Sie betonen weiter, dass der vom Grundherrn für die Kirche bestimmte Geistliche diese und das Amt nicht durch einen alleinigen Akt des ersteren, sondern erst durch die hinzutretende auctoritas des Bischofs erlange[2], weil der Grundherr keine Befugniss zu einseitiger Vergebung der Kirche habe, und ein Recht, welches er nicht selbst besitze, auch nicht auf andere übertragen könne[3]. Daher soll der später dem Bischof vorgeschlagene, aber von ihm eingesetzte Geistliche dem früher blos vom Patron präsentirten vorgehen[4], selbst wenn der letztere sich schon im Besitze des Amtes befindet[5], und der Patron berechtigt sein, dem Bischof mehrere Geistliche nach einander für die Kirche vorzuschlagen[6]. Endlich steht es mit dieser Auffassung in Verbindung, dass für die Ausübung des dem Patron belassenen Vorschlagsrechtes eine bestimmte, eine drei-, später viermonatliche Frist vorgeschrieben[7] und bei Nichtinnehaltung derselben, insbesondere auch wegen mangelnder Einigung der mehreren Patrone, das freie Besetzungsrecht des Bischofs anerkannt wird[8].

Durch diese Vorschriften war das ursprüngliche Besetzungsrecht des Grundherrn in ein blosses Vorschlags- oder Präsentationsrecht, wie es schon im Verlaufe der kurz vorgehenden Darstellung hat bezeichnet werden müssen, umgewandelt worden, das heisst: der Patron hat noch die Initiative bei der Besetzung und Verleihung, nicht mehr aber das Recht zu der letzteren selbst behalten, und seine Bezeichnung des Kandidaten erlangt erst durch die Mitwirkung des Bischofs volle Kraft. Seitdem bedurfte es neben der Thätigkeit des Patrons einer besonderen Handlung des kirchlichen Oberen, der Uebertragung des Amtes, um dieselben rechtlichen Folgen, welche früher mit der Ernennung des Geistlichen durch den Patron eingetreten waren, herbeizuführen.

Mit Ausnahme des schon erwähnten Satzes, dass das Patronatrecht ein ius spirituali annexum sei, ist in allen diesen päpstlichen Anordnungen der bisher herrschenden Anschauung kein neues allgemeines Princip entgegengestellt[9], indessen liessen sich ihnen gegenüber die früher von den Patronen geübten Befugnisse nicht mehr als Ausflüsse des Eigenthums an der kirchlichen Anstalt betrachten, vielmehr konnten sie in ihrer Gesammtheit nunmehr allein als ein besonderes Recht, welches einer Person für sich und ihre Nachkommen in Folge der Stiftung eines kirchlichen Institutes von der kirchlichen Gesetzgebung zugestanden wurde[10], charakterisirt werden.

Seit dem Ende des 12. Jahrhunderts hat die aufblühende kanonistische Wissenschaft diese Anschauung geltend gemacht und im Verein mit der von ihr beherrschten Rechtsprechung der geistlichen Gerichte zur praktischen Anerkennung zu bringen gesucht[11]. So ist das Institut in der gedachten Zeit im Wesentlichen wieder auf den

1 c. 16 (id.) c. 23 (Luc. III.) X. eod.
2 c. 4 (Later. III. v. 1179) X. ibid.
3 c. 11 (Alex. III.) X. l. c.
4 c. 5 (id.) X. l. c.
5 c. 10 (id.) eod.
6 c. 24 (Luc. III.) eod. Die Kontroverse über das s. g. Variationsrecht des Patrons, welche sich an diese Stelle angeschlossen hat, ist erst bei der systematischen Darstellung der Lehre vom Patronate zu erörtern. Jedenfalls ist es vollkommen begründet, wenn Mittelstaedt l. c. p. 24 behauptet, dass dem Patrone in älterer Zeit ein solches Recht nicht zugestanden haben kann, denn damals nahm er selbst die Besetzung kraft seines Eigenthumsrechtes vor.
7 Darüber, dass vorher eine solche Frist unbekannt war, s. o. S. 627. n. 1.
8 c. 3 (c. 17 Later. III. v. 1179; Mansi 22, 227), c. 12 (Alex. III.), c. 27 (Innoc. III.) X. h. t. Ueber das ältere Recht s. S. 624. n. 3. Im Uebrigen s. u. § 138.
9 Mittelstaedt l. c. p. 22 ff.
10 Vgl. z. B. summa Bernhardi Papiensis III. 33. §. 1, ed. Laspeyres p. 120: „Est iuspatronatus ius quod habet quis ex ecclesiae vel religiosae domus fundatione, dotatione vel soli collatione".
11 Gerade diese beiden Momente sind, wie insbesondere die weitere Entwickelung in Frankreich und England zeigt, von wesentlicher Bedeutung geworden.

Grundgedanken, welcher seine ersten Anfänge beherrscht hat (s. o. S. 618), zurückgeführt worden.

Der Wendepunkt kennzeichnet sich deutlich dadurch, dass von der Mitte des 12. Jahrhunderts an sich die noch heute übliche Terminologie, der Gebrauch der Bezeichnungen: *ius patronatus* und *patronus* für das Recht und den Inhaber desselben [1], sowie des Ausdruckes: *praesentare* für die Befugniss des Patrons hinsichtlich der Besetzung des Amtes [2] festgestellt hat.

Wenngleich der Sieg der Kirche über die germanische Rechtsanschauung mit dem Ende des 12. Jahrhunderts entschieden war, so gelang es ihr andererseits doch nicht, die Grundlagen derselben vollkommen zu beseitigen.

Die Kirchen der Patrone waren meistens auf den Gütern derselben belegen, und ebenso wurde für die Stiftung neuer Gotteshäuser zum Herrengute gehöriges Land als Bauplatz angewiesen. Galt früher die Kirche als Bestandtheil des Gutes, an welchem dem Grundherrn und Patron das Eigenthum ebenso wie an seinen übrigen Besitzungen zustand, so wurde nunmehr das an Stelle des Eigenthums an der Kirche getretene Patronatrecht über die letztere als Accessorium des Gutes betrachtet, was um so natürlicher war, als die Patrone in vielen Fällen auf die der Kirche zur Dotation überwiesenen Güter gewisse, namentlich Zins- und Zehntrechte ausübten [3]. So hat sich als Rest der früheren Anschauung die Dinglichkeit des Patronates erhalten [4], und diese ist durch die kirchliche Gesetzgebung nicht in Frage gestellt worden [5]. Noch heute giebt es in den germanischen Ländern, namentlich in Deutsch-

[1] dipl. v. 1147, s. u. Note 5; v. 1169, Guden. cod. dipl. Mogunt. 1, 106; c. 3 (Later. III. v. 1179). c. 9. 12. 13. 14. 19. 20. 22 (Alex. III.) X. tit. cit. In Gregor. VII. reg. VI. 8, Jaffé mon. Gregor. p. 338 kann das Wort: patronus auch blos Schutzherr bedeuten.

[2] S. z. B. c. 5. 6. 7. 8. 18 (Alex. VIII.) eod.; c. 31 (Gregor. IX.) X. ibid.: „quum ex vi iurispatronatus non concessio sed praesentatio pertineat ad patronum“.

[3] Vgl. darüber im Texte weiter unten.

[4] Diese Auffassung, welche im Wesentlichen ebenfalls von J. H. Boehmer J. E. P. III. 38. §. 107; Richter-Dove §. 188; Phillips K. R. 7, 660; v. Schulte, Lehrb. d. kath. K. R. 3. Aufl. S. 307; Mittelstaedt l. c. p. 28 ff. getheilt wird, verwirft noch neuerdings Walter-Gerlach K. R. 14. Aufl. S. 525. n. 34. Wenn es daselbst §. 234. V. S. 523 heisst: „Dieses Patronatrecht klebte ursprünglich, wenn auch Zubehör des Herrenhofes, am Stamme, weil auch der Herrenhof zum Stamme gehörte und nicht leicht ausserhalb des Geschlechts veräussert werden konnte. Im Laufe der Zeit entstand jedoch, wie bei vielen anderen Gerechtsamen der germanischen Verfassung die Wendung, dass es zu einem rein dinglichen Zubehör des Gutes wurde“, so darf man wohl angesichts des S. 622 ff. mitgetheilten Gesetzes- und Urkunden-Materials fragen, wie „jene Wendung entstanden“ ist, um so mehr als im Texte jenes §. auch berichtet wird, dass die karolingische Gesetzgebung ein Eigenthum des Stifters an einer konsekrirten Taufkirche anerkannt habe (o. S. 624. n. 6), und die Behauptung, dass das Patronatrecht früher „am Stamme geklebt habe“, völlig unklar ist.

[5] c. 13 (Alex. III.) X. h. t. („ratione feudorum emptorum aliterve acquisitorum“), vgl. dazu meine Abhdlg bei Dove, Ztschr. f. K. R. 2, 423; Rosshirt, Arch. f. kath. K. R. 4, 4 ff. bestreitet dagegen überhaupt die Existenz eines dinglichen Patronates und erklärt (S. 18), dass die Dinglichkeit desselben nichts anderes sei, als dass zum Erwerbe neben der allgemeinen Fähigkeit des Patrons und der speciellen Koncession auch noch der Besitz eines eigenen Gutes gehöre. Dies ist deshalb unrichtig, weil der Erwerb eines solchen Patronates sich gerade ohne Weiteres durch den Erwerb des berechtigten Gutes vollzieht, wie c. 13 cit. deutlich ergiebt. Bestätigt wird die herrschende Ansicht übrigens nicht nur durch Urkunden, welche der Uebergangszeit angehören, s. z. B. dipl. v. 1147, Urkdbch des Landes ob der Enns. Wien 1856. 2, 237: „ecclesias quasdam quas tam ipse quam patres sui in territorio patrimonii sui fundaverant, cum omni iure quod in eis ratione fundi habuit, ius scilicet patronatus et dotem earundem ecclesiarum supradicto monasterio donavit“, dipl. v. 1156, Ussermann episc. Wirceburg. cod. prob. p. 39: „ius fundi, unde sacerdotem in eadem parochia ponere debuit“, sondern auch aus späterer Zeit, dipl. v. 1267, Meichelbeck hist. Fris. II. n. 88 (hier wiederholt: „fundus et iuspatronatus ecclesiae in Herranstein“ und „dominus fundi et patronus“), dipl. v. 1275, Lacomblet, niederrh. Urkdbch 2, 394: „curtim . . . cum omnibus iuribus suis et pertinentiis, cui etiam curti . . . annexum est . . . iuspatronatus ecclesie predicte“, vgl. ferner v. Wyss, Gesch. der Abtei Zürich . . . i. d. Mitthlgen d. antiqu. Gesellsch. in Zürich. 8b. 53 u. c. 16. Mogunt. v. 1261, Hartzheim 3, 599:

land, eine grosse Anzahl dinglicher Patronatrechte, ja diese überwiegen hier sogar über die s. g. persönlichen, d. h. diejenigen, welche nicht mit einem Grundstücke verbunden sind[1].

In Frankreich und England gelang es dagegen nicht, die von Alexander III. beabsichtigte Reform[2] durchzuführen. Der Grundsatz, dass das Patronatrecht ein ius spirituali annexum sei, fand hier keine Anerkennung, vielmehr blieb die frühere Zuständigkeit der weltlichen Gerichte in Patronatsstreitigkeiten bestehen[3], und in beiden Ländern bewahrten sich die Patrone, weil der Patronat auch noch ferner als nutzbares Privatrecht angesehen wurde, ihren früheren massgebenden Einfluss auf die Besetzung der Aemter[4].

Dass indessen auch in Deutschland, wo die weltliche Macht nicht, wie in den eben erwähnten Ländern, für die Rechte der Patrone eingetreten ist, die Anordnungen Alexanders III. nur allmählich praktischen Erfolg gehabt haben, ergiebt zunächst der Umstand, dass noch Jahrhunderte hindurch die Provinzialsynoden sich genöthigt sahen, den Patronen die selbstständige Verleihung der Benefizien[5], die Besitznahme und Detention der Kirchen in Erledigungsfällen[6], sowie die Verminderung der Dotationen derselben[7], namentlich bei der Wiederbesetzung[8], zu verbieten, kurz gegen die Uebung der Rechte, welche aus der früheren Eigenthumstheorie hergeleitet wurden, einzuschreiten[9]. Noch deutlicher zeigen dies die Urkunden. Abgesehen

„praedium cui ius attinet patronatus", und die interessante Urkunde v. 1345. S. 633. n. 3, in welcher ein Patronat bestimmten Grundstücken als Pertinenz zugeschlagen wird.

1 S. unten.

2 Zu der gerade die englischen Verhältnisse den äusseren Anstoss gegeben hatten, wie der Umstand zeigt, dass die meisten Dekretalen Alexanders III. im tit. X. de iurepatr. nach England gerichtet sind.

3 Für Frankreich Beaumanoir, coutumes de Beauvoisis v. 1283 ed. Beugnot 1842. c. 11; Dove, diss. de iurisdictionis ecclesiast. progressu. Berol. 1855. p. 147; Kaim a. a. O. 1, 185; G. J. Phillips, d. Regalienrecht i. Frankreich S. 167; über die eigenthümliche, 1207 in der Normandie eingeführte inquisitio vor einer aus Laien und Geistlichen bestehenden Jury in Patronatsstreitigkeiten, in denen eine Kirche Partei ist, vgl. Brunner, Entstehung der Schwurgerichte S. 373; für England ausser Glanvilla (s. o. S. 629. n. 2) Kaim a. a. O. S. 195 u. Friedberg, Grenzen zw. Staat u. Kirche. S. 735.

4 Pragmat. Sanktion Ludwigs IX. v. 1268. c. 1, Durand de Maillane, dictionnaire de droit canonique. II. éd. 4, 767: „ut ecclesiarum regni nostri praelati, patroni et beneficiorum collatores ordinarii ius suum plenarie habeant"; c. 30 Avenion. v. 1326, Mansi 25, 761; literae Caroli VI. de reparatione ecclesiar. v. 1385, Pithou, preuves des libertez de l'église Gallicane. II. éd. Paris 1651. 2, 816 ff.; Kaim a. a. O. S. 180 ff. Für die Normandie vgl. acte des barons de Normandie v. 1205, Pithou l. c. 2, 1262: „quod si ecclesia pertinens ad donationem laicam vacaret, si ille ad quem donatio ecclesiae pertinebat, praesentaret idoneam personam... archiepiscopus vel episcopus eandem personam de iure recipere tenebatur... si vero de iure patronatus contentio oriretur, archiepiscopus vel nunquam posset alicui conferre ecclesiam illam nec aliquem recipere ad eandem ecclesiam, donec contentio in curia regis vel in curia illius, de cuius feudo movet ecclesia, terminaretur. Quando vero causa terminata esset ... deberet recipere idoneam personam, quam praesentaret ille cui adiudicatum esset iuspatronatus illius ecclesiae"; für England vgl. Kaim a. a. O. S. 192 ff.

5 c. 11. conc. Vienn. v. 1267; c. 18 Salzburg. v. 1281; c. 14 Herbipol. v. 1287 Hartzheim 3, 635. 656. 728; c. 8 Aschaffenb. v. 1292, l. c. 4, 10.

6 c. 4 Fritzlar. v. 1246; c. 24 Mogunt. v. 1261, l. c. 3, 573. 603; Magdeburg. v. 1403, c. 51 Salzburg. v. 1420; Herbipol. v. 1446; Eystett. v. 1465, l. c. 5, 690. 196. 329. 474; Havelberg. v. 1512, l. c. 6, 88 u. 93.

7 c. 12 Herbipol. 1287, l. c. 3, 728.

8 c. 11 Vienn. cit. v. 1261; c. 14 Magdeb. v. 1315, l. c. 3, 800; Magdeb. v. 1403, c. 20. 26 Salzburg. v. 1420; c. 27 Patav. v. 1470; c. 30 Bamberg. v. 1491, l. c. 5, 700. 180. 182. 482. 613; c. 69 Mogunt. v. 1549, l. c. 6, 582 u. c. 22 Mogunt. v. 1610, l. c. 9, 78.

9 Noch das conc. Osnabrug. v. 1628. P. II. c. 5. §. 6. l. n. 2, l. c. 9, 463 erklärt: „Cum longo usu et deploranda corruptela praecedentium temporum irrepserit, quod patroni praesertim laici qui ius nominandi vel praesentandi habuerant, nimis libere ac contra iuris rationem ac primaevas institutiones ac fundationes de beneficiis iurispatronatus tamquam de familiaris patrimonii ac privati iuris bonis hactenus fere disposuerunt ..."

davon, dass die der früheren Anschauung entsprechenden Ausdrücke sich noch über das 12. Jahrhundert[1] hinaus erhalten haben[2], erscheint das Patronatrecht fort und fort als ein mit Einkünften verbundenes Recht[3], welches Gegenstand des Vermögensverkehrs und insbesondere auch Gegenstand lehnrechtlicher Verleihung ist. Bei dieser letzteren insbesondere wird bald die Kirche mit ihren Gütern und dem Patronatrecht[4],

[1] dipl. v. 1144, Lacomblet, niederrh. Urkdbch 1, 235: „partibus quas in ecclesia Millenensi haereditario iure eatenus possidebant"; dipl. saec. XII. exeunt. Meichelbeck l. c. I. 2. n. 1356: „allodium nostrum in A cum omnibus pertinentiis suis, videl. ecclesia, villa"; n. 1357: „divinae et humanae leges hoc habent, ut cuius sit possessio, eius etiam sit institutio, maius enim est possessionem dare quam investituram", s. o. S. 621. n. 1, v. 1360: „duas nostri iuris ecclesias" und die pars decisa in c. 9 (Alex. III.) X. h. t.: „uxorem in cuius patrimonio ecclesia illa consistit".

[2] dipl. v. 1209, Lacomblet a. a. O. 2, 15: „quod cum conventus de G. per nos obtinuit patronatum et ecclesiam de H. cum omnibus attinentibus eidem ecclesiae, videl. domum lapideam . . . dotem et doti attinentia, nemora, agros et pascua . . ."; v. 1253, Leuckfeld, antiqu. Walkenrid. P. I. c. 11. §. 7. lit. g.: „ecclesiam in villa M. quae ad nostram pertinebat dominationem, conferimus . . . conventui in W. . . . cum omni iure, quocumque nomine vocatur, quo nobis eadem ecclesia pertinebat".

[3] dipl. a. 1255, Lacomblet 2, 224: „quod ego Methildis de Holte . . . iuspatronatus ecclesie in st., hereditario iure pertinens ad me, cum dote, agris et omnibus eius attinentiis, locum molendini et piscinam . . . monasterio b. Marie . . . contuli"; dipl. v. 1244, v. Wyss a. a. O. S. 84: „abbatissa . . . iuspatronatus ecclesie kamo . . . nobis nostrisque successoribus (dem Bischof v. Konstanz) . . . contulit perpetuum possidendum ita quod proventus ipsius ecclesie ad nostram nostrorumque successorum mensam de cetero pertineant", wogegen der Bischof bestimmte ihm zustehende Zehnten gewährt; dipl. v. 1252, meckl. Urkdbch 2, 27: „iuspatronatus ecclesie seu parochie in Wittenburg cum omni proprietate sive iuri suo"; Urkde der Aebtissin von Zürich v. 1345, v. Wyss l. c. p. 338: „so haben wir den kilchensatz der kilchen ze sant Peter, so Zürich in der minren stat gelegen ist, mit zehenden, kleinen und grossen, mit widmen, mit nügerüten, mit swinen, mit kornezinsen, mit hüsern, mit hofstetten, mit garten, mit wisen, mit matten, mit boumgarten, mit pfenningzinsen, mit holtze, mit velde, mit wanne, mit weide und mit allem dem rechte, friheit, sitten und gewonheit, so zuo der selben kilchen ze sant Peter und ze dem kilchensatze gehört und alles daz recht, so die stift unsers gotzhus an der selben kilchen . . . ie gewan, daz wir daz alles einmueteliche frilich und ledelich ufgeben in die wisen, der man sprichet der Ebtischin wise . . . und ist dieselbe wise, dar in nu dirre kilchensatz gehört und iemer mere hören sol, mit einem hage umbefangen . . . durch das aller mangelich wisse . . . daz diu selbe wise ein sunderig geistlich guot ist, dar in wir den vorgeschriben kilchensatz der kilchen ze s. Peter ze Zürich geben haben als vorgeseit ist. Und von der vorgenanden unsers gotzhus kumbers und geltschulde wegen, so haben wir die selben wisen mit dem kilchensatze der kilchen ze s. Peter Zürich, so nu in die selben wisen gehört und iemer mer gehören sol, für fri, ledig, eigen mit aller der rechtunge, sitten und gewonheit, so zuo der kilchen und ze dem kilchensatze ze s. Peter gehört und ein kilchherre und daz lüpriestes (o. S. 291. n. 10 a. E.) ampt der selben kilchen untz her ingenommen und genossen hat, frilich, ledeklich und unbetwungenlich nach geistlichen und nach weltlichem geschriben rechte mit wiser pfaffen rate, ze kouffene geben Ruodolf Brun, burgermeister der stadt Zürich umb 211 Mark guotes silbers züricher gewichte, der wir alle gemeinlich ze unser und unsers gotzhus wegen gewert sin und dem selben unserm gotzhus grosse geltschulde und wachsenden schaden da mit abgeleit haben. Und setzen mit disem kouffe den selben Ruodolf Bruon und alle sine erben und nachkomen in nutzlich gewer des kilchensatzes der kilchen ze s. Peter ze Zürich, und sunderlich der pfruonde der früegen Tagmesse s. Katherinen Altares in der selben kilchen mit aller der rechtunge, so die selbe pfruonde gestiftet, geordnet und verbrievet ist, mit rechter gewer und mit friier eigenschaft iemer mere zu habenne und ze besetzenne, ze lichenne und alle ding da mit ze tuonne, so ein ebtischin und ein fürstin unsers Gotzhus untz her getan hat"; (die bischöfliche Bestätigung dieses Verkaufs, sowie eine ähnliche Urkunde von 1345 ibid. p. 391 u. 386). Andere Urkden aus dem 12. Jahrh. bei Lacomblet a. a. O. S. 15. 29. 195. 214. 224. 343.

[4] dipl. v. 1277, Leuckfeld, hist. Beschreibg v. Kelbra. Leipz. 1721 p. 129 n. f.: „nos H. comes de H . . . recognoscimus, quod ecclesiam in Thyrungen quam fratres de Sondershausen a nobis feudali titulo possederunt"; dipl. Carls IV. v. 1346, Brower ann. Trevir. 2, 218: „quod . . . a Balderico archiepiscopo Treverensi recepimus in feudum 72 ecclesias matrices cum iuribus patronatus, decimis et aliis eorum pertinentiis"; v. 1453, Kuchenbecker analect. Hass. collect. 7. Marbg 1732 p. 83: „nachdeme nu solche egenannte pfarr-kirche von uns und unsern fürstenthume zu lehin geht", noch spätere Beispiele bei v. Buri, ausführl. Erläutrg d. Lehnrechts. 1, 516; ein Fall wo ein derartiges Lehn als subfeudum weiter vergeben wird, bei Leuckfeld antiqu. Walkenrid. P. I. c. 11. §. 7. lit. 9 u. dazu Boehmer J. E. P. III. 38. §. 47.

bald aber auch dieses letztere selbst mit den etwaigen Einkünften und Gerechtsamen[1] als Lehn behandelt[2].

Bei der Tendenz des Mittelalters, alle möglichen Verhältnisse zu feudalisiren, kann es endlich nicht befremden, dass auch das dem Patron in Bezug auf die Besetzung zustehende Recht als eine Verleihung der Kirche und der Benefizialgüter an den Geistlichen aufgefasst und das Wort: *ius patronatus* durch die deutsche Bezeichnung: *Kirchenlehn* wiedergegeben worden ist[3].

2. Verhältniss des Patronatrechtes zur Inkorporation. Aus den Erörterungen o. S. 439 u. S. 621 ff. ergiebt sich, dass der Patronat und die Inkorporation aus ein und derselben Wurzel, dem Eigenthumsrecht an kirchlichen Anstalten, hervorgegangen und erst in Folge des Eingreifens der kirchlichen Gesetzgebung im 11. und 12. Jahrhundert zwei selbstständige, von einander verschiedene Institute geworden sind. Den Laien musste die Möglichkeit eines Eigenthums an der Kirche und damit der Rechtstitel für beliebige Verfügungen über dieselbe und die dazu gehörigen Güter gänzlich abgesprochen werden, wenn man die entstandenen Missbräuche und Uebergriffe überhaupt beseitigen oder wenigstens vermindern wollte. Ihnen gegenüber waren die besprochenen Anordnungen Alexanders III. (o. S. 629) vom kirchlichen Standpunkt aus geboten. Ebenso war es nothwendig, den Erwerb des Amtes an der Kirche erst durch einen besonderen Akt des kirchlichen Oberen eintreten zu lassen, d. h. das frühere Anstellungsrecht des Eigenthümers, kraft dessen dieser das Amt übertragen hatte, auf ein blosses Präsentations- oder Vorschlagsrecht herabzudrücken (o. S. 630). Gegenüber den Klöstern, Stiftern und einzelnen kirchlichen Amtsträgern brauchte man aber nicht so weit zu gehen, denn die diesen inkorporirten Kirchen blieben immer in kirchlichen Händen, hier lag schon an und für sich die Entfremdung der Güter zu rein weltlichen Zwecken ferner, und endlich war es hier leichter, gegen etwaige Missbräuche der Berechtigten einzuschreiten. Es bedurfte der völligen Negirung des Eigenthums nicht, sondern es genügte, die privatrechtliche Unterlage desselben in der schon o. S. 443 erörterten Weise umzugestalten.

So lange es während der Uebergangsperiode den Grundherren gelang, sich eine ausgedehnte Disposition über die Patronatskirchen und deren Dotationsgüter zu bewahren, war ein praktischer Unterschied zwischen ihrer Stellung und der des kirchlichen Institutes bei der s. g. incorporatio quoad temporalia et spiritualia so gut wie nicht vorhanden. Hieraus erklärt sich, dass in der gedachten Zeit wegen der sowohl dem Patrone wie auch dem inkorporationsberechtigten Institut zustehenden Mitwir-

[1] dipl. v. 1213, v. Wyss a. a. O. p. 53: „iudices assignaverunt et tradiderunt dictum iuspatronatus advocato de Rapreswilare perpetuo sub nomine pheudi a comite illo de chiburg et suis successoribus tenendum et possidendum sibi et suis heredibus", in den bei v. Buri a. a. O. S. 564 nachgewiesenen Lehnbriefen aus dem 15. bis 18. Jahrh. finden sich die Wendungen; „mit Lehnschafften der Kirchen und andern Gottesgaben"; „den Kirchensatz zu L. mit dem Leyen-Zehenden und aller anhangenden Gerechtigkeit", „zu Lehnrecht verliehen haben den Kirchensatz zu Tannhausen".

[2] Vgl. hierzu überhaupt noch Eisenhart, vom Kirchenlehn in dessen kleineren Schriften. Erfurt 1781. 2, 171.

[3] So schon in der fast gleichzeitigen Uebersetzung des dipl. v. 1203 bei de Ludewig, reliqu. manuscr. 1, 22 u. 23; vgl. ferner Weber, Hdbch d. Lehnrechts 2, 377 ff.; J. H. Boehmer l. c. §. 39. Der Patron hiess daher Lehn-Herr. Dass diese Anschauung schon sehr früh hervorgetreten ist, zeigt c. 21 conc. Bituric. v. 1031, Mansi 19, 505: „ut saeculares viri ecclesiastica beneficia quod fevos presbyteriales vocant, non habeant super presbyteros". Ebenso wie die Kirchen selbst sind auch die in einzelnen Kirchen gestifteten Altäre nebst ihren Dotationen, den s. g. altaragia als Lehne behandelt worden. Ueber diese s. g. Altarlehne s. v. Buri a. a. O. 1, 527; Weber a. a. O. S. 129.



kung bei der Anstellung des Geistlichen an der Patronats- oder inkorporirten Kirche der Ausdruck: ius patronatus auch für die nachmals s. g. Inkorporation gebraucht wird[1].

Andererseits tritt aber, sowie die Gesetzgebung und die Doktrin zu einer Unterscheidung des Patronates und der Inkorporation gelangt waren, dies auch in der Praxis hervor. Seit dem 13. Jahrhundert finden sich eine grosse Anzahl von Urkunden des Inhalts, dass gerade solche Kirchen, über welche den geistlichen Instituten schon das Patronatrecht zustand, diesen noch ausdrücklich inkorporirt werden[2].

[1] S. die o. S. 439. n. 3 u. 4 mitgetheilten Urkunden. — Bernhard von Pavia leitet in seiner summa decretalium lib. 3 den Titel 33: „de iurepatronatus et ecclesiis a laicis concessis" mit den Worten ein: „Egimus in superiori titulo de iurepatronatus in specie, scil. quod competit monachis et aliis religiosis; nunc communiter et in genere de iurepatronatus agamus". In dem vorhergehenden Titel (32), als dessen Gegenstand er selbst das Patronatrecht der Klöster bezeichnet, behandelt er aber die Fundation von Kapellen durch die letzteren sowie den Erwerb von Kirchen durch Schenkung, und schreibt zwar im erstern Falle dem Bischof die institutio spiritualium und dem Kloster die institutio temporalium zu, legt indessen bei der Uebertragung von Kirchen dem bewidmeten Kloster die institutio spiritualium et temporalium unter der Voraussetzung bei, dass die Verleihung cum omni iure unter Autorität des Bischofs erfolgt ist. Er betrachtet also Inkorporation und Patronatrecht als verschiedene Species des Patronates im Allgemeinen. —

In eigenthümlicher Bedeutung kommt iuspatronatus in den Urkunden der mecklenburgischen und pommerschen Bisthümer vor, vgl. z. B. Urk. des Bischofs v. Cammin für das Kloster Dargun a. 1232, mecklenburg. Urkdbch 1, 405: „*iuspatronatus*, *quod bannum* vocamus, in ecclesiis sue iurisdictionis, videlicet Rokeniz, Kalenth, Polchov et non solum in constructis, verum etiam in construendis . . . cum assensu capituli nostri contulimus perpetuo possidendum"; Urk. des Hermann v. Below a. 1299, l. c. 4, 101: „quod cum impetravimus consensum . . . prepositi, priorisve et conventus sanctimonialium monasterii Campi Solis . . . ad hoc, ut in villa Belowe cymeterium pro sepultura, baptismum parvulorum et capellam ad usus divini officii habere possemus, ipsis promisimus, quod *iuspatronatus sive bannum* super ea nunquam nobis, successoribus nostris vel heredibus condicemus, sed siue haec capella maneat filia parrochialis ecclesie in Techentin siue specialis fiat parrochia, iura predicta apud memoratum monasterium in perpetuum remanebunt"; vgl. dazu auch dipl. a. 1300. l. c. 4, 135; dipl. a. 1265, ibid. 2, 262: „super *iurepatronatus et banno* ecclesie parrochialis Butzowensis". An irgend welche nutzbare Herrschafts- oder Jurisdiktionsrechte des Patrons, was zunächst angenommen werden könnte, ist hier nicht zu denken. In der letztcitirten Urkunde, welche einen Vergleich zwischen dem Kloster Rühn und dem Stift Bützow enthält, heisst es weiter: „Et vicarius seu persona dicte ecclesie vel alterius, si una vel plures in parrochia aedificate vel fundate fuerint in futurum . . . decano (des Stiftes) reverenciam et obedienciam debitam faciet et curam de manu ipsius recipiet ac alia que ad subiectionem debitam pertinent, exhibebit". Diese näheren Festsetzungen über den Inhalt des iuspatronatus in Verbindung mit dipl. a. 1282, l. c. 3, 47: „contulit (der Bischof v. Cammin dem Kloster Dargun) *iuspatronatus*, quod *bannum* sive *ius synodale* vocamus, in ecclesiis eorum nostre dyocesis, videl. Kalent, Rokeniz . . ." und mit dipl. a. 1177, l. c. 1, 118: „ius *synodale, quod bannum* vocatur, ad abbatis curam pertinebit", a. 1232, l. c. p. 410: „ecclesiarum vero dispositio infra terminos constitutos et sacerdotum constitutio vel baptismus et *ius synodale, quod bannum vocant*, ad abbatis providentiam pertinebit" (vgl. ferner auch die beiden Diplome v. 1237 u. dipl. a. 1247, l. c. p. 468. 470. 562) lassen unter fernerer Berücksichtigung des Umstandes, dass alle citirten Urkunden sich auf Klöster und Stifter beziehen und in der Urkunde v. 1232 auch von dem „iuspatronatus, quod bannum vocamus" in Betreff erst später zu errichtender Kirchen die Rede ist, die Annahme gerechtfertigt erscheinen, dass iuspatronatus in dem erwähnten Urkunden-Kreise die auf einzelne Klöster übertragenen Archidiakonal-Rechte (s. o. S. 199) bedeutet, umsomehr als die Bezeichnung: bannum auch sonst (s. a. a. O. S. 200 n. 1 u. Lüntzel, die ältere Diöcese Hildesheim S. 187 n. 28 u. S. 190) in diesem Sinne vorkommt. Vielleicht hat die den Archidiakonen bei der Besetzung der Benefizien zustehende Mitwirkung (o. S. 194 u. 197) die Veranlassung zu dem gedachten Gebrauch des Ausdrucks: iuspatronatus gegeben.

[2] dipl. v. 1205, Lacomblet 2, 10; v. 1217, ibid. p. 34: „quod penuriam sanctimonialium in Gerisheim relevare cupientes, de consensu . . . archidiaconi . . . super ecclesie in Linse cuius *iuspatronatus* ad eiusdem loci pertinet . . . abbatissam . . . ordinationem ipsis necessariam indulgere . . . decrevimus sub hac forma. Post obitum Lamberti pastoris in Linse, quemcumque sacerdotem idoneum eiusdem loci abbatisse presentaverit, ab archidiacono est . . . . instituendus et in eodem loco cura animarum sine contradictione recepta in sacerdotali officio serviturus. Et ne aliqua dissensio inter predictum cenobium et pastorem possit oriri super portione sibi assignanda . . . ipsi pastori assignavimus omnem portionem quam nunc habet C. eiusdem ecclesie perpetuus vicarius et preterea totam decimam vini . . . cum minuta decima totius parochiae. Omnes autem alii proventus tam in vino quam annona cedent cenobio predicto"; dipl. v. 1246, l. c. p. 157:

Was die reale Bedeutung dieser nachträglichen Inkorporationen betrifft, so kann sie nicht darin gefunden werden, dass bei dem Patronate das berechtigte Institut gar keine Nutzungsrechte an dem Vermögen der seiner Präsentation unterliegenden Kirche besass, und diese erst durch die Inkorporation erlangte. Trotz der Umgestaltung des Verhältnisses der Grundherren zu den auf ihren Gütern erbauten Kirchen ist das Patronatrecht im Mittelalter in vielen Fällen noch ein vermögenswerthes Recht geblieben, weil die Grundherren oder Patrone aus den Dotationen der Kirchen früher die verschiedenartigsten Nutzungen gezogen und sich, als die ursprüngliche Grundlage der letzteren, das Eigenthum, von der kirchlichen Gesetzgebung negirt worden war, doch im Besitze derselben erhalten hatten und diese Berechtigungen nunmehr als Pertinenzen des Patronates erschienen [1]. Immerhin unterstand indessen nicht das ganze Pfarr- oder sonstige Benefizial-Vermögen der unbeschränkten Gewalt des Patrones, vielmehr musste dieses für die Zwecke der Kirche und des Amtes, soweit derartige Nutzungsrechte, wie die eben gedachten, nicht vorhanden waren, verwendet werden. Mit der Inkorporation hörte aber die Selbstständigkeit des Vermögens der betreffenden Kirche und seine bisherige Zweckbestimmung auf. Das berechtigte Institut durfte nunmehr über das gesammte Vermögen für seine eigenen Bedürfnisse verfügen, und hatte davon nur das Erforderliche für die Unterhaltung der inkorporirten Kirche und ihres Geistlichen abzugeben [2]. In der Erwerbung dieses Dispositionsrechtes lag offenbar das Interesse der Klöster und Stifter, sich nicht mit dem Patronate über die einzelnen Kirchen zu begnügen, sondern auch noch die Inkorporation derselben zu erlangen.

3. **Das geistliche Patronatrecht.** Der dargelegte Zusammenhang zwischen dem Patronate und der Inkorporation giebt ferner die Aufklärung für die Erscheinung, dass sich bis zum Anfang des 13. Jahrhunderts keine Spur der heute geläufigen Unterscheidung zwischen dem s. g. Laien- und dem s. g. geistlichen Patronatrecht findet. Erst seitdem man bewusster Weise die Eigenthumstheorie, nach welcher Jahrhunderte lang das Verhältniss sowohl der Laien, als auch der Klöster

„ad ... H. abbatis ... supplicationem ... fructus trium ecclesiarum ... Suthele, Embe et Elisdorp, quarum *iuspatronatus* ad abbatem dicti monasterii pertinet, eidem abbati et monasterio suo, cum ipsas ecclesias vacare contigerit, in elemosynam perpetuo duximus concedendos, ad hospitum et pauperum sustentationem, ita tamen, quod clerici, dictarum ecclesiarum perpetui vicarii per abbatem prefati monasterii presentandi, curam animarum habentes et ipsas ecclesias officiantes, competentem habeant sustentationem"; v. 1248, l. c. p. 174: „Cum ... Elysa abbatissa et capitulum eccl. ss. virginum in Colonia preces ... direxerint ..., ut ecclesiam parochialem de Kelse que ad earum ecclesiam pertinere dinoscitur et in qua abbatissa *ius* obtinet *patronatus*, ipsi ecclesie ss. virginum *uniamus*, nos ... ecclesiam ... de consensu H. loci archidiaconi, maioris prepositi Coloniensis, qui nunc ipsam obtinet, memorate ecclesie ss. virginum *adunivimus* in augmentum prebendarum et ad sustentationem canonicarum ac canonicorum ibidem deo servientium. Statuentes ... ut ad dictam ecclesiam, cum eam vacare contigerit, ... sacerdos idoneus ... per abbatissam presentetur et institutus personaliter in ipsa ecclesia deserviat, qui competentem portionem ... et vite congruam habeat sustentationem". Andere hierher gehörige Urkunden aus dem 14. Jahrh. bei **Mone**, Ztschr. f. Gesch. d. Oberrheins 7, 80. 480 u. bei **Binterim** u. **Mooren**, die Erzdiöcese Köln 4, 96. 130; eine Urkunde, nach welcher gleichzeitig die Uebertragung des Patronates über eine Kirche mit der Inkorporation der letzteren erfolgt, s. o. S. 443. n. 1.

[1] S. 633. n. 3.

[2] dipl. v. 1242, **Lacomblet** 2, 143: „considerantes ... numerum prebendarum et tenuitatem earumdem ... donamus predicto capitulo (Domkapitel) iuspatronatus in ecclesiis ... Uodinkirchen, Richerode et Menedin cum omni integritate, quam nos et predecessores nostri hactenus habuisse dinoscuntur ... ordinantes, ut quandocunque ecclesiarum aliquam vacare contigerit, decanus maior ... preficiat ibi sacerdotem, qui curam animarum gerat et competentem ei redditunm et oblationum portionem assignet ... Residuum vero convertatur in usus canonicorum b. Petri". Dass durch eine derartige Erweiterung der Rechte des Patronates eine Inkorporation entstand, kann nicht dem mindesten Zweifel unterworfen werden. Vgl. ferner dipl. v. 1265 u. epist. Clement. IV. pp. a. 1267 bei G. L. **Boehmer**, observ. iur. canon. p. 291. 292.

oder anderer geistlicher Institute zu den ihnen unterstehenden Kirchen bemessen worden war, zu bekämpfen begonnen, und für die Beseitigung der bisherigen Missbräuche, je nachdem es sich um das Recht der Laien oder um das der kirchlichen Anstalten handelte, verschiedene Wege eingeschlagen hatte, konnte sich der Gedanke geltend machen, dass zwischen einem blossen Patronatrechte in Laienhänden und dem Patronate der Klöster und anderen geistlichen Institute insofern eine Verschiedenheit obwaltete, als letztere zum Erwerbe von kirchlichen Rechten überhaupt und von Eigenthumsrechten an Kirchen insbesondere, an sich nicht unfähig waren. Ueberdies waren die Rechte, welche die kirchlichen Anstalten und Amtsträger auf Grund der Inkorporation besassen, thatsächlich denjenigen, welche aus ihren Patronaten herflossen, sehr ähnlich. Hieraus erklärt es sich, dass einmal beide Verhältnisse während der Uebergangszeit nicht genau geschieden worden sind [1], ferner aber auch, dass die kirchliche Gesetzgebung seit Beginn des 13. Jahrhunderts für die in geistlichen Händen befindlichen Patronate besondere Normen erlassen hat, welche von dem für die Inkorporation massgebend gewesenen Gesichtspunkt ausgehen, dass einerseits ein weiteres Eingreifen der geistlichen Oberen, wie bei den Laienpatronaten, mit Rücksicht auf die kirchliche Stellung der Patrone stattfinden [2], andererseits aber den geistlichen Patronen auch wieder ein grösserer Spielraum gewährt werden könne [3], und somit die Einwirkung der letzteren mehr nach Analogie der Verleihung geistlicher Aemter zu behandeln sei. Im Anschluss an diese Vorschriften hat die Doktrin noch in dem erwähnten Jahrhundert die Unterscheidung zwischen dem Laien- und geistlichen Patronate entwickelt [4], und diese letztere hat schon am Ende desselben die ausdrückliche gesetzliche Anerkennung erhalten [5].

IV. **Wahlrecht der Gemeinden kraft Patronates.** In neuerer Zeit ist wiederholt auf die Thatsache hingewiesen worden, dass im Mittelalter eine Anzahl von Gemeinden das Recht zur Wahl ihrer Pfarrer besessen haben [6]. Der Grund dieser Erscheinung liegt darin, dass in solchen Ländern, wo eine Grundherrlichkeit bevorrechtigter Stände nicht entwickelt war, die freien Land- und Bauer-Gemeinden ihre Kirchen auf ihrem Gemeindeboden erbaut hatten, und in Folge dessen als Eigenthümer derselben das Besetzungsrecht durch die Wahl der vollberechtigten Gemeindeglieder ausübten [7]. Es tritt also hier derselbe treibende Grundgedanke wie in den-

[1] S. o. S. 635. n. 2.

[2] Vgl. z. B. c. 6 (Innoc. III.) X. de off. legati I. 30; c. 28 (id.) X. de iurepatr. III. 38.

[3] Dies zeigt namentlich die Uebertragung der bei der Verleihung der Benefizien regelmässigen 6monatlichen Frist auf die Präsentation des geistlichen Patrons. Vgl. unten in der Lehre vom Patronatrechte.

[4] Vgl. z. B. Notabilia decret. (zw. 1234 u. 1241) bei v. Schulte, Beiträge z. Literatur der Dekret. Gregors IX. S. 62; Hostiensis summa aurea (zw. 1250 u. 1261) de iurepatr. n. 10: In quibus differant ecclesiastici et saeculares patroni.

[5] c. un. (Bonif. VIII.) in VIto de iurepatr. III. 19.

[6] Richter-Dove, K. R. §. 188. n. 18; Friedberg, de fin. int. eccles. et civit. reg. ind. p. 176. n. 3; meine Abhandlg. in Dove, Ztschr. f. K. R. 2, 421.

[7] Sehr deutlich ergiebt sich dies aus dem Rüstringer Sendrecht (Diöcese Bremen saec. XIII. bei v. Richthofen, frisische Rechtsquellen S. 127). Die Stelle lautet in hochdeutscher Uebertragung: „Das gebot S. Willehad, der erste Bischof zu Bremen . . ., dass wir Gotteshaus bauten und rechtes Christenthum hielten. Und alle Friesen müssen . . . auf ihrem freien Gute Gotteshaus bauen ohne Ansprache des Bischofs und Propstes, und die Leute, welche das Gotteshaus erben (auf die es erblich übergeht) und die Bauung thun . . ., die haben die Priester zu kiesen binnen dem Lande und nicht ausser Landes, und der Propst hat ihm den Altar zu leihen"; vgl. ferner Farnesumer Sendbrief v. 1325. §. 4, a. a. O. S. 293: „weert sake, dat een prester woirde ghekoren tot enen kerckheere van den ganschen kerckspelluden ofte van den meesten deel dere meenten (Gemeinde) ende kerspelluyden, de sal to der kercken worden laten, ende ock so sal hy niet bekommert werden ghenerleye van den provest"; für das Gebiet des nordischen Rechts s. c. 2 des Schonischen Kirchenrechts des Bischofs

jenigen Gebieten hervor, wo die Kirchenstiftungen in der Regel von den Grundherren ausgegangen waren. Selbst aber auch in den letzteren kommen derartige Wahlrechte von Kirchengemeinden vor[1], welche wohl ebenfalls, wie dies wenigstens für einzelne Fälle nachweisbar ist, in der Erbauung und Stiftung von Kirchen ihren Grund haben.

Nicht minder haben endlich in manchen deutschen Städten oder in einzelnen Pfarreien derselben die Stadtbürger das Pfarrwahlrecht geübt[2], welches sich zum

Anskil v. 1162, Corpus iuris Sueo-Gotorum antiqu. 9, 357 nach d. latein. Uebersetzg. ibid. p. 382: „Ecclesia cum vacat pastore, eligant presbiterum parrochiani in voluntate episcopi. Si presbiter forefecerit, emendet iniuriam passo et retineat beneficium altaris sui: parrochiani non depellant presbyterum suum nec licet presbitero causa dicioris beneficii ad aliam se transferre ecclesiam invitis parrochianis", u. Uplandslagen Kirkubalkaer c. 5. l. c. 3, 21 (in deutscher Uebertragung): „Nun sind die Kirchen geweiht, da kommen die Priester und werden für sie begehrt. Das wäre Recht, dass alle sie nehmen. Die Parochianen sollen mit ihm zum Bischof ziehen. Die Bischöfe mögen seine Kenntnisse und seinen Weihebrief prüfen"; vgl. auch Thurgren l. c. p. 60 ff., ferner Zorn, Staat u. Kirche in Norwegen S. 63, wonach dort ebenfalls das Wahlrecht der Bauern für die s. g. Bezirkskirchen in alter Zeit anerkannt war. Dieselbe Erscheinung findet sich auch in den den deutschen Ansiedlern zu vollem Eigenthum überwiesenen Distrikten Siebenbürgens, Teutsch, Zehntrecht in Siebenbürgen. Schässburg 1858. S. 9. 10; s. den goldenen Freiheitsbrief Königs Andreas II. von 1224, a. a. O. S. 118: „sacerdotes vero suos libere eligant et electos representent", ein Recht, welches sich das ganze Mittelalter hindurch behauptet hat, Teutsch, z. Gesch. d. Pfarrwahlen i. d. evang. Landeskirch. in Siebenbürgen. Hermannstadt 1862.

[1] dipl. Arnoldi episc. Osnabrug. v. 1187, s. o. S. 306. n. 7. Beispiele für die Wahl eines Geistlichen, welcher an der für einen bestimmten Distrikt der Parochie errichteten Nebenkirche einen Theil der seelsorgerischen Funktionen auszuüben hat, bieten die zusammengehörigen Urkunden v. 1159. 1213. 1217, Möser, Osnabrück. Gesch. Urkdenbch. n. 57. 107. 112 (sämmtl. Werke herausg. v. Abeken 8, 85. 158. 162); ferner dipl. von 1148 bei Lüntzel, d. ältere Diöcese Hildesheim S. 375; über die Wahl eines Kaplans ohne die gedachten Befugnisse s. dipl. v. 1224 bei Lacomblet, niederrh. Urkdbch. 2, 63. Dass in allen diesen Fällen die Gemeinde die Nebenkirche oder die Kapelle gestiftet hat, unterliegt wohl keinem Zweifel. Das Zustimmungsrecht des Pfarrers der Mutterkirche zur Wahl und die Einsetzung des Hülfsgeistlichen durch den letzteren erklärt sich aus dem Matricitätsverhältniss der Pfarrkirche über diese Nebenkirchen. Aus den Prozessurkunden v. 1148 bei Muratori, antiqu. Ital. 3, 29 (Possessorium) und 5, 565 (Petitorium), in denen die Kircheingesessenen behaupten, „quod de iure sibi competeret sacerdotem vel clericum qui illi ecclesiae b. Mariae deserviret, petere vel eligere et ipsam electionem solummodo . . . archiepiscopo (v. Mailand) . . . repraesentare, ut ab eo confirmaretur", die Gegenpartei, ein Nonnenkloster aber geltend macht: „ecclesiam ad ius et dominium iam dictae abbatissae eiusque sororum spectare, ita quod inibi sacerdotes vel clericos inconsultis vicinis libere et sine eorum contradictione ponere possit", erhellt zwar das Fundament des behaupteten Wahlrechtes nicht, aber auch hier ist kaum etwas anderes als Stiftung durch die Gemeinde denkbar. Ein singulärer Fall des Erwerbes des Wahlrechtes im dipl. von 1149, Seibertz, Landes- u. Rechtsgesch. des Herzogth. Westfalens 2, 64.

Derartige Wahlrechte haben sich zum Theil bis auf unsere Zeit erhalten, so z. B. in der Diöcese Münster, s. Arch. f. kath. K. R. 24, 260 und meine preuss. Kirchengesetze v. 1874 u. 1875. S. 32. n. 48; und in Ober-Italien, vgl. die Entscheidg. der Congr. conc. v. 1861 für die Diöcese Udine in d. Anal. iur. pontif. 1861. p. 570 und Arch. f. k. K. R. 32, 246.

c. 24 (Innoc. III.) X. de elect. I. 6 erkennt ein solches Wahlrecht, soweit dadurch eine patronatische Präsentation ausgeübt wird, als zulässig an.

[2] So in Freiburg im Breisgau, Stiftungsbrief Conrads v. Zähringen v. 1120. §. 34, Gaupp, deutsche Stadtrechte des Mittelalters 2, 24: „Nullum dominus per se debet eligere sacerdotem nisi qui communi consensu omnium civium electus fuerit et ipsi praesentatus. Plebanus autem sacristam habere non debet, nisi de communi civium voluntate; vgl. auch Stadtrodel für Freiburg saec. XIII. ineunt. §§. 8. 9, ibid. p. 29; in Lübeck, dipl. Frider. I. v. 1188, Lübecker Urkdbch. 1, 10: „mortuo sacerdote cives quem voluerint, vice patroni sibi sacerdotem eligant et episcopo repraesentent", u. dazu dipl. v. 1275 u. 1286, Urkdbch. d. Bisth. Lübeck S. 235. 332. Das Wahlrecht ist ferner bezeugt für Prag, iura Teutonic. in suburbio v. 1065, Rössler, deutsche Rechtsdenkmäler aus Böhmen 1, 188; Frankfurt a. M., dipl. Frider. II. v. 1219, Böhmer, cod. dipl. Moeno-Francof. 1, 29; Braunschweig, Statut des 13. Jahrh. §. 55, Gengler, deutsch. Stadtrechte des Mittelalters S. 40 u. dipl. Otton. IV. imp. von 1204, G. L. Boehmer, opusc. iur. can. p. 287: „quod . . . cives nostri de . . . Brunswik petebant, ut daremus eis in ecclesia nostra . . . s. Martini, que forensis dicitur, ius instituendi sacerdotem . . . . Similiter . . civibus nostris . . ecclesiam s. Marie tradidimus et ius instituendi sacerdotem auctoritate regia . . . donavimus"; Holzminden, dipl. v. 1245. §. 1, Gengler a. a. O. S. 206; Köln, dipl. v. 1298 u. 1300, Ennen u. Eckertz, Quellen z. Gesch. v. Köln 4, 437. 445 u. 447 und Ennen, Gesch. d. Stadt Köln 2, 447. n. 2. In Hirschberg i. Schl. besteht ein solches Wahlrecht noch heute. Arch. f. kath. K. R. 31, 35 ff.

Theil auf die durch die Gründung der Stadt erworbenen patronatischen Gerechtsame des Stifters der ersteren und die nachherige Uebertragung seitens desselben auf die Bürger zurückführen lässt.

§. 129. *b. Das Recht der ersten Bitte (Jus primariarum precum)**.

I. Begriff und Geschichte. Seit dem 13. Jahrhundert haben die deutschen Kaiser mit Rücksicht auf ihre Krönung sowohl zum deutschen König, wie auch zum Kaiser das Recht geübt[1], einmal nach derselben[2] von jedem zur Verleihung von

* Jo. a Chockier, scholia in prim. prec. imperat. Colon. Agr. 1621 u. 1674; Gerh. von Stoekken, de precibus primar. imperat. Argent. 1673 u. Lips. 1733; Jo. Schilter, de imperial. et regal. prim. prec. iure. Argent. 1702; Jo. Ehrenfr. Mayer, tract. de iure prim. prec. Quedlinbg. 1704 u. 1717; Conr. Oligenius, de primar. precibus imper. Friburg. 1706 und Leod. 1707; Ad. Corterii, repraesentatio iur. prim. prec. imperatoribus sine praevio pontific. assensu competentis. Magdeb. 1706 u. Francof. 1707 (auch in eiusd. corp. iur. publ. imper. German. T. I. P. 6. p. 93); G. H. Ayrer, comm. de iur. prim. prec. Gotting. 1740; Jo. Andr. Brand, diss. de iure caes. prim. prec. Wirceburg. 1749 (in Schmidt, thes. iur. eccles. 5, 112); G. H. Ayrer, de origine iur. prim. prec. Gotting. 1752; eiusd., diss. de iure prim. prec. caes. in fundationibus imper. mediatis. Gotting. 1752; P. ab Ickstatt, diss. de caesareo prim. prec. iure 1765 in Schmidt, thes. cit. 5, 228; Jo. Phil. Hederich, diss. de vero ac genuino statu hodierno prim. prec. caesar. Bonn 1778; Jo. Lomberg (resp. Jo. Ant. Böse), diss. de imp. prim. prec. iure ultra iustos limites non extend. Bonn 1778; H. Chr. de Senkenberg, tr. de iure prim. prec. regum German. imperatorumque indulto populi haud indigente. Frankof. 1784 (nachgelassenes Werk her. von Ren. Carol. de Senkenberg); Jo. Nep. Endres, diss. insinuationis prim. prec. caes. necessitatem et effectum sistens. Wirceb. 1778 (bei Schmidt l. c. 7, 299); F. A. Schmelzer, üb. d. Wirkg. kaiserl. Ersten Bitten nach d. Tode d. Verleihers. Helmstädt 1792; Haller ab Hallerstein (praes. Deinlin), de iure prim. prec. imperatrici augustae competenti. Altorf 1743; Gottl. A. Jenichen, Abhdlg. v. d. Recht d. erst. Bitte e. röm. Kayserin. Giessen 1757; J. F. Runde, comm. de augustae imperatric. iure prim. prec. s. I. Gott. 1784; M. H. Griebner, progr. de prec. prim. princip. imper. Viteb. 1711 (auch in eiusd. opusc. iur. publ. 1, s. VI. p. 181); eiusd., de prec. prim. vicariorum imperii. Viteb. 1708 u. 1717 (ebenfalls l. c. 2, s. II. p. 105); A. F. Schott, disp. de iure prim. prec. uxoribus ordin. imperat. competente. Lips. 1770; Sugenheim, Staatsleben d. Klerus i. Mittelalter. Berlin 1839. 1, 170 ff.; Friedberg, diss. de fin. int. eccles. et civit. reg. iudicio etc. p. 180.

[1] Das älteste Beweisstück dafür bildet das Schreiben König Konrads IV. an das Domkapitel zu Hildesheim v. 1242, in welchem sich derselbe als „romanorum in regem delectus" bezeichnet bei Senkenberg l. c. cod. prob. p. 9 u. Sugenheim a. a. O. 1, 171. n. 87: „Si primitias precum nostrarum devotioni vestre offerimus pro his qui grati sunt nostro culmini et accepti, tanto reverentius illas a vobis credimus admittendas, quanto in eis cum sint nobiles et honesti, videtur et vobis et ecclesie salubrius provisum fore. Hinc est quod pro filio comitis Ludovici de Eberstein primitias precum nostrarum vobis duximus offerendas, rogantes et monentes attente, quatenus eundem clericum . . . in ecclesia vestra recipiatis in canonicum et in fratrem, providentes ei de prebenda, si qua vacat ad praesens vel quam primum vacare contingerit, pro nostre reverentia maiestatis, ut exinde petitiones vestras, quotiescunque nobis oblate fuerint, teneamur facilius ex audire". In dem Briefe Heinrichs IV. an Bischof Otto v. Bamberg v. 1105, Jaffé, mon. Bamberg. p. 233 u. im chron. abbat. Urspergens. vita Otton. IV.: „Fuerat autem consuetudo principum, ut hilariter et prompte beneficia seu ecclesias conferrent primis petentibus, quod iste nequam facere voluit", Stellen, welche als Beweis für die Ausübung des gedachten Rechts von den Aelteren, s. z. B. Brand l. c. c. 1. §. 12 a u. d; Senkenberg l. c. p. 23, angeführt werden, ist offenbar von Lehnen die Rede. Auch Innoc. III. reg. VII. 70 v. 1204, ed. Migne 2, 348, beweist nichts (s. M. Richter-Dove §. 196. n. 5), denn das Kapitel, welchem der Papst schreibt: „cum precum nostrarum primicias, quas pro . . . R. . . . vobis porreximus, repulistis. Ut autem preces et praeceptum nostrum, utcunque possetis eludere, imperatorum indulgentiam allegastis" stützt sich nach dem weiteren Inhalt des Briefes auf das ihm vom Kaiser verliehene Wahlrecht.

[2] Die Schreiben Richards v. 1257, Mon. Boica 11, 231, u. Rudolfs I. v. 1273 u. 1281, Senkenberg, cod. prob. p. 10. 11, sind von diesen als römischen Königen erlassen, im dipl. Alberti I. v. 1298, Würdtwein, subsid. diplom. 2, 5, heisst es: „preces . . . nobis ex novitate iocunde creationis nostre competentes", ebenso im dipl. Heinr. VII. von 1309, Lacomblet, niederrh. Urkdbch. 3, 57; s. ferner die Schreiben a. d. 14. Jahrh. b. Würdtwein l. c. p. 26. 30, u. 12, 112.

Der Kaiserkrönung erwähnen die Schreiben Ludw. d. Baiern v. 1314, Senkenberg l. c. p. 18, v. 1322, Würdtwein 12, 112, v. 1328, ibid. p. 110, — beider Krönungen dipl. Wenceslai v. 1376, Würdtwein 2, 35; decret. conc. Basil. v. 1347, ibid. p. 42, dieser und auch der Krönung zum König v. Italien priv. Caroli IV. v. 1362, Senkenberg l. c. p. 29.

Benefizien und Pfründen oder zur sonstigen Verfügung über solche berechtigten Stift oder Kloster[1] im deutschen Reich die Uebertragung einer Pfründe auf eine von ihnen bezeichnete Person oder die Aufnahme derselben als Kanoniker, Mönch oder Nonne zu verlangen[2] (*ius primariarum precum*[3], *oder Recht der ersten Bitte*[4]).

Was den Ursprung dieses Rechtes betrifft, so lässt sich dasselbe jedenfalls nicht auf päpstliche Verleihung zurückführen[5]. Die deutschen Kaiser haben sich in den ersten Jahrhunderten seiner nachweisbaren Ausübung niemals auf ein solches Indult, sondern stets nur auf die althergebrachte Gewohnheit und auf das Recht des Reiches bezogen[6]. Ueberdies sind die frühesten kaiserlichen Bittbriefe älter als die erste, sehr zweifelhafte Erwähnung eines päpstlichen Privilegs[7].

Andererseits wird sich die Entstehung des Rechtes schwerlich mit Sicherheit fest-

[1] In den älteren Schreiben erscheinen als verpflichtete, a. 1257, mon. Boica 11, 231: „ecclesia collegiata", a. 1274, l. c. p. 251: „quodlibet monasterium", a. 1273, Würdtwein l. c. 2, 1: „quaelibet ecclesia in nostro rom. imperio constituta, ad quam beneficiorum ecclesiasticorum pertinet collatio"; v. 1309, Lacomblet 3, 57: „singulae ecclesiae et monasteria nobis et rom. subiecta imperio"; v. 1314, Senkenberg l. c. p. 18: „omnes ecclesiae cathedrales, collegiatae et conventuales"; noch umfassender a. 1347, Würdtwein 2, 26: „in singulis tam cathedralibus quam aliis collegiatis et conventualibus ecclesiis ac monasteriis utriusque sexus necnon ad prelatos et quascunque alias ecclesiasticas personas tam seculares quam regulares, etiamsi pontificali vel alia praefulgeant dignitate"; für die folgende Zeit vgl. ibid. p. 35. 42. 76. 101. S. übrigens auch d. Verzeichniss der 1322 v. Ludw. d. Baiern ertheilten preces b. Oefele, ss. rer. Boic. 1, 735, u. Würdtwein l. c. 2, 8.

[2] Die älteren Schreiben verlangen die Uebertragung eines bestimmten Benefiziums, so Aufnahme als Kanonikus und Ertheilung einer Präbende, Senkenberg l. c. p. 10. 13. 14. 15. 16. 20; Böhmer, cod. dipl. Francof. 1, 411; die Aufnahme als Nonne, Würdtwein l. c. 2, 28, oder schlechthin d. Verleihung e. beneficium ecclesiasticum, Senkenberg p. 11. 12; Würdtwein 2, 1, oder eines beneficium ecclesiasticum cum cura vel sine cura, l. c. 2, 30. 37 u. Senkenberg p. 21.

[3] In den ältesten erhaltenen Schreiben kommt ausschliesslich der Ausdruck primitiae precum nostrarum vor, s. o. S. 639. n. 1; mon. Boica 11, 231 u. Würdtwein 12, 99; an letzterem Ort (Privileg Rudolfs I. ohne Datum) auch schon die Bezeichnung: primariae preces, welche sich ebenfalls i. dipl. v. 1273, Würdtwein 2, 1, findet, und dann die gewöhnliche wird, Würdtwein 2, 5; 12, 97. 111. 113, und die in diesen beiden Bänden, sowie bei Senkenberg, cod. prob. mitgetheilten Urkunden; die erstere kehrt allerdings wieder im dipl. Frider. pulchri v. 1313, Senkenberg l. c. p. 20.

[4] dipl. Sigism. von 1418: „unser ersten Bett Briefe"; Frider. III.: „Unser kaiserlich erst Bete", Senkenberg p. 36. 52.

[5] So noch Müller, Lexik. d. K. R. 2. Aufl. 4, 558; die älteren Vertreter — hierher gehören namentlich Chockier u. Oligenius (S. 639. n. *) — dieser Ansicht angeführt bei Ayrer l. c. p. 43 ff.

[6] 1257, mon. Boica 11, 231: praedecessorum nostrorum regum et imperatorum roman. vestigiis inhaerentes"; 1273, Würdtwein 2, 1: „ex antiqua et approbata ac a divis imperatoribus et regibus ad nos producta consuetudine", vgl. ferner die Schreiben Rudolfs I. l. c. 12, 97—100; mon. Boica 11, 249; Senkenberg l. c. p. 11—13. Das v. Baseler Koncil für K. Sigismund erlassene Dekret v. 1437, l. c. p. 38, Würdtwein 2, 42: „pro parte tuae celsitudinis nobis oblatae petitionis series continebat, quod licet ex privilegio antiqua et approbata ac olim laudabiliter conservata consuetudine comprobato romani reges et imperatores . . . post ipsorum susceptas per eos regales et imperiales infulas singulis collatoribus et collatricibus . . . suas preces sive nominationes primarias dirigere . . . ac sedes apostolica et romani pontifices . . . ipsis rom. imperatoribus et regibus pro ipsarum precum debita executione et implemento assistere atque favere consuevissent . . . ordinamus, quod ex nunc caesarea Maiestas tua, semel quoad vixerit, nec non singuli alii romani reges et imperatores, qui ex nunc in antea fuerint, canonice tamen intrantes privilegio et consuetudine imperiali huiusmodi quoad preces sive nominationes . . . uti et gaudere possint" erwähnt ebenfalls nicht eines päpstlichen Privilegiums.

[7] Durantis specul. iur. l. IV. p. 3. rubr. de praeb. §. 2. n. 7: „not. quod imperator habet privilegium quod ego vidi bullatum, quod in qualibet ecclesia Alemanniae possit facere unum recipi, unde . . . coram me sic libellus conceptus fuit . . . propono contra P. quod cum ad primitias precem . . . R. regis romanorum receptus fuerim in canonicum". Ob damit ein päpstliches Privileg gemeint ist, steht dahin. Da Durantis sein Werk vor 1276 vollendet hat und die zweite Ausgabe desselben nicht nach 1286 fällt, v. Schulte, Gesch. d. Quellen u. Literatur d. kanon. Rechts 2, 149, so kann der erwähnte rex R. nur Richard v. Cornwallis oder Rudolf v. Habsburg sein. Uebrigens führt selbst die noch unten zu erwähnende Bulle Innocenz' IV. v. 1248 das Recht nicht auf päpstliche Verleihung, sondern auf die Gewohnheit zurück.



stellen lassen. Einige Aufklärung darüber gewährt indessen der Umstand, dass die betreffende Befugniss nicht ausschliesslich dem deutschen König und Kaiser zugestanden hat. In Frankreich ist ein solches Recht (nachmals *droit de joyeux avénement* genannt)[1] gleichfalls seit dem 13. Jahrhundert von den Königen, ohne dass sich dasselbe auf päpstliche Verleihung zurückführen lässt[2], geübt worden[3]. Dasselbe gilt für England[4]. Ferner haben die deutschen Reichsfürsten, sowohl geistliche, wie auch weltliche, z. B. die Erzbischöfe von Mainz[5], Trier[6] und Magdeburg[7], die Bischöfe von Regensburg[8], Basel[9], Verden[10] und Meissen[11], der Abt von Murbach[12], die Herzöge von Oesterreich[13] und Braunschweig[14], die Kurfürsten von Brandenburg[15] und Sachsen[16], das Recht der ersten Bitte nach ihrem Regierungsantritt hinsichtlich der in ihren Diöcesen oder Ländern belegenen Stifter und Klöster zur Geltung gebracht. Ja, selbst von Fürstinnen, z. B. von den deutschen Kaiserinnen[17] und den Königinnen von Eng-

[1] Vgl. Pinsson, traité singulier des régales. Paris 1688. 1, 177 ff.; d'Aguesseau oeuvres 5, 344 ff. (Mémoire sur le droit de joyeux avénement à la couronne etc.).

[2] Die Nachricht des Thom. Walsingham, ypodigma Neustriae ad a. 1148, Anglica, Normannica, Hibernica etc. ed. G. Camden, Francof. 1603. p. 445: „Cui (Ludwig VII. v. Frankreich) cum quidam clericus papale privilegium attulisset, quod in omni ecclesia cathedrali regni sui primam praebendam vacaturam haberet cum fructibus medio tempore provenientibus, ille confestim combussit litteras" betrifft, abgesehen davon, dass ihr Gewährsmann erst i. 15. Jahrh. gelebt hat, nur ein Privileg auf Verleihung gewisser Aemter ohne Rücksicht auf die erfolgte Krönung, wie solche mehrfach, vgl. z. B. Rainald. a. 1297. n. 46, d'Aguesseau l. c. p. 347 ff., vorgekommen sind.

[3] Arrêt v. 1274, betr. d. Kloster Coucy, d'Aguesseau p. 351: „cum dominus rex utendo iure suo proprio in principio sui regiminis post suam coronationem in abbatia sui regni de guardia sua possit ponere, vid. in monasterio monachorum unum monachum, in monasterio monialium unam monialem . . ."; Innoc. III. reg. XV. 23 v. 1212, ed. Migne 3, 561: „alii (canonici) . . . ad preces . . . Ludovici nati . . . Philippi (II.) regis Francorum . . . ad dictam praebendam Henricum . . . nominarunt . . . Petrus quoque Senonensis . . . nobis porrexit literas continentes quod cum ipse pro praefato Henrico vobis precum suarum primitias porrexisset, antequam pro praedicto W. mandatum ad vos apostolicum emanasset, vos, licet plures vacaverint praebendae . . . nec mandatum nostrum nec preces ipsius effectui mancipastis", wo dem mit dem Mandate des Papstes versehenen Kandidaten der Vorrang und damit die streitige Präbende zugesprochen wird, würde nur dann hierher gehören, falls feststände, dass der Sohn des Königs die Bitte in Folge Uebertragung seitens seines Vaters ausgeübt hätte.

[4] breve 11 Edward I., Blackstone, comment. on the laws of England b. I. ch. 11, ed. London 1826. 1, 381: „Scribatis episcopo Karl. quod . . . Roberto de Icard pensionem suam quam ad preces regis praedicto Roberto concessit, de caetero solvat et de proxima ecclesia vacatura de collatione praedicti episcopi quam ipse Robertus acceptaverit, respiciat", Thomassin l. c. n. 8.

[5] Ebenfalls unter Berufung auf althergebrachte Gewohnheit, dipl. v. 1323, Würdtwein, subs. dipl. 3, 2; 1346, Ayrer l. c. app. p. 220; 1381 u. 1419, Würdtwein 3, 6. 8; 1419, Guden, cod. dipl. 3, 787; 1440. 1471. 1476. 1484. 1485. 1504. 1584, Würdtwein 2, 9. 10. 12. 13. 15. 22. 38; 1540, l. c. 3, 20: „non modo subiectos, sed etiam extra dioecesim existentes beneficiorum collatores benivolentiae officii monitos facerent rogarentque, ut vacantibus beneficiis de eorum collatione et dispositione pendentibus personis in precibus nominatis providerent".

[6] dipl. v. 1439 u. 1756, Würdtwein l. c. 3, 73. 75, gleichfalls mit Bezugnahme auf die feststehende Gewohnheit.

[7] dipl. v. 1387 u. 1515, de Ludewig reliqu. manuscr. 12, 352 u. 393, ebenfalls unter Angabe desselben Fundamentes, die auch in den in den folgenden Noten citirten Schreiben fast regelmässig wiederkehrt.

[8] dipl. v. 1341, Ried, cod. episc. Ratisbon. 2, 849.

[9] dipl. v. 1456, Würdtwein l. c. 12, 133.

[10] dipl. v. 1427, Riedel, cod. dipl. Brandenb. I. 16, 471.

[11] (Klotzsch u. Grundig), Sammlung vermischter Nachrichten z. sächs. Geschichte 2, 354 ff. u. dipl. v. 1519, ibid. 4, 369.

[12] dipl. v. 1456, Würdtwein l. c. 12, 133.

[13] Schreiben Bonifaz' IX. v. 1399, worin derselbe dem H. Leopold verspricht, das fragliche Recht nicht zu beschränken, Kurz, Oesterreich unter Albert IV. 1, 185.

[14] dipl. v. 1392, Leibnitz ss. rer. Brunsvic. 2, 397.

[15] dipl. v. 1412, Raumer, cod. dipl. 1, 133; v. 1428, Riedel l. c. I. 16, 342.

[16] Indult Innocenz' VIII. v. 1484, Arndt, neues Arch. d. sächs. Gesch. 1, 133.

[17] Vgl. hierzu die S. 639. n. * citirten Schriften. Bittbrief d. Gemahlin Karls IV., Anna Augusta, bei Ayrer l. c. p. 269 u. Senkenberg l. c. cod. prob. p. 31; der Kaiserin Elisabeth von 1369, Senkenberg p. 32; der Kaiserin Eleonora v. 1459. 1464, ibid. p. 55 u. 56, der Kaiserin Blanca v. 1494, Jenichen l. c. p. XX;

land[1] ist das Recht geübt worden. Auch ist die Ausübung nicht blos auf den Fall der Thronbesteigung beschränkt geblieben, sondern auch bei anderen Anlässen, in Braunschweig z. B. bei der Verheirathung der Herzöge[2], in Oesterreich sogar aus Anlass des ersten Wochenbettes der Herzoginnen[3], erfolgt.

Wegen dieser Verschiedenheit der berechtigten Personen und der Veranlassung der Ausübung des Rechtes, sowie der in allen Fällen vorkommenden Berufung auf die Gewohnheit als Entstehungsgrund des Rechtes kann dasselbe weder aus der Lehnsherrlichkeit noch aus irgend welchen staatlichen Hoheits- oder kirchlichen Regierungsrechten hergeleitet werden. Dagegen haben alle Fälle, in denen das Recht der ersten Bitte nachweisbar stattgefunden hat, das Gemeinsame, dass es sich in ihnen um ein freudiges und bedeutsames Ereigniss für den Berechtigten handelt, und dass davon auch die ihm in weltlicher oder kirchlicher Hinsicht unterstehenden Personen mitberührt werden. Dass letztere einerseits bei derartigen Gelegenheiten ihre Theilnahme durch besondere Begünstigungen dargethan und sich auf diese Art das Wohlwollen der weltlichen und geistlichen Herrscher zu erwerben gesucht, letztere aber ihrerseits auch solche Beweise kraft ihrer Stellung beansprucht haben, hat für die mittelalterlichen Verhältnisse nichts Auffallendes. Aller Wahrscheinlichkeit nach verdankt dieser Anschauung das Recht der ersten Bitte seine Entstehung. Vermuthlich ist die Initiative dabei von den Herrschern ausgegangen. Diese hatten einmal ein grösseres Interesse als die Stifter und Klöster, von denen die Vergebung einer Pfründe verlangt wurde. Sodann giebt auch die Bittform einen Fingerzeig dafür, dass die nachmals berechtigten Personen die erwähnten Anlässe zunächst benutzt haben, um auf dem Wege freundlichen Ersuchens einen Einfluss auf die Pfründenverleihung zu gewinnen. Die Bitte muss indessen bald einen verpflichtenden Charakter angenommen haben, und dies erklärt sich daraus, dass diejenigen, an welche sie gerichtet wurde, sowohl wegen des Anlasses des Ersuchens wie auch wegen der Stellung der Bittenden für die Regel nicht in der Lage waren, Widerspruch zu erheben[4], ja sogar durch die Gewährung der Bitte ihre eigenen Interessen zu fördern hoffen durften. So konnte das, was zunächst nur thatsächliche und regelmässige Folge der ersten Bitte war, bald als rechtliche Nothwendigkeit beansprucht werden.

Die Anfänge des Institutes endlich werden sich nicht über das 12. Jahrhundert zurück verlegen lassen, wenn man das Schweigen der Quellen und die Gestaltung des Benefizialwesens in den früheren Jahrhunderten in Betracht zieht. So lange das gemeinsame Leben in den Dom- und Kollegiatstiftern herrschte, und die Zahl der aufzunehmenden Mitglieder unbestimmt war (o. S. 62. 63), lag keine Veranlassung zur

v. 1495, Dolp, Bericht v. d. Reichsstadt Nördlingen, app. n. 27; v. 1496, Senkenberg l. c. p. 62. Auch in diesen Schreiben wird auf die althergebrachte Gewohnheit Bezug genommen.

[1] ep. abbat. s. Cornelii bei Thomassin l. c. n. 8. Ueber die Gemahlinnen der deutschen Fürsten vgl. Ayrer l. c. c. 5. §§. 5 ff. u. J. H. Boehmer I. E. P. l. c. §. 105.

[2] dipl. v. 1342, Leibnitz l. c.: „... Des gelik ghift me ok dem vorsten ene provende wanne se echte vrowen nemet und nicht mer unde umme anders neuer Zake willen, vor wene ze na der clostere chezette, wonheit und rechte denne biddet. Und weme we der provende welk gevet, de wille we benomen in unseme breve. Vorkofte he de provende gemende, den Koper schullet de closter nenewys entfangen und de vorkoper schal der provende verlustich wesen; und de bede umme de provende vor enen andern schal weder to uns komen".

[3] dipl. Beatric. coniug. Alberti III, Ayrer l. c. app. p. 291: „Wan von alter löblicher und guter gewonhait aller unser vorvordern hertzoginn ze Oesterreich ... an uns komen ist, daz ihr yeckliche von ihr ersten geparde von irn undertanen geert und erhört werden sol umb ein erst pett, darumb si pittent pesunderlich um ein gotgabe"..

[4] Dass ein Widerstand allerdings mitunter vorgekommen ist, ergeben die Anführungen S. 644 u. S. 648. n. 3.

Ausbildung eines derartigen Rechtes, dessen Hauptgegenstand die Kanonikate und die mit ihnen verbundenen Pfründen waren, vor. Wohl aber hatte ein solcher Einfluss seit dem 12. Jahrhundert, als die Kanonikatspfründen mit besonderen Einkünften dotirt worden waren und die Kapitel als Versorgungs-Anstalten der Söhne der höheren Gesellschaftsklassen benutzt wurden (o. S. 58. 67), einen realen Werth[1]. Allerdings sind auch wiederholt Bittbriefe auf die der Verleihung eines Stiftes oder Klosters unterstehenden Kurat- und einfachen Benefizien ertheilt worden. Indessen setzt diese Uebung gleichfalls voraus, dass die erwähnten kirchlichen Institute eine grössere Anzahl von Benefizien zu verleihen hatten, und ein solcher Zustand ist erst im 12. Jahrhundert, als eine Reihe von Neben- (Vikarien-, Mansionarien- und Kapellan-) Benefizien in den Stiftern gegründet und letzteren ebenso wie den Klöstern eine erhebliche Menge von Seelsorg-Pfründen inkorporirt worden waren (o. S. 77 ff. u. S. 445), eingetreten[2].

Die vorhandenen Urkunden lassen, soweit sie zurückreichen, erkennen, dass, wenngleich die Befugniss als Recht der ersten Bitte bezeichnet wird, es sich dabei doch um ein Ersuchen handelte, welches eine rechtliche Pflicht zur Folgeleistung bedingte[3]. Für den Fall der Nichterfüllung der Bitte stellen die älteren Diplome nur

[1] Für die Klöster gilt das Gleiche. Auch sie mussten erst in eine Lage gekommen sein, wo sie nicht mehr unbeschränkt Mitglieder aufnehmen konnten und die Annahme eines solchen als Versorgung betrachtet wurde.

[2] Jedenfalls hat die im Text entwickelte Ansicht mehr innere Wahrscheinlichkeit, als die von den Aelteren beliebten Herleitungen des Rechtes aus dem ius circa sacra, der Advocatie, der Stiftung und Dotation von Kirchen, der Krönung zum König oder gar aus der Domherrn-Qualität des Königs und Kaisers in einzelnen Stiftern (s. o. S. 76), s. die Aufzählung bei Ayrer l. c. c. 1. §§. 5 ff. Meiner Auffassung am nächsten steht Sugenheim a. a. O. S. 172, welcher auf die Bulle Innocenz' IV. v. 1248 für Wilhelm v. Holland hinweist: „Cum igitur sicut ex parte tua fuit propositum coram nobis nonnulli prelati et capitula Alemannie precum tuarum ut ab antiquo consuetum est, exaudientes primicias promiserunt se quibusdam clericis in beneficiis provisuros, nos nolentes antiquam imperii consuetudinem derogari, ... excellentie tue ... concedimus, ut singuli clerici quibus per precum tuarum primicias providere promissum est aut etiam promittetur in assecutione provisionum omnibus aliis pro quibus nos vel legati nostri scripsimus sive scribimus praeferantur"; nur ist m. E. der schon bei den Aelteren auftauchende Gedanke, dass das Recht der ersten Bitte „eine Schadloshaltung für das verlorene, von früheren deutschen Kaisern gehandhabte unbeschränkte Ernennungsrecht zu den bischöflichen und abteilichen Würden" gewesen sei, von der Hand zu weisen. Manche französische Schriftsteller, z. B. d'Aguesseau l. c. p. 351 ff., führen das Recht auf die Lehnsherrlichkeit des Königs über die Güter der Bisthümer und Abteien zurück. Indem sie darauf hinweisen, dass dem Könige auch aus Anlass des von den Bischöfen bei ihrem Amtsantritte geleisteten Fidelitätseides die erste Bitte in Betreff eines von den letzteren zu verleihenden Kanonikates zugestanden habe, Pinsson l. c. p. 205 ff., und dass das Recht des joyeux avénement zunächst nur — später freilich nicht mehr, d'Aguesseau l. c. p. 356. 369 — gegen die Bisthümer und Abteien, welche der guardia regis (der lehnsherrlichen Verwaltung während der Vakanz) unterworfen gewesen seien, geübt worden, finden sie in diesen Verhältnissen ein Analogon zu den Lehnsabgaben bei Veränderungen in der herrschenden und dienenden Hand. Dabei bleibt es aber völlig unerklärt, dass in dem letzten Fall die Besetzungsrechte der Kapitel berührt worden sind, und dass die s. g. nomination royale pour le serment de fidelité sich nur auf die Kanonikate, nicht aber auf die von den Aebten zu vergebenden Stellen bezogen hat. Wenn man ferner in Rücksicht zieht, dass der König von Frankreich auch die Befugniss besass, in denjenigen Kapiteln, denen er als Kanonikus angehörte, Pinsson l. c. p. 98. 99, aus Anlass seines ersten Eintrittes in das Kapitel eine Person für den demnächst vakant werdenden Kanonikat zu bezeichnen (s. g. droit de joyeuse entrée dans les églises), l. c. p. 204; Mémoires du clergé 11, 1231 ff., so erscheint es wahrscheinlicher, dass der im Text angegebene Grundgedanke auch in Frankreich für die Entstehung aller dieser Befugnisse bestimmend gewesen ist. — Uebrigens haben auch die Könige von England ein der französischen nomination royale pour le serment de fidélité ähnliches Recht ausgeübt, lit. pat. Edward. I. ad episc. London. v. 1303, constit. reg. Angl. p. 1044: „Cum vos ratione novae creationis vestrae teneamini uni de clericis nostris quem vobis duxerimus nominandum, in quadam pensione annua de camera vestra percipienda, quousque sibi per vos provisum fuerit de ecclesiastico beneficio competenti ac dilectum nostrum de Clare vobis nominavimus ad pensionem huiusmodi obtinendam, vobis mandantes rogamus ..", vgl. auch ibid. p. 1045. 1046. 1050. 1117 und Thomassin l. c. n. 8.

[3] Dies ergiebt schon d. älteste Diplom S. 639. n. 1.

im Allgemeinen Zwangsmassregeln in Aussicht[1], dagegen sind seit dem 14. Jahrhundert schon besondere Kommissarien mit der Ausführung der kaiserlichen Bittbriefe beauftragt und nöthigenfalls zur Beschlagnahme der den Verpflichteten zustehenden Temporalien ermächtigt worden[2]. Erforderlich war dies, weil mitunter dem kaiserlichen Begehren Widerstand geleistet wurde[3]. Andererseits war aber auch die Wirksamkeit der ersten Bitten durch die grosse Anzahl päpstlicher Reservationen und die von Rom ertheilten Expektativen vielfach in Frage gestellt. Der letztere Umstand veranlasste Kaiser Sigismund, sich von der Synode von Basel i. J. 1437 ein ausdrückliches Anerkenntniss des Rechtes ertheilen zu lassen[4]. Die ersten päpstlichen Indulte auf Ausübung desselben sind Kaiser Friedrich III. ertheilt worden[5], und wenn demnächst seine Nachfolger mehrfach solche erlangt[6] und sich bei der Ausübung des Rechtes nicht mehr blos auf die althergebrachte Gewohnheit, sondern zugleich auch auf die päpstliche Bestätigung derselben bezogen haben[7], so lag darin nicht etwa das Zugeständniss, dass die feststehende Gewohnheit des Reiches keinen ausreichenden Titel bilde, vielmehr sind die erwähnten Indulte deshalb nachgesucht worden, um den kaiserlichen ersten Bitten den Vorrang vor den päpstlichen Reservationen und Expektativen, sowie ihre Exekution durch kirchliche Censuren sicher zu stellen[8]. Für Friedrich III. insbesondere kam noch die Rücksicht auf die während seiner Regierung abgeschlossenen s. g. Konkordate der deutschen Nation in Frage, weil diese einen Theil der päpstlichen Vorbehalte anerkannten, des Rechtes der ersten Bitte aber nicht gedachten[9]. Die Kurie hatte keine Veranlassung, derartige Indulte zu verweigern, da durch diese letzteren der Schein erregt wurde, als ob die fragliche kaiserliche Prärogative von ihrer Bewilligung abhängig sei[10], und gerade durch die

[1] dipl. v. 1298 u. 1308, Würdtwein l. c. 2, 5 u. 12, 106.

[2] dipl. Ludov. IV. v. 1338, Böhmer, cod. dipl. 1, 554: „ir si an iren gulten und guten angriffend und fur die versmehe die si uns getan habent, Leonhardum von iren gulten ierlichen gebent XX phunt haller als lange biz si ime ein ledig phrund gern geben", diplomata Caroli IV, Senkenberg, cod. prob. p. 22. 23.

[3] S. vor. Note, dipl. Alberts I. bei Würdtwein 12, 99 ff. u. Senkenberg l. c. p. 15 ff.; Ludw. IV. v. 1330, Würdtwein l. c. p. 111 u. Friedrichs v. Oesterreich, Senkenberg l. c. p. 20.

[4] Senkenberg l. c. p. 36 u. Würdtwein l. c. 2, 40. Ob die in demselben enthaltene Beschränkung: „quodque pro simplicibus non graduatis concedendae preces seu nominationes huiusmodi ad curata beneficia ultra III milia communicantium habentia se non extendant et quod collatores et collatrices ultra V beneficia ecclesiastica conferre aut de eis disponere non habentes cum precibus seu nominationibus huiusmodi nisi ultronei voluerint, non arctentur" einer früheren Uebung entspricht, muss dahin gestellt bleiben.

[5] Von Nikolaus V. 1451 und von demselben 1454 ein zweites deklarirendes, von Kalixt III. 1455, Würdtwein l. c. 2, 57. 61. 70; von Pius II. 1459, Senkenberg p. 52.

[6] Maximilian I. 1491 u. 1493 von Innocenz VIII., Karl V. 1520 von Leo X. u. Clemens VII., Ferdinand I. 1531 und 1532 von demselben, Maximilian II. 1564 von Pius IV., Rudolf II. 1577 von Gregor XIII., Matthias 1612 von Paul V., Ferdinand II. 1620 von demselben, Ferdinand III. 1638 von Urban VIII., Würdtwein 2, 88. 106. 135. 164. 199. 224. 248. 257. 274; Moser, teutsch. Staatsr. 3, 334 ff. 343. 349; über die Abweichungen im Text der Indulte ebendaselbst S. 355. 359.

[7] Soweit ich sehe, zuerst Karl V., Würdtwein l. c. 2, 101. 123, dann Ferdinand I., Maximilian II., Rudolf II., Ferdinand II. und Ferdinand III. ibid. p. 182. 193. 212. 238. 270. 281.

[8] Dies ergiebt sich daraus, dass Friedrich III. das Recht schon vor der Ertheilung des ersten Indultes ausgeübt, dipl. v. 1442, Senkenberg l. c. cod. prob. p. 53, und sich nachher nicht darauf berufen hat, ebensowenig Maximilian I., l. c. p. 52. 58. Innocenz VIII. hat sich sogar dazu verstanden, das gegen die Ausübung des Rechtes durch letzteren erlassene Inhibitorium zurückzunehmen, Senkenberg l. c. §. 46. Selbst Karl V. hat nicht immer das päpstliche Indult in Bezug genommen, dipl. v. 1555, l. c. cod. prob. p. 67. Uebrigens ist es auch keineswegs erwiesen, dass die Kaiser stets ihrerseits solche Indulte nachgesucht haben, l. c. §§. 44 ff.

[9] Ob das Recht durch die Konkordate beseitigt worden sei, darüber hat man früher viel gestritten, vgl. Ayrer l. c. c. 2. §. 1; Brand l. c. c. 2, Senkenberg l. c. §§. 39 ff.

[10] Hat doch Leo X. 1519 ein Privileg auf Exemtion von der kaiserlichen Bitte für eine Kollegiatkirche in Halle ertheilt, de Ludewig,

wiederholten päpstlichen Anerkenntnisse die Ansicht, dass das Recht lediglich auf der Verleihung der Kurie beruhe, eine wesentliche Unterstützung erhielt[1]. Als aber die protestantischen Reichsstände diese Meinung in ihrem Interesse zu verwerthen begannen, indem sie aus der Suspension der katholisch-geistlichen Jurisdiktion auch zugleich die Befreiung der evangelisch gewordenen Stifter ihrer Länder von dem angeblich auf päpstlichem Privileg ruhenden kaiserlichen Recht der ersten Bitte herleiteten[2] und so dasselbe von zwei Seiten in Frage gestellt wurde, blieb den Kaisern nichts anderes übrig, als die Berufung auf die päpstlichen Indulte fallen zu lassen. Nach langen Verhandlungen gelang es ihnen[3], im Westfälischen Frieden[4] die Protestanten zur Anerkennung des Rechtes zu bewegen. Seitdem unterliessen sie die Einholung der päpstlichen Indulte und beriefen sich in ihren Bittbriefen nur, wie dies früher geschehen war, auf die althergebrachte Gewohnheit[5]. Anfangs des 18. Jahrhunderts protestirte mit Rücksicht auf diese, ebenfalls von Joseph I. befolgte Praxis[6] sowohl der päpstliche Nuntius in Köln[7], wie auch der Papst, Clemens XI., selbst[8], weil die Ausübung der ersten Bitte nur auf Grund päpstlicher Verleihung stattfinden dürfe. Der dadurch entstandene Streit[9], welcher kurz vor dem Tode des Kaisers nur vorläufig beigelegt wurde[10], fand erst seine definitive Erledigung dadurch, dass sich Clemens XI. dazu verstand, die deutschen Stifter zur Annahme der kaiserlichen Bitten anzuweisen[11], ohne dass der Kaiser ein päpstliches Indult annahm[12]. Karl VII. stellte zwar durch Entgegennahme eines solchen diesen Erfolg seines Vorgängers wieder in Frage[13], indessen gelang es doch Franz I. die unter Karl VI. beobachtete Praxis, wodurch eine principielle Entscheidung des Streites vertagt und beiden Theilen die Festhaltung ihres Standpunktes ermöglicht wurde[14], wieder einzuführen, und diese ist seitdem bis zur Auflösung des deutschen Reiches herrschend geblieben[15].

reliqu. manuscr. 11, 435, vgl. auch Senkenberg l. c. §. 57.

[1] S. 640. n. 5.

[2] Senkenberg l. c. §§. 58. 59; Pfeffinger, Vitriarius illustrat. l. III. t. 2. §. 10, 3, 94.

[3] Senkenberg l. c. §§. 60 ff.; Moser a. a. O. S. 359 ff.

[4] Instr. Caes. Suec. art. V. §. 18: „Ubi . . . caesarea maiestas ius primariarum precum exercuit, exerceat etiam imposterum, dummodo decedente Augustanae confessioni addicto in eius religionis episcopatibus Aug. confessioni addictus ad normam statutorum et observantiae idoneus precibus fruatur. In mixtis vero ex utraque religione seu episcopatibus seu aliis locis immediatis precibus primariis praesentatus non gaudeat, nisi beneficium vacans religionis consors possederit“.

[5] S. die Schreiben Ferdinands III. v. 1653 u. Leopolds I. v. 1703, Senkenberg l. c. cod. prob. p. 76. 82; Würdtwein, subs. dipl. 2, 285.

[6] dipl. v. 1706, Würdtwein l. c. 2, 289, ein anderes bei Senkenberg l. c. p. 83.

[7] Das Schreiben bei Moser a. a. O. S. 364.

[8] Schreiben v. 1706 a. a. O. S. 365 und bei Würdtwein l. c. p. 294, in welchem insbesondere auch behauptet wird, dass die Konkordate der deutschen Nation der Geltendmachung des Rechtes ohne Indult entgegenständen.

[9] Senkenberg l. c. §§. 73 ff.; Ayrer l. c. c. 1. §. 22. p. 52.

[10] Senkenberg §. 76 u. cod. prob. p. 85 ff.

[11] Breve v. 1714 bei Würdtwein l. c. 2, 305.

[12] Daher wird in seinen Bittbriefen auch als Titel des Rechtes blos die inveterata consuetudo oder diese, etiam pacificacione Osnabrugensi confirmata, Würdtwein p. 307; Senkenberg, cod. prob. p. 88, bezeichnet.

[13] Senkenberg l. c. §§. 80 ff. u. cod. prob. p. 89 ff.; Würdtwein p. 313.

[14] Senkenberg l. c. §§. 84 ff. Das von Benedikt XIV. nach dem Vorbilde des von Clemens XI. gegebenen an die deutschen Stifter erlassene Breve v. 1746 bei Würdtwein 12, 132; Senkenberg, cod. prob. p. 96. Als der Kölner Nuntius in seinem darauf bezüglichen Notifikationsschreiben von 1746, Senkenberg l. c. p. 97, erklärt hatte: „Placuit summo pontifici concedere imperatori preces . . . primarias“, protestirte der Kaiser in einem Cirkular an die deutschen Bischöfe v. 1747 gegen diese Usurpation, l. c. p. 98, Würdtwein l. c. 2, 322. Benedikt XIV. billigte indessen die Auffassung des Nuntius in einer Instruktion für denselben v. J. 1747, welche eine ausführliche, die ältere Literatur und die Kontroversen berücksichtigende Darstellung des Streites enthält; sie ist abgegedruckt in lateinischer nach dem Italienischen gemachter Uebersetzung bei Senkenberg, cod. prob. p. 99.

[15] Schmelzer a. a. O. S. 63. 64; Wiese, Hdbch. des K. R. 2, 881. Ein den Breven Clemens' XI. und Benedikts XIV. ähnliches von Cle-

Mit dem Aufhören der ehemaligen deutschen Kaiserwürde ist das kaiserliche Recht der ersten Bitte erloschen, und das landesherrliche haben die einzelnen Regierungen bei der Wiederaufrichtung der in Folge der Säkularisation des J. 1803[1] und der französischen Fremdherrschaft zerstörten Kirchenverfassung nicht wieder in Anspruch genommen[2].

II. Die Ausübung des Rechtes der ersten Bitte. Das Recht der ersten Bitte konnte von dem Berechtigten oder von demjenigen, auf welchen es seitens desselben übertragen war[3], nur einmal bei dem betreffenden Anlass[4] gegen jedes dem Rechte unterworfene Stift oder Kloster[5] und zwar hinsichtlich aller zur Disposition desselben stehenden Stellen[6], insbesondere seiner Pfründen oder Beneficien[7] ausgeübt werden. Der s. g. *precista,* d. h. die Person, zu dessen Gunsten die preces, das Bitt- oder Ersuchungsschreiben, erlassen war, erhielt die Befugniss, die Uebertragung eines gerade vakanten oder erst später vakant werdenden Beneficiums oder Amtes[8] der vorhin gedachten — oder falls dasselbe im Bittbrief näher bestimmt

mens XIII. für Joseph II. v. 1765 bei Würdtwein 2, 324. Bittbriefe Josephs II. und Leopolds II. l. c. p. 325; Senkenberg l. c. p. 125; Gaertner, corp. iur. eccl. 2, 445.

[1] Nach dem Reichsdeputationshauptschluss v. 1803. §. 58 sollten die kaiserlichen Precisten, welche ihre Preces den aufgehobenen Stiftern schon präsentirt hatten, bei künftigen Erledigungsfällen eine verhältnissmässige Pension erhalten.

[2] So sind insbesondere für Preussen die Vorschriften des A. L. R. II. 11. §§. 1094—1098 über das Recht der ersten Bitte zufolge der Bulle: De salute animarum bedeutungslos geworden.

[3] Die Zulässigkeit der Uebertragung war allgemein anerkannt. Eine solche kommt schon im 13. Jahrh. seitens des Kaisers, namentlich auf geistliche Fürsten für den Umfang der bischöflichen Diöcese oder erzbischöflichen Provinz vor, Urk. v. 1286 u. 1298, Würdtwein 2, 4. 5; v. 1309, Lacomblet, niederrh. Urkdbch. 3, 57; v. 1315, Boehmer, cod. dipl. 1, 411; v. 1346, Würdtwein 2, 26; vgl. auch Senkenberg, cod. prob. p. 27; Urk. v. 1346, Würdtwein l. c. p. 34 (Uebertragung auf d. Pfalzgrafen b. Rhein). — Auch die Reichsvikarien haben das Recht auszuüben versucht, Ayrer l. c. app. p. 210 ff.; über ihre desfallsige Befugniss ist indessen viel gestritten worden, l. c. c. 3.

[4] Gerade deshalb war eine Konkurrenz mehrerer Berechtigter ohne zu grosse Beschwerung der verpflichteten Institute möglich. Ueber die sich an den westfälischen Frieden anschliessende Streitfrage, betreffend die Berechtigung des Kaisers gegen die Mediatstifter, s. J. H. Boehmer, l. c. §. 111; Moser a. a. O. S. 380; Ayrer l. c. c. 2. §§. 7 ff.; Brand l. c. c. 3. Wegen des Verhältnisses mehrerer Precisten, welche ihr Recht von demselben Berechtigten herleiten, Ayrer l. c. c. 6. §. 11.

[5] Jedoch sind auch kaiserliche Exemtionsprivilegien für einzelne kirchliche Anstalten ertheilt worden, Würdtwein 2, 29. 31; Senkenberg §§. 30. 35; Pfeffinger l. c. 3, 88. n. e.

[6] Gleichviel, ob diese Stellen durch Wahl oder durch Turnus zu besetzen waren, oder blos einem geistlichen Patronatrecht unterstanden. Eine desfallsige Zusammenstellung aus einer Anzahl von Diplomen bei Ayrer l. c. c. 6. §. 1; vgl. auch Chockier l. c. p. 40. 42 ff.; Leuren. for. benef. P. II. qu. 607. n. 4 ff. Die Stellen laikalen Patronates waren nach der gemeinen Meinung ausgenommen, Leuren. l. c. qu. 608. n. 3; Ayrer l. c.; s. aber Moser a. a. O. S. 404.

[7] S. o. S. 640. n. 1; decr. conc. Basil. v. 1437, Würdtwein 2, 42: „pro unico beneficio ecclesiastico cum cura vel sine cura, etiamsi canonicatus et praebenda in metropolitana aut cathedralibus seu collegiatis ecclesiis foret"; Urk. v. 1521. 1532. 1534. 1703. 1766, Würdtwein l. c. 2, 102. 154. 182. 286. 327: „beneficium ecclesiasticum tam regulare quam seculare cum cura vel sine cura etiamsi canonicatus et prebenda, dignitas, personatus, administratio vel officium fuerit"; vgl. auch Ayrer l. c. c. 6. §. 1. Als frei von dem Rechte galten allgemein die s. g. beneficia monocularia (s. o. S. 375), vgl. Ayrer l. c., Leuren. l. c. qu. 608. n. 2; die päpstlichen Indulte treffen aber nach dem Vorgange des Baseler Dekrets (o. S. 644. n. 4) die weitere Beschränkung: „ac ipsi collatores et collatrices saltem IV. beneficia conferre habeant". Ihrer Qualität nach wurden dem Rechte für nicht unterworfen erachtet die Bischofsämter und Regular-Prälaturen, nicht aber die in den päpstlichen Monaten erledigten Benefizien. Näheres hierüber bei Chockier p. 38; Leuren. qu. 607. 608; Brand l. c. c. 5, wobei indessen zu beachten ist, dass die Schriftsteller, welche das Recht aus päpstlicher Verleihung herleiten, die Tendenz haben, die Ausnahmen möglichst zu erweitern.

[8] S. o. S. 639. n. 1; dipl. v. 1526. 1642. 1706. 1742. 1766, Würdtwein 2, 125. 282. 291. 315. 328: „quod ad presens sive proxime vacare contigerit". In Betreff der Art der Vakanz heisst es in den neueren Bittbriefen, s. die 3 zuletzt citirten, gewöhnlich: „beneficium, quod ... in quocunque mense per obitum, decessum vel

war[1] — der bezeichneten Art von dem Verleihungsberechtigten zu verlangen, selbstverständlich unter der Voraussetzung, dass er die nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und den besonderen statutarischen Festsetzungen erforderliche Qualität besass[2]. Sein Recht begann gegenüber dem Berechtigten mit der Annahme der Ertheilung der ersten Bitte, d. h. für die Regel mit dem Empfang des ausgestellten Bittbriefes. Die Verpflichtung des Stiftes oder sonstigen Kollators trat aber erst mit der erlangten authentischen Kunde von der Begründung des Rechtes des Precisten ein[3]. Zu diesem Behufe hatte der letztere das Originaldiplom dem Verleihungsberechtigten selbst oder durch einen gehörig bevollmächtigten Stellvertreter zu insinuiren[4]. Die Folge der Insinuation war, dass er nunmehr die Uebertragung einer ihm passend erscheinenden Stelle beanspruchen (nach der älteren Ausdrucksweise eine solche optiren oder acceptiren) konnte[5], sofern er diese innerhalb Monatsfrist nach bekannt gewordener Erledigung von dem Kollator gefordert hatte[6]. Mit der Stellung des betreffenden Antrages bei dem letzteren wurde aber für den Precisten die Möglichkeit, ein anderes Benefizium zu fordern (das s. g. Variationsrecht), ausgeschlossen[7]. Andererseits hatte aber der Verpflichtete die Uebertragung der Stelle oder, falls ihm diese nicht selbst zukam, die die Verleihung ermöglichenden, ihm rechtlich zustehenden Handlungen, z. B. die Präsentation, vorzunehmen[8]. Die erste Bitte gewährte dem-

resignationem alicuius vacare contigerit"; die Doktrin schloss indessen die durch Verzicht zu Gunsten eines Dritten oder durch Tausch erledigten Benefizien aus, Leuren. qu. 608. n. 8. 9; Ayrer l. c. c. 6. §. 2; Dürr de benef. per eccles. author. episc. permutato ad effect. prec. prim. haud vacante Mogunt. 1773 bei Schmidt thes. 5, 273.

1 Dies kommt namentlich in den älteren Bittbriefen vor, s. o. S. 640. n. 2.

2 Ayrer l. c. c. 6. §§. 4—8; Brand l. c. c. 6. §§. 1 ff.; Leuren. l. c. qu. 610. Für die Beobachtung der besonderen statutarischen Bestimmungen bei Ausübung des Rechts haben sich die Stifter mitunter auch Privilegien vom Kaiser ausstellen lassen, ein solches v. Carl IV. v. 1362 bei Senkenberg l. c. cod. prob. p. 29.

3 C. A. Hartmann de potestate collatoris ordinarii ante insinuationem prec. primar. restricta. Viennae 1782, auch bei Mayer thes. nov. iur. eccles. 2, 251.

4 Ayrer l. c. c. 6. §. 9; Brand l. c. §. 6; Endres l. c. §. 3. Ein Insinuationsprotokoll bei Würdtwein 2, 83. Eine Frist für die Bewirkung der Insinuation bestand nicht, ihre Unterlassung hinderte nur die Ausübung des Rechtes.

5 Verpflichtet war er dazu nicht. Daher stand es ihm auch frei, falls ihm das erledigte Benefizium nicht genehm war, den Erledigungsfall mehrere Male vorübergehen zu lassen. Ueber die Kollision dieses Auswahlsrechtes mit der für manche Kapiteln bestehenden statutarischen Anordnung, dass die kaiserlichen Precisten sich mit der letzten Domicellarstelle begnügen und erst der gewöhnlichen Reihe nach in das Kapitel einrücken sollten, s. Wolfgang Schmitt bei Mayer thes. 1, 307; Schmelzer a. a. O. S. 19. 20.

6 Eine darauf bezügliche Klausel „quod per se vel per procuratorem suum infra mensem a die notatae sibi vacationis duxerit acceptandum", findet sich stehend in den Bittbriefen, Würdtwein 2, 102. 125. 154. 187. 195. 213. 216. 239. 242. 255. 272. 282. 287. 292.

Darüber, ob das öffentliche Bekanntwerden oder nur die besondere individuelle Kunde von der Vakanz für den Beginn des Fristenlaufes genügte, ebenso darüber, ob der Precist die Kassirung einer vor der Insinuation erfolgten Besetzung der Stelle verlangen konnte, wenn er sein Diplom noch vor Ablauf der Monatsfrist gehörig insinuirt und das Benefizium optirt hatte, ist viel gestritten worden, vgl. Schmelzer a. a. O. S. 41. 42.

7 Brand l. c. c. 6. §§. 11—13.

8 Mit Rücksicht hierauf lauten die Bittbriefe und zwar die älteren, s. Würdtwein 2, 216: „quod (beneficium) . . . cum omnibus et singulis suis iuribus et pertinentiis conferatis et assignetis ac ipsum seu . . . procuratorem . . . ad illius veram realem et corporalem possessionem iuriumque et pertinentiarum omnium eiusdem inducatis et admittatis et quantum in vobis fuerit induci et admitti faciatis et si canonicatus et praebenda fuerit, assignando sibi stallum in choro et locum in capitulo"; die späteren, l. c. 2, 272. 287. 292. 311. 315. 328: „prout ad vos spectat, ad illud (beneficium) eligatis, nominetis, praesentetis ac ei illud conferatis et assignetis atque etiam de eo provideatis, ponendo eum in pacifica et quieta possessione, stallum in choro et locum in capitulo ei assignando cum plenitudine iuris canonici et fructuum perceptione". Seinerseits musste aber der Precist die von jedem Bewerber erforderten, namentlich die für die Erlangung der Kanonikate statutarisch vorgeschriebenen Handlungen (s. o. S. 69 ff.) vornehmen, Schmitt l. c. p. 305.

nach den Precisten eine Anwartschaft auf ein künftig zu erledigendes Benefizium, dessen nähere Bestimmung allerdings für die Regel von der s. g. Acceptation oder Option des Precisten abhängig war[1]. Eine unter Verletzung dieses Rechtes des letzteren vorgenommene Besetzung der von ihm gewählten Stelle war nichtig[2], und die Durchführung der preces wurde durch weltliche und geistliche Exekutionsmassregeln[3] erzwungen.

Starb der Precist vor der an ihn erfolgten Uebertragung der Stelle, so konnte der Berechtigte, weil die preces nicht zur Wirkung gelangt waren, nochmals für eine andere Person von seinem Rechte Gebrauch machen[4]. Die Frage dagegen, ob die preces mit dem Tode des Verleihers hinfällig wurden, falls dieser vor Erlangung eines Amtes seitens des Precisten erfolgt war, ist, mit Rücksicht auf die kaiserlichen Bitten, Gegenstand lebhafter Kontroversen gewesen. Indessen hat sich die Reichspraxis für die Wirksamkeit der Bittbriefe über den Tod des Kaisers hinaus entschieden[5]. Einen Widerruf der gewährten ersten Bitte durch den Berechtigten liess man nur wegen groben Undankes mit Rücksicht auf die Grundsätze über die Revokation von Schenkungen zu[6].

[1] Daher ist auch früher die Frage aufgeworfen worden, ob das Verbot der Expektativen (Trid. XXIV. c. 19 de ref.) auch das Recht der ersten Bitte beseitigt habe, Ayrer l. c. c. 2. §. 2. Die überwiegende Meinung verneinte dies, namentlich deshalb, weil auch die Congr. concilii mit Rücksicht darauf, dass das Koncil keine Beschränkung des Kaisers ausdrücklich ausgesprochen habe, in dem gedachten Sinne entschieden hatte, Fagnan. ad c. 2 X. de conc. praeb. III. 8. n. 10.

[2] Schmelzer a. a. O. S. 26 und die dort angeführten Entscheidungen und Kassationsdekrete des Reichshofraths. Auch über die Zuständigkeit für derartige Streitfälle herrschte keine Einstimmigkeit, Ayrer l. c. c. 6. §. 16; Brand l. c. c. 8. §§. 10 ff.; jedoch wurde im Allgemeinen die Kompetenz des Reichshofrathes angenommen, wenn die Rechte des Precisten aus einem andern Grunde als der mangelnden Befugniss des Kaisers zur Ertheilung der preces in Frage gestellt waren.

[3] Für die Anordnung und Leitung derselben wurden vielfach besondere Exekutoren ernannt, vom Kaiser zu solchen namentlich geistliche Fürsten, s. o. S. 644. n. 2; dipl. v. 1442 bei Würdtwein 2, 52. Im letzteren Falle konnten die Exekutoren, ebenso wie in dem Falle, wo der Kaiser ein päpstliches Indult erhalten hatte, mit geistlichen Censuren, Exkommunikation, Suspension und Interdikt einschreiten, vgl. die Diplome bei Würdtwein l. c. p. 103. 184. 188. 196. 214. 217. 240. 243. In den Bittbriefen des 18. Jahrhunderts lautet die allerdings schon theilweise früher vorkommende Exekutionsandrohung, Würdtwein l. c. p. 312. 316. 321. 329: „executores a nobis deputati sub poena gravis indignationis nostrae vos realiter et cum effectu ad parendum iuxta constitutiones imperii moneant et compellant, contumacia vero vestra aut contemptu . . . per mensem continuum a die requisitionis numerandum durante, vos omnibus et singulis privilegiis, gratiis, libertatibus et donationibus a romanor. imperatoribus et regibus ac a nobis et aliis praedecessoribus nostris vobis concessis et ipso iure privatos et nostra tuitione exutos declarent, quae et quas ex nunc prout a die contumaciae vestrae tenore praesentium revocamus, cassamus et irrita esse volumus et vos taliter contumaces a beneficiis maiestatis nostrae reddimus alienos, prout etiam ex nunc prout ex tunc privamus et a protectione nostra excludimus“. Dass auch Geldstrafen und exekutive Immissionen verhängt wurden, zeigt das Reichshofraths-Protokoll bei Ayrer app. p. 199; s. auch Schmelzer a. a. O. S. 36 n. p. Ueber die früher angewandten Zwangsmittel vgl. o. S. 644. Wegen der Exekutoren s. auch Brand l. c. c. 8. §§. 1 ff.; Schmelzer S. 109.

[4] Ayrer l. c. c. 6. §. 13; Brand l. c. c. 7. §. 3. Ein Beispiel derartiger subrogirter preces bei Ayrer l. c. app. p. 248; Würdtwein l. c. 2, 6. Dieselbe Folge trat ein, wenn der Precist vorher auf sein Recht resignirt hatte oder zur Erlangung der Stelle unfähig wurde, z. B. heirathete oder zu einer andern Konfession überging, Ayrer l. c. §. 14; Brand l. c. §§. 4 ff.

[5] Schmelzer a. a. O. S. 84 ff. Die Schrift desselben ist der Erörterung dieser Streitfrage gewidmet. Er entscheidet sie in der im Text angegebenen Weise, und stützt sich namentlich darauf, dass Handlungen, welche vom Regenten in seiner Eigenschaft als Staatsoberhaupt vorgenommen werden, auch über seinen Tod hinaus wirken, und deshalb die aus solchen Handlungen erworbenen Rechte ebenfalls fortdauern müssten, S. 62 ff. 70. Ja er geht so weit, anzunehmen, dass der Precist selbst dann das Recht erwerbe, wenn der Kaiser vor Ausfertigung des Diploms über die bereits ertheilte Bitte sterbe, S. 96. Uebrigens haben einzelne Kaiser ausdrücklich erklärt, dass die noch unversorgten Precisten ihres Vorgängers den Vorrang vor den eigenen haben sollten, s. a. a. O. S. 84 u. die dipl. Karls IV. v. 1740 u. 1745 bei Würdtwein 2, 306. 310.

[6] Ayrer l. c. §. 14; Brand l. c. §. 2.



Eine Cession der Rechte des Precisten seitens des letzteren an eine andere Person war statthaft, jedoch bedurfte es dazu der Einwilligung des Verleihers, und daher war zur Legitimation des Cessionars eine Transscription des ersteren auf den letzteren erforderlich[1].

B. Das geltende Recht.

§. 130. 1. *Begriff, Arten und Formen der Besetzung, bez. Verleihung**.

I. Begriff. Terminologie. Die Besetzung der Kirchen-Aemter erfolgt nach dem kirchlichen Recht durch die im Fall ihrer Erledigung unter Autorität der rechtmässigen geistlichen Oberen vorzunehmende Uebertragung an die qualificirten Personen, Verleihung[2], *provisio*[3], im weiteren Sinne auch *institutio*[4] oder *collatio*[5] genannt[6].

Das Recht zur Besetzung, bez. Verleihung, steht den kirchlichen Oberen und zwar für die Regel demjenigen zu, dessen Jurisdiktion das in Frage stehende Amt direkt unterworfen ist.

Mit Rücksicht darauf, dass seit früher Zeit die verschiedenen, die Verleihung bildenden Handlungen, die Auswahl des Kandidaten und die Uebertragung des Amtes an den letzteren getrennt worden sind, und die erstere für manche Fälle den Charakter einer dem Verleihungsrecht des kirchlichen Oberen gegenübertretenden selbstständigen Befugniss angenommen hat, hat sich zum Theil schon in der Zeit zwischen der Abfassung der Dekretalen Gregors IX. und der des liber Sextus die nachstehende Terminologie gebildet.

[1] Ayrer l. c. §. 15; Brand l. c. §. 7 ff.; Schmelzer S. 44. 103. Eine Cessionsurkunde v. 1605 bei Würdtwein 3, 52.

* Phillips K. R. 7, 481 ff.

[2] Das Wort: Besetzung bedeutet die Wirkung der Verleihung in Betreff des vakanten Amtes, Verleihung die in der Uebertragung desselben bestehende Handlung.

[3] Allgemein gebraucht c. 42 (Gregor. IX.) X. de rescr. I. 3; von bischöflicher Verleihung c. 27 (Inn. III.) X. eod.; von Wahlpfründen c. 13. 14 (id.) X. de conc. praeb. III. 8. Wenn die Glosse zu Clem. 8 de elect. I. 3 s. v. provisioni darunter nur die Nomination, Präsentation, Postulation und Collation versteht, so hängt dies mit einer später aufgekommenen, engeren Bedeutung des Wortes: provisio, sowie damit zusammen, dass sie die Besetzung durch Wahl mit Rücksicht auf die päpstlichen Provisions-Mandate, c. 16. §. 1 in VI[to] de praeb. III. 4 ausschliessen will. Ueber den im Text bezeichneten Sprachgebrauch vgl. auch Hieron. Gonzalez ad reg. 8 canc. gl. 17. n. 1 u. Fagnan. ad c. 1. X. de elect. I. 6. n. 22.

[4] Rubr. III. 7. X de instit.; c. 1 in VI[to] de R. J. (allgemein); c. 8 (Inn. III.) X. de const. I. 2 (kraft päpstlichen Devolutionsrechtes), c. 31 (id.) X. de elect. I. 6 (Kanonikatverleihung durch den Bischof). Bei dem Worte institutio liegt der Ton auf der Wirkung der Verleihung für die Person des Anzustellenden.

[5] In den Dekretalen gebraucht für die Besetzung von Benefizien im Allgemeinen, c. 28 (Later. IV. v. 1215) X. de praeb. III. 5; ferner auch für Besetzung durch den Bischof oder einen anderen Prälaten, c. 5. 14 (Inn. III.) X. de conc. praeb. III. 8, durch den Papst in Folge von Devolution c. 37 (Greg. IX.) X. de praeb. III. 5, endlich für Vergebung der Kanonikate u. Präbenden durch Wahl, c. 7 (Alex. III.) X. de rescr. I. 3, c. 4. 15 (Inn. III.) X. III. 8; c. 13 (Bonif. VIII.) in VI[to] de praeb. III. 4. In denselben verschiedenen Bedeutungen kommt auch donatio vor, s. ausser den zuerst citirten beiden Stellen c. 8 (Inn. III.) X. de const. I. 2; c. 37. X. III. 5 cit.; c. 9 (Inn. III.) X. III. 8; c. 7. X. I. 3 cit.; c. 12 (Inn. III.) X. de sent. et re iud. II. 27; c. 31 (Inn. III.) X. de elect. I. 6; c. 15. X. III. 8 cit.

[6] Weitere in den Dekretalen sich findende Bezeichnungen sind: concessio c. 1 (Alex. III.) X. de appell. II. 28; c. 10 (id.) X. de iurepatr. III. 38; c. 6 (Inn. III.) X. de instit. III. 7; c. 4 (id.) X. de conc. praeb. III. 8; assignatio c. 4 cit. c. 14 X. eod. tit.; largiendi potestas (für Verleihungsbefugniss), c. 28. X. III. 5 cit.; tribuere ecclesiastica ministeria seu beneficia seu ecclesias, c. 2 (Later. III. v. 1179) X. de conc. praeb. III. 8; investitura, vgl. unten S. 654. n. 7.

Das Verleihungsrecht, welches voll und ungetheilt in der Hand des kirchlichen Oberen ruht, wird als *provisio plena* bezeichnet. Wenn aber die Designation des Kandidaten einer anderen Person als derjenigen zusteht, welche die Uebertragung des Amtes vorzunehmen hat, so nennt man die jedem der konkurrirenden Betheiligten zukommende Befugniss *provisio minus plena*.

Bei den höheren Kirchen-Aemtern, deren Besetzung im Mittelalter und noch heute vielfach in Deutschland durch Wahl, *electio*, erfolgt, heisst die durch den kirchlichen Oberen, jetzt regelmässig durch den Papst erfolgende Bestätigung *confirmatio* [1], in dem Falle aber, wo eine Benennung des Kandidaten durch einen Drittberechtigten, eine s. g. *nominatio* (so z. B. durch die Landesherrn für Bisthümer), vorkömmt, *institutio canonica* [2]. Dagegen hat sich kein besonderer technischer Ausdruck für die freie Besetzung der höheren kirchlichen Aemter seitens des geistlichen Oberen, insbesondere des Papstes [3], gebildet.

Für die Verleihung der niederen Kirchen-Aemter durch den Bischof oder einen exemten Prälaten wird hauptsächlich das Wort: *collatio* gebraucht. Ist der Bischof bei derselben unbeschränkt, so heisst die Verleihung *collatio libera* oder *collatio* schlechthin [4]. Wenn er dagegen an die Wahl, Ernennung oder Präsentation anderer Personen gebunden, seine Kollation eine s. g. *collatio non libera* oder *necessaria* ist, so wird die Uebertragung des Amtes an den durch den Dritten bestimmten Kandidaten *institutio* [5] *collativa* [6] genannt.

Ausnahmsweise kann aber das freie Verleihungsrecht auch einem anderen als dem zuständigen geistlichen Oberen zukommen [7]. So hatten z. B. im Mittelalter die Archidiakonen in Folge der Erweiterung ihrer Befugnisse zu einer der bischöflichen untergeordneten iurisdictio ordinaria ein derartiges Recht in Betreff aller oder gewisser Benefizien ihrer Sprengel erlangt [8], und desgleichen stand ein solches den s. g. parochi habituales hinsichtlich der ihnen quoad temporalia et spiritualia inkorporirten Pfarreien zu [9]. In solchen Fällen hat der kirchliche Obere, insbesondere der Bischof, keine institutio collativa vorzunehmen, wohl aber das Recht, die Uebertragung zu prüfen und die Befugniss zur Ausübung der Funktionen des Amtes (die s. g. *missio canonica*) zu ertheilen [10]. Die oben besprochene Terminologie war hier nicht anwend-

[1] Schon in der spanischen Uebersetzung des c. 4 Nicaen. v. 325, s. c. 1. Dist. LXIV; vgl. ferner c. 11 (Alex. III.), c. 32 (Innoc. III.) X. de elect. I. 6.

[2] Bair. Konkordat Art. 9, französ. v. 1801, italien. v. 1803, sicil. v. 1818 u. haitisch. v. 1860, Nussi, conventiones p. 140. 143. 186. 346.

[3] Hier kommen hauptsächlich die Ernennungen (creatio) der Kardinäle, Th. I. S. 339, der Inhaber der Kurialämter, sowie der Weih- und Missionsbischöfe in Frage, o. S. 177. n. 4.

[4] c. 16. §. 2 (Bon. VIII.) in VIto de praeb. III. 4: „quum autem inter collationem, praesentationem et institutionem differentia magna esse noscatur“; glossa ad rubr. III. 6 in VIto: „collatio proprie dicitur, quando beneficium est liberum et in mera dispositione episcopi“; glossa zu c. 1 in VIto de R. J. s. v. beneficium.

[5] Glossa ad rubr. III. 6 in VIto: „quando beneficium non est liberum, sed est in iurepatronatus alicuius quia patronus praesentat et ad praesentationem patroni episcopus instituit, illud proprie dicitur institutio“.

[6] Die Glosse zu c. 1 in VIto de R. J. s. v. beneficium: „Dicendum, quod triplex est institutio. Quaedam est tituli collativa, alia est auctorizabilis, quoad commissionem curae animarum, alia est institutio realis et actualis, quae vocatur investitura vel inductio in possessionem realem et corporalem“, spricht zwar von der Institution in dem oben gedachten weiteren Sinne, die spätere Doktrin hat aber den Ausdruck: institutio collativa hauptsächlich in dem im Text gedachten Sinne beschränkt, Reiffenstuel ius can. III. 7. n. 6; Ferraris s. v. institutio n. 9. Im Gegensatz zur institutio corporalis (s. nachher) wird sie auch verbalis genannt.

[7] Dies setzt auch das Trid. Sess. XXIV. c. 18 de ref. („quum vero institutio ab alio quam ab episcopo erit facienda“) voraus.

[8] S. o. S. 197.

[9] S. o. S. 452.

[10] v. Schulte Lehrb. d. K. R. 3. Aufl. S. 294. n. 13. Darüber, dass die Archidiakonen allmählig trotz entgegenstehender Vorschriften (o. S.

bar, und die Doktrin hat deshalb für die Gewährung jener Befugniss, sofern sie sich auf ein Seelsorge-Amt bezieht, also eine approbatio pro cura ist, die Bezeichnung *institutio autorizabilis* geschaffen [1].

Mit Rücksicht darauf, dass die Verleihung, gleichviel ob sie frei oder beschränkt ist, nicht immer durch die dazu nach dem gemeinen Recht berufene Person, sondern unter gewissen Umständen auch durch eine andere erfolgt, unterscheidet die Schule ferner zwischen der *provisio* oder *collatio ordinaria* und der *provisio* oder *collatio extraordinaria*.

Die ausserordentliche Verleihung tritt ein, wenn die ordentliche Provision von dem dazu Berechtigten nicht den kirchlichen Vorschriften gemäss vorgenommen oder ganz unterlassen worden ist, und geht in diesem Falle kraft der s. g. Devolution für die Regel auf den höheren kirchlichen Beamten über [2]. Ferner wird die durch den Papst auf Grund der Reservationen vollzogene Besetzung von Kirchen-Aemtern gewöhnlich ebenfalls als eine weitere Art der provisio extraordinaria betrachtet [3]. Endlich rechnen auch Manche die Fälle, in welchen ausnahmsweise ein Dritter das volle Verleihungsrecht besitzt, hierher [4].

Die Besetzungsform ist verschieden, je nachdem die Auswahl des Kandidaten (designatio personae) und die Uebertragung des Amtes in derselben Hand vereinigt, oder die erstgedachte Befugniss von dieser losgelöst ist. Innerhalb der letzteren Fälle hat die Bezeichnung der Person durch Wahl die Eigenthümlichkeit, dass es besonderer Regeln für die Ermittelung des zu designirenden Kandidaten bedarf, während die freie und die blos an den Vorschlag einer bestimmten Person gebundene Verleihung sich darin gleichstehen, dass derartige Vorschriften — mindestens für die Regel — nicht erforderlich sind [5].

194. n. 3) auch diese Befugniss des Bischofs beseitigt haben, o. S. 197. n. 7.

[1] So schon die S. 650. n. 6 citirte Glosse u. das summar. zu c. 4. X. de off. arch. I. 23, u. danach fast alle späteren, z. B. Fagnan. ad c. 3 X. de causa propr. II. 12. n. 30; Schmalzgrueber III. 7 pr.; Reiffenstuel III. 7. n. 7; Leuren, for. benef. P. II. qu. 7; Ferraris l. c. n. 10. Wenn van Espen J. E. U. P. II. tit. 22. c. 4. n. 21 ff. und nach ihm Walter K. R. §. 238. n. 10; Phillips K. R. 7, 488 behaupten, dass die institutio autorizabilis mit der institutio collativa oder canonica im allgemeinen Sinne des c. 1 in VIto de R. J. identisch zu fassen sei, so ist daran allerdings so viel richtig, dass das c. 4. X. cit. wohl die Uebertragung eines Seelsorge-Amtes im Auge hat, also das Summarium dem Text nicht entspricht, weil das letztere die Verleihung des Amtes und die Uebertragung der Seelsorge sondert, indem es für diese jenen Ausdruck wählt. An und für sich ist aber die Scheidung sachlich begründet und deshalb kann die unrichtige Anknüpfung der einmal fest eingebürgerten Bezeichnung an das erwähnte c. 4 keinen Grund abgeben, sie zu verwerfen oder gar die institutio autorizabilis mit der institutio collativa zu identificiren.

[2] Für die Besetzung im Wege der Devolution wird im Mittelalter der Ausdruck: provisio auch schlechthin gebraucht, Glosse zu rubr. III. 6 in VIto: „provisio vero dicitur, quando fit iure devoluto".

[3] So namentlich von den neueren, s. z. B. Permaneder K. R. §§. 255. 256; Phillips Lehrb. 2. Aufl. S. 143; Schulte K. R. 2, 323, welcher aber im Lehrbuch 3. Aufl. S. 294 ebenso wie Walter K. R. §§. 222. 232. 237, nur den Fall der Devolution als provisio extraordinaria bezeichnet. Vom Standpunkt der mittelalterlichen Theorie über das dem Papste an allen Benefizien zustehende Besetzungsrecht, ist es richtig, die Verleihung in Folge von Reservationen als provisio ordinaria zu behandeln. Indessen ist, wenngleich jene Theorie erst jüngst durch die Sanktionirung des päpstlichen Universal-Episkopates und der päpstlichen iurisdictio ordinaria et immediata über alle Kirchen und Diöcesen seitens des vatikanischen Koncils, s. Pii IX. const. Pastor aeternus v. 18. Juli 1870 c. 3 approbirt worden ist, doch die päpstliche Provision historisch betrachtet, ein Eingriff in die begründeten Rechte der lokalen Kirchengewalten gewesen, und praktisch bildet dieselbe auch heute wieder nur die Ausnahme.

[4] S. z. B. Helfert, v. d. Besetzg. etc. d. Benefizien S. 27, was vollkommen korrekt ist, wenn man die Provision, welche der vom gemeinen Recht dazu berufene kirchliche Obere vornimmt, als ordinaria auffasst.

[5] So stellen auch c. 1 (Innoc. IV.), c. 4 (Gregor. X.), c. 24 (Bonif. VIII.) in VIto de elect. I. 6 der electio und postulatio die provisio schlechthin, also alle anderen Besetzungsformen, gegenüber.

Was das Verhältniss der verschiedenen Arten und Formen der Verleihung betrifft, so durchkreuzen sich dieselben mannichfach. Die freie oder beschränkte Verleihung ist nichts der provisio ordinaria Eigenthümliches, vielmehr kann eine designatio personae auch bei der ausserordentlichen Verleihung im Fall der Devolution vorkommen, weil diese an den Rechten des Dritten nichts ändert. Ebensowenig sind etwa bestimmte Besetzungsformen entweder mit der ordentlichen oder der ausserordentlichen Verleihung ausschliesslich verbunden, denn eine Wahl ist z. B. auch bei der kraft Devolution stattfindenden provisio extraordinaria möglich.

Selbst der verschiedene Charakter der Benefizien, welcher für die Bestimmung des die provisio ordinaria vornehmenden kirchlichen Oberen massgebend ist, äussert heute keinen durchgreifenden Einfluss mehr auf die Besetzungsform [1], während allerdings im Mittelalter mit wenigen Ausnahmen die höheren Benefizien (so der päpstliche Stuhl und die Bisthümer) durch Wahl, die niederen durch Ernennung des kirchlichen Oberen oder anderer Personen [2] besetzt worden sind [3].

II. Der Erwerb des Amtes. Der Unterschied zwischen ius ad rem und ius in re. Die Verleihung des Amtes ist vollendet, wenn der dazu berechtigte kirchliche Obere die Uebertragungshandlung [4] vorgenommen hat und der Konsens des Beliehenen, falls dieser nicht schon vorher erklärt worden, hinzugekommen ist.

Für diejenigen Fälle, wo die Designation in der Hand eines anderen als des verleihungsberechtigten Oberen liegt, bedurfte es besonderer Normen darüber, ob und welche Rechte durch die Bezeichnung oder Wahl der für das Amt in Aussicht genommenen Person für die letztere entstanden. Die kanonistische Theorie und Gesetzgebung hat die erforderliche Regelung unter Entwickelung der Lehre vom s. g. *ius in re* und *ius ad rem* in Anlehnung an die Doktrin der älteren Feudisten vorgenommen.

Die letzteren fassten die s. g. investitura abusiva [5], davon ausgehend, dass die Lehns-Investitur an und für sich, d. h. ohne Besitzübertragung, kein dingliches Recht begründen könne [6], als eine Handlung auf, wodurch der Vasall eine nöthigenfalls durch Realexekution zu erzwingende Forderung gegen den Herrn auf Einweisung in den Besitz des Lehngutes, die Gewere, erlange [7]. Da aber andererseits diese letztere

[1] Die Kardinalstellen werden vom Papst frei vergeben. Die Bisthümer und Prälaturen werden durch Wahl, die ersteren aber auch theilweise vom Papste frei, theilweise auf landesherrliche Nomination, die letzteren auch durch Ernennung seitens der Ordensoberen besetzt. Die niederen Benefizien verleiht zwar für die Regel der Bischof, jedoch machen hiervon die Kanonikate, für welche vielfach die Wahl vorkommt, eine Ausnahme.

[2] Z. B. der s. g. parochi perpetui. Darüber, dass die Stellen in den Stiftern in der ersten Periode ihrer Entwickelung durch den Bischof vergeben worden sind, s. o. S. 613.

[3] Gerade in den im Text hervorgehobenen Verhältnissen liegt die Schwierigkeit, die Lehre von der Aemterbesetzung völlig befriedigend zu disponiren. Wegen der Durchkreuzung der Arten und Formen der Besetzung ergeben sich, mag man die Unterscheidung zwischen ordentlicher und ausserordentlicher, zwischen freier und beschränkter Verleihung oder zwischen höheren und niederen Benefizien zu Grunde legen, immer Schwierigkeiten, welche durch die nothwendige Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung und des Einflusses der Staatsregierungen bei der Besetzung der Aemter noch vermehrt werden.

[4] Also je nach Umständen die institutio canonica, die confirmatio, die collatio oder die institutio collativa.

[5] II Feudor. 2 pr.: „Investitura quidem proprie dicitur possessio, abusivo autem modo dicitur investitura, quando hasta vel aliud corporeum quodlibet porrigitur a domino feudi, se investituram facere dicente“; vgl. dazu Eichhorn, deutsch. Priv. R. §. 205. n. c u. Phillips, deutsch. Pr. R. 3. Aufl. 2, 403. n. 2.

[6] v. Brünneck, üb. d. Ursprung des s. g. ius ad rem. Berlin 1869. S. 39 ff.

[7] S. die Nachweisungen a. a. O. S. 46. n. 9.



als ein rein faktischer Akt nicht zur Erzeugung eines dinglichen Rechtes für ausreichend erachtet wurde [1], so erklärten die Feudisten das mit der investitura abusiva entstehende Recht für einen schwächeren Grad des durch die eigentliche Investitur, d. h. der Investitur mit gleichzeitiger Einräumung der Gewere, begründeten *ius in re* [2] und bezeichneten diese schwächere Berechtigung mit dem Ausdruck: *ius ad rem* [3].

Dieser letztere tritt auch in einzelnen Dekretalen, welche Bonifacius VIII. angehören [4], sehr bald, nachdem er bei den Feudisten in Gebrauch gekommen war [5], hervor. Im Gegensatz zu dem mit der vollendeten Verleihung des Amtes erworbenen Rechte, d. h. der für den Beliehenen begründeten Zuständigkeit desselben und der daraus herfliessenden Befugnisse, dem s. g. *ius in re* [6] oder *ius in beneficio* [7], nahm man einen durch die Designation erworbenen Anspruch der bezeichneten Person auf Verleihung des Amtes an, und nannte diesen *ius ad rem* oder *ad beneficium, praebendam* [8].

[1] A. a. O. S. 49.

[2] A. a. O. S. 48—50.

[3] Zuerst Jacobus de Ravanis (etwa 1250—1296, v. Savigny, Gesch. d. R. R. 5, 607 ff.) summa super usibus feudor., tit. quot modis feud. acqu.: „Sed certe ego puto, etiam per investituram verbalem et baculi porrectionem quae abusiva investitura dicitur ... feudum esse acquisitum etiam ante traditionem possessionis, cum investito dominus praecise cogatur tradere possessionem ... Licet enim ante traditam sibi possessionem investitus ius non habeat in re, habet tamen ius ad rem. Nam minus est investituram facere, quam etiam possessionis traditione perficere X. de his quae fiant a maiore parte capit. (III. 11) c. (3) ex ore et de dona (III. 24) c. (5) per tuas; XVI. qu. 2. c. 1".

[4] Anscheinend zuerst in zwei wahrscheinlich gleichlautenden Dekretalen v. 27. Dezember 1294, welche die von Nikolaus IV. u. Coelestin V. ertheilten Gnaden widerrufen, vgl. Glosse zu c. 8 in VI^to de conc. praeb. III. 7. s. v. constitutione u. Barthol. de Cotton, hist. Anglic. ed. Luard. London 1859. p. 258, Potthast reg. pontif. roman. 2, 1923. 1928 (n. 24061), von denen nur Fragmente in der Glosse enthalten sind, nämlich s. v. verba zu c. 39 in VI^to de praeb. III. 4: „Omnes collationes, provisiones, reservationes super canonicatibus, dignitatibus, personatibus, praebendis, officiis, portionibus, praestimoniis, ecclesiis parochialibus, ruralibus vel aliis necnon super quibuscunque beneficiis ecclesiasticis vacaturis cum cura vel sine cura, in quibus non sit ius quaesitum in re, licet ad rem, per dictum antecessorem nostrum seu eius auctoritate factas concessas seu commissas et ea quae ab ipso super his vel circa ea quomodolibet processerunt, apostolica auctoritate in fratrum nostrorum praesentia VI Kal. Jan. cum adhuc ... essemus Neapoli, omnino cassavimus", u. ibid. s. v. si is cui. Vgl. ferner c. 8 (Bonif. VIII.) in VI^to de conc. praeb. III. 8, welches die erwähnten Konstitutionen deklarirt.

[5] Dass diesen die Priorität zukommt, kann wohl nicht bezweifelt werden. Es ist kaum anzunehmen, dass Jacobus de Ravanis, welcher nur Dekretalen aus der Sammlung Gregors IX. anführt, seine Summa erst in den drei letzten Jahren seines Lebens geschrieben hat und die Dekretalen Bonifacius' VIII. v. 1294 vor dem Erscheinen des Werkes erlassen worden sind. Ein Anklang an die gedachte Terminologie findet sich allerdings schon bei Innoc. IV. comm. ad c. 31. X. de rescr. I. 3. n. 1: „nam si pro pecunia vel aliquo temporali renunciaret litteris, cum ex eis habeat ius ad petendum spirituale beneficium, esset simonia" u. ad c. 5 X. de off. leg. I. 30: „quia ex collatione omnia consequitur institutus, sed ex praesentatione non consequitur ius in re, licet consequatur ad rem petendam et personalem actionem contra episcopum".

[6] S. die vorher citirten Dekretalen Bonifazius' VIII.

[7] c. 17 (Bonif. VIII.) in VI^to de praeb. III. 4: „Si tibi absenti per tuum episcopum conferatur beneficium, licet per collationem huiusmodi, donec eam ratum habueris, ius in ipso beneficio, ut tuum dici valeat, non acquiras, ipse tamen episcopus vel quicunque alius de ipso beneficio, nisi consentire recuses, in personam alterius ordinare nequibit. Quod si fecerit, eius ordinatio facta de beneficio non libero, viribus non subsistet"; c. 3 (id.) eod. de conc. praeb. III. 7: „... nisi acceptator ille dignitatem, praebendam, personatum seu beneficium, taliter acceptatum et reservatum per collationem vel institutionem postmodum factam de vacanti, iam adeptus vel ei ius in ipso fuerit acquisitum". Andere ähnliche Ausdrücke c. 39 (id.) eod. III. 4: „iure quod in canonicatu .... fuerat assecutus"; c. 40 (id.) ibid.: „ius vero quod secundo ad praebendam, non in praebenda huiusmodi competebat"; c. 18 (id.) eod.; c. 4 (Joann. XXII.) de praeb. in Extr. comm. III. 2.

[8] S. o. Note 4; c. 18. 40 in VI^to III. 4 cit.; c. 13 eod.: „eo ipso quod canonicus auctoritate apostolica fuisti effectus, ius ad obtinendam praebendam proximo vacaturam ibidem tibi acquisitum extitit"; c. 6 (Joann. XXII.) de off. iud. del. in Extr. comm. I. 6, auch als c. 1 de conc. praeb. in Extr. Joann. XXII. tit. 4: „quod ... per divisionem (der Diöcese) ... ius ad rem exspectantibus dicta beneficia ante competens, ex ratione immutari non debet".

Aus dem c. 8 cit. III. 7, welches die von den Vorgängern Bonifacius' VIII. ertheilten Gnadenverleihungen insoweit widerruft, als die Berechtigten nur ein ius ad rem, aber kein ius in re er-

Das Wesen desselben besteht darin, dass dem Berechtigten, unter der Voraussetzung, dass er die vorgeschriebenen Eigenschaften besitzt oder dass eine gewisse Eventualität, z. B. die erforderliche Vakanz, eintritt, das Amt selbst in der Art verfangen ist[1], dass jede unter Beeinträchtigung seines Rechtes erfolgende anderweitige Besetzung der rechtlichen Wirksamkeit entbehrt[2].

III. Die Einweisung in den Besitz des Amtes. Durch die Kollation oder Institution erhält der Beliehene zwar das Amt und damit zum Schutze seines ius in re auch die actio in rem, den Besitz des Amtes[3] darf er indessen bei Strafe des Verlustes des letzteren nicht gewaltsamer Weise ergreifen[4], vielmehr muss er sich diesen durch eine besondere Handlung des zuständigen kirchlichen Oberen, *institutio corporalis*[5], *installatio*[6] oder auch *investitura*[7] genannt, übertragen lassen.

worben hatten, und nach diesem Princip eine Reihe zweifelhafter Fragen entscheidet, ergiebt sich, dass der Papst bei der Aufnahme von Kanonikern über die festgesetzte Zahl ein ius ad rem als vorliegend annimmt: 1) für diejenigen päpstlich ernannten Stiftsherrn, welche erst die Erledigung einer bestimmten Präbende abzuwarten haben, 2) für diejenigen, welche zwar in Bezug auf Kapitel, Chor und Distributionen die Rechte der Kanoniker besitzen, aber vorläufig bis zur Vakanz eines Kanonikats innerhalb der statutarisch bestehenden Zahl blos eine Expektanz auf die allein mit der Stelle eines Numerar-Kanonikers verbundenen Dignitäten und Personate erlangt haben, und zwar in Betreff dieser letzteren Würden (c. 39 in VI^to III. 4), 3) für diejenigen, welchen der wenn auch erledigte Kanonikat noch gar nicht übertragen war. Dagegen ist nach der betreffenden Dekretale bereits ein ius in re begründet: 1) wenn es sich für einen schon recipirten Kanoniker in einem Kapitel ohne bestimmte Präbenden blos um einen durch Abgang eines andern sich vergrössernden Antheil an der gemeinschaftlichen Präbendenmasse, oder 2) um eine sonstige Präbende handelt (dieser letztere Fall erklärt sich durch das o. S. 65. n. 4 Bemerkte). Abgesehen von den päpstlichen Expektanzen (vgl. auch noch c. 39 cit. u. c. 40 eod. tit.) entsteht das ius ad rem ferner durch das Angebot eines Benefiziums seitens des verleihungberechtigten Oberen für die Zeit bis zur Acceptation oder Zurückweisung durch den Kandidaten, c. 17. III. 4 cit.; durch Bestellung eines coadiutor cum futura successione, s. o. S. 85. 253. 325; durch Präsentation seitens eines geistlichen Patrones, durch die Annahme der Wahl seitens des gewählten Kandidaten, endlich durch die Erlangung von primae preces, falls dem Verpflichteten selbst die Verleihung des optirten Benefiziums zusteht, s. o. S. 647.

[1] Daher nennt c. 17 cit. III. 4 ein solches Amt ein beneficium non liberum.

[2] c. 17. c. 40 cit.; vgl. auch die Darstellung der in der S. 653. n. 8 erwähnten Rechtsinstitute. Die Wirkung des kanonischen ius ad rem geht somit weit über die von den Feudisten und später auch von den Legisten für das Lehn- und Civilrecht angenommenen Folgen hinaus. Nach ihrer Lehre sollte das ius ad rem des Vasallen oder des Erwerbers einer Sache (z. B. des Käufers) stets durch die mit Besitzeinräumung verbundene Investitur eines jüngeren Vasallen oder durch die Tradition der Sache an den jüngeren Erwerber erlöschen, und später hat man davon nur für die Fälle eine Ausnahme gemacht, dass der jüngere Vasall oder Erwerber das schon begründete ius ad rem des anderen kannte, oder das Lehn oder die Sache durch einen lukrativen Titel erwarb, v. Brünneck a. a. O. S. 55. 56. 82. 91 ff. Die davon abweichende Behandlung des ius ad rem im kanonischen Recht erklärt sich durch den besonderen Charakter seiner Objekte. Auf dem Gebiete des Lehn- und Civilrechtes konnte bei der Verletzung des ius ad rem dem Berechtigten eine Entschädigungsforderung gewährt werden. Das ius ad rem auf ein Kirchenamt liess sich aber nicht in Geld schätzen. Ferner war es auch nicht möglich, statt einer Entschädigung in Geld dem Verletzten einen Anspruch auf Uebertragung eines anderen Amtes zu gewähren (s. z. B. c. 29. X. de iurepatr. III. 38), weil nicht in jedem Augenblicke erledigte Aemter gleicher Art zur Verfügung desjenigen, welcher das ius ad rem verletzt hatte, standen. Sollte also das letztere einen wirksamen Rechtsschutz geniessen und der Anspruch nicht in vielen Fällen illusorisch werden, so blieb nichts anderes übrig, als diesen mit der im Text gedachten Rechtsfolge auszustatten.

[3] c. 22 (Inn. III.) X. de praeb. III. 5; c. 4 (id.) de conc. praeb. III. 8.

[4] c. 18 (Bonif. VIII.) in VI^to de praeb. III. 4, wonach auch der Verlust des ius ad rem bei gewaltsamer Besitzergreifung des demselben unterworfenen Amtes eintritt. Eigenmacht ohne Gewalt wird blos mit poena arbitraria bestraft, Reiffenstuel III. 7. n. 55.

[5] c. 7. §. 5 (Inn. III.) X. de archid. I. 23; glossa cit. zu c. 1 in VI^to de R. J. s. v. beneficium.

[6] c. 7 (Inn. III.) de conc. praeb. III. 8; Reiffenstuel l. c. n. 43.

[7] In den Dekretalen bedeutet der Ausdruck nicht Besitzeinweisung, vielmehr die gewöhnlich unter Anwendung von Symbolen erfolgende Uebertragung des Amtes, c. 4 (Inn. III.) X. de conc. praeb. III. 8 („per annulum investivit“), vgl. dazu Phillips 7, 498; c. 12 (id.) X. de sent. et re iud. II. 27 („dictum P. de archidiaconatu per suum annulum investivit, in



In Folge dieser Besitzeinweisung erlangt der Amtsinhaber

1. das Recht zur Geltendmachung der possessorischen Rechtsmittel [1].

2. Nach der s. g. regula de *annali* (sc. *possessione*) [2], welche wohl von Eugen IV. aufgestellt ist, in ihrer jetzigen Fassung aber von Julius III. herrührt [3], ist er nach einjährigem ruhigen und unangefochtenen Besitz des Benefiziums [4] gegen jedes päpstliche Provisionsmandat, welches etwa auf dasselbe wegen seiner angeblichen Erledigung ertheilt worden ist, insofern geschützt, als der Impetrant eines solchen Mandates in der Impetration den Namen und die Stellung des Besitzers, die Zeit des Besitzes, sowie die Gründe der Unrechtmässigkeit des letzteren anzugeben hat, sodann ferner den Besitzer nicht nur binnen 6 Monaten gerichtlich belangen, sondern auch den Prozess binnen Jahresfrist von der stattgehabten Citation an [5] bis zur Schlusssentenz verfolgt haben muss [6]. Falls dem einen oder anderen Erfordernisse von dem Impetranten nicht Genüge geleistet worden ist, wird das Provisionsmandat auf Antrag

locum archidiaconi corporaliter illum inducens"), c. 3 (id.) X. de his quae fiunt a mai. III. 11; c. un. X ut eccles. benef. III. 12 („eundem H. de cancellaria investisti per librum"), c. 24 (ibid.) X. de praeb. III. 5. Desgleichen im mittelalterlichen Sprachgebrauch überhaupt, wie die Verwendung des Wortes für die Uebertragung der Bisthümer und bei den Investiturverboten, s. o. S. 536. 548 ff., zeigt, vgl. ferner die Urkunden o. S. 439. n. 3. S. 440. n. 7; dipl. v. 1293, Seibertz Urkdbch z. Landesgesch. v. Westfalen 1, 546: „Praepositus vero vestri monasterii unum de confratribus sui conventus archidiacono loci ad ipsam ecclesiam praesentabit, qui investiat praesentatum", v. 1380, G. H. Boehmer obs. iur. can. p. 309: „Ad quam vicariam . . . H . . . duximus praesentandum, . . . supplicantes, quatenus eundem H. cum investitura vestri annuli investire dignemini". Während die Glosse noch die Investitur in der gedachten Bedeutung auffasst, wurde das Wort aber schon im 13. Jahrhundert namentlich mit Rücksicht auf II. Feud. 2 pr. (S. 652. n. 5) im Sinne von Besitzeinweisung erklärt und gebraucht, Hostiensis summa aurea rubr. de instit. n. 2: „Quid sit investitura? In corporalem possessionem vel quasi inductio sive traditio sec. Da(masum) et Ala(num), Goffr(edum) . . . ergo proprie dicitur ille investiri cui traditur baculus vel festuca vel anulus loco institutionis, i. e. positionis in possessionem", indem man dabei zugleich der Investitur im älteren Sinne, deren Gleichstellung mit der Kollation aus den Quellen deutlich genug hervorging, den Begriff einer symbolischen Besitzübertragung (s. g. *institutio verbalis*) unterschob. Die Auffassung der Investitur als Besitzeinweisung hat sich seitdem mehr und mehr eingebürgert, Covarruvias variar. resol. l. III. t. 2. c. 16. n. 10 ff.; Gonzalez Tellez ad c. 2. X. de renunc. I. 9. n. 5 und so ist die ursprüngliche völlig zurückgetreten, vgl. Barbosa J. E. III. 13. n. 5; Schmalzgrueber III. 7. n. 48 ff.; Engel, coll. un. iur. can. III. 7. n. 4. 5; Richter-Dove §. 194; Schulte K. R. 2. 521. Vgl. hierzu Phillips 7, 524.

[1] S. z. B. c. 28 (Bonif. VIII.) in VI^to de praeb. III. 4.

[2] Reg. XXXV. cancellar. apost.: „Item ss. D. N., ut improbi lites exquirentium motus reprimantur, voluit, statuit et ordinavit, quod quicumque beneficium ecclesiasticum tunc per annum praecedentem pacifice possessum et quod certo modo vacare praetenditur, deinceps impetraverit, nomen, gradum et nobilitatem possessoris eiusdem et quot annis ipse illud possederit ac specificam et determinatam, ex qua clare poterit constare, quod nullum ipsi possessori in dicto beneficio ius competat, causam in huiusmodi impetratione exprimere et infra VI menses ipsum possessorem ad iudicium evocari facere causamque ex tunc desuper infra annum usque ad sententiam diffinitivam inclusive prosequi debeat et teneatur. Alioquin impetratio praedicta et quaecumque inde sequuta nullius existant firmitatis. Et idem impetrans de damnis et interesse possessorem praedictum propterea contingentibus ei satisfacere et si possessorem ipsum iniuste, frivole et indebite molestare repertus exstiterit, L. florenos auri persolvere Camerae apostolicae sit obstrictus nec alius quam praemissae vacationis modus, etiam per litteras si neutri aut subrogationis aut alias sibi quoad hoc, ut beneficium huiusmodi ea vice consequi aut obtinere valeat, quomodolibet suffragetur illudque nullatenus in antea litigiosum propterea censeatur. Quod etiam extendi voluit ad impetrantes beneficia ecclesiastica cuiuscumque qualitatis per privationem et amotionem vel alias propter commissa excessus et crimina vacantia vel vacatura et similiter ad impetrantes beneficia tanquam vacantia per devolutionem". Vgl. hierzu ausser dem Kommentar von Riganti noch Leuren. for. benef. P. II. qu. 828 ff. u. Petr. Gallade, emolumenta ex benef. eccles. possessione a. 1756. c. 2, Mayer thes. nov. 2, 372.

[3] Riganti ad reg. cit. n. 1 ff.

[4] Nach anfänglichem Schwanken hat sich die Ansicht festgestellt, dass ein Titel für den Besitz nicht erforderlich ist, Riganti l. c. n. 70.

[5] Riganti l. c. n. 31 ff.

[6] L. c. Bei einem in der Person des Richters oder des Impetranten eintretenden Hindernis läuft aber die Frist nicht, l. c. n. 51 ff.

des Besitzers des Benefiziums[1] für nichtig erklärt und der erstere hat demselben für den ihm verursachten Schaden Ersatz zu leisten[2].

Auf die von den Ordinarien verliehenen Aemter und die beneficia consistorialia bezieht sich die Regel nicht[3].

3. Die *regula de triennali possessione*[4], von Calixt III. herrührend[5], schliesst die Belästigung eines jeden aus, welcher aus einem eine kirchliche Verleihungsart bildenden Titel, sofern er den letzteren nicht durch Simonie erlangt, und sich bei gewissen Benefizien (s. nachher) nicht in dieselben eingedrängt, ein solches erhalten und dasselbe ruhig und ungestört drei Jahre lang besessen hat. Die Regel soll nach einer verbreiteten Meinung[6] eine dreijährige Ersitzung auf Grund eines iustus titulus und der bona fides oder auch nur auf Grund eines s. g. titulus coloratus eingeführt haben. Indessen ist diese Ansicht nicht haltbar. Nach dem Wortlaut der Regel genügt zunächst ein nicht simonistischer Titel der letzteren Art, d. h. ein solcher, welcher dem äusseren Anschein nach rechtsgültig, in der That aber nichtig ist[7], ferner ein dreijähriger ruhiger und unangefochtener Besitz des Benefiziums[8] auf Grund des Titels, wenn der Besitzer, falls das Amt einer im Corpus iuris canonici festgesetzten Reservation untersteht, sich nicht eingedrängt, d. h. nicht sich vor Ausfertigung der päpstlichen Verleihungsurkunde in den Besitz gesetzt hat[9]. Bona fides auf Seiten des

[1] L. c. n. 57.

[2] Die Strafe von 50 Kammergulden, welche die Regel für frivole Belästigung festsetzt, ist nicht praktisch l. c. n. 118, desgleichen die Schlussbestimmung, dass der Beweis einer andern Erledigungsart, als der in der Impetrationsschrift angeführten, nicht hinreicht, um dem Besitzer das Benefizium zu entziehen, l. c. n. 119—121.

[3] L. c. n. 100. 104. Andere Ausnahmefälle ibid. n. 101—103. 105 ff. Ueber die mitunter übliche Derogation des ersten Theils der Regel l. c. n. 9.

[4] Reg. canc. apost. XXXVI: „Item statuit et ordinavit idem D. N. quod si quis quaecunque beneficia ecclesiastica, qualiacumque sint absque simoniaco ingressu ex quovis titulo apostolica vel ordinaria collatione aut electione et electionis huiusmodi confirmatione seu praesentatione et institutione illorum ad quos beneficiorum huiusmodi collatio, provisio, electio et praesentatio seu quaevis alia dispositio pertinet, per triennium pacifice possederit (dummodo in beneficiis huiusmodi, si dispositioni apostolicae ex reservatione generali in corpore iuris clausa reservata fuerint, se non intruserit) super eisdem beneficiis taliter possessis molestari nequeat nec non impetrationes quaslibet de beneficiis ipsis sic possessis factas, irritas et inanes censeri debere decrevit, antiquas lites super illis motas penitus extinguendo". Vgl. dazu ausser Riganti auch Gallade l. c. c. 3.

[5] Riganti l. c. n. 9. Einen Anklang an die Regel enthält schon c. 1. X. de praescript. II. 26 (c. 11 Carth. v. 418 o. c. 119 cod. can. Afric.) und eine Vorschrift wesentlich gleichen Inhalts tit. de pacif. possess. Sess. XXIII. conc. Basil., übergegangen in das deutsche Acceptations-Instrument v. 1439 tit. 10, Gaertner corp. iur. eccles. 1, 31, in die pragmatische Sanktion Karls VII. v. 1438. tit. 7, Durand de Maillane dictionnaire de droit canonique II. ed. 4, 782 und in das Konkordat zw. Franz I. u. Leo X. v. 1516 c. 19, Nussi conventiones p. 31.

[6] Berardi comm. ad l. III. decretal. P. II. c. 1. ed. Mediol. 1846. 1, 370; Helfert a. a. O. S. 225; Phillips 7, 522; v. Schulte Lehrb. d. K. R. 3. Aufl. S. 295.

[7] Einen solchen bildet z. B. die Verleihung eines in einem päpstlichen Monat erledigten Amtes durch den Bischof oder die Kollation durch einen der grossen Exkommunikation unterliegenden Ordinarius, ferner die Provision durch den letzteren, wenn er das Recht dazu durch Devolution verloren hat, nicht aber eine Verleihung durch den Legaten ausserhalb seiner Provinz oder durch den Kapitularverweser während der Vakanz, weil beiden ein Kollationsrecht überhaupt nicht zusteht, Riganti l. c. n. 100 ff.

[8] Als ruhiger Besitz gilt ein solcher, welcher weder durch eine faktische Störung noch durch Anstellung des Possessoriums oder Petitoriums in Frage gestellt ist. Die Erhebung der zuletzt gedachten Klagen wirkt übrigens nur zu Gunsten des Klägers, ein dritter kann sich dem Besitzer gegenüber nicht darauf berufen, Leuren. for. benef. P. II. qu. 852; Riganti l. c. n. 54 ff. Eine accessio possessionis findet nicht statt, weil der Besitzer seinen Titel immer nur von dem verleihungsberechtigten Oberen, niemals aber von seinem Besitzvorgänger ableiten kann, Riganti l. c. n. 41 ff.

Auf Manualbenefizien findet die Regel keine Anwendung, Riganti l. c. n. 194, wohl aber auf Abteien, Konsistorial-Benefizien und solche, welche als commendae perpetuae verliehen sind, l. c. n. 32 ff.

[9] Leuren. l. c. qu. 862. n. 2. Der Spoliator hat den Schutz der Regel nicht, weil er den Besitz nicht nach den Vorschriften derselben erlangt hat, Riganti l. c. n. 147 ff.

Was die Fähigkeit des Besitzers zum Erwerbe des

Besitzers wird nicht verlangt [1]. Ebensowenig bestimmt die Regel, dass ein ihren Vorschriften entsprechender Besitz den Mangel der rechtsgültigen Erwerbung des Amtes ersetzt, vielmehr soll allein die Anfechtung desselben auf Grund päpstlicher Mandate und durch Klagen dritter Personen [2] ausgeschlossen sein. Demnach bleibt immer eine Untersuchung des zuständigen Oberen über die Rechtsgültigkeit des Titels und falls diese eine solche nicht ergiebt, die Entfernung des Besitzers aus dem Amte zulässig [3]. Das letztere ist aber mit der Annahme einer Ersitzung ebenso unverträglich, wie die Unerheblichkeit der bona fides.

Die Kanzleiregel gewährt endlich nicht mehr Rechte auf das Benefizium, als eine ordnungsmässige Verleihung. Daher kann derjenige, welcher später das Amt aus einem kanonischen Grunde verliert, Ansprüche, welche auf diesen letzteren Umstand gegen ihn erhoben werden, nicht durch die Berufung auf die Regel zurückweisen [4].

2. Die Besetzung durch ordentliche Verleihung.

a. Die Besetzung der höheren Kirchenämter.

§. 131. *aa. Durch Wahl, bez. Postulation* *).

Im Laufe des Mittelalters hatte sich als gemeinrechtlicher Modus der Besetzung der bischöflichen und erzbischöflichen Stühle die Wahl durch die Domkapitel festgestellt [5]. Heute kommt dieselbe nur noch vor in der preussischen

von ihm besessenen Amtes betrifft, so können sich solche Personen, welche, wie z. B. Laien, Juden, Frauen (diese mit Ausnahme der Aebtissinnenstellen) absolut unfähig zur Erlangung von Benefizien sind, nicht auf die Regel berufen, wohl aber andere, denen blos ein Hinderniss für die Erwerbung des Amtes, sofern dasselbe nicht durch das Tridentinum vorgeschrieben ist (vgl. z. B. Sess. XXV. c. 15 de ref.), entgegensteht, so nach wiederholten, päpstlich bestätigten Entscheidgen d. Congr. concil., Riganti l. c. n. 196 ff. 155; Leuren. l. c. qu. 860.

[1] Nach der überwiegenden Meinung, welcher der Wortlaut der Regel zur Seite steht, Leuren. l. c. qu. 857; Riganti l. c. n. 210.

[2] Gleichviel ob possessorischer oder petitorischer, Leuren, l. c. qu. 858; Riganti l. c. n. 18.

[3] Weil die Regel zwar den Besitzer gegen Belästigungen schützen will, keineswegs aber den Grundsatz des c. 1 in VI[to] de R. J., dass ein Benefizium nur durch kanonische Institution erworben werden kann, beseitigt hat, Riganti l. c. n. 160; Leuren. l. c. 827. n. 2 u. qu. 851; van Espen J. E. U. P. II. t. 26. c. 4. n. 29. 30.

[4] van Espen l. c. n. 31.

*) Preclarum ac insigne opus conficiendarum electionum directorium accitum: multas atque iurium varias decisiones complectens tam circa eligentes quam eligendos necnon formam in electionibus iuxta sacrorum canonum Basileique concilii decreta observandam. Venumdatur Parisiis a Johanne parvo in vico divi Jacobi s. a. 8°; Mandagotus electionum praxim et formas 25 instrumentorum . . . ante oculos ponens . . . Paris 1506; Guil. Mandagotus tract. de electionibus novorum praelatorum. Colon. 1573, cum addit. Nicolai Boerii 1662; Luc. Castellinus de electione et confirmatione canonica praelator. Romae 1625; P. Laymann quaestiones canonicae de praelatorum electione, institutione et potestate. Dilling. 1627; Franc. Hallier de sacris electionibus. Paris 1636; Petr. M. Passerini de Sextula tract. de electione canonica. Rom. 1661. 1693. Colon. 1692. 1695; Fr. Schmier de modis acquirendi vel amittendi praelaturas ecclesiasticas. Salisb. 1709; Jer. Eberh. Linck de electione. Argent. 1733; Neller diss. de sacrae electionis processu. Trev. 1756 (b. Schmidt thes. iur. eccles. 2, 697); eiusd. de s. election. successu diss. altera. Trev. 1756 (ibid. 4, 1); Barthel opuscul. iurid. Bamberg. 1756. p. 154. 410; J. J. F. Brocke (praes. Behlen) diss. ad conc. germ. de elect. archiep. et episc. Mogunt. 1767; Gehring, d. kathol. Domkapitel Deutschlands. Regensburg 1851 S. 165 ff.; Neller collectio method. de postulatione praelator. Trev. 1756 (b. Schmidt l. c. 2, 733); Jo. Chr. Koch diss. de votis duplo maioribus. Giess. 1776 (l. c. 7, 387); F. E. de Boenninghausen diss. inaugur. de c. 3. X. (I. 5) de postulatione praelatorum. Monast. 1852.

[5] S. o. S. 601. 607. Allgemein ist die Wahl vorgeschrieben in c. 28 Later. II. v. 1139 = c. 35. Dist. LXIII. und wird im tit. 6. l. I. X. de elect. als gemeines Recht vorausgesetzt. c. 1 (saec. IX?) X. eod. u. c. 25 (Clem. III.) X. de iurepatr. III. 38 endlich ordnen die Wahl für alle Kirchen, bei denen ein collegium besteht, an. Die son-

Monarchie[1], in den Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz[2], in der Schweiz[3], in Belgien[4] und in Holland[5], sowie in den Erzdiöcesen Salzburg[6] und Olmütz[7]. Die Wahlen geschehen, abgesehen von einzelnen im Laufe der Darstellung hervorzuhebenden Abweichungen nach den vom kanonischen Recht vorgeschriebenen Regeln[8].

I. Die Wahl. A. Begriff. Die Wahl ist die seitens der dazu berechtigten Personen nach einem bestimmten Verfahren erfolgende, entscheidende Bezeichnung des zukünftigen Inhabers des erledigten Amtes[9]. Ihr Wesen besteht darin, dass der Kandidat durch den Willen der Wahlberechtigten bestimmt wird. Dass den letzteren die Auswahl unter allen überhaupt fähigen Personen zusteht, ist nicht nothwendig. Einen massgebenden Einfluss üben die Wähler vielmehr noch in dem Falle aus, wo ihnen auch nur zwischen einzelnen, ja selbst nur zwischen zwei Personen die freie Entscheidung offen gelassen ist[10].

stigen, heute bei Bisthümern vorkommenden Besetzungsarten beruhen auf besonderen Festsetzungen, und daher kann selbst die freie päpstliche Ernennung, welche jetzt nicht selten statt hat, nicht als Form des ius commune gelten, s. auch v. Schulte, Lehrb. 3. Aufl. S. 243. n. 8.

1 Für die Bisthümer der älteren Provinzen Bulle: De salute animarum v. 16. Juli 1821: „statuimus quod alia quacumque ratione, vel consuetudine necnon electionis et postulatione, nobilitatisque natalium necessitate sublatis capitulis praedictis . . . facultatem tribuimus, ut in singulis illarum sedium vacationibus per antistitum respectivorum obitum extra Romanam curiam vel per earum sedium resignationem et abdicationem . . . infra consuetum trimestris spatium dignitates ac canonici capitulariter congregati et servatis canonicis regulis novos antistites ex ecclesiasticis quibuscunque viris regni Borussici incolis, dignis tamen et iuxta canonicas sanctiones idoneis servatis servandis ad formam sacrorum canonum eligere possint, ad huiusmodi autem electiones ius suffragii habebunt canonici tam numerarii quam honorarii“, wodurch in Verbindung mit der Kab. Ordre v. 23. August 1821 die Vorschriften des A. L. R. II. 11. §§. 1051 ff. über die Bischofswahlen aufgehoben sind. Weiteres unter Nr. III.

Für die Bisthümer in der Provinz Hannover (Osnabrück und Hildesheim) Bulle: Impensa Romanorum pontificum v. 26. März 1824: „Quotiescumque vero aliqua ex supradictis sedibus episcopalibus . . . vacaverit illius cathedralis ecclesiae capitulum intra mensem a die vacationis computandum regios ministros certiores fieri curabit de nominibus candidatorum a clero totius regni selectorum quorum unusquisque XXX um suae aetatis annum ad minimum compleverit et indigenatu sit praeditus, studia in theologia et iure canonico cum laude absolverit, curam animarum aut munus professoris in seminariis egregie exercuerit aut in administrandis negotiis ecclesiasticis excelluerit, optima fama gaudeat, sana doctrina et integris sit moribus. At si forte aliquis ex candidatis ipsis gubernio sit minus gratus, capitulum e catalogo eum expunget, reliquo tamen manente sufficienti candidatorum numero, ex quo novus episcopus eligi valeat. Tunc vero capitulum ad canonicam electionem in episcopum unius ex candidatis qui supererunt, iuxta consuetas formas procedet ac documentum electionis in forma authentica intra mensem ad summum pontificem perferri curabit“; wegen Fulda und Limburg s. die folgende Note.

2 Bulle: Ad dominici gregis v. 11. April 1827: „Quotiescumque sedes archiepiscopalis vel episcopalis vacaverit, illius cathedralis ecclesiae capitulum intra mensem a die vacationis computandum summos respectivi territorii principes certiores fieri curabit de nominibus candidatorum ad clerum dioecesanum spectantium quos dignos et idoneos iuxta sacrorum canonum praescripta iudicaverit ad archiepiscopalem vel episcopalem ecclesiam sancte sapienterque regendam; si forte vero aliquis ex candidatis ipsis summo territorii principi minus gratus extiterit, capitulum e catalogo eum delebit, reliquo tamen manente sufficienti candidatorum numero ex quo novus antistes eligi valeat; tunc vero capitulum ad canonicam electionem in archiepiscopum vel episcopum ex candidatis u. s. w. wie in der in der vor. Note citirten Bulle für Hannover.

3 Const. Leon. XII.: Inter praecipua v. 7. Mai 1828, Nussi convent. p. 248; die Konvention v. 1845, ibid. p. 269, betreffend die Bisthümer Basel und St. Gallen; vgl. auch Attenhöfer i. Arch. f. k. K. R. 19, 66; 20, 50.

4 Konkordat v. 1827, Nussi l. c. p. 233.

5 Const. Pii IX: Ex qua die v. 4. März 1853, Acta Pii IX. Rom. 1854. 1, 416.

6 Leon. XII. const. Ubi primum v. 1825, Bull. Roman. contin. 16, 304.

7 Pii VI. const. Suprema v. 1777. §. 5, l. c. 5, 428; Gautsch v. Frankenthurm, d. (österr.) confessionellen Gesetze v. 1874. S. 42. 43.

8 Darauf verweist die Mehrzahl der vorstehend angeführten Erlasse ausdrücklich.

9 Passerini l. c. c. 1. n. 38; Schmalzgrueber I. 6. n. 1; Schulte, d. Rechtsfrage d. Einflusses d. Regierung b. d. Bischofswahlen etc. Giessen 1859. S. 8 ff.

10 Nicht nur die römischen Rechtsquellen, l. 10. §. 6 D. de iure dot. XXIII. 3; l. 112 D. de V. O. XLV. 1 und in Uebereinstimmung mit ihnen c. 70 in VIto de R. J. brauchen gerade für den letztgedachten Fall das Wort: eligere, sondern

B. Das Wahlrecht steht den im Kapitel sitz- und stimmberechtigten Kanonikern zu [1]. Jedoch müssen sie den Gebrauch ihrer Geisteskräfte haben [2] und mindestens Subdiakonen sein [3]. Ferner dürfen sie nicht dem grossen Banne [4] oder der suspensio ab officio [5] unterliegen [6], auch nicht durch Erkenntniss des Stimmrechtes für verlustig erklärt [7] oder wegen einer mit der infamia iuris [8] bedrohten Handlung verurtheilt sein [9]. Nicht ausgeschlossen sind Blinde [10] und Irreguläre [11].

Was die rechtlichen Folgen der Theilnahme eines Unfähigen an der Wahl betrifft, so gestalten sich diese nach der Art der Unfähigkeit verschieden.

Nicht gezählt, weder bei der Berechnung der überhaupt in Betracht kommenden Stimmen noch bei Feststellung der Majorität, wird die Stimme des Geisteskran-

auch die älteren Kanonisten nehmen an, dass die Auswahl zwischen zweien genügt, Passerini l. c. c. 2. n. 16; Schmalzgrueber l. c. n. 65; weitere Anführungen bei Schulte a. a. O. S. 10 u. Friedberg, d. Staat u. d. Bischofswahlen. Leipzig 1874. S. 397. Pius IX. hat zwar aus Anlass des Freiburger Streites mit der badischen Regierung in dem Breve v. 4. Mai 1868, Dove u. Friedberg Ztschr. f. K. R. 8, 357, erklärt: „id tamen ea lege concedimus, ut novi antistitis electio a vobis fieri nunquam possit, nisi ab eodem gubernio tres saltem in elencho relicti fuerint, qui eligi possint", indessen entspricht dies nicht dem gemeinen Recht. Vollends unhaltbar ist es, wenn Vering Arch. f. k. K. R. 19, 347; Rosner ebend. 30, 451 die Nothwendigkeit einer Auswahl unter 3 Personen aus c. 14. X. de elect. I. 6 herleiten, welches die Abhängigmachung der Wahl vom Belieben eines Dritten ausschliesst, s. auch Schulte a. a. O. S. 13.

Dagegen ist beim Vorhandensein einer einzigen Person eine Wahl nicht mehr möglich, hier haben die Wähler keine Freiheit der Entschliessung. Dies verkennt Friedberg, d. Veto d. Regierungen b. Bischofswahlen. Halle 1869. S. 43, welcher das wesentliche Moment der electio allein in die Mehrheit der Wählenden setzt. Seine Berufung auf d. Entsch. d. Congr. Conc. b. Richter Tridentinum. S. 373, dass selbst das einzige Mitglied des Kapitels, welches die Doktorwürde besitze, zum Kapitularvikar gewählt werden müsse, beweist nichts, da andere Entscheidungen im entgegengesetzten Sinne erlassen sind, und überdies die Wahl des Kapitularvikars keine electio im eigentlichen kanonischen Sinne ist, o. S. 235. 236.

[1] Nach der heutigen Organisation der Kapitel in den erwähnten Ländern fast ausschliesslich den wirklichen Domherren, s. o. S. 81. 124; über die früheren Verhältnisse s. S. 61. 601. In den altpreussischen Diöcesen nehmen an der Bischofswahl auch Theil die Ehrendomherrn S. 83. n. 8, desgleichen in Limburg der Stadtpfarrer v. Frankfurt a. M. in seiner Eigenschaft als Ehrendomherr des dortigen Kapitels, Arch. f. k. K. R. 21, 346; in Salzburg die Domicellaren, const. Leon. XII. v. 1825 cit. §. 2: „itemque duobus canonicis appellandis domicellaribus qui licet praebenda carentes, voce tamen activa et passiva in capitulo gaudebunt et ius habebunt optionis in vacationibus canonicorum iuniorum". In Basel haben die nicht residirenden Kanoniker kein Stimmrecht bei der Bischofswahl, o. S. 84. n. 2, wohl aber die canonici foranei (o. rurales o. titulares) in St. Gallen, Nussi l. c. p. 269. 270.

In Betreff der unirten Bisthümer vgl. o. S. 426.

[2] Gloss. ad c. 32 in VI^to de elect. I. 6. s. v. discretione; Passerini l. c. c. 10. n. 10 ff.; Schmalzgrueber l. c. n. 9.

[3] S. o. S. 66; jetzt ist in Deutschland der Besitz eines höheren Ordos schon zum Erwerb eines Kanonikates erforderlich S. 81. Die Theilnahme eines impubes — übrigens auch durch c. 32 (Bonif. VIII.) in VI^to de elect. I. 6 verboten — ist daher nicht möglich.

[4] c. 23 (Alex. III.) de appell. II. 28; c. un. (Bonif. VIII.) in VI^to ne sede vac. III. 8; Kober, Kirchenbann 2. Aufl. S. 368.

[5] c. 8 (Inn. III.) X. de consuet. I. 4; c. 16 (id.) X. de elect. I. 6; c. un. in VI^to cit. Die suspensio ab ordine oder a beneficio entzieht das Wahlrecht nicht, da dasselbe weder ein Ausfluss des ordo noch des beneficium ist, Kober, Suspension S. 107.

[6] Die überwiegende Meinung erklärt auch die mit dem Personal-Interdikt belegten für unfähig, Passerini l. c. n. 99; Schmalzgrueber l. c. n. 9; Ferraris s. v. electio art. 2. n. 12; Ginzel K. R. 2, 182. Das angeführte c. 16. X. de elect. I. 6 trifft allerdings nur eine Entscheidung über die Suspendirten, immer aber sind die Interdicirten indirekt von der Wahl ausgeschlossen, weil sie die Kirche, den regelmässigen Wahlort, nicht betreten und nicht an den gottesdienstlichen Handlungen (der der Wahl vorhergehenden Messe) Theil nehmen dürfen.

[7] c. 2 (Inn. III.) X. de post. prael. I. 5; c. 43 (Later. IV. v. 1215) X. de elect. I. 6; Passerini l. c. n. 126 ff.

[8] Th. I. S. 31.

[9] Weil die infames der Fähigkeit der Vornahme von actus legitimi entbehren und zu diesen die Wahl, c. 2 in VI^to de sent. excomm. V. 11, gerechnet wird, so nach der communis opinio, gloss. ad c. 4 eod. de elect. I. 6 s. v. eligentium; Passerini l. c. n. 141 ff.; Leuren. for. benef. P. II. qu. 279; Reiffenstuel I. 6. n. 173; Ferraris l. c. n. 15.

[10] Passerini l. c. n. 16.

[11] Wie einzelne, die bei Passerini n. 102 Angeführten, Reiffenstuel n. 172, Ginzel a. a. O. annehmen. c. 18. §. 2 (Bonif. VIII.) in VI^to de sent. excomm. V. 11: „Is vero qui scienter in loco celebrat supposito interdicto . . . irregulari-

ken[1], des nicht Sitz- und Stimmberechtigten, des des Stimmrechts Beraubten und des Infamen[2]. Die Theilnahme eines Laien macht dagegen die Wahl nichtig[3], ebenso die eines Censurirten, falls er wissentlich zugelassen worden ist[4], oder nach der Konstitution Martins V.: Ad evitanda von 1418 der Umgang mit ihm zu meiden gewesen wäre. Sonst wird blos seine Stimme nicht berücksichtigt[5]. Dies gilt auch dann, wenn in den beiden eben erwähnten Fällen die Entfernung solcher Unberechtigter aus der Wahlversammlung nicht möglich gewesen und die übrigen Wähler gegen ihre Betheiligung protestirt haben[6].

Durch die neueren, oben angeführten päpstlichen Konstitutionen ist die Wahlberechtigung für die einzelnen Bisthümer genau geregelt worden. Die Kapitel können daher die darauf bezüglichen Bestimmungen weder allein noch mit dem Bischof allgemein abändern, ebensowenig aber bei einer einzelnen Wahl andere als die für berechtigt erklärten Personen zulassen.

C. Anberaumung und Ort der Wahl, Ladung der Wähler. Die Wahl muss binnen drei Monaten vom Tage der Erledigung des Bischofsstuhles[7] und bei einer solchen ausserhalb des Bischofssitzes vom Tage der erlangten sicheren Kenntniss der Vakanz[8] vorgenommen werden. Bei schuldbarer Verzögerung devol-

tatem incurrit . . . et adeo efficitur inelegibilis, quod nec ad eligendum cum aliis debeat admitti", entzieht nur für einen bestimmten Fall neben der Statuirung der Irregularität das aktive Wahlrecht, s. auch Passerini l. c. n. 103 ff.; Leuren. qu. 278; Schmalzgrueber l. c. n. 14.

1 Passerini l. c. n. 12.

2 Eine die Nichtigkeit des Wahlaktes selbst anordnende Vorschrift existirt nicht, insbesondere entscheidet c. 50 (Greg. IX.) de elect. I. 6 nichts hinsichtlich dieser Frage. Demgemäss muss der Satz: „utile non vitiatur per inutile", c. 37 in VIto de R. J., zur Anwendung kommen. Nichtig ist aber die Wahl bei wissentlicher Zulassung des nichtberechtigten arg. c. 15. X. de procur. I. 38, Fagnan. ad c. 56. X. I. 6. n. 31 ff. Dagegen muss die Stimme desselben sogar gezählt werden, wenn er sich bona fide im Besitze eines Kanonikates oder der Wahlberechtigung befunden hat, arg. c. 24. 55. X. de elect. I. 6; Passerini l. c. c. 14. n. 27; Leuren. qu. 242; Schmalzgrueber l. c. n. 10.

3 c. 56 (Greg. IX.) X. I. 6. Verträge über die Zulassung eines Laien verbietet c. 51. X. eod., ebenso ist ein auf Einführung der Mitwirkung eines solchen gehendes Gewohnheitsrecht unwirksam. c. 56 cit. Somit kann Laien das Recht, einen Einfluss auf die Wahl zu üben, nach kanonischem Recht nur durch päpstliches Privileg gewährt werden.

4 Arg. c. 15. X. cit. I. 38; Passerini l. c. n. 65 ff.; Reiffenstuel I. 6. n. 168.

5 Passerini l. c. n. 75 ff. — Dass die tolerati ihr Stimmrecht behalten, so Schmalzgrueber l. c. n. 13, ist eine irrige Annahme, denn die Konstitution Martins V. hat die Wirkungen der Exkommunikation nicht zu Gunsten des davon Betroffenen beseitigt.

6 Was die nicht zum Kapitel gehörigen Geistlichen betrifft, so kann ihnen allerdings nach gemeinem Recht durch päpstliches Privileg oder durch Konsens aller Wähler im einzelnen Falle ein Theilnahmerecht an der Wahl eingeräumt werden, c. 40. X. de elect. I. 6; Passerini l. c. c. 3. n. 34; Leuren. qu. 245; Reiffenstuel l. c. n. 161. 162; ferner ist nach c. 50. X. cit. u. c. 3 (Inn. III.) X. de causa poss. II. 12 auch die Ersitzung des Wahlrechtes durch solche Personen zulässig, Passerini l. c. n. 22 ff.; Leuren. l. c. qu. 244; Schmalzgrueber l. c. n. 7. Vgl. auch o. S. 604. Die Anwendung dieser gemeinrechtlichen Grundsätze bleibt aber in denjenigen Staaten, wo die Bischofswahlen im Einverständniss mit den Staatsregierungen geregelt und dabei die Wahlberechtigten bestimmt worden sind, ausgeschlossen, weil eine Abänderung der betreffenden Vorschriften von den Regierungen ohne ihre Zustimmung nicht geduldet und von ihnen eine denselben zuwider vorgenommene Wahl nicht anerkannt zu werden braucht.

7 So schon c. 35 (Later. II. v. 1139) Dist. LXIII. und demnächst c. 41 (Later. IV. v. 1215) X. I. 6, nachdem es zweifelhaft geworden war, ob die durch das 3. Lateranensische Koncil festgesetzte 6monatliche Kollationsfrist nicht auch hier Anwendung zu finden habe, c. 12 (Inn. III.) X. de conc. praeb. III. 8. Die Frist wird kalendermässig berechnet, Leuren. qu. 328.

8 Passerini l. c. c. 13. n. 16 ff. Dieselbe Frist ist auch durch die citirten Bullen für Altpreussen ausdrücklich vorgeschrieben, für Hannover und die oberrheinische Kirchenprovinz in Folge der Bezugnahme auf das kanonische Recht massgebend.

Darüber, dass eine Wahl vor der Beerdigung des verstorbenen Bischofs trotz c. 7 (vita Bonif. III. in libr. pont.) LXXIX, c. 3 (Antioch.) C. VIII. qu. 1; c. 36 (Inn. III.) X. I. 6 gültig ist, vgl. Passerini l. c. n. 13 ff.; Gonzalez Tellez comm. ad c. 36 cit. n. 6.

virt das Recht der Besetzung an den Papst [1], jedoch steht es demselben immer frei, dem Kapitel noch die Ausübung des Wahlrechtes zu gestatten [2].

Einzuladen sind alle wahlberechtigten Personen, auch diejenigen, welche nicht am Bischofssitze anwesend sind [3].

Der Ort der Wahl ist der herkömmliche Versammlungsort des Kapitels, also gewöhnlich eine Räumlichkeit in oder neben der Kathedrale [4], wohin sich die Wähler nach Abhaltung einer H. Geist-Messe [5] begeben.

D. Der Wahlakt. Die Wahl wird von dem Vorsitzenden des Kapitels oder seinem Stellvertreter geleitet. Sie kann, abgesehen von dem Falle, wo alle anwesenden Wahlberechtigten sofort übereinstimmend — *quasi per inspirationem* — einen Kandidaten bezeichnen [6], durch Abstimmung, *scrutinium*, oder durch Kompromiss, *compromissum*, erfolgen [7].

a. Erfolgt die Wahl [8], was das Regelmässige ist, durch Skrutinium, so sind

[1] Früher an den Erzbischof, so lange diesem noch die Bestätigung der Bischofswahlen zustand, c. 41. X. cit. spricht allgemein von der Devolution an den unmittelbaren kirchlichen Oberen.

[2] Ein für alle Mal ist eine solche Gewährung im Voraus in den erwähnten Bullen für Hannover und die oberrheinische Kirchenprovinz ausgesprochen und dadurch das päpstliche Devolutionsrecht ausgeschlossen.

[3] c. 35. 36 (Inn. III.) X. I. 6; vgl. ferner o. S. 125. 126; Neller l. c. 2, 709 ff. Zur Zeit des früheren deutschen Reichs wurden alle im deutschen Reiche sich aufhaltenden Stimmberechtigten geladen, Neller p. 711. Der nicht gehörig Geladene, der s. g. contemptus, c. 28. X. eod. hat das Recht, die Wahl als nichtig anzufechten, s. o. S. 126.

Vor der Abhaltung der Wahl sollen vom Kapitel öffentliche Gebete in der ganzen Diöcese angeordnet werden, Trid. Sess. XXIV. c. 1 de ref.

[4] c. 14. X. eod. spricht vom „convenire in unum locum", c. 28 cit.: „quum iuxta constitutiones canonicas, si fieri potest, in cathedrali ecclesia electio debeat celebrari". Die Vornahme der Wahl an einem anderen Orte macht also die Wahl nicht nichtig. Für Ausnahmefälle steht dem Kapitelsvorsitzenden die Bestimmung des Ortes kraft seines Leitungsrechtes zu. Falls über die Zulässigkeit einer Abweichung von der Regel Streit unter den Wählern entsteht, muss dieser durch Kapitelsbeschluss entschieden werden, o. S. 128 ff. Einen solchen können die Ausgebliebenen oder Ueberstimmten nach Massgabe der sonst geltenden Grundsätze anfechten, o. S. 129. 130, und wenn dies geschieht, wird selbstverständlich dadurch auch die ihrem Proteste zuwider vorgenommene Wahl ebenfalls mit in Frage gestellt. Vgl. überhaupt Passerini l. c. c. 12. n. 1 ff.; Leuren. qu. 320; Neller p. 714.

Die Wahl an einem interdicirten Orte ist gültig, Passerini l. c. n. 16.

[5] c. 14. X. cit. Selbstverständlich ist diese nicht wesentlich für die Gültigkeit der Wahl.

[6] Anerkannt c. 42 (Later. IV. v. 1215) X. I. 6. Ein Beispiel aus d. J. 1828 bei Eichhorn, d. Ausführg. d. Bulle: De salute animarum. S. 81. Die Meinung, dass, wenn ein zu Unrecht nicht eingeladener Wähler eine solche Wahl nicht anficht, dennoch von einer electio quasi per inspirationem nicht die Rede sein könne, weil zu präsumiren sei, er genehmige die Wahl nur in Folge des Vorganges der anderen Wähler, nicht aus eigenem, durch den h. Geist ihm eingegebenen Entschluss, Passerini l. c. c. 23. n. 2 und die hier angeführten, ist unhaltbar, denn der nicht eingeladene, aber auch deswegen nicht protestirende Wähler hat auf sein Wahlrecht verzichtet und kommt gar nicht in Betracht.

Eine geheime oder schriftliche Abstimmung, wenn sie auch einstimmig erfolgt ist, ist keine electio quasi per inspirationem, Th. I. S. 283; Ferraris l. c. art. I. n. 32.

[7] c. 42 cit. Von der ersteren handeln c. 48. 50. 55. 57 X. eod., von der letzteren c. 21. X. eod. u. c. 29 eod. in VI^to^ I. 6. Im Wahltermine kann sofort zu dem einen oder andern Modus geschritten werden, und es ist nicht erforderlich, „dass bei Gefahr der Annullirung berathende Verhandlungen über die etwa zu wählenden Personen vorangehen müssen", so Walter K. R. §. 226 unter Berufung auf Ferraris l. c. art. 4 n. 5. Eine Verpflichtung dazu ist nicht, namentlich auch nicht in c. 21. 30. 52. 55 X. eod. vorgeschrieben, ebensowenig, dass die Wahl das Ergebniss reiflicher Erwägung aller Wahlberechtigten mit einander sein soll. Vgl. auch Schmalzgrueber l. c. I. 6. n. 39.

[8] Der Akt der Wahl beginnt der Regel nach mit der Feststellung der anwesenden Wähler, der etwaigen Bevollmächtigten der abwesenden und der Prüfung der Vollmachten derselben. Dann wird das Zimmer verschlossen, und von dem Vorsitzenden die Ermahnung ausgesprochen, „ne quis adsit excommunicatus, suspensus aut interdictus". Darauf schwört er selbst und nach ihm die Kapitularen, dass sie einen würdigen Kandidaten wählen wollen, Ferraris l. c. art. 4. n. 6.

vorerst drei *scrutatores* [1] aus dem Wahlkollegium [2] behufs Einsammlung der Stimmen zu bestellen [3]. Diese sollen glaubwürdige Männer sein. Desshalb kann jeder Wähler wegen des Mangels dieser Eigenschaft gegen eine der bezeichneten Personen Einspruch erheben, und falls er sofort den Beweis für seine Behauptung erbringt, die Ausschliessung derselben von der gedachten Funktion verlangen [4].

Die Abstimmung muss geheim erfolgen [5]. Sie kann in der Weise geschehen [6], dass die drei Skrutatoren [7] gemeinschaftlich [8] mündlich den Willen jedes einzelnen Wählers [9] erforschen, also seine Stimme entgegennehmen, oder so, dass die Wähler die Namen der Kandidaten auf Stimmzettel schreiben [10] und diese zusammengefaltet nach einander den Skrutatoren zur vorläufigen Niederlegung in eine Urne übergeben [11]. Nicht jede dabei begangene Indiskretion, z. B. Zeigen des bereits beschriebenen Zettels an den Nachbar, Mittheilung an denselben, wie man gestimmt habe, macht die geheime Wahl zu einer öffentlichen und dadurch ungültig, vielmehr kommt es darauf an, ob das Geheimniss in der Art verletzt worden ist, dass die Wähler den Gang und den Verlauf der Wahl übersehen oder, soweit sie noch nicht gestimmt hatten, durch die bekannt gewordenen Abstimmungen beeinflusst werden konnten [12].

Die Ordnung der Abstimmung ist nicht gesetzlich bestimmt, sie ist also die im Kapitel überhaupt hergebrachte. Bei mündlicher Abstimmung erscheint es aber angemessen, dass die Skrutatoren zuerst in der Weise stimmen, dass zwei von ihnen das Votum des Dritten entgegennehmen [13].

Die mündlich abgegebenen Stimmen werden von den Skrutatoren zu Protokoll genommen [14] oder schriftlich verzeichnet [15]. Ist die Wahl durch Stimmzettel erfolgt, so werden diese zuerst gezählt, und wenn ihre Zahl der der anwesenden und vertretenen Wähler entspricht [16], geöffnet, sowie von den Skrutatoren gelesen. Gleichzeitig

[1] c. 42. X. cit. Dass die Zahl drei zur Gültigkeit der Wahl erforderlich ist, ist die gemeine Meinung, Fagnan. ad c. 42 cit. n. 43; Passerini l. c. c. 16. n. 18 ff.; Schmalzgrueber l. c. n. 45. Da, wo die Bestellung von dreien bei der geringen Zahl der überhaupt vorhandenen oder erschienenen Wähler nicht möglich ist, muss natürlich davon abgesehen werden.

[2] Auch das ist wesentlich, Fagnan. l. c. n. 45; Passerini l. c. n. 17.

[3] c. 42. X. cit. sagt: „assumantur", nicht „eligantur". Deshalb ist hier eine Wahl ohne Beobachtung der im c. 42 vorgeschriebenen Formen und nur mit relativer Majorität, s. o. S. 129, statthaft, ebenso freundschaftliche Vereinigung, Bestellung durch Akklamation, stillschweigende Zustimmung der Wähler zu der Ausübung der Funktionen der Skrutatoren durch einzelne unter ihnen; Bezeichnung derselben durch den Vorsitzenden ohne Widerspruch dagegen; ja selbst eine ein für alle Mal durch das Kapitelsstatut darüber getroffene Festsetzung wäre nicht unzulässig, Passerini l. c. c. 16. n. 5 ff.

[4] Passerini l. c. n. 31 ff. — Eine Vereidigung der Skrutatoren ist nicht vorgeschrieben, aber auch nicht ausgeschlossen, l. c. c. 18. n. 2. In den preussischen Kapiteln ist sie üblich.

[5] c. 42. X. cit., und zwar ist dies wesentlich, Fagnan. l. c. v. 47.

[6] Das c. 42 schreibt nichts Näheres vor.

[7] Zwar angesichts der Wahlversammlung, aber doch so, dass die nicht stimmenden nicht die Stimmabgabe hören können, Passerini l. c. c. 18. n. 3.

[8] Das ist nothwendig, weil allein dadurch die Stimmabgabe sicher konstatirt werden kann.

[9] Denn bei diesem Modus ist die gemeinschaftliche Stimmabgabe mehrerer Wähler nicht mehr geheim, Passerini l. c. n. 4.

[10] Dies ist die jetzt fast überall, insbesondere in den preussischen Kapiteln gebräuchliche Form. Wegen der unpraktischen Kontroverse, ob eine Abstimmung mit Bohnen, Kugeln u. s. w. zulässig ist, vgl. l. c. n. 13.

[11] Ueber die Frage, wie Abwesende ihr Votum abgeben können, s. o. S. 126.

[12] Ueber einzelne hierher gehörige Fragen ist viel gestritten worden, s. Passerini l. c. c. 17. n. 9 ff.

[13] Weil sie später die Voten der übrigen kennen, l. c. c. 18. n. 48 ff. Auch bei der Zettelwahl ist es üblich, dass sie ihre Stimmzettel zuerst in die Urne legen.

[14] Oder auch von einem zugezogenen Notar, welcher nicht Kleriker zu sein braucht, Passerini l. c. c. 16. n. 36 ff.; Fagnan. ad c. 42 cit. n. 53.

[15] Diese schriftliche Fixirung ist wesentlich. Während der Verzeichnung der Stimmen brauchen die Wähler nicht gegenwärtig zu sein, Passerini l. c. c. 19. n. 4.

[16] Im umgekehrten Fall sind die Zettel zu verbrennen und es muss ein neues Skrutinium angestellt werden, Passerini l. c. c. 18. n. 65.



erfolgt die Verzeichnung der abgegebenen Stimmen. Bis zu der demnächst[1] von den Skrutatoren in Gegenwart des Kapitels vorzunehmenden Veröffentlichung der Stimmabgebung, der *publicatio scrutinii*[2], kann bei der mündlichen Wahl jeder Wähler seine Stimme widerrufen und einem anderen Kandidaten geben[3] (*variare*).

Stimmen, welche alternativ, bedingt, unbestimmt (z. B. auf denjenigen, welcher die Majorität haben wird), auf eine absolut unfähige Person oder gar auf Niemand[4] abgegeben werden, sind nichtig[5] und zählen auch für die Feststellung der Majorität nicht mit[6].

Der Stimmsammlung folgt die ebenfalls wesentliche *collatio votorum*, die Zusammenstellung des Ergebnisses der Abstimmung für jeden der in Frage stehenden Kandidaten[7].

Ergiebt sich dabei für einen derselben die absolute Majorität der gültigen Stimmen[8], so gilt dieser als gewählt[9], denn die Vermuthung spricht dafür, dass die pars maior auch zugleich die pars sanior sei[10]. Demnächst[11] ist aber bei Strafe der Nich-

Leuren. qu. 364. Die Wahl kann indessen nicht angefochten werden, wenn sich bei der etwa vorgenommenen Eröffnung der Stimmzettel ergeben hat, dass der Gewählte so viel Stimmen mehr über die erforderliche Majorität erhalten hat, als überschüssige Zettel vorhanden sind, Ferraris l. c. art. IV. n. 27.

[1] Die Bedeutung des Wortes: „mox" in c. 42 cit. („vota mox publicent in communi"), welches die Kontinuität des Aktes vorschreibt, ist vielfach von den Aelteren erörtert worden, Fagnan. ad c. 42 cit. n. 56; Passerini l. c. c. 19. n. 2; Leuren. qu. 367.

[2] Auch diese gehört zu den Essentialien der Wahl, jedoch ist es nicht wesentlich, dass sie die Skrutatoren selbst vornehmen, Fagnan. l. c. n. 55.

[3] c. 58 (Greg. IX.) I. 6. Bei der Wahl mit Zetteln ist dies, falls nicht etwa einstimmig die Vornahme eines neuen Skrutiniums beschlossen wird, allein für denjenigen, welcher seinen Wahlzettel zuerst in die Urne gelegt hat, und auch nur so lange möglich, bis noch kein anderer hinzugethan worden ist. Nur bis dahin lässt sich sein Zettel ohne Verletzung des Wahlgeheimnisses herausnehmen, Passerini l. c. c. 18. n. 33.

[4] Z. B. durch Ueberreichung eines unbeschriebenen Zettels.

[5] c. 2 (Innoc. IV.) in VI^to de elect. I. 6. Die blos der Form nach bedingte, materiell aber unbedingte Stimme, z. B. „eligo N. in episcopum, si habeat legitimam aetatem" ist indessen gültig.

[6] c. 2 in VI^to cit.: „voce illorum qui non pure consenserint, ea vice in aliis residente". Wenn also bei 11 Wählern 3 ungültige Zettel abgegeben worden sind, so entscheidet die absolute Majorität nicht von 11, sondern von 8, Passerini l. c. c. 18. n. 24; Leuren. qu. 360. Falls ein zweiter Wahlgang nöthig wird, kann das Stimmrecht von den betreffenden Wählern wieder ausgeübt werden.

[7] c. 42. X. cit.: „ut is collatione habita eligatur in quem omnes vel maior et sanior pars capituli consensit"; c. 58 (Greg. IX.) X. eod. Wegen c. 55 (id.) ibid. („nec plene numeri ad numerum . . . nec zeli ad zelum nec meriti ad meritum collatio facta fuerit") verlangen die älteren Kanonisten, dass die Zusammenstellung und Vergleichung nicht nur blos unter Berücksichtigung der Zahl der Stimmen, sondern auch der Absicht und der Motive der Wähler, sowie der Verdienste und Würdigkeit der Kandidaten vorgenommen werden soll. Dies hängt damit zusammen, dass die Dekretalen ausser dem Requisit der Majorität ferner erfordern (s. o. S. 130), dass die pars maior auch zugleich die sanior sei, vgl. Fagnan. l. c. n. 57; Passerini c. 19. n. 7 ff.; Reiffenstuel I. 6. n. 132. Die Kollation in den beiden zuletzt erwähnten Beziehungen ist aber ausser Uebung gekommen. Bei der Stimmzettelwahl, bei welcher die Abstimmung jedes Wählers geheim bleibt, ist die collatio zeli ad zelum nicht möglich. Die collatio meriti ad meritum erscheint deshalb unausführbar, weil es an einem unparteiischen, mit der Entscheidungsbefugniss ausgerüsteten Organe im Kapitel fehlt. Ferner hat c. 9 (Greg. X.) in VI^to eod. angeordnet, dass eine mit mehr als zwei Drittel der Stimmen erfolgte Wahl von der Minorität nur wegen einer dabei begangenen Nichtigkeit, nicht aber deshalb, weil die Majorität nicht die pars sanior gewesen sei, angefochten werden könne. Im Uebrigen s. o. S. 130. Hiernach zu berichtigen Phillips Lehrb. 2. Aufl. S. 301.

[8] S. Note 5. Dass bei der Berechnung der Majorität auch die contempti, diejenigen, welche unrechtmässiger Weise nicht geladen sind, mit in Anschlag gebracht werden müssten, wird zwar vielfach behauptet, Passerini l. c. c. 11. n. 112; Schmalzgrueber l. c. n. 23; Phillips a. a. O. S. 301, indessen hat dies keinen gesetzlichen Anhalt, vielmehr bleibt den contempti auch für diesen Fall nur das o. S. 130 besprochene Anfechtungsrecht offen. Vgl. übrigens c. 36 (Inn. III.) X. I. 6.

[9] c. 42. 48. 50. 55. X. u. c. 23 (Bonif. VIII.) in VI^to I. 6.

[10] S. o. 130.

[11] D. h. unter Bewahrung der Kontinuität der Wahlhandlung, c. 46 (Honor. III.) X. I. 6.

tigkeit noch festzustellen [1], dass der Ausfall der Wahl das Resultat der gemeinschaftlichen Wahlhandlung des Kapitels, also der ordnungsmässig geäusserte Wille der Gesammtheit, ist. Zu diesem Behuf wird das Kapitel darüber befragt und darauf von einem der Mitglieder, gewöhnlich einem der Skrutatoren, der betreffende Kandidat als der vom Kapitel gewählte proklamirt [2].

Falls keine absolute Majorität erreicht worden ist (z. B. wenn die verschiedenen Kandidaten eine gleiche Anzahl von Stimmen erhalten haben), muss das Skrutinium, sei es an demselben, sei es an einem andern Tage, wiederholt werden und zwar so oft, bis dasselbe zu einem Resultat führt oder das Wahlrecht in Folge Ablaufes der dreimonatlichen Frist erloschen ist [3].

b. Die Wahl *per compromissum* besteht darin, dass die Wähler ihr Wahlrecht nicht selbst ausüben, sondern bestimmte Personen, s. g. *compromissarii*, mit der Vornahme der Wahl an ihrer Statt beauftragen. Dieser Modus kann gültiger Weise nur dann angewendet werden, wenn sämmtliche Wähler damit einverstanden sind [4].

Die Kompromissarien brauchen nicht Mitglieder des Kapitels zu sein [5], müssen aber dem geistlichen Stande angehören [6]. Ihre Zahl kann von den Wählern beliebig, selbst auf einen einzigen [7] festgesetzt werden.

Was die Bestellung der Kompromissarien betrifft, so erfolgt sie entweder direkt durch die Wahlberechtigten selbst [8] oder durch eine oder mehrere Personen, welche zu diesem Behufe von den letzteren bestimmt werden [9].

Je nachdem den Kompromissarien bestimmte Beschränkungen in Betreff der Wahl gesetzt werden oder nicht, unterscheidet man ein *compromissum limitatum* [10] oder *illimi-*

[1] c. 42. 55. 58. X. I. c.; c. 21 in VI[to] I. 6 u. c. 4 eod. de sent. et re iud. II. 14.

[2] Dies ist die c. 42. 55. 58 erwähnte electio (communiter celebranda). Die vorhergehende Stimmabgebung wird in c. 48 u. c. 55. X. I. 6. durch die Worte: „singulares in singulares personas consentiunt", und „singulares vel particulares consensus" bezeichnet. Die electio in dem eben erwähnten Sinne hat demnach etwa so zu lauten: „Ego nomine meo et totius capituli", bei getheilter Wahl: „nomine mihi adhaerentium eligo in episcopum ecclesiae N. talem NN. electumque pronuncio", Neller l. c. p. 718.

[3] Ein Access wie bei der Papstwahl (Th. I. S. 286) findet nicht statt. Nach c. 29 (Inn. III.) X. I. 6 beseitigt vielmehr ein Beitritt nach publicirter Wahl die Ungültigkeit derselben nicht. Dass ein solcher — freilich ist er kein accessus im eigentlichen Sinn — vor der Publikation unter Umständen möglich ist, ergiebt das S. 663 über die Zulässigkeit der Variation der Stimme Bemerkte.

[4] Weil Niemand gezwungen werden kann, auf sein Wahlrecht zu verzichten, Passerini l. c. c. 22. n. 19; Neller p. 719.

[5] c. 42: „vel saltem eligendi potestas aliquibus viris idoneis committatur qui vice omnium ecclesiae viduatae provideant de pastore", vgl. auch c. 37 (Bonif. VIII.) in VI[to] I. 6: „in episcopo si ad eligendum fiat compromissarius", A. M. Phillips Lehrb. S. 302; Schulte K. R. 2, 228.

[6] Weil Laien keine kirchlichen Angelegenheiten besorgen, namentlich nicht an kirchlichen Wahlen theilnehmen sollen, S. 660. n. 3. Die Doktrin ist darüber einig, Passerini l. c. c. 22. n. 3; Gonzalez Tellez ad c. 8. I. 6. n. 7; Leuren. qu. 394; Schmalzgrueber l. c. n. 53.

[7] Ein allerdings nicht die Bischofswahl betreffendes Beispiel in c. 8 (Alex. III.) X. I. 6; s. auch c. 37 cit. in VI[to] I. 6.

[8] Dies muss, sofern nicht etwa schon vorher, z. B. bei dem Beschlusse über die Vornahme der Wahl durch Kompromiss der Modus für die Bestellung der Kompromissarien einstimmig festgesetzt ist, gleichfalls einstimmig geschehen. Denn so wenig der einzelne gezwungen werden kann, sich seines Wahlrechtes überhaupt durch Kompromiss zu entäussern, ebensowenig darf ihm die Bestimmung über die Personen, zu deren Gunsten dies geschehen soll, entzogen werden, Passerini l. c. c. 22. n. 22.

[9] Ein solcher Fall: c. 30 (Inn. III.) X. I. 6.

[10] Manche, s. Passerini l. c. n. 5, verstehen darunter in Anschluss an c. 32 (Inn. III.) X. u. c. 29 (Bonif. VIII.) in VI[to] eod. blos ein solches, bei welchem die Kompromissarien den von der Mehrheit des Kapitels genannten zu wählen haben. Ein solches ist nur dann gültig, wenn diese Majorität die pars maior et sanior, also die absolute ist, c. 23. 29 in VI[to] cit. Da indessen nur die im Text gedachten beiden Wahlarten zulässig sind, c. 42. X.; c. 23 in VI[to] cit., so müssen in einem solchen Falle bei Strafe der Nichtigkeit auch die Formen des Skrutiniums beobachtet werden, Passerini l. c. n. 6 ff. Die Kompromissarien nehmen hier materiell die Stellung von Skrutatoren ein und dürfen daher auch nicht weniger als drei sein. Nur der einzige Unterschied

tatum. Bei dem letzteren sind die Komprommissarien hinsichtlich der Auswahl[1] und des Verfahrens nur an die allgemein geltenden Regeln gebunden. Daher entscheidet bei der von ihnen vorgenommenen Wahl ebenfalls die absolute Majorität, wie beim Skrutinium[2]. Die Wahl eines der Kompromissarien ist nicht ausgeschlossen[3], nur darf sich der etwa allein bestellte Kompromissar nicht selbst seine Stimme geben[4].

Limitirungen des Kompromisses sind nur insoweit unstatthaft[5], als sie gegen bestehende Verbotsgesetze verstossen[6] oder eine Vermischung der Form desselben und des Skrutiniums herbeiführen[7]. Jede einer zulässigen Beschränkung zuwider vorgenommene Wahl der Kompromissarien ist nichtig.

Die formelle electio wird ebenfalls für das Kompromiss erfordert, und muss bei Strafe der Nichtigkeit von einem Kompromissar Namens der übrigen vorgenommen werden[8].

Das Kompromiss und die Vollmacht der Kompromissarien erlischt: 1) wenn sie die Wahl vollzogen haben (ob dies innerhalb ihres Auftrages oder nicht, ob wirksam oder unwirksam[9] geschehen, ob die Wahl wissentlich oder unwissentlich auf einen Unfähigen gerichtet worden[10], ist gleichgültig); 2) wenn die von den Wählern den Kompromissarien vorher gestellte Frist abgelaufen ist[11]; 3) wenn einer der letzteren vor vollendeter Wahl stirbt[12]; 4) wenn die Wähler — was ihnen, so lange als noch res integra vorliegt, d. h. als die Kompromissarien nicht zu Vorberathungen zusammengetreten sind, freisteht — das Kompromiss widerrufen haben[13].

besteht zwischen diesem Falle des Kompromisses und dem Skrutinium, dass die formelle electio nach den Regeln des ersteren, nicht denen des letzteren zu geschehen hat. Wegen der hervorgehobenen Aehnlichkeit dieser Art des Kompromisses mit dem Skrutinium soll die Anwendung der ersteren auch durch Majoritätsbeschluss festgesetzt werden können, so Passerini l. c. c. 20; Leuren. qu. 396. n. 2; Reiffenstuel l. c. n. 76, weil dadurch keinem der Wähler ein Präjudiz erwachse. Wenn dies auch thatsächlich der Fall ist, so steht dieser Ansicht doch immer der Umstand entgegen, dass die gesetzliche Form, auf welche jeder Wähler ein Recht hat, allein das Skrutinium ist und ihm dieses nicht wider seinen Willen entzogen werden kann.

1 Sie sind also nicht berechtigt, eine unfähige Person, c. 37 (Bonif. VIII.) in VI^to I. 6, wohl aber ausserhalb des Schoosses des Kapitels zu wählen, Passerini l. c. c. 22. n. 51 und statt der Wahl im eigentlichen Sinne eine Postulation vorzunehmen, c. 30 (Inn. III.) X. eod.; Schmalzgrueber I. 6. n. 58.

2 Schmalzgrueber l. c. n. 58; Neller l. c. p. 719.

3 Ja, dieser darf sogar, wenn sich keine absolute Majorität ergeben hat, durch seine Stimme zu seinen Gunsten den Ausschlag geben, c. 33 (Inn. III.) X. eod.; Neller p. 720, weil die specielleren Regeln über das Skrutinium keine Anwendung finden und somit auch der Access gestattet ist, Passerini l. c. c. 40 ff.

4 c. 9 (Greg. I.), C. VIII. qu. 1; s. auch c. fin. (Inn. III.) X. de instit. III. 7; Passerini l. c. n. 39.

5 Zulässig ist z. B. Festsetzung der Einstimmigkeit der Kompromissarien, Wahl de gremio capituli oder aus den Kompromissarien selbst.

6 Weil sonst das Kompromiss und die von den Kompromissarien vollzogene Wahl nichtig sind.

7 Vgl. den in c. 23 in VI^to cit. erwähnten Fall.

8 Also nicht von allen, c. 21 (Bonif. VIII.) eod. Sie hat deshalb zu lauten: „Ego N. vice mea et sociorum meorum compromissariorum virtute compromissi eligo N. etc.".

9 Z. B. weil der Gewählte die Wahl nicht angenommen, c. 37 (Bonif. VIII.) eod.

10 Den Kompromissar, welcher nicht die bischöfliche oder eine höhere, z. B. die Kardinalswürde, besitzt, trifft, wenn er wissentlich einen unwürdigen gewählt hat, eine dreijährige Suspension von seinen Aemtern, die er an der durch Wahl wieder zu besetzenden Kirche inne hat, jedoch gilt die Strafvorschrift nur für Wahlen der Bischöfe und anderer Oberen der Kompromissarien, c. 37 in VI^to cit.

11 c. 52 (Gregor. IX.) X. I. 6.

12 Nach Analogie der Regeln von der Delegation Th. I. S. 194.

13 Arg. c. 30 (Inn. III.) X. eod. Fast allgemein wird zum Widerruf ein mit absoluter Majorität gefasster Kapitelsbeschluss verlangt, Passerini l. c. n. 27; Leuren. qu. 398. n. 1; Schmalzgrueber l. c. n. 62; Neller l. c. p. 723. Mit Rücksicht auf das oben S. 129 Bemerkte wird indessen schon die relative Majorität ausreichen. Jedenfalls ist aber einerseits der Widerruf eines Wählers nicht genügend, denn dadurch wird der früher auf das Kompromiss gerichtete Wille des Kapitels noch nicht beseitigt, andererseits bedarf es aber auch nicht der Einstimmigkeit, weil durch einen solchen Beschluss besondere Rechte der einzelnen nicht berührt werden.

Wenn bei dem Zusammenfallen des Kompromisses keine Wahl zu Stande gekommen ist, kann diese stets noch durch die Wahlberechtigten selbst vorgenommen werden[1]. Haben aber die Kompromissarien schuldhafter Weise gezögert und ist die dreimonatliche Frist bereits verstrichen, so devolvirt die Wahlberechtigung, wie in anderen Fällen, an den kompetenten Oberen[2].

Die von den Kompromissarien gültig vollzogene Wahl sind die Wahlberechtigten anzuerkennen verpflichtet[3].

E. Allgemeine, auf die Wahl bezügliche Vorschriften. 1. Bei ordnungsmässiger Ansetzung und gehöriger Vorladung der Wähler kann die Wahl erfolgen, wenn die nach den Statuten, eventuell nach dem gemeinen Rechte (s. o. S. 128) zur Beschlussfähigkeit erforderliche Zahl von Wahlberechtigten anwesend ist[4]. Dasselbe gilt auch, falls ein Theil der Erschienenen sich vor Beginn der Wahl wieder entfernt hat[5]. Ist dagegen die Vorladung einzelner Wähler überhaupt verabsäumt, so hat das Kapitel die Pflicht, die Wahl auszusetzen[6]. Eine Vertagung der letzteren kann in anderen Fällen nicht verlangt werden, mag auch die noch laufende Frist so geräumig sein, dass die Gefahr einer Devolution nicht vorliegt.

Bei mangelnder Beschlussfähigkeit sind die erschienenen Wähler nicht berechtigt, zum Wahlakt zu schreiten[7]. Wenn es indessen im Kapitel überhaupt, z. B. in Folge von Todesfällen oder Verlustes der Wahlberechtigung, an einer beschlussfähigen Zahl von Wahlberechtigten fehlt, so ist die Wahl seitens der übrigen Kanoniker statthaft, denn unter solchen Umständen haben sie allein das Kapitel zu vertreten, und daher kann auch ein etwa allein vorhandener Wahlberechtigter die Wahl vornehmen[8], nur darf er sich nicht selbst wählen[9].

2. Jede Entscheidung der Wahl durch Loos ist unerlaubt und nichtig[10].

[1] c. 37 in VI^{to} cit.

[2] c. 26. 37 cit. eod.

[3] c. 8 (Alex. III.) X. eod.

[4] Dass nicht alle zu erscheinen oder ihr Wahlrecht auszuüben brauchen, ergiebt c. 42. X. cit. Die Aelteren verlangen zur Beschlussfähigkeit theils die Anwesenheit von zwei Dritteln sämmtlicher Berechtigter, theils einer solchen Anzahl, welche für die Herstellung der absoluten Majorität bei der Wahl, die Stimmen der contempti mit eingerechnet, erforderlich wäre, Passerini l. c. c. 11. n. 110 ff.; Leuren. qu. 311; Schmalzgrueber I. 6. n. 23. Alles dies hat nicht den geringsten quellenmässigen Anhalt, s. o. S. 128; Neller p. 722.

[5] Diese stehen den Abwesenden gleich.

[6] Ja eine trotz des desfalsigen Widerspruches eines Wählers stattgehabte Wahl kann als nichtig angefochten werden, denn diese ist ordnungsmässig vorzunehmen und jedes Mitglied des Wahlkollegiums hat das Recht, auf eine derartige Wahl zu dringen.

[7] Für den Fall aber, dass wegen des bevorstehenden Ablaufes der Frist die Anberaumung eines anderen Wahltermins nicht mehr möglich ist, soll nach vielen älteren, Passerini l. c. n. 93 ff.; Leuren. qu. 311. n. 1; Reiffenstuel l. c. n. 202, die Minorität zur Wahl befugt sein. Der dafür angeführte Grund, dass den Anwesenden ihr Wahlrecht durch das Ausbleiben oder die Entfernung der übrigen nicht entzogen werden dürfe, beweist zu viel, weil damit das Recht der Minorität auch im Falle einer noch ausreichenden Frist dargethan sein würde. Uebersehen wird, dass eine Handlung der Regel nach nur dann als Willensakt eines Kollegiums gelten kann, wenn mindestens eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern desselben dabei mitgewirkt hat, gleichviel, ob die übrigen unentschuldigt oder entschuldigt ausgeblieben sind. Eine Nothwendigkeit, für die hier in Rede stehenden Wahlen, wie bei der Papstwahl, von dem gedachten Grundsatz abzugehen (Th. I. S. 289), liegt nicht vor, weil es nicht an einem weiteren Organ, an welches die Besetzung devolviren kann, fehlt. Uebrigens erklärt sich auch die Vorschrift in c. 3 (Bened. XI.) de elect. in Extr. comm. I. 3 nur unter der Voraussetzung, dass nicht eine beliebig geringe Zahl die Wahl vorzunehmen befugt ist.

[8] Passerini l. c. n. 93. 94.

[9] S. S. 665. n. 4.

[10] c. 3 (Honor. III.) X. de sortil. V. 21, wonach auch die Bestimmung der Kompromissarien durch Loos nichtig ist. Wenn die letztere auf Grund dieser Stelle von Aelteren, s. z. B. Gonzalez Tellez ad c. cit. n. 3 zwar für unerlaubt, aber nicht für nichtig erklärt wird, so ist dabei ausser Acht gelassen, dass die Worte: „electionem celebratam de ipso ad gratiam confirmationis admittimus" auf einen Gnadenakt hindeuten, so auch die Glosse ad c. cit. s. v. gratiam.

In früherer Zeit hat man übrigens die Entscheidung durch Loos für statthaft erachtet, conc. Barcin. II. v. 599, o. S. 516. n. 4.

3. Das Verbot der Geheimhaltung der Wahl [1] bezieht sich nur auf die Sekretirung des Resultates der letzteren, nicht aber auf die Geheimhaltung des Tages und des Ortes, sowie die geheime Vornahme der Wahlhandlungen [2].

4. Jede durch Simonie zu Stande gekommene Wahl ist nichtig, wenn auch der Gewählte selbst sich einer solchen nicht schuldig gemacht hat [3].

5. Dasselbe gilt von einer Wahl, welche unter Einwirkung von Laien, namentlich auch unter der der Staatsgewalt, zu Stande gekommen ist [4]. Die Dekretalen erklären indessen die Einholung der Zustimmung des Staatsoberhauptes zu einer abgeschlossenen und verkündeten Wahl nicht für unerlaubt [5], und ebensowenig ist eine andere auf besonderer gesetzlicher Bestimmung, insbesondere päpstlicher Anordnung beruhende Betheiligung der Staatsregierungen ausgeschlossen.

6. Die Wahlberechtigten haben die Pflicht, ihre Stimme nur einer persona idonea [7] und zwar auch der dignior [8] zu geben. Die Wahl eines Unfähigen ist jedenfalls insofern nichtig, als sie demselben kein Recht auf das Amt gewährt. Ferner werden diejenigen, welche wissentlich einen solchen, d. h. einen *indignus* [9], wählen, mit Verlust ihres Wahlrechtes [10], aber nur für die nächstfolgende Wahl, selbst wenn diese keinen Effekt hat [11], bestraft. Diese Strafe tritt ipso iure ein [12]. Ausserdem kann auch neben ihr die dreijährige Suspension von kirchlichen Benefizien verhängt werden [13]. Beide Strafen sind aber gegen diejenigen, welche noch vor der Publikation des Wahlergebnisses von dem unwürdigen Kandidaten Abstand genommen haben, ausgeschlossen [14].

Wenn sämmtliche Wähler in der erwähnten Weise ihre Pflicht verletzt haben, so hat die Wahl gar keinen Bestand und das Recht der Besetzung devolvirt dann an den päpstlichen Stuhl [15]. Ist dies aber nur von der Mehrheit der Berechtigten geschehen, so kann die Minorität entweder die Bestätigung ihres Kandidaten verlangen, weil

[1] c. 42. §. 2. X. I. 6 cit.: „Electiones quoque clandestinas reprobamus, statuentes, ut quam cito electio fuerit celebrata, solenniter publicetur“.

[2] Passerini l. c. c. 12. n. 19 ff. Der Zweck der Vorschrift geht dahin, die Möglichkeit einer Abänderung des Wahlresultates auszuschliessen.

[3] c. 12 (Clem. III.), c. 59 (Greg. IX.) X. de elect. I. 6; c. 2 (Paul. II.) de simon. in Extr. comm. V. 1. Der Unschuldige soll zwar nicht auf das betreffende Amt an derselben Kirche, kann aber auf ein gleiches an einer anderen befördert werden, s. auch c. 11. §. 3 (Inn. III.) X. de renunc. I. 9.

[4] c. 43 (Later. IV. v. 1215) X. I. 6, wonach für den zustimmenden Gewählten Verlust der Wählbarkeit und Unfähigkeit zur Erlangung von Dignitäten, für die Wähler aber Suspension vom officium und beneficium auf drei Jahre, sowie Verlust des Wahlrechtes auf gleiche Zeit als Strafen festgesetzt sind. Vgl. auch o. S. 660. n. 3.

[5] c. 14 (Coelest. III.) c. 18 (Inn. III.) c. 28 (id.) X. eod.

[6] Vgl. weiter unten im Text.

[7] S. o. S. 476.

[8] S. o. S. 493.

[9] Denn indignus ist derjenige, welchem die vorgeschriebenen Erfordernisse fehlen, Passerini l. c. c. 30. n. 6.

[10] c. 7. §. 3 (Later. III. v. 1179) c. 25 (Inn. III.) c. 40 (id.) X. de elect. I. 6. Die Unkenntniss hat nöthigenfalls der Wähler, welcher der persona indigna seine Stimme gegeben hat, zu beweisen, denn seine Pflicht, einen geeigneten Kandidaten zu wählen, schliesst zugleich die Verbindlichkeit in sich, sich über die Eigenschaften der in Aussicht genommenen Personen zu unterrichten und es muss daher die Erfüllung dieser Pflicht vermuthet werden, c. 20 (Inn. III.) X. eod. („parcentes non modicum ... capitulo, quod ... nec probare cogimus ignorantiam quam allegant“); Glosse ad c. cit. s. v. ignorantiam; Passerini l. c. c. 29. n. 55 ff.; A. M. Neller l. c. p. 709.

[11] S. d. vor. Note; Passerini l. c. n. 79; Reiffenstuel I. 6. n. 258; Neller p. 706. Dies gilt auch von den Kompromissarien, o. S. 665. n. 10.

[12] S. die Stellen in Note 10; c. 18 (Bonif. VIII.) in VI^to eod.

[13] S. 665. n. 10; Passerini l. c. n. 84 ff.; Kober, Suspension der Kirchendiener S. 251 ff. Latae sententiae ist diese Censur jetzt nicht mehr, s. const. Pii IX.: Apostolicae sedis v. 12. Oktober 1869, Arch. f. k. K. R. 23, 326.

[14] c. 7 (Greg. X.) in VI^to eod.: „adeo in eo perstiterint quod ex votis eorum communis electio subsequatur“.

[15] c. 18 (Bonif. VIII.) ibid.

die Stimmen der andern mit Rücksicht darauf, dass sie bei der Wahl und durch dieselbe ihr Stimmrecht verloren haben, nicht mitgezählt werden[1], oder auch wegen der Nichtigkeit der gemeinsamen Wahl eine neue anstellen[2]. Nur, wenn die Majorität vor der formellen electio ihren Kandidaten fallen gelassen hat[3], muss sich die Minorität stets der Vornahme einer neuen Wahl fügen[4].

[1] c. 22 (Inn. III.) X. eod. Selbstverständlich muss aber einer der in der Majorität verbliebenen Wähler namens seiner Genossen die formelle electio (s. o. S. 664) vorgenommen haben.

[2] c. 53 (Inn. III.) X. eod. Von dieser ist die des Stimmrechts beraubte Majorität ausgeschlossen. Dass sie indessen mit einstimmiger Erlaubniss der Minorität zugelassen werden darf, nehmen fast alle älteren Kanonisten auf Grund des c. 25. X. cit. eod. an, Glosse zu c. cit. s. v. admiserant, Leuren. qu. 252; Schmalzgrueber I. 6. n. 21.

[3] Dies steht ihr trotz der Vorschrift über die Variation bei der Stimmabgabe (s. o. S. 663) frei.

[4] Unter der gedachten Voraussetzung ist der Verlust des Stimmrechtes nicht eingetreten. Andererseits ist aber ein Uebertritt der Majorität zur Minorität nach der Publikation des Skrutiniums, weil darin ein unzulässiger Access läge, ausgeschlossen. Dies muss aus dem gedachten Grunde auch gelten, wenn blos einzelne Mitglieder der schuldigen Majorität zur Minorität übergehen.

Was die Protestationen und Appellationen bei Wahlen betrifft, so hindert weder die vorherige Einlegung der einen noch der anderen die bevorstehende Wahl, indessen kann letztere in Folge einer Appellation bis zur Entscheidung des Papstes ausgesetzt werden, c. 16 (Inn. III.) c. 21 (id.) X. I. 6; Neller l. c. p. 724. 725. Bedingt ist die Appellation durch ein Interesse des Appellanten (z. B. Nichtbeachtung seines Widerspruchs gegen die Vornahme der Wahl im Wege des Kompromisses), c. 19 (id.) X. eod. Unstatthaft erscheint eine allgemeine Appellation gegen jede Wahl, und eine appellatio, ne fiat electio praeterquam canonica, hindert eine ordnungsgemäss vorzunehmende Wahl nicht.

Appellationen nach vollendeter und publicirter Wahl. Sie betreffen die gewählte Person oder das Wahlverfahren und es können dabei entweder zwei verschiedene, von den gegenüberstehenden Parteien für gültig erklärte Wahlen oder blos eine Wahl, gegen welche Einspruch erhoben wird, in Frage kommen. Um eine längere Erledigung von Bisthümern zu hindern, sind derartige Appellationen — und gleichgestellt ist ihnen die Appellation gegen die zukünftige Wahl einer bestimmten Person, c. 20 (Bonif. VIII.) in VI[to] eod. — durch das spätere Dekretalenrecht den in der Folge erwähnten Beschränkungen unterworfen worden. Diese kommen indessen nur zur Anwendung, wenn Einwendungen gegen die Form der Wahl oder wegen Mängel in der Person des Gewählten geltend gemacht werden, nicht aber, wenn sich der Widerspruch auf das „ius ecclesiae vel opponentis personae“ stützt (z. B. darauf, dass allein de gremio ecclesiae gewählt werden darf oder dass der Appellant ein Nominations- oder Präsentationsrecht besitzt), Clem. 4. eod. I. 3, welche c. 4 (Gregor. X.) eod. in VI[to] deklarirt.

In der in beglaubigter Form auszustellenden Appellationsschrift sind alle Einwendungen des Appellanten gegen die Wahl oder die Person des Gewählten genau anzugeben, und die etwaigen dem letzteren vorgeworfenen Vergehen und Defekte ihrem Thatbestande nach genau zu spezificiren. Zugleich hat der Appellant eidlich zu erhärten, er glaube, dass das Angeführte wahr sei und er den Beweis dafür führen könne, c. 4 in VI[to] cit.; c. 19 (Bonif. VIII.) ibid.; Clem. 4 cit. Bedient sich der Appellant eines Prokurators, so muss dessen Vollmacht sowohl eine genaue Angabe der geltend zu machenden Einwendungen, wie auch die Ermächtigung zur Ableistung des gedachten Eides in die Seele des Machtgebers enthalten, c. 38 (Bonif. VIII.) eod. Neue Oppositionsgründe dürfen später nur unter der Voraussetzung vorgebracht werden, dass der Appellant sie früher nicht gekannt oder erst nachher die Beweise dafür erlangt hat, oder dass sie neu entstanden sind, und dies eidlich erhärtet wird, c. 4 in VI[to] cit. Dagegen sind Nova blos zum Zwecke der näheren Spezifirung einer bei der Appellation generell erhobenen Einwendung immer unstatthaft, Clem. 4 cit., weil diese Vorschrift eine allgemeine und unsubstantiirte Anbringung einer solchen überhaupt ausschliesst. Stehen indessen etwaige Oppositionsgründe durch Geständniss des Appellanten oder Beweis (eines anderen Appellanten, welcher seine Appellation vorschriftsmässig verfolgt hat), fest, so kommen sie doch ohne Rücksicht darauf, dass der erste Appellant die Formen nicht gewahrt hat, in Betracht. Clem. 4 cit.

Ausgeschlossen von der Appellation ist derjenige, welcher dem Gewählten im Skrutinium seine Stimme gegeben oder der Wahl sonst zugestimmt hat, es sei denn, dass er, was er gleichfalls eidlich zu erhärten hat, die Einwendungsgründe erst später in Erfahrung gebracht habe oder diese erst später entstanden seien, c. 8 (Greg. X.) in VI[to] eod.

Die Frist zur Einlegung der Appellation ist das gemeinrechtliche decendium, angerechnet vom Tage der erlangten Kenntniss des beschwerenden Umstandes, c. 8 (Bonif. VIII.) in VI[to] de appell. II. 15. Trotzdem devolvirt aber die Angelegenheit erst an den päpstlichen Stuhl, wenn die Einlegung binnen Monatsfrist in authentischer Weise kundgethan worden ist, Clem. 3 de elect. I. 3. Binnen gleicher, vom letzgedachten Zeitpunkt aber laufender Frist (c. 1, Inn. IV., in VI[to] eod. in Verbindung mit Clem. 3) ist die Beschwerde beim päpstlichen Stuhl persönlich oder durch einen Stellvertreter zu überreichen, und darüber, wenn nach der Anbringung 20 Tage verflossen sind, selbst beim Ausbleiben der Gegenpartei, zu verhandeln, c. 1. §. 1 cit. Zuerst soll die Erör-

F. Das weitere Verfahren bis zur Einsendung der Akten nach Rom. Nach der Verkündung der electio im eigentlichen Sinne (o. S. 664) wird sofort über den Wahlakt ein Protokoll, *decretum* oder *instrumentum electionis*, gewöhnlich durch einen zu diesem Behufe zugezogenen Notar aufgenommen[1], und demnächst das Wahlresultat in der Kirche dem versammelten Klerus und Volk feierlich kund gethan[2].

Ferner ist das Wahlkollegium verpflichtet, wenn irgend möglich, binnen 8 Tagen den Gewählten über die Annahme der Wahl zu befragen[3]. Vor der Erklärung

terung auf die etwaigen leichter beweisbaren oder evidenten Mängel, welche der Person des Gewählten vorgeworfen worden sind, gerichtet werden. Erweist sich aber dabei das Vorbringen des Appellanten als unwahr, so wird er auch mit seinen sonstigen Einwendungen, wie wenn er auch in Betreff dieser beweisfällig geworden wäre, ausgeschlossen, c. 11 (Greg. X.) in VI^{to} eod. Im Falle, dass bei zwiespältiger Wahl einer der Prätendenten während des Verfahrens stirbt, muss dennoch immer in Betreff des Ueberlebenden befunden werden, ehe eine gültige Neuwahl vorgenommen werden darf, c. 10 (Honor. III.) X. de arbitr. I. 43.

Der Appellant, welcher seine Opposition gegen das Wahlverfahren nicht darthut, wird in die Kosten, derjenige aber, welcher in Betreff der Einwendungen gegen die Person des Gewählten beweisfällig bleibt, auch zu dreijähriger Suspension von seinen kirchlichen Aemtern verurtheilt, c. 1. §. 2 cit. eod. Daher darf Jemand, welcher dem Gewählten einen offenbaren Mangel vorgeworfen hat, seine Appellation später nicht zurücknehmen, c. 31 (Bonif. VIII.) in VIto eod.

Endlich ist eine Adhäsion desjenigen, welcher diese auf ein ihm mit dem Appellanten gemeinsames Interesse stützt, ausgeschlossen, wenn letzterer die betreffenden Oppositionsgründe nicht in der vorgeschriebenen Weise geltend gemacht hat, Clem. 4 cit. Vgl. übrigens über die Appellationen bei Wahlen auch Hergenröther, d. Appellation nach d. Dekretalenrecht. Eichstätt 1875. S. 53.

Die erwähnten Vorschriften beziehen sich nur auf die Extrajudizial-Appellation, d. h. auf diejenige, welche sich nicht gegen eine Beschwerde durch richterlichen Spruch, sondern durch andere ausserhalb eines Rechtsstreites vorgekommene Umstände und Handlungen richtet. Wenn dagegen aus Anlass einer Wahl ein Process zwischen zwei Prätendenten entstanden ist, und in diesem appellirt wird, so kommen die allgemeinen Regeln der processualischen oder Judizial-Appellation zur Anwendung, c. 41 (Bonif. VIII.) in VIto eod.

Andererseits sollen aber dadurch, dass statt der Extrajudizial-Appellation der Weg der Remonstration (simplex querela) gewählt wird, die Anordnungen der vorhin erwähnten Dekretalen nicht illusorisch gemacht werden. Deshalb darf der Beschwerdeführer, auch wenn er seine erst eingereichte Appellation nicht weiter verfolgt oder sie zurücknimmt, keine Anführungen, hinsichtlich deren die gedachten Formen nicht gewahrt sind, geltend machen, Clem. 4 cit.

Endlich gehören noch hierher die Bestimmungen des

c. 10 (Greg. X.) in VIto eod., dass alle Streitigkeiten über Bischofswahlen als causae maiores der Entscheidung des päpstlichen Stuhles unterliegen, dieselben aber an ihn bei der Extrajudizial-Appellation nur, falls diese sich auf eine causa probabilis gründet, bei einer solchen ex causa expressa manifeste frivola aber an den unteren Richter (Metropoliten) devolviren sollen, sowie dass in allen Fällen die noch nicht nach Rom gebrachte Appellation, falls keine pravitas hierbei obwaltet (z. B. die Rückziehung nicht durch Simonie veranlasst ist), worüber der untere Richter zu befinden hat, zurückgenommen werden kann;

des c. 44 (Bonif. VIII.) ibid., dass bei Unterlassung der eben gedachten Feststellung im Falle einer Rücknahme der Appellation die Bestätigung der Wahl durch den unteren kirchlichen Würdenträger nichtig, und derjenige, welcher in einem solchen Fall den Kandidaten bestätigt oder konsekrirt hat, ein Jahr von diesem Rechte suspendirt sein soll.

Beide Dekretalen sind indessen mit Rücksicht darauf, dass nach neuerem Rechte dem Papste die Konfirmation aller Bischöfe zusteht, gegenstandslos geworden. Die päpstliche Behörde, zu deren Ressort die hier in Rede stehenden Angelegenheiten gehören, ist die Congregatio consistorialis Th. I. S. 366.

[1] Absolut wesentlich ist dies nach gemeinem Recht nicht, Passerini l. c. c. 21. n. 2, denn das Wahldekret dient nur dazu, behufs der für die Bestätigung erforderlichen Prüfung der Wahl den Hergang derselben festzustellen, ohne dass ein anderer Beweis ausgeschlossen ist. Die Circumscriptionsbullen ordnen dagegen ausdrücklich die Einsendung eines derartigen Dekretes an.

Wo ein solches angefertigt wird, bedarf es übrigens nicht der Unterschrift sämmtlicher Wähler, namentlich dann nicht, wenn dasselbe von einem Notar aufgenommen worden ist, Passerini l. c. n. 4 ff.

[2] Darüber, dass diese nothwendig ist, s. S. 667. n. 1 u. 2. Mit der Konstatirung derselben schliessen jetzt gewöhnlich die deutschen Wahlprotokolle.

[3] c. 16 (Nicol. III.) in VIto I. 6 s. v.: „ceterum si eligentes electiones ipsas concorditer vel in discordia celebratas, infra VIII dies, postquam commode poterunt, electis praesentare distulerint" etc. Dieselbe Constitution schliesst diejenigen, welche die Anfrage schuldbar verzögern, von dem Recht, die Gültigkeit ihrer Wahl zu verfolgen, aus, und bedroht sie mit der jetzt freilich nicht

des letzteren darüber sind die Wähler — und zwar vom Zeitpunkt der erfolgten formellen electio (S. 664) ab — an die Wahl gebunden, und jede weitere innerhalb dieses Schwebezustandes vorgenommene Wahl ist nichtig [1].

Der Gewählte hat sich innerhalb Monatsfrist nach der an ihn gerichteten Aufforderung zu erklären, widrigenfalls er jedes Recht aus der Wahl verliert [2], wie wenn er dieselbe abgelehnt hätte [3].

Mit der rechtzeitigen Annahme der Wahl erlangt er das s. g. ius ad rem auf das erledigte Bisthum [4], d. h. ein persönliches Recht auf Uebertragung desselben, welches, vorausgesetzt, dass ihm keine kanonischen Hindernisse entgegenstehen, jede anderweite Besetzung hindert [5].

Ein Zwang zur Annahme der Wahl besteht nicht [6]. Durch eine im Voraus erklärte Acceptation wird die nachherige Annahme nicht ersetzt, ja, wenn eine solche formell vorher eingefordert oder abgegeben ist, tritt Nichtigkeit der Wahl ein [7].

Binnen drei Monaten [8] nach der Annahme hat der Gewählte die päpstliche Bestätigung (*confirmatio*) in Rom nachzusuchen [9]. Versäumt er die Frist ohne entschuld-

mehr ipso iure (s. o. S. 667. n. 13) eintretenden dreijährigen Suspension von den Aemtern an der wieder zu besetzenden Kirche. Dadurch ist die Vorschrift des c. 6 (Lugden. v. 1274) ibid., wonach nur die möglichst schnelle Einholung der Erklärung angeordnet wird, näher bestimmt worden, Passerini l. c. c. 20. n. 9 ff.

Ist der Gewählte bei der Wahlhandlung gegenwärtig, so wird er sofort befragt, und im Falle seiner auf der Stelle erklärten Annahme wird diese gleich im Wahldekret konstatirt, sowie auch bei der feierlichen Publikation der Wahl bekannt gemacht.

[1] c. 21 (Inn. III.) X. I. 6.

[2] c. 6 in VIto cit., jedoch mit der Ausnahme: „nisi forsan ea sit electae personae conditio, ut electioni de se celebratae absque superioris sui licentia ex prohibitione seu quavis provisione sedis apostolicae consentire non possit", d. h. des Falles, wo der Gewählte, wie z. B. der Mönch, die Erlaubniss seines Oberen zur Annahme der Wahl einholen muss. Mit der Versagung dieser Einwilligung fällt das Recht aus der Wahl zusammen und die Wähler können zu einer anderweitigen schreiten, c. 2 (Bened. XI.) de elect. I. 3 in Extr. comm. Ablehnen darf der Religiose ohne Konsens seines Oberen.

Dass in den hier fraglichen Fällen bei ertheilter Einwilligung für den Gewählten noch eine einmonatliche Frist von der letzteren ab läuft, so d. Glosse zu c. 6 cit. s. v. conditio u. Schmalzgrueber I. 6. n. 70, ist unrichtig.

[3] In diesen beiden Fällen hat eine Neuwahl zu erfolgen. Die Frist ist dieselbe, wie wenn eine abermalige Vakanz eingetreten wäre, c. 26 in VIto cit.

[4] S. o. S. 653.

[5] Die ältere, offenbar mit der o. S. 571 hervorgehobenen mittelalterlichen Auffassung zusammenhängende Meinung, dass der Gewählte damit schon das ius praelaturae, d. h. das ius in re, nur nicht das exercitium praelaturae erlangt, Glosse s. v. relatio zu c. 10 Dist. LXIII; Fagnan. ad c. 4 de off. iud. ord. I. 31. n. 52 stützt sich unzulässiger Weise auf den nachher zu erwähnenden Ausnahmefall, in welchem der Gewählte schon als solcher bestimmte Funktionen seines Amtes auszuüben befugt ist. Ihr stehen ferner entgegen c. 16 (Inn. III.) X. de accus. V. 1 („Sed quum opponitur — sc. crimen — ut quis a promotione officii vel beneficii excludatur, si ante confirmationem obiicitur, non cogitur quisquam inscribere, quia crimen hoc modo probatum impedit promovendum, sed non deiicit iam promotum") u. c. 26 cit. in VIto, wonach der Gewählte auch nach der Annahme frei auf sein Recht verzichten kann, nicht aber wie derjenige, welcher bereits das ius in re hat, des Konsenses des Oberen bedarf. Durch Verzicht oder Tod des Gewählten tritt endlich keine neue Vakanz des betreffenden Bisthums ein, vielmehr gilt die frühere als fortdauernd, vgl. c. 26 cit. In Uebereinstimmung damit heisst es in c. 4 (Inn. III.) X. de translat. I. 7: „spirituale foedus coniugii quod est inter episcopum et eius ecclesiam, quod electione initiatum, ratum in confirmatione et in consecratione intelligitur consummatum", s. auch c. 21 X. I. 6. Vgl. hierzu Passerini l. c. c. 33. n. 6 ff.; Leuren. qu. 424. 425; Schmalzgrueber I. 6. n. 71; Schmier, iurisprud. canon. civil. l. I. tr. 3, c. 1. n. 481; Neller l. c. 2, 742 n. 4, 2. 3.

[6] Vgl. c. 26 (Bonif. VIII.) in VIto cit. Indessen wird der Papst beim Mangel geeigneter Kandidaten, wenn es das Interesse der Kirche bedingt, den Gewählten nöthigenfalls auch durch Censuren dazu anhalten können, weil jeder Geistliche die Pflicht hat, nach Kräften das Wohl der Kirche unter Zurücksetzung seiner persönlichen Neigungen zu fördern, Schmier l. c. c. 490. Die gewöhnlich angeführten c. 3. C. I. qu. 6 u. c. 7. Dist. XL sind allerdings nicht beweiskräftig.

[7] c. 46 (Honor. III.) X. I. 6; Passerini c. 20. n. 2 ff. Die einzelnen Wähler sind dagegen nicht gehindert, sich vorher vertraulich darüber zu informiren, ob der in Aussicht genommene Kandidat eine etwaige Wahl annehmen will.

[8] c. 6 in VIto cit.

[9] Die für unmittelbar dem Papst unterstehende Bisthümer gewählten Kandidaten sollen für die



bares Hinderniss [1], so geht er des durch seine Annahme erworbenen ius ad rem ohne Weiteres verlustig [2], und das Kapitel kann zu einer Neuwahl schreiten.

Vor der erhaltenen Bestätigung ist der Gewählte nicht befugt, sich der Verwaltung des Bisthums zu unterziehen oder sich irgendwie in dieselbe einzumischen. Jede derartige Handlung ist nichtig [3], und zieht, selbst wenn sie auch nur eine interimistische Verfügung gewesen ist, zur Strafe den ipso iure eintretenden Verlust des ius ad rem nach sich [4].

Die Regel findet indessen keine Anwendung 1) auf denjenigen, welcher eine besondere päpstliche Ermächtigung, ein s. g. *breve administrationis* oder *placet pontificium*, erhalten hat [5], und 2) kraft einer ein für alle Mal durch das Gesetz ertheilten Dispensation auf denjenigen, welcher in einträchtiger Wahl [6] auf ein ausserhalb Italiens belegenes Bisthum gewählt ist [7]. In solchen Fällen kann der Gewählte alle Akte

Regel persönlich in Rom erscheinen, c. 44. §. 2 (Later. IV. v. 1215) X. I. 6. Dagegen verordnet c. 16 (Nicol. III.) in VI^to cit., dass bei solchen Wahlen zu Kathedral- und Regularkirchen, welche wegen der unmittelbaren Unterwerfung der letzteren unter den päpstlichen Stuhl oder wegen einer eingelegten Appellation der Konfirmation oder Infirmation des Papstes unterliegen, der Gewählte innerhalb Monatsfrist nach Annahme der Wahl die Reise nach Rom antreten, und binnen eines weiteren, mit Rücksicht auf die Entfernung zu bemessenden Zeitraumes dort mit den nöthigen Beweisstücken sich einfinden, sowie endlich innerhalb 20 Tagen nach Ablauf der zuletztgedachten Frist die Bestätigung persönlich bei der Kurie nachsuchen solle, widrigenfalls er sein Recht aus der Wahl verliert, sofern er nicht etwa selbst oder durch einen genügend bevollmächtigten und instruirten Stellvertreter innerhalb der 20tägigen Frist einen ausreichenden Hinderungsgrund anzeigt und binnen weiteren 15 Tagen beweist. Derselbe Nachtheil trifft den Gewählten, wenn die erforderlichen Beweisstücke nicht von ihm oder seinem Stellvertreter mitgebracht worden sind, und keine genügende Veranlassung obwaltet, die Vorlegung an einem anderen Orte als in Rom zu gestatten. Ausserdem sollen zur Ermöglichung einer genauen und eingehenden Prüfung bei einträchtiger Wahl sich zwei Wähler mit genügender Information und ausreichendem Beweismaterial binnen der erwähnten Zeit in Rom und zwar auf Kosten der zum Unterhalt des Prälaten der erledigten Kirche bestimmten Vermögensmassen, falls aber solche nicht ausgesondert sind, auf Kosten des gemeinschaftlichen Vermögens, bez. des Kapitels einfinden. Bei zwiespältiger oder streitiger Wahl sollen dagegen zwei, jeder Partei angehörige Wähler auf Kosten der beiden, bez. des etwa allein Gewählten, sofern diese nicht arm sind, bei der Wahl eines Kandidaten, gegen welchen Einspruch erhoben worden ist, zwei Vertreter der Partei des Opponenten auf dessen Kosten erscheinen. Die Verletzung dieser Vorschriften zieht für die Wähler und Opponenten, wenn nicht ein in der geringen Zahl der Kapitularen oder der Parteigänger oder in sonstigen Verhältnissen begründeter Entschuldigungsgrund vorliegt — in einem solchen Fall genügt das Erscheinen eines genügend informirten Stellvertreters — den Verlust der Befugniss, ihre Rechte geltend zu machen und ferner dreijährige Suspension vom Genusse der Benefizial-Einkünfte an der erledigten Kirche nach sich, ohne dass jedoch daraus dem Gewählten ein Nachtheil für sein aus der Wahl entstandenes Recht erwächst. Letzteres verliert er vielmehr nur dann, wenn er sich ohne genügenden Grund weigert, die Kosten für die nach Massgabe der gedachten Vorschriften zu entsendenden Vertreter zu zahlen. Obwohl diese Konstitution in dem sog. Aschaffenburger Konkordate v. 1448, Münch Konkordat 1, 91; Nussi conventiones p. 17 auch auf die dem Papst nicht unmittelbar unterworfenen Bisthümer ausgedehnt worden ist, haben doch nach dieser Zeit die Kandidaten der deutschen und anderer entfernter Bisthümer, ebenso wie schon nach früherer Praxis, ihre Bestätigung nicht persönlich, sondern blos durch einen Bevollmächtigten oder Agenten nachgesucht, Neller l. c. 4, 8. In Anschluss an dieses, auch noch heute für Oesterreich massgebende Gewohnheitsrecht, Pachmann K. R. 3. Aufl. 2, 30, Schulte K. R. 2. 231. n. 4 bestimmen die neueren Circumscriptionsbullen für Hannover und die oberrheinische Kirchenprovinz, dass nur die Einsendung des Wahlinstrumentes und zwar innerhalb einer einmonatlichen Frist erforderlich ist, wogegen die preussische: De salute animarum letztere mittelbar („de more") auf drei Monate festsetzt, s. S. 658. n. 1 u. 2.

[1] Als solches gilt aber nicht die Vakanz des päpstlichen Stuhles, Clem. 2. §. 5. I. 3.

[2] c. 6. 16 in VI^to cit. I. 6. Wer in zweimaliger aus Anlass derselben Vakanz erfolgten Wahl gewählt ist, hat sich bei Nachsuchung der Konfirmation zu entscheiden, für welche Wahl er die letztere fordern will, und kann nachher, wenn z. B. diese Wahl für nichtig erklärt wird, nicht auf die andere zurückgreifen, c. 25 (Bonif. VIII.) ibid.

[3] c. 9 (Alex. III.) c. 17 (Inn. III.) X. eod.

[4] c. 5 in VI^to eod.

[5] c. 42 (Bonif. VIII.) in VI^to eod., Neller l. c. 4, 4.

[6] Also auch in einer nur mit Majorität erfolgten, aber nicht angefochtenen Wahl, Leuren. qu. 431. n. 10.

[7] c. 44. §. 2 (Later. IV. 1215) X. eod.

der bischöflichen Regierungsgewalt mit Ausnahme von Veräusserungen des Kirchengutes, und wenn er schon die bischöfliche Konsekration besitzt, z. B. Weihbischof ist, auch die die Weihe voraussetzenden Handlungen vornehmen [1]. Von dieser Befugniss haben die deutschen Bischöfe früher auf Grund einer feststehenden, sich an die gedachte gesetzliche Vorschrift anschliessenden Gewohnheit nicht selten Gebrauch gemacht [2]. Unter den heutigen völlig veränderten Verhältnissen geschieht dies aber nicht mehr [3].

G. Der Informativprocess [4]. Vor der Ertheilung oder der Verweigerung der Bestätigung bedarf es, falls die Gründe für die Zurückweisung des Kandidaten nicht klar zu Tage liegen, einer besonderen Untersuchung darüber, ob die Wahl ordnungsmässig und rechtsgültig vorgenommen und der Gewählte eine taugliche Person ist [5]. Diese heisst *processus inquisitionis* oder *informativus*. Sie erfolgt, was schon das Tridentinum gestattet [6], extra curiam, wenn die Besetzung von Bisthümern nicht freier päpstlicher Kollation ausserhalb Italiens und der dazu gehörigen Inseln in Frage steht [7]. Betraut wird damit der päpstliche Legat oder Nuntius der betreffenden Provinz oder der Ordinarius des Kandidaten, und in Ermanglung des letzteren einer der benachbarten Ordinarien, nöthigenfalls auch ein besonders vom päpstlichen Stuhl ernannter Bevollmächtigter [8]. In Altpreussen soll jedoch ein preussischer Erzbischof oder Bischof [9], in Hannover [10] und in der oberrheinischen Kirchenpro-

[1] c. 1 (Bonif. VIII.) eod. in Extr. comm. I. 3, wiederholt in den Konstitutionen Alexanders V. v. 1410 u. Julius' II. v. 1505, bull. Taurin. 2, 655; 5, 408 — auch noch neuerdings in Const. Pii IX.: Romanus pontifex suo munere v. 28. Aug. 1873, Arch. f. k. K. R. 31, Acta s. sed. 7, 401 — wonach kein Prälat vor Empfang der päpstlichen Bestätigungsurkunde von seiner Kirche Besitz ergreifen und die Vermögensverwaltung an sich nehmen soll, hat als späteres allgemeines Gesetz die zu 2 des Textes gedachte Ausnahme nicht beseitigt, Schmier l. c. n. 493 ff.; Neller l. c. 4, 6. Die entgegengesetzte Ansicht, vgl. z. B. Passerini l. c. c. 33. n. 35, haben freilich einzelne päpstliche Nuntien, um die Gebühren für die brevia administrationis zu erhalten, zur Geltung zu bringen gesucht, Beschwerde d. deutsch. Erzbischöfe v. 1769 n. 17 b. Gaertner corp. iur. eccles. 2, 339, s. auch Th. I. S. 528.

[2] Ditterich, primae lineae iur. publ. eccles. p. 62 ff.; Neller l. c. 4, 4. 5; v. Sartori geistl. Staatsrecht I. 2, 369 ff.

[3] Weil die feste Regelung der Befugnisse des Kapitularvikars und ferner die veränderten Verkehrsmittel jedes Bedürfniss dafür beseitigt haben.

[4] A. Lutterbeck, d. Informativprocess. Giessen 1850; d. Mainzer Bischofswahl u. d. Informativprocess. Mainz 1850; d. Informativprocess, e. kirchenrechtl. Abhdlg. Mainz 1850; Beleuchtung d. Schrift: d. Informativprocess u. s. w. Mainz 1850 (diese Schriften sind aus Anlass der Verwerfung der Wahl des Giessener Professor Schmidt zum Bischof von Mainz entstanden).

[5] Solche Untersuchungen sind selbstverständlich immer da angestellt worden, wo nicht jede entscheidende Mitwirkung der geistlichen Gewalten ausgeschlossen war, c. 3 (Greg. I.) X. I. 6. Die im Text angegebene Bezeichnung tritt schon in dem S. 671. n. 9 analysirten c. 16 (Nicol. III.) in VIto eod. hervor, dessen Vorschriften die Ermöglichung einer ausreichenden Untersuchung seitens der Kurie bezwecken.

Die neueren Vorschriften enthalten in Anschluss an Trid. Sess. XXII. c. 2 de ref. u. Sess. XXIV. c. 1 de ref. die Konst. Gregors XIV.: Onus apostolicae v. 15. Mai 1591 u. d. Instruktion Urbans VIII. v. 1627, beide u. A. abgedruckt in Richters Tridentinum S. 489. 494. In Betreff der durch die Propaganda zu besetzenden Bisthümer vgl. const. Bened. XIV.: Gravissimum apostolicae v. 18. Januar 1757, Magn. bull. 19, 264, im Auszuge bei Bangen, röm. Kurie S. 475.

[6] S. vor. Note.

[7] Bei allen anderen Bisthümern wird der Informativprocess bei der Kurie von dem Auditor Sanctissimi, Th. I. S. 492 vorgenommen, Bangen a. a. O. S. 87.

[8] Trid. Sess. XXII. c. 2 de ref., const. Gregor. XIV. §. 5. Die Instruktion Urbans VIII. autorisirt aber die Legaten und Nuntien dazu in erster Linie, worüber die o. Note 1 gedachte Beschwerde n. 16 gleichfalls Klage führt.

[9] Bulle De salute animarum: „ex processu inquisitionis deinde a Romano pontifice in singulis casibus alicui ex archiepiscopis vel episcopis intra fines regni Borussici existentibus committendo et ad formam instructionis iussu s. m. Urbani VIII . . . editae diligenter exarando". Jetzt kann auch ein preussischer Bischof in den neuen Provinzen ausgewählt werden.

[10] Bulle Impensa Romanorum: „Confectio autem processus informativi . . . vel episcopo alterius sedis non vacantis vel ecclesiastico illius regni viro in dignitate constituto a Romano pontifice committetur et ad formam instructionis ab apostolica sede in singulis casibus transmittendae exarabitur".

vinz[1] ein Bischof des Landes, bez. der erzbischöflichen Provinz oder ein geistlicher Dignitar des Landes oder der vakanten Diöcese zum Kommissar bestellt werden, während in Baiern und in Oesterreich[2] die betreffenden Nuntien als solche fungiren[3]. Der Untersuchungskommissar hat die Untersuchung persönlich zu führen und darf nur ausnahmsweise zu einzelnen Akten, z. B. Zeugenvernehmungen, Subdelegaten ernennen[4]. Er hat die erforderlichen Nachforschungen durch Abhörung glaubwürdiger Zeugen und Einforderung der nöthigen Atteste über die Personalien, Geburt, Alter, Weihen, bisherige Verwendungen und Anstellungen, Lebenswandel, Leumund und Bildung des Kandidaten vorzunehmen[5], sowie genaue Information über das wieder zu besetzende Bisthum[6] einzuziehen. Die Zeugenaussagen müssen notariell aufgenommen und die Atteste im Original oder beglaubigter Abschrift beigebracht werden. Ferner hat der Kommissar selbst oder der von ihm zu subdelegirende, dem Wohnort des Kandidaten nächste Ordinarius letzterem die professio fidei[7] vor Notar und Zeugen abzunehmen und den Akt nach der Unterzeichnung durch den Kandidaten mit dem Notar und den Zeugen zu unterschreiben.

Nachdem aus dem so beschafften Material von dem zugezogenen Notar ein Instrument zusammengestellt worden ist, und der Kommissar unter demselben oder in einem besonderen Schreiben sein Gutachten über den Werth der Zeugen und Atteste, über die sonstigen Ermittelungen und über die Person des Kandidaten abgegeben hat, werden die sämmtlichen Akten der Kurie übersandt[8]. Hier findet auf Grund derselben eine nochmalige Prüfung durch die *congregatio consistorialis*[9] statt. Wenn das Resultat ein günstiges ist und der Papst sich mit der Beförderung des Kandidaten einverstanden erklärt hat, erfolgt in einem demnächst abzuhaltenden Konsistorium[10] die Verkündigung derselben, die *praeconisatio*, welche die Bestätigung des Gewählten ent-

[1] Bulle Provida sollersque: „Confectio processus informativi ... a Romano pontifice ad formam instructionis ... Urbani pp. VIII ... uni episcoporum provinciae vel ecclesiastico respectivae dioecesis viro in dignitate constituto committetur“.

Für die hannoverschen und die preussisch gewordenen Bisthümer der oberrheinischen Kirchenprovinz wird jetzt auch jeder preussische Bischof bestellt werden können, denn die Bullen haben offenbar den Zweck, die Regierungen dagegen zu sichern, dass die Untersuchung ausländischen Geistlichen anvertraut wird.

[2] Schulte K. R. 2, 234; Ginzel K. R. 2, 187.

[3] Das Kommissorium zur Vornahme des Prozesses wird durch ein Dekret der congregatio consistorialis ertheilt, Mejer in Jacobson u. Richter Ztschr. f. d. R. d. Kirche. Hft. 2. S. 235.

[4] Const. Greg. XIV. §. 7; instructio Urban. VIII.

[5] S. die citirte Konst. u. Instruktion.

[6] Ueber die Lage und Grösse der Bischofsstadt, die Bauart der Kirche, den Namen des Heiligen derselben, die Zusammensetzung des Domkapitels, die Zahl der sonstigen Geistlichen, das etwaige Vorhandensein eines bischöflichen Palastes, den baulichen Zustand des letzteren, die Einkünfte der bischöflichen Mensa, die Zahl der Pfarr- und Kollegiatkirchen in der Bischofsstadt, die Grösse der Diöcese u. s. w., s. die Instruktion.

[7] Ueber diese s. unten.

[8] S. die cit. Instruktion; Mejer a. a. O. S. 236.

[9] Hat der Auditor Sanctissimi die Untersuchung vorgenommen, S. 672. n. 7, so übermacht er derselben ebenfalls die darüber aufgenommenen Akten, Bangen S. 88; Mejer a. a. O. S. 237.

Früher wurde vor der congregatio noch ein weiteres förmliches Untersuchungsverfahren, der s. g. processus definitivus angestellt, Plettenberg notitia congregat. Hildes. 1693. p. 145 ff.; Bangen S. 78. Dasselbe, ebenso auch das im Trid. Sess. XXIV. c. 1 de ref. vorgeschriebene Verfahren, findet jetzt nicht mehr statt, vielmehr prüft ein Referent blos die Akten und trägt die Sache dann in der Sitzung vor. Sind indessen in Rom Priester anwesend, welche den Kandidaten kennen, so werden diese noch vorher vernommen, Mejer S. 236; Schulte K. R. 2, 234. Ueber das von den italienischen Bischöfen abzulegende Examen s. Th. I. S. 367.

[10] Zu diesem Behufe wird die s. g. propositio oder schedula consistorialis angefertigt, welche die Absicht des Papstes die erledigte Kirche dem betreffenden Kandidaten zu verleihen berichtet, und in der zugleich der s. g. status materialis der Diöcese, sowie die Personalien des zu Befördernden angegeben werden. Ein Beispiel bei Bangen S. 477.

hält[1]. Nach derselben wird die Konfirmationsbulle durch die apostolische Kanzlei ausgefertigt[2].

Nothwendig ist der Informativprocess nicht. Insbesondere hat der Gewählte kein Recht auf die Vornahme desselben. Das Verfahren hat den Zweck, die nöthigen Unterlagen für das Urtheil des Papstes zu beschaffen. Erachtet sich derselbe aber auf andere Weise genügend informirt, worüber selbstverständlich jede Kognition ausgeschlossen bleibt, so bedarf es weiterer Ermittelungen nicht[3].

H. Die Konfirmation muss dem Gewählten, falls er die kanonischen Eigenschaften besitzt und seine Wahl rechtsgültig erfolgt ist, ertheilt werden. Jedoch steht es dem Papste frei, selbst unter diesen Umständen die Bestätigung zu versagen, wenn dafür gewichtige Gründe vorliegen[4]. Diese Befugniss — sie ist übrigens mitunter das einzige Mittel, eine an sich fähige, aber gerade nicht für das fragliche Bisthum passende Persönlichkeit auszuschliessen — folgt aus der Machtfülle des Papstes, kraft welcher er das bestehende Recht ändern und die Besetzung aller Benefizien vornehmen kann[5]. Macht er von seiner Befugniss ausnahmsweise Gebrauch, so ernennt er selbst zu dem betreffenden Bisthum[6]. Für die altpreussischen, die hannoverschen und oberrheinischen Bischofsstühle ist indessen die Ausübung dieses Rechtes ausgeschlossen[7].

Bei einer fehlerhaften Wahl oder bei der Wahl eines untauglichen Kandidaten kann der Papst dem Gewählten zwar ebenfalls auf Grund seiner Machtfülle das Bisthum übertragen[8], das Regelmässige ist aber die Kassation der Wahl. In diesem Falle tritt dann die freie Besetzung des Papstes kraft Reservation ein[9]. Ist aber die

[1] Die Formel lautet: „Auctoritate dei omnipotentis patris et filii et spiritus sancti et bb. apostolor. Petri et Pauli ac nostra ecclesiam N. de persona N. providemus ipsumque illi in episcopum praeficimus, curam et administrationem ipsius eidem in spiritualibus et temporalibus plenarie committendo". Die Bischöfe der Propaganda werden nicht im Konsistorium präconisirt, Th. I. S. 365. Da in Folge dessen bei ihnen auch keine provisio per schedulam stattfindet, so spricht man in diesen Fällen von einer provisio per breve, Bangen S. 89. n. 3.

[2] Auf Grund der schedula, ebenso auch etwaige sonst nöthige (z. B. Dispens-) Bullen, Jacobson i. Weiske Rechtslexikon 2, 220. S. auch Th. I. S. 441.

[3] Vgl. auch Trid. Sess. XXII. c. 2 de ref. Nach den citirten deutschen Circumscriptionsbullen haben aber die Regierungen ein Recht, auf den Informativprocess zu dringen, denn der Papst hat sich ihnen gegenüber verpflichtet, die Tauglichkeit des Kandidaten auf diese Weise festzustellen, Friedberg, Staat u. Bischofswahlen. S. 383. 404.

[4] Diese Befugniss hat die Baseler Synode Sess. XXIII anerkannt, und nach ihr das Mainzer Acceptations-Instrument v. 1439, Gaertner corp. iur. eccles. 1, 45; Münch Konkordate 1, 65: „Verum tamen si forte aliquando contingat, electionem aliquam etiam alias canonicam fieri, quae tamen in perturbationem ecclesiae aut patriae vel boni publici vergere timeatur, summus pontifex cum ad ipsum confirmatio delata fuerit, si talem urgentissimam causam adesse manifeste cognoverit, ea prius mature discussa ac parte plene defensa, accedente postea Romanae ecclesiae cardinalium aut maioris partis subscriptione, huiusmodi causam veram sufficientemque fore attestantium, reiecta tali electione, ad capitulum vel conventum remittat, ut infra tempus iuris vel aliud iuxta loci distantiam ad aliam, ex qua evenire talia non formidentur, electionem procedant". Die hier gegen den Missbrauch dieses Rechtes festgesetzten Kautelen hat indessen das sog. Aschaffenburger Konkordat v. 1448, Münch 1, 91: „si vero canonicae (electiones) fuerint, papa eas confirmet, nisi ex causa rationabili et evidenti et de fratrum consilio de digniori et utiliori persona duxerit providendum" fallen lassen. Uebrigens ist zur Zeit des ehemaligen deutschen Reichs über missbräuchliche Geltendmachung dieses Rechts keine Klage erhoben worden, Neller 4, 12; v. Sartori I. 2, 36.

[5] S. auch Schmalzgrueber l. c. n. 73; Schulte K. R. 2, 232. 234.

[6] So schreibt das Konkordat v. 1448 vor.

[7] Denn die Circumscriptionsbullen sprechen ausdrücklich aus, dass die Konfirmation demjenigen, welcher nach angestelltem Informativprocess als tauglich befunden ist, ertheilt werden wird. S. auch Friedberg, Staat etc. S. 383.

[8] Ein Beispiel in c. 3 X. de sortil. cit. Wegen der Form s. Riganti comm. ad reg. XLI cancell. n. 28. Darüber, dass der Papst den Unfähigen von dem ihm entgegenstehenden Hinderniss dispensiren kann, besteht kein Zweifel, Schmalzgrueber l. c. n. 75.

[9] Diese Reservation ist ausgesprochen in der const. Benedict. XII.: Ad regimen v. 1335, c. 13 de praeb. in Extr. comm. III. 2, übergegangen in

Vernichtung etwa auf Antrag eines nicht gehörig geladenen Wählers oder wegen unwissentlicher Wahl eines Unwürdigen erfolgt, so hat das Kapitel eine Neuwahl vorzunehmen[1]. In den Bisthümern des ehemaligen Königreichs Hannover und der oberrheinischen Kirchenprovinz muss dagegen der Papst mit Rücksicht auf die Circumskriptionsbullen eine solche immer, gleichviel, aus welchem Grunde die erste Wahl kassirt ist, gestatten[2]. Für die altpreussischen Bisthümer ist in der Bulle De salute animarum eine solche Verpflichtung zwar nicht übernommen, andererseits hat aber die preussische Regierung weder bei den Verhandlungen über die Bulle noch später den Eintritt des päpstlichen Devolutionsrechtes anerkannt. Für solche Fälle bedarf es also einer besonderen Vereinbarung zwischen der Staatsregierung und der Kurie, und unter allen Umständen verbleibt der ersteren das Recht, minder genehme Personen auszuschliessen[3].

Nach einer päpstlichen Kassation wegen Nichtigkeit des Verfahrens ist es dem Domkapitel, sofern es nochmals zu wählen hat, gestattet, den früheren Kandidaten wieder zu wählen[4], was ihm bei Verwerfung der ersten Wahl wegen mangelnder Idoneität des Gewählten nicht zusteht[5].

Mit der Ertheilung der Konfirmation treten folgende Rechtswirkungen ein:

1. Es entsteht eine feste unauflösliche, der Ehe vergleichbare Verbindung des Konfirmirten mit der bischöflichen Kirche, welche allein durch den Papst gelöst werden kann[6].

2. Der Konfirmirte erlangt damit das *ius in re*, das bischöfliche Amt. In Folge dessen erwirbt er die bischöfliche Jurisdiktion in spiritualibus et temporalibus[7], jedoch darf er diese erst vom Tage der Zustellung der Bestätigungsbulle an ausüben[8]. Dagegen kann er bischöfliche Weihehandlungen vor der Konsekration, wenngleich er das Recht zur Vornahme derselben einem andern zu übertragen befugt ist[9], nicht selbst vollziehen[10].

die erste Kanzleiregel und nach ihrer Beseitigung durch das Baseler Koncil im Wiener oder Aschaffenburger Konkordat restituirt, Münch 1, 65. 89.

[1] In dieser Weise hat die Praxis die allgemeine Reservation (s. vor. Note) beschränkt, Riganti ad reg. I. §. 3. n. 9. Nach dem Aschaffenburger Konkordat war dagegen die Reservation auch für die im Text hervorgehobenen Ausnahmsfälle anerkannt. Gebrauch ist freilich davon nicht gemacht worden, Riganti n. 10; Neller 4, 13.

[2] A. M. Rosner, Arch. f. k. K. R. 34, 120. Die Ansicht von Friedberg, Staat etc. S. 405. 410, dass bei gar nicht erfolgter Wahl Devolution an den Papst eintritt, ist für den Fall richtig, dass das Kapitel zu einer solchen nicht hat bewogen werden können. Dagegen wird eine nicht rechtzeitig vorgenommene oder tumultuarisch erfolgte Wahl von dem Verzicht auf die Devolution in den Bullen mit betroffen. Abweichend Rosner a. a. O. S. 102 ff.

[3] Thatsächlich ist bald nachträgliche Wahl durch das Kapitel, bald Besetzung durch den Papst unter Zustimmung der Regierung erfolgt, Friedberg a. a. O. S. 388 ff.

[4] c. 12 (Clem. III.) X. I. 6.

[5] Später, wenn das Hinderniss z. B. durch Veränderung der Umstände gehoben worden ist, kann auch in diesem Falle eine abermalige Wahl der betreffenden Person erfolgen, Reiffenstuel I. 6. n. 229 ff.

[6] S. o. S. 670. n. 5; c. 2 (Inn. III.) X. de translat. I. 7.

[7] c. 15 (Coelest. III.) X. I. 6.

[8] S. o. S. 245. Die Besitzergreifung oder Besitzeinweisung ist aber dazu nicht nöthig, falls nicht etwa eine desfalsige statutarische Festsetzung oder ein gültiges Gewohnheitsrecht besteht, Pirhing ius canon. I. 6. n. 341; Neller 4, 16.

[9] Denn diese Uebertragung ist ein Akt der Jurisdiktion, Th. I. S. 166. 167. 169. 94.

[10] S. o. S. 40, daher auch nicht die degradatio actualis eines Klerikers. Vielfach wird gelehrt, dass der noch nicht konsekrirte, aber konfirmirte Bischof, Geistliche weder absetzen noch degradiren kann, s. z. B. Neller 4, 14; Schulte K. R. 2, 232. n. 3; Richter-Dove K. R. §. 184. n. 20. Das dafür angezogene c. 15 X. cit. untersagt dem „confirmatus ea quae maioris inquisitionis discussionem exigunt et ministerium consecrationis desiderant“. Wenn man unter dem ersteren auf Grund von c. 5 (Carth. III.) u. c. 7 (Hispal. II.) C. XV. qu. 7 die Kriminalanklagen gegen Presbyter und Diakonen, sowie die Absetzung von Klerikern verstehen will, so geht dies — ganz abgesehen davon, dass die betreffenden

Weiter ist für den Konfirmirten der freie beliebige Verzicht auf das erlangte Amt ausgeschlossen [1]. Wird er zur Verwaltung seiner Stellung unfähig, so sind dieselben Grundsätze massgebend, wie für einen konsekrirten Bischof [2]. Die durch seinen Tod oder einen anderen Grund herbeigeführte Vakanz gilt nicht mehr als derselbe Erledigungsfall, aus dessen Anlass er gewählt ist, sondern als ein neuer [3]. Auch hinsichtlich seines Gerichtsstandes vor dem Papst steht er dem konsekrirten Bischof gleich [4]. Nicht minder endlich kommen ihm die bischöflichen Privilegien, soweit sie nicht mit dem ordo zusammenhängen [5], zu [6].

3. Vom Augenblick der erlangten Konfirmation ab darf er sich zwar nicht schlechthin: Bischof, wohl aber erwählter und bestätigter Bischof nennen [7].

I. Die Konsekration*. Zur Ausübung der iura ordinis bedarf der Gewählte ausser der Konfirmation auch noch der bischöflichen Weihe. Die Ertheilung derselben ist, wie schon o. S. 577 ff. 600 ff. dargelegt, im Laufe der Zeit Reservatrecht des Papstes geworden. Für die Regel vollzieht sie der letztere jedoch nicht selbst, vielmehr wird damit ein anderer Bischof, welchen der Konfirmirte gewöhnlich selbst auszuwählen ermächtigt wird [8], beauftragt.

Die Konsekration soll binnen drei Monaten nach erlangter Kunde von der Bestätigung erfolgen, widrigenfalls der Konfirmirte die aus dem Bisthum inzwischen gezogenen Früchte zu restituiren hat, und falls er schuldbarer Weise noch drei weitere Monate zögert, auch das bereits erworbene bischöfliche Amt ipso iure verliert [9]. Die gedachten Fristen können indessen vom Papst verlängert werden [10].

Bei der Konsekration müssen dem die Weihe vollziehenden Bischof zwei andere Bischöfe assistiren [11]. Statt ihrer dürfen aber mit päpstlicher Erlaubniss auch zwei andere zum Gebrauch der Pontifikalien berechtigte Prälaten eintreten [12].

Vorschriften theilweise unpraktisch sind — zu weit. Es ist völlig unbegreiflich, warum der Konfirmirte nicht dieselben Rechte, wie der praelatus nullius (o. S. 344 ff.) und der Kapitularvikar (o. S. 244) haben soll. Die mittelalterliche und ebenso die spätere Doktrin, Innoc. IV. ad c. 15 X. cit. n. 2, Glosse dazu s. v. talibus; Leuren. qu. 443. n. 3, hat daher die erwähnte Ausnahme lediglich auf die iura ordinis beschränkt, zu denen auch die degradatio actualis gehört, Kober Deposition S. 334. Dabei müssen allerdings die citirten Worte dahin ausgelegt werden, dass sie dem Konfirmirten die Erledigung von Angelegenheiten, welche eine genaue Untersuchung erfordern, d. h. von solchen, welche durch die Konsekration bedingt sind, verbieten. Wenngleich dieser Interpretation der Vorwurf der Gewaltsamkeit nicht erspart bleiben kann, so ist doch andererseits ebensowenig der Beweis zu führen, dass unter den Angelegenheiten quae maioris inquisitionis discussionem desiderant, gerade die in den citirten Dekretsstellen erwähnten zu verstehen sind.

[1] c. 2 (Inn. III.) X. de transl. I. 7; Barbosa J. E. U. I. 9. n. 27.

[2] Neller 4, 14.

[3] Schmalzgrueber l. 6. n. 74.

[4] Er kann also nur vom Papst abgesetzt werden, c. 2. X. I. 7 cit.

[5] S. o. S. 677. n. 4.

[6] So das Vorrecht der Befreiung von der väterlichen Gewalt und in Betreff der Wirksamkeit der Censuren, o. S. 46.

[7] Schmalzgrueber l. c. n. 74; Neller 4, 16. Indessen haben sich zur Zeit des ehemaligen deutschen Reiches die deutschen Bischöfe vielfach schlechthin: Bischof genannt, v. Sartori a. a. O. I. 2, 323.

* Th. I. S. 101. 116; Locherer, d. Bischofsweihe i. d. Jahrb. f. Theologie u. Philosophie. Frankfurt a. M. 1835. 5, 241 ff.

[8] Barbosa l. c. n. 45; v. Schulte, Lehrb. 3. Aufl. S. 247. n. 45.

[9] Trid. Sess. XXIII. c. 2 de ref. in Anschluss an c. 11 (Greg. I.) Dist. L; c. 2 (Chalced. v. 451) Dist. LXXV; c. 1 (Ravenn. a. 877) Dist. C; c. 7. §. 1 (Later. 1179) X. de elect. I. 6. Die Strafbestimmung bezieht sich auch auf diejenigen Bischöfe, welche Kardinäle sind.

[10] Noch im 17. u. 18. Jahrh. haben einzelne deutsche Erzbischöfe und Bischöfe theils überhaupt nicht, theils erst nach einer langen Reihe von Jahren die Konsekration genommen, um sich beim Aussterben der Agnaten ihrer Häuser die Succession in die weltlichen Fürstenthümer und die Verheirathung offen zu halten, v. Sartori a. a. O. I. 2, 320, dazu Th. I. S. 160. n. 1 u. 9.

[11] Th. I. S. 101. n. 6.

[12] Z. B. zwei infulirte Aebte. Auch kommen Indulte für die Assistenz von Priestern, welche eine Dignität bekleiden, vor, s. die Bulle Impensa für Hannover.

Vor der Konsekration hat der zu Weihende den Eid des Gehorsams gegen den Papst, den s. g. Obedienz-Eid [1], zu leisten [2].

Wenn der Gewählte noch nicht Priester ist, so muss er vor der bischöflichen Konsekration erst die ihm noch fehlenden Weihegrade empfangen [3].

Mit der Konsekration erwirbt der Konfirmirte die ihm noch fehlenden bischöflichen Rechte, namentlich die Fülle der Weihegewalt und den Gebrauch der Pontifikalien [4].

K. Der Konsekration pflegt endlich die feierliche Besitznahme des Bisthums, die s. g. *inthronisatio* zu folgen, zu welcher der Konfirmirte nach Empfang der Konfirmationsbulle und kraft derselben berechtigt ist [5].

II. Die Postulation, *postulatio* *, ist die Vereinigung der Wähler auf eine mit einem kanonischen Hinderniss behaftete Person, welche wegen des letzteren Umstandes nicht durch die Wahl im eigentlichen Sinne designirt werden kann. Sie findet statt, wenn der in Frage stehende Kandidat bereits Bischof einer anderen Diöcese ist [6] oder der erforderlichen kanonischen Eigenschaften entbehrt [7]. Im ersteren Fall steht derselbe schon in einer nur durch den Papst wieder aufzuhebenden Verbindung mit seiner bisherigen bischöflichen Kirche und kann deshalb nicht frei gewählt wer-

Die Gültigkeit der Konsekration ist von der Mitwirkung der Assistenten nicht abhängig, Devoti inst. can. l. I. t. 4. §. 4. n. 1. S. überhaupt Fagnan. ad c. 7 X. de temp. ord. I. 11. n. 8 ff.; Benedict. XIV. de syn. dioeces. XIII. 13. n. 4 ff.; Ferraris s. v. episcopus art. 2. n. 25 ff.

[1] Ueber diesen s. weiter unten.

[2] Zur Entgegennahme des Eides wird für die Regel der Konsekrator ermächtigt, Pontificale roman. de consecr. electi in episcopum.

[3] Also eventuell den Diakonat und den Presbyterat, s. o. S. 537. n. 2, S. 572. n. 1. Daher lautet in einem solchen Fall die Konfirmationsbulle: „postquam tamen ad sacros diaconatus et presbyteratus ordines te promoveri feceris"; vgl. auch Const. Bened. XIV.: In postremo v. 20. Okt. 1756. §. 14, Magn. bull. 19, 259. Eine Verlängerung der dreimonatlichen Frist für die Erlangung der Konsekration tritt hier nicht ohne Weiteres ein. Der Gewählte muss also die früheren Weihegrade so zeitig nehmen, dass er die Frist wahren kann, Leuren. P. I. qu. 315. Ueber die Möglichkeit dazu Th. I. S. 113.

[4] S. o. S. 40. 47. Von da ab hat er auch das Recht auf die Anrede: venerabilis frater seitens des Papstes, o. S. 47; Bened. XIV. const. cit. §. 20, ibid. p. 262. Ferner tritt die in c. 25 (Gelas. I.) C. XXV. qu. 2 angedrohte Strafe erst gegen den konsekrirten Bischof ein, da in materia poenali unter Bischof ein solcher, nicht der blos konfirmirte zu verstehen ist, Fagnan. ad c. 7. X. de rescr. I. 3. n. 16. 17.

[5] c. 1 in Extr. comm. I. 3. Das Ritual ergiebt das Caeremoniale episcopor. l. I. c. 2. Ritus possessionis in ecclesia capiendae. Mitunter hat der Bischof vor der Inthronisation dem Landesherrn den Huldigungseid zu leisten. S. unten.

* S. o. S. 657. n. *; Lippert, über die Admission der Postulirten in seinen Annal. d. K. R. Hft. 2. S. 68 ff.

[6] Gleich steht der episcopus in partibus, o. S. 177; A. M. Neller 2, 744; Helfert, Besetzg d. Benefizien S. 57; de Boenninghausen p. 15, weil solche faktisch keine gläubige Gemeinde, also auch keine lebendige Kirche haben, ein Grund, welcher die principielle Auffassung der katholischen Kirche von der Stellung dieser Bischöfe verkennt. Dagegen sind wählbar und brauchen mithin nicht postulirt zu werden, weil sie noch nicht in eine unauflösliche Verbindung zu ihrer Diöcese getreten oder weil diese schon gelöst ist: der bischöfliche Coadjutor, selbst wenn er mit dem Rechte zur Nachfolge bestellt ist, der bereits gewählte, aber noch nicht konfirmirte Bischof (o. S. 670 u. 675) und der Bischof, welcher mit päpstlicher Genehmigung sein bischöfliches Amt niedergelegt hat, c. 2 pr. X. I. 7 cit.; de Boenninghausen p. 12. 17.

[7] Wenn indessen dem Unfähigen schon vorher Dispensation durch ein s. g. päpstliches breve eligibilitatis, wie dies bei Personen hoher Geburt zu geschehen pflegt, ertheilt worden ist, so findet die Wahl i. eig. S., keine Postulation statt. Ein solches Breve für d. österreich. Erzherzog Rudolf v. 1819, bull. Rom. cont. 15, 200, §. 3: „ut etiamsi ecclesiasticae militiae adscriptus non reperiaris, per memoratum capitulum (v. Olmütz), quamquam de suo gremio non sis nec alias iuxta dispositiones statutorum, privilegiorum et consuetudinum ipsius ecclesiae qualificatus existas, servatis alias servandis in archiepiscopum eligi et sic electus electioni huiusmodi consensum praestare libere, licite et valide possis, ita ut electio de persona tua ad dictam metropolitanam ecclesiam . . . valida et efficax sit tibique suffragetur in omnibus et per omnia, perinde ac si in sacris ordinibus constitutus et de gremio capituli esses et vocem activam et passivam in eo haberes itemque iuxta illius statuta, privilegia atque consuetudines et alias debite qualificatus repereris auctoritate apostolica tenore praesentium concedimus ac tecum desuper de speciali dono gratiae dispensamus".



den, im zweiten Falle aber wäre seine Wahl wegen Mangels der vorgeschriebenen Qualifikation nichtig. Seine Zulassung ist daher im Gegensatz zu der Bestätigung des in eigentlicher Wahl Designirten eine Gnadensache, und sie kann vom Kapitel beim Papste, welcher allein die Macht zur Beseitigung des Hindernisses besitzt, nur erbeten werden. Aus dieser principiellen Verschiedenheit zwischen der Wahl und der Postulation erklären sich die besonderen Grundsätze, welche das kanonische Recht in Betreff der letzteren entwickelt hat[1].

A. Voraussetzung der Postulation. Das kanonische Hinderniss, welches der zu postulirenden Person entgegensteht, muss ein solches sein, von welchem nicht nur dispensirt werden **kann**, sondern auch nach der Praxis der Kirche dispen-

[1] Der Postulation in der im Text besprochenen Bedeutung, auch postulatio solennis genannt, setzen die Aelteren die postulatio simplex o. impropria gegenüber. Unter der letzteren verstehen sie diejenige Wahl, bei welcher der Gewählte zur Annahme derselben der Genehmigung eines anderen oder der Entlassung aus seinem bisherigen Verhältniss bedarf, Schmalzgrueber I. 5. n. 2; Neller 2, 737. Es gehören hierher die Mönche, s. o. S. 670 n. 2, die nicht die Bischofsweihe besitzenden Kardinäle, — dieser Fall wird aber von Manchen mit Rücksicht auf c. 3 (Inn. III.) X. de postul. I. 5, vgl. darüber Florens de postulatione opp. ed. Doujat 1, 107 u. die Dissertation von de Boenninghausen, S. 657. n. *, als postulatio solennis aufgefasst, Fagnan. ad c. 3 cit. n. 19; Passerini l. c. c. 24. n. 37; Reiffenstuel I. 5. n. 44; — und endlich die einer anderen Diöcese angehörigen Geistlichen, denn die Kardinalpriester und Kardinaldiakonen bedürfen der päpstlichen Entbindung von ihren Amtspflichten, Neller 2, 737; Helfert S. 62 und fremde Geistliche der Entlassung aus dem bisherigen Diöcesanverbande seitens ihres Ordinarius, o. S. 492. Indessen ist die postulatio simplex keine besondere Art der Besetzung der Bisthümer oder eine eigene Art der Postulation, vielmehr ist sie nichts anderes als eine eigentliche Wahl. Die genannten Personen sind wegen ihres Subjektions-Verhältnisses nicht unfähig, das Bischofsamt zu bekleiden. Dasselbe steht der Wahl an sich nicht entgegen, sondern nur der willkührlichen Annahme der letzteren. Daher wird auch hier keine Dispensation seitens der höchsten Gewalt in der Kirche, sondern nur der Konsens des Berechtigten erfordert, um das der Acceptation entgegenstehende Hinderniss zu beseitigen.

Das Wort postulatio (postulare) bedeutet in den älteren Quellen die Forderung, dass Jemandem die bischöfliche Weihe und Würde auf Grund der durch die Geistlichkeit und das Volk vorgenommenen Wahl übertragen werde, mithin auch diese Wahl selbst, c. 13 conc. Sardic. v. 343 (c. 10. Dist. LXI); ferner auch den Antrag an den Fürsten auf Ertheilung seiner Zustimmung zur Wahl, form. Marculf. I. 7, Rozière recueil 2, 616. Schon Gratian macht aber aus missverständlicher Auffassung des c. 10 u. c. 11 Dist. cit., von denen der erstere sich beim Verbot der Wahl eines Laien u. s. w. des Ausdruckes: postulatus bedient, und der zweite für die Weihe des postulirten, d. h. gewählten Bischofs ein Wahldekret verlangt, einen Unterschied zwischen Wahl i. eig. Sinn und postulatio, s. dict. nach c. 10 cit.: „aliud est postulari, aliud eligi. Postulatur nexibus curiae adstrictus ab imperatore, clericus alterius civitatis a suo episcopo, sed non eligitur aliquis nisi in sacris ordinibus constitutus. Fit enim electio cum solennitate decreti omnium subscriptionibus roborati, postulatio simplici postulatione". Die postulatio ist nach Gratian die vorläufige Anfrage an den in Aussicht genommenen Kandidaten oder denjenigen, zu welchem der erstere oder die Wähler in einem Subjektionsverhältniss stehen, darüber, ob das Hinderniss gehoben werden könne (also der Laie die erforderlichen Weihen nehmen, der Bischof oder der Fürst die Einwilligung zur Erwerbung des Bischofsamtes geben wolle). Die Gratian folgenden Kanonisten haben seine Auffassung festgehalten, dabei aber doch nicht verkannt, dass postulatio soviel wie electio bedeute, Bernardi Papiens. summa de electione II. 1. §. 1, ed. Laspeyres p. 308; Glosse zu dict. Gratian. cit. s. v. sed aliud, und mit Rücksicht darauf die postulatio als Bezeichnung einer Person, welche zwar nicht vollkommen passiv wahlfähig, aber nicht absolut inhabil sei, gefasst, so Hostiensis summa aurea rubr. de postul. n. 1. 2, bis dann die weitere Behandlung der postulatio durch die päpstlichen Dekretalen — die frühesten in X. I. 5 rühren von Innocenz III. her —, insbesondere die Feststellung eigenthümlicher Regeln über das bei der Postulation zu beobachtende Verfahren, sowie die Betonung der Dispensationsgewalt des Papstes hinsichtlich der Verbindung der Bischöfe mit ihren Diöcesen, Veranlassung gegeben hat, die Fälle der nachmals s. g. postulatio simplex als etwas begrifflich verschiedenes auszusondern. Es erinnert an Gratian, wenn noch Barbosa J. E. U. I. 19. n. 14 u. Passerini c. 24. n. 4 unter der postulatio non solennis oder simplex die Bitte an den nicht zur Konfirmation berechtigten Oberen um Hebung des Hindernisses verstehen, und bemerken, dass für diese keine bestimmte Form verlangt werde, sowie dass deren Bewilligung die Wirkung habe, dass der Postulirte nunmehr gewählt werden könne. Diese Definition setzt den Gegensatz zur postulatio solennis in den Mangel der Form und wirft die nachmalige postulatio simplex und den Fall der Ertheilung eines Breves de eligibilitate zusammen.

sirt zu werden pflegt. Dies ist der Fall in Betreff der Verbindung mit einem anderen Bisthum [1] und des Mangels der unehelichen Geburt [2], der höheren Weihen [3], des Alters [4], der erforderlichen akademischen Würde [5] und der besonderen, durch die Circumscriptionsbullen und sonstige specielle kirchliche Anordnungen vorgeschriebenen Eigenschaften [6].

Dagegen werden nicht dispensirt und können demnach auch nicht postulirt werden diejenigen, welche wegen geistiger oder körperlicher Mängel zur Verwaltung eines Bisthums untauglich sind (Kinder, Unmündige, Geisteskranke), völlig ungebildete [7] und mit einem erheblichen defectus corporis behaftete [8] Personen, ferner nicht diejenigen, welche wegen ihrer persönlichen Verhältnisse des bischöflichen Amtes unwürdig erscheinen, Verbrecher [9], insbesondere Ketzer, Schismatiker, Simonisten, Wucherer, Ehebrecher, Infame, Anrüchige [10], Exkommunicirte, Suspendirte, und solche, welche das Interdikt oder die Gehorsamspflicht gegen den Papst verletzt haben [11]. Endlich sind diejenigen ausgeschlossen, in Betreff deren zwar an und für sich eine Dispensation möglich wäre, aber doch nach der Praxis der Kurie nicht gewährt wird, insbesondere Personen unter 27 Jahren [12], bigami [13], im Incest oder Ehebruch Erzeugte [14], verheirathete Männer [15], Bischöfe, welche sich wegen eines Vergehens unter Niederlegung ihrer Würde zur Busse in ein Kloster zurückgezogen haben [16], und schliesslich nach neuerer Uebung Laien [17].

B. Die Postulation tritt unter der erwähnten Voraussetzung an Stelle der Wahl. Sie ist daher nur dann zulässig, wenn eine solche überhaupt vorgenommen werden kann. Soweit nicht besondere Ausnahmen festgesetzt sind, finden auf sie alle Regeln über die electio Anwendung, also:

1. hinsichtlich der Berechtigung zur Postulation [18], ferner in Betreff ihrer Vorbereitung, sowie der Frist und des Ortes ihrer Vornahme.

2. Die Postulationsformen sind dieselben, wie die Wahlformen. Demnach erfolgt die Postulation gleichfalls quasi per inspirationem, oder per scrutinium oder per compromissum [19]. Bei der Abstimmung müssen sich indessen die Stimmenden des Wortes: *postulo* bedienen. Der Gebrauch solcher Formeln, welche es unklar erscheinen lassen, ob eine Wahl oder Postulation gemeint ist (z. B. *eligo et postulo, eligo postulandum*),

1 c. 6 (Honor. III.) X. de postul. I. 5.
2 c. 20 (Inn. III.) X. de elect. I. 6, jedoch darf der Kandidat nicht in einem sich etwa sonst noch als Verbrechen charakterisirenden Beischlaf erzeugt sein.
3 c. 22 (Inn. III.) X. eod.
4 c. un. (Joann. XXII.) de postul. I. 2 in Extr. comm., s. aber unten Note 12.
5 S. o. S. 486.
6 Also der besonderen hinsichtlich der Vorbildung festgesetzten Requisite.
Auf etwaige durch die Staatsgesetzgebungen bestimmte Eigenschaften findet dies aber keine Anwendung, weil der Papst davon nicht dispensiren kann. Eine solchen Vorschriften zuwider vorgenommene Wahl kann im kanonischen Sinne sowohl eine electio wie auch eine postulatio sein, es steht aber der Staatsregierung das Recht zu, sie als nichtig zu behandeln und dem Gewählten, selbst wenn er die päpstliche Bestätigung erhalten hat, die Anerkennung als Bischof zu versagen.
7 c. ult. (Honor. III.) X. de aet. et qual. I. 14.
8 Arg. c. 6 (Inn. III.) X. de corp. vit. I. 20.
9 c. un. (Greg. I.) Dist. LXXXV.
10 c. ult. (Greg. IX.) X. de temp. ord. I. 11; c. 87 in VI^to de R. J.
11 c. 1 (Inn. III.) X. de post. I. 5.
12 O. Note 4.
13 c. 2 (Luc. III.) X. de bigam. I. 21, vgl. auch Th. I. S. 23.
14 Arg. c. 10. §. 6 (Inn. III.) X. de renunc. I. 9.
15 Th. I. S. 160.
16 c. 11 (Inn. III.) I. 9.
17 Vgl. überhaupt noch Reiffenstuel I. 5. n. 34 ff., Neller l. c. p. 739.
18 c. 4 (Inn. III.) X. de post. I. 5: „omnes quorum consensus in electione vel postulatione requiritur"; c. 30 (id.) X. de elect. I. 6.
19 Das folgt aus dem die Postulation beherrschenden allgemeinen Princip, s. auch Koch l. c. 7, 393 ff.

macht die Stimmabgabe nichtig. Nur wenn gegründete Zweifel darüber bestehen, ob der Kandidat wahl- oder postulationsfähig ist, kann eine alternative Fassung (wie *eligo et postulo*, *prout potest melius de iure valere*) gewählt werden [1]. Ebensowenig ist es statthaft, für einen Wahlfähigen mit dem Worte: *postulo* und umgekehrt für einen Postulationsfähigen mit: *eligo*, zu stimmen [2].

Wenn eine Wahl auf dem Wege des Kompromisses beschlossen ist, so haben die Kompromissarien, falls ihre Vollmacht nicht ausdrücklich beschränkt worden ist, die Befugniss, statt der Wahl eine Postulation vorzunehmen [3].

Als postulirt gilt derjenige, welcher von den mehreren in Frage stehenden postulationsfähigen Kandidaten die absolute Majorität erhalten hat [4]. Wenn aber ein Theil der Wähler postulirt, der andere wählt, so geht die Postulation der Wahl allein unter der Voraussetzung vor, dass der Postulirte zwei Drittel sämmtlicher Stimmen auf sich vereinigt hat [5], oder mit anderen Worten, er steht dem Gewählten nach, sobald auf diesen nur mehr als ein Drittel der Stimmen gefallen ist [6].

Diese Regeln kommen indessen nicht zur Anwendung, wenn die Postulation durch Kompromiss erfolgt, vielmehr genügt für eine solche immer die absolute Stimmenmehrheit der Kompromissarien [7].

Streitig ist, ob bei der Postulation die Wahrung aller in Betreff der electio gel-

[1] c. un. (Bonif. VIII.) in VIto de post. I. 5. Die Stimme wird also weder bei Feststellung der Gesammtzahl der Stimmen, noch als Stimme für eine Wahl oder eine Postulation in Rechnung gebracht.

[2] c. un. cit. Ueber die rechtliche Folge gilt das in der vor. Note Bemerkte.

[3] Dies ergiebt sich aus c. 30 (Inn. III.) X. de elect. I. 6 u. c. 11 (id.) X. de renunc. I. 9.

[4] Nach der allgemeinen Regel (o. S. 663), welche für die Postulation nicht ausgeschlossen ist.

[5] c. 40 (Inn. III.) X. de elect. I. 6 („duplo maior numerus"). Vgl. Koch p. 399 ff. Gegen die Ansicht (so z. B. Neller 2, 749), dass es beim Vorhandensein von mehr als 2 Kandidaten genügt, dass die Zahl der postulirenden Stimmen zweimal so gross ist, als die der wählenden, s. Koch p. 404 ff.; de Boenninghausen p. 24 ff. Besteht also das Kapitel aus 24 abstimmenden Mitgliedern und postuliren 14 den A, wählen aber 7 den C und zersplittern 3 andere ihre Stimmen, so wäre nach jener Meinung der A gültig postulirt, während er in der That dies nicht ist, da er nicht 16, d. h. zwei Drittel aller Stimmen erhalten hat. Von diesem letzteren Standpunkt aus hat auch die Kurie i. J. 1688 die Postulation des Bischofs v. Strassburg, auf welchen von 24 Stimmen 13 gefallen waren, während der Herzog von Baiern 9 Stimmen erlangt und sich die beiden übrigen zersplittert hatten, verworfen, und die Wahl des letzteren als gültig erachtet, Pfeffinger Vitriarius illustr. l. I. t. 14. n. 5, 1, 1053 ff.; Koch p. 403 ff.

[6] In der Regel wird dies eine Stimme sein, es genügt aber schon ein ein Drittel übersteigender Bruchtheil. Haben z. B. von 47 Wahlberechtigten 16 gewählt, die übrigen 31 postulirt, so hat der Gewählte gesiegt, obgleich 16 nur ein Drittel mehr ist, als das Drittel von 47, d. h. $15^2/_3$. Für den Fall, dass mehr als zwei Kandidaten in Frage stehen und der Postulirte nicht einmal die absolute Majorität erhalten hat, gilt nur derjenige als gewählt, welcher diese letztere für sich hat. Denn die Postulation würde unter dieser Voraussetzung nicht einmal als Wahl in Betracht kommen und an den Regeln über die Wahl kann durch eine solche Postulation nichts geändert werden. Wenn demnach von 24 Wählern 11 postuliren, während 9 den A und 4 den B wählen, hat weder eine gültige Postulation noch Wahl stattgehabt. Dabei ist es gleichgültig, wenn mehrere neben einander postulirt werden, weil die Stimmen, welche auf sämmtliche Postulirte gefallen sind, nicht zusammengerechnet werden können. Postuliren bei 24 Wählern 8 den A, 5 den B und wählen die übrigen 11 den C, so ist für die Postulation von A und B zusammen zwar die absolute Majorität erreicht, trotzdem kann C nicht für seine Wahl geltend machen, dass er mehr als ein Drittel der Stimmen erhalten hat, denn seine Gegner haben jeder einzeln nicht einmal die zur Wahl erforderliche Stimmenzahl auf sich vereinigt. Vgl. hierzu Koch p. 413.

Die Konkurrenz der Postulation mit der Wahl wird durch die collatio votorum (s. o. S. 663) konstatirt. Dass die Postulirenden ausserdem noch eine der formellen electio entsprechende formelle postulatio vornehmen müssen, ist nicht erforderlich. Jener Akt ist nur dazu bestimmt, das gewonnene Resultat als Willensmeinung der Wahlberechtigten festzustellen. Wenn dies von einer Seite oder einer Partei geschehen ist, so ist dem Erforderniss genügt. Die Gegenpartei braucht nicht auch ihrerseits das Ergebniss ihrer Abstimmung in formeller Weise zu publiciren, um ihre Rechte zu wahren. Vgl. darüber gegen Neller l. c. p. 748 die Ausführung von Koch p. 413.

[7] c. 30 (Inn. III.) X. de elect. I. 6; Neller p. 748; Koch p. 394.

tenden Formen nothwendig ist[1] oder diese ohne die Beobachtung derselben gültig vorgenommen werden dürfe[2]. Die Vertreter der letzteren Ansicht stützen sich darauf, dass das erstere durch keine ausdrückliche Anordnung geboten sei. Dieser Grund trifft aber deshalb nicht zu, weil die Postulation, wie schon bemerkt, an Stelle der Wahl tritt und daher auch für sie die Vorschriften über das Verfahren bei der electio zur Anwendung gebracht werden müssen[3].

3. Die auf die Wahl eines Unwürdigen gesetzten Strafen treffen auch diejenigen, welche ihre Postulation auf einen nicht postulationsfähigen Kandidaten gerichtet haben[4]. Ist dies seitens aller Wahlfähigen geschehen, so devolvirt das Besetzungsrecht für den vorliegenden Erledigungsfall an den päpstlichen Stuhl, anderenfalls an diejenigen, welche ihres Wahlrechtes nicht verlustig gegangen sind[5].

4. Die Postulation darf nicht aus Gunst gegen den Kandidaten erfolgen, kann vielmehr nur im Hinblick auf das Wohl und den Vortheil des erledigten Bisthums vorgenommen werden[6].

C. Für die Mittheilung der erfolgten Postulation an den Postulirten und die Erklärung desselben über die Annahme laufen dieselben Fristen, wie bei der Wahl[7]. Der Postulirte kann seine Zustimmung nur unter dem Vorbehalte der erforderlichen Dispensation von dem ihm entgegenstehenden Hinderniss ertheilen[8]. Weil er erst durch die letztere zum Erwerbe des Amtes fähig wird, erlangt er mit der Annahme der Postulation noch kein ius ad rem[9]. Demgemäss darf er sowohl seinerseits die Acceptation[10], wie auch andererseits das Wahlkollegium die Postulation zurückziehen[11], so lange die letztere nicht der päpstlichen Kurie unterbreitet worden ist[12].

D. Das Gesuch um Zulassung, *admissio*, des Postulirten hat nicht der letztere, sondern das Kapitel an den päpstlichen Stuhl zu richten[13]. In demselben müssen die Gründe für die Postulation und die Mängel, von denen Dispensation erbeten wird, angegeben sein[14].

E. Die Gewährung der Zulassung, welcher gleichfalls die Anstellung des Informativprocesses vorausgeht, steht im Ermessen des Papstes, ist also eine Gnadensache[15]. Vor derselben darf der Postulirte die bischöfliche Jurisdiktion nicht aus-

[1] Innoc. IV. ad c. 30. X. I. 6. n. 1; Schmalzgrueber I. 5. n. 17; Schmier l. c. c. 2. n. 113.

[2] Hostiensis summa aurea rubr. de postul. n. 10; Passerini l. c. c. 24. n. 8; Fagnan. ad c. 58. X. I. 6. n. 50; Leuren. l. c. P. II. qu. 205. n. 1; Reiffenstuel I. 5. n. 59.

[3] Um so mehr, als die Postulation die Ausnahme bildet und der Wahl gegenüber durch die besondere Regel über das nothwendige Stimmverhältniss erschwert ist. Bei der jetzt üblichen Zettel-Abstimmung wird übrigens die Form der Wahl schon deshalb beobachtet werden müssen, weil es vorher ungewiss bleibt, ob es zu einer Wahl oder Postulation kommt.

[4] c. 1 (Inn. III.) X. de post. I. 5; c. 40 u. f. (id.) X. de elect. I. 6. Auch die übrigen S. 667 erwähnten Strafen treten ein, Neller l. c. p. 743, s. ferner c. un. cit. in Extr. comm. I. 2.

[5] S. o. S. 667. Die abermalige Postulation des schon einmal Postulirten wird, wenn derselbe wegen eines vitium personae nicht zugelassen ist, gleichfalls mit Verlust des Wahlrechts bestraft, c. 2 (Inn. III.) X. de post. I. 5.

[6] c. 3 (Inn. III.) X. eod.

[7] c. 6. 16. in VI[to] de elect. I. 6; s. o. S. 669.

[8] c. 16 cit. s. v. denique; Passerini l. c. c. 24. n. 13 ff.

[9] c. 5 (Inn. III.) X. de post. I. 5.

[10] Weil diese nur eine provisorische ohne Rechtswirkungen ist.

[11] c. 4 (Inn. III.) X. eod.; Passerini l. c. n. 16 ff.

[12] Später nur mit Zustimmung des Papstes, weil ihm die Entscheidung der an ihn gebrachten Angelegenheit nicht mehr entzogen werden kann, c. 4 X cit.

[13] c. 16 in VI[to] I. 6. cit.

[14] Arg. c. 20 (Inn. III.) X. de elect. I. 6; c. 1. 2 (Bonif. VIII.) in VI[to] de fil. presb. I. 11; Passerini l. c. n. 23.

[15] c. 3. 5. X. de post. I. 5 u. c. 16 i. f. in VI[to] I. 6, s. auch Neller l. c. p. 754. 757; Lippert a. a. O. S. 71 ff.

üben[1]. Wird die Postulation verworfen, so geht das Besetzungsrecht für den betreffenden Fall auf den Papst über[2].

Die gemeinrechtlichen Grundsätze über die Postulation kommen auch in den deutschen Diöcesen mit Ausnahme der altpreussischen zur Anwendung. Für die letzteren ist der Unterschied zwischen Wahl und Postulation ausdrücklich beseitigt worden[3]. Dadurch sind alle postulationsfähigen Kandidaten, gewissermassen kraft eines allgemeinen breve eligibilitatis für wahlfähig erklärt und sämmtliche Eigenthümlichkeiten der Postulation aufgehoben[4].

III. Rechte der Staatsregierungen bei der Besetzung der Bisthümer durch Wahl oder durch Postulation*. In den mehrfach angeführten Circumscriptionsbullen für Hannover[5] und für die oberrheinische Kirchenprovinz[6] ist, und zwar in der ersteren der Regierung, in der letzteren dem Landesherrn, das Recht gewährt, einen minder genehmen Kandidaten (*candidatus*

[1] Auch selbst wenn in voller Eintracht postulirt worden ist, c. 23 (Inn. III.) X. de elect. I. 6; c. 4 (id.) X. de transl. I. 7. Die zu Zeiten des deutschen Reiches von den Kapiteln vorgenommenen Postulationen sind fast niemals verworfen worden, und daher haben die postulirten Bischöfe mehrfach ebenso wie die Gewählten, vor ihrer Zulassung die Verwaltung übernommen, Beispiele bei Pfeffinger l. c. 1, 1055.

Nach der Admission bezeichnet sich der Postulirte als: episcopus postulatus.

Die Frage, ob der Papst eine blos mit absoluter Mehrheit erfolgte Postulation zulassen dürfe, wird von Neller l. c. p. 751 bejaht, weil die durch päpstliches Gesetz festgesetzte Zweidrittels-Majorität auch durch päpstliche Dispensation beseitigt werden könne und die Hebung des kanonischen Hindernisses bei der Postulation das maius im Vergleich zu einer solchen sei. Indessen ist dies nur insoweit richtig, als der Papst den neben dem Postulirten konkurrirenden Gewählten nicht zu bestätigen braucht (s. o. S. 680) oder befugt ist, das bestehende Recht abzuändern und dadurch die Wahlbefugniss des Kapitels zu beseitigen.

[2] c. 23 (Inn. III.) X. de elect. I. 6; c. 18 (Bonif. VIII.) in VIto eod. I. 6; jedoch nur in denjenigen Fällen, wo diese Folge auch bei Verwerfung einer Wahl eintritt, o. S. 667. 674; A. M. Schulte K. R. 2,233. Besondere Vorschriften sind nicht vorhanden und daher müssen auch hier die Regeln in Betreff der Wahl entscheiden.

Die hannoverschen und oberrheinischen Kapitel werden ebenso wie nach reprobirter Wahl auch nach verworfener Postulation, s. o. S. 675, die Vornahme einer Neuwahl beanspruchen können, denn die Circumscriptionsbullen schliessen die Devolution an den Papst bei der electio aus (s. o. S. 674), und dieses Wort begreift in ihnen zugleich die Postulation mit, s. auch Lippert a. a. O. S. 83.

[3] S. o. S. 658. n. 1. Lippert S. 82 fasst die betreffende Stelle der Bulle de salute animarum dahin auf, dass sie die Postulation überhaupt für unzulässig erklärt. Dies verstösst aber gegen den Wortlaut der Bestimmung, welche den Kapiteln das Wahlrecht unter Aufhebung des Unterschiedes zwischen Wahl und Postulation gewährt, und damit nur die Verschiedenheiten der Postulation beseitigt. So auch Eichhorn K. R. 2, 700; Richter-Dove §. 184. n. 30; Schulte 2, 230. n. 7; de Boenninghausen tract. de irregularit. 3, 124. n. 17. Die Praxis steht mit dieser Auffassung in Einklang, denn wiederholt sind Weihbischöfe in den preussischen Diöcesen gewählt und nicht postulirt worden.

[4] Also die Nothwendigkeit der Zweidrittel-Majorität; der Mangel des ius ad rem und das Erforderniss der admissio, an deren Stelle vielmehr die confirmatio tritt.

* Vgl. hierzu die aus Anlass der Streitigkeiten über die letzte Kölner und Freiburger Erzbischofswahl (1864 u. 1868) entstandene Literatur: O. Mejer, d. Veto deutsch. Staatsregiergen geg. kath. Bischofswahlen. Rostock 1866; Le gouvernement Badois et le chapitre de Fribourg. Liège 1868, deutsch Mainz 1868; v. Ketteler, d. Recht d. Domcapitel u. d. Veto d. Regierungen b. d. Bischofswahlen i. Preussen u. d. oberrh. Kirchenprovinz. Mainz 1868; E. Herrmann, d. staatl. Veto b. Bischofswahlen i. d. oberrh. Kirchenprovinz. Heidelberg 1869; H. Brück, d. Erzbischofswahl i. Freiburg u. d. bad. Regierg. Mainz 1869; O. v. Waenker, d. Recht in Bezug auf d. Bischofswahlen d. oberrh. Kirchenprovinz. Freiburg 1869; d. Erzbischofswahl zu Freiburg v. e. prakt. Juristen. Mainz 1869 (abgedruckt aus d. Arch. f. k. K. R. 21, 177); d. Verhdlgen d. Regiergen d. oberrh. Kirchenprovinz m. d. h. Stuhle üb. d. Bischofswahlen. Mainz 1869; J. Hirschel, d. R. d. Regiergen bez. der Bischofswahlen i. Preussen u. d. oberrh. Kirchenprovinz. Mainz 1870; Rosner Arch. f. k. K. R. 30, 425; d. Abhdlg ebendaselbst 20, 265 ff., die o. S. 658. n. 9 u. 10 citirten Schriften von Schulte u. Friedberg; F. v. Sybel, d. R. d. Staates b. Bischofswahlen i. Preussen, Hannover u. d. oberrh. Kirchenprovinz. Bonn 1873; vor allem Friedberg, d. Staat u. d. Bischofswahlen i. Deutschld m. Aktenstücken. Leipzig 1874. Dagegen Rosner Arch. f. k. K. R. 33, 92. 272; 34, 90; 35, 67. 393.

[5] O. S. 658. n. 1.

[6] S. 658. n. 2. Ueber das dazu ergangene Breve Leos XII. v. 1827 s. u. S. 683. n. 7.



minus gratus) von der Bischofswahl auszuschliessen. Die Bulle: De salute animarum für die altpreussischen Bisthümer gedenkt eines solchen Rechtes nicht, jedoch ist dasselbe dem König durch eine besondere päpstliche Anweisung an die preussischen Domkapitel, keine derartige Persönlichkeit zu wählen, durch das Breve Pius' VII. *Quod de fidelium* v. 16. Juli 1821 [1], ebenfalls eingeräumt worden.

Für die Geltendmachung dieses Rechtes ist in Hannover und der oberrheinischen Kirchenprovinz der s. g. irische Wahlmodus [2] eingeführt, d. h. es wird der Regierung oder dem Landesherrn eine vom Domkapitel angefertigte Liste der in Aussicht genommenen Kandidaten vorgelegt, und nachdem die minder genehmen auf derselben gestrichen sind, hat das Kapitel aus den übrigen zu wählen.

Die Beschlussfassung des Kapitels über die Aufstellung dieser Liste ist keine Wahl i. eig. S. Deshalb kommen dafür, z. B. in Betreff der Einladung der Mitglieder, Abstimmung u. s. w., nicht die besonderen Bestimmungen über die Bischofswahlen, sondern die allgemeinen Vorschriften über die Abfassung gültiger Kapitelsbeschlüsse [3] zur Anwendung. Die Einreichung der Liste an die Regierung hat innerhalb eines Monats, vom Tage der Vakanz angerechnet, zu erfolgen, jedoch geht das Recht zu späterer Einreichung bei Nichtbeobachtung der Frist keineswegs verloren [4].

Von den auf die Liste gesetzten Kandidaten kann der Landesherr [5] die nicht genehmen verwerfen oder streichen, doch muss er nach dem Wortlaut der Bullen noch eine zur Vornahme der Wahl genügende Anzahl, d. h. zwei Kandidaten [6] stehen lassen. Die aus Anlass der Freiburger Erzbischofswahl streitig gewordene Frage, ob es in der oberrheinischen Kirchenprovinz trotzdem nicht dem Landesherrn gestattet sei, alle Kandidaten bis auf einen oder sämmtliche zu streichen und eine Ergänzung oder Erneuerung der Liste zu verlangen, ist zu bejahen [7]. Hinsichtlich

[1] S. unten S. 686.

[2] So genannt, weil derselbe i. J. 1806 bei der beabsichtigten Wiederherstellung der irischen Domcapitel zuerst vorgeschlagen ist, Mejer Propaganda 2, 17 ff.; desselb. Veto S. 8; Schulte Rechtsfrage S. 15; Friedberg Staat u. Bischofswahlen S. 53; vgl. namentlich das Reskript des Kardinals Litta v. 1815, a. a. O. u. Schulte S. 15. Uebrigens hat dieser Modus in England keine Geltung erlangt.

[3] Darüber o. S. 128. Wegen der Theilnahme des allein in Limburg vorkommenden Ehrendomherrn gilt das hinsichtlich der Honorar-Kanoniker in den altpreussischen Kapiteln S. 685 Bemerkte.

[4] Da diese Folge in den Bullen nicht vorgeschrieben ist. Von einer Devolution des Rechtes zur Aufstellung der Liste an den Papst, — eine solche nimmt Friedberg Staat etc. S. 406. 410 an — kann um so weniger die Rede sein, als das Devolutionsrecht auch sonst nach den fraglichen Bullen ausgeschlossen ist, o. S. 674. Die Fristbestimmung erscheint vielmehr lediglich als Ordnungsvorschrift, deren Verletzung für die schuldigen Kapitels-Mitglieder höchstens arbiträre Disciplinarstrafen nach sich ziehen könnte, s. auch Rosner a. a. O. 35, 407.

[5] Die hannoversche Bulle spricht zwar allein von der Regierung, indessen ist das Recht von jeher ebenfalls durch den König selbst ausgeübt worden.

[6] S. o. S. 658. n. 10. Die daselbst erwähnte Ansicht der Kurie lässt sich ebensowenig wie auf das gemeine Recht auf die dem Erlass der Bulle vorhergegangenen Verhandlungen und das Wesen des irischen Wahlmodus stützen. In den ersteren ist von der Zahl 3 nicht die Rede gewesen, und die Bemerkung des preussischen Gesandten Niebuhr in einer 1820 an seine Regierung gerichteten Note, dass das Uebrigbleiben von 3 Kandidaten dem erwähnten Modus entsprechend sei, beweist selbstverständlich nichts, Mejer Veto S. 31. 34. 50; Schulte S. 16. 25. 75; Friedberg Veto S. 37 ff. u. Staat etc. S. 395 ff.

[7] Verneint wird sie in den von ultramontaner Seite ausgegangenen Schriften, namentlich von Ketteler, Brück. Diese haben jedoch durch die angeführten Schriften von Herrmann, Schulte und Friedberg ihre Widerlegung gefunden und die dagegen gerichteten Ausführungen von Waenker, Hirschel und Rosner — über die Schrift von Hirschel vgl. auch die Recension Schultes i. Reusch, theolog. Literaturbl. 1870. S. 581 ff. — sind nicht geeignet, das gedachte Resultat zu erschüttern.

Den Kernpunkt des Streites bildet das Verhältniss der Bulle Ad dominici und des dazu erlassenen Breves Leos XII.: Re sacra v. 28. Mai 1827, u. A. bei Herrmann S. 72, Friedberg Staat, Aktenst. S. 244, (in der Ausfertigung für Rottenburg v. 22. März 1828 im Arch. f. k. K. R. 2, 279), das an der entscheidenden Stelle lautet: „Cum porro ex Ivonis Carnotensis monitu

der hannoverschen Bisthümer steht der Regierung oder dem Landesherrn ein solches Recht nicht zu[1]**, vielmehr nur die Befugniss, alle auf der Liste stehenden**

florere inspiciatur et fructificare ecclesia, quando regnum et sacerdotium inter se conveniunt, vestrarum erit partium eos adciscere quos ante solemnem electionis actum noveritis praeter qualitates caeteras ecclesiastico iure praefinitas, prudentiae insuper laude commendari nec serenissimo principi minus gratos esse". Die ultramontanen Schriftsteller vertreten die Ansicht, dass das Breve den Regierungen keine Rechte über die Bewilligungen der Bulle hinaus einräume und nur eine Ermahnung an die Kapitel enthalte, keine persona minus grata zu wählen. Eine solche Auffassung ist aber mit der Entstehungsgeschichte des Breves unvereinbar; vgl. darüber Herrmann S. 24. 49. Die Regierungen hielten ihre Interessen durch die Vorschrift der Bulle nicht genügend gesichert, weil, wie ausdrücklich in ihrer Note vom 4/7. September 1826 hervorgehoben wird, diese die Möglichkeit nicht ausschliesse, dass personae minus gratae auf die Bischofsstühle gelangen könnten, und verlangten deshalb nach dem Vorbild des für Preussen ergangenen Breves (s. S. 683) den Erlass eines solchen an die Kapitel, wonach diese sich hätten „à s'entendre avec les gouvernements respectifs avant l'élection aux sièges episcopaux . . . afin que le choix ne tombe que sur des personnes qui aient l'agrément des gouvernements", Herrmann S. 58; Friedberg Aktenst. S. 151. Diese Forderung ist von der Kurie zugestanden worden, indem sie allerdings, wie schon früher, darauf hinwies, dass Kandidaten, welche die in der Bulle vorgeschriebenen Eigenschaften besässen, auch stets dem Landesherrn nicht minder genehm sein würden, Herrmann S. 63 ff.; Friedberg, Staat etc. S. 176: Das Breve ist demnach ein integrirender Bestandtheil der mit den Regierungen vereinbarten Organisationseinrichtungen der oberrheinischen Kirchenprovinz, und hat die Bedeutung, die Vorschriften der Bulle in dem Sinne zu erläutern, dass die Wahl einer persona minus grata überhaupt ausgeschlossen sein solle, während eine solche Interpretation der Bulle gegenüber nicht unanfechtbar war, ja der Wortlaut derselben ihr sogar entgegenstand. „Das Listenverfahren der Bulle ist der Modus, wie die Abwesenheit eines minus gratus konstatirt wird", Schulte S. 76, und „das Breve selbst tritt als Princip auf, welches das ganze Verhalten des Kapitels zu regeln hat", Friedberg, Veto S. 58; dessen Staat etc. S. 416. Die Regierungen brauchen daher eine Verletzung des ihnen in dem Breve eingeräumten Rechtes nicht zu dulden und sind befugt, eine Liste, welche nur die Wahl einer persona minus grata offen lässt, dem Kapitel zur Ergänzung oder Erneuerung zurückzugeben, umsomehr, als die Bulle, welche keineswegs blos eine einzige Liste vorschreibt, die Möglichkeit der Anfertigung einer neuen nicht ausschliesst, vgl. auch Herrmann S. 80; Friedberg Staat S. 414; derselben Ansicht Dove in Richter K. R. 7. Aufl. S. 531. Von ultramontaner Seite wird diesen Ausführungen entgegengehalten, dass damit den Regierungen ein direkter Einfluss auf die Wahlen eingeräumt werde, obwohl ein solcher gerade hätte vermieden werden sollen, und dass den letzteren nur das Recht zustehen könne, bei etwaiger Wahl einer missfälligen Person seitens des Kapitels den Papst im Beschwerdewege um Verweigerung der Bestätigung anzugehen (so auch Vering K. R. S. 539). Die erstere Behauptung ist haltlos, weil dem Kapitel, nach Feststellung der genehmen Kandidaten durch vorgängige Verhandlungen mit den Regierungen, mindestens die Auswahl unter zweien bleiben muss. Die Verweisung auf eine Beschwerde an den päpstlichen Stuhl widerspricht der Absicht, von welcher die Regierungen bei der Extrahirung des Breves geleitet worden sind, und eine solche würde praktisch auch erfolglos sein, da der Papst wegen des dem Gewählten zustehenden ius ad rem nach kanonischem Recht für die Regel die Konfirmation nicht verweigern kann, namentlich nicht aus dem Grunde, weil der Kandidat principi minus gratus ist, wie dies die Kurie übrigens ausdrücklich bei Ablehnung eines von Preussen geforderten Vetos gegen die vollzogenen Bischofswahlen erklärt hat, Schulte S. 31. n. 32.

Es ändert endlich an diesem Resultat nichts, ob man, wie Schulte, Herrmann, Friedberg und Dove davon ausgeht, dass die Konkordate und die mit der Kurie wegen der Circumscriptionsbullen getroffenen Vereinbarungen rechtsverbindliche Verträge zwischen dieser und dem Staate sind, oder ihre Rechtsverbindlichkeit bestreitet. Vorläufig haben die Regierungen, was ihnen freisteht, die Vereinbarungen noch als massgebend anerkannt, auch haben die Bullen ihre landesgesetzliche Geltung allein durch die publicirten Zustimmungen der Regierungen erhalten. Eine einseitige Interpretation derselben durch die Kurie, wie sie mehrfach zur Beschränkung der staatlichen Rechte im Verlaufe des Streites versucht worden ist, Friedberg Veto S. 49, brauchen sich die Regierungen daher nicht gefallen zu lassen. Die Breven für Preussen und die oberrheinische Kirchenprovinz sind allerdings nicht publicirt worden, aber ihr Erlass ist die Bedingung für die Anerkennung der vom Papst geschaffenen Organisation gewesen, und demnach haben die Bullen nur in der durch dieselben festgestellten Bedeutung landesgesetzliche Kraft erlangt, welche ihnen durch einseitigen Widerruf des Papstes nicht entzogen werden kann, und zwar jetzt umsoweniger, als die Regierungen kraft des Rechtes, ihrerseits allein gesetzliche Vorschriften über die Ausübung ihres Kirchenhoheitsrechtes bei den Bischofswahlen zu treffen, dem durch die Breven gewährten Exklusionsrecht in ihren neueren Gesetzen, badisch. v. 9. Oktober 1860. §. 8; würtemb. v. 30. Januar 1862. Art. 5; preuss. v. 11. Mai 1873. §. 29; hessisch. v. 23. April 1875, betr. d. Vorbildung d. Geistlichen. Art. 6, eine staatsrechtlich unanfechtbare Grundlage gegeben haben, vgl. Thudichum, deutsches Kirchenrecht 1, 274. 424.

[1] Hannover hat ein besonderes Breve neben der Bulle Impensa nicht erhalten. Ueber die Ver-



Kandidaten bis auf zwei auszuschliessen, sofern nicht etwa das Kapitel absichtlich blos personae minus gratae oder blos eine nicht missfällige [1] oder überhaupt so wenig Kandidaten auf die Liste gesetzt hat, dass die Ausübung der staatlichen Exklusive unmöglich wird [2].

In Betreff der altpreussischen Bisthümer haben sich die Wähler ebenfalls vor der Wahl darüber Gewissheit zu verschaffen, dass die für diese letztere in Aussicht zu nehmenden Persönlichkeiten dem Könige nicht missfällig sind [3].

Ueber die Berathung des Kapitels zur vorläufigen Auswahl der Kandidaten gilt das o. S. 683 Bemerkte, nur müssen dazu die Ehrendomherrn, welche in dem altpreussischen Kapitel wahlberechtigt sind [4], zugezogen werden [5]. Ein bestimmter Modus der Verständigung mit dem Landesherrn behufs Feststellung der genehmen und nicht genehmen Kandidaten ist nicht vorgeschrieben [6]. Seit 1841 ist allerdings die Ein-

handlungen in Betreff der letzteren vgl. Mejer, Veto S. 11; Herrmann S. 15; Friedberg Veto S. 36 und Staat etc. S. 63 ff.; auch Mejer, zur Gesch. d. röm. deutsch. Frage. Rostock 1874. S. 62 ff.

[1] Die Vorschrift der Bulle hat den Zweck, die Regierung gegen die Aufdrängung missfälliger Personen zu schützen, daher darf das Kapitel sein Recht nicht absichtlich in einer Weise ausüben, welches die Exklusive der Regierung von vornherein vereitelt. Diese Auffassung steht vollkommen in Einklang mit der für den Abschluss der Verhandlungen entscheidenden Note Consalvi's v. 27. Mai 1820, in welcher hervorgehoben war, dass in Folge der zu erforderlichen Qualifikation der Kandidaten andere als schon bei einer früheren Anstellung für personae regi gratae erachtete Geistliche überhaupt nicht auf die Listen kommen würden, Mejer Veto S. 21; Friedberg Staat etc. S. 86.

[2] Ueber die Minimalzahl ist nichts festgesetzt, nur war in der in der vor. Note gedachten Mittheilung von Consalvi bemerkt, dass jedenfalls mehr als ein Kandidat auf der Liste bleiben müsse, Friedberg Staat etc. S. 86. Wenn die Regierung mindestens zwei als numerus sufficiens stehen lassen muss, so wird sie auch andererseits befugt sein, ihrerseits zwei zu streichen, und eine Liste mit wenigstens 4 Kandidaten zu verlangen, denn bei dreien ist die Ausübung der Exklusive so gut wie illusorisch, Friedberg Veto S. 44 u. Staat etc. S. 403.

[3] Das Nähere s. unten.

[4] O. S. 659. n. 1.

[5] So auch d. Minist. Reskr. v. 9. April 1842 bei v. Sybel a. a. O. S. 27 u. Friedberg Staat S. 242. Das Schreiben des Kardinals Lambruschini an das Trierer Kapitel v. 1837, Schulte S. 63; Friedberg, Staat, Aktenst. S. 162: „Cum ergo tractatus istiusmodi in bonum electionis tendant atque eo potissimum spectent, ut perpensis eligendorum meritis ius suffragii rite exerceatur, minime dubitari posse videtur, quin canonicis honorariis instante saltem electionis actu ea debeant patefieri, de quibus praecedenter a capitulo in rem fuerit consultatum" beschränkt dagegen die Rechte der Ehrendomherrn unzulässiger Weise. Wenn ihnen von den eigentlichen Domherrn blos eine Mittheilung über das Resultat der Vorberathung in Betreff der dem König zu bezeichnenden Kandidaten zu machen ist, so wird ihnen die in ihrem Wahlrecht liegende Befugniss, auf die Feststellung der überhaupt zur Wahl gelangenden Kandidaten einen Einfluss zu üben, geschmälert, da sie namentlich durch ihre Stimmen die Berücksichtigung von Kandidaten, welche sonst nicht in Betracht gezogen werden würden, herbeiführen können. Das Breve: Quod de fidelium (s. folgende Note) ist freilich nur an die Kapitel gerichtet, aber in Bezug auf die Bischofswahl sind die Ehrendomherrn vollberechtigte Mitglieder derselben.

[6] Die Bulle: De salute animarum gewährt das Wahlrecht den Kapiteln von Köln, Trier, Breslau, Paderborn und Münster, und hält hinsichtlich der Kapitel von Ermland, Culm und Gnesen-Posen den bisherigen Modus aufrecht. In Ermland, wurde schon früher vom Kapitel gewählt, jedoch war diese Wahl ebenso wie in Breslau eine Scheinwahl, da der Landesherr dem Kapitel den zu wählenden Bischof bezeichnete, Mejer Veto S. 37; Laspeyres Gesch. d. kath. Kirchenverfassg Preussens 1, 369; in Culm und Gnesen übte der Landesherr die Nomination, was vom päpstlichen Stuhle deshalb unbeanstandet zugelassen wurde, weil das Kapitel den Nominirten durch einen feierlichen, als Wahl bezeichneten Akt annahm und der Papst die Ernennung ohne Erwähnung dieser s. g. Wahl oder der Nomination vollzog, Mejer a. a. O.; Friedberg Veto S. 1. 5; Eichhorn, Ausführg d. Bulle De salute animarum. S. 78. 106; Friedberg Staat S. 44 ff. Diese Verschiedenheit ist aber durch eine Vereinbarung zwischen der Regierung und der Kurie v. 1841 beseitigt und für die gedachten 3 Bisthümer der hinsichtlich der übrigen geltende Besetzungsmodus eingeführt worden, Friedberg Veto S. 15. 76, Staat S. 61.

Bei der Negoziirung der Bulle De salute hatte die preussische Regierung eingehende Verhandlungen behufs Erlangung eines staatlichen Einflusses auf die Besetzung der Bischofsstühle mit der Kurie geführt, Friedberg Veto S. 1 ff. Schliesslich einigte man sich i. J. 1820 dahin, dass in der Circumscriptionsbulle selbst nur der Wahlen durch die Kapitel gedacht werden, der Papst aber diese durch ein besonderes Breve anweisen sollte, sich vor der formellen Wahl zu

reichung einer Kandidatenliste üblich geworden, jedoch beruht die Zulassung dieses Modus lediglich auf der Konnivenz der Staatsregierung [1]. Es kann daher nicht dem geringsten Zweifel unterworfen sein, dass der König sämmtliche auf die Liste gesetzte Kandidaten verwerfen und die Einreichung einer solchen sogar wiederholt beanspruchen darf [2]. Andererseits ist das Kapitel ebensowenig an das Listenverfahren gebunden, und kann daher auch noch über andere als die bereits bezeichneten Kandidaten den Landesherrn um seine Aeusserung ersuchen [3].

Eine unter Verletzung des vorstehend erörterten staatlichen Ausschliessungsrechtes erfolgte Bischofswahl ist von staatlichem Standpunkt aus nichtig. In Folge dessen kann die Regierung dem Gewählten die staatliche Anerkennung und die von dieser abhängigen staatlichen Rechte und Privilegien versagen [4], seinen Amtshandlungen jede Rechtswirksamkeit absprechen [5], und nöthigenfalls auch die Ausübung der bischöflichen Rechte und Funktionen durch Zwangsmassregeln verhindern [6]. In Preussen ist eine solche schlechthin, in Baden und Hessen dagegen nur die öffentliche Ausübung der bischöflichen Funktionen mit Kriminal- (Geld- oder Gefängniss-) Strafe bedroht [7].

Was die sonstige Betheiligung der Regierungen bei der Besetzung der bischöflichen Stühle betrifft, so ist es in ganz Preussen

vergewissern, dass die Kandidaten dem Könige nicht missfällig seien, Friedberg Veto S. 8 ff. u. Staat S. 57 ff. Demgemäss ist das Breve Quod de fidelium als integrirender Theil der Bulle De salute unter gleichem Datum, wie diese erlassen, Friedberg Veto S. 12 und in besonderen Ausfertigungen den einzelnen Kapiteln durch die Regierung mitgetheilt, Friedberg Veto S. 13. 14. n. 13 u. Staat S. 58 ff., aber nicht mit der Bulle in der Gesetzsammlung publicirt worden.

[1] Friedberg Staat S. 237 ff. Unter der Regierung Friedrich Wilhelms III. ist die Verständigung auf mündlichem Wege mit einem Kommissar der Regierung erfolgt, Friedberg Veto S. 26, und bis 1837 sind stets die von der letzteren bezeichneten Kandidaten gewählt worden, Friedberg Staat S. 220 ff. In neuerer Zeit hat der staatliche Wahlkommissar die etwa nöthig gewordenen Verhandlungen mit den Kapiteln geführt (s. unten).

[2] Denn die preussische Regierung hat ausdrücklich die Einführung des irischen Wahlmodus, zu dessen Wesen die Liste gehört, abgelehnt, Friedberg Veto S. 8 und Staat S. 54. Daher heisst es auch in dem Breve Quod de fidelium nur: „vestrarum partium erit eos adsciscere quos praeter qualitates caeteras ecclesiastico iure praefinitas prudentiae insuper laude commendari nec serenissimo regi minus gratos esse noveritis de quibus antequam solemnem electionis actum ex canonum regulis rite celebretis, ut vobis constet, curabitis". Wenn das aus Anlass der Kölner Vakanz ergangene Schreiben des Wiener Nuntius v. 26. September 1865, Friedberg Staat S. 261, im Auftrage des Papstes verlangt hat, dass die preussische Regierung mindestens 3 Kandidaten auf der Liste stehen lassen müsse, so war dies eine doppelt ungerechtfertigte Forderung.

[3] Schulte S. 55 ff.; Friedberg Veto S. 17 ff. u. Staat S. 368 ff.; Dove in Richter K. R. S. 530. Unter allen Umständen ist aber die Einholung einer Aeusserung des Königs erforderlich. Das Breve soll die Bestellung missliebiger Bischöfe verhindern und über die Missliebigkeit kann im gegebenen Falle nur der König allein nach seinem Ermessen entscheiden, nicht aber das Kapitel auf Grund anderer von ihm berücksichtigten Umstände. Auch das Wort constet im Breve zeigt, dass es sich um objektive, nicht blos subjektive Gewissheit handelt, Schulte S. 56. 57; Friedberg Veto S. 24. Früheren Auslegungen in dem zuletzt gedachten Sinne ist übrigens die preussische Regierung stets entgegengetreten, Friedberg a. a. O. S. 25. n. 29 und die Kölner Differenz ist unter ihrer Zustimmung durch päpstliche Ernennung einer von ihr als nicht missfällig bezeichneten Person erledigt worden, Friedberg Staat S. 251 ff. Ueber einen ebenfalls ungerechtfertigten Versuch der Kurie, die Ablehnungsgründe ihrer Kognition zu unterwerfen, a. a. O. S. 258.

[4] Also das aus Staatsfonds zu zahlende Gehalt einbehalten.

[5] Z. B. den von ihm verfügten Pfarr-Errichtungen und Veränderungen, den Ernennungen zu Kirchenämtern, den Genehmigungen von Veräusserungen der Kirchengüter.

[6] Sie kann ihm daher das bischöfliche Palais und die Kathedrale verschliessen lassen.

[7] In Preussen trifft einen solchen Bischof, wenn er amtirt, die Strafe des §. 23 des Ges. v. 11. Mai 1873 (nicht die des §. 4 des Gesetzes vom 20. Mai 1874), vgl. meinen Kommentar zu d. preuss. Kirchengesetzen d. J. 1874 u. 1875. S. 51; badisches Gesetz v. 9. Oktob. 1860. §§. 8. 9 und v. 19. Februar 1874 Art. 3. §. 16a; hessisches Ges. betr. d. Vorbildg d. Geistlichen v. 23. April 1875. Art. 7. (Dove Ztschr. f. K. R. 1, 158; 12, 256; 13, 221).

ohne Unterschied der Bisthümer üblich, dass für die bevorstehende Wahl vom König[1] ein Wahlkommissar[2] ernannt wird. An ihn hat sich das Kapitel mit seinen Anfragen, ob die in Aussicht genommenen Kandidaten nicht personae minus gratae sind, zu wenden. Er lässt demselben die nöthigen Informationen auf Grund der vom Kultusminister eingeholten königlichen Entscheidung zugehen. Ferner hat er bei der eigentlichen Wahl die staatlichen Gerechtsame in der Weise wahrzunehmen, dass er zu dem mit ihm zu vereinbarenden Wahltermin erscheint[3], dem Kapitel die etwa noch erforderlichen Eröffnungen wegen der Personen der Kandidaten macht und demnächst, wenn die Wahl selbst, welcher er nicht anwohnt[4], vollendet ist, Namens des Königs die Erklärung über die Beanstandung oder Nichtbeanstandung derselben abgiebt[5]. Eine materielle Einwirkung auf die Wahl übt er nicht aus, seine Anwesenheit gewährt aber den Vortheil, dass wenn er keinen Einspruch zu erheben hat, das Kapitel sofort zur feierlichen Verkündigung des Wahlresultates in der Kirche schreiten kann[6].

Die Ertheilung der Konfirmation ist bisher zwar auf diplomatischem Wege vermittelt worden[7], indessen hat die Kurie trotzdem die Konfirmationsbulle nicht an die Gesandtschaft in Rom, sondern direkt an den Gewählten übersandt und der ersteren nur Nachricht davon gegeben.

Wenn der Gewählte die päpstliche Bestätigung erlangt hat, so extrahirt der Kultusminister die landesherrliche Anerkennungsurkunde[8] für ihn, jedoch wird dieselbe dem Bischof erst nach Ableistung des Treueides[9] ausgehändigt.

Die Fundationsinstrumente für die Bisthümer der oberrheinischen Kirchenprovinz[10] behalten dem Landesherrn gleichfalls die Abordnung eines Kommissars zur Wahl vor, und es soll ohne dessen Zustimmung weder die Verkündigung der Wahl noch irgend ein Schritt zur Vollziehung derselben geschehen[11]. Jetzt ist aber eine solche Absendung in Betreff der ausserpreussischen Bisthümer nicht mehr üblich[12]. Dagegen ist die Vorschrift noch in Geltung, dass der Gewählte vor der Konsekration den Unterthaneneid zu leisten und erst dadurch das Recht zur Ausübung des Bischofsamtes erlangt[13].

[1] Auf Vorschlag des Kultusministers.

[2] Als solche haben bisher die Ober-Präsidenten oder auch hochgestellte Katholiken, mitunter der Direktor der jetzt aufgehobenen katholischen Abtheilung des Kultusministeriums fungirt.

[3] Dabei überreicht er das vom König vollzogene Beglaubigungs- und Ermächtigungsschreiben, während er für die Vorverhandlungen mit dem Kapitel durch ein Notifikatorium des Kultusministeriums legitimirt wird.

[4] A. L. R. II. 11. §§. 982. 1052, wonach der landesherrliche Wahlkommissar die Wahl zu leiten hat, sind durch die Bulle De salute aufgehoben.

[5] Darüber wird von ihm ein Protokoll in deutscher Sprache aufgenommen. Die Uebermittelung des Wahlprotokolles an die Kurie geschieht durch das Kapitel selbst. Der Wahlkommissar erhält aber beglaubigte Abschrift desselben, damit durch den Minister über das definitive Ergebniss an den König berichtet werden kann.

[6] Da der Wahlkommissar nur geeigneten Falls die Erklärung abzugeben hatte, dass seitens des Königs kein Einspruch gegen die Wahl erhoben werde und früher meistens vorher eine Verständigung über die Kandidaten erzielt war, so ist die sofortige feierliche Verbindung die Regel gewesen.

[7] Jetzt hält weder Preussen noch das deutsche Reich eine Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle, und es wird daher, so lange es dabei bleibt, das Kapitel allein die Konfirmation nachzusuchen haben.

[8] Eine solche bei Friedberg Staat, Aktenst. S. 232.

[9] Die frühere Fassung bei Friedberg a. a. O. S. 229, eine neue ist durch die V. v. 6. Dezember 1873 preuss. G. S. S. 479, Dove Ztschr. f. K. R. 12, 239 festgesetzt. Das Nähere s. unten.

[10] §§. 1. 3. 4, s. o. S. 506. n. 1 u. S. 511. n. 9.

[11] Ueber die Anwesenheit dieser Kommissarien bei den Wahlen Friedberg Staat S. 287. 290. 294. 296. 300.

[12] In Betreff Freiburgs s. Maas im Arch. f. k. K. R. 7, 50, Rottenburgs Hauber i. Dove Ztschr. f. K. R. 2, 382. Er und Golther Staat u. Kirche in Würtemberg. Stuttgart 1874. S. 299 halten gegenüber dem Art. 4 des Gesetzes v. 1862 die Absendung eines Kommissars für unstatthaft, vgl. aber dagegen Friedberg Staat S. 422,

[13] S. die Note 10 citirten Fundationsinstrumente,

In Oesterreich steht dem Kaiser ebenfalls hinsichtlich der beiden durch Wahl zu besetzenden Bisthümer (o. S. 658) die Exklusive nicht genehmer Kandidaten zu, und ein eigens zur Wahl abgesendeter Kommissar bezeichnet den Domherrn sogar die besonders genehmen Persönlichkeiten [1].

IV. Die Bestellung eines Koadjutors mit dem Recht auf Nachfolge (vgl. o. S. 252. 253) ist insofern eine anticipirte Besetzung des Bischofsstuhles, als eine solche durch seine Existenz beim Wegfall des betreffenden Bischofs ausgeschlossen ist und der coadiutor sofort als Bischof in das erledigte Amt eintritt. Da die Vereinbarungen zwischen den deutschen Regierungen und dem päpstlichen Stuhle über eine derartige Besetzung, bei welcher der coadiutor sofort das ius ad rem erwirbt, aber die Erlangung des ius in re für ihn bis zum Eintritt des gedachten Ereignisses suspendirt wird, nichts enthalten, so stellt sich dieser Besetzungsmodus als ein ausserordentlicher, nicht von vornherein ein für alle Mal staatlich genehmigter dar. Ohne Zustimmung der Regierung wird demnach nicht dazu geschritten werden können [2] und die Bestellung des Koadjutors ohne dieselbe ist nichtig.

Hinsichtlich der Person des einzusetzenden Koadjutors kommen die besonderen partikularrechtlichen Vorschriften über die Qualifikation zum Bischofsamt zur Geltung und ebenso wird, mag das Kapitel wählen oder der Papst den Koadjutor bestellen (s. o. S. 252), das Einspruchsrecht der Regierung gewahrt werden müssen.

Den staatlichen Treu- oder Huldigungseid, welchen die Bischöfe zu leisten haben, hat er aber erst dann abzulegen, wenn er in das bischöfliche Amt eintritt, weil ein solcher nur Bedingung der Ausübung desselben, nicht aber der interimistischen bischöflichen Verwaltung in Stellvertretung eines andern Bischofs ist.

Auch andere höhere Kirchenämter [3] als die bischöflichen Stühle werden noch heute durch Wahl besetzt. Soweit es sich dabei um Regular-Prälaturen handelt, ist auf die Lehre von der Verfassung der Orden zu verweisen. Was dagegen die weltlichen Prälaten betrifft, so sind diese immer zugleich Vorsteher eines Stiftes und es kommen für die Wahl derselben die Grundsätze, welche bei der Besetzung der Stiftsstellen massgebend sind, zur Anwendung.

wiederholt in dem gemeinsamen Edikt v. 30. Januar 1830 §§. 16. 17 und §. 7, welcher letzterer bestimmt, dass der Erzbischof von Freiburg sich, „bevor er in seine Amtsverrichtungen eintritt, gegen die Regierungen der vereinten Staaten in der Eigenschaft als Erzbischof eidlich zu verpflichten“ hat. Daran hat weder das badische Gesetz v. 1860 §§. 8. 17, noch das würtemb. v. 1862 Art. 4. 22 etwas geändert, s. auch Spohn, bad. Staatskirchenrecht S. 164.

[1] Friedberg Staat. S. 437 ff. Bei einer unter Verletzung dieses Ausschliessungsrechtes erfolgten Besetzung treten die S. 686 bezeichneten Folgen hier nur insoweit ein, als dem Gewählten allein die auf dem Staatsgebiete sich bethätigenden Rechte versagt werden und im Uebrigen nur die Entfernung desselben aus dem Amte vom Papst gefordert werden kann, weil die österreichische Gesetzgebung, s. Ges. v. 7. Mai 1874 §§. 3. 6. 8 davon ausgeht, dass der Staat nicht befugt ist, die Uebertragung eines Amtes, soweit es sich um den rein geistlichen Bereich handelt, seinerseits als ungültig zu behandeln, vielmehr die kirchliche Gewalt allein das Recht besitzt, ein von ihr übertragenes Amt, soweit die rein geistliche Seite in Frage steht, wieder zurückzunehmen, vgl. auch die Motive bei Gautsch v. Frankenthurm, d. konfessionellen Gesetze S. 52. 57.

[2] So auch Friedberg Staat S. 392. 425. Praktisch ist dies auch in dem einzigen bis jetzt und zwar in Preussen vorgekommenen Fall, s. o. S. 254. n. 9, beobachtet worden, v. Sybel, Recht des Staates bei Bischofswahlen S. 77; Friedberg a. a. O. Uebrigens hat auch die Kurie, als es sich um Bestellung eines Koadjutors für den Freiburger Erzbischof handelte, darüber mit der badischen Regierung verhandelt. Freilich ist es bis zur Einsetzung eines solchen nicht gekommen, v. Sybel S. 77; Friedberg S. 425.

[3] S. o. S. 370.

Anhang.

Innerhalb der altkatholischen Kirchengemeinschaft in Deutschland wird die Stelle des Bischofs ebenfalls durch Wahl besetzt. Diese steht der altkatholischen Synode unter Leitung des zweiten Vorsitzenden ihres Ausschusses, der s. g. Synodal-Repräsentanz, und in dessen Verhinderung eines anderen, von der letzteren bestimmten Laien zu [1].

Vor der Wahl hat die Synodal-Repräsentanz ein Verzeichniss der wählbaren Priester aufzustellen, nachdem sie sich vergewissert hat, welche Personen den Regierungen, die den Bischof schon anerkannt haben, minus gratae sind. Die letzteren können nicht gültig gewählt werden [2]. Die Liste der wählbaren Kandidaten wird den Wählern gedruckt zugestellt [3].

Nachdem festgestellt ist, dass im Wahllokale nur zur Wahl berechtigte Personen vorhanden sind [4], und der Vorsitzende einen Protokollführer ernannt hat, werden auf Vorschlag des ersteren drei Wähler zu Stimmzählern ernannt oder bei Widerspruch aus der Versammlung von dieser mit relativer Stimmenmehrheit gewählt. Diese geloben die wahrheitsgetreue Bekanntgebung der einzusammelnden Stimmen [5], und darauf leisten die Wähler selbst ein Gelöbniss dahin, demjenigen, welchen sie nach bestem Wissen für den tauglichsten halten, ihre Stimmen zu geben [6].

Demnächst erfolgt die Abstimmung mittels Zetteln, welche der jüngste Zähler einsammelt. Sie werden zunächst von dem ältesten Skrutator gezählt, dann laut verlesen und den beiden andern übergeben, während der Protokollführer die Namen der Kandidaten verzeichnet [7].

Als gewählt gilt derjenige, welcher die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hat. Wenn diese bei dem ersten Wahlgange nicht erzielt ist, wird die Wahl so lange fortgesetzt, bis die gedachte Majorität erreicht ist [8]. Das Wahlprotokoll wird von allen Wählern unterschrieben [9].

Mit der gültig vollzogenen Wahl hat der Gewählte das feste Recht auf das Amt erlangt [10]. Ist er anwesend, so hat er sich sofort über Annahme der Wahl zu erklären, sonst binnen 4 Wochen nach mündlicher oder schriftlicher Benachrichtigung durch die Synodal-Repräsentanz. Die Nichterklärung gilt als Ablehnung. In diesem Fall ist eine Neuwahl zu veranlassen [11].

Mit der Annahme der Wahl ist das Bischofsamt erworben, jedoch hat der Gewählte vor der Ausübung seiner Funktionen, falls er anwesend ist, in Gegenwart der Synode oder im umgekehrten Falle vor Vertretern der Synode, welche von dieser gewählt sind, das Gelöbniss auf gewissenhafte Erfüllung der Pflichten eines Bischofs und insbesondere auf Beobachtung der Vorschriften der Kirchen- und Synodal-Ordnung abzulegen [12]. Demnächst bedarf es noch für ihn, damit er auch die Weiherechte ausüben kann, der Konsekration [13].

[1] Synodal- und Gemeinde-Ordn. §. 6.
[2] A. a. O. §. 7.
[3] A. a. O. §. 60.
[4] Zu diesem Behufe werden zur Legitimation beim Eintritt in das Wahllokal besondere Bescheinigungen an die Mitglieder ausgegeben, a. a. O. §§. 60. 61.
[5] A. a. O. §. 62.
[6] A. a. O. §. 63.
[7] A. a. O. §§. 64. 65.
[8] A. a. O. §. 66. Danach können auch solche, welche bei einem früheren Wahlgang nur eine relative Majorität oder gar keine Stimme erhalten haben, bei den ferneren Skrutinien mit in Betracht gezogen werden.
[9] A. a. O. §. 70.
[10] A. a. O. §. 69.
[11] A. a. O. §§. 67. 68.
[12] A. a. O. §. 8.
[13] Nähere Vorschriften darüber sind bis jetzt

Endlich ist von dem Bischof die staatliche Anerkennung nachzusuchen[1], und auch nöthigenfalls der staatlich vorgeschriebene Treueid zu leisten[2].

Ueber die Wahl eines nach kanonischem Rechte nicht tauglichen, aber dispensablen Kandidaten enthält die bisherige Ordnung keine Vorschrift. Die analoge Anwendung der Grundsätze der kanonischen Postulation ist indessen beim Fehlen eines zur Dispensation berechtigten Oberen unmöglich, die Ertheilung der letzteren muss vielmehr als durch die Wahl erfolgt gelten[3].

§. 132. *bb. Die Besetzung der Bisthümer durch päpstliche Ernennung.*

Dem Papst steht heute das freie Besetzungsrecht sämmtlicher Bisthümer des Königreiches Italien zu[4]. Ferner ernennt er die Bischöfe in den Missionsländern[5], sowie die Titularbischöfe[6].

nicht aufgestellt. Die Kommission des Central-Comités der Altkatholiken ist i. J. 1872 davon ausgegangen, dass zur Vornahme bischöflicher Amtshandlungen jeder zum alten katholischen Glauben, d. h. nicht zum Unfehlbarkeitsdogma sich bekennender, insbesondere ein armenischer oder jansenistischer Bischof angegangen werden könne und in Folge dessen hat der erste deutsche altkatholische Bischof 1873 von dem Bischof von Deventer unter Assistenz zweier Domkapitularen die Konsekration empfangen, Friedberg Staat S. 445. 447. Für die Folgezeit kann sie auch von dem christkatholischen Bischof der Schweiz ertheilt werden. S. u. Note 3.

[1] Dies ergiebt sich aus §. 12 a. a. O. und ist auch seitens des ersten deutschen altkatholischen Bischofs geschehen. Die Anerkennungsurkunden der preussischen, badischen und hessischen Regierung aus d. J. 1873 bei Friedberg, Staat, Aktenst. S. 254 und im Hauptband S. 448. n. 1. 2.

[2] Der Eid, welchen der erste altkatholische Bischof in Preussen geleistet hat, bei Friedberg a. a. O. Aktenst. S. 254. Die o. S. 687. n. 9 citirte V. v. 1873 ist aber auch für die altkatholischen Bischöfe massgebend. Für Baden Friedberg a. a. O. S. 377.

[3] Auch für die christ- oder altkatholische Kirche der Schweiz wird der Bischof — der erste ist i. J. 1876 bestellt und konsekrirt worden — von der Nationalsynode gewählt, Verfassg. d. christkath. Kirche d. Schweiz v. 14. Juni 1875. §§. 9. 22 u. Wahlreglement von demselben Tage, Gareis u. Zorn, Staat u. Kirche i. d. Schweiz. 2, LXV. LXXVII. 217.

[4] Früher nur des Kirchenstaates, während in Sardinien und Neapel das landesherrliche Nominationsrecht (s. §. 133) in Geltung war, Konkordat v. 1817 Art. 31 und v. 1818 Art. 27 b. Nussi conventiones p. 173. 186, und in Toskana vom Landesherrn 4 Kandidaten vorgeschlagen wurden, aus denen der Papst den Bischof auswählte, Friedberg, Gränzen zw. Staat u. Kirche. S. 724. In dem italienischen Garantiegesetz v. 13. Mai 1871 Art. 15, Friedberg a. a. O. S. 920: „È fatto rinunzia dal governo . . . in tutto il regno al diritto di nomina o proposta nella collazione dei benefizj maggiori“, hat aber die Regierung auf alle diese Berechtigungen verzichtet, jedoch haben nach Art. 16 desselben die Bischöfe, mit Ausnahme derer der suburbikarischen Bisthümer, unter Vorlegung ihrer Ernennungsbullen das staatliche Exequatur von der Regierung einzuholen, um in den Genuss der weltlichen Rechte der Episkopate zu gelangen. Das nach Erlass des Gesetzes von der Kurie an die Bischöfe gerichtete Verbot, diesen geringfügigen Anforderungen der Staatsgesetzgebung nachzukommen, ist jetzt beseitigt, denn ein Dekret der Inquisitions-Kongregation v. 1876 erklärt, dass die Erfüllung der staatlichen Vorschriften geduldet werden könne, Acta s. sed. 10, 90.

[5] In Gemässheit der allgemeinen Regel, dass die Ernennung aller Missionsoberen in der Hand des Papstes, bez. der Propaganda ruht, Mejer Propaganda 1, 273 ff.; Nominationsrechte weltlicher Fürsten sind indessen auch in diesen Gebieten nicht ganz ausgeschlossen, vgl. d. folgenden §.

Für die irischen und englischen Bisthümer haben, wo Kapitel vorhanden sind (s. o. S. 361), die Domherren, sonst die Pfarrer der Diöcese unter dem Vorsitze des Metropoliten, bez. des ältesten Suffragans der Provinz mittelst geheimer Wahl drei Kandidaten vorzuschlagen. Werden diese von den sämmtlichen Bischöfen der Provinz approbirt, so wählt der Papst aus ihnen den neuen Bischof, sonst ernennt er frei, für Irland Dekret der Propaganda v. 1829, Mejer a. a. O. 2, 24; Moroni dizionario di erudizione storico-eccles. 36, 92. 93; conc. Cassel. v. 1853. t. 2, conc. coll. Lac. 3, 831; für England Dekr. d. Propaganda v. 1852, coll. cit. p. 958. Rechtlich handelt es sich aber hier immer nur um eine den Papst nicht bindende Kommendation.

In Nordamerika und Kanada ist eine solche Kommendation ebenfalls üblich, jedoch in der Weise, dass die Bischöfe alle Jahre ihrem Metropoliten und der Propaganda solche Priester, welche sie zum Bischofsamt geeignet halten, bezeichnen und ausserdem der letzteren bei der Erledigung eines Bisthums durch die Provinzialsynode oder eine zu diesem Zwecke einberufene Versammlung der Bischöfe der Provinz weitere Kandidaten vorgeschlagen werden, Dekret der Propaganda v. 1861, l. c. 430. 688; vgl. auch Schneemann i. Arch. f. k. K. R. 22, 129 ff.

Der päpstlichen Ernennung geht, wie im Falle der Wahl, der Informativ-Process voraus, welcher aber bei der Kurie selbst angestellt wird [1]. Demnächst erfolgt die Präkonisation im Konsistorium und die Ausfertigung der erforderlichen Bullen [2]. Eine Ausnahme besteht aber in Betreff der Bischöfe, welche in den Missionsländern verwendet werden sollen, gleichviel ob sie für ein Missionsbisthum ernannt [3] oder blos zu episcopi in partibus infidelium befördert werden, da bei ihnen der Informativprocess von der Propaganda geleitet wird [4], und sie ohne Präkonisation im Konsistorium blos ein einfaches Ernennungsbreve erhalten [5].

Der in Aussicht genommene Kandidat kann selbstverständlich weder ein Recht auf Uebertragung des Amtes noch auf Ausübung der Jurisdiktion vor der Ernennung besitzen, vielmehr erlangt er erst mit der letzteren die Befugnisse, welche bei der Wahl durch die Konfirmation erworben werden.

Der Ernennung folgt die Konsekration, über welche der vorhergehende §. zu vergleichen ist.

§. 133. *cc. Die Besetzung der Bisthümer auf landesherrliche Ernennung, Nominatio regia.*

Ausser den in den vorigen §§. besprochenen Arten kennt das geltende Recht noch die Besetzung der Erzbisthümer und Bisthümer zufolge Bezeichnung des Kandidaten durch den Landesherrn, durch s. g. landesherrliche Ernennung oder *nominatio regia*. Sie kommt vor in Baiern [6], in Oester-

Die Patriarchal- und Bischofsstühle der unirten Orientalen werden durch Wahl besetzt, s. Th. I. S. 562 ff. Nach den Konstitutionen Pius' IX. Reversurus v. 12. Juli 1867 u. Cum ecclesiastica disciplina v. 31. August 1869, Acta s. sed. 3, 386; 5, 615; conc. coll. Lac. 2, 568 ff., vgl. übrigens auch Const. v. 6. Januar 1873 ibid. 7, 225, sollen indessen die Patriarchen von Cilicien und Babylon (Th. I. S. 565) erst nach der päpstlichen Konfirmation oder Admission die bischöfliche Jurisdiktion, und die vom Besitze des Palliums abhängigen Rechte (o. S. 31) erst nach dem Empfange des letzteren ausüben und daher nicht mehr sofort nach ihrer Wahl inthronisirt werden. Ausserdem ist durch die erwähnten Konstitutionen angeordnet, dass behufs der Besetzung der Bischofssitze in diesen beiden Patriarchaten künftighin eine unter dem Vorsitze des Patriarchen versammelte Bischofssynode, und in Verhinderungsfällen mindestens 3 Bischöfe des Patriarchalsprengels, welche eine eigene Diöcese mit Jurisdiktion haben, dem Papste drei Bischöfe zur Auswahl kommendiren sollen. Ueber die zum Theil aus Anlass dieser Verfügungen entstandenen Wirren vgl. Arch. f. k. K. R. 23, 484; 24, LXXX; Rattinger i. d. Stimmen aus Maria Laach 3, 29. 205. 372; P. Ormanian le Vatican et les Arméniens. Rome 1873, und über die Lossage des Patriarchen der Chaldäer von Rom und seine Exkommunikation Arch. f. k. K. R. 37, 297 ff.

[6] S. o. S. 176.

[1] Bangen, römische Kurie. S. 87 u. o. S. 672.

[2] Bangen S. 89.

[3] Wie z. B. die englischen, irischen und amerikanischen Bischöfe.

[4] S. o. S. 672. n. 5.

[5] Eine Ausnahme findet nur statt bei den orientalischen Patriarchen, Bangen S. 79. 262.

Ueber das Ernennungsrecht des Erzbischofs von Salzburg auf die Suffraganbisthümer Gurk, Seckau und Lavant, s. o. S. 611.

[6] Für alle Bisthümer, bair. Konkordat v. 1817 Art. 9: „Sanctitas sua attenta utilitate quae ex hac conventione manat in ea quae ad res ecclesiae et religionis pertinent, Maiestati regis Maximiliani Josephi eiusque successoribus catholicis per litteras apostolicas statim post ratificationem praesentis conventionis expediendas in perpetuum concedet indultum nominandi ad vacantes archiepiscopales et episcopales ecclesias regni Bavarici dignos et idoneos ecclesiasticos viros iis dotibus praeditos quas sacri canones requirunt. Talibus autem viris Sanctitas Sua canonicam dabit institutionem iuxta formas consuetas. Priusquam vero eam obtinuerint regimini seu administrationi ecclesiarum respectivarum ad quas designati sunt, nullo modo sese immiscere poterunt". In Betreff der Verhandlungen über diesen Artikel vgl. Mejer, zur Gesch. d. röm. deutschen Frage 2, 140; v. Sicherer, Staat u. Kirche i. Bayern. München 1874. S. 193 ff. 205. 220. 225. 228. 231. Das Indult v. 13. November 1817, bullar. Roman. contin. 14, 432, Arch. f. k. K. R. 38, 82 lautet: „tibi tuisque successoribus Bavariae regibus una cum subditis in sinceritate fidei et unitate s. romanae ecclesiae nec non obedientia nostra et successorum nostrorum romanorum pontificum canonice intrantium perseverantibus ... indultum

reich[1], in Frankreich[2] und in den katholischen Staaten Mittel- und Südamerikas[3].

Das Nominationsrecht beruht überall auf päpstlichem Indult. Es wird herkömmlicher Weise von der Kurie nur katholischen Regenten[4] gewährt. Bei Missionsbisthümern ist es principiell nicht ausgeschlossen[5]. Juristisch stellt es sich nach den neueren Indulten nur als Präsentationsrecht dar[6], d. h. der Landesherr überträgt

nominandi ecclesiasticas personas probas, bonorum nominis et famae ac secundum sacrorum canonum et concilii Tridentini decretorum idoneas ad VIII ecclesias regni Bavariae . . . quotiescumque illas quovis modo et ex quorumcumque etiam S. R. E. cardinalium personis etiamsi in romana curia vacare contigerit, per nos et romanos pontifices successores nostros praedictos iisdem ecclesiis . . . ad nominationem huiusmodi praeficiendos tenore praesentium de speciali dono gratiae concedimus et assignamus". Vgl. auch Friedberg Staat S. 353; v. Oberkamp, d. königl. Nomination d. Bischöfe i. Bayern. Mainz 1878; Hergenröther i. Arch. f. kath. K. R. 39, 199 ff.

[1] Art. 19 des aufgehobenen Konkordates v. 1855: „Maiestas sua Caesarea in seligendis episcopis quos vigore privilegii apostolici a serenissimis antecessoribus suis ad ipsam devoluti a s. sede canonice instituendos praesentat seu nominat, imposterum quoque antistitum imprimis comprovincialium consilio utetur", bei dessen materiellen Vorschriften es nach §. 3 des Ges. v. 7. Mai 1874, Bestimmgen z. Reglg d. äuss. Rechtsverh. d. kath. Kirche, verblieben ist, bindet den Kaiser bei der Auswahl der Kandidaten an den Beirath der Komprovinzialbischöfe. Eine Anzahl der im Art. 19 in Bezug genommenen Privilegien sind bei Ginzel K. R. 2, 20. n. 2 verzeichnet. In Betreff des Lemburger Erzbisthums armenisch-katholischen Ritus ist der vom Kaiser zu präsentirende Kandidat aus drei vom Kathedral-Klerus gewählten Geistlichen zu nehmen, Indult v. 1819 i. bull. Roman. cont. 15, 249. Das Nominationsrecht ist ausgeschlossen für die S. 658. 612. erwähnten Bisthümer. S. auch Friedberg a. a. O. S. 437.

[2] Französisches Konkordat v. 1801. Art. 4. 5. 16. 17, wonach dem ersten Konsul und seinen Nachfolgern das Nominationsrecht für den Fall, dass diese Katholiken sind, eingeräumt wird. Das Recht ist später durch die französischen Herrscher ausgeübt worden, jetzt nominirt der Präsident der Republik, Acta s. sed. 9, 273. 274. 276. 279. 325. 502; 10, 213.

Die Frage, ob das Nominationsrecht für die Bisthümer Metz und Strassburg nach Abtretung von Elsass-Lothringen an das deutsche Reich i. J. 1871 auf den deutschen Kaiser, obwohl dieser Protestant ist, hat übergehen können, ist dadurch erledigt, dass die Kurie i. J. 1872 das Konkordat für hinfällig erklärt und die Reichsregierung diese Auffassung ihrerseits acceptirt hat, Dove i. seiner Ztschr. f. k. K. R. 11, 91; Vering K. R. S. 209. Die organischen Artikel 16—18 sind zwar damit nicht beseitigt, sie sprechen indessen der Regierung das Nominationsrecht nicht zu, setzen es vielmehr nur stillschweigend voraus. Gegen die Einsetzung von personae minus gratae, welche unter den obwaltenden Verhältnissen nur direkt vom Papst ausgehen könnte, gewähren aber Art. 1 und 18 insofern genügenden Schutz, als danach neu ernannte Bischöfe vor Ertheilung des staatlichen Placets zur Einsetzungsbulle keine Amtshandlungen vornehmen dürfen. Vgl. auch Friedberg a. a. O. S. 463 ff.

[3] S. die Konkordate mit Costarica v. 1852. Art. 7; Guatimala v. 1852. Art. 7; Haiti v. 1860. Art. 4; Venezuela v. 1862. Art. 7. 8; Nicaragua v. 1861. Art 7; S. Salvador v. 1862. Art. 7, Nussi conventiones p. 299. 305. 346. 357. 363. 368.

Darüber, ob das in Spanien und Portugal vorkommende s. g. Nominations- oder Präsentationsrecht ein Ausfluss eines wirklichen Patronates über die Bisthümer dieser Länder ist, s. unten in der Lehre vom Patronate. In den Konkordaten mit Costarica, Venezuela, Nicaragua und S. Salvador wird das Recht der Regierungen zwar auch als ius patronatus bezeichnet, in allen mit Ausnahme desjenigen für Venezuela aber zugleich durch die Beifügung: seu privilegium proponendi idoneos viros zu erkennen gegeben, dass es sich hier blos um ein s. g. Nominationsrecht handelt. Darauf beschränkt sich auch das für Venezuela gewährte „ius patronatus et privilegium proponendi episcopos iuxta rationem quae in praesente conventione constituitur". Dass überall lediglich ein laxer, das Patronatrecht mit einem Vorschlagsrecht identificirender Sprachgebrauch vorliegt, zeigt deutlich das Konkordat mit Ecuador v. 1862. Art. 12, Nussi p. 352. Dasselbe gewährt dem Präsidenten der Republik das Recht, aus dreien von den Provinzialbischöfen binnen 6 Monaten nach der Vakanz zu bestimmenden Kandidaten einen dem Papste innerhalb weiterer 6 Monate vorzuschlagen, und bezeichnet dieses Recht trotzdem ebenfalls als iuspatronatus.

[4] Nicht protestantischen oder schismatischen Regierungen, Esposizione dei sentimenti di Sua Santità v. 1819, Nr. 15, Münch Konkordate 2, 389; bairisches und französ. Konkordat, s. S. 691. n. 6 u. oben Note 2; Breve für Trient u. Bozen v. 1822. bull. Roman. cont. 15, 573. Allerdings hat bei den würtembergischen Konkordatsverhandlungen i. J. 1807 der Nuntius della Genga, nachmals Papst Leo XII., dem König von Würtemberg ein solches Recht einräumen wollen, Mejer, Konkordatsverhandlungen Würtembergs. Stuttgart 1859. S. 39; desselb. zur röm. deutschen Frage 1, 274.

[5] Beispiele bei Mejer Propaganda 1, 275.

Auch für andere höhere Missionsämter kommt ein landesherrliches Vorschlagsrecht vor, so für die Stelle des apostolischen Vikars in Sachsen, s. o. S. 358.

[6] In vielen Indulten, s. z. B. die für Budweis v. 1785. §. 10 und für Triest v. 1791. §. 14,

nicht durch seine Benennung unter etwaigem Vorbehalt einer Prüfung und Bestätigung des Papstes das bischöfliche Amt, vielmehr bezeichnet er nur die Person, welcher er das Amt verliehen zu sehen wünscht, und der Akt der Uebertragung vollzieht sich erst mit der institutio canonica des Papstes [1].

Der vorgeschlagene Kandidat muss die erforderlichen Eigenschaften für das Bischofsamt besitzen [2]. Die Frist für die Nomination ist in den Indulten verschieden, theils auf drei Monate [3], theils auf ein Jahr festgesetzt [4]. Nur einem tauglichen und rechtzeitig präsentirten [5] ist der Papst die Institution zu ertheilen verpflichtet, und dies selbst dann, wenn etwa ein Ausnahmefall, welcher ihn zur Verweigerung der Konfirmation bei der Wahl berechtigen würde, vorliegen sollte [6]. Dagegen steht die Zulassung der Nomination eines nur postulationsfähigen Kandidaten (s. o. S. 677) lediglich in seinem Ermessen.

Ein ius ad rem erlangt der Vorgeschlagene durch die Nomination nicht [7], vielmehr kann der Landesherr dieselbe noch so lange zurückziehen, als sie der Kurie nicht offiziell zur Kenntniss gebracht worden ist [8].

Das Recht der Nomination ist für den jedesmaligen Erledigungsfall konsumirt,

bull. Roman. cont. 7, 445 u. 9, 60, ebenso im österr. Konkordat wird es als ius nominandi seu praesentandi, in den neueren amerikanischen Konkordaten (s. S. 692. n. 3) als ius proponendi bezeichnet.

1 Diese Befugniss ist dem Papst in den Indulten und Konkordaten, auch in solchen, in denen blos der Ausdruck: ius nominandi vorkommt, ausdrücklich vorbehalten, vgl. die citirten Konkordate mit Baiern, Frankreich, Sizilien und Haiti. Dieselbe Bedeutung hat die in den Indulten, z. B. im bairischen (S. 691. n. 6), und in dem für Budweis (s. vor. Note) vorkommende Wendung: „nominandi personas per romanos pontifices ecclesiis cathedralibus praeficiendas“.

2 Das ist selbstverständlich, wird aber gewöhnlich in den Indulten und Konkordaten besonders hervorgehoben, s. auch Trid. Sess. XXIV. c. 1 de ref.

3 Die regelmässige Frist für die Besetzung der bischöflichen Stühle, sie ist unter der Klausel der Indulte, s. z. B. die citirten für Budweis und Triest: „intra tempus a iure praefixum“ zu verstehen.

4 So in den Konkordaten mit Costarica, Guatimala und Nicaragua.

Fehlt es an einer Bestimmung, so wird nöthigenfalls der säumigen Regierung eine Frist von angemessener Dauer gestellt werden können.

5 Den zu spät benannten kann die Kurie zurückweisen, so ausdrücklich festgesetzt im Konkordat mit Ecuador Art. 12; indessen geschieht dies nicht leicht, da bei den Fürsten ein gerechtfertigter Grund zur Zögerung vorausgesetzt wird, s. Richters Tridentinum S. 456. n. 18; Riganti comm. in reg. XLII canc. n. 42.

6 Entgegengesetzter Meinung Schulte K. R. 2, 232. 233; Hergenröther a. a. O. S. 212. Die Besetzung durch Wahl ist aber etwas principiell von der landesherrlichen Nomination verschiedenes, und nach dem Wortlaut der Konkordate und Indulte genügt die Präsentation einer persona idonea. Daher ist auch im Konkordat mit Haiti v. 1860 ausdrücklich die Zurückweisung einer solchen dem Papste vorbehalten. Die Kurie hat allerdings früher die Auffassung geltend gemacht, dass die Institution lediglich Gewissenssache des Papstes sei und er daher dieselbe auch einem geeigneten Kandidaten zu versagen berechtigt sei, G. J. Phillips, Regalienrecht in Frankreich S. 292. 378. Damit verliert aber das Nominationsrecht jeden praktischen Werth, und wird zu einem blossen Supplikationsrecht, welches in früherer Zeit ebenfalls mehrfach an Fürsten durch päpstliche Indulte verliehen worden ist, s. o. S. 597. n. 14; Riganti ad reg. canc. II. §. 1. n. 130; Hergenröther a. a. O. S. 201.

Erfolgt eine Ernennung durch den Papst unter Verletzung des Nominationsrechtes, so wird die betreffende Regierung diese nach näherer Massgabe des o. S. 686 u. S. 688. n. 1 Bemerkten als nichtig behandeln können.

7 Es ist daher schief, wenn behauptet wird, dass die landesfürstliche Ernennung die Natur der Wahl annimmt und dieselben rechtlichen Wirkungen, wie diese hervorbringt, so Helfert, Besetzung der Beneficien S. 94. Dagegen auch Benedict. XIV. de synodo dioec. II. 5. n. 3, welcher der Verleihung des Papstes in diesen Fällen die Bedeutung der electio und confirmatio zuschreibt.

8 Ginzel K. R. 2, 195. Das Variationsrecht, d. h. ein Recht zur nachträglichen Präsentation weiterer Kandidaten innerhalb der Frist, steht dem Landesherrn nicht zu, dies ist eine Singularität des Laienpatronates. Allerdings ist der Papst nicht gehindert, wenn er will, auf weitere vom Landesherrn benannte Personen Rücksicht zu nehmen, da der zuerst Nominirte selbst keinen Anspruch auf Uebertragung des Bisthums erlangt.

wenn der Kandidat begründeter Weise zurückgewiesen worden ist und die ursprüngliche Frist für eine zweite Nomination nicht mehr zureicht [1].

Vor der Ertheilung der institutio canonica wird der Informativprocess angestellt (s. o. S. 672), und der Nominirte darf, ehe er dieselbe erlangt hat, keinen Akt der bischöflichen Jurisdiktion vornehmen [2]. In Baiern [3], Oesterreich [4], Frankreich und Elsass-Lothringen [5] bedarf es dazu ausserdem noch der Ableistung des Treueides gegen den Landesherrn, und in den zuletzt gedachten beiden Ländern der Vorlegung der Ernennungsbulle an die Regierung und der Genehmigung derselben [6].

Aus den S. 688 entwickelten Gründen wird in denjenigen Ländern, in welchen das Nominationsrecht in Geltung steht, die Bestellung eines Koadjutor cum spe succedendi ebenfalls nur auf landesherrliche Ernennung erfolgen können [7].

b. Die Besetzung der übrigen Aemter.

§. 134. *aa. Die Besetzung der Kanonikate und anderen Stiftsstellen* *.

Die Art der Besetzung der Stellen in den Dom- und Kollegiatkapiteln ist heute nicht minder verschieden, als im Mittelalter.

I. Wie o. S. 614 dargelegt ist, gilt als gemeinrechtlicher Modus für die Besetzung der Kathedral-Kanonikate die collatio simultanea des Bischofs und des Kapitels.

Die Vergebung steht also beiden Theilen in solidum zu. Bei ihrer Gleichberechtigung kann eine Besetzung nur unter beiderseitiger Uebereinstimmung hinsichtlich der Person des Kandidaten zu Stande kommen. Das Kapitel hat selbstverständlich seine Willensmeinung als Ganzes zu erklären und demgemäss eine Wahl der von ihm ausersehenen Persönlichkeit in einer ordnungsmässig berufenen Sitzung vorzunehmen.

Die Initiative zur Bezeichnung des Kandidaten kommt keinem Theile ausschliesslich zu. Jeder ist befugt allein damit vorzugehen oder mit dem anderen in eine Vorverhandlung behufs Erzielung eines Einverständnisses zu treten. Der Bischof muss ferner für berechtigt erachtet werden, das Kapitel zu diesem Zweck zusammenberufen und in der betreffenden Sitzung das Präsidium zu führen [8], weil dabei nicht eine ausschliesslich zum Ressort des Kapitels gehörige Angelegenheit in Frage steht.

Aus dem Begriffe der simultanea collatio folgt weiter, dass wenn der eine Theil

[1] Dann tritt also Ernennung seitens des Papstes ein, sofern der letztere nicht eine nochmalige Nomination gestattet.

[2] Dies ist die Konsequenz der allgemeinen Regel, s. o. S. 693. Uebrigens ist der Grundsatz auch in fast allen citirten Konkordaten ausgesprochen und durch die Const. Pii IX.: Romanus pontifex pro munere v. 28. August 1873, Acta s. sed. 7, 401, Arch. f. k. K. R. 31, 181 von Neuem eingeschärft worden. — In Ungarn konnten allerdings die landesherrlich ernannten Bischöfe (hier auch episcopi electi genannt) schon vor der Institution Jurisdiktionsrechte ausüben, indessen kommt dies jetzt nicht mehr vor, Cherrier, enchirid. iur. eccles. ed. 4. Pest. 1855. 2, 100; Ginzel 2, 195; Schulte K. R. 2, 233. n. 4.

[3] Konkordat Art. 15, Silbernagl, Verfassg sämmtl. Religionsgesellschaften i. Bayern. S. 35.

[4] Konkordat Art. 20.

[5] Konkordat Art. 6; organische Artikel 13. Vgl. ferner Konkordat mit Haiti Art. 5.

[6] S. o. S. 692. n. 2.

[7] Dem entspricht auch die Praxis der Kurie, s. Acta s. sed. 9, 445 (betr. Frankreich).

* Vgl. die Literaturangaben zu §§. 80 ff. u. §. 126; ferner S. C. Schmidt (praes. Achatio, resp. J. Chr. Hartung) diss. de collatione canonicatus inferioris quatenus differt a collatione ecclesiae cathedr. Jenae 1752; Garcias tract. de benef. P. V. c. 4. n. 52 ff.

[8] Leuren. for. benef. P. II. qu. 671. Dagegen darf der Bischof dem Kapitel die Frist zur Besetzung nicht verkürzen oder gar versuchen, es zur Vornahme der Besetzung zu zwingen.



während der Besetzungsfrist einen Kandidaten ernannt, der andere aber die Frist versäumt hat, mit der Ernennung des ersteren die Besetzung rechtsgültig vollzogen ist[1], und dass eine Devolution der letzteren allein bei beiderseitiger Zögerung oder bei nicht erfolgter Vereinigung eintritt[2]. Die Besetzung durch einen Theil ist ferner gültig, wenn der andere rechtlich oder faktisch (z. B. durch Exkommunikation oder durch Suspension hinsichtlich des Rechtes der Benefizienverleihung) verhindert ist[3].

Eine Theilung der Ausübung des Rechtes zwischen dem Bischof und dem Kapitel auf dem Wege besonderer Vereinbarung erscheint statthaft. So kann z. B. festgesetzt werden, dass beide Theile mit der ausschliesslichen Vergebung nach einer bestimmten Reihenfolge[4] abwechseln oder es können jedem Theile bestimmte Stellen zu einer solchen überwiesen werden. Das Recht des Turnarius wird im ersten Fall nur durch die Annahme des Kanonikates seitens des Kandidaten konsumirt. Wenn und so lange der eine der Betheiligten fortgefallen ist, bleibt eine Theilung der Ausübung selbstverständlich ausgeschlossen und daher gilt eine während eines solchen Zeitraums vorgenommene Besetzung als nicht im Turnus erfolgt[5].

Die Kanonikate in den Kollegiatstiftern werden nach gemeinem Rechte durch Wahl des Kapitels und darauf folgende Institution des Bischofs besetzt, s. o. S. 614. 615.

II. In Deutschland findet der gemeinrechtliche Modus der Besetzung keine Anwendung.

Für die Bisthümer der oberrheinischen Kirchenprovinz[6] und Hannovers[7] ist durch die betreffenden Circumscriptionsbullen, welche auch hierbei den Landesherren oder der Regierung das Ausschlussrecht hinsichtlich der personae minus gratae wahren, bestimmt, dass für die Stelle des Dekans, für die Kanonikate und Domvikariate alternativ in dem einen Vakanzfall der Bischof, in dem anderen das Kapitel dem Landesherrn oder der Regierung binnen 6 Wochen nach eingetretener Erledigung 4 Kandidaten vorschlagen und dass nach der Streichung der nicht

[1] Weil angenommen werden muss, dass der Zögernde mit der einseitigen Besetzung einverstanden ist, Garcias P. V. c. 4. n. 42; Barbosa de canonicis c. 14. n. 3; Bouix de capitulis p. 232.

[2] c. 15 (Inn. III.) X. de conc. praeb. III. 8.

[3] c. un. (Bonif. VIII.) in VI[to] ne sede vacante III. 8 und o. S. 242.

[4] Z. B. alternirend bei jedem Vakanzfalle oder nach der Erledigung in dem einen oder andern Monat, Leuren. P. II. qu. 582.

[5] Wenn das Kapitel bei einer durch den Tod des Bischofs eingetretenen Vakanz des Bisthums ein Kanonikat verliehen hat, so besetzt es das nächste erledigte wieder, wenn es beim Fortleben des Bischofs für diesen Fall an der Reihe gewesen wäre, Bouix l. c. p. 235. 236.

[6] Bulle: Ad dominici gregis v. 1827: „quotiescumque decanatus aut canonicatus vel vicariatus vacaverint, archiepiscopus vel episcopus cum respectivo capitulo alternis vicibus infra sex hebdomadas a die vacationis proponent summo territorii principi quatuor candidatos in sacris ordinibus constitutos iisque praeditos qualitatibus, quas sacri canones in capitularibus requirunt. Quodsi forte aliquis ex ipsis candidatis summo territorii principi minus sit gratus, id quam primum archiepiscopo vel episcopo vel respectivo capitulo idem summus princeps indicari curabit, ut ab elencho candidatorum deleatur: tunc vero archiepiscopus aut episcopus ad collationem decanatus, canonicatus aut praebendae vel vicariae seu respective capitulum infra quatuor hebdomadas procedet ad nominationem unius ex reliquis candidatis, cui archiepiscopus aut episcopus canonicam dabit institutionem".

[7] Bulle Impensa v. 1824: „Quotiescumque vero decanatus aut canonicatus vel vicariatus in cathedralibus vacaverit, episcopus et capitulum alternis vicibus intra sex hebdomadas a die vacationis proponent quatuor candidatos supra enuntiatis praeditos qualitatibus. Quodsi forte aliquis ex ipsis candidatis gubernio invisus aut suspectus sit, id quamprimum episcopo respective aut capitulo indicari poterit, ut expungatur: tunc autem episcopus ad collationem decanatus, canonicatus aut vicariatus vel respective capitulum intra quatuor hebdomadas procedet ad nominationem unius ex personis gubernio non invisis nec suspectis cui episcopus canonicam dabit institutionem".

genehmen der Bischof oder das Kapitel aus den nicht beanstandeten Kandidaten einen ernennen, sowie dass der erstere dem vom Kapitel nominirten die Institution ertheilen soll.

Von einer gemeinrechtlichen, etwa nur der Ausübung nach getheilten collatio simultanea ist hier nicht die Rede. Sowohl der Bischof, wie auch das Kapitel übt die Ernennung für jeden fraglichen Erledigungsfall kraft eigenen Rechtes aus. Daher muss die während der Vakanz des bischöflichen Stuhles dem Bischof zufallende Kollation seinem Nachfolger vorbehalten bleiben [1]. Ebensowenig kann bei Nachlässigkeit oder Verhinderung des einen Theiles die Ernennung auf den anderen übergehen. Darüber, was in solchen Fällen geschehen soll, ist nichts bestimmt. Da aber der sechswöchentliche Zeitraum für die Bezeichnung der Kandidaten an die Regierung nur den Charakter einer Ordnungsfrist hat, so wird nöthigenfalls der Bischof das Kapitel, und der Papst den Bischof zur Vornahme der Designation anhalten müssen, und wenn dies keinen Erfolg hat oder haben kann (z. B. der Bischof exkommunicirt ist), mit der Regierung eine Vereinbarung darüber zu treffen sein, wer in einem solchen Falle die Kandidatenliste zusammenzustellen hat [2].

Ueber den Umfang und die Ausübung des Exklusionsrechtes kommen in der oberrheinischen Kirchenprovinz dieselben Regeln wie bei den Bischofswahlen zur Anwendung [3]. In Hannover kann die Regierung stets zwei Kandidaten von der Liste streichen, alle aber dann, wenn absichtlich nur personae minus gratae vorgeschlagen worden sind [4].

Der Zeitraum von 4 Wochen, welcher für die Nomination, bez. Kollation festgesetzt ist und von der Feststellung der genehmen Persönlichkeiten an abläuft, tritt an Stelle der gemeinrechtlichen Frist und mangels einer besonderen Bestimmung wird bei seiner Versäumung die Devolution nach den Grundsätzen des gemeinen Rechts einzutreten haben [5].

Die Bulle: De salute animarum für die altpreussischen Bisthümer setzt einen Modus fest, bei welchem die früher vorkommenden päpstlichen Reservationen theilweise aufrecht erhalten sind.

Die Propstei und die in den (s. g. päpstlichen) Monaten Januar, März, Mai, Juli,

[1] S. o. S. 241.

[2] Denn von einer Frist, auf welche das Devolutionsrecht anzuwenden wäre, ist hier nicht die Rede, und der Regierung kann es nicht gleichgültig sein, wer die Liste, welche eine entscheidende Bedeutung für die Feststellung des künftigen Kandidaten hat, anfertigt.

[3] S. o. S. 683. Das Breve: Re sacra (S. 683. n. 7) bezieht sich auch auf die von den Kapiteln zu den hier fraglichen Stellen vorzunehmenden Wahlen: „id ob oculos habeatis opus est, quando . . . ius erit vobis collegas eligendi“ und das für die bischöfliche Auswahl seinem Wortlaut nach allerdings nur die ersten Besetzungsfälle betreffende Breve Leos XII. v. 21. Mai 1827, Herrmann, staatl. Veto S. 71, Arch. f. k. K. R. 2, 278 soll nach der Versicherung der Kurie fortdauernd als allgemeine Norm dienen, Herrmann S. 70. 71. Die Fundationsinstrumente für die oberrheinischen Bisthümer, s. S. 511. n. 1. S. 506. n. 9 schreiben vor, dass der Kandidat dem Landesherrn wohlgefällig sein müsse. Eine materielle Abweichung von der im Text vertretenen Auffassung liegt darin nicht, denn der Ausschluss der personae minus gratae hat die praktische Folge, dass nur personae gratae gewählt werden können. Die ferner in diesen Instrumenten vorbehaltene Absendung eines Kommissars zur Verhandlung über die Nomination ist jetzt nicht mehr üblich. Ebenso ist das dort weiter für die Regierung in Anspruch genommene Bestätigungsrecht des Nominirten oder Instituirten durch die Gesetze Badens, Würtembergs, Preussens und Hessens von 1860, 1862, 1873 und 1875 entfallen, wogegen dieselben andererseits das Exklusionsrecht der Regierungen ebenso wie hinsichtlich der Bischofswahlen ausdrücklich sanktioniren, s. o. S. 683. n. 7.

[4] Auch hier gilt dasselbe wie bei den Bischofswahlen, s. o. S. 684.

[5] Die Note 2 hervorgehobenen Gesichtspunkte sind für diesen Fall nicht massgebend, insbesondere erscheint es für die Regierung gleichgültig, wer nach Feststellung der nicht genehmen einem der unbeanstandeten Kandidaten die Nomination oder Kollation ertheilt.

September und November erledigten Kanonikate an den Kathedralen und an dem Kollegiatstift zu Aachen soll der Papst auf die beim Breslauer Kapitel hergebrachte Weise, die Stelle des Dekans aber und die in den übrigen Monaten vakant werdenden Kanonikate, sowie sämmtliche Domvicariate der Bischof besetzen[1].

Der Breslauer Modus bestand seit den Zeiten Friedrichs des Grossen darin, dass unter Trennung der Bezeichnung der Person und der Verleihung die erstere in der Form einer Nomination vom Landesherrn ausgeübt wurde[2].

Mit Rücksicht hierauf hat seit dem Inkrafttreten der Bulle der König für die gedachten Stellen ernannt, und der Papst auf Grund eines Tauglichkeitszeugnisses des Bischofs, die Verleihungs-Urkunde oder die s. g. Proviste[3] ertheilt, in welcher indessen der landesherrlich erfolgten Nomination nicht gedacht wird[4].

In Baiern ist die Besetzung der Propstei an den erzbischöflichen und bischöflichen Kirchen dem Papst vorbehalten. Für die Stelle des Dechanten und die in den sechs päpstlichen Monaten erledigten Kanonikate ernennt der Landesherr, für die in den Monaten April, August und Dezember vakanten das Kapitel, für die in den übrigen Monaten (Februar, Juni und October) frei gewordenen, sowie für die Chorvikariate der Bischof oder Erzbischof[5].

[1] „a nobis et Romanis pontificibus successoribus nostris praepositura . . . in supra memoratis archiepiscopalibus et episcopalibus ecclesiis necnon in ecclesia Aquisgranensi . . . itemque canonicatus in mensibus Januarii, Martii, Maii, Julii, Septembris ac Novembris in praefatis ecclesiis vacantes conferentur quemadmodum in capitulo Wratislaviensi hactenus factum est, quod vero ad decanatus in praedictis metropolitanis et cathedralibus ecclesiis et ad canonicatus tam in ipsis quam in dicta Aquisgranensi ecclesia . . ., in aliis VI mensibus vacantes ab archiepiscopis et episcopis respective conferentur. Vicariatus autem seu praebendatus in praedictis ecclesiis quocumque mense vacaverint, respectivorum archiepiscoporum et episcoporum collationi relinquimus".

[2] Laspeyres Gesch. u. Verf. d. kath. Kirche Preussens. S. 369.

[3] Der wesentliche Theil einer solchen lautet: „Nos tibi . . . praemissorum meritorum tuorum intuitu specialem gratiam facere volentes teque a quibusvis excommunicationis, suspensionis et interdicti aliisque ecclesiasticis sententiis, censuris et poenis, si quibus quomodolibet innodatus existis ad effectum praesentium tantum consequendum . . . absolventes et absolutum fore censentes, canonicatum et praebendam praefatos, quorum et illis forsan annexorum fructus reditus et proventus C, computatis vero distributionibus quotidianis aliisque incertis CC ducatorum auri de camera secundum communem estimationem valorem annuum non excedunt . . . apostolica tibi auctoritate conferimus et de illis etiam providemus".

[4] Die Fortdauer des landesherrlichen Ernennungsrechtes, welches nach dem Jahre 1848 von einzelnen Bischöfen, mit Rücksicht auf die preussische Verfassungsurkunde in Frage gestellt worden ist, hat die Kurie bei den mit ihr deshalb i. J. 1850 geführten Verhandlungen ausdrücklich anerkannt, Richter i. Dove Ztschr. f. K. R. 1, 113. Auch dieses Recht gehört zu den besonderen Rechtstiteln, welchen der §. 29 des preuss. Ges. üb. d. Vorbildung d. Geistlichen v. 11. Mai 1873 eine feste staatsgesetzliche Basis giebt.

Mit Rücksicht darauf, dass man in Preussen davon ausgegangen ist, dass bei Beförderung eines Domherrn zum Propst oder Dechanten die Vakanz des von diesem bisher innegehabten Kanonikates erst mit der Installation in seine neue Würde eintrete, und dass je nach der zufälligen Zeit der Vornahme derselben wegen der Alternative in den Monaten die Besetzung des erledigten Kanonikates dem Landesherrn oder Bischof zukommen würde, ist, um diese letztere davon unabhängig zu machen, durch K. O. v. 23. Mai 1848 genehmigt worden, dass ohne Rücksicht auf die gedachte Alternative jedes Kanonikat, welches durch Ernennung seines Inhabers zum Propst vakant wird, durch den Landesherrn, jedes durch Beförderung zum Dechanten erledigte durch den Bischof vergeben werden soll.

[5] Bair. Konkordat v. 1817. Art. 10; bairische Circumscriptionsbulle v. 1. April 1818 bei Weiss corp. iur. eccles. p. 135: „reservata semper et quandocumque nobis et romanis pontificibus successoribus nostris praepositurae . . . omnimode libera collatione, Bavariae regi elargimur indultum nominandi tam ad decanatus idoneos presbyteros quam ad canonicatus in mensibus Januarii, Martii, Maji, Julii, Septembris ac Novembris vacantes, dignos et idoneos ecclesiasticos viros in sacris ordinibus constitutos; quoad vero alios VI menses archiepiscopis et episcopis ius conferendi canonicatus in mensibus Februarii, Junii et Octobris vacantes tribuimus, in reliquis vero mensibus Aprilis, Augusti et Decembris capitulo et canonicis respectivarum ecclesiarum indultum nominandi ad vacantes canonicatus concedimus et impertimur; onus tamen iniungentes personis tam ad decanatus quam ad canonicatus in VI mensibus apostolicis vacantes a praefato rege et in tribus praedictis mensibus a capitulis nominatis, ut ipsi decanatuum et canonicatuum praedictorum colla-

Des näheren erfolgt die Verleihung der Propsteien durch den Papst in der Weise, dass der König einen Kandidaten vorschlägt, dessen Geeignetheit durch ein bischöfliches Idoneitätszeugniss dargethan wird [1]. Die vom König oder vom Kapitel für die Kanonikate ernannten Personen sollen nach der Circumscriptionsbulle von 1818 die Verleihung bei den Erzbischöfen und Bischöfen als dazu persönlich, also widerruflich, bestellten päpstlichen Bevollmächtigten [2] nachsuchen. Hiernach erscheint die Nomination als blosse Präsentation, das bairische Partikularrecht fasst dagegen die Ernennung seitens des Königs und des Kapitels als den Akt der Uebertragung des Kanonikates auf [3].

Die von den Kapiteln und den Bischöfen ausgehenden Ernennungen endlich bedürfen der königlichen Bestätigung [4].

In Oesterreich ist die erste Dignität an den erzbischöflichen und bischöflichen Kirchen, als welche für die Regel die Propstei gilt, wenn diese aber einem Privatpatronate untersteht, die zweite der päpstlichen Besetzung vorbehalten [5], indessen die Berücksichtigung solcher Empfehlungen des Kaisers, welche nach Einvernehmen mit dem Diöcesanbischof gegeben sind, in Aussicht gestellt [6].

Die Dignitäten in den Kollegiatkapiteln und die Kanonikate in den Dom- und Kollegiatstiftern werden dagegen auf sehr verschiedene Weise besetzt. Der am häufigsten vorkommende Modus ist die landesfürstliche Nomination [7]. Daneben finden sich Privatpatronatrechte auf Kanonikate [8], auch werden einzelne durch freie bischöfliche Kollation oder durch Kapitelswahl vergeben [9].

Alle vom Ordinarius, dem Kapitel oder einem Privatpatron ernannten, bez. designirten Personen sind dem Kaiser zur Genehmigung zu präsentiren [10].

tionem et provisionem infra VI menses ex tunc proximos ab apostolica sede impetrare literasque apostolicas desuper expedire teneantur".

[1] Min. E. v. 14. April 1831, Döllinger Samml. 8. 1, 310; Silbernagl, Verfassg sämmtl. Religionsges. i. Bayern. S. 41.

Ein durch Besetzung der Propstei erledigtes Kanonikat wird zu Folge besonderer Vereinbarung mit dem päpstlichen Stuhl, wenn die Vakanz in einen päpstlichen Monat fällt, durch königliche Ernennung und päpstliche Vergebung verliehen, im umgekehrten Fall durch den Papst, der aber auch hier auf den vom König Empfohlenen Rücksicht nimmt, M. E. v. 12. April 1842, Döllinger, fortges. Samml. 23, 97; Silbernagl a. a. O. S. 34. n. 5.

[2] Die Bevollmächtigung ist durch Breve v. 19. Dezember 1824 erfolgt, Silbernagl S. 41.

[3] Denn von diesem Moment an tritt das Recht auf die Bezüge der Stelle ein, s. Min. Entschl. v. 27. September 1829 Nr. 5 u. 6, Döllinger Sammlg 8. 1, 299; Silbernagl S. 42. Vgl. auch das Minist. Schreiben v. 1875 i. Arch. f. k. K. R. 34, 367. Dem gegenüber erscheint dann die in der Bulle vorbehaltene collatio oder provisio nur als Approbation oder institutio autorizabilis.

[4] Um festzustellen, ob die ernannte Person nicht minus grata ist, Art. 11. Abs. 6 des Konkordates. Der Kanonikat wird aber schon mit der Ernennung durch den Bischof oder das Kapitel erworben, nur der Genuss der Einkünfte bis nach der Bestätigung sistirt, Silbernagl a. a. O.

[5] Oesterr. Konkordat Art. 22. Das Ges. v. 7. Mai 1874. §. 3 hat hierin nichts geändert.

[6] Schreiben des Wiener Nuntius v. 18. Aug. 1855, Arch. f. k. K. R. 18, 454: „sanctitas sua in conferenda prima dignitate ecclesiarum metropolitanarum et episcopalium rationem habebit commendationis quam . . . imperator consulto singulis in casibus antistite dioecesano et servatis servandis sit prolaturus. Idem agendi modus adhibebitur circa nominationem ad secundam dignitatem capituli Goriciensis, cum prima patronatus laicalis privati sit"; Kult. Min. Erl. v. 1856 i. Arch. f. k. K. R. 1, XXXI.

[7] Wo sie hergebracht war, hat sie Art. 22 des Konkordates bestehen lassen.

[8] So der Wiener Universität auf 4 Stellen im Domkapitel zu Wien und 2 im Domkapitel zu Linz, Gautsch v. Frankenthurm, d. konfessionellen Gesetze S. 44; Ginzel K. R. 2, 202. n. 6.

[9] Vgl. Gautsch v. Frankenthurm a. a. O.; Schulte, status dioeces. cathol. p. 24. 29. 30. 35. 42. 43. 59. Den Metropolitankapiteln in Prag und Olmütz ist durch das Konk. Art. 22 das Wahlrecht auf die erste Würde (die Propstei bez. Dechantei) entzogen worden, dafür ist aber zugesichert (s. das Note 6 citirte Schreiben v. 1855): „In conferenda autem prima dignitate capitulorum Pragensis et Olmucensis sanctitas sua rationem habebit commendationis, quam archiepiscopus et capitulum metropolitanum ipsi exhibebunt".

[10] Note des Erzbischofs v. Wien v. 18. August 1855. Nr. XVI. i. Arch. f. k. K. R. 1, XXIII:

Dagegen erfolgt in **Frankreich** und in **Elsass-Lothringen** die Ernennung der Kanoniker durch den Bischof[1] unter hinzutretender Bestätigung der Staatsregierung[2].

III. Des Näheren ist noch Folgendes zu bemerken:

1. Die gemeinrechtliche Frist für die Besetzung der Stellen in den Kapiteln, welche überall, wo keine besonderen Bestimmungen bestehen, zur Anwendung kommt, beträgt 6 Monate[3].

2. Erfolgt eine Besetzung der Stellen durch Wahl des Kapitels, so ist die Beobachtung der für die Bischofswahlen vorgeschriebenen Solemnitäten[4] nicht erforderlich, es genügt, wenn in einer ordnungsmässig berufenen und abgehaltenen Sitzung des Kapitels festgestellt wird, dass der Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten hat[5].

Eine Postulation ist ausgeschlossen, denn eine solche kennt das Recht nur als Ersatz für Wahlen zu Prälaturen[6].

3. In allen Fällen, wo die Verleihung des Kanonikates nicht durch den mit kirchlicher Jurisdiktion ausgestatteten Oberen, d. h. den Papst oder den Bischof geschieht, ist eine vorgängige Prüfung durch den letzteren[7] erforderlich[8], und es hat der Bischof die Institution oder Konfirmation zu ertheilen. Dies gilt also sowohl für die von den Kapiteln allein ernannten, wie auch für die von Privatpersonen präsentirten Kandidaten. Erst damit kommt die Besetzung des Kanonikates zum Abschluss[9].

„Quoad ratas habendas personas ad beneficia ecclesiastica promovendas Maiestas sua intendit, cuncta in eo quo nunc sunt, statu relinquere et sperat, nunquam futurum quod necessitas inferat, eiusmodi cautionem amplius quam hucusque factum sit, adhibendi", Ginzel a. a. O. 2, 199.

[1] Bestimmt ist darüber nichts im Konkordate v. 1801, doch ist der gemeinrechtliche Modus, die collatio simultanea, nicht in Uebung, vgl. Bouix de capitulis p. 242 ff. Davon geht auch die Ordonnanz v. 13. März 1832, Dursy, Staatskirchenrecht in Elsass-Lothringen S. 78, aus.

[2] Organ. Artikel 35 v. 1802, Ordonnanz v. 13. März 1832. Art. 1; Cirk. v. 29. Dezember 1834, Dursy S. 80.

[3] c. 2 (Later. III.) c. 15 (Innoc. III.) X. de conc. praeb. III. 8. S. aber in Betreff der oberrheinischen Kirchenprovinz und Hannovers o. S. 695. n. 6 u. 7; Silbernagl a. a. O. S. 42 spricht allerdings von einer gemeinrechtlichen Frist von 3 Monaten!

[4] Wie sie vom c. 42 (Later. IV.) X. de elect. I. 6 festgesetzt sind, s. o. S. 660 ff.. Das Kapitel spricht nur von ecclesiae viduatae und ist daher von der Doktrin allein auf solche erste Leitungsstellen, mit welchen eine iurisdictio episcopalis oder quasi episcopalis verbunden ist, nicht aber auf Kanonikate und blosse Stifts-Prälaturen bezogen worden, Glosse zu c. 42 cit. s. v. ecclesiis viduatis; Fagnan. ad c. cit. n. 32. 33; Barbosa de canonicis. c. 14. n. 17; c. 38. n. 1; Reiffenstuel ius canon. I. 6. n. 112; Congr. Conc. v. 1872 in Acta s. sed. 7, 536.

[5] Jedoch hat die Congr. conc. 1872 eine Gewohnheit, dass bei Stimmengleichheit unter den Kanonikern der kraft der simultanea collatio konkurrirende Bischof den Ausschlag giebt, Acta s. sed. 7; 536, ferner 1857 eine Entscheidung durch das Loos — das c. 3 (Honor. III.) X. de sortileg. V. 21 betrifft nur eine Bischofswahl — für gültig erklärt, Anal. iur. pont. 1858. p. 119. Bei der geheimen Wahl darf der Kanoniker nicht für sich selbst stimmen, auch wenn andere Kandidaten mit in Frage stehen, Entscheidg. d. Congr. Conc. v. 1875. Acta s. sed. 9, 138.

[6] tit. X. I. 5 de postulatione praelatorum. Vgl. auch die vorige Note.

[7] Ueber die Anwendung des Konkurses auf Kanonikate s. o. S. 500.

[8] Hinsichtlich der von den Universitäten ernannten aber nicht, Trid. Sess. VII. c. 13 de ref. Dies ist noch in Oesterreich praktisch bei den von der Wiener Universität Präsentirten, Ginzel K. R. 2, 202. n. 6.

[9] Dies zeigen die Circumscriptionsbullen für Hannover und die oberrheinische Kirchenprovinz, s. o. S. 695. n. 6 u. 7; dieselbe Auffassung auch im Konkordat mit Spanien Art. 18 a. E., Nussi conventiones p. 287. 288. Ueber Oesterreich s. Ginzel K. R. 2, 199. 201. Möglich ist es allerdings, dass dem Kapitel auch das Institutionsrecht aus einem speciellen Titel zusteht, was aber praktisch kaum mehr vorkommt, Leuren. for. benef. qu. 670. n. 1. Ueber Baiern s. o. S. 698. n. 3. Wo dem Papst die Institution vorbehalten ist, wird vielfach mit der Ausübung dieses Rechtes der Bischof betraut, s. Vertrag mit S. Gallen v. 1845. Art. 11. 12, Nussi l. c. p. 270, und über Baiern s. o. S. 698. n. 2.

Unklar und unrichtig scheidet Huller a. a. O. S. 107 die institutio verbalis und institutio authorizabilis bei jeder Institution für Kapitelsstellen.

Gewohnheitsmässig wird über jede Vergebung eines solchen eine Urkunde für den Beliehenen ausgefertigt[1]. Damit erlangt der letztere die Stellung und Rechte eines Kanonikers, namentlich die mit dem Kanonikate verbundene Pfründe[2].

4. Zur Ausübung dieser Rechte, soweit eine solche nur im Kapitel stattfinden kann, bedarf es noch der s. g. *installatio*[3], der Besitzeinweisung in das Amt, mit welcher hier zugleich die Aufnahme in das Kapitel verbunden ist. Wegen des Verbotes der eigenmächtigen Besitzergreifung der Benefizien[4] kann dieselbe gültig nur in Gegenwart des ordnungsmässig zusammen berufenen Kapitels (*capitulariter*)[5] erfolgen[6]. Die Vornahme des Aktes bestimmt sich des Näheren nach Statut und Gewohnheit. In den altpreussischen Kapiteln leitet der Dekan die ganze Handlung[7]. Sie besteht gewöhnlich in der Einführung des neuen Kanonikers in die Versammlung des Kapitels, seiner Bekleidung mit den Kapitels-Insignien, der Bedeckung desselben mit dem Hute als Zeichen der Besitzübertragung, und seiner Geleitung in den Chor der Kirche, wo ihm sein Sitz angewiesen wird. Zugleich legt der neue Kanoniker dabei das Trienter Glaubensbekenntniss[8] und den Eid auf Beobachtung der Statuten und Ordnungen des Kapitels ab[9]. Ueber den Akt wird ein Protokoll aufgenommen[10].

5. Die Forderung und Zahlung von Geld und Geldeswerth für die Erwerbung von Kanonikaten und für die Besitzeinweisung in dieselben an die dabei betheiligten Personen[11] ist unter Androhung der Strafen der Simonie und unter Beseitigung jeder

1 S. o. S. 697. n. 5 a. E.; Formulare bei Bouix de capitulis p. 681 ff.; s. auch u. Note 9.

2 S. o. S. 81, über die frühere Zeit S. 66. 69.

3 S. o. S. 654. n. 6.

4 S. o. S. 654.

5 Barbosa l. c. c. 15. n. 1; Leuren. P. II. qu. 808, jedoch kann dasselbe dabei auch äussersten Falls durch einen Kanoniker repräsentirt werden, Ferraris prompta bibl. s. v. canonicatus art. II. n. 24 ff.

6 Ersetzt wird sie aber dadurch, dass das Kapitel den neuen Kapitularen zu den Sitzungen und den anderen Funktionen zulässt, oder dasselbe die Zulassung unrechtmässig verweigert, Barbosa c. 15. n. 15. 11 ff.; Ferraris l. c. n. 22. 28.

7 Dass dies auch gemeinrechtlich bestimmt sei, so Ginzel 2, 209 mit Rücksicht auf c. 7. X. de conc. praeb., ist unrichtig. Bei der Verschiedenheit der Kapitelsverfassung war die Bildung eines gemeinen Rechts in diesen Beziehungen von selbst ausgeschlossen.

8 Die Kanoniker der Kollegiatkapitel brauchen dieses aber nicht abzulegen, Trid. Sess. XXIV. c. 12 de ref. Entsch. der Congr. conc. in der Ausgabe von Richter S. 352.

9 Vgl. Kölner Statuten §. 51, Hüffer, Forschgen d. französ. u. rhein. K. R. S. 361: „Cui delata praelatura est vel canonicatus, is praesidi capituli exhibeat collationis documentum quo probato die horaque praestitutis ad aulam capitularem accedat; in quam per decanum et per canonicum ordine primum vel per duos canonicos ordine primos introducatur et capitulo convocato praesentetur. Genuflexus versus crucem professionem fidei Pii IV. a concilio Tridentino praescriptam emittat ac promittat, se fideliter legitima statuta ordinationes et decreta capituli esse servaturum. Quo facto a praeposito vel decano vel a canonico ordine primo insignibus capitularibus ornetur et per impositionem bireti in possessionem immittatur atque ita investito sedes in capitulo assignetur. Investitum decanus et canonicus ordine primus vel duo canonici ordine primi ad chorum reducant installandum, praeposito et reliquis canonicis subsequentibus. Brevi oratione in infimo gradu summi altaris inter comites genuflexus absoluta ascendit ad altare quo deosculato descendit ducendus ad stallum suum in choro in quo paulisper sedendo possessionem capit, assurgit et praelatis et canonicis secundum ordinem dat pacem. Cantores interea comitante organo cantent psalmum: Ecce quam bonum, praemissa Antiphona: Unguentum in capite, ex pontificali Romano". S. ferner Arch. f. k. K. R. 11, 222, wo die Form eines Installationsaktes im Kapitel von Laibach mitgetheilt ist.

10 Ein solches bei Barbosa l. c. hinter c. 15; Bouix l. c. p. 685.

Ueber die Besitzeinweisung der Domvikare bestimmt das Kölner Statut (s. vor. Note) §. 53: „Praefinito modo (§. 51) pariter vicarius introducatur nisi quod praetermissa investitura per bireti impositionem post emissam professionem fidei promissamque reverentiam et obedientiam erga praelatos et canonicos a decano ex aula in chorum deductus, praesentibus ibi reliquis vicariis tantummodo locus ipsi in choro assignetur".

11 Vgl. auch o. S. 69.

entgegenstehenden Gewohnheit vom Koncil von Trient verboten worden[1], wohl aber ist die Entrichtung einer Gebühr zum Vortheil der Kirche oder zu frommen Zwecken gestattet[2].

6. Das oben S. 615 erwähnte Optionsrecht[3] ist heute ebenfalls noch in manchen Kapiteln in praktischer Geltung, so in Oesterreich hinsichtlich derjenigen Dignitäten und Präbenden, mit welchen keine Seelsorge verbunden ist[4]. Hier entsteht in jedem Vakanzfall einer der Wahl unterworfenen Präbende oder eines solchen Kanonikates[5] auf Grund der zu Folge der Kapitelsverfassung oder Gewohnheit hergebrachten Option für den Berechtigten ein ius ad rem auf die Präbende oder den Kanonikat[6]. Mit der Ausübung der Option[7] verwandelt sich das ius ad rem in das ius in re, d. h. der Optirende erwirbt die Pfründe, ohne dass es eines weiteren Uebertragungsaktes bedarf[8]. Die Besitzeinweisung ist aber erforderlich, um den Besitz der neuen Präbende oder des neuen Kanonikates zu erlangen, und daher auch bei erfolgter Option üblich[9].

7. Was die Besetzung der officia des theologus und des poenitentiarius[10] betrifft, so gewährt das Tridentinum dem Bischof hinsichtlich des ersten Amtes das Recht der Auswahl einer geeigneten Persönlichkeit[11], und in Betreff des zweiten die Institution einer solchen[12]. Unbedenklich ist es mit der herrschenden Doktrin in denjenigen Fällen, wo die betreffende mit einem der gedachten Offizien vereinigte

[1] Sess. XXIV. c. 14 de ref., vgl. auch Pii V. const. Durum nimis v. 1. Juni 1570, bull. Taurin. 7, 827.

[2] Entsch. d. Congr. conc. in Richters Tridentinum S. 368, also zum Vortheil der fabrica, der Sakristei, für Beschaffung von Paramenten und Ornamenten. Nach §. 52 der citirten Kölner Statuten sind zu letzterem Behufe von jedem Prälaten 100, von jedem Kanoniker 30 Thaler vor der Installation zu zahlen.

[3] Vgl. darüber Moneta de optione canonica, Colon. 1620. Rom. 1621; Barbosa l. c. c. 30; Bouix l. c. p. 169; Sentis, d. praebenda theologalis und poenitentialis. S. 39 ff.; Schulte und v. Moy i. Arch. f. k. K. R. 10, 256 ff.; s. auch a. a. O. 11, 276 ff.

[4] So sind im Prager Metropolitankapitel die Präbenden des Archidiakons, des Scholastikus, des Custos und des canonicus senior Optionspräbenden, Ginzel 2, 203. n. 7. Dass das Optionsrecht nicht durch Art. XXII des österr. Konkordates beseitigt ist, hat die Congr. Conc. i. J. 1860 entschieden, Anal. iur. pont. 1861. p. 437 ff.
Ein für Köln ergangenes Indult v. 5. Februar 1844 bestimmt: „ut numerarii eiusdem ecclesiae canonici ad vacantes canonicatus et praebendas numerarias superioris loci vel maioris etiam redditus gradatim ascendere et optare illas possint sive ad ordinarii collationem spectant sive sedi apostolicae quacumque ex causa etiam ratione mensium reservatae fuerint, quo tamen posteriori in casu a solo deinde summo pontifice per suam datariam et per apostolicas bullas conferendi erunt canonicatus et praebendae quae ascensu et optione facta vacuae remanebunt“. Die placetirende K. O. v. 21. Juni 1846 hat aber dabei das landesherrliche Nominationsrecht auf die vakant werdenden Kanonikate und ebenso das Recht des Landesherrn, den Ernannten unter Ausschluss der Ascension und Option unmittelbar in den zunächst vakant gewordenen Kanonikat einrücken zu lassen, vorbehalten.

[5] Vgl. o. S. 616.

[6] Hieron. Gonzalez ad reg. VIII. canc. gloss. 34. n. 126; auch vor der Annahme der Präbende oder des Kanonikates, Garcias tract. de benef. P. IV. c. 3. n. 45. 46. Der nächstfolgende hat ein solches Recht ebenfalls, aber bedingt durch die Nichtausübung der Option seines Vorgängers. Uebt dieser letztere das Recht aus, so entsteht damit das ius ad rem auf die von ihm verlassenen Pfründe für den nächsten.

[7] Die betreffende Erklärung ist in der statutarisch oder gewohnheitsmässig hergebrachten Form abzugeben, z. B. in einer Kapitelssitzung unter Nachsuchung der Zulassung der Option, s. das Protokoll bei Moneta l. c. c. 5. qu. 3 i. f. Die Zustimmung des Kapitels hat aber nur die Bedeutung der Konstatirung, dass die Option statthaft ist, bildet also nicht die wesentliche Voraussetzung einer rechtlich gültigen Option. Daher ist sie auch an sich entbehrlich und mangels besonderer Bestimmungen kann die Option ebenfalls durch blosse an das Kapitel gerichtete Erklärung geschehen.

[8] Moneta l. c. c. 5. qu. 3. n. 32; Lotter. de re benef. l. II. qu. 38. n. 16. 17.

[9] Moneta l. c. c. 5. n. 29 ff. 33 ff.

[10] S. o. S. 117. 121.

[11] Sess. V. c. 1 de ref.

[12] Sess. XXIV. c. 8 de ref.

Kanonikatspräbende dem freien Kollationsrecht des Bischofs unterstand[1], diesem die Verleihung dieser Aemter zuzusprechen.

Anderenfalls fragt es sich mit Rücksicht darauf, dass das Tridentinum die Rechte dritter Personen hinsichtlich Besetzung der mit den beiden Offizien verbundenen Präbenden nicht beseitigt hat[2], wie dieselben mit den dem Bischof zustehenden Befugnissen zu vereinigen sind.

Wenn die Pfründe durch Wahl oder Nomination des Kapitels vergeben wird, so kann dieselbe nur zu Gunsten der vom Bischof bezeichneten Person ausgeübt werden[3], weil diesem die Bestimmung der Person des Theologus und des Pönitentiars ausnahmslos durch das Koncil eingeräumt ist.

Die Schwierigkeiten, welche ein im Kapitel für alle Präbenden bestehendes Optionsrecht der Anwendung der Vorschriften des Tridentinums bereitet, hat man im Laufe der Zeit auf verschiedene Weise zu heben versucht[4]. Die einzig entsprechende Lösung, welche sich darbietet, ist aber die, dass das Optionsrecht dem Theologus und Pönitentiar so lange gestattet wird, bis sie auf diese Weise eine genügend dotirte Präbende erlangen und diese demnächst durch den Bischof dauernd mit ihren Offizien vereinigt wird. Da es sich hierbei aber um eine Beeinträchtigung des Optionsrechtes handelt und ferner die vom Koncil vorgeschriebene feste Verbindung der Präbenden mit den beiden Aemtern zunächst nicht zur Ausführung gelangen kann[5], wird es für diese Massregeln eines päpstlichen Indultes bedürfen[6].

Wenn endlich die Theologal- oder Pönitential-Präbende dem Nominationsrecht eines Weltlichen, z. B. eines Landesherrn unterworfen ist[7], so bleibt dieses Recht

[1] Bouix l. c. p. 111. 129; Sentis a. a. O. S. 27.

[2] Garcias l. c. P. V. c. 4. n. 162ff.; Bouix ll. cc.; Sentis S. 27. 49.

[3] Wo die Stellen auf stattgehabten Konkurs vergeben werden, s. o. S. 119. n. 3 u. 122. n. 3, kann daher das Kapitel auch nicht einmal aus den tauglich befundenen wählen. Sein Recht ist in allen diesen Fällen nur eine rein formale Befugniss ohne materiellen Inhalt, Sentis S. 50.

Das Gesagte gilt auch, wenn dem Bischof und dem Kapitel die collatio simultanea zukommt, Bouix l. c. p. 111.

Auch eine Vakanz des Bisthums ändert hierin nichts, denn das sonst dem Kapitel während dieser zustehende Recht in Betreff der seiner ausschliesslichen Verleihung oder der collatio simultanea unterliegenden Kanonikate, s. o. S. 242. u. 695 cessirt hier deshalb, weil nur der Bischof den Theologen und den Pönitentiar auswählen kann und demnach dieses Recht seinem Nachfolger vorbehalten werden muss, Garcias l. c. n. 145; Sentis S. 38.

[4] In früherer Zeit ist theils die Unstatthaftigkeit der Benutzung der Optionspräbenden für die beiden Offizien, theils deren volle Statthaftigkeit, womit die Option für die betreffenden Pfründen ausgeschlossen war, behauptet, auch die Mittelmeinung geltend gemacht worden, dass eine Präbende vor ihrer Erledigung vom Bischof zur theologalen oder pönitentialen erhoben und so von der Option frei werden könne, während diese Massregel in Betreff einer vakanten wegen des mit der Erledigung existent werdenden Optionsrechtes nicht anwendbar sei, Moneta l. c. c. 4. n. 4. 11; Garcias P. V. c. 4. n. 128 ff.; Sentis S. 40. 41. Die erste der beiden Ansichten wird dem Tridentinum nicht gerecht, die zweite beseitigt unzulässiger Weise das Optionsrecht, und die letzte begeht theilweise denselben Fehler, stellt überdies auch alles auf die Prävention des Bischofs. Nachdem sich die Auffassung, dass die Errichtung der erwähnten Offizien nicht auf Kosten des Optionsrechtes erfolgen dürfe, festgestellt hatte, ist man zu dem Auskunftsmittel geschritten, dass der Bischof die letzte oder die beiden letzten Präbenden dazu benutzen solle, weil diese als präsumtiv schlechteste nicht optirt werden würden, Sentis S. 41, 42, ein Ausweg, bei welchem unter der gedachten Voraussetzung der Theologus und Pönitentiar dauernd an die am geringsten dotirten Präbenden gefesselt werden.

[5] Auch insofern wird das Tridentinum hier nicht beachtet, als die praebenda proxime vacatura nicht zur Vereinigung benutzt wird.

[6] Solche sind seit dem 17. Jahrh. mehrfach ertheilt worden, Sentis S. 44. Vgl. auch Acta s. sed. 8, 350. Bernardi comm. ad l. III. decr. Greg. IX. diss. II. obs. 2, ed. Mediol. 1846. 1, 240, geht irrigerweise davon aus, dass der Bischof allein die erwähnten Anordnungen treffen kann.

[7] Dasselbe gilt übrigens auch bei bestehendem weltlichen Patronate.

gewahrt, nur wird ein Kandidat vorgeschlagen werden müssen, welcher die Qualifikation für das fragliche Amt besitzt. Der Gesichtspunkt der Kollation, welcher für die Behandlung geistlicher Wahl, Nominations- und Präsentationsrechte im kanonischen Recht massgebend ist, und zu manchen Einschränkungen der Befugnisse des Berechtigten führt, fällt hier fort, und deshalb kann das Nominationsrecht in diesem Falle nicht jeder materiellen Bedeutung entkleidet werden [1].

Für die deutschen Kapitel entfallen die sich aus der Bestimmung des Tridentinums und den bestehenden Besetzungsarten der Kanonikate ergebenden Schwierigkeiten in Betreff der Bestellung des Theologus und des Pönitentiars. Denn die betreffenden Vereinbarungen ordnen nur an, dass der Bischof geeignete Persönlichkeiten für die gedachten Aemter deputiren soll, und sehen damit von der dauernden Verbindung bestimmter Kanonikate mit den beiden Offizien ab [2].

Für Oesterreich ergiebt sich dasselbe Resultat, aber aus dem Grunde, weil hier die Kollation der Theologal- und Pönitentiar-Pfründe dem Bischof zugewiesen ist [3].

IV. Die Ehrenkanoniker, *canonici honorarii* (s. o. S. 83) werden der Regel nach vom Bischof mit Konsens des Kapitels ernannt [4], sofern nicht für einzelne Kapitel besondere Bestimmungen darüber bestehen. Für Altpreussen ist die Art ihrer Ernennung dieselbe, wie die der eigentlichen Domherrn [5], nur sollen Geistliche bestimmter Stellung stets einen Ehrenkanonikat erhalten [6]. Ferner kommt auch die ausschliessliche Ernennung durch den Bischof vor [7], in manchen Fällen unter hinzutretender Bestätigung des Landesherrn [8], sodann Ernennung durch den letzteren [9],

[1] Diesen Standpunkt hat auch die Congr. conc. in neuerer Zeit eingenommen, so erklärte dieselbe dem Erzbischof v. Palermo 1826: „ut apud regium patronum agas, ne patiatur diutius tam insignem ecclesiam adeo sancta a s. concilio Tridentino inculcata institutione carere; sed sinat officia illa duabus in perpetuum adnecti praebendis canonicalibus quae nominatis ab eo et idoneis experimento repertis tribuantur, quemadmodum in collatione parochiarum iurispatronatus fieri solet", Sentis S. 54; s. überhaupt a. a. O. S. 51 ff.

[2] Ueber Altpreussen l. c. S. 121. n. 1, so ist auch beispielsweise in dem Restitutionsdiplom des Kölner Kapitels v. 1825, §§. 6. 12, Hüffer Forschgen z. französ. u. rhein. K. R. S. 340. 342, eine solche Verbindung nicht ausgesprochen, über die oberrheinische Kirchenprovinz s. o. S. 121. Im bairischen Konkordate von 1817. Art. 3 ist zwar festgesetzt, dass die Bischöfe zwei Kanoniker zu den gedachten Aemtern ad formam concilii Tridentini deputiren sollen, das kann sich aber nicht auf die dauernde Vereinigung einer Präbende mit den Offizien beziehen, wie denn auch die Circumscriptionsbulle von 1818, Weiss corp. iur. eccles. p. 134 nur bestimmt: „iniuncta respectivis capitulis obligatione, ut in eorum singulis ab altero ex canonicis poenitentiarii munus exerceatur, ab altero autem scriptura sacra festis diebus populo exponatur, qui tamen duo canonici ab episcopo ad praedicta respective munia fideliter adimplenda erunt stabiliter deputandi". Von Sentis a. a. O. S. 35, welcher auch hier die allgemeinen Regeln anwenden will, und der damit zu dem Resultate gelangt, dass in Altpreussen der Papst die Theologal- und Pönitentialämter in den päpstlichen Monaten zu besetzen hat, ist dieser Umstand völlig übersehen, nicht minder, dass in Preussen dem König das Nominationsrecht auf die in den erwähnten Monaten erledigten Kanonikate zusteht.

[3] Art. 23 des Konkordates: „episcopis praefatas praebendas secundum eiusdem concilii sanctiones et pontificia respective decretia conferentibus"; Ges. v. 4. Mai 1874. §. 3.

[4] Dies ist feststehende Ansicht und die Praxis der Congr. Conc., s. Fagnan. ad c. 27. X. de praeb. III. 5; Bouix de capitulis p. 153; Anal. iur. pontif. 1867. p. 883 ff.; Acta s. sed. 3, 138; 4, 177. 181. 187. 189. 579.

[5] S. o. S. 696.

[6] S. 83. n. 7.

[7] So in Betreff der beiden oldenburgischen Kanonikate an der Kathedrale zu Münster, o. S. 83. n. 7. Dies ist auch in Frankreich die herrschende Uebung, Bouix l. c. p. 154.

[8] Const. Leon. XII. v. 1828. §. 6 für die istrischen und dalmatinischen Domkirchen, bull. Rom. cont. 17, 376.

[9] Vielfach in Oesterreich. Eine Bestätigung durch den Bischof findet nicht statt, sondern nur eine Approbation, Ginzel K. R. 2, 199.

und auch durch den Papst[1]. Endlich ist die Stellung als Ehrendomherr in einzelnen Fällen mit einem geistlichen Amt dauernd verbunden und wird daher ohne Weiteres mit der Erlangung desselben erworben[2].

[1] In der Abtei nullius S. Moritz in Unterwallis, const. Gregor. XVI. v. 1840, bull. propag. 5, 204.

[2] Der Pfarrer an der Bartholomäuskirche in Frankfurt a. M. ist geborener Ehrendomherr in Limburg, Arch. f. k. K. R. 21, 346.

Nachträge und Berichtigungen.

Es ist hinzuzufügen auf

S. 1. Anm. * a. E.: Vgl. auch E. Löning, Gesch. d. deutsch. Kirchenrechts 1, 362. 2, 99 ff.

S. 2. Anm. 4 a. E.: Löning a. a. O. 1, 420.

S. 4. Anm. 7 a. E.: Vgl. überhaupt Löning a. a. O. 1, 367.

S. 5. Anm. 2—4: Vgl. auch Löning a. a. O. 1, 441 ff.

S. 7 hinzufügen Z. 8 v. o. hinter: ganz auf, als Anm. 3a: Dagegen Löning a. a. O. 2, 217. Indessen ergeben die von ihm beigebrachten Quellenzeugnisse nicht, dass der Metropolitanverband irgendwelche praktische Bedeutung gehabt hat.

S. 14 zu der Ueberschrift des §. 77 als Anm. *: Jos. de Prosperis, de territorio separato etc. Romae 1712. qu. 16: An et quomodo se gerere debeant archiepiscopi seu metropolitani respectu dioecesium episcoporum suffraganeorum etc.

S. 17 am Schluss der Anm. 11 von S. 16: Eine Aufzählung der einzelnen Jurisdiktionsrechte der Metropoliten auch im Koncil von Würzburg v. 1330. s. Hartzheim conc. 4, 311.

S. 26. Anm. 7 a. E.: Löning, Gesch. d. deutsch. Kirchenrechts 2, 93 nimmt dagegen an, dass der Papst zur Ertheilung des Palliums die kaiserliche Genehmigung einzuholen hatte, wenn die betreffenden Bischöfe nicht der kaiserlichen Gewalt unterstanden.

S. 27. Anm. 5 a. E.: Löning a. a. O. S. 94. n. 1 führt aus, dass in dem Koncil von Macon statt: archiepiscopus zu lesen: episcopus und dass unter: pallium das Rationale zu verstehen ist.

S. 33. Anm. 3. Z. 3 v. o. hinter subsidia diplomatica 3, 315; : Conc. Quebec. IV. v. 1868. Sess. I, coll. conc. Lac. 3, 695.

S. 35. Anm. 5. Z. 5 v. u. hinter l. c. 8, 196: vgl. auch die päpstliche Aeusserung, welche die hist. pontif. c. 33, SS. 20, 539 berichtet.

S. 36. Anm. 5 v. S. 35 hinter Bischof von Lucca: privil. Calixt. II. v. 1119—1124, Ughelli Italia sacra 1, 819.

S. 37. Text Z. 2 v. u. hinter: Divisionsgenerälen, als Anm. 9a: Nach dem Hofrang-Reglement v. 19. Januar 1878 rangiren die Erzbischöfe mit ihnen, sowie mit allen anderen Personen derselben Klasse nach dem Datum ihrer Ernennung.

S. 38. Text des §. 79 ist hinter Absatz I einzuschalten: Das Vatikanische Koncil in der Const. Pastor aeternus v. 18. Juli 1870. c. 3 (u. A. bei Friedberg, Sammlg d. Aktenstcke z. vatikan. Koncil S. 742; Arch. f. k. K. R. 24, XLVI):

„. . . Docemus proinde et declaramus, ecclesiam Romanam disponente domino super omnes alios ordinariae potestatis obtinere principatum et hanc Romani pontificis iurisdictionis potestatem quae vere episcopalis est, immediatam esse: erga quam cuiuscumque ritus et dignitatis pastores atque fideles, tam seorsum singuli quam simul omnes, officio hierarchicae subordinationis veraeque obedientiae obstringuntur, non solum in rebus quae ad fidem et mores, sed etiam in iis quae ad disciplinam et regimen ecclesiae per totum orbem diffusae pertinent; ita ut custodita cum Romano pontifice tam communionis quam eiusdem fidei professionis unitate, ecclesia Christi sit unus grex sub uno summo pastore. Haec est catholicae veritatis doctrina, a qua deviare salva fide atque salute nemo potest.

Tantum autem abest, ut haec summi pontificis potestas officiat ordinariae ac immediatae illi episcopalis iurisdictionis potestati, qua episcopi qui positi a spiritu sancto in apostolorum locum successerunt, tamquam veri pastores assignatos sibi greges, singuli singulos, pascunt et regunt, ut eadem a supremo et universali pastore asseratur, roboretur ac vindicetur secundum illud s. Gregorii M.: Meus honor est universalis ecclesiae. Meus honor est fratrum meorum solidus vigor. Tum ego vere honoratus sum, cum singulis quibusque honor debitus non negatur . . .

Et quoniam divino apostolici primatus iure Romanus pontifex universae ecclesiae praeest, docemus etiam et declaramus, eum esse iudicem supremum fidelium et in omnibus causis ad examen ecclesiasticum spectantibus ad ipsius posse iudicium recurri; sedis vero apostolicae cuius auctoritate maior non est, iudicium a nemine fore retractandum neque cuiquam de eius licere iudicare iudicio. Quare a recto veritatis tramite aberrant, qui affirmant, licere ab iudiciis Romanorum pontificum ad oecumenicum concilium tamquam ad auctoritatem Romano pontifice superiorem appellare.

Si quis itaque dixerit, Romanum pontificem habere tantummodo officium inspectionis vel directionis, non autem plenam et supremam potestatem iurisdictionis in universam ecclesiam, non solum in rebus quae ad fidem et mores, sed etiam in iis quae ad disciplinam et regimen ecclesiae per totem orbem diffusae pertinent; aut eum habere tantum potiores partes, non vero totam plenitudinem huius supremae potestatis; aut hanc eius potestatem non esse ordinariam et immediatam sive in omnes ac singulas ecclesias sive in omnes et singulos pastores et fideles, anathema sit"

erkennt zwar die im Text gedachte Stellung der Bischöfe als Nachfolger der Apostel und als unmittelbarer Leiter ihrer Diöcesen und Heerden (vgl. auch Th. I. S. 204. 205) an, andererseits aber sanktionirt es unter ausdrücklicher Verwerfung des Episkopal-Systems (s. Th. I. S. 196)

vgl. auch c. 4 der cit. vatikan. Const. über die päpstliche Unfehlbarkeit.

das Papalsystem in der schroffsten Auffassung, indem es dem Papste die ordentliche und unmittelbare bischöfliche, nicht blos primatiale Leitungsgewalt sowohl in Sachen des Glaubens und der Sitten, als auch in Betreff der Disciplin und des Regiments über alle einzelnen Kirchen, Diöcesen, Bischöfe und Gläubigen zuspricht. Vielfach ist behauptet worden, dass durch die Dogmatisirung dieser, vollkommen zutreffender Weise als Universal-Episkopat bezeichneten Stellung des Papstes die Bischöfe zu blossen päpstlichen Vikaren für die Partikularkirchen sowie zu blossen Mandataren und blossen Gehülfen der absoluten Papstgewalt herabgedrückt worden seien,

vgl. z. B. v. Schulte. Denkschrift üb. d. Verh. d. Staates zu d. Sätzen d. päpstl. Constitut. v. 18. Juli 1870. Prag 1871. S. 55. 56; dess. d. Stellg. d. Koncilien, Päpste und Bischöfe u. die päpstl. Constitution v. 18. Juli 1870. Prag 1871. S. 297 ff.; Richter-Dove K. R. 7. Aufl. S. 313 ff.; Berchthold, d. Unvereinbarkeit d. neuen päpstlichen Glaubensdekrete m. d. bayer. Staatsverfassung. München 1871. S. 8.

Diese Auffassung scheint mir zu weit zu gehen, und einer gewissen Berichtigung zu bedürfen. Die Lehre, dass der Papst der s. g. iudex singulorum für die ganze katholische Kirche ist, und also eine mit der bischöflichen konkurrirende Gewalt besitzt, kennt schon das Mittelalter, und die letzten Jahrhunderte hindurch ist das Papal-System das herrschende gewesen, wenngleich den Bischöfen praktisch eine gewisse, relative, freilich in neuerer Zeit mehr äusserliche als wahrhaft innerliche Selbstständigkeit geblieben ist. Die Dogmatisirung des Papal-Systems und des Universal-Episkopates erscheint demnach nur als die Frucht einer Entwicklung der katholischen Kirche, deren Abschluss längst vorbereitet war. Eine ausdrückliche, die bisherige Stellung des Episkopates selbst betreffende und diese ändernde Bestimmung enthält ferner die vatikanische Konstitution nicht. Trotzdem ist es aber andererseits ungerechtfertigt, wenn seitens der Anhänger der Beschlüsse des vatikanischen Koncils,

vgl. statt vieler Hergenröther, kathol. Kirche u. christl. Staat. Freiburg i. Br. 1872. S. 865 ff.; Vering K. R. S. 533 und die Kollektiv-Erklärung d. deutsch. Bischöfe v. Januar u. Februar 1875, Arch. f. k. K. R. 33, 346.

geläugnet wird, dass dadurch eine Aenderung in der Stellung der Bischöfe herbeigeführt worden ist. Allerdings hat das vatikanische Koncil das Bischofsamt als selbstständiges Amt nicht beseitigt, neben jedem einzelnen Sprengelbischof steht indessen nunmehr der Papst als Universalbischof der ganzen Kirche, welcher, wenn er will, statt des ersteren und neben ihm beliebig jede bischöfliche Handlung auf Grund eines durch das Koncil festgestellten Dogmas, an welches jeder Katholik bei Verlust seines Seelenheiles glauben muss, vorzunehmen befugt ist. So ist durch die dogmatischen Vorschriften des Koncils über die Stellung des Papstes zwar nicht direkt und principiell, wohl aber mittelbar und thatsächlich die Selbstständigkeit des Bischofsamtes in Frage gestellt,

(dass man dies, wenigstens ein Theil der Bischöfe, auf dem Koncil erkannt hat, zeigt die von der dogmatischen Kommission desselben zusammengestellte synopsis analytica observationum quae a patribus in caput de Romani pontificis primatu factae fuerunt, Nr. 1. 3. 8. 11. 40. 44, abgedruckt bei Friedrich, Docum. ad illustrand. concil. Vatican. Nördlingen 1871. 2, 179; vgl. dazu auch Frommann, Gesch. u. Kritik des vatikan. Koncils. Gotha 1872. S. 129. 130).

Die konkurrirende Jurisdiktion des Papstes macht es jedem Bischof praktisch unmöglich, die Selbstständigkeit seines Amtes zu wahren, und dadurch wird er allerdings faktisch in dieselbe Stellung gebracht, welche ein von seinem Machtgeber abhängiger Mandatar hat.

(Vgl. hierzu auch Frommann a. a. O. S. 471. Dass man dies in Rom beabsichtigt hat, zeigt der Umstand nur zu deutlich, dass man jede nähere Bestimmung des Verhältnisses des Episkopates zum Universal-Episkopat des Papstes trotzdem, dass, wie die angeführte Synopsis zeigt, ein solches Verlangen von einzelnen Bischöfen gestellt worden, unterlassen hat, obwohl auf dem vorletzten Koncil, dem von Trient, eine nähere Dogmatisirung der Stellung der Bischöfe ebenso wie des päpstlichen Primates umgangen worden ist, s. Th. I.



S. 203. Die oben gedachte Auffassung Schultes ist also insoweit berechtigt, als sie die thatsächliche Konsequenz bezeichnet).

Das vatikanische Koncil hat aber nicht allein die Stellung der Bischöfe als Leiter ihrer Diöcesen betroffen. Durch die Dogmatisirung der päpstlichen Unfehlbarkeit im Kap. 4 der erwähnten Konstitution ist das Bischofsamt auch, insofern es den Beruf hat, die ganze Kirche zu repräsentiren, thatsächlich bedeutungslos gemacht, weil, wie später zu zeigen sein wird, die allgemeinen Koncilien, auf denen jener Beruf ausgeübt wird, überflüssig geworden sind.

S. 40. Text Z. 3 v. u. zu streichen: Benediktion der Kirchenparamente, die.

S. 43. Text Z. 9 v. u. hinter: Diöcese als Anm. 4a: Entscheidungen der Congr. Conc. v. 1875 und 1876 in Betreff des Streites über die Zugehörigkeit einer Ortschaft zu der einen oder anderen Diöcese in Acta s. sed. 9, 43.

S. 47. Anm. 1. Z. 2 hinter: ebenso, füge ein: in seiner Diöcese.

S. 48. Text Z. 14 v. o. hinter Breslau als Anm. 7a: Nach dem Hofrang-Reglement v. 19. Januar 1878 steht der gefürstete Bischof dem Erzbischof gleich, s. o. S. 37.

S. 48. Text Z. 5 v. u. hinter Klasse als Anm. 9a: So auch nach dem angeführten Hofrang-Reglement.

S. 49. Anm. 4 statt S. 37. n. 4 zu lesen: S. 37. n. 7.

S. 49 hinter dem Schluss v. §. 79 als einzufügen: Anhang. Die altkatholische Kirchengemeinschaft Deutschlands hat in ihrer Organisation das Bischofsamt beibehalten. Der Bischof besitzt alle Rechte und Pflichten, welche nach gemeinem katholischen Kirchenrecht dem Episkopate zustehen.

Wenn die Synodal- und Gemeindeordnung §. 5 dies durch den Hinweis auf die in ihr selbst festgestellten Grundsätze beschränkt, so soll damit auf die der Synode und der s. g. Synodal-Repräsentanz beigelegten Rechte hingewiesen werden.

Jedoch soll sich die Thätigkeit des Bischofs hinsichtlich der Ausübung der ihm zustehenden Befugnisse in denjenigen Ländern, in denen eine staatliche Anerkennung noch nicht ertheilt ist, bis zu dieser blos auf sakramentale und liturgische Akte beschränken.

Erfolgt ist eine solche Anerkennung in Preussen, Baden und Hessen. In der preussischen Monarchie von dem sowohl von der Regierung, wie auch von dem Obertribunal festgehaltenen Standpunkt aus,

vgl. meinen Kommentar zu d. preuss. Kirchengesetzen d. J. 1874 u. 1875. S. 179 u. die Entschdgen d. Obertribunals i. d. Entschdgen dess. 70, 42*; 73, 1 ff.; Oppenhoff, Rechtsprechung des O. Trib. 14, 399; 15, 687; Gruchot Beiträge zur Erläuterung des preuss. Rechts 19, 230. 249.

dass die Altkatholiken trotz ihrer Verwerfung der Beschlüsse des vatikanischen Koncils dieselben Rechte und Privilegien, welche staatsrechtlich der katholischen Kirche eingeräumt sind, zu beanspruchen haben. Demgemäss ist dem Bischof auch die landesherrliche Anerkennung als „katholischem Bischof" ertheilt worden,

am 19. Septemper 1873, Friedberg Staat u. Bischofswahlen, Aktenstücke S. 254 u. Aktenstcke d. altkathol. Bewegg betr. S. 375 und seit 1874 wird im preuss. Etat eine Dotation ausgeworfen, s. meinen Kommentar S. 180. Eine gesetzliche Sanktion dieses Standpunktes gewährt indirekt das Gesetz v. 4. Juli 1875 betr. d. Rechte d. altkatholischen Kirchengemeinschaften an d. kirchl. Vermögen, G. S. S. 333.

Die badische und die hessische Anerkennungsurkunden vom 7. November, bez. 15. Dezember 1874, Friedberg Aktenstcke S. 375. 376 sprechen ebenfalls die Anerkennung als katholischer Bischof aus. Für Baden hat dieses Verfahren durch das Ges. v. 15. Juni 1874 betr. d. Rechtsverhältnisse d. Altkatholiken, bei Friedberg a. a. O. S. 443, Dove u. Friedberg Ztschr. 12. S. 258, welches die Altkatholiken den anderen Katholiken principiell gleichstellt und die Jurisdiktion der bisherigen katholischen Oberen über die ersteren suspendirt, gleichfalls eine ausdrückliche Sanktion erhalten. Ueber Hessen vgl. noch Arch. f. k. K. R. 31, 374.

In Baiern ist dagegen eine staatliche Anerkennung des altkatholischen Bischofs abgelehnt worden,

Die Gründe sind entwickelt in dem: Rechtsgutachten üb. d. Frage d. Anerkennung d. altkathol. Bischofs Dr. Reinkens in Baiern. München 1874.

während die Regierung andererseits die vatikanischen Beschlüsse für die dortigen Katholiken wegen des Mangels des Placet nicht als rechtsverbindlich anerkennt und die Altkatholiken als Katholiken betrachtet, ja sogar den altkatholischen Bischof nicht hindert, sakramentale und liturgische Amtshandlungen in Baiern vorzunehmen.

Vgl. Thudichum, deutsch. Kirchenrecht 1, 348.

Eine fest abgegränzte Diöcese hat der altkatholische Bischof nicht, er gilt als Bischof für die Altkatholiken im deutschen Reiche.

Die christkatholische (altkatholische Kirche) der Schweiz kennt das Bischofsamt ebenfalls. Ueber die Stellung des Bischofs vgl. Verfassung v. 14. Juni 1875, §. 21 Gareis u. Zorn, Staat u. Kirche i. d. Schweiz. 2, LXII: „Der Bischof hat innerhalb der durch diese Verfassung gezogenen Grenzen alle Rechte und Pflichten, welche nach christkatholischem Begriffe dem Episkopate beigelegt, insbesondere jedoch diejenigen, welche ihm von der Nationalsynode übertragen worden", u. dazu a. a. O. S. 223.

S. 51. Text Z. 9 v. o. zu lesen: Immerhin hat sich indessen die Sitte u. s. w.

S. 52. Anm. 1 a. E. vor: S. übrigens, hinzusetzen: Vgl. auch Oelsner, Jahrb. d. fränk. Reichs unter König Pippin. S. 205.

S. 55. Anm. 1. Z. 9 v. o. statt excertium zu lesen: exercitium.

S. 57. Anm. 2. a. E. hinzusetzen: Vgl. ferner die Bestätigungsurkunde Benedikts VIII. v. 1015 für ein Diplom des Bischofs v. Poitiers über den gemeinsamen Besitz i. d. Analect. iur. pontif. 1869. p. 319.

S. 60. Anm. 4. Z. 1 v. o. statt: „aus“ lies: durch die.

S. 60. Anm. 5 a. E. hinzusetzen: dipl. a. 1191, Monum. boica 3, 555: „assensu meliorum ex clero nostro et ministerialium“.

S. 61. Anm. *. Z. 3 v. u. hinter: Zeitschrift 21, 24. n. 16, hinzuzusetzen: Wehrmann, Mittheilgn üb. d. ehem. Lübeckische Domkapitel i. d. Ztschr. d. Vereins f. lüb. Gesch. 3, 1 ff.

S. 61. Anm. 6. Z. 7 v. o. hinter: de praescript. II. 26, hinzuzufügen: c. un. (id.) X. ut eccles. benef. III. 12.

S. 62. Anm. 4 am Schluss: Für ecclesia collegiata wird auch die Bezeichnung: ecclesia conventualis gebraucht, ep. Alex. II. für Poitiers u. 1063, Anal. iur. pontif. 1869. p. 399; dipl. v. 1229 i. Mecklenburg. Urkdbch 1, 354; v. 1303 bei Miraeus opp. 1, 444, s. auch Würdtwein dioec. Mogunt. 1, 69.

S. 64. Anm. 10 am Schluss: Vgl. auch dipl. v. 1289, Mecklenb. Urkdbch 3, 353.

S. 65. Anm. 8 hinter: Dürr p. 185: und ecclesiae numeratae und non numeratae, Reiffenstuel ius canon. III. 8. n. 44.

S. 66. Text Z. 11 u. 12 v. o. ist statt: Kathedral-Kapiteln zu lesen: Kathedral- oder Kollegiat-Kapiteln.

S. 66. Text Z. 12 v. o. hinter: „2. dass“ einzuschalten: in den Kathedralkapiteln [2a], und als Anm. 2a unter dem Text hinzufügen: So ist Trid. Sess. XXIV. c. 12 de ref. konstant von der Congr. Conc. aufgefasst, Acta s. sed. 7, 282.

S. 66. Text Z. 14 u. 15 v. o. hinter: Kollegiat-Kanonikate, als Anm. 2b hinzuzufügen: Jedoch letzterer nur, wenn die Kirche eine insignis ist. Allein bei solchen legt auch die Datarie bei Ausübung einer päpstlichen Reservation dem Beliehenen die Pflicht zur Erwerbung eines der erwähnten akademischen Grade auf, und die Congr. Conc. hat sogar 1868 die Hinzufügung einer derartigen Auflage bei der Verleihung von Kanonikaten an anderen Kollegiatkirchen für unzulässig erklärt, Analect. iur. pontif. 1869. p. 1049.

S. 67. Anm. 5 a. E. hinzufügen: Vgl. auch: Untersuchungen über den Geburtsstand der Domherrn in Konstanz in derselben Zeitschr. 28, 1.

S. 69. Anm. 4. Z. 7 v. o. hinter: Martène l. c. 4, 611, hinzuzusetzen: vgl. auch dipl. v. 1331 u. 1334 bei Leverkus Urkdbch d. Bisth. Lübeck 1, 711. 750.

S. 69. Anm. 4. Z. 12 hinter: Dürr l. c. p. 168. n. k, einzuschalten: s. ferner dipl. v. 1331 u. 1333 bei Leverkus Urkdbch d. Bisth. Lübeck 1, 713. 726.

S. 69. Anm. 4. Z. 8 v. u. hinter: (Mansi 21, 356), hinzuzufügen: ep. Honor. II. v. 1128 für Lüttich, D'Achery spicileg. ed. nov. 3, 479.

S. 69. Anm. 7 a. E. hinzuzufügen: Vgl. auch dipl. a. 1285, Leverkus Urkdbch d. Bisth. Lübeck S. 329.

S. 72. Anm. 4 a. E. hinzuzusetzen: Im Stift zu Aachen bestand abgesehen von dem Gnadenjahr noch eine vierjährige Karenzzeit zu Gunsten des Baufonds, Lacomblet niederrh. Urkdbch. 2, 182.

S. 72. Anm. 9 a. E. hinzuzufügen: Vgl. ferner dipl. a. 1338, Leverkus Urkdbch. d. Bisth. Lübeck 1, 804.

S. 74. Anm. 3. Z. 4 v. o. vor „Urkunde“ einzuschalten: s. noch Miraeus 1, 564 u. Ficker, Engelbert der Heilige. S. 95.

S. 74. Anm. 3 a. E. vor „S. 78. n. 1“ einzuschieben: dipl. v. 1361 für Kammerich Miraeus 2, 1243.

S. 80. Text Z. 1 o. hinter: „Theil zu nehmen hatten“ anzufügen als Anm. 1a: Vgl. die Statuten über die Obliegenheiten der Domvikarien in Lübeck von 1274 u. 1298 bei Leverkus Urkdbch. v. Lübeck 1, 227. 368, s. auch dipl. v. 1235 bei Lacomblet niederrh. Urkdbch. 2, 105.

S. 81. Anm. 1. Z. 2 v. u. ist zu lesen: 2 statt: 1, s. Acta s. sed. 9, 436. 437 u. Const. Leon. XII. v. 1825. §. 2, bull. Roman. cont. 16, 304.

S. 82. Zum Text zu Nr. 4 vgl. S. 506. n. 2 a. E.

S. 83. Anm. 2 a. E. hinzuzufügen: Wegen des Olmützer Domkapitels vgl. Arch. f. k. K. R. 14, 95 u. Vering K. R. S. 550. Anm. 5.

S. 83. Anm. 8. Z. 4 v. u. lies habebunt statt: habebant.

S. 83. Anm. 8 a. E. hinzuzufügen: In Limburg ist seit 1868 der Pfarrer der S. Bartholomäus-Kirche in Frankfurt a. M. ipso iure Ehrendomherr in Limburg, Arch. f. k. K. R. 21, 346 und zwar ebenfalls mit Stimmrecht bei der Bischofswahl.

S. 84. Anm. 3 a. E. hinzuzusetzen: und brauchen kein Benefizium zu haben, vgl. z. B. Acta s. sed. 10, 75.

S. 87. Anm. 3. Z. 13 v. o. hinter: 1021. 1047, einzuschalten: Vgl. auch Kölner Provinzial-Koncil v. 1860. tit. I. c. 2, Arch. f. k. K. R. 9, 120.

S. 88. Anm. 2 a. E. hinzuzusetzen: Vgl. auch Ballay de missa conventuali i. Arch. f. k. K. R. 36, 294. Eine der Verpflichtung zur Konventualmesse oder zum Chordienst derogirende Gewohnheit ist unstatthaft und rechtsunwirksam, s. die Entschdgen d. Congr. Conc. Acta s. sed. 7, 626 u. 8, 327.



S. 102. Anm. 9. Z. 2 v. o. hinter: 3, 592) einzuschieben: c. 8. Colon. v. 1307, a. a. O. S. 109.
S. 102. Anm. 11 vor: S. 302, einzuschalten: Hüffer, Forschgen z. franz.-rhein. K. R.
S. 110. Anm. 3. Z. 2 v. u. hinter „gebraucht s." einzufügen: dipl. saec. XII. b. Seibertz Urkdbch z. Gesch. Westfalens. 1, 134; ep. Innoc. III. v. 1202 bei Ficker, Engelbert d. Heilige. S. 300.
S. 110. Anm. 3 a. E. hinzuzufügen: Vgl. noch Ficker Engelbert d. H. S. 206; Hüffer, Forschgen S. 305. n. 2.
S. 110. Anm. 5 a. E. hinzuzusetzen: Ueber eine eigenthümliche Bedeutung der Personate (in den Pfarrkirchen des Niederrheins) s. Mooren, Annalen d. hist. Vereins f. d. Niederrhein. Hft. 25 (1873) S. 173.
S. 117. Anm. 6. Z. 2 v. u. hinter: „zuweist" einzuschalten: Entsch. d. Congr. Conc. v. 1873, Acta s. sed. 7, 576.
S. 120. Anm. 7. v. S. 119. Z. 11 v. u. a. E. einzufügen: Jedoch hat die Congr. Conc. mit Rücksicht auf die Encyklika Gregors XVI. v. 1842. §. 3, Acta s. sed. 9, 516, welche ausschliesslich die Verbindlichkeit zur Erklärung d. h. Schrift einschärft, seitdem angenommen, dass der theologus allein dadurch den Pflichten seines Amtes genügt, s. a. a. O. S. 508. 517; 8, 336; 10, 509.
S. 120. Anm. 1. Z. 5 v. o. hinter „haben" einzuschalten: Die Praxis der Congr. Conc. nimmt das Gegentheil an, weil der Klerus gezwungen werden kann, den Vorlesungen des theologus beizuwohnen, Acta s. sed. 8, 342. 343.
S. 120. Anm. 1. Z. 8 v. o. hinter: „ 26 ff." einzufügen: Die Ferienzeit bestimmt sich nach der Gewohnheit der Diöcese, Acta s. sed. 10, 228. 229.
S. 120. Z. 7 v. u. hinter: „Substituten" als Anm. 3a hinzuzufügen: und zwar in Ermangelung von Weltgeistlichen auch aus dem Regularstande, vgl. const. Benedict. XIII. v. 1725, s. S. 118. n. 3 u. S. 120. n. 4; Acta s. sed. 10, 227.
S. 120. Anm. 4. Z. 5. v. u. a. E. hinzuzufügen: Vgl. auch Acta s. sed. 10, 218.
S. 123. Z. 9 v. o. statt: Einrichtung der Pönitentiar-Präbende lies: Anstellung eines Pönitentiars.
S. 124. Anm. 4 a. E. hinzuzusetzen: Wegen der Kapitel, in denen das Optionsrecht gilt, vgl. §. 134. S. 701.
S. 140. Z. 10 v. u. statt „Kapitals" lies: Kapitels.
S. 141. Text letzte Zeile hinter „Messe zu celebriren" hinzuzufügen als Anm. 8a: Die Entschädigung für den Celebrirenden wird aus der massa communis distributionum geleistet, Acta s. sed. 8, 104, Anal. iur. pont. 1869. p. 1038, eventuell aus einem durch Beiträge der Domherrn und der anderen zum Chor verpflichteten Geistlichen, namentlich der capellani beneficiati zu bildenden Fonds, wie z. B. in Lucca, wo die ersteren zwei Drittel, die Kapläne ein Drittel zahlen. Bei Erhöhung der Messtaxe durch den Bischof gilt diese auch für die Conventual-Messe, Anal. l. c.
S. 143. Anm. 1 a. E. hinzuzusetzen: Vgl. auch Kölner Provinzial-Koncil v. 1860. t. I. c. 5, Arch. f. k. K. R. 9, 127.
S. 157. Anm. 6 a. E. hinzuzufügen: Die Funktion des vom städtischen Klerus gewählten Geistlichen erlischt mit dessen Ernennung zum Domherrn an der Kathedrale und es muss daher ein neuer gewählt werden, Entsch. d. Congr. conc. v. 1873, Acta s. sed. 7, 576.
S. 159. Anm. 2 a. E. hinzuzusetzen: Die bairische Regierung hat neuerdings mit Rücksicht auf Art. 3 des Konkordates die Ansicht vertreten, dass die Kanoniker nicht blos die Pflicht, sondern auch das Recht haben, den Bischöfen als Räthe zur Seite stehen, Arch. f. k. K. R. 39, 133 ff. 139.
S. 161. Text von §. 84 a. Schl. hinzuzusetzen: Bei den Altkatholiken steht dem Bischof kein Domkapitel, vielmehr bei der Leitung des altkatholischen Gemeinwesens die Synodal-Repräsentanz, §. 13 der Synodal- und Gemeinde-Ordn., zur Seite.
S. 166. Anm. 4 v. S. 165 hinzuzufügen: Ueber Amalar von Metz s. Maassen, Glossen d. karoling. Rechts. Wien 1877. S. 61.
S. 170. Anm. 6. v. S. 169. Z. 19 v. u. hinter „Anm. *" einzuschalten: Auch das dipl. Leos IX. v. 1049, Anal. iur. pontif. 1869. p. 326 erwähnt eines Metzer Kanonikus als primus chorepiscopus.
S. 170. Anm. 5 a. E. hinzuzufügen: Andere Beispiele bei Quitzmann, d. älteste Gesch. d. Baiern. Braunschweig 1873. S. 208.
S. 172. Anm. 7 a. E. hinzuzusetzen: Vgl. ferner v. Bunge, Liefland die Wiege der deutschen Weihbischöfe. Leipzig 1875; Haid d. Constanzer Weihbischöfe i. Freiburger Diöcesan-Archiv. Bd. 7 (1873) S. 149; Bd. 9 (1875) S. 1.
S. 176. Anm. 10. Z. 12 v. o. hinter: p. 4. 79, einzuschalten: S. auch S. 356 Anm. 4 dieses Theiles.
S. 177. Anm. 4 a. E. hinzuzusetzen: S. ferner die Ernennungsbulle v. 1871 für den Posener Weihbischof bei Hartmann, Ztschr. f. Gesetzgebg u. Praxis d. öffentl. Rechts. 3, 377.
S. 180. Anm. 1 a. E. hinzuzufügen: S. auch die in den Nachträgen zu S. 177. Anm. 4 citirte Bulle.
S. 181. Z. 3 v. o. hinzuzusetzen: Doch finden jetzt auf die Anstellung von Weihbischöfen, die Vorschriften des Ges. v. 11. Mai 1873 über die Vorbildung der Geistlichen und auf das Fortamtiren derselben nach staatlicher Entsetzung des Bischofs der Diöcese die in diesen Nachträgen zu S. 210 angeführten Gesetze Anwendung. S. auch S. 504. 506 ff.



S. 181. Anm. 6 a. E. hinzuzusetzen: Das österr. Gesetz v. 4. Mai 1874 hat hierüber nichts bestimmt.

S. 181. Text Z. 8 v. u. ist zu: „Frankreich" hinzuzusetzen als Anm. 6[a]: Nach d. Dekret v. 7. Januar 1808, Dursy, Staatskirchenrecht in Elsass-Lothringen S. 76 bedürfen französische Geistliche vor der Annahme eines Bisthums in partibus der Genehmigung des Regenten und nach ihrer Ernennung kann ihre Konsekration nicht vor der Prüfung der Ernennungsbulle im Staatsrath (in Elsass-Lothringen durch den Oberpräsidenten) und der durch den Regenten gestatteten Publikation derselben stattfinden.

S. 183. Anm. * a. E. hinzuzusetzen: E. Löning, deutsch. Kirchenrecht 1, 159; 2, 333.

S. 185. Anm. 4 hinter: praeceptore in Z. 2 v. o. hinzuzusetzen: in welcher trotz der gegentheiligen Behauptung Lönings a. a. O. 2, 334. n. 2 der Archidiakon und Lehrer nach dem Zusammenhange der Stelle als ein und dieselbe Person betrachtet werden müssen.

S. 185. Anm. 12 a. E. hinzuzufügen: Vgl. Löning a. a. O. S. 339. n. 1.

S. 186. Z. 3 v. o. hinter: keinem Zweifel unterliegen als Anm. * einzufügen: Dagegen Löning a. a. O. S. 335. n. 3, weil der Bischof in allen Fällen die Befugniss gehabt habe, die Funktionen des Archidiakonus auch einem Priester zu übertragen. Das beweist aber nichts. Durch die Existenz des ständigen Amtes des Archidiakons ist weder damals noch später das Recht des Bischofs ausgeschlossen gewesen, dieselben Befugnisse persönlich oder durch besondere Stellvertreter konkurrirend auszuüben. Es folgt daher auch aus dem Umstande, dass in den S. 185. Anm. 14 citirten Stellen und c. 12. conc. II. Matiscon: quod si episcopus praesens non fuerit, archidiacono vel presbytero cuidam eius" ein Priester neben dem Archidiakon genannt wird, nichts für Lönings Behauptung, dass der Archidiakon ohne besonderen Auftrag kein Recht auf diese Funktionen gehabt hat. Ferner zeigt die Hinzufügung des cuidam im letztcitirten Kanon gerade, dass der Priester in Gegensatz zum Archidiakon gesetzt wird.

S. 186 hinter Anm. 8 a. E. hinzuzusetzen: Löning a. a. O. S. 338. n. 4 läugnet das Vorkommen der Archidiakonen und Archisubdiakonen auf dem Lande. Das cit. c. 6 will er dahin verbessern: „ad archidiaconum suum subdiaconum transmittat". Er muss aber selbst bekennen, dass nach Lage unserer jetzigen Kenntniss der Ueberlieferung dies keinen handschriftlichen Anhalt hat. Auch ist das Chrisma vom Bischof, nicht vom Archidiakon (der Bischofsstadt), wie er meint, zu holen, c. 3 conc. I. Vasens. Die von ihm angefochtene Interpretation des c. 6 cit. ist nicht unhaltbar. Das c. 6 sagt: der kranke Priester soll seinen Hinderungsgrund dem Archidiakon oder Archisubdiakon durch einen Boten kundthun, und diesen veranlassen, das Chrisma zu besorgen.

S. 190. Anm. 7. v. S. 189. Sp. 2. Z. 19 v. u. vor: „Auch" ist einzuschalten: über Hildesheim s. Lüntzel, d. ältere Diöcese Hildesheim. Hildesheim 1837. S. 177 ff.

S. 191. Anm. 4. Z. 3 v. o. hinter: „(SS. 7, 216)" für das 12. Jahrh. s. SS. 10, 350.

S. 191. Anm. 4. Spalte 2. Z. 8 v. u. hinter I. 1, 324 einzuschalten: über Breslau s. A. Wetzel, d. Archidiakonat Oppeln v. 1230—1810 i. Ztschr. d. Vereins f. d. Gesch. Schlesiens 12, 379.

S. 191. Anm. 4. Spalte 2. Z. 4 v. u. hinter S. 189 einzuschalten: für Soest dipl. v. 1221 (Ficker, Engelbert d. Heilige S. 332), wonach der Propst aus dem Kölner Domkapitel gewählt werden soll.

S. 192. Anm. 2. Z. 9 v. o. hinter 807. 808 einzuschalten: über Hildesheim s. Lüntzel, die ältere Diöcese Hildesheim. S. 181.

S. 195. Z. 4 v. o. zu „Archidiakonen" hinzuzusetzen als Anm. 2[a]: Vgl. hierzu Ant. Holtgreven, de archidiaconis archidioecesis Coloniensis. diss. inaugur. Conn. 1866. p. 10 ff.

S. 201. Anm. 2 a. E. hinzuzusetzen: und Lüntzel, d. ältere Diöcese Hildesheim. S. 181. 182.

S. 204. Anm. 8. Sp. 2. Z. 1 hinter Kress S. 54 ff. einzuschalten: Mejer, zur Gesch. d. röm.-deutsch. Frage II. 2, 122. n. 2.

S. 208. Anm. 2. Z. 3 v. u. hinter I. 16 einzuschalten: Auch in der Kölner Provinz gab es neben dem Hauptoffizial zu Köln seit d. 15. Jahrh. noch einen zweiten für Westfalen zu Werle, Buescher de iudicio officialatus archiepiscopor. Coloniens. in ducato Guestphaliae. Bonnae 1871. p. 10. 23. 25. 37. 40. Urkunden betr. das Gericht und die Kompetenz dieser Offiziale aus d. 16. u. 17. Jahrh. i. d. Annalen d. histor. Vereins für den Niederrhein. Hft. 30 (1876) S. 210. 235.

S. 208. Anm. 5 a. E. hinzuzufügen: Ueber Osnabrück vgl. S. 204. n. 8.

S. 210. Anm. 1 a. E. hinzuzusetzen: Dabei ist es auch nach dem Gesetze v. 11. Mai 1873 (Ges. S. S. 191) über d. Vorbildung d. Geistlichen geblieben, da sich dasselbe allein auf die geistlichen (s. S. 505), nicht die Jurisdiktionsämter bezieht. Nur auf den Generalvikar, welcher nach staatlicher Erledigung des Bischofsstuhles sein Amt weiter versehen will, finden die Vorschriften des Ges. über die Verwaltung erledigter katholischer Bisthümer v. 20. Mai 1874 (Ges. S. S. 43), also auch das staatliche Einspruchsrecht, Anwendung.

S. 210. Anm. 2. Statt: Art. 4 lies: Art. 3 und füge a. E. hinzu: S. ferner Min. Erlass v. 20. November 1873. N. I, u. A. bei Dove u. Friedberg Ztschr. f. K. R. 12, 259.

S. 210. Anm. 3 a. E. hinzuzufügen: Hieran hat das Ges. v. 7. Mai 1874 nur soviel geändert, s. §. 3 dess., u. A. bei Dove u. Friedberg Ztschr. f. K. R. 12, 261, dass der Regierung eine Einsprache vor der Ernennung gewährt ist.

S. 210. Anm. 7 a. E. hinzuzusetzen: S. jetzt auch Gesetz v. 19. Febr. 1874. Art. 1, a. a. O. S. 255.

S. 210. Anm. 9 a. E. hinzuzufügen: Jetzt findet ein Einspruchsrecht der Staatsregierung auf Grund des Ges. v. 23. April 1875 betr. die Vorbildg d. Geistlichen Art. 1, a. a. O. 13, 219, statt.

S. 210 Text a. Schl. des ersten Absatzes hinzuzusetzen: In Frankreich bedarf es der Genehmigung der Regierung zur Anstellung der Generalvikare. Jedoch kann der Bischof ausser der statthaften Zahl (s. u. Nachtrag zu S. 220) noch andere bestellen, welche aber, falls sie nicht die Genehmigung der Regierung erlangt haben, nur die Jurisdiktion pro foro interno ausüben können, Min. Entsch. v. 29. Brum. XII, Dursy, Staatskirchenrecht in Elsass-Lothringen S. 77.

S. 212 Anm. 13 a. E. hinzuzufügen: In Frankreich dürfen nur Priester, welche zum Bischofsamt qualifizirt, organ. Artikel 21, und Licentiaten der Theologie sind, auch während 15 Jahren die Funktionen eines Haupt- oder Hülfspfarrers angeübt haben, Dekr. v. 25. Dezember 1830, Dursy a. a. O. S. 58, zu Generalvicaren ernannt werden.

S. 213. Z. 3 v. o. ist das Wort: der zu streichen.

S. 220. Anm. 6 a. E. hinzuzufügen: Auf Grund eines solchen Indultes beruht es, dass in den französischen Diöcesen (s. S. 227. n. 3), wie auch die organischen Artikel 21 bestimmen, zwei, in den Erzdiöcesen sogar drei Generalvicare vorkommen, die aber am Bischofssitz residiren.

S. 223 a. E. des Abs. 1 hinzuzusetzen: In Preussen erlischt die Jurisdiktion des Generalvikars mit der staatlichen Absetzung des Bischofs, welcher ihn ernannt hat (s. unten die Lehre von der Absetzung).

S. 223. Anm. 13 a. E. hinzuzufügen: Ebenso in Frankreich und Elsass-Lothringen für die regierungsseitig genehmigten Generalvikare. Im Reichslande beträgt der Gehalt jetzt 3600 Frcs, Dursy, Staatskirchenrecht in Elsass-Lothringen. S. 77. 78.

S. 224. Anm. 6 a. E. hinzuzusetzen: Der Ausdruck: Provicarius wird auch für den oder die mehreren Vertreter, welche sich der Kapitular-Verweser bestellen kann, gebraucht, Arch. f. k. K. R. 27, XIV.

S. 227. Text a. Schl. hinzuzusetzen: Die Altkatholiken kennen ebenfalls das Institut des Generalvikars. Der Bischof kann diesen frei aus den zur Synodal-Repräsentanz gehörigen Geistlichen auswählen, aus den anderen aber nur mit Genehmigung der Repräsentanz, §. 10 der Synod.- u. Gemeinde-Ordn.

S. 229. Anm. 6 a. E. hinzuzufügen: Dagegen E. Löning, Gesch. d. deutsch. Kirchenrechts 1, 417. n. 1, welcher aber übersehen hat, dass ich nur eine Folgerung aus dem c. 5. 6. 7 des Koncils von Riez gemacht habe.

S. 232. Anm. 3 a. E. hinzuzusetzen: Auch der Ausdruck: *provisor* kommt in dieser Zeit für solche interimistische Verwalter vor, s. ep. Joann. XIII. v. 971, Florez España sagr. 28, 252 u. Analect. iur. pont. 1869. p. 313.

S. 233. Anm. 8 v. S. 232 hinter: 3, 684. 698 einzuschälten: Phillips Regalienrecht S. 50.

S. 235. Anm. 11 a. E. hinzuzusetzen: Ebenso die Congr. Conc. s. Acta s. sed. 8, 389.

S. 236. Hinter Abs. 2 ist einzuschalten: Auch der vom Kapitel zum Bischof Gewählte oder landesherrlich Nominirte soll, was beim Abgehen des zunächst gewählten Kapitular-Vikars vor Beseitigung der Vakanz praktisch werden kann, bei Strafe der Nichtigkeit nicht dazu bestellt werden dürfen. Die Besteller trifft ipso iure die grosse Exkommunikation und Verlust ihrer kirchlichen Einkünfte, Strafen, deren Aufhebung speciell dem Papst reservirt ist. Falls der zum Kapitularvikar bestellte die Leitung der Diöcese übernimmt, verliert er sein aus der Wahl, bez. Nomination entstandenes Recht, und unterliegt denselben Strafen, — wenn er aber bereits (Titular-) Bischof ist, den ebenfalls dem päpstlichen Stuhle reservirten Strafen der Suspension von der Ausübung der Pontifikalien und des interdictum ab ingressu ecclesiae. Endlich sind alle Handlungen eines solchen Kapitularvikars nichtig, Const. Pii IX.: Romanus pontifex pro munere v. 28. August 1873, Acta s. sed. 7, 401; Arch. f. k. K. R. 31, 181.

S. 237. Anm. 9 a. E. anzufügen: Ein solcher Fall erwähnt bei Mejer Propaganda 2, 10.

S. 237. Anm. 14. Z. 1 v. o. hinter: 545 ff. einzuschalten: und Arch. f. k. K. R. 27, XIV.

S. 238. Anm. 7 a. E. hinzuzusetzen: Die im Text charakterisirte Stellung des Kapitularvikars ist ausdrücklich durch die o. in diesen Nachträgen zu S. 236 citirte const. Pii IX. sanktionirt worden.

S. 239. Text Z. 6 v. u. statt: „der" lies: des.

S. 242. Anm. 3 statt: III. 9 lies III. 8.

S. 242. Anm. 3. a. E. hinzuzusetzen: Wegen der Theologal- und Pönitentiar-Präbende s. §. 134. S. 701.

S. 243. Anm. 9. Z. 2 u. 3 v. o. statt: „vorigen" liess: vorvorigen.

S. 245. Anm. 9 a. E. hinzuzusetzen: und Arch. f. k. K. R. 27, XIV.

S. 245. Anm. 10 a. E. hinzuzufügen: Vgl. auch die in diesen Nachträgen zu S. 236 citirte const. Pii IX.

S. 248. Anm. 1 ist Z. 3 v. o. statt: 348 zu lesen: 345 und a. E. hinzuzusetzen: Nach dem Gesetze v. 20. Mai 1874 (G. S. S. 135) muss aber jeder, welcher in einem, auch staatlich erledigten Bisthum die mit dem bischöflichen Amte verbundenen Rechte und geistlichen Verrichtungen, sei es insgesammt oder einzeln, soweit sie nicht die Güterverwaltung betreffen (d. h. in das Ressort des Oekonomus fallen), mithin auch der Kapitularvikar, die für den Erwerb der geistlichen Aemter vorgeschriebenen staatlichen Qualifikationen besitzen, und kann seine Funktionen bei Strafe der Nichtigkeit derselben sowie bei Gefängnissstrafe von 6 Monaten bis 2 Jahren erst ausüben, wenn der Oberpräsident keinen Einspruch erhoben und er selbst sich eidlich verpflichtet hat, dem Könige treu und gehorsam zu sein und die Gesetze des Staates zu befolgen, §§. 1—4 a. a. O.

S. 248. Anm. 6 a. E. hinzuzusetzen: Jetzt nach dem Ges. v. 19. Februar 1874. Art. 1.



S. 248. Anm. 8 a. E. hinzuzufügen: S. nunmehr Ges. v. 23. April 1875 betr. die Verbildung der Geistlichen. Art. 1.

S. 248. Anm. 12 hinzuzusetzen: Doch wird das im §. 3 des Ges. v. 4. Mai 1874 bestimmte Einspruchsrecht der Regierung auch hier zur Anwendung kommen.

S. 249 a. E. v. Abs. 1 als Anm. 1ª hinzuzufügen: In Frankreich haben die Kathedralkapitel, bez. die Metropolitane sofort der Regierung vom Eintritt der Sedisvakanz und von den bezüglich der Verwaltung der erledigten Diöcese getroffenen Massregeln, also auch von der Bestellung des Kapitularvikars Anzeige zu machen, organ. Art. 36. 37, u. Dekret v. 28. Februar 1810. Art. 6; Dursy a. a. O. S. 55. Das Kapitel selbst kann die Verwaltung nicht führen, Circ. v. 28. Januar 1811, a. a. O. S. 75. Bestätigung des Kapitularvikars durch die Regierung ist erforderlich, cit. Dekret v. 1810. Die bestätigten Kapitularvikare erhalten das Gehalt der Generalvikare und zwar vom Tage der durch das Kapitel vorgenommenen, von der Regierung bestätigten Wahl ab, Staatsrathsgutachten v. 27. November 1840, a. a. O. S. 75. Die Funktion des Kapitularvikars endigt mit dem Tage der vor dem Staatsrath erfolgten Einregistrirung der Institutionsbulle des neuen Bischofs, Min. Cirk. v. 29. September 1807, a. a. O. S. 75.

S. 249 Text a. Schl. hinzuzufügen: Bei den Altkatholiken werden bei Erledigung des bischöflichen Stuhles die Befugnisse, welche nach gemeinem Recht dem Kapitularvikar zustehen, durch die Synodal-Repräsentanz einem der zu ihr gehörigen Geistlichen übertragen, Synodal- u. Gemeinde-Ordn. §. 11.

S. 251. Anm. 6 a. E. hinzuzusetzen: Auch Vertretung durch den Metropoliten ist vorgekommen, c. 4 syn. Suession. v. 853, LL. 1, 417 u. Mansi 14, 980.

S. 251. Anm. 7 a. E. hinzuzusetzen: 972 dem h. Ulrich von Augsburg dessen Neffe Adalbero, Gerh. vit. S. Oudalr. c. 23, SS. 4, 408.

S. 251. Anm. 8 a. E. hinzuzusetzen: Auch hat sich Gregor VII. nicht gescheut, die Absetzung eines gebrechlichen Erzbischofs von Rouen durchzusetzen, reg. V. 19 v. 1078, Jaffé a. a. O. p. 315, dazu Meltzer, Papst Gregor VII. u. die Bischofswahlen. 2. Aufl. S. 143. 161.

S. 252. Anm. 3 a. E. hinzuzusetzen: Ueber einen Fall in Merseburg Ende des 14. Jahrh., wo das Kapitel für den vom Schlage getroffenen Bischof einen Coadjutor gewählt hat und dieser auch päpstlich bestätigt worden ist, andererseits aber der Bischof selbst ohne Konsens des Kapitels einen Coadjutor ernannt und der erstere schliesslich verzichtet hat, s. chron. episcop. Merseburg. SS. 10, 202. 203.

S. 257. Anm. 1 a. E. hinzuzusetzen: Thudichum, deutsch. Kirchenrecht 2, 114. n. 1 nimmt an, dass die Vorschriften des A. L. R. noch in Kraft sind.

S. 257. Text Z. 4 v. o. statt: „aufgehoben ist, so können jetzt" lies: war, so konnten.

S. 257. Text Z. 8 v. o. statt: kommen dieselben Grundsätze zur Anwendung, lies: kamen dieselben Grundsätze zur Anwendung. Jetzt gelten aber in ganz Preussen die Vorschriften des Gesetzes v. 11. Mai 1873 über die Vorbildung der Geistlichen, da das Amt des Coadjutors im Sinne desselben ein geistliches Amt ist.

S. 260. Text Abs. 3 a. E. einzufügen: In Preussen kommen, falls die Sedisimpedienz durch staatliche Absetzung herbeigeführt ist, in Betreff des interimistischen Diöcesanverwalters die in diesen Nachträgen zu S. 248 Anm. 1 angeführten Vorschriften zur Anwendung.

S. 265. Z. 9 v. o. hinter gebildet hatte als Anm. 2ª anzufügen: S. auch Löning, Gesch. d. deutsch. Kirchenrechts 2, 346.

S. 266. Anm. 2 hinzuzusetzen: Vgl. Löning a. a. O. 2, 347.

S. 267. Anm. 1 a. E. hinzuzusetzen: Vgl. auch Tibus, d. Gau Leomerike u. d. Archidiakonat v. Emmerich. Münster 1877. S. 72 ff.

S. 272. Anm. 8 a. E. hinzuzusetzen: c. 14 Paris. v. 1212, Mansi 22, 823: „decanatus rurales".

S. 279. Anm. 4. Z. 4 v. o. hinter: 2, 56 einzuschalten: und Lüntzel, ältere Diöcese Hildesheim S. 194.

S. 279. Anm. 4 a. E. hinzuzusetzen: über Soest s. d. dipl. saec. XII. ex. bei Seibertz, Urkdbch d. Hgthm. Westfalen 1, 134. In Bremen ist eine Eintheilung in 3 Pfarren erst unter Gregor IX. erfolgt, s. dess. ep. v. 1227 und dipl. Gerhardi archiep. v. 1229, Ehmck, Brem. Urkdbch 1, 166. 171.

S. 280. Anm. 2 a. E. hinzuzusetzen: für Naumburg dipl. v. 1151, Arndt neues Archiv 1, 1, wonach einer Klosterkirche ein Theil der Stadt als Pfarrsprengel zugewiesen wird.

S. 281. Anm. 3 a. E. hinzuzufügen: Auch Siena gehört hierher, Acta s. sed. 9, 435. 436.

S. 281. Anm. 6. Z. 3 v. o. hinter: 1, 366 einzuschalten: Lüntzel, ältere Diöcese Hildesheim S. 197.

S. 282. Anm. 3. Z. 2 v. u. hinter: S. 374. 375 einzuschieben: München dipl. v. 1271, Meyer thes. nov. iur. eccles. 1, 231.

S. 285. Anm. 7 a. Schl. hinzuzusetzen: Auch das Ges. v. 4. Mai 1874. §. 20 enthält nichts darüber.

S. 286. Anm. 8 a. Schl. hinzuzusetzen: vgl. auch v. Vogt, Sammlg. kirchl. Verordgen f. d. Bisthum Rottenburg. Schwäb. Gmünd 1876. S. 128 ff.

S. 287. Text Z. 5 v. o. hinter „statt" ist einzuschalten: ebenso jetzt in Hessen (s. S. 505) und Z. 6 v. o. zu streichen: für das Grossherzogthum Hessen.



S. 287. Text hinter Abs. 1 anzufügen: In einzelnen Diöcesen hat der neuernannte Dekan auch wie schon früher (s. Hartzheim conc. 6, 5 u. 9, 64) dem Bischof einen Amtseid zu leisten, v. Vogt a. a. O. S. 127.

S. 288. Anm. 2 a. E. hinzuzusetzen: Für die Diöcese Rottenburg s. die Pfarr-Visitations-Instruktion v. 1863 bei v. Vogt a. a. O. S. 449.

S. 289. Anm. 12 a. E. hinzuzufügen: Ueber die Landkapitel in der Diöcese Rottenburg s. v. Vogt a. a. O. S. 333 ff.

S. 290. Text Z. 15 v. o. hinter: „Zwecken dient" als Anm. 4a hinzuzusetzen: Ueber die Verhältnisse in der Diöcese Rottenburg s. v. Vogt a. a. O. S. 350.

S. 292. Anm. 10 v. S. 291 a. E. hinzuzusetzen: Vgl. auch Tibus, d. Gau Leomerike S. 72.

S. 295. Anm. 2 a. E. hinzuzufügen: Vgl. hierzu auch die Entschdgen d. Congr. Conc. i. d. Acta s. sed. 7, 184 u. 8, 33. 469. 701.

S. 295. Anm. 3 a. E. hinzuzusetzen: Diese Pflicht kann auch durch entgegenstehende Gewohnheit nicht beseitigt werden, Acta s. sed. 9, 465.

S. 297. Anm. 1 a. E. hinzuzusetzen: Häuser, welche von der Grenze zweier Pfarreien durchschnitten werden, gehören nach der Praxis der Congr. conc. zu derjenigen Pfarrei, in welcher der Haupteingang liegt, Acta s. sed. 7, 393. 607.

S. 297. Anm. 2 a. E. hinzuzusetzen: Laurin i. Arch. f. k. K. R. 26, 216 ff.

S. 297. Anm. 4. Z. 10 v. u. vor: „Man schreibt" einzuschalten: S. ferner Laurin a. a. O. S. 192 ff.; Feyhe, de impedimentis matrimonii. ed. II. Lovan. 1872. p. 145 u. Arch. f. k. K. R. 28, 179; Schödrey i. ang. Arch. 30, 9. 27.

S. 299. Anm. 6. Z. 2 v. o. hinter: p. 1741 ff. einzuschalten: Acta s. sed. 9, 146.

S. 299. Anm. 8. Z. 2 v. o. hinter: p. 1750 hinzuzusetzen: Laurin i. ang. Arch. 26, 230 ff.

S. 300. Anm. 8 v. S. 299. Z. 5 v. o. hinter: 1, 159. n. 2: Ueber die Exemtion der kaiserlichen Familie in Oesterreich vgl. Laurin a. a. O. S. 231. n. 2.

S. 300. Anm. 1 a. E. hinzuzusetzen: vgl. auch Acta s. sed. 8, 453.

S. 302. Anm. 4 a. E. hinzuzusetzen: Vgl. auch E. Löning, deutsch. Kirchenrecht 1, 163. n. 2.

S. 303. Text Z. 1 v. u. statt: „Befugniss" lies: Befugnisse.

S. 304. Anm. 8 a. Schl. hinzuzufügen: Bei solchen Kapiteln hat aber kein Mitglied desselben in Folge dieser seiner Stellung die Rechte des Pfarrers, wird ein solches zur Ausübung der Pfarrrechte deputirt, so bedarf es daher der Approbation des Bischofs, s. die Entsch. d. Congr. Conc. v. 1876, Acta s. sed. 9, 545, eine Auffassung, welche auch die S. 305. n. 1 citirten päpstlichen Bullen bestätigen.

Vgl. ferner noch über diese Verhältnisse o. S. 454. Anm. 1. Die Congr. conc. dringt übrigens in neuerer Zeit auf Anstellung von vicarii perpetui, l. c. 9, 604. 614, wodurch sich das am a. a. O. Bemerkte modifizirt.

S. 304. Anm. 12. Z. 1 v. o. hinter: „vorhergehenden Noten" einzuschalten: und Acta s. sed. 9, 281.

S. 306. Anm. 1 a. E. hinzuzufügen: Vgl. auch Acta s. sed. 9, 281.

S. 307. Anm. 5 a. E. hinzuzusetzen: S. auch Acta s. sed. 7, 560.

S. 310. Text Z. 1 v. o. statt: „noch heute" lies: bis in dieses Jahrzehnt hinein.

S. 310. Text Z. 3 v. o. statt: „besteht" lies: bestand bis zu der gedachten Zeit.

S. 310. Text Z. 7 v. o. statt: „dasselbe gilt" lies: dagegen noch heute.

S. 310. Anm. 16 a. E. hinzuzusetzen: Arch. f. k. K. R. 33, 218.

S. 311. Text Z. 9 v. o. statt: „hat" lies: hatte.

S. 311. Text Z. 10 v. o. streiche: bis auf den heutigen Tag.

S. 311. Text Z. 13 v. o. statt: „hat" lies: hatte.

S. 311. Text Z. 15 v. o. statt: „Heute besteht seit jener Zeit" lies: Seit jener Zeit bestand.

S. 311. Text Z. 16 v. o. statt: „neuerdings" lies: später auch.

S. 311. Text hinter Abs. 1 a. Schl. einzufügen: Nachdem in Folge des Konfliktes der preussischen Regierung mit der katholischen Kirche die staatliche Standesbuchführung und die obligatorische Civilehe in der ganzen preussischen Monarchie durch das Gesetz v. 9. März 1874 eingeführt worden war, ist dies durch das Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 für ganz Deutschland geschehen.

Das Absatz 2 und in den Noten dazu Bemerkte, soweit es sich nicht auf Oesterreich bezieht, ist zu streichen.

S. 315. Anm. 2. Das hier in Bezug auf Braunschweig Bemerkte modifizirt sich theils durch die Aufhebung der Stolgebühren zufolge des Gesetzes vom 31. Mai 1871. §. 22 (bei Dove u. Friedberg Ztschr. f. K. R. 10, 466), theils dadurch, dass das Reichsgesetz v. 6. Februar 1875 die Civilehe und staatliche Standesregister-Führung eingeführt hat.

S. 317. Anm. 1. Die Exemtion der Beamten (§§. 283 ff. II. A. L. R.) ist in Preussen durch das Gesetz v. 3. Juni 1876, G. S. S. 154, beseitigt.

S. 318. Anm. * a. E. hinzuzusetzen: Deneubourg, étude canonique sur les vicaires paroissiaux. Tournai 1871; Th. Cohn i. Arch. f. k. K. R. 39, 3. S. auch Regulativ über d. Verhältn. zw. Pfarrern u. Caplänen i. d. Diöcese Breslau v. 1873 i. Arch. f. k. K. R. 30, 457, dazu Swientek a. a. O. 31, 332.



S. 320. Anm. 4. Z. 1 v. o. hinter: 2. Aufl. S. 349 einzuschalten: Vering K. R. S. 580; Cohn i. Arch. f. k. K. R. 39, 15; für die Diöcese Rottenburg v. Vogt, Samml. kirchl. Verordngen S. 714.

S. 320. Anm. 4 a. E. hinzuzusetzen: Dieselbe Gewohnheit besteht auch in Frankreich, Arch. f. k. K. R. 39, 18.

S. 320. Anm. 9 a. E. hinzuzufügen: S. auch das Regulativ für d. Diöcese Breslau, cit. Arch. 30, 458, ferner die Diöcesansynoden für Budweis v. 1872 und Prag v. 1873, cit. Arch. 29, 171 u. 31. 206.

S. 323. Text Abs. 3 a. E. als Anm. 1a hinzuzusetzen: Vgl. auch Acta s. sed. 9, 116.

S. 323. Anm. 1. Z. 4 v. u. hinter: „österreich. Bisthümern" einzuschalten: in der Diöcese Brünn werden sie aber jetzt Pfarrer genannt, Arch. f. k. K. R. 24, 73.

S. 324. Anm. 7. Z. 4 v. u. hinter: „äussersten Falle" einzuschieben: d. h. wenn auch die mensa episcopalis nicht ausreicht.

S. 324. Anm. 7 a. E. hinzuzusetzen: Anal. iur. pontif. 1872. p. 329.

S. 350. Anm. 4 a. E. hinzuzusetzen: Vgl. auch Löning, Gesch. d. deutsch. Kirchenrechts 2, 445.

S. 360. Anm. 2 u. 3 a. E. hinzuzufügen: Vgl. auch in Betreff der neuerdings in Schottland errichteten Bisthümer const. Leon. XIII. v. 1878. Acta s. sed. 11, 9.

S. 361. Anm. 5 u. 6 hinzuzusetzen: Ueber Schottland vgl. die cit. Const. Leos XIII. v. 1878.

S. 369. Z. 13 v. u. im Text statt: „ist" zu lesen: sind.

S. 374. Anm. 8. Z. 4 v. o. statt: n. lies: a und setze hinzu hinter I. 3: Löning a. a. O. 1, 165.

S. 414. Anm. 7 lies: c. 13.

S. 454. Anm. 1 zu Sp. 1. Z. 5 v. u. ist die Bemerkung zu S. 304. Anm. 8 am Schlusse (S. 713) zu vergleichen.

S. 455 in der Ueberschrift zu §. 110 statt γ setze: e.

S. 493. Text Z. 2 v. u. ist die Zahl 5 zu streichen.

S. 503. Zu §. 116 vgl. noch Thudichum, deutsch. Kirchenrecht 2, 34 ff. 39 ff.

S. 512. Anm. ** a. E. hinzuzusetzen: E. Löning, Gesch. d. deutsch. K. R. 1, 108. 413.

S. 517. Anm. 12 a. E. hinzuzusetzen: E. Löning a. a. O. 2, 171. 210.

S. 518. Anm. 7 a. E. hinzuzufügen: Gegen diese Ansicht E. Löning a. a. O. 2, 182. n. 2, welcher aber m. E. das Wort: eligitur in zu technischer Bedeutung fasst und die Gegenübersetzung des: „ordinetur per ordinationem principis und per meritum personae et doctrinae ordinetur" nicht beachtet. Die Betonung der letztgedachten Eigenschaften gewinnt doch erst ihre volle Bedeutung, wenn sie auf eine einseitige Ernennung des Königs bezogen wird.

S. 522. Anm. 6 hinzuzusetzen: Vgl. ferner die das Verbot wiederholenden conc. Par. a. 614. c. 2; c. 2 ed. Chloth. II. v. 614. o. 615; Koncil v. S. Jean de Losne zw. 670 u. 673. c. 16. 22, Maassen, Zwei Synoden unt. König Childerich II. Gratz 1867. S. 23. 24, andererseits aber über die Verletzungen desselben Löning a. a. O. S. 2, 195.

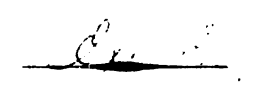
S. 654. Anm. 8 v. S. 653 a. E. hinzuzufügen: und bei Geltung des Optionsrechtes für die Kapitelsstellen, s. u. S. 701.

S. 658. Anm. 1. Z. 4 v. o. statt: postulatione lies: postulationis discrimine.

S. 658. Anm. 3 a. E. hinzuzusetzen: Gareis u. Zorn, Staat u. Kirche i. d. Schweiz 2, 82. 194; über Chur vgl. a. a. O. S. 59. Für das Bisthum Sitten präsentirt dagegen das Domkapitel 4 Kandidaten aus seiner Mitte dem Grossen Rath des Kanton Wallis, welcher aus diesen den Bischof wählt, a. a. O. 1, 614; 2, 32. Für Lausanne (Residenz in Freiburg) endlich besteht freie päpstliche Verleihung, a. a. O. 2, 37.

S. 687. Anm. 12. Z. 2 v. u. hinter: unstatthaft, einzufügen: ebenso Thudichum, deutsch. K. R. 2, 112.

S. 690. Text Z. 2 v. u. hinter: Italien, hinzuzufügen: sowie des schweizerischen Bisthums Lausanne, s. den vorigen Nachtrag.



Druck von Breitkopf und Härtel in Leipzig.





